

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Band 6 – 1

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1971

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Band 6 – 2

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Herausgegeben von der
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 8

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten G. m. b. H.

Berlin SW 61

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Januar 1925 * Heft 1

Es wird weitergewurstelt?

A. M. Der Ausfall der deutschen Wahlen zeigt mehr, als die berufsmäßigen Kretins, die parlamentarischen, wie die bloß literarischen, wahrhaben wollen.

Die Auflösung des Reichstages geschah, weil eine stabile Regierungsmehrheit geschaffen werden sollte. Aber die Frage parlamentarisch stellen, heißt, sie idiotisch stellen.

Denn in allem wesentlichen sind sich alle parlamentarischen Parteien Deutschlands durchaus einig. Sie alle haben den Dawes-Plan angenommen als das einzige Mittel kapitalistisch fortzuwirtschaften. An die wundertätigen Wirkungen dieses Plans, an die Befriedung, an die Herstellung „normaler“, d. h. stabiler kapitalistischer Beziehungen im internationalen Maßstab durch diesen Plan, daran haben von Anfang an nur einige wenige gottverlassene Narren und die Häuptlinge der Sozialdemokraten geglaubt. Aber einen anderen Ausweg sieht kein Kapitalist, und so hat man sich auf diesen geeinigt.

Aber sofort beginnt mit der Einigung der Parteien die beschleunigte Scheidung der Klassen. Mit dieser Scheidung der Klassen beginnt alsbald auch eine Scheidung der eben erst geeinigten Parteien. An Stelle auch nur der parlamentarischen Ruhe und Ordnung und Stabilisierung wird lediglich eine größere Unsicherheit auch parlamentarisch erzeugt.

Was spiegelt diese parlamentarische Unsicherheit und Unrast ab?

Zweifellos den Beginn einer neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise größten Ausmaßes.

Diese deutschen Wahlen waren wichtig sowohl für die beiden Rechtsparteien (Deutschnationale und Volkspartei) wie für die „Linksparteien“, die Demokraten und Sozialdemokraten, welche keine Parteien mehr sind, sondern ihr Leben an die interparteiliche „überparteiliche“ Organisation „Reichsbanner schwarz-rot-gold“ vollkommen abgegeben haben.

Der Dawes-Plan und der Londoner Vertrag sind in gewissem Sinne Rahmenverträge, so stark sie auch das „souveräne“ Deutschland an allen Gliedern fesseln und unter Kontrolle stellen.

Vorgeschrieben ist durch die Verträge ein Mindestgrad der Ausbeutung der breitesten Massen; das ist unzweideutig. Nicht vorgeschrieben sind die oberen Schranken sowie die Höhe der Zwischenprofite; nicht genau vorgeschrieben sind die Methoden der Auspressung.

Diese Unbestimmtheiten sind wesentlich am Dawes-Plan. Würde die deutsche Bourgeoisie nicht interessiert werden an der Auspressung des deutschen Proletariats (und der proletarischen Schichten der Bevölkerung), so hätte der Dawes-Plan nicht die geringste Aussicht, durchgeführt zu werden.

Diese Unbestimmtheiten sind aber gleichzeitig einer der Gründe, aus denen der Dawes-Plan scheitern muß.

Nicht nur wird die Arbeiterklasse sich nicht unbeschränkt ausbeuten lassen, sondern auch die einzelnen Schichten der Bourgeoisie werden [2] gegeneinander getrieben: denn es gibt keine Möglichkeit, die ganze deutsche Bourgeoisie an den zu erzielenden Zwischenprofiten teilnehmen zu lassen. Es gibt diese Möglichkeit nach der ganzen Konstruktion des Dawes-Planes nicht. Noch mehr: Wenn eine Gruppe der nichtdeutschen Kapitalisten eine bestimmte deutsche Gruppe bevorzugt oder stützt, gerät sie unvermeidlich in Konflikt sowohl mit anderen Gruppen ihrer eigenen Koalition (Entente und USA), wie mit den deutschen Gruppen, gegen welche sich die von ihr gestützte wendet.

Dieser Kampf aber hat gerade begonnen, und die deutschen Wahlen waren ein Ausdruck dieses Kampfes.

Es ist klar, daß zur Durchführung des Dawes-Planes in Deutschland jede der Kapitalistengruppen die Exekutivgewalt in ihrer Hand vereinigen will.

Die „ideologischen“ Verbrämungen durch das unsäglich läppische Geschwätz über Fahnenfarben oder „Republik und Reaktion“ haben durchaus nicht verschleiern können, daß es um die Frage ging, ob die Dawes-Politik von der Schwerindustrie (die es für nützlich hält, sich zunächst auf die Junker zu stützen, aus innenpolitisch-militärischen Gründen), oder von der verarbeitenden Industrie plus Bank- und Handelskapital durchgeführt werden soll.

Die an deutschen „Demokraten“ so ganz und gar ungewöhnliche und unglaubliche „Mannhaftigkeit“, die die Partei des Herrn von Siemens in der Regierungskrise vor der Auflösung des Reichstags zeigte, beweist nur eins: daß es um Leben und Sterben der deutschen verarbeitenden Industrie und des Bank- und Handelskapitals geht. Der „Mut“ und die „Standhaftigkeit“ der Demokraten kam nicht von ihrer „Ueberzeugung“ und ihren „Ideen“ her, sondern von dem Todeskampf, den sie zu kämpfen beginnen. (Freilich wird das die standhaften Zinnsoldaten der Nachfahren jener unsterblichen „freisinnigen“ Rückschrittmänner nicht hindern, umzufallen, wenn große persönliche „Ehren“ oder Vorteile für ihre Abgeordneten winken oder aber revolutionäre Gefahren drohen sollten: sie werden dann ebenso offen faschistisch werden, wie alle „Freisinnigen“ der Welt in solchem Falle und wie die deutschen „Demokraten“ es zwischen 1918 und 1924 mehr als einmal waren.)

Und man kann mit ziemlicher Sicherheit jagen, daß sie sterben. Nicht nur die große Retirade der „prinzipienfesten“ Demokraten vom Schlage eines Schiffer oder Siemens zeigt das an – sie ist ein gutes Barometer –, sondern eine nüchterne Betrachtung der Möglichkeiten der Dawesierung macht diesen Ausgang so überaus wahrscheinlich. Die verarbeitende Industrie (insbesondere Eisen und Textil) wird von der englischen, französischen, belgischen, amerikanischen Konkurrenz erdrosselt werden müssen, und die 26prozentigen Exportabgaben sind die ersten Schritte zur Drosselung gewesen; das deutsche Bank- und Handelskapital aber wird in steigendem Maße vom amerikanischen und englischen aufgesogen. (Der Plan der Ablenkung des deutschen Exports nach Rußland, also eine Teilung Rußlands in drei Interessensphären, scheitert an drei Dingen: daran, daß sich Rußland nicht „teilen“ läßt; daran, daß der englische Export selbst nach Rußland schießt; und daran, daß die Herren „Teiler“ mit Interventionsplänen umgehen und miteinander gleichzeitig rivalisieren.)

Ferner wird die politische Richtung, die sich durch jene Parteien präsentiert, der „Liberalismus“, zerdrückt und aufgerieben durch die wachsenden Klassengegensätze und Konflikte. Man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß die Demokratische „Partei“ schon jetzt vernichtet ist, trotzdem sie vier Mandate gewonnen hat; sie ist wirklich nur ein Anhängsel der Sozialdemokratie, die zwar ihre 30 Mandate gewonnen hat, aber nur dadurch, daß sie den Keim und die Organisation ihrer eigenen schnelleren Zersetzung selbst gezüchtet hat: durch ihr Aufgehen in der sozialfaschistischen Reichsbannerorganisation. Hier in dieser „überparteilichen“ Organisation werden sich jetzt die Auseinandersetzungen zwischen [3] den liberalen Bourgeois, den Kleinbürgern und den zur Kleinbürgerlichkeit erzogenen Proletariern in dieser oder jener Form abspielen. Das wird schon deshalb geschehen, weil die dritte „republikanische“ Partei dieser Organisation, das Zentrum, energisch nach rechts, d. h. zur Schwerindustrie, abzuschwenken beginnt.

So haben wir auf der sogenannten „Linken“ den Beginn völliger Auflösung.

Was sehen wir rechts? Selbstverständlich den Prozeß einer gewissen Konsolidierung.

Einer gewissen Konsolidierung. Denn es wäre falsch, anzunehmen, daß diejenigen, welche für die Deutschnationalen gestimmt haben, klassenmäßig eine homogene Schicht bilden. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Deutschnationalen haben, genau wie im Mai, ihren Wahlerfolg ihrer Taktik der zwei Hände zu verdanken. Gerade das, was die blöden sozialdemokratischen „Ehrenmänner“ als Schwäche und „Unehrlichkeit“ der Deutschnationalen ansahen, ihre Eigenschaft der halben Erfüllung- und halben Ablehnungspolitik, gerade das ist unter den gegebenen Umständen die Erklärung für ihren Wahlerfolg. Sowohl die nationalistischen Kleinbürger wie diejenigen, welche Erfüllungspolitik für „richtig“, aber eine „starke Regierung“ für notwendig halten, haben für diese

Partei gestimmt. Diese Partei ist gewissermaßen auf der „Rechten“ das, was das „Reichsbanner“ auf der Linken: das Sammelbecken für alle proletarischen Kleinbürger und kleinbürgerlichen Proletarier einer durch die besonderen Umstände erzeugten Grundstimmung. Aber diese Stimmung wird auf beiden Seiten nicht lange anhalten. Die Wirkungen der Durchführung des Dawes-Planes werden sie zerreißen und die Zersetzung in die Anhänger dieser Organisationen hineinragen.

Die eigentliche Partei der „Rechten“, darüber sollte man sich nicht täuschen, und die klassische Partei der Bourgeoisie ist die Volkspartei. Sie repräsentiert die Schwerindustrie, die führende Fraktion der Bourgeoisie. Sie ist die Fraktion des deutschen Finanzkapitals (das von der Schwerindustrie geführt wird) und aller möchte-gern-imperialistischen Nachläufer (höhere Beamte, Professoren usw., man denke an Figuren wie Kahl) des deutschen Finanzkapitals, dessen Führer selber imperialistische Träume kaum mehr träumen – dazu sind sie wohl meist zu nüchtern –, aber bei ihren Anhängern bewußt wecken (als Tauschware und Deckmantel sowohl im Innern, wie der Entente gegenüber).

Dagegen entspricht die Deutschnationale Partei auf der „Rechten“ dem Zentrum auf der „Linken“: groß und stark und zusammengehalten durch konfessionelle, traditionelle, altertümliche Mittel und Ideologien in relativ ruhigen Zeiten, aber unweigerlich verurteilt zum **Auseinanderfallen** bei stärkeren sozialen Krisen: denn ihre Zusammensetzung ist künstlich und kann keiner starken Krise standhalten. (Die bisherigen Erfahrungen beweisen nichts dagegen: die Deutschnationalen kamen erst auf mit der Niederschlagung des Proletariats, das Zentrum dagegen spielte „linke“ Komödie; das wird jetzt vermutlich aufhören müssen.)

Die Reichstagswahlen haben keinerlei parlamentarische Zusammensetzung gegeben, die Stabilität gewähren würde. Das konnte man voraussetzen: es ist das eine allgemeine Erscheinung. Wer etwa damit rechnet, daß die Zweidrittelmehrheit Baldwins im englischen Parlament England vor Erschütterungen retten wird, ist ein hoffnungsloser Narr. Wer die demonstrativen Reden der englischen Gewerkschaftsdelegation in Rußland nicht als Symptome erkennt, dem ist nicht zu helfen. Die englischen Konservativen verstehen sie jedenfalls wohl.

An allen möglichen, sehr deutlichen Anzeichen sieht man wachsende Unrast.

Noch ist der Dawes-Plan nicht recht in Kraft getreten, und schon beginnen die Vorfeldgefechte um die interalliierten Schulden. Hier handelt es sich um sehr solche Summen: es schuldet England an die USA die hübsche runde Summe von etwa 960 Millionen Pfund Sterling oder [4] von 192 Milliarden Goldmark; es schuldet Frankreich an die USA ungefähr 813 Millionen Pfund Sterling, also ungefähr 16,3 Milliarden Goldmark, und dasselbe Frankreich an England ungefähr 623 Millionen Pfund Sterling gleich 12,5 Milliarden Goldmark, wobei die zwei mal 100 Millionen Dollar gleich 840 Millionen Goldmark Schulden an Morgan nicht gerechnet sind. Es schuldet Italien an England 553,3 Millionen Pfund Sterling gleich 11,1 Milliarden Goldmark und Italien an die USA 411.256.000 Pfund Sterling gleich 82 Milliarden Goldmark. Ein Blick auf das schwindelhafte Budget des Herrn Clémentel zeigt, daß Frankreich nicht daran denken kann, Zinsen zu zahlen. Der Frank ist unter seinen Märzkurs gesunken, der Morgan zu seiner ersten „Hilfsaktion“ veranlaßt hat, die der erste Schritt zu einem Dawes-Plan für Frankreich war. Die nächsten Schritte werden kaum lange auf sich warten lassen, und die Krankheit des Herrn Herriot ist vielleicht eine Ankündigung der interessanten Veränderungen, die die französische Bourgeoisie im Zusammenhang mit Chamberlains antibolschewistischen Reisen nach Paris und Rom für notwendig erachtet.

Und schon beginnt das Geplänkel der großen imperialistischen Räuber. Noch eben schien eine englisch-amerikanische Entente zur Ausräuberung Chinas, zur Ausquetschung Europas, eventuell für einen „heiligen“ Krieg gegen die Sowjet-Union geschlossen, und schon hört man heisere Töne: Englands Bankiers wollen keine Vorzugsbehandlung Frankreichs durch die USA auf englische Unkosten in der Frage der Schuldenbehandlung dulden. Und genau so, wie beim ersten Anlaß diese „Freundschaft“ der imperialistischen Todfeinde, die sich einer Atempause wegen „geeignet“ hatten, rauh gestört wird, genau so wird sie gestört werden müssen bei der Durchführung des Dawes-Planes in Deutschland.

Die großen imperialistischen Konflikte (in Ostasien, im Mittelmeer, in Europa) werden aber die Lage in Deutschland noch unsicherer und beständiger machen.

Im gegenwärtigen Augenblick haben wir eine überaus unklare Weltlage. Einerseits, beispielsweise, kokettiert der französische Imperialismus sowohl mit dem Gedanken eines europäisch-asiatischen Kontinentalblocks gegen den englischen und amerikanischen Imperialismus (Annäherung an Sowjetrußland und Japan, eventuell Hineinziehen Deutschlands, Versuch, auch Italien hineinzuziehen), andererseits spielt es mit dem Gedanken einer antibolschewistischen Einheitsfront, als deren Manager jetzt, nachdem Mister Hughes das Geschäft im Sommer betrieben, der ehrenwerte, aber etwas beschränkte Brieffälscher Austen Chamberlain umherreist.

All das zeigt, wie wenig die führenden „Köpfe“ der Weltbourgeoisie klar sind darüber, was sie eigentlich tun sollen. Nimmt man die Orakelbriefe des Herrn Parker Gilbert, des jungen Mannes Morgans und faktischen Herrschers Deutschlands hinzu und wirft man einen Blick auf das klassische deutsche Defizit-Budget für 1925 sowie auf das duftige Bukett von Wahlversprechungen aller deutschen parlamentarischen Parteien, so versteht man, daß in Deutschland am allerwenigsten von irgendeinem klaren Kurs oder irgendwelcher Stabilität wird gesprochen werden können.

Hinzu kommen die so überaus „friedfertigen“ Riesenmanöver, welche im Stillen Ozean (ein halbes Jahr lang!) die USA mit ihrer ganzen Flotte 1925 machen wollen, die Manöver Japans, die unter der Annahme eines Angriffs Amerikas gemacht werden, die imperialistischen Schwierigkeiten in Aegypten, Indien, den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs, die wachsende revolutionäre Bewegung auf dem Balkan, in Polen, im Baltikum, so versteht man zwar, daß die Aera des Pazifismus endgültig erledigt ist und daß die Bourgeoisie wieder zum „alterproben“ Mittel der abgedroschensten „Reaktion überall greift, versteht aber ebenso, daß dadurch ihre Herrschaft keineswegs gefestigt wird.

Vor genau zwanzig Jahren, am 22. Januar 1905, tat die erste russische Revolution ihren ersten großen Schlacht gegen den Zarismus. Zwanzig [5] Jahre sind eine kurze Zeit; aber von diesen kurzen zwanzig Jahren werden sieben durch das Bestehen der proletarischen Räterepublik ausgefüllt.

Das war in Rußland.

Die ersten Schläge der außerrussischen Revolution sind auch schon vor sechs Jahren gewesen.

Heute herrscht die Reaktion in Europa und Amerika. Aber es ist wahrlich keine feste Herrschaft, die sie sich in Europa errichtet hat. Ihre Herrschaft sieht auf noch wackligem Fundament, als die des Zaren nach 1907. Galgen, Zuchthäuser, weißer Terror, alles das soll „stark“ aussehen. Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, weiß, daß diese „starken“ Mittel die Schwäche und Angst einer zum Tode verurteilten Klasse nur schlecht verdecken.

1925 wird ein schweres Jahr für das internationale Proletariat wie für das deutsche werden. Will es seine Leidenszeit abkürzen, muß es alle Illusionen von sich werfen. Das hat das Jahr 1924 besonders deutlich bewiesen.

Die Bourgeoisie will fortwursteln. Das Proletariat aber allein entscheidet, ob fortgewurstelt wird auf seine Kosten oder nicht. 1925 wird dem Proletariat solche Lehren geben, daß es bald klar entscheiden wird.

*

Der kommunistische Wahlsieg am 7. Dezember

W. A. Mit gutem Gewissen können wir von einem Wahlsieg der KPD am 7. Dezember sprechen, obwohl wir gegenüber den Maiwahlen eine Million Stimmen verloren haben und obgleich wir selbst mit vielen Einzelergebnissen sehr unzufrieden sind. Denn was war die Absicht und Hoffnung unserer Feinde bei diesen Wahlen? Die KPD als proletarische Massenpartei sollte vernichtet werden. Dieser Plan der Kapitalisten und Sozialdemokraten ist vollkommen gescheitert, trotz des Terrors und trotz der Stabilisierungsideologien. Jedermann war sich darüber klar, daß diese Wahlen unter

den für die Kommunisten ungünstigsten Umständen vor sich gehen würden. Um so größer war für unsere Gegner die Ueberraschung, als der 7. Dezember wiederum fast drei Millionen kommunistische Wähler brachte. Man muß die verlegenen Kommentare der gegnerischen Presse des In- und Auslandes nachlesen, um die Größe unseres Erfolges wirklich ermessen zu können. Besonders die bürgerlichen Zeitungen konnten es gar nicht begreifen, wie eine Partei drei Millionen Stimmen erhalten kann, ohne daß ihre bekannten Führer überhaupt Gelegenheit hatten, zu den Wählern zu sprechen.

Für die besonderen Aufgaben, die eine Kommunistische Partei im Parlament zu lösen hat, ist die Zahl ihrer Mandate nicht so wesentlich, wie für die bürgerlichen Parteien. Bis zur Machtübernahme werden wir immer eine Minderheit sein. Da wir uns auf keinerlei parlamentarische Kombinationen einlassen, werden wir auch nicht mit andern zusammen eine Mehrheit bilden. Wir werden also auf parlamentarischem Weg unsern Willen nie durchsetzen. Der Wille und die Nöte der werktätigen Massen können aber im Deutschen Reichstag von zwanzig Kommunisten ebenso gut ausgedrückt werden wie von hundert. Eine revolutionäre Partei muß auch wissen, daß alle Staatsumwälzungen der Geschichte sich völlig unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen des Parlaments vollzogen haben. Wer hat in Rußland im Februar 1917 nach der Dumamehrheit gefragt? Wer in Deutschland am 9. November nach der Reichstagsmehrheit? Dasselbe lehrt die große englische wie die französische Revolution. Die Jakobiner hatten niemals eine Mehrheit im Konvent, und Cromwell hatte keine Mehrheit im Parlament. Oder wenn wir ins Lager der Gegenrevolution gehen. Als Mussolini seinen Staatsstreich in Italien durchführte, hatte er etwa dreißig Abgeordnete in der Kammer. Zankow eroberte die Macht in Bulgarien, obwohl er das ganze Parlament gegen sich hatte. Selbstverständlich gehört zu jeder Machtübernahme, mag [6] der Vorstoß von rechts oder von links kommen, ein Uebergewicht in gewissen wirtschaftlich, militärisch oder politisch entscheidenden Schichten der Bevölkerung. Dieses Uebergewicht muß man erkämpfen. Diese für die Machtübernahme nötige „Mehrheit“ hat aber nichts zu tun mit der statistischen Mehrheit der Bevölkerung oder mit den berühmten 51 Prozent aller Wählerstimmen. Die Einzelheiten über die Voraussetzungen zur Machtübernahme mag man in Lenins Broschüren aus dem Jahre 1917 nachlesen. Wenn die KPD zur Zeit nicht imstande ist, die Macht zu übernehmen, so kommt das nicht daher, weil sie bei den Wahlen nur drei bis vier Millionen Stimmen erhielt, sondern es hat ganz andere Gründe.

Trotz dieser feststehenden Tatsachen haben die Wahlresultate für uns Kommunisten eine erhebliche Bedeutung, erstens, weil das Wahlresultat ganz im allgemeinen uns die Stärke des kommunistischen Einflusses in den Massen andeutet, und zweitens, weil wir bei Nachprüfung der einzelnen Wahlkreise feststellen können, wie weit wir mit der Eroberung der entscheidenden proletarischen vorwärts gekommen sind. Wir bedauern den Verlust von einer Million Stimmen, nicht weil wir ein Dutzend Reichstagsitze weniger haben, sondern weil wir, wenn auch nur vorübergehend, den Einfluß auf so und so viele Hunderttausend Arbeiter verloren haben.

Im folgenden betrachten wir die Stimmenzahlen der KPD in den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Zahlen sind der Uebersicht halber auf Tausende abgerundet.

Wahlkreis	Stimmenzahl	
	(in Tausenden)	
	am 4. Mai	am 7. Dezember
Ostpreußen	119	80
Berlin	225	217
Potsdam II	115	103
Potsdam I	131	109
Frankfurt a. d. Oder	56	37
Pommern	78	53
Breslau	60	29
Liegnietz	37	20
Oppeln	130	66
Magdeburg	88	46
Merseburg	184	163
Thüringen	173	146
Schleswig-Holstein	77	52

Wahlkreis	Stimmenzahl	
	(in Tausenden)	
	am 4. Mai	am 7. Dezember
Weser-Ems	51	31
Ost-Hannover	40	22
Süd-Hannover	83	47
Westfalen-Nord	103	68
Westfalen-Süd	279	155
Hessen-Nassau	111	64
Köln-Aachen	128	80
Koblenz-Trier	33	23
Düsseldorf-Ost	241	210
Düsseldorf-West	142	96
Oberbayern-Schwaben	83	69
Niederbayern	32	24
Franken	68	46
Pfalz	50	35
Dresden-Bautzen	81	65
Leipzig	110	91
Chemnitz-Zwickau	183	139
Württemberg	139	96
Baden	96	65
Hessen-Darmstadt	57	34
Hamburg	114	90
Mecklenburg	49	27

[7] Das Ueberraschende an diesen Zahlen ist die völlige Ungleichmäßigkeit der kommunistischen Verluste. Das Bild wird noch bunter, wenn man noch genauere Ziffern aus den einzelnen Städten und Stadtbezirken heranzieht. Wenn man nur die Wahlkreise vergleicht, so schwanken die Ergebnisse zwischen Berlin und Breslau. Während wir uns in Berlin so gut wie vollständig behauptet haben, das heißt, von 225.000 Stimmen nur 8000 einbüßten, verloren wir in Breslau über die Hälfte unseres Bestandes. In einzelnen Städten haben wir aber sogar Stimmen gewonnen, so zum Beispiel in Düsseldorf, ebenso in dem wichtigsten Berliner Arbeiterbezirk, im Wedding. Die Lehre der Wahlen ist also die folgende: Die KPD als Ganzes hat den Ansturm ihrer Gegner zurückgeschlagen. Im einzelnen hing der Erfolg der Abwehr aber wesentlich von der Leistungsfähigkeit der einzelnen Organisationen ab. Bei guter organisatorischer Arbeit, wo wir über einen festen Funktionärstab verfügen und durch vernünftige Politik das Vertrauen der Arbeitermassen gewonnen haben, haben wir entweder gar nichts oder nur sehr wenig verloren. Ja, wir konnten sogar Gewinne erzielen. Bei schlechter organisatorischer Arbeit, bei einem schwachen und wenig geschulten Funktionärkörper haben wir jedoch zum Teil erhebliche Rückschläge erlitten. Man kann abschließend feststellen: die schwere Probe der Dezemberwahlen hat bewiesen, daß die politische Linie der Partei im ganzen vollkommen richtig war, daß aber organisatorisch sowie in der Schulung des Funktionärkörpers in einzelnen Bezirken noch vieles zu verbessern ist.

Die verhältnismäßig besten Wahlresultate haben, wie die obige Tabelle lehrt, Groß-Berlin (Kreise Berlin, Potsdam I und Potsdam II), Hamburg, Niederrhein (der Stimmenrückgang in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und -West kam wesentlich aus den Ruhrbezirken, die zu diesen Wahlkreisen gehören, aber nicht aus unserer Organisation Niederrhein), Halle-Merseburg, Thüringen, Leipzig und München (Wahlkreis Oberbayern). Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die alten linken Organisationen Berlin, Hamburg und Leipzig unter den jetzigen ungünstigen Verhältnissen die größte Widerstandskraft gezeigt haben. Bei Hamburg soll noch daran erinnert werden, daß wir dort gegenüber den Bürgerschaftswahlen im Oktober 10.000 Stimmen dazugewonnen haben. Der Bezirk Niederrhein hat im letzten Jahre eine außerordentlich energische Bolschewisierungsarbeit geleistet. Halle-Merseburg hat seine alte revolutionäre Tradition gewahrt, und auch das Thüringer Ergebnis macht der dortigen Organisation alle Ehre.

Nun die Kehrseite: Besonders schlechte Wahlresultate mit Verlusten von 40 bis 50 Prozent: ganz Schlesien, Magdeburg, ganz Hannover, das Ruhrgebiet (westfälische Kreise), Hessen-Nassau und Mecklenburg. Vom Ruhrgebiet und Oberschlesien abgesehen, sind das sämtlich Bezirke, in denen

schwache kommunistische Organisationen besonders starken und festgefügt SPD-Organisationen gegenüberstehen. Breslau und Görlitz, Magdeburg und Hannover, Kassel und Frankfurt a. M. waren Hochburgen der SPD, die bisher weder die USPD noch die KPD zu erschüttern vermochte. Unsere schwachen Organisationen haben es am schlechtesten verstanden, gegen den Strom zu schwimmen. Besonders ist die Lage in Oberschlesien und im Ruhrgebiet. In Oberschlesien hatten wir im Mai einen ungeheuer großen Erfolg: für uns stimmten damals nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch Teile des Kleinbürgertums und ein erheblicher Prozentsatz von Bauern. Unsere organisatorische Kraft entsprach diesem Zustrom von Sympathisierenden nicht. Es erfolgte der heftige Gegenstoß der katholischen Kirche, der sich bereits bei der Nachwahl in Oberschlesien im Sommer auswirkte. Unter dem Terror des Beichtstuhls gingen die kommunistischen Stimmen von 130.000 auf 75.000 zurück. Unsere oberschlesische Organisation hat es noch nicht verstanden, das Zentrum wirksam zu bekämpfen. Das gilt auch für andere Teile des Reiches.

Das außerordentlich schlechte Wahlresultat im Ruhrgebiet ist das unangenehmste von allen Einzelergebnissen. Diese Niederlage des Kommunismus ist wesentlich auf schlechte örtliche Organisationsverhältnisse zurück-zuführen. Denn wenn wir imstande waren, die pazifistischen Illusionen der Massen des besetzten Gebiets in Düsseldorf und Remscheid zu bekämpfen, so hätten wir den Angriff auch in Dortmund und in Gelsenkirchen zurückschlagen können. Im Ruhrgebiet muß die Partei konsequent einen organisatorischen Neuaufbau durchführen. Die Anfänge dazu sind seit dem 7. Dezember bereits gemacht.

Das Gesamtergebnis der Wahl zeigt einen Verlust der KPD von etwa einer Million. Zur selben Zeit ist die SPD von 6.014.090 auf 7.856.000 Stimmen gestiegen. Man wird sich fragen, wo diese 1.800.000 neuer Stimmen herkommen. Ist die Million Wähler, die wir verloren haben, restlos zur SPD übergegangen? Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Prüfung der Einzelresultate. Einige Beispiele: In Berlin ist die SPD gestiegen von 239.000 auf 388.600. Zur selben Zeit verlieren die Kommunisten nur 8000 Stimmen. Die Zunahme der SPD in Berlin, die sehr erheblich ist (etwa 130.000 Wähler), kam also ausschließlich aus den Reihen der Indifferenten. In Leipzig stieg die SPD von 212.000 auf 258.000. Also eine Zunahme von 46.000. Die Kommunisten verloren aber nur 19.000. Wenn wir auf der andern Seite einige Wahlkreise betrachten, in denen wir schlecht abgeschnitten haben: in Breslau stieg die SPD von 234.000 auf 306.000. Sie gewann also etwa 60.000 Stimmen. Wir verloren 31.000. In Liegnitz stieg die SPD von 167.000 auf 198.000, das heißt, ein Gewinn von 30.000 Stimmen. Wir verloren dort 17.000. Sehr charakteristisch ist endlich das Resultat in Oberbayern. Dort stieg die SPD von 128.000 auf 206.000. Also eine außerordentlich starke Zunahme, die nicht auf Kosten der Völkischen erfolgte. Denn der völkische Verlust wird in Bayern durch eine entsprechende Zunahme der Deutschnationalen ausgeglichen. Unser eigener Verlust in Südbayern war demgegenüber ganz gering.

Ueberall im Reiche zeigt sich im unbesetzten Gebiet, wie man noch im einzelnen nachweisen könnte, eine ziemlich gleichmäßige Zunahme der SPD, die in gar keinem Verhältnis steht zu den Verlusten der KPD. Ja, gerade in verschiedenen Bezirken, wo die KPD gar nichts verlor, hat die SPD besonders viel gewonnen. Daraus ergibt sich unabweislich der Schluß: Im unbesetzten Gebiet hat die SPD den allergrößten Teil ihres Gewinnes aus den indifferenten Massen herausgeholt, und der Verlust der KPD besteht aus solchen Wählern, die ihrerseits in die Indifferenz abwanderten.

Anders liegen die Dinge offenbar im besetzten Gebiet. (Die Angaben sind auf Tausende abgerundet.)

Wahlkreis	Kommunistischer Verlust	Sozialdemokratischer Verlust
Westfalen-Nord	35	48
Westfalen-Süd	124	112
Köln-Aachen	48	48
Düsseldorf-Ost	31	45
Düsseldorf-West	46	34

Man sieht, daß sich diese beiden Zahlenreihen im großen und ganzen decken. Das kann kein Zufall sein, sondern wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß im besetzten Gebiet etwa eine Viertelmillion Arbeiter aus unserer Wählerschaft zur SPD übergelaufen ist.

Das Gesamtverhältnis zwischen SPD und KPD im Jahre 1924 läßt sich auf Grund beider Wahlen folgendermaßen definieren: Die SPD hatte ungefähr sechs Millionen ziemlich feste Anhänger, die Kommunistische Partei ungefähr zweidreiviertel Millionen. Zwischen beiden steht eine schwankende Schicht von etwa zweieinhalb Millionen proletarischen Wählern, die, je nach Stimmung, entweder zur KPD oder zur SPD oder zur Indifferenz laufen. Diese schwankende Schicht entscheidet, ungefähr wie die kleinbürgerlichen Mitläufer der Sozialdemokratie, vor dem Kriege, den Wahlsieg und die Wahlniederlage. Aber dieser politische Flugsand bedeutet für die wirkliche Stoßkraft einer Bewegung so gut wie nichts. Wenn man die Stärke der SPD mit der KPD in den großindustriellen Gegenden vergleicht, so ist das Resultat für uns viel günstiger als im Gesamtmaßstab. Die entscheidenden [9] großindustriellen Bezirke, die bei Aktionen den Ausschlag geben, sind Berlin, Hamburg, Oberschlesien, Halle-Merseburg, Regierungsbezirk Düsseldorf und Westfalen. Auch am 7. Dezember waren wir in Oberschlesien, in Halle-Merseburg und im Düsseldorfer Regierungsbezirk erheblich stärker als die SPD. Die Berliner und Hamburger Zahlen beweisen, daß wir dort ohne Zweifel unter der Arbeiterschaft der Großbetriebe die Mehrheit haben, während die SPD sich mehr auf Mittel- und Kleinbetriebe, auf Angestellte und Beamte stützt. In Groß-Berlin kann man diesen Beweis im einzelnen führen; denn je stärker in einem Stadtbezirk die großindustrielle Bevölkerung ist, um so besser ist unser Zahlenverhältnis zur SPD und umgekehrt.

Ein wesentlicher Einbruch in unsere großindustriellen Positionen ist der SPD nur im Ruhrgebiet gelungen. Wenn in Westfalen-Süd die SPD diesmal 317.000 Stimmen erhielt, neben 155.000 kommunistischen, so hat sie ohne Zweifel die Mehrheit der dortigen Bergarbeiterstimmen auf sich vereinigt. Das ist für künftige Bewegungen eine sehr unerfreuliche Tatsache, und die Partei muß alle Kraft anspannen, um die Mehrheit des Ruhrproletariats in kürzester Frist zurückzugewinnen. Mit diesem Vorbehalt können wir aber dennoch feststellen, daß der 7. Dezember erneut die KPD als die Partei des deutschen großindustriellen Proletariats erwiesen hat.

*

Nach dem 7. Dezember.

Von Arthur Rosenberg.

Die ungeheure Verwirrung, die innerhalb der herrschenden Parteien durch die Regierungsfrage ausgelöst wurde, darf uns bei der Analyse des 7. Dezember und seiner Folgen nicht irreführen. Im Grunde genommen ist die deutsche Situation ziemlich einfach. Sie wird dadurch charakterisiert, daß die deutsche Schwerindustrie nach innen und außen um ihre Existenz kämpft. Wir haben uns zu fragen, welche Rolle die Wahlen des 7. Dezember innerhalb dieses Lebenskampfes des deutschen Großkapitals spielen.

Außenpolitisch ist die deutsche Großbourgeoisie heute hoffnungslos abhängig vom Ententekapital, darüber hinaus vom amerikanischen Kapital. Die Orientierung der französischen, der englischen und der amerikanischen Politik überträgt sich also automatisch auf Deutschland. Die interessanteste politische Erscheinung der letzten Wochen ist aber der leidenschaftliche Antibolschewismus der neuen englischen Regierung. Herr Chamberlain führt den Kampf gegen die Sowjetmacht vielleicht nicht so nervös und persönlich gereizt wie seiner Zeit Lord Curzon, aber in der Sache stellt er den Kampf gegen Rußland allen anderen Aufgaben britischer Außenpolitik voran. Chamberlains Reise nach Paris und Rom war wesentlich eine Propagandareise gegen Sowjetrußland, wobei Herriot, Mussolini und sogar der Papst für die gemeinsame Aktion gegen Sowjetrußland gewonnen werden sollten. Chamberlain hat offenbar in Paris den Vorschlag einer englisch-französischen Verständigung gemacht. England bot erhebliche Konzessionen an für den Fall, daß Herriot einen Kurswechsel gegenüber Rußland vornehmen würde. Chamberlain war bereit, in Nord-Marokko den Franzosen freie Hand zu lassen. Dort hat der Zusammenbruch der Spanier eine neue Situation geschaffen. Es ist gewissermaßen ein leerer Raum entstanden, in den die Franzosen über kurz oder lang nachrü-

cken werden. Wenn aber Frankreich die bisher spanischen Bezirke Marokkos besetzt, so pflanzt es sich am Eingang des Mittelmeers, gegenüber Gibraltar auf, d. h. der Schlüssel zum Mittelmeer wird den Engländern entwunden. Es ist charakteristisch, daß Chamberlain bereit ist, diese ungeheure Konzession zu machen, nur um Herriot in den antibolschewistischen Block hineinzuziehen.

Ein zweiter englisch-französischer Gegensatz, der überbrückt werden müßte, um die Entente wiederherzustellen, bezieht sich auf Deutschland. [10] Die Pariser Handelsvertragsverhandlungen lassen immer deutlicher die Umrisse des kommenden deutsch-französischen Stahltrusts erkennen. Dieser Trust müßte notwendigerweise seine Spitze gegen England richten. Um ein englisch-französisches Abkommen möglich zu machen, müßte England sich mit der neuen Lage in der europäischen Stahlindustrie abfinden; etwa in der Form, daß England in den europäischen Stahltrust gleichfalls eintritt. Das Uebergewicht in dieser Kombination würde aber selbstverständlich Frankreich haben. Ferner würde Frankreich von England die Anerkennung seiner militärischen Sicherungsforderungen gegenüber Deutschland verlangen. In dieser letzten Frage hat Chamberlain bereits freiwillige Zugeständnisse gemacht, um der französischen Bourgeoisie seinen guten Willen zu zeigen: Köln wird vorläufig nicht geräumt, und der Vorsitzende der kommenden Völkerbundskommission zur militärischen Kontrolle über Deutschland wird ein Franzose sein. Herriot schwankt zur Zeit noch; aber es ist zweifelhaft, ob die französische Bourgeoisie auf die Dauer den Lockungen des englischen Antrages widerstehen wird. Sobald Herriot fällt oder einen Kurswechsel vornimmt, ist die antibolschewistische Kampffront England-Frankreich-Amerika geschlossen.

Der englische Gegensatz zu Sowjetrußland wird nämlich noch ergänzt durch den amerikanischen. Das amerikanische Kapital kann und wird es Rußland nicht verzeihen, daß Sowjetrußland zur Niederlage der amerikanischen Partei in China entscheidend beitrug. Die neue nationalchinesische Regierung, die sich einerseits auf Japan stützt, andererseits aber auf die Sowjetmacht, ist die natürliche Gegnerin des angelsächsischen Kapitals. Gerade durch diese Asienpolitik, durch die Verbrüderung mit allen unterdrückten Völkern des Ostens, ist Sowjetrußland zu einer solchen Macht geworden, daß die angelsächsische Bourgeoisie unbedingt zu Gegenschritten gedrängt wird.

Komm aber ein solches englisch-französisch-amerikanisches Bündnis gegen Sowjetrußland zustande, so braucht das nicht sofort den neuen militärischen Angriff zu bedeuten. Aber es würde daraus sogleich die Wirtschaftsblockade über Rußland folgen und die Lage an der russischen Westgrenze würde sich kritisch zuspitzen. Die regierenden Männer Estland können es Rußland nicht verzeihen, daß die estnischen Arbeiter nach Moskau blicken; ebenso macht die polnische Regierung Sowjetrußland für die Erhebung der verzweifelte Bauern in den Ostprovinzen verantwortlich, und Rumänien führt die bessarabische Bauernbewegung ebenfalls auf Moskau zurück. Rumänien steht seinerseits in Verbindung mit der antibolschewistischen Zankowregierung in Sofia und mit der wieder auferstandenen weißgardistischen Paschitschregierung in Belgrad.

Wenn aber die Randstaaten unter dem Segen Englands und Frankreichs sich gegen Sowjetrußland wenden sollten, so wird sofort die Frage Deutschland aktuell, denn Deutschland ist nun einmal der Verbindungsweg zwischen Frankreich und seinen osteuropäischen Vasallen. Wie im Jahre 1812 müßte der kommende Kreuzzug der europäischen „Demokratie“ gegen die östliche „Barbarei“ über Paris-Berlin-Warschau gehen.

Die deutsche Außenpolitik ist – wie jedermann weiß – seit Annahme des Dawes-Plans völlig nach Westen orientiert. Eine Vertiefung des englisch-französischen Gegensatzes in der Frage des europäischen Stahltrusts, wegen Marokko usw. hätte der deutschen Regierung gewisse Manövriermöglichkeiten gegeben. Im Falle der englisch-französischen Einigung gegen Sowjetrußland fällt das weg. Die gemeinsame Linie der Pariser und Londoner Machthaber ist dann von selbst auch die Linie der deutschen Regierung. Welche Möglichkeiten bietet nun gegenüber diesen Tatsachen der Wahlausfall vom 7. Dezember?

Die Stärkung der SPD bedeutet zugleich die Stärkung der Kriegsgefahr zwischen der „Demokratie“ und Rußland. Nicht umsonst hat die französisch-belgische Sozialdemokratie bei allen antibolschewistischen Manövern in erster Linie gestanden. Es waren die französischen Sozialdemokraten, die

in Genf die Frage Georgiens aufwarfen. Und wenn die [11] deutsche Sozialdemokratie den Eintritt in den Völkerbund ohne Vorbehalt predigte, so wußte sie, was sie tat. Der Völkerbund ist kein Friedensbund, das wissen die Herren Hilferding und Löbe sehr gut. Sobald Deutschland im Völkerbund ist, muß es den Durchmarsch der Entente-Truppen gegen Sowjet-Rußland gestatten und sich an einer solchen militärischen Expedition selbst beteiligen. Wenn vor dem Weltkrieg die „Daily Mail“ und andere Northcliffeblätter in England ununterbrochen gegen Deutschland hetzten, so bedeutete das die Vorbereitung des englisch-deutschen Krieges. Wenn die SPD-Presse seit 1919 tagaus tagein gegen Sowjetrußland hetzt, so bedeutet das die ideologische Vorbereitung für einen kommenden deutsch-russischen Krieg. Wenn die deutsche Bourgeoisie es über kurz oder lang für gut befinden sollte, an der Seite des Völkerbundes einen Vorstoß gegen Rußland mitzumachen, so wird sie in der SPD eine loyale Opposition finden, ja noch mehr: damit wäre die Volksgemeinschaft von Hergt bis Hilferding sofort hergestellt.

Während diese Zeilen geschrieben werden, ist die famose deutsche Regierungskrise noch nicht gelöst; aber die Haupttatsachen sind trotzdem klar genug. Die deutsche Bourgeoisie ist wirtschaftlich nach wie vor in sehr schwerer Lage. Das Geld ist zwar stabil, dank dem Zwei-Milliarden-Schatz, den Herr Schacht in der Reichsbank aufspeichern konnte, aber die Kreditnot ist bei dem Zinsfuß von 16 Prozent für Darlehen in deutschem Geld unbehoben. Dazu kommt die ungeheure Verteuerung der Produktion durch Steuern, Eisenbahnfrachten, die hohen Kohlenpreise, die Erschwerung der deutschen Ausfuhr durch die Zollpolitik des Auslandes, die Passivität der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz. Trotz alledem fühlt sich die deutsche Großbourgeoisie ungeheuer optimistisch. Die Tatsache, daß sie vor einem Jahr die drohende Arbeiterrevolution so spielend leicht überwinden konnte, hat der deutschen Kapitalistenklasse neues Leben eingeblóht. Das deutsche Unternehmertum meint, daß seine Machtstellung absolut sicher ist, es fürchtet die Arbeiter nicht mehr und es hält sich nach Annahme des Dawes-Plans auch international für gesichert. Die Fabrikanten und Bankiers wissen zwar noch nicht recht, wie Deutschland wirtschaftlich auf kapitalistischer Grundlage wieder hochkommen kann, denn diese Herren sind bessere Nationalökonomien als Hilferding. Aber sie wollen es versuchen, und sie gedenken es allein zu versuchen. Das ist der Sinn der Bürgerblockspareole. Die deutsche Großbourgeoisie will selbst regieren, ohne jede Verschleierung.

Warum wehren sich die Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen so leidenschaftlich dagegen, die SPD in die Regierung aufzunehmen? Dabei ist es doch klar, daß sozialdemokratische Minister der Großbourgeoisie sachlich nicht die mindesten Schwierigkeiten bereiten würden. Es liegen dafür zwei Gründe vor: Erstens hält das Großunternehmertum sich für so stark, daß es die Macht mit keinerlei Emporkömmlingen teilen will. Der zweite Grund ist ernsthafter: das deutsche Großunternehmertum hat es verstanden, bei diesen Wahlen viele Millionen Stimmen zu erhalten. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei – um nur diese drei Parteien herauszugreifen – haben zusammen 11 Millionen Wähler hinter sich. Darunter sind höchstens fünf Prozent wohlhabende Leute, das andere sind Intellektuelle, Kleinbürger, Bauern, Beamte, Angestellte und auch ein gewisser Prozentsatz von Arbeitern. Diese ganzen Massen folgen auch heute noch der schwarz-weiß-roten Demagogie. Die Rechtsparteien erhalten sich dadurch ihren Millionenanhang, daß sie vor den Massen die bestehenden Zustände scharf angreifen. Sie versprechen den Massen, sie aus dem Elend der jetzigen republikanischen Regierung wieder in bessere Verhältnisse zu bringen. Zu dieser Agitation gehört aber unbedingt die Behauptung, daß zur Zeit die nationalen Parteien nicht an der Macht sind, sondern daß jemand anders in der November-Republik regiert, und das sind die Sozialdemokraten. Daher der leidenschaftliche Kampf gegen Ebert und Severing, den die Rechtsparteien führen. Ebert und Severing haben dem Kapitalismus noch niemals weh [12] getan, aber man kann durch eine solche Agitation den Massen einreden: „Die SPD regiert jetzt, die SPD ist an allem schuld, die SPD ist die Partei der November-Republik; bessere Zustände sind nur möglich, wenn wir die SPD aus der Macht herauswerfen!“ Es stimmt zwar, daß der schwarz-rot-goldene Faschismus des Reichsbanners moderner und realistischer ist und den Bedürfnissen der deutschen Bourgeoisie im Zeitalter der Erfüllungspolitik besser entspricht als der schwarz-weiß-rote Faschismus. Aber trotz der Niederlage seines unvernünftigen Hitlerflügels ist der schwarz-weiß-rote Faschismus immer noch da. Wie der 7. Dezember zeigte, ist dieser Faschismus in Deutschland

immer noch eine Riesenmacht, denn er liefert allein das Millionenheer von Wählern und Mitläufern, mit dessen Hilfe die deutsche Großbourgeoisie die Macht im Staate ausübt.

Warum wehren sich die Demokraten und das Zentrum mehr oder minder stark gegen den Bürgerblock? Weil sie der Arbeiterschaft näher stehen, weil sie sozialpolitisch ein weiches Herz haben? Welch ein Unsinn! Es ist nicht notwendig, an dieser Stelle noch einmal die Großunternehmer aufzuzählen, die im Zentrum und in der Demokratischen Partei sitzen. Aber die Demokratische Partei wird zur Zeit wesentlich bestimmt durch die Fertigungindustrie und durch den Handel. Die Kaufleute und Fertigungsindustriellen haben einen natürlichen Gegensatz zur Schwerindustrie. Sie fürchten, daß eine rein schwerindustrielle Regierung ihnen Kohle und Eisen so verteuert und durch schärfste Zollmaßnahmen den Handel so stören würde, daß sie geschäftlich einen Rückschlag erleiden. Darum sind diese Kreise für die Große Koalition, wo sie hoffen, in den SPD-Führern einen Bundesgenossen gegenüber der Zollpolitik der Schwerindustrie zu finden. Aber bei der augenblicklichen Vertrustung Deutschlands ist die Schwerindustrie hundertmal mächtiger als die Fertigungindustrie und der Handel zusammen genommen. Das zeigte das Wahlresultat. Die Deutsch-demokratische Partei wird also weder im Guten noch im Schlimmen irgend etwas entscheiden können.

Etwas anders liegen die Verhältnisse im Zentrum. Das Zentrum wird in seiner Politik entscheidend beeinflußt nicht etwa durch die Kleinbürger um Dr. Wirth herum, sondern durch sehr klare und realistische Vertreter des Großkapitals. Diese Herren wünschen vor allen Dingen eine sichere und stabile Außenpolitik, für die ein ungetrübtes Verhältnis zur Entente erforderlich ist. Sie sind aber der Meinung, daß innerhalb der Deutschnationalen Partei das faschistische Element noch zu stark ist. Die deutschnationalen Industriellen und die realpolitischen Führer im Stile von Tirpitz und Hergt wissen zwar, was im Zeitalter der Erfüllungspolitik nötig ist, aber die Masse der deutschnationalen Wähler hat schwarz-weiß-rot gestimmt, und aus Rücksicht darauf ist die deutschnationale Fraktion zu so mancher Demonstration und Dummheit genötigt, wodurch die Kreise der deutschen Schwerindustrie gestört werden können. Der verzweifelte Kampf zwischen den Ja-Sagern (Großindustrie) und den Nein-Sagern (Faschisten) innerhalb der deutschnationalen Fraktion ist noch nicht vergessen. Aus diesem Grunde wäre es den maßgebenden Männern im Zentrum lieber, sie behielten die Deutschnationalen außerhalb der Regierung; dann können sich die Herren Abgeordneten aus den „Vaterländischen Verbänden“ in Agitationsreden austoben, ohne daß dabei die Regierungspolitik des deutsch-französischen Trusts gestört wird.

In der demokratischen wie in der Zentrumspolitik spielen dabei noch gewisse konfessionelle Momente eine Rolle. Die jüdische Fraktion der deutschen Bourgeoisie hat genau so manchmal ihre Sonderpolitik wie die katholische. Manche Zentrumskreise fürchten, daß ein deutschnationaler Innenminister in Preußen unter der hohen katholischen Bürokratie aufräumen würde, und sehr mächtige jüdische Kreise innerhalb der Demokraten haben Sorge vor einer Regierung, in der die Deutschnationalen das große Wort führen, die wenigstens in ihren Reden und Zeitungsartikeln antisemitisch auftreten.

[13] Aber all diese Schwankungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie können an der grundlegenden Tatsache nichts ändern; der 7. Dezember hat die Macht der deutschen Schwerindustrie erneut befestigt. Es wird keine Regierung möglich sein, in der nicht der Reichsverband der Industrie das entscheidende Wort spricht. Ob man nun parlamentarische oder Fachminister nimmt, ob die Deutschnationalen offiziell oder durch Horchposten in der Art des Grafen Kanitz vertreten sind, ob die Demokraten mitmachen oder nicht, oder ob man sich sogar entschließen sollte, der SPD das Gnadenbrot von 1, 2 überzähligen Ministerstellen zu gewähren: innerpolitisch bedeutet der 7. Dezember verschärfte Kurs im Sinne des Reichsverbandes der Industrie, verschärfte Ausbeutung des Proletariats, verschärfte Plünderung der Mittelschichten, um unter den ungünstigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen für das deutsche Unternehmertum einen Mindestprofit zu sichern.

Was hat nun die deutsche Arbeiterklasse gegenüber diesen innen- und außenpolitischen Auswirkungen des 7. Dezember zu tun? Außenpolitisch liegt das Zentrum der kapitalistischen Reaktion zur Zeit in London. Aber zugleich hat sich die Kraft und das Klassenbewußtsein der englischen Arbei-

terklasse außerordentlich gesteigert. Das Bündnis der englischen und russischen Arbeiter ist zur Zeit der stärkste proletarische Trumpf gegen die europäische Reaktion. Für die deutschen Arbeiter kommt es darauf an, den Anschluß an dieses Bündnis zu gewinnen. In diesem Sinne hatte die Demonstration der Berliner linken Gewerkschaftler bei der Durchreise Purcells eine weittragende Bedeutung. Wir müssen unsere Kampagne für die Gewerkschaftseinheit mit erhöhtem Nachdruck führen. Ganz besonders unter der Losung: Bündnis des russischen, deutschen, französischen und englischen Proletariats gegen den europäischen Kapitalismus und seine Helfershelfer.

Innerpolitisch muß die KPD die Führung im Kampfe gegen den Reichsverband der Industrie übernehmen. Die Kommunisten müssen im Betrieb und in der Gewerkschaft wirklich den Beweis erbringen, daß sie und nur sie allein die möglichen Interessen der Arbeiterklasse wahren. Der Kampf gegen die SPD darf nicht als Ding an sich geführt werden, sondern stets verbunden mit dem Nachweis, daß die SPD nur ein Anhängsel des regierenden deutschen Kapitalismus ist, daß die Reichsbannerpartei überhaupt nicht gegen das Kapital kämpfen kann. Gründliche und sachgemäße Arbeiterpolitik treiben, aber ohne jedes Bündnis mit den Sozialdemokraten, in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß die KPD in Deutschland heute die einzige Arbeiterpartei ist, die SPD aber eine bürgerliche Partei – das ist unsere Hauptaufgabe. Auf diese Weise werden wir die schwankenden Arbeiterschichten gewinnen, die am 7. Dezember der SPD wieder zugelaufen sind.

Darüber hinaus dürfen wir die vielen Millionen von Bauern, Angestellten, Beamten, Arbeitern und Kleinbürgern nicht vergessen, die ich am 7. Dezember für die bürgerlichen Parteien, für schwarz-weiß-rot und für das Zentrum erklärten. Hier müssen wir unsere Arbeiterpolitik erweitern zu einer nationalen Politik im bolschewistischen Sinne unter der Formel: „Kampf der gesamten werktätigen Massen unter Führung des Industrieproletariats gegen das Großkapital!“ Nicht nur allen Lohnempfängern, sondern auch den Bauern und Kleinbürgern müssen wir klarmachen, daß der Reichsverband der Industrie ihr Feind ist, und daß nur die Einheitsfront der Werktätigen diesen Feind schlagen kann.

So entwickelt sich unsere Agitation bei den Arbeitern so gut wie bei den Mittelschichten ohne weiteres zur Stellung der Regierungsfrage: An Stelle der Diktatur des Reichsverbandes der Industrie – die Diktatur des werktätigen Volkes. Unsere Genossen müssen es noch besser als bisher lernen, den Massen anschaulich zu machen, was die Diktatur des Proletariats bedeutet. Daß die Diktatur des Proletariats nicht etwa die Knechtung der Angestellten, Beamten, Bauern, Intellektuellen und Kleinbürger durch die Industriearbeiter bringt, sondern umgekehrt den Zusammen-[14]schluß all dieser Schichten gegen ihren einzigen Feind: gegen das Großkapital. Man muß nachweisen, daß eine solche Umwälzung absolut möglich ist. Unsere Referenten und Agitatoren sollen dabei keinen utopischen Zukunftsstaat malen, sondern sich in erster Linie auf den Nachweis konzentrieren, daß die Enteignung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes jederzeit durchführbar ist.

Wenn wir der ernsthaften, sachlichen, klugen Politik des Reichsverbandes der Industrie eine ebenso ernsthafte, sachliche und kluge Politik der Kommunisten zur Gewinnung und Mobilisierung der werktätigen Massen entgegenstellen, dann werden wir unseren Feind schlagen.

*

Der heutige Stand der Agrarkrise und seine politischen Auswirkungen.

Von Rudolf Gerber.

Das Verschwinden der „Schere“ infolge des verhältnismäßig ungünstigen Ernteausfalles hat nicht nur in linksbürgerlichen Kreisen, die ja stets das Vorhandensein der Agrarkrise zu leugnen bestrebt waren, sondern teilweise selbst unter Parteigenossen den Eindruck hervorgerufen, als sei die Agrarkrise damit beendet und die aus ihr gezogenen politischen Folgerungen hinfällig. Es scheint uns notwendig, etwas eingehender die ökonomischen Wurzeln der Agrarkrise zu besprechen und im Anschluß daran zu untersuchen, in welcher Weise sie bzw. ihre politischen Auswirkungen heute modifiziert erscheinen und welche Aussichten sich daraus für die Zukunft ergeben.

1. Was ist eine Agrarkrise?

Man versteht allgemein unter dem Begriff der Agrarkrise (und die Gelegenheit zur Ausbildung dieses Begriffes war für die bürgerliche Nationalökonomie schon mindestens seit Ende des vorigen Jahrhunderts gegeben) einen wirtschaftlichen Zustand, in dem aus sozialökonomischen Ursachen (also nicht etwa unmittelbar infolge schädigender Naturereignisse) die Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe durch ihre bisherigen Inhaber unmöglich, d. h. also unrentabel wird. Die Agrarkrise in diesem Sinne bildet nun durchaus nicht, wie man etwa glauben sollte, eine Teilerscheinung der „normalen“ kapitalistischen Krisen, wie sie vor dem Kriege in durchschnittlich zehnjährigen, aber immer kürzer werdenden Perioden regelmäßig auftraten. Denn diese Krisen ergeben sich aus dem Umstand, daß durch die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Tendenz zur steten Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die Warenwerte und zugleich die Profitrate derart herabgesetzt werden, daß die Kapitalverwertung auf der bisherigen Grundlage, der ökonomische Zweck der ganzen kapitalistischen Produktion, unmöglich wird. In der Krise vollzieht sich dann eben durch Zerstörung und Stilllegung von Produktivkräften die Anpassung der Warenwerte an die neuen Produktionsbedingungen und zugleich durch die infolge der Produktionsstilllegung mögliche Herabsetzung des Wertes der Arbeitskraft die neuerliche Hebung der Profitrate bis zu jenem Punkt, wo die Fortführung der Produktion wieder profitabel wird.

Dieser typische Krisenprozeß ist nun stets in der Landwirtschaft so ziemlich von allen Produktionszweigen am schwächsten ausgebildet gewesen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ein äußerst langsames war und infolgedessen auch die Widersprüche zwischen der Steigerung der Produktivkräfte und dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals nur in sehr geschwächter Form in Erscheinung treten konnten. Die normale, zyklische Krise wirkte auf die Landwirtschaft wesentlich durch die Rückwirkung der gesunkenen Konsumtionskraft für Bodenprodukte, der aber auf der anderen Seite die Preissenkung aller landwirtschaftlichen Produktionsmittel gegen-[15]überstand. Man kann für die Vorkriegszeit von eindeutigen Schwankungen der landwirtschaftlichen Konjunktur nach dem Gesamtzyklus kaum sprechen.

Die Agrarkrisen im üblichen Sinne des Wortes ergeben sich vielmehr aus einem im Kapitalismus für die landwirtschaftliche Produktion eigentümlichen Moment, nämlich daraus, daß die bisherigen Produktionsbedingungen und die dabei auf einem bestimmten Grundstück erzielbaren Ueberprofite in der Grundrente festgelegt sind. In der Agrarkrise vollzieht sich die gewaltsame Anpassung dieser Grundrente an die geänderten Produktionsbedingungen. Eine solche Aenderung tritt jedesmal ein, wenn durch Aenderungen in der Produktivkraft der Arbeit die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sich gegenüber denen der von der Industrie hergestellten landwirtschaftlichen Produktionsmittel in negativem Sinne verschieben, also eine Schere im heute üblichen Sinne des Wortes eintritt. „An sich“, d. h. abstrahiert von der Existenz der Grundrente wäre eine solche Scherenbildung noch kein Grund für die Aufhebung der landwirtschaftlichen Produktion. Sie würde einfach eine andere, zumeist extensivere Bewirtschaftungsart zur Folge haben, bei der sich ein geringeres Kapital dennoch in „angemessener“ Weise verzinsen könnte. Da aber in der Grundrente ein Teil der bei der bisherigen intensiven Bewirtschaftungsart erzielbaren Gewinne auf lange Zeit hinaus festgelegt ist (sei es in Gestalt der Pachtzinsen kapitalistischer Pächter, sei es durch hypothekarische Kapitalsaufnahmen selbstwirtschaftender Großgrundbesitzer) ist die Extensivierung der Produktion zunächst nicht möglich, d. h. es wird zunächst die Zahlung der Pacht bzw. Schuldzinsen unmöglich, und erst durch die Krise, also durch massenhafte Zwangsversteigerungen, unfreiwillige Reduktionen von Pachten usw. tritt eine Herabsetzung der Grundrente auf jenes Maß ein, unter dem wieder produziert werden kann.

Aber selbst wenn das Verhältnis der landwirtschaftlichen Produktenpreise zu denen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel unverändert bleibt und beide gleichmäßig sinken, ist die Agrarkrise unvermeidlich. Denn auch hier tritt infolge der verringerten Werte der Produktionsmittel eine Wertverminderung des vorhandenen Kapitals ein. Selbst wenn dies – wie es in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie die Regel – ganz allmählich geschieht, so wird sich doch, vorausgesetzt,

daß die allgemeine Durchschnittsprofitrate nicht gestiegen ist, auf das verminderte Kapital ein verminderter Profit und unter sonst gleichbleibenden Bedingungen auch eine verminderte Rente ergeben; es werden also wieder die oben bezeichneten Erscheinungen auftreten. Für den einzelnen Produzenten, wenn auch natürlich nicht für die kapitalistische Gesamtgesellschaft, bildet die Grundrente ein Element der Produktionskosten, das von vornherein festgelegt ist. Und eben die Lösung dieses Widerspruchs vollzog sich in den Agrarkrisen der Vorkriegszeit.

Die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft hat sich nun nur relativ langsam gehoben. Andererseits ist mit dem Industrialisierungsprozeß ein Wachstum des gesellschaftlichen Bedarfs eingetreten. Die Folge war, daß im Verhältnis zu den Preisen der anderen Waren die der landwirtschaftlichen Produkte eher stiegen als fielen. Die infolge der daher steigenden Spannung zwischen Produktionsmittel- und Produktpreisen entstehenden Surplusprofite der Landwirtschaft schlugen sich aber sofort in Form von Grundrente nieder – und sobald dann wieder ein sprunghaftes Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktivkräfte eintritt, entsteht für den Bewirtschafter eine kritische Situation: sein Surplusprofit verschwindet – aber die Grundrentenverpflichtungen laufen weiter. Mindestens ebenso wichtig ist aber ein zweites Moment: Wenn auch in der Landwirtschaft selbst rasche Steigerungen der Arbeits-Produktivität nicht vorkamen, so wurde ihre Rolle doch ersetzt durch die Fortschritte der Verkehrstechnik, die die Inangriffnahme bisher un bebauten Bodens ermöglichten und dadurch die Gesamtmenge der auf den Markt kommenden landwirtschaftlichen Produkte zeitweise in sprunghafter Weise vergrößerten. Auf die durch den verkehrstechnischen Fortschritt ermöglichte Vergrößerung der [16] Anbaufläche in Nord- und Südamerika, aber auch in Indien und selbst Rußland, ist die Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts zurückzuführen, deren Erscheinungsformen allgemeiner Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte, verminderte Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe, massenhafte Zwangsversteigerungen und Pachtkündigungen waren. Die Ueberwindung dieser Krise erfolgte durch drei nebeneinander wirkende Faktoren: 1. paßte sich eben durch) die Zwangsversteigerungen und Pachtherabsetzungen die Grundrente teilweise den neuen Verhältnissen an; 2. vollzog sich in den europäischen Ländern eine Umstellung der Produktion, einerseits im Hinblick auf die mit der Industrialisierung und dem gesteigerten Konsum der Städte eine immer größere Rolle gewinnende Viehproduktion, andererseits durch produktionstechnische Fortschritte, verstärkte Kunstdüngung usw., die in diesem Maße für die neuen, stark extensiv arbeitenden Getreideländer unmöglich war: 3. endlich wurde durch die Schutzzollpolitik den proletarischen Massen gewissermaßen eine Sondersteuer zur Erhaltung der Rentabilität der Landwirtschaft des eigenen Landes auferlegt, die eine Voraussetzung jeder imperialistischen Politik war. Der zweite und dritte Faktor konnte aber nur wirksam werden auf der Grundlage einer allgemein aufsteigenden Bewegung des Kapitalismus, die eben in den imperialistischen Ländern den Massenkonsum an hochwertigen Nahrungsmitteln hob, die verstärkte indirekte Arbeitsanwendung für die Landwirtschaft (also verstärkten Gebrauch industriell hergestellter Produktionsmittel bei unveränderter Arbeiterzahl in der Landwirtschaft selbst) möglich machte und zugleich durch die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft der imperialistischen Länder es erst möglich machte, ihnen, ohne schwere politische Konsequenzen, den Zolltribut abzunehmen.

Von Agrarkrisen in diesem Sinne kann man aber eigentlich für die Landwirtschaft nur insoweit sprechen, als sie kapitalistisch betrieben wird, also eine Grundrente in modernem Sinne auftritt. Für einen großen Teil der europäischen Landwirte ist dies bekanntlich nicht der Fall. Der Grund und Boden, sowie die sonstigen Produktionsmittel spielen für die selbstarbeitenden Betriebsinhaber nur die Rolle des Arbeitswerkzeugs des Warenproduzenten. Der Betrieb wird nicht geführt zur Erzielung von Durchschnittsprofit und Grundrente, sondern zur Verwertung der eigenen und der Familie Arbeitskraft. Der Kleinbetrieb hält sich trotz geringerer Produktivität der Arbeit neben dem kapitalistischen Großbetrieb eben durch seinen Verzicht auf die Grundrente und einen meist sehr großen Teil des Profits konkurrenzfähig. Auf diese Betriebsform die kapitalistische Kategorie der Grundrente anzuwenden wäre entschieden etwas durchaus Künstliches^{*)} – obwohl es leider vielfach ge-

^{*)} Man kann davon höchstens in dem Sinne sprechen, daß durch die Verminderung der auf dem kleinbäuerlichen Betrieb „an sich“, d. h. bei moderner kapitalistischer Bewirtschaftung erzielbaren Grundrente sein Existenzraum insofern

schiebt. Die Verwirrung wird um so größer, als dieselben Ursachen, die eine allgemeine Agrarkrise hervorrufen, auch für diese Betriebe kritische Erscheinungen zur Folge haben, die aber ökonomisch ganz anderer Art sind. Da keine Grundrente abzuführen ist, spielt sie selbst keine Rolle als Hindernis einer ökonomisch etwa notwendig werdenden Extensivierung der Produktion: da aber der Umfang dieser kleinbäuerlichen Wirtschaften so eng begrenzt ist, daß nur bei der gegebenen höchstmöglichen Intensität der Unterhalt der Bauernfamilie erwirtschaftet werden kann, so bedeutet die Unmöglichkeit der weiteren intensiven Bewirtschaftung sogleich auch die Unmöglichkeit der Fortführung der kleinbäuerlichen Betriebe: der Boden wird, wenn die Bewegung der „Schere“ stark genug ist, in die Hand von kapitalistischen Großbetrieben übergehen, die extensiv wirtschaften können. Ist diese Bewegung weniger stark, so wird doch der Teil des Mehrwertes, der dem Produzenten noch zufiel, noch [17] weiter vermindert und dieser so, wenn nicht unmittelbar proletarisiert, so doch in seiner Lage als „selbständiger“ kleinbäuerlicher Produzent der des Lohnarbeiters angenähert werden.

Tatsächlich hat sich, wie allgemein bekannt, parallel mit der Agrarkrise der kapitalistischen Großbetriebe in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auch eine starke Senkung der Preise der kleinbäuerlichen Wirtschaften vollzogen. Auch hier ist in der Zeit unmittelbar vor dem Kriege eine Entspannung eingetreten, aber sie war offenbar auf ganz andere Momente zurückzuführen, als bei den kapitalistischen Betrieben, denn eine Herabsetzung der von den Besitzern zu zahlenden Grundrente kommt hier in den allermeisten Fällen kaum in Frage. (Auch die Zwangsversteigerungen überschuldeter Güter spielten bei kleinbäuerlichen Betrieben eine weit geringere Rolle als bei den groß-agrarischen). Die Anwendung produktionstechnischer Fortschritte wird durch die allgemeine Rückständigkeit der Kleinbauern stark verzögert, und die Schutzzölle brachten, wie ja wohl nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, den Kleinbauern mehr Schaden als Nutzen. Die Erholung der kleinbäuerlichen Betriebe wurde vielmehr nur dadurch ermöglicht, daß mit der fortschreitenden Industrialisierung und der steigenden Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft in den imperialistischen Ländern die Voraussetzung für eine Umstellung der Wirtschaft auf intensive Viehproduktion geschaffen wurde, wofür die Bedingungen der Kleinbetriebe bekanntlich besonders günstig sind. Diese Tendenz überkompensierte das an sich durch die Agrarkrise hervorgerufene Bedürfnis nach Extensivierung – aber es ist hier noch klarer, als bei den kapitalistisch wirtschaftenden Betrieben, daß die aufsteigende Bewegung des Gesamtkapitalismus die grundlegende Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise bildete.

In dem zweiten Fall, den wir oben besprochen haben, d. h. bei gleichmäßigem Sinken der landwirtschaftlichen Produkten- und Produktionsmittelpreise bleibt die Lage des kleinbäuerlichen Warenproduzenten, für den es keine Grundrente gibt, an sich unverändert. Sie wird nur dann – in diesem Falle natürlich sehr schwer – betroffen, wenn durch Verschuldung das Gut in der Höhe der erzielbaren Grundrente belastet war.

Es handelt sich also bei den kleinbäuerlichen Betrieben um eine ökonomisch von der eigentlichen Agrarkrise, der Anpassung der Grundrente an neue Produktionsbedingungen, durchaus verschiedene Erscheinung, nämlich um nichts anderes, als den normalen Konzentrations- und Proletarisierungsprozeß im marxistischen Sinne, nur daß er infolge der Möglichkeit der Kleinbauern, auf den erzielbaren Mehrwert zu verzichten und sich so auf der Scholle zu halten, etwas andere Formen annimmt, die aber auch beim Kleinbürgertum vorkommen. Auch politisch sind die beiden Erscheinungen offenbar grundverschiedener Art: im ersten Falle haben wir eine Auseinandersetzung innerhalb der besitzenden Klassen über die Verteilung des erzielten Mehrwertes: im zweiten handelt es sich um die Proletarisierung bisheriger Mittelschichten, deren Widerstand dagegen – so objektiv konterrevolutionär er in nicht akut revolutionären Perioden wirken muß – in einer unmittelbar revolutionären Situation mit dem Befreiungskampf des Proletariats koordiniert werden kann.

vermindert wird, als er eben bei größerer „Grundrente“ durch Verzicht auf diese Grundrente sich trotz geringerer Arbeitsproduktivität erhalten konnte.

II. Die Wurzeln der Krise in der Nachkriegszeit.

Eine Betrachtung der Erscheinungen der letzten Agrarkrise zeigt, daß sie nur in gewissen Aeußerlichkeiten mit der der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Parallele gestellt werden kann. Von einer Senkung des Wertes der landwirtschaftlichen Produkte durch Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft selbst oder im Transport der Bodenprodukte kann gar nicht die Rede sein: Die Hektarerträge haben noch immer nicht den Vorkriegsstand erreicht, und die Erweiterung der Anbaufläche in den Vereinigten Staaten und Kanada um etwa 19 Millionen Hektar wird durch den entsprechenden Rückgang in Rußland zumindest kompensiert. Auch die Steigerung des Weizenexports Nordamerikas um etwa 55 Millionen Zentner wird zumindest ausgeglichen durch den [18] Rückgang in Osteuropa, sowie durch den Umstand, daß Japan mit seiner Industrialisierung immer stärker zum Weizen-Importland wird. In einer gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion können also die Ursachen der letzten Agrarkrise nicht liegen.

Die Ursachen der „Schere“, die in ihrer scharfen Ausbildung eben die Agrarkrise der Nachkriegsjahre charakterisiert, können nur in den allgemeinen Rückwirkungen der Zerstörung von Produktivkräften in den Kriegsjahren gesunden werden. Als erstes Moment ist dabei der Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Zerstörungen der Kriegsjahre weit mehr die Produktivkräfte der Industrie, als die der Landwirtschaft getroffen haben (dies gilt natürlich nur im großen Maßstabe, nicht für alle einzelnen Gebiete). Die notwendige Folge ist eine größere Verminderung der Produktivität der Arbeit, also größere Wertsteigerung in den industriellen Produkten gegenüber der Landwirtschaft. Dazu tritt als zweites Moment der relativen Wertverminderung der Bodenprodukte der Rückgang des gesellschaftlichen Bedarfs infolge der Senkung der Lebenshaltung der breiten Arbeitermassen: Nach den Angaben des Genossen Varga ging der Brotgetreideverbrauch für die Hauptzuschußländer Westeuropas von 444 Millionen q im Durchschnitt des letzten Vorkriegsjahres auf 364 Millionen q im Durchschnitt der Nachkriegszeit zurück, während die Bevölkerung der beobachteten Länder sich sogar ein wenig vermehrt hat. Auch hier steht zwar eine Steigerung des Verbrauchs in Nordamerika (U. S. A. und Kanada) um 30 Millionen q gegenüber, aber die Gesamtbilanz bleibt passiv und drückt sich in verringerter Nachfrage nach den Bodenprodukten aus. Noch viel mehr als für Getreide würde sich diese Erscheinung, wenn wir genaues statistisches Material besäßen, bei hochwertigen Nahrungsmitteln, vor allem Viehzuchtprodukten, bemerkbar machen. Die hierzu in scheinbarem Widerspruch stehende Tatsache, daß die letzteren von der Schere weniger betroffen wurden, als das Getreide, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das zuerst erwähnte Moment sich hier in umgekehrter Weise geltend machte: wenn die unmittelbar der Pflanzenzucht dienenden Produktivkräfte in der Kriegszeit weniger geschädigt wurden, als die der Industrie, so gilt für den Viehbestand eher das Gegenteil.

Als drittes verursachendes Moment kommt für die „Schere“ noch die in der Industrie in den letzten Jahren weit fortgeschrittene Kartellierung in Betracht, der bisher in der Landwirtschaft überhaupt nichts Aehnliches entgegenzusetzen war. Die Folge mußte naturgemäß ein Abweichen des Austauschverhältnisses zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Produkten von den Wertverhältnissen zuungunsten der Landwirtschaft sein.

In ihren Auswirkungen auf die Produzenten hat die „Schere“ nur sehr teilweise eine Analogie mit der Agrarkrise des vorigen Jahrhunderts aufzuweisen gehabt. Maßgebend dafür war vor allem der Umstand, daß in den Inflationsländern die bisherige Grundrentenbelastung schon vor dem Eintreten der Schere annulliert oder doch wesentlich reduziert war. Massenhafte Zwangsversteigerungen, Nichtzahlung von Pachten usw., mit einem Wort: Herabsetzung der Bodenrente unter Ablösung der bisherigen Bewirtschafter durch neue, ist darum nur in den Vereinigten Staaten aufgetreten: In Europa haben wir als Hapterscheinung für die kapitalistischen Großbetriebe nur eine Senkung der Rentabilität, die allerdings mitunter (besonders, wo hohe Steuerlasten vorlagen) bis nahe an den Nullpunkt ging. Für die kleinbäuerlichen Betriebe ist dagegen die Krise eher schwerer gewesen, als die früheren: Ihre Verschuldung, die in der Inflation annulliert werden konnte, war nicht besonders groß, und vor allem traf sie die „Schere“ unmittelbar um so schwerer, als das Preisverhältnis ihrer geringen Marktproduktion zu den von ihnen benötigten Industrieprodukten für sie na-

türlich eine relativ größere Rolle spielt. Dazu kommen noch die Wirkungen der Inflation, denen sich die über kapitalistische Beziehungen verfügenden Großagrarier leichter entziehen konnten.

Wir sahen denn auch tatsächlich in den letzten Jahren einen völlig veränderten Charakter der agrarischen Bewegung, der von dem früheren wesentlich abwich: In der Krise von 1880 bis 1900 waren die landwirt-[19]schaftlichen Großbetriebe die unmittelbar betroffenen. Andererseits war es unter den damals gegebenen relativ stabilen bürgerlichen Machtverhältnissen für sie ohne weiteres möglich, durch ihre eigene Kraft wirtschaftspolitische Konzessionen des Industriekapitals, die doch im wesentlichen auf Kosten des Proletariats gingen, zu erzielen. Die Unterstützung, die sie durch Massenmobilisierung der kleinen und mittleren Bauern suchten und fanden, spielte daneben eine relativ sekundäre Rolle. In der Agrarkrise der Nachkriegszeit sind ebenfalls die Großbetriebe die führenden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Agrarier fast überall die Führung der Bauernorganisationen in ihre Hand zu bringen verstanden. Aber infolge der allgemeinen Erschütterungen, der größeren Labilität der allgemeinen Verhältnisse und der gesteigerten Widerstandskraft des Proletariats war für die Erfolge oder Nichterfolge einer agrarischen Bewegung jetzt ausschlaggebend das Vorhandensein eines breiten Massendrucks. Und der konnte nur kommen vonseiten der mittel- und großbäuerlichen Elemente, die einerseits für den Markt produzieren und darum durch die niedrigen Preise ihrer Produkte unmittelbar betroffen werden, andererseits eben infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke eine ausgleichende politische Basis für die an sich schwache kapitalistisch wirtschaftende Schicht bilden. Daher die starken periodischen Schwankungen der agrarischen Bewegung je nach der momentanen Aenderung der Lage der Bauernmassen, die hinter ihr stehen. (Am deutlichsten trat dies vielleicht zutage in dem raschen Ansteigen und plötzlichen Erschlaffen der politischen Machtbewegung der deutschen Agrarier im Oktober/November 1923.) Das Aktionsziel ist zwar durch die großagrarische Führung fest gegeben, aber die Kraft, mit der es verfolgt wird, bildet eine unmittelbare Funktion des Bewegungszustandes der bäuerlichen Massen.

Unter den Bedingungen der „Schere“ waren aber auch die Voraussetzungen für eine Festhaltung der kleinbäuerlichen Bewegung unter großagrarischer Führung besonders günstig: die Möglichkeit, einen Ausweg aus der kritischen Lage durch Erzielung einer Preissteigerung ihrer Produkte zu erlangen, mußte den Kleinbauern, soweit sie überhaupt etwas auf den Markt bringen, leicht einleuchten. Zugleich zwang die allgemeine Situation dieser Periode, die Notwendigkeit, hinter ihre eigenen Forderungen einen bäuerlichen Massendruck zu stellen, sowie die allgemein-politischen Ziele, deren Erkämpfung sich die Agrarier damals unmittelbar zum Ziel setzten, sie von vornherein dazu, die Gegensätze gegenüber den kleinen und mittleren Bauern in den Hintergrund treten zu lassen, und ihre politische und wirtschaftliche Stoßkraft vor allem gegen die städtische und ländliche Arbeiterschaft zu richten. Ebenso war die Periode der Inflation für die Belebung starker Kleinbauern-Bewegungen mit der Forderung nach Bodenausteilung, Pächterlaß usw. naturgemäß ungünstig.

(Fortsetzung folgt.)

*

Das wirtschaftliche Wachstum und das Problem des Arbeiter- und Bauernblocks.*)

Von N. Bucharin.

Die neue Phase unserer Entwicklung wird durch unser Wachstum charakterisiert. Dies ist der kennzeichnende Zug der „augenblicklichen Lage“ im weitesten Sinne des Worts. Wir haben ein außenpolitisches Wachsen der Union (Anerkennung Englands, Frankreichs usw.); offensichtlich ist die Festigung unserer Industrie (Zunahme der allgemeinen [20] Produktion um 30 Prozent für das laufende Jahr), und Landwirtschaft (ein Ueberschuß der Produktion der technischen Kulturen von 19 Prozent, bei einer Verminderung der Kornerzeugung um 6 Prozent; Vergrößerung der Anbaufläche; Zunahme des Viehbestandes usw.; Vergrößerung des Warenteils der bäuerlichen Produktion); die Verbesserung des Transportes; die Durchführung der Geldreform

*) Dieser Artikel des Gen. Bucharin erschien russisch in Heft 14 der Zeitschrift „Der Bolschewik“. Zur Ergänzung verweisen wir auf die kritische Auseinandersetzung des Gen. Bucharin mit den Theorien des Genossen Preobraschensky; deutsch erschienen in der Inprekorr. Nr. 167 vom 23. Dezember 194. Die Schriftleitung.

(der die liquidatorisch gestimmten „Zweifler“ ein Fehlschlagen prophezeiten); der Anfang einer geordneten Lage des Staatsbudgets (Liquidierung der Emissionssteuer und des Defizits, das durch sie gedeckt wurde); das Wachstum des staatlichen und genossenschaftlichen Handels und der Beginn einer Verdrängung des Privathändlers nicht durch die Wirkung administrativer Maßnahmen, sondern vermittels des Wirtschaftskampfes, d. h. in erster Linie durch wirtschaftliche Konkurrenz, dann aber, hierauf gegründet, auch durch planmäßige Regulierung. Die Linie des Aufschwungs ist scharf und deutlich zu erkennen. Und von dieser Grundtatsache unserer Wirklichkeit muß man ausgehen bei der Analyse der Lage und bei der Ausarbeitung unserer praktisch politischen Richtlinien.

1. Wirtschaftlicher Aufschwung und Klassengegensätze.

Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und das Wachstum der ganzen Volkswirtschaft gehen bei uns in widersprechenden Formen vor sich und bergen deswegen Gefahren von einem neuen Typus in sich.

Wir wollen hier nicht von den Gefahren sprechen, die aus dem Wachstum des Privatkapitals fließen. Diese Frage ist klar genug und wird von der ganzen Partei erkannt. Bedeutend weniger bewußt ist man sich der anderen Frage: nach dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Staatsindustrie und der Bauernwirtschaft, der Frage nach dem Arbeiter und dem Bauer als den sozialen Trägern dieser ökonomischen Kategorien, der Frage ihres Bündnisses (aber nicht „im allgemeinen“, sondern gerade jetzt unter den neuen sich bildenden Bedingungen). Hier sind vor allem folgende Punkte anzuführen:

1. Die neue Bourgeoisie hat sich noch nicht genug entwickeln können, um im Bewußtsein der Bauern ihren Ausbeutercharakter zu offenbaren. Der Staatsindustrie und besonders dem Staatshandel ist es ihrerseits noch nicht gelungen, sich so zu entfalten, daß sie die neue Bourgeoisie wirtschaftlich zu entlarven vermöchten (d. h. überall billiger zu verkaufen als der Privatunternehmer, -kaufmann oder -krämer). Deswegen haben die Bauern sich noch nicht für den Staatshandel und die Genossenschaft gegen den Privatvermittler ausgesprochen. Hier geht vorläufig noch der Kampf weiter.

2. Die Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Bauern haben sich enthüllt, wobei bisher das Moment des Gegensatzes häufig überwiegt gegenüber dem der Gemeinschaft. In der Tat, wo zeigt sich der Unterschied der unmittelbaren Interessen der Bauern und der Arbeiter am schärfsten? Im Gebiet des Kampfes um die Brotpreise (wenn der Arbeiter verkauft, so kommt dazu der Kampf um den Preis der Industrieprodukte). Der Unterschied der unmittelbaren Interessen, sogar ihr Gegensatz erweist sich vor allem als Gegensatz der Interessen von Käufer und Verkäufer (vergl. z. B. die Frage der „Höchstpreise“).

3. Das Wachsen der Produktivkräfte bedeutet ein Wachsen der Warenmengen auf dem landwirtschaftlichen Markt. Infolgedessen erwächst gerade daher das Bewußtsein des Gegensatzes der unmittelbaren Interessen, das Bewußtsein dessen, was beide Klassen trennt, während ein Bündnis zwischen beiden die unumgängliche Voraussetzung jeder weiteren Entwicklung „auf dem neuen Wege“ darstellt. Mit anderen Worten: das Wachsen der Volkswirtschaft birgt in sich die Möglichkeit (genauer: ein gewisses Moment einer solchen Möglichkeit) zu einer Spaltung zwischen den werktätigen Klassen der Sowjetgesellschaft.

[21] Also: früher erwachsen die Reibungen innerhalb des Arbeiter- und Bauernblocks auf dem Boden der wirtschaftlichen Verarmung und nahmen ihre Form an. (Gereiztheit und Unzufriedenheit, Requisitionen usw.); jetzt ist die Rede von der Unzufriedenheit, die in Verbindung steht mit der wirtschaftlichen Kräftigung, der zunehmenden Warenmenge auf dem landwirtschaftlichen Markt.

Wie ist diese Seite der Sache ideologisch zu formulieren? (Wir berühren vorläufig nur die wirtschaftliche.)

Von Seiten der Arbeiter (die nicht die dauernden und allgemeinen Interessen verstehen und nur die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse im Auge haben) sehen wir folgende Reihe von Thesen auftreten: Wir sind politisch stark geworden, haben die Industrie (unsere) über den toten Punkt bewegt, kämpfen für die „Diktatur der Industrie“; wir brauchen „dem Dorf keine Zugeständnisse“ zu machen. Wir müssen von den Bauern nehmen, soviel nur möglich ist, zum Heil der proletarischen Industrie. Ein Anpassen an den Bauernmarkt ist Narodniktum usw.

Von Seiten der Bauern geht die entgegengesetzte Tendenz aus: die Stadt plündert uns aus, die Arbeiter arbeiten wenig, wir, die Bauern, ernähren die Stadt und ihre Arbeiter; man muß ein wenig auf die Arbeiter drücken, in erster Linie vermittlels hoher Brotpreise (wir wiederholen, wir lassen vorläufig die Analyse der politischen Formulierung derselben Erscheinung beiseite).

Auf diese Weise können beide Seiten eine Tendenz zur Sprengung des Blockes entwickeln, zu einer Sprengung, die für beide verderblich wäre. Es versteht sich von selbst, daß die größere Gefahr des Bruches von seiten des Dorfes kommt. Andererseits liegt die größere Verantwortung bei der leitenden Kraft des Blockes, d. h. bei der Arbeiterklasse.

2. Die Wirtschaftshegemonie als brennende Tagesfrage.

Wir haben an anderem Orte gezeigt (s. Artikel gegen R. Luxemburg und Tugan-Baranowski in der Zeitschrift „Unter der Fahne [Banner] des Marxismus“), daß die Theorie der Unabhängigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses vom Absatzmarkt sich als reiner Unsinn erweist. Aber der Absatzmarkt unserer Industrie ist, wie sich gezeigt hat, ein weitgehend bäuerlicher Markt, das darf man nicht aus den Augen verlieren! Vor dem Kriege wurden 40 Prozent der ganzen industriellen Produktion und 60 Prozent der Fabrikate auf dem ländlichen Markt realisiert (dies trotz dem Umstande, daß der Zarismus die „Expansion des Kapitals“ verwirklichte!). Man darf auch diese „Kleinigkeit“ nicht vergessen: der Sturz des Zarismus hatte ja seine tiefste Begründung im Gegensatz zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der geringen Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, was der Zarismus durch äußere Eroberungen zu kompensieren versuchte. Denen, die unsere Politik als „narodnikisch“ betiteln, würde es nichts schaden, sich diese Anfangsgründe des Marxismus in ihrer Anwendung auf die Analyse der sozialökonomischen Widersprüche des Zarenreiches in Erinnerung zu bringen. Die Vorwürfe des „Narodniktums“ oder der bauernfreundlichen Abweichung sind abgeschmackt und rein theoretisch. Die Narodniki behaupteten ja, daß die Akkumulation überhaupt unmöglich ist ohne „dritte Personen“ (z. B. die Bauern). Diese Annahme ist falsch. Doch damit ist eine andere Frage nicht zu vermengen, nämlich: Wenn ein System ökonomischer Beziehungen gegeben ist, in dem die Industrie schon auf den bäuerlichen Markt hin arbeitete, in dem sie nicht ohne Verbindung mit diesem Markt sein kann, so müssen notwendig die Industriekonjunktur, das Tempo der Akkumulation usw., vom Wachstum der Produktivkräfte der Dorfwirtschaft abhängen. Der Umstand, daß die Proletarisierung der Bauernschaft auch einen „inneren Markt“ für den Kapitalismus schafft (das hat Lenin in der „Entwicklung des Kapitalismus“ trefflich gezeigt), ändert nicht das Geringste an dieser Lage, denn die Proletarisierung muß man unterscheiden von der einfachen Verarmung (Pauperisierung), der [22] Gleichheit in der Armut. Der Typus der ersteren sind die Vereinigten Staaten! Der Typus der zweiten ist Irland, zum Teil das zaristische Rußland und Indien. In Verbindung damit stand das schnelle Tempo der Kapitalanhäufung in den Vereinigten Staaten, das langsame in Irland. An der relativen Enge des inneren Marktes ist der Zarismus zusammengebrochen.

Indessen haben diese einfache Wahrheit bis in die letzten Zeiten viele nicht verstanden, wenn auch dieses Nichtverstehen, dieser verdamnte Tugan-Baranowskismus, sich unabwendbar als verderbliche Politik bezüglich der Volkswirtschaft der Union und politisch in bezug auf die Sowjetherrschaft offenbarte.*)

*) Vgl. z. B. den Artikel von Schirkowitsch „Fassungskraft des Marktes und Preise“ (Soz. Wirtsch. 1924, Nr. 1, S. 215 ff. – russisch).

Wer das Problem der Produktion und des Zusammenhanges zwischen Staatsindustrie und Landwirtschaft ausschließlich vom Gesichtspunkte des Kampfes um hohe Preise aus betrachtet, d. h. um die Teilung der gegebenen nationalen Einkünfte, der kann niemals – das kann man im voraus sagen – das Problem lösen, denn er kann es nicht einmal richtig stellen.

Soweit Kommunisten diese Frage so stellen, haben wir im besten Falle Ueberbleibsel des Kriegskommunismus vor uns, den Bedarfs- und Verteilungsstandpunkt (die Verteilung des schon Vorhandenen, schon Produzierten, und die volle Unbekümmertheit gegenüber dem zukünftigen Produktionsprozeß), oder im schlimmsten Falle einen eigentümlichen Trade-Unionismus, eine Zünftlerei, die die engen und unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse wahrt und die allgemeinen Interessen, d. h. den Kommunismus verrät (davon später).

Betrachten wir diesen Standpunkt genauer. Welches ist sein Fehler? – Er sieht nicht das Ganze, nicht die gesamte Volkswirtschaft, und deswegen versieht er die gegenseitige Abhängigkeit und Bedingtheit ihrer Teile nicht. Mit anderen Worten: er sieht ihre Dynamik nicht, sondern nur ihre Statik. Wenn sich die Aufgabe auf eine einmalige Teilung eines ein für alle mal gegebenen Mehrproduktes zwischen Arbeitern und Bauern beschränkte, so bestünde die „wahre Arbeiterpolitik“ darin, den Maximalteil dieser Einkünfte zu bekommen. Dann aber wäre weder von der Produktion oder der Entwicklung zum Kommunismus, noch von dem Block der Arbeiter und Bauern die Rede.

Die Wirklichkeit diktiert uns andere Voraussetzungen, andere Ziele, andere Aufgaben, andere Linien.

Auf den Schultern der Arbeiterklasse lastet jetzt die Sorge für die Volkswirtschaft und die Sicherung der richtigen (d. h. kommunistischen) Marschrichtung für sie. Nicht von der Teilung des Gegebenen mit größtem Nutzen ist die Rede, sondern von der Erhöhung der Produktion und damit von der dauernden Erhöhung des damit verbundenen „Anteils“ am Mehrprodukt.

Der abgeschmackte, enge, zünftlerische, „industrielle“ Gesichtspunkt hat sich (sollte man meinen) in genügendem Grade bei der Herbstkrisis des vergangenen Jahres den Schädel eingerannt. Haben sich etwa unsere Industrieorganisationen nicht bemüht, „zum größtmöglichen Vorteil“ der Industrie möglichst viel aus dem ländlichen Verbraucher herauszuholen? Und was geschah? Nachdem sie ein- oder zweimal sehr viel erhalten hatten (für eine kleine verkaufte Warenmenge), verrannten sie sich in eine Sackgasse: der Markt verengte sich, die Absatzkrisis faßte die Industrie an der Kehle, der Produktionsprozeß stockte. Man brauchte bloß auf die Preise zu drücken und es zeigte sich, erstens, daß die Industrie sich viel schneller zu entwickeln begann und die Nachfrage das Angebot überholte; zweitens, daß die Gewinne für die Industrie ganz und gar nicht verschwanden; drittens, daß das Tempo der Akkumulation zunahm; viertens, daß gleich-[23]zeitig die Landwirtschaft sich schneller entwickelte, daß also fünftens als Ergebnis ein wirtschaftlicher Fortschritt auf der ganzen Linie eintrat.

Dabei fanden sich trotzdem kluge Leute, die schrieben: „Die Hebung des Preisniveaus der landwirtschaftlichen Produkte ... erweitert nicht die allgemeine Fassungstraft des Marktes für Industrieprodukte und kann sie nicht erweitern“ (a. a. O., Seite 21).

Nun ist also vollständig klar, worum es sich handelt. Die ganze Kunst der ökonomischen Politik besteht darin, daß man die Faktoren der Produktion zur Wirksamkeit zwingt („mobilisiert“), die unter dem Scheffel stehen, als „totes Kapital“. Dies ist die Kernfrage, aber keinesfalls die Verteilung des schon Vorhandenen als einzige Ausgabe. Im Gegenteil: die „Verteilung“ selbst, d. h. das Problem der Zuteilung, muß den Interessen der Produktion untergeordnet werden, denn nur dann wird das damit verbundene Mehrprodukt wachsen und nur dann wird man das Lebensniveau der Arbeiter wie der Bauern heben können.

Aber man kann die verborgenen Energievorräte nicht mobilisieren, indem man den inneren Markt der Industrie beschneidet. Deswegen mußte man auch im Herbst vergangenen Jahres mit der Herabsetzung der Preise beginnen: anders war es Unmöglich, „die Produktion zu erhöhen“.

Einige Genossen aber schrieben: „Der Ausweg aus der vorliegenden Lage besteht nicht in einer Preisherabsetzung, sondern in der Vergrößerung der Produktion“ (Sultan Sade: „Das Problem der Absatzkrisis“. Ebenda S. 212). Als ob man „die Produktion erhöhen“ könnte, wenn man nicht einmal das Vorhandene realisieren kann! Auch hier dieselbe Vorstellung: die Leute verstehen nicht, daß oft die ganze Frage darin besteht, die gebundenen Elemente der Wirtschaft zu mobilisieren, in Bewegung zu setzen, ihnen Einfluß auf einander zu sichern, ihre Wechselwirkung zu ermöglichen, die dann wieder ein Wachsen der Produktionskräfte zur Folge hat, somit auch ein Zunehmen des Mehrproduktes und folglich ein absolutes Wachsen des „Anteils“ beim „Teilen“. Hierin besteht zu einem beträchtlichen Teil der Sinn der „neuen ökonomischen Politik“.

Es ist interessant, hierbei festzustellen, daß bei uns die objektiven Bedingungen des Produktionsoptimismus mit den dauernden Interessen der leitenden Klasse, des Proletariats, zusammenfallen. Dies war nicht der Fall vor der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse. Vor der Machtübernahme bestand das dauernde und allgemeine Interesse der Arbeiterklasse nicht darin, die Einheit der Gesellschaft zu unterstützen und ihre Gegensätze auszugleichen, sondern darin, diese Gesellschaft zu zerstören. Deswegen erwiesen sich alle Lamentationen der „über den Klassen stehenden“ Theoretiker in der Art P. P. Maslows, ihre Aufrufe, die objektiven Interessen der Volkswirtschaft zu wahren, der Klassenselbstsucht zu entsagen, die soziale Einigkeit zu stützen und sicherzustellen usw., unter den Bedingungen der revolutionären Epoche immer und unausweichbar als leere Phrasen von Opportunisten. Vollständig anders steht die Frage in der Periode, in der die Industrie in den Händen der Arbeiterklasse und die politische Struktur die Diktatur des Proletariats ist usw. Unter dieser Voraussetzung fällt das allgemeine und dauernde Interesse des Proletariats mit den Bedingungen der Erzeugung eines Maximums von Produkten zusammen auf der Grundlage der in der Sozialisierung begriffenen Produktionsbedingungen.

Wenn man also die Aufnahmefähigkeit des landwirtschaftlichen Marktes ins Auge faßt und sich um ihre Hebung usw. bemüht, so bedeutet dies nicht ein Zurückweichen aus der Klassenposition der Proletariats: im Gegenteil, dies heißt, die allgemeinen und dauernden Interessen in den Vordergrund stellen und von ihnen ausgehen. Wer anders verfährt, der verteidigt, so wie die Sache liegt, einen zünftlerischen, opportunistischen Standpunkt, der nicht nur zum Bruch mit der Bauernschaft führt, sondern [24] nach einiger Zeit auch die Entwicklung der Industrie in eine Sackgasse treibt, in der sie unweigerlich wird straucheln müssen, nachdem sie an den verengten landwirtschaftlichen Markt angerannt ist.

Die Frage hat noch eine andere, auch in höchstem Maße prinzipielle Seite. Die revolutionäre Arbeiterklasse, die die Diktatur verwirklicht hat, predigt keineswegs die ewige Herrschaft des Proletariats. Sie stellt sich die Abschaffung der Klassen zur Aufgabe. Mit anderen Worten: sie führt jederzeit eine Politik, die sich bestrebt, das Bauerntum zu sich emporzuheben, es wirtschaftlich und kulturell zu bearbeiten, es aufzulösen – ebenso wie sie sich selber – in einer klassenlosen Gesellschaft. Das ist natürlich noch „Zukunftsmusik“. Aber dahin gehen die Bestrebungen des revolutionären Arbeiters. Im Gegensatz hierzu wird der Trade-Unionist, der Zunftmensch, der Opportunist unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur in der Landwirtschaft nur seinen inneren Kolonialmarkt sehen, wobei die Herrschaft des Proletariats als Klasse ewig sein soll. Ein solcher „Standpunkt“ hat selbstverständlich mit Marxismus und Leninismus nichts gemein.

Kehren wir nun zu einer konkreteren Fassung der Frage zurück. Die Arbeiterklasse soll also die Wechselwirkung der wirtschaftlichen Faktoren und Kräfte sichern. Von diesem Gesichtspunkt muß man auch die speziellen Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik betrachten. Bei all dem kann selbstverständlich nur die Rede sein von Maßnahmen, die in der Linie des relativen Wachstums der sozialistischen Elemente des Wirtschaftssystems liegen. Die Entfesselung entgegengesetzter Kräfte wird nur als Mittel angesehen (daher dürfen auch dem ausländischen Kapital keine beherrschenden Stellen gegeben werden, obwohl die Produktionskräfte „überhaupt“ dadurch wachsen würden, unter Umständen sogar schneller).

Nehmen wir die Frage des Protektionismus und der Einfuhr fremder Waren. Stellen wir einmal die Frage nach der Einfuhr von Traktoren.

Die allereinfachste, „wirklich arbeiterfreundliche“, „proletarische“, „industriediktatorische“ Beurteilung wäre etwa: Traktoren dürfen nicht eingeführt werden, denn dies richtet unseren Traktorenbau zugrunde und unterbricht die Entwicklung unserer eigenen Metallindustrie. Gebt uns ebensoviel Geld, und wir werden fast gerade so viele Traktoren bauen. Wenn man euch aber im Ausland Kredit gibt, so dürfen doch keine Traktoren eingeführt werden: unsere Traktorenfabriken dürfen nicht im Keime erstickt werden.

Ist eine solche Argumentierung richtig? Keinesfalls. Denn sie ist zu einfach. Einfachheit ist aber hier wirklich schlimmer als Diebstahl. Nehmen wir an, die wirkliche Nachfrage nach Traktoren werde durch die Summe von 5000 dargestellt und bei den gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten könnte unsere eigene Industrie nur 1000 liefern. Nehmen wir weiter an, das Ausland gebe uns auf Kredit so viel Traktoren, wie wir wollen, 4000. Können wir sie einführen?

Gewiß. Wir können nicht nur, sondern sollen es auch. Denn dadurch ändern wir das ganze Tempo der gesamten Wirtschaftsentwicklung und folglich auch der Industrie.

Was bewirkt der eingeführte Traktor? Er vergrößert sofort die landwirtschaftliche Produktion: dies bedeutet eine Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, ein Steigen der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen (sowohl nach Gebrauchs- als auch nach Produktionsmitteln), eine Zunahme des landwirtschaftlichen Exports; die Traktoren selbst erzeugen Nachfrage nach einer Reihe von Industrieprodukten, z. B. nach Petroleum. Die vergrößerte Nachfrage nach Petroleum ihrerseits macht sich in einer Reihe anderer Zweige bemerkbar, die mit der Petroleumindustrie verknüpft sind usw. Und schließlich erzeugt all dies eine erneute Nachfrage nach Traktoren. Denn die allgemeine Hebung der Landwirtschaft, des Exports usw. erweitert immer schneller den Umfang [25] dieser Nachfrage. Vollständig abgeschmackt ist die Ansicht von einer Unveränderlichkeit der Nachfrage und ebenso von einem unveränderlichen Tempo der Akkumulation. Mit anderen Worten: die Basis für den heimischen Traktorenbau wird keineswegs zerstört, und man muß sich bloß rechtzeitig dranmachen und seine Produkte in den Verkehr bringen – sobald sich die Grenzen der Produktion erweitern. Dann wird allmählich auch der Anteil der eingeführten Traktoren sich verringern.

Wenn wir aber nicht genügend Kredit für den eignen Traktorenbau haben, selbst also nur eine geringe Zahl herstellen können, aber auch nicht einführen mögen aus der Vorstellung vom Schutz der Industrie in ihrer ganzen „prinzipiellen“ Reinheit und „heiligen Abstraktheit“, so verlangsamen wir gerade damit das allgemeine Tempo der Akkumulation, und somit auch das Entwicklungstempo der sozialistischen Industrie, und ihr auch, so seltsam das auf den ersten Blick scheint, des sozialistischen Traktorenbaus.

Die Irrtümer einer solchen Politik stützen sich wiederum auf das Mißverstehen der Tatsache, daß die Entwicklung der Industrie eine Funktion der gesamten Volkswirtschaft ist, daß beide Teile der Volkswirtschaft in Wechselwirkung stehen und sich gegenseitig befruchten.

Aus den gesamten obigen Ausführungen folgt, daß die wirtschaftliche Hegemonie des Sowjetstaates unbedingt nötig ist. Nur dann wird man die Reibungen zwischen Arbeitern und Bauern unschädlich machen und gänzlich beseitigen können, die aus der Preisbildungsfrage entstanden sind, und dann werden auch der Bauernschaft die Vorteile einer schnelleren Entwicklung sichtbar werden: 1. der Prozeß der Verbilligung der Preise für Industrieprodukte und der wachsenden Sättigung des bäuerlichen Marktes; 2. das Erscheinen qualifizierter landwirtschaftlicher Produktionsmittel auf dem landwirtschaftlichen Markt; 3. die Initiative des Sowjetstaates in allen kulturell-ökonomischen Fragen des gegenwärtigen Landlebens. Diese Aufgabe muß man stellen. Diese Aufgabe muß man lösen.

3. Oekonomie und Politik in der augenblicklichen Lage.

Wenn die wirtschaftliche Hegemonie der Arbeiterklasse sichergestellt sein wird, so wird es zweifellos auch ihre politische Hegemonie sein, d. h. ihre Diktatur in der Sowjetgesellschaft.

Die Reibungen, die wir bei der Analyse der rein wirtschaftlichen Beziehungen antrafen, finden auch ihren politischen Ausdruck. In welcher Form? Und was verstärkt diesen politischen Riß, der sich irgendwie als Symptom jetzt zeigt?

Wir erinnern uns, daß wir auch hier das Besondere im Auge behalten müssen, das gerade diesen „Riß“ von denen unterscheidet, die es auch früher gab, die aber vom Gang des allgemeinen Kampfes übertüncht wurden. Das Neue ist auch hier das Wachstum. Im vorliegenden Fall handelt es sich um das Wachsen der politischen Aktivität, um den Trieb zu den Organisationen, um die wachsende Selbsttätigkeit unter der Bauernschaft aller Kategorien: den großen und mittleren Bauern, wie auch der kulturell vorgeschritteneren, wenn auch unter der Uebervölkerung im Dorfe leidenden Dorfarmut. Die Unzulänglichkeit des wirtschaftlichen Bündnisses (Smytschka) und das Fehlen einer wirtschaftlichen Hegemonie des Proletariats führen manchmal zum Wunsche, sich von der leitenden Rolle der Kommunisten und kommunistischen Sowjets zu emanzipieren, zur Forderung besonderer Organisationen gegen sie oder zu ihrer „Korrektur“ usw. Es tritt auch der Gedanke von der „Ungerechtigkeit“ der führenden Rolle des Proletariats, der proletarischen Stadt usw., die die bäuerliche Mehrheit „bedrücken“, auf. Es ist leicht verständlich, daß als Plänkler mit solchen Ideen und den entsprechenden Handlungen, wenn sie vorkommen, sich der Großbauer (Kulak), der ländliche Wucherer usw. erweist. Er wird in der Tat durch die Unmöglichkeit der Bodenspekulation, durch den Kodex der Arbeits-[26]gesetze und andre gottlose Dinge eingeengt. Aber bei seiner Agitation stützt er sich auf die Unzufriedenheit mit den Preisen, die die ganze Bauernschaft angeht. Er stützt sich auch auf die Veraltetheit der Methoden und Gepflogenheiten unserer politischen und wirtschaftlichen Administration, die den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen schon nicht mehr entsprechen und keine „Formen des Fortschritts“ mehr sein können.

Daß unser Wirtschaftsleben wächst, sich verwickelt und entwickelt, mit einem Wort vorwärts kommt, das, scheint es, bezweifelt niemand. Indessen wird nicht selten vergessen, daß die Politik ein „Ueberbau“ über die wirtschaftliche Basis ist, und daß sie nicht auf derselben Stelle stehen bleiben kann, wenn unter ihr „alles fließt, alles sich ändert“.

Daraus folgt aber durchaus nicht, daß sich der Klassenbestand der Staatsgewalt ändern soll, wie das alle Krähen des Menschewismus, des S-R-tums, Neo-Menschewismus und Neo-S-R-tums andauernd prophezeien, zusammen mit den Wrangelianern, den Miljukows und anderen Demokraten. Der menschewistische Quasi-Marxismus stützt sich auf die Perspektive des „unvermeidlichen“ Sieges des Kapitals im Wirtschaftsleben des Landes. Für eine solche Prognose gibt es bei uns wirklich keine Grundlagen. Deswegen haben wir keine Ursache, uns vor der menschewistischen Clique zu fürchten.

Aber im Bereich der gegebenen Klassenherrschaft ist eine Aenderung der Formen und Methoden dieser Herrschaft ganz unvermeidlich. Das haben wir schon beim Uebergang vom Kriegskommunismus zur neuen ökonomischen Politik gesehen. Haben sich etwa nicht die Methoden und Formen der Verwaltung geändert? Wurde die „Tscheka“ nicht durch die „GPU“ ersetzt? Haben sich nicht Stimmen über die „Sowjet-Gesetzlichkeit“ erhoben? Hat sich seitdem nicht ein ganzes System von Normen des „Sowjetrechtes“ herausgebildet? Wenn die Diktatur im engeren Sinne als Gewalt definiert wird, die an kein formales Gesetz gebunden ist, so erwies sich die Diktatur der Sowjets doch als durch ihre eigenen Gesetze „gebunden“. Anders konnte es auch nicht sein. Denn die Formen der Diktatur, die der Belagerungsökonomie, den Requisitionen, der Zwangsgetreidesteuer, dem Bürgerkrieg entsprachen, erwiesen sich als der neuen Periode nicht mehr entsprechend, ja widersprechend, als „ernstlich und für lange“ die „neue ökonomische Politik“ ausgerufen wurde.

Was ist aber jetzt nötig? Die forcierte „Normalisierung“ des Sowjetregimes als erstes.

Die Rolle der wirtschaftlichen Antriebe, der wirtschaftlichen Voraussicht, der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird sich dauernd in dem Maße vergrößern, in dem der Bauer von der Bedarfs-Naturalwirtschaft zur Warenproduktion übergeht (augenblicklich aber rennt er geradezu auf diesem Wege). Jedes Element administrativer Willkür, die „kleinen Fehler des Mechanismus“, der

Verschleppung, der Oberflächlichkeit und der Abgeschmacktheit von administrativen Verfügungen usw. werden sich immer mehr dem Bauer fühlbar machen, der sich ganz rationell zu den wirtschaftlichen Fragen verhält. Die Reste des Kriegskommunismus treten da in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Entwicklung der Landwirtschaft. Und dieser Widerspruch muß unbedingt beseitigt werden. Der Bauer muß eine Sowjet-Ordnung, ein Sowjet-Recht, eine Sowjet-Gesetz vor sich haben, aber kein lebloses „Beschwerdebüro“, das sich, Gott weiß wo, befindet. Man muß ein für allemal verstehen und sich zu eigen machen, daß ein administratives Gewurstel oben sich unten in ernstlichen wirtschaftlichen Katastrophen ausdrückt. Und je mehr sich das Wirtschaftsleben überhaupt ordnet, um so schärfer wird jede willkürliche Einmischung fühlbar, die in das wirksame System der Sowjetnormen einschneidet. „Ordnung“ sollte entschieden an die Stelle der „Willkür“ treten.

In Verbindung hiermit steht die Heranziehung der Bauern zur Arbeit, im Besonderen zur Arbeit der Sowjets. Die Methoden der Verwaltung durch „Rev-koms“ oder „Parteizellen“ waren [27] gut für die Kriegszeit. Jetzt kommt man damit nicht weit. Es ist auch unten eine Form der Verwaltung nötig, die die genaue Ausarbeitung allgemeiner Normen sicherstellt, in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse; sie müßte eine Fühlungnahme mit der Stimmung, den Nöten, Klagen und Bedürfnissen der weitesten Kreise des Bauerntums ermöglichen, ebenso wie die Zuziehung der aktivsten Elemente zur Sowjetarbeit, bei der man ihnen einen Teil der Verantwortung für die Verwaltung des Staates übertragen, und sie auf Grund der Erfahrungen bei örtlichen Angelegenheiten und Nöten zur Rolle der Verwaltung des Staates heranbilden und zur Beurteilung immer umfassenderer Probleme des wirtschaftlichen und politischen Ausbaus hinzuziehen könnte. Aber all dies kann man nur erreichen, wenn die Kreis-, Bezirks- und Gemeindegewerkschaften wieder belebt werden, aus denen kleine Arbeits-„Parlamente“ werden müssen, in denen die Fragen wirklich durchgearbeitet werden. Die Durchführung einer solchen Politik erfordert selbstverständlich großen Energie- und noch größeren Arbeitsaufwand, um zu „überzeugen“. Aber nur so können und müssen jetzt unsere Parteiorganisationen an die Arbeit auf dem Lande herangehen.

*

Das sind die Hauptlinien der auf der Tagesordnung stehenden Probleme. Es wäre noch bei der „Kulturarbeit“ im engeren Sinn dieses Wortes zu verweilen. Aber darüber haben wir in unserer Zeitschrift schon früher geschrieben. Wir wollen nur noch sagen, daß die wachsende Aktivität der Massen auf dem Dorf gebieterisch fordert, daß wir alle ideologischen Kommandostellen besetzen. Denn ohne dies könnten uns der Kulak oder der antibolschewistische Intellektuelle in den Rücken fallen.

Die Partei muß entschieden die Linie einschlagen zu einer Kräftigung des Bundes der Arbeiter und Bauern. Und in der neuen Lage müssen wir mit neuen Methoden arbeiten, die uns nach allen Richtungen unseres sozialen Lebens einen Weg bahnen.

*

Dokumente.

Die Klassenkampfaktik des Proletariats.

Von N. L e n i n.

Vorbem. d. Schriftl. Dieser Artikel wurde im Juni 1913 geschrieben. Er bildet das Schlußkapitel eines größeren Beitrages Lenins zur siebenten Auflage des russischen enzyklopädischen Lexikons des Verlages „Granat“, mit dem Titel „Marx“. Dieser Beitrag erschien während des Krieges im 28. Bande des Lexikons, unter dem bekannten Pseudonym Lenins „W. Iljin“. Das Schlußkapitel aber wurde damals von der Redaktion des Lexikons aus Gründen der Zensur gestrichen, so daß der Beitrag Lenins ohne dieses Schlußkapitel erschien. Er wurde dann zum ersten Male gedruckt im Jahre 1923 in Nr. 6-7 der russischen historischen Zeitschrift „Die proletarische“ Revolution“.

Die äußerst gedrängte Zusammenfassung, die scharfe und klare Darstellung der Grundprinzipien der marxistischen revolutionären Klassenkampfaktik und ihre Befreiung von der revisionistisch-opportunistischen Verfälschung durch

die Krämer und Händler der Zweiten Internationale wird den westeuropäischen kommunistischen Parteien gerade in der gegenwärtigen Periode des Beginnes einer bewußten Erziehung der Sektionen der Kommunistischen Internationale im Geiste eines konsequenten, unverfälschten Leninismus große Dienste leisten.

*

[28] Nachdem Marx bereits in den Jahren 1844 bis 1845 einen der Grundmängel des alten Materialismus, der darin bestand, daß ihm das Verständnis für die Bedingungen und die Fähigkeit zur Bewertung der Bedeutung der revolutionären praktischen Tätigkeit abging, aufgeklärt hatte, widmete er im Laufe seines ganzen Lebens neben seinen theoretischen Arbeiten den Fragen der Klassenkampf-taktik des Proletariats ungeschwächte Aufmerksamkeit. Sämtliche Werke Marx', wie insbesondere auch der 1913 erschienene vierbändige Briefwechsel mit Engels, liefern uns in dieser Hinsicht ein ungeheures Material. Dieses Material ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, auch nicht zusammengefaßt, weder durchstudiert, noch gesichtet. Wir müssen uns daher an dieser Stelle auf allgemeine und kurze Bemerkungen beschränken, wobei wir jedoch betonen, daß Marx den Materialismus, sofern diese Seite desselben unberücksichtigt blieb, mit Recht für halb, einseitig, tot hielt. Die Grundaufgabe der Taktik des Proletariats bestimmte Marx in engstem Zusammenhang mit der gesamten Grundlage seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung. Erst die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Beziehungen ausnahmslos aller Klassen innerhalb eines gegebenen Gesellschaftssystems, somit auch die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieses Gesellschaftssystems und der gegenseitigen Beziehungen zwischen diesem und anderen Gesellschaftssystemen vermag der richtigen Taktik der an der Spitze marschierenden Klasse ein festes Fundament zu schaffen. Hierbei werden alle Klassen, wie auch alle Länder nicht statisch, sondern dynamisch, das heißt als nicht im Zustande der Ruhe, sondern in dem der Bewegung (deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen einer jeden Klasse entspringen) befindlich, betrachtet. Die Bewegung ihrerseits wird nicht nur vom Gesichtspunkte der Vergangenheit, sondern auch von dem der Zukunft, dabei aber nicht etwa vom Standpunkt der vulgären Auffassung der „Evolutionisten“, die nur langsame Veränderungen sehen, sondern dialektisch genommen, betrachtet. In dergleichen „großen Entwicklungen“ – schrieb Marx an Engels – „sind 20 Jahre mehr als ein Tag, obgleich nachher Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen.“ (Briefwechsel, Band 3, Seite 127.) Auf jeder Entwicklungsstufe, in jedem gegebenen Zeitabschnitt hat die Taktik des Proletariats diese objektiv zwingende Dialektik der Menschheitsgeschichte zu berücksichtigen, indem sie einerseits zur Erhöhung des Klassenbewußtseins, der Kraft und der Kampffähigkeit der an der Spitze marschierenden Klasse die Epochen politischen Stillstandes oder im Schneckentempo verlaufender sogenannter „friedlicher“ Entwicklung ausnützt, andererseits die gesamte auf diese Ausnützung gerichtete Tätigkeit so führt, daß sie auf das „Endziel“ der Bewegung der entsprechenden Klasse gerichtet ist und in ihr die Fähigkeit zur praktischen Lösung großer Aufgaben in großen Zeiten, die „20 Jahre zusammenfassen“, hervorbringt. Zwei Stellen in den Schriften von Marx sind in dieser Hinsicht besonders bedeutungsvoll, nämlich eine im „Elend der Philosophie“ über den ökonomischen Kampf und die ökonomischen Organisationen des Proletariats, eine zweite im „Kommunistischen Manifest“ über seine politischen Ausgaben. Die erste Stelle lautet:

„Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes – Koalition ... Die anfangs isolierten Koalitionen formieren sich zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie, als die des Lohnes ... In diesem Kampfe – ein veritabler Bürgerkrieg – vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkt angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.“ (K. Marx: Das Elend der Philosophie. Seite 161.)

Hier haben wir Programm und Taktik des ökonomischen Kampfes [29] und der Gewerkschaftsbewegung auf Jahrzehnte hinaus, für die lange Dauer der Epoche des Vorbereitung der Kräfte des Proletariats „für eine kommende Schlacht.“ Dieses Programm wird vervollständigt durch die zahl-

reichen Hinweise Marx' und Engels' darauf, wie beispielsweise in der englischen Arbeiterbewegung die industrielle Prosperität Tendenzen erzeugt, „das Proletariat zu kaufen“ (Briefwechsel, Band I, S. 136), d. h. es dem Kampfe abspenstig zu machen, wie diese Prosperität überhaupt „die Arbeiter demoralisiert“ (Briefwechsel, Band II, S. 218), wie das englische Proletariat „verbürgert“, so daß „diese bürgerlichste aller Nationen (die englische N. L.) es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen (Briefwechsel, Band II, S. 290), wie dessen „revolutionäre Energie versiegt“ (Briefwechsel, Band III, S. 124), wie man genötigt sein würde, mehr oder weniger lange Zeit zu warten, bis „die englischen Arbeiter von ihrer scheinbaren Bourgeoisieansteckung sich befreien“ (Briefwechsel, Band III, S. 127), wie sehr die englische Arbeiterbewegung des „feurigen Geistes der alten Chartisten“ (Briefwechsel, Band II, S. 305) bedürfe, wie englische Arbeiterführer als Zwischenträger „zwischen den radikalen Bourgeois und den Arbeitern“ (über Holyoake, Briefwechsel, Band IV, S. 209) entstanden, wie endlich, infolge des Monopols Englands, und solange dieses Monopol nicht gesprengt ist, „der British Workingman eben nicht weiter will“ (Briefwechsel, Band IV, S. 433). Die Taktik des ökonomischen Kampfes wird hier in Verbindung mit der allgemeinen Entwicklung (und dem Ausgang) der Arbeiterbewegung von einem vollendet umfassenden, allseitigen, dialektischen, wahrhaft revolutionären Standpunkt aus betrachtet.

Das „Kommunistische Manifest“ legte die grundlegende These des Marxismus über die Taktik des politischen Kampfes fest.

„Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“ Aus diesem Grunde unterstützt Marx im Jahre 1848 in Polen die Partei der „agrarischen Revolution“, „dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief“. In Deutschland unterstützt Marx in den Jahren 1848/49 die radikale revolutionäre Demokratie, ohne jemals die über die Taktik ausgesprochenen Sätze zurückzunehmen. In der deutschen Bourgeoisie sah er ein Element, das „von vornherein zum Verrat gegen das Volk“ (nur ein Bündnis mit den Bauern vermöchte der Bourgeoisie eine volle Verwirklichung ihrer Aufgaben zu bringen) „und zum Kompromiß mit dem gekrönten Vertreter der alten Gesellschaft neigte“. Das Fazit der von Marx gegebenen Analyse der Klassenlage der deutschen Bourgeoisie in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution, eine Analyse, die, nebenbei bemerkt, ein Muster der Anwendung des Materialismus darstellt, der die Gesellschaft in Bewegung, doch nicht nur von jener Seite der Bewegung her betrachtet, die der Vergangenheit zugewendet ist, lautet:

„Ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, ... eingeschüchtert vom Weltsturm, den Weltsturm exploitierend, – Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen, ... ohne Initiative, ... ein vermaledeiter Greis, der sich dazu verdammt sah, die ersten Jugendströmungen eines robusten Volkes in seinem eigenen altersschwachen Interesse zu leiten und abzuleiten.“ („Neue Rheinische Zeitung“ 1848. Vgl. Literarischer Nachlaß, Band III, S. 213.)

Etwa zwanzig Jahre später erklärte Marx in einem Briefe an Engels (Briefwechsel, Band III, S. 224) die Ursache des Mißlingens der Revolution von 1848 damit, daß die Bourgeoisie den Frieden mit der Sklaverei schon der bloßen Aussicht eines Freiheitskampfes vorgezogen hätte. Nach Abschluß der revolutionären Epoche von 1848 und 1849 wandte sich Marx entschieden gegen jedes Revolutionsspiel (Schapper-Willich und Kampf gegen sie). Er verlangte, man solle lernen, in der Epoche einer neuen Entwicklungsphase, [30] die scheinbar „friedlich“ neue Revolutionen vorbereite, zu arbeiten. Welche Art von Arbeit Marx forderte, ist aus folgender von ihm gegebenen Einschätzung der Lage in Deutschland in der Zeit der finstersten Reaktion, im Jahre 1856, zu ersehen: „The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasant's war.“ (Briefwechsel, Band II, S. 108.)*

*) „Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu stützen.“

Solange die demokratische (bürgerliche) Revolution in Deutschland noch nicht beendet war, richtete Marx in der Frage der Taktik des sozialistischen Proletariats seine ganze Aufmerksamkeit der Steigerung der demokratischen Energie der Bauernschaft zu. Von Lassalle sagte er, er habe so gehandelt, daß sein Verhalten „objektiv ein Verrat an der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen“ gewesen sei. (Briefwechsel, Band III, S. 210.) Er sagte das unter anderm gerade darum, weil Lassalle vor den Agrariern und dem preußischen Nationalismus Verbeugungen machte. „Es ist eine Gemeinheit“ – schrieb Engels im Jahre 1865 im Gedankenaustausch mit Marx, betreffend ihr gemeinsames Auftreten in der Presse –, „in einem vorwiegenden Ackerbauland im Namen des industriellen Proletariats über die Bourgeoisie ausschließlich herzufallen, daneben aber der patriarchalischen Prügeexploitation des Landproletariats durch den großen Feudaladel mit keinem Wort zu gedenken.“ (Briefwechsel, Band III, S. 217.) In der Periode von 1864/1870, als die Epoche der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland, die Epoche des Kampfes der ausbeutenden Klassen Preußens und Oesterreichs um die eine oder andere Form der Vollendung dieser Revolution von oben sich ihrem Ende näherte, verurteilte Marx nicht nur den mit Bismarck liebäugelnden Lassalle, sondern wies auch Liebknecht zurecht, der in „Austrophilie“ und Verteidigung des Partikularismus verfiel. Marx forderte eine revolutionäre Taktik, die ebenso schonungslos Bismarck wie die Austrophilen bekämpfte, eine Taktik, die, statt sich beim „Sieger“, dem preußischen Junker, einzuschmeicheln, unverzüglich den revolutionären Kampf gegen denselben erneuerte, und zwar auf derjenigen Grundlage, die die preußischen militärischen Siege geschaffen hatten. (Briefwechsel, Band II, S. 135, 136, 147, 179, 204, 210, 215, 418, 437, 440, 441.) In der berühmten Adresse der Internationale vom 9. September 1870 warnte Marx das französische Proletariat vor einem verfrühten Aufstand. Als derselbe trotzdem ausbrach (1871), begrüßte Marx mit Begeisterung die revolutionäre Initiative der Massen, die „den Himmel stürmten“. (Brief Marx' an Kugelmann.) Eine Niederlage der revolutionären Aktion in einer solchen wie auch in zahlreichen ähnlichen Situationen wäre vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus für den allgemeinen Entwicklungsgang und für den Ausgang des proletarischen Kampfes ein geringeres Uebel, als ein Verzicht auf bereits bezogene Stellungen, als kampflöse Kapitulation. Eine solche Kapitulation hätte das Proletariat demoralisiert, seine Fähigkeit zum Kampfe herabgesetzt. Der Ausnutzung legaler Kampfmittel in Perioden politischen Stillstandes und der Herrschaft bürgerlicher Legalität vollauf Rechnung tragend, verurteilte Marx in den Jahren 1877 bis 1878 nach der Verkündung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten scharf die „revolutionäre Phrase“ Mosts. Nicht minder scharf, wenn nicht schärfer, verurteilte Marx den Opportunismus, der damals eine Zeitlang die offizielle sozialdemokratische Partei erfaßte, die Standhaftigkeit, Festigkeit, revolutionären Geist und Bereitschaft, das Ausnahmegesetz durch Uebergang zum illegalen Kampf zu beantworten, vermissen ließ. (Briefwechsel, Band IV, S. 397, 404, 415, 422 und 424. Vgl. ferner die Briefe an Sorge.) [31]

*

Die Erkenntnis von der Rolle der KPD, das ist, worum die Berliner Organisation gekämpft hat.

Von A. Maslow.
(Schluß.)

Aus technischen Ursachen wurde dieses Schreiben des Gen. Maslow an die Berliner Organisation zu ihrem Bezirksparteitag, verfaßt Anfang Oktober 1924 im Untersuchungsgefängnis Moabit, im letzten Heft nur teilweise abgedruckt, und wir können deshalb den Rest dieses Schreibens erst im neuen Jahrgang bringen. Gen. Maslow hatte sich in seinem Schreiben das Ziel gesetzt, nicht die Geschichte der Berliner Organisation zu schreiben, sondern nur „die Berliner Genossen durch einige knappe Andeutungen auf die Fragen zu stoßen, über welche man nachträglich noch nachdenken muß und über deren theoretische und praktische Lösung man sich klar sein muß“. Er hat als geschichtliche Hauptbeispiele für das frühere, unbolshewistische Verhalten der KPD einerseits die Heidelberger Spaltung, andererseits die Fehler des Kapp-Putsches behandelt. Dieser Abschnitt des Schreibens schließt mit der Feststellung, daß schon die Taktik der KPD zur Zeit des Kapp-Putsches, „der Zeitumstände entkleidet und auf das Wesentliche gebracht, die spätere sächsische Taktik der Einheitsfront darstellt.“

In dem nun folgenden zweiten Teil des Schreibens werden die wichtigsten Züge aus der Geschichte der KPD nach ihrer Verschmelzung mit der USPD behandelt.

Die Schriftl. der „Internationale“.

Es war das, der Zeitumstände entkleidet und auf das Wesentliche gebracht, die spätere sächsische Taktik der Einheitsfront (die ja von zitiertüchtigen „Theoretikern“ auch immer für eine direkte Vollendung russischer Versuche aus dem September 1917 ausgegeben wurde.

Die Berliner Organisation bei der Vereinigung.

Ich habe diese Beispiele absichtlich gebracht. Denn ich glaube, ich werde mich bei den Ereignissen, die seit dem eigentlichen Vorhandensein der Berliner Organisation stattfanden, also seit der Vereinigung, viel kürzer fassen können: es handelt sich, in den verschiedensten Verkleidungen, immer wieder um denselben prinzipiellen Grundfehler der Ideologie, und gegen diesen Grundfehler hat die Berliner Organisation gekämpft.

Ich will ja nur einige Anregungen geben; deshalb werden Sprünge gestattet sein.

Besinnen sich die Genossen noch auf die Zeit der Vereinigung? Wir nicht von der USP kam, sondern vom Spartakusbund, und wer schon damals, vor der Vereinigung, den genannten Grundfehler (der ein Abweichen tief ins Menschewistische war) der Spartakusideologie sah (obwohl der Spartakusbund die „Taktik“ seiner Zentrale im Kapp-Putsch auf dem Aprilparteitag 1920 verwarf, sah er doch nicht das Prinzipielle dieses Fehlers; ich besinne mich noch sehr gut auf die Debatten bei den Berliner Funktionären, wo die Opposition zwar heftige Kritik übte, aber völlig prinzipienlos, nämlich „taktisch“, und wo ich vollständig allein blieb, als ich versuchte, nicht nur die falsche Taktik, sondern die falsche Grundauffassung von der Rolle der Partei bei der Partei zu zeigen), wer, sage ich, vom Spartakusbund herkam ohne den Hochmut vieler Spartakusgenossen und schon gar mit dem Verständnis für die grundsätzlich unrichtigen Auffassungen des Spartakusbundes über die Rolle der Partei, der konnte nicht ohne tiefe Rührung den heiligen Glauben der USP-Massen an den Kommunismus und die Revolution erleben. Jeder, der kein Trottel war, mußte sehen, daß diese von ideologischer Schulung unberührten, innerlich aufgewühlten, begeisterten Arbeiter ein Menschenmaterial vorstellten, wie man es nur in seltenen geschichtlichen Augenblicken findet.

Die Monate. Zwischen dem Halleschen Spaltungsparteitag (Oktober 1920) und der Vereinigung wurden leider, auch in Berlin, aus Kräftemangel, viel zu wenig ausgenutzt. Immerhin setzten schon damals in vielen Bezirken Kurse ein, die meist über die 21 Bedingungen abgehalten wurden, aber auch, wenn sie, wie in einem Kursus auf dem Wedding, über den Annoncenteil des „Berliner Tageblattes“ und der „Vossischen Zeitung“ handelten, von denjenigen, die es verstanden, zu Kursen gegen jenen ideologischen Grundfehler und zur ersten bolschewistischen Einstellung der KP gegenüber als der einzigen proletarischen revolutionären Partei ausgenutzt wurden.

Die Organisation, die nach der Vereinigung zustande kam, war schauerhaft. Eine typische sozialdemokratische Organisation mit Zahlabenden und Bezirkskirchturmhorizont, freilich alles gemischt mit einer Begeisterung und Aufnahmefähigkeit, die ganz selten sich finden.

Das Organisatorische konnte leider nicht schnell und energisch angegriffen werden: bei der „Heirat“ mußten alle möglichen üblen Rücksichten genommen werden, und nur mit Schauern kann man beispielsweise an jene 11 Sekretäre zurückdenken, die anfangs in der Münzstraße herumlungerten, meist ohne eine Ahnung zu haben, wozu.

Dagegen wurde die ideologische Bearbeitung in einer ganzen Kette von Kursen mit Hochdruck betrieben. Und wenn die Genossen, die solche Kurse mitgemacht haben, sich darauf besinnen, so werden sie vielleicht bemerken, wie das aufnahmefähige Menschenmaterial damals systematisch und in aller Eile gegen die offizielle „Ideologie“ der Parteileitung eingestellt wurde. Dabei waren noch besondere Schwierigkeiten zu überwinden, weil die Däumigsche „illegale“ Organisation ideologisch unschädlich und organisatorisch kaputt gemacht werden mußte. Das war garnicht so einfach. Denn viele Genossen hielten den naiven und dabei seltsam mit toller Spießbürgerlichkeit und

Steifheit gemischten verschwörerischen Putschismus der glorreichen Däumigschen MP für revolutionäre Tugend und spielten allzugern „illegale“ Sonderorganisation mit ihrem „Apparat“ der, einmal „aufgezogen“, „aufs ganze“ geht, wobei dann „die Partei“ „nisch mehr zu sagen“ hätte. Immerhin wurde dieser Unfug verhältnismäßig schnell liquidiert.

[32] Die ersten Parteikämpfe setzten sehr bald ein, schon im Februar 1921. Und man muß sagen: der Fortschritt von den furchtbaren zwei ersten Bezirksparteitagen nach der Vereinigung (wo noch Däumig wahrhaft entsetzliche Wald- und Wiesenreferate halten durfte und man sich fischweibermäßig über die Kandidatenliste für den Landtag zankte) zu den von da ab fortwährend geführten Diskussionen war sehr groß.

Den ersten Vorstoß in der eben erst vereinigten Partei, der die Harmonie störte und stören sollte, machte die Berliner Organisation anlässlich der famosen Levischen Reden im Reichstag, in denen er die der bürgerlichen Regierung Fehrenbach ein Bündnis mit Sowjetrußland empfahl. Das war eine vergrößerte Neuausgabe der „loyalen Opposition“ aus dem Kapp-Putsch. Aber die Partei verstand den Berliner Vorstoß noch nicht: Berlin blieb ganz allein. Dagegen konnte anlässlich der Levischen Prinzipienklärungen über die Spaltung der italienischen Sozialistischen Partei Berlin eine Reihe von Organisationen und einzelnen führenden Genossen um sich sammeln, die zum Teil (Hamburg) seitdem immer mit Berlin zusammengegangen sind.

Levis Stellung in der italienischen Frage ist durchaus dieselbe wie seine Haltung in Heidelberg. Er beliebte die Frage als „Massenpartei oder Sekte?“ zu formulieren. Aber während er in Heidelberg keinen Augenblick zögerte, revolutionäre Elemente ihrer Unklarheit wegen außer Partei zu stoßen, war er in Livorno ebenso bereit, sozialdemokratische, offen opportunistische Elemente in der „Massenpartei“ zu halten, um statistische Massen zu haben. Das Versagen dieser „Massenpartei“ bei den Fabrikbesetzungen in Italien (bei denen auch unsere Kommunistische Partei in Italien versagte), war nur eine Illustration dafür, daß nicht die gezählten Mitglieder Massen die Massenpartei ausmachen, sondern daß vor allem das Bewußtsein von der Führerrolle der revolutionären Partei, ihre Verbindung mit den Massen, ihre Fähigkeit, im entscheidenden Moment an entscheidender Stelle die entscheidenden Massen in der entscheidenden Richtung in Bewegung zu setzen, ihre stete Bereitschaft hierfür, ihre stetige Vorbereitung hierfür, die Massenpartei ausmachen. Es ist gut, die sich auf diese Frage beziehenden Sätze aus Lenins Diskussionsrede auf dem III. Weltkongreß der KI nachzulesen. Ich persönlich halte diesen Teil für den wertvollsten in dieser Rede.

Nach der Parteikrise kam die durch die

Märzereignisse 1921

entstandene Krise. Es ist kein Geheimnis, daß die bei diesem Anlaß produzierten Offensivtheorien miserable „Theorien“ waren. Aber man soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, was meiner Meinung nach der III. Weltkongreß tat und damit großen Schaden anrichtete. Die Partei hatte die Situation vollkommen falsch eingeschätzt. Hier sei eingeschaltet, daß in der Partei und auch in der Berliner Organisation ein großer Fehler herrschte und vielleicht auch heute noch vorhanden ist: viele Genossen „vertragen“ nicht eine Einschätzung, die mit der Möglichkeit einer langsamen Entwicklung rechnet. In diesem Punkte war die Berliner Organisation sich nicht einig. Viele Genossen begriffen nicht, daß man sehr wohl die Möglichkeit langsamer Entwicklung für wahrscheinlicher halten kann, daß man aber dabei für den Fall plötzlicher Wendung und Beschleunigung der Entwicklung jederzeit bereit sein kann und muß. Ich habe beispielsweise das Entwicklungstempo bereits seit 1919 als weit langsamer eingeschätzt als die meisten Genossen. Das ist weder ein Laster noch eine Tugend. Ein Laster wäre es, wenn daraus reformistische oder opportunistische Folgerungen gezogen würden oder wenn man wegen einer solchen Einschätzung etwa bei Anlässen wie der Kapp-Putsch 1920 eine Schlafmützen- und Räsonneurtaktik empfehlen würde, wie sie beliebt wurde. Aber wenn man die Situation so einschätzt, daß sie nach wie vor objektiv revolutionär bleibt, daß die leichteste Erschütterung eine akute revolutionierte Krise bringen kann, die die KP ausnützen muß, daß man aber im ganzen eine langsamere Entwicklung für wahrscheinlicher hält, so ist alles in Ordnung.

Um also auf die Debatte von 1921 zurückzukommen: eben weil die Partei ideologisch noch vollkommen roh war, Kampfeifer (aber auch völlige Kampfunfähigkeit) gezeigt hatte, und noch so zu ungeformt, nach der Vereinigung unverheilt, nach der Niederlage empfindlich war, waren selbst die blödsinnigen Offensivtheorien weit weniger schlimm, als die kalten Eimer Wasser, die man auf die fieberkranke, von innen entzündete Partei goß. Einer bolschewistischen Partei hätte man solche „Theorien“ nicht vorsetzen dürfen, weil sie darüber gelacht hätte. Denn es ist albern und unmarxistisch, zu behaupten, daß eine KP „nur“ angreifen soll, zumal wenn sie eben bei einer schwächlichen Abwehrreaktion Prügel bekommen hat. Aber die Partei, die von allen Seiten angegriffen und von innen verraten war und deren Führung nur defensive Einstellungen kannte, mußte man sehr stark sagen, daß eine KP trotz allem eine Partei des Angriffs sein soll, und selbst bei langanhaltenden Perioden der Defensive an den Angriff zu denken hat. Eine reife Partei hätte die Lehren aus dem Fall besser und schneller gezogen. Die unreife KPD erhielt durch die Auswirkungen des III. Kongresses einen so starken Stoß nach rechts, daß ich der offiziellen Lesart von der heilsamen Wirkung des III. Kongresses nicht zustimmen kann. Natürlich war es richtig, daß dieser Kongress Illusionen nahm, eine Taktik der Verbindung mit den Massen auszuarbeiten begann und die Dummheiten insbesondere der KPD zurückwies. Aber der III. Kongreß verstand ist nicht, die Levische Kritik zurückzuweisen, sondern gab ihr eigentlich im wesentlichen recht. Das war ein großer Fehler, den Lenin ja in seinem erst nach seinem Tode veröffentlichten Artikel zum großen Teil zugibt. Die Wendung (wenn man will:) nach rechts war notwendig, wurde aber so ungeschickt und schroff gemacht, daß man damit einerseits beste Elemente der KPD verstimmte und zurückstieß (man denke an den durchaus ungerechten Otsowistenbrief der Exekutive und die Antwort des Jenaer Parteitag es darauf), andererseits den opportunistischen Elementen der Partei den Weg bahnte.

Die Steuerpolitik und der Beginn der „westlichen“ Taktik

Diese beschränkten ihn auch schnurstracks mit ihrer Steuerpolitik, bei der sie nicht einmal anständige Agitationsparolen fanden. Jede totgeborene Losung der Sachwerterfassung zu 51 Prozent, der Zwangssyndizierung durch Wirth und Stinnes unter dem aus dem Russischen aufgeschnappten und unverstandenen Sammelwort „Staatskapitalismus“ (woraus dann Brandler [33] später den vollkommen sinnlosen „tiefsinnigen“ „theoretischen“ Gedanken der „Nep vor Eroberung der Macht“ schöpfte) wurde erfunden, und die Berliner Organisation begann sofort den heftigen Kampf gegen diese „Taktik“, auch hier aufzeigend, daß es sich im Grunde um Prinzipielles handelte, nämlich um den Beginn der Revision der Marxistischen Staatstheorie mit der Grundanschauung, daß „in Europa“ die Revolution anders als „in Rußland“ im wesentlichen sein wird.

Diese zweite Garnitur des Revisionismus folgt eigentlich aus der ersten. Wenn man die führende, organisierende, eigene, einzige Rolle der KP aufgegeben hat (oder nie begriffen hat), so wird man notwendigerweise auch die Theorie des proletarischen Staates aufgeben und anfangen, in die „Ausnutzung der Demokratie“, dann aber „des bürgerlichen Staates und seines Apparates“ hineinzugleiten und schließlich die Theorie der Einheitsfront als Programm, des Bündnisses mit den Reformisten als Notwendigkeit, der demokratischen „Arbeiterregierung“ als „europäischen“ Ersatz für die proletarische Diktatur erfinden.

Die Verteidigungsrede Brandlers vor dem Sondergericht, welche diese „Theorie“ ja schon enthält, führt in gerade Linie zur sächsischen „Ausnutzung“ des Staatsapparates, leitet sich aber ebenso in gerade Linie her aus den Heidelberger Grundauffassungen von der Rolle der Partei als einer Partei des Proletariats neben anderen, und ist nur eine Ausführung jeder „Zwangssyndizierung“, „wirklichen Zwangsanleihe“, kurz all der mißglückten „taktischen“ Losungen (mitsamt der loyalen Opposition), die allmählich zu einem revisionistischen Programm wurden und in den Leipziger Parteitagsthesen (Januar 1923) am umfassendsten niedergelegt und programmatisch „verewigt“ sind.

Auch die ungeheuerlichen Fehler der Partei in der Rathenau-Aktion stammen alle aus derselben Quelle, und es wird möglich sein, all diese Dinge nochmals zu überdenken und mit den Dokumenten in der Hand zu studieren.

Einige „kannegießerische Betrachtungen“.

So hat, wenn man genau zusieht, die Berliner Organisation seit 1921 einen prinzipiellen Kampf immer um die gleiche Frage geführt, die schon 1920 auf dem II. Weltkongreß durch die glänzenden Thesen über die Rolle der Kommunistischen Partei vollkommen gelöst ist. Die Berliner Organisation hat dabei selbst diese Fehler gemacht, was zu verschweigen töricht wäre. Aber man kann trotzdem ohne Uebertreibung sagen, daß sie Organisation der ganzen Partei unschätzbare Dienste geleistet hat. Vielleicht ist sie nicht einmal energisch und schroff genug gewesen, wenn auch im allgemeinen das Gegenteil behauptet wird. Aber wenn man bedenkt, daß vom Winter 1922 bis zum Winter 1923 in der KPD eigentlich zwei Parteien waren, deren Ideologien durch einen Abgrund getrennt waren (wobei der Sündenfall der Berliner Organisation nicht vergessen werden darf, die auf ihrem Oktoberparteitag 1923 nicht gegen den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung protestiert hat, obwohl sie wissen mußte, daß daraus nur Unheil für die Partei entstehen kann, wenn man bedenkt, daß alle Verständigungskonferenzen nur die Differenzen vergrößerten, so kann man sehr wohl hintennach der Ansicht sein, daß schrofferes, energischeres, rücksichtsloseres Auftreten der Organisation vielleicht die schleichende Parteikrise durch einen Ausbruch schneller zum Abschluß gebracht hätte als sie so kostspielige Ernüchterung durch die sächsische Pleite. Wäre die Exekutive im Mai 1923 auf den Berliner Vorschlag des Parteitages eingegangen, so wäre wahrscheinlich die Partei im Herbst 1923 gesund gewesen.

Freilich hinderten auch manche Ereignisse ein solches Auftreten. Die Entstehung der berühmten Fraktion Drehscheibe, die sich gerade bildete, als es eben um die Austragung des Streits um die prinzipielle Frage der Rolle der Partei ging, das ängstliche Verhalten manches guten Berliner Genossen auf der Berliner Verständigungskonferenz waren gewisse Hinderungsgründe.

Glücklicherweise ist das jetzt alles überwunden. Aber es ist durchaus nötig, daß die Organisation noch nachträglich all diese Fragen überlegt: am Abgrund vorbei zu sein, enthebt nicht der Pflicht, zu erkennen, weshalb man bis an den Abgrund getaumelt war und wieso man nicht hineinfiel.

Die Organisation wird jetzt viele neue Aufgaben zu lösen haben. Aber alle neuen Aufgaben, in welcher Gestalt sie auch auftreten mögen (Gewerkschaftsarbeit, Betriebsrätarbeit, organisatorische Arbeit, Arbeit auf dem Lande, Propaganda usw.) wird nur dann vollführt werden können, wenn jeder Kommunist die Leninsche Lehre von der Rolle der Kommunistischen Partei in Fleisch und Blut übernommen hat. Die Berliner Organisation hat so lange gerade um diesen Punkt gekämpft, daß jedes ihrer Mitglieder diese Lehre vollkommen bewußt beherrschen muß und um diese Lehre all die übrigen Lehren Lenins bewußt gruppieren muß, um sie in der Tat durchzuführen.

*

Diskussion.

Auch die Geschichte des deutschen Oktober darf man so nicht schreiben.

Vorbemerkung.

Wir hatten noch nicht die Möglichkeit, das Buch des Genossen Trotzki über den Oktober 1917 durchzustudieren, wir kennen die jetzige Meinung des Genossen Trotzki über den deutschen Oktober nur aus der Einleitung zu diesem Buche und aus verschiedenen Artikeln und Reden, die in der [34] Presse erschienen sind. Gerade weil diese neue Meinung Trotzkis unter „radikaler“ Maske auftritt und so geeignet ist, die deutschen Arbeiter irrezuführen, ist es notwendig, dazu Stellung zu nehmen. Außerdem zwingt uns der lächerliche Versuch Brandlers und Thalheimers, sich als Verteidiger des Leninismus gegen Trotzki und die vom Brandlerismus gereinigte KPD aufzuspielen und in der Frage des deutschen Oktobers eine Uebereinstimmung zwischen der brandlerischen Auffassung und der der Internationale zu konstruieren, dazu, den Sachverhalt noch einmal klarzustellen.

Genosse Kuusinen hat schon daran erinnert, daß in der entscheidenden Zeit, als sich der Streit um die Ursachen des Oktoberzusammenbruchs in der Internationale und in der deutschen Partei entschied, zwischen Trotzki, Radek und Brandler völlige Uebereinstimmung herrschte. In dieser Periode hat auch Brandler nicht nur den Genossen Trotzki gegen das russische ZK in

Schutz genommen, sondern auch die absurdesten liquidatorischen Konsequenzen aus den trotzkistischen Voraussetzungen gezogen (Vergleiche den Artikel „Gegen die fraktionellen rechten Treibereien in der Komintern“ in der „Roten Fahne“ Nr. 183 vom 16. Dezember 1924). Seither hat sie eine merkwürdige „strategische Umgruppierung“ vollzogen. Brandler ist gegen die Opportunisten in der russischen, Trotzki gegen die Opportunisten in der deutschen Partei. Aber wenig Brandler und Thalheimer durch diese „geschickte“ Schwenkung die Unterstützung der russischen Partei gegen die deutsche gewinnen konnten, ebensowenig wird es dem Genossen Trotzki gelingen, durch die von ihm seit einiger Zeit vertretene „radikale“ Auffassung der deutschen Frage die Zustimmung der deutschen Kommunisten zu seiner falschen Politik gegen die bolschewistische Politik des ZK der RKP zu gewinnen. Und das nicht nur deshalb, weil auch für Trotzki der Satz gilt, daß man den Kampf gegen den Opportunismus im eigenen Lande, in der eigenen Partei beginnen muß, sondern auch deshalb, weil wir in Trotzki's Beurteilung des deutschen Oktobers den alten Fehler des Trotzkismus wieder erkennen, den Lenin mit den Worten charakterisierte: „Rechte Politik mit linken Phrasen.“ Es ist in der Tat nicht schwer zu zeigen, daß Genosse Trotzki in der Frage des deutschen Oktober genau die gleichen Fehler macht, wie in der Frage des russischen Oktober.

Trotzki's Vergleich zwischen dem russischen und dem deutschen Oktober.

Wir finden in der Einleitung zu Trotzki's neuem Buche folgenden Vergleich: Im Oktober 1917 in Rußland und im Oktober 1928 in Deutschland hatten wir eine klassische revolutionäre Situation. In Rußland wie in Deutschland gab es Genossen, die im entscheidenden Augenblick versagten, den Mut zum Aufstand nicht fanden. In Deutschland erlitt das Proletariat darum eine schwere Niederlage, der günstige Augenblick ist verpaßt. In Rußland wurde der Sieg errungen, weil die schwankenden Führer von entschlossenen revolutionären Führern zurückgedrängt und der entscheidende Kampf im richtigen Augenblick aufgenommen wurde. Genosse Trotzki zieht aus diesem Vergleich folgende Schlußfolgerung:

„Die Frage der Auswahl und der persönlichen Zusammensetzung der Führung erhält für die westeuropäischen Parteien eine einzigartige Bedeutung. Das schreit die Erfahrung des nicht stattgefundenen Oktobers. Aber diese Auswahl soll unter dem Gesichtswinkel des revolutionären Handelns erfolgen.“

Das ist vollkommen richtig, und die deutschen Kommunisten haben entsprechende Folgerungen – damals gegen den Widerstand des Genossen Trotzki – gezogen. Aber eben weil die Lehren des deutschen Oktober von so entscheidender Bedeutung sind, ist es notwendig, sie mit der größten Gewissenhaftigkeit zu prüfen. Betrachten wir also Trotzki's Parallele näher.

[35] Der russische Oktober war der Abschluß einer monatelangen tiefgehenden, das ganze Volk auswählenden revolutionären Krise. Während dieser ganzen Zeit, in der die scheinrevolutionären, kleinbürgerlichen Regierungen herrschten, führte die bolschewistische Partei einen geradlinigen, unversöhnlichen Kampf gegen diese wechselnden Koalitionsregierungen unter der Parole: „Alle Macht den Räten.“ Diese Losung der proletarischen Diktatur war nicht ein geheimer Kriegsplan bolschewistischer Zirkel, sondern Gegenstand der breitesten Massenpropaganda, in der die Arbeiter, Bauern und Soldaten zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht mobilisiert wurden. Das ist die Plattform, die von Lenin im April klar und offen vertreten wurde. Auf dieses Ziel ging die gesamte Partei geradlinig und ohne Schwanken los. Auch in jenem berühmten Kompromißvorschlag Lenins zur Bildung einer „rein sozialistischen“ Regierung, den unsere Einheitsfrontkünstler als ihr Muster anführen, wird ausdrücklich betont, daß das Ziel der Partei die Diktatur des revolutionären Proletariats ist, es wird eine vor den Sowjets verantwortliche Regierung aus Sozialrevolutionären und Menschewiki vorgeschlagen, die Beteiligung der Bolschewiki an einer solchen Regierung, die nicht die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der armen Bauern wäre, ausdrücklich als unmöglich abgelehnt und als weitere Bedingung die Uebertragung der ganzen lokalen Macht an die Sowjets gefordert. Es ist klar, daß ein solches strategisches Manöver zur Zersetzung des Feindes keinen Augenblick das Ziel des revolutionären Proletariats vor den Massen verwischen konnte.

Gegen diese Politik der Partei, die die konsequente Fortsetzung, die Krönung und Vollendung der revolutionären Arbeit zweier Jahrzehnte war, gab es in der Führung der Partei keine grundsätzlichen Einwendungen. Allerdings, als die Situation reif war zum bewaffneten Aufstand, da gab es Schwankungen bei führenden Genossen, die den Augenblick noch nicht gekommen glaubten. Lenin hat gegen die Genossen Sinowjew und Kamenew, die diesen Standpunkt vertraten, mit seiner gewohnten Unerbittlichkeit gekämpft, und diese Genossen sind damals für einige Tage von ihren verantwortlichen Stellen zurückgetreten. Als sie jedoch kurze Zeit danach – schon nach wenigen Tagen! – ihren Irrtum einsahen, wieder in die Linie der Partei einschwenkten, war das alte Vertrauensverhältnis wieder hergestellt. Niemand vertrat damals die Ansicht, daß diese Genossen wegen ihrer früheren Schwankungen jetzt zu einer führenden Rolle in der Revolution, die doch mit dem Sieg in Petrograd und Moskau nicht beendet war, disqualifiziert seien. Denn es waren Bolschewiki, die diese Fehler machten.

Betrachten wir nun die deutsche Oktoberkatastrophe. Auch sie war der Gipfel einer monatelangen, tiefgehenden revolutionären Krise. Wie in Rußland 1917, so stand in Deutschland 1923 die Frage so: Entweder Aufrichtung der Diktatur des Proletariats oder Verlust der letzten Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolution, Liquidierung des imperialistischen Krieges, der im Ruhrkrieg seine Fortsetzung gefunden hatte, auf Kosten der besitzenden Klassen oder auf Kosten der arbeitenden Massen. Wie in Rußland, so war in Deutschland das Vertrauen der Bourgeoisie in ihre eigene Macht erschüttert, sozialistische Minister wurden wieder einmal zur Rettung der Bourgeoisie ausgedient, es fehlte auch nicht an einer Kornilowiade – der Staatsstreich Kahrs in Bayern. Es gab zwar keine revolutionäre Bauernbewegung, aber bekanntlich besteht in Deutschland ein ganz anderes Kräfteverhältnis zwischen Industrieproletariat und Bauernschaft, die Mittelschichten waren in voller Auflösung und Verzweiflung, bereit, jeder Macht zu folgen, die einen Ausweg zeigte. So weit hat Trotzki [36] durchaus recht, wenn er von einer klassischen revolutionären Situation spricht.

Die Rolle der Partei.

Sein Vergleich wird aber ganz schief, sobald er auf die Rolle der Partei und ihrer Führung zu sprechen kommt. Es ist richtig, daß der entscheidende Unterschied darin liegt, daß die KPD nicht die Rolle der Bolschewiki spielte. Aber warum sie dazu nicht fähig war, diese wichtigste Frage von allen, beantwortet Genosse Trotzki ganz falsch. In seiner Rede vor dem Vorstand der militärwissenschaftlichen Gesellschaft am 29. Juli 1924 beantwortet er diese Frage folgendermaßen:

„Im vorigen Jahre herrschte in Deutschland der Bürgerkrieg, aber er würde nicht gekrönt und gelöst vom bewaffneten Ausstand. Eine außerordentliche und beispiellose revolutionäre Situation war zunichte geworden, und die Bourgeoisie hat sich wieder befestigt. Warum? Weil die Politik nicht im entsprechenden Augenblick mit anderen, d. h. mit bewaffneten Mitteln fortgesetzt wurde.“

Für Trotzki liegt die Frage sehr einfach. Die Revolution fängt an, wenn die Massen auf die Barrikaden steigen. Wer dazu den Mut hat, ist ein revolutionärer Führer. Die Partei, die so beschließt, ist eine bolschewistische Partei. „Das ist Hegel, die Bücherweisheit und der Sinn aller Philosophie.“ Trotzki gebraucht das alte Bild, daß man das Schwimmen nur im Wasser lernen kann. Nach seiner Auffassung schwimmt im Strome der revolutionären Arbeiterbewegung nur, wer den Entscheidungskampf auf den Barrikaden führt. Diejenigen aber, die unter den Schlägen des Zarismus die Partei der proletarischen Revolution organisiert haben, die der bolschewistischen Aufgabe der Organisation der Revolution auch in den Jahren der schwersten Rückschläge und der düstersten Perspektive treu geblieben sind, wo viele Tausende, die 1905 auf den Barrikaden gestanden hatten, den Mut verloren, – die in dieser Periode die bolschewistische Partei unbarmherzig von allen Schwankungen gesäubert und auf der Höhe der revolutionären Ausgabe gehalten haben, die vergleicht Trotzki mit denen, die am Ufer stehen und über das Schwimmen philosophieren.

Diese Auffassung, die mit Leninismus nichts gemein hat, wäre bei Beurteilung des deutschen Oktober ein verhängnisvoller Fehler. Umso verhängnisvoller, als die KPD noch keine bolschewistische

Partei ist, sondern in eben jener Periode sich befindet, in der sich im unerbittlichen Kampf gegen alle schwankenden, opportunistischen Elemente eine bolschewistische Partei erst bildet. Die Politik, die bis zum Oktober getrieben wurde, wäre danach Nebensache. Wenn man nur im richtigen Augenblick „ins Wasser springt“, dann ist schon alles in Ordnung. Bei dieser Auffassung hätte es nach der Oktoberniederlage genügt, Brandler, Thalheimer und Co. aus der Führung zu jagen, ein paar tapfere Draufgänger in die Zentrale zu setzen und nun ruhig, ohne über die richtige Methode des Schwimmens zu diskutieren, abzuwarten, bis die revolutionäre Flut wieder steigt, in der frommen Hoffnung, daß dann im entscheidenden Augenblick die tapferen Führer in das strömende Wasser springen werden, um den Siegespreis zu erringen. Dieses primitive Schema will uns Trotzki als Bolschewisierungsrezept vorsetzen.

Aber nicht dazu haben die deutschen kommunistischen Arbeiter in den Monaten der schwersten Verfolgungen der Seeckt-Diktatur in unzähligen Sitzungen und Versammlungen um die Lehren des Oktober gerungen, nicht dazu hat der 5. Weltkongreß tagelange Debatten geführt und ausführliche und gründliche Beschlüsse gefaßt, damit wir uns jetzt mit einem solchen falschen und oberflächlichen Schema begnügen.

Nicht nur darin bestand der Fehler der Brandler-Zentrale, daß sie den Uebergang von der Agitation zur [37] Aktion nicht verstand, sondern auch darin, daß sie eine solche Agitation und eine solche Politik trieb, die nicht in der Aktion der Massen, in der Massenerhebung zur Eroberung der politischen Macht gipfeln konnte. Was vor allem fehlte, war die Erkenntnis, daß die ganze Arbeit einer revolutionären Partei der Vorbereitung der Revolution dienen muß, daß in Deutschland der Oktober nahte und daß man den Sieg organisieren mußte. Obwohl die Parteiführung von der Exekutive mit der Nase darauf gestoßen wurde, begriff sie nicht konkret, daß der Ruhrkampf die Frage der politischen Macht auf die Tagesordnung stellen mußte. In voller Uebereinstimmung mit den Thesen des Leipziger Parteitages, die ausdrücklich besagten, daß die Arbeiterregierung nicht die Diktatur des Proletariats sein soll, wurde eine blutleere, abstrakte Agitation für eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ betrieben, ohne jeden Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeitermassen und mit sorgfältiger Verschweigung des Geheimnisses, daß diese Frage nur durch den offenen Machtkampf, keineswegs im Rahmen der Demokratie, gelöst werden kann. Noch nach dem Cuno-Streik, der die Entschlossenheit der Massen zum Kampf für den Sturz der bürgerlichen Regierung handgreiflich demonstrierte, lehnte die Parteileitung es ausdrücklich ab, die Frage der Machtergreifung in den Vordergrund zu rücken.

Statt dessen trieb man in Sachsen eine anonyme Koalitionspolitik mit der bürgerlichen Regierung der „linken“ Sozialdemokraten, erhielt künstlich in den Massen die Illusion, daß es einen wesentlichen Unterschied zwischen den „linken“ und den „rechten“ Lakaien der Bourgeoisie gäbe. Die Partei stützte die Zeigner-Regierung nicht, wie Lenin es geraten hatte, „so wie der Strick den Gehängten stützt“, sondern so, wie die loyale Opposition der Sozialdemokraten bürgerlichen Regierungen gegen das Proletariat hilft. Als der Bürgerkrieg schon auf der Tagesordnung stand, als dem Staatsstreich Kahrs der Staatsstreich der Ebert und Seeckt gefolgt war, als man mit Händen greifen konnte, daß nunmehr die Frage der Abwälzung der Lasten des verlorenen Ruhrkriegs von der Bourgeoisie mit den Mitteln der weißen Diktatur in Angriff genommen werden würde, da ließ Brandler einen Artikel erscheinen, in dem er es für gegenstandslos erklärte, mit sozialdemokratischen Arbeitern über die Frage der Diktatur zu diskutieren.

Die „banale parlamentarische Komödie“ in Sachsen war die konsequente Fortsetzung dieser Politik. Die damit verbundenen, hinter dem Rücken des Proletariats betriebenen Vorbereitungen zum bewaffneten Kampfe, betrieben in der frommen Hoffnung, daß die Bourgeoisie uns mit einem zweiten Kapp-Putsch beglücken würde, der auch die sozialdemokratischen Führer zum Kampf gegen den Popanz „Faschismus“ zwingen müßte, standen nicht im Widerspruch zu dieser Parlamentskomödie, sondern waren ihre würdige Ergänzung. Die Chemnitzer Konferenz, auf der für Brandler der Wille der bankrotten sozialdemokratischen Ministerkollegen mehr maßgebend war als die Kampfbereitschaft der Arbeiter, war die Krönung dieser ganzen Politik.

Die Revolution ist kein mystischer Sprung.

Wenn die Politik so aussieht, dann ist der Uebergang von ihr zum bewaffneten Aufstand allerdings ein Wunder. Dann kann man verstehen, daß Genosse Trotzki diesem Mysterium die wundertätige Wirkung zuschreibt, endgültig und unfehlbar die Spreu vom Weizen zu sondern, alles Vergangene in Vergessenheit zu bringen und die Auslese der berufenen Führer zu vollziehen.

Die Geschichte einer bolschewistischen Partei, die bolschewistische Politik kennt keinen solchen mystischen Sprung, der entscheidende revolutionäre Schlag ist die logische Konsequenz, die geradlinige Fortsetzung jahrelanger [38] revolutionärer Arbeit. Ohne diese vorbereitende Arbeit der Techniker der Revolution, die sich als die entscheidenden Kaders der Arbeiterklasse herausbilden, die Verbindung mit den Massen herstellen, in allen Situationen, auch wenn die Revolution noch in ferner Sicht ist, dieses Ziel immer im Auge behalten, werden keine Wundertaten der Revolutionsromantiker, die jeder Zeit bereit sind, auf die Barrikaden zu steigen, wenn man sie ihnen hinstellt, zum Siege führen. Umgekehrt aber, wenn eine bolschewistische Partei da ist, die die Massen konsequent, unbeirrbar, ohne Schwanken in den Entscheidungskampf führt, dann kann auch das Schwanken einzelner Führer im entscheidenden Augenblick den notwendigen Gang der Ereignisse nicht aufhalten.

Die Frage nach den „objektiven Kräfteverhältnissen“ stellen, ohne die Rolle der Partei zu berücksichtigen, wie das Radek, Brandler und die anderen Vertreter der deutschen Rechten getan haben, ist ebenso unmarxistisch wie Trotzki's Einschränkung der Rolle der Partei auf die entscheidenden Tage, wo die Aussichten der Machtergreifung am günstigsten sind. Die Frage, ob der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Massen im Oktober noch so stark war, daß wir gegen ihren Widerstand den Kampf nicht hätten führen können, vorausgesetzt nämlich, daß wir durch einen grundsätzlichen, unerbittlichen Kampf gegen die Sozialdemokraten aller Schattierungen diesen Einfluß zu brechen versucht hätten, diese Frage läßt sich jetzt nicht mit Sicherheit entscheiden. Denn die Brandler-Zentrale hat die Sozialdemokratie nicht als die gefährlichste konterrevolutionäre Kraft, sondern, wenigstens ihren linken Flügel, als unentbehrlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen den „Faschismus“ in Rechnung gesetzt und konnte infolgedessen gar nicht den Versuch unternehmen, ihren Einfluß zu brechen. Aber immerhin versichern uns die Teilnehmer der Chemnitzer Konferenz, daß es bei klarem und entschiedenem Auftreten möglich gewesen wäre, die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Minister zu einem Kampfbeschuß zu bestimmen. Aber das Entscheidende ist doch die Tatsache, daß der Einfluß der sozialdemokratischen Auffassungen auf unsere Parteiführer so groß war, daß sie sich zur Führung in der Revolution als völlig unfähig erwiesen. Die restlose Ausmerzung der brandlerschen Anschauungen über die Möglichkeit eines Bündnisses mit der SPD und der Vertretung von Arbeiterinteressen „im Rahmen der Verfassung“ und die unerbittliche Entfernung aller unbelehrbaren Vertreter solcher Auffassungen, das ist die wichtigste Aufgabe der KPD nach ihrem Oktober gerade deshalb, weil sie erst eine bolschewistische Partei werden soll.

Die Rolle der Räte.

Die Kritik der „Prawda“ an Trotzki's Buch weist sehr richtig darauf hin, daß eine der wichtigsten vom Genossen Trotzki nicht begriffenen Lehren des deutschen Oktober die Notwendigkeit der politischen Arbeiterräte zur Führung der entscheidenden Kämpfe ist. Das Fehlen der Räte im deutschen Oktober hängt aufs engste zusammen mit der „versöhnlerischen“ Politik gegenüber den linken Menschewisten. Statt einer breiten Massenagitation für die Bildung von Räten (sei es auch zunächst unter dem Namen von „Aktionsausschüssen“) wurden nach der Anweisung der Zentrale „Aktionsausschüsse“ aus den Spitzen der Parteien und Gewerkschaften gebildet. Naturgemäß wirkten diese Ausschüsse überall nur als Bremsausschüsse. Wo es zu irgend einer Aktion kam, mußten diese Ausschüsse erst zerschlagen werden, was übrig blieb, waren enge Komitees ohne Zusammenhang mit den Massen.

Die Betriebsräte können die politischen Arbeiterräte im Entscheidungskampf nicht ersetzen. In der Zeit der tiefsten revolutionären Gärung müssen die Massen in den Betrie-

ben selbst zu den politischen Fragen Stellung nehmen und unter diesem Gesichtspunkt des politischen Kampfes ihre Vertreter wählen. Die Betriebsräte, [39] die für längere Wahlperioden gewählt werden, auf ihrem Posten bleiben können, auch wenn sie das Vertrauen der Belegschaft nicht mehr besitzen, die auch zu anderen Zwecken gewählt wurden, können in der Regel die Aufgaben politischer Arbeiterräte nicht erfüllen. Es ist auch ein tatsächlicher Irrtum, wenn Genosse Trotzki glaubt, daß „die Regierung die Betriebsräte zu dulden gezwungen ist“, während die Bildung politischer Räte das Eingreifen der Bourgeoisie provoziert und daher ihr die Bestimmung des Zeitpunktes der Entscheidung in die Hand gibt. Bekanntlich wurden die revolutionären Betriebsräteausschüsse von dem sozialdemokratischen Minister Severing auch verboten. Zum Unterschied vom Genossen Brandler ist sich Genosse Trotzki ja darüber klar, daß die Revolution, in welcher Form sie immer verläuft, gegen die Verbote der Polizei durchgeführt wird. Die Betriebsräte haben für diese illegale Arbeit keine besonders vorteilhafte Position. Da der Unternehmer bei den Säuberungen des Betriebes zuerst an rebellische Betriebsräte denkt, war es schon im Oktober so weit, daß vielfach unsere besten Betriebsräte entlassen waren. Das wird sich auf Grund der vermehrten Erfahrungen der Bourgeoisie bei den kommenden Kämpfen in noch schrofferer Form wiederholen. Dadurch wird die Bildung politischer Arbeiterräte desto notwendiger werden. Wir dürfen diesen Programmpunkt in unserer Massenagitation ebenso wenig verschweigen, wie die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Die Frage der persönlichen Verantwortung,

Genosse Trotzki versichert uns, daß das Studium der Meinungsverschiedenheiten auf keinen Fall als ein Angriff auf die Genossen aufgefaßt werden kann und soll, die damals, im Oktober 1917, eine falsche Politik betrieben. Diese Versicherung ist schwer vereinbar mit der oft wiederholten Behauptung, daß die Stellung zur Frage des bewaffneten Aufstandes das einzige entscheidende Kriterium für die Führerqualitäten in der Partei ist, und mit der pathetischen Mahnung:

„Ein aufmerksames Studium solcher scharf zugespitzter Episoden gibt ein unersetzliches Material zur Einschätzung des Verhaltens einzelner Parteiorgane und der einzelnen führenden Parteiarbeiter. Solche Lehren zu ignorieren, aus ihnen nicht die unerläßlichen Schlüsse im Sinne der Auswahl der Menschen zu ziehen, bedeutet soviel, wie unabwendbaren Niederlagen entgegenzugehen.“

Da keine Partei „unabwendbaren Niederlagen entgegengehen“ will, und vor allem der Komintern dieses Schicksal unter allen Umständen erspart bleiben muß, so müssen doch die Äußerungen des Genossen Trotzki, die kein Angriff sein sollen, als eine Mahnung aufgefaßt werden, die Genossen aus allen leitenden Stellungen zu entfernen, die nach seiner Darstellung in den entscheidenden Situationen versagt haben. Wir sind auch darin anderer Meinung. Bekanntlich gibt es in den Parteien der Kommunistischen Internationale eine ganze Reihe führender Genossen, die während des imperialistischen Krieges keineswegs eine leninistische Haltung eingenommen haben, z. B. den Genossen Trotzki, und die Frage der Stellung zum imperialistischen Krieg ist gewiß fast genau so wichtig wie das Verhalten zum bewaffneten Aufstand. Aber diese Genossen sind darum nicht schlechtere Kommunisten, wenn sie jetzt begreifen, was die proletarische Politik gegen den imperialistischen Krieg erfordert. Umgekehrt können wir einen Genossen, der die beste Haltung im Kriege eingenommen hat, nicht in der Komintern dulden, wenn er die gegenwärtigen Aufgaben des Proletariats nicht versteht (wie z. B. Höglund).

Die Genossen Brandler, Thalheimer usw. haben von der Vorbereitung einer bolschewistischen Partei für den revolutionären Entscheidungskampf nichts begriffen, sie haben im entscheidenden Zeitpunkt, wo der bewaffnete Kampf notwendig war, völlig versagt und sie verteidigen heute noch ihre menschenwärtigen Auffassungen. Die „Erklärung“, in der sie neuerlich deutlich ihre [40] Hoffnung auf eine Wahlniederlage der KPD und eine daraus zu folgernde grundsätzliche Aenderung der Taktik der Partei ausgedrückt haben, zeigt, daß sie von den Beschlüssen des 5. Weltkongresses auch nichts begriffen haben. Daher denkt kein Mensch daran, ihnen eine führende Stellung in einer kommunistischen Partei zu geben, obwohl diese Genossen wohl darauf hinweisen könnten, daß ihnen zur Zeit der Märzkämpfe 1921 die Entschlossenheit weniger gefehlt hat und daß

sie gegenüber dem imperialistischen Krieg eine im wesentlichen durchaus richtige Haltung einnehmen. Wenn man schon die Frage der persönlichen Schuld stellt, so muß man außerdem noch hinzufügen, daß sie ihre verhängnisvolle opportunistische Politik gegen den Widerstand großer Teile der Partei mit aller Brutalität durchsetzten und, wie die Parteiauseinandersetzung nachher zeigte, tatsächlich das entscheidende Hindernis für die Bolschewisierung der Partei waren, die die Arbeitermasse der Partei in ihrer Gesamtheit wollte. Wenn die Brandler und Thalheimer hofften, daß der infolge des Ansteigens der demokratisch-pazifistischen Welle unvermeidliche Rückgang bei den Wahlen die Schwankungen der Massen auf unsere Partei übertragen würde, so erinnern wir an das Wort Lenins: „Wer den Schwankenden helfen will, muß damit anfangen, daß er selbst aushöre, zu schwanken.“ Die Partei, die den Schwankenden helfen will, darf keine Schwankenden in ihren Reihen dulden.

Genosse Trotzki, dessen große Verdienste um den Oktobersieg unbestritten sind, hat in der Periode des Wellentales der revolutionären Bewegung zwischen 1905 und 1917 menschewistische Anschauungen vertreten. Er hat in einer Reihe entscheidender Fragen der Politik der Sowjetregierung in der KAP seine Irrtümer wiederholt, und er versucht noch jetzt, seine menschewistischen Irrtümer zu verteidigen. Es ist jedoch durch die Geschichte zur Genüge bewiesen, daß es nach Trotzki's Rezept zu keinem russischen Oktober gekommen wäre. Auch der deutsche Oktober ist ein neuer Beweis dafür. Denn wie Genosse Trotzki selbst betont, fehlte zum Siege nichts als die bolschewistische Partei. Eine solche aber entsteht nicht durch das zufällige Zusammentreffen von ein paar tapferen Revolutionären, die zwar nicht vor dem bewaffneten Aufstand zurückschrecken, wohl aber vor dem Bruch mit schwankenden Genossen. Sie entsteht vielmehr durch die systematische Anwendung der leninistischen Organisationsmethode, von der Trotzki (siehe seine Einstellung zur „Zirkelmacherei“) auch heute noch nicht viel zu halten scheint. Daher zwingt uns Genosse Trotzki zur Stellung der Frage, ob er in der jetzigen Zeit, wo die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien die entscheidende Ausgabe ist, eine führende Stelle in der Komintern ausfüllen kann. Wir haben schon daran erinnert, daß die Verantwortlichen des deutschen Oktobers nicht nur vor ihrem offenbaren Bankrott, sondern auch noch nachher die volle Unterstützung des Genossen Trotzki fanden. Insbesondere haben wir zwar von Meinungsverschiedenheiten zwischen Sinowjew und Radek über Fragen der deutschen Politik gehört, aber nie von einem Kampf zwischen Trotzki und Radek; bekanntlich ist Genosse Radek, neben Brandler, der Hauptverantwortliche für die falsche Linie der Politik der KPD, und zwar nicht erst seit der Ruhrbesetzung.

Im übrigen wollen wir dem Genossen Trotzki nicht auf das Gebiet der persönlichen Polemik folgen. Unter den kommunistischen Arbeitern Deutschlands gibt es über die Lehren unseres traurigen Oktobers schon seit langem keine zwei Meinungen mehr. Trotzki's Buch ist für uns Anlaß, darüber eine neue Diskussion zu eröffnen, sondern nur eine willkommene Gelegenheit, diese Lehren noch einmal nachdrücklich zu wiederholen. Würden die passiven Stimmungen, die es leider noch in der Partei gibt, sich einen theoretischen Ausdruck in der trotzki'stischen Anschauung suchen, daß nun einmal der „klassische“ Moment verpaßt ist und wir nun abwarten solcher Moment wiederkommt, [41] so müßte die ganze Partei gegen solche verderbliche, die Organisierung der Revolution hemmende Theorien entschlossen auftreten.

Wie die RKP die Belehrung Trotzki's über den russischen Oktober nicht annehmen kann, ebenso wenig kann die KPD den Lehren, die Genosse Trotzki aus dem deutschen Oktober ziehen will, zustimmen.

Sommer.

E. Vargas Beiträge zur Agrarfrage.

Der von dem Genossen Varga selbst gelieferte Beitrag zu den von ihm herausgegebenen „Beiträgen zur Agrarfrage“ (Hamburg 1924, Verlag Carl Hoym Nachfolger) ist vom Genossen Miljutin in der „Prawda“ vom 25. Oktober 1924 (deutsche Uebersetzung in der „Inprekorr“ Nr. 159 vom 9. Dezember 1924) heftig angegriffen worden. Genosse Miljutin bezeichnet die Ausführungen des Genossen Varga als „eine himmelschreiende, unerhörte Entstellung des Marxismus und des Leninismus und einen Uebergang zu dem kleinbürgerlichen Standpunkt“, als ein „revisionistisches Werk“, das vom Standpunkt des Marxismus und Leninismus „in der allerentschiedensten Weise

zurückgewiesen werden“ müßte. Er begründet diesen Angriff mit drei Hauptargumenten: Erstens lehne Genosse Varga den Grundsatz ab, daß die landwirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen den gleichen Weg gehe wie die der Industrie, und erkläre insbesondere die Frage, ob auch in der Landwirtschaft eine fortschreitende Konzentration der Betriebe stattfände, für bedeutungslos. Zweitens lege er seiner Entwicklung der Grundrententheorie das berüchtigte „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages“ zugrunde. Drittens stelle er sich in der Frage des Großbetriebes und Kleinbetriebes in der Landwirtschaft vollständig auf die Seite der Gegner, indem er zu beweisen versuche, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetriebe in den meisten Hinsichten überlegen wäre, und daß auch in der einen Hinsicht, wo er eine entscheidende Ueberlegenheit des Großbetriebes anerkennt, in Hinsicht auf die Produktivität der Arbeit, diese Differenz „ökonomisch nicht von besonderer Bedeutung“ wäre. – Genosse Varga hat auf diese Angriffe des Genossen Miljutin eine ausführliche „Vorläufige Antwort“ gegeben („Prawda“ vom 11. Dezember, deutsche Uebersetzung in der „Inprekorr“ Nr. 169 vom 30. Dezember 1924). Er hat darin erklärt, daß der Genosse Miljutin seine Ausführungen in vieler Hinsicht mißverstanden habe, daß sich seine politische Auffassung „voll und ganz mit der der KI deckt, nicht nur im allgemeinen, sondern auch insbesondere in der Frage des Verhältnisses des Proletariats zu der Bauernschaft“, daß aber allerdings in der Frage des abnehmenden Bodenertrages zwischen seiner und der allgemeinen (bolschewistischen) Auffassung eine „radikale Verschiedenheit“ bestehe, und daß er in dieser Hinsicht seine Auffassung auch weiterhin vertreten werde. Auf diese „rein theoretischen“ Fragen wolle er nach Anhörung aller von den Kritikern noch vorzubringenden Gegenargumente in einer russischen Zeitschrift oder einer selbständigen Arbeit zurückkommen. – Bei diesem Stande der Dinge scheint es angezeigt, auch in dem theoretischen Organ der deutschen Partei eine gründliche Diskussion dieser Fragen zu eröffnen. Die beiden nachfolgenden Artikel machen den Anfang zu einer solchen Diskussion, indem sie einerseits die ökonomische, andererseits die politische Grundeinstellung kritisieren, auf der die gesamten Ausführungen des Genossen Varga, nicht nur die „rein theoretischen“ Auffassungen, sondern auch die damit unlösbar verknüpften „praktisch politischen“ Schlußfolgerungen beruhen. Die Kritik dieser praktisch politischen Schlußfolgerungen selbst und ebenso die Stellungnahme zu den von den verschiedenen Mitarbeitern des Genossen Varga in diesem Bande gelieferten Spezialbeiträgen über die Agrarfrage in Deutschland, Frankreich, England, Italien und Rumänien wird in späteren Heften nachfolgen. K. K. [42]

*

Die Theorie der Grundrente bei Varga und bei Marx.

Gen. Varga wehrt sich in seiner „Vorläufigen Antwort“ auf die kritischen Angriffe des Gen. Miljutin (Inprekorr. 2327 ff.) entschieden gegen den Vorwurf, daß er mit Bezug auf praktisch-politische Fragen den Marxismus-Leninismus revidieren wolle. Dagegen bekennt er sich schon in seiner theoretischen Einleitung zu den von ihm herausgegebenen „Beiträgen zur Agrarfrage“ und ebenso auch wieder in der „Vorläufigen Antwort“, offen zu der Revision eines Teils der „theoretischen“ Lehren des Marxismus. Er bezeichnet gewisse Lehren von Marx über die Grundrente als eine „unrichtige Theorie“, und erklärt, daß er sich von der Verteidigung seiner richtigeren theoretischen Auffassung durch keine Parteidisziplin und durch keine Autoritäten (auch nicht durch die Berufung auf Lenin) zurückhalten lassen würde, so lange er ihre Unrichtigkeit nicht selbst eingesehen hätte.

Wir wollen versuchen, den Genossen Varga davon zu überzeugen, dass er 1. die Marxsche Grundrententheorie nur sehr oberflächlich und größtenteils direkt falsch aufgefaßt hat und daß 2. keine Grundrententheorie, nicht bloß eine teilweise Revision der Marxschen Grundrententheorie darstellt, sondern eine völlig andere Theorie, die alle Grundsätze der ökonomischen Theorie des Marxismus und besonders den Marxschen Wertbegriff vollständig preisgibt.

Wir wissen nicht, ob diese beiden Nachweise ausreichen werden, um die Ueberzeugung des Genossen Varga von der Richtigkeit seiner Ansicht zu erschüttern. Genosse Varga steht, wie wir schon früher gezeigt haben, in der Geldlehre auf einem mit der marxistischen Theorie völlig unverein-

baren Standpunkt^{*)}. Es wäre nur folgerichtig, wenn ihr auch in der Lehre von der Grundrente den Marxismus vollends preisgäbe. Nur dürfte er dann nicht mehr länger unter falscher Flagge segeln, dürfte nicht in der Einleitung zu seiner Untersuchung der „allgemeinen Grundlagen der Agrarfrage“ (Seite 9) versprechen, daß er „die Gesetze der Einkommensverteilung (!) der landwirtschaftlichen Bevölkerung theoretisch auf Grundlage des Marxismus untersuchen“ wolle (ähnlich Seite 10 und 11, Seite 25 oben). Es ist unerträglich, daß er das Kapitel über „Die absolute Grundrente“ mit einem langen Marx-Zitat beginnt und über viele andere Marx-Zitate weiterführt, als ob er dieses besondere Problem vom allgemeinen Standpunkt der Marxschen Wertlehre aus untersuchen wollte, um dann im nächsten Kapitel in einer Fußnote (Seite 18) triumphierend zu erklären, daß die absolute Grundrente, so, wie er sie auffaßt, „mit jeder Preistheorie vereinbar“ wäre. Und dasselbe Spiel wiederholt sich auch im Kapitel über „Die Differentialrente“, wo zunächst erklärt wird, daß es zwar nicht zu Erklärung der Differentialrente im allgemeinen (die kurzerhand als eine „Naturtatsache“ bezeichnet wird), wohl aber zur Erklärung der „Geldform“ (!) dieser Differentialrente erforderlich sei, „kurz die Wert-, Preis- und Profitlehre von Marx zu streifen“ (Seite 18), dann aber von der Ausbeute dieser „Streife“ hernach doch nirgends wirklich Gebrauch gemacht wird.

Schon die Art und Weise, wie uns Gen. Varga über die Marxsche Grundrententheorie Bericht erstattet, zeigt deutlich an, daß er diese Theorie im besten Falle nur zur Hälfte verstanden hat. Er berichtet nämlich (in einer langen Fußnote auf Seite 15, und wiederum in der Antwort auf die Einwendungen des Genossen Miljutin, Inprekorr. S. 2328) allen Ernstes, daß klar Max überhaupt nie eine einheitliche Grundrententheorie, sondern „zwei verschiedene Theorien (ja sogar Ansätze zu einer dritten)“ gegeben habe. Die eine, „richtige“, stände im dritten Bande des „Kapital“, die andere „unrichtige“, wäre enthalten in den „Theorien über den Mehrwert; sie „fände sich“ aber „auch“ „an mehreren Stellen“ des Kapitals neben der richtigen „eingeflochten“, allerdings unter mancherlei Marxschen „Schwankungen“ und nicht ganz gelungenen „Versuchen“, auf die „tiefer einzugehen“ jedoch „zu weit führen würde“.

Diese Berichterstattung des Gen. Varga über die Behandlung der Grundrententheorie und speziell der Theorie der „absoluten Grundrente“ im Kapital ist im höchsten Grade irreführend. Karl Marx hat uns in dem, hier allein in Frage kommenden Kapitel des dritten Bandes (Kapitel 45: „Die absolute Grundrente“) in einem streng einheitlichen und in sich geschlossenen Gedankengang seine ganze Theorie der absoluten Grundrente entwickelt. Er hat in der ersten Hälfte dieses Kapitels (Seite 280-290) die Existenz nicht bloß einer Differentialrente, sondern auch einer „absoluten“ Rente mit den Argumenten begründet, die Gen. Varga in seinem Kapitel über „Die absolute Grundrente“ (Seite 10-16) in der Hauptsache richtig wiedergibt. Er wirft dann auf Seite 290 die Frage auf, ob denn aus der Existenz der absoluten (auch vom „schlechtesten Boden“ erbrachten) Grundrente etwa folgt, daß der Preis des Bodenprodukts notwendig ein „Monopolpreis im gewöhnlichen Sinne“, die absolute Rente also eine bloße Monopolrente darstellt, die in den Preis der Ware als ein „von ihrem Wert unabhängiges Element“ eingeht? Der ganze Rest, d. h. also die größere Hälfte des Kapitels (Seite 290-306) ist angefüllt mit dem strengen und ausführlichen Beweis dafür, daß diese Folgerung keineswegs begründet ist und von früheren [43] Theoretikern nur darum behauptet werden konnte, weil „der Unterschied zwischen dem Wert der Waren und ihrem Produktionspreis bisher nicht begriffen war“ (Seite 291). In fortwährender kritischer Auseinandersetzung mit der flachen und ungenügenden bloßen Monopoltheorie wird hier, in dieser zweiten Hälfte des 45. Kapitels des 3. Bandes, von Marx das wirkliche Wesen der absoluten Grundrente als einer ökonomischen Kategorie auf der Grundlage des Wertbegriffe in strenger Form entwickelt. Diese zweite Hälfte des 45. Kapitels ist also für das Verständnis der wirklichen und vollständigen Marxschen Grundrententheorie, die alle früheren Rententheorien kritisch überwunden und aufgehoben hat, ganz ebenso wichtig wie die erste Hälfte. Genosse Varga aber (der darauf aus ist, eine „mit jeder Preistheorie vereinbare“, d. h. also vom Marxschen Wertbegriff unabhängige Grundrententheorie zu gewinnen) hat diesen notwendigen Zusammenhang überhaupt nicht bemerkt. Er läßt die ganze zweite Hälfte des Kapitels einfach wegfallen und stellt es so dar, als ob Karl Marx nur gelegentlich an

^{*)} Vergl. meinen Artikel „Das Problem der Goldinflation in den Vereinigten Staaten“. Internationale 1924, Nr. 23/24.

einer Stelle dieses Kapitels (S. 295) und dann noch einmal an einer anderen Stelle in einem späteren Kapitel seines Werkes (S. 339) gewisse Reminiszenzen an eine von ihm früher in den Theorien über den Mehrwert entwickelte, jetzt aber aufgegebene Rententheorie „eingeflochten“ hätte. Auf diese Weise verschafft er sich die Möglichkeit, die eine Hälfte der Marxschen Grundrententheorie als eine bloße Verirrung des noch nicht zu seiner vollen wissenschaftlichen Reife aufgestiegenen Theoretikers Marx einfach zu ignorieren und seine eigene Grundrententheorie (das ist, wie wir gleich sehen werden, nichts anderes als gerade jene einfache Monopoltheorie, die Karl Marx sowohl in die Theorien über den Mehrwert, als auch im Kapital als eine flache und ungenügende Theorie kritisiert hat!) als die vollendete Form der Grundrententheorie auszuspielen, zu der sich Karl Marx auf der Höhe seiner wissenschaftlichen Entwicklung erhoben hätte. Buch. Der Begründer der Lehre vom Wert und Mehrwert krönt sein wissenschaftliches Werk mit einer Grundrententheorie, die „mit jeder Preistheorie vereinbar“ ist, und in der die absolute Grundrente als ein „durch das Privateigentum am Boden erzwungener einfacher Aufschlag zu den Preise“ (Varga, S. 18, 21) begriffen wird.

Gen. Varga begnügt sich nicht damit, uns zu berichten, daß der Marx das „Kapital“ die von dem Marx der „Mehrwerttheorien“ vertretene Theorie der absoluten Grundrente aufgegeben habe. Er bezeichnet diese Theorie auch als „unrichtig“, versucht sie zu widerlegen.

Bekanntlich stellt nach der Marxschen Rententheorie die absolute ebenso wie die Differentialrente auf jeden Fall einen Teil des Mehrwerts dar, den die agrikolen und industriellen Kapitalisten usw. in der hinlänglich bekannten Weise untereinander verteilen. Die Existenz des Mehrwertes stellt die allgemeinste ökonomische Voraussetzung (im Gegensatz zu den natürlichen Grundlagen und historischen Voraussetzungen) jeder kapitalistischen Grundrentenbildung dar. Sie hat daher auch theoretisch den Ausgangspunkt für die ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Rentenform zu bilden. Diese Entwicklung ergibt, daß aus der unter bestimmten Bedingungen eintretenden Verwandlung von Surplusprofit in Rente die „Differentialrente“ hervorgeht, während aus dem Ueberschuß des Wertes der landwirtschaftlichen Produkte über den Produktionspreis die „absolute Rente“ entspringt /vergl. z. B. Kapital III, 2. S. 297 – als eine von hundert ähnlichen Formulierungen in den Theorien über den Mehrwert und im Kapital). Aus diesem Zusammenhang zwischen dem Wert und der Rente ergibt sich für die absolute Grundrente die von Marx ausgesprochene und von Varga S. 15 Fußnote 3 zutreffend zitierte Folgerung, daß diese Form der Rente ganz wegfallen muß, sobald „der Wert des Agrarkulturprodukts den Produktionspreis gleich wird, also das Agrarkulturkapital dieselbe Zusammensetzung hat, wie das nichtlandwirtschaftliche Kapital“. Varga wiederholt ganz richtig, daß „nach dieser Erklärung absolute Grundrente nur dann entstehen könnte, wenn der Wert höher als der Produktionspreis“. Er erklärt aber diese Marxsche „Ausführung der absoluten Grundrente“ für „unrichtig“ mit folgendem, für den ganzen ökonomischen „Theoretiker“ Varga überaus bezeichnenden Einwand: Es besteht ja aber die Möglichkeit für den Grundeigentümer, die Bebauung seines Bodens – solange zu verhindern, bis der Preis über den Wert steigt“ (sic! Von Varga gesperrt! K. K.).

Man sieht an diesem Einwand des Gen. Varga gegen die von Marx für das Auftreten der absoluten Grundrente aufgestellte ökonomische Bedingungen sehr deutlich, daß für ihn das Problem einer „ökonomischen“ Erklärung der absoluten Grundrente eigentlich überhaupt nicht besteht. Marx und Engels haben vergebens gegen Dühring geschrieben. Hier kommt Gen. Varga und erklärt: Der Grundeigentümer kann sich seinen monopolistischen Aufschlag auf den Preis, die „absolute Grundrente“, durch eine rücksichtslose Ausnutzung seiner Monopolstellung auf jeden Fall „erzwingen“.

Nun wird es gewiß niemand, am allerwenigsten einem Marxisten, einfallen, zu bestreiten, daß solche Möglichkeiten der Erhebung eines steuerähnlichen Tributes für den in einer Monopolstellung befindlichen Grundeigentümer in der Tat eintreten können, häufig eintreten und dann selbstverständlich auch ausgenutzt werden. Der Marxist muß nur den kleinen Einwand erheben, daß der in solchen Fällen erhobene „Preisaufschlag“ ökonomisch keine „absolute Grundrente“ mehr ist. Deren Existenz und Höhe ist nicht vom Willen ihres Empfängers bestimmt, sondern wird bestimmt durch ökonomische „Naturgesetze“, entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit. Und gerade auf die Erkenntnis dieser objektiven Faktoren, die die Entstehung und den Betrag der Rente

unabhängig vom Zutun des „Monopolisten“ bestimmen, ist natürlich eine ökonomische Forschung, die ihren Namen ver-[44]dient, allein gerichtet. Marx sagt: „Mit der juristischen Macht dieser Personen (der Grundeigentümer), Portionen des Erdballs zu brauchen und zu mißbrauchen, ist nichts abgemacht. Der Gebrauch derselben hängt ganz und gar von ökonomischen Bedingungen ab, die von ihrem Willen unabhängig sind.“ (Kapital III, 2, 155) Mit anderen Worten ausgedrückt: Das Monopol des Grundeigentums ist zwar eine „historische Voraussetzung“, und bleibt „fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, wie aller früheren Produktionsweisen, die auf Ausbeutung der Massen in einer oder der andern Form beruhen“ (a. a. O., S. 156). Aber die Aufgabe der politischen Oekonomie besteht nicht in einer monotonen Wiederholung der Notwendigkeit dieser allgemeinen, für die kapitalistische wie für alle anderen Ausbeutungsproduktionsweisen bestehenden „Voraussetzungen“, sondern darin, unter dieser Voraussetzung „den ökonomischen Wert, d. h. die Verwertung dieses Monopols auf Basis der kapitalistischen Produktion zu entwickeln“ (S. 154/155)

Diese Sorge habe existiert für den ökonomischen „Theoretiker“ Varga nicht. Für ihn ist das, was nach Marx nur in einem bestimmten Sinne eine „historische Voraussetzung“ und eine „Grundlage“ der kapitalistischen Produktionsweise und aller ihrer ökonomischen Erscheinung ist, zugleich schon die hinreichende ökonomische Erklärung für die besondere Form der kapitalistischen (absoluten) Grundrente. Und er scheint gar nicht zu bemerken, daß sein Argument: der von dem Druck der Konkurrenz nicht beschwerte Grundeigentümer^{*)} könnte die Benutzung des Grund und Bodens beliebig lange „verhindern“ – nicht nur im Marxsche ökonomische Begründung der „absoluten Grundrente“, sondern überhaupt alle ökonomische Theorie vernichtet. Warum soll sich der Grundeigentümer-Monopolist denn mit der, nach Marx unter allen Umständen sehr geringen, „absoluten“ Rente begnügen? Warum soll er sich nicht, auch wenn er nur „schlechtesten“ Boden besitzt, sofern nur dieser Boden überhaupt noch gebraucht wird, auch noch eine hohe „Differentialrente“ dazu erzwingen? Warum soll er nicht gleich auf gut physiokratisch auch den kapitalistischen Pächter in seinen Lohnarbeiter umwandeln, dessen ganzen Profit und vielleicht noch einen Teil des Lohnes seiner Arbeit nach obendrein einstecken? All dies geschieht bekanntlich unter besonderen, von den allgemeinen Voraussetzungen der politischen Oekonomie abweichenden Bedingungen. Die ökonomische Theorie der Grundrente aber soll gerade auf die Frage antworten, ob und wie unter den allgemeinen Voraussetzungen der kapitalistischen Oekonomie eine Grundrente, und speziell auch eine absolute Grundrente zur Entstehung kommt. Karl Marx hat diese ökonomische Frage auf seine Weise beantwortet. Gen. Varga erklärte diese Marxsche Antwort für „unrichtig“. Aber sein Versuch, sie mit Gründen zu widerlegen, scheitert kläglich, da er vom Genossen Varga mit einem totalen Verzicht auf die ganze ökonomische Fragestellung begonnen wird. Freilich hätte diese den Gen. Varga „zu weit“ geführt. Sie hätte ihn nämlich dazu geführt, zu der Frage der Beziehungen zwischen der Rente und dem Marxschen „Wertbegriff“ in klarer Weise Stellung nehmen zu müssen. Statt dessen erklärt er, nachdem er in dem ganzen Kapitel über „Die absolute Grundrente“ mit der Marxschen Terminologie und mit Marx-Zitaten fortwährend jongliert hat, in der Fußnote zum nächsten Kapitel, daß die von ihm als die wahre Marxsche Grundrententheorie. vorgetragene Theorie „mit jeder Preistheorie vereinbar“ sei. Er geht also als ökonomischer Theoretiker, obwohl er es nicht so offen ausspricht, in Wirklichkeit den Weg des Erzrevisionisten Bernstein, der schon vor zwei Jahrzehnten seine werttheoretischen Untersuchungen mit dem triumphierenden Ausdruck schloß: „Die Gesetze der Preisbildung erforschen wir heute auf einem direkteren Weg als auf dem Umwege über die Verschlingungen des metaphysischen Dinges, ‚Wert‘ genannt.“

Gen. Varga kritisiert aber nicht nur die von Marx auf der Grundlage des Wertbegriffes entwickelte ökonomische Theorie der absoluten Grundrente. Er kritisiert darüber hinaus noch die gesamte Marxsche Grundrententheorie (Differentialrententheorie und absolute Rententheorie), indem er (in seinem Buch ebenso wie in der Replik gegen Miljutin) fortwährend andeutet und auch ausdrücklich erklärt, dass die Marxsche Entwicklung der Grundrententheorie insofern „unrichtig“

^{*)} Nach der sehr merkwürdigen, hier aber der Kürze halber nicht weiter zu analysierenden Vorstellung des Genossen Varga gibt es „in der Landwirtschaft keine Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander“ (Varga, S. 20).

sei, als darin der Zusammenhang zwischen dem „abnehmenden Bodenertrag“ uns der Rententheorie nun „ganz oberflächlich gestreift“ würde. Die Untersuchung dieses zweiten kritischen Einwandes Vargas gegen Marx zeigt uns auch die der Vargaschen Grundrententheorie zugrundeliegende „Theorie“ in einem neuen Lichte.

Wir haben bisher, um den Gegensatz zwischen der nur historisch-juristischen Begründung der absoluten Grundrente durch Varga und der historisch-ökonomischen Grundrententheorie Marxsens möglichst scharf hervortreten zu lassen, unterstellt, daß Genosse Varga die Tatsache des Grundeigentums als den einzigen Erklärungsgrund für die absolute Grundrente behandelt. Er tut aber mehr. Er begnügt sich bei seiner Entwicklung der Grundrente nicht damit, zu erklären, daß die absolute Grundrente durch das Grundeigentum selbst, durch das Privateigentum am Grund und Boden hervorgebracht wird. Dieser Satz enthält, wie wir schon gesehen haben, in seinem richtigen Sinn verstanden, eine ganz korrekte und mit der Marxschen [45] Theorie vollkommen übereinstimmende Feststellung. Zusammen mit der von Marx gegebenen ökonomischen Erklärung der kapitalistischen Rentenform auf der Grundlage des Wertbegriffs würde eher die vollständige Marxsche Grundrententheorie darstellen. Diesen ökonomischen Bestandteil der Marxschen Grundrententheorie hält aber der Gen. Varga, wie wir gezeigt haben, für unrichtig und überflüssig. Er begnügt sich damit, aus der Marxschen Grundrententheorie das eine Moment, das historisch-juristische, die Betonung des Botenmonopols, eklektisch herauszunehmen. Als ein „unerschrockener“ Eklektiker fügt er jedoch für das, was er so von der Marxschen Theorie auf der einen Seite wegläßt, auf der anderen auch wieder etwas hinzu. Nur entnimmt er leider, wie wir sehen werden, diese Ergänzungen aus dem Arsenal der bürgerlichen Wissenschaft und entfernt sich also dadurch nur um so weiter vom Marxschen Wertbegriff und aller marxistischen Methode. Statt ökonomisch zu zeigen, wie unter den Bedingungen einer bestimmten geschichtlichen Produktionsweise (der kapitalistischen Produktion) das Grundeigentum bestimmte Formen der Rente hervorbringen kann und muß, vertieft und ergänzt er seine Theorie von der rentenbildenden Kraft des Grundeigentums umgekehrt dadurch, daß er sich von den natürlichen „Grundlagen“ dieser rentenerzeugenden Kraft des Grundeigentums zuwendet. Das Grundeigentum hat nach ihm die Kraft, Rente hervorzubringen, vermöge zweier natürlicher, von allen geschichtlichen Produktionsverhältnissen unabhängiger Tatsachen: der Tatsache der fundamentalen Lebensnotwendigkeit der agrikolen Produktion einerseits, und der Tatsache des abnehmenden Bodenertrags andererseits. Diese letztere Tatsache wiederum hängt ihrerseits zusammen mit einer weiteren Naturtatsache, die vom Gen. Varga S. 12/13 seines Buches ebenfalls ausführlichst und sachverständig dargelegt wird. Diese weitere Naturtatsache besteht darin, daß die Pflanzen nur nebeneinander, und nicht übereinander und untereinander oder ineinander auf demselben Raum wachsen. (Wie es in dieser Hinsicht mit den industriellen Produkten bestellt ist, darauf geht Gen. Varga nicht näher ein, obwohl er auf die Stelle im Kapital (III, 2, 314) verweist, wo Marx die – heute von Varga erneut vertretene – „flache Auffassung“ von dieser angeblichen „Eigentümlichkeit“ der Agrikultur im Gegensatz zur industriellen Produktion kritisch widerlegt hat. *)

Wie verhalten sich diese von Varga beigebrachten „natürlichen“ Erklärungsgründe der Grundrente zu der Theorie von Marx? Gen. Varga stellt dieses Verhältnis so dar, daß er sich einerseits auch mit Bezug auf diesen Teil seiner Ausführungen auf Marx (und später auf Lenin) beruft und seine Behauptungen mit ausführlichen Marx- (und Lenin-) Zitaten belegt, andererseits aber darauf hinweist, daß Marx diesen natürlichen Grundlagen der absoluten wie der Differentialrente, und insbesondere der Tatsache des „abnehmenden Bodenertrages“, bei seiner Entwicklung der Grundrententheorie doch nicht genügend Rechnung getragen hätte.

*) Neben dieser und der anderen oben S. 44 erwähnten „Eigentümlichkeit“ des Bodens als Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft zählt Gen. Varga noch eine Reihe weiterer solcher „Eigentümlichkeiten“ auf und gründet darauf, Seite 7 bis 8, 34 ff. eine Anzahl sehr merkwürdiger politischer Schlußfolgerungen. Wir können auf diese aus Raumgründen hier nicht näher eingehen und betonen daher nur, daß diese ganze „absolute“ Gegenüberstellung von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion, die das Buch des Gen. Varga wie ein roter Faden durchzieht, schon ihrer theoretischen Grundlage nach völlig unmarxistisch ist und von Lenin (vergl. dazu Miljutin, Inprekorr. S. 2180) als Grundlage des Narodnikitums gebrandmarkt wurde.

Die Wahrheit ist, daß Marx im „Kapital“ ebenso wie in den „Theorien über den Mehrwert“ allen diesen natürlichen Grundlagen der Rentenbildung vollständig hinreichend Rechnung getragen hat, sie aber dabei eben nur als „natürliche Grundlagen“ und nicht, wie Varga, als „ökonomische Erklärungsgründe“ der kapitalistischen Rentenformen behandelt hat.

Die Uebereinstimmung und der Gegensatz, die zwischen der Rententheorie Marxens und der Rententheorie Vargas in dieser Hinsicht bestehen, zeigen sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gleich im ersten Satz, mit dem Gen. Varga sein Kapitel über die absolute Grundrente eröffnet. Er zitiert hier eine Stelle aus dem Schlußkapitel des Grundrentenabschnitts des dritten Bandes des „Kapital“.^{*)} Marx [46] stellt an dieser Stelle fest, daß schon „die Physiokraten“ ganz richtig erkannt hätten, daß alle Produktion von Mehrwert „der natürlichen Grundlage nach“ auf der Produktion der agrikolen Arbeit beruht (III, 2, 318). Er schränkt aber diese Feststellung einerseits dahin ein, daß eine „rein agrikole Arbeit“ keineswegs „naturwüchsig“ gegeben, sondern „selbst ein Produkt, und zwar ein sehr modernes, keineswegs überall erreichtes, der gesellschaftlichen Entwicklung“ sei (III, 2, 173). Andererseits fügt Marx gerade an der gleichen Stelle, auf die sich der Gen. Varga bezieht, zu den Sätzen, in denen er die Physiokraten wegen ihrer frühen Entdeckung der grundlegenden Bedeutung des agrikolen Mehrwerts für die gesamte kapitalistische Mehrwertsproduktion gepriesen hat, alsbald noch folgende, für den ökonomischen „Theoretiker“ Varga wahrhaft niederschmetternde Bemerkung hinzu: „Was soll man aber zu neueren ökonomischen Schriftstellern wie Daire, Passy usw. sagen, welche am Lebensabend der ganzen klassischen Oekonomie, ja am Sterbebette derselben, die ursprünglichsten Vorstellungen über die Naturbedingungen der Mehrarbeit und daher des Mehrwertes überhaupt wiederholen und damit etwas Neues und Schlagendes über die Grundrente vorzubringen glauben, nachdem diese Grundrente längst als eine besondere Form und ein spezifischer Teil des Mehrwerts entwickelt ist“. (Und er fährt fort mit dem Hinweis, daß gerade dies die „Vulgärökonomie“ charakterisiert, daß sie „auch nicht einmal eine Ahnung über die Probleme besitzt, die die klassische Oekonomie beschäftigt haben“ und sie mit Fragen verwechselt, wie sie „nur auf einem niedrigeren Standpunkt der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gestellt werden konnten“, die aber heute „längst alles und jedes theoretische Interesse verloren haben“ (III, 2, 319).

Dies die Stellung, die Marx an der von Varga herangezogenen Stelle des Kapitals und an vielen anderen Stellen seiner Werke zur Frage der naturgegebenen Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Produktion einnimmt. Gen. Varga aber läßt bei seinem Zitat dieser Marxschen Sätze erstens die einleitenden Worte Marxens „Es ist ferner das richtige bei den Physiokraten, daß ...“ einfach weg und macht so aus der Marxschen Anerkennung der Richtigkeit einer frühen wissenschaftlichen Entde-

^{*)} Es ist, ganz allgemein gesprochen, für die Marx'sche Behandlung der Grundrententheorie charakteristisch, daß Marx seine Ausführungen über die natürlichen und historischen „Voraussetzungen“ der Rentenbildung nicht in den Kapiteln seines Werkes zu geben pflegt, in denen die eigentliche ökonomische Entwicklung seiner Grundrententheorie enthalten ist. Sie finden sich vielmehr teils in dem einführenden Kapitel des Grundrentenabschnitts (mit der Ueberschrift „Einleitendes“), teils in dem Schlußkapitel „Die Genesis der kapitalistischen Grundrente“, welches im System des Grundrentenabschnitts ungefähr dieselbe Stelle einnimmt, wie das Kapitel über „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ im Akkumulationsabschnitt des 1. Bandes. Und ebenso ist es für die Behandlung der Marx'schen Grundrententheorie durch den Gen. Varga charakteristisch, daß Varga grade diese sozusagen „außerökonomischen“ (naturwissenschaftlichen und historisch-juristischen) Bemerkungen Marxens zur Grundrentenfrage vor denjenigen Ausführungen Marxens, die die eigentliche ökonomische Entwicklung seiner Grundrententheorie enthalten, ganz entschieden bevorzugt, – in ganz ähnlicher Weise, wie etwa der bürgerliche „Marxist“ Franz Oppenheimer die Ausführungen des Kapitals über „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, [46] in denen Marx die geschichtlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise erörtert, zur Stützung seiner, als ökonomische Theorie gemeinten, Mehrwertlehre heranzuziehen liebt. (Vgl. hierzu auch die kritische Bemerkung Vargas über Oppenheimers Reservearmee-Theorie, S 26 des V.schen Buches, die auch auf Vargas absolute Grundrententheorie sehr gut paßt!). So stammt z. B. das (im Text besprochene) Marx-Zitat über den agrikolen Mehrwert als „natürliche Grundlage“ aller Mehrwertproduktion, mit dem Gen. Varga sein Kapitel über die absolute Grundrente eröffnet, aus dem Schlußkapitel des Marxschen Grundrentenabschnitts über „Die Genesis der kapitalistischen Grundrente.“ Und ebenso stammt das von uns schon weiter oben im Text erörterte Marx-Zitat über das Grundeigentum als „historische Voraussetzung“ der kapitalistischen Produktionsweise, mit dem Gen. Varga sein Kapitel über die absolute Grundrente abschließt, aus dem allgemeinen Einleitungskapitel des Marxschen Grundrentenabschnitts.

ckung der Physiokraten eine eigene Lehre von Marx. Zweitens bricht er sein Zitat grade an der Stelle ab, wo Marx vom Lobe der Physiokraten übergeht zur Geißelung jener „neueren ökonomischen Schriftsteller“, die diese „ursprünglichen Vorstellungen“ noch am heutigen Tage wiederholen.*)

Und das gleiche, was für die Frage der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Produktion gilt, gilt auch für die Frage des „abnehmenden Bodenertrages“. Marx berücksichtigt diese „Naturtatsache“ überall hinreichend, ohne aber ihre Bedeutung mystisch zu übertreiben. Sogar bei fortschreitender Technik, so erklärt er ausdrücklich, ist es möglich, daß durch die Zunahme der „gesellschaftlichen Produktivkraft“ der Arbeit in der Agrikultur die Abnahme der „Naturkraft“, d. h. die Verringerung der „naturwüchsigen Produktivität [47] der Arbeit, die von den Naturbedingungen der Arbeit (nicht von ihren gesellschaftlichen Bedingungen) abhängt“, nur kompensiert oder nicht einmal kompensiert wird, – und diese Kompensation kann sogar „immer nur für eine Zeit wirken“ (vergl. „Kapital“ III, 2, 300). Absolut genommen aber, also nicht relativ zu den successiven Kapitalsanlagen, gilt das (?) Grundgesetz, das durch das „Gesetz“ vom „abnehmenden Bodenertrag“ nur in bestimmter Weise modifiziert, aber nicht aufgehoben wird: „Die Erde dagegen (im Gegensatz zu den produzierten Produktionsmitteln! K. K.), richtig behandelt, verbessert sich fortwährend“ (S. 314).

So besteht also der Unterschied in der Berücksichtigung solcher „Naturtatsachen“, wie der Tatsache des „abnehmenden Bodenertrages“, bei Marx und Varga keineswegs darin, daß Marx sie zu wenig berücksichtigt und Varga diesen Fehler Marxens korrigiert hätte. Der ganze Unterschied besteht vielmehr darin, daß Marx diese natürlichen – ebenso wie die historischen – „Grundlagen“ der Rentenbildung an der richtigen Stelle berücksichtigt und sie nicht als einen Ersatz für die ökonomischen Erklärungsgründe der kapitalistischen Grundrente ansieht. Während sonst die Warenwerte, bzw. die Surplusprofit ergebenden Warenpreise, die unter besonders günstigen Produktionsbedingungen für einen einzelnen Kapitalisten oder kapitalistischen Produktionszweig erzielt werden könnten, durch die Konkurrenz der Kapitalisten im allgemeinen zu Produktionspreisen ausgeglichen werden, entsteht unter besonderen Bedingungen, nämlich nicht aus dem Kapital als solchem, sondern „aus der Verfügung über eine vom Kapital trennbare, monopolisierbare, in ihrem Umfang beschränkte Naturkraft“ eine Grundrente (vergl. Kapital III, 2, 186 ff. – „Differentialrente“; 282 ff. – „absolute Rente“; auf die Unterschiede zwischen beiden gehen wir hier nicht näher ein). In diesen Sätzen ist alles enthalten, was als „natürliche Grundlage“ bei der eigentlichen ökonomischen Entwicklung der Grundrentenbildung vorausgesetzt werden muß. Wenn Gen. Varga noch darüber hinaus der „Natur“ eine Bedeutung für die Bildung der absoluten wie der differentialen Grundrente zuschreiben tendiert, so verwandelt er die besonderen geschichtlichen Formen der kapitalistischen Produktionsweise in ewige Naturgesetze und begibt sich damit unbewußt auf den Boden nicht nur der „revisionistischen“, sondern der ausgesprochen bürgerlichen politischen Oekonomie.*)

*) Ebenso läßt Gen. Varga auch in dem schon öfter erwähnten Satz über Grundeigentum als historische Voraussetzung und Grundlage der kapitalistischen Mehrwertproduktion das modifizierende „insofern ist“ weg, wodurch auch dieser Satz eine ganz andere Bedeutung annimmt, als er im Original hat. An einer anderen Stelle (S. 26) zitiert er direkt falsch: Nach Marx zahlt der Pächter, wenn ein Teil seines Profits oder des Arbeitslohns seiner Arbeiter „in die Rente eingeht“, doch „keine Rente, keinen von Arbeitslohn und Profit unterschiedenen selbständigen Bestandteil des Preises seiner Ware“. Varga zitiert diese Marxschen Ausführungen abgekürzt, indem er Marx, dem Marxschen Wortlaut zuwider und in hohem Grade sinnwidrig, einfach sagen läßt, in diesem Falle gehe „ein Teil des Arbeitslohns in die Rente ein.“ Und er unterstützt den dadurch entstehenden Schein, als ob Marx außer der „echten“ Rente auch noch die „Wucherrente“ als eine wirkliche kapitalistische Grundrentenform anerkannt hätte, obendrein noch dadurch, daß er eine Stelle, mit der Marx in den Theorien über den Mehrwert seine Kritik des Rodbertus provisorisch und noch ohne jede exakte Begriffsbestimmung eröffnet, (Mehrwerttheorien II, 1, 169), so zitiert, als stelle sie schon eine „scharf“ formulierte Marxsche Lehre dar [Seite 25/26]. Er reißt Sätze aus dem Zusammenhang, so daß sie einen sehr mißverständlichen Sinn annehmen, so z. B. die weiter unten im Text noch zu erörternden Sätze Marxens über die „schöpferische“ Kraft des Grundeigentums, absolute Grundrente zu „erzeugen“ (Seite 14/15). In allen diesen und einer Reihe anderer Fälle wird durch die Zitiermethode des Gen. Varga der Sinn der Marxschen Sätze nicht richtig, vollständig und eindeutig wiedergegeben, sondern entstellt und den schlimmsten Mißverständnissen preisgegeben.

*) Bis zu welchem Grade Gen. Varga Natur und Gesellschaft (und zwar kapitalistische, bürgerliche Gesellschaft!) durcheinanderbringt, zeigt am krassesten sein Satz S. 17: „Das Vorhandensein von Differentialrente (!) ist

Die bürgerlichen Vulgärökonomien, deren wissenschaftlicher Beruf in der apologetischen Rechtfertigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besteht, rechtfertigen den Profit des Kapitals dadurch, daß sie die Begriffe „Produktionsmittel“ und „Kapital“ mehr oder weniger unumwunden gleichsetzen und auf dieser Grundlage erklären: 1. Die Produktionsmittel (das Kapital) sind von Natur „notwendig“ für die Produktion – ebenso wie die menschliche Arbeit. 2. Die Produktionsmittel (das Kapital) sind von Natur „selten“ – im Verhältnis zu der praktisch unbegrenzt zur Verfügung stehenden Arbeit. Auf diese „Notwendigkeit“ und „Seltenheit“ des Kapitals gründet sich der „natürliche“ Profitsanspruch des Kapitalisten.

Analysieren wir die entsprechenden Teile der „Grundrententheorie“ des Gen. Varga: 1. Der Boden ist (im Gegensatz zu den produzierten Produktionsmitteln und der menschlichen Arbeit) das von Natur notwendigste Produktionsmittel für die von Natur notwendigste, die landwirtschaftliche Produktion. (S. 26, 27 erklärt Gen. Varga unter Hinweis auf seine früheren Ausführungen über die natürlichen „Eigentümlichkeiten“ der landwirtschaftlichen im Gegensatz zur industriellen Produktion, daß im Ackerbau „der Produktionsprozeß sich selbst durch Selbsttätigkeit der Pflanze mit Hilfe von Luft, Sonne und Feuchtigkeit vollzieht“!) 2. Der Boden, als Produktionsmittel der landwirtschaftlichen Produktion, ist von Natur selten („Gesetz“ des „abnehmenden Bodenertrages“).

Man sieht, wie gefährlich es ist, wenn Gen. Varga gewisse Sätze von Marx über die (absolute) Grundrente, die im Zusammenhang der Marxschen, auf der Grundlage der Marxschen Wert- und Mehrwertlehre aufgebauten Grundrententheorie einen durchaus richtigen und eindeutigen Sinn haben, im Zusammenhang seiner so ganz anders begründeten Grundrententheorie teils wörtlich zitiert, teils in seiner eigenen Sprache wiedergibt: „Auf diese Weise ist es das Grundeigentum selbst, das Privateigentum am Boden, das die (absolute) Grundrente hervorbringt“ (S. 14).

Selbstverständlich liegt es uns völlig fern, das subjektive Gewissen des Gen. Varga zu verdächtigen. Die objektive Tendenz der von ihm vollzogenen „Revision“ der Marxschen Grundrententheorie aber führt ganz unzweifelhaft und eindeutig in die Richtung, in die noch jede „theoretische“ Preisgabe des Marxschen Wertbegriffs und der Marxschen Methode geführt hat – in die Richtung der Preisgabe der gesamten Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus.

Berlin, Silvester 1924.

Karl Korsch. [48]

*

Die russische „Ueberrumpelungstaktik“ und der „westeuropäische“ Varga.

In seiner theoretischen Einleitung zu den von ihm herausgegebenen „Beiträgen zur Agrarfrage“ befaßt sich Genosse Varga mit den allgemeinen Grundlagen der Agrarfrage und beginnt seine Abhandlung mit einer Untersuchung der Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die proletarische Revolution. Er stellt auf S. 5 zunächst richtig fest: „Die Idee, eine Machtergreifung versuchen zu wollen, ohne sich feste Stützpunkte in der ländlichen Bevölkerung geschaffen zu haben, ist ganz und gar utopisch“. In dem Eifer, eine gute Sache zu verteidigen, knüpft er aber an diese seine zutreffende Feststellung alsbald einige allgemeine politisch-taktische Ausführungen, die vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Er erklärt nämlich folgendes:

„Eine ‚Ueberrumpelungstaktik‘, wie sie zum Teil bei der Machtergreifung des Proletariats in Rußland und in Ungarn mit Erfolg angewendet wurde, kommt nicht mehr in Betracht. Die Bourgeoisie aller Länder sieht jetzt an dem Beispiel Rußlands, daß das Proletariat, einmal zur Macht gelangt, den Staatsapparat dauernd beherrscht und die Bourgeoisie endgültig expropriieren kann. Die Hoffnung, daß die an die Macht gelangte Arbeiterschaft in kürzester Zeit abwirtschaften und ihre Macht automatisch zusammenbrechen würde, – die den Widerstand der russischen und der ungarischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterschaft gehemmt hatte

(!) eine Naturtatsache (!!), die von den Produktionsverhältnissen unabhängig (!!)

gegeben ist.“ Marx hielt es, vor 60 Jahren, für überflüssig, gegen solche Vorstellungen heute noch zu polemisieren. Er fragt, im 1. Kapitel des 1. Bandes des Kapital, nur noch einmal, rückblickend auf einen damals schon überwundenen Irrtum: „Seit wie lange ist die physiokratische Illusion verschwunden, daß die Grundrente aus der Erde wächst, nicht aus der Gesellschaft?“

– besteht heute nicht mehr. Die Bourgeoisie aller Länder wird sich mit allen ihren Kräften gegen die Machtergreifung des Proletariats von Anfang an wehren“.

In dieser Darstellung wird also unterstellt, daß sich die russische Bourgeoisie nicht von Anfang an mit allen ihr zur Verfügung gestandenen Kräften gegen die politische Machtergreifung durch das russische Proletariat gewehrt habe und daß ihre Gegenwehr durch die „Hoffnung“, daß die an die Macht gelangte Arbeiterschaft in kürzester Zeit „automatisch zusammenbrechen“ müßte, irgendwie wesentlich gehemmt gewesen sei. Danach wäre also die russische Revolution eine verunglückte Spekulation der russischen Bourgeoisie. Gegen eine solche Auffassung spricht eine Reihe von sehr konkreten Ereignissen.

Die russische Bourgeoisie begann sich gleich nach der Februarrevolution gegen die proletarische Revolution zu sichern. Wir zitieren Lenin: „Die Lehren der Revolution“ S. 18 bis 19: „Während Peschechonow und Skobelew (Sozialreformisten und Menschewiken) sich und das Volk mit hochfahrenden Phrasen, wie, daß sie den Kapitalisten 100 Prozent ihres Profites nehmen würden, daß der ‚Widerstand der Kapitalisten gebrochen‘ sei und ähnliches mehr, betrogen, fuhren die Kapitalisten fort, ihre Stellung von Tag zu Tag zu befestigen.“ Aehnlich wie in Deutschland von der „klügeren“ deutschen Bourgeoisie die Volksbeauftragten in den Vordergrund gestellt wurden, damit die kapitalistische Klasse um so sicherer hinter den Kulissen ihre erschütterte Macht allmählich wieder aufrichten könnte, war auch die minder „kluge“ russische Bourgeoisie nicht faul und versuchte dasselbe Mittel. Lenin nagelte das in der Polemik mit den kleinbürgerlichen Konterrevolutionären ausdrücklich fest: „Die Minister aus der Reihe der sozialistischen Ueberläufer erwiesen sich als bloße Sprechmaschinen zur Ablenkung der Forderungen der unterdrückten Klassen, während der gesamte staatliche Verwaltungsapparat weiter in den Händen der Bürokratie und Bourgeoisie verblieb. Ein typischer Vertreter dieses Apparates, einer, welcher alle, auch die kleinsten gegen die Kapitalisten gerichteten Maßnahmen unterband, war der Gehilfe des Ministers für Industrie, der berüchtigte Paltschinski.“ (S. 19.) Als die Gefahr des proletarischen Aufstandes immer näher rückte, griff die Bourgeoisie entschlossen zu den brutalsten Methoden. Nach dem 3. und 4. Juli schritt sie, wie Lenin auf S. 22 feststellt, „zur Heranziehung reaktionärer Truppen gegen Petersburg, zur Wiedereinführung der Todesstrafe, zur Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Truppen, zu Verhaftungen, Verfolgungen und ungesetzlichen Zeitungsverböten“. Damals mußten Lenin und Sinowjew sich vor den Schergen der Polizei verstecken, gegen die aufständischen Bauern wurden Militärexpeditionen geschickt usw. Und schließlich sind doch solche Ereignisse wie der Kornilow-Putsch, die Tatsache des bewaffneten Widerstandes bei der proletarischen Machtübernahme, der rasch einsetzende Krieg der Generäle nach der Machtübernahme, die Dutowschen, Kraßnowschen und tschechoslowakischen gegenrevolutionären Experimente usw. auch kein Kinderspiel gewesen.

Daß die russischen Gegenrevolutionäre an einen automatischen Zusammenbruch der proletarischen Macht irgendwie unklar gedacht haben mögen, kann wahr sein. Aber diese Feststellung darf uns nicht dazu verleiten, ihr eine irgendwie wesentliche Bedeutung bei der Beurteilung dieser Zeit zuzumessen. Auf keinen Fall darf behauptet werden, daß die Hoffnungen auf den automatischen Zusammenbruch der Bolschewiki für den Fall ihrer Machtergreifung den Widerstand der russischen Bourgeoisie „gehemmt“ hätten. Die aktive Gegenwehr der russischen Gegenrevolution hat den realen Gang der Ereignisse vor der proletarischen Machtergreifung weit wirksamer beeinflußt als solche unklaren „Hoffnungen“.

Und genau so, wie die russische Bourgeoisie sich weder auf diese „Hoffnungen“, noch auf irgend welche andere unklare „Automatik“ verließ, so gründete auch das russische Proletariat keine Hoffnungen auf solche Hoffnungen seiner Gegner. In seiner Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ führt Lenin die Stimmen aus dem Gegenlager an, die sich mit dieser Frage befassen und die [49] erklären, „daß die Bolschewiki sich entweder niemals dazu entschließen werden, allein die ganze Staatsgewalt an sich zu reißen, oder, wenn sie sich schon dazu entschließen und die Staatsgewalt ergreifen sollten, sie diese nicht einmal die aller kürzeste Zeit würden festhalten können.“ (S. 10.) Lenin zitiert als eine solche Stimme den Leitartikler der kadettisch-kornilowschen „Rietsch“ vom 16. September 1917. Dieser schreibt über die Bolschewiki u. a.:

„Aber trotz ihrer ganzen rednerischen Aufregung, ihrer prahlerischen Phrasen, ihres zur Schau getragenen Selbstvertrauens sind die Bolschewiki, mit Ausnahme einiger weniger Fanatiker, bloße Maulhelden. Die ‚ganze Macht‘ zu übernehmen, würden sie aus eigenem Antrieb nicht versuchen. Desorganisatoren und Zerstörer par excellence sind sie ihrem Wesen nach Feiglinge, die sich in der Tiefe ihrer Seele sowohl ihrer inneren Unwissenheit als auch der Vergänglichkeit ihrer gegenwärtigen Erfolge sehr gut bewußt sind. Gerade so gut ‚wie wir alle‘ verstehen auch sie, daß der erste Tag ihres endgültigen Triumphes zugleich auch der erste Tag ihres jähen Niederganges sein müßte ... Das beste Mittel, sich auf lange Jahre vom Bolschewismus zu befreien, ihn unmöglich zu machen, wäre: das Schicksal des Landes in die Hände der bolschewistischen Führer zu legen. Und hätte man nicht das Bewußtsein von der Unzulässigkeit und der Verderblichkeit derartiger aussichtsloser Experimente, so könnte man sich aus Verzweiflung auch zu einem solchen Heldenstückchen entschließen.“ (Seite 11.)

Lenin antwortet darauf:

„Die brave ‚Rietsch‘ führt absolut keine Argumente an. Sie überschüttet lediglich die Bolschewiki mit den erlesensten und erbittertsten Beschimpfungen. Das von uns gebrachte Zitat beweist u. a., wie unrichtig es wäre, zu glauben, daß die ‚Rietsch‘ die Bolschewiki zur Machtergreifung ‚provociere‘, und deshalb zu schreien: ‚Hütet Euch, Genossen, denn das, was der Feind rät, ist sicher schlecht!‘ Wenn wir uns, statt sachliche Erwägungen, sowohl allgemeinen als auch konkreten Charakters (von mir gesperrt. S. E.) anzustellen, davon ‚überzeugen‘ lassen, daß die Bourgeoisie uns zur Machtergreifung ‚provociere‘, so werden wir vor der Bourgeoisie als Genarrte dastehen. Denn wenn auch die Bourgeoisie unfehlbar immer Millionen von Uebeln als Folge der Machtergreifung durch die Bolschewiki boshaft prophezeien wird, wenn sie auch immer boshaft schreien wird: ‚Am besten wäre es, um die Bolschewiki mit einem Male und auf lange Jahre los zu werden, wenn man sie zur Macht zuließe und dann aufs Haupt schlänge!‘, so wäre zwar ein solches Geschrei, wenn ihr es wollt, ebenfalls eine ‚Provokation‘, nur eine im umgekehrten Sinne. Die Kadetten und die Bourgeoisie ‚raten‘ uns durchaus nicht und haben uns niemals ‚geraten‘, die Macht zu ergreifen; sie versuchen nur, uns mit den angeblich unlösbaren Machtaufgaben einzuschüchtern“.

Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß Lenin nicht erwartete, daß die „Hoffnungen“ auf den „automatischen Zusammenbruch“ der Bolschewiki den Widerstand der russischen Bourgeoisie irgendwie „hemmen“ würden. Das „boshafte“ Gerede der Bourgeoisie, das die Bolschewiki zur Machtergreifung angeblich „provocieren“ will, nimmt Lenin nicht ernst. Vielmehr müssen die Bolschewiki „sachliche Erwägungen sowohl allgemeinen, als auch konkreten Charakters“ anstellen und jenes Gerede auf seinen wahren, sachlichen Inhalt prüfen. Die sehr realen Maßnahmen verschiedensten Charakters von seiten der Bourgeoisie zeigen, daß diese in Wirklichkeit alles eher als eine „Provokation“ der Bolschewiki nach dieser Richtung hin heraufbeschwören will. Im Gegenteil, dieses Gerede, diese, sogar ausgesprochenen „hemmenden Hoffnungen“ waren im realen Kampfe eine sehr feine und sehr wirksame Waffe mehr gegen die Bolschewiki, vor der Lenin seine eigenen Freunde besonders warnen zu müssen glaubte. Mit diesem boshafte Gerede, mit diesen offen ausgesprochenen „hemmenden Hoffnungen“ versuchte die russische Bourgeoisie die Bolschewiki nur einzuschüchtern, das Gerede vom „automatischen“ Zusammenbruch sollte in den Bolschewiki die Ueberzeugung aufkommen lassen, daß die Aufgaben, die sie sich stellten, unlösbar seien.

Die russische Bourgeoisie stand zur Zeit ihrer „Ueberrumpelung“ im Jahre 1917 an Zahl, Erfahrung, Tradition, Einfluß, Bedeutung, hinter der westeuropäischen Bourgeoisie absolut und relativ zweifellos weit zurück. Das bedeutet im Hinblick auf die kommenden westeuropäischen Revolutionen, daß die Widerstände, die das europäische Proletariat vor seiner Machtergreifung zu überwinden haben wird, im allgemeinen stärkere sein werden, als es für das russische Proletariat der Fall war. Daraus aber folgt noch lange nicht, daß **die „Ueberrumpelungstaktik“, wie sie in Rußland angewendet worden ist**, für Westeuropa nicht mehr in Betracht kommt. Auch der Umstand, daß die westeuropäische Bourgeoisie aus der gelungenen russischen Revolution Lehren gezogen hat, die zweifellos geeignet sind, ihren Willen zum Widerstand gegen eine proletarische Revolution noch zu verschärfen, spricht noch nicht gegen die Anwendung dieser „russischen Ueberrumpelungstaktik“. In Wirklichkeit, in der gegebenen historischen Situation, vor und in den Herbsttagen 1917 hat die russische Bourgeoisie **von Anfang an alle** ihr zur Verfügung stehenden materiellen und ideellen Kräfte eingesetzt. Aber „übernatürliche“ Kräfte besaß die russische Bourgeoisie nicht, ebenso wie die stärkste westeuropäische Bour-

geoisie solche bei Ausbruch der Revolution nicht besitzen wird. Vor dem „übereuropäischen“ Ansturm des russischen Proletariats mußte die russische Bourgeoisie die Waffen strecken. Wenn man also schon Analogien aus der Zeit der russischen Revolution für „westeuropäische“ Verhältnisse ziehen will, so kann man es bestimmt auch nach der Richtung hin tun, daß in einem bestimmten historischen [50] Zeitpunkt, bei Ausbruch der Revolution, auch der „schärfste und geschärfteste“ westeuropäische Verstand der Bourgeoisie gegenüber der „russischen Ueberrumpelungstaktik“ des Proletariats schließlich versagen wird. Und wenn man auch eine Parallele in bezug auf das „Klügerwerden“ der Bourgeoisie ziehen will, so kann man hinzufügen, – damit der „Verstand“ der westeuropäischen Bourgeoisie allseitig auf seine Rechnung kommt! – daß die westeuropäische desertierte Bourgeoisie in ihrer Emigration noch „klüger“ werden wird.

Ueberrumpelungstaktik – ohne die Varga'schen Gänsefüßchen – kann einen zweifachen Sinn haben: Sie kann als das Wesen der gesamten, auf die Machtergreifung gerichteten politischen Taktik gedacht sein und heißt dann im historischen Gewande „Blanquismus“, in der gewöhnlichen Sprache „Putschismus“. Das wäre der eine Sinn. „Ueberrumpelungstaktik“ bedeutet hier den über diese Taktik nicht hinausgehenden gesamten Inhalt einer Politik überhaupt. Ueberrumpelungstaktik kann aber zweitens auch bedeuten die bloße technische Form des Aktes der Machtergreifung als einer zeitlich und räumlich beschränkten Phase innerhalb einer organisch, im Zusammenspiel von „Verhältnissen“ und „Bewußtsein der handelnden Personen“ sich entwickelnden politischen Aktion.

Lenin (ebenso Marx) unterscheidet genau zwischen diesen beiden Bedeutungen der Ueberrumpelungstaktik. In einem Brief an das ZK der Bolschewiki, geschrieben im September 1917, spricht sich Lenin über „Marxismus und Aufstand“ aus:

„Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muß er sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittene Klasse. Dies – erstens. Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Elan des Volkes stützen. Dies – zweitens. Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der wachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der Vorhut des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, schwankenden, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind. Dies – drittens. Durch diese drei Bedingungen in der Frage des Aufstandes unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus.“

Dann kommt der sehr bedeutsame Nachsatz:

„Liegen aber diese drei Bedingungen vor, so ist der Verzicht auf die Behandlung des Aufstandes als Kunst gleichbedeutend mit dem Verrat an der Revolution.“

In die Terminologie der „Ueberrumpelungstaktik“ übersetzt, heißt dies: Auch die nächsten Revolutionen werden sich unter ähnlichen allgemeinen Bedingungen entwickeln wie die russische Revolution. Liegen dann aber diese Bedingungen vor, so ist der Verzicht auf die „Ueberrumpelungstaktik“ gleichbedeutend mit dem Verrat an der Revolution.

In den „Ratschlägen eines Unbeteiligten“, die Lenin im Oktober 1917 geschrieben hat, spricht Lenin das Wort „übereuropäisch“ auch **direkt** aus. Aus dem Zusammenhang, in dem es steht, wird man deutlich erkennen, was Lenin und Marx unter der notwendigen, anzuwendenden, auch künftighin in Betracht kommenden „Ueberrumpelungstaktik“ verstanden haben und welche entscheidende Bedeutung sie ihr zugemessen haben. Lenin schreibt u. a.:

„Der bewaffnete Aufstand ist eine besondere Form des politischen Kampfes, die besonderen Gesetzen unterliegt, und über die man genau nachdenken muß. Außerordentlich plastisch hat diesen Gedanken Karl Marx ausgedrückt, als er schrieb, daß der ‚Aufstand ebenso wie der Krieg eine Kunst‘ ist.

Von den Hauptregeln dieser Kunst leitet Marx ab:

1. Niemals mit dem Aufstand spielen, und wenn er angefangen ist, genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß.

2. Man muß ein bedeutendes Kräfteübergewicht sammeln am entscheidenden Orte, im entscheidenden Moment, denn sonst wird der Feind, der über eine bessere Vorbereitung und Organisation verfügt, die Aufständischen vernichten.

3. Hat der Aufstand einmal begonnen, so muß man mit der größten Entschlossenheit handeln und unabänderlich und bedingungslos zur Offensive übergehen. ‚Die Defensive ist der Tod des bewaffneten Aufstandes‘.

4. Man muß suchen, den Feind zu überrumpeln (von mir gesperrt. S. E.) und den Moment zu packen, solange seine Truppen zerstreut sind.

5. Man muß danach streben, täglich irgend welche kleinen Erfolge zu erzielen (man könnte sagen, stündlich, wenn es sich um eine einzelne Stadt handelt) und um jeden Preis das moralische Uebergewicht aufrecht zu erhalten.

Marx rekapitulierte die Lehren aller Revolutionen hinsichtlich des bewaffneten Aufstandes mit den Worten des ‚größten Meisters der Revolutionstaktik in der Geschichte‘, Dantons: ‚Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit‘.“ (Der genaue Wortlaut der hier von Lenin erläuterten Sätze findet sich in „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, Auflage 1907, Seite 118).

[51] Für Marx und Lenin war die Revolution, wie wir sehen, eine sehr konkrete Angelegenheit. Die Revolution wird von ihnen in ihre sich aufeinander aufbauenden Phasen gegliedert und die politische Bewältigung einer bestimmten Phase oder auch Phasenperiode erscheint ihnen nur in den Formen der Ueberrumpelungstaktik durchführbar zu sein.

Wir wollen zur unbedingten Klarstellung dieser Frage noch eine Stelle heranziehen, wo sich Lenin mit der Ueberrumpelungstaktik beschäftigt. In seiner Schrift: „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ hat Lenin auf S. 59 folgende Darstellung der „viertelbolschewikischen“ „Nowaja Shisn“ vor sich:

„Die Lehren der Vorgänge vom 3. bis 5. Juli einerseits und der Kornilowtage andererseits haben mit voller Klarheit gezeigt, daß eine Demokratie, die innerhalb der Bevölkerung die einflußreichsten Organe zu ihrer Verfügung hat, unbesiegbar ist, wenn sie im Bürgerkrieg eine defensive Stellung einnimmt, daß sie hingegen eine Niederlage erleidet und alle zwischen den Klassen stehenden schwankenden Elemente verliert, wenn sie die Initiative an sich reißt und zum Angriff übergeht.“

Lenin entgegnet darauf:

„Wenn die Bolschewiki diesem philisterhaften Stumpfsinn auch nur die geringste Nachgiebigkeit in irgend einer Form beweisen würden, würden sie sowohl ihrer Partei als auch der Revolution das Grab schaufeln. Denn der Verfasser des zitierten Artikels, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, vom Bürgerkriege zu sprechen ..., hat die Lehren der Geschichte in dieser Frage bis zur unwahrscheinlichsten Komik entstellt.“

An Stelle der unklaren „komischen Defensivtheorie“ ist zu setzen die Aufstandstheorie des „Begründers der proletarisch-revolutionären Taktik“ Karl Marx. Es folgt nun die uns bereits bekannte Aufstandstheorie aus „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“. Dann folgt der Hinweis auf die uns bereits ebenfalls bekannten Voraussetzungen des Aufstandes. Im Zusammenhang damit stellt Lenin das rasche Wachsen der Bolschewiki und die Zersetzung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki nach dem 3. und 4. Juli fest. Im Gegensatz zur „Nowaja Shisn“ erklärt Lenin als „Lehre“ für eine solche Periode:

„Die ‚Lehre‘ ist also gar nicht, aber auch gar nicht im Sinne der ‚Nowaja Shisn‘, sondern eine ganz andere: Gehe nicht von den aktiven gärenden Massen zur Philisterdemokratie über, und willst du den Aufstand, so gehe zum Angriff über, so lange die Kräfte des Feindes zersplittert sind, überrumpele den Feind.“ (S. 62/63.)

Und zum Schluß seiner Schrift sagt er gegen die Feinde der „Ueberrumpelungstaktik“:

„Auf die erbarmungslosen Fragen des Bürgerkrieges antwortet ihr mit konfusen Phrasen und armseligen konstitutionellen Illusionen. Aber eben deshalb sage ich, wenn die Bolschewiki solchen Stimmungen nachgeben sollten, würden sie sowohl ihrer Partei als auch der Revolution das Grab schaufeln.“

Welch ein Ueberrumpelungstaktiker der Praxis Lenin war, das wird ersichtlich aus den konkreten Ratschlägen, die er in den „Ratschlägen eines Unbeteiligten“ gab. Aus den allgemeinen Lehren des Aufstandes folgerte Lenin für den russischen Aufstand, und das war das „spezifisch Russische“:

„In Anwendung auf Rußland und auf den Oktober des Jahres 1917 bedeutet dies: gleichzeitiger, möglichst plötzlicher und rascher Vorstoß gegen Petersburg, sowohl von innen wie von außen, sowohl aus den Arbeitervierteln wie aus Finnland, aus Neval, aus Kronstadt, eine Offensive der ganzen Flotte, Anhäufung eines gigantischen Uebergewichtes an Streitkräften über die 15 bis 20.000 (und vielleicht auch mehr) unserer ‚bürgerlichen Garde‘ (der Fähnriche), unserer ‚Vendéetruppen‘ (eines Teils der Kosaken usw.).

Unsere drei Hauptkräfte: die Flotte, die Arbeiter und die Truppenteile so kombinieren, daß besetzt und um den Preis beliebig großer Verluste gehalten werden: a) die Telephonzentrale, b) das Telegraphenamt, c) die Bahnhöfe, d) die Brücken vor allem.

Die entschlossensten Elemente (unsere ‚Stoßtrupp‘ und die Arbeiterjugend, sowie die besten Matrosen) in kleinen Trupps aussondern zur Besetzung der wichtigsten Punkte und zur Beteiligung an allen wichtigsten Operationen, z. B.:

Petersburg umzingeln und abschneiden, es durch eine kombinierte Attacke der Flotte, der Arbeiter und des Heeres erobern, – das ist eine Aufgabe, die Kunst und dreifache Kühnheit erfordert.

Trupps der besten Arbeiter mit Gewehren und Bomben bilden zur Attackierung und Umkreisung der ‚Zentren‘ des Feindes (Fähnrichschulen, Telegraphen- und Telephonämter usw.) mit der Losung: selbst wenn alle zugrunde gehen, der Feind darf nicht durchkommen.“

Genosse Varga gibt sich mit der doppelten Begriffsbestimmung der Ueberrumpelungstaktik erst gar nicht ab, er lehnt einfach die „Ueberrumpelungstaktik“ an sich für die kommenden Revolutionen kategorisch ab. Unseres Erachtens kommt eine Ueberrumpelungstaktik in dem Sinne, in dem sie in Rußland angewendet worden ist, – also natürlich nicht in dem Sinne, den ihr Genosse Varga zu geben scheint, und in dem sie sich auch bei loyalster Auslegung von dem, was unsere Sozialdemokraten einen „Putsch“ nennen, kaum [52] unterscheidet – auch in Zukunft sehr wohl und vielleicht erst recht in Betracht. Je vollkommener das Proletariat die Bourgeoisie überrumpeln wird, umso rascher, umso entscheidender wird diese dann geschlagen sein. Voraussetzung für eine solche Taktik überhaupt ist die „Reife“ der gesellschaftlichen, der politischen Situation, Voraussetzung in Deutschland sind infolge des politischen und ökonomischen Gewichtes der Landwirtschaft auch die festen Stützpunkte der Kommunisten in der Landwirtschaft.

Man darf nicht in den Fehler verfallen, die künftige revolutionäre Lage mit den Verhältnissen von heute zu messen. In einer revolutionären Situation „überrumpeln“ die Verhältnisse die Menschen. Die Ereignisse „überstürzen sich“. Auch in der kommenden revolutionären Situation wird das politische Interesse der großen Massen genau so wie in allen vergangenen Revolutionen aufs gewaltigste aufgewühlt, ihr Mut, ihre Kampfeslust angestachelt werden. Die politische Erziehung der Massen wird sich in einer solchen Periode in kürzester Zeit vollziehen, die Massen werden dann über ihre Klassenlage, ihr Klasseninteresse klarer denken als heute. Lenin schreibt in seiner Schrift „Die Lehren der Revolution“ auf Seite 9 folgendermaßen über diese Periode:

„Jede Revolution bedeutet einen jähen Umschwung in dem Leben großer Massen des Volkes. Solange die Zeit für einen solchen Umschwung noch nicht herangereift ist, kann eine wirkliche Revolution nicht stattfinden. Wie nun ein einzelner Mensch aus jedem schroffen Wechsel seiner Daseinsbedingungen mancherlei zu lernen vermag, wie ihn dieser zwingt, vieles durchzumachen und zu erleben, so gibt auch eine Revolution einem ganzen Volke in kürzester Zeit die inhaltsreichsten und wertvollsten Lehren.

Im Verlaufe einer Revolution lernen Millionen und Abermillionen von Menschen in einer einzigen Woche mehr als in einem Jahre gewöhnlichen, dumpfen Dahinlebens. Denn solch eine jähe Umwälzung in dem Leben eines ganzen Volkes läßt die Art der Ziele, die die einzelnen Volksklassen verfolgen, die Kräfte, über die sie verfügen, die Mittel, deren sie sich bedienen, besonders klar in Erscheinung treten.“

In diesen Perioden wird aber ebenso das Machtbewußtsein der bürgerlichen Klasse trotz intensiver Gegenwehr „von Anfang an“ allmählich zersetzt. Diese „Zersetzung“ hat eine sehr materielle

Basis. In den „normalen“ Perioden stützt sich das Kapital nicht allein auf die Bourgeoisie, also auf sich selbst, und auf seinen militärischen und Staatsapparat, sondern ist mehr oder weniger fest auch in breiten Massen des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft verwurzelt. In der revolutionären Periode aber lösen sich immer breitere Teile ihrer ehemaligen Anhänger von der Bourgeoisie los. Erst gruppiert sich die Arbeiterklasse um die aktivste Vorhut, organisiert sich bewußt als Klasse; darauf, oder schon zur selben Zeit, gerät das Kleinbürgertum ins „Schwanken“. Die Basis, auf die sich die Bourgeoisie sonst stützt, wird immer schmaler. Diesem materiellen Zersetzungsprozeß entspricht der ideelle. Diesen Prozeß werden dann auch in Westeuropa auch die besten Lehren, die die Bourgeoisie des in Aufruhr geratenen Landes aus der russischen Revolution zu ihrem Vorteile gezogen hat, nicht aufhalten können.

Zu den „Folgerungen“, die der Gen. Varga aus seiner Ablehnung der „russischen Ueberrumpelungstaktik“ zieht (Abhängigkeit der Machtergreifung von der Bedingung, daß „die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten steht“ – S. 5), soll im nächsten Abschnitt unserer Kritik Stellung genommen werden.

S. Erkner. (Fortsetzung folgt.)

*

Das Marx-Engels-Institut in Moskau

ersucht uns um die Aufnahme folgender Mitteilung: Das Marx-Engels-Institut verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die gesamte marxistische Literatur der Welt. In dem vom Institut herausgegebenen „Marx-Engels-Archiv“ werden Bibliographien und ausführliche Rezensionen veröffentlicht. Das Marx-Engels-Institut beabsichtigt, auch über die im Druck nicht erschienenen Arbeiten in seiner Bibliographie mit zu berichten und sie eventuell auch im „Archiv“ zu veröffentlichen. Das Institut bittet daher die Verfasser von Inaugural-Dissertationen und ähnlichen ungedruckten Abhandlungen, die Themen wie: Geschichte des Sozialismus, Parteigeschichte, Marx-Engels-Biographie, Marxismus, Geschichte und Theorie der politischen Oekonomie, Soziologie behandeln, ihm eine Maschinenabschrift solcher Dissertationen usw. zur Verfügung zu stellen oder zur Einsicht zuzusenden. Das Institut verpflichtet sich, die Interessen der Verfasser in jeder Beziehung zu wahren. Briefliche Anfragen bzw. Manuskripte sind zu richten an das Marx-Engels-Institut, Moskau, Maly Snamenski 5.

[53]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Februar 1925 * Heft 2

Zur Tagung des Zentralausschusses.

Von Ruth Fischer.

I.

Als die Oktober-Ereignisse in der Exekutive-Sitzung im Januar 1924 diskutiert wurden, als das opportunistische Experiment in Sachsen, die Einheitsfronttaktik als Bündnispolitik, die Arbeiter-Regierung als demokratisches Zwischenstadium von der Exekutive desavouiert wurden, da fragte Radek unaufhörlich in den Debatten: „Ja, aber was wird die Komintern tun, wenn die Revolution morgen nicht auf der Tagesordnung steht, wenn der Machtkampf in Europa nicht möglich ist; werden wir warten und uns sektiererisch abschließen, bis unsere Ernten herangereift sind?“ In dieser Frage Radeks lag unserer Auffassung nach damals schon die jetzt erst herangereifte Frage nach der Taktik in der Zeit der Uebergangsperiode. In der Uebergangsperiode sind für die ungefestigten kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands überall die Gefahren der Verwischung, der Abbröckelung und der Verschmelzung mit den Sozialdemokraten akut, insbesondere dann, wenn die SPD von der Bourgeoisie in die Regierung nicht zugelassen wird, wie z. B. jetzt in Deutschland. (Daß die tschechische Partei sich trotz vieler innerer Schwächen als eine starke und solide Massenpartei erhielt, erklärt sich aus der Tatsache, daß sie die einzige tschechische Oppositionspartei ist, die grundsätzlich der Regierung und dem Staat entgegensteht.) In der Frage Radeks lag unseres Erachtens also schon die Antwort, man müsse in der Uebergangsperiode eine Annäherung an die Sozialdemokratie suchen.

Politische und organisatorische Einheitsfront mit der SPD als Pakt gegen das Kapital, die „Reaktion“, den „Faschismus“, die zu einer völligen Verwischung des Charakters der Kommunistischen Partei, zu einer Abschwächung der Grenze zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politik und schließlich, wenn diese Uebergangsperiode länger dauert, zu einer Liquidierung der Kommunistischen Parteien oder zu großen Abspaltungen von denselben führen müßte. Gerade in der jetzigen historischen Situation ist die Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie, das Verwischen unserer revolutionären Grundeinstellung, das Maskieren unserer Stellung zum bürgerlichen Staat in der Form der demokratischen Regierungs-Lösungen (oder von Lösungen, die zum mindesten zweideutig sind und die Auslegung nach der Seite der Diktatur und der Demokratie hin zulassen), besonders gefährlich. Ebenso gefährlich wäre die Auffassung vom Abwarten auf den Tag, an dem historisch der Ausstand wieder auf der Tagesordnung der Aufgaben der Arbeiterklasse steht. Sondern das Problem der Taktik besteht gerade darin, den Kampf um die Teilforderungen in der gegenwärtigen Situation in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen, aber gleichzeitig tatsächlich und nicht nur in der Phrase verstehen, diese Teilkämpfe als revolutionäre Kämpfe zu führen und sie in die Richtung des politischen Machtkampfes zu leiten. Die Konzentration auf die Teilkämpfe, die selbständige Arbeiterpolitik der Kommunistischen Partei, gerade das ist die Aufgabe, die wir jetzt durchzuführen haben unter der gleichzeitig schärfsten und unversöhnlichsten Haltung gegenüber der Sozialdemokratie, in allen ihren Schattierungen und gegenüber allen Versuchen der Versöhnung mit ihr in unseren eigenen Reihen. Die KPD die einzige Arbeiterpartei, die Komintern die einzige Organisation des Weltproletariats. Diese Losung ist zugleich die Antwort auf das Problem der Taktik. Die Erweiterte Exekutive-Sitzung wird diese Frage, die der 5. Weltkongreß klar und eindeutig in seinen Taktikthesen formulierte, an der Hand der konkreten politischen und wirtschaftlichen Lage auf seine Durchführung zu prüfen haben.

II.

Aus den verderblichen Auswirkungen der Brandler-Politik ist es zu erklären, daß ein großer Teil unserer Parteigenossen an die praktische Tagesarbeit nicht mit der notwendigen Sicherheit und Festigkeit herangeht. Das abschreckende Beispiel der reformistischen Tagesarbeit, der reformistischen Teil- und Uebergangsforderungen, des unfähigen Manövrierens, bei dem die proletarische Partei ins Schlepptau der bürgerlichen Demokratie geriet, statt die bürgerlichen Parteien von

den Massen zu trennen, diese traurigen Erfahrungen einer ganzen Epoche in der Entwicklung der KPD, die zu der Katastrophe des Oktober 1923 führte, machen die revolutionären Arbeiter in unserer Partei gegen jede Art von Tagesarbeit und Teilforderungen (besonders politischen) und Manövrieren mißtrauisch. An diesen primitiven „Radikalismus“ dürfen keine Zugeständnisse gemacht werden. Unsere Genossen müssen begreifen, daß die abstrakte Propaganda des „Endziels“ ohne die Fähigkeit, die Massen von dem Punkt, wo sie heute stehen, zu diesem Ziele zu führen, sie in dieser Richtung in Bewegung zu setzen, eine Form des Trotzismus ist.

Die SPD und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist im besten Fall nur dazu imstande, für ganz kleine Teile des Proletariats geringfügige Zugeständnisse herauszuhandeln. Ihre Taktik des Kuhhandelns mit der Bourgeoisie bei ängstlicher Vermeidung jedes breiten Massenkampfes ist aber ganz unfähig, auch nur die Tagesinteressen des Proletariats als Klasse, seiner breiten Massen im geringsten zu befriedigen. Darum erklären wir die KPD nicht nur für die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, sondern für die einzige Arbeiterpartei überhaupt. Denn unter den heutigen Bedingungen der imperialistischen Epoche und besonders in der Dawes-Kolonie Deutschland kann es keine Partei geben, die irgend welche Klasseninteressen des Proletariats ernsthaft vertritt und zugleich den revolutionären Klassenkampf ablehnt und ein Bündnis [55] mit der Bourgeoisie herzustellen sucht. Der vollkommene Zerfall des Zentrismus in Deutschland, der doch in der Blütezeit der USPD die großen Massen des Proletariats hinter sich hatte, die völlige Bedeutungslosigkeit und politische Hilflosigkeit der „linken“ Opposition in der SPD, das sind sichtbare Beweise dafür, daß es außerhalb der kommunistischen Politik keine Politik geben kann, die auch nur in beschränktem Umfang, auch nur in dem Ausmaße, das die Tagesforderungen der rückständigsten Teile der arbeitenden Massen verlangen, irgend welche proletarischen Interessen vertritt. Auch in der „Opposition“ kann die SPD nur eine Ebert-Severing-Politik machen.

Aber die Wahlergebnisse des 7. Dezember zeigen, daß das breite proletarische Massen noch nicht begriffen haben. Keiner von den nahezu acht Millionen Wählern der SPD glaubte Führer der proletarischen Revolution, Vorkämpfer des Sozialismus zu wählen. Aber Millionen glaubten noch in der SPD Vertreter ihrer Tagesinteressen zu wählen. Diesen Wahn zerstören können die Kommunisten nur dadurch, daß sie sich als die einzigen Vertreter dieser Interessen in der Praxis erweisen. Das geschieht nicht dadurch, daß die Kommunisten 40 Prozent fordern, wo die Sozialdemokraten 20 Prozent verlangt haben, sondern dadurch, daß die Kommunisten bei der Schaffung der Einheit von unten, der Einheit des Klassenkampfes für das Minimalprogramm wirklich führend vorgehen und so verhindern, daß durch unzulängliche Zugeständnisse an einzelne Schichten des Proletariats die Kampfgemeinschaft aller Proletarier zerrissen, das Klasseninteresse preisgegeben wird.

Achtstundentag für alle Berufe, Sicherung des Existenzminimums für alle Arbeiterkategorien, das sind unerläßliche Forderungen eines wirtschaftlichen Minimalprogramms. Die Kommunisten müssen den einheitlichen Kampf aller Arbeiter für diese Forderungen propagieren und organisieren und in diesem Zusammenhang die Frage der gewerkschaftlichen Einheit stellen. Nur im Zusammenhang mit einem solchen Minimalprogramm wird die Losung der Gewerkschaftseinheit Fleisch und Blut gewinnen.

Aber von entscheidender Bedeutung ist, daß man den Kampf für ein solches Minimalprogramm nicht zum Anlaß nimmt, das revolutionäre Ziel preiszugeben. Nicht wie es in der Brandler-Periode hieß: „Wir stellen gar keine kommunistischen Parolen auf, sondern nur solche, die auch jeder SPD-Arbeiter versteht“, sondern auch um diese Minimalforderungen durchzusetzen, deren Notwendigkeit jeder SPD-Arbeiter versteht, ist es notwendig, den Klassenkampf in der Richtung auf den politischen Machtkampf, auf den Kampf um die Diktatur weiterzutreiben. Es genügt nicht, das große Ziel im Auge zu behalten, man muß nächste Ziele setzen, die durch die nächste Aktion zu erreichen sind, aber man muß nicht nur selbst diese Ziele in dem notwendigen Zusammenhang mit dem „großen Ziel“ sehen, sondern den Kampf so in der Richtung auf das revolutionäre Ziel führen, daß dieser Zusammenhang den Massen begrifflich wird.

Dies sind nur einige Bemerkungen, die die Bedeutung unserer vom ZA neuerlich beschlossenen Taktik klarmachen und unseren Genossen zeigen sollen, wie weit unsere Partei noch von einem wirklich bolschewistischen Manövrieren entfernt ist. [56]

III.

Die Losung des 5. Weltkongresses, Bolschewisierung der Parteien, besteht eben darin, die Parteien zu lehren, die Revolution zu organisieren durch Konzentration auf die Teilkämpfe des Proletariats, aber diese Kämpfe zu verbinden mit einer festen eisernen Haltung der Parteien allen Versumpfungsversuchen gegenüber, ebenso wie mit einer klaren und eindeutigen Aufzeigung des Weges des Proletariats zur Macht; in den Teilkämpfen gleichzeitig den Willen der Arbeiterschaft, die Bourgeoisie zu schlagen, ständig stärken, den Kampf um die Macht propagieren, den Machtwillen, den Machtgedanken im Proletariat schulen und lebendig erhalten (militärische Propaganda, Propaganda gegen die Kriegsrüstungen und gegen die kommenden Kriege!), das müssen die bolschewistischen Parteien ebenso lernen, wie sie es lernen müssen, klug und geschickt dem Gegner gegenüber zu operieren, ohne sich mit den Sozialdemokratischen Parteien zu vermischen. Bolschewisierung bedeutet in diesem Sinne natürlich auch, daß man den einzelnen Parteien konkret ihre Aufgaben stellen muß, und daß für jedes Land, den gegebenen Verhältnissen nach, andere Fragen im Vordergrund stehen werden, daß für jedes Land ein anderer Weg da ist, mit dem der Kampf um die Eroberung der Massen für den Bolschewismus geführt werden kann. Diese Verbindung von Festigkeit und Manövrierfähigkeit, die der Leninismus der russischen Partei in seinem grundsätzlichen Kampfe gegen den Menschewismus gegeben hat, d. h. gegen alle Versuche, das Proletariat vom revolutionären Kampfe um die Macht abzuhalten und mit der Bourgeoisie auszusöhnen, sie hat die russische Partei gelehrt, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, die Massen für die Revolution zu gewinnen und zu organisieren und an seine revolutionäre Vorhut, die Kommunistische Partei, zu ketten. Unversöhnlichkeit und Manövrierfähigkeit zugleich, das ist der Sinn der Losung des 5. Weltkongresses, Bolschewisierung der Parteien, der Komintern.

*

Die deutschnationale Erfüllungsregierung Luther.

Von Lenz.

Daß die Deutschnationalen nach der durch ihre Zustimmung ermöglichten Annahme der Dawes-Gesetze in die Regierung kommen mußten, das war nicht nur die Erfüllung eines abgeschlossenen Kaufvertrages, sondern die Erfüllung einer historischen Notwendigkeit. Lokale Durchführung der Londoner Gesetze durch Steigerung des Exports und zugleich Erleichterung der Besitzsteuern, das ist der Kern des Regierungsprogramms Luthers. Da bedeutet aber maßlose Steigerung der Ausbeutung des Proletariats und der Ausplünderung der Mittelschichten durch Steuern und durch die Hilfe von Schutzzöllen hochgehaltene Monopolpreise. Das ist der einzige Weg, auf dem die besitzenden Klassen Deutschlands die Durchführung des Dawes-Planes versuchen können. Jede andere Politik würde Verzicht auf den normalen Kapitalprofit oder Verzicht auf die Unterstützung des internationalen Kapitals im Kampfe gegen die proletarische Revolution voraussehen. Für den wirtschaftlichen Generalangriff zum Zwecke der Lastenabwälzung, der einsehen muß, sobald es mit dem Zahlen ernst wird (bis jetzt bestand ja durch die 800-Millionen-Anleihe ein teilweises Moratorium), braucht die Bourgeoisie eine feste, zuverlässige [57] Regierung, die widerstandslos die Befehle der Konzernmagnaten durchführt und den Gewaltapparat des Staates rücksichtslos gebrauchen kann. Dazu ist die Mitwirkung der Deutschnationalen Partei in der Regierung erforderlich, da sie nicht nur das Bündnis von Junkern und Großindustriellen verkörpert, sondern auch den entscheidenden Einfluß auf die Bürokratie und die bewaffnete Macht ausübt.

Damit ist freilich die monatelange Regierungskrise und ihr Abschluß durch die „Bürgerblock-Regierung“ sowie die analogen Vorgänge in Preußen und den anderen Ländern noch nicht ausreichend erklärt. Denn der Kampf ging nicht um die Einbeziehung der Deutschnationalen – darin waren sich alle bürgerlichen Parteien einig –, sondern um die Ausschiffung der Sozialdemokraten, auf der die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen bestanden. Das Programm der

Luther-Regierung, das Programm der Erfüllung durch rücksichtslose Abwälzung der Lasten auf die arbeitenden Massen, schloß aber keineswegs die Regierungsteilnahme der SPD aus. Hätte die SPD als konservative bürgerliche Partei, die für die Erhaltung der bürgerlichen Republik und den Wiederaufbau des Kapitalismus eintritt, doch von vornherein die Erfüllungspolitik und insbesondere den Dawes-Plan propagiert und sowohl für die Annahme des Versailler Vertrages wie für die Annahme des Londoner Vertrages 1918-19 wie 1923-24 durch die gewaltsame Niederschlagung des revolutionären Proletariats direkt die Voraussetzungen schaffen helfen. Der Sprecher der SPD im Reichstag hat ja auch erklärt, daß das Programm der Luther-Regierung nicht von den politischen Richtlinien des Kabinetts Marx abweiche, dem die Sozialdemokratie bedingungslose Unterstützung gewährt hatte. Auch der Regierung Braun-Severing in Preußen kann man alles andere eher nachsagen, als daß sie der zur Durchführung des Dawes-Planes notwendigen Kapitalsoffensive ein Hindernis in den Weg gelegt hätte.

Wenn die SPD trotzdem jetzt so rücksichtslos aus allen Regierungsstellen hinausgeworfen wird, so geschieht das aus zwei Gründen. Die Bourgeoisie braucht die SPD gegenwärtig nicht, und sie hofft, sie später besser gebrauchen zu können. Für die Bourgeoisparteien sind die Sozialdemokraten ja trotz aller ihrer guten Dienste nur ein notwendiges Uebel, Parvenüs, denen man nur ungern einen guten Posten läßt, die sonst mit den eigenen Leuten besetzt werden könnten. Der SPD scheint es momentan genügend gelungen zu sein, die Arbeiterschaft zu verwirren, zu zersetzen, zu spalten, vom Klassenkampf abzulenken. Trotz zwölfstündiger Arbeitszeit in den schwersten und gesundheitsschädlichsten Betrieben bei elenden Löhnen zeigt sich keine Massenbewegung im Proletariat, die SPD hat mit ihrem bürgerlich-demokratisch-pazifistischen Reichsbannerprogramm 2 Millionen Stimmen gewonnen, während der Einfluß der KPD, zurückgedrängt wurde. Die Bourgeoisie fühlt sich stark, weil sie das Proletariat schwach sieht, und darum braucht sie ihre „sozialistischen“ Hilfstruppen nicht zu ihrem Schutze.

Wenn die SPD-Presse ein so gewaltiges Entrüstungsgeschrei gegen die Kommunisten erhebt, weil sie die wackelnden Ministersessel der Regierungssozialisten nicht stützen helfen und behauptet, die SPD-Minister wären dem Volk erhalten geblieben, wenn die KPD noch ein paar Mandate verloren hätte, so ist das nicht nur albern, weil die revolutionären Arbeiter von ihren Vertretern die Verteidigung ihrer Interessen, nicht aber den Schutz „sozialistischer“ Kettenhunde der Bourgeoisie erwarten, sondern es ist auch objektiv falsch. Hätte ein großer Wahlerfolg der KPD das Ansteigen einer revolutionären Massenbewegung gezeigt, so wären die Aussichten der SPD, in die Regierung zu kommen, selbst bei einer geringeren Zahl von Mandaten gewiß größer gewesen.

Aber die Regierungstätigkeit der SPD als Prellbock gegen das Proletariat scheint den herrschenden Klassen gegenwärtig nicht nur überflüssig, sondern auch unzweckmäßig. Die SPD hat ihre Brauchbarkeit für die Bourgeoisie so offenkundig bewiesen, daß sie gerade jetzt für die Bourgeoisie [58] nicht mehr brauchbar ist. Die Freunde Barmats, die Helden des Ebert-Prozesses, die Bewilliger der Ermächtigungsgesetze, die Schützer der Stahlhelmparaden sind zu sehr abgenutzt, ihr Ansehen bei den Arbeitern zu sehr ramponiert, als daß sie jetzt ihre Aufgabe als „proletarische“ Fassade einer bürgerlich-reaktionären Regierung in der Zeit des schärfsten Kapitalsangriffes mit gutem Erfolg erfüllen können. Wenn die Sozialdemokraten durch ein Oppositionstheater sich wieder das Ansehen einer Arbeiterpartei verschaffen, wenn die KPD, die trotz des Stimmenverlustes vom 7. Dezember in den entscheidenden Industriebezirken die maßgebende Partei bleibt, weiter zurückgedrängt würde, dann würde die SPD in einem kritischen Zeitpunkt, wo die proletarischen Massen wieder in eine revolutionäre Bewegung eintreten, der Bourgeoisie bessere Dienste leisten können, als wenn sie jetzt in der Regierung bliebe.

Paul Levi hat unmittelbar nach den Wahlen, als die große Koalition noch möglich schien, seinen Genossen klar zu machen gesucht, daß es zweckmäßiger sei, erst in die Opposition zu gehen und nachher in die Koalition. Denn wenn man gleich in die Koalition geht, dann habe man „die letzte Karte ausgespielt“. Was der Renegat hier sagt, das verstehen auch die klügeren Vertreter der Bourgeoisie. Wenn die SPD durch die Teilnahme an der deutschnationalen Dawes-Erfüllungs-Regierung den letzten Rest ihres Ansehens bei den Arbeitern verloren hätte, dann hätte sie endgül-

tig ausgespielt. Die Opposition gibt ihr die Möglichkeit, ihr Manöver vom Munitionsarbeiterstreik noch einmal zu versuchen. Die SPD wurde also aus der Regierung herausgeworfen, nicht weil sie ein Hindernis für die Regierungspolitik bildet, sondern weil sie in der Reserve bleiben soll, um in kritischeren Zeiten die Durchführung dieser Politik zu sichern.

Die Heftigkeit der Regierungskrise ist nicht so sehr durch die Rebellion des Arbeiter- und Kleinbürgerflügels des Zentrums zu erklären, das seinen Einfluß auf diese Kreise durch die Teilnahme an einer offen reaktionären Regierung zu verlieren fürchtet. Das Zentrum hatte sich ja von vornherein bereit erklärt, in den Bürgerblock einzutreten unter der Voraussetzung, daß die Demokraten mittun würden. Erst der Widerstand dieser Partei des Handelskapitals und der in den Interessenkreis der schwerindustriellen Konzerne nicht einbezogenen Fertigungindustrie führte zur Reichstagsauflösung. Die Politik der schwerindustriellen Konzerne, die Politik der Schutzzölle und der künstlich hochgehaltenen Kreise geht in der Tat nicht nur in der Richtung auf die maßloseste Ausbeutung der Arbeiterschaft, sondern auch in der Richtung auf die völlige Unterwerfung oder Vernichtung der kleinen und mittleren Unternehmungen, die in den Herrschaftskreis der Schwerindustrie noch nicht einbezogen sind. Die Konzentrationsbewegung, die durch die Inflation und durch die Kreditkrise so mächtig vorwärts getrieben wurde, soll durch Schutzzölle und Monopolpreise, durch die ganze Steuer- und Kreditpolitik, rücksichtslos fortgesetzt werden.

Ein Beispiel dafür, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Konzerngewaltigen bestrebt sind, jede Konkurrenz zu erschlagen, sind die letzten Vorgänge im Kalisyndikat. Der Wintershall-Konzern hat einen Vorstoß unternommen, um durch eine Interessengemeinschaft mit der Preußag, die die Kaligruben des preußischen Staates vereinigt, die Beherrschung der gesamten Kaliproduktion in die Hand zu bekommen. Nun sind aber jetzt bereits infolge der Absatzschwierigkeiten 50 Prozent der Schächte stillgelegt, weitere Stilllegungen sind notwendig, und so bedroht die Konzentrationsbewegung die Existenz derjenigen Kapitalisten, die nicht den Anschluß an die ausschlaggebenden Konzerne finden.

Diese Bedrohung der kleinen und mittleren Bourgeoisie, der nicht in den Konzernen organisierten Industrie, das ist die Klassengrundlage des schwarzrotgoldenen Widerstandes gegen die unter der Führung der Schwerindustrie stehenden schwarzweißbroten Regierung. Der Schwanz dieses machtlosen, zum Untergang verurteilten Flügels der Bourgeoisie, der sich jetzt bereits durch seine Zustimmung zur Luther-Regierung dem Block der Schwerindustrie [59] und der Zunker unterworfen hat, ist die SPD mit ihrem Reichsbanner Schwarzrotgold.

Während Luther die Steigerung des Exports als die notwendige Voraussetzung der Erfüllungspolitik verkündete, proklamieren berufene Vertreter der Schwerindustrie, wie Vögeler, angesichts der Unmöglichkeit, im Konkurrenzkampf mit den Mächten, die sich durch den Dawes-Plan die Kontrolle der deutschen Industrie verschafft haben, Auslandsmärkte zu erobern, die Notwendigkeit, den deutschen Inlandmarkt zu stärken, ihn für die deutsche Industrie zu sichern und vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Dieser Plan, der in dem System von Hochschutzzöllen für Industrie und Landwirtschaft seinen Ausdruck findet, ist die ökonomische Grundlage des Klassenbündnisses zwischen Großbourgeoisie und Junkern, das ja schon seit der Zeit besteht, wo die deutsche Bourgeoisie aus Angst vor dem Proletariat ihre bürgerliche Revolution verriet, das aber jetzt durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung erneut befestigt wurde. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ entwickelt einen Plan zur Massenbelieferung der Landwirtschaft mit Maschinen, die die Entwicklung zum Großbetrieb voraussetzt und den Ruin der Kleinbauernschaft bei den bestehenden Steuer- und Kreditverhältnissen beschleunigen müßte.

So tritt die Regierung Luther offen als reine Interessenvertretung der kleinen Gruppe von Konzernmagnaten und Großagrariern in Erscheinung, als eine Regierung nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land bis zu den kleinen Kapitalisten und den Mittelbauern. In der Tat ist wohl noch nie eine so unpopuläre Regierung in Deutschland ans Ruder gekommen. Es war kein Zufall, daß sich nach der Regierungserklärung keine Hand zum Beifall rührte. Die Regierung stößt von vornherein

auf den Haß nicht nur der klassenbewußten, sondern auch der der SPD folgenden Arbeiterschaft. Sie vermag aber auch der kleinbürgerlich-nationalistischen Gefolgschaft der monarchistischen Parteien nichts zu bieten. Die Deutschnationalen sind in dem für ihre Popularität ungünstigsten Zeitpunkt in die Regierung eingetreten. Wenn noch bei den Dezemberwahlen ein Zweifel darüber sein konnte, ob die Deutschnationale Partei als Ganzes durch ihre Abstimmung für die Dawes-Gesetze sich zur Erfüllungspolitik bekannt hatte, so ist jetzt kein Zweifel mehr möglich. Die Deutschnationalen treten in ein Erfüllungskabinett ein, sie bekennen sich zur Erfüllungspolitik gerade in einem Zeitpunkt, wo der Bankrott dieser Politik durch die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone offen in Erscheinung tritt.

Angesichts dieser zwar nicht formellen, aber materiellen Verletzung der einzigen für Deutschland günstigen Bestimmung des Londoner Vertrages erklärt Herr Westarp, er bedauere zwar, daß die deutsche Antwortnote den Rechtsbruch nicht scharf genug feststellte, aber die Regierung und der Reichstag seien nun einmal an die Londoner Gesetze, die nun internationales Recht geworden seien, gebunden. Der Vertreter jener Gesellschaft, die 1914 den Neutralitätsvertrag mit Belgien für einen Fetzen Papier erklärte, findet nun auf einmal einen Vertrag, der Deutschland knebelt, heilig, obgleich die Gegenseite diesen Vertrag, soweit er für Deutschland günstige Bestimmungen enthält, offenbar nicht einhält.

Und was können die Deutschnationalen als Regierungspartei an Stelle der versprochenen nationalen Politik der Befreiung von den Fesseln von Versailles bieten? Nichts als monarchistischen Klimbim, Konzessionen an den Partikularismus, Militärparaden und nationale Phrasen, die zu der Praxis der Eintreiberdienste für das internationale Kapital in so schreiendem Widerspruch stehen, daß es selbst ein Teil der jedem neuen Gedanken abgeneigten reaktionären monarchistischen Spießbürger allmählich merken muß. Auch ein keineswegs undenkbarer Versuch der legalen Restauration der Monarchie wäre nur mit Zustimmung der Ententeimperialisten, nur um den Preis der Ein-[60]heit Deutschlands, als eine offenbar antinationale Tat möglich. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Erfüllungsregierung ist das letzte Glied in der Kette des Beweises dafür, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Rolle als Führerin der Nation endgültig ausgespielt hat, daß nur das Proletariat durch seine Revolution die nationale Freiheit zurückerobern kann.

Aber trotz der außenpolitischen Ohnmacht und der innenpolitischen Schwierigkeiten der Luther-Regierung, trotz der Schwierigkeiten, die der Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit entgegenstanden, wäre es ein Irrtum zu glauben, daß diese Regierung an ihren inneren Schwierigkeiten zugrunde gehen wird, Hinter ihr steht zwar nur eine kleine Minderheit des Volkes, aber eben jene Minderheit, die die ganze Macht der herrschenden Klassen Deutschlands in ihren Händen konzentriert. Durch die Rebellion der Kleinbürger, durch die Gegensätze zwischen großer und kleiner Bourgeoisie wird diese Regierung nicht zugrunde gehen. Die inneren Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, ihre außenpolitischen Unsicherheiten können wohl personelle und parteipolitische Umgruppierungen verursachen, die als dauernde Regierungskrisen in Erscheinung treten werden, sie werden aber an dem System der Diktatur der Konzernmagnaten und Großagrarien nichts ändern. Die Drohung des deutschnationalen Sprechers, daß dies der letzte Versuch einer verfassungsmäßigen parlamentarischen Regierung, ist ebenso ernst zu nehmen, wie seiner Zeit die gleiche Ankündigung Stresemanns ernst zu nehmen war. Sie bedeutet die Entschlossenheit der Bourgeoisie, kommende parlamentarische oder außerparlamentarische Schwierigkeiten durch die offene Säbeldiktatur nach Eberts Beispiel von 1923 zu überwinden.

Wir können noch mancherlei Regierungskombinationen mit und ohne Sozialdemokraten erleben. Aber eine wirkliche Aenderung des Regierungssystems, des Systems der Dawes-Regierung, die im Auftrage des ausländischen und inländischen Kapitals die werktätigen Massen ausplündert und unterdrückt, kann nicht anders kommen als durch die revolutionäre Aktion der Massen, die den Räten der Werktätigen die Macht gibt.

*

Der Parteitag der KPF
vom 17. bis 21. Januar 1925 in Paris,

A. R. Der Pariser Parteitag unserer französischen Bruderpartei hat aus zwei Gründen für die gesamte Internationale eine erhebliche Bedeutung. Erstens legte der Parteitag Zeugnis ab von der wachsenden Kräftigung des französischen Kommunismus. Zweitens war der Pariser Parteitag die wichtigste Auseinandersetzung mit der internationalen Rechten seit dem 5. Weltkongreß. Die opportunistischen Gruppen innerhalb der Komintern haben nach ihrer vernichtenden Niederlage auf dem 5. Weltkongreß zunächst geschwiegen. Aber in den letzten Monaten versuchten sie an den verschiedensten Stellen wieder zu Wort zu kommen. Die Tatsache, daß die neue revolutionäre Welle noch auf sich warten läßt, gibt allerlei schwankenden Gestalten den Anlaß, eine Revision der kommunistischen Grundsätze anzustreben. So erklären sich die neuen Vorstöße Trotzki in Rußland (Rede vor den Militärärzten, Vorwort zum Buch über 1917), so erklären sich die neuen Versuche Brandlers und Thalheimers, wieder an die Öffentlichkeit zu kommen, sowie die unterirdischen Wühlereien der Brandler-Gruppe innerhalb der KPD. Trotzki blieb innerhalb der KPR vollkommen isoliert, und für die Brandlersche Politik erhob sich auf dem letzten deutschen Zentralausschuß kein einziger Verteidiger.

Mit besonderer Sorgfalt war der Vorstoß der Rechten auf dem Pariser Parteitag vorbereitet. Die KPF hat im letzten Jahr Krisen genug zu bestehen gehabt. Sie mußte erst Souvarine abschütteln und darauf den Aus-[61]schluß von Monatte und Rosmer vollziehen. Dazu kommt noch eine Anzahl von Ausschlüssen kleinerer Vertreter des Opportunismus. In der französischen Partei ist der Wille zum konsequenten Bolschewismus noch jung. Erst allmählich gewöhnt sich die französische organisierte Arbeiterschaft, die allzulange in anarchistischen Stimmungen befangen war, an feste kommunistische Disziplin. Eigentlich ist in Frankreich eine starke mit Autorität versehene Parteileitung erst nach dem 5. Weltkongreß geschaffen worden. So kann man es verstehen, daß die Schwierigkeiten für eine grundsätzlich bolschewistische Führung in Frankreich nicht gering sind.

Der Vorstoß der Rechten wurde eingeleitet durch eine lange Rede von Dunois. Er verlas ein sorgfältig ausgearbeitetes Manuskript mit einem endlosen Sündenregister der gegenwärtigen Führung. Dunois behauptete, daß die jetzige Leitung in allen möglichen Einzelfragen versagt habe. Es wäre eigentlich alles in der Partei falsch gemacht; vor allem sei es zu verwerfen, daß die Zentrale sich vollkommen vom Politbüro habe verdrängen lassen. Die Ausschlüsse seien ungerechtfertigt. Durch Dunois' Rede ging eine gut trotzkistische Sehnsucht nach mehr Demokratie in der Partei sowie ein gut opportunistischer Wunsch nach Dämpfung des Kampfes mit dem Block der Linken. Zur Frage des Arbeitercharakters der Partei warnte der Vertreter der Rechten, in einen „Ouvrierismus“ zu verfallen und zitierte dafür Lenin! Die Kommunisten sollen sich doch nicht nur auf die Arbeiter stützen, sondern alle unterdrückten Schichten der Bevölkerung zum Kampf gegen den Kapitalismus zusammenführen! Die Erklärung Dunois' fand Unterstützung durch Lorient, und der alte Rapport schloß sich der gleichen Opposition an.

Die rechte Opposition auf dem Pariser Parteitag hat durch ihr ganzes Auftreten und durch den Inhalt ihrer Kritik bewiesen, daß sie vom Problem der Bolschewisierung absolut nichts versteht. Die französischen Rechten begreifen es nicht, daß die Kommunisten zwar auch die Bauern und Kleinbürger mit in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu ziehen haben, daß aber die Führung in diesem Kampfe unbedingt bei der Industriearbeiterschaft bleiben muß. Gerade in Frankreich ist dieses Problem des Arbeitercharakters der Partei entscheidend. Der Delegierte der KPD konnte auf dem Parteitag unter lebhafter Zustimmung hervorheben, daß sich die KPF im Laufe der letzten Jahre aus einer Partei der Krämer, Weinhändler und Advokaten zu einer Partei der Arbeiter entwickelt habe. Die KPF kann nur dann Autorität bei den Massen gewinnen, sie kann nur dann in das richtige Verhältnis zu den Proletariern in der CGTU kommen, wenn sie eine wirkliche Arbeiterpartei ist. Die Rechten dagegen wollen in der Partei den alten Zustand des literatenhaften, kleinbürgerlichen Mischmaschs konservieren. Dem entspricht es, daß die Rechten keinen klaren Begriff von kommunistischer Zellenarbeit haben. Das Hineinbohren der Kommunisten in alle proletarischen Organisationen ist ihnen unbegreiflich. Es ist kein Zufall, daß die Rechten auf dem Pariser Parteitag gegen die Umstellung

der Partei auf Betriebszellen allerlei einzuwenden hatten und daß Rosmer und Monatte der Bildung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen praktisch die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Daß eine derartige Parteiauffassung verbunden sein muß mit einem Haß gegen straffe bolschewistische Disziplin, mit einem faulen Gerede von Parteidemokratie und schließlich mit dem Willen zur Annäherung an die bürgerliche Demokratie (Block der Linken) ist klar.

Das Politbüro der KPF konnte in der Debatte interessante Dokumente enthüllen. Der eigentliche Drahtzieher der französischen rechten Opposition ist Souvarine in Moskau. Die Instruktionsbriefe Souvarines aus Moskau haben ebenso zur Bildung der rechten Fraktion in Frankreich beigetragen, wie entsprechende Moskauer Briefe eine rechte Fraktion in Deutschland schaffen sollten. Ein äußerst offener Brief Souvarines an Rosmer fiel in die Hand der französischen Zentrale. Es wird da ganz offen gesagt, daß man eine Krise in Rußland abwarten müsse, die ganz von selbst Trotzki wieder an die Spitze bringen werde. Das würde [62] dann auch auf die westeuropäischen Parteien einen entscheidenden Einfluß ausüben.

Diese Enthüllungen erregten auf dem Parteitag die größte Entrüstung. Es verdient betont zu werden, daß auch Dunois auf das bestimmteste erklärte, daß er mit solchen Bestrebungen nichts zu tun haben wolle. Es wird die Aufgabe sämtlicher Parteien der Komintern sein, rücksichtslos mit allen Elementen abzurechnen, die derartig à la baisse der russischen Revolution spekulierten und aus Schwierigkeiten der Sowjetmacht ihren Nutzen ziehen wollen.

Die Niederlage der rechten Fraktion auf dem Parteitag war vollständig. Die Delegierten, fast sämtlich Arbeiter aus den Betrieben, haben einmütig die Ausschlüsse gebilligt, die Thesen des Politbüros angenommen und die Tendenz von Dunois und seinen Freunden verworfen. Es zeigte sich, daß die führenden Genossen des Politbüros wirkliche Autorität besitzen, daß die Massen der proletarischen Mitglieder hinter ihnen stehen und daß die Gesamtpartei den festen Willen zur Bolschewisierung hat. Die KPF hat in ihrer bisherigen Geschichte einen solchen Parteitag noch nicht gehabt.

Der Parteitag erklärte sich für beschleunigte Durchführung der Umstellung der Organisation auf Betriebszellen, für die Förderung der gewerkschaftlichen Einheitsbewegung, für verstärkte Arbeit unter den Bauern und unter den Eingeborenen in den französischen Kolonien. Im internationalen Maßstabe bekräftigte der Parteitag restlos die Beschlüsse des 5. Weltkongresses sowie die Beschlüsse der KPR gegen Trotzki. Der Parteitag war von dem Willen beherrscht, die Bolschewisierung nicht als bloße Phrase zu betrachten, sondern sie in Frankreich wirklich ernsthaft durchzuführen. Die grundlegenden Referate von Semard, Treint, Cachin und Sellier waren alle auf den gleichen Ton abgestimmt. Die neugewählte Leitung ist völlig einheitlich und gewillt, im Sinne des 5. Kongresses und gegen jede rechte Quertreiberei zu arbeiten.

Welche reale politische Situation fand der Parteitag in Frankreich vor?

Die französische Bourgeoisie nutzt nach wie vor die Inflation zur Steigerung ihrer Produktion und ihres Exports aus. Die französische Handelsbilanz ist aktiv, der Export ist seit 1921 ständig gestiegen. Dasselbe gilt von der Kohlenförderung und der Produktion der sonstigen wichtigen Industrien, Arbeitslosigkeit ist praktisch nicht vorhanden. Das Ganze ist aber eine Scheinblüte, eng verknüpft mit der Frank-Entwertung, und die finanzielle Zerrüttung läßt sich nicht beseitigen. Der Papiergeldumlauf beläuft sich auf 49 Milliarden Franken, die Staatsschuld auf 280 Milliarden Franken, wobei die Schulden Frankreichs an England und Amerika noch nicht mitgerechnet sind. Trotz aller Bemühungen der Herriot-Regierung brachte der Etat 1924 wiederum ein Defizit von 4 Milliarden Franken. Die vorübergehende Frank-Stabilisierung, die wir zur Zeit feststellen müssen, war nur möglich durch die 100-Millionen-Dollar-Anleihe, die Morgan Frankreich gewährte. Der wirkliche Zustand der französischen Wirtschaft offenbarte sich bei der Zeichnung auf die innere 4-Milliarden-Franken-Anleihe im November und Dezember vorigen Jahres, die mit ihrem Erlös das Budget-Defizit des Jahres 1924 decken sollte. Die Anleihebedingungen waren außerordentlich günstig. Wer 100 Prozent einzahlt, soll nach zehn Jahren 150 Prozent zurück erhalten! Trotzdem war die Anleihe ein Mißerfolg. Es zeigte sich, daß das Sparkapital durch die fortgesetzte Anleihewirtschaft des französischen Staates erschöpft ist. Das Schicksal des Franken hängt also ausschließlich vom amerika-

nischen Geldgeber ab, genau so wie das Schicksal der deutschen Wirtschaft augenblicklich von den amerikanischen Krediten an die deutsche Privatwirtschaft abhängt. Die kapitalistische Stabilität in Frankreich ist genau so unsicher wie in Deutschland.

Unter diesen Umständen ist die kommunistische Perspektive auf große revolutionäre Kämpfe auch in Frankreich absolut unanfechtbar. Aber man muß ebenso offen zugeben, daß wir für den Augenblick in Frankreich bei starker Produktion, voller Beschäftigung des Proletariats und zeitweiser Festigung der Währung keine revolutionäre Lage haben. [63] Auch unsere französische Bruderpartei steht zwischen zwei revolutionären Wellen. Der Parteitag erkannte diese Situation und stellte die Partei die Aufgabe, durch innere Kräftigung mit verstärkter Agitation und Propaganda sich für kommende revolutionäre Möglichkeiten vorzubereiten. Noch befindet sich die französische Partei in der Defensive.

Innerhalb der französischen Bourgeoisie sind interessante Umschichtungen zu beobachten. Die Aera des Linksblocks des Herrn Herriot nähert sich ihrem Ende. Der Linksblock gewann die Massen, indem er ihnen Frieden nach außen und verbilligte Lebenshaltung zusicherte. Beide Versprechungen konnte er nicht halten. Die internationale Lage bleibt für Frankreich so unsicher wie zuvor und im Lande selbst ist die Teuerung aller lebensnotwendigen Artikel unvermindert. Der aktive Flügel der Großbourgeoisie, der Nationale Block, hat auf der ganzen Linie die Gegenoffensive ergriffen und wird mit der Herriot-Gruppe bald aufräumen. Der Parteitag hat sich sehr ernsthaft mit der sozialen Demagogie des Nationalen Blocks zu beschäftigen gehabt. Der Nationale Block beginnt bereits Streikbrechertrupps aufzustellen und zu bewaffnen, die mit terroristischen Mitteln gegen die Arbeiter vorgehen. Bei dem Streik der Sardinenfischer an der bretonischen Küste sind vor kurzem diese Stoßtrupps des französischen Unternehmertums zum erstenmal aktiv aufgetreten. Der Parteitag hat sehr ernsthaft die französische Arbeiterklasse auf diese Gefahr des französischen „Faschismus“ aufmerksam gemacht. Freilich muß man sich darüber klar sein, daß dieser französische „Faschismus“ ganz etwas anderes ist als der Faschismus in Italien und Deutschland. Der italienische und deutsche Faschismus ist vor allem eine Kleinbürger-Bewegung. In diesen Ländern ist die Kleinbürger-Rebellion ein Ausdruck der schweren Krise des gesamten kapitalistischen Systems. Die Kleinbürger versuchen zur selben Zeit gegen das Kapital und gegen die Arbeiter loszuschlagen, während sie tatsächlich doch nur zum Kampf gegen die Arbeiterschaft imstande sind.

In Frankreich ist ein solcher kleinbürgerlicher Faschismus als reale politische Gruppe noch nicht vorhanden, sondern der Millerandismus ist die politische Organisation des unverhüllten Großkapitals. Das Großkapital versteht es freilich, die Mittelschichten und auch gewisse Arbeiterelemente mit sich fortzureißen. Es tritt demagogisch-heuchlerisch auf und es übt bewaffneten Terror gegen oppositionelle Arbeiter. So sind gewisse äußere Aehnlichkeiten zwischen der Millerand-Bewegung und dem italienischen und deutschen Faschismus gegeben. Der französische Parteitag hätte aber die Unterschiede zwischen Faschismus und Millerandismus etwas schärfer betonen müssen, sonst können gewisse Arbeiterschichten zu dem Glauben kommen, man müsse Herriot, also die Republik, unter Umständen gegen den Faschismus, das heißt Millerand, unterstützen. Selbstverständlich haben die Redner des Politbüros auf dem Parteitag solche Torheiten aufs schärfste zurückgewiesen. Trotzdem müßte man noch klarer, als es bisher geschehen ist, betonen, daß Herriot genau so ein Geschäftsführer des französischen Kapitalismus ist wie Millerand und daß ein Regierungswechsel innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Parteien keine Veränderung im Verhältnis der Klassen zueinander schafft.

Der Parteitag stellte als praktische Aufgaben den Zusammenschluß der Arbeiter gegen die Terrorgruppen der Bourgeoisie, aktive Abwehr gegen die französische Abart des Faschismus und zugleich rücksichtslosen ideologischen Kampf gegen den Block der Linken einschließlich der Sozialdemokraten. Denn die Illusionen des Linksblocks seien es, die der großkapitalistischen Reaktion den besten Vorschub leisten.

Der Parteitag erneuerte gegenüber dem Block der Linken und dem Nationalen Block die Losung des Arbeiter- und Bauernblocks. Unter dieser Parole wird die Partei in die bevorstehenden Kommunal-Wahlkämpfe gehen. Die Partei hofft, ganz besonders in den Pariser Vorstädten, bei den kommenden Kommunalwahlen große Erfolge zu erzielen. [64] Die Partei will in den Kommunen Arbeiter- und Bauernlisten ausstellen. Auch parteilose Kandidaten sollen auf die kommunistische Liste mit aufgenommen werden, sofern sie bereit sind, entschieden im Sinne des Klassenkampfes zu wirken. Aber keinerlei Bündnis-Taktik mit den Sozialdemokraten soll zulässig sein. Der Arbeiterblock soll nicht verwirklicht werden durch irgendwelche Kuhhandeleien parlamentarischer Art, sondern in erster Linie im Betriebe, wo die kommunistische Zelle es verstehen muß, die Gesamtbelegschaft um sich zu vereinen.

Der Pariser Parteitag hat der gesamten Internationale bewiesen, welche Fortschritte die KPF im Laufe des letzten Jahres gemacht hat. Die KPF entwickelt sich zur großen bolschewistischen Massenpartei des französischen Proletariats. Schon heute ist die KPF neben der KPR und KPD eine der drei Grundsäulen der Kommunistischen Internationale.

*

Der heutige Stand der Agrarkrise und seine politischen Auswirkungen.

Von Rudolf Gerber.

(Schluß.)

III. Das heutige Bild der Agrarkrise.

Die „Schere“, das Charakteristikum der Agrarkrise der Nachkriegszeit, ist nun in den letzten Monaten zweifellos verschwunden. Die Ursache dafür liegt im großen und ganzen nicht in einer Senkung der Industrieproduktenpreise, sondern in einer starken Steigerung der Preise der Bodenprodukte. Und maßgebend dafür war zweifellos der relativ zum Vorjahr ungünstige, im Verhältnis zum Durchschnitt der Nachkriegsjahre allerdings normale Ernteausschlag.

Die Kartoffelernte ist quantitativ erträglich, aber qualitativ, besonders in Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei, teilweise sehr schlecht.

Der Ernteertrag ist ausgesprochen gut in den Vereinigten Staaten (dort allerdings nur im Verhältnis zum Vorjahr), in den Balkanländern und Frankreich. Er ist schlecht in Kanada (besonders wenn man die Ausdehnung der Anbaufläche in den letzten Jahren in Betracht zieht), in Polen und England. Alle anderen Länder weisen, ebenso wie die Gesamtsumme, nach dem vorjährigen Exzeß Mittelerten auf. Die Differenzierung der Erträge der einzelnen Länder ist, worauf wir später noch zurückkommen, natürlich politisch sehr wichtig, ebenso aber auch die innerhalb der einzelnen Länder, wo die Ergebnisse in den einzelnen Landesteilen meist ungemein verschieden sind. Das gilt vor allen Dingen für Deutschland, das im Westen und im mitteldeutschen Gebirgsland, sowie in einem Teil von Ostpreußen katastrophale Mißernten aufweist, während der Gesamtertrag kaum unter normal ist.

Infolge der relativ ungünstigen Ernte haben natürlich die Preise der Bodenprodukte eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Weizenpreise der Ausfuhrmärkte sind nach einem anfänglichen Rückschlag Ende August anhaltend gestiegen: In Winnipeg von 135½ am 5. September (1. August: 149¼) bis auf 161⅞ am 10. Oktober, in Chicago von 125⅝ (133⅝ am 1. August) bis auf 146 cent. Dem entspricht die entsprechende Steigerung auf den Einfuhrmärkten, wo die Preise nur ziemlich langsam nachgingen und infolgedessen der Rückschlag Anfang September auch nicht eintrat. Der Preis in Antwerpen stieg von 105 auf 122, der in Mailand von 117 auf 150,50 Franken. In Deutschland trat infolge der Schutzzollbewegung eine größere Preissteigerung ein: von Mark 18,55 Anfang August bis auf Mark 25,- Anfang Oktober, worauf dann mit dem Abflauen der Schutzzollbewegung ein Rückschlag bis auf Mark 23,- erfolgte. Die Preisbewegung für Roggen folgte einer ähnlichen Linie. Infolge des in den Roggen produzierenden Ländern besonders großen Ernterückganges ist die [65] Preissteigerung hier unverhältnismäßig höher, so daß in Deutschland der Roggenpreis vorübergehend selbst den Weizenpreis überstieg. In Minneapolis ging der Preis von 90 cent Anfang August bis zum 3. September nur auf 87½ herab, stieg dann aber bis zum 10. Oktober auf 121, also

prozentual fast dreimal so stark, als der Weizenpreis. In Berlin ging der Preis von 14,10 Mark am 1. August auf 18,30 am 5. September und auf ein Maximum von 25,50 Anfang Oktober, um sich dann Mitte des Monats auf 22,80 zu stabilisieren. Teilweise ist zweifellos in den gewohnheitsgemäß Roggen konsumierenden Ländern ein Ersatz durch Weizen eingetreten.

Die für die Produzenten günstige Lage auf dem Getreidemarkt hatte nun zur unmittelbaren Folge eine in diesem Maßstab noch nie dagewesene Neigung zur Konzernbildung der Getreideproduzenten. In den Getreidestaaten des Westens der U. S. A. hat sich (zur Umgehung des Anti-Trustgesetzes unter dem Deckmantel einer Farmer-Vereinigung) ein Ring der Getreidehändler gebildet. Ebenso ist für die drei westlichen Provinzen Kanadas (Manitoba, Seskatchewan und Alberta) ein Zentral-Weizenring zustande gekommen, der mit einem Bankkredit von 25 Millionen Dollar arbeitet. Die Farmer erhalten bei Ablieferung des Getreides eine Anzahlung in der Höhe des zu erwartenden Mindestpreises; der endgültige Preis wird erst festgesetzt, wenn der gesamte an den Ring gelieferte Weizen verkauft ist. Die Tendenz zur Kartellbildung der Getreideproduzenten finden wir aber selbst in europäischen Ländern. Zweifellos liegt ein Hauptsinn des Kampfes der deutschen Agrarier um die Beherrschung der deutschen Agrarbank in der Aussicht, mit ihrer Hilfe einen Ring der für den Markt produzierenden Betriebe erzwingen oder diesen doch zumindest Mindestverkaufspreise vorschreiben zu können. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Konzentrationsbewegungen heute schon ein ausschlaggebendes Moment auf dem Getreidemarkt darstellen können und mehr erreichen, als Abschwächung kurzfristiger Preisschwankungen, aber als Gesamttendenz sind sie zweifellos von ausschlaggebender Bedeutung.

In der allerletzten Zeit ist wieder ein gewisser Rückschlag auf den Getreidemarkten eingetreten, da die Ernteaussichten aus den Getreideländern der südlichen Erdhälfte relativ günstig lauten, und die Mißernte in den bisher festgestellten Ländern offenbar überschätzt wurde. Doch ist auch diese Bewegung schon zum Stillstand gekommen.

Die unmittelbare Folge des Ansteigens der Lebensmittelpreise bei fast gleichbleibenden und teilweise sogar sinkenden Industrieproduktenpreisen ist das vorläufige Ende der Schere. Der deutsche amtliche Großhandelsindex weist für Anfang Oktober für Lebensmittel wie für Industrieprodukte einen gleichmäßigen Stand von 133 Prozent der Vorkriegszeit auf. Der Index der „Frankfurter Zeitung“ geht sogar auf 144,52 Prozent für Lebensmittel bei einem Gesamtindex (Lebensmittel und Industrieprodukte) von 139,45 Prozent. Am 17. Juli war das Verhältnis 115,12 : 128,52 am 28. August 124,17 : 132,49. Nach der inzwischen eingetretenen Stabilisierung der Getreidepreise kann man sagen, daß zunächst ein Gleichgewicht im Verhältnis der Vorkriegspreise erreicht ist.

IV. Die politischen Wirkungen des Endes der „Schere“.

Das Steigen der Getreidepreise und das Ende der „Schere“ drücken sich im internationalen Maßstabe in einem deutlichen Abflauen der noch vor wenigen Monaten so starken agrarischen Bewegungen aus. Sie hatten ihren Höhepunkt etwa mit Ende August vorigen Jahres erreicht – zu einer Zeit, wo die österreichische Sozialdemokratie das Kompromiß der gleitenden Schutzzölle schon als einen großen Erfolg ansah, und die deutsche Sozialdemokratie bereit schien, auf ein ähnliches Kompromiß einzugehen. Aber die schon damals einsetzende aufsteigende Preisbewegung führte in Deutschland zu einem ausgesprochenen Erlahmen der Schutzzollbewegung: es ist ganz klar, daß die Schutzzollforderungen von den Agrariern heute überhaupt nur als Kompensationsobjekt für politische und wirtschaftliche Forderungen vertreten werden. Solche Konzessionen erlangten sie tatsächlich bei der Neubildung der Rentenbank, indem ihnen die ausschließliche Beherrschung der neuen Agrarbank auf Kosten der kleinen und mittleren Bauern zugestanden wurde. In der Tschechoslowakei mußten ebenfalls die Agrarier in der Schutzzollfrage vor dem Widerstand der anderen Koalitionsparteien zurückweichen (nachdem sie es schon fast bis zur Regierungskrise getrieben hatten), und erhielten hier ebenfalls Konzessionen vor allem auf Kosten der Kleinbauern (in Gestalt des Kleinpachtgesetzes). In Frankreich steht die agrarische Bewegung in ausgesprochener Defensivstellung. Die bürgerliche Öffentlichkeit beschäftigt sich überhaupt nur noch mit der Frage der Lebensmittelteuerung – aber nicht mehr mit der der „Notlage der Landwirt-

schaft“. Von irgendwelchen positiven Forderungen konnte dort gar nicht die Rede sein. Selbst in Oesterreich und der Schweiz sehen wir, daß die agrarischen Organisationen auf ihren letzten Tagungen (österreichischer Reichsbauerntag in Innsbruck) keine eigenen wirtschaftspolitischen Forderungen aufstellen, sondern sich mit den allgemeinen politischen Losungen aller rechtsbürgerlichen Parteien begnügen. Die Abschwächung der agrarischen Bewegung zeigt sich auch in der Schwächlichkeit, mit der die in der Zeit der höchsten Agrarkrise eingeleiteten Bestrebungen zur Schaffung einer unter agrarischer Führung stehenden „Grünen Internationale“ verfolgt wurden. Am 3. Oktober fand in Brugg (Schweiz) eine Tagung der im Auftrage der Mai-Generalversammlung des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts einberufenen Kommission statt, die eine Diskussion über die allgemeine Möglichkeit eines solchen internationalen Bauern-Sekretariats einleiten sollte. Irgendwelches Interesse fand diese Tagung aber eigentlich nur bei den Großbauernorganisationen der Tschechoslowakei, der Schweiz und Oesterreichs, die mit Rücksicht auf die spezielle Lage ihrer Länder seit jeher natürliche Träger aller solcher Bestrebungen sind. Die großagrarischen Organisationen Deutschlands und offenbar auch Frankreichs haben die Sache einfach totgeschwiegen.

Es ist vollkommen klar: das Ende der „Schere“ bedeutet auch das Ende der Aktionsfähigkeit der agrarischen Bewegung, die nur, wenn wirtschaftliche Not breite Großbauernmassen zur Gefolgschaft drängt, Stoßkraft entwickeln kann. Unter den gegebenen Umständen können die Agrarier keine Kämpfe führen, die sie in Gegensatz zur städtischen Bourgeoisie bringen würden: sie müssen sich also darauf beschränken, im Bunde mit der städtischen Bourgeoisie ihre Machtpositionen gegenüber den bäuerlichen Schichten zu stärken. Dies ist wiederum natürlich nur so lange möglich, als die Gesamtbourgeoisie von der kapitalistischen Konsolidierung soweit überzeugt ist, daß sie es nicht gefährlich findet, die Bauern offen den Großagrariern preiszugeben.

Die Aenderung in dem Charakter der Agrarkrise bedeutet aber auch eine grundlegende Aenderung im Charakter der bäuerlichen Bewegung. Die Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage faßt die kleinen und mittleren Bauern gerade von der entgegengesetzten Seite ihrer innerlich widerspruchsvollen Lage. Die bäuerlichen Bewegungen waren bisher bedingt durch die „Schere“, die den Bauer in seiner Eigenschaft als Getreideverkäufer traf, und ihn so naturgemäß unter die Führung der Großagrariere, der am meisten für den Markt produzierenden Betriebe, stellte. Diese Bewegungen sind im internationalen Maßstabe abgeflaut: dies drückt sich zunächst aus in dem schon besprochenen internationalen Abflauen der Schutzzollbewegung (das nur eine Folge des mangelnden Rückhaltes der Agrarier in den bäuerlichen Massen ist). Aber auch die Rechtsschwenkung der großbäuerlichen Elemente der bulgarischen und kroatischen Agrarierpartei, und die in diesen Ländern zweifellos eingetretene teilweise Beruhigung muß unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

Aber die andere Seite des ungünstigen Ernteausfalls bildet eine scharfe Zuspitzung der kleinbäuerlichen Bewegung. Da die Gesamternte zwar weit geringer als die vorjährige ist, aber doch kaum unter dem Durchschnitt steht, wird für alle größeren Bauern der Nachteil des geringeren Ernteausfalls durch die höheren Preise mehr als aufgewogen. [67] Ungünstig aber wirkt er auf jene Kleinbauern, die im Vorjahre mit (wenn auch geringen) Getreidemengen zu Markte gehen konnten, nun aber zu den erhöhten Preisen Getreide dazukaufen müssen. Die natürliche Folge sind verstärkte Bewegungen wirtschaftlicher Art, Forderungen nach Steuernachlaß, Staatsunterstützungen für die Mißerntengebiete, verbilligter Lieferung von Produktionsmitteln; aber auch alle anderen latenten Spannungen, vor allem in der Bodenfrage, werden nun für die kleineren Bauern unmittelbar akut. Und diese wirtschaftlichen Kämpfe neigen nach dem ganzen Charakter ihrer Forderungen mindestens so wie die der „Scheren“-periode dazu, in unmittelbar politische Kämpfe umzuschlagen. Diese Bewegung steht gerade im Gegensatz zu der früheren unter der natürlichen Führung der kleinbäuerlichen Elemente, die am meisten Getreide zukaufen müssen – und gibt damit praktisch die Möglichkeit der Führung durch das revolutionäre Proletariat. Verstärkt wird die Wirkung der ungünstigen Ernte noch durch die ganz ungleichmäßigen Ernteerträge der einzelnen Länder: In Deutschland, das im ganzen eine nicht ungünstige Mittelernnte hat, haben doch einzelne Landesteile geradezu katastrophale Mißernten erlitten. In den Vereinigten Staaten, auf dem Balkan ist die Ernte gut,

in Polen, in Canada schlecht. Die Gegensätze zeigen sich sofort auf politischem Gebiete; die radikale Farmerbewegung der Vereinigten Staaten ist in der letzten Zeit stark abgeflaut (siehe auch die Wahlbewegung), während die Radikalisierung der polnischen Kleinbauernmassen sehr große Fortschritte gemacht hat.

Die Entwicklung der kleinbäuerlichen Mißernte-Bewegungen zusammen mit dem Umstand, daß sich die Aktivität der Agrarier nun wesentlich unmittelbar die Kleinbauern richtet, führt im internationalen Maßstabe zu einer rasch fortschreitenden Klassendifferenzierung innerhalb der bäuerlichen Bewegung. Wir haben in Deutschland die starken Mißernte-Bewegungen im Rhöngebiet (Thüringen) und in Ostpreußen, bei denen zum ersten Male die kommunistische Partei bzw. mit ihr sympathisierende Organisationen die Führung übernehmen konnten. In Ostpreußen ging das soweit, daß die Bauern unmittelbar Sympathieerklärungen für die KPD abgaben, daß in einem von 4000 Bauern bewohnten Gebiet bisher 200 Mitglieder in die sympathisierenden Organisationen ausgenommen und drei neue reinbäuerliche Parteiortsgruppen gebildet werden konnten. In den anderen Landeteilen, die von der Mißernte betroffen waren (Harzgebiet und Westdeutschland) konnten die agrarischen und großbäuerlichen Organisationen die Führung der Kleinbauern in der Hand behalten, aber die großen Konzessionen, die die Regierungen machen mußten, zeugen von der Stärke auch dieser Bewegungen. Vielleicht noch wichtiger ist es, daß in einzelnen Gebieten, die unter dem ideologischen Einfluß der selbständigen (linksradikalen) Kleinbauernbewegungen stehen, innerhalb der von den Agrariern geführten reaktionären Organisationen sich ausgesprochen kleinbäuerliche Oppositionsbewegungen herausgebildet haben.

Die andere Seite der Radikalisierung der kleinbäuerlichen Bewegung ist das Abdrängen der bisher in einer gewissen Opposition zu den Großagrariern stehenden großbäuerlichen Elemente nach rechts; charakteristisch ist der Uebertritt des bisher demokratischen deutschen Bauernbundes zur Deutschen Volkspartei, aber auch hierbei gehen gewisse Splitter zur Linken ab.

In der Tschechoslowakei haben wir sowohl in den deutschen wie in den magyarischen Bauernorganisationen ausgesprochene Oppositionsbewegungen gegen die großagrarisches Führung, nur daß sie hier mangels Eingriffs der kommunistischen Partei im ersteren Falle von den deutschen Faschisten, im zweiten von den tschechischen Regierungsagenten unter ihre Führung genommen werden konnten. In Frankreich zeigt sich eine gesteigerte Erregung der Kleinbauernmassen in einer größeren Empfänglichkeit für die allerdings rein politische Propaganda der KPF. In den Balkanländern haben wir als Gegenstück zur Rechtsschwenkung eines Teiles der bisher einheitlichen Bauernparteien, einen immer zielbewußteren [68] und immer mehr das Bündnis mit dem revolutionären Proletariat anstrebenden kleinbäuerlichen Flügel.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß mit der fortschreitenden Differenzierung innerhalb der bäuerlichen Bewegung auch die Tätigkeit der Kommunistischen Parteien auf dem Lande eine Belebung erfahren hat. Das Interesse für die grundlegenden Fragen unserer Agrarpolitik ist innerhalb der Parteien sicher überall gestiegen (wenn auch in ungleichem Maßstab: Deutschland – Tschechoslowakei). Die Aktivität nach außen hat in Deutschland einen in der bisherigen Parteigeschichte unbekanntem Steigerungsgrad erreicht, wobei es charakteristisch ist, daß durchaus nicht immer die stärksten Parteiorganisationen auch an der Spitze der Landarbeit schreiten. (Im Gegenteil gibt es Gebiete mit weit verstreuter kommunistischer Industriearbeiterschaft, deren Mißerntebewegungen doch von den Agrariern geführt werden konnten, was auf den Mangel organisatorischer Stützpunkte unter den Bauern zurückzuführen ist, z. B. Rheinland und Harz.) In Frankreich hat sich die Tätigkeit der Partei auf dem Lande verstärkt, und es scheint, als ob nunmehr doch, wenn auch zögernd, an die Schaffung eigener Kleinbauernorganisationen herangegangen würde. Im ganzen kann man noch nicht annähernd sagen, daß die kleinbäuerlichen Bewegungen in dem Maße, als das möglich wäre, unter Führung des revolutionären Proletariats stehen.

Die gegenwärtige Gestaltung der Agrarkrise ermöglicht keine so breiten Bauernbewegungen wie die früheren, wohl aber eine ungleich stärkere Intensität und Klarheit in bezug auf die Notwendigkeit des Bündnisses mit dem revolutionären Proletariat. Zugleich gibt gerade ihre Differenzierung

gewisse Garantien gegen opportunistische Abweichungen innerhalb der Kommunistischen Parteien im Sinne eines Bündnisses mit großbäuerlichen Elementen.

Darum ist die gegenwärtige Situation für die Einstellung der Kommunistischen Parteien auf die Notwendigkeit einer intensiven Landarbeit die denkbar günstigste. Zugleich gibt sie durch die Schärfe und den Radikalismus der Kleinbauernbewegungen auch eine gute Möglichkeit, feste organisatorische (wenn auch durch die verschiedenen Ernteverhältnisse eng begrenzte) Stützpunkte auf dem Lande zu gewinnen, die in kommenden revolutionären Situationen eine entscheidende Bedeutung gewinnen können.

V. Die Aussichten für die nächste Zukunft.

Die Frage, ob mit der gegenwärtigen Preissteigerung ein Ende der Agrarkrise eingetreten ist, ist nach allem bisherigen glatt zu verneinen. Es besteht auch nicht der allergeringste Grund, anzunehmen, daß die Wirkungen eines relativ verminderten Ernteausfalles länger anhalten werden als dieser selbst, da ja die Agrarkrise durchaus nicht in einer besonders günstigen Ernte, sondern, wie wir sahen, in dem allgemeinen Zustand des kapitalistischen Wirtschaft der Nachkriegsjahre ihre Wurzeln hatte. Es muß im Gegenteil angenommen werden, daß „an sich“, d. h. wenn jene Ursachen unvermindert fortwirken die rasche Wiederherstellung der russischen Anbaufläche eine Verschärfung der Krise zur Folge haben müßte, die durch die steigende Industrialisierung der Kolonialländer kaum kompensiert werden könnte. Von den Ursachen, die wir oben im einzelnen kennen lernten, sind die erste und zweite unmittelbar mit der Frage des allgemeinen Krisenzustandes verbunden: Eine wirkliche, nicht nur vorübergehende Ausgleichung des Wertverhältnisse zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten setzt einen Wiederaufbau der industriellen Produktivkräfte in einem Maße voraus, der nur bei einer neuerlichen starken Aufwärtsbewegung des Kapitalismus möglich wäre. Und das gleiche gilt natürlich für die Möglichkeit einer neuerlichen Steigerung des Massenkonsums an Lebensmitteln, besonders hochwertiger Art.

Auch das durch die Kartellbildung gegebene zeitweilige Uebergewicht der Industrie bei der Preisbildung kann nicht in kurzer Frist behoben werden. [69] Wir sahen schon oben, wie sich deutliche Tendenzen zu seiner Ueberwindung zeigen, wie zum erstenmal Syndizierungstendenzen größten Stils auch in der landwirtschaftlichen Produktion auftreten; aber wir dürfen nicht vergessen, daß diese Tendenzen eben durch die aufsteigende Preisbewegung begünstigt werden, und daß, als sich seiner Zeit in der Industrie die ersten Kartelle bildeten, sie auf lange Zeit hinaus nur in Zeiten der Konjunktur lebensfähig waren und bei jeder Depression zusammenbrachen. Es wird wohl sehr lange dauern, bis landwirtschaftliche Kartelle eine solche Kraft erreicht haben werden, daß sie auch Depressionszeiten überstehen, und bis andererseits durch Ausgleich der Kapitalzufuhr eine neuerliche Ausgleichung der Profitraten eintreten wird.

Es muß also mit dem Bestehen der „Schere“, und damit der Agrarkrise, als länger dauernder Erscheinung gerechnet werden, deren Unterbrechung durch die diesmalige ungünstige Ernte nur ganz vorübergehender Natur sein kann. Die Folgen werden sich zweifellos zeigen in einer anhaltenden Verstärkung der bäuerlichen Bewegungen – während eben infolge der zumindest in Europa schon vollzogenen Herabsetzung der Grundrente unmittelbare Krisenerscheinungen der Großbetriebe kaum in großem Maßstabe auftreten werden. Das heißt natürlich nicht, daß nicht doch das Wiederaufleben der „Schere“ auch ein Wiederaufleben der Schutzzollbewegung mit sich ziehen wird. Die Frage ist nur, inwieweit es den Großagrariern und Großbauern nochmals gelingen wird, breite klein- und mittelbäuerliche Massen unter ihre Führung zu bringen. Wir sahen schon, daß die gegenwärtige Situation einen ausgezeichneten Ansatzpunkt zur Förderung der Differenzierung innerhalb der Bauernbewegungen und zur Gewinnung organisatorischer Stützpunkte der kommunistischen Parteien und ihrer sympathisierenden Organisationen bietet. Wenn diese günstige Situation ausgiebig ausgenutzt wird, so wird es möglich sein, beim neuen Akutwerden der „Schere“ große Kleinbauernmassen nicht mehr unter Führung der Großagrariern, sondern unter Führung des revolutionären Proletariats in Aktion treten zu lassen.

Die kapitalistische Lösung der Agrarkrise ist also nur möglich unter der Voraussetzung einer zeitweisen Ueberwindung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diese aber sieht wieder einen verstärkten Druck des Kapitals auf die einheimischen Lohnsklaven wie auf die Kolonialvölker voraus. Das heißt: die kapitalistische Lösung der Agrarkrise ist nur möglich unter Voraussetzungen, mit denen starke antikapitalistische Bewegungen unabwendbar verknüpft sind. Gelingt es, die Abwehrbewegungen der Kleinbauern mit ihnen zu koordinieren, so bedeutet das einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Lösung der Weltwirtschafts- und damit auch der Agrarkrise.

*

Um die internationale Einheit der Gewerkschaften.

Von Reineke.

Wie liegen die Verhältnisse in der Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Monaten?

Auf dem Wiener Kongreß (Juni 1924) hat es zwischen den Amsterdamer selbst einen heftigen Streit um die „russische“ Frage gegeben. Es kam zu der bekannten Resolution, durch welche der IGB-Vorstand beauftragt wurde, mit dem Allrussischen Gewerkschaftsbund Verhandlungen zwecks Aufnahme in den IGB auf der Grundlage zu führen, daß der russische Gewerkschaftsbund die Statuten und das Programm des IGB anerkennt und daß dabei die „Würde“ des IGB gewahrt bleibt. Nach Schluß des Kongresses glaubten Oudegeest und seine Genossen, auch weiter durch endlosen Briefwechsel mit dem Allrussischen Gewerkschaftsbund die Sabotage der Einheit fortsetzen und die Sache verschleppen zu können.

[70] Doch schon ein paar Monate später (Dezember 1924) fand in Hull der Kongreß der englischen Gewerkschaften statt, auf welchem eine Delegation der Allrussischen Gewerkschaften offiziell vertreten war und vom Gewerkschaftskongreß mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurde. Dieser Kongreß war der erste Schritt zum gewerkschaftlichen Bündnis der revolutionären russischen Gewerkschaften, die der RGI angehören, und der britischen, dem IGB angeschlossenen Gewerkschaften. Zur Frage der Einheit hat der englische Kongreß einen Kompromißvorschlag angenommen, in dem es heißt, daß der General Council (Generalrat) alle nur denkbaren Schritte durch den IGB zu unternehmen hat, um die Einheit mit allen Ländern herzustellen. Das war zwar noch sehr unklar, aber doch ein Schritt vorwärts gegenüber dem Beschluß des Wiener Kongresses, der bekanntlich nur um die Aufnahme der Russen gestritten hat.

Inzwischen haben die Kongresse der KI und der RGI stattgefunden, die sich klar und eindeutig für die Einheit aller Gewerkschaften (Richtung Moskau und Amsterdam) ausgesprochen haben. Der RGI-Kongreß hat eine Resolution angenommen, deren wichtigster Teil folgendermaßen lautet:

§ 3. Diese Kampagne für die Einheit, die in erster Linie und hauptsächlich von unten in den breiten Massen entfaltet werden muß, muß in vollem Umfange und in aller Deutlichkeit die Frage der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale aufrollen.

§ 4. Nach der entsprechenden Vorbereitung der Massen könnte einer der nächsten in dieser Richtung zu unternehmenden Schritte die Einberufung eines internationalen Vereinigungskongresses der Gewerkschaften sein, auf dem die den beiden Internationalen (Moskau und Amsterdam) angeschlossenen Organisationen proportional vertreten wären, zum Zwecke der Ausarbeitung gemeinsamer Statuten und zur Schaffung von Vollzugsorganen der neuen vereinigten Internationale. Der Kongreß glaubt, daß nur auf diesem Wege die gleichzeitige und volle Verschmelzung der parallelen Organisationen verwirklicht werden kann.

Eingeladen von den russischen Gewerkschaften, kamen die englischen Gewerkschaftsdelegierten mit Purcell an der Spitze nach Rußland zum 6. Kongreß des Allrussischen Gewerkschaftsbundes. Auf diesem Kongreß machte man einen weiten Schritt vorwärts in der Richtung auf die Einheit der Gewerkschaften, indem beschlossen wurde, dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften die Vollmacht zu geben, nach entsprechenden Verhandlungen ein gemeinsames anglo-russisches Komitee zu bilden, dessen Aufgabe die Koordinierung des Vorgehens der Gewerkschaftsbewegung beider Länder in ihrem Kampf um die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung sein soll.

Am 29. Dezember, nach der Rückkehr der englischen Delegation, tagte der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses, der einstimmig die Haltung der britischen Delegation zum russischen Gewerkschaftskongreß und ihren Bericht billigte.

Er beschloß ferner, für eine Weltkonferenz ohne Bedingungen zwecks Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale einzutreten. Somit ist das anglo-russische Komitee auch vom Generalrat bestätigt worden, ja er hat noch einen Schritt vorwärts gemacht zwecks Einberufung einer Weltkonferenz für die Herstellung der Einheit.

Auch der Vorstand des IGB sollte sich mit dem Vorschlag des Allrussischen Gewerkschaftsbundes zur Einberufung eines Weltkongresses beschäftigen. Der Vorstand hat beschlossen, diese Frage dem Ausschuß des IGB, der am 5. Februar 1925 tagen soll, zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Ausschuß wird sich also mit zwei Vorschlägen, dem der russischen und dem der englischen Gewerkschaften, zu beschäftigen haben.

Von den einzelnen gewerkschaftlichen Landesorganisationen, die bisher zu der Frage der Einheit Stellung genommen haben, sieht die norwegische Arbeiterpartei, der die Gewerkschaften auch organisatorisch angeschlossen sind, an erster Stelle. Bekanntlich sind die norwegischen Gewerkschaften keiner [71] Internationale angeschlossen, neigen aber dazu, sich der Amsterdamer Internationale wieder anzuschließen. Deshalb ist nachstehender Beschluß vom 15. Dezember 1924 von besonderer Bedeutung. Er lautet:

„Die norwegische Arbeiterpartei begrüßt freudig die Anstrengungen des Allrussischen Gewerkschaftsrates, der englischen Gewerkschaftsdelegation und anderer Organisationen, in der Betreibung der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ... Sie ruft alle ihre Mitglieder auf, die Verschmelzung aller Gewerkschaftsorganisationen in eine große, einheitliche Internationale kräftig zu unterstützen. ... Sie betrachtet vor allem als besonders wichtig, daß der internationale Gewerkschaftskongreß u. a. auch von der Roten Gewerkschaftsinternationale oder vom Allrussischen Gewerkschaftsrat einberufen werde ... Solange eine diesbezügliche Uebereinkunft zwischen der Amsterdamer und der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht getroffen wird, werden die norwegischen Gewerkschaften der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nicht beitreten.“

Von den anderen Landesorganisationen oder örtlichen Gewerkschaftsorganen sind bis heute mit wenigen örtlichen Ausnahmen noch keine offiziellen Beschlüsse zu dieser Frage gefaßt worden. In der Delegierten-Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, wurde ein Antrag angenommen, nach welchem der Vorstand des DMV beauftragt wird, für die Herstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale einzutreten sowie die Einberufung eines Weltkongresses zu unterstützen. Außerdem haben in Deutschland eine ganze Reihe anderer, meist kleinerer, gewerkschaftlicher Ortsgruppen Beschlüsse ähnlicher Art gefaßt, während dahingehende Anträge in einer Reihe anderer Ortsgruppen unter dem Einfluß der Reformisten abgelehnt wurden. Die Mehrheit der örtlichen und sämtliche Zentralinstanzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben jedoch noch keine Beschlüsse in dieser Frage gefaßt.

Die Kampagne für die Herstellung der Einheit hat noch nicht die breitesten Massen des Proletariats erfaßt, wie es auch noch nicht gelungen ist, die breiten Massen in Fabriken, Werkstätten, Kontoren usw. allgemein zu mobilisieren und zu einer Stellungnahme zu bringen. Trotzdem sind die Besprechungen, die auf den internationalen Kongressen der Transport-, Metall-, Landarbeiter und Buchdrucker, die im Laufe der letzten Monate des vorigen Jahres stattfanden, die Besprechungen zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften sicher ein Zeugnis, daß ein starkes Einheitsbestreben in den breiten Massen vorhanden ist und daß die reformistischen Gewerkschaften, die sich bis heute mit der Einheit nicht beschäftigen wollen, von unten her gezwungen werden, Stellung zu nehmen.

Das interessanteste und bemerkenswerteste ist die Stellungnahme des rechten Flügels der Amsterdamer. Es wird von ihm eine fieberhafte Arbeit geleistet, um die Stimmung für die Einheit und die einzelnen dazu schon gemachten Schritte vollständig zu vernichten. Dazu sind den Rechten alle Mittel gut.

Amsterdam, das sich in bezug auf politische Parteien und politische Meinungen als „neutral“ ausgibt, faßte auf dem Wiener Kongreß folgenden Beschluß:

„Die sozialdemokratischen Parteien stehen den Gewerkschaften am nächsten. ... Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaft. ... Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen.“

Der belgische Kongreß der Gewerkschaften zog daraus die Folgerung, daß er in seiner Sitzung vom August 1924 folgenden Beschluß faßte:

„Das Amt eines Vertrauensmannes gleichwie welchen Grades in einer der Gewerkschaftskommission angeschlossenen modernen Gewerkschaft ist mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei unvereinbar. ... [72] Dem Vorstand wird anheimgegeben, über die Anwendung und Durchführung dieser Maßnahmen zu wachen.“

Einen wörtlich fast gleichlautenden Beschluß hat der Zentralverband der Angestellten (der AfA angeschlossen) auf seiner Generalversammlung in Kassel im Sommer 1924 gefaßt. Eine faktisch ganz im Sinne dieser Beschlüsse geführte Praxis wird von einer Anzahl weiterer deutscher Gewerkschaften, vor allem vom Textilarbeiter-Verband und Baugewerksbund, angewandt. Kein kommunistischer Funktionär wird vom Vorstand bestätigt.

Also auf der einen Seite ein Pakt mit den sozialdemokratischen Parteien, auf der anderen Seite Kampf gegen die Kommunisten. Das nennen die Amsterdamer „keine Politik treiben“. Aber noch fester tritt das Bündnis der Amsterdamer mit den sozialdemokratischen Parteien in Erscheinung in der gemeinsamen Sitzung der beiden Internationalen, die am 4. Januar 1925 in Brüssel stattfand. Vandervelde hat den politischen Pakt zwischen beiden Organisationen ganz offen heraus gesagt, indem er betonte, daß „bei den engen Beziehungen zwischen der Amsterdamer und der Zweiten Internationale ein Angriff (so nennt Vandervelde den kommunistischen Versuch zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit) auf eine dieser Organisationen von der anderen nicht gleichgültig hingenommen werden könne. Die gemeinsamen Interessen würden am besten verteidigt durch die Einheitsfront zwischen den Gewerkschaften und Arbeiterparteien.“ (Gemeint sind hier selbstverständlich nur die sozialdemokratischen Parteien.)

Gemeinsam also werden die Amsterdamer mit den sozialdemokratischen Parteien gegen die Einheit vorgehen. Auf dieser Brüsseler Konferenz konnte es offiziell zu keinem Beschluß kommen in bezug auf die Taktik gegenüber der Stellungnahme der englischen Delegierten in Rußland und der Frage des Weltkongresses, weil die Gewerkschaftsdelegation durch Sturm am Kommen verhindert war. Aber die Reden und Weisungen von Vandervelde, die Einstellung von Jouhaux und Oudegeest sind klar genug, um daraus schließen zu können, daß inoffiziell schon jetzt ein festes Bündnis zwischen der Zweiten Internationale und den rechten Amsterdamern besteht, um die Einheit abzuwürgen.

Die russischen Menschewiki sprachen am lautesten und offensten ihre Meinung aus, in der auch am besten die Meinung der beiden Internationalen zum Ausdruck kommt. Die Menschewiki haben der Brüsseler Konferenz eine Resolution vorgelegt, die sich in verschleierter Form gegen die Einheit ausspricht. Aber indirekt formulierte der Führer der Menschewiki Abramowitsch im „Sozialistischen Boten“ vom 17. Januar seine Meinung folgendermaßen:

„Ich bin der Meinung, daß der Eintritt der russischen Verbände in die Amsterdamer Internationale einen schweren Schlag gegen die internationale Gewerkschaftsbewegung bedeuten würde. Deshalb müssen wir als Partei, die am besten mit den Methoden der Bolschewiki vertraut ist, das internationale Proletariat mit aller Energie von solchen Experimenten abhalten, ganz gleich, ob unser Standpunkt von den europäischen Sozialisten mißbilligt wird oder nicht.“

Um dieses reaktionäre Austreten gegen die Einheit zu verstärken, wird eine planmäßige Kampagne gegen Purcell und seine Genossen geführt. Vandervelde richtete auf der Brüsseler Konferenz eine Warnung an Purcell, indem er sagte, daß er im Namen des Vorstandes der Zweiten Internationale erklären muß, „daß die Position, die die englische Delegation sowie einzelne ihrer Mitglieder und

besonders der Vorsitzende der Delegation gegenüber der russischen Sowjetregierung und der KI eingenommen haben, ernste Befürchtungen bei ihnen (im Vorstand der Zweiten Internationale) hervorgerufen habe.“

Oudegeest und Sassenbach haben das ihre dazu beigetragen, um die Hetze gegen Purcell zu erweitern, indem sie vor der Rückkehr der englischen Delegation nach London fuhren, um die nötige Einstellung bei den rechten englischen Gewerkschaftsbürokraten zu erzielen. Diese Kampagne [73] wird verstärkt durch ein Rundschreiben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in dem es heißt:

„Wir haben mit nicht geringer Unruhe die Pressenachrichten gelesen, welche über das Moskauer Auftreten des derzeitigen ersten Präsidenten des IGB berichten. Es hat den Anschein, als ob dies die zweite Auflage des Austretens Fimmens wäre. Wenn Purcell in Moskau sich als Vertreter der englischen Gewerkschaften aufgehalten hat, so hätte er denken können, daß seine Aeußerungen auch auf den IGB auswirkende Folgen haben können.“

Sassenbach, der auf dem Schweizerischen Gewerkschaftskongreß war, wird gelobt und Purcell wird verurteilt. Im gleichen Geiste ist ein Rundschreiben des ADGB gehalten und dieselbe Stellung nehmen die holländischen Gewerkschaften nach dem Artikel im „Het Volk“ vom holländischen Gewerkschaftsführer Stenhuis ein. Der „Vorwärts“ hat durch seine Verleumdungen ebenfalls dazu beigetragen, eine Spaltungssituation zu schaffen. Dieses Blatt hat es sogar fertig gebracht, frech zu behaupten, daß Purcell vom Generalrat der britischen Gewerkschaften gefordert hätte, den Beitritt in die KI zu vollziehen. Ausgehend von dieser Linie drohte der „Vorwärts“:

„Im Falle der Annahme dieses Antrages würde das Band zwischen von britischen Gewerkschaften und der Amsterdamer Internationale zerrissen werden.“

In bezug auf Einberufung eines Weltkongresses haben die rechten Amsterdamer das nötige vorbereitet, um die ganze Angelegenheit zum mindesten zu verwirren, wenn nicht ganz abzuwürgen. Unter der Hand werden die Landeszentralen aufgefordert, „ihre Meinung“ (d. h. die Stellung der rechten Amsterdamer) zu verbreiten. Die Schweizer Gewerkschaftsbürokratie hat zu diesem Zweck auch ihr Rundschreiben an die dem IGB angeschlossenen Landeszentralen verschickt, in dem wörtlich gesagt wird:

„Wir stimmen einem solchen Kongreß nicht zu ... Lieber verzichten wir vollkommen auf die internationale Verbindung.“

Und der oben zitierte holländische Gewerkschaftsbürokrat Stenhuis sagt es noch frecher:

„Einen internationalen Gewerkschaftskongreß wünscht Herr Purcell und nicht der IGB.“

Wenn man die Einberufung eines Weltkongresses zwecks Schaffung einer Gewerkschaftsinternationale in bezug auf die Zahl der dort vertretenen Organisationen betrachtet, so ist leicht festzustellen, daß die rechten Amsterdamer oder mindestens die Zentrumsleute nichts zu fürchten haben, denn sie werden, falls der Kongreß jetzt einberufen werden sollte, dort die Mehrheit haben. Aber es kommt nicht darauf an. Es kommt auf die politische Einstellung der Richtungen an. Diese politische Einstellung hat Jouheaux am besten zum Ausdruck gebracht in seiner Kritik der Rede Fimmens auf dem internationalen Transportarbeiter-Kongreß (Hamburg, August 1924) in bezug auf die wichtigste und bedeutendste Frage der Arbeiterpolitik unserer Zeit – des Sachverständigen-Abkommens. Jouheaux vertritt die Auffassung und die Grundsätze des internationalen Gewerkschaftsbundes wie der gemeinschaftlichen Kongresse der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationale folgendermaßen:

„Bei der Lage der Dinge, die der Krieg in der ganzen Welt geschaffen hat, bleibt nur die Wahl – wenn man nicht einem Revolutionarismus huldigt, der mit der modernen Gewerkschaftsbewegung nichts zu schaffen hat –, entweder Solidarisierung und gegenseitige Hilfeleistung der Völker und Verwirklichung eines wahrhaften Völkerbundes, oder unaufhaltsames Fortschreiten der internationalen Kapitalmacht.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“ Nr. 4, 194.)

Und daraus zieht Jouheaux die Perspektive der Entwicklung der Arbeiterbewegung, indem er sagt:

[74] „In Wahrheit ist gerade die Wiederherstellung normaler Verhältnisse (durch die „Sanierung“ des Dawes-Plans. Red.) die Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Kapitalismus.“

Kurz gefaßt heißt dies: Anpassung und Hilfe zum Aufbau des Kapitalismus. Wenn Jouheaux die Perspektive gab, so besagt der Beschluß des belgischen Kongresses vom August 1924 und die ganze Kampagne der rechten Amsterdamer, wie dies gemacht werden soll. Wie heißt – schärfsten Kampf gegen die Kommunisten, gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die den Kapitalismus vernichten will, gegen die, die den von Jouheaux verhöhnten „Revolutionarismus“ als Hauptpunkt der modernen Gewerkschaftsbewegung aufstellen.

Dies zeigt, daß in der Bewegung für die Einheit ein grundsätzlicher politischer Gedanke vorhanden ist und daß es sich am wenigsten handelt um eine organisatorische Frage der Ausnahme der Russen oder ein organisatorisches Zusammenfassen der beiden Gewerkschaftsinternationalen. Vielmehr sollte die Einheit dazu führen, der Arbeiterklasse eine richtige, dem Klassenkampf entsprechende Organisation zu geben, die klare Perspektive dahin zu richten, die Macht des Kapitals zu vernichten, eine Position zu schaffen, die einen entscheidenden Kampf gegen die Anpassung an den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus ermöglichen wird.

In dieser Beziehung ist das erfreuliche an der Einheitsbewegung, daß die Bewegung internationalen Charakter bekommt, daß sie zum internationalen Auftreten des Proletariats führt.

Die Führer wie Purcell, Bromley sind Zentrumsleute, die politisch schwankend und nicht fest dastehen. Aber sie bilden ein Spiegelbild von dem, wie die breiten Massen des Proletariats besonders in einem solchen Land wie England sich zur Frage der Eroberung der Macht stellen. Diese Frage, neben der internationalen Bedeutung der Einheitsbewegung, ist die Grundfrage. Die Eroberung der politischen Macht ist heute für das Proletariat Europas eine akute Frage. Und wenn es noch so viele Abweichungen hier und da gibt, so ist diese Frage kein Ziel mehr, das in weiter Ferne, in weitem Dunkel liegt, sondern wird als brennende Frage immer mehr in allen Kämpfen in den Vordergrund treten.

Um die proletarische Macht zu verwirklichen, braucht es einen hartnäckigen Kampf – einen Kampf gegen die Bourgeoisie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn die breitesten Massen mit in ihn hineingezogen werden. Es kann keinen Kampf für die Eroberung der Macht geben, ohne daß die Millionenmasse des Proletariats sich aktiv an diesem Kampfe beteiligt.

Um zu diesen Massen zu gelangen, sie zu aktivisieren, ist es notwendig, die Einheit der Gewerkschaften herzustellen. Diese Massen sind aber organisiert in den Gewerkschaften – den historisch gegebenen Arbeiterorganisationen, wie Genosse Lenin sie nannte –, und hier sollen sie aufgesucht werden, hier müssen sie zusammengefaßt, hier muß der Kampf aufgenommen werden. Um diesen Kampf vorwärts zu bringen, ist notwendig eine feste, zielbewußte und klassenkampffähige Partei der Arbeiterklasse – die Kommunistische Partei.

Auf der einen Seite eine fest konsolidierte Partei – auf der andern Seite das Heranbilden der breiten Massen für den Kampf um die Macht. Die Gewerkschaften, die das organisierte Proletariat darstellen, können nicht einer Partei angehören, aber sie müssen innerhalb ihrer Organisation von den fortgeschrittenen revolutionären Elementen geführt und – wie Lenin sagt – auf der geraden Linie gehalten werden, denn der ganze Kampf der Arbeiterklasse, selbst wenn er in den kleinsten täglichen wirtschaftlichen Kämpfen und Forderungen sich auswirkt, muß einen politischen Charakter tragen.

Um dieses große Ziel zu erreichen, braucht es täglichen Kampf um die Einheit. Die Einheit wird nie auf einmal, nie durch [75] irgendwelchen Verbandsbeschluß kommen, sondern im Kampf, im hartnäckigen Kampf, in welchem zugleich der Umschwung der Arbeiterklasse, ihre Befähigung für die Erfüllung ihrer Aufgaben erzielt werden wird.

Wir haben vorläufig eine gewisse Stabilisationsperiode. Die Arbeiterklasse hat die Lasten der kapitalistischen Krise und besonders des Dawes-Planes noch nicht in der vollen Schärfe und Schwere zu

spüren bekommen. Das erleichtert der Amsterdamer Bürokratie ihr Bestreben, die Massen zu verwirren. Aber von Tag zu Tag zeigen sich die Wirkungen des Dawes-Planes deutlicher, werden die Lasten für das Proletariat unerträglicher, und schon fängt es an, zu immer schärferen wirtschaftlichen Kämpfen zu kommen. Diese Kämpfe werden die besten Argumente gegen Amsterdam und für die Einheit liefern.

*

Alls letztes Ereignis in dieser Kampagne sei noch nachgetragen, daß der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union am 31. Januar beschlossen hat, auf das letzte Schreiben des IGB in folgendem Sinne zu antworten: Der Weltkongreß aller Gewerkschaften sei zwar der wichtigste Schritt zur Herstellung der Einheit, als nächsten Schritt aber hätten die Gewerkschaften der Sowjet-Union eine paritätische Konferenz aus Vertretern des IGB und des Generalrats der Gewerkschaften der Sowjetunion vorgeschlagen, um die Voraussetzungen für die Einberufung des Weltkongresses zu schaffen. Die Red.

*

Dokumente.

Gegen den Trotzismus.

1. Trotzkis Brief an das Plenum des Zentralkomitees der KPR (vom 15. Januar 1925).

Werte Genossen!

Auf der Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung des Plenums des ZK steht als erster Punkt die Frage der Resolutionen der Provinzorganisationen über das „Auftreten Trotzkis“. Da es mir angesichts meiner Krankheit nicht möglich ist, an den Arbeiten des Plenums teilzunehmen, nehme ich an, daß ich die Behandlung der Frage erleichtern werde, wenn ich hier folgende kurze Erklärungen abgebe:

1. Ich war der Ansicht und bin der Ansicht, daß ich in der Diskussion hinreichend gewichtige prinzipielle und fachliche Gegengründe anzuführen vermocht hätte gegen den gegen mich erhobenen Vorwurf, daß ich das Ziel einer „Revision des Leninismus“ und einer „Herabsetzung“ (!) der Rolle Lenins verfolge. Ich habe auf Erklärungen in dieser Richtung jedoch nicht nur krankheitshalber verzichtet, sondern auch deshalb, weil unter den Verhältnissen der jetzigen Diskussion jegliche Äußerung meinerseits zu diesen Themen, unabhängig von Inhalt, Charakter und Ton, lediglich den Anstoß zu einer Vertiefung der Polemik gegeben hätte, zu ihrer Verwandlung aus einer einseitigen in eine doppelseitige, zu ihrer weiteren Verschärfung.

Ich bin auch gegenwärtig, wenn ich den ganzen Verlauf der Diskussion überblicke, der Ansicht, daß, obwohl in ihrem Verlauf gegen mich zahlreiche und geradezu ungeheuerliche Beschuldigungen erhoben worden sind, mein Schweigen vom Standpunkt der allgemeinen Interessen der Partei richtig war.

2. Doch kann ich unter keinen Umständen die Richtigkeit der Beschuldigung auf mich nehmen, meinerseits eine besondere Linie („den Trotz-[76]kismus“) zu befolgen und eine Revision des Leninismus anzustreben. Die mir zugeschriebene Ueberzeugung, als ob nicht ich zum Bolschewismus, sondern der Bolschewismus zu mir gekommen sei, erscheint mir schlechthin ungeheuerlich. In meinem Vorwort „Die Lehren des Oktobers“ sage ich ausdrücklich (Seite 62), daß der Bolschewismus sich auf seiner Rolle in der Revolution durch einen unversöhnlichen Kampf nicht nur gegen die Bewegung der Volkstümler und des Menschewismus, sondern auch gegen die „Versöhnungsrichtung“, d. h. gegen jene Strömung, der ich angehörte, vorbereitet hatte. Es ist mir im Laufe der letzten acht Jahre niemals eingefallen, irgendeine Frage vom Gesichtspunkt des sogenannten „Trotzkismus“ aus zu betrachten, den ich politisch längst für liquidiert hielt und halte. Ob ich in der einen oder anderen Frage, die vor der Partei auftauchte, recht hatte oder irrte, bei ihrer Lösung ging ich von der allgemeinen theoretischen und praktischen Erfahrung unserer Partei aus. Während all dieser Jahre hat denn auch niemand mir jemals gesagt, dieser oder jener meiner Gedanken oder Vorschlä-

ge repräsentierte eine besondere Strömung, die des „Trotzkismus“. Dieses Wort selbst ist, vollkommen unerwartet für mich, erst während der Diskussion aus Anlaß meines Buches über das Jahr 1917 aufgetaucht.

3. Die größte politische Bedeutung in diesem Zusammenhang besitzt die Frage der Bewertung der Bauernschaft. Ich stelle kategorisch in Abrede, daß die Formel der „permanenten Revolution“, die voll und ganz die Vergangenheit betrifft, für mich in irgendwelchem Grade ein unachtsames Verhältnis meinerseits zur Bauernschaft unter den Bedingungen der Sowjetrevolution zur Folge gehabt habe. Sofern ich nach dem Oktober überhaupt Gelegenheit gehabt, in besonderen Fällen auf die Formel der „permanenten Revolution“ zurückzugreifen, so nur in Verbindung mit der Parteigeschichtsforschung, d. h. in Rückblicken auf die Vergangenheit, nicht aber in Verbindung mit der Klärung aktueller politischer Aufgaben. Das Bestreben, auf diese Frage einen unversöhnlichen Gegensatz zu gründen, läßt sich meiner Anschauung nach weder durch die achtjährige Revolutionserfahrung, die wir vereint durchgemacht, noch durch die Aufgaben der Zukunft begründen.

Desgleichen weise ich von mir die Hinweise und Berufungen auf eine angeblich „pessimistische“ Einstellung meinerseits zum Schicksal unseres sozialistischen Ausbaues bei einem verlangsamten Verlauf der Revolution im Westen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die sich aus der kapitalistischen Einkreisung ergeben, sind die ökonomischen und politischen Hilfsquellen der Sowjetdiktatur sehr große. Ich habe diesen Gedanken im Auftrag der Partei wiederholt, u. a. auf internationalen Kongressen entwickelt und begründet und bin der Ansicht, daß dieser Gedanke auch in der jetzigen Periode geschichtlicher Entwicklung in Kraft bleibt.

4. In bezug auf die Differenzpunkte, die der 13. Parteitag gelöst hat, bin ich kein einziges Mal, weder im ZK, noch im Rat der Arbeit und Verteidigung oder gar außerhalb der führenden Institutionen der Partei und der Sowjetmacht mit irgendwelchen Vorschlägen hervorgetreten, die, sei es direkt oder indirekt, die bereits entschiedenen Fragen erneut aufgerollt hätten. Nach dem 13. Parteitag sind neue Aufgabe wirtschaftlichen, sowjetpolitischen und internationalen Charakters entstanden, bzw. klarer hervorgetreten. Ihre Lösung bietet außerordentliche Schwierigkeiten. Vollkommen fern lag mir das Bestreben, der Arbeit des ZK der Partei in Hinsicht auf die Lösung dieser Fragen irgendeine „Plattform“ entgegenzustellen. Für alle Genossen, die den Sitzungen des Politbüros, der Vollsitzung des ZK, des Rates der Arbeit und Verteidigung oder des revolutionären Kriegsrates der Union der SSR, beigewohnt haben, bedarf diese Behauptung keines Beweises. Die strittigen Fragen, die der 13. Parteitag entschieden hat, wurden in der letzten Diskussion nicht nur ohne jeden Zusammenhang mit meiner Arbeit, sondern auch, soweit ich im gegebenen Augenblick zu beurteilen vermag, ohne einen Zusammenhang mit den praktischen Fragen der Parteipolitik erneut aufgeworfen. [77]

5. Soweit das Vorwort zu meinem Buche „1917“ den formalen Anlaß zur letzten Diskussion geboten hat, halte ich es für erforderlich, vor allem den Vorwurf zurückzuweisen, als hätte ich mein Buch gewissermaßen hinter dem Rücken des ZK herausgegeben. In Wirklichkeit wurde mein Buch (während meiner Kur im Kaukasus) unter genau denselben Umständen gedruckt, wie alle meine andern Bücher. Oder die Bücher anderer Mitglieder des ZK bzw. anderer Parteimitglieder überhaupt. Es ist selbstverständlich Sache des ZK, die eine oder andere Form der Kontrolle parteipolitischer Veröffentlichungen festzulegen. Ich habe jedoch in keiner Weise oder in irgendwelchem Grade jenen Formen der Kontrolle zuwidergehandelt, die bisher Geltung hatten, wozu ich selbstverständlich auch keinerlei Anlaß gehabt habe.

6. Das Vorwort zu den „Lehren des Oktobers“ stellt eine Weiterentwicklung jener Gedanken dar, die ich früher und ganz besonders im letzten Jahre wiederholt ausgesprochen hatte. Ich nenne hier nur folgende Referate und Artikel: „Auf der Bahn der europäischen Revolution“ (Tiflis, den 11. April 1924), „Perspektiven und Aufgaben im Osten“ (21. April), „Der erste Mai im Westen und im Osten“ (29. April), „An einem neuen Wendepunkt“ (Vorwort zum Buche „Fünf Jahre Komintern“), „Welche Etappe passieren wir?“ (21. Juni), „Grundfragen des Bürgertums“.

Alle aufgezählten Referate, die durch die Niederlage der deutschen Revolution im Herbst 1923 veranlaßt waren, wurden in der „Prawda“, der „Iswestija“ und anderen Ausgaben gedruckt. Kein einzi-

ges Mitglied des ZK oder gar das Politbüro als solches hat mich jemals auf die Falschheit meiner Tätigkeit hingewiesen. Desgleichen hat die Redaktion der „Prawda“ meine Referate nicht nur nicht mit Anmerkungen versehen, sondern mir gegenüber auch kein einziges Mal den geringsten Versuch gemacht, darauf hinzuweisen, daß sie mit dem einen oder dem anderen Punkt derselben nicht einverstanden sei.

Es ist selbstverständlich, daß ich meine Analyse des Oktobers, die im Zusammenhang mit den deutschen Ereignissen stand, nicht nur nicht als eine „Plattform“ ansah, sondern es auch für ausgeschlossen hielt, daß diese Arbeit von irgend jemand im Sinne einer „Plattform“ ausgelegt werden könnte, die sie nicht war und auch nicht sein konnte.

7. Soweit auch einige meiner anderen Bücher, darunter auch solche, die eine Reihe von Auflagen erlebt haben, in den Kreis der Beschuldigungen gegen mich einbezogen worden sind, halte ich es für notwendig, festzustellen, daß nicht nur das Politbüro als solches, sondern auch nicht ein einziges Mitglied des ZK mir gegenüber jemals darauf verwiesen hat, daß irgendeiner meiner Artikel oder irgendeines meiner Bücher im Sinne einer „Revision“ des Leninismus ausgelegt werden könnte. Insbesondere betrifft das das Buch „1905“, das noch zu Lebzeiten Lenins erschienen war, eine Reihe von Auflagen erlebt hatte, von der Parteipresse lebhaft empfohlen und von der Komintern in fremder Sprache übersetzt worden ist und nun das Hauptmaterial für die Beschuldigung der Revision des Leninismus abgibt.

8. Mit den dargelegten Erwägungen verfolge ich, wie bereits eingangs betont, den ausschließlichen Zweck, dem Plenum die Lösung der als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandelnden Frage zu erleichtern.

Was nun die in der Diskussion wiederholt ausgetauchten Behauptungen betrifft, als erstrebte ich eine „Sonderstellung“ in der Partei, als fügte ich mich nicht der Disziplin, als verweigerte ich die Ausführung der einen oder der anderen Arbeit, die mir das ZK übertrage usw. usw., erkläre ich, ohne auf die Qualifikation dieser Behauptungen einzugehen, auf das aller kategorischste: Ich bin bereit, im Auftrage des ZK jede beliebige Arbeit auf jedem beliebigen Posten oder auch auf keinem Posten und selbstverständlich unter den Bedingungen einer beliebigen Parteikontrolle auszuführen.

[78] Insbesondere brauche ich wohl nicht zu beweisen, daß nach der letzten Diskussion das Interesse der Sache meine schleunigste Befreiung von den Obliegenheiten eines Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats erfordert.

Zum Schlusse erachte ich es für notwendig, hinzuzufügen, daß ich zum Plenum in Moskau verblieben bin, um, falls dies erforderlich sein sollte, die Möglichkeit zu besitzen, auf diese oder jene Fragen zu antworten bzw. die erforderlichen Ausklärungen zu geben. L. Trotzki.

Kreml, 15. Januar 1925

*

Resolution zur Haltung des Genossen Trotzki,

angenommen am 17. Januar 1925 in der gemeinsamen Vollsitzung des ZK der KPR und der ZKK (gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen).

(Vorgeschlagen von den Mitgliedern des ZK der Organisationen Leningrad, Moskau, Ural und Ukraine.)

Die grundlegende Voraussetzung aller Erfolge der bolschewistischen Partei waren stets stählerne Einheit und eiserne Disziplin, eine unverfälschte Einheitlichkeit der Anschauungen auf dem Boden des Leninismus. Das kein Ende nehmende Auftreten des Genossen Trotzki gegen den Bolschewismus stellt die Partei jetzt vor die Notwendigkeit: entweder obiger grundlegenden Voraussetzung zu entsagen oder ein für allemal diesem Auftreten ein Ende zu machen.

Im internationalen Maßstabe wird das Austreten des Genossen Trotzki gegen die Partei von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie gedeutet als Vorbote einer Spaltung der KPR und somit des

Zerfalls der proletarischen Diktatur überhaupt. Daraus zieht der Weltimperialismus gegenwärtig zum Teil auch seine praktischen Schlußfolgerungen gegenüber der Union der SSR, ungeachtet dessen, daß objektiv die Lage der Union der SSR jetzt fester ist als je zuvor.

Innerhalb des Landes wird das oppositionelle Austreten des Genossen Trotzki von allen sowjetfeindlichen und schwankenden Elementen aufgefaßt als ein Signal zum Zusammenschluß gegen die Politik der Partei, um das Regime der proletarischen Diktatur zu zersetzen und zu Konzessionen an die bürgerliche Demokratie zu nötigen.

Die antiproletarischen Elemente des Staatsapparates erstreben die „Emanzipation“ von der Führung der Partei und setzen auf den Kampf des Genossen Trotzki gegen das ZK der Partei ihre Hoffnungen. Der Diktatur des Proletariats, wie insbesondere einem der wichtigsten Vermächtnisse des Genossen Lenin: der Notwendigkeit des Umbaus des ganzen Staatsapparates im Geiste der Arbeiter- und Bauernmacht wird ungeheurer Schaden zugefügt.

Innerhalb wie außerhalb der Partei hat dieses oppositionelle Auftreten des Genossen Trotzki seinen Namen zum Banner alles Unbolschewistischen, aller unkommunistischen und antiproletarischen Tendenzen und Gruppierungen werden lassen.

Ganz allgemein läßt sich das Austreten des Genossen Trotzki in seiner Gesamtheit nunmehr charakterisieren als das Bestreben, die Ideologie der KPR in eine Art durch Genossen Trotzki – „modernisierten Bolschewismus“ ohne Leninismus zu verwandeln. Das aber ist kein Bolschewismus, sondern die Revision des Bolschewismus. Es ist der Versuch, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu ersetzen, d. h. den Versuch, die Leninsche Theorie und Taktik der proletarischen Weltrevolution durch jene Abart des Menschewismus zu ersetzen, die der alte Trotzkiismus darstellte und die der neuerstandene „neue“ Trotzkiismus jetzt gleichfalls darstellt. Im Grunde genommen ist der moderne Trotzkiismus eine Verfälschung des Kommunismus im Geiste der Annäherung an die „europäischen“ Muster des Pseudo-Marxismus, d. h. letzten Endes, im Geiste der „europäischen“ Sozialdemokratie. [79]

*

Im Laufe des mehrjährigen Verweilens des Genossen Trotzki in der KPR hatte unsere Partei mit dem Genossen Trotzki vier ganz Rußland einbeziehende Diskussionen auszutragen, ungerechnet eine Reihe weniger umfassender Differenzen in anderen äußerst wichtigen Fragen.

Die erste Diskussion betraf den Brester Frieden. Genosse Trotzki hatte nicht begriffen, daß die Bauernschaft weder kämpfen konnte noch wollte und trieb eine Politik, die der Revolution beinahe den Kopf gekostet hätte. Es bedurfte der Drohung des Genossen Lenin, aus der Regierung auszutreten, es bedurfte eines hartnäckigen Kampfes auf dem 7. Parteitag, um die Lage wieder einzurenken und, wenn auch unter schlechteren Bedingungen, die Brester „Atempause“ zu erlangen.

Die zweite Diskussion betraf die Gewerkschaften. In Wirklichkeit betraf sie das Verhältnis zur Bauernschaft, die sich gegen den Kriegskommunismus zu erheben begann, und ferner das Verhältnis zur Masse der parteilosen Arbeiter, kurz die Frage, wie die Partei in jener Phase, in der der Bürgerkrieg sich bereits seinem Abschluß näherte, an die Massen heranzutreten hatte. Es bedurfte einer heftigen, ganz Rußland erfassenden Diskussion, es bedurfte einer energischen Kampagne des ganzen Kernes der Partei, mit Genossen Lenin an der Spitze, gegen die „fiebernden“ Spitzen des Trotzkiismus, um die Partei vor einem Fehler zu bewahren, der sämtliche Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen drohte.

Die dritte Diskussion betraf den „Parteiapparat“, den „Wirtschaftsplan“, die unvermeidliche „bäuerliche Tendenz“ der Zentrale, den „Kampf der Generationen“ usw. In Wirklichkeit ging es wiederum um das wirtschaftliche Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, die Preispolitik, die Geldreform, die Notwendigkeit, die Politik der Partei auf den proletarischen Kern einzustellen die Aufrechterhaltung der führenden Rolle der Partei in der Wirtschaft und den Staatsorganen, den Kampf gegen die „Freiheit“ der Fraktions- und Gruppenbildung, die Aufrechterhaltung

der führenden Rolle der bolschewistischen Kaders der Partei, mit einem Worte, um das Festhalten an der Leninschen Linie der Partei in der Periode der Neuen Wirtschaftspolitik. Genosse Trotzki war in dieser Diskussion bereits ganz offensichtlich zum Sprachrohr einer kleinbürgerlichen Tendenz geworden. Er drängte die Partei erneut in die Richtung einer Politik, die die Revolution vernichten konnte, denn diese Politik untergrub die wirtschaftlichen Erfolge der Partei im Anfangsstadium ihrer Auswirkung. Die kleinbürgerliche, von Genossen Trotzki geführte Opposition hat sich selbst in eine solche Lage versetzt, in der sie, bei einer Weigerung der Anerkennung ihrer grundlegenden Fehler, nach dem Grundsatz „je schlimmer – desto besser“ argumentieren, d. h. ihre Karte auf Mißerfolge der Partei und der Sowjetmacht setzen muß.

Es bedurfte eines energischen Kampfes, um diesen kleinbürgerlichen Vorstoß gegen die Feste des Bolschewismus abzuschlagen. Nunmehr sieht alle Welt, daß das Gerede der Trotzkiisten im Herbst 1923 über den „Untergang des Landes“ lediglich der Ausdruck kleinbürgerlicher Angst war, des Unglaubens an die Kraft unserer Revolution und des vollkommenen Nichtverstehens unserer Wirtschaft. Die Geldreform, der Genosse Trotzki den „Wirtschaftsplan“ entgegenstellte und der er ein Scheitern prophezeite, hat die wirtschaftliche Lage saniert und war der allergrößte Schritt vorwärts auf dem Wege des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes. Die Industrie erstarkt, trotz der Mißernte von 1924. Die materielle Lage der Arbeiter bessert sich. Die Partei ist aus der Prüfung gefestigt hervorgegangen. Das Leninsche Aufgebot hat die Partei durch neue proletarische Kräfte verstärkt. Hätte jedoch die bolschewistische Partei dem halbmenschestischen Rückfall Trotzki nicht einen so heftigen und einmütigen Widerstand entgegengesetzt, so wären die wirklichen Gefahren für das Land, für die Arbeiterklasse und für unsere Partei wahrhaft unermeßliche gewesen.

Das ganze Auftreten des Genossen Trotzki von 1918 bis 1924 gegen die Linie der Gesamtpartei hatte letzten Endes seinen Ursprung in dem [80] halbmenschestischen Nichtverstehen der Rolle des Proletariats gegenüber den nichtproletarischen und halbproletarischen Schichten der Werktätigen, in der Herabsetzung der Rolle der Partei in der Revolution und im sozialistischen Ausbau, im Nichtverstehen dessen, daß die bolschewistische Partei ihre historische Mission nur unter der Bedingung der Existenz einer wirklichen, ideologischen Einheit und festen Geschlossenheit zu erfüllen vermag.

Die vierte, sich jetzt abspielende Diskussion offenbarte noch ernsthaftere, allumfassende Differenzen zwischen dem Genossen Trotzki und der bolschewistischen Partei. Es handelt sich nunmehr bereits unverkennbar um zwei einander im Grunde gänzlich entgegengesetzte Systeme der Politik und Taktik. In der jetzigen Diskussion eröffnete Genosse Trotzki schon einen direkten Feldzug gegen die bolschewistische Weltanschauung. Genosse Trotzki verneint 1. restlos die ganze Lehre von den treibenden Kräften der russischen Revolution, die der Leninismus entwickelt hat, angefangen vom Jahre 1904, und auf der die gesamte Taktik des Bolschewismus in den drei russischen Revolutionen beruht; 2. stellt er der bolschewistischen Beurteilung der treibenden Kräfte der russischen Revolution und der Leninschen Lehre von der proletarischen, Weltrevolution seine alte „Theorie“ der „permanenten Revolution“ entgegen, eine Theorie, die restlos bankrott gemacht hat in allen drei russischen Revolutionen (desgleichen in Polen und Deutschland) und die Genosse Lenin mehr als einmal charakterisierte als einen eklektischen Versuch, den kleinbürgerlichen, menschestischen Opportunismus mit „linker“ Phrase zu vereinen, ebenso als das Bestreben, die Bauernschaft zu überspringen; 3. versucht er, der Partei einzureden, daß der Bolschewismus, bevor er die Bahn der Diktatur des Proletariats betreten hat, „ideologisch umzusatteln“, d. h. dem Leninismus zu entsagen und die Bahn des Trotzkiismus zu beschreiten gezwungen gewesen sei; 4. predigt er die Theorie der „Spaltung“ des Bolschewismus in zwei Teile: a) in einen Bolschewismus vor der Oktoberrevolution 1917, der angeblich von untergeordneter Bedeutung sei, und b) einen Bolschewismus vom Oktober 1917 ab, der, um seine geschichtliche Mission zu erfüllen, angeblich gezwungen gewesen sei, sich in den Trotzkiismus zu verwandeln; 5. wird die Geschichte des Oktober von ihm so „dargelegt“, daß die Rolle der bolschewistischen Partei verschwindet und die Rolle der Persönlichkeit des Genossen Trotzki selbst, entsprechend der Formel „Held und Menge“, unmittelbar in den Vordergrund rückt, wobei die Version von dem „friedlichen Aufstand“, der angeblich schon am 10. Oktober

1917 stattgefunden haben soll, mit bolschewistischen Anschauungen über den bewaffneten Aufstand nichts gemeinsam hat; 6. schildert er die Rolle des Genossen Lenin in der Oktoberrevolution äußerst zweideutig; die Sache wird so dargestellt, als ob Genosse Lenin die Machtergreifung auf dem Wege einer Verschwörung im Rücken der Räte gepredigt hätte und als ob die praktischen Vorschläge des Genossen Lenin sich aus dem Nichtverstehen der Situation durch den Genossen Lenin ergeben hätten; 7. entstellt er von Grund auf die Beziehungen zwischen dem Genossen Lenin und der Zentrale und stellt sie als einen ununterbrochenen Krieg zweier „Mächte“ dar. Genosse Trotzki ist bestrebt, dem Leser diese „Version“ aufzudrängen durch Veröffentlichung (ohne Genehmigung des ZK) von Auszügen einzelner Dokumente, die in falscher Beleuchtung und einem die Wahrheit entstellenden Zusammenhang vorgebracht werden; 8. schildert er die Rolle des gesamten ZKs der Partei, das den Aufstand geleitet hat, in einem Lichte, das jetzt tiefstes Mißtrauen gegenüber dem ausschlaggebenden Kern des Parteistabes erzeugen soll; 9. entstellt er die wichtigsten Episoden der Revolution vom Februar bis zum Oktober 1917 (die April- und Juni-Demonstration, die Julitage, das Vorparlament usw.); 10. entstellt er die Taktik der Exekutive der Komintern, indem er sich bemüht, die Verantwortung für die Mißerfolge in Deutschland, Bulgarien usw. auf den Kern dieser Exekutive abzuwälzen, wodurch er Mißtrauen sät gegen die Zentrale der KPR und gegen das EKKI.

[81] Das Ausmaß der Meinungsverschiedenheiten des Genossen Trotzki mit der bolschewistischen Partei hat somit von Jahr zu Jahr und in der letzten Zeit von Monat zu Monat zugenommen. Die Differenzen berühren nicht nur die Fragen der Vergangenheit; die Vergangenheit selbst wird „revidiert“ zu dem Zwecke, eine Plattform für die jetzigen aktuellen politischen Differenzen „vorzubereiten“. Insbesondere braucht der Genosse Trotzki eine nachträgliche Entdeckung eines „rechten Flügels“ beim alten Bolschewismus zu dem Zwecke, sich, dadurch gedeckt, das Recht zu erkämpfen, einen wirklichen rechten Flügel in der KPR jetzt, in der Epoche der Neuen Wirtschaftspolitik und der Verlangsamung des Tempos der Weltrevolution, bei der kleinbürgerliche, die Bildung eines rechten Flügels in der KPR und der Komintern fördernde Gefahren offen zutage treten, bilden zu dürfen.

Nun ist aber die Revision des Leninismus in der Frage der treibenden Kräfte der Revolution, d. h. vor allem in der Frage der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft, nichts anderes als eine „Begründung“ der unbolschewistischen Anschauungen des Genossen Trotzki über die gegenwärtige Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft. Falsche, antileninistische Beurteilung der Rolle der Bauernschaft in der Revolution durch den Genossen Trotzki – darauf laufen alle Diskussionen der Partei mit dem Genossen Trotzki immer wieder hinaus. Fehler in dieser Frage werden besonders gefährlich in der Gegenwart, da die Partei, indem sie die Losung „Dem Dorfe zugewandt!“ verwirklicht, intensiv an der Festigung der Interessenverschmelzung zwischen der städtischen Industrie und der Landwirtschaft arbeitet, breite Masse in der Bauernschaft zum Aufbau der Sowjetverwaltung heranzieht, die Räte neu belebt usw. und da weitere Erfolge bzw. Mißerfolge der Revolution gerade durch die richtige oder falsche Art der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft bestimmt werden.

In den grundlegenden Fragen der Weltrevolution (Rolle des Faschismus und der Sozialdemokratie, Rolle Amerikas in Europa, Dauer und Charakter der demokratisch-pazifistischen „Aera“), bei deren Beurteilung Genosse Trotzki in vielem mit dem sozialdemokratischen „Zentrum“ übereinstimmte, hat Genosse Trotzki eine andere Stellung eingenommen als die KPR und die gesamte Komintern, ohne sich auch nur zu bemühen, seinen Standpunkt vorher der Zentrale der KPR oder dem EKKI darzulegen. Die Delegation der KPR auf dem 5. Weltkongreß der Komintern hat dem Genossen Trotzki mit vollem Einverständnis des ZKs der KPR vorgeschlagen, vor dem Weltkongreß der Internationale seine besonderen Anschauungen über die internationalen Fragen zu entwickeln. Trotzki hat es abgelehnt, dies auf dem Weltkongreß zu tun, hielt es dagegen für zweckmäßig, dies sehr bald darauf auf einer Versammlung der Veterinäre, überdies noch über den Kopf der Komintern und der KPR hinweg, zu tun. In keiner einzigen wesentlichen Frage ist Genosse Trotzki in der letzten Zeit im Sinne der Partei aufgetreten, sondern immer häufiger gegen die Anschauungen der Partei.

Die Partei sieht vor der wichtigsten, nächsten politischen Aufgabe: einen entschiedenen Kurs einzuschlagen zur Ueberwindung der Momente der Trennung von Stadt und Land, d. h. die Frage der weiteren Senkung der Preise auf die Erzeugnisse der städtischen Industrie in ihrem ganzen Umfang aufzurollen, für einen wirklichen Aufschwung der Landwirtschaft (Bodenbereinigung, Bodennutzung) die Bedingungen zu schaffen, einer wirklichen Belebung in erster Linie des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens allerernsteste Aufmerksamkeit zu schenken (tatsächliche Freiwilligkeit, Wählbarkeit und Kredit), die Frage der Herabsetzung der Steuerlasten für die Bauernschaft und der Reform der Steuerpolitik aufzuwerfen und zu lösen, endlich durch die Aufbietung aller Kräfte der Partei die Frage der Besserung der politischen Verhältnisse auf dem Lande zu entscheiden (richtigere Durchführung der Wählbarkeit, Heranziehung der parteilosen Bauern usw.).

[82] Diese Politik, die in allem Wesentlichen vom Genossen Lenin festgelegt worden ist, vermag allein zu einer wirklichen Konsolidierung der staatlichen Industrie, einer Sicherstellung ihres weiteren Ausschwungs, einer Zunahme der Konzentration und einer Steigerung der sozialen Macht des industriellen Proletariats zu führen, d. h. nicht in Worten, sondern tatsächlich die Diktatur des Proletariats unter den Bedingungen der Neuen Wirtschaftspolitik zu befestigen.

Die allererste Bedingung für die Durchführung dieser ganzen Politik ist die absolute Ausrechterhaltung der führenden Rolle unserer Partei in den Staats- und Wirtschaftsorganen, die wirkliche Einheit der Partei auf dem Boden des Leninismus.

Gerade dieses in der gegenwärtigen Situation entscheidende Wechselverhältnis zwischen Partei, Arbeiterklasse und Bauernschaft aber versteht Genosse Trotzki nicht.

Diese Lage hat notwendigerweise dazu geführt, daß alles Unbolschewistische und Antibolschewistische im Lande und jenseits seiner Grenzen der Haltung des Genossen Trotzki seine Interpretation gab und den Genossen Trotzki gerade um dessentwillen zu schätzen und zu unterstützen begann, um dessentwillen ihn die KPR und die Komintern verurteilen. Die Partei, die die Diktatur des Proletariats unter Verhältnissen durchsetzt, die den Entzug der „Freiheit“ für alle antiproletarischen Parteien und Gruppen nach sich zieht, muß unvermeidlich Feinde haben. Alle diese Feinde – insbesondere die Ideologen der gutsituierten Kleinbourgeoisie – wollen in dem jetzigen Genossen Trotzki jene Figur sehen, die die eiserne Diktatur des Proletariats erschüttern, die Partei spalten, die Sowjetmacht auf andere Bahnen leiten wird usw.

Sämtliche Führer der Zweiten Internationale, die gefährlichsten Diener der Bourgeoisie, sind bestrebt, den ideologischen Aufstand des Genossen Trotzki gegen die Grundlagen des Leninismus auszunutzen, um den Leninismus, die russische Revolution und die Komintern in den Augen der Arbeitermassen Europas zu diskreditieren und die sozialdemokratischen Arbeiter um so fester an den Karren der Bourgeoisie zu ketten. Der Renegat Paul Levi hat das Buch des Genossen Trotzki „Die Lehren des Oktober“ in deutscher Sprache mit einem Vorwort versehen herausgegeben, während die deutsche Sozialdemokratie den Vertrieb dieses Buches übernommen hat, für das sie, als ein gegen den Kommunismus gerichtetes Buch, ausgedehnte Reklame macht. Der aus der Komintern ausgeschlossene Souvarine ist bestrebt, eine Spaltung in der französischen Partei zustande zu bringen, indem er konterrevolutionäre Märchen über die KPR verbreitet. Angelika Balabanowa, Höglund und andere Renegaten des Kommunismus gehen ungefähr auf die gleiche Weise vor. Die italienischen Sozialfaschisten vom „Avanti“, die Söldlinge der deutschen Bourgeoisie vom „Vorwärts“, Renaudel und Grumbach vom „Quotidien“ usw. usw. – alle diese Elemente sind bestrebt, sich mit dem Genossen Trotzki in seinem Kampfe gegen die Zentrale der KR und das EKKI zu solidarisieren.

Die parteilosen Arbeiter, die in dem prominenten Funktionär der Partei ein Muster der Solidarität eines einzelnen Genossen mit der ganzen Partei sehen sollen, sehen in Wirklichkeit, wie Genosse Trotzki im Verlaufe mehrerer Jahre ungestraft die Einheit der Partei erschüttert. Eine solche Lage untergräbt die elementare Disziplin der Klasse, ohne die eine siegreiche Diktatur des Proletariats unmöglich ist.

Die Bauernschaft, die sehen soll, daß in der Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft nicht das geringste Schwanken in der KPR besteht, daß die Partei gerade in dieser

Frage am einigsten ist, überzeugt sich an dem Beispiele des Genossen Trotzki vom Gegenteil und wird in dieser wichtigen Frage allerlei Legenden zugänglich. Darin liegt die allergrößte Bedrohung des Blockes der Arbeiter und Bauern. Unsere Partei hat die Diktatur des Proletariats in einem Bauern-[83]lande durchzusehen. Die Diktatur bei einer derartigen Herabsetzung der Bauernschaft durch den Genossen Trotzki ist unmöglich.

Die Jugend, die früher in dem Genossen Trotzki einen der hervorragendsten Führer der Partei sah, überzeugt sich davon, daß dieser Führer die Jugend zum „Kampf der Generationen“, also auf eine antileninistische Bahn hinüberzuziehen sucht.

Die Rote Armee und Rote Flotte, die in dem Führer der Armee ein Muster von Parteidisziplin und richtigem Verständnis der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft sehen sollen (unsere Armee besteht ihrer Zusammensetzung nach überwiegend aus Bauern), sind jetzt genötigt, in dem Genossen Trotzki das direkte Gegenteil dessen zu sehen. Ein solcher Zustand birgt ungeheure Gefahren für den inneren Zusammenhalt der Armee in sich.

Die gesamte Partei überzeugt sich, daß bei einer solchen Lage der Dinge keine Rede sein kann von der Aufrechterhaltung einer wirklichen festen Geschlossenheit der KPR und kommt zu dem Schlusse, daß unserer Partei ungeheure ideologische und organisatorische Gefahren drohen würden, wenn sie auch weiterhin einen solchen Kampf des Genossen Trotzki gegen die bolschewistische Partei zuließe.

Das Leninsche Aufgebot, das aufrichtig bestrebt ist, den wahren Leninismus in sich aufzunehmen, überzeugt sich, daß Genosse Trotzki bemüht ist, an Stelle des Leninismus den Trotzkiismus durchzusetzen. Es fordert, daß die Partei volle Klarheit der Lage schaffe.

Die gesamte Komintern sieht, wie eines der angesehensten Mitglieder der KPR die Bolschewisierung der Sektionen der Komintern verhindert und den Feinden des Bolschewismus aus dem Lager der Zweiten Internationale faktisch eine ideologisch-politische Unterstützung gewährt.

Bei einer solchen Lage der Dinge sind die vereinigten Plena des Zentralkomitees der KPR und der Zentral-Kontroll-Kommission zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Dinge in ihrer bisherigen Lage, in der die Partei Beschlüsse faßt, während Gen. Trotzki fortfährt, gegen die Partei aufzutreten, zu belassen, die Einleitung der Entbolschewisierung der Partei und ihres direkten Zerfalles bedeuten würde. In Verbindung mit der Zurückweisung des Trotzkiismus entscheidet sich auch die Frage, was denn die KPR im Jahre 1925 eigentlich darstellt: eine bolschewistische Partei, die aus einem Stück gegossen ist und auf dem unerschütterlichen Fundament des Leninismus ruht, oder aber eine Partei, in der auch halb bolschewistische Anschauungen eine „gesetzmäßige Tendenz“ werden dürfen.

Nach Einsichtnahme in die Erklärung des Genossen Trotzki an die Zentrale am 15.1.25 nimmt die gemeinsame Vollsitzung des ZK der KPR und der ZKK die Bereitwilligkeit des Gen. Trotzki, unter der Kontrolle der Partei jene Arbeit zu verrichten, die ihm übertragen werden wird, zur Kenntnis und stellt fest, daß Genosse Trotzki in dieser Erklärung mit keiner Silbe seine Fehler eingesteht und in Wirklichkeit, sich auf eine lediglich formale Loyalität beschränkend, bemüht ist, auf einer anti-bolschewistischen Plattform zu verharren.

Ausgehend von dem oben Dargelegten, insbesondere jedoch von der Tatsache, daß Genosse Trotzki, trotz der bekannten Beschlüsse des 13. Parteitages, erneut die Frage einer grundlegenden Veränderung der Führung der Partei aufgeworfen hat und Anschauungen propagiert, die von diesem Parteitag auf das Entschiedenste verworfen worden sind:

beschließt die Vollsitzung des ZK der KPR und der ZKK

1. Dem Genossen Trotzki die allerkategorischste Verwarnung zu erteilen dahingehend, daß die Zugehörigkeit zur bolschewistischen Partei eine wirkliche, und nicht eine auf bloße Worte gegründete Unterordnung unter die Parteidisziplin und die volle, vorbehaltlose Aufgabe jedes irgendwie gearteten Kampfes gegen die Ideen des Leninismus erfordert. [84]

2. Angesichts dessen, daß die Leitung der Armee undenkbar ist ohne volle Unterstützung dieser Leitung durch die Autorität der gesamten Partei, daß ohne eine solche Unterstützung der Armee die Untergrabung ihrer eisernen Disziplin droht, daß die Konferenz der politischen Funktionäre einerseits und die Fraktion des Revolutionären Kriegsrats der Union der SSR andererseits sich bereits für die Enthebung des Genossen Trotzki von seiner militärischen Funktion ausgesprochen haben, daß endlich Genosse Trotzki selbst in seiner Erklärung an die Zentrale vom 15.1.1925 zugegeben hat, daß „im Interesse der Sache die rascheste Befreiung des Genossen Trotzki von den Obliegenheiten eines Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates geboten erscheint“, die Weiterarbeit des Genossen Trotzki im Revolutionären Kriegsrat der Union der SSR für unmöglich zu erklären.
3. Die Frage der weiteren Verwendung des Genossen Trotzki im ZK bis zum nächsten Parteitag zu verschieben, unter gleichzeitiger Verwarnung, daß im Falle eines neuen Versuches des Genossen Trotzki, die Parteibeschlüsse zu verletzen oder nicht zu befolgen, das ZK gezwungen sein wird, ohne den Parteitag abzuwarten, das weitere Verbleiben des Genossen Trotzki im Polit-Büro für unmöglich zu erklären und die Frage seiner Entfernung aus der Zentrale in einer gemeinsamen Sitzung des ZK der KPR und der ZKK aufzuwerfen.
4. Die Diskussion als abgeschlossen zu betrachten.
5. Die auf die Aufklärung über den antibolschewistischen Charakter des Trotzkiismus von 1903 bis zu den „Lehren des Oktober“ gerichtete Tätigkeit der Partei, von unten bis zu den Spitzen hinauf fortzusetzen und zu erweitern und das Polit-Büro zu beauftragen, allen Propaganda-Organen (Parteischulen usw.) entsprechende Erläuterungen zur Pflicht zu machen, in das politische Unterrichtsprogramm eine Erläuterung des kleinbürgerlichen Charakters des Trotzkiismus aufzunehmen und ähnliches mehr.
6. Neben einer aufklärenden Propaganda innerhalb der Partei, im Jugendverband usw. bedürfen auch die parteilosen Massen der Arbeiter und Bauern einer umfassenden populären Aufklärung über die Tendenzen des Trotzkiismus und dessen Irrwege, die eine Sprengung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft herbeiführen müßten.

*

Gegen die Anerkennung der Diktatur in Worten.
(Entwurf einer Erwiderung an die deutschen Unabhängigen.)

Von Lenin.

Vorbemerkung von Sinowjew: „Soweit ich mich erinnere, ist das vorliegende Schriftstück vor dem 2. Kongreß der Komintern verfaßt worden. Man beabsichtigte, es im Namen des Zentralkomitees der russischen Partei zu veröffentlichen. Anscheinend hat man später beschlossen, dies nicht zu tun. Mir scheint, daß der Brief nicht abgesandt worden ist. Der Inhalt dieses Briefes kam hinein in die wichtigsten Resolutionen des 2. Kongresses, darunter auch in die berühmten 21 Bedingungen.“ 30.11.1924.

Nachdem wir endlich den offiziellen Vorschlag seitens der deutschen Unabhängigen über Eintritt in Verhandlungen erhalten haben, müssen wir jetzt als Partei ihnen ganz offen antworten, ohne jene „Diplomatie“, die für die Komintern sonst bis zu einem gewissen Grade obligatorisch ist.

Und wir müssen so antworten, daß wir den Arbeitermassen, die instinktmäßig für die Diktatur des Proletariats und für das Sowjetsystem sind, ganz klar machen, worum es sich handelt; jenen Arbeitern, die man nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in England und in einer Reihe von anderen Ländern betrogen (bewußt oder unbewußt, im letzten Falle infolge eines Selbstbetrugs). Diesen Betrug be- [85] gehen die Führer, die (nur) formell diese in den Arbeitermassen populären Losungen unterschrieben haben (die Losungen von der Diktatur des Proletariats und von der Sowjetmacht), die in der Tat aber ihre Arbeit, Propaganda, Agitation usw. nach den alten Regeln führen, nicht im Geiste dieser Losungen, sondern in einem Geiste, der diesen Losungen direkt entgegengesetzt ist.

Beiliegend folgt die erste Skizze der Thesen für eine derartige Antwort von der russischen Kommunistischen Partei an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands):

(Die Reihenfolge der Punkte muß auch noch verändert werden.)

1. Die Diktatur des Proletariats bedeutet das Bewußtsein, die Bereitschaft, die Entschlossenheit, die gesamte Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf die eigene Seite (an die Seite der revolutionären Avantgarde des Proletariats) mit Hilfe revolutionärer Maßnahmen auf Kosten der Expropriation der Expropriateure herüberzuziehen.

Dies fehlt in der täglichen Agitation der deutschen Unabhängigen. (Z. B. in der „Freiheit“.) Dies fehlt auch bei den Longuetisten.

2. Insbesondere ist die so geartete Agitation vor allem unentbehrlich unter dem Dorfproletariat und unter den Halbproletariern, und nicht minder unter den Kleinbauern (d. h. Bauern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, auch nicht zur Zeit der dringendsten Erntearbeiten usw., Bauern, die wenig oder überhaupt ein Brot verkaufen).

Diesen Bevölkerungsschichten muß man tagein, tagaus ureinfach, ganz populär in der konkretesten Art erläutern, daß das Proletariat bei der Machtergreifung ihnen auf Kosten der expropriierten Grundbesitzer sofort eine Besserung ihrer Lage verschaffen wird. Daß es ihnen die Befreiung von dem Joche der Großgrundbesitzer geben wird, daß es ihnen allen insgesamt die großen Besitzungen, die Befreiung von Schulden usw. und ähnliches mehr geben wird. Dasselbe muß man auch der städtischen, nicht proletarischen oder nicht ganz proletarischen werktätigen Masse erläutern.

Eine derartige Agitation führen die deutschen Unabhängigen (und genau so die Longuetisten) nicht.

3. Das Sowjetsystem bedeutet die Zerstörung jener bürgerlichen Lüge, durch die als „Freiheit der Presse“ die Freiheit der Bestechung der Presse bezeichnet wird – die Freiheit des Aufkaufs der Zeitungen durch die Reichen, durch die Kapitalisten, die Freiheit für die Kapitalisten, Hunderte Zeitungen aufzukaufen und auf diese Weise die sogenannte „öffentliche Meinung“ zu fabrizieren.

Dieser Wahrheit sind sich die deutschen Unabhängigen (und wenn wir von ihnen sprechen, so werden wir darunter immer zugleich auch die Longuetisten und die englischen Unabhängigen usw. und ähnliche Parteien verstehen) nicht bewußt, sie propagieren sie nicht, sie agitieren nicht tagein tagaus auf revolutionärem Wege für die Vernichtung dieser Versklavung der Presse durch das Kapital, die die (lügnerische, d. h.)^{*)} bürgerliche Demokratie lügnerisch die Freiheit der Presse benennt.

Indem die Unabhängigen diese Agitation nicht führen, legen sie nur ein Lippenbekenntnis für die Sowjetmacht ab, in Wirklichkeit bleiben sie jedoch völlig im Banne der Vorurteile der bürgerlichen Demokratie.

Die Expropriation der Buchdruckereien und Magazine, Papierlager, diese Hauptsache verstehen sie nicht zu erläutern, weil sie sie selber nicht begreifen.

4. Dasselbe bezieht sich auf die Freiheit der Versammlungen (sie ist eine Lüge, so lange die Reichen über die besten Gebäude verfügen oder die öffentlichen Anstalten ankaufen), auf die „Volksbewaffnung“, auf die Ge-[86]wissensfreiheit (d. h. die Freiheit des Kapitals, ganze Kirchenorganisationen aufzukaufen und zu bestechen, um die Massen mit dem Religionsopium zu betäuben). Und dasselbe bezieht sich auf alle übrigen bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

5. Die Diktatur des Proletariats bedeutet den Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, durch das Proletariat, und dabei namentlich durch seine revolutionäre Avantgarde. Zu verlangen, daß vorher diese Avantgarde für sich die Mehrheit des Volkes gewinnt auf dem Wege der Abstimmung bei den bürgerlichen Parlaments- und sonstigen Wahlen, d. h. auf dem Wege der Abstimmung beim Vorhandensein der Lohnsklaverei, der Herrschaft der Ausbeuter, unter ihrem Joch, bei Vorhandensein des Privateigentums an den Produktionsmitteln, dies zu verlangen oder voraussetzen – dies bedeutet in der Tat die völlige Preisgabe des Standpunktes der proletarischen Diktatur und bedeutet den tatsächlichen Uebergang auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie.

^{*)} Die in Klammer gesetzten Worte sind im Manuskript durchstrichen.

Und gerade so handeln die deutschen Unabhängigen und die französischen Longuetisten. Indem diese Parteien die Phrasen der kleinbürgerlichen Demokraten von der Mehrheit des „Volkes“ (des von der Bourgeoisie betrogenen und vom Kapital niedergehaltenen Volkes) wiederholen, stehen sie objektiv auf der Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

6. Die Diktatur des Proletariats setzt voraus und bedeutet das klare Bewußtsein von der Wahrheit, daß das Proletariat kraft seiner objektiven ökonomischen in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der gesamten Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten, aller Halbproletarier (d. h. jener, die teilweise vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben), aller Kleinbauern usw. richtig zum Ausdruck bringt.

Diese Volksschichten folgen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (darunter auch den „sozialistischen“ Parteien der 2. Internationale) nicht dank ihrer freien Willensäußerung (wie es die kleinbürgerliche Demokratie meint), sondern infolge des direkten Betruges durch die Bourgeoisie, infolge des direkten Drucks des Kapitals, infolge des Selbstbetrugs der kleinbürgerlichen Führer.

Diese Volksschichten (Halbproletarier und Kleinbauern) wird das Proletariat für sich gewinnen, auf seine Seite ziehen erst nach seinem Siege erst nach der Eroberung der Staatsmacht, d. h. erst nachdem es die Bourgeoisie gestürzt und damit alle Werktätigen vom Joche des Kapitals befreit und ihnen in der Praxis gezeigt haben wird, welches Wohl (das Wohl der Freiheit von den Ausbeutern) die proletarische Staatsmacht zu geben vermag.

Diesen Gedanken, der die Grundlage und den Kern der Idee der proletarischen Diktatur bildet, begreifen die deutschen Unabhängigen und die französischen Longuetisten nicht, mit diesem Gedanken durchtränken sie die Massen nicht, propagieren ihn nicht von Tag zu Tag.

7. Die proletarische Diktatur bedeutet das Bewußtsein der Unumgänglichkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen, bedeutet die Bereitschaft, die Fähigkeit, die Entschlossenheit, dies zu tun. Und da die Bourgeoisie, auch die fortschrittlichste republikanische und demokratische Bourgeoisie (z. B. in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika), systematisch Zuflucht nimmt zu Pogroms, zur Lynchjustiz, zu Mordakten, zur militärischen Gewalt, zum Terror gegen die Kommunisten und in Wirklichkeit gegen jeden revolutionären Schritt des Proletariats, so bedeutet unter diesen Umständen der Verzicht auf Gewalt, auf Terror – soviel als sich in einen weinerlichen Kleinbürger zu verwandeln; es bedeutet die Verbreitung reaktionärer philisterhafter Illusionen vom sozialen Frieden, bedeutet – konkret gesagt – die Feigheit vor dem schneidigen Offizier.

Denn der verbrecherischste und reaktionärste imperialistische Krieg 1914 bis 1918 hat in allen Ländern erzogen und in den Vordergrund der Politik auch in den „ganz“ demokratischen Republiken tausende und zehntausende reaktionärer Offiziere geschoben, die den Terror vorbereiteten und den [87] Terror verwirklichen zugunsten der Bourgeoisie zugunsten des Kapitals gegen das Proletariat.

Aus all diesen Gründen bedeutet jenes Verhalten, das in ihren parlamentarischen Reden, in Zeitungsartikeln, in ihrer ganzen Agitation und Propaganda die deutschen Unabhängigen und die französischen Longuetisten dem Terror gegenüber tatsächlich dokumentieren, – dieses Verhalten bedeutet den vollen Verzicht auf das Wesen der proletarischen Diktatur, den wirklichen Uebergang ins Lager der kleinbürgerlichen Demokratie, bedeutet die Verderbnis (die Korrumpierung) des revolutionären Bewußtseins der Arbeitermassen.

8. Dasselbe betrifft: den Bürgerkrieg. Nach dem imperialistischen Kriege, angesichts der reaktionären Generale und Offiziere, die den Terror gegen das Proletariat anwenden angesichts dessen, daß neue imperialistische Kriege bereits von der gegenwärtigen Politik aller bürgerlichen Staaten vorbereitet werden – und nicht nur bewußt vorbereitet werden, sondern auch mit objektiver Unvermeidlichkeit aus ihrer ganzen Politik entsproßen, – unter solchen Umständen, in einer derartigen Lage den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter zu beweinen, ihn zu verurteilen, ihn zu fürchten – das bedeutet, daß man in Wirklichkeit ein Reaktionär wird.

Das bedeutet den Sieg der Arbeitermassen zu fürchten, weil er einige tausend Opfer kosten kann, dafür aber ganz sicher neue imperialistische Abschlachtungen zuzulassen, die Millionen Opfer gestern gekostet haben und morgen kosten werden.

Das bedeutet die tatsächliche Förderung der reaktionären und gewalthaberischen Gesten, Absichten und Vorbereitungen der bürgerlichen Generale und der bürgerlichen Offiziere.

Gerade dieses ist aber die in Wirklichkeit reaktionäre, scheinbar aber süßlich kleinbürgerliche, sentimentale Position der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten in der Frage des Bürgerkrieges. Sie verschließen die Augen vor den Ränken der weißen Garde, der Vorbereitung und der Errichtung dieser weißen Garde durch die Bourgeoise, und drücken sich scheinheilig, pharisäisch (oder feig) vor der Arbeit der Schaffung der roten Garde, der roten Armee der Proletarier, die imstande wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu zermalmern.

9. Die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht bedeuten das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit, den bürgerlichen (und mag er auch republikanisch-demokratisch sein) Staatsapparat, die Gerichte, die zivile und militärische Bürokratie in tausend Stücke zu zerschlagen.

Die deutschen Unabhängigen und die französischen Longuetisten zeigen nirgends weder das Bewußtsein von dieser Notwendigkeit noch die tägliche Agitation zu ihren Gunsten. Schlimmer als dies: sie führen ihre gesamte Agitation im entgegengesetzten Geist.

10. Jede Revolution (zum Unterschied von der Reform) bedeutet selbst eine Krise, eine sehr tiefe Krise, sowohl politischer als auch ökonomischer Natur. Dies – unabhängig von der Krise, die als eine Folge des Krieges entstanden ist.

Die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats besteht darin, die Arbeiter und Bauern aufzuklären, daß man den Mut haben muß, tapfer dieser Krise zu begegnen und in den revolutionären Maßnahmen die Quelle der Kraft zur Ueberwindung dieser Krise zu finden. Nur indem das Proletariat die ungeheuersten Krisen mit revolutionärem Enthusiasmus, mit revolutionärer Energie, mit revolutionärer Bereitschaft zu den schwersten Opfern überwinden wird, wird es imstande sein, die Ausbeuter zu besiegen und endgültig die Menschheit von den Kriegen, von dem Joche des Kapitals, von der Lohnsklaverei zu befreien.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht, weil das reformistische Verhalten dem Kapitalismus gegenüber gestern gezeugt hat (und unumgänglich morgen wieder zeugen wird) den imperialistischen Mord von Millionen Menschen und eine Krisenreihe ohne Ende.

[88] Diesen Grundgedanken, ohne den die Diktatur des Proletariats eine leere Phrase bleibt, begreifen die Unabhängigen und die Longuetisten nicht, zeigen ihn in ihrer Propaganda und Agitation nicht, erläutern ihn den Massen nicht.

11. Die Unabhängigen und die Longuetisten vertiefen nicht und entwickeln nicht in den Massen die Erkenntnis von der Faulheit und Verderbtheit dieses Reformismus, der faktisch in der Zweiten Internationale (1869–1914) geherrscht hat und diese Internationale, zur Verderbnis brachte; im Gegenteil, sie verdunkeln diese Erkenntnis, sie vertuschen seine Feigheit, statt sie aufzuzeigen, statt sie zu enthüllen.

12. Nachdem die Unabhängigen die Zweite Internationale verlassen haben und in Lippenbekenntnissen sie verurteilt haben (z. B. in der Broschüre von Crispin), reichen sie die Hand dem Friedrich Adler, einem Mitglied der österreichischen Noske- und Scheidemann-Partei.

Die Unabhängigen dulden in ihrer Mitte Schriftsteller, die in Bausch und Bogen alle Grundbegriffe der proletarischen Diktatur leugnen.

Dieses Auseinandergehen der Worte und der Taten charakterisiert die gesamte Politik der Führer der USP in Deutschland, der Longuetisten in Frankreich. Gerade die Führer teilen die Vorurteile der kleinbürgerlichen Demokratie und der reformistisch verseuchten Spitzen des Proletariats im Gegensatz zu den revolutionären Sympathien der Arbeitermassen, die sich zum Sowjetsystem hingezogen fühlen.

13. Die Unabhängigen und die Longuetisten begreifen nicht und erläutern den Massen nicht, daß die imperialistischen Extraprofite der imperialistischen Länder diesen ermöglicht haben (und noch jetzt ermöglichen) die Bestechung der oberen Schicht des Proletariats, ihnen ermöglichen, dem Proletariat Brocken von diesem Extraprofit (den sie aus den Kolonien und aus der Ausbeutung der finanziell schwachen Länder ziehen) zuzuwerfen, eine privilegierte Schicht der qualifizierten Arbeiter zu schaffen usw.

Ohne die Enthüllung dieses Uebels, ohne den Kampf nicht nur gegen die Gewerkschaftsbürokratie, sondern auch gegen alle Erscheinungsformen des zünftlerischen Kleinbürgertums, der Arbeiteraristokratie, der Privilegierung der oberen Schicht der Arbeiterklasse, ohne unbarmherzige Vertreibung der Vertreter dieses Geistes aus der revolutionären Partei, ohne den Appell an die unteren Schichten, an die breiten Massen, an die wirkliche Mehrheit der Ausgebeuteten – kann von der Diktatur des Proletariats nicht einmal die Rede sein.

14. Die Abneigung oder auch die Unfähigkeit, mit den oberen Schichten der Arbeiterklasse, die vom Imperialismus verseucht sind, zu brechen, zeigt sich bei den Unabhängigen und Longuetisten auch darin, daß sie keine Agitation führen für die direkte und unbedingte Unterstützung aller Aufstände und revolutionären Bewegungen der kolonialen Völker.

Unter diesen Umständen bedeutet die Verurteilung der kolonialen Politik und des Imperialismus nur eine scheinheilige Geste oder einen leeren Seufzer eines trotteltaftigen Kleinbürgers.

15. Die Unabhängigen und Longuetisten agitieren nicht im Heere (für den Eintritt ins Heer zwecks Vorbereitung seines Ueberganges auf die Seite der Arbeiter gegen die Bourgeoisie). Sie schaffen keine Organisation zu diesem Zwecke.

Sie reagieren nicht auf die Uebergriffe der Bourgeoisie, auf die endlosen Vergewaltigungen der „Gesetzlichkeit“ ihrerseits (wie es während des imperialistischen Krieges und nach seinem Ausgang der Fall war), sie reagieren darauf nicht mit der systematischen Propaganda und mit der Schaffung illegaler Organisationen.

Ohne die Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen, der legalen Organisationen mit den illegalen kann es keine Rede geben von einer wirklichen revolutionären Partei des Proletariats weder in Deutschland noch in der Schweiz, noch in England, noch in Frankreich, noch in Amerika.

16. Im großen Ganzen ist die Propaganda, die ganze Agitation die ganze Organisation der Unabhängigen und Longuetisten viel mehr klein-[89]bürgerlich-demokratisch als revolutionär-proletarisch; sie ist pazifistisch und nicht sozial-revolutionär.

Infolgedessen bleibt die „Anerkennung“ der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht bloß ein Lippenbekenntnis.

Schlußfolgerungen: Bei einer derartigen Lage der Dinge hält die Kommunistische Partei Rußlands für das einzig Richtige die Nichtvereinigung mit den Unabhängigen und den Longuetisten in einer Internationale, sondern beschließt abzuwarten, bis die revolutionären Massen der französischen und deutschen Arbeiter die Schwäche, die Fehler, die Vorurteile, die Inkonsequenz derartiger Parteien, wie die der Unabhängigen und Longuetisten, gut machen.

Nach Meinung der Kommunistischen Partei Rußlands gibt es für derartige Parteien in der Kommunistischen Internationale keinen Platz.

Trotzdem lehnt die Kommunistische Partei Rußlands es nicht ab, Beratungen mit allen Parteien zu pflegen, die den Wunsch haben, sich mit ihr zu beraten, ihre Meinung zu kennen. N. Lenin.

Erschienen in der „Kommunistischen Internationale“ Nr. 37, russische Ausgabe.

*

Vom Parteitag der KPF.

Für eine neue Aera der Konsolidierung der Partei und für die Steigerung ihrer Aktivität.
(Resolution, einstimmig angenommen vom Parteitag der KPF.)

1. Die Reorganisierung der Kommunistischen Partei Frankreichs auf Grundlage der Betriebszellen, die in der Pariser Region vor mehr als einem Jahre begonnen wurde und seit dem 5. Weltkongreß in der ganzen Partei energisch durchgeführt wird, führt zum Resultat, daß die Verbindung der Partei mit den breiten Massen beginnt enger zu werden. Sie hat die Bedeutung und den Einfluß der Kommunistischen Partei erhöht.

Diese Reorganisierung, die in der Pariser Region vollständig und in dem Norden beinahe beendet ist, soll die Tätigkeit der Partei nicht mehr lange absorbieren. Der Kongreß beschließt, daß die gesamte Reorganisation am 1. April 1926 beendet werden muß.

2. Es ist eine unmittelbare Notwendigkeit, das ideologische Niveau der Partei zu heben, eine systematische Aktivität zu entwickeln. Aus diesem Grunde müssen alle politischen internationalen und nationalen Probleme, vor die die Partei gestellt wird, auf die Tagesordnung der Zellen- und Gruppenversammlungen gesetzt und mit den unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse sowie mit dem Leben in den Betrieben verbunden werden.

Die Sekretäre der Zellen und Gruppen der Bezirke müssen für eine vernünftige Verteilung der Arbeit unter allen Mitgliedern der Partei sorgen. Sie müssen auch dafür sorgen, daß jedem Mitglied die größte Freiheit der Diskussion und die breiteste Initiative in der Verwirklichung der durch die Partei bestimmten Politik gesichert werden.

3. Die Krise der französischen Partei, die durch den Kampf um grundlegende und ideologische Fragen hervorgerufen wurde, ist im gegenwärtigen Moment beendet.

Der Ausschluß von Monatte, Rosmer und Dellagarde, die einen groben Disziplinbruch begangen und die Kampagne und die Offensive der Bourgeoisie gegen die Partei dadurch gestärkt haben, schließt die Periode der Ausschlüsse ab.

Eine eiserne Disziplin und eine vollständige Einheit im Innern der Partei sind die grundlegenden Prinzipien einer bolschewistischen Partei. Der Kongreß appelliert in diesem Sinne an die Partei für eine neue Aera der Ruhe, der Läuterung und der normalen Entwicklung.

[90] Alle Kräfte der Partei müssen in vernünftiger Weise herangezogen werden. Alle schwankenden Elemente müssen durch einen ideologischen Kampf überzeugt werden.

4. Die Partei muß der irreführenden Demagogie und den Verleumdungen der Bourgeoisie sowie aller Diener der Bourgeoisie, die sie als eine der Kasernendisziplin unterworfenen Sekte darstellen, eine vertiefte ideologische Arbeit, eine intensive politische Tätigkeit aller ihrer Mitglieder gegenüberstellen.

5. Der Kongreß appelliert an die Mitarbeit aller Parteimitglieder, die noch nicht vollständig, mit der Partei einverstanden sind. Der Kongreß verlangt von ihnen, daß sie eine energische Aktion gegen die Versuche der Desorientierung der Partei unternehmen, die von der Gruppe Rosmer-Monatte ausgehen, die durch diese unheilvolle Arbeit den Kampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat unseres Landes unterstützen.

*

Aus den Thesen der französischen Rechten über die internationale Situation.

(Unter dem Titel „Entwurf einer Resolution über die internationale Lage“ bringen die „Cahiers du Bolchewisme, 9. Januar 1925, die Thesen von Berthelin und Lorient mit der redaktionellen Bemerkung, daß diese Thesen sich in ausgesprochenem Widerspruch zu den Beschlüssen des 5. Weltkongresses befinden.)

Der Entwurf Treints behauptet auf Grund von oberflächlichen Betrachtungen, daß „die demokratisch-pazifistische Periode“ heute beendet ist und will die Idee der unmittelbaren Nähe der Weltrevolution und der Machtergreifung durch die Kommunistische Partei dekretieren.

Eine solche Auffassung auf einer so gebrechlichen Grundlage, wie sie die vorgelegten Thesen bieten, würde die französische Partei, wenn sie sich diese Auffassung zu eigen machte, der größten Gefahr aussetzen.

Die Partei würde, organisiert und eingestellt für das unmittelbare Handeln, in atemloser Spannung und Erwartung der entscheidenden Ereignisse in kurzer Zeit dazu geführt werden, daß sie, um eine Enttäuschung zu vermeiden, die aufgeregten und ungeduldig zum Handeln drängenden Energien vorzeitig zur Anwendung bringen müßte.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat ein viel zu klares Bewußtsein ihrer Rolle, als daß sie sich zu Abenteuern verführen ließe. Ist sie entschlossen, die Lehren der Erfahrung zu benützen, um die Stunde des Handelns nicht zu verpassen, so ist sie nicht weniger entschlossen, jenen inneren oder äußeren Kräften Widerstand zu leisten, die ihr die Herrschaft über sich selbst nehmen und sie zum Spielball der Ereignisse machen würden.

Der Weltkapitalismus konnte keines der großen Probleme des Krieges und des kapitalistischen Systems lösen. Er zeigt sich immer mehr unfähig, eine Friedensformel zu finden, die für eine lange Periode die Stabilität des Systems sichern würde.

Indessen bedeutet die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, das zerfallende Gebäude des Kapitalismus zu stützen, nicht das unmittelbare Verschwinden jener materiellen Mittel, über die diese Klassen gegenüber den Kräften des Proletariats verfügen, des Proletariats, das erst jetzt in die Geschichte eintritt und von dem vollen Bewußtsein seiner historischen Aufgabe noch sehr weit entfernt ist.

Die gegenwärtigen Ereignisse zeigen klar die Lage der rivalisierenden imperialistischen Gruppen und die Folgen des Weltkrieges für jede dieser Gruppen.

Die Achse des Konflikts hat sich verlegt und befindet sich jetzt zwischen der alten und der neuen Welt. Der wirtschaftliche Krieg folgte auf den bewaffneten Krieg, hat aber denselben Zweck, denselben unerbittlichen Charakter. Der englische Imperialismus, der durch den Krieg sich von europäischen Koalitionen losgelöst hat, sieht heute in dem amerikanischen Imperialismus einen neuen und mächtigen Gegner, den wirtlichen Kriegs-[91]gewinnler, dessen sehr klare Absichten durch unvergleichlich starke Mittel unterstützt werden.

Für den internationalen Kommunismus stellt sich das Problem folgendermaßen:

Entweder wird die Geschichte ihren Rhythmus beschleunigen, eine sofortige und unheilbare Niederlage der gegenwärtigen Kapitalismen bringen und in naher Zukunft den Sieg der Revolution herbeiführen;

oder wird die Revolution, um in den Vordergrund zu treten, noch ihre Einfluß- und Aktionssphäre ausbreiten müssen; in diesem Falle werden sich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Hegemonie Amerikas über Europa bilden, deren Zeugen wir jetzt sind und deren konkretester Ausdruck der Dawes-Plan ist.

Ohne die gegenwärtige Macht der Revolution zu unterschätzen, erhofft der internationale Kommunismus doch nichts von Wundern, sondern alles von sich selbst. Er mißt den Weg, der ihn noch von der Macht trennt, mit dem ruhigen, aber unbeugsamen Willen, diesen Weg so rasch und so sicher als möglich zu durchlaufen. **Nach seiner Ansicht berechtigt das gegenwärtige Verhältnis der imperialistischen und revolutionären Kräfte nicht zur Behauptung, daß der amerikanische Imperialismus unfähig wäre, für eine Zeit die Widersprüche des Weltkapitalismus zu beherrschen und den endgültigen Zusammenbruch, der sein eigenes Ende bedeuten wird, zu verhindern. Die Partei ist im Gegenteil der Ansicht, daß der anglo-amerikanische Konflikt bei der allgemeinen Weltlage solchen Entwicklungsbedingungen gegenübersteht, die bis zur amerikanischen Hegemonie führen können.**

Der internationale Kommunismus wird alle Phasen des Kampfes aufmerksam verfolgen und alle Umstände benützen, um die arbeitenden Massen, die der siegreiche Imperialismus zu schwerster Sklavenarbeit zwingen würde, zur Revolution zu bewegen.

Aus den Thesen der französischen Rechten über Bolschewisierung der Partei und über den Faschismus.

Die Partei, in der man blinden Gehorsam verlangt, ist eine Diktatur, aber ausschließlich die Diktatur als Zweck und als Mittel der Diktatur, die sich fürchtet, die Gedanken selbst ihrer eigenen Anhänger zu sehen. Ein solches Instrument kann unter vorübergehenden Ausnahmeumständen einem Bedürfnis entsprechen, aber es kann nicht das unwandelbare Muster der Verfassung der kommunistischen Parteien bilden. Die gegenwärtige französische Partei ist nicht aus der politischen und ökonomischen Lage unserer Epoche, sondern aus einem spezifisch russischen Konflikt hervorgegangen. Die intelligenten Arbeiter, die zu uns kommen, werden rasch bemerken, daß der Parteiapparat ihre aktive Mitarbeit paralyisiert und sie zu einer blinden Sklaverei zwingt. Sie werden der Sache müde werden und aus der Partei flüchten. Es soll nicht sein, daß zwischen kommunistischen Funktionären sich eine Solidarität bildet, die auf egoistischen, materiellen Interessen beruht, und deshalb müssen sie durch die Masse gewählt werden und nicht durch die Zentrale ernannt werden. Disziplin, jedoch gewollte und nicht erzwungene Disziplin!

Die Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Einschätzung und der Taktik sind natürlich unvermeidlich und notwendig. Wohlverstanden, unsere Presse soll nicht die inneren Meinungsverschiedenheiten widerspiegeln, man kann diese jedoch nur in einer Periode des Aufstandes unterdrücken. Hieraus ein Verbrechen zu jeder Zeit zu machen, heißt die Partei ideologisch verstümmeln.

Faschismus und Demokratie.

Die Partei weist die simplistische Auffassung zurück, die die Bourgeoisie als einen homogenen Block darstellt, als ob außerhalb des Kommunismus nur Faschisten da wären. Die Widersprüche und die Unbeständigkeit des Kapitalismus sind gerade die Folge davon, wenigstens in sehr bedeutendem Maße, daß es verschiedene soziale Schichten gibt, die entgegengesetzte Interessen haben. Es ist evident, daß alle Parteien außerhalb der unseren Feinde [92] des Kommunismus sind. Wir hegen gar keine Illusion darüber, wie die Bourgeoisie, welche Schichten auch immer es seien, die Revolution aufnehmen wird. Aber es ist nicht weniger evident, daß die Mehrheit der Arbeiter sich noch unter dem Einfluß demokratischer Vorurteile befindet. (Der Faschismus wird als illegale Kampforganisation der „großen Geldmächte“ definiert und dann fortgesetzt.)

Der Faschismus ist das Instrument der Großbourgeoisie, es ist nicht die demokratisch-anarchistisch-bürgerliche Einheitsfront. **Die Demokratie ist ihrem Wesen nach antifaschistisch, und das gegenwärtige Beispiel Frankreichs zeigt, daß sein Auftreten in der Großbourgeoisie genügend Unruhe hervorrufen kann, um einen faschistischen Vorstoß zu provozieren, was die Anwendung moderner Kampfmethoden gegen die Arbeiter durch diese Demokratie unter dem Mantel der Loyalität nicht ausschließt. Dennoch stehen wir vor der Möglichkeit einer Situation, wo gewisse dem Kommunismus fremde Kräfte zum Kampfe gegen den eigentlichen Faschismus gezwungen sind. Die Kommunistische Partei hat, ohne ihre Propaganda einzuschränken, ohne ihre Unabhängigkeit aufzugeben, ohne ihre Propaganda einzuschränken, ein offenes Interesse daran, die Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus zu suchen.**

*

Diskussion.

Leninismus und Trotzismus.

Am 1. Jahrestage des Todes Lenins, am 21. Januar 1925, wurde durch Beschluß der Zentrale der KPD ein Marxistisch-leninistischer Zirkel gegründet, der die theoretische Arbeit der Partei im Geiste des Gründers der 3. Internationale leiten soll. Auf der ersten Tagung, die am 1. Februar 1925 in Berlin stattfand, wurde ein ausführliches Referat über „Leninismus und Trotzismus“ gehalten; nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, eine gründliche Diskussion erst auf der nächsten Tagung stattfinden zu lassen, nachdem die im Referat behandelten Probleme in den zu gründenden Bezirks-Zirkeln auf Grund des gedruckt vorliegenden Referats durchgesprochen sein werden. Als nächstes Hauptthema für die Arbeit des Zirkels wurde die leninistische Theorie des Imperialismus angesetzt. Wir werden

fortlaufend über die Arbeiten des leninistischen Zirkels berichten. Das Folgende ist ein stark gekürzter Auszug aus dem auf der ersten Tagung gehaltenen Referat.

Parteigenossen! Ueber Leninismus und Trotzismus zu sprechen, heißt, ein unendliches Thema behandeln, denn der Leninismus umfaßt alle theoretischen und praktischen Fragen der proletarischen Revolution, nicht nur der proletarischen Revolution in Rußland, sondern der internationalen proletarischen Revolution. In jedem einzelnen entscheidenden Punkte sieht der Trotzismus als eine nichtbolschewistische Auffassung dem Leninismus entgegen. Wenn wir also das ganze Gebiet dieses Fragenkomplexes systematisch durchgehen wollten, würden wir heute zu keinem Ende kommen. Es ist deshalb notwendig, den Stoff auszuwählen, uns auf die Fragen zu konzentrieren, die für uns als deutsche Partei und in der gegenwärtigen Periode die wesentlichsten, für uns jetzt die bedeutsamsten sind.

Ich sehe als die drei Hauptfragen an:

1. die Theorie des Imperialismus;
2. die Theorie und Strategie der Revolution;
3. die Rolle der Partei;

drei Fragen, die untrennbar zusammengehören.

[93] Bevor wir dazu übergehen, will ich über die Methode des Leninismus im Gegensatz zum Trotzismus einiges vorausschicken. Das ist notwendig, weil die Methode das Wichtigste für das Verständnis des Leninismus ist, wenn wir auch keineswegs wie der Genosse Lukács der Meinung sind, daß die Methode allein das ausmacht, wodurch sich der orthodoxe Marxismus von anderen Anschauungen unterscheidet. Es ist im Gegenteil ein Widerspruch zum dialektischen Materialismus, wenn man die Methode von den Voraussetzungen und Ergebnissen abtrennt und den orthodoxen Marxismus allein einschränkt auf die dialektische Methode. Richtig ist, daß man ohne Verständnis für die Methode auch den Weg zu den Ergebnissen nicht finden wird. Der Marxismus und Leninismus ist natürlich mehr als eine bloße Methode, er ist eine bestimmte Grundauffassung von der Gesellschaft und ihren Entwicklungstendenzen und zugleich die Dialektik, die aus einer historischen, toten Wissenschaft ein Werkzeug der Praxis schafft, die die revolutionäre Tat bedeutet.

Ich will hier nicht untersuchen, was materialistische Dialektik ist, sondern die Hauptmerkmale herausgreifen. Es gibt einen Satz von Hegel, daß die Wahrheit nicht abstrakt, sondern konkret ist. Das gilt im höchsten Maß von der materialistischen Dialektik. In den Schriften Lenins ist das Wesentliche, daß er in jedem Fall realistisch, nüchtern von den Tatsachen ausgeht und daraus die entsprechenden Folgerungen zieht und nicht umgekehrt, von abstrakten Grundsätzen ausgehend, die Tatsachen vergewaltigt oder ignoriert. Der Marxismus-Leninismus ist nichts anderes, als der höchste Ausdruck des Klassenbewußtseins des Proletariats, das sich ergibt aus seiner Lage und die Aufgaben stellt, die aus dieser Lage erwachsen. Daher gibt es im Leninismus kein Dogma für alle Zeiten, sondern das Wesentliche ist, daß er für jede konkrete Situation die Taktik angibt, die das Proletariat zum Siege führt. In seiner Schrift „Die Agrarpolitik der Bolschewiki“ schreibt Lenin:

„Der Uebergang der politischen Macht an das Proletariat – das ist der Kern der Sache. Und dann wird alles Wesentliche, Grundlegende, Wichtigste im Programm der 242 Berichte (es ist von Berichten der Bauernkomitees die Rede) erfüllbar. Das Leven wird schon nachher zeigen, welche Abweichungen notwendig werden. Das ist eine Nebensache. Wir sind keine Doktrinäre. Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zur Tat.

Wir nehmen uns nicht heraus zu behaupten, daß Marx oder die Marxisten ganz konkret den Weg zum Sozialismus kennen. Das ist Unsinn. Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte dazu führen, doch ganz konkret, ganz praktisch wird das nur die Erfahrung der Millionen Menschen zeigen, wenn sie an die Arbeit gehen werden.“

Also keine Theorie, die vornherein zeigt, welchen Weg man gehen soll, sondern die einzelnen Wendungen des Weges ergeben sich aus den Erfahrungen der Millionen Menschen, die diesen Weg

gehen müssen. Das Zweite, was diese Methode kennzeichnet, ist die untrennbare Einheit von Theorie und Praxis. Eine Theorie, die losgelöst ist von der Praxis, gibt es innerhalb des Leninismus nicht.

Ein drittes Merkmal der leninistischen Methode, der marxistischen Dialektik ist die Einheit der leninistischen Theorie in allen ihren einzelnen Teilen, also die Kunst, das Einzelne im Zusammenhang mit dem Ganzen zu sehen. Ich will hier als ein Beispiel die Diskussion über die Gewerkschaftsfrage in unserer Partei anführen. In dieser Frage bestanden bei unseren Genossen Unklarheiten, weil sie noch nicht genügend Leninisten waren, um zu verstehen, wie diese Arbeit in den Gewerkschaften ein unzertrennlicher Teil der leninistischen Praxis ist. Diese dialektische Einheit, die nicht die Widersprüche der Wirklichkeit ignoriert, aber versteht, diese Widersprüche aus einem Ganzen zu erklären – das ist auch ein wesentliches Merkmal der marxistischen Dialektik.

[94] Schließlich muß als letztes Merkmal des Leninismus die Unversöhnlichkeit im Denken bezeichnet werden. Wir sprechen nicht von der organisatorischen Unversöhnlichkeit, von der Ueberzeugung, daß die Grundvoraussetzung für die proletarische Partei sein muß, daß sie sich trennt von allen opportunistischen Elementen, sondern davon, daß man keine Verwischung der theoretischen Gegensätze innerhalb der Partei duldet. Das ist ein Merkmal, das unserer Partei bis vor kurzem durchaus noch fehlte. Wir hatten nicht das Bedürfnis, jede Frage bis zur völligen Klarheit durchzudiskutieren, während das Wesen der leninistischen Methode ist, nicht Formulierungen zu suchen, auf die sich verschiedene Richtungen einigen, sondern alle Fragen bis zu der Schärfe zu stellen, wo nur die, die rückhaltlos auf dem Standpunkt des revolutionären Marxismus stehen, mitgehen werden.

Wodurch wir uns weiter von allen Parteien der Zweiten Internationale unterscheiden müssen, ist die Selbstkritik, die systematisch und rücksichtslos geübte Selbstkritik an der eigenen Theorie und Praxis, die Lenin ausgezeichnet hat und die die bolschewistische Partei auszeichnet von allen anderen Parteien.

In der Tat ist das ein Wesensunterschied, der die revolutionäre Klasse und Partei von allen anderen Klassen und Parteien unterscheidet. Denn nur die revolutionäre Partei und Klasse hat nichts zu fürchten von einer restlosen Klarheit über ihre Lage und über ihre eigenen Bestrebungen und Ziele. Wenn eine bürgerliche Partei eine rücksichtslose Selbstkritik üben wollte, so würde sie zu dem Ergebnis kommen, daß sie überhaupt nicht richtig handeln kann, daß es keine Taktik gibt, die ihre Partei zum Siege führt, weil die restlose Klarheit die Notwendigkeit des Sieges der proletarischen Klasse und des Unterganges der anderen Klasse in sich birgt. Nur die wirklich revolutionäre Partei kann und muß es sich erlauben, Selbstkritik ohne Grenzen zu üben. Selbstkritik bis zu dem Grade, wo alles von der Partei abfällt, was sich unterscheidet von den revolutionären Zielen der Partei.

Nun, Genossen, stellen wir diese ganze Methode, die Lenin mit solcher Meisterschaft entwickelt hat, gegenüber der Methode, wie sie von Trotzki geübt wird. Diese Methode ist so grundsätzlich anders, daß man die Frage aufgerollt hat, ob es überhaupt so etwas wie Trotzkiismus gibt. Man meint, es gäbe höchstens Fehler und Abweichungen vom Leninismus. Von Trotzkiismus zu sprechen, sei eine Uebertreibung. Das ist aber unrichtig. Trotzki hat eine gewisse Theorie, aber es fehlt die dialektische Einheit in dieser Theorie. Sie nimmt eine vermittelnde Haltung ein und fällt von einem Extrem in das andere. Béla Kun hat recht, wenn er in seiner Kritik der trotzkiistischen Methode sagt, daß es sich um Eklektizismus, um die Auswahl und das Zusammenleimen verschiedener Elemente handelt, aber nicht um ein einheitliches Ganzes.

Die trotzkiistische Methode ist nicht konkret, sie ist abstrakt. Sie ist nicht die Theorie, die ausgeht von der Wirklichkeit des Lebens und sich anpaßt an die Wirklichkeit des Lebens, sondern Trotzki hat das Schema der permanenten Revolution, er hält es aufrecht, und alle Tatsachen, die das Schema widerlegen, existieren für ihn nicht. Seine Theorie ist nicht unveränderlich, aber unveränderlich ist ein gewisser Kern der Theorie, der sich nicht den Tatsachen anpaßt, und die Aenderungen seiner Theorie stehen ebensowenig in einem notwendigen Zusammenhang mit der Tatsachen-Entwicklung, die wir beobachten. An dieser Abstraktheit können wir auch den klassenmäßigen Charakter des Trotzkiismus am besten bestimmen.

Trotzki ist der Typus des mit der Arbeiterklasse nicht verschmolzenen Intellektuellen. Trotzki ist Individualist. Er entwickelt seine Theorie unabhängig davon, was die proletarische Klasse in ihren Kämpfen lernt. Man darf nicht glauben, daß das im Widerspruch dazu steht, daß Trotzki einer der populärsten Führer der russischen Revolution ist. Bei den breiten Massen des russischen Volkes war er populär. [95] Aber was er nicht hat, das ist die feste Verwurzelung innerhalb seiner eigenen Partei. Ihr wißt ja alle, es gibt solche Genossen, die als Referenten in den öffentlichen Versammlungen sehr beliebt sind, die aber trotzdem nicht diese Verbindung mit ihrer Organisation haben, daß sie das Vertrauen der Genossen in ihren täglichen Arbeiten besitzen. Und das ist das Typische, wodurch sich Trotzki unterscheidet von einem wirklichen, mit dem Proletariat verwachsenen Führer der Arbeiterklasse. Das ist auch der Ausdruck einer gewissen Schicht innerhalb des Proletariats, einer Aristokratie, die sich fühlt als etwas Besseres, als etwas Vorgeschritteneres, das der Arbeiterschaft überlegen ist. Das Verhalten Trotzki zum Bauerntum ist auch typisch dafür.

Etwas Ähnliches kann man auch vom Spartakus-Bund sagen, auch er war im wesentlichen eine Gruppe von Intellektuellen mit unzulänglicher Verbindung mit der Arbeitermasse. Man vergleiche, was Lenin in seiner Kritik der „Junius-Broschüre“ sagt: „Man spürt die Einzelperson, die keine Kameraden in einer illegalen Organisation hat, die gewohnt wäre, die revolutionären Losungen bis zu Ende zu denken und die Massen in ihrem Geiste zu erziehen.“

Weil Trotzki's Theorie abstrakt, wirklichkeitsfremd ist, fehlt bei ihm auch die Einheit von Theorie und Praxis. Mit seiner „radikalen“ Theorie der permanenten Revolution verband er in der Praxis den Block mit den Menschewisten. So sagte Lenin auch während des Krieges, Trotzki sei wie immer „prinzipiell in nichts, praktisch in allem mit den Sozialchauvinisten einig“. („Gegen den Strom,“ Seite 111.)

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dem Trotzkiismus die innere, dialektische Einheit fehlt. Bezeichnend dafür ist Trotzki's Brief an den Gen. Olminski aus dem Jahre 1921 (abgedruckt in der „Inprekorr“ Nr. 52, Seite 1298-1299). Dort erklärt er, er habe die Triebkräfte der russischen Revolution vollkommen richtig eingeschätzt und könnte alles, was er in dieser Frage gegen die Menschewiki und die Bolschewiki schrieb, unverändert abdrucken, hingegen habe er von seinem Standpunkt der permanenten Revolution aus die Rolle der Parteien falsch eingeschätzt, den Menschewiki größere revolutionäre Möglichkeiten eingeräumt und übersehen, daß nur die Bolschewiki infolge ihrer Unversöhnlichkeit für die Führung der Revolution in Betracht kamen. Den Gen. Trotzki scheint es also gar nicht zu verwundern, daß aus seiner „richtigen“ Theorie so falsche Schlußfolgerungen hervorgingen.

Die Unversöhnlichkeit im Denken ist dem Trotzkiismus so wenig eigentümlich, daß man seine Fraktion spöttisch die „unfraktionelle Fraktion“ nannte, und daß sie unter dem Namen „Versöhnler“ in die Geschichte eingegangen ist.

Wenn wir an den für den Gen. Trotzki charakteristischen, völligen Mangel an Selbstkritik erinnern, dann finden wir unsere klassenmäßige Bestimmung der Bedeutung des Trotzkiismus bestätigt. In dem Mangel an Selbstkritik kommt die typische Eitelkeit des Intellektuellen zum Ausbruch, der die Theorie als seinen Privatbesitz ansieht und nicht als das Ergebnis der kollektiven Erfahrung der Partei und der Klasse. Gen. Trotzki hat niemals zugegeben, daß er sich geirrt hat, sondern immer nur erklärt, daß er sich aus Disziplin füge. Man vergleiche auch die von ihm auf dem 13. Parteitag gebrauchte ebenso hohle, als pathetische Phrase: „Die Partei kann nicht irren.“ Das ist das gerade Gegenteil von Leninismus. Nur der Mangel an Selbstkritik erklärt es, daß Gen. Trotzki jahrelang in der hohen Schule des Bolschewismus, im ZK der KPR, sitzen konnte und daß kein wirklicher Bolschewik wurde.

(Es folgt nun eine kurze Darstellung der Leninschen Theorie des Imperialismus und eine Kritik von Äußerungen Trotzki's, die mit dieser Theorie in Widerspruch stehen.)

Nun, Genossen, damit haben wir den Uebergang gefunden zu der Frage, die ich als zweite Hauptfrage der Leninschen Theorie gestellt habe: die Frage der proletarischen Revolution, die das Pro-

letariat un-[96]mittelbar in Angriff zu nehmen hat. Das ist ein Wesensmerkmal. Ihr wißt, daß vor dem Kriege das marxistische Zentrum nicht arm war an revolutionären Losungen, daß z. B. Kautsky geschrieben hat über den Weg zur Macht usw. Aber das, was allen Parteien gefehlt hat, ist, daß sie nicht die Weltrevolution gesehen haben als eine konkrete, praktische internationale Aufgabe, für die man die Richtung, in der das Proletariat zu gehen hat, genau bestimmen muß. Dieser Mangel der Zweiten Internationale war die Hauptursache des schmählichen Zusammenbruches bei Ausbruch des Krieges. Der Opportunismus innerhalb der Zweiten Internationale wurde immer als klein angesehen, als eine Richtung, die angeblich einen Einfluß hatte in der Zweiten Internationale. Bei Ausbruch des Krieges hat sich gezeigt, daß der opportunistische Flügel ohne irgendwelche Anstrengungen siegte. Es hat sich gezeigt, daß das Zentrum in der Praxis vor dem opportunistischen Flügel vollkommen kapitulierte. Woher kommt das? Das kommt daher, daß das marxistische Zentrum trotz aller radikalen Redensarten die Frage der proletarischen Revolution niemals als praktische Aufgabe gestellt hat. Mit dem Ausbruch des Krieges war klar, daß eine proletarische Partei, die sich nicht wirklich das Ziel des Sturzes der bürgerlichen Regierung stellt, keine proletarische Politik, sondern nur bürgerliche Politik machen kann. Es gab nicht mehr die Möglichkeit, Kämpfe für die Tagesinteressen des Proletariats isoliert von dem Kampf um das Endziel zu führen. Vor dem Kriege haben die reformistischen Parteien die Tagesinteressen der Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf vertreten. Sie traten ein für die Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und trieben daneben eine abstrakte Propaganda für das „Endziel“. Aber was nicht verstanden wurde, das ist die lebendige Verbindung zwischen den praktischen Tageskämpfen und dem „Endziel“ herzustellen.

Und als die Frage gestellt war, Unterbrechung des Kampfes gegen die Bourgeoisie oder Sturz der Bourgeoisie, da ist das Zentrum offen übergeschwenkt in das Lager der Bourgeoisie. Darum ist das der erste Punkt, wo die gesamte internationale Arbeiterschaft die Notwendigkeit des restlosen Bruches mit allen Opportunisten eingesehen hat.

Wie war in dieser Zeit die Haltung des Genossen Trotzki? Trotzki ist nicht mit den Sozialpatrioten gegangen. Er hat ein Buch über den Krieg geschrieben, in dem er die Haltung der Sozialpatrioten scharf kritisiert. Aber Lenin und andere haben zu diesem Buch bemerkt, daß es ein Fehler ist, wenn Trotzki als russischer Sozialist die deutschen, belgischen und französischen Sozialisten kritisiert, aber weniger scharf kritisiert, wenn es sich um die russischen Sozialpatrioten handelt, besonders wenn es sich um solche handelt, die versöhnend auftreten gegenüber dem Sozialpatriotismus.

Daß Trotzki die Frage nicht richtig gestellt hat, zeigt am besten der Kampf, den er gegen den Defaitismus geführt hat. Defaitismus nannte man von seiten der Gegner die Losungen der Bolschewiki, die im Kriege die Theorie der Niederlage der eigenen Bourgeoisie propagierten. Lenin hat 1905 gesagt: das Proletariat ist nicht interessiert daran, daß die Bourgeoisie siegt. Es ist interessiert an der Niederlage im eigenen Lande, weil das die günstigsten Aussichten schafft für die proletarische Revolution.

Trotzki erklärte dagegen: Wir können nicht die Niederlage der eigenen Bourgeoisie propagieren, das hieße Stellung nehmen für die Bourgeoisie der anderen Länder. Lenin hat nachgewiesen, daß man bei einer derartigen Auffassung beim Sozialpatriotismus landen muß. („Gegen den Strom“, S. 105.)

Ich gehe auf diese Frage ausführlich ein, weil sie nicht so selbstverständlich ist, sondern auch bei den Parteien der Komintern solche Fehler noch vorgekommen sind. Ich will an den Ruhr-Krieg erinnern. Da haben Radek und Thalheimer genau in der gleichen Weise argumentiert wie Trotzki während des Weltkrieges. Thalheimer sprach von der „ob-[97]jektiv revolutionären Rolle“ der deutschen Bourgeoisie und Radek erklärte auf der Tagung der Erweiterten Exekutive: „Wir bedauern die Niederlage der deutschen Bourgeoisie.“ Und doch war es klar, daß bei einer richtigen revolutionären Politik der KPD die Niederlage der deutschen Bourgeoisie im Ruhr-Krieg die günstigsten Bedingungen für die proletarische Revolution in Deutschland geschaffen hätte, den nächsten Schritt der Weltrevolution, der über Deutschland erfolgen muß, ermöglicht hätte.

(Es folgt die Kritik von Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“, im Zusammenhang damit die Bauern- und die nationale Frage.)

Wir gehen zum nächsten Punkt über, der der entscheidende Punkt ist, in dem besonders klar zutage tritt, daß der Trotzkiismus, wie alle anderen Richtungen des Zentrismus, die Hauptsache nicht versteht: die Frage der Rolle der Partei als Führerin des Proletariats und der gesamten Masse der Ausgebeuteten.

Da möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen das Prinzip der Unversöhnlichkeit, des Bruchs mit allen Richtungen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung stellen. Die Arbeiterbewegung fängt erst in dem Augenblick an, eine wirklich proletarische Bewegung zu werden, wo sie den Bruch mit der liberalen Bourgeoisie durchführt. Marx, Engels und Lassalle haben durch diesen Bruch die deutsche Arbeiterbewegung gegründet. Das ist die Kernfrage. Solange diese Frage nicht gelöst ist, existiert das Proletariat als bewußte Klassenkraft überhaupt nicht. Die Aussonderung der wirklich klaren, klassenbewußten Elemente des Proletariats als Partei – das ist die Voraussetzung, unter der allein das Proletariat seine Aufgabe erfüllen kann; jedes organisatorische und ideologische Kompromiß mit den opportunistischen Elementen bedeutet, daß das Proletariat sich noch nicht als Klasse konstituiert hat und gemeinsame Politik mit der Bourgeoisie treibt.

Der Genosse Lenin sagt in seiner Broschüre über „Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ folgendes:

„Eine der unerläßlichsten Bedingungen für die Vorbereitung des Proletariats zum Siege ist ein langwieriger, beharrlicher, erbarmungsloser Kampf gegen Opportunismus, Reformismus, Sozialchauvinismus und andere derartige bürgerliche Einflüsse und Richtungen, die unausbleiblich sind, insofern das Proletariat in kapitalistischer Umgebung sich befindet. Ohne diesen Kampf, ohne vorherige restlose Besiegung des Opportunismus (sowie des Anarchismus) in der Arbeiterbewegung kann von einer Diktatur des Proletariats nicht die Rede sein. Der Bolschewismus hätte die Bourgeoisie in den Jahren 1917 bis 1919 nicht besiegen können, wenn er vorher, 1903 bis 1917, nicht gelernt hätte, die Menschewiki, d. h. die Opportunisten, Reformisten, Sozialchauvinisten zu besiegen und sie schonungslos aus der Partei der proletarischen Vorhut zu vertreiben.“

Das ist eine Frage, die Trotzki niemals richtig verstanden hat. Er ist immer ein Versöhnler gewesen, hat immer nach Möglichkeiten gesucht, die Gegensätze zu überbrücken und einen Ausgleich zu schaffen. Das ist der entscheidende Fehler. Die Einheit des Proletariats im Klassenkampfe kann nur hergestellt werden durch die Verdrängung des bürgerlichen Einflusses innerhalb des Proletariats. Kurz vor dem Kriege hat Trotzki über die Parteieinheit folgendes von sich gegeben:

„Eine wirkliche Einheit kann es nur dann geben, wenn die Partei außer den beiden Flügeln ein Rückgrat, ein marxistisches Zentrum hat, das die zentrifugalen Tendenzen des rechten und linken Flügels überwunden hat und zur Stütze der öffentlichen Meinung der Partei und der Parteidisziplin geworden ist. Nie hätte die deutsche Sozialdemokratie ihre Einheit aufrecht erhalten können, wenn ihr opportunistischer Flügel (Bernstein, David usw.) Brust an Brust dem ultralinken (!) Flügel (Rosa [98] Luxemburg u. a.) gegenübergestanden hätte. Die Stütze der Einheit und der Disziplin in der Partei des deutschen Proletariats ist das marxistische Zentrum Bebels und Kautskys.“

Hier haben wir die klare Formulierung des zentristischen Standpunktes. Das ist das Dogma, auf dem die 2½. Internationale gegründet wurde und mit dem Friedrich Adler hausieren ging: Eine Internationale ist unmöglich ohne die englischen Reformisten und ohne die russischen Bolschewisten. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien hat dieses trotzkiistische Programm gehabt: damit sich nicht die Sozialpatrioten und die Dritte Internationale zerfleischen, muß man die Zentristen an die Spitze der Arbeiterbewegung setzen und den Ausgleich der Richtungen herbeiführen. Es ist klar, daß das der Weg ist, der tatsächlich zur Spaltung des Proletariats im Kriege geführt hat, indem man einen Teil des Proletariats an den Wagen der Bourgeoisie kettete. Deshalb haben wir in unserer eigenen Partei zuerst den Kampf geführt gegen die Versöhnung mit der linken Sozialdemokratie, gegen die rechten Abweichungen und haben das als wichtigste Ausgabe gestellt. Und wenn wir erst in zweiter Linie die politischen Tagesfragen, die richtige Taktik in der Gewerkschaftsfrage usw. behandelt haben, so darum, weil das erste die Schaffung einer proletarischen Par-

tei bedeutet. Das erste ist das Grundlegende, ohne das das zweite nicht durchgeführt werden kann. Deshalb war es notwendig, daß wir die Frage der Durchführung der Fraktionskämpfe zuerst auf die Tagesordnung gestellt haben und erst dann die andere Frage: „Heran an die Massen.“

Damit kommen wir zu einer anderen Frage, zur Frage der Einheitlichkeit der Partei. Die Einheitlichkeit der Partei ist etwas ganz anderes als die Versöhnung von grundsätzlich entgegengesetzten Richtungen. Diese Einheitlichkeit herzustellen ist erst dann möglich, wenn man die Richtungen innerhalb der Partei ausgemerzt hat, die keine proletarischen Richtungen sind. Wenn die Partei aus einem Guß ist, eine wirkliche bolschewistische Partei mit einheitlicher Theorie und Praxis, so kann es nicht notwendig sein, innerhalb der Partei Fraktionskämpfe zu führen. Darum kennt die bolschewistische Partei keine Fraktionen und daher Lenins Antrag auf dem 10. Kongreß der KPR, der jegliche Gruppierung innerhalb der bolschewistischen Partei verbietet. Wir hatten in Deutschland Fraktionen deshalb, weil wir noch keine bolschewistische Partei hatten. Zur Schaffung einer bolschewistischen Partei mußte man Fraktionskämpfe führen, um alle nichtproletarischen Richtungen auszumerzen. Aber sobald die Partei ein einigermaßen proletarisches Gesicht hat, sobald die bolschewistische Linie gesiegt hat, kann es keine Fraktionen geben.

Der Genosse Trotzki hat 1923 sein vollkommenes Unverständnis bewiesen für den Charakter einer bolschewistischen Partei, indem er die berühmte Gegenüberstellung gemacht hat von Parteiapparat und Parteimassen. Er hat damals folgendes erzählt:

„... Der neue Kurs, den die Resolution der Zentrale verkündet, besteht gerade darin, daß das Schwergewicht, das unter dem alten Kurs fälschlicherweise nach der Seite des Apparats hin verschoben wurde, jetzt, unter dem neuen Kurs, nach der Seite der Aktivität, der kritischen Eigentätigkeit und der Selbstverwaltung der Partei, als einer organisierten Vorhut des Proletariats, verlegt werden muß. Der neue Kurs bedeutet durchaus nicht, daß dem Parteiapparat die Aufgabe gestellt wird, in der oder der Frist das Regime der Demokratie zu dekretieren, zu schaffen oder auszurichten. Nein! Dieses Regime verwirklichen kann die Partei selbst. Die Aufgabe läßt sich kurz so formulieren: Die Partei muß sich ihren eigenen Apparat unterwerfen, ohne auch nur eine Minute aufzuhören, eine zentralisierte Organisation zu sein ...“

(Sondernummer der „Inprekorr.“ Nr. 8 vom 21. Januar 1924. Brief des Genossen Trotzki an die Erweiterte Sitzung des ZK der KPR)

[99] Permanente Demokratie und zentrale Organisation ohne Parteiapparat, das ist Trotzki's Rezept. Wie steht die Frage? Die Losung der Parteidemokratie, das war der Teil der trotzki'schen Plattform, der bei unseren Genossen nicht unpopulär war. Im Gegenteil. Es herrschte die Meinung: wenn die Arbeiter rebellieren gegen den Apparat, gegen die „Bonzen“, so ist das immer in der Ordnung. Das ist verständlich, weil wir eine so lange Tradition einer reformistischen Partei haben. Bis zum Frankfurter Parteitag hatten wir keine Partei, die ernsthaft den Willen hatte, den Weg zur bolschewistischen Partei zu gehen. Darum haben wir immer bei der Masse der Parteigenossen den Eindruck gehabt, daß der Einfluß des Apparats zurückgedämmt werden muß. Diese Auffassung in einer bolschewistischen Partei vertreten, bedeutet, daß man nicht versteht, was eine bolschewistische Partei ist. Wozu ist ein Parteiapparat da? In der Sozialdemokratischen Partei ist der Parteiapparat dazu da, die Geschäfte zu erledigen, Kandidaten aufzustellen usw. Wenn aber eine proletarische Partei vorhanden ist, die die Partei und durch die Partei die Massen in der Revolution zu führen hat, so ist es selbstverständlich, daß man die besten und fähigsten Genossen in den Apparat stellt. Welchen Sinn und Zweck hat es, die Parteimassen dem Parteiapparat entgegenzustellen? Das hat nur dann einen Sinn, wenn man der Meinung ist, daß der Parteiapparat, d. h. die Führung der Partei, eine falsche Politik macht. Wir haben damals, wo wir die Opposition gewesen sind, überall gewettert gegen den Apparat, weil dieser Apparat der Apparat einer bürgerlich-reformistischen Partei gewesen ist, die das Proletariat von seiner Klassenaufgabe hinweggeführt hat. Selbstverständlich, wenn es wieder einmal so kommen sollte, daß der Apparat eine falsche Politik macht, so wird man wieder den Kampf gegen den Apparat ausnehmen, aber nur zu dem Zweck, um einen neuen Apparat zu schaffen, einen wirklich bolschewistischen Apparat, der die Partei in der Revolution führt. Die Fragestellung, wie Trotzki sie anwendet, bedeutet vollkommenes Unverständnis für den Charakter einer bolschewistischen Partei, die kein Sammelsurium von verschiedenen Richtungen sein soll, sondern ein Block aus einem Guß.

Wenn wir die Fragen der Strategie und Taktik auf unsere Lage anwenden, müssen wir untersuchen, welche Stellung Deutschland einnimmt. Was bedeutet es für die proletarische Revolution, daß Deutschland eine Industriekolonie ist? Wenn wir früher den Grundsatz erklärt haben, daß der Imperialismus dort zusammenbricht, wo seine schwächste Stelle ist, können wir zu keinem anderen Ergebnis kommen als zu dem: die schwächste Stelle des Imperialismus ist Deutschland, so daß ein anderer Weg der proletarischen Revolution als der von Rußland über Deutschland kaum möglich ist. Es ist nur der subjektive Ausdruck der objektiven Tatsache, daß innerhalb der Komintern nach der russischen Partei die deutsche Kommunistische Partei diejenige ist, die auf dem Wege des Bolschewismus am weitesten fortgeschritten ist. Sie hat ihre Erfahrungen gesammelt auf Grund der revolutionären Kämpfe, die in den letzten Jahren in Deutschland am heftigsten geführt wurden und auf Grund der Tatsache, daß der Druck auf das Proletariat in Deutschland am größten ist. Es ist unser Fehler, daß wir unter einem solchen Druck noch keine größeren Erfolge erzielt haben. Aus den objektiven Verhältnissen geht mit Notwendigkeit hervor, daß keine Partei außer der russischen so weit sein kann wie die deutsche und daß die deutsche Partei zuerst vor die konkrete Frage der Durchführung der Revolution gestellt werden wird.

Auch die strategische Aufgabe der Gewinnung der kleinbürgerlichen Schichten ist für uns gestellt. Sie hängt zusammen mit der nationalen Frage. Deutschland als Kolonie des Ententekapitalismus, bei Teilhaberschaft einer kleinen Gruppe von Großagrariern und Konzernmagnaten setzt die augenblickliche Politik der herrschenden Klassen in Widerspruch zu den breiten Massen des Volkes. Diese haben ein Interesse an der Niederwerfung dieser kleinen Gruppen, deren Politik sich nicht nur richtet gegen das Proletariat, sondern auch gegen das Bauerntum und das städtische [100] Kleinbürgertum. Man muß verstehen, diese Frage leninistisch zu behandeln. Die Opportunisten machen eine Politik, die sie möglichst eng an die bürgerlichen Parteien anschließt. Das ist der Weg, auf dem nicht nur die Interessen des Proletariats, sondern auch die Interessen des Kleinbauerntums und des Mittelstandes verraten werden. Man kann ihre Interessen nur verteidigen, wenn man die Bourgeoisie niederwirft, dazu gibt es keinen Weg außer den der Revolution, und diese ist nur möglich unter Führung der proletarischen Partei.

Zum Schluß betonen wir noch einmal die Hauptaufgabe, die vor uns steht, die jetzt von uns verstanden werden muß als das Hauptkapitel bei der Aufgabe der Bolschewisierung der Partei: Die Partei muß die einzige Führerin der proletarischen Massen sein. Wenn der leninistische Zirkel dazu beitragen wird, daß wir besser und klarer verstehen, wie die Partei die Führung der Massen in der Revolution erobern muß, wie sie zu einer wirklich bolschewistischen Partei wird, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

*

Die russische „Ueberrumpelungstaktik“ und der „Westeuropäische“ Varga. (Schluß)

Aus seiner Ablehnung der „russischen Ueberrumpelungstaktik“ zieht Gen. Varga folgende „westeuropäische“ Folgerung: „Daher kann diese Machtergreifung nur erfolgen, wenn die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten steht.“ (S. 5.)

Dazu ist zu bemerken: Die Politik der Kommunistischen Partei führt dazu, daß schließlich auch die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten stehen wird. Aber der Satz, daß die proletarische Machtergreifung nur erfolgen kann, wenn die zahlenmäßige Mehrheit des Volkes (anders ist der Mehrheitsbegriff des Genossen Varga in diesem Zusammenhange nicht zu verstehen) hinter den Kommunisten steht, ist in dieser Fassung ungenau und falsch.

Lenin hat in seiner Schrift „Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ diese Frage der „Mehrheit des Volkes“ so klar gestellt, daß es genügt, diese Schrift zu zitieren:

„In jedem beliebigen kapitalistischen Lande ist die Kraft des Proletariats unvergleichlich größer als die Zahl der Proletarier in der Gesamtbevölkerung. Das kommt daher, daß das Proletariat die ökonomische Herrschaft

über das Zentrum und den Nerv des ganzen wirtschaftlichen Systems des Kapitalismus inne hat; aber auch daher, daß das Proletariat ökonomisch und politisch die wahren Interessen der bedeutenden Mehrheit der Werktätigen unter kapitalistischer Staatsordnung ausdrückt.“

Jetzt folgt der Satz, der klar zur „Mehrheit des Volkes“ des Gen. Varga Stellung nimmt:

„Daher ist das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung bildet, (oder wenn die vorgeschrittene und wahrhaft revolutionäre Vorhut des Proletariats eine Minderheit der Bevölkerung vorstellt) imstande, sowohl die Bourgeoisie zu stürzen, als auch hinterher zahlreiche Verbündete aus der Masse von Halbproletariern und Kleinbürgern zu werben, die sich nie und nimmer im voraus für die Herrschaft des Proletariats aussprechen ...“

Schließlich folgert Lenin: „Diese Dialektik aber konnten die Vertreter der 2. Internationale nie begreifen; nämlich daß das Proletariat nicht siegen kann, ohne die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Allein eine solche Eroberung auf die Erzielung einer Stimmenmehrheit bei den Wahlen unter der Herrschaft der Bourgeoisie beschränken oder sie dadurch bedingen, zeugt von unverbesserlicher Geistesbeschränktheit oder läuft auf ein Betrügen der Arbeiterklasse hinaus.“ (S. 16.)

Die Vargasche Ablehnung der russischen „Ueberrumpelungstaktik“ und sein Bekenntnis zum „absoluten“ Mehrheitsprinzip bringt also den Kommunisten Varga in eine bedenkliche Nähe zu dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie und besonders zu den neuen Lehren ihres Altmeisters Karl Kautsky.

*

In seinem letzten Programmbuch „Die proletarische Revolution und ihr Programm“, das 1922 erschienen ist, beschäftigt sich Kautsky u. a. auch mit der proletarischen Revolution. Er vergleicht die bürgerliche und die proletarische Revolution und findet, daß sich beide auch in ihren Formen unterscheiden. Er stellt das (S. 77) unter einem Aufwand von vielen Worten folgendermaßen dar:

„Die Kämpfe der Massen in der bürgerlichen Revolution werden ausgefochten von der ‚Straße‘, von Bevölkerungsschichten ohne Zusammenhang, die irgendein plötzlicher Anstoß aus ihren Wohnungen und Werkstätten her austreibt und zusammenführt zu erregtem, gemeinsamem Handeln, ohne Vorbereitung, ohne Plan, [101] unter Führern, die der Augenblick ihnen gibt, geleitet hauptsächlich von Instinkten und Bedürfnissen, ohne Erfahrung und ohne anderes politisches Wissen als Gerüchte und Illusionen.

Die Kämpfe der proletarischen politischen Revolution zur Gewinnung der politischen Macht durch das Proletariat werden ausgefochten von großen Organisationen, die seit Jahrzehnten bestehen, mit reichen Erfahrungen, ausgiebiger Schulung, wohlüberlegten Programmen und ebenso bekannten wie erprobten Führern.“

Charakteristisch für die bürgerliche Revolution ist also nach Kautsky, daß sie von der „Straße“, für die proletarische Revolution, daß sie vom „Büro“ ausgefochten wird. Es steckt in diesen Begriffsbestimmungen ein Kern von Wahrheit, und unsere Gegenüberstellung von „Straße“ und „Büro“ braucht nicht nur als Ironie angesehen zu werden. Das „Büro“ ist tatsächlich auch charakteristisch für die moderne, für die proletarische Revolution, wenn auch nicht in dem Sinne Kautskys. Vom „Büro“ aus leitet nicht nur der moderne höhere Offizier die Schlachten, sondern ebenso der proletarische revolutionäre Führer, der „Ueberrumpelungstaktiker“ den Aufstand. Diese Entwicklung „Büro“ ist eine Erscheinung, die für jeden Zweig des modernen gesellschaftlichen Lebens mehr oder minder feststellbar ist, für das Militär, für den Betrieb, für die Partei, für den Aufstand usw. Die entscheidende ökonomische Grundlage dieser Erscheinung ist im allgemeinen die „Trennung“ des Arbeiters von den Produktionsmitteln, die „Trennung“ des Soldaten von den Kriegsmitteln, womit auch die „Konzentration“ der Produktionsmittel, Kriegsmittel usw. in einer bestimmenden Hand verknüpft ist. Diese „Trennung“ hat im Kapitalismus noch eine spezielle soziale Bedeutung, während sie im Sozialismus auf ihre ausschließlich rein technische Funktion zurückgeführt wird. Daß die proletarische Revolution vom „Büro“ aus gefochten wird, ist richtig, aber nur zum Teil. Richtig heißt es, sie wird vom „Büro“ und von der „Straße“ ausgefochten, sie ist die dialektische Einheit von „Büro“ und „Straße“.

Die russische Revolution ist bei Kautsky eine Revolution der „Straße“ – die „Straße“ Kautskys kann dem Sinne nach nur ein anderes Wort für die „Ueberrumpelungstaktik“ des Genossen Varga sein –, daher sieht er in der russischen Revolution eine wesentlich bürgerliche Revolution. Auch bei ihm geht es ohne Einschränkungen nicht ab. Auch bei Kautsky fehlt nicht das höfliche „zum Teil“ des Genossen Varga, nur heißt es bei Kautsky: „in hohem Grade“. (S. 78.)

In einer wirklich proletarischen, also westeuropäischen Revolution wird nach Kautskys Lehren der Sieg auf der Grundlage der „Demokratie“ erfochten (erfochten natürlich nur bildlich zu verstehen) und auf keinen Fall nach Art der „russischen Ueberrumpelungstaktik“. Daher sagt Kautsky: „Dieser Sieg selbst wird, da er auf der Grundlage der Demokratie erfochten wird, nicht überraschend kommen. Auch darin unterscheidet sich die proletarische Revolution von der bürgerlichen.“

Man braucht für die Kautskysche „Demokratie“ nur die Vargasche „Mehrheit der Bevölkerung“ und für „überraschend“ die Vargasche „Ueberrumpelungstaktik“ zu setzen, und man hat die sachliche Uebereinstimmung festgestellt. Denn wesentlich für eine solche Beurteilung sind doch nicht die Worte, sondern die Begriffe und Inhalt den diese Worte vorstellen sollen.

Auf S. 80 äußert sich Kautsky – mit seinen Worten – wiederum zur unmodernen „Ueberrumpelungstaktik“ und modernen „Mehrheit des Volkes“: „Anstelle der Kämpfe von Aufständischen mit Regierungstruppen treten die Kämpfe der Parteien um die Gewinnung von Anhängern durch die Presse und die Versammlungen, die Kämpfe der Parteien um die Mehrheit bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und bei den Abstimmungen in den Volksvertretungen.“

Große Ueberraschungen sind dabei in der Regel ausgeschlossen; es treten ja nur Parteien auf den Kampfplatz, die der Bevölkerung seit langem bekannt sind, und die Bevölkerung selbst ist politisch geschult und weiß, was sie von jeder Partei zu halten hat.“ – Ferner auf S. 81: „Die Demokratie wirkt auch daraufhin, daß die Revolution weit weniger überraschend kommt.“ – Die „Ueberrumpelungstaktik“ hat „dramatische“ Formen. Im Gegensatz dazu: „Die proletarische Revolution ist ... sicher weniger dramatisch.“ – Die russische Revolution war wegen ihrer „Ueberrumpelungstaktik“ natürlich eine „dramatische“, so stellt Kautsky ausdrücklich fest.

Wenn aber Genosse Varga darauf hinweisen wollte, daß seine „Mehrheit des Volkes“ zum Unterschied von der Kautskyschen „Demokratie“ zwar ebenfalls ohne die „dramatische russische Ueberrumpelungstaktik“ aber irgendwie dennoch mit irgendwelcher „Gewalt“ die Macht ergreift und daß Kautsky im Gegensatz zum Genossen Varga an eine Machtergreifung durch die Stimmzettelmehrheit glaubt, so würde er Kautsky Unrecht tun. Solchen Vorwürfen hat Kautsky vorgebaut, und zwar folgendermaßen: „Es wäre sehr töricht, etwa annehmen zu wollen, man könne eine herrschende Klasse durch Zureden veranlassen, das Feld freiwillig zu räumen, oder die Kapitalistenklasse werde einmal bei fortschreitender Zivilisation derart von sozialem Geist durchtränkt sein, daß sie alle ihre Herrschaftsstellungen kampflos an das Proletariat abtritt.“ (S. 81.)

Die näheren Umstände, die zur proletarischen Machtergreifung durch die „Mehrheit des Volkes“ oder durch die „Demokratie“ ohne die „dramatische russische Ueberrumpelungstaktik“ führen sollen, bleiben vorläufig noch ein gemeinsames Geheimnis Kautskys und des Genossen Varga, das zu lüften Genosse Varga nicht umhin können wird. Denn von „Gewalt“ im allgemeinen zu sprechen, sie „im allgemeinen“ für die Machtergreifung für „notwendig“ zu erklären, aber „Gewalt“ in ihrer konkreten und allein möglichen Form abzulehnen, heißt – um wiederum mit Lenin zu sprechen –, „sich selbst und andere durch Sophistereien zu betrügen“.

S. Erkner. [102]

Buchbesprechungen

G. Sinowjew: Der Krieg und die Krisis des Sozialismus.

Verlag für Literatur und Politik. 1924. Broschiert 6,50 M., geb. 8 M.

Kein Kommunist möge glauben, daß er die Lektüre dieses Buches nicht nötig habe, weil die Geschichte des Krieges und des Zusammenbruches der 2. Internationale genügend bekannt, die Frage der Vaterlandsverteidigung nicht mehr aktuell sei. Die Fragen sind heute, wo wir nach dem Zusammenbruch der demokratisch-pazifistischen „Aera“ offensichtlich mit raschen Schritten neuen

imperialistischen Kriegen entgegengehen, aktueller als je. Die Frage der Vaterlandsverteidigung ist auch heute noch, nachdem der Bankrott der 2. Internationale in dieser Frage offen zutage trat, für die Arbeiterschaft nicht genügend geklärt. Die Parteien der 2. Internationale und die reformistischen Gewerkschaften, denen noch immer Millionen Arbeiter folgen, können es sich heute noch erlauben, pompöse Generalstreiksbeschlüsse gegen den kommenden Krieg zu fassen, ohne im mindesten mit der Theorie und Praxis der Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes zu brechen. Von den sozialpatriotischen Parteien ist ja auch nichts anderes zu erwarten. Aber auch in den Parteien der 3. Internationale ist die marxistische Lösung der Frage der Landesverteidigung noch nicht durchwegs zu einem so klaren, festen Besitz geworden, daß in der Praxis nicht noch Schwankungen vorkämen. Man lese nur die Diskussion über die nationale Frage auf dem 5. Weltkongreß, um sich davon zu überzeugen. Gegenwärtig ist die Frage der Landesverteidigung durch die Existenz eines proletarischen Staates und durch die Kämpfe zwischen den imperialistischen Vormächten und den Kolonialvölkern einerseits, den im Kriege geschlagenen Staaten andererseits taktisch noch komplizierter als im Weltkrieg. Ohne ein gründliches Verständnis der im Buch des Genossen Sinowjew behandelten Probleme wird man die schwierigen Fragen der Taktik, vor die das Proletariat gerade jetzt gestellt ist, nicht richtig lösen. Jeder politisch aktive Genosse ist deshalb zum gründlichen Studium dieses Werkes verpflichtet.

Das Buch ist in den Jahren 1915 bis 1917 geschrieben und nicht abgeschlossen, da die russische Revolution dazwischen kam. Der 1. Teil behandelt die Aenderung des Charakters der Kriege von der Zeit der französischen Revolution bis zur Gegenwart und die Meinungen von Marx und Engels über die Kriege ihrer Zeit; der 2. Teil gibt eine Darstellung der Entwicklung des Imperialismus, die zum Weltkriege führte, und eine Kritik der Haltung der 2. Internationale, insbesondere der deutschen und der französischen Partei, zum Kriegsproblem.

Das Jahr 1871 ist die Grenzscheide zwischen dem Zeitalter der nationalen und dem der imperialistischen Kriege. Dieser Gedanke wird dahin präzisiert, daß es wohl auch vor 1871 reine Raubkriege gab, wie z. B. den englischen Opiumkrieg von 1841/42 und daß auch noch bei den imperialistischen Kriegen der Gegenwart nationale Momente mitspielen, wie z. B. die Befreiung der slavischen Völker vom Joch der Habsburger im Weltkrieg. Aber während die Schaffung von bürgerlichen Nationalstaaten bis 1871 die vorherrschende Rolle spielte, sind nationale Kriege in einem ähnlichen Sinne seither „nur in Asien möglich, oder in großen sich rasch entwickelnden Kolonien“. (S. 68.) Vom Standpunkt des Marxismus waren die Kriege, die objektiv der nationalen Einigung und Befreiung dienten, ihrem historischen Sinne nach „Verteidigungskriege“, gerechte, fortschrittliche Kriege. In diesem Sinne propagierten Marx und Engels 1848 den Krieg der deutschen Demokratie gegen den Zarismus. Aber als die Aufgabe der Herstellung bürgerlicher Nationalstaaten im wesentlichen vollbracht war, die Entwicklung des Kapitalismus die imperialistischen Konkurrenzkämpfe auf die Tagesordnung setzte, da verlor die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskriegen jeden Sinn. Die für das Proletariat zu Beginn eines Krieges kaum entscheidbare Frage, von welchem Kabinett der Ausbruch der Feindseligkeiten ausging, ist bedeutungslos. Wenn zwei Räuber über die Teilung der Beute in Streit geraten, dann lenkt die Kinderstube die Frage: „wer hat angefangen?“ nur von der entscheidenden Tatsache ab, daß der eine so wenig wie der andere für eine gerechte Sache kämpft, die der Verteidigung wert ist. Die Imperialisten mißbrauchen bewußt die Ideologie des nationalen Verteidigungskrieges der Vergangenheit, um die Volksmassen für ihre Geschäftskriege zu gewinnen. Die deutsche Sozialdemokratie aber, die 1871 in einem Kriege, der objektiv dem historischen Fortschritte, nämlich der Einigung Deutschlands diente und erst nach dem entscheidenden Sieg in einen Eroberungskrieg umschlug, die deutsche Sozialdemokratie, die in diesem Kriege ihre proletarische Selbständigkeit mustergültig zu wahren wußte, holte im Jahre 1914 die alte Formel des Kampfes der deutschen Demokratie gegen den Zarismus hervor und stellte so das Proletariat in den Dienst des deutschen Imperialismus. 1870/71 war das Ende des Anfangs des Kapitalismus, der Abschluß der ersten Phase des Kapitalismus, in der die Bourgeoisie sich ihren Nationalstaat schuf. 1914 ist der Anfang des Endes der imperialistischen Phase, der Beginn der Umwandlung der Epoche der imperialistischen Kriege in ein Zeitalter „ganz anderer Kriege“ – die Rücksicht auf die za-

ristische Zensur hinderte Sinowjew offen auszusprechen: in das Zeitalter der Bürgerkriege, der proletarischen Revolution. Das ist der grundlegende Unterschied der historischen Lage, der eine völlige Aenderung der Taktik erfordert. Rein sozialistische Aufgaben müssen in den Vordergrund gestellt werden. „Von irgendwelchen nationalen Aufgaben, die in Gemeinschaft mit der Bourgeoisie zu erfüllen sind, kann jetzt keine Rede sein.“ (S. 116.) Man beachte die Formulierung. Auch in dieser Zeit sind nationale Aufgaben zu lösen, aber nicht in Gemeinschaft mit der Bourgeoisie, sondern nur gegen die Bourgeoisie und in unlösbarem Zusammenhang mit den sozialistischen Aufgaben. Im Anschluß an Marx' berühmte Bemerkungen zur irischen Frage, in denen er die Befreiung Irlands „die Vorbedingung der proletarischen Revolution in England“ nennt, entwickelt Sinowjew die marxistische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes ist das einzige Mittel eines konsequenten Kampfes des Proletariats der Unterdrückter gegen den Chauvinismus ihrer Bourgeoisie, die notwendige Voraussetzung für die Verschmelzung der Arbeiterklasse aller Völker. Eine Reihe historischer Beispiele für die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskriegen im diplomatischen und historischen Sinne und für den Charakter der modernen imperialistischen Raubkriege schließt den ersten Teil. Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist, daß in der imperialistischen Epoche nur zwei Fälle von gerechten Kriegen möglich sind: „Der erste Fall wäre in irgendeinem Lande siegreichen Proletariats das den Sozialismus verteidigt, gegen andere Staaten, die das kapitalistische Regime vertreten. Der zweite – ein Krieg Chinas, Indiens oder ähnlicher Länder, die vom Imperialismus anderer Länder bedrückt werden und für ihre Unabhängigkeit kämpfen, gegen diese imperialistischen Mächte.“

Der 2. Teil beginnt mit einer gründlichen theoretischen Analyse des Imperialismus, die mit einer ausführlichen Definition abschließt, welche folgende Momente zusammenfaßt: Das Finanzkapital hat die Tendenzen, möglichst große wirtschaftliche Territorien zu schaffen, den Freihandel durch das Schutzzollsystem zu ersetzen, die Wirtschaft großen monopolistischen Vereinen zu unterwerfen. Die Kapitalexport wird wesentlicher als die Warenausfuhr, die Welt ist im wesentlichen aufgeteilt, der Kampf geht um die Neuverteilung. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Sozialismus sind da, die nationalstaatlichen Grenzen hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte, die Bourgeoisie erstrebt einen Aufschub ihres Zusammenbruchs durch Kolonialpolitik und blutige Kriege. (S. 261.)

Die Schilderung der imperialistischen Konflikte, die in den Weltkrieg mündeten, müssen vor allem die jüngeren Genossen lesen, die diese Ereignisse nicht selbst verfolgen konnten. Man muß wissen, wie sich die „Teilung der Welt“ vollzog, um die jetzigen Kämpfe um die Neuverteilung richtig verstehen zu können. – Die Stellung der 2. Internationale zum Krieg deren Darstellung den Abschluß des Buches bildet, wird daraus erklärt, daß die führende Gruppe, „das marxistische Zentrum“, das Problem des Imperialismus nicht in seiner Gänze aufrollte und der Frage der Vaterlandsverteidigung aus dem Wege ging. Das Zentrum trat zwar gegen den offenen Sozialimperialismus der Revisionisten auf – die sozialen Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiteraristokratie, der Arbeiterbürokratie und den kleinbürgerlichen Mitläufern werden auf Grund der leninistischen Theorie des Imperialismus an Hand des Zahlenmaterials von H. Michels nachgewiesen –, aber bei allem Richtigen, das die Beschlüsse von Stuttgart und Basel enthielten, fehlte die eindeutige Ablehnung der Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Kriege. Der linke Flügel, die revolutionären Marxisten, konnten ihre Formulierungen durchsetzen, erstens weil dem Zentrum eine klare eigene Auffassung fehlte und zweitens, weil die sozialpatriotischen Opportunisten radikale Beschlüsse gerne sahen, soweit sie die anderen Parteien binden sollten. Etwas zu wenig scheint mir der Gedanke hervorgehoben, daß das Zentrum deshalb in die Gefolgschaft der Sozialpatrioten geriet, sobald der Krieg Wirklichkeit wurde, weil die negative Formel der Ablehnung der Vaterlandsverteidigung die Bereitschaft zur Revolution mit allen ihren Konsequenzen bis zum revolutionären Verteidigungskrieg voraussetzt, die Revolution aber als praktische, konkrete Aufgabe den maßgebenden Parteien der 2. Internationale ganz fremd war. Glänzend ist die noch immer durchaus aktuelle Kritik des bürgerlichen Pazifismus und des Sozial-Pazifismus.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Entwicklung des Imperialismus seit dem Weltkrieg, die weitere Degeneration der 2. Internationale, die Probleme der Landesverteidigung, die sich bei dem Bestande eines proletarischen Staates und von proletarischen Parteien in den kolonialen und in den von den siegreichen Imperialisten unterdrückten Ländern ergeben, eine ebenso gründliche und zuverlässige Behandlung in unserer Literatur fänden. Genosse Varga hat sich der verdienstlichen Arbeit unterzogen, Tatsachenmaterial bis auf die letzte Zeit zu ergänzen. Leider kann man diese Ergänzungen nicht als eine Fortführung des Werkes in der angedeuteten Richtung ansprechen. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn die Ergänzung zu dem Kapitel über Deutschland und England mit dem lapidaren Satz beginnt: „Der Krieg löste alle hier aufgeworfenen Probleme!“ Als ein Beispiel dieser „Lösung“ wird angeführt: „An Stelle der austro-ungarischen Monarchie ist eine Reihe von notorisch durcheinanderverwirrten Kleinstaaten getreten.“ (S. 368) Die originelle Auffassung daß Ledebour und Theodor Liebknecht „aus persönlichen Gründen in die KP nicht eintraten“ (S. 442), scheint mir auch kein besonders wertvoller Beitrag zur Geschichte des Zentrismus nach dem Kriege zu sein. Wir hoffen, daß diese Entgleisungen ebenso wie eine Reihe von Nachlässigkeiten in der Uebersetzung bei der nächsten Auflage verschwinden.

Wir glauben, dieses Buch unseren Genossen nicht besser empfehlen zu können, als, indem wir es eine würdige Ergänzung des Sammelbandes „Gegen den Strom“ nennen. So. [104]

*

**„Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917.“
Ein Buch des Genossen Maslow gegen Trotzki.**

In den nächsten Tagen wird der erste Band eines großangelegten Werkes obigen Titels erscheinen, an dem Genosse Maslow im Gefängnis arbeitet. Dieses Werk soll „Beiträge zum Studium des Leninismus, insbesondere des Bandes XIV der Werke Lenins“ bringen. Es wird, wie schon dieser erste, im Druck befindliche Band beweist, viel mehr enthalten als bloß eine historische Untersuchung oder Polemik gegen Trotzki (die der äußere Anlaß und Anknüpfungspunkt ist). Schon dieser erste Band, „Die allgemeinen Voraussetzungen der russischen Revolution“ betitelt, gibt neben einer eingehenden Analyse der Leninschen Taktik in den ersten zwei Monaten der Revolution, März und April, und einer kritischen Auseinandersetzung mit Trotzki (sowohl mit seinem jüngsten Buch als auch mit seinen früheren Fehlern) in übersichtlicher Form eine ausführliche Darstellung der theoretischen Grundlagen des Leninismus, wie sie bisher in deutscher Sprache noch nicht vorhanden war: außerdem eine für uns besonders wichtige leninistische Kritik des Spartakusbundes, gar nicht zu reden von den zahllosen scharfen Streiflichtern auf die Brandler-Thalheimersche Politik und Theorie der letzten Jahre. Wir dürfen daher in diesem Buch des Genossen Maslow eine durchaus aktuelle, für die Bolschewisierung der Partei sehr wertvolle, ja grundlegende Arbeit erwarten.

Eine kurze Inhaltsangabe soll einen Ueberblick über den Reichtum des vorliegenden ersten Bandes geben. Die Einleitung knüpft kurz an Trotzki an, zeigt die Untauglichkeit seiner „Methode“, die Lehren des Oktober zu ziehen und sagt:

„Die Aufgabe, die ich mir hier stelle, ist sehr bescheiden: den Band XIV der Werke Lenins auf einige (beileibe nicht alle) Lehren des russischen Oktober und seiner unmittelbaren Vorbereitungszeit, d. h. eben jener Zeitspanne von März bis November 1917 so zu ‚plündern‘, daß einige (beileibe nicht alle) dieser Lehren für unsere deutsche Partei recht sinnfällig in die Augen springen.“

Man wird aus dem weiteren sehen, daß die Lösung dieser „bescheidenen“ Aufgabe auch die „unbescheidensten“ Erwartungen befriedigt.

Das erste Kapitel eröffnet eine knappe Chronologie der Ereignisse von März bis November 1917. Das zweite heißt: „Lenins Theorie des Imperialismus“ und bringt in der Hauptsache einen Artikel Lenins aus dem Jahre 1916. Dann beginnt die Untersuchung über die „Perspektiven der russischen Revolution“, die – unterbrochen durch eine eingehende Darstellung der Leninschen Staatstheorie und Analyse seines Buches „Staat und Revolution“ in den Kapitel 4 bis 7 – den ersten Teil (bis Kapitel 10) des Bandes füllt. Es werden hier zuerst einige Dokumente aus dem März und April 1917

behandelt (der Brief an die Schweizer Arbeiter, der erste „Brief aus der Ferne“), dann die Revolution 1905 bis 1907, die Frage „bürgerliche oder proletarische Revolution?“, endlich die Fragestellung während des Weltkrieges die Kritik Lenins an Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre, Trotzki's opportunistisches Verhalten zur Frage der Niederlage der eigenen Regierung usw.

In den Mittelpunkt des zweiten Teiles des Buches sind die berühmten Aprilthesen Lenins gestellt. Zuerst folgt noch eine eingehende Analyse des dritten „Briefes aus der Ferne“, wobei einige glänzende Seitenhiebe auf einen gewissen besten Marxisten Mitteleuropas fallen. Der zweite Brief gibt Anlaß, den klassenmäßigen Unterschied des Menschewismus und Bolschewismus herauszuarbeiten, das Unverständnis des Spartakusbundes dieser Tatsache gegenüber, den gleichen Grundfehler der Brandlerschen Einheitsfronttaktik.

Das Kapitel 12 bringt nun die Aprilthesen selbst und im weiteren eine sehr interessante Erörterung des Leninschen Begriffs der „Doppelregierung“, wieder mit dem Abdruck eines Lenin-Artikels belegt. Zur Erläuterung des taktischen Sinnes der Aprilthesen zieht das nächste Kapitel einen Abschnitt der „Briefe über Taktik“ heran und behandelt in einer Reihe von sieben sehr eindrucksvollen Beispielen (vom Weltkrieg über den Kapp-Putsch, den Rathenau- und Matteotti-Mord, bis zur Frage der Labour-Regierung die Furcht „sich von den Massen zu isolieren“). Das 14. Kapitel, das „einige weitere Fragen“ bespricht, ist hauptsächlich einer Kritik des Spartakusbundes und vor allem Rosa Luxemburg gewidmet, ihrer Stellung zur Friedensfrage, der Unfähigkeit, die Rolle der Partei zu begreifen, den Organisationsfragen usw. Den Band beschließt als letztes Kapitel der Abdruck der Leninschen „Plattform“ vom April 1917: „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution.“

Alles in allem ist zu sagen, daß hier das erste leninistische Werk in Deutschland vorliegt, d. h. ein Buch über die russische Revolution nicht nur in deutscher Sprache, sondern aus der Praxis der deutschen Revolution heraus und für ihre Praxis geschrieben. Es beweist den gewaltigen Schritt nach vorwärts, den die Partei unter der neuen Führung gemacht hat, daß dies heute schon möglich ist.

Und weil dies Buch eine politische Sache, ein Stück unserer Praxis ist und sein soll, deshalb sollte möglichst jeder Genosse, muß jeder Funktionär es lesen. Schon die Tatsache, daß es eine große Zahl bisher unbegreiflicherweise noch nicht veröffentlichter Artikel Lenins vollständig abdruckt, müßte ihm heute einen einzigartigen Wert verleihen. Es ist lebendig und witzig geschrieben, wird trotz seiner 200 bis 220 Seiten nur etwa 4 Mark kosten und außerdem in Lieferungen zu 50 Pfennig herauskommen. Schon jetzt sollten alle Organisationen Bestellungen sammeln und weiterleiten.

[105]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, März 1925 * Heft 3

Unsere wichtigste Aufgabe.
von Ruth Fischer.

I.

Der Sinn der Losung: Bolschewisierung der Komintern.

Unter Bolschewisierung versteht man heute im täglichen Sprachgebrauch der Kommunistischen Internationale den ganzen Umfang der Tätigkeit unserer Parteien. Insbesondere in der deutschen Partei wird alles und jedes, was besser gemacht werden muß, mit dem Wort „Bolschewisierung“ bezeichnet. Ruhe in den Versammlungen halten bis zum Schluß oder die Presse besser ausgestalten, alles das ist Bolschewisierung. Nun gehören natürlich auch die kleinsten Dinge in einem bestimmten Sinne dazu. Z. B. pünktliches Anfahren der Versammlungen, – um mit Absicht eine ganz winzige Frage herauszugreifen, – gehört mit zum Kapitel der Disziplin, und die Frage der Disziplin ist sicherlich eine wichtige Frage der Bolschewisierung. Aber bei einer so allgemeinen Anwendung des Wortes kann leicht der Kern des Gedankens verschwommen werden. Wenn man z. B. sagt, Bolschewisierung, das ist erstens die Frage des Marxismus und Leninismus, das ist zweitens die Frage der Rolle der Partei, das ist drittens das Herantreten an die Massen, das ist viertens die Bauernfrage, das ist fünftens die richtige Behandlung der Kolonial- und Nationalfrage, das ist sechstens die richtige Auffassung in der Organisationsfrage, das ist siebentens die Einheit von Theorie und Praxis, so hat man mit einer solchen Aufzählung den Fragenkreis der Bolschewisierung noch immer nicht erschöpft. Aber es scheint uns gefährlich und unrichtig, wenn alle Fragen, die zur Bolschewisierung gehören, gleichmäßig nebeneinander gestellt werden, wenn man nicht den Kernpunkt, wenn man nicht die Achse herausfindet, um die sich die Bolschewisierungsfrage dreht. Schließlich besteht die Kommunistische Internationale schon fünf Jahre, schließlich können manche unserer Kommunistischen Parteien ihre Vergangenheit auch organisatorisch länger als fünf Jahre zurückbestimmen, wie z. B. die Deutsche Partei. Und wir haben doch erst auf dem 5. Weltkongreß, nicht schon auf dem 4. oder 3. oder 2. die Losung der Bolschewisierung aufgestellt. Und wenn man die Frage stellt, warum wir erst auf dem 5. Kongreß diese Losung aufgestellt haben, dann ist die Grundlage für die Antwort viel leichter und einfacher gegeben. Wir haben die Losung der Bolschewisierung auf dem 5. Kongreß aufgestellt, weil wir auf dem 5. Weltkongreß uns auseinandersetzen mit den Fehlern und den Irrtümern der Kommunistischen Parteien zwischen dem 4. und 5. Kongreß, die theoretisch und praktisch in die Gefahrenzone der opportunistischen Politik hineingeraten waren. Die Losung der Bolschewisierung ist also entstanden im Kampfe gegen den Opportunismus innerhalb der Komintern. Und das soll man nicht auslöschen, nicht verschmieren, sondern man soll durch eine klare Analyse [106] der Entstehung dieses Kampfes, der Notwendigkeit dieses Kampfes und des Wesens dieses Kampfes gegen den Opportunismus die Losung der Bolschewisierung den Kommunistischen Parteien klar machen.*)

Wir haben innerhalb der Kommunistischen Internationale Kommunistische Parteien von verschiedenartigstem Entwicklungsgange. Wir haben eine ganze Reihe von Parteien in allen Ländern, die erst am Anfang ihrer Kämpfe mit der Bourgeoisie sind, und die daher auch erst am Anfang der Sammlungen ihrer Kampferfahrungen stehen. Wir haben eine siegreiche Partei, die russische Partei, und wir haben eine hundert mal geschlagene Partei, die deutsche Partei, die sich nach allen Niederlagen mit neuem Kampfesmut erhebt. Die russische Partei hat gesiegt, die deutsche Partei ist unter günstigen objektiven Bedingungen geschlagen worden. Aus welchen Ursachen die russische

*) Genosse Stalin hat in seinem Interview mit Wilhelm Herzog die Bemerkung gemacht, daß die Bolschewisierung nicht in dem Ausschluß Andersdenkender aus der Partei besteht. Das ist in Bezug auf taktische Meinungsverschiedenheiten, die die prinzipiellen Fragen nicht betreffen, durchaus richtig. Andererseits hat Stalin einen Abschnitt seines Buches „Lenin und der Leninismus“ betitelt: „Die Partei wird gestärkt durch die Reinigung von opportunistischen Elementen.“ Uns scheint diese Art der Stärkung bolschewistischer Parteien allerdings auch ein wesentlicher Bestandteil der Bolschewisierung zu sein.

Partei gesiegt hat, aus welchen Ursachen die deutsche Partei geschlagen worden ist, das zu erkennen und diese Erkenntnis konkret auf die Verhältnisse aller Länder anzuwenden, das ist der Zweck der Losung der Bolschewisierung der Komintern, wie sie der 5. Weltkongreß ausgegeben hat. Insbesondere zeigt sich, daß der Oktoberzusammenbruch der deutschen Partei keineswegs eine einzelne, wenn auch schwere Niederlage einer einzelnen Partei ist, sondern daß die „Lehren des deutschen Oktober“ zu einem Wendepunkt innerhalb der ganzen Arbeit, der Theorie und der Praxis einer so bedeutenden Partei wie der deutschen, geführt haben – es zeigt sich aber auch gleichzeitig, daß die Lehren des deutschen Oktobers über den deutschen Oktober hinaus in einer so wichtigen Frage wie der Auseinandersetzung mit dem Trotzismus eine solche Rolle spielten, daß sie wesentlich mit die letzten Entscheidungen der russischen Partei beeinflussten. Es zeigt sich, daß die Frage des deutschen Oktobers sowohl in Frankreich, wie in der Tschechoslowakei zu Umgruppierungen in der theoretischen und praktischen Arbeit geführt hat. So bedeutet der deutsche Oktober weder die Fehler einzelner Führer, noch einzelne Fehler in einer an sich richtigen taktischen Linie, sondern eine Ueberprüfung der gesamten Arbeit der deutschen Partei seit ihren ersten selbständigen Schritten. Und diese Ueberprüfung ergab, daß die deutsche Partei und die Komintern viel zäher, energischer und beständiger gegen sozialdemokratische Ueberreste und Rückfälle in ihrer alltäglichen Arbeit kämpfen muß als bisher, und daß bei diesem Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen des Tages eine Selbstkritik des Werdeganges der Kommunistischen Parteien Europas und eine kritische Stellungnahme zur eigenen Vergangenheit die unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung der „Bolschewisierung“ bildet. Die Grundirrtümer des deutschen Oktobers bestehen in dem völligen Verkennen der Rolle der Kommunistischen Parteien in der Revolution, das zur Schwanzpolitik mit der Sozialdemokratie führte. Die Grundirrtümer bestehen weiter in dem Vertrauen auf die Spontaneität der Massen, in dem Verzicht auf die Organisation der Revolution oder auf ihre enge technische Beschränkung. Die Grundirrtümer des deutschen Oktobers bestehen schließlich in einer Führung der Partei, bei der von Einheitlichkeit der Partei und einheitlicher politischer und organisatorischer Arbeit keine Rede mehr sein konnte. Aus diesem Grunde heraus können wir die Ursachen für die Niederlage in Deutschland und auch in Bulgarien seit dem 4. Weltkongreß verstehen. Diese Grundfehler zu korrigieren, ihre Quellen, ihre Ursachen, ihren ganzen Umfang aufzuzeigen [107] und positiv zu einer anderen Alltagsarbeit in der deutschen Partei, wie in allen anderen Parteien der Komintern zu kommen, das war der Wille des 5. Weltkongresses.

II.

Worin zeigen sich die sozialdemokratischen Ueberreste in den Parteien der Kommunistischen Internationale?

Zunächst in ihrer Herkunft. Alle unsere Parteien, bis auf die russische Partei, haben sich nur langsam, zögernd vom sozialdemokratischen Mutterboden abgelöst und dieser Prozeß ist nicht genug bewußt, kritisch kontrolliert, vor sich gegangen. Alle Fehler der Vergangenheit wie z. B. die Kriegspolitik des Spartakusbundes, sind niemals offen ausgesprochen und analysiert worden. Dadurch sind sie auch nicht überwunden worden, sondern sie blieben als „eiserner Bestand“ in der Partei erhalten. Die sozialdemokratischen Ueberreste bestehen im wesentlichen in der völligen Unklarheit über die Grundlage unserer revolutionären Politik, d. h. über die Analyse der imperialistischen Entwicklung und über die Methode, mit denen die proletarische Partei den Prozeß der Revolution beschleunigen und die Arbeiterklasse zum Kampfe organisieren muß. Die Kommunistischen Parteien (insbesondere die deutsche Partei) lebten im wesentlichen von der Hoffnung auf dieses oder jenes Ereignis im innen- oder außenpolitischen Maßstabe, „das demnächst eintreten müßte“ und schwankte zwischen einem hoffnungslosen Pessimismus, der zur Passivität und völliger Anschmiegun an die SPD führte oder – das letztere vor allem in der breiten Mitgliedschaft – einer rein gefühlsmäßigen Einstellung, daß die Massenbewegung mit der Sozialdemokratie zum Siege führen würde. Der Kampf gegen den Opportunismus beginnt in der Komintern wie in der Arbeiterklasse mit der klaren Einsicht in die Entwicklung des Imperialismus. Alle Schwankungen, Versumpfung, Konfusion, Uebertritte zu den Sozialdemokraten, passive Stimmungen, lassen sich auf die Unklarheit in dieser Frage zurückzuführen, und die Frage nach dem Imperialismus ist zugleich die Frage des Marxismus und Leninismus. In

dieser Grundfrage herrschte innerhalb der Komintern im wesentlichen bis um 5. Weltkongreß nicht einmal die offene Fragestellung. Die Leninsche Lehre vom Imperialismus war keineswegs Allgemeingut der Kommunistischen Parteien. Die deutsche Partei basierte in Theorie und Praxis im wesentlichen auf der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs, die die Quelle aller Irrtümer, aller Spontanitätstheorien, aller falschen Stellungen zum Organisationsproblem darstellt. Bestenfalls wurde der Partei die „Synthese von Luxemburg und Lenin“ gegeben.*)

Die anderen Parteien der Kommunistischen Internationale beschäftigten sich noch weit weniger mit den theoretischen Grundlagen ihrer Arbeit. In der deutschen Partei war aus dieser Unklarheit in der grundlegenden Frage des Imperialismus ständig eine Debatte über die Perspektive im falschen Sinne. Keine Untersuchung und Analyse der Faktoren der politischen und ökonomischen Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutschlands, sondern ständig ein Suchen nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch, der beim Nichteintreten der Termine Depression und Passivität in der Partei erzeugte. (Man lese z. B. nur die Reden Paul Levis auf dem 1. Spartakusparteitag in ihren außenpolitischen Analysen nach, und das wird einem das politische Renegatentum Paul Levis nach dem März-[108]kampf 1921 und seinen theoretischen Bankrott verständlich machen.) Die Schwankungen, in der Frage der Auffassung des Imperialismus führten zu der Erscheinung der „Zeitkommunisten“, Gerade die deutsche Partei hat hiervon alle guten und schlechten Arten kennengelernt und sie sind noch keineswegs abgestorben. Diese Zeitkommunisten verloren jeden Glauben an die Revolution in dem Augenblick, in dem sie ihren Kalender nicht eintreffen sahen und sie laufen zur SPD deshalb, weil sie nie gelernt haben, daß die Erfahrung des Bolschewismus eben darin besteht, daß gerade zwischen zwei Wellen der Revolution von der Festigkeit und Unversöhnlichkeit der revolutionären Parteien der künftige Sieg über die Bourgeoisie abhängt. Wenn im Jahre 1922 ein so gebildeter Marxist wie August Thalheimer in seiner Auseinandersetzung mit der KAG schreiben konnte:

„... Es liegt auf der Hand, daß, wenn ich anerkenne, daß der Kapitalismus im Begriffe ist, sich aus eigener Kraft ökonomisch wieder herzustellen – das ist letzten Endes die Grundlage aller ökonomischen Einzelbehauptungen der KAG – für die kommunistische Politik, und also für die kommunistischen Grundsätze und am Ende auch für die Kommunistische Partei kein Boden mehr da ist. Wenn der Kapitalismus aus dieser ungeheuren Krise zu „normaler“ Funktion zurückkehrt, so folgt daraus politisch die Rückkehr zur „normalen“ sozialdemokratischen Politik und Partei, die ihre verschiedenen Färbungen und Flügel haben mag, in der aber keine grundsätzlich verschiedenen programmatischen und taktischen Einstellungen möglich sind ...“ (Aus dem Artikel „Die Theorie und Praxis des Liquidatorentums“ von A. Thalheimer in der „Internationale“, Jahrgang 4, Heft 1/2, 1. Januar 1922.)

dann ist das keine einmalige Entgleisung und kein Zufall, sondern das ist die Grundauffassung des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands bis zum Jahre 1923, bis zum Frankfurter Parteitag gewesen, und das ist die Grundauffassung des Luxemburgismus gewesen, und diese Grundauffassung ist die Hauptquelle aller Irrtümer, die aus diesen Schwankungen in der Komintern frei von dieser Auffassung zu den Krisen in den Parteien geführt hat. Diese Auffassung mit der Wurzel ausrotten und die Parteien in der praktischen Tagesarbeit führen, das ist der Sinn der Losung: Bolschewisierung der Komintern. Die Schwankungen, Halbheiten, Unklarheiten und der unausbleibliche Verrat, den alle Renegaten in der Frage der russischen Revolution begehen, hängen hier wieder mit der Frage der Theorie des Imperialismus zusammen. Für alle Zentristen ist die russische Revolution ein Zufall, die dem Genie Lenins und Trotzki und einiger anderer Führer zu danken ist. Für alle Zentristen ist die Niederlage der russischen Revolution in einem Bauernlande unvermeidlich, weil die Entwicklung der Weltrevolution sich verlangsamt hat, d. h. weil sie nach der Auffassung der Zentristen im außerrussischen Maßstabe gescheitert ist.**)

*) Nicht einmal in einer so grundlegenden Lehre des Leninismus wie die Staatstheorie gab es eine wirkliche Klarheit. Denn die „Arbeiterregierung“, die „vorerst im Rahmen und mit den Mitteln der Demokratie Arbeiterpolitik treiben“ und erst dann zu diktatorischen Maßnahmen greifen soll, wenn die Bourgeoisie sie dazu zwingt, das ist genau die austromarxistische Staatstheorie, die mit der leninistischen nichts gemein hat.

**) Zum Kampfe gegen den Trotzkiismus ist nicht ohne Bedeutung die „terminmäßige“ Rede, die Trotzki auf dem 3. Weltkongreß hielt, wo er für das Jahr 1924 den amerikanisch-englischen Krieg voraussagte.

Aus dem Unverständnis des Charakters der proletarischen Revolution entwickelt sich organisch und logisch das Unverständnis für die Rolle einer kommunistischen Partei. Wer den Zusammenbruch des Kapitalismus für eine automatische Notwendigkeit hält, der braucht auch den Kampf gegen das Kapital nicht mehr zu organisieren. Für den Kampf im Rahmen des Kapitalismus um kleine Zugeständnisse, ist eine andere Organisationsform notwendig als für revolutionäre Zwecke. Nichts ist so schlecht verstanden worden wie die Rolle der Partei, wie sie in den Thesen des 2. Weltkongresses formuliert worden ist. Ueber die Frage des Zentralismus hat es viele Auseinandersetzungen in der Komintern gegeben, zwei, die für [109] uns besonders bedeutend sind, vor der Spaltung der USPD und nach der Märzaktion und der Spaltung von Levi und seinem Anhang. Die deutsche Partei hat jetzt angefangen, diese Frage zu begreifen, aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß dieser Prozeß des Lernens abgeschlossen ist. Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist zum Beispiel nicht rein zufällig noch so schwach. Es bestand bisher keine systematische politische Leitung und Kontrolle der Arbeit in den Gewerkschaften. Darum fühlen sich unsere Genossen dort nicht als Beauftragte der Partei, als Avantgarde des Proletariats. Unsere Arbeit ist vielfach so schlecht, nicht weil wir zu wenig Mitglieder haben, sondern weil diese Mitglieder nicht gelernt haben, überall als Kommunisten aufzutreten. Die ungeheure Aufgabe, die Genosse Sinowjew auf dem 2. Weltkongreß mit den Worten summierte: „Die Kommunistische Partei ist eine Organisation, der die besten Teile der Arbeiterbewegung angehören, die alle gesellschaftlichen Organe und den Kampf der Arbeiter in seinem ganzen Umfang und in allen seinen Aeußerungen leitet“, tritt erst jetzt in das Bewußtsein unserer Parteigenossen.

Keineswegs kann man sagen: Bolschewisierung oder Bolschewismus ist Massentaktik. Das soll ebensowenig heißen: Bolschewismus ist Sektierertum. Wir sind keineswegs Kommunisten für uns selbst, damit wir da sind und eine gute Partei haben, mit der wir zufrieden sind. Wir wollen ja gerade deshalb unsere Partei hart, klar, unversöhnlich in eiserner Disziplin zusammenschließen, um mit einem solchen Instrument die Arbeitermassen in Bewegung zu setzen, ihre Bewegungen zu lenken und den Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren und siegreich durchzuführen. Wir wollen mit einer wirklich revolutionären Partei an die Massen heran, um die Massen gegen die Bourgeoisie zu führen. In diesem Punkte muß man sehr klar sein, weil verschwommene Formulierungen in der Frage der Masse uns als den noch den Sozialdemokraten gegenüber dem Masseneinfluß nach Schwächeren in der Vergangenheit sehr viel geschadet haben.

Weil die Frage des Imperialismus und die Frage der Organisierung der Revolution durch die Partei nicht klar gestellt war, deshalb auch die Unklarheit in der Bauern-, in der Nationalfrage, in der Frage der Taktik. In der Frage der Taktik haben wir auch eine Reihe von Schwierigkeiten, die noch nicht ganz überwunden sind. Erstens unser Verhalten zur Sozialdemokratie. Der Fehler der Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie bestand eben darin, daß wir in der Partei und in den Massen eine Politik führten, als ob die kommunistische und die sozialdemokratische Partei gemeinsam den Sturz der Bourgeoisie organisieren würden. Dieser Fehler war der verhängnisvollste Irrtum der deutschen Revolution. Aber keineswegs ist es falsch, sondern es ist notwendig, eine solche Politik zu treiben, bei der wir so zu manövrieren und zu arbeiten verstehen, daß es uns gelingt, die Sozialdemokratische Partei, nicht nur einzelne Führer, vor der breiten Masse immer wieder als Konterrevolutionäre zu entlarven, an der Hand der täglichen konkreten Aufgaben der proletarischen Klasse zu zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Verbündete der Bourgeoisie und nur eine Verbündete der Bourgeoisie ist. Diese Aufgabe haben wir in der Praxis noch nicht vollkommen gelöst. Und dazu gehört das zweite Kapitel, das gerade in der gegenwärtigen Periode für Deutschland besonders aktuell geworden ist: die Teilforderungen zum Mittelpunkt der Arbeit so zu machen, daß sie zum Hebel der Aktion, zur Auslösung von Bewegungen führen, die Teilforderungen gerade in der jetzigen Periode mit der ganzen Kraft in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen und sie gleichzeitig in einen lebendigen und konkreten Zusammenhang mit der Organisierung der Revolution in den Augen der breiten Massen zu bringen. Der Kampf um die Teilforderungen darf nicht führen zu einer Verwischung der Ausgaben des Sturzes der Bourgeoisie, sondern die Teilkämpfe müssen umgekehrt auch [110] den breiten Massen als ein Mittel der Vorbereitung des Sturzes der Bourgeoisie erscheinen. Auch diese Ausgaben haben wir in der deutschen Partei noch keineswegs restlos gelöst.

III.

Was können die einzelnen Parteien und was kann die Komintern für die Bolschewisierung tun?

Praktisch ist die Bolschewisierung weder eine Ausgabe, die in 14 Tagen abgeschlossen werden kann, noch eine Aufgabe, die überhaupt zeitlich zu umgrenzen ist. Sie ist die unaufhörliche Weiterführung der theoretischen und praktischen Arbeit in der Linie, mit der die Parteien fähiger und reifer werden, ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Die Fortführung und Durchführung der Linie des 5. Weltkongresses, ihre Vertiefung in allen kommunistischen Parteien, der unaufhörliche theoretische und praktische Kampf gegen die Abweichungen von dieser Linie, die Reinigung der kommunistischen Parteien von allen jenen Elementen, die diese Linie sabotieren und gleichzeitig die Erziehung der kommunistischen Parteien zu einer immer größeren Anwendung der Resultate der Bolschewisierung auf die praktische Arbeit. Das ist der einzige Weg, der gegangen werden kann. Eine große Menge von praktischen Maßnahmen ist notwendig, um diese Ausgabe zu erfüllen; die Weiterführung der theoretischen Arbeit im nationalen und im internationalen Maßstabe, der Austausch von Erfahrungen in organisierter und systematischer Weise, die schärfste Kritik und Kontrolle aller geleisteten Arbeit, der Kampf gegen alle ideologischen und organisatorischen sozialdemokratischen Ueberreste in allen Parteien, eine stärkere Verbindung der praktischen Arbeit der verschiedenen Abteilungen untereinander, eine stärkere Koordinierung der Kampagnen und Aktionen, eine noch engere organisatorische Verbindung der kommunistischen Parteien mit der Exekutive und der kommunistischen Parteien untereinander, alles das ist nur der Rahmen, in dem noch unzählige praktische Ausgaben ungelöst sind.

IV.

Zur Lage der deutschen Partei.

Die deutsche Partei hat nach dem Frankfurter Parteitag sich sehr rasch und kräftig auf die Durchführung ihrer Aufgaben konzentriert. Die Partei ist seit dem Frankfurter Parteitag eine ganz neue Partei geworden. Das, was selbst vor dem Frankfurter Parteitag in den Parteidebatten nur sehr schwach und unklar ausgesprochen werden konnte, die kritische Analyse der eigenen Vergangenheit, die keineswegs dazu führen darf, die wertvollen revolutionären Traditionen des Spartakusbundes und selbst der Sozialdemokratischen Partei in ihren Anfängen wegzuwerfen, die aber dazu führen muß, daß die Partei sich endlich in breitem Ausmaße wirklich Rechenschaft gibt über die Frage, warum wir bisher alle entscheidenden Kämpfe der deutschen Revolution verloren haben, diese Arbeit hat zu einer großen inneren Stärkung der Partei geführt. Das kaum begonnene Studium des Leninismus hat wenigstens zunächst das praktische Resultat erreicht, daß die Debatten über „die Perspektive“ im falschen Sinne des Wortes aufgehört haben. Die Durcharbeitung der Partei hat die innere Aussöhnung der Parteiorganisationen und die Ueberwindung der jahrelangen inneren Spaltung gebracht. Was der Partei im gegenwärtigen Moment am meisten fehlt, das ist, daß sie in der Anwendung und Durchführung der praktischen Arbeit dieselbe Energie zeigt. Die Partei versteht es noch nicht, den Kampf um die Teilforderungen wirklich in die Massen zu tragen, die Partei versteht noch immer nicht, dem sozialdemokratischen Gegner gegenüber richtig zu manövrieren. Die Partei wird das lernen. Die Gefahr der linken Abstraktion ist in Deutschland immer noch viel geringer, als die Gefahr der rechten Abweichungen. Ultralinkes Sektierertum, das sich während der [111] Parteidebatten, im Belagerungswinter 1923/1924 in bestimmtem Umfange hervorwagen konnte, ist jetzt vollständig zurückgedrängt und geschlagen, vor allem geschlagen durch die erledigte Debatte in der Gewerkschaftsfrage, mit der die Partei zwar sehr viel kostbare Zeit verloren hat (was sich praktisch jetzt rächt), aber ideologisch wirklich viel gewonnen hat, da zum ersten Male die Gewerkschaftsfrage bis zum letzten Mitglied gestellt worden ist.

V.

Die rechten Abweichungen im internationalen Maßstab.

Genosse Sinowjew schrieb unlängst in einem Artikel über die Aufgaben der Erweiterten Exekutive, daß die Bolschewisierung Konkretisierung der Ausgabe für jedes einzelne Land bedeute. Das ist

sicherlich richtig, und die Konkretisierung der Aufgaben für jedes einzelne Land ist ein wesentlicher Fortschritt über die Beschlußfassung von nur allgemeinen Thesen. Aber natürlich bedeutet die Losung der Bolschewisierung auch eine allgemeine Linie für die Komintern. Um unsere Parteien fähig zu machen, richtig zu manövrieren, richtig in der Masse zu arbeiten, richtig die Teilforderungen gerade in der gegenwärtigen Periode zwischen zwei Wellen der Revolution zu stellen, müssen wir vor allem auch die rechten Abweichungen und die rechten Fraktionen bekämpfen. Ohne Zweifel besteht die rechte Fraktion in allen Ländern, klein, einflußlos, geschlagen, aber immer noch vorhanden. Hier wird sich gerade in der jetzigen Zeit jedes Schwanken rächen. Die letzten Ereignisse in der Tschechoslowakei haben bewiesen, daß das Zentralkomitee der Tschechoslowakei in seinem Kampfe gegen die rechten Elemente zu schwach gewesen ist. Für einen Augenblicksvorteil tauscht man für später große Nachteile, Parteikrisen größeren Umfangs, Absplitterungen in stärkerem Ausmaß ein, als es notwendig gewesen wäre, wenn im richtigen Moment auch die organisatorische Bekämpfung der Rechten eingesetzt hätte. Die KPD hat ein sehr bitteres Lehrgeld für diese Auffassung bezahlt in den Erfahrungen, die sie in der KAG-Krise gesammelt hat. In der Frage der Disziplin darf keinesfalls auch nur die geringste Nachgiebigkeit den rechten Elementen gegenüber eintreten. Die Lage ist nicht leicht. Trotz aller Zuspitzungen im Weltmaßstabe, aller Schwierigkeiten, die insbesondere das englische Imperium durchlebt, haben wir in Mitteleuropa und insbesondere in Deutschland eine Verschleppung des Tempos vor uns, bei der die Bourgeoisie Gelegenheit hat, mittels der Methode einer scheinbaren Stabilisierung der Wirtschaft ihre Herrschaft über das Proletariat politisch und militärisch noch stärker zu befestigen. Gewiß, die Lage kann sich rasch ändern, aber wahrscheinlicher ist heute eine Periode langsamen und sehr zähen Kampfes gegen die deutsche Bourgeoisie und gegen die Weltbourgeoisie. In dieser Lage heißt die Losung der Bolschewisierung der Komintern mehr denn je: die Kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei, die Komintern die einzige Weltorganisation des Weltproletariats.

*

Die Sorgen des englischen Imperialismus um den nächsten Krieg.

A. Maslow.

1. Nochmals: englischer Pazifismus und die verflossene „Aera“.

Narren, Schwindler und die Zweite Internationale haben das ganze Jahr 1924 hindurch der staunenden Welt die frohe Botschaft verkündet vom tausendjährigen Reich, das gekommen sei. Nachdem durch einige unglückliche Zufälle, so sagten die einen, durch den hunnischen Angriffswillen des Kaiserismus, sagten die anderen (und die kaiserlich deutschen Sozialdemo-[112]kraten sagten ab 1919 nur noch „hm, hm“ dazu, weil die Sieger-„Sozialisten“, die Blum, Renaudel, Henderson, Thomas, Vandervelde, Wauters und Konsorten ja ebenso sprachen, wie ihre Poincarés, Lloyd Georges oder Theunis), kurz also: nachdem durch irgendwelche fatalen Ursachen der Krieg gekommen sei, nachdem dann ein fünfjähriger „Friede“ mit ähnlichen Methoden wie der Krieg verbreitet worden sei – nur daß hier der besiegte Teil lediglich Objekt war – nach alledem habe sich der heilige Geist der Vernunft über „die Völker“ ergossen, (wobei alle diese Schwindler „Völker“ sagten und Kapitalisten meinten). Dieser heilige Geist habe nun eine Dreieinigkeit seiner eingeborenen Söhne zur Erlösung der Menschheit geschaffen, die aber auch gleichzeitig wie die Weisen aus dem Abendlande gekommen seien, das Kindlein „Friede“ anzubeten und dem Herrn Doktor Marx zu bescheinigen, daß er eine respektable Josephsfigur sei; Dawes, Macdonald und Herriot waren die drei Weisen, ein papierner Traktat der Gegenstand der Anbetung und Marx – nun ja, der Joseph, der still duldet, dieweil er nichts anderes gelernt, noch kann.

Die Idiotie dieser sentimentalischen Posse war für jeden klar, der sehen oder auch nur lesen wollte. Und lesen konnte ja jeder, da ja der heilige Pakt nicht wie die Thorarollen der Juden in kabbalistischen Zeichen auf Kalbsfell gemalt und im Schrein verborgen, sondern in allen zivilisierten Sprachen gedruckt war und in jedem Buchladen zu kaufen war: das Sachverständigengutachten.

Was in dieser Broschüre stand, wenn man alle süßlichen Redensarten strich, das war: Deutschland wird gemeinsam von den Siegern ausgeräubert, aber der Plan zur Ausräubung ist so elastisch, daß wir, die Sieger, uns gegenseitig werden auch noch begaunern können.

Und wer kein Narr war (oder kein Mitglied jener ehrenwerten Zweiten Internationale), der wußte: mit der Annahme des Dawesplanes muß die pazifistische „Aera“ aufhören, weil der Dawesplan, ganz gegen den Willen seiner Verfertiger, an Stelle der gelobten Befriedung die Steigerung der Kriegsvorbereitungen der großen Räuber gegeneinander bringen muß.

Prompt kam auch in England der Sturz des tugendhaften (und nicht durch Barmatkonten, sondern durch Hofuniform, das freundliche Grinsen eines halbidiotischen Königs und die „Freundschaft“ eines konservativen Zwiebackfabrikanten, ein Automobil, Zwiebackaktien und die ganze „honorable“ Atmosphäre der Kleinbürgerlichkeit nach „Gentleman“-Allüren bestochenen) Mister John Ramsay Macdonald. Die „Aera“ des „konstruktiven“ Sozialismus war aus. Der nüchterne, hausbackene und beschränkte Baldwin löste den beschränkten, pathetischen und beinahe einer Lordschaft würdigen „old Mac“ ab, die Churchill, Chamberlain, Birkenhead und Curzon aber zeigten an, wohin die Reise geht: in den nächsten imperialistischen Krieg.

Der Pazifismus des englischen Imperiums war eine erzwungene Angelegenheit: das Imperium war nach dem Kriege etwas ganz anderes geworden, als vorher. Es war vor dem Kriege, trotz allem, der imperialistische Herr der Welt. Es war nach dem Kriege ein Reich geworden, dessen einzelne Teile selbständig zu werden begannen, das insgesamt ganz und gar nicht mehr die erste Stelle einnahm, vielmehr um seine Existenz in der Metropole schwer zu ringen hatte, das überall auf dem ganzen Erdball auf einen neuen Gegner stieß, der wahrlich von anderem Gewicht ist, als das mitteleuropäische Deutschland der Junker und Schlotbarone von 1914-1918, auf die Vereinigten Staaten. Ueberdies hatte das Imperium „Freunde“ verloren, die alsbald zu Feinden wurden: Rußland, Frankreich, Japan. Der Ersatz, in Gestalt von Estland und Litauen war mäßig. Der Appetit, an für sich groß genug (nach Petroleum, Baumwolle, Kautschuk, Märkten), mußte durch Fasten „gestillt“ werden. Die Schwierigkeiten türmten sich – England wurde „pazifistisch“ und baute seine Luftflotte und seine Unterseeboote.

Aber nachdem die englischen Imperialisten die ersten Anzeichen innerer Gefahren wie äußerer „Möglichkeiten“ erblickten, stürzten sie ihre willigen Lakaien – viel früher, als diese Tröpfe es für „möglich“ gehalten, so früh, [113] daß selbst Herr Hilferding der Atem fortblieb – und die „Aera“ war aus. Aus und begraben. Herriot wurde auf sechs Wochen krank und studierte während dieser Zeit die Poincarésche Grammatik (er hat sie vortrefflich erlernt). Luther führte die uniireformistische Lehre ein, deren kleiner Katechismus (mit Erläuterungen der Deutschnationalen) lautet: den Dawes-Plan führen wir durch, und wer zahlt, dem werden wir Kanonenfutter liefern, – kurz, auch der Dümme merkt allmählich (nur die 2. Internationale stottert noch die alten, nicht reformierten Texte), daß ein anderer Wind bläst.

Alles das sind beileibe keine Neuigkeiten. Aber eine Neuigkeit, daß das führende englische imperialistische Weltblatt, die „Times“, offen über den nächsten Krieg schreibt.

Vom 2. bis 6. Februar erschienen in der „Times“ fünf große, je 1½ bis 2 Times-Spalten lange Leitartikel, welche sich, der Ueberschrift nach, mit den „Dominions und der auswärtigen Politik“ beschäftigen, in Wirklichkeit aber über die englischen Sorgen handeln; das Thema dieser Artikel ist der nächste Krieg, und sie sagen genau das, was wir Kommunisten über den englischen Pazifismus und Imperialismus sagten, nur mit englisch-imperialistischen Details und in dem typischen Jargon der Churchill und Chamberlain. Diese Artikel sollen im folgenden analysiert werden.

2. „Eine bedrohliche Lage.“

Der erste dieser Artikel stellt die Frage der Existenz des britischen Reiches. Wir haben immer und immer wieder betont, daß die zentrifugalen Tendenzen der Dominions (Kanada, Australien, Neuseeland, Süd-Afrika, Freistaat Irland) mit der Industrialisierung der Kolonien das Grundproblem der britischen „Innenpolitik“ (im Reichsmaßstab) bilden. Daß diesem Problem nicht mit

Reichskonferenzen beizukommen ist, hat Baldwin 1923 erfahren: er stürzte, trotz einer Reichskonferenz. Das konservative Rezept einer hohen Zollmauer um das britische Reich (sozusagen eines „geschlossenen Handelsstaates“) ist ebenso wenig wert: die ökonomischen Interessen der Dominions laufen mit denen der Metropole (die Extraprofite haben will und muß, um inneres Gleichgewicht auf der Insel herzustellen) nicht parallel, sondern auseinander.

Wie stark die Loslösung vom Mutterlande bereits ist, zeigten Vorfälle, wie die bekannte Rede des kanadischen Ministerpräsidenten King, wie der Vorfall anlässlich des Lausanner Vertrages, den Kanada nicht ratifizieren wollte, wie Reden des australischen Premiers Bruce, wie die Wahlen des boerisch-nationalistischen Herzog zum südafrikanischen Premier, wie das Anwachsen der republikanischen (De Valera-)Bewegung in Irland, wie viele noch hinter den Kulissen gehaltene Ansprüche der Dominions auf Gleichberechtigung bei großen internationalen Konferenzen.

Davon geht der erste „Times“-Artikel aus und sagt ganz trocken, nachdem er nur wenige solche Vorfälle genannt:

„Diese Ereignisse zeigen nicht irgendwelche baldige Auflösung des Britischen Reiches an, aber sie weisen auf eine tiefgelegene Schwierigkeit hin, die außerordentlich gefährlich werden wird, falls sie nicht klar und vernünftig in der nächsten Zukunft gelöst wird.“

Das nennt man eine diplomatische Sprache. Keine Auflösung – das ist eine kalte Dusche für Hilferding, der, ein neuer und nicht blinder Homer, die Harfe schlug und das Lied vom Erstarren des britischen Imperiums näselt –, aber, aber doch eine große Gefahr.

Einige Zeilen später sagt der „Times“-Mann ohne jede Diplomatie, daß die sechs „sich selbst regierenden Nationen“ (England, Irland, Kanada, Australien, Neuseeland, Süd-Afrika) über die Außenpolitik sich einigen müssen:

„Es ist das ein Problem von der größten Bedeutung, weil es schließlich die Existenz des Reiches selbst betrifft. ... Wir müssen uns einigen; oder das Reich wird sich auflösen.“

[114] Es ist klar, daß ein Imperialistenblatt so starke Worte nicht zum Spaß gebraucht. Welche bedrohlichen Ereignisse stehen vor der Tür, daß die „Times“ plötzlich die Trompete der „Eini-gung“ – mit Südafrika oder Irland bläst?

Lassen wir die „Times“ sprechen; sie spricht beredt:

„Das wirkliche Problem ist nicht ein Abkommen über allgemeine Richtlinien, sondern ein Abkommen über jene praktischen internationalen Schwierigkeiten, welche noch nicht im voraus gesehen werden können, welche sich überall erheben, und welche das Reich in Verpflichtungen oder Bindungen, oder in Kriegsgefahr bringen können, bevor sie gelöst werden können.“

Das ist schon deutlich genug. Während die Herrschaften um Blum und Renaudel beschließen, den neuen Poincaré, Herriot, das Ideal des „klugen“ Breitscheid, weiter zu unterstützen, während Jimmy Thomas schwört, Klassenkampf sei ein verdammter Unsinn, während die Welse, Dans, Spinasses, Sakysows – von den sozialdemokratischen Halunken in Estland, Lettland, Polen, Rumänien, Ungarn zu schweigen – Pazifismus heucheln und den englischen Krieg gegen die Sowjetunion „hintenrum“ predigen, währenddessen fragt sich die „Times“, ob England diesen Krieg schon führen kann. Und immer wieder heißt es:

„Das vitale Problem ist, wie soll man die großen internationalen Tendenzen behandeln, die überall in dieser oder jener Form vorhanden sind, die die schließliche Gefahr eines Krieges mit sich bringen.“

Ist das die Hetze zum Krieg? Nein. Die braucht die Jingo-Presse nicht: die 2. Internationale besorgt ja die Hetze. Die Jingo-Presse aber hat Sorgen, Sorgen, ob das englische Reich schon bereit ist zu dem Krieg, auf den „die internationalen Tendenzen“ rapid hintreiben:

„Krieg, weil er Sicherheit, Leben und Handel bedroht, ist und muß immer sein der hauptsächliche Gegenstand der Betrachtung, sowohl von Großbritannien wie der Dominions.“

Das klingt etwas anders, als die frech-einfältigen Schalmeien Hilferdings vom ewigen Frieden, den seine Weisheit nebst der Tugend Herriots geschaffen.

Aber wo zum Teufel sind Kriegsgefahren? Der „Times“-Mann sagt, nachdem er (wie es sich gehört) erklärt hat, daß jede „Nation“ den Krieg vermeiden will, ganz trocken:

„Schon ist der Krieg, oder die Kriegsgefahr, **uns viel näher, als wir es im allgemeinen glauben**. Er kann, wie 1914, entstehen, weil die internationale Spannung zwischen einander entgegengesetzten Idealen und Völkern (eine noble Ausdrucksweise! A. M.) unerträglich geworden ist. Oder er kann entstehen, weil eins der internationalen Probleme, die fortwährend aufkommen, bei der Lösung verfahren wird. (Vom Völkerbund, Herr Hilferding, sagt dieser Anonymus, der entschieden klüger ist als die 2. Internationale, kein Wort. A. M.) Es ist gut, manchmal daran zu erinnern, daß das Los unserer vielgepriesenen modernen Zivilisation seit 1895 die größte Reihe von Kriegen war, die die Welt jemals gesehen, der chinesisch-japanische Krieg, der spanisch-amerikanische Krieg, der Burenkrieg, der russisch-japanische Krieg, der türkisch-italienische Krieg, der Balkankrieg und der Weltkrieg. Und selbst seit dem Waffenstillstand hat es einige garstige Zwischenfälle gegeben, wegen der Meerengen, (wo es beinahe zwischen England und Frankreich zum Krieg gekommen wäre, 1919, A. M.), wegen Korfu (Italien-Griechenland, A. M.), in Aegypten (Frankreich, Italien-England, A. M.), im Ruhrgebiet (Frankreich-England, Amerika, A. M.), bei der Behandlung des Problems der japanischen Einwanderung durch den amerikanischen Senat, beim Zusammenbruch des „parlamentarischen Regimes (von Englands und Amerikas Gnaden, A. M.) in China und dem Austausch eines triumphierenden Militarismus (der nur deshalb so genannt wird, weil er [115] japanfreundlich ist, A. M.) Jeder dieser Zwischenfälle konnte, wenn er schlecht behandelt wurde (delikate Ausdrucksweise! A. M.), einen lokalen Konflikt als Ergebnis bringen; und in der modernen Welt übt jeder Krieg, wo er auch sein mag, sofort seinen Einfluß aus auf Handel und Produktion aller Nationen und ist fähig, wie ein Steppenfeuer, weit über sein Ursprungsgebiet sich auszubreiten.“

Was der Leitartikler der „Times“ hier sagt, zeigt, daß er den Imperialismus besser kennt, als die Gesundheits-, Tränenweiber und frechen Hanswürste, der 2. Internationale. Er schildert gerade die Epoche des Imperialismus (von 1895 ab), er zeigt, wie der Weltmarkt sofort gestört ist, sowie irgendwo ein Krieg ausbricht, und er sagt nüchtern, daß jeder der „Zwischenfälle“ seit 1919 schon wieder hätte – einen neuen Weltkrieg bringen können.

Nun, das ist gut für die „Theorie“, werden vielleicht die Scharlatane der 2. Internationale einwenden. Aber wo haben wir heute Kriegsgefahren? Bei der Vernunft von Hilferding! Bei der Reisetätigkeit von Breitscheid oder Gerlach! Bei der Beredsamkeit von Blum oder Macdonald! Bei der Tugend von Missis Ethel Snowden! Bei der „Realpolitik“ der ungarischen Sozialdemokratie! Und wo Kautsky noch lebt! Der „Times“-Mann ist anderer Ansicht, und gibt sie bekannt zugleich mit seinem – durchaus richtigen – Urteil über den „Völkerbund“:

„Der Krieg ist in der Tat eine bei internationalen Angelegenheiten **immer vorhandene Möglichkeit**. Er ist eine Gefahr, die unabtrennbar ist von nationaler Souveränität (lies: imperialistischem Räuberstaat, A. M.). Die Kriegsgefahr kann so lange nicht behoben werden, als die Welt in einzelne souveräne Staaten zerfällt, (lies: kapitalistische, imperialistische Staaten, A. M.) – der Völkerbund ... kann nicht den Krieg selbst beseitigen, **weil kein Völkerbund die Lasten eines Staates auf sich nehmen kann**, (zu deutsch: weil die Interessen der Räuber unvereinbar sind und der „Völkerbund“ ein Schwindel ist, A. M.) Ja, selbst der Völkerbund ist eine Vereinigung, **um in den Krieg zu gehen**, um gewissen Maximen des internationalen Rechts (lies: Räuberabsichten, A. M.) Geltung zu verschaffen.“

Ausgezeichnet! Was da gesagt ist, ist wenigstens eindeutig: der englische Imperialismus wird den „Völkerbund“ mit Freuden benutzen, um seine Räuberpläne durchzusetzen, z. B. um die Sowjetunion anzugreifen, (wozu alle Helden der 2. Internationale ihn auffordern und wozu die Luther-Regierung sich anbietet); aber der englische Imperialismus wird auf den Völkerbund pfeifen, wenn er Konflikte Englands mit einem anderen Imperialismus „lösen“ wollte; und überdies wird das Pfeifen sehr leicht sein, da der „Völkerbund“ kein Staat ist, also keine Machtmittel hat, diese Konflikte seiner eigenen „Mitglieder“ mit Gewalt zu verhindern. (Auf „Ueberredung“ geben nur die Sozialdemokraten etwas: die sind am 8. kaiserliche Staatssekretäre und am 9. Republikaner, oder, wie Auer, alles beides; sie sind, wie in Ungarn „Sozialisten“, angestellt bei Horthy; oder sie lassen ihr weiches Herze durch die armen Flüchtlinge Barmat rühren und erben dabei ein Konto, wie Bauer.)

Doch weshalb redet die „Times“ so viel von diesen unangenehmen Dingen, wo doch noch vor wenigen Monaten nur Friedensphrasen (auch in der „Times“) Mode waren?

Sehr einfach: die Kriegsgefahr ist aktuell! Und da wachsen die Sorgen der englischen Imperialisten. Denn:

„Einerseits besteht die Gefahr, daß es (das Reich) wegen seines Bestrebens nach einer Einheit zu schwankender Auslandspolitik (lies: Ausweichen vor Konflikten, A. M.) gezwungen wird, was die Sicherheit bedrohen und die Kriegsgefahr steigern würde (lies: was der imperialistische Gegner zum Nachdrängen benützen wird, A. M.). Auf [116] der anderen Seite besteht die Gefahr des Auseinanderreißen (des Reichs, A. M.). Wenn die Nationen vor dem großen Dilemma stehen, entweder in einen Krieg zu geraten, dessen Ursache sie nicht verstehen oder nicht anerkennen, oder dem Krieg zu entgehen, aber das Reich zu zerbrechen.“

Drückt man sich weniger poetisch aus, so heißt das: der Krieg steht möglicherweise vor der Tür, aber der Teufel mag wissen, ob die verdammten Kanadier, Australier, Neuseeländer, Buren und Iren uns wieder Kanonenfutter liefern werden, ohne das England keinen Krieg führen kann. Aber woher die Zweifel? Nun:

„Der Grund ist der, daß die Situation innerhalb des Reiches vollkommen verändert ist, während die Instabilität der internationalen Situation sich nicht geändert hat. Diese Veränderung hat die britische öffentliche Meinung kaum zu verstehen begonnen.“

In der Tat: die Dominions lassen sich nicht mehr einfach kommandieren und das Mutterland ist kein mit Extraprofiten reichesegener parasitärer Wucherstaat mehr. Sehen wir jetzt zu, wie die „Times“ die Sache beschreibt.

3. Der Humor davon.

Hier beginnt unser Anonymus aus der „Times“ zu drucksen und tischt lediglich formale Geschichten auf. Die Dominions sind bei dieser und jener Gelegenheit (immer von Kriegen) befragt worden, bei jener und dieser aber nicht. 1914 haben sie sich nicht besonnen, (es ging ja um die Zivilisation!), aber immerhin saßen im Kriegskabinett Vertreter der Dominions (zu Informationszwecken; damals waren sie noch bescheiden: ihre Soldaten wurden totgeschossen – für die Zivilisation! – und die Minister „informierten“ sich). 1918 verlangten sie mehr Rechte und bekamen sie scheinbar; dafür lieferten sie auch mehr Soldaten. Bei der berühmten Friedenskonferenz durften sie dabei sein; sogar ein Inder durfte das, (die totgeschossenen – für die Zivilisation! – Hindus natürlich nicht), aber gefingert wurde die Sache von den „großen Vier“ (Wilson, Lloyd George, Clemenceau und dem Italiener). Seitdem „zogen sie sich zurück“, sagt der „Times“-Mann:

„Nach dem Krieg begannen die Dominions natürlich Europa zu vergessen und waren mit den speziellen Problemen ihrer eigenen Länder beschäftigt.“

Es wird gut sein, an diese „Beschäftigungen“ zu erinnern: in Irland „beschäftigten“ sich die Iren damit, drei Jahre lang Engländer abzuknallen, während die Engländer wiederum, die nicht „vergessen“ hatten, daß Irland in Europa liegt, die Iren abknallten, aber schließlich sie zu einem Dominium machten, was ein oberfaules Kompromiß war.

In Kanada „beschäftigten“ sich die Leute damit, möglichst viel amerikanisches Kapital zu importieren, so daß Kanada heute eine Halbkolonie des amerikanischen Finanzkapitals ist, nicht nur finanziell, sondern auch kulturell (und ideologisch) stark an die USA gebunden. In Australien „beschäftigte“ man sich damit, einen Wettlauf des Kapitalimports zu inszenieren, und das amerikanische beginnt dem englischen den Rang abzulaufen. Dasselbe in Neuseeland. Und in Südafrika schließlich „beschäftigte“ man sich damit, einen höchst reaktionären Boeren-Nationalismus aufzuziehen, der jetzt die Hertzogsche Regierung gestellt hat. Unter solchen Umständen konnte „man“ schon „Europa vergessen“, (die toten Soldaten sind dort gut begraben). Unter solchen Umständen konnten auch solche Dinge passieren, wie die kanadische Weigerung, den Lausanner Vertrag anzuerkennen, was, wie der „Times“-Mann richtig bemerkt, die Konsequenz haben konnte:

„sich vom Reich zu trennen und auf eigene Rechnung mit der Türkei Frieden zu machen“.

Schlechtes Verständnis für Europa? Aber die Dominions wiederum, sagt unser Gewährsmann, haben wenig Zutrauen zum Foreign Office [117] (dem dafür Zwieback-Macdonald bei der Präsentierung gefälschter Briefe voll vertraut).

Wozu aber die beweglichen Klagen? Erstens, weil diese „Nationen“ der Dominions der, nach der Meinung des „Times“-Mannes, verkehrten Anschauung huldigen, daß das beste Mittel, den Krieg zu vermeiden, ist: sich nicht auf die internationalen Fragen einzulassen. Drückt man das deutlicher und undiplomatischer aus, so ist folgendes gemeint: der Krieg kann morgen beginnen; die Dominions aber haben nicht nur zentrifugale Tendenzen, sondern sie sind noch nicht imperialistische Staaten und suchen deshalb, sich zu desinteressieren. Deshalb muß man sie interessieren am Krieg (sonst könnten sie imperialistisch, aber anti-englisch werden). Das drückt unser Mann so aus:

„Die natürliche und unvermeidliche Tendenz Großbritanniens ist, zu glauben daß der beste Weg, den Krieg zu vermeiden, ist, sofort in jeden drohenden internationalen Disput einzugreifen mit einer Aktion, die dazu bestimmt ist, eine friedliche Lösung zustande zu bringen, bevor die öffentliche Meinung (die von der „Times“ und ähnlichen Blättern gemacht wird, A. M.) begonnen hat, sich in unversöhnlichen Positionen zu versteifen, (wohin die „Times“ aller Länder sie im passenden Moment schon bringen werden, A. M.)

Nun muß man wieder fragen, welche Kriegsgefahr eigentlich die „Times“ sieht. Und da stellt sich heraus, daß sie – durchaus richtig – die ganze Welt als eine einzige „Kriegsgefahr“ erblickt und ... Sorgen bekommt. Ob nicht schon zu spät, (trotz Hilferding und Quidde), das ist eine andere Frage.

Nachdem unser Orakel von der „Verantwortung“ – billiger machen es keine Imperialisten und das „Hamburger Echo“ der SPD möchte auch solche Verantwortung haben – für Indien, Aegypten, den Irak, West-Indien, Ost- und Westafrika, den Malaiischen Staaten und „den Kohlenstationen überall“ gesprochen hat, sagt es höchst aufrichtig von England:

„Und es weiß dazu, daß es niemals Europa gegenüber gleichgültig sein kann, weit ja Frankreich, Spanien, Italien, die Türkei und Rußland alle in der Lage (!! A. M.) sind, seine Verbindungen mit Australien und dem Osten zu bedrohen.“

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, sogar Irland nicht die gleichen Sorgen haben, von den englischen Kolonien zu schweigen: sie können alle ohne den kleinen Parasiten auf der englischen Insel eben, der Parasit ohne sie aber kaum einige Tage.

Daher entsteht die Notwendigkeit für England, im Weltmaßstab mit seinen Dominions das zu machen, was es vorher nur mit seinen Arbeiteraristokraten zu tun brauchte: sie zu **bestechen** und am englischen Imperialismus zu interessieren.

Aber das ist schwer: die Arbeiteraristokraten bekamen Brocken aus den kolonialen Extraprofiten. Um die Dominions zu bestechen, muß man einen **Krieg** führen und neue Gebiete erobern, nämlich in der Sowjetunion. Um aber den Krieg führen zu können, der ein Weltkrieg werden wird, (kann, sagt der „Times“-Mann in seinen oben zitierten Andeutungen), muß man der Dominions sicher sein. Und man ist ihrer nicht sicher.

Daher die Sorgen, daher auch die Versuche, jemand anderen für England diesen Krieg führen zu lassen, nämlich die baltischen Staaten, Rumänien, Polen und – Deutschland, (obwohl die englischen Imperialisten die Gefahr kennen, und eben deshalb unentschlossen sind).

Deutschland? Ja, Deutschland. Die „Times“ deutet das so an:

„Heute ist Zentral- und Westeuropa stabilisiert dadurch, daß die siegreichen Alliierten Deutschland gezwungen haben, militärisch impotent zu werden, – 100.000 Mann gegen 700.000 in Frankreich, 150.000 in [118] der Tschechoslowakei, 250.000 in Polen. Das war unvermeidlich nach dem Krieg (! aha ! A. M.). Es ist wahrscheinlich (Schacherobjekt mit Frankreich, A. M.) noch. Aber es ist klar, daß das nicht für immer so bleiben kann. Früher oder später muß es Deutschland erlaubt werden, oder es wird sich mit Gewalt selbst das Recht nehmen, mit seinen Nachbarn auf gleichem Fuße zu verkehren.“

Hier ist die Erklärung für Luthers Landsknechts-Angebote, hier zugleich die Gefahr eines Krieges, in den Deutschland zuerst hineingerissen wird. Schon einmal hat das imperialistische England einer bürgerlichen deutschen Regierung so „gute“ Ratschläge gegeben: der Regierung Cuno, den der Lord Abernon zum Ruhrkrieg animierte.

Ohne viel Worte zu verlieren, kann man bemerken, daß bei diesem gewagten Spiel, England allen Anlaß zu Sorgen hat: es kann (und es wird) sich den Hals brechen bei einem kriegerischen Abenteuer, das es auf diese, „lokalisierte“ Weise anzuzetteln nicht abgeneigt ist. Es wird sich den Hals brechen, weil tatsächlich seine wichtigsten Verbindungen in solchem Falle in Händen wären, die ihm verdammt unangenehm werden.

Was aber die deutschen „Politiker“ betrifft, so werden wir Kommunisten ihnen den weder freundschaftlichen noch wohlmeinenden Rat geben, sich lieber nicht auf so schöne englische Vorschläge einzulassen. Wir zeigen den Arbeitern schon heute, welche Politik die wirklichen Herren Deutschlands für ihre Kolonie planen, und wir sind überzeugt, daß jeder, der sie versuchen wird, über das Ende dieses Experiments nicht erfreut sein wird: er wird daran sterben.

Aber da das deutsche Proletariat kein Interesse daran hat, durch einen Krieg zur Macht zu kommen, der ihm große Verluste beibringen würde, (was vielleicht vielen „Patrioten“ sehr erwünscht wäre), deshalb geben wir Herrn Luther jenen Rat, den zu befolgen vielleicht doch noch in seiner Macht liegt.

*

Vom Trotzismus in der deutschen kommunistischen Bewegung.

Von E. Schneller.

Die Auseinandersetzungen über Leninismus und Trotzismus werden in unserer Partei mit großer Gründlichkeit durchgeführt. Sie haben jedoch den einen großen Mangel, daß dabei die Probleme zu „russisch“ behandelt werden und daß die deutschen Fragen fast völlig ausscheiden.

Wir haben weder die Geschichte der russischen Bolschewiki noch die der eigenen Partei bisher genügend studiert. Anscheinend „lieben“ wir unsere Partei zu sehr, als daß wir wagten, die Wurzeln ihrer Fehler in der Vergangenheit so bloß zu legen, daß wir die Partei von Grund auf bewußt umstellen könnten. Wir sollten sie mehr lieben (ohne Gänsefüßchen!), indem wir mehr aus ihrer Geschichte zu lernen versuchen. Die breiteste Parteimitgliedschaft ist zwar in den Aktionen aktiv beteiligt gewesen, sie hat aber bis zum Oktober 1923 an keiner tieferen parteitaktischen Auseinandersetzung teilgenommen.

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Partei an den Auseinandersetzungen in der RKP vor dem Oktober 1923 keinen Anteil genommen hat, und daß gerade die letzten Debatten und ihre Auswirkungen auch in der deutschen Partei einen lebhaften Widerhall gefunden haben. Infolge der harten Auseinandersetzungen über den deutschen Oktober ist es möglich gewesen, auch die Trotzki-Debatte sofort in voller Breite durchzuführen. Aber gerade diese Debatte sollte uns jetzt über die Oktoberauseinandersetzungen hinaus zu einer ernsten Ueberprüfung unserer gesamten Parteigeschichte führen.

[119] Bis an eine zusammenfassende Darstellung der Parteigeschichte – die zugleich ein Lehrbuch für die Bolschewisierung sein müßte – herangegangen werden kann, sind noch sehr viel Vorarbeiten zu leisten (zuerst vor allen Dingen die Sammlung des Materials). Das kann jedoch nicht heißen, daß wir abwarten und auf die Lehren verzichten, die uns aus der Geschichte der Partei geradezu aufgedrängt werden.

Wir können zum Beispiel nicht zulassen, daß unsere Parteigenossen weiterhin verschiedene Broschüren aus der Kriegs- und Revolutionszeit kritiklos studieren und dabei immer wieder Lehren in sich aufnehmen, die durch die Erfahrungen der russischen und der deutschen Revolution als fehlerhaft widerlegt sind.

Die Beurteilung der russischen Revolution.

Die KPD hat einen wesentlich anderen Entwicklungsgang genommen die KAP. Die revolutionäre Opposition in der SPD der Vorkriegszeit – unter Rosa Luxemburgs Führung – stand in sehr vielen Fällen im Gegensatz zu Lenin und zur Partei der Bolschewiki. Die Gegensätze bestanden während des Krieges, sie beeinflussten die Stellung des Spartakusbundes bei Zusammenbruch des Krieges und wirkten, da sie nicht ausgetragen wurden, in der Politik der deutschen Partei sehr stark hemmend. Erst die Lehren der Oktoberniederlage haben der Partei in ihrer Gesamtheit den Weg zur leninistischen Partei gewiesen. Aus den Gegensätzen zur KAP, die in vielen Fällen (nicht in allen!) die Gegensätze Trotzki zur KAP sind, lassen sich die Hauptmängel in der deutschen revolutionären Bewegung erklären. Wir können zunächst nur einige Anhaltspunkte für die Aufdeckung dieser Gegensätze geben, insbesondere kommt es dabei darauf an, die Gegensätze herauszugreifen, die eine Uebereinstimmung der deutschen revolutionären Gruppe bzw. Partei mit Trotzki gegen Lenin zeigen. Wir können aus dem deutschen Trotzkiismus den russischen und internationalen um so besser begreifen, und – was notwendig ist – bekämpfen und ausrotten. Die Uebereinstimmung mit Anschauungen Trotzki diente wahrlich nie zum Besten der Revolution, sondern führte zu großer Verwirrung und zu großen Niederlagen.*)

Die russische Revolution – in ihrem Verlauf und in ihren Ergebnissen – paßte nicht in die Theorie des Spartakusbundes hinein. Er fand so kein Verständnis für die russische Revolution und auch kein Verhältnis zu ihr.

Kennzeichnend für die Stellung des Spartakusbundes zu den Bolschewiki ist die Tatsache, daß bei Betrachtung der russischen Revolution in den Spartakusbriefen (April und Mai 1917) zwar alle Dokumente der Tscheidse und Zeretelli abgedruckt wurden, daß die Bestrebungen der Bolschewiki jedoch mit keinem Wort Erwähnung fanden. Der Spartakusbund stand zwar in schroffem Gegensatz zu den deutschen Tscheidse und Zeretelli, zu den Kautsky und Haase, verstand aber nicht das Wesen des Opportunismus und vermochte daher nicht die Wesensgleichheit des russischen und des deutschen Opportunismus zu erkennen. So wurde im Aprilbrief 1917 der russischen Revolution die folgende Aufgabe gestellt:

„Die Revolution in Rußland hat so heute im ersten Anlauf über den bürokratischen Absolutismus gesiegt. Aber dieser Sieg ist nicht das Ende, sondern nur ein schwacher Anfang. Andererseits muß die einmal geweckte Energie des russischen Proletariats mit ebenso unvermeidlicher geschichtlicher Logik wieder in die Bahn einer extremen demokratischen und sozialen Aktion einlenken und wieder das [120] Programm von 1905, demokratische Republik, Achtsturentag und Enteignung des Großgrundbesitzes aufrufen.“

Der Verfasser dieses Briefes sieht in der russischen Revolution einfach die Durchführung der bürgerlichen Revolution, ohne zu bedenken, daß die Beseitigung der Reste des Feudalismus – also des Zarismus – ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus unmöglich ist, daß sich also die bürgerliche und demokratische Revolution in die proletarische umwandeln muß.

Man vergleiche dazu, welche Ziele Lenin in seinem Abschiedsbrief die Schweizer Arbeiter, Anfang April 1917, der russischen Revolution steckt:

„Dem russischen Proletariat ist die große Ausgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu beginnen. Unmittelbar kann jetzt der Sozialismus nicht siegen: Aber der Bauerncharakter des Landes kann angesichts des großen feudalen Grundbesitzes der bäuerlich demokratischen Revolution in Rußland einen ungeheuren Schwung geben und sie zu einem Vorspiel der sozialistischen Weltrevolution machen und die Einleitung zu demselben bilden. Eine solche Umwälzung wäre an und für sich keine sozialistische. Aber sie würde der internationalen Arbeiterbewegung einen mächtigen Ansporn geben. Sie würde die Position des sozialistischen Proletariats in Rußland außerordentlich stärken und einen ungeheuren Einfluß auf das Landproletariat und das arme Bauerntum ausüben. Diese Umwälzung würde dem städtischen

*) Wir geben nur Anhaltspunkte, stellen noch keine Untersuchung an. Diese Untersuchung müßte sich zuerst auf die theoretischen Gegensätze in der Theorie des Imperialismus erstrecken, darüber kann im Rahmen eines Artikels nicht gesprochen werden, das bedarf gründlicher Auseinandersetzung.

Proletariat die Möglichkeit geben, gestützt auf das arme Bauerntum, Arbeiterdelegiertenräte zu bilden, durch die sie die alten Unterdrückungsorgane des Staates, das Heer, die Polizei, die Bürokratie ersetzen und unter dem Drucke der furchtbaren Folgen des imperialistischen Krieges eine Reihe revolutionärer Maßregeln zur Kontrolle der Produktion und Konsumtion durchführen können. Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution siegreich durchzuführen. Aber es kann der jetzigen russischen Revolution eine solche Schwungkraft verleihen, die die besten Bedingungen für eine derartige Umwälzung schaffen, sie im gewissen Sinne beginnen würde.“

Lenin stellt also „aus der Ferne“ der russischen Revolution die Aufgabe, über die demokratische Republik hinauszutreiben. Die Partei der Bolschewiki, die diese Aufgabe sieht, wird sie im ungeheuren Kampfe gegen alle anderen Parteien durchsetzen.

Der Spartakusbund sieht nicht die Möglichkeiten der russischen Revolution und ihre weitere Entwicklung. Das geht aus dem August-Spartakusbrief 1917 und aus den späteren Äußerungen bis zum September 1918 klar hervor. Noch im September 1918, also 10 Monate nach dem russischen Oktober, heißt es in den Spartakusbriefen:

„Es ist eben die falsche Logik der objektiven Situation: **jede sozialistische Partei** (die Menschewiki, die SR standen offen im Lager der Konterrevolution – was soll die „Neutralität“ des Spartakusbundes gegenüber dieser Gesellschaft! D. V.), die heute in Rußland zur Macht gelangt, muß eine falsche Taktik befolgen, solange sie als ein Teil der internationalen proletarischen Armee vom Gros dieser Armee im Stiche gelassen wird.“

Oder in demselben Brief besagt eine andere Stelle:

„Die proletarische Diktatur und sozialistische Umwälzung in einem einzelnen Lande durchführen, das von starrer imperialistischer Reaktionsherrschaft umgeben ist und vom blutigsten Weltkrieg der menschlichen Geschichte umtobt wird, das ist eine Quadratur des Zirkels. Jede sozialistische Partei müßte an dieser Aufgabe scheitern und zugrunde gehen – ob sie den Willen zum Sieg [121] und den Glauben an den internationalen Sozialismus oder aber den Selbstverzicht zum Leitstern ihrer Politik macht.“

Im Januar 1918 hieß es in den Spartakusbriefen:

„Die Klassenpolitik des Proletariats von Hause aus und in ihrem Kernwesen, international, wie sie ist, kann nur international verwirklicht werden. Bleibt sie nur auf ein Land beschränkt, dann wird auch die Aktion des revolutionären Vortrupps in ihren weiteren Folgen auf den Kopf gestellt. Und so ist auch die einzige bisherige internationale Wirkung der russischen Revolution eine gewaltige Machtstärkung des deutschen Imperialismus und eine allgemeine Verschärfung des Weltkrieges.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Darin liegt das Schicksal der russischen Revolution, darin ihr Glück und Ende eingeschlossen. Sie kann lediglich als Prolog der europäischen Revolution des Proletariats ihr Ziel erreichen. Werden hingegen die europäischen, die deutschen Arbeiter dem spannenden Schauspiel weiter wohlwollend zuschauen und nur die Zaungäste spielen, dann darf die russische Sowjetherrschaft nichts anderes gewärtigen, als das Geschick der Pariser Kommune.“

Diese Ausführungen sind eine konsequente Fortsetzung des Augustbriefes 1917:

„Die internationale Katastrophe vermag nur das internationale Proletariat zu beenden. Den imperialistischen Weltkrieg kann nur eine proletarische Weltrevolution liquidieren. Die Diktatur des Proletariats ist in Rußland, falls eine internationale proletarische Revolution ihr nicht rechtzeitig Rückendeckung schafft, zu einer betäubenden Niederlage verurteilt, gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte.“

„Diese Sachlage bedingt, daß das russische Proletariat trotz all seiner heroischen Kämpfe und Siepe, trotz seiner Machtentfaltung gegen den Krieg und den Imperialismus in Wirklichkeit heute verdammt ist, ein Spielball des Imperialismus zu sein und, daß jede Taktik, die es einschlagen mag, letzten Endes dem Imperialismus zugutekommt. Es gibt einfach – so paradox dies klingen mag – keine richtige Taktik, die von dem russischen Proletariat heute befolgt werden könnte: welche es wählen mag, sie wird falsch sein.“

Alle diese Auffassungen stimmen mit Trotzki's Lehren der permanenten Revolution überein und treffen damit zugleich das, was Trotzki aus dieser „Theorie“ heraus über die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs einer isolierten russischen Revolution ausgeführt hat. Er sah die Rettung der russischen Revolution allein in der direkten Unterstützung durch die Revolution in Westeuropa.

Auf Grund dieser Theorie der permanenten Revolution machte Trotzki immer die schwersten Fehler, und zwar immer dann, wenn die Unterstützung durch die europäische Revolution zur Behebung der Schwierigkeiten der russischen Revolution ausblieb. Es entspricht der Grundanschauung des Spartakus-Bundes, daß er bei der ersten großen Schwierigkeit der russischen Revolution, nämlich beim Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, in derselben Weise wie Trotzki die Taktik der Bolschewiki verurteilte. Er versucht dabei aus revolutionärer Solidarität das „Techtelmechtel der Bolschewisten mit dem deutschen Regierungs-Sozialismus und mit Hindenburg und Hertling nur aus dem verzweifelten Tasten nach irgendwelchen Anhaltspunkten für eine proletarische Aktion in Deutschland“ zu „erklären, wenn auch nicht zu entschuldigen“!

[122] Bis zu welcher Verwirrung die Unklarheiten der Theorie des Spartakus-Bundes zu führen vermochten, zeigt die Stellung der Spartakus-Briefe zur Kerenski-Offensive. Während die Spartakus-Briefe von 1918 sich gegen das „Techtelmechtel“ mit Hindenburg wenden und in der proletarischen Diktatur eine Verlängerung und Verschärfung des Weltkrieges erblicken, hatten sie die Kerenski-Offensive vom Sommer 1917 für richtig und notwendig gehalten. Es heißt in einem Artikel: „Brennende Zeitfragen“:

„Die offiziell in Rußland anerkannte Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats nimmt dem Kriege scheinbar – wenigstens für Rußland – den Charakter eines imperialistischen Annexionskrieges und reduziert ihn auf reine Landesverteidigung. In diesem Falle ist sie es auch in dem einzig wahren Sinne des Wortes, denn sie ist die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution unter der souveränen Leitung der revolutionären Massen (Kerenski – die souveräne Leitung! Die Arbeiter, Bauern, Soldaten hatten gegen die Landesverteidigung im Stile Kerenskis demonstriert! D. V.). Allein politische Verteidigung läßt sich militärisch von der Offensive nicht trennen. Wer überhaupt Krieg führt, muß ihn, um welche Ziele immer der Krieg gehen mag, militärisch möglichst auf die Offensive stellen, eingedenk des alten, bewährten Grundsatzes jedes Kampfes, daß ein kräftiger Hieb seit jeher die beste Parade ist. Offenbar durch diese Logik der Dinge gezwungen, beschloß der russische Kriegsminister Kerenski sowie die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenmasse, zur Offensive zu greifen.“

Die Partei in der deutschen Revolution.

Die Differenzen in der Frage der russischen Revolution sind dabei nicht etwa erschöpft (Rosa Luxemburgs Betrachtung der russischen Revolution zeigt, daß der Spartakusbund in entscheidenden Fragen, Rolle der Partei, Stellung zu den Bauern, zur nationalen Frage s. u. a. Spartakusbrief S. 1157, nicht auf Seiten der Bolschewiki stand!) Es erscheint jedoch notwendig, wie wir den Trotzkiismus überhaupt nicht nur russisch betrachten, auch die Stellung des Spartakusbundes zu den Problemen der Revolution vor allem deutsch zu sehen.

Ein bedeutsames Dokument für das Studium dieser Fragen liegt in Lenins Besprechung der von Rosa Luxemburg verfaßten Junius-Broschüre vor. (Vergleiche den Sammelband „Gegen den Strom“.) Lenin wendet sich gegen die These: „In der Ära dieses entfesselten Krieges kann es keine nationalen Kriege mehr geben“, und beweist in ausführlichen Darlegungen: „Nationale Kriege gegen imperialistische Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, ja, sie sind unvermeidlich.“ (Er verweist auf die Beispiele der Erhebungen Indiens, Chinas und die Kriege zur Verteidigung eines Landes nach dem Siege des Proletariats.) Er wendet sich gegen die Formel Rosa Luxemburgs auch wegen ihres pazifistischen Beigeschmacks („Abrüstungs“propaganda!). Vor allem aber bekämpft er die Schlußfolgerungen, die aus der unklaren Problemstellung gezogen werden, nämlich, daß „für das deutsche Volk in diesem Kriege Sieg wie Niederlage gleich verhängnisvoll sind“. Lenin verfiert energisch die Auffassung, daß für das Proletariat die Niederlage der eigenen Bourgeoisie eine Vorbedingung für die Durchführung des revolutionären Aufstandes bildet. Er selbst hatte diese Ausgabe gleich zu Beginn des Krieges (siehe Artikel vom 1. November

1914 im Sammelband „Gegen den Strom“) gestellt, während Junius, wie Lenin ausführt, „Angst hat, die revolutionären Losungen auszusprechen“, er wollte anfangen,

„das revolutionäre Programm durchzuführen, indem er mit dem bequemeren, ‚populären‘, für das Kleinbürgertum akzeptableren Ende anfang. Das erinnert an den Plan, die Geschichte zu überlisten, ‚die Philister zu überlisten‘. Etwa so: gegen die beste Verteidigung des wahren Vaterlandes kann [123] niemand sein; das wirkliche Vaterland ist aber die großdeutsche Republik, die beste Verteidigung ist die Miliz, das ständige Parlament usw. Einmal angenommen, würde ein solches Programm ganz von selbst zum nächsten Stadium führen: zur sozialen Revolution.“

Diese Sätze hat Lenin 1916 eigens für die deutschen Revolutionäre niedergeschrieben. Haben die deutschen Kommunisten etwa diese Lehren vor dem Leipziger Parteitag studiert, um gegen Lenin zu operieren? Denn die Thesen von Leipzig entsprechen dem Rezept der „Ueberlistung“. Ist nicht auch der Ruhrkrieg von der KPD nach diesem Rezept geführt worden? (Vergl. Thalheimers famose These von der „objektiv“ revolutionären Rolle der deutschen Bourgeoisie und Radeks Rede in Moskau: „Wir bedauern die Niederlage der deutschen Bourgeoisie“!) Und ist nicht die ganze Strategie der KPD im Jahre 1923 von der Angst, die revolutionären Losungen auszusprechen, und von dem Plan, „die Philister zu überlisten“, diktiert gewesen?!

Lenin unterstreicht zugleich den entscheidenden Mangel der deutschen Bewegung: „Der größte Fehler des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer geschlossenen illegalen Organisation, die systematisch ihre eigene Linie verfolgte und die Massen im Geiste der neuen Aufgabe erzöge.“

Diese Kritik Lenins an den ersten Äußerungen des Spartakusbundes stützt sich auf die Erfahrungen der russischen Revolution, auf die Erfahrungen der Bolschewiki und ist im wesentlichen eine Ausdehnung der Polemik gegen Trotzki auf die deutsche revolutionäre Bewegung (welcher Unterschied in der Bewertung zwischen Spartakusbund und Trotzki zu machen ist, davon an anderer Stelle!). Die Kritik Lenins (jeder Genosse sollte sie aufmerksam studieren!) gibt die Hinweise für die Mängel und Fehlerquellen der kommunistischen Politik in Deutschland:

Kein klares, revolutionäres Programm, keine eindeutigen revolutionären Losungen!

Keine klare Scheidung von den Zentristen, den linken Sozialdemokraten!

Keine Erkenntnis der Rolle der Partei als Vortrupp, organisierte Truppe, höhere Organisationsform und Werkzeug des Proletariats im Kampfe um die Errichtung der proletarischen Diktatur!

Für die deutsche revolutionäre Bewegung war dabei die Tatsache von entscheidender Bedeutung, daß die Rolle der Partei völlig verkannt wurde. (Die Erkenntnis der Rolle der Partei wieder hängt von den Theorien des Imperialismus und der Revolution ab!) Trotzki sieht in der Revolution nirgends die ungeheure Bedeutung der revolutionären Partei. – Die Auswahl der Führer ist ihm alles, die Partei mit ihrem Apparat wirkt nur störend – er selbst hat bis zur Revolution der Bolschewistischen Partei nicht angehört, er hat als „Versöhnler“ der Vereinigung der beiden Flügel gewirkt, d. h. er hat faktisch die Menschewiki gegen die Bolschewiki unterstützt. Seine Forderung nach Parteidemokratie verlangt „Unterwerfung des Parteiapparates durch die Partei“, das bedeutet letzten Endes Sprengung der straff zentralisierten Organisation, bedeutet, sie unfähig zur Führung von Aktionen machen (nach Trotzki bedarf es zu dieser Führung eben nur der richtigen Auswahl der führenden Personen, aber nicht der revolutionären Parteiorganisationen als solcher).

Verschiedene deutsche Theoretiker sehen (mit Trotzki!) gar keine Notwendigkeit der „systematischen, konsequenten und praktischen Aktionen“, „auf der Linie der ihrer Entwicklung entgegenreifenden Revolutionen“ (Lenin „Ueber die Juniusbroschüre“), sondern verlassen sich auf die sowohl von Trotzki, wie von den Spartakusbriefen bevorzugte „logische innere Notwendigkeit“ der Tatsachen. Sie knüpfen an den Spartakusbrief vom August 1917 (Seite 118):

„Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Das ist aber auch gar nicht Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken [124] auszusprechen, was ist, d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Mo-

ment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen.“

Auch Rosa Luxemburg hat noch in ihrer „Rede zum Programm“ auf dem Gründungsparteitag die Rolle der Partei auf Grund ihrer theoretischen Grundlage völlig unterschätzt:

„Dies steht unter dem Gesetz der notwendigen objektiven Entwicklung der sozialistischen Revolution, daß die einzelnen Trupps der Arbeiterbewegung nach und nach durch eigene bittere Erfahrung dazu gebracht werden, den richtigen Weg der Revolution zu erkennen. Darin zeigt sich, daß die heutige Revolution unter dem übermächtigen Gesetz der historischen Notwendigkeit steht.“

Diese Theorie der übermächtigen Gesetze der historischen Notwendigkeit läßt verstehen, daß der Spartakusbund nicht Leiter, Führer der Bewegung war, sondern ihr Verkünder. Er begnügte sich damit, Prophet, Rufer der Revolution zu sein, aber nicht Organisator. Er hat dabei in jedem Kampfe die ungeheuerlichsten Opfer der besten Genossen gebracht. Mit vollem Recht erklärt er: „Wir im Spartakusbund, die Kommunistische Partei Deutschlands, sind die einzigen in ganz Deutschland, die auf der Seite der streifenden und kämpfenden Arbeiter stehen.“ (Aber eben: nur auf der Seite! Man lese die Schrift „Was will der Spartakusbund!“)

Die völlige Verkennung der Rolle der Partei und der Revolution kommt auf dem Gründungsparteitag besonders kraß zum Ausdruck im Referat über Organisation. Es heißt im Referat des Zentralsekretärs nach dem Protokoll (Seite 44):

„Die einzelnen Orte müssen für die Gestaltung ihrer Organisationen völlige Freiheit behalten. Es darf von oben her nicht uniformiert werden. Die einzelnen Organisationen müssen Autonomie haben. Sie dürfen nicht auf Parole von oben her warten, sondern sie müssen aus eigener Initiative arbeiten. Die Zentrale hat in der Hauptsache die Aufgabe, zusammenzufassen, was draußen vor sich geht und die politische und geistige Führung (also nicht die organisatorische! D. V.) zu übernehmen.“

Diese Ausführungen entsprechen dem, was Rosa Luxemburg in der Generalstreiksbroschüre geschrieben hatte. Die Leitungen dürfen der Bewegung nicht entgegenstehen, sie sollen „Dolmetscher des Massenwillens“ sein:

„Wird es in Deutschland aus irgendeinem Anlaß und in irgendeinem Zeitpunkt zu großen politischen Kämpfen, zu Massenstreiks kommen, so wird das zugleich eine Aera gewaltiger gewerkschaftlicher Kämpfe in Deutschland eröffnen, wobei die Ereignisse nicht im mindesten danach fragen werden, ob die Gewerkschaftsführer zu der Bewegung ihre Zustimmung gegeben haben oder nicht ... Stehen sie auf der Seite oder suchen sie sich gar der Bewegung zu widersetzen, so wird der Erfolg dieses Verhaltens nur der sein, daß die Gewerkschaftsführer, genau wie die Parteiführer im analogen Falle, von der Welle der Ereignisse einfach auf die Seite geschoben und die ökonomischen wie die politischen Kämpfe der Masse ohne sie ausgekämpft werden.“

Leider werden die Kämpfe nicht ohne sie ausgekämpft. Sie haben die Notwendigkeit der Organisation jedes Kampfes klarer erkannt als Spartakus, darum verstanden sie es besser, den Verrat zu organisieren, als es der KPD gelang, die Revolution zu organisieren.

[125] Die Theorie von der Spontaneität der Massen, aufgebaut auf die Theorie des mechanischen Zusammenbruchs, hat zugleich zur verhängnisvollen Verkennung der Rolle der Gewerkschaften geführt. Wir zitieren aus dem Protokoll (Seite 18): „Die Gewerkschaften haben sich aus Arbeiterorganisationen zu den festen Stützen des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt. Und deshalb ist es selbstverständlich, daß der Kampf um die Sozialisierung nicht geführt werden kann, ehe die Frage der Liquidierung der Gewerkschaften anzuschneiden. Darin sind wir alle einig.“

Niemand geringerer als Rosa Luxemburg hat diese Worte gesprochen. Sie gehören zur Theorie: Der Imperialismus ist zerbrochen, jetzt ist „die Verwirklichung des Sozialismus, die unmittelbare Aufgabe, die jeder Maßnahme, jeder Stellungnahme unsererseits voranzuleuchten hat“.

Brandler hat die Verneinung der Gewerkschaften und darüber hinaus auch die der Partei in einer 1919 erschienenen Broschüre „Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ schroff ausgesprochen:

„Die Einheit der proletarischen Klasse im weitesten Sinne herbeizuführen, ist eine Aufgabe, von deren Gelingen der Sieg der sozialen Revolution abhängt. Ein Mittel, diese Einheit zu erreichen, ist die Räteverfassung. Keine Organisation, weder eine politische Partei, noch die Gewerkschaften oder Konsumvereine sind imstande, jemals die Gesamtheit der Arbeiterklasse in sich zu vereinigen. Es sind dies Organisationen, die in der Vergangenheit große Bedeutung und wichtige historische Funktionen hatten, sie waren die Kadets, in denen eine Vorhut der klassenbewußten Arbeiterschaft den Kampf um Einzelreformen oder wirtschaftliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft anführten. Zum Kampf um die ganze politische Macht, zur Umgestaltung der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung reichen sie nicht aus, weil sie notwendigerweise immer nur Teile der Arbeiterklasse zusammenzufassen vermochten. Anders die Räte.“

Die Räte, werden durch die Masse geleitet, durch „die Gesamtheit der Arbeiterklasse“. Weder Partei noch Gewerkschaft haben in diesem System noch Platz.

Nun, Brandler hat es immer verstanden, Theorien bis zum Unsinn zu vergrößern. (Für die Parteidurchbildung wäre es sehr lehrreich, wenn bei Kursen die alte Parteiliteratur in geeigneter Weise mit studiert würde!)

Aus diesen Tatsachen – die aus dem Protokoll des Gründungsparteitages und aus Aufsätzen der damaligen Zeit, insbesondere auch aus der „Roten Fahne“ noch zu ergänzen wären (zum Beispiel in der Frage der „Steigerung“ der revolutionären Bewegung vom politischen Kampf zum ökonomischen, oder in der Frage des Klasseninhalts der demokratischen Republik, die nach Meinung, z. B. Brandlers die Ausnutzung der Erwerbslosen als industrielle Reservearmee nicht mehr ermöglicht, oder die auch nach Rosa Luxemburg eine Rückführung der vornovemberlichen Zustände unmöglich macht – die also Uebergangsstufe ist) – läßt sich erklären, wie es gekommen ist, daß der Spartakusbund zwar der unerschrockene Rufer zur Revolution (und diese Taten sollen nicht unterschätzt werden), aber nicht der Organisator der revolutionären Bewegung war.

Es sind wahrlich keine Zufälle, daß die Bewegung der revolutionären Obleute in Berlin – der die klare Führung fehlte – nicht unter dem Einflusse des Spartakusbundes stand, daß weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht in einen Arbeiterrat gewählt wurden – der Spartakusbund überschätzte maßlos die Spontaneität der Massen und verkannte völlig die [126] Rolle der Partei, wie überhaupt der Organisation. Der Spartakusbund schaute – nach Trotzki's Theorie der permanenten Revolution – unerschütterlich auf das Endziel und predigte die Verwirklichung des Sozialismus ohne feste Verbindung mit der realen Bewegung immer mit der Einschränkung: „Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen.“ (Spartakusbrief Seite 119.)

Weder in den Dezemberkämpfen 1918, noch in den Januartagen 1919 spürt das Proletariat einen klaren festen Willen. Spartakus – das beweist der Gründungsparteitag – sah nur das Ziel, aber nicht den Weg, nicht die Methoden, nicht seine Aufgaben.

Warum sind die Tatsachen – die doch keine Verbrechen, sondern eben Tatsachen auf dem Entwicklungswege einer jungen revolutionären Partei sind – nicht ausgesprochen worden? Wo blieb die Ueberprüfung der Einheit zwischen Theorie und Praxis? Wo die notwendige Selbstkontrolle und Selbstkritik?

Der Heidelberger Parteitag, Herbst 1919, hat in den grundlegenden Fragen – trotz der grundlegenden Beschlüsse – keine Klärung gebracht, weder in bezug auf die Rolle der Partei, noch in bezug auf die Strategie und Taktik der Revolution. Die Spaltung von Heidelberg erfolgte mechanisch und nicht als Ergebnis einer tiefgehenden Klärung.

So stand die junge KPD den Ereignissen des Jahres 1920, dem Kapp-Putsch noch mit derselben fehlerhaften theoretischen Einstellung gegenüber, wie den Novemberereignissen, und vermochte keinen entscheidenden Einfluß auf die Durchführung der revolutionären Bewegung auszuüben. Der erste Aufruf in dem Sinne: „Der Kapp-Putsch geht das revolutionäre Proletariat nichts an“ brachte die KP von vornherein um jede Möglichkeit der Führung und das Angebot an USPD und SPD, –

eine Regierung aus diesen Parteien loyal zu unterstützen – konnte die KPD nur in das Schlepptau dieser Parteien bringen.

Daran vermag auch Brandlers „Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen“ nichts zu ändern, oder vielmehr: gerade Brandlers „Aktion“ zeigt ganz klar dieselbe Linie, die im Jahre 1923 erneut eingehalten wurde. Die KPD wagte keine eigene Politik, sondern klammerte sich ängstlich an die SPD, von der er sich auf keinen Fall trennen lassen wollte. Brandler schreibt in seiner Broschüre über diese „Aktion“:

„Wir Kommunisten beschränkten uns deshalb von vornherein auf eine Taktik, die bestrebt war, die mehrheitssozialistischen Arbeiter gegen den Willen ihrer Führer soweit vorwärts zu treiben, als irgend möglich war, ohne den Arbeiterrat zu sprengen.“

Und was war der Erfolg?

„Das Kapp-Abenteuer hat stark ernüchternd auf die demokratischen Illusionen der SPD-Arbeiter gewirkt. Da wir Kommunisten uns beschränken mußten auf Erreichung von Sicherungen, die den Rahmen der Grundlagen der Illusionen über die Demokratie nicht sprengten, kamen wir einigermaßen aus.“

Also, die KPD hat nichts getan, um die Illusionen zu zerstören, sie hatte auch nicht vermocht, die SPD-Arbeiter von ihren Führern loszulösen. Und es ist ein merkwürdiger „Erfolg“, wenn Brandler weiter feststellt:

„Der zähen zielklaren Arbeit des Spartakusbundes vom ersten Kriegstage an ist der Erfolg zuzuschreiben, – wenn man es einen Erfolg nennen will – (und Brandler will es natürlich einen Erfolg nennen! D. Verf.), daß sich die Sozialdemokratie in Chemnitz wandelte von der Führung Noske-Heilmann bis zu Fellisch-Siemens.“

[127] Wie stark die Illusionen Brandlers über den „Erfolg“ der Aktion auch war, mit Betrübniß mußte er doch zum Schluß feststellen, daß mit dem allgemeinen Abflauen der Aktion im Reiche „jedoch der Einfluß der Bonzen wieder stärker“ wurde. Die KPD hat aus dem Kapp-Putsch nichts gewonnen und konnte, da sie keine wesentlich andere Stellung als die anderen Parteien einnahm, sondern sich von ihnen nur gradmäßig unterschied, auch nichts gewinnen. Wie 1918 und später 1923, so zeigte sich auch 1920 das völlige Mißverstehen der Rolle der Partei. Natürlich findet Brandler einen Sündenbock für den Mißerfolg seiner Einheitsfrontpolitik. 1920 war Max Hölz schuld daran, daß die SPD den Arbeiterrat sprengen konnte. Derselbe Brandler hat drei Jahre später die Opposition in der Partei für seine Niederlage verantwortlich zu machen versucht. Wie er 1920 gewissermaßen mit Ziegelsteinen gegen den „Wirrkopf“ Hölz warf – ohne je zu versuchen, die Ursache von Hölz' Verhalten zu erkunden –, so hat weder er, noch sonst jemand in der verantwortlichen Rettung 1923 untersucht, wie es kam, daß die wichtigsten Bezirke in Opposition zur Parteileitung standen. Man begnügte sich mit der Feststellung, die Opposition ist eine „Störung“ und machte sie für die katastrophalen Folgen der Brandler-Politik verantwortlich, wie Brandler am 9. August 1923 (Heft 16 der „Internationale“ von 1923) schrieb:

„Die Störung (durch die Opposition, D. V.) mußte das deutsche Proletariat mit einer schweren Niederlage, wahrscheinlich mit dem Sieg der auf das faschistische Kleinbürgertum gestützten Diktatur der Großbourgeoisie bezahlen.“

Also, nicht Brandlers falsche Politik ist schuld an der Oktoberniederlage, sondern die Tatsache, daß die Opposition seiner genialen Führung nicht vertraute und, wie schon früher, auch im August 1923 voraussagte, daß diese Politik einer Katastrophe für die Partei führen müßte.

Die Parteiführung war sich 1918 wie 1923 und 1920 – da sie nur auf Verwirklichung des Sozialismus bedacht war (also auf permanente Revolution nach dem Muster Trotzki's, gepredigt von den Brandler und Thalheimer, die angeblich „von jeher“ gegen den Trotzkiismus gekämpft haben) über die Aufgaben der Partei in der Revolution so im unklaren, daß sie imstande war, die Liquidierung der Partei nicht nur (wie Brandler 1919) durch Errichtung des Rätesystems (obwohl gerade da die Partei am stärksten notwendig ist) vorauszusagen, sondern auch für die Periode zwischen zwei Wellen der Revolution – wo eben die unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus nicht möglich erscheint – ernstlich ins Auge zu fassen.

Trotsky spitzt in seiner Vorrede zu „1917“ die Frage der Bolschewisierung allein auf die Machtergreifung zu. Er sagt zum Schluß: „Was heißt es, die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien? Das heißt: eine derartige Erziehung und eine solche Auswahl der Führer, daß sie nicht im Augenblick ihrer Oktoberrevolution versagen. Das ist Hegel- und Bücherweisheit und der Sinn aller Philosophie.“

Er trifft damit dasselbe, was er in seiner Rede vom 29. Juli 1924 über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes sagt, die entscheidenden Fragen sind für ihn die Bestimmung des Zeitpunktes des Aufstandes – die 3 bis 4 Monate vorher erfolgen muß – und die richtige Entscheidung im Moment des Losschlagens. Die Arbeit der Partei vor diesen 3 Monaten fällt augenscheinlich nicht entscheidend ins Gewicht.

Der angebliche Gegner Trotskys, August Thalheimer, spricht das, was bei Trotsky zwischen den Zeilen zu lesen ist, offen aus: Zwischen zwei Wellen der Revolution hat eine kommunistische Partei eigentlich keine Aufgaben (da der Sozialismus nicht unmittelbar verwirklicht werden kann), also auch keine Existenzberechtigung.

(Siehe Artikel „Die Theorie und Praxis des Liquidatorentums“ von A. Thalheimer in der „Internationale“, Jahrgang 4, Heft 1/2, 1. Januar 1922, Seite 19, zitiert im Artikel von R. Fischer in diesem Heft, S. 108.)

[128] Die Theorie Thalheimers, im „normalen“ Kapitalismus sei eine „normale“ sozialdemokratische Partei erforderlich, zeigt, daß die deutsche Partei nicht auf dem Wege des Leninismus, sondern auf dem Wege zur Liquidierung, auf dem Wege zur SPD war. Der Spartakusbund war die Grundlage der Kommunistischen Partei, hatte breite Arbeitermassen von der SPD losgelöst. Er hatte unter Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Führung mit unermüdlicher Zähigkeit und mit großer Klarheit den Opportunismus der SPD gegeißelt und hatte den Nachweis erbracht, daß die SPD immer offener und rücksichtsloser zu einer bürgerlichen Partei wird. Jedoch die revolutionäre Strategie des Spartakusbundes gründete sich auf eine im Laufe der Zeit mehr und mehr vergrößerte mechanische Zusammenbruchstheorie, die durch die Tatsachen weder im Jahre 1918 noch im Jahre 1923 bestätigt wurde und die im Widerspruch stand zur Lehre Lenins. Sie führte dazu, daß die KPD in „normalen“ Zeiten, also solange der Aufstand nicht unmittelbar bevorstand; zur „normalen“ sozialdemokratischen Politik (mit Sachwerterfassung, Arbeiterregierung im Rahmen der Weimarer Verfassung!) – als linker Flügel neben der SPD – zurückkehrte und bei sich zuspitzender Situation Revolutionsromantik betrieb, anstatt klar und nüchtern nach dem Beispiel Lenins die Revolution gerade zwischen zwei Welten der Revolution in der Partei, im Proletariat und den ausgebeuteten Schichten vorzubereiten, in jeder Situation also den Kampf um Teilforderungen mit dem Endziel zu verbinden.

Gerade die deutsche kommunistische Bewegung zeigt, daß der Trotskismus trotz der radikalen Färbung durch die Theorie der „permanenten Revolution“ oder in der deutschen Theorie „der unmittelbaren Verwirklichung des Sozialismus“ eine Abart des Menschewismus ist. Allerdings besteht ein großer Unterschied zwischen Trotsky und dem Spartakusbund. Trotsky verfocht seine Auffassungen im Kampfe gegen den Leninismus und gegen die Partei der Bolschewiki. Der Spartakusbund dagegen war in Deutschland die linke Gruppe. Er vollbrachte die Lösung breiter Arbeitermassen von der SPD (während Trotsky die Bolschewiki zurückführen wollte). Er legte den Grund für eine wirkliche Kommunistische Partei. Darin liegt das große Verdienst, das der Spartakusbund hat.

Die Fehler des Spartakusbundes beginnen zu überwiegen und typisch trotskistisch, d. h. liquidatorisch zu werden, als die Partei die Opposition, die zur Weiterentwicklung drängte, zu ersticken versuchte. Am klarsten kam das auf dem Leipziger Parteitag zum Ausdruck. Von da an mußte sich in der Partei entscheiden: will sie vorwärts zu Lenin und zur Partei der Bolschewiki, oder will sie zurück zur SPD. Der Frankfurter Parteitag hat auf Grund der Oktoberererfahrungen die Entscheidung vollzogen. Die Partei hat zum ersten Male klar und unzweideutig ihren Willen zum Leninismus bekannt und ihre Rolle in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution erkannt. Die deutsche Kommunistische Partei hat sich unter schwersten inneren Kämpfen, unter den größten Opfern von

der Tradition der Zweiten Internationale losgelöst; sie hat als junge Partei noch ungeheure Mängel an sich, sie hat keine alte Garde, keinen bewährten Führerstab (obwohl viele Genossen auf Grund ihres sozialdemokratischen Parteialters einen Anspruch darauf erheben, „alte Garde“ zu sein), aber sie hat als junge Partei einen ungeheuren Schatz von Erfahrungen. Sie hat in dem Jahr seit dem Frankfurter Parteitag aus diesen Erfahrungen reiche Lehren gezogen, sie hat sich sehr stark vorwärts entwickelt. Nur so war es möglich, daß sie unter den schwierigsten Verhältnissen – es gab keine größeren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, dagegen ungeheure Verfolgungen – ihren Charakter als revolutionäre Partei festigen und auch in den breiten Massen der Arbeiter zur Anerkennung bringen konnte. Es gibt noch viele Reste des Trotzismus und des Brandlerismus (d. h. Mängel des Spartakusbundes) zu überwinden, aber der rechte Weg ist gefunden, der Weg zur leninistischen, zur bolschewistischen Partei. [129]

*

Eberts Ende.

Von Wolfgang Bartels.

Die deutsche Kleinbourgeoisie hat mit dem Leichnam Fritz Eberts ihre letzte Illusion feierlich zu Grabe tragen dürfen. Das Schwerkapital und das Junkertum erlaubten und stellten zu diesem Zweck durch den Reichsrat ausreichende Mittel zur Verfügung, daß dies Leichenbegängnis mit allem Pomp, dessen die Republik fähig ist, vor sich gehen konnte. Die Presse der Deutschnationalen wetteiferte mit den republikanischen Zeitungen, an der Bahre Eberts Ehrungen auf Ehrungen anzuhäufen. Die deutschnationale Parteileitung kondolierte der Frau des Verstorbenen, Stresemann, der schwarzweißrote Musterpatriot, stellte seine „Zeit“ in den Dienst der Beweihräucherung des Ebertschen Leichnams. Der Erzbischof von Köln ordnete „Trauergeläut“ an, der Papst selbst zelebrierte eine Messe, die Ebert wesenverwandte Gewerkschaftsbürokratie empfahl zur Vervollkommnung des Ausnahmezustandes, der in symbolischer Bedeutung zur Beisetzung herangezogen werden mußte, 15 Minuten Arbeitsruhe, die vom Berliner Polizeipräsidenten auf fünf Minuten herabgesetzt wurden. In ihrem Bestreben, den aus den Magdeburger Tagen stammenden dunklen Fleck in der Vergangenheit des Patrioten Ebert zu retuschieren – selbst die Nachtausgabe des Hugenberg-Konzerns ließ die Lebensmittelpakete Barmats nach der Wilhelmstraße auf sich beruhen –, zitierten sich gegenseitig schwarzweißrote und schwarzrotgelbe Interessenorgane. Wie ein Großer ist er beerdigt worden, ein Hohenzoller hätte keinen besseren Abgang haben können, beseeligt und überzeugt, eine „schöne Leich“, wie der katholische Rheinländer zu sagen pflegt, erlebt zu haben, trotteten die Kleinbürger nach Hause.

Die Ursache dieses günstigen Abgangs Eberts von dem politischen Schauplatz war ein Wurmfortsatz, für dessen Erhaltung im Mausoleum ein völkisches Blatt eingetreten ist. Fritz Ebert war bereits vor seinem Tode ein politischer Leichnam. Die deutsche Bourgeoisie, einerlei welcher Schattierung, wollte ihn nicht wieder zum Reichspräsidenten. Selbst in dieser Sozialdemokratie hatte Ebert abgewirtschaftet, so daß sozialdemokratische Arbeiter (in Berlin und Frankfurt) zum letzten SPD-Parteitag einen Ausschlußantrag gegen Ebert gestellt hatten. Schon vorher war Ebert in der Gewerkschaft (Sattler-Verband) der Stuhl vor die Tür gesetzt worden. Mit Ablauf seiner Präsidentenperiode wäre Ebert in das Unbedeutendsein eines spießbürgerlichen „Lebensabends“ gefallen. Eberts politische Rolle in der Republik war bereits endgültig ausgespielt, bevor er der Sozialdemokratie so gelegen starb.

Mit Ebert endet eine bereits historisch gewordene Episode der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Mustertyp eines Karrieremachers des sozialdemokratischen Durchschnittsbonzen gibt der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung der SPD sein Gepräge. „Ein treuer deutscher Mann“, mit dem sich Hindenburg „verbunden“ fühlte. (Hindenburgs Brief im November 1918 an Ebert.) Der „Träger eines großen Ausgleichs in Deutschland“ (wie ihn Stresemann in seiner „Zeit“ rühmt), war Ebert laut „Vorwärts“ „stets bestrebt, im Dasein des Arbeiters eine entscheidende Besserung herbeizuführen.“ Ob als sozialdemokratischer Parteisekretär, Reichstagsabgeordneter, Parteivorsitzender oder als Reichspräsident – Ebert blieb sich in seinen Methoden der Herbeiführung „einer entscheidenden Besserung im Dasein des Arbeiters“ gleich. Stresemann charakterisiert dies in seinem Nekrolog der „Zeit“ wie folgt:

„Und sie (das heißt, die etwa Ebert kapitalpatriotischer Unzuverlässigkeit zeihen. Anm. d. Vers.) wußten es, daß diese Gesinnung des Reichspräsidenten doch die des Reichstagsabgeordneten Ebert war. Sie wußten, daß der damalige Reichstagsabgeordnete Ebert sich einst in jenem unglücklichen Jahre 1918 in einer Konferenz unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Hintze [130] bitter darüber beklagte, daß in der Armee nicht mehr die alte Disziplin herrsche und der warnend darauf hinwies, daß das Reich zusammenbrechen müsse, wenn die Armee nicht so bleibe wie früher, sie erinnern sich, daß dem Reichstagsabgeordneten Ebert einst die Tränen in die Augen traten, als er als Vorsitzender des Hauptausschusses mitteilte, daß Bulgarien uns verlassen habe und er nun auch den Zusammenbruch des Reiches voraussah. Sie wissen, wie der Abgeordnete Ebert seinerseits alles aufbot, um uns auf dem Wege der Kontinuität unseres Verfassungslebens ohne Revolution zu einem guten Ende des äußeren und inneren Kampfes zu führen und wie er später, als dies mißlang, den Weg von der Diktatur der Volksbeauftragten zur gesetzgebenden Nationalversammlung in Weimar führend wies.“

Das war Ebert, wie er leibt und lebt. Die sozialdemokratischen Legendenerfinder im „Vorwärts“, dieselben Kreaturen, die Crispian zujubelten, als er Ebert noch einen Lumpen nannte, werden vergeblich das von Stresemann gezeichnete Bild verwischen können.

War der zum höchsten Führeramt der SPD berufene ehemalige Parteisekretär ein Renegat? Ueber den Marxismus, über die Lehre des revolutionären Klassenkampfes hat sich ein Ebert ebenso wenig wie ein Scheidemann oder Wels den Kopf zerbrochen. „Marxistische Theorie, damit mögen sich die Intellektuellen beschäftigen. Wir haben für solche Spintisierereien keine Zeit“, sagte Scheidemann in einer Polemik gegen Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag. Marxismus, Klassenkampf, revolutionäre Erkenntnis, diese Begriffe mußten einem zu den sogenannten Heilmitteln der katholischen Kirche seine letzte Zuflucht nehmenden Sozialdemokraten von Beginn seiner politischen Laufbahn bis zu Ende wesensfremd bleiben. Eberts Biographie, gezeichnet von Paul Kampffmeyer, inspiriert und durch eigenhändige Korrekturen und Einfügungen von Ebert selbst überarbeitet, bestätigt, daß von einem Renegaten nicht die Rede sein kann. Ebert blieb sich immer gleich, und es ist typisch für die SPD, daß sie den unveränderten Kleinbürger und Ignoranten des Marxismus zu führenden Stellungen schon vor dem Kriege berufen hat.

Eberts politischer Ehrgeiz entbrennt in Gewerkschaftsversammlungen zu Hannover. Er guckt und lauscht den Bürokraten die Beherrschung der Versammlungsteilnehmer ab. Etwas radikaler Redeschwung, hellhöriges Ohr für die Wünsche der oberen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, anpassungsfähig und schmiegsam, so klettert Ebert auf den Sprossen der sozialdemokratischen Parteileiter aufwärts und durchläuft alle Phasen der Bürokratie der SPD. Redakteur, Arbeitersekretär, Parlamentsmitglied, erst in Bremen, verhältnismäßig spät im Reichstag (1912). 1905 in den Parteivorstand gewählt, als Vorsitzender der Zentralstelle der arbeitenden Jugend wird Ebert nach Singers Tod als Parteivorsitzender vorgeschlagen. Noch kann ihn Haase zurückdrängen, aber schon ist Ebert aufs engste mit der rechten Bürokratenklique der Gewerkschaften verbunden. Der Tod Bebels macht Ebert zum Parteivorsitzenden neben Haase. 1916 nach der Spaltung wird Ebert als Vorsitzender der Reichstagsfraktion neben Scheidemann der unumstrittene Führer der SPD. 1917 führt Ebert die Delegation der Kaisersozialisten nach Stockholm zur Konferenz der Zweiten Internationale, um für den deutschen Imperialismus eine günstige Plattform des „Verständigungsfriedens“ zu erreichen. Eberts Mission scheitert, und auf dem Parteitag in Würzburg im selben Jahre verteidigt er die „grundsätzliche Pflicht zur Landesverteidigung“ wie die Zustimmung der Sozialdemokraten zur Annexionspolitik der deutschen Kapitalisten. Ebert sah 1917 die „Revolution auf allen Gebieten“; aber sah er sie etwa wie Lenin, der das Sichherausarbeiten der revolutionären Kräfte aus dem Zusammenprall des Weltimperialismus klar erkannte und alles tat, um diese Kräfte ausmünden zu lassen in die soziale Revolution? Der Vergleich wäre Blasphemie. Nein, für den Kleinbürger Ebert war es eine Revolutio-[131]nierung, daß er in den Angstzuständen des deutschen Imperialismus eine Einladung zum letzten Hohenzollernkaiser erhielt, daß die Sozialdemokraten als hoffähig anerkannt und als würdig erachtet wurden, kaiserliche Minister sein zu dürfen. Damals wurde Ebert für die wankende deutsche Kapitalherrschaft eine Hoffnung, er hat diese Hoffnung bis an sein Lebensende nicht betrogen. Er erkaufte sich das Vertrauen der Bourgeoisie endgültig mit der Judasrolle im Munitionsarbeiterstreik 1918. Das letzte Mal schlich sich der Sozialdemokrat Ebert in das Vertrau-

en der Arbeiter, um sie in der Manier eines Durchschnittslockspitzels dem Militarismus ans Messer zu liefern. Die Ludendorff-Leute waren außerordentlich undankbar, als sie im Magdeburger Prozeß die Zuverlässigkeit Eberts als Sozialpatriot und Handlanger des deutschen Militarismus zu bezweifeln suchten. Nein, dieser Ebert war ein untadelhafter Patriot. Die im Magdeburger Prozeß vor aller Öffentlichkeit demaskierte Haltung des sozialdemokratischen Parteiführers mußte ihn in den Augen der Bourgeoisie rechtfertigen, in den Augen der Arbeiter jedoch endgültig erledigen.

Der Herbst 1918 schwemmt Ebert zur Macht. Als geschickter politischer Spekulant hatte er seine Zeit heranreifen sehen. Ihn gelüstete es nicht, kaiserlicher Minister zu werden und etwa das Odium unzufriedener kleinbürgerlicher Schichten auf sich zu laden, er sieht bereits den Bankrott der monarchistischen Stabilisierungsversuche und schickt den dümmen Scheidemann vor. Eberts Hervortreten erfolgt in den Umsturztagen des November 1918. Für die Bourgeoisie ist er der Rettungsanker, sie vertraut ihm alles an. Sein erstes Ziel ist, sich in den revolutionsfeindlichen „Ordnungshütern“, unter den von Arbeitslosigkeit bedrohten Militäranwärtern und Hohenzollerndienern Stützpunkte zu schaffen. Die kaiserlichen Unteroffiziere tragen ihm die Reichspräsidentenkrone an. Ebert rettet die Bourgeoisie, er würgt die Revolution ab und steuert zielbewußt auf die Machtbefestigung des Kapitals, als dessen Sachverwalter er den „Rat der Volksbeauftragten“, diese Spitzenkörperschaft der deutschen November-Diktatur, leitet, aus den „ungesetzlichen“ Zuständen zur Nationalversammlung oder, wie Groener in einem Schreiben an den Reichskanzler Luther erklärt:

„Zu jeder Stunde hat er sich damals als ein treuer deutscher Mann erwiesen. Er war jederzeit und vorbehaltlos bereit, seine persönlichen politischen Anschauungen und Wünsche zurückzustellen, wenn es galt, der Not des Vaterlandes gerecht zu werden. Auf diesem gemeinsamen Boden haben sich die damalige Oberste Heeresleitung und Friedrich Ebert zum festen Bunde die Hände gereicht, um der Revolution Herr zu werden und dem deutschen Volk Recht und Gesetz wiederzugeben.“

Deshalb Niederschlagung aller proletarischen Elemente, die das neue Recht der Revolution verteidigen. Noske wird herangeholt, er muß das von Ebert ausgedachte und von der Bourgeoisie verlangte Metzgerhandwerk am revolutionären Proletariat ausüben, nachdem Ebert Angstzustände gehabt hat (wie Scheidemann im „Acht-Uhr-Abendblatt“ beichtet), Angstzustände darüber, daß „so ein verrückter Spartakist oder irgendein Russe morgen an der Spitze steht“. Die Bourgeoisie verleiht ihrem Reiter die Präsidentenkrone. Der beleidigte Ehrgeiz Scheidemanns wird mit dem Reichskanzlerposten zu versöhnen gesucht. Eberts Programmrede in Weimar am 11. Februar 1919 erfüllt die Monarchisten mit berechtigter Hoffnung. Das sich um Stinnes gruppierende Rüstungs- und Schwerkapital stellt seine Presse in den Dienst Eberts, der zur „nationalen Rettungsarbeit“ aufruft und in Millionen Antibolschewisten-Flugblättern die Heimatdienst-Parole ausgibt:

„Heute bist Du (der deutsche Arbeiter) ein freier Mensch, der freieste Arbeiter der ganzen Welt.“

Und dieser große „Staatsmann der Arbeiterklasse“ schuf aus der nach ihm benannten Republik einen Zuchthausstaat für die Arbeiter, hingegen ein [132] Barmat-Paradies für die Parasiten, Schieber und Volksausplünderer. Empfehlungsschreiben für die Leichenfledderer Deutschlands, Versöhnung der wilhelminischen Blutgeneräle, Auslieferung einer Position des Novemberumsturzes nach der anderen an die Konterrevolution, dagegen Zusammenkartätschen der Arbeiter, die sich aufbäumten gegen den Verrat ihrer Revolution, und gegen den Rettungsversuch des deutschen Kapitals auf den Leichenhügeln des Proletariats.

Noch einmal kann Ebert die deutschen Arbeiter düpiieren. Kapp-Jagow-Ludendorff halten 1920 die Vorarbeit der sozialdemokratischen Führer durch die Blutbäder unter den Arbeitern für so ausreichend, um eine Thronrestaurierung zu versuchen. Ehrhardt zieht in die Wilhelmstraße, Ebert und Noske türmen im Auto. Ihre letzte Regierungstat: „Streikt, streikt, ihr braven Arbeiter!“ Bis dahin war jeder Streik ein Zusammenbruch der „Volks“-Wirtschaft, und die Streikenden wurden durch Noskes Maschinengewehre zusammengeschossen. Das Proletariat streikte, das Proletariat kämpfte, Stehaufmännchen Ebert schloß mit der „vernünftigen“ Bourgeoisie Frieden. Den Ehrhardt-Banditen wurde die Abkehlung der revolutionären Arbeiter überlassen. In Severing fand Ebert einen neuen erprobten Geschäftsführer.

Von dem Anstifter der Noskeschen Arbeiterschlächtereier sagt der Selbstbiograph in der Broschüre „Fritz Ebert“

„Die Mißachtung, die seine Klasse trifft, beleidigt ihn persönlich.“

Alterdings, Ebert hat die „Mißachtung“ der Großkapitalisten, jeden Angriff auf sie durch Blutbäder unter den Arbeitern gestraft, er stellte sich schützend vor den, der der Bluthund sein mußte:

„Mit herzlichem Bedauern sehe ich Dich aus Deiner Tätigkeit scheiden, die Du fast anderthalb Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen ausgeübt hast, und bewegten Herzens danke ich Dir für die großen Dienste, die Du in dieser schwersten Zeit unserem Vaterlande geleistet hast ... In zielbewußter, harter Arbeit hast Du den Boden vorbereitet, auf dem das große Werk der neuen demokratischen Staatsordnung begonnen werden konnte. Daß dies in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang ..., das ist in erster Linie Dein großes Verdienst.“

(Offizieller Abschiedsbrief Eberts an Noske, März 1990.)

Ebert war erneut Stinnes Vertrauensmann und ist es geblieben. 1922 würde er veranlaßt, den Präsidentenposten zu behalten, denn, so schreibt Stresemann:

„Es mußte sich klären, ob wir mit Frankreich zu einer großen friedlichen Verständigung oder zu neuen Kämpfen kamen. Hugo Stinnes, der diese große Entscheidung kommen sah, war es, der sich mit aller Entschiedenheit dem Gedanken in den Weg warf, in dieser Zeit den Kampf um die Präsidentschaft zu entfesseln. Er stellte dem Reichspräsidenten Ebert vor, daß er das Opfer bringen müsse, in diesem Moment unter allen Umständen zu bleiben, auch wenn er deshalb Mißdeutungen ausgesetzt sein sollte. Wir haben es dem Reichspräsidenten hoch angerechnet daß er sich diesem Verlangen von Parteien, die kaum gewillt waren, ihn selbst zu wählen, nicht verschlossen habe. Kurze Zeit darauf brach der Ruhrkampf aus. Wenn er ihn in gemeinschaftlicher Abwehr habe führen können, so war das dem Umstand zu verdanken, daß wir uns nicht vorher im Kampf der Parteien zerspalten haben.“

Stinnes war ein schlauer Rechenkünstler. Seine Spekulation hat nicht getrogen. Mit Hilfe Eberts und seiner korrumpierten Führerklique wurde das deutsche Volk bis zum Weißbluten ausgeplündert. Der Ruhrkrieg war die große Abfindung an die Großindustrie für den ausgestandenen Schrecken der Revolution. Die gemarterte Arbeiterschaft wurde mit Standrecht und Exekution im Schach gehalten. Ebert ließ die Generäle wüten.

In Sachsen und Thüringen raste erneut die Ordnungsbestie. Das Verbot und die Unterdrückung der Kommunistischen Partei, die Einkerkelung [133] Tausender revolutionärer Vorkämpfer ist Eberts persönlichstes Wert. Seine letzte Tat war die Amnestie des Kapp-Rebellen Jagow und die Verweigerung der Amnestie für die 7000 proletarischen politischen Gefangenen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hält, scheinbar in Erinnerung an frühere scharf verurteilende Worte, Ebert zugute, daß er als „Sachwalter des geschichtliche Ausgleichs“ gewirkt habe und daß er gezwungen gewesen sei, den „Klassenstandpunkt“ aufzugeben und die ausgleichende Gerechtigkeit spielen lassen. So bezeichnend diese völlig revisionistische und unmarxistische Auffassung ist – wo in aller Welt hat Ebert auch als Kleinbürger nur einmal den Versuch gemacht, ausgleichende Gerechtigkeit zwischen der Klasse der Unterdrückten und den Ausbeutern zu üben? Ebert hat als der eingesetzte Sachverwalter der kapitalistischen Interessen niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er im Interesse seiner Auftraggeber gezwungen war, keinerlei Konzessionen dem Proletariat zu machen, auch nicht im Rahmen der kleinbürgerlichen Demokratie. Wenn die Arbeiterschaft Deutschlands für sich die auf dem Papier stehenden verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch nahm, dann hat Ebert mit Hilfe der wilhelminischen Generäle den Ausnahmezustand verhängt und die Illusionen der Stimmzettelbefreiung blutig ausgetrieben. Eberts historische Mission bestand darin, dem deutschen Proletariat die blutige Lehre zu geben, daß die bürgerliche „Demokratie“ im Zeitalter der proletarischen Revolution nichts anderes ist als der weiße Terror gegen das Proletariat, daß die „Staatsmänner“ der Sozialdemokratie im Dienste dieser „Demokratie“ keine andere Rolle spielen können als die der Thiers und Galliset.

Der Tod hat Ebert vor dem Fußtritt der undankbaren Bourgeoisie gerettet. Vor dem Haß und der Verachtung aller klassenbewußten Arbeiter wird sein Andenken nicht durch tausend phrasenreiche Nekrologe gerettet werden.

Prinzipielles zu unserer Steuerpolitik.

Von Lenz.

Wir wollen hier weder eine konkrete Analyse der neuen Steuergesetze geben, mit denen die Luther-Regierung das deutsche Volk beglücken will, noch einzelne Vorschläge für unsere Steuerpolitik formulieren, sondern der Zweck dieser Zeilen ist nur, die allgemeinen Grundsätze klarzustellen, von denen wir uns in der gegenwärtigen Lage bei unserer Stellungnahme zu den Steuerfragen leiten lassen müssen. Es ist notwendig, einige vom Standpunkt des Marxismus keineswegs neue Gedanken darzulegen und auf die konkrete Situation anzuwenden, weil in unserer Partei infolge der opportunistischen Steuerpolitik, die in der Sachwerterfassung zu 51 Proz. vorgenommen im Rahmen des bürgerlichen Staates einen Kernpunkt unseres Programmes sah, eine große Verwirrung und Unsicherheit eingerissen ist. Unsere Parteigenossen sind gegen jede Form der Steuerpolitik infolge dieser traurigen Erfahrungen mißtrauisch. Doch zwingt uns das nur, bei unseren Formulierungen doppelt vorsichtig zu sein. Wir können aber auf keinen Fall die Steuerfragen einfach ignorieren; denn sie spielen bei der Durchführung des Dawes-Planes und bei dem Abwehrkampf der werktätigen Massen gegen die Reparationslasten eine große Rolle.

Marx' bekannter Satz, daß „die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, durch die Steuer höchstens im Nebenspunkte modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden können“ (Marx, Literarischer Nachlaß, Herausgegeben von Mehring, Band 3, Seite 435), gilt heute mehr denn je.

[134] Der Steuerutopismus, der glaubt, durch gerechte Steuergesetze die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in der kapitalistischen Gesellschaft aufheben zu können, wird desto utopischer, je mehr der Staat mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus zu einer Filiale der großen Konzerne wird, welche die Wirtschaft beherrschen. Wenn Otto Bauer noch 1918 einen „Sozialisierungsplan“ entwarf, bei dem die Enteignung der Kapitalisten gerecht und schmerzlos durch die Besteuerung geregelt werden sollte, so ist das ein typischer Ausdruck des austromarxistischen Zentrismus, der nicht begreifen will, daß die Frage der Verfügung über die Produktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht durch parlamentarische Gesetze, sondern durch die Gewalt der Waffen entschieden wird. Daß die Bourgeoisie Steuergesetzen zustimmt, die ihre Enteignung bedeuten oder ihr die Möglichkeit, die kapitalistische Wirtschaft fortzuführen nehmen, das ist etwa so wahrscheinlich, wie ein Parlamentsbeschluß, daß die Bourgeoisie ihrer Existenz durch korporatives Sicherhängen ein Ende macht. Diese von den Sozialdemokraten noch immer genährten Illusionen rücksichtslos zu zerstören, ist die erste Grundausgabe unserer Propaganda in der Steuerfrage.

In seiner Schrift „Steuerfrage und Steuerpolitik“ (Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, aus Nr. 19 der „Kommunistischen Internationale“) schlägt Genosse Varga eine „positive Steuerpolitik“ vor mit dem Ziel, „alle Lasten auf das Kapital und das Mehrwertinkommen abzuwälzen“. Daß dies keine opportunistische Politik sei, begründet Varga damit: „Gelingt es uns, die besitzenden Klassen zu zwingen, die Lasten des Staates aus ihrem Einkommen oder ihrem Vermögen zu decken, so bedeutet dies, daß dieselben nicht nur nicht akkumulieren können, sondern auch den sachlichen Produktionsapparat in seiner bisherigen Ausdehnung nicht erhalten können.“ So wenig die agitatorische Forderung, daß die Kapitalisten allein die Kosten für ihren Staat aufbringen sollen, an sich opportunistisch ist, so bedeutet diese Formulierung doch die Unterstützung der reformistischen Illusion, daß die Bourgeoisie dazu gezwungen werden könnte, Steuergesetze, die ihr Todesurteil bedeuten, zu unterschreiben.

Wir sehen die entgegengesetzte Entwicklung. Je mehr die Steuerlasten durch die Reparationszahlungen und die gesteigerten Kosten für die Niederhaltung des Proletariats wachsen, desto weniger ist die Bourgeoisie zum Steuerzahlen bereit, desto mehr erhält der Staat, neben seiner Funktion als Unterdrückungsapparat, auch noch gerade durch die Steuergesetze die Funktion der direkten Ausplünderung der werktätigen Massen zum Vorteil der großen Konzerne. Die Inflations- und Stabilisierungsepoche in Deutschland, in der die werktätigen Massen mehr als 90 Proz. der Steuern aufzu-

bringen hatten, während sich die Schwerindustrie durch staatliche Kredite und direkte staatliche Zuwendungen ungeheuer bereicherte, zeigte sehr deutlich, daß der Staat im Zeitalter des Imperialismus nicht nur eine Unterdrückungs-, sondern auch eine Ausbeutungsmaschine ist, daß die Steuerpolitik keineswegs nur dem Zwecke dient, die Großkapitalisten vor Opfern zu schützen, sondern direkt dem Zwecke, das Kapital der mächtigsten Kapitalistengruppen durch die Enteignung der breiten Massen zu vermehren. Dadurch gewinnt die Steuerfrage gewiß erhöhte Bedeutung.

Dazu kommt noch, daß die Probleme der Reparationspolitik und des Dawes-Planes in den Steuerfragen am augenfälligsten in Erscheinung treten, wenn wir auch hervorheben müssen, daß die Reparationsbelastung sich ebenso sehr in der Form der Herabsetzung des Reallohnes und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vollzieht. Für die nicht zum Proletariat gehörigen werktätigen Massen (Kleinbauern und städtisches Kleinbürgertum) tritt die Reparationsbelastung im wesentlichen nur in der Form von Steuern in Erscheinung. Darum müssen wir die Steuerfragen mit unserer grundsätzlichen Haltung zum Reparationsproblem verbinden.

[135] Die SPD hat die Auffassung vertreten, daß der Dawes-Vertrag im Interesse des Weltfriedens und der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands die beste Lösung sei, daß aber nach seiner Annahme erst die Frage der „gerechten Lastenverteilung“ zur Entscheidung stehe. Die Richtigkeit unseres grundsätzlichen Kampfes gegen diesen Schwindel ist bereits durch die Tatsachen bestätigt. Der Londoner Vertrag hat uns den Weltfrieden so wenig gebracht, daß die französische und englische Besatzung im Lande geblieben sind. Und die „gerechte Lastenverteilung“ wurde damit eingeleitet, daß Schwerindustrielle und Junker sich ihr Luther-Kabinett schufen, das das unerschämteste Programm der Massenbelastung und der Entlastung der Besitzenden vorschlägt, das jemals von einer Regierung geboten wurde.

Angesichts dieser von uns vorausgesagten Entwicklung haben wir nicht den geringsten Grund, uns auf den „Boden der Tatsachen“ zu stellen, die Durchführung des Dawes-Vertrages als gegeben hinzunehmen und im Rahmen dieses Vertrages durch ein „positives Steuerprogramm“ in Konkurrenz mit dem SPD-Schwindel die „gerechte Lastenverteilung“ zu fordern. Darauf lief der Vorschlag einer kleinen Gruppe von Genossen hinaus, der vom ZA im Oktober des vorigen Jahres einmütig zurückgewiesen wurde. Wir müssen im Gegenteil jetzt wieder in unserer gesamten Agitation und Propaganda unter den Massen, auch von der Parlamentstribüne, dem „Sachverständigen-Plan“, der jetzt von der Luther-Regierung in der „sachverständigen“ Weise, die die Agenten Morgans wünschen, in Gang gesetzt wird, unser „Sachverständigengutachten der Arbeiter“, unseren Sozialisierungsantrag entgegenstellen. Der Besitz, der in Deutschland im höchsten Maße in der Hand von wenigen Konzernmagnaten konzentriert ist, kann nicht anders „erfaßt“ werden, als durch die Sozialisierung der Produktion, die die proletarische Staatsmacht voraussetzt. Diese unsere kommunistische Lösung der Frage der „Lastenverteilung“ ohne die geringste Abschwächung zu propagieren, das ist die zweite Hauptaufgabe unserer Steuerpolitik.

Jeder Versuch, diese Lösung zu verschleiern und die Frage der Lastenverteilung durch die Steuergesetzgebung im bürgerlichen Staate aufzurollen, führt notwendig auf das opportunistische Geleise der Sachwerterfassung und des „Staatskapitalismus“. Das war die Plattform, die die Zentrale unserer Partei vor dem Jenaer Parteitag bezog, die vom Jenaer Parteitag abgelehnt, im Jahre 1923 aber noch einmal in Verbindung mit der demokratischen „Arbeiter- und Bauernregierung“ aufgebracht wurde. 1921 wurde von einer durch die Z. eingesetzten Kommission ein Antrag ausgearbeitet, der sich in diesem Rahmen der Lastenverteilung auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse bewegte. In diesem Entwurf (Abgedruckt in dem Protokoll des Jenaer Parteitages, Seite 114) hieß es: Der internationale Klassenkampf gegen die Reparationen sei zwar notwendig, aber solange er erfolglos bleibe, müsse das Proletariat „einen unerbittlichen Kampf um die restlose Ueberwälzung dieser Lasten auf die besitzende Klasse“ führen. Durch eine bloße Steuer- und Finanzreform könne die Verelendung der Volksmassen und die weitete Verarmung der Wirtschaft (!) nicht auf die Dauer (zeitweilig also doch! – Der Verf.) aufgehalten werden.“ Das sei vielmehr nur durch die Sozialisierung der Wirtschaft, durch die Diktatur des Proletariats möglich. An diese allgemeinen Bemerkungen ist ein Ragout von einzelnen Steuerforderungen, Sachwerterfassung, Vorschlägen in der Rich-

tung des Staatskapitalismus und der Arbeiterkontrolle angehängt. Das Verhältnis dieses Minimalprogrammes zum Maximalprogramm ist zwar nicht genau bestimmt, aber offenbar so gedacht daß die Sachwerterfassung mit der Arbeiterkontrolle im Rahmen des bürgerlichen Staates erfolgen soll. Später wurde die demokratische „Arbeiter- und Bauernregierung“ als Etappe zur proletarischen Diktatur hier eingefügt.

Da das Kapital zum größten Teil in der Produktion steckt, kommt man unvermeidlich auf diesen Irrweg der Sachwerterfassung, wenn man die [136] Frage der Lastenabwälzung durch ein „positives Steuerprogramm“ ernsthaft zu lösen versucht.

Diese staatskapitalistischen Pläne sind, nebenbei bemerkt, eine schlechte Kopie jener berühmten Plattform, die Lenin in der Schrift „Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen“ im September 1917 entwickelt hat. Man hat dabei nur die Kleinigkeit vergessen, daß Lenin dieses Programm in der Zeit der „Doppelmacht“ (Koalitionsregierung und Arbeiter- und Bauernräte im Kampf um die Macht) aufstellte, als ein Programm, das nicht durch die bürgerliche Regierung der Liberalen, Menschewisten und Sozialrevolutionäre verwirklicht werden konnte, sondern nur durch die revolutionäre Diktatur der Arbeiter und Bauern. Lenin verband die These, „daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Lande einen Schritt zum Sozialismus bedeutet“, mit der unzweideutigen Erklärung: „der Staat, d. h. die bewaffnete Organisation der Bevölkerung der Arbeiter und Bauern, unter den Bedingungen des revolutionären Demokratismus.“ Das „staatskapitalistische“ Programm Lenins, das die Nationalisierung der Banken, der Trusts und Kartelle, die Aufhebung des Handelsgeheimnisses, die Zwangssyndizierung, die staatliche Regulierung des Konsums, alles das unter Arbeiterkontrolle forderte, war nichts weniger als eine Sachwerterfassung durch einen rätselhaften über den Klassen schwebenden Staat, sondern es sind die ersten ökonomischen Maßnahmen der proletarischen Diktatur. Gerade an Hand dieses Programmes setzt Lenin auseinander, daß es im Zeitalter der kapitalistischen Monopole „keine Mitte“ gibt zwischen der Wirtschaft im Interesse der Industrie- und Bankmagnaten im junkerlich-kapitalistischen Staate und der Wirtschaft, die durch die angegebenen Maßnahmen zum Sozialismus schreitet, im proletarischen Staate.

Staatskapitalistische Maßnahmen im gegenwärtigen Deutschland würden in der Tat kaum auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Auslieferung bisher relativ selbständiger Unternehmungen an die großen Konzerne, deren Filiale der Staat ist. Genau so wie sich die Großindustriellen des Rhein- und Ruhrgebietes an den Steuern, die die Besitzlosen und die kleineren und mittleren Besitzer tragen mußten, direkt bereicherten, so würden irgendwelche von diesem Staate „erfaßten“ Sachwerte nur neue Gewinne in die Kassen dieser Eigentümer des Staates überleiten. Wenn wir bei einem solchen Anlaß wie dem Dortmunder Unglück und dem Ruhrpanama von der Nationalisierung der Schwerindustrie unter Arbeiterkontrolle sprechen, so ist das eine rein agitatorische Forderung, die wir nicht als durch diesen Staat erfüllbar hinstellen wollen, sondern als eine Maßnahme unseres Sozialisierungsprogrammes, das die proletarische Staatsmacht voraussetzt.

Wir werden uns also bei der Frage der Lastenabwälzung nicht mit der allgemeinen Phrase begnügen, daß es dabei „um Machtfragen geht“ (wie das Genosse Koenen in seinem Steuerartikel in der „Roten Fahne“ am 22.2.1925 neben anderen wenig glücklichen Formulierungen wenig glücklich ausdrückte), sondern es geht dabei um die Machtfrage, um die Frage Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Die Notwendigkeit, über diese elementare Frage restlos Klarheit zu schaffen, wurde früher in der Partei so wenig verstanden, daß z. B. Genosse Ernst Meyer in der „Roten Fahne“ vom 19.8.1921 in einem Artikel über Steuerfragen, in dem im wesentlichen schon die berüchtigte 51-Prozent-Sachwerterfassung enthalten ist, schreiben konnte: „Die Durchsetzung der Vorschläge im Parlament wird wahrscheinlich an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen scheitern.“ Aus dieser „Wahrscheinlichkeit“ will Genosse Meyer dann die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes ableiten. Ein reformistisch gesinnter Arbeiter, der das liest, müßte wohl eher denken: Wenn bei anderen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen die ganze Geschichte durch die Steuergesetze in Ordnung kommt, dann ist es [137] doch überflüssig, bei außerparlamentarischen Kämpfen Kopf und Kragen zu riskieren. Das ist ein typisches Beispiel für die

berühmte Methode, „an Illusionen anzuknüpfen“, bei der die Illusionen nicht zerstört, sondern genährt werden.

Damit sind die Steuerfragen freilich noch nicht erledigt. Daraus, daß eine wirkliche Abwälzung der Reparationslasten nur durch die proletarische Diktatur möglich ist, folgt noch keineswegs, daß jeder Steuerantrag opportunistisch ist. Eine solche „radikale“ Kinderei würde auf dasselbe hinauslaufen, wie wenn man (die KAPD hat das ja getan), Lohnkämpfe als opportunistisch ablehnen wollte, weil sie ja auch nicht dauernd und allgemein die Lage der Arbeiterschaft bessern, die Fragen nicht lösen, die nur die proletarische Revolution lösen kann.

Die Aufhebung solcher Steuern, die die arbeitenden Massen belasten, z. B. der Lohn-, Hauszins-, Umsatzsteuer, der indirekten Steuern und Zölle bedeutet zweifellos eine gewisse wirtschaftliche Erleichterung für die Arbeiterklasse, wenngleich jede solche Erleichterung durch Lohnherabsetzungen Arbeitszeitverlängerung und dergl. wettgemacht werden kann. Das Gleiche gilt ja auch für Lohnerhöhungen, die auch durch Preissteigerung oder Steuererhöhung aufgehoben werden können, das gilt überhaupt für jede Teilforderung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Eben deshalb begnügen wir uns nicht mit Teilforderungen wie die Reformisten; aber es besteht zwischen Steuerforderungen und irgendwelchen anderen Teilforderungen nicht der geringste prinzipielle Unterschied, sie gehören in ein Minimalprogramm.

Ein praktischer Unterschied liegt darin, daß Steuerfragen formell im Parlament entschieden werden und nicht direkt zwischen Arbeiter und Kapitalist. Trotzdem liegt in der Aufstellung von Steuerforderungen nichts opportunistisches, wenn man den Massen klar macht, daß ihre Durchführung nur eine teilweise vorübergehende Erleichterung bringen kann, und daß sie nicht davon abhängt, ob ein paar Arbeitervertreter mehr oder weniger im Parlament sitzen, sondern von dem außerparlamentarischen Druck der arbeitenden Massen. Im übrigen ist ein direkter außerparlamentarischer Kampf gegen die Steuern keineswegs ausgeschlossen. Bei der Lohnsteuer ist das durch das System der Einbehaltung durch die Unternehmer so ziemlich unmöglich gemacht. Dagegen ist z. B. ein Streik gegen die Hauszinssteuer in der Form eines Mieterstreiks durchaus möglich.

Besonders wichtig ist die schon erwähnte Tatsache, daß der Druck des Großkapitals auf den kleinen und mittleren Besitz, auf Bauern und städtischen Mittelstand sich außer durch hohe Preise gerade durch die Steuern äußert. Die proletarische Partei muß als Führer der gesamten Masse der Werktätigen auch den Kampf dagegen organisieren und führen. Auch die Steuerverweigerung auf dem Lande liegt durchaus Bereich der Möglichkeit.

Den Kampf gegen die steuerliche Belastung der Massen zu organisieren, genau so wie den Kampf für irgendwelche andere Teilforderungen, das ist also die dritte Hauptaufgabe, die uns auf dem Gebiete der Steuerpolitik gestellt ist.

Die eigentliche Schwierigkeit beginnt erst bei der Frage der positiven Steuerforderungen. Hat es einen Sinn, hohe progressive Einkommens-, Vermögens-, Erbschaftssteuern zu fordern, wie das alle sozialdemokratischen Programme vorschreiben? Werden nicht im wesentlichen alle Steuern gegen die Interessen des Proletariats verwendet? Haben wir ein Interesse daran, daß der Staat Mittel für seine Erhaltung, für seine Unterdrückungsmaßnahmen gegen uns erhält, sei es auch aus den Taschen der Besitzenden? Das sind gewiß durchaus berechtigte Fragen. Es wäre grundsätzlich falsch, einen ernsthaften Kampf für die steuerliche [138] Belastung der Besitzenden durch den bürgerlichen Staat zu führen. Wir müssen den Kampf gegen die steuerliche Belastung der Massen mit dem positiven Ziele der Sozialisierung durch die Rätewahl verbinden. – Anders liegt die Frage in Gemeinden, wo wir die Mehrheit haben und die Verwendung der Besitzsteuern für soziale Zwecke veranlassen und kontrollieren können. (Bekanntlich können nicht alle Besitzsteuern abgewälzt werden, vergleiche die oben erwähnte Schrift von Varga).

Wenn wir trotzdem im Parlament auch positive Steuerforderungen aufstellen werden, so ist das nur ein taktisches Manöver gegen Dawes-Barmat-Sozialisten. Diese Herrschaften haben nämlich den Dawesplan als die Kapitulation vor dem Marxismus gefeiert und sich besonders an den herrli-

chen Sätzen der frommen Pharisäer erbaut, die dieses Schriftstück verfaßten, wo es hieß, daß die steuerliche Belastung der Besitzenden in Deutschland vergrößert werden muß, während die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht unter das Niveau der anderen europäischen Völker herabgedrückt werden darf. Es ist klar, daß die Steuerpläne der Luther-Regierung ganz und gar nicht in dieses Schema hineinpassen. Trotzdem erleben wir nicht, daß die gewaltigen Helden der „gerechten Lastenverteilung“ mit irgendwelchen ernsthaften Steueranträgen hervortreten. Der ADGB versteigt sich in seinem flammenden Aufruf Fegen den Steuerraubzug der Luther-Regierung gerade nur bis zu der Forderung der Ermäßigung, nicht etwa der Aufhebung der Lohnsteuer und der indirekten Steuern. Von konfiskatorischen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern ist keine Rede. Es ist klar, daß wir zur Entlarvung dieser Schwindler nicht darauf verzichten können, solche Anträge einzubringen, die sie zwingen, Farbe zu bekennen. Die Koalitionssozialisten werden dadurch in nicht geringe Verlegenheit geraten; denn der Zweck ihrer Opposition, (und daran sind sich Rechte und „Linke“ einig) ist bekanntlich nicht die Revolution, sondern die Koalition. Schrofne Steuerforderungen würden aber ihre Koalitionsfähigkeit in Frage stellen. Wir müssen dabei die steuerfreien Einkommen und Vermögen recht hoch ansetzen und die Progression sehr rasch steigern, um zu vermeiden, daß diese Steuervorschläge praktisch auf die Enteignung der kleineren und mittleren Kapitalisten zugunsten der Großen hinauslaufen. Außerdem müssen diese Anträge durch Anträge in der Richtung der Arbeiterkontrolle über Steuerbekenntnis und Steueraufbringung sowie durch eine kräftige Erhöhung der Verzugszinsen ergänzt werden, um die Steuersabotage möglichst zu erschweren.

Aus dem hartnäckigen Widerstand der deutschen Kapitalisten gegen jede sie belastende Steuer, aus ihren raffinierten Methoden der Steuerhinterziehung darf man nicht schließen, daß hohe Besitzsteuern an sich gegen das Interesse der Bourgeoisie sind. Die englische Bourgeoisie zahlt sehr hohe Steuern, um der Schuldknechtschaft gegenüber den Vereinigten Staaten zu entgehen. Das ist eine Politik, die von den einzelnen Kapitalisten Opfer im Interesse ihrer Klasse verlangt. Die deutschen Kapitalisten zeigen keine Neigung zu solchen Opfern, einerseits weil bei einem höheren Steuerertrag größere Reparationsforderungen zu erwarten sind, andererseits weil sie trotz der relativen Stabilisierung Deutschlands dem Geschäft, genannt Deutschland, nicht recht trauen. Nur so ist das Programm Luthers der nahezu völligen Steuerbefreiung der Besitzenden zu verstehen.

Jeder Erfolg im Kampfe um die Erleichterung der Steuerbelastung der Werktätigen zwingt die Besitzenden, selbst mehr zu zahlen. Insofern wirkt der Kampf gegen die die Massen belastenden Steuern von selbst in der Richtung auf die höhere steuerliche Belastung der Bourgeoisie. Aber es wäre falsch, dies als Ziel des Massenkampfes aufzustellen. Aufstellung positiver Steuerforderungen in der Form konfiskatorischer Steuern gegen den großen Besitz, ausschließlich zu dem Zweck der Entlarvung der sozialdemokratischen Lastenverteilungsschwindler, das ist die vierte Aufgabe unserer Steuerpolitik. [139]

*

Nicht nachlassen im Kampf um die Gewerkschaftseinheit.

Von Fritz Heckert.

Unser Kampf um die Gewerkschaftseinheit ist keine Marotte, wie es die rechten Amsterdamer Demagogen hinstellen beliebten und wie es noch eine Anzahl revolutionär gestimmter Arbeiter, geführt von den Phrasen der Schumacher und Weyer, glauben. Es wird uns darum auch in der Fortsetzung unseres Bestrebens niemand irre machen können und vor keinem Hindernis werden wir zurückschrecken.

Die mit dem Weltkrieg heraufgekommene Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems dauert an. Alle bisherigen Versuche, der Wirtschaftsgeneräle und Staatsmänner, eine Lösung der Krise zu finden, sind gescheitert und mußten scheitern, denn aus dieser Krise gibt es nur einen Ausweg: die soziale Revolution, die den Sturz des Kapitalismus bedeutet und die gesellschaftliche Produktion auf einer anderen Basis aufbaut. In dem Strudel, der das kapitalistische Wirtschaftssystem immer mehr der Auslösung und dem Zusammenbruch entgegentreibt, sehen die Kapitalisten, nachdem alle

demokratisch-pazifistischen Illusionen sich verflüchtet haben, nur noch drei Mittel dem Verhängnis entrinnen. Das sind: 1. der Weg Morgans, Europa in eine Kolonie der amerikanischen Trustkönige zu verwandeln (Dawespläne für alle nichtamerikanischen Länder); 2. einen neuen Weltkrieg, zu dem die kapitalistischen Großmächte sich aber noch nicht genügend vorbereitet fühlen, insbesondere weil sie sich der Gefolgschaft des Proletariats nicht sicher sind; und 3. die völlige Niederwerfung und Versklavung der Arbeiterklasse. Die letzte Möglichkeit dünkt den Kapitalisten die einfachste; ihre Erfüllung ist auch erst die Vorbedingung für die Durchführung der ersten und der zweiten.

Auf der ganzen Linie hat die Kapitaloffensive auf die Arbeiterklasse begonnen, sie steigert sich von Woche zu Woche und wird mit rücksichtsloser Gewalt durchgeführt. Ihre ersten Etappenziele: Beseitigung des Achtstundentags, der tariflich festgelegten Löhne und der größtmöglichen Einschränkung des sozialen Schutzes sind teilweise erreicht. Nach Erreichung der Etappe wird das Kapital weiter schreiten zur Zerschlagung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, zur vollständigen politischen Entrechtung des Proletariats. Es kann mit seiner Offensive nicht eher Halt machen, als bis das Proletariat vollständig versklavt ist, weil sonst die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder in Frage gestellt ist.

Im Jahre 1920 proklamierte die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, daß sie, die 30 Millionen Mitglieder umfasse, die stärkste Macht der Welt sei. Niemand könne gegen sie regieren. Sie machte auch einige Versuche, ihren Willen vor den Machthabern der kapitalistischen Staaten zu dokumentieren – Boykott gegen Ungarn und Hinderung der Waffenzufuhr nach Polen. Beide Versuche haben ein sehr bescheidenes, ja geradezu klägliches Ergebnis gehabt. Mit diesen ersten Versuchen ließen es die Leiter des IGB auch bewenden. Seit 1920 erscheinen sie nur noch als Bittgänger bei den Regierungen und den Häuptlingen der Ausbeuterklasse. Sie begnügen sich mit der Propaganda längst überholter kapitalistischer Friedenswünsche und dem Herbeisehnen der Ratifizierung des zu einem Kautschuk umgewandelten Washingtoner Abkommens durch die Stipendiaten Morgans, Stinnes, Schneider und Wickers. Vom Kampf ist keine Rede mehr. Die „stärkste Weltmacht“ hat ihre Pleite offen zur Schau gestellt, jedes balkanische Raubfürstentum und jede vom hohen Rat der Alliierten geschaffene Pseudorepublik spuckt auf die lächerlichen Tiraden der Oudegeist, Mertens, Jouhaux usw.

[140] Wie ist denn die Lage? Wo es die kapitalistischen Regierungen riskieren konnten, lösten sie die Gewerkschaften auf und warfen ihre Leiter in die Gefängnisse (Jugoslavien, Bulgarien, Rumänien, z. T. auch in Polen). Auch in Ländern mit sogenannten sozialistischen Regierungen, wie Dänemark, Schweden, haben die Gewerkschaften und die Arbeiter keine Unterstützung gegenüber den Angriffen des Kapitals. In Schweden wird gerade jetzt die ganze Arbeiterschaft von den Unternehmern ausgesperrt, um ihr eine entsprechende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Selbst aus dem Lande der „ewig“ scheinenden Dollar-Sonne wird gemeldet, daß niemals in den letzten 20 Jahren die Gewerkschaften so schwach und einflußlos waren, wie gegenwärtig es der A. F. of L. ist. Es wäre eine Raumverschwendung, wollte man lang und breit beweisen, welche Rolle der ADGB gegenwärtig spielt; sie ist genügend bekannt.

Zu fast allen kapitalistischen Staaten haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführer zu kapitalistischen Lakaien erniedrigt. Ihnen danken es die Arbeiter, wenn jetzt die Kapitalisten über die Gewerkschaften spotten können, statt sie zu fürchten. Wenn eins die Geschichte der Nachkriegszeit bewiesen hat, so das: der Reformismus ist bankrott; statt die Arbeiterklasse zum Siege über die Ausbeuterklasse zu führen, stürzte er sie in das größte Elend. Der Reformismus will das Schicksal der Arbeiterklasse an das Schicksal der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Staaten binden, die Arbeiter müssen aber begreifen, daß es ihr Untergang ist, wenn sie sich nicht unabhängig vom Schicksal der kapitalistischen Gesellschaft machen. Nur wenn die Arbeiter dieses Problem lösen, werden sie verhindern können, daß das Kapital auf den oben beschriebenen drei Wegen das Proletariat mit in das Verhängnis reißt. Mit der Lösung dieses Problems ist auch die Frage der Gewerkschaftseinheit untrennbar verbunden. Der derzeitige Vorsitzende des IGB, A. A. Purcell, sieht das Problem und seine Lösung richtig, darum konnte er aussprechen: „Wir müssen eine einheitliche, wirklich proletarisch klassenmäßige Gewerkschaftsinternationale schaffen, um dem Kapi-

talismus einen Stoß mitten ins Herz zu versetzen.“ Der Reformismus sieht das Problem nicht richtig, oder besser, er will es überhaupt nicht sehen, darum spricht er mit Mertens: „Falls der Krieg ausbricht, werde den sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften nichts übrigbleiben, als dasselbe zu tun, was sie 1914 getan haben“, oder mit I. H. Thomas: „Das blödsinnige Gerede vom Klassenkampf muß endlich aufhören“, oder mit Graßmann: „Wir stimmten für den Dawes-Plan, weil er uns die Hoffnung auf bessere Zeiten bringt.“

Ein jeder versteht den gewaltigen Unterschied zwischen der Auffassung von Purcell und der der rechten Amsterdamer Führer. Jener ruft das Proletariat zur Sammlung in eine wirkliche einheitliche Internationale, damit es die Offensive des Kapitals brechen kann. Diese fühlen sich mit ihrem nationalen Kapital auf Gedeih und Verderb verbunden, darum wollen sie keinen Klassenkampf, sondern Burgfrieden. Der Burgfrieden ist aber keine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise des Kapitalismus, sondern der Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten. Hunger, Not und Entrechtung für das Proletariat. An dieser Tatsache hilft keinerlei Amsterdamer Demagogie vorbei.

Zwei Fragen sind es jetzt, auf die das deutsche Proletariat den Amsterdamer eine Antwort geben muß, weil sie nicht nur Fragen des deutschen Proletariats sind, sondern das Schicksal der Arbeiter in allen Ländern betreffen. Das sind die Wiedereroberung des Achtstundentages und die Räumung des besetzten Gebietes am Rhein durch die Ententetruppen. Wir werden den Achtstundentag nicht wiederbekommen ohne Klassenkampf und die Räumung des besetzten Gebietes nicht ohne einen entsprechenden internationalen Druck des Proletariats.

Der Namensvetter des I. H. Thomas, Herr Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt hat allerdings eine andere Meinung von der Wiederkehr des Achtstundentages in Deutschland. Auf seiner Reise [141] nach Berlin hat er die Entdeckung gemacht, daß Deutschland jetzt eine „Regierung des sozialen Fortschritts“ habe, die sicher den Achtstundentag auf dem Wege über das von A. Thomas interpretierte Washingtoner Abkommen wieder einführen werde. Die Parteigenossen des A. Thomas inklusive seine Kollegen aus der Führung der CGT scheinen von der deutschen Regierung aber eine andere Meinung zu haben. Denn, als Herriot in der Kammer erklärte: „Der Rhein sei die beste Sicherung für Frankreich, da stimmten sie bekanntlich der Plakatierung dieser Hetzrede zu. Ja, Herr Paul Boncour übertrumpfte sie sogar: „In dem Punkte Sicherheiten wird, die jetzige linke Mehrheit nachdrücklicher sein als früher Poincaré.“ Für eine solche Politik, das hoffen wir nicht vergeblich, wird weder das deutsche Proletariat, noch die große Masse der in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeiter zu haben sein.

Kämpfen die deutschen Arbeiter nicht mit Aufbietung aller Kraft für die schnellste Wiedereinführung des Achtstundentages, dann werden diesen die Arbeiter in England, Frankreich und Belgien ebenfalls und unbedingt verlieren. Unterwerfen sich die deutschen Proletarier dem Morganschen Sklavenpakt, dann wird die Sklaverei nicht an den schwarzrotgoldenen Grenzpfählen Halt machen. Gegen ihren Import schützen die höchsten Schutzzollmauern nicht. Und wenn nicht ein ernster revolutionärer Kampf für die Räumung des Rheinlandes durch die Arbeiter geführt wird, dann ist die unausbleibliche Folge entweder eine ähnliche Wirtschaftskatastrophe, wie während der Ruhrbesetzung oder die Entzündung eines neuen imperialistischen Abenteuers. Sollen die Arbeiter zu diesen Auswirkungen der kapitalistischen Krise schweigen? Sollen sie alles, was kommt, geduldig hinnehmen, weil ihnen die Leipart, Oudegeest, Thomas, Mertens, Jouhaux von früh bis abends predigen: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“?

„Taten sprechen lauter als Worte,“ sagte Purcell. Die Arbeiter wollen Taten sehen. Weihnachten 1922 haben die Reformisten aller Kaliber im Haag Worte genug gedrechselt. Sie wollten gegen die kriegerischen Abenteuer kämpfen wie Herkules gegen die lernäische Schlange. Als aber 14 Tage später die französischen und belgischen Truppen in die Ruhr einmarschierten, da hörte man von den Haager Phrasenhelden nur Rechtfertigungsreden für die Politik ihrer Bourgeoisien. Kein Finger wurde krumm gemacht, um das Abenteuer zu hindern. Als 1921 auf der Londoner Konferenz die Franzosen mit Sanktionen gegen Deutschland drohten, da haben die rechten Amsterdamer unter der Führung I. S. Thomas, den deutschen Leiparts das Versprechen abgepreßt: Dafür zu sorgen, daß

Deutschland (d. h. die Arbeiter) alles zahlen, was die ententistischen Bankhyänen von ihm fordern. Das war der erste vernichtende Streich, den die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zugunsten der internationalen Räuber gegen die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter führte. Als durch die Ruhrinvasion der deutsche Bergbau zu beträchtlichem Teil lahmgelegt wurde, versetzte sich damit der Kapitalismus selber einen harten Schlag. Es wäre der geeignetste Augenblick für die Bergarbeiter gewesen, ihre Fesseln zu lockern. Was taten aber die Reformisten? In Frankreich rief Barthuel offen zum Streitbruch auf und in England erklärte Frank Hodges: Die Bergleute seien so lange ohne genügende Beschäftigung gewesen, da könne man es ihnen nicht verdenken, wenn sie die günstige Gelegenheit zur Arbeit ausnützten. Mit einer solchen kurzsichtigen, nur auf den Augenblick berechneten, auf die Interessen der nationalen Bourgeoisie abgestellten Politik, ist die Arbeiterbewegung von den Reformisten zugrunde gerichtet worden. Die kapitalistische Klasse wurde durch diese selbstmörderischen Methoden des Reformismus direkt ermuntert zu immer weitergehenden Forderungen an das Proletariat. Sie konnte sich im Schutz der reformistischen Politik ungestört zu der großen Offensive vorbereiten, die sie jetzt gegen die Arbeiterklasse durchführt.

In diese Entwicklung hinein fiel unsere Parole: Kampf für die gewerkschaftliche Einheit. Das Unternehmertum begriff sehr schnell, was es be-[142]deutet, wenn die Arbeiter diese Parole ausnehmen. Alle Berechnungen würden über den Haufen stürzen, denn gegen eine Gewerkschafts-Internationale, wie sie von Purcell und den Kommunisten gedacht ist, ist kein Sieg der Unternehmer denkbar. Von ihr kann der Kapitalismus wirklich nur einen „Stoß mitten ins Herz“ erwarten. Noch setzen die Kapitäne der kapitalistischen Macht ihre Hoffnung auf solche Lakaien wie Thomas, Leipart, Mertens, Oudegeest, daß es diesen gelingen werde, die Herausbildung einer auf den Klassenkampf eingestellten Internationale zu verhindern. Darum müssen wir alles daran setzen, um diese Hoffnungen zuschanden zu machen. Der freche Unternehmerlakai Stenhuis hat schon die Losung aller seiner Kumpane im IGB aufgestellt, sie lautet: „Fort mit Purcell, einen zuverlässigen Mann an die Spitze der Amsterdamer. Wenn ihn die Engländer nicht geben können, dann wird es ein anderes Land tun.“ In den einzelnen Ländern arbeitet unterdessen der Amsterdamer Apparat an der Entauptung der Opposition. Sollen wir auf diese Provokationen hereinfliegen? Sollen wir so unklug und verderblich handeln, wie das die Weyer und Schumacher empfehlen, nur weil sich die rechten Amsterdamer zu wiederholten Malen als die ausgesprochenen Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse entpuppten? Wir wären Toren ohnegleichen.

Die Gewerkschaftseinheit ist notwendig zur Abwehr der Angriffe des Kapitals, sie ist notwendig, um den Kapitalismus zu stürzen und sie ist notwendig, um den Sieg des Proletariats zu festigen. Wir kämpfen um sie, um dieser Zwecke willen, und nicht weil wir die Gesellschaft der Thomasse lieben. Wir werden uns durch keinerlei Tricks von dem Kampfe zu ihrer Verwirklichung abhalten lassen.

Das schändliche demagogische Spiel der Feinde der Gewerkschaftseinheit entlarven wir am besten, wenn wir vor die Arbeiterklasse die Fragen stellen, die dieser auf den Nägeln brennen. Die rechten Amsterdamer sollen Antwort geben auf die Frage, wie sie sich zu der Räumung des besetzten Gebietes stellen. Wir schlagen den Arbeitern eine gemeinsame Aktion aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor und damit der Druck auf die Imperialisten ein unwiderstehlicher werde, empfehlen wir allen Arbeitern, sich in einer einheitlichen, klassenmäßigen Gewerkschaftsinternationale zu vereinen. Die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens kann kein denkender Arbeiter leugnen. Und mit der Frage: Kampf um den Achtsturentag, einen auskömmlichen Lohn und ausreichenden sozialen Schutz, ist es dasselbe. Vereinigung aller Kräfte des Proletariats, damit der Erfolg mit größtmöglicher Sicherheit garantiert ist.

Die Union der Bergarbeiter hat dem Deutschen Bergarbeiter-Verband das Kampfbündnis für die bevorstehende Auseinandersetzung angetragen. Der Bergarbeiterverband kann sofort die volle Vereinigung mit der Union haben, wenn er nur will. Wollen die Husemänner nicht, so müssen die Bergleute selbst den nötigen Dampf dahinter machen. Wenn es in Deutschland nicht zu einer raschen Verschmelzung der verschiedenen Verbände kommt, dann liegt die Schuld nur bei den Führern des ADGB. Das soll jeder Arbeiter wissen. So ist es aber auch in den anderen Ländern. Die

CGTU hat noch einmal in aller Form der CGT die Vereinigung der beiden französischen Gewerkschaftsbünde angetragen. Das sind unleugbare Beweise dafür, daß die Kommunisten es mit der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ernst nehmen. Hier sind alle Prestigefragen unterdrückt, dem Klasseninteresse des Proletariats untergeordnet.

Es ist kein Zweifel mehr, der Wille der Massen für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wächst, wie auch ihre Kampfeslust, die Offensive des Kapitals zu brechen. Fieberhaft arbeitet das Kapital, um das Proletariat zu schlagen, ehe es sich zu einem Heerhaufen vereint hat, fieberhaft arbeiten auch die Reformisten, um die Einheit und den Kampf zu hintertreiben; es geht um ihre Positionen. Darum verzehnfacht und verhundertfachen auch wir unsere Kraft. Den Kapitalisten zum Trotz, den Reformisten zum Trotz, nun erst recht für die Gewerkschaftseinheit. [143]

*

Einige Lehren der letzten Reichstagswahl.

A. R. Vor kurzem erschien eine genaue statistische Uebersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924. Die Schrift enthält das amtliche Material und wurde vom Büro des Reichswahlleiters herausgegeben. Die genauen Zahlen über das Wahlergebnis, die man in der Broschüre findet, sind außerordentlich lehrreich und lassen für uns die wichtigsten Schlüsse zu. Besonders bemerkenswert ist die Prüfung dieser Ziffern angesichts der neuen Volksabstimmungen, die uns die deutsche Demokratie beschert, nämlich der beiden Wahlgänge für den Reichspräsidenten.

Es ist bekannt, wie außerordentlich ungleichmäßig unser Einfluß in den verschiedenen Teilen des deutschen Reiches ist. Am 7. Dezember stimmten in dem hochindustriellen Bezirk Halle-Merseburg 22,6 Prozent aller Wähler kommunistisch, in dem ebenso industriellen Bezirk Breslau aber nur drei Prozent. In Halle-Merseburg, ebenso in Berlin und im Düsseldorfer Industriebezirk ist jeder fünfte Mensch ein Anhänger des Kommunismus. Im schlesischen Industriebezirk aber nur jeder dreiunddreißigste! Dieselbe außerordentliche Verschiedenheit zeigt sich aber auch innerhalb der einzelnen Provinzen und Wahlkreise.

In der Mittelstadt Tilsit in Ostpreußen waren wir am 7. Dezember die stärkste aller Parteien. Die KPD erhielt dort 4800 Stimmen, die SPD 4600, die Deutschnationalen 3900, die Deutsche Volkspartei 4090, alle anderen Parteien viel weniger. Ein glänzendes Ergebnis! In der Stadt Elbing dagegen, die viel mehr Industrie hat als Tilsit, erhielten wir nur 2700 Stimmen, die SPD 7706, die Deutschnationalen über 10.000, und wir wurden außerdem vom Zentrum und von der Deutschen Volkspartei überflügelt. Die objektiven Bedingungen für die Verbreitung des Kommunismus sind in Elbing mit seinen Werften viel günstiger als in Tilsit. Trotzdem das gute Wahlergebnis in der einen und das schlechte in der anderen Stadt.

Im folgenden wollen wir die Wahlresultate in einigen ostpreußischen Landkreisen vergleichen, und der Einfachheit halber nur das Verhältnis der SPD zur KPD und zu den Deutschnationalen feststellen, die kleineren Parteien aber fortlassen.

Kreise	KPD	SPD	Deutschnationale
Labiau	3200	3000	8800
Gerdaunen	300	7100	5600
Friedland	900	6600	8400
Goldap	1400	3200	9300

Man sieht die außerordentlichen Verschiedenheiten. In dem einen Kreis ist es möglich, die SPD zu schlagen, in anderen Kreisen erhalten wir ein Zwanzigstel der sozialdemokratischen Stimmen, obwohl die wirtschaftlichen Bedingungen und Agitationsmöglichkeiten in Labiau nicht viel anders sind wie in Gerdaunen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind sehr klar. Wo die KPD eine einigermaßen vernünftige und leistungsfähige lokale Organisation hat, kann sie die SPD schlagen, ja sogar unter schwierigsten Umständen die Deutschnationalen überflügeln, wie Tilsit zeigt; wo aber die Ortsorganisation schwach ist und es nicht versteht, eine vernünftige Politik zu machen, sind wir einflußlos.

Wenn wir nun in das entgegengesetzte Ende Deutschlands, nach Württemberg, gehen, so greifen wir im folgenden einige Bezirke aus dem Neckarkreis heraus und vergleichen die Stimmzahlen der KPD und SPD:

Oberamt	KPD	SPD	
Backnang	1800	1200	
Besigheim	400	4500	
Böhligen	2500	2100	
Brackenheim	200	2200	[144]
Eßlingen	6400	7900	
Heilbronn	1300	20.400 (!)	
Leonberg	2100	3100	
Waiblingen	2100	3300	
Weinsberg	100	2700	

Welche außerordentlichen Verschiedenheiten zeigen wieder diese Zahlen! Dabei handelt es sich in allen diesen Bezirken um die gleiche Wählerschicht, um Arbeiter der Fertigungindustrie in mittleren und kleineren Betrieben, die entweder für die SPD oder für die KPD sich entscheiden. Wir haben Bezirke, in denen wir die SPD stark überflügeln, andere Bezirke, wo wir ihr gleichkommen, wieder andere, wo die SPD einen erheblichen Vorsprung hat, aber die KPD eine ernsthafte Minderheit darstellt, und dann so schauerliche Situationen wie in Heilbronn, wo das Gesamtproletariat sozialdemokratisch wählt und die Kommunisten ein kleines Häuflein darstellen. Also auch eine Organisation, wie die KPD Württembergs, ist gar nichts Einheitliches, sondern von Ort zu Ort ist der Einfluß, die Leistungsfähigkeit und das politische Ansehen der Kommunisten verschieden.

Betrachten wir den Chemnitzer Wahlkreis. Im Bezirk Schwarzenberg stehen 15.000 kommunistische Stimmen, 21.000 sozialdemokratischen gegenüber. Aber im Landkreis Plauen ist das Verhältnis 5000 zu 19.000. In Oelsnitz haben wir die SPD überflügelt (6400 zu 6100). Aber im Landkreis Zwickau haben wir nur 7700 Stimmen gegen fast 28.000 sozialdemokratische. In der Amtshauptmannschaft Chemnitz sind wir ungefähr ebenso stark wie die Sozialdemokraten (17.000 zu 20.000). Aber in Glauchau hat die SPD den großen Vorsprung von 29.000 zu 12.000 und in Annaberg ist die Sozialdemokratie dreimal so stark wie wir.

Nun einige Amtsbezirke aus Baden:

Amtsbezirk	KPD	SPD
Lörrach	4200	3800
Konstanz	2800	4900
Bruchsal	2100	3900
Weilheim	1700	3700
Offenburg	1200	3300
Schopfheim	1400	3200
Heidelberg	4300	16.300
Sinsheim	500	2900
Wolfach	400	2500

In Lörrach sind wir die stärkste Partei am Ort. Wir haben in diesem Bezirk nicht nur die SPD geschlagen, sondern sogar das Zentrum und den Bauernbund. Und daneben gibt es Bezirke, in denen wir eine so jämmerliche Minderheit auf uns vereinigen, wie Heidelberg, und andere Bezirke, die in der Mitte zwischen beiden Extremen stehen.

Eine Wahlkuriosität aus Oberfranken: Es existiert dort das Städtchen Selb mit 12.000 Einwohnern und 5000 abgegebenen Stimmen. Dort ist die KPD die stärkste Partei (trotz des Parteiverbots!). Wir erhielten 1400 Stimmen und schlugen die SPD, um etwa 50 Stimmen. Alle anderen Parteien blieben weit hinter 1000 zurück. Und im selben Oberfranken liegt die Stadt Bamberg, wo die SPD zehnmal so stark ist wie wir; dort liegt Bayreuth, wo sie zwanzigmal so stark ist, und Koburg, wo die SPD das Vierzigfache unserer Summenzahl auf sich vereinigte (100 zu 4000). In der wichtigen Industriestadt Hof gab es 300 kommunistische und 900 sozialdemokratische Stimmen. Ähnlich sieht es in den meisten anderen oberfränkischen Bezirken aus.

Außerordentlich groß sind die Differenzen in Thüringen. Wir haben dort glänzende Majoritäten gegen die SPD im Stadt- und Landkreis Gotha, in Zella-Mehlis, in Erfurt, in Schleusingen. Auf der anderen Seite [145] hat die SPD erdrückende Majoritäten in Gera, in Altenburg, in Sonneberg, in Saalfeld, während wir in Kreisen wie Jena eine starke Minderheit darstellen.

Sehr groß sind auch die Unterschiede im rheinisch-westfälischen Industriegebiet:

Kreis	KPD	SPD
Stadt Hamm	1300	4200
Hamm Land	5400	20.700
Stadt Hörde	2000	7600
Landkreis Hörde	6100	24.500
Stadt Bochum	12.600	15.200
Stadt Witten	2300	9100
Stadt Herne	5100	6200
Landkreis Bochum	10.100	21.900
Stadt Gelsenkirchen	18.500	16.000
Gelsenkirchen Land	13.900	13.600
Hattingen	7400	13.600
Stadt Hagen	7800	6000
Hagen Land	7000	9700
Schwelm	4900	11.800

In manchen Bezirken des Industriegebietes sind wir stärker als die SPD, in anderen etwas schwächer, in anderen haben wir die Hälfte der SPD-Stimmen, in noch anderen nur ein Viertel. Dabei ist in allen diesen Kreisen die Situation und die Beschäftigung des Proletariats ziemlich gleichartig. Den Unterschied unseres Erfolges bestimmt immer nur die Leistungsfähigkeit der betreffenden örtlichen Organisation.

Es läßt sich zusammenfassend feststellen und durch eine beliebige Zahl von Belegen erhärten: der Kommunismus ist imstande, auch unter so schwierigen Umständen, wie sie am 7. Dezember vorlagen, in jedem beliebigen Teil Deutschlands, mag es sich um großindustrielle Bezirke, um Gegenden der Mittel- und Kleinindustrie oder um kleinbürgerliche und agrarische Gebiete handeln, alle Gegner zu überflügeln. Was in Tilsit, in Lörrach, in Selb und in Erfurt möglich war, muß in hundert anderen Bezirken Deutschlands genau so möglich sein. Aber der Kommunismus kann sich nur dort durchsetzen, wo eine vernünftige und leistungsfähige Parteiorganisation in richtiger Weise die Massen in Bewegung setzt. Die Analyse der einzelnen Wahlziffern zeigt, daß zu Pessimismus über die Werbekraft der KPD im gegenwärtigen Deutschland nicht der mindeste Anlaß vorliegt. Wir müssen nur vernünftig und konsequent in der Organisation arbeiten. Es ist nicht notwendig, daß große Massen des Proletariats in irgendwelchen Teilen Deutschlands noch der SPD nachlaufen. Es liegt nur an uns, ob wir imstande sind, die SPD zu überflügeln oder nicht.

Im Anschluß daran noch eine weitere Beobachtung: Die SPD hat in vielen Teilen Deutschlands ihre ungeheure Stimmenzahl dadurch erhalten, daß sie sämtliche mittlere und kleinere Industrieorte gleichmäßig bearbeitete. Sie hat dort selbstverständlich in ihren Gewerkschafts- und Konsumvereinsangestellten, in den kommunalen und staatlichen Funktionären Stützen, die uns fehlen. Man betrachte z. B. einen Wahlkreis, wie Süd-Hannover-Braunschweig. Dort haben wir 47.000 Stimmen und die SPD 362.000. Von unseren Stimmen kommen 29.000 aus der Stadt Hannover und etwa 10.000 aus den größeren Industrieorten Braunschweigs. In all den zahlreichen übrigen Städten dieses Wahlkreises haben wir zusammen nur 17.000 Stimmen erhalten. Die SPD hat in der Stadt Hannover etwa 90.000 Stimmen, in den erwähnten Braunschweiger Industriegebieten etwa 70.000, dann bleibt ein Rest von etwa 200.000. In den zahlreichen Mittel- und Kleinstädten des erwähnten Regierungsbezirks stehen also 200.000 sozialdemokratische Stimmen nur 17.000 kommunistischen gegenüber, d. h. wir sind in diesem Wahlkreis als Partei eigentlich nur in den Städten Hannover [146] und Braunschweig vorhanden, und auch dort schwach genug. Die SPD aber ist überall vorhanden und kann ziemlich konkurrenzlos gewaltige Arbeitermassen um sich vereinen. Es gibt eine ganze Reihe von deutschen Wahlkreisen, in denen die Lage ähnlich ist. Ueberall dort muß versucht werden, in jeder Stadt mindestens einige zuverlässige Funktionäre zu finden, damit wir wenigstens

als Partei existieren. Jede Bezirksleitung muß das Wahlergebnis ihrer Gegend genau durchprüfen, an Hand der Ziffern feststellen, wo wir als Partei überhaupt nicht vorhanden sind oder wo wir nur als eine Art von Sekte bestehen. Unsere Agitationsmöglichkeiten sind immerhin so groß, daß in keinem Teil Deutschlands solche dunklen Flecke übrig bleiben sollten, wo die Scheidemänner unbeschränkt herrschen. Die Provinz Hannover liegt doch nicht auf dem Mond und ebenso wenig die Regierungsbezirke Liegnitz und Kassel. Ueberall kann kommunistische Arbeit erfolgreich geleistet werden, wenn man nur den Willen dazu hat, sie ernstlich anzufassen.

*

Dokumente.

Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPTsch zum Fall Bubnik.

Vorbemerkung der Redaktion.

Die letzten Ereignisse in der KPTsch sind als Symptome für die Größe der opportunistischen Gefahr in der Komintern von der größten Bedeutung. Die politisch geschlagene Rechte hat versucht, durch eine sehr geschickt geführte persönliche Kampagne gegen die führenden Genossen der Linken ihre Machtpositionen zurückzuerobern. Die in ihrer Mehrheit aus extremen Rechten zusammengesetzte Kontrollkommission hat gegen die Genossen Seidler, Vercik und Horn die schwersten Beschuldigungen vorgebracht. Obwohl das belastende Material dem ZK der KPTsch ausreichend erschien, den sofortigen Ausschluß der beiden letztgenannten zu vollziehen, verbergen wir auf Grund mannigfacher Erfahrungen über die Verwendung solchen Materials im Fraktionskampf nicht unser Mißtrauen gegenüber der Stichhaltigkeit dieses Materials. Uns scheint eine Klärung dieser dunklen Angelegenheit durch eine internationale Untersuchungskommission notwendig. Wenn auch der Versuch der Smeralgruppe, die Krise sofort für ihre Zwecke auszunutzen, zunächst mißlungen ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß es der Rechten gelungen ist, große Verwirrung unter den ehrlich die Bolschewisierung anstrebenden Arbeitern zu erregen und die führende Gruppe in der Partei zu schwächen.

Die folgende Resolution wurde vom Zentralausschuß der KPTsch in seiner Sitzung vom 28. Februar l. J. mit 18 gegen 11 Stimmen beschlossen. Die Resolution des Gen. Smeral wurde abgelehnt. Sie enthält jedoch ebenfalls die Bestätigung des Ausschlusses Bubniks.,. Mit den – nach dem Ausscheiden Verciks, Seidlers, Horns – 15 linken Genossen stimmten die 2 Vertreter der Jugendzentrale und 1 rechter Genosse. 2 Genossen der Rechten fehlten entschuldigt.

Die von dem letzten Parteitag gewählte Parteileitung organisiert und führt seit Monaten eine große Aktion der arbeitenden Massen gegen die Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Regierung für die Erstarkung der proletarischen Einheitsfront gegen die Koalitionsregierung. Die Parteileitung veranlaßte die Beschleunigung des organisatorischen Um-[147]baues der Partei. In dem Maße, in welchem sich diese Umorganisation, die Errichtung von Betriebszellen vollzog, steigerte sich der Einfluß der KPTsch auf die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitermassen und auf die großen Schichten indifferenter Proletarier. Diese Aktion der Partei hat auch einen sichtbaren Ausdruck in dem Auftreten unserer parlamentarischen Fraktion gefunden, deren Aktionen mit dem Polbüro vorbereitet und beschlossen worden sind. Eine außerordentliche Kräftigung erfuhr die von der KPTsch geführte Massenaktion unmittelbar vor dem letzten Zusammentritt der Nationalversammlung, als die Parteileitung zu Massendemonstrationen aufgerufen hat. Niemand kann bezweifeln, daß es der Kommunistischen Partei gelungen war, im Kampfe der arbeitenden Bevölkerung gegen die Teuerung, den Lohnabbau und die Preispolitik der Regierung die Führung an sich zu reißen.

Die Koalitionsregierung, die Bourgeoisie der Tschechoslowakei und ihre sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Hilfstruppen erkennen die Gefahr, die ihnen infolge des gesteigerten Einflusses der KPTsch auf die breiten Massen drohte. Sofort nach dem zweiten Parteitag setzt eine wüste Hetze gegen die Partei und besonders gegen ihre Führung ein. Die Versuche, auf diese Weise die Autorität der Parteiführung zu erschüttern, sind zunächst ohne Erfolg geblieben. Am 10. Februar folgten die Massen dem Rufe der Parteileitung, indem sie auf die Straßen gingen und ihren Willen kundtaten, den Kampf gegen die Teuerung und gegen die Regierung unter der Führung der KPTsch entschlossen fortzusetzen. Die Regierung versuchte mit einigen energischen Schlägen, diese revolu-

tionäre Bewegung niederzuwerfen. Ihren stärksten Angriff richtete sie gegen die Arbeitermassen der Hauptstadt. Die Führung der KPTsch hat die Bedeutung des Augenblicks vollkommen erfaßt. Sie ging von der Ansicht aus, daß die Regierung vom Standpunkte der tschechoslowakischen Bourgeoisie aus versuchen müßte, den Einfluß der KPTsch auf die Massen zu zerstören, daß andererseits die KPTsch vor den Drohungen der Regierung nicht zurückschrecken durfte, sondern den Kampf aufnehmen mußte. Die Ereignisse sowohl vom 10. wie die besonders vom 15. Februar haben die vollkommene Richtigkeit der Politik unserer Parteiführung aufgezeigt. Am 15. Februar hat die Prager Arbeiterschaft der Regierung, den Koalitionsparteien, der Bourgeoisie eine empfindliche Niederlage beigebracht. In diesem Augenblick wurde es sowohl für die Regierungsparteien, wie auch für die Arbeiter klar, daß nunmehr ernste wirtschaftliche wie auch politische Kämpfe auf der Tagesordnung stehen, daß die Ereignisse vom 15. Februar noch größere und entscheidungsvolle soziale Kämpfe auslösen müssen. In diesem Moment konnten sich solche opportunistische Elemente wie die Abgeordneten Bubrik und Warmbrunn in der Partei nicht mehr wohlfühlen. Der Abgeordnete Bubrik hat wohlüberlegt die Aktion der Partei nach dem 10. Februar sabotiert, er hat sie auf dem Boden sabotiert, wo die Entscheidung im Kampfe der KPTsch mit der Regierung fallen mußte, nämlich im Prager Kreise. Die Parteileitung hat diese Sabotage festgestellt und verurteilt. Eine Konferenz der Prager Vertrauensmänner hat dieses Urteil bestätigt. Unmittelbar danach wurde klar erwiesen, daß Bubrik nicht erst seit dem 10. Februar, sondern seit Monaten den Kampf gegen die Autorität der Parteileitung führt und die Parteispaltung vorbereitet. Diese Absichten Bubniks bestätigen nicht nur der Brief und die Mitteilungen des Gen. Rejlek, sondern auch die Aussage Bubniks noch vor seinem Ausschluß aus der Partei. Sofort danach bestätigte Bubnik in seinem Flugblatt, daß er nichts anderes war und sein will als ein Feind der Komintern. Sein Genosse, Komplize und Arbeitsgenosse Warmbrunn, hat inzwischen schon ein umfangreiches Flugblatt im Sinne und Geiste der Enthüllungen in den bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht.

Das Polbüro war und ist der Ansicht, daß es in dem Augenblicke, in welchem es den Verrat Bubniks feststellte, verpflichtet war, sofort die Konsequenzen zu ziehen und dem Parteischädling keine Möglichkeit zu geben, [148] auch nur eine Minute lang weiter seine gegen die Kommunistische Partei gerichtete Tätigkeit fortzusetzen.

Es ist kein Zweifel, daß wegen Bubrik und Warmbrunn keine irgendwie bemerkenswerte Parteikrise entstehen konnte. Abgesehen von der Brünner Kreisleitung, hat sich in der Partei niemand hinter Bubrik gestellt. Das muß man zu Ehren der Prager Arbeiterschaft auch von der Konferenz sagen, die am 25. Februar in Prag tagte. Die Versuche einiger Redner, für Bubrik Stimmung zu machen, wurden entschlossen zurückgewiesen. Die Parteikrise entwickelte sich in dem Augenblicke, in welchem es ein Teil der Mitglieder des ZK ablehnte, sich entschlossen hinter das Polbüro zu stellen. Sowohl die Affäre Bubrik und Warmbrunn, wie auch jene gegen die Grundsätze der Parteidisziplin gerichteten Maßnahmen der Brünner Kreisleitung wären eine unbedeutende Episode geblieben, wenn sich nicht einige Genossen des ZK gegen die notwendigen Schritte des Polbüros in der Frage Bubrik gestellt hätten. Die Resolution, die von den Genossen Smeral und Zapotocky auf der Prager Konferenz eingereicht wurde, hat nun im Sinne einer bedeutenden Verschärfung der Parteikrise gewirkt. Die Resolution behauptet u. a. daß der Beschluß des Polbüros in der Frage Bubrik unserer Teuerungsaktion geschadet hätte. Tatsache ist, daß Bubrik und dann Brunn der Parteileitung in den Arm gefallen sind, und daß die Parteileitung durch das Austreten des Genossen Smeral und der Genossen, die seine Resolution unterzeichnet haben, gehindert wurde, die sogenannte Bubnikkrise in zweimal 24 Stunden, vollkommen zu liquidieren.

Zu den Ursachen der gegenwärtigen Parteikrise, die die Parteileitung an der kraftvollen Fortsetzung der gewaltigen Aktion hemmt, müssen die Arbeiter selbst Stellung nehmen und darum ist es nötig, daß nicht die Reichskonferenz, sondern der Parteitag zusammentritt. Es ist ferner notwendig, daß, nachdem sich die Vollzugsausschüsse der Kreisorganisationen und eine ganze Menge von Versammlungen der Vertrauensmänner zur Parteikrise geäußert haben, diese Frage auch mit der Exekutive der Komintern eingehend beraten wird. Das ZK der KPTsch hat nichts zu verbergen, man kann vor jedem Forum über seine Politik offen sprechen. Der gegenwärtige Zustand der Partei erlaubt es

jedoch nicht, daß eine Reichskonferenz, die sich zu einem großen Teil aus Sekretären zusammenseht, einen entscheidenden Beschluß herbeiführt, bevor die strittigen Fragen von der Delegation der KPTsch gemeinsam mit der obersten Instanz unserer Internationale, der KI beraten wurde.

Das ZK der KPTsch beschließt deshalb:

1. Der ZA billigt die politische Linie der Zentrale und begrüßt die von der Zentrale unternommene Kampffraktion, welche das Vertrauen der Arbeitermassen zur Partei sehr gestärkt hat und verlangt die entschlossene Fortsetzung dieser Aktion durch die Partei, deren Einfluß bewahrt und gefestigt werden muß.
2. Der ZA bestätigt und billigt den sofortigen Ausschluß Bubniks, nachdem festgestellt wurde, daß er gerade im Augenblick gesteigerter Aktivität der Partei Verrat übte, indem er systematisch die Spaltung der Partei und der Internationale vorbereitete.
3. Der ZA stellt fest, daß rechte Elemente diesen Ausschluß Bubniks zum Anlaß nahmen, um eine Fraktionskampagne gegen die Parteiführung und die Komintern zu unternehmen.
4. Zu diesem Zwecke bemühten diese rechten Elemente, weil sie politisch der Zentrale nichts vorwerfen können, die persönlichen Verfehlungen einzelner, gegen die die Zentrale selbst sofort die nötigen Maßnahmen unternahm, um das Vertrauen der Arbeitermassen zu der selbstgewählten Zentrale zu zerstören, wobei sie einer Erörterung der wirklich wichtigen politischen Fragen ausgewichen sind.
5. Der ZA verurteilt insbesondere die schweren, die Partei überaus schädigenden Disziplinbrüche der führenden Genossen in Brünn. [149]
6. Der ZA beschließt, daß sich eine Delegation aus den Betrieben in Kladno, Brünn und Prag über Einladung der Exekutive nach Moskau begeben soll, um sich dort mit der Exekutive über die vollkommene Liquidierung der zur Ueberwindung der inneren Parteischwierigkeiten notwendigen Maßnahmen zu verständigen.
7. Der ZA stellt fest, daß die Genossen der Minderheit des ZK anstelle einer sofortigen Entsendung der Delegation nach Moskau und der Einberufung des Parteitages die sofortige Abhaltung einer Reichskonferenz verlangten, obwohl sie wissen mußten, daß eine solche Konferenz die Gegensätze in der Partei verschärfen und die Gefahr der Spaltung erhöhen müßte.
8. Nach der Tagung der Erweiterten Exekutive ist sofort ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen.
9. Der ZA beschließt die Ergänzung des Polbüros durch zwei Arbeiter aus dem Betriebe und eine Verbesserung des Redaktionsstabes des „Rude Pravo“.
10. Die Polemik in der Presse ist sofort einzustellen.
11. Der ZA fordert alle Parteimitglieder auf, in dem Augenblicke, wo die Bourgeoisie eine Spaltung der Partei ersehnt, um die Arbeiterbewegung niederschlagen zu können, die Einheit der Partei und ihre Treue zur Internationale mit Entschlossenheit zu verteidigen.

Der Zentralausschuß beschließt ferner:

1. Die sofortige Einsetzung einer zur Mehrheit aus Arbeitern bestehenden Untersuchungskommission, welcher ein Vertreter der Exekutive anzugehören hat, und welche die gegen mehrere Parteimitglieder vorliegenden Anklagen endgültig zu klären und entsprechende Vorschläge an die Zentrale zu erstatten hat.
2. Vercik ist aus der Partei ausgeschlossen.
3. Die Erklärung des Genossen Seidler, bis zum Abschluß der Untersuchung seine Stelle im Parteibüro und in der Zentrale niederzulegen, wird zur Kenntnis genommen.

4. Bezüglich des Genossen Tausik, welcher in einer öffentlichen Versammlung, bevor das Polbüro Bericht erhalten hatte, vor einer wichtigen politischen Abstimmung Mitteilungen über Ergebnisse der Kontrolle zu fraktionellen Zwecken machte, verurteilt der ZA diesen Mißbrauch seiner Funktion zu dem politischen Anschlag gegen die Zentrale auf das schärfste.

5. Horn, Vitru, Hortlik und Breuer werden aus der Partei ausgeschlossen.

Nach der Abstimmung gab Genosse Zapotocky im Namen jener Genossen, welche für die Resolution Smeral gestimmt hatten, die Erklärung ab, daß sie sich den Beschlüssen des Zentralausschusses unterwerfen und daß sie die Veröffentlichung dieser Erklärung wünschen, um die Unterordnung aller Parteimitglieder unter die Beschlüsse und Entscheidungen des Zentralausschusses zu erleichtern.

*

Dieser Beschluß bedeutete einen Waffenstillstand zwischen der Parteileitung und der rechten Opposition, die in Brünn so weit gegangen war, sich offen mit dem Fraktionsmacher und Renegaten Bubnik zu solidarisieren, sich gewaltsam das Parteiblatt angeeignet hatte und sich weigerte, das Telegramm der Exekutive abzdrukken, das dem Ausschluß Bubniks zustimmte. Während Vercik auf Grund finanzieller Verfehlungen, von denen absolut nicht erwiesen ist, daß sie zu persönlichen Zwecken erfolgten, sofort ausgeschlossen wurde, wurden gegen die Parteispalter in Brünn keinerlei disziplinarische Maßregeln getroffen. Der Dank dafür ist nicht ausgeblieben. Die „Robnost“, das Parteiblatt, das die Brünnner Anhänger Bubniks noch immer in der Hand haben, setzt, unbekümmert um den Beschluß des Z.-A. seinen Feldzug gegen die Partei und die Internationale fort, veröffentlicht Zustimmungserklärungen von Lokalorganisationen und Artikel mit persönlichen Angriffen gegen die führenden [150] Genossen. Es ist klar, daß bei der ungestraften Fortsetzung solcher Methoden die Einheit der Partei aufs höchste gefährdet ist. Die Erweiterte Exekutive wird in dieser Frage ein ernsthaftes und entschiedenes Wort sprechen müssen, besonders gegenüber jenen Genossen der Smeralgruppe, die ihre Loyalität gegenüber der Komintern und ihren Willen, die Einheit der Partei über alles zu stellen, immer wieder beteuern, aber jetzt bei der ersten schweren Krise nicht daran denken, sich offen und unzweideutig mit der Exekutive und der Parteileitung zu solidarisieren und den Kampf gegen die rechten Spalter aufzunehmen. So.

*

Glossen.

Die erste Anmeldung zur trotzkistischen Internationale.

Paul Levi hat es nützlich gefunden, die Konjunktur des „Falles Trotzki“ auszunutzen, um Trotzki's berüchtigte Einleitung herauszugeben. Jeder hilft sich eben, wie er kann. Wer es noch nicht zum Minister, Kanzler oder Präsidenten gebracht hat, muß sich mit kleineren Geschäften begnügen. Das Vorwort, das Levi zu dem Trotzki-Buch geschrieben hat, ist trotz seiner „geistreichen“ Albernheit interessant als typischer Ausdruck des völligen Unverständnisses der „europäischen Sozialisten“ gegenüber den Problemen einer revolutionären Arbeiterpartei.

„Wir alle sind ja der russischen Arbeiterbewegung in früheren Jahren nie recht nahe gekommen.“ So gesteht Herr Levi und das ist zweifellos das einzig Richtige, was er über die russische Arbeiterbewegung zu melden hat. Zum Beweis dieser Meilenferne von der russischen Arbeiterbewegung verrät uns Herr Levi, daß dieser Bewegung [...] ¹ Gewerkschaft, Presse, Partei, Genossenschaft fast oder ganz fremd“ waren. „Sie lebten in der Illegalität und so entwickelte sie sich in literarischer Form: Die Stationen ihrer Entwicklung waren – von den Ereignissen von 1905 abgesehen – Resolutionen und meistens Spaltungen von wegen Revolutionen. Kein europäischer Arbeiter außer Rußlands würde je eine Spaltung wegen einer Resolution begriffen haben.“ Wie sollte sich aber eine Spaltung wegen politischer Meinungsverschiedenheiten anders vollziehen, als durch die Abstimmung über politische Resolutionen? Wer die Notwendigkeit von

¹ Wort nicht entzifferbar.

Spaltungen „von wegen Resolutionen“ nicht begriffen hat, der hat auch noch nicht die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung der proletarischen Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung von der bürgerlichen begriffen. Herr Levi, der selbst mitgeholfen hat, die USPD zu spalten, spielt jetzt den ahnungslosen Engel, er zeigt keinen Funken von Verständnis dafür, daß die Partei, der anzugehören er die Ehre hat, deshalb bis zu den Barmat, Bauer, Auer, Wels und Heilmann herabgesunken ist und sich von ihnen nicht trennen kann, weil sie es nicht verstand, sich rechtzeitig von den Bernstein, David, Kautsky, Hilferding zu trennen. Levi sieht mit Staunen, daß bei den Bolschewiken auch jetzt noch, wo sie einen Millionenstaat lenken und in der Weltpolitik sogar noch mehr zu sagen haben als die großen Realpolitiker der SPD, „an die Stelle wirklichen politischen Lebens und der Fülle der Gesichte, die diese schafft, die Literatur und die Resolution tritt.“ Aber nun, so hofft unser Weiser, naht die Wendung zum Bessern. Trotzki wird aus einer „Sekte“ der „politischen Negation“ eine ordentliche westeuropäische Partei machen, die nach bewährtem Muster praktische Politik treibt. „In dieser Richtung kann das von Trotzki von entscheidender Bedeutung sein. Denn wem sollte das alles mehr bewußt sein als Trotzki, der damals vor zehn Jahren und mehr mit überlegenem Spott, mit Ironie und mit guten Gründen diese Nachtseiten des bolschewistischen Denkens aufgezeigt hat? Und hier liegt wohl auch die internationale Bedeutung des Buches von Trotzki. In einer internationalen Arbeiterbewegung, die aus den Gluten des letzten Jahrzehntes neu erstehen wird und auf höherer Stufe als je zuvor, kann und wird die russische Arbeiterbewegung nicht fehlen.“ – Herr Levi meldet sich also zu einer trotzkistischen Internationale an. Packt den Genossen Trotzki nicht das Grauen, wenn sich eine solche Gefolgschaft meldet?

*

„Ueber realistischen Pazifismus“

hat der „geistreiche“ Hanswurst der SPD, Paul Levi, eine Artikelserie in seiner „sozialistischen Politik und Wirtschaft“ geschrieben, die auch als Broschüre erschienen ist. „Zunächst ein paar Tatsachen“, so hebt dieses Meisterwerk an, genau so wie Maslows Schrift „Die neue Aera des Pazifismus“. Leider ist das die einzige Anleihe, die Levi bei Maslow gemacht hat. Das andere ist ein Originalprodukt levitischem Geistes und es ist auch danach. Da wird zunächst festgestellt, daß das Wettrennen lustig weitergeht, daß die moderne Entwicklung der Kriegstechnik mehr als je heimliches Rüsten ermög-[151]licht. Herr Levi meint sogar, daß auch der deutsche Militarismus an diesem Rücken beteiligt ist und bedauert den Beschluß des Berliner Parteitags der SPD, weiterhin Militäretats zu bewilligen. So weit, so gut. Man sollte nun meinen, daß Herr Levi, der als „Substrat des Pazifismus“ Kriegsrüstungen und imperialistische Konflikte aufzeigt, mit den Kommunisten in der Beurteilung des bürgerlich-pazifistischen Schwindels einig ist. Aber da kennt man den Renegaten schlecht. Er beeilt sich, in seiner Weise die Grenze gegen die Kommunisten zu ziehen. Man muß sagen, daß Scheidemann das vernünftiger und ehrlicher tut. Levi behauptet nämlich, daß die Kommunisten nur die zum Kriege treibenden Tendenzen des Kapitalismus sehen, den Kapitalismus für eine unüberwindliche Sache halten, „sie sehen nicht die Dialektik der Entwicklung, die mit der kapitalistischen Tendenz zum Kriege gleichzeitig die proletarische Tendenz gegen den Krieg gebiert“. Und infolgedessen, weil die Kommunisten, diese neuartigen Weisheiten von Herrn Levi noch nicht gelernt haben, sind sie „in Wirklichkeit aus russischen Vorstellungen heraus – Fanatiker des Krieges“. Im Gegensatz zu den russischen Kriegsfanatikern wie Lenin und Sinowjew, ist Herr Levi, Mitglied der Partei Eberts, Scheidemanns, Noskes, ein Gegner des Krieges.

Es ist wohl nicht nötig, einen Levi, der doch nicht so dumm ist, wie er sich stellt, darüber zu belehren, daß die Kommunisten Fanatiker des Krieges sind, in dem die proletarische Tendenz gegen den imperialistischen Krieg real Erscheinung tritt, des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie und folglich auch des revolutionären Krieges zur Verteidigung der proletarischen Revolution, daß sie deshalb auch fanatische Gegner des gegenwärtig hauptsächlich von den Sozialdemokraten vertretenen bürgerlichen Schwindelpazifismus sind. Welche Vorstellung hat aber unser Friedensfreund Paul Levi, der sich auch von den bürgerlichen Pazifisten abgrenzen will, von den „proletarischen Tendenzen gegen den Krieg“? Ueber die antimilitaristische Propaganda vor dem Kriege weiß uns dieser würdige Vertreter der „linken“ SPD zu melden:

„Diese starke Mauer, die um den ‚militärischen Geist‘, den Geist der ‚Disziplin‘ und des ‚Gehorsams‘ gelegt wurde, schreckte die sozialdemokratische Partei dem ab, was man antimilitaristische Propaganda“ für die Widersetzlichkeit der Soldaten. Und dieser Widerstand gegen die antimilitaristische Propaganda war nicht etwa allein ein Produkt der Scheu vor den Opfern. Er hatte auch seine theoretische Berechtigung (!): Die Distanz zwischen Heer und Bevölkerung, die Disziplin im Heere selbst, machten jede Widersetzlichkeit zum Individualakt, d. h. zu einer anarchistischen Schrulle, aber nicht zu einem proletarischen Kampfact.“

Ein Mensch, der sich der Freundschaft Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs rühmte, schämt sich nicht, so etwas zu schreiben. Und damit ja kein Zweifel bleibe, daß er auch jede antimilitaristische Arbeit gegenwärtig bei der monarchistischen konterrevolutionären Reichswehr ablehnt, fügt er noch ausdrücklich hinzu:

„Wir denken auch gar nicht daran, irgend jemand zu raten, durch Flugblätter, durch Agitation die Soldaten der Reichswehr zur Meuterei aufzufordern. Wir neiden den Kommunisten nicht den Ruhm ihrer Zersetzungs männer.“

Das ist die Theorie zu der Praxis des Wolfgang Heine, der in dem Prozeß gegen die Polizeiknüppel-Helden von Fürstenwalde einen kommunistischen Arbeiter als vertrauensunwürdig hinstellte, weil dieser im Jahre 1923 versuchte, in die bayerische Reichswehr einzutreten, um dort den Gedanken der Solidarität mit der Arbeiterschaft zu propagieren.

Wenn wir noch den treffenden Satz zitieren, daß „die sozialdemokratischen Parteien zu einem wesentlichen Faktor der Kriegsführung geworden sind“, so dürfen unsere Leser über den levitischen Pazifismus genügend informiert sein. Wir zweifeln danach nicht, bei dem nächsten Kriege die sozialdemokratische „Linke“ sich als einen ebenso zuverlässigen „Faktor der Kriegsführung“ erweisen wird, wie die Getreuen Eberts, insbesondere, wenn es gegen die russischen „Fanatiker des Krieges“ geht. Es ist nur erfreulich, daß Herr Levi geholfen hat, etwa noch in dieser Hinsicht zu bestehende Illusionen zu zerstören.

*

Die Februarnummer der „Gesellschaft“

zeigt wieder die Höhe des vom Marxismus freien Sozialismus und der vom Sozialismus freien Politik. Erik Nöltning philosophiert über „Die zwei Ausgangspunkte des Sozialismus“, von denen der eine ein epikuräischer „Kultus des Glücks“ bei den Massen, der andere ein „stoisches Element“ der „herben Härte des Römerreiches und des Preußenstaates unter dem alten Fritz“ sein soll, das besonders „an den Spitzenstellen unserer gewerkschaftlichen Organisationen“ zu finden sei. Die Unterscheidung ist schwierig. Man muß wohl Bauer, Richter, Heilmann und Auer mehr zu den Epikuräern, Noske, Ebert, Scheidemann zu den Stoikern zählen. Aber viele verbinden glücklich den epikuräischen Kultus des Glücks mit der herben stoischen Härte, z. B. Ebert, Auer, Richter. Daß für diesen „Sozialismus“ das Klassenbewußtsein als „Ausgangspunkt“ nicht in Frage kommt, versteht sich.

Der Ex-Justizminister Radbruch berichtet über den neuen Strafgesetzentwurf. Dieser führt zwar die Todesstrafe wieder ein, erweitert die Strafbarkeit bei den sogenannten „Sittlichkeitsdelikten“ gegenüber dem Entwurf [152] von 1922, hebt die Einschränkung der Abtreibungsstrafen wieder auf, aber sonst wäre er eine schöne Sache – für eine klassenlose Gesellschaft. Die Haupttendenz des Entwurfs ist nämlich, an die Stelle schematischer Bemessung des Strafausmaßes einen größeren Spielraum für das Ermessen des Richters frei zu lassen. Selbst Herr Radbruch meint, daß nach den Erfahrungen, die wir mit der deutschen Justiz in den letzten Jahren machten, dies bedenklich stimmen könnte. Aber im Prinzip sei es doch richtig. „In einer ungerechten Gesellschaft kann auch die gerechteste Rechtsordnung immer nur relativ gerecht sein.“ Wie diese „relative Gerechtigkeit“, die die deutsche Bourgeoisie dem Proletariat bietet, aussieht, davon wissen die deutschen Arbeiter ein Lied zu singen, und sie werden den „Sozialisten“, die zu solcher Gerechtigkeit ihre Hand bieten, es auch nicht vergessen, wenn das Proletariat seine „relative Gerechtigkeit“ über die Bourgeoisie walten läßt.

Das größte Hindernis der Erkenntnis ist der Marxismus, so verkündet uns A. Menzel, der Rezensent der „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ des Genossen K. A. Wittfogel. Der naive Herzenserguß dieses Auch-Sozialisten ist wert, im Wortlaut abgedruckt zu werden:

„Was den Verfasser der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘ am meisten daran hindert, zu einer Gesamtschau des sozialen Prozesses vorzudringen, die mit der Kühnheit und Weite des Blicks zugleich die notwendige Erkenntnis von der Begrenztheit all unserer Blickfelder verbindet, scheint mir die dem ‚sacrificio dell’intelieto‘ nahekommende Abhängigkeit zu sein, in der sich der Autor vom ‚Marxismus‘ (wie er ihn auffaßte) befindet. Ich bin der Letzte, der die Bedeutung und die Fruchtbarkeit marxistischer Fragestellungen bezweifelt; ich verdanke der materialistischen Geschichtsauffassung sehr viel und glaube wie Wittfogel, daß ihre wissenschaftliche Bedeutung keineswegs erschöpft ist; aber ich sehe mit Erstaunen und Interesse, wie in den Werken der kommunistischen Theoretiker die dogmatischen Grundlagen einer neuen Kirche gelegt werden –, einer Kirche, ihren Papst, ihre Jünger und ihre Laien, ihre Ketzergerichte und ihren Bannstrahl hat. Und ich glaube, daß sich die ‚freie Wissenschaft‘ (welch bürgerliches Vorurteil, lächelt Wittfogel) nicht anders als betrachtend zu einer Kirche einstellen soll.“

Welches „Dogma“ der marxistischen „Kirche“ dem Rezensenten das Unverdaulichste ist, das gibt er auch mit erfreulicher Deutlichkeit zu verstehen. Es ist das „Dogma“ von der Unversöhnlichkeit des Klassengegengesatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dagegen wendet sich der Rezensent mit der ganzen Ueberlegenheit des Jüngers der „objektiven“ Wissenschaft:

„Und dabei könnte Wittfogel ein einziger durch Doktrinen und Dogmen nicht getrübtet Blick belehren, daß es überall da, der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat geführt wird, einerlei, ob es sich um Lohnverhandlungen oder Kommissionssitzungen in Parlamenten dreht, um ein ‚mehr oder weniger‘ geht und daß die Dinge durchaus nicht so liegen, daß eine reinliche Scheidung für morgen zu erwarten oder auch nur im Interesse der Bewegung zu wünschen wäre.“

Mit diesen Kostproben scheint uns die „Gesellschaft“, die jetzt den „Sozialismus“ der 2. Internationale repräsentiert, hinreichend gekennzeichnet.

*

Die Aprilnummer

wird folgende Artikel bringen, die in der Redaktion bereits eingelaufen sind, aber wegen Platzmangels in dieser Nummer nicht gebracht werden konnten:

A. M.: „Monarchistische Gefahr und KPD.“

Bucharin: „Die Diktatur und die Klassen.“

E. Varga: „Eine Neuauflage der Offensivtheorie.“ (Entgegnung auf Erkners Diskussions-Artikel.)

Der Parteiarbeiter

wird eingestellt. Statt dessen werden in der „Internationale“ regelmäßig Artikel erscheinen, die sich mit den allgemeinen und den praktischen Fragen der Organisation beschäftigen. Wir bitten die Parteigenossen, nur Beiträge zu diesen Fragen an die Redaktion der „Internationale“ einzusenden. Praktische organisatorische Winke, der Austausch einzelner Erfahrungen müssen den Funktionärzeitungen der Bezirke und der Tagespresse vorbehalten bleiben.

[153]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, April 1925 * Heft 4

Genosse Marchlewski-Karski †

Eben erreicht uns die Kunde vom Tode Karskis.

Mit ihm ist wieder einer der alten „Linksradikalen“ aus dem Leben geschieden, die zu den Vorbereitern und Gründern der Kommunistischen Internationale zählen.

Karski gehörte zu den polnischen sozialistischen Emigranten, die sich schon lange vor dem Weltkrieg mit ungestüme Leidenschaft in die Fluten der deutschen Arbeiterbewegung gestürzt hatten. Die alte politische Kampfgenossenschaft von Rosa Luxemburg, Jogiches und Karski setzte sich auf deutschem Boden fort. Mit Radek und damals noch Parvus gehörten sie alle zur Anti-Bernsteinschen Opposition in der SPD. Sie gruppierten sich besonders um die sächsischen Parteiblätter „Dresdner Arbeiterzeitung“ und „Leipziger Volkszeitung“. Auch sonst war das Schaffen Karskis vor allem mit Leipzig verbunden. Hier gab er eine Reihe der besten und populärsten wirtschafts-theoretischen Broschüren heraus, hier hielt er mustergültige nationalökonomische Kurse ab.

Den Weltkriegstau und Klassenverrat der SPD bekämpfte Karski als Mitbegründer des Spartakusbundes. Als „Johannes Kämpfer“ deckte er in einer Broschüre den Schwindel der Kriegsgeldwirtschaft auf, als „Kämpfer“ schrieb er auch einen Artikel in der ersten Nummer unserer „Internationale“. Dann legten Polizei und Generalstab ihm das unterirdische Handwerk. Er wurde auf Jahre hinaus im Gefangenenlager interniert, bis er schließlich 1918 nach Rußland ausgetauscht wurde.

Nach der Revolution in Deutschland kehrte Karski noch einmal zur revolutionären Arbeit nach Deutschland zurück. Von den Denunziationen seiner ehemaligen SPD-Genossen nach Rußland zurückgetrieben, hat er dann der Sowjetrepublik wertvolle Dienste geleistet: im Wirtschaftsaufbau, in der auswärtigen Politik; so in bezug auf Polen, so auch im Fernen Osten. Zuletzt leitete Karski als Rektor die Universität des Westens in Moskau.

Karski hat wohl den wertvollsten Teil seiner Lebensarbeit der Vorbereitung der deutschen kommunistischen Bewegung gewidmet. Die deutschen Arbeiter werden ihn nicht vergessen.

[154]

KPD und Präsidentschaftswahlen.

Von Arthur Rosenberg.

Fritz Ebert (oder, wie er amtlich seit seinem seligen Ende heißt, Friedrich Ebert) war wirklich keine überwältigende historische Persönlichkeit. Er war ein geschickter Typus der reformistischen Parteibürokratie, die sich von der Bourgeoisie kaufen läßt. Sein Einfluß auf die Reichsregierung zeigt sich erstens in der unbedingten englischen Orientierung der deutschen Außenpolitik, mit scharfer Spitze gegen Sowjetrußland (der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, war Eberts Orakel); zweitens innerpolitisch in der Vertretung der Politik der Großen Koalition, mit schärfster Kampfstellung gegen die Kommunisten und dem Versuch, möglichst viele einflußreiche Posten für die SPD zu retten. Ebert war gegen die Regierungen des Bürgerblocks nicht aus irgend welchem proletarischen Empfinden heraus, das dieser Herr nicht kannte, sondern weil der Bürgerblock die Ausschiffung der SPD aus den Verwaltungsstellen bedeutete. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924, als nach Annahme des Dawesplanes das Bürgerblockprojekt auf die Tagesordnung kam, zeigte Ebert seine taktische Geschicklichkeit. Er schob den beschränkten und ungeschickten Marx vor, sabotierte die Pläne der Reichsregierung, erzwang die Reichstagsauflösung. Als die Neuwahl am 7. Dezember nicht in seinem Sinne ausfiel, setzte er sein Spiel fort. Aber umsonst. Seine taktische Geschicklichkeit war dem festen Willen des Reichsverbandes der Industrie nicht gewachsen. Zum Lohn für die treu geleisteten Dienste für die deutsche Bourgeoisie erhielt er die Keulenschläge des Magdeburger Prozesses und der Barmatausschüsse und ist dann zur rechten Zeit gestorben. Die Bourgeoisie

sie nannte ihn Friedrich Ebert und gab ihm ein Staatsbegräbnis. So verschwand das blutigste Staatsoberhaupt Europas nach Nikolaus II. von der Bildfläche.

Bei all seiner taktischen Gewandtheit war Ebert wirklich kein für Deutschland entscheidender Mann. Trotzdem ist sein Tod ein geschichtliches Ereignis. Im Januar 1925 endigt die historische Periode, die im November 1918 begann: die Zeit der schwarz-rot-goldenen deutschen Republik. Der Sinn dieser Epoche ist leicht darzulegen. Es war die Zeit, in der die Großbourgeoisie nicht direkt und allein regierte, sondern gewisse kleinbürgerliche Führergruppen vorschob. Die Weimarer Koalition ist eigentlich viel älter als die Weimarer Nationalversammlung. Sie wurde begründet durch die berühmte Friedensresolution vom Jahre 1917. Der kleinbürgerliche Oppositionsblock war damals der Ausdruck des Widerstrebens der großen Volksmassen gegen die imperialistische Politik des Großkapitals und des Feudalismus. Die militärische Niederlage von 1918 gab diesem Block der Friedensresolution die Staatsmacht in die Hand. Mit Hilfe der konterrevolutionären Truppen der monarchistischen Generale wurden die Ansätze einer deutschen Räterepublik in blutigen Kämpfen gegen die Arbeiterschaft vernichtet.

Unter dem Deckmantel der schwarz-rot-goldenen Kleinbürger hat die Großbourgeoisie wirtschaftlich, organisatorisch und politisch recht eigentlich ihre Macht begründet. Der Feudalismus verschwand. Es ist erstaunlich, wie „bürgerlich“ heute selbst die Deutschnationale Volkspartei ist. Die Junkerherrschaft in Deutschland ist abgelöst durch die Regierung der Trustkönige. In den Jahren 1920/24 handelte es sich nun darum, einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem kleinbürgerlichen Führertum, das den Regierungsapparat formal in der Hand hatte, und der Großbourgeoisie, die wirklich regierte. Ebert und seine Freunde erfanden für diesen Zweck die Große Koalition, die Erweiterung des Weimarer schwarz-rot-goldenen Parteibundes durch die Stinnesleute. Die Große Koalition sollte das Bollwerk sein, an dem die bolschewistische Revolution sich brechen würde. Die Große Koalition sollte die „realistische“ Außenpolitik der Erfüllung und der Verbrüderung mit dem Weltkapital vollenden.

[155] Die deutsche Großbourgeoisie war bis 1923 mit der Losung der Großen Koalition zufrieden. Aber seit der Oktoberniederlage des deutschen Proletariats fühlt sich die Großbourgeoisie so stark, daß sie selbständig und ohne die kleinbürgerlichen Krücken auftreten will. Sie braucht die kleinbürgerlichen Führer nicht mehr, um die Massen für die bestehende Staatsordnung zu gewinnen, sondern sie bedient sich statt dessen der faschistisch-nationalen Ideologie, die ihr noch besser die Massen zutreibt.

Schritt für Schritt hat die Großbourgeoisie die sozialdemokratischen Führer aus den staatlichen Machtpositionen herausgeworfen. Wir haben bereits rein bürgerliche Regierungen in Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Bremen, Braunschweig. In Preußen ist die Große Koalition ebenfalls zusammengebrochen. Im Reich schuf Luther die Bürgerblock-Regierung. Dazu kommt der systematische Abbau der sozialdemokratischen Bürgermeister und Stadträte in den Kommunen und die Absägung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, Regierungsräte usw. Der letzte starke dekorative Posten, den die SPD beherrschte, war Eberts Position als Reichspräsident. Nach Eberts Verschwinden ist die Bahn frei für den Bürgerblockmann an der Spitze der deutschen „Republik“.

Wie war die Haltung der schwarz-rot-goldenen Parteien zur Präsidentschaftswahl? Die SPD hat am 7. Dezember beinahe eine Million Wählerstimmen gewonnen. Aber was seitdem geschehen ist, zeigt ihre völlige Ohnmacht zur aktiven Politik. Die SPD ist für die deutsche Politik hochbedeutsam als der passive Block, der so und so viele Millionen Arbeiter dem Kommunismus entzieht. Aber irgendeine Angriffskraft gegen die Bourgeoisie hat die SPD nicht. Die Bourgeoisie weiß sehr gut: wenn die SPD die Massen zum Kampf aufrufen wollte, dann würde sie sich damit selbst aufgeben; die Massen würden sofort unter die kommunistische Führung geraten. Unendlich lehrreich war in dieser Hinsicht der Eisenbahnerstreik. Die Bourgeoisie hatte die Sozialdemokraten wie tote Hunde behandelt. Welch eine Gelegenheit bot sich für die sozialdemokratische Führerschaft, zu zeigen, daß sie noch lebt und daß sie sogar beißen kann. Wenn die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie

ernstlich gewollt hätten, so hätte sie nicht nur den DEV, sondern auch, die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten in den Kampf werfen können. Sie hätte den deutschen Verkehr stillgelegt und in dieser gewaltig starken Position dann der Bourgeoisie ihre Bedingungen diktieren können. Aber die sozialdemokratische Führerschaft hat nicht im Traum daran gedacht, mit Hilfe des Eisenbahnerstreiks sich für die Luther-Regierung und für den Barmatfeldzug zu rächen. Die SPD hat, ohne den geringsten Dank zu ernten, der Bourgeoisie wieder treu gedient und den Streik abgedreht. Daß man eine solche Partei nicht zu berücksichtigen braucht, kann man vom Standpunkt der Bourgeoisie aus ohne weiteres einsehen. Das gilt selbstverständlich nur von der heutigen Situation in Deutschland. Was morgen oder übermorgen geschehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Wenn wir eine neue Sturmwelle der proletarischen Erhebung erleben werden, ist es sehr wohl möglich, daß die Bourgeoisie den die Treppe hinuntergeworfenen Severing wieder freundlich herausholt. Aber heute hat die Bourgeoisie solche Besorgnisse nicht.

Umsonst hat die SPD durch die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Bourgeoisie ein neues, modernes und völlig gefügiges Faschistenheer angeboten anstelle der überlebten schwarz-weiß-roten Verbände. Man hat das Angebot zurückgewiesen. Das Großkapital will vom Reichsbanner nichts wissen und operiert lieber weiter mit den vaterländischen Verbänden. Wie steht es aber mit den anderen Reichsbannerparteien? Selbst die Demokraten, die für das Reichsbanner und den seligen Ebert so sehr viel Rührung und Sympathie aufbringen, haben nicht einen Moment daran gedacht, für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen. Die demokratischen Kaufleute und Fertigungsindustriellen spielen zwar manchmal ganz gern die SPD gegen die Schwerindustrie aus, und die jüdisch-demokratische Bourgeoisie klammert [156] sich an das Reichsbanner in der Angst vor dem Hakenkreuz. Aber trotz dieser Nöte und Stimmungen denken nicht einmal die Demokraten daran, sich mit der SPD gegen die übrige Bourgeoisie zu verbünden. Praktisch ist heute in Deutschland das Übergewicht der Schwerindustrie und der Großbanken über Fertigungsindustrie und Handel so groß, daß die Demokratische Partei eine reale Kampfkraft nicht darstellt.

Nun das Zentrum. Innerhalb des Zentrums ist die schwarz-weiß-rote Zelle so aktiv und stark, daß die schwarz-rot-goldene Umhüllung bald zerrissen sein wird. Der rechte Zentrumsflügel, bestehend aus den Agrariern (Gruppe v. Papen), den Industriellen (Gruppe Klöckner) und den Faschisten (Gruppe Stegerwald), hat im Reich den Anschluß an den Bürgerblock durchgesetzt. Der linke Flügel des Zentrums, bestehend aus Arbeitern und Kleinbürgern unter Führung von Wirth und Imbusch, hat mit der seelenverwandten SPD starke Sympathien. Der Block Erzberger-Ebert hat von 1917 bis 1920 in Deutschland regiert. Aber die beiden sind tot und ihre Erben können die Trümmer nicht mehr zusammenflicken. In der Mitte zwischen Papen und Wirth steht die Gruppe um Marx, die vor allem eine katholische Macht- und Personalpolitik treibt, aber gar keine reale Widerstandskraft gegen den rechten Flügel aufbringt. Wie elend ist der Versuch des Zentrums gescheitert, in Preußen eine selbständige Politik gegen den Rechtsblock zu treiben. Es ist tatsächlich nur ein Regiefehler, wenn das Zentrum nicht schon für den ersten Wahlgang mit den Rechtsparteien einen gemeinsamen Kandidaten aufstellte. So hat man sich mit der Sonderkandidatur des farblosen Marx begnügt. Daß das Zentrum ebensowenig wie irgendeine andere schwarz-rot-goldene Partei imstande ist, in Deutschland einen realen Kampf gegen den Rechtsblock, d. h. gegen das Großkapital zu führen, ist jedem klar, der sich einigermaßen die Wirtschaftskräfte Deutschlands überlegt. Das Großkapital ist in Deutschland nur niederzukämpfen durch das klassenbewußte Proletariat, aber nicht durch sogenannte Mittelparteien, die selbst vom Großkapital völlig abhängig sind. Die schwarz-rot-goldene Aktion in der preußischen Regierungsfrage hat die Ohnmacht der Weimarer Koalition, sobald sie selbständige Politik machen will, in der jämmerlichsten Weise offenbart.

Der Rechtsblock will diese Präsidentschaftswahl ausnutzen, um einen Diktator an die Spitze des Reiches zu bekommen, der mit Hilfe des § 48 die großkapitalistische Politik sichert. Das deutsche Großkapital kann sich nur halten, wenn es die Kapitulationspolitik vor dem Ausland mit der brutalsten Unterdrückung der gesamten Mittelschichten und der Lohnempfänger in Deutschland verbindet. Der schwarz-weiß-rote Rummel mit Fridericus Rex und Hohenfriedberger Marsch tut zurzeit noch seinen Dienst. Aber die Rebellion des Mittelstandes in der Frage der Aufwertung gibt den regieren-

den Herren bereits viel zu denken. Aehnliche Erscheinungen bei den Bauern und bei den „nationalen“ Arbeitern werden nicht lange auf sich warten lassen. In dieser schwierigen Zeit braucht die Großbourgeoisie den Diktator, der alles zusammenreißt und die Widerstände niedertritt. Dieser Diktator kann unter den jetzigen Umständen am besten der Reichspräsident sein, der Reichs-Kahr. Dieses Streben nach der schwarz-weiß-roten großkapitalistischen Diktatur ist der wirkliche Sinn der monarchistischen Gefahr, wie sie zurzeit in Deutschland besteht. Die Person Wilhelms von Doorn spielt dabei gar keine Rolle. Der schwarz-weiß-rote Diktator, der Platzhalter des Prätendenten, braucht selbst gar kein besonders intelligenter und energischer Mann zu sein. Es genügt, daß er sich von anderen in der richtigen Weise beraten läßt. Darum war die Kandidatur Geßler so ein glänzender politischer Witz. Geßler, eine hilflose Jammergestalt, ist nur deshalb unstürzbar und der ruhende Pol in der Regierenden Flucht, weil General von Seeckt gerade diese Null braucht, um die Reichswehr ungestört zu führen. Mit Geßler als Reichspräsident wäre Seeckt und Luther genau so umgesprungen. Das Lustigste war dabei, daß Geßler, der Mann der schwarz-weiß-roten Generale eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Partei und stubenreiner [157] Republikaner ist. Geßler wärs der ideale Einheitskandidat des Rechtsblocks gewesen, für den nicht nur das Zentrum, sondern sogar die Demokraten hätten stimmen müssen. Nur durch persönliche Intrigen und Ungeschicklichkeiten ist die Kandidatur Geßlers im letzten Moment gescheitert. Herr Jarres, der zunächst an Geßlers Stelle getreten ist, hat hinter sich die Deutschnationalen, den Landbund, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Völkischen außerhalb Bayerns, d. h. eine Gruppe, die bei den letzten Reichstagswahlen zusammen elf bis zwölf Millionen Stimmen erhielt. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß Jarres im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten wird. Ob freilich zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang seine Kandidatur nicht doch noch durch eine andere ersetzt wird, läßt sich nicht übersehen.

Die Kommunistische Partei geht in diesen Wahlkampf als die einzige Partei, die wirklich die unterdrückten und ausgebeuteten Massen gegen die schwarz-weiß-rote Kandidatur sammelt. Denn weder von Braun noch von Marx kann irgendein vernünftiger Mensch einen ernsthaften Kampf gegen das deutsche Trustkapital erwarten. Es erübrigt sich, an dieser Stelle die politische Vergangenheit der beiden Herren noch einmal darzustellen. Niemals ist die KPD so sehr die einzige Arbeiterpartei Deutschlands gewesen wie in diesem Wahlkampf.

Der Kampf ist freilich schwer. Wir haben gegen uns nicht nur den kompakten schwarz-weiß-roten Block und seinen gewaltigen Machtapparat, sondern die Schwarz-Rot-Goldenen versuchen, mit infamer Hinterlist die letzten Staatspositionen, die sie noch haben, gegen uns auszunutzen; denn die SPD-Führer wollen eine möglichst große Stimmenzahl im ersten Wahlgang auf ihren Kandidaten vereinigen, um dann dieses Wahlergebnis als Handelsobjekt mit der Bourgeoisie auszunutzen. Die Braun und Severing schrecken in diesem Bestreben vor nichts zurück. Erst versuchte Severing, durch Verbot der kommunistischen Presse unsere Wahlarbeit lahmzulegen. Als ihm das nicht gelang, hat der Sozialdemokrat Runge seinen schändlichen Streich in Halle verübt und die erste Thälmann-Versammlung mit Schupokarabinern zusammenschießen lassen. Weitere Streiche der schwarz-rot-goldenen korrupten Führerschaft sind noch für diesen Wahlkampf zu erwarten. Die Schwarz-Weiß-Roten fühlen sich so sicher, daß sie dieses schmutzige Geschäft den Kollegen von der SPD überlassen können.

Aber die jämmerlichen Manöver der SPD-Führerschaft haben bisher gerade das Gegenteil von dem erreicht, was geplant war. Severing mußte seinen Runge opfern, und die 10 Toten von Halle sind die gewaltigste Anklage gegen die Kandidatur Braun geworden. Die Massendemonstrationen der Betriebe in Halle und Berlin unter kommunistischer Führung haben gezeigt, daß das Proletariat sich nicht einschüchtern läßt. Der ungeheure Zulauf des Proletariats zu den Thälmann-Versammlungen in ganz Deutschland zeigt, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß, wer ihr Kandidat ist.

Schon heute steht fest, daß der Wahlkampf die unerschütterliche Kraft der KPD und ihre enge Verbindung mit den entscheidenden Schichten des Proletariats beweisen wird. Ebenso fest steht die völlige Aussichtslosigkeit der Kandidatur Braun. Aus eigener Kraft kann die SPD in Deutschland nichts mehr durchsetzen und die Bourgeoisie will keinen sozialdemokratischen Reichspräsidenten mehr

haben. Wie der Kuhhandel zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang verlaufen wird, läßt sich, wie gesagt, heute noch nicht voraussehen. Aber mag er ausgehen wie er will, der Gewählte wird der Diktator für die Großbourgeoisie sein. Mag er die Mitgliedskarte der Deutschnationalen oder des Zentrums in seiner Brieftasche tragen, im Kampf gegen den regierenden Kapitalistenblock wird die KPD als die einzige Gegenkraft den Kampf des Proletariats organisieren, die Zersetzung der Bar-matpartei beschleunigen und die Voraussetzung für neue revolutionäre Situationen schaffen. [158]

*

Die dreiunddreißigste Tagung des ratlosen Rates des „Völkerbundes“.

Von A. Maslow.

1. Wo ist der vorjährige Schnee?

Im September des glorreichen und höchst pazifistischen Jahres 1924 tagte, nicht zum 32. Male, sondern nach einer anderen Nummer, in Genf jene Gesellschaft von Politikern, die sich „Versammlung“ des „Völkerbundes“ nennt. Ob das mehr oder weniger ist als der Rat, ist unbekannt. Der leuchtende Stern dieser Gesellschaft war damals Mister John Ramsay Mac Donald, Esq., Premierminister Seiner Britischen Majestät. Der Sieger jener Tagung war Monsieur Eduard Herriot, Exbürgermeister der schönen Stadt Lyon, Ministerpräsident des lieblichen Frankreich („la douce France“) und mit Macdonald zusammen der Herold einer neuen „Aera“, in welcher die Kanonen nur zu Freudenschüssen über den ewigen Frieden (Tragweite: 150 Kilometer), die Tanks zur Demonstration der Zivilisation (Bestückung: Sechs schwere M.-G., zwei 7,5 cm Schnellfeuergeschütze), die Flugzeuge als Ersatz für Noahs Friedenstauben (Tragfähigkeit: 6000 kg Bomben) und die Gase zur Erregung der „Lebensgeister“ (farb- und geruchlos, dafür absolut vernichtend) dienen sollten.

Derjenige, der Herrn Herriot den Sieg ermöglicht hatte, war der ewige Commis Benesch, Außenminister der in Sprit schiebenden tschechoslowakischen Koalitionsregierung. Und das Siegesdokument, das einstimmig angenommen wurde (es war ein Kompromißdokument, an dem lange hinter den Kulissen „gearbeitet“ wurde), hieß das Genfer Protokoll.

Man sagt, daß aus dem Munde der Narren oft Weisheit töne. Doch war das, was die Sozialdemokraten aller Länder damals verkündeten, nur Stumpfsinn. Zwar sangen sie nicht ganz so feurig Lobeshymnen, wie nach der Londoner Konferenz, wo die beiden Engel Herriot und MacDonald unter Assistenz des biedereren Wilhelm Marx unter dem amerikanischen Dirigentenstab so schöne Arien nach Dawesnoten sangen, aber immerhin rühmten sie das Genfer Protokoll: denn was vom Völkerbund kommt, das muß gut sein; also hat es der Herr bestimmt in seiner Weisheit, und Albert Thomas sagt es auch (wofür ihn der Völkerbund übrigens bezahlt; die anderen Sozialdemokraten aber loben ihn umsonst, so tugendhaft sind sie! Auch Herr Breitscheid ist so tugendhaft, trotzdem er nicht Minister, sondern nur ein 50jähriger, sagen wir: Idealist, geworden ist).

Was stellte jenes Genfer Protokoll dar und inwiefern konnte man von einem Siege des imperialistischen Frankreich reden? Um die Frage zu beantworten, ist es gut, sich an einiges zu erinnern.

Die schöne „Idee“ des „Völkerbundes“ wurde von jenem „edlen“ Mister Woodrow Wilson verkündet, auf dessen Tugenden die „Realpolitiker“ der deutschen „Demokratie“ mit den so überaus schlaun „Unabhängigen“ an der Spitze ihren Einsatz gemacht hatten.

Von den geistigen Fähigkeiten dieser Marionette Morgans hat Keynes einige Begriffe gegeben. Die englischen Imperialisten verstanden jedenfalls, aus dem „Völkerbund“ ein englisches Instrument zu machen, indem sie liebevoll den englischen Dominions Sitz und Stimme gaben. Wohingegen die Vereinigten Staaten sich von den europäischen Angelegenheiten zurückzogen, Herrn Wilson zum Teufel jagten und Mister Harding von der republikanischen (Petroleum-)Partei zum Präsidenten machten. (Ihm folgte der „schweigsame Cal“, der Trottel Coolidge, und sowohl Morgan wie Rockefeller wandten sich inzwischen stark den europäischen Geschäften wieder zu, wovon der Dawesplan das leuchtende Zeichen ist.)

Sei dem „Friedens“-Schluß von Versailles spricht man über nichts so viel, wie über den Frieden, den man „sichern“ müsse. Woraus für jedermann klar zu ersehen ist, daß irgend etwas nicht in Ordnung sein kann.

[159] Doch all das sind alte und eigentlich reichlich langweilige Geschichten. Weshalb erwähnen wir sie also?

Weil man sich an sie erinnern muß, um die 33. Tagung des Rates des Völkerbundes zu begreifen.

Der Dawesplan sollte nach dem Plan des internationalen Finanzkapitals die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs geben.

Die September-Tagung des Völkerbundes aber warf schon neue Fragen auf, Fragen, die zeigen, daß die imperialistischen Kämpfe durch den Dawesplan verschärft werden.

Erinnern wir uns an einiges; erstens: das Ruhrgebiet ist durch die Truppen des französischen Imperialismus besetzt.

Weshalb ist es besetzt? Poincaré sagte: als Strafe („Sanktionen“) für deutsche Verfehlungen. Der „linke“ Herriot sagt: „weil das friedfertige Frankreich noch keinen Beweis hat für die Bereitwilligkeit und Fähigkeit Deutschlands, seinen durch Annahme des Dawesplanes entstehenden Verpflichtungen nachzukommen“. Ob man die Sache so oder so ausdrückt, ist lediglich Angelegenheit des literarischen Geschmacks. Das Wesen der Angelegenheit aber ist: das imperialistische Frankreich braucht den Ruhrkoks für sein lothringisches Erz, behält das Ruhrgebiet, behandelt es als sein Gebiet und wird, selbst wenn es von England und Amerika gemeinsam unter Druck gesetzt werden sollte, dieses Faustpfand als Kompensationsobjekt behandeln. Zweitens: das imperialistische England kann es nicht dulden, daß das imperialistische Frankreich das Ruhrgebiet für sich behält, da ein französischer ruhr-lothringischer Montantrust eine tödliche Bedrohung der englischen Montanindustrie bedeutet. Also muß England dringen auf „Internationalisierung“ des Ruhrgebiets oder auf – Stärkung Deutschlands als eines Konkurrenten, der vorläufig weniger gefährlich ist als Frankreich. Drittens: der amerikanische Imperialismus ist in der glücklichen Lage, beide europäischen Imperialismen an der Nase herumführen zu können. Er kann auf England drücken durch Unterstützung der französischen Militärmacht, er kann auf Frankreich drücken durch Ruinieren der französischen Valuta und die „Regelung“ der interalliierten Schulden. Er kann gleichzeitig aus Deutschland seine Industriekolonie zu machen suchen zum Niederkonkurrieren sowohl Frankreichs wie Englands.

Das war die Lage im September 1924, das ist sie auch heute.

Indes hat sich doch einiges geändert.

Geändert hat sich hauptsächlich die Lage im Fernen Osten.

War schon das russisch-chinesische Abkommen ein schwerer Schlag für den amerikanischen wie für den englischen Imperialismus (wie schwer, das zeigt ihre Nicht-Intervention während des chinesischen Bürgerkrieges), so hat der russisch-japanische Vertrag die Lage endgültig verändert. Der ostasiatische Appetit der Firma England-Amerika ist gewiß nicht kleiner geworden, aber der Magen dieser ehrenwerten Firma kann die dortigen Bissen nicht mehr verdauen. Das, was man den asiatischen Block genannt hat (Sowjetunion, China, Japan), ist zwar kein förmlicher Block, aber das, was man die anglosächsische Kooperation (England und der Vereinigten Staaten) genannt hat, ist noch viel weniger ein Block. Kooperation von Räubern ist gut (vom Standpunkt der Räuber), wenn sofort dabei Geschäfte zu machen sind (und jeder der Räuber hofft, daß er den anderen beim Genusse des Geraubten um die Ecke bringen kann). So lange die Firma England-Amerika etwa auf China dieses treffliche Rezept glaubte anwenden zu können, war alles ziemlich klar. Nachdem China einen so unangenehmen Freund (unangenehm für die Räuber) wie die Sowjetunion bekommen hat, nachdem das imperialistische Japan, das von einem der Räuber gerne und von anderen vielleicht nicht ganz ungerne geschluckt worden wäre (oder geschluckt gesehen worden wäre), sich, sicher nicht ohne Bangen, entschlossen hat, lieber mit der roten, aber [160] wenigstens nicht imperia-

listischen Räteunion Frieden zu schließen, sind die Aufgaben Englands wie Amerikas andere geworden.

Die Aufgabe des imperialistischen Amerika war und ist: Anlagegebiete für sein zu exportierendes Kapital zu schaffen und Märkte zu erobern für Warenexport.

Als Kapitalsanlagegebiete sah und sieht Amerika an: Südamerika, Kanada, Australien, und in erster Linie Ostasien und Rußland.

Als Märkte dieselben Gebiete, und dazu Europa.

Als Mittel aber, den europäischen Markt zu erobern, der nicht an letzter, sondern immer noch an erster Stelle steht (1923-24 gingen 51,1 Prozent des amerikanischen Exports nach Europa), soll dienen: die amerikanische Kolonie Deutschland, welche die Rohstoffe billig (Kulilöhne!) verarbeiten soll, die Amerika exportiert bzw. nach Europa importiert.

Die Aufgabe des imperialistischen England ist viel komplizierter. Hier ist erstens die Arbeitslosigkeit in England selbst zu beheben. Aber das bedeutet nichts anderes als die gleichen Märkte zu erobern, wie die, auf welchen sich die Vereinigten Staaten vordrängen. Das bedeutet, anders gesagt, Ueberwindung einer „deutschen“ (lies: amerikanischen, in der Kolonie Deutschland angesiedelten) Konkurrenz oder aber Kampf um denselben Einfluß auf die deutsche Industrie, wie ihn das amerikanische Kapital schon hat. Das bedeutet zweitens Lohnsenkung in England (das Beispiel der fünf englischen Motorschiffe, die nach Deutschland in Auftrag gegeben worden sind, während gerade die Schiffindustrie in England stark feiert, spricht sehr laut); und diese Lohnsenkung ist nur unter schwierigsten Kämpfen durchführbar. Die englische Bourgeoisie fühlt sich aber momentan ganz und gar nicht stark den Arbeitern gegenüber, wie zwei Dinge deutlich zeigen: der klägliche Rückzug Baldwins in der Frage der Mac Quisten-Bill, welche den Gewerkschaften verbieten wollte, Beiträge für die Labour Party zu erheben, und der ebenso klägliche Rückzug desselben Baldwin nach dem Ausschluß des schottischen Abgeordneten Kirkwood, dem gegenüber der zufällige Vorsitzende in jener Sitzung, Hope, wie auch der Außenminister Chamberlain, der den Antrag auf Ausschluß gestellt hatte, den „starken Mann“ spielen wollten (einiger vollkommen harmloser Zwischenrufe wegen).

Drittens kommt hinzu das Fortschreiten der Loslösungstendenzen der Dominions (Süd-Afrika hat die Pfundwährung ausgegeben und sich auf Goldwährung, lies: Dollarwährung, umgestellt).

Viertens schließlich kommt hinzu, daß auf den europäischen Märkten England auch mit der Konkurrenz Frankreichs zu rechnen hat (wo keine Arbeitslosigkeit herrscht und wo der Industrialisierungsprozeß einen starken Konkurrenten geschaffen hat).

Fünftens schließlich ist in Betracht zu ziehen, daß die Märkte in den Dominions und sogar Kolonien (Indien!) infolge deren fortschreitender Industrialisierung und infolge Eindringens Amerikas (Import aus Amerika ist in Australien um 232 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gewachsen).

Die MacDonaldsche „Aera“ hat selbstverständlich keine dieser Fragen gelöst. Die Ablösung MacDonalds durch Baldwin-Chamberlain-Curzon-Churchill-Birkenhead-Joynsen Hicks aber hat, in Verbindung mit der grundlegenden Veränderung im Fernen Osten, alle diese Fragen verschärft.

Es kommt hinzu, daß die spanische Niederlage in Marokko und die ägyptischen Vorkommnisse (Ermordung des Sirdars Lee Stack sowie die Notwendigkeit, den Suez-Kanal mit Hinterland Sudan zu „sichern“) sowie das Anwachsen einer Gärung in Afrika imperialistische Konflikte im Mittelmeer (Sicherung der Straßen von Gibraltar und Suez, andererseits Sicherung der französischen Verbindung mit dem Menschenreservoir Nord-Afrika, schließlich die italienischen Appetite) verschärft haben.

[161] Der englische Imperialismus, dessen Außenminister Austen Chamberlain äußerst beschränkt ist, hat, seitdem die Konservativen wieder regieren, keinen festen Plan gezeigt, außer einem: „auf alle Fälle“ eine „Diversion“ vorzubereiten in Gestalt eines Angriffs gegen die Sowjetunion von der europäischen Seite her, und zwar dadurch, daß die Randstaaten, auch diejenigen, welche bis

dahin französische Vasallen waren (wie Rumänien), „englisch“ gemacht werden. Dieser Plan hat den Vorzug, gleichzeitig Frankreichs kontinentale Macht zu schwächen.

Nun kehren wir zum Genfer Protokoll vom September 1924 zurück.

Das war abgefaßt, als noch pazifistische Phrasen Mode waren. Sein Sinn war: den Krieg (unter der Firma: Frieden) zu organisieren und dem französischen Imperialismus die Führung zu überlassen. Man darf nicht vergessen, daß Herriot damals einen „Garantiepakts“ vorlegte, der unter den Tisch fiel und an dessen Stelle als Kompromiß das „einstimmig angenommene“ Genfer Protokoll trat.

Die pazifistischen Phrasen sind verrauscht. Niemand gebraucht sie mehr. (Nicht einmal die Sozialdemokraten; seitdem Herriot Poincarés Töne imitiert, hat Herr Boncour sich Fochs Sprache angewöhnt). Das Genfer Protokoll ist in Genf jetzt, auf der 33. Sitzung des ratlosen „Rates“ des „Völkerbundes“ (wo unter anderem Brasilien über die nationalen Minderheiten in Litauen – sicher sehr tugendhaft – referierte), begraben worden.

Wo ist der vorjährige Schnee?

2. Was sich hinter den Kulissen anbahnt.

Ein „Gedanke“ des begrabenen Genfer Protokolls ist sozusagen ein goldener „Gedanke gewesen: der Gedanke von dem Krieg, den der Völkerbund“ arrangieren soll, um – Frieden zu schaffen.

Der englische Publizist Garvin formuliert diesen Artikel 2 des Genfer Protokolls, ihn aus den verklausulierten Redenarten übersehend, so:

„Es soll keinen Krieg geben, ausgenommen auf Anordnung des Völkerbundes ‚im Falle von Widerstand gegen Angriffe‘ oder unter anderen Umständen (!! A. M.), die vom Völkerbund als eine schwere Bedrohung der Sicherheit angesehen werden.“

Es ist vollkommen klar, daß dieser schöne Hauptpunkt des ganzen Protokolls sich gegen die Sowjetunion wendet, und man versteht, weshalb die Sozialdemokraten der ganzen Welt so große Freunde dieses Paktes sind: sie, die „prinzipiellen Pazifisten“, sind glühende Anhänger eines Krieges gegen die Sowjetunion.

Weshalb aber lehnt England diesen Pakt ab, das ja gleichzeitig selber den gleichen Krieg gegen Sowjetrußland vorbereitet?

Es lehnt ihn ab, weil die gleichen Dominions, die Lloyd George 1919 zur Stärkung des englischen Einflusses mit Sitz und Stimme in dieser Räuberversammlung beglückt hatte, heute gegen England auftreten würden, falls ihnen derartige Verpflichtungen zugemutet würden.

Das ist das erste. Hier haben wir eine der hauptsächlichsten inneren Schwierigkeiten des britischen Imperiums: die englischen Imperialisten möchten zwar im größten Stile räubern, wissen aber nicht mehr, ob das noch geht. Die bekannten sechs Times-Artikel aus dem Februar stellten die Frage des Krieges ganz präzise gerade im Hinblick auf die Dominions. Die Antwort war – kläglich.

Deshalb würde Chamberlain gerne, und das ist das zweite, „seinen“ Krieg gegen die Sowjetunion von jemand führen lassen: dieser „jemand“ dürfte aber nicht Frankreich sein. Deshalb taucht der Gedanke auf (auch in den erwähnten 6 Times-Artikeln), daß Deutschland „doch“ nicht gar so unbewaffnet bleiben dürfe, wenn es erst einmal in den so ehrenwerten, den Frieden erhaltenden Völkerbund eingetreten sei. Deshalb Beattys (des englischen Admirals) Besuch in Rumänien und den daran-[162]stoßenden Gegenden, deshalb Englands Liebe für Bulgarien, deshalb der Kurdenausstand (gerade während die Mossulkommission des Völkerbundes sich die Grenzen der Gegend auf ihre „Selbstbestimmung“ hin ansieht). Deshalb schließlich der Vorschlag eines Garantiepakts, den Chamberlain macht und in den er Deutschland einzubeziehen „empfiehlt“ (Garantie der Grenzen von England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien). Deshalb auch die so höchst „nationalen“ Angebote der Lutherregierung, auf diesen Plan einzugehen (und also den polnischen Korridor zu opfern, alle Versailler Grenzen ausdrücklich heilig zu sprechen, nur für das hehre

Glück – darüber schwatzt wieder einmal Arnold Rechberg zuviel aus –, mit gegen die Sowjetunion zu Felde ziehen zu dürfen).

Aber dieser schöne Plan hat etliche Löcher.

Der erste spürbare Effekt war ein ungeheures, kriegerisches Geheul in Polen. Denn das imperialistische Polen denkt nicht daran, sich mit den Versailler Grenzen zu begnügen.

Der zweite spürbare Effekt ist ein Gegenstoß Frankreichs. Denn das imperialistische Frankreich denkt nicht daran, sich mit dem linken Rheinufer zu begnügen.

Und das war schließlich von den klügeren englischen Imperialisten beabsichtigt: denn nun kann die lutherische Anbiederung als Druckmittel auf Frankreich benutzt und der Versuch gemacht werden, das rechte Rheinufer zu „neutralisieren“, zu „internationalisieren“, zu „entmilitarisieren“, oder wie sonst der Name lautet für den Wunsch, es den französischen Klauen zu entreißen und in die englischen zu bekommen.

Ein dritter, zu diesem Plan wenig passender Effekt ist durch den Abschluß des russisch-japanischen Vertrags geschaffen worden: die bevorstehende Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten.

Zu alledem kommt, daß unverkennbar die Aktivität der Arbeiterschaft sowohl in Deutschland wie in England wie sogar in Italien (Metallarbeiterstreik) wächst, daß auf dem Balkan die Machthaber zwar gar gewaltig mit dem Säbel rasseln, aber ganz und gar nicht allzu sicher auf ihren Thronchen sitzen (Zuchthauswahlen in Jugoslawien, trotzdem beinahe oppositionelle Mehrheit), kurz und gut, daß die Ausführung des Chamberlainschen Planes mehr Wahrscheinlichkeit bietet, daß man sich dabei den Hals bricht als daß man „einen Blumentopf gewinnt“, wie die Berliner sagen.

Ein Krieg auch „nur“ gegen die Räteunion kann (werden sich die Kapitalisten sagen; wird, sagen wir) das Ende der ganzen kapitalistischen Herrlichkeit bedeuten. Schon gegen China konnten die zwei mächtigsten imperialistischen Räuber nicht mehr ihre gewöhnlichen Methoden anwenden. Das Organ der Räuber, der „Völkerbund“, wird gegen die rote Republik der Arbeiter und Bauern erst recht nicht einfach auf Räuberart „vorgehen“ können, auch wenn er es noch so gerne möchte.

Und so läuft die 33. Tagung dieser ehrenwerten Institution an den Gestaden des Genfer Sees ab, wie das berühmte Hornberger Schießen. Hinter den Kulissen, heimlich, sind gewiß allerlei schmutzige Intrigen und Pläne gesponnen worden. Ueberall in der kapitalistischen Welt häufen sich die Widersprüche und Konflikte. Bei diesem Plänespinnen im Verborgenen kann man gar leicht über die eigenen Fäden stolpern. Klügere Leute als Herr Chamberlain sind schon auf diese Art gefallen. Klügere auch als Herriot, hinter dem schon heute Caillaux und Briand stehen. Klügere als Luther, der zwar still arbeitet, aber in dem Gespinnst falsche Fäden zieht, wenn er auf Englands Wohlwollen spekuliert.

Die 33. ratlose Tagung hat, wie die 32 vorhergehenden, nichts gebracht.

Aber bis zur 34. werden sich die Widersprüche dieses harmonischsten aller Systeme weiter verstärkt haben. Der „Völkerbund“ redet zuviel [163] von Frieden, als daß man ihm glauben könnte. Wenn aber er Krieg jenes „Friedens“ entstehen wird, wird er kein Krieg des „Völkerbundes“ bleiben, sondern ein Krieg der unterdrückten Völker und Klassen gegen die Unterdrücker und Ausbeuter werden.

3. Zusammenfassung.

Faßt man alles in großen Strichen Angedeutete zusammen, so ergibt sich das folgende Bild:

I. Die „Kooperation“ der Imperialisten.

Man muß zwischen wirklicher und scheinbarer Kooperation unterscheiden. So ist: a) die sogenannte anglo-amerikanische Kooperation in der Reparationsfrage (Dawesplan) in Wirklichkeit der Beginn eines verschärften ökonomischen Konkurrenzkampfes, der (wann, das wissen wir nicht) notwendigerweise in einen politischen Kampf übergehen wird.

Gründe: für England bestehen in einer arbeitenden deutschen Exportindustrie (Eisen, Textil, Maschinen) die größten Gefahren (Dumping bzw. soziale Konflikte in England bei Senkung der Löhne und Arbeitszeitverlängerung); für Amerika dagegen ist das Dumping (durch die deutschen Kulilöhne bei hohem technischen Stand der Industrie) gerade der Zweck des Dawesplanes und eine Möglichkeit, Extraprofite zu erhalten.

b) Ebenso ist die mögliche und in ziemlich hohem Grade angebahnte franko-amerikanische Kooperation (zwei Morgananleihen zu 100.000.000 Franken an Frankreich) doppelt scheinbar: erstens ist der Zweck die Unterwerfung der französischen Industrie unter amerikanisches Kommando (Huxley-Mellon-Plan als „Dawes-Plan“ für Frankreich; leicht durchführbar, da der Frank nur ein Fünftel seines Wertes hat und Wall Street ihn leicht ruinieren kann) und Vereinigung der deutschen mit der französischen Montanindustrie unter einem amerikanischen Kommando (schätzungsweise hat Amerika im letzten Jahre 1¼ Milliarden Mark in Deutschland angelegt, was neben der Beherrschung durch die Eisenbahn-, Steuer- und Zollkontrolle, die es gemeinsam mit der Entente ausübt, ihm ein Uebergewicht gibt); zweitens aber wendet sich eine solche Kombination ökonomisch und politisch zwangsläufig gegen England.

Es ist noch keine entscheidende Wendung da, vielmehr alles in höchst unbestimmtem (und vielleicht schon von den „Lenkern“ unbestimmbarem) Schwebezustand, doch gehen

II. objektive Veränderungen der Entwicklung

vor sich, deren wichtigste sind: a) das schnelle Erwachen Asiens, insbesondere des Fernen Ostens; die Anlehnung Japans an die Sowjetunion als Antwort auf eine etwaige anglo-amerikanische aggressive Kooperation im Fernen Osten; b) das Erstarken der Sowjetunion und ihres Einflusses auf ganz Asien (Ferner Osten, Zentralasien – man denke an die autonomen Republiken auf dem Gebiete des früheren Turkestan, Indien, Persien).

c) Einer anglo-amerikanischen „Kooperation“ wirkt entgegen der in ein verschärftes Stadium tretende Konkurrenzkampf um die Märkte in Südamerika, Australien, im Fernen Osten (Beispiele: englischer Import in Australien sinkt von 52 % in 1913 auf 45 % in 1924, amerikanischer steigt von 13,7 % auf 24 %; in Neuseeland: von 9 % in 1913 auf 23 % in 1922; in Japan: England mit Indien von 42,3 % in 1913 auf 12 % in 1923, Amerika dagegen steigt von 16,8 % in 1913 auf 30 % in 1924.)

d) Die zentrifugalen Tendenzen der englischen Dominions verstärken sich und die Dominions geraten weiter unter (zunächst finanziellen, aber auch – Kanada – kulturellen und ideologischen) Einfluß der Vereinigten Staaten. [164]

e) In Europa wird die Lage, insbesondere auf dem Balkan, unsicher, nicht aber (insgesamt gesehen) stabiler. In Zentraleuropa treibt die soziale Krise (die durch den Dawesplan verschärft wird, siehe deutsche Streiks, insbesondere Eisenbahnerstreik) zu Konflikten, welche internationale Wirkung haben werden. Wenn der Lohn eines englischen Arbeiters überall mit 100 angesetzt wird, so beträgt er bei

	Bauarbeitern	Maschinenbauarbeitern	Druckern	durchschnittl.
in Deutschland	52	44	43	53
in Oesterreich	47-49	49	36	45
in Amerika	197-263	203	181	196

es ist klar, daß das seine Folgen haben wird.

III. Die europäischen Gruppierungen

sind nicht fest, sondern in einem Stadium von Auflösung und Umgruppierung. Die Hauptgründe hierfür sind: a) die englische Furcht vor der militärischen Uebermacht Frankreichs (woraus sich sowohl die vorbereiteten Angriffe Englands gegen Frankreich – durch Gewinnung der bis dahin französischen Vasallenstaaten wie auch das Nachgeben Frankreich gegenüber – in der Ruhrfrage und Kölner Frage – erklären).

b) Die objektive Zuspitzung der englisch-französischen Gegensätze sowohl am Rhein („Sicherheitsfrage“, lies: Frage der Annexion des Ruhrkoks) wie im Mittelmeer, wo mit der Niederlage Spaniens und der Zuspitzung in Aegypten die Frage der Hegemonie akut gestellt ist. (Beispiel: Ceuta und die „spanische“ Zone Marokkos würden in französischen Händen eine Bedrohung Gibraltars sein, dagegen bedeutet ein völliges Fressen Aegyptens und des Sudans durch England eine Bedrohung von Algier und Tunis und zugleich die Möglichkeit, Frankreich von Nordafrika abzuschneiden, zumal Italien diese Konflikte ausnutzt). Der Kampf um Vorderasien (Syrien, Mossul) ist ebenfalls schärfer geworden (griechisch-türkischer, von England geschürter „Patriarchen“-Konflikt, Kurdenausstand).

c) Die deutsche Stabilisierung und der Beginn einer neuen deutschen imperialistischen Politik (dritten Ranges) gibt England die Möglichkeit, auf Frankreich einen Druck auszuüben (Aufgreifen des „Lutherschen“, von England bestellten Angebots eines Fünfländerpaktes).

d) Dadurch geraten die französischen Vasallenstaaten, insbesondere Polen und Tschechoslowakei (mit ihren permanenten Wirtschaftskrisen) in Bewegung.

*

Die Ablehnung des Genfer Protokolls vom September 1924 durch England ist nur ein Ausdruck für diese Unsicherheit und die Ankündigung des Willens der englischen Imperialisten, bei dem bevorstehenden imperialistischen Krieg (oder Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion) sich freie Hand zu sichern und keinesfalls dem französischen Imperialismus die Hegemonie zu überlassen.

*

Die Taktik der KPD beim Kapp-Putsch.

Von Ernst Schneller.

In einer Parteiarbeiter-Konferenz führte ein Genosse aus: Die SPD hat es besser verstanden, den Verrat an den Arbeitern zu organisieren, als wir es verstanden haben, die Revolution zu organisieren. Der Genosse hat damit eine Tatsache festgestellt, die von der Partei nach ihrer positiven Seite hin noch immer zu wenig berücksichtigt wird.

Die revolutionären Arbeiter, die in jedem Streik, bei jeder Demonstration, bei jedem Massenkampf und bei der täglichen Kleinarbeit ihren [165] Mann gestanden haben, fragen sich: Wie kommt es, daß bei all den ungeheuren Opfern und bei aller aufgewandten revolutionären Energie unsere Erfolge nicht größer sind? Das Nachdenken über solche Fragen weckt dann leicht passive Stimmungen. („Es hat jetzt ja doch keinen Zweck!“) Soll aber darum die Frage nicht gestellt werden? Selbstverständlich muß sie gestellt werden! Laut und eindringlich! Es wäre besser um die revolutionäre Bewegung und um die Partei bestellt, wenn die Partei früher sich so selbst gefragt hätte. Der Oktober 1923 hat die Partei zu gründlicher Selbstkritik gezwungen. Das kann jedoch nicht heißen, daß wir uns mit dem Ergebnis der damaligen Diskussion zufrieden geben und nun „nur noch nach vorwärts“ (wie es auf manchem Parteitag mit großer Geste verkündet wurde) schauen! Immer und immer wieder sei betont: Wir müssen die Geschichte unserer Partei studieren.

Im gegenwärtigen Wahlkampf, wo die SPD ihren „festen Kurs für die Republik“ einzuhalten verspricht (was hat sie nicht schon alles versprochen!), nachdem sie in den 6 Jahren seit Wilhelms Sturz systematisch alle Gewalt in die Hände der Monarchisten gespielt hat, hat die Frage erhöhte Bedeutung: Wie können sich die Arbeiterschaft und die übrige werktätige Bevölkerung vor der Offensive der Reaktion schützen? Diese Frage ist untrennbar verbunden mit der anderen: Wie ist es möglich gewesen, daß auf den 9. November 1918 die Machtergreifung durch den monarchistischen Flügel der Großbourgeoisie folgen konnte?

Nach allen Schandtaten der „Regierung“ der Volksbeauftragten und der ihr folgenden der Barmat, Bauer und Noske gegen das revolutionäre Proletariat in den Jahren 18 und 19 – hätte die Tatsache des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 der gesamten Arbeiterklasse die Augen öffnen müssen über den Weg, den sie durch die SPD geführt worden ist und fürderhin ja auch weitergeführt wer-

den würde. Rathenaumord, – passiver Widerstand an Rhein und Ruhr, – Cunostreik, – Reichswehreinmarsch in Sachsen und Thüringen, – Dawes-Plan, – Luther-Regierung, – in jedem Fall hat sich die SPD, als wackere Dienerin der Bourgeoisie „bewährt“. Und dennoch – sie vermag immer wieder gegen 8 Millionen Stimmen auf sich zu vereinen, sie vermag noch immer die Gewerkschaften maßgebend zu beeinflussen, – sie hat noch immer starken Arbeiteranhang.

Wir zeigen im Wahlkampf: von Kapp bis Luther-Jarres führt eine konsequente Linie der SPD-Politik! Doch seien wir uns im Klaren: die Tatsache der schändlichen SPD-Politik allein wird uns nicht die Massen zuführen. Die Spontaneitätstheorie, die Proletarier müßten erst alle aus eigener bitterer Erfahrung überzeugt werden, – und würden dann von selbst zu uns kommen, hat die Parteiarbeit nicht gefördert. Diese Theorie jedoch hat ihre Wurzel – in einer falschen Theorie über den Imperialismus.*)

Der Kapp-Putsch ist ein Musterbeispiel dafür, daß die schändlichste SPD-Politik von breiten Massen nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt wird, – wenn ihnen sonst kein konkreter klarer Ausweg gezeigt wird. Sie lernen nicht aus eigener bitterer Erfahrung, wenn die Partei ihnen nicht Lehrmeister und Führer ist. Das Proletariat – unter dem starken Einfluß von bürgerlicher Presse, von Kino, Theater, Kirche, „öffentlicher Meinung“, wird „aus sich selbst heraus“ nur (ganz, ganz langsam) etwas nachdenken lernen. Um aber den revolutionären Ausweg zu finden und zu gehen, bedarf es einer starken, klaren Führung durch die Partei.

Welche Taktik hat die Kommunistische Partei im Kapp-Putsch eingeschlagen, um sich als Führerin durchzusetzen?

Sie SPD hatte in den Kämpfen des Jahres 1919 (Berlin, Hamburg, Bremen, München und Mitteldeutschland) alles getan, um die revolutionäre Arbeiterschaft im Interesse der Bourgeoisie niederschlagen zu helfen. Als [166] Hauptkampftruppen hatte sie dazu die Freikorps alter monarchistischer Generäle benutzt. Ein Teil der Bourgeoisie und vor allem die in ihrem Auftrage handelnden monarchistischen Offiziere glaubten ihre Position schon so gefestigt zu haben, daß sie mit Hilfe des Staatsstreiches vom 13. März die ganze Macht an sich reißen könnten. Für den Fall des Gelingens konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die gesamte Bourgeoisie sich auf die Seite der Kapp-Lüttwitz stellen würde. Die konterrevolutionären Kräfte, die von den Volksbeauftragten 1918 gegen das Proletariat organisiert worden waren, richteten ihre ganze Stoßkraft gegen, die „demokratische“ Republik. Sie sollten sowohl im Staatsapparat wie in bezug auf die Staatsform zurückerobern, was 1918 verloren gegangen war.

Für die Arbeiterschaft konnte die Ausgabe nur so gestellt werden: Abwehr des Kapp-Putsches und Niederwerfung der Konterrevolution, Schaffung von Garantien, die jede Errichtung der schwerkapitalistischen Diktatur unmöglich machen. Die Arbeiterschaft konnte sich nicht darauf einlassen, Ebert, Bauer, Noske zu „verteidigen“, die diesen Kapp-Lüttwitz-Putsch selbst mitorganisiert hatten, sie mußte vielmehr aus den Kämpfen des Jahres 1919 und aus dem Beispiel der russischen Revolution die Lehre ziehen, daß sie die Noske-Regierung zu stürzen und ihre eigene Regierung aufzurichten hatte.

Die KPD hatte unter den Schlägen der Konterrevolution unerhörte Blutopfer bringen müssen. Unter dem verschärften Belagerungszustand, der in den wichtigsten Industriegebieten verhängt worden war, war die legale Tätigkeit der Partei fast völlig unmöglich gemacht. Es fehlte also zweifellos zu Beginn des Kapp-Putsches an dem starken Einfluß unter den Massen, der es ermöglicht hätte, sofort die Führung des Kampfes allein in die Hand zu nehmen. Was hat aber die Partei getan, um die Massen zum Kampf aufzurufen, um während der Kämpfe die Führung zu erringen oder zum mindesten große Teile der im Kampfe stehenden Arbeiter unter ihren Einfluß zu bringen?

Die Parteileitung erließ am 13. März, als die Arbeiterschaft schon teilweise in den Streik gegen Kapp und Lüttwitz eintrat, einen Aufruf, worin sie sagt, daß die Arbeiterschaft „keinen Finger rüh-

*) Darüber an anderer Stelle dieses Heftes: Besprechung von Maslows Buch.

ren wird für die demokratische Republik“, aber den Kampf mit der Militärdiktatur aufnehmen wird in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. „Dieser Augenblick“ – heißt es in dem Flugblatt vom 13. März – „ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird. Ein Teil der Arbeiter kennt die Züge dieser Militärdiktatur: Ungarn! Die große Masse wird sie erst durch die Taten der Militärdiktatur kennen lernen: Wenn statt der Geiseln Skorpione auf den Rücken der Arbeiter niedersausen ..., wenn zu eiserner Unterdrückung im Innern neue Kriegsgefahr ihr Haupt erhebt.“ Die Arbeiterschaft wird bis zu Ende kämpfen mit den Schlachtrufen: „Nieder mit der Militärdiktatur! Für die Diktatur des Proletariats! Für die deutsche kommunistische Räterepublik!“

Die Parteileitung war in verhängnisvollster Weise nicht orientiert über die Stimmung der Arbeiterschaft und sie stand der Situation im ganzen völlig hilflos gegenüber. Sie erging sich in historischen Reminiszenzen, um irgend ein Beispiel aus der russischen Revolution zu finden und die entsprechende bolschewistische Taktik „nachahmen“ zu können, anstatt, daß sie die konkrete Situation gründlich untersuchte, wozu allerdings eine klare Theorie des Imperialismus und das klare Verstehen der Rolle der Partei in der Revolution notwendig gewesen wäre. Diese Voraussetzungen fehlten vollständig. Die Partei bestand aus guten revolutionären Elementen, die sich gefühlsmäßig und mit der größten Opferfreudigkeit in jedem Kampfe an die Spitze der Arbeiter stellten, aber eben ohne den Arbeitern klar den Weg der Revolution und die unmittelbar nächsten Kampfziele zeigen zu können. Die „Führung“ wurde von den Genossen im Spartakusbund zum größten Teil so aufgefaßt: es müßte der spontane Wille der Massen durchgeführt werden. Die Spontaneitätstheorie, die aus einer falschen [167] Theorie des Imperialismus erwachsen ist, „erlaubte“ den Parteigenossen zwar mit größtem Elan zu kämpfen, aber sie verhinderte die Eroberung der Massen für den revolutionären Machtkampf und erleichterte dadurch die ungeheuerlichen Betrugsmanöver der SPD und der rechten Führer der Unabhängigen. Was Ebert im Munitionsarbeiterstreik 1918 im Kleinen getan hatte, das vollbrachte die gesamte SPD, gemeinsam mit den rechten Unabhängigen, während des Kapp-Putsches im Großen. Sie stellten sich an die Spitze der Bewegung, um sie abzuwürgen, und das Verhängnis für die revolutionäre Bewegung bestand darin, daß sie keine klare Führung in einer wirklich bolschewistischen Partei hatte.

Die Partei stellte sich unbekümmert um die falschen Anweisungen der Zentrale von vornherein mit ganzer Kraft in die Reihen der kämpfenden Arbeiter. Die Zentrale versuchte ihren Fehler sofort zu revidieren, aber sie revidierte in einer Weise, die den Fehler nicht gut machte, sondern weiter der SPD und USPD die Führung der Bewegung überließ. Sie wagte nicht, der Bewegung klare Richtung und Parolen zu geben, eben gegen Kapp und gegen die Helfershelfer des Kapp-Putsches, gegen Ebert, Bauer, Noske, Hermann Müller, Dittmann usw., gegen die Noske-Regierung. Die Parteileitung fürchtete, von den Massen „isoliert“ zu werden.

Die Zentrale sagt in ihrem Rundschreiben vom 14. März 1920 folgendes: „Die letzten Ziele, die wir der Bewegung stellen, müssen von vornherein klar ausgesprochen werden. (Welche Ziele? Sie werden verschwiegen! D. V.) Jedoch müssen sich unsere Genossen klar sein, daß sie in Aktionen gebunden sind und begrenzt sind durch die Ziele, die die Mehrheit der Arbeiter sich vorläufig steckt.“ Die „Mehrheit der Arbeiter“ stand unter dem Einfluß von SPD und USPD; die KPD begrenzte sich also auf die „Aktionen“ und auf die „Ziele“, die von SPD und USPD gesteckt waren. Die KPD nutzte damit die Situation, wo alle Arbeiter auf klare Losungen und auf eine einheitliche Führung warteten, überhaupt nicht aus. Sie hängt sich einfach an die USP an.

Dieses Versagen der Partei beschränkte sich nicht auf die Zentrale allein; da es auf falschen Theorien basierte, verliefen auch die Einzelaktionen in den Bezirken in diesem Rahmen (der „Nichtisolierung“ von SPD und USP). Nehmen wir das Beispiel Chemnitz. Brandler, der sich hinterher auf Parteitag im April und November 1920 rühmte, in Westsachsen die richtige bolschewistische Taktik durchgeführt zu haben, berichtet in seiner Broschüre „Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen“, daß bei den Wahlen zum Arbeiterrat von der SPD, unterzeichnet Max Müller (jetzt Innenminister der Held-Regierung), ein Flugblatt mit folgenden Parolen herausgegeben wurde:

„Proletarier, bewahrt in dieser Schicksalsstunde ruhig Blut!

Parteigenossen, halte hoch die Ideale der Sozialdemokratischen Partei!

Der Diktatur der Militärkamarilla sehen wir Diktatur des Proletariats entgegen!“

Das sagt ein Ebert-Sozialist mit dem Bewußtsein und Willen zum Abwürgen! (Brandler, S, 12)

Im kommunistischen Flugblatt wird ausgeführt: „Alle Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei sie bisher angehört haben, werden in diesem schweren Kampf gebraucht. Aber seid nicht vertrauensselig. Diejenigen, die bislang schwankten, müssen erst durch die Tat, nicht durch Worte, beweisen, daß sie nicht mehr schwanken. (M. Müller soll es beweisen! Nicht einmal eine Warnung! 2. S) Alle kompromittierten Führer, alle, die Verrat geübt haben, müssen von der politischen Vorderbühne zurücktreten. Die neue Revolution muß rein dastehen in ihrer sichtbaren Verkörperung, der Macht. Alle Macht den Räten! Nieder mit den Kriegs- und Revolutionsverbrechern! Es lebe der Kampf um die ganze Befreiung der Arbeiterklasse.“

In den Programmreden der Parteivertreter in der Arbeiterratsvollversammlung wird der Vertreter der SPD (Fellisch!) etwas deutlicher, in [168] bezug auf die „Diktatur des Proletariats“. Er erklärt nämlich: „Wir kämpfen für eine verfassungsmäßige Regierung auf demokratischer Grundlage.“

Und Brandler schloß seine Rede:

„Der Weg zum Kommunismus ist noch schwer. Wir kämpfen nicht unmittelbar für kommunistische Ziele, sondern für die Niederwerfung der Kapp-Rebellen und ihrer Schildhalter, der Ebert, Noske, Bauer. Unser Kampf gilt nicht nur den Kapp-Lüttwitz, sondern auch den Ebert, Noske. (Aber nicht ihrer Partei! Auch nicht M. Müller und Fellisch! D. V.) Die Strecke, auf der die Sozialdemokratie mit uns geht, wird nicht lang sein. (Also gemeinsame Politik, dabei hatte die KPD im Vollzugsrat 10, die SPD 9 Sitze! D. V.)

Ohne jede Illusion erklären wir Kommunisten heute, daß es nicht um unsere letzten Ziele geht, und wir nicht daran denken, gegenwärtig zur Macht zu kommen. Wir werden die Macht nur übernehmen, wenn wir die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter uns haben. Ist die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht für uns, so werden wir die Flinten nicht gegen das Proletariat gebrauchen, um als Minderheit gegen sie die Macht anzuwenden. Im übrigen warnen wir jeden Arbeiter, uns Kommunisten seine Stimme zu geben, wenn er nicht gleichzeitig gewillt ist, eventuell sein Leben für die Ziele des Kommunismus, für die Befreiung des Proletariats einzusetzen.“ (Brandler S. 14)

Die freund-nachbarliche Konkurrenz zwischen SPD und KPD wurde denn auch die ganze Zeit während des Kapp-Streiks innegehalten. Brandler „verhinderte“ die „Isolierung“ der KPD von den „Massen“, indem er die Massen „warnte“, den Kommunisten ihre Stimme zu geben, indem er betonte, wir wollen gar nicht die Macht. Brandler hatte denn auch den einen großen „Erfolg“, daß nichts getan wurde, um den Einfluß der SPD zu untergraben, die Kampfkraft der Massen gegen die SPD auszunutzen. An Stelle der gemeinsamen Aktion des Proletariats setzte er die Aktion der Parteiführer (als Vorspiel für 1923) und nimmt dabei an, daß ein gemeinsames Handeln zu gemeinsamen Zielen überhaupt möglich sei. In einer Rede führte er aus: „Nicht Liebe zur Sozialdemokratie und nicht Ideenübereinstimmung mit ihr läßt uns gemeinsam handeln, sondern die gleiche Not zwingt uns dazu.“ (S. 19) Die Angst vor der Isolierung führte dann auch dazu, daß in derselben Zeit, wo Leipzig im schwersten Kampfe stand, in Chemnitz über Abbruch des Streikes verhandelt wurde. Im Vollzugsrat saßen 10 Kommunisten, 9 Mehrheitssozialisten und 1 Unabhängiger. Bei den Verhandlungen am 18. März stellt sich das Kräfteverhältnis so dar, daß Brandler erklärte:

„Er halte es für ein Unglück, daß in Chemnitz der Generalstreik abgebrochen werden solle. Die Sozialdemokraten brechen den Kampf ab, auf lose Versprechungen hin. Wir Kommunisten machen uns jedoch keinerlei Illusionen über die Kampfkraft und Kampffähigkeit des Chemnitzer Proletariats. Wenn die Hälfte (!) der Chemnitzer Arbeiter den Generalstreik abbrechen und gegen den Streik arbeiten, sind wir Kommunisten gegenwärtig nicht imstande, den Kampf allein weiterzuführen. Weil wir in der gegebenen Situation die dem Proletariat gestellten Probleme nicht durchführen können, deshalb müssen wir uns mit dem Abbruch des Streiks in Chemnitz abfinden. Wir wollen die einheitlichen Abwehrmaßnahmen der Chemnitzer Arbeiterschaft nicht zersplittern, um der Arbeiterklasse zu zeigen, daß nicht wir die Zerstörer der Einheit sind.“ (Brandler. S. 40).

Brandler vertritt eine Linie, deren Richtung vor allem durch die Angst vor Putschen bestimmt ist. Unter seiner Führung hat die Partei in Chemnitz zwar ab und zu rasoniert, aber sie hat in Wirklichkeit die Politik der [169] SPD durchführen helfen und selbst durchgeführt. Das ist das taktische Meisterstück, dessen sich Brandler selbst rühmt:

„Die SPD-Vertreter hatten insoweit vollständig recht, wenn sie sagten, wir Kommunisten hätten keine kommunistische Ziele in die Tat umgesetzt, sondern nur mit der SPD für ihre Ziele, Niederwerfen der Kapp-Lüttwitz, gekämpft“ (Brandler, S. 87.)

An anderer Stelle führt er aus:

„Da wir Kommunisten uns beschränken mußten auf die Erreichung von Sicherungen, die den Rahmen der Grundlagen der Illusionen über die Demokratie, die diesem radikalen Chemnitzer Flügel eigen sind, nicht sprengten, kamen wir einigermaßen aus.“ (Brandler, S. 6.) (D. h. die SPD kam aus. D. V.)

Dieselben Fehler wie in Sachsen, traten überall zutage, wenn sie auch nicht überall so augenscheinlich den Beweis führten, daß diese Politik nur die Stärkung der SPD und eine verstärkte Verwirrung im Proletariat ergeben konnte. In den Bezirken machte sich dabei ein anderer Hauptmangel der Kommunistischen Partei verhängnisvoll geltend. In der Hoffnung, daß die Massen aus ihren eigenen Erfahrungen spontan selbst die richtigen Lehren ziehen würden, hatte die KPD ihre Organisation nicht straff zentralisiert aufgebaut. Die dauernden Verfolgungen hatten bei der falschen Theorie über den Aufbau der Partei dazu beigetragen, das schwache organisatorische Gefüge noch mehr zu lockern, so daß die Parteizentrale bei Ausbruch des Kampfes nicht in der Lage war, die Partei einheitlich zu führen. Es blieb nicht nur jedem Bezirk, sondern mehr oder weniger auch jeder Gruppe überlassen, ob sie das Richtige tut, oder ob sie nach dem Aufruf der Zentrale vom 13. März überhaupt nichts tun wollten.

Die größte Möglichkeit, an Einfluß auf die Massen zu gewinnen, bestand im Ruhrgebiet und gerade dort fehlte es völlig an einer einheitlichen Leitung und an einem Zusammenarbeiten der einzelnen kommunistischen Organisationen. So war es möglich, daß ohne Kenntnis der Bezirksleitung gemeinsame Aufrufe der SPD, USPD und KPD herausgegeben wurden und daß sich einzelne Kommunisten an den Vereinbarungen in Bielefeld beteiligten, die unter anderem mit Cuno, damals Oberbürgermeister in Hagen, und Dr. Jarres-Duisburg, neben dem Reichspostminister Giesberts und dem Reichskommissar Severing, abgeschlossen wurden. Der offizielle Bericht der Bezirksleitung sagt:

„Der Kapp-Putsch stellte die Kommunistische Partei im Industriegebiet vor eine schwere Aufgabe. Von einer Partei konnte man überhaupt kaum reden. Es war nur eine Anzahl von Organisationsplitterchen vorhanden. Der größte Teil davon führte ein isoliertes Leben, das sich vielfach nur auf gelegentliche Zusammenkünfte der Gleichgesinnten beschränkte. Alle Verbindungsfäden mit der Bezirksleitung waren zerrissen. Die Genossen erfuhren vom Parteileben fast lediglich durch die bürgerliche Presse. Die KPD-Literatur kam an sie nicht heran. So lagen die Verhältnisse im allgemeinen in den kleinen Orten. Und in den größten Städten war die Situation für die Partei nicht viel besser. Der andauernde Belagerungszustand, das Verbot von Versammlungen, die gänzliche Unterdrückung der Parteipresse, die tolle Hetzjagd auf alle bekannten Kommunisten, dazu ein ausgedehntes Spitzelunwesen, von der Reichswehr und der politischen Polizei organisiert, hatte die Parteiorganisation gesprengt, sie in einzelne Stücke zerschlagen, teilweise vollständig aufgerieben. Fast noch schlimmer als der äußere Druck war die Zersetzungsarbeit der sogen. Opposition innerhalb der Partei. Der Ausnahmezustand verhinderte eine öffentliche Tätigkeit der Partei, eine Aussprache in der Organisation.

Die Bezirksleitung der KPD war bei dem Bekanntwerden des Militärputsches vollständig auf die eigene Initiative angewiesen. Die ohnehin schon sehr lockere und zeitraubende Verbin-[170]dung mit der Zentrale war in den ersten Tagen der Kappherrschaft vollständig zerschnitten. Eine Verständigung über das Verhalten der Partei zu dem Ereignis, sowie über die zu beobachtende Taktik war nicht möglich, allerdings auch nicht notwendig. (?) Ueber die Bedeutung des Putsches und des zwischen Ebert-Bauer auf der einen, den Lüttwitz-Kapp auf der anderen Seite ausgebrochenen Kampfes, konnte kein Kommunist im Unklaren sein. Das grundsätzliche und taktische Verhalten der Partei ergab sich aus unserem Programm und den taktischen Richtlinien. Ohne Verständigung mit Berlin ging die Bezirksleitung daher in ihrer Ge-

samthaltung mit der Zentrale konform. Sie lehnte es von vornherein ab, mit der SPD eine gemeinsame Aktion einzuleiten. Die Herausgabe der Parole durch die Bezirksleitungen der SPD und USP beantwortete die Partei sofort mit einem aufklärenden Flugblatt und dem Herausstellen eigener Parolen. Vor allem wurde zu sofortiger Wahl von politischen Arbeiterräten aufgefordert. Das Fehlen der Organisation und einer Presse verhinderte das schnelle und allgemeine Bekanntwerden unserer präzisierten Stellungnahme zu dem Ereignis. Die über einen gut funktionierenden Organisationsapparat verfügenden Unabhängigen und Rechtssozialisten befanden sich uns gegenüber gewaltig im Vorteil. Ihre Flugblätter und Aufrufe wurden sofort bekannt. Da ihr „programmatischer“ Aufruf – Generalstreik zur Errichtung der Diktatur des Proletariats – auch die Unterschrift „Bezirksvorstand der KPD“ trug, die Arbeiter natürlich keine Kenntnis von der Fälschung hatten, nahmen sie den Kampf auf in der irrigen Annahme, die Einigung des Proletariats jetzt herbeigeführt, nun werde im Kampf durchgehalten, bis das Proletariat die politische Macht an sich gerissen habe.“

In Konsequenz der Politik der „Nichtisolierung“ versuchte die Parteizentrale wenigstens zum Schluß noch ein Exempel zu statuieren. Sie erließ ihre Erklärung zur lokalen Opposition gegenüber einer „rein sozialistischen“ Regierung. Diese Erklärung erblickt in der Bildung einer sozialistischen Regierung den nächstfolgenden Schritt für die Durchführung der Revolution. Unter Punkt 4 sagt diese Erklärung:

„Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Errichtung der proletarischen Diktatur.“

In diesem Punkt wird die Theorie wieder aufgenommen, die Demokratie ermögliche der Bourgeoisie nicht, ihre Diktatur restlos durchzuführen, sie biete aber unter Umständen die Möglichkeit der grenzenlosen Ausnutzung der politischen Freiheiten durch die Kommunisten!

Diese vollkommene Verkennung des bürgerlichen Staates hat Brandler später in seiner „berühmten“ Verteidigungsrede vor dem Ausnahmegericht so benutzt, daß er betonte, die Errichtung der proletarischen Diktatur sei auf verfassungsmäßigem Wege möglich. Diese Theorie war 1923 neben den anderen „Theorien“ mit die Grundlage für die Bündnispolitik mit der SPD und für das „sächsische Experiment“ der Regierung Zeigner-Böttcher.

Lenin, der in seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ auf diese Erklärung eingeht – ohne die Taktik der KPD in den Kapp-Tagen insgesamt zu erörtern, und die spezielle Frage, ob das Kompromiß in der gegebenen Situation richtig war, zu untersuchen, behandelt die Art des Vorschlages an die Unabhängigen und geht dabei scharf gegen die falschen Auffassungen in Punkt 4 vor, wobei er ironisch die Höflichkeit der Erklärung entschuldigt. Den „weinerlichen, [171] kleinbürgerlichen Demokraten“, diesen „Schurken und Schwachköpfen“ (Scheidemann, Crispian), „die betölpelt sind“ und Arbeiter betölpeln wollen, die tausendmal gefährlicher sind als offene Feinde denen hätte die KPD schon weniger höflich die Meinung sagen können. (Wir haben leider nur die abscheuliche Uebersetzung von 1920 zur Hand):

„Diese grundsätzlich praktisch und falschen politischen Dinge hätte man vom Standpunkt der Erreichung eines praktischen Resultates, das ganz richtig vom Zentralkomitee der KP angestrebt wird, überhaupt nicht zu schreiben brauchen. Dazu genügte es zu sagen (wenn man parlamentarisch höflich sein will): Solange die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Unabhängigen folgt, können wir Kommunisten diese Arbeiter hindern, ihre letzten kleinbürgerlich-demokratischen, d. h. ebenfalls bürgerlich-kapitalistischen Illusionen durch die Erfahrung, die sie mit ihrer Regierung machen werden, zu überwinden. Das genügt zur Begründung des Kompromisses, das in der Tat notwendig ist und das darin bestehen muß, für einige Zeit auf Versuche des gewaltsamen Sturzes der Regierung zu verzichten, der die Mehrheit der städtischen Arbeiter vertraut.“ (Lenin, Kinderkrankheit, S. 8)

Diese Charakteristik Lenins trifft den Punkt, wo die Partei eben völlig versagte. Sie hatte jede Gelegenheit der Aktion verpaßt, und nun versuchte sie zu manövrieren, aber es fehlten ihr sowohl die notwendige theoretische Klarheit wie die zur Durchführung notwendigen organisatorischen Voraussetzungen, so daß dieses „Manöver“ die Partei lächerlich machte und die Arbeiter irreführte, statt sie von Illusionen zu heilen und von der SPD und USPD loszureißen.

Was hat nun die KPD aus dem Kapp-Putsch gelernt? Die Dokumente, die darüber vorliegen, lassen dieselbe Hilflosigkeit erkennen, die während der Kapptage selbst zutage getreten ist. Auf die Broschüre Brandlers über „Die Aktion gegen den Kapp-Putsch“ haben wir bereits hingewiesen. Brandler zieht überhaupt keine Lehren. Er begnügt sich mit der Illusion:

„Die SPD durchlebt eine schwere Krise. Die USPD ist ebenfalls erschüttert, die KPD erntet die Früchte dieser Arbeit aus Anlaß des Kapp-Putsches. Die Kommunistische Partei geht gefestigt aus dieser Kampagne. Ein mageres Ergebnis, aber doch ein Ergebnis. (Brandler, Seite 6.)

Einen weiteren „Erfolg“ seiner Arbeit sieht er darin, daß die KPD die Sozialdemokratie zu radikalerem Ton gezwungen hat:

„Die sogenannte Chemnitzer Richtung innerhalb der Sozialdemokratie ist lediglich ein Ergebnis der organisatorischen Stärke der KPD. Wenn sie nicht den letzten Einfluß innerhalb der Arbeiterschaft verlieren will, muß sich diese Partei in Chemnitz radikal gebärden. Der zähen, zielklaren Arbeit des Spartakusbundes ist der Erfolg zuzuschreiben – wenn man es einen Erfolg nennen will – daß sich die Sozialdemokratie in Chemnitz wandelte von der Führung Noske-Heilmann bis zu Fellisch-Siemens.“ (Brandler, S. 5.)

Der Bericht der Bezirksleitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes über den Kapp-Putsch stellt im allgemeinen ebenfalls nur Tatsachen fest. Er weist wie Brandler auf die Störungen durch die Opposition hin und schließt mit der „Hoffnung“:

„Zieht das Proletariat die notwendigen Lehren (welche wird nicht gesagt, d. V.), dann hat es für die unausbleiblichen weiteren Kämpfe sehr viel gewonnen.“

Gegenüber der Kritik vieler Parteigenossen an der Durchführung der Aktion gegen den Kap-Putsch hat Genosse Braun eine Verteidigungsschrift „Die Lehren des Kapp-Putsches“ verfaßt. Darin werden u. a. folgende Weisheiten verzapft:

[172] „Eine ausdrücklich gegen die Bourgeoisie gebildete Regierungskombination ist durch ihre Existenz schon eine Voraussetzung für die Bewaffnung des Proletariats und den Ausbau der Arbeiterräte und damit auch für den Weg zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ (S. 22.)

Eine Regierungskombination aus SPD und USPD sei eben keine „gewöhnliche“ Regierungskombination. Sie ist für ihn eine „rein sozialistische“. Sie richtet sich gegen die bürgerlich-kapitalistischen Parteien. (Die SPD als die „andere“ Arbeiterpartei!) Diese Verteidigung zeigt zur Genüge, daß die notwendige Selbstkritik nicht vorhanden war. Ja, bis zu einem gewissen Grad fühlt sich der Verfasser sogar über die Bolschewiki erhaben. Er schreibt:

„Uebrigens wäre auch für die russische Arbeiterschaft der Aufbau der Sowjetmacht viel leichter gewesen, wenn sie nicht so schnell (!) zur proletarischen Diktatur hätte greifen müssen.“

In der „Kommunistischen Internationale“ Nr. 12, Seite 162/175 stellt Karl Radek eine kritische Untersuchung über die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage an. Er kritisiert im einzelnen die Fehler und Mängel, die in der Aktion zutage getreten sind. Aber auch er geht nicht auf die tieferen Ursachen des Verjagens der Partei ein.

In breiterem Rahmen innerhalb der Partei ist dann der Kapp-Putsch auf dem IV. Parteitag des Spartakusbundes besprochen worden. Auch dort ist nichts Grundsätzliches über die Fehler gesagt worden.

Auf dem V. Parteitag ist nur in Verbindung mit einer Hölz-Debatte auf den Kapp-Putsch eingegangen worden, wo Brandler ausdrücklich betonte: „Unsere taktische Linie ist nicht geändert worden, sondern es ist die Linie, die bestehen bleiben muß, wenn wir überhaupt als Partei existieren wollen.“

Der Vereinigungsparteitag von Anfang Dezember 1920 hat den Kapp-Putsch und seine Lehren mit keinem Wort mehr erwähnt. Die führenden Genossen vertraten anscheinend dieselbe Auffassung, die von der damaligen Redaktion der „Internationale“ im Heft 24 des II. Jahrganges zum Ausdruck kam. Die „Internationale“ druckte in dem Heft den Aufsatz von Braun und einen kritischen Artikel von Paul Frölich (der im Wesentlichen die Argumente des IV. Parteitags zum Ausdruck bringt) ab,

und bemerkt dazu, „daß damit dann die Debatte abgeschlossen werden könnte, die keine aktuelle Bedeutung mehr hat“.

Wir sind im Gegensatz, dazu noch jetzt – 5 Jahre nach dem Kapp-Putsch – der Meinung, daß die Beurteilung der Parteitaktik von damals, gerade gegenüber den Manövern der SPD, die sich als republikanische Partei aufspielen will, von höchster aktueller Bedeutung ist. Die monarchistische Reaktion, die im Kapp-Putsch ihren ersten Vorstoß machte, ist durch die damalige Aktion nicht beseitigt worden. Der Kampf gegen die monarchistische Gefahr muß von der Partei so geführt werden, daß wir den Arbeitern klar machen, daß keine bürgerliche Republik Schutz gegen die monarchistische Reaktion bietet und daß vor allem die deutsche demokratische Republik gerade infolge der „republikanischen“ Politik der SPD den Monarchisten ausgeliefert wurde. Die Partei muß es verstehen, dem SPD-Gerede über Republik und Demokratie dadurch den Boden zu entziehen, daß sie praktisch die Frage des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion stellt (siehe dazu den Artikel von A. M. „Monarchistische Gefahr und KPD“) und den Kampf nicht in Einheit mit Breitscheid, Heilmann, H. Müller, Crispian (um nicht „isoliert“ zu werden!), sondern gerade gegen sie, aufnimmt, die die Grundlagen der schwerindustriellen Diktatur gelegt haben! Nicht am Schwanz der Bewegung und nicht abwartend, sondern aktiv an der Spitze, als geschulte, einheitliche Partei, unter klarer Führung. [173]

*

Die Diktatur des Proletariats und die Klassen.

Von N. Bucharin.

(Die grundlegende strategische Linie des Proletariats.)

Anmerkung: Die folgenden Ausführungen bilden den ersten Abschnitt einer umfangreichen Abhandlung Bucharins („Zur Kritik der ökonomischen Plattform der Opposition“), die in der Nr. 1 (17) des „Bolschewik“ erschienen ist.

In unserem Aufsatz über die „permanente Revolution“ des Genossen Trotzki^{*)} zeigten wir unter anderem, wie sich die Klassenbeziehungen in der Wirklichkeit im Verlauf unserer Revolution veränderten und wie sich die Diktatur des Proletariats schließlich befestigte. Formell hat sich das verwirklicht, was auch Genosse Trotzki wollte, wohin er aber nicht führen konnte, weil er nicht die Zwischenglieder des Prozesses sah. Dem Wesen nach begreift Genosse Trotzki die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft auch in der Periode der proletarischen Diktatur vollkommen unrichtig.

Wir versuchen hier die allgemeine Frage der Klassenbeziehungen in der Uebergangsperiode in positiver Form zu lösen, bzw. aufzuwerfen. Die Frage ist nämlich gar nicht so klar, wie sie auf den ersten Blick erscheint.

„... In unserer Sowjetrepublik – schrieb Genosse Lenin – beruht der soziale Bau auf der Zusammenarbeit zweier Klassen: der Arbeiter und Bauern; zu dieser Mitarbeit werden jetzt unter bestimmten Bedingungen auch die ‚Nepleute‘, d. h. die Bourgeoisie zugelassen. Wenn zwischen diesen Klassen ernste Klassendifferenzen entstehen, so ist die Spaltung unvermeidlich; indessen ist in unserem sozialen Bau der Grund zu einer solchen Spaltung ... nicht mit Notwendigkeit gegeben ...

... letzten Endes wird das Schicksal unserer Republik davon abhängen, ob die Bauernmasse treu zum Bündnis mit der Arbeiterklasse hält, oder ob sie den ‚Nepleuten‘, d. h. der neuen Bourgeoisie die Möglichkeit gibt, eine Uneinigkeit, eine Spaltung zwischen ihr und der Arbeiterschaft herbeizuführen. Je klarer wir diesen zwiefachen Ausgang vor uns sehen, um so klarer werden ihn auch alle unsere Arbeiter und Bauern begreifen, um so größer sind die Chancen dafür, daß es uns gelingen wird, die für die Sowjetrepublik verderbliche Spaltung zu verhindern.“

(„Wie sollen wir die Rabkrin (Arbeiterinspektion) reorganisieren?“ Ges. Werke 1923, Bd. XVIII, Teil 2, S. 124.)

In diesen kurzen Ausführungen ist das ganze Wesen der Fragestellung enthalten. Dieses Wesen muß aber bis zum Ende oder wenigstens in den Grundzügen entziffert werden.

^{*)} Siehe „Inprekorr.“ 1925, Sondernummer 11.

Vor allem könnte der Marxist, der plötzlich aus der kapitalistischen Welt zu uns kommt, bei dieser Beurteilung durch das Wort von der Zusammenarbeit der Klassen überrascht werden; noch überraschender wäre für ihn wahrscheinlich der Ausdruck, daß die Bourgeoisie zu dieser Mitarbeit zugelassen wird. Wir haben also bei uns (welch ein Greuel, – welche Schande!) „sogar“ eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Wie ist dies zu begreifen? Und wie steht es mit dem Klassenkampf? Und wie soll dies alles mit unserer allgemeinen Auffassung in Zusammenhang gebracht werden? Was bedeutet in Wirklichkeit dieser strittige „Uebergang“ von der Theorie des Klassenkampfes zur Theorie der Klassenzusammenarbeit (mit der Bourgeoisie)? Ist dies nicht schon der Anfang unserer „Entartung“?

Wer so urteilen würde, hätte nicht das Wesentliche begriffen: daß bei uns die Macht vom Proletariat schon erobert wurde, daß bei uns schon [174] eine proletarische Diktatur vorhanden ist, und daß darum eine ganze Reihe von Fragen nicht so gestellt werden können, wie sie für das Proletariat in der bürgerlichen Gesellschaft stehen.

Die allgemeine Linie des Proletariats unter der Herrschaft des Kapitalismus ist – die Linie der Sprengung des gesellschaftlichen Ganzen, der Spaltung der Gesellschaft, der Zerstörung des Staates.

Die allgemeine Linie des Proletariats während seiner eigenen Diktatur ist die Linie – der Befestigung des gesellschaftlichen Ganzen, die Linie gegen die Spaltung der Gesellschaft, die Linie der Befestigung des Staates, (bis zur Phase, wo das „Absterben“ des Staates beginnt).

Während des Kapitalismus ist das Proletariat für die Revolution, gegen die gegebene Ordnung der Dinge.

Während der proletarischen Diktatur ist die Arbeiterklasse für die evolutionäre Bewegung, die zum Kommunismus führt, denn der Staat des Proletariats zerstört nicht, sondern „stirbt ab“.

Während des Kapitalismus ist das Proletariat für den Bürgerkrieg innerhalb der Gesellschaft.

Während seiner eigenen Diktatur, während deren Befestigung ist es für den Bürgerfrieden. Es bestraft die Störung dieses inneren Friedens.

Wenn aber die Diktatur des Proletariats als die Hülle für eine gewisse „Klassenzusammenarbeit“ dient, die die Einheit des gesellschaftlichen Ganzen ausdrückt, so bedeutet dies ganz und gar nicht, daß der Klassenkampf aushört. Er nimmt nur eine andere Form an; er folgt andererseits einer ganz anderen Entwicklungsrichtung als während des Kapitalismus. (Während des Kapitalismus spitzt sich der Klassenkampf immer mehr zu, bis die gesamte Gesellschaft gespalten wird und zerfällt – während des erfolgreichen Vorwärtsschreitens in der Richtung zum Sozialismus beginnt er von einem bestimmten Punkt an „abzusterben“.) Die Diktatur des Proletariats, d. h. die proletarische Klasse, als Staatsmacht organisiert, steht zu den Klassen, die unter diesem „politischen Ueberbau“ leben, in ganz ungleichartigen Beziehungen.

Alle unsere Lehrer betrachteten die Staatsmacht des Proletariats im allgemeinen fast ausschließlich als ein Instrument zur Bekämpfung des Klassegegners, in „hohem“ Stile ausgedrückt, als das „rächende Schwert der Revolution“. Dies ist auch begreiflich. Es war nämlich nicht möglich, hinter den Vorhang der Geschichte weiter zu blicken, als es die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus und ihr großer russischer Nachfolger getan haben. Indessen hat Lenin durch die Formulierung seiner These über die Zusammenarbeit dadurch, schon die weitere Frage nach der ganzen komplizierten Funktion des proletarischen Staates in der Periode – um diesen Ausdruck zu gebrauchen – des „proletarischen Bürgerfriedens“ gestellt. Im Lichte dieser Fragestellung sehen wir ohne Schwierigkeiten alle Unterschiede der Beziehungen zu den Klassen.

In Beziehung zu den Weißgardisten, Bourgeois-Gutsbesitzern, aufrührerischen Schichten und ihren Ueberbleibseln besteht die Funktion der Diktatur in der Unterdrückung und nur in der Unterdrückung.

Anders steht es mit der Beziehung des Proletariats und seiner Staatsmacht zur neuen Bourgeoisie, die bei einer gegebenen [Situation als]¹ wendige Schicht erscheint, die – in gewissem Maße, innerhalb gewisser Grenzen, in einem gewissen Zeitabschnitt eine gesellschaftlich nützliche Funktion erfüllt: in bezug auf sie beschränkt sich die Aufgabe gar nicht auf die bloße Unterdrückung. Hier ist sowohl Zusammenarbeit mit dem Proletariat, als auch innerhalb dieser Mitarbeit – Klassenkampf vorhanden. Welches ist die allgemeine Linie der Arbeiterklasse? Die Benützung dieser Bourgeoisie; von einem bestimmten Punkt an – ihre Ueberwindung. Ueberwindung hauptsächlich auf dem [175] Wege wirtschaftliches Verdrängung, indem parallel mit der Verdrängung ihre Kräfteapparate durch die eigenen Kräfte, Einrichtungen, Apparate usw. ersetzt werden. Das Privatkapital wird nicht mit einem einmaligen Akt konfisziert, wird nicht mit einem mechanischen Hieb des revolutionären Schwertes geköpft. Es wird im Prozeß des wirtschaftlichen Kampfes auf der Grundlage des Wachsens unserer Staatseinrichtungen und Kooperativen überwunden. Es wird auf dem Wege der Wirtschaft (überall, wo dies zweckmäßig ist, auch mit Hilfe des staatlichen Drucks) von seinen Positionen verdrängt, indem es den Platz wirtschaftlich vollkommeneren Formen überläßt. Auch hier ist Unterdrückung da, – aber der Schwerpunkt liegt nicht auf ihr. Die Zusammenarbeit ist da. Und der Klassenkampf ist auch da. Dieser Klassenkampf führt (bei erfolgreichem Aufbau des Sozialismus) zur Ueberwindung auf Grund der Verdrängung, zur Vernichtung des Klassegegners und der wirtschaftlichen Form, deren Träger er ist. Am Ende vertreiben wir die „Nepleute“.

Die Diktatur des Proletariats, d. h. die proletarische Macht benützt alle diese Typen von Beziehungen. Wenn sie aber die Zusammenarbeit mit Nepleuten ermöglicht, so bedeutet dies für die Gesellschaft ganz und gar nicht, daß die Staatsmacht keine proletarische, sondern eine proletarische – und Nephmacht wäre. Jede relativ-ständige Gesellschaft (mit Ausnahme der kommunistischen) ist eine „Einheit der Gegensätze“, die Einheit verschiedener Klassen. Dies bedeutet aber nicht, daß die Staatsmacht in jeder Gesellschaft eine allgemeine Volksmacht sei, an der alle Klassen der Bevölkerung beteiligt wären. Auf dieser elementaren Verwechslung beruhen die Auffassungen von Otto Bauer u. Co.

Anders gestaltet sich unter der Diktatur des Proletariats das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Ist hier ein Element der Unterdrückung vorhanden? Ja, jedoch in weit geringerem Grade (in Klammern sei bemerkt, daß eine Nötigung auch in bezug auf das Proletariat da sein kann, denn die Vorhut übt zuweilen einen Druck auf die Nachhut aus). Ist hier Zusammenarbeit vorhanden? Ja, jedoch in unvergleichlich größerem Maße bei einem geringeren Grade von Differenzen und Klassenreibungen. Die allgemeine Tendenz der Entwicklung führt auch hier (bei erfolgreichem Ausbau des Sozialismus) zur Ueberwindung sowohl der wirtschaftlichen Formen als des sozialen Klassentypus. Aber diese „Ueberwindung“ bedeutet hier keine Verdrängung oder Vernichtung. Die „Ueberwindung“ besteht hier in der langsamen Umwandlung der individuellen Wirtschaft und des individualistischen sozialen Typus.

Die proletarische Staatsmacht benutzt auch diese Art der Zusammenarbeit. Aber auch hier hört sie nicht auf, eine proletarische Macht zu bleiben, die sich auf die Bauernschaft stützt und ihre Führung innehat.

Auf diese Weise haben wir folgende verschiedene Beziehungen:

1. Unterdrückung;
2. Zusammenarbeit und Kampf; Ueberwindung durch Verdrängung;
3. bei weitem größere Zusammenarbeit und weit geringeren Kampf, Ueberwindung durch Umwandlung im Gegensatz zur Verdrängung.

Die obigen Erwägungen sind selbstverständlich schematischer Art und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet in gewissem Grade von bedingter Gültigkeit. So sehen sie die Entwicklung zum So-

¹ Hier fehlte der Anschluß an den nächsten Satz. Es ist daher eine Vermutung, daß die Wörter in Klammern der missing link sein könnten. *KWF*

zialismus voraus. Wenn dies nicht der Fall sein wird (und diese Frage wird durch die konkrete Praxis, durch den konkreten Kampf, die konkrete Linie der Partei und der Arbeiterklasse entschieden), dann wird die Spaltung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft dazu führen, daß die Bourgeoisie die Führung der Bauernschaft gegen das Proletariat übernimmt. Die „Zusammenarbeit“ unter der Hegemonie des Proletariats wird gesprengt und die [176] Diktatur des Proletariats wird gestürzt. Es kann auch sein, daß der Block der Arbeiterklasse und der Bauernschaft großen Gefahren ausgesetzt wird, daß aber die Gesamtlinie sich ausgleichen wird, dieser Block sich im ganzen und großen befestigt und die Bourgeoisie sich zurückzieht. In jedem Falle ist die Linie, für die wir kämpfen, die wir verteidigen müssen, die Linie des Arbeiter- und Bauernblocks unter Hegemonie der Arbeiterklasse als der führenden Kraft dieses Blocks. Dieser Kampf wird schließlich darüber entscheiden, welcher der wirkliche Ausgang sein wird, wie der Leninsche „zwifache Ausgang“ in der Wirklichkeit sich gestalten wird.

Gehen wir jetzt zur anderen Seite der Frage des Verhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft über.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die führende Klasse die Bourgeoisie. Bis zu einer bestimmten Zeit (d. h. solange sie eine historisch-progressive Rolle spielte) war die Bourgeoisie „die Vertreterin der Nation“. Wenn die bürgerliche Soziologie die „soziale Ordnung“ der kapitalistischen Gesellschaft erforscht und die Bourgeoisie als die führende Kraft der ganzen Gesellschaft darstellt, so ist in dieser Behauptung ein Teil der Wahrheit enthalten. Der Irrtum, die Lüge, die Apologetik beginnt erst dort, wo die kapitalistische Lehre den Klassencharakter der „Hierarchie“ verhüllt, wenn sie vorlügt, daß „jeder Arbeiter“ Kapitalist werden kann, wenn sie die grundlegende Tatsache verheimlicht, daß innerhalb der Grenzen des Kapitalismus die Arbeiterklasse als Ganzes zur Lohnklaverei verurteilt ist und sich nicht erheben kann, ohne das ganze kapitalistische System zu sprengen.

Anders gestalten sich diese Beziehungen unter der Diktatur des Proletariats. Arbeiterklasse und Bauernschaft sind zwei verschiedene Klassen. Die Arbeiterklasse führt die Gesellschaft im Ganzen. Die Arbeiterklasse führt aber die Bauernschaft so, daß sie bestrebt ist, sie zur Selbstumwandlung zu bewegen, sie zu sich selbst zu erheben. Die Bauernschaft ist gar nicht an ihr „bäuerliches“ Wesen gebunden. Im Gegenteil, sie wird (wenn wir vorwärtskommen werden) „im genossenschaftlichen Kessel durchgekocht“ und auf diese Weise aus dem individualistischen „Misthaufen“ herauskommen. Die Beziehung zwischen der herrschenden Bourgeoisie und dem Proletariat spitzt sich ständig zu –, dies ist die Grundtendenz des Kapitalismus. Die Beziehung zwischen dem führenden Proletariat und der geführten Bauernschaft bewegt sich – der Theorie des Genossen Trotzki entgegen – gerade im entgegengesetzten Sinne.

Die Gegenüberstellung des Proletariats und der Bauernschaft als Klassen wird von einem bestimmten Punkte an schon ihre Rechtfertigung verlieren: die Bauernschaft wird immer mehr zur Peripherie, zur zurückgebliebenen Schicht, zur Nachhut der Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft, zur Nachhut der Werktätigen „im allgemeinen“.

Es käme natürlich auf das dümmste Spießbürgertum und auf eine sentimentale Ablehnung des Marxismus hinaus, wenn wir diese Zukunft im ganzen auf die Gegenwart übertragen und den gegenwärtigen Klassenkampf, die verschiedenen Formen der Klassenreibungen zwischen Arbeitern und Bauern, die Differenzierung innerhalb der Bauernschaft usw. übersehen würden. Es hieße aber ebenso den Marxismus und den Leninismus verneinen, wenn wir die grundlegende allgemeine Perspektive aus dem Auge verlieren würden. Die Aufgabe ist kompliziert und schwierig; denn die konkrete Entwicklung ist äußerst widerspruchsvoll. Wir müssen aber jedesmal gerade die konkrete Wirklichkeit verstehen und die Linie befolgen, die durch die allgemeine Fragestellung, durch den allgemeinen strategischen Plan der herrschenden proletarischen Partei bestimmt wird. Aus diesem Grunde hat Lenin im April 1922 unsere allgemeine Linie folgendermaßen bestimmt:

„Der ganze Kernpunkt der Sache liegt darin, daß jetzt eine unvergleichlich breitere und mächtigere Masse vorwärts kommen soll, und [177] zwar zusammen mit dem Bauerntum, indem sie diesem das Ziel

weist, ihm mit ihrer Praxis und ihren Erfahrungen hilft; wir müssen lernen und wieder lernen, der Bauernschaft zu helfen, sie vorwärts zu führen.

Wenn sich in unserer Partei Stimmen finden, die gegen diese überaus langsame und überaus vorsichtige Bewegung sich erheben, so werden diese Stimmen isoliert bleiben.“

(Schlußwort auf dem IX. Kongreß. Ges. W. XVIII. T. 2, S. 10.)

*

Das Korruptionssystem der Demokratie und die SPD.

Von Paul Böttcher.

I.

In den großen sozialdemokratischen Korruptionsprozessen Auer, Ebert, Barmat sind zum erstenmal in der Geschichte die sozialdemokratischen Führer als gekaufte Halunken und Verräter aus persönlicher Gewinnsucht vor der gesamten Arbeiterklasse vom bürgerlichen Gericht (bei Barmat vorläufig noch von den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen) bloßgestellt worden.

Die Tatsache des Bestehens einer weitverzweigten Korruption innerhalb der sozialdemokratischen Führerschaft versucht höchstens noch der dummpfiffige Heilmann mit Hilfe seiner robusten Ellbogen wegzuschieben. Die linke SPD anerkennt das Bestehen von Korruptionsherden, sie erklärt jedoch, dies seien unvermeidliche Begleiterscheinungen der großen Korruption des Weltkrieges und des darauf folgenden Ruhrabenteuers der deutschen Bourgeoisie. Eine gründliche Reinigungsaktion werde schon alles wieder gut machen. Gerade jetzt, wo die SPD unter dem Drucke der Offensiven ihrer Gegner stehe, dürfe niemand der Partei untreu werden. Mit diesen Argumenten treten die Linken vor die sozialdemokratischen Arbeiter und erfüllen damit ihren geschichtlichen Beruf: die Massen mit den Mitteln der Lüge und des Betrugs weiter an die Partei der Korruption und des Verrats zu fesseln.

Ist die Korruption innerhalb, der SPD nur eine Erscheinung, die aus Krieg und Revolution zu erklären ist? Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Stellungnahme zur Rolle der SPD überhaupt ab. Macht man den Versuch, den vulgären Erklärungen der Linken beizutreten, dann bedeutet das politisch, der SPD eine Zukunft als Arbeiterpartei einzuräumen. Es ist unnötig, besonders hervorzuheben, daß eine solche Stellungnahme alle Grundsätze des Leninismus revidieren müßte. Nicht die Korruption erklärt sich aus Krieg und Revolution, sondern umgekehrt; die lange Dauer des verbrecherischen Krieges, die Niederwerfung der Revolution erklären sich aus der Korruption der SPD, die keine neue, sondern eine Jahrzehnte alte Tatsache ist deren Krönung und offene Schaustellung die heute ausgedeckten unerhörten Lumpereien sind.

Wieso? Lenin hat immer wieder dargelegt – und seine ganze Stellung zur Sozialdemokratie und zur 2. Internationale beruht auf dieser Tatsache – daß der Imperialismus durch die Extraprofiten, die er in den Kolonien macht. In die Lage kommt, gewisse Teile der Arbeiterschaft zu „bestechen“, durch Lohnerhöhungen und kleine Vergünstigungen anderer Art kleinbürgerlich zu machen, in fromme Knechte des Kapitalismus zu verwandeln. Lenin hat gezeigt, wie diese „Bestechung“ beim einfachen Arbeiter einen kleinen „Zunftvorteil“, für die Führer und Beamten der Arbeiterbewegung immer mehr offenkundige direkte Bestechung bedeutet. (Hohe Gehälter, Häufung von bezahlten Parteiämtern usw.)

[178] Diese Bestechung ist die Ursache des Opportunismus, die Ursache der Kriegshetzerpolitik der Sozialdemokraten, der blutigen Noskepolitik, die den Arbeitern die 1918 errungene Macht wieder entriß. Von dieser verräterischen Rolle im Krieg und in der Revolution war es nur ein kleiner Schritt bis zur persönlichen Lumperei. Die SPD-Führer haben diesen Schritt längst getan. Jetzt wird diese Tatsache enthüllt. Enthüllt von den Arbeitern, die ihnen bisher nachgelaufen sind. Das macht den historischen Sinn der erwähnten Korruptionsprozesse aus.

Diese Prozesse sind deshalb von ganz gewaltiger Bedeutung, weil sie praktisch, konkret, greifbar den sozialdemokratischen Arbeitern das beweisen, was wir bisher stets über die Rolle der SPD gesagt und (bloß theoretisch) erklärt haben. Sie beweisen die Leninsche Theorie der Beste-

chung, beweisen, daß der Koalitionspolitik nicht die Liebe zum Frieden und zur Demokratie, sondern die Liebe zu Barmat und zum Hotel Bristol zugrunde liegt. Mag der SPD-Arbeiter an jene verschlissenen „Ideale“ geglaubt haben, sein Führer hat es längst nicht mehr getan, er hat ihn betrogen.

So wird und muß die aufgedeckte Korruption in der SPD mächtig dazu beitragen (wir müssen dafür sorgen), daß der Arbeiterklasse die Verbürgerlichung der SPD deutlich wird. Die politische Erfahrung bestätigt jetzt allen Arbeitern, die langsam, empirisch, zu denken gewohnt sind, die Richtigkeit des kommunistischen Urteils über die SPD. Die Kommunistische Partei muß die politische Erregung innerhalb der Arbeiterklasse über die Barmatskandale ausnutzen, um an die breiten Massen das Wesen des Leninismus heranzubringen. Politisch und organisatorisch ist die Sozialdemokratie heute eine kleinbürgerliche Partei, trotz ihrer zum großen Teil noch proletarischen Zusammensetzung. Die Politik der SPD ist eine kleinbürgerliche Politik; die Arbeiter, die sie tragen, sind verkleinbürgerlichte Arbeiter, verbürgerlichte, vom Kapital (natürlich nicht direkt, wie ihre Führer) „bestochene“ Arbeiter.

Der Prozeß der Verschiebung des politischen Charakters der SPD aus der einstigen Klassenkampfpartei zur bürgerlichen Partei ist längst abgeschlossen. Der Prozeß der Verschiebung auch der sozialen Zusammensetzung der SPD ist aber noch nicht abgeschlossen. Erscheint doch gerade deswegen vielen Arbeitern die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei, weil sie täglich mit eigenen Augen beobachten, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Mitglieder Proletarier sind. Aber die sozialen Schichtungen innerhalb der SPD verändern sich, dem Wesen ihrer Politik entsprechend, mehr und mehr zugunsten einer kleinbürgerlichen Zusammensetzung des Mitgliederbestandes. Die Sozialdemokratie verliert immer mehr ihre Basis in den Zentren der Schlüsselindustrie, in den Großbetrieben und unter der Landarbeiterschaft. Die kleinbürgerliche Struktur des sozialdemokratischen Mitgliederbestandes wird durch die Abwanderung der Industriearbeiter aus der SPD immer stärker ausgeprägt. Die sozialdemokratische Führung anerkennt diesen Zug der Entwicklung, indem sie das Schwergewicht der sozialdemokratischen Propaganda in die Schichten der Arbeiteraristokratie, Angestellten und Beamten und des gesamten Kleinbürgertums verlegt. Im Reichsbanner kommt diese Entwicklung auch darin zum Ausdruck, daß die SPD jede antireligiöse Propaganda vermeidet und katholischen und evangelischen Pfaffentum Burgfrieden schließt.

So muß es dem einfachen Arbeiter immer klarer werden, daß die Sozialdemokratie als eine bürgerliche Partei mit dem Schicksal des Kapitalismus innig verknüpft ist. So muß es ihm immer klarer werden, daß die SPD ihren ursprünglichen Charakter als Partei für die Eroberung des Sozialismus längst verloren hat. Hunderttausenden von Arbeitern, die vor Jahren noch über die Spaltung verärgert und erbittert waren, wird dann das große geschichtliche Verdienst der Kommunistischen Internationale, die Zukunft der Arbeiterbewegung gerettet zu haben, zum Bewußtsein kommen. Sie werden begreifen lernen, daß die Voraussetzung [179] für die Machteroberung die schroffste Scheidung von der SPD ist, die Losreißung der proletarischen Elemente von der SPD und die Organisierung der unversöhnlichen proletarischen Klassenpartei, der Kommunistischen Partei.

II.

Im gleichen Maße, wie sich die SPD, vom Imperialismus geködert, in eine Partei der verspießbürgerlichten Arbeiteraristokratie verwandelte und von den Grundsätzen des revolutionären Sozialismus entfernte, entwickelten sich die Korruptionserscheinungen im Apparat und in der Führerschaft. Noch unter Bebels Führung traten dieselben hervor. Der Revisionismus, die Hofgängerei in Baden, die Noskeschen Militär-Etat-Reden, offenbarten die Korrumpierung eines großen Teiles der sozialdemokratischen Führer. In den Landes- und Gemeinde-Parlamenten fand die Führerkorruption beschämenden Ausdruck. Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte sich eine ganze Kaste sozialdemokratischen Parieibeamtentums und sozialdemokratischer Geschäftsführer in den Konsumvereinen. Diese „Partei-Bourgeoisie“ war in ihrem Lebens-Standard hoch über das allgemeine Lebensniveau der Arbeiterklasse gestellt. Die Unsicherheit der Existenz, die nach Marx das charakteristische Merkmal des Lohnarbeiters ist, war für diese Kaste eine überwundene Unannehmlichkeit. Nur in gerin-

gen Umfange handelte es sich dabei schon um direkte persönliche Bestechungen, Unterschlagungen usw. Die Korruption äußerte sich aber in einem Mangel an ideologischer, innerer Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Durchführung des Sozialismus. In zahlreichen Führern war der Glaube an den Sozialismus gebrochen.

Die latenten Korruptionsherde in der alten Sozialdemokratie brechen mit dem 4. August 1914 überall auf. Die SPD wird für die Bourgeoisie zur unentbehrlichen Kriegspartei. Eine ungeheure Korruption unter der Führerschaft setzt ein. Kreditbewilliger und Burgfriedenspropheten werden mit „Reklamationen“ belohnt. Der „Vaterländische Hilfsdienst“ wird zur Rettungsstation sozialdemokratischer Führer vor dem Schützengraben. Gewerkschaftsangestellte schrecken nicht davor zurück, ihre eigenen Kollegen, die den Grundsätzen des Sozialismus treu geblieben sind, an die General-Kommandos zu denunzieren und sie an die Front zu bringen.

Der Auerprozeß in München hat einen besonders bunten Ausschnitt aus der Korruption der sozialdemokratischen Führerschaft während des Krieges gezeigt. Auer hilft dem Armee-Oberkommando bei der Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland. In der Etappe Roubaix bietet sich der Sozialpatriot Auer der obersten Heeresleitung zur Bearbeitung des sozialistischen Bürgermeisters im Sinne der deutschen Besatzung an. Der sozialdemokratische Erzverräter aus München liefert sozialistische Gewerkschaftsangestellte den deutschen Besatzungsbehörden aus. Als Lohn für seine Schurkereien wird „Vater Auer“ in der Wechselstube beschäftigt und ist infolgedessen in der Lage, Waren und Lebensmittel nach München zu senden. Als es in Deutschland zu gären beginnt, wird Auer auf Befehl der Regierung nach München berufen, um hier die Arbeiterschaft kriegsfromm zu halten. Er kommt in die Heimat, verläßt seine bisherige kleine Wohnung und bezieht eine herrschaftliche Wohnung im Bourgeoisviertel Münchens, hält sich Dienstpersonal und führt ein gutbürgerliches Leben. Das bürgerliche Gericht in München hat die „Ehre“ Auers im Prozeß gegen Winter wiederhergestellt. Auer hat nach dem Urteil des Münchener Gerichts nichts Strafbares begangen. Aber welcher Proletarier zweifelt daran, daß Auer heute nicht in einer herrschaftlichen Wohnung sitzen würde, wenn er Kriegsgegner und Revolutionär gewesen wäre? Der Fall Auer läßt sich auf unzählige sozialdemokratische Führer anwenden. Er ist ein Schulbeispiel zur Beleuchtung der sozialdemokratischen Führerkorruption während des Krieges.

In der Revolution bemächtigten sich die Sozialdemokraten der ausschlaggebenden parlamentarischen Positionen im Staat. Die sozialdemokratischen Führer verhinderten, gestützt auf die weißen Generale, Studenten und Zeitfreiwilligen, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Ausrichtung der proletarischen Macht. Unter dem Schutze der Sozialdemokratie wurde in Deutschland das kapitalistische System neu gestützt und aufgebaut. Minister, Staatsbeamte, Parlamentarier verfügten infolge ihrer Stellung über großen Einfluß bei der Demobilisierung der alten Armee. Die ersten Skandale treten an die Oberfläche. Sklarz, Parvus sind die ersten Kronzeugen für die furchtbare Zersetzung und Korruption innerhalb der Sozialdemokratie.

Krieg und Inflation haben neue Schichtungen innerhalb der herrschenden Kasse herbeigeführt. Neben der alten Bourgeoisie entwickeln sich die sogenannten „Neureichen“, eine neue Schicht innerhalb der kapitalistischen Gruppen. Die herrschende Klasse beginnt, sich mit der Republik zunächst abzufinden und zieht hieraus ihre Folgerungen. Unter der Monarchie waren Adel, Armee und Rang, sowie der Einfluß in der feudalen Bürokratie von entscheidender Bedeutung für Protektion und Vorwärtskommen im Staate. Die bürgerlichen Kapitalisten konnten sich infolge dieser Schranken, die das monarchistische System aufgerichtet hatte, nicht so hemmungslos den Staatsapparat dienstbar machen, wie sie das oftmals wohl gern mochten. Die Revolution beseitigte mit einem Schlag diese Schranken. Der bürgerliche Fabrikbesitzer und Großkaufmann, der sich vor dem Kriege den Titel Kommerzienrat eine Stange Geld kosten ließ, damit er zur „Gesellschaft“ gerechnet würde, damit Offiziere ihn grüßten, und damit er durch seine Beziehungen innerhalb der „Gesellschaft“ sein Geschäft vorwärts brachte, der konnte sich plötzlich als Gönner ausspielen und stellte ehemalige, durch die Revolution abgedankte adlige Offiziere in seinen Büros an. Mit Uebermaß und ohne Rücksicht auf die Zukunft schwelgte das kapitalistische Bürgertum nach der Revolution im Machtbesitz. Die Herrschaft über den Staat nützte die Bourgeoisie rücksichtslos aus zur persönlichen Be-

reicherung. Politik wurde eine unvermeidliche Voraussetzung zum Abschluß großer Gewinne. Die Stinnesepoche ist für diesen Zustand in Deutschland typisch. Der Reichsverband der Industrie, Industriellen- und Arbeitgeberverbände werden in der deutschen Politik zu ausschlaggebenden Machtfaktoren. Das alte Kapital versteht vorzüglich, den Staat als Handelskontor für seine auswärtigen Geschäfte und Beziehungen zu benützen. Stinnes zieht in den Reichstag ein, um an Ort und Stelle seine Kommis in den Ministerien zu kontrollieren. Stinnes ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und hat vor allen anderen Kenntnis über Maßnahmen und Vorgänge „vertraulicher“ Art. Stinnes diktiert. Ein erbauliches Kapitel zu diesem Thema liefert die Luther-Regierung in ihrer Denkschrift über die Ruhr-Kredite. In dieser Denkschrift wird ein Brief von Stinnes an Stresemann veröffentlicht, in dem der Kohlenkönig der Regierung ein Ultimatum stellt und mit dem „Abschreiben“ des Ruhrgebietes droht, wenn die Forderungen der Industriellen nicht erfüllt werden. Durch dieses Dokument werden die Wurzeln der kapitalistischen Regierungspolitik vor aller Augen sichtbar bloßgelegt, es wird gezeigt, daß die Mysterien der Regierungskunst, staatsmännischer Begabung, Vertraulichkeit diplomatischer Aktionen reiner Mumpitz sind. Dieser Popanz ist zurechtgemacht für die sozialdemokratische Kinderstube, als ein Mittel des Massenbetrugs und der Täuschung der Arbeiterklasse über das wahre Wesen des Parlamentarismus.

Das neue Kapital befand sich nicht in der vorteilhaften Situation wie die alteingesessene Konkurrenz. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich diese neue Schicht demokratisch frisierete, um schneller an die Staatskrippe heranzukommen. Die Barmat, Kutisker, Wolpe schwammen als die Haifische mit der Revolution. Sie hatten aber keine Beziehungen zur alten Bürokratie und Armee. Von der Industrie und dem Großhandel wurden sie als lästige Konkurrenten schofel behandelt und solange geächtet, bis sie sich selbst eine Position geschaffen hatten. Diese Spekulanten, Schieber und kapitalistischen Gauner gingen zur SPD. Hier wurden sie mit offenen Armen aufgenommen. Die Unterhaltung des Büros der 2. Internationale in [181] Amsterdam, die Subventionsgelder an sozialdemokratische Zeitungen, sowie die Hotelrechnungen und Saufgelage der sozialdemokratischen Führer wurden auf Konto „Betriebsunkosten“ gebucht. Die Beziehungen zu sozialdemokratischen Ministern, Parlamentariern und Beamten öffneten den Schiebern die Tresors der Banken und verschafften ihnen auf Kosten der Allgemeinheit höchsten und billigsten Kredit. Die sozialdemokratischen Führer sind in des Wortes niedrigster Bedeutung gekauft. Der Brief Barmats an Bauer ist hierfür ein unwiderlegbares Dokument. Der Barmatskandal ist der höchste Ausdruck für die Korruption, die aus der engen Verbindung der SPD mit dem Kapital hergeleitet werden muß.

Eine andere Quelle der Korruption innerhalb der SPD ist die Stellung tausender sozialdemokratischer Führer als Beamte im Staats- und Machtapparat der Kapitalisten. Die sozialdemokratische Führerschaft ist damit zu einem Bestandteil der Staatsbürokratie geworden. In ihre Hände ist die Exekutive der Staatsgewalt überall dort gelegt, wo die Bourgeoisie die Verwendung von Sozialdemokraten am zweckmäßigsten findet (Polizeipräsidenten usw.). Diese Führerschaft ist durch ihre Stellung so korrumpiert (Furcht vor Maßregelung, Disziplinarverfahren, Entziehung der Pension), daß sie es nicht wagt, auch nur in die leiseste Opposition gegen den bürgerlichen Staat zu treten. In Sachsen steht z. B. fast die gesamte Landtagsfraktion der SPD unmittelbar im Dienste des Staates. Es ist deshalb kein Zufall, wenn sich gerade dort die SPD am deutlichsten als die gekaufte Partei der Bourgeoisie entlarvt. In Sachsen hat die SPD infolge der vorhandenen politischen und historischen Bedingungen, durch ihre jahrelange Regierungstätigkeit diesen Zustand der Korruption zur höchsten Vollendung entwickelt. Hat sich Leinert von den Deutschnationalen seinen Oberbürgermeisterposten abkaufen lassen, so haben die Sozialdemokraten in Sachsen j. Zt. das Fellisch-Kabinett aus den Händen des General Müller entgegengenommen, nur um an der Staatskrippe bleiben zu dürfen. Die Zänkereien um die Personalpolitik der Koalitionsregierung Held innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sind ebenfalls ein Symptom für die um sich fressende Korruption.

III.

Nichts ist für die Zersetzung der Sozialdemokratie typischer als die Tatsache, daß diese Partei erst durch starke Angriffe von außen gezwungen werden mußte, zur Korruption in ihren Reihen Stellung zu nehmen. Seit Jahren bilden die Barmat-Prassereien und -Saufereien der Parteivorstandsbö-

zen in den Kreisen der sozialdemokratischen Führer den Gegenstand der Parteidiskussion. Niemand wagte jedoch, vor die sozialdemokratischen Arbeiter hinzutreten und dieses Geschwür aufzustecken. Zeigner blieb bei der öffentlichen Erwähnung der Korruption auf einem sozialdemokratischen Bezirkstag in Groß-Berlin in glänzender Isolierung. Kein einziger seiner linken Fraktionsgenossen sekundierte ihm. Levi, Dißmann, Aufhäuser hielten sich tapfer im Hintergrunde. Die politische Halbheit und Feigheit Zeigners kapitulierte denn auch sofort gegenüber dem massiven Gegenangriff des Parteivorstandes. Hatte es doch die Parteivorstandsclique mit Hilfe ihres Apparates zuwege gebracht, Zeigner in allen Ecken Deutschlands innerhalb 24 Stunden für geisteskrank zu erklären. Derselbe Parteivorstand, dessen prominenteste Mitglieder bis zum Halse im Korruptionsschlamm stecken, zog gegenüber Zeigners Weihnachtsgans-Affäre alle Register moralischer und sittlicher Entrüstung. Heute, nachdem die Schleier von der Korruption in den höchsten Parteikreisen der SPD gelüftet sind, tritt die Skrupellosigkeit und der schamlose Zynismus der Wels und Konsorten gegenüber allen Angriffen auf ihr Korruptionssystem erst richtig in Erscheinung. Die Opposition innerhalb der SPD kuschte. Bauer, Wels, Heilmann, Schmidt behielten Oberwasser. Erst die Enthüllungen der „Roten Fahne“ Ende 1924 brachten die Leute zum reden. Bedenkenlos stellten sich die Vertrauensmänner der Schieber und Spekulanten an die Seite Barmats (siehe Heilmanns Erklärung im „Vorwärts“). Die Tatsachen über [182] die Korruption ließen sich jedoch nicht mehr aus der Welt schaffen. Die sozialdemokratischen Arbeiter rebellierten. Nunmehr wurden auch die Linken wieder munter. Um die Arbeiter bei der Stange zu halten, stellten sie eine Reihe von Scheinforderungen auf, für deren Verwirklichung weder die linke SPD-Presse noch die Organisationen kämpften. Eine Reinigungsaktion wurde inszeniert. Um der Sache einen wirksameren Hintergrund zu geben, forderten die Linken **Einberufung eines außerordentlichen Parteitages**, die einstweilige **Niederlegung aller Aemter** seitens der kompromittierten Führer bis zur Entscheidung eines Partei-Untersuchungsausschusses. Ferner sollte die Partei beschließen, daß kein Parlamentarier Aufsichtsratsposten in Privatunternehmungen bekleiden dürfe. In der Tat, sehr bescheidene und selbstverständliche Forderungen, die die Linke zur Beschwichtigung der mißtrauischen Parteimitglieder aufstellte. Dabei fehlten bezeichnenderweise Anträge auf Ausschluß.

Die politische Feigheit der Opposition machte dem Parteivorstand neuen Mut. Er antwortete auf die Forderungen der Linken mit der Wahl Heilmanns zum Vorsitzenden der Preußischen Landtagsfraktion. Leinert war bereits vorher wieder in alle Ehren eingesetzt worden und fungiert jetzt als Vorsitzender im Zitzewitz-Ausschuß des Preußischen Landtages. In der Debatte über die Regierungserklärung schickte der Parteivorstand Heilmann als Hauptredner vor. Nur einen konnte man zunächst nicht halten: den ehemaligen Reichskanzler Bauer. Er wurde unter Belassung aller Ehren sanft in den parlamentarischen Ruhestand versetzt. Ueber den Zigarettenetui-Richter hielt Severing solange seine schützende Hand, bis auch hier nichts mehr zu retten war und Richter einstweilen Buße tun mußte für seine mannigfachen Freuden auf Schwanenwerder. In den verschiedensten Teilen Deutschlands treten noch immer sozialdemokratische Führer auf, die sich „mit Stolz“ zu Barmat bekennen und ihn als den „Erretter Deutschlands vor der Hungersnot“ preisen. Die linke SPD fährt nichtsdestoweniger fort, den Mitgliedern in der Provinz von den großen Erfolgen der „Reinigung“ in der Partei täglich neue Legenden vorzusetzen.

Die Korruptionsschwüre am Körper der SPD sind nicht durch kleine „reinigende“ operative Eingriffe zu beseitigen. Das Gift sitzt im ganzen Körper und läßt sich nicht durch Pfschereien an den Symptomen beseitigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Ursachen der Korruption bekämpfen. Die Korruption ist ein unvermeidliches Ergebnis der Bündnispolitik mit der Bourgeoisie. Der Korruptionssumpf ist die notwendige Begleiterscheinung der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Verrat und Korruption gehören zusammen wie ein Paar Stiefel. Der Kampf gegen die Ursachen der Korruption ist der Kampf gegen die sozialdemokratische Politik, es ist der unvermeidliche Kampf gegen die sozialdemokratische Partei. Die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser Erkenntnis zu bringen, sie von der SPD loszureißen, sie in den revolutionären Kampf hinein-zuziehen, in der roten Betriebsrätebewegung, in der KPD selbst organisatorisch zu erfassen und zu verhindern, daß sie sich abgestoßen und angeekelt von der Korruptionspest, in das Lager der Lauen

Gleichgültigen zurückziehen, das ist eine Hauptausgabe, die den Kommunisten aus den Korruptionsskandalen erwächst.

*

Der große Bauernkrieg vor 400 Jahren und das revolutionäre Proletariat von heute.

Von Edwin Hoernle.

Das revolutionäre Proletariat Deutschlands gedenkt in diesen Wochen jener gewaltigen revolutionären Bewegung, die vor 400 Jahren die breiten Bauernmassen ganz Süd-, West- und Mitteldeutschlands erfaßt hat, die wie seine andere Bewegung die Grundlagen der feudalen Gesell-[183]schaftsordnung erschütterte und nur durch die gemeinsame Gegenaktion der Fürsten, des Feudaladels und der jungen Handelsbourgeoisie in Strömen von Blut erstickt wurde.

Hat diese große revolutionäre Bewegung der Bauernmassen vor 400 Jahren uns modernen Industrieproletariern in unserem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft und für den Kommunismus überhaupt etwas zu sagen?

Vor 400 Jahren war wie heute eine entscheidende Zeitenwende. Der Feudalismus, die Gesellschaftsordnung des Mittelalters, löste sich auf, der Kapitalismus stieg empor. Wie alle Zeitenwenden war auch diese Zeit voll gewaltiger Kriege, erbitterter Klassenkämpfe, voll Revolutionen und Konterrevolutionen, eine Zeit der mächtigsten wirtschaftlichen, politischen und geistigen Umwälzungen. Damals wie heute versuchten die herrschenden Klassen ihre Privilegien und Herrenrechte unter Anwendung brutalster Gewalt, Tücke und Verführung aufrechtzuerhalten, während die arbeitenden Massen nur langsam und unvollkommen die bittere Wahrheit begriffen, daß die Gewalt die Geburtshelferin der neuen Zeit ist.

Aber es ist ein großer Unterschied zwischen den Revolutionen und Klassenkämpfen von damals und der proletarischen Revolution von heute. Alle bürgerlichen Revolutionen sind auf dem Rücken des arbeitenden Volkes ausgefochten worden, dessen Massen und Heldenmut die Bourgeoisie zur Erringung der Macht und zur Führung ihrer Kriege und Kämpfe ausnützte, die sie jedoch sofort verriet, wenn die Möglichkeit eines Kompromisses mit Fürsten und Feudaladel gegeben war. Alle bürgerlichen Revolutionen enden damit, daß die neu zur Macht gekommene Klasse, die Bourgeoisie, gemeinsam mit der herrschenden Klasse von gestern über die arbeitenden Klassen, Proletariat und Bauernschaft, herfällt, sie niederwirft und blutig unterdrückt. Wir brauchen uns nur zu erinnern an das Schicksal der Levellers in der bürgerlichen Revolution Englands, der Verschwörung der Gleichen in der großen französischen Revolution, der Arbeiter- und Bauernaufstände und der Junischlacht anno 48 usw. Die neue herrschende Klasse ist in der bürgerlichen Revolution ja genau so wie die alte eine ausbeutende Minderheit. In der proletarischen Revolution sind die breiten werktätigen Massen der Stadt und des Landes nicht nur die Träger des Kampfes, sondern gleichzeitig ihre Organisatoren und Nutznießer.

Die Tatsache, daß jede bürgerliche Revolution mit der Niederwerfung und Unterdrückung der von der Bourgeoisie zuerst begünstigten und geradezu zum Kampfe gerufenen werktätigen Massen ausheißt, wird mit brutaler Deutlichkeit in dem Großen Bauernkrieg 1525 offenbart. Nicht das Proletariat, die Bauernschaft war damals die große entscheidende Masse des arbeitenden Volkes. Proletarier gab es erst wenige in den Städten, denn der Kapitalismus stak noch in den Kinderschuhen. Erst durch die Proletarisierung von Millionen von Bauern, durch ihre Verwandlung in Landarbeiter bzw. in gewerbliche Heimarbeiter, in vielen Gebieten durch ihre direkte Vertreibung von der Scholle, entstand die Masse der besitzlosen Proletarier, die dann auf Grund der Einführung der Maschinen und fortschreitender Arbeitsteilung zu industriellen Lohnarbeitern wurden.

Der Große Bauernkrieg ist eine Begleiterscheinung der bürgerlichen Revolution. Nur wenn man ihn im Zusammenhang mit der gesamten Umstellung der Wirtschaft auf Warenproduktion und Geldverkehr betrachtet, kann man seine historische Rolle begreifen. Dann begreift man auch, warum der Bauernkrieg durchaus nicht beschränkt war auf das Jahr 1525 oder auf Deutschland allein. Bauernkriege brechen elementar aus in allen Ländern, in denen der Feudalismus

von der bürgerlichen Ordnung verdrängt wird. Bauernkriege von gewaltigem Ausmaß finden wir, genau wie in Deutschland, aber bedeutend früher in Italien, Frankreich und in England, später in den östlichen Ländern, weil dort der Kapitalismus sich zum Teil erst Hunderte [184] von Jahren später durchsetzt. Alle diese Bauernkriege haben im wesentlichen dieselben Erscheinungen und werden im wesentlichen mit denselben brutalen Mitteln durch die mit dem Grundadel verbündete Bourgeoisie niedergeworfen. Die Bauernkriege sind elementare Erhebungen der arbeitenden Massen auf dem Lande, die sich zu schützen suchen vor ihrer Herabdrückung auf die Stufe leibeigener Zwangsarbeiter. Der noch unentwickelte Kapitalismus nämlich kann den Bauern noch nicht als freien Warenproduzenten seinem Wirtschaftssystem eingliedern, sondern beruht vorwiegend auf der landwirtschaftlichen Zwangsarbeit des Bauern, so wie er in Nordamerika und anderen Kolonien auf der Sklavenarbeit der farbigen Bevölkerung sich aufbaute. Darum ist die Entstehung des Kapitalismus stets mit einer verschärften Ausbeutung und Knechtung der Bauern, mit Bauernaufständen und ihrer blutigen Niederwerfung verbunden.

Die Forderungen der rebellierenden Bauernmassen in Deutschland sind zunächst ausgesprochen bürgerliche Forderungen, die entsprechend der niederen Kulturstufe in ein religiöses Gewand gekleidet sind. Abgesehen von dem radikalen linken Flügel mit utopisch-kommunistischem Einschlag stellen auch die deutschen Bauern im großen Bauernkrieg wie in den vorhergehenden kleineren Erhebungen (Aufstand des Pfeifers von Niklashausen, Bundschuh in Südwestdeutschland, Armer Konrad in Württemberg) radikal-bürgerliche Forderungen. Der Bauer forderte gleiches Recht für Bauer und Edelmann, daher Kampf zwischen Markgericht und Hofgericht (siehe Stühlinger Artikel!), er forderte Befreiung von den „ungemessenen“ Diensten, Fronen und Abgaben, denn nur auf diese Weise bekam er die Möglichkeit, selbst für den Markt zu produzieren, sich in einen bürgerlichen Warenproduzenten zu verwandeln. Der Bauer forderte Mitbestimmungsrecht in der ständischen Vertretung neuen Edelmann und Bürger, was z. B. durch Herzog Ulrich von Württemberg während des Aufstandes des Armen Konrads auch vorübergehend gewährt wurde. Radikal-bürgerliche Forderungen sind auch das Verlangen nach einheitlichem Maß- und Gewichtssystem und nach der Schaffung einer einheitlichen nationalen Demokratie mit der Losung: Es soll nur ein Herr sein, nämlich der Kaiser. Die sogenannten Artikel der Bauern (insbesondere die berühmten Heilbronner Artikel und die Miltenberger Artikel) stellen durchweg nichts anderes dar als das Programm des radikalen Kleinbürgertums der damaligen Zeit, sind ja auch diese Artikel wie auch die berühmten Forderungen der Stühlinger Bauern in der Hauptsache von Pfarrern, Stadtschreibern und mittleren Beamten, also von der niederen Intelligenz der damaligen Zeit, verfaßt.

Die Bauernmassen kämpfen also zunächst unter radikal-bürgerlichen Parolen und für ihre Eingliederung als freie Parzellenbauern in das System der bürgerlichen Warenproduktion und des bürgerlichen Marktes. Daraus erklärt sich auch die zustimmende Haltung des großen Wortführers des radikalen Kleinbürgertums im damaligen Deutschland, Martin Luthers. Selbst vereinzelte Fürsten standen der Bauernbewegung zunächst durchaus nicht unsympathisch gegenüber, bedeutete die Erhebung der Bauern doch eine Schwächung des kleinen, immer unruhigen und unzuverlässigen Landadels, eine Erleichterung der von den Fürsten geplanten Säkularisation (Entziehung) der Kirchengüter. Der auf eigener Scholle frei wirtschaftende Bauer bedeutete auch für die Finanzen des Staates eine bedeutende Einnahmequelle, während der verrottete Grundadel und die Geistlichkeit von den Steuern befreit waren und nicht im geringsten daran dachten, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu verkleinern. Geistlichkeit und Adel waren zufrieden, wenn sie durch verschärfte Ausbeutung der Bauernschaft ihre Einnahmen steigerten.

Aber die anfänglichen Sympathien des radikalen Bürgertums und Luthers für die Bauernerhebung (Verfasser der Miltenberger Artikel war [185] z. B. der kurmainzische Finanzbeamte Friedrich Weigand, die Artikel decken sich inhaltlich fast vollständig mit der 1523 im Druck erschienenen sogenannten „Reformation Kaiser Friedrichs III.“) verfliegen sehr schnell und machten der Angst und dem Grauen, ja dem Hasse Platz, als die Bauernerhebungen über den engen bürgerlichen Rah-

men hinauswachsen und mehr und mehr proletarisch-kommunistische Losungen aufstellten. Was in Niklashausen im kleinen sich ereignet hatte, vollzog sich 1525 im großen. In demselben Maße nahm der Bauernkrieg auch gewaltsamere Formen an; an die Stelle der Verhandlungen und Kompromisse treten seit März 1525 immer häufiger die terroristischen Methoden der Zerstörung von Burgen und Klöstern, der Vernichtung des weltlichen und geistlichen Adels. Vorher hatte man sich durchweg damit begnügt, von den Städten, von dem Adel und der Geistlichkeit gewisse Milderungen der Lasten und den Eintritt in den Bund der Bauernschaft zu fordern.

Diese Wendung im großen Bauernkrieg hängt eng zusammen mit seiner Ausbreitung auf die wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebiete Frankens und Thüringens (Thomas Münzers Verbindung mit den Mansfelder Bergknappen!). Die proletarischen und halbproletarischen Elemente in den Städten, haben sich mit den aufständischen Bauern verbunden und deren Ideologie beeinflußt. Jetzt verwandelt sich der Bauernkrieg in eine Revolution von Handwerkern, Arbeitern und Bauern. Die ärmsten Elemente im Dorfe, die halbproletarische Dorfarmut gewinnt deutlich in den Bauernhaufen die Oberhand, das Schwergewicht der Bauernforderungen wird verlegt auf die Wiederherstellung der alten Allmende, der alten Markgerechtigkeiten und die Verteilung des geistlichen Eigentums an die Bauern. Auch der Edelmann soll eine Tür haben wie der Bauer. Er soll mit der Hand arbeiten wie der Bauer. Die Bewegung gewinnt in diesem Stadium einen noch viel entschiedeneren religiösen Charakter; denn der Kommunismus konnte damals, infolge der Unreife der ökonomischen Bedingungen, seiner Verwirklichung nicht wissenschaftlich, sondern nur religiös begründet werden. Ueberall merkt man den Einfluß nicht Martin Luthers, sondern Thomas Münzers. Die Gleichheit wird nicht juristisch, sondern ökonomisch aufgefaßt. Parallel mit der Bauernbewegung geben die Aufstände in den Städten, z. B. in Rothenburg a. d. Tauber, Kitzingen, Zwickau, Mühlhausen in Thüringen usw.

Oekonomisch betrachtet waren die Forderungen der zweiten Phase des Bauernkrieges reaktionär, denn der Fortschritt lag zweifellos beim Bürgertum und den oben genannten radikal-bürgerlichen Forderungen. Die Wiederherstellung der alten Markverfassung und des alten Gemeineigentums an Grund und Boden hätte einen schweren Rückfall auf überwundene Wirtschaftsstufen bedeutet. Politisch aber war gerade dieser Flügel der Bauernbewegung die eigentlich treibende Kraft zur Erschütterung und Schwächung des Feudalismus. Die rauchenden Burgen und Klöster, das Blutgericht von Weinsberg, sie beschleunigten den Untergang des kleinen Feudaladels, stärkten die Macht der Fürsten und der mit ihnen verbundenen Handelsbourgeoisie. Ja selbst die Niederlage der aufständischen Bauern beschleunigte die Entwicklung der Warenproduktion und der Geldwirtschaft, denn die ungeheuren Geldstrafen, mit denen die Bauernschaft und die Handwerkerstädte, die sich mit ihnen verbündet hatten, belegt wurden, haben wesentlich beigetragen zur Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftsformen und zur Stärkung der Bourgeoisie.

Die Rolle der Intellektuellen und deklassierten Adligen im großen Bauernkrieg ist deshalb beachtenswert, weil auch in der proletarischen Revolution diese Schichten eine ganz bestimmte Rolle spielen. Der niedere Klerus schlägt sich zum großen Teil auf die Seite der aufständischen Bauern, eine stattliche Anzahl von einfachen Dorfpriestern begleitet die Bauernheere als Feldschreiber und politische Führer. Der Klassengegensatz innerhalb des Klerus tritt hier offen zutage. Die niedere Geistlichkeit übernimmt im wesentlichen die Aufgabe der theoretischen Fundierung der ökonomischen und politischen Forderungen der Bauern. Alle überragt [186] die Gestalt Thomas Münzers, der gleichzeitig gewaltiger Agitator, Organisator, Theoretiker und Militärpolitiker ist. – Auch bei den Juristen und Verwaltungsbeamten offenbart der Bauernkrieg den scharfen Klassengegensatz zwischen den oberen und unteren Beamten. Die unteren und mittleren Beamten, die Schreiber, halten es größtenteils mit den Bauern und aufständischen Handwerkern, während die gelehrten Professoren den herrschenden Klassen das theoretische Rüstzeug liefern zur Rechtfertigung jeder barbarischen Grausamkeit. – Auch vom niederen Adel schließen sich eine ganze Anzahl den Bauernheeren an, Florian Geyer in ehrlicher Hingabe auf dem äußersten linken Flügel stehend, Götz von Berlichingen in der bewußten Absicht, die Bauern hinzuhalten, zu demoralisieren und schließlich offen zu verraten.

Je schwächer entwickelt das Proletariat ist, desto größer ist relativ die Rolle des Lumpenproletariats. Im großen Bauernkrieg spielt das damals zahlenmäßig äußerst starke Lumpenproletariat eine erhebliche Rolle. Der geniale Organisator des Bundschuh, Joß Friz, benützte die herumstreifenden Bettlerscharen als seine Kuriere. Auch Thomas Münzer hat sich zweifellos der vagierenden Musiker und Studenten bedient. In den Bauernhaufen bildeten sie ein gefährliches, ewig unruhiges, undiszipliniertes Element, das eigentlich nur zu Raub und Plünderung zur Stelle war, bei jedem Kampfe jedoch zuerst davonlief und die übrigen Bauern mit fortriß. Nur soweit diese Lumpenproletarier durch die Schule der Landsknechtsheere gegangen waren, haben sie den Bauern genützt und mitunter, so in den Kämpfen um Würzburg und in Ingolstadt, sich heldenhaft geschlagen. Die Hauptmasse der Lumpenproletarier bildeten jedoch die Armee der Konterrevolutionäre. Diese Landsknechtsheere des Georg Truchseß, des Henkers der deutschen Bauern, des Landgrafen von Hessen, des Markgrafen von Brandenburg Ansbach und des Bischofs von Würzburg waren fast durchweg Bauernsöhne und städtische Proletarier. Aber sie nahmen keinen Anstand, um klingenden Sold ihre Klassengenossen niederzumetzeln. Freilich, sie waren auch nicht immer sehr zuverlässig für die herrschende Klasse. Nach jeder Schlacht kam es fast regelmäßig zu Meutereien, da die adligen Führer ihre Söldner um den Schlachtsold zu prellen versuchten.

Die Niederwerfung des Bauernaufstandes war nur möglich dadurch, daß die junge Handelsbourgeoisie in den Städten, die sogenannten „Ehrbaren“, den Krieg finanzierten. Die Bourgeoisie war damals vollkommen zufriedengestellt mit verhältnismäßig geringen politischen und juristischen Konzessionen von seiten des Grundadels. Sie fühlten sich ganz wohl unter der Herrschaft der absoluten Monarchie, die zum großen Teil finanziell von ihnen abhängig war. Die Ehrbaren waren es zufrieden, wenn sie neben dem weltlichen und geistlichen Adel auch eine Bank in den Landständen besetzen durften. Alle weitergehenden Forderungen des radikalen Kleinbürgertums nach nationaler Einheit, nach Abschaffung der vielerlei Zölle und Abgaben nach einheitlichem Münz-, Maß- und Gewichtssystem, nach Schaffung von freiem bäuerlichen Eigentum wurden sofort zurückgestellt, als die Rebellion der Bauern und Proletarier nicht nur dem Feudalismus, sondern auch der sich entwickelnden bürgerlichen Ordnung gefährlich zu werden drohte.

Abgesehen von den objektiven Umständen, die die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern im 16. Jahrhundert zur Niederlage verurteilten, sind auch wichtige subjektive Faktoren an der Niederlage der Bauern schuld. Die aufständischen Bauern litten an ihrer eigenen lokalen Borniertheit, die nicht über die Kirchturmspitze hinaussehen konnte und vollkommen zufrieden war, wenn sie örtlich einen Erfolg errungen hatte. Der herrschenden Klasse war es deshalb leicht, an der einen Stelle den Bauern entgegenzukommen, an der anderen Stelle sie vernichtend aufs Haupt zu schlagen und so mit der Zeit die ganze Bewegung abzuwürgen. Die großen organisatorischen und agitatorischen Kräfte eines Joß Friz oder Thomas Münzer reichten nicht aus, um diese partikularistische Engstirnig-[187]keit zu überwinden, Ihre tiefere Ursache liegt natürlich in der bäuerlichen Produktionsweise und in der gering entwickelten Gesamtwirtschaft der damaligen Zeit.

Eng zusammen mit diesem Fehler hängt der mangelnde Sinn der Bauernhaufen für straffe Organisation und Disziplin. Wohl finden wir Ansätze zur Schaffung einer eigentümlichen revolutionären Organisation der Hauptleute und Bauernräte. Im Rothenburger Haufen z. B. wählt jedes Dorf 2 Räte neben den militärischen Hauptleuten. Auch bei den übrigen Haufen werden regelmäßig die Räte genannt. Sie sollten offenbar politische und verwaltende Funktionen haben. Sie haben jedoch diese Funktion nicht oder fast garnicht ausgeübt. Vor allem mangelte es an jeglicher Organisation innerhalb der Heimatdörfer. Organisiert waren nur die militärischen Bauernhaufen und diese waren schlecht organisiert. Selbst einem Florian Geyer gelang es nicht, militärische Zucht und Technik in die Haufen hineinzubringen. Kein Wunder, daß bei jedem Zusammenstoß mit der organisierten bewaffneten Macht der Konterrevolution diese Bauernhaufen wie Spreu vor dem Winde auseinanderstoben. Daß vorzügliche militärische Führer innerhalb der einzelnen Bauernhaufen gewesen sein müssen, geht daraus hervor, daß sie ihre Stellungen gegenüber dem Feinde meist sehr gut auswählten wie Georg Truchseß in seinen Kriegsberichten sehr oft mit einer gewissen Bitterkeit erwähnt.

Der Mangel an politischer Zielklarheit zeigte sich in der grenzenlosen Gutherzigkeit und Leichtgläubigkeit, mit denen die Bauern regelmäßig auf die Versprechungen und Schwüre ihrer adligen und geistlichen Gegner hereinsielen. Diese hatten ihre Agenten innerhalb der Bauernhaufen. Die Agenten mußten jeden Beschluß energischen Vorgehens und der Anwendung organisierten Terrors entgegenarbeiten, Kompromisse vorschlagen und den Bauern raten, das kleinere Uebel zu wählen. Das besitzende Bürgertum der Städte spielt sehr häufig den Vermittler zwischen Bauernhaufen und Adelsheer. Natürlich läuft jedesmal diese Vermittlung auf eine grobe Täuschung der Bauern und ihre blutige Vernichtung hinaus. Die Herren gewannen Zeit durch diese Verhandlungen und hielten sich durchaus nicht an ihr Wort gebunden. Der ganze Feldzug der Fürsten gegen die Bauern ist eine einzige Kette von Täuschung, Wortbruch, Niedertracht und barbarischer Grausamkeit. Auch hier dieselben Erfahrungen, die das revolutionäre Proletariat in jedem Kampfe gemacht hat.

Bitter gerächt hat sich an den Bauern ihre Bevorzugung des bürgerlichen Mittelstandes. Immer und immer wieder haben die aufständischen Bauern mit den besitzenden Schichten der Städte Vereinbarungen getroffen, statt einzig und allein sich auf die proletarischen und halbproletarischen Schichten in der Stadt zu verlassen. Die ganze Zweideutigkeit des städtischen Bürgertums beleuchtet das Beispiel der Stadt Kempten, die zu gleicher Zeit dem Abte des Klosters und dem umliegenden Adel Zuflucht gewährt und andererseits den Bauern gegenüber Freundschaft heuchelt. In jedem Augenblick der Gefahr haben die Stadtväter die Bauern und die proletarischen Elemente in der Stadt sofort preisgegeben, sind schutz- und bittflehend in das Lager der Fürsten gezogen, um wenigstens ihr eigenes kostbares Leben und ihr Eigentum zu retten. Dafür wurden dann Bauern und Proletarier zu Hunderten und Tausenden geköpft, gevierteilt, geblendet, verstümmelt. Sehr bezeichnend hierfür ist das Strafgericht über die Stadt Kitzingen.

Der große Bauernkrieg birgt also eine ganze Anzahl von Lehren und Erfahrungen, die auch dem heutigen Proletariat in seinem revolutionären Kampfe und vor allem auch den vom Kapitalismus ausgesaugten modernen Kleinbauermassen nützlich sind. Der große Bauernkrieg offenbart, wenn auch auf einer noch primitiven Entwicklungsstufe, die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiter und Bauern. Er offenbart nicht nur die verräterische Rolle des städtischen Kleinbürgertums, sondern vor allem auch den objektiven Verrat der kampfscheuen kompromiß-lüsternen Füh-[188]rung. Er zeigt, wie Leichtgläubigkeit und Kompromißsucht sich an den revolutionären Massen furchtbar rächen, wie wenig die herrschende Klasse sich an gegebene Versprechen und christliche Verträge gebunden hält, wie einzig und allein die Macht entscheidet. Der Bauernkrieg zeigt mit vollendeter Deutlichkeit, warum die Bauernschaft nicht imstande ist, eine selbstständige, politisch führende Rolle zu spielen, allein die Macht zu ergreifen und zu halten. Die Fehler und Mängel der damaligen Bauernhaufen, ihre politische Kurzsichtigkeit, ihr Schwanken zwischen revolutionären und reaktionären Forderungen, ihre mangelnde Disziplin, ihre Unfähigkeit, große organisatorische Aufgaben zu bewältigen, sind nicht Fehler und Mängel der Bauern von damals, sondern der bäuerlichen Klasse überhaupt und aller Zeiten.

Was dem großen Bauernaufstande vor 400 Jahren vor allem fehlte und unter den damaligen Verhältnissen fehlen mußte, was durch keine noch so geniale Führerpersönlichkeit aufgewogen werden konnte, das war das Bestehen einer straff organisierten revolutionären Partei, einer Partei, wie sie eben nur das revolutionäre Industrieproletariat, nie aber die auf Tausende von Flecken und Dörfern verstreute, individualistisch produzierende Kleinbauernschaft hervorbringen kann.

Auch heute geht wieder eine starke Erregung durch die Massen der Kleinbauern, nicht nur in Deutschland, wo die Kleinbauern eine verhältnismäßig geringe Minderheit darstellen, sondern vor allem in den großen Agrarländern. Der imperialistische Kapitalismus hat die Ausbeutung der europäischen, amerikanischen und kolonialen Bauernmassen gewaltig verschärft, sie aber gleichzeitig aus ihrer Zersplitterung und Vereinzelung herausgehoben und dem industriellen Proletariat näher gebracht. So bereiten sich wieder die Bedingungen vor, unter denen mächtige revolutionäre Bewegungen der Bauernmassen möglich sind. Die Vorgänge auf dem Balkan, in Rumänien, in Polen zeigen das wachsende Erwachen der Bauernmassen. Die Unabhängigkeitskämpfe der Kolonialländer sind wesentlich Bauernkriege gegen den Imperialismus der Ausbeuterstaaten. Aber heute haben

diese Bauernkriege und Bauernbewegungen Aussicht auf Erfolg, denn heute stehen die Bauern nicht allein, sind nicht dem bürgerlichen Mittelstand und seinen Intellektuellen ausgeliefert. Heute ist das revolutionäre Industrieproletariat imstande, die Führung der revolutionären Bauernmassen zu übernehmen, die Bauernrevolution mit der proletarischen Revolution zu verbinden und dadurch die Bourgeoisie zu schlagen. Die innere und äußere Politik Sowjetrußlands zeigt dem revolutionären Proletariat aller anderen Länder den Weg und die Mittel dieser strategischen Vereinigung der Arbeiter- und Bauernmassen.

Die kommunistischen Parteien müssen deshalb die leninistische Bauernpolitik in Sowjetrußland studieren, wo zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Bauernrevolution dauernd siegreich war, weil sie eben nicht nur eine Bauernrevolution war, sondern eine Erhebung der Bauern unter Hilfe und Führung des revolutionären Industrieproletariats, das, während die Bauern draußen das Land nahmen, die eigentliche Schlacht in den industriellen und Regierungszentren geschlagen hat.

*

Monarchistische Gefahr und KPD.

1. Gibt es eine monarchistische Gefahr in Deutschland?

A. M. Die Regierung Luther ist, und mit Recht, eine Monarchistenregierung genannt worden. Von den Parteien, aus denen sie zusammengesetzt ist, die deutschnationale eine von jeher monarchistische Partei, die Deutsche Volkspartei eine monarchistische Partei, die es, je nach der Konjunktur, für passend hält, sich republikanisch oder kaiserlich zu drapieren, und das Zentrum schließlich, von der Sozialdemokratie (welche falsch speku-[189]liert hat) bei den letzten Reichstagswahlen angestrengt als republikanische Partei gepriesen, ist eine Pfaffenpartei unter schwerindustrieller und feudaljunkerlicher Führung, vollkommen grundsatzlos und bereit, in wenigen Stunden jeden Eid auf jede Verfassung zu schwören, wenn dabei nur die Vorteile der Herren dieser Partei gewahrt bleiben. Die Demokraten schließlich, welche sich höchst republikanisch spreizen, wenn das nichts kostet, sind aus Anlaß einer überaus blamablen (selbst für demokratische Verhältnisse blamablen) Rede ihres Häuptlings Koch, eines Männchens fünften Ranges, sogar im Deutschen Reichstag (und das will etwas heißen in diesem Parlament des Stumpfsinns), vom alten Scharfmacher Kardorff mit ziemlicher Grausamkeit gehöhnt worden: Herr Koch war früher, in der guten alten Zeit, Oberbürgermeister und Mitglied des Preußischen Herrenhauses, des servilsten Byzantinerstalles, den man sich vorstellen kann, und hat gar manche gesinnungstüchtige Kaisergeburtstagsrede gehalten; Herr Koch, der heutige Oberrepublikaner.

Bleiben also die republikanischen Sozialdemokraten. Deren Republikanertum ist verdammt jungen Datums. Vor dem Kriege hörte man in ihrer Propaganda sehr wenig davon; während des Krieges nichts. Als Wilhelms Thron wackelte, scharten sich zwar nicht Roß und Reisige um ihn, wohl aber die kaiserlichen Staatssekretäre mit Scheidemann an der Spitze und die Garde um Ebert herum; die Monarchie als Einrichtung zu retten, waren sie durchaus bereit. Der Ebert-Prozeß, der Auer-Prozeß hat an diese Dinge wieder erinnert. Die Grundsatzfestigkeit der Sozialisten der 2. Internationale ist so allgemein bekannt, daß nur höchst wunderliche Heilige annehmen können, im Falle einer monarchistischen Restauration würden sie sich, umgekehrte Hindenburgs, nicht auf den berühmten Boden der Tatsachen stellen und nicht Pakte mit den deutschen Horthys schließen, wie es die ungarischen Brüder in Lumpigkeit dieser deutschen Sozialdemokraten mit der „königl. ungarischen Regierung“ Bethlen getan.

Von dieser formalen Seite, der Seite der im Parlament zu Berlin vorhandenen bürgerlichen Parteien von Ludendorff bis Dißmann, aus gesehen, ist also überhaupt kein Problem vorhanden.

Aber so darf man die Frage des Monarchismus in Deutschland eben nicht stellen. So, formal, schematisch, borniert, kindisch, unlebendig stellen sie die sozialdemokratischen lautplappernden Agitatoren, die jetzt Opposition zu spielen für reiflich halten und in Wirklichkeit, blöde wie sie sind, an keine monarchische Gefahr glauben. Sie stellen sie so, einmal, um überhaupt irgendeine politische Frage zu haben, an der sie selbstbefriedigende Kunststücke vollführen und mit der sie die

Arbeitermassen verwirren können; und sie stellen sie zum andern so, weil sie sie tatsächlich nicht anders stellen können: denn was haben sie mit marxistischer Fragestellung zu tun? Wo haben sie schon einmal irgendeine Erscheinung nach ihren Klasseninhalten und Wurzeln analysiert? Wann haben sie den kleinbürgerlichen, stupiden, parlamentarisch-kretinmäßigen „Standpunkt“ verlassen?

Man muß aber die Frage ganz anders stellen.

E r s t e n s: besieht überhaupt eine Gefahr des Monarchismus, der monarchistischen Restauration in Deutschland?

Die Antwort ist: ja.

Z w e i t e n s: handelt es sich dabei einfach um die Wiederherstellung der alten Monarchie?

Die Antwort ist: nein.

D r i t t e n s: ist die soziale Basis des neuen Monarchismus die gleiche, wie die des alten wilhelminischen?

Die Antwort ist: nein.

V i e r t e n s: ist die Frage gleichgültig für die breiten Arbeitermassen in Deutschland?

Die Antwort ist: nein. [190]

F ü n f t e n s: ist die Gefahr der monarchistischen Restauration der breiten proletarischen Öffentlichkeit klargemacht worden?

Die Antwort ist: nein.

S e c h s t e n s: muß die Kommunistische Partei diese Aufgabe sowie die der Abwehr dieser Gefahr übernehmen?

Die Antwort ist: ja.

2. Was stellt der neue deutsche Monarchismus vor?

Formell war das Deutsche Reich vor dem Kriege eine konstitutionelle Monarchie, also eine „Demokratie“. In Wirklichkeit war es ein schon der Verfassung nach sehr eigenartiges, vollkommen undemokratisches Gebilde. Das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag, das eine Demokratie vortäuschen sollte, wurde vollkommen aufgehoben durch die erzreaktionären Mehrklassenwahlrechte in den Ländern, insbesondere in Preußen, und durch die Existenz des Bundesrats, einer niemandem verantwortlichen erzreaktionären Dunkelkammer.

Die Komödie des demokratischen Reichstagswahlrechts war nicht imstande, die vollkommene Machtlosigkeit dieses Parlaments, dem keine Regierung und kein Kanzler verantwortlich war, zu verbergen.

Die partikularistische, mittelalterliche Zerrissenheit des Reichs in abenteuerliche winzige Bundesstaaten (die thüringischen Staaten, die zwei Lippe, die zwei Mecklenburge, Oldenburg) und auf ihre Sonderrechte pochenden größeren Bundesstaaten (vor allem Preußen und Bayern) wurde nicht aufgehoben durch das Uebergewicht Preußens, die starken Befugnisse des Kanzlers und des Kaisers.

Preußen, das „Stammland“ des Kaisers, war ein halbabsolutistischer, halbfeudaler Staat, dessen König sich in erster Linie auf den Krautjunkeradel stützte (dem er für diese Unterstützung große Privilegien zu geben gezwungen war in Gestalt von Staatspfründen, Zollgeschenken, Hof- und Militärsstellungen usw.); aber Preußen war zugleich der entwickelteste Industriestaat des Reichs, und seine Staatsform paßte nicht mehr zu seiner Entwicklung. Nicht nur die Arbeiter drängten nach Aenderung (Wahlrechtskämpfe), auch die schwerindustrielle Bourgeoisie mußte über kurz oder lang in Kämpfe geraten mit der konservativen, kaschubisch-ostelbischen Junkerklasse; mit den primitiven Mitteln des Adels (Krupp, Borsig, Siemens) war auf die Dauer nicht auszukommen, zumal auch das Bankkapital (trotz oller Adelspatente: Bleichröder, Mendelssohn, Gwinner, Friedländer usw.) immer mehr in Gegensatz zu den ostelbischen Feudalbaronen geriet.

Preußen gab dem Deutschen Reich seinen „Charakter“. Und eben deshalb war die Monarchie des ganzen Reiches ihrer Form, ihrem Klasseninhalte nach geschichtlich längst überholt und wäre auch ohne Revolution umgewandelt worden (wie denn etwa die heutige englische Monarchie beileibe keine Junkermonarchie mehr ist, keine Monarchie der Landlords, sondern eine Monarchie des Finanzkapitals).

Durch die Revolution von 1918 ist die Monarchie gestürzt worden. Da diese Revolution sozialdemokratisch wurde, stärkte sie im Verlauf der Jahre gerade diejenigen Schichten der Bourgeoisie, welche das Finanzkapital repräsentieren: die Schwerindustrie und das Bankkapital.

Die Sozialdemokraten, diese Anbeter der „stetigen Entwicklung“, werden vielleicht sagen, das sei ja nur folgerichtig: nach den Junkern (den Großgrundbesitzern und dem Beamtenadel) käme eben die andere Fraktion der Bourgeoisie „dran“, die „modernere“, „fortschrittlichere“, die der Industriebourgeoisie, ja, die „liberale“, „demokratische“, „republikanische“ des Bank- und Handelskapitals.

Alles das ist vollkommen dummes Gewäsch.

Klar ist eins: da die deutsche Revolution bisher nicht das Ergebnis gehabt hat, die politische Macht (und dadurch die wirtschaftliche) in die Hände der Arbeiterklasse zu bringen; da vielmehr der bisherige Erfolg war, [191] daß die Arbeiterklasse anfangs den Versprechungen der Sozialdemokraten glaubte, eine äußerliche Aenderung der Staatsform für eine innere Aenderung des sozialen Inhalts und der sozialen Struktur nahm; da infolgedessen die in allen ihren Positionen anfangs schwer erschütterte Bourgeoisie diese Positionen zum großen Teil wieder nehmen konnte, wobei nur innerhalb der Bourgeoisie eine Kräfteverschiebung zur entwickelteren Fraktion des Finanzkapitals hin stattfand – so hat das Finanzkapital sich bereits wieder so eingerichtet, daß es offen die Frage stellen kann, welche Staatsform ihm für seine Zwecke am besten dienen wird.

Heißt das, daß die deutsche Bourgeoisie einfach die alte Monarchie wiederherstellen will? Natürlich nicht: denn die herrschende (ihrem Schwergewicht nach herrschende), die wichtigste, die ausschlaggebende, die dirigierende Fraktion der deutschen Bourgeoisie ist nicht mehr die des ostelbischen Adels, sondern die der Schwerindustrie (der Deutschland eigentümlichen Form des Finanzkapitals).

Dieser Teil der Bourgeoisie, welche parteimäßig am reinsten von der Volkspartei (und nicht von der Deutschnationalen) repräsentiert wird, ist natürlich jeder Sentimentalität fern. Für die Schlotbarone ist die Monarchie keine Angelegenheit der Tränendrüsen, kein Objekt einer „Ueberzeugung“, kein Gegenstand „hehrer Tradition“, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Die monarchistische Gefahr in Deutschland kann man nur dann richtig sehen, wenn man sich nicht durch Brimborium täuschen läßt. Parteimäßig gesprochen hängt – wenn man zunächst von den der Bourgeoisie feindlichen Kräften absieht – die Frage der Monarchie nicht von den Deutschnationalen ab, sondern von der Volkspartei (der Koalitionspartei der SPD in Sachsen und, bis gestern, Preußen).

In der Tat: die Deutschnationale Partei ist ihrer Zusammenfassung nach äußerst scheckig; sie ist sowohl die Partei der Krautjunker, wie ländlicher und städtischer Kleinbürger, wie auch der Schwerindustrie, wie der herumlungern den kaiserlichen Offiziere, die deklassiert sind (und von den Völkischen zu den Deutschnationalen übergegangen sind).

Das Finanzkapital benutzt die Deutschnationalen. Es läßt sie nationalistische und monarchistische Propaganda treiben: sie sind der heutige Ersatz für die vorgestern benutzten, jetzt überflüssigen Völkischen. Das Finanzkapital nutzt die Deutschnationalen aus als Stimmungsmacher bei den Kleinbürgern. Waren die Völkischen das Reservoir zum Auffangen der Energien der verzweifelten Kleinbürger, so sollen die Deutschnationalen für die Schwerindustrie die Energien der wieder zu hoffen wagenden (von wegen der Geldstabilisierung, was dem Kleinbürger kolossal imponiert) Kleinbürger. Die Deutschnationalen allein können die Monarchie nur durch einen Putsch, einen Staatsstreich herstellen (der nicht ganz ausgeschlossen ist). Nach einer solchen „Leistung“

wären sie, populär gesprochen: aufgeschmissen, wenn sie allein blieben. Dieserhalb läßt sie die Schwerindustrie mit Freuden ihre Propaganda des Monarchismus betreiben: dem „Volk“ muß nicht nur die Religion gewahrt bleiben, sondern auch ein Zauberbild der „guten alten Zeit“, des „starken Kaisertums“, der „sauberen Beamtenschaft“ im Gegensatz zu der Korruptionswirtschaft der Republik (an der das Finanzkapital am allermeisten beteiligt ist). Die Schwerindustrie gibt den Deutschnationalen auch reichlich Regierungsposten: wenn die Schiele und Neuhaus und Schlieben und Kanitz erst einmal tüchtig Erfüllungspolitik getrieben haben und nach der Pfeife der Konzernkönige getanzt haben, dann wird ihnen ein gut Teil ihres „nationalen“ Nimbus genommen sein: und solange noch scharfe soziale Spannungen, Klassengegensätze da sind, solange das Gleichgewicht nur ein holder Traum und täuschender Schein ist, solange ist es gut, die Deutschnationalen mit ihren brutalen Krautjunkern und tatendurstigen Offizieren (die zwar Frankreich nicht schlagen werden, aber Blut schätzen) sich warm zu halten, und ihnen reale Vorteile zu bieten.

[192] Das ist die gegenwärtige Politik des deutschen Finanzkapitals, das sich seine Verbündeten aus der reaktionärsten Klasse holt und zugleich durch monarchistische Träume und Gaukelbilder Kleinbürger sich zu verbünden sucht (und mit Erfolg).

Aber das ist lange nicht alles. Denn alles, was bisher gesagt ist, scheint zu besagen, daß keine wirkliche monarchistische Gefahr vorhanden ist.

Sie ist aber vorhanden; und sie ist vorhanden, weil in der deutschen Bourgeoisie eine neue imperialistische Ideologie entsteht. Eine neue, sozusagen eine Ideologie des Imperialismus dritter Klasse.

Das soll folgendes heißen: die allgemeine Krise des Kapitalismus, die vom Beginn des Weltkrieges an offen lastet, sollte angeblich durch den Dawes-Plan behoben werden. Es gibt keinen vernunftbegabten Kapitalisten in der Welt mehr (wahrscheinlich nicht einmal unter den sozialdemokratischen Kapitalisten), der das heute noch glaubt.

Es gibt mehr als genug Anzeichen für diese Tatsache. Und es gibt mehr als genug Tatsachen, welche neue gewaltige Krisen anzeigen, überall, in Europa, in Ostasien, auf dem Balkan, in Afrika, im nahen Osten, in den Randstaaten, Krisen und zum mindesten Gefahren von Zusammenstößen kriegerischer Art, welche noch keine Bourgeoisie will, von denen aber schon keine Bourgeoisie sicher ist, ob sie ihnen wird ausweichen können.

Und in dieser Situation, nachdem sie sich endgültig entschlossen hat, energisch die ihr von Dawes zugewiesene Zwischenmeisterrolle von Sklavenvögten auf Akkord in einer Industriekolonie durchzuführen, spekuliert die deutsche Bourgeoisie schon wieder auf die imperialistischen Gegensätze. In der Tat, wenn, wie alle Welt zugibt, keine „Wiederherstellung“ des Gleichgewichts (was die Engländer nennen: Handel und Märkte; die Franzosen: Sicherheit; die Amerikaner: Weltfrieden und Handel usw.) ohne Herstellung eines Weltmarkts möglich ist: wenn andererseits aber überall Zusammenstöße drohen und daher Koalitionen von Staaten sich anbahnen, die ganz und gar nicht gleicher Größenordnung sind (z. B. die neue englisch-rumänische Freundschaft, die englisch-estnische Koalition usw.), wenn schließlich immer wieder der Gedanke einer „rettenden“ Intervention gegen die Sowjetunion auftaucht – weshalb sollte da die deutsche Bourgeoisie, d. h. das deutsche Finanzkapital, seine Monopole, seine Armee (die vorhandene wie die zu schaffende: Luther hat doch nicht von ungefähr von den ausgebildeten Zeitfreiwilligen geredet; es war kein „Ausplappern“, sondern ein Auf-den-Busch-klopfen), seine Kriegserfahrungen, seine Organisationstalente, seine Eisenbahnen, sein Territorium anbieten zur Kooperation? Unter der Bedingung der Beteiligung (Mandat in den Kolonien, Anleihen, Versprechungen von Annexionen in einem Krieg) kann das ein gutes Geschäft werden.

So wächst ein neuer Imperialismus (als Ideologie). Ein neuer – denn er hat keine Aehnlichkeit mit dem alten: er strebt nicht nach Hegemonie – denn seine Ideologen wissen sehr wohl, daß daran, zunächst, nicht zu denken ist – aber er strebt nach Beteiligung (wie der belgische Imperialismus beispielsweise).

Und da für die imperialistische Politik eine entsprechende monarchistische Staatsform bequemer ist, als eine republikanische, so haben wir hier die Wurzel des neuen Monarchismus zu suchen. Da überdies die allgemeine Weltsituation, bei aller Unstabilität, dieser Entwicklung des Imperialismus dritter Klasse günstig ist, haben wir eine reale monarchistische Gefahr in Deutschland.

Warum für den Imperialismus die Monarchie bequemer ist als die Republik, ist leicht zu zeigen.

Man darf hier nicht vom Deutschland der Vorkriegszeit ausgehen, welches ein halb absolutistischer, imperialistischer Militärstaat war.

Viel charakteristischer sind England und Frankreich.

In der Periode des sich vorwärts entwickelnden Kapitalismus war in diesen „bürgerlich-demokratischen“ Staaten, ebenso wie in den Vereinigten [193] Staaten, noch eine Möglichkeit vorhanden, im Parlament wirkliche Kämpfe der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie zu führen (englische Kämpfe um Freihandel zum Beispiel). Aber mit dem Eintreten der neuen Phase des Kapitalismus, eben des Imperialismus, ändert sich das.

Der imperialistische Staat ist ein anderer Staat als der vorimperialistische bürgerliche Staat. Der monopolistische Kapitalismus mit seiner hohen Zentralisation des Kapitals in den Händen einer kleinen Oligarchie von Finanzkapitalisten verwandelt das Parlament in eine Kulisse. Die Gegensätze der einzelnen bürgerlichen Fraktionen werden im allgemeinen gering. Den „Aufgaben der Nation“ gegenüber sind sie einig: und diese Aufgaben bestehen in gesteigerten militärischen Rüstungen, in staatlich besorgtem und geschütztem Kapitalexport, in Vorbereitungen auf Neuteilung der überall schon „besetzten“ Gebiete. Die Staaten bzw. ihre Organe wachsen mit den Trustleitungen der größten finanzkapitalistischen Trusts zusammen, sie werden (nach einem Ausdruck von Bucharin) selbst zu „staatskapitalistischen Trusts“.

Damit wechselt aber auch die Ideologie: Jetzt ist eine „starke“, diktatorische Regierung nötig, mit stabiler Spitze (und wenn diese Spitze auch nur ein Symbol ist). Der riesige Heeres- und Flottenapparat funktioniert ideologisch besser, wenn „der oberste Kriegsherr“ (in England sind ja die Flotte „Seiner Majestät Flotte“ und das Heer „Seiner Majestät Heer“, die Regierung „Seiner Majestät Regierung“ und die Zwiebacksozialisten – „Seiner Majestät Opposition“) dauerhaft ist, nicht mit jedem Kabinettswechsel wechselt. Der König von England, mag er auch anerkanntermaßen ein Kretin sein, ist in der imperialistischen Phase etwas ganz anderes, als der verfllossene deutsche Kaiser von Krautjunkers Gnaden („und der König absolut, solange er unsern Willen tut“): das war, trotz alles Brimboriums, „Gottesgnadentums“ usw. sogar für große Teile der Bourgeoisie (zumal die Spitzen der Schwerindustrie), mehr oder weniger eine Schießbudenfigur. Der englische König aber, dessen formale, verfassungsmäßige Rechte ziemlich gering sind, wird von allen Fraktionen der imperialistischen Bourgeoisie freiwillig zu einem „hohen Symbol“ gemacht. Und während des imperialistischen Krieges, wo sich handgreiflich zeigt, daß alle bürgerlichen Fraktionen in England einschließlich der Sozialchauvinisten eine reaktionäre Masse bilden, wird dieses Symbol gestärkt.

Man kann sagen: während der absolute, d. h. feudale, und der halb absolute, d. h. halb feudalistische Monarch sich hauptsächlich dadurch hielt, daß er die wachsenden Gegensätze (zwischen dem Großgrundbesitzeradel und der wachsenden finanzkapitalistischen sowie Handelsbourgeoisie) ausnutzte (auch wenn er sich, wie in Preußen-Deutschland, hauptsächlich auf den Krautjunkera- del stützte, der wiederum diesen Dienst sich mit großen Privilegien bezahlen ließ), ist die Stellung des Monarchen im imperialistischen England – im vorimperialistischen war sie früher ähnlich wie in Deutschland – umgekehrt durch die gemeinsamen imperialistischen Interessen der bürgerlichen Fraktionen geschaffen: für die notwendigerweise militaristische Politik der „demokratischsten“ (England, Frankreich, USA) imperialistischen Staaten ist die Monarchie bequemer als jede andere Form, weil nicht ein Zivildiktator (Clemenceau, amerikanischer Präsident) jeweils erst geschaffen zu werden braucht, sondern, und noch dazu als „Symbol“ (d. h. mit allem nötigen,

verdummenden Brimborium), schon da ist. Da er faktisch keine Rolle spielt, kann er sich auch nicht „plötzlich“ (wie Wilson) als Niete erweisen, und die finanzkapitalistische Oligarchie kann am bequemsten in seinem („heiligen“) Namen diktatorisch alles durchsetzen, was sie will.

3. Was ist gegen die monarchistische Gefahr zu tun?

Weshalb aber Gefahr? Wenn es richtig ist, daß die neue Monarchie nicht mehr der alten entsprechen würde, wenn vielmehr die neue Monarchie [194] so wie so der jetzigen auch in der Republik „erreichten“ Klassenschichtung entsprechen würde, was geht da die ganze Sache die Arbeiter an?

So gestellt, ist die Frage falsch gestellt.

Man muß die Frage richtig stellen: in unserer Zeit der Epoche des Imperialismus, ist die bürgerliche Republik für die Arbeiterklasse besser, als die konstitutionelle Monarchie. Wir Kommunisten halten nicht nur nichts von der bürgerlichen, auch der allerdemokratischsten, Republik, sondern wir müssen auch beharrlich und ernsthaft den Arbeitern zeigen, daß sie nichts anderes ist, als eine raffinierte Kulisse vor der schamlosesten Ausräuberung breiter Massen durch eine winzig kleine Clique von Finanzkapitalisten. Alle das ist richtig und muß jedem Kommunisten durchaus bekannt sein.

Und trotzdem müssen wir, zumal in Deutschland, den Arbeitern sagen, daß für sie die demokratische Republik besser, bequemer, vorteilhafter für den Befreiungskampf ist, als eine konstitutionelle Monarchie.

Warum?

Erstens, weil beim Fehlen einer monarchistischen Spitze die Risse, Spalten, Spannungen zwischen den einzelnen bürgerlichen Fraktionen leichter entstehen, als wenn sie – die in der Epoche des Imperialismus der Arbeiterklasse gegenüber und insbesondere der Revolution gegenüber, eine reaktionäre Masse sind, – „sich um die Krone scharen“ können, die ja ihr Geschöpf ist in der imperialistischen Epoche, nach außen hin aber als Symbol der „Hoheit“ und „starken Regierung“ wirken soll. Diese Risse, Spalten, Spannungen muß aber das Proletariat für seine Zwecke ausnutzen.

Zweitens, weil in Deutschland unter den gegebenen Umständen auch die von der finanzkapitalistischen Bourgeoisie geschaffene Monarchie (die ihrer Funktion nach etwas anderes wäre, als die Kaiserei der Vorkriegszeit) sich zunächst auf die alten reaktionärsten Schichten der Bevölkerung (Krautjunker, Offiziere, verdummte Bauern und städtische Kleinbürger) stützen müßte. Das ist ein Grund, weshalb die führende Partei der deutschen Bourgeoisie, die Volkspartei, die Deutschnationalen heranzieht.

Drittens, weil die Monarchie eine Kaste von hohen Staatsfunktionären schaffen würde, welche, selbstverständlich, ebenso sehr jener Korruption verfallen würden, wie sie die stagnierende, parasitäre Periode des Imperialismus (auch des Afterimperialismus) kennzeichnet, aber als abgeschlossene Kaste diese Korruption besser verstecken könnte, als das in der bürgerlichen Demokratie mit ihren ewigen Kämpfen um die Posten geschieht, welche jede bürgerliche Fraktion möglichst schnell und möglichst gründlich (direkte persönliche Geschäfte, Direktor Aufsichtsratsposten, Pensionen usw.) zu ergattern und zu ergaunern sucht. Diese stinkende, himmelschreiende Korruption ist unvermeidlich in beiden Fällen, und es ist kindisch, Affären wie die Barmats und seiner Lakaien oder die der Ruhrindustriellen und ihrer Handlangere als „Zufälle“ oder „moralische“ Angelegenheiten zu nehmen. Für die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes aber ist es vorteilhaft, gerade an diesen notwendigen, gesetzmäßigen Erscheinungen der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaft die Notwendigkeit ihrer Beseitigung praktisch zu demonstrieren.

Bisher haben wir ausschließlich von der Bourgeoisie gesprochen. Formal, durch Abstimmung könnte sie, wenn sie wollte, schon heute im Reichstag eine Mehrheit für die Monarchie (etwa ein „soziales Volkskaisertum“) haben (das Zentrum würde vergnügt mitstimmen; bei einigermaßen passender „Begründung“ die zweite „republikanische“ Reichsbannerpartei, die Demokraten auch: die Sozialdemokraten würden sich vielleicht – enthalten). Aber in den Volksmassen ist durchaus

keine Sehnsucht nach der Monarchie vorhanden. Es gibt viele Kleinbürger, die als ewig schwankende Klasse bei passendem Anstoß mit „Begeisterung“ für die Monarchie wären. Die breiten Arbeitermassen sind gegen die Monarchie.

Aber wenn das Finanzkapital diesen Schritt konkret tun will, muß es einen Monarchen präsentieren.

Und das ist recht schwierig. Den alten Narren in Doorn nimmt kein Mensch ernst. Seinen ältesten Sohn (den Herr Sollmann nach Deutschland eingeladen hat, und dem Herr Hirsch und Herr Lüdemann – alles Sozialdemokraten – wie seinem Papa und seinen Geschwistern artige Millionengchenke gemacht haben) kann man zwar gut, wie in Breslau, im Zirkus gebrauchen, aber auf dem Thron? Als Heros einer neuen Zeit? Der „sauberen, preußischen Tradition?“ Der nächste Herr Sohn, der dicke Eitel, vorbestraft wegen Kapitalsverschiebung, Hochmeister des Johanniterordens (und des republikanischen Ministers Schlieben Vorgesetzter) – ein fataler Kandidat. Ueberhaupt sind die Heldensöhne des Heldenkaisers Wilhelm lauter Nieten.

Und den Rupprecht, den Wittelsbacher, nehmen? Eine Jesuitenpuppe? Den bayerischen „Kinni“, der akkurat nicht mit dem Finanzkapital zusammenhängt?

Der Kandidat fehlt im Moment. Das ist einer der Hauptgründe, warum die neue „republikanische“ Regierung (bestellt durch den Sozialdemokraten Ebert) in ihrer ersten Sitzung sich „einstimmig“ dafür ausgesprochen hat, noch nichts an der Staatsform zu ändern (was Herr Luther auch nicht aus Naivität oder Unparteilichkeit „ausgeplappert“ hat, sondern um denen, die es angeht, zu zeigen: „Wir sind auf dem Posten!“)

Die Lage ist also so: die deutsche Bourgeoisie (das Finanzkapital) erörtert an und für sich (als neu-imperialistische Bourgeoisie) sehr wohl die Frage der monarchistischen Restauration, und die objektiven Umstände sind ihr günstig. Dagegen liegt es nicht in ihrer Absicht, diese Restauration überstürzt zu machen (was die Deutschnationalen, hier also Junker und Offiziere, unter Umständen trotzdem tun können); vielmehr will sie eine passende Gelegenheit abwarten (die sich bei der allgemeinen Unsicherheit des „Gleichgewichts“ jeden Augenblick ergeben kann).

Wenn auch gegenwärtig die Herstellung einer Hohenzollern-Monarchie von den französischen Imperialisten (weit weniger sicher ist das bei den englischen) aller Wahrscheinlichkeit nach ausgenutzt werden würde, beispielsweise zur Abtrennung („rechtmäßigen“) des Rheinlandes zu „Sicherheitszwecken“ von wegen der „großen Gefahr“, und wenn auch gegenwärtig solche Gründe einen Teil der deutschen Bourgeoisie davon abhalten, die Wiederherstellung der Monarchie allzu geschwind zu betreiben, so soll man doch nicht verkennen, daß andererseits gerade außenpolitische Gründe Teile der deutschen Bourgeoisie zur monarchistischen Restauration anreizen können.

Erstens: Dieselben Schwerindustriellen, welche eine Vereinigung von Ruhrkoks und lothringischem Erz anstreben, können gerade aus dem eben erwähnten Grunde, also um eine Annexion zu provozieren, auf die Herstellung der Monarchie drängen.

Das wäre gar nicht wunderbares. Ihre französischen Kollegen von Comité des Forges haben fast 3 Jahre lang während des Weltkrieges auf eine französische Niederlage spekuliert und mit der Annexion von Briey und Longwy durch Deutschland gerechnet, also sich dementsprechend verhalten (Lieferung von Nieckel und Blei nach Deutschland zu Kriegsbedarf, keine Zerstörung der Anlagen in Briey beim Abzug der Franzosen 1914, der veranstaltet wurde, um auf dessen Gebiet kein Schlachtfeld zu bekommen, Verhinderung des Bombardements dieses von den Deutschen besetzten Gebietes). Die „patriotischen“ Stinnes, Thyssen, Wolff, die Chemie„patrioten“, das gesamte Räuberpack, ist aber nicht um ein Haar besser, als die französischen „Patrioten“.

[196] Zweitens: Die französischen Imperialisten haben schon einmal darauf hingearbeitet, in Bayern eine – ihnen ausgelieferte – Monarchie der Wittelsbachschen Pfaffenmarionetten zu stiften. Diese Versuche haben kaum aufgehört: es ist für den französischen Imperialismus durchaus vorteilhaft, Deutschland auf diese Art zu zerstückeln.

Drittens: Die englischen Imperialisten können durchaus versuchen, wieder einmal – wie im Ruhrkrieg – Deutschland gegen Frankreich auszuspielen und den „klugen“ deutschen Politikern den „guten“ Rat geben, zur „Herstellung von Ruhe, Ordnung und stabilen Zuständen“ eine Monarchie zu fabrizieren. Diese Tatsache könnten sie dann, nach Belieben, ausnutzen: sei es zu einem Bündnis gegen Frankreich, sei es zu einer Einigung mit Frankreich auf Kosten des entstandenen „aufsässigen“ und „gefährlichen“ Hunnen-Kaiserreiches.

Die Arbeiterklasse muß also nicht nur auf ihrer Hut sein – das ist zu wenig–, sondern sofort diese Gefahr zu bekämpfen beginnen.

Aber der Uebergang von der bürgerlichen Republik zur Monarchie ist immer leicht. Daher muß die Kommunistische Partei in Agitation und Propaganda immer wieder darauf hinweisen, daß keine bürgerliche Republik auch nur die geringste Gewähr bietet gegen die monarchistische Reaktion.

Und nun schon gar die deutsche „demokratische“ Republik! Diese Republik, in der kein einziges demokratisches Grundrecht existiert: nicht Pressefreiheit, nicht Versammlungsfreiheit, nicht Koalitionsfreiheit, nicht allgemeines Streikrecht, nicht Abtrennung der Kirche von der Schule, in der es keine republikanischen Richter, keine republikanischen höheren Beamten, keine republikanischen Lehrer gibt und in der Heer und Polizei monarchistische Kaders sind!

Die Arbeiterklasse ist entschiedener Feind der Monarchie. Sie muß auch die städtischen und ländlichen Kleinbürger sich zu Verbündeten zu machen suchen.

Wir Kommunisten, die wir gegenwärtig unsere Kräfte konzentrieren auf die Kämpfe um den Achtstundentag, um höhere Löhne, um die Amnestie, wir müssen bei dieser Gelegenheit eine große propagandistische und organisatorische Arbeit leisten.

Propagandistische Arbeit: indem wir zeigen, daß keine bürgerliche Republik vor der Reaktion und der monarchistischen Restauration sichert; indem wir zeigen, was die bürgerliche Republik ist; indem wir die gemeinsamen Interessen des Proletariats (auch des Landproletariats) und der ländlichen (Kleinbauern) und städtischen Kleinbürger konkret aufzeigen, und auch aus Anlaß dieser monarchistischen Gefahr den ganzen Weg nennen, der allein die Interessen der Ausgebeuteten sichert.

Organisatorische Arbeit: indem wir in den Gewerkschaften (denen wir frische Arbeitermassen zuführen müssen) den Kampf um Achtstundentag, höhere Löhne, Amnestie organisieren (ebenso wie im Betrieb) und dabei – die Gewerkschaftsführer blöken doch „gegen die Monarchisten“ – klar nennen die Mindestvoraussetzungen eines Staates, der sich Republik nennen darf: die restlose Herstellung jener obengenannten demokratischen Grundrechte, die Konfiskation aller dynastischen Vermögen, Liegenschaften usw., die Verbannung aller Angehörigen früherer regierender Häuser, die Auflösung von Reichswehr und Schupo und ihre Ersetzung durch eine Volksmiliz, die Absetzung aller reaktionären Richter, die durch wählbare Richter zu ersetzen sind, die Wählbarkeit der Beamten, die Abschaffung der Lohnsteuer, die Konfiskation aller Kriegs- und Inflationsgewinne, kurz, lauter Maßnahmen, die lediglich Reformen sind, ohne welche aber alles Gerede über Republik und Demokratie nichts ist als leeres Stroh dreschen.

[197] Die Kommunistische Partei hat keinen Anlaß, zu verbergen, daß alle diese Maßnahmen am Klassencharakter des Staates nichts ändern können, daß sie alle die Herrschaft des Kapitals unangetastet lassen, und daß die Kommunisten das Proletariat sorgfältig darüber ausklären werden, daß es seine Befreiung von der Lohnsklaverei nicht eher erreichen kann, als bis es den Kapitalismus stürzt und seinen Staat, seine Diktatur errichtet.

Die Kommunisten haben ebensowenig Anlaß, zu verbergen, daß sie für jede der genannten Reformen die Kräfte des Proletariats sammeln, weil sie, wenn erkämpft, geeignet sind, den Befreiungskampf des Proletariats zu erleichtern.

Die Partei wird es durchaus verstehen den Massen klarzumachen, daß das nichts mit Reformismus zu tun hat, welcher den Arbeitern einreden will, die (unvermeidliche) Revolution (die das alte

System der Lohnsklaverei beseitigt) könne ersetzt werden durch Reformen, die das alte System der Lohnsklaverei nur unwesentlich berühren.

*

Ebert, Auer und – Urbahns.

Drei politische Prozesse.

Von Richard Schaible, Hamburg.

Politische Prozesse, die in den Vorkriegsjahren immerhin allgemeine Aufmerksamkeit erregende Ereignisse waren, sind heute alltägliche Erscheinungen geworden. Das ist kein „Zufall“, sondern nur der Ausdruck des verschärften Klassenkampfes und der wachsenden inneren Schwierigkeiten der Bourgeoisie.

Die juristischen Abteilungen der staatlichen Unterdrückungsmaschine haben zwei große Ausgaben:

1. die inneren Schwierigkeiten der Bourgeoisie zu schlichten, den Heiligenschein der Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder blank zu putzen;
2. das Proletariat zu knebeln und gleichzeitig den Spießern Grauen vor dem kommunistischen Schrecken beizubringen.

Um es vorweg zu bemerken: die bürgerliche Justiz verzweifelt an beiden Aufgaben.

Drei Beispiele seien aus der Flut der politischen Prozesse herausgegriffen: Ebert, Auer und – Urbahns.

Im Ebert-Prozeß

war die Aufgabe für die bürgerlichen Richter wohl die schwierigste. Ebert bedurfte als höchster Repräsentant des bürgerlichen Staates des richterlichen Schutzes vor Angriffen. Ihn verweigern, hieß die Autorität der Staatsmacht untergraben. Aber Eberts Zeit war um. Die Bourgeoisie hatte seine Hilfe gebraucht, solange er die Arbeiterklasse betrügen mußte, um sie vom Angriff gegen die „Republik“ der Bourgeoisie abzuhalten. Jetzt galt es, an seine Stelle einen offenen Groß-Bourgeois zu setzen. Schließlich braucht das Kapital aber in Zukunft die Partei Eberts, die Sozialdemokratische Partei, zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. In dem Bestreben, diesen drei Gesichtspunkten gerecht zu werden, wurden alle drei versaut.

Um die Staatsautorität zu schützen, wurde der Beleidiger Eberts, Rothard, verurteilt.

Um aber den politischen Abbau Eberts und seiner Partei zu beschleunigen, wurde ihm, verklausuliert, aber offen genug, der Vorwurf des Landesverrats als berechtigt zuerkannt und damit die Wirkung der Ver-[198]urteilung Rothards voll aufgehoben, wie das Toben der demokratischen und sozialdemokratischen Presse über die Urteilsbegründung zeigte.

Um sich aber gegenüber dem Vorwurf des „Landesverrats“ zu reinigen, mußte die Sozialdemokratie alle Rücksichten der Arbeiterklasse gegenüber fallen lassen und sich offen zum Arbeiterverrat bekennen.

Die Tatsachen sind bekannt. So war das Ergebnis des Ebert-Prozesses:

1. Untergrabung der Staatsautorität sowohl der Richter als des Reichspräsidenten.
2. Keine Schlichtung, sondern Verschärfung der inneren Zwistigkeiten der Bourgeoisie.
3. Untergrabung des Ansehens der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft und damit eine Schwächung der SPD als der Fessel der Arbeiter in der kapitalistischen Sklaverei.

So haben die Magdeburger Richter der deutschen Bourgeoisie einen Bärenienst geleistet. Aber sie konnten nicht anders.

Dasselbe zeigte sich im

Auer-Prozeß,

mit dem Unterschied, daß es hier weniger um die Staatsautorität des gewesenen Ministers ging, sondern um das Ansehen der Sozialdemokratischen Partei bei den Arbeitermassen.

In dieser Beziehung war der Auer-Prozeß äußerst lehrreich, da er sich nicht auf die Stellung der SPD zum Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 beschränkte, sondern seine Feststellungen über die ganze geschichtliche Rolle der SPD von 1914 bis heute erstreckte. Was wurde dabei festgestellt?

Im Kriege war die SPD der treueste Helfer der Chauvinisten. Auer bekannte sich offen zur Abwürgung des Munitionsarbeiterstreiks, zur Abwürgung jeder Regung des Klassenwillens der Arbeiterschaft. So in der Heimat.

In der Etappe half der sozialdemokratische Führer bei der Eintreibung der Kontributionsgelder. Aus uneigennütziger „nationaler Gesinnung“? Nun, Zeugen stellten fest, daß Auer aus der Etappe in Belgien Stoffe, Gummimäntel, Hemden, Silberwaren und Geld nach Hause schickte (einmal 400 bis 500 Mark). Alles sei rechtmäßig gekauft, stellte das bürgerliche Gericht fest. – Umsonst ließ man allerdings den Unteroffizier Erhard Auer nicht an den Segnungen der Kontributionsgelder teilnehmen, während die Proleten im Schützengrabendreck umkamen. Wie sich Auer verdient machte, stellte sein eigener Parteigenosse aus der 2. Internationale, der Gewerkschaftssekretär aus Roubaix, der Etappe Erhard Auer, in einem Schreiben an die Liga für Menschenrechte fest, in dem er nachwies, daß Auer versuchte, die Arbeiter von Roubaix zur Arbeit für die deutsche Militärverwaltung zu pressen und dann die Deportation der Gewerkschaftsführer nach Deutschland organisierte. Wahrscheinlich aus grundsätzlicher Anerkennung des Rechts zur Landesverteidigung, das doch in der ganzen 2. Internationale gilt.

So Auer, so die SPD während des Krieges. Dann kam der Zusammenbruch im November 1918. In München war die Revolution bereits ausgebrochen. Erhard Auer ging in der Nacht vom 7. zum 8. November in eine Sitzung des monarchistischen Innenministeriums und forderte 100 Mann zur Niederschlagung der Revolution. Als sie nicht gestellt werden konnten, war Auer am anderen Tage der „revolutionäre republikanische Sozialdemokrat“ und „republikanische“ Minister.

Warum? Der Bayerische Volksparteiler Dr. Zahnbrecher stellte ihm das Zeugnis aus, stets der Stützpunkt der Gegenrevolution gewesen zu sein.

Aber umsonst tuns die Sozialdemokraten nicht. Der Barmatskandal steht nicht allein.

[199] 17.000 Mark wurden von einem Herrn Manassewitsch an Adolf Müller für die sozialdemokratische Parteikasse gezahlt.

Der bayerische Industrielle, Direktor Neubauer wollte 10.000 Mark zur Niederschlagung der Arbeiter beisteuern. Er wandte sich an die Polizei. Der war das Geld nicht sauber genug. Aber Erhard Auer dachte: „Geld stinkt nicht!“, nahm die 10.000 Mark und führte sie an die sozialdemokratische Parteikasse ab.

Wie Leinert, Hannover, wie die meisten sozialdemokratischen Führer, ist auch Erhard Auer von einer unglaublichen Fähigkeit, zu gleicher Zeit an mehreren Stellen – zu arbeiten – nein, Gehälter zu beziehen. Er brachte es fertig, gleichzeitig Parteisekretär, Reichstagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Aufsichtsrat, Beirat in der „Münchener Post“, Chefredakteur und Geschäftsführer zu sein.

Diese arbeiterbetrügende schmarotzende Rolle der SPD entlarvten der Ebert- und Auerprozeß, entlarvten der Barmat- und Kutiskerskandal.

Der Urbahns-Prozeß.

stellte dieser stinkenden Korruption der Sozialdemokratie als leuchtendes Gegenteil die Kraft, Klarheit und Integrität der Kommunistischen Partei gegenüber.

„Ich übernehme die volle politische Verantwortung für alles, was im Oktober 1923 die KPD in Hamburg und im Reich getan hat.“

Das war das erste Wort der Angeklagten im Prozeß gegen die Hamburger Kommunisten. Und das letzte Wort war:

„Wir stehen zum Oktoberaufstand mit allen seinen Konsequenzen.“

Drei wichtige Kennzeichen trug der Urbahnsprozeß:

1. Die Ohnmacht der Staatsmacht gegenüber der Kommunistischen Partei.

Als geheime Verschwörerorganisation sollte die Kommunistische Partei entlarvt werden. Das war der Auftrag, den das Hamburger Gericht von der herrschenden bürgerlichen Clique erhalten hatte. Alle Machtmittel des Staates wurden dazu aufgeboten. Mit ungeheuerlichen Mißhandlungen sollten aus allen verhafteten Hamburger Arbeitern belastende Aussagen gegen die KPD gepreßt werden. Das Ergebnis dieser modernen Inquisition war die Tötung zweier verhafteter Arbeiter, die lebenslängliche Verkrüppelung unzähliger und keinerlei politische Belastung der KPD. Spitzel wurden aufgeboten; aber sie erwiesen sich als unbrauchbar, so daß selbst der Staatsanwalt von ihnen abrücken und auf ihre Vernehmung verzichten mußte. Die Kommunistische Partei hatte sich nicht als Verschwörerorganisation, sondern als Führerin der Massen, als Vollstreckerin des Massenwillens zur Revolution erwiesen und **sich so stärker gezeigt als alle juristischen Waffen des Staates**, die an ihr abglitten.

2. Die Entlarvung der SPD als bürgerliche Partei,

das war das zweite Kennzeichen des Urbahnsprozesses. Entlarvt wurde die SPD, als ihr Führer John Ehrenteit vor Gericht erklären mußte, daß all sein Linkstum im Oktober 1923 nur taktisches Manöver gewesen ist, um die Massen von der Rebellion gegen die bürgerliche Herrschaft abzuhalten. Sie wurde weiter entlarvt, als die sozialdemokratische „Vereinigung Republik“ sich vor Gericht nicht nur als die Organisation zeigte, die im Oktober 1923 den Arbeitermord organisierte, sondern gleichzeitig die aufständischen Arbeiter bespitzelt und Spitzelaussagen gegen die gefangenen Arbeiter vorher systematisch besprochen hat.

Das wichtigste Kennzeichen des Hamburger Kommunistenprozesses war aber

3. die rücksichtslose Kritik der Fehler der Partei,

die hier vor aller Öffentlichkeit vollzogen wurde. Mit derselben Kraft, mit der die Angeklagten sich zum Hamburger Oktoberaufstand bekannten, zogen [200] sie die Lehren dieses Kampfes: die Abkehr von dem Brandlerschen Gedanken „im Rahmen des bürgerlichen Staates und zunächst mit den Mitteln des bürgerlichen Staates Arbeiterpolitik zu treiben.“ Sie räumten auf mit den Illusionen über die Möglichkeit, die bürgerliche Staatsmaschine für das Proletariat verwenden zu können, mit den Illusionen über den proletarischen Charakter der SPD oder auch ihres sogenannten „linken“ Flügels, räumten auf mit den Illusionen über die Möglichkeit der „friedlichen“ Machtergreifung des Proletariats, bekannten sich offen zum bewaffneten Aufstand, offen zur Diktatur des Proletariats.

Welch gewaltiger Fortschritt der Partei gegenüber 1921, wo der Führer der KPD, Brandler, noch vor Gericht erklären konnte, die Diktatur des Proletariats sei auf verfassungsmäßigem Wege möglich.

Diese Lehren des Urbahnsprozesses, aller politischen Prozesse, gilt es in die Hirne der deutschen Proletarier zu hämmern. Wenn man den Kommunisten und den Sozialdemokraten vergleicht, auch nur in ihrer Rolle in den politischen Prozessen der letzten Monate, dann gibt es nur eine Schlußfolgerung:

Die Kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei in Deutschland, sie wird siegen über das korrupte ohnmächtige bürgerlich-sozialdemokratische Gesindel.

*

Diskussion.

Eine Neuauflage der „Offensivtheorie“.

Von E. Varga.

In den letzten Jahren wurde mir sehr häufig die Ehre zu teil, in der „Internationale“ angegriffen zu werden. Ich habe die Angriffe im allgemeinen unbeantwortet gelassen. Nicht deshalb, als ob ich die Bedeutung der „Internationale“, des theoretischen Organs der KPD, irgendwie unterschätzen wollte: sondern deshalb, weil ich bei meiner Ueberhäufung mit Arbeiten der verschiedensten Art mir nicht den Luxus leisten kann, jedesmal Diskussionen zu führen, wenn es jemandem einfällt, mich zu kritisieren. Eine Diskussion hat nur einen Sinn, wenn entweder die Möglichkeit vorhanden ist, rein theoretische Fragen im Verlauf der Diskussion zu klären, unsere theoretische Erkenntnis durch die Diskussion zu festigen und zu erweitern; oder aber, wenn es sich um praktisch bedeutsame Fragen der proletarischen Revolution handelt!

Für die Klärung rein theoretischer Fragen schien mir keine der Kritiken als irgendwie geeignete Diskussionsbasis dienen zu können.^{*)} Die heftigen Kritiken der Genossen Fink, Boris usw. gegen meine Weltwirtschaftsarbeiten wurden auf Grundlage der Luxemburgischen Akkumulationstheorie geführt und erledigten sich von selbst. Heute gibt es keinen öffentlichen Verteidiger der Akkumulationstheorie in der deutschen kommunistischen Literatur. Weder die „alten“ Anhänger: Ludwig, Thalheimer, Lukács, noch die „Linksradiكالen“: Fink, Boris, Eva bekennen sich noch öffentlich zur Akkumulationstheorie. – Eine theoretische Diskussion mit Gen. Korsch kommt für mich nicht in Frage, da er mich (angeblich) für einen „Vulgärökonom“ hält. So hatte ich bisher keinen Grund, in den Spalten der „Internationale“ eine Diskussion zu führen.

Die Kritik des Gen. Erkner: „Die russische Ueberrumpelungstaktik“ und der „westeuropäische Varga“ behandelt aber ein wichtiges, vielleicht das wichtigste praktisch-politische Problem der Kommunistischen Parteien: die Frage der Eroberung der Macht. Daher ist es notwendig, darauf sofort zu erwidern.

*

Ich erlaube mir vor allem, den ganzen einleitenden Absatz aus meinen viel kritisierten „Allgemeinen Grundlagen der Agrarfrage“, auf welchen ich die Kritik des Gen. Erkner bezieht, im Wortlaut wiederzugeben. Es ist dies deshalb notwendig, weil ich befürchte, daß jene Leser der „Internationale“, die [201] meine Arbeit selbst nicht gelesen haben, bei den ungemein zahlreichen Zitaten und Anführungszeichen, die Gen. Erkner gebraucht, kein klares Bild darüber erhalten, was ich sage und was andere sagen. Es heißt bei mir:

„Wenn wir die Aufgabe der Eroberung der Macht nicht als ein in weiter Ferne liegendes Zukunftereignis, sondern als eine aktuelle, konkrete Aufgabe auffassen, so ist es unumgänglich notwendig, mindestens einen großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Revolution zu gewinnen, einen anderen großen Teil zu neutralisieren. In allen Ländern Europas, mit Ausnahme von England, bildet die landwirtschaftliche Bevölkerung einen sehr bedeutenden Teil der Gesamtbevölkerung und dürfte, ohne England, im Durchschnitt des übrigen Europa 50 Prozent erreichen. Die Idee, eine Machtergreifung versuchen zu wollen, ohne sich feste Stützpunkte in der ländlichen Bevölkerung geschaffen zu haben, ist ganz und gar utopisch. Eine „Ueberrumpelungstaktik“, wie sie zum Teil bei der Machtergreifung des Proletariats in Rußland und in Ungarn mit Erfolg angewendet wurde, kommt nicht mehr in Betracht. Die Bourgeoisie aller Länder sieht jetzt an dem Beispiel Rußlands, daß das Proletariat, einmal zur Macht gelangt, den Staatsapparat dauernd beherrscht und die Bourgeoisie endgültig expropriieren kann. Die Hoffnung, daß die an die Macht gelangte Arbeiterschaft in kürzester Zeit abwirtschaften und ihre Macht automatisch zusammenbrechen würde – die

^{*)} Eine Ausnahme bildet vielleicht die Kritik des Genossen Ludwig meinem Vorwort zu der russischen Ausgabe der „Klassischen Valutastabilisierungen“. („Internationale“, Jahrgang 1923, Nr. 11, 12, 13.) Aber auch seine Argumentation geht im wesentlichen theoretisch nicht über jene von Kautsky und Otto Bauer in der großen Diskussion über diese Frage in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1912/13 hinaus. Ich hatte während des 5. Kongresses der Komintern für ein russisches Sammelbuch, in welchem auch dieser Artikel von Gen. Ludwig erschien, eine Antwort geschrieben und eine Kopie dem Gen. Korsch zur beliebigen Verwendung zur Verfügung gestellt: meines Wissens ist aber auch diese Entgegnung in deutscher Sprache nicht erschienen.

den Widerstand der russischen und der ungarischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterschaft gehemmt hatte –, besteht heute nicht mehr. Die Bourgeoisie aller Länder wird sich mit allen ihren Kräften gegen die Machtergreifung des Proletariats von Anfang an wehren. Daher kann diese Machtergreifung nur erfolgen, wenn die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten steht. Und diese Mehrheit kann nur dann vorhanden sein, wenn ein bedeutender Teil der Landbevölkerung für die Revolution, mit den Kommunisten ist.“

Die ganze Kritik des Gen. Erkner richtet sich gegen diese 26 Zeilen, die vor allem dazu bestimmt sind, den Genossen die absolute Notwendigkeit einer kommunistischen Arbeit unter der Landbevölkerung, der Beschäftigung mit der Agrarfrage einzuschärfen. Die Kritik des Gen. Erkner richtet sich selbstverständlich nicht offen gegen diese Notwendigkeit selbst; aber der ganze Artikel ist im Wesen – trotz der vielen Lenin-Zitate und trotzdem Gen. Erkner nicht zur „Linken“ in der Partei gehört – im Geiste der nach der Märzaktion entstandenen und von Lenin so entschieden verworfenen „Offensivtheorie“ geschrieben. Deshalb ist es notwendig, dagegen Stellung zu nehmen. Seine Kritik richtet sich gegen meine Ansicht über die Möglichkeit der Anwendung einer „Ueberrumpelungstaktik“ (der Ausdruck ist von mir im Original selbst in Anführungszeichen gesetzt); gegen meine Auffassung, daß der Glaube der Bourgeoisie an ein rasches Zusammenbrechen des Arbeiterregimes ihren Widerstand vermindert; endlich gegen meine Ansicht, daß „die Machtergreifung nur erfolgen kann, wenn die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten steht“. Wir wollen die einzelnen Punkte seiner Kritik einzeln behandeln.

Gen. Erkner weist ganz richtig darauf hin, daß der Ausdruck „Ueberrumpelungstaktik“ zwei verschiedene Bedeutungen haben kann. Er schreibt: „Ueberrumpelungstaktik ... kann einen zweifachen Sinn haben: Sie kann als das Wesen der gesamten auf die Machtergreifung gerichteten politischen Taktik gedacht sein und heißt dann im historischen Gewande ‚Blanquismus‘, in der gewöhnlichen Sprache ‚Putschismus‘. Das wäre der eine Sinn ... Ueberrumpelungstaktik kann aber zweitens auch bedeuten die bloß technische Form des Aktes der Machtergreifung als einer räumlich beschränkten Phase einer ... politischen Aktion.“

Es ist aus dem Zanken Aufbau meiner Arbeit zweifellos, daß ich den ersten, politischen Sinn und nicht den zweiten Sinn, die technische Form der Machtergreifung unter dem Ausdruck „Ueberrumpelungstaktik“ verstehe! Die Anführung der vielen Lenin-Zitate für die Zweckmäßigkeit der Ueberrumpelung des Gegners beim Aufstand sind für die Leser sehr nützlich. Man kann die Schriften Lenins nicht oft genug zitieren, um so mehr, das so wenige davon ins Deutsche übersetzt sind. Aber als Polemik gegen mich verfehlen sie vollkommen das Ziel. Ich beschäftige mich nirgends, mit keinem Wort mit der technischen Seite der Vorbedingungen zur Machtergreifung, mit dem Aufstand als „Kunst“.

Gen Erkner setzt die politische „Ueberrumpelungstaktik“ einfach mit Putschismus gleich. Ich glaube, daß dies eine zu starre, zu undialektische Einstellung ist, eine Vernachlässigung der Politik zugunsten der Kunst des Aufstandes^{*)}. Wir wollen uns daher eingehender hiermit beschäftigen! Es können im allgemeinen die Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes um die Macht vorhanden sein, aber es wurde nicht der richtige Moment zum Aufstand gewählt, es wurde zu früh oder zu spät losgeschlagen. Wird dadurch der Aufstand zu einem Putsch? Ist jeder nicht gelungene Aufstand ein Putsch? War die bayerische Räterevolution, war die ungarische Räterevolution, die zu einer 4½ Monate währenden proletarischen Diktatur führte; war die Märzaktion oder waren die Ereignisse im Herbst 1923 [202] blanquistische Putsche oder Revolutionen? Die drei Bedingungen, durch welche Lenin die Auffassung des Blanquismus von der des Marxismus in der Frage des Aufstandes scheidet, sind absolut richtig. Aber sind allgemein-strategischer Art! Nur eine konkret Analyse der geschichtlich gegebenen Lage kann darüber entscheiden, ob der Versuch eines Aufstandes ein unrichtiges politisches Ueberrumpelungsmanöver oder ein politisch richtiges,

^{*)} So unentbehrlich die „Behandlung des Aufstandes als Kunst“, wie Lenin es sagt, zum Erfolg ist, so **verhängnisvoll ist es, wenn dabei die politische Vorbereitung des Aufstandes vernachlässigt wird!** Zeit und Umstände erlauben es mir nicht, die Lehren der Herbstmonate des Jahres 1923 zu ziehen. Aber sie würden eine Fundgrube zur Beurteilung dieser Frage bilden – unter anderen Umständen!!!

wenn auch mißglücktes Beginnen, war. Wenn ich also meinen Gedanken näher entwickeln soll, so würde ich sagen:

Unter den gegenwärtigen Umständen würde ich im allgemeinen^{*)} jeden Versuch der Machtergreifung des Proletariats außerhalb Englands für ein unrichtiges politisches Ueberrumpelungsmanöver – also in der Ausdruckweise Gen. Erkners für einen Putschversuch – halten, wenn wir nicht nur feste Stützpunkte in der städtischen Bevölkerung besitzen, sondern nicht auch ein bedeutender Teil der Landbevölkerung für die Revolution, mit den Kommunisten ist, ein anderer Teil aber dem Vorhaben der Kommunisten mit wohlwollender Neutralität zusieht! In diesem Falle ergibt sich aber mein vom Gen. Erkner beanstandeter Satz: „Die Machtergreifung kann nur erfolgen, wenn die Mehrheit des Volkes hinter den Kommunisten steht“.

Die Ausführungen des Gen. Erkner leiden an dem Fehler (für den er natürlich nicht verantwortlich ist): daß er noch keine Revolution mitgemacht hat und daher die Frage der Machtergreifung abstrakt, starr undialektisch sieht.

In dem Verhältnis des „Volkes“ zu der KP im Verlaufe einer Revolution lassen sich drei dialektisch ineinander überschlagende Phasen unterscheiden:

1. An die Eroberung der Macht kann man schreiten, wenn sich die bürgerliche Gesellschaft in dem gegebenen Lande in einer tiefgehenden ökonomischen und politischen Krise befindet; einer Krise, die außer dem Proletariat weite Schichten der Bauernschaft und des Kleinbürgertums trifft; einer Krise, aus welcher die Bourgeoisie keinen den breiten Volksmassen annehmbaren Ausweg zu zeigen imstande ist. In diesem historischen Moment muß die Kommunistische Partei imstande sein, solche Parolen auszugeben, die den breiten Massen einen Ausweg aus der Krise zeigen, sie auf dem revolutionärem Weg mitzureißen oder wenigstens zu einer wohlwollenden Neutralität im Kampfe zwischen dem von der KP geführten revolutionären Proletariat und den Kräften der Bourgeoisie zu bewegen. Im Moment des entscheidenden Kampfes um die Macht muß auf diese Weise die KP tatsächlich die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Und tatsächlich hat sowohl die KP Rußlands als [auch] die KP Ungarns **im Moment** der Machtergreifung die Mehrheit des Volkes hinter sich gehabt! Es handelt sich also keinesfalls darum, daß die KP **vor** der Machtergreifung, in einer Zeit der relativen Stabilität des bürgerlichen Regimes irgendwie die „statistische“ Mehrheit des Volkes zu erobern hätte; etwa bei Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten müßte, um einen Kampf um die Macht aufzunehmen. Dies ist natürlich Unsinn! Was ich sage, ist: daß im Moment des entscheidenden Kampfes – wobei Moment im historischen Sinn einige Wochen bedeutet – die Mehrheit der Bevölkerung politisch – nicht im Sinne der aktiven Teilnahme am Aufstand, Gen, Erkner! – hinter der Kommunistischen Partei sein muß! Ist das nicht der Fall: unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung im Moment des entscheidenden Kampfes politisch aktiv die Gewaltorganisationen der Bourgeoisie, die bei Beginn des Kampfes im allgemeinen besser organisiert und stärker bewaffnet sind als die angreifende Vorhut des Proletariats, so haben wir keine Aussicht auf einen Sieg ...

2. Nachdem die Macht erobert, der proletarische Gewaltapparat errichtet ist, verliert die KP zeitweilig unausweichlich ihre im Moment des Entscheidungskampfes vorhandene Mehrheit des Volkes! Es kommt der Bürgerkrieg; Abwehrkriege gegen die benachbarten bürgerlichen Staaten, Getreiderequirierung, Streckung der industriellen Produktion, Hunger in den Städten: Enttäuschte Hoffnungen, die nicht nur das Kleinbürgertum, sondern auch Teile des Bauerntums^{**)}, ja des industriellen Proletariats selbst in gewissen schweren Momenten in das Lager der Unzufriedenen treiben. Es gibt im Beginn jeder Diktatur Momente, wo fast nur die KP die Diktatur hält!

^{*)} Es können natürlich außerordentliche Umstände, besondere außenpolitische Verhältnisse vorliegen, die die Beurteilung modifizieren.

^{**)} Der Widerstand der sibirischen Bauern wurde eine Zeitlang mit der Parole geführt: „Hoch die Bolschewiki, nieder mit den Kommunisten“. Die Bolschewiki hatten die Agrarrevolution zugunsten der Bauern geführt, die Kommunisten – mittlerweile erfolgte die Aenderung des Namens der Partei – requirierten das Getreide.

Es kommt die dritte Phase: der Krieg ist beendet, die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern sich, die Arbeiterklasse folgt nicht nur geschlossen der kommunistischen Vorhut, sondern strömt massenhaft in die Kommunistische Partei selbst. Das Klassenbündnis mit dem Bauerntum wird auf stabiler wirtschaftlicher Grundlage erneuert; die Intelligenz und das Kleinbürgertum versöhnen sich zum Teil mit der Tatsache der proletarischen Diktatur: die Kommunistische Partei hat wiederum die Mehrheit des Volkes hinter sich!

Es ist daher keinesfalls so, wie es sich Gen. Erkner – Lenins Worte mißverstehend – vorstellt, daß eine revolutionäre Minderheit die Macht erobert und [203] als Minderheit regiert; noch so, wie er es mir unterschiebt, daß zuerst vor dem Kampfe um die Macht die KP die Mehrheit im Volke eben muß, sondern eine dialektische Kette: Minderheit vor dem Entscheidungskampf; Mehrheit im Kampfe um die Macht: Minderheit zeitweilig, nachdem die Macht erobert ist: feste Mehrheit, nachdem sich die proletarische Macht gefestigt hat!

Gen. Erkner kennt diesen Charakter der proletarischen Revolution aus eigener Erfahrung nicht und hat daher die Worte Lenins, die er zitiert nicht richtig verstanden. Wenn Lenin sagt, daß „das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung bildet (oder wenn die vorgeschrittene und wahrhaft revolutionäre Vorhut des Proletariats eine Minderheit der Bevölkerung darstellt), imstande ist, sowohl die Bourgeoisie zu stürzen, als auch hinterher zahlreiche Verbündete aus der Masse von Halbproletariern und Kleinbürgern zu werben, sich nie und nimmer im voraus für die Herrschaft aussprechen ...“ so bedeutet das: Man braucht nicht mit dem Kampfe um die Macht zu warten, bis man friedlich die Mehrheit des Volkes gewonnen hat, da dies niemals der Fall sein wird; daß aber nach der Eroberung der Macht (Phase 4) sich viele anschließen, die sich nicht im voraus (Phase 1) für die Diktatur aussprechen.

Aber für den Kampf selbst hat Lenin stets die Mehrheit gefordert: und die politische Vorbereitung des Kampfes um die Macht besteht eben darin, **Ziele aufzustellen, Parolen herauszugeben, die jene Elemente, die nie und nimmer im voraus für die Herrschaft des Proletariats wären, in den Kampf gegen die Bourgeoisie und für die Diktatur des Proletariats mithinreißen.**

Ich könnte zahlreiche Zitate bringen dafür, für wie notwendig Lenin die Eroberung der Mehrheit für den Kampf hielt. Ich will nur einiges aus einer, auch vom Genossen Erkner zitierten, deutsch erschienenen Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ aufnehmen, die in den letzten Septembertagen 1917 geschrieben wurde. Es heißt dort (Seite 19):

„Sowohl in der Frage der Koalition mit der Bourgeoisie, als auch in der Forderung der sofortigen Uebergabe des grundherrlichen Bodens an die Bauernkomitees, besitzen die Bolschewiki schon jetzt die Mehrheit in den Räten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, die Mehrheit des Volkes, die Mehrheit des Kleinbürgertums.“ (Die Worte „Mehrheit“ und „die Mehrheit des Volkes“ auch im Original gesperrt!)

Etwas später heißt es (Seite 21):

„Gerade jetzt, nach den traurigen Erfahrungen der ‚Koalition‘ hat das Proletariat die Sympathie der Mehrheit des Volkes auf seiner Seite. Diese wichtige Bedingung für die Behauptung der Macht durch die Bolschewisten ist daher unbestreitbar vorhanden.“ (Sperrungen wie im Original.)

Endlich Seite 61:

„Wenn es einer revolutionären Partei unter der Avantgarde der revolutionären Klassen und unter der Landbevölkerung an einer Mehrheit fehlt, so kann von einem Aufstand keine Rede sein (!!)

(Die Mehrheit unter der Landbevölkerung bedeutet aber für Rußland nicht mehr und nicht weniger als die Mehrheit in dem ganzen Volke!)

In seiner Rede gegen die Vertreter der „Offensivtheorie“ sagte er u. a. (Protokoll des III. Kongresses Seite 517):

„Eine ganz kleine Partei kann genügen, um die Masse zu führen. In gewissen Momenten braucht man keine großen Organisationen. Um zu siegen, braucht man die Sympathie der Massen. Man braucht nicht immer

die absolute Mehrheit, **allein um zu siegen und die Macht zu behalten, braucht man nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse** – ich gebrauche das Wort Arbeiterklasse im westeuropäischen Sinne, das heißt des Industrieproletariats – **sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und arbeitenden Landbevölkerung**“ (Hervorhebungen von mir.)

Die Mehrheit der Arbeiterklasse plus die Mehrheit der arbeitenden Landbevölkerung ergibt aber wiederum die Mehrheit des Volkes.

Gen. Erkner beruft sich also ganz zu Unrecht auf Lenin, wenn er gegen die Gewinnung der Mehrheit des Volkes in der Phase des Aufstandes Sturm läuft. Seine Ansichten decken sich im wesentlichen mit der berüchtigten „Offensivtheorie“ (niedergelegt in dem mit beschränkter Öffentlichkeit nach der Märzaktion erschienenen Sammelbuch), die Lenin auf dem III. Kongreß und auf der vorhergehenden Exekutive-Sitzung so unbarmherzig zerpfückt hatte ...

In den zwei Fällen, wo es zur Einrichtung einer proletarischen Diktatur kam, in der russischen und in der ungarischen Revolution, hat die Kommunistische Partei, so klein sie auch im Vergleich zum ganzen Volke war, tatsächlich im Entscheidungskampf die Mehrheit des Volkes hinter sich gehabt. Für Rußland wird das in der allerjüngsten Zeit noch von Gen. Sinowjew bestätigt. In seinem Artikel: „Proletariat und Bauernschaft“ („Inprekorr“ 5. Jahrgang, Nr. 19) heißt es:

„Kraft eines günstigen Zusammentreffens erwies uns die Bauernschaft, besonders ihr bewaffneter Teil – die durch den imperialistischen Krieg erschöpfte Armee – im Jahre 1917 eine hinreichend kräftige Unterstützung. [204] Unmittelbar vor dem Oktober 1917 unterstützte uns die Bauernschaft **in ihrer ganzen Masse**. Die Losung ‚Nieder mit dem Krieg‘ verschmolz mit der Losung: ‚Der Boden den Bauern‘.“ (Gespart wie im Original.).

Die politische Kunst der Bolschewiki bestand eben darin, solche Parolen herauszugeben, die die Bauernschaft bewegten, mit dem Proletariat zusammen zu kämpfen, bei der Errichtung der Diktatur mitzuhelfen, d. h. die Bolschewiki hatten tatsächlich die Mehrheit des Volkes hinter sich! Aber diese Unterstützung war nur eine vorübergehende und verträgt sich im dynamischen Prozeß vollkommen mit der Feststellung Sinowjews, daß „Das Proletariat entschieden und fest, ernsthaft und auf lange Zeit zu unterstützen, ist die Hauptmasse der Bauernschaft (nach Lenin) eben erst nach Eroberung der politischen Macht durch dieses fähig.“ Das Gewicht liegt in diesem Satze auf den von uns hervorgehobenen Worten: „entschieden und fest, ernsthaft und auf lange Zeit“; aber die vorübergehende Unterstützung der Mehrheit muß die KP im Kampf um die Macht haben.

Einige Worte über Ungarn; die Situation der ungarischen Bourgeoisie und der ungarischen Bauern war infolge des täglich steigenden Druckes der Entente so ausweglos, daß sie sich fast kampfflos der Führung der KPU unterordneten, die die Parole eines Bündnisses mit Sowjetrußland gegen die Entente ausgegeben hatte! Bei der Uebernahme der Macht hatte die KPU – so jung und klein sie auch war – die Mehrheit des ganzen Volkes hinter sich.

Wir haben nur noch die Frage zu erörtern, ob die russische und die ungarische Bourgeoisie durch das Vorgehen der Kommunistischen Partei auch politisch überrumpelt worden ist. Diese Möglichkeit ist vom der taktisch-militärischem Ueberrumpelung im Aufstande, selbst scharf zu unterscheiden.

Was ich behaupte, ist folgendes: Sowohl die russische als die ungarische Bourgeoisie waren absolut davon überzeugt, daß es ein anderes als das kapitalistische Regime auf die Dauer nicht geben könne. Sie betrachten die Möglichkeit der Diktatur des Proletariats höchstens als eine vorübergehende politische Episode, die nur von kurzer Dauer sein kann, da die Arbeiterschaft keinesfalls imstande sein würde, dauernd das Land zu regieren, wobei noch zu bemerken ist, daß zumindest die ungarische Bourgeoisie, die ich Gelegenheit hatte, unmittelbar zu beobachten, absolut keinen klaren Begriff davon hatte, was die Diktatur des Proletariats eigentlich bedeutet. Um bloß ein konkretes Beispiel zu nehmen: Mehrere ungarische Bankdirektoren waren mit der Verfügung der Beschlagnahme aller Bankguthaben und Safes ganz und gar einverstanden, als mit einer momentanen Maßnahme,

wobei sie es für ganz selbstverständlich hielten, daß der Staat später den Besitzern alles ersetzen wird. So wenig hatten sie eine Idee davon, was die Diktatur des Proletariats bedeutet.

Dem Gedanken, daß die Bolschewiki die Staatsmacht, selbst wenn sie dieselbe erobern, nicht werden behalten können, gelten die polemischen Ausführungen Lenins in seiner Broschüre: „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ die auch Gen. Erkner zitiert. Selbstverständlich mußte Lenin diesen in den bürgerlichen und menschwistischen Organen verkündeten Gedanken als einen Versuch, die Bolschewiki einzuschüchtern, zurückweisen. Es galt damals (die Broschüre wurde Ende September 1917 veröffentlicht), die ganze Partei für den Endkampf zu mobilisieren, alle Bedenken, die innerhalb der Partei gegen den bis dahin unerhörten Versuch, die Staatsmacht zu stürzen und die ganze Macht zu erobern, aus dem Wege zu räumen.

Dies bedeutet aber keinesfalls, daß die öffentlich verkündete Behauptung der Bourgeoisie, die Bolschewiki würden die Staatsmacht, selbst wenn sie sie erobern könnten, nicht dauernd behaupten, den Widerstand der Bourgeoisie nicht gehemmt hätte. Eine solche Parole wirkt nicht nur auf den Gegner, sondern auch im eigenen Lager. Ebenso wie im Lager des Proletariats gibt es auch im Lager der Bourgeoisie minder aktive, schwankende Elemente. Der Widerstand dieser Elemente wurde natürlich durch den Glauben und die Verkündigung desselben, daß ja die Bolschewiki die Macht ohnehin nicht werden dauernd behalten können, geschwächt. Dies zu leugnen, hieße die Tatsachen leugnen. Tatsächlich wurde sowohl die russische als die ungarische Bourgeoisie nicht nur taktisch-militärisch, sondern auch politisch insofern überrumpelt, als sie mit den Konsequenzen einer Machtergreifung der Kommunistischen Partei, einer Errichtung der proletarischen Diktatur nicht im reinen waren und nicht an den dauernden Verlust der Macht glaubten.

Diese Möglichkeit der politischen Ueberrumpelung besteht meines Erachtens heute nicht mehr, da die Bourgeoisie der ganzen Welt aus dem nunmehr seit 8 Jahren währenden Bestehen der russischen proletarischen Diktatur klar sieht, was die Machtergreifung durch das Proletariat für die Bourgeoisie bedeutet. Ich möchte noch zum Schlusse erwähnen, daß ich denselben Gedanken in meinem Referat auf dem IV. Weltkongreß der KI ausgedrückt habe, ohne auf irgendeinen Widerspruch zu stoßen. Ich sagte damals:

„Sie müssen doch sehen, Genossen; auch die Bourgeoisie hat aus der russischen Revolution viel gelernt, nicht nur wir. Die Bourgeoisie, die zur Zeit der Machtergreifung durch die Bolschewiki der Ueberzeugung war, daß eine proletarische Diktatur nur eine vorübergehende Erscheinung sein kann, sieht heute an dem Beispiel der russischen Diktatur die reale Größe der ihr drohenden Gefahr und ist in der ganzen Welt auf ihrer Hut. Von einer Ueberrumpelung der Bourgeoisie durch eine kleine revolutionäre Gruppe kann nunmehr nicht die Rede sein.“

[205] Wie gesagt, haben diese Ausführungen auf dem Kongreß keinerlei Opposition erweckt und auch literarisch wurde bisher meines Wissens nirgends dagegen Stellung genommen.

Vergleicht man die Intensität des Widerstandes der deutschen Bourgeoisie bei der Märzaktion und im Herbst 1923 mit dem passiven Sichgehenlassen der ungarischen Bourgeoisie im Frühjahr 1919, so sieht man klar, wie das langjährige Bestehen der proletarischen Diktatur in Rußland, die Vernichtung der Großgrundbesitzer-Klasse und die Expropriation der alten Bourgeoisie auf die herrschende Klasse in Europa gewirkt hat. Selbstverständlich müssen die verschiedenen historischen Umstände mit in Betracht gezogen werden. Aber ich glaube ruhig behaupten zu können, daß die Kenntnis der ihr drohenden endgültigen Vernichtung – alle anderen Umstände gleichgesetzt – den Widerstand der herrschenden Klasse viel stärker macht, als es in Rußland und Ungarn der Fall war.

*

Zusammenfassend würde ich also sagen: Die militärisch-technischen Ausführungen des Gen. Erkner sind vollständig richtig. Politisch aber ist sein Artikel in seiner Tendenz zur Verwerfung der Notwendigkeit der Eroberung der Mehrheit für und in der Periode der akuten Kämpfe um die Macht, eine neue Auflage der Offensivtheorie, die auf dem III. Kongreß der Komintern unter der Führung Lenins als unrichtig erkannt und verworfen wurde. Es hat immer Genossen gegeben, die

die Entscheidung des III. Kongresses der Komintern für unrichtig und opportunistisch gehalten haben. Ich glaube aber nicht, daß diese Ansicht, die sich in den Ausführungen des Gen. Erkner unklar widerspiegelt, irgendwie die Ansicht der gegenwärtigen Leitung der KPD ist. Wäre dies der Fall, so bestände die Notwendigkeit diese Frage auf der Sitzung des EK oder auf dem nächsten Weltkongreß wieder zur Diskussion zu stellen.

Schlußbemerkung der Redaktion.

Wir halten damit die Diskussion über den Satz Vargas für abgeschlossen. Wenn es uns auch nicht unbedingt nötig schien, eine Entgleisung aus einem Buche des Genossen Varga, das ganz andere Fragen behandelt, so ausführlich zu kritisieren, so müssen wir doch feststellen, daß Genosse Erkner im Wesen der Sache recht hatte. Varga stellt in seiner Entgegnung selbst fest, daß er den Begriff „Ueberrumpelungstaktik“ im politischen (also als „Blanquismus“, Putschismus), nicht im technischen Sinne verstand. Hier wollte V. einen Unterschied zwischen der russischen und der westeuropäischen Revolution konstruieren. Das hieße aber die Taktik der Bolschewiki Blanquismus nennen. Varga stellt andererseits selbst in seiner Entgegnung fest, daß auch in Rußland die Bolschewiki, als sie die Revolution durchführten, eine aktive Mehrheit an den entscheidenden Punkten und die Sympathie der Mehrheit des gesamten Volkes hinter sich hatten. Was soll also in Westeuropa anderes notwendig sein??

Zu den Bemerkungen des Genossen V. über die „Offensivtheorie“, die E. vertrete, obwohl er doch kein „Linker“ sei, und über die sich eventuell ergebende Notwendigkeit, mit der gegenwärtigen Leitung der KPD über die Entscheidungen des III. Kongresses der Komintern zu diskutieren, ist zu sagen. Die „Offensivtheorie“ war kein Produkt der „Linken“, sondern eine Krankheit der ganzen Partei, die Linke hat sich nur dagegen gewehrt, daß diese von Thalheimer bis zur Absurdität getriebene Theorie nachher von Thalheimer und seinen Freunden durch einen liquidatorischen Antiputschismus ersetzt wurde. Die Fehler des III. Weltkongresses bestanden einmal in der Unklarheit der Anschauungen über Lage und Perspektive, die damals von dem Genossen Trotzki entwickelt wurden, und in der falschen Einschätzung der opportunistischen Element in der KPD. Den zweiten Fehler hat Genosse Lenin noch selbst festgestellt, auch die Klärung des ersten Fehlers scheint uns notwendig. Darüber wird noch gründlich gesprochen werden müssen.

*

Literatur.

A. Maslow: „Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917“.

Beiträge zum Studium des Leninismus, insbesondere
des Bandes XIV der Werke Lenins.

Es ist kennzeichnend für die deutsche Partei, daß sie all die Jahre seit der offiziellen Gründung des Spartakusbundes hindurch keine Zeit zur theoretischen Klärung und Sammlung gefunden hat. In der Zeit seit 1919 ist sein Werk erschienen, das die allgemeinen Voraussetzungen der Revolution behandelt und der Partei die theoretischen Grundlagen des Leninismus vermittelt. Trotz Kursen und Parteischulen (oder gerade ihretwegen?) haben wir nie eine gründliche Ueberprüfung unserer theoretischen Grundlagen vorgenommen. Das hat sich in der Praxis der Partei bitter gerächt. Mit der Herausgabe von Maslows Buch beginnt die Partei endlich, diesen Mangel zu beheben.

Der erste Band liegt der Oeffentlichkeit noch nicht vollständig vor, obwohl das Manuskript bereits am 25. Dezember vom Verfechter fertiggestellt worden ist. Die Rücksicht auf die Arbeiterleser, die ein teures Buch nicht kaufen können, veranlaßte den Verlag, den Band in Lieferungen erscheinen zu lassen die rasch aufeinander folgen werden.

[206] Der erste Band umfaßt einschließlich eines nachträglich geschriebenen Vorworts etwa 300 Druckseiten. In den beiden Hauptteilen werden erstens die Perspektiven der russischen Revolution und zweitens die Aprilthesen Lenins in insgesamt fünfzehn Kapiteln behandelt.

Genosse Maslow hat sein Buch den Organisationen der KPD Berlin-Brandenburg und Chemnitz-Erzgebirge gewidmet. Er schreibt dazu in seinem nachträglichen Vorwort:

„Dieses Buch widme ich den Parteiorganisationen von Berlin-Brandenburg und Chemnitz-Erzgebirge. Eine solche Widmung wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen: denn die KPD war systematisch in einander feindliche Organisationen gespalten worden: das waren die ‚Organisationsmethoden‘ der Brandler, die 1924 sich für ‚alte Leninisten‘ erklären.

Heute ist die KPD einheitlich und geschlossen, und die Chemnitzer Organisation, die letzte, die noch auf dem Frankfurter Parteitag Mißtrauen gegen die neue Linie der Partei hatte, steht heute in der gleichen einheitlichen Front wie die älteste linke Organisation die Berlin.“

Diese Widmung ist kein Höflichkeitsakt gegenüber diesen bis zum Frankfurter Parteitag einander feindlichen Organisationen, sie gibt vielmehr Zweck und Sinn des Buches wieder. Es handelt sich bei der russischen Revolution nicht um eine russische Angelegenheit, sondern um die internationale, also auch die deutsche Bewegung. Der Leninismus ist nicht eine spezielle Erscheinung des russischen Bolschewismus, sondern sein Erfassen ist die Grundlage für eine einheitliche revolutionäre Praxis jeder Kommunistischen Partei. Die deutsche Parteiorganisation, die aus verschiedenen Wurzeln zusammengewachsen ist, soll durch die Vermittlung der Grundlagen des Leninismus (natürlich nicht nur dadurch!) zu einer völlig einheitlichen Theorie gelangen und die Möglichkeit völlig einheitlicher Praxis gewinnen. – Berlin-Brandenburg und Chemnitz-Erzgebirge in der gleichen einheitlichen Front!

Maslows Buch bringt nicht einfach eine Auseinandersetzung mit dem russischen Trotzismus, es ist nicht eine „Streitschrift“ gegen Trotzki, wie nach einer mißglückten Verlagsankündigung und nach ersten Pressebesprechungen geglaubt werden konnte, sondern es zergliedert die Voraussetzungen und den Gang der russischen Revolution (natürlich) nebenbei mit scharfer Kennzeichnung der falschen Stellung Trotzkis) und zeigt an der Hand des russischen Beispiels die Notwendigkeit, die leninistische Theorie und Praxis in Deutschland durchzuführen.

Wir sollen also Maslows Buch weder als ein rein historisches Werk über die russische Revolution, noch allein als eine Polemik gegen trotzkistische Abweichungen auffassen, sondern vielmehr als eine Anleitung zum Studium der internationalen revolutionären Bewegung, insbesondere zur Klärung der wichtigsten theoretischen Probleme. In dieser Beziehung scheint der Titel für den fernstehenden Leser zu wenig versprechend und zu „bescheiden“ zu sein. Aber er ist richtig: wir sollen die russische Revolution nicht nur als ein Faktum hinnehmen, sie muß zugleich unsere Lehrmeisterin sein.

Genosse Maslow behandelt in seinem ersten Band die wichtigsten Probleme: Lenins Theorie des Imperialismus, seine Staatstheorie, und die Perspektive der russischen Revolution. Auf dieser Grundlage entwickelt er dann im zweiten Teil die Taktik, die Lenin in seinen Thesen vom 20. April vorgeschlagen und die von den Bolschewiki im weiteren Verlaufe der russischen Revolution durchgeführt wurde. Er faßt die Ergebnisse des ersten Bandes zusammen in Lenins Plattform: „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution.“ (Diese Plattform ist übrigens auch in dem Sammelband „Ausgewählte Werke Lenins“ Verlag für Literatur und Politik. Wien, S. 378 ff. enthalten. Maslows Buch konnte sich aber aus seinem ganzen Charakter heraus mit einem Verweisen auf den Abdruck in dem Sammelband nicht begnügen.)

Das wichtigste an Maslows Arbeit ist neben der Uebermittlung der Ergebnisse des Leninismus die Arbeitsmethode, die er anwendet (und die anzuwenden wir lernen sollten!). Maslow gibt sehr viel ausführliche Zitate und auch ganze Artikel und große Aufsätze Lenins wieder. Er bringt dem Leser aber Artikel richtig zu lesen, d. h. sie „deutsch“ zu verstehen, sie anzuwenden auf die deutsche Politik und auf die verschiedenen Situationen im Verlaufe der deutschen revolutionären Bewegung. Gegenüber von Versuchen, den Spartakusbund den Bolschewiki gleichzustellen und die großen Gegensätze (Brandler und Thalheimer als „alte Leninisten“!), die bestanden haben, zu veruschen, hier zum ersten Male ein grundsätzlicher Versuch gemacht, die Fehler des Spartakusbun-

des – und auch der KPD nach der Vereinigung – aus ihren falschen theoretischen Grundlagen zu erklären und damit zugleich der künftigen Politik der Partei die klare Theorie Lenins zugrunde zu legen. Genosse Maslow verlangt mit Recht, daß als Teil der vom 5. Weltkongreß geforderten Bolschewisierung das Studium der Geschichte der einzelnen Parteien durchgeführt wird. Gerade aus diesem Grunde macht er seine „Abschweifungen“ in die Geschichte des Spartakusbundes. Mit eben demselben Recht wendet er sich dagegen, daß darin eine „Verunglimpfung“ des Spartakusbundes gesehen werde. Es ist notwendig, das mit aller Schärfe zu betonen sowohl den Genossen der Partei, als auch den Leuten gegenüber, die Mitarbeiter Rosa Luxemburgs und Führer des Spartakusbundes waren und sich, wie Paul Levi, zur Partei der Mörder Rosa Luxemburgs „heimgefunden“ haben. Ueber die Renegaten ist kein Wort zu verlieren, aber gegenüber den Genossen in der Partei ist es notwendig, die Pflicht der theoretischen Klärung zu betonen. Es ist weder ein müßiges Spiel, noch eine Verkleinerung der Verdienste des Spartakusbundes, wenn wir jetzt seine unrichtigen theoretischen Anschauungen richtigstellen. Es wäre praktisch eine Verkleinerung der Verdienste des Spartakusbundes, wenn wir an den [207] Fehlern festhalten wollten, die nicht damals – während des Krieges –, sondern erst später zu verhängnisvollen Auswirkungen führten. Die Größe des Spartakusbundes und sein historisches Verdienst liegen in den revolutionären Taten, die trotz der theoretischen Fehler dem deutschen und dem internationalen Proletariat einen ungeheuren Nutzen gebracht haben. Es ist Gemeingut der gesamten Partei, was Maslow in seinem Vorwort sagt:

„Wir wollen und wir werden alles an Tradition pflegen, was wir vom Spartakusbund für die Geschichte geerbt haben. Wir werden den stürmischen, trotzigsten Geist Liebknechts, den klaren Verstand und die tiefe Hingebung Rosa Luxemburgs, die eiserne Energie und die hartnäckige Zähigkeit Leo Jogiches', das tiefe Wissen und die gründliche Marxistische Bildung Franz Mehrings nicht nur für uns beanspruchen und preisen; wir werden [ver]suchen, diese Traditionen zu pflegen und zu entwickeln. Jeder Genosse, der Mitglied des Spartakusbundes war, hat das volle Recht, stolz darauf zu sein: denn ohne den Spartakusbund hätte die deutsche Arbeiterklasse nur die Eberts, Noskes und Crispiene als Repräsentanten ihrer ewigen Schande behalten. Der Spartakusbund hat nicht nur die revolutionäre Ehre des deutschen Proletariats gerettet, er, der kleine, der ‚sektiererische‘ Spartakusbund hat mit all seinen Mängeln, die Kommunistische Partei Deutschlands geschaffen und damit in einem hohen Grade die Kommunistische Internationale, d. h. die Internationale der revolutionären Arbeiter, schaffen helfen. Wahrlich, gemessen an diesen Verdiensten werden die Fehler verschwinden. Noch in hundert Jahren werden die Augen eines jeden ehrlichen Arbeiters vor Stolz glänzen, wenn er die Namen Spartakus, Liebknecht, Luxemburg hören wird. Und sie sind unser, nur unser. Nichts haben sie zu schaffen mit ihren Mördern, und nichts mit denen, die zu ihren Mördern heimgefunden.“

Und eben deshalb dürfen und sollen wir, die wir die Partei Rosas und Karls sind, in aller Nüchternheit und aller Sachlichkeit und Schärfe die theoretischen Anschauungen prüfen und die theoretischen Fehler feststellen und korrigieren, die sie gemacht. Die sie gemacht, weil sie unter den besonderen Bedingungen, unter denen die deutsche Arbeiterbewegung wuchs, sich täuschen ließen von dem, was ‚das Besondere‘ nur zu sein schien.“

Die deutsche Partei, die auf dem Frankfurter Parteitag gründliche Abrechnung mit allen Fehlern der Vergangenheit gehalten hat, kann sich mit dieser Abrechnung nicht begnügen. Sie muß an die systematische Erarbeitung der revolutionären Theorie und an die planmäßige Organisation der revolutionären Praxis im Sinne Lenins herangehen.

Im folgenden seien einzelne besonders wichtige Auseinandersetzungen in Maslows Buch hervorgehoben.

Bei der Behandlung der Theorie Lenins über den Imperialismus macht Genosse M. in bezug auf die KPD zunächst nur die Feststellung, daß die Auffassung Lenins mit der Rosa Luxemburgs nicht veröhnt werden kann. Es wird gerade für die deutsche Partei notwendig sein, auf diese grundlegende Frage ausführlich einzugehen (der leninistisch-marxistische Zirkel hat diese Arbeit für die nächste Zeit vorgesehen). Für unsere These, „Die KPD, die einzige Arbeiterpartei“, ist die Untersuchung Lenins über „Imperialismus und Opportunismus besonders wichtig (S. 10 ff.). Eingehend beschäftigt sich Genosse M. mit den Fehlern und Abweichungen der KPD, die aus dem Mangel einer Theorie des Imperialismus zu erklären sind. Lenin selbst hat in seiner Besprechung der Juniusbroschüre (in Maslows Buch abgedruckt) auf die unheilvolle Verkennung der nationalen Frage durch Rosa

Luxemburg hingewiesen. Maslow verweist (auf S. 35) neben anderen Belegen auch auf ein Zitat aus den Spartakusbriefen Januar 1918, wo die falsche Auffassung der nationalen Frage besonders hervortritt: die bolschewistische Forderung des Selbstbestimmungsrechtes wird dort „eine hohle Phrase“ genannt, „die in der Praxis stets die Volksmasse den herrschenden Klassen ausliefert“. Diese Kritik aber ist selbst nur eine mehr als hohle Phrase. Lenin hat bewiesen, daß die Kämpfe um das Selbstbestimmungsrecht (der Kolonial- und Halbkolonialvölker) „den Imperialismus untergraben, zermürben, sprengen, und zwar nicht nur als politisches System (einzelner Weltreiche), sondern auch ökonomisch und sozial, indem sie ihm die Extraprofiten zur Bestechung der Arbeiterklasse im Mutterlande nehmen“! (Maslow S. 36.)

Mit vollem Recht mißt Genosse M. besondere Bedeutung der Leninschen Staatstheorie bei (Kapitel 4 bis 6). In der gegenwärtigen Wahlbewegung wird die Frage des Staates von der Partei in breiter Öffentlichkeit aufgeworfen, wo wir gegenüber allen geschwätzigen Versprechen der schwarzweißbroten und schwarzrotgoldenen am Kandidaten die Notwendigkeit nachweisen, „daß die Arbeiterklasse die ‚fertige Staatsmaschine‘ zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht auf ihre Ergreifung beschränken darf“. Darin ist „die kurz angeführte Hauptlehre des Marxismus über die Frage der Aufgaben des Proletariats in der Revolution in bezug auf den Staat enthalten“. (Lenin, bei Maslow zitiert S. 67). Noch viel zu wenig, noch viel zu oberflächlich behandeln wir diese Lehre vor den Arbeitern. Die Funktionäre und die Mitgliedschaft selbst haben sich noch zu wenig damit beschäftigt. Maslows Ausführungen sollen eindringlich zum Studium von Lenins Schrift „Staat und Revolution“ mahnen.

In den Kapiteln über die Perspektiven der russischen Revolution (Kap. 3 und 7 bis 10) behandelt Genosse M. neben den Problemen der proletarischen Revolution eingehend die Abweichungen Trotzki und schließt mit einer Analyse der Stellung des Spartakusbundes ab, der lange Zeit mit den Tscheidse und Konsorten sympathisierte.

[208] „Woher kamen die Fehler? Aus einer falschen Theorie des Imperialismus, falscher nicht durchdachter Einstellung zum Opportunismus (der nur dann richtig verstanden wird, wenn er aus der richtigen, Leninschen Theorie des Imperialismus abgeleitet wird)*), falscher Theorie in ‚Organisationfragen‘ der Unklarheit über die Rolle der Partei. Dazu kamen noch andere Fehler (nationale Frage, Agrarfrage), und alles zusammen ergab die Unfähigkeit, eine richtige Perspektive zu entwickeln ...“

Im zweiten Teil behandelt Genosse M. an Hand der Aprilthesen Lenins eingehend die Taktik der Bolschewiki und die Fehler sowohl Trotzki wie des Spartakusbundes. Er greift wiederum zurück auf den Mangel in der Theorie des Imperialismus. Der Spartakusbund verstand nicht den klassenmäßigen Unterschied der Kommunisten von den Menschewiki (immer wieder Lenins Artikel S. 10 ff. in Maslows Buch lesen!) und führte darum den Kampf fast nur gegen Personen (auch notwendig!), aber nicht bewußt „gegen eine objektiv erkannte Richtung und Strömung der Arbeiterbewegung“ (Maslow S. 165). Maslow geht näher auf diese Mängel ein und führt mit vollem Recht aus: Die deutsche Partei kennt ihre eigene Geschichte noch nicht und stößt deshalb bei der Bolschewisierung auf Schwierigkeiten. Der Wichtigkeit wegen seien Maslows Schlußfolgerungen vollständig zitiert:

„So ist die Politik der KPD im Jahre 1923 (wie auch 1922) nur verständlich, wenn man weiß, daß sie damals noch nicht das begriffen hatte, wovon wir ausgingen, als wir diesen Exkurs in die Geschichte des Spartakusbundes machten: die klassenmäßigen Unterschiede der einzelnen ‚sozialistischen‘ oder ‚Arbeiterparteien‘. Die ganze deutsche Einheitsfronttaktik mit ihrem folgerichtigen Abschluß, der sächsischen Tragödie, war auf der für eine bolschewistische Partei unannehmbaren Voraussetzung aufgebaut, daß die Sozialdemokratie ‚auch‘ eine Arbeiterpartei sei. Aber diese Voraussetzung, welche wiederum aus einer Verkennung der ökonomischen Wurzeln des Opportunismus (und Zentrismus, der ‚linken‘ Sozialdemokratie) stammt – was wiederum aus dem Fehlen einer wirklichen Einsicht in das Wesen des Imperialismus kommt –, diese Voraussetzung führt folgerichtig nicht nur zur Koalition mit einer klassenmäßig unproletarischen, kleinbürgerlichen Partei, sondern, da diese ‚die stärkere‘, ‚die größere‘, ‚die einflußreichere‘ ist, zur Preisgabe der Staatstheorie des Marxismus und folgerichtig zum Liquidatorentum. In der Tat sind jene berühmten Leipziger Parteitags-

*) Ausführlich im II. Kap. S. 12, muß unbedingt studiert werden. G. S.

thesen (vom Januar 1923), in denen die KPD die Arbeiterregierung definierte, als ‚Versuch, im Bündnis mit anderen Arbeiterparteien, im Rahmen und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie Arbeiterpolitik zu treiben‘, sachlich absolut identisch mit jener ‚Theorie‘ des Spartakusbriefes, nach welcher ‚die sozialistische Arbeiterschaft‘ (in Gestalt der Herren Zeretelli und Skobelew) ‚bereits zur Hälfte‘ das ‚Regierungssteuer ergriffen hat‘. Es wird hier, ‚wie in den Leipziger Thesen hinzufügt, daß dieser Versuch ‚wie alle Kompromisse‘ Fiasko erleiden ‚muß‘, und eben diese Mischung von phrasendreschendem ‚Radikalismus‘ (‚jedes Kompromiß muß Fiasko erleiden‘) mit einem unmarxistischen, liberalisierenden, theoretischen ‚Kompromiß‘ (‚Versuch Rahmen und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf die Machtmittel des bürgerlichen Staates, Arbeiterpolitik zu treiben‘; ‚bereits zur Hälfte ergriffenes Regierungssteuer‘ und Brandlers, des ‚Leninisten‘ von 1924, berühmtes ‚Anknüpfen an die Illusionen der Arbeiter in gehobener Lebenslage‘), welche in Wirklichkeit Preisgabe des Marxismus und nacktes Liquidatorentum ist, eben das ist, was diese Theorie und Praxis vom Bolschewismus unterscheidet, wie Tag und Nacht sich unterscheiden. Und gerade die Entwicklung der deutschen Kommunistischen Partei, einer proletarischen Massenpartei, vom Spartakusbund, der das beste war an revolutionärer Erkenntnis und Hingabe, was es außerhalb der Bolschewiki gab, über die qualvollen Erfahrungen und Fehler und Niederlagen der Jahre 1918 bis 1924, das zeigt uns, um wieviel die Bolschewiki voraus waren und was die europäische Bewegung zu lernen hat.“

Auf einen weiteren verhängnisvollen Fehler des Spartakusbundes, der sich aus der falschen Theorie des Imperialismus ergeben hat, sei nur kurz verwiesen: auf die völlige Verkennung der Rolle der Partei, den Maslow im XIV. Kapitel behandelt.

Es wäre verfehlt, wollte die Partei sich mit der Feststellung der Fehler und ihrer Quellen begnügen und würde sie nicht aus der Theorie und Praxis der russischen Bolschewiki auch positiv für ihre tägliche Arbeit die notwendigen Schlüsse ziehen; nicht nur die Fehler zu vermeiden, sondern eben die richtige Politik durchzuführen. In dieser Hinsicht zeigt Maslow in der ausführlichen Erörterung von Lenins Briefen über Taktik an vielen Beispielen, wie eine elastische Taktik bei prinzipieller Unversöhnlichkeit anzuwenden ist. Diese Frage der Elastizität der Taktik an Hand von Maslows Buch wird noch besonders zu studieren und zu behandeln sein. Welcher Art die Elastizität sein soll (und andererseits, welcher Art sie nicht sein kann), darüber bestehen in der Partei große Unklarheiten.

„Die Aprilthesen Lenins sind ein Musterbeispiel für die Elastizität der Taktik bei prinzipieller Unanfechtbarkeit. Die ‚Elastizität‘ der Menschewiki ist in Wirklichkeit Grundsatzlosigkeit. Heute, bei entsprechender Konjunktur, für die Rätediktatur, morgen mit der Noskepartei vereinigt, übermorgen in einer Koalition mit Deutschnationalen, vor einigen Jahren ‚gern‘ bereit, in die 3. Internationale einzutreten, heute Gründer [209] sozialfaschistischer Organisationen vom Schlage des ‚Reichsbanners‘ – das ist der ‚elastische‘ Weg der deutschen USP, der österreichischen Sozialdemokratie (mit dem ehemaligen Individual-Terroristen Fritz Adler, Vorsitzenden des Arbeiterrats in Wien und jetzt Sekretär der 2. Internationale, dazu Handlanger der englischen und französischen Imperialisten) und aller ähnlichen ehrenwerten Vereine zur Verdummung der Arbeiter.

Die Biegsamkeit der bolschewistischen Taktik dagegen ist vergleichsam der Biegsamkeit einer in kunstvollster, geduldigster Arbeit geglühten und gehärteten Stahlklinge aus edelstem Damaszenerstahl: man kann sie biegen und krümmen, sie wird doch immer nur in die eine gerade Richtung weisen und stoßen, sowie man sie losläßt.“ (S. 234.)

Maslows Buch auf Grund des eifrigen Studiums des Leninismus, der Probleme der russischen Revolution, der Geschichte der deutschen und der internationalen Bewegungen mit tiefem Verständnis für die theoretischen und praktischen Erfordernisse der Partei in der gegenwärtigen Situation geschrieben. Es ist unmittelbar für die Anwendung der Grundsätze des Leninismus in der täglichen Arbeit der Partei geschrieben. Sein Studium ist notwendig. Und die Weckung des Verständnisses für seine Lehren und der Notwendigkeit ihrer Durchführung in der praktischen Arbeit – das ist die Aufgabe, die unmittelbar als Teilaufgabe der Bolschewisierung gelöst werden muß. E. Schn.

*

„Die Kommunistische Internationale“ 1925, Heft 1 –Preis 1.50 M.

Es ist sehr zu begrüßen, daß nach einjähriger Unterbrechung die deutsche Ausgabe der „Kommunistischen Internationale“ wieder regelmäßig zu erscheinen beginnt. Wir erwarten, daß der gute Vorsatz, das theoretische Organ der Komintern künftig regelmäßig und mit aktuellem Inhalt am 20.

jeden Monats herauszubringen, auch verwirklicht werden wird. Wir müssen allerdings gestehen, daß die Januarnummer den hochgespannten Erwartungen, mit denen wir an die nach so langer Zeit zum ersten Mal wieder erscheinende Zeitschrift herantreten mußten, nicht ganz entspricht. Die beiden wertvollen Artikel: Der für die Diskussion auf der Erweiterten Exekutive grundlegende Artikel von Sinowjew über „Die Bolschewisierung der Parteien der KI“ und Béla Kun über „Die ideologischen Grundlage des Trotzismus“ sind den deutschen Lesern schon durch die Inprekorr. bekannt. Ueber die Fragen der – außer der russischen – wichtigsten Sektionen der deutschen, französischen, englischen, tschechoslowakischen enthält diese Nummer gar nichts. Auch die Februarnummer, deren Inhalt bereits angekündigt wird, enthält keinen Beitrag von den führenden Genossen dieser Sektionen. Es müßte doch möglich sein, dem führenden Organ der Komintern die Mitarbeit der hervorragendsten Vertreter der Sektionen zu sichern. Sehr aufschlußreich für den deutschen Leser ist der Artikel von Martynow: „Aufgaben der Sowjetregierung auf dem Lande“. Hier erhalten die deutschen Genossen zum erstenmal konkretes Material über die gegenwärtige ökonomische und politische Lage der Landbevölkerung in der Sowjetunion. Der Artikel Radeks: „Die neue imperialistische Offensive im Osten“ enthält außer seiner schiefen, in den Organen der KPR bereits zur Genüge zerpflückten Auffassung, daß „die sogenannte Aera des demokratischen Pazifismus nichts anderes ist als das Uebereinkommen des englisch-amerikanischen Imperialismus hinsichtlich der Maßnahme, mit deren Hilfe die New-Yorker und Londoner Banken im Fernen Osten die für seine kapitalistische Unterjochung erforderlichen Bedingungen schaffen und im Nahen Osten Zustände herbeiführen könnten, die der Festigung der imperialistischen Politik Englands dienlich sind“, eine Darstellung des Standes der imperialistischen Konflikte im Nahen und Fernen Osten am Ende des Jahres 1924. Smoljansky gibt einen kurzen Ueberblick über die Bewegung für die gewerkschaftliche Einheit und die Gegenmanöver der rechten Amsterdamer und der Gompers-Klique. Genosse Varga berichtet ganz knapp über den „Weltkapitalismus an der Jahreswende 1924/25“, wobei er den Dawes-Plan nicht einmal erwähnt und die Frage unbeantwortet läßt, ob er zu den Elementen der Zersetzung oder der zeitweiligen Befestigung des Kapitalismus gehört. V. bemerkt zur Entschuldigung zum Schluß: „Das Bild, das wir hier geben, ist unvollständig und widerspruchsvoll. Dies entspricht aber der tatsächlichen Lage innerhalb des Systems des Weltkapitalismus.“ Wir sind es gewöhnt, daß die Widersprüche nicht ganz geglückter theoretischer Analyse den Widersprüchen der objektiven Lage zur Last gelegt werden, daß man aber auch die Unverständlichkeit des „Bildes“ der Unverständlichkeit der Lage zuschreibt, ist ein origineller Gedanke. Eine fesselnde Schilderung des Werdeganges von Helphand Parvus gibt uns Klara Zetkin. Mit Recht erklärt sie diese Entwicklung vom Revolutionär zum Schieber als ein Spiegelbild der Entwicklung der 2. Internationale und insbesondere der SPD. Einige Bemerkungen zeigen allerdings eine gewisse Unklarheit über die Ursachen der Entartung der 2. Internationale. John Pepper schreibt über die Zukunft der Lasollette-Bewegung, der er eine vorübergehende Konsolidierung und den späteren Zerfall voraussagt. Er vertritt noch immer die Auffassung, daß prinzipiell die „kritische Unterstützung“ dieser Bewegung durch die Kommunisten richtig gewesen wäre, daß sie aber praktisch wegen der ideologischen Schwäche unserer amerikanische Partei zu vielen geführt hätte. Der Genosse Pepper, bei diesem Streit selbst ein Vertreter der theoretischen Unklarheit der KPA war, wird die letztere Bemerkung schon zutreffen. Die kurzen Berichte der folgenden Rubrik von G. G. L. über die polnische, von Rjastas über die estnische Partei, von Wujowitsch über die Auf-[210]gabe der KI von Gerber über Barmat-Skandal u. a. m. leiden unter einem allzu kleinen Druck, der insbesondere für Arbeiter geradezu unerträglich ist. In der Literatur-Rubrik finden wir nur ein Sammelreferat von Z. Leder über die Reparationsfrage, zu dem wir ein paar kritische Worte sagen müssen, weil sich um die wichtigste Frage der Politik der KPD handelt, in der Genosse L. mit uns nicht einig zu sein scheint. Er meint, daß sich die gegenwärtige Politik der KPD gegen den Dawes-Plan nicht von der früheren Haltung der KPD zur Reparationsfrage unterscheidet. Die frühere Zentrale der KPD schwankte stets zwischen einer Politik, die sich (trotz abstrakter Erklärung gegen den „Schandfrieden“) praktisch völlig im Rahmen der Erfüllungspolitik hielt (Jenaer Steuerprogramm) und eine Art Kampf gegen den Imperialismus zur „Rettung der Nation“, der objektiv Burgfrieden bedeutete (Thalheimers „objektiv revolutionäre Rolle der Bourgeoisie im Ruhrkrieg“!). Man verstand es nicht, den Kampf ge-

gen den Imperialismus als Machtkampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, deklamierte entweder mit Rewentlow von der „Rettung der Nation“ oder proklamierte mit Zeigner die Erfüllungspolitik zu der Politik des Proletariats. Im Grunde waren das nur zwei Seiten einer falschen Politik, die ja auch in der Broschüre von Z. Leder über die „Reparationsfrage und Gewerkschaften“ ihren Ausdruck gefunden hat. Selbstverständlich kann die KPD nicht unter allen Umständen Zahlungen an den auswärtigen Imperialismus ablehnen, wenn die internationalen Machtverhältnisse nach dem Siege des deutschen Proletariats ein solches Kompromiß notwendig machen. Aber die KPD unter ihrer jetzigen Führung hat das klare Bewußtsein, daß in der durch den Dawes-Plan geschaffenen Lage der Kampf um die Zerreißung der Reparationsschlinge mit jedem proletarischen Klassenkampf verbunden werden muß, daß dadurch der Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie untrennbar mit dem Kampf gegen die Ententeimperialisten verknüpft wird. Diesen Grundgedanken der Politik der KPD versteht Leder nicht. In der Broschüre von Maslow „Die neue Aera des Pazifismus“ sieht L. „eine Zusammenstellung lose miteinander zusammenhängender Tatsachen“. Es ist gerade das Verdienst des Genossen Maslow, gezeigt zu haben, daß diese Tatsachen, z. B. der Streit um Mossul und der Streit um den Rhein keineswegs „lose“, sondern sehr eng im System des Imperialismus zusammenhängen. Die Broschüre des Genossen Maslow hätte eine bessere Rezension verdient als diese paar nichtssagenden, zum Teil falschen Zeilen. Bei der Besprechung der Broschüre Levis zum Sachverständigen-Gutachten vermissen wir die eindeutige Kennzeichnung der Tendenz dieser Schrift: die Hetze zum Krieg gegen Sowjetrußland.

Zum Schluß müssen wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß vom Titelblatt das berühmte Bild der Weltkugel, deren Ketten der Arbeiter mit dem Hammer zerschlägt, verschwunden ist. Schließlich hat die Kommunistische Internationale eine Tradition, die auch äußerlich hochgehalten werden soll. So.

*

„Die Kommunistische Internationale“ 1925, Heft 2.

An der Spitze des 2. Heftes steht ein Artikel des Genosse Manuilsky zur Frage der Bolschewisierung, der eine Fülle wertvoller Gedanken über die einzelnen Aufgaben enthält, die zur Bolschewisierung gehören. Mit Recht wird es „ein nutzloses Bemühen“ genannt, die Frage der Bolschewisierung „in Regeln hineinzupressen, die für alle Zeiten und für alle Völker gelten sollen“. Desto notwendiger wäre es gewesen, auf die konkrete Situation einzugehen die den 5. Kongreß zwang, die Frage der Bolschewisierung in den Mittelpunkt zu stellen, und daraus die einzelnen Momente dieser Aufgabe herzuleiten. Da Genosse M. dies unterläßt, hat seine Darstellung einen eklektischen Charakter, ihr fehlt der zentrale Gedanke, aus dem sich das Einzelne ableiten läßt. M. erklärt die Aktualität der Bolschewisierung nach dem 5. Kongreß daraus, „daß wir erstens den Versuchen, die russische Partei zu entbolschewisieren und die ganze Arbeit der Komintern in den 5 Jahren ihres Bestehens zu annullieren, einen energischen Widerstand entgegensetzen mußten; zweitens sind unsere Sektionen politisch so gewachsen und gereift, daß sie sich den Luxus dieses Sprunges erlauben konnten“. Wenn das erste richtig ist, so ist das zweite mindestens schlecht ausgedrückt. Nach den Ereignissen in Deutschland und in Bulgarien, angesichts des verlangsamten Tempos der Revolution, angesichts der deutlich sichtbaren liquidatorischen Tendenzen, angesichts der Versuche der Revision des Leninismus, von denen M. spricht, war der rücksichtslose Kampf gegen den Opportunismus, dieses Grundelement der Bolschewisierung, dieses Grundelement der Bolschewisierung nicht ein „Luxus“, sondern eine Lebensnotwendigkeit, um den Bestand der Kommunistischen Parteien als wirklich revolutionärer, zur Führung befähigter Partei zu sichern. M. wendet sich scharf gegen die Auffassung, daß die europäischen Parteien gleichsam die ganze Geschichte der russischen Bolschewiki von 1903 ab wiederholen müßten, daß es sich um das Problem der „ideologischen Kristallisation“ handelt, weil das z. B. für die KPD hieße, daß sie „in die Kindheitsperiode der Arbeiterbewegung zurückgeworfen“ würde und in Gefahr geriete, „in eine Sekte verwandelt zu werden“. Das ist zweifellos insofern richtig, als wir schon größere Kaders erprobter Revolutionäre besitzen, die in den Arbeitermassen fest verwurzelt sind. Doch fehlt es nicht nur den Massen, sondern auch diesen Kaders an bolschewistischer Klarheit. Von „ideologischer Kristallisa-

tion“ kann man also nicht in dem Sinne sprechen, als ob jetzt erst eine kleine bolschewistische Gruppe daran gehen müßte, Anhänger zu suchen und aufzuklären, sondern nur in dem Sinne, [211] daß die schon bestehenden führenden Kaders ideologisch geklärt und von den vereinzelt opportunistischen Elementen gereinigt werden müssen. Mit den allgemeinen Formulierungen der Bolschewisierung auf politischem, taktischem und organisatorischem Gebiete können wir uns durchaus einverstanden erklären; dagegen entsprechen einzelne konkrete Bestimmungen nicht den Erfahrungen, die die KPD aus ihrer Arbeit schöpft. Als „die grundlegende Frage auf taktischem Gebiet, die als die Seele der Bolschewisierung der europäischen Parteien betrachtet werden kann“, bezeichnet M. die Frage der Eroberung der Massen. Uns scheint, daß die Eroberung der Massen zwar unsere Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Periode ist, daß „die Seele der Bolschewisierung“ aber nicht darin besteht, daß man sich diese Aufgabe stellt – diese Aufgabe wurde von der Brandler-Zentrale unermüdlich gestellt –, sondern daß man sie richtig stellt, nämlich als die Aufgabe der Gewinnung der Massen für den Kommunismus, für die proletarische Revolution, ohne Anpassung der KP an das Niveau der reformistischen Massen, ohne Verleugnung des revolutionären Charakters der Partei. Die KPD hat den Weg zur Gewinnung der Massen durch den Kampf für Tagesforderungen nicht erst auf ihrer letzten Parteikonferenz eingeschlagen, wie Genosse M. meint, sondern sie hat diese Aufgabe seit dem Frankfurter Parteitag bewußt gestellt; allerdings konnte ihre praktische Durchführung erst ernsthaft in Angriff genommen werden, als wir die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsfrage überwunden hatten. M. betont sehr richtig die Gefahr, daß die rechten Elemente diesen Kampf um Tagesforderungen in Opportunismus verwandeln können, z. B. in der Steuerfrage. Eben dieses zu verhindern, ist für uns die Hauptaufgabe der Bolschewisierung. Ob wir zur Eroberung der Massen die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung gebrauchen sollen – Genosse M. meint, daß eine solche Situation „in Deutschland entstehen kann, oder vielleicht bereits besteht“ obwohl er zugibt, daß diese Parole durch das sächsische Experiment kompromittiert ist –, das ist eine praktische Frage, nämlich die Frage, ob der Nutzen die Gefahr überwiegt, die darin liegt, daß diese Parole als ein demokratisches Regierungsbündnis mit den Reformisten wiederum mißverstanden werden könnte. Keinesfalls rühren unsere Verluste in den Gewerkschaften davon her, daß wir diese Parole nicht gebraucht haben, wie M. andeutet, sondern bekanntlich daher, daß wir erst beim Aufbau unserer Fraktionen sind und die Genossen, die erst im Verlaufe dieses Jahres in die Gewerkschaften zurückgekehrt sind, nach den Statuten keine Funktionen bekleiden können. Wir empfehlen unseren Genossen die in diesem Artikel behandelten Fragen, die ja auch auf der Erweiterten Exekutive behandelt werden, zu gründlicher Erwägung – Kuusinen gibt wertvolle Anregungen zur organisatorischen Arbeit im Sinne des Vermächtnisses Lenins. Martynow berichtet über die Perspektiven der Bauernbewegung in Westeuropa, ein ungenannter Genosse über die jüngsten Ereignisse auf dem Balkan. Radek entwickelt in einem Diskussionsartikel noch einmal seine Auffassung, daß die „demokratisch-pazifistische Aera“, die Zusammenarbeit des englischen und des amerikanischen Imperialismus zur Grundlage hatte. Er erklärt aber nicht die Tatsache, daß diese „Aera“ zu Ende ging, ohne daß sich an dem Verhältnisse dieser zwei Mächte etwas Wesentliches geändert hat. als ein Beispiel für die leeren Abstraktionen, mit denen R. seine These begründet, sei eine Stelle angeführt „Die wichtigste Frage ist gegenwärtig für die Bourgeoisie die Stabilisierung des Kapitalismus, die nicht möglich ist ohne die Regelung der Währungsfrage, ohne die Festigung des internationalen Kredits und die Erschließung von neuen Märkten. Solange diese Fragen nicht gelöst sind, können das englische und amerikanische Kapital die Frage, wer in dieser stabilisierten kapitalistischen Welt dominieren wird, nicht zum Mittelpunkt ihrer Politik machen.“ Das würde heißen, daß die „pazifistische Aera“ andauern muß, bis die berühmte Stabilisierung gelungen ist. Bekanntlich sind umgekehrt die Versuche der Stabilisierung, die die eine Macht auf Kosten der andern betreibt, eine Ursache der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze. Der Artikel von Jan Sten, „Marxismus und Leninismus“, gibt unseres Erachtens keine prägnante Bestimmung des Verhältnisses dieser Begriffe. Statt den Marxismus als den wissenschaftlichen Ausdruck des Klassenbewußtseins des Proletariats und den Leninismus als den Marxismus in der Epoche des Imperialismus zu erklären, in der das Proletariat infolge der geänderten Lage sich auch andere Aufgaben stellt, als in der ersten Epoche des Kapitalismus, gibt er so allgemeine unzulängliche Formeln

wie: „Der Marxismus, der wissenschaftliche Kommunismus, entwickelt sich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen (!) Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft.“ Oder gar „von den subjektiven Wünschen (!) Marx' ausgehend, vollzog sich also in dieser Weise der Prozeß der Entstehung einer marxistischen Lehre“. Richtig ist der Satz: „Der Leninismus ist keine ‚subjektive Ergänzung‘ zum Marxismus – er bringt nur die Tatsache der weiteren Entwicklung der menschlichen Geschichte zum Ausdruck. Aber dieser Erkenntnis entspricht nicht der Schlußsatz des Artikels: „Lenin, der sich auf die Methode und Lehre von Marx stützt, studiert die neuen Erfahrungen der Weltgeschichte, löst neue praktische Aufgaben der Arbeiterbewegung und bereichert damit theoretisch sowohl die Lehre selbst, als auch die Methode von Marx.“ Lenin hat nicht nur irgendwelche praktischen Aufgaben gelöst, sondern hat die Aufgaben gelöst, vor die das Proletariat in der Epoche des Imperialismus gestellt ist. Und er hat nicht nur die marxistische Theorie irgendwie „bereichert“, sondern er hat die marxistische Theorie der Epoche des Imperialismus geschaffen, die konkrete Gestalt, in der es gegenwärtig allein einen orthodoxen Marxismus geben kann. Nebenbei sei bemerkt, daß Genosse Sten die sozialdemokratischen Ueberreste, deren Ueberwindung verstärkte theoretische Arbeit [212] erfordert, auch nicht richtig darstellt. Die KPD hat aus den Ereignissen 1923 nicht nur die Lehre gezogen, „daß ihre Parteiführer sich eine durchaus unrichtige, entstellte Auffassung von der Taktik der Einheitsfront zu eigen gemacht hatten“, sondern die Partei hat sich von einem System des Opportunismus befreit, in dem alle Fragen, nicht nur die der Einheitsfront, falsch gestellt waren. Ebenso wenig stimmt es, daß in der KPD Schwankungen in der Gewerkschaftsfrage und in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung eintraten, nachdem eine neue Leitung die Führung der Partei übernommen hat. Die Schwankungen in der Gewerkschaftsfrage bestehen seit der Gründung der KPD und sind erst jetzt durch die neue Leitung ausgemerzt worden und in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung hat die Linke in der KPD, die die neue Führung darstellt, schon vor dem Leipziger Parteitag die richtige Auffassung vertreten, die dann auf dem 5. Weltkongreß von Sinowjew scharf formuliert wurde. – Das Heft schließt mit Glossen und Literaturbesprechungen. So.

*

Kulidasein oder Klassenkampf.

Was die Kommunisten den deutschen Arbeitern heute zu sagen haben. „Viva-Verlag 1925.

Diese kleine Agitationsbroschüre schildert an der Hand eines gut ausgewählten Zahlenmaterials die gegenwärtige Lage des deutschen Proletariats, entwickelt die Perspektiven, die sich aus dem Dawes-Plan ergeben und zeigt den Ausweg durch den Klassenkampf unter Führung der KPD. Der Staatsanwalt hat es für notwendig befunden, diese Broschüre, die nicht mehr enthält als die nackte Darstellung der Tatsachen und die Grundlinie der kommunistischen Politik, die durch unsere Presse täglich in die Massen getragen wird, zu beschlagnahmen. Die Konsequenz würde verlangen, daß nach dem Beispiel Horthys und Kahrs die gesamte kommunistische Literatur verboten wird. Denn sonst werden die werktätigen Massen doch noch das Geheimnis erfahren, daß es ihnen jetzt dreckig geht und daß ihnen nur die proletarische Revolution helfen kann. Da die Broschüre trotz des etwas zu spät erfolgten Verbotes schon in den Händen der Arbeiter ist, müssen wir mit ein paar kritischen Bemerkungen zu dem Inhalt Stellung nehmen. Mit Rech legt der Verfasser großen Nachdruck auf den leninistischen Gedanken, daß das Proletariat nur als Führer aller Werktätigen sich befreien kann. Dieser Gedanke wird aber nicht konkret, jedem Arbeiter verständlich, entwickelt, sondern aus dem abstrakten Gedanken, daß die Kämpfe des Proletariats erst durch Hineinziehung der anderen werktätigen Klassen zu politischen Kämpfen werden. Aber Kämpfe, in denen sich das Proletariat politische Ziele setzt, ohne sich mit anderen Schichten zu verbinden, sind natürlich auch politische Kämpfe. Es wäre die Aufgabe gewesen, zu zeigen, erstens, daß die Beschränkung auf rein wirtschaftlich-gewerkschaftliche Kämpfe unmöglich ist, zweitens daß das Proletariat im politischen Machtkampf nicht siegen kann, wenn es alle anderen Klassen gegen sich hat. Problematisch ist auch die Formulierung der Losungen auf Seite 30/31. Durch ein technisches Versehen des Druckers sind (wie uns der Verlag mitteilt) die Endlosungen „Sturz der vom Imperialismus gekauften Regierung, Schaffung einer revolutionären Regierung, die dieses Programm durchführt“, zwischen die anderen Losungen geraten, statt an das Ende. Das Programm der revolutionären Regierung soll sein: Am-

nestie, Zerreißung des Dawes-Planes, Auflösung der Reichswehr und Schutzpolizei, allgemeine Bewaffnung des arbeitenden Volkes, Bündnis mit Sowjetrußland. Von diesen Parolen heißt es: „Diese Losungen sind Minimalforderungen für die Arbeiter, d. h. sie bedeuten noch nicht den Sozialismus, auch noch nicht die proletarische Diktatur“. Das ist eine sehr gefährliche, unklare Formulierung. Welche „revolutionäre Regierung soll möglich sein, die keine proletarische Diktatur ist, und die Entwaffnung der Konterrevolution, die Bewaffnung des Proletariats durchführt? In einem zurückgebliebenen Lande wäre eine antiimperialistische Regierung, die das Bündnis der Arbeiter mit den anderen werktätigen Schichten darstellt, und noch keine proletarische Diktatur ist, denkbar. Aber in Deutschland kann diese Aufgabe nur durch die proletarische Diktatur in Angriff genommen und gelöst werden. Jede Verschleierung dieser Tatsache führt zu der opportunistischen Theorie der Zwischenstadien zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur, die wir auf Grund der schwersten Erfahrungen ausgemerzt haben. So.

*

Cahiers du Bolchewisme Nr. 15 vom 15. März.

Die neue Nummer des theoretischen Organs unserer französischen Bruderpartei enthält einen Aufsatz aus der Feder des Genossen P. Smard (Generalsekretär der KPF): „Die politische und wirtschaftliche Lage fordern die gewerkschaftliche Einheit in kurzer Zeit“. Der französische Kapitalismus steht vor einer Krise, die heute schon in der wachsenden Teuerung in Erscheinung tritt. Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen den wachsenden wirtschaftlichen Druck soll durch den Faschismus niedergerungen werden. „Die Einheitsfront des Kapitals gegen das Proletariat hat die besten Chancen der Verwirklichung, wenn sie sich in der Form einer faschistischen Internationale organisiert.“ In Frankreich müssen zur Abwehr des Faschismus in allen Betrieben proletarische Einheitskomitees gebildet werden, die auch an den wirtschaftlichen Kämpfen teilnehmen und im [213] Einverständnis mit den Gewerkschaften arbeiten sollen. Hieraus wird taktisch die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit in Betrieben selbst sich ergeben. Die gewerkschaftliche Einheit im nationalen und internationalen Maßstabe ist jedoch nicht bloß aus taktischen, sondern auch aus politischen Gründen nötig.

Die Nummer enthält Fortsetzung und Schluß einer Arbeit von Gayman: „Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs Ende 1924.“ Die Inflation kann nur aufgeschoben werden: sie ist auf die Dauer unvermeidbar. Der Dawesplan für Frankreich ist nicht mehr eine leere Drohung, die französischen Kapitalisten bereiten sich selbst vor, einen Dawesplan zu unterstützen.

Perspektive für das Jahr 1925: „eine finanzielle Krise ist wahrscheinlich, eine wirtschaftliche Krise ist möglich, eine relativ scharfe Zirkulationskrise ist schon da, doch wäre es übertrieben, hieraus zu folgern, daß die Krise unvermeidlich ist“. Andr Marty berichtet über die Lage in Frankreich am 31. Januar 1925. – Wie ersichtlich, sind die „Cahiers du bolchevisme“ bestrebt, einen größeren Raum den speziellen französischen Problemen in der Zeitschrift zu gewähren, als es in den früheren Nummern der Fall war. In dem internationalen Teil finden wir einen Aufsatz von Varga über die Wirtschaftslage in England und von Maslow über den britischen Imperialismus. Die Rubrik „Parteileben“ enthält Rundschreiben über Zellenarbeiten, über die Aufgaben der Gewerkschaftskommissionen, über die Organisierung der Gemeindewahlkampagne im Frühling 1925 und andere Beiträge.

*

Glossen.

Zu der immer seltener werdenden Zunft der ehrlichen und ahnungslosen Demokraten

gehört der „aktive Pazifist?“ Kurt Hiller. In der „Weltbühne“ vom 3. März läßt sich dieser gute Mann über die Präsidentenwahl und die KPD folgendermaßen vernehmen:

„Die Republik, als Staatsform in Deutschland, ist heute ernster bedroht, als sie’s anno Kapp, nach der Ermordung Rathenaus, anno Hitler oder sonst je war. Die kalte, langsame, zäh ausdauernde

de, berechnende, systematisch an bestimmten Stellen anbohrende, an bestimmten Punkten unterwühlende, ‚loyale‘, legale Methode der Machteroberung erweist sich als die wirksamere – gegenüber der heißen, wilden, stürmischen, plötzlichen, illegalen, der heroisch-hysterischen, der Putschform. Die Reaktion hat aus ihren Erfahrungen gelernt; die Revolution leider nicht. Wüßten die geistigsten Kommunisten, was der dußligste Deutschnationale inzwischen kapiert hat, dann würde Manches in diesem Lande anders aussehen. Mag auch sein, daß sie es wissen, doch ihr Wissen um keinen Preis anwenden wollen – einer nicht richtigen, aber romantischen und darum für Jugendliche attraktiven Verelendungstheorie folgend. Das Strategem der deutschen Kommunisten lautet: Von zwei Uebeln immer das größere wählen! So glauben sie offenbar, zum Guten zu gelangen. Ist der halbsoziale Wallachrepublikanismus gestürzt und der schwarzweißrote Scharfmacherhengst auf den Thron gehoben, dann steigen die Chancen der Weltrevolution ins Unermeßliche. Je mächtiger der agrarische, der industrielle, der bürokratische, der militärische Brutalismus, desto hoffnungsvoller die Lage des Proletariats. Der Krug geht so lange zu Brunnen, bis die Dialektik des geschichtlichen Prozesses ihn bricht. Wer anderer Meinung ist, gehört nicht dazu; er wird allenfalls, in Zeiten der Parteiflaute, bei passender Gelegenheit als ‚Sympathisierender‘ ‚eingesetzt‘. Der Hochmut dieser Amokdoktrinäre – welche privat vielfach saubere, schlichte, gütige, vornehme Menschen sind, proletarische Tempelherren – verpufft alle Bemühungen einer ziel-intransigenten, aber wegentelligenten Opposition, die Karre der Republik systematisch aus dem kapitalistisch-militaristischen Sumpfe zu ziehen. Man macht ihnen diese Politik leicht, ich gebe es zu, durch die schofle Art, sie zu bekämpfen: mit Parteiverboten, Presseverboten, Immunitätsbrüchen, Zuchthausurteilen, Lockspitzeltricks; sie sollten sich indessen durch Unvernunft provozieren lassen! Der Klügere ... handelt kalt (damit er nicht nachgeben muß).

Die Kommunisten in Deutschland werden bis auf weiteres immer wieder heiß handeln; immer wieder edel ... immer wieder dumm handeln. Es wird noch sehr lange dauern, bis sie merken: nicht die Wand zerschellt, an die sie rennen, sondern ihre Schädel. Sie werden, genau wie sie zugunsten der schneidigen Geldmacher den milden Bürger Marx, den integren Sozialreformisten Otto Braun gestürzt haben, den republikanischen Kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl, die bevorsteht, niederzulegen versuchen. Auch ihn nicht zugunsten eines Revolutionärs, sondern zugunsten irgendeines schmissigen Kaffern der Reaktion. Wie die Geusen in Flandern riefen: ‚Lieber türkisch als päpstlich!‘, so ruft KPD: ‚Lieber schwarzweißrot als schwarzrotsenf!‘ – auf die Gefahr hin, daß die kapitalistische Demokratie diesen Schlachtruf um ebenso viele Jahrhunderte überlebt wie das Papsttum den Geusenschrei.“

Nach diesem Ausdruck des Bedauerns über die Unbelehrbarkeit der Kommunisten kommt Hiller zu dem logischen Schluß, daß ein wirklich republikanischer Sammelkandidat, z. B. der Zentrums-Wirth, des Rätsels Lösung ist.

Dieser Text ist uns nicht gerade neu, er wird uns in verschiedenen Vari-[214]ationen – nur ohne Anerkennung edler Absichten – unermüdlich von der SPD-Presse vorgesungen. Aber während es sich dort um bewußten Schwindel berufsmäßiger Volksbetrüger handelt, vertritt Hiller die aufrichtige Meinung eines ehrlichen bürgerlichen Demokraten und Pazifisten mit sozialistischen Sympathien. Darum lohnt es sich, mit ein paar Worten auf seine Argumentation einzugehen.

Hiller stellt richtig fest, daß die Republik selbst als Staatsform nie ernster bedroht war als jetzt, daß die „kalte“, legale Methode ihrer Unterwühlung durch die Monarchisten gefährlicher ist als die „heiße“, illegale Putschform. Daran sollten sich die Kommunisten ein Beispiel nehmen und auch zur kalten, klugen, legalen Methode übergehen. Der Rat ist gut gemeint, er übersieht nur, daß die Stellung des revolutionären Proletariats in dieser Republik gänzlich anders ist als die der monarchistischen Bourgeois und Junker. Diese Gesellschaftsschichten haben bereits die entscheidenden Machtfaktoren des Staates, vor allem die bewaffnete Macht in ihrer Hand. Für sie ist es eine Frage der Taktik, ob sie offen mit einem Schlag die ganze Macht in die Hand nehmen oder sie sich Stück für Stück aneignen sollen. Diese entscheidenden Machtpositionen hat sich die monarchistische Reaktion in blutigen Kämpfen gegen das Proletariat, die im Dezember 1918 begannen und im Kapp-Putsch ihren Höhepunkt erreichten, gesichert, also keineswegs auf einem kalten, legalen Wege,

sondern mit blutiger Gewalt. Das Proletariat hingegen hat keinerlei solche Machtpositionen mehr, die es allmählich ausdehnen, von denen aus es die ganze Macht sich allmählich erschleichen könnte. Es findet die ganze Staatsgewalt gegen sich gerichtet und erhält durch tausend Kämpfe und Niederlagen die Lehre, daß es die Gewalt der Reaktion nur durch seine revolutionäre Gewalt brechen kann. Wenn Herr Hiller uns einen Weg anzugeben wüßte, wie wir mit List und Klugheit ohne Gewalt die bewaffnete Macht aus den Händen der monarchistischen Generale in die der Arbeiter überführen könnten, sind wir gern bereit, diesem Rat zu folgen.

Wir haben zwar nicht das Prinzip, von zwei Uebeln immer das größere zu wählen, wir halten aber das sozialdemokratische Prinzip des „kleineren Uebels“ für eines der größten Uebel, das die deutsche Arbeiterklasse lähmt und vergiftet. Ein gemäßigter Reaktionär wie „milde Bürger Marx“ ist das kleinere Uebel gegenüber einem wilden Reaktionär wie Jarres. Folglich muß man Marx gegen Jarres unterstützen. Aber 1. Ist denn überhaupt so ein Unterschied zwischen dem „milden“ Marx und dem „wilden“ Jarres? Jarres war Innenminister unter dem Reichskanzler Marx, man hat nie etwas von Differenzen gehört. Marx hat, als für einen Tag preußischer Ministerpräsident war, ein Programm der Schutzzölle, der konfessionellen Schule und der Fortsetzung der alt-preußischen Polizeitradition entwickelt, das sich von dem Programm eines Volksparteilers nur dadurch unterscheidet, daß Marx den Severing noch in seinen Dienst nehmen wollte, während die Rechtsparteien gegenwärtig auf die SPD-Hilfe verzichten wollen.

2. Hiller selbst erklärt, daß die kalte, kluge, vorsichtige Reaktion gefährlicher ist als die heiße, offene, putschistische. Warum also sollen wir die klugen, vorsichtigeren, gefährlicheren Reaktionäre gegen die offenen und darum weniger gefährlichen unterstützen?

3. Und hauptsächlich ist die Arbeiterklasse, die einzige Kraft, die die monarchistische Reaktion ernsthaft bekämpfen kann – wie sich z. B. im Kapp-Putsch zeigte –, in Deutschland schon so schwach, daß sie nur zwischen zwei Uebeln, den mehr oder minder reaktionären Bourgeois wählen, aber nicht mehr für ihre eigene Macht, für ihre eigenen Ziele kämpfen kann? Ein Kandidat des revolutionären Proletariats wird bei den Präsidentenwahlen so wenig eine Mehrheit bekommen wie eine proletarische Regierung im Preußenparlament. Aber die Sache so anschauen, heißt sie vom Standpunkt des parlamentarischen Kretinismus anschauen. Nach den Kräfteverhältnissen der Klassen in Deutschland ist eine proletarische Regierung möglich, vorausgesetzt, daß das Proletariat sich zusammenschließt, seine Macht geschlossen einsetzt und für seine Regierung kämpft. Diese Einigung des Proletariats zum Klassenkampf ist in der jetzigen Lage die Hauptaufgabe der Kommunisten. Dazu ist es notwendig, die Arbeiter, die noch hinter den sich republikanisch nennenden bürgerlichen Parteien herlaufen, von dieser Politik der Unterstützung einer Fraktion der Bourgeoisie gegen die andere abzubringen und sie für unseren Kampf um die sozialistische Räterepublik zu gewinnen.

Glaubt Herr Hiller, daß irgendeiner der von ihm vorgeschlagenen „republikanischen“ Kandidaten etwas tun wird

für die Entwaffnung der Monarchisten,

für die Säuberung der Bürokratie von Monarchisten,

für die Auflösung der von Monarchisten besetzten Gerichtshöfe,

für die Entlassung des Reichskanzlers Luther, der ein Kabinett aus Monarchisten zusammengestellt hat,

für die Beschlagnahme der dynastischen Vermögen und die Ausweisung aller Angehörigen der ehemaligen Dynastien?

Und glaubt Herr Hiller, daß irgend ein Kandidat ein Republikaner genannt werden darf, der diese bescheidenen Minimal-Forderungen nicht erfüllen will. Heißt es gegen den Monarchismus kämpfen, wenn man einem solchen Kandidaten die Stimme gibt?

Wenn Herr Hiller sagt, daß die Kommunisten die Schwarzweißbroten gegen die Schwarzrotgelben unterstützen, so ist er einem dummen SPD-Schwindel aufgesessen. Wir unterstützen gerade deshalb die Schwarzrotgelben in keiner Frage, wir gehen mit ihnen nicht einmal zeitweilig und gelegentlich zusammen, weil sie mit den Schwarzweißbroten in allen wesentliche Fragen vollkommen einig sind. Man kann nicht ernsthaft gegen Schwarzweißbrot kämpfen, ohne zugleich gegen Schwarzrotgelb zu [215] kämpfen. Ist Herrn Hiller die Kleinigkeit entgangen, daß die schwarzweißbrote Reichsregierung mit der Unterstützung und der Teilnahme der schwarzrotgelben Demokraten und Zentrumsleute regiert, daß sie ohne die Zustimmung schwarzrotgelben Ebert ihr Amt nicht hätte antreten können?

Herr Hiller hat im Jahre 1923 in einer Diskussionsversammlung einem kommunistischen Diskussionsredner erklärt, ihn trenne von der kommunistischen Auffassung „nur ein Strohalm“. Dieser Strohalm scheint mehr einer massiven, hohen Mauer zu gleichen, über die hinüber Herr Hiller nicht sehen kann, was im Lager des revolutionären Proletariats vorgeht. Ein ehrlicher Republikaner und Demokrat, der die SPD-Scheuklappen ablegt, kann auch von seinem Standpunkt aus zum Protest gegen die monarchistische Reaktion, die von „Republikanern“ à la Ebert so kräftig gefördert wird, nicht anders stimmen als für den kommunistischen Kandidaten. Wozu bald Gelegenheit geboten ist.

*

Zu Eberts Preise

rührt neben anderen Größen auch Stefan Großmann in seinem „Tagebuch“ die Leier. Er gilt zwar nicht für einen großen Schriftsteller, dafür aber für einen der größten und widerlichsten Schmöcke im deutschen Sprachbereiche. Diesen Ruf rechtfertigt auch sein Nekrolog für Ebert, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Das Antlitz Friedrich Eberts war 1925 ein anderes als das Gesicht Fritz Eberts 1914. Hier hatte nicht bloß der Friseur gearbeitet, gestutzt, rasiert, hier drückte sich ein Vergeistigungsprozeß physiognomisch aus. Man brauchte diese beiden Ebertköpfe nur nebeneinander zu stellen, um den erstaunlichsten Umwandlungs- und Ausreifungsprozeß wahrzunehmen. Das Plebejische, das einst in dem breitknochigen Gesicht mit dem unschönen wulstigen Mund gelegen, hatte allmählich ausgelöscht. Blickte das Auge milder? Wurde dieser Mund verschlossener? Ein häßlicher Mensch war, ganz im Schillerschen Sinne, von innen aus umgebaut worden. Papperlapapp, erwiderten Kommunisten und andere Scheuklappenpolitiker, er hat einfach einen guten Schneider, einen gescheiterten Friseur, einen Reitlehrer und einen guten Hofmeister bekommen. So konnte nur kurzsichtiger Haß urteilen. Ebert ist nicht nur äußerlich geschliffen worden. Er trug den gut geschnittenen Rock nie als Parvenu, sein anglisiertes Gesicht wirkte nie geckenhaft, und warum sollte der Sattler, der von Jugend an Pferde geliebt, sich nicht in den Sattel setzen? Staatsmänner, Gelehrte, Dichter, Kaufleute, die zum Reichspräsidenten kamen, rühmten seine natürliche, nicht erlernbare Würde; Leute, die noch die schenkel-schlagenden Temperamentexzesse des Geisteskranken von Doorn erlebt hatten, atmeten in der leisen Atmosphäre Eberts auf. Alle Genialität lag dem immer nüchternen Manne fern, aber auch alle Irrlichterei. Ich möchte sogar einen Schritt weiter gehen und sagen, Ebert ist nie ein Revolutionär gewesen, aber – das ehrt ihn besonders – er ist auch nie ein Deklamator der landläufigen revolutionären Phraseologie gewesen. Sein Glück war, daß er, mit der praktischen Vernunft des erfolgreichen Arbeiters ausgestattet, sich nicht an die Dialektik oder gar in den Talmudismus der marxistischen Ideologie verlieren konnte.“

Was brauchte er Genialität oder gar revolutionäre Dialektik, marxistische Ideologie? Ebert wußte einen gut geschnittenen Rock, ein englisch rasiertes Gesicht mit Anstand zu tragen, er saß sogar im Sattel wie sein kaiserlicher Vorgänger. Was ist mehr nötig für das höchste Amt dieser Republik, die sich in ihrer Geburtsstunde stolz eine sozialistische nannte?

*

In wohlthuendem Gegensatz zu diesem servilen Schmus wahrheitsgemäße Schilderung der Leichenfeier Eberts, die in derselben Nummer des „Tagebuchs“ unter dem treffenden Titel „Süßsaure Totenfeier“ erschienen ist. Hier ein kurzer Auszug:

„Das Leichenbegängnis für den Reichspräsidenten mit seiner würdigen Feierlichkeit ist die Ehrung, die man für die Republik und ihren obersten Hüter fordern durfte. Sie hat keine Erwartungen enttäuscht. Aber wie die Spiegel im Präsidentenpalais durch die schwarzen Kreppschleier, so schimmert hinter den düsteren Draverien dieser Feier das Spiegelbild der Republik – die tot ist. So tot, daß nicht ein einziges Stückchen der Landestrauer unbefohlen, unorganisiert, daß keine Feier und keine Fahne spontan und natürlich gewesen ist. Der erste Präsident der Republik! Die Bürger, denen er buchstäblich das Leben gerettet hat, fühlen sich ihm fremd und sind ärgerlich, weil sie ihm dankbar sein müssen. Die Arbeiter, denen er die Versprechen nicht halten konnte, sind ihm fremd geworden und sind undankbar, weil sie ärgerlich sein müssen. Ein paar hundert Menschen schreiben sich schließlich in die Liste der Mittrauernden ein. Unter ihnen kommt Herr Wallraf, ehemaliger kaiserlicher Staatssekretär, im Schlapphut: er jedenfalls hat nicht die Entschuldigung, Anstand und Form nicht gelernt zu haben. Wollte er provozieren? Vielleicht wollte er sich die Sache nur einmal ansehen. Die Hunderttausend, die den Zug begleiten, sind kommandiert, organisiert oder gleichgültig-neugierig. Es fehlen die Ergriffenen.

Zur Stunde des Todes sind keine Fahnen im Sterbehaus, die auf Halbmast gehen und so in alter schöner Symbolik die Trauer mitteilen könnten. Reichsbannerleute müssen mit Tuch und Leiter kommen, um auszu-[216]helfen. Zur Ueberführung der Leiche ins Trauerhaus, die erst 14 Stunden nach dem Tode stattfindet, ist keine Reichswehr aufzutreiben, außer ein paar Unteroffiziere neben dem Wagen. Ein Alarmbefehl zur Unterdrückung kommunistischer Unruhen hätte die Schwadronen von Schwedt oder sonstwoher sicherlich schnell genug nach Berlin gebracht. Die Stunde des Kondukts wird verheimlicht – weil zu viele oder weil zu wenige gekommen wären? Kaum ein „Privathaus flaggt am ersten Tage. Die paar Geschäftshäuser, die es getan haben, kann und soll man sich merken. Auf einem Gymnasium weht dafür ein schmutziges Taschentuch halb mast – natürlich aus Versehen, wie die tapferen Täter gestehen.

Man baut sechs Unteroffiziere neben den Sarg des verfassungsmäßigen Oberbefehlshabers. Hätte man ein Gedächtnis für das fast zu große Verdienst, das der Verstorbene gerade um die Reichswehr hat, dann hätten sich vom Chef der Heeresleitung an alle Offiziere zu der Ehre gedrängt, eine Weile neben dem Toten Wache zu halten. Die Leichenparade kommandiert der Berliner Stadtkommandant – der Garnisonälteste. Im Zeitalter der Oberbürgermeister ist das vielleicht eine Anpassung des Zeremoniells an künftige Bedürfnisse, aber nicht der Ausdruck der jetzigen. Selbst die aufgebotene Wehrmacht, so stramm und schön auch immer, ist sehr kärglich. Das Aeüßerste an kümmerlicher Verantwortungsscheu mußte natürlich die Oberbehörde der evangelischen Kirche leisten. Sie hat die Entscheidung, ob die Glocken läuten sollen, den – – Gemeinden überlassen.

So wird denn der Mann, der vom Parlament gewählt war, im engsten Kreise von Diplomaten, hohen Beamten und Großverdienern aufgebahrt. So muß der Tote, während der Reichspräsident verfassungsmäßig das Gegengewicht gegen alles unrichtige Uebermaß von Einflüssen des Parlaments oder der Regierung, der Parteien oder der Privatinteressen sein soll, schließlich als Symbol der Kapital- und Büro-Oligarchie dienen, deren die deutsche Republik sich erfreut.“

*

Ein großer deutscher Schriftsteller über einen großen deutschen Staatsmann.

Thomas Mann gilt in Deutschland als ein großer Schriftsteller. Fritz Ebert wird jetzt als ein großer Staatsmann gepriesen. Damit man erkennt, mit welchem Maßstab das bürgerliche Deutschland seine großen Männer mißt, lese man, was der große Schriftsteller zum Preise des großen Staatsmannes in der „Frankfurter Zeitung“ bedeutsames zu verkünden hat:

„Zweifellos ist auch Ebert ein Opfer seines abenteuerlichen Schicksals. Seine stämmige Natur war gewiß von Haus aus dauerhafter angelegt, als auf bloße 54 Jahre. Dank der Zeit hat sein Leben an Höhe und Heftigkeit gewonnen auf Kosten seiner Dauer, und wie nüchtern und abgebrüht ihn das Parteileben gemacht haben mag, ist doch glaubhaft, daß die zügellosen Verunglimpfungen von seiten derer, die ihn das Notwendige entgelten ließen, der Krankheit den Boden bereiten konnten. München ist so schlimm nicht, wie man wohl sagt. Mir ist, als begänne die menschliche Natur dieser Stadt wieder hervorzutreten. Vor dem Maueranschlag mit der Todesnachricht hörte ich einen zum andern sagen: ‚Der wird froh sein, daß er von der Politik nichts mehr hört!‘ Nur eben auch froh kann er nicht mehr darüber sein. (Man beachte, wie meisterhaft der große Dichter diesen tiefen Gedanken, daß Tote nicht mehr froh sein können, gestaltet!)

Ich lernte den Präsidenten in Frankfurt vor vier Jahren, gelegentlich der ‚Goethe-Woche‘ kennen. Ich hatte eine Mahlzeit mit ihm und Hauptmann. Es war von Whitman die Rede, von dem er nichts wußte, und über den er sich aufmerksam unterrichten ließ. Ich traf dann gesellschaftlich wieder mit ihm zusammen. Ich durfte auch vor ihm sprechen, anlässlich der studentischen Feier in der Aula der Universität, wo das Ereignis war, daß zum ersten Male das Haupt des neuen Staates eine deutsche Hochschule betrat. Bei all diesen Gelegenheiten gewann ich den Eindruck von Güte, Gefäßtheit, besonnener Männlichkeit, der mich ihm im Herzen zum Freunde gemacht hat.

Es sind acht Tage, daß ich mich brieflich an ihn in einer unpersönlichen Angelegenheit wandte: Es handelte sich um ein Gesuch, das Reichsunterstützung für eine philosophische Gesellschaft beanspruchte, die sich in zeitgemäßer Notlage befindet. Schon krank, was ich nicht wußte, ließ er mir sofort durch den Staatssekretär in entgegenkommendstem Sinne antworten und seine persönliche Verwendung in Aussicht stellen. Die Behandlung einer solchen Sache unter dem Kaiserreich wäre steifer gewesen, gesetzt, daß man sich des Schrittes überhaupt unterfangen hätte. (Gewiß eine klassische Formulierung des Unterschiedes zwischen Republik und Kaiserreich!)

Die Frage der Nachfolge ist schwierig, aber ich halte den Wunsch für vorherrschend, der neue Präsident möchte dieselben Eigenschaften aufweisen, die Ebert auszeichneten.“

Angesichts so tiefer politischer Einsichten kann man nur mit Schiller sagen:

„Es muß der König mit dem Dichter geh’n.

Denn beide wandeln auf der Menschheit Höh’n.“

Die „Höhen“ sind freilich im Deutschland des Bürgerkönigs Ebert nicht allzu hoch.

[217]

Die Internationale **Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Anfang Mai 1925 * Heft 5**

Vor zehn Jahren.

Aus dem Artikel „Der Wiederaufbau der Internationalen“

von Rosa Luxemburg.

Vorbemerkung der Redaktion: Am 15. April waren es 10 Jahre, seit die erste Nummer unserer „Internationale“ erschien. Wir könnten die Bedeutung ihres Gründungstages für die Geschichte des Marxismus in Deutschland nicht besser würdigen, als durch den Abdruck des glänzenden Artikels Rosa Luxemburgs, von dem Lenin in seiner Juniuskritik sagt, daß er schon besser und richtiger die Scheidung auch vom Kautskytum vollzieht als die spätere Juniusbroschüre.

Der folgende Artikel ist nur der erste Teil der erwähnten Arbeit. Er ist heute aktuell auch noch aus einem zweiten Grunde. Durch die opportunistische, verräterische, gegenrevolutionäre Politik der Sozialdemokratie ist es möglich geworden, daß sechs Jahre nach der Novemberrevolution ein Hindenburg als Präsidentschaftskandidat der deutschen Republik aufgestellt und gewählt werden konnte. In diesen Tagen, da eine oberflächliche wahlarithmetische Demagogie der Kommunistischen Partei die Schuld daran in die Schuhe schieben will, ist es heilsam, den wahren Wurzeln dieser Tatsache nachzuspüren. Rosa hat sie vor 10 Jahren mit genialer Sicherheit aufgedeckt. Und alles, was im Kriege galt, gilt doppelt und dreifach für den „Frieden“ nachher. Der Schluß des Artikels (wir haben nur einige wenige, nicht wesentliche Zeilen weggelassen) wirkt heute wie eine Prophezeiung.

Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen. Alle Versuche, diese Tatsache zu leugnen oder zu verschleiern, haben, gleichviel aus welchen Motiven sie hervorgehen mögen, objektiv nur die Tendenz: jene verhängnisvollen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung, die zum Zusammenbruch geführt haben, zu verewigen zum bewußten Normalzustand zu erheben die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.

Der Zusammenbruch selbst ist in der Geschichte aller Zeiten beispiellos. Sozialismus oder Imperialismus – diese Alternative faßte erschöpfend die politische Orientierung der Arbeiterparteien im letzten Jahrzehnt zusammen. Sie wurde namentlich in Deutschland in zahllosen Programmreden, Volksversammlungen, Broschüren und Zeitungsartikeln als die Losung der Sozialdemokratie, als ihre Auf-[218]fassung von der gegenwärtigen Geschichtsphase und deren Tendenz formuliert.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges ist das Wort zum Fleische, die Alternative aus einer geschichtlichen Tendenz zur politischen Situation geworden. Gestellt vor diese Alternative, die sie zuerst erkannt und zum Bewußtsein der Volksmassen gebracht hatte, strich die Sozialdemokratie die Segel, räumte kampflos dem Imperialismus den Sieg ein. Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierteste und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationalen war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klarsten nachweisen.

Kautsky, der als Vertreter des sogenannten „marxistischen Zentrums“ oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der „Parteiinstanzen“ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurecht gedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein. Oder wie Kautskys getreue Schüler im österreichischen „Kampf“ mit vielen Seufzern über die heutigen Verirrungen der Sozialdemokratie dekretieren: die einzige Politik, die dem Sozialismus während des Krieges gezieme, sei „das Schweigen“; erst wenn die Friedensglocken läuten, beginne er wieder in Funktion zu treten^{*)}. Diese Theorie des freiwillig übernommenen Eunuchentums, die die Tugend des Sozialismus nur dadurch

^{*)} Siehe den Artikel Fr. Adlers im Januar-Heft des „Kampf“.

wahren zu können glaubt, daß sie ihn in den entscheidenden Momenten der Weltgeschichte als Faktor ausschaltet, leidet am Grundfehler aller Rechnungen der politischen Impotenz: sie ist nämlich ohne den Wirt gemacht.

Gestellt vor die Alternative: für oder gegen den Krieg, ist die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie das „Gegen“ preisgegeben hat, durch der Geschichte ehernes Muß gezwungen worden, ihr volles Gewicht für den Krieg in die Waagschale zu werfen. Derselbe Kautsky, der in der denkwürdigen Fraktionsberatung des 3. August für die Bewilligung der Kredite plädierte und dieselben „Austromarxisten“ (wie sie sich selbst nennen), die auch jetzt im „Kampf“ die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, vergießen gelegentlich Tränen über die nationalistischen Exzesse der sozialdemokratischen Parteiorgane und über ihre ungenügende theoretische Schulung namentlich in der haarscharfen Zerspaltung des Begriffes „Nationalität“ und anderer „Begriffe“, die angeblich an jenen Verirrungen schuld sei. Aber die Dinge haben ihre Logik, auch wo die Menschen sie nicht haben wollen. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit ihrer parlamentarischen Vertretung für [219] die Unterstützung des Krieges entschieden hatte, wickelte sich alles andere von selbst mit der Unabwendbarkeit des historischen Geschickes ab.

Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt, zu „schweigen“, eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Krieg. Napoleon sagte einmal: Zwei Faktoren entscheiden über den Ausgang einer Schlacht, der „irdische“ Faktor, als da sind Terrain, Beschaffenheit der Waffen, atmosphärische Wirkungen usw., und der „göttliche“ Faktor, d. h. die moralische Verfassung des Heeres, seine Begeisterung, sein Glaube an die eigene Sache. Für den „irdischen“ Faktor im gegenwärtigen Kriege sorgte auf deutscher Seite am meisten die Firma Krupp in Essen, der „göttliche“ kommt in erster Linie auf das Konto der Sozialdemokratie. Die Dienste, die diese der deutschen Kriegsführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermeßlich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben, und alle Sicherheitsmaßnahmen der Polizeibehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des „Sozialismus“ umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatsschriften dazu braucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren, um je nach der Wendung des Krieges die Russengefahr und die Greuel der Zarenregierung auszumalen, das perfide Albion dem Hasse des Volkes preiszugeben, über die Aufstände und Revolutionen in fremden Kolonien zu jubeln, die Wiedererstarkung der Türkei nach diesem Kriege zu prophezeien, den Polen, Ruthenen und allen Völkern die Freiheit zu versprechen, der proletarischen Jugend kriegerische Tapferkeit und Heldenmut beizubringen – kurz, die öffentliche Meinung und die Volksmasse vollkommen für die Ideologie des Krieges zu bearbeiten; die sozialdemokratischen Parlamentarier und Parteiführer endlich, die nicht bloß Geldmittel für die Kriegsführung bewilligen, sondern jede beunruhigende Regung des Zweifels und der Kritik als „Quertreiberei“ in den Volksmassen schneidig zu ersticken suchen, ihrerseits aber durch persönliche Dienste diskreter Natur, wie durch Broschüren, Reden und Artikel von echtestem deutsch-nationalem Patriotismus die Regierung unterstützen – wo war ein Krieg in der Weltgeschichte, in dem Aehnliches geschah?

Wo und wann ist die Aufhebung aller Verfassungsrechte mit solcher Selbstverständlichkeit ergeben hingenommen worden? Wo ist je der strengsten Pressezensur aus den Reihen der Opposition ein solcher Hymnus gesungen worden, wie in einzelnen Blättern der deutschen Sozialdemokratie? Noch nie hat ein Krieg solche Pindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegen, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen hatte. Gemessen an dieser Wandlung sind die Nationalliberalen wahre römische Katone, Rochers de bronze [eherner Fels]. Gerade die mächtige Organisation, gerade die viel [220] geprie-

sene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, daß der Viermillionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. Die fünfzigjährige Vorbereitungsarbeit der Sozialdemokratie verwirklicht sich im heutigen Kriege, dessen Wucht und siegreiche Kraft auf deutscher Seite von den Gewerkschaften wie von Parteiführern in hohem Maße als Frucht der „Schulung“ der Massen in den proletarischen Organisationen beansprucht wird. **Marx, Engels und Lassalle, Liebknecht, Bebel und Singer schulten das deutsche Proletariat, damit Hindenburg es führen kann. ...**

*

Wie Hindenburg Präsident der deutschen Republik wurde.

Von Lenz.

„... die Geschichte der Bourgeois-Republikaner. Nachdem sie eine Republik für die Bourgeoisie gegründet, das revolutionäre Proletariat von dem Terrain vertrieben und das demokratische Kleinbürgertum einstweilen zum Schweigen gebracht haben, werden sie selbst von der Masse der Bourgeoisie beiseite geschoben, die diese Republik als ihr Eigentum mit Beschlag belegt. Diese Bourgeois-Masse war aber royalistisch.“

(Marx: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte.“)

Ebert hat einen seiner würdigen Nachfolger, die deutsche Republik einen ihrer würdigen Repräsentanten gefunden: Wilhelms getreuen Feldmarschall Hindenburg. Hindenburg hat als Vertrauensmann Eberts geholfen, die Bourgeois-Republik aus der Taufe zu heben. Das Blut von Tausenden revolutionären Arbeitern war das Taufwasser. Hindenburg soll diese Republik zu Grabe tragen. Er ist von der Bourgeoisie dazu ausersehen, die Tage ihrer Schmach, die Tage des November 1918, wo sie sich vor dem Proletariat verkroch, zu rächen. Die deutsche Republik wird nun immer offenkundiger zu einer „Monarchie ohne Kaiser“, um ein Wort von Friedrich Engels zu gebrauchen. '

Die Not-Republikaner der Weimarer Koalition haben den ganzen Staatsapparat in die Hand der Monarchisten gegeben und die einzige Kraft gegen die monarchistische Reaktion, die Arbeiterklasse, niedergeschlagen, damit sie nicht die Staatsmacht übernehme; sie haben den Monarchisten vor-demonstriert, wie man mit Ausnahmeparagraphen die parlamentarische Demokratie beiseite schiebt und die Diktatur der Bajonette „verfassungsmäßig“ proklamiert. So haben sie die Republik dorthin geführt, wo sie heute ist: ins Lager der Monarchisten. Diese werden die Lehren, die die Weimarer Republikaner ihnen gegeben haben, nützen. Sie haben keinen Putsch mehr nötig.

Es wäre jedoch ein großer Irrtum, zu glauben, daß mit dem Amtsantritt Hindenburgs eine ganz neue Epoche in der Geschichte der deutschen Republik und in der Politik der deutschen Bourgeoisie beginnt. Hindenburg wird nicht mehr tun, als das Werk Eberts fortzusetzen und zu vollenden. Die zwei großen politischen Entscheidungen, die das Schicksal Deutschlands aller Wahrscheinlichkeit nach auf lange hinaus bestimmt haben, die Niederwerfung der Arbeiterschaft im Winter 1923/24, die Ebert und Wilhelm Marx mit Hilfe der monarchistischen Generäle einleiteten, und die Annahme des Londoner Vertrages im August 1924, die wiederum alle bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemo-[221]kraten vereinte, das ist die reale Grundlage für die Politik der deutschen Bourgeoisie, an der sich durch die Wahl Hindenburgs nichts ändert.

Die Kandidatur Hindenburgs wurde gegen den Widerstand der Deutschen Volkspartei und ihres Führers Stresemann durchgesetzt. Diese Agenten der Schwerindustrie fürchteten, die nationalistische Demonstration allzu teuer an die imperialistischen Oberherren Deutschlands bezahlen zu müssen. Die Impresarios des deutschnationalen Wahlfeldzuges haben desto sorgfältiger darüber gewacht, daß sich die Reden des „Nationalheros“ streng im Rahmen der Dawes-Erfüllungspolitik hielten. Damit wurde deutlich bekundet, daß Hindenburg nicht eine „nationale“ Rebellion gegen die Politik der Unterwerfung bedeutet, deren Etappen der Londoner Vertrag, das Garantiepakt-Angebot und der angekündigte Beitritt zum Völkerbund sind. Der für die nationalistischen Spießbürger „ehrwürdige Namen“ des kaiserlichen Feldmarschalls soll vielmehr diese Politik „national“ maskieren. Wenn Stresemann durch den Garantiepakt und den Beitritt zum Völkerbund den Vertrag von

Versailles noch einmal feierlich anerkennt, so ist das „nationaler Verrat“; wenn Hindenburg das gleiche tut, so wird es „nationale Befreiungspolitik“ heißen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Wahl Hindenburgs ein Erstarren der deutschen Bourgeoisie nicht nur gegen den „inneren Feind“, sondern auch nach außen anzeigt. Die deutsche Bourgeoisie hat sich gegenwärtig mit der Abhängigkeit vom amerikanischen und englischen Kapital vollkommen abgefunden, aber sie versucht, in Abhängigkeit von diesen imperialistischen Mächten wieder eine „aktive Außenpolitik“ zu treiben, durch die Ausnützung der imperialistischen Gegensätze und des Gegensatzes der imperialistischen Mächte zur Sowjetunion größere Bewegungsfreiheit zu erlangen und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Imperialismus vorzubereiten. Die dummschlauen deutschen Außenpolitiker bilden sich dabei ein, England gegen Frankreich auszuspielen, in Wirklichkeit spielt England sie gegen Frankreich aus und wird sie zur gegebenen Zeit gegen andere Kompensationen in der Patsche sitzen lassen, genau so wie beim Ruhrkampf. Aber immerhin darf sich die deutsche Bourgeoisie heute schon Experimente erlauben, die man ihr: vor zwei Jahren nicht gestattet hätte.

Diese Illusion, daß Hindenburg, „der Retter“, den Wiederaufstieg des Deutschen Reiches bedeutet, ist gewiß die Hauptursache seines Wahlerfolges. Aber die 14,6 Millionen Wähler-Stimmen, 48,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen, unter denen also eine wahrlich nicht geringe Zahl proletarischer Stimmen enthalten ist, sind zugleich Stimmen für den „Burgfrieden“, in dessen Zeichen allein der Monarchismus in Deutschland siegen kann. Der Korruptionssumpf, der Postenschacher, die Parteischiebungen, die sich bei den parlamentarischen und bei den Wahlkämpfen der deutschen Republik in letzter Zeit in so bengalischer Beleuchtung gezeigt haben, tragen nicht wenig dazu bei, die Popularität eines Mannes zu erhöhen, der vortäuscht, dem Parteigetriebe entrückt zu sein.

Der Elementarsatz des Marxismus, daß im allgemeinen die Monarchie eine für die Herrschaft der Bourgeoisie günstigere, für den Klassenkampf des Proletariats ungünstigere Staatsform ist als die Republik, ist ja nicht zum wenigsten darin begründet, daß die Monarchie den Glauben an die Heiligkeit der Staatsgewalt bei breiten Volksmassen erhält, während die demokratische Republik viel durchsichtiger den Staat als Instrument der Klassenherrschaft erkennen läßt, das durch Konkurrenzkämpfe und Schiebergeschäfte zwischen den verschiedenen Interessensklüngeln in die Hand der jeweils mächtigsten Gruppe gerät. Solche Affären, wie sie das deutsche Volk in den letzten Monaten erlebt hat, sind wenig geeignet, es in seiner Staatsgläubigkeit zu erhalten. Desto notwendiger erscheint es der Bourgeoisie, dem Staate wieder die feierliche monarchistische Draperie zu geben. In diesem Sinne ist Hindenburg in der Tat ein zweckmäßiger Platzhalter der Monarchie.

[222] Der Aufmarsch der „Republikaner“ bei diesem Wahlkampf war ein erbärmliches Schauspiel. Ihre Reden waren demütige Bitten, daß man ihre Existenz verzeihen solle. Die außenpolitischen Schwierigkeiten, die es jetzt noch nicht gestatten, die Verfassung zu ändern, waren ihr stärkstes Argument. Der Kandidat der Monarchisten versicherte, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe, mehr wußte auch der „republikanische“ Kandidat Marx, der das Wort „Republik“ nicht über die Lippen brachte, nicht zu sagen. Die biedereren „Republikaner“ vom Zentrum und den Demokraten bereiteten schon im Wahlkampf für den Fall der Niederlage den Abmarsch ins Lager Hindenburgs vor.

Am wichtigsten für uns sind die Vorgänge innerhalb der SPD. Beim ersten Wahlgang genügte die leere Geste der Aufstellung der selbständigen Kandidatur des Koalitionsministers Braun, um bei den SPD-Arbeitern wiederum die Illusion zu erzeugen, ihre Partei wolle zum Klassenkampf zurückkehren. Dieses Manöver hat genügt, um die Wirkungen des Barmat-Skandals und des Magdeburger Prozesses voll auszuheben und der SPD im ersten Wahlgang von allen Parteien das günstigste Ergebnis zu verschaffen: bei einem allgemeinen Wahlrückgang gegenüber den Reichstagswahlen im Dezember von ca. 10 Prozent, bei der SPD ein Rückgang von nicht einmal 1 Prozent. Dieser Wahlerfolg der SPD und der große Stimmenverlust der KPD (ca. 33 Prozent) zeigen, wie fest noch bei den proletarischen und halbproletarischen Massen der Glaube ist, daß in der gegenwärtigen nicht akuten revolutionären Zeit nicht die proletarisch-revolutionäre, sondern die bürgerlich-demokratische Arbeiterpartei ihre Interessen vertritt.

Aber dieser Sieg der SPD bei der Vorwahl war die Ursache ihrer Niederlage bei der entscheidenden Abstimmung. Die radikalen SPD-Arbeiter, denen man eben noch die Kandidatur Braun als Sieg der Linken in der Partei angepriesen hatte, konnten nicht verstehen, daß der „einzig ernst zu nehmende Arbeiterkandidat“ Braun mit seinen 8 Millionen Stimmen sang- und klanglos in der Versenkung verschwand, um dem Kandidaten der reaktionären Pfaffen-Partei, der nur 3,8 Millionen Stimmen aufgebracht hatte, Platz zu machen. Diese Methode der „Verteidigung der Republik“ hatte zur Folge, daß in den sächsischen Bezirken die SPD-Arbeiter offen gegen die Parteiparole rebellierten. Anders ist es nicht zu erklären, daß im Wahlkreis Dresden-Bautzen die Stimmzahl des „Volksblocks“ von 472.000 auf 416.000, im Wahlkreis Leipzig von 326.000 auf 277.000, im Wahlkreise Chemnitz von 337.000 auf 285.000 Stimmen zurückging, während die kommunistischen Stimmen in denselben Wahlkreisen von 37.000 auf 65.000, von 68.000 auf 82.000, von 100.000 auf 139.000 Stimmen stiegen.

Die Steigerung der kommunistischen Stimmen vom ersten zum zweiten Wahlgang von 1,87 Millionen auf 1,93 Millionen zeigt, daß der beste Teil der deutschen Arbeiterklasse sehr wohl begriffen hat, daß es nicht Verrat an den Arbeiterinteressen, sondern eine Notwendigkeit im Interesse der Arbeiter war, die selbständige Arbeiterkandidatur aufrechtzuerhalten und nicht den angeblich republikanischen bürgerlichen Reaktionär Marx gegen Hindenburg zu unterstützen. Ueber diese Frage konnte es innerhalb der KPD keine Meinungsverschiedenheiten geben, kein kommunistischer Arbeiter hätte eine andere Taktik begriffen. Die sächsischen Wahlergebnisse zeigen, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter, in denen sich das Klassenbewußtsein noch durchringen kann, derselben Meinung waren.

Eine Meinungsverschiedenheit gab es nur über die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Notwendigkeit der selbständigen kommunistischen Kandidatur und die Unfähigkeit der SPD, mit dem Proletariat gegen die monarchistische Reaktion zu kämpfen, den Massen des Proletariats und des republikanischen Kleinbürgertums durch ein Manöver vorzudemonstrieren. Es wurde der Vorschlag gemacht, die KPD sollte an den ADGB mit dem Anerbieten herantreten, er solle eine einheitliche antimonarchistische Kampf-Kandidatur auf der Grundlage eines konkreten Minimalprogramms veranlassen, die KPD würde sich für den Fall, daß sich sowohl der Kandidat, als auch die Gruppen, die ihn unterstützen, bindend auf die Durchführung dieses Minimalprogramms verpflichten, zum Verzicht auf die eigene Kandidatur bereit erklären. Es ist ganz klar, daß sich keine bürgerliche Partei, auch nicht die SPD, zu einem solchen Schritt, der die Bereitschaft zum wirklichen Kampf erforderte, entschlossen hätte. Aber die SPD-Demagogie, daß die Kommunisten die Bundesgenossen der Reaktion seien, wäre dadurch von vornherein durchkreuzt worden. So wäre jedem Arbeiter verständlich unsere Anschauung bestätigt worden, daß die KPD als die einzige Arbeiterpartei auch die einzige Partei des ernsthaften Kampfes gegen die monarchistische Reaktion ist. Dieser Vorschlag, der die Billigung des Präsidiums der Komintern und der Zentrale der KPD fand, konnte nicht mehr praktisch durchgeführt werden, weil die SPD sich für Marx entschieden hatte, ehe die Frage in den leitenden Körperschaften der Partei geklärt war.

Die KPD hat in diesen Wahlen in der Tat ihren Kampf unter den schwersten Bedingungen geführt. Ueber die Aussichtslosigkeit ihrer Kandidatur bestand kein Zweifel. Der Ernst der monarchistischen Gefahr, den SPD-Hanswürste wie Paul Levi nicht verstehen, wurde gerade von der KPD unterstrichen. Daher haben nur die wirklich politisch denkenden, klar blickenden, durch keine SPD-Demagogie zu verwirrenden Arbeiter für den kommunistischen Kandidaten Thälmann gestimmt. Arbeiter, die verstanden, daß die Entscheidung nicht durch den Stimmzettel fällt und daß eine Demonstration für die proletarische Partei eine reale Kampfhandlung gegen den Monarchismus ist, hingegen eine „reale“ Abstimmung für einen bürgerlichen Schein-Republikaner eine Kapitulation vor der reaktionären Bourgeoisie. Daß es zwei Millionen solcher revolutionärer proletarischer Kämpfer auch in dieser Zeit der Flaute der revolutionären Bewegung gibt, das ist gewiß ein nicht gering zu schätzendes positives Faktum, das zeigt, daß die Monarchisten jubeln, bevor sie gesiegt haben.

Aber man soll auch nicht verkennen, daß die Verwirrung und Zersetzung in den Reihen des Proletariats ungeheuer ist. Die gewaltige Mehrheit des Proletariats hat bei diesen Wahlen für die offenen

Vertreter der bürgerlichen Reaktion gestimmt. Auch wenn man alle Schwierigkeiten einer solchen Präsidentenwahl in Rechnung stellt, so zeigt doch die Tatsache, daß von 30 Millionen abgegebenen Stimmen nur zwei Millionen auf die Kommunisten fielen, wie weit wir noch von unserem Ziele entfernt sind, die Führung der breiten Massen des Proletariats und des verarmten Kleinbürgertums gegen den Imperialismus zu erringen.

Eine verschärfte Oppositionsstimmung ist in der Arbeitermasse infolge der Wahl Hindenburgs zweifellos vorhanden. Die Hauptaufgabe ist es nun, diese Oppositionsstimmung, die bisher von der SPD für ihre Koalitionspolitik ausgenützt wurde, durch die Entlarvung der Scheinopposition der SPD in die Bahn des proletarischen Klassenkampfes zu lenken.

Die KPD wird im vollen Bewußtsein der Schwierigkeiten und Gefahren der gegenwärtigen Situation, im Bewußtsein der Kraft, die trotz aller Niederlagen und Enttäuschungen im deutschen Proletariat steckt, bei strengster bolschewistischer Selbstkritik auf den kommenden Parteitagungen den Weg prüfen, den sie als einzige Partei des Proletariats zu gehen hat. [224]

*

**Das „stabilisierte“ Europa – der stabilisierte
Bankrott der bürgerlichen Demokratie und ihrer Lakaien.
Von A. Maslow.**

Motto: „Besitzest du einen Springbrunnen, so stopfe ihn gut zu: auch der Springbrunnen braucht seine Ruhe.“ (Kosma Prutkow, der philosophierende Kanzlist, der Vorläufer Hilferdings, Macdonalds und Fritz Adlers.)

1. Herriots Sturz – ein Überaus lehrreiches Ereignis.

Daß der – längst fällige – Sturz Herriots tiefe Ursachen hat und tiefere Wirkungen und Folgen haben wird, das ist zwar klar, aber nicht das unmittelbar Lehrreiche an dieser Angelegenheit. Das Wort „lehrreich“ ist hier in folgendem Sinne gebraucht: es wird heute allgemein anerkannt, daß in den Hauptländern Europas keine unmittelbar revolutionäre Situation besteht. Hieraus ziehen die Reformisten der sogenannten 2. Internationale zwei Schlüsse: Erstens sei die „Unrichtigkeit“ des Marxismus bewiesen (sie sagen das natürlich nicht so offen, aber nur das ist der Sinn etwa der Kautskyschen „Korrektur“ der Marx'schen Diktatur in „Koalition mit der Bourgeoisie“), und zweitens sei dieses glorreiche Resultat nur erreicht worden dank der überall herrschenden „Demokratie“, wie auch „Demokratie“, „Friede“ und „Stabilisierung“, umgekehrt, die Krönung der „vernünftigen“, „konstruktiven“, Kautskyanisch-Macdonald-Herriotschen „Völkerbunds“-„Politik“ seien. Man muß jeden dieser Begriffe in Anführungszeichen setzen, weil jeder einzelne ein Schwindelbegriff ist, ein Widerspruch in und zu sich selbst. Der Sturz Herriots aber gibt eine geradezu klassische Gelegenheit, diese „konstruktiven“ „Theorien“ nachzuprüfen.

Das soll zunächst einmal geschehen, worauf die Prüfung der wirklichen Ursachen sowie der Folgen dieser ganzen Affäre untersucht werden sollen.

Nach der „Theorie“ der Kautsky, Hilferding und Macdonald stellt sich die Welt folgendermaßen dar: nachdem durch ein tragisches, durchaus vermeidbares Mißverständnis der imperialistische Krieg entstanden war; nachdem ferner infolge des Fehlens wahrer konstruktiver Koalitionsgesinnung der deutsche Imperialismus durch die „Demokratie“ der Entente geschlagen worden war, zog, langsam zwar, aber unaufhaltsam, Vernunft ein in die Gehirne der „besten“, nämlich der wahrhaft „demokratischen“ Kapitalisten; das sind Leute, mit denen man im trauesten Verein „Politik“ machen kann und muß, die sich durch nichts von den Hilferdingen und Co. unterscheiden als durch die unwesentliche Ansicht über höchst fernliegende Dinge, die man nur, wenn man Arbeiter verdummen will, als „sozialistisches Ideal“ erwähnt; im übrigen aber strebt „die Welt“, geleitet von Originalgenies, zu einem trauten, paradiesischen Verein, genannt „Völkerbund“, der den Krieg „verbietet“, und alles gar prächtig lenkt. Daß diese Originalgenies (wie z. B. Macdonald eins war, Herriot, Hilferding selber, Herr Marx usw.) an die Spitze ihrer „Völker“ kommen, dafür sorgt die sich (metaphysisch und mystisch) durchsetzende „Vernunft“, als deren Kolporteurs die Breitscheid, Ger-

lach, Basch, Abramowitsch, Hellpach und Konsorten umherreisen; wenn die Sache erst einmal soweit ist, daß diese „Vernunft“ (welche Morgan und Dawes en gros und en détail geliefert haben) überall herrscht, dann ist es lächerlich, von Klassen, Klassegegensätzen, Klassenkampf, zu reden – das tut man, wie gesagt, nur, um Arbeiter an der Nase herumzuführen – dann „verbrennt man die alten Manuskripte“, dann erklärt man, wie Macdonald und J. H. Thomas, den Klassenkampf für „unsittlich“ und Streiks für irrsinnig, dann kommt man auf „konstruktivem“ Wege zur Klassenharmonie, „Volksgemeinschaft“, „Block der Republikaner“, „Frieden und Sicherheit“ – kurz, das Paradies lacht.

[225] Solange die Bourgeoisie der führenden europäischen Staaten es für notwendig erachtete, sich pazifistisch zu maskieren und „deshalb die Hanswürste Macdonald und Herriot schwatzen und „regieren“ ließ, solange sprudelten die Agitatoren der 2. Internationale ihre abgeschmackten „Theorien“ nur so in die Welt. Der Fußtritt, den ihr Abgott Macdonald erhielt und der die pazifistische „Aera“ beendete, hat sie vorsichtiger gemacht. Aber immerhin: noch lebte der Held des „Linksblocks“, der lächerliche Schwätzer Herriot; Herriot, der nicht eine Minderheitsregierung „führte“, wie sein „sozialistischer“ Kollege in England, der vielmehr „mit überwältigender Mehrheit“ vom „Volke“ gewählt worden war, welches „das Prinzip der Demokratie gegen den unvernünftigen Poincarismus“ durchsetzte; so waren doch die albernen Redensarten der 2. Internationale im Jahre 1924?

Sehen wir jetzt ganz davon ab, daß dieser Heros der „Demokratie“ Poincarés Politik fortgesetzt hat, worüber die idealistischen Barmatianer ungern sprachen, und nehmen wir Spaßes halber einen Augenblick an, Herriot sei mehr als ein hohler Hanswurst, so bleibt die Frage: wer hat ihn nun eigentlich gestürzt? Dasselbe „Volk“ etwa, welches „jauchzend“ erst vor 11 Monaten den Heros erkoren hat? Und wie hat der Heros gegen seine Widersacher gekämpft?

Um es vorweg zu sagen: wir Kommunisten haben nichts zu tun mit der von den „Sozialisten“ der 2. Internationale so sehr kultivierten „Theorie“ der Heroen und der „rettenden und führenden“ Persönlichkeiten (die dann so schnell im Papierkorb landen wie Macdonald, den jetzt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ als flinkes und charakterloses Reptil ebenso abkanzelt, wie sie ihn noch vor kurzer Zeit lobte). Aber da die „Sozialisten“ auf Schritt und Tritt mit „Heroen“ operieren, bald mit Macdonald, bald mit Herriot, bald mit Braun, bald sogar mit Wilhelm Marr, so ist es gut, sich gerade diese „Helden“-Eigenschaften Herriots anzusehen.

Da kommt man zu „merkwürdigen“ Ergebnissen. Irgendwer hat Herriot mit Falstaff verglichen. Das ist ein beleidigender Vergleich, beleidigend für Falstaff, Shakespeares unsterblichen Ritter vom Sekt; denn Falstaff war, obzwar ein Lump, Prahler, Feigling, Säufer, Schürzenjäger, so doch ein witziger, schlagfertiger, im Grunde liebenswürdiger Vertreter des aussterbenden alten, lustigen England.

Aber in seiner Gesellschaft befindet sich ein gewisser Pistol, ein aufgeblasener, pathetischer, hohler, eitler, erzdummer, ewig schnatternder, feiger Prahlhans – und dem gleicht Herriot durchaus.

Falstaff besaß noch einen Rest von Würde seines aussterbenden Standes. Pistol dagegen wird selbst von einer Winkelhure wie Dortchen Lakenreißer verachtet. Sie hat zwar mit ihm geschlafen – weshalb nicht? – aber sie kann mit der Zeit sein blödes Bramarbasieren nicht mehr hören. Und es genügt, daß der selber feige, nichts weniger als heldenhafte Falstaff seine Plempe zieht – und Pistol „drückt sich ab“, „die schimmelichte Käserinde“, wie ihn Dortchen, dieser personifizierte „Linksblock“ nennt, indem sie Falstaffs Heldenwangen streichelt.

Ganz genau so ist Pistol-Herriot zum Teufel gejagt worden.

Dieser „Held“ der „Demokratie“ ist vom Senat gestürzt worden. Der Senat besteht ausschließlich aus Bankiers, Unternehmern, Advokaten und Berufspolitikanten. Der Senat Frankreichs ist die korrupteste Anstalt, die es gibt und geben kann. Er ist so „demokratisch“, daß er niemals gewählt wird: nur ein Drittel der in ihm sitzenden Schieber, Eunuchen und Greise wird im Turnus in indirekter Wahl, nämlich ohne irgendwelche Befragung des „Volkes“ neu bestallt, so wie Millerand, der Häuptling der katholisch-faschistischen Reaktion vor einigen Wochen von „Paris“ „gewählt“ worden ist. Diesen reaktionären Stall, der nach Korruption stinkt, anzugreifen, hat der

„Held“ der Demokratie nicht gewagt. Er, der „die Mehrheit des Volkes hinter sich“ hat – so sagen und sagten doch die „Sozialisten“ der 2. Internationale? – hat sich lautlos getrollt, sowie ein François-Marsal, ein [226] Knecht Poincarés, und Poincaré selber ihn wie einen Lausbuben auszankten, worauf der Senat prompt ihm sein Mißtrauen votierte.

Die erste Lehre dieser „Demokratie“ ist also: der famose „Linksblock“, den die gesamte 2. Internationale stützt, hat es nicht gewagt, den Senat zum Teufel zu schicken, hinter welchem „nichts“ steht als – das Comité des forges und die großen Banken.

Zu dem „Kampf“ zwischen „Volk“ und „Reaktion“ des Schwerkapitals und der Pfaffen hat es genügt, daß die durch und durch korrupten Finanzmänner befehlen – und Herriot mitsamt seinem „Volksblock“ (so nennt man eine bankrotte Gründung in Deutschland, statt „Linksblock“ zu sagen), flog, wie Pistol, die Treppe hinunter.

Zweite Lehre der „Demokratie“: plötzlich verkünden die Wucherer und Schieber der Rechtsparteien, daß die Regierung Herriot ein Kriminalverbrechen begangen hat; sie hat nämlich, nicht mehr, nicht weniger, seit einiger Zeit die Wochen-Bilanzen der Bank von Frankreich fälschen lassen; sie hat überdies das zulässige Maximum an umlaufenden Bankscheinen (41 Milliarden) um mindestens 2 Milliarden überschritten, d. h. eine Inflation begonnen, deren Lasten natürlich lediglich „das Volk“ zu tragen hat, dessen höchst „demokratische“ „Vertreter“ von diesen Schiebungen geschwiegen haben (versteht sich). Die „demokratischen“ Helden wehren sich nur schüchtern: die Poincaristen hätten ja auch geschoben, nur hätten sie das besser gemacht, weil ihnen die Banken zur Verfügung standen. Da ist die vierte Lehre der „Demokratie“: die „Feinde“ der „Reaktion“ wissen seit Jahren von deren Schiebungen, schweigen aber, sind Komplizen; erst wenn man ihre (Barmat-) Schiebungen aufdeckt, brüllen sie (schüchtern) über die (Ruhr-)Schiebungen derer, die sie ihre „Feinde“ zu nennen belieben.

Fünfte Lehre: nachdem Pistol-Herriot die Treppe heruntergeflogen ist, wird ein neues Kabinett gebildet. In ihm sitzen Briand, der „vom Volke“ nicht gewählt ist, sintemal er kein Linksblockler ist, Caillaux, den die Arbeiter den Blutigen nennen, der der direkte Vertreter starker Wuchererbanken ist und ein offener Feind der Kapitalsteuer, die eigentlich der einzige Programmpunkt des „Linksblocks“ und der „Sozialisten“ ist. Und der Linksblock, Dortchen Lakenreißer, unterstützt natürlich, „aus vollem Herzen“ diese reaktionäre Regierung, und Herr Blum, die kupplerische Witwe Hurtig, die Bordellmutter dieses Dortchens, sieht selig lächelnd auf „das liebe Kind“ und ihren schönen neuen ritterlichen Kavalier, die Regierung Briand-Caillaux.

Hier haben wir die bürgerliche „Demokratie“ wie sie leibt und lebt und die Sozialdemokratie, wie sie kuppelt und hurt.

Nützliche Lehren, klare Lehren, internationale Lehren, aber nicht die einzigen. Sehen wir uns jetzt die weniger glanzvollen, aber tieferen Lehren an.

2. Der Bankrott der sozialdemokratischen „Politik“.

Es ist klar, daß der Kleinbürger Herriot nicht deshalb geflogen ist, weil er kein „Held“ ist, sondern weil die wirkliche Bourgeoisie keine Kleinbürger mehr als ihre Exekutiv-Agenten brauchen kann. Das, was die Sozialdemokraten aller Länder sagen, und woran sie, demagogische Esel die sie sind, selber nicht glauben, ist nämlich richtig: die Reaktion nimmt überall die Geschäfte wieder in ihre eigenen Hände, und diese Reaktion ist überall identisch mit den direkten Fraktionen des Finanzkapitals, welche die Großgrundbesitzer, Pfaffen, Generale und höheren Beamten vorspannen. Im Zeitalter des niedergehenden Imperialismus, des Imperialismus mit neuen, viel ernsteren Konflikten, als es sie vor 1914 gab, mit gestörtem Weltmarkt, mit erwachenden Kolonialvölkern, die den Imperialismus in seiner Wurzel treffen, indem sie ihm Weltmonopole und Extraprofite nehmen, im Zeitalter der bereits überall wieder drohenden imperialistischen Kriege, im Zeitalter der Weltrevolution – denn die Imperialisten täuschen [227] sich **nicht**, wie ihre Lakaien, über den Charakter einer zeitweiligen und lokalen „Stabilisierung“ – in einem solchen Zeitalter ist es im allgemeinen unvorteilhaft, Kleinbürger Regierung spielen zu lassen. In Eng-

land, den Vereinigten Staaten, der Dawes-Kolonie Deutschland, Frankreich, geben die Imperialisten den Kleinbürgern den wohlverdienten Fußtritt: sie haben so viel für sie getan, daß sie überflüssig geworden sind. Und sie sind so an sie gebunden, daß sie ja sowieso kommen werden, wenn jene pfeifen.

Aber es ist nicht Kraft und Ueberlegenheit, was die Imperialisten zu ihren innerpolitischen Schritten treibt. Es sind die ungeheuer gesteigerten inneren und äußeren Widersprüche und Gegensätze dieses famosen „stabilisierten“ Systems, die die Imperialisten zu ihren Maßnahmen treiben. In den März- und Aprilthesen der „Internationale“ waren insbesondere englische Schwierigkeiten untersucht worden. Die Affäre Herriot gibt Anlaß, die französischen zu betrachten.

Der äußere Anlaß der französischen Regierungskrise ist die Inflation. Hierüber gibt Herriot in seiner Kammerrede vom 9. April folgende Auskünfte:

„Ich komme zum Schluß – so versucht Pistol-Herriot einen Abgangseffekt zu erzielen – es scheint, daß meine Regierung das Land in eine schwierige Situation gebracht hat. Nun wohl, dann werde ich ein Dokument verlesen, das ich, trotz aller Angriffe, trotz der verletzendsten Verleumdungen auf Bitte hin bisher nicht vorbringen sollte (ein feiner „Demokrat“! A. M.). Aber der Moment, zu sprechen, ist gekommen! (Pistol, wie er leibt und lebt! A. M.)

Um Ihnen die Situation dieses Jahres 1925 zu zeigen, die Pflichten, die Aengste, die den Finanzminister erwarten, will ich Ihnen die Verpflichtungen verlesen, die man für uns dieses Jahr übernommen hat, und ich bitte das Land (Pistol! oder Wirth! A. M.) zuzuhören. (Beifall links, Bewegung).

Was unsere äußeren Schulden betrifft, so schulden wir dieses Jahr (es handelt sich also um die Zahlungen von 1925 allein. A. M.): den Vereinigten Staaten: 59 Millionen Dollar; England: 11.727.000 Pfund Sterling; Holland: 3.300.000 Gulden; der argentinischen Republik: 971.280 Pesos; Uruguay: 3.562.000 Pesos; Canada: 12.650 kanadische Dollar; Aegypten: 1.086.250 ägyptische Pfund.

Und jetzt, was unsere innere Schuld betrifft, so sind folgendes die Verpflichtungen unseres Schatzamtes: am 16. Februar 333 Millionen, die ich (Pistol! A. M.) bezahlt habe; am 1. Juli: 3 Milliarden 290 Millionen Schatzscheine bei Begehr der Zeichner (es handelt sich um rückzuzahlende Anleihen. A. M.); am 25. September: 8 Milliarden 236 Millionen Schatzscheine – 1922-er 3- und 5jährige Bons – bei Begehr der Zeichner; am 8. Dezember: 10 Milliarden 90 Millionen Schatzscheine (erste Serie 1923), bei Begehr der Zeichner.

Also haben wir dieses Jahr über die Budgetausgaben und die Extrakonten des Budgets hinaus insgesamt 22 Milliarden zu zahlen. Sie sehen, wie begehrenswert es ist, in diesem Augenblick an der Regierung zu sein! (Unterbrechungen rechts und im Zentrum).

Lafarge (einer von der Bankiersklique): Die Schatzscheine würden nicht zur Auszahlung vorgelegt werden, wenn Sie Vertrauen einflößen würden (Beifall rechts und im Zentrum).

Herriot: Man versucht, dieses Dokument zu unterdrücken (wer? die Regierung heißt doch in diesem Augenblick noch Regierung Pistol-Herriot! A. M.). Es wird erscheinen! [Eine Heldentat! A. M.] (Lebhafte Beifall links). Der Finanzminister, der da sein wird, wird also mehr als 18 Milliarden zwischen dem 25. September und 8. Dezember zu zahlen haben (Bewegung). Und dann – hier ist das Argument des Herrn Lafarge: was macht schon das Vertrauen zur Mehrheit aus, die hierher [228] durch den Wahlkörper entsandt worden ist (Unterbrechung im Zentrum); und Herr Lafarge sagt nur: ‚Gehen Sie ab, und das Zentrum wird wieder entstehen!‘ (Ja, ja, rechts und im Zentrum). Er sagt mir: ‚Gehen Sie ab und lassen Sie uns regieren, und das Vertrauen kehrt wieder!‘

Lafarge: Ich habe das nicht gesagt (Zwischenrufe links).

Herriot: Nun gut! Hören Sie meine Antwort: 1924 waren 1 Milliarde 710 Millionen bei 4 Milliarden 710 Millionen Bons zurückzuzahlen, ungefähr ein Drittel also. Nehmen wir an, daß das Vertrauen sich nach demselben Zinsfuß hält, trotz der Kreditknappheit; nehmen wir an, daß ein Drittel der angegebenen Bons zur Rückzahlung präsentiert werden: es bleiben immer noch 7 Milliarden, die der unglückliche Finanzminister wird finden müssen ...“

Unser Pistol schließt einige effektvolle, völlig inhaltlose Tiraden an diese schönen „Perspektiven“, Er vergißt eine „Kleinigkeit“: daß eine halbe Stunde vorher der Kommunist Cachin ihn gefragt hatte: „Ist es wahr, daß während der letzten Wochen 17 Milliarden französisches

Geld über die Grenze, in italienische Banken, gegangen sind?“ Worauf Pistol (ganz wie Wirth seligen Andenkens) nur mit pathetischen Phrasen über Steuerdeserteure antworten konnte, aber die Tatsache als „nur zu wahr“ bestätigte.

Also: die Kapitalisten haben in den letzten Märzwochen und der ersten Aprilwoche 17.000.000.000 ins Ausland verschoben (nachweislich), der Tropf Herriot aber jammert über 7.000.000.000, die im Herbst zu zahlen sind, bis zu welcher Zeit dieselben Kapitalisten nicht 17 sondern 170 Milliarden ins Ausland verschoben haben werden, während „das Volk“, welches diese „demokratischen“ Helden vertreten, von ihnen durch Inflation ausgeräubert werden wird. Denn an Konfiskation von Kapital denkt niemand von ihnen, nicht der „linke“ Blum und nicht der „Held“ Herriot.

Das ist die „Demokratie“, wie sie leibt und lebt, und das ist die sozialdemokratische „Politik“, wohlbekannt in Deutschland, wiederholt in Frankreich.

Herriot ist gestürzt, Caillaux kündigt ausdrücklich an, er denke nicht an Kapitalsteuern – von Konfiskation nicht zu reden – der „linke“ Blum mit seiner Sippschaft von 106 „sozialistischen“ Politikanten unterstützt nach wie vor die rechte Regierung Briand-Caillaux.

Diese bankrotten Kretins werden das „begründen“ mit der famosen „Theorie“ vom „kleineren Uebel“. Sie, die „Demokraten“, haben natürlich keinen Augenblick daran gedacht, außerhalb des Parlaments einen Kampf gegen den Senat, gegen die Kapitalsverschieber, gegen die „Reaktion“ zu führen. Aber sie haben nicht einmal ihre „demokratischen“ Methoden anzuwenden gewagt: die Kammer aufzulösen und, im Vertrauen auf ihre „gute Sache“ – welche nur? – an die Wähler zu „appellieren“. Sie kennen keine lebendigen Klassenkräfte; sie kennen nur parlamentarischen, kleintlichen Schacher. Und, bankrotte Kretins, die sie mit ihren 106 Mandaten (ein „glänzender Sieg“ im Mai 1924) sind, begreifen sie nicht einmal, daß sie sehr bald ebenso zu Tode manövriert sein werden, wie die Wels und Konsorten mit „ihrem“ Briand (der Marx heißt und, mit dem gerissenen Briand verglichen, eine Figur 6. Ordnung ist), und daß dann Poincaré und Millerand mit Briand (oder wenn sie ihn nicht brauchen, ohne ihn) sein werden (wie Hindenburg vielleicht mit Marx, wie aber ganz sicher, Marx mit Hindenburg, Luther, Schiele, Seeckt), daß sie aber, „die stärkste Partei“ (die sie übrigens in Frankreich nicht einmal in der Kammer sind), auf dem Misthaufen.

Das ist die „Politik“ der Sozialdemokraten, welche von den Imperialisten jetzt überall „in Ruhestellung“ gebracht werden, ganz nach dem am Anfang dieses Kapitels stehenden Motto des philosophierenden Kanzlisten Kosma Prutkow, den der geniale russische Satiriker Schtschedrin vor über einem halben Jahrhundert in Vorahnung der „Marxisten“ der 2. Internationale geschaffen hat. [229]

3. Die französische Krise ist eine Krise des „stabilisierten“ Europa.

Wäre die französische Krise eine französische Krise allein, so könnte man sich damit begnügen, das bisher gesagte zu ergänzen durch eine Analyse der treibenden Kräfte der Klassen in Frankreich und daraus die mutmaßliche Entwicklung folgern.

Die französische Krise ist jedoch ganz und gar keine „französische“ Krise: es ist eine Krise des Dawes-Plans, eine große internationale Krise, welche die anderen imperialistischen Großmächte ins Spiel bringt.

Hier zeigt sich noch deutlicher der völlige Bankrott der sozialdemokratisch-pazifistische „Politik“ der 2. Internationale, welche, nebenbei gesagt, in einigen wenigen Tagen ihre „Führer“ zusammen-treten lassen wird, um über die großartigen „Erfolge“ ihrer Heldentaten auf einem internationalen Nationalisten-Kongreß sinnlose Phrasen zu dreschen.

In Augenblicken, wie der, den Frankreich jetzt durchlebt, pflegen die Imperialisten ihre Geschicklichkeit im Heucheln zu verlieren. Man kann dann oft gerade aus ihrer „klügsten“ Presse am ehesten herauslesen, wo sie der Schuh drückt. Im Märzheft der „Internationale“ ist das für England (nach der „Times“) gemacht worden. Für Frankreich läßt sich das glücklicherweise schon jetzt nach dem „Temps“ machen.

Der „Temps“ ist das führende Organ der französischen Imperialisten. Man kann daher aus seinen Leitartikeln allerlei herauslesen. Der Leitartikel in der Nr. vom 13. April bietet genug Stoff dazu.

Da heißt es nach einer belanglosen Einleitung:

„Niemand kann sagen, was morgen geschehen sein wird, aber an einer Sache darf dennoch niemand zweifeln: nämlich, daß jede französische Regierung, wie sie auch aussehen mag, kein Mittel versäumen wird, den Frieden zu konsolidieren (das ist der famose „Friede“, der seit 1919 herrscht. A. M.), wobei es sich versteht, daß der Friede alle Rechte ausrechterhalten und behüten muß, welche Frankreich vom Versailler Vertrag her besitzt. Es gibt eine Grenze auf dem Wege der Konzessionen und der Versöhnung (nanu? A. M.), die man nicht überschreiten darf, ohne unheilbar das zu kompromittieren, was die Welt durch den Sieg der Alliierten bekommen hat (ein guter Satz! A. M.). Diese Grenze ist auf der Londoner Konferenz im August des Vorjahres und auf der Tagung des Völkerbundes im September erreicht worden, wo das Protokoll über Schiedsgericht, Sicherheit und Einschränkung der Bewaffnung ausgearbeitet worden ist.“

Hier liegt der erste Hase im Pfeffer. Wenn ausgerechnet der „Temps“ so für das von Chamberlain „begrabene“ „pazifistische“ Protokoll schwärmt, versteht man, welcher schwerer Schlag für den französischen Imperialismus das Begräbnis durch den wackeren monokelbewehrten Austen aus Birmingham (Stahlwaren en gros) war. Der Passus mit der „erreichten Grenze“ ist eine Drohung gegen England mit dem „deutschen“ Angebot, und selbst die höchst tugendhafte, weise, qualifizierte und verehrungswürdige (wie Stampfer sagt) Gestalt Hindenburgs würde kaum Briand oder Caillaux oder gar Poincaré reizen, auf dieses „Sicherheits“-Angebot (für England) einzugehen. Was die vom „Temps“ so geschätzte Einschränkung der Bewaffnung betrifft, so sei daran erinnert, daß der friedfertige Coolidge – dessen Flotte jetzt den Stillen Ozean und die Südsee unsicher macht, der „Sicherheit“ wegen – eben erst vom Frankreich Herriots einen Korb erhalten hat auf die Einladung zu einer solchen Possenkonferenz. Die Antwort war – das neuerliche Wackeln des Franken, den kein noch so tugendhafter „französischer Minister mit kapitalistischen Mitteln stabilisieren kann, den dafür aber jede größere Bank in Neuyork oder London nach Belieben weiter wackeln lassen kann. Wir haben also hier folgendes Bild: die französischen Imperialisten denken nicht daran, die Ruhr zu räumen oder gar auf die „deutschen“ Luther-Angebote des Herrn Chamberlain einzugehen. Die englischen und amerikanischen antworten höchst einfach, indem sie kein Geld geben oder gar [230] den Franken drücken. Der Kampf hat also begonnen. Welcher Kampf? Hier kommen wir zum zweiten gepfefferten Hasen und zitieren wieder den „Temps“:

„Man hat am Tage nach der Londoner Konferenz das Gefühl gehabt, daß man uns sehr teuer für eine Freundschaft zahlen lassen will, für welche der gemeinsam geführte Krieg und der in vollem Einverständnis unterzeichnete Friedensvertrag von selbst einige Rechte schaffen, außer wenn man behaupten will, daß die Solidarität der Nationen (unter dem macht es kein Imperialist. A. M.), die zusammen den Krieg durchhielten, der ihnen von Raubmächten aufgezwungen wurde (England, die „friedliche“ Macht! A. M.) plötzlich mit dem letzten Kanonenschuß ein Ende genommen hat (aha! A. M.). Um offen zu reden: der gute Wille, den Frankreich immer wieder bewiesen hat, ist bis jetzt nicht so anerkannt worden, wie es hätte sein müssen (glänzend gesagt: die französischen Räuber zahlen an ihre Räuberfreunde ihre Schulden nicht, und wollen neues Geld haben. A. M.). Die Opfer, die Frankreich auf sich genommen hat, als es den Dawes-Plan annahm und die Londoner Verträge unterzeichnete, haben ihr notwendiges Gegenspiel in einer angemessenen Regelung der interalliierten Schulden und in einer festen Garantie unserer Sicherheit nicht gefunden.“

Nun, das ist wenigstens klar: unser zweiter Hase im Pfeffer ist das Heiligtum der „Epoche“ der 2. Internationale, der Dawes-Plan, welcher – wackerer Maulwurf! – anfängt, ganz wie wir Kommunisten es vorausgesagt haben, die imperialistischen Mächte gegeneinander in Front zu bringen. Vortrefflich! Es geht schneller, als wir voraussehen konnten. Noch ein Jahr so „stabilisiertes“ Europa, und wir werden allerlei erleben, nur nichts, was einer „pazifistischen Aera“ ähnlich sieht.

Die Nervosität des „Temps“ ist übrigens verständlich: hat nicht Chamberlain am 24. März im Unterhaus höchst offenherzig erklärt, die traditionelle englische Politik sei es, keine übermächtig star-

ke Militärmacht auf dem Kontinent zu dulden, insbesondere nicht, wenn sie die Kanalküste beherrscht? Sagte er das nicht, als er die Mitteilung über das „deutsche“ Angebot des nationalen Herrn Luther machte? Und ist nicht inzwischen Hindenburg englischer Präsidentschaftskandidat in Deutschland geworden? (Denn nur ein sehr harmloser Narr kann annehmen, der ganz und gar von Chamberlain abhängige Luther hätte diese Ausstellung sonst zugelassen).

Es ist schon Grund vorhanden für Nervosität der französischen Imperialisten, zumal niemand weiß, ob die geheimnisvolle Generalstabskonferenz der Randstaaten in Riga nicht schon eine englische Konferenz war (o du „stabilisiertes“ Europa!). Jawohl, es geht allerlei vor, nur nichts „Pazifistisches“; und alles Geschrei der sozialdemokratischen Schurken und Dummköpfe über „Reaktion“ sollte die Arbeiter nicht darüber täuschen, daß es nicht die Krautjunkerreaktion der ostelbischen Kaschubenhäuptlinge ist, die in Deutschland droht, sondern eine von demselben englischen Imperialismus aufgezoogene, gestützte und forcierte monarchistische Reaktion, vor der die deutschen Sozialdemokraten platt auf dem Bauch liegen und deren Stiefel sie begierig lecken mit dem Geschrei: wie friedlich schmeckt die Daweswiche!

Doch vielleicht ist das alles „übertrieben“? Nun, der „Temps“ erklärt kategorisch, daß niemand in Frankreich (lies: keine imperialistische Regierung) sich einlassen wird auf solche „deutsche“ Vorschläge. Ter „Temps“ weiß natürlich sehr gut, wie „deutsch“ die Lutherschen Manöver sind. Aber für die französischen wie für die englischen Imperialisten ist es vorteilhaft, diese Fiktion aufrechtzuerhalten: denn vielleicht ist schon die Zeit gekommen, wo man ernsthaft gegeneinander kämpfen wird (von England aus durch Ruinieren der französischen Währung, von Frankreich aus durch Ruinieren der englischen Montanindustrie, eventuell durch neue Besetzungen neuen deutschen Gebietes), und in diesem Falle wie auch im Falle des Kompromisses auf deutsche Kosten ist es vorteilhaft, über einen „deutschen“ Vorschlag zu entscheiden, der dann erledigt wird.

[231] Daß die französische Krise keine bloße Finanzkrise ist, weiß natürlich das englische Foreign Office. Gerade deshalb stellen sich seine Zeitungen „naiv“ (ebenso, wie einige nur zur Täuschung der öffentlichen Meinung die Hindenburgsche Kandidatur kritisieren, und der „Temps“, der das natürlich ebenso gut weiß, wie jeder von uns, polemisiert gegen diese „Naivität“ mit der Miene eines, der an sie glaubt. Gute Manöver „befreundeter“ Imperialistenblätter! Und bei dieser Polemik wird er allzu offenherzig:

„Keinen Augenblick fragen sie sich – sagt er über ‚unsere Freunde, die Engländer‘ – ob sie nicht ein groß Teil der Verantwortung für diese Krise tragen ... Vertrauenskrise, sagt man; aber diese Krise ist zum großen Teil aus den erlebten Täuschungen entstanden und aus der erstaunlichen Leichtigkeit, mit welcher unsere Alliierten, wie wir gesehen haben, das freiwillige Versagen Deutschlands aufgenommen, wenn nicht gar ermuntert haben. Selbst angesichts des betrügerischen Bankrotts, den Berlin organisiert hat, haben sie nicht einen Willensimpuls gehabt, die Besiegten zu zwingen, loyal ihre Leistungen zu zahlen. (Ein Kunststück! Wo der englische Botschafter d’Abernon den ‚klugen‘ Cuno zum Ruhrkrieg angestiftet hat, der – ‚national‘ wie er war – ein Krieg zu Englands Vorteil gewesen ist. A. M.) Im Gegenteil, die Amerikaner und Engländer haben all ihren Einfluß dazu benutzt, um den finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches auf unsere Kosten zu begünstigen.“

Ja, der Dawes-Plan hat herrliche Wirkungen! Noch bevor die vorläufig anglo-amerikanische Kolonie Deutschland so weit hergestellt ist, daß diese beiden großen Räuber ihretwegen übereinander herfallen, ist der Miträuber Frankreich düpiert, fängt er an zu spüren, daß auch er ruiniert ist, und eröffnet den Kampf um diese Kolonie. „Stabiles Europa“, „Befriedung“, „Aera“ des Pazifismus? Nein, der Bankerott, die Stabilisierung des Bankrotts der Politik der sozialdemokratischen Heuchler und Betrüger!

Daß alle französischen Reaktionäre, alle französischen Imperialisten mit dem „Temps“ vollkommen einverstanden sind, beweist nicht nur die Regierungskrise, sondern auch ein Artikel von Jacques Bainville in der monarchistischen „Action Française“ vom 8. April, der genau dasselbe sagt wie der „Temps“ und überdies konstatiert, daß der englische General Seeckt mit der englischen

Söldnertruppe Reichswehr die deutsche Stabilisierung durchgeführt hat, während Frankreich jetzt dort angelangt ist, wo Deutschland vor drei oder vier Jahren stand. Und er ruft – er ist nicht so dumm, wie der Psychopath Léon Daudet, der diese Zeitung herausgibt – nach einer ebenso „heilsamen Reaktion“ für Frankreich, wie sie Seeckt und die deutschen Monarchisten für Deutschland abgegeben hätten.

Doch was meint der gute Mann? Will er nur feststellen, daß die Reaktion auf dem Marsch ist? Das weiß sowieso jeder, ausgenommen die Dummköpfe von der 2. Internationale, die das schreien, aber nicht glauben. Jawohl, sie ist überall auf dem Marsch, und nirgends wird sie durch Papierzettelchen gebannt werden. Die „Demokratie“ gibt es nirgends, nicht einmal formal: die Reaktion wächst aus objektiven Wurzeln – für Deutschland ist das eingehend in der Aprilnummer der „Internationale“ gezeigt worden und das Proletariat wird sie nur dann schlagen können, wenn es international, einheitlich, unter Ausschaltung aller Agenten der Bourgeoisie, der bankrotten Helden der Barmat-Internationale, sich zum Kampfe sammelt.

Welchen Weg aber meint Bainville? Den deutschen? Den deutschen Weg mit Inflation oder ohne?

Der deutsche Weg ist der Weg einer Industriekolonie. Dieser Weg ist für Frankreich gangbar. Wird Frankreich dawesiert, so kann es „stabilisiert“ werden, wie Deutschland stabilisiert worden ist. Nur, daß dann [232] sofort die „Stabilisierung“ Europas in die Brüche gehen wird, da der englische und der amerikanische Imperialismus gezwungen wären, sofort um die europäische Kolonie sich zu schlagen: „friedliche“ Teilung, zumal wenn der eine Räuber schwer leidet (wie England mit seiner Arbeitslosigkeit und Absatzkrise), ist eine süßliche Utopie im Stile Hilferdings, aber keine realisierbare. In diesem Falle würden also die Kämpfer „für Kultur und Frieden“, all die edlen Zivilisatoren, übereinander herfallen. Herrliche „Stabilisierung“, herrlicher Dawes-Plan, herrliche „pazifistische“ Früchte!

Oder aber das imperialistische Frankreich lehnt „stolz“ die Dawesierung ab und wurstelt, mit Caillaux oder Lasteurie oder Mandel oder Loucheur oder Poincaré an der Spitze weiter. Dann muß es, weil die Gläubiger mit den interalliierten Schulden drücken, gegen sie die alte Sanktionspolitik in Deutschland verstärkt treiben. Herrliche „Stabilisierung“, alles lösender Dawes-Plan, glänzende Politik der „Sozialisten“!

Und dazu wird es im Innern eine Inflationskrise erleben, die sich sehen lassen kann; der französische Arbeiter hat noch keine Arbeitslosigkeit gekannt; sein Standard war noch nicht unter dem der Vorkriegszeit; die Inflation trifft ihn mit einem Schlag; sie zermürbt ihn nicht, wie die neun Jahre Hunger und die sechs Jahre Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern wird ihn wild machen. Und die 40 Prozent der französischen Bevölkerung, welche Bauern sind? Die Inflation enteignet sie, und sie werden kaum besonders zahm werden, auch durchaus nicht mit Millerand und den Pfaffen marschieren: hier ist ein dankbares Feld für unsere Bruderpartei! Und die vielen französischen Kleinbürger, die durch die Inflation enteignet werden? Herrliche „Stabilisierungs“perspektiven! Gute „Erfolge“ der Dawes-Politik! Nur so weiter!

Oder wird Frankreich vielleicht doch das Kapital scharf besteuern? Ach, du liebe Güte! Soll das Caillaux machen, der Mann mit dem großen Safe? Oder der Schwerindustrielle Loucheur? Oder sonst einer dieser Gaunergesellschaft in Kammer und Senat? Vielleicht der so „linke“ Herr Blum? Oder Renaudel, der vielleicht Pferde kurieren kann – er ist Tierarzt – aber sicher keinem Kapitalisten weh tun wird?

Diese Herrschaften versprochen das in ihren Wahlaufufen, aber ihnen kann man mit einem Ausspruch unseres bereits belobten Kosma Prutkow, dieses geistigen Vaters der jetzigen 2. Internationale, sagen: „Spuck’ dem ins Gesicht, der behauptet, man könne das Unfaßbare fassen!“

4. Schluß.

So zeigt die französische Regierungskrise besonders gut, was es mit der „Stabilisierung“ Europas auf sich hat.

Ja, es ist durchaus richtig: in Deutschland ist die Situation nicht unmittelbar revolutionär; auch in Frankreich ist sie es nicht; nicht in England.

Die Sozialidioten haben, als dies auf der Erweiterten Exekutivesitzung, wo man sich keine Flausen vormacht, sondern ernsthaft Politik treibt, nüchtern festgestellt wurde, sich schier die Hosen vollgemacht, so „überraschend“ kam ihnen das und so erfreulich: Himmelkreuz – sagte sich Stampfer –, wenn das nicht dem katholischen Marx noch etliche Stimmen bringt, was soll dann ziehen?

Diese berufsmäßigen Lakaien der Bourgeoisie „übersahen“ dabei etliche „Kleinigkeiten“:

Sie begriffen nicht einmal, was es bedeutete, daß vor ihrer Nase und auf ihrer Nase Hindenburg als Kandidat für die Präsidentschaft ihrer „Republik“ aufgestellt wurde; das war das Erste. Sie begriffen ebensowenig, was Herriots Sturz für Folgen haben wird: das war das Zweite. Sie begriffen schon gar nicht – denn was gehen sie solche Sachen an, nicht wahr? –, was die seltsamen Erlebnisse des edlen Lord Balfour in Palästina [233] bedeuten, was in Indien passiert, wo sogar die konservative Baldwin-Curzon-Birkenhead-Regierung wieder Konzessionen machen muß.

Sie begriffen nicht, was die Ausstände in Kurdistan und in Persien sind; sie kapierten absolut nicht, daß die „stabilen“ Henkerregierungen auf dem Balkan jeden Taz am Galgen hängen können, an den sie längst gehören und daß eine Revolution auf dem Balkan das gesamte europäische „Gleichgewicht“ über den Haufen schmeißen wird.

Sie sind unfähig, die Tragweite der englisch-russischen Gewerkschaftskonferenz zu verstehen, welche anzeigt, daß über alle Bonzenhindernisse hinweg die Arbeiter sich einigen werden, eben weil sie fühlen, daß die „Stabilisierung“ jeden Tag vorbei sein kann. Kurz, sie verstehen nicht, daß dieses „stabile“ Europa vergleichbar ist einer Gesellschaft von Schlittschuhläufern auf einer künstlichen Eisdecke, unter der ein riesiges Feuer brennt.

Die Bourgeoisie wird überall nicht nur unverschämt und schickt ihre reaktionären Vertreter vor, sondern sie wird überall auch nervös und handelt ihren Lakaien gegenüber nach dem Motto dieses Artikels. Diese aber, die bankerotten Helden, handeln, wiederum nach einem weisen Satze ihres Stammvaters Kosma Prutkow, der gebot: „Wirfst du Steinchen ins Wasser, so achte auf die Kreise, die sich bilden, denn sonst artet dein Werfen in leeren Zeitvertreib aus.“

Sie werden auf ihrem Kongreß gar viele Steinchen ins Wasser werfen und sich gegenseitig bescheiden, was für prächtige Gestalten sie sind, und wie gut sie die Taktik der Koalition und des „kleineren Uebels“ anzuwenden verstehen.

Wir Kommunisten aber müssen, Mann für Mann, verstehen, daß diese Zeit der „Stabilisierung“ uns gesenkt ist, nicht um zu warten, bis wieder hohe Wellen der Revolution schlagen, sondern um zu propagieren, zu agitieren, zu organisieren, neue Kräfte zu sammeln, die Reformisten zu verfolgen auf Schritt und Tritt, zu entlarven tagtäglich und stündlich, zu schlagen, überall wo sie zu finden sind, die Partei aufzubauen, die Gewerkschaften zu durchdringen, tagtäglich allen Ausgebeuteten zu beweisen, daß wir ihre kleinsten wie ihre größten Interessen zu vertreten wissen, wir allein, gleichgültig, ob die Situation „stabilisiert“ ist, oder ob die Schlachten der Revolution toben.

Was den Knechten der Bourgeoisie „Stabilisierung“, nämlich gekräftigter, vorkriegsmäßiger Kapitalismus scheint, an den sie allein glauben, und in den sie, ach, so gerne, wieder „hineinwachsen“ wollen, das trägt in Wirklichkeit die Fratze des schwer verwundeten Untiers, dem wir am besten den Garaus machen werden, wenn wir diese „Stabilisierungs“-Periode so ausnutzen, wie es sich für eine bolschewistische Partei gehört.

*

Die Tagung der Erweiterten Exekutive.

Von Ruth Fischer.

Diese Tagung war eine Tagung der Arbeit und der inneren Vertiefung. In allen Fragen hat diese Erweiterte Exekutivesitzung die Arbeit des 5. Weltkongresses fortgeführt. Die Erweiterte Exekuti-

vesitzung hatte drei Hauptaufgaben: die Bestimmung der Perspektive der Weltrevolution, die Herausarbeitung und Weiterführung der Taktik in der jetzigen Situation, insbesondere die Konkretisierung der Losung der Bolschewisierung, und den Kampf gegen die rechten Abweichungen in der Komintern.

1. Zur Perspektive. In dieser Frage hat das Referat des Genossen Sinowjew eine klare und sehr feste Linie gezogen. Die Perspektive des 5. Weltkongresses, insbesondere seine Einschätzung der demokratisch-pazifistischen Phase und des Wesens der Macdonald-Regierung ist glänzend [234] gerechtfertigt worden. Auch die Debatte über diese Frage mit den Genossen Trotzki und Radek ist „durch das Leben selbst“ entschieden worden. Was für uns an der Bestimmung der Perspektive in der Erweiterten Exekutivesitzung am wichtigsten ist, ist: Verstehen lernen, daß wir in Deutschland und in Mitteleuropa jetzt keine akute revolutionäre Situation haben, daß aber im Weltmaßstabe, wenn auch langsamer als wir dachten, der Prozeß der Weltrevolution weitergeht. Dabei müssen wir die neuen Faktoren, die Entwicklung in Frankreich, in England, im Orient verstehen lernen. Wir brauchen gleichzeitig eine nüchterne Einschätzung der Lage und eine Abwehr aller derjenigen Elemente innerhalb der Komintern, die die Losung der Sozialdemokratie: „Die Revolution ist aus, also kommt zu uns, zu den Menschewiki, deren Losung immer die Liquidierung der Revolution war“, zu ihrer eigenen machen (wie zum Beispiel die Rechten in der Tschechoslowakei). In dieser Frage ist die deutsche Partei wesentlich weitergekommen seit dem Frankfurter Parteitag und dem 5. Weltkongreß. Was wir brauchen, ist das Studium des Imperialismus, sowohl seiner Theorie, das heißt der Theorie Lenins, wie das Studium der konkreten Bedingungen des Imperialismus, besonders der konkreten Bedingungen unseres „Dawes-Deutschland“.

2. Zur Frage der Bolschewisierung. Die von der Exekutive zu dieser Frage angenommenen Thesen stellen eine Ergänzung der Taktikthesen des 5. Weltkongresses und eine Konkretisierung der Losung „Bolschewisierung“ des 5. Weltkongresses dar. Diese Thesen gehen davon aus, daß die Losung der Bolschewisierung vor allem im Kampfe gegen rechts entstanden sind. Sie zeigen, daß die rechten Gefahren entstanden sind und bestehen bleiben müssen infolge des verlangsamten Tempos der Weltrevolution, daß der ständige, hartnäckige und unermüdliche Kampf gegen die rechten Abweichungen gerade in der jetzigen Periode eine Voraussetzung der Lösung der Aufgabe der Bolschewisierung ist. Aber die Aufgabe der Bolschewisierung umfaßt eben viel mehr. Die Erziehung unserer Parteien zu solchen Parteien, die in allen grundsätzlichen Fragen, in der Frage des Imperialismus und in der der Weltrevolution, in der Frage der Staatstheorie, in der Frage der Rolle der Kommunistischen Partei, in der Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft, in der richtigen Politik in der nationalen Frage, die in allen diesen Fragen nicht schwanken, auch bei noch langsamerem Tempo der Revolution, die aber gleichzeitig von diesem festen Grunde der bolschewistischen Grundsätze aus verstehen, richtig zu manövrieren und zu lavigieren und die gerade in dem jetzigen verlangsamten Tempo der Revolution die Verbindung mit den Massen nicht nur „aufrechterhalten“, sondern organisatorisch, lebendig, revolutionär suchen herzustellen und zu befestigen, indem sie den Kampf um die ökonomischen und politischen Teilforderungen unserer Periode mit der ganzen Kraft aufnehmen, ohne ihren Charakter als revolutionäre Parteien zu verwischen oder ihre revolutionären Ziele zu verstecken und zu maskieren. Für uns als deutsche Partei sind aus diesen Thesen daher am aktuellsten und am wichtigsten die Frage von Theorie und Praxis, die Notwendigkeit des Studiums des Leninismus gerade jetzt, der Kampf gegen opportunistische Abweichungen, Ueberbleibsel, insbesondere auch gegen den Luxemburgismus, ohne dessen Verständnis wir den Brandlerismus niemals verstehen und noch weniger überwinden werden.

3. Zur Bauernfrage. In der Bauernfrage tasten die europäischen Parteien noch herum. Wir haben alle den Satz begriffen, daß sich das Proletariat Verbündete in den Mittelschichten und in den Bauernmassen suchen muß; wir haben alle irgendeine Art von Agitation auf dem Lande, in Frankreich, auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei und in Deutschland. Wir haben sogar neue und verheißungsvolle Ansätze in einigen Ländern, zum Beispiel auch in Deutschland, in den Roten Landsonntagen, in den Bauernkonferenzen usw. Aber den ganzen Umfang der Aufgabe konkret verstehen – davon sind wir noch weit entfernt. Die vielfach komplizierte, mit einander verflochtene und öko-

nomisch gebundene konterrevolutionäre [235] Situation des Landbundes in Deutschland und seiner Anhängsel kennen, studieren, mit den geeigneten Methoden bekämpfen, das müssen wir ebenso erst lernen wie fast alle unsere Bruderparteien, die auch erst angefangen haben, die Frage richtig zu stellen, und von der Durchführung noch weit entfernt sind. Das Referat und das Schlußwort Bucharins, ebenso wie die Diskussion zu dieser Frage, bedürfen des gründlichsten Studiums in der Komintern, insbesondere auch in der KPD. Wir haben im letzten Jahre zum ersten Male den Anfang zu einer wirklichen Arbeit auf dem Lande gemacht. Aber wir müssen hier die Arbeit verdoppeln und verdreifachen.

.4. Zur Frage des Trotzismus. Auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive trat kein einziger Verteidiger des Trotzismus auf. Und doch besteht kein Zweifel, daß der Trotzismus nicht nur in der KPD einige Anhänger hat, sondern auch heimliche Anhänger in allen Parteien der Komintern. Der Trotzismus ist keine speziell russische Erscheinung. Er hat ein internationales Gesicht, und es führen Brücken von ihm zu allen Sorten von opportunistischen Schattierungen in allen kommunistischen Parteien. So hat zum Beispiel der Brandlerismus trotz seiner anderen Wurzel und womöglich noch größeren Systemlosigkeit gerade in der Durchführung des „deutschen Oktober“ speziell trotzkistische Züge aufzuweisen. Das Referat über den Trotzismus, das die Frage vom Standpunkt der RKP stellt, wurde daher ergänzt von fast allen Rednern, nicht nur mit dem konkreten Kampf gegen konkrete trotzkistische Gruppen in den einzelnen Parteien, wie zum Beispiel in Frankreich, sondern auch in der Aufzeigung der ideologischen Uebereinstimmung der rechten Gruppierungen mit vielen Gedankengängen des Trotzismus.

5. Zur Frage der rechten Abweichungen. Die Rechten in der Komintern, unfähig, irgendeine politische Plattform der Komintern gegenüberzustellen, unfähig, eine politische Gruppierung herauszukristallisieren, bedienen sich der Methode der Zersetzung, der Verwirrung und des Versuchs der Stiftung von Unfrieden und Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Parteien der Komintern. So hatten sie in ganz Europa vor der Exekutivesitzung die „Parole“ herausgegeben, auf der Exekutivesitzung würde eine vollständige Schwenkung zu ihnen vorgenommen werden, die Plattform des Weltkongresses verbessert werden durch Hinzufügung der Plattform von Brandler, Radek und Smeral, die Linken, insbesondere die deutsche Zentrale, völlig desavouiert und geschlagen werden usw. Gerade diese Methoden zeigen den vollständigen politischen Bankrott der Rechten innerhalb der Komintern an. Sie zeigen zugleich aber auch die Gefahren und Schwierigkeiten, mit denen die Komintern mit den Rechten besonders zu kämpfen hat. Es ist möglich, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil offen den Weg des Liquidorentums betritt (wie zum Beispiel unlängst Böse in Magdeburg und Heydemann im Preußischen Landtag), sondern die Schwierigkeit unserer Lage wird gerade darin bestehen, daß wir in der jetzigen Periode ständig mit solchen rechten Abweichungen zu tun haben werden und daß die Bolschewisierung der Komintern eben in einem fortwährenden ideologischen Kampfe und der ideologischen und organisatorischen Ueberwindung dieser rechten Elemente bestehen wird. Die rechten Elemente versuchen im Kominternmaßstab ein Einheitsfrontmanöver mit der Exekutive. Kaum waren die Thesen über die Bolschewisierung erschienen, so erklärten sie laut ihr Einverständnis mit diesen Thesen. Ja, einige hatten ihr Einverständnis schon vor dem Erscheinen der Thesen erklärt. Ferner versuchten sie – insbesondere Radek, Brandler und Thalheimer – durch die Deckung der Fraktionsmachereien der deutschen Rechten und der Fraktionäre sowohl Differenzen und Uneinigkeit zwischen der russischen und der deutschen Partei zu säen, wie den Versuch zu machen, den Kurs der Exekutive zu ändern.

Der Mittelpunkt dieses Kampfes war der Ausschlußantrag der deutschen Partei gegen Brandler und Thalheimer. Die Behandlung [236] dieses Antrages auf der Erweiterten Exekutive war in gewissem Sinne der entscheidende Punkt für die Art und die Methode des Kampfes gegen die rechten Gruppierungen und Auffassungen innerhalb der Komintern. Die konkreten Beschlüsse sind bekannt. Das Wichtigste darin scheint uns in zwei Punkten zu liegen: erstens, daß die deutsche Partei mit ihrem Ausschlußbegehren gegen die rechten Fraktionäre politisch und organisatorisch recht hatte, daß sie den Ausschluß verdient haben, und zweitens die Abwehr des Versuchs, Differenzen zwischen der deutschen und der russischen Partei zu säen.

Aber das Entscheidende und das Neue an den Plattformen der Erweiterten Exekutive gegen die rechten Elemente ist die Durchkreuzung und Ablehnung ihres „Einheitsfrontmanövers“ mit der Komintern. In einer bolschewistischen Organisation muß und darf das offene Eingeständnis von Fehlern und die Anerkennung der Plattform der Mehrheit die Rückkehr zur praktischem Mitarbeit und zur vollständigen Wiedereingliederung in die Reihen der Kämpfer ermöglichen. Aber die gegenwärtigen rechten Gruppierungen wollen die Methode des Eingeständnisses der Fehler und der Annahme der Plattform der Mehrheit nur dazu ausnützen, um umso energischer und ungestörter ihre Zerstörungsarbeit innerhalb der Komintern fortsetzen zu können. Dieses Manöver wurde vollständig zerstört, indem die Plattform von Brandler-Radek-Thalheimer auf der Erweiterten Exekutive nicht zur Kenntnis genommen wurde, d. h., man ging zur Tagesordnung über.

Da ist vielleicht noch wichtiger für die Richtung, in der wir die Rechten in allen Parteien bekämpfen sollen als die konkreten organisatorischen Maßnahmen. Gerade für unsere deutsche Partei ist das vielleicht noch wichtiger, denn diese Methode der rechten Fraktion ist es, die die bestehenden Schwierigkeiten vermehrt und die Erziehung der Partei zur Manövrierfähigkeit behindert. Der Brandlerismus hat die Partei in der Vergangenheit ideologisch unheilvoll und fast bis zum Rande der Vernichtung verwirrt. Die Existenz und die Tätigkeit Brandlers und seiner Gruppe hindert auch jetzt die Partei so schnell und so gründlich, wie es notwendig wäre, alle Reste der Unklarheit und Verwirrung abzustreifen. Die Plattformen der Erweiterten Exekutive gegen Rechts müssen und werden der deutschen Partei helfen, die Bolschewisierung der Partei weiter zu führen und zu verbessern, trotz und gerade wegen Brandler und seiner Gruppe.

6. Zur Frage der tschechischen Partei. Bei der Lösung dieses aktuellen Parteistreites hatte die Exekutivesitzung es mit einer konkreten Gefahr in weit größerem Umfange als irgendwo anders zu tun. Bubnik und seine Gruppe außerhalb der Partei, die Brüner und ihre Plattform innerhalb der Partei, die schwankenden Elemente um Smeral und Zapotocky, alles das zusammen stellte die Exekutive vor eine ernste Aufgabe, die kompliziert wird durch die relative politische und revolutionäre Unerfahrenheit der breiten Masse der tschechischen Arbeiter.

An den Plattformen und Programmen der tschechischen Rechten fiel besonders auf: 1. eine primitive Spontaneitätstheorie, besonders in der Brüner Plattform, 2. ein opportunistisches Ausspielen der nationalen Gegensätze und der Organisationen gegen einander (das uns deutsche Kommunisten an die berühmten „Regierungskunststücke“ Brandlers erinnert, der die Partei beherrschte durch Auspielung der Provinzen gegen Berlin); 3. die offen antibolschewistische Plattform Kreibichs, dessen Kampfweise gegen die Exekutive sich in nichts von der uns sattsam bekannten Kampfweise Levis unterschied und von dem die Smeral-Gruppe auch erst in letzter Stunde politisch abrückte, wobei noch unklar ist, ob sie auch organisatorisch von ihm abrücken wird. Die Taktik der Exekutive in der tschechischen Frage war der Versuch der Gewinnung der besten Elemente der tschechischen Arbeiter zu Verbündeten gegen die offenen Opportunisten der Bubnik-Gruppe und der Brüner Gruppe. Die Resolution, die sich besonders klar gegen die eigentümliche Smeralsche Auffassung von der Demoralisation und Entartung der europäischen Arbeiterbewegung, von ihrer „Krankheit“ wendet, [237] wurde zwar einstimmig angenommen, wir bezweifeln aber, ob der kommende Parteitag, der in 2-4 Monaten stattfinden soll, eine wirklich bolschewistische Mehrheit finden wird und ob die Smeralgruppe einen ernsthaften Kampf gegen Brünn, das nach der „Rovnost“ zu schließen, schon in offener Rebellion gegen die Exekutive sich befindet, führen wird. (Charakteristisch und interessant waren die Versuche der tschechischen Rechten, durch Hineintragen und Aufbau-schen persönlicher Angelegenheiten (Vercik und Seidler) die tschechischen Arbeiter zu demoralisieren und von den eigentlichen politischen Streitfragen abzulenken.) Jedenfalls wird die Entwicklung in der KPTsch von uns sehr aufmerksam verfolgt werden müssen, da der energische Kampf gegen die Rechten in der KPTsch nicht nur eine der unerläßlichsten Voraussetzungen für die Entwicklung der KPTsch, sondern auch für die der gesamten Komintern bildet.

7. Die Frage der deutschen Partei. Ueber die deutsche Partei wurde auf dem Plenum selbst nicht viel gesprochen (ohne jede Bedeutung für das wirkliche Leben der Partei scheint uns hier die Rede der Genossin Clara Zetkin zu sein, die abgeschwächt und freundschaftlicher die Kritik unserer

Rechten an der Leitung und Politik unserer deutschen Partei wiederholte). In allen grundsätzlichen Fragen herrschte vollständige Uebereinstimmung zwischen der russischen und zwischen der deutschen Partei, wenn auch gegen die konkreten Anweisungen der Bolschewisierungsthesen hier und da Einwendungen in der deutschen Delegation bestanden, so waren sie doch untergeordneter Natur.

Von Bedeutung dagegen war die Stellung der Frage Republik und Monarchie in der Schlußrede des Genossen Sinowjew. (Diese Schlußrede des Genossen Sinowjew ist bekanntlich vom „Vorwärts“ zu einer üblen Wahlmache ausgenutzt worden.) Die dort angeschnittenen Fragen unserer Taktik gegen die monarchistische Gefahr sind bekanntlich vorher in einem Artikel des Genossen Maslow in Nr. 4 der „Internationale“ angeschnitten worden. Diese Kritik des Genossen Sinowjew an der deutschen Partei wird von der Zentrale nicht nur geteilt, sondern sie wird – davon sind wir überzeugt – von der ganzen Partei geteilt werden. Die Korrektur der gemachten Fehler ist eine dringende Notwendigkeit der jetzigen Situation. An der Hand der praktischen Durchführung werden sich auch die Gegner dieser Auffassung sehr bald eines besseren belehren lassen. Die deutsche Partei muß eben den Kampf gegen die rechten Abweichungen zu führen verstehen, ohne sich von den Rechten in eine unhaltbare Position eines starren „Linksseins“ hineinmanövrieren zu lassen. Die Stellung und die Lösung dieser Frage ist die Aufgabe des vor uns stehenden Parteitages. Unsere Partei ist heute stark genug, diese Aufgabe zu lösen und richtig zu lösen.

*

Vor dem Parteitag der KP Norwegens.

Von Arvid Hansen (Norwegen).

In der norwegischen Arbeiterbewegung gab es in der letzten Zeit bemerkenswerte Ereignisse. Es sind dies: 1. Der Ausschluß einiger linksoppositioneller Elemente aus der norwegischen Arbeiterpartei (der sogenannten Tranmael-Partei) und 2. der Anschluß der Reichskonferenz aller Gewerkschaftskartelle an die russisch-englische Einheitsaktion.

Als die reformistischen Führer der skandinavischen Gewerkschaftsverbände Anfang Dezember 1924 die Konferenz in Kopenhagen einberufen hatten mit dem Zweck der Wiedervereinigung der norwegischen und finnischen Gewerkschaften mit Amsterdam, haben uns die rechten Genossen geraten, eine sehr vorsichtige Haltung einzunehmen und den Amsterdamer, um nicht gänzlich in der Einheitsduselei der Tranmaeliten zu ertrinken, [238] nur etwa den Vorschlag zu machen, daß der JGB. (Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam) zu dem geplanten Rekonstruktionskongreß auch die französische CGTU (rote Gewerkschaft) einladen soll. Man hat uns daher auch den guten Rat gegeben, ein Bündnis mit Gewerkschaftsbürokraten schlimmster Sorte zu suchen, damit wir uns von den Massen nicht vollkommen isolierten. Die spätere Entwicklung hat diese ganze Tendenz als einen opportunistischen Pessimismus entlarvt. Auf der Kopenhagener Konferenz waren wir eine winzige Minderheit. Die Konferenz hat den norwegischen und finnischen Gewerkschaftsbund kaltschnäuzig aufgefordert, die Wiedervereinigung mit dem IGB zu vollziehen. Wie haben die norwegischen gewerkschaftlichen Arbeiter darauf reagiert? Es wurde sofort in wichtigen Ortsgruppen der NAP (Norwegische Arbeiterpartei, Tranmaelpartei) gegen Kopenhagen, d. h. gegen die NAP-Vertreter auf jener Konferenz in öffentlichen Resolutionen protestiert. Nach wenigen Tagen war das Tranmaelitische ZK gezwungen, eine Resolution gegen Kopenhagen und für den gemeinsamen Weltkongreß der Moskauer und Amsterdamer Internationale zu veröffentlichen. Die Beschlüsse der Reichskonferenz der Gewerkschaftskartelle zu Ostern bedeuten gleichzeitig einen glänzenden Erfolg der Einheitsbestrebungen der RGI und der KI, eine „taktische“ Linksschwenkung Tranmaels, um den Kontakt mit den Arbeitern nicht zu verlieren und einen Zusammenbruch der opportunistischen Taktik der rechten Führer der Kommunistischen Partei in der Einheitsfrage.

Um den Sinn und die Bedeutung der einsetzenden Krise in der NAP zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklung Tranmaels seit dem Ausschluß aus der KI mindestens in ihren wesentlichen Zügen zu kennen. Die wichtigsten Daten der politischen Biographie Tranmaels seit der Spaltung sind die folgenden: 1. Verrat an den kämpfenden Metallarbeitern im Frühling 1924; 2. Kampf gegen alle Einheitsfrontvorschläge; 3. systematische Verleumdungskampagne gegen die Komintern und gegen

die RKP und KPD; 4. Anschluß an Doktor Steinberg und die ganze Gesellschaft der Emigrantenschwärmer in Berlin; 5. Herausgabe der Propagandalosung einer „neuen Revolution in Rußland“, „um die Parteidiktatur“ der Bolschewiki zu brechen (eine Losung à la Miljukow; „Sowjets ohne Kommunisten“); 6. systematische Kampagne für Trotzki; 7. Begnadigungsgesuch an die königlich-demokratische Regierung anstatt der von der KP vorgeschlagenen Massenaktion für die Amnestie; 8. keine Agitation für die internationale Gewerkschaftseinheit (trotzdem Tranmael und Co. unter dem Druck der gegen die Kopenhagener Bonzenkonferenz offen rebellierenden Ortsgruppen der NAP eine platonische Beruhigungsresolution annahm), indem sie gleichzeitig ruhig zusehen, wie ihre Führer in den Gewerkschaften mit aller Kraft für die Kopenhagener Linie agitieren; 9. Tranmael hat die kommunistische Losung des Arbeiterkongresses bekämpft („seine“ Parteimitglieder schließen sich trotzdem dieser Parole an); 10. Tranmael treibt eine defaitistische Agitation in den Fragen der Lohnkämpfe gegen die Unternehmer und unterstützt mit allen Kräften die Taktik der reformistischen Gewerkschaftsböden (d. h. die Taktik der Bourgeoisie); 11. er hat angefangen, sein eigenes Werk, die lokalen Gewerkschaftskartelle anzugreifen, weil die Kommunisten in diesen Kartellen einen immer größeren Einfluß gewinnen; 12. T. ist dazu übergegangen, die Erwerbslosenvereine anzugreifen, weil sie in allen wichtigen Fragen die Parolen der KPN befolgen; 13. T. hat im Parlament die korrupten Bourgeoisiepolitiker gegen den Führer der Erwerbslosendemonstration, den Genossen Mausito verteidigt und wurde deswegen in der ganzen bürgerlichen Presse mit Lob überschüttet.

Es ist verständlich nach dieser Vorgeschichte, nach solchen Heldentaten eines so anspruchsvollen Führers wie Tranmael, daß er sogar in seiner wichtigsten, in jener Hinsicht überwiegenden Organisation (Oslo) wegen seiner herrlichen Handlungsweise ausgepiffen wurde. Das geschieht selbstverständlich nicht aus Liebe der Arbeiter zur intellektuellen Gruppe [239] Motdag, die doch bei der Opposition eine große Rolle spielt. Das geschieht wegen seiner andauernden Sabotage der Lebensinteressen des klassenbewußten norwegischen Proletariats. Es gilt zu verstehen, daß die taktische „Links“-Schwenkung Tranmaels in der Frage der Gewerkschaftseinheit erstens eine notwendige Konzession an das revolutionäre Klassenbewußtsein der norwegischen Gewerkschaftler war, daß dieses „linke“ Manöver zweitens von ihm als eine Waffe für die politische Einheitskampagne, für die Verschmelzung der drei Arbeiterparteien, d. h. für die Liquidierung der Kommunistischen Partei ausgenutzt wurde. Die beginnende Krise in der norwegischen Arbeiterpartei zeigt uns, daß Tranmael nur so lange die klassenbewußten norwegischen Arbeiter festhalten konnte, als er imstande war, sich revolutionär zu maskieren. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes im Frühling 1924 war er gezwungen, sein wahres sozialverräterisches Gesicht zu zeigen. Diese Feststellung führt uns direkt zu dem zentralen Problem der kommunistischen Bewegung in Norwegen, dem Problem der Spaltung der NAP vor 1½ Jahren und dem Problem der Wiedervereinigung mit allen ehrlichen revolutionären Arbeitern aus den Reihen der NAP.

Bei der Spaltung der NAP im November 1923 haben wir viele Elemente nur dadurch gewonnen, daß sie gefühlsmäßig an die Komintern gebunden waren aus Liebe zur russischen Revolution usw. Es lebte noch bei ihnen der seelische Widerhall der ersten heroischen Periode der Revolution und der Kommunistischen Internationale. Viele dieser Leute waren schon nach dem deutschen Oktober erschüttert. Und je mehr sie darüber klagen, daß sich die revolutionäre Perspektive entschieden verlängert hat, desto mehr werden diese gefühlsmäßigen Internationalisten in ihrer ganzen Basis zersetzt werden. Weiter muß damit gerechnet werden, daß wir vielleicht in Norwegen in der nächsten Zukunft keine besonders zugespitzten Klassenkämpfe haben werden. Wir werden nicht so bald wieder solch eine aufrüttelnde Massenbewegung wie den revolutionären Metallarbeiterkampf haben. D. h. die scheinradikalen Tranmaeliten werden sich nicht so leicht durch ihre Haltung zu den Fragen der Massenaktionen der Arbeiter entlarven. Um so wichtiger ist die Schleifung der ideologischen Waffen der Kommunistischen Partei, um so notwendiger ist eine klare, politische Plattform, um so unerläßlicher ist das offene Zugeständnis der opportunistischen Fehler gegenüber den ehrlichen Arbeiterelementen der NAP. Das alles aber bedeutet, daß die erste Voraussetzung einer erfolgreichen Politik der KPN (bzw. der Komintern in Norwegen) eine richtige Theorie der Norwegischen Parteispaltung ist.

Was war die offizielle politische Plattform der Kominternfraktion in Norwegen bei der Spaltung? Als Vertreterin welcher Politik in Norwegen wurde unsere Richtung von der Arbeiterschaft betrachtet? Das war die Propaganda für das Zwangsschiedsgerichtsgesetz, damit die Gewerkschaften bei den Tarifkämpfen vor einer „Niederlage“ verschont bleiben, das war eine mehr oder weniger offene Unterstützung der liberalen Partei und der liberalen Regierung, das war die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung als einer parlamentarischen Koalition nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit anderen Parteien der bürgerlichen Demokratie. In dieser Form wurde die Parole bei uns herausgegeben, schon vor der Erweiterten Exekutive im Sommer 1923. Die Erklärung des Führers der Komintern-Fraktion im Parlament, daß wir die Erben der alten Liberalen seien, hat eine breite ideologische Offensive seitens der Tranmaeliten veranlaßt, das war eben am Beginn derjenigen Krise, die zur Spaltung geführt hat. „Unsere“ Fraktion hatte in der norwegischen Arbeiterpolitik eine zu zwei Drittel opportunistische Plattform. Mit Hinweis darauf haben die Tranmaeliten die Annahme der Moskauer Parolen abgelehnt. In den Augen Tausender von Arbeitern standen wir rechts und Tran-[240]mael links. Man muß verstehen, daß diese opportunistische Plattform wirklich bedeutende Teile der besten norwegischen Arbeiter von uns abgestoßen hat.

Was ist nun durch die weitere Entwicklung geschehen? Es ist etwas sehr Interessantes geschehen. Unsere Fraktion hat als konstituierte Kommunistische Partei in der Periode des verstärkten Klassenkampfes, die eben zur Zeit der Parteispaltung begann, ihre ganze politische Plattform gewechselt.^{*)} (Natürlich nicht ohne innere Krisen.) Es wurde nicht mehr über Schiedsgericht gesprochen, nicht über Unterstützung der Liberalen, auch nicht über die Arbeiter- und Bauernregierung als Koalition der demokratischen Parteien. Unsere Partei war die Führerin des revolutionären Metallarbeiterkampfes. Sie ist in der Tat das geworden, worüber Tranmael jahrelang deklamiert hatte, die Partei der Massenorganisationen des Proletariats. Aber nicht nur die KI-Fraktion hat die politische Plattform gewechselt. Sondern dasselbe gilt auch von Tranmael. Von der Gewerkschaftstaktik seiner alten revolutionären Opposition ist er zur sozialdemokratischen Gewerkschaftstaktik übergelaufen. Jede Massenaktion, die konkret vorgeschlagen wurde, wurde von ihm zum Wahnsinn gestempelt. Zu den Wahlen hat er ein sozialdemokratisches Programm aufgestellt. Die sozialdemokratischen Führer haben ihre völlige Uebereinstimmung mit diesem Programm erklärt. Und um den Schlußpunkt dieses „Stellungwechsels“ in klassischer Weise zu betonen, hat er im Parlament vor kurzem eben davon gesprochen, daß seine Partei, die Norwegische Arbeiterpartei, die Erbin der alten Liberalen sei.

Es ist klar, daß diese dem wirklichen Charakter beider Parteien wirklich entsprechende Veränderung der politischen Plattformen durch ideologische Arbeit in unseren Reihen gefestigt werden muß. Wir brauchen nicht so sehr den sentimental Internationalismus, noch weniger den Opportunismus aus der Periode vor der Spaltung. Wir brauchen eine Sektion der Komintern, die in der norwegischen Arbeiterpolitik eine richtige politische Plattform hat. Das ist der Weg zu den klassenbewußten Arbeitern der Tranmaelpartei. Wenn jemand glaubt, daß diese Arbeiter durch die Vermittlung unseres rechten Flügels über die Brücke desjenigen Opportunismus, den sie schon längst abgelehnt haben, zu uns marschieren werden, dann irrt er sich grausam. Was bei uns nottut, ist vor allen Dingen, daß von der Partei offen erklärt wird: Ja, wir hatten bei der Spaltung als Fraktion in wichtigen Fragen eine falsche, opportunistische Plattform. Ja, es wurde mehrmals versucht, diesen Opportunismus neu zu beleben. Aber, revolutionäre Arbeiter, kommt nun zu uns, vereinigt euch wieder mit der Kommunistischen Internationale und wir werden diesen Opportunismus gemeinsam bekämpfen.

Gegen welche ideologischen Strömungen haben wir gegenwärtig zu kämpfen? Vergessen wir nicht, daß in Norwegen 40 Jahre eine Labour-Partei gewesen ist. Wir kämpfen noch gegen die Ueberreste des Labourismus und Tradeunionismus, Föderalismus usw. Wir haben gegen die tranmaelitischen Ideen der Bildung einer Einheitspartei zu kämpfen, gegen das Versöhnertum, gegen die Verwi-

^{*)} Dieser Wechsel in Norwegen ist nur ein Teilbild des Wechsels der in der ganzen Internationale durch den 5. Weltkongreß eingeleitet wurde. D. Red.

schung der Parteigrenzen (Tendenzen der idyllischen Kooperation im Parlament usw.) gegen die liquidatorischen Tendenzen, gegen die Spontaneitätstheorie, die die politische Initiative unserer Partei manchmal geschwächt hat. Wir müssen gegen die improvisierende Tendenz in der Politik der Partei ankämpfen und vor allem gegen die Taktik der Gewinnung der Massen durch die Methoden des Opportunismus. Man hat uns z. B. gesagt, wenn wir [241] die norwegischen Arbeitermassen erobern wollen, müßten wir das konservative Programm der Aufhebung des Alkoholverbots übernehmen, dabei würden wir Tausende von Arbeitern in Oslo gewinnen und die NAP spalten. Um nicht den Kontakt mit den Massen zu verlieren, müßten die kommunistischen Redakteure am Grabe des reformistischen Gewerkschaftspräsidenten Lian weinen usw., denn Norwegen sei ein kleinbürgerliches Land, wo nicht nur alte Weiber weinen.

Ideologische Aufgaben gibt es also genug. Das Entscheidende ist aber, daß man den Weg klar sieht, der einzig und allein zur Verschmelzung mit den revolutionären Arbeitern der NAP führen kann. Daß man versteht, daß die Anwendung der Brandler-Taktik seitens der rechten Genossen in Norwegen neben der falschen Kompromißtaktik Radeks, Tranmael die Mehrheit der klassenbewußten norwegischen Proletarier zugeschoben hat und daß man wirklich keine opportunistische Methode, keine Rechten als Brücke braucht, um diese Arbeiter zu gewinnen, daß man sie im Gegenteil durch die Neubelebung der opportunistischen Tendenzen in den Reihen der KPR, die zu erwarten sind, noch weiter abstößt und dem Reformismus, dem Pazifismus in die Arme treibt.

Das Tempo der Herauskristallisierung eines kommunistischen Flügels auf Grund der oppositionellen Strömungen in der NAP hängt natürlich von verschiedenen Umständen ab, von der Schärfe des Klassenkampfes, der Manövrierfähigkeit Tranmaels, den Methoden der Bourgeoisie gegenüber den Arbeiterparteien usw. Aber zum großen Teil ist das Tempo der Vereinigung der revolutionären Elemente in Norwegen auf dem Boden der KI von der Gründlichkeit und Offenheit der bolschewistischen Selbstkritik abhängig, von der Säuberung der politischen Plattform der KPN von allen opportunistischen Tendenzen.

Wir können in dieser Frage auf zwei Analogien verweisen: Frankreich und Holland. Solange Frossard in der französischen Partei an der Macht stand, konnte die Partei das zentrale Problem, nämlich das Verhältnis zur CGTU im positiven Sinne nicht lösen. Die opportunistische Politik Frossards hat die revolutionären Arbeiter der Roten Gewerkschaften abgestoßen, diese Politik war keine Brücke zu diesen Arbeitern, sondern im Gegenteil eine Mauer, die uns von den Arbeitern abgesperrt hat. Was sehen wir in Holland? Wir sehen eine kleine kommunistische Partei, die sich jahrelang in Stagnation befindet. Nach 15 Jahren haben es die Genossen Wynkoop und Co. dazu gebracht, an der Spitze einer Partei von 1600 Mitgliedern zu stehen. Das zentrale Problem der holländischen Partei auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe ist das Verhältnis zu den revolutionären Arbeitern der NAS. Aber die Wynkoops verstehen es nicht, mit diesen Arbeitern in Verbindung zu treten, sie verstehen es nicht, die NAS als ein Reservoir für die Heranziehung neuer Parteikräfte auszunützen. Außerdem war ihre opportunistische Politik innerhalb und außerhalb des Parlaments am wenigsten dazu geeignet, die revolutionären Arbeiter der NAS, die doch starke Traditionen des Syndikalismus haben, zum Kommunismus zu führen. Ueber einen Weg zu den holländischen Arbeitermassen zu sprechen, solange die Partei nur ein paar Hundert Leute in den Gewerkschaften hat, solange sie nicht versteht, durch eine richtige NAS-Politik eine weitere organisatorische Basis zu erreichen, ist ganz sinnlos. Jede Nachgiebigkeit den opportunistischen Elementen in Holland gegenüber würde daher bedeuten, daß wir die Frage der Herausbildung einer kommunistischen Partei aufs Unbestimmte verschieben.

In Norwegen wieder ist die Politik in bezug auf die NAP und ihren linken Flügel die entscheidende Frage. Ohne eine klare, eindeutige Antwort auf diese Frage kann sich die Kommunistische Partei Norwegens nicht weiter entwickeln. Es ist die unvergleichlich wichtigste Aufgabe des herannahenden Parteitag der KPN, auf diese Frage die Antwort zu geben. [242]

*

Die Lassalle-Legende.

Von Hermann Duncker.

Es ist wahrhaftig an der Zeit, die Lassalle-Legende endgültig zu begraben.

Ferdinand Lassalle (geboren am 11. April 1825) hat zwar als erster, wenn wir von den Bemühungen des Kommunistenbundes in den vierziger Jahren absehen, die Vorhut der deutschen Arbeiterschaft aus der Gefolgschaft des bürgerlichen Liberalismus herausgerissen, hat – wie auch Marx 1868 ehrend anerkannte – die deutsche Arbeiterschaft nach 15-jährigem Schlummer wachgerufen. Die Begründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 22. Mai 1863 war agitatorisch und organisatorisch Lassalles unsterbliche Tat. – Aber damit auch genug! Für die weitere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wurde Lassalles politische Erbschaft verhängnisvoll. Und heute, weit besser als vor 60 Jahren, muß jeder wirkliche Marxist einsehen, daß Marx und Engels nicht aus persönlicher Verärgerung so energisch und geradezu erbittert gegen Lassalles Politik Front gemacht haben. Sie erkannten eben früher als alle anderen die ungeheure Gefahr, die für eine revolutionäre sozialistische Partei in der Weiterführung der Lassalleschen „Realpolitik“ lag.

Die SPD hielt und hält jedoch an ihrem Idol krampfhaft fest. Die Marxsche Kritik des Lassalleanismus in den Randglossen zum Gothaer Programm 1875 wurde den deutschen Parteigenossen vorenthalten und erst 16 Jahre später veröffentlicht. Den Brief von Marx an Kugelmann aus dem Jahre 1865, der in schärfster, konzentriertester Form Lassalles Opportunismus brandmarkte, hat Kautsky noch bei der Veröffentlichung der Marx-Kugelmann-Briefe (1901/2) unterschlagen und erst 1918 – als Kautsky zeitweilig mit der SPD zerfallen war – abgedruckt. Der Parteiapparat der SPD duldet keinen ernsthaften Angriff auf Lassalle. In der vulgären sozialdemokratischen Parteitradition erschienen Lassalle und Marx eng verknüpft, ein Heroenpaar wie Schiller und Goethe^{*)}; im offiziellen Parteilied (der deutschen Arbeitermarseillaise) erklang in steter Wiederholung das Gelöbnis:

„Der Bahn, der kühnen, folgen wir,
Die uns geführt Lassalle.“

Dem mußte Rechnung getragen werden, bewußt und unbewußt. Gewiß, aus den alten Fraktionskämpfen zwischen Eisenachern (der Bebel-Liebknecht-Gruppe) und Lassalleanern in den Jahren 1869-1875 war noch „ein Erdenrest zu tragen peinlich“ übriggeblieben. Persönlich wurden auch von dem und jenem (z. B. Bebel) noch lange gewisse Vorbehalte gemacht. Aber die offizielle sozialdemokratische Partei führte Lassalle unter ihren Heiligen.

Geschah das nur aus dem Bedürfnis heraus, keinen Familienskandal in der sozialdemokratischen Bewegung bloßzulegen, daß man die Lassalle-Legende so behutsam pflegte? Die Gründe lagen tiefer. Die Stellung der SPD zum bürgerlichen Staat war hierfür ausschlaggebend. Die revolutionäre Marx-Engelssche Staatslehre war in der SPD völlig verschüttet. Sie lag ja auch nicht in systematischer Zusammenfassung vor, die hat erst Lenin 1917 geschaffen. Und die einzelnen wichtigsten politischen Grundsätze von Marx und Engels wurden ignoriert, falsch gelesen oder bewußt gefälscht. Da war die friedliche idealistische Staatslehre Lassalles eher zu gebrauchen. Für die SPD handelte es sich im Grunde doch immer nur darum, den bürgerlichen Staat auf parlamentarischem Wege zu übernehmen. Dieser Staat sollte seinen momentanen kapitalistischen Firmenträger wechseln, dann würde sich die sozialistische Herrlichkeit in ihm ent-[243]falten. Also durfte man diesen Staat nicht vorher durch eine Revolution ruinieren. Also mußte man auch die Feuersbrunst im eigenen Staatshaus löschen (August 1914). Also mußte man burgfriedlich für diesen Staat eintreten. Also mußte man gegen den marxistisch-leninistischen Gedanken einer Zertrümmerung des Staatsapparates ankämpfen. – Und also wurde man eine staaterhaltende, bürgerliche Partei.

Mit dem ökonomischen Reformismus, der in der SPD schließlich triumphierte, ist der Nationalismus eng verbunden^{**)}. Hatte den ersteren Bernstein theoretisch entwickelt, so sehen wir heute

^{*)} In der neuesten parteioffiziösen Schrift der SPD „Zum hundertjährigen Geburtstag F. Lassalles“ (Arbeiterbildung Nr. 9) tischt K. Hänisch diesen banalen und völlig schiefen Vergleich auch wieder auf.

^{**)} „Der Nationalismus, der ‚Patriotismus‘, die Unfähigkeit, aus den Grenzen des nationalen Rahmens des eigenen Vaterlandes herauszukommen, all dies ist nur eins von den Gattungsmerkmalen ein und derselben Art: des Opportunismus.“

in der sozialdemokratischen nationalistischen Staatsauffassung deutlicher als je den Schatten Lassalles. Lassalles Reden und Schriften bildeten lange Zeit hindurch das wichtigste geistige Rüstzeug der sozialdemokratischen Redner. Die prachtvolle leidenschaftliche Rhetorik dieses großen Agitators Lassalle flößte die idealistische Staatslehre den Lesern nur allzu gewandt ein. Andererseits entwertete und verringerte gerade der von ernsthafteren sozialdemokratischen Parteihistorikern gemachte Versuch, einzelne dieser Lassalle-Sätze als zwar bedauerliche, aber doch nicht allzu wichtig zu nehmende Entgleisungen hinzustellen, die Hochschätzung marxistischer Stubenreinheit in diesem Punkt.

Der letzte und ausführlichste Biograph Lassalles, Hermann Oncken, hat mit vollem Recht auch einen Neu-Lassalleanismus in der SPD hervorgehoben:

„So griff denn in dem Jahrzehnt vor dem Krieg immer mehr eine geistige Richtung um sich, die in der SPD als Neulassalleanismus bezeichnet wurde.“ (Oncken: Lassalle, IV. Auflage, Seite 525.)

Die SPD fand „über Marx hinweg den Rückweg zu Lassalle“. Gegenüber der so einheitlichen materialistisch-revolutionären Auffassung eines Marx bot die eklektisch zusammengesetzte idealistisch-nationalistische Theorie eines Lassalle eine unendlich bessere Rückendeckung für den sozialdemokratischen Opportunismus und Reformismus.

Freilich ist die SPD dann bei Lassalle nicht stehengeblieben. Auf dieser schiefen Ebene gab es kein Halten mehr. Und so landete die SPD schließlich bei Noske und Barmat. Die einzige wirklich politische Großtat Lassalles, die wir ja schon oben hervorgehoben haben: die Sammlung der Arbeiterschaft in einer selbständigen proletarischen Massenpartei mit der schärfsten Front gegen die kapitalistische Bourgeoisie – die übrigens auch damals mit schwarz-rot-goldenen Farben kokettierte –, gerade diese Position hat die heutige SPD in ihrer Weimaraner und Reichsbanner-Koalition schnöde preisgegeben. Was ist aus der politischen Selbständigkeit der SPD geworden? Ein Schwanzstück des Bürgerblocks. Jeden Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse pariert heute die SPD mit dem Rücken des deutschen Proletariats. Was Lassalle seinerseits noch der Fortschrittspartei zugerufen hatte:

„Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen –, eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich. Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davonzulaufen. Eine solche Partei und Presse verdient es nicht einmal, daß man sie bedauere, bei allen lauschallenden Schlägen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt.“ (Ueber Verfassungswesen, 1862.)

Das gilt heute in unendlich stärkerem Maße für die SPD. Die Einigkeit mit der bürgerlichen Demokratie, „eine Einigkeit in der Schwäche, in der Würdelosigkeit“, vor der Lassalle so eindringlich gewarnt^{*)} hatte, ist jetzt das [244] politische Fundament der SPD, woran alle Kulissenschieberei und Theatergefechte zwischen schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Parteien nichts ändern.

Daß sich bereits vor dem Weltkrieg Lassalles Staatskultus und nationalistische Einstellung im politischen Unterbewußtsein der SPD festsetzen konnte, hatte natürlich seine Gründe nicht nur in der Tradition Lassallescher Ideologie, ebensowenig wie der Bernsteineanismus aus einer Ueberredungskraft Bernsteins hergeleitet werden kann. Bernsteineanismus und Neu-Lassalleanismus sind ideologische Ausdrucksformen der Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, wie sie in der Epoche des Imperialismus in Erscheinung tritt.

*

Der idealistische Staatskultus von Ferdinand Lassalle ist aber nur ein Teil der ganzen idealistischen Weltanschauung dieses Mannes, der zeitlebens Hegelianer, und zwar Alt-Hegelianer, geblieben ist. Mit einer beispiellosen geistigen Frühreife hatte Lassalle historische und philosophische Probleme

mus,“ – Sinowjew 1915 in „Gegen den Strom“, Seite 219. Sinowjew exemplifiziert diesen Gedanken weiterhin gerade an Lassalle.

^{*)} Wenn Engels beim Tode von Lassalle 1864 ausrief: „Welcher Jubel wird unter den Fabrikanten und unter den Fortschrittsschweinehunden herrschen, Lassalle war doch der einzige Kerl in Deutschland selbst, vor dem sie Angst hatten“, so ermessen wir den Abstieg von Lassalle bis zur heutigen SPD!

in sich aufgenommen und schon 1844 den Plan einer „Philosophie des Geistes“ entworfen. Ein Verbindungsbruder von ihm auf der Universität Breslau erzählt höchst lebendig, wie der 18-jährige Lassalle „sein wanderndes Katheder in irgendeinem Bierkeller aufschlug und bis tief in die Nacht Vorlesungen über Hegel hielt“. Aber der Schatten solcher Frühreife ist häufig (z. B. im Künstlerberuf nur allzuoft), die sich später herausstellende Unfähigkeit, über die so frühreif und intensiv erfaßten geistigen Grundlinien im wesentlichen noch kritisch hinauszuwachsen. So ist es Lassalle nie gelungen, sich wie Marx, der ja auch von Hegel ausgegangen war, aus der idealistischen Umklammerung zu befreien und zum dialektischen Materialismus durchzustoßen. Noch im Jahre 1861 legte Lassalle in einem Aufsatz die Grundlagen der Hegelschen Geschichtsphilosophie ganz hegelgläubig dar. Wir begegnen daher auch auf Schritt und Tritt im Lassalleschen Schrifttum dem „alten, verkommenen Spekulationskehrich“, wie es Marx einmal bezeichnet, dem „Volksgeist“, dem „allgemeinen Geist“, dessen „Mitproduzent jeder einzelne im Staat ist“ usw. „Alle Geschichte besteht in nichts als in der Verwirklichung dieses Geistes.“ (Fichtes politisches Vermächtnis, 1860.) Alles Denkmünzen aus der Hegelschen Prägestätte^{*)}. Volk, Nation, Staat bleiben für Lassalle als die großen Geistesverkörperungen doch im wesentlichen einheitliche Gebilde. Und nur eklektisch ringt in Lassalle mit dieser klassenneugierenden idealistischen Grundauffassung die marxistische Klassenkampftheorie. So sind bei Lassalle der Staat wie die Wissenschaft über den leidigen Klassengegensätzen stehende ewige Mächte, deren sich die proletarische Klasse nur richtig bedienen soll.

Die Staatsauffassung Lassalles zeigt diese Hegelsche Einstellung am grellsten, und sie wurde auch politisch am verhängnisvollsten. „Der Staat ist die Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen ... Die eigentliche sittliche Natur des Staates ist seit allen Zeiten die Erziehung und Entwicklung des menschlichen Geschlechtes zur Freiheit“. (Arbeiterprogramm, 1862.) „Immer hat der Staat dazu gedient, die großen Kulturfortschritte der Menschen zu erleichtern und [245] zu vermitteln.“ (Offenes Antwortschreiben, 1863.) „Das uralte Vesta-Feuer aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich (Lassalle) mit Ihnen (nämlich dem Vorsitzenden des Lassalle verurteilenden Kammergerichts zu Berlin) gegen jene modernen Barbaren (die liberale Bourgeoisie)!“ (Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, 1863.)

Trägt so der Staat – und nun gar noch der preußische! – den Hegelschen Heiligenschein, so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn Lassalle neben seiner revolutionären 48er Tradition einem überraschenden innerpolitischen Pazifismus huldigt. Es ist die Pflicht jedes einzelnen, „die sittliche Grundlage des Staates gegen Gewalt zu schützen“. (Assisenrede, 1849.) „Es ist die erste Pflicht des Bürgers, gegen jeden gewaltsamen Umsturz der Verfassung – ob von der Regierung oder vom Volke verübt – einzustehen. Eine „wilde proletarische Revolution ... darf nicht sein und soll nicht sein“. (Arbeiterlesebuch, 1863.) Lassalle glaubt zwar an eine „Revolution“, aber er erhofft ihren Eintritt in voller Gesetzlichkeit und mit allen „Segnungen des Friedens“. Und „für den Fall, daß sie kommt, und von unten kommt, will ich sie im voraus humanisieren, zivilisieren!“ (Indirekte Steuer, 1863.) Mit der Verkenning des eigentlichen Klassencharakters des Staates^{**)} geht Hand in Hand die entschiedene Ablehnung einer Diktatur des Proletariats. Lassalle verwahrt sich ausdrücklich gegen „die Ungeheuerlichkeit, er hätte die arbeitende Klasse aufgefordert, das Ziel einer Klassenherrschaft über die anderen Klassen zu verfolgen“. (Die Wissenschaft und der Arbeiter, 1863.) So erklärt sich auch in der Lassalleschen Phraseologie die wiederholte Hervorhebung der Klassenversöhnung. „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, ... der stößt einen Schrei der Versöhnung aus.“ (Arbeiterprogramm, 1862.) „Ich versöhne so den Arbeiterstand mit der Herrschaft der Bourgeoisie in der Geschichte.“ (Die Wissenschaft und die Arbeiter, 1863.)

^{*)} „Streng genommen, ist Lassalle nicht einmal Jung-, sondern immer Althegeleaner gewesen, mit allem gläubigen Vertrauen auf den spekulativen Begriff als die treibende Kraft der Weltgeschichte.“ So Mehring („Neue Zeit“ 1904) über Lassalle. – Engels charakterisierte in einer Anmerkung zum „Ursprung der Familie usw.“ Lassalle ebenfalls als einen „gläubigen Althegeleaner“! Wenn M. Beer in seiner „Geschichte des Sozialismus“, V, S. 67, Lassalle auch noch an eine „Unsterblichkeit der Seele“ glauben läßt, so finden sich dafür jedoch bei Lassalle keine Belege.

^{**)} Andererseits hat der Skeptiker Lassalle in seiner wertvollsten Schrift „Ueber Verfassungswesen“ die tatsächlichen Machtverhältnisse sehr anschaulich als die Produzenten der Staatsverfassungen nachgewiesen.

Nur ein kleiner Schritt weiter ist es, wenn Lassalle sogar mit dem rein utopistischen Gedanken einer Lösung der sozialen Frage durch die besitzende Klasse selbst spielt.

„Es wäre das großartigste Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Initiative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge; wenn sie aufträte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe; nicht als eine Gärung des Hasses und der wilden sansculottischen Wut! Und gerade das ist ja auch der Fall ... sieht man denn nicht, daß dies eine großartige Tatsache der Klassenversöhnung ist?“ (Arbeiterlesebuch, 1864.)

Und an einer anderen Stelle ruft Lassalle den Arbeitern zu:

„Die Fessel von Ihrem Fuße muß Ihnen abgenommen werden, aber nur im Frieden, durch die Initiative der Intelligenz und mit der sympathischen Hilfe der besitzenden Klasse.“ (Zur Arbeiterfrage, 1863.)

Wird der ökonomische Klassencharakter so verkannt, ist es freilich begreiflich, wenn Lassalle auch für die Bourgeoisie entscheidend nicht sieht den Kapitalbesitz selbst, sondern das daran geknüpfte politische Privileg. „Die große Annehmlichkeit und der große Vorteil des großen bürgerlichen Besitzes – nichts natürlicher, nichts rechtmäßiger als das!“ „Niemand wird der Arbeiter vergessen, daß alles einmal erworbene gesetzliche Eigentum vollständig unantastbar und rechtmäßig ist.“ (Arbeiterprogramm, 1862.) In einem Brief aus dem Jahre 1863 hebt Lassalle hervor, daß sein Manifest durchaus „den be-[246]stehenden Besitz der herrschenden Klasse respektiert“. Daher denn auch der Lassallesche Vorschlag von Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe. Die bürgerliche Klasse soll durch sie allmählich und friedlich niederkonkurriert, aber beileibe nicht revolutionär expropriert werden.

Für ein solches Niederkonkurrieren der damals der Regierung gegenüber ziemlich aufsässigen Bourgeoisie mochte Lassalle schließlich sogar Hilfe von Ultra-rechts erhoffen. „Alle äußersten Parteien empfinden eine natürliche Affinität (Zuneigung) für einander.“ (Hochverratsprozeß, 1864.) „Eine Allianz zwischen der Arbeiterpartei und der konservativen Partei“ sah Lassalle in Gesprächen mit Bismarck 1863 für eine gewisse Strecke Wegs als möglich an. Und schließlich berauscht sich Lassalle – ein Vorläufer des späteren national-sozialen Pfarrers Naumann! – an dem Gedanken eines „sozialen Königiums“:

„Ein Königium, das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht, auf den Knauf des Schwertes gestützt, könnte das vollkommen wohl, wenn es entschlossen ist, wahrhaft große nationale und volksgemäße Ziele zu verfolgen.“ (Hochverratsprozeß, 1864.)

Mit Leidenschaft verspricht Lassalle in einem Brief an Huber 1864, das Banner solchen sozialen Königiums tragen zu wollen. Und an den ehemaligen Kartätschenprinzen, an den Lassalle übrigens, um sein Verbleiben in Berlin zu erreichen, schon 1858 ein persönliches Bittgesuch gerichtet hatte, wie er auch 1846 und 1847 bereits in der Hatzfeld-Prozeßsache „die huldreiche Gnade Sr. Majestät“ anflehte, wendet sich Lassalle in seiner letzten und für einen 48er Revolutionär und Freund von Marx geradezu politisch schmachvollen Rede zu Ronsdorf am 22. Mai 1864: „Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen“. Da wird nichts weniger behauptet, als daß „der König (man denke: der König Wilhelm I. von Preußen!) die Wahrheit unserer Lehren und die Gerechtigkeit unserer Forderungen anerkenne ... Wir wollen doch sehen, ob das Königium dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird.“ Höher ging es freilich nicht mehr, und man muß schon sagen, daß da auch der Tod Lassalles am 31. August 1864 nichts Schlimmeres mehr verhüten konnte. Die tragische Idee seines Sickingen-Dramas (1859) hatte sich an Lassalle bewahrheitet.

Daß mit solchem ausgesprochenen Nationalismus auch ein Imperialismus Hand in Hand geht, lehrt ebenfalls das Beispiel Lassalles. Zwar stellt Lassalle in seiner Gelegenheitschrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“, 1859, das Prinzip „freier, unabhängiger Nationalitäten“ als die Basis der Demokratie hin, aber es heißt dann weiter: „Es gibt Völker, die es aus sich heraus

zu einem geschichtlichen Dasein überhaupt nicht zu bringen vermögen, andere, die ... als unbewegliche Trümmer hinter der Geschichte liegen bleiben; andere endlich, die, obwohl nicht ohne eigene Entwicklung, ... überholt werden und den (mächtigeren Nachbarn) die Möglichkeit gewähren, einzelne ihrer Landesteile an sich zu reißen und – zu deren eigener Zufriedenheit – dem erobernden Volksgeiste ... zu assimilieren.“ So wird „die Eroberung ein Recht“, und Lassalle sprach in einem Brief an Rodbertus 1863 „das Recht der Nationalität nur den großen Kulturnationen“ zu. Mit großem Behagen konnten denn auch sozialdemokratische Imperialisten im Weltkrieg auf einen Lassallebrief hinweisen, in dem Lassalle von der Zeit träumt, wo „die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sein wird und deutsche Soldaten oder Arbeiterregimenter am Bosphorus stehen“. Wir sehen, ein innerpolitischer Pazifismus verträgt sich sehr schön mit einer imperialistischen Vergewaltigungstheorie!

Lassalle ist als Realpolitiker im Grunde Reformist gewesen. „Ich und meine Partei, wir hängen vor allem an der sozialen Reform.“ (Assisenrede, 1849.) Das allgemeine Wahlrecht sollte alle Schätze [247] für das Proletariat erschließen. Das allgemeine Wahlrecht ist „das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern“ (Offenes Antwortschreiben, 1853), die „allerfundamentalste und wichtigste der Forderungen.“ (Arbeiterprogramm, 1862.) „Das allgemeine Wahlrecht verträgt sich schwer mit einem reaktionär und bürokratisch verwalteten Staat“. „Unter dem allgemeinem Wahlrecht würde der Staat jedenfalls ein ganz anderer sein als der heutige.“ (Arbeiterlesebuch, 1863.) Schade, daß Lassalle keinen Blick mehr in die Ebert-Republik tun konnte!

Je mehr wir so die politische Haltung Lassalles überschauen, müssen wir Marx recht geben, der „die politische Taktik Lassalles verdammt“. „Lassalle hat in der Tat die Partei verraten.“ (Marx, Brief an Kugelmann, 1865.) Diese Verurteilung durch den Marxismus kann in einer Verhandlung über Lassalle vor der historisch zweiten Instanz, dem Leninismus, nur noch schärfer ausfallen.

Lassalle war philosophisch nicht Materialist, sondern Idealist, nicht Marxist, sondern Utopist, nicht Revolutionär, sondern Reformist. Damit sollen die wirklich großen Seiten im Schaffen Lassalles nicht geleugnet werden. Aber sie stehen hier nicht zur Erörterung. Sicher hatte und hat auch kein Sozialdemokrat das Recht, über Lassalle politisch zu Gericht zu sitzen. In der Geschichtsschreibung der 3. Internationale jedoch muß mit der Lassalle-Legende energisch aufgeräumt werden.

*

Ein Brief von Karl Marx über Ferdinand Lassalle.

Vorbemerkung d. Red.: Ungefähr ein halbes Jahr nach dem Tode Lassalles schrieb Karl Marx an seinen Freund Kugelmann einen Brief, in dem er sich sehr eingehend über Lassalle aussprach.

Bei der Veröffentlichung der Briefe von Marx an Kugelmann (Neue Zeit 1901/02) hat der Herausgeber Karl Kautsky diesen Brief unterschlagen, ohne auch nur anzudeuten, daß die so dargebotene Briefsammlung unvollständig sei. Erst 17 Jahre später hat Kautsky den Brief in der „Berliner sozialistischen Auslandskorrespondenz“ veröffentlicht und 1923 auch im Wiener „Kampf“ (S. 93 ff.).

Da dieser äußerst wichtige Brief sowohl in der russischen wie der deutschen Gesamtausgabe der Marx-Kugelmann-Briefe (Elementarbücher des Kommunismus Nr. 4) leider fehlt, teilen wir ihn hier unseren Lesern mit. Er ist heute sehr zeitgemäß.

23. Februar 1865.

1 Modena Villas, Maitland Park, Haverstock Hill, London.

Verehrter Freund!

Ich erhielt Ihren mir sehr interessanten Brief gestern und werde jetzt auf die einzelnen Punkte antworten.

Ich will zunächst mein Verhältnis zu Lassalle kurz darlegen. Während seiner Agitation war unser Verhältnis suspendiert: 1. wegen der selbstlobhudelnden Renommisterei, womit er zugleich den

schamlosesten Plagiarismus an meinen Schriften usw. verband; 2. weil ich seine politische Taktik verdammt; 3. weil ich ihm schon vor Eröffnung seiner Agitation hier im Lande ausführlich erklärt und [248] „bewiesen“ hatte, daß unmittelbar sozialistisches Eingreifen eines „Staats Preußen“ Unsinn sei. In seinen Briefen an mich (von 1848 bis 1863) hatte er sich wie in seinen persönlichen Zusammenkünften mit mir stets als Anhänger der von mir repräsentierten Partei erklärt. Sobald er sich in London (1862) überzeugt, daß er nicht mit mir sein Spiel treiben könnte, beschloß er gegen mich und die alte Partei sich als „Arbeiterdiktator“ aufzuwerfen. Trotz alledem erkannte ich seine agitatorischen Verdienste an, obgleich gegen Ende seiner kurzen Laufbahn mir selbst die Agitation in immer zweideutigeres Licht trat. Sein plötzlicher Tod, alte Freundschaft, Jammerbriefe der Gräfin Hatzfeld, der Unwille über die feige Frechheit der Bürgerblätter gegen den von ihnen bei Lebzeiten so sehr Gefürchteten, alles das bewog mich, eine kurze Erklärung, die sich aber nicht auf den Inhalt von Lassalles Treiben bezog, gegen den elenden Blind zu veröffentlichen. (Die Hatzfeld schickte die Erklärung in den „Nordstern“).

Aus denselben Gründen und in der Hoffnung, die mir gefährlich scheinenden Elemente entfernen zu können, versprach ich mit Engels Mitarbeit an dem „Sozialdemokrat“ (er hat Uebersetzung der „Adreß“^{*)}) gebracht und ich habe auf seinen Wunsch bei Proudhons Tod Artikel über den letzteren geschrieben) und erlaubt, nachdem Schweitzer uns ein genügendes Programm seiner Redaktion zugeschickt, uns als Mitarbeiter zu nennen. Als Garantie diente uns ferner, daß W. Liebknecht unoffizielles Mitglied der Redaktion war.

Indes zeigte sich bald – die Beweise kamen in unsere Hand – daß Lassalle in der Tat die Partei verraten hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien keinerlei Art in seiner Hand). Ende September 1864 sollte er nach Hamburg und dort (zusammen mit dem verrückten Schramm und dem pr(eußischen) Polizeispion Marr) Bismarck zur Inkorporation von Schleswig-Holstein zwingen, d. h. solche im Namen der „Arbeiter“ proklamieren usw. Wogegen Bismarck allgemeines Wahlrecht und einige sozialistische Scharlatanerien versprochen. Es ist schade, daß Lassalle diese Komödie nicht ausspielen konnte! Sie hätte ihn verdammt lächerlich und gefoppt erscheinen lassen. Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht.

Lassalle geriet auf diese Abwege, weil er in der Art des Herrn Miquel ein „Realpolitiker“ nur von größerem Zuschnitt und mit mächtigeren Zwecken war. (By the bye^{**}), ich war längstens über Miquel im reinen so weit, daß ich mir sein Auftreten daraus erklärte, daß der Nationalverein ein prächtiger Vorwand für einen kleinen hannöverschen Advokaten, sich vor Deutschland außerhalb seiner vier Pfähle hören zu lassen, und die so gesteigerte „Realität“ seiner Selbst rückwirkend im hannöverschen Inland geltend zu machen, dazu unter preußischem Schutz „hannöverschen Mirabeau“ zu spielen). Wie Miquel und seine jetzigen Freunde, die vom preußischen Prinzregenten inaugurierte „neue Aera“ am Kopf faßten, um national zu vereinlern und sich an die „preußische Spitze“ zu klammern, wie sie überhaupt unter preußischen Schutz ihren [249] „Bürgerstolz“ entwickelten, so wollte Lassalle den Marquis Posa des Proletariats mit dem uckermärkischen Philipp III. spielen, Bismarck als Kuppler zwischen ihm und dem preußischen Königtum. Er ahmte nur die Herren vom Nationalverein nach. Aber wenn jene im Interesse der Mittelklasse die preußische „Reaktion“ hervorriefen, schüttelte er Hand mit Bismarck im Interesse des Proletariats. Jene Herren waren insofern berechtigter als Lassalle, als der Bürger gewohnt ist, das nächst vor der Nase liegende Interesse als „Realität“ aufzufassen, und als in der Tat diese Klasse überall ein Kompromiß sogar mit dem Feudalismus geschlossen hat, während der Natur der Sache nach die Arbeiterklasse ehrlich „revolutionär“ sein muß.

Für eine theatralisch eitle Natur wie Lassalle, der jedoch durch Lumpereien, wie Stellen, Bürgermeisteramt usw. nicht zu bestechen war^{*)}, war es ein sehr verführerischer Gedanke: eine unmittel-

^{*)} Inauguraladresse.

^{**}) Beiläufig.

^{*)} Miquel wurde 1865 Bürgermeister von Osnabrück.

bare Tat für das Proletariat, ausgeführt von Ferdinand Lassalle! Er war in der Tat zu unwissend über die wirklichen ökonomischen Bedingungen solcher Tat, um sich selbst gegenüber kritisch wahr zu sein. Die deutschen Arbeiter andererseits waren durch die niederträchtige „Realitätspolitik“, womit die deutschen Bürger die Reaktion von 1849 bis 1859 geduldet und der Verdummung des Volkes zugesehen hatten, zu „verkommen“, um nicht einem solchen marktschreierischen Erlöser zuzujuchzen, der ihnen durch einem Sprung ins gelobte Land zu helfen versprach!

Also, um den oben abgebrochenen Faden wieder aufzunehmen! Kaum war der „Sozialdemokrat“ gestiftet, so zeigte sich bald, daß die alte Hatzfeld Lassalles „Vermächtnis“ nachträglich ausführen wollte. Sie stand durch Wagener (von der „Kreuzzeitung“) in Verbindung mit Bismarck. Sie stellte dem letzteren den „Arbeiterverein“ (Allgemeinen Deutschen), den „Sozialdemokrat“ usw. zur Disposition. Die Annexion von Schleswig-Holstein sollte im „Sozialdemokrat“ proklamiert, Bismarck überhaupt als Patron anerkannt werden usw. Dieser ganze schöne Plan wurde dadurch vereitelt, daß wir den Liebknecht in Berlin und in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ hatten. Obgleich Engels und mir die Redaktion des Blattes mißfiel, der speichelleckende Lassallekultus, die gelegentliche Koketterie mit Bismarck usw., so war es natürlich wichtiger, einstweilen öffentlich mit dem Blatt zu halten, um die Intrige der alten Hatzfeld und die völlige Kompromittierung der Arbeiterpartei zu verhindern. Wir machten daher *bonne mine à mauvais jeu***), obgleich privatim ständig dem „Sozialdemokrat“ schreibend, daß sie dem Bismarck gegenüber ebensosehr Front machen müßten als den Fortschrittlern. Wir duldeten sogar, daß der gespreizte Geck Bernhard Becker, der die ihm von Lasalle testamentarisch vermachte Wichtigkeit ganz ernsthaft nimmt, gegen die International Working Mens Association***) intrigierte.

Indessen wurden die Artikel des Herren Schweitzer im „Sozialdemokrat“ immer Bismarckscher. Ich hatte ihm vorher geschrieben, daß man die Fortschrittler in der „Koalitionsfrage“ einschüchtern könne, daß aber die preußische Regierung nie und nimmer die völlige Abschaffung der Koalitions-gesetze zugeben werde, weil das ein Durchbrechen des Bürokratismus, eine Mündigmachung der Arbeiter, eine Zerreißung der Gesindeordnung, Abschaffung der adeligen Arschprügelei auf dem Lande usw. usw. mit sich führe, die Bismarck niemals erlauben könne, die überhaupt unverträglich mit dem preußischen Beamtenstaat. Ich fügte hinzu, daß, wenn die Kammer die Koalitions-gesetze verwerfe, die Regierung zu Phrasen ihre Zuflucht nehmen würde (solchen Phrasen z. B., daß die soziale Frage „tiefere“ Schritte verlange usw.) um sie aufrechtzuerhalten. Alles das bestätigte sich. Und was tat Herr von Schweitzer? Er schrieb einen Artikel für Bismarck und spart all seinen Heldenmut gegen solche *infiniments petits*†), wie Schulze, Faucher usw. auf.

Ich glaube, daß Schweitzer usw. es ehrlich meinen, aber sie sind „Realpolitiker“. Sie wollen den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen und dies Privilegium der „Realpolitik“ nicht allein dem Herrn Miquel und Co. überlassen. (Letztere scheinen sich das Recht der *intermixture*††) mit der preußischen Regierung vorbehalten zu wollen.) Sie wissen, daß die Arbeiterblätter und Arbeiterbewegung in Preußen (und daher im übrigen Deutschland) nur *par la grâce de la polices*†††) bestehen. Sie wollen also die Umstände nehmen, wie sie sind, die Regierung nicht reizen, ganz wie unsere „republikanischen“ Realpolitiker, die einen Hohenzollernkaiser mitnehmen wollen.

Da ich aber kein Realpolitiker bin, habe ich es für nötig befunden, in einer öffentlichen Erklärung (die Sie wohl bald in einer oder der anderen Zeitung sehen werden) zusammen mit Engels dem „Sozialdemokraten“ aufzukündigen. Sie sehen daher zugleich, warum ich in diesem Augenblick nichts in Preußen tun kann. Die dortige Regierung hat meine Wiedereinbürgerung in Preußen direkt verweigert. Agitation würde mir dort nur erlaubt, wenn sie eine Herrn v. Bismarck wünschenswerte Form nähme.

**) Gute Miene zum bösen Spiel.

***) Die Internationale Arbeiter-Assoziation.

†) Unendlich winzige Wesen. In Frankreich zur Bezeichnung mikroskopischer Organismen gebraucht.

††) Vermischung.

†††) Von Gnaden der Polizei.

Ich ziehe hundertmal eine Agitation hier durch die International Association vor. Der Einfluß auf das englische Proletariat ist direkt und von der höchsten Wichtigkeit. Wir stir^{*)} hier jetzt die General Suffrage Question^{**)}, die hier natürlich ganz andere Bedeutung hat als in Preußen.

Im ganzen ist der Fortschritt dieser „Association“ über alle Erwartung hier, in Paris, in Belgien, Schweiz und Italien. Nur in Deutschland stehen mir natürlich Lassalles Nachfolger entgegen, die erstens ihre Wichtigkeit törichterweise einzubüßen fürchten, zweitens meinen erklärten Gegensatz gegen das, was die Deutschen „Realpolitik“ nennen, kennen.

(Es ist diese Sorte Realität, die Deutschland so weit hinter alle zivilisierten Länder stellt.)

[251] Da ein jeder Mensch, der eine Karte von 1 Schilling löst, Member of the Association^{***)} werden kann; da die Franzosen diese Form von

Individual Member Ship^{†)} gewählt haben (ditto die Belgier), weil das Gesetz ihnen verbietet, sich als „Assoziation“ an uns anzuschließen; da es sich in Deutschland ähnlich verhält, habe ich jetzt beschlossen, meine Freunde hier und in Deutschland aufzufordern, kleine societies^{††)} zu stiften, gleichgültig, wieviel Members an jedem Ort, von denen jedes Glied an English card of membership^{†††)} löst. Da die englische Gesellschaft öffentlich, steht diesem Verfahren sogar in Frankreich nichts im Wege. Es wäre mir lieb, wenn Sie auch in Ihrer nächsten Umgebung in dieser Art mit London in Verbindung treten.

Ich danke Ihnen für Ihr Rezept. Sonderbarerweise war drei Tage vor seiner Ankunft die widerliche Krankheit wieder ausgebrochen. Das Rezept kam also ganz gelegen.

Ich schicke Ihnen in ein paar Tagen 24 Adressen mehr. Eben werde ich von einem Freund im Schreiben unterbrochen, und da ich gerne diesen Brief abschicken will, werde ich das nächste Mal auf andere Punkte Ihres Briefes eingehen.

Ihr

K. M.

*

Marchlewskis Bedeutung für das revolutionäre Proletariat Deutschlands.

Von Ernst Meyer.

Am 5. April haben die Berliner Arbeiter die Asche Marchlewskis (Karskis) neben den Gräbern seiner Freunde Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches beigesetzt.

Marchlewski, der so viel für die polnische und russische revolutionäre Bewegung geleistet hat, war aufs engste auch mit der deutschen Arbeiterschaft verbunden. Marchlewskis Staatsangehörigkeit? Seine Mutter war eine Deutsche, sein Vater Pole, aber deutscher Staatsbürger. Karski gab die deutsche Staatsangehörigkeit auf, wollte die russische erwerben, um in Polen besser der Revolution dienen zu können. Nach seiner Flucht aus Polen versuchte Karski die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu erwerben. Wie vorher die russische, so sprach sich jetzt die deutsche Polizei dagegen aus. Karski wurde „staatenlos“.

Marchlewskis Heimat? Er wurde in einem kleinen polnischen Städtchen an der deutschen Grenze geboren, besuchte das Gymnasium in Warschau, arbeitete als Färber in Polen, Sachsen und der Schweiz und war dann immer dort, wohin die Revolution ihn rief: in Polen, in Deutschland und zuletzt in Rußland.

Nach mehreren Jahren revolutionärer Tätigkeit in Polen um 1890, einer einjährigen Haft in der Warschauer Zitadelle, folgte ein dreijähriges staatswissenschaftliches Studium an der Züricher Uni-

*) schüren.

**) Frage des allgemeinen Wahlrechts.

***) Mitglied der Assoziation.

†) Individuelle Mitgliedschaft.

††) Gesellschaften.

†††) Eine englische Mitgliedskarte.

versität zusammen mit Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Nach dem Doktorexamen geht Karski zum Londoner Parteikongreß, dann nach München und Dresden, wo er [252] mit dem damals revolutionären Parvus zusammen als Redakteur der Dresdener Arbeiterzeitung tätig war. Nach neun Monaten aus Sachsen ausgewiesen, kehrte Karski nach München zurück, wo er von 1898 bis 1905 illegal, entgegen dem ausdrücklichen Verbot der bayerischen Polizei, an der Münchener Post (unter dem Pseudonym My) und an anderen sozialdemokratischen Zeitungen mitarbeitete. Die russische Revolution führt ihn sofort nach Polen zurück, wo er bis 1908 unermüdlich tätig war. Seit 1908 hielt sich Karski in Berlin auf und entfaltete eine fruchtbare Tätigkeit als Mitarbeiter sozialdemokratischer Zeitungen Deutschlands neben einer ununterbrochenen Arbeit für die polnische Bewegung. Vorübergehend war Karski, zusammen mit Paul Lensch, politischer Redakteur der Leipziger Volkszeitung. Sein Haupttätigkeitsfeld lag indessen auf wirtschaftlichem Gebiet. Seine wirtschaftlichen Wochenberichte in der Leipziger Volkszeitung waren ebenbürtige Gegenstücke zu Franz Mehrings Spitzenartikeln in der „Neuen Zeit“ und Rosa Luxemburgs parteitaktischen Auseinandersetzungen. Marchlewski begnügte sich nicht mit einer bloßen Darstellung wirtschaftlicher Vorgänge. Er faßte es – wie er selbst einmal schrieb – als seine Aufgabe auf, „an Hand des wirtschaftlichen Lebens die Konsequenzen zu zeigen, die sich für das Proletariat ergeben“ und „auf Grund der Marx-Engelsschen Methode ihre Bedeutung für den Befreiungskampf des Proletariats darzulegen.“ Die Gründlichkeit seiner Kenntnisse, die Gewissenhaftigkeit und Klarheit der Darstellung und die aktuelle Zuspitzung der politischen Folgerungen verschafften diesen Wirtschaftsberichten in der sozialdemokratischen Partei großen Einfluß.

Marchlewski hatte als Mitbegründer und Zentralemitglied der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens auf polnisch-russischem Boden große Erfahrungen im Kampfe gegen den Sozialchauvinismus der PPS (der korrumpierten polnischen Sozialdemokratie) gemacht. Und so war es ihm leicht, auch die verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu sehen. Er fühlte schon aus der Parteinahme der deutschen Sozialdemokratie für die polnischen Sozialverräter heraus, wie faul es in der SPD stand und beteiligte sich mit Eifer an dem Kampfe gegen den Bernsteinschen Revisionismus und Kautskyschen Zentrismus. Er gab noch vor dem Kriege die Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ auf, als sie Kautsky ganz zum parteivorstandsoffiziösen Organ der Scheidemann und Ebert gestaltete. Er trennte sich auch von der Leipziger Volkszeitung, als dieses Blatt unter Hans Block ins zentristische Lager einschwenkte. Der Anlaß war ein scheinbar formeller – die Leipziger Volkszeitung hatte einen kritischen Artikel Rosa Luxemburgs über den Jenaer SPD-Parteitag von 1913 abgelehnt – aber Marchlewski traf das Wesen des Konflikts, als er am 16. Dezember 1916 an Block schrieb:

„Worauf es ankommt, ist dies: Wir drei, (d. h. Rosa Luxemburg, Mehring und Karski) – und ich ganz besonders, was ich betonen möchte – sind der Auffassung, daß die Partei eine innere Krise durchmacht, viel viel schwerer als zu jener Zeit, da der Revisionismus aufkam. Das Wort mag hart sein, aber es ist meine Ueberzeugung, daß die Partei dem Marasmus zu verfallen droht, wenn es so weitergeht. In einer solchen Situation gibt es für eine revolutionäre Partei nur eine Rettung: die denkbar schärfste, rückaltloseste Selbstkritik.“

Diese rücksichtslose Kritik an der SPD ergänzte Karski durch die treueste, unermüdliche Arbeit, dem deutschen Arbeiter den richtigen Weg zu weisen. In der von ihm, Rosa Luxemburg und Mehring begründeten „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, die seit seinem Ausscheiden aus der Leipziger Volkszeitung das einzige Sprachrohr der drei Freunde war, hat Karski als der fleißigste von ihnen eine große Zahl von Artikeln veröffentlicht, die den Massen marxistische Aufklärung und revolutionären Ansporn boten. Karski wies schon im Frühjahr 1914 auf die Gefahr eines Weltkrieges hin, nahm sich der Sache der unterdrückten Völker in Rußland [253] und auf dem Balkan an und führte neben Rosa Luxemburg besonders tapfer den Kampf gegen den deutschen Militarismus. Wegen eines dieser Artikel, der die schmachliche Mißhandlung von Zivilpersonen durch Offiziere in Zabern behandelte, wurde Karski verhaftet und kurz vor Ausbruch des Krieges zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kaum war der Krieg ausgebrochen, so nahm sich das kaiserliche Deutschland, das angeblich den Zarismus bekämpfte, seines „Verbündeten“ Karski, des revolutionären Kämpfers gegen den Zaris-

mus, besonders an. Eine eifrige Bspitzelung sollte Karskis politische Tätigkeit unmöglich machen. Aber Karski ließ sich keinen Augenblick von seiner Pflicht abhalten. Er war sofort einer der eifrigsten Mitarbeiter aller Veröffentlichungen der Spartakusgruppe. Viele Beiträge zum Informationsmaterial der Opposition, mehrere illegale Flugschriften (z. B. „Wer hat die Schuld am Kriege?“, „Die Kriegssteuern“), zahlreiche Flugblätter (z. B. das Baralong-Flugblatt gegen Ledebour) und Artikel in den Spartakusbriefen stammen aus seiner Feder. Marchlewski war nicht nur (unter dem Pseudonym Johannes Kämpfer) Mitarbeiter der „Internationale“, sondern auch ihr Redakteur und Mitbegründer; sein Name, als der eines Ausländers, blieb nur auf Wunsch Rosas wegen der mit der Nennung verbundenen besonderen Gefahr der Verhaftung fort.

Am 22. März 1916 traf Karski trotz aller geübten Vorsichtsmaßnahmen das Schicksal aller Mitglieder der damaligen Spartakuszentrale: er wurde in Schutzhaft gesteckt, dann der Hölle eines Konzentrationslagers ausgesetzt, aus der ihn genau auf den Tag und zwei Jahre später die russische Sowjetregierung befreite. Noch vor dem November 1918 war Karski wieder – jetzt als Sowjet-Diplomat – in Deutschland, wurde mit Joffe zusammen ausgewiesen, versuchte im Dezember 1918 legal nach Deutschland zurückzukehren, wurde zusammen mit Bucharin und Radek im besetzten Baltikum von deutschen Offizieren verhaftet, rettete sich und seine Gefährten nur durch seine Geistesgegenwart vor der drohenden Ermordung, wurde nach Rußland zurückgeschickt und traf wenige Tage nach der Ermordung Rosa Luxemburgs, jetzt illegal, in Berlin ein. Die Partei sandte ihn sofort nach dem wichtigsten Industriegebiet im Westen, wo er der Partei und der Rätebewegung die wertvollsten Dienste erwies, bis ihn ein Haftbefehl der Noskegarden im Frühjahr 1919 zur Rückkehr nach Rußland zwang. Drei kleine Broschüren („Was ist Bolschewismus?“, „Das Rätesystem“ und „Die Sozialisierung des Bergbaus“) machten seine in Rußland durch eigene Anschauung gereiften Ratschläge weitesten Kreisen des deutschen Proletariats zugänglich.

Karski war ein echter Revolutionär. Das zeigte er im unermüdlichen Kampfe gegen die Bourgeoisie, im unerbittlichen Haß gegen den Opportunismus. Gleich Rosa Luxemburg und Leo Jogiches hat er in Polen auch die organisatorischen Konsequenzen der Trennung von den reformistischen Verrätern gezogen. Er war der „radikale Sozialdemokrat“ im damaligen d. h. im besten Sinne des Wortes.

*

Diskussion.

Kritik einer Methode historischer Kritik.

Von Paul Frölich.

Im Leitartikel der „Internationale“ Nr. 3 weist Ruth Fischer auf die Notwendigkeit der kritischen Analyse der Vergangenheit der Partei hin, „die keineswegs dazu führen darf, die wertvollen revolutionären Traditionen des Spartakusbundes und selbst der sozialdemokratischen Partei in ihren Anfängen wegzuworfen.“ Als ich das las und wenn ich es sonst hörte, [254] kamen mir zwar einige bittere Erinnerungen an Heinz Neumannsche Zitatensammlungen und Ruth Fischersche Syphilisbazillen (siehe den berüchtigten Artikel im „Funken“, wo sie den Luxemburgismus mit der Syphilis vergleicht), aber ich sagte mir doch, das sei eine Einsicht und man müsse Freude haben über jeden Sünder, der Buße tut. Da kommt dann in der gleichen Nummer ein Aufsatz des Genossen Schneller „Vom Trotzismus in der deutschen kommunistischen Bewegung“ und sofort ist die schöne Saat von Ruth Fischer verhegelt. Denn wenn das heißt, die revolutionären Traditionen „des Spartakusbundes schützen, wenn das kritische Analyse der Vergangenheit sein soll, dann können wir alle Hoffnungen aufgeben.

Kritisch die Vergangenheit analysieren, das heißt Geschichte schreiben. Geschichte schreiben heißt aber nicht, irgend welche vorgefaßte Meinungen beweisen wollen. Voraussetzung dafür ist vielmehr, daß man alle Meinungen, die man mit sich herumschleppt, einer ernsten Kontrolle durch die Tatsachen unterwirft. Geschichte kann man nicht schreiben, indem man hier und da ein Zitat herausstochert und dann frischweg Schlüsse zieht. Man würde nur ein schreckliches Zerrbild erhalten. Wenn es jemand Spaß machen sollte, wäre ich bereit, diese Methode dadurch zu charakterisieren,

daß ich mit Hilfe einer ausgiebigen Zitatensammlung Lenin in einen Menschewisten verwandelte. Das läßt sich machen. Um die Geschichte bestimmter historischer Einzelercheinungen zu schreiben, muß man erst einmal ein klares Gesamtbild von der Epoche und ihren verschiedenen Strömungen haben. Man kann es haben, wenn man die betreffende Epoche selbst bewußt miterlebt hat und sich nicht verdrießen läßt, jede Einzelbehauptung, die man aufstellt, genau an den Tatsachen zu prüfen. Hat man diese Erfahrung nicht, dann muß man sie sich durch sehr eingehendes Studium erwerben. Eine außerordentlich schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe ist die Abgrenzung von Urteilen. Man kann durch überschnelle, maßlose Urteile die Vergangenheit zur Karikatur verzerren und, anstatt eine fruchtbare Kritik zu Tage zu fördern, alle wertvollen Traditionen zertrampeln und den Leser, der keine Kontrollmöglichkeit hat, der einem vertraut, in unheilvoller Weise verwirren. Man muß die Quellen, auf die man sich stützt, einer sorgsam Kritik unterziehen, muß wissen, wie weit sie beweiskräftig sind und über wen sie etwas beweisen. Ich bin der Auffassung, daß Schneller keine dieser Voraussetzungen erfüllt.

Fangen wir mit einigen Kleinigkeiten an. Schneller sagt auf Seite 119:

„Kennzeichnend für die Stellung des Spartakusbundes zu dem Bolschewiki ist die Tatsache, daß bei Betrachtung der russischen Revolution in den Spartakusbriefen (April und Mai 1917) zwar alle Dokumente der Tscheidse und Zeretelli abgedruckt wurden, daß die Bestrebungen der Bolschewiki jedoch mit keinem Wort Erwähnung fanden.“

Hier zeigt sich schon die unkritische Methode Schnellers. Er weiß zufällig, daß Rosa Luxemburg in verschiedenen Fragen mit den Menschewiki gegen die Bolschewiki ging. Er weiß aber wahrscheinlich nicht, daß sie die Politik der Menschewiki beständig scharf kritisierte, denn sonst konnte er diesen Satz nicht schreiben. Es ist erstens nicht wahr, daß die Spartakusbriefe „alle Dokumente der Tscheidse und Zeretelli“ abdruckten. Weder „alle“, noch ein einziges! Abgedruckt wurden nur offizielle Aufrufe und Reden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates. Und wenn damals auch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Führung im A.- und S.-Rat hatten, so bleiben jene Dokumente doch offizielle Dokumente, sozusagen Regierungsakte der Revolution; als solche hatten sie einen besonderen Wert und um dieses besonderen Wertes willen wurden sie abgedruckt. Das zeigt schon die oberflächliche Prüfung. Das zeigt aber auch eine redaktionelle Notiz, in der zum Ueberfluß bereits eine kritische Note gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre enthalten ist. Sie lautet:

„Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der Dokumente der Revolution. Auf die Einzelfragen der von unseren Vorkämpfern während der Revolution angewandten und empfohlenen Taktik beabsichtigen wir bei einer späteren Gelegenheit zurückzukommen. Ebenso konnte nicht die neueste Wendung im Gang der Revolution – der Eintritt der russischen Genossen in die provisorische [255] Regierung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen – im Leitartikel dieser Nummer Berücksichtigung finden, da letztere lange vor Eintritt dieses Ereignisses in Druck gegeben wurde. – Red.

Der Abdruck der Dokumente beweist aber nichts für die Stellung des Spartakusbundes zu den Menschewiki. Die kritische Stellung zu ihnen ist schon angedeutet. Was man sagen kann, ist, daß der Spartakusbund im allgemeinen und Rosa Luxemburg im besonderen die Verräterrolle der Menschewiki noch nicht erkannt hatten. Ich bin überzeugt, daß Genosse Schneller, wenn er drei Jahre von Rußland abgesperrt gewesen wäre, davon 1½ Jahr im Gefängnis zugebracht und zu Beginn der russischen Revolution im Gefängnis gesessen hätte, diese Verräterrolle schon richtig erkannt hätte. Immerhin wäre er damit in Deutschland ein Unikum gewesen.

Aber warum sind keine bolschewistischen Dokumente abgedruckt? Hat sich Schneller, als er diese Frage stellte, auch nur einen Augenblick klargemacht, was es heißt, illegale Schriften unter der Kriegsdiktatur herauszugeben? Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren? Unter welchen Schwierigkeiten Dokumente aus dem feindlichen Ausland kamen? Hat er keine Ahnung davon, dann konnten ihn die Spartakusbriefe manches lehren. Der Aprilbrief enthält kein einziges Dokument über die russische Revolution. Der Maibrief enthält nur Dokumente aus dem März. Von innerdeutschen Tatsachen, die erwähnt werden, ist die letzte vom 8. April. Der in einer Fußnote erwähnte Eintritt der Menschewiki und SR in die zweite Regierung erfolgte am 18. Mai. Die klaffende Lücke vom 8. April bis 18. Mai spricht Bände von jenen Schwierigkeiten. Der nächste Spartakus-

brief konnte erst im August herausgegeben werden. Das erste bolschewistische Dokument von Bedeutung waren Lenins „Thesen über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, erschienen am 18. April in Petersburg. Eng verbunden mit den Bolschewiki waren in Deutschland wir Linksradikalen. Unsere legale Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ hatte einen sehr gut funktionierenden Verbindungsdienst über Kopenhagen mit den russischen Genossen. Wir veröffentlichten in den meisten Fällen ihre Dokumente zuerst in Deutschland. In der „Arbeiterpolitik“ erschien das erste bolschewistische Dokument nach Ausbruch der Revolution am 22. Juli „Lenin an den Bauernkongreß“. Versteht man jetzt, wie leichtfertig Schnellers Methode der Beweisführung ist?

Gehen wir weiter. Genosse Schneller findet im Spartakusbrief vom April 1917 das Programm des Spartakusbundes zur russischen Revolution und er zitiert:

„Die Revolution in Russland hat such heute im ersten Anlauf über den bürokratischen Absolutismus gesiegt. Aber dieser Sieg ist nicht das Ende, sondern nur ein schwacher Anfang. Andererseits muß die einmal geweckte Energie des russischen Proletariats mit ebenso unvermeidlicher geschichtlicher Logik wieder in die Bahn einer extremen demokratischen und sozialen Aktion einlenken und wieder das Programm von 1905, demokratische Republik, Achtstundentag und Enteignung des Großgrundbesitzes aufrufen.“

Schneller kommentiert diese Stelle so:

„Der Verfasser dieses Briefes sieht in der russischen Revolution einfach die Durchführung der bürgerlichen Revolution, ohne zu bedenken, dass die Beseitigung der Reste des Feudalismus – also des Zarismus – ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus, unmöglich ist, daß sich also die bürgerliche und demokratische Revolution in die proletarische umwandeln muß.“

Sehen wir zunächst, was Rosa Luxemburg wirklich geschrieben hat, wobei wir sperren, was Schneller nicht wiedergibt:

„Die Revolution in Rußland hat so heute im ersten Anlauf über den bürokratischen Absolutismus gesiegt. Aber dieser Sieg ist nicht das Ende, sondern ein schwacher Anfang. Denn einerseits muß sich die rückläufige Bewegung der Bourgeoisie von ihrem momentanen vorgeschobenen Posten des entschlossenen Liberalismus mit unvermeidlicher Logik aus ihrem allgemeinen reaktionären Charakter und ihrem Klassengegensatz zum Proletariat über kurz oder lang ergeben. Andererseits muß die einmal geweckte revolutionäre Energie des russischen Proletariats mit ebenso unvermeidlicher geschichtlicher Logik wieder in die Bahn einer extrem demokratischen und sozialen Aktion einlenken und wieder das Programm von 1905: demokratische Republik, Achtstundentag, Enteignung des Großgrundbesitzes usw. aufrollen. [256] Vor allem ergibt sich aber für das sozialistische Proletariat in Rußland als die dringendste Losung, die mit allen anderen unlösbar verknüpft ist: Ende dem imperialistischen Kriege.

Hier verwandelt sich das Programm des russischen revolutionären Proletariats in den schärfsten Gegensatz zur russischen imperialistischen Bourgeoisie, die für Konstantinopel schwärmt und bei dem Kriege Profite macht. Die Aktion für den Frieden kann eben in Rußland wie anderwärts nur in einer Form entfaltet werden: als revolutionärer Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie, als Kampf um die politische Macht im Staate.

Das sind die unabweisbaren Perspektiven der ferneren Entwicklung der russischen Revolution.“

Ist das nicht beinahe, als hätte Genosse Schneller Rosa Luxemburg das abgeschrieben, womit er sie totschlagen will? Er sagt: revolutionärer Kampf gegen den Imperialismus, Umwandlung der bürgerlichen und demokratischen Revolution in die proletarische. Rosa Luxemburg sagt: Kampf gegen den imperialistischen Krieg durch Kampf gegen die russische Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht!

Wie nennt Schneller diese Zitiermethode? Ich nenne sie Fälschung!

Genosse Schneller unterstreicht in dem Zitat die Worte „mit ebenso unvermeidlicher geschichtlicher Logik“. Damit will er offenbar sagen, daß Rosa Luxemburg sich auf die „logische innere Notwendigkeit der Tatsachen“ versteife, auf die mechanische Entwicklung, ohne die Notwendigkeit systematischer, konsequenter und praktischer Aktionen zu erkennen. Hier ist dieser Vorwurf durchaus unbegründet. Wird er erhoben, so heißt das, das Kind mit dem Bade ausschütten. Denn die geschichtliche Logik trieb sowohl zu dem „Einerseits“ wie zu dem „Andererseits“, die Rosa Luxemburg an dieser Stelle entwickelt. Diese Stelle besagt außerdem, daß sie die bürgerliche Republik nicht als eine „Etappe“ im Sinne des Menschewismus ansah, sondern sich der Dialektik der Entwicklung bewußt war. Man kann sagen, daß Rosa Luxemburg in jener Perspektive die Aufgaben des Proletariats nicht konkret genug aufgezeichnet hat, aber sie hat das richtige Ziel gezeigt.

Aus dem Spartakusbrief vom September 1918 zitiert Schneller:

„Es ist eben die falsche Logik der objektiven Situation: jede sozialistische Partei (die Menschewiki, die SR standen offen im Lager der Konterrevolution – was soll die ‚Neutralität‘ des Spartakusbundes gegenüber dieser Gesellschaft? D. V.), die heute in Rußland zu Macht gelangt, muß eine falsche Taktik befolgen, so lange sie als ein Teil der internationalen proletarischen Armee vom Gros dieser Armee im Stiche gelassen wird.“

D. V. = Der Verfasser, das ist Genosse Schneller. Er beschwert sich über Rosa Luxemburgs „Neutralität“ gegenüber den Verrätern. Setzen wir die Sätze Rosa Luxemburgs hierher, die jenem Zitat vorausgehen:

„Wir möchten jene pflaumenweichen Heulmeier, jene Axelrod, Dan, Grigorjanz und wie sie alle heißen, sehen, die jetzt mit Schaum am Munde über die Bolschewiki zetern und im Auslande ihr Leid herumklagen, wobei sie – siehe da! – eine mitfühlende Brust bei solchen Helden wie Ströbel, Bernstein und Kautsky finden – wir möchten jene Deutschen an der Bolschewiki Stelle sehen! Ihre ganze Besserwisserei würde sich natürlich in einer Allianz mit den Miljukows im Innern und mit der Entente nach außen erschöpfen, wozu noch im Innern bewußter Verzicht auf alle sozialistischen Reformen oder auch nur Anläufe zu solchen hinzukäme – von wegen der bewußten Eunuchenweisheit, daß Rußland ein Agrarland und kapitalistisch; noch nicht garkochte sei. Es ist eben ...“ (usw., siehe oben.)

Pflaumenweiche Heulmeier, Besserwisserei, Allianz mit Miljukow und dem Imperialismus der Entente, Verzicht auf sozialistische Reformen, Eunuchenweisheit – das nennt Genosse Schneller höhnisch die „Neutralität“ des Spartakusbundes! Ich nenne dies eine infame Fälschung!

Ich bitte die Leser, zunächst in dem Artikel des Genossen Schneller die Zitate aus den Spartakusbriefen zu lesen, die dann weiter folgen. Schneller stellt sie zusammen, um damit die Uebereinstimmung Rosa Luxemburgs mit Trotzki's Lehren von der permanenten Revolution und mit der aus dieser Theorie folgenden Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs einer isolierten [257] russischen Revolution zu beweisen. Um diese „Uebereinstimmung“ richtig zu verstehen, bitte ich, folgende Zitate zu kontrollieren:

„Hierin besteht die größte Schwierigkeit der russisch Revolution, ihr größtes historisches Problem: in der Notwendigkeit, internationale Aufgaben zu lösen, die internationale Revolution auszulösen und den Uebergang von unserer Revolution als eng nationaler zur Weltrevolution zu vollziehen. Diese Schwierigkeit stand vor uns mit all ihren ungeheuerlichen Schwierigkeiten.“ (Lenin. Vortrag zur Frage des Brester Friedens. 7. März 1918. Lenin. Ausgewählte Werke, Seite 487.)

„Vom historischen Weltmaßstabe aus gesehen, unterliegt es keinem Zweifel, daß der Endsieg unserer Revolution eine aussichtslose Sache wäre, wenn sie vereinsamt bleiben müßte, wenn es keine revolutionäre Bewegung in den anderen Ländern geben würde ... Unsere Rettung vor allen diesen Schwierigkeiten liegt, wie gesagt, in der gesamteuropäischen Revolution.“ – (Ebendasselbst Seite 489.)

„Das ist eine Lehre, denn es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution zugrunde gehen werden.“ (Ebendasselbst, Seite 493.)

„Solange die sozialistische Revolution nicht in allen Ländern den Sieg davongetragen hat, kann die Sowjetrepublik in Sklaverei geraten.“ (Ebendasselbst, Seite 500.)

„Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Wir dachten schon vor der Revolution und auch später daran: Entweder kommt gleich oder zumindest in sehr rascher Aufeinanderfolge die Revolution in den übrigen Ländern, in den kapitalistisch mehr entwickelten Ländern, oder aber wir müssen unterliegen ... Das war natürlich richtig. Es war richtig im allgemeinen. Indessen war die Bewegung in Wirklichkeit nicht so geradlinig, wie wir erwartet haben.“ Lenin, Rede über die Politik der KPR auf dem Dritten Kongreß 1921. „Russische Korrespondenz“ Nr. 7 bis 9, Seite 658/659)

Was habe ich gesagt? Ich habe mich anheischig gemacht, Lenin in einen Menschewisten umzuzitieren. Nun, einen Trotzki habe ich schon aus ihm gemacht, davon beißt Schneller keinen Faden ab. Und die Zitate könnte ich noch vielfach häufen. Ja, wenn Lenin seinen Schneller schon gekannt hätte, dann hätte er solchen „Trotzkismus“ sicher nicht geredet!

Da nun aber Lenin sicherlich Leninist ist, folgt daraus, daß der noch nicht Trotzki zu sein braucht, der die Rettung der russischen Revolution nur in der Weltrevolution resp. in der deutschen Revolution sah. Ich erinnere mich, daß speziell Trotzki jener Vorwurf gemacht worden ist. Aber ich erinnere mich nicht mehr, eine besondere Begründung gelesen zu haben, worin der Unterschied zwischen der oben zitierten Auffassung Lenins und der Trotzki liegt. Sind der Redaktion der „Internationale“ die näheren Tatsachen bekannt, so würde sie gewiß außer mir auch manch anderem Leser einen Dienst erweisen, wenn sie diese Tatsachen in irgend einer Form bekannt geben würde^{*)}. Ich kann mir schon vorstellen, daß Trotzki aus seinem Gedankengang heraus jener Auffassung von der Rettung der russischen Revolution allein durch die Weltrevolution eine zu starre Deutung gegeben und sie in dieser Starrheit festgehalten hat, als sie bereits durch Erfahrungen modifiziert war. Aber dann muß das gezeigt werden, wenn wir die richtigen Lehren ziehen sollen.

Jedenfalls ist mit jenen Zitaten kein Beweis für einen Trotzkismus bei Rosa Luxemburg erbracht, Nun kann sich Schneller auf jene Stellen [258] berufen, wo Rosa betont, daß jede Partei an der verhängnisvollen Situation scheitern müsse. Das scheint eine Gleichstellung der konterrevolutionären Taktik der Menschewiki und SR mit der revolutionären der Bolschewiki zu bedeuten. Schon was ich oben zitiert habe, widerspricht dem. Aber ich könnte Zitat an Zitat hängen und alle würden beweisen, daß sie sich für die Bolschewiki entschieden hatte trotz all ihrer Bedenken. Sie ist den Bolschewiki nicht ganz gerecht geworden, sie machte schwere Fehler in ihrer Polemik gegen die Bolschewiki, sie erkannte ihre Fehler erst, als und soweit sie in der deutschen Revolution vor denselben Fragen stand. Aber sie hat die revolutionäre Aktion der Bolschewiki stets gegen die menschewistischen Heulmeier verteidigt und die vermeintlichen Fehler als unvermeidlich angesehen. In ihrer schärfsten Schrift gegen die Bolschewiki schrieb sie:

„Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung, für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“ (Rosa Luxemburg. Die russische Revolution. Seite 81.)

Warum betonte sie so nachdrücklich die Aussichtslosigkeit der isolierten russischen Revolution? Um die Menschewiki zu entschuldigen nicht! Um flauzumachen? Wenn es das gewesen wäre, dann wäre kein Wort der Verurteilung zu hart. Nein, sie tat es, um aufzupeitschen, um den deutschen Arbeitern zu sagen: Befreit euch, um die Bolschewiki aus ihrer verhängnisvollen Lage zu befreien, macht eure Revolution, um den Vortrupp der Weltrevolution zu retten! Hätte man jenes

^{*)} Obgleich das jedem Genossen, der die Trotzki-Diskussion verfolgt hat, bekannt ist, sind wir gern bereit, dem Gen. Frölich die erbetene Aufklärung zu geben. Es ist das „Ueberspringen“ der Bauernschaft, das der Trotzkiischen Alternative „Weltrevolution oder Zusammenbruch der Diktatur in Rußland“ wesentlich ist und sie grundlegend von der Leninschen Stellung unterscheidet. Für Trotzki war der Bauer im Grunde ein gegenrevolutionäres Element, gegen das (durch Militarisierung der Produktion) der Sozialismus „eingeführt“ werden, gegen das man um Hilfe an das internationale Proletariat appellieren müsse. Lenin zeigt dagegen, daß die Bauernschaft zu Verbündeten des Proletariats gemacht, es der Revolution ermöglicht, auch das zeitweilige Versagen des zweiten Verbündeten des russischen Proletariats, des internationalen Proletariats, zu überstehen. Dazu vergleiche man auch Maslow „Die zwei russischen Revolutionen 1917“, S. 178 D. Red.

Argument so stark in Rußland vorgebracht, dann hätte das konterrevolutionär gewirkt. In Deutschland war es in höchstem Maße revolutionär.

Es ist zweifellos, daß Rosa Luxemburg die Gefahren übertrieb. Die augenblicklichen Gefahren waren allerdings riesengroß. Dennoch überschätzte sie die Kraft des deutschen Imperialismus. Sie befürchtete seinen Sieg im Weltkriege und die Zermalmung Sowjetrußlands durch ihn. Sie war zu starr in der Ablehnung von Kompromissen. Sie hat offenbar auch geglaubt, daß jede proletarische Diktatur unmittelbar und unbedingt den Sozialismus durchführen müsse. Sie übersah vielleicht, daß die Differenzen der imperialistischen Mächte untereinander und die Verschärfung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern auch ohne Revolution die internationale Lage der Sowjetrepublik günstiger gestalten würden, als sie sie unmittelbar vor Augen sah. Das und manches andere kann man gegen sie einwenden. Eine solche Kritik darf der Geschichtsschreiber, wenn er Werturteile fällt, aber nicht vom Standpunkt seiner späteren Erfahrungen üben, sondern nur vom Stande jener Erfahrungen aus, die dem Kritisierten zugänglich waren.

Gehen wir weiter. Genosse Schneller sagt:

„Es entspricht der Grundanschauung des Spartakusbundes, daß er bei der ersten großen Schwierigkeit der russischen Revolution, nämlich beim Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, in derselben Weise wie Trotzki die Taktik der Bolschewiki verurteilte. Er versucht dabei aus revolutionärer Solidarität das ‚Techtelmechtel der Bolschewisten mit dem deutschen Regierungs-Sozialismus und mit Hindenburg und Hertling nur aus dem verzweifelt Tasten nach irgendwelchen Anhaltspunkten für eine proletarische Aktion in Deutschland‘ zu ‚erklären, wenn auch nicht zu entschuldigen‘!“

Das ist ein dicker Knäuel! Erstens vergißt Genosse Schneller, daß in der Frage des Brester Friedensvertrages neben Trotzki auch Bucharin stand. War der auch Trotzki? Wenn man aus Lenins Rede über den Friedensvertrag Schlüsse ziehen darf, so stimmen zwar nicht Trotzki, aber Bucharins Argumente mit denen Rosa Luxemburgs überein. Sie waren falsch. Sie konnten in Rußland zu einer Abenteuerpolitik führen. In Deutschland kam Rosa Luxemburg aus ihren Sorgen heraus zu einer Anfeuerung der deutschen Arbeiter, endlich aufzustehen. Das war revolutionär. Es wäre von großem Gewinn, die Stellung Rosa Luxemburgs in dieser Frage wirklich gründlich zu untersuchen. Dabei dürfte man nicht vergessen, daß sie im [259] Gefängnis saß, abgeschnitten von der Außenwelt, nur auf deutsche Zeitungen, diese Lügenpapiere, angewiesen, von ihren Zweifeln und Befürchtungen gequält, ohne tatsächliche Kenntnis dessen, was im deutschen Proletariat gärte und ohne Möglichkeit, ihre Anschauungen durch Aussprache zu korrigieren. Erst dann kann man gerecht sein.

Zweitens: Genosse Schneller nimmt das „Techtelmechtel“ der Bolschewiki mit dem deutschen Regierungs-Sozialismus wirklich für bare Münze. Rosa Luxemburg macht dahinter ein merkliches Fragezeichen. Damals rühmten sich nämlich die Scheidemänner, die Bolschewiki hätten versucht, durch Parvus mit ihnen anzubändeln. Der Schwindel wurde aufgedeckt. Schneller braucht das nicht zu wissen.

Dahinter kommt sofort wieder ein Schwindel. Schneller behauptet, Rosa Luxemburg habe in der proletarischen Diktatur eine Verlängerung und Verschärfung des Weltkrieges gesehen. Das soll er beweisen, er wird es nicht können. Wahrheit ist nur, daß sie vom Brester Frieden ein militärisches Uebergewicht Deutschlands und ein Wiederaufleben seiner Offensivkraft befürchtete. Kein Wort gegen die Diktatur! Weiter behauptet Schneller, sie habe die Kerenski-Offensive vom Sommer 1917 für richtig und notwendig gehalten. Er bringt ein Zitat, in dem gesagt wird, die Friedensformel des A.- und S.-Rats reduziere den Krieg scheinbar (!) auf die Landesverteidigung und in diesem Fall sei sie auch die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution (siehe „Internationale“ Seite 122, Spartakusbrief August 1917, Seite 108). Nicht in Worten, aber dem Sinne nach kann man bei Lenin dasselbe finden, nämlich das Zugeständnis, daß der A.- und S.-Rat subjektiv glaubte, die Revolution zu verteidigen (siehe Lenin Ausgewählte Werke, Seite 387). Aber, wie Lenin, widerlegt auch Rosa Luxemburg diese Auffassung. Aus einem langen, von Schneller nicht bemerkten Absatz, sei nur ein Satz zitiert: „Der heutige Weltkrieg ... läßt sich nicht in einem Winkel, in einem Lande,

von einem Teilnehmer auch beim besten Willen in sein Gegenteil, in einen demokratischen Landesverteidigungskrieg verwandeln.“

Ein Unterschied ist zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, er ist wichtig und er zeigt, daß Lenin ein klares Urteil und eine konkretere Lösung hatte. Lenin nämlich sagt, um das Dilemma zu lösen, ist die Uebernahme der Macht durch das russische Proletariat nötig. Dann kann es Frieden schließen, oder, wenn nötig, den wirklichen Verteidigungskrieg führen. Rosa Luxemburg sah die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, aber sie sah darin noch keine Lösung, sah nur das Dilemma und seine Lösung erst durch die Revolution in Westeuropa.

Und was ist denn nun mit diesem scheußlichen Dilemma, mit dieser Scylla und Charybdis, in der die russische Revolution hin und hergerissen wird? War es eine Realität oder nur eine fixe Idee, entsprungen der Theorie von der permanenten Revolution? Es war eine furchtbare Realität. Es mußte wirklich eine „falsche Taktik“ getrieben werden. Rosa Luxemburg übertrieb die Schwierigkeiten. Aber das war richtig, daß es keine gradlinige Lösung gab. Jede Lösung war voller Fallstrick. Die Lage war widerspruchsvoll und darum jede Lösung voller Widersprüche. Wer das nicht begreift, der hat keine Ahnung von der Riesenhaftigkeit der Entschlüsse der Bolschewiki, von der Größe ihrer Leistung. Und auch nur wer das begreift, kann sich vorstellen, wie Rosa Luxemburg in ihrer Gefängniszelle sich an ihren Zweifeln blutig riß. Wir haben kein Recht zu der Annahme, daß sie von Anfang an ganz mit den Bolschewiki gegangen wäre, wenn sie mitten im Leben gestanden hätte. Aber schneller hätte sie ihre Zweifel sicherlich überwunden.

Schließlich setzt Genosse Schneller immer Rosa Luxemburgs Auffassung mit der des Spartakusbundes gleich. Er kann sich damit entschuldigen, daß jene Artikel nicht gezeichnet waren. Aber es ist falsch, das zu tun. Zum Teil stand die Mitgliedschaft unter dem Niveau dieser Anschauungen, wurde sie überhaupt nicht von Zweifeln geplagt, die einer weiteren Perspektive ent-[260]sprangen. Zum Teil aber wurden sie durch die lebendige Anschauung über diese Zweifel hinweggehoben. Auch das muß betont werden.

Um die Methode des Genossen Schneller aufzudecken, könnte ich noch viele Beispiele anführen. Ich beschränke mich nur noch aus zwei. Er zitiert (Seite 124) Ausführungen des Genossen Eberlein auf dem Gründungsparteitag der KPD, in denen er den Organisationen Autonomie zusagt, sie auffordert, nicht auf Parolen von oben zu warten, sondern aus eigener Initiative zu arbeiten.

Dazu ist zu sagen, daß das Parteitagsprotokoll keine zweifelsfreie geschichtliche Quelle ist. Nur die große Programmrede Rosa Luxemburgs ist stenographiert. Alles andere ist nach ungenügenden Notizen viel später zusammengestellt. Ich will weder den Inhalt des angeführten Zitats bestreiten, noch daß er nicht leninistisch ist. Aber es fehlen viele Zwischenglieder, die zu seinem Verständnis nötig sind. Zweitens glaubt nicht einmal Freund Eberlein, daß er ein Theoretiker sei. Er hat einfach aus der Not eine Tugend gemacht. Man muß die Situation kennen. Der Spartakusbund, wie die Organisation der Linksradiكالen, konnten es während des Krieges nur zu losen Gruppen bringen (mit Ausnahme von Bremen). Es scheint, daß ihnen das zum Vorwurf gemacht wird. Aber dieser Vorwurf (siehe Ruth Fischers Vortrag im Leninistischen Klub und ebenso Schneller, wo er sich entrüstet, daß man nicht einmal Liebknecht in den Rätekongreß brachte), ist kindisch und macht sich keine Vorstellung von der Schwierigkeit der Arbeit unter der Militärdiktatur und der Geistesverfassung der Massen. Nun lag aber auf dem Gründungsparteitag eine ganz sonderbare, wahrhaft komische Situation vor. Der Spartakusbund, der angeblich nichts vom Zentralismus wissen wollte, war den Linksradiكالen verdächtig – wegen der Diktatur seiner Zentrale! Jan Knief hatte eine Theorie des Föderalismus als einzig revolutionäre Organisationsform (auch eine Gefängnisidee!) entwickelt, Knief war der, der mit den Bolschewiki am innigsten verbunden war. An dieser Frage: Zentralismus oder Föderalismus konnte die Verschmelzung beider Gruppen scheitern. Versteht Genosse Schneller, daß man in dieser Situation das Problem nicht ernstlich aufgriff? Auf dem Parteitag wurde eine Organisationskommission gewählt. Ich entwarf ihr das Statut, das dann mit geringen Aenderungen angenommen wurde. Sein Grundprinzip war: Zentralismus und Aufbau der Partei auf der Grundla-

ge der Betriebe! Im übrigen verweise ich auf die heftigen Auseinandersetzungen mit der KAP über Zentralismus und Rolle der Partei.

Schließlich noch das Zitat von Thalheimer über die Liquidierung der Partei in der Periode zwischen zwei Wellen der Revolution (Seite 127). Schneller bringt es fertig zu sagen, die Parteiführung faßte eine solche Liquidierung „ernstlich ins Auge“. Dann folgt gar der Satz: „Die Theorie Thalheimers ... zeigt, daß die deutsche Partei nicht auf dem Wege zum Leninismus, sondern auf dem Wege zur Liquidierung, auf dem Wege zur SPD war.“ Das ist ein toller Luftsprung. Ich kenne nicht einen, der mit Thalheimer einverstanden war. Auf dem unmittelbar folgenden Zentralauschuß wurde von Ernst Meyer und auch von mir Thalheimers Auffassung scharf zurückgewiesen. Er selber hat sie aufgegeben. Wie wäre es, wenn die „linken“ Genossen, die heute an der Spitze der Partei stehen, einmal mit einer Kritik und Ueberprüfung ihrer eigenen Vergangenheit einsetzen würden, denn ihre alten Fehler spuken heute noch sehr stark in der Partei. Wenn mir die „Internationale“ den Raum zur Verfügung stellt, bin ich zur Unterstützung bereit. Ich würde eine bessere Methode anwenden als Genosse Schneller.

Ich wiederhole zum Schluß: Es kam mir hier nur auf eine Kritik von Schnellers kritischer Methode an. Die aufgeworfenen Probleme lösen konnte ich hier nicht. Dazu gehört eine spezielle Arbeit. Aber das glaube ich bewiesen zu haben, daß diese hier kritisierte Methode weder nützliche Erkenntnis vermittelt, noch die revolutionäre Tradition wahr, sondern Wahrheit und Tradition in den Boden stampft. [261]

*

Einige Gegenbemerkungen.

Von Ernst Schneller.

Erste Vorbemerkung: Ich werde auf die persönlichen Angriffe nicht eingehen. Es handelt sich nicht um Rechthaberei, sondern um die notwendige Parteierziehungsarbeit, für die ich Hinweise geben wollte. Ich gebe zu, daß andere das besser verstehen mögen. Leider haben sie es bisher nicht für nötig gehalten, sich zu äußern.

Mit Bitterkeit und persönlicher Verärgerung werden die Probleme nicht gelöst, auch nicht geklärt.

Zweite Vorbemerkung: Ich beschränke mich vorläufig auf einige Bemerkungen. Eine eingehende Untersuchung der von mir aufgeworfenen Streitfragen wird in späteren Heften erfolgen.

Nun zur Sache selbst. Die Tatsache, daß große Gegensätze zwischen den theoretischen Auffassungen Lenins und Rosa Luxemburgs bestehen, ist in der deutschen Partei weder klar ausgesprochen, noch auf ihre Auswirkungen für die Taktik vor Partei untersucht worden.

Diese Verkleisterung der theoretischen Gegensätze hat zu einer Verkleisterung der revolutionären Theorie überhaupt geführt. Lenin lehrt: Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung!

Die theoretischen Unklarheiten müssen sich in Zeiten „zwischen zwei Wellen der Revolution“ besonders unheilvoll auswirken (Liquidatorientum). Aber auch die Katastrophe von 1923 unter Brandlers Führung ist die Konsequenz der falschen theoretischen Grundlagen, die keine klare revolutionäre Selbstkontrolle ermöglichten.

In der jetzigen Situation ist die Partei verpflichtet, sich völlig auf den Leninismus umzustellen. Dazu ist die endliche restlose Abkehr von den Fehlern der Vergangenheit notwendig. Diese Fehler aber müssen aufgezeigt werden. Das kann auch nicht unterbunden werden, wenn es sich um Fehler des Spartakusbundes handelt.

„Die wertvollen revolutionären Traditionen des Spartakusbundes“ sind ein wichtiger Faktor für die Parteierziehung; das Studium der Fehler ist ein anderer Faktor – neben weiteren Faktoren!

Das sind Binsenwahrheiten. Sie müssen jedoch auch in der „Internationale“ wieder betont werden, wenn ein solch hervorragender Theoretiker wie Paul Frölich eine Kritik schreibt, die geeignet ist, die Partei von der Klärung abzuhalten. (Nach Frölich handelt es sich bloß um den Genossen Schnel-

ler, der ja nur eine „vorgefaßte Meinung beweisen“ wolle, dazu „Fälschungen“ und dummen „Schwindel“ verwende!)

Genosse Frölich beruft sich auf die ungeheuren Schwierigkeiten, während des Krieges die Dokumente, Thesen usw. zu beschaffen. Diese Schwierigkeiten werden völlig zugegeben. Damit kann jedoch Genosse Frölich nichts dagegen beweisen, daß die Verfasser der Spartakusbriefe die Situation und die Ereignisse anders beurteilten – als Lenin und die Bolschewiki. Diese verschiedene Beurteilung aber gründet sich nicht auf größere oder geringere Kenntnis der Tatsachen, sondern auf verschiedene theoretische Auffassungen. Und darauf kommt es an!

Genosse Frölich geht aber auch in der Einschätzung der Schwierigkeiten insofern zu weit, als er völlig außer acht läßt, daß Lenin in der Schweiz dieselben Schwierigkeiten hatte und daß durch die Konferenzen der revolutionären Gruppen in der Schweiz eine weitgehende Verständigung über die Auffassung gerade der Bolschewiki ermöglicht war.

Entscheidend aber ist: Was hat die Partei nachdem getan, um die Unklarheiten zu klären? Genosse Frölich wendet sich dagegen, daß ich die Spartakusbriefe zitiere! Aber welches Beweisstück legt er vor, daß diese in den Briefen niedergelegten Anschauungen wirklich korrigiert worden sind? [262] Die Spartakusbriefe sind 1920 und 1921 in Neudrucken herausgegeben worden. Was steht in den Einleitungen? 1920 heißt es:

„Noch heute, da die Revolution erst begonnen hat, ist daher jeder Satz des ‚Spartakus‘ aktuell.

Der ‚Spartakus‘ widerlegt auch die blöden Vorwürfe, die deutschen Kommunisten seien unselbständige Nachhänger des russischen Vorbilds. Zu dem Rätesystem und der Diktatur des Proletariats hat sich der ‚Spartakus‘ allerdings schon im Frühjahr 1917 bekannt. Aber wenn er auch selbstverständlich diese Kernstücke jeder proletarischen Revolution enthält, verzichtet er doch nicht auf die Kritik der bolschewistischen Politik, da die Politik einer sozialistischen Partei nicht besondere Angelegenheit dieser Partei allein, sondern Sache des gesamten Proletariats aller Länder ist. Nur bleibt es nie ein Besserwissen, sondern jedes Wort der Kritik wird auch hier zum erschütternden Appell an den Aktionswillen des deutschen Proletariats.“

Und 1921 wird auf die Einleitung des 1920 erschienenen Bandes verwiesen, also die Notwendigkeit der Kritik – des Bolschewismus bestätigt! Ist es nur Zufall, daß über die Notwendigkeit, auch eigene Fehler zu erkennen und von den – Bolschewiki zu lernen, nichts gesagt ist. „Noch heute ist jeder Satz aktuell!“

Soll die Partei auch heute noch kritiklos zustimmen? Wo ist die Selbstkritik der Partei in den vergangenen Jahren? Wo ist die Auseinandersetzung zwischen Rosa Luxemburgs Anschauungen und Lenins Theorie? Sie ist nicht geführt worden; jeder Funktionär hat beide Theorien, so gut er konnte, zu amalgamieren versucht. So (und nur so!) war die unheilvolle Politik der Partei im Herbst 1923 möglich: Einerseits Verharren auf der „Spontaneitätstheorie“ (wie sie Genossin Klara Zetkin auf dem 5. Weltkongreß noch kraß vertreten hat) und andererseits eine unsinnige „Organisierung der Revolution“ (wie sie Brandler auf demselben Kongreß verfocht).

Welche Punkte hat Genosse Frölich im einzelnen zu kritisieren? Erstens: Abdruck der Dokumente der Menschewiki. Das sind „Regierungsdokumente“! Köstlich! Sind nicht die Tscheidse, Zeretelli die Verantwortlichen für diese Dokumente, hat das nicht die Gruppe „Internationale“ in ihrem Brief vom 29. April an „Genossen Tscheidse“ ebenfalls angenommen? Wo sind im Spartakus die „Regierungsdokumente“ kritisiert worden? Was hinderte den Abdruck anderer Dokumente – auch in den „Spartakusbriefen“?

Zweitens: „Das Programm des Spartakusbundes zur russischen Revolution“ ist von mir nicht „kommentiert“, wie Genosse Frölich behauptet, sondern in Vergleich zu den von Lenin gesteckten Zielen gestellt worden! Genosse Frölich übersieht das und macht aus meinen überleitenden Sätzen einen Kommentar! Ich gebe zu, daß diese Gegenüberstellung viel wirksamer gewesen wäre, wenn ich aus dem Aprilbrief 1917 die gesamte Stelle zitiert hätte! Viel krasser wäre

zutage getreten, daß sich der April-Spartakusbrief mit allgemeinen Reden im Rahmen des propagierten Ziels „Sturz des Imperialismus“ begnügte und gerade keine anderen konkreten Ziele sah als die der bürgerlichen Revolution, während Lenin in seinem Brief aus der Schweiz auf Grund seiner Staatstheorie konkret die Aufgabe Zertrümmerung des Staatsapparates stellte. Inzwischen ist in dem Sammelband „Lenins Ausgewählte Werke“ reicheres Material über Lenins Stellung zugänglich gemacht worden; der „Brief aus der Ferne“ (S. 345-354) zeigt den Gegensatz Lenin-Rosa Luxemburg noch viel schärfer!

Auch bei diesem Punkt ist entscheidend: was hat die Partei nachher getan, um falsche Auffassungen zu zerstören? Noch nach 1918, noch 1920, ja 1923 ist die Konsequenz aus Lenins Theorie nicht gezogen: Lenin predigte 1917 den rücksichtslosen klaren Kampf für die „Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter, Landarbeiter, Bauern und Soldaten-Deputierten“ und wandte sich schroff gegen „unsere Genossen“ Tscheidse, Zeretelli usw. (Siehe Sammelband S. 361-364). Die Spartakusbriefe dagegen sehen im August 1917 die Situation so, daß „die sozialistische Arbeiterschaft in dem Koalitionsministerium (Kerenskis!) zur Hälfte das Regierungssteuer ergriffen“ hat. In diesem Augustbrief zeigt sich damit große Unklarheit über [263] das Wesen des bürgerlichen Staates (daneben auch über die Rolle der Arbeiterschaft und über die Bündnismöglichkeit mit Kleinbürgern und Bauern, die noch immer in der Partei nicht richtig geklärt worden ist!).

Auf dieser Grundlage konnte Brandler seine Schrift „Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ verfassen, die noch 1920 verkündete, daß der demokratische Staat einen Schutz der Arbeiter bedeutet:

„Die demokratische Staatsform, die den ausgebeuteten großen Massen politische Rechte gibt, macht es unmöglich, diese mit politischen Rechten ausgestatteten Massen unter eine strenge und straffe kapitalistische Ausbeutungsherrschaft zu zwingen. Das deutsche Proletariat, das schon unter der Herrschaft Wilhelms II. und der großen kapitalistischen Unternehmerverbände gegen die kapitalistische Ausbeutung der Vorkriegszeit als politisch rechtlose und deshalb einflußlose Masse erfolgreich rebellierte, wird die gewonnenen politischen Rechte ganz naturgemäß nicht dazu anwenden, um sich einer viel größeren wirtschaftlichen Ausbeutung und Knechtung zu unterwerfen. Ohne grenzenlose für das Gros der deutschen Bevölkerung unerträgliche ökonomische Ausbeutung ist die Aufrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung jedoch nicht möglich.

Schon an der Arbeitslosenfrage scheitert der Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung.

Keine demokratische Regierung kann es wagen, die Arbeitslosen, die heute einige Millionen im Reiche zählen, der Not und dem Elend preiszugeben, so daß diese wie in der Vorkriegszeit auf Gnade und Ungnade den Kapitalisten zur Ausbeutung zugetrieben werden. Eine Regierung, die das nur versuchte, würde trotz Kanonen und Maschinengewehren hinweggefegt werden.“

Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates wird also völlig verwischt.

Auf dieser Grundlage konnte Brandler 1920 seine Kapp-Politik durchführen und 1921 seine Verteidigungsrede vor Gericht halten:

„Es ist theoretisch denkbar, daß die Ziele der Kommunisten, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, mit legalen Mitteln der Demokratie erreicht werden kann. Die proletarische Diktatur setzt durchaus nicht den bewaffneten Machtkampf voraus usf.“

Schließlich hat die Unklarheit der Staatstheorie (neben den übrigen Unklarheiten) die Thesen des Leipziger Parteitages ermöglicht. Noch heute bestehen große Unklarheiten (siehe die Diskussion über Monarchie und Republik). Genosse Frölich aber macht es sich leicht: Er beschuldigt mich der „Fälschung“. Es geht nicht um ein Zitat, es geht um eine Auffassung, die im Zitat wiedergegeben ist. Und diese vom Leninismus abweichende Auffassung über Imperialismus und Staat könnte noch vielfach belegt werden!

Drittens: Die Heulmeier-Fälschung! Vielmehr die „infame Fälschung“! Genosse Frölich vergißt, daß die Spartakusbriefe immerhin gegen wesentliche Grundlagen der Theorie der Bolschewiki und Lenins Stellung genommen haben, bzw. von ihnen abgewichen sind:

- In der
- a) Theorie der Revolution,
 - b) nationalen Frage,
 - c) Bauerfrage,
 - d) Staatstheorie,
 - e) Auffassung über Rolle der Partei (dazu Gewerkschaftsfrage),

Genosse Frölich weiß weiter, daß die Spartakusbrieife die Tscheidse, Zeretelli usw. im Gegensatz zu den Bolschewiki als „unsere Genossen“ bezeichnen, und er weiß, daß sich der größte Teil dieser „unserer Genossen“ als offene Konterrevolutionäre entpuppten! Vielleicht weiß Genosse Frölich auch, daß Genosse Lenin nur eine revolutionäre Arbeiterpartei anerkannte: die Bolschewiki, die „Sozialisten“ dagegen schärfstens bekämpfte. Schreibt der angeführte Spartakusbrief gegen Tscheidse und Konsorten? Nein, er schreibt gegen Axelrod, Dan und läßt gerade die Möglichkeit noch anderer sozialistischer (also kommunistischer!) Parteien neben den Bolschewiki zu! Und das nach dem Oktober 1917 und nach den harten Kämpfen des Jahres 1918. Ist das Neutralität gegen die „anderen sozialistischen Parteien“ oder ist das offene Stellungnahme für die Bolschewiki? Ich frage nur nach den Tatsachen und nicht nach den Beweggründen!

[264] Genosse Frölich macht sich die Behauptung der „infamen Fälschung“ sehr leicht!

Viertens: Der „Schwindel“ mit der Kriegsverlängerung durch die proletarische Diktatur! Genosse Frölich tut sich viel auf die historischen Umstände zugute. Vielleicht beachtet er, daß die Frage des Friedens 1917/18 von der Frage der proletarischen Diktatur nicht zu trennen war. Wie stellen die Spartakusbrieife das Problem? Im August 1917 schon – in Fortführung der Verteidigung der Kerenski-Offensive (Genosse Frölich behauptet, das sei keine Verteidigung!) führt „Spartakus“ aus:

„Wie aber nun, wenn Rußland sich auf keine Offensive einläßt und sich militärisch – wie in den ersten Monaten nach dem Revolutionsausbruch – auf eine passive abwartende Haltung beschränkt, indem es bloß Gewehr bei Fuß steht, um eventuelle Angriffe von deutscher Seite schlecht oder recht zu parieren? Mit dieser Passivität, die an sich eine Halbheit, ein Ausweichen dem Kriege, nicht dessen Beendigung bedeutete, leistete Rußland unschätzbare Dienste dem deutschen Imperialismus, indem es ihm gestattete, seine Hauptstreitkräfte nur gegen die westliche Front zu verwenden, indem es ihm im Osten gewissermaßen den Rücken deckte. So befindet sich die russische Republik zwischen der Scylla und der Charibdis. Will sie sich etwa durch einen Sonderfrieden aus der Schlinge des Völkermordens ziehen, dann verrät sie das internationale Proletariat und die eigenen Schicksale an den deutschen Imperialismus. Ist sie aber nicht imstande, einen allgemeinen Frieden allein durchzusetzen, dann bleibt ihr nur die Wahl zwischen aktiver Kriegführung, mit der sie die Interessen des Ententeimperialismus besorgt, und passiver Kriegführung, d. h. militärischer Untätigkeit, mit der sie ebenso totsicher die Geschäfte des deutschen Imperialismus fördert.

Dies ist die wirkliche Sachlage der russischen Republik – eine tragische Situation, an der die schöne Friedensformel, die wie ein erlösendes Zauberwort von allen begrüßt wurde, nicht das Geringste ändert. Und diese Sachlage bedingt, daß das russische Proletariat, trotz all seiner heroischen Kämpfe und Siege, trotz seiner Machtentfaltung gegen den Krieg und den Imperialismus in Wirklichkeit heute verdammt ist, ein Spielball des Imperialismus zu sein, und daß jede Taktik, die es einschlagen mag, letzten Endes dem Imperialismus zugute kommt. Es gibt einfach – so paradox dies klingen mag – keine richtige Taktik, die von dem russischen Proletariat heute befolgt werden könnte: welche es wählen mag, sie wird falsch sein. Und das hat einen sehr triftigen tiefliegenden Grund. Der heutige Weltkrieg, der seinen objektiven Ursachen und seinem historischen Charakter nach eine internationale Auseinandersetzung des Imperialismus ist, läßt sich nicht in einem Winkel, in einem Lande, von einem Teilnehmer auch beim besten Willen in sein Gegenteil: in einen demokratischen Landesverteidigungskrieg verwandeln.. Vom Rade der imperialistischen Weltkatastrophe erfaßt, kann die russische Republik allein an ihrem Teil sich den Konsequenzen dieser Katastrophe nicht entziehen, sich aus dem Rad nicht befreien und auch das Rad allein nicht zum Stillstand bringen. Die internationale Katastrophe vermag nur das internationale Proletariat zu bändigen. Den imperialistischen Weltkrieg kann nur eine proletarische Weltrevolution liquidieren!“

Dazu sagt Lenin (in dem von Gen. Frölich als Beweis für seine Auffassung angeführten Artikel, Sammelband S. 387 f):

„Die Massenbefürworter^{*)} der revolutionären ‚Vaterlandsverteidigung‘ sind ehrlich – nicht im persönlichen Sinne, sondern klassenideologisch –, d. h. sie gehören solchen Klassen an (Arbeiter und ärmste Bauern), die tatsächlich von Annexionen und der Erdrosselung fremder Nationen keinen Gewinn haben. Das ist etwas ganz anderes als die Bourgeoisie und die Herren ‚Intellektuellen‘, die ausgezeichnet wissen, daß man auf Annexionen nicht verzichten kann, ohne auf die Herrschaft des Kapitals zu verzichten, und die die Massen durch schöne Phrasen und maßlose Versprechungen schamlos betrügen.

Der Massenvertreter der Vaterlandsverteidigung steht zur Frage einfach, wie ein harmloser Spießbürger: ‚Ich will keine Annexionen, aber der Deutsche geht auf mich los, folglich verteidige ich eine gerechte Sache und gar nicht irgendwelche imperialistische Interessen. Einem solchen Menschen (nicht einem menschewistischen oder sozialrevolutionären Führer im A.- und S.-Rat! E. S.) muß man immer wieder klarzumachen versuchen, daß es sich nicht um seine persönlichen Wünsche handelt, sondern um Massen- und Klassenverhältnisse und politische Zusammenhänge und Bedingungen, um die Abhängigkeit des Krieges von den Interessen des Kapitals und des internationalen Banknetzes usw. Nur eine solche Bekämpfung des Standpunktes der Vaterlandsverteidigung ist ernst und verspricht Erfolg – wenn auch keinen raschen, so doch einen sicheren, haltbaren Erfolg.

Den Krieg kann man nicht nach Wunsch beenden. Man kann ihn nicht durch Beschluß von einer Seite beenden. Man kann ihn nicht da-[265]durch beenden, daß ‚man die Bajonette in die Erde stößt‘, um den Ausdruck eines Soldaten, der die Landesverteidigung predigt, zu gebrauchen.

Der Krieg kann nicht durch die ‚Verständigung‘ der Sozialisten verschiedener Länder beendet werden, nicht durch die ‚Aktion‘ der Proletarier aller Länder, nicht durch den ‚Willen‘ der Völker usw. Alle Phrasen dieser Art, die die Zeitungsartikel der Anhänger der unbedingten und geteilten Vaterlandsverteidigung und der halbinternationalistischen Richtung füllen, ebenso wie die zahllosen Resolutionen, Aufrufe, Manifeste, Kundgebungen des Rates der Soldaten- und Arbeiterdelegierten – alle diese Phrasen sind nichts anderes als leere, naive, gutmütige Kleinbürgerwünsche. Es gibt nichts Schädlicheres als solche Phrasen über den ‚Friedenswillen der Völker‘, über die Reihenfolge der revolutionären Aktionen des Proletariats (nach dem russischen Volke sei das deutsche „an der Reihe“) u. a. m. All das ist Louis-Blanctum, süßliche Duselei, ist eine Spielerei mit ‚politischen Kampagnen‘ und in der Praxis – hohles Gerede.

Der Krieg ist nicht durch den bösen Willem der räuberischen Kapitalisten entstanden, obwohl er zweifellos nur ihrer Interessen willen geführt wird und nur sie bereichert. Der Krieg ist erzeugt durch eine fünfzigjährige Entwicklung des Weltkapitals, durch Milliarden feiner Fäden und Verflechtungen. Man kann nicht aus dem imperialistischen Krieg herauspringen, man kann keinen demokratischen, gewaltlosen Frieden schließen, ohne die Herrschaft des Kapitals zu stürzen, ohne daß die Staatsmacht auf eine andere Klasse, auf das Proletariat, übergeht.

Die russische Revolution vom Februar bis März 1917 war der Anfang der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Diese Revolution hat den ersten Schritt zur Beendigung des Krieges getan. Nur der zweite Schritt kann seine Beendigung sicherstellen, und zwar dadurch, daß die Staatsmacht auf das Proletariat übergeht. Das wird der Anfang des internationalen ‚Frontdurchbruches‘ sein, des Durchbruches der Interessenfront des Kapitals, und nur nachdem diese Front durchbrochen sein wird, kann das Proletariat die Menschheit von den Greueln des Krieges befreien und ihr die Wohltaten eines haltbaren Friedens sichern.

Und einem solchen ‚Frontdurchbruch des Kapitals‘ hat die Revolution des Proletariats Rußlands schon ganz nahe gebracht, nämlich durch die Schaffung der Sowjets der Arbeiterdelegierten.“

Also: „Spartakus“ sagt: es gibt keinen Ausweg, jede Taktik ist falsch; Lenin sagt: Diktatur des Proletariats in Rußland – das ist der Ausweg, denn es ist der Anfang des internationalen Frontdurchbruchs.

„Spartakus“ setzt im Januar 1918 seine Beweisführung vom August 1917 fort: Der russische Frieden, der nur durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats herbeigeführt wurde, hilft zur Kriegsverlängerung:

^{*)} Das sind nicht die damaligen Führer der A.- und S.-Räte, wie Gen. Frölich zu unterstellen versucht. E. S.

„Die nächste Wirkung des Waffenstillstandes im Osten wird nur die sein, daß deutsche Truppen vom Osten nach dem Westen dirigiert werden. Vielmehr: sie sind es schon ...

Die letzten blutigen deutschen Vorstöße bei Cambrai und im Süden, die neuen ‚glänzenden‘ Erfolge in Italien sind bereits Wirkungen des bolschewistischen Novemberumsturzes in Petersburg ...

Und so ergeben sich als nächste Wirkungen des russischen Waffenstillstandes und des ihm auf dem Fuße folgenden Sonderfriedens im Osten nicht die Beschleunigung des allgemeinen Friedens, sondern erstens, die Verlängerung des Völkermordens und ungeheure Steigerung seines blutigen Charakters, was auf beiden Seiten Opfer fordern wird, gegen die alles bisherige erlassen dürfte; zweitens, – eine enorme Stärkung der militärischen Position Deutschlands und damit seiner verwegesten Annexionspläne und Appetite.“

Genosse Frölich nennt meine Behauptungen: Spartakus habe die Kerenski-Offensive verteidigt und den Novemberumsturz als Kriegsverlängerung – wenn auch ohne russische Schuld – hingestellt, einen Schwindel! Jeder Leser mag prüfen, ob meine Behauptung über die Stellung des Spartakusbundes zutrifft, oder ob Genosse Frölich mit seiner Schwindelanklage recht hat.

Dazu fünftens: Genosse Frölich sucht die Abweichungen u. a. auch aus pädagogischen Gründen zu erklären.

Ich wende mich natürlich nicht gegen die Aufforderung an das deutsche Proletariat, sondern gegen die falsche Theorie: nur durch internationale Revolution gibt es eine Lösung! Diese Ueberschätzung hat genau so wenig anfeuernd gewirkt, wie die andere: Wenn ihr deutschen Arbeiter nicht helft, ist die russische Revolution verloren! Das Unterschätzen der revolutionären Möglichkeiten in Rußland – auch ohne direkte staat-[266]liche Unterstützung in Westeuropa – hat zu großer Skepsis gegenüber den Erfolgen der Bolschewiki auch in der deutschen KP geführt (es sei doch nur international „etwas zu machen“!). Diese Vergrößerung hat ihre Wurzel in der falschen Theorie von der Revolution (d. h. von der Rolle der Bauernschaft in der Revolution). Das richtige Verständnis der russischen Revolution hätte einen unvergleichlich größeren Anstoß – zur Nacheiferung geben können als die fatalistische Feststellung: Jede Taktik ist falsch!!

Sechstens: Die Organisationsfrage. Genosse Frölich beruft sich auf verschiedene Dinge:

- a) Das Protokoll ist nicht einwandfrei,
- b) Genosse Eberlein ist kein Theoretiker,
- c) Die Frage war nicht geklärt, darum mußte den unklaren Elementen entgegengekommen werden, um überhaupt die losen Gruppen zu vereinigen.

Was soll dieses Gerede! Dem Inhalt nach hat der Referent also doch das gesagt (siehe c!), was ich zitierte! Diese Auffassung entsprach also den theoretischen Anschauungen des Parteitages! Auf dem Parteitag hat sich niemand gegen diese Auffassung gewandt!

Entgegen Frölichs Verteidigung muß weiter festgestellt werden: Der Spartakusbund hat keine gründliche Auseinandersetzung – wenn auch eine sehr scharfe! – mit den KAP-Elementen gehabt, denn die Rolle der Partei kann nicht losgelöst werden von der Theorie der Revolution. Die Partei hat wohl zum Zentralismus geeifert (genau so wie um die Gewerkschaftsfrage!), aber sie hat ihn nicht auf eine klare Einsicht, nicht auf klare revolutionäre Theorie gegründet. Z. B. die Gegenaktion gegen den Kapp-Putsch zeigte, daß die Partei noch keine zentralistische Organisation war.*)

Noch jetzt spuken bei jeder Schwierigkeit KAP-Gedanken in der Partei sowohl in der Frage des Zentralismus wie in der Gewerkschaftsfrage.

Siebtens: Die Liquidierung der Kommunistischen Partei! Die Revidierung der Thalheimerschen These von Anfang 1922 (Thalheimer hat schon manche These liquidiert!) besagt doch nicht, daß

*) Dazu eine persönliche Erinnerung: Am Abend des 13. März 1920 wurde [Kuriere] von einer Spartakusgruppe im Erzgebirge nach Chemnitz um Instruktionen geschickt. Die Kuriere bekamen die Antwort: „Wenn Ihr nicht selbst wißt, was Ihr zu tun habt, seid Ihr keine Spartakisten!“ Die Antwort gab damals Brandler.

mit ihrem Wortlaut auch die ihr zugrunde liegende falsche Theorie revidiert ist! Gen. Frölich empört sich über meine Behauptung, die Liquidation der Kommunistischen Partei sei ernstlich ins Auge gefaßt worden. Selbstverständlich meine ich nicht, daß ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde, jedoch die offizielle Politik der Partei 1922 und 1923 lief trotz Widerrufs des Wortlauts von Thalheimers These auf Liquidierung der Partei hinaus, besonders für eine Zeit der erstarkenden Konterrevolution. Ja, durch die Politik von 1923 wurde Thalheimers These noch übertrumpft! Die Parteipolitik war in größte Abhängigkeit von der SPD gebracht worden, die SPD wurde nicht entlarvt und nicht ruiniert, sie wurde tatsächlich gestärkt; sie wurde als andere Arbeiterpartei bei den Massen anerkannt – durch unsere Politik ihr gegenüber. Unsere Politik war nur auf Zusammenbruch eingestellt; und im Zusammenbruch auf das Bündnis mit der SPD! Ob eingestanden oder nicht: diese Politik führte die Partei hin zur SPD, machte sie zum Anhängsel der SPD!

Welche Antwort wollten Brandler-Thalheimer in der jetzigen Situation geben?

Noch in Frankfurt schien für einen großen Teil der Partei das Revolutionäre darin zu liegen, daß die revolutionäre Zuspitzung für einen nahen Termin prophezeit wurde – eine nüchterne Erwägung über die tatsächliche Situation galt als „konterrevolutionäre Perspektive“ (so noch im Oktober 1924 in der Auseinandersetzung von Vertretern rechter Tendenzen und rechter Aktivität) – ohne akute revolutionäre Zuspitzung keine revolutionäre Politik!

Diese Stimmung ist noch immer in der Partei, sie ist durch das dumme Gerede von der Unvermeidlichkeit des unmittelbaren Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft usw. gezüchtet worden. Diese Stimmung wirkt sich in Passivität aus, in KAP-Tendenzen in der Gewerkschafts-, Parlamentsfrage und schließlich in Liquidationsgelüsten. Wir machen jetzt eine schleichende Liquidatorenkrise als Folge der nicht genügend raschen und scharfen ideologischen Umstellung der Partei durch.

Zum Schluß: Gen. Frölich verwirft die Methode, durch die ich den Genossen das Problem, des deutschen Trotzismus nahezubringen versuchte. Er kann nicht beweisen, daß die von mir aufgezeigten historischen Tatsachen und Zitate nicht richtig sind und den Auffassungen des Spartakusbundes (bzw. maßgebender Kreise) nicht entsprechen – wenn sie in ihren unmittelbaren Auswirkungen zur gegebenen Situation auch vorübergehend durch andere Faktoren zurückgedrängt waren! – Die Zitate sind nicht „herausgestochert“, sondern sie sind Beweisstücke der Gesamtauffassung des Spartakusbundes – auch da kann Gen. Frölich nicht das Gegenteil beweisen (auch nicht durch Leninzitate, über die noch besonders zu reden wäre!) Die von mir behaupteten Abweichungen vom Leninismus waren vorhanden, sie haben ihre Auswirkung gehabt, sie wirken sich noch heute aus.

Sie müssen bekämpft werden! Das geschieht nicht durch Beschlüsse, sondern durch intensive Klärung und ständige Selbstkontrolle und Selbstkritik. Erst durch Ueberwindung der Mängel und Fehler des Spartakusbundes (die durch die Brandlerei gewiß ungeheuer vergrößert wurden) wird die wirkliche revolutionäre Tradition des Spartakusbundes recht erkannt und gewürdigt werden!

*

Literatur.

Der erste Band der deutschen Lenin-Ausgabe.^{*)}

Einige Bemerkungen über die Auswahl der Stücke.

Der vorliegende Sammelband hat offensichtlich die Aufgabe, durch die 25 Jahre hindurch, die er umfaßt, einen Ueberblick über die in dieser Zeit auftauchenden Hauptfragen der bolschewistischen

^{*)} Anm. der Red.: Wir werden diesen hochwichtigen Band noch eingehend und des einzelnen für die theoretische und praktische Arbeit der Partei auswerten. Heute drucken wir hier einen Teil der ausführlichen Kritik des Gen. Maslow aus der Inprekorr. ab, der nicht nur wichtige Ergänzungen bringt, sondern auch eine Reihe von Zitaten, die gerade heute bei der Klärung der Frage „Monarchie und Republik“ aktuell sind. Im übrigen raten wie allen Lesern des Lenin-Bandes, diese Besprechung, die als Leitfaden zum kritischen Studium sehr notwendig ist (auch weil sie Fehler und Ungenauigkeiten der Uebersetzung richtig stellt) sich zu beschaffen und durcharbeiten. (Inprekorr., Sondernummer 47 vom 2. April d. J.)

Partei oder, was dasselbe ist, der revolutionären proletarischen (das ist kommunistischen) Bewegung zu geben.

Das ist im großen ganzen gelungen. Immerhin läßt sich eine ganze Anzahl von Wünschen nennen, die bei den folgenden Bänden in Betracht gezogen werden können. Der Zweck der folgenden Zeilen ist also der, erstens dem Leser bei der Orientierung zu helfen (und ihn auf das aufmerksam zu machen, was [beispielsweise] in diesem ersten Sammelband nicht enthalten ist, aber der Sache nach in ihn gehört, und demnach in den späteren Bänden zu diesem Zweck zunächst aufgesucht werden sollte); und zweitens soll mit den folgenden Zeilen dem Herausgeber, der in seinem Vorwort das selbst als erwünscht bezeichnet, genannt werden, was meines Erachtens bei den nächsten Bänden nachgeholt werden sollte. Es ist dabei klar, daß diese Bemerkungen von mir nicht im Auftrag irgendeiner Organisation, sondern nur in meinem eigenen Namen gemacht werden können. (Ich bin überzeugt, daß die Organisationen nach ihren praktischen Erfahrungen, beispielsweise in Kursen, Zirkeln usw., ebenfalls und wahrscheinlich teilweise andere Bemerkungen machen werden, was durchaus erwünscht ist.)

Zunächst eine allgemeine Bemerkung: in dem Band ist eine empfindliche Lücke auf zwei Gebieten zu spüren, ohne daß recht ersichtlich würde, weshalb eigent-[268]lich: auf dem Gebiet der Agrartheorie, deren größter Meister Lenin war, und auf dem Gebiet der marxistischen (philosophischen) Ideologie. Beide Lücken wären einigermaßen ausgefüllt gewesen durch wenige Stücke. So hätte beispielsweise der ausgezeichnete Artikel Lenins aus dem Jahre 1913 „Die drei Quellen und die drei Bestandteile des Marxismus“^{**)} die Stellung Lenins zum Marxismus als historisch gewordener Ideologie gut charakterisiert, während zur Agrarfrage etwa ein Kapitel aus dem Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ Lenins Methode eines marxistischen Statistikers hätte illustrieren können (das ist ein Gebiet, das unseren Genossen noch sehr fremd ist). Ein oder zwei Kapitel aus dem „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution der Jahre 1905 bis 1917“ hätten die ideologischen, strategischen und taktischen Differenzen der Frage (Fragestellung der SR und ihrer „Sozialisierung“, Frage der Nationalisierung kontra Munizipalisierung, das ist bolschewistische gegen menschewistische Fragestellung) erörtert, ein Kapitel aus dem im Jahre 1901 verfaßten Teil der Schrift „Die Herren Kritiker in der Agrarfrage“ hätte die in neuester Zeit in der Komintern auftauchenden ollen Kamellen vom „Gesetz“ der abnehmenden Fruchtbarkeit (Genosse Varga frischt diese Weisheit wieder auf) als plattesten Revisionismus gekennzeichnet, und ein Kapitel aus „Neue Daten über die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ (geschrieben 1913) hätte die Leninsche Fragestellung „preußische oder amerikanische Entwicklung?“ den in diesen Fragen sehr zurückgebliebenen Lesern in Deutschland nahegebracht. Schließlich hätten die Rede Lenins vor den Bauernräten 1917 und das Dekret über Grund und Boden von 1917 mit den entsprechenden kurzen Stellen aus der „Kinderkrankheit“ gezeigt, welcher Art das berühmte „Kompromiß“ in der Agrarfrage bei der Machtübernahme war (Annahme des Agrarprogramms der Sozialrevolutionäre), und etwa der großartige Artikel „Ueber die Bedeutung des Goldes“ vom Jahre 1921 hätte die Stelle der Nep in der Agrartheorie kennzeichnen können, womit ein gewisser Abschluß erreicht wäre (falls man nicht vorziehen würde, einen Artikel über die Elektrifikation, zum Beispiel die kurze Besprechung des Elektrifizierungsplanes von 1920 und den Artikel über Genossenschaftswesen, die beide theoretisch in diese Reihe gehören, hinzuzunehmen).

Sehen wir uns jetzt die einzelnen Abschnitte des Sammelbandes auf die Auswahl hin an. Von vornherein ist zu sagen, daß sie ungleichwertig ausgefallen sind.

I.

Besonders unglücklich und ärmlich ist der erste Abschnitt ausgefallen.

Die drei in ihm gebrachten Stücke sind nicht nur nicht genügend, sie sind vor allem nicht repräsentativ. Es sind hier in Wirklichkeit zwei Perioden durcheinander gemengt, nämlich die Periode, in

^{**)} Diesen Artikel bringen wir im nächsten Heft. D. Red.

welcher der Kampf nicht nur gegen die Narodniki, sondern auch zugleich gegen den „legalen Marxismus“ (Struves, Tugan-Baranowskis, Bulgakows usw.) geführt wurde, und die andere Periode, die „Iskra“-Periode, also die Organisation der RSDAP.

Die Hauptwerke der ersten dieser zwei Perioden sind das 1894 geschriebene „Was die ‚Freunde des Volkes‘ sind und wie sie gegen die Sozialdemokraten Krieg führen“ und die schon erwähnte „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“.

Um die Bedeutung der zuerst genannten Schrift zu illustrieren, führe ich einige wenige Zitate an. Diese Zitate werden zeigen, daß es sich um ein vollkommen reifes Werk handelt, welches noch vor Erscheinen der „Kritischen Bemerkungen“ Struves, des Hauptes der „legalen Marxisten“, alle Fragen der Strategie und Taktik (und damit auch der Trennung von diesen als „Marxisten“ verkleideten Liberalen, die Lenin als Verbündete gegen die theoretisch-reaktionären Narodniki ausnützte) sowie die Fragen der Perspektive klar gestellt waren.

Erstes Zitat (gegen die Narodniki):

„Wie kann man die ökonomische Theorie von Marx mit ihrer Schlußfolgerung von der revolutionären Rolle des Proletariats als des Organisators des Kommunismus vermittels des Kapitalismus akzeptieren, wenn man bei uns Wege zum Kommunismus suchen will am Kapitalismus und dem von ihm erzeugten Proletariat vorbei?“

An diesem kurzen Zitat ist nicht nur die Polemik gegen die Narodniki (die die „ökonomische“ Theorie von Marx „akzeptierten“), sondern die Art der Verbindung der ökonomischen Theorie mit dem praktischen Ziel bemerkenswert.

Aber vielleicht ist das nur das „Endziel“ in einem fernen „Zukunftsstaat“? (Immerhin spielt sich die Sache 1894 ab!) Keine Spur: Das zeigt das

Zweite Zitat (gegen die späteren Menschewiki):

„Offenbar würde unter solchen Bedingungen (wie eben zitiert, A. M.) der Aufruf an den Arbeiter zum Kampf um die politische Freiheit gleichbedeutend sein mit einem Aufruf, er solle die Kastanien für die fortgeschrittene Bourgeoisie aus dem Feuer holen, weil man nicht leugnen kann ..., daß die politische Freiheit vor allem den Interessen der Bourgeoisie dienen wird, indem sie den Arbeitern nicht eine Erleichterung ihrer Lage gibt, sondern nur ... eine Erleichterung der Bedingungen des Kampfes ... mit dieser selben Bourgeoisie (hervorgehoben von Lenin. A. M.).“

Daß diese Polemik wirklich gegen die „Sozialisten“ geht, welche in Wirklichkeit Liberale (das heißt Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse) sind, wird ganz klar gesagt und dabei sofort der Hauptschluß gezogen im

Dritten Zitat (gegen die späteren Liquidatoren):

[269] „Diese Sozialisten stellen ihre Theorie in Gegensatz zur Praxis und machen einen äußerst schweren Fehler, indem sie die Arbeiter von ihrer direkten Aufgabe ablenken, der **Organisation einer sozialistischen Arbeiterpartei**. (Dreifache Hervorhebung von Lenin. A. M.)“

Und damit kein Mißverständnis möglich ist, macht Lenin eine Anmerkung, die ich bringe als

Viertes Zitat:

„Zur Schlußfolgerung über die Notwendigkeit, den Arbeiter zum Kampfe gegen den Absolutismus aufzurufen, kann man auf zwei Wegen kommen: entweder betrachtet man den Arbeiter als den einzigen Kämpfer für die sozialistische Ordnung, und dann muß man in der politischen Freiheit nur eines der Mittel erblicken, die ihm den Kampf erleichtern. So betrachten die Sozialdemokraten (heute Kommunisten. A. M.) die Sache. Oder aber man muß sich an ihn einfach als einen Menschen wenden, der am meisten unter dem gegenwärtigen Regime leidet, der schon nichts zu verlieren hat und der am entschiedensten gegen den Absolutismus in Aktion treten kann. Aber das wird bedeuten, daß man ihn zwingt, als Schwanz der bürgerlichen Radikalen herzutrotten, die nicht den Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat hinter der Solidarität des ganzen ‚Volkes‘ gegen den Absolutismus sehen wollen.“

Darauf folgt die Abgrenzung der theoretischen Arbeit der Marxisten, die in einem sehr kurzen

Fünften Zitat gebracht sei:

„... ein vollständiges Bild unserer Wirklichkeit geben, als eines bestimmten Systems von Produktionsbeziehungen die Notwendigkeit der Expropriation und der Exploitation der Werktätigen unter diesem System nachweisen, den Ausweg aus dieser Ordnung zeigen, auf welche die ökonomische Entwicklung weist.“

Sofort wird die praktische Seite betont.

Sechstes Zitat:

„Durch diese Unterstreichung der Notwendigkeit Wichtigkeit und Größe der theoretischen Arbeit der Sozialdemokraten will ich gar nicht sagen, daß diese Arbeit an erste Stelle vor die praktische (dreifach hervorgehoben von Lenin, A. M.) Arbeit gestellt werden soll oder gar, daß die letzte bis zur Beendigung der ersten zurückgestellt werden soll. Man kann nicht ein ideologischer Führer sein ohne die oben genannte theoretische Arbeit, wie man es auch nicht sein kann, wenn man nicht diese Arbeit nach den Anforderungen der Sache richtet, wenn man nicht die Ergebnisse dieser Theorie unter den Arbeitern propagiert und ihre Organisation unterstützt.“

Das wird konkretisiert im

Siebenten Zitat:

„Wenn die fortgeschrittensten Vertreter der Arbeiterklasse sich die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus angeeignet haben werden, die Idee von der geschichtlichen Rolle des russischen Proletariats, wenn diese Ideen eine weite Verbreitung gefunden haben werden und unter den Arbeitern feste Organisationen geschaffen sein werden, die den vorherrschenden zersplitterten Wirtschaftskrieg der Arbeiter in bewußten Klassenkampf verwandeln, dann wird der russische Arbeiter an der Spitze aller demokratischen Elemente den Absolutismus stürzen und das russische Proletariat (zusammen mit dem Proletariat aller Länder) auf geradem Weg des offenen politischen Kampfes **zur siegreichen kommunistische Revolution führen.** (Dreifache Hervorhebung überall von Lenin. A. M.).“

Diese wenigen Zitate zeigen, daß der erste Abschnitt des Sammelbandes um diese Arbeit gruppiert werden mußte, nicht aber mit dem legal erschienenen Stück über das „Erbteil“ beginnen durfte, das nur ein Teilproblem (Kampf gegen die Narodniki) und auch dieses nur in „äsoptischer“ Sprache (der Zensur wegen) anschnitt.

Aber weiter! Die Auseinandersetzungen mit den Narodniki wie mit den legalen Marxisten hätten viel besser illustriert werden müssen, sollte der Abschnitt dem in diesen Dingen doch ununterrichteten deutschen Leser wirklich etwas geben.

Deshalb durfte die theoretische (abstrakte) Auseinandersetzung nicht fehlen, die gegen die Markttheorie (Theorie der Realisierung des Mehrwerts, Akkumulation des Kapitals) ging, wobei zweierlei Nutzen erzielt worden wäre: erstens wäre gezeigt worden, wie Lenin die legalen Marxisten, auch wenn er sie kritisch behandelte (zum Beispiel bei der Kontroverse zwischen Tugan-Baranowski und Bulgakow) gegen die Narodniki ausnutzte, und zweitens wäre es aktuell gewesen, gerade diese theoretischen Fragen (etwa die zwei kurzen Artikel über die „Theorie des Marktes“ aus dem Jahre 1899 sowie das 4. und 6. Kapitel aus der „Entwicklung des Kapitalismus“ und das 5. und 6. Kapitel aus der Arbeit „Zur Charakteristik des ökonomischen Romantismus“) zu bringen, aktuell deshalb, weil durch diese Arbeiten Lenins schon viele Jahre vor Erscheinen von Rosa Luxemburgs „Akkumulationstheorie“ ihre theoretische Basis vernichtet worden ist.

Und noch eins fehlt diesem ersten Ausschnitt des Sammelbandes: jeder Hinweis auf den Kampf gegen die Bernsteinerei, den Revisionismus. Dabei hätte es genügt, den Schlußabsatz des Artikels gegen Skworzow aufzunehmen. („Eine unkritische Kritik“, 1900) sowie den „Protest russischer Sozialdemokraten“ (1899, gegen das „Credo“ [= Glaubensbekenntnis] der Madame Kuskowa).

Ich glaube, daß bei einem späteren Sammelbande die hier gemachten Anregungen befolgt werden sollten, um die unnötigerweise entstandene Lücke auszufüllen.

Weit glücklicher ist die Auswahl bei den folgenden Abschnitten (bis auf den letzten) getroffen, so daß ich mich hier summarischer fassen kann. [270]

II.

Der zweite Abschnitt des Sammelbandes, der die Zeit von 1902 bis 1904 umfaßt, gibt einen gewissen Ueberblick über die Fragen dieser Zeit. Immerhin weist auch er Lücken auf, die leicht auszufüllen gewesen wären.

Die allgemeine Aufgabe, die wie wir sahen, schon 1894 (in „Was die ‚Freunde des Volkes‘ sind und wie sie gegen die Sozialdemokraten Krieg führen“) von Lenin klargestellt wurde, wurde 1897 in der kleinen Schrift „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ erneut ausgeführt. Diese Schrift hätte durchaus an den Anfang des zweiten Abschnittes gepaßt (und gehört) als Brücke von jener im ersten Abschnitt behandelten Periode zur nächsten, der Bildung der Partei.

Was diese Schrift auszeichnet, ist die erneute klare Betonung der Hegemonie des Proletariats (auch in der demokratischen bürgerlichen Revolution), die Abgrenzung von den Narodniki und von den „Oekonomisten“.

Einige Zitate mögen zeigen, wie klar die Hauptfragen formuliert sind.

„In der gegenwärtigen Zeit (Ende 1897) ist unserer Meinung nach – so heißt es auf der ersten Seite der genannten Schrift – die dringendste Frage die Frage nach der praktischen Tätigkeit der Sozialdemokratie. Wir unterstreichen die praktische Seite des Sozialdemokratismus, weil seine theoretische Seite schon, offenbar, die heftigste Periode des Unverständnisses der Gegner ... überlebt hat ...“

„Unsere Arbeit ist vor allem und zumeist auf die städtischen, die Fabrikarbeiter gerichtet ... Die Schaffung einer festen revolutionären Organisation unter den städtischen Fabrik- und Betriebsarbeitern ist deshalb die erste und hauptsächlichste Aufgabe der Sozialdemokratie ... Aber ... indem wir die Zersplitterung der Kräfte verurteilen, wollen wir durchaus nicht sagen, daß die russische Sozialdemokratie sich um die übrigen Schichten des russischen Proletariats ... nicht zu kümmern hätte ...“

„Was das Verhältnis der Arbeiterklasse, als eines Kämpfers gegen den Absolutismus, zu allen übrigen politisch oppositionellen Klassen und Gruppen betrifft ... Die Sozialdemokraten unterstützen die fortschrittlichen Gesellschaftsklassen gegen die reaktionären, die Bourgeoisie gegen die Vertreter des privilegierten und ständischen Grundbesitzes und der Beamtschaft, die Großbourgeoisie gegen die reaktionären Bestrebungen der Kleinbourgeoisie^{*)}. Diese Unterstützung setzt keinerlei Kompromiß mit nichtsozialdemokratischen Programmen und Prinzipien voraus und erfordert keines; es ist das die Unterstützung eines Verbündeten gegen einen gegebenen Feind, wobei die Sozialdemokraten diese Unterstützung leisten, um den Sturz des gemeinsamen Feindes zu beschleunigen, aber sie erwarten nichts von diesen vorübergehenden Verbündeten für sich und machen ihnen keinerlei Konzessionen.“

„Wenn die Sozialdemokraten auf die Solidarität dieser oder jener Gruppen mit der Arbeiterklasse hinweisen, so werden sie doch stets die Arbeiter aussondern, stets den vorübergehenden und bedingten Charakter dieser Solidarität erklären, stets die klassenmäßige Abgegrenztheit des Proletariats unterstreichen, welches schon morgen gegen seine heutigen Verbündeten sein kann. Man wird uns sagen: ‚Ein solcher Hinweis wird in der gegenwärtigen Zeit alle Kämpfer für die politische Freiheit schwächen‘. Ein solcher Hinweis wird alle Kämpfer für die politische Freiheit stärken, werden wir antworten. Stark sind nur die Kämpfer, welche sich auf die ins Bewußtsein übergegangenen realen Interessen bestimmter Klassen stützen, und jede Vertuschung dieser Klasseninteressen die schon in der gegenwärtigen Gesellschaft eine Rolle spielen, wird nur die Kämpfe schwächen. Das zunächst. Und zweitens muß die Arbeiterklasse im Kampf gegen dem Absolutismus sich aussondern, denn nur sie ist ein bis zu Ende konsequenter und unbedingter Feind des Absolutismus, nur zwischen ihr und dem Absolutismus sind Kompromisse unmöglich ... in allen anderen Klassen, Gruppen, Schichten der Bevölkerung ist die Feindschaft gegen den Absolutismus nicht unbedingt ...“

„Nur das Proletariat ist dem Absolutismus und der russischen Beamtschaft unbedingt feindlich gesinnt, nur das Proletariat kennt keine Fäden, die es mit diesen Organen der adeligen und bürgerlichen Gesellschaft verknüpfen ...“

^{*)} Welche damals als Vertreterin der „guten alten“, das heißt vorkapitalistisch-patriarchalischen Produktionsweise ein reaktionäres Element war, beispielsweise als Narodniki. A. M.

Diese wenigen Zitate zeigen deutlich, daß das Fehlen dieser Schrift eine Lücke läßt, daß ihre Aufnahme an erster Stelle des zweiten Abschnittes von vornherein diesen Kampfabschnitt (1902 bis 1904) programmatisch beleuchtet hätte.

*

Der Schluß des zweiten Abschnittes des Sammelbandes ist unbefriedigend. Der II. Parteitag (Brüssel-London, 1903, Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki) ist unverhältnismäßig mager behandelt. Mit der Rede Lenins zum Punkt „Organisationsfrage“ (die dazu von Anfang an im Ton durch die Uebersetzung verpfuscht wird; so spricht Lenin über den „liebenswürdigen“ Vorschlag Axelrods, handelseinig zu werden, was etwas ganz anderes ist, als das „sich einigen“ der Uebersetzung) – mit dieser einen Rede ist der Parteitag nicht charakterisiert. Weiter! Nicht einmal die Organisationsfrage ist charakterisiert, wenn man nicht die beiden Formulierungen (Lenins und Martows) des § 1 des Statuts mitteilt. Notwendig wäre etwa die Wiedergabe von Lenins Bericht auf dem Kongreß der „Auslandsliga der Russischen Revolutionären Sozialdemokratie“, aber am besten ausführliche Stücke aus „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts“, die nicht nur einen [271] Bericht über den Parteitag geben, sondern auch (bei der Analyse der Abstimmungen) die Methode der klassenmäßigen Analyse zeigen. Notwendig wären ferner Lenins Rede anlässlich der Wahl der „Iskra“-Redaktion sowie die Erklärung „Warum ich aus der Redaktion der ‚Iskra‘ ausgetreten bin.“

Nützlich wäre auch die Mitteilung des auf dem Parteitag angenommenen Programms, dessen allgemeiner Teil über den des Erfurter Programms (1891) hinausgeht und das die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats betont.

III.

Der dritte Abschnitt des Sammelbandes ist befriedigend zusammengestellt. Immerhin wäre das Gesamtbild dieser Periode (1905-1907) abgerundet worden, wenn anfangs der Artikel über den Fall Port Arthurs (im russisch-japanischen Kriege) sowie der Artikel „Der Beginn der Revolution in Rußland“ (anlässlich des Blutsontags – 22. Januar 1905 – in Petersburg) mit aufgenommen worden wären.

Sehr nützlich wäre die Aufnahme des Flugblattes „Drei Verfassungen“ gewesen, welches nebeneinander die Fragen beantwortet: „Was wollen Polizei und Beamte?“, „Was wollen die liberalsten Bourgeois?“, „Was wollen die klassenbewußten Arbeiter?“ (Juni 1905).

Eine Lücke hinterläßt das Fehlen des kurzen Artikels „Die Pariser Kommune und die Aufgaben der demokratischen Diktatur“; er ist deshalb notwendig, weil Lenin 1917 wieder auf die Kommune zurückkommt, und weil man vergleichen muß, wie diese „historische Reminiszenz“ von ihm, je nach der Epoche (1905: demokratische Revolution, 1917: Uebergang zur sozialistischen Revolution) praktisch gehandhabt und theoretisch interpretiert wird.

IV.

Der vierte Abschnitt des Sammelbandes ist falsch und irreführend überschrieben. Er ist zeitlich ausgedehnt auf die Jahre 1905 bis 1909, die nicht zusammengehören. Die Ueberschrift ist gewählt worden, weil sich das Thema des Abschnittes scheinbar um den Parlamentarismus dreht. Aber hier sind zwei Fehler gemacht: erstens ist das nicht „die“ Taktik der Bolschewiki, sondern, umgekehrt, wurde die Frage des Boykotts oder der Teilnahme am Parlament von den Bolschewiki durchaus richtig als eine Unterfrage der allgemeinen Taktik gestellt und gelöst. Und zweitens heißt es, den Schein für die Sache nehmen, wenn man die harten Kämpfe gegen die Otsowisten deshalb, weil sie äußerlich durch die Frage des Boykotts der Duma ausgelöst wurden, nur für eine Frage dieses engen Gebietes und nur für eine Frage der Taktik hält: Es ging hier schon um Prinzipien, nämlich um den dialektischen Materialismus und seine Verfälschung und Ersetzung durch einen schwach verklausulierten Idealismus (Machismus; Empiriomonismus Bogdanows; Lunatscharskis Gottsucherei usw.)

Aber dem Abschnitt fehlt überdies jede Uebersicht über die ganze Epoche, fehlt auch jede Andeutung des Beginns einer neuen Periode des Aufstieges der Arbeiterbewegung (von 1911/12 bis zum Weltkrieg). Der Artikel „Ueber einige Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung des Marxismus“ vom Dezember 1910 hätte eine der Lücken ausgefüllt: er behandelt die drei Jahre 1907 bis

1910 und erklärt die soziologischen Wurzeln der taktischen Differenzen. Gleichzeitig bringt der Artikel „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“ (Dezember 1910) eine Verbindung der „russischen“ Erscheinungen mit den europäischen.

Der Artikel „Die Lehren der Revolution“ (vom Oktober 1910) zieht die Bilanz der Jahre 1905 bis 1910. Wären diese drei kurzen Stücke in den Abschnitt aufgenommen worden (das zuletzt genannte durchaus unentbehrlich), hätte man dazu etwa den kurzen Nekrolog „Iwan Wassiliewitsch Babuschkin eingefügt, so wäre der Hintergrund der ganzen Periode schon ganz anders gezeichnet, und der Abschnitt würde nicht den Sprung von der Boykottfrage zum Otsowismus machen (Sprung, weil die Verbindung ganz äußerlich ist).

V.

Der fünfte Abschnitt ist in Anbetracht des Vorhandenseins der Sammlung „Gegen den Strom“ (Lenin und Sinowjew) hinreichend. Nützlich wäre es gewesen, einen (als besonderen Abschnitt oder in Verbindung mit der Kritik der Junius-Broschüre) größeren Abschnitt über die nationale Frage einzufügen. Solche Artikel wie „Das zurückgebliebene Europa und das fortschrittliche Asien“ (1913), die mit dem Seherblick des nüchternen Marxisten auf Jahrzehnte die große Arbeit aus dem Jahre 1914 „Ueber das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ mit der Polemik gegen die ganz rechten Menschewiki (Semkowski, Liebmann usw.) und gegen die ganz linken Menschewiki (Rosa Luxemburg), welche prinzipiell die Frage nicht nur falsch, sondern gleichartig falsch behandeln, sind unentbehrlich beim Studium des Leninismus wie auch der Epoche. Hat doch der Spartakusbund während des Krieges gerade diese Frage nicht verstanden, und kann man doch von dieser (konkreten) Frage aus die ganze Fehlerhaftigkeit (Provinzialismus in der Analyse, Verkennen der Rolle der Partei in Theorie und Praxis) der theoretischen Position, der Strategie (Unfähigkeit, die Frage der Verbündeten des Proletariats zu stellen, das heißt eben Verkennen der Rolle der Bauernschaft im eng-europäischen wie im weit-asiatischem Rahmen) und Taktik auch der besten und fortgeschrittensten Revolutionäre außerhalb Rußlands verfolgen.

VI.

Der sechste Abschnitt ist in seinem ersten Teil überladen: die fünf ersten Stücke behandeln sämtlich das gleiche Thema. Freilich tun sie das in verschiedener Weise. Trotzdem ist in einem Auswahlbande eines davon überflüssig, nämlich entweder die Plattform „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ oder die „Briefe über die Taktik“. Nicht „an sich“ zu viel, sondern zu viel angesichts der fehlenden Stücke, auf die man billigerweise nicht verzichten kann.

[272] Da ist zunächst von den vier „Briefen aus der Ferne“ nur der erste, äußerst wichtige abgedruckt. Aber der „Brief“, der die Frage der proletarischen Miliz behandelt, mußte unbedingt mit aufgenommen werden, zumal die ihm entsprechenden Stellen aus „Staat und Revolution“ nicht in dem Abschnitt enthalten sind.

Weiter! Eine der Haupteigentümlichkeiten der Revolutionen von 1917 war, daß sie eine Kombination von sozialistischer Arbeiterrevolution und bäuerlicher Agrarrevolution ergaben. Darüber findet sich fast überhaupt nichts im sechsten Abschnitt, und das ist ein unverzeihlicher Fehler: glaubt jemand, ohne diese Kombination wäre „die Eroberung der Macht“ (so heißt der Abschnitt) möglich gewesen?

Hier hätten Lenins Rede auf dem 1. Kongreß der Bauernräte (Mai 1917), sein Entwurf einer Resolution zur Agrarfrage, der Artikel „Ueber die ‚unberechtigte Usurpation‘ von Grund und Boden“ (Ende Mai 1917), „Ueber die Notwendigkeit der Gründung eines Landarbeiterverbandes in Rußland“, der sehr wichtige Artikel „Die Bauern und die Arbeiter“ (Ende August 1917), der alle Fragen stellt und beantwortet. „Der neue Betrug an den Bauern von seiten der Partei der SR“ (vom 20. Oktober 1917; alle Daten nach altem Stil) unbedingt Platz finden müssen, und bei Streichung der umfangreichen, obenerwähnten Plattform („Die Aufgaben usw.“) wäre der Abschnitt dabei nicht angeschwollen.

Der Abschnitt hat auch weitere Mängel. So fehlt ganz der Uebergang zu jener Situation, welche die Juliereignisse (gegenrevolutionäre Pogrome gegen die Bolschewiki nach der großen Demonstration) schufen. Lenins Artikel „Uebergang der Gegenrevolution zum Angriff“ (28. Mai 1917) analysiert diesen Uebergang; der Artikel „Aus welcher Klassenquelle kommen und werden kommen die Cavaignacs?“ ergänzt diese Analyse.

Weiter! Der für die Entwicklung der Revolution so wichtigen Fragen der Produktionskontrolle (einer der bewegenden Losungen jener Zeit) ist im Abschnitt 6 kein Stück gewidmet. Wollte man nichts aus der wichtigen Broschüre „Die nahende Katastrophe und die Mittel zu ihrer Bekämpfung“*) nehmen, so waren einige kürzere Artikel da: „Weshalb braucht man die Kontrolle der Produktion?“ (Ende Juni 1917). „Wie die Herren Kapitalisten ihre Profite verstecken“ (Ende Juni 1917), und „Die Aufgaben der Revolution“ (Ende September 1917, dieser Artikel umfaßt nicht nur die Frage der Kontrolle).

Der letzte Teil des 6. Abschnittes ist ausreichend, aber vor ihm fehlen alle Angaben, die sich auf das „Vorparlament“ und die „demokratische Konferenz“ beziehen (welche als Ersatz der Konstituante zur Sammlung der Gegenrevolution gedacht waren). Dadurch wird das Bild unvollständig, es erhält einen nicht ganz richtigen Ton.

Die Thesen „Ueber das Vorparlament“ (Anfang Oktober 1917, immer nach altem Stil), der Artikel „Die Krise ist herangereift“, hätten diese Lücken geschlossen. Sehr wünschenswert wäre – der Methode wegen – der Abdruck der wesentlichen Teile aus der Broschüre: „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behalten?“ gewesen.

VII.

Der 7. Abschnitt ist unsystematisch und unbefriedigend. Im übrigen wäre eine sehr beträchtliche Erweiterung notwendig, um die wichtigsten Fragen der proletarischen Republik von 1917/18 bis 1924 durch Leninsche Arbeiten zu beleuchten. So, wie der Abschnitt heute im Sammelband ist, ist er ein zufälliges Sammelsurium zufällig herausgegriffener Stücke.

* * *

Alles in allem genommen kann man sagen: Wenn dem Sammelband natürlicherweise auch noch einige Mängel anhaften, so ist er eine so nützliche und wertvolle Leistung, daß der Nutzen, den er bringen wird, diese Mängel hundertfach überwiegen wird. Er wird zweifellos ein wichtiges Lehrbuch für alle Arbeiter werden, die sich mit dem Leninismus beschäftigen wollen, das heißt für alle bewußten Kommunisten und weit über ihren Kreis hinaus.

A. Maslow.

*

N. Lenin: Rede über die Revolution von 1905.

Verlag für Literatur und Politik, 48 Seiten, Preis geb. 60 Pf.

Diesen Vortrag hielt Lenin vor einer kleiner Versammlung von Zürcher jugendlichen Arbeitern im Januar 1917. Es war etwa einen Monat vor dem Ausbruch der russischen Februarrevolution, dem Beginn des halben Jahres erbittertster Klassenkämpfe, das der von ihm geführten Partei der Bolschewiki (damals noch repräsentiert von ein paar Tausenden illegal, im Kerker, in der Verbannung oder in der Emigration lebenden „Sektierern“) die Macht über ein Sechstel der Erde in die Hand geben sollte. Man muß sich dies vergegenwärtigen: diesen unerhörten, weltgeschichtlichen Siegeslauf – und einen Monat vorher die kleine Kneipe in Zürich, in der Wladimir Iljitsch den paar Jugendliehen (die ihn als einzige von den Millionen westeuropäischer Arbeiter nicht für einen „Narren“ hielten) emsig, geduldig, mit einer fast kleinlich scheinenden Sorgfalt (er hatte sich einen Monat lang auf diesen Vortrag vorbereitet, ihn wörtlich, selbst mit Nebenbemerkungen wie „Aber meine Zeit ist fast schon erschöpft“ – auf großen Bogen zu Papier gebracht) das Wesen der vergange-

*) Die übliche wörtliche Uebersetzung: „... und wie man sie bekämpfen soll“, hat den „kleinen“ Nachteil, die deutsche Sprache zu vergewaltigen. A. M.

nen russische Revolution erklärt als des Vorspiels der kommenden Revolution in Rußland und Europa. Dieses geduldige Erklären [273] (den westeuropäischen Arbeiter erklären) am Vorabend der neuen Revolution, gibt dieser Rede ihre historische Bedeutung und dem heute vorliegenden Büchlein auch seine praktische für die westeuropäischen Arbeiter.

Lenin hat einen Monat später in seinen berühmten Briefen aus der Ferne die Revolution von 1905 die „Generalprobe“ der Februarrevolution genannt. Und wie die einzelnen Klassen und Parteien 1917 ihre Rolle nicht so glatt und sicher gespielt hätten ohne jene Generalprobe, so können wir heute jene Rolle gar nicht richtig verstehen, ohne diese Generalprobe zu verstehen. Davon sind wir in Westeuropa und (um die eigene Nase zu sprechen) in Deutschland noch recht weit entfernt. Noch vor kurzem war das literarisch glänzende, politisch aber in wichtigen Punkten menschwistische Trotzki-Buch über 1905 das anerkannte Lehrbuch, nach dem wir studieren. Die Leninsche „Rede“ kann natürlich dieses Buch weder ersetzen (nämlich als Materialsammlung; benützt es doch Lenin selbst teilweise als Quelle), noch als och leninistisches „Gegenstück“ bezeichnet werden, weil es über die Taktik der bolschewistischen Partei nichts sagt (die Taktik in seinem Buch falsch kritisiert). Nichtsdestoweniger zeigt es das Wesentliche an dieser Revolution trotz seiner Kürze viel besser als das Trotzki-Buch, das die Revolution in entscheidenden Teilen falsch interpretiert.*)

Was ist das Wesentliche, das wir in Westeuropa noch nicht begriffen haben und das wir an 1905 vielleicht noch besser lernen können als an 1917 (zumindest an den Darstellungen, die wir bisher von 1917 besaßen)? Lenin sagt es gleich am Anfang:

„Es gibt noch kein revolutionäres Volk in Rußland“ – so hat zwei Tage vor dem ‚blutigen Sonntag‘ der damalige Führer der russischen Liberalen geschrieben, Herr Peter Struve ... So fest überzeugt waren die damaligen – ganz wie die heutigen Reformisten, eine wirkliche Revolution sei unmöglich!“

„In wenigen Monaten sah es vollständig anders aus! Hunderte revolutionäre Sozialdemokraten wuchsen ‚plötzlich‘ zu Tausenden, Tausende wurden zu Führern von 2 bis 3 Millionen Proletariern. Der proletarische Kampf erzeugte die große Gärung, teilweise die revolutionäre Bewegung, innerhalb der Masse von 50 bis 100 Millionen Bauern, die Bauernbewegung erzeugte die Sympathie im Heere und führte zu Militäraufständen, zu bewaffneten Kämpfen eines Teiles des Heeres gegen einen anderen Teil. So geriet das ungeheure Land mit 130 Millionen Einwohnern in die Revolution, so ist aus dem schlafenden Rußland das Rußland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden!“

Hier haben wir in wenigen Worten das „Wesentliche“: die Partei als Führerin des Proletariats, das Proletariat als Führer des „revolutionären Volkes“, d. h. der kleinbürgerlichen und halbproletarischen Bauernschaft.

Lenin sagt: „des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes“. Dies „und“ ist sehr wichtig und Lenin nennt diejenigen, „ebenso bornierte wie hochnäsige Reformisten“, die behaupten, es gäbe kein revolutionäres Volk in Rußland.

Es ist bekannt, daß Lenin im Jahre 1905 die Losung aufstellte: „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, Trotzki aber die Bauernschaft übersprang, nach einer „Arbeiterregierung“ rief und leichthin meinte: „der Bauernschaft bleibt nichts übrig, als sich dem Regime, der Arbeiterdemokratie anzuschließen.“*) Trotzki ignorierte also im Grunde ebenfalls die Existenz des „revolutionären Volkes“. Er verhüllte bloß mit scheinbar sehr radikalen Formeln das, was er (zumindest taktisch und praktisch) mit den Reformisten gemeinsam behauptete, nämlich: eine wirkliche Revolution sei unmöglich.

Von der Revolution reden und dabei bloß das Proletariat, bloß Arbeiterfragen im Auge haben, das heißt eben entweder Reformist sein oder nur radikale Phrasen machen. Wer an eine wirkliche

*) Z. B. nennt Trotzki den ersten Sowjet, der damals in Petersburg entstand, ein „Arbeiterparlament“. Lenin hat immer betont, und sagt es auch in dieser Rede ausdrücklich, daß der Sowjet kein Parlament der Arbeiter ist. Die falschen Ansichten Trotzkis über die Taktik der proletarischen Partei, die in seinem Buch kraß in Erscheinung treten und die er noch im Jahre 1922 aufrecht erhalten hat, sind im Verlauf der Trotzki-Debatte sowohl von den russischen Genossen wie auch in dem neuen Buch des Genossen Maslow über die russische Revolution zur Genüge kritisiert worden.

*) Siehe Maslow: „Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917“, S. 97.

Revolution glaubt, der weiß auch von der Möglichkeit, der Notwendigkeit des „revolutionären Volkes“, er beschäftigt sich ernstlich mit den anderen, den nichtproletarischen und halbproletarischen Klassen und fragt sich: was wollen diese Klassen von der Revolution, unter welchen Umständen können sie zu aktiven Kräften der Revolution werden, welche Politik muß das Proletariat, müssen wir als seine führende Partei treiben, um dies herbeizuführen, die Hegemonie des Proletariats über diese Klassen zu verwirklichen?

Dies alles ist in Deutschland – wir müssen das gestehen – noch fast gar nicht verstanden worden. Und wenn theoretisch, so doch nicht praktisch. Noch heute wird die Möglichkeit eines „revolutionären Volkes“ selbst von sehr radikalen Genossen geleugnet, das Problem der „anderen Klassen“ wenn überhaupt, so ganz flach sozialdemokratisch als Stimmenfang bei Wahlen gestellt oder höchstens als Frage der Unterstützung im Moment der Machtergreifung selbst (à la Trotzki), nicht als praktische Gegenwartsaufgabe als springenden Punkt der „Organisierung der Revolution“.**) Diese Genossen sollten gerade [274] 1905 studieren und dann die Probleme von 1917. Sie werden sehen, daß es ganz falsch wäre, ein „revolutionäres Volk“ in der bürgerlichen Revolution von 1905 anzuerkennen, in der proletarischen von 1917 aber zu leugnen. Lenin selbst hat oft gegen die Kautskyische Aufrichtung einer „chinesischen Mauer“ zwischen der bürgerlichen und proletarischen Revolution protestiert und hat den bürgerlichen Februar vom proletarischen Oktober 1917 unterschieden bloß durch den Grad der Organisiertheit des Proletariats und der Verbundenheit mit den ärmsten Schichten des Kleinbürgertums.

Hier haben wir sehr viel zu lernen.

Auch heute scheint in Deutschland ein „revolutionäres Volk“ unmöglich. Trotzdem ist es die Voraussetzung jeder wirklichen Revolution, denn jede wirkliche Revolution ist – wie Marx sagt – eine Volksrevolution. Es scheint eben nur unmöglich. Es wird zur Tatsache werden (natürlich in anderer Form, in anderer Klassengliederung als in Rußland 1905 wie 1917, aber) so sicher wie die proletarische Revolution zur Tatsache werden wird.

„Diesen Uebergang gilt es zu studieren, seine Möglichkeit, seine sozusagen Methoden oder Wege gilt es zu begreifen“, sagt Lenin in seinem Vortrag vor den Schweizer Jungarbeitern, einen Monat bevor aus der Totenstarre des imperialistischen Weltkriegs die russische Volksrevolution emporluderte. Dasselbe aber müssen auch wir tun, heute unter der „Totenstarre“ (die gar nicht so starr ist) des Dawes-Pakts.

Aber kehren wir zurück zu jener Rede. Lenin zeigt, daß das wichtigste Mittel jenes Uebergangs der Streik war, der Massenstreik. Auch früher hat es in Rußland Revolutionäre gegeben. Zuerst 1825, als sich einige adelige Offiziere gegen den Despotismus verschworen. Dann in den 80er Jahren die Intelligenz, die jene todesmutigen Terroristen der Narodnaja Wolja hervorbrachte. Aber keiner dieser Bewegungen ist es gelungen, eine Volksrevolution zu entfesseln. „Erst dem revolutionärem Kampfe des Proletariats ist es gelungen, erst die Wellen des Massenstreiks haben die breite Masse der Bauernschaft aus ihrer Lethargie geweckt.“ (S. 25.)

Der Streik war die Kampfmethod, durch die das Proletariat seine Führung über die anderen Schichten verwirklicht hat. Nicht nur formell drückt sich das darin aus, daß das Wort „streiken“ in der Sprache der millionenköpfigen Bauernmasse soviel, heißt wie „revolutionäre Arbeit leisten“, „kämpfen“, sondern auch in der ganz materiellen Tatsache, daß erst das Beispiel, das die Arbeiter von ihren Unternehmern unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage erzwingen, Millionen der Ausgebeuteten mit hineinreißt in den Kampf.

Lenin konstatiert hier die sehr wichtige Verflechtung des ökonomischen und des politischen Streiks. Und hier sagt derselbe Lenin, der den schärfsten Kampf gegen die „Oekonomisten“ geführt hat, weil sie die Vorhut des Proletariats bloß (oder hauptsächlich) auf den Kampf um die ökonomischen Interessen hinweisen (der eventl. auch im Parlament geführt werden konnte) bzw. ihrer Poli-

**) Das passiert z. B. dem Gen So. bei seiner Kritik der Kuli-Broschüre in der letzten Nummer der „Internationale“ (S. 212).

tik bloß von den ökonomischen Interessen der Arbeiter ausgingen, etwas, das sich alle jene hinter die Ohren schreiben sollten, die heute aus jener Leninschen Kritik an den Oekonomisten Kapital zu schlagen suchen gegen die Politik der KPD, die im letzten Jahr ihre Energie auf die Organisierung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse (nicht die Steuerfragen) konzentriert hat und (abgesehen von einigen falschen theoretischen Verallgemeinerungen und zeitweiliger Vernachlässigung der politischen Arbeit) mit Recht konzentriert hat:

„Die breite Masse der Ausgebeuteten würde man nie in eine revolutionäre Bewegung hineintreiben können, wenn diese Masse nicht täglich vor sich Beispiele zu sehen bekäme, wo die Lohnarbeiter verschiedenster Branchen unmittelbare sofortige Verbesserungen ihrer Lage von den Kapitalisten erzwingen. Ein neuer Geist kam durch diesen Kampf in die ganze Masse des russischen Volkes.“

Es ist ein großer Unterschied, ob man bei Aufstellung der politischen Ziele des Proletariats und der Strategie der Partei bloß von den ökonomischen (gewerkschaftlichen) Interessen der Arbeiter ausgeht (dies war in der Tat die Methode Brandlers, man denke doch an die berühmten „Illusionen des Arbeiters in gehobener Lebensstellung“) oder ob man praktisch im Rahmen der allseitigen Strategie der Partei in einem gewissen Moment seine Energie darauf konzentriert, die ökonomischen Kämpfe des Proletariats vorwärtszutreiben, gerade die zurückgebliebensten Arbeiter in sie hineinzureißen.

„Es ist also klar, daß nur der ökonomische Kampf, nur der Kampf um sofortige unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage die zurückgebliebensten Schichten der ausgebeuteten Masse aufzurütteln vermag, ihnen wirkliche Erziehung gibt und – in einer Revolutions-Epoche – während weniger Monate aus ihnen eine Truppe politischer Kämpfer bildet.“

Jene Rechten in der Komintern, wie man unserer deutschen Fraktionsmacher und z. B. Genosse Dunois auf dem letzten Parteitag der KPF, die diese Politik „ökonomistisch“ nennen, haben in der Tat keine Idee davon, was Oekonomismus wirklich ist. Und indem sie die Nase rümpfen, über die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter (zugunsten eines von ihnen vorgeschlagenen parlamentarisch-honetten Steuerkampfes) werden sie in der Tat zu den Vertretern jener Arbeiterschichten, die ökonomisch relativ zufrieden gestellt, auf bürgerliche (parlamentarische) Art Politik zu treiben begierig sind. Wir jedoch organisieren (wenn wir es noch nicht ganz können, so lernen wir es mit Riesenschritten) die revolutionäre Politik des Proletariats, d. h. das Kampfbündnis des Proletariats mit den ärmsten kleinbürgerlichen Schichten in den Massen selbst. Und dies bedeutet nicht, daß die spezifisch proletarischen Kampfmethoden und Kampfziele aufgegeben oder in den Hintergrund geschoben, sondern im Gegenteil, daß gerade sie (und nicht „positive Steuerforderungen“) in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt werden.

Auch dies ist eine sehr wichtige und sehr aktuelle Sache, über die jene kleine Rede zum Nachdenken anregt.

Im übrigen wird sie jeder Genosse selbst lesen müssen Er wird dabei noch viel Wichtiges finden, so z. B. die Stellung zum Militarismus, der „friedlichen Dienstverweigerung“, zum Aufstand usw.

Lenin schließt mit einem Satz, der in wenigen Worten schon die ganze Perspektive der kommenden Weltrevolution prophetisch zusammenfaßt:

„Wie die Volkserhebung im Rußland im Jahre 1905 unter der Führung des Proletariat gegen die zaristische Regierung zum Zwecke der Eroberung einer demokratischen Republik entstand, so werden kommende Jahre eben im Zusammenhang mit diesem Raubkrieg die Volkserhebungen in Europa, unter der Führung des Proletariats gegen die Macht des Finanzkapitals, gegen die Großbanken, gegen die Kapitalisten erstehen lassen, und diese Erschütterungen können nicht anders als durch die Expropriation der Bourgeoisie, als durch den Sieg des Sozialismus, zu Ende kommen.“ (S. 44.)

„Im Zusammenhang mit diesem Raubkrieg.“ Was heißt das? Das heißt, daß der Krieg selbst und die Verhältnisse, die er geschaffen, die Verknechtung ganzer Staaten, die Schuldenverhältnisse, die er hinterlassen, Reparationslasten, Dawes-Pakt usw. die entscheidenden Fragen der proletarischen Revolution in Europa sein werden. In Verbindung mit diesen Fragen werden die europäischen

„Volkserhebungen“ entstehen, die unter der Führung des Proletariats – nicht etwa sofort mit der Sozialisierung beginnen – sondern mit dem Sieg des Sozialismus zu Ende kommen werden.

Soweit Lenin im Januar 1917. Die folgende Entwicklung hat ihm völlig Recht gegeben. Und wenn auch der erste, der zweite Anlauf der proletarischen Revolution in Europa gescheitert sind, es wird der dritte folgen und er wird im wesentlichen von denselben Problemen seinen Ausgang nehmen, dieselben Aufgaben haben, die Lenin damals voraussagte.

Auch die kommende proletarische Revolution in Europa – das heißt heute konkret zuerst in Deutschland – wird wahrscheinlich gewisse Etappen zurücklegen müssen, auch sie wird wohl ihre kleinbürgerlich-illusionäre Etappe haben, wie die russische Revolution 1917 – aber sie kann, wie diese, nur mit dem Sieg des Proletariats enden. K. S.

*

Das Lehrbuch der Partei.

Eine Neuausgabe von Lenins „Kinderkrankheit“.

Soeben ist im Parteiverlag eine Neuausgabe der Leninschen Schrift „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“ herausgekommen, die Genosse Maslow im Gefängnis besorgt hat. Die bisherige deutsche Ausgabe war elend, z. T. völlig unverständlich übersetzt und ist im übrigen vergriffen. Genosse Maslow hat die Uebersetzung nach dem Original einer genauen Korrektur unterzogen, so daß sie jetzt als vollkommen exakt gelten kann. Er hat aber außerdem das Buch mit einer ausführlichen Einleitung und Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln versehen, die auf die unmittelbaren Aufgaben der Partei Bezug nehmen. Außerdem wird im Anhang der wichtige Artikel Lenins „Ueber die Bedeutung des Goldes“ abgedruckt.

Um die große politische Bedeutung klar zu machen, die dieses Buch heute hat, drucken wir im folgenden Teile aus der Einleitung Maslows ab.

I.

Hunderte von Malen ist das kleine Buch Lenins zitiert worden, das von den Kinderkrankheiten des „Radikalismus“ handelt.

Wer zitierte es? Es zitierten alle Sozialdemokraten, so, wie sie auch Marx zu „zitieren“ pflegen: ein herausgegriffener Satz und ein alberner „Kommentar“ dazu, und dann ist der „Beweis“ fertig dafür – da nur die Opportunisten, Reformisten, Sozialchauvinisten, Sozialpazifisten, Sozialfaschisten „von jeher Recht gehabt“ haben.

Aber Lenins Buch ist auch immer wieder von opportunistischen Elementen in der Komintern zitiert worden, wenn es galt, eine ihrer sozialdemokratischen Handlungen oder Ansichten für „genial“ auszugeben. Diese Zitierkunst stand durchaus auf keinem höheren Niveau als die der Sozialdemokraten. Denn derjenige, der aus Lenins Buch eine Anweisung zum Opportunismus herausliest, ist eben von vornherein ein Opportunist und wird es bleiben, auch wenn er sämtliche 19 Bände Lenin kennt und zitieren kann.

II.

Das Buch entstand 1920. Das war die Zeit der stürmischen Entwicklung einer Reihe sozialdemokratischer Parteien zur Kommunistischen Internationale hin.

Diese Parteien waren lauter junge Parteien, und der unmittelbare Zweck des Buches war, ihnen die Ueberwindung ihrer Kinderkrankheiten zu erleichtern. Die Kinderkrankheiten äußerten sich vor allem auf drei Gebieten. Erstens lehnten die sich besonders „radikal“ vorkommenden Parteien oder Gruppen die Beteiligung an Parlamentswahlen ab. Diese Krankheit ist jetzt restlos überwunden. Zweitens lehnten sie die Arbeit in den von Reformisten geführten Gewerkschaften ab. Diese Krankheit scheint in der Komintern ziemlich überwunden zu sein. Daß Rückfälle vorkommen können, zeigen die Erfahrungen der KPD Ende 1923 und Anfang 1924. Immerhin ist anzunehmen, daß

beispiels-[276]weise die KPD, von dieser gefährlichen Krankheit endgültig und für alle Zeiten geheilt ist. Die dritte Krankheit betrifft eine gewisse geistige Einstellung: junge, noch unerfahrene, revolutionär wenig erprobte Parteien, stellen sich die kommunistische Taktik unbedingt gradlinig vor, die kommunistische „Sinnesart“ nicht unähnlich der jenes Ritters Don Quichotte, der „keine Kompromisse“ zu schließen glaubte, wenn er gegen Windmühlen focht, von deren harten Flügeln er elend geprügelt wurde; kurz, sie glauben, der Weg zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat sei „einfach“ und lediglich heroisch, man könne ihn vorwärtsschreiten ohne Lavieren und ohne Paktieren und ohne Berührung mit Lumpen und heimlichen Feinden, ohne Aufenthalte und Rückzüge, ohne Umwege, ohne Kompromisse.

Diese Krankheit hat noch **keine** Partei der Komintern außer der RKP überwunden. Das ist eine hartnäckige Krankheit und keine „Kinderkrankheit“ allein.

Als das Buch Lenins erschien, da haben die Parteien, an die es gerichtet war, nur zwei der Lehren begriffen und angenommen (oder auch, wie die KAPD und Teile der englischen damaligen Kommunisten, abgelehnt): die Lehren, welche sich auf die Beteiligung am Parlament und auf die Arbeit in den Gewerkschaften bezogen.

Das waren in der Tat Lehren für die Parteien im Kindesalter: ohne sie zu begreifen und zu befolgen, mußten die betreffenden „Kinder“ elend verkommen (wie die KAP).

Aber die dritte Lehre hat damals keine der Parteien begriffen. Diese dritte Lehre ist keine Lehre für „Kinder“. Sie ist die Lehre, wie eine kommunistische Partei zur bolschewistischen Partei wird. Die dritte Aufgabe, welche Lenin in seinem Buch stellte, das ist die, welche der V. Kongreß der Komintern 1924 erst allgemein stellen konnte, als er die Losung ausgab: Bolschewisierung der Parteien.

III.

Worin besteht diese dritte Lehre? Die Opportunisten sagen: in Opportunismus. Ihnen ist nicht zu helfen. Wenn sie das Wort „Kompromiß“ hören, so weckt es in ihnen die Vorstellung von Prinzipienlosigkeit. Aber es gibt Kompromisse und Kompromisse. Bolschewisierung ist nicht gleichbedeutend mit: Kompromisse machen lernen. Bolschewisierung heißt vielmehr: absolute Starrheit, Festigkeit. Sicherheit in allem Prinzipiellen, größte Biegsamkeit, Elastizität, Beweglichkeit, Manöverierfähigkeit in allem übrigen.

Das klingt sehr „einfach“. In Wirklichkeit ist das sehr schwer: denn es gibt da kein allgemeines Rezept, keine Schablone, kein Schema. Das Leben, die Geschichte, die Revolution ist viel bunter, eigenartiger, überraschender, abwechslungsreicher als die blühendste Phantasie; das betont Lenin immer wieder. Sich bei jeder Wendung schnell zurechtfinden, konkret an die verschiedenen Verhältnisse, objektiven Wendungen, Veränderungen herangehen, wenn man Fehler macht, nicht allzu schwere Fehler machen, sie erkennen, aufdecken, analysieren und schnell und leicht verbessern können, nicht nur den Vormarsch, sondern auch die Kunst des Rückzugs beherrschen, alle politischen Methoden und Mittel kennen und benutzen können – das macht eine bolschewistische Partei aus.

Diese Lehren konnte keine Partei außer der RKP 1920 begreifen. Insofern ist der Titel des Leninschen Buches unrichtig. Wie jedes der seltenen Werke, welche den Parteien des Proletariats Lehren für immer geben, löst es viel mehr ein, als es verspricht.

Gerade jetzt, wo die eigentlichen Kinderkrankheiten der KPD überwunden sind, wird dieses Buch erneut zu einem Lehrbuch für die Partei in der besten Bedeutung des Wortes. Die KPD hat die Kinderkrankheiten überwunden. Aber der Inhalt des Leninschen Buches ist dadurch für sie nicht nur nicht „überwunden“, sondern er wird sofort, auf höherer Stufe, erneut aktuell, **ganz aktuell**; und dasselbe gilt für jede Partei.

Denn dieses Buch ist eins der ganz reifen, ganz weisen, ganz konzentrierten Bücher, die nur dann entstehen, wenn vielfältigste, langjährige Erfahrung einer kämpfenden Partei durch einen Führer wie Lenin auf die wesentlichen Formeln gebracht, aber zugleich durch die lebendigen geschichtlichen Beispiele konkret erläutert werden. Dieses Buch enthält die Quintessenz des Leninismus. Das

macht seine aktuelle Bedeutung aus; die Komintern bolschewisiert sich, und das beste Lehrbuch ist dieses kleine Buch Lenins.

IV.

Die Hauptlehren des Buches (und überdies die aktuellem Hauptlehren) sind nicht die Polemiken gegen die Kinderkrankheiten. Würde die Bedeutung des Buchs nur darin bestehen, so hätte es nur den Wert einer seinerzeit aktuellen Streitschrift. Davon aber kann gerade keine Rede sein.

Doch die Hauptlehre besteht schon gar nicht darin, worin sie ein oberflächlicher Leser erblicken könnte: in einem „Loblied“ auf Kompromisse.

So wollen opportunistische Elemente das Buch auslegen. Aber es so auslegen, heißt dem Leninismus ins Gesicht schlagen. Leninismus als Kompromißerei – das ist grotesk. Im Russischen ist das Wort „Kompromißler“ (übrigens ebenso: „Reformist“) ein Schimpfwort; die Bolschewiki haben es dazu gemacht. Es ist offensichtlich, daß Lenins Buch nicht eine Anweisung zu Kompromißerei ist.

Dagegen enthält es durchaus die allgemeinen Richtlinien über diejenigen „Kompromisse“, revolutionären, bolschewistischen Kompromisse, welche das genaue Gegenteil von Kompromißerei sind.

V.

Die zweite Internationale, entstanden in drei Jahrzehnten „friedlicher“ (nämlich in Europa friedlicher) aufsteigender kapitalistischer Entwicklung hatte es im allgemeinen absolut verlernt, auch nur theoretisch die Frage der Revolution zu stellen. Vergessen war eine wichtige Be-[277]merkung Marxens, der noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts für eine proletarische Revolution in Deutschland die Kombination von Arbeiterrevolution und Bauernkrieg als Voraussetzung genannt hatte, der von Volksrevolution sprach, und der weit entfernt war von jenem zünftlerischen Geist, mit welchem die 2. Internationale durchtränkt war (für die die Arbeiterbewegung mehr oder weniger eine trade-unionistische Zunftbewegung war, auch wo sie Politik trieb).

Wozu führen wir das hier an? Weil dieser historische Rückblick zeigt, wie wenig die wirklichen Revolutionen den trockenen, abstrakten Schemata entsprechen, welche sich reaktionäre (opportunistische) oder „radikale“ (wildgewordene) Spießbürger machen.

Es gibt keinen klassischen, reinen Typus der Revolution unserer Epoche, weder bürgerlichen noch der proletarischen. Denn die bürgerliche Revolution der Jahre 1905-1907 in Rußland hätte nur dann erfolgreich sein können, wenn das Proletariat die Hegemonie bis zu Ende besessen hätte. Sie wäre trotz der Hegemonie eine bürgerliche Revolution gewesen. Die zwei Revolutionen des Jahres 1917 haben diese Lehre bestätigt: die Oktoberrevolution war eine proletarische, sozialistische Revolution; aber sie war nicht „rein“, „klassisch“: sie war kombiniert mit der erst bürgerlichen Bauernrevolution, welche zwischen Februar und Oktober in gewissem Sinne (in den Sowjets) jene revolutionär demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft verwirklicht hatte und nach dem Oktober die Reste des Feudalismus zerschlug.

VI.

Es ist klar, daß jene theoretische Erkenntnis vom Charakter der Revolution die Begründung für die Notwendigkeit von Kompromissen und zugleich ein Fingerzeig für die Richtung ist, in welcher solche Kompromisse statthaft sind.

Der Hauptfaktor ist immer wieder: das kleinbürgerliche Element.

Aber welches ? Sowohl das seiner Klassenlage nach (städtische Kleinbürger, Handwerker, Beamte, Händler, kleine und mittlere Bauern) kleinbürgerliche Element, als auch das in den Reihen des Proletariats (verbürgerlichte Proletarier Arbeiteraristokratie, Proletariat, das dem Einfluß der bürgerlichen Traditionen, Kultur, Ideologie unterliegt), als auch schließlich das immer wieder neugeschaffene neugeborene, auch nach der proletarischen Machtergreifung neugeborene.

Wir wissen, daß in keinem europäischen Lande der Sozialismus „mit einem Schlag“ „eingeführt“ werden wird; auch bei vollständiger Nationalisierung aller wichtigen (sogar aller, um einen extremen Fall zu nennen) Industriebetriebe wird noch eine ganze Menge von Warenerzeugung, Markt, also Kapitalismus zunächst übrigbleiben. Wir können mit gutem Grunde darauf rechnen, daß diese Phase (unterste Phase des Kommunismus) bedeutend schneller als im Bauernland Rußland zurückgelegt werden wird, aber innerhalb dieser Phase werden wir gerade jenes elementare Entstehen von Kleinbürgerlichkeit (ideologisch wie ökonomisch, und auch in den Reihen des Proletariats erleben, das wir lernen müssen, schon vor Machtergreifung zu sehen, auszunützen, zu binden und unschädlich, ja nützlich zu machen.

Das sind die „Kompromisse“, die zu machen wir gezwungen sind und lernen müssen.

Die Millionen und Abermillionen, ohne deren Tätigkeit keine Revolution denkbar ist, lernen nicht durch Propaganda und Agitation allein. Sie lernen hauptsächlich durch ihr eigenes Erleben. Das müssen wir zu lenken suchen, damit sie schnell und gründlich lernen.

Unsere strategische Generalaufgabe ist: dem Proletariat Verbündete zu gewinnen aus allen Klassen, die Ausgebeuteten aus allen Klassen unter Führung des Proletariats zu sammeln, zu ordnen, die richtigen Stellungen beziehen zu lassen zum Steuern gegen den Kapitalismus.

VII.

Das ist nicht jederzeit möglich. Soweit überhaupt allgemeine Angaben über die strategischen Vorbedingungen der „Entscheidungsschlacht“ möglich sind, hat sie Lenin in seinem Buch gegeben.

Dabei spricht er sehr viel von Kompromissen. Aber er kann nicht rezeptmäßig sagen: diese Kompromisse sind gut und jene schlecht. Das zu erkennen (nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft), das ist die Kunst, die die bolschewistische Partei erst zu einer solchen macht.

Von welchem Geist solche „Kompromisse“ getragen sein müssen, das zeigt am besten jenes Beispiel eines Kompromisses, welches Lenin den englischen Kommunisten empfiehlt Henderson und Konsorten gegenüber anzuwenden: nehmen sie es an, sagt er, so ist's gut, denn dann erleichtern sie uns das Reden vor den Kleinbürgern, und wir werden die Hendersons entlarven; lehnen sie's aber ab – noch besser (!); denn dann entlarven wir die Hendersons erst recht.

Dieser Geist ist selbstverständlich bei einer Partei, welche sich ihrer Rolle in der Revolution bewußt ist, keinen zünftlerischen Geist mehr besitzt, theoretisch vollkommen klar ist, völlig einheitlich und eisern diszipliniert ist.

Die KPD besitzt schon dieses Selbstbewußtsein. Sie besitzt noch lange nicht die Fähigkeit, zu manövrieren, ohne auch nur einen Deut dieses Bewußtseins zu verlieren. Lernt sie das noch, so ist sie eine bolschewistische Partei.

* * *

So weit die Einleitung.

Jeder Genosse, der mit der Partei lebt und lernt, wird nach diesen Worten die gewaltige politische Bedeutung dieses Buches begreifen. Die Erfahrungen in der Präsidentenwahl werden der gesamten Partei die Notwendigkeit der [278] emsigen Arbeit an sich selbst im Sinne der „dritten Lehre“ Lenins „Manövrieren lernen“, zum Bewußtsein bringen. Es gilt, dieses Bewußtsein auszuwerten, zur theoretischen Klarheit zu führen durch die breiteste und energischste Propagierung und Verbreitung des Leninbuches innerhalb der Partei.

Hier ist es nicht bloß eine Redewendung, sondern eine politische Aufgabe, wenn gesagt wird: **jeder** Genosse muß dieses Buch lesen.

*

**Karl August Wittfogel: „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“
von ihren Anfängen bis zur Schwelle der großen Revolution.*)**

Wien, Malik-Verlag 1924.

Der Verfasser ist Kommunist. Kein alter Kommunist, sogar selbst im Marxismus ist er ein verhältnismäßig junger Ankömmling. „Der sozialen Probleme wurden wir uns bewußt, in die Arbeiterbewegung traten wir ein in einem Augenblick, als Kautskys unsichere und bald revolutions-feindliche Haltung schon klar zutage war“ – sagt er selbst von sich.

Seit fast einem Jahrzehnt ist der Verfasser den hier behandelten Problemen mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft, der Philosophie, der politischen Oekonomie und der Sozialgeographie („Völkerkunde“) nachgegangen, und, wir können hinzufügen, daß er in diesen zehn Jahren unter den Wirkungen der gewaltigen Veränderungen und welterschütternden Ereignisse der letzten zehn Jahre von der positivistischen Soziologie zum dialektischen Materialismus gelangt ist. In seinem ersten soziologischen Werke „Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft“ versuchte er die Soziologie in den verschiedenen Wissensgebieten zu popularisieren und neben vielen Fehlern, die das Buch aufweist, ist es doch unbestritten, daß er viele neue Fragen und Probleme aufgeworfen hat. Und obwohl er diese Probleme nicht restlos lösen konnte, so muß man doch anerkennen, daß seine Analysen und Feststellungen lobenswert sind. Seinen Hauptfehler kann man aus seiner bisherigen Laufbahn verstehen und erklären: Weil er in krummen Wegen und ziemlich spät zum Marxismus kam, versucht er alles, so auch überaus komplizierte Aufgaben mit der Gier und dem Eifer, mit den Uebertreibungen eines neuen Menschen zu vereinfachen und alles klipp und klar zu lösen.

Der letztere ist der Hauptfehler auch in seinem jetzigen Buche.

In seinem langen Wege bis zum Marxismus begegnete er sich mit der ganzen bürgerlichen Soziologie, mit Comte und List, mit Büchern, wie mit den führenden Repräsentanten des modernen akademischen Sozialismus und der Sozialwissenschaft, mit Ed. Müller, Sombart, Below, hauptsächlich aber mit Müller-Lyer und mit Max Weber, die auf ihn am meisten gewirkt haben. Von dem Phrasologen Müller-Lyer hat er den Trieb zu seinem Allesvereinfachenwollen geerbt, den Willen, die Ereignisse, wenn auch mit Gewalt in Kategorien hineinzupressen. Dieser Weg, den er hinter sich hat, war aber in vielen Beziehungen auch sehr nützlich für ihn. Seine riesige Belesenheit, sein großes Wissen, was die verschiedenen Richtungen und Schattierungen der bürgerlichen Soziologie anbelangt, schützen ihn vor Einseitigkeit und ermöglichen ihm, nicht so verblendet zu sein, als wenn er nur den vulgarisierten und verflachten Kautskysmus der Sozialdemokratie kennen gelernt hätte. Dieser Vorzug tritt vor allem in dem bestgelungenen und vielleicht einzig originellen Teil seines Buches, in seiner Polemik mit Kautsky zutage.

„Aus Studien und einzelnen Aufgaben ist der Stoff und der Gedanke des Buches hervorgewachsen,“ bis endlich die Resultate seiner Forschung in der Form einer Skizze „für eine große revolutionäre Zeitschrift“ niedergelegt worden sind. So entstand der „Urkommunismus und Feudalismus (Berlin 1920, 80 S.), welcher sozusagen den ersten Teil zu seinem vorliegenden Buche bildet. Von diesem „Urkommunismus und Feudalismus“ gibt er selbst zu, daß „eine vollständige Neubearbeitung erforderlich“ wäre.

Seit der Veröffentlichung dieses ersten Teiles ist er mit Bucharins Theorie des historischen Materialismus, mit Lukács, mit Korsch usw. bekannt geworden und erklärt, daß er glaubt, „sich der ge-

*) Bemerkung der Redaktion: Die „Internationale“ hat bisher das Werk des Gen. Wittfogel noch nicht besprochen.

Es lag bei dem Charakter des Buches weder ein Grund vor, sofort Stellung zu nehmen, noch etwa, es „vernichtend zu kritisieren“.

Die Agitprop-Abteilung des EKKI hat nun durch Veröffentlichung ihres Schreibens (Inprekorr. Nr. 34 vom 12. März) dieses bisherige Schweigen kritisiert und es durch eine mehr als unmarxistische „Kritik“ („Literatur übelsten Charakters“) gutzumachen versucht. Wir wollen daher hier – bevor wir selbst Stellung zu dem Buche nehmen – ein Gutachten abdrucken, das das Moskauer Marx-Engels-Institut anlässlich der Prüfung der Eignung des Buches zur Uebersetzung ins Russische abgegeben hat. Uns scheint dies Gutachten dieser zweifellos sehr „kompetenten“ Stelle das Muster einer positiven, bei aller Schärfe die Arbeit fördernden Kritik zu sein.

meinsamen Tendenz dieser Hinweisungen durchaus anschließen zu können“. An wen will er anschließen? An den Bucharinschen kriegerischen Materialismus oder an den mehr und mehr angegriffenen und strittiger werdenden „orthodoxen Materialismus“ der Lukács und Korsch. Darüber äußert er sich nicht, und aus seinem Buche wird es ebenfalls nicht ersichtlich. Er meidet sorgfältig, die letzten Konsequenzen zu [279] ziehen. Dasselbe gilt von seiner Stellungnahme der Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg gegenüber, wie wir später noch ersehen werden.

Wittfogels Buch ist nichts anderes als eine langgezogene Poligrammota^{*)} mit vielen (und nicht nützlichen) Abschweifungen, welche dank der reichen Zitate fast zu einer Chrestomathie ausgewachsen ist. In diesem Umstand wollen wir keinesfalls einen Fehler des Buches sehen. Im Gegenteil: Wir wollen diesen Umstand zu den guten Eigenschaften des Werkes zählen, auch dann, wenn der Verfasser ein ernstes, grundlegendes theoretisches Werk zu schreiben beabsichtigte! Poligrammota, welche eine ganz andere als die russischen verfolgt. Ihre Originalität besteht in dem Reichtum des aufgehäuften Materials. Bei der Behandlung der einzelnen Fragen operiert er mit Zitaten und hauptsächlich mit dem Zusammenknüpfen der Zitate von Marx und von bekannten bürgerlichen Soziologen.

Man muß anerkennen: er operiert sehr geschickt, kennt seinen Stoff ausgezeichnet und ist befähigt, die Plomien des Marxismus mit seinen Gegnern praktisch in Reihenfolge zu stellen, und durch sie seine eigenen Thesen abzuleiten.

Man kann das Buch noch am ehesten mit Julian Borchardt's ähnlichen Versuchen vergleichen: – Es fehlt Borchardt's klare, alles in eine Zielsetzung stellende Behandlungsmethode, dagegen kennt Wittfogel keinen Stoff besser und gründlicher. Er knüpft sein riesiges Beispielmateriale, – einen richtigen Zitatenschatz – manchmal sehr geschickt, mit unmittelbaren Titeln und gewagten Wendungen, manchmal mit einer – im solchen Werken ganz ungewöhnlichen – großtuerischen Manieriertheit zusammen. Dadurch wird jedenfalls erreicht, daß das Buch nie ermüdend ist, sogar immer lebhaft und interessant bleibt, auch für einen solchen Leser, der nicht über allzugroße Vorkenntnisse verfügt.

Wittfogels Methode ist folgende: Der Text jedes Kapitels zerfällt in zwei Teile, deren erster einen summarischen und leichtverständlichen Ueberblick über das Ganze des speziellen Themas gibt, während der zweite (meist sehr viel umfangreichere) Teil das jeweilige Problem mittels eines ausgedehnteren Belegmaterials und unter Berücksichtigung wesentlicher Einwände konkreter und eingeben zu ergreifen sucht. Die Benutzung des Buches als Poligrammota wird durch diese Zweiteilung des Textes“ wirklich gewaltig erleichtert.

Wittfogels Buch: „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ umfaßt sein Thema, wie schon aus Titel ersichtlich „von ihren Anfängen bis zur Schwelle der großen Revolution“. Den zur Fortsetzung dienenden dritten Teil verspricht er uns mehrmals, und bei solchen Angelegenheiten, wo der Verfasser noch nicht endgültig gelöste Fragen tangiert (R. Luxemburgs Akkumulationstheorie, Lukácsismus, Korschismus, verschiebt er die endgültige Stellungnahme ebenfalls auf diesen dritten Teil.

(Von Akkumulationstheorie erklärt er, daß sie von ihm „nicht vorbehaltlos angenommen wird“, aber zu einem Teil sich anschließt. Bei der Behandlung des Frühkapitalismus wird ebenfalls diese Theorie zur Grundlage genommen.)

In einer späteren Gesamtdarstellung verspricht er, „etwaige Reste der alten Müller-Lyerschen Auffassung durch seine „nunmehrige dialektische Grundeinstellung“ auszurotten. Am Anfang macht er uns zweckmäßigerweise vorher mit einigen grundlegenden Tatsachen vertraut. Nach der Darlegung solcher Grundbegriffe wie Ware, Wert, Kapital und Staat geht er auf die Probleme des Frühkapitalismus über. Entstehung der Stadt, Geburt des Bürgertums, Krise der Landbevölkerung (Bauern-Revolutionen) Wachstumsvorgänge des Kapitalismus: die sind nach ihm die wichtigeren Phasen. Dann folgen die Teile: Wer die Träger der frühkapitalistischen Entwicklung waren, in welchen Formen sie dies waren, und wie sie ... einerseits aber auch bereits die Keime zu ihrer eigenen Ueberwindung durch die Heranzüchtung des industriellen lohnarbeitenden Proletariats schufen.“

^{*)} D. h. Lesebuch. Sammlung ausgewählter Zitate.

Sehr eingehend, und mit Ausnützung des ganzen Arsenal der bürgerlichen Soziologie und hauptsächlich Max Webers, wird die Entstehung der Städte behandelt. Er versucht es, nachzuweisen, daß Marx trotz der gewaltigen Teilkenntnisse der bürgerlichen Gelehrten, diese Frage im „Kapital“ wie auch in seinen anderen Werken viel zusammenfassender und logischer behandelt.

Dann folgt der beste Teil seines Buches, die „Kautsky-Weiche“ wo er durch mit Gelehrten-Eifer gewissenhaft gesammelten Zitaten auf die oberflächliche Methode Kautskys hinweist. Dies gelingt ihm um so leichter, weil er ohne irgendeine Voreingenommenheit schon in einer Zeit mit Kautsky bekannt wurde, als dessen Lorbeeren schon ziemlich zerzaust waren.

Kautskys Geschichtsschreibung ist die raffinierteste Form sozial-pazifistischer (klassenfriedlicher) Geschichtsschreibung, unter der Maske des proletarischen Revolutionärs – sagt Wittfogel. Während Marx und Engels diejenigen revolutionären Bewegungen in den Vordergrund stellen, die vom Standpunkte der revolutionären Klasse aus sinnvoll sind, weil sie dem Zuge der sozialen Befreiung dieser Klasse entsprechen, sammelt Kautsky solche Geschichtsereignisse, die an ihrer inneren Sinnlosigkeit vom Standpunkte der revolutionären Klasse aus zugrunde gegangen sind. Marx und Engels legen das Schwergewicht auf die geschichtlich notwendigen Revolutionen, Kautsky dagegen auf die geschichtlich überflüssigen. „sollte das seinen tiefen Grund darin haben, daß Marx und Engels die proletarische Revolution der Gegenwart notwendig Kautsky sie aber für überflüssig hält? Kautskys ganze Entwicklung macht eine solche Erklärung nur zu wahrscheinlich“, äußert Wittfogel mit vollem Recht und mit noch größerem Recht beruft er sich auf Lenin, der schon im Jahre 1900 die opportunistische Stellungnahme Kautskys den Opportunisten gegenüber für „kautschukartig“ gebrandmarkt hat.

[280] Er beleuchtet mit Zitaten von Marx und Engels, wie Kautsky in die „proletarischen Begründungen kleinbürgerliche Elemente einschmuggelt, wie er den Proletarier mit dem Plebejer verwechselt, wie er bewußt die marxistische Staatstheorie vergißt und verfälscht, wie er für sich den Weg zum „Verrat an der Staatslehre des Marxismus und zum Bekenntnis zur bürgerlichen Koalition“ ebnet durch die Vertuschung der von Marx betonten Notwendigkeit der proletarischen Diktatur. Das Kapitel über die Zunftkämpfe endigt mit den Worten: „Kautsky hat hier mit glücklicher Hand gerade diejenige Bewegung herausgegriffen, die nicht zur Revolution führte, führen konnte. Es ist nicht zu verkennen, daß Kautsky seinen Verrat an der proletarischen Revolution umsichtig und von langer Hand auch historisch, in die Wege geleitet hat.“

Wittfogel stellt Kautsky Max Weber gegenüber „als einen Mann mit gutem Blick für die wirklichen Machtprobleme“, der „im schärfsten Gegensatz zu den so oft gehörten pazifistischen Schalmeien“ sehr oft auf viel mehr marxistische Resultate gekommen ist als Kautsky. „Aber auch Weber gelange am Ende in ein großes Chaos, weil er die geschichtliche Dialektik nicht anerkennt. Demgegenüber bedarf es der bewußten Anwendung der marxistischen Forschungsmethode, um Ordnung in dieses verworrene Durcheinander interessanter Stoffmassen zu bringen.“ Sehr richtig. Schade nur, daß Wittfogel nicht den von ihm selbst vorgezeichneten Weg einschlug. Dagegen will er seine an und für sich richtigen Anschauungen in Müller-Lyerschen Schemen veranschaulichen. Die Anreihung der in gut gewählten Zitaten verdichteten, reichlichen historischen Daten entschädigt uns einigermaßen.

Nach der zu schematischen Einleitung des Feudalismus, von der er selbst zugibt, daß er hier von Marx abweicht, – folgt das Kapitel über die Bauernkriege. Er gibt auch hier ein außergewöhnlich reiches Material, um dann in der Schlußfolgerung die Behauptung beweisen zu wollen, daß die Forderungen der Bauern „in ihrem innersten Kern nicht reaktionär, sondern fortschrittlich revolutionär“ waren.

Dann folgt ein Ueberblicks-Kapitel, welches nach der „Zweiteilung“ des Verfassers erst „Weil“ oder „um zu ...?“ dann Ursache und Wirkung – oder Mittel und Zweck“ betitelt wird. In diesem Kapitel steht er den Gesichtspunkten von Lukács und Korsch nächsten (Realität oder Ueberbau), aber die endgültige Stellungnahme wird, – wie gesagt – bis zum dritten Teil seines Buches aufgeschoben. Dagegen wird mit gelungenen Zitaten der dialektische Materialismus sehr plastisch der Weltanschauung der Sozialdemokratie und des bürgerlichen Radikalismus entgegengestellt.

Hier beschäftigt sich der Verfasser eingehender mit dem Begriff der Dialektik, dann geht er auf die Stufenleiter der kapitalistischen Ausbeutungsformen, (Handelswucher, – Industriekapitalismus) über. Dieses Kapitel ist sehr anschaulich und ist mit gelungenen Zitaten reichlich versehen.

Mit der Entstehung des Industriekapitalismus beschäftigen sich die beiden Kapitel: „Die Väter des modernen Kapitalismus“ und „Die Knabenjahre des Industriekapitalismus“. Hier deckt er mit der Schärfe der gegen Kautsky gerichteten Polemik den Wirrwarr der Werner Sombartschen Marxkritik sehr geschickt auf.

Wittfogel hielt es für notwendig, hier ein Kapitel über die Akkumulation des Kapitals einzuschalten. Dies Kapitel ist aber nichts anderes als eine Besprechung der marxistischen und der angegriffenen Luxemburgischen Theorie. Wo Luxemburg von Marx abweicht, dort wird diese Tatsache durch Wittfogel einfach registriert. „Es ist das eine Abweichung von Marx“, oder „Rosa Luxemburg ist nach eingehendster Prüfung dieser Frage zu der Feststellung gekommen“. Am Ende schreibt er: „Wir können also zusammenfassend sagen:“ ... ein Luxemburg-Zitat und Punkt! ... Das Kapitel ist beendet.

Nur hier und da läßt er ahnen, daß er Luxemburgs Theorie doch annimmt: „Wenn wir im vorigen trotzdem einige Beispiele der marxistischen Schemata gebracht haben, so geschah das nicht, weil wir das Werk dieser Auffassung wesentlich anders einschätzten als Rosa Luxemburg.“

Aber noch separat, auch im Titel eines Kapitels hebt W. nachdrücklichst hervor: „Wir vertagen unsere endgültige Stellungnahme“, und begnügt sich damit – ebenfalls Kapiteltitel – „eine teilweise Entscheidung“ fassen zu können, aber auch noch diese teilweise Entscheidung läßt sich in dem Buche nirgends finden.

In dem vorletzten Kapitel – es ist „Und der König absolut“ betitelt – wird verhältnismäßig kurz, fast zu skizzenhaft, die Heranbildung des Militarismus, Bürokratismus, Absolutismus und Merkantilismus, behandelt, dann folgt zum Schluß: „Die Lage der arbeitenden Klassen im Frühkapitalismus“.

Wie wir sehen, ist die Einteilung des Wittfogel'schen Buches nicht sehr übersichtlich. Die Schwierigkeit wird noch durch die nach Originalität haschenden Titel erhöht. Dies vernichtet teilweise die oben erwähnten guten Eigenschaften des Buches

Wittfogels Buch kann in Deutschland, wo eine zusammenfassende, das marxistische System populär behandelnde Poligrammota bisher fehlt, gute Dienste leisten, aber auch dort nur für die führenden Parteischichten. In Wittfogel steckt noch immer eine gute Dosis bürgerlich-soziologischer Abweichung.

Diese Meinung können wir unsomehr äußern, weil wir fest überzeugt sind, daß, falls Wittfogel nicht ein vom Sturm des Weltkrieges und der Revolution in das Lager des Proletariats hineingeratener bürgerlicher Soziolog und Schöngest, sondern wirklich ein mit seiner Feder am Kampfe des Proletariats bewußt teilnehmender Revolutionär ist, daß er in diesem Falle, nach dem Durchlesen einiger guter, russischer Poligrammota sein Buch ganz anders, im einer für uns üblicheren Form und mit anderen Methoden umschreiben würde.

[281]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Ende Mai 1925 * Heft 5a

Die Opposition auf dem Zentrallausschuß.

Von Ruth Fischer.

Auf dem Zentrallausschuß am 9. und 10. Mai traten zum ersten Male seit Frankfurt eine größere Anzahl von Genossen gegen die Politik der Zentrale auf. Die seither stattgefundenen Parteikonferenzen haben gezeigt, daß der Widerstand gegen die Beschlüsse des Zentrallausschusses in der Partei viel geringer ist als auf dem Zentrallausschuß selbst. Je mehr die Beschlüsse an die Mitgliedschaft, an die Genossen aus den Betrieben herangebracht werden, desto besser werden sie verstanden, desto verständnisvoller akzeptiert. Auf dem Parteitag wird aller Voraussicht nach die Opposition des Zentrallausschusses auf eine ganz kleine Gruppe zusammenschmolzen sein und dies keinesfalls bloß aus „Disziplin“, wie einer oder der andere Genosse, der gegen die Beschlüsse ist, das schnelle Einschwenken der Partei auf die Linie der Beschlüsse des Zentrallausschusses zu erklären sucht, sondern deshalb, weil in der Partei trotz aller Schwächen und Fehler ein starker Wille zur wirklichen Bolschewisierung, zum Wiedervorwärtsmarschieren, zur aktiv-revolutionären Politik vorhanden ist.

Trotzdem wäre es falsch, die auf dem Zentrallausschuß vorhandene Opposition nur aus „organisatorischen“ Gründen zu erklären, oder zu glauben, daß mit der Erledigung durch eine große Mehrheit diese Stimmungen und Meinungen, die auf dem Zentrallausschuß zu Tage getreten sind, aus der Partei heraus seien. Sie sind nicht aus der Partei heraus. Sie sind noch da, und sie werden bei jeder neuen Schwierigkeit neu zum Vorschein kommen. Aber diese Stimmungen müssen bekämpft und erledigt werden, denn sie sind ein Bremsklotz, der die Partei in ihrer Entwicklung ihrer Aktivität behindern kann, wenn nicht rechtzeitig die Partei sich über den Charakter und das Wesen dieser Opposition klar wird.

Wir haben in der Opposition deutlich zwei Strömungen zu unterscheiden. Eine Strömung, die sich gegen die Beschlüsse des Zentrallausschusses gewendet hat oder wendet aus einem Mißtrauen gegen die Führung und gegen die Fähigkeit der Partei zu wirklich politischer Aktivität ohne Abweichungen in den Reformismus. Dieses Mißtrauen steckt in unserer Partei und es ist leicht zu begreifen, warum es in ihr vorhanden ist. Unsere Partei hat eine so schwierige Entwicklung hinter sich, hat seit ihrer Existenz noch keine Führung länger [282] als eine kurze Periode gehabt, ohne daß sie an ihrer Aufgabe scheiterte, unsere Partei hat so viel Liquidatoren, Verräter, Ueberläufer gesehen, daß dieses Mißtrauen eine durchaus natürliche Folge dieser Parteientwicklung ist. Dieses Mißtrauen unserer Arbeiter nicht verstehen oder sich hochmütig darüber hinwegsetzen, wäre ein großer Fehler. Gerade neue taktische Beschlüsse, schnelles Sichanpassen an eine neue politische Lage, werden unsere Mitglieder nicht lernen, wenn die Führung nicht begreift, daß viele der besten Elemente in unserer Partei erst langsam und allmählich diese Stimmung überwinden werden. Deshalb gilt es, mit allen denjenigen Parteigenossen, die aus ihren bitteren Erfahrungen heraus nur langsam und zögernd die Beschlüsse des Zentrallausschusses verstehen und akzeptieren lernen, unermüdlich und geduldig sich auseinanderzusetzen, ihnen zu zeigen, daß die Linie von Frankfurt und Moskau, daß die Grundsätze unserer Partei nicht nur nicht angetastet werden, sondern daß sie noch mehr als bisher verteidigt werden müssen gerade bei der vom Zentrallausschuß beschlossenen Taktik gegen alle Angriffe, insbesondere auch gegen die Angriffe der kleinen rechten Gruppe innerhalb der Partei. Diesen Arbeitern muß die Parteileitung klarmachen, daß zur besseren Heranbringung unserer Grundsätze an die Arbeitermassen und zur größeren Entwicklung politischer Aktivität gerade der Zentrallausschuß vom 9. und 10. Mai richtunggebend gewesen ist. Man soll sich diese Arbeit in der Partei nicht leichter machen, weil es organisatorisch verhältnismäßig leicht geht, weil sonst bei jeder Biegung des Weges, bei jeder neuen schwierigen taktischen Aufgabe gerade bei dieser Schicht der Partei Schwankungen eintreten können. Dabei muß man allerdings folgendes beachten: Diejenigen, die dieses Mißtrauen künstlich schüren und nähren, sind wirklich Parteifeinde, mögen sie sich nennen, wie sie wollen. Dabei muß man weiter begreifen: Erst die Erprobung des Parteikerns in

Kämpfen und Gefahren, erst wirkliche Weiterführung der Linie von Frankfurt ohne Abweichungen zum Opportunismus wird die Wunden, die der Brandlerismus der Partei geschlagen hat, restlos heilen. Gleichzeitig aber können wir heute schon sagen, trotz aller Mängel der Arbeit seit Frankfurt ist in diesem Jahre schon ein so viel größeres Maß von Festigkeit und Vertrauen innerhalb der Partei erreicht worden, daß Bedenken unserer Arbeiter, unserer Mitglieder gegen die neuen Beschlüsse des Zentralausschusses viel schneller und leichter vergehen werden als die Bedenken in der Gewerkschaftsfrage, die sich hartnäckig viele Monate in den untersten Zellen der Partei fortsetzten, einen viel breiteren Kreis der Partei ergriffen und an sich der Durchsetzung einer einheitlichen Parteipolitik viel größere Schwierigkeiten bereiteten. Die Stimmung also nicht übersehen, aber nicht überschätzen und richtig gegen sie politisch ankämpfen, das ist eine politische Aufgabe, die durch den Beschluß des Zentralausschusses verstärkt gestellt worden ist.

Es wäre falsch, die Opposition auf dem Zentralausschuß nur auf diese Wurzel zurückzuführen. Auf dem Zentralausschuß trat gleichzeitig, natürlich vielfach verbunden mit der ersten Strömung, die alte Ultralinke gegen die Zentrale auf. (Dabei bleibt es zur Beurteilung der Theorie und der Praxis dieser Gruppe vollständig gleichgültig, ob einer oder der andere linke Genosse sich in diese Gesellschaft verirrt hat. Die Führung in dieser Gruppe haben aus-[283]gesprochen die alten Ultralinken. Das kann niemand bestreiten.) Diese Ultralinke ist eine Gruppe von Genossen, die zum größten Teil erst durch den Oktober sich von Brandler losgelöst haben, und die von einer vollständig anderen Plattform aus gegen Brandler gekämpft haben, als die alten Linken. Diese Plattform ist die Plattform der Luxemburgischen Akkumulationstheorie als Theorie des Imperialismus, eine Auffassung, von der sich die Vertreter dieser Gruppe niemals in der Öffentlichkeit losgesagt haben. Diese Gruppe ist ebenfalls der luxemburgischen Auffassung in der Organisationsfrage, trotzdem sie von dieser Auffassung sich öfter öffentlich losgesagt hat. Aber bei jeder neuen Schwierigkeit hört man das alte Lied über Zentralismus, Diktatur, Maßregelung und ähnliches mehr. Diese Gruppe ist im tiefsten Herzen gegen den Bolschewismus, vor allem gegen den Bolschewismus nach 1921, nach der Nep-Politik. Die luxemburgistischen Auffassungen wurden hie und da früher in der nationalen und kolonialen Frage vertreten. Seit dem 5. Kongreß ist in dieser Frage niemand mehr offen aufgetreten, aber es besteht kein Zweifel, daß bei einer weiteren Entwicklung der Debatte der offen antibolschewistische Kern dieser Auffassungen klar zum Ausdruck kommen muß. Man kann sagen, diese Opposition stellt die Weiterentwicklung der Opposition innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Kriege, der schlechten Seiten des Spartakusbundes während des Krieges dar. Sie rückt theoretisch und praktisch ganz in die Nähe der heutigen Opposition in der SPD, deren Radikalismus sich beschränkt auf den fortwährenden Ruf nach dem Klassenkampf oder dem „natürlichen Klassenkampf“, ohne daß Herr Levi sich herbeiläßt, den Arbeitern zu erklären, worin denn der Klassenkampf heute besteht. Die Theorie und die Praxis dieser Opposition würde unsere Partei verdammen, im Dawes-Deutschland mehr oder minder die Rolle einer agitatorischen Gruppe im Stile des Spartakusbundes einzunehmen. Deshalb ist der energischste Kampf gegen diese „Theorie“ absolut notwendig, trotzdem im gegenwärtigen Augenblick alle Plattformen von Seiten der Opposition fallen gelassen worden sind und sie sich auf Warnungen und Bedenken der „Furcht vor Koalitionspolitik“ beschränken^{*)}. Diese Gruppe hat in der Partei keinen Anhang und nur in Verbindung mit dem natürlichen Mißtrauen der Arbeiter konnte sie auf dem Zentralausschuß überhaupt organisatorisch wirksam auftreten. Die beste Bekämpfung dieser Gruppe ist eine starke theoretische Arbeit der gesamten Partei, ein starkes Klarmachen aller jener Grundfragen unserer Bewegung in einem so weiten Ausmaße innerhalb der Partei, als nur irgend möglich.

Je mehr Arbeiter unserer Partei den Unterschied zwischen einer wirklich bolschewistischen Partei und einer radikalen „Sozialdemokratie“ verstehen werden, desto gesicherter wird die Partei vor al-

^{*)} Die Redaktion der „Internationale“ bemüht sich seit Wochen, von den opponierenden Genossen einen Artikel zur theoretischen Begründung ihres ablehnenden Standpunktes zu erhalten, leider vergeblich. Diese „Zurückhaltung“ wäre ein löbliches Zeichen bolschewistischer Disziplin, wenn die Genossen, die sich dessen bewußt sind, daß sie ihre Auffassung theoretisch nicht begründen können, auch darauf verzichtet hätten, eine Opposition mit haltlosen Befürchtungen und Verdächtigungen zu begründen.

len [284] Angriffen von rechts und ultralinks sein, um so mehr, als der Brandlerismus und die Ultralinken dieselben Wurzeln, dieselben Entstehungsursachen haben, die westeuropäischen Abweichungen vom Bolschewismus darstellen. Der kommende Parteitag wird in seinem ideologischen Kampf gegen den Brandlerismus den ideologischen Kampf gegen diesen umgekehrten Brandlerismus nicht vergessen.

*

Zur Lage in Deutschland, in der Partei und zu unseren Aufgaben.

(Auszug aus dem Referat des Vertreters der Zentrale auf dem Zentralausschuß.)

Die Partei hat die Kampagne gegen Brandler zu sehr gefühlsmäßig geführt. Die ideologische Durchbildung der Partei, daß sie versteht, was Brandlerismus und was es nicht ist, worin der Unterschied besteht, dieser ideologische Kampf ist noch sehr schwach. Und wer die letzten Diskussionen angehört hat, sieht, daß diese Arbeit noch ungenügend ist. Deswegen müssen wir in den Anfang der heutigen politischen Analyse die Frage stellen:

Was ist Brandlerismus?

Ich glaube, daß man sich zunächst vollständig darüber klar sein muß über den Unterschied der Lage der Jahre 1923 und 1925. Bis zum Jahre 1923 hatten wir eine akut revolutionäre Situation. Bis 1923 war die unmittelbare Aufgabe der Machtergreifung auf der Tagesordnung. 1925 ist das nicht mehr der Fall, mit welchen Einschränkungen darauf werde ich noch eingehen. **Es war nichts brandleristischer, als die These im November 1923, daß, weil die Arbeiterklasse geschlagen sei, man nur noch um Endziele kämpfen müsse.** Dieser brandleristische Unsinn hat uns ein ganzes Jahr lang gehemmt in der Erziehung der Partei. „Es hat alles keinen Sinn, wir können nur noch um das Endziel kämpfen,“ war die Vorstellung der Proleten.

Die Taktik Brandlers vor 1923: Worin bestand ihr opportunistischer Kern? Zunächst in dem Verhältnis zur SPD. Diese Frage muß man studieren, wenn man vernünftige politische Arbeit machen will. Für die Brandler-Leute war die SPD nicht ein großer Feind, den man schlagen muß mit List und Angeboten, mit allen Methoden, sondern ein großer Bruder, der sich verirrt hat ins Lager der Bourgeoisie, den man zurückgewinnen muß für den Kampf gegen die Bourgeoisie. Diese Auffassung der SPD als großer Bruder führt zugleich zur vollständigen Verkennung der Rolle der KPD.

Sie führte weiter zu der Vorstellung vom westeuropäischen Wege zur Macht im Rahmen der Weimarer Verfassung, der Zeigner-Regierung als Weg zur Macht. Das ist festgelegt in den Beschlüssen des Leipziger Parteitages. In dem Programmentwurf von Thalheimer fand es seinen theoretischen Ausdruck für die ganze Komintern. Diese westeuropäische Abweichung kehrte wieder in den Reden Klara Zetkins zum 5. Kongreß. „Wenn eine Revolution reif gewesen wäre im Oktober 1923, hätten die Arbeitermassen gekämpft, auch ohne Partei.“ **Dieser westeuropäische Weg zur Macht, die Vorstellung von der SPD als dem großen Bruder, das sind die grundsätzlichen Unterschiede zum Brandlerismus. Nicht Spitzenverhandlungen oder Offene Briefe.** Wer diese Frage nicht versteht und wer sich an das Aeußere klammert, der mag einen guten revolutionären Instinkt haben, hat aber ideologisch nichts verstanden vom Brandlerismus.

[285] Der Kampf gegen den Brandlerismus ist nicht der Kampf um die opportunistischen taktischen Methoden, es ist ein Kampf um die grundsätzlichen Abweichungen vom Bolschewismus. Wir werden die Arbeit in der Partei noch einmal verbinden mit dem Kampfe gegen den Brandlerismus, der Aufklärung über die Rolle der Partei, weil ohne das in der praktischen Arbeit der Gegenwart eine Unmenge Fehler gemacht werden.

Die internationale Lage.

Die Lage in Deutschland ist nicht **akut** revolutionär, aber die Lage bleibt **revolutionär** im Weltmaßstabe und auch in Deutschland. Und wir sollen uns klarmachen, welche Faktoren uns das Weitergehen des revolutionären Prozesses zeigen. Man darf nicht vergessen, daß der wichtigste und positivste Faktor für die revolutionäre Lage die Existenz Sowjet-

rußlands ist. Durch die Existenz Sowjetrußlands ist eine ganze Reihe von Fragen anders gestellt. Der zweite Faktor sind die wachsenden Gegensätze zwischen den Imperialisten. Die trotzkistische Analyse zeigt sich Tag für Tag an Hand der Ereignisse immer mehr als eine Phantasie. Gerade dieser „Ausgleich“ der imperialistischen Gegensätze durch den Dawes-Plan zeigt auf der andern Seite eine Verschärfung der Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich, zwischen Amerika und dem fernen Osten, zwischen allen Ländern Europas. Der dritte Faktor, der bei diesen imperialistischen Gegensätzen als neue positive Kraft auf die Bühne tritt, ist das Erwachen der Kolonialvölker. Es ist gewiß kein Prozeß, der in vier Wochen zu Ende sein wird. Aber in dem Prozeß der Revolution müssen diese Faktoren im Orient eingeschätzt werden als positive Faktoren der Verschärfung der Gegensätze. Der vierte Faktor ist, daß die Lage der Arbeiter nach der Existenz Sowjetrußlands eine ganz andere ist, wie nach 1905 oder nach 1871. Die deutsche Arbeiterklasse, die durch eine so schwierige Periode des Bürgerkrieges gegangen ist, ist geschlagen. Aber sie hat so viel Klarheit in einer bestimmten Vorhutschicht behalten, sie hat noch so viel Kraft, sich auf der Bühne zu zeigen, um als politischer Faktor zu handeln, daß man nicht sagen kann, daß sie so geschwächt ist, daß sie sich politisch überhaupt nicht mehr zeigen kann.

So schwer unsere Lage ist, so große Schwierigkeiten uns entgegenstehen, so schwach auch unsere Bewegung ist, so sind wir doch nicht aktionsunfähig. Wir können zwar heute die Machtfrage noch nicht stellen, aber wir haben eine Periode von Klassenkämpfen, wo die Arbeiterschaft unter unserer Führung eine aktive Rolle spielen kann, wo sie handelnd austreten kann, um die revolutionären Kräfte zu entwickeln, die Revolution zu organisieren und vorzubereiten.

Das ist das Wichtigste, hier ist die Wurzel der Auseinandersetzung: ob unsere Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei in der jetzigen Periode zum Zusehen verurteilt sein soll, oder ob sie als aktiver revolutionärer Faktor auftritt und auftreten kann. Das ist der vierte Faktor, der die Lage weiter objektiv-revolutionär macht.

Ich verzichte für die heutige Debatte zunächst auf eine ausführliche Analyse der auswärtigen Situation und begnüge mich mit diesem Hinweis, weil ich glaube, daß dieses Moment genügt, um unsere Lage in Deutschland zu verstehen.

Die Lage in Deutschland.

Wir müssen die Lage in Deutschland nach zwei Richtungen hin untersuchen. Niemand wird heute mehr leugnen, daß die Hindenburg-Wahlen einen bestimmten Teil der Restauration der deutschen Bourgeoisie darstellen, die Wiederaufrichtung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht, die am 8. November bedroht war. Wir müssen verstehen, woher diese Ausrichtung kommt, auf welcher neuen ökonomischen Grundlage sie basiert. Da steht die Frage: Wann beginnt die Restauration und wann [286] endet sie? Im Oktober? Beim Dawes-Plan? Sie beginnt am 9. November, in dem Moment, wo die Revolution nicht weiterging zur proletarischen Revolution und hat einen Höhepunkt erreicht bei der Hindenburg-Wahl, aber sie ist noch nicht vollendet und muß weitergehen über die Hindenburg-Wahlen hinaus und nach neuen Formen suchen. Diese Restauration der Bourgeoisie hat eine Seite nach innen, die Wiederaufrichtung ihrer Macht nach innen und eine Seite nach außen. Die deutsche Bourgeoisie war im November zu gleicher Zeit von der Arbeiterschaft im Inneren und den imperialistischen Feinden von außen bedroht. Sie erwehrte sich des „inneren Feindes“ durch ihre Agenten, die Führer der SPD und des ADGB, indem sie diese die Proletarier zurückschlagen ließ.

Nach innen ist es der Bourgeoisie gelungen, durch die Hauptetappen des Kapp-Putsches und des Oktober 1923 ihre Macht zu festigen, in einer Periode fünfjährigen Bürgerkrieges, trotz verschiedener Pausen. Diese Niederwerfung der Arbeiterklasse im Oktober 1923 war natürlich zugleich die Voraussetzung für die Verständigung der deutschen Bourgeoisie mit der Entente-Bourgeoisie über ihren Profitanteil, und der Dawes-Plan war möglich, weil die deutsche Bourgeoisie eine „geordnete und ruhige“ Arbeiterschaft in die Waagschale werfen konnte.

Der Dawes-Plan verändert die Lage für die deutsche Bourgeoisie, und wir müssen verstehen, worin diese Veränderung der Lage besteht und was sie bedeutet.

Der Dawes-Plan ist ein amerikanisch-englischer Plan, und trotzdem bietet dieser amerikanische Plan auch für die französische Bourgeoisie so große Vorteile durch die Auspressung der deutschen Arbeiterklasse mit Hilfe der deutschen Bourgeoisie, daß der amerikanische Plan zugleich ein französischer Plan ist. Der Dawes-Plan bedeutet für die deutsche Bourgeoisie zweierlei: Um nach innen ihren Profitanteil zu erhalten, muß sie ihre Machtmittel gegen das Proletariat verstärken. Gleichzeitig aber bedeutet die Durchsetzung des Dawes-Planes für die deutsche Bourgeoisie kein Abfinden mit dem Profitanteil, den ihr die Weltbourgeoisie zuspricht, sondern sie wird versuchen müssen, diese Quote zu erhöhen nicht nur durch Ausbeutung nach innen, sondern auch, indem sie versucht, an der Ausbeutung der Welt teilzunehmen. Das kann sie heute noch nicht als selbständige Großmacht durchführen, sondern sie muß am Schwanz der Großmächte nachmarschieren, und das nennen wir die englische Orientierung unserer jetzigen deutschen Regierung. Die englische Orientierung, die darin besteht, daß in den Verhandlungen über den Garantiepakt, über das offene Militärbündnis gegen Sowjetrußland die deutsche Bourgeoisie versucht, eine Entschädigung durch Grenzberichtigungen, Räumung und Kolonialmandate zu bekommen. Die Meldungen über die Räumung der Kölner Zone sind ein charakteristisches Merkmal in dieser Richtung. Natürlich gehen auch Tendenzen der französischen Bourgeoisie dahin, dagegen Widerstand zu leisten. Hindenburg ist jedoch ein Kandidat Englands und ein willkommener Prätendent in Deutschland für die englische Bourgeoisie, und zwar deshalb, weil Hindenburg für das englische Weltreich im künftigen Kampf gegen den Bolschewismus ein guter Kampfgenosse sein wird.

Die monarchistische Gefahr.

An dieser Stelle haben wir uns nun der Frage zuzuwenden: Haben wir eine monarchistische Gefahr? Hat, ökonomisch gesehen, die Monarchie für die deutsche Bourgeoisie eine Bedeutung, und welchen Sinn hat diese monarchistische Gefahr in bezug auf unsere Politik und Taktik?

Wir haben mit Absicht bei dem Dawes-Plan von einer Industriekolonie gesprochen, ein Ausspruch, der eine Zeit lang heftig in unserer Partei bekämpft wurde. Nach der Luxemburgischen Theorie kann man von einer Industriekolonie nicht sprechen, denn Kolonie kann danach nur ein Land sein, das keine Industrie besitzt, sondern erst eine solche bekommt, also nur ein Agrarland. Wir haben mit Absicht von der industriellen Koloni-[287]sierung gesprochen, weil Deutschland in der Ausbeutung seiner Arbeiterklasse mit den amerikanischen und französischen Konzerninhabern gleiche Interessen teilt.

Aber diese industrielle Kolonisierung schließt die Vertrustung der Schwerindustrie und die weitere Entwicklung des Finanzkapitals ein.

Und diese Entwicklung des Finanzkapitals bringt Schwierigkeiten für den Handel, einen Teil des Bankkapitals, der Fertigungindustrie. Es gibt einen Teil des Bankkapitals, das sich wehrt gegen den übermächtigen Einfluß der Truste. Man kann den Kampf zwischen Marx und Hindenburg nicht bloß mit den äußerlichen politischen Formeln erklären. Der Kampf des Zentrums und sogar der Demokraten und der SPD gegen Hindenburg ist zurückzuführen auf die ökonomischen Interessengegensätze innerhalb des Kapitalismus. Und diese Differenzen hören nicht auf mit der Wahl von Hindenburg, sondern bleiben bestehen und werden sich weiter entwickeln und weitergehen müssen. Sie sind nicht weggelöscht. Der Volksblock ist der ideologische Ueberbau; er ist der ideologische Hebel, mit dem die Interessen dieser mittleren und kleineren Kreise verfolgt und die Arbeiterschaft, das Kleinbürgertum und Kleinbauerntum mitgeschleift werden.

Welchen Gewinn hätte das Finanzkapital an einer monarchistischen Staatsform? Wenn die deutsche Bourgeoisie nach innen und außen und als Vollzieher des Dawes-Planes aus der Arbeiterklasse mehr herauspressen will, muß sie sich verbünden mit einem Teil der Arbeiterklasse und breite Massen der Werktätigen unter ihre Führung bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, kann die Bourgeoisie keine sozialen Kompensationen geben. Die Aufwertungsfrage und ihre Behandlung ist ein typisches Exempel, wie die Bourgeoisie zunächst unfähig ist, in der jetzigen Situation die Kleinbourgeoisie wirklich zu bestechen. Ohne sie kann sie sich aber nicht halten, so versucht sie es mit einer monarchistischen Regierung.

Die Republik war dem Kapitalismus aufgezwungen durch eine Lage, bei der er seine Herrschaft erschüttert sah. Und die deutsche Bourgeoisie wird sich erst dann wieder stark fühlen, wenn sie diese Republik verfassungsmäßig durch eine Monarchie ersetzt hat, um damit zu besiegeln, daß die Gefahr des 9. November endgültig gebannt ist. Das sind die Tendenzen.

Müssen wir zu einer Monarchie in Deutschland kommen? Absolut nicht! Es kann keiner das mit 160 Prozent voraussagen. Hier sprechen eine Reihe von Gegenkräften, die Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie, die eifersüchtig ist auf das Heranwachsen der deutschen Bourgeoisie. Im Innern des Landes kann man nicht sagen, daß die monarchistische Gefahr vollendet ist. Man muß verstehen, die Arbeiterklasse dagegen zu sammeln und zu mobilisieren.

Hier kommen wir zu einer Frage, die ebenfalls sehr debattiert worden ist.

Was bedeutet der Volksblock für uns und ist er jetzt schon erledigt?

Ich habe versucht, ihn zu analysieren als politischen Ausdruck bestimmter Schichten innerhalb der Bourgeoisie. Welche Funktionen und Aufgaben hatte dieser Volksblock? Er hatte die Aufgabe, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum einzuspannen und zu verbinden mit dieser Kapitalistengruppe gegen das Finanzkapital. Hat der Volksblock diese Aufgabe erfüllt? Ich sage: natürlich! Er ist zwar unterlegen, weil das Finanzkapital stärkere Verbündete herangezogen hat. Aber es ist festzustellen, daß der Volksblock die breitesten Massen für diesen schwarz-rot-goldenen Schwindel eingefangen hat. Manche sagen: es war nur eine Wahlbewegung. Wenn 13 Millionen Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger zu bekommen sind für Marx, dann ist das eine Massenbewegung. Es gibt kluge Theoretiker, die sagen: Der Volksblock ist nicht mehr vorhanden. Wir sagen dagegen, daß der Volksblock eine reale Kraft ist. Er ist es nicht im Sinne einer wirklichen Kraft gegen das Finanzkapital. Er ist eine [288] reale Kraft zum Betrüge der Arbeiterklasse. Um diese Frage handelt es sich.

Der Volksblock ist heute geschlagen. Daß er viele Ueberläufer zu den Monarchisten hat, ist klar. Es wäre aber ganz falsch, zu sagen, der Volksblock sei erledigt.

Natürlich wird sich der Volksblock noch kläglicher benehmen als vorher. Viele Elemente werden zum Sieger überlaufen. Insbesondere das Zentrum, welches die Brücke zwischen dem Finanzkapital und dem Kleinbürgertum bildet, welches in diesem Falle eine doppelte Rolle spielt. Natürlich, Hindenburg wird eine Menge dieser Ueberläufer bekommen. Nach einer bestimmten Periode der Regierung Hindenburgs aber wird sich eine Opposition herausbilden, eine kleinbürgerliche Opposition gegen Hindenburg. Wenn wir nicht verstehen, Genossen, diese Opposition zu sammeln, werden wir ein jämmerlicher Schwanz dieser kleinbürgerlichen Opposition sein. Und wenn wir hinterher radikal schreien, nützt uns das nichts, wir werden doch ein Schwanz dieser kleinbürgerlichen Opposition sein. Der Volksblock ist keineswegs zu Ende, reell nicht, er wird wieder aufleben, er ist noch viel weniger zu Ende in den Reihen der Arbeiterschaft, die durch ihn verwirrt und verrückt gemacht wurden.

Was sollen wir tun?

Wir haben als zentrale Aufgabe im Kampfe gegen die Bourgeoisie den schwarz-rot-goldenen Schwindel, diesen Volksblocknebel vor den Augen der Arbeiterklasse zu zerstreuen. Diese Aufgabe haben wir bisher nicht richtig gelöst. Können wir, um diese Sache zu machen, Manöver machen, Entlarvungsmethoden anwenden, Angebote, Kompromisse, parlamentarische Manöver machen? Ist das zulässig? Können und dürfen wir den Riß in der Bourgeoisie ausnützen, oder ist unser Interesse, in der Bourgeoisie eine einheitliche Masse vor uns zu haben?

Das ist die Frage des Manöverierens, der Kompromisse. Da ist eine neue Methode eingerissen. Ich habe in der letzten Zeit eine ganze Menge von Theorien über das Manöverieren gehört. Jeder ist prinzipiell für Spitzenverhandlungen, für Manöver, aber praktisch sind dieselben Genossen gegen das Manöver, das die Partei gerade jetzt machen muß. Sie sind prinzipiell für alle drei Manöver, die in der letzten Zeit von der Partei gemacht wurden. Aber sie sind gegen das vierte Manöver, das gerade jetzt aktuell ist. Das ist die Fraktion der Nachgeburt.

Wenn man absieht von den Spitzenfunktionären und sich die Mühe nimmt, hinunterzusteigen in die Mitgliedschaft, wird man sehen, daß unsere Proleten im Betrieb sich unsicher fühlen in der Verteidigung der Kommunistischen Partei. Sie fühlen sich nicht als Sieger der Zukunft, sondern als die Traditionsleute, die dabei sind, weil es anständig ist. Aber wenn die Sozialdemokraten mit demagogischen Kniffen kommen, steht unser Genosse dabei und weiß nicht, was er sagen soll. Man kann der Zentrale viel vorwerfen, aber das eine nicht, daß wir nicht tagtäglich mit den Arbeitern zusammen sind und fragen, was die Leute denken. Und wer nicht selber eine Binde vor den Augen hat, muß sehen, wie unsere Proleten heute in den Betrieben unsicher sind. Und wenn die Berliner Proleten kommen und sagen: „Wir sind nicht demagogisch genug“, dann ist das ein Aufschrei eines Arbeiters, der nicht weiß, wie er sich zur Wehr setzen soll. Und die Zentrale hat zu analysieren, wie man den Proleten hilft, daß sie den Gegnern die Argumente aus der Hand schlagen können. Darum handelt es sich. Und deswegen möchte ich die ganze Politik unserer Partei heute in folgender Formel ausdrücken: Brandler wollte einen großen Bruder gewinnen, wir wollen lernen, einen großen Feind schlagen. Das ist die Aufgabe, wir wollen [289] lernen, die anderen ins Unrecht zu setzen und selbst auch vor den Augen der Massen im Rechte zu sein.

Nun komme ich auf die berühmte Frage „Republik und Monarchie“. Ich behaupte, wenn wir nicht ein so unheilvolles Erbe aus der Vergangenheit hätten, wäre es unmöglich, daß die Frage überhaupt diskutiert werden müßte.

Was ist die bürgerliche Republik?

Ist sie ein Boden, wie Brandler sagte, wo es keine Klassengegensätze mehr gibt, ein geheimnisvolles Etwas, das man ausnützen kann, entweder für die Bourgeoisie oder für das Proletariat? Das ist eine vollkommen antileninistische Vorstellung. Die bürgerliche Republik ist immer eine Maskerade der bürgerlichen Diktatur. Aber wenn wir gegen die bürgerliche Republik kämpfen, ist das nächste Ziel die proletarische Diktatur. Wenn wir gegen die Monarchie kämpfen, ist das nächste Ziel die bürgerliche Republik. Der Unterschied ist, daß zwischen der bürgerlichen Republik und der proletarischen Diktatur nur der Sturz der Bourgeoisie stehen kann. Wenn wir die Auswahl haben zwischen einer Monarchie und einer bürgerlichen Republik, dann ist uns die bürgerliche Republik lieber, weil wir mehr Ellenbogenfreiheit in ihr haben, um die Kapitalisten zu stürzen. Wenn die Monarchie herrscht, werden die Arbeiter die bürgerliche Republik als einen Fortschritt ansehen. Die bürgerliche Republik ist für uns keine gleichgültige Angelegenheit. Bei den Kämpfen zwischen Monarchie und Republik stehen wir nicht gleichgültig beiseite und sagen: „Es ist uns Schnuppe“, wir warten auf den „Tag der Völkerfreiheit“, wie die Arbeiter so gern singen.

Eine solche Theorie haben wir auch einmal bei den rechtesten Genossen gesehen. Thalheimer schrieb während des Kapp-Putsches im März 1921, als die Proleten den Kampf aufnahmen, Kapp ist so gut wie Ebert. Wir warten, bis die weiße Diktatur sich auswirkt. Das ist eine Karikatur des Luxemburgismus. Wenn 14 Millionen für Hindenburg gestimmt haben, 13½ für Marx, dann bleiben wir nicht neutral, sondern dann kämpfen wir aktiv, damit wir den Kampf gegen die Monarchie unter unsere Führung bekommen.

Haben wir die Präsidentenwahl richtig gemacht?

Die Zentrale ist der Meinung, daß sie falsch gemacht wurde. Wir halten das um so mehr aufrecht, als wir jetzt die Auswirkungen sehen. Selbstverständlich mußten wir den Arbeiterkandidaten aufstellen. Das hat die SPD gezwungen, Braun aufzustellen. Das war sehr nützlich. Die Opposition der SPD in Sachsen ist verursacht durch die rasche Aufstellung der Kandidatur Thälmann, die die SPD zwang, Braun aufzustellen. Das war vollständig richtig. Dann hätten wir eine kräftige Agitation machen müssen. Nach 14 Tagen kräftiger Agitation, entweder einige Tage vor der Wahl oder einige Tage nachher hätten wir der SPD und dem ADGB anbieten sollen: Wir sind bereit, unseren Kandidaten zurückzuziehen, wenn sich der andere Kandidat verpflichtet auf so kleine Sachen, wie die Auflösung der Reichswehr, die Amnestie, den Achtstundentag, den Sturz der Luther-Regierung. Das wären populäre Forderungen gewesen, die jeder Prolet begriffen hätte. Wir hätten dazu noch sagen können: Teure Genossen, wir haben die Mehrheit im Reichstag und die Mehrheit kann das

alles beschließen, vom Zentrum bis zu den Kommunisten. Und wenn diese feierliche Handlung geschieht, die uns nicht weh tut, dann ist alles beschlossen nach eurer eigenen Theorie, wenn ihr glaubt, mit der Weimarer Koalition das zu machen.

Was wäre in der SPD passiert? Es wäre eine große Verwirrung entstanden. Viele Arbeiter hätten gesagt, man solle mit den Kommunisten zusammengehen und nicht mit dem Zentrum, und wir hätten eine Plattform gehabt, den Arbeitern zu erklären, warum wir unsere eigene Kandidatur aufstellen. Denn die SPD wäre bestimmt auf unseren Vorschlag [290] nicht eingegangen. Wir hätten dann einen anderen zweiten Wahlgang gehabt, wenn die SPD nicht auf unseren Vorschlag eingegangen wäre! Und wenn dann die Wahl Hindenburg gekommen wäre, – wie ständen wir da! Hat sich das Nachgeben der Zentrale gegenüber einzelnen Parteiarbeitern, die das nicht verstehen, nicht bitter gerächt an der Gesamtbewegung? Genossen, ihr solltet eines nicht vergessen: Die deutschen Kommunisten haben Sympathien in allen Ländern, bei den linksgestimmten Arbeitern in England, in Oesterreich, in Polen, in allen Ländern bestehen Sympathien für die deutschen Kommunisten, weil sie verfolgt werden, weil sie in Zuchthäuser geworfen werden, weil sogar Todesurteile gegen sie gefällt werden. Wir haben sogar Sympathien in der 2. Internationale. Und diese Arbeiter hetzt man gegen die Komintern, indem man sagt, die Kommunisten haben den Monarchisten zur Macht geholfen. Und wer nicht kapiert, daß unsere Taktik ein Schlag für die Komintern, für die KPF, für die russische Partei ist, der mag sich international schimpfen, aber er hat nichts kapiert von den internationalen Zusammenhängen.

Nun möchte ich eine Frage stellen, die ich auch in der Presse gestellt habe: Hätten wir die Wahl Hindenburgs vermeiden können? Natürlich nicht. Denn Hindenburg ist der legale Sohn des 9. November. Hätten wir die kluge Taktik der SPD befolgt und die Losung ausgegeben für Marx zu stimmen, was wäre passiert? Unsere Anhänger hätten nicht gestimmt, denn nicht einmal die SPD konnte ihre sächsischen Mitglieder dazu bringen, für Marx zu stimmen und, ein Teil der Marx-Bourgeoisie hatte sich sofort zu Hindenburg geflüchtet.

Diese Frage der Präsidentenwahl, glaube ich, müssen wir zum Ausgangspunkt nehmen, um jetzt nach der Wahl Hindenburgs gut zu machen, was wir verdorben haben.

Die Lage nach den Hindenburg-Wahlen in der Arbeiterschaft und in unserer Partei.

Da möchte ich sagen: Vor ungefähr zwei Jahren war das Argument gegen die Kommunisten im Betrieb und in den Gewerkschaften, daß wir die Arbeiterklasse zu blutigem Bürgerkrieg verführen wollen, anstatt den schmerzlosen Weg der Koalition zu gehen. Als Putschisten wurden wir überall bekämpft. Ich frage heute, und die Genossen sollen mir eine klare Antwort darauf geben: Was sagt man heute im Betrieb gegen die Kommunisten? Was ist das Argument, das immer wieder uns entgegengehalten wird? „Die Kommunisten sind die Verbündeten der Reaktion“ – das ist das Argument, mit dem man uns entgegentritt. Da helfen keine historischen Bedenken, da helfen keine großen Erklärungen: in der breiten Masse der Arbeiterschaft gelten wir zum Teil dennoch, trotz aller Opfer, trotz aller Klassenjustiz, trotz aller Schandtaten der Bourgeoisie, als Verbündete der Reaktion, als Helfer des Hindenburg-Regimes.

Wenn das richtig ist, so haben wir es nicht verstanden, dieses Argument unseren Gegnern aus den Händen zu schlagen. Wir müssen also alles tun, um dieses Argument unmöglich zu machen. Und wenn wir bei den Wahlen ein wenig falsch manövriert haben, wenn wir durch unsere falsche Taktik bei den Hindenburg-Wahlen diesen Schwindel erleichterten, so müssen wir heute doppelt und dreifach uns anstrengen, um dieses Argument zunichte zu machen.

Was ist die Agitation des sogenannten Volksblocks in der Frage der Koalition? Die Stimmung ist ungefähr so: Hier ist ein Volksblock, hier ist ein Reichsbanner, das sogar eine Kampforganisation gegen Schwarzweißrot darstellt – diese könnten „auf Weimarische Art“ regieren, diese hätten die Mehrheit im preußischen Landtag und im Reichstag, diese Regierung könnte das Washingtoner Abkommen durchführen, die Steuern auf die besitzenden Klassen abwälzen und den Aufstieg der unteren Volksschichten ermöglichen. Dies alles könnte man schmerzlos durch Abstimmungen haben. Das einzige Hindernis dabei sind jedoch die Kommunisten im [291] Reichs- und Landtag.

Wenn diese nicht wären, hätten wir die Linksmehrheit, und deswegen: Weg mit den Kommunisten! Ist das die Agitation, die die Massen von uns entfernt? Und wer den Mut hat, hier zu erklären, daß dem nicht so sei, soll mir erklären, wieso das Reichsbanner und der Volksblock so viele Arbeiter auf seine Seite bekommen konnte. Wir müssen verstehen, diesen Arbeiterbetrug mit allen Mitteln zu zerstreuen. Wenn wir im Dawes-Plan anders abgestimmt hätten, hätten wir einen Verrat an der Arbeiterklasse begangen, auch wenn die Deutschnationalen mit uns stimmten. Aber bei solchen entscheidenden Fragen, wo die breiten Massen die Gefahr viel besser fühlen, muß man alles vermeiden, um auch nur den Anschein des Bündnisses mit den Deutschnationalen hervorzurufen. Und was uns dieses dumme und leider nicht immer vermeidbare Zusammengehen mit den Völkischen geschadet hat, wißt ihr ganz genau.

Die Preußenfrage.

Ich komme zur Frage des Preußischen Landtags und zur Frage des Offenen Briefes. Wer dem Offenen Brief zustimmt, der muß auch ja sagen zur Taktik im Preußischen Landtage. Im Offenen Brief steht nichts anderes als was im Landtag gefordert wurde. Am Offenen Brief ist nicht das wichtigste der Generalstreik, das machen wir als eine agitatorische Geste, um dem Proletariat zu zeigen, welche Methoden für Bekämpfung Hindenburgs möglich sind. Das wichtigste sind die Kampfforderungen gegen den Monarchismus, für die es gilt, eine wirkliche Kampagne zu führen. Die Forderungen gegen den Monarchismus werden nach dem Einzug Hindenburgs nicht vorbei sein und werden zum Ausgangspunkt unserer Politik gemacht werden.

Nun sagen manche Genossen, sie sind für die Forderungen des Offenen Briefes, aber man darf die Sache nicht mit der Regierungsfrage verbinden, das wird eine Koalitionspolitik und eine große Schweinerei. Die Genossen, die sich so helfen, haben nicht gut bis zu Ende gedacht. Hier steht die Frage: beachtet die Arbeiterklasse die Regierungsfrage, ja oder nein? Natürlich beachtet sie sie. Wer ein einziges Mal gesehen hat, wie hier die Arbeiter zu einem kommen und sagen: „Erklärt uns eure Haltung in Preußen,“ der kann tatsächlich nicht ableugnen, daß man die Haltung der Kommunisten nicht verstanden hat. Was ist hier los? Kann sich eine Kommunistische Partei um die Frage der Regierung herumdrücken? Kann man in das Parlament gehen mit verschränkten Armen? Bei unserer jetzigen Taktik wird jeder Bürgerliche im Reichstage oder im Landtage sagen, die Kommunisten werden sich immer so verhalten. Von uns gibt es keine Ueberraschungen zu erwarten, gibt es keine Wendung! Wir sind ein fester Faktor, mit dem sie rechnen können. Und man muß verstehen, daß das spezifische Gewicht des Parlamentarismus anders ist als vor 1923. Daher sind heute die parlamentarischen Illusionen schädlicher für uns als vor zwei Jahren. Heute ist unsere ganze Parlamentstaktik nur ein Faktor gegen uns und noch nicht ein Faktor für uns. Man macht im Parlament nichts für uns, wenn man gute Reden hält, sondern wenn man mit der Masse verbunden auftritt und versteht, auf parlamentarischem Boden die Betrügereien der anderen zu entlarven. Das ist die Frage.

Und deswegen waren die Forderungen des Offenen Briefes zu stellen. Wenn wir im Parlament nur ein paar Leute haben, können wir uns erlauben, immer gegen alles zu stimmen. Wenn wir uns so verhalten, wie bisher in Deutschland, wo unsere 2 Millionen den Ausschlag geben, so kommen wir zwar durch unsere Politik nicht in den Verdacht einer Koalition mit den Schwarzrotgoldenen, aber dafür desto mehr in den Verdacht einer Koalition mit der Deutschnationalen Partei.

Es bestehen scheinbar die größten Schwierigkeiten, ob man auch ohne Bedingungen durch Stimmenthaltung eine bürgerlich-republikanische Regierung ermöglichen soll. Ich möchte ganz klar darauf antworten, wenn wir wissen, daß es uns im Lande schadet, daß wir in eine Falle gelockt [292] werden, wenn wir immer mit den Deutschnationalen eine republikanische Regierung stürzen, ohne daß der Arbeiter etwas anderes bekommt, als eine ihm reaktionärer erscheinende Regierung, sage ich, ist es richtig, eine solche Regierung nicht zu stürzen, um dem Arbeiter zu zeigen, daß die Regierung, auf die er hofft, ein Schaden für ihn ist. Es hätte eine Lage kommen können, daß man uns auf unser Angebot nicht geantwortet hätte und wir hätten trotzdem die Braun-Regierung zu stürzen abgelehnt.

Wenn man dabei vergißt, daß auch die Regierungsfrage nach der Existenz Sowjetrußlands anders steht, dann betrachtet man die Dinge von einem Kirchturmsstandpunkt. Gewiß ist Marx ebenso ein

Feind des proletarischen Staates wie Hindenburg. Aber ein unter Hindenburg geeinigtes reaktionäres Deutschland ist gefährlicher als ein Deutschland, in dem der Fraktionskampf innerhalb der Bourgeoisie weitergeht.

Nun die Frage des Budgets. Selbstverständlich werden wir in Deutschland niemals zustimmen und noch weniger werden wir er einen Polizeietat stimmen. Trotzdem ist das absolut keine prinzipielle Frage.

Was war der verhängnisvolle Fehler der bulgarischen Partei im Juni 1923? Als Zankoff Stambulinski angriff, hat man sich gefreut und hat die Hände überm Bauch zusammengeschlagen wie Thalheimer beim Kapp-Putsch. Diese Politik hat unsere Balkan-Partei an des Rand des Abgrundes geführt. Wenn die Frage gestellt wird, ob man prinzipiell niemals in die Lage kommen kann, wo eine kommunistische Partei bei dem Etat sich der Stimme enthält, so sage ich, es kann vorkommen in Bulgarien, in Italien und unter bestimmten Umständen auch in Deutschland.

Man muß sagen, manche Leute leiden am parlamentarischen Kretinismus. Sie sehen nur die Handlung im Parlament selbst und nicht, welche Bedeutung diese Handlung bei den Massen auslöst. Und solche parlamentarisch verseuchte Zeitgenossen bilden sich ein, weil wir die Landtagsauflösung vermieden haben, ist die Preußenfrage erledigt. Wenn wir nicht jetzt auf der Plattform des Offenen Briefes eine Massenaktion auslösen, dann ist die ganze Sache ein parlamentarischer Kretinismus gewesen. Wenn es uns nicht gelingt, die Genossen zu konzentrieren auf die organisatorische Durchführung der politischen Dinge, dann haben wir unsere Aufgabe nicht erfüllt.

Die Garantie gegen den Opportunismus.

Nun zu der Frage: Wo sind die Grenzen gegen den Opportunismus? Es gibt kein Mittel gegen den Opportunismus, als den Versuch, auf der Grundlage des Leninismus zu stehen und ihn anzuwenden. Und man kann sagen: Organisatorisch gibt es noch die Bindung mit der KPR, der einzigen bolschewistischen Partei, die es bis jetzt gibt. Wir können mit der KPR viele Meinungsverschiedenheiten haben und wir haben sie gehabt. Aber niemals können wir die KPR des Verrats bezichtigen. Niemals kann ein Bolschewik dem ZK der KPR Verräterei vorwerfen. Das Zusammengehen mit der KPR scheint die zweite Garantie gegen den Opportunismus zu sein.

Es wurde in der Debatte auch folgendes erwähnt, ich muß das hier alles bis zu Ende aussprechen: Die Exekutive hätte Brandler jahrelang unterstützt, also würde sie auch heute falsche Politik machen. Es ist nicht wahr, daß die Exekutive jemals Brandler bis zu Ende unterstützt hat. Es waren Differenzen großer Art und wenn die Exekutive nicht leichtfertig die Führung der Partei wechselte, hatte sie recht. Wer nicht verstehen will, daß die Exekutive nicht sofort zur Linken übergang, versteht auch nicht, wie die KI geleitet werden muß. Auch hier soll etwas klar ausgesprochen werden. Unsere linken Genossen in der Partei, die jetzt ohne viel Bedenken mithelfen, die Partei zu verwirren, haben die Funktion der Linken in der Partei, die die Partei vor dem Brandlerismus gerettet hat, nicht be-[293]griffen. Wäre Berlin zusammen mit den Hamburgern gegen die brandlerischen Schweinereien nicht aufgetreten, hätten wir im Oktober einen Trümmerhaufen gehabt. Entweder ist das wahr oder nicht. Wenn es wahr ist, kann man nicht leichtfertig mit dieser Gruppe brechen und erklären, sie sei opportunistisch. Diese Linke in der Partei hat mehr oder minder bewußt in allen Grundfragen richtig gehandelt. Die Linke entstand auf Grund der Stimmungen der Berliner, Hamburger und rheinischen Arbeiter, die Stimmungen sind dann ideologisch verarbeitet worden. Der Artikel von Maslow über die Rolle der Partei nach dem Parteitag war kein nachträgliches Mätzchen, sondern die wirkliche Grundlage unserer Politik allem Brandlerismus gegenüber. Richtig ist auch, daß wir in unserer Linken eine Anzahl Elemente mitgeschleift haben, die auch noch aus anderen Gründen Opposition machten. Das ist ganz unvermeidlich. Diese Linke in der Partei, die die Partei aus dem Oktober herausgeführt und gelernt hat an den Auseinandersetzungen mit der Exekutive, ist die beste Garantie im Kampf gegen den Opportunismus. Das nicht verstehen und leichtfertig damit spielen, die Führung zu diskreditieren, heißt nicht ehrlich die Partei auf den Boden des Frankfurter Parteitages einstellen.

Wir müssen alle Kräfte zusammenreißen, um die Partei von neuem, nochmals auf richtiger Grundlage von Frankfurt und Moskau aufzubauen.

Ueber unsere Stellung zur Militärfrage und die gegenwärtige Bedeutung „republikanischer“ Forderungen.

K. S. Die Beratung des Reichswehretats im Reichstage gibt uns Gelegenheit, unsere Stellung als Kommunistische Partei zu den Fragen der Militärverfassung^{*)} und der Bewaffnung öffentlich festzulegen und zum Ausgangspunkt einer breiten Massenagitation zu machen. In der besonderen Lage Deutschlands unter dem Versailler Vertrag und dem Londoner Pakt, wo die Frage der Bewaffnung eng mit den großen außenpolitischen Fragen zusammenhängt, bedeutet aber eine klare und konkrete Stellungnahme zur Militärfrage auch ein wichtiges Glied unserer Politik im internationalen Maßstabe.

Um unsere gegenwärtige Stellung zur Militärfrage festzulegen, muß man ausgehen von einer Analyse der Lage Deutschlands und der internationalen Lage unter dem Dawes-Plan. Hier haben wir folgende Tatsachen: 1. Deutschland ist im imperialistischen Krieg unterlegen und hat (vorläufig) seine nationale Selbständigkeit verloren, d. h. es ist „Industriekolonie“, fristet seine kapitalistische Existenz durch Kredite oder doch in völliger Abhängigkeit von den imperialistischen Großmächten. 2. Die deutsche Bourgeoisie hat im Auftrage der Entente und auch im eigenen Interesse die Massen des Volkes, die nach dem imperialistischen Kriege bewaffnet waren, vollkommen entwaffnet. 3. Sie hat gleichzeitig eine geheime Bewaffnung von ausgewählten gegenrevolutionären Elementen und Offiziersverbänden durchgeführt, die sich heute bloß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richten, aber zugleich die Kadres bilden sollen für eine neue nationale imperialistische Machtpolitik.

Wir haben als die Hauptforderung in Fragen des Heereswesens bisher stets die Auflösung der Reichswehr vertreten, sowohl im Hinblick auf ihre Rolle im Innern, wie auf Revanchepläne der Reaktion (die heute zwar [294] nicht unmittelbar aktuell sind, doch im Bewußtsein der Arbeiter der Ententeländer eine große Rolle spielen). Wir haben weiter verlangt die Einstellung der geheimen Rüstungen, die Auflösung der Terrorgruppen und der schwarzen Reichswehr. Wir haben aber selbstverständlich diesen negativen Forderungen, die im Grunde bloß eine Abrüstung Deutschlands bedeuten, wie sie auch die Entente aus imperialistischen Gründen verlangt, ein positives proletarisches Programm entgegengestellt, nämlich die Bewaffnung des Proletariats. Dies war im Prinzip vollkommen richtig. Es fragt sich heute aber, ob diese Losung in der Form etwa, wie sie im Herbst v. J. von unserer Reichstagsfraktion aufgestellt wurde, „Uebergabe der Waffen an die Betriebe“, genügt. Ob sie genügt insbesondere nach den Beschlüssen des letzten Zentralausschusses der Partei.

Wir meinen, daß sie nicht genügt.^{**)} Die Losung der Bewaffnung des Proletariats ist selbstverständlich zu propagieren, weil sie das einzige Mittel ist, die Bourgeoisie zu entwaffnen und die Arbeiter zu befreien. Aber sie ist praktisch die Losung des Aufstandes und als solche heute nur eine propagandistische Losung, bedeutet in der heutigen Situation nicht mehr als eine Demonstration, die selbst für unsere Genossen mehr oder minder ein Wort bleibt (eben weil sie so nicht genügend konkret gestellt ist), ganz sicher aber für die großen Massen der Arbeiterschaft, von den anderen ausgebeuteten Klassen ganz zu schweigen. Und nicht nur dies. Unsere Forderung nach Auflösung

^{*)} Gleich hier sei bemerkt, daß sich alle Ausführungen dieses Artikels selbstverständlich auch auf die Polizei beziehen, wenn es auch nicht überall ausdrücklich gesagt ist.

^{**)} Dies zeigt sich unseres Erachtens schon an der Stellung der von der Militärfrage untrennbaren Frage der Polizei. In den von uns im „Offenen Brief“ aufgestellten Parolen steht neben „Auflösung der Reichswehr“ – die Entkasernierung und Entmilitarisierung der Schupo. Warum nicht? In einzelnen für spezielle Situationen aufgestellten Teilprogrammen kann man das machen. In unserem Minimalprogramm aber muß neben Auflösung der Reichswehr unbedingt auch die Auflösung der Schupo und ihr Ersatz durch die Volksmiliz gefordert werden. (Ihre Entkasernierung können wir nebenbei ebenso fordern, wie gewisse Reformen der heutigen Reichswehr.) Es wäre ganz verfehlt, hier etwa einen prinzipiellen Unterschied zu konstruieren und liefe auf folgende pazifistisch-demokratische Argumentation heraus: Krieg führen wollen wir nicht, daher Auflösung der Reichswehr, sie ist total überflüssig; im Innern aber kann man einer Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht entraten, daher fordern wir bloß Entkasernierung usw. In Wirklichkeit aber ist die „Beamtenpolizei“ ebenso eine von der Volksmasse getrennte Gewaltorganisation der Bourgeoisie wie die Reichswehr.

Dieses Beispiel beweist schlagend, wie eine nicht genügend konkrete Antwort auf diese Bewaffnungsfrage, die sehr „radikal“ sein könnte, praktisch große opportunistische Gefahren bergen kann.

der Reichswehr ist eine ganz praktische, konkrete Forderung: auch die radikalen Pazifisten verlangen sie, und die Forderungen der Entente liegen in derselben Richtung^{*)}. Wenn wir es nicht verstehen, dieser konkreten imperialistischen Forderung eine ebenso konkrete revolutionäre entgegensetzen, sondern bloß, allein von einer heute in ziemlicher Ferne liegenden (zumindest für die großen, besonders die kleinbürgerlichen Massen) Aufstandslosung sprechen, so werden wir erstens dieser Losung selbst schaden, sie zur bloßen Phrase machen, zweitens praktisch und vor allem im Bewußtsein der Massen dieselbe Stellung einnehmen wie die Pazifisten und die Entente und sie dadurch teils den Sozialpazifisten, teils der äußersten Reaktion in die Arme treiben.

Wir müssen also unbedingt auch in der Militärfrage (und dasselbe bezieht sich auf die Polizeifrage) bestimmte Mindestforderungen aufstellen im Rahmen eines politischen Minimalprogramms, wie es in der Linie des letzten Zentralausschusses liegt.

Diese Mindestforderungen lassen sich zusammenfassen: in der Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung (Miliz). [295]

*

Ein Artikel von Lenin.

Bevor wir die Berechtigung dieser Forderung und ihre Bedeutung für die heutige deutsche Situation prüfen, wird es ratsam sein, einen Artikel von Lenin aus dem Oktober 1916 in Erinnerung zu rufen, der sich mit dieser Frage befaßt.

Im folgenden geben wir bloß einen Auszug aus diesem Artikel wieder, jedoch mit allen wesentlichen Stellen. Sein Titel lautet: „Ueber die Losung der Abrüstung“, er ist für das Sammelbuch des „Sozialdemokrat“ Nr. 2 geschrieben und deutsch auf Seite 502 ff. der Sammlung „Gegen den Strom“ erschienen. Wie der Titel sagt, ist er gerichtet gegen die pazifistische Losung der Abrüstung, die die Kautskyaner im Kriege vertraten. Diese Polemik ist zwar auch heute noch von großer Wichtigkeit dem Völkerbundschwindel gegenüber, aber in diesem Zusammenhang interessiert sie uns nur insofern, als sie die beiden Parolen der „Volksbewaffnung“ und der „Abrüstung“ als die beiden möglichen Minimalforderungen einander gegenüberstellt.

Nun der Artikel.

*

In einer ganzen Reihe von Ländern und zwar hauptsächlich in den kleinen Ländern, z. B. in Schweden, Norwegen, Holland, in der Schweiz, werden jetzt Stimmen laut, daß der alte Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: „Miliz“ oder „Bewaffnung des Volkes“ durch einen neuen ersetzt werde: „Abrüstung“.

I.

Eines der Hauptargumente zugunsten der Abrüstung, ist das nicht immer ausgesprochene Argument: wir sind gegen den Krieg, überhaupt gegen jeden Krieg. Mit der Irrtümlichkeit dieses Arguments haben wir uns im Artikel über die Junius-Broschüre befaßt. Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne dabei aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich von dem jetzigen imperialistischen Krieg nicht blenden lassen. Für die imperialistische Epoche sind gerade solche Kriege zwischen Großmächten typisch, aber auch demokratische Kriege und Ausstände sind durchaus nicht unmöglich, wie z. B. Kriege unterdrückter Stationen gegen ihre Unterdrücker, für ihre Befreiung von der Unterdrückung, Bürgerkriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus sind unvermeidlich. Kriege des in einem Lande siegreichen Sozialismus gegen andere, bürgerliche oder reaktionäre Länder sind möglich.

^{*)} „Allgemeine Abrüstung“ ist selbstverständlich Utopie. Aber die Abrüstungsforderung in der speziellen Lage Deutschlands und nur für Deutschland als unterdrücktes Land erhoben, ist im der Tat eine sehr praktische, imperialistische Forderung. Es ist eine Tatsache, daß alle „Utopien“ des Pazifismus eben in solchen Fällen sehr reelle Werkzeuge der imperialistischen Politik werden (Man vergleiche, was Lenin gegen die Leugnung nationaler Kriege in der Junius-Broschüre ins Feld führt.)

Die Abrüstung ist das Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben, infolgedessen wird die Abrüstung verwirklicht werden. Aber derjenige ist kein Sozialist, der ohne die soziale Revolution und die Diktatur die Verwirklichung des Sozialismus erwartet. Diktatur ist die Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt. Die Gewalt im 20. Jahrhundert – überhaupt in der Epoche der Zivilisation – ist weder die Faust, noch der Knüttel, sondern das Heer. Die Abrüstung in das Programm aufnehmen, das hieße überhaupt sagen: wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Darin ist ebenso wenig eine Spur von Marxismus zu finden, als wenn wir jagen wollten: wir sind gegen die Anwendung von Gewalt.

II.

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, zu lernen, die Waffen zu handhaben, und Waffen zu besitzen, würde nur verdienen, daß man sie wie Sklaven behandelt. Wenn wir uns nicht in bürgerliche Pazifisten und Opportunisten verwandeln wollen, dürfen wir nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, und daß es daraus keinen anderen Ausweg geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse. In jeder Klassengesellschaft – sei sie nun auf Sklaverei, Leibeigenschaft oder wie jetzt auf Lohnarbeit aufgebaut, ist die unterdrückende Klasse auch bewaffnet. Nicht nur das jetzige ständige Heer, sondern auch die jetzige Miliz – selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken wie z. B. in der Schweiz – ist eine Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Das ist eine so elementare Wahrheit, daß es wohl kaum notwendig ist, sich hier dabei aufzuhalten. Es genügt, auf die Verwendung des Heeres (die republikanisch-demokratische Miliz mit einbegriffen) den Streikenden gegenüber hinzuweisen, eine Erscheinung, die ohne Ausnahme in allen kapitalistischen Ländern die gleiche ist. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der bedeutendsten, grundlegendsten, wichtigsten Tatsachen der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart.

Und angesichts einer solchen Tatsache schlägt man den revolutionären Sozialdemokraten vor, die Forderung der Entwaffnung aufzustellen! Das ist gleichbedeutend mit dem vollständigen Verzicht auf den Standpunkt des Klassenkampfes, den Verzicht auf jedweden Revolutionsgedanken. Unsere Losung muß sein: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die aus der ganzen objektiven Entwicklung des [296] kapitalistischen Militarismus entspringt und durch diese Entwicklung vorgeschrieben ist.

III.

Es ist Sache der Bourgeoisie, Trusts zu entfalten, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu ruinieren und zu schinden und sie zur äußersten Not zu verurteilen. Wir „fordern“ eine solche Entwicklung nicht, wir „unterstützen“ sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir wissen, daß Trusts und Fabrikarbeit der Frauen ein Fortschritt sind. Wir wollen nicht rückwärts schreiten zum Handwerk, zum Kapitalismus ohne Monopolstellung, zur Heimarbeit der Frauen zurück. Vorwärts durch die Trusts und anderes, und über sie hinaus zum Sozialismus.

Diese Erwägung, die den objektiven Gang der Entwicklung in Rechnung zieht, läßt sich mit entsprechenden Aenderungen auch auf die jetzige Militarisierung des Volkes anwenden. Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht auch schon zur Militarisierung der Frauen schreiten. Wir können hier nur sagen: um so besser! Desto schneller acht es vorwärts! Und je schneller es vorwärts geht, desto näher sind wir dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus!

Jetzt erfaßt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Was werden die proletarischen Frauen dagegen tun? ... Sie werden zu ihren Söhnen sagen: „Du wirst bald groß sein. Man wird Dir Waffen geben. Nimm sie und übe Dich im Waffenhandwerk. Dieses Wissen ist für dem Proletarier notwendig, – nicht um auf Deine Brüder, die Arbeiter der anderen Länder zu schießen ..., sondern um gegen die Bourgeoisie Deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, der Armut und den Kriegen nicht mit frommen Wünschen sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und ihre Entwaffnung ein Ende zu machen.“

IV.

Die Anhänger der Abrüstung wenden sich gegen den Programmpunkt, der „Bewaffnung des Volkes“ u. a. deshalb, weil diese letztere Forderung angeblich leichter zu Zugeständnissen an den Opportunismus führe. Wir haben das Wichtigste schon einer Prüfung unterzogen: das Verhältnis der Abrüstung zum Klassenkampf und zur sozialen Revolution. Jetzt wollen wir die Frage prüfen, wie sich die Forderung der Abrüstung zum Opportunismus stellt. Einer der wichtigsten Gründe ihrer Unannehmbarkeit ist gerade der, daß sie und durch sie hervorgerufene Illusionen unausweichlich unseren Kampf mit dem Opportunismus schwächen und entkräften.

Ein Kampf gegen den Imperialismus, der nicht untrennbar mit dem Kampfe gegen den Opportunismus verbunden ist – ist nichts weiter als eine leere Phrase oder ein Schwindel. Der Kampf gegen die beiden Formen des herrschenden Opportunismus (Richtung Scheidemann und Richtung Kautsky. K. S.) muß auf allen Gebieten der proletarischen Politik durchgeführt werden: Parlamentarismus, Gewerkschaften, Streiks, **Heereswesen** usw.

Worin besteht (nämlich) die hauptsächlichste Besonderheit, die beide Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet? Sie besteht darin, daß die konkrete Frage über den Zusammenhang des gegenwärtigen Krieges mit der Revolution und andere konkrete Fragen der Revolution (z. B. Bewaffnung! K. S.) verschwiegen, verschleiert werden.

V.

Wir sind in keiner Weise gegen den Kampf um Reformen ... Wir wollen jene traurige Möglichkeit nicht ignorieren, daß die Menschheit schlimmstenfalls noch einen imperialistischen Krieg erleben wird, wenn sich ungeachtet der zahlreichen Ausbrüche der Gärung unter den Massen aus diesem Kriege nicht die Revolution entwickelt. Wir sind Anhänger eines Programms von Reformen, das auch gegen die Opportunisten gerichtet ist. Die Opportunisten wären nur froh, wenn wir ihnen den Kampf allein um die Reformen überlassen und uns selbst in die nebelhafte Ferne irgendeiner „Abrüstung“ begeben wollten, um uns durch Flucht aus der traurigen Wirklichkeit zu retten.

Einer der Hauptmängel in der Stellung der Frage z. B. der Vaterlandsverteidigung liegt bei einigen Linken darin, daß die Antwort ungenügend konkret ist.

In der Milizfrage hätten wir in der Ausarbeitung einer konkreten und praktisch notwendigen Antwort sagen müssen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Und deshalb: „keinen Pfennig und keinen Mann“ nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz, selbst in solchen Ländern, wie in den Vereinigten Staaten oder der Schweiz, Norwegen usw.

Und zwar um so mehr, als wir in den freiesten republikanischen Ländern (z. B. in der Schweiz) eine Verpreußung der Miliz sehen, eine Prostituirung der Miliz zum Zwecke der Mobilisierung gegen die Streikenden. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch das Volk, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter mit den inländischen (das ist ein besonders wichtiger Punkt in solchen imperialistischen Staaten, die wie die Schweiz, die ausländischen Arbeiter immer mehr und immer schamloser ausbeuten, sie rechtlos lassen), weiter: das Recht sagen wir, für je 100 Bewohner eines gegebenen Landes freie Vereinigungen zu bilden zum Studium des Kriegswesens, bei freier Instruktorwahl und Bezahlung der Arbeit der Instruktor aus Staatsmitteln usw. Nur unter solchen Bedingungen könnte das Proletariat das Kriegswesen für sich selbst erlernen und nicht für seine Sklavenhalter, und die Interessen [297] des Proletariats erfordern unzweifelhaft ein solches Studium. Die russische Revolution hat gezeigt, daß jeder Erfolg, und wenn es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung ist, z. B. die Eroberung einer gewissen Stadt, einer gewissen Fabriksiedelung, eines gewissen Teils der Armee, unvermeidlich das siegreiche Proletariat zwingen wird, gerade ein solches Programm zu verwirklichen.

Die Lehren des Leninschen Artikels.

Soweit Lenin im Oktober 1916. Um die Lehren, die dieser Artikel gibt, heute richtig zu verstehen, muß man folgende Punkte beachten:

Erstens die andere objektive Lage.

A. Er ist geschrieben im imperialistischen Kriege, der (nach Lenin) die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt hat^{*)}. Heute steht sie nicht auf der Tagesordnung, wir befinden uns vielmehr in einer Zeit „zwischen zwei Wellen der Revolution“. (Dies sei besonders jenen Genossen gesagt, die ganz abstrakt die Situation im Weltkrieg mit der heutigen gleichsetzen, worüber wir noch sprechen werden).

B. Der Artikel bezieht sich deutlich auf die Schweiz und andere neutrale Staaten, die eine sehr fortschrittliche Militärverfassung haben (bezw. hatten) und im allgemeinen auf einen Abschnitt der imperialistischen Entwicklung, da die reaktionären Tendenzen des Imperialismus noch nicht im entferntesten so kraß zum Ausdruck gekommen sind wie heute, speziell in Deutschland. Dieses ist in seinem Heereswesen noch hinter die Institution der allgemeinen Wehrpflicht zurückgeworfen. Davon ist auszugehen.

Zweitens den Zweck des Artikels:

Er ist gerichtet gegen die Parole der „Abrüstung“ und stellt ihr die Parole der „Bewaffnung“ gegenüber. Die Differenz zwischen der Aufstandslosung „Bewaffnung des Proletariats“ und der Minimalforderung (Reform, „die auch gegen den Opportunismus gerichtet ist“), „allgemeine Volksbewaffnung“, ergibt sich nur nebenbei. Heute aber (und im vorliegenden Artikel) ist es gerade diese zweite Differenz, die uns interessiert.

Um also den Leninschen Artikel richtig zu verstehen, müssen wir:

1. jene „Vertiefung“ der zugrunde liegenden Tatsachen vornehmen, d. h. die seitherige Rückentwicklung beachten, die eine gesetzmäßige Erscheinung des Imperialismus ist und die neuerdings durch die Aufwerfung des Problems Republik und Monarchie klar in das Bewußtsein der Partei getreten ist;

2. den Gedankengang selbst „seitlich“ zurechtrücken, d. h. den Gegensatz zwischen der Aufstandslosung und der Minimalforderung in den Brennpunkt schieben, wobei andererseits der Gegensatz „Bewaffnung“ gegen „Abrüstung“ sich nebenbei ergibt.

Verstehen wir es so, nicht bloß Lenin-Zitate herauszuschneiden, sondern ihre Lehren auf die objektive Lage und unsere praktische Situation anzuwenden, so ergeben sich die folgenden Reihen von Sätzen:

Erste Reihe:

1. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der wichtigsten Tatsachen der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart.

2. Ihr ist als Ziel des Proletariats gegenüberzustellen die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Das ist für uns eine elementare Wahrheit, daß es für uns wohl kaum notwendig ist, sich hier dabei aufzuhalten. [298]

Zweite Reihe:

3. Die objektive Entwicklung der aufsteigenden imperialistischen Nationen bringt die immer weitere Militarisierung des Volkes mit sich. Wir können hier nur sagen: um so besser! (Desto näher sind wir dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus.) Wir wollen nicht zurück zum Söldnerheer des Absolutismus.

^{*)} Trotzdem verzichtet Lenin nicht darauf, Reformen zu fordern, im Gegenteil.

4. Diese Rückentwicklung tritt aber in der Tat ein in niedergeworfenen kapitalistischen Staaten, die als „Industriekolonien“ vom siegreichen Imperialismus aufgesaugt werden, d. h. an den Punkten, wo der Imperialismus offen reaktionär auftritt und seine eigene politische Entwicklung rückwärts revidiert. Klassenmäßig gesprochen: wo die Bourgeoisie sich nur halten kann im Bunde mit dem auswärtigen Imperialismus gegen die Mehrheit des Volkes, also auch gegen breite Teile des Kleinbürgertums und ohne die materielle Möglichkeit zur „Bestechung“ größerer Arbeiterschichten. Beispiel: Deutschland. Hier ist eine Bewaffnung des Volkes nicht nur in Form der Miliz, sondern sogar der allgemeinen Wehrpflicht heute für die Bourgeoisie unmöglich, weil sie ihr die Rolle als Büttel des internationalen Finanzkapitals, in die sie sich vor der Revolution gerettet hat (und die sie zumindest für eine längere Zeit spielen muß, um sich über Wasser zu halten), unmöglich machen würde. In dieser Situation bewaffnet die Bourgeoisie bloß ausgewählte Terrorgruppen (Reichswehr, Teile der schwarzweißbroten Verbände).

Dritte Reihe:

5. Wir müssen den Kampf gegen den Opportunismus auf allen Gebieten führen, auch dem des Heereswesens, weil die Frage der Bewaffnung eng mit der Revolution zusammenhängt und das Wesen des Opportunismus u. a. hauptsächlich darin besteht, diesen Zusammenhang zu vertuschen.

6. Aber dieser Kampf kann nicht geführt werden, indem wir uns in die Ferne einer prinzipiell richtigen, doch (heute) bloß propagandistischen Aufstandslosung zurückziehen und den Opportunisten den Kampf für praktische Reformen überlassen (bezw. es ihnen leicht machen, im Interesse der Bourgeoisie auch auf den Kampf um Reformen zu verzichten).

7. Im Gegenteil: wir sind Anhänger eines Programms von Reformen (Minimalprogramm), das auch gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Vierte Reihe:

8. Dies gilt speziell für das Heereswesen, sogar in den Ländern, wo eine Miliz, also die fortschrittlichste bürgerliche Heeresverfassung, besteht. Auch dort beschränken wir uns nicht auf die Propaganda der Bewaffnung des Proletariats, sondern fordern Reformen in der Art der freien Offizierswahl, der Wahl der Instruktoressen usw., damit die Arbeiter das Waffenhandwerk für sich erlernen.

9. Um so mehr gilt dies für das heutige Deutschland^{*)}, wo keine Miliz, ja nicht einmal allgemeine Wehrpflicht besteht, sondern ein Söldnerheer. Hier bedeutet unter den konkreten internationalen Verhältnissen (Dawes-Plan) die Forderung der Miliz eine solche Reform, die „auch gegen die Opportunisten“ gerichtet ist, also eine revolutionäre Minimalforderung.

Fünfte Reihe:

10. Es ist also zu fordern in Verbindung mit der Auflösung der Reichswehr und der Polizei: Miliz auf Grund der allgemeinen Volksbewaffnung unter Teilnahme aller Bürger und Bürgerinnen von (sagen wir) 15 bis 65 Jahren bei freier Wahl der Vorgesetzten, Verpflichtung der Kapitalisten, den Lohnarbeitern, Dienstboten usw. die Tage zu bezahlen, die diese der Miliz widmen, Bildung von Zirkeln von je 100 Staatsbürgern zum Studium des Kriegswesens und Uebung im Waffengebrauch mit freier Wahl der Instruktoressen und Bezahlung dieser durch den Staat usw. [299]

11. Wir fordern damit nicht einfach eine bürgerliche Miliz, sondern Reformen in der Richtung auf die proletarische Miliz. Unser Grundsatz bleibt nach wie vor: Keinen Heller und keinen Pfennig nicht nur für ein stehendes Heer, sondern auch für eine bürgerliche Miliz!

Sechstens noch drei Nachbemerkungen:

12. Es gibt Leute, die sich gegen den Programmpunkt der Bewaffnung des Volkes (Miliz) wenden, weil letztere Forderung angeblich leichter zu Zugeständnissen an den Opportunismus führe. Das Gegenteil ist richtig. (S. oben.)

^{*)} Hier sei darauf aufmerksam gemacht, daß im obigen Artikel Lenin ausdrücklich eine derartige „traurige Möglichkeit“ in Betracht zieht.

13. Einer der Hauptmängel in der Stellung der Frage seitens einiger Ultralinken liegt darin, daß die Antwort ungenügend konkret ist. Das bezieht sich eben auf jene Einwände.

14. Diese Minimalforderung ist keine bloße Agitationsphrase, sondern: die russische Revolution hat gezeigt, daß jeder Erfolg, und wenn es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung ist, z. B. die Eroberung einer gewissen Stadt, einer gewissen Fabriksiedelung, eines gewissen Teiles der Armee, unvermeidlich das siegreiche Proletariat zwingen wird, gerade ein solches Programm zu verwirklichen.

*

Selbstverständlich sind dies nur einige Anhaltspunkte, ein theoretisches Gerippe unserer Stellung zur Militärfrage im gegenwärtigen Moment. Ein konkretes Programm müßte noch ausgearbeitet werden. Wichtig ist aber, daß dies nicht eine Angelegenheit der Fachmänner in den Parlamentsausschüssen ist, sondern eine Sache, die offen in den Massen, also in Betrieben und Gewerkschaften und von diesen aus in den Volksversammlungen, im Lande draußen besprochen werden muß. Nur wenn wir fähig sind, daraus eine wirkliche Massenparole im Munde der revolutionären Arbeiter zu machen, werden diese Forderungen uns wirklich vorwärts bringen. (Und dies gilt nicht nur für diese republikanische Mindestforderung allein.)

Die allgemeine und prinzipielle Bedeutung derartiger republikanischer Losungen.

Die Losung der Volksbewaffnung ist eine „republikanische“, d. h. eine Forderung, die auf dem Programm auch der fortgeschrittensten bürgerlichen Revolutionen stand und steht. Dies zu leugnen, wäre unsinnig.^{*)} Wir haben in letzter Zeit auch eine Reihe anderer „republikanischer“ Forderungen aufgestellt. Dies gibt Gelegenheit, ein paar Worte über die allgemeine und prinzipielle Bedeutung von republikanischen Forderungen für die Kommunistische Partei zu sagen. Gerade die Losung der Volksbewaffnung wird als ein sehr gut geeignetes Beispiel dienen können.

Hier taucht zuerst die Frage auf: Sind diese Forderungen zu einzelnen agitatorischen Zwecken aufgestellte Entlarvungsparolen, oder entsprechen sie einer bestimmten materiellen Situation, Etappe, und allgemeinen Aufgabe in der proletarischen Revolution? Mit anderen Worten, haben sie eine Bedeutung auch für das Programm der Kommunistischen Partei?

Wir antworten: sie **haben** diese Bedeutung! Und zwar bilden sie den wesentlichen allgemeinen Inhalt des politischen Minimalprogramms.

Ueber die Frage des Minimalprogramms selbst, die ja eigentlich keine Frage sein sollte, wird es wohl unnötig sein, viel Worte zu machen. Wir erinnern uns des scharfen Kampfes, den Lenin noch einige Tage vor dem [300] Oktobersieg gegen eine Beseitigung des Minimalprogramms führte und des bekannten Satzes aus dieser Polemik: „Das Minimalprogramm hinauswerfen ... würde heißen ganz zuwider handeln dem weisen Rat des weisen Sprichworts, das da lautet: Rühme dich nicht, wenn du in den Kampf ziehst, sondern erst, wenn du vom Kampfe kommst.“

Die Notwendigkeit eines Minimalprogramms hat schon der 4. Kongreß festgestellt. Freilich hat er die Frage selbst noch nicht gelöst. Es ist hier nicht der Ort, näher auf diese Dinge einzugehen. Im allgemeinen aber muß gesagt werden, daß bisher unter Minimalforderungen im Grunde nur Forderungen ökonomischen Charakters (bloße Arbeiterforderungen) aufgestellt wurden und daß, wo man an den Versuch heranging, auch politische Minimalforderungen aufzustellen, diese mehr oder minder aus jenen herauskonstruiert, nach ihnen zurecht komponiert wurden. Dieses Verfahren aber war die wesentliche Wurzel des Brandlerschen Opportunismus. Es ist der direkte Weg zur Sozialdemokratie, ähnlich dem Weg der russischen „Oekonomisten“ zu Anfang dieses Jahrhunderts, die

^{*)} Nämlich sie als ausgesprochen proletarische Forderung hinzustellen. Unsinnig und gefährlich aber noch in einer anderen Beziehung. Ein „prominenter“ ultralinker Genosse, mit dem ich kürzlich darüber sprach, erklärte mir: „Sehr gut, einverstanden, aber was hat diese Forderung mit der Republik zu tun? Es ist eine Kampfforderung gegen die Entente, eine nationale Parole!“ – Wer so denkt, und die Forderung nicht vor allem als Kampfforderung gegen eigenen Staat begreift (das ist das Wesentliche, was diese Forderung „mit der Republik zu tun“ hat), der wird leicht zum Faschismus und Sozialpatriotismus entgleisen.

ebenfalls mit „reinen“ Arbeiterforderungen begannen und beim Liberalismus landeten. Die bitteren Erfahrungen, die wir mit diesen Brandlerschem politischen Minimallosungen (Arbeiterregierung usw.) gemacht haben, haben vielfach den Glauben erweckt, daß jede politische Minimallosung opportunistisch sei. Dieser Glaube ist falsch, und muß beseitigt werden. Die Brandlerschen Forderungen waren eben falsche, opportunistische Forderungen^{*)}, wir müssen richtige, revolutionäre aufstellen.

Lenin schrieb am 6. Oktober 1917:

„Nehmen wir das Minimalprogramm auf politischem Gebiet. Es ist auf die bürgerliche Republik berechnet. Wir fügen hinzu, daß wir uns **nicht** auf ihrem Rahmen beschränken, sondern **sofort** für den höheren Typus der Räterepublik kämpfen. Das müssen wir tun. Aber das Minimalprogramm darf man auf keinen Fall hinauswerfen; denn erstens haben wir noch keine Räterepublik, zweitens ist die Möglichkeit von Restaurationsversuchen nicht ausgeschlossen. Man muß sie erst erleben und besiegen ... dann werden wir noch Zeit haben, das Minimalprogramm hinauszuerwerfen.“

Lenin sagt nicht, daß unser Minimalprogramm die bürgerliche Republik **ist** (die bestand damals in Rußland schon und besteht auch heute bei uns), sondern er sagt, daß es „auf die bürgerliche Republik **berechnet**“ ist und daß wir uns dabei nicht auf ihren Rahmen beschränken, sondern „**sofort**“ für den höheren Typus, der Räterepublik kämpfen. Mit anderen Worten: Unsere republikanischen Forderungen sind nicht schlechthin republikanisch, nicht „rein“ republikanisch, sondern republikanisch mit der Richtung auf die proletarische Republik (genau so wie unsere Reformforderungen in der Militärfrage ebenfalls in der Richtung auf die proletarische Miliz liegen).

Was heißt dies „in der Richtung auf?“ Ist das nicht eine bloße Phrase? Keineswegs. Wir stoßen hier auf die wirklich grundlegenden Fragen der Marx-Leninschen Revolutionstheorie, die kurz angedeutet werden müssen, um die prinzipielle Bedeutung solcher republikanischer Forderungen „mit der Richtung; auf die proletarische Republik“ zu verstehen. (Auf die Frage der „Etappe“ werden wir zum Schluß eingehen.)

Schon Marx hat gesagt, daß jede wirkliche Revolution eine Volksrevolution ist, **auch** die proletarische Revolution. D. h. aber, daß auch die proletarische Revolution (und darin liegt ihr Gemeinsames mit den „wirklichen“ bürgerlichen Revolutionen) nicht nur die beiden polaren Klassen [301] einander gegenübergestellt, nämlich Proletariat und Bourgeoisie, sondern auch gegenübergestellt, das Volk auf der einen Seite, d. h. die Masse aller Ausgebeuteten und Entrechteten, und den Staat als Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klasse auf der anderen Seite. Wenn das Proletariat der Führer der Revolution werden will, dann muß es sich bewußt die Organisierung dieses Gegensatzes zur Aufgabe sehen. Die Losungen aber, unter denen dies möglich ist, sind eben Losungen, die schon die fortgeschrittensten bürgerlichen Revolutionen auf ihrem Programm hatten (eben insofern als sie Volksrevolutionen waren). Schon Marx hat gesagt, daß keine bürgerliche Revolution noch den Unterdrückungsapparat des Staates zerschmettert, sondern jede ihn nur umformt und ausgebaut hat. Noch in jeder bürgerlichen Revolution hat sich der Widerspruch der weitgehendsten republikanischen Forderungen mit der Aufrechterhaltung des Staates als Unterdrückungsorgan deutlich ergeben. Gerade in der Bewaffnungsfrage wird dies besonders klar. Lenin sagt darüber in seiner „Plattform“ vom April 1917:

„Die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz – das ist eine Reform, die aus dem ganzen Gang der Revolution zu erklären ist und die jetzt an den meisten Orten Rußlands in die Praxis umgesetzt wird. Wir müssen den Massen klar machen, daß in den meisten gewöhnlichen bürgerlichen Revolutionen eine solche Reform immer von sehr kurzer Dauer war und daß die Bourgeoisie – selbst die am meisten demokratische und republikanische – immer die alte Polizei des zaristischen Typus wieder herstellte, die Polizei, die vom Volke getrennt und unter dem Kommando der Bourgeoisie nach jeder Richtung hin fähig war, das Volk niederzuhalten.“

^{*)} Diesen sehr wichtigen Punkt, der wie Gen. Ruth Fischer auf dem ZA gesagt hat, nur sehr unvollkommen geklärt ist, werden wir nächstens eingehend behandeln. D. Red.

Dasselbe ist der Fall mit den übrigen weitgehenden Parolen der bürgerlichen Revolution (z. B. Wahl der Beamten, der Richter, Abschaffung der Todesstrafe usw.). Die revolutionäre Arbeiterpartei, indem sie diese republikanischen Losungen auf ihr Minimalprogramm schreibt und sie konsequent bis ans Ende, bis zu dem Punkt fortführt, da sie in Widerspruch geraten mit der bürgerlichen Republik selbst, sowohl ihrem „zaristischen“ Exekutivapparat wie ihrer parlamentarischen Form, zeigt damit den Weg von der bürgerlichen zur proletarischen Republik. Im Moment der Revolution (ihrer ersten Etappe) werden hauptsächlich mit diesen allgemeinen politischen Parolen auf den Lippen die Sowjets als die Keime der proletarischen Republik (gegen die parlamentarisch-bürgerliche) entstehen. (Die wir dann freilich noch werden erobern müssen, um, die Diktatur zu verwirklichen.) In diesem Sinn sind die Forderungen nicht schlechthin republikanisch, sondern Forderungen „in der Richtung auf“ die proletarische Republik.

Nehmen wir ein Beispiel: Noch im April 1917 (in dem Artikel über die „Doppelregierung“) verlangt Lenin von der „neuen“ Regierung der Sowjets, die erst im Keim neben der bürgerlich-parlamentarischen besteht und deren offene Proklamierung (trotz der menschowistisch-sozialrevolutionären Mehrheit!) die Hauptparole der Partei ist, „Bewaffnung des gesamten Volkes“. Wir haben hier die Losung der Volksbewaffnung, also eine „republikanische“ Losung, aber im Munde der revolutionären Arbeiterpartei und gestellt in der Richtung von der bürgerlichen zur proletarischen Republik, als Forderung nach einem neuen Typus des Staats, dem Kommune-staat.

Was ist der Sinn dieser republikanischen Forderung? Das sagt Lenin sehr klar: „Die Ersetzung der Polizei und der Armee als Institutionen, die vom Volke getrennt sind und dem Volke entgegengestellt werden durch die direkte Bewaffnung des gesamten Volks.“ Also: die Gegenüberstellung des Volkes gegen den Unterdrückungsapparat des Staates.

[302] Diese Gegenüberstellung also, und das ist eben das Wesen der Sache, wird auch in der proletarischen Revolution (zumindest ihrer ersten Etappe) nicht bewerkstelligt durch die Erfindung ganz „besonderer“, „rein“ proletarischer Parolen, sondern in gewissem Sinne durch ein auf die Spitzetreiben der fortgeschrittensten republikanischen Forderungen der bürgerlichen Revolution. Und darin besteht ja eben der Sinn der Leninschen Lehre, daß es keine „chinesische Mauer“ zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution gibt. Wodurch unterscheidet sich die proletarische Revolution von der bürgerlichen, wodurch ordnet sie sich die jeder revolutionären Bewegung des Proletariats nebenher laufenden kleinbürgerlich-revolutionären Bewegungen („bürgerlichen Revolutionen“, z. B. auf dem Lande) unter? Durch die Organisiertheit des revolutionären Proletariats und seine Verbundenheit mit den ärmsten Schichten der nichtproletarischen Massen. Dies ist nach Lenin das wesentliche Moment, das auch den bürgerlichen Februar von dem proletarischen Oktober in Rußland unterschieden hat. Jene konsequent republikanischen „Minimalforderungen“ aber werden daher auch eine allgemeine Bedeutung für alle proletarischen Revolutionen haben. Man kann deshalb sagen, daß nur das Proletariat, das es versteht, sich einerseits als klassenbewußte Sonderkraft zu organisieren, dabei aber zugleich jene Forderungen des Volkes gegen den Staat (republikanisch „mit Richtung auf ...“) zu proklamieren, überhaupt siegen und den Sieg behaupten kann.

Warum? Kurz:

1. Weil das Proletariat selbst nur so wirklich politisches Bewußtsein erringen, seine Führung über alle anderen ausgebeuteten Klassen verwirklichen kann (kleinbürgerlich-revolutionäre Bewegungen nebenher laufen usw.).

In gewissem Sinne kann man sagen, daß jede proletarische Revolution ihre „bürgerliche“, d. h. kleinbürgerliche Anfangsetappe besitzen wird.

2. Weil es im Laufe der Revolution gezwungen sein wird, eben ein solches Programm zu verwirklichen. (Darüber später.)

3. Weil Restaurationsversuche möglich sind.

„Wir wissen nicht, ob es nach unserem Siege nicht noch zeitweise Perioden der Reaktion und Siege der Gegenrevolution geben wird. Darin liegt nichts Unmögliches; darum werden wir, wenn wir gesiegt haben, eine „dreifache Linie von Schützengräben“ gegen eine solche Wirklichkeit bauen.“ (Lenin, 6. Oktober 1917.)

Praktisch:

„Um die Wiederherstellung der Polizei zu verhindern, gibt es nur ein Mittel: Schaffung einer Volksmiliz und ihre Verschmelzung mit der Armee (die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung).“ (Lenin, April 1917.)

Dies dürfte genügen, um die allgemeine und prinzipielle Bedeutung „republikanischer“ Forderungen, d. h. eines konkreten politischen Minimalprogramms klarzumachen.

Die besondere Bedeutung der Losung der Volksbewaffnung im heutigen Deutschland.

In aufsteigenden imperialistischen Staaten mögen diese republikanischen Forderungen erscheinen als bloßes Aufdiespitzetreiben der bürgerlichen Demokratie, mehr oder minder bloße Reformen. Die Gegenüberstellung von Volk und Staat ist hier durch die koloniale Expansion usw. weitgehend abgeschwächt, ja, sie erscheint den Theoretikern der 2. Internationale, z. B. Kautsky, als eine spezifische Eigentümlichkeit bloß der bürgerlichen Revolution. Der reaktionäre Imperialismus, besonders nach dem Kriege, machte auch in den imperialistischen Metropolen diese Gegenüberstellung wieder zu einer grundlegenden revolutionären Tatsache. Das beste Beispiel: [303] Deutschland unter dem Versailler Vertrag und dem Dawes-Plan. Diese Entwicklung hat Lenin schon vorausgesehen als er schrieb:

„Die westeuropäischen kapitalistischen Länder verwirklichen ihre Entwicklung zum Sozialismus nicht durch ein gleichmäßiges ‚Heranreifen‘ zum Sozialismus, sondern durch die Ausbeutung der einen Gruppe von Staaten durch die anderen, durch die Ausbeutung des ersten im imperialistischen Kriege unterlegenen Staates.“

Eben die Ausbeutung des einen Landes durch das andere, die Rolle der Bourgeoisie und ihres Staates als Büttel des internationalen Finanzkapitals macht die Gegenüberstellung von Staat und Volk, wie sie in den großen bürgerlichen Revolutionen bestand im Kampfe gegen den Absolutismus, wiederum aktuell, wenn auch der neue Absolutismus nicht von Gottes, sondern von Morgans Gnaden ist.

Dies bedingt auch die Bedeutung der Volksbewaffnungsparole.

In anderen Ländern, wo entweder eine Miliz besteht oder ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht, werden ähnliche Forderungen nicht die Bedeutung haben wie heute in Deutschland. Sie werden mehr oder minder bloß Forderungen sein, die die bürgerliche Demokratie „auf die Spitze treiben“ im Interesse des Proletariats (Reformen). In Deutschland aber als einem „kolonisierten“ Land bedeuten sie heute mehr: nicht nur die „Spitze“ einer idealen bürgerlichen Demokratie, sondern den Kampf gegen den reaktionären Imperialismus, d. h. Losungen, die geeignet sind, im Munde der revolutionären Arbeiter ihr Bündnis mit den anderen ausgebeuteten Klassen zu organisieren gegen die sklavenhalterische Bourgeoisie, die Hegemonie des Proletariats praktisch zu verwirklichen.

Man darf heute sagen, daß wir diese Forderung schon früher hätten aufstellen müssen. Nicht nur in der Zeit der pazifistischen Episode des Jahres 1924, sondern schon im Jahre 1923 zurzeit des „nationalen“ Scheinkampfes der deutschen Bourgeoisie im Ruhrkrieg, ja noch früher. Bei dieser Gelegenheit kann festgestellt werden, daß es überhaupt einer der Hauptmängel der bisherigen kommunistischen Bewegung in Deutschland war, nicht nur nach dem Kriege, sondern auch vor dem Kriege, daß sie kein konkretes politisches Minimalprogramm besaß.

Selbstverständlich aber ist die besondere revolutionäre Bedeutung, die die Volksbewaffnungsparole (wie überhaupt die „republikanischen“ Minimalforderungen) heute unmittelbar hat, eben eine Folge der besonderen Lage Deutschlands und nicht „ewig“. Auch die deutsche Bourgeoisie ist keineswegs gegen eine „Volksbewaffnung“ überhaupt, genau so wie sie keineswegs überhaupt für den Dawes-Pakt ist. Die deutsche Bourgeoisie schwärmt nämlich keineswegs für die heutige Lage, in die sie ihre Niederlage im imperialistischen Krieg gebracht hat, das muß heute gegen eini-

ge allzu abstrakte Dawes-Kämpfer in unseren Reihen gesagt werden. Nur heute kann sie sich noch nicht gegen den Dawes-Plan auflehnen. Und heute kann sie noch keine Bewaffnung des Volkes, sei es als allgemeine Wehrpflicht, sei es als Miliz, durchführen. Es wäre aber ein großer Fehler, zu verkennen, daß die führenden Kreise der Bourgeoisie mit weitem Blick daran arbeiten, diesen heutigen Zustand zu beseitigen, ein neues imperialistisches Klassenbedürfnis von Junkern, Großbourgeoisie, Kleinbürgertum und Arbeiteraristokratie in der Tat vorbereiten (der Exponent ist Hindenburg), um später wieder die Führung eines nationalen Imperialismus übernehmen zu können. Die schwarzweißroten Jugendorganisationen haben in dieser Zeit die Aufgabe, die kleinbürgerliche und zum Teil die proletarische Jugend an der Stange zu halten, durch ein scheinmilitärisches und scheinnationales Getue solange zufriedenzustellen, bis die deutsche Bourgeoisie wieder offen ein imperialistisches „Volksheer“ schaffen kann, sei es durch Aenderung der weltpolitischen Situation und im Kampfe gegen den Dawes-Pakt, sei es im [304] Rahmen dieses Paktes schon früher in einem Kriege gegen Rußland. (Was natürlich eine viel gefährlichere Sache wäre für die Bourgeoisie.) Dann wird sich auch das Reichsbanner als imperialistische Organisation erweisen.

Unsere Aufgabe als Kommunistische Partei ist es, diese augenblickliche Lage der Bourgeoisie, da die Politik, die sie treiben muß im Interesse ihres Profits, im Widerspruch steht selbst zu ihren eigenen nationalimperialistischen Traditionen (der klassenmäßige Ausdruck dafür ist: im Widerspruch zu den Interessen breiter kleinbürgerlicher Massen) energisch auszunützen, möglichst große Teile aller unter den Dawes-Lasten leidenden Klassen des Volkes mit dem revolutionären Proletariat im Kampfe gegen diesen Pakt zu verbinden, unter unsere Führung zu bekommen. Wir müssen es so der Bourgeoisie unmöglich machen, ihren imperialistischen Klassenblock zu organisieren (was für sie, wie die letzten Ereignisse zeigen, eben infolge des Dawes-Plans mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist) und müssen es soweit bringen, daß wir, wenn der Dawes-Plan einmal fällt (was nicht unbedingt nur als Erfolg einer revolutionären Aktion der Fall sein muß), in diesem Moment schon dem imperialistischen Block der Bourgeoisie unseren eigenen „Sowjetblock“ entgegenstellen können, der diese Entfesselung sofort ausnützt, um die Bourgeoisie zu stürzen und unser innen- und außenpolitisches Programm (Bündnis mit Rußland usw.) zu verwirklichen.

Für diese mit wenigen Strichen gekennzeichnete Etappe unseres Kampfes haben unsere republikanischen Minimalforderungen eine besondere revolutionäre Bedeutung, weil sie eben die allgemeinen politischen Forderungen sind, unter denen ein konkreter politischer Kampf gegen den reaktionären Imperialismus geführt werden muß. Und dies trifft ganz besonders zu auf unsere Forderung in der Militärfrage.

„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, zu lernen, die Waffen zu handhaben und Waffen zu besitzen, würde nur verdienen, daß man sie wie Sklaven behandelt.“ Wir müssen verstehen, daß dieses Wort Lenins heute nicht nur für das Proletariat gilt, sondern auch für große Teile der ausgebeuteten halbproletarischen und kleinbürgerlichen Schichten, in denen also ein ganz berechtigtes Streben nach Waffenbesitz und militärischer Ausbildung besteht. Die Bourgeoisie weiß dies sehr geschickt auszunützen durch die faschistischen Organisationen, obwohl diese außer blutiger Verwendung gegen das eigene Proletariat jenen waffenhungrigen Schichten nicht mehr bieten können als etwas schwarzweißroten (oder schwarzrotgoldenen) Klimbim. Die Losung der Volksbewaffnung im Munde der revolutionären Arbeiter (selbstverständlich mit hartnäckiger Propaganda der Bewaffnung des Proletariats verbunden) ist also heute in hervorragendem Maße geeignet, der Bourgeoisie diese Organisation ihres Klassenbündnisses und auch ihrer Terrorgruppen zu erschweren, die mißleiteten proletarischen und halbproletarischen Elemente aus ihnen herauszuziehen und mit den revolutionären Arbeitern zu verbinden.*)

Damit dürfte die Notwendigkeit der Aufstellung dieser Parole hinreichend begründet sein. Auf einige Einwände, das Verhältnis unser republikanischen Forderungen zum Kampfe gegen den Dawes-Pakt und die Perspektive, werden wir noch im Folgenden eingehen. (Schluß folgt.) [305]

*) Eine wichtige Rolle könnte diese Losung in diesem Sinne auch für den Roten Frontkämpfer-Bund spielen.

Die Sicherheitsfrage und die deutsche Außenpolitik.

Von Arthur Rosenberg.

Die deutsche Außenpolitik wird zur Zeit wesentlich von der Sicherheitsfrage und der damit zusammenhängenden Auseinandersetzung über den Völkerbund bestimmt. Die betreffenden Diskussionen sehen sehr theoretisch aus und erwecken an sich bei der Arbeiterschaft nicht viel Interesse. Trotzdem handelt es sich um Dinge von ungeheurer Wichtigkeit. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Entscheidung, ob Deutschland künftige Kriege der Weltbourgeoisie gegen Rußland mitmachen soll oder nicht.

Was ist die „Sicherheit“, um die hier gestritten wird? Es ist die Sicherheit Frankreichs gegen einen neuen militärischen Angriff Deutschlands. Die französische Bourgeoisie behauptet nämlich: Frankreich ist im letzten Jahrhundert immer wieder von deutschen Einfällen heimgesucht worden: 1814, 1815, 1870 und zuletzt 1914 bis 1918. Trotz aller Niederlagen, die Deutschland im Weltkrieg erlitten hat, ist das deutsche Volk um die Hälfte stärker als das französische (60 Millionen zu 40 Millionen). Also besteht jederzeit die Gefahr, daß Frankreich erneut von Deutschland überfallen wird, und dagegen müssen Sicherungen geschaffen werden.

Wer auch nur ein wenig Sachkenntnis über politische und militärische Dinge besitzt, wird sofort feststellen, daß diese französische „Sicherheits“-forderung ein bloßer Vorwand ist. Erstens hängt die militärische Kraft eines Landes nicht von der Zahl der Einwohner allein ab, sonst wäre China mit seinen 400 Millionen Menschen die gewaltigste Militärmacht der letzten Jahrhunderte gewesen. Zweitens gibt es keine Sicherung dagegen, daß irgendwann in der Zukunft irgendein Staat gegen einen anderen Krieg führt. Es gibt auch keine Sicherung dagegen, daß man einen solchen zukünftigen Krieg verliert. Die Entscheidung künftiger Kriege hängt von tausend Faktoren ab, die niemand vorher bestimmen kann.

Frankreichs ganzes Sicherheitsverlangen ist also weiter nichts als ein plumpes Manöver der französischen Bourgeoisie, um ihre imperialistischen Raubpläne zu verstecken. Im vorigen Jahre hat das französische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine ausführliche Urkundensammlung über die Sicherheitsfrage veröffentlicht. Von diesem Aktenwerk ist auch eine deutsche Uebersetzung erschienen: „Urkunden über die Verhandlungen betreffend die Sicherheitsbürgschaften gegen einen deutschen Angriff“, veröffentlicht vom französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 1924, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin. Wer die Sicherheitsfrage ernstlich studieren will, muß sich mit dieser Urkundensammlung beschäftigen. Die abgedruckten Urkunden reichen von Anfang 1919, also von den Versailler Friedensverhandlungen, bis Ende 1923, also bis in die Zeit nach Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Die sehr interessanten Sicherheitsverhandlungen der Jahre 1924 und 1925 werden selbstverständlich von den Ministerien der Großmächte geheim gehalten.

Wenn man die französischen Dokumente durchblättert, findet man von Anfang an einen beherrschenden Grundgedanken, einen Gedanken, wie ihn vor allem Marschall Foch in seinen Denkschriften immer wiederholt: Es gibt nur eine reale Sicherheit für Frankreich gegen einen zukünftigen deutschen Angriff, und das ist die ständige Besetzung der Rhein-Linie. Hier sind die Pläne des französischen Imperialismus ohne weiteres greifbar. Die Rhein-Linie ist strategisch die gegebene Ostgrenze des groß-französischen Reiches, wie es unter Napoleon I. bestanden hat und wie Poincaré und Foch es wieder herstellen wollen. Die Besetzung der Rhein-Linie gibt außerdem den französischen Kapitalisten die dauernde Herrschaft über das wichtigste deutsche Industriegebiet, also die Möglichkeit, Deutschlands Koh-[306]lenproduktion und Eisenindustrie unter französischem Einfluß zu halten. Für diese Politik gewinnt die französische Großbourgeoisie die Massen der Bevölkerung, indem sie das Gespenst des deutschen Angriffs an die Wand malt.

Im Versailler Friedensvertrag ist bekanntlich diese französische Forderung nicht ganz erfüllt worden. Die Entente-Truppen blieben zwar am Rhein, aber es wurden Räumungsfristen für das besetzte linke Rhein-Ufer festgelegt, die von fünf bis fünfzehn Jahren reichen. Nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages sollte das nördlich besetzte Gebiet, die Kölner Zone, in fünf Jahren geräumt wer-

den, das mittlere Gebiet, die Zone von Koblenz, nach zehn Jahren und der Rest nach fünfzehn Jahren. Aber dabei ist die Voraussetzung, daß Deutschland die Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt. Es gibt nun aber ständig Möglichkeiten, irgendwelche Paragraphen des Versailler Friedensvertrages herauszuholen und an ihnen zu demonstrieren, daß Deutschland den Vertrag nicht erfüllt habe. So dient die Militärkommission der Entente in Deutschland eigentlich nur dem Zweck, solche Nichterfüllungen des Vertrages durch Deutschland festzustellen, damit dann Sanktionen erfolgen können. Wir haben das Spiel ja in diesem Jahre wiederum erlebt, wo die fällige Räumung der Kölner Zone nicht erfolgte mit der Begründung, daß Deutschland seine militärischen Verpflichtungen nicht ganz erfüllt habe.

Der Versailler Vertrag enthält aber noch eine andere Gruppe von Bestimmungen, die mit der Sicherheitsfrage zusammenhängen. Auf Grund des Vertrages wird es Deutschland untersagt, auf dem linken Rhein-Ufer und in einer Fünfzig-Kilometer-Zone rechts des Rheins irgendwelche Truppen oder sonstige militärische Einrichtungen zu unterhalten. Das ist die sogenannte entmilitarisierte Zone. Eine andere Bestimmung des Versailler Vertrages gibt dem Völkerbund das Recht, in solchen entmilitarisierten Gebieten Kontrollen vorzunehmen. Die regierenden Kreise Frankreichs sind nun auf folgenden Ausweg verfallen: Man will unter gewaltsamer Auslegung der betreffenden Paragraphen des Versailler Vertrages aus dem Revisionsrecht des Völkerbundes eine ständige Völkerbundskontrolle im demilitarisierten Gebiet machen, ausgeübt durch Völkerbundskommissare, Völkerbundsgendarmen, unter Umständen sogar Völkerbundstruppen. Die Soldaten des Völkerbundes gelten als Organe der höchsten Friedenskörperschaft. Ihre Anwesenheit ist kein Militarismus. Wenn sich diese französische Auffassung durchsetzt, kann Frankreich ohne weiteres sowohl das linke Rhein-Ufer wie auch das Ruhrgebiet räumen lassen. In diesem Falle würden die französischen Soldaten durch das linke Stadttor hinausgehen und dann unter der Firma: „Völkerbundstruppen“ durch das rechte Stadttor wieder hereinkommen. Wir hätten dann auf dem ganzen linken Rhein-Ufer und in der Fünfzig-Kilometer-Zone rechts des Rheins, also einem Gebiet, das die wichtigsten deutschen Industriezentren umfaßt, für alle Zeiten denselben Zustand, der heute dem Saargebiet beschieden ist.

Ein weiteres Stück der Sicherheitsfrage ist die Sicherung Frankreichs durch militärische Bündnisse. Es war in Versailles vorgesehen, daß Frankreich, England und Amerika ein Defensiv-Bündnis gegen einen künftigen deutschen Angriff abschließen. Der entsprechende Vertragstext war in Versailles bereits aufgesetzt worden, Clemenceau, Lloyd George und Wilson hatten unterschrieben. Aber der amerikanische Senat hat sich geweigert, den Vertrag zu bestätigen. So wurde das amerikanisch-französische Bündnis hinfällig und England nahm dies zum Vorwand, um seinerseits ebenfalls den Bündnisvertrag zu annullieren. Der Gedanke eines solchen Schutzbündnisses für Frankreich ist in den letzten Jahren immer wieder aufgetaucht. Eine Zeitlang wollte die englische Regierung den Franzosen ein solches Bündnis aufdrängen (Lloyd George 1922). Lloyd George schlug den Franzosen ein solches Bündnis vor, als Gegenleistung sollte aber Frankreich auf militärische Sanktionen gegen Deutschland verzichten. Poincaré hat als Ministerpräsident ein derartiges Bündnis nicht schließen wollen. Heute liegen aber die Dinge etwas anders.

[307] Die Sicherheitsfrage wird noch besonders kompliziert durch das Hineinspielen osteuropäischer Probleme. Die französische Bourgeoisie hat es verstanden, in Osteuropa ein ganzes System von Vasallenstaaten zu schaffen. In erster Linie kommen hier Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien in Frage. Aber auch Südslawien und die sogenannten Randstaaten stehen unter französischem Einfluß. Die französische Vorherrschaft in Europa beruht wesentlich auf die Erhaltung eines starken Polen. Dieser Staat soll als Puffer zwischen Deutschland und Rußland dienen und die französische Uebermacht in Osteuropa sichern. Die französische Bourgeoisie erklärt deshalb, daß die Sicherheitsfrage nicht nur davon abhängt, ob Deutschland künftig einen Angriff auf Frankreich selbst machen will oder nicht, sondern ebenso wichtig sei die Sicherung Polens und der Tschechoslowakei in ihrer jetzigen Gestalt.

Zusammenhängend läßt sich also sagen: Frankreichs Verlangen nach „Sicherheit“ ist erstens der Wunsch der französischen Groß-Bourgeoisie nach Festhaltung der strategischen Rhein-Linie in der einen oder anderen Form, zweitens die Sicherung der französischen Oberherrschaft über die deut-

sche Schwerindustrie des Westens, drittens die Sicherung des ganzen europäischen Staatensystems, wie es aus den Friedensverträgen von 1919 hervorgegangen ist, also die Sicherung der französischen Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa; eine Vorherrschaft, die ja nicht nur militärischen und politischen Charakter trägt, sondern vor allem auch wirtschaftlichen. Es sei nur daran erinnert, wie viel französisches Kapital heute in den Unternehmungen Polens und der Tschechoslowakei steckt.

Das gefügte Instrument, mit dem die französische Bourgeoisie diese Sicherheitszwecke erreichen will, ist der Völkerbund. Wir haben schon oben dargelegt, in welcher Weise Frankreich durch den Völkerbundsapparat seine Herrschaft am Rhein aufrecht erhalten will. Ebenso ist der Völkerbund die beste Versicherung gegen eine Störung des jetzigen europäischen Staatensystems; denn jeder Staat, der dem Völkerbund beitrifft, verpflichtet sich damit auf Grund des Völkerbundsstatuts, die Grenzen der Verträge von 1919 anzuerkennen, mit bewaffneter Hand gegen jeden Friedensstörer vorzugehen und in diesem Falle den Durchmarsch von Völkerbundstruppen durch sein Gebiet zu gestatten. Wenn also z. B. Deutschland Mitglied des Völkerbundes wird, so übernimmt es damit die Verpflichtung, die polnische Grenze, wie sie jetzt ist, also mit dem Korridor und all den anderen Ungeheuerlichkeiten, unbedingt zu respektieren, ja darüber hinaus bei jedem „Angriff“ auf Polen dieses im Rahmen des Völkerbundes militärisch mitzuverteidigen!

Die französische Diplomatie arbeitet zusammen mit ihrem Vertrauensmann Benesch, dem tschechischen Außenminister; auf Völkerbundstagungen eifrig daran, die einschlägigen Bestimmungen des Völkerbundsvertrages zu erweitern und zu verschärfen. Das französische Ziel ist es, den Völkerbund zu einem schlagfertigen militärischen Bündnis auszugestalten, wenn nötig, gegen Deutschland, oder noch besser zusammen mit einem unschädlichen, von Frankreich militärisch und wirtschaftlich völlig abhängigen Deutschland gegen Sowjetrußland.

Die Haltung der englischen Politik gegenüber diesen französischen Plänen war in der Vergangenheit schwankend. Auf der einen Seite hat die englische Bourgeoisie kein Interesse daran, die französische Vorherrschaft über das westdeutsche Industriegebiet zu verewigen. Ebenso wenig ist England daran interessiert, die französischen Vasallenstaaten Osteuropas mit ihren zum Teil ganz unmöglichen Grenzen gegen jeden Angriff zu verteidigen. Zurzeit liegen die Dinge aber so, daß die englische Regierung sich in erster Linie gegen Sowjetrußland orientiert. Daher wird eine englisch-französische Verständigung in der Sicherheitsfrage möglich. Die Formel dafür ist der gemeinsame Wunsch beider Staaten, daß Deutschland in den Völkerbund mit eintritt. Dann ergibt sich die Möglichkeit, erstens die Rheinlandfrage mit Hilfe des Völkerbundsapparates so zu lösen, wie [308] man will, zweitens aber Deutschland für einen kommenden Krieg mit Rußland als Etappengebiet und als Lieferant von Kanonenfutter auszunutzen.

Die deutsche Bourgeoisie und ihr Außenminister Stresemann sind sich der Gefahren wohl bewußt, die aus der Sicherheitsfrage entstehen können. Bei allem Antibolschewismus hat man doch gewisse Hemmungen, sich der Ententerepublik restlos zu verschreiben. Am besten wäre für die deutsche Bourgeoisie ein Zustand, wo sie zwischen der Entente und Sowjetrußland lavieren könnte. Als Walter Rathenau den Rapallovertrag abschloß, hat ihm so etwas ähnliches vorgeschwebt. Aber eine solche Doppelpolitik ist seit der Annahme des Sachverständigenplanes unmöglich geworden. Durch ihn ist die deutsche Bourgeoisie an die Westorientierung gebunden. Stresemann versuchte trotzdem im Verlaufe des letzten halben Jahres, in der Sicherheits- und Völkerbundsfrage gewisse Vorbehalte zu wahren. Er erklärte sich bereit, dem Völkerbund beizutreten, aber nur dann, wenn Deutschland von der Verpflichtung entbunden wird, zu Völkerbundskriegen Soldaten zu stellen und Völkerbundstruppen den Durchmarsch zu gestatten. Das war ein origineller Vorschlag. Man kann nicht gut einem Bunde beitreten mit dem Recht, überall mitzureden, aber ohne die Verpflichtung, die Bundesleistungen auf sich zu nehmen. Selbstverständlich haben sämtliche Völkerbundsstaaten der deutschen Regierung erwidert, Deutschland sei im Völkerbund willkommen, aber Extrawürste gebe es nicht. Die Vorbehalte der deutschen Bourgeoisie sollen auch nichts mehr bezwecken, als ihren Kaufpreis zu erhöhen.

Ferner hat Stresemann an die Entente sein berühmtes Sicherheitsangebot gerichtet. Es zerfällt in zwei Teile. Die deutsche Regierung will sich verpflichten, für alle Zeit die gegenwärtigen deutschen Westgrenzen zu respektieren. Das bedeutet den formellen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. In Wirklichkeit kein großes Opfer für die deutsche Bourgeoisie, da ja die Elsaß-Lothringen-Frage alles andere als aktuell ist. Ein noch geringeres Opfer, wenn dafür die Räumung des Ruhrgebiets und des besetzten Rheinlandes gemäß den Versprechungen der Entente zu erhalten wäre, was allerdings nur eine fromme Hoffnung ohne große Aussicht auf Erfüllung ist.

Was den Osten betrifft, so erklärte die deutsche Regierung, daß sie eine gewaltsame Aenderung der jetzigen deutsch-polnischen Grenze nicht anstrebe, man hielt sich aber eine Aenderung auf dem Wege der Verhandlungen offen.

Diese Vorbehalte und Vorschläge Stresemanns sind an sich vom Standpunkt der deutschen Bourgeoisie aus ganz vernünftig. Aber sie hatten von Anfang an keine Aussicht auf Verwirklichung, weil sie den realen Kräfteverhältnissen Europas widersprechen und weil die Wünsche der Entente-Mächte in eine ganz andere Richtung gehen. Für England ist Deutschland nur eine Karte in seinem Spiele, die sowohl gegen Frankreich, als auch gegen Sowjetrußland ausgespielt werden kann. Der französische Imperialismus aber wird immer neue Vorwände ersinnen, um seine Faust auf dem Rheinland zu halten.

Wie werden die Dinge nun weitergehen? Es scheint, daß die Entente folgende Lösung im Auge hat: Man will die deutsche Regierung einfach zwingen, ohne Vorbehalt in den Völkerbund einzutreten. Stresemanns hilfloses Gestammel über diese Frage verrät, daß der Befehl seiner Herren in dieser Frage sehr schroff ist. Damit ist das deutsche Sicherheitsangebot praktisch erledigt. Denn der Eintritt in den Völkerbund bedeutet bereits die bedingungslose Garantie der jetzigen deutschen Ost- und Westgrenzen durch die deutsche Regierung, die feierliche Verpflichtung, keinerlei Aenderung der jetzigen deutschen Grenzen, weder gegen Frankreich noch gegen Polen, anzustreben. Ferner liegt darin die Unterordnung Deutschlands unter die Rheinlandpläne, wie man sie in Paris mit Hilfe des Völkerbundes verwirklichen will, und endlich der Anschluß Deutschlands an das kommende Kriegsbündnis gegen Rußland.

[309] Hat die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten an dieser Situation etwas geändert? Hindenburg hat sich ausdrücklich schon vor seiner Wahl verpflichtet, und die Luther-Regierung hat es bei jeder Gelegenheit betont, daß der Kurs der Außenpolitik der alte bleibt. Die deutsche Großbourgeoisie wird also wohl oder übel auf die Ententeforderungen eingehen müssen und dabei versuchen, für sich selbst möglichst fette Trinkgelder herauszuschlagen. Man will die Landsknechte gegen Rußland stellen und den Sold in die eigene Tasche stecken. Hindenburg soll nun die Funktion erfüllen, den „Burgfrieden“ für dieses Programm herzustellen.

Auf der anderen Seite ist freilich der durch die Wahl Hindenburgs zunächst abgespeiste Nationalismus der Mittelschichten auf die Dauer ein Hindernis für eine solche Bündnispolitik zwischen Deutschland und der Entente. Aber der kleinbürgerliche Nationalismus, auf sich gestellt, ist nie imstande, gegen den Willen der Großbourgeoisie ernstlich anzukämpfen, weder mit Hindenburg, noch mit Marx, noch mit sonst jemand an der Spitze des Reiches.

Die Vereitelung dieser unerhörten Völkerbundspläne ist nur möglich durch den Widerstand der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die kommunistischen Arbeiter haben die Aufgabe, ihre Kollegen darüber aufzuklären, daß der Völkerbund nicht der Weltfriede ist, sondern der neue Weltkrieg. In diesem Sinne müssen wir die Völkerbunds- und Sicherheitsfrage den breitesten Massen des werktätigen Volkes verständlich machen. Den Haß der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg und den nationalen Widerstandswillen der Mittelschichten muß die KPD zur einheitlichen starken Oppositionskraft zusammenfassen gegen Hindenburg, das Hindenburgsystem und gegen die Ententeorientierung der deutschen Bourgeoisie.

Diskussion.

Macht endlich Schluß!

Von Ernst Meyer.

Genosse Lenz will in seinem Artikel „Prinzipielles zu unserer Steuerpolitik“ (Heft 3, S. 133) gegen die in unserer Partei herangezöchteten Steuerabstinenten polemisieren. Aber statt die Fragen klar und scharf zu stellen, begibt sich Lenz auf das Gebiet der Parteidiplomatie und verliert dabei selbst jeden Boden unter den Füßen. Genosse Lenz glaubt gegen die Genossen polemisieren zu müssen, die vor ihm die Ausstellung von Steuerforderungen durch die Partei verlangt haben. Aber seine Polemik beruht darauf, daß er diesen Genossen falsche Auffassungen unterschiebt.

Eine direkte Fälschung ist es, wenn Genosse Lenz behauptet, daß in der Partei der Vorschlag gemacht wurde, die „Durchführung des Dawes-Vertrages als gegeben“ hinzunehmen und im Rahmen dieses Vertrages durch ein „positives Steuerprogramm“ in Konkurrenz mit dem SPD-Schwindel die „gerechte Lastenverteilung“ zu fordern. Da Gen. Lenz von Vorschlägen spricht, die im Oktober vorigen Jahres vom Zentralausschuß zurückgewiesen wurden, scheint er mich damit treffen zu wollen. Nun habe ich zwar seit dem ersten Zentralausschuß bald nach dem Frankfurter Parteitag in jeder Parteikonferenz, und so auch im Oktober, auf die Wichtigkeit kommunistischer Steuerforderungen hingewiesen, aber gerade ich habe verlangt, daß man dem sozialdemokratischen Schwindel der gerechten Lastenverteilung im Rahmen des Dawes-Plans die kommunistische Forderung der völligen Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der Besitzenden zur Sprengung des Dawes-Planes entgegenstellt.

[310] Gen. Manuilski leistet sich in der „Kommunistischen Internationale“ Heft 2 (S. 150/151) eine ähnliche Fälschung, wenn er schreibt:

„Daß es bei uns in der gegenwärtigen Periode an Menschen nicht fehlen wird, die den Kampf um die konkreten Forderungen der Arbeiterklasse in Opportunismus verwandeln wollen, davon zeugt z. B. das vom deutschen rechten Flügel aufgestellte ‚Steuerprogramm‘. Warum hatten die deutschen Genossen recht, als sie diesen Vorschlag einer harten Kritik unterzogen? Natürlich nicht, weil das deutsche ZK die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei überhaupt leugnet, sondern nur, weil das Stellen dieser Frage in den Mittelpunkt aller Parteibestrebungen Opportunismus ist, die Wiederholung des Fehlers, den seinerzeit die russischen Menschewisten begangen haben, als sie, im Gegensatz zur bolschewistischen Parole des Kampfes gegen die Selbstherrschaft, die Losung der ‚Koalitionsfreiheit‘ aufstellten. Die russischen Bolschewisten waren natürlich nicht gegen die Koalitionsfreiheit, aber sie verbanden diese Forderung mit der grundlegenden Aufgabe der Arbeiterklasse in Rußland, mit der Bekämpfung des Zarismus. Und wenn der rechte Flügel der deutschen Partei den Versuch macht, das ‚Steuerprogramm‘ dem Kampf um die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, so verfällt er derselben opportunistischen Sünde.“

In einer Parlamentarier-Konferenz wurden von mir in Ergänzung und in Verbindung mit der Sozialisierungsforderung konkrete Steuervorschläge gemacht, die sich an das unter meiner Mitarbeit entstandene Jenaer Steuerprogramm anlehnen, und die – endlich – zum Teil auch von Gen. Maslow („Internationale“ Heft 4, S. 196) aufgenommen worden sind.

Auch Manuilski sucht seine Polemik gegen unbolschewistische Auffassungen für die Betroffenen durch einen Hieb gegen angebliche Fehler von rechts in der Steuerfrage zu süßen. Aber auch er bleibt den konkreten Beweis für seine Behauptungen in diesem Falle schuldig. Diese Art von „Diplomatie“ sollte endlich aufhören.

Ebenso wenig Grund hat Lenz zu der Polemik gegen meinen Artikel in der „Roten Fahne“ (vom 19.8.1921), worin ich schrieb, daß unsere Steuerforderungen „wahrscheinlich“ an den Mehrheitsverhältnissen im Parlament scheitern würden. Ich weiß heute nicht, ob das „wahrscheinlich“ nicht ein einfacher Schreibfehler ist, oder wodurch sonst dieser ungenaue Ausdruck in einem Zeitungsartikel unterlaufen ist; denn gleich zu Eingang desselben Artikels schrieb ich wörtlich: „Daß bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament der Ausgang – nicht zweifelhaft sein kann. ...“

Der ganze Einwand des Genossen, daß ich nur mit dem Hinweis auf die parlamentarische Ablehnung unserer Steuersätze außerparlamentarische Aktionen forderte, ist hinfällig. Mein Artikel be-

tonte an mehr als einer Stelle den Zusammenhang der Steuerfrage mit allen sozialen und politischen Fragen und stellte in Uebereinstimmung mit Lenin in den Mittelpunkt die Forderung der Kontrolle der Steuererhebung und der Produktion durch die Arbeiter, da kein parlamentarisches Gesetz vor Steuerhinterziehungen schützen könne. Mein Artikel warnte gerade vor isolierter und rein parlamentarischer Betrachtung der Frage.

Uebrigens erfuhr ich aus dem Artikel des Gen. Lenz zum erstenmal, daß es eine unerlaubte, parlamentarische Illusionen stärkende Agitation ist, den Massen zu sagen: Die Mehrheit von Parlaments-Schuffen betrügt euch auf alle Weise; jagt sie zum Teufel und erzwingt die Erfüllung eurer Forderungen durch eigene Aktionen!

Da Lenz so scharf mit anderen Genossen ins Gericht geht, wird er wohl um so sorgfältiger seinen eigenen „prinzipiellen“ Standpunkt präzisieren?

Gen. Lenz betrachtet jeden Genossen als Opportunisten, der „positive“ Steuerforderungen, d. h. die Belastung der Besitzenden, zu anderen Zwecken als denen des taktischen Manövers gegenüber der SPD aufstellt. Angenommen, Lenz hätte recht: wäre er der bessere Taktiker, weil er bei jedem Manöver dem Gegner zuschreit: nimm mich nur nicht ernst; ich manövriere nur; ich kann und will dich jetzt nicht schlagen! Die Partei muß natürlich wissen, was sie mit dem Manöver erreichen will und kann. [311] Diese Grenzen auch dem Gegner Tag für Tag und gar im Augenblick des Manövers in die Ohren zu schreien, nimmt von vornherein jede Möglichkeit auch nur taktischen Erfolges.

Aber es ist falsch, unsere Steuerforderungen nur als „Entlarvungsmanöver gegenüber der SPD“ zu betrachten. Die Aufstellung jeder Teilforderung hat den Zweck, die Massen aufzuklären, zu sammeln, zu mobilisieren, wenn möglich, zu Aktionen zu führen. Manche Teilforderungen können in bestimmten Situationen dazu geeigneter sein als andere; aber prinzipiell unterscheiden sich die Steuerforderungen nicht von anderen Teilforderungen.

Lenz steigert sich zu folgendem Satz:

„Es wäre grundsätzlich falsch, einen ernsthaften Kampf für die steuerliche Belastung der Besitzenden durch den bürgerlichem Staat zu führen.“ (S. 137/138.)

Die Besitzenden werden erleichtert aufatmen, wenn sie lesen, daß die Kommunisten es grundsätzlich ablehnen, einen ernsthaften Kampf für Besitzsteuern zu führen. Sie werden nur nicht ganz begreifen, weshalb die Kommunisten, um zu diesem Entschluß zu kommen, sich mit Steuerfragen beschäftigen müssen. Die Besitzenden sorgen schon selber dafür, Steuern, und sei es durch Hinterziehung, aus dem Wege zu gehen. Die Kapitalisten, die nicht so abstrakt und „prinzipiell“ wie Lenz sind, werden den weiteren Schluß ziehen: wenn die Kommunisten prinzipiell einen ernsthaften Kampf für Besitzsteuern ablehnen, werden sie ja wohl auch keinen ernsthaften Kampf gegen Lohn- und indirekte Steuern führen. Denn der ganze Witz kommunistischer Steuerforderungen ist doch nicht der, Steuern wegen ihrer Schönheit oder Gerechtigkeit zur Stützung des bürgerlichen Staates zu beschließen, sondern bestehende Lasten von den Schultern des Proletariats auf die der Besitzenden abzuwälzen. Denn wenn die Besitzenden nicht selbst für den bürgerlichen Staat Steuern zahlen, fällt doch nicht deshalb der bürgerliche Staat aus Mangel an Mitteln zusammen, sondern die Arbeiter werden gezwungen, die Mittel auszubringen.

Die starre, mechanische Auffassung des Genossen Lenz verrät sich auch darin, daß er offenbar der Meinung ist, „ein ernsthafter Kampf für die Belastung der Besitzenden“ ändere absolut nichts an dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie. Ein siegreicher Kampf, der mit der alleinigen Belastung der Bourgeoisie endet, ist nur denkbar als siegreicher Kampf um die Diktatur des Proletariats. Vor lauter Furcht, dem Staat zu viel aus den Taschen des Bürgertums zu geben, verzichtet Lenz sogar auf die Auslösung von „ernsthaften“, also von Klassenkämpfen! Das ist unrevolutionär gehandelt und undialektisch gedacht.

Lenz hat daher auch kein Recht, sich auf den größten Revolutionär und praktischen Dialektiker Lenin zu berufen.

Gen. Lenz, der, wie so viele seiner Freunde, den Leninismus allein gepachtet zu haben glaubt, sieht in den Steuerforderungen eine schlechte Kopie von Lenins Schrift „Die drohende Katastrophe“. Selbstverständlich wußte Lenin, daß die von ihm in dieser Broschüre aufgestellten Forderungen (Nationalisierung der Banken, Nationalisierung der Kartelle und Syndikate, Aufhebung des Handelsgeheimnisses, Zwangssyndizierung der **Eigentümer**, Zwangsvereinigung der Bevölkerung zu Konsumgenossenschaften) nicht von einer bürgerlich-parlamentarischen Regierung verwirklicht werden. Aber Lenin war nicht so naiv, den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die damals (September 1917) in der Regierung saßen, zu erklären, die genannten Forderungen seien nur als taktisches und Entlarvungsmanöver aufgestellt. Nein, Lenin eifert gegen sie, weil sie nicht „solche revolutionär-demokratischen Schritte sofort, im April, getan haben“. (S. 18 der Wiener Ausgabe.) Lenin betont sogar, daß „noch einmal wiederholt sein mag, daß an und für sich dieses Sichverbinden in ein Syndikat (Zwangssyndizierung) nicht im geringsten die Eigentumsverhältnisse antastet und keinen Groschen den Eigentümern entwendet. Diese Tatsache muß besonders stark hervorgehoben werden ...“ [312] (S. 25.) Zur ernstesten Bekämpfung der Finanznot empfiehlt Lenin auch die Verbindung von Arbeiterkontrolle und Einkommenssteuer:

„Wie ist der Sache zu helfen, wenn die sich durch Schiebungen häufenden Schätze der Reichen versteckt werden? Man kann eine Einkommensteuer einführen mit progressierenden (stufenweise steigenden) und sehr hohen Einsätzen für große und größere Einkommen. Unsere Regierung führte sie ein, nachdem es die anderen imperialistischen Regierungen getan haben. Doch sie ist eigentlich eine Fiktion, ein toter Buchstabe. ... Zur Gestaltung einer wirklichen, keiner fiktiven Steuer, ist eine wirkliche, nicht nur auf dem Papier befindliche Kontrolle notwendig.“ (S. 36.)

Lenz vergißt nicht nur diese Zitate, er vergißt gleich eine ganze Broschüre Lenins, die zur Steuerfrage noch eindeutiger Stellung nimmt. Ende September 1917 verfaßte Lenin die berühmte Schrift „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, worin es auf S. 31 (der Wiener Ausgabe) heißt:

„Nicht die Konfiskation des kapitalistischen Privateigentums wird die Hauptsache sein, sondern eben die allgemeine, allumfassende Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und über ihre Anhänger. Mit der Konfiskation allein wird nichts gemacht sein, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Bestandsaufnahme, der richtigen Verteilung. Die Konfiskation werden wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer ersetzen können (eventuell sogar nach der Schingareffschen^{*)} Staffelung); es würde sich hauptsächlich darum handeln, zu verhindern, daß der Kapitalist sich um die Angabepflicht herumdrückt, die Wahrheit verheimlicht und das Gesetz zu umgehen sucht. Und das wird nur die Arbeiterkontrolle des Arbeiterstaates verhindern können.“

Lenin stellt also fest:

1. Nicht die Konfiskation ist das Wichtigste.
2. Konfiskation kann durch „gerechte“ Steuern ersetzt werden.
3. Ein proletarischer Staat wird sogar bürgerliche Steuerforderungen aufnehmen können.
4. Weniger der Inhalt der Steuerforderungen, als die Art der Steuererhebung macht die Steuerforderung zu einer revolutionären.

Von diesen nüchternen Feststellungen sollten manche „radikalen“ Genossen lernen!

Aber Lenz findet einen neuen Ausweg, um sich um eine konkrete und zugleich wirklich prinzipielle Lösung der Steuerfrage herumzudrücken: er behauptet nämlich, ernsthafte Steuerforderungen könne man nur an – einen Staat der proletarischen Diktatur stellen.

Da Lenz meine Argumente nicht hören und ohne nachzudenken als „opportunistisch“ ablehnen wird, möchte ich ihm wieder nur mit einem Zitat von Lenin antworten. Ende 1916 oder Anfang 1917 arbeitete Lenin eine Plattform für die Zimmerwalder Linke innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie aus. Sie besteht aus 19 kurzen Thesen, von denen sieben „die Teuerung und die uner-

^{*)} Sch. – Führer der monarchistischen Kadettenpartei.

trägliche wirtschaftliche Lage der Massen“ behandeln. Vier davon befassen sich mit Steuern; sie lauten:

„9. Nicht nur in den kriegführenden Ländern, sondern auch in der Schweiz hat der Krieg zu einer unerhörten, skandalösen Bereicherung eines Häufleins von Reichen und zu einer unwahrscheinlichen Not der Massen infolge der Teuerung und des Mangels an Lebensmitteln geführt. Die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Partei muß nicht der reformistische, sondern der revolutionäre Kampf gegen diese Notlage sein – eine systematische und beharrliche Propaganda und Vorbereitung eines solchen Kampfes, die vor den unvermeidlichen vorübergehenden Schwierigkeiten nicht stehen bleibt.

10. Als Antwort auf die zahlreichen bürgerlichen Projekte einer Finanzreform muß die Kampfaufgabe der sozialdemokratischen Partei die Entlarvung der Versuche der Bourgeoisie sein, die Lasten der Mobilisation und des Krieges auf die Arbeiter und die ärmsten Bauern abzuwälzen.

In keinem Fall und unter keinem Vorwand darf die Sozialdemokratie indirekten Steuern zustimmen. Sowohl der Beschluß des Parteitages von Aarau (1915), als auch die Resolution Hintergrimm auf dem Züricher Parteitag (1916), die die Zustimmung der Sozialdemokratie zu indirekten Steuern zulassen, müssen aufgehoben werden. Alle sozialdemokratischen Organisationen müssen sofort die energischste Vorbereitung zum Parteitag im Februar 1917 in Bern beginnen und nur solche Delegierten zum Parteitag wählen, die mit dieser Aufhebung einverstanden sind.

Es ist die Aufgabe von liberalen Beamten und auf keinen Fall einer revolutionären Sozialdemokratie, der bürgerlichen Regierung zu helfen, aus den [313] gegenwärtigen Schwierigkeiten unter Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, d. h. bei Verewigung des Elends der Massen, herauszukommen.

11. Die Sozialdemokraten müssen eine möglichst breite Propaganda für eine einheitliche Vermögens- und Einkommenssteuer mit hohen und steigenden Sätzen in der ganzen Schweiz führen: die Sätze dürfen nicht niedriger als folgende sein:

Vermögen	Einkommen	Prozent der Steuer
25.000 Franken	5000 Franken	steuerfrei
50.000 "	10.000 "	10 %
100.000 "	10.000 "	40 %
200.000 "	10.000 "	60 %

Steuer für Pensionsberechtigte:

bis	4	Franken	täglich	steuerfrei
"	5	"	"	1 %
"	10	"	"	20 %
"	20	"	"	25 % usw.

12. Die Sozialdemokratie muß unerbittlich gegen jene bürgerliche Lüge kämpfen, die auch viele Opportunisten in der Sozialdemokratischen Partei verbreiten, und die darin besteht, daß es ‚unpraktisch‘ sei, revolutionär hohe Steuersätze der Einkommens- und Vermögenssteuer zu propagieren. Umgekehrt ist dies die einzig praktische und einzig sozialdemokratische Politik, denn erstens dürfen wir uns nicht dem anpassen, was für die Reichen ‚annehmbar‘ ist, sondern müssen an die breiten Massen der Armen und Besitzlosen appellieren, die der sozialdemokratischen Partei in bedeutendem Maße gerade wegen ihre reformistischen und opportunistischen Charakters gleichgültig und mißtrauisch gegenüberstehen; zweitens besteht das einzige Mittel, Konzessionen von der Bourgeoisie zu erreichen, nicht im ‚Abmachungen‘ mit ihr, nicht in ‚Anpassung‘ an ihre Interessen und ihre Vorurteile, sondern in der Mobilisierung revolutionärer Kräfte der Massen gegen sie. Und einen je größeren Teil des Volkes wir von der Gerechtigkeit revolutionär hoher Steuersätze und von der Notwendigkeit, sie im Kampfe zu erobern, überzeugt haben werden, desto rascher wird die Bourgeoisie Konzessionen machen, und wir werden jede, auch die geringste Konzession ausnützen für den unbeugsamen Kampf um die volle Expropriation der Bourgeoisie.“

Erst nach diesen Steuerforderungen nennt Lenin (unter Punkt 14 und 15) die Forderung der zwangsweisen Enteignung „gemäß den oben erwähnten Sätzen der Einkommen- und Vermögenssteuer“.

Dieses Programm Lenins ist heute für Deutschland genau so aktuell und zutreffend wie 1916/17 für die Schweiz. Es widerlegt alle Einwände des Gen. Lenz gegen die Möglichkeit und Nützlichkeit von Steuerforderungen für den revolutionären Kampf.

Macht endlich Schluß mit den Steuerdebatten und beginnt im Sinne Lenins die praktische Agitation – nicht im Parlament – sondern unter den Massen!

*

Fangt endlich an!

Eine Entgegnung auf den Artikel des Genossen Meyer.

Von Lenz.

Wir begrüßen es, daß Genosse Meyer uns durch seinen Artikel Gelegenheit gibt, unsere Polemik gegen die Steueropportunisten, die noch immer wichtiger ist als die Polemik gegen die sehr vereinzelt Genossen, die prinzipiell Steuerabstinenz empfehlen, fortzusetzen. Denn es wäre sehr gut, wenn die Genossen durch solche Polemiken anfangen zu lernen, sich in der richtigen Weise gegen den Opportunismus abzugrenzen. Wir teilen nämlich nicht die Anschauung des Genossen Meyer, daß es höchste Zeit ist, mit dem Kampf gegen den Opportunismus Schluß zu machen, sondern wir glauben, daß wir jetzt erst anfangen werden, diese Auseinandersetzungen noch gründlicher fortzuführen.

Nun zur Sache: Genosse Meyer wirft mir und dem Genossen Manuilski „Fälschung“ vor, weil wir ihm die Auffassung unterschoben hätten, daß er die Steuerpolitik als den Weg zur Abwälzung der Dawes-Lasten in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen wolle. Nun haben wir in dem Artikel von Ernst Meyer hoffentlich seine authentische Meinung vor uns und können [314] leicht feststellen, ob ihm ungerechterweise etwas unterschoben wurde, was ihm fern liegt. Wie definiert Genosse Meyer seine Steuerpolitik?

„Gerade ich habe verlangt, daß man dem sozialdemokratischen Schwindel der gerechten Lastenverteilung im Rahmen des Dawes-Planes die kommunistische Forderung der völligen Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der Besitzenden zur Sprengung des Dawes-Planes entgegenstellt.“

Der Dawes-Plan steht – das ist bisher nicht bestritten worden – im Mittelpunkt der deutschen Politik. Sollen unsere Steuerforderungen die Sprengung des Dawes-Planes bedeuten, dann würden sie also mit Recht im Mittelpunkt unseres Programms stehen. Wenn man in der Agitation die Forderung der Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie stellt, dann muß man hinzusetzen, daß das nicht durch irgendein im bürgerlichen Parlament zu beschließendes „positives Steuerprogramm“ möglich ist, sondern nur auf dem Wege der Sozialisierung, der in unserem „Sachverständigengutachten der Arbeiter“ dem Dawes-Plan entgegengestellt wurde.

Auf dem ZA im Oktober 1924 wurde gerade das dem Genossen Meyer entgegengehalten, daß er nicht verstehe, die Steuerpolitik, die wir zu treiben haben, mit dieser unserer grundsätzlichen Stellung zum Dawes-Vertrag in Einklang zu bringen. Die Steuerpolitik der Bourgeoisie ist eines von den vielen Mitteln, durch die die Dawes-Lasten auf die arbeitenden Massen abgewälzt werden. Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung, Antreibersystem verfolgen denselben Zweck. Die werktätigen Massen müssen sich gegen alle diese Formen der Dawes-Politik zur Wehr setzen. Der Kampf gegen die steuerliche Belastung der werktätigen Klassen ist gewiß ebenso notwendig wie der Kampf gegen die Ausbeutung im Betriebe, die der Arbeiter unmittelbarer fühlt. Aber grundverkehrt wäre es, als den positiven Ausweg aus dem Druck der Dawes-Lasten die illusionäre Lösung durch die Abwälzung der Lasten auf die Bourgeoisie im Wege der Steuergesetzgebung durch das bürgerliche Parlament zu empfehlen.

Solange Genosse Meyer sich nicht gegen diese opportunistische Steuerpolitik abgrenzt, wird er nicht beweisen können, daß man seine Vorschläge zu Unrecht abgelehnt hat.

Genosse Meyer zitiert einen Satz seines kritisierten Artikels, um zu zeigen, daß er die Ablehnung der kommunistischen Steueranträge „bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament“ nicht nur „unwahrscheinlich“, sondern sogar „nicht zweifelhaft“ genannt hat. Wer kann da noch von Opportunismus sprechen! Uns scheint es ziemlich gleichgültig, ob man die Durchführung einer kommunistischen Steuerpolitik durch ein bürgerliches Parlament in Anbetracht der Mehrheitsver-

hältnisse nicht wahrscheinlich oder nicht zweifelhaft findet. Wenn man die Frage der Abwälzung der Lasten mit der Steuerfrage identifiziert und die Frage der Durchführung einer kommunistischen Steuerpolitik von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament abhängig macht, so ist das gewiß alles andere als eine grundsätzliche Abgrenzung vom Opportunismus.

Wenn Genosse Meyer es für eine taktische Ungeschicklichkeit ansieht, die jeden Erfolg unmöglich macht, bei einem Manöver dem Gegner zu verraten, daß es sich um, ein Manöver handelt, so befindet er sich wieder im besten Einvernehmen mit allen Opportunisten, die schon bei den ersten Reden des Genossen Sinowjew über die Einheitsfronttaktik darüber gejamert haben, daß wir unsere Taktik dem Gegner verraten, daß wir dadurch bei den Arbeitern den Verdacht erregen, daß wir die Einheit nicht „ehrlich“ wollen. Dem Genossen Meyer passiert dabei das Pech, einen Artikel Lenins zu zitieren (der übrigens auch in einem gewissen geheimnisvollen Schreiben zitiert war, das vielen Genossen zugesandt wurde), wo es heißt, die Kampfaufgabe der Sozialdemokratischen Partei (d. h. heute der KP) müsse „die Entlarvung der Versuche der Bourgeoisie sein, die Lasten der Mobilisation und des Krieges auf die Arbeiter und die ärmsten Bauern abzuwälzen“. Also auch Lenin ist ein so „unkluger“ Taktiker, von vornherein der Bourgeoisie zu verraten, daß sie durch unsere Steuerforderungen in ihrer Arbeiterfeindlichkeit entlarvt werden soll. Genosse Meyer scheint nämlich noch nicht zu wissen, daß die Bourgeoisie und ihre sozialdemo-[315]kratischen Agenten auch dann entlarvt werden können, wenn sie sozusagen vorher vor unseren Manövern gewarnt werden. Denn sie sind ja durch ihre Lage gezwungen, unter allen Umständen arbeiterfeindliche Politik zu machen, auch wenn sie wissen, daß wir das für unsere Agitation gegen sie ausnützen wollen.

Der ernsthafte, außerparlamentarische Kampf muß sich auf die Abwehr der steuerlichen Belastung der Werktätigen konzentrieren; ich habe darauf hingewiesen, daß die stärkere steuerliche Belastung der Besitzenden eine notwendige Folge des Erfolges dieses Kampfes ist. Dagegen hielt ich es für notwendig, klar auszusprechen, daß eine ernsthafte steuerliche Belastung der Besitzenden durch den bürgerlichen Staat unmöglich und daher nicht das Ziel des Kampfes ist. Das schließt keineswegs aus, Steuerforderungen auch an die bürgerliche Regierung zu richten, aber es macht notwendig, hinzuzusetzen, daß beispielsweise die Luther-Schiele-Neuhaus niemals dem Besitzenden das Geld aus der Tasche ziehen werden und daß es daher nicht unsere Aufgabe ist, sie dazu zu zwingen, sondern sie zum Teufel zu jagen.

Genosse Meyer glaubt, sich gegen diese Auffassung auf Lenin berufen zu können. Denn Lenin habe doch gegen die bürgerliche Regierung der Menschewiki und S.-R. geeifert, weil sie nicht solche revolutionär-demokratischen Schritte getan habe. Wir erlauben uns, den Genossen Meyer darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen einer Regierung Kerenski und einer Regierung Luther doch ein gewisser Unterschied ist und daß es wohl notwendig war, den Arbeitermassen zu zeigen, daß die Kerenski-Regierung nicht ihre Regierung ist und nicht ihre Forderungen durchführt, daß das aber bei der Luther-Regierung ganz überflüssig ist. Eben deshalb richten sich unsere Steuerforderungen nicht in erster Linie an die Regierung, sondern an die SPD, von der die Arbeiter zum großen Teil noch glauben, daß sie ihre Interessen vertritt.

Genosse Meyer beruft sich sehr unvorsichtigerweise auf Lenins Schrift „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ Denn drei Seiten vor der von ihm zitierten Stelle ist deutlich zu lesen, was übrigens auch aus der von ihm zitierten Stelle hervorgeht:

„Wollte man sagen: nicht Arbeiterkontrolle, sondern Staatskontrolle, so würde eine bürgerlich-reformistische Phrase entstehen, im Wesen eine rein kadettische Formel, denn gegen die ‚Teilnahme der Arbeiter an der Staatskontrolle‘ haben die Kadetten nichts einzuwenden. Die kadettischen Kornilow-Männer wissen sehr gut, daß eine derartige Teilnahme für die Bourgeoisie das beste Mittel ist, die Arbeiter übers Ohr zu hauen, das allerraffinierteste Mittel einer politischen Bestechung ...

Wenn wir sagen: ‚Arbeiterkontrolle‘ – wobei wir diese Losung immer neben die der Diktatur des Proletariats, immer unmittelbar nach ihr stellen, machen wir damit klar, von welchem Staate die Rede ist. Der Staat ist das Herrschaftsorgan einer Klasse. Welcher Klasse? Wenn der Staat das Organ der Bourgeoisie ist,

so ist er eben der kadettisch-kornilowische ‚Kerenski‘-Staat, von dem das arbeitende Volk in Rußland schon seit mehr als einem halben Jahr die Hücke vollkriegt. Wenn er die Herrschaft des Proletariats bedeutet, wenn vom proletarischen Staate, das heißt von der Diktatur des Proletariats die Rede ist, so kann die Arbeiterkontrolle zur allgemeinen, allumfassenden, allgegenwärtigen, genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung über die Produktion und über die Verteilung der Produkte werden.“

Genosse Meyer kommentiert also Lenin nicht mit besonderer Prägnanz, wenn er sagt, daß weniger der Inhalt der Steuern, als die Art der Steuererhebung die Steuerforderungen zu revolutionären macht. Lenin sagt ganz eindeutig: auch die Arbeiterkontrolle ist wertlos, wenn es nicht die Arbeiterkontrolle des Arbeiterstaates ist. Das gilt doppelt bei der Steuererhebung. Das ist der springende Punkt, auf den wir gerade im Kampfe gegen das Jenaer Steuerprogramm und gegen die Brandler-Thalheimerische 51prozentige Sachwerterfassung immer hingewiesen haben, daß dabei die Frage der Staatsmacht opportunistisch verschleiert wurde.

Was aber den Inhalt der Steuerforderungen anlangt, so muß doch auch hier auf den Unterschied zwischen dem kleinbürgerlichen Rußland von 1917 und dem Deutschland von 1925, in dem die Konzentration des Kapitals [316] auf die Spitze getrieben ist, hingewiesen werden. In Deutschland, wo der größte Teil des Kapitalsbesitzes in der Hand der großen Industriekonzerne konzentriert ist, ist auch formell ein ernsthafter Angriff auf das Privateigentum anders als durch die Sozialisierung von vornherein nicht denkbar.

Genosse Meyer würde gut daran tun, sich über das Verhältnis der Steuerpolitik zu unseren grundsätzlichen Forderungen klar zu werden, wenn er anfangen will, mit dem Kampf gegen die Politik der Partei Schluß zu machen.

*

Dokumente.

Lenin über die Taktik im Korniloff-Aufstand.

Ein Brief an das Zentralkomitee der Bolschewiki aus
den ersten Septembertagen 1917.

„Möglich, daß diese Zeilen zu spät kommen, da sich die Ereignisse manchmal mit einer geradezu schwindelerregenden Schnelligkeit entwickeln. Aber selbst auf diese Gefahr hin halte ich es für meine Pflicht, folgendes zu schreiben:

Der Ausstand Korniloffs ist eine außerordentlich unerwartete (in einem solchen Moment und in einer solchen Form unerwartete) und geradezu unwahrscheinlich scharfe Wendung der Dinge.

Wie eine jede scharfe Wendung fordert sie eine Ueberprüfung und eine Aenderung der Taktik. Und wie bei jeder Wendung gilt es äußerst vorsichtig zu sein, um nicht in Prinzipienlosigkeit zu verfallen.

Meiner Ueberzeugung nach verfallen in Prinzipienlosigkeit jene, die hinabrutschen zur Vaterlandsverteidigung oder (ähnlich anderen Bolschewiki) bis zu einem Block mit den Sozialrevolutionären, zu einer Unterstützung der provisorischen Regierung. Das ist grundfalsch, das ist Prinzipienlosigkeit. Wir werden zu Vaterlandsverteidigern erst nach dem Uebergang der Macht an das Proletariat, nach dem Angebot des Friedens, nach der Zerreißung der Geheimverträge und der Verbindungen mit den Banken, erst nachher. Nicht die Einnahme Rigas, nicht die Einnahme Petersburgs macht uns zu Vaterlandsverteidigern. Bis dahin sind wir für die proletarische Revolution, sind wir gegen den Krieg, sind wir nicht Vaterlandsverteidiger.

Und die Regierung Kerenski unterstützen dürfen wir sogar jetzt nicht. Das ist Prinzipienlosigkeit. Man wirft die Frage auf: Sollen wir uns wirklich nicht gegen Korniloff schlagen? Natürlich, ja. Aber das ist nicht ein- und dasselbe. Hier gibt es einen feinen Unterschied; er wird von manchen Bolschewiki übergangen, die in „Kompromißlerei“ verfallen, und sich von den Strom der Ereignisse mitreißen lassen.

Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Korniloff, aber wir werden Kerenski nicht unterstützen, sondern seine Schwäche entlarven. Das ist der Unterschied, aber ein grundlegender, und er darf nicht vergessen werden.

Worin besteht nun die Aenderung unserer Taktik nach dem Aufstand Korniloffs?

Darin, daß wir die Form unseres Kampfes gegen Kerenski äußerlich ändern, ohne unsere Feindschaft gegen ihn um ein Jota abzuschwächen, ohne ein Wort zurückzunehmen, das gegen ihn gesprochen wurde, ohne die Ausgabe des Sturzes von Kerenski aufzugeben, sagen wir: Man muß den Moment in Rechnung stellen. Augenblicklich werden wir Kerenski nicht stürzen, wir treten an die Aufgabe des Kampfes gegen ihn jetzt anders heran, indem wir dem Volke (das gegen Korniloff kämpft) die Schwäche und das Schwanken Kerenskis auseinandersetzen. Es ist dies auch früher geschehen. Jetzt aber ist dies zum Hauptsächlichen geworden: Darin besteht die Aenderung der Form des Kampfes.

[317] Ferner besteht die Veränderung darin, daß jetzt zum Hauptsächlichsten geworden ist: die Verstärkung der Agitation für eine Art „Teilforderungen“ an Kerenski. – Verhafte Miljukow, bewaffne die Petersburger Arbeiter, rufe die Kronstadter, Wyborger und Helsingforsker Truppen nach Petersburg, löse die Reichsduma auf, verhafte Rodsianko, erhebe zum Gesetz die Uebergabe der Gutsbesitzländereien an die Bauern, führe die Arbeiterkontrolle über die Brotversorgung und über die Produktion ein usw. Und nicht nur an Kerenski, nicht so sehr an Kerenski, dürfen wir diese Forderungen stellen, als vielmehr an die Arbeiter, die Soldaten und Bauern, die der Gang des Kampfes gegen Korniloff mitgerissen hat. Sie weiter fortreißen, ihre Forderung der Verhaftung der Generale und Offiziere, die sich für Korniloff ausgesprochen haben, zustimmend anregen, darauf bestehen, daß sie sofort die Uebergabe des Bodens an die Bauern fordern, sie auf den Gedanken der Notwendigkeit, der Verhaftung von Rodsianko und Miljukow, der Auflösung der Reichsduma, des Verbotes der „Rjetschj“ und anderer bürgerlicher Zeitungen und der Eröffnung des Verfahrens gegen sie bringen. Die „linken“ Sozialrevolutionäre gilt es besonders nach dieser Seite zu stoßen.

Es wäre falsch zu denken, daß wir uns von der Aufgabe der Machteroberung durch das Proletariat weiter entfernt haben. Nein. Wir sind ihr außerordentlich näher gekommen, aber nicht direkt, sondern von der Seite her. Und zu agitieren gilt es sofort in dieser Minute nicht so sehr direkt gegen Kerenski, als vielmehr indirekt gerade gegen ihn, aber indirekt, nämlich: durch die Forderung des aktiven und aktivsten Kampfes gegen Korniloff. Die Entwicklung dieses Kampfes allein vermag uns zur Macht zu bringen und reden soll man davon in der Agitation weniger (fest eingedenk dessen, daß uns morgen schon die Ereignisse an die Macht bringen können und dann werden wir sie nicht mehr hergeben). Meiner Anschauung nach sollte man das in einem Briefe an die Agitatoren (nicht in der Presse) den Kollegien der Agitatoren und Propagandisten, überhaupt den Parteimitgliedern mitteilen. Gegen die Phrasen über die Landesverteidigung, über die revolutionäre Einheitsfront der revolutionären Demokratie, über die Unterstützung der provisorischen Regierung usw. usw. muß man schonungslos kämpfen, eben weil es Phrasen sind. Jetzt ist nur die Zeit zu handeln: ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki habt diese Phrasen längst ausgeleiert. Jetzt ist es Zeit zu handeln, den Kampf gegen Korniloff gilt es revolutionär zu führen, durch Heranziehung, durch Aufrüttelung, durch Aufpeitschung der Massen (Kerenski aber hat Angst vor den Massen, hat Angst vor dem Volk). Im Kriege gegen die Deutschen bedarf es gerade jetzt der Tat: unverzüglich und bedingungslos den Frieden anbieten unter präzisen Bedingungen. Geschieht dies, so läßt sich entweder ein rascher Friede erreichen oder die Umwandlung des Krieges in einen revolutionären, anderenfalls bleiben sämtliche Menschewiki und Sozialrevolutionäre Lakaien des Imperialismus.

Nachdem ich dies geschrieben habe, habe ich sechs Nummern des „Arbeiters“ gelesen und muß sagen, daß hier ein vollkommenes Zusammentreffen vorliegt. Ich begrüße von ganzem Herzen die hervorragenden Leitartikel, die Presserundschau und die Artikel von W. Miljutin und Wolodarski.“

*

Uns scheint dieser Brief Lenins ausgezeichnet geeignet, uns eine Richtschnur für die Taktik zu geben, die die KPD in der durch die Wahl Hindenburgs gekennzeichneten Lage anzuwenden hat. Gewiß werden uns einige „Gelehrte“ sagen, daß die Situation jetzt ganz anders ist als 1917 in Rußland. Die Wahl Hindenburgs ist kein Putsch, die Kerenski-Regierung mußte immerhin gegen Korniloff kämpfen, der „Volksblock“ hat noch keinen Schritt des Kampfes gegen den Monarchismus getan, 1917 war eine aufsteigende revolutionäre Welle, wir stehen in einer Zeit der Flaute. [318] Das alles zugegeben, muß man trotzdem das Gemeinsame der Situation und das Gemeinsame der aus ihr folgenden Taktik sehen. Das Gemeinsame ist, daß der offenen Konterrevolution eine Gruppierung von Parteien bzw. eine Regierung gegenübersteht, die das Vertrauen der großen proletarischen und halbproletarischen Massen eben deshalb genießt, weil sie die Konterrevolution zu bekämpfen scheint, während sie ihr in Wirklichkeit in die Hände arbeitet. Lenins Richtlinien für die Taktik gegenüber der scheinrevolutionären Kerenski-Regierung entsprechen in den Grundzügen der Taktik gegenüber den scheinrepublikanischen Parteien, die der ZA der KPD beschlossen hat. Wir wollten dies Gemeinsame in der Taktik kurz hervorheben.

1. Gegen die offene Konterrevolution kämpfen, ohne sich mit ihren scheinrepublikanischen Gegnern zu solidarisieren.
2. Nicht der Sturz der scheinrepublikanischen Regierung ist jetzt die unmittelbare Aufgabe, sondern die Entlarvung ihrer Schwäche, ihres Schwankens im Kampfe gegen die Konterrevolution.
3. Diese Entlarvung besteht in der Aufstellung von Teilforderungen des schärfsten Kampfes gegen die Reaktion.
4. Diese Teilforderungen sind zur Entlarvung an die „republikanischen“ Führer, vor allem aber zur Organisierung des Kampfes an die Massen zu richten.

Große und rasche Erfolge einer solchen Taktik sind gegenwärtig deshalb nicht zu erwarten, weil die Situation viel weniger zugespitzt ist. Man kann die Wahl Hindenburgs einen kalten monarchistischen Putsch nennen, aber eben, weil er kalt erfolgt ist und nur als ein Schritt der legalen Restauration, hat er keine große Erregung in den Massen hervorgerufen. Die sogenannten Republikaner haben an das Volk nur so lange appelliert, als sie seine Wählerstimmen brauchten, jetzt haben sie offen ihren Frieden mit den Monarchisten gemacht. Das sind die Gründe, warum unsere Umstellung der Taktik nur eine allmähliche Zersetzung im schwarzrotgoldenen Lager, aber keinen raschen und energischen Umschwung in der Massenstimmung bewirken kann. Lenins Brief zu studieren, ist aber auch deshalb sehr nützlich und notwendig, weil neue Ereignisse, die die Massen in ihrer Tiefe aufwühlen, sehr leicht möglich sind. Wir müssen diese Fragen vorher gründlich durchdenken, damit wir den Ereignissen dann anders gegenüberstehen als die hilflose Spartakus-Zentrale im Kapp-Putsch. So.

*

Aus dem „Brünner Memorandum“.

Auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive spielte ein Memorandum eine Rolle, das die Brüner „Theoretiker“ der KPTsch der Arbeiterdelegation aus Brünn mitgaben, weil „nach der Weisung der Prager Zentrale“, wie es in dem Memorandum heißt, „Marx und Lenin beispielsweise der Prager, Kladnoer oder Brüner Delegation nicht hätten angehören dürfen“. Die Brüner Marx und Lenine Ečer und Im. Stern haben deshalb zur Belehrung der Internationale, der sie den Vorwurf der „mangelhaften und leichtfertigen Informationseinholung“ machen, ihre Anschauungen schriftlich niedergelegt. Damit unsere Genossen sich selbst objektiv darüber informieren können, wie die Rechte in der KPTsch aussieht, drucken wir hier ein Kernstück aus diesen originellen Thesen ab. Die Red.

„Die Aktionen, die einer Partei zugemutet werden, müssen in der Zusammensetzung dieser Partei bedingt sein. Zum Kampfe gehört nicht vielleicht nur der Kampfwille des Generals, sondern mehr und vor allem anderen der Kampfwille der Masse. Aber auch die kampfwillige Masse darf nicht in den Kampf geführt werden, wenn sie statt mit Gewehrkugeln, mit [319] Bohnen ausgestattet ist.

Derjenige, der einen Kampf vorbereitet und den Erfolg möglichst sichern will, ist noch nicht konterrevolutionär, hingegen wirkt der gegen die Revolution, der eine vorauszusehende Niederlage herbeiführt. Der Wille zur Besonnenheit ist nicht gleich mit Kampfflucht. Zum Kampfe gehört, wenn auch nicht Siegessicherheit, so doch Siegesmöglichkeit. Sicherheit der Niederlage spricht gegen den Kampf. Eine sichere Niederlage steht dort bevor, wo die Soldaten unausgerüstet sind. Eine noch nicht bolschewisierte Partei ist noch nicht kampffähig. Die Aufgabe der linken Führung der KPTsch wäre es also, unsere Sektion der Kommunistischen Internationale kampfbereit zuzuführen, nicht aber sie als kampffähig aufzufassen und in derartige Kämpfe führen zu wollen, welche eine sichere Niederlage bedeuten. Die sogenannten Linken haben beispielsweise von uns in Brünn verlangt, daß wir uns bei den Teuerungsdemonstrationen, auch dort, wo nur ein paar Hundert Arbeiter einem starken Polizeiaufgebot gegenüberstehen, Zusammenstöße herbeizuführen (!) und uns um die dabei zu bringenden Blutopfer nicht zu kümmern haben. Wir hingegen haben die Demonstration wohl mit Macht in die Wege geleitet, überflüssiges Blutvergießen aber haben wir vermieden, zumal sich uns für ein, solches die das Blutvergießen fordernden sogenannten linken Genossen absolut nicht zur Verfügung gestellt haben. Kämpfen wollen und sollen wir nicht ausweichen, wohl aber Niederlagen. Opfer müssen ertragen, nicht aber herbeigeführt werden.

Einige unserer sogenannten linken Genossen stehen auf dem Standpunkte, daß wir ununterbrochen Revolution „zu machen“ haben. Wir sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der Kommunistischen Partei sein kann, irgendwie eine revolutionäre Bewegung zu erzeugen, sondern immer nur eine solche vorhandene revolutionäre Bewegung richtig und entscheidend auszunützen. Die Thesen des 3. Weltkongresses der KI sind durchaus nicht obsolet (d. i. veraltet. Die Red.) geworden und es wäre sehr wichtig für die gegenwärtige Führung der KPTsch, die Thesen über die Taktik, wie sie auf dem 3. Kongreß beschlossen wurden, nachzustudieren. Dieses Hinausschicken der Agitatoren in die Arbeiterschaft mit der Weisung, Tag für Tag neue Revolutionen zu entfachen, gehören nicht minder in das Gebiet der von uns schon gezeichneten illusionistischen Politik, wie die sehr jugendliche Auffassung, daß die Anzahl der bei einer Teuerungs-demonstration eingeschlagenen Fensterscheiben den revolutionären Grad einer Zeitperiode erkennen lassen. Die Läden, welche bei einer Teuerungs-demonstration geplündert werden, weil es die Führung anordnete, bedeuten etwas ganz anderes, als die von der hungrigen Masse trotz Abratens der Führung geplünderten Läden. Ersteres gehört in das Gebiet opferreicher Romantik, letzteres ist das sichere Kennzeichen einer revolutionären Epoche. Geradezu widerlich ist der Unfug, der mit dem Worte „Leninismus“ getrieben wird: trotzdem von sachlichen politischen Diskussionen keine Spur war, wurde bei jeder Gelegenheit, insbesondere bei den rein personellen Kämpfen immer wieder gegen uns der Vorwurf erhoben, daß wir „antileninistisch“ seien.

*

Dieser Brünner „Leninismus“ ist eine Karikatur auf den Luxemburgismus: Fensterscheiben dürfen nur spontan eingeschlagen werden, wenn das gegen den Willen der besonnenen und verantwortungsbewußten Führer geschieht, dann ist es aber schon „das sichere Kennzeichen einer revolutionären Epoche.“ Spießbürger, die so etwas schreiben, können an der Spitze von Tausenden guter revolutionärer Arbeiter stehen! Wer das liest, muß verstehen, daß der Kampf gegen die Rechte in der Komintern wirklich kein „Sport“ ist, sondern die primitivste Voraussetzung für die Schaffung einer bolschewistischen Weltpartei. [320]

*

Literatur.

„Unter dem Banner des Marxismus“,
Verlag für Literatur und Politik; 199 Seiten; Preis 3,-

Es ist in der letzten Zeit oft gesagt worden, daß das Interesse und das Bedürfnis nach Erweiterung, Vertiefung und Systematisierung der theoretischen Kenntnisse in allen kommunistischen Parteien stark gewachsen ist und weiter wächst.

Die in deutscher Sprache erscheinende neue Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“, deren erstes Heft vorliegt, wird, wenn die folgenden Hefte halten, was das erste verspricht, die erste und zunächst einzige Möglichkeit geben, jenes Bedürfnis innerhalb der bewußten deutschen Arbeiterschaft zu befriedigen.

Eine Zeitschrift des gleichen Namens erscheint in Moskau seit Anfang 1922. In der Sowjetrepublik wird sehr viel auf dem Gebiete des Marxismus gearbeitet, und das Gebiet des Marxismus ist kein enges, sondern ein allumfassendes Gebiet: nicht um „Soziologie“ handelt es sich, nicht um „Methode“ allein, sondern um Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode auf alle Erscheinungen des Lebens und der Zeit, um eine feste Weltanschauung und die Durchdringung aller Wissenschaften mit dieser Weltanschauung und ihrer Methode; aller Wissenschaften, sowohl der Naturwissenschaften wie der Geschichtswissenschaft wie auch jener Wissenschaften, die so oft mit dem nichtssagenden Namen „Geisteswissenschaften“ irreführend bezeichnet werden.

Der Marxismus ist in der siegreichen proletarischen Republik nicht nur Herrscher auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft, sondern tritt, jünger und doch reifer stärker und eroberungssüchtiger als je mit dem Anspruch auf, alles vor sein Forum zu ziehen, was Leben, Denken, Wissen und Können zeigen.

Das vorliegende erste Heft der neuen Zeitschrift zeigt uns so recht, welche gewaltige Lücken die deutsche Partei des Marxismus auszufüllen hat. Man hat manchmal erklärt, in Deutschland sei vor lauter Kampfesaufgaben „keine Zeit“ zu finden für Aufgaben, an denen an und für sich eine Partei nicht vorübergehen dürfte, welche die ganze Gesellschaft umgestalten will. Das ist zu einem kleinen Teil richtig und zum größten Teil durchaus falsch. Auch unsere Partei muß sich die Aufgabe stellen, alle Gebiete wenigstens, die heute im Vordergrund des Interesses stehen, marxistisch zu behandeln. Die neue Zeitschrift sollte uns ein Ansporn dazu sein.

Sehen wir zunächst, über welche Themen in diesem ersten Heft gesprochen wird.

Wir haben da eine Arbeit aus dem Gebiet der Kritik der politischen Oekonomie, eine rein theoretische Arbeit, nämlich den Anfang einer größeren Arbeit des Genossen Bucharin über Imperialismus und Kapitalakkumulation; diese Arbeit stellt eine ausführliche Kritik und Widerlegung des bekannten Buches der Genossin Rosa Luxemburg („Die Akkumulation des Kapitals“ und „Antikritik“) dar. Wir haben zweitens, um ein ganz anderes Gebiet zu nennen, eine Arbeit des Gen. Jurinetz über „Psychoanalyse und Marxismus“. Da die Freudschen ursprünglichen Arbeiten über Neurosen von Freud und seinen Schülern im Laufe der Zeit zu einer „Philosophie“ und „Weltanschauung“ „verallgemeinert“ worden sind und da erstens diese „Philosophie“ einen typischen Charakterzug der zerfallenden bürgerlichen Kultur darstellt, zweitens aber infolge einiger interessanter Ergebnisse der auf die Neurosen beschränkten Untersuchungen Freuds sogar manche Marxisten die „Verallgemeinerungen“ dieser „Schule“ mit Wohlgefallen aufnahmen, so ist eine kritische Untersuchung dieser ganzen Anschauungen unvermeidlich geworden. Denn nichts wäre unmarxistischer, als an einer solchen Erscheinung „stolz“ vorüberzugehen mit der bequemen Bemerkung, daß „uns“ das „nichts angeht“. „Es“ geht uns erst dann nichts mehr an, wenn wir gezeigt haben, was „es“ ist, nämlich eine unter neuen Formen verhüllte alte, wirklich abgetane idealistische „Philosophie“ (Ich spreche hier von der „philosophischen“ „Verallgemeinerung“ des Freudismus, nicht von den Einzeltatsachen seiner psychiatrischen Untersuchungen).

Drittes Beispiel: die heutige Physik, gleichzeitig aber auch die Chemie und mit beiden die große, erst seit etwa 25 bis 30 Jahren vorhandene Grenzwissenschaft, die man aus Verlegenheit „physikalische Chemie“ genannt hat, diese drei eng miteinander zusammenhängenden und faktisch nicht trennbaren Teile der exakten Naturwissenschaften entwickeln sich überaus stürmisch und unter gewaltigen inneren Krisen. Aber der Marxist, der da glaubt, an dieser Entwicklung unbeteiligt vorübergehen zu dürfen, ist ein schlechter Marxist. Zwei Gründe sind es, die jeden Marxisten zwingen, sich ernsthaft mit den Streitfragen der moderne Physik zu beschäftigen: erstens handelt es sich bei den philosophischen „Verallgemeinerungen“ bestimmter physikalischer Theorien **sofort** um die Grundfrage: Materialismus gegen Idealismus! Zweitens aber haben wir die

Pflicht, gerade an den naturwissenschaftlichen Forschungen, Erge[bnisse]¹ und Methoden die Waffe der Dialektik zu schärfen, zu üben, zu vervollkommen. Und da sollte man etwa an der Relativitätstheorie „vorübergehen“ können? Man kann das eben nicht. Im ersten Heft unserer Zeitschrift referiert Gen. Jurinetz über einen Teil der Diskussion, die russische Marxisten über die Relativitätstheorie führen. Diese Diskussion wird gründlich und fruchtbar geführt, und es ist eine Freude, zu sehen, wie etwa in den „Nachrichten der Komm. Akademie“ ganze mathematisch-physikalische Arbeiten erscheinen, die sich sogar – ganz nebenbei – mit einer neuen Ableitung der Hamiltonschen partiellen [321] Differentialgleichung der Mechanik und mit sehr lustigen Transformationen physikalischer Gleichungen abgeben, um den Einsteinschen Gedankengang kritisch zu behandeln. Es gibt in unseren Reihen noch viele Genossen, die eine Gänsehaut bekommen, wenn sie selbst so harmlose Formeln sehen wie die Marxschen Schemata aus dem 2. Band des „Kapitals“. Es würde sicherlich sehr viele geben, die zeter[n] würden, wenn sie in einer Zeitschrift für marxistische Theorie eine Arbeit sähen, die zu ihrem Verständnis die genaue Kenntnis der höheren Mathematik (Analysis, Differentialgeometrie und Theorie der gewöhnlichen und partiellen Differentialgleichungen) sowie der Physik (Mechanik, Elektrodynamik, Thermodynamik, Quantendynamik und Atomistik) erfordert. Aber man muß wissen: es ist ein gefährliches Vorurteil, zu glauben, daß man „auch ohne das“ auskommt. Leider haben wir noch sehr wenige Marxisten welche Zeit und Gelegenheit gehabt haben, diese notwendigen Dinge zu studieren; aber das ist kein Vorteil, sondern ein Nachteil, und wir sollten unserem Nachwuchs die Liebe und das Interesse für das Studium der Naturwissenschaften einzuimpfen suchen; natürlich ist das in einem kapitalistischen Lande ungeheuer schwer. Seien wir froh, daß wenigstens in der Sowjetunion breiteren Schichten der Horizont geweitet wird.

Im engsten Zusammenhang mit den Naturwissenschaften steht, wie übrigens schon gesagt, die „philosophische“ Verallgemeinerung, meist freilich Verballhornung der Forschungsergebnisse aus dem Gebiete der Naturwissenschaften. Dabei pflegen die epigonenhaften „Denker“ der Bourgeoisie heutzutage Fanfaren der Rückwärtslerei zu blasen und einen „großen Mann“ für diese ihre reaktionären Philosophien (Philosophien des zerfallenden Kapitalismus) in Anspruch zu nehmen. Der Freudismus ist eine solche Erscheinung, die Spenglerei war eine andere, der Ruf „zurück zu Kant“ schließlich, der im Vorjahre anlässlich des Kantjubiläums besonders aufdringlich ausgestoßen wurde, eine dritte. Nun ist es an und für sich gleichgültig, was „Denker“ wie Jarres oder Hindenburg bei solchen Gelegenheiten über Kant offiziell von sich geben. Doch bei solcher Gelegenheit haben die Marxisten die Pflicht, auch das ihre zu sagen. Denn wenn Kant auch nicht ein Philosoph des Proletariats ist, so ist er doch auch gewiß nicht der Philosoph jener reaktionären Bierphilister, die irgendwo einmal etwas vom kategorischen Imperativ gehört haben und nun, weil Kant das Pech hat, seinen 200. Geburtstag in einer Zeit zu „erleben“, wo die Bourgeoisie geistig fast tot ist, politisch aber noch nicht, ihn, einen Philosophen der jungen Bourgeoisie, für sich, die sterbende, reaktionäre Klasse reklamieren. Ein Artikel des Gen. Jakobson berichtet über den Widerhall des Kantjubiläums an der marxistischen Presse der Sowjetunion.

So sehen wir an diesen Beispielen, wie groß die Lücken sind, welche in der theoretischen Arbeit unserer Partei sich zeigen. Das zeigt die bloße Angabe einiger Artikel des ersten Heftes der neuen Zeitschrift.

Was den Inhalt der einzelnen Arbeiten betrifft, so werden wir uns in dieser kurzen Besprechung naturgemäß nur auf ganz oberflächliche Hinweise beschränken können.

Ein Artikel Lenins („Unter dem Banner des Marxismus“) ist der Nr. 3 der gleichnamigen russischen Zeitschrift (März 1922) entnommen.

Gen. Lenin erklärt hier ein „Bündnis“ der konsequenten Materialisten für notwendig, „von Kommunisten und Nichtkommunisten“. Er verallgemeinert sofort diesen Gedanken: „... einer der größten und gefährlichsten Irrtümer der Kommunisten ... ist die Vorstellung, es könnte die Revolu-

¹ Das Wort ist nicht vollständig lesbar. Es wird angenommen, daß das Wort „Ergebnisse“ heißen könnte. *KWF*

tion ausschließlich das Werk der Revolutionäre sein“. Die Avantgarde muß also alle lebendigen, fortschrittlichen Kräfte heranzuziehen verstehen. Um eine Anwendung für unseren speziellen Fall zu machen: Die Partei muß versuchen, die ziemlich zahlreichen kommunistischen Studenten zu veranlassen, erstens schon während ihrer Studienzeit beispielsweise an die Naturwissenschaften dialektisch und materialistisch heranzugehen, wo nur möglich, hier methodisch zu arbeiten und die Ergebnisse ihrer Arbeit den theoretischen Organen Partei zuzuleiten, und zweitens, auch Nichtkommunisten, Kollegen wie Lehrer, zu solcher Arbeit heranzuziehen, wobei die einzige Voraussetzung zu machen ist, daß nämlich die Betreffenden konsequente Materialisten sind. Wenn diese Aufgabe gelöst wird, wird sehr bald eine Lücke, die wir oben genannt haben, ausgefüllt sein. Um ein Beispiel zu nennen: Die Berliner Universität hat drei so hervorragende Naturwissenschaftler wie die Physiker Planck und Laue und den physikalischen Chemiker Nernst. Es ist durchaus wahrscheinlich, da die starke Berliner kommunistische Studentenfraktion Schüler dieser Gelehrten enthält, vielleicht sogar solche, welche über die neuesten Arbeiten auf den Gebieten ihrer Lehrer (die gerade die interessantesten und krisenreichsten sind) laufend berichten und auch Nichtkommunisten für solche Arbeit interessieren könnten. Schon damit würde ein Schritt getan sein, „alle Anhängsel des konsequenten und streitbaren Materialismus zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen“ gegen die „diplomierten Lakaien des Pfaffentums“.

Als zweite Aufgabe, sagt Gen. Lenin, „muß eine solche Zeitschrift ein Organ des streitbaren Atheismus sein“ und gibt sehr interessante Fingerzeige.

Drittens, sagt er, „müssen wir begreifen, daß ohne eine solide philosophische Grundlage keine wie immer geartete Naturwissenschaft ... den Kampf gegen den Einfluß bürgerlicher Ideen ... zu bestehen imstande sein wird.“ Und er empfiehlt, „ein systematisches, von materialistischen Gesichtspunkten geleitetes Studium der Dialektik Hegels“ zu organisieren.

Das Geleitwort des vorliegenden Heftes ist in gleichem Ton gehalten. Diese zwei ersten Stücke des Heftes geben zusammen das Programm der Zeitschrift.

Ein Artikel des Gen. Deborin „Des Revisionismus letzte Weisheit“ geht auf die „Philosophie“ des Revisionismus ein, die nichts ist, als obskurer, [322] pfäffischer Obskurantismus (es ist keine Häufung, wenn man obskurer Obskurantismus sagt; denn der revisionistische Obskurantismus ist glanzlos, trist, obskur). Gen. Deborin behandelt diese „Philosophen“ (Bonus, Ehrenberg, Radbruch, Meerfeld, Max Adler, Steinbüchel, Kranold usw.) und zeigt deren Zusammenhang mit der Grundanschauung des Revisionismus – vulgärer Evolutionismus an Stelle revolutionärer Dialektik – sowie ihr Versinken in „Religion“.

Der bereits erwähnte, sehr interessante Artikel von Jurinetz über „Psychoanalyse und Marxismus“ zeigt zunächst den Aesthetizismus des Freudismus (welchen Aesthetizismus der Verfasser für eine typische Erscheinung an der Wende zweier Epochen erklärt), deckt den Pseudomaterialismus Freuds auf, macht eine interessante Parallele mit dem Bergsonismus, analysiert dann ausführlich den Aesthetizismus Freuds, seinen Dualismus, die wachsende Verworrenheit seiner Theorie und Schule und zeigt schließlich, was es mit der „Soziologie“, „Massenpsychologie“ und politischen Tendenzen dieser Schule auf sich hat.

Die Bibliographie des Hefts enthält die schon erwähnten Arbeiten von Jurinetz und Jakobson, ferner einen Bericht über das „Marx-Engels-Archiv“, dessen Arbeiten, insbesondere die „deutsche Ideologie“, endlich auch außerhalb Rußlands veröffentlicht werden sollten.

Ferner enthält das Heft noch eine ausführliche Disposition von Marx zu einem Vortrag über den Arbeitslohn aus dem Jahre 1847 oder 1848, ebenso wie das Engelsche Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ vom unermüdlichen Gen. Rjasanow ausgegraben; das Vorwort zeigt klar, wie frech der SPD-Vorstand Engels gefälscht hat, um ihn als einen friedfertigen alten Mann und Halbrevisionisten zu frisieren.

*

Der umfangreichste Artikel des Heftes ist vorerst ein Fragment: zwei Kapitel aus einer allem Anschein nach sehr umfangreichen Arbeit des Gen. Bucharin gegen die Akkumulationstheorie der Genossin Rosa Luxemburg.

Das Buch Rosa Luxemburgs wollte eine ökonomische Erklärung des Imperialismus geben. Bei genauem Zusehen erlebt man einige Ueberraschungen: erstens bleibt bei Rosa Luxemburg vollkommen ungeklärt, was eigentlich Imperialismus ist. Ihr Buch ist in drei Teile geteilt, von denen der erste die Marx'sche Theorie der erweiterten Reproduktion innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft, die als aus zwei Klassen bestehend angenommen wird, revidiert, der zweite eine historische Darstellung des Problems geben will, der dritte den Anspruch macht, die Lösung zu sein und die abstrakte Frage der Akkumulation ergänzt durch die Schilderung der Zersetzung primitiver, vorkapitalistischer Gesellschaftsformen durch das Eindringen des Kapitalismus in Kolonialgebiete.

Aber setzt man die Frage der Akkumulation des Kapitals mit der des Imperialismus gleich, so gibt es entweder keinen Imperialismus als besondere Phase des Kapitalismus, oder aber es gibt keinen Kapitalismus, sondern nur Imperialismus, womit also nichts erklärt wird (und insofern hatte Eckstein recht mit seiner Behauptung, daß R. Luxemburgs Buch auch 20 Jahre früher hätte entstehen können).

Zweitens fällt sofort ein ganz grober methodischer Fehler auf. Marx hat bei seiner abstrakten, theoretischen Analyse der erweiterten Reproduktion die vereinfachende (eben das ist das Wesen einer abstrakten Untersuchung) Annahme eines „reinen“ Kapitalismus, also einer Gesellschaft mit nur zwei Klassen, den Kapitalisten und den Arbeitern, gemacht.

Gen. Rosa Luxemburg macht ihm auf breitem Raume ihres Buches daraus einen Vorwurf – denn das entspräche nicht der „Wirklichkeit“.

Es ist das ungefähr, wie wenn jemand Galilei vorwerfen wollte, die Fallgesetze entsprächen nicht der „Wirklichkeit“, weil es keinen luftleeren Raum gibt, für den er die Fallgesetze abgeleitet hat.

Aber hätte man nicht die abstrakten Fallgesetze, so könnte man keine konkreten Anwendungen (z. B. auf Aerodynamik, Gleitflug u. a.) machen. Einen solchen Vorwurf machen, heißt methodologisch eine Ungeheuerlichkeit begehen.

Drittens springt sofort in die Augen, wie Gen. Luxemburg die abstrakte Marxsche Analyse „verbessert“, indem sie einfach die Voraussetzungen, die ausdrücklich gemacht sind (reine kapitalistische Gesellschaft) aufhebt (durch Einführung sowohl „dritter Personen“ wie auswärtiger Märkte und nichtkapitalistischer Gebiete), wobei es sich nicht etwa um das handelt, was man in der Mathematik einen indirekten Beweis nennt, sondern um eine ganz eigentümliche, konfuse Art von *petitio principii*, indem nämlich stillschweigend von ihr die Voraussetzung gemacht wird, daß die Voraussetzung, die sie zunächst mit Marx macht, eine „falsche“ Voraussetzung ist (nämlich daß es eine „reine“ kapitalistische Gesellschaft, in der man akkumulieren könnte, nicht gibt, und daß daher die Gesellschaft „unrein“ ist, nichtkapitalistische Gebiete als Märkte da sein müssen, und dann die Akkumulation glatt vonstatten geht).

Viertens sieht man auf den ersten Blick, daß alle Illustrationen der Gen. Luxemburg aus den Kolonien viel mehr zur ursprünglichen Akkumulation gehören, als zur Akkumulation der imperialistischen Epoche, die immerhin niemals früher als etwa 1890 angesetzt wurde. (Im übrigen ist dieser 3. Teil das Beste des Buches und gibt zum Teil eine sehr gute Beschreibung der Zersetzung primitiver Gesellschaften durch den Kapitalismus.)

Fünftens kann man beim besten Willen nicht glauben, daß durch Hinzufügung einer dritten Abteilung (der „Goldmacher“-Abteilung, einer alchimistischen Abteilung) zum Marxschen zweiteiligen Schema der Reproduktion (I.: Produktionsmittel. II.: Konsumtionsmittel, welche letzteren Gen. Luxemburg aus irgendeinem Grunde beharrlich „Lebensmittel“ nennt; Klaviere oder Pritzelpuppen als Lebensmittel wären [323] immerhin eine eigenartige „Konkretisierung“, die doch Gen. Luxemburg angestrebt hat) das Problem gelöst wird.

Diese Punkte springen, wie gesagt, sofort in die Augen. Was den wesentlichen theoretischen Punkt betrifft, so hat in der Tat Gen. Lenin Mitte der 90er Jahre (also beinahe 20 vor dem Erscheinen des Buches von Rosa Luxemburg) eigentlich alle Argumente der Gen. Luxemburg zerschlagen, und zwar in zwei kurzen Notizen über die Theorie des Marktes (die sich mit Tugan-Baranowski und Bulgakow beschäftigen), in seiner großen Arbeit über „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ und in seiner Arbeit gegen die russischen Sismondischüler. Auch sein Aufsatz über Karl Marx der für das Wörterbuch von Granat verfasst ist, enthält einen Absatz über die Akkumulation, der Rosa Luxemburgs theoretische Grundanschauung zerschlägt. Das Merkwürdigste ist, daß Gen. Luxemburg wenigstens einen Teil dieser Arbeit nicht nur gekannt hat, sondern im zweiten Teil ihres Buches sogar zitiert (die unter dem Pseudonym Tulin erschienene Arbeit). Aber sie hat trotzdem die alten theoretischen Fehler reproduziert (erweitert reproduziert), die schnurstracks zu einer Revision der Marxschen Theorie der Reproduktion führen.

Die Arbeit des Gen. Bucharin, deren zwei erste Kapitel hier vorliegen, ist nun außerordentlich zu begrüßen: schon diese zwei Kapitel zeigen, daß hier gründlich alle Fehler der Theorie und der Darstellung der Gen. Luxemburg vollkommen aufgedeckt werden. Da aber diese Theorie natürlich mit den anderen, schon allgemein als Fehler bekannten Theorien der Genossin Luxemburg zusammenhängen (Agrartheorie, nationale Fragen, Rolle der Partei und Spontaneität der Massen, Organisationstheorie), so ist es dringend notwendig, daß alle Funktionäre und alle Arbeiter, welche sich für theoretische Fragen interessieren, diese Arbeit des Gen. Bucharin genau studieren.

Dabei ist für jene vielen, die eine Arbeit nicht lesen, wenn sie Formeln in ihr sehen, von vornherein zu bemerken, daß zum Verständnis der vom Gen. Bucharin verwandten Formeln lediglich die Kenntnis a) einiger Buchstaben, b) des Pluszeichens + und c) der Regel gehört: „wenn eine Größe A einer zweiten Größe B gleich ist, also $A = B$, und wenn man zu A wie zu B die gleiche dritte Größe a addiert, so ist auch $a + A = B + a$. Wer guten Willen hat, wird die Formeln im Bucharin-schen Artikel ohne jede Schwierigkeit verdauen.

Es sei nebenbei bemerkt, daß Gen. Bucharin die Darstellung von Marx vereinfacht hat: Marx setzt seine zwei Abteilungen mit bestimmten Zahlen an, was die Sache lediglich unübersichtlich macht. Bucharin hat dadurch, daß er rein algebraische Größen nimmt, die Darstellung dursichtiger gemacht.

Um die Angelegenheit der Formeln hier zu erledigen, sei auf einige drucktechnische Ungeschicklichkeiten hingewiesen. Auf Seite 23, Zeile 22, ist ein Druckfehler; die Formel lautet: $\beta_2 = \beta_{2c} + \beta_{2v}$ (nicht $\beta_2 = \beta_{2c} + \beta_{2vm}$). 2 und 3 Zeilen später muß man verstehen, daß 1. der Längsstrich zwischen A und B

$$\frac{A}{B}$$

Kein Bruchstrich ist. 2. daß das in der Mitte über $\beta_{1c} + \beta_{1v}$ gesetzte β_1 besagt, daß $\beta_1 = \beta_{1c} + \beta_{1v}$ ist, ebenso wie der darunter $\beta_2 = \beta_{2v}$ ist.

Nun zum Inhalt selbst.

Das erste Kapitel („Die erweiterte Reproduktion in der abstrakten kapitalistischen Gesellschaft“) gibt Marxens Analyse der einfachen wie die erweiterten Reproduktion aus dem II. Band des „Kapitals“ unter den dort gemachten Voraussetzungen wieder.

Bei der einfachen Reproduktion wird der gesamte Mehrwert verzehrt; nennt man die zur Abteilung I (Produktionsmittel) gehörigen: konstantes Kapital = c_1 , variables Kapital = v_1 und Mehrwert = m_1 und dementsprechend die zur Abt. II (Konsumtionsmittel) gehörigen Größen c_2 , v_2 , m_2 , so ist die Bedingung der einfachen Reproduktion: $c_2 = v_1 + m_1$; die Summe der Revenuen der ersten Abteilung muß gleich sein dem konstanten Kapital der zweiten Abteilung.

Bei erweiterter Reproduktion zerlegt Bucharin den Mehrwert m : α heiße der Teil, den die Kapitalisten zur persönlichen Konsumtion verwenden, β der Teil, der zum Kapital geschlagen wird, beide

Teile zusammen sollen den ganzen Mehrwert ausmachen; $m = \alpha + \beta$, und zwar in beiden Abteilungen (also $m_1 = \alpha_1 + \beta_1$, $m_2 = \alpha_2 + \beta_2$). Der Teil β der zum Kapital geschlagen wird (akkumuliert wird), werde selber zerspalten in den Teil c , der zum konstanten Kapital geschlagen wird, und β_v , der zum variablen Kapital geschlagen wird, also $\beta = \beta_c + \beta_v$, und beim nächsten Zyklus ist somit aus c geworden: $(c + \beta_c)$, aus v geworden: $v + \beta_v$, aus $c + v + m$ geworden: $(c + \beta_c) + (v + \beta_v) +$ einem neuen Mehrwert ($c + v$ gehen über in $c + v + \beta$).

Die Analyse des Uebergangs vom ersten Zyklus zum zweiten (erweiterten), ergibt das Resultat $v_1 + \beta_1 v + \alpha_1 = c_2 + \beta_2 c$ was besagt: das neue (erweiterte) konstante Kapital der Abteilung II muß im 2. Zyklus gleich dem neuen (erweiterten) variablen Kapital der Abteilung I, das vermehrt ist um den dem unproduktiven Konsum unterliegenden Teil α_1 des Mehrwerts m_1 (aus dem ersten Zyklus) der Abteilung I. (Nebenbei: auf S. 26, Zeile 12 ist ein Druckfehler; es muß heißen: β_2 , nicht $(v_1 + \beta_1)$, was übrigens ohne weiteres klar ist: auch auf Seite 24, Zeile 15, muß es in der Gleichung links $\beta_2 c$ statt β_2 heißen.)

Die ganze Analyse ist bei Bucharin sehr schön gemacht, und es empfiehlt sich, sie mit der Darstellung bei Marx („Kapital“, Band II, Seite 370 bis 377 für die einfache, Seite 488 ff. für die erweiterte Reproduktion; zitiert nach der 7. Aufl. der Meißnerschen Ausgabe) zu vergleichen, um zu sehen, wie sehr sie an Klarheit und Einfachheit gewinnt, wenn man die Zahlen fortläßt und die Sache algebraisch darstellt.

Nach dieser notwendigen theoretischen Einleitung geht Bucharin ein auf [324] alle Einwendungen Rosa Luxemburgs gegen die Schemata.

Er zeigt, daß R. L. bei der abstrakt-theoretischen Analyse durchaus unzulässigerweise 1. eine teleologische Frage stellt („zu welchem subjektiven Zwecke akkumuliert der einzelne Kapitalist?), 2. nicht die funktionelle Abhängigkeit des Wachstums der Konsumtion vom Wachstum des Systems erkennt, Marx unberechtigterweise der mechanischen Trennung von Produktion und Konsumtion (*a la Tugan-Baranowski) beschuldigt, 4. den groben [„himmelschreienden“] Fehler macht, statische Größen mit prozessierenden gleichzusetzen oder zu verwechseln, 5. die Beschaffung zusätzlicher Arbeitskraft (zur Erweiterung der Reproduktion) ohne deren Abhängigkeit von der Erweiterung der Konsumtion der Arbeiterklasse „hervorzaubert“, 6. eine psychologisierende Mystik (der Motive der Kapitalisten) an Stelle einer Analyse des ökonomischen Systems setzt. „Der industrielle Kapitalist ... als personifiziertes Kapital produziert der Produktion wegen“, sagt Marx. Rosa Luxemburg höhnt über die Vorstellung: „die Kapitalisten also Fanatiker der Produktionserweiterung um der Produktionserweiterung willen“.

Nach dieser ersten Analyse der Irrtümer der (Gen. Luxemburg betrachtet Gen. Bucharin eine zweite Serie, die ihres „großen Haufens“ von Waren aus der „Antikritik“.

Diese „Haufen“-„Theorie“ und der rettende Ausweg der nichtkapitalistischen „dritten Personen“ sowie die von R. L. als „Karussell“ verspottete erweiterte Reproduktion nach Marx, d. h. unter den Marxschen Voraussetzungen des reinen Kapitalismus werden von Bucharin ganz eingehend zergliedert. Dabei stellt sich heraus, daß es äußerst fatale elementare, ganz grobe Fehler sind, die der Gen. Luxemburg passierten.

Im zweiten Kapitel („Geld und erweiterte Reproduktion“) wird ein Hauptstück der Theorie der Gen. Rosa Luxemburg Zug um Zug zerschlagen: sowohl ihre famose Abteilung III (die „Goldmacher“-Abteilung), wie ihre Vorstellung des Austausches und der Realisierung (wobei sich herausstellt, daß sie zu dem Waren-„Haufen“ einen proportional wachsenden Goldhaufen braucht, wenn akkumuliert werden soll, daß sie Akkumulation des Kapitals mit Akkumulation von Geldkapital gleichsetzt, daß sie Realisierung = Verwandlung von Warenform in Geldform verwechselt mit Akkumulation = Zuschlagen eines Teiles des Mehrwerts zum Kapital, daß Geldkapital bei ihr nicht die Geldform des Kapitals in seiner Bewegung ist, sondern gemünztes Geld und noch eine ganze Reihe ähnlich fataler Dinge). Schließlich stellt sich noch der „grundlegende Irrtum“ heraus: R. L. nimmt den Gesamtkapitalisten als Einzelkapitalisten.

Hier bricht zunächst die Darstellung ab. Die Arbeit des Gen. Bucharin ist lebendig, klar, ausführlich, gründlich und einfach. Es ist anzunehmen, daß die folgenden Kapitel ebensoviel Neues bringen werden wie die ersten zwei.

*

Das erste Heft „Unter dem Banner des Marxismus“ ist gut ausgestattet; der Druck ist angenehm, der Umschlag gefällig. Die Uebersetzungen der einzelnen Arbeiten sind zufriedenstellend. Die Zeitschrift kann nicht angelegentlich genug empfohlen werden. A. Maslow.

*

Materialien über den Stand der Bauernbewegung in den wichtigsten Ländern.

Herausgegeben und eingeleitet von Eugen Varga, Verlag Carl Hoym.

Das Bedürfnis nach einer orientierenden Uebersicht über die Bauernbewegung in allen Ländern ist für jede Kommunistische Partei gegeben, die mit dem Leninschen Grundsatz „Bündnis des revolutionären Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft!“ Ernst macht. Aber diesem Bedürfnis wird nicht genügt durch eine mechanische, keineswegs erschöpfende oder auch nur methodisch einwandfreie Zusammenstellung von Namen, Bezeichnungen und Zahlen. Vargas Büchlein ist deshalb eine Enttäuschung. Darüber hilft auch das Geständnis nicht hinweg, daß das Büchlein einem „ganz bescheidenen Ziele“ diene und nur eine „Skizze“ sei.

Auch die Klage, daß die verschiedensten Komparteien entweder gar nicht oder nur ungenügend berichteten, kann die Hauptmängel des Büchleins keineswegs verwischen. Diese liegen nämlich nicht allein in der Unvollkommenheit des statistischen Materials, als vielmehr in den Unvollkommenheiten der Vargaschen Methode und in der schiefen grundsätzlichen Einstellung Vargas zu der ganzen Frage. Einige Beispiele sollen das erläutern.

Die als Anhang abgedruckten Leitsätze des II. Kongresses der Komintern über die Agrarfrage, die bekanntlich in ihren entscheidenden Teilen von Lenin stammen, machen die sorgfältige Differenzierung der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zur Grundlage und zum Ausgangspunkt der ganzen Betrachtung. Die soziale Struktur der Landbevölkerung wird eingehend analysiert.

Lenin unterscheidet: erstens die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, mit von der übrigen Landbevölkerung getrennten Organisationen, deren Gewinnung und Revolutionierung „die grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Parteien in allen Ländern“ ist. Varga behandelt in vollem Gegensatz zu dieser These die Landarbeiterbewegung als etwas Untergeordnetes, nennt nur jene Landarbeiterorganisationen, in denen auch Kleinbauern und Kleinpächter vorhanden sind, also nur jene Fälle, die Lenin in der 2. These als „unter besonderen Verhältnissen zulässig“ erklärt. Es geht aber nicht an, auch nicht bei einer bloß skizzenhaften Arbeit, die Bauernfrage so zu be-[325]handeln, als, ob in den betreffenden Ländern keine Landarbeiterfrage existierte. Die verschiedene Stellung der Bauernorganisationen zur Landarbeiterbewegung ist geradezu entscheidend für unsere kommunistische Taktik gegenüber und innerhalb dieser Organisationen. Darüber kein Wort bei Varga!

Die Thesen des II. Kongresses unterscheiden zweitens die ländlichen Halbproletarier und Parzellenbauern, von denen drittens die eigentlichen Kleinbauern scharf unterschieden werden. Was tut Varga? Das eine Mal unterscheidet er Zwergbauern und Kleinbauern, das andere Mal wirft er sie ohne Bedenken in einen Topf. Man vergleiche die Zahlen z. B. über Finnland, Polen, Bulgarien mit den Zahlen über Rumänien, Ungarn, Frankreich! Und während Lenin wiederum zwischen Kleinbauern und Mittelbauern einen scharfen Grenzstrich zieht, werden bei Varga einmal Klein- und Mittelbauern zusammengeworfen, einmal Mittel- und Großbauern! Kann man auf einer so schwankenden Grundlage kommunistische Politik treiben?

Genosse Varga wird einwenden, es habe ihm keine genauere Statistik zur Verfügung gestanden. Wir müssen das leider bestreiten. Für Länder wie Deutschland, Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Skandinavien usw. stehen ziemlich genaue und mit einer Dosis marxistischer Kritik sehr

wohl zu verwertende Statistiken zur Verfügung. Wenn uns Varga aber Materialien zur Bauernbewegung beschert, so müssen diese mindestens den Versuch enthalten, annähernd die für uns prinzipiell so wichtige soziale Struktur der Landbevölkerung und die Stärke der verschiedenen Schichten festzustellen.

Die für Deutschland angegebenen statistischen Zahlen sind ein wahres Musterbeispiel, wie Statistik nicht gemacht werden darf. Mit gutem Bedacht hat offenbar Genosse Varga hier jede Angabe über Besitzgrößen weggelassen. Er sagt kurzerhand: 3,25 Millionen Proletarier, 2,3 Parzellenbesitzer, 1,3 Kleinbauern, 1,0 Millionen Mittel- und Großbauern, 60.000 kapitalistische Großgrundbesitzer und Großpächter. Abgesehen von der grundsätzlich scharf abzulehnenden Vermengung von Mittel- und Großbauern, scheint uns hier eine Wiederholung des Fehlers vorzuliegen, den wir schon in Vargas Handbuch gefunden haben, wo Genosse Gerber ganz falsche Grenzl意思 zwischen Klein- und Mittelbauern, Mittel- und Großbauern gezogen hat. Auch die Angabe 2,3 Millionen Parzellenbesitzer (!) ist absolut irreführend, weil mindestens die Hälfte dieser Parzellenbesitzer überhaupt nicht als „Bauern“ oder auch nur Landbevölkerung in Betracht kommen, es sind Industrieproletarier, Kleingewerbetreibende, Beamte, Angestellte, Kaufleute usw., die vielfach in der Stadt wohnen und ganz nebenher irgend ein Fleckchen Erde besitzen oder pachten. Für die Bauernbewegung scheiden sie vollkommen aus. Ein Teil kommt vielleicht bei der Bausiedler- und Kleingärtnerbewegung in Betracht.

Aber warum wirft Varga in Deutschland Mittel- und Großbauern zusammen? Warum rückt er die Grenze der Kleinbauern stark herauf bis hinein in die typischen Mittelschichten? Die Antwort finden wir in der Einleitung, wo Varga in striktem Gegensatz zu den Thesen des II. Weltkongresses den Begriff „Mittelbauer“ als einen Bauer definiert, der ständig „einige fremde Arbeitskräfte“ beschäftigt. Das ist aber nach Lenin der Großbauer, währe der Mittelbauer zwar häufig in der Lage ist, fremde Arbeitskraft zu mieten, aber doch mit seiner Familie die Hauptarbeit selbst leistet.

Man beachte auch, daß Lenin Landarbeiter, Zwergbauern und Kleinbauern absichtlich zusammen gruppiert, als die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, deren Gewinnung die proletarische Revolution auf dem Lande „sicherstellt“, während für die mittlere Bauernschaft vor Eroberung der Macht im besten Falle eine Neutralisierung und erst nach Eroberung der Macht eine feste Verbindung mit dem revolutionären Proletariat möglich ist.

„Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats nicht **zur Aufgabe machen**, diese Schichten auf seine Seite zu ziehen.“

Doch gerade diesen Punkt scheint uns Genosse Varga außer Acht gelassen zu haben, und wir glauben den tieferen Grund für seine Abweichung zu finden in den in diesem Büchlein nicht direkt aber ständig indirekt ausgesprochenen Bestreben, die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gründung „revolutionärer Bauernparteien“ zu beweisen. Solche Bauernparteien, wie sie Varga wünscht, müssen sich notwendig auf die gemeinsam zusammengefaßten Klein- und Mittelbauern stützen, ihre Führung wird naturgemäß den wirtschaftlich stärkeren, also den Mittelbauern zufallen. Um das zu verdecken, werden das eine Mal Klein- und Mittelbauern zusammengezogen und zwar wiederholt unter der gemeinsamen Benennung „Kleingrundbesitzer“, das andere Mal wird die untere Grenze des mittelbäuerlichen Betriebs heraufgesetzt und auch die Großbauern als „Mittelgrundbesitzer“ aufgeführt (siehe Statistik zu Rumänien!).

Mit solchen Kunststückchen verwischt man das Problem der „Bauernpartei“ vollkommen. Aber wie wollen wir die wirklichen Kleinbauernmassen revolutionieren und dem Industrie- und Landproletariat annähern, wenn wir gleichzeitig mithelfen, sie an die Mittelbauern zu kitten? Man denke diese Frage zu Ende unter konkreten Anwendungen, z. B. auf die deutschen Verhältnisse, und man wird erkennen, daß wir wenigstens in den kapitalistisch entwickelten Ländern, kein Interesse an Neugründung von Bauernparteien haben können.

Anders liegt natürlich die Frage bei schon bestehenden Kleinbauerparteien. Noch anders liegt die Frage in Ländern mit starken feudalen Ueberresten, wo ein Zusammengehen des revolutionären, aber schwachen Industrieproletariats mit den Massen des mitt-[326]leren Bauerntums für eine be-

stimmte Wegstrecke nicht nur möglich, sondern notwendig ist. Zur Klärung des Problems der Bauernpartei trägt Vargas Broschüre so gut wie nichts bei. Im Gegenteil.

Für diejenigen Genossen, die bisher nicht einmal die Namen der Bauernorganisationen kannten, wird das Büchlein freilich manches Neue bringen, wobei aber leider wieder festgestellt werden muß, daß Genosse Varga auch nicht einmal die Namen überall richtig angibt. So spricht er in Deutschland nur von einer „Arbeitnehmersektion“ des Landbundes, während das Kind den Namen „Reichslandarbeiterbund“ trägt. Varga gibt seine Mitgliederzahl auf 200.000 ab, wobei er offenbar die Mitglieder des nicht genannten christlichen „Zentralverbandes“ stillschweigend hinzu rechnet. Auch die Namen der verschiedenen Kleinbauernorganisationen sind nicht genau wiedergegeben. Mindestens solche Fehler hätte der Herausgeber vermeiden können. Wie ungenau Vargas Angaben über die Bauernbewegung in Deutschland sind, zeigen auch seine Mitteilungen über die „Arbeitsgemeinschaft schaffender Landwirte, Pächter und Siedler.“ Er spricht von „kommunistischer Führung“, obwohl er wissen mußte, daß der parteilose Kleinbauer Bürgi Vorsitzender ist und die Arbeitsgemeinschaft jede parteipolitische Festlegung vermeidet. Die Behauptung vollends, daß ihr Programm sich in großen Zügen mit dem Agrarprogramm der KPD decke, zeigt eine sehr mangelhafte Kenntnis entweder des Programms der Arbeitsgemeinschaft oder des Programms der Partei. Das Agrarprogramm der Partei fordert z. B. die restlose entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes, während die Arbeitsgemeinschaft als typische Interessenvertretung der Kleinbauern sich mit der Enteignung des r die Kleinbauern notwendigen Siedlungslandes und der Uebereignung der bisherigen Pachtstücke begnügt. Das Agrarprogramm der Partei stellt klar und deutlich alle Fragen unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Machtergreifung durch das Proletariat und der Sicherung der proletarischen Diktatur, während die Arbeitsgemeinschaft sich mit den nächstliegenden Tagesforderungen begnügt. Natürlich wird die KPD auch für diese Tagesforderungen der Kleinbauern, Pächter und Siedler eintreten, aber als das Agrarprogramm der KPD anzusprechen, das – hätte einem Varga nicht passieren dürfen.

Weder in der grundsätzlichen Einstellung, noch in der wissenschaftlichen Methode, noch in der Pünktlichkeit der Angaben kann das Büchlein befriedigen. Hoernle.

*

Was heißt: den politischen Kampf organisieren?

Einige Bemerkungen anlässlich der Kritik der Broschüre „Kulidasein oder Klassenkampf“ in Heft 4, S. 212.

In dieser Broschüre wurde die Frage gestellt „Was heißt es heute praktisch: ‚den politischen Kampf organisieren‘?“ Und darauf die einzig richtige und konkrete Antwort gegeben: das heißt, den Kampf der revolutionären Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaften verbinden mit den Kämpfen der andern unterdrückten Klassen, die Hegemonie der Arbeiter über diese Schichten verwirklichen. Gen. So. findet diesen Gedanken „abstrakt“. Das dürfte aber nur daran liegen, daß er ihn selbst noch zu wenig durchdacht hat. Eine Probe dieser undurchdachten Kritik ist z. B. der Satz: „Aber Kämpfe, in denen sich das Proletariat politische Ziele setzt, ohne sich mit andern Schichten zu verbinden, sind natürlich auch politische Kämpfe“. Gen. So. hat also noch nicht begriffen, daß jenes „sich politische Ziele setzen“, daß der Begriff „politisch“ für das revolutionäre Proletariat (d. h. seine Vorhut) sein Verhältnis zu den andern Klassen die Leitidee der Hegemonie über diese **ein-schließt**. Dies bewiesen zu haben, gezeigt zu haben, daß alles „politische-Ziele-setzen“, das diese Frage ignoriert, letzthin bloß radikales oder opportunistisches Geschwätz bleiben muß, ist ja gerade das Wesen der Leninschen Kritik am Menschewismus von den Oekonomisten bis zu Trotzki. Nebenbei: daß Kämpfe, in denen die Arbeitermasse dieser Zusammenhänge nicht bewußt ist, auch an sich „politische Tatsachen“ sind, wäre natürlich unsinnig zu bestreiten. Insofern kann der kleinste Streik eine politische Sache sein. Aber darum handelte es sich ja nicht. Es handelte sich um die praktische Frage für eine Partei, die eine bolschewistische werden will: wie organisieren wir den politischen Kampf? Allgemeine Redewendung von der Art des Gen. So., „daß das Proletariat nur als Führer aller Werktätigen sich befreien kann“, nützen das so gut wie nichts. Erstens ist

hier der leninistische Gedanke falsch formuliert: das Proletariat befreit sich nicht nur sich als Führer, sondern es befreit alle ausgebeuteten Klassen. Zweitens: alle diese Dinge bleiben Phrasen, solange man nicht die praktische Frage nach der Organisation des Bündnisses stellt in der Gegenwart, im täglichen Kampf. Lenin sagt nicht, daß sich das Proletariat nur befreien kann (einmal später) unter diesen Bedingungen, sondern er sagt:

„Zur wirklich revolutionär, wirklich sozialistisch handelnden Klasse wird das Proletariat erst unter der Bedingung, daß es auftritt und handelt als die Vorhut aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als Führer derselben im Kampf zum Sturz der Ausbeuter.“ (Thesen über die Agrarfrage.)

Also: die Grundbedingungen des „wirklich revolutionären“ Handelns, der revolutionären Politik des Proletariats ist sein tägliches konkretes Auftreten und Handeln als Vorhut, die Organisation des Bündnisses. Die Antwort in jener Broschüre war also klar, konkret und unbedingt richtig.

[327] Man vergleiche nun, was Gen. So. über die Sache zu sagen hat:

Es wäre die Aufgabe gewesen, zu zeigen, erstens, daß die Beschränkung auf rein wirtschaftlich-gewerkschaftliche Kämpfe unmöglich ist (sie ist so „möglich“, daß sie mehr oder weniger die Basis der sozialdemokratischen und bis Frankfurt auch der KPD-Politik abgegeben hat, K. S.), zweitens, daß das Proletariat im politischen Machtkampf nicht siegen kann, wenn es alle andern Klassen gegen sich hat.“

Gen. Sinowjew sagt in seiner Geschichte der KPR, daß die Idee der Hegemonie des Proletariats „die ideologische Basis des Bolschewismus“ ist, das „Problem der Probleme“, dessen Nichtbeachtung unwiderruflich zum Menschewismus führe. Gen. So. ist selbstverständlich nicht plötzlich Menschewist geworden. Aber seine obige Formulierung, die das Problem der „ändern Klassen“ und damit der Organisation des politischen Kampfes in der Gegenwart überspringt und gleich von „politischen Machtkampf“ redet, ist durchaus trotzkistisch.

Es wäre für viele Genossen gut, zu studieren, was Sinowjew in seiner Geschichte der KPR über den Ökonomismus sagt, ferner den glänzenden Artikel von Lenin „Das Proletariat als Vorkämpfer der Demokratie“ (aus „Was tun?“ im Sammelband. S.

*

Glossen.

Syndikalistische Entgleisungen.

Im April-Heft der „Kommunistischen Revue“ unserer tschechischen Bruderpartei findet sich ein Artikel über die Betriebszellen von O. Pfeffer, der mit folgenden „philosophischen“ Sätzen beginnt:

„Der Unterschied zwischen uns und den Sozialdemokraten besteht nicht lediglich darin, daß wir den Kapitalismus bekämpfen wollen und sie nicht, sondern vor allem darin, daß wir nichts anderes als die Partei des proletarischen Klassenkampfes sein wollen, während sie nicht nur die Interessen des Proletariats, sondern auch die Interessen anderer, und zwar bürgerlicher Schichten wahrzunehmen sich bemühen, und aus lauter Furcht, ihren bürgerlichen Anhang zu verlieren, zur dritten Partei der Bourgeoisie geworden sind. Wir wehren es niemandem, also auch keinem Nichtproletarier, sich der Interessen der proletarischen Klasse, der Arbeiter und Landarmen, anzunehmen. Aber wogegen wir uns im Interesse unserer proletarischen Ziele und unserer proletarischen Reinheit wahren müssen, ist, daß nichtproletarische Schichten die Partei maßgebend beeinflussen. Zweifellos liegt unser Endziel nicht nur im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse aller Menschen, und zwar auch derjenigen, die aus ihrer augenblicklichen Situation heraus Gegner des Kommunismus sind. Aber das geht uns im gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe nichts an. Wir überlassen die Redensarten von Freiheit und Menschlichkeit den sozialdemokratischen Bildungsmeiern und führen nichts als Klassenkampf.“

So ziemlich jeder dieser Sätze ist schief oder direkt falsch. Gehen wir sie der Reihe nach durch:

Die Unterscheidung von der Sozialdemokratie im ersten Satz ist falsch gezogen. Sie liegt nicht darin, daß wir unsere Wirksamkeit auf das Proletariat beschränken und sie nicht. Im Gegenteil: wir als

die Partei der proletarischen Diktatur unterscheiden uns von den Sozialdemokraten gerade dadurch, daß wir „nicht nur die Interessen des Proletariats, sondern auch die Interessen anderer, und zwar bürgerlichen Schichten“ (d. h. der ausgebeuteten Kleinbauern, Halbproletarier usw. „wahrnehmen“, nämlich bewußt darauf ausgehen, das Bündnis aller dieser Schichten mit dem revolutionären Proletariat gegen die Bourgeoisie zu organisieren. Die Sozialdemokratie aber ist zu ihrer opportunistischen Politik gerade dadurch gekommen, daß sie diese Fragen ignorierte, daß sie „nichts anderes als die Partei des proletarischen Klassenkampfes“, nämlich im beschränkt gewerkschaftlichen, zünftlerischen Sinne sein wollte und Politik nur auf bürgerliche Weise trieb, nämlich als parlamentarische Kuhhandelei und Koalition mit der Bourgeoisie. Der scheinbare Radikalismus des „nichts als Klassenkampf“ ist also keineswegs bolschewistisch, sondern in der Tat die Wurzel und die phrasenhafte Verhüllung einer menschwistischen Politik (vergleiche die Trotzki-Diskussion und Lenins Polemik gegen die Ökonomen im Sammelband S. 84).

Dabei ist auch der nächste Satz falsch. Die Sozialdemokratie „ist zur dritten Partei der Bourgeoisie“ geworden nicht „aus lauter Furcht, ihren bürgerlichen Anhang zu verlieren“ (dies ist erst eine Sache zweiten oder dritten Ranges), sondern weil sie sich darauf beschränkte, die unmittelbaren, im Kapitalismus zu befriedigenden Interessen der Arbeiter bzw. eines Teils der Arbeiter zu vertreten und aus diesem Grunde den Imperialismus unterstützte (Kriegspolitik, Versailler Politik), der einer Schicht „privilegierter“ Arbeiter in der Tat gewisse Vorteile gewährt. (Und auf Grund dieser Politik hat sie bürgerliche Mitläufer gewonnen, die sie natürlich „zu verlieren fürchtet“.)

Weiter. Daß wir einer „Beeinflussung der Partei durch nichtproletarische Schichten“ wehren müssen, ist selbstverständlich. Es fragt sich nur, wie das zu tun ist. Pfeffer macht das, indem er erstens, um nicht „beeinflußt“ zu werden, diese Schicht in der „Beeinflussung“ der Sozialdemokraten überantwortet, und zweitens erklärt, daß wir auch „es niemandem verwehren, sich der Interessen der proletarischen Klasse anzunehmen“: fair play [328] offene Tür in der Beeinflussung auch der Arbeiter – nur laßt uns ja unsere „proletarische Reinheit“ als Partei bewahren! Das heißt wirklich, auf besonders einfältige Weise das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Alternative im zweiten Satz ist falsch: wir verwehren es **jedem** Nichtkommunisten, „sich der Interessen der proletarischen Klasse“ anzunehmen, in diesem Verwehren liegt ja das Wesen unseres Kampfes gegen die Opportunisten und den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat! Zugleich die praktische Prüfung unserer proletarischen „Reinheit“. Pfeffer versteht dies nicht: er ist tolerant dort, wo er unerbittlich sein sollte und lehnt „radikal“ ab, was ein wirklicher Bolschewist nicht ablehnen kann ohne sich in einen bloßen Phrasen zu verwandeln.

Oder in einen Menschewisten. Die Unterscheidung zwischen dem „gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe“, wo wir bloß zünftlerische, die „reinen Arbeiterinteressen“ zu vertreten haben, wobei uns die anderen Klassen „nichts angehen“ – und dem Endziel, das im Interesse „aller Menschen“ liegt – ist rein menschwistisch. Pfeffer reduziert hier den Kommunismus tatsächlich auf „Redensarten von Freiheit und Menschlichkeit“, ein Geschäft, das er vorgibt den Sozialdemokraten zu überlassen. In Wirklichkeit überläßt er ihnen aber etwas ganz anderes, nämlich die Massen des ausgebeuteten Volkes, für die die Sozialdemokratie diese Redensarten zum Besten gibt. Und solange wir auf dem Standpunkt stehen werden, daß uns die Lage dieser anderen Schichten „nichts angeht“, daß uns die Fragen, die diese Massen beschäftigen, gleichgültig sind, solange wird die Sozialdemokratie Gelegenheit haben, mit diesen Redensarten auch **die Arbeiter** zu verdummen.

Pfeffer ist bereit, ihnen das zu gestatten. Das ist der Sinn seiner Phrase, daß wir „nichts als Klassenkampf“ führen. Denn den wirklichen Klassenkampf des Proletariats führen wir doch nicht, indem wir die anderen Klassen, mit denen der Arbeiter praktisch zu tun hat, übersehen und überspringen, sondern nur, in dem wir die falsche sozialdemokratische Beziehung zu ihnen durch die richtige bolschewistische ersetzen. Das heißt, den „Kapitalismus auf allen Gebieten bekämpfen (nämlich auch im und durch das Kleinbürgertum, mit Hilfe der Verbündeten aus den anderen Klassen). Pfeffer nimmt diesen letzten Satz von Lenin, aber verstanden hat er ihn nicht.

Kurz: Wir haben hier ein Musterbeispiel scheinradikaler Redensarten, die gerade heute, da die Parteien der Komintern die Aufgabe der Bolschewisierung und vor allem das mit ihr verbundene Orga-

nisationsproblem ernstlich anpacken, kritisiert werden müssen. Die Organisierung der Betriebszellen bringt notwendig gewisse syndikalistische Gefahren mit sich. Es muß unsere Aufgabe sein, ihnen entgegenzuwirken durch gleichzeitige Propagierung der politischen Leitidee des Bolschewismus, der Hegemonie des Proletariats, durch praktische Organisierung des revolutionären Bündnisses (anders ist die Hegemonie nicht zu verwirklichen). Also: einerseits „zurückziehen“ auf die geschlossene nur proletarische Organisationsbasis der Betriebe, aber nur, um andererseits um so standsicherer, um so besser, um so weiter hinausgreifen zu können, über die Betriebe hinaus in die Massen des ausgebeuteten Volkes. Das ist Bolschewisierung. Wenn wir nicht beides verstehen, dann wird auch die organisatorische Seite der Sache schief gehen. Und die neugebackenen Betriebszellen mit derartigem syndikalistischem „Pfeffer“ zu bestreuen, ist das beste Mittel, die Betriebszellenorganisation zu diskreditieren und die Bolschewisierung zu hintertreiben (gar in einem zum großen Teil agrarischen Land wie die Tschechoslowakei).

Im übrigen dürfte diese Kritik heute auch in Deutschland eine gewisse Aktualität haben

*

Druckfehlerberichtigung.*

In Heft 4 der „Internationale“ Seite 162, Zeile 7 von oben soll es bei der Aufzählung der im Vorschlag des Garantiepaktes genannten Länder statt Polen „Italien“ heißen.

Im letzten Heft (Heft 5) ist in der Bemerkung der Redaktion anlässlich der Veröffentlichung des Gutachtens des Marx-Engels-Instituts über das Buch von K. A. Wittfogel ein Druckfehler unterlaufen. Der betreffende Satz soll richtig „Die Agitprop-Abteilung der des EKKI hat nun durch Veröffentlichung ihres Schreibens (Inprekorr Nr. 34 vom 3. März) dieses bisherige Schweigen kritisieren und durch eine mehr als summarische „Kritik“ („Literatur übelsten Charakters“) gutzumachen versucht.“

In der zweiten Korrektur hat der Setzer aus dem summarisch ein „unmarxistisch“ gemacht. Die Sinnlosigkeit dieses Wortes ergibt sich aus dem Zusammenhang.

[329]

* Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale

Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Mitte Juni 1925 * Heft 6

Die „Sicherung“ Deutschlands als Aufmarschgebiet für den kommenden Krieg.

Lz. Berlin, 10. Juni 1925.

Je mehr die Völkerbunds-Imperialisten über die „Sicherung des Friedens“ verhandeln, desto offenkundiger wird es, daß sie nichts anderes sichern können als den nächsten Weltkrieg. Wenn der Garantiepakt zur Wirklichkeit wird, so wird er eine Zusatzgarantie zu der Garantie sein, die schon im System des Imperialismus liegt, nämlich eine Garantie dafür, daß es keine isolierten, lokalisierten Kriege mehr geben wird, sondern nur einen Weltkrieg, der die ganze Erde bis in den entlegensten Winkel in Brand steckt. Der Londoner Vertrag vom August 1924 war der erste Sieg dieses imperialistischen „Pazifismus“ seit jenem großen Sieg des Entente-„Pazifismus“ über den deutschen Militarismus im Jahre 1918. Die Befürworter dieses Vertrages, Sozialpazifisten und „nationale Realpolitiker“, die „Volksgemeinschaft“ von Stresemann bis Breitscheid haben uns von diesem Londoner Vertrag allerlei schöne Dinge versprochen: Räumung der besetzten Gebiete, Sicherung des europäischen Friedens, Aufschwung der deutschen Wirtschaft, Besserung der sozialen Lage der werktätigen Massen. Die Kommunisten standen allein, als sie von all dem das Gegenteil voraussagten. Die Tatsachen haben jetzt, schon nach 8 Monaten Dawes-Politik, uns in jedem Punkte recht gegeben.

*

In der Entwaffnungsnote, die die Alliierten 5 Monate nach der vertragswidrigen Fortdauer der Besetzung Kölns überreicht haben, wollen diplomatische Fachmänner, wie Rudi Breitscheid, „einen gewissen Wandel in der Stimmung und in der Tonart gegenüber Deutschland“ entdecken. Von Stimmung und Tonart, über die man verschiedener Meinung sein kann, abgesehen, ist aber zunächst jedenfalls soviel klar, daß von einer Räumung des besetzten Gebietes in absehbarer Zeit keine Rede ist. Optimisten behaupten, daß bei Erfüllung der Entwaffnungsforderungen die Räumung der Kölner Zone bis zum Januar 1926 möglich ist. Die Feststellung aber, ob die Forderungen erfüllt sind, liegt ganz und gar im Belieben der französischen und englischen Kontrolloffiziere. Das Versteckenspiel zwischen deutschen und französischen Militärs wird mit Grazie in infinitum fortgesetzt werden, weil die einen niemals den Versuch aufgeben, die [330] anderen zu übertölpeln, die anderen niemals den Verdacht, daß sie übertölpelt wurden. Die Entwaffnungskomödie kann erst dann einen vorläufigen Abschluß finden, wenn die deutsche Reichswehr als das in Aktion tritt, was sie ihrer Bestimmung nach schon heute ist, als Hilfstruppe des internationalen Finanzkapitals. Ist kein Ende der Besetzung Kölns abzusehen, so gilt das gleiche naturgemäß für das Ruhrgebiet, man müßte denn glauben daß die Franzosen ihre Truppen zurückziehen, solange die Engländer am Rhein bleiben.

Neben dem Hauptzweck, Vorwände für eine beliebige Verlängerung der Besetzung zu liefern, erfüllt die Entwaffnungsnote noch den zweiten Zweck, die ausschließliche Verwendbarkeit der bewaffneten Macht Deutschlands nur im Dienste des internationalen Kapitals gegen das deutsche Volk und gegen die „bolschewistische Gefahr“ unter allen Umständen sicher zu stellen. Es ist der reine Hohn, wenn die Entwaffnungsnote in einem Atem der deutschen Regierung die Absicht der „Wiederherstellung eines einheitlichen, den Gedanken des Volkes in Waffen, verwirklichenden Heeres“ unterschiebt und zugleich derselben Regierung das Zugeständnis macht, die Kasernierung der staatlichen Polizei in einigen Großstädten zu gestatten im Widerspruch zu der allgemeinen Forderung nach dem regionalen und munizipalen Charakter der Polizei unter Abschaffung ihres militärischen Aufbaus und der Kasernierung. Als die Entente zum ersten Male die Entkasernierung der Polizei forderte, da erwiderte Stresemann, diese Maßnahme würde den kommunistischen Umsturz bedeuten. Dieses Argument hat offenbar überzeugend gewirkt. Es ist klar, daß der Gedanke des „Volkes in Waffen“ nicht von einer Hindenburg-Dawes-Regierung verwirklicht werden kann, weil die Massen des Volkes die Waffen gegen eine solche Regierung kehren würden. Das „Volk in Waffen“ ist nur zu verwirklichen durch das Proletariat, das als Führer der Massen der Werktätigen der Bourgeoisie die Waffen entreißt. Von dieser Seite droht den Imperialisten Gefahr. Darum fällt es

der Interalliierten Kontrollkommission nicht ein, etwa die Forderung einer Miliz, gebildet aus dem arbeitenden Volke, aufzustellen – die einzig wirksame Garantie gegen den deutschen Militarismus. Umgekehrt: in den großen Industriestädten soll nach den Wünschen der Chamberlain und Briand die Polizei eine militärische Truppe in der Hand der Bourgeoisie gegen die arbeitenden Massen bleiben. Dieses Zugeständnis ist der Kern der Sache und nicht die Forderung auf Entlassung von 30.000 Mann von 180.000. Die Aufhebung des militärischen Aufbaus und der militärischen Ausbildung der Schutzpolizei wird illusorisch, wenn die Polizei eine in Kasernen untergebrachte, von reaktionären Offizieren kommandierte, zum Bürgerkrieg gedrillte Söldnertruppe bleibt. Die Söldnertruppe wird als Kolonialarmee den englischen und französischen Imperialisten zur Verfügung gestellt durch gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen, deren Wortlaut von der Interalliierten Kontrollkommission zu genehmigen ist. Deutlicher konnte nicht ausgedrückt werden, daß die „Souveränität“ Deutschlands mit der Aegyptens oder Indiens auf einer Stufe steht, nur mit dem Unterschied, daß es sonst nirgendwo auf der Welt so ergebene „national“ drapierte Knechte des Imperialismus gibt, wie im Deutschland Hindenburgs, Luthers und Stresemanns.

Von den Zerstörungen von Fabrikanlagen und Maschinen, die zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen können, wird wohl mit [331] Recht angenommen, daß die Kontrolloffiziere hier nur die Aufträge der englischen und französischen Konkurrenz auszuführen hatten. Denn wenn die Zerstörung von Schmiedepressen, Martinsöfen und Bessemer-Stahlwerken zur Entwaffnung notwendig ist, dann wird es wohl kaum eine Fabrik in Deutschland geben, deren Zerstörung man aus Gründen der „Sicherheit“ nicht fordern könnte. Stahlhelme, Ersatzteile von Gewehren, Maschinengewehren, Kanonen, Granaten usw. sind abzuliefern, wahrscheinlich auch deshalb, weil Frankreich diese schönen Dinge gerade jetzt zur „Sicherung des Friedens“ in Marokko gut brauchen kann.

Der Große Generalstab ist aufzulösen. In dem Völkerbundskrieg, in dem die deutschen Reichswehrmänner ihre Knochen zu Markte tragen sollen, wird der Generalstab von Franzosen und Engländern gebildet werden. Der außenpolitische SPD-Fachmann Breitscheid meint, daß „Sinn und Zweck der Reichswehr durch Beseitigung dessen, was die Gegenseite den Großen Generalstab nennt, nicht beeinträchtigt werden könne“. Wahr gesprochen. Abgesehen von dem Völkerbundskrieg ist der „Sinn und Zweck der Reichswehr“, den Breitscheid gewiß billigt, die Niederwerfung des deutschen Proletariats, wie Sachsen und Thüringen 1923 bewiesen haben. Solche Leistungen sind auch ohne Generalstab möglich, wenn die Sache nur politisch so geschickt eingefädelt wird, wie von der SPD im Oktober 1923. Rudi Breitscheid kann keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich als geeigneten Fachmann für diesen antibolschewistischen „Sinn und Zweck“ angenehm in Erinnerung zu bringen.

Damit die Pazifisten aber doch noch eine Freude haben, wird zwar nicht die Auflösung der faschistischen Kampfverbände verlangt – Chamberlain versteht schon, daß Deutschland vor dem Bolschewismus geschützt werden muß –, aber wenigstens die Auflösung der Verbindung mit den Militärbehörden. Dies tut der deutschen Bourgeoisie um so weniger wehe, als sie aus der Erfahrung von 1923 weiß, daß die strengen Herren von der Interalliierten Kontrollkommission diese Bestimmungen gegen die Ausbildung von Zeitfreiwilligen und die Auffüllung der Heeresbestände durch Weißgardisten aller Art nicht so streng nehmen, wenn die bolschewistische Gefahr akut wird.

*

Der Sinn der Entwaffnungsnote ist also leicht zu verstehen; die Entente-Imperialisten sagen ihren deutschen Knechten: „Ihr dürft eure Waffen gebrauchen, aber nur in unserem Auftrag, unter unserer Kontrolle, gegen unsere Feinde.“ Wer diesen Sinn noch nicht erfaßt hat, der kann die Einigung zwischen Briand und Chamberlain über den Garantiepakt als Kommentar zur Entwaffnungsnote benutzen. Die gemeinsame Antwort auf das deutsche Garantiepakt-Angebot liegt noch nicht im Wortlaut vor, aber der Hauptpunkt ist genügend klar. Die widersprechenden englischen und französischen Meldungen lassen noch nicht erkennen, ob sich die englische Außenpolitik mehr gegen die französische oder die französische gegen die englische durchgesetzt hat. Aber daß die Kosten des Geschäfts Deutschland bezahlen muß, darüber kann es keinen Zweifel geben. Die englische Außenpo-

litik verfolgt die Absicht, sich zur Unterstützung Frankreichs nur bei solchen Kriegen zu verpflichten, die im englischen Interesse mit Englands Zustimmung geführt werden, sonst aber Frankreich möglichst zu binden und sich [332] selbst freie Hand zu lassen. Frankreich aber will zugleich für sich selbst freie Hand zu „Sanktionen“ gegen Deutschland und zu jedem Abenteuer zum „Schute“ seiner östlichen Verbündeten und zugleich die Verpflichtung Englands, Frankreich bei seinen Unternehmungen zu unterstützen. Im Widerstreit dieser Interessen wurde eine völlige Einigung nur in dem Punkt erzielt, in dem die Interessen der Imperialisten am weitesten zusammengehen: im Kampf gegen die Sowjetmacht.

Deutschland soll zum bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund gezwungen werden. Dadurch wird der Streit, ob der Garantiepakt Frankreich das Recht des Durchmarsches durch das Rheinland gibt, für den Fall des Interventionskrieges gegen Sowjetrußland gegenstandslos. Denn der berichtigte Artikel 16 des Völkerbundpaktes gibt nicht nur das Durchmarschrecht durch Deutschland, sondern legt außerdem Deutschland als Mitglied des Völkerbundes die Pflicht zur Unterstützung eines solchen Krieges auf.

Wenn die englischen Blätter abzuleugnen suchen, daß die „Entmilitarisierung“ des Rheinlandes bedeutet, daß das Rheinland zum Operationsfeld der französischen Truppen wird, so bezieht sich dieser Streit nur auf jene Konflikte, die zwischen Deutschland und Frankreich, sei es in der Frage der Ostgrenze oder im Falle französischer Sanktionen, entstehen können. Für diese Fälle behauptet jeder der beiden Partner, daß der andere gebunden sei und er selbst freie Hand habe. Frankreich spekuliert dabei darauf, daß bei einem Konflikt mit Polen die russische Frage aufgerollt und England dadurch zur Unterstützung Frankreichs gezwungen werden kann, England aber darauf, daß Frankreich durch den finanziellen Druck von Seiten Amerikas und Englands von selbständigen Abenteuern zurückgehalten werden wird.

*

Die Stellung der deutschen Hindenburg-Patrioten, der Dawes-Lakaien aller Schattierungen, zu den neuen Forderungen der Entente, die den Kolonialzustand Deutschlands besiegeln, kann nicht zweifelhaft sein. Sie brauchen das Geld ihrer Gönner und werden sich nicht weigern, dafür Kanonenfutter zu liefern. Graf Westarp erklärt sich ebenso zu Verhandlungen bereit wie Stresemann. Breitscheid beteuert stolz wie ein Spanier, daß „die Sozialdemokratie auch diesmal nicht geneigt sein wird, den Regierungsparteien die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. „Auch diesmal“, nämlich so, wie bei der Annahme des spanischen Handelsvertrags, wo Hilferding feierlich dasselbe erklärte ein paar Stunden vor der Abstimmung, bei der die SPD durch Stimmenthaltung den Deutschnationalen „die Kastanien aus dem Feuer holte“, ihnen wiederum erlaubte, zur Hälfte „nationale Opposition“ zu spielen. Wir können uns jetzt schon darauf gefaßt machen, daß das gleiche Fastnachtsspiel, das wir seit der Annahme der Dawes-Gesetze kennen, sich diesmal wiederholen wird.

Zum Trost für das nationale Gemüt hat dafür der Reichsrat den Offizieren der alten Armee das Tragen ihrer Uniformen bei Festlichkeiten ausdrücklich gestattet. Hindenburg soll das Recht bekommen, Titel und Orden zu verleihen und der 18. Januar, der Tag der Gründung des Kaiserreichs, soll Nationalfeiertag werden. Wenn das nationale Gemüt damit noch nicht zufrieden ist, dann kann man ihm [333] zu Ehren noch ein paar kommunistische Arbeiter abschlachten. Die deutschen „Nationalisten“ sind bescheiden geworden. Sehen sie nur zweifarbig Tuch exerzieren und hören sie schießen, sei es auch im Interesse der ausländischen Sklavenhalter auf deutsche „Volksgenossen“ – so sind sie zufrieden.

*

Genau so, wie auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik zeigen sich in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands die Folgen des Dawes-Planes, die die Kommunisten allein vorausgesagt haben. Die Zahlungsschwierigkeiten des Stinnes-Konzerns leiten eine Krise ein, die nicht weniger verheerend als die Inflationskrise unter großen Zusammenbrüchen die Konzentration des Kapitals, zum großen Teil in den Händen ausländischer Kapitalisten, fördern und Millionen Existenzen zu-

grunde richten wird. Nicht von ungefähr setzt die deutsche Bourgeoisie jetzt mit dem schärfsten Angriff auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen ein. So großzügig die Pläne zur Ausplünderung der breiten Massen sind, die in den Steuer- und Zollanträgen der Luther-Regierung ihren Ausdruck finden, so ist doch noch nicht abzusehen, wie die Dawes-Lasten aufgebracht werden sollen, sobald das Moratorium abläuft und das Zahlen wirklich beginnt.

Das Proletariat im „stabilisierten“ Deutschland wird die Lasten dieser „Stabilisierung“ von Tag zu Tag härter zu spüren bekommen und desto mehr, je mehr sie ins Wanken kommt. Die Ereignisse in Marokko, China und Bulgarien zeigen, wie schwach das mit Strömen von Blut geleimte Fundament des „stabilisierten“ Weltimperialismus ist. Es ist undenkbar, daß sich die deutschen Kolonialsklaven auf die Dauer von den Rifkabylen und den chinesischen Kulis beschämen lassen werden. Es ist die Aufgabe der deutschen Kommunisten als Führer der werktätigen Massen, unter ihren Parolen den Kampf gegen den Imperialismus zu organisieren. Gegen den Pakt der Imperialisten setzen sie den Pakt der Arbeiter, die internationale Einheit der Gewerkschaften. Gegen die Entwaffnungsforderungen der Imperialisten aber die Parole: Die Waffen aus den Händen der Sklavenhalter diesseits und jenseits des Rheins in die Hände des arbeitenden Volkes!

*

Der neue deutsche Zolltarif und die deutsche Zollpolitik.^{*)}

Von E. Ludwig.

A. Die Agrarzölle.

I.

Am 19. Mai hat das Luther-Kabinett die seit langem angekündigte sogenannte kleine Zolltarif-Novelle veröffentlicht und damit einen neuen Abschnitt der deutschen Zoll- und Handelspolitik begonnen. Formell stellt der neue Zolltarif eine Rückkehr zum alten Bülow-Tarif vom 25. November 1902 nach den Abänderungen der Kriegszeit und der Nachkriegs-[334]gesetzgebung dar. In Wirklichkeit ist er jedoch eine Umbiegung der bisher geübten Zollpolitik durch die im Besitz der Regierungsmacht befindlichen Schwerekapitalisten und Junker.

In dem Augenblick, wo die Regierungs-Novelle dem deutschen werktätigen Volk die Zwangsjacke neuer Hochschutzzölle auf Brot und Eisen anpassen will, redet sie ihm vor, daß diese Zwangsjacke ein alter, längst getragener und daher bequemer Rock sei.

Man muß sich hüten, aus der Form des neuen Zolltarifs als einer Novelle zu dem seit 23 Jahren bestehenden Zollgesetz zu schließen, daß an der Wirtschafts- und Handelspolitik der regierenden kapitalistischen Parteien Deutschlands durch fast ein Menschenalter hindurch, trotz verlorenem Krieg und trotz verpfuschter Revolution, sich nichts geändert habe. Zolltarife, als die in Paragraphen gegossenen Ausdrucksformen der Zollpolitik, sind überhaupt nichts Selbständiges. Sie bestimmen nicht die Wirtschafts- und Außenhandelspolitik eines Staates, sondern sie werden von dieser bestimmt.

Das wilhelminische Reich ist fast während seiner ganzen Dauer mit Ausnahme der ersten acht Jahre schutzzöllnerisch gewesen. Im Jahre 1879 ging Bismarck zum Hochschutzzoll über, als unter der Konkurrenz des amerikanischen Getreides die ostpreußischen Junker aufhörten, Freihändler zu sein: statt daß sie wie bisher Getreide exportieren konnten, waren sie selbst der Gefahr der billigeren Getreideeinfuhr bis in ihre Stammgebiete hinein ausgesetzt. Schon der Zolltarif Bismarcks kennt, zusammen mit dem Zollschatz für Agrarprodukte, den Schutzzoll für Industrieprodukte, insbesondere für die Erzeugnisse der Schwerindustrie; der Roheisenzoll wurde schon 1879 auf 10 Mark die Tonne festgesetzt.

Nach einer vorübergehenden Milderung der Schutzzölle auf Getreide unter dem Nachfolger Bismarcks, Caprivi, im Jahre 1892, auf Grund welcher Milderung Handelsverträge abgeschlossen wer-

^{*)} Der Artikel erscheint etwas abgeändert zugleich in der „Ökonomische skaja Shisn“.

den konnten, setzte Bülow Ende 1902, kurz vor Erneuerung der Handelsverträge, neue Hochschutzzölle sowohl auf Agrar- als Industrieprodukte durch, die bis zum Kriege bestanden haben.

Der Bülow-Tarif kennt bereits für Agrarprodukte die Zollregelung durch doppelte Zollsätze, die auch die neue Zolltarif-Novelle übernommen hat, nämlich den höheren autonomen Tarif und den ermäßigten Tarif, der angewandt wird, wenn Handelsverträge beschlossen werden. Diese ermäßigten sogenannten Vertragszölle sind für Agrarprodukte Mindestzölle: sie können auch durch Handelsverträge nicht unter den im Tarif festgelegten Mindestsatz ermäßigt werden.

Die Kriegsgesetzgebung hob die Zölle für Getreide und die übrigen Agrarprodukte auf. Diese Zollfreiheit besteht noch heute. Bei den Industriewaren trat an die Stelle der Zölle eine Ein- und Ausfuhrkontrolle, die heute im wesentlichen beseitigt ist. Für viele Industriewaren wurden bereits in den letzten Jahren die Zollsätze neu geregelt.

Der Friedensvertrag von Versailles statuierte für die ersten fünf Jahre nach Friedensschluß, also bis zum 10. Januar 1925, eine einseitige Meistbegünstigung für die mit Deutschland Frieden schließenden Mächte: Deutschland konnte zu Ungunsten dieser Mächte keine Zölle einführen. Für Elsaß-Lothringen war noch besonders die zollfreie Einfuhr seiner Waren, insbesondere von Eisen und Textilien, für die ersten fünf Jahre nach Friedensschluß festgelegt. Der Ablauf dieser Frist ist zugleich der Anstoß zu den immer noch nicht beendeten Vertragsverhandlungen gewesen, die Deutschland mit aller Welt führt, wie zu dem neuen Zolltarif-Entwurf, der nach seiner Begründung durch die deutsche Regierung den deutschen Handelsvertrags-Unterhändlern eine Grundlage für ihre Verhandlungen geben soll.

[335] Wenn Deutschland durch die Einbringung des Zolltarif-Gesetzentwurfes im Reichstag dokumentiert, daß es formell seine zollpolitische Souveränität seit dem 10. Januar 1925 wiedergewonnen hat, so darf darüber nicht der gewaltige Unterschied verkannt werden, der zwischen der außenpolitischen Handlungsfreiheit Deutschlands vor und nach dem Kriege vorhanden ist. War bis zum Kriege die Zollgesetzgebung in ihren Schwankungen der Niederschlag der verschiedenen Konkurrenzmethoden der imperialistischen Mächte auf dem Weltmarkt, die vom liberalen Freihandel mehr und mehr zum „nationalen“ Zollschutz übergingen, war insbesondere der Schutzzoll eine der wichtigsten „friedlichen“ Kampfmittel des imperialistischen Monopolkapitalismus um die Beherrschung des Weltmarktes, von welchem Kampfmittel gerade auch Deutschland Gebrauch zu machen verstand, so steckt heute Deutschland trotz seiner formell wiedergewonnenen handelspolitischen Souveränität in den Fesseln des Dawes-Paktes, der nicht nur die Zollerträge dem Generalagenten für Reparationen als Tribut verpfändet, sondern auch die ganze deutsche Wirtschaft dessen Kontrolle unterwirft und damit praktisch die Außenhandels-Souveränität Deutschlands aufhebt.

Für die imperialistischen Weltmächte Amerika, England, Frankreich und zum Teil auch ihre Vasallen sind die Schutzzölle, mit denen sie sich als mit einer sich stets erhöhenden Mauer umgeben, immer noch die alten imperialistischen Angriffswaffen für die Eroberung und Erhaltung des Weltmarktes geblieben. Für Deutschland sind die Wiederherstellung und die Erhöhung der Zölle im neuen deutschen Zolltarif nur schwache Abwehrwaffen bei den Versuchen der deutschen Regierung, bei der durch den Dawes-Pakt vorgenommenen Eingliederung der deutschen Wirtschaft in eine Industriekolonie, sich der übermächtigen, durch die Schutzzölle der anderen noch verschärften Konkurrenz der Gegner zu erwehren.

II.

Der Luther-Tarif präsentiert sich als ein lückenloser Zolltarif. Er stellt die Agrarzölle von 1902 wieder her, bringt Zölle auf Agrarprodukte auch da, wo sie 1902 noch gefehlt haben, erhöht sie zum Teil und ergänzt die erhöhten Zölle auf Industrieprodukte.

Jeder, auch der kleinste Zweig der Agrar- und Industrieproduktion ist mit Zollschutz bedacht. Jeder auch noch so nebensächliche Produktionszweig hat Gehör bei der Luther-Regierung gefunden. Man wollte keinem wehe tun und hat darum alle befriedigt – immer mit der sich ständig wiederholenden Begründung, daß auch dieser Produktionszweig lebenswichtig für die deutsche „Wirtschaft“ sei und darum des Zollschatzes oder der Zollerhöhung nicht entraten könne.

So wird der Zolltarif mit seinen fast tausend Nummern zu einem Katalog sämtlicher in Deutschland vorhandener Produktionsgebiete. Doch statt die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Agrar- und Industrieproduzenten zu versöhnen, nimmt der Zolltarif gerade dadurch, daß er jeden von ihnen mit allen seinen Wünschen berücksichtigt, diese widerstreitenden Interessen in den Zolltarif selbst auf. Er gleicht sie nicht aus, sondern erhält und verschärft sie.

„Die Vorlage bedeutet“, – so heißt es im „Wirtschaftsdienst“ vom 29. Mai – „eine Flucht in die Tradition aus Ratlosigkeit den neuen Aufgaben gegenüber.“ Die Rückkehr zum Bülow-Tarif soll nicht nur die Wiederherstellung der Agrarzölle und die teilweise sehr beträchtliche Erhöhung der Industriezölle verschleiern, sie ist zugleich aus der Ohnmacht und Unfähigkeit der herrschenden kapitalistischen Cliquen in Deutschland geboren, eine wirklich selbständige Zoll- und Handelspolitik gegenüber den Dawes-Mächten zu führen. [336]

III.

Beginnen wir mit den Agrarzöllen. Bei ihnen wird, soweit es sich um die Kornzölle handelt, der alte Zustand des Bülow-Tarifs wiederhergestellt. Roggen soll vom 1. August 1926 ab mit 7 M. im autonomen und 5 M. im Vertragstarif je Doppelzentner verzollt werden. Bei Weizen und Spelz betragen die entsprechenden Zollsätze 7,50 M. und 5,50 M., bei Hafer 7 und 5 M., bei Malzgerste 7 und 4 M. und bei anderer Gerste 1,30 M.

Daneben finden sich Zölle auf alle übrigen Bodenprodukte, darunter nicht unbeträchtliche Zollerhöhungen. Futtermittel, Zucker, Melasse bekommen Zollschatz. Agrarprodukte, die überhaupt nicht in Deutschland erzeugt werden, werden mit Schutzzöllen belegt: Reis mit 4 M., Bananen mit 15 M., Apfelsinen, Zitronen und Mandeln mit 12 M. je Doppelzentner. Der Zoll auf Zuckerrübensamen wird von 1 M. im Bülow-Tarif auf 36 M. gesteigert.

Weiter werden die Viehzölle wieder eingeführt, ebenso die Zölle auf Fleisch und Speck: Gefrierfleisch mit 45 M., Speck mit 36 M. Schließlich bringt der Tarif einen Zoll, den selbst die Gesetzgebung des Jahres 1902 nicht gekannt hat: den Zoll auf das eigentliche Volksnahrungsmittel in Deutschland, die Kartoffel. Herbstkartoffeln, die vom 1. August bis 14. Februar eingeführt werden, werden mit einem Zoll von 0,50 M. je Doppelzentner, Frühkartoffeln, die in der übrigen Zeit des Jahres eingeführt werden, mit einem Zoll von 4 M. bedacht.

Als Uebergang, um die deutschen werktätigen Massen sich an die neuen Hungerzölle „gewöhnen zu lassen“, kennt der Luther-Tarif vom 1. August 1925 bis zum 1. August 1926 Zollermäßigungen: bei Roggen und Hafer 3 M., bei Weizen und Spelz 3,50, bei Gerste 2 M., bei Kartoffeln 0,25 M. bei frischem Fleisch 35 M. und bei Gefrierfleisch 20 M., bei Schweinespeck 24 M.

IV.

Daß die Agrarzölle eine schwere Belastung der werktätigen Massen bedeuten, daß sie ausschließlich den Großgrundbesitzern zugute kommen, darüber kann im Ernst nicht gestritten werden.

Agrarzölle bekommen ihr Gepräge durch die Kornzölle. Alle übrigen Agrarzölle dienen nur zur Ergänzung der Kornzölle, zu ihrer Verteidigung; sie sind nur Mittel, den Vorteil, den die Kornzölle den Kornproduzenten gewähren, diesen voll zuzuwenden.

Die Kornproduzenten aber, die allein Vorteil von den Weizen- und Roggenzöllen haben, sind die Großgrundbesitzer und die Großbauern. Sie allein bringen Getreide auf den Markt und können daher im Verkaufspreis den Zollschatz realisieren. Die Mittel- und Kleinbauern dagegen verbrauchen ihr Getreide selbst oder müssen, zu Zwecken der Viehzucht, das mit Zöllen belegte Getreide noch kaufen und sind darum samt den übrigen Getreidekonsumenten die durch die Zölle Ausgeplünderten.

Nach der allerdings aus dem Jahre 1907 stammenden letzten Betriebszählung gibt es in Deutschland etwa 19.000 Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar Land und dazu noch rund 230.000 Großbauern mit über 20 Hektar Land. Ihnen gegenüber stehen etwa 930.000 Mittelbauern zwischen 5 und 20 Hektar Landbesitz und 890.000 Kleinbauern von 2 bis 5 Hektar Landbesitz. Die Kornzölle kommen also, alles in allem, höchstens 250.000 Grundbesitzern zugute, wobei noch zu beachten ist, daß die

Tendenzen zum Bauernlegen, zur Abrundung und Vergrößerung des Großgrundbesitzes sich gerade in der Nachkriegszeit mehr und mehr verschärft haben.

Der Landbund, die Interessenvertretung der Agrarproduzenten,, die von den Junkern geführt wird, aber auch viele Tausende von Kleinbauern umfaßt, versucht diese für den Kornzoll dadurch zu gewinnen, daß ihnen als Entgelt die Vieh- und Fleischzölle versprochen werden. Nun sind in der Tat die kleinen Mittelbauern die hauptsächlichen Fleischproduzenten in Deutschland; doch der Vorteil, der ihnen auf der einen Seite durch die Vieh- und Fleischzölle gewährt wird, wird ihnen auf der anderen Seite durch die Futtermittelzölle, die gleichfalls den Großagrariern zugute [337] kommen, vor allem durch die Zölle auf Kartoffeln, von denen vor dem Kriege nicht weniger als 15 Millionen Tonnen jährlich verfüttert wurden, wieder genommen.

Auf die gleiche Weise sollten die Obst- und Gemüsebauern durch die Zölle auf ausländisches Obst und ausländisches Gemüse gewonnen werden. Diese Zölle verteuern zwar das inländische Obst und Gemüse zugleich mit dem ausländischen, aber durch die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung, durch die Zölle werden auch diese kleinen Bauern ebenso stark betroffen wie alle übrigen Werktätigen.

Die Agrarzölle sollen, um den Schutz der „Landwirtschaft“ zu gewährleisten, nach den Worten des Ernährungsministers Grafen von Kanitz, stetige Preise garantieren, damit die Bodenbewirtschaftung „intensiviert“ werden könne. Diese „Intensivierung“ aber wird, zumal sie noch durch die vor allem dem Großgrundbesitz zugute kommenden Kredite der Rentenbank und der Preußischen Seehandlung begünstigt wird, nur den Junkern möglich. Die kleinen und mittleren Bauern bleiben auch hier im Hintertreffen: während die Großen sich sanieren, geraten jene immer mehr in Schulden, mit der Intensivierung des Großgrundbesitzes geht das Bauernlegen Hand in Hand. Diese Entwicklung zuungunsten des kleinen und mittleren Besitzes wird durch die Agrarzölle, die allein dem Großgrundbesitz nützen, seine Gelderträge, seine Grundrente, seine Bodenpreise zu steigern, noch verschärft werden.

V.

Die Schutzzölle sollen weiter die „Ernährung von der eigenen Scholle“ sichern. Daß dies unter der kapitalistischen Wirtschaftsform für Deutschland eine hohle Phrase ist, hat der Krieg mit seinen Hungerwintern bewiesen. Trotz der seit mehr als einem Jahrzehnt wirksam gewesenen Agrarzölle ist Deutschland unter der Hungerblockade zusammengebrochen. In Wirklichkeit sollen die Zölle, wie dies auch Graf Kanitz bei ihrer Begründung zugegeben hat, die Ernährung von der eigenen Scholle dadurch „sichern“, daß sie den deutschen Großgrundbesitzern Ausfuhrmöglichkeiten geben. Die Junker sichern ihren Profit dadurch, daß sie das deutsche Volk durch Wucherzölle und durch Ausfuhr deutscher Lebensmittel über die Grenze, die ihnen Kanitz wieder geöffnet hat, aushungern. Die Schutzzölle auf Agrarprodukte sollen dieselbe Aufgabe erfüllen wie die Industrieschutzzölle: durch Ueberhöhung der Inlandspreise, um den Zollbetrag die Weltmarktpreise zu unterbieten.

Nur so erklärt es sich, daß Agrarprodukte, die in Deutschland bereits überproduziert werden, und die deshalb eines die Konkurrenz abschließenden Schutzzolles nicht bedürfen, dennoch mit Zöllen bedacht werden. Das gilt insbesondere von dem Kartoffelzoll. Die Kartoffelproduktion, die 1913, auf das neue Reichsgebiet berechnet, rund 44 Millionen Tonnen betragen hat, hat im Jahre 1924 36,4 Millionen Tonnen erreicht, nachdem sie 1922 bereits auf 40,66 Millionen Tonnen gestiegen war. Zur menschlichen Ernährung wurden vor dem Kriege rund 13 Millionen Tonnen, als Futtermittel rund 15 Millionen Tonnen Kartoffeln verbraucht, während der Rest als Saatgut und für gewerbliche Zwecke (Schnaps, Stärke, Trocknerei) verwandt wurde. Deutschlands Kartoffelbedarf kann also aus seiner eigenen Ernte gedeckt werden, es sind heute schon erhebliche Ueberschüsse, namentlich infolge der Krise, im Spiritusgewerbe vorhanden. Der Schutz der „Ernährung von der eigenen Scholle“ ist in diesem Punkt bereits ohne Zölle gesichert und bedarf nicht mehr eines „Schutzes“ durch Zölle. In der Tat sollen die Großagrariere vor dem Preissturz geschützt und ihnen zugleich die Möglichkeit gegeben werden, die (vor allem, aus Polen) drohende Konkurrenz abzuwehren und ihrerseits durch billigere Angebote auf dem Weltmarkt als Konkurrenten aufzutreten.

Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Zuckerproduktion durch den Zuckerzoll, der mit 10 M. für den Doppelzentner den Zollsatz der Brüsseler Zuckerkonvention von 4,80 M. mehr als verdoppelt. [338]

VI.

Zum Schluß noch kurz eine rohe Berechnung der Belastung der Werktätigen allein durch die Kornzölle. Der Ernährungsminister Kanitz lehnt es aus guten Gründen ab, eine solche Berechnung zu geben: das sei Sache seines Kollegen von der Finanz. Ihm kommt es allein auf die Sicherung der Junkerprofite durch die Zölle an. Nach amtlichen Zahlen hat Deutschland im Wirtschaftshalbjahr 1922/23 2,93 Mill. To. Weizen und 5,66 Mill. To. Roggen verbraucht. Das ergibt bei Wiederherstellung der Bülow-Zölle eine Belastung des Brotkonsums von 117,64 Millionen Mark jährlich durch den Weizenzoll und 299,50 Millionen Mark jährlich durch den Roggenzoll, wobei zu beachten ist, daß der deutsche Weizenpreis 1912 um 4,47 M. und 1913 um 3,60 M., der deutsche Roggenpreis 4,68 M. und 4,47 M. über den Weltmarktpreis gestanden hat. Dazu kommt noch eine Wiederherstellung der Mehlzölle mit 18,75 Mark für den Doppelzentner. Dabei ist der Verbrauch 1922/23 mit 91,9 Kilogramm Roggen und 47,6 Kilogramm Weizen auf den Kopf der Bevölkerung viel zu gering. Legt man den Jahresverbrauch 1913/14 mit 153,1 Kilogramm Roggen und 95,8 Kilogramm Weizen auf den Kopf der Bevölkerung zugrunde, so ergibt sich eine Gesamtbelastung, von nicht weniger als 734,45 Millionen Mark im Jahr.

Das ist der Zolltribut, den die Werktätigen allein durch die Verteuerung des Brotes zu entrichten haben. Dazu tritt die Verteuerung des Fleisches, der Butter, der Margarine, des Gemüses, des Obstes durch die übrigen, die Kornzölle sinnvoll umrahmenden Agrarzölle.

Dazu kommt schließlich die Kornverteuerung durch die seit dem Juli des letzten Jahres verfügte Oeffnung der Grenzen für die Korn- und Mehlausfuhr. Seitdem haben sich – auch eine Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft – die deutschen Getreidepreise fast den Weltmarktpreisen angepaßt. Sie werden in ihrer Bewegung von der internationalen Getreidespekulation in Chicago bestimmt und sind um über 100 Prozent in die Höhe gegangen. Die deutschen Kornzölle, die die „Stetigkeit“ des deutschen Getreidepreises garantieren sollen, sollen in Wirklichkeit den Junkern alle Vorteile einer nach oben gerichteten internationalen Getreidespekulation sichern und sie vor ihren Rückschlägen schützen.

Alles in allem: die Belastung der werktätigen Massen in Deutschland durch die Agrarzölle kann auf mindestens 1,5 Milliarden Mark im Jahre – um die Hälfte mehr als die ReparationstrIBUTE im ersten Dawes-Jahr – geschätzt werden.

Diese Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zölle macht sich bereits heute, noch ehe sie Gesetz geworden sind, durch ein scharfes Ansteigen der Groß- und Kleinhandelspreise auf allen Marktgebieten bemerkbar.

B. Die Industriezölle.

I.

Deutlicher noch als bei den Agrarzöllen tritt bei den Industriezöllen ihr Zweck zutage, Waffe des deutschen Kapitalismus in dem ihm mehr und mehr erschwerten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu sein.

Die Industriezölle umfassen fast ohne Ausnahme alle Erzeugnisse der deutschen kapitalistischen Produktion, von den Waren der Schwerindustrie bis zur Textil-, Leder- und Holzindustrie.

Die Regierungspareole ist: Herstellung eines mäßigen Schutzzolls. Doch die Zolltarifnovelle läßt unter dem Vorwand, den Tarif den in den letzten 20 Jahren eingetretenen technischen Veränderungen und die Sätze dem gegen 1913 gesunkenen Goldwert anzupassen, vielfach Zollerhöhungen eintreten, die jene Behauptung von der mäßigen Zollerhöhung Lügen strafen. Die „mäßigen“ Zollsätze sind in der Wirklichkeit fast zu Prohibitivzöllen ausgebaut.

Die Eisenzölle, das Gegengewicht gegen die Agrarzölle, bleiben im ganzen unverändert. Sie betragen nach wie vor 10 Mark für die Tonne.

Stark erhöht werden die Zölle für Chemieprodukte. Begründung: der Verlust des deutschen Chemiemonopols durch den Krieg,

[339] Weiter gibt es erhebliche Zollerhöhungen für Textilien. Dichte Seidengewebe z. B. werden von 800 Mark auf 3200 Mark, Seidentüll von 250 auf 5000 Mark, Spitzen von 800 auf 8000 Mark je Doppelzentner im Zollsatz gesteigert. Aber auch die Zölle für einfache Gewebe werden mindestens verdoppelt, teilweise sogar verdrei- und vervierfacht.

Desgleichen wird, ganz nach englischem Muster, der Zoll auf Kunstseide von 30 Mark für den Doppelzentner auf 100 Mark heraufgesetzt.

Das sind nur Stichproben, sie lassen sich fast aus jeder Tarifposition ergänzen. Das ganze Zolltarifsystem der Novelle macht den Eindruck der Systemlosigkeit.

II.

Besonders charakteristisch ist die Zollregelung für die Automobilindustrie. Es ist bekannt, daß die deutsche Automobil- und Traktorenindustrie gegenüber der ausländischen, insbesondere der amerikanischen, mit Ford-Methoden arbeitenden Konkurrenz, erheblich im Rückstand geblieben ist. Ihre Erzeugnisse sind wesentlich teurer als die der ausländischen Konkurrenten. Die deutschen Automobilindustriellen haben daher Hochschutzzölle gefordert, im Gegensatz zu den Automobilhändlern, die aus dem Unterschied zwischen dem deutschen und ausländischen Automobilpreis ihre Profite ziehen und durch die Zollerhöhungen ein Beschneiden dieser Profite zugunsten der Automobilfabrikanten befürchten. Die Vorliebe der Automobilhändler für den Freihandel ist die Sorge um ihren Profit.

Der neue Zolltarif sucht nun diese entgegenstehenden Interessen durch sofort in Kraft tretende sehr erhebliche Zollerhöhungen bis zum Siebzehnfachen der heute geltenden Zollsätze und durch einen allmählichen Abbau dieser Zollsätze bis zum 1. Juli 1928 ausgleichen. Nach dem Zolltarif sind die Automobilzölle wie folgt geregelt:

	Motorfahräder	bis zu 22 dz	Motorwagen 23 bis 32 dz	über 32 dz
sofort	350	250	175	150 M.
ab 1.7.26	320	225	160	135 M.
ab 1.1.27	290	200	130	120 M.
ab 1.7.27	250	150	100	90 M.
ab 1.1.28	210	100	75	70 M.
ab 1.7.28	160	75	40	20 M.

Die heute geltenden Zollsätze sind für Motorfahräder 240 Mark, für Automobile 280 M.

In ähnlicher Weise ist der Zollsatz für Traktoren geregelt. Der Zoll, der bisher vertragsmäßig 15 bis 40 Mark und autonom 20 bis 150 Mark betragen hat, wird bei einem Reingewicht bis 25 Doppelzentner auf 80 M. festgesetzt, der sich bis zum 1. Juli 1928 auf 35 Mark ermäßigt; für Traktoren von mehr als 25 Doppelzentner beträgt er 60 Mark und geht bis zu 30 Mark herunter.

Diese Regelung der Automobilzölle knüpft an die längst abgestandene Theorie des immer noch als Heros der „deutschen“ Wirtschaftswissenschaft geltenden Friedrich List von den Erziehungszöllen an. Durch Hochschutzzölle soll die deutsche Automobilindustrie technisch und ökonomisch so in die Höhe gebracht werden, daß sie in drei Jahren des Hochschutzzolls entbehren kann. Ist es schon fraglich, ob die Lehre von den Erziehungszöllen je gegolten hat, so ist es noch mehr fraglich, ob sie heute wirksam wird.

Denn zur Erziehung des rückständigen deutschen Kapitalismus, von dessen Zurückbleiben die Automobilindustrie nur ein Beispiel ist, gehört nicht nur der Zollsatz, der unter Umständen sogar die technische Rückständigkeit erhält, statt sie zu beseitigen; dazu gehört namentlich bei der augenblicklichen deutschen Wirtschaftslage erhebliches Geldkapital zur Anschaffung moderner Arbeitsmaschinen, die die Voraussetzung für die Anwendung der Ford-Methoden sind. Dieses Geldkapital ist aber, wenn überhaupt, nur unter sehr drückenden Zinsbedingungen, unter Bedingungen, die die Selbständigkeit der deutschen industriellen Produktion gefährden, zu erhalten. Wenn [340] Aus-

landskredite durch die hohe Profite versprechenden Hochschutzzölle angelockt werden sollten, so würden diese auf den Umweg über die sogenannte „Erziehung“ der deutschen Automobilindustrie aller Voraussicht nach zu deren Ueberfremdung führen.

Die Erziehungszölle sind ein Musterbeispiel dafür, wie unter dem Vorwand des Aufbaus und der Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft diese mehr und mehr im Zusammenhang mit dem Dawes-Pakt in die imperialistische Weltwirtschaft unter Preisgabe ihrer Selbständigkeit eingegliedert wird.

III.

Die Industriezölle haben überhaupt die Aufgabe, die Konzernierung und Kartellierung des deutschen Industriekapitals unter der Vorherrschaft des Schwerkapitals zu fördern und damit die Organisierung des deutschen Monopolkapitalismus so zu vollenden, daß er im Schwanz des Weltimperialismus vegetieren kann.

Diesem Ziel der Industrieschubzölle, für die Eisenzölle ebenso grundlegend sind wie die Kornzölle für die Agrarzölle, entspricht es, daß sie nach unten nicht begrenzt sind. Der deutsche Zolltarif kennt anders als bei seinen Agrarzöllen, bei seinen Industriezöllen keine Mindestsätze, sie können und sollen nach Absicht der Regierung und der hinter ihnen stehenden großkapitalistischen Parteien, wie den Vereinigungen der Großindustrie, durch Handelsvertragsverhandlungen heruntergesetzt, ja aufgehoben werden. So hat der Wirtschaftsminister Neuhaus bei der Begründung der Industriezölle ausdrücklich erklärt, daß die wirkliche Höhe der Zollsätze nicht durch den Tarif, sondern durch die Handelsverträge festgelegt werde. So erklärt es sich, daß unmittelbar nach der Veröffentlichung der Zolltarifnovelle die Vertreter des deutschen und französischen Schwerkapitals sich in Düsseldorf zusammengefunden haben, um die seit langem stockenden Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-französischen Eisen- und Stahlkartells, das die Grundlage des deutsch-französischen Handelsvertrages abgeben soll, wieder aufzunehmen. Es ist durchaus möglich, daß in diesen Verhandlungen, in denen die deutschen Eisenzölle der Einsatzpreis der deutschen Unterhändler bei dem Kampf um die Quote sind, diese Zölle herabgesetzt, und daß dafür die deutschen Großkapitalisten in engem Kartell mit ihren französischen Kumpanen sich durch gemeinsame Monopolpreise entschädigen werden. Es ist auch möglich, daß bei Aufrechterhaltung der deutschen Eisenzölle im Einverständnis mit den Herren der Pariser Hüttenkomitees Zollvergütungen vereinbart werden, die im Kartellverhältnis die Zollerhöhungen unwirksam machen und durch Preiserhöhungen wieder eingeholt werden.

Diese Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen über das Eisen- und Stahlkartell, das Lothringen und die Ruhr verbinden soll, zeigt am besten, welchen Zweck die deutschen Industriehochschubzölle verfolgen.

IV.

Die Zusammenkunft der Schwerkapitalisten von diesseits und jenseits des Rheins widerlegt auch die schöne sozialdemokratische Ansicht von der Notwendigkeit von „Verhandlungszöllen“, die durch die Handelsverträge sich selbst überflüssig machen. Diese schöne Begründung, im Zeitalter der mächtigsten imperialistischen Konflikte und der sich übersteigernden Hochschutzzollsysteme den utopischen Freihandel auf dem Umweg über abzubauen Schutz zölle einzuführen, hat den Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsrat den Vorwand gegeben, nicht nur den Zollplänen der Regierung zuzustimmen, sondern auch die Regierung zur Veröffentlichung der Zolltarifnovelle zu drängen. Die Bürgerblockregierung ist diesem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichem Wunsche nachgekommen: sie hat die Zolltarifnovelle dem Reichstag vorgelegt und zugleich mit diesen Industriezöllen den deutschen Arbeitern die Agrarzölle beschert. Während die sozial-[341]demokratischen Koalitionspolitiker immer noch von mäßigen Industrieschutzzöllen sprachen und von einem profitablen Bündnis des Industriekapitals mit der Arbeiteraristokratie gegen die Agrarier, aber zugleich gegen die großen Massen der proletarischen und kleinbürgerlichen Verbrauster, träumten, war das Bündnis der Junker und Schwerkapitalisten, gegründet auf die gegenseitige Gewährung von Hochschutzzöllen, längst perfekt. Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Diese Arbeitervertre-

ter haben durch ihre Begünstigung der Industriezölle auch den Boden für die Agrarzölle geebnet. Es wird ihnen nichts übrig bleiben, als auch diese zu schlucken bzw. durch Sondervorteile abhandeln zu lassen. Ueber die Hilferding-Theorie, den Schutzzoll durch Freihandel zu ersetzen, die den Imperialismus in den „gezähmten“ Kapitalismus der freien Konkurrenz zurückverwandeln – vgl. dazu schon Karl Emil (Hilferding): „Handelspolitische Fragen“, „Neue Zeit“ 1917, Oktoberheft – soll im Zusammenhang mit den Zoll-Gutachten der liberalen Professors, der verdorrten Nachblüte des Kathedersozialismus, gehandelt werden.

Werden durch diese Handelsverträge die Industriezölle wirklich ermäßigt, so werden sie, wie die Projekte der deutsch-französischen Schwerekapitalisten zeigen, prompt durch Monopolpreise, die erst auf Grund der Hochschutzzölle möglich werden, ergänzt. Wie diese Tendenz sich durchsetzt und wie sie sich nicht nur auf die Schwerindustrie begrenzt, zeigt eine Notiz in der Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts“ vom 27. Mai. Unter der Ueberschrift: „Das internationale Kartellproblem. Zollautonomie oder gegenseitige Verständigung?“ wird da ausgeführt:

„Auf der einen Seite hat die seit dem Kriege verstärkte Industrialisierung, die die industrielle Kapazität der Welt um nahezu ein volles Drittel im Vergleich mit der Vorkriegszeit erhöht hat, das Bestreben hervorgerufen, die eigene Produktion durch Zollwälle zu schützen. Nebenher geht jedoch eine im allgemeinen nur den Eingeweihten bekannte Strömung, durch gegenseitige Verständigung über die Grenzen hinweg die Wettbewerbsfähigkeit aller Beteiligten zu gewährleisten.“

Diese Bewegung umfaßt nicht nur die Rohstoffindustrien, sondern auch die Industrie der Halb- und Ganzfabrikate, wie das Glühlampen- und das Samtkartell beweisen. Zollwälle und gegenseitige Verständigung über diese Wälle hinweg sind jedoch nicht, wie es nach dem Zitat scheinen könnte, nebeneinander herlaufende Strömungen. Vielmehr ist es so, daß die Zölle erst die Kartelle möglich machen, indem sie alle außerhalb des Kartells bleibenden Konkurrenten niederwerfen. In jenem Artikel wird denn auch weiter über das Verhältnis zwischen Zoll und Kartell, die Herbeiführung des Kartells durch den Zoll und die Ersetzung des Zolls durch Kartellpreise dargelegt:

„Nach autoritativer Auffassung industrieller Kreise, die darin auch diejenige ihrer ausländischen Freunde zum Ausdruck zu bringen scheinen, ist jeder Dumping-Zoll gegen einen industriell hochentwickelten Gegner von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Denn in jedem industriellen Erzeugungsprozeß beschränken sich von einer bestimmten Grenze an infolge automatischer Kraftwirkung die Unkosten lediglich auf das Material, während die Arbeits- und maschinellen Unkosten verschwindend gering sind. Man rechnet beispielsweise, daß die letzten 20 Prozent der Produktion eines Hochofens derart billig sind, daß sie unter Umständen, d. h. aus Kampfgründen oder solchen der beabsichtigten Gewinnung von Märkten, weit unter dem regulären Preis verkauft werden können. Ueberall da, wo es sich nicht, wie in den Vereinigten Staaten, um einen automatisch wirkenden (flexible tariff) Dumpingzoll handelt, sehen wir deswegen die größten Preisunterbietungen, namentlich durch solche Länder, die ihren industriellen Apparat noch voll in Tätigkeit haben, wie Belgien oder Frankreich. Eine Reihe überseeischer Staaten hat nach fast übereinstimmender Ansicht der Fachleute nur mit Hilfe solcher (zwangsläufigen) Unterbietungen (auch durch deutsche Fabriken) ihren [342] Lokomotiv- oder Wagenpark zu Preisen erneuern können, die niemand Nutzen gebracht haben und beim Vorhandensein einer auch nur notdürftig funktionierenden Verständigung ganz unmöglich wären. Aber abgesehen davon sind die nichtöffentlichen übernationalen Abmachungen stärker als alle staatlichen Zollbestrebungen. Beispielsweise bieten selbst am deutschen Markt die jungen nordamerikanischen Fabrikanten gleichwertige Farben billiger an als die deutsche Industrie, und zwar aus Kampfgründen. Auf vielen Gebieten liegen die Verhältnisse sowohl bei uns als auch in anderen Ländern ähnlich. Dieser Zustand der Unsicherheit, die Gegenschachzüge aller Art (beispielsweise die Gründung von Zweigunternehmungen durch Strohänner hervorruft, muß schließlich zu einer gegenseitigen Verständigung führen, sobald erst einmal, wie innerhalb der Schifffahrt oder etwa der Rohstahlgemeinschaft, durch organisatorische Zusammenfassung aller der Elemente, die sonst durch Schleudern auch den inländischen Markt verderben, die Preislage im Fabrikationslande geklärt ist.“

V.

Genau so wie auf diese Weise die internationale Kartellierung durch nach unten nicht begrenzte, durch Handelsvertragsverhandlungen zu beseitigende Industrieschutzzölle durchgeführt wird, wie auf diese Weise die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft in Verbindung mit der Ueberfremdung des deutschen Kapitalismus durchgeführt wird, wird auch im nationalen

Rahmen die Konzern- und Kartellbildung unter der Führung des Schwerkapitals durch die Schutzzölle gefördert. Hilferding hat sich noch vor kurzer Zeit in seiner Rede zum deutsch-spanischen Handelsvertrag dafür eingesetzt, daß Industriezölle nur die Aufgabe haben dürften, die Fertigindustrie gegen die Vorherrschaft des Schwerkapitals zu schützen. Die kapitalistische Wirklichkeit sieht anders aus, als sie nach Hilferding aussehen sollte. In dieser kapitalistischen Wirklichkeit dienen die Industriezölle, die sich auf den Eisenzöllen aufbauen, dazu, die verarbeitende Industrie der Rohstoffindustrie zu unterwerfen.

Es ist bekannt, daß die eisenverarbeitende Industrie Deutschlands, namentlich die des Südens und des Westens, die ihre Rohstoffe aus Lothringen und von der Saar bezieht, von den Hochschutzzöllen auf Roheisen den Verlust ihrer letzten Absatzgebiete auf dem Weltmarkt befürchtet, weil durch diese Zölle ihre Produkte über die Weltmarktpreise verteuert würden. Die Opposition der Eisenfertigindustrie gegen die Eisenzölle ist ein beachtlicher Faktor im Kampf um die Zölle überhaupt. Um sie auszuschalten, versucht nun das Schwerkapital, die eisenverarbeitende Industrie durch Exportvergütungen zu kaufen. Es schweben, in engstem Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Schwerkapitalisten Verhandlungen über Zollvergütung zwischen der deutschen Rohstahlgemeinschaft und den Werken der eisenverarbeitenden Industrie. Nach diesen Verhandlungen, die bezeichnenderweise Ende vorigen Jahres in Paris zu einem vorläufigen Abkommen geführt hatten, sollen nur Werke, die der deutschen Rohstahlgemeinschaft angehören, Lieferanten von Roheisen und Rohstahl sein dürfen, auf die die Bezieher eine Vergütung bekommen. Die Bezieher von solchem vergütungsfähigen Eisen und Stahl wiederum müssen auch ihrerseits dem Verein der deutschen Maschinenbauanstalten oder dem Eisen- und Stahlwarenindustriebund angehören, also kartelliert sein. Es versprechen sich so zwei Kartelle die Exportvergütungen. Der **Gebende** ist die Rohstahlgemeinschaft, das Syndikat des Schwerkapitals, in dem die Montankonzerne vorherrschen. Der **Empfangende** ist das Kartell der eisenverarbeitenden Industrie. Diese wird von jenem abhängig, denn sie ist nur deshalb noch exportfähig, weil die Schwerkapitalisten aus den Profiten, die sie aus den Eisenzöllen ziehen, der eisenverarbeitenden Industrie die Differenz zwischen dem Inlandpreis und dem Weltmarktpreis vergüten.

[343] Abbau der Industriezölle durch verschärfte Konzernbildung und Kartellierung, Herausbildung von Monopolpreisen mittels des Schutzzolls – das ist der Effekt der „mäßigen“ Schutzzölle der neuen Zolltarifnovelle. Die Konzernkrise (Stinnes) widerspricht dem nicht. Im Gegenteil sollen die Zölle durch ihre ökonomische Fruktion wie durch ihren finanziellen Ertrag diese Krise hintanhalten und überwinden helfen.

Es bleibt noch übrig, kurz auf die handelspolitische Bedeutung der neuen deutschen Zollpolitik einzugehen. Das meiste ist bereits im vorigen Abschnitt bei der Erörterung über die Förderung des Monopolkapitalismus national und international durch die Schutzzölle gesagt.

International kapitalistische Verständigung unter gleichzeitiger Kolonisierung Deutschlands mittels des Dawespakts, der Handelsverträge und der Zölle: das ist die Handelspolitik Deutschlands nach dem Westen.

Handelspolitische Verschärfung der Gegensätze durch Agrarzölle, die nicht nach unten ermäßigt werden können: das ist die Handelspolitik Deutschlands nach dem Osten.

Während die Industriezölle durch den Verzicht auf Mindestsätze jede Verhandlungsmöglichkeit und jedes Nachgeben gegenüber den Westmächten offen lassen, ist bei den Agrarzöllen mit ihren Mindestsätzen auch durch Handelsvertragsverhandlungen keine Erleichterung durchzusetzen. Die Kartoffelzölle richten sich gegen Sowjetrußland. Sie erschweren nicht nur die Handelsvertragsverhandlungen mit ihm, sondern vor allem auch die Durchführung wirklicher Handelsbeziehungen.

Es ist klar, daß die Korn-, Futtermittel-, Vieh- und Fleischzölle, wenn sie Gesetz werden sollten, auch die Stellung deutscher Industriewaren auf dem russischen Markt sehr erschweren müßten.

Die deutsche Zoll- und Außenhandelspolitik ist so nur die Ergänzung der allgemeinen Außenpolitik Deutschlands überhaupt, die im Sicherheitspakt mit seiner Spitze gegen Räterußland ihren Ausdruck findet.

Der Kampf der deutschen Werktätigen gegen die Industrie- und Agrarzölle unter Führung der Kommunistischen Partei ist darum zugleich ein Kampf gegen die Eingliederung Deutschlands in den Weltimperialismus, wie für seine Verbindung mit Räterußland.

*

Ueber unsere Stellung zur Militärfrage und die gegenwärtige Bedeutung „republikanischer“ Forderungen.

(Schluß.)

K. S. Die vor einigen Tagen an Deutschland gerichtete Entwaffnungsnote der Entente gibt den Ausführungen des Artikels in der letzten Nummer der „Internationale“, dessen Schluß hier folgt, auch eine unmittelbar aktuelle Bedeutung. Es ist zweifellos, daß die deutsche Bourgeoisie durch die Forderungen dieser Note in eine Klemme gerät, daß sie sich keineswegs abgefunden hat mit der Tatsache, ein auch nur in diesem Umfang „entwaffnetes“ Dasein zu führen. Dies anzunehmen, wäre eine Abstraktion, die zu einer ebenso falschen Stellung gegen die Entwaffnung führen würde, wie die entgegengesetzte Annahme, die zu einem pazifistischen Eintreten für die Entwaffnung führt. Es besteht hier jedenfalls ein ganz realer Interessengegensatz der einzelnen imperialistischen Bourgeoisien, der ebenso zweifellos für das revolutionäre Proletariat Vorteile bietet, wenn es versteht, diese Chancen durch eine kluge Taktik auszunutzen. Erst kürzlich haben wir ein Beispiel gesehen: Bulgarien. Obwohl die bulgarische Regierung einer Verstärkung ihrer Armee zum [344] Einschreiten gegen die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung bedurfte und in den beweglichsten Tönen um die Erlaubnis dazu bettelte, wurde sie durch die Rivalität der anderen Balkanstaaten gezwungen, die Verstärkungen wieder zu entlassen. Aehnlich ist die jetzige deutsche Situation. Sie muß von unserer Partei gut verstanden und geschickt ausgenutzt werden, nicht nur, weil sie uns einen günstigen Hebel bietet, die Bewaffnung der Bourgeoisie zu sabotieren und die revolutionären Kräfte gegen die Regierung zu organisieren, sondern auch weil sie geeignet ist, uns Lehren zu geben für spätere Zeiten. Die ganze deutsche Revolution wird ähnliche Situationen vorfinden und eine ähnliche geschickte Ausnutzung der Konflikte unter den Imperialisten durch die revolutionäre Arbeiterpartei verlangen (wie in Rußland).

Heute heißt dies konkret: wir dürfen uns nicht beschränken auf die Verhöhnung der beschämenden Lage der deutschen Bourgeoisie der Entente gegenüber, sondern wir müssen uns freuen über die Entwaffnung, soweit sie die Bourgeoisie wirklich trifft, wir müssen ihre Schwierigkeiten in jeder Weise fördern. Aber wir müssen zugleich als die revolutionäre Arbeiterpartei die Forderung nach Bewaffnung der Massen des Volkes propagieren und wo möglich praktisch vorbereiten^{*)}, im Gegensatz zur Bewaffnung der Söldnertruppen und Terrororganisationen der Bourgeoisie.

Bisher haben wir über den Sinn „republikanischer“ Losungen bloß debattiert, Nun heißt es, die Probe aufs Exempel machen und versuchen, diese Losungen praktisch zu erproben, unsere Arbeiter zu Propagandisten dieser Losungen in den Massen zu machen.

Die Losung der Volksbewaffnung als Beispiel für den antiimperialistischen Charakter unserer republikanischen Forderungen.

Es gibt in der Partei einige weise Genossen, die herumgehen und erzählen, daß wir durch Aufstellung republikanischer Mindestforderungen unseren Kampf gegen den Dawes-Plan aufgeben, den Boden von London betreten. Gerade die in diesem Artikel besprochene Losung der Volksbewaffnung ist am besten geeignet, die völlige Unsinnigkeit dieser Behauptung zu beweisen.

Unsern bisherigen Kampf gegen den Dawes-Plan kann man folgendermaßen charakterisieren: er war in der Tat mehr oder minder beschränkt ökonomisch, nach der „Theorie“: wir kämpfen um den Achtstundentag und Lohnerhöhungen, das ist zugleich der einzige Kampf der Arbeiter gegen den Dawes-Plan, er sprengt ihn automatisch in die Luft. (Derlei Verallgemeinerungen wurden ver-

^{*)} Wir haben z. B. kein Interesse daran, daß die Waffen der schwarz-weiß-roten Imperialisten, den blau-weiß-roten in die Hände fallen, wenn wir sie bekommen könnten!

schiedentlich zum besten gegeben, zu einer Theorie aber hat sie verarbeitet Genosse Korsch in seinem Artikel über den Achtstundentag in der „Internationale“ Nr. 18, September 1924.)

Nebenher lief ein „politischer“ Kampf, der sich aber bei manchen Genossen erschöpfte in der sehr abstrakten Erklärung „wir sind dagegen“ und einigen nationalen Phrasen.

Jetzt erst kommen wir dazu, einen wirklich konkreten politischen Kampf gegen den Dawes-Plan zu organisieren und dazu dienen uns eben u. a. unsere republikanischen Minimalforderungen. Ist dies so schwer zu verstehen? Der Dawes-Plan hat der Bourgeoisie die Inszenierung eines neuen Imperialismus ermöglicht, eines „Erfüllungsimperialismus“ (Imperialismus dritter Sorte), der im Westen erfüllt, um im Osten und anderswo mitrauben zu können. Aber der Dawes-Plan hat zugleich die schwersten Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie selbst aufgerissen: zwischen Kleinbürgertum und Bourgeoisie, zwischen den einzelnen [345] Fraktionen der Bourgeoisie, zwischen der Bourgeoisie und dem Junkertum (die verschiedenen ökonomischen und politischen Tatsachen des letzten Jahres beweisen dies deutlich). Um alle diese Gegensätze unter einen imperialistischen Hut (gegen das Proletariat) zu bringen, braucht die Bourgeoisie heute eine monarchistische bzw. bonapartistische Spitze, kann sie sich eine demokratische Republik nur mehr mit großen Nachteilen leisten. Die monarchistischen (bzw. bonapartistischen) Tendenzen haben also ihr unmittelbares Sprungbrett im Dawes-Pakt. (Ihre Wurzeln liegen natürlich viel weiter zurück, nämlich in der verpfuschten Revolution.) Andererseits aber sind sie die politischen Formen, in denen sich der Dawes-Pakt in Deutschland durchsetzt.

Wer dies versteht, der wird auch verstehen, daß der Kampf gegen diese politische Reaktion heute ein wirklich konkreter politischer Kampf gegen den Dawes-Plan ist, und keineswegs ein Betreten des Bodens des Dawes-Plans. Denn auf diesem Boden wächst ja nicht die Republik, sondern die bonapartistische Monarchie. Freilich ist das in unseren bisherigen Minimalforderungen noch nicht genügend zum Ausdruck gekommen, wir müssen sie systematisch und viel klarer als bisher verbinden mit unseren direkten (aber ohne sie abstrakten) Forderungen gegen Dawes^{*)} und den nächsten Krieg, unserem Minimalprogramm einen konkreten antiimperialistischen Charakter verleihen. Aber wer zwischen beiden Dingen, den republikanischen Forderungen und dem Kampf gegen Dawes einen Gegensatz sieht, der versteht jene nicht und steht zum Dawes-Plan, also in der nationalen Frage auf einem ganz abstrakten, im Grunde völkischen Standpunkt.

Im Verständnis dieses Zusammenhangs liegt der springende Punkt unserer ganzen revolutionären Politik der nächsten Jahre. Bisher hat uns unsere nationale Politik, weil sie vielfach zu abstrakt war, in eine scheinbare Einheitsfront mit der Reaktion gebracht. Jetzt ist die Reaktion dawesiert, sie wird es auf eine Zeitlang in verstärktem Maße sein. Sie muß das Maul halten gegenüber der Unterdrückungspolitik des Imperialismus. Dies schafft für uns die günstigste Lage: unsere entschieden republikanischen Forderungen können zugleich gemacht werden zu konkreten Kampflosungen gegen den Imperialismus, wir haben die Möglichkeit, unsere politische Front insofern zu „berichtigen“, als wir den schwarzrotgoldenen Massen gegenüber eine energische Einheitsfronttaktik gegen den Imperialismus betreiben können und mit Erfolg betreiben können, eben weil der Imperialismus seine pazifistische Tarnkappe abwirft. Nicht der schwarzweißbrote, sondern der schwarzrotgoldene Block ist unser Nachbar, historisch und praktisch. Aber beileibe nicht Bundesgenosse. „Nachbar“ heißt, daß wir unseren Hauptkampf gerade gegen ihn führen werden, daß er am raffiniertesten die Massen betrügt, daß wir gerade die Massen, die ihm nachlaufen, am nötigsten brauchen für die Revolution. Daher die Manöver ihm gegenüber.^{**)} Es wird unsere

^{*)} Kündigung des Paktes, Nichteintritt in den Völkerbund usw., und Versammlungskampagnen Demonstrationen für diese Lösung.

^{**)} Es wird in letzter Zeit allzuviel über Manöver gesprochen, dabei oft nicht genügend der reale Zweck dieser Manöver begriffen. Das „Entlarven“ ist natürlich nicht Selbstzweck. Wenn aber die „Rote Fahne“ vom 30. Mai auf Seite 1 schreibt: „Die KP hat den sogenannten republikanischen Parteien angeboten, sie bei Durchführung einer wirklich demokratischen republikanischen Politik gegen alle Machtgelüste der Monarchisten zu unterstützen, um so eine demokratisch-[346]republikanische Einheitsfront gegen die monarchistische Reaktion zu schaffen.“ so ist dies unrichtig und eine unangenehme Entgleisung. Der Zweck der Entlarvungstaktik, die Strategie, die ihr zugrunde liegt und die wir bisher ziemlich vernachlässigt haben, ist keineswegs ein Bündnis mit Schwarzrotgold,

Aufgabe sein, den schwarzrotgoldenen Block zu erledigen, in seine Klassenteile zu spalten und das Bündnis der kleinbürgerlichen und verkleinbürgerlichten Massen, die ihm heute noch nachlaufen (und die morgen, von Hindenburg enttäuscht, dem Block zuströmen werden, wenn wir es nicht verstehen werden, sie „aufzufangen), mit den revolutionären Arbeitern zu organisieren auf der Linie des Kampfes gegen den Imperialismus.

In dieser Situation den Hamlet spielen und vom Betreten des Dawes-Planes faseln, heißt eine völlige Verständnislosigkeit an den Tag legen. [346]

Der Unterschied zwischen der heutigen Lage und der im imperialistischen Kriege.

Manche Genossen (die übrigens noch vor einiger Zeit über den Kampf gegen den Dawes-Pakt recht eng ökonomische Begriffe hatten) sagen nun: „Die Stellung zum Dawes-Plan usw. heute bedeutet dieselbe Scheidung in Opportunisten und Revolutionäre, wie seiner Zeit die Stellung zum Krieg.“ Dieser Satz ist richtig (z. B. in der Frage der Lastenverteilung, wo er auch die Brandlerianer als opportunistische Böcke zu agnoszieren möglich macht). Aber er ist zu abstrakt. Die Situation im Krieg und jetzt unterscheidet sich wesentlich dadurch, daß der Krieg eine künstliche (teilweise) Wirtschaftskonjunktur schuf auf Kosten von Proletariat plus kleinbürgerlichen Schichten, der Dawes-Plan aber eine – trotz ihrer Beschränktheit – ganz **reelle** (auch auf Kosten, nicht in dem Maße), daß im Krieg Massen von Gütern und Menschen **vernichtet** wurden, während sie jetzt in den partiellen ökonomischen Krisen, die dauernd die Konjunktur in gewissen Industrien begleiten, bloß entwertet werden (sowohl Waren wie Arbeitskräfte), kurz: daß der Kapitalismus im Krieg wie eine Fliege an der Decke lief, jetzt aber auf der natürlichen Erde steht (wenn auch mit schwachen Beinen). Dieser ökonomische Unterschied drückt sich ebenfalls in den Klassenverhältnissen aus (Proletariat, Kleinbürgertum, Bourgeoisie): im Kriege ein ganz labiles Gleichgewicht, das beim ersten Stoß kippen mußte, heute ein „stabiles“, wenn auch auf ganz schmaler Basis (die dazu immer enger wird). Daher stand im Kriege die proletarische Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung, heute aber nicht. Es ist dies vor allem eine Frage der Klassenbündnisse. Der Krieg hatte das Kleinbürgertum (alle seine Schichten) und die von der Arbeiteraristokratie beeinflussten Arbeitermassen jäh aus dem bisherigen Gleichgewicht gerissen, sie mußten mit dem Zusammenbruch dem revolutionären Proletariat zugetrieben werden. Der Dawes-Plan aber hat ihnen gerade umgekehrt wieder ein gewisses Gleichgewicht gegeben, wenn er sie auch um diesen Preis aufs schärfste aussaugt (und noch aussaugen wird). Daher stand im Kriege die proletarische Revolution (d. h. der Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat im Bunde mit gewissen Schichten dieses Kleinbürgertums) unmittelbar auf der Tagesordnung, heute im Dawes-Plan aber nicht unmittelbar. Heute muß vorangehen eine längere oder kürzere Etappe der Vorbereitung und Organisation dieses [347] Bündnisses. Und dazu brauchen wir eben unser politisches Minimalprogramm.*)

In dieser Etappe stehen wir. Die erfolgreiche Lösung ihrer Aufgabe wird nicht so sehr in einer schon jetzt offenen Massencharakter tragenden Gefolgschaft der Kleinbürger bestehen, als vielmehr

sondern einzig und allein die Organisation des Bündnisses der anderen ausgebeuteten Klassen mit den revolutionären Arbeitern. Und dieses Bündnis wird organisiert nicht mit, sondern gegen Schwarzrotgold. Wir müssen daher auch heute einen ähnlichen Unterschied machen, wie ihn Lenin im Jahre 1905 machte: zwischen der liberalen, d. h. bürgerlichen, imperialistischen Demokratie und der kleinbürgerlichen, die unter Umständen (obwohl sie in Deutschland heute lange nicht diese Bedeutung hat, wie im Rußland von 1905) eine revolutionäre Rolle spielen kann, wenn wir sie führen. Im übrigen darf man nicht übersehen, daß heute ein großer Teil der in Betracht kommenden kleinbürgerlichen Schichten bei Hindenburg steht, eben infolge der Enttäuschung durch die korrupte und reaktionäre Bourgeois-Demokratie und infolge der demagogisch-bonapartistischen, in ihrer Art „demokratischen“ Aufmachung der Hindenburg-Herrschaft. Es gibt Leute, die meinen, daß wir jetzt durch unsere „republikanischen“ Losungen und Manöver den Schwarzrotgoldenen gegenüber diese Schichten vernachlässigen, ja, sie Hindenburg in die Arme treiben. Völliger Unsinn. Wer dies behauptet, sieht nicht, warum diese Schichten bei Hindenburg sind und daß sie teilweise jetzt schon in Richtung auf Schwarzrotgold abzumarschieren beginnen. **Nur** wenn wir Schwarzrotgold auch in seiner heutigen Rolle entlarven durch die Praxis, und im Namen der revolutionären Arbeiter entschieden republikanische. Und demokratische Forderungen an das Hindenburg-Regime stellen, die sich auch gegen Schwarzrotgold richten, werden wir jene heute bei Hindenburg stehenden kleinbürgerlichen Schichten gewinnen können. Nationale Phrasen genügen keineswegs.

*) Lenin hat dies ausdrücklich gesagt, indem er schon im Kriege (in dem zitierten Artikel auf Reformforderungen nicht verzichtete im Hinblick auf die Möglichkeit, daß sich aus diesem Krieg nicht die Revolution ergibt.

in der Schaffung der ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für diese, vor allem einer Arbeiterpartei, die dieser Aufgaben bewußt und fähig ist. Dies ist die „Bolschewisierung“, und insofern hängt sie mit dem „Minimalprogramm“ innig zusammen. Es ist eine Etappe, die wir auch in der Entwicklung der Bolschewiki haben.

Und nun wird man auch den Unterschied verstehen zwischen dem im imperialistischen Kriege notwendigen Programm und dem heutigen. Im Kriege waren für das imperialistische Deutschland ein „republikanisches“ Programm, wie es Rosa Luxemburg in der Juniusbroschüre aufstellte, darunter auch die Miliz, nicht richtig, war überholt, man mußte weitergehen. Es zum Angelpunkt der proletarischen Aktion machen, hieß (wie Lenin sagte) „die Revolution verkünden, doch mit einem falschen Programm“.^{*)} (Nebenbei: selbst in dieser Situation hat Lenin keineswegs auf die Forderung von Reformen, auch in der Militärfrage, verzichtet, wie er in dem abgedruckten Artikel ausdrücklich sagt.)

Heute aber ist die Situation in Deutschland eine ganz andere. Allgemein: 1. weil kein imperialistischer Krieg ist; 2. weil in Deutschland als einem unterlegenen, unterdrückten Land die politische Entwicklung der Bourgeoisie rückwärts geht. Speziell in der Militärfrage: weil das Volk im imperialistischen Krieg bewaffnet war, heute aber nicht bewaffnet ist. Wer diese „kleinen“ Unterschiede nicht sieht, der ist eine politische Blindschleiche und wird die besten Leninzitate falsch anwenden.

Schließlich einige Worte über die Perspektive und über die erste Etappe der nächsten Revolution.

Lenin sagt über das Programm der Volksbewaffnung:

„Die russische Revolution hat gezeigt, daß jeder Erfolg, und wenn es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung ist, z. B. die Eroberung einer gewissen Stadt, einer gewissen Fabriksiedelung, eines gewissen Teiles der Armee, unvermeidlich das siegreiche Proletariat zwingen wird, gerade ein solches Programm zu verwirklichen.“

Dies gilt nicht nur für diese Mindestforderung, sondern auch im allgemeinen für die anderen Minimalforderungen. Anders gesagt: Wir werden bei Aufstellung dieser Minimalforderungen beachten müssen, daß sie notwendig zum Programm, zu den ersten Kristallisationspunkten der nächsten revolutionären Welle zu werden bestimmt sind. Die Massen der Kleinbürger und verkleinbürgerlichten Arbeiter werden sich bei diesen Punkten aufhalten, auch wenn wir in diesem Moment schon weitergehende Forderungen aufstellen werden. Man erinnere sich hier an die „Verwirklichung“ des Minimalprogramms des Jahres 1905 in der ersten Etappe der russischen Revolution des Jahres 1917. Lenin hat die Arbeiter- und Soldatenräte im April 1917 als die Verwirklichung, wenn auch „eigenartige“ und nicht zu einer ausgesprochenen Regierungsinstitution führende [348] Verwirklichung der Losung der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ vom Jahre 1905 bezeichnet. Ohne diese „Verwirklichung“ und das Minimalprogramm des Jahres 1905 wären die Bolschewiki nie die führende Partei der Revolution von 1917 geworden.

Und nehmen wir den April 1917 selbst, wo schon die „weitergehenden“ Losungen auf die Tagesordnung gestellt wurden, nämlich die Diktatur des Proletariats, so finden wir auch hier wieder ein ganz klares, der konkreten Situation angemessenes „Minimalprogramm“, in dessen Mittelpunkt die Forderung des „Kommune-Staates“ stand: nicht parlamentarische Republik, sondern Republik der Sowjets (obwohl damals die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in die Mehrheit in den Sowjets hatten) und dazu ein Bündel „republikanische“ Forderungen, wie Wahl der Beamten durch das Volk, Beseitigung der Polizei und – als ein wichtiger Punkt – Miliz auf Grund der allgemei-

^{*)} Auch im Jahre 1923 durften derlei Forderungen nicht in den Mittelpunkt gestellt werden, was natürlich keineswegs heißt, daß sie überhaupt nicht gestellt werden durften und daß der Mangel eines konkreten revolutionären Minimalprogramms von Forderungen „in der Richtung auf die proletarische Republik“ in gewissen Etappen der damaligen Entwicklung ein großes Manko für die Partei bedeutete. (Dies gilt auch für den Spartakusbund im Kriege.) Ich verweise im übrigen auf den in diesem Heft abgedruckten Artikel des Genossen Schneller.

nen Volksbewaffnung. In seinen „Kinderkrankheiten“ sagt Lenin, daß ohne dieses „bescheidene“ Programm im April die Bolschewiki nie die Macht im Oktober erobert hätten.

Wir müssen heute in Deutschland bei Aufstellung unseres Minimalprogramms unbedingt auch die Frage der „ersten Etappe der nächsten Revolution“ erörtern. Freilich darf dies nicht geschehen in Form von bloßen Spekulationen über „Möglichkeiten“ und mögliche Perspektiven. Lenin hat das erwähnte „Programm“ aufgestellt und auf Grund der Tatsachen der russischen Entwicklung, nicht der Spekulation über ihre Möglichkeiten. Aber eben weil es so aufgestellt war, ist es der einzige Ausgangspunkt gewesen für die Partei, um allen Möglichkeiten gerecht zu werden.

Dasselbe gilt heute für uns. Unseren diesbezüglichen Ueberlegungen muß zugrunde gelegt werden eine richtige Beurteilung der Tatsachen.

Diese „Tatsachen“ sind schon dargelegt worden: sie heißen „Dawesplan“. Es bleibt übrig, sie zusammenzufassen und ihre politischen Tendenzen aufzuzeigen. Diese aber heißen Hindenburg.

Wenn heute gesagt wird, daß Hindenburg „der legale Sohn“ Eberts ist, so ist dies unbedingt richtig. Die Präsidentschaft Hindenburg zeigt viele Kennzeichen des Bonapartismus.*⁹⁾ Freilich des deutschen, muß man hinzufügen. Wie (und weil) die Deutschen keine wirkliche Revolution zustandegebracht, so haben sie auch ihren Bonaparte nicht von den Schlachtfeldern der Revolution, sondern vom Biertisch bezogen und obendrein mit dem Segen des „angestammten Herrscherhauses“.

Für die weitere Entwicklung entscheidend ist die Tatsache, daß das Sprungbrett dieses Spießerb-Bonapartismus, der Dawes-Pakt, zugleich eine schwere Fessel an seinem Fuß bedeutet. Dies wird ihn zwingen, – wie seiner Zeit der echte, französische des Louis Bonaparte –, alle reaktionären Seiten dieses niederträchtigsten Regierungssystems zu entwickeln: Reaktion unter verlogenen, oft direkt „arbeiterfreundlichen“ Phrasen im Innern, Abenteuer nach außen. Und an diesen wird er sich auch den Hals brechen, an diesen wird die deutsche Bourgeoisie mit ihm zugrunde gehen, trotz ihrer heutigen „zähen und beharrlichen Arbeit“ à la Stein und Hardenberg.

[349] Momentan mag dies vielleicht nicht aktuell erscheinen, da, solange das Moratorium des Dawes-Planes anhält, die deutsche Bourgeoisie eine gewisse Galgenfrist hat, die sie ausnützen kann zur Inszenierung einer würdevollen „nationalen“ Politik und auch sehr geschickt ausnützt. Doch mit Ablauf dieser Frist wird unzweifelhaft eine neue Verschärfung der nationalen Frage eintreten, und diese Verschärfung wird allen bisherigen nationalen Plunder aus der Kaiserzeit, Hindenburg voran, auf den Misthaufen der Geschichte werfen (wenn man sich nicht vorher durch einen Krieg gegen Rußland „gerettet“ hat). Schwarzweißrot wird diskreditiert werden als Symbol der Erfüllung. Schon heute, (schon bei den Hindenburg-Wahlen) zeigt sich eine Opposition reaktionärster Schichten, teilweise im Bunde mit den faschistischen Organisationen, gegen die weitsichtige Politik der Großbourgeoisie. Diese Opposition ist durchaus ernst zu nehmen und läßt eine neue „Flucht in den Krieg“ als durchaus möglich erscheinen. Sind es doch die (heute geprellten) Manager Hindenburgs, die ihn in Szene gesetzt haben, wie die Gesellschaft des 2. Dezember ihren dritten Napoleon. Es ist gar nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß im Falle eines wirklichen Massenkampfes gegen die Dawes-Politik der Bourgeoisie diese abenteuerlichen Elemente im bürgerlichen Lager die Führung an sich reißen (durch einen Coup auf Hindenburg) und entweder versuchen werden, auf imperialistische Weise den Dawespakt zu sprengen, oder doch „nationalen Ruhm“ einzuheimen durch Wiedereroberung Danzigs und Oberschlesiens.

⁹⁾ Hier sei an folgende Stelle aus dem „Bürgerkrieg“ von Karl Marx erinnert: „Das Kaisertum, mit dem Staatsstreich als Geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als Beglaubigung und dem Säbel als Szepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf jene große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung Trugbilds des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte.“ (Ausgabe der „Aktion“ 1919, Seite 48.)

Diese „Möglichkeiten“ müssen wir heute schon beachten, nicht nur, um bei ihrem Eintreten nicht in eine pazifistische und eine faschistische Türkenhälfte zu zerfallen wie Brandler-Thalheimer im Ruhrkrieg, sondern auch, weil diese Tendenzen heute schon praktisch bestimmend sind für das Einschwenken der Großbourgeoisie in die Kriegsfront gegen Rußland (die so diesen „kleinen“ Abenteuern auszuweichen sucht durch ein großes Abenteuer).

Dies sind nicht leere Spekulationen, sondern der politische Inhalt der Regentschaft Hindenburg. Das Fragezeichen ist das Szepter des Bonapartismus.

Mag aber die Entwicklung so oder so verlaufen, jedenfalls wird sich eine kleinbürgerliche Opposition gegen Hindenburg herausbilden, die zweifellos zunächst ihr Sammelbecken im schwarzrotgoldenen Lager suchen wird.*)

Unter dieser Perspektive müssen wir unsere heutigen Aufgaben sehen. Der springende Punkt dieser Aufgaben nicht nur heute, sondern in der ganzen nächsten Etappe aber ist: erstens diese neuen Massen direkt an uns zu reißen, in die rote Front (was nur möglich ist durch Entlarvung des schwarzrotgoldenen Republikerschwindels mittels eines wirklich revolutionären politischen Minimalprogramms); zweitens in dem Grade, in die heute bei Schwarzrotgold stehenden Arbeiter- und Kleinbürgermassen einzudringen (eben mit Hilfe unserer republikanischen Forderungen, die sich de facto gegen den Imperialismus richten), sie vom Pazifismus loszureißen, sie hinein-zumanövrieren in die Opposition gegen Dawes, so daß, wenn die Sache ins Rollen kommt, wir fähig sind, die Etappe der schwarzrotgoldenen Duselei (die wohl auch der nächsten Revolution nicht erspart bleiben wird) abzukürzen und die kleinbürgerlichen Massen mit uns zu reißen unter der Führung der revolutionären Arbeiter.

Wenn uns dies nicht gelingt, dann wird die nächste Revolution wieder im Pazifismus und der „reinen“ Demokratie ersaufen, wie die Revolution von 1918/19.

[350] Und daher kann man sagen: Wir sind heute in der entscheidenden Etappe der Herausarbeitung einer bolschewistischen Partei, obwohl diese Etappe recht prosaisch aussieht. Aber was wir uns heute erarbeiten, das wird seine Früchte tragen in der nächsten Revolution. Zweifellos wird auch diese nächste Revolution eine erste Etappe haben und diese erste Etappe wird bei der fortschreitenden Reaktion des Imperialismus gewisse demokratische Forderungen auf die Tagesordnung setzen. Wenn wir es heute nicht verstehen, diesen Punkt ins Auge zu fassen und ihn durch Ausarbeitung eines revolutionären Minimalprogramms in unsere politische Arbeit einzukalkulieren, dann wird diese erste Etappe der nächsten Revolution wieder unter dem Einfluß der republikanischen Bourgeoisie geraten und, wie wir es drastisch erlebt haben, wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt werden. Man vergesse nicht, daß die demokratischen Forderungen ihre reale Wurzel haben darin, daß es eben große Massen von Kleinbürgern und verkleinbürgerlichten Arbeitern gibt. Es wäre der größte Fehler, wollten wir die Existenz einer kleinbürgerlichen Demokratie in Deutschland leugnen, die unter Umständen eine revolutionäre Rolle spielen kann. Nämlich im Kampf gegen den reaktionären Imperialismus, in dem wir sie führen müssen.

Dazu soll unser politisches Minimalprogramm dienen, dessen Ausarbeitung und revolutionäre Anwendung heute unsere zentrale politische Aufgabe ist. Eine entscheidende Rolle in diesem Programm aber wird unsere konkrete Stellung der Militär- und Polizeifrage spielen, weil die Frage der Bewaffnung die letzthin entscheidende Frage der Revolution ist.

*

*) Man braucht nur auf die äußerst geschickte Ausnützung der Aufwertungsfrage durch die SPD hinzuweisen und den Erfolg, den sie gehabt hat. Bei dieser Gelegenheit muß gesagt werden, daß wir auch in der Aufwertungsfrage eine viel zu starre Taktik betrieben haben (z. B. Rosebergs These: „die Aufwertungsspießer überlassen wir der SPD“ in der „Roten Fahne“).

Zur Frage der Bauernpartei in Deutschland.

Von Edwin Hoernle.

I. Vorhandene Tendenzen.

Die Frage der Schaffung selbständiger Kleinbauern-Parteien ist schon seit geraumer Zeit auch in Deutschland akut. Bereits auf der Vorständesitzung der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler im Januar 1924 lagen eine Anzahl Anträge der angeschlossenen Verbände vor, die verlangten, daß die Arbeitsgemeinschaft bei den kommenden Neuwahlen zum Reichstag und zu den Landtagen mit eigenen Kandidaten auftrete. Die kommunistischen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bekämpften damals diese Anträge mit dem Hinweis, daß das parteipolitische Hervortreten der Arbeitsgemeinschaft geeignet sei, den erst neugegründeten Verband zu sprengen, während es darauf ankomme, breiteste Kleinbauernmassen auf Grund ihrer gemeinsamen, nächstliegenden Tagesinteressen zu sammeln und gegen Großgrundbesitzer, Wucherer, Industriekonzerne usw. den Kampf zu führen.

Vor allem war es damals der Vorsitzende des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, Hoef t, der mit aller Energie die Schaffung einer selbständigen Kleinbauern- und Kleinbürgerpartei betrieb und zu diesem Zwecke im März 1924 die „Nationale Freiheitspartei“ ins Leben rief. Die Hauptforderung dieser Partei war: Durchführung eines Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung von einem Drittel des Großgrundbesitzes und seine Zuteilung an die bodenhungrigen Kleinbauern, Pächter und Siedler. Der neuen Partei fehlte jedoch jedes klare Programm, jede politische Führung, jede wirkliche Organisation. Hoef t selber schwankte zwischen Kommunismus und Faschismus. Er entpuppte sich mehr und mehr als politischer Spekulant. Die Reichstagswahl am 4. Mai brachte dieser Neuschöpfung des Herrn Hoef t ein so gründliches Fiasko, daß sowohl Herrn Hoef t wie seinen Hintermännern die Lust zu weiteren Versuchen verging. Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung selbst aber ging im [351] Laufe der nächsten Monate infolge der durch Hoef ts Vorgehen entfesselten parteipolitischen Differenzen in die Brüche.

Von den übrigen Kleinbauernverbänden, die der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte angeschlossen sind, war es vor allem der Badische Pächter- und Kleinbauernverband, aus dessen Mitgliederkreisen wiederholt der Wunsch ausgesprochen wurde, wenigstens bei den badischen Landtagswahlen mit eigenen Listen hervorzutreten. Der Kleinlandwirtebund in Mecklenburg-Strelitz besitzt bereits einen eigenen Abgeordneten, der bei der KPD-Fraktion hosi-pitiert.

Von den Kleinbauern-Organisationen, die dem Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe (demokratisch-sozialdemokratische Führung) angeschlossen sind, war es vor allem der Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe Hessens, der starke Tendenzen zur Umwandlung seiner Organisation in eine Kleinbauernpartei zeigte. Er beteiligte sich an den hessischen Landtagswahlen mit einer Liste der „Vereinigten schaffenden hessischen Landwirte“. Jedoch wurde keiner der Kandidaten gewählt. Dasselbe Pech hatte der Ostpreußische Bauernbund, der am 7. Dezember 1924 an den Reichs- und Landtagswahlen mit eigenen Listen teilnahm, ohne auch nur einen Kandidaten durchzubringen. Auch im Schlesischen Bauernbund meldeten sich nach der Reichstagsauflösung im Herbst eine Anzahl von Stimmen, die ein selbständiges Auftreten und ein Kartellverhältnis mit dem Bayerischen Bauernbund und der Mittelstandspartei forder-ten. Der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe nennt ausdrücklich eine Anzahl demokratischer und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Vertreter seiner Organisation.

In Württemberg und in Hohenzollern zeigten sich anläßlich der Maiwahlen im Frühjahr 1924 Bestrebungen ähnlicher Art. Es wurden für die württembergischen Landtagswahlen Listen aufgestellt unter der Ueberschrift „Land und Volk“, die auch in einer kleinen Anzahl von Ortschaften eine ansehnliche Stimmenzahl erzielten.

Auf der Reichskonferenz der Kleinbauern-, Pächter- und Siedler-Verbände, die am 23. November 1924 in Weimar stattfand, wurde in einer besonderen Sitzung die Frage der Schaffung einer selbst-

ständigen Kleinbauernpartei nochmals ausführlich beraten. Zum Schlusse wurde jedoch die Aufstellung eigener Kleinbauern-Kandidaten und die Bildung besonderer Kleinbauernparteien abgelehnt. Dagegen sollte versucht werden, Kleinbauern auf die Liste einer Arbeiterpartei zu bringen. Tatsächlich ist auch der Vorsitzende des Bundes schaffender Landwirte, Ernst Putz, auf der Liste der Kommunistischen Partei in den Reichstag entsandt worden. In Baden ist das Mitglied des Badischen Pächter- und Kleinbauern-Verbandes, Gäßler, schon seit Jahren Mitglied der kommunistischen Landtagsfraktion, in Thüringen vertritt der Kleinbauer Bischof den Bund im Landtage. Auch im hessischen Landtag ist ein Kleinbauer Mitglied der kommunistischen Fraktion.

Die große Massenorganisation der deutschen Bauernschaft ist der Landbund. Die ostelbischen Junker haben darin die unumschränkte Führung. Die Führer dieses Landbundes sind alle Mitglieder der deutschnationalen und der volksparteilichen Parlamentsfraktionen. Mit eigenen Listen tritt der Landbund nur auf in Thüringen, Baden, Hessen und Württemberg. In Württemberg unter dem Namen Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund. Der Grund für dieses selbständige politische Auftreten des Landbundes in den oben genannten Ländern liegt in der Tatsache, daß es sich hier um vorwiegend klein- und mittelbäuerliche Wählermassen handelt, auf deren Ideologie der Landbund Rücksicht nimmt. Praktisch treten jedoch die landbündlerischen Abgeordneten nirgends selbständig als politische Partei auf, sondern bilden einfach ein Anhängsel der Rechtsparteien.

[352] Die deutschen Bauernvereine (christlich), die vor allem in Bayern und im Rheinland vertreten sind und sich in ihrem Programm sowohl wie in ihrer praktischen Tätigkeit kaum merklich vom Landbund unterscheiden, treten nirgends mit eigenen Kandidaten bei den Wahlen auf. Ihre Vertreter sind im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei.

Die einzige Bauernorganisation in Deutschland, die als eigentliche Bauernpartei angesprochen werden kann, ist der Bayerische Bauernbund. Dieser hat kurz vor den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 ein vollkommen ausgearbeitetes politisches Programm veröffentlicht, das in allen wesentlichen Punkten ausgesprochen reaktionär und arbeiterfeindlich ist. Er sucht ein Bündnis mit dem sogenannten gewerblichen Mittelstand. Er ist sowohl im Reichstag wie im bayerischen Landtag vertreten. Er ist ganz auf Bayern beschränkt.

Die Tatsache, daß der Reichslandbund und ähnliche Verbände nur teilweise offen parteipolitisch auftreten, bedeutet jedoch nicht, daß sie nicht starke politische Wirkungen erstreben und ausüben. Auf der Reichstagung im Februar während der großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin hat der Reichslandbund ein umfangreiches sowohl außenpolitisches wie innenpolitisches und wirtschaftspolitisches Programm entwickelt, ein Programm, das in großen Zügen dem der Deutschnationalen Volkspartei entspricht. Auch die rheinischen Bauernvereine haben unter Führung von Crone-Münzebrock in die preußische Landtagspolitik eingegriffen und sich energisch hinter die frondierenden Zentrumsabgeordneten Papen und Genossen gestellt. Auch durch die Landwirtschaftskammern üben sie starken Einfluß auf Regierungen und gesetzgebende Körperschaften aus.

II. Warum wünschen die Kleinbauern eine besondere Partei?

Es fällt ohne weiteres in die Augen, daß die Tendenzen zur Schaffung besonderer Bauernparteien in Deutschland auf die Kreise der Mittel- und Kleinbauernschaft beschränkt sind. Nur in den Gebieten, wo kleine und mittlere Bauernschaft vorwiegt, sieht sich der Landbund genötigt, seine Kandidaten nicht auf die deutschnationale oder volksparteiliche Liste zu setzen, sondern mit eigenen Listen hervortreten.

Die tiefere Ursache des gegenwärtigen Strebens großer Kleinbauernmassen nach einer eigenen parlamentarischen Vertretung und einer selbständigen Kleinbauernpartei ist nachweisbar die starke Enttäuschung, die die demokratische Republik und ihre Parteien (Weimarer Koalition) den bäuerlichen Wählermassen bereitet haben. Der Krieg hatte ein starkes politisches Erwachen der Kleinbauernmassen zur Folge gehabt. Die Rechtsparteien hatten mit dem Zusammenbruch der Kriegspolitik und dem Sturz der Monarchie vorläufig abgewirtschaftet. In gewaltigen Scharen strömten die Kleinbauern zur Sozialdemokratie, von der sie die Erfüllung der Siedlungsversprechungen, des

Pachtschutzes sowie eine Reihe Erleichterungen ihrer Steuer- und Hypothekenlasten erwarteten. In der Nationalversammlung war dank diesen kleinbäuerlichen Wählerstimmen die SPD die weitaus stärkste Partei.

Aber die demokratischen Parteien haben ihr Wort in keinem Punkte gehalten. Das Reichssiedlungsgesetz vom August 1919 ist ein Gesetz zur Erleichterung der Siedlungssabotage. Das Pachtschutzgesetz hat sich während der Inflation als eine Schutzordnung der verpachtenden Grundbesitzer gegen die Kleinpächter ausgewirkt. In der Steuerfrage war sowohl die Erzbergersche wie die Hilferdingsche Steuerreform ausgesprochen kleinbauernfeindlich. Die Steuerveranlagung nach dem Wehrbeitrag und die Einschätzung der Einkommensteuer zwangen den Kleinbauern das Vielfache dessen zu bezahlen, was der Großgrundbesitzer leistete. Die wucherische Höhe der Verzugszinsen, die Sonderabgaben (Rhein-Ruhr-Abgabe, Landabgabe) und vor allem die Umsatzsteuer vom Eigenverbrauch mußten die Klein-[353]bauern schwer erbittern. Da die Sozialdemokratie im Interesse ihrer Arbeitsgemeinschaft mit den Industrieunternehmern die Hauptverfechterin der bürokratischen Zwangswirtschaft war, so trägt sie die Hauptschuld daran, daß breite Massen der ursprünglich sozialistisch und arbeiterfreundlich gesonnenen Kleinbauern dem deutschnationalen Landbund zuströmten.

Aber auch der Landbund hat die Kleinbauernmassen bitter enttäuscht. In der Steuerfrage, Pachtfrage, Siedlungsfrage, bei der Verteilung der staatlichen Sachlieferungen, der Kredite und bei der Verwaltung der Genossenschaften – überall fühlen die Kleinbauern sich vom Landbund und den ihm nahestehenden politischen Parteien verraten. Und gerade dort, wo der Landbund, wie in Thüringen oder Württemberg, gezwungen war, sich als politische Partei aufzutun, ist die Unzufriedenheit mit ihm am weitesten fortgeschritten. Die Dezemberwahlen haben gerade in diesen Gegenden eine sehr fühlbare Abnahme der Landbundstimmen gebracht. Auch das Zentrum hat trotz seiner jetzt klugen Taktik und seiner großen traditionellen Manövrierfähigkeit versagt.

Die so allseits enttäuschten Kleinbauern fühlen aber, daß mit rein wirtschaftlichen Organisationen, wie sie die bisherigen Kleinbauern-, Pächter- und Siedler-Organisationen waren, ihnen nicht gedient ist. Sie erkennen immer deutlicher, daß Wirtschaftsfragen gleichzeitig politische Machtfragen sind. Der Kampf gegen den Steuerdruck, gegen den Pachtwucher, für Siedlung stößt sie sofort auf diese Tatsache. Darum wollen sie eine eigene Partei. Da sie aber noch voll sind von demokratisch-parlamentarischen Illusionen, so glauben sie, die Wahl von Berufsgenossen in die Parlamente würde genügen, um ihre Lage zu bessern. Bauernpartei bedeutet für sie nichts anderes, als die selbständige Teilnahme an Wahlen, als eine selbständige Vertretung in den Parlamenten. Sie wollen nichts anderes, als die bisherigen Berufspolitiker ersetzen durch Bauern vom Pfluge.

Es ist äußerst bezeichnend, daß die Tendenzen zur Schaffung selbständiger Kleinbauernparteien bzw. zur Aufstellung eigener Wahllisten der Bauern dort am stärksten auftreten, wo die Kommunistische Partei noch sehr schwach ist oder aber es noch nicht verstanden hat, den Kleinbauernmassen Vertrauen einzuflößen. Wir sehen das in Ostpreußen, Hessen, Schlesien, Baden, Württemberg, Bayern. Wo aber die Kommunistische Partei sich ernsthaft um die Kleinbauern kümmert, da fällt es verhältnismäßig leicht, dem Kleinbauern die Schädlichkeit und Nutzlosigkeit solcher Neugründungen von kleinen Splitterparteien klarzumachen und sie davon zu überzeugen, daß ihr Schicksal nicht durch die fraktionellen Gruppierungen innerhalb des Parlaments, sondern durch die gesellschaftlichen Kräfte außerhalb des Parlaments bestimmt wird. Wo die Kommunistische Partei auch nur den ernsthaften Willen zeigt, die Interessen nicht allein der Industrieproletarier, sondern auch der armen Bauern zu verfechten, da gewinnt sie sehr rasch die Sympathien der werktätigen Landbevölkerung. (Rhön, Moosbruch.) Fast alle Genossen, die an roten Landsonntagen oder als Referenten bei Wahlversammlungen mit Kleinbauern in Berührung kamen, berichten einstimmig über die günstige Aufnahme durch die arbeitende Bauernschaft. Die Wahlziffern beweisen es auch. Die Parole des Bündnisses der revolutionären Arbeiter mit der werktätigen Bauernschaft findet überall fruchtbaren Boden. Das ursprüngliche Mißtrauen und die angeborene Scheu des ländlichen Kleinproduzenten gegenüber dem Städter und gegenüber den lauten Massenaktionen ist verhältnismäßig leicht zu überwinden. Die Erfahrung beweist also, daß die Frage der Kleinbauernpartei von uns nur gestellt werden darf, in engem Zusammenhang mit der Frage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und der

Rolle der Kommunistischen Partei als Führerin nicht nur des Proletariats, sondern aller ausgebeuteten Massen. [354]

III. KPD und Bauernpartei.

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann nicht prinzipiell Gegnerin der Schaffung von Kleinbauernparteien sein. Unter ganz bestimmten Voraussetzungen kann eine Partei der armen Bauern, die mit der Kommunistischen Partei sympathisiert und ideologisch von ihr geführt wird, sehr viel zur Schwächung der kapitalistischen Mächte und zur Beschleunigung des Revolutionierungsprozesses auf dem Lande beitragen. Diese Rolle kann eine Bauernpartei vor allem spielen in großen, rückständigen Agrarländern, wo das Industrieproletariat nur eine kleine Minderheit der werktätigen Massen darstellt, die Kommunistische Partei also lokal beschränkt ist, und wo starke feudale Ueberreste die Bauernschaft bedrücken. Hier ist auch die soziale Differenzierung in der Bauernschaft noch wenig fortgeschritten. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern kann in einem solchen Lande die Form eines Bündnisses der Bauernpartei mit der Kommunistischen Partei wenigstens vorübergehend annehmen.

In Deutschland liegen jedoch die Verhältnisse wesentlich anders. Das Industrieproletariat ist hier bei weitem in der Mehrzahl. Ein großer Teil der Klein- und Zwergbauernschaft ist dauernd oder teilweise in der Industrie beschäftigt. Große, rein agrarische Gebiete ohne jede Industrie sind verhältnismäßig selten. Das übliche Bild ist die bis in die letzten Gebirgstäler vordringende Kleinindustrie. Dazu kommt die starke Industrialisierung der Landwirtschaft selbst. Auch der kleine Bauer ist sehr eng mit dem allgemeinen Wirtschaftsprozeß verknüpft. Jede Arbeitslosigkeit, jede Besserung der Arbeitsverhältnisse in der Industrie wirken sich auch auf dem Dorfe und in der bäuerlichen Wirtschaft direkt und indirekt aus. Viele Tausende von Kleinbauern sind überhaupt frühere Industrieproletarier. Die KPD kann also verhältnismäßig leicht an sie herankommen.

Innerhalb der Bauernschaft selbst aber ist der Differenzierungsprozeß bereits sehr weit fortgeschritten. Zwergbauern, Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern mit unzähligen Uebergängen und Zwischenstufen! Dazu kommen die ganz verschiedenen Kulturarden in den verschiedenen Gegenden und Bodenlagen. Es ist sehr schwer, den kleinen Viehzüchter, den Getreidebauer, den Winzer, den Tabakpflanzer, den Obstzüchter usw. auf der Basis der bloßen „Bauerninteressen“ unter einen Hut zu bringen. Nicht zu vergessen die Tatsache, daß es in Deutschland alte, starke, auch auf dem flachen Lande traditionell befestigte große Parteien gibt, gegen deren organisatorischen und propagandistischen Apparat, zumal dort, wo er sich auf die Kirche stützt, eine junge und arme Partei kaum aufkommen kann. Bei dem Partikularismus und der mangelnden politischen Aktivität der zerstreut wohnenden, individualistisch wirtschaftenden Kleinbauern gelingt es, wie die Erfahrung beweist, den bürgerlichen Parteien und Organisationen verhältnismäßig leicht, Bauernparteien zu vernichten, aufzusaugen oder vollkommen unter ihre Führung zu bringen. Großbauern, Pfaffen und Advokaten machen aus der Führung solcher Kleinbauern-Organisationen ein Gewerbe.

Die KPD kann deshalb zur Zeit die Gründung selbständiger Bauernparteien in Deutschland nicht unterstützen. Solche Kleinbauernparteien würden weder lebensfähig sein noch ein geeignetes Mittel, den Klassenkampf aufs Dorf zu tragen und die parlamentarisch-demokratischen Illusionen der Kleinbauernmassen zu liquidieren. Die Führung einer selbständigen Bauernpartei durch die KPD würde auf viel stärkere Hindernisse stoßen als die direkte Beeinflussung und Gewinnung der Bauernmassen. Die Bauernpartei würde auch sehr leicht bei wichtigen politischen Entscheidungen in Widerspruch geraten mit den Interessen der Arbeiterklasse, sowohl des Industrie- wie des Landproletariats. Wir brauchen nur zu erinnern an die Fragen des Schutzzolls, des Achtstundentages, des Streikrechts, der Handelsverträge. Die Bauernpartei wäre in Deutschland nicht ein Mittel zur Beschleunigung der Revolutionierung der Kleinbauern-[355]massen und. zur Herstellung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse sein, sondern im Gegenteil zu ihrer Verzögerung und Erschwerung.

IV. Unsere Aufgaben in den Bauernbünden.

Die KPD muß festhalten an dem Anspruch, daß sie die einzige Partei ist, die nicht nur das revolutionäre Proletariat führt, sondern auch die Interessen sämtlicher ausgebeuteten Klassen und Bevölke-

rungsschichten vertritt. Natürlich soll die KPD keine Kleinbauernpartei, die sich ohne unser Zutun herausbildet, bekämpfen. Sie wird eine solche Partei wohlwollend behandeln, solange es sich wirklich um eine Organisation von Kleinbauern unter eigener Führung handelt. Aber sie darf nichts tun, um die Entstehung einer besonderen Kleinbauernpartei zu fördern.

Die KPD hat heute die objektive Möglichkeit, überall an die Kleinbauernmassen heranzukommen. Die auf dem Lande wohnenden Industrieproletarier und Halbproletarier bilden die natürliche Brücke. In vielen industriellen Großbetrieben bilden kleinbäuerliche Elemente, die zeitweise oder dauernd hier Nebenerwerb suchen, einen zahlenmäßig nicht unbedeutenden Teil der Belegschaft. Auf jedem Dorf kann die Partei, wenn sie nur geschickt und energisch vorzugehen versteht, Vertrauensleute gewinnen.

Ihre Hauptarbeit unter den Bauern muß die Partei in die kleinbäuerlichen Verbände legen. Diese Verbände sind zum großen Teil Produkte der Nachkriegszeit und der wachsenden Notlage der Kleinbauernmassen. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb geht heute unaufhaltsam seinem Ruin entgegen. Trotz Anspannung der letzten Kräfte der eigenen Person und der ganzen Familie ist es dem Kleinbauern unmöglich, die Konkurrenz mit der kapitalistisch betriebenen großen Landwirtschaft auszuhalten. Die Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft hat ihn vollkommen abhängig gemacht vom Bankkapital. Wucherzinsen für Leihgeld, die Unmöglichkeit, billigen, langfristigen Realkredit zu erhalten, hohe Industriepreise, unerschwingliche Pachtschillinge, rücksichtsloser Steuerdruck des Staates, die Folgen der Dawesierung – alles stürzt über den kleinen, isoliert wirtschaftenden Bauern herein. Niemand kann ihm einen Ausweg zeigen. Schutzzölle nützen ihm nichts. Die kleinen Reformen der SPD scheitern an den realen Machtverhältnissen. Die Genossenschaften, ursprünglich ein Mittel der bäuerlichen Selbsthilfe sind heute durchweg Machtinstrumente der Großbauern, Gutsbesitzer und Großbanken. Instinktiv strebt deshalb der Kleinbauer zur Vereinigung in Bündeln, die zunächst rein wirtschaftlichen Charakter tragen.

Der Bauer will Auskunft in Steuer- und Rechtsfragen. Er will Vertretung beim Pachteinigungsamt, beim Siedlungsverfahren, beim Finanzamt. Er braucht jemand, der ihm Eingaben macht und Beschwerden. Dazu dient ihm der Bund. Unversehens aber werden seine Bestrebungen ins politische Fahrwasser gedrängt. Er stößt auf Gesetze und Verordnungen, die ihm feindlich sind. Er braucht staatliche Hilfe gegen Mißernte und Wucher. Er fordert „gerechte Steuern“, Staatskredite, Boden. Der Bund wendet sich also an die bestehenden Parteien um Unterstützung. Aber sowohl Sozialdemokratie wie Zentrum wie Deutschnationale können ihm nicht helfen. Nur die Kommunistische Partei tritt rückhaltlos für seine Forderungen ein. Sie zeigt ihm, wie sein Verband mit Bitten und Betteln nichts erreichen kann, wie er offen und laut in Kundgebungen und Demonstrationen fordern muß, sie zeigt ihm, wie ohnmächtig er bleibt, wenn er sich nicht verbündet mit der kämpfenden Arbeiterklasse, mit den Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeiter-Konsumvereinen, sie arbeitet innerhalb der proletarischen Organisationen für energische Unterstützung der kämpfenden Kleinbauern durch das Industrieproletariat^{*)}. Die KPD zeigt auch den einzigen Weg, wie der landwirtschaftliche Kleinproduzent vor dem Untergang zu retten ist: Herr-[356]schaft der Werktätigen, revolutionäre Sozialisierung der kapitalistischen Großproduktion, straffe genossenschaftliche Organisation der Kleinlandwirte.

Einer selbständigen Bauernpartei gegenüber hätte die KPD es weit schwerer, die notwendige Führung zu erobern und zu behaupten. In den Bauernbündeln ist es möglich, durch persönliches Eintreten für die täglichen Sorgen und Nöte des kleinen Bauern und Pächters das Vertrauen breiter Massen zu gewinnen. Hier heißt es, die organisatorischen Erfahrungen und Fähigkeiten des Industrieproletariats auch für die Kleinbauern fruchtbar zu machen, Hier heißt es, die Kleinbauern durch ihre eigenen Erfahrungen aufklären über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, seiner Einrichtungen, Gesetze, Justiz und Verwaltung. Der Kleinbauer, der im Verband den kommunistischen Bundesfreund kennen und schätzen gelernt hat, wird auch den politischen Losungen der Kommunistischen Partei gegenüber nicht taub bleiben, er sieht das revolutionäre Proletariat und die so verlästerten Kommunisten mit ganz neuen Augen.

^{*)} Und sie sollte es viel mehr tun als bisher.

Nicht nur in den schon heute mit uns sympathisierenden Organisationen müssen wir Kommunisten arbeiten, sondern auch in den fernerstehenden und gegnerischen. Hunderttausende Kleinbauern sind noch im Landbund und in den christlichen Bauernvereinen. Unsere Aufgabe ist es, hineinzugehen, die oppositionellen Elemente zu Fraktionen zusammenzufassen, zu schulen, zu stärken, mit den selbständigen Kleinbauernbünden zusammenzubringen und so die Sprengung der feindlichen Organisationen vorzubereiten. In den reformistischen Kleinbauernverbänden müssen wir die radikalen, revolutionsgestimmten Elemente im Kampf um die Führung vorantreiben. Die Losung der Einheitsfront aller Kleinbauernverbände ist angesichts der großen Zersplitterung gerade auf diesem Gebiete doppelt notwendig. Die Massen selbst sind für die Einheit, Hindernisse gibt es nur bei den Führern, die sehr oft kleine politische Spekulanten sind, ihren Posten als Erwerb ansehen und darum die primitive Lokalborniertheit nicht bekämpfen, sondern pflegen, Schwierigkeiten machen auch sozialdemokratische Vorstände, die den Einfluß der Kommunisten zu fürchten haben.

V. Sonstige Aufgaben der Partei unter den Kleinbauern.

In Verbindung mit dieser Arbeit in den Verbänden muß auch die parlamentarische Arbeit der Partei stehen. Gerade wenn wir die noch starken demokratisch-parlamentarischen Illusionen in der Bauernschaft ausrotten wollen, dann müssen wir um so feineres Gehör haben für die Wünsche, Eingaben und Beschwerden der Verbände. Der Bauer will einen Bauern vom Pflug im Parlament haben. Auch die Kommunistische Partei hat bäuerliche Genossen. Sorgen wir dafür, daß auch praktische Landwirte in unseren Fraktionen seien. Auf jeden Fall müssen wir dafür sorgen, daß in jeder parlamentarischen Fraktion Genossen sind, die sich speziell mit der Bauernfrage beschäftigen, die Psychologie des Kleinbauern verstehen und von ihm als parlamentarischer Vertrauensmann gewertet werden. Gerade dadurch, daß wir alle Möglichkeiten ausnutzen, um heute schon die Lage der Kleinbauern zu verbessern, werden wir den Kleinbauern zeigen, wer schuld an ihrer Not ist, wer jede Reform, jede Erleichterung unmöglich macht bzw. in ihr Gegenteil verkehrt.

Der Herbst 1924 brachte eigentlich zum erstenmal größere Massenbewegungen und Kundgebungen der Kleinbauernschaft. Anlaß gab die Mißernte. Wir müssen die Kleinbauern und ihre Verbände an das Kampfmittel der Massenkundgebung gewöhnen. Auf allen diesen Kundgebungen müssen Großbetriebe, Arbeiterorganisationen und vor allem die Partei selbst durch Delegationen vertreten sein und so ihre Solidarität mit der kämpfenden Kleinbauernschaft zum Ausdruck bringen. Auch die kommunistische Parteipresse muß mehr als bisher ihr Augenmerk auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Umschichtungen auf [357] dem Dorfe richten. Sie muß den Stab ihrer Arbeiter-Korrespondenten durch ein Netz von Dorf-Korrespondenten erweitern. Unsere Redaktionen müssen, woran es bis jetzt so gut wie vollkommen gefehlt hat, auch die gegnerische landwirtschaftliche Presse genau verfolgen. Es darf nicht mehr so üblich sein, daß leitende politische Funktionäre erklären: „Bauern? Ach, davon verstehe ich nichts!“

In ihrer eigenen Mitgliedschaft muß die Partei den Kampf aufnehmen gegen alle sozialdemokratischen Ueberreste und falschen, ja reaktionären Tendenzen in der Stellung zur Bauernschaft (etwa: „Wir sind rein proletarische Revolutionäre, die Kleinbauern sind eigentlich Bürgerliche“ usw.). Insbesondere aber müssen unsere Genossen in den Gewerkschaften und Konsumvereinen für das enge Bündnis mit den Kleinbauernverbänden arbeiten. Es muß gefordert werden, daß Gewerkschaften wie Konsumvereine die Kleinbauernverbände praktisch mit Rat und Tat unterstützen und sich ihre Forderungen zu eigen machen. Erst dann wird es möglich sein, auch von den Kleinbauernverbänden praktische Streikhilfe usw. zu erwarten.

Die roten Landsonntage der Partei dürfen nicht nur vor den Wahlen (und dann gewöhnlich nur schlecht vorbereitet) stattfinden. Sie müssen eine Dauereinrichtung sein und gut durchorganisiert werden. Ihre Aufgabe ist es, die Landbevölkerung mit dem kommunistischen Programm bekannt zu machen und die politische Führung der Kleinbauernschaft durch das revolutionäre Proletariat zu verwirklichen. Unsere Betriebszellen müssen danach streben, ganze Belegschaften geschlossen zu gemeinsamen Veranstaltungen mit der Kleinbauernschaft zu gewinnen. Die Großbetriebe sollen

das Patronat über bestimmte Dörfer und Gutsbezirke übernehmen in der Erkenntnis, daß das ländliche Proletariat und Halbproletariat nur mit Hilfe des Industrieproletariats sich organisieren und erfolgreich kämpfen kann. Zunächst werden die Heimatdörfer der auf dem Lande wohnenden Betriebskollegen in Betracht kommen.

Von dieser planmäßig, ausdauernd und geschickt geführten Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande wird es abhängen, ob die elementare Bewegung der versinkenden Klein- und Mittelbauernmassen dem revolutionären Kampfe der Arbeiterklasse angegliedert werden kann oder ob die enttäuschten und zermürbten Landarbeiter und Kleinbauern dem Proletariat als Lohndrücker und weiße Soldknechte in den Rücken fallen.

Wir brauchen zur Revolutionierung der Kleinbauernmassen keine besondere „Bauernpartei“. Wir brauchen starke, wirtschaftliche Kleinbauernbünde und eine KPD, die ihrer Aufgabe unter den Bauern gewachsen ist.

*

Die drei Quellen und die drei Bestandteile des Marxismus.

Von N. Lenin.

Vorbemerkung d. Red.: Der folgende Artikel Lenins stammt aus dem März 1913. Die Arbeit der Zellen der KPD wird nicht eher eine bolschewistische genannt werden können, als bis auch über die theoretischen Grundfragen und die Weltanschauung des Marxismus bei jedem Mitglied einigermaßen Klarheit herrscht. Der Artikel Lenins ist so ein ausgezeichneter Beitrag zur Bolschewisierung der Partei.

Die Lehre von Marx ruft in der ganzen zivilisierten Welt die größte Feindschaft und den Haß der ganzen bürgerlichen (sowohl offiziellen wie liberalen) Wissenschaft gegen sich hervor, welche im Marxismus etwas von [358] der Art einer „schädlichen Sekte“ sieht. Ein anderes Verhalten darf man auch nicht erwarten, denn eine „unparteiische“ soziale Wissenschaft kann es ja in einer auf Klassenkampf aufgebauten Gesellschaft nicht geben. Auf diese oder jene Art verteidigt die gesamte offizielle und liberale Wissenschaft die Lohnsklaverei, während der Marxismus dieser Sklaverei erbarmungslosen Krieg angesagt hat. Unparteiische Wissenschaft in einer Gesellschaft der Lohnsklaverei erwarten, das ist eine ebenso blöde Naivität, wie wenn man Unparteilichkeit bei Fabrikanten erwarten wollte in der Frage, ob es nicht angemessen wäre, den Arbeitslohn der Arbeiter zu erhöhen durch Verkleinerung des Kapitalprofits.

Aber nicht genug damit. Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Gesellschaftswissenschaft zeigen vollkommen klar, daß es im Marxismus nichts gibt, was einem „Sektierertum“ im Sinne von einer verschlossenen, verknöcherten Lehre gibt, die abseits der Hauptstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden wäre. Umgekehrt besteht die ganze Genialität von Marx gerade darin, daß er Antworten auf Fragen gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit schon gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehre der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Oekonomie und des Sozialismus.

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie richtig ist. Sie ist voll und wohlgebaut und gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die mit keinem Aberglauben, mit keinerlei Reaktion, mit keinerlei Verteidigung der bürgerlichen Unterdrückung versöhnbar ist. Sie ist der legitime Nachfolger des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Oekonomie, des französischen Sozialismus erschaffen hat.

Diese drei Quellen und zugleich Bestandteile des Marxismus wollen wir kurz betrachten.

I.

Die Philosophie des Marxismus ist Materialismus. Im Verlauf der gesamten neueren Geschichte Europas und insbesondere am Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich, wo der entscheidende Kampf gegen allen möglichen mittelalterlichen Plunder, gegen den Feudalismus in Einrichtungen und Ideen, sich entwickelt hat, erwies sich der Materialismus als die einzige konsequente Philosophie, treu allen Lehren der Naturwissenschaften, feindlich dem Aberglauben, der Heuchelei usw. Die Feinde

der Demokratie bemühten sich deshalb aus allen Kräften, den Materialismus zu „widerlegen“, zu untergraben, zu verleumden, und verteidigten allerlei Formen des philosophischen Idealismus, der immer, so oder so, sich auf Verteidigung oder Unterstützung der Religion reduzieren läßt.

Marx und Engels haben auf das energischste den philosophischen Materialismus vertreten und immer wieder die fundamentale Fehlerhaftigkeit jeglicher Abweichung von dieser Grundlage erläutert. Besonders klar und ausführlich sind ihre Ansichten niedergelegt in den Werken von Engels: „Ludwig Feuerbach“ und „Antidürring“, welche – wie das „Kommunistische Manifest“ – Handbücher jedes klassenbewußten Arbeiters sind.

Aber Marx blieb nicht beim Materialismus des 18. Jahrhunderts stehen, sondern führte die Philosophie weiter. Er bereicherte sie durch Ergebnisse der klassischen deutschen Philosophie, besonders des Hegelschen Systems, welches wiederum zum Materialismus Feuerbachs geführt hatte. Das wichtigste von diesen Ergebnissen ist die Dialektik, d. h. die Lehre von der Entwicklung in ihrer möglichst vollständigen, tiefen und von Einseitigkeit freien Art, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens, das uns eine Abspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie gibt. Die neuesten Entdeckungen der Naturwissenschaft – Radium, Elektronen, Umwandlung der chemischen Elemente – haben glänzend den dialektischen Materialismus Marxens bestätigt, im Gegensatz zu den Lehren bürgerlicher [359] Philosophen mit ihren „neuen“ Rückmärschen zum alten und verfaulten Idealismus.

Indem er den philosophischen Materialismus vertiefte und entwickelte, hat Marx ihn bis zu Ende geführt, seine Erkenntnis der Natur auf die Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft ausgedehnt. Die größte Eroberung des wissenschaftlichen Denkens wurde der historische Materialismus von Marx. Chaos und Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik herrschten, wurden durch eine erstaunlich einheitliche und wohlgebaute wissenschaftliche Theorie abgelöst, welche zeigt, wie aus einem System des gesellschaftlichen Lebens infolge des Wachstums der Produktivkräfte ein anderes, höheres wächst – aus dem Feudalismus beispielsweise wächst der Kapitalismus heraus.

Ebenso wie die Erkenntnis des Menschen die unabhängig von ihm existierende Natur, d. h. die sich entwickelnde Materie, abspiegelt, ebenso spiegelt die gesellschaftliche Erkenntnis des Menschen (d. h. die verschiedenen Anschauungen und Lehren der Philosophie, Religion, Politik usw.) die ökonomische Struktur der Gesellschaft wider. Politische Einrichtungen sind ein Ueberbau über einer ökonomischen Basis. Wir sehen beispielsweise, wie die verschiedenen politischen Formen der heutigen europäischen Staaten zur Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat dienen.

Die Philosophie von Marx ist der vollendete philosophische Materialismus, welcher der Menschheit, und insbesondere der Arbeiterklasse, große Werkzeuge der Erkenntnis gegeben hat.

II.

Nachdem er erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Grundlage ist, auf der sich der politische Ueberbau erhebt, hat Marx am meisten Aufmerksamkeit dem Studium dieser Struktur gewidmet. Das Hauptwerk Marxens, das „Kapital“, ist dem Studium der gegenwärtigen, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft gewidmet.

Die klassische politische Oekonomie vor Marx bildete sich in England, dem entwickeltsten kapitalistischen Lande. Adam Smith und David Ricardo haben bei der Untersuchung der ökonomischen Struktur den Grund gelegt für die aus Arbeit abgeleitete Werttheorie. Marx hat ihr Geschäft fortgesetzt. Er hat diese Theorie streng begründet und konsequent entwickelt. Er hat gezeigt, daß der Wert jeder Ware bestimmt wird durch die Quantität der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die bei der Produktion der Ware gebraucht wird.

Dort, wo die bürgerlichen Oekonomen eine Beziehung von Sachen sahen (Austausch von Ware gegen Ware), dort deckte Marx eine Beziehung von Menschen auf. Der Warenaustausch drückt eine Verbindung der einzelnen Produzenten mittels des Marktes aus. Das Geld bedeutet,

daß diese Verbindung immer enger wird, indem sie das ganze Wirtschaftsleben der einzelnen Produzenten zu einem Ganzen unzerreißbar verbindet. Das Kapital bedeutet weitere Entwicklung dieser Verbindung: zur Ware wird die Arbeitskraft des Menschen. Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Besitzer von Grund und Boden, Fabriken, Produktionsmitteln. Einen Teil des Arbeitstages wendet der Arbeiter an, um die Kosten für seinen und seiner Familie Unterhalt zu decken (Arbeitslohn), den anderen Teil des Tages arbeitet der Arbeiter umsonst, indem er Mehrwert erzeugt für den Kapitalisten, die Quelle des Profits, die Quelle des Reichtums der Kapitalistenklasse.

Die Lehre vom Mehrwert ist der Eckstein der ökonomischen Theorie Marxens.

Das Kapital, geschaffen durch die Arbeit des Arbeiters, drückt den Arbeiter, indem es die kleinen selbständig Wirtschaftenden zugrunde richtet und die Reservearmee der Arbeitslosen schafft. In der Industrie ist der Sieg der Großproduktion ohne weiteres sichtbar, aber wir sehen dieselbe [360] Erscheinung auch in der Landwirtschaft: die Ueberlegenheit der großen kapitalistischen Landwirtschaft vergrößert sich, es wächst die Anwendung von Maschinen, die Bauernwirtschaft gerät in die Schlinge des Geldkapitals, verfällt und geht zugrunde unter dem Joche einer veralteten Technik. In der Landwirtschaft haben wir andere Formen des Verfalls der Kleinproduktion, aber ihr Verfall ist eine unbestreitbare Tatsache-

Indem es die Kleinproduktion schlägt, führt das Kapital zur Vergrößerung der Produktivität der Arbeit und zur Schaffung einer monopolistischen Lage der Verbände der größten Kapitalisten. Die Produktion selber wird mehr und mehr gesellschaftlich – Hunderte, Tausende und Millionen von Arbeitern werden zu einem planmäßigen Wirtschaftsorganismus verbunden, aber das Produkt der allgemeinen Arbeit wird durch eine Handvoll Kapitalisten angeeignet. Es wächst die Anarchie der Produktion, die Krisen, die wütende Hetzjagd nach dem Markt, die Unsicherheit des Daseins für die Masse der Bevölkerung.

Indem es die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital vergrößert, schafft das Kapital die große Macht der vereinigten Arbeit.

Von den ersten Keimen der Warenwirtschaft, vom einfachen Austausch an, hat Marx die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinen höchsten Formen, bis zur Großproduktion, verfolgt.

Und die Erfahrung aller kapitalistischen Länder, der alten wie der neuen, zeigt mit jedem Jahr einer immer größeren Anzahl von Arbeitern klar die Richtigkeit dieser Lehre von Marx.

Der Kapitalismus hat in der ganzen Welt gesiegt, aber dieser Sieg ist nur das Tor zum Siege der Arbeit über das Kapital.

III.

Als der Feudalismus gestürzt war und die „freie“ kapitalistische Gesellschaft zur Welt kam, da offenbarte es sich sofort, daß diese Freiheit ein neues System der Unterdrückung und der Ausbeutung der Werktätigen bedeutet.

Verschiedene sozialistische Lehren begannen sofort als Abspiegelung dieser Unterdrückung und Protest gegen sie zu entstehen. Aber der anfängliche Sozialismus war ein utopischer Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, urteilte, verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einem besseren System, suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen.

Doch der utopische Sozialismus konnte keinen wirklichen Ausweg zeigen. Er konnte weder das Wesen der Lohnsklaverei des Sozialismus erklären, noch die Gesetze seiner Entwicklung aufdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.

Die stürmischen Revolutionen jedoch, welche den Sturz des Feudalismus, der Leibeigenschaft überall in Europa und besonders in Frankreich begleiteten, deckten immer sinnfälliger als Grundlage der ganzen Entwicklung und ihre bewegende Kraft den Klassenkampf auf.

Kein einziger Sieg der politischen Freiheit über die Klasse der Feudalherren war ohne ihren verzweifelten Widerstand gewonnen worden. Kein einziges kapitalistisches Land hat sich auf mehr oder weniger freier demokratischer Grundlage gebildet, ohne Kampf auf Leben und Tod unter den einzelnen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Genialität von Marx besteht darin, daß er früher als alle anderen hieraus den Schluß zu ziehen und durchzuführen vermochte, welchen die ganze Weltgeschichte lehrt. Dieser Schluß ist die Lehre vom Klassenkampf.

Die Menschen waren immer und werden immer dumme Opfer des Betrugs und des Selbstbetrugs in der Politik sein, solange sie nicht lernen werden, hinter beliebigen moralischen, religiösen, politischen, sozialen Phrasen, Erklärungen, Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten an der Nase herumgeführt [361] werden, bis sie begreifen werden, daß jede alte Einrichtung, wie barbarisch und faul sie auch scheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klasse gehalten wird. Und um den Widerstand dieser Klasse zu brechen, gibt es nur ein Mittel: in der uns umgebenden Gesellschaft selbst solche Kräfte auffinden, aufklären und zum Kampfe organisieren, welche eine Kraft bilden können (und ihrer Lage in der Gesellschaft nach bilden müssen), die fähig ist, das Alte wegzufegen und Neues schaffen.

Nur der philosophische Materialismus von Marx hat dem Proletariat den Ausweg aus der Sklaverei gewiesen, in welcher bis jetzt alle unterdrückten Klassen schmachteten. Nur die ökonomische Theorie von Marx hat die wirkliche Lage des Proletariats im allgemeinen System des Kapitalismus erklärt.

In der ganzen Welt, von Amerika bis Japan und von Schweden bis Süd-Afrika, mehren sich die selbständigen Organisationen des Proletariats. Es wird aufgeklärt und erzieht sich, indem es seinen Klassenkampf führt, es befreit sich von den Vorurteilen der bürgerlichen Gesellschaft, schließt sich immer enger zusammen und lernt das Maß seiner Erfolge zu messen, stählt seine Kräfte und wächst unaufhaltsam.

*

„Staat und Revolution.“

Material über den Weg der KPD. zu Lenins Staatstheorie*).

Von Ernst Schneller.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.“ Dieser Grundsatz Lenins wird durch die Erfahrungen der deutschen Revolution bitter bestätigt. Dennoch halten es die Opponenten in der Partei – von rechts wie von ultralinks – vielfach nicht für notwendig, daraus die Konsequenz zu ziehen und die theoretischen Voraussetzungen für die jeweilige Politik der Partei an Hand von Lenins Theorie des Imperialismus und der Revolution zu prüfen. Es sei erinnert an die Debatte über Monarchie und Republik vor dem Zentralauschuß (siehe Material: Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD), wo man Lenins Staatstheorie gegen die Auffassungen der Partei ins Feld zu führen versuchte – ohne sie aber wirklich zu kennen.

In dieser Debatte spielte der Vorwurf der Brandlerei bzw. der „Erfolg“ der Rechten („endlich Rückkehr zur alten Politik!“) gefühlsmäßig eine große Rolle. Es ist nützlich und notwendig für die Partei, anstatt nur allgemein über Brandlerei zu reden, im einzelnen die theoretischen Abweichungen vom Leninismus festzustellen, die sich in der Geschichte der Partei gezeigt haben.

Das ist gerade von den Problemen aus, die die letzte Debatte aufgeworfen hat, leicht möglich. In dieser Debatte handelte es sich zunächst um die Staatstheorie. Es hat früher in der Partei zwar große Debatten – auch in breitester Arbeiteröffentlichkeit – über das Thema „Demokratie oder Diktatur“ gegeben – aber nie eine klare Durcharbeitung der Staatstheorie, und schon gar nicht an Hand der

*) Bemerkung der Redaktion; Gen. Schneller hat uns hier das Material zu seinem (infolge Zeitmangel nicht gehaltenen) Referat auf dem letzten Lenin-Zirkel übergeben. Die ersten fünf Abschnitte sind mit Einwilligung des Gen. Schneller von uns gekürzt, teilweise ergänzt und umgearbeitet worden.

praktischen Aufgaben. Diese Vernachlässigung der theoretischen Arbeit zeitigte einerseits Wortradikalismus, andererseits die schlimmsten opportunistischen Abweichungen.

Im folgenden soll einiges Material zu dieser Frage aus den einzelnen Abschnitten der Parteigeschichte gegeben werden. [362]

Lenin über die demokratische Republik.

Bevor wir aber damit beginnen, wollen wir zwei Gruppen von Lenin-Zitaten einander gegenüberstellen, deren Durchdenken das Verständnis des folgenden Materials fördern wird, eben weil es Zitate sind, die für den abstrakten Dogmatiker einander zu widersprechen scheinen.

Erstens: „Alle Sozialisten haben, indem sie den Klassencharakter der Zivilisation, der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus erklärt haben, den Gedanken ausgesprochen, der mit der größten wissenschaftlichen Genauigkeit von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß die demokratischste bürgerliche Republik nichts anderes sei, als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Arbeitenden durch eine Handvoll Kapitalisten.“ (Thesen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur, Heft 1 der „Kommunistischen Internationale“, S. 30.)

„Demokratie ist der Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch die andere, eines Teiles der Bevölkerung durch den andern.“ („Staat und Revolution“, Ausgabe der „Aktion“, S. 75.)

Zweitens: „Die Demokratie ist von ungeheurer Bedeutung im Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten. Die Demokratie ist aber durchaus nicht eine nicht zu überschreitende Grenze, sondern bloß eine Etappe auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus ...“ („Staat und Revolution“, 1. Aufl. 1918, S. 93.)

„... wenn Engels sagt, daß in einer demokratischen Republik der Staat nicht ‚minder als in der Monarchie‘ eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere‘ bleibt, so bedeutet das durchaus nicht, daß die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei, wie manche Anarchisten ‚lehren‘. Eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenknechtung bedeutet für das Proletariat eine gigantische Erleichterung im Kampfe für die Beseitigung der Klassen überhaupt ...“ (S. 73.)

„Der Ausbau der Demokratie bis ans Ende, die Ausfindigmachung der Formen für einen solchen Ausbau, die Ausprobung derselben in der Praxis und anderes mehr – das alles bildet eine der vielen Aufgaben im Kampfe für die soziale Revolution. Für sich genommen kann keine Demokratie den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird die Demokratie nie ‚für sich genommen‘, sondern wird ‚als Ganzes genommen‘, wird ihren Einfluß auf die Oekonomie ausüben, deren Umgestaltung fördern, sich unter der Wirkung der wirtschaftlichen Entwicklung ändern usw. Dies ist die Dialektik der lebendigen Geschichte ...“ (S. 72.)

„Engels wiederholt den Grundgedanken, der wie ein roter Faden sich durch alle Werke von Marx zieht, nämlich, daß die demokratische Republik der nächste Weg zur Diktatur des Proletariats ist. Denn eine solche Republik, die in keiner Weise die Herrschaft des Kapitals und somit die Knechtung der Massen und den Klassenkampf beseitigt, führt unvermeidlich zu einer solchen Erweiterung, Entfaltung, Aufdeckung und Verschärfung dieses Kampfes, daß, wenn einmal die Möglichkeit kommt, die Hauptinteressen der geknechteten Massen zu befriedigen, diese Möglichkeit unvermeidlich und einzig durch die Diktatur des Proletariats, unter der Führung dieser Massen durch das Proletariat verwirklicht wird.“ (S. 64 ff.)

Nun zu unserem Material aus der Parteigeschichte.

Die Stellung der alten Sozialdemokratie.

Die alte sozialdemokratische Partei hat die marxistische Staatstheorie entweder verschwiegen, abgelehnt oder verfälscht. Je erinnere an Marx' und Engels' scharfe Kritik am Gothaer Programm mit seinem „freien Staat“ und an Bebels „Volksstaat“. Noch in Bebels Schrift „Unsere Ziele“ (1886) S. 14 findet sich der folgende Satz: „Der Staat muß aus einem auf der Klassenherrschaft begründeten Staat in einen Volksstaat verwandelt werden.“

Maxx verlangte demgegenüber eine wissenschaftliche Beantwortung der Frage der Staatsumwälzung. Seine (und Engels') Kritik läßt sich veranschaulichen durch zwei Zitate:

Erstens: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Gothaer Programmbrief.)

Zweitens: „Die politischen Forderungen des Entwurfes (zum Erfurter Programm, G. S.) haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt [363] werden sollte, steht nicht drin.“ (Nämlich die Losung der demokratischen Republik. E. S.)

„Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte, politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidenden Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind.“ (Engels' Kritik am Erfurter Programm in einem Briefe an Kautsky aus dem Jahre 1891.)

Also: einerseits fehlt das klare, volle Programm des Proletariats in bezug auf den Staat, andererseits aber ein konkretes revolutionäres Minimalprogramm. Dies sind zwei Seiten eines Opportunismus.

*

In den Auseinandersetzungen der deutschen Kommunistischen Partei seit ihrem Bestehen ist der Gegensatz: Demokratie – Diktatur nicht so allseitig und konkret verstanden und behandelt worden, daß der Opportunismus, oder besser gesagt, dieses doppelte Gesicht des Opportunismus, das in dieser Stellung der alten deutschen Sozialdemokratie zum Problem des Staates lag, wirklich klar geworden wäre, das heißt auch fruchtbar für die eigene Praxis. Mit anderen Worten: Man hat mehr oder minder bloß zwei Prinzipien einander gegenübergestellt, vielfach sehr abstrakt und vielfach den Fehler, den Lenin in seinen Thesen den Reformisten vorwirft, von der anderen Seite gemacht, nämlich von „Diktatur überhaupt“ und „Demokratie überhaupt“ gesprochen. (Was sich heute rächt, weil wir eben heute demokratische Forderungen als revolutionäre Minimalforderungen aufstellen müssen.) Man hat dabei nicht mit den zugrundeliegenden materiellen Klassenverhältnissen und Klassenbündnissen gerechnet. Dies Klammern an abstrakte Formeln in bezug auf den Staat ist aber ein Fehler, den schon der Trotzismus in der 20jährigen Geschichte der russischen Revolution gemacht hat, und der ebenfalls rechten, wie „linken“ Abweichungen zu Grunde lag.

Der Spartakusbund im Kriege.

Wie hat die KPD in den verschiedenen politischen Situationen das Problem des Staates als unmittelbare konkrete Frage des politischen Kampfes gestellt und praktisch zu meistern versucht? Engels hatte an der alten SPD kritisiert, daß sie allgemeine, abstrakte Fragen in den Vordergrund stellte, und dadurch die nächsten konkreten Fragen, nämlich die Frage der Republik verdeckte. Man muß feststellen, daß sich die alten Linken vor dem Kriege im wesentlichen desselben Fehlers, wenn auch nach einer anderen Richtung hin, schuldig gemacht haben.

Es ist deswegen von einer gewissen historischen Bedeutung, daß Rosa Luxemburg in ihrer „Juniusbroschüre“ ein entschieden republikanisches Programm aufstellt.

In der Juniusbroschüre (2. Auflage 1919, S. 78) heißt es:

„auch wieder sich zu Verteidigung des bestehenden Klassenstaates unter das Kommando der herrschenden Klassen stellen, noch schweigend auf die Seite gehen, um abzuwarten, bis der Sturm vorbei ist, sondern selbständige Klassenpolitik einschlagen, die in jeder großen Krise der bürgerlichen Gesellschaft die herrschenden Klassen vorwärts peitscht, die Krise über sich selbst hinaustreibt, das ist die Rolle der Sozialdemokratie als der Vorhut des kämpfenden Proletariats ...“

Der erste Schritt dazu ist: die Miliz, das heißt: nicht bloß sofortige Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen Bevölkerung, sondern vor allem auch die Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden, das heißt ferner: die sofortige Beseitigung aller politischen Entrechtung, da die größte politische Freiheit als Grundlage der Volksverteidigung notwendig ist ...“

Weiter heißt es auf S. 81:

„... laut und vernehmlich auszusprechen, daß für das deutsche Volk in diesem Kriege Sieg wie Niederlage gleich verhängnisvoll sind; sich der Knebelung des Vaterlandes durch den Belagerungszustand bis zum äußersten zu widersetzen; die Notwendigkeit der sofortigen [364] Volksbewaffnung und der Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden zu proklamieren, die permanente Tagung der Volksvertretung für die Dauer des Krieges mit allem Nachdruck zu fordern, um die wachsame Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung und der Volksvertretung durch das Volk zu sichern; die sofortige Abschaffung aller politischen Entrechtungen zu verlangen, da nur ein freies Volk sein Land wirksam verteidigen kann; endlich dem imperialistischen auf die Erhaltung Oesterreichs und der Türkei, d. h. der Reaktion in Europa und in Deutschland gerichteten Programm des Krieges das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx Engels und Lassalle: die Losung der einigen großen deutschen Republik entgegenzustellen. Das war die Fahne, die dem Lande vorangetragen werden mußte, die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich gewesen wäre und in Uebereinstimmung mit den besten Traditionen Deutschlands wie mit der internationalen Klassenpolitik des Proletariats.“

Dazu sagt Lenin in seiner Kritik der „Juniusbroschüre“:

„Junius macht den Vorschlag, dem imperialistischen Krieg ein nationales Programm ‚gegenüberzustellen‘. Der führenden Klasse macht er den Vorschlag sich der Vergangenheit und nicht der Zukunft zuzuwenden! In den Jahren 1798 und 1848 stand objektiv die bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung ... Den feudal-dynastischen Kriegen standen damals, objektiv, die Revolutionär-demokratischen Kriege, die nationalen Befreiungskriege gegenüber.

Für die führenden größten Staaten Europas ist die objektive Lage jetzt eine ganz andere. Die Vorwärtsentwicklung – wenn man nicht die eventuellen vorübergehenden Rückschläge im Auge hat – ist nur in der Richtung nach der sozialistischen Gesellschaft, der sozialistischen Revolution möglich. Einem imperialistisch-bürgerlichen Kriege, dem Kriege des hochentwickelten Kapitalismus, kann objektiv, vom Standpunkt der führenden Klasse, vom Standpunkt der Vorwärtsentwicklung aus nur ein Krieg gegen die Bourgeoisie gegenüberstehen, d. h. ein Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie um die Macht, ein Krieg, ohne den es eine ernste Vorwärtsentwicklung gar nicht geben kann, und dann – nur unter gewissen besonderen Umständen, ein eventueller Krieg für die Verteidigung des sozialistischen Staates gegen die bürgerlichen Staaten ...“ (S. 321/30.)

„Die ‚Großdeutsche Republik‘ hätte, wenn sie während der Jahre 1914 bis 1916 existiert hätte, einen ebensolchen imperialistischen Krieg geführt.

Junius war ganz nahe an die richtige Antwort auf die Frage und an die richtige Losung herangekommen: Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie im Namen des Sozialismus; gleichsam aus Scheu, die Wahrheit ganz auszusprechen, machte er eine Wendung nach rückwärts zu dem Hirngespinnst des ‚Nationalkrieges‘ in den Jahren 1914, 1915, 1916 ... (S. 322.)

In den Jahren 1914 bis 1916 stand die Revolution auf der Tagesordnung, im Schoße des Krieges verborgen, aus dem Kriege herauswachsend. Dies hätte man im Namen der revolutionären Klasse ‚verkünden‘ und restlos und furchtlos ihr Programm zeigen sollen: den Sozialismus, der in der Epoche des Krieges ohne Bürgerkrieg gegen die erzreaktionäre, verbrecherische, das Volk zu unerhörten Leiden verurteilende Bourgeoisie nicht verwirklicht werden kann.“ (S. 324.)

Was zeigt diese Diskussion zwischen Lenin und Rosa Luxemburg? Kurz: Rosa Luxemburg hat wohl das Verdienst, die Republik als ein revolutionäres Minimalprogramm aufgestellt zu haben. Jedoch zu spät, bzw. gerade dann, als dieses Programm schon überholt, schon falsch war, als schon das weitergehende Programm der proletarischen Diktatur auf die Tagesordnung gestellt werden mußte. Es zeigen sich auch darin die üblen Folgen der Problemstellung in der alten SPD, die Engels schon seiner Zeit vorausgesagt hatte.

Heißt das, daß es damals überhaupt falsch war, republikanische, bzw. demokratische Forderungen zu stellen? Keineswegs. Aber sie mußten sich gruppieren nicht um die Forderung der Republik schlechthin, sondern der proletarischen Republik, sie mußten konsequent weitergetrieben werden bis zu dem Punkt, von dem Lenin sagt:

„Engels nähert sich hier jener interessanten Grenze, wo die konsequente Demokratie auf der einen Seite sich in den Sozialismus verwandelt und auf der anderen Seite der Sozialismus erfordert.“ („Staat und Revolution“, S. 71.)

Das heißt, sie mußten gestellt werden in Verbindung mit einem Programm der sozialistischen Revolution. So wie sie Lenin konkret gestellt hat, z. B. in seinen April-Thesen.

Hier kommen wir zu dem inneren Mangel des republikanischen Minimalprogramms von Rosa Luxemburg (abgesehen von der falschen Beurteilung der objektiven Situation, in der sie es ausstellte), nämlich, daß [365] es bloß abstrakt die Losung aufstellte: „Republik usw.“, aber nicht konkret sagte, was das Proletariat dabei tun sollte, wie es sich als Klasse zu den anderen Klassen zu verhalten habe, wie es politisch weitergehen sollte zur sozialistischen Republik. So heißt es in den Spartakusbriefen:

„Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg. Die proletarische Revolution wird über seine Leiche hinwegschreiten. Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe muß sein: Deutschland – Republik.“ (S. 191.)

Ich habe schon in meine früheren Artikeln zur Parteigeschichte darauf hingewiesen, daß der Spartakusbund das Problem der Diktatur des Proletariats bloß abstrakt stellte. Diese Abstraktion läßt sich hier eben bei der Stellung der unmittelbaren Aufgaben verfolgen und feststellen. Man spricht zwar von Diktatur, doch die unmittelbare Aufgabe ist „Republik“ und für die Diktatur des Proletariats ist dabei praktisch und politisch nichts zu tun. Die „erste Etappe“ der proletarischen Revolution besteht darin, daß der Revolution ein bloß allgemein-bürgerliches Ziel gestellt wird.

Man muß unbedingt anerkennen, daß Rosa Luxemburg versucht, ein konkretes Minimalprogramm aufzustellen, eine „erste Etappe“ zu unterscheiden usw. (An diesem Versuch könnten die heutigen Ultralinken, die sich auf Rosa berufen, immerhin noch etwas lernen.) Aber sie fällt dabei leider in ihrer Aufgabenstellung für das Proletariat noch hinter das zurück, was Lenin in der bürgerlichen Revolution von 1905 den russischen Arbeitern zur Aufgabe machte. Nebenbei natürlich abstrakte Reden von Diktatur des Proletariats und sofort einzuführendem Sozialismus.

Die Novemberrevolution.

Daß diese abstrakte Stellung das Problem der Republik in der Tat eine falsche Stellung war und auf einer falschen Auffassung von der proletarischen Revolution beruhte, zeigen folgende Stellen aus Rosas Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag:

1. Die „abstrakte“ Zielsetzung: Sozialismus.

„Die unmittelbare (!) Aufgabe des Proletariats ist keine andere als – in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten.“

2. Was sind die konkreten Aufgaben ?

„Nach der ersten Phase der Revolution, der des vorwiegend politischen Kampfes, kommt eine Phase der verstärkten gesteigerten, in der Hauptsache ökonomischen Kampfes, wobei in kurzer oder vielleicht etwas längerer Zeit die Regierung Ebert-Scheidemann in den Orkus verschwinden muß.“ (S. 19.)

Es zeigt sich hier, daß Rosa Luxemburg den „politischen“ Kampf bloß im bürgerlichen Sinne politisch faßte. Ihre Unterscheidung zwischen der politischen Revolution und der sozialistischen = ökonomischen, trägt noch einige Eierschalen des Kautskysmus.

Mit vollem Recht hat Rosa gegen die regierenden Reformisten, die im Interesse der „Ruhe“ die Arbeiterstreiks abwürgten, die Notwendigkeit betont, diese Streiks zu organisieren und vorwärts zu treiben. Doch dies durfte nicht zu der falschen Verallgemeinerung von dem ökonomischen Charakter der sozialistischen Revolution und der Zurückstellung ihrer spezifischen politischen Aufgaben führen.

Weiter wird in dieser Rede gesagt: Gegenwärtig bestehe noch keine Möglichkeit, den Sturz der Regierung zu proklamieren. Der wirtschaftliche Kampf müsse die erste Stelle einnehmen und mit der

Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte verbunden werden. Wobei nicht der Kampf zur Zerstörung des Staatsapparates (seiner „Spitze“) in den Vordergrund gestellt wird, sondern der schrittweise Kampf „in jeder Stadt, in jedem Dorf, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen“, (S. 25). „Unten, wo der einzelne Unter-[366]nehmer seinen Lohnsklaven gegenübersteht, wo sämtliche ausführende Organe der politischen Klassenherrschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen, stehen, dort müssen wir Stück um Stück den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen“ (S. 26), wobei dieses „unsere“ nicht die Hände des „Spartakusbundes“, sondern „der Arbeiterschaft“ bedeuten soll.

„Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlußakt ist.“ (S. 24.) In all diesen Ausführungen wird auf eine konkrete politische Parole sowohl gegen die Nationalversammlung wie gegen die Ebert-Scheidemann, ebenso wie im Kampfe um den Einfluß in den Räten für die Machtergreifung durch die Räte verzichtet.

Gewiß enthält Rosas Rede ein klares Bekenntnis zu den Räten:

„Das einigende Band und das bleibende, das rettende Prinzip war in der Losung zusammengefaßt: die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen sozialistischen Revolution gegeben hat – bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte ...

Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat. Wir können sicher sagen – und das ergibt sich aus der ganzen Lage von selbst –: in welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein.“

Aber die „Steigerung“ vom politischen zum wirtschaftlichen Kampf – anstelle der Ausnutzung der Wirtschaftskämpfe für die wirkliche Steigerung des politischen Kampfes, die Ueberschätzung des sozusagen selbsttätigen Zusammenbruchs der Ebert-Republik, dieselbe Ueberschätzung der Massenspontaneität und die Beschränkung auf die Arbeit „von unten“ für den Zeitpunkt, wenn die Ebert-Scheidemann oder ihr Ersatz gestürzt werden (von wem? mit welchen Mitteln? wie vorbereitet?) – all dies zu der „unmittelbaren Verwirklichung des Sozialismus“ (Scheidemanns Plakate: die Sozialisierung marschiert! konnten in breitesten Massen wirken, weil keine klare, konkrete Abgrenzung in der Staats- und Machtfrage für die Massen vorhanden war) diente nicht zur Mobilisierung und Gewinnung der Massen, zu ihrer Loslösung von SPD und USPD – die vorgeschlagenen Maßnahmen kamen deren Verwirrungspolitik entgegen – bei aller scharfen, richtigen Kritik an SPD und USPD im einzelnen. Dabei wirkten die KAP-Hemmungen stark mit. Rosa Luxemburg hielt ihre Rede, nachdem die Beteiligung an den Wahlen abgelehnt war. Diese Ablehnung jedoch ist eben ein Beweis, wie groß die Unklarheiten in den Reihen der Revolutionäre waren. Die Rede Rosa Luxemburgs gab in bezug auf die Konterrevolution Klarheit, aber nicht ebenso in bezug auf die Wege der Revolution^{*)} und dabei insbesondere in der Frage des Staates.

Das Spartakusprogramm.

Auch dieses selbst bedeutet keine Klärung. Es heißt da:

„Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates (nicht Zerschlagung. E. S.) und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft ...

Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte durch eigene Klassenorgane: die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse

^{*)} Hervorgehoben werden muß aber ihr bedeutsamer Hinweis auf die Landbevölkerung als „Reserve“.

und den sozialistischen Auf-[367]gaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen (!) ...

Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldaten-Gesellschaft – die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse ...

Eine solche Ausrüstung (!) der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“

(Ueber die dann folgenden Einzelforderungen ist eine Spezialuntersuchung notwendig!) Es fehlt die Auseinandersetzung mit der demokratischen Republik, es fehlt an der konkreten Aufgabenstellung für die Räte, an Klarheit über deren Kampfcharakter für den Sturz des bürgerlichen Staates und die Uebernahme der vollen politischen Macht.

Daß Rosa Luxemburg damals nicht sofort die Losung „Sturz von Ebert-Scheidemann“ herausgab, ist keineswegs von vornherein falsch gewesen. Im Gegenteil: man kann mit Bezug auf Lenins Taktik im April 1917 sagen, daß es im allgemeinen richtig war, wieder ein Versuch in der Richtung einer präzisen Bestimmung der unmittelbaren Aufgaben. Leider aber hat die ergänzende Feststellung der positiven Aufgaben gefehlt bzw. war falsch, nämlich darauf eingestellt, durch ökonomischen Kampf den Sozialismus zu verwirklichen. Es fehlte eben die konkrete Vorstellung von der politischen Rolle der Räte in der Revolution.

Arbeiterräte und Spartakusbund.

„Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben“. (Rosa Luxemburg in der Programmrede!) Dabei aber kein konsequentes Ringen um den Einfluß unter den Räten, sondern eine bloße Propaganda für die Räte als die Träger des (spontanen) Massenwillens. Daß die Umstände die Arbeit ungeheuer erschwerten, ja fast unmöglich machten, durfte nicht ausschließen, die Aufgaben richtig zu sehen und zu stellen. Statt dessen gab man sich der Illusion hin, daß die Ebert-Scheidemann von selbst immer mehr (zugunsten der proletarischen Revolution!) abwirtschaften würden. So stand u. a. der zweite Rätekongreß im März 1919 – noch schlimmer als der erste (im Dezember 1918) unter dem Einfluß der SPD. Er war zusammengeschoben, zusammengefälscht. Aber zeigte sich nicht darin, daß diese Schiebungen möglich waren, die Kraft der SPD und der Vormarsch der Konterrevolution?

Genosse Thalheimer stellt in der „Internationale“ (Jahrgang 1, Heft 2/3), das Gegenteil fest:

„Die Revolution der Arbeiterklasse hat in diesen drei Monaten gewaltige Schritte gemacht. Es liegen zwischen beiden Kongressen die Dezembertage, die Januarwoche, das Anschwellen und die Kulmination der ersten großen Streikwelle in dem Berliner Generalstreik und den Märzkämpfen. Eine Schicht des Proletariats um die andere, ein Industriebezirk um den anderen tritt in diesen Monaten auf den Kampfplatz, ringt mit dem Kapital, stößt in diesem Ringen auf die Ebert-Scheidemann-Noske und die bürgerliche Demokratie und wird sich des Gegensatzes zu ihnen bewußt (!). Die alte Sozialdemokratie löst sich zusehends auf. Die Reihen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen lichten sich. Massenhaft strömen die Arbeiter ab in das Becken der Unabhängigen, um von dort überzufließen in das der Kommunisten (?). Und innerhalb der abhängigen wieder unabhängigen Organisationen bewegen sich die Massen dem festen Pol des Kommunismus zu, nähern sich seine Losungen und seinen Kampfmethoden, in beiden Organisationen immer häufigere und schärfere Zusammenstöße zwischen der Parteimasse und ihrer Führung, immer stärkerer Druck auf die bürokratische und parlamentarische Parteimaschine. Der bürgerliche Parlamentarismus hat, dank dem Wirken der Weimarer Nationalversammlung, rapid abgewirtschaftet in den Massen, der Gedanke der Räteregierung schlägt immer tiefere Wurzeln, erfaßt immer breiterer Massen.“ (Internationale, Jahrgang 1, Heft 2/3, S. 9.)

Im Jahre 1919 war ohne Zweifel eine sehr starke Stimmung für den Kommunismus vorhanden, Aber – war diese Stimmung eine aktive revolutionäre Kraft? Sie war es noch nicht. Sie mußte dazu gebracht, ausgenutzt werden. Es ist auch daran gearbeitet worden, aber nicht ein-[368]heitlich, nicht klar, nicht der konkreten Situation entsprechend. Was ergab sich? Eine Selbsttäuschung, daß man Stimmung mit bewußter revolutionärer Energie gleichsetzte und die wahre Entwicklung – die konterrevolutionäre – übersah.

Diese Selbsttäuschung über die realen Tatsachen konnte wieder nur zu einer falschen Aufgabenstellung führen. Wieder keine konkrete Losung gegen die bürgerliche Demokratie – und wieder die Illusion der Machtergreifung „von unten“, wieder keine Aufgabe für die Partei als Vortrupp der Revolution:

„Die Arbeiter werden statt dessen die Arbeiter- und Betriebsräte zu revolutionären Festungen ausbauen, von denen aus der Angriff gegen die kapitalistische Wirtschaft und die Berennung des bürgerlichen Parlamentarismus – vom kleinsten Gemeinderat bis zur Nationalversammlung hinauf – systematisch geleitet wird. (Wie? Um welche Parolen? Was soll unmittelbar geschehen? E. S.)

Ständige Ausmerzungen aller Elemente durch die Betriebe, die nicht auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter- und Betriebsräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe gelangen. Es liegt im Wesen der Räteverfassung, daß die fortlaufende genaueste Uebereinstimmung der Arbeiter- und Betriebsräte mit den Betrieben gleichsam spielend sich einstellen kann durch das Recht der jederzeitigen Rückberufung jedes Delegierten durch seine Wähler.

Aber es scheint (also doch etwas Bedenken? E. S.), daß dieser Grundcharakter der Räteverfassung erst durch einen neuen revolutionären Erdstoß herausgeschält werden kann aus dem Schutt von Verfälschung, Verwirrung und Degradierung, unter dem die planmäßige Arbeit der Gegenrevolution und die planlose Kompromißpolitik der Unabhängigen den so einfachen und klaren wie tiefen Gedanken der Rätediktatur begraben zu können wähnt.“ (S. 14.)

Brandler und die Staatstheorie.

Die Ueberschätzung der Spontaneität der Massen bei gleichzeitiger völliger Verkennung der Rolle der Partei und damit der Möglichkeiten der Eroberung der proletarischen Diktatur wurden in der Zeit nach dem Tode Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings ins Ungeheuerliche vergrößert.

Diese Vergrößerung findet ihren größten Ausdruck in der Broschüre Brandlers „Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ (aus dem Sommer 1919).

Die Räte erscheinen nicht mehr als Kampforgane zum Sturz der Bourgeoisie und zur Vernichtung jedes Widerstandes, sondern als eine geheimnisvolle Organisation, die alle „Proletarier ohne weiteres erfaßt und dem großen Ganzen eingliedert“ (S. 4):

„Durch das Räteystem wird immer die einheitliche und ganze Macht der Arbeiterklasse zum Durchbruch kommen. Im guten und im schlechten Sinne Fortschritte und Fehler, die bei der Entwicklung zur höheren sozialistischen Kultur gemacht werden, werden nicht von einzelnen vorwärtsdrängenden Schichten oder Gruppen gemacht, sondern können nur in dem Umfange durchgeführt werden, in dem sie dem tatsächlichen Massenwillen und Massenwollen entsprechen ... Reguliert durch das Rückberufungsrecht, kann sich die Arbeiterklasse in dem Räteystem die Organisation schaffen, die jene Macht auszuüben imstande ist, die erforderlich ist, um die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen und die neue, die Klassengegensätze aufhebende sozialistische Organisation der Gesellschaft zu schaffen.“

Und die Stellung zur Partei?

„Durch das Räteystem wird und kann nicht eine einzelne Parteimeinung um Durchbruch kommen, insofern diese Parteimeinung nicht die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse ist.“

„Die Räte sind die Organisation der Arbeiterklasse schlechthin.“ (S. 4.)

Zugleich mit der abstrakten Räterepublik schafft Brandler ein Bild der bürgerlichen Demokratie, das der marxistischen Staatstheorie direkt entgegengesetzt ist bzw. einzelne Lehren grob verzerrt (ich gebe nur einige Kostproben. E. S.):

„Die demokratische Staatsform, die den ausgebeuteten großen Massen politische Rechte gibt, macht es **unmöglich**, diese mit politischen Rechten ausgestatteten Massen unter eine strenge und straffe kapitalistische Ausbeutungsherrschaft zu zwingen. Das deutsche Proletariat, das schon unter der Herrschaft Wilhelm II. und der großen Unternehmerverbände, gegen die kapitalistische Ausbeutung der Vorkriegszeit als politisch Rechtlose und des-[369]halb einflußlose Masse erfolgreich rebelliert, wird die gewonnenen politischen Rechte ganz naturgemäß nicht dazu anwenden, um sich einer viel größeren wirtschaftlichen Ausbeutung und Knechtung zu unterwerfen ...

Keine demokratische Regierung kann es wagen (und wenn sie es doch tut? Und sie hat es getan! E. S.) die Arbeitslosen, die heute einige Millionen im Reiche zählen, der Not und dem Elend preiszugeben, so dass diese wie in der Vorkriegszeit auf Gnade. Und Ungnade, den Kapitalisten zur Ausbeutung zu getrieben würden. Eine Regierung, die das nur versuchte, **würde** trotz Kanonen und Maschinengewehren hinweggefegt werden. Die Arbeitslosen müssen unterstützt werden, sie müssen wenigstens einigermaßen über Wasser gehalten werden. Dadurch haben sie aber ihre Bedeutung als kapitalistische Reservearmee verloren. Das kapitalistische Unternehmertum hat die große Macht gegenüber der Arbeiterschaft verloren. Alle versuche, die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzurichten, müssen (!!) scheitern.

Reicht die Macht der Kapitalistenklasse unter der demokratischen Staatsform nicht zu, um die alte Ausbeutungswirtschaft aufzurichten, so reicht auch die Macht der Arbeiterklasse im demokratischen Staat nicht aus, um die sozialistische Gesellschaft und Produktionsweise durchzusetzen.

Die demokratische Staatsform gibt den Kapitalisten einen Einfluß auf den Staat und dessen Machtmittel Bürokratie und Militär, der stark genug ist, um die **rasche** Beseitigung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus zu verhindern. Die bürgerliche Demokratie war und ist eine Staatsform. In welcher die ökonomisch ausschlaggebende Kapitalistenklasse herrsche, aber nicht selbst regierte.“

Mit diesem Unfug wiegt Brandler die Proleten in Sicherheit: Euch kann nichts geschehen, die Demokratie kann euch nichts tun, und gibt ihnen einen Fetisch: Räte system! Er setzt wunderschöne Dinge auseinander, aber der Prolet mußte dahinter die Unsicherheit fühlen: was unmittelbar zu tun ist, weiß Brandler doch nicht; vor allem: wie kommen wir zu dem „Rätesystem“? Keine konkrete Aufgabe! Keine Klärung des Staatsproblems und keine Lösung der Machtfrage (dafür aber Verwirrung in der Auffassung über die bürgerliche Republik und über die Rätediktatur!).

Rosa Luxemburg hatte 1918 rasch die Situation begriffen und hätte sicherlich sehr rasch die Richtigkeit der Politik der russischen Bolschewiki erkannt und entsprechend auch für Deutschland die Aufgaben richtig gestellt. Die Nachfahren haben die Lehren und Erfahrungen der russischen und der deutschen Revolution nicht gründlich studiert und nicht ausgewertet, so daß nach dem Sturz der Münchener Räterepublik (mit ihren vortrefflichen Erfahrungen bei guter Haltung des Spartakusbundes) nicht nur keine Verbesserung, sondern nur Verschlechterung und Verballhornung der revolutionären Theorie erfolgte. (Fortsetzung folgt.)

*

München 1919*).

Zum 5. Juni, dem Todestage Levinés.

Von Ernst Meyer.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hatte im Januar 1919 ihre beiden reifsten Führer verloren. Im März wurde ihr auch ihr bester Organisator Leo Jogiches geraubt, und mehrere Mitglieder der Zentrale wanderten ins Gefängnis. Die Organisationen der jungen Partei waren fast auf sich gestellt. Sie mußten jetzt beweisen, was sie in der kurzen Zeit seit der Gründung der Partei gelernt hatten; denn der kleine Stamm von Spartakusleuten aus der Kriegszeit war angewachsen auf eine Partei von rund 100.000 zahlenden Mitgliedern. Man kann sagen, daß die Organisationen sich in der schwierigen Situation im großen ganzen gut hielten. Im Rheinlande, in Sachsen, an der Wasserkante schlugen sie [370] sich mit der Konterrevolution und arbeiteten am Aufbau der Partei, der erst im Herbst 1919 durch die von Paul Levi beliebte Art der Spaltung von der KAP ins Wanken geriet.

Am vorbildlichsten war nach Levinés Ankunft in München die Haltung, der KPD in Bayern, doppelt bewunderungswürdig bei der komplizierten Lage, die dort herrschte.

Sind damals gar keine Fehler gemacht worden?

*) Vergl. Max Gerstl, Die Münchener Räterepublik (München 1919) – „Die Münchener Tragödie“ (Verlag der „Freiheit“, 1919) – P. Werner, Die bayerische Räterepublik (zweite Auflage, Leipzig 1920) – P. Werner, Eugen Leviné (Viva-Verlag, Berlin 1922). – Soeben erscheint im Viva-Verlag eine neue Broschüre von Rosa Leviné, Aus der Münchener Rätezeit.

Was sind überhaupt „Fehler“? Jeder Revolutionär weiß, daß er aus jeder revolutionären Bewegung zehnmal klüger herauskommt als er in sie hineingegangen. In diesem Sinne gibt es überhaupt keine fehlerfreien Revolutionen und Personen, und Lenin sagt in den „Kinderkrankheiten“ (Ausgabe von Maslow, Seite 46):

„Klug ist nicht derjenige, der keine Fehler macht. Solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist derjenige, der nicht besonders wesentliche Fehler macht und der sie schnell und leicht zu korrigieren versteht.“

Aber gibt es wesentliche Fehler in der Haltung der Münchener Organisation 1919? Gewiß, bis zur Ankunft Eugen Levinés hat sich die Münchener Partei in der Analyse der Situation stark geirrt und in ihrer taktischen Haltung viele Fehler begangen. Leviné hat diese Fehler bald erkannt und korrigiert. Aber so groß nun die Qualitäten und das Verdienst Eugen Levinés waren – seine Politik war getragen von der Summe der Erfahrungen der Gesamtpartei in den fünf Monaten revolutionärer Entwicklung seit November 1918. Leviné hatte sich in der Kriegszeit an der illegalen Arbeit des Spartakusbundes beteiligt, er war in den Januarkämpfen als Redakteur des Roten „Vorwärts“ für die Partei tätig und arbeitete während der Revolutionsmonate im Auftrage der Partei an den schwierigsten Punkten: in Schlesien und dem Rheinland. Seine Reden vor den Münchener Arbeitern und vor Gericht sind gefüllt mit Hinweisen auf die Erfahrungen in Mittel-, Nord- und Westdeutschland und mit Zitaten aus dem Spartakusprogramm vom Dezember 1918. Er fühlte sich ganz der Partei verantwortlich, ihrer Disziplin unterworfen.

Der von der Sozialdemokratie geleiteten Konterrevolution lag im Frühjahr 1919 alles daran, die revolutionären Arbeiter zu bewaffneten lokalen Kämpfen zu provozieren. Illusionen und Mangel an Erfahrung in der revolutionären Arbeiterschaft kamen dem nur zu leicht entgegen.

Eine Aufgabe der KPD bestand deshalb darin, diesen Putschismus zu überwinden und vor den Provokationen zu warnen.

Der Münchener KPD, unter Führung Levinés, gelang es, trotz der ungeheuren Erbitterung der Arbeiter über Eisners Ermordung und trotz der Unreife der revolutionären Gärung in den Massen, den Provokationen Widerstand zu leisten. Die sozialdemokratische Regierung mußte deshalb in der Provokation noch einen Schritt weitergehen: sie proklamierte mit Hilfe der USP eine – „Räterepublik“. Und wiederum hielten die Münchener Kommunisten stand. Sie, die Anhänger der Räterepublik, kämpften mit aller Kraft gegen die „Räterepublik“! Sie hämmerten den Münchener Arbeitern die drei wichtigsten Grundsätze ein:

1. Räterepublik ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats ist Illusion (entsprechend Lenins Staatstheorie).*)
2. SPD und USPD verraten immer – jene bewußt, diese aus Schwäche; daher gehört jeder Arbeiter in die Kommunistische Partei (Erkenntnis der Rolle der Partei). [371]
3. Die Kommunisten sind keine blanquistische Sekte, sondern übernehmen die Gewalt, wenn sie von einer kommunistischen Mehrheit wirklicher politischer Räte dazu gerufen werden (Organisation der Revolution durch die Kommunistische Partei, in engster Verbindung mit den Massen; ohne politische Arbeiterräte keine Räterepublik).

Solcher Kampf gegen stimmungsmäßig revolutionäre Ungeduld führte nicht zum Opportunismus, nicht zur Passivität, sondern zu gesteigerter revolutionärer Aktivität. Die Partei wurde reorganisiert, in Verbindung mit den Betrieben und Kasernen gebracht, eine unermüdliche Propaganda für die Reinigung der Arbeiter- und Soldatenräte von allen sozialdemokratischen Verrätern und unabhängigen Schwächlingen betrieben. Als die Scheinräterepublik unter dem Ansturm der Hoffmannschen weißen Truppen wankte und der unabhängige Phraseur Toller sich keinen Rat wußte – da übernahm die Münchener Kommunistische Partei die Führung und die volle Verantwortung. Sie schlug die Wei-

*) Leviné studierte damals wie wir alle eifrig die wenigen erschienenen Bücher über den Oktober 1917, besonders aber Lenins Schrift „Staat und Revolution“, die der Spartakusbund in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitete.

ßen, sie bewaffnete das Proletariat, sie begann mit den revolutionären Maßnahmen einer wirklichen Räteregierung, sie lehrte die Arbeiter praktisch, was Räterepublik bedeutet. Und doch täuschte sie sich dabei nicht über die Dauer und den Ausgang der Räterepublik. Sie führte den Kampf nicht wegen der Augenblickserfolge, sondern wegen der unschätzbaren Lehren für die Zukunft.

Man lernt nicht nur aus den Fehlern der Parteigeschichte. Das kluge und heroische Vorbild der Münchener Partei vermag uns nicht weniger zu belehren. Die Partei muß sich am 5. Juni, dem Todestage Eugen Levinés, an die Münchener Ereignisse erinnern. Levinés Haltung ist eine der ruhmreichsten Seiten in den Traditionen unserer Partei.

*

Dokumente.

Alus den politischen Thesen der KP. Polens.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen im folgenden mit einigen Kürzungen die Thesen des letzten Parteitags unserer polnischen Bruderpartei. Die deutschen Kommunisten haben allen Anlaß, diese Thesen genau zu studieren und sich mit der Lage der polnischen Partei bekannt zu machen. Nicht nur, weil die polnische Situation wirtschaftlich und politisch in vielem der deutschen ähnelt und weil Polen ein Nachbarland ist (und zwar das Nachbarland, das uns von der Sowjetunion trennt!), sondern auch aus einem viel unmittelbaren Anlaß. Die deutsche Bourgeoisie versucht seit einiger Zeit eine neue imperialistische Politik einzuleiten, indem sie im Westen „erfüllt“ und den treuen Vasallen des westlichen und amerikanischen Imperialismus spielt, um im Osten freie Hand zu bekommen, zur „Regelung“ der deutschen Ostgrenzen gegen Polen. Da Garantiepaktangebot Stresemanns war ein Versuch in dieser Richtung. Und wenn dieser auch schief gegangen ist, so steht es außer Zweifel, daß dieses Problem von nun an immer wieder auf die Tagesordnung gebracht werden wird, sei es kriegerisch, sei es „friedlich“, d. h. offen gegen Polen oder im Rahmen eines Paktes mit Polen gegen Rußland, und zwar auf die Tagesordnung gebracht von einer durch und durch imperialistischen Bourgeoisie, der die Vergewaltigung der Minoritäten durch Versailles, den Völkerbund und Polen sehr zugkräftige Vorwände geben.

Es ist notwendig, daß wir schon heute unsere Stellung zu diesen Fragen beziehen. Die Kenntnis der Lage Polens und der polnischen Partei ist dafür unerläßlich.

Wir werden in einem der nächsten Hefte noch die Thesen desselben polnischen Parteitages zur nationalen Frage veröffentlichen.

I. Die internationale Lage

(Diesen Abschnitt lassen wir aus Raumgründen weg. Er enthält eine im wesentlichen mit unserer Analyse übereinstimmende Einschätzung der Lage, hebt also vor allem die Konflikte hervor, die durch die Dawesierung Mitteleuropas im nationalen und internationalen Maßstabe erzeugt werden (gegen die Trotzki-Radeksche Analyse), das Wachstum des Militarismus, ferner den innigen Zusammenhang der Lage der deutschen Wirtschaft mit der politischen und damit auch der Arbeitsverhältnisse des deutschen und polnischen Proletariats usw.)

II. Die Konsolidierung der Herrschaft der polnischen Bourgeoisie.

Im Laufe der sechs Jahre des Bestehens des polnischen Staates gelang es der polnischen Bourgeoisie, ihre Macht in bedeutendem Maße zu konsolidieren.

[372] Die Etappen dieser Konsolidierung waren folgende: Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung der Arbeiter- und Bauernklasse mit Hilfe opportunistischer Arbeiter- und Bauernparteien (die Moraczewski-Regierung); die Aufrichtung eines militärischen und bürokratisch-polizeilichen Apparats; die Festlegung – mit Hilfe Frankreichs – der Grenzen Polens, mit einem Hinausgreifen derselben nach Osten weit über die ethnographischen Grenzen Polens hinaus; die Liquidierung Piłsudskis, dessen militärische Abenteuerpolitik, verbunden mit einer demokratischen und föderalistischen Demagogie, die Interessen der kapitalistischen Konsolidierung gefährdete; der Wiederaufbau der Landwirtschaft und der polnischen Industrie, in einem Maße, das nur wenig von dem Vorkriegsniveau abweicht; endlich, die Durchführung der Finanzreform.

Jedes Mittel jedoch, das von der polnischen Bourgeoisie für die Lösung ihrer Aufgaben gefunden wurde und gefunden wird, bringt nur eine scheinbare und vorübergehende Lösung, bringt neue

Hindernisse und Schwierigkeiten mit sich und untergräbt die Klassenmacht der polnischen Bourgeoisie.

Die gegenwärtig in Polen herrschende langwierige und zerstörende Wirtschaftskrise ist die Folge dieser letzten Etappe der Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, wie sie die Finanzreform darstellt.

III. Die Sanierung der Finanzen und die Wirtschaftskrise.

Die langwährende Inflationsperiode war eine Zeit der systematischen Bereicherung jener Klassen, die im Besitz sogenannter Realwerte waren, also der Großindustriellen und der Grundbesitzer, einschließlich der reichen Bauern. Die wie eine Lawine anwachsende Emission des Papiergelds, mit deren Hilfe die Bourgeoisie die Ausgaben ihres Staates deckte, bereicherte die besitzenden Klassen, brachte die Arbeiter, Beamten und intellektuellen Schichten in das verzweifelte Elend durch die automatische Herabsetzung des Arbeitslohnes; ruinierte den Bauern durch dessen Enteignung, indem er für seine Produkte wertlose Papierschnitzel erhielt und seine Ersparnisse verlor; exproprierte endlich im beschleunigten Tempo die Schichten des Klein- und mittleren Bürgertums.

Die Inflationsperiode war gleichzeitig ein Zeitabschnitt des völligen Inunordnunggeratens der Finanzen und der beschleunigten Zersetzung des Staatsapparats. Die Steuereinnahmen, die in Gestalt des entwerteten Papiergelds in die Staatskassen flossen, deckten kaum noch wenige Prozent des Staatsbudgets, während der Druck von neuem Papiergeld immer noch hinter der Steigerung der Teuerung und der daraus fließenden Geldentwertung zurückblieb.

Diese Ruinierung der Staatsfinanzen und die äußerst schnell vor sich gehende Verarmung des Staates und der Bevölkerung, verbunden mit dem Einflusse Sowjetrußlands und mit den sich damals ebenfalls auf dem Boden der Inflation entwickelnden revolutionären Ereignissen in Deutschland, führte zu einer gewaltigen Empörung der Arbeiter- und Bauernmassen, zu einem Gären unter den Beamten und Eisenbahnern und endlich auch zur Erschütterung einer der Grundlagen des kapitalistisch-agraren Regimes, wie sie die Armee darstellt.

Die Welle der Streiks und der Massenempörungen im Oktober und November 1923 wurde gekrönt vom Krakauer Aufstand, der die polnische Bourgeoisie vor das Angesicht der drohenden Gefahr der Arbeiter- und Bauernrevolution stellte.

Die plötzliche Notwendigkeit, den bürgerlichen Staat zu retten, zwang die Großbourgeoisie, auf das Räubersystem der Inflation zu verzichten. Der Uebergang zur Sanierung der Währung war die Frucht eines Kompromisses, das die verschiedenen Schichten der besitzenden Klassen, einschließlich des Kleinbürgertums, miteinander abschlossen. Die Grabski-Regierung, die gewissermaßen ein Rettungs-Komitee für das gesamte Bürgertum in der Zeit der drohendsten Gefahr darstellte, erhielt von sämtlichen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien bis zum Sozialopportunismus einschließlich außerordentliche Bevollmächtigungen zugebilligt und zwang sämtliche soziale Klassen – allerdings nicht im gleichen Maße – der Finanzierung Opfer zu bringen.

Die Befestigung der Finanzsanierung Polens für lange Zeit übersteigt jedoch die Wirtschafts- und Finanzkräfte des verarmten Polen, welches unfähig ist, das gewaltige Budget des polnischen Staates zu ertragen, in welchem außerordentlich hohe und ständig wachsende Ausgaben für den Militarismus und für den Polizeiapparat enthalten sind. Unter diesen Verhältnissen ist die Krise, die unvermeidlich mit der Stabilisierung der Valuta und mit der Beseitigung der Inflationsprämie verbunden ist, zu katastrophalem Ausmaß angewachsen.

Die Stabilisierung der Währung entblößte die Verarmung der Bevölkerung Polens und hatte zur Folge: Kapital- und Kreditmangel, kleine Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes und Desorganisation des Industrie- und Handelsapparates, die ihren Ausdruck in der Verteuerung der Produktion und in einem Schwund der Konkurrenzfähigkeit sowohl auf dem Außen- wie auch auf dem Innenmarkt fand.

Die erhöhten Ausfuhrtenzen der deutschen Industrie im Zusammenhange mit dem Dawes-Pakt und die gesteigerte protektionistische Politik der heutigen kapitalistischen Staaten erschwerte noch mehr die Konkurrenz der polnischen Produktion auf dem Außenmarkt.

Zu den angeführten Faktoren der Krise muß noch eine Reihe anderer hinzugefügt werden, deren Einwirkung in vollem Maße in der Stabilisierungszeit an den Tag trat. Dieses sind:

1. Der Verlust der Vorkriegsabsatzmärkte der Industrie Kongreßpolens (der russische Markt, (von welchem Polen infolge der antisowjetistischen Politik der polnischen Bourgeoisie und des Soziallopportunismus isoliert ist) und Oberschlesiens (der deutsche Markt). Diese Lage wird sich noch verschärfen, mit dem Augenblick [373] des Ablaufens des Termins für zollfreie Einfuhr der Produkte der oberschlesischen Industrie nach Deutschland.

2. Die Verteuerung des Transports und der Mangel an entwickelten Verkehrswegen zwischen den einzelnen Teilen Polens, was besonders nachteilig für die oberschlesischen Industrie ist.

Hinzu kam die Mißernte des vorigen Jahres, die einerseits die Kaufkraft des Dorfes herabsetzte, andererseits eine plötzliche Verteuerung der Lebensmittel und dadurch auch die Verteuerung der Produktionskosten verursachte.

Alles dies trug zu einer ungeheuer schweren Industriekrise bei, die sich immer noch verschärft im selben Maße, wie die durch die Krise hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit und Proletarisierung des Kleinbürgertums weiterhin den Innenmarkt immer enger gestaltet.

Die langwährende Wirtschaftskrise stellt eine ständige Gefahr für die Finanzreform dar. Der Verlust der Konkurrenzfähigkeit der Industrie zieht eine passive Handelsbilanz nach sich und trägt ständig die Gefahr der Erschütterung der polnischen Währung in sich. Die Krise untergräbt ebenfalls die Steuerkraft des Landes, zwingt die Regierung zu Zugeständnissen an die Kapitalisten und Agrarier auf fiskalischem Gebiet, zu Zugeständnissen, die schon heute eine bedeutende Rolle spielen (Aufhebung der Kohlensteuer, Herabsetzung einer Reihe von Eisenbahntarifen, Erweiterung der Kreditfähigkeit usw.) und in Zukunft, unter dem Einflusse des sich steigenden Widerstandes der besitzenden Klassen gegen die direkten Steuern, ein noch bedeutenderes Ausmaß annehmen werden. Die größte Gefahr für die Sanierung des Kapitalismus stellen die ständig zunehmenden militärischen Ausgaben dar, die die Lebensäfte des Landes aufsaugen. Unter diese Verhältnissen können auch die Auslandsanleihen, die unter äußerst schwierigen Bedingungen aufgenommen werden, für längere Zeit das Gleichgewicht des Budgets nicht retten, um so mehr, wo sie die Finanzwirtschaft der Regierung untergraben und diese zwingen, ständig neue Einnahmequellen (Tabakmonopol, die Wälder von Bialowies, Naphtagebiete) dem fremden Kapital zu überlassen.

IV. Die Koalition der Bourgeoisie mit den Opportunisten gegen die Arbeiterklasse.

Gezwungen zum Preisgeben eines Teiles seines Profits auf dem Altar der Sanierung eines Staates und weiterhin gefährdet durch die Auswirkung der Wirtschaftskrise, sucht das Kapital nach einem Ausweg, indem es sämtliche Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse (Angriff auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse) und der werktätigen Bevölkerung überhaupt, also außer den Arbeitern ebenfalls auf Bauern und Kleinbürgertum, abzuwälzen sucht (Steigerung der Preise, indirekte Steuern und eine Steuerüberlastung der Dörfer). Gleichzeitig sucht das Kapital auf die Regierung einen Druck auszuüben, um diese zu zwingen, die Steuerbelastung der besitzenden Klassen durch Aufnahme großer Auslandsanleihen zu vermindern.

Auf dem Boden des Kampfes um die Einteilung der Sanierungslasten unter den einzelnen Klassen treten sich ständig vergrößende Spaltungen in der Koalition der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien an den Tag, die hauptsächlich ihr Bestehen der gemeinsamen Gefahr seitens der Arbeiter- und Bauernklassen und der unterdrückten Nationalitäten verdankt. Indem die Grabski-Regierung unter dem Drucke der auseinanderstrebenden Interessen steht, die diese Koalition von innen her zerreißen, und bemüht ist, die Mittellinie dieser Interessen einzuhalten, gibt sie dennoch dem Drucke des Stärksten dieser Klassenfaktoren, des Kapitals, nach und wird immer mehr und mehr zu

einer Regierung der Offensive des Kapitals und Agrarier gegen die Arbeiterklasse und gegen die breitem halbproletarischen Massen in Stadt und Dorf.

In dieser ihrer Eigenschaft bedient sich die Grabski-Regierung einer Politik, die sich gegen die Arbeiterklasse und vor allem gegen deren Vortrupp, die Kommunistische Partei, richtet.

Unter der Grabski-Regierung wurde der Achtstundentag in der oberschlesischen Hüttenindustrie aufgehoben, wurden massenweise Gewerkschaftsverbände geschlossen usw. Unter dieser Regierung wurde zum erstenmal seit Kriegsende ein Kommunist hingerichtet (Engel); unter dieser Regierung wurde später in Lemberg zum erstenmal ein Todesurteil für Transport von kommunistischer Literatur gefällt. Die Zahl der politischen Gefangenen in Polen war noch nie so groß, wie gegenwärtig. Die Mißhandlung von Gefangenen war noch nie eine so allgemeine Erscheinung, wie unter der Grabski-Regierung. Die legale Tätigkeit im kommunistischen Sinne wurde noch nie so rücksichtslos bekämpft, wie gegenwärtig.

Diese Terrorpolitik gegen das Proletariat wird begleitet von einem tatsächlichen, wenn auch nicht formellen Ausnahmezustand in West-Weißrußland und in der West-Ukraine, der seinen Ausdruck findet in einer gewalttätigen Polizeipolitik und in Strafexpeditionen.

Besorgt um die Meinung des Auslandskapitals und Polen selbst, um die Aufrechterhaltung einer „über den Klassen stehenden“ Regierung in der öffentlichen Meinung ist die Grabski-Regierung bemüht, den Schein der inneren Ruhe und Ordnung in Polen zu wahren und sich mit den Formeln des Liberalismus zu maskieren. Sie zögert deshalb die Verhängung des Ausnahmezustandes in West-Weißrußland und in der West-Ukraine hinaus und markiert ihre arbeiterfeindliche Politik mit der Wahrung der Formen des Schlichtungsverfahrens.

Indem sie der offenen Diktatur des Kapitals den Weg bereitet, bedient sich die Grabski-Regierung der opportunistischen Arbeiterparteien – der PPS, und der Nationalen Arbeiterpartei – um die Arbeiter in Unterwürfigkeit zu halten. Diese Parteien, die mit der Bourgeoisie durch die Interessen der kapitalistischen Sanierung [374] verbunden sind, enthüllen immer mehr und mehr ihr faschistisches Wesen und üben bewußt die Rolle der Agenten der Offensive des Kapital aus (Schlichtungsaus-schüsse, Kapitulation in der Sache des achtstündigen Arbeitstages, aktiver Kampf gegen die Kom-munisten).

V. Das Heranreifen der revolutionären Faktoren.

Die langwierige Krise, indem sie auf sämtliche Zweige des Wirtschaftslebens ihren Ausfluß ausübt und breite Volksmassen dem Elend preisgibt, fördert eine Reihe revolutionärer und oppositioneller Faktoren ans Tageslicht, die sich hauptsächlich aus denjenigen Klassen und denjenigen Nationalitäten zusammensetzen, auf deren Schultern die Hauptlast des politischen und ökonomischen Wiederaufbaus des polnischen Staates lastet.

An der Spitze dieser Faktoren steht die Arbeiterklasse sämtlicher Nationalitäten des polnischen Staates, die vor allem die Rechnung für die bürgerliche Wiederherstellung und die Sanierung bezahlen muß. Die Wirtschaftskrise warf Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße (im Sommer gab es 150 bis 160 Tausend völlig Arbeitsloser in der Großindustrie, Hunderttausende von Emigranten nicht eingerechnet) und erleichterte gleichzeitig dem Kapital die Führung , einer allgemeinen Of-fensive gegen die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter, indem sie die letzteren weniger wider-standsfähig im Kampfe machte. Infolge der Offensive des Kapitals verloren die Arbeiter den acht-stündigen Arbeitstag in der Hüttenindustrie Oberschlesiens, faktisch aber auch (infolge des Systems der Ueberstunden) in einer ganzen Reihe anderer Industriezweige. Die Arbeitslöhne sind, infolge unmittelbarer Lohnkürzungen wie auch infolge der Zunahme der Teuerung, auf einem Niveau, das unter dem Lebenshaltungsminimum liegt, angelangt. Die Anwendung des Teuerungsindex wurde aufgehoben. Die Ausbeutung wurde verstärkt mit Hilfe der Intensivierung der Arbeit. Der englische Sonnabend wurde aufgehoben. Die Zahl der Feiertage wurde auf Grund der außerordentlichen Be-vollmächtigung der Grabski-Regierung um eine ganze Reihe von Tagen im Jahre gekürzt.

Die Unternehmer sind bestrebt, ihre Profitrate und die Möglichkeit der Kapitalsakkumulation beizubehalten und auf diese Weise die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden, und entwickeln aus diesem Grunde eine planmäßige Kampagne zugunsten der Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages, des englischen Sonnabends, der Urlaubszeiten, der Versicherungsbeiträge der Arbeitsträger usw. in ganz Polen.

Die weitere Zuspitzung der Krise wird den Angriff des Kapitals gegen das Proletariat noch verschärfen.

Derselbe Prozeß findet auch in der großen Agrarproduktion statt, wo die Großgrundbesitzer sich den Ueberfluß an Arbeitshänden und die Vernichtung der Gewerkschaftsorganisationen der Landarbeiter durch die PPS und die Nationale Arbeiterpartei zunutze machen, gewaltsam die Barlöhne und die Deputate herabsetzen und massenweise die Arbeiter entlassen.

Im Zusammenhange damit beobachten wir in den Arbeitermassen eine Abnahme sozial-opportunistischer Einflüsse und eine Vergrößerung der kommunistischen Einflüsse, die besonders nach jeder kommunistischen Massenbewegung schnell zunehmen. In sämtlichen größeren Mittelpunkten der Arbeiterbewegung, besonders im unlängst noch von den Nationalisten beherrschten Oberschlesien, scharen sich um die Losungen der KPP immer größere Arbeitermassen.

Die langwierige ökonomische Krise hat zur Folge, daß die Arbeiter (und auch die Angestellten und Beamten), von dem immerwährenden Abbau eingeschüchtert, jeglichem Konflikt mit den Arbeitgebern und mit dem Staate mit Furcht begegnen. Die Enttäuschungen der ständig von den Sozialverrättern, die danach trachten, den Arbeiterkampf systematisch zu spalten und zu lokalisieren, verratenen Arbeitermassen und die Erinnerung an die erlittenen Niederlagen, haben zur Folge, daß die Arbeiterklasse sich unfähig fühlt, einheitlich vorzugehen und die Ausbreitung und Verschärfung politischer Konflikte mit dem Kapital fürchtet. Zusammen mit dem unerhörten Polizeiterror der Bourgeoisie, die gegen jegliche Aeußerungen des Arbeiterkampfes in Einheitsfront steht, verhindern das Entstehen des Kraft- und Einheitsgefühls in den Arbeitermassen, das die unmittelbare Kampfesaktivität erleichtert. Ein gewaltiger Faktor, der die Kampfbegeisterung der Massen dämpft und das Proletariat in das Joch der kapitalistischen Wiederaufbauarbeit zwingt, sind die unter sozial-opportunistischer Führung stehenden Gewerkschaftsverbände.

Oekonomische Massenkämpfe, die mit der Zunahme der kapitalistischen Offensive und der weiteren Steigerung der Teuerung unvermeidlich werden, müssen die Apathie der Massen brechen, sie zu Aktivität wecken, das Gefühl der Kraft und der Solidarität wachrufen und die Massen zu einheitlichen revolutionären Aktionen befähigen. Bereits der Dezember-Streik der Textilarbeiter (der allerdings in der Zeit einer lokalen industriellen Belebung vor sich ging) zeigte die Tendenz der Ausbreitung und des Erfassens der Arbeitermassen anderer Berufszweige. Weitere ökonomische Streikwellen werden unzweifelhaft einen revolutionierenden Einfluß ausüben, um so mehr, wo die wichtigsten Hindernisse für eine revolutionäre Bewegung, die ideologischen Hindernisse im selben Maße schwinden, als die von den Sozial-Opportunisten verbreiteten Illusionen verwebt werden. Unter diesen Verhältnissen wird es die Grundlage für die Aktivität der Massen bilden, der verräterischen opportunistischen Führerschaft eine revolutionäre Führung, die aus den Massen selbst hervorgeht, gegenüberzustellen.

Immer drohender für die Vorherrschaft der Bourgeoisie werden die Bauernmassen, die, von den Herolden der Agrarreform betrogen, von der Inflation wirtschaftlich ruiniert wurden, die an Landhunger leiden infolge der Zerkleinerung des Bauernbesitzes, die zum Elend verurteilt werden durch die Abdämmung des [375] Zustroms zu den Städten und die von der Regierung der Finanzreform durch übermäßige Steuern erdrückt werden. Schon heute sind tatsächlich ihre bürgerlichen Rechte beraubt. Ihnen droht die endgültige Unterjochung und Ruinierung durch die Großgrundbesitzer und die reiche Bauernschaft. Die Massen befinden sich daher in einem Zustande der steigenden Empörung, wofür der Zerfall der Volksparteien, das Entstehen extremer Bauernparteien in der Art der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Zustrom der Bauernmassen in die kommunistischen Reihen Zeugnis ablegen.

Einen gewaltigen Faktor, der die Grundfesten des bürgerlichen Polen erschüttert, stellt der Massenkampf der unterdrückten Nationalitäten dar, die in viel höherem Maße als die polnischen Massen die Lasten des Wiederaufbaus und der kapitalistischen Sanierung tragen müssen. Dieses bezieht sich in der Hauptsache auf die weißrussischen und ukrainischen Massen, die bereits heute durch ihre aufständische Bewegung die Grundfesten der Vorherrschaft der Agrarier und der Bourgeoisie in Polen erschüttern.

In dieser Situation des allgemeinen revolutionären Gärens können internationale Erschütterungen, hervorgerufen durch die militaristische Politik des bürgerlichen Polen, können revolutionäre Ereignisse in anderen kapitalistischen Ländern oder Zusammenstöße der besitzenden Klassen untereinander, kann eine Mißernte, können endlich spontane oder provozierte Ausbrüche unter den proletarischem Massen oder unter den Bauernmassen oder auch der weißrussischen und ukrainischen Massen einen Ansporn bilden zu einer Auslösung der potentiellen revolutionären Massenenergie und zu entscheidenden Kämpfen um die Macht führen.

VI. Die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht in der Verknüpfung der drei elementaren revolutionären Faktoren in Polen – der Arbeiterbewegung, der Bauernbewegung und des Kampfes der unterdrückten Nationalitäten – in einen einheitlichen Kampf um den Sturz der Herrschaft des Kapitals und der Agrarier, zu einem Kampfe, in welchem das Proletariat die Rolle des Führers der revolutionären Kräfte spielen wird.

Die grundsätzliche Voraussetzung für die Aktivisierung der Massen bildet die klare politische Linie der Partei. In sämtliche Kämpfe und Teilforderungen muß von der KPP ein politischer Inhalt gelegt werden, eine Verknüpfung dieser Teilkämpfe mit dem Kampf um die Macht. Ständig auf das Beispiel der Union der Sowjetrepublikenweisend, muß die Partei unter allen Umständen und in sämtlichen Aktionen die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung als den Ausdruck für die proletarische Diktatur, die Losung der revolutionäre Machteroberung durch die Arbeiter- und Bauernklasse propagieren.

Die Politik des revolutionären Manövrierens muß im den Händen der Partei zu einem mächtigen Mittel für die Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen zum Kampfe unter dem Banner der KPP werden. Unbedingt Vorbedingung jedoch dafür ist, daß die Partei in allen Momenten ihre revolutionäre politische Linie beibehält, die den breitesten Massen verständlich sein und diese um die Partei scharen muß. Die KPP muß jene opportunistischen und ideenarmen Manövermethoden verwerfen, die, statt zur Mobilisierung der Massen, lediglich zu einer Verständigung mit den opportunistischen Parteien führten.

Um die Arbeitermassen zum Kampfe zu mobilisieren, wendet die Partei die Taktik der Einheitsfront an, wobei sie ihr Hauptaugenmerk auf die Bildung, Aktivisierung und Zentralisierung der Betriebsausschüsse und der Arbeitslosenausschüsse legt. Die gesamte Partei von oben bis unten muß für sich und für die werktätigen Massen Klarheit darüber schaffen, daß die Betriebsausschüsse (Knappschaftsausschüsse) eine unumgängliche Grundlage für die selbständige Massenaktion der Arbeiter darstellen, als Führerschaft, die von den Massen selber gebildet wird und den Massen am nächsten stehen. Aus diesem Grunde muß die Partei konsequent und mit Ausdauer ihre Kampagne zugunsten der Betriebsausschüsse weiterführen und diese Losung bei jeder Aktion an die Spitze stellen.

In Oberschlesien, wo Betriebsräte vorhanden sind und wo es sich um deren Aktivisierung handelt, führt die Partei ständig eine Kampagne um die Eroberung dieser Räte, brandmarkt die verräterische Rolle der den Opportunisten zugetanen Rätemitglieder und propagiert die Ersetzung der letzteren durch solche Genossen, die der Arbeitersache ergeben sind.

Im Dombrowa-Becken muß als Losung die Wahl von Knappschaftsausschüssen durch sämtliche Arbeiter der Gruben (an Stelle der vom Berufsverband ernannten) gestellt werden. In Warschau bedeutet der Kampf um Betriebsausschüsse einen Kampf um die Erweiterung der Rechte der bereits

bestehenden Delegationen und deren Umgestaltung in Betriebsausschüsse. Dort dagegen, wo – wie beispielsweise in Lodz und in anderen Gegenden – die gewählten Delegierten keine einheitliche Körperschaft darstellen, sondern lediglich die Rolle der Vertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften spielen, ist die Partei bemüht, die Delegierten von den Gewerkschaften unabhängig zu machen und sie ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit in eine einheitliche Körperschaft des Betriebsausschusses zusammenfassen.

Die Arbeitermasse muß sich für die Delegierten einsetzen und diese vor Repressalien seitens der Polizei und der Unternehmer schützen.

Sämtliche Massenaktionen müssen ausgenützt werden zwecks Zentralisierung der Betriebsausschüsse oder der diese ersetzenden Institutionen, wie Delegationen usw. Es müssen Stadt- und Bezirkskonferenzen der Betriebsausschüsse einberufen werden [376] und auf diese Weise in jedem Bezirk, der sich zum Kampfe erhoben hat oder Vorbereitungen dafür trifft, ein Bezirksaktionskomitee gebildet werden.

Auf Grund der Erfahrungen der zersplitterten Oktober- und November-Kämpfe im Jahre 1923 sowie der ersten Versuche der Zentralisierung im August 1924 (die Aktion des 21er Komitees), wie auch des Textilarbeiterstreiks im Dezember 1924 muß die Partei den Massen die Ueberzeugung beibringen, daß lediglich die Zentralisierung der Aktion den einzigen Weg für einen erfolgreichen Kampf gegen die allgemeine und zentralisierte Offensive des Kapitals darstellt.

Die Partei muß die genaueste Kontrolle über die Tätigkeit ihrer Mitglieder in den Betriebsräten, in den Betriebs- und Knappschaftsausschüssen, in den Delegationen usw. ausüben, indem sie ihre Fraktionen sowohl in den Räten, in den Ausschüssen und Delegationen wie auch im gesamten Industriebezirk bildet.

Indem die Betriebsausschüsse die Arbeitermassen im Laufe des Kampfes von dem Einflusse der opportunistischen Gewerkschaftsführer befreien und indem sie an Stelle des Verrats und des Opportunismus ihre eigene revolutionäre Führung in der Aktion setzen, dürfen sie sich den Gewerkschaften nicht entgegenstellen, sondern müssen die Revolutionierung der Gewerkschaftsverbände durch die Heranziehung der breitesten Massen zu den Gewerkschaften als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten. Die KPP muß eine Aktion entwickeln zugunsten der Ueberwindung der heutigen Gleichgültigkeit breiter Arbeitermassen den Gewerkschaften gegenüber. Die Massen müssen aufgefordert werden, in die Gewerkschaften einzutreten, um diese zu revolutionieren und um die heutigen opportunistischen Gewerkschaftsführer zu beseitigen. Die Partei muß alle ihre Mitglieder dazu verpflichten, den Gewerkschaften anzugehören.

Die KPP muß in Uebereinstimmung mit den Anforderungen der Bewegung und mit den Beschlüssen des Zweiten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale die internationale Kampagne zur Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Bewegung auch auf polnisches Gebiet übertragen und eine Aktion zugunsten der Vereinigung der Gewerkschaften verschiedener heute in Polen bestehender Richtungen entwickeln und sich für die Bildung einheitlicher Gewerkschaften nach den Industriezweigen einsetzen.

Auf dem Boden der gegenwärtig in Polen einen Massencharakter tragenden Arbeitslosigkeit muß die Partei Massenaktionen unter der Losung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, der Inbetriebsetzung der Industrie, des Kampfes gegen die Sabotage des Kapitals, der Organisation von öffentlichen Arbeiten und der Erteilung von Unterstützungen an die Arbeitslosen in der Höhe des normalen Arbeitsverdienstes führen. Indem die Partei zu Sammelpunkten der Bewegung Arbeitslosenausschüsse benützt, die von der Masse der Arbeitslosen an jedem Orte und in jedem Bezirke gewählt werden, indem sie Konferenzen und Kongresse dieser Ausschüsse, Versammlungen und Demonstrationen der Arbeitslosen einberuft, bildet sie eine breite Massenorganisation der am meisten kampfbereiten Elemente der Arbeiterklasse.

Angesichts der ununterbrochenen Zunahme der Teuerung, die unmittelbar nicht nur die Interessen der Arbeiterschaft, sondern auch die Interessen des Kleinbürgertums in Stadt und Dorf bedroht,

muß die Partei eine Teuerungsaktion führen. Den Kern dieser Aktion muß der proletarische Streikampf um Erhöhung der Löhne und um Anwendung der Teuerungsindexe, wie auch der Kampf der Arbeitslosenmassen um Unterstützung in der Höhe des vollen Tagesverdienstes bilden. Um jedoch die halbproletarischen Massen, hauptsächlich in Zeitabschnitten der beschleunigten Zunahme der Teuerung heranzuziehen, müssen in den weniger industrialisierten Gegenden des Landes Versammlungskampagnen vorgenommen werden zum Zwecke der Bildung von Ausschüssen zum Kampfe gegen die Teuerung, die den Kampf gegen das Schiebertum und gegen die bürgerlichen Behörden, von denen die Schieberelemente unterstützt werden, aufnehmen können – ein Kampf, der die Form von Versammlungsresolutionen, Demonstrationen und so weiter annehmen wird.

Die Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande besteht darin, sowohl unter den Arbeiter- wie auch unter den Bauernmassen die Erkenntnis der Notwendigkeit des Arbeiter- und Bauernbündnisses zu verbreiten, dessen höchster Ausdruck die Arbeiter- und Bauernregierung sein wird. Zu diesem Zweck muß danach getrachtet werden, daß die Arbeiter die Kämpfe der Bauern und auch umgekehrt die Bauern die Kämpfe der Arbeiter unterstützen; müssen Versammlungs- und Protestaktionen der Arbeiter in Bauernangelegenheiten durchgeführt werden, müssen die Vorurteile durch Propaganda und Agitation beseitigt werden, die den Arbeiter vom Bauern trennen; muß die größtmögliche Annäherung zwischen den Arbeitern und Bauern geschaffen werden.

In der Agitation unter den Bauernmassen bildet die Losung: „Das Land den Bauern“ die Hauptlosung der KPP. Indem die KPP den Betrug der Agrarreform und die Volksparteien demaskiert, die unter der Losung dieser Reform Wählerstimmen im Flachlande erwarben, muß sie die Auslösung der Massenbewegung der Landbevölkerung unter der Losung des Kampfes um das Land der Gutsbesitzer anstreben. In diesem Kampfe knüpft die Partei an die alltäglichen Sorgen der Bauernschaft an, wie: Steuern, Servitute, wilde Parzellierung und der Aufkauf des Landes durch reiche Bauern, Unterdrückung seitens der Bürokratie und Polizei usw., – und trachtet danach, auf diesem Boden einen Massenkampf gegen die Regierung und gegen die Agrarier zu entfesseln, indem sie sich zu diesem Zwecke solcher Methoden bedient, wie Demonstrations- und Protestversammlungen, Manifestationen, Boykott der Verwaltungsbehörden, Widerstand beim Einziehen der Steuern, aktiver Widerstand gegen die Gewalttaten der Behörden, Bildung von Dorfausschüssen der Verteidigung usw.; auf einem höheren Stadium der Entwicklung, Besetzung der [377] Gutshöfe. In bezug auf die im Radikalisierungsprozeß begriffenen politischen Bauerngruppen (z. B. Unabhängige Bauernpartei, die radikalen Gruppen der „Wyzwolenie“) muß die Partei durch Kritik die Kristallisierung auf der Plattform: Arbeiter- und Bauernregierung und Erkämpfung des Landes auf dem Wege des Arbeiter- und Bauernbündnisses zu beschleunigen suchen. Keinesfalls jedoch darf dies eine Entäußerung der Arbeit im Dorfe seitens der KPP zugunsten dieser Gruppen bedeuten. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkte des Arbeiter- und Bauernbündnisses muß die Arbeit in der Armee durchgeführt werden, die sich hauptsächlich aus Bauern zusammensetzt.

Mit allen Mitteln muß die Partei die Befreiungsbewegung der weißrussischen und ukrainischen Massen unterstützen, als einen gewaltigen revolutionären Faktor, der den Rahmen des polnischen imperialistischen Staates auseinandertreibt und dem Siege der polnischen Arbeiter und Bauern in deren Kampfe gegen die kapitalistisch-agrarische Macht behilflich ist. Indem die Partei die polnischen Volksmassen über die Bedeutung und die Ziele dieser Bewegung aufklärt, erweckt sie in diesen ein Solidaritätsgefühl für die Volksmassen jener Gebiete und fordert sie auf, die Rechte der weißrussischen und ukrainischen Massen auf Selbstbestimmung und Angliederung an die benachbarten Sowjetrepubliken zu verteidigen.

Die Partei ist bestrebt, durch eine Reihe von Aktionen, wie die Antisteueraktion usw., in den polnischen Bauernmassen eine aktive Energie auszulösen und diese auf dasselbe Niveau der Kampffähigkeit zu heben, auf welchem die Volksmassen West-Weißrußlands und der Westukraine stehen. In den sogenannten „Ostgrenzgebieten“, wo die revolutionäre Bewegung der Bauern bereits bis zu einer aufständischen Bewegung gediehen ist, sucht die Partei die revolutionäre Bewegung politisch zu vertiefen und unsere Organisation mit den Massen zu verknüpfen, und ist bemüht, den unorganisierten Zustand des Gärens organisatorisch zu erfassen. Indem die Partei den Massen Weiß-

Westrußlands und der West-Ukraine die Losung des Anschlusses dieser Gebiete an die benachbarten Sowjetrepubliken verkündet, klärt sie sie darüber auf, daß sie lediglich unter dem Banner des Kommunismus den Sieg in ihrem Klassen- und Nationalkampfe erlangen können, flößt ihnen Solidaritätsgefühle für die Volksmassen ganz Polens und die Erkenntnis ein, daß ein siegreicher Aufstand in ihren Gebieten lediglich gemeinsam mit einem gemeinsamen Aufstande der Arbeiter- und Bauernmassen des ganzen Staates möglich sei.

Die rücksichtslose nationale Unterdrückung, die von den polnischen Behörden in den Grenzgebieten ausgeübt wird, schafft die Möglichkeit einer ausgedehnten Aktion, wie Gemeindeversammlungen und Resolutionen zugunsten der Gründung von Schulen und Versuche der Organisierung solcher, ferner sprachlicher Boykott der polnischen Behörden usw. Indem diese Aktionen die revolutionäre nationale Bewegung verschärfen, untergraben sie die polnische Okkupation und desorganisieren ihren Apparat. Gleichzeitig lähmen sie die Aktion jener kleinbürgerlichen und bürgerlichen ukrainischen und weißrussischen Elemente, die eine Verständigung mit der polnischen Regierung anstreben.

Denselben Standpunkt nimmt die KPP auch in bezug auf die vom polnischen Imperialismus annektierten litauischen Gebiete ein und verkündet die Losung der Selbstbestimmung der Litauer und ihr Recht zur Lostrennung vom polnischen Staate.

Die Partei führt einen Kampf gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten (Juden, Deutsche) seitens der Regierung und der polnischen Bourgeoisie, indem sie auf diese Weise die breiten proletarischen und halbproletarischen Massen dieser Minderheiten in den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den polnischen Imperialismus unter der Losung der Revolution und der Arbeiter- und Bauernregierung, die allein nur der nationalen und Klassenbedrückung ein Ende bereiten kann, hineinzieht.

Indem die Partei alle drei Faktoren der Revolution in Polen – die Arbeiterbewegung, die Bauernbewegung und die Freiheitsbewegung der unterdrückten Nationalitäten – zu einer Einheit verknüpft, propagiert sie die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes zur Eroberung der Macht und bereitet die Massen politisch und technisch zu einem bewaffneten Aufstande vor.

*

Literatur.

Heinz Neumann: „Was ist Bolschewisierung?“^{*)}

Verlag Carl Hoym Nachf., 154 Seiten.

Diese vor einigen Wochen erschienene Schrift zerfällt in 4 Hauptkapitel. Das erste behandelt die historische Rolle der Bolschewisierung, die Epoche des Imperialismus und den Zeitpunkt der Bolschewisierung. Das zweite heißt „Die Hauptlehre der deutschen Revolution“ und zeigt das Fehlen einer bolschewistischen Parteiorganisation in der Revolution der Jahre 1918 und 1919. Es folgt ein Kapitel über die Rolle der Kommunistischen Partei mit Unterabschnitten über die Partei als Vorhut der Klasse, die Organisierung der Revolution usw. Das Schlußkapitel, das un-[378]gefähr die Hälfte des ganzen Buches umfaßt und wieder vielfach untergeteilt ist, befaßt sich sehr eingehend mit dem Problem der Bolschewisierung unserer Parteiorganisation. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Die Mitglieder der Partei. – Die bolschewistischen Funktionäre. – Kräfteverteilung und Heranbildung neuer Kräfte. – Die Organe der Partei. – Der Parteiapparat. – Bolschewisierung der Parteipresse. – Parteibeiträge. – Fabrikmäßige Massenarbeit für die Revolution. – Berichterstattung. – Arbeitsteilung.

Die Broschüre des Genossen Neumann ist nützlich für die Partei. Man braucht, um dies zu beweisen, nicht mehr über sie zu sagen, als daß sie richtig einen der Hauptfehler der deutschen Partei in den vergangenen Revolutionsjahren feststellt, den Mangel einer bolschewistischen Organisation, und dann eindringlich die Wichtigkeit der Organisationsfragen und das Wesen der bolschewisti-

^{*)} Diese Kritik ist schon vor 2 Monaten geschrieben, mußte aber bisher aus Raumgründen zurückgestellt werden. D. Red.

schen Organisation durch gut ausgewählte Zitate aus Lenins Schriften klar zu machen sucht. Dies gibt ohne jeden Zweifel der Broschüre einen großen Wert.

Hier werden wir über die positiven Seiten kein Wort weiter verlieren, sondern uns bei einem anderen Punkt aufhalten, nämlich bei ihren Mängeln. Es sollen dies Anmerkungen sein zur kritischen Lektüre der Broschüre, evtl. zur Berücksichtigung bei einer zweiten Auflage. Die Broschüre ist im Oktober vorigen Jahres geschrieben. Wir zweifeln nicht daran, daß Gen. Neumann sie heute ganz anders schreiben würde und daß er in den wesentlichen Punkten unserer Kritik beipflichten wird. Wenn diese übrigens so ausführlich ist, so nicht etwa, um das nützliche Büchlein des Gen. Neumann zu „zerfetzen“, sondern der Sache wegen, nämlich um an dieser Kritik unsere theoretische Klarheit über die Aufgaben der Bolschewisierung ein Stück weiter zu bringen.

I.

Die historische Stellung des Problems.

In den Thesen der Erweiterten Exekutive vom März d. J. heißt es: „Die Losung der Bolschewisierung der Parteien ist entstanden im Kampfe gegen die rechte Gefahr. Wäre der 5. Weltkongreß der Komintern den opportunistischen Entstellungen der Taktik der Einheitsfront und der Losung der Arbeiterregierung nicht mit solcher Entschlossenheit entgegengetreten, so würden wir vor der unmitteldbaren Gefahr einer opportunistischen Entartung einiger Parteien der Komintern gestanden haben.“

Das Problem der Bolschewisierung wird von Neumann nicht in diesem Sinne gestellt, sondern allgemein, abstrakt, nur aus der historischen Epoche des Imperialismus heraus (was richtig ist im allgemeinen, aber zu allgemein), also nicht konkret aus den opportunistischen Fehlern der gesamten Politik der deutschen Partei und der anderen Parteien der Komintern in den Jahren vor dem Oktober 1923. Im Gegenteil. Neumann verwischt den wichtigen Wendepunkt des 5. Kongresses. Die Entwicklung der Komintern wird so geschildert: die „eigentliche Gründung“ erfolgte auf dem 2. Weltkongreß. Es folgen die großen Niederlagen in Polen, in Italien, in Deutschland. Der 3. Kongreß erscheint nun als der Beginn der Bolschewisierung, indem er die Losung: „Zu den Massen“ ausgibt, die Notwendigkeit von Teilforderungen begründet und den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Partei festlegt. Der 4. Kongreß „verstärkt die taktische Linie des 3. Kongresses“. Und: „erst der 5 Kongreß im Juli 1924 bringt die Reife“ (S. 26.)

Sollte diese allmähliche „Reife“ wirklich die richtige Fragestellung sein für die Bolschewisierung der Parteien der Komintern?

Aehnlich konzilient wird die Geschichte der KPD behandelt, das Problem ihrer Bolschewisierung gestellt. (Und das ist das eigentliche Thema des Buches!) Was hat Neumann über die Geschichte der KPD zu sagen? Nehmen wir seine kurzen Glossen über die Parteitage auf S. 116.

„Unser Gründungsparteitag war von Illusionen durchtränkt.“ (Welchen? Welche Fehler machte er. Das ist wichtiger als die „Illusionen“, die – nach Lenin – oft eine unvermeidliche Sache sind.) „In Heidelberg wurde das Verbrechen der Parteispaltung begangen.“ (Warum war die Spaltung ein Verbrechen?) „Der dritte und vierte Parteitag brachten keinen wesentlichen Fortschritt ...“

Dies alles ist sehr mager. Je aktueller die Dinge werden, desto unangenehmer fällt dies auf. Ueber Jena heißt es:

„Der Jenaer Parteitag von 1921 zog die Lehren aus der Märzaktion (Welche? Richtige oder falsche? K. S.); er bekämpfte aber zu schwächlich die Leviten und griff den linken Flügel der Partei an.“

Kein Wort von dem opportunistischen Steuerprogramm, den 51 Prozent, der Stellung zur Erfüllungspolitik usw. Ueberhaupt vermeidet N., die entscheidenden politischen Fragen zu berühren. Ueber Leipzig weiß er bloß festzustellen, daß dieser Parteitag „vom Geiste des Opportunismus beherrscht“ war, die Partei „über die Bedeutung der Ruhrkrise hinwegtäuschte“ und sie „durch den menschewistischen Kampf gegen die Linke an den Rand der Spaltung brachte“. Was diese Linke

wollte, die hier ständig als das unschuldig angegriffene Lämmchen erscheint, um welche Fragen der Kampf ging, wird nicht gesagt, obwohl es mit wenigen Worten zu sagen gewesen wäre.

Und Frankfurt? Dazu heißt es: „Erst der Frankfurter Parteitag von 1924 knüpfte an die Tradition des Gründungsparteitages wieder an.“ (An die Illusionen, von denen dieser durchtränkt war?) Ferner rechnete er „mit allen opportunistischen Ueberbleibseln der Partei rücksichtslos ab“. Der Ausdruck „Ueberbleibseln“ ist zumindest nicht sehr glücklich^{*)}. Er wird aber verständlich, wenn man hört, wie Genosse N. die Entwicklung der KPD überhaupt interpretiert. Er schreibt auf S. 46:

[379] „Wir müssen den Hauptfehler der deutschen Revolution im Mangel, in der späten, zu langsamen, zu unbewußten Schaffung einer bolschewistischen Partei erkennen.“

Mangel – ist richtig, das übrige aber ist falsch und beweist, daß Genosse N. die Entwicklung der Partei nicht richtig sieht. Es wird nun verständlich, warum er z. B. vom 3. und 4. Parteitag sagen kann, daß sie „keinen wesentlichen Fortschritt“ brachten, nachdem er eben angedeutet, daß in Heidelberg der Weg zum Opportunismus beschritten worden war. Welchen Fortschritt und auf welchem Wege? Das sind die entscheidenden Fragen.

Genosse N. turnt leider mit allzu unbestimmten Worten über diese Frage hinweg. Sieht er in der Tat in der sächsischen Politik und in anderen schönen Dingen, die in den Zeiten des Oktobers vorgekommen sind, eine „zu langsame, zu unbewußte Schaffung einer bolschewistischen Partei“?

Man muß also leider konstatieren, daß das Problem der Bolschewisierung sowohl für die Internationale, wie für die deutsche Partei nicht richtig gestellt ist.

II.

Die praktische Stellung des Problems.

Und dies hat üble Folgen. Weil Neumann eine gewisse Scheu hat vor den entscheidenden politischen Fragen der Bolschewisierung, wird notwendig die Aufgabe der Bolschewisierung zu eng gefaßt, nämlich als bloße Organisationsaufgabe.

„Unsere Organisationsfähigkeit entscheidet also sowohl über die innere Festigkeit der Partei, als auch über die Verbreiterung unserer Massenbasis – die zwei Seiten der Bolschewisierung.“ (S. 75.)

Abgesehen von dem niedlichen Begriff „Organisationsfähigkeit“ ist die Organisationsfrage nicht die entscheidende Frage der Bolschewisierung.

Wenn Neumann sagt: „Der Schwerpunkt der Bolschewisierung liegt in der Organisation der Partei“ (S. 5), so ist das nur insofern richtig, als der Schwerpunkt der bolschewistischen Partei überhaupt in ihrer Organisation liegt. Wir sind ja Materialisten, wir wissen, daß praktisch die beste Politik wirkungslos bleibt ohne Organisation. Das heißt aber keineswegs, daß die Organisation wichtiger ist als die Politik der Partei, oder gar „entscheidend“, daß man das Problem der Bolschewisierung stellen kann als Organisationsproblem (oder auch nur vorwiegend als Organisationsproblem). Es ist schon richtig, was Genosse Sinowjew kürzlich auf der Erweiterten Exekutive sagte: „Für die Bolschewisierung sind Politik und Organisation in gleicher Weise wichtig.“

Das heißt natürlich nicht, daß nicht in einem ganz bestimmten Moment die Partei sich auf die politische oder auf die organisatorische Seite als „Stoßaufgabe“ konzentrieren darf, oder daß man eine Broschüre nicht speziell den Organisationsaufgaben widmen soll. Im Gegenteil: man soll sich konzentrieren und man soll Broschüren widmen. Aber dann muß man auch offen sagen, daß dies nur eine Teilaufgabe ist. Und wenn man unternimmt, das Problem zu stellen, dann muß man es allseitig stellen, dann ist es unrichtig, allgemein zu sagen, daß die Organisation der „Schwerpunkt“ ist.

In der Tat kann der Schwerpunkt sehr rasch wechseln. So z. B. heute, wo wir im allgemeinen die organisatorischen Aufgaben in der Partei so ziemlich begriffen haben, praktisch aber nicht recht

^{*)} Auch wenn man dem Nachsatz „und schuf die Grundlagen für die Bolschewisierung der KPD“ volle Gerechtigkeit widerfahren läßt.

weiter kommen, weil wir jetzt, eben jetzt, politisch noch nicht weit genug sind, weil wir noch nicht einen ganz klaren Begriff von unseren unmittelbaren politischen Aufgaben und ein konkretes politisches Minimalprogramm besitzen.

Und wenn uns nun Genosse Neumann gesagt, daß „unsere Organisationsfähigkeit entscheidet“, so müssen wir ihm^{*)} antworten, daß gerade jetzt weder die Organisation noch gar seine mystische „Organisationsfähigkeit“ entscheidet, sondern ganz andere Fragen, nämlich die Herausarbeitung einer klaren Strategie, eine richtige elastische Taktik, die Fähigkeit, auf bolschewistische Art zu manövrieren usw. Wenn er das Problem der Bolschewisierung nicht so abstrakt gestellt hätte, dann hätte er nicht zu der Kategorie einer „Organisationsfähigkeit“ an sich Zuflucht nehmen müssen. Auch die Frage der Organisation muß konkret gestellt werden, d. h. aber schon die Frage politisch stellen.

In diesem Moment, in dem diese Situation der Partei von den Rechten ausgenutzt wird zu demagogischen Vorstößen gegen die Partei – ist eine rein organisatorische Stellung des Bolschewisierungsproblems (die die Rechten glatt akzeptieren) ein Vertuschen der entscheidenden Fragen, das – es mag gut gemeint sein und sehr rechtgläubig tönen, wenn man sagt, daß Frankfurt und der 5. Weltkongreß schon alles besorgt haben – wenn die Partei darauf einginge, den Rechten helfen würde, die Bolschewisierung zu hintertreiben. Und jenes Lob für Frankfurt und den 5. Weltkongreß – es ist ein Lob, das wir ablehnen müssen. Wir haben nicht die Absicht, uns auf den Frankfurter Lorbeeren auszuruhen.

III.

Die Hegemonie des Proletariats.

Gut. Dann wäre also bloß der Titel nicht ganz entsprechend und müßte eigentlich lauten: „Organisatorische Fragen der Bolschewisierung?“ Auch dies wird man nur mit Vorbehalt gelten lassen können. Auch wenn einer derartigen Broschüre bewußt bloß eine Teilausgabe gestellt wird, muß sie aus der allseitigen Berücksichtigung der Gesamtaufgabe gelöst werden. Das ist hier aber nicht der Fall. Und dies wirkt sich auch bei der Stellung und Lösung rein organisatorischer Fragen aus.

Bevor wir aber auf diesen Punkt zu sprechen kommen, wollen wir etwas eingehender vom theoretischen Standpunkt die „zu enge Stellung“ des Problems der Bolschewisierung untersuchen. Wir [380] haben schon oben konstatieren müssen, daß Genosse N. die Bolschewisierung im Grunde als eine einfache Fortführung der „zu unbewußten“ Bolschewisierung der Brandlerzeit betrachtet. Wir werden nun auch des einzelnen an der Untersuchung seines Begriffs der Bolschewisierung konstatieren müssen, daß er dabei in den wesentlichen Punkten über die Begriffe der Brandlerepoche nicht hinauskommt.

In seiner Geschichte der RKP. sagt Gen. Sinowjew:

„Die Idee der Hegemonie des Proletariats ist die ideologische Basis des Bolschewismus ... Sie ist das Problem der Probleme.“

Gen. N. erwähnt wohl gelegentlich (S. 20) – den Begriff Hegemonie, sagt sogar in einer Fußnote sehr richtig, daß sich gerade in diesem Punkt der Leninismus von allen Schattierungen des Menschewismus unterscheidet, aber die ganze Art, wie er selbst das Problem der Bolschewisierung stellt (vor allem in Deutschland, und für Deutschland schreibt er ja), beweist, daß er sich die konkreten Folgen dieses Satzes noch nicht klar gemacht hat.

Dies wird deutlich an den Beispielen von Aktionen, an denen (Gen. N. seine organisatorischen Regeln ableitet. Er ist, da er weder die vergangenen Kämpfe, noch die aktuellen politischen Probleme aufrollt, genötigt, Aktionen zu fingieren. Dabei geht er nicht über die Betriebe und Gewerkschaften hinaus, über die Probleme: Arbeiter, Unternehmen, Streik, Gewerkschaft usw. An diesen „politischen“ Begriffen will er die organisatorischen Aufgaben der Bolschewisierung entwickeln.

^{*)} Gerade mit Hinweis auf die letzten Wahlkampagnen, in denen unsere Organisation im allgemeinen geklappt hat, aber in die Massen hineingeprellt ist wie ein Stein in Butter.

Da muß aber sofort festgestellt werden, daß dieser Gesichtskreis zu eng ist. Lenin hat in „Was tun?“ (1902) geschrieben:

„Der ökonomische Kampf ‚stößt‘ die Arbeiter bloß auf Fragen über das Verhältnis der Regierung zur Arbeiterklasse, und soviel wir uns auch abmühten an der Aufgabe, ‚dem ökonomischen Kampfe einen politischen Charakter zu verleihen‘, wir würden es niemals zustande bringen, das politische Bewußtsein der Arbeiter im Rahmen dieser Aufgabe zu entwickeln ..., denn dieser Rahmen selbst ist zu eng.“

„Das politische Bewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen beigebracht werden, d. h. außerhalb der Sphäre der Beziehungen der Arbeiter zu den Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und der Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen allen Klassen.“

Neumann scheint dieses Zitat und überhaupt die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Oekonomisten (der ja eben der Kampf für die Idee der Hegemonie des Proletariats war) nicht zu kennen. Wenn er sagt: „Im Kampf um die Pflicht des Parteimitgliedes entstand der Bolschewismus als feste Fraktion, als Partei“ – so ist das insofern richtig, als bei der offiziellen Trennung der Fraktionen in der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tat die Organisationsfragen (nicht bloß die „Pflicht des Parteimitglieds“) die Hauptrolle spielten. „Entstanden“ aber ist der Bolschewismus im Kampf um **alle** grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung, und die politischen Differenzen sind den organisatorischen **vorausgegangen**, wie ja auch das Zitat, das N. selbst auf Seite 76 bringt, beweist:

„Die Philosophie der Schwanzpolitik, die vor drei Jahren in Fragen der Taktik blühte, erlebt jetzt ihre Wiedergeburt in ihrer Anwendung auf die Fragen der Organisation.“ (Lenin: „Was tun“ 1902.)

Die Spaltung in den Organisationsfragen (die übrigens formell gar nicht anlässlich des berühmten § 1 des Statuts stattfand, in dieser Frage blieben die Bolschewiki in der Minderheit) und die klare Herausarbeitung der Grundlagen der bolschewistischen Organisation durch Lenin ist einfach undenkbar und unverständlich ohne die vorhergehende Auseinandersetzung mit den Oekonomisten über die Rolle des Proletariats in der Revolution. Hier, eben hier, finden wir die Wurzeln des Bolschewismus als einer allseitigen, der liberalen (heute: sozialdemokratischen) Arbeiterpartei völlig entgegengesetzten Richtung. Das Problem der Bolschewisierung stellen wollen, ohne die in jenen Diskussionen von Lenin durchgeführte Unterscheidung der zwei Arten Politik der Arbeiterklasse, der tradeunionistischen, die bloß von den ökonomischen Interessen der Arbeiter, von bloßen Arbeiterfragen ausgeht und notwendig in der bürgerlichen Politik landet, und der revolutionären Politik des Proletariats, die in der Organisation des Bündnisses von Proletariat und Bauernschaft im Kampfe gegen den Absolutismus besteht – ohne diese Grundfragen zu berühren, heißt von vornherein auf eine wirklich konkrete Darlegung auch nur der Organisationsfrage als einer wichtigen Teilfrage der Bolschewisierung verzichten.

Aber Genosse N. hat nicht nur aus Raumgründen diese Fragen weggelassen, sie waren ihm selbst anscheinend noch nicht genügend klar. Das beweist eben die Tatsache, daß er, wenn er vom proletarischen Klassenkampf spricht, diesen Begriff im wesentlichen so eng faßt wie seinerzeit die Oekonomisten.

Ein Beispiel von vielen:

„Indem die kommunistische Zelle bei jedem im Betrieb entstehenden Konflikt seine revolutionäre Lösung zeigt, indem (!) sie den Kampf gegen die Tagesnöte des Proletariats, den täglichen Kleinkrieg gegen das Unternehmertum organisiert, sammelt sie in den Massen die Energie für größere Kämpfe.“ (S. 109.)

Schön. Aber die wirklich „revolutionäre“ Lösung wird die Partei nie „zeigen“ können, wenn sie sich auf den täglichen Kleinkrieg gegen die Unternehmer beschränkt und gar dem falschen Glauben anhängt, so die Massen zu politischen Kämpfen erziehen zu können. Dies eben war der Glaube der Oekonomisten, den Lenin bitter verhöhnt hat. Nehmen wir wieder eine Stelle aus der schon mehrfach zitierten Schrift „Was tun?“:

„Wir wollen unsere Oekonomisten fragen: worin muß die ‚Sammlung [381] von Kräften für diesen Kampf (gegen den Absolutismus) bestehen? Etwa nicht in der politischen Erziehung der Arbeiter, in der Entlar-

zung aller Seiten unseres niederträchtigen Absolutismus vor ihnen? Ist es denn nicht klar, daß wir gerade für diese Arbeit ‚Verbündete ...‘ brauchen, die bereit sind, mit uns die Enthüllungen des politischen Feldzuges ... zu teilen? Ist denn in der Tat diese wunderliche schlaue ‚Mechanik‘ so schwer zu verstehen? ... Aber die Martynows und die übrigen Oekonomisten stellen sich dennoch die Sache weiter so vor, daß die Arbeiter zuerst im ‚ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung‘ Kräfte sammeln müssen (für eine tradeunionistische Politik) und dann erst ‚übergehen‘ sollen von der tradeunionistischen ‚Erziehung zur Aktivität‘ zur sozialdemokratischen (d. h. kommunistischen. K. S.) Aktivität!“

Und ebenso stellt es sich Gen. Neumann vor, dafür sind nicht bloß einzelne Stellen, sondern das ganze Buch ein unwiderleglicher Beweis.

Gen. N. wird nun vielleicht einwenden, daß er an einer Stelle (S. 130) sagt:

„Als Führerin der ganzen Klasse kämpft die Kommunistische Partei um die Führung ... *) in allen Organisationen der werktätigen Bevölkerung (Mittelschichten. Kleinbauern, Beamte usw.).“

Das ist ein sehr lobenswertes Zitat, aber ganz und gar nicht „entlastend“. Abgesehen von der verschwommenen Definierung dieser „anderen Klassen“ – kommt diese Verlautbarung, „sie kämpft“ nach allem vor- und nachher wie aus der Pistole geschossen. Vorläufig ist es eine Tatsache, daß die KPD noch gar keine oder sehr unzureichende Fühlung hat mit derlei Organisationen und daß von einem bewußten Kampf um die Führung keine Rede sein kann. Daß die organisatorische Seite dieser Arbeit in den anderen Klassen von N. gar nicht behandelt wird, werden wir noch später nachweisen. Er dekretiert einfach: „Sie kämpft“ und sieht gar nicht, daß gerade hier auch rein organisatorisch eine Hauptaufgabe der Bolschewisierung steckt, die vorzubereiten und durchzuführen ist.

Gen. N. wird nun (wir bemühen uns peinlich, alle Einwände zu berücksichtigen) anführen, daß er ja selbst in seiner Einleitung gesagt, sein Buch diene „unserer inneren Parteiarbeit“, es sei also ein unberechtigter Vorwurf, ihm der Vernachlässigung solcher „äußerer“ Dinge wie der „anderen Klassen“ zu beschuldigen. Aber damit gerät er nur tiefer in den Sumpf. An der zuletzt zitierten Stelle sagt Lenin zu den Oekonomisten (die auch ähnliche „Einwände“ gemacht haben):

„Wiederholt denn P. Axelrod euch nicht seit 1897: Die Aufgabe der Gewinnung von Anhängern und direkten oder indirekten Verbündeten unter den nichtproletarischen Klassen wird für die russischen Sozialdemokraten vor allem und hauptsächlich gelöst durch den Charakter der propagandistischen Arbeit im Proletariat selbst?“

Und welchen Charakter muß diese Arbeit tragen? Sie muß politisch sein, das heißt konkret das Problem der Hegemonie des Proletariats stellen. Das ist der Anfang aller Bolschewisierung. Wenn man dieses Problem nicht stellt oder nur in gelegentlichen Fußnoten als eine Frage der „äußeren“ Arbeit, als Ausflug in irgendwelche politischen Nebengewässer, – so bleibt alles „Bolschewisieren“ nutzloses Tun bzw. Reden. So hat allerdings auch Brandler zu „bolschewisieren“ versucht. Die Erfahrung aber hat bewiesen, daß diese Art „Bolschewisierung“ nicht nur nicht vor Opportunismus schützt, sondern ihn notwendig nach sich zieht, gleichgültig, ob sie nun mit mehr oder minder radikalen Tönen die Arbeiter auf ihren gewerkschaftlichen und Betriebshorizont beschränkt. Eine Zeit lang mag eine solche potemkinsche „Bolschewisierung“ genügen. Beim ersten politischen Anlaß, d. h. bei der ersten Gelegenheit, wo die Partei die Beziehungen der Arbeiterklasse zu den anderen Klassen, vor allem den ausgebeuteten Klassen, herstellen muß (ob positiv oder negativ) wird sie in die Brüche gehen. Denn von diesem beschränkten Ausgangspunkt aus muß praktisch jede Beziehung zu diesen anderen Klassen eine „bürgerliche“, d. h. bloß parlamentarische, im bürgerlichen Sinn politische werden: entweder eine faschistische oder eine sozialdemokratische. Beide haben wie in der Brandlerzeit und besonders um den Oktober 1923 herum in der KPD erlebt. Sie sind einander nah verwandt als zwei Arten bürgerlicher Politik.

*) Hier steht im Original noch „in allen Arbeiterorganisationen“. Ich lasse dies weg, weil es hier nicht darauf ankommt, will aber nebenbei fragen, wie es kommt, daß die Partei „als Führerin der ganzen Klasse“ erst um die Führung kämpfen muß? Entweder ist das „Führen“ eine Phrase oder die Begriffsbestimmung des „Führens“ durch „ganze Klasse“ falsch, metaphysisch. Darüber noch weiter unten.

IV.

Die „ganze Klasse“ als Surrogat.

Wir haben eben ausdrücklich gesagt: politisch, das heißt konkret das Problem der Hegemonie stellen. Dieses stellt in der Tat den springenden Punkt der revolutionären Politik des Proletariats dar.

Jede Politik ist eine Frage der Beziehungen, der Bündnisse der Klassen untereinander, weil die Staatsmacht nicht bloß eine Frage der nackten Gewalt, sondern zugleich eine Frage der Klassenbündnisse ist. Die Bourgeoisie kann ihren Staat nur aufrechterhalten durch ihr imperialistisches Bündnis mit dem Kleinbürgertum und der Arbeiteraristokratie. Das Proletariat kann die Eroberung der politischen Macht nur vorbereiten durch Organisation des antiimperialistischen Bündnisses mit den ausgebeuteten kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten, den Kolonialsklaven usw. Alles übrige ist nicht Politik, sondern trotzkistische Phrase.

Wir haben gesehen, daß Gen. N. diese Frage weder theoretisch geschweige prak-[382]tisch stellt. Das bedeutet aber, daß er das Problem des Staates nicht oder nicht konkret stellt (was heute praktisch dasselbe ist). An einer Stelle der Broschüre heißt es zwar, daß die Arbeiter die Staatsmaschine zerbrechen müssen, doch das bezieht sich auf den Akt der Revolution selbst Die tägliche, konkrete Stellung der Partei zum Staate vor der Revolution^{*)} fällt dabei unter den Tisch. Das ist gut trotzkistisch. Zum Ueberfluß definiert Genosse N. auch den Staat der proletarischen Diktatur nicht nach Lenin als „Arbeiter- und Bauernstaat“, sondern nach Trotzki als Staat der ganzen Arbeiterklasse“ (S. 59). Man weiß, daß Lenin (in der Gewerkschaftsdebatte 1921) gerade in diesem Punkt Trotzki scharf angegriffen hat (Sammelband).

Und damit sind wir bei einem Begriff angelangt, der N. dazu dient, seine in der Tat völlige Ignorierung des eigentlich politischen Problems zu verschleiern, der „ganzen Klasse“. Da Gen. N. tatsächlich die anderen Klassen ignoriert, löst sich ihm die Revolution auf in eine primitive Mechanik von Partei und „ganzer Klasse“. (Wobei er im Zeichen des Begriffs „ganze Klasse“ praktisch – wie wir noch sehen werden – zur Ignorierung der tatsächlichen Spaltung der Arbeiterklasse gelangt.)

„Die Art, in der die Partei die ganze Klasse bis zur Diktatur führt, ist die Strategie und Taktik des Bolschewismus.“ (S. 53.)

Dazu: 1. hat die Partei eben nicht nur die „ganze Klasse“ zu führen, sondern auch die anderen ausgebeuteten Klassen, 2. kann sie die „ganze Klasse“ eben nur dann zur Diktatur führen, wenn sie das Problem der „anderen“ Klassen stellt, dieser „ganzen Klasse“ ihr Verhältnis zu jenen bewußt macht, ihre Hegemonie über sie verwirklicht usw. Davon bei N. nichts.

„Er (Lenin) stellte die Führung der ganzen Klasse in den Mittelpunkt der bolschewistischen Politik.“

meint er auf Seite 56, zitiert aber selbst sofort darauf die Leitsätze der KI, die etwas ganz anderes besagen:

„Zum Siege über den Kapitalismus ist ein richtiges gegenseitiges Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei als der Führerin der revolutionären Klasse, des Proletariats – und der Masse, d. h. der Gesamtheit aller Werktätigen und Ausgebeuteten erforderlich.“

Hier ist also ausdrücklich nicht das Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterklasse, sondern das Verhältnis zwischen der Partei des Proletariats einerseits und der Gesamtheit aller Ausgebeute-

^{*)} Nebenbei: heute heißt dies konkret: die Frage Monarchie und Republik, politisches Minimalprogramm usw. Wir werfen Gen. N. natürlich nicht vor, daß er diese Fragen noch nicht gestellt hat, sondern wollen bei dieser Gelegenheit nur zeigen, daß das heute auftretende Unverständnis diesen Fragen gegenüber in einer nicht genügend konkreten (trotzkistischen) Stellung zur Frage der Revolution und des Staates wurzelt. Unsere Ultras sind z. T. eben Trotzkisten. Man wird so auch die merkwürdigsten historischen Pendelbewegungen mancher von ihnen (von der KAG zu Ultralinken) begreifen.

ten andererseits^{*)} in den Mittelpunkt gestellt. Wie verständnislos N. diesem Problem gegenübersteht, zeigt sein Kommentar zu diesem Zitat:

„In der Herstellung und dauernden Vertiefung dieses richtigen ‚gegenseitigen Verhältnisses‘ zwischen Partei und Klasse (!) besteht die Hauptaufgabe ...“ (S. 56.)

Es ist verständlich, warum Gen N. auch bei seiner Interpretierung der deutschen Revolution bloß organisatorische Fehler, aber nicht den politischen Fehler der Partei findet. (S. 40) Der liegt aber auch Deutschland dort, wo er bei allen „Schattierungen als Menschewismus“ in Rußland lag: in der Ignorierung und falschen (opportunistischen) Beziehung des Proletariats auf anderen ausgebeuteten Klassen (Bauernschaft bzw. Kleinbürgertum, Halbproletariat usw.) Die Kernfrage der Strategie der Kommunistischen Partei (auch für Deutschland) ist eben die Frage der „anderen Klassen“, die Verwirklichung der proletarischen Hegemonie über die anderen ausgebeuteten Klassen.

Was diese Philosophie der „ganzen Klasse“ politisch bedeutet, zeigt uns N. sehr drastisch: nämlich Brandlerismus. Indem er ausgeht bloß von Arbeiterfragen, vom Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer, indem er das Problem der „anderen Klassen“, also das zentrale politische Problem des Bolschewismus ignoriert, ist er genötigt, an seiner Stelle die Gewerkschaftstaktik in den Mittelpunkt der Taktik der Partei zu schieben. (S. 104.) Es entspricht dies einer Theorie, die Gen. N. erst vor einigen Monden auf einer Konferenz zum Ausdruck gebracht hat, nämlich, daß die Rolle der Bauernschaft in der proletarischen Revolution in Rußland für Deutschland die SPD-Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsmitglieder spielen und ist im Grunde nichts anderes als die theoretische Grundlage der Brandler-Politik.

V.

Die Rolle der Partei.

„Unsere nächsten beiden Schritte müssen sein: die Rolle der bolschewistischen Partei in Deutschland erkennen und eine bolschewistische Organisation in Deutschland schaffen.“

Kann man von der Rolle der Partei sprechen, ohne das Problem der Hegemonie des Proletariats zu stellen, ohne die Frage der anderen Klassen, des Staates usw.? Nein. Denn die Rolle der Partei als Führerin des Proletariats besteht ja eben darin, daß sie seine Hegemonie verwirklicht. Die Rolle der Partei schildern, ohne das Problem der anderen Klassen zu stellen, heißt nicht, die Rolle der Partei, sondern die Rolle einer radikalen Gewerkschaft schildern.

[383] Dies Mißgeschick passiert Gen. N. in der Tat auf Seite 48 bis 69. In dem vergeblichen Bemühen, ohne Beziehung auf die anderen Klassen die Politik der Kommunistischen Partei zu unterscheiden von der Politik der nichtkommunistischen Arbeiter kommt er über ganz farblose Phrasen nicht hinaus.

„Sie erkennen in den einzelnen ökonomischen Bewegungen, in den spontanen Kämpfen der Arbeiterschaft stets den politischen Inhalt dieser Kämpfe.“

Sieh da, sieh da, Timotheus! Die spontane Kämpfe sind noch nicht politisch. Statt sie nun zu politischen Kämpfen zu machen, die Frage zu stellen, wie man das macht, beschäftigen sich nach N. die Kommunisten damit, in diesen Kämpfen den „politischen Inhalt“ zu entdecken, oder – da sie keinen haben – einen hineinzugeheimnissen. H. N. landet da glücklich bei der Spontaneitätstheorie. Notwendig: die Beschränkung des politischen Horizonts auf die Arbeiterklasse führt unausweichlich dahin.

„Sie vertreten die Politik der ganzen Klasse“ (S. 50). „... das Klasseninteresse des gesamten Proletariats“ (S. 103). Aber was ist diese Politik? Darüber schweigt unser Autor. Er retiriert auf eine, einem Satz im Kommunistischen Manifest ähnliche Wendung, die natürlich heute – gar wenn man bolschewisieren will, viel zu abstrakt ist und nebenbei für die neuen Tatsachen des Imperialismus nicht mehr genügt. Durch die Bestechung eines Teiles der Arbeiter, die Schaffung einer bürgerli-

^{*)} In seiner Polemik mit den Oekonomisten sagt es Lenin noch deutlicher: „Um Avantgarde zu werden, muß man gerade die anderen Klassen heranziehen.“ („Was tun?“, 1902.)

chen Arbeiteraristokratie gibt es eben zweierlei Politik der Arbeiterklasse. „Politik der ganzen Klasse“ genügt also nicht, man muß schon genau sagen, worin diese Politik besteht.*)

Es ist nicht verwunderlich, dass sich N. aus dieser Sackgasse durch psychologische Luftballons retten will und des weiteren von der Partei verlangt, der „von den Kommunisten erkannten Willen der ganzen Arbeiterklasse“ zu verwirklichen. Es zeigt sich hier, wie eine Seite des Leninismus mit der anderen zusammenhängt. N. übersieht die Grundtatsache der Leninschen Theorie des Imperialismus, und kann daher auch nicht den Begriff der bolschewistischen Politik entwickeln. Auch der Wille hilft nichts. Es gibt eben keinen einheitlichen Willen der ganzen Arbeiterklasse. Also was machen nur die armen Neumannschen Kommunisten?

Auf S. 53 heißt es: Sie sollen es verstehen, „den Streik vorzubereiten, in jedem einzelnen Moment des Kampfes die zweckentsprechenden Maßnahmen anzuwenden, vorzustoßen, zu warten, Rückzüge durchzuführen“. Alles sehr schön. Abgesehen davon, daß dies natürlich lauter sehr abstrakte Anweisungen sind, bitte eine Frage zu beantworten: wodurch unterscheidet sich dann diese Partei (bzw. Betriebszelle) von einer Gewerkschaft? Sicher sind die heutigen deutschen Gewerkschaften schlechte Gewerkschaften, sie führen keinen Kampf. Aber eine gute Gewerkschaft, die es also versteht, „den Streik vorzubereiten, in jedem einzelnen Moment des Kampfes „die zweckentsprechenden Maßnahmen“ usw. wie oben – bleibt doch immer noch eine Gewerkschaft.

Auf S. 102 f, wo nochmal zu einem Versuch angesetzt wird, das Hindernis zu nehmen, fällt der Sprung nicht besser aus. Die Betriebszelle der Partei muß – heißt es da „auf die ersten Zeichen herankommender Kämpfe reagieren und das bisher von uns nicht genügend ausgenützte Gewicht der tausend kleinen Reibungen, der unaufhörliche Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer (wieder nur die beiden! K. S.) in die Waagschale des Klassenkampfes werfen.“ „Sie muß die Kraft ihres bewußten Wilens (!) einsetzen, um den elementaren Prozeß der Arbeitskonflikte und Arbeiterkämpfe im Interesse der Revolution vorwärts zu treiben.“ (Typisch ökonomistisch – spontaneitätstheoretische Formel! Man lese Lenins Kritik an eben dieser Phrase! K. S.)

Weiter: „Sie muß z. B. im Falle eines Streiks (dies ist das einzige Beispiel, das N. immer wiederholt. K. S.) das Element der bolschewistischen Strategie gegenüber der instinktiven Bewegung der übrigen Arbeiterschaft vertreten.“ Sehr gut und richtig. Aber welcher Strategie? Wie sieht diese Strategie aus? „Sie muß sofort die Wahl einer Streikleitung veranlassen“. Das ist Strategie? Aber hören wir zu Ende: „Sie darf die Betriebsversammlung nicht sich selbst überlassen, sondern muß sie planmäßig vorbereiten, muß einheitlich in ihr auftreten, rechtzeitig ihre Referenten und Diskussionsredner bestimmen und den bestimmten (welchen? K. S.) taktischen Zweck der Versammlung durchsetzen“ schließt Neumann. Aber das ist, zum Teufel, doch keine Antwort! Bis zu einer Streikleitung bringt es auch schon die „instinktive Bewegung“ der Arbeiterschaft. Wenn die Betriebszelle sich so der Durchführung bemächtigt, so ist das sehr notwendig und nützlich, aber selbst wie alle anderen Dinge, die uns N. hier nennt, eine technische Funktion, die unter Umständen die SPD übrigens auch macht. Von „bolschewistischer Strategie“ ist dabei noch nichts zu merken. N. weicht überall dort, wo er etwas darüber verraten sollte, in nichtssagende Redewendungen aus.

Nur an einer Stelle, wo ein reichlich abstraktes Beispiel (natürlich wieder bloß Streik „an sich“) gewählt ist, scheint Neumanns Antwort zu stecken „Sie (die Partei) wird unverzüglich zum Generalstreik aufrufen“ (S. 48). Woher weiß das Gen. N.? Ich glaube, es wäre recht dumm, ohne Berücksichtigung der konkreten Umstände so eine Regel aufzustellen. Und ist das alles? Nach Neumann ist es alles und das, was die Rolle der Partei ausmacht.***) Denn – die Arbeiter [384] werden den Streik „nur dann durchführen, wenn eine Partei da ist, die sie aufruft“. O weh, dieser Beweis ist daneben gelungen. Das, was, wie die Geschichte zeigt, in den meisten Fällen – eben die Gewerk-

*) Wenn man dies nicht sagt und dabei die Rolle der Partei „in der Ueberwindung aller inneren Widersprüche“ der Arbeiterklasse, ihren Rückständigkeit und Illusionen sieht (63), so ist das eine Formulierung, die auch Brandler unterschreibt und zwar von Herzen nicht nur „Manöver“, wie die Thesen des V. Weltkongresses.

**) Nachtrag: Weiter unten ist vom „Steigern zum bewaffneten Aufstand“ die Rede. Natürlich kann es sich dabei nur um ein späteres Stadium handeln. Ueber die politische Vorbereitung dieses „Steigerns“ ist aber nichts gesagt.

schaften getan, was, wie der Kapp-Putsch beweist, sogar ein Ebert und Noske, eine bürgerliche Regierung tun konnte, soll die spezifische Rolle der Kommunistischen Partei charakterisieren? Nebenbei: wenn, dann kommt die Ausrufung des Generalstreiks doch bloß alle heiligen Zeiten mal vor. Inzwischen aber fällt KP wohl nach Trotzki's Rezept aus ihrer Rolle?

Nein, so geht es nicht. Das muß man nach diesen Versuchen einsehen. Gen. N. hat Mühe, dieses Kapitel über die Rolle der Partei durch einen abstrakten, nach hegelscher Manier dreiteiligen Aufbau von Vorhut, Führer und Organisator zu beleben. Das eigentliche Leben fehlt. Daher wird auch die Parole des „die Revolution organisieren“ zur bloßen Phrase: die Revolution eine „reine“ Arbeiterrevolution und das Organisieren ein vages Gemisch von Betriebsräten und „politischen Arbeiterräten“ wie auf S. 105 zu sehen. Abgesehen davon, daß die, Sowjets keineswegs „Lenins Gedanken“ waren, hat sich Neumann noch so wenig Gedanken über die Sowjets gemacht, daß er sie wahllos mit Betriebsräten durcheinandermengt. Wieder zeigt sich hier, daß er das Wesen der bolschewistischen Politik nicht konkret (und daher auch nicht organisatorisch) versteht: nämlich das Klassenbündnis zwischen Proletariat und gewissen kleinbürgerlichen Schichten, dessen Organe eben die Sowjets sind. Betriebsräte (und gar die legalisierten deutschen Betriebsräte) sind etwas ganz und gar anderes. Es war eben der (bzw. einer der) Fehler Brandlers, daß er die Betriebsräte als Ersatz der politischen Räte betrachtete, daß er sich allein mit diesen Organen einer vorgestellten „reinen Arbeiterrevolution“ beschäftigte und die Wahl von politischen (d. h. Arbeiter plus Kleinbauern, kleine Leute usw.) Räten verhinderte.

VI.

Einiges über die organisatorische Seite.

Damit sind wir bei den organisatorischen Fragen. Es ist schon oben bemerkt worden, daß infolge der falschen Stellung des Problems der Bolschewisierung auch die bloß organisatorischen Teilfragen leiden müssen, bzw. nicht richtig angepackt werden können. Dies läßt sich nach dem Vorhergehenden nun mühelos als Folgeableiten

Erstens: wenn man die organisatorischen Fragen der Bolschewisierung anpackt als plötzlich jetzt aus „historischen Gründen“ akut gewordene Verbesserungen der Organisation, ohne sie aus der politischen Kritik der Vergangenheit zu entwickeln, gerät man in Gefahr, einfach abstrakte Organisationsgrundsätze oder Regeln aufzuzählen, die sehr nützlich sind, aber keineswegs neu (schon der II. und III. Kongreß haben sie aufgezählt) und die bloß aufzuzählen eben nicht der eigentliche Sinn der Bolschewisierung ist, obwohl dies natürlich nicht schadet. Diesen Eindruck hat man bei vielen Stellen der Broschüre des Gen., N. (z. B. in den letzten 20 Seiten). Die organisatorischen Lehren werden nicht praktisch entwickelt aus den politischen Fehlern der Vergangenheit und an den neuen politischen Aufgaben, die uns jetzt die Bolschewisierung stellt, sondern schablonenhaft.

Zweitens die Tatsache, daß Gen. N. das Problem der Bolschewisierung nicht nur nicht politisch konkret, sondern auch theoretisch falsch, d. h. zu eng stellt und so zu einer falschen Anwendung des Begriffs der „ganzen Klasse“ gelangt, wie im vorhergehenden nachgewiesen, bewirkt, daß er auch über die Aufgaben der Organisation manches sagt, das nicht nur abstrakt, sondern falsch ist.

Ein Beispiel: Auf Seite 109 schreibt Gen. N., daß die Betriebszellen „die Klasseneinheit des Proletariats verkörpern“. Man kann von der „ideologischen“ Ausdrucksweise absehen, nicht jedoch von dem unrichtigen Sinne. „Einheit“ besteht faktisch nicht. Die Zelle „verkörpert“ sie weder tatsächlich, noch „symbolisch“, sondern sie will sie erst verwirklichen, und zwar auf dem Wege des Kampfes gegen die bürgerliche Arbeiterbewegung. Wenn wir N. schon auf das Gebiet der Materialisationen folgen, so verkörpert die Zelle die Vorhut der Arbeiterklasse (was er selbst auf S. 99 sagt, und was etwas ganz anderes ist), sie „verkörpert“, wenn man will, die Klasseninteressen, aber eben im Kampfe für diese ist sie eine „Manifestation der tatsächlichen Spaltung der Arbeiterbewegung, nicht ihrer Einheit.

Daß dies nicht bloß Haarspaltereien des Kritikers sind, beweist ein Satz auf S. 109. N. schreibt:

„Die Zelle schafft ihren Organisationsapparat, um (!) ihn in den Dienst (!) der Belegschaft ihres (!) Betriebes und aller (!) proletarischen Bewegungen zu stellen.“

Hier sind die organisatorischen Konsequenzen aus der falschen Theorie der „ganzen Klasse“ gezogen. Die Betriebszelle ist aus dem Organ der Partei zum Organ einer imaginären „Klasseneinheit“ geworden, d. h. praktisch, sie tritt aus dem „Dienst“ der zentralisierten Führerpartei in den Dienst ihrer Belegschaft (Betriebszünftlerei!) und gar noch „aller“ proletarischen Bewegungen. Daß es eine „bürgerliche Arbeiterbewegung“ gibt, scheint N. weder aus der Praxis, noch aus der Leninischen Theorie zu wissen. Nach ihm müßte die Parteizelle sich „in den Dienst“ stellen einer Bewegung für eine kleine „bessere“ Drehergewerkschaft, der Bewegung für z. B. kriegsindustrielle Ausschüsse der – sozialdemokratischen „Bewegung“ usw.

An demselben Beispiel läßt sich wieder der schon erwähnte Fehler dieser Grundauffassung feststellen – nämlich, daß N., während er die Rolle der Partei zu beschreiben glaubt, die Rolle einer radikalen Gewerkschaft schildert (die Gewerkschaft stellt sich natürlich in den Dienst jeder Lohnbewegung) oder doch zumindest den Horizont ökonomistisch beschränkt (auch die Parteizelle setzt sich für jeden wirtschaftlichen Kampf ein).

Schließlich noch ein dritter Punkt. Aus der zu engen Stellung des Problems der Bolschewisierung folgt, [385] daß er in organisatorische Formen als solche mehr hineinlegen muß, als sie an sich enthalten können. Daß die Umstellung der Partei auf Betriebszellen „keine bloße Frage der organisatorischen Zweckmäßigkeit“ (110) ist, ist richtig. Daß die Betriebszellen bald dies bald jenes „verkörpern“ sollen, mag man noch hingehen lassen, obwohl schon recht viel Metaphysik drinsteckt. Aber es wäre kindisch, gewisse Organisationsformen und -mittel, z. B. das System der bezahlten Botenfrauen bei der Zeitungszustellung als „kapitalistisch“ prinzipiell abzulehnen (S. 126). Es zeigt hier ein gewisser organisatorischer Fetischismus, der zu falschen Uebertreibungen führt.

Wenn es auf Seite 84 heißt:

„Der alte sozialdemokratische Unterschied zwischen ‚Mitgliedern‘ und ‚Funktionären‘ muß allmählich verschwinden“,

so mußte das „sozialdemokratische“ ausdrücklich hervorgehoben werden. Die sozialdemokratische Art dieses Unterschiedes soll verschwinden, aber nicht der Unterschied selbst (der als solcher schon gar nicht sozialdemokratisch ist). Andernfalls ergibt sich eine abstrakte Uebertreibung, die tatsächlich der luxemburgischen Negation der Partei nahekommt. Wir brauchen Funktionäre wie wir Führer brauchen. Mitglieder sind nicht Funktionäre und Funktionäre nicht Führer. Das verwischen, hieße die Partei desorganisieren, nicht organisieren.

Selbstverständlich hat Gen. N. das nicht beabsichtigt, weist er doch auf S. 90 ff. in ausgezeichneter Weise auf die Bedeutung der Funktionärskaders hin. Aber er hat nicht klar genug gesprochen, um Mißverständnisse auszuschließen.

Dasselbe muß man bemängeln, wenn Gen. N. fordert, daß alle Parteimitglieder zu „Berufsrevolutionären“ werden sollen. Es ist selbstverständlich, daß dies bei einer Massenpartei nicht möglich ist (auch wenn man, wie Gen. N. sehr richtig sagt, Berufsrevolutionär nicht mit Parteiangestellten gleichsetzt) und daß diese Forderung den Begriff Berufsrevolutionär zu einer bloßen Phrase machen muß.

Es genügt, die von der Erweiterten Exekutive im März beschlossenen Bolschewisierungsthesen durchzulesen, um diese Kritik bestätigt zu finden.

In eben diesen Thesen wird aber auch sehr klar die Ursache der Neumannschen Fehler gekennzeichnet. Es heißt da in Teil VI:

„Die wichtigste Voraussetzung der Bolschewisierung ist eine richtige, zur Eroberung der Massen führende bolschewistische Politik“ (Teil VI).

Weil Gen. N. in diesen Punkt versagt, müssen auch seine guten organisatorischen Absichten danebengehen: Schablonen bleiben, zu falschen Uebertreibungen^{*)} führen oder bestenfalls den Charakter von „Mittelchen“ tragen (z. B. die „Erfassungs- und Belehrungskommandos“, die es ihm angetan haben, die nicht recht einleuchtend Unterscheidung von „Organisationsstrategie“ und „Organisationstaktik“ usw.)

Wie gesagt: Wir haben als Partei mit „Bolschewisierungsversuchen“ schon gewisse Erfahrungen gemacht. Auch Brandler hat zu „bolschewisieren“ versucht, nämlich als bloß organisatorische Projektmacherei.

Man wird bei dieser Gelegenheit ein Lenin-Zitat aus den „Kinderkrankheiten“ in Erinnerung rufen müssen:

„Wodurch erhält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats ? Wodurch wird sie kontrolliert, wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Hingebung für die Revolution, ihre Selbstbeherrschung, Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens dadurch, daß sie es versteht, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie mit der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse zu verbinden, zu vereinigen und, wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß die breitesten Massen sich von dieser Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen. Ohne diese Bedingungen ist die Disziplin in einer revolutionären Partei, die tatsächlich fähig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen. Ohne diese Bedingungen verwandeln sich die Versuche, Disziplin herzustellen, unvermeidlich in ein Nichts, in eine Phrase, in eine Komödie.“

Oder auch eine Tragödie – wird man hinzufügen können.

VII.

Zur „Theorie“.

Zum Schluß noch ein Punkt. Gen. N. sagt zwar in seiner Einleitung: „Die nachstehende Broschüre ist keine theoretische Schrift“. Da er aber in der Einleitung einen kurzen Abriß der Theorie des Leninismus zu geben versucht, muß auch dieser der Kritik unterzogen werden. Im übrigen sollte es selbstverständlich sein, daß, wenn auch die „nachstehende“ Schrift keine theoretische ist, der Autor die grundlegenden Theorien des Leninismus wenigstens richtig reproduziert. Dies ist hier nicht der Fall.

Genosse N. charakterisiert den Imperialismus ökonomisch folgendermaßen:

„Die neue Aera des Kapitalismus vernichtet den Grundsatz (!) der freien Konkurrenz und ersetzt ihn durch ein neues Prinzip (!) – das Prinzip des Monopols. Das ökonomische Mittel zur Monopolisierung des Kapitals sind die modernen Banken.“ (S. 8.)

[386] Machen wir hier Halt. Die freie Konkurrenz und das Monopol sind keine moralischen „Prinzipien“, sondern Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung. Die freie Konkurrenz erzeugt das Monopol auf einer gewissen Stufe der Zentralisierung und Konzentration des Kapitals. Die ökonomischen Formen, in denen sich dieses durchsetzt, sind u. a.: 1. die Kartelle, 2. die Trusts, 3. die Großbanken. Die Banken sind also nur eines der Mittel, und zwar nicht zur „Monopolisierung des Kapitals“. Hier steckt bei N. eine komische Begriffsverwirrung. Nicht das Kapital wird monopolisiert, sondern das Kapital monopolisiert Markt, Rohstoffe, Kapitalanlagegebiete usw. Gen. N. gerät aus dieser Begriffsverwirrung heraus auf den eigenartigen kleinbürgerlich-proudhonistischen Begriff des „Kapitalmonopols“, oder „Finanzmonopols“ (die er beide als Synonyme verwendet). Er nennt nach dieser eigenartigen Terminologie den Imperialismus die „Aera des Kapitalmonopols“. Dies hat mit Leninismus sowohl wie mit Imperialismus nichts zu tun und löst die wesentlichen Merkmale des Imperialismus in eine Phrase auf, die, wenn man will, auf den gesamten Kapitalis-

^{*)} Noch ein Beispiel: „Der ‚eigentliche Kampf‘ wird sich von der alltäglichen ‚Kleinarbeit‘ kaum noch unterscheiden. Die Kleinarbeit selbst bedeutet den heftigsten Kampf.“ (S. 101) Das ist nur eine schlechte Redefigur. Ihre Tendenz aber geht in die Richtung: Der Weg ist alles usw.

mus paßt. Selbstverständlich besteht jeder Kapitalismus darin, daß das Kapital in den Händen weniger „monopolisiert“ ist. Da aber nach Marx diese „Monopolisierung“ im Begriff des Kapitals liegt, so ist das ganze eine Tautologie.

Die Unklarheit in dieser entscheidenden Frage zeigt sich klar an einer zweiten „historischen“ Interpretation des Imperialismus, die N. gibt:

„Die Epoche des Imperialismus ist ... die Uebergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus. Das objektive Ziel (!) dieser Uebergangsepoche ist die Aufrichtung der proletarischen Diktatur in allen Ländern der Welt.“ (S. 14.)

Bisher war es die Lehre des Marxismus, daß die proletarische Diktatur die Uebergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, die Lehre der Revisionisten aber, daß die neue Form des Kapitalismus (also der Imperialismus) selbst schon diese Uebergangsepoche bedeute. Dasselbe sagt Neumann, und bemerkt gar nicht, daß er damit eine ganz sozialdemokratische Formulierung gibt. In der Tat bedeutet also sein „Imperialismus“ keinen Kapitalismus mehr, sondern schon „die Uebergangsepoche“. Daher vielleicht fühlt er sich gedrängt, ausdrücklich zu versichern: „Noch gelten alle von Marx aufgedeckten Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft“ (S. 14).

Nun noch einige Bemerkungen zu den Punkten, wo die Theorie des „Imperialismus unmittelbar mit der Frage der Spaltung der Arbeiterklasse im Zusammenhang steht. Wir haben schon oben bei der Besprechung des Problems der anderen Klassen gesehen, daß N. seiner Revolutionstheorie praktisch diese Spaltung ignoriert zugunsten eines Kultus des „Willens“ der „ganzen Klasse“. Hier sehen wir nun, daß diese Entgleisungen ihre Wurzel haben in einem Unverständnis der Leninschen Theorie der „Bestechung“. Schon der Satz auf Seite 77, daß die Arbeiteraristokratie durch die Beteiligung an den kapitalistischen Extraprofiten von der großen Masse des Proletariats „losgetrennt“ wird, ist nicht ganz exakt. Lenin sagt ausdrücklich, daß sie bestochen wird und ihrerseits das Proletariat korrumpiert, also daß ihr Einfluß mehr oder minder große Massen des Proletariats umfaßt. Heute z. B. in Deutschland, wo die Arbeiteraristokratie durch die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zweifellos die Mehrheit des Proletariats beeinflusst, von einem „Losgetrenntsein“ reden, ist also ein Unsinn.

Ganz evident wird aber das Unverständnis der Frage auf S. 14, wo N. folgendes schreibt:

„Die Sozialdemokratie ist nur noch in dem Sinne ‚Arbeiterpartei‘, als sie die Interessen der Arbeiteraristokratie, der verbürgerlichten Arbeiter vertritt. Sie ist in Wirklichkeit die ‚dritte Partei der Bourgeoisie‘.“

Der erste Satz ist vollkommen falsch. Gerade insofern die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiteraristokratie vertritt, ist sie eben eine bürgerliche Partei, und (nicht im Gegensatz dazu, sondern eben dadurch) die dritte Partei der Bourgeoisie. Arbeiterpartei ist die Sozialdemokratie insofern, als sie sich aus Arbeitern (größtenteils) zusammensetzt und die Führung der freien Gewerkschaften innehat. N. zeigt durch diesen Satz, daß er den Engels-Leninschen Begriff der bürgerlichen Arbeiterpartei nicht versteht. Daher stempelt er sie einmal zur Arbeiterpartei, das andere Mal nennt er sie in einem Atem mit den Faschisten „Partei des Kleinbürgertums“ (S. 80).

Es ist klar, daß aus einer solchen Verwirrung in entscheidenden Fragen keine bolschewistische Politik entwickelt werden kann. Leider besteht aber die weitverbreitete Auffassung, daß man dann über Organisation schreiben könne.

*

Diese Kritik heißt einen hohen Maßstab anlegen an das Büchlein. Aber das soll man tun. Sie nimmt ihm nicht einen gewissen Wert. Man muß auch berücksichtigen, daß es schon, wie aus der Datierung der Einleitung hervorragt, im Oktober vorigen Jahres geschrieben war, bevor noch durch die Trotzki-Debatte das Wesen des Leninismus klarer herausgearbeitet wurde. Freilich wäre es möglich gewesen, das Büchlein schon vor der Veröffentlichung einer Umarbeitung zu unterziehen und nicht bloß einige der neuen Erkenntnisse in Anmerkungen beizufügen, die hier und dort dem Inhalt widersprechen (so Seite 21).

Nichtsdestoweniger wird die Lektüre für jeden Parteigenossen schon wegen der vielen Zitate aus Lenins Werken nützlich sein. Der Preis beträgt 1,20 Mark, die Ausstattung ist gediegen. Freilich etwas zu gediegen. Es war unnötig, holzfreies Papier zu nehmen, besser wäre gewesen, einen niedrigeren Preis zu erzielen, als eine salonfähige „Aufmachung“. Das bezieht sich auch auf den Einband. Die zartgrauen Deckel passen (abgesehen von der sensationellen Blutschrift) eher für einen Damenalmanach und sind für die Kolportage im Betrieb äußerst unpraktisch. K. S. [387]

*

Das deutsche Generalstabswerk über den Weltkrieg.

Der wirkliche Verlauf des Weltkrieges ist den Massen der deutschen Bevölkerung, auch den Kriegsteilnehmern selbst, eigentlich unbekannt. Der Soldat, der im Schützengraben lag und von einem Lazarett ins andere geschleppt wurde, sah auch nur den winzig kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtbild. Die Unkenntnis der wirklichen Kriegszusammenhänge ist es, die der nationalistischen Legende Vorschub leistet. Ohne die Hindenburg-Legende wäre Hindenburg nie zum Reichspräsidenten gewählt worden. Schon aus diesem allgemeinen Grund ist die Kenntnis des wirklichen Kriegszusammenhangs von Wichtigkeit.

Vor kurzem sind die beiden ersten Bände des großen amtlichen deutschen Werkes über den Weltkrieg erschienen. (Der Weltkrieg 1914-18. Bearbeitet im Reichsarchiv. Berlin 1925. Verlag Mittler u. Sohn. Erster Band: Die Grenzschlachten im Westen. Zweiter Band: Die Befreiung Ostpreußens.)

Das sehr umfangreiche Werk stützt sich auf die Akten des Reichsarchivs. Die Verfasser sind ehemalige Generalstabsoffiziere. Das Ganze ist eine sehr solide Arbeit und so objektiv, wie es derartigen Verfassern überhaupt möglich ist. Man muß sogar sagen, daß dieses militärische Werk viel sachlicher ist als die Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes, wo in mehr oder minder törichten Randbemerkungen versucht wird, die „Kriegsschuldlüge“ zu bekämpfen. Aus dem Werk über den Weltkrieg läßt sich der tatsächliche Verlauf ohne Schwierigkeiten entnehmen.

Es ist hier selbstverständlich nicht der Ort, auf militärische Einzelfragen einzugehen, sondern es sollen nur einige grundsätzliche Bemerkungen im Anschluß an den ersten Band gemacht werden. Es ist schon längst darauf hingewiesen worden, daß es ganz bestimmte ökonomische Ursachen waren, die im Weltkrieg erst zum Zusammenbruch Rußlands, dann zum Zusammenbruch Deutschlands und auf der anderen Seite zum Sieg der Westmächte führte. In den Westmächten – England, Frankreich, Amerika – regierte die moderne Großbourgeoisie ohne Einschränkung und ohne Konkurrenten. Diese Staaten waren also zu dem Höchstmaß an Kraftentfaltung befähigt, das der modernen Technik und Wirtschaftsentwicklung entsprach. In Rußland dagegen hatten wir einen rückständigen Feudalismus verbunden mit einer schwachen und wenig leistungsfähigen Bourgeoisie. In Deutschland endlich war die Bourgeoisie viel stärker und leistungsfähiger als in Rußland, aber sie war ebenfalls mit einem Feudalsystem zusammengekoppelt und dadurch an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte gehindert.

Im Jahre 1914 war die deutsche Militärorganisation an sich der englischen und französischen mindestens gewachsen, wenn nicht überlegen. Denn auch der deutsche Militarismus hatte es verstanden, die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften der deutschen Bourgeoisie sich zunutze zu machen. Die entscheidende Kraft des deutschen Militarismus war schon lange nicht der monokeltragende Gardeleutnant, sondern der bürgerliche Generalstabsoffizier, der in seiner wissenschaftlichen Arbeit aufging, Technik und Strategie beherrschte und die eigentlichen Leistungen des Heeres in sich verkörperte. Trotzdem zeigte schon der Kriegsbeginn, daß das deutsche Feudalsystem eine völlig unzulängliche Feudalsystem mit sich brachte. Auch in der deutschen Armee von 1914 gab es eine große Anzahl sehr befähigter Offiziere. Aber gerade die drei entscheidenden Kommandostellen wurden völlig unfähigen Leuten anvertraut. Den Oberbefehl über das Gesamtheer hatte Generaloberst Moltke, eine kränkliche, schwache Natur, die den Aufgaben des Weltkrieges nicht im entferntesten gewachsen war. Den Oberbefehl über den Nordflügel des deutschen Westheeres, der die Entscheidungsschlachten schlagen sollte, hatte Generaloberst v. Bülow, der Typus eines Paradegenerals alten Stils. Den Oberbefehl im Osten endlich hatte der ebenso unfähige Generaloberst v. Prittwitz.

Auf der Ententesseite war es ganz anders. Der französische Oberbefehlshaber, General Joffre, war seiner Aufgabe vollkommen gewachsen, und der englische Oberbefehlshaber General French, der dieser Tage verstorben ist, erweist sich gerade in der amtlichen deutschen Darstellung als ein außerordentlich geschickter General. Die regierenden Bourgeoisien der Weststaaten waren in der Lage, ohne höfische und feudale Rücksichten die geeignetsten Leute an die notwendigen Posten zu bringen. Im deutschen Feudalsystem waren aber die Militärpersonalien von der Laune des regierenden Herrn abhängig. Wilhelm II. hat zwar an der Leitung der militärischen Operationen gar keinen Anteil gehabt, weder im guten noch im schlimmen. Aber er vollzog die militärischen Ernennungen. Was dabei herauskam, zeigte sich im Weltkrieg von Anfang an.

Im Kriege 1870 war die Lage eine ganz andere. Erstens war das damalige Deutschland in seiner Organisationsform dem bonapartistischen Frankreich durchaus gewachsen, und zweitens war damals zufällig das regierende Haupt des preußischen Feudalismus, Wilhelm I., selbst ein sachkundiger Militär, der die geeigneten Leute auf die rechte Stelle brachte. Es soll selbstverständlich damit nicht gesagt werden, die deutschen Mißerfolge 1914 auf die Person Wilhelms II. zurückzuführen sind. Aber die natürlichen Mängel des preußisch-deutschen Feudalsystems und seine Unterlegenheit gegenüber dem bürgerlichen System der Westmächte kamen durch die besondere persönliche Unfähigkeit des obersten Hauptes von Anfang [an].

Der deutsche Kriegsplan im Westen stammte von dem verstorbenen Generalstabschef Grafen Schlieffen. Der Plan beruhte darauf, daß die Entscheidung durch eine ungeheure Umfassung der Ententetruppen von Norden her erzwungen werden sollte. Die Hauptmassen des deutschen Heeres sollten in Belgien aufmarschieren, sich nach Nordwesten ausdehnen und in einer riesenhaften Einkreisungsbewegung den Feind erdrücken. In Elsaß-Lothringen und an [388] der Ostfront sollten nur ganz geringe Truppenmengen zur notdürftigsten Defensive zurückbleiben. Alle Kräfte sollten für die belgische Entscheidung konzentriert werden.

Diesen Schlieffenschen Plan hat General v. Moltke formal übernommen, aber nie begriffen. Ebenso wenig hat General v. Bülow von dem Schlieffenschen Plan irgend etwas verstanden. Moltke machte schon den Aufmarsch ganz falsch, indem er viel zu viel Truppen ganz zwecklos in Elsaß-Lothringen fesselte. Nach den ersten Schlachten, deren Bedeutung Moltke maßlos überschätzte, schickte er außerdem noch zwei Armeekorps vom Westen fort nach Ostpreußen. Ein entscheidender Fehler. Praktisch hat Moltke die Operationen im August und September 1914 gar nicht geleitet. Er saß in Koblenz in seinem Hauptquartier zusammen mit Wilhelm, hatte keine Ahnung von dem, was an der Front vorging, und erließ nur von Zeit zu Zeit eine Instruktion, die im allgemeinen das größte Unheil anrichtete. In derselben Zeit, in der die deutsche Oberste Heeresleitung die Siegesfanfaren des Generalquartiermeisters von Stein in die Welt hinausposaunte, saßen sie hilf- und ahnungslos in Koblenz. Die jämmerlichste Karikatur einer militärischen Führung.

Bei Beginn der Operationen im letzten Augustdrittel 1914 hatte das deutsche Westheer viel Glück. Die französische Heeresleitung wurde von dem Schlieffenschen Plan trotz seiner unzulänglichen Ausführung überrascht. In Belgien stand zwei Wochen lang eine ungeheure deutsche Uebermacht, während die englischen Truppen und eine französische Armee dort völlig in der Luft schwebten. Es wäre leicht möglich gewesen, mit der großen deutschen Uebermacht dort die Engländer nebst der nördlichsten französischen Armee zu umzingeln und zu vernichten. Aber Generaloberst v. Bülow, der dort an Ort und Stelle kommandierte, verdarb alles. Er war froh, den ihm gegenüberstehenden Feind taktisch zurückzuschlagen, was gar nichts bedeutete, und die großen Umfassungsbewegungen im Sinne der Schlieffenschen Idee wurden nicht durchgeführt. So gelang es der französischen Nordarmee, wenn auch mit erheblichen Verlusten, aus der Zange zu ent schlüpfen. Die allerschwierigste Aufgabe im Ententelager hatten aber die Engländer. Die Truppen des Generals French am äußersten linken Flügel des Ententeheeres standen einer doppelten deutschen Uebermacht gegenüber, waren dauernd in der Gefahr der Umfassung. Eine Vernichtung der Engländer hätte auch den Zusammenbruch der französischen Westfront nach sich gezogen. French lieferte den vordringenden Deutschen mehrere verlustreiche Schlachten und entzog sich der Umklammerung.

Zur selben Zeit machte die deutsche Oberste Heeresleitung in Lothringen die größten Fehler. Es war der dort stehenden deutschen Heeresgruppe unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Rupprecht von Bayern gelungen, in einer Frontalschlacht die angreifenden Franzosen zurückzuwerfen. Der Stab des Kronprinzen Rupprecht verstand den Schlieffenschen Plan sehr gut. Man schlug der Obersten Heeresleitung vor, nun in Lothringen in der Defensive zu bleiben und alle entbehrlich gewordenen Truppen aus Elsaß-Lothringen fort nach Belgien zu schicken. Aber Moltke lehnte diesen Vorschlag ab und befahl, neben der deutschen Hauptoffensive durch Belgien auch noch eine zweite völlig sinnlose Offensive, wobei die sechste deutsche Armee zwischen den Vogesen, Nancy und Epinal, also zwischen Gebirgen und den stärksten französischen Festungen, nach wenigen Tagen elend festlief. Unter ungeheuren Verlusten kam dort schon Ende August der deutsche Vormarsch stehen. Eine Niederlage, von der die amtlichen Heeresberichte nichts meldeten, die aber für den weiteren Fortgang des Westkrieges von größter Bedeutung werden sollte.

Im völligen Gegensatz zu Moltkes Unfähigkeit stand die Schnelligkeit, mit der General Joffre sich in der neuen Lage orientierte. Sobald er die deutsche Umfassung von Belgien her in ihrer Bedeutung begriffen hatte, befahl er den Rückzug seiner Armeen, um wieder Bewegungsfreiheit zu bekommen. Er zog aus Elsaß-Lothringen eine Anzahl entbehrlicher Divisionen fort und befahl die Aufstellung einer neuen Armee links neben den Engländern auf der äußersten linken Flanke des Ententeheeres. Ein unscheinbarer Befehl, der aber auf genialer Erkenntnis der Lage beruhte. Denn sobald diese neue französische Armee auf dem äußersten linken Flügel auftrat, war der deutsche Umfassungsplan erledigt und im Gegenteil das deutsche Heer der Ueberflügelung durch die Franzosen ausgesetzt. So legte Joffre die Grundlage für die Marneschlacht.

Die ungeheuren Opfer, die vor den deutschen Truppen bei dem unaufhörlichen Angriffsschlachten im August 1914 gebracht wurden, waren zwecklos infolge der Unfähigkeit der obersten feudalen Führung. Das Ganze heißt aber die „Erdolchung der Front“ durch die Heimat!! Arthur Rosenberg.

*

Karl August Wittfogel: „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft von ihren Anfängen bis zur Schwelle der großen Revolution“.

Zu dem im Heft 5 der „Internationale“ veröffentlichten Gutachten über das obige Buch erhalten wir folgende Zuschriften:

1. Vom Marx-Engels-Institut. Moskau.

In ihrem Heft 35 veröffentlicht die „Internationale“ eine Besprechung über K. A. Wittfogels Buch (Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ...) als ein Gutachten des Marx-Engels-Instituts.

Demgegenüber stellt das Marx-Engels-Institut folgendes fest. Die Redaktion der „Internationale“ wurde in dieser Angelegenheit offenbar irreführt, da das Marx-Engels-Institut niemandem ein Urteil über dieses Buch abgegeben hat und zur Abgabe eines solchen auch nicht aufgefordert wurde.
gez.: D. Rjasanow. [389]

2. Vom Verfasser des Gutachtens.

Zu der in Nr. 5 der „Internationale“ veröffentlichten Rezension über das Buch K. A. Wittfogels „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ muß ich folgende Tatsachen feststellen:

1. Die Kritik ist kein Gutachten des Moskauer Marx-Engels-Instituts, sondern
2. ist eine Rezension, die ich im Auftrag des Genossen Oehring für den IAH-Verlag geschrieben habe.
3. Die Frage, auf die es ankam, ob das Buch ins Russische zu übersetzen ist, habe ich entschieden ablehnend beantwortet.
4. Der in der „Internationale“ veröffentlichte Text meiner Rezension ist tendenziös verstümmelt.

gez.: P. Haplu.

3. Von der Agitprop-Abteilung des EKKI.

Die „Internationale“ enthält in ihrem Maiheft eine Kritik über Karl August Wittfogels, „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“. Die redaktionelle Bemerkung zu dieser Notiz besagt folgendes:

„Die ‚Internationale‘ hat bisher das Werk Wittfogel noch nicht besprochen. Es lag bei dem Charakter des Buches weder ein Grund vor, sofort Stellung zu nehmen, noch etwa, es ‚vernichtend zu kritisieren‘.

Die Agitpropabteilung des EKKI hat nun durch Veröffentlichung ihres Schreibens (Inprekorr Nr. 34 vom 12. März) dieses bisherige Schweigen kritisiert und es durch eine mehr als unmarxistische ‚Kritik‘ (‚Literatur übelsten Charakters‘) gutzumachen versucht. Wir wollen daher – bevor wir selbst Stellung zu dem Buche nehmen – ein Gutachten abdrucken, das das Moskauer Marx-Engels-Institut anlässlich der Prüfung der Eignung des Buches zur Uebersetzung ins Russische abgegeben hat. Uns scheint dieses Gutachten dieser zweifellos sehr ‚kompetenten‘ Stelle das Muster einer positiven, bei aller Schärfe ‚die Arbeit fördernde Kritik zu sein.“

Hierzu muß ich zu meinem Leidwesen feststellen, daß die Redaktion der „Internationale“ Opfer einer literarischen Hochstapelei wurde.

Die Rezension über das Buch Wittfogels ist kein „Gutachten“ des Marx-Engels-Instituts, das überhaupt keine „Gutachten“ über marxistische oder Bücher von Wittfogel abgibt.

Es ist aber auch nicht jenes Gutachten, das vor Jahresfrist von einem Mitarbeiter des Marx-Engels-Instituts auf Anforderung eines Verlages zum Zwecke der Feststellung der Zweckmäßigkeit einer Uebersetzung ins Russische geschrieben wurde.

Letzteres deshalb, weil 1. das Gutachten des Mitarbeiters des Marx-Engels-Instituts (nicht des Marx-Engels-Instituts) ausdrücklich gegen die Herausgabe des Buches Stellung nimmt, weil es unmarxistisch und voll von Abweichungen ist. Dieser Teil des Gutachtens ist einfach in der Tasche derjenigen Person geblieben, die die Redaktion mit diesem Gutachten irregeführt hat. 2. Selbst der veröffentlichte Teil des Gutachtens wurde gefälscht, so daß einige Stellen selbst für den Verfasser unkenntlich sind. Es ist bemerkenswert, daß gerade jene Stellen ausgelassen wurden, die das Buch so kritisieren, wie es es verdient.

Diese Art von Kritik ist vernichtend für Wittfogel, richtet sich aber auch gegen die Redaktion der „Internationale“, deren Pflicht es gewesen wäre, die Rezension des Marx-Engels-Institut, dem sie in nachlässiger Weise die Urheberschaft zuschrieb, sich diese auch bestätigen zu lassen. Wenn diese Methode der Kritik der „Internationale“ „marxistisch“ erscheint, dann trifft uns der Vorwurf der unmarxistischen Kritik von dieser Seite wirklich nicht. gez.: Béla Kun.

Wir geben diese Zuschriften unseren Lesern bekannt und haben dazu folgendes zu bemerken. Es handelt sich bei den Berichtigungen um drei Punkte: 1. die Feststellung, daß jenes Gutachten nicht offiziell vom Marx-Engels-Institut erstattet wurde, sondern von einem seiner Mitarbeiter, 2. die Behauptung, daß das veröffentlichte Gutachten selbst „tendenziös verstümmelt“ ist bzw. „gerade jene Stellen ausgelassen wurden, die ...“. 3. die Behauptung, daß auch der veröffentlichte Teil „gefälscht“ sei.

Zu Punkt 1: Das Gutachten bzw. eine Abschrift ist uns vom Genossen Wittfogel übergeben worden, dem es im Herbst v. J. (als es jene „mehr als summarische^{*)} Kritik“ über sein Buch noch nicht gab) vom Malik-Verlag zugesandt worden war. Gen. Wittfogel übergibt uns das Begleitschreiben, das lautet:

22. Oktober 1924.

Herrn Karl August Wittfogel. ... London SW. 17.

Lieber K. A.!

Ich schrieb Dir wohl schon, daß ich mich in Rußland bemüht habe, eine Uebersetzung Deines Buches „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ unterzubringen. Ich erhalte heute folgenden Bescheid:

^{*)} „Summarische“, nicht „unmarxistische“. Wir haben diesen unangenehmen Druckfehler, der in jener Redaktionsbemerkung unterlaufen ist, sofort in der „Roten Fahne“ und der „Internationale“ berichtigt. Seine Sinnlosigkeit war übrigens auch aus dem Zusammenhang zu ersehen.

„Heute möchten wir nur kurz auf das uns übergebene Werk von Wittfogel zu sprechen kommen. Wir fügen eine ausführliche Rezension bei, mit deren Leitgedanken wir unsere Auffassung identifizieren. Wir meinen, daß das Buch für russische Zwecke nicht in Frage kommt. Das ganze Werk ist darauf eingestellt, auf Leute mit einer bestimmten ideologischen Denkweise einzuwirken. In Deutschland lohnt es sich vielleicht, in dieser Richtung eine so große Arbeit zu machen, hier unseres Erachtens nicht.“

[390] Eine Abschrift (nicht korrigiert) der Besprechung füge ich bei. Ich nehme an, daß sie Dich interessieren wird.

Die Besprechung ist vom Marx-Engels-Institut ausgegangen, also für Rußland durchaus autoritativ.

Mit besten Grüßen

gez. G.

Wie uns der Malik-Verlag heute schreibt, mußte er damals nach den Briefen des Genossen Oehring, der dieses Gutachten eingeholt hat, um sich in der Frage der russischen Veröffentlichung eine „Deckung“ von autoritativer Seite zu verschaffen, der obigen Meinung sein. Genosse Oehring hat neuerdings diesen Punkt durch folgenden Brief an die Leitung des Malik-Verlages geklärt, dessen Original uns vorgelegt wurde.

W. G.! Nach unserer gestrigen Unterredung teile ich Dir zu Deiner Orientierung und event. Verwendung folgendes mit:

Im Sommer 1924 erhielt ich als damaliger Leiter des Meschrabpom-Verlages, Moskau, ein Exemplar des Werkes: K. A. Wittfogel, „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“. Um ein Gutachten über die Eignung des Werkes für den Verlag und die russische Leserwelt zu bekommen, wandte ich mich persönlich an den Genossen Matheiko, der damals als Bibliothekar oder in ähnlicher Stellung am Marx-Engels-Institut tätig war. Mit meinem Einverständnis übertrug er die Arbeit einem russischen Genossen, der nach Mitteilung M.'s ebenfalls an dem Institut arbeitete.

Das Gutachten, das ich auf diesem Wege erhielt, ist mit dem Gutachten identisch, das ich Dir im vorigen Jahre zu Deiner Information zusandte.

Mit kommunistischem Gruß

gez.: Richard Oehring.

Wir müssen also feststellen, daß das Gutachten in der Tat nicht als offizielles Gutachten des Instituts bezeichnet werden kann, sondern bloß als Gutachten eines seiner Mitarbeiter. Die Bedeutung dieses Unterschieds erscheint uns recht gering, für den sachlichen Inhalt gleichgültig. Wir stellen dies aber gern richtig, freilich, nicht ohne zu bemerken, daß „literarische Hochstapelei“ hier von keiner Seite vorliegt und den mitgeteilten Zeiten der Uebersendung nach auch gar nicht vorliegen kann.

Zu Punkt 2 den tendenziösen Verstümmelungen. Die Redaktion hat noch nicht die Möglichkeit gehabt, das russische Original des Gutachtens zu sehen, dessen Uebersetzung Genosse Oehring dem Malik-Verlag einsandte und das Gen Wittfogel damals abschriftlich erhalten und uns anlässlich der Kritik an seinem Buche übermittelt hat. Wir müssen uns daher bei unseren weiteren Feststellungen stützen auf: 1. die ausdrückliche Versicherung des Malik-Verlages, daß Gen. Wittfogel seinerzeit eine vollinhaltliche Abschrift mitgeteilt wurde. 2. Auf die ausdrückliche Feststellung des Gen. Oehring in dem obigen Brief das übersandte Gutachten „identisch“ sei mit dem von dem Mitarbeiter des Marx-Engels-Instituts erstatteten Gutachten. Wir stellen diese Verantwortlichkeit ausdrücklich fest, haben aber keinen Grund an die Richtigkeit dieser Erklärungen zu zweifeln.

Es könnte sich also nur darum handeln, daß die Redaktion selbst „tendenziöse Verstümmelungen“ vorgenommen hätte. Um unseren Lesern (überflüssigerweise) eine Prüfung möglich zu machen, teilen wir jene unwesentlichen Streichungen mit, die wir aus Raumgründen vornehmen mußten. Der Anfang des Gutachtens war weggelassen und lautet:

„Wittfogels Buch muß eine ganz andere Wirkung bei denjenigen hervorrufen, für welche das Buch in erster Linie geschrieben ist, nämlich bei der führenden Schicht der deutschen kommunistischen Bewegung, als bei solchen Lesern, die mit der diesbezüglich reichen russischen Literatur bekannt sind.“

Nach Zeile 10 des auf Seite 278 des Heftes 5 der „Internationale“ veröffentlichten Gutachtens soll, ist gestrichen worden:

„Seine literarische Tätigkeit vor der Veröffentlichung dieses Buches: eine Tragödie, drei Einakter, ein Drama, ein Lustspiel, in Vorbereitung ein Roman. Außerdem hat der Verfasser noch ein marxistische Untersuchung ‚Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft‘ veröffentlicht.“

Ferner muß auf Seite 279, rechte Spalte, Zeile 29 von oben ein eingeklammerter Satz nachgetragen werden:

„(In einem späteren Bande sollen die allgemeinen Phasen der Entwicklung des Proletariats gezeichnet werden)“

Nach Zeile 48 derselben Spalte ist durch einen Fehler beim Umbrechen eine Zeile ausgefallen, die lautet:

„– lich zerzaust waren.“

Schließlich sind gestrichen worden zwei Sätze, die auf Seite 280, rechte Spalte, vor Zeile 15 von unten einzufügen sind. Sie lauten:

„In Rußland aber, wo marxistische Poligrammotas dutzendweise erscheinen, wo die Verfasser ihre Aufgabe, wenn auch nicht so originell, aber mit einer dem Ziel entsprechenderen Methodik gelöst haben, und wo außerdem eine ganze Menge marxistischer Chrestomatismen zusammengestellt sind, hier wäre die Herausgabe des Buches ein ganz überflüssiger Luxus. Für die Politgrammota-Schreiber, Chrestomatie-Zusammensteller event. auch für Universitätslektoren wäre das Lesen des Buches jedenfalls interessant und nützlich.“

Wie man sieht, betrifft die einzige größere Streichung, nämlich die letzte, eine Stelle, die bloß die Bedeutung des Buches bzw. seiner Veröffentlichung für die russischen Leser feststellt, eine Stelle, die für den Zweck unseres Abdrucks des Gutachtens nebensächlich war. Wir konnten sie übrigens nur deswegen den raumsparenden Ueberlegungen opfern, weil sie dem Urteil selbst nichts Wesentliches, vor allem nichts Ungünstiges hinzufügt. Von einer Ten-[391]denz kann bei dieser Streichung offenbar nicht gesprochen werden, da: 1. die Stellungnahme gegen die russische Herausgabe des Buches nicht erfolgte, wie Genosse Kun schreibt, weil es „antimarxistisch und voll von Abweichungen“ ist, sondern weil seine Herausgabe dort „ein überflüssiger Luxus“ wäre; 2. weil das einzige, was diese Stelle der Beurteilung hinzufügt, durchaus positiv für das Buch ist, nämlich die Bedeutung, die seine Lektüre für die russischen Fachleute besitzen könnte.

Endlich Punkt 3. Zur Behauptung, auch der veröffentlichte Text sei „gefälscht“ (die übrigens der Verfasser des Gutachtens in seiner Zuschrift nicht aufstellt, ist zu sagen:

a) Die Redaktion hat an der ihr vorgelegten Abschrift nichts geändert, als einige sprachliche Schönheitsfehler, z. B. hat sie aus „Gierigkeit“ „Gier“ gemacht. Ferner war das letzte Wort des Satzes

„in Wittfogel steckt noch immer eine gute Dosis bürgerlich-soziologischer Abweichung“ (Seite 280)

in der uns vorgelegten Uebersetzung als unleserlich ausgelassen und hat die Redaktion sinngemäß das Wort „Abweichung“ eingesetzt.

b) Daß die genannten Stellen, durch die wir das Gutachten erhielten, keine Fälschungen vorgenommen haben, ist von ihnen schriftlich versichert worden (siehe obigen Brief des Gen. Oehring, außerdem je ein Schreiben des Malik-Verlags und des Gen. Wittfogel an die Redaktion). Mehr Sicherheit zu erlangen, ist uns augenblicklich nicht möglich. Im übrigen hat Gen. Kun es leider verabsäumt, konkrete Belegstellen für die verübten Fälschungen mitzuteilen, die diese ausdrücklichen Versicherungen entkräften könnten.

Wir müssen also den im Zusammenhang mit dieser Behauptung der Redaktion gemachten Vorwurf der Nachlässigkeit zurückweisen.

Abschließend sei bemerkt: Wir haben das Gutachten veröffentlicht, nicht um eine scharfe, fachliche Kritik des Buches zu verhindern, noch auch, weil wir uns mit seinen Ausführungen vollinhaltlich identifizieren, sondern, um nach einer „Kritik“, die wir mit Recht „mehr als summarisch“ bezeich-

net haben, ein kurzes sachliches Referat eines Marxisten über das Buch zu bringen, das zumindest eins beweist, daß es sich nicht um „Literatur übelsten Charakters“ handelt. Dieser Zweck ist erreicht. Die oben abgedruckten Berichtigungen haben daran nichts geändert.

Wir halten damit die formelle Seite der Sache für erledigt und würden uns freuen, sachliche Beiträge zur Kritik des Buches bzw. Gutachtens darüber zu erhalten, die wir neben unserer in Aussicht gestellten Kritik gern veröffentlichen werden.

*

Glossen.

Die deutsche Wissenschaft bei den schwarzen Hundert.

Werner Sombarts Ende.

Der Sozialismus ist tot, heißt es heute. In der Tat: der „Sozialismus“ ist tot.

Die kindischen reformistischen Träume vom Zukunftsstaat sind ausgeträumt. Alle klassenversöhnenden Versuche und Bestrebungen, die heutige Gesellschaft umzumodeln, um sie in eine ideale Gemeinschaft zu verwandeln, haben ihr unvermeidliches Fiasko erlitten. Die Bourgeoisie hat sie nicht mehr nötig. Ihre Macht steht wieder brutal da, brutaler denn je: die deutsche Republik flaggt schwarz-weiß-rot, die Straßen wimmeln von Wehr-, Wes- und Wemwölfen, und ein kaiserlicher General hält als Präsident seinen Einzug in die Reichshauptstadt.

Es ist nur allzu verständlich, daß nun auch im Reiche der sogenannten „Kultur“ sich alles, neuer Ideologien beflissen, der neuen Lage anpaßt. Der „Geistige“, der noch vor ein bis zwei Jahren durch verworrene Kunstprodukte oder lange Haare der herrschenden Gesellschaft den Kampf bis ans Messer angesagt, kehrt zum Skat und zur patriotischen Glatze der Väter zurück und applaudiert dem Vormarsch der kulturellen Reaktion.

Und sie marschiert besser als Eberts Sozialisierung anno 19.

Was Wunder, daß nach dem Staat, der Kirche, der Schule, auch die Wissenschaft ihr Teil beitragen will und alles unternimmt, um die „Vernünftigkeit“ dessen, was die anderen taten, Interessen der Bourgeoisie ergebenst zu ihrerseits zu beweisen und zu verklären! Hat sie doch nie gezögert, den jeweiligen dienen.

Und so ist auch die Leipziger Universität auf die Idee einer „Akademisch-sozialen“ Woche geraten, auf der prominente Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaft den Studenten, der Jugend und sonstigen Interessenten die Lösbarkeit des „großen sozialen Problems“ im Rahmen der schwarz-weiß-roten Monarchistenrepublik weismachen sollten.

In diesem geschichtlichen und lokalen Milieu finden wir Werner Sombart, den ehemaligen Katheder- und Salonsozialisten. Sein Referat über „Die Triebkräfte der sozialen Bewegung“ sollte der Clou der „Woche“ werden.

Ein überfüllter Saal harrete der Ausführungen des „weltberühmten“ Gelehrten. Doch das, was kam, war ein hochnäsiger und reaktionärer Schwätzer, und was er gab, eine Handvoll Phrasen und längst bekannter scharfmacherische Gemeinplätze.

Geben wir einige Proben! Einleitend wird die alte „Wissenschaftlichkeit“ aufgewärmt: das Aufkommen des Kapitalismus lasse mit Notwendigkeit das Proletariat und sein Klassenbewußtsein entstehen, die kommunistischen Bestrebungen seien nur die natürlichen Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Am Ende des Vortrages aber, nachdem der Professor in Rage gekommen, wird seine [392] „neue“ Theorie enthüllt: der gesamte marxistische Sozialismus habe mit wirtschaftlichen oder sonstigen Notwendigkeiten nichts zu tun, er sei lediglich ein künstliches Produkt „einzelner größerer und kleinerer Agitatoren“. Solche kleinen Widersprüche stören große Gelehrte nicht weiter.

Nicht alle proletarischen Elemente seien sozialistisch gesinnt, meint er weiter. England und Amerika reagieren nicht auf die revolutionären Lehren.

Letzteres ist offener Unsinn. In England ist heute eine rapide Radikalisierung der Arbeiterbewegung zu beobachten. Und der Herr Professor der Soziologie müßte wissen, daß England auch – Kolonien hat, und daß nur die noch größere Ausbeutung der farbigen Sklaven es bis jetzt dem englischen Kapitalisten ermöglichte, seine Arbeiter zu „bestechen“. Wenn er von den Folgen dieser „Bestechung“ zu seinen tölpelhaften Schlüssen über die Klassenbewegung des Proletariats kommt, so ignoriert er, daß die Möglichkeit dieser Bestechung zu Ende geht und sieht über seinem Geschwätz von „Sozialismus“ nicht, daß es zweierlei Sozialisten gibt, nämlich solche mit und ohne Gänsefüßchen.

Aber dies wäre zu viel verlangt von einem Professor. Er ergeht sich weiter in Betrachtungen über das sozialistische Gemeinwesen, das schon deshalb unmöglich sei, weil das Proletariat in verschiedene Interessengruppen zerfällt. Er spricht vom Gegensatz zwischen Stadt und Land, Hand und Kopf, Gelernten und Ungelernten, männlichen und weiblichen, jugendlichen und erwachsenen Arbeitern. (Verwunderlich, daß er nicht noch die Blonden und die Braunen angeführt hat!) Aus diesen Gegensätzen die Unmöglichkeit des Sozialismus beweisen, ist aber in der Tat eine ganz große Leistung. Diese Gegensätze der verschiedenen Schichten und Klassen der Ausgebeuteten sind eben eine elende Folge und wesentliche Seite des Kapitalismus. Man hat bisher gegen den Sozialismus argumentiert mit dem Klassenfrieden und der Herrlichkeit des Kapitalismus, aber in der Tat noch nicht mit seiner Klassenspaltung und seinem Elend.

Hören wir zu Ende:

Alle Revolutionen sind nur unreife, schwärmerische, „Sturm- und Drang“-Bewegungen der Jugend, die von der Wirklichkeit nichts weiß. Robespierre, der älteste Führer der französischen Revolution, war 35 Jahre alt. (Ein kleiner Student ruft inzwischen: Marat war 43 Jahre alt! Der alte Gelehrte wird blaß: er kocht innerlich.) Ein ganz beträchtlicher Teil, der, wie schon gesagt, meist jungen Revolutionäre kam durch übermäßiges Rauchen, durch den Genuß von Kokain zum Sozialismus. So sei der ganze Bolschewismus zur Befriedigung überreizter Nerven entstanden (allgemeine Heiterkeit). Das Aufblühen revolutionärer Bewegungen ist übrigens im wesentlichen auf das verantwortungslose Treiben von Juden und Ausländern zurückzuführen. Der Referent stellte zum Schluß fest, daß die sozialistische Ideologie in ihrer Gesamtheit falsch und von der „reinen, wahren“ Wissenschaft gänzlich überwunden sei.

Als erster Diskussionsredner will der sozialdemokratische Privatdozent Heller sprechen, der das Katheder mit einem dickem Buch Sombarts betritt. Er kann nur gerade soviel sagen, daß der Referent versucht habe, mit wissenschaftlichen Mitteln (für den SPD-Mann sind diese Mittel „wissenschaftlich“!) die Leipziger Studentenschaft gegen den Sozialismus immun zu machen, als Sombart aufspringt und mit den Worten: „Wenn Sie so anfangen, dann danke ich“ fluchtartig den Saal verläßt. Tumult. Die Versammlung wird geschlossen.

Am meisten hat es dem alten Herrn wohl der Anblick seines eigenen Werkes, das er vor Jahrzehnten schrieb, angetan. Seine eigene Vergangenheit sollte gegen ihn ins Feld geführt werden. Und obwohl diese Vergangenheit die Vergangenheit eines wissenschaftlichen Lakaien ist, er zitterte doch vor ihr. War es doch die Vergangenheit eines noblen Lakaien, eines mit seinen sozialistischen Phrasen gallonierten Lakaien, die er jetzt vertauschen mußte mit dem zynischen Gegenwartskostüm des wissenschaftlichen Kirchendieners und ideologischen Nachtwächters der couponschneidenden Menschheit.

Sombart war seinerzeit kein Sozialisten- und Judenfresser wie heute. Im Gegenteil, er gab sich als Sozialist, schrieb Marx in seinen Werken aus und wollte sogar den Arbeitern gute Lehren geben. So fing er „beim Sozialismus“ an, rückte aber immer mehr nach rechts. Die Bourgeoisie quittierte ihm dankend seine Dienste, Karriere und Titel wurden ihm zuteil. Aber der ideologische Spielraum, auf dem er seine sozialistischen Salontänze aufführte, wurde immer enger. Immer offener mußte er als Reaktionär auftreten. Im Kriege schrieb er ein chauvinistisches Pamphlet. Jetzt ist er in den Armen der offenen Reaktion gelandet.

Werner Sombart ist der Repräsentant einer gewissen Richtung in der deutschen Wissenschaft, die seinerzeit mit geschwellten Phrasen aussegelte, um die Arbeiter zu gewinnen. Er hat nun eine ähnliche Kurve beschrieben wie ein Teil des einstigen russischen Professoren-Marxismus, nur freilich viel seichter, viel feiger, viel mehr an der Oberfläche. Daß diese Leute um Sombart jetzt die Segel einziehen und den reaktionären Lappen heraushängen müssen, kennzeichnet die Lage der deutschen Bourgeoisie. Lange hat sie sich erlauben können, ihrer Wissenschaft einen „sozialistischen“ oder zumindest sachlichen Schein zu geben. Heute aber sind die Klassengegensätze so zugespitzt, ist die Lage historisch so ausweglos, daß sie dies nicht mehr kann.

„Die deutsche Wissenschaft hinter den deutschen Arbeitern“, schrieb einst Rosa Luxemburg über den jungen Sombart. Die deutsche Wissenschaft bei der schwarzen Hundert – schreiben wir heute befriedigt über den alten. W. S.

*

An die Postabonnenten!

Wir bitten, die redaktionellen Mitteilungen zu beachten!

[393]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, 1. Juli 1925 * Heft 7

Zum 10. Parteitag der KPD.

E. S. Im Gegensatz zu früheren Parteitagen wird der Berliner Parteitag im wesentlichen ein einheitliches Gepräge zeigen. Die Diskussion vor dem Parteitage hat die strittigen taktischen Fragen so weit geklärt, daß es, abgesehen von einigen „Unentwegten“, keine Opposition gegen die Zentrale geben wird – dabei ist zu berücksichtigen, daß von seiten dieser Opposition im großen und ganzen ernsthafte Einwendungen nicht erhoben werden – es handelt sich nur um – „Bedenken“ (Für den Fall, daß doch Fehler gemacht werden, was aller Voraussicht nach nicht immer vermieden werden wird; schließlich ist auch die beste, völlig leninistische Zentrale nicht dagegen gefeit. Die Bedenklichen haben es dann aber vorausgesagt!). Die wirkliche politische Opposition gegen die Zentrale wird auf dem Parteitag durch Delegierte nicht vertreten sein: die Brandler-Opposition. Vielleicht kommt sie in der Beschwerdekommision zum Wort. Diese Tatsache, daß die Vertreter der alten Politik keinen Einfluß in der Partei haben, zeigt, daß die Partei in Frankfurt wirklich einen neuen Weg beschritten hat und die Brandler-Politik strikte ablehnt. Trotzdem wird die Partei doch wieder den stärksten ideologischen Kampf gegen alle rechten Abweichungen zu führen haben.

Denn in den Zeiten der Schwierigkeiten der revolutionären Bewegung werden die liquidatorischen Tendenzen immer wieder auftreten, vorwiegend offen opportunistisch, zuweilen auch im überradi-kalen, ultralinken Gewande. Die Schwierigkeiten der revolutionären Bewegung sind bei aller Festigung und Klärung der Partei infolge der komplizierten Situation nicht behoben, obwohl sie augenblicklich der Partei geringfügig erscheinen mögen. Die Stabilisierungskrise (Stinnes-Krach, Reihertstieg-Werft, Kohlenkrise), die Schwierigkeiten der Regierung in der Außenpolitik (Garantiepakt, Völkerbund, Entwaffnungsnote), in der Zoll-, Steuer-, Aufwertungspolitik geben in Verbindung mit den internationalen imperialistischen Schwierigkeiten (China, Marokko, Frankensturz) und dem Aufstieg Sowjetrußlands, dem Anwachsen der revolutionären Bewegung im fernen Osten, für die Partei gewiß gute Möglichkeiten, ihren politischen Einfluß zu verbreitern und ihn organisatorisch auszunutzen. Es kommt dazu, daß die SPD trotz demagogischer Kniffe und geschickter Agitation sowohl in ihrer Werbung für den Völkerbund, wie in ihrer Hetze gegen Sowjetrußland, in ihren Forderungen für die Hypothekenaufwertung (mit Mietzinssteigerung) und in ihrem „Kampf“ gegen die Zölle (der [394] in Wirklichkeit ein für Junker und Industrie annehmbares Kompromiß vorbereiten soll) in eine schwierige Lage vor der Arbeiterschaft geraten ist.

Die letzten Ereignisse sowohl im deutschen wie im internationalen Maßstabe zeigen uns deutlich die Grenzen der Stabilisierung des Kapitalismus, die auf der erweiterten Exekutive festgestellt wurde. Rasche Szenenwechsel sind in dieser Periode der Stabilisierung nicht ausgeschlossen.

Trotzdem wäre es verfehlt, wenn die Partei die Situation aus bloßem Drang zur Revolution beim ersten besten Anlaß als akut revolutionär betrachten und in dieser Situation Aufgaben stellen wollte, die ihr nicht entsprechen, anstatt sich nüchtern auf volle revolutionäre Ausnutzung der gegebenen Wirklichkeit einzustellen. Der Parteitag mit seiner Einheitlichkeit (es wird keinen Streit um „revolutionäre“ oder „konterevolutionäre“ Perspektive geben!) wird mit aller Nüchternheit die Konsequenzen für die Parteiarbeit ziehen, um in der richtigen Weise die Forderung von Frankfurt zu erfüllen: Organisierung der Revolution!

Der bisherigen Ueberschätzung der bloßen Agitation und Propaganda gegenüber (die dazu vielfach zu abstrakt, theoretisch und nicht der Situation und den örtlichen und betrieblichen Verhältnissen entsprechend war) wird er das Hauptgewicht auf richtige Organisierung der Parteiarbeit legen und demgemäß die Partei verpflichten, ein viel größeres Gewicht auf den Aufbau der Parteiorganisation auf Betriebszellen wie auf die planmäßige Durchführung der Parteiarbeit auf allen Gebieten zu legen. Die notwendige Ergänzung für die Partei mit ihrer starken deutsch-sozialdemokratischen Tradition auch in theoretischer und ideologischer Hinsicht bildet die energische Durchbildung der Partei. Der 10. Parteitag kann rückblickend feststellen: die Partei ist gewachsen, sie ist auf dem Wege zur bolschewistischen Partei, er wird sie weiter im Geiste des Marxismus-Leninismus führen, daß

sie zur anerkannten einzigen Partei des Proletariats wird. Dabei wird die Einheitlichkeit der Partei nicht zu einem Anlaß für Passivität werden („es ist alles in Ordnung“), sondern zu einem Zeichen der Ueberwindung der alten Fehler und zu einer Garantie: der Grund für die Partei ist gefestigt, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit bietet die Garantie für das weitere Wachstum, sie hilft auch im Proletariat die Voraussetzungen stärken, daß die Arbeiter die KPD nicht nur für den offenen revolutionären Kampf, sondern gerade auch für die Zeit der Flaute zur Führerin wählen und Schluß machen mit der Sozialdemokratie! [395]

*

Ueber einige neuartige Umstände der Lage und über einige dementsprechend neuartige Aufgaben.*)

Von A. Maslow.

1. Der Katzenjammer bei der Präsidentenwahl – aber nicht bei uns.

Der Wahlkampf ist zumeist unter der Fragestellung „Reichsblock oder Volksblock?“ d. h. „Hindenburg oder Marx?“ ausgefochten worden. Unsere Partei muß sich klare Rechenschaft darüber ablegen, daß sie einen Fehler gemacht hat, indem sie allzu „geradlinig“ die Notwendigkeit einer Klassen-Kandidatur demonstrierte, aber nicht verstand, daß breiten Schichten des Proletariats diese Notwendigkeit verborgen wurde durch die demagogische, nicht ernst gemeinte Losung der „Weimarer“ Koalition, nämlich „Monarchie oder Republik?“. Da wir Kommunisten die wirklich vorhandenen monarchistischen Tendenzen sahen, so war es unsere Aufgabe, im Präsidentschaftswahlkampf den breitesten Massen zu beweisen, daß der „republikanische Block“ weder an Kampf gegen die wirklich vorhandenen monarchistischen Tendenzen denkt, noch auch nur seinen „Republikanismus“ ernst meint; hätten wir das bewiesen, und dieser Beweis war leicht, da man ja nur dem famosen „Block“ die Unterstützung unter der Voraussetzung der Erfüllung der selbstverständlichsten Mindestforderungen anzubieten brauchte, so wäre der Wahlkampf ein Kampf wahrscheinlich sehr breiter Schichten der Arbeiterklasse – denen die Augen geöffnet worden wären – mit ihrer Klassenkandidatur gegen zwei einander zwar schwächlich bekämpfende, aber in allem Wesentlichen einige Fraktionen der Bourgeoisie und ihre beiden, nur durch den Namen und die hinter ihnen stehenden Cliques verschiedenen Kandidaten gewesen. Zweifellos hätte unter solchen Umständen die KPD eine ganz andere Rolle gespielt, als im falsch eingeleiteten Wahlkampf, wo ihr wirklicher Einfluß, ihr wirkliches spezifisches Gewicht im Proletariat nicht zum Ausdruck gekommen ist.

Diesen Fehler muß die Partei ganz verstehen und ganz zu verbessern suchen. Der letzte Zentralauschuß hat ihn festgestellt, und die Partei wird, wie es sich für eine Kommunistische Partei gehört, daraus lernen.

Die „klugen“ Redakteure unseres Hauptfeindes, der Sozialdemokratie, haben während des Wahlkampfes tagtäglich orakelt über unseren „Katzenjammer“ und unsere „Zersetzung“ nach den Wahlen.

Diese Herrschaften waren immer schlechte Orakel. Sie haben 1914 bis 1918 den glorreichen Sieg der wilhelminischen Koalition prophezeit („ohne Annexionen und Kontributionen“, aber – selbstverständlich – mit „Sicherheiten, Pfändern und Entschädigungen“); sie waren klägliche Propheten in diesem Falle. Sie haben 1918 Wilsons Güte prophezeit und bekamen 1919 den Versailler Frieden; sie haben 1918 und 1919 die „sozialistische Republik“ in Deutschland angekündigt („die Sozialisierung marschiert, der Sozialismus ist da!“) und erhielten 1924 einen Fußtritt von derselben Bourgeoisie, die sie vor der Sozialisierung gerettet haben; sie haben einen „überwältigenden Sieg“ des „republikanischen Gedankens“ (Gedanke – weil kein Mensch bei ihrem Geschwätz sich etwas denken kann) angekündigt und bekamen 14½ Millionen mehr oder weniger für den Monarchismus (nach ihrer eigenen Wahlformel) abgegebene Stimmen und Hindenburg als Präsidenten. Sie haben schließlich „Katzenjammer“ und „Zersetzung“ bei den Kommunisten prophezeit und Katzenjammer und Zersetzung zeigen sich ganz wo anders.

*) Der Artikel ist Mitte Mai geschrieben.

[396] Ein großer Teil des famosen „Volksblock“ ist noch während der Wahlen zu Hindenburg übergelaufen. Ein großer Teil tut das, selbstverständlich, im Katzenjammer der Niederlage. Die „grundsatzfesten“ Kandidaten des „Volksblocks“, Hellpach und Marx, beeilen sich, anzukündigen, daß ihr Herz stets mit den stärkeren Bataillonen schlägt, was kein vernünftiger Mensch auch vor dieser Ankündigung bezweifeln konnte. Herr Braun, der im ersten Wahlgang sogar als ein „Klassenkandidat“ zurechtgestutzt wurde, kündigt als „Staatsmann“ in Preußen – was freilich auch jeder vernünftige Mensch vorher wissen mußte – seine freudige Bereitschaft an, mit dem Teufel und seiner Großmutter in Koalition zu gehen, mit der Volkspartei, mit den Deutschnationalen, wenn er nur Minister bleiben darf.

Wenn das nicht Katzenjammer und Zersetzung ist, dann ist schwer zu sagen, was diese Worte bedeuten.

Die Jeremiaden der „linken“ sozialdemokratischen „Führer“ vervollständigen das Bild. Hintennach sind sie kolossal klug geworden, und sie schmettern gar gewaltige Fanfaren. Da sie jedoch keinerlei vernünftige Anweisungen geben, noch geben können, wie eigentlich die SPD aus einer bürgerlichen Partei zu einer proletarischen werden könnte, denn das kann sie nicht, so ist ihr Gerede noch dümmer als das der Braun und Wels. Diese wollten konsequent auf ihrem Wege weitergehen, der sie in der Endetappe in eine Organisation mit den vorausgegangenen Winnig, Kloth, Lensch, Franke und Konsorten bringen muß und bringen wird, jene aber führen Tänze auf wie heulende und springende Derwische und gehen dabei mit der von ihren anerkannten Häuptlingen geführten Prozession – unter Protest, versteht sich – mit. Sie würden nicht einmal heulen, sondern, wie immer bisher, Maul halten und Order parieren, wenn nicht die Zersetzung und der Katzenjammer bei den Arbeitern, die dieser Partei anhängen, gar so groß wären.

Diese Zersetzung voll ausnutzen, diesen Katzenjammer aber in proletarisches Kraftbewußtsein zu verwandeln – das ist eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Kommunistischen Partei. Hier ist eine Bresche in der Front des Gegners. Wir müssen sie ausweiten, die verwirrten feindlichen Truppen nicht nur außer Gefecht setzen, sondern auf unsere Seite herüberzuziehen suchen und den Keil in die feindliche Front so tief wie möglich treiben.

Doch bei den „Siegern“ herrscht ebenfalls grauester Katzenjammer. Die nationalistischen Kleinbürger, die Frankreich „siegreich schlagen woll'n“ und in Deutschland sich (da die anderen Trauben zu sauer sind) vorderhand mit der Ausrottung aller Juden, Fremdstämmigen, Marxisten, Arbeiterschweine und sonstigen „Kerls“ begnügen würden, werden kaum – auch wenn sie, wie es die alten Deutschen taten, immer mal wieder einen trinken – in besondere schwarz-weiß-rote Begeisterung geraten können, angesichts der schwarz-rot-goldenen Fahne, auf die ihr Kandidat Hindenburg vereidigt worden ist, angesichts seiner ultrapazifistischen Kundgebungen, seiner burgfriedlichen Beteuerungen fürs Inland, und vor allem angesichts einiger weit interessanteren außenpolitischen Ereignisse: die berühmte Kontroll- und Entwaffnungsnote steht bevor, und so sehr sich die geduldigen Papiere mit allerlei Unsinn über die „Vertragsbrüchigkeit“ der Räuber der Entente vollschreiben ließen, so ist doch eins sicher, nämlich, daß diese Räuber jede Schikane anwenden können und werden, wenn sie es für zweckmäßig halten werden, und daß Hindenburg jeden Schein wird unterzeichnen müssen, genau so wie es Ebert getan und Marx tun würde, auf dem die siegreichen Räuber bestehen werden, sintemalen er Frankreich nicht siegreich geschlagen, als ihm noch Kanonen, Tanks, Flugzeuge und Soldaten zur Verfügung standen, während ihm, heute lediglich die weit aufgerissenen Mäuler der Jüngelchen zur Verfügung stehen, die in Pankow auf der Wiese oder in Eberswalde im Hain mit Gesang die Luft erschüttern oder höchstens (wenn sie in guter Uebermacht sind) ein „Arbeiterschwein“ „abkillen“.

Diese außenpolitische Perspektive, dazu das Fehlen jeder Aussicht auf die Räumung Kölns – von der Räumung des Ruhrgebiets spricht [397] überhaupt niemand –, dazu die natürlich beabsichtigte Brückierung Deutschlands durch die Regierungen Frankreichs und Englands, welche „beschlossen“ haben, nicht offiziell dem neuen Präsidenten zu gratulieren (für gewöhnlich sagt man so etwas nicht, auch wenn man's tut), alles das hat die fröhliche Munterkeit der nationalistischen

Papiere erheblich gedämpft. Die „DAZ“ sucht zu beweisen, daß die Deutschnationalen gar keine Nationalisten sind, womit sie allerdings recht hat in dem Sinne, daß die Drahtzieher dieser Partei für gute Dollar alles verkaufen, was sie nur haben. Die „DAZ“ sucht gleichzeitig – und das ist eine Schwenkung – zu beweisen, daß die Sozialdemokraten sich sehr wenig von den Deutschnationalen unterscheiden, so daß eigentlich eine „Volksgemeinschaft“ das Gegebene wäre. Daß die Sozialdemokraten weder mit Demokratie noch mit Sozialismus auch nur das Geringste zu tun haben, das haben sie freilich durch hinreichend überzeugte Taten bewiesen. Daß aber die größte Zeitung des Reichsblocks und die wichtigste der führenden Partei dieses Blocks, der „Volkspartei“ (Stresemann-Litwins Käseblatt, die „Zeit“^{*)}, ist ebenso unwichtig in der Volkspartei wie Herr Stresemann selber, den man durchaus überschätzt, wenn man ihn für mehr hält, als den schlecht funktionierenden Beauftragten der eigentlichen Dirigenten dieser Partei) schon wieder eine Versöhnung mit der Sozialdemokratie anbahnt, das zeigt die ganze Größe des Katzenjammers auch in diesem Lager und die herannahenden außenpolitischen Duschen, die dem Finanzkapital eine „Volksgemeinschaft“ geboten erscheinen lassen.

Alles in allem haben wir somit folgendes auf dieser Seite: solange Hindenburg Kandidat war, hing der Himmel voller Geigen. Man hatte ein „Symbol“, einen Fetisch für die Kleinbürger, eine „unkompromittierte Idee“, kurz, man hatte noch einen Trumpf in der Hand. Der Trumpf ist ausgespielt. Die Politik, die unter Hindenburg gemacht werden wird, wird sich zunächst in nichts Wesentlichem unterscheiden von der unter Ebert gemachten. Der Kleinbürger, der bisher durch den Glauben an den Fetisch bezaubert wurde, wird ungläubig werden. Es bleibt dann nur noch der momentan in die Tasche gesteckte Fetisch, nämlich die Monarchie. Daß Restaurationstendenzen und zwar starke, vorhanden sind, das zeigt die Wahl Hindenburgs. Aber die monarchistische Restauration ist auch schon der allerletzte ideologische Trumpf, den die Bourgeoisie für den Kleinbürger ausspielen kann. Der Katzenjammerstimmung nach der Wahl Hindenburgs zeigt, wie wenig Kraft solch ein Trumpf hat. Hindenburgs Erfüllungspolitik, Militärkontrolle durch die Entente unter Hindenburgs Regierung, Nichträumung von Köln, „bedingungsloser“ Eintritt in den „Völkerbund“ (d. h. Eintritt unter fatalen! Bedingungen) unter Hindenburg – alles das sind ernüchternde Tatsachen, die den Katzenjammer verstärken. Unter solchen Umständen überlegen die führenden Fraktionen der Bourgeoisie sehr genau, ob es sich für sie lohnt, gegenwärtig die vorhandenen Restaurationstendenzen weiterzutreiben. Der Katzenjammer würde noch ganz anders werden, wenn nach Wiederherstellung der Monarchie dieselben oder gar noch stärkere Demütigungen kämen. Der letzte Trumpf wäre dann umsonst verspielt. Deshalb wird das Finanzkapital möglicherweise eine „Einlage“ in das Varietéprogramm einschieben und die bewährten Clowns von der SPD wieder heranziehen, um nach Möglichkeit ihnen die zu erwartenden außenpolitischen Schwierigkeiten aufzupacken, bei deren Erledigung wenig Lorbeeren einzuheimsen sind. Eine solche „Einlage“ ist möglich, wenn auch keineswegs notwendig. Denn auch eine solche „Einlage“ hat ihre Kehrseite: er zerstört das äußerliche Ansehen der „Stabilisierung“, welche ja die führenden Fraktionen der Bourgeoisie aus sehr durchsichtigen Prestigegründen sich zuschreiben.

Wir haben somit nach der Wahl Hindenburgs eine Situation in Deutschland, die noch komplizierter geworden ist. Auf der einen Seite hat diese Wahl die Stärke der monarchistischen Tendenzen gezeigt, auf der anderen die [398] Gefahr für die Drahtzieher dieser Tendenzen, welche darin besteht, mit der Realisierung der Fetischwünsche der Kleinbürger die Kleinbürger um Fetisch und Illusionen zu bringen. Auf der einen Seite hat die Wahl die ganze Brüchigkeit und innere Hohlheit des „Volksblocks“ gezeigt, auf der anderen die ganze Aushöhlung der Ideologie des „Reichsblocks“. Auf der einen Seite hat – worüber wir ausführlich sprechen müssen – die Wahl bestätigt, daß Hindenburgs Kandidatur eine englische Kandidatur ist, auf der anderen sofort gezeigt, daß „Politiker“, welche sich einbildeten, das imperialistische England werde ein Hindenburg-Deutschland (weil es ein englisches Deutschland ist) als „gleichberechtigten“ Verbündeten behandeln, ebensolche Idioten sind, wie jene unabhängigen „Politiker“, die 1918 und 1919 darauf vertrauten, daß Wilson ein Deutschland als gleichberechtigt behandeln werde, welches sein „Programm“ angenommen hätte.

^{*)} Die „Zeit“ ist inzwischen in der „Tägl. Rundschau“ aufgegangen.

Dergleichen Kannegießereien haben nichts mit Politik zu tun, die die Dinge so sieht, wie sie sind. Die Dinge so sehen, wie sie sind, kann man aber nur dann, wenn man hinter all den Redensarten die dahinterstehenden Klasseninteressen, das einzige Reale, aufspürt. Und zwar muß man das im Weltmaßstabe tun, da ein Herumstochern in eng begrenzten mitteleuropäischen (oder gar nur deutschen) Froschtümpeln lediglich eine bornierte Eselei sein kann. Wir müssen also die berühmte „Stabilisierung“ Deutschlands betrachten unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtig vorhandenen imperialistischen Kräfte, Gegensätze, Widersprüche, Tendenzen sowie unter Einkalkulierung aller Gegenkräfte, Gegenteiligkeiten, Gegengruppierungen. Von hier aus werden wir auf Deutschland zurückkommen und den Katzenjammer noch besser verstehen können als bisher, wo er mehr oder weniger als deutscher Katzenjammer betrachtet wurde.

2. Die weltpolitische Kehrseite des deutschen Katzenjammers.

Ein dummer „Politiker“ zeichnet sich dadurch aus, daß er den Schein für die Sache nimmt und bestehende Zusammenhänge, wenn sie nicht auf der Hand liegen nicht erkennt.

Es hieß, solchen dummen „Politikern“ gleichen, wollte man nicht auf das Sorgfältigste alle, wenn auch anscheinend auf den ersten Blick nicht mit unserer Frage zusammenhängenden Vorkommnisse der letzten Wochen prüfen.

Die wichtigsten von ihnen sind diese: in Frankreich ist die Herriot-Regierung über das Budget gestürzt, welches die Nachfolgeregierung Painlevé-Caillaux-Briand ebensowenig balancieren kann wie die Herriot-Regierung. Nichtsdestoweniger hat diese Regierung in Marokko einen Krieg begonnen, der sich viel weniger gegen die Rifkabylen als gegen England richtet. Aber als nicht unmitttelbarer Krieg gegen England (wenn auch England sofort Italien als seine Schachfigur hat in Reservestellung zu bringen für richtig befunden) wird er von der französischen Regierung ausgenutzt, um einen Druck in Europa und Kompensationen am Rhein zu erhalten, wo Englands unmittelbare Interessen auf ein Herausmanövrieren der Franzosen aus dem Ruhrgebiet und auf eine „Internationalisierung“ (wenn nicht friedliche Anglisierung) dieser Gebiete gerichtet sind. Einen Erfolg hat Frankreich schon jetzt (Mitte Mai) zu verzeichnen: Köln wird nicht geräumt und von der Räumung der Ruhr redet man nicht.

Das ist die erste Gruppe von Erscheinungen, die wohl zu beachten ist, und die sehr augenscheinlich zeigt, was von der europäischen „Stabilisierung“ zu halten ist.

Die zweite Gruppe von Erscheinungen betrifft das weitere Vordringen des amerikanischen Einflusses in Europa. Hier ist zu nennen: die Rückkehr Englands zur Goldwährung (Churchin-Budget), die nicht ein Siegs des englischen Pfunds, sondern eine überaus zweischneidige Sache ist, nämlich der Versuch, mit teuer bezahlten amerikanischen Anleihen das englische Pfund gegen den Dollar kampffähig zu machen. Diese Maßnahme wurde notwendig, weil die Dominions ohne jede Rücksicht auf das Mutterland zur Goldvaluta, d. h. praktisch zur Dollarwährung zurückzu-[399]kehren begannen (zuletzt Südafrika, vorher Kanada). Daß aber selbst die nur als Finanzlage betrachtete Finanzlage Englands ungünstig ist, zeigt das Churchill-Budget, welches neue Lasten auf die so wieso durch permanente Arbeitslosigkeit schwerbelastete Arbeiterschaft Englands wälzt, und zwar Zoll- wie Steuerlasten (Erhöhung bezw. Einführung der Versicherungsbeiträge).

Zweitens steuert der amerikanische Imperialismus auf Dawesierung Frankreichs. Amerika hat in die jüngste französische Krise nicht helfend eingegriffen, ist vielmehr an einer Inflation interessiert. Das amerikanische Finanzkapital hat überdies außerordentlich schnell die in Deutschland durch Hindenburgs Wahl entstandene Situation zu seinen Gunsten auszunutzen begonnen. Der amerikanische Imperialismus wird jetzt die deutschen Restaurationsbestrebungen als Druckmittel gegen Frankreich ausnutzen und hat die Möglichkeit, sowohl den französischen Degen gegen England, wie den deutschen gegen Sowjetrußland, aber auch gegen Frankreich, wenn das notwendig erscheinen würde, auszunutzen.

Deutschland ist somit gegenwärtig Kompensationsobjekt und Kampfplatz der drei stärksten imperialistischen Mächte geworden, und das in ganz anderem Maße als bisher.

Dementsprechend schickt Amerika als Botschafter nach Deutschland den schlaunen Intriganten und rücksichtslosen Kolonialunterdrücker Schurmann, der als Gegenspieler des bisherigen wirklichen Leiters der deutschen Politik, des englischen Botschafters d'Abernon, wirken soll. Schurmann war bisher Gesandter in Peking, wo er vollkommen Bankerott erlitt. Seine Politik war gegen die Sowjetunion gerichtet und wird in Berlin diese Linie fortführen. Nach seiner Abreise wurde seine Niederlage im Fernen Osten sozusagen offiziell bescheinigt, indem Gen. Karachan, der Botschafter der Sowjetunion, vom diplomatischen Korps zum Doyen, d. h. zum Obmann, ernannt wurde. Das zeigt wiederum die zweiseitige Situation der Imperialisten der Sowjetunion gegenüber: einerseits müssen sie die gewaltige Stärkung von Sowjetrußland anerkennen – man bedenke, daß Gen. Karachan jetzt Obmann eines diplomatischen Korps ist, dem Vertreter von Mächten angehören, durch welche Sowjetrußland nicht „anerkannt“ ist, in erster Linie die USA –, andererseits steigert sich gerade aus diesem Grunde die Feindschaft der Imperialisten gegen Sowjetrußland.

Amerikas Eindringen in Europa bedeutet so nicht nur Kapitaleexport, „Durchdringung“ und Steigerung der imperialistischen Konkurrenz (insbesondere der amerikanisch-englischen), sondern überdies die Steigerung der Kriegsgefahr, den Aufmarsch des Imperialismus und der Reaktion gegen den „Bolschewismus“, d. h. praktisch gegen die Sowjetunion und faktisch gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt und gegen die erwachenden Kolonialvölker von Asien und Afrika.

Das ist die zweite Seite der „Stabilisierung“.

Die dritte Erscheinungsgruppe ist durch die Balkanereignisse gekennzeichnet. Die Explosion in der Sofioter Kathedrale ist ein lauterer Warnungssignal noch als der Krakauer Aufstand des Spätherbstes 1923 und als der estnische Aufstandsversuch von 1924. Die auf dem Balkan herrschenden, jeweils von einer imperialistischen Großmacht abhängigen Henker- und Banditencliquen halten sich nur mit größter Mühe und nur dank dem tollsten Mordsystem, das sich denken läßt. Dieses System herrscht auf dem gesamten Balkan und von da weiter über Rumänien, Polen, Litauen, Estland, Lettland, bis Finnland. Das ist der Clemenceau-Lloyd George-Wilsonsche „Sanitätskordon“, der errichtet wurde, um das tugendhafte Europa gegen den bösen Bolschewismus zu schützen. Dieser Kordon kann jeden Moment zerreißen. Einmal, weil die Henker und Banditen, die in diesen Ländern Regierung spielen, durchwegs gegen die riesige Mehrheit der Bevölkerung herrschen, die nationalen Minderheiten brutal unterdrücken und ihren Banditismus möglicherweise bis an die Grenze des Ertragbaren herantreiben haben, dann aber auch, weil die großen imperialistischen Rivalen, welche diese schädlichen und schuftigen Regierungen bisher ausgehalten [400] haben, teils, wie Frankreich, sich diesen Luxus auf die Dauer nicht gestatten können, teils, wie England, dem wichtigeren Gegner (in diesem Falle Frankreich) die Vasallen abzujagen beginnen, teils, wie die USA, frisch „ins Geschäft kommen“, und zwar sowohl der Petroleumangelegenheiten wegen (Albanien, Rumänien, Polen), wie auch, um eigene Vasallen in Europa zu bekommen.

Hier haben wir somit eine dritte Seite der „Stabilisierung“.

Eine vierte ist der vollkommene Bankrott des „Sanierungs“-Experiments, das der famose „Völkerbund“ an Oesterreich verübt hat. Die Unverschämtheit der österreichischen Sozialdemokraten ist groß, wenn sie jetzt sich als Gegner der Bettelei beim „Völkerbund“ aufspielen: denn der Bankrott dieser Sanierungspolitik ist der Bankrott der sozialdemokratischen „Politik“.

Aber diese Angelegenheit hat viel wichtigere Seiten und Folgen. Oesterreich ist immerhin ein in Europa gelegenes Land mit einer riesigen, modernen Hauptstadt und mit gut entwickelter Industrie. Dieses Land kann man nicht verschwinden lassen. Also beginnt der Kampf der großen Räuber um seine Annexion. Das „gemeinsame“ Experiment hat zu nichts geführt. Jetzt kommt es darauf an, Oesterreich zur Kolonie einer der imperialistischen Großmächte zu machen.

Welcher? Natürlich sagt jede: meine Kolonie soll das sein. Und sofort tauchen die phantastischsten Pläne auf. Donauföderation, ein Gebilde der alten Habsburger-Staaten, andere Pläne, die aber alle nur eins bedeuten: den Beginn des Kampfes der Großmächte um diese Kolonie. Aber dieser Kampf, an welchem auch die Vereinigten Staaten nicht uninteressiert bleiben werden, betrifft nicht Oesterreich allein, sondern einen großen Teil Europas. Die französische Halbkolonie, welche Tschecho-

slowakei heißt, ist an der Sache ebenso interessiert wie die englische Satrapie, die Ungarn genannt wird. Italien ist an der Angelegenheit interessiert, Polen gleichfalls. Die Balkanstaaten, in erster Linie Jugoslawien, sind ebenfalls an der Angelegenheit interessiert, und eine „Lösung“ wird auf friedlichem Wege nicht zu erreichen sein.

Das ist die vierte Seite der europäischen „Stabilisierung“.

Die fünfte ist die deutsche „Stabilisierung“ selber. Jene Spaßmacher, welche die „deutsche“ Leistung dieses Kunststückchens rühmen, vergessen immer wieder, daß die „deutsche“ Reichsbank eine amerikanisch-englische Kolonialbank ist, die „deutsche“ Reichsmark eine von Morgans und Montagus (Direktor der Bank von England) Gnaden existierender und zirkulierender Papierzettel, und daß die Schönheiten des Dawes-Planes erst dann mit dem, nötigen Gefühl werden genossen werden können, wenn das Galgenfristmatorium vorbei ist, was anno 1926 der Fall sein wird.

Aber schon das Jahr 1925 zeigt eine erschreckende Stagnation der deutschen Wirtschaft, und kein Mensch (nicht einmal Herr Hilferding, der sonst alles vorher weiß – wenn es auch immer genau umgekehrt eintrifft), kann sagen, wie eigentlich die Zahlungen nach dem Dawes-Plan geleistet werden sollen, wenn die Sache erst richtig losgeht. Denn daß dieses Geschäft, das einfach ist, wenn sich die Arbeiterschaft widerstandslos ausquetschen läßt, gerade an diesem Widerstand einige garstige Hindernisse finden wird, das begreift jeder klügere bürgerliche Politiker. Gerade deshalb steuert das deutsche Finanzkapital seinen monarchistisch-reaktionären Kurs; aber die schnell ernüchternde Wirkung der Hindenburg-Wahl zeigt ihm, daß es diesen Widerstand vielleicht zu spüren bekommen wird, bevor überhaupt das richtige Quetschen begonnen hat. Das ist vielleicht der Hauptgrund der so auffälligen Wendung nach der Wahl Hindenburgs, das der Sinn der versöhnlichen, burgfriedlichen Schalmeien des begabten Stinnes-Agenten in der Presse, Paul Lenschs, das die Bedeutung der Hindenburgschen Sermonen über Friedfertigkeit, Republik, Volkssouveränität und Klassenversöhnung.

[401] Natürlich schwenken die unbezahlbaren Lakaien des Finanzkapitals, die sozialdemokratischen Führer, auf der Stelle um. Auch sie sind jetzt, nachdem sie bankrottiert haben, für Volksgemeinschaft. Sie begrüßen Hindenburg als ihren Mann. Sie wollen gemeinsam mit dem Finanzkapital und ohne Rivalitäten innerhalb des großen allumfassenden Blocks der „Volksgemeinschaft“ die Arbeiter erneut einlullen und rückenmarksschwach machen. Sie halten Klassenharmonie für möglich und sogar nötig – das ist ihre einzige „Theorie“ – und sie wollen jetzt mit den rechten Bankrotteuren einen Block der Bankrotteure von Westarp bis Crispien bilden in der Hoffnung, daß viele Bankrotteure beieinander noch etwas Hübsches müßten aus der Konkursmasse heraus schlagen können.

Ist es aber nicht eine hohle Floskel, von „Bankrotteuren“ zu reden, wo doch die deutsche Bourgeoisie unzweifelhaft einen großen Erfolg erzielt hat, der sich darin äußert, daß es in Deutschland keine unmittelbar revolutionäre Situation gibt?

Fragen wir, wie sie das erreicht haben. Sie haben das Proletariat nicht im unmittelbaren Kampfe niedergeschlagen, sie haben es vielmehr in jahrelangem Kleinkrieg in „stabilisierte“ Stellungen hineingedrängt. Aber das Proletariat in Deutschland ist trotz alledem vielleicht sehr schnell eine kompakte Masse, während die Bourgeoisie, trotz aller süßlichen Melodien, zerklüftet ist, und aus dieser Zerklüftung in ihren Angelegenheiten kaum herauskommen wird, da sie eine Folge der Dawes-Politik sind, diese aber sich noch lange nicht ausgewirkt hat.

Die Kleinbürgermassen sind momentan zu einem sehr großen Teil von den rechten bürgerlichen Parteien gewonnen; aber dieser Zustand wird kaum lange anhalten, da diese Parteien ihnen nichts bieten können außer leeren Versprechungen und Fetischen, von denen einer sehr bald seinen Glanz verlieren wird, da er aus dem Reiche der „Idee“ in das sichtbare Palais in der Wilhelmstraße gezogen ist.

International aber sagen sich die Arbeiter, und ein Narr ist der, welcher, wie es die traurigen deutschen Gewerkschaftsbonzen tun, glaubt, daß die deutsche Arbeiterschaft sich wird von der englisch-russischen Gewerkschaftseinheitsbewegung abkapseln lassen. Die Arbeiterdelegationen, die jetzt al-

lenthalben nach Sowjetrußland streben, zeigen, daß die blöden Praktiken der Leipart, Graßmann und Konsorten auf die Dauer nicht verfangen werden. Der Durchbruch wird dann, gerade weil er so lange, so blöde und so obstinat zurückgedämmt wurde, möglicherweise stürmische Wirkungen zeigen.

Dazu kommt, daß eine französische Inflation bestimmt nicht ohne Wirkung auf das deutsche Proletariat bleiben wird. Französische Inflation, das bedeutet Revolutionierung der französischen Arbeiter und Bauern, aber auch Schmutzkonkurrenz gegen deutschen und englischen Export, denen es sowieso nicht gut geht.

Also auch von dieser Seite sieht es windig aus mit der Stabilisierung, dem Burgfrieden und sonstigen rührenden Dingen, von denen viel geredet wird, an die man aber wenig glaubt, wenn man etwas Brägen unter der Schädeldecke besitzt.

Schließlich kommt aber noch die Möglichkeit eines neuen Krieges hinzu, in den Deutschland hineingezogen werden kann. Daß der kein „Stahlbad“ für den Kapitalismus, zumal für den deutschen, werden wird, kann man ohne viel Phantasie voraussagen. Wer sich eine Wiederholung der Burgfriedenspossen von 1914 in irgendeinem Lande verspricht, der wird in sehr fataler Weise bemerken, daß die inneren Widersprüche des ganzen kapitalistischen Systems und die Klassengegensätze sich auf einer sehr viel höheren Stufe reproduziert haben, und daß gar nicht viel dazu gehört, diese armselige „Stabilisierung“, eine Episode in einer Epoche, die mit Stabilisierung nicht das geringste zu tun hat, über den Haufen zu werfen.

Natürlich weiß niemand von uns, wann das geschehen wird; natürlich kann niemand von uns sagen, aus welchem Anlaß das geschehen wird.

[402] „Aber daß es geschehen wird, dafür bürgt uns, trotz aller Tugenden der Hilferdinge der ganzen Welt, die durch die Tatsachen unwiderleglich bestätigte Lehre von Marx und Lenin.

Das ist der heutige Hintergrund des „stabilisierten“ bürgerlichen deutschen Katzenjammers.

3. Die Parteien in Deutschland und die Klassengruppierungen.

Bürgerliche Zeitungsschreiber, die sich gern dabei sehr gescheit vorkommen, meinten nach der Hindenburg-Wahl, „eigentlich“ könne man in Deutschland den wunderbaren Zustand beibehalten, daß nur zwei Parteien auf der politischen Bühne agieren, eine „rechte“ und eine „linke“.

Die Leute, die das vorschlagen, kamen sich dabei wahrscheinlich sehr „europäisch“ vor und schielten nach dem hehren Vorbild, England und Amerika. Sie haben nur leider einige „Kleinigkeiten“ übersehen.

Erstens nämlich, daß auch in England das alte klassische Zweiparteiensystem in die Brüche gegangen ist, daß dort neben Konservativen und Labour Party immerhin noch eine Liberale Partei existiert, die wiederum in zwei Teile zerfällt, daß die Labour Party zerfällt, daß sich neben der Independent our Party noch besondere Untergruppen bilden, wie die Lansbury-Gruppe, daß die Kommunistische Partei, so klein sie zahlenmäßig noch sein mag, immerhin schon die Minderheitsbewegung der Gewerkschaften beeinflußt, kurzum, daß mit dem Wanken der Fundamente der monopolistischen Herrschaftsstellung des englischen Imperialismus in England eine rapide Klassendifferenzierung eingesetzt hat, welche sich auch schon in Bildung neuer Parteien äußert (auch die Konservative Partei ist keineswegs einheitlich). Das ist das eine.

Zweitens übersehen unsere Schwärmer für das Zweiparteiensystem, daß immerhin, so ferne sie sie „ignorieren“ wollen, in Deutschland, wie schließlich überall, eine Kommunistische Partei existiert, die vor allen übrigen den riesigen und auf die Dauer („letzten Endes“) entscheidenden Vorteil hat, eine reine Klassenpartei zu sein und noch dazu die Partei der einzigen fortschrittlichen, zukunftsreichen Klasse.

Drittens übersehen unsere Schwärmer für zwei Parteien, daß es etwas schwer fallen dürfte, zu sagen, wohin eigentlich eine solche Partei wie das Zentrum gehört, ob zu der „rechten“ oder zu der „linken“ großen Partei. Das Zentrum ist Teilhaber der offen rechten Reichsregierung und war

Mitglied des angeblich „linken“ Volksblocks. Ebenso schwierig wäre es, zu sagen, was mit der „Volkspartei“ los ist. Sie ist Mitglied des offen rechten Blocks, aber zugleich in Sachsen und Hamburg Mitglied einer angeblich überwiegend „linken“ großen Koalitionsregierung. Die Redensart von den „Mittelparteien“ hilft aus diesen Schwierigkeiten nicht heraus, denn wenn man schon „Volkspartei“, Zentrum und Demokraten zur Abwechslung Mittelparteien nennt, so wird dort die SPD darauf bestehen, eine „Linkspartei“ zu heißen, während die „Volkspartei“ sich – wenigstens bis vor wenigen Tagen – stolz eine „Rechtspartei“ hieß; angeblich klafft zwischen „Rechts und Links“ ein unüberbrückbarer Abgrund – und nichtsdestoweniger vertragen sie sich ausgezeichnet in einer Koalition.

Die ganze „Schwierigkeit“ kommt daher, daß jene Schwärmer, von denen oben die Rede war, als echte bürgerliche Politikanten die Parteien für etwas sozusagen über den Klassen Schwebendes ansehen, als Gebilde, die eigentlich lediglich aus den höchst ehrenwerten Herren Abgeordneten bestehen, die miteinander parlamentarische Geschäfte machen.

Das ist nicht nur eine oberflächliche, das ist eine blödsinnige Betrachtungsweise.

Nehmen wir das Zentrum. Selbst ein oberflächlicher Beobachter weiß, daß im Zentrum weder Herr Wirth mit den treuherzigen blauen Augen, noch Herr Marx mit den treuherzig salbungsvollen Plattheiten zu bestimmen haben oder irgend etwas gelten, und daß die komische Spießbürgergesellschaft, angefangen mit dem tränenseligen Fehrenbach, über Frau Teusch [403] bis zum kleinsten Kaplan, der einen „Zentrumspolitiker“ spielen darf, nichts anderes vorstellt, als Marionetten von Leuten, die sich ruhig im Hintergrund halten, weil sie wissen, daß ihre gut oder schlecht bezahlten Angestellten ausführen, was ihnen befohlen ist. Diese Leute im Hintergrund sind die Konzernmagnaten in Westdeutschland und die adligen Feudalherren in Ostdeutschland. Das sind die Herren des Zentrums. Aber ihre Interessen sind gar nicht die gleichen. Sie sind sich vollkommen einig darin, daß man Arbeiter und Kleinbürger verdummen und niederhalten muß, um sie besser ausbeuten zu können. Das tun sie mit Hilfe der hohen wie der niederen Klerisei (aber mit der hohen müssen sie sich wiederum in die Macht teilen) und mit Hilfe „radikaler“ Redensarten (à la Wirth und Imbusch), mit Hilfe salbungsvoller Traktätchenredner (à la Marx oder Fehrenbach) und mit Hilfe faschistischer Gewerkschaftsbeamter (à la Stegerwald). Diese „Vielseitigkeit“ ist nicht nur die Stärke, sondern zugleich die Schwäche des Zentrums. Es ist eine Partei des Finanzkapitals für Arbeiter und Kleinbürger, welche die katholische Kirche für ihre Zwecke ausnützt. Aber bei Verschärfung der Klassengegensätze wird sie auseinanderplatzen, da die Klasseninteressen der allerkatholischsten Arbeiter sich dann ganz offensichtlich nicht werden mit denen des Fürsten Löwenstein oder des Scharfmachers Thyssen „vereinbaren“ lassen. Und so geht es jeder der bürgerlichen Parteien, selbst der klassischen Partei der Bourgeoisie, der Volkspartei, die zwar lediglich die Interessen der Schwerindustrie, des Finanzkapitals und seiner spezifisch deutschen Form der Nachrevolutionszeit, vertritt, aber doch auf Kleinbürger, insbesondere aus akademischen und Beamtenkreisen, gewisse Rücksichten nehmen muß. Noch viel größer sind die inneren Widersprüche einer Partei wie der Deutschnationalen, die eine Partei der Schwerindustrie und des ostelbischen Großgrundbesitzes, für die Kleinbürger, Bauern und für gewisse, von der „niederträchtigen Politik“ der Sozialdemokratie enttäuschte und von dem gar zu blöden Hitler-Gräfe-Faschismus abgefallenen Arbeiterschichten. Diese Partei hat nicht die geringste Aussicht, bei Zuspitzung der Klassengegensätze ganz zu bleiben. Selbst die Krautjunker werden sich dann wahrscheinlich mit den Schwerindustriellen verkrachen, und diese Partei der allerprimitivsten und plumpsten Reaktion wird unvermeidlich mit ihren kleinbürgerlichen Anhängern in unversöhnlichen Gegensatz geraten.

Am allerschlechtesten sind, geschichtlich gesprochen, die Aussichten der ihrem Wesen nach widerspruchsvollsten Partei, der Arbeiterpartei der Bourgeoisie, der bürgerlichen Partei für das Proletariat, der SPD. Mögen sie sich blähen, wie sie wollen ob ihrer „Siege“ – sie haben übrigens gerade nach ihren letzten „Leistungen“ nicht einmal Anlaß zum Reden über einen parlamentarischen Sieg –, sie sind zum Untergang verurteilt. Denn das Proletariat, mag es vorübergehend noch so demoralisiert sein – was augenblicklich lange nicht in dem Maße der Fall, wie es Pessimisten sich einbilden –, ist vermöge seiner Stellung in der Produktion gezwungen, die fortschrittliche revolutionäre Klas-

se gegenüber der Bourgeoisie zu sein, und es wird seine geschichtliche Rolle desto besser erfüllen, je besser die einzige proletarische Partei, die Kommunistische, es verstehen wird, sie ihm klarzumachen. Da aber bürgerliche Grundsätze mit proletarischen Klasseninteressen unvereinbar sind, so wird die bürgerliche Arbeiterpartei unweigerlich das Ende nehmen, welches ihre Schwesterpartei in Rußland genommen hat.

Was schließlich die Demokratische Partei betrifft, so vertritt sie die Interessen bestimmter Industrien und des Handelskapitals und wendet sich an Kleinbürger mit längst sinnlos gewordenen und durch die Tatsachen und Taten aller „linken“ Parteien als leere Heuchelei erwiesenen „liberalen“, Phrasen.

Die beiden letzten Zentralaussschüsse unserer Partei haben die Parteien in Deutschland genügend charakterisiert und insbesondere, was sehr nötig war, gezeigt, daß die führenden Parteien der beiden „Blocks“ durchaus nicht diejenigen sind, welche sie zu sein scheinen oder zeitweilig [404] formal sind, sondern auf beiden Seiten die zahlenmäßig schwächsten Parteien, nämlich Volkspartei und Demokraten, welche letztere als „Partei“ eigentlich nur aus der Tante Voß, dem Mosse-Tageblatt, der Frankfurterin und den ebenso überflüssigen wie unbedeutenden Gestalten der Koch, Erkelenz, Bäumer und Konsorten bestehen. Aber hinter diesen komischen Figuren stehen verarbeitende Industrien, Banken und Handelshäuser, und das muß man sehen, um etwas zu verstehen, was manche Genossen nicht verstehen wollen.

Was ist der Unterschied zwischen den beiden „Blocks“? Zu sagen: keiner – wäre falsch und oberflächlich.

Natürlich wäre derjenige auf dem Holzweg, der die famosen deutschen „Demokraten“ sich als Leute mit Ueberzeugungen vorstellen würde. Solchen Luxus kennt ein „demokratischer“ Spießbürger nicht. Wenn man die Reden und Artikel vieler aus dieser Gesellschaft nach der Wahl Hindenburgs liest, kann man leicht auf Atta Trolls Charakterisierung verfallen.

„Was den Hund betrifft, so ist er freilich ein serviler Köter, weil Jahrtausende hindurch ihn der Mensch wie'n Hund behandelt.“

Gerade so verfahren jetzt die „Rechten“ mit den „Demokraten“, wenn sie die servilen Köter, die plötzlich Lobeshymnen auf Hindenburg anstimmen, nachdem sie noch vor wenigen Tagen erklärten, es sei das größte Unglück, wenn er gewählt würde, trotzdem ins „gerechte Animalreich“ aufnehmen wollen.

Aber hieraus den Schluß ziehen, daß also (die servilen Köter kommen schweifwedelnd gelaufen, die Rechten möchten sie aufnehmen) keinerlei Unterschied besteht zwischen den Schwarzweißbroten und den Schwarzrotgoldenen, das bedeutet zwei Fehler zu machen.

Der eine besteht darin, daß man eine allgemein richtige Charakteristik auch im engen, speziellen Maßstab als richtig annimmt, daß man etwas, was im großen geschichtlichen Maßstab richtig und unzweifelhaft ist, grob auch auf den Spezialfall anwendet. Das bedeutet: daß man den unbedingt richtigen Satz, daß dem Proletariat und der Revolution gegenüber die Bourgeoisie bzw. ihre Parteien eine reaktionäre Masse bilden, falsch anwendet, indem man die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie, innerhalb der Schichten der Bourgeoisie, innerhalb der nichtproletarischen Klassen als „nichtexistierend“ betrachtet (in dem zuletzt genannten Falle ist das ein besonders grober und gefährlicher Fehler). Wenn man aus der historisch, für die ganze Epoche richtigen Erkenntnis von der „einen reaktionären Masse“ der bürgerlichen Parteien gegenüber der Revolution aber den „taktischen Schluß“ zieht, daß deshalb („also“) die Kommunisten „stolz“ die Fraktions- und Parteidifferenzen und Kämpfe der Bourgeoisie ignorieren könnten, so hat das mit Marxismus und Leninismus nichts zu tun. Das ist lediglich Stumpfsinn, mag sich eine solche Auffassung noch so „radikal“ oder „marxistisch“ drapieren.

Der zweite Fehler besteht darin, daß derjenige, welcher glaubt, daß all die Parteien außerhalb der KPD keinerlei als künstliche Differenzen besitzen, sich eigentlich auf den „theoretischen“ Boden Hindenburgs, der Burgfriedensapostel, stellt.

Wer nämlich so urteilt, der sieht in den Parteien nur die Herren Parlamentarier Soundso, die sich freilich jederzeit zusammenfinden können, der sieht aber nicht die Klasseninteressen, vor denen die Parteien nur die Kulisse sind, kurz, der nimmt den Schein für die Sache.

Es ist richtig: Herr Hermann Müller kann sehr wohl mit Herrn Fehrenbach und Herrn Hergt in einer Koalition sitzen und einen „Block“ bilden, wie das von 1914 bis 1918, mindestens aber bis 1917 tatsächlich der Fall war.

[405] Aber was Herr Müller kann, das können nicht die Proletarier, die dem Müller nachfolgen, weil wir noch nicht verstanden haben, ihnen zu beweisen, daß der Müller nicht besser, sondern schlechter ist als der Hergt, weil er vorgibt, ein Arbeiterführer zu sein, während er ein Agent des Kapitals ist. Was Fehrenbach kann, das kann nicht der katholische Arbeiter, der in zugespitzter Situation von den Abendmahlshostien nicht satt wird, auch wenn er dreimal wöchentlich beichten geht. Was Hergt kann, das kann nicht der ostpreußische Bauer, dem Fiskus und Wucherer Kuh und Schwein pfänden und den der Parteigenosse des Herrn Hergt von seiner Pachtstelle jagen wird, wenn er mit den Zahlungen in Rückstand bleibt.

Und weiter. Mag das Originalgenie Hellpach mit dem Genieoriginal Gerhart Hauptmann um die Wette Lobeshymnen auf den früheren Monarchisten Hindenburg dichten, der jetzt ein Republikaner geworden ist. Der Eisenindustrielle, dem Monarchismus wie die Republik vollkommen gleichgültig sind, und Herr Urbig von der Diskonto-Gesellschaft, welche die verarbeitende Industrie finanziert, ist an einer anderen Politik interessiert als sie Herr Luther macht, der von Stinnes und Krupp abhängt. Sie wollen zwar beide oder alle drei oder alle sieben „erfüllen“, aber Urbig und Siemens und die AEG wollen anders erfüllen, als Stinnes und Hugenberg und Krupp, und da die großen Schlotbarone die kleineren zu zerdrücken drohen und vorhaben, so wehren sich diese – jämmerlich, soweit es sich um Politik handelt, aber doch deutlich –, und daher ist ihr „Volksblock“ doch verschieden von dem Rechtsblock: es klafft ein wirklicher Riß in der Bourgeoisie. Kein Riß bis in die Grundfesten. Ein solcher Riß fehlt auch – und das ist zu einem großen Teil unsere Schuld – zwischen den einzelnen Kleinbürgerschichten und der Bourgeoisie; der Riß zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist momentan auch nicht tief genug – er ist künstlich verkleistert, und das ist die „Leistung“ der SPD –, aber wir wissen doch, daß alle diese Risse nur zeitweilig klein sind; daß es eine süßliche, dumme Utopie ist, zu glauben, sie würden sich schließen, daß es also unsere Aufgabe ist, sie zu sehen, auszunutzen zu verstehen. Verbündete zu gewinnen aus anderen Klassen, unsere Leute zu schicken in andere Klassen, kurz, daß es das Gegenteil ist von bolschewistischer Politik, wenn man all das unterläßt und dafür „stolz“ die Formel plärrt, daß „eigentlich“ zwischen den beiden „Block“ kein Unterschied bestehe.

Ja, „eigentlich“, d. h. im Maßstab der Epoche, besteht fast kein Unterschied.

Aber „uneigentlich“, d. h. im Maßstab der gegenwärtigen Episode der „Stabilisierung“, besteht ein Unterschied.

Dazu kommt, daß – ob „eigentlich“, ob „uneigentlich“, sagt das, Genossen, die ihr so schön „analysiert“ – Dutzende von Millionen in Deutschland solche Unterschiede sehr ernst nehmen. Mithin besteht (eigentlich) die unmittelbare Aufgabe: die Mehrheit des Proletariats und die möglichst breiten Schichten der städtischen und ländlichen Kleinbürger aus den beiden bürgerlichen Blocks zu gewinnen und in die Klassenfront des Proletariats einzureihen. Weil wir – „eigentlich“ und „uneigentlich“ – wissen, daß nur so ein Ausweg aus der schauderhaftesten Verelendung gefunden werden kann.

Das ist die Aufgabe, im allgemeinen gestellt.

Soweit aber gibt es keinen Widerspruch: auch diejenigen Genossen, welche „eigentlich“ Politik nur im epochalen Maßstabe treiben (und daher überhaupt keine Politik, sondern nur Kannegießereien treiben), pflegen zu sagen, daß sie diese Aufgabe erkennen. Aber das ist reinster Unsinn. Denn es ist keine Tugend, zu „verstehen“, daß man zum Reiten ein Pferd, und für Massenbewegungen Massen braucht. Das versteht jeder Esel. Was man verstehen muß, das ist: **in jedem Augenblick**

auf Grund einer richtigen [406] Analyse der Situation die dieser Situation entsprechenden taktischen Mittel zur Durchführung seines politischen Planes erkennen und anwenden können.

Wer also die Situation falsch einschätzt, der kann auch keine richtige Politik machen, und „eigentlich“ sind damit alle diejenigen gerichtet, welche entweder keine monarchistische Gefahr in Deutschland sehen oder die monarchistischen Tendenzen für eine dynastische Angelegenheit halten, d. h. die Wurzel dieser Tendenzen nicht begreifen oder aber den Monarchismus für schon real in geformter Gestalt existierend erklären, weil Hindenburg gewählt ist, oder einen Unterschied zwischen Republik und Monarchie (im allgemeinen) und in Deutschland insbesondere für unwesentlich erklären oder sich einbilden, „die Republik verteidigen“ hieße: Noske verteidigen (wobei sie alles in der Welt starr, statisch nicht dynamisch, nicht in Bewegung, unter Kräfteveränderungen auffassen) oder aber erklären, die beiden „Blocks“ der Bourgeoisie seien vollkommen gleich, weil das Zentrum – was richtig ist – eine Partei der Schwerindustrie ist, und Hellpachs Reden auch von Hoetzsch gehalten werden könnten. Alles das ist Kannegießerei und dürfte „eigentlich“ in einer reifen Kommunistischen Partei nicht mehr vorkommen. Da aber die Partei noch mit allerlei derartigen Schnurren traktiert worden ist, wozu noch erbauliche Betrachtungen über taktisch zulässige Dinge geführt wurden, die ihrem hehren Gedankenfluge nach tatsächlich besser in den Kindergarten gepaßt hätten, so sei nochmals über einige derartige Fragen einiges gesagt, in der Hoffnung, daß derlei elementare und selbstverständliche Dinge von der Partei endlich voll begriffen werden, damit sie ihre Zeit für bessere und nützlichere Fragen verwenden kann.

4. Ueber Kompromisse, Angebote, Reformen, Manöver und kommunistische Tugenden.

In dieser verwickelten Situation, unter diesen durcheinander geratenen Klassenverhältnissen, bei diesen bestimmten gegebenen Partei- und Blockkombinationen haben wir zu arbeiten. Man darf wohlgemerkt eins nicht aus dem Auge verlieren: daß der Dawes-Plan und die aus ihm stammenden, schon so oft genannten Folgen die Grundtatsachen der ganzen Periode darstellen. Zweitens darf man niemals aus dem Auge verlieren, daß die Kommunistische Partei allein im internationalen wie im eng nationalen Maßstabe klare Perspektiven und klare Grundsätze besitzt. Das alles zusammen bestimmt unser Handeln im allgemeinen. Aber das muß in jedem Augenblick den Ereignissen entsprechen, die oft unerwartet, eigenartig, schroff wechselnd eintreten, spezialisiert und konkretisiert werden. Darin zeigt sich die taktische Reife und die taktische Fähigkeit einer Partei. Es ist zwar der große Vorteil der Kommunistischen Partei vor allen anderen, daß sie im allgemeinen sich klar ist über Richtung und Aussichten der ganzen Entwicklung der durchlebten Periode, aber das ist viel zu wenig; damit können sich nur „sehr tugendhafte“ Kommunisten begnügen, welche die Vorstellungen der Spontaneitätstheorie noch nicht überwunden haben. Die Partei muß über das Allgemeine hinaus Schritt für Schritt, Ort für Ort, Tag für Tag, Ereignis für Ereignis nicht nur richtig reagieren, sondern bestimmend und handelnd eingzugreifen suchen. Würde die Partei die Vorstellung haben, daß gewisse Entwicklungen „unabwendbar“ sind, z. B. das Nachlaufen großer Massen hinter dem „Volksblock“ her, so würde sie sich selbst sozusagen marinieren, bis zu der Zeit, wo aus irgendeinem Grunde sich die jetzt dem Volksblock nachlaufenden Massen darauf besinnen würden, daß es höchst tugendhafte Kommunisten gibt. Eine solche „buddhistische“ „Weisheit“ (die KAPD praktiziert sie seit 1920!) hat nicht das geringste mit kommunistischer Politik zu tun. Gewiß kann es Zeiten geben, wo die konsequenten Marxisten nur ein kleines Häuflein bilden: so war es im imperialistischen Kriege 1914 bis 1918. Aber das war deshalb, weil es keine Kommunistische Partei gab, die heutige Periode und insbesondere unsere Stabilisierungsperiode hat nicht die geringste Aehnlichkeit mit jener Zeit; es heißt deshalb nur, sich selbst blauen Dunst vormachen, wenn man solche „Vergleiche“ heranzieht. Die Kommunistische Partei ist keine kleine Gruppe von Propagandisten, sondern eine starke proletarische Massenpartei. Das ist kein bloßer Quantitätsunterschied (zahlenmäßiger Unterschied), sondern ein sehr wesentlicher Qualitätsunterschied (Unterschied dem Wesen nach). Die Arbeiter erwarten von uns in jedem Augenblick klare Antworten auf alle Fragen, und nicht nur die Arbeiter. Jedes Versagen rächt sich sofort, und nicht nur am Einfluß der Partei, sondern an der Lage (materiellen, ideologischen Verfassung usw.) des Proletariats, des-

sen einzige Partei unsere Partei ist. Daher ist die Partei verpflichtet, jeden Augenblick den Werktätigen und ausgebeuteten Massen klar, verständlich, den Schichten, zu denen man gerade redet, entsprechend ausgedrückt, dabei marxistisch einwandfrei, vom Klassenstandpunkt des Proletariats als der allein konsequent fortschrittlichen Klasse der Gesellschaft zu sagen, was ist, und zu sagen, wie zu handeln ist. Das ist die eine Grundaufgabe, die für jede Zeit, und insbesondere für unsere komplizierte Episode der „Stabilisierung“, gestellt ist.

Eine weitere ist spezieller. Früher wurde gesagt, daß selbst ein Esel weiß, zum Reiten gehöre ein Pferd, und zu Massenbewegungen Massen. Das ist im allgemeinen richtig. Jedoch können wir uns mit solchen „Eselsweisheiten“ nicht begnügen. Wir sollten beispielsweise wissen, daß manchmal zum Reiten ein anderes Tier genommen werden muß als ein Pferd. In den Tibetischen Gebirgen beispielsweise muß man auf Yaks oder Grunzochsen reiten, weil die Pferde die dortige kalte Temperatur nicht vertragen. Wenn ein Reisender einen Plan aufstellt, der im allgemeinen durchaus richtig ist, aber diese „Kleinigkeit“ nicht beachtet, wird er, trotz seines im allgemeinen richtigen Planes, elend zugrunde gehen. Man muß aber auch wissen, daß, wenn auch im allgemeinen zum Reiten ein Pferd gehört, manchmal unterwegs es notwendig wird, abzustiegen oder aber eine Strecke auf dem Floß zurückzulegen oder aber ins Gebirge mit Eispickel und Bergschuhen zu steigen, während die Pferde zurückgeschickt werden oder am Fuße warten müssen, bis der Reisende vom Gebirge zurückgekehrt ist, wo er nicht zum Vergnügen umhergeklettert ist, sondern etwa, um Uebersicht über die ihm unbekannt Gegend zu gewinnen oder um Bergziegen als Proviant zu schießen, d. h. wo der Umweg, das „Manöver“, sich notwendig gemacht hat durch besondere Umstände, die man bei der Aufstellung des Planes im allgemeinen also, als man den Reiseweg im großen und ganzen abmaß und bestimmte, unmöglich voraussehen konnte, und die voraussehen zu wollen lächerliche, spießbürgerliche Pedanterie ist. Das ist das eine, und aus der Sprache des Gleichnisses in die der Politik zurückübersetzt, heißt das, daß es lächerlich wäre, keine taktischen Wendungen (auch sehr schroffe), Manöver, Kompromisse (das Reiten auf einem Yak oder das Nebenhertrotten ist beispielsweise ein „Kompromiß“) anzuerkennen, weil sie angeblich mit der allgemeinen Linie nicht im Einklang stünden. Ein solcher Einwand zeigt nur, daß die, welche ihn machen, nur sehr schwach sind in der allgemeinen Linie, sie aus den Augen zu verlieren fürchten, den Wald vor Bäumen nicht sehen, sich nicht orientieren können, kurz, einem Reisenden gleichen, der nur geradeaus reisen kann und ängstlich, verwirrt, kindisch wird, wenn ein Berg, ein Fluß, ein Sumpf oder irgendein Ereignis seine „gerade“ Bahn „stören“. Aber in der Politik ist die gerade Bahn noch viel seltener und unwahrscheinlicher als beim Reisen, das ein Kinderspiel ist gegen die Aufgaben, die der Kommunistischen Partei gestellt sind. Wer das nicht begreift, sollte das fröhliche Kinderspiel des Kreiselpeitschens üben, nicht aber sich für einen leninistischen Politiker halten.

Ebenso steht es mit dem Begriff der Massen bei Massenbewegungen. Man braucht ganz andere (quantitativ und qualitativ) Massen, um den [408] Achtstundentag zu sichern, als, sagen wir beispielsweise, um „Frankreich siegreich zu schlagen“. Man braucht wiederum andere Massen, um einen imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland zu verhindern, als, sagen wir, um einen besseren Lohn im Bergbau durchzusetzen.

Deshalb muß die Partei in jedem Moment wissen, welche Massen und wie sie sie zu dem gegebenen Ziel gewinnen und führen kann. Aber das wird, ohne jede Verbeugung vor der Spontaneität nur dann möglich sein, wenn die Partei über die Fragen, welche diese und jene Klasse, Schicht, Gruppe, Masse bewegen, über den psychologischen Zustand dieser Klassen, Schichten, Gruppen, Massen vollkommen im Klaren ist und, ohne auf das ideologische Niveau der im Verhältnis zur Vorhut des Proletariats, selbstverständlich zurückgebliebenen Massen, herabzusinken, vielmehr versteht, richtig an ihren psychologischen Zustand anzuknüpfen, um ihr ideologisches Niveau zu heben und um sie von den Illusionen, die sie besitzen, zu befreien.

Diese allgemeine Anweisung kann leider nicht spezialisiert werden. Gäbe es die Möglichkeit, eine Art Katalog, so wie es in der Botanik Kataloge für Pflanzen gibt, anzufertigen mit dem Verzeichnis der möglichen, notwendigen, zuverlässigen Kompromisse, Manöver und taktischen Wendungen, dann wäre Politik eine sehr einfache Sache. Aber sich so etwas vorzustellen, wäre lächerliche Pedanterie.

Nun werden viele, welche Einwendungen gegen die von der Partei in letzter Zeit gemachten taktischen Wendungen vorgebracht haben, erklären, sie seien mit allem bisher Gesagten durchaus einverstanden, aber das sei nicht die geringste Garantie dafür, daß nicht trotzdem die letzten Manöver der Partei falsch, opportunistisch, gefährlich seien. Das ist kein formaler Einwand. Natürlich könnte die Partei, trotz vollkommener Einsicht in die erwähnten allgemeinen Sätze bei der konkreten Anwendung Fehler machen.

Sehen wir uns deshalb die konkreten Einwände an, welche gemacht werden, und beschränken wir uns dabei auf den klarsten und bisher wichtigsten Fall, das Angebot der kommunistischen Fraktion im preußischen Landtag.

Dieses Kompromißangebot war dieses: da in diesem Landtag weder die „linke“ Weimarer Koalition noch die rechten Parteien eine Mehrheit besitzen, da wir Kommunisten das Zünglein an der Wage bilden, da die „linken“ Parteien des „Volksblocks“ ein gar gewaltiges Geschrei über monarchistische Gefahr und Schutz der Republik gemacht und damit breite Massen eingefangen haben, da wir Kommunisten durchaus eine Republik der Monarchie vorziehen, aber gleichzeitig wissen, daß die „republikanischen“ Parteien absolut nichts gegen die vorhandene, aber von ihnen nicht ernst genommene monarchistische Gefahr tun werden, noch können, da wir dies vor den breiten Massen beweisen wollen, die wir gewinnen wollen und müssen, um die Restaurationsgefahr abzuwenden, so bieten wir den „linken“ Parteien ein Kompromiß an; wir werden nicht gegen ihre Regierung stimmen, sondern sie durch Stimmenthaltung dulden, vorausgesetzt, daß sie einige selbstverständliche republikanische Mindestforderungen durchführt.

Das war unser Angebot.

Nun ist zweierlei möglich. Entweder diese „linken“ Parteien lehnen das Angebot ab – was sie natürlich getan haben –, dann werden wir diese Tatsache dazu ausnutzen, die Anhänger dieses „Blocks“ über seine wahre Natur aufzuklären. Diese Tatsache gibt eine glänzende Diskussions- und Propaganda-Grundlage. Wir haben mit den breitesten Massen eine gemeinsame Plattform: Schutz der Republik gegen die monarchistische Restauration. Wir zeigen, wie die Republik, die sie meinen, eine andere ist, als die, welche ihre Vertrauensmänner meinen, die nicht einmal die selbstverständlichsten republikanischen Forderungen ernst nehmen. Wir zeigen, was Parlament, was Parlamentsmehrheiten, parlamentarische [409] „Blocks“ „wert“ sind, und wie nur Klassenblocks realen Wert haben. Wir zeigen, daß die Ausreden über „objektive Schwierigkeiten“ beweisen, wie lächerlich der ganze „Volksblock“ ist, der nicht einmal die trivialsten Mindestforderungen lebendig machen kann und vorgibt, ein Wall gegen die monarchistische Restauration zu sein.

Man sollte annehmen, daß alles das sehr nützlich und, durchaus notwendig ist, und daß daher solche Manöver, die zur Entlarvung der Gegner gemacht werden, und zur Gewinnung ihrer Anhänger für uns nur gutgeheißen werden können.

Aber da kommen ganz besonders „tugendhafte Genossen und sagen: „Ja, aber was wäre gewesen, wenn die Weimarer Parteien das Angebot angenommen hätten?“ Dann würden wir ja, Gott behüte uns davor, Koalitionspolitik treiben und reinste Opportunisten sein, und Scheuel und Greuel den Gerechten und nicht anders, denn die Sozialdemokraten.“

Dieser oft unter „tiefsinniger“ Sauce und mit zahlreichen Berufungen, sogar auf Lenin, vorgebrachte „Einwand“, der noch verschönert wird durch Phrasen, wie die, daß das „reinste Parlamentarismus, aber keine Massenbewegung“ sei, ist unglaublich kindisch, oberflächlich und in sich widerspruchsvoll.

Opportunismus nämlich ist: das Aufgeben der Klassengrundsätze und der proletarischen Gesamtinteressen für den zeitweiligen Gewinn von kleinen Vorteilen für kleine Schichten; im Grunde also Verrat proletarischer Interessen und Grundsätze zum Nutzen der Bourgeoisie (welche gewinnt, wenn sie kleine Schichten des Proletariats und der Klein-Bourgeoisie besticht auf Kosten und gegen die breiten Massen der Ausgebeuteten).

Koalitionspolitik ist: das Regieren mit Parteien der Bourgeoisie (also mit der Bourgeoisie) gegen das Proletariat und die anderen ausgebeuteten Klassen unter dem Vorwand, daß die „Kräfteverhältnisse“ keine Klassenpolitik gestatten, daß man „für die Gesamtheit“ (lies: für die Gesamtheit der herrschenden Klassen) die „Verantwortung“ tragen müsse und deshalb die Interessen der Arbeiterklasse, leider, leider, etwas in den Hintergrund schieben müsse.

Jetzt antworte man: würde die Annahme der von uns aufgestellten Mindestforderungen nur einer kleinen, bevorzugten Schicht zugute kommen oder den breitesten Massen? Offensichtlich das lebte. Liegen diese Forderungen außerhalb der Richtung unserer allgemeinen Linie? Offensichtlich nicht (das Gegenteil könnte nur der behaupten, welcher die Frage, ob Monarchie, ob Republik, für „unwesentlich“ erklärt). Würde bei Durchführung dieser Minimalforderungen nicht das Kräfteverhältnis in der Republik wesentlich verändert werden? Offensichtlich. Ist anzunehmen, daß irgendwelche Teile der Bourgeoisie (der eigentlichen Bourgeoisie, nicht des Kleinbürgertums) ohne weiteres auf solche Forderungen eingehen würden? Offensichtlich nicht, gerade weil die bürgerlichen Politiker sehr gut verstehen, daß sich das Kräfteverhältnis ändert, wenn diese selbstverständlichen Maßnahmen durchgeführt werden, d. h. weil sie unter Republik etwas ganz anderes verstehen als ihre Anhänger. Würden diese bürgerlichen Politiker also ohne Massendruck eingehen auf ein solches Kompromiß? Offensichtlich nicht. Und wenn sie darauf eingingen, könnte man dann unsere parlamentarische Duldung oder „Unterstützung“ einer solchen „linken“ Regierung – die ohne Massenbewegung, welche die bürgerlichen Fraktionen zu diesem Kompromiß zwingt, kaum denkbar ist –, „Koalitionspolitik“ genannt werden können? Offensichtlich nicht, denn eine solche Regierung würde erstens gegen ihren eigenen Willen die Maßnahmen, schlecht natürlich, durchführen, die ihre „Anhänger“ erzwingen, und überdies natürlich ihre eigenen Anhänger betrügen und verraten. (Wer dieses letzte nicht versteht, der ist wirklich ein Sozialdemokrat, denn [410] er glaubt an die Möglichkeit von Maßnahmen gegen die Bourgeoisie, durchgeführt von einer Regierung der Bourgeoisie.)

Mithin ist der „Einwand“ vollkommen nichtig. Es ist keine Spur von „Opportunismus“ und „Koalitionspolitik“ bei unserem Kompromißangebot gewesen, vielmehr war es eine richtige Maßnahme gerade im Hinblick auf die Massen. Es wäre ferner kein „Unglück“ gewesen, wenn das Angebot angenommen worden wäre, vielmehr lediglich der Beweis dafür, daß der Massendruck schon so stark ist, daß er sogar Fraktionen der Bourgeoisie zu Maßnahmen zwingt, die sie gewiß nicht wollen; eine solche Situation herbeizuführen, ist eine sehr konkrete Aufgabe der Partei.

Und das gilt im Großen wie im Kleinen. Es ist klar, daß solche „Angebote“ kein Allerweltsrezept sind, daß sie keine Strategie ersetzen können, kein Ersatz sind für die allgemeine Linie. Aber es ist ebenso klar, daß sie gegenwärtig ein sehr geeignetes Mittel zur Gewinnung breiter Arbeiterschichten und bestimmter Kleinbürgerschichten sind und zur Entlarvung der Demagogen der bürgerlichen Parteien.

Das muß man gut verstehen und gut anwenden. Wenn dabei sogar zeitweilig ein „Bündnis“ herauskommen sollte, so soll man ebenso verstehen, daß die heutige Zeit eine ganz andere ist als 1923, daß das zeitweilig gemeinsame Objekt des „Bündnisses“, z. B. Schutz der Republik (obwohl selbst die SPD aller Wahrscheinlichkeit nach nichts dafür tun wird) gegen die monarchistischen Restaurationstendenzen, wenn es erreicht ist, aufhört, uns mit dem eben noch „Verbündeten“ zu verbinden, welche in höherer Hinsicht von höherem Standpunkt, in der Perspektive der Epoche, nicht aber der Episode, natürlich unsere Feinde sind, und daß wir dementsprechend zu handeln haben.

Das ist das Allgemeine, was zu den allgemeinen Fragen unserer „Stabilisierungs“-Episode heute zu sagen ist. Die konkrete Durchführung, die Ergänzung bei jeder neuen Wendung, die schmiegsame und doch absolut grundsatzfeste („starre“] Durchführung, die Manövrierfähigkeit – das ist es, was die Reise der Partei zeigen wird.

Die Partei muß allen pedantischen, spießbürgerlichen, pseudomarxistischen Doktrinisieren, den einige Genossen als die wahre „Tugend“ der Kommunisten preisen, lachend von sich werfen und die wirkliche Tugend der Bolschewiki beweisen: durch alle Fährnisse und Wendungen und Umwege hindurch doch die Massen den „geraden Weg“ zu führen.

5. Nochmals der Katzenjammer in Deutschland.

Den gegenwärtigen Zustand in Deutschland (wie auch darüber hinaus) für mehr als eine Episode, eine Uebergangssituation zu halten, wäre ein großer Fehler. Das bedeutet nicht, daß man einen nahegelegenen Termin für eine Veränderung angeben könnte. Aber sicher ist, daß das mühselig hergestellte labile Gleichgewicht in ganz Europa von den klügsten bürgerlichen Politikern der imperialistischen Mächte als Provisorium betrachtet wird, daß die imperialistischen Konflikte sich verschärfen, nicht abschwächen, daß die sozialen, inneren, immanenten Widersprüche dieses „stabilisierten“ Systems wachsen und daß die Klassengegensätze, auch wenn die Formen des Klassenkampfes ruhiger geworden sind, wachsen, nicht aber sich abschleifen.

Dazu kommt in Deutschland eine ganz eigentümliche Erscheinung. Als bei den Dezemberwahlen 1924 die Sozialdemokraten als stärkste Partei eines angeblichen „linken“ Koalitionsblocks einen „Sieg“, wie man so etwas in der Sprache parlamentarischer Kretins nennt, errangen, wurden sie dadurch nicht stärker, sondern schwächer: sie waren eigentlich verpflichtet, ihren Anhängern nach diesem „Siege“ etwas zu bieten, aber sie waren dazu außerstande, da sie in dem „linken“ Volksblock lediglich die Rolle von Zutreibern spielen und im übrigen tun müssen, was ihre offenen bürgerlichen Koalitionsgenossen fordern. Infolgedessen stützt sich dieser [411] „Volksblock“ auf keine realen Klassenkräfte, sondern lediglich auf die neutralisiert, ihrer Klasseninteressen entkleidet gehaltenen Wähler der SPD und die Kassenschranke der Bankiers, welche den „Volksblock“ und seine Garde, das Reichsbanner, finanzieren.

Andererseits aber befinden sich die Deutschnationalen, die der SPD entsprechende Partei im „Reichsblock“, nach dem „Siege“ bei der Hindenburg-Wahl in ähnlicher trauriger Rolle. Die SPD konnte wenigstens einige Monate, wenn auch kläglich, Opposition spielen. Die Deutschnationalen aber sind Regierungspartei und müssen nach ihrem „Siege“, mit Hindenburg an der Spitze, Erfüllungspolitik treiben, d. h. jene Politik der Bourgeoisie, welche die SPD. als ihre Politik reklamiert.

Die realen Kräfte, auf welche sich der reaktionäre Rechtsblock stützt, sind weit größer als die, welche den „Volksblock“ fundieren: denn den Monarchisten ist es gelungen, einen großen Teil von Kleinbürgern sich zu Verbündeten zu machen, und zwar durch Versprechungen, welche den unbestimmten, schwankenden Klasseninteressen dieser Zwischenklasse nicht zuwiderlaufen.

Aber die Erfüllung dieser Versprechungen ist unmöglich. Daher werden die Rechtsparteien gezwungen sein, entweder sich ihre bisherigen Gegner, die „linken“ bürgerlichen Parteien zu verbünden, um gemeinsam „Volksgemeinschaft“ (weil sie gemein gegen das Volk regiert) gegen Proletariat und Kleinbürgertum zur Erhaltung der Profite der Bourgeoisie bei der Dawes-Ausplünderung zu regieren, oder aber den Kleinbürgern den letzten Köder, die restaurierte Monarchie, hinzuwerfen, oder aber schließlich ein Zankoff-Regime aufzurichten. Die dritte Möglichkeit ist ihren Methoden nach nicht wesentlich von der entfalteten ersten verschieden, und die Zankoff-Regierung war sogar ursprünglich eine „Volksgemeinschaft“-Regierung, an der sich auch die Sozialdemokraten freudig („Verantwortlichkeit!“) beteiligten. Es gibt auch bestimmt innerhalb des „Rechtsblocks“ starke Gruppen, welche diesen Weg für richtig halten, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sie von ausländischen Imperialisten (sei es englischen, sei es italienischen) dabei unterstützt werden.

Dagegen will allem Anschein nach die führende Partei des Reichsblocks, die Volkspartei, zunächst den ersten Weg (den der „Volksgemeinschaft“) beschreiten und schickt das Zentrum als Makler vor, sträubt sich aber anscheinend, um die Sozialdemokraten möglichst billig zu kaufen und möglichst fest zu binden. Für die Bourgeoisie scheint das, bürgerlich gesehen, der beste Weg zu sein. Aber für die reaktionären Cliques des „Reichsblocks“, insbesondere diejenigen, welche den zweiten Weg (den der wirklichen monarchistischen Restauration) ernsthaft wollen, ist das ein auf die Dauer unerträglicher Weg. Der Katzenjammer ist daher auf dieser Seite – denn vorläufig werden diese Elemente niedergehalten – durchaus zu verstehen.

Insgesamt aber sehen wir, daß der rechte Block schon jetzt Risse und Sprünge zeigt, die sich notwendigerweise erweitern werden. Da es sich nicht um einen klassenmäßig einheitlichen Block han-

delt, sondern um eine Kombination von Klassenteilen mit auf die Dauer absolut unvereinbaren Interessen, so wird dieser „Block“ unweigerlich platzen, und zwar wahrscheinlich sogar sein parlamentarischer Ausdruck, ganz sicher aber die realen Massen, welche die Grundlagen des parlamentarischen Rechtsblocks bilden. Dieses Auseinanderfallen aber kann zu dramatischen Krisen führen, und wir müssen durchaus darauf vorbereitet sein, – und diese Entwicklung zu beschleunigen suchen durch geschicktes Eindringen in die Kleinbürgermassen.

Auf der anderen Seite sind die Aussichten des „Volksblocks“ noch schlechter. Seine „Opposition“ gegen die Luther-Regierung war jämmerlich genug. Aber sein Ueberschwenken zu den Rechten (das ja faktisch durch die Teilnahme des Zentrums und der Demokraten an der Luther-Regierung von Anfang an vorhanden ist), wird einen großen Teil seiner [412] Anhängerschaft nach links, d. h. zur Kommunistischen Partei, und einen Teil nach rechts, zu den Deutschnationalen treiben.

Das verstehen die „Volksblock“-Helden sehr gut, und deshalb ist ihre Stimmung ebenso grau wie die der rechten „Sieger“.

In dieser komplizierten Situation hat die KPD ihre Aufgaben zu erfüllen.

Diese Aufgaben sind gegenwärtig: Kampf um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für einen klaren, unzweideutigen Klassenstandpunkt, für Ablehnung jeder Koalition mit der Bourgeoisie, für Klassenpolitik.

Der Hauptgegner ist hier die Sozialdemokratie, und es heißt, überhaupt nichts von der Situation verstehen, wenn man sich einbildet, man könne gegen die Bourgeoisie kämpfen, ohne die Sozialdemokratie besiegt, erledigt, als Partei vernichtet zu haben. Die Rolle der Sozialdemokratie ist, dem Proletariat das Märchen zu erzählen, daß die Bourgeoisie „eigentlich“ keine anderen Interessen habe als das Proletariat, daß aus irgendwelchen Gründen jetzt „das Staatsinteresse“ höher stehe als das Klasseninteresse, daß das Proletariat den „guten“ Teilen der Bourgeoisie folgen müsse, weil es „allein“ (daß es natürliche Verbündete besitzt, wenn es für seine Klasseninteressen kämpft, sagen ihm die Sozialdemokraten natürlich nicht), d. h. ohne Bourgeoisie „ohnmächtig“ sei.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie spielt sich aber nicht lediglich ab in der Agitation und Propaganda, in dem Ringen um die Gewerkschaftseinheit und um den Einfluß im Betrieb. So geführt wäre unsere Politik allzu zünftlerisch.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie muß in allen politischen Fragen geführt werden. Und eine der wichtigsten Fragen, die sich gegenwärtig bieten, die als Hebel dienen können zur Mobilisierung der Massen, ist gegenwärtig die Frage der Abwehr der monarchistischen Gefahr.

Diejenigen Genossen, welche unsere Taktik des „Angebots“ in Preußen als „Koalitionspolitik“ bezeichnen, beweisen damit, daß sie wirklich nicht das geringste von der Situation begriffen haben und nicht das geringste von bolschewistischer Taktik.

Wir sagten, daß unser Hauptgegner bei der Gewinnung des Proletariats die Sozialdemokratie ist. Das ist richtig. Aber gleichzeitig besitzt das gesamte Proletariat momentan einen zweiten Gegner, einen außerhalb des Proletariats stehenden (die SPD ist die bürgerliche Partei im Proletariat), nämlich den reaktionären Block der Bourgeoisie mit seiner repräsentativen (wenn auch nicht führenden) Partei, den Deutschnationalen, die gewaltige Kleinbürgermassen hinter sich haben.

Gegen diesen reaktionären Block der Bourgeoisie muß das Proletariat alle Kräfte einsehen, und wir Kommunisten wissen doch, daß wir das Proletariat führen müssen (denn daß die SPD das nicht tun wird, ist klar); daß wir dabei die Führer der SPD nach Möglichkeit mannschaftslos zu machen haben (denn solange sie Mannschaften haben, sind sie, als berufsmäßige Verräter, gefährlich); daß wir die Kleinbürger nach Möglichkeit als Verbündete gewinnen müssen (denn solange sie unter dem Einfluß der Deutschnationalen stehen, ist die Gefahr der reaktionären monarchistischen Restauration groß) und daß alles das nur geschehen kann, wenn der Kampf gegen die monarchistische Gefahr wirklich aufgenommen wird und wenn im Verlauf dieses Kampfes die Massen sich durch ihre praktischen Erfahrungen von der Richtigkeit dessen überzeugen, was wir sagen.

Nun gibt nicht nur die Führung der SPD vor, stramm republikanisch und monarchistischenfeindlich zu sein, sondern sogar die Demokraten (mit dem früheren Herrenhausmitglied Koch an der Spitze) und das Zentrum (mit den feudalen Großagrariern und Schlotbaronen) behaupten von sich dasselbe.

[413] Einige Genossen sagen nun: eben das zeigt doch, daß der „Volksblock“ nichts Reales ist.

Das ist eine kindische Redensart. Es ist „nichts Reales“, sofern er auf keiner realen Klassenbasis steht. Er ist schon real, sofern die Interessen der ihn haltenden Bourgeois mit denen der Bourgeois aus dem Rechtsblock kollidieren.

Er ist ganz und gar real, sofern ihn seine immerhin 13½ Millionen im April für etwas Reales hielten.

Daher ist es unsere Pflicht, gerade weil der Kampf gegen die monarchistische Reaktion von breiten Massen als dringende aktuelle Tagesaufgabe angesehen wird, ihnen zu beweisen, daß dieser angeblich antimonarchistische und antireaktionäre „Block“ für seine „eigentliche“ Aufgabe nichts taugt, ja, sogar kein „Block“ ist, sowie er diese (und nicht seine wirkliche Aufgabe: die Spaltung des Proletariats und Verwandlung des Proletariats in Trabanten eines Teils der Bourgeoisie) erfüllen soll.

Das „Angebot“ an diese sogenannten Republikaner hat den ausgesprochenen Zweck, den breitesten Massen zu zeigen, daß sie keine auch nur bürgerliche Republikaner sind. Gleichzeitig aber zeigt unser „Angebot“ den konkreten, eigentlichen und **notwendigen** Weg zur Bezwingung der monarchistischen Restauration. Dadurch beginnen wir, die Scheidung der dem „Volksblock“ anhängenden Massen nach den Klassenunterschieden zu unterstützen und zu beschleunigen, dadurch erleichtern und vorbereiten wir zugleich den doch notwendigen Abwehrkampf gegen die monarchistische Restauration, und dadurch bahnen wir schon den Weg zur Gewinnung der Kleinbürger, die von den Rechten nichts zu erwarten haben und, als ewig schwankende Schichten, von starken Bewegungen leicht mitgerissen werden können.

Verstehen wir es, die kleinen und mittleren Bauern materiell zu interessieren an dem Abwehrkampf gegen die monarchistische Reaktion (d. h. die vollkommene Ueberwindung aller Reste des Feudalismus auf die Tagesordnung zu setzen, die Steuerfragen vernünftig zu stellen, die Frage der Aufteilung von Großgrundbesitz richtig zu stellen usw.), so wird ihnen das mehr bieten, als die Fetischversprechungen der Monarchisten. Verstehen wir, die Arbeiter im Kampf gegen die monarchistischen Restaurationstendenzen gleichzeitig auf ihre Arbeiterforderungen (Achtstundentag, Streichung der Lohnsteuer, Sicherung der elementaren Verfassungsrechte usw.) hinzuweisen, so werden wir unweigerlich die korrupten Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften noch weiter nach rechts, noch offener zu den reaktionären Teilen der Bourgeoisie stoßen, und das in einer Situation, wo die Massen sich für ihre elementaren und für trivial erachteten Mindestforderungen in Bewegung setzen. Nur so (so dafür aber auch sicher) werden wir die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten von ihren Anhängern isolieren und zu armeelosen Arbeiter-Unteroffizieren der Bourgeoisie machen.

Sollten aber, gegen jede Erwartung, durch schnell gesteigerten Druck ihrer Anhänger, diese sozialdemokratischen Führer gezwungen werden, in der Richtung zu gehen, in der sie nicht gehen wollen, d. h. wirklich gegen die monarchistische Reaktion, so verlieren wir absolut nichts, da wir erstens ja um ein nahegelegenes Teilziel kämpfen, welches, wäre die Sozialdemokratie auch nur eine demokratische Partei, uns gemeinsam wäre, und weil wir zweitens wissen, daß die sozialdemokratischen Führer, auch wenn sie gegen ihren Willen mit den Massen gehen würden, auf Schritt und Tritt Gelegenheit zum Verrat suchen werden, was wir den Massen zu zeigen und zu beweisen haben.

Dabei kann es vorkommen, daß ein (wahrscheinlich nur sehr kleiner) Teil der sozialdemokratischen Führer von den „rechten“ Sozialdemokraten abfällt und zum Proletariat übergeht, sei es offen (wir sollten nicht vergessen, daß beispielsweise Serrati in Italien sich in einer gegenrevolutionären Situation von den Turati und D’Aragona getrennt hat und zur kommunistischen Bewegung zurückgekehrt ist, der er 1921 durch sein Verbleiben bei Turati mit der Spaltung von Livorno so ungeheuren Schaden zugefügt hat), sei es in der traurigen Zwischenform einer Neuauflage der USP.

Auf solche Erscheinungen müssen wir ebenfalls vorbereitet sein, um unsinnige Zwischenstationen und Aufenthalte, die lediglich eine Zersplitterung des Proletariats bedeuten würden, zu verhindern.

Die Befürchtung mancher Genossen, man könne uns mit den Sozialdemokraten verwechseln, wenn wir solche Angebote, wie in Preußen, machen, ist gleichfalls kindisch. Es handelt sich absolut nicht darum, daß wir immer die „radikalsten“ Forderungen stellen. (So werden in akut revolutionären Situationen allerlei kleinbürgerliche Spießbürger oft „radikaler“ sein als wir.) Es handelt sich vielmehr darum, daß wir die Situation richtig analysieren, allen Ausgebeuteten aus allen Klassen (und trotzdem immer als Klassenpartei des Proletariats) richtig klarmachen und die richtigen taktischen Mittel kennen, nennen und anwenden, um die der Situation entsprechenden politischen Tatsachen zu schaffen.

Keiner derjenigen, welche die taktische Wendung der Partei „kritisieren“, hat einen konkreten anderen Weg genannt. Alles Gerede über „Bündnis“- oder gar „Koalitionspolitik“ ist leeres Geschwätz, das aus einer oberflächlichen Betrachtung der Situation wie auch unserer Taktik entspringt. Entweder ist die Analyse der Situation richtig, die die Partei gibt. Dann darf man ihre Taktik nur dann kritisieren, wenn man eine andere, bessere vorgeschlagen hat. Oder aber die Partei analysiert die Situation falsch. Dann muß man das beweisen und die richtige Analyse nennen.

Alle andere „Kritik“ aber ist nichts wert, ist leere Kannegießerei.

Das Gerede darüber, daß unsere Taktik die Arbeiter „verwirren“ könnte, ist Blödsinn. Wir wollen ja gerade die kolossale Verwirrung (von den 13½ Millionen Stimmen des „Volksblocks“ sind doch vielleicht 10 Millionen Arbeiterstimmen!) klären; das ist doch der Sinn der „Angebote“.

Das Geschwätz darüber, daß wir auch so zufrieden sein können, in so flauer Zeit 2 Millionen fester Stimmen zu haben, ist überhaupt nicht ernst zu nehmen. 2 Millionen – das ist sehr gut. Aber 10 Millionen ist bestimmt besser. Natürlich wiegen 2 Millionen bewußt kommunistisch abgegebener Stimmen anders als 6 Millionen „Volksblock“-Stimmen. Aber solange es noch zehn Millionen Arbeiterstimmen (nicht zu reden von den Kleinbürgerstimmen des Rechtsblocks), zu gewinnen gilt, ist eine „Genügsamkeit“, welche die Partei mit ihren zwei Millionen Anhängern „marinieren“ will bis auf „bessere Tage“, einfach eine spießbürgerliche Dummheit. Die Partei will und muß in jeder Situation das Ziel haben, die Mehrheit des Industrieproletariats zu gewinnen. Eine Massenpartei ist keine Feiertagspartei akut revolutionärer Zeiten. Sie muß gerade in der reaktionären Zeit den Massen beweisen, daß sie ihre Partei ist (die einzige wirkliche Volkspartei, die Partei des ausgebeuteten Volkes).

Reden soll man darüber, wie man überall, entsprechend den besonderen Verhältnissen und entsprechend den verschieden zu beeinflussenden Schichten, die Taktik spezialisieren, konkretisieren, differenzieren, verfeinern soll. Das ist notwendig. Jede einzelne Zelle muß sich klar sein über die Gesamtlinie der Partei, über die besondere Situation, über die allgemeine taktische Wendung und daraufhin **noch ihre besonderen** Methoden ausarbeiten und vervollkommen. Es ist Zeit, daß unsere Partei diese Aufgaben reif durchführt, und dazu ist ein hoher Grad von Zentralismus und Disziplin und größter Selbstverständlichkeit und Initiative der einzelnen Organisationen, Zellen, Mitglieder zu paaren.

[415] Die Partei und jedes einzelne Mitglied muß Freude an dem eleganten Manöver, das sowohl die Partei insgesamt wie jede einzelne Organisation durchführt, haben. Wir müssen endlich den Zustand erreichen, wo wir **gar keine Aehnlichkeit** mit der SPD mehr haben. Dort wissen die Mitglieder absolut nicht, was eigentlich ihre Partei will und tut, und nur so kann sich diese Politik halten.

Bei uns aber muß jedes Mitglied wissen, was die Partei will und tut und muß es mit aller Begeisterung durchführen, eingedenk der Aufgabe, die die Geschichte jedem Kommunisten stellt: ein Führer der Ausgebeuteten zu sein.

Die Partei wird, davon bin ich überzeugt, ihre Aufgabe lösen. Sorge jeder Genosse dafür, daß sie die Aufgabe **schnell** und **gut** löse, d. h. löse jeder Genosse selber für sein Teil die Aufgabe der ganzen Partei.

Wenn die anderen Katzenjammer haben, so haben wir Anlaß zur Freude. Sorgen wir dafür, daß ihr Katzenjammer größer wird.

*

Die Geschichte der imperialistischen Knechtung Chinas.

Von G. Sinowjew.^{*)}

Die Imperialisten aller Länder behandeln die Völker, die die Objekte ihrer imperialistischen Ausbeutung bilden, als Sklaven. Selbstverständlich lehnen sich die Sklaven gegen ihre Peiniger auf und selbstverständlich wird das Streben dieser Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit umso stärker, je öfter sie die Möglichkeit haben, gegen ihre Unterdrücker Verteidigungskriege zu führen.

Die Sozialisten müssen diese Kriege der Kolonialvölker gegen ihre europäischen imperialistischen Herrscher als gerechte Verteidigungskriege anerkennen. Und zwar ganz unabhängig davon, wer der unmittelbar angreifende Teil ist.

Betrachten wir China. Dieses Land hat den Appetit der Großmächte besonders gereizt. Als klassisches Beispiel eines Unterdrückungskrieges der Zeit, die der imperialistischen Epoche unmittelbar voranging, kann der Krieg gehen, den England 1840 bis 1842 gegen China wegen des Opiumverkaufs führte.

Der englische Handel in China war Monopol der englisch-ostindischen Gesellschaft. Im Interesse ihrer Bereicherung paßte sich die Gesellschaft [416] vollkommen den Verordnungen der chinesischen Behörden an; diese betrachteten die „Barbaren“ aus dem Westen von oben herab und waren der Ansicht, daß die „Barbaren“ das Handelsrecht in China nur dank besonderer Gnade der Söhne des Himmels besäßen. Die englischen Kapitalisten wehrten sich gegen eine solche Auffassung ihrer Rechte.

Am 22. April 1834 wurde das Monopol der englisch-ostindischen Gesellschaft durch das englische Parlament aufgehoben.^{**)} England bemühte sich, das Recht des freien Handels in China zu erwerben.

Schon 1834 bis 1836 wäre es aus diesem Anlaß beinahe zu einem militärischen Konflikt gekommen. England versuchte sich in China häuslich niederzulassen; es war der Auffassung, daß nach dem geltenden internationalen Recht die nichtchristlichen Völker überhaupt nicht gleichwertig seien. So erklärt das Verhalten Englands ein Verteidiger der englischen Politik, Eitel („The History of Hongkong“).

In diesen ohnehin sehr gespannten Verhältnissen spielte der Konflikt aus Anlaß des Opiumhandels eine entscheidende Rolle.

Der Opiumhandel erreichte in China einen ungeheuren Umfang. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug die Zahl der jährlich eingeführten Opiumkisten 4100, das heißt, sie war 20 mal so groß wie 20 Jahre vorher. Im Jahre 1820 wurden schon 10.000 Kisten eingeführt, 1830 18.000 Kisten, 1835 30.000^{***)}.

^{*)} Anm. d. Red.: Wir drucken hier eine Skizze der Unterwerfung Chinas durch den europäischen Imperialismus ab, die Genosse Sinowjew im Jahre 1915 in seinem Werke „Der Krieg und die Krise des Sozialismus“ anläßlich der Untersuchung des Kriteriums des „Angriffskrieges“ gegeben hat (S. 195 und S. 197 ff.). Die einleitenden grundsätzlichen Feststellungen werden vielleicht in kurzer Zeit auch für die gegenwärtigen Ereignisse in China aktuell sein. Sie sind es schon in Marokko. Bei dieser Gelegenheit muß auf die letzte Marokko-Debatte in der französischen Kammer hingewiesen werden, bei der Painlevés, um den „Sozialisten“ eine goldene Brücke zu bauen, Abd el Krim als den Angreifer hinstellte. Die würdigen Mitglieder der II. Internationale haben natürlich den elenden Vorwand des „Verteidigungskrieges“ benützt, um für die blutigen Imperialisten zu stimmen. Es ist für uns wichtig aus diesem Anlaß zu betonen, daß die Marokkaner, auch wenn sie in militärischem Sinne die Angreifer wären (sie sind es tatsächlich nicht), einen gerechten Krieg führen würden, den das französische (und das internationale) Proletariat rückhaltlos unterstützen muß.

^{**)} „Abriß der neueren Geschichte Chinas“ von Wilhelm Schüle, Verlag von Curtius, Berlin, 1912. S. 128.

^{***)} I. c., S. 134.

Gegen diesen Handel mit Opium, der von großem Schaden für die chinesische Bevölkerung war, da er Trunksucht, Krankheit und Degeneration förderte, erhob die chinesische Regierung entschiedenen Protest. Das Schmuggeln wurde streng bestraft. Der chinesische Kommissar Liu beschlagnahmte und vernichtete im Jahre 1839 20.283 Kisten Opium. Trotzdem wurde die indische Opiumernte doch wieder nach China eingeführt.

Liu griff zu einschneidenderen Mitteln. Er zwang alle Engländer, sich nach Hongkong zurückzuziehen. Und obgleich Liu im November 1839 neue, für die Engländer wohl annehmbare Bedingungen für den Opiumhandel vorschlug, beschloß England doch, Krieg zu führen.

Der Krieg begann. Schon am 26. Januar 1841 besetzten die Engländer Hongkong. Die Grausamkeit der Engländer kannte keine Grenzen. Die Chinesen leisteten verzweifelten Widerstand gegen die „niedereren Wesen, gegen die sich Götter und Menschen auflehnten.“ Die Chinesen wollten sich nicht lebendigen Leibes den Engländern gefangen geben. In chinesischen Lagern, die von den Engländern besetzt werden sollten, töteten die Chinesen, bevor sie sich der englischen Uebermacht ergaben, ihre Frauen und Kinder und verübten dann Selbstmord. Die chinesischen Regimentsführer – Offiziere und Generäle – zogen es vor, sich selbst umzubringen, auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen, ehe sie sich den Engländern gefangen gaben. So groß war die Grausamkeit der Engländer und so groß der Haß der Chinesen.

England hat natürlich das unglückliche China besiegt. Am 29. August 1842 wurde in Nanking der Friede unterzeichnet. Die Insel Hongkong ging auf Grund dieses Friedensvertrages für immer in den Besitz der Engländer über. Kanton, Schanghai und andere Häfen wurden für den englischen Handel freigegeben. Das System des Monopols wurde aufgehoben. England erhielt das Recht, seine Konsuln nach China zu entsenden. China zahlte 21 Millionen Dollar für das vernichtete Opium, für Kriegsschadigungen usw.

Damit begannen die großen europäischen Feldzüge gegen China.

Der Friede von 1842 hat nur für kurze Zeit das gespannte Verhältnis zwischen England und China gebessert. China konnte dem Ansturm der [417] europäischen Mächte keinen Widerstand leisten. In der europäischen Presse wurde die bevorstehende Teilung Chinas offen besprochen. Den englischen Imperialisten schloß sich Napoleon III. an. 1856 bis 1860 mußte China einen Krieg gegen England und Frankreich führen. Der Haß gegen England wuchs immer mehr. In Hongkong wurde eine Verschwörung entdeckt, die das Ziel hatte, alle dort wohnenden Engländer zu vergiften. Der Plan gelang nur deswegen nicht, weil die Nahrung (Brötchen) eine zu große Dosis Arsenik enthielt. So groß war die Erbitterung der Chinesen. Die Engländer bestanden auf einer Erweiterung ihrer Rechte in China. Sie begannen einen neuen Krieg, bombardierten und vernichteten ganze Städte. Im Jahre 1858 diktierten sie China den Frieden zu Tientsien. England erreichte, daß noch etwa zehn chinesische Häfen für den englischen Handel geöffnet wurden. Die Handelsstarife wurden zu Englands Gunsten abgeändert, das Recht, einen englischen Gesandten nach China zu entsenden, wurde anerkannt, China zahlte Kontribution usw. Ein Punkt des Friedensvertrages (der 7.) lautete: „Der Ausdruck „Barbaren“ darf auf keinen einzigen englischen Untertan mehr angewandt werden.“^{*)}

Mit solchen Mitteln stellten die Imperialisten ihre „Ehre“ wieder her, und so traten sie der Auffassung über „Barbarentum“ entgegen.^{**)}

Die zweite imperialistische Macht handelte in derselben Weise. Grausamkeiten, die Chinesen an französischen Beamten verübt hatten, wurden von den französischen Truppen – schon kurz vor Friedensschluß – in der Weise gerächt, daß 200 Schlösser und Tempel und eine sehr wertvolle Bib-

^{*)} l. c., S. 172.

^{**)} Ihre Abneigung gegen das „Barbarentum“ illustrierten die europäischen Großmächte im Jahre 1901, als sie nach dem Boxeraufstand mit China einen „Frieden“ abschlossen. Nach diesem Friedensvertrag wurde eine Reihe von Boxerführern geköpft. Außerdem wurde die chinesische Regierung von den „Großmächten“ gezwungen, die Leiche des schon toten Führers Li-Bing-Houg Schmähungen preiszugeben. Es ist klar, daß, wo solches gefordert wurde, der Punkt 7 des obigen Vertrages unbedingt notwendig war ...

liothek verbrannt wurden. Dann diktierten sie den Chinesen in Peking einen Frieden, der mit dem von Tientsin übereinstimmte, in einigen Punkten ihn noch verschlechterte.

Im November 1860 zwang General Ignatew China, nicht nur den Vertrag von Aigun zu bestätigen, sondern noch das gesamte Gebiet östlich von Ussuri an Rußland abzutreten.

1880 ergriff Japan Besitz von der chinesischen Insel Ziukin.

1859 dehnt Rußland seinen Besitz in China noch weiter aus, es liebäugelt mit Korea, England nimmt sich Port Hamilton, eine Insel südlich von Korea.

1884 bis 85 ist China gezwungen gegen Frankreich zu kämpfen, das den ganzen südlichen Teil von Cochinchina geraubt hatte. Im Juli 1885 unterschreibt China den Frieden, verspricht, sich in die Beziehungen zwischen Frankreich und Annam nicht einzumischen, und zahlt eine große Kontribution.

Im Juli 1886 geht Birma endgültig in englischen Besitz über, und 1890 wird China gezwungen, das Protektorat Englands über den Himalayastaat Zikim anzuerkennen^{*)}.

1894 bricht der chinesisch-japanische Krieg aus. Die deutschen Imperialisten freuen sich, daß die Tötung von zwei Missionaren ihnen einen entsprechenden Anlaß bietet; sie bedrohen China mit einem Krieg und erhalten daraufhin Kiautschou für 99 Jahre in Pacht. Kiautschou für die Köpfe von zwei Missionaren! Die deutschen Imperialisten wären nicht abgeneigt, ein [418] so vorteilhaftes Geschäft jeden Monat abzuschließen. Im Jahre 1899 versuchte auch Italien für sich etwas zu ergattern, aber China besaß die Kraft, ihm die Tür zu weisen.

Die imperialistischen Mächte haben China nicht nur expropriert, nicht nur immer als Objekt imperialistischer Raubzüge betrachtet, sie mischten sich außerdem in die inneren Angelegenheiten Chinas, spielten dort eine gegenrevolutionäre Rolle und unterstützten die chinesische Reaktion. Beispiele dafür gibt es zur Genüge.

Anfang der fünfziger Jahre beginnt in China eine Aufstandsbewegung, die unter dem Namen Tai-ping bekannt geworden ist. Diese Bewegung, die einen etwas religiösen Charakter trug (sie erinnert an die Bewegung der Wiedertäufer), richtete sich zu gleicher Zeit gegen die herrschende chinesische Dynastie. Die Bewegung gewann immer mehr Anhänger und wurde von Stadt zu Stadt getragen. Zwischen den Truppen der Dynastie und den Tai-ping-Truppen bestand ein regelrechter Kriegszustand. Die Dynastie bereitete den Aufständischen eine sehr blutige Niederlage. Die Truppen der imperialistischen Mächte aber hielten es für ihre Pflicht, dieses blutige Werk zu unterstützen. Eine besonders traurige Rolle spielten die Soldaten der edlen Großmacht Frankreich bei der Vertreibung der Aufständischen aus Schanghai im Jahre 1855. 1700 Rebellen wurden, nachdem sie sich ergeben hatten, hingerichtet, und dies unter Mitwirkung dieser Großmacht. Als Belohnung dafür forderte und erhielt Frankreich eine Erweiterung seiner Niederlassungen.

An der Niederwerfung des chinesischen Ausstands im Jahre 1858 nahm auch Rußland teil – als Aequivalent für seine Amurunternehmungen.

Aber die Bewegung Tai-ping dauerte auch noch in den 60er Jahren fort. Den Truppen, die der chinesischen Dynastie treugeblieben, wurde es immer schwieriger, mit der Bewegung fertig zu werden. Die chinesische Reaktion sah sich immer häufiger gezwungen, an die europäischen Großmächte zu appellieren. Und diese kamen ihr gern entgegen – natürlich nicht ohne entsprechende „Kompensationen“. Im Jahre 1862 übernahmen es die englischen und französischen Truppen, die 60-Kilometer-Zone um Schanghai von den Aufständischen zu „säubern“. Im Februar 1862 stellten die Franzosen 900 Soldaten, die Engländer 1000, die den chinesischen Regimentern, die Li-hungtschang führte, angegliedert wurden. Zusammen mit diesen kämpften sie gegen die Rebellen.

Die Tradition dieser gegenrevolutionären Politik der Großmächte in China setzte das imperialistische Deutschland während der chinesischen Revolution 1911 fort. In seinem, von den deutschen Behörden offiziell durch eine Prämie ausgezeichneten Buch erzählt Schüler, daß im Norden Chinas

^{*)} l. c. S. 227.

Tsingtau allen hochgestellten Beamten und Adligen Schutz gewährte, die ihr Leben und ihr Hab und Gut in diesen sichern Zufluchtsort retten konnten. Merkwürdigerweise beklagte sich der Verfasser darüber, daß während des Aufstands die revolutionäre chinesische Presse den Haß gegen die Deutschen wegen ihrer „angeblichen“ Unterstützung der Dynastie durch Waffen, Munition usw. ständig schürte.

Darf man sich nach all dem wundern, daß der Haß gegen die europäischen Mächte in China groß ist? Kann man – ohne zu heucheln – behaupten, daß Europa gezwungen ist, die Ausbrüche des chinesischen Fanatismus durch „Verteidigungskriege“ zu beantworten?

Im Jahre 1899 entsteht in China die Gesellschaft „Ta-tin-tin“ (Gesellschaft des großen Messers). Im Jahre 1900 entsteht der Geheimbund der „Großen Faust“ (die Engländer nannten die Mitglieder dieser Gesellschaft Boxer), der sich den Kampf gegen die Europäer und ihre Vertreibung aus China zum Ziel setzte. Es kam zu Exzessen. Die Chinesen überfielen die europäischen Konsuln, töteten z. B. den deutschen Konsul v. Ketteler usw. Daraufhin schickten die europäischen Regierungen Truppen nach China, die dort Grausamkeiten verübten, im Vergleich mit denen die Taten der Boxer als unschuldiges Kinderspiel gelten konnten.

[419] Was aber hatte die Bewegung der Boxer hervorgerufen? Der Umstand, daß die Imperialisten aller Länder wie eine Horde hungriger Wölfe über China hergefallen waren.

Im Jahre 1894 führte China einen Kampf gegen Japan wegen Korea. Die Japaner siegten und diktierten den Chinesen in Schimonoseki den Frieden. Gleich mischten sich die europäischen Imperialisten in diese Angelegenheit. Die Beute ihres japanischen Kumpan ließ ihnen keine Ruhe. Nach dem Frieden von Schimonoseki stand den Japanern Formosa, Port Arthur und eine Milliarde Kontribution zu. Korea sollte selbständig werden. Da vereinigten sich gegen Japan: Rußland, Frankreich und Deutschland. Um Sand in die Augen zu streuen, wurde behauptet, daß die Einmischung durch die Gefahr der Unabhängigkeitserklärung Nordchinas hervorgerufen sei. In Wirklichkeit verspürten Rußland sowohl wie Deutschland nur Raubgelüste. Auch in Deutschland hatte der Imperialismus sein Haupt erhoben. Deutschland beschloß, Kiautschou für sich in Anspruch zu nehmen.

Am 4. Mai 1895 wurde Japan gezwungen, Port Arthur und Liau-tung an China zurückzugeben. Für diesen „Freundesdienst“ wurden die vier Großmächte folgendermaßen belohnt: Deutschland erhielt Kiautschou für 99 Jahre in Pacht, das 1914 von den Japanern genommen wurde. Rußland bekam Port Arthur für 35 Jahre in Pacht, England „pachtete“ Wie-hai-wei, Frankreich Kwang-tschou-won.

So wurden China von den europäischen Imperialisten aufgeteilt und geplündert. Natürlich wurde dadurch eine gerechte Empörung unter der chinesischen Bevölkerung hervorgerufen, die in ihrer Verteidigung gegen die Räuber zu verzweifelten Mitteln griff. Kein ehrlicher Mensch kann behaupten, daß die europäischen Regierungen im Jahre 1900 während des Boxerkrieges einen gerechten Verteidigungskrieg führten. Und daß die Konsuln der europäischen Regierungen von den Chinesen überfallen worden sind, ändert nichts an den Tatsachen.

Kriege, geführt von Völkern gegen Imperialisten, von denen sie abhängig sind, sind gerechte Verteidigungskriege. Imperialistische Kriege gegen Kolonialvölker sind ungerechte Angriffskriege.

*

China am Vorabend der Befreiung.

Von Tang Shin She.

Vorbemerkung der Redaktion: Der folgende Artikel gibt einen kurzen Abriss der Vorgeschichte der jetzigen Kämpfe und ist gut geeignet, den Ueberblick zu erleichtern. Wir werden auf die chinesischen Ereignisse noch ausführlich eingehen.

Drei Perioden.

China gehört heute nicht den Chinesen, sondern den internationalen Imperialisten. Um die Lage in China zu erkennen, müssen wir zuerst wissen, wie die Imperialisten auf der chinesischen Bühne tanzen. Die Zeit, die sich die Imperialisten bereits in China aufhalten, können wir in drei Perioden einteilen.

1. Vor dem Weltkrieg. Die Engländer hatten damals einen sehr großen Einfluß in China. Dieser reichte von Mittelchina durch das Yangtse-Tal bis nach Südchina. Frankreich beherrschte nur die Provinz Yünnan (ein Nachbargebiet ihrer Kolonie Annam). Deutschland unterstand die Provinz Schantung. Japan erlangte nach 1905, nach dem Siege über Rußland viele Vorteile in der Mandschurei.

[420] 2. Während des Weltkrieges. Jetzt verschob sich die Lage der Imperialisten in China beträchtlich. England, Frankreich und Rußland hatten während des Krieges wenig Zeit, sich um China zu kümmern. England nur hatte Japan beauftragt, während dieser Zeit im indischen Ozean für Ruhe und Ordnung zu sorgen, d. h. auf seine Kolonien acht zu geben. Diese Gelegenheit benutzte Japan nicht nur, um sich das deutsche Einflußgebiet zu sichern, sondern es bemächtigte sich auch inzwischen der ganzen Mandschurei. Japanische Waren überschwemmten den chinesischen Markt. Der einzige Rivale Japans während dieser Zeit war Amerika. Dieses hatte aber kein festes Einflußgebiet in China und konnte daher nicht gut mit Japan konkurrieren.

3. Nach dem Weltkriege. Abermals trat eine große Aenderung in der Lage der Imperialisten in China ein. Das wichtigste Ereignis ist wohl der Konflikt zwischen Amerika und Japan. Welche Gründe lagen hierfür vor?

- a) Amerika wollte sich nicht der japanischen Vorherrschaft in China fügen.
- b) durch das Wiederauftreten Englands und Frankreichs in China nach dem Weltkriege waren wieder mehr Rivalen auf dem chinesischen Markte erschienen.
- c) Amerika hat nach dem Weltkriege viele Absatzmärkte verloren, die es im Kriege belieferte, wie Europa und die Kolonien Englands. Es wollte jetzt China benutzen, und zwar nicht nur als Warenabsatzgebiet, sondern auch als Kapitalsanlagegebiet.
- d) Japan konnte und wollte aus verschiedenen Gründen, die sowohl auf wirtschaftlichem, auf politischem, als auch auf geographischem Gebiete lagen, seine erworbene Macht in China nicht beschränken lassen.

So hat sich ein Konflikt zwischen Japan und Amerika entwickelt, der auf chinesischem Boden ausgetragen wird. Die Imperialisten suchen es nach Möglichkeit zu vermeiden, selbst einen Krieg unter sich auszufechten. Dazu benutzen sie ihre Lakaien. Man spielte lange Zeit mit den Worten: Krieg im Stillen Ozean. Aber man ließ es nicht zum Kriege kommen. Die imperialistischen Lakaien, die chinesischen Militärmachthaber indessen, die einen von Japan getrieben und unterstützt, die andern von Amerika, schlugen sich inzwischen dauernd die Köpfe blutig.

Der Krieg von 1920 in China.

Dies war das erste Mal, daß sich die Amerikaner und Japaner auf chinesischem Boden schlugen. Es standen sich die wichtigsten Militärmachthaber Wu Yei Fu (amerikanisch-englischer Lakai) und Tuan She Sui (japanischer Lakai) gegenüber. Die Zeitpunkte in diesem Krieg waren die folgenden:

- a) Amerika wollte die japanische Herrschaft in China zerschlagen und hatte als Siegerland auf der Versailler Konferenz verlangt, die Herrschaft Japans in China einzuschränken, d. h. es wollte die 21 Forderungen Japans rückgängig machen, Tsingtau sollte an China zurückgegeben werden. Aber dieser Vorstoß war erfolglos geblieben, weil England und Frankreich Japan unterstützt hatten (beide Länder benutzten Japan damals im Fernen Osten als Gegner Sowjetrußlands).
- b) Der Angriff auf der Versailler Konferenz war Amerika mißlungen. Jetzt versuchte es auf andere Art und Weise Japan zu schädigen. Es wurde ein neues Bankkonsortium gebildet, an dem sich alle Mächte beteiligen sollten. Aber Japan wollte China allein beherrschen. Obwohl es Mitglied werden mußte, wendete es sich scharf gegen dieses Konsortium. Auch dieser Angriff mißlang.

Da die beiden auf diplomatischem Wege geführten Aktionen fehlschlugen, hetzte Amerika seinen Lakaien Wu Pei Fu direkt gegen den Agenten Japans Tuan She Sui. Die Tuan She Sui-Regierung wurde besiegt, d. h. die Amerikaner waren einen Schritt weiter gekommen. [421]

Der Krieg von 1922.

Dies war ein weiterer Angriff Amerikas gegen Japan. Obwohl Tuan She Sui 1920 geschlagen worden war, trachtete jetzt Amerika danach, noch einen anderen Anhänger Japans, Tschang Tso Lin, der sehr große Macht besaß, zu beseitigen. So mußte Japan jederzeit auf einen erneuten Angriff rechnen.

Amerika benutzte jetzt die politische Lage Europas und berief die Washingtoner Konferenz ein, um das Bündnis zwischen England und Japan zu zerschlagen. Dem Verlangen Amerikas: Offne Tür in China – wurde jetzt nachgegeben. England ließ Japan als Bundesgenossen in Ostasien fallen und versuchte eine Zusammenarbeit mit Amerika. Als Amerika gleich nach der Washingtoner Konferenz diese Politik der „offnen Tür“ durchführen wollte und sich ihm verschiedene Widerstände in den Weg stellten, hetzte es abermals Wu i Fu, doch dieses Mal gegen Tchang Tso Lin. Wieder wurde der japanische Lakai besiegt. Die Pekinger Regierung stand nun unter dem direkten Einfluß Washingtons und Londons.

Der Krieg von 1924.

1922 hatte Japan eine große Niederlage erlitten. 1923 wurde es von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Auf der anderen Seite besserte sich das Friedensverhältnis zwischen Amerika und England mehr und mehr. Amerika wollte nun ganz und gar den japanischen Einfluß in der Welt vernichten. Es erließ das Einwanderungsverbot gegen die Japaner. Das bedeutet: Amerika drohte Japan mit einem Kriege. Die Mandschurei, die eine große Lebensmittelquelle ist und außerdem große Kohlen- und Eisenvorräte besitzt, befand sich noch immer in Händen Japans, was den Amerikanern ein Dorn im Auge war. Deshalb hetzten sie abermals Wu Pei Fu gegen Tchang Tso Lin. Während dieses Krieges schrieben die englischen und amerikanischen Zeitungen in China, daß jetzt der wirkliche Sieg entschieden werden müsse. Die Japaner unterstützten ihren Tchang Tso Lin jetzt sowohl indirekt als auch direkt. Die Amerikaner und Engländer konnten jedoch Wu Pei Fu keine Unterstützung angedeihen lassen, weil sie im eigenen Lande gerade stark beschäftigt waren (Amerika vor der neuen Präsidentenwahl und England vor dem Sturz der MacDonald-Regierung). Daher erlitt Wu Pei Fu eine volkständige Niederlage. Die japanische Herrschaft in China wurde wiederhergestellt. Amerika erlitt für den in Aussicht gestellten Krieg im Stillen Ozean die erste Niederlage.

Die gegenwärtige Konstellation.

Der Sieg Japans konnte aber nicht allein durch Tchang Tso Lins Kräfte errungen werden; sondern die Meuterei Feng Yu Hsiangs in Peking und auch die Kräfte der Kuo Min Tang, die damals mit Tuan She Sui, dem sogenannten Anti-Chili-Block (gegen Wu Pei Fu) gebildet hatten, trugen dazu bei. Tchang Tso Lin, der die größte Truppenmacht der Mitglieder des ehemaligen Anti-Chili-Blocks besitzt, kann jetzt nur langsam nach Mittel- und Südchina vordringen. Immerhin hat er von 7 Küstenprovinzen bereits 5 besetzt. Der Eisenbahnverkehr von Mukden bis Schanghai liegt in seiner Hand. Der japanische Einfluß ist also heute noch größer als im Jahre 1922.

Japans Werkzeug ist heute noch immer Tchang Tso Lin; Amerikas Lakai ist Feng Yu Hsiang; für England arbeiten die Süd- und Südwest-Gouverneure und Generale. Die Imperialisten in China bildeten zwei Fronten. Auf der einen Seite Japan und Frankreich, auf der anderen Amerika und England. In der letzten Zeit zeigen sich Tendenzen, als ob England wieder zu Japan gehen und Frankreich sich zu Amerika wenden wolle. Als Sun Yat Sen z. B. die Abschaffung der ungleichen Verträge verlangte, wollte sowohl Japan als auch Amerika England zu sich heranziehen, denn England hatte große Furcht vor Abschaffung dieser Verträge. Die klugen Angelsachsen gehen aber lieber mit demjenigen zusammen, der die größte Macht hat, der am besten ihr Einflußgebiet schützen kann.

[422] Die Lage ist heute für Amerika etwas kritisch. Es beschäftigt sich daher besonders mit der Antibolschewistenpolitik im Fernen Osten. Mit diesem Mittel will es die japanische Kontinentalpolitik vernichten. Amerika hat bei diesem Plane folgendes vor Augen: Japan beherrscht durch sein Werkzeug, Tschang Tso Lin, die Mandschurei. England benutzt den ersten Lama in Tibet, um dort einen Einfluß zu sichern. Amerika will durch Feng Yu Hsiang die Macht über die Mongolei gewinnen. Die Zusammenstellung ergibt neue Randstaaten gegen Sowjetrußland im Fernen Osten.

Wie stehen die chinesischen Militärmachthaber jetzt da? Durch das Vorwärtsdringen Japans verschärft sich die Kriegsgefahr zwischen Feng Yu Hsiang und Tchang Tso Lin immer mehr. Letzterer treibt eine offensichtlich monarchistische Politik. Seine Clique setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Sollte Chang Tso Lin in einem kommenden Kriege den Sieg davon tragen, so würde er versuchen, die Kuo Min Tang, die Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung vollkommen zu unterdrücken. Feng Yu Hsiang bezeichnet seine Truppen als Kuo-Min-Truppen, als ob sie aus der Kuo Min Tang stammten. In seinem Einflußgebiet werden die drei genannten Bewegungen heute nicht unterdrückt. Sollte er in einem Kriege den Sieg davontragen, so wird sich sein Lager wahrscheinlich in mehrere Teile spalten und die revolutionäre Bewegung wird weiter vorwärtsschreiten können. Darum, haben die Revolutionäre heute mit Feng Yu Hsiang zusammen einen Anti-Tchang-Tso-Lin-Block gebildet. Feng Yu Hsiang erklärt stets, daß er für die Kuo Min Tang und für die Kantonregierung ist. Die Zeitungen berichten neuerdings, daß auch die Resttruppen Wu Pei Fus in diesen Anti-Tschang-Tso-Lin-Block eintreten wollen. Tuan She Sui hat keine große Macht. Seine winzigen Truppen wurden in der letzten Zeit mit denen Tchang Tso Lins verschmolzen. Die Gouverneure und Generale der Süd- und Südwestprovinzen sind zu sehr zersplittert. Der Imperialismus hat kein großes Interesse daran, ihnen zu helfen. Obwohl sie sehr viel vom Föderalismus sprechen, werden sie doch niemals dazu kommen, ihren Einfluß weiter auszubreiten. Sie sind abhängig von den großen Militärmachthabern im Norden.

Die revolutionären Kräfte.

Wie steht es mit den revolutionären Kräften? Diese haben sich jetzt alle unter der Kuo Min Tang zentralisiert. D. h., sie alle kämpfen für die nationale Revolution, gegen den ausländischen Imperialismus und gegen den vaterländischen Militarismus. Das bedeutet gleichzeitig Durchführung der Parole: China den Chinesen.

Der jetzige blutige Shanghaier Kampf ist der Beginn der nationalen Revolution. Die Unruhen haben sich bereits von den Hafenstädten bis ins Innere Chinas ausgedehnt, d. h. es beteiligen sich nicht nur mehr die Arbeiter und Studenten, sondern auch die Bauern daran. Das Bauerntum in ganz China, besonders aber im Innern des Landes ist vollkommen zugrunde gerichtet. Es werden sich daher im Innern des Landes noch heftigere Kämpfe abspielen als die bisher ausgefochtenen.

Als jetzt der Streik in Schanghai ausbrach, glaubten die Imperialisten, um, den Aufstand unterdrücken zu können, müsse die Kantonregierung, der Generalstab der Revolution für China, sofort vernichtet werden. Deshalb hetzten sie die sich schon lange in Kanton befindenden Truppen aus Yünnan und Kwangsie gegen die Regierung. Die Führer dieser beiden Truppen standen schon lange auf dem rechten Flügel der Kuo Min Tang. Man konnte daher zu jeder Zeit auf einen Verrat von ihrer Seite rechnen. Die revolutionären Truppen, die Bauern und Arbeiter haben aber in kurzer Zeit die Verrätertruppen vernichtet. Das bedeutet, daß die revolutionären Kräfte bereits stark genug sind, um ihre Regierung zu schützen.

*

Tchang Tso Lin half zuerst indirekt und jetzt direkt feinen imperialistischen Herren, die revolutionären Studenten und Arbeiter zu unterdrücken. [423] Die Studentendemonstrationen in Mukden hat er auf grausamste Weise niedergeschlagen. Jetzt hat Tchang Chow Liang, der Sohn Tchang Tso Lins, in Shanghai die Unruhen überhaupt „verboten“.

Der „christliche“ General Feng Yu Hsiang hat nicht nur mit Geldmitteln die Streikenden unterstützt, sondern sogar erklärt, daß er keine Furcht habe, in einen Krieg gegen die Engländer einzutreten. Das bedeutet, daß er sich nicht fürchte, auch gegen die Herren Tchang Tso Lins, Japan und England, zu kämpfen.*)

Die Gefahr eines Krieges zwischen Tchang Tso Lin und Feng Yu Hsiang steht unmittelbar bevor.

*) Obwohl natürlich dieser bekannte Ausspruch eine bloße Drohung sein mag, und es nicht möglich ist, festzustellen, ob und inwieweit Feng bei diesen Worten oder gar im Ernstfall die Unterstützung seines Patrons Amerika genießt bzw. genießen würde, – scheint uns dennoch die neue Konstellation in China ein Beweis mehr (neben dem amerikanischen Flottenbesuch in Australien) für die starke Rivalität zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Die Red.

Der neue Kurs auf die Bauernschaft.

Von G. Sinowjew.^{*)}

I.

Ueber die Notwendigkeit einer klaren revolutionären Perspektive.

Genossen! Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Beschlüsse, die von der jüngst stattgefundenen Tagung der Erweiterten Exekutive, von der 14. Reichskonferenz unserer Partei und unseren beiden Rätekongressen der RSFSR und der Sowjetunion, (Die Red.) angenommen wurden, miteinander durch innere Einheit verbunden sind und letzten Endes zweifelsohne ein bestimmtes Kapitel in unserer Politik darstellen. Die inneren und äußeren Fragen unserer Politik sind in der gegenwärtigen Situation eng miteinander verbunden, so eng, daß die eine in die andere übergeht.

Ich glaube, es steht heute schon ganz klar fest, daß den innerparteilichen Streitigkeiten in der letzten Zeit die Bauernfrage ihren Stempel aufdrückte. Und insoweit wir jetzt dicht an die Lösung einer ganzen Reihe von Problemen herangetreten sind, die mit dieser Zentralfrage verbunden sind, glaube ich, sagen zu können, daß auch auf dem Gebiete der wichtigsten innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten der letzten Zeit das Fazit gezogen wurde.

Lenin lehrte uns, dagegen zu kämpfen, was er „engstirnigen Praktizismus“ oder „prinzipienlosen Praktizismus“ nannte. Er lehrte uns, die politischen Fragen miteinander zu verbinden, sie in allgemein politischem Nahmen zu betrachten und auch inmitten unzähliger praktischer Fragen die Perspektive nicht zu verlieren. **Das Schlimmste, was einer revolutionären Partei drohen kann, ist das Fehlen der Perspektive, die „Perspektivlosigkeit“.** Wir nahmen eine Reihe höchst wichtiger Beschlüsse an. Jeder Punkt der Resolution, sagen wir, zur Frage der aktuellen Aufgaben des Sowjetaufbaues oder der Resolution zur Hebung und Befestigung der Bauernwirtschaft, hat an sich schon eine riesige politische Bedeutung. Wir müssen aber inmitten dieser Masse von praktischen Beschlüssen die allgemeine Linie finden und uns darüber Rechenschaft geben, was diese Beschlüsse in ihrer Gesamtheit politisch bedeuten.

[424] Wir haben keinen Grund, vor uns selbst zu verheimlichen, daß wir in diesen Beschlüssen gewisse Zugeständnisse gemacht haben. Wir müssen daran denken, was Lenin auf die Beschuldigung Martows, daß wir eine „Subatowsche Politik“^{**)} führen, geantwortet hat: „Wir gehen auf dieses Zugeständnis ein, im Rahmen dessen, was die Macht des Proletariats, das trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse zur Vernichtung der Klassegegensätze zum Siege schreitet, stützt und befestigt.“

Führen nun jene Zugeständnisse, die wir auf unseren letzten Kongressen gemacht haben, wirklich zur Befestigung der Macht des Proletariats, wirklich dazu, daß das Proletariat auch weiterhin die Bauernschaft hinter sich herführen kann? – das ist die ganze Frage. Mehr als je müssen wir heute ein aufmerksames Ohr dafür haben, was in den Tiefen der Bauernschaft vor sich geht, ein aufmerksames Ohr für die langsamen, aber systematischen Umwälzungen auf dem Wirtschaftsgebiete. Unsere Partei befindet sich gegenwärtig wahrhaftig in einer Lage, wo sie hören muß, „wie das Gras wächst“, wo sie im voraus Erscheinungen in Rechnung ziehen muß, die gegenwärtig nur im Keime vorhanden sind, die gegenwärtig nur den Anfang einer bestimmten Tendenz zum Ausdruck bringen. Ich glaube, daß wir, bewaffnet mit dem Leninismus, es verstehen werden, diese Aufgabe zu lösen.

II.

Der Zusammenhang zwischen unserer Politik und dem Zustand der internationalen revolutionären Bewegung.

Die erste Frage, die wir beleuchten müssen, ist, ob ein (und wenn ja, was für ein) Zusammenhang zwischen dem jetzigen Kapitel unserer Politik und der internationalen Lage, dem Stande des Kampfes des Weltproletariats besteht.

^{*)} Wir bringen hier einen Teil der Rede, die Gen. Sinowjew in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des 3. Sowjetkongresses der Union am 2. Mai 1925 gehalten hat.

^{**)} Subatow, Leiter der zaristischen Geheimpolizei in den Jahren 1905, versuchte die Arbeiterschaft den revolutionären Organisationen dadurch fernzuhalten, daß er durch seine Provokateure selbst wirtschaftliche Arbeiterorganisationen schuf, die Streiks führten usw.

Gibt es denn einen solchen Zusammenhang? Natürlich ja. Wir bilden einen Teil der internationalen Revolution und dadurch erklärt es sich auch, daß wir nicht nur eine chronologische, sondern auch eine logische Verwandtschaft zwischen den Beschlüssen der Komintern und unserer Partei sehen.

Gab es denn einen Zusammenhang zwischen der „Nep“ im allgemeinen und der verlangsamten proletarischen Revolution im Weltmaßstabe? Zweifelsohne ja.

Schon im Jahre 1918 stellte Lenin den Zusammenhang zwischen den damals geplanten Zugeständnissen und der Verzögerung nicht nur der internationalen Revolution überhaupt, sondern der Verzögerung der Revolution, insbesondere in einem Lande, in Deutschland.

Er schrieb:

„Wenn die Revolution in Deutschland noch länger zögert, ‚auszubrechen‘, dann ist unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus allen Kräften zu übernehmen und auch diktatorische Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, um das zu beschleunigen.“

Um so klarer trat logisch und politisch dieser Zusammenhang im Jahre 1921 zu Beginn der „Nep“ hervor. Lenin sagte damals auf dem 10. Parteitage der RKP:

„Es besteht kein Zweifel, daß die sozialistische Revolution in einem Lande, wo die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung aus kleinbesitzerlichen landwirtschaftlichen Produzenten besteht, nur mit Hilfe einer ganzen Reihe besonderer Uebergangsmaßnahmen möglich ist, die gänzlich überflüssig wären in den Ländern des entwickelten Kapitalismus, wo die städtischen und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter die große Mehrheit bilden.“

Wir betonten in einer ganzen Reihe von Schriften, in allen unseren Aeußerungen, in der ganzen Presse, daß dem in Rußland nicht so ist, daß in Rußland die industriellen Arbeiter in der Minderheit sind und die kleinen Bodenbesitzer die große Mehrheit bilden. Die sozialistische Revolution kann in einem solchen Lande endgültig nur unter zwei Bedingungen zum Erfolg führen: erstens unter der Bedingung, daß sie rechtzeitig durch die soziale Revolution in einer oder in einigen fortgeschrittenen Ländern unterstützt wird.

Die zweite Bedingung ist die Verständigung zwischen dem Proletariat, das seine Diktatur durchführt oder die Staatmacht in seinen Händen hält, und der Mehrheit der Bauernbevölkerung.

Wir wissen, daß nur die Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann, solange die Revolution in anderen Ländern nicht ausgebrochen ist.“

Dabei kann keine dieser beiden Bedingungen die andere ersetzen. Zum völligen Siege sind beide nötig. Niemals hat Lenin die Frage so gestellt, daß die Bauernschaft für uns ein Verbündeterersatz sei, daß wir sozusagen „ungewollte Verbündete“ der Bauernschaft wären. Wir wußten immer, daß wir, um völlig und endgültig zu siegen, beide Bedingungen erfüllen müssen. Das Vorhandensein einer dieser beiden Bedingungen kann die andere nicht ersetzen, sondern sie nur ändern. Ein rascher Sieg der proletarischen Revolution in einer Reihe von Ländern würde nicht bedeuten, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft nicht mehr notwendig (und nicht mehr wünschenswert) sei, sondern er hätte nur die Verhältnisse dieses Bündnisses geändert. Andererseits befreit uns das engste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft in unserem Lande nicht von der Notwendigkeit der Erfüllung der zweiten Bedingung: zum Schutze unserer Revolution gegen die Gefahren der bürgerlichen Restauration ist die sozialistische Revolution in einem oder in einigen Ländern notwendig. Das starke Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in unserer Union ändert nur die Fragestellung bezüglich der ersten Bedingung (Revolution in anderen Ländern) in dem Sinne, daß es uns Mehr Zeit und größere Möglichkeiten gibt, um die sich entwickelnde proletarische Bewegung auszunützen und ihrem Sieg abzuwarten.

In welchem Sinne könnte der rasche Sieg der sozialistischen Revolution in anderen Ländern die Verhältnisse der Verständigung, des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft der Sowjetunion ändern?

Ich glaube, daß es auch hier am besten ist, mit den Worten des Genossen Lenin zu antworten: Lenin sagte in seiner Rede auf dem 9. Rätekongreß und in seinem Artikel „Ueber die Bedeutung des Gol-

des jetzt und nach dem vollen Siege des Sozialismus“ folgendes: Damit sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft in unseren Ländern vollkommen befestige, damit es eine unerschütterliche Grundlage erhalte und damit es sich jener Schattenseiten entledige, die es hat – direkte Steuer der Bauern usw. – müßten wir zu einem direkten Produktaustausch zwischen der Großindustrie und der Landwirtschaft übergehen. Wir können das heute in unserem Lande nicht tun. Warum? Das erlaubt uns die Wirtschaft nicht, da vor allem unsere Großindustrie noch äußerst schwach ist. Bedeutet denn das, daß unsere ganze Oktoberlinie unrichtig war, bedeutet denn das, daß die Menschewiki recht hatten, als sie behaupteten, daß das Proletariat in einem wirtschaftlich unentwickelten Lande die Macht nicht erobern dürfe, und daß die Bedingungen für den Sozialismus überhaupt nicht reif wären? Nein, das bedeutet es nicht.

Lenin sagte:

„Wenn es sich um eine blühende Großindustrie handelt, die die Bauernschaft sofort mit allen Bedarfsgegenständen versorgen könnte, so [426] ist diese Bedingung vorhanden. Wenn wir die Frage im Weltmaßstabe betrachten, so gibt es eine solche blühende Großindustrie, die die Welt mit allen Produkten versorgen könnte. Man versteht es aber heute nicht, sie anders in Bewegung zu setzen, als für den Bau von Kanonen, für die Herstellung von Geschossen und anderem Kriegsmaterial, das in den Jahren 1914 bis 1918 mit einem so großen Erfolg angewendet wurde.

Dennoch sind wir berechtigt, zu sagen, daß eine solche Industrie im Weltmaßstabe vorhanden ist. Es gibt Länder mit einer so fortgeschrittenen Großindustrie, die sofort Hunderte von Millionen rückständiger Bauern versorgen könnte. Wir legen diesen Umstand unseren Berechnungen zugrunde.

Wenn aber bei uns unter jenen Bedingungen der Rückständigkeit, unter denen wir in die Revolution eingetreten sind, eine entwickelte Industrie fehlt, so bedeutet das, daß wir verzichten, daß wir den Mut verlieren sollen? Nein. Wir gehen zu einer schweren Arbeit über, da der Weg, auf dem wir gehen, richtig ist. Unbestreitbar ist der Weg des Bündnisses der Volksmassen der einzige Weg, auf dem die Arbeit des Bauers und die Arbeit des Arbeiters eine Arbeit für sich selbst und nicht eine Arbeit für den Ausbeuter sein wird.“ (Rede auf dem 9. Rätekongreß.)

In seinem Artikel „Ueber die Bedeutung des Goldes“ führt Lenin diesen Gedanken folgenderweise zu Ende:

„Im Weltmaßstabe ist dieses ‚Wenn‘ schon verwirklicht, diese Bedingung ist schon vorhanden. Ein einzelnes Land aber, und dazu noch eines der rückständigsten kapitalistischen Länder, das versucht hat, eine neue Verbindung zwischen der Industrie und der Landwirtschaft sofort und unmittelbar zu realisieren, ins Leben zu rufen, praktisch zu regeln, konnte mit dieser Aufgabe nicht mit Hilfe einer ‚Sturmattache‘ fertig werden, sondern es muß sie jetzt mit Hilfe von langsamen, allmählichen, vorsichtigen ‚Belagerungsaktionen‘ bewältigen.“

Das ist die Antwort, Genossen, darauf, wie der Sieg der proletarischen Revolution in einem Lande oder in einer Reihe von Ländern die zweite Bedingung unseres endgültigen Sieges in der Sowjetunion: die Verhältnisse des engsten Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Sowjetunion, geändert hätte. Würde der Sieg in jenen entscheidenden Ländern, von denen Genosse Lenin sprach, vorhanden sein, dann könnten wir, wenn auch nicht im Weltmaßstabe, so wenigstens im Maßstabe von einigen Ländern diesen Sieg als einen Faktor ausnützen, der unsere Verständigung mit der Bauernschaft in bester Form, unter viel besseren Verhältnissen bestimmen würde. In diesem Sinne würde der Sieg der proletarischen Revolution in einem oder in einigen Ländern **die Notwendigkeit eines Bündnisses mit der Bauernschaft wohl nicht aufheben, sondern die Verhältnisse dieses Bündnisses ändern**, diesem Bündnisse einen noch festeren Charakter verleihen, für dieses Bündnis eine noch bessere materielle Basis schaffen.

Darum handelt es sich aber, daß bisher ein solcher Sieg nicht eingetreten ist und daraus die Notwendigkeit entspringt, noch vorsichtiger an die Frage der Verständigung mit der Bauernschaft heranzutreten. Wir wissen, daß, solange die Revolution in anderen Ländern nicht gesiegt hat, nur die Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann. Es ist also klar, daß nur der Streikbrecher, nur ein „Sozialist“, der nicht vom Standpunkte des Proletariats, sondern vom Standpunkte seiner Feinde urteilt, die Zugeständnisse der siegreichen Arbeiterklasse an die Bauernschaft als „Subatowsche Politik“ betrachten kann.

Die Proletarier, die Anhänger unserer Klasse, sagen: Wenn sich die Revolution im internationalen Maßstabe verzögert, so ist das ein Uebel für unsere Klasse; hieraus entspringt die noch größere Notwendigkeit, uns mit der Bauernschaft zu verständigen und dann der Bauernschaft [427] Zugeständnisse zu machen. Der Streikbrecher oder der Halbsozialist-Halbbourgeois, der sich in der Einschätzung der gegenwärtigen Lage verwirrt hat, handelt gerade im Augenblick, wo sich die proletarische Revolution im ganzen übrigen Europa verlangsamt, wie Shylock: Er besteht auf seinem Schein, er tritt in Worten unter dem Banner „der Klassenreinheit“ auf, er nennt den Versuch des siegreichen Proletariats, mit der Bauernschaft um jeden Preis zu einer Verständigung zu gelangen – einen Versuch, der übrigens auch notwendig ist, um bis zum Siege der Weltrevolution Zeit zu gewinnen – er nennt diesen Versuch „Subatowsche Politik“.

III.

Zwei innere und zwei äußere Fronten.

Man könnte bedingt sagen, daß wir zwei innere und zwei äußere Hauptfronten haben. Die zwei inneren Hauptfronten oder die zwei wichtigsten inneren Aufmarschgebiete sind: erstens unsere Industrie und zweitens unsere Landwirtschaft. Die zwei äußeren Hauptfronten, wenn wir sie geographisch kennzeichnen wollen, sind: erstens der Westen und zweitens der Osten. Das ist ihre Bedeutung.

Von den zwei inneren Fronten ist unmittelbar die Industrie entscheidend, letzten Endes entscheidend ist aber die Landwirtschaft.

Von den zwei äußeren Fronten ist unmittelbar entscheidend die Westfront, letzten Endes, für den Ausgang des ganzen Kampfes, ist aber die Ostfront entscheidend. Mit anderen Worten könnte man sagen: Unmittelbar entscheidend der Vorkämpfer, der Führer, der Hegemone – das Proletariat; endgültig entscheidend aber letzten Endes die schwere Infanterie – die Bauernschaft.

Wie ist es gegenwärtig um diese vier Fronten bestellt? Auf der Industriefront entwickelt sich unser Angriff auf der ganzen Linie immer stürmischer und mit einem mächtigen Vorwärtsdrängen. An der Front der Landwirtschaft machen wir einen teilweisen Rückzug – wovon ich noch sprechen werde – bei einem allgemeinen Uebergewicht unserer Kräfte. Ich glaube, daß unsere Beschlüsse bezüglich der Verpachtung des Grund und Bodens und der Anwendung der Lohnarbeit in der Landwirtschaft gewisse Elemente des Rückzuges enthalten, die von der Ausrichtung der Front begleitet werden, um die Fortsetzung des Angriffes auf wirtschaftlichem Gebiete auch im Dorfe zu ermöglichen.

Das ist nicht mehr jener Rückzug, wovon Genosse Lenin im Jahre 1921 sprach. Damals haben wir uns notgedrungen auf der ganzen Linie zurückgezogen, um dann stehen zu bleiben und eine Umgruppierung vorzunehmen.

Heute ist die Lage ganz anders. Im allgemeinen sind wir in der Offensive und nur an einer einzigen Frontstrecke müssen wir einen teilweisen Rückzug zulassen, um die Linie auszurichten. Dieser Teilrückzug folgt vollkommen aus dem Rückzuge des Jahres 1923, der notwendig, unvermeidlich und nützlich war. Unser Rückzug steht in enger Verbindung mit der gesamten Nep. Wir müssen die Front unter anderem auch deshalb ausrichten, um den Gegner, den Kulak, besser umgehen zu können. Natürlich hat eine solche Taktik ihre Gefahren. Es ist schon oft gesagt worden, daß jeder, der eine Umgehungsbewegung macht, Gefahr läuft, selbst umgangen zu werden. Das müssen wir uns auch jetzt vor Augen halten. Aber, Genossen, wer sich vor dem Wolf fürchtet, der geht nicht in den Wald. Unsere ganze „Neue Wirtschaftspolitik“ zeigt, daß wir es verstehen, den Gegner zu umgehen, ohne selbst von ihm umgangen zu werden.

Die äußere Lage sieht folgenderweise aus: An der Westfront ein Uebergewicht der gegnerischen Kräfte. Die Komintern ist in einer ganzen Reihe von Ländern gezwungen, ihre Armeen, ihre Parteien in die Schützengräben zurückzuziehen, sie bereitet sich zu einem zähen, langwierigen Stellungskampfe vor, geht hie und da zur Illegalität über usw.

[428] Es genügt, in Betracht zu ziehen, welcher Kampf jetzt auf dem Balkan, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, geführt wird, es genügt, wenn wir uns das ganze Bild des weißen Terrors

vor Augen halten. Im Westen hat der Gegner das Uebergewicht, jedoch nicht in einem solchen Maße, daß es genügen würde, einen unmittelbaren Schlag gegen uns zu führen.

An der Ostfront entwickeln sich die Ereignisse viel rascher und günstiger, als wir es erwarteten. Zum erstenmal sind wir in eine direkte Berührung mit dem Osten gekommen; zum erstenmal stehen wir jetzt mit China in Berührung, und es ist schon heute klar, wie fruchtbar, wie erfolgreich sich diese Annäherung in der Zukunft ausgestalten wird.

Das ist das ganze Bild. Und es enthält keinesfalls einen Grund zur Verzweiflung.

Genosse Lenin hat auf dem 9. Rätekongreß im Jahre 1921 gesagt: „Natürlich ist das Wesen der Neuen Wirtschaftspolitik das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft, der Zusammenschluß zwischen der Vorhut des Proletariats mit dem weiten Bauernfeld.“

Ich glaube, man könnte es kurz sagen, daß das Wesen unserer ganzen jetzigen Politik im Kurs auf das weite Bauernfeld besteht. In dieser Losung können wir den Inhalt aller unserer Beschlüsse zusammenfassen:

Kurs des Proletariats auf ein noch engeres Bündnis mit der Bauernschaft.

Kurs der sozialistischen Industrie auf das weite Bauernfeld.

IV.

Die Nep und die Bauernschaft.

Die „Neue“ Wirtschaftspolitik ist nicht mehr neu. Nicht nur uns, sondern auch dem Weltproletariat ist es bereits gelungen, auf Grund dieser Politik gewisse Erfahrungen zu sammeln. Wenn Sie diese Politik genau definieren wollen, so ist es am besten, dies mit Lenins Worten zu tun: „Die Nep ist der Aufbau des Sozialismus unter besonderen Verhältnissen, die vom Ueberwiegen der kleinbäuerlichen Bevölkerung hervorgerufen wurden.“ Die Frage ist nicht die, ob wir bereits den Sozialismus aufgebaut oder nicht aufgebaut haben (es ist klar, daß er heute noch nicht aufgebaut ist), sondern ihr Wesen besteht darin, ob wir den Weg zum Sozialismus unter den erwähnten besonderen Verhältnissen, denen wir uns nicht entziehen können, behauptet haben. Nur von diesem Gesichtspunkt aus können wir unsere Beschlüsse beurteilen.

Um ihre Richtigkeit feststellen zu können, müssen wir uns, wenn auch nur in einigen Worten, die Hauptziffern über die Lage unseres Dorfes in Erinnerung rufen. Ich glaube, Genossen, daß es vorläufig genügt, aus jener großen Anzahl äußerst wichtiger Zahlen, die hier auf dem Kongreß vorgelesen wurden, folgende vier Zahlen zu erwähnen:

1. 72 bis 75 Prozent der Vorkriegsindustrie.
2. 70 bis 75 Prozent der Vorkriegslandwirtschaft.
3. Mehr als eine Viertelmillion industrieller Arbeitslosen und
4. 40 Prozent Bauern, die kein Pferd haben.

Man sagt, daß die Differenzierung bei uns im Dorfe sehr rasch vor sich geht. Man spricht sehr viel vom Kulak usw. Das ist natürlich sehr gut, daß wir als Marxisten die Differenzierung schon sehen wollen, wo sie nur im Keim vorhanden ist. Wenn wir aber auf Grund mehr oder minder genauer statistischer Angaben feststellen wollen, wohin diese Differenzierung führte, wie groß zahlenmäßig die Kulakschicht ist, dann sehen wir, daß es höchstens 4 Prozent Kulakwirtschaften gibt. Dabei wissen wir, daß wir 40 Prozent Bauern ohne Pferde haben.

Ich erinnere Sie daran, daß Lenin die Bauern, die keine Pferde haben, „Proletarier“ nannte. Er sagte – allerdings schon im Jahre 1903, ich glaube aber, daß an seiner Definition auch heute noch nichts geändert [429] werden kann – daß der „pferdelose Bauer ein solcher Bauer ist, der bereits gänzlich besitzlos geworden ist. Das ist ein Proletarier ... Das ist der leibliche Bruder des städtischen Arbeiters.“ (Im Artikel „An die Dorfarmut“.) Ich glaube, daß das noch heute vollkommen gültig ist. Der pferdelose Bauer ist natürlich kein Industrieproletarier und auch kein landwirtschaftlicher Proletari-

er im klassischen Sinne des Wortes, aber er ist der „leibliche Bruder des Arbeiters“, er ist in gewissem Sinne Proletarier. Manche Genossen sagen, daß unsere Politik ein „Kurs auf den Kulak“ sei (übrigens sagen dies auch die Menschewiki und SR). Diese Genossen sagen, daß das Uebel in der zahlreichen Kulakschicht bestehe, und daß wir deshalb den Klassenkampf im Dorfe sofort entfachen müßten. Was soll dann aber mit einer solchen Kleinigkeit, wie die 40 Prozent pferdeloser Bauern, geschehen?

Nein, vorläufig besteht das Uebel bei uns nicht in der Gewalt der Kulaks, sondern darin, daß es im Dorfe so viele Bauern gibt, die kein Pferd haben. Das andere Uebel besteht darin, daß wir den Mittelbauer allzuoft und leichten Herzens zu den Kulaks zählen. Ich frage die Genossen, die so sehr gerne den Klassenkampf in unserem Dorfe entzünden, ob wir denn dem pferdelosen Bauern Pferde geben sollen? Ich glaube ja, das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Was aber geht hieraus hervor? Die Verringerung der Proletarisierung. Wir können jetzt nicht die Parole der Entzündung des Klassenkampfes herausgeben, aber klar sehen, daß der Klassenkampf im Dorfe vor sich geht, müssen wir. Wir sind eine Regierung, die aus der Armut hervorging, wir wollen aber die Armut nicht verewigen, wir wollen den Wohlstand heben.

Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir, indem wir bis zu einem gewissen Grade die Hände des Kulaks entfesseln, uns zugleich vorbereiten, ihn zu umgehen, ihn politisch zu isolieren. Eine wirtschaftliche Isolierung des Kulak, sagen wir einen wirtschaftlichen Boykott, können wir nicht durchführen. Natürlich wird der bedürftige Bauer zu ihm gehen, um ihn um eine Anleihe zu bitten, und der Landarbeiter, um sich bei ihm zu verdingen. Aber eine politische Isolierung des Kulak können wir durchführen.

Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir im Dorfe keine Dreiteilung auf 1. Kulak, 2. Mittelbauer und 3. armer Bauer, sondern nach Möglichkeit eine Zweiteilung haben, erstens arme und Mittelbauern zusammengenommen und zweitens Kulak. Das wird die richtige politische Linie gegenüber dem Kulak sein. Zugleich ist es aber im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte des Dorfes notwendig, die Hände des Kulak zu entfesseln.

Das bedeutet natürlich nicht im geringsten, daß wir etwa den „Kurs auf den Kulak“ nehmen. Denken wir an die Entfesselung der Hände der „Nep-Leute“. War das ein Kurs auf die „Nep-Leute“? Nein, das war ein Kurs auf die Entfaltung der Produktivkräfte, auf die Vergrößerung der Klassenmacht des Proletariats und letzten Endes auf die Vergrößerung des Schwergewichtes der sozialistischen Wirtschaft.

Das gleiche geschieht jetzt mit dem Kulak. Der Unterschied ist nur, daß der Kulak gefährlicher ist als der Nep-Mann, da es in der Stadt eine Menge von proletarischen Organisationen: Gewerkschaften, Partei usw., gibt. Im Dorfe aber ist die Macht der Vorurteile und der Religion stärker und daher auch der Einfluß der großbäuerlichen Minderheit größer. Diesen Unterschied müssen wir in Betracht ziehen.

Wem machen wir Zugeständnisse und worin besteht unser Rückzug?

Unser Rückzug besteht in gewissen Zugeständnissen gegenüber den Normen der werktätigen Bodenbenützung. Wir machen gewisse Zugeständnisse an die reichen Bauern. Im Jahre 1921 glaubten wir, daß wir hier keinen Rückzug machen müssen, wir müssen ihm aber im Jahre 1925 im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte vornehmen.

Im Dorfe entfesseln wir selbst die Hände der oberen Kulakschicht, weil das notwendig ist zur Entfaltung der Produktivkräfte, zur Ausrichtung der [430] gesamten Wirtschaftsfront. Zugleich werden wir aber gegen die Dorfreichen jene „Pferdelosen“, die Genosse Lenin Proletarier nannte und die Mittelbauern organisieren, und wir werden die obere, reiche Schicht zugunsten des gesamten Dorfes scheren.

So muß die Frage gestellt werden und in diesem Sinne können und müssen wir von Elementen eines teilweisen Rückzuges bei einem allgemeinen Uebergewicht unserer Kräfte sprechen. Im allge-

meinen schreitet unsere Sache vorwärts, wir schreiten vorwärts, selbst wenn auch kleine, aber sehr wichtige Zugeständnisse an den Kulakteil des Dorfes gemacht wurden.

Noch einige Worte bezüglich der „Definition“ des Kulak. Es gab bei uns viele Streitigkeiten, ob man eine erschöpfende Definition des Begriffes „Kulak“ geben könne. Und darüber sind sich die besten Freunde – natürlich nicht ernstlich – in die Haare geraten. Ich glaube, daß wir uns auch hier sehr leicht in der Formulierung des Genossen Lenin verständigen könnten. Wir suchen etwas Neues dort, wo schon längst alles gesagt und wo schon längst ganz Amerika entdeckt wurde.

Lenin sagte über den Kulak:

„Ueber die Macht der reichen Bauern kann man nicht nach der Menge ihres Bodenanteiles urteilen. Die reichen Bauern bereichern sich nicht durch ihren Bodenanteil: sie kaufen ein wenig Boden dazu, sie kaufen auch ‚für ewig‘ (das heißt als Privatbesitz) und auch ‚für ein Jahr‘ (das heißt in Pacht), sie kaufen Grund und Boden auch von den Gutsbesitzern, auch von ihren Bauernbrüdern und auch von jenen, die ihren Bodenbesitz auflassen, die aus Not ihren Bodenanteil verkaufen. Am sichersten wird es daher sein, wenn wir den Mittelbauer und den besitzlosen Bauer von den Reichen nach der Anzahl der Pferde, die sie besitzen, trennen. Der Bauer, der viel Pferde hat, ist fast immer ein reicher Bauer; wenn er viel Arbeitsvieh hält, so zeigt das, daß er viel Getreide hat, daß er außer seinem Anteil auch noch anderen Boden hat, und daß er auch über Geldvorräte verfügt.“
(Aus der Broschüre „An die Dorfarmut“.)

Für den Mittelbauer gibt er folgende Definition:

„Als Mittelbauer kann in ganz Rußland jener betrachtet werden, der ein Paar Arbeitsvieh besitzt. Der Mittelbauer steht zwischen dem reichen Bauer und dem Proletarier, deshalb wird er auch Mittelbauer genannt.“
(Ebenda.)

Diese Definition bleibt, glaube ich, auch heute in Kraft.

Die Bauern, die kein Pferd haben, nennt aber Lenin in gewissem Sinne Proletarier.

In unseren Streitigkeiten haben wir darauf hingewiesen, daß ja auch der Mittelbauer Lohnarbeit anwendet, folglich ist die Anwendung von Lohnarbeit kein konstituierendes, kein entscheidendes Zeichen für den Kulak.

Nicht darum handelt es sich, daß der Bauer etwa im Notfall ein, zwei Hilfskräfte in Anspruch nimmt. Wenn er aber von fremder Arbeit lebt oder fremde Arbeit ausplündert, dann ist er ein Kulak. Natürlich muß man dabei alle Eigentümlichkeiten des betreffenden Gebietes, Gouvernements usw. und auch die Geschichte jeder einzelnen Bauernwirtschaft in Betracht ziehen, wie uns Lenin lehrte.

Und diesem Kulak machen wir nun gewisse Zugeständnisse, treffen aber zugleich alle notwendigen Maßnahmen, um gegen ihn das ganze übrige Dorf zu organisieren.

Manchmal sagt man, daß unsere gegenwärtigen Beschlüsse den „Anfang“ der Nep im Dorfe bedeuten. Nein, Genossen, das ist historisch unwahr, den Anfang der Nep hatten wir im Dorfe im Jahre 1921. Wir begannen ja die Nep im Dorfe. Weshalb ist die Losung „Mit dem Gesicht dem Dorfe zu!“ im Jahre 1924 neu erstanden? Sie ist entstanden auf [431] wirtschaftlicher Grundlage. Wir gebrauchten diese Parole zum erstenmal in dem Artikel über die Mißernte. Diese Parole ist entstanden, weil es jetzt notwendig geworden ist, wieder mit dem Dorfe anzufangen und gerade auf wirtschaftlicher Linie. Wo wir nun 72 Prozent der Vorkriegsindustrie haben, stoßen wir wieder auf die Frage der Kaufkraft des Dorfes in der Entfaltung seiner Produktivkräfte.

Ferner kam noch ein politisches Moment hinzu: Der Aufschwung der Wirtschaft, sowohl in der Stadt, als auch im Dorfe, mußte zum Wachsen der politischen Aktivität des Dorfes führen. Wir wissen, daß die Arbeiter um so aktiver werden, je mehr die Sorge um das Stückchen Brot in den Hintergrund gerückt werden kann. Dasselbe gilt auch für das Dorf.

Wir müssen nun zum zweitenmal das Dorf politisch erobern (zum ersten Male unterstützte es uns rückhaltlos in den Jahren 1917 bis 1918), ebenso wie wir im Jahre 1923 bis 1924 die Arbeiter zum zweitenmal erobert haben.

So und nur so kann die Parole „Mit dem Gesicht dem Dorfe zu“ aufgefaßt werden. Und dann werden wir verstehen, daß wir diese Parole mit konkretem sachlichem Inhalt ausfüllen müssen, was auch in den Beschlüssen unserer letzten Kongresse geschah. (Schluß folgt.)

*

Zur Organisationsfrage.

Von Ernst Schneller.

Der Berliner Parteitag wird zum ersten Mal die organisatorischen Fragen in einem besonderen Referat behandeln. Auf dem Frankfurter Parteitag war ein solches Referat von der Mehrheit abgelehnt worden; mit Recht, so muß ich jetzt sagen; denn es fehlten alle Voraussetzungen für die sachgemäße Behandlung des Problems; die organisatorischen Heldenstücke – die den politischen Glanzleistungen entsprachen – konnten keine Grundlage für eine planmäßige Ausgestaltung der Organisation bieten.

Die Partei hat jetzt ein Jahr stetiger Entwicklung und reicher Erfahrungen (die natürlich auch auf Auswertung der negativen Erfahrungen der früheren Jahre beruhen) hinter sich und muß nun das Material sichten, die Erfahrungen klären, die Mängel feststellen und die weiteren Folgen herausarbeiten.

Folgende Gebiete müssen erörtert werden:

1. der Ausbau der Organisation auf Betriebszellen (Verhältnis zu den Straßenzellen),
2. die planmäßige Durchführung der Parteiarbeit durch alle Parteiorgane,
3. die Herausbildung arbeitsfähiger Leitungen – von der Betriebszelle, Zellengruppe usw. bis zur Bezirksleitung und bis zur Zentrale,
4. die Durchführung der Selbstkontrolle und Berichterstattung in der Partei,
5. die Organisierung der Parteierziehungsarbeit.

Mit diesen fünf Punkten werden die zu behandelnden Probleme nicht erschöpft, darauf kann es auch nicht ankommen; ein Zuviel oder Zuvielerlei würde der Sache mehr schaden als nützen. In der Aussprache wird sich nicht vermeiden lassen, daß dieses oder jenes Problem mit angeschnitten wird. Das Ziel der Aussprache soll jedoch eine möglichst feste Umgrenzung der im nächsten Jahr zu bewältigenden organisatorischen Ausgaben sein.

Zu 1: Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist nach einem verhältnismäßig raschen Aufschwung in den meisten Bezirken ins Stocken geraten. Die dreifache Wahlbewegung wurde größtenteils in den Wohnbezirken organisiert – die Betriebsarbeit ist durch weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erschwert. Politisch ist die Betriebsarbeit verschie-[432]dentlich versackt; die Betriebszellen fühlen und betätigen sich zu sehr als Zelle des Betriebs – d. h. die Betriebsangelegenheiten beherrschen ihre Tätigkeit völlig – und weniger als Zelle der Partei im Betrieb. Die Abkapselung der Zellenarbeit von der allgemeinen Arbeit der Partei kann nicht zum Ausbau und zur Belebung der Zellenarbeit führen. Darum muß das Hauptgewicht (z. B. bei Besprechung der taktischen Differenzen der Partei, bei Ausstellung des Arbeitsplans, bei Kursen) auf Heranziehung der Zellenvertreter gelegt werden. Die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen Steuerraub, Zollwucher, drohenden imperialistischen Krieg muß von den Zellen aus durchgeführt werden – die Leitungen dürfen nicht locker lassen. Hand in Hand mit der Politisierung der Zellenarbeit ist die Umstellung in der Kassierung durchzuführen.

Das Verhältnis zu den Wohngebieten muß so geändert werden, daß die Betriebszelle nicht nur auf dem, Papier, sondern in der Tat das Fundament der Parteiorganisation bildet.

Erfahrungsgemäß funktionieren die Zellen in mittleren und kleineren Betrieben gemäß den einfacheren Arbeitsbedingungen besser, sie sind stabiler und lebendiger als in Großbetrieben.

Das Hauptgewicht muß jedoch auf die Erfassung der Großbetriebe (und dabei wiederum zuerst auf die für die Produktion wichtigsten) zu legen. Nicht die Zahl der Zellen ist entscheidend, sondern die Fundierung in den Großbetrieben. Es muß also bewußt darauf hingearbeitet werden, die Genossen

in den Großbetrieben fest zusammenzufassen bzw. gute Genossen in Großbetrieben als Organisatoren unterzubringen – oder durch gute Bearbeitung einzelner Arbeiter zunächst Vertrauensleute zu gewinnen, von denen aus der Zellenaufbau betrieben werden muß. Am Fortschritt dieser Arbeit wird die Partei ihre wirklichen Fortschritte ermessen.

Besonders mangelhaft ist die Verbindung mit dem Landproletariat. Die Bildung von Gutzellen ist nur in wenigen Fällen in Angriff genommen; hier liegen die Schwierigkeiten meist nur im Mangel an Organisatoren im Bezirksvorort zur Anregung und Ueberwachung der Arbeit.

Die Betriebszellenzeitungen sind zu einem, wichtigen Agitations- und Propagandamittel geworden. Ihr Ausbau ist dringend notwendig – er kann nicht bloß der Initiative einzelner Genossen überlassen bleiben, sondern muß in jedem Bezirk planmäßig geleitet und beeinflußt werden. Diese Bewegung muß zugleich der Heranbildung von Arbeiterkorrespondenten für die Tagespresse dienen (wobei auch Sympathisierende zuzuziehen sind) und muß andererseits zur Ausbreitung unserer Tagespresse ausgenutzt werden.

Zu 2: Die weitere Umstellung auf Betriebszellen wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, die gesamte Parteiarbeit planmäßig zu organisieren. Das ist der schwächste Punkt der Parteiarbeit. Mehr oder weniger wird es der Spontaneität des einzelnen Funktionärs oder Genossen überlassen, ob er in der Parteikampagne eine Aufgabe erfüllt und welche Ausgabe er erfüllt. In fast allen Organisationen wird über mangelnde Aktivität geklagt, der einzelne Funktionär ist überlastet. Durch das Jammern wird es nicht besser – sondern durch gute Organisierung der Arbeit.

Lenin nennt schon 1902 in seinem Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben „die **Arbeitsteilung** (die mit Ressortwirtschaft nichts zu tun hat; E. S.) eines der dringendsten praktischen Bedürfnisse unserer Bewegung.“ Die Arbeitsteilung ist dabei nach verschiedenen Gesichtspunkten notwendig:

- a) nach Funktionen, die der einzelne Genosse in der Zelle verantwortlich zu übernehmen hat,
- b) nach festumrissenen Losungen für die einzelnen Industriebezirke, -Orte, Betriebe, Arbeiterorganisationen usw. entsprechend einerseits der allgemeinen Losung der Partei, die allen Genossen bekannt sein muß und unter Berücksichtigung der besonderen bezirklichen, örtlichen, betrieblichen Verhältnisse,
- c) nach Terminen; Durchführung des genau festzulegenden Arbeitsplans [433] (wieder den besonderen Bedingungen angepaßt), sowohl für die Gesamtpartei wie für die einzelne Zelle und für jedes Mitglied der Zelle.

Zu 3: Die Uebertragung der Verantwortung für die Partei auf die breiteste Grundlage – nämlich auf die gesamte Mitgliederschaft – diese Dezentralisation in der Verantwortung ist die Vorbedingung und Ergänzung zur wirklichen straffsten Zentralisation der Parteiführung. Die Zentralisation ist also kein Problem der Befehls- und Disziplinargewalt, sondern ein Problem der Herausbildung wirklich arbeitsfähiger Leitungen von der Zelle bis zur Zentrale. Die sozialdemokratische Organisationstradition hat noch viele Mängel in unseren Organisationen fortgeerbt. Wie die Arbeit vom Zufall überlassen bleibt, so sind die Massen oft lediglich Stimmungssache, erst auf den letzten Bezirksparteitagen hat die Zentrale durchsetzen können, daß in allen Bezirken die Massen wirklich vorbereitet werden. Wo geschieht das in den Zellen, den Zellengruppen, Ortsgruppen, Arbeitsgebieten? Die Auslese der wichtigsten Funktionäre für den richtigen Platz – das Ersetzen solcher, die sich unbrauchbar erwiesen haben, durch andere – das als wichtige politische Entscheidung zu verstehen und zu werten, das geht der Partei vielfach noch nicht ein. Noch immer kommt es vor, daß z. B. ein guter Funktionär, der sich vorübergehend in Opposition verrannt hat und überstimmt worden ist, trotz seiner gegensätzlichen Einstellung zum Z.-A. oder gar zum Reichsparteitag delegiert wird, oder in eine verantwortungsvolle, leitende Stelle gewählt wird. Ebenso entsprechen vor allem obere Leitungen in ihrer Zusammensetzung nicht den Bedürfnissen der Organisation. Z. B. die B.-L. setzt sich vorwiegend aus Kräften zusammen, die nicht im Betrieb stehen, bzw. die wichtigsten Industriegruppen oder Betriebe sind nicht vertreten. Es genügt nicht, daß die Zentrale kontrolliert, es muß

in der Organisation zur Selbstverständlichkeit werden, daß die Leitungen in ihrer Zusammensetzung der Kräftegruppierung gerecht werden.

In den Leitungen selbst sind die wichtigsten Aufgaben: die Arbeitsteilung (nicht Ressortfanatismus und Bürokratismus) unter den Genossen und die Zusammenarbeit mit anderen Leitungen in vertikaler (nach oben und unten) wie horizontaler Richtung (zu Nachbargruppen, -bezirken usw.).

Von dieser Arbeitsteilung und Zusammenarbeit hängt es wesentlich ab, ob die Partei ihrer Aufgabe als Vortrupp des Proletariats gerecht wird – d. h., ob ihre „politische Führung sich über alle anderen Organisationen des Proletariats erstreckt“ (Stalin, Lenin und der Leninismus, Seite 136): Gewerkschaften, Genossenschaften, Freidenker, Sport, Frauen-, Kulturorganisationen, Mietervereine.

Von der Leitung aus muß die wichtige Arbeit in der Partei und unter den Massen organisiert werden durch Arbeitsteilung und Zusammenarbeit; Aufbau und Leitung der Fraktionen, Arbeit auf dem Land, unter dem weiblichen Proletariat, unter der Jugend, unter Beamten, Angestellten, Schupo, Reichswehr.

Eine besondere Bedeutung hat für Deutschland die bisher völlig vernachlässigte Ausgestaltung des Agitprop-Apparates, sowie die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit.

Alle diese Dinge können hier nur angedeutet und eingruppiert werden, um überhaupt den Arbeitsplan für das kommende Jahr zu umreißen.

Zu 4: Ein wichtiger Faktor für die Zusammenarbeit liegt in gegenseitiger Selbstkontrolle und Berichterstattung. Gegenseitige Berichterstattung: z. B. die Zentrale verlangt nicht nur Berichte von den Bezirken, sondern berichtet ihrerseits an die Bezirke über ihre Sitzungen und ihre Tätigkeit. Diese Art der Information müßte bis zur Zelle durchgeführt werden. Von den Zellen nach oben ist die Berichterstattung sehr mangelhaft – Kritik und Anregung als Ausdruck der lebendigen Wechselbeziehung zwischen Leitung und Ausübung der Parteiarbeit unter den Massen – das ist der Gradmesser des inneren Wachstums, der festeren und feineren Organisation der Partei, der stärkeren Vereinheitlichung und der wachsenden Aktivität. Lenin hat der schärfsten Selbstkritik größte Bedeutung beigemessen, aber erst [434] in innigem Kontakt innerhalb der Partei ist sie möglich und wirklich fruchtbar.

Zu 5: Die dauernde Durchflutung der Partei in der Arbeit mit den Grundsätzen und Erfahrungen des Leninismus als dauernde Aufgabe zur Herstellung der Einheit von Theorie und Praxis, die ständige Parteierziehung und Parteidurchbildung zu organisieren – für die Mitglieder in den Zellen, für die leitenden Funktionäre, für die Spitzenfunktionäre – diese Arbeit steckt in den ersten Anfängen; sie wird sich infolge der großen Mängel der Vergangenheit erst langsam heben – sie muß jedoch als ständige Aufgabe erkannt und unbedingt für die gesamte Partei in den Arbeitsplan mit eingruppiert werden (Kurse, Informations- und Funktionärabende, Abendschulen, Parteischulen, Leninistisch-Marxistische Zirkel).

Dieser kurze Ueberblick über die einfachsten organisatorischen Arbeiten zeigt schon, daß eine große Zahl von Sonderproblemen erörtert und geklärt werden müssen. Für die Kommunistische Partei gerade in Deutschland, mit der sozialdemokratischen Organisationstradition ist die ständige Würdigung der Organisation der Arbeit wichtige revolutionäre Aufgabe. Der Frankfurter Parteitag stellte der Partei die Aufgabe: Organisation der Revolution. Der Berliner Parteitag soll einen weiteren Schritt in dieser Richtung tun. Politisch ist im allgemeinen der Weg der Partei abgesteckt. Nun hat der Organisator das Wort!

*

Diskussion.

Zur Stinneskrise.

Vorbemerkung der Redaktion: Die Partei hat über den politischen und organisatorischen Aufgaben bisher nicht genügend Aufmerksamkeit der Durcharbeitung und Klärung der Fragen der ökonomischen Theorie widmen können. Die falschen Ansichten der Luxemburgischen Schule sind gerade hier von den wenigen allgemein theoretischen Darlegungen nur oberflächlich berührt worden. Es ist klar, daß in einem praktischen Fall wie dem Stinneskrach, die Differenzen deutlich werden müssen. Die folgenden Beiträge bringen einige Seiten dieser Differenzen zum Ausdruck, sie scheinen uns daher gut geeignet, um eine grundsätzliche theoretische Auseinandersetzung einzuleiten, die eine Voraussetzung ist auch für eine wirklich ausreichende Analyse der konkreten Wirtschaftslage und einheitliche Ansichten der Partei in ökonomischen Fragen.

Der Fall Stinnes.*)

Von F. Meister.

Die Firma Stinnes hat Weltruf.

Vor einigen Jahren teilte ein Stockholmer Witzblatt seinen Lesern mit, Stinnes habe ganz Europa für eigene Rechnung gekauft, dabei einen Gewinn von 200.000 Milliarden erzielt, alle Einwohner über 15 Jahre in Angestellte mit festem Gehalt und Tantieme verwandelt und sich nach einer Aussprache mit den Herren Branting und Poincaré den Titel „Generaldirektor des vereinigten Europa“ zugelegt.

Die tatsächliche Beurteilung des Einflusses von Hugo Stinnes war von diesem Witz gar nicht allzu weit entfernt. Das Wort „Stinnesierung“ war auch außerhalb der deutschen Grenzen bekannt, zum mindesten aber schien der Stinnes-Konzern mit dem Schicksal des deutschen Kapitals überhaupt in den letzten Jahren so gut wie identisch. „Das [435] Problem Stinnes wird mehr und mehr zum Lebensproblem der deutschen Wirtschaft“, schrieb der „Vorwärts“ am 9. April 1921.

Für den deutschen Arbeiter ist aber außerdem die Stinnesierung Deutschlands gleichbedeutend mit dem immer stärkeren Anwachsen der Reaktion in Deutschland: Die Expansion des Stinnes-Konzerns und die Aussaugung des ganzen Volkes durch die Inflation, die Beseitigung des Achtstundentages, der Abbau der Sozialgesetzgebung gingen eng miteinander parallel. Generaldirektor Vögler, der Chef der Rhein-Elbe-Union und „Reichskanzler“ im Stinnesreich, war schon 1919 ein überzeugter Gegenrevolutionär: „Die Gegenrevolution wird kommen, aber nicht mit den Waffen, sondern mit dem Geist“, sagte er im Januar 1919 in einer Ansprache in Dortmund; er hat Recht behalten, nur daß der „Geist“, von dem er sprach, die Form von Milliarden und Billionen Papiermark annahm. Auch das Antreibersystem in allen Industriezweigen, die blutige Niederhaltung jeder Arbeiterbewegung waren Kennzeichen dieses „Geistes“. Schon der ungeheure Einfluß des Stinnes-Konzerns auf die Gestaltung Deutschlands in den letzten Jahren erfordert es, daß wir uns eingehend mit den Vorgängen im Stinnes-Konzern befassen, wohl gemerkt, nicht mit dem Klatsch und dem Schicksal der sorgenvollen und schwergeprüften Männer, wohl aber mit den ökonomischen und politischen Hintergründen dieser Vorgänge und ihren Folgen nicht nur für die Struktur des kapitalistischen Deutschland, sondern ebenso mit der politischen Perspektive, die sich für die proletarische Strategie aus diesen Ereignissen ergibt.

Der junge Hugo wird isoliert.

Als der alte Hugo starb, hatte der zweitälteste Sohn nicht nur (ohne Erbschaftssteuer zu zahlen) den Stinnes-Konzern und den wundervollen Namen Hugo, sondern auch den Ehrgeiz seines Vaters geerbt. „Wie manche Kinder keinen Tortenrest, manche Männer keine hübsche Frau stehen lassen können, so kann Stinnes kein Geschäft stehen lassen; jedes, auch wenn's einem andern gehört, will er mitnehmen“, hatte Ballin über den Vater gesagt. Dem Sohn ging's nicht anders. Aus den Verlusten, die ihm die Frankenspekulation einbrachte, zog er keine Lehre. Er kaufte ununterbrochen, ge-

*) Diese Arbeit ist vor einigen Wochen für den Pressedienst geschrieben worden, nachdem Genosse Ludwig in seinem Artikel „Stürzende Götter“ („Rote Fahne“ vom 7. Juni) den Stinnes-Krach glossiert hatte. Ich habe gewissen Uebertreibungen des Ludwigschen Artikels gegenüber mit Absicht die nüchterne Seite des Falles Stinnes und die ökonomischen Tatsachen betont (Aenderung des Verhältnisses von Industrie- und Bankkapital u. a.) F. M.

nau so wie sein Vater in der Inflationszeit. Das gesamte flüssige Geld wurde in Sachwerten angelegt, und da immer noch Barmittel aus Staatskrediten bzw. -geschenken, Hungerlöhnen und Wucherpreisen übrig blieben, so erweiterte er die Handelsgeschäfte der Firma in großzügigster Weise. Er handelte mit Getreide, Mehl, Margarine, Speck, Wolle, Baumwolle und allen möglichen anderen Dingen, die es bisher in dem immerhin weiten Rahmen des Stinnes-Konzerns noch nicht gegeben hatte. Zu seinem Mißvergnügen trat eine internationale Preissenkung ein, die Lieferanten, vor allem Amerikaner, forderten ihr Geld und ihre Zinsen.

Aber die Beschaffung von Bargeld war um so schwieriger, als die Stinneszechen wohl Kohlen förderten, aber nicht verkaufen konnten, die Halden wuchsen und das Geld blieb aus.

Hugos Bruder, Dr. Edmund Stinnes, ist ein gelehrter Mann, er war früher Poet und dann Arzt. Seine Operationen, die er als Mitinhaber der Firma Stinnes ausführte, scheinen nicht glücklich gewesen zu sein. Sie endeten damit, daß er „in aller Freundschaftlichkeit“ am 29. Mai aus der Firma ausgeschifft wurde und die Auto- und Versicherungsinteressen des Stinnes-Konzerns, also eine immerhin recht ausgiebige Erbschaft, in eigene Regie erhielt.

Nach außen hin hatte sich der junge Hugo schon ziemlich isoliert. Die Tatsache, daß sein Vater jahrelang die Großbanken nicht brauchte und einige mittlere Banken sogar aufkaufen konnte, veranlaßte ihn, auch weiterhin in der Periode der Stabilisierung in Mark, also in der Periode des Wiedererstarkens des Bankkapitals in Deutschland, die Bankherren zu [436] brüskieren. Jede Beteiligung oder gar jede Kontrolle der Banken über seinen Privatkonzern lehnte er strikt ab. Er hatte dabei übersehen, daß die deutschen Banken sich nicht mehr auf Papiermark, sondern, was etwas mehr besagen will, auf Reichsmark und, was viel mehr besagen will, auf gute amerikanische Dollars stützten. Insbesondere die größte D-Bank, die Deutsche Bank, ist seit Jahr und Tag aufs engste mit den Interessen des Hauses Morgan verknüpft, dessen Macht nicht von Pappe, sondern von reinem Gold ist.

Ebenso isoliert aber war Hugo innerhalb des Konzerns. Vögler und andere wichtige Chefs von Hauptgruppen des Stinnes-Konzerns hatten sich von ihm zurückgezogen. Die Mutterliebe der Cläre Stinnes hat diese Kaltstellung ihres Sohnes nicht ersetzen können.

Die Banken greifen ein.

Anfang Juni lud der Reichsbankpräsident die leitenden Direktoren der Großbanken zu einer Besprechung der Angelegenheit ein. Es ist in einem demokratischen, parlamentarisch regierten Staat wie Deutschland selbstverständlich, daß über solche Besprechungen und solche Dinge kein Weiß- oder Blaubuch herausgegeben wird. Die Presse bringt, je nach Konkurrenz- oder sonstigen Interessen, die widerspruchsvollsten Nachrichten. Allem Anschein nach belaufen sich die Verpflichtungen der Firma Stinnes auf mindestens 50 Millionen Mark, eine Summe, die etwa dem Jahreslohn von 25.000 gutbezahlten Arbeitern entspricht.*) Nachdem die Reichsbank erklärte, aus ihren Mitteln (also aus öffentlichen Mitteln, aus Geldern des Volkes) etwaige Wechsel der Banken an Stinnes zu rediskontieren, nachdem dann zur Genugtuung der Bankdirektoren innerhalb des Stinneskonzerns noch einige weitere Aenderungen (über die noch zu sprechen sein wird) vorgenommen oder zugesichert wurden, waren scheinbar alle Schwierigkeiten behoben. Ein Kommuniqué teilte mit: „Die Mißstände sind nun endgültig beseitigt ... Der jetzige Leiter (eben der junge Hugo) hat den entschlossenen Willen, die notwendige Liquidität der Firma aus eigener Kraft herzustellen trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage ... Jetzt ist die Bahn frei.“

Jeder Prolet wird aufatmen, wenn er weiß: die Bahn ist wieder einmal frei für Stinnes!

II. „Hilfe“.

Die Großbanken haben dem Stinnes-Konzern „geholfen“. Man kann das Wort Hilfe unter kapitalistischen Verhältnissen nur mit Ironie aussprechen.

*) Die Summe beträgt, wie sich sukzessive herausgestellt, in Wirklichkeit aller Wahrscheinlichkeit nach etwa das Dreifache. F. M.

Bekanntlich haben auch die amerikanischen Finanziere Deutschland „geholfen“, als sie ihm das Dawes-Programm und die internationale Anleihe bescherten. Sie haben durch Einführung der Goldwährung in Deutschland den Goldpreis in der ganzen Welt befestigt, sie haben die Reichsbank ihren Interessen untergeordnet und auch die wichtigsten deutschen Großbanken unterworfen, um sie dann, Vertreter ihrer Interessen, zu neuer Macht gelangen zu lassen.

Die Anleihen an einzelne große Konzerne Deutschlands haben die New Yorker Finanzwelt nicht übermäßig erfreut, da zunächst mit diesen Krediten keine Kontrolle über die deutschen Gesellschaften verknüpft ist. In den letzten Monaten ist kein derartiger Kredit mehr zustande gekommen. Von vornherein aber hatte man dem Stinnes-Konzern gegenüber die Taschen fest zugeknöpft. Alle Kreditversuche, die in Neuyork von Stinnes-Vertretern bei den verschiedensten Bankhäusern unternommen wurden, [437] blieben ergebnislos. Insbesondere war auch aus der Verbindung Stinnes mit Sinclair, einem großen amerikanischen Oelmagnaten, trotz mannigfacher Versuche, kein Bargeld herauszuholen.

Auch die deutschen Banken waren verständlicherweise auf den Stinnes-Konzern ebenso schlecht zu sprechen wie die amerikanischen Bankiers auf Henry Ford, der auch ein Riesenskapital ohne Mitwirkung des Bankkapitals angehäuft hat. Aber der Sitz der Firma Stinnes liegt nun einmal nicht im Dollarland, sondern in einem machtlosen, verarmten und von ihr selber ausgepumpten Deutschen Reich. Die Absatzstockung für Kohle seit einigen Monaten und für Eisen seit einigen Wochen, d. h. der wichtigsten Eigenprodukte des Stinnes-Konzerns, haben, vermehrt durch die verlustbringenden Spekulationsgeschäfte, die Barmittelnot und die Verschuldung des Stinnes-Konzerns verstärkt.

Da die inländischen und ausländischen Geldgeber für ihre Warenlieferungen auf Zahlung und Zinsen pochten, versuchte es der junge Hugo mit einem Male bei den Banken.

Was taten die Banken? „Die Banken, soweit man sehen konnte, haben an der Börse in keiner Weise interveniert. Es lagen überdies aus dem Rheinland neue Verkaufsaufträge vor, die vielleicht für ausländische Rechnung ausgeführt wurden. ... Die Baisse-Partei machte einen neuen scharfen Vorstoß“ – so schrieb die „Berliner Börsen-Zeitung“ am 5. Juni, also zur selben Zeit, als die Direktoren der D.-Banken über die Sanierung des Stinnes-Konzerns diskutierten.

Und zu gleicher Zeit, wo die Banken erklären, daß kein Grund vorliege, an der Zahlungsfähigkeit des Stinnes-Konzerns mehr zu zweifeln, wird aus London berichtet, daß sich eine Gesellschaft unter starker Beteiligung Harrimans gebildet habe, die die Stinnesschen Privatinteressen mit 50 Millionen Dollar aufkaufen will.

Diese Londoner Meldung ist in dieser Form eine Phantasie, aber der Name Harriman hat, wie wir sehen werden, in diesem Zusammenhang einen guten Grund.

Ebenso interessant ist aber, daß die „Vossische Zeitung“, seit Jahr und Tag ausgesprochen feindlich gegen Stinnes eingestellt, plötzlich erklärte (9. Juni): „Der Rückzug des Stinnes-Konzerns ist kein Zusammenbruch. Man kann als sicher annehmen, daß die Reserven ausreichen werden, um eine geordnete Zurücknahme der zu weit vorgeschobenen Vorposten zu ermöglichen. Die Konferenz der Großbanken unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten hat die Sachlage geprüft. Namhafte Männer der Wirtschaft, Dr. Silverberg, Dr. Vögler und der frühere Hamburger Handelskammerpräsident Witthöft, sind für Stinnes eingetreten und gewährleisten, gestützt auf das Vertrauen der deutschen Finanzwelt, eine sachgemäße Rekonstruktion ohne tiefgreifende Erschütterung. Man hat den Eindruck, daß zielbewußt und ehrlich ans Werk gegangen wird.“

„Gestützt auf das Vertrauen der deutschen Finanzwelt“ – hierin liegt der Schwerpunkt dieser Auslassung. Vögler hat für den jungen Stinnes garantiert, auf seine Veranlassung sind Aktienpakete, die Stinnes gehören, an die Großbanken verpfändet worden, er selber ist zusammen mit Silverberg (von der Rheinischen Braunkohle A.-G.) und Witthöft (von der Berliner Handelsgesellschaft) in den Aufsichtsrat der Firma A. G. Hugo Stinnes für Ueberseehandel und Seeverkehr einge-

treten. Das Bankkapital scheint demnach erreicht zu haben, was es wollte: eine Art Kontrolle über den Stinnes-Konzern. Die Stinnes-Aktien können also bald wieder steigen.

Die Rolle Vöglers.

Mit einem Male ist nun auch der Einfluß Vöglers im Stinnes-Konzern, d. h. im eigentlichen Privatkoncern, wiederhergestellt. Er hatte sich in den letzten Monaten fast ganz auf die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-[438]Union zurückgezogen und kaum noch Verbindung mit Hugo dem Sohn unterhalten.

Sicher, daß er mit dieser Beschränkung außerordentlich unzufrieden war. Die Pleite des jungen Hugo hatte er zweifellos vorausgesehen. Und wenn das Bankkapital auf ihn so großes Vertrauen setzt, so zeugt das davon, daß er, im Gegensatz zur Familie Stinnes, mit deren Chefs in guter Verbindung gestanden hat. An der Rhein-Elbe-Union sind ja auch die Großbanken, in erster Linie die Darmstädter und Nationalbank und die Disconto-Gesellschaft, in erheblichem Umfang beteiligt. Der „Freund des verstorbenen Herrn Hugo Stinnes“ (so sagt eine Mitteilung der Firma Stinnes) hat also, unterstützt durch die Banken, den Einfluß des Sohnes zurückgedrängt, um seinen eigenen Machtbereich erweitern zu können. Natürlich ist dieser persönliche Umstand viel weniger interessant und wichtig als die beiden damit verknüpften Tatsachen: erstens, daß zur Zeit der Stinnes-Konzern nicht mehr von der Kohle (dem Fundament des Stinnesschen Privatkoncerns), sondern durch Eisen und Stahl (dem Fundament der Rhein-Elbe-Union) beherrscht wird. 1925 herrscht nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt kein Kohlenmangel wie 1920, sondern Kohlenüberfluß. Zweitens, daß das Bankkapital eine kontrollierende Stellung über den Stinnes-Konzern erhalten hat.

Harriman.

Die Nennung des Namens Harriman in der erwähnten Londoner Meldung ist deswegen beachtenswert, weil in der letzten Zeit der Einfluß dieses amerikanischen Magnaten in Deutschland stark gewachsen ist. Schon seit Jahren besteht zwischen seiner Schiffahrtsgruppe und der Hamburg-Amerika-Linie eine enge Interessengemeinschaft. Außerdem ist Harriman mit Rockefeller (Standard Oil), die Hapag mit der Disconto-Gesellschaft und der Deutschen Erdöl A.-G. (Deag) eng verbunden. Zwischen der Deag und der Standard Oil fanden im vergangenen Jahr in Amerika ausgiebige Verhandlungen statt. Es ist zweifellos, daß der Stinnessche Oelkonzern, zur Zeit der größte Deutschlands, den Rockefeller-Leuten ein Dorn im Auge gewesen ist, zumal da es Stinnes verstanden hat, auch in die Deutsche Filiale der Standard Oil (die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft) einzudringen.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, daß Rockefeller nunmehr den Augenblick für gekommen hält, sich den Stinnesschen Oelkonzern unterzuordnen und daß Harriman daran denkt, mit der Stinneschen Reederei eine ähnliche Interessengemeinschaft einzugehen wie mit der Hapag.

Auch nach verschiedenen bürgerlichen Zeitungsmeldungen denkt der Stinnes-Konzern daran, in erster Linie seine Auslandsinteressen abzubauen, d. h. seinen internationalen Einfluß zu vermindern. Es war bisher immer so, daß in solchen Fällen Interessengemeinschaften mit anderen Magnaten einem vollkommenen Verzicht auf solche Unternehmungen vorgezogen wurden. Das bedeutet aber ein mehr oder minder großes Abhängigwerden von ausländischem Kapital.

Auf diese oder jene Einzelheiten kommt es aber weniger an als eben auf die Tatsache, daß der Stinnes-Konzern, und zwar in recht großem Umfang, nicht nur vor dem deutschen, sondern vor dem amerikanischen Finanzkapital kapituliert hat.

Diese Feststellung ist charakteristisch für Stinnes als den hervorragendsten „Vertreter eines nationalen Kapitals“ in Deutschland.

III. „Sanierung.“

Das Wort „Sanierung“ ist jedem Arbeiter wohlbekannt. Das Deutsche Reich hat sich seit 1924 „sanieren“, indem es Hunderttausende von Beamten entließ und die Steuern gegenüber der Vorkriegszeit unge-[439]fähr verdoppelte. Gleichzeitig „sanierte“ sich die Reichsbahn, indem sie ihre Arbeiter

und Beamten von rund einer Million auf 700.000 verminderte und die Tarife erhöhte. Die Kalimag-naten „sanierten“ ihre Gesellschaften, indem sie zahlreiche Schächte stilllegten und die Belegschaften entließen. Als Henry Ford 1921 seinen Betrieb „sanierte“, entließ er mit einem Schlage 100.000 Arbeiter.

Jeder Arbeiter weiß also, was es heißt, wenn nunmehr Hugo Stinnes, wie die bürgerliche Presse mitteilt, seine Firma „sanierten“ soll.

Da Hugo Stinnes diese „Sanierung“, wie wir früher gesehen haben, nicht ganz freiwillig vornimmt, so werden bei diesem Reinemachen aller Wahrscheinlichkeit nach auch Betriebe stillgelegt werden, die er selber noch ganz gern aufrecht erhalten hätte; auf jeden Fall bedeutet das wachende Auge des Bankkapitals über diese Maßnahmen, daß die „Sanierung“ mit noch schärferem Druck durchgeführt werden wird, als das ohnehin schon geschehen wäre.

Eine „Sanierungs“-Periode.

Hugo Stinnes steht mit solchen Maßnahmen keineswegs allein auf weiter Flur, sondern um ihn herum wird heute in Deutschland an allen Ecken und Kanten „saniert“. Das Programm dazu wurde schon lange auf zahlreichen Aufsichtsratssitzungen und anderen Versammlungen mitgeteilt: der Produktionsapparat in Deutschland sei zu groß, man müsse sich auf eine Verringerung der Produktion einstellen. Der Produktionsapparat Deutschlands ist aber nicht zu groß, weil Deutschland zu klein, sondern weil seine Bevölkerung zu arm ist. Der Vater Stinnes hat, als er die Inflation förderte und nach allen Regeln der Kunst ausnutzte, den Ast mit abgesägt, auf dem sein Sohn sitzen wollte.

Die Kohle wird auf Halden geschüttet (nach den Handelskammerberichten liegen allein im Ruhrgebiet 10 Millionen, nach anderen Schätzungen 12 Millionen Tonnen Ruhrkohle fest), Feierschichten werden verfahren, rund 15.000 Bergleute entlassen, obwohl im kommenden ebenso wie in den vergangenen Wintern zahllose Arbeiterfamilien zu Hause im Kalten sitzen werden. Thyssen und Krupp haben große Abteilungen ihrer Werke geschlossen und Tausende von Arbeitern entlassen.

Außerdem haben einige große Konzerne auch „unrentable“ Beteiligungen oder Betriebe vollkommen abgestoßen. So hat Krupp, um Bargeld zu beschaffen, große Aktienpakete und Grundstücke verkauft. Die Deutschen Werke, die dem Reich gehören, stoßen gleichfalls einige ihrer Betriebe ab. Die Rütgerswerke haben ein Braunkohlenbergwerk, die Köln-Rottweil-Gruppe zwei Schwarzpulverfabriken verkauft – ebenfalls um zu Bargeld zu kommen.

Für die zahlreichen Entlassungen im Bergbau und in den Hüttenbetrieben Rheinland-Westfalens, auch in den Fabriken der Fertigungindustrie gibt es noch einen anderen Grund: die gesteigerte Intensität und Produktivität der Arbeit. Wo sind in der letzten Zeit bei der Festsetzung von Akkordsätzen die Leistungen der Arbeiter nicht höher geschraubt worden? Die Politik der deutschen Bourgeoisie, die Leistungen der Arbeiter zu steigern, die qualifizierten vor den unqualifizierten in den Lohn-tarifen zu bevorzugen, die so überflüssig gewordenen Arbeiter vollkommen kaltzustellen, ist in den letzten Monaten systematisch weitergeführt worden und spiegelt sich fast in jedem neuen Tarifabschluß und in anderen Lohnabmachungen wieder. Die verschiedenen Grubenkatastrophen auf Stinnesschen Zechen haben gezeigt, daß die Stinnesbetriebe auf diesem Gebiet schon über erprobte Erfahrungen verfügen. Es ist anzunehmen, daß ein derartiges Antreibersystem, nur in etwas verschärfter Form, ebenfalls zu den wichtigsten Maßnahmen gehören wird, mit denen sich die Familie Stinnes zum Segen des deutschen Volkes aufs Neue „sanieren“ soll. [440]

Stinnes wieder an der Spitze.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ zu berichten weiß, soll der Stinneskonzern auch von seinen Auslands-Unternehmungen eine Anzahl abstoßen. Das will freilich nicht viel besagen, da der Konzern schon vor 2 Jahren über 572 Auslandsanlagen und -beteiligungen verfügte, darunter 254 Verkaufs- und Handelsniederlassungen, 20 Steinkohlenbergwerke, 21 Erzgruben, 29 Hüttenwerke, 9 Reedereien usw.

Die wichtigsten Maßnahmen werden aber zweifellos innerhalb der deutschen Grenzpfähle vorgenommen werden; und da, wie gesagt, der Abbau hier eine besonders scharfe Form annehmen wird, so

spaziert also Stinnes wieder einmal an der Spitze der Front der deutschen Bourgeoisie. So wie der Stinneskonzern in der Inflationszeit in der Aussaugung der Volksmassen und in der Aufsaugung kleinerer Kapitalisten führend war, wie er dann in der Uebergangszeit der Stabilisierung führend war, in der Schaffung des Zehn- und Zwölfstundentages, so wird er heute in der „Periode des Abbaus“ führend sein. Neu ist dabei lediglich, daß er diese Politik diesmal unter Kontrolle der deutschen Banken, ja (in welchem Umfang ist noch unbekannt), unter Kontrolle des ausländischen Kapitals betreibt.

Ist die Front der Bourgeoisie geschwächt?

Ist der Stinneskonzern geplatzt wie eine Seifenblase? Zweifellos noch lange nicht.

Es ist natürlich denkbar, daß die Banken und andere Kapitalgruppen, die jetzt dem Stinneskonzern „Hilfe“ leisten, unter Umständen nichts Besseres zu tun wissen, als den Konzern zu zerpfücken und seine Bestandteile unter sich aufzuteilen.

Aber eine andere Möglichkeit ist viel wahrscheinlicher, nämlich die, daß sich die Banken mit dem Stinnesschen Privatkonzern und mit der Rhein-Elbe-Union über alle Differenzen finanzieller und politischer Natur handelseinig werden. Es ist nicht anzunehmen, daß der Grad der Konzentration, den der Stinneskonzern erreicht hat, ohne weiteres von der Bourgeoisie aufgegeben wird. Ein Zerplatzen der großen Konzerne würde eine Rückkehr von der Monopolwirtschaft zum längst vergangenen Zeitalter der freien Konkurrenz bedeuten – ein ökonomisch, d. h. auch politisch unmöglicher Vorgang. Wir sehen ja, wie vor unseren Augen ein Riesenmonopol nach dem anderen errichtet wird: das Kohlsyndikat wurde wiederhergestellt, der Stahlwerksverband in straffer Form neu geschaffen, das Agrarkapital versucht ein Monopol für Getreide und Brot zu errichten. Die vertikale Konzentrierung und die horizontale Syndizierung schließen sich heute nicht aus, die Bildung von Kartellen und Syndikaten wird von der der kapitalistischen Kräfte im Gegenteil gefördert.

Auch im internationalen Rahmen geht die Konzentration mit Riesenschritten vorwärts – die Verschuldung Deutschlands und deutscher Kapitalisten an Amerika ist nur eine der vielen Formen dieses Prozesses.

Vielmehr können wir feststellen, daß durch die Vorgänge im Hause Stinnes, wenn auch nicht in Vorkriegsform, eine engere Zusammenarbeit in Deutschland zwischen Industrie- und Bankkapital wieder möglich wird. Politisch, d. h. in erster Linie gegenüber dem Proletariat, bedeutet das aber, daß sich die Front der Bourgeoisie nicht etwa gelockert, sondern gefestigt hat.

Ob dabei der Einfluß Vöglers den des jungen Hugo überragt, ob der Sitz der Familie Stinnes in Mühlheim oder sonstwo sein wird, ist demgegenüber ohne Belang. Entscheidend ist, daß sich das Proletariat infolge der Stinnesschen Vorgänge nicht etwa der Illusion hingibt, als ob die Bourgeoisie zur Freude ihrer Klassenfeinde ihre eigenen Machtpositionen zerstören würde. Gegenüber der einheitlicher werdenden Front der Bourgeoisie kann es für die Arbeiterklasse nur eine einzige Konsequenz geben: ihre eigenen Kräfte noch stärker zu konzentrieren, mit noch [441] größerer Energie an die Revolutionierung der Gewerkschaften zu gehen.

Hugo Stinnes und die SPD

Der „Vorwärts“ ist mit einem Male zum Kampfrufer gegen Stinnes geworden. „Ganz Deutschland war diesen Herrschaften lediglich ein Objekt ihrer privaten Erwerbstätigkeit („Vorwärts“ vom 6. Juni).

Wir rekapitulieren daher kurz einiges über das Verhalten der SPD zu Stinnes und umgekehrt.

Es war zur Zeit der Regierung Ebert-Scheidemann. „Die Schwerindustrie fand schnell den Weg zur neuen Regierung, indem sie sich mit den Gewerkschaften einigte (Arbeitsgemeinschaft). Sie versuchte mit Hilfe einiger gutgläubiger Arbeiterführer eine Beeinflussung der neuen Männer auszuüben, ähnlich wie sie es vorher mit dem Großen Hauptquartier gekonnt hatte. Sie erreichte auch, daß dem Reichswirtschaftsamt, in dem ein demokratischer Geist lebte, das Heft aus der Hand gewunden wurde ... Nicht niedrigere Preise, sondern höhere Löhne blieb die Losung.“ Diese Worte schrieb das „Berliner Tageblatt“ am 13. April 1919; und niemand wird behaupten, daß wir damit ein bolschewistisches Hetzorgan zitiert hätten.

Hugo Stinnes hielt nicht mit Lob über solche Partei und Gewerkschaftsführer zurück. „1918 ist Carl Legien der Lebensretter Deutschlands geworden. Er gab den Ausschlag, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch durchgeführt werden konnte. Das war eine Großtat an weiser Selbstbescheidung im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes“, sagte Stinnes, als er 1922 eins seiner Schiffe auf den Namen Carl Legien taufte.

Noch 1922 war der „Vorwärts“ voll von Bewunderung für Stinnes: „Stören wir ihn nicht bei seinem Werke. Wir Sozialisten werden ihn eines Tages noch preisen als einen unserer Größten.“ Eine Zeitlang lief die Stinnessche Arbeiterpolitik darauf hinaus, die Bergarbeiter durch relativ höhere Löhne an seinen Profiten, die die Kohle in den ersten Nachkriegsjahren brachte, d. h. an Preissteigerungen für Kohle und Inflationsförderung, zu interessieren. Es gelang ihm glänzend. Die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ (18. März 1922) bezeichnete Stinnes als einen „Vorerben“, das Proletariat als einen „Nacherben“ und vertrat die Meinung, der Nacherbe habe ein Interesse daran, daß der Vorerbe, d. h. also Herr Stinnes, seinen Betrieb so gut wie möglich instandhalte. „Lediglich unter diesem Gesichtspunkt haben die Arbeitnehmervertreter bisher den Preiserhöhungen, mitunter nach erheblichen Abstrichen von den Unternehmerforderungen, zugestimmt.“

Für den Sozialdemokraten Ufermann („Stinnes und seine Konzerne“, S. 84) ist der Stinneskonzern „ein Faktor, der der verarmten deutschen Wirtschaft nur zum Vorteil gereichen kann“. Solche und ähnliche Ausführungen finden wir in sozialdemokratischen Zeitungen und Schriften immer wieder von neuem.

Warum jetzt plötzlich der andere Ton im „Vorwärts“? Es zeugt nicht von sonderlich großem Mut, erst einer Leiche gegenüber seine Gegnerschaft auszulassen. Und allem Anschein nach hält der „Vorwärts“ heute den Stinneskonzern für eine Leiche.

Sollte aber der Stinnessche Konzern, gleichviel ob ihn Stinnes oder Vögler, Meier oder Schulze führt, in einiger Zeit, enger verquickt mit anderen Kapitalgruppen und insbesondere mit dem Bankkapital, von neuem eine Offensive gegen die Arbeiterklasse leiten – es ist kein Zweifel, daß dann die Herren vom „Vorwärts“ vor dem jungen Herrn Stinnes ebenso devot ihren Hut ziehen werden, wie ein paar Jahre vorher vor seinem Vater.

Die Folgen der Stinnesvorgänge für die Arbeiter.

Zählen wir die Folgen der „Sanierung“ des Stinneskonzerns für die Arbeiterklasse zusammen, so erhalten wir folgende Tatsachen: [442]

1. Durch den Abbau von Stinnesinteressen, insbesondere durch Stilllegung von „unrentablen“ Betrieben werden Tausende von Arbeitern arbeitslos werden, vielleicht ebenso viel Arbeiterfamilien, als durch jene 50 oder 100 Millionen Mark, die dem Stinneskonzern zu seiner „Sanierung“ zur Verfügung gestellt wurden, ein Jahr lang entlohnt werden könnten: 25- bis 50.000 Familien.
2. Das Antreibersystem in den Stinnesbetrieben wird verschärft werden, parallel dazu der Lohndruck.
3. Die Reichsbankunterstützung und die Kreditgewährung der Großbanken wird dem engen Geldmarkt zugunsten des Stinneskonzerns große Mittel entziehen, so daß die Kreditnot der kleinsten Unternehmer und des Mittelstandes noch gesteigert werden muß.

Wir müssen dabei unterstreichen, daß all diese Vorgänge sich nicht auf den Stinneskonzern beschränken. Es ist charakteristisch, daß gerade in diesen Tagen A. v. Borsig, der Führer der Arbeitgeberverbände, sein Programm zur Durchführung reiner Leistungslöhne entwickelt, ein Programm, das die würdige Ergänzung des übrigen „Sanierungsprogramms“ der Bourgeoisie darstellt. Und gleich Stinnes werden alle übrigen Kapitalisten in Deutschland den Finanzkrach als ersehnten Anlaß benutzen, um ihre Männer in der Reichsregierung zu veranlassen, in den Steuer voranschlägen für die Bourgeoisie weitere Milderungen einzufügen. So und in anderer Form wird der Protektionismus in Deutschland wachsen, die Herrschaft des Kapitals über den Staatsapparat noch fester werden.

Durch alle „Sanierungen“ wird die Krise nicht überwunden, die Produktion nicht vermehrt, die Unabhängigkeit des deutschen Kapitals vom Ausland nicht erreicht werden – im Gegenteil! Aber dem Proletariat gegenüber wird deswegen die Front der Bourgeoisie noch längst nicht durchlöchert werden, sie kann in Zukunft noch fester und einheitlicher werden als bisher.

Eben darum aber müssen die Reihen des Proletariats fester und einheitlicher werden als bisher!

*

Stinnes.

Von E. Ludwig.*)

I.

Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns ist mehr als nur das Einläuten der allgemeinen Wirtschaftskrise in Deutschland, die als Teilkrise entscheidender Industriegebiete, als Krise des Kohlen- und Textilkapitals schon seit Monaten geschwelt hatte. Denn Stinnes war mehr, als nur ein beliebiger Einzelkapitalist in Deutschland, er war der Ausdruck des deutschen Nachkriegskapitalismus im ganzen. Das Einzelkapital, das er in seinem Konzern beherrschte – denn auch konzerniertes, monopolisiertes Kapital bleibt im Sinne von Marx Einzelkapital – gab dem deut-[443]schen Gesamtkapitalismus nach Versailles, während der Inflation und des Ruhrkrieges, während der Stabilisierung und der Dawesierung Deutschlands das Gepräge.

*) Gen. Ludwig hat seinen kritischen Standpunkt dem obigen Artikel des Gen. Meister gegenüber in einem Brief skizziert, den uns das Polbüro übergibt und aus dem wir das Wesentliche mitteilen. Es heißt da, daß der Artikel des Gen. M. im Pressedienst in entscheidenden Punkten der Auffassung, die er (Ludwig) in der „Roten Fahne“ niedergelegt habe widerspreche. Er schreibt:

„Ich möchte die Aufmerksamkeit auf zwei Absätze lenken. Es heißt da:

1. „Die Anleihen an die einzelnen großen Konzerne Deutschlands haben die New Yorker Finanzwelt nicht übermäßig erfreut, da zunächst mit diesen Krediten keine Kontrolle über die deutschen Gesellschaften verknüpft ist.“

Diese Behauptung ist in verschiedenen Punkten falsch:

a) Die Gesamtsumme der in den ersten Dawesmonaten nach Deutschland gelegten fremden Kredite ist keineswegs unerheblich. Sie beträgt nach Schätzungen rund 2,5 Milliarden Mark. Das Problem besteht gerade darin, zu untersuchen, weshalb diese Kredite nicht zur Sanierung [443] des deutschen Kapitalismus geführt haben und weshalb in Verbindung mit dieser Nichtsanierung keine neuen Kredite mehr nach Deutschland kommen. Die Lösung des Problems liegt darin, daß gerade die Dawesierung, die die Anleihen nach Deutschland – darunter auch an die großen Konzerne, vor allem an Teile des Rhein-Elbe-Konzerns – hat strömen lassen, zugleich verhindert, daß diese Anleihen sich in produktives Kapital verwandeln. Die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt durch den Dawespakt verhindert die Verwertung des etwa mittels der Kredite geschaffenen zusätzlichen Kapitals. Daher kommt es, daß nur ein ganz geringer Teil der Anleihen (siehe darüber die Wirtschaftsspalte der „Roten Fahne“ vom 11. Juni) als feste Anleihen gegeben worden ist, während der überwiegende Teil der Anleihen um Ankauf von Rohstoffen und von Waren des individuellen Konsums benutzt worden ist (Passivität der deutschen Handelsbilanz, Wucherzinsen).

Jener Satz in dem Artikel des Pressedienstes übersieht diese widerspruchsvolle Auswirkung des Dawespaktes, die zur Unmöglichkeit seiner Durchführung sich steigern muß.

Die Stinneskrise, die sich daran anschließende Krise anderer Konzerne, die Börsen- und Geldkrisen sind ein Akt in der Krise der Dawes-„Sanierung“.

b) Die Behauptung, daß die „New Yorker Finanzwelt“ nur „ungern“ Geld nach Deutschland gelegt habe, weil die Kontrolle über die deutschen Gesellschaften fehle, ist weiter um dessentwillen unsinnig, weil das Kontrollinstrument des New Yorker Bankkapitals gerade der Dawespakt ist. Aber abgesehen von ihm gibt es durch Uebereignung von Aktien, Hypothekeneintragungen und andere Sicherungsmaßnahmen so viel privatrechtliche Möglichkeiten der Kontrolleinräumung, daß man von der Nichtdurchführung dieser Kontrolle wirklich nicht sprechen kann. Es müßte denn sein, daß man die Morgan, Kuhn, Loeb und Co. für schüchterne Börsenjünglinge hält, die nur darauf drängen, ihr überflüssiges Geld ausgerechnet nach Deutschland loszuwerden.

2. In einem anderen Abschnitt des Artikels wird gesagt:

„Auch die deutschen Banken waren selbstverständlicherweise auf den Stinnes-Konzern ebenso schlecht zu sprechen, wie die amerikanischen Bankiers auf Henry Ford, der auch ein Riesenkapital ohne Mitwirkung des Bankkapitals angehäuft hat.“

Dieser Satz läuft auf den tollen Unsinn hinaus, Stinnes und Ford gleichzusehen.

Ford ist aber ein „reeller“ Kapitalist, der die altbewährten Methoden der kapitalistischen Konkurrenz, wie sie schon im „Kapital“ beschrieben sind, für ein Einzelkapital unter den für [444] dieses gegebenen besonders günstigen Bedingungen meisterhaft anwendet, während Stinnes ein Inflationsspekulant ist. [Fortsetzung des Zitats nächste Seite. KWF]

Nicht nur das deutsche Bürgertum hat in Stinnes seinen Heros gefeiert. Nicht nur Sozialdemokraten, wie Severing und Hermann Müller, haben als Minister und Parteivorsitzende den großen Hugo Stinnes, dem sie jetzt, da er gefallen ist, den Eselsfußtritt versetzen, als „nicht den Schlechtesten“ den Arbeitern präsentiert. Auch unter Kommunisten ist die Meinung verbreitet gewesen, daß die Stinnes-Konzernierung den Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus in Deutschland, seine Entwicklung sogar zu einer Art Ueber-Imperialismus bedeute. Die absonderlichsten Wirtschaftstheorien knüpften sich an den Namen und die Taten des Hugo Stinnes.

Dabei wurde ganz einfach der Unterschied zwischen der Konzernbildung in Deutschland, für die der Stinnes-Konzern symptomatisch ist, und der Konzernierung sowohl im Vorkriegsdeutschland, wie etwa in den Vereinigten Staaten der Gegenwart, übersehen. Es wurde gar nicht der Versuch gemacht, zu prüfen, ob nicht hinter den äußerlich gleichen Formen der Konzerne von 1913 und 1924 ökonomisch verschiedenartige Gestaltungen sich verbergen. Will man aber hinter das „Geheimnis“ Stinnes kommen, das das Geheimnis des ganzen im Kriege zusammengebrochenen deutschen Imperialismus ist, so kann die Frage nur in dieser Art gestellt werden. Ihre Beantwortung zeigt dann, daß Stinnes und mit ihm die deutschen Nachkriegskonzerne in ihrer bunten Verschiedenartigkeit von den eigentlichen Montankonzernen über den Deflationskonzern Michael bis zum Schwindelkonzern Barmat oder Kutisker schon in ihrem Aufbau Erscheinungsformen der kapitalistischen Zersetzung, nicht der kapitalistischen Erstarkung in Deutschland sind. Woraus dann weiter sich ergibt, daß der Stinnes-Krach im Gefolge des Zerfalls nicht nur der reinen Spekulationskonzerne, sondern auch von Montankapitalien – das ganz moderne Stahlwerk Becker ist schon vor einigen Jahren zusammengebrochen und sein Konzern aufgelöst – nur ein weiterer Akt in der Zersetzung des deutschen Gesamtkapitals ist. [444]

II.

Man muß, wenn man dem Stinnes-Konzern und dem Stinnes-Krach gerecht werden will, das Kapitalgebilde, das Hugo Stinnes zusammengekauft hat, von den Spekulationskonzernen Barmat und Kutisker ebenso unterscheiden, wie von den Montankonzernen aus der Vorkriegszeit. Der Stinnes-Konzern hat von beiden etwas: er stellt eine Verflechtung beider Arten von Konzerngebilden dar. Eben darum ist sein Auseinanderbrechen besonders charakteristisch. (Wir kürzen hier die nähere Ausführung und verweisen auf die Wirtschaftsbeilage Nr. 44 der „R. F.“ vom 7. Juni, wo die Stelle wörtlich enthalten ist. D. Red.)

Stinnes spielte schon vor dem Kriege im Kohlensyndikat und im Stahlbund eine Rolle. Doch diese Konzernierung unterschied sich in nichts von den anderen Montankonzernen. Sie war aufgebaut auf der Macht des deutschen Imperialismus, der mit seinen Kriegsschiffen, seiner mehr oder weniger ungeschickten Bülow- und Wilhelm-Diplomatie, seinen Anleihegeschäften und Kapitalexport, „Plätze an der Sonne“ in China und Vorderasien und ausländische Märkte für die deutsche Schwerindustrie sich sicherte. Er war aufgebaut mit Hilfe von zusätzlichem Kapital, das der deutsche Monopol-Kapitalismus durch Ausplünderung seiner Interessen-Sphären, die ihm der deutsche Imperialismus verschaffte, durch die Ausbeutung seiner Arbeiter sich aneignete. Wäre der Stinnes-Konzern solch ein Montankonzern geblieben, was voraussetzt, daß Deutschland eine imperialistische Macht geblieben wäre, so wäre er nie der „Begriff“ geworden, zu dem er sich herausgebildet hat.

Die Gleichsetzung von Stinnes und Ford verwischt den für unsere kommunistische theoretische Einstellung und praktische Politik in gleicher Weise wichtigen Unterschied zwischen dem noch „gesunden“ Imperialismus der Vereinigten Staaten und dem zerfallenden Kapitalismus in Deutschland. Der Fordismus ist ein Produkt jenes imperialistischen, noch aufsteigenden Kapitalismus, die Stinneskonzernierung ist eine Sumpflüthe der Krise des Kapitalismus in Deutschland. Nur wenn diese Unterschiede scharf herausgearbeitet werden, können wir den labilen Charakter der Stabilisierung in Deutschland, die jederzeit in neue Krisen umschlägt und umschlagen muß, den Arbeitern begrifflich machen. Die andere Ford und Stinnes gleichsetzende Auffassung läuft auf die Auffassung einer allgemeinen kapitalistischen Gesundung auf der ganzen Welt hinaus. Sie ist in ihrer Konsequenz identisch mit der sozialdemokratischen Auffassung, daß die augenblickliche Krise immer noch eine Krise der Gesundung auch in Deutschland sei. Sie macht darum die Entlarvung der Sozialdemokratie gerade in dem Augenblick, wo die Krise im Dawespakt unsere seit Monaten vertretene Auffassung über die Dawessanierung in einer jedem Arbeiter verständlichen Weise bestätigt,

III.

Der Krieg, und noch mehr die Gestaltung des Nachkriegskapitalismus in Deutschland, haben der Ausbildung des Stinnes-Konzerns, dem darin die übrigen Montankonzerne nachgeeifert haben, den Anstoß gegeben, das Gepräge verliehen.

[445] Der Verlust des Krieges, der Verlust der lothringischen Erzgrundlagen der rheinisch-westfälischen Montankonzerne, ist der Anstoß der Konzernaufblähung im besiegten Deutschland gewesen. Eben darum fehlte auch das, was vor dem Kriege der Motor der Konzernierung war: die Möglichkeit der Akkumulation aus zusätzlichem Kapital, das aus den Revenuen der Kapitalausfuhr in die deutschen Interessen-Sphären im wesentlichen gewonnen wurde. Doch dieser Mangel ließ sich ersetzen und wurde ersetzt.

unmöglich. Politische und ökonomische Entlarvung der Sozialdemokraten müssen aber, wenn unsere Taktik Erfolg haben soll, Hand in Hand gehen.

3. Der in dem Artikel angedeutete Wechsel in den Beziehungen zwischen Industrie- und Finanzkapital, der sich in der Tat im Stinneskrach offenbart, ist nur oberflächlich erkannt. Der Artikelschreiber scheint der Meinung zu sein, daß dieser ganze Wechsel auf eine Art Regierungswechsel in den Kommandostellen des Kapitals sich beschränke, während er in Wirklichkeit einmal die tiefe Zersetzung des deutschen Kapitalismus augenscheinlich macht, von der in dem Artikel kein Wort gesagt wird, und zugleich aufzeigt, daß auch das Bankkapital, so wenig wie das Industriekapital, in Deutschland heute noch seiner ökonomischen Formbestimmtheit nach dem Industriekapital und dem Bankkapital der Vorkriegszeit gleichzusetzen ist.

Gerade dieser Wechsel auch in der ökonomischen Formbestimmtheit des Industrie- und Bankkapitals, die Verschiedenheit der ökonomischen Bedeutung der Konzernierung in Deutschland vor dem Kriege und heute, muß aufgezeigt werden, wenn den Arbeitern die Zersetzung, diese Krise des deutschen Kapitalismus, klargemacht werden soll. (Die Stinneskrise setzt nicht einfach das Bankkapital an Stelle des Industriekapitals, sondern sie dokumentiert den „Sieg“ des veränderten Bankkapitals durch den Zerfall des Konzerns.)

Diese Zersetzung, die durch die Stabilisierung und Dawesierung für den oberflächlichen Blick auf einige Zeit verhüllt gewesen ist, und gerade darum die sozialdemokratischen Illusionen unter [445] den Arbeitermassen gestärkt hat, ist nach meiner Meinung eine objektive Voraussetzung für den Sieg der deutschen proletarischen Revolution. Sie ist die Bestätigung für das Vorhandensein eines reifgewordenen Kapitalismus, der zur Fessel für die Entfaltung der Produktivkräfte in Deutschland geworden ist. Der juristisch-politische Ausdruck dieser Fessel ist der Dawespakt; der ökonomische Ausdruck eben der Zerfall der Konzerne, wie vorher deren Aufblähung in der Nachkriegszeit.

Auf diese Unterschiede, die ich versucht habe, in meinen Artikeln klarzumachen, gehen die Artikel des Genossen Meister mit keinem Wort ein.

Insbesondere möchte ich noch auf die in meinem letzten Artikel, Wirtschaftsbeilage vom 10 Juni, aufgenommene Polemik gegen die ultralinken und überimperialistischen Theorien in unserer eigenen Partei hinweisen, für die der obige Artikel geradezu eine Bestätigung ist.

Eine möglichst einheitliche Auffassung auch in Wirtschaftsfragen scheint mir, zumal da die ultralinken Tendenzen gerade in Wirtschaftsdingen sich breit machen, im Parteiinteresse geboten zu sein.

Gen. Ludwig schließt mit der Bemerkung, er glaube, daß die Auffassung, die er seit vier Jahren schriftlich und mündlich vertrete, durch den Stinneskrach durchaus bestätigt worden sei.

Zur Abrundung dieser Kritik entnehmen wir noch einem Schreiben des Gen. Ludwig an den Pressedienst, das uns dieser zur Verfügung gestellt hat, folgenden Passus:

„In dem Bestreben, darzutun, daß durch den Stinneskrach die Kapitalkonzentration auch in Deutschland nicht zu Ende sei – was durchaus richtig ist – wird das Spezifische dieses Krachs selbst übersehen. Es kommt gerade darauf an, die Besonderheiten der Kapitalkonzentration in Deutschland aus dem Stinneskrach selbst zu entwickeln. Die Verschiedenheit der Nachkriegskonzentration in Deutschland ist nicht, wie es in den Artikeln geschieht, in einem Nebensatz abzutun, sie ist als die ökonomische und politische Hauptsache des Krachs den Arbeitern begreiflich zu machen, denn Stinnes war ökonomisch und politisch das Charakteristikum der Ebert-Republik.

Es ist auch falsch, wenn gesagt wird, daß die engere Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Bankkapital, die der Stinneskrach anzeigt, die Front der Bourgeoisie in Deutschland festigt. Das kann das Resultat des Krisenprozesses sein, der die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erschüttert; das ist aber augenblicklich noch nicht das Resultat der Krise. Augenblicklich ist – daran kann gar kein Zweifel sein – durch den Stinneskrach die Front der Bourgeoisie erschüttert. Das zeigt sich an einem teilweisen Zurückweichen bei der Holzarbeiteraussperrung und bei der Unternehmeroffensive in Rheinland-Westfalen, das zeigt sich auch in den zahlreichen Widersprüchen, die in der Zoll-, Steuer- und Aufwertungsfrage immer wieder zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie aufflammen. Die Auffassung von F. Meister läuft darauf hinaus, daß sowohl das Aussteigen des Stinnes-Konzerns, wie sein Zerkrachen die Front der Bourgeoisie festigt, es wird überall der eine reaktionäre Blok gebildet, während es gerade heute darauf ankommt, die Spalten und Gegensätze aufzuzeigen, sie auszunutzen, damit eben nicht das Resultat der Krise eine Ueberbrückung der Gegensätze gegen das Proletariat herauskommt.“

An Stelle der Akkumulation des deutschen Gesamtkapitals vor dem Kriege, die in der Vertrustung der entscheidenden schwerkapitalistischen Industrien, eben in der Bildung der Vorkriegs-Montankonzerne am deutlichsten in Erscheinung trat, trat die Kapitalzusammenballung der Nachkriegskonzerne, die Akkumulation von Einzelkapitalien auf Kosten des deutschen Gesamtkapitals. Die Nachkriegskonzerne in Deutschland ist im wesentlichen nicht Zuwachs des deutschen Gesamtkapitals (Akkumulation), sondern Zentralisation von Kapital, Vereinigung von bereits vorhandenen Kapitalien in einer Hand.

Das zeigt sich deutlich durch die Art und Weise, wie jene Nachkriegskonzerne, voran der Stinnes-Konzern, entstanden sind. Sie haben die Mittel zur Konzernierung nicht aus dem dem deutschen Gesamtkapital zufließenden Mehrwert, der in zusätzliches Kapital verwandelt wurde, gewonnen, sondern aus drei anderen Quellen, die zwar auch aus den Knochen der deutschen Arbeiter stammen, die aber, statt die Produktivkräfte der Gesellschaft durch Akkumulation zu vermehren, sie zerstört haben und noch zerstören. Diese drei Quellen, die der Nachkriegskonzerne ihr ökonomisches Gesicht geben, sind:

1. Die auf Kosten des Versailler Vertrages und des Ruhrkrieges gezahlten Entschädigungen; [446]
2. die Inflations- und Deflationsgewinne;
3. die Dawes-Kredite.

Diese drei Quellen weisen zugleich die Etappen der „Sanierung“ des Nachkriegskapitalismus in Deutschland, wie die ökonomische Funktion, die der bürgerliche Staat im Dienste des Großkapitalismus in Deutschland ausübte, nach.

(Es folgt nun eine kurze Charakterisierung dieser drei Quellen, die wir leider aus Raumgründen weglassen müssen. Sie ist zu finden in der Wirtschaftsbeilage Nr. 45 der „Roten Fahne“ vom 10. Juni. D. Red.)

IV.

Diesen ökonomischen Grundlagen des Stinnes-Konzerns entspricht sein Aufbau und die Art seines Zerfalls.

Das unübersichtliche Gebilde, Stinnes-Konzern genannt, das jetzt an seinen eigenen Widersprüchen zerbricht, zerfällt in zwei Abteilungen:

1. den Montan-Konzern, Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union, der 72 deutsche und 80 ausländische Unternehmungen umfaßt, darunter z. B. die Alpine Montan-Gesellschaft in Oesterreich;
2. die Hugo Stinnes G. m. b. H., den sogen. Stinnes-Privatkonzern, die in der Inflationszeit geschaffene Hausmacht der Familie Stinnes mit 59 deutschen und 42 ausländischen Unternehmungen.

Von der Hugo Stinnes G. m. b. H. gehören von den inländischen Unternehmungen 12 zur Metallindustrie, 9 zur Kohlenindustrie, 10 umfassen Oelinteressen, 12 die Schifffahrt- und Transportbetriebe, 9 die Holz-, Zellstoff- und Zeitungsindustrie und 7 sonstige Unternehmungen, darunter auch Filmbetriebe. Dieses große, verfilzte Gebilde, zu dem auch die Kontrollierung der Berliner Handelsgesellschaft, einer der Großbanken, gehört hat, zerbricht nun gerade da, wo der ursprüngliche Montankonzern sich mit dem Inflationskonzern schneidet. Doch das Auseinanderfallen geschieht nicht etwa so, daß nun der Inflationskonzern allein auflöge und der Montankonzern unberührt bliebe, sondern auch der Montankonzern wird in seinem Bestande durch den Stinnes-Krach berührt.

Das zeigt deutlich die Art der Liquidation des Stinnes-Konzerns durch die Banken, an die er sich zur Stützung gewandt hat.

(Hier haben wir wiederum eine kleine Kürzung vornehmen müssen. Siehe Wirtschaftsbeilage Nr. 45 der „R. F.“ D. Red.)

V.

Der Stinnes-Aufbau und die Stinnes-Krise zeigen, daß die kapitalistische Wirklichkeit im Nachkriegs-Deutschland mit einem Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus als Ganzes verdammt

wenig Ähnlichkeit hat. Sie zeigen weiter, daß in den Beziehungen zwischen Industrie- und Bankkapital, in dem dauernden Kampf zwischen beiden Kapitalgruppen um die Verteilung des Mehrwertes, ein Wechsel eingetreten ist. Das Bankkapital nimmt seine Revanche am Industriekapital; es nimmt sie an dem Industriebanditen, der es am meisten getreten hat.

In der Inflationszeit, als die Ware des Bankkapitals, das Geld, an Auszehrung litt, als die Industriekapitäne mit entwertetem Geld besser zu spekulieren verstanden als die Banken, da waren die Banken die Unterlegenen. Jetzt, nach der Stabilisierung, kontrollieren sie wieder das Geld, das, solange der Kapitalismus existiert, der Ausgangs- und Endpunkt des kapitalistischen Zirkulationsprozesses bleibt.

Diese Feststellung darf freilich nicht zu der Meinung verführen, daß nun die Vorherrschaft des Bankkapitals über das Industriekapital etwa in der Form des Finanzkapitals, wie es Hilferding, schlecht genug, in seinem Buch entwickelt hat, wieder Hergestellt sei. Eine solche Meinung würde wiederum die Veränderungen des deutschen Kapitalismus der Nachkriegszeit einfach ignorieren.

So wenig wie das Industriekapital im zerfallenden Deutschland, ist das Bankkapital von der Zersetzung des deutschen Kapitalismus, von der [447] Dawesierung und Kolonisierung Deutschlands unberührt geblieben. Sie mußten beide davon berührt werden, weil sie beide nur verschiedenartige Verpuppungen des Gesamtkapitals sind, die es in seinem Zirkulationsprozesse annimmt.

Das Industriekapital im zerfallenden Deutschland ist nicht mehr im Stande, sich aus eigener Kraft zu vermehren und zu wachsen. Es hinkt nur noch mit der Krücke des Dawes-Paktes auf, beiden Beinen als Kolonialkapital; es vegetiert im Schwanze der imperialistischen Banditen: der Stinnes-Krach ist Beweis genug dafür. So ist auch das Bankkapital in Deutschland kein selbständiges mehr, das aus dem unbeschränkten Funktionieren eines auf dem Weltmarkt als gleichgeordnete Macht auftretenden imperialistischen Kapitalismus entstanden ist. Auch das deutsche Bankkapital ist überfremdet. Ueberfremdet nicht nur, weil, wie bei der Deutschen Bank, ein Viertel und mehr des Aktienkapitals den englischen und amerikanischen Bankkapitalisten gehört, sondern weil das Geld selbst als die Ware, mit dem es handelt, fremdes, gepumptes Geld ist. Die deutschen Banken sind die Agenten des internationalen Bankkapitals, das seine Kredite nach Deutschland gelegt hat und das sich die Vermittlung der deutschen Großbanken bei der Bewucherung und Ausplünderung der deutschen Werktätigen bedient.

Das zur Verwalterin der Kolonialkredite herabgedrückte deutsche Bankkapital wird, indem es den zusammengekrachten Stinnes-Konzern saniert, Helferin zur weiteren Ueberfremdung der deutschen Produktionsmittel.

Die „Frankfurter Zeitung“ und mit ihr alle unsere braven liberalen Börsenwirtschaftler, die nur eine Sorge haben: daß durch den Stinnes-Konzern die Ruhe und Ordnung der Wirtschaft nicht noch mehr gestört werde, hoffen auf auswärtige Hilfe bei der Stinnes-Sanierung. Es melden sich in der Tat amerikanische Großkapitalisten, die in der Stinnes-Pleite billige Geschäfte zu machen hoffen.

Dieser Wandel in der ökonomischen Bedeutung des deutschen Großkapitals drückt sich auch in den Wucherzinsen von 10, 12 und mehr Prozent Zinsen aus, die für die Kredite genommen werden. In ihnen ist die Risiko- und Vermittlungsprämie für Geld enthalten, das, wenn es in Industriekapital verwandelt wird, dank dem Zerfall des deutschen Kapitalismus, den die Kolonisierung durch den Dawes-Pakt noch verschärft, sich kaum oder nur schwer verwertet.

Kreditkrise, Wucherzinsen, Industriekrise, allgemeine Wirtschaftskrise hängen unmittelbar zusammen. Sie sind die Zuspitzung der Krise des Kapitalismus in Deutschland, die der Dawes-Pakt auf die Länge nur verschärft.

VI.

Der Stinnes-Krach ist nicht das Ende des Kapitalismus, ist nicht das Ende des Konzernkapitalismus, des Monopolkapitalismus in Deutschland. Er ist ein Symptom mehr für die Zersetzung des deutschen Kapitalismus, er ist ein Symptom der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise.

Der Stinnes-Konzern zerkracht. Seine Teile werden Material für neue Konzernbildungen. Das ist der Sinn der Bankensanierung. Die Großbanken wollen, indem sie sich mit ausländischem Geld der Aktienpakete des Stinnes bemächtigen, neue Konzerne zusammenschieben.

Aber zu dem fremden Geld, das sie zu diesem Zwecke vermitteln, sucht das deutsche Großkapital an Stelle der versiegten Quellen, die es aus den deutschen Werktätigen hat fließen lassen, neue Geldquellen in Deutschland zu eröffnen. Die Schlieben-Steuern, die Kanitz-Zölle treten an die Stelle der den Werktätigen durch die Inflation und durch die Staatsentschädigungen gestohlenen Millionen. Im Zerfall des deutschen Kapitalismus, mit Staatshilfe den Konzernkapitalismus zu stützen und auszubauen, ihn international durch Kartellierungen zu verflechten, das ist eine der [448] wichtigsten Funktionen, die den Massensteuern und Wucherzöllen zukommen.

Die Sanierung des Stinnes-Krachs durch Auflösung des Stinnes-Konzerns selbst, indem das Bankkapital die Stinnes-Krise, diesen Ausdruck der allgemeinen Wirtschaftskrise, zu mildern versucht, setzt schließlich nur neue Ursachen für die Verschärfung der allgemeinen Krise.

Die Börse antwortete auf den Stinnes-Krach mit einem Börsenkrach. Weil alle Geldmittel der Börse und der Banken für die Stützung der Stinnes-Werke festgelegt waren, war für die Stützung der anderen Montanpapiere kein Geld vorhanden; so fielen sie und rissen in ihrem Sturz die Stinnes-Aktien mit hinein.

Das Industriekapital antwortet auf den Stinnes-Krach mit einer Verschärfung der Kohlen- und Eisenkrise, die die Vorzeichen der allgemeinen Krise gewesen sind. Die Betriebsstillegungen nehmen zu. Eine Woche nach der Stinnes-Liquidation ist im Ruhrgebiet die Entlassung von 165.000 Bergarbeitern zum 15. Juni genehmigt worden. Die Feierschichten nehmen wieder zu. Die Stagnation in der Eisenerzeugungs-Industrie wird tiefer.

Das deutsche Großkapital benutzt die Krise zur verschärften Unternehmeroffensive, Die Eingabe des Arbeitgeberverbandes an die Regierung auf Verlängerung des Arbeitstages und Kürzung der Löhne, die Aussperrung der Holzarbeiter in ganz Deutschland usw. sind symptomatisch.

Die Krise in Deutschland ist da. Sie ist allgemein.

Es ist nicht mehr die Stabilisierungskrise. Denn die Inflationsunternehmungen sind längst zu Tode „gereinigt“. Es ist die Krise der Dawesierung. Die Stabilisierung, die mit einer Krise begonnen hat, schlägt in eine neue Krise um. Viele Anzeichen haben sie angekündigt, ehe der Stinnes-Krach sie zum Ausdruck gebracht hat. Die wachsenden Schwierigkeiten der Dawes-Eisenbahn, die zunehmende Passivität der deutschen Handelsbilanz seit Inkrafttreten des Dawes-Pakts waren Warnungszeichen. Jetzt gerät die ganze Wirtschaft ins Stocken, weil ihre Antriebe stocken: die Auslandskredite. Sie stocken, weil das vom Weltmarkt durch den Dawes-Pakt abgeschnürte Deutschland die Verwertung und Verzinsung der Auslandskredite auf die Dauer nicht sicherstellen kann. So werden die bereits gewährten Kredite, die fällig werden, zum Anstoß für neue Krisen, wie sie die Ursache der Stinnes-Krise geworden sind.

In dieser Krise müssen die Dawes-Illusionen zerflattern. Sie zu zerschlagen, in das Bewußtsein jedes Arbeiters einzuhämmern, daß die Dawesierung Deutschlands den Ruin der deutschen Arbeiterklasse, den Ruin der ganzen deutschen Wirtschaft bedeutet, das ist die Aufgabe der Kommunisten in dieser Krise. Sie müssen dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft geschlossen die Unternehmeroffensive abwehrt: die Herstellung der Gewerkschaftseinheit wird zur aktuellsten politischen Aufgabe. Sie müssen dafür sorgen, daß die Betriebe offen bleiben, daß die Krise nicht zur Vernichtung des Lebens der breiten Massen führt. Die Schranke, die die Reformisten aufrichten, die Rücksichtnahme auf die Existenz des Kapitals bei dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit muß endlich im Bewußtsein der breiten Massen fallen. Die Werktätigen müssen rücksichtslos für den Achtstundentag, die Siebenstundenschicht, für Friedens-Reallöhne eintreten. Sie müssen Kredite zur Weiterführung der Betriebe fordern. Solche Kredite bekommt heute das Großkapital, das die deutsche Wirtschaft von Krise zu Krise geführt hat, durch die Vermittlung der Banken. Die Werktätigen müssen dafür sorgen, daß kein Pfennig aus den Geldern des deutschen Volkes mehr den Händen der bankrotten Un-

ternehmer anvertraut wird. Sie müssen fordern, daß die Kreditgebarung, daß die Kreditverwaltung unter die Kontrolle der Betriebsräte gestellt wird.

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion, der Arbeitsbedingungen tritt mit dem Ausbruch der Krise, die die Zerrüttung der deutschen Produktion durch den Kapitalismus wieder einmal aufzeigt, in ein neues Stadium. [449]

*

Einige weitere Bemerkungen zum Fall Stinnes.

Von F. Meister.

Von einigen Genossen werden die Ereignisse im und um den Stinneskonzern, ohne die realen Folgen, die diese Ereignisse zeitigen, genügend klar und präzise zu bestimmen, bloß als längst ersehntes Beispiel für die „Zersetzung“ des deutschen Kapitalismus begrüßt. Die Stinnes-Konzernierung, diese „Sumpflüte der Krise des Kapitalismus in Deutschland“ ist vorüber, nunmehr wird „die tiefe Zersetzung“ des deutschen Kapitals ganz augenscheinlich – das deutsche Proletariat hat sich bloß auf die „Tat“ vorzubereiten, um von den übriggebliebenen Trümmern Besitz zu nehmen.

Es muß einer anderen Arbeit vorbehalten bleiben, diese Anschauung auf ihre theoretische (d. h. an Rosa Luxemburgs Theorie gebundene) Basis zurückzuführen – im folgenden sollen, auch dem bisherigen Stand der Diskussion entsprechend, dieser Ansicht nur die vorliegenden Tatsachen und Tendenzen gegenübergestellt werden.

I.

Nachdem, wie Genosse E. Ludwig^{*)} dargelegt hat, die Sumpflüten der Inflationszeit verschwunden sind, wäre als Resultat dieses Vorgangs anzunehmen, daß – und Genosse E. Ludwig scheint das ernsthaft zu glauben – jetzt nichts als der pure, unverhüllte Sumpf übriggeblieben sei. Es steht natürlich durchaus frei, den Kapitalismus in einem bestimmten Entwicklungsstadium, vielleicht den Kapitalismus überhaupt, vielleicht auch die ganze Welt schlechthin als Sumpf zu bezeichnen. Man kann dem, je nach der Lage, gefühlsmäßig zustimmen, aber man muß sich darüber klar sein, daß man damit auf den Charakter der speziellen Vorgänge in keiner Weise eingegangen ist. In Kriegzeiten galt es stets als unnational, darauf aufmerksam zu machen, daß auch der Gegner über gute Kanonen und Soldaten verfügen könnte – ähnlich kann man sagen, es sei echt proletarisch und marxistisch, ununterbrochen festzustellen, daß der Kapitalismus sich lediglich immer mehr „zerfetzt“, daß seine Kräfte in vollem Widerspruch zueinander stehen, daß es jein Zerfall, sein Uebergang in ein Sumpf stadium ist, was die proletarische Revolution vorbereitet. Das alles ist ebenso richtig wie gleichzeitig nichtssagend. Ja, in dieser Form sind solche Feststellungen außerordentlich gefährlich, weil daraus Illusionen erwachsen müssen, die nicht vorwärtstreibend und revolutionierend, sondern einschläfernd wirken. Es ist selbstverständlich richtig, festzustellen, daß kapitalistische Götter stürzen können, aber es ist mindestens ebenso wichtig zu sagen, welche neuen, aller Wahrscheinlichkeit nach mächtigeren Götter sich auf den Platz der alten setzen.

Die „Zersetzung“, d. h. die Umorganisierung und Zentralisierung des deutschen Kapitals, ist eine Folge der riesenhaften Verluste der deutschen Bourgeoisie an Kapital und profitablen Anlagemöglichkeiten. Die deutsche Schwerindustrie hat sich in den Jahren nach dem Kriege aufrechterhalten durch eine grandiose Ausplünderung der Volksmassen mit Hilfe der Inflation. Staatliche Subventionen liefen nebenher (Entschädigung für Verluste durch den Friedensvertrag, Reparationslieferungen) und ermöglichten nach Aufhören der Inflation, die „notwendige“ weitere Aufsaugung durch die herrschenden Weltmächte des Finanzkapitals hinauszuschieben.

Die Unterordnung des deutschen Kapitalismus unter das herrschende Finanzkapital war für die Siegerstaaten eine unbedingte Notwendigkeit, wollte man Deutschland nicht zum revolutionären Herd Mitteleuropas machen und die proletarische Machtergreifung zugleich die einzig mögliche Form

^{*)} Siehe seine Artikel in der „Roten Fahne“ vom 6., 7., 10. u. 12. Juni.

eines erfolgreichen Widerstandes Deutschlands gegen die „Ueberfremdung“ verhindern. Dies hat der Dawespakt begonnen. Nicht, daß durch ihn Deutschland „vom Weltmarkt abgeschnürt“ würde, ist das Wesentliche. Wenn dieser Pakt die Quote deutschen Anteils an der Weltproduktion und am Welthandel in seiner Auswirkung beschränkt, so liegt das eben [450] daran, daß er ein Kompromiß verschiedener Interessen ist. Der Dawespakt ist eine Konsequenz der Machtverschiebung von Versailles – weder ein Anfang noch ein Ende – und innerhalb des Dawesrahmens setzt sich der Kampf fort. Die Kontrollkommissionen und Agenten sind nicht, wie Gen. Ludwig meint, schon die Ueberfremdung selber, sondern nichts als Stützpunkte des ausländischen Kapitals für die kommende Ueberfremdung, also für kommende Machtkämpfe, Kämpfe nicht nur gegen das deutsche Kapital, sondern auch Kämpfe um die Beute untereinander. Den Amerikanern wurde hierfür der Erste Platz reserviert – das ist der wichtigste Sinn des Dawesvertrags, was schon rein äußerlich darin zum Ausdruck kam, daß die Amerikaner 50 Prozent der Reparationsanleihe samt ihren Vorrechten für die Gläubiger übernahmen, während sich die übrigen Ententestaaten in die anderen 50 Prozent teilen mußten.

II.

Es ist selbstverständlich, daß sich das deutsche Kapital, auch innerhalb des Rahmens des Dawespaktes, genau so wie vorher, gegen die immer gefährlicher werdende Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital gewehrt hat, soweit es konnte. Insbesondere machte die deutsche Schwerindustrie den Versuch, aus dem Dawesvertrag und ausländischen Kreditmöglichkeiten Nutzen zu ziehen, ohne dabei unter Kontrolle des amerikanischen Kapitals zu geraten. Es propagierte und betrieb daher – und nicht zufälligerweise war hierbei Stinnes an der Spitze – eine Annäherung an die französische Schwerindustrie, da es auf diesem Wege größere Profitchancen winken sah und größere Widerstandsmöglichkeiten gegen das amerikanische Kapital zu haben hoffte.

Demgegenüber sah die Strategie des amerikanischen Kapitals folgendermaßen aus:

Erstens gab man, wenn auch nur in relativ geringem Umfang, deutschen schwerindustriellen Gruppen eine Anzahl langfristiger Geldkredite, zunächst ohne dadurch eine Kontrolle über die deutschen Schuldner zu erreichen.

Zweitens gab man außerdem in wesentlich größerem Umfang kurzfristige Warenkredite, allein seitens der Vereinigten Staaten rund für 9 Milliarden Mark. Das geschah nicht nur um der profitablen Zinshöhe willen, sondern weil erst der Zwang, diese Zinsen zu zahlen und die Rückzahlung der Lieferungen durchzuführen, auf die deutschen Kapitalisten denjenigen Druck bedeutete, den die Amerikaner für ihre Ziele brauchten.

Drittens arbeiteten die amerikanischen Finanzkapitalisten aufs engste mit den deutschen Großbanken zusammen und verhalfen ihnen zu neuer Machtstellung. Diese Großbanken hatten zwar in der Inflationszeit ihre Macht verloren, aber durch fortlaufende Aufsaugung von kleinen und mittleren Banken an einer Organisation weitergebaut, in der heute die Geldzirkulation noch stärker zentralisiert ist als vor dem Kriege.

Zu alledem kam hinzu, daß durch den Dawesvertrag ein großer Teil des Mehrwerts des deutschen Gesamtkapitals in verschiedensten Formen den Kapitalisten der Ententeländer übereignet wurde.

Dem setzte die deutsche Schwerindustrie vor allem eine brutale Lohn- und Antreiberpolitik entgegen. Und neben den Versuchen, sich Auslandskapital dienstbar zu machen, wurde eine Sparpolitik der Mittelschichten und des Proletariats propagiert, wodurch jedoch nur ein jämmerlicher Betrag von insgesamt 2 Milliarden Mark gegenüber 30 Milliarden Mark vor dem Kriege mobil wurde.

Das ganze war natürlich ein von vornherein durchaus ungleicher Kampf – wie während des Krieges. Der entscheidende Angriff der Amerikaner erfolgte in dem Moment:

1. wo sich in Deutschland die latente Krise in eine akute verwandelte,
2. wo die Amerikaner ihre Vorbereitungen zum Vormarsch im allgemeinen abgeschlossen hatten.

Schon zum April-Ultimo „hielten sich die Banken liquide“, sie entzogen, angeblich um ihre Zweimonatsbilanzen zu verschönern, alle erreich-[451]baren Geldmengen dem Markt; seitens der Vereinigten Staaten wurde eine Art Kreditsperre verhängt. Auch wenn nicht ein junger Mensch wie Hugo Stinnes jr. an der Spitze des größten deutschen Montankonzerns gestanden hätte, wäre der vorläufige Ausgang dieses noch längst nicht abgeschlossenen Kampfes der gleiche gewesen.

Wenn dieser Prozeß beim Stinneskonzern am markantesten vor die Augen tritt, so nicht nur deswegen, weil hier besonders kurzsichtig spekuliert worden war, sondern, weil er dem deutschen wie dem amerikanischen Bankkapital der am meisten störende Faktor gewesen ist. Es ist dafür charakteristisch, daß die Rhein-Elbe-Union im Gegensatz zu anderen Montankonzernen nur einen Kredit von 6 Millionen Dollar auf nur ein Jahr erhielt, und das übrigens in einer Zeit, wo das Verhältnis zwischen Vögler und Stinnes, d. h. zwischen der Rhein-Elbe-Union und dem Stinnesschen Privatkonzern, überaus gespannt war. Stinnes selber dagegen, d. h. sein Oelkonzern, seine Reederei, seine Zechen usw. konnten trotz mannigfacher Versuche kein Geld in den Vereinigten Staaten aufreiben. Dies und die Tatsache, daß die deutschen Banken an der Börse zugunsten von Stinneswerten und anderen Montanpapieren keineswegs intervenierten, ist ebenso wenig Zufall wie die Tatsache, daß in den letzten Monaten von allen Aktien die der Banken (außer Terrainwerten) den geringsten Kursverlust hatten.

III.

Die weitere Entwicklung der Dinge wird in der bürgerlichen Presse zwar nicht ganz offen, aber deutlich genug dargestellt. Am deutlichsten von der „Deutschen Zeitung“, die am 14. Juni schrieb: „Die Aussichten auf ein Entgegenkommen Wallstreets sind recht gering geworden, vor allem weil die amerikanische Hochfinanz durch die Vorgänge im Hause Stinnes stark beunruhigt worden ist. Trotzdem ist eine Erneuerung der Kredite nach der Auffassung Wallstreets durchführbar, wenn die deutschen Großbanken sich in die Transaktionen einschalten und die Industrieakzente bei Verlängerung mit ihrem Giro decken.“*)

Noch mehr weiß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 20. Juni zu berichten: „Mit großer Genugtuung wurde hier (in New York) die Stützungsaktion der Banken für den größten deutschen Industriekonzern aufgenommen, die der Wallstreet den Beweis zu liefern scheint, daß die deutschen Banken in erhöhtem Maße auch in der letzten Zeit ihre Liquidität zu wahren gewußt haben. Dieser Umstand bedeutet einen starken moralischen (!) Erfolg der deutschen Banken in der Wallstreet, der dazu führen dürfte, daß das amerikanische Finanzierungsgeschäft mit Deutschland in nächster Zeit mehr über die deutschen Banken geleitet werden wird als bisher ... Verschiedene deutsche Großbanken erhielten in den letzten Tagen Importkredite. Mitte dieses Monats trifft in Berlin der Direktor des amerikanischen Handelsamts ein, der sich nicht nur über die neue deutsche Zollpolitik, sondern auch über die Kredit- und Wirtschaftslage Deutschlands ein eingehendes Urteil bilden will. Diese Informationsreise wird nicht ohne Einfluß auf die Weiterentwicklung des amerikanisch-deutschen Kreditgeschäfts sein“.

All diese Dinge zeigen, daß hinter den lakonischen Worten des Geschäftsberichts der Deutschen Bank, der Fall Stinnes sei „nur ein Schritt weiter auf dem Wege der wirtschaftlichen Gesundung“ ein recht kompakter, für die Banken goldener Hintergrund liegt.

Die Feiststellung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, des Organs des Stinneskonzerns, ist demgegenüber (21. Juni) viel trauriger: „Ausreichende Kapitalien sind im Inland nicht zu beschaffen, so daß die seit vielen Jahren energisch bekämpfte „Ueberfremdung“ unsere Industrie in manchen Fällen kaum zu vermeiden sein wird.“

Eine Ueberfremdung der deutschen Rohstoffquellen würde aber den mehr oder weniger umfangreichen Uebergang der Basis der wich-[452]tigsten Monopole bedeuten; nicht nur Zechen und Hütten, sondern auch der Oelmarkt (die Stinnes-Riebeck-Montan-A.-G. ist der größte deutsche

*) Die Sperrungen in den Zitaten sind von mir vorgenommen. F. M.

Oelkonzern) sind im Begriff, der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle des amerikanischen Kapitals anheimzufallen.

Auf weitere Einzelheiten, insbesondere auf die amerikanischen Hintermänner der Hindenburg-Wahl, kann hier aus Raummangel nicht eingegangen werden. Wir wiederholen, daß der Ueberfremdungsprozeß erst im ersten Stadium steht, daß also, wie ja auch die Zollvorlage zeigt, die Kämpfe alles andere als abgeschlossen sind: auf dem Rücken der Arbeiter sollen sie noch auf Monate und Jahre hinaus fortgesetzt werden.

IV.

Dies sind, in Ergänzung von früheren Darlegungen, in aller Kürze einige ökonomische, Auf die politischen Tatsachen und Tendenzen, auf die uns der Fall Stinnes hinweist. Man kommt aber über die kämpfenden Elemente und den Charakter dieser Kämpfe zu einem unzureichenden und damit schiefen Urteil, solange nur der „Sumpfcharakter“ des Kapitalismus betrachtet und Stinnes lediglich als ein „Inflationsspekulant“ angesehen wird. Stinnes als eine Inflationserscheinung zu bezeichnen, würde bedeuten, daß erst der Staat und seine Notenmaschinerie Kapitalformen wie den Stinnes-Konzern geschaffen hätten.

Es ist natürlich umgekehrt: die Inflation war eine ausgesprochene Stinneserscheinung, eine Methode des schwerindustriellen Kapitals Deutschlands, erstens, um den Reparationen zu entgehen, zweitens, um die Monopolstellung der wichtigsten Rohstoffe durch Expropriierung zahlloser kleinerer Kapitalisten auszubauen. (Noch andere Momente, insbesondere bewußte Arbeiterkorrumpierung, kamen hinzu.) Das Primäre war nicht die Inflation, sondern die Tendenzen zur Zentralisierung und zum Monopol. Stinnes hat sich in der Methode verrechnet. Sie war ein unzulängliches, neue riesenhafte Verluste in sich einschließendes Mittel, aber soweit diese Kapitalszusammenballung bisher als einheitliches Unternehmen fungiert hat, wird sie durch den Fall Stinnes und durch andere Fälle nicht zerbrechen, sondern dem deutschen Volke erhalten bleiben. Ob heute die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union, die Stinnes-Riebeck-Montan-A.-G., die A..G. Hugo Stinnes für Ueberseehandel und Seeverkehr, die Westi-A.-G., die Stinneszehen von Hugo Stinnes jr., morgen vielleicht von der Darmstädter- und Nationalbank und der Diskontogesellschaft, von Harriman und Rockefeller oder sonstwem geleitet werden, ist zur Beurteilung des kapitalistischen Kräfteverhältnisses wichtig, bedeutet aber nicht, daß die Tendenz zum verstärkten Monopolausbau auch nur den geringsten Rückschlag erleidet. Der deutsche Kapitalismus, schon enger liiert mit amerikanischem (und anderem ausländischem) Kapital, strebt nur einer neueren, für seine Profitziele zweckmäßigeren Organisation zu, einer Organisation, die zunächst weder die Verluste der deutschen Bourgeoisie seit Versailles wettmacht, noch die zahllosen Widersprüche des kapitalistischen Systems beseitigt, noch die Kämpfe um Anteilsquoten am Welthandel, an Produktionssyndikaten, am Transport verhindert.

All diese Schwierigkeiten bestehen fort, und wir haben sie der Arbeiterklasse je nach ihrem Stand darzulegen und zu analysieren. Aber was der Fall Stinnes speziell zeigt, ist die vor unseren Augen vor sich gehende Umgruppierung der Kräfte der Bourgeoisie, wie wir sie hier kurz skizziert haben. Denn die Voraussetzung für jede brauchbare politische Perspektive ist, daß uns die entscheidenden Machtzentren der Bourgeoisie, national und international, bekannt sind, daß wir daher den Kräfteveränderungen innerhalb des Kapitals genaueste Beachtung schenken. Erst das zeigt die Grundlage der Auswirkungen auch der jetzigen Ereignisse (Arbeiterentlassungen, verstärktes Antreibersystem, Zölle, „individuelle“ Lohnpolitik, Sozialabbau usw.). Für unsere Strategie, zum großen Teil aber auch für unsere Propaganda, ist eine solche Informierung über den Gegner wichtiger als ein ununterbrochenes Feldgeschrei über Zersetzungen und Sümpfe. [453]

*

Literatur

„Rußland“

Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland November-Dezember 1924.

Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8. XXXVIII u. 303 Seiten, Preis 2,70 Mark^{*)}

Der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über ihre Studienreise nach Rußland hat schon eine Geschichte, darum ist es nicht ganz einfach, ihm in einer Rezension in unserer theoretischen Zeitschrift voll gerecht zu werden. Noch ehe der Bericht in die deutsche Sprache übertragen war, und seine Resultate darum auch nur wenigen Arbeitern des deutschen Sprachkreises bekannt sein konnten, sind die Sozialdemokraten über den Bericht und seine Verfasser hergefallen, um beide nach allen Regeln sozialdemokratischer Rabulistik zu zerzausen. An der Spitze der ehrenwerten Gesellschaft reformistischer Kritiker steht der Sekretär der II. Internationale, Herr Friedrich Adler. Dieser verfaßte eine Streitschrift gegen das englische Dokument über Rußland, in der er dieses apostrophierte: „seit der Kriegsexzesse deutscher Sozialimperialisten habe ihn kein Buch durch die Niederträchtigkeit der Denkweise und die Schamlosigkeit seiner Offenbarungen so erschüttert wie dieser Bericht“! Es wäre eine nutzlose Mühe und Arbeit, wollten wir uns mit dem hysterischen Schreihals der II. Internationale über Bewertung des Berichtes durch ihn in einen Diskus einlassen. Nicht ganz unnütz ist aber der Hinweis, daß es gerade jene Leute in Deutschland sind, die am heftigsten gegen den Bericht ankämpfen, denen Adler in seiner Epistel erklärt: „daß die Niederträchtigkeit ihrer Denkweise“ und „die Schamlosigkeit ihrer Offenbarungen“ ihn weiland ebenso erschüttert haben, wie jetzt der englische Bericht. Damit ist das Adlersche Dokument für die Führer des ADGB und den sozialdemokratischen Parteivorstand zur Bekämpfung der Russen und der englischen Gewerkschaftsdelegation nicht nur wertlos, sondern sogar gefährlich geworden. Wenn z. B. Herr Wels oder Herr Leipart einem deutschen Arbeiter, um ihn vor der Gefährlichkeit des Berichts zu warnen, das Adlersche Pamphlet in die Hand drücken und dieser harmlose Mensch kommt beim Lesen an diesen kernhaften Satz Adlers, wird er da nicht sagen: Stopp! Warum soll ich denn ein Opfer der „Niedertracht“ und der „Schamlosigkeit“ der Leipart und Wels werden? – ich will diesen Kerlen kein Wort mehr glauben und selber prüfen! Weil das gar nicht anders sein kann, möchte man direkt wünschen, diese kleine antibolschewistische Sudelschrift Fritz Adlers möchte wegen des in ihr den deutschen Reformisten erwiesenen Freundschaftsdienstes, eine ebenso große Verbreitung erhalten, wie der englische Bericht. Jedenfalls steht fest, daß der Bericht ein so interessantes Dokument ist, daß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie nicht an ihm vorübergeben kann, ohne ihn zu besprechen. Würde der Bericht nicht in die deutsche Sprache übertragen worden sein, dann wäre die Besprechung desselben für die Umbreit und Konsorten eine leichte Sache. Ein paar alberne Flausen darüber und fertig. So aber kann jeder Arbeiter nachprüfen, was Richtiges und was Falsches an der Besprechung ist. Die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“, die sich immer als „radikal“ aufzuspielen beliebt, hat sich allerdings sehr in die Nesseln gesetzt. Sie brachte eine einfältige verlogene Besprechung aus der „Schweizer Metallarbeiterzeitung“. Jetzt kann sie sich höchstens mit der Bemerkung aus der Schlinge ziehen, daß sie für den Inhalt dieser Besprechung nicht verantwortlich sei. Was wiederum nur ihre Verantwortungslosigkeit (Abdruck der Kritik eines Werkes, ohne es selbst zu prüfen, nur wegen ihrer Rußland feindlichen Tendenz) und die „Niederträchtigkeit und Schamlosigkeit“ aller Reformisten, hier besonders die der Redaktion der „Schweizer Metallarbeiterzeitung“ beweisen würde. Der ADGB war ein wenig vorsichtiger. Er schreibt: „Daß er das Erscheinen des interessanten Berichtes mitteilen will, damit man ihm nicht nachsage“, – wie Purcell angedeutet habe –, „die deutschen Gewerkschaften wollten sein Erscheinen verschweigen.“ In der „Arbeit“,

^{*)} Der Bericht wird eingeleitet durch ein die ganze Reise zusammenfassendes Vorwort. (33 Seiten.) Der eigentliche Bericht umfaßt auf 303 Seiten drei Teile: 1. Bericht über die allgemeine Lage Rußlands, 2. Bericht über die Arbeitsverhältnisse und 3. Bericht über Transkaukasien und Georgien. Er wird unterstützt durch zwei Karten der Sowjetunion (europäischer und asiatischer Teil der SSSR, im ersteren ist die Reiseroute eingezeichnet), einigen graphischen Darstellungen über den Sowjetaufbau, vielen Statistiken, 21 Bildtafeln, einem Personen- und Sachregister und kurzen Biographien der Delegierten und Fachleute. F. H.

dem theoretischen Organ des ADGB, wird sogar versichert : „man könne aus dem gut aufgemachten Bericht vieles lernen“. (Hoffentlich tun dies die Arbeiter! F. H.) Sofort wird aber auch gezeigt, was der ADGB wünscht, daß der Arbeiter aus dem Bericht lernt. Mit der Lupe wird der Bericht auf alle Stellen untersucht, welche möglicherweise tauglich sind, den Russen und den Kommunisten eins auszuwischen. Und man versichert uns sogar: „daß wir Kommunisten an dem Bericht keine Freude haben werden und ihn sicher nicht verbreiten würden.“

„Unehrllich“, „schamlos“ und „niederträchtig“ ist der Bericht deswegen, weil er sich von allen bisherigen sozialdemokratischen und reformistischen Dokumenten dadurch unterscheidet, daß die Berichterstatter erklären, „möglichst objektiv“ berichten zu wollen. Dieses merkt man dem Bericht auch an, denn die von der II. Internationalen und den rechten Amsterdamer vorgeschriebene Beschimpfung Sowjetrußlands und Diskreditierung aller seiner Einrichtungen fehlten beim Bericht gänzlich. Das ist eine Sache, die diesen, selbst wenn es weiter keine anderen Vorzüge hätte, sehr wohlthuend von den antibolschewistischen Schreibereien der Reformisten abstechen läßt. Gegen den Verdacht, bolschewistischen Einflüsterungen unterlegen zu sein, schützt sich die Delegation selbst durch die Bemerkung: „Die britische Delegation will nicht als Verteidiger der Prinzipien und Methoden des russischen Kommunismus und noch weniger als Befürworter ihrer Einführung in ihrem Lande betrachtet werden.“ Nachdem die Delegation aber diese Reserve gemacht hat, schreibt sie: „Aber irreführende Darstellungen der Er-[454]gebnisse der russischen Revolution dienten als ‚rotes Gespenst‘, um das englische Volk abzulenken von Reformen und Aenderungen, die unerläßlich sind zur Herbeiführung einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung im eigenen Lande.“

Aus beiden Aeüßerungen wird klar ersichtlich, daß die englische Delegation weder aus offenen noch versteckten Kommunisten bestand. Hat sich so die Delegation von jedem Verdacht gereinigt, mit uns in irgendwelcher ideologischen und organisatorischen Verbindung zu stehen, so hat sie uns auch gleichzeitig damit gefaßt, wie wir Kommunisten den Bericht zu würdigen haben.

„Der Bericht wird von einigen Lesern ohne Zweifel abgelehnt werden, mit der Begründung, daß die Tätigkeit der Delegation kontrolliert wurde – oder sogar, daß künstliche Bedingungen besonders für sie geschaffen wurden. (Der „Vorwärts“ schrieb noch am 20. Juni höhnisch: Potemkin habe der Zarin Dörfer vorgespiegelt, den harmlosen Engländern aber hätten die gerissenen Bolschewiki ganze Masendemonstrationen vorgegaukelt, F. H.) Darauf geben die folgenden Berichte die Antwort“, schreibt die Delegation. Nach welchen Grundsätzen die Berichte abgefaßt wurden, wird so beantwortet:

„Es ist klar, daß ein politisches System, welches auf der Ausübung einer so großen Regierungsmacht durch eine Minderheit (Kommunistische Partei, F. H.) beruht, am besten nach seinen Ergebnissen beurteilt werden kann. (Ein sehr vernünftiger Grundsatz, den wir den deutschen Reformisten sehr empfehlen können, auf ihre Tätigkeit einmal anzuwenden. Jedenfalls sollte der deutsche Arbeiter sich nach diesem Grundsatz orientieren. F. H.). Mit diesen Ergebnissen, nicht mit der Philosophie des russischen Kommunismus, beschäftigt sich der Bericht in erster Linie.“

Wir Kommunisten wissen, daß man bei der Beurteilung der Ergebnisse der russischen Politik natürlich nicht von der Philosophie des Kommunismus abstrahieren kann. Die kommunistische Ideologie ist doch gerade das bewußte Element des geschichtlichen Geschehens in Rußland – Initiator der Politik und Kritiker ihrer Ergebnisse. Ein Nichtkommunist kann dies natürlich nicht in seiner ganzen Bedeutung erfassen. Darum hören wir die Berichterstatter melden: „Eins der eigentümlichsten Merkmale des (Sowjet-) Regimes ist seine Bereitwilligkeit, Fehler zuzugeben. Wenn eine kommunistische Theorie die gewünschten Resultate nicht ergibt, so wird sie ebenso rücksichtslos verworfen, wie irgendeine zaristische Tradition.“

Die englische Delegation sieht, daß in der komplizierten Lage, in der sich Rußland befindet, die Regierung Kompromisse machen muß, aber – „gleichzeitig sind die weitestgehenden Vorsichtsmaßregeln getroffen, um zu verhindern, daß diese Kompromisse die Revolution in eine Reaktion umschlagen lassen; diese Vorsichtsmaßnahmen, die „durch ständiges Experimentieren mit der größten Sorgfalt ausgearbeitet worden sind, haben sich bis jetzt als wirksam erwiesen.“

Wenn wir diesen Satz lesen, da verstehen wir gut, warum die typischen Kompromißpolitiker, wie Fritz Adler oder Theodor Leipart, über den Bericht so erbost sind. Die österreichischen und die deutschen Proletarier werden sicherlich ihre sozialdemokratischen Führer fragen: He! wo waren eure Vorsichtsmaßregeln, mit denen ihr verhindert habt, daß die Revolution in den sozialistischen Republiken Oesterreich und Deutschland nicht in die Reaktion umschlug, als ihr eure Kompromisse mit der Bourgeoisie machtet. Eine „niederträchtige Denkweise“, eine „schamlose Offenbarung“ enthüllen die Blätter des Berichtes, weil sie dem braven sozialdemokratischen Gimpel zu solchen Fragen Anlaß gaben. Gegen diese ketzerische Aufmachung des Berichtes sind seine Mitteilungen über die Fortschritte, die die Sowjetrepublik auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Gebietes macht, harmlose Sachen. Diese kann man einfach als Schwindel hinstellen, als Potemkinische Dörfer, aber jene verdammten Fragen, die der Bericht auslöst, die Neugier, die er bei den Arbeitern erweckt, das ist das Schlimme. Friedrich Adler, wir verstehen deinen Kummer.

Und wie „gemeingefährlich“ ist für Deutschland und Oesterreich eine solche Bemerkung: „Hätte die revolutionäre Regierung statt einer internationalen eine imperialistische Fassade gehabt (hier ist imperialistisch gleichzusetzen mit dem Begriff arbeitgemeinschaftlich. F. H.) und statt einer sozialistischen Grundlage eine bürokratische, sie wäre sicher zusammengebrochen.“ Dieser Tritt auf ein reformistisches Hühnerauge läßt natürlich jeden Adler aufschreien.

Und ähnlich diesen Bemerkungen sind viele andere, die sich gar nicht mit den reformistischen Erzählungen über Rußland vertragen. Die meisten sprechen ohne Kommentar. Hier einige Beispiele:

Ueber verfassungsmäßige Rechte: „Das Sowjetsystem, d. h. die Regierung durch Komitees, die jede Gruppe politischer, beruflicher oder geographischer Zusammengehörigkeit vertreten, ist eine Organisationsform, die aus den Revolutionen unserer Zeit mit Notwendigkeit hervorgeht.“ S. 8.

Vom Wahlrecht: „Theoretisch ist es auf die Arbeiter beschränkt mit Einschluß der Soldaten und der im Haushalt tätigen Frauen. Praktisch besteht jedem das allgemeine Wahlrecht; eine Ausnahme machen lediglich Unternehmer, Personen, die im Genuß eines nicht selbsterworbenen Einkommens stehen, Privathändler und ihre Agenten, Priester Mönche, Schwachsinnige und Verbrecher.“ S. 9.

Oeffentlichkeit der Wahlen: „Es scheint Tatsache zu sein, daß die Wahlverhältnisse in Rußland durch das Fehlen jeder Möglichkeit eines wirtschaftlichen Druckes auf die Wähler ganz andere sind, so daß kein Bedürfnis nach einer geheimen Wahl besteht.“ S. 10.

Das Wahlsystem und die Bauern: „Es war keine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Wahlsystem unter den Bauern festzustellen, obgleich untergeordnete Bestimmungen kritisiert wurden. Sie waren sich offensichtlich bewußt, daß das Ziel des gegenwärtigen Systems sei: sie zu lehren, sich selbst zur Regierung zu erziehen.“ S. 10.

Von den Kommunisten: „Seit Einführung der neuen ökonomischen Politik scheint dem Kommunismus Qualität wichtiger als Quantität.“ S. 11. „Die Hingabe und die Disziplin, die von ihm (dem Kommunisten) als Parteimitglied erwartet werden, würden nur wenige europäische Staatsbeamte aufbringen.“ S. 13.

Ueber das Rätssystem: „Die Delegation ist der Meinung, daß das System der Sowjetvertretung und ihr Plan von Verfassung und Bürgerrechten weit davon ent-[455]fernt ist, undemokratisch im weitesten Sinne des Wortes zu sein; vielmehr gibt es in vieler Beziehung dem Individuum eine wahrere und vernünftige Gelegenheit zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten als das parlamentarische Regime.“ „Unter dieser Verfassung gibt es sicherlich ebenso große und vielleicht größere Möglichkeiten als anderswo zur Herbeiführung einer Volksregierung, politischen Friedens und sozialen Fortschrittes.“ S. 17.

Für Anhänger des Dawesvertrages: „Dieser Prozeß (der „Stabilisierung“ ohne bolschewistische Revolution würde, wie überall, binnen kurzem dadurch ein Ende gefunden haben, daß die ausländischen Gläubiger den größten Teil ihres investierten Kapitals verloren hätten, und daß der russische Steuerzahler unter ausländische Finanzkontrolle gestellt worden wäre, um für das verbrecherische Treiben seiner Regierung zu büßen.“ S. 18.

Die Tscheka und die Schieber: „Indessen ist eine Eisenbahn von 100 Werst Länge, die die Baumwoll- und Korninteressenten Turkestans verlangten, von den Geldern gebaut worden, welche von der GPU den Nepleuten wegen ungesetzlicher Versuche, Werte auszuführen, konfisziert wurden.“ – S. 28.

Das Finanzwesen der SSSR:

„Und der allgemeine Schluß, zu dem jede unparteiische Untersuchung in bezug auf die Finanzen der Union kommen muß, ist der –, daß sie jetzt nicht nur auf dem rechten Wege ist, sondern, daß sie den europäischen Ländern weit voraus ist, welche heute ihre ganze Hoffnung auf das Vertrauen ausländischer Kreditgeber setzen.“ S. 46.

Wirtschaftsaufbau: „Die Delegation kam zu der Ueberzeugung, daß das jetzt bestehende ökonomische System nicht nur gerade lebensfähig ist, sondern wirkliche Lebenskraft besitzt; daß es die ökonomische Sanierung, die der Friede jetzt ermöglicht hat, nicht nur nicht hemmt, sondern sogar anzuregen vermag. Sodann, daß das Verhältnis der gegenwärtigen Produktion zur Vorkriegsproduktion sehr wohl den Vergleich mit dem anderer Länder des Kontinents aushält.“

Die englische Delegation unterläßt es nicht, immer wieder zu betonen, daß man, wenn man sich ein Bild von den wahren Zuständen in Rußland und ihren Entwicklungstendenzen machen will, die großen Zerstörungen des Krieges und des Bürgerkrieges nicht außer acht lassen darf. Jeder Fortschritt wiegt unter diesem Gesichtswinkel doppelt und dreifach. Der Bericht zählt die Zerstörungen und Verluste im Verkehrswesen auf. Die Ziffern sind einfach erschreckend. Es gibt dafür keinen Vergleich in einem anderen europäischen Staate. Unter solchen Umständen lernt man erst die Tragweite solcher Feststellungen im Bericht verstehen, wie: „Die Eisenbahnen sind sauberer wie in der Vorkriegszeit.“ „Die Fahrgeschwindigkeit ist genau dieselbe wie vor dem Kriege.“ „Die Fahrkarten sind billiger als in England und innerhalb der Grenzen der Sowjetunion hält der Passagierverkehr den Vergleich mit allen anderen Kontinentalländern aus.“ S. 70.

Da der Bericht keine philosophische oder politische Diskussion mit der Regierungsmacht, den Kommunisten, den Gewerkschaften in Rußland über Zweckmäßigkeit und Folgerichtigkeit der kommunistischen Maximen und Doktrinen führt und auch nicht führen will, sondern sich nur mit den Ergebnissen der neuen russischen Gesellschaftsordnung beschäftigt, finden wir bei seiner knappen Darstellung eine solche: Mengen von Tatsachen und Urteilen über diese, daß es schwer ist, im Rahmen einer Besprechung auf alle wichtigen Mitteilungen und Schlüsse des Berichtes einzugehen. Jeder Arbeiter sollte den Bericht zur Hand nehmen und seinen ganzen Inhalt fleißig studieren. Das Studium jeder einzelnen Seite eröffnet uns eine Menge der interessantesten Ausblicke. Nur noch einige wenige Zitate seien angeführt, um unsere Rezension abzurunden.

Auf Seite 169 eröffnet sich uns ein interessanter Blick auf die Entwicklungstendenzen der Gewerkschaften, der insbesondere dadurch seinen großen Wert gewinnt, weil es Gewerkschaftsführer sind, die uns auf die wichtige Tatsache aufmerksam machen: „Die Revolution benutzte bei ihrem Ausbruch die Gewerkschaften als revolutionäre Kräfte. Trotzdem blieb die Stellungnahme dieser zur Frage des Klassenkampfes von Anfang an geteilt. Je höher qualifiziert ein Gewerbe und damit je höher sein sozialer Ruf war, desto heftiger waren seine Vertreter gegen den Klassenkampf. Die Buchdrucker z. B. waren dagegen, die Metallarbeiter dafür. Bei den Eisenbahnern waren die Angestellten reformistisch gesinnt, die anderen revolutionär. Die gegen den Klassenkampf eingestellten Gewerkschaften unterstützten die Bourgeoisie mit Streiks und Sabotage, und die erste Phase der Revolution wurde innerhalb der Gewerkschaften ausgetragen. Auf der 3. Gewerkschaft im Juli 1917, auf der 1.500.000 Mitglieder vertreten waren, erklärte sich die Mehrheit gegen den Klassenkampf.“ Erst der Januarkongreß 1918 bringt ein anderes Mehrheitsverhältnis. Inzwischen war die Oktoberrevolution gewesen.

Wie es in Rußland mit dem „Freie Bahn dem Tüchtigen“ steht, lesen wir auf S. 176 des Berichtes: „Den 5.500.000 Mitgliedern der Gewerkschaften und ihren Familien hat das

Sowjetsystem neues Leben und neue Freiheit geschenkt. Ein Sowjetarbeiter kann nicht nur den Beruf ergreifen, den er will, sondern ist auch besser als anderswo in der Lage, sich darauf vorzubereiten, in dem von ihm erwählten Beruf von Stufe zu Stufe zu steigen, bis hinauf zur Klasse der hochbezahlten Spezialisten. Sollten ihn ungünstige Umstände in einen Beruf geführt haben, zu dem er keine Neigung verspürt, kann er sich ohne Schwierigkeiten für einen anderen vorbereiten. In beiden Fällen kann er als Mitglied der herrschenden Klasse sich auch mit den technischen Einzelheiten der Verwaltung bekannt machen und ein öffentliches Amt übernehmen. Im Falle der Nichteignung muß er wieder in seinen Beruf zurück.“

Wie aber steht der russische Arbeiter zu einem solchen Gesellschaftssystem? Der Bericht sagt (S. 177): „Die Delegation fand keine Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Angestellten; jedoch fand sie sie unter denen, die sich den neuen Methoden entweder nicht anpassen wollten oder konnten.“

Solches muß die Delegation auf Schritt und Tritt feststellen, so daß das über Rußland verbreitete Lügegebäude restlos zusammenbricht. Die Tatsachen sind überzeugender als alle Worte. Während auf dem russischen Territorium die Delegation nur mit dem Zwecke weist, sich über das revolutionäre Rußland zu unterrichten und Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften [456] anzuknüpfen, hat ihre Reise nach Transkaukasien den weiteren Zweck, Untersuchungen über die Ursachen des georgischen Aufstandes und Feststellungen über die angeblichen bolschewistischen Terrorakte in diesem Lande zu veranstalten. Das ist sozusagen ein Auftrag der II. Internationale, der hier erfüllt werden soll. Die Untersuchungen ergaben als Resultat 1. das kulturelle Leben der georgischen Bevölkerung wird von der Sowjetregierung nicht unterdrückt, sondern lebhaft gefördert. 2. das Land wird nicht ausgeraubt, wie das die Menschewisten behaupten, sondern ist erst unter dem Sowjetregime wirtschaftlich erschlossen worden, sein ökonomischer Zustand ist in dauernder Besserung begriffen. 3. Die Masse der Bevölkerung ist mit dem Sowjetsystem zufrieden. 4. Der Aufstand war ein blödes Abenteuer, vom Ausland angestiftet, mit sehr durchsichtigem Hintergrund. Der Aufstand mußte wegen seiner Ziellosigkeit in sich zusammenbrechen. 5. Die Greuelgeschichten über den bolschewistischen Terror sind in der Hauptsache ausländische Erfindungen. 6. Nach Aussage der einheimischen georgischen Menschewiki haben Jordania und seine Komplizen keinen Auftrag des georgischen Proletariats in der II. Internationale und das georgische Volk im Völkerbund zu vertreten.

Welchen Schluß ziehen die Delegierten aber aus dem Gesamtbild ihrer Eindrücke! Das lesen wir einerseits auf S. 168: „Überall in Europa hat im Laufe eines Jahrhunderts die industrielle Revolution den früheren Herrschern aus der Oberklasse, den Aristokraten, die Macht entwunden und sie den neuen Herren aus dem Bürgertum, den Leuten, die Geld gemacht haben, gegeben. Dies war für uns ein zweifelhafter Vorteil. Die alte Herrenklasse hatte Schulung, Tradition und Verantwortlichkeitsgefühl (? F. H.) und stand zu ihren Untergebenen in persönlichen Beziehungen. Die neue herrschende Klasse besitzt nichts von alledem. Der Bolschewik, der den ‚Burschuj‘ als vulgären lasterhaften Plebejer anprangert, ist mindestens ebenso im Recht, wie der Bourgeois, der die Bolschewiki gemeine und gewalttätige Proleten schimpft. In Rußland jedoch war dieser Prozeß der Machtübernahme von Adel auf Bürgertum erst im Anfangsstadium. Die Verdrängung der Oberklasse, deren wirtschaftliche Macht sich auf den Grundbesitz stützte, durch das Bürgertum, dessen wirtschaftliche Macht sich auf die Kontrolle von Kapital und Kredit stützte, wurde schon in ihrem Anfangsstadium von der sozialen Revolution im Jahre 1917 unterbrochen, durch die die Macht direkt auf die Arbeiter überging. Was heute in Rußland vor sich geht, seit dem Jahre 1921 vor sich gegangen ist und bis an unser Lebensende vor sich gehen wird, ist Herausarbeiten von Kompromissen zwischen dem bolschewistischen Ideal, der auf dem Prinzip allgemeiner Arbeit gegründeten, und dem bürgerlichen Ideal, einer auf Privateigentum basierenden Gesellschaftsform.

Diese den ganz anderen russischen Anschauungen und Bedingungen entsprechenden Kompromisse, wären so, wie sie sind, bei uns nicht passend. Aber wir können viel davon lernen, immer vorausgesetzt, daß wir nicht vergessen, daß die Sowjetunion nicht England ist, die Russen keine Briten, und eine Sowjetinstitution nach Ursprung und Ziel ganz von der englischen Einrichtung verschieden ist, die ihr etwa entspricht.“

Man sieht auf den ersten Blick, daß diese Schlüsse von Bolschewismus meilenweit entfernt sind.

Anders als diese „Theorien“ sprechen freilich die Handlungen der englischen Delegation. Die Bildung des englisch-russischen Einheitskomitees für den Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die Aufrufe für die Führung eines energischen Klassenkampfes zum Sturz des Kapitals. In diesen Aufrufen und vor allem auch in der mündlichen Berichterstattung wird der Weg des russischen Proletariats als ein nachahmenswertes Beispiel für die Arbeiter der ganzen Welt dargestellt. Selbstverständlich kann man nicht bestreiten, daß zwischen dem Letzteren und den auf Seite 163 des Berichtes abgedruckten, oben wiedergegebenen Bemerkungen ein Widerspruch besteht. Bis zu einem gewissen Grade mag er verständlich sein aus der Tatsache, daß die englischen Gewerkschaftsführer nichts weniger sind als Marxisten, daß sie das Neue in Rußland mit den Ueberresten trivialer, bürgerlicher Sozialtheorien zu begreifen suchten. Aber dies ist sicher nicht die Hauptursache. Ganz verständlich wird uns der erwähnte Widerspruch erst, wenn wir uns der Tatsache erinnern, daß die Delegation nicht nur aus 7 Gewerkschaftsfunktionären bestand, sondern auch noch aus den 3 Sachverständigen, ehemaligen Beamten des Auswärtigen Amtes Englands. Auch in deren Namen wurde der Bericht mitabgegeben und diese Beamten haben ihn in der Hauptsache zusammengestellt. Obwohl nun in der Einleitung versichert wurde, daß man sich nur an die Ergebnisse, die das bolschewistische Staats- und Wirtschaftssystem gezeitigt hat, halten wolle, hat man diesen geschichtsphilosophischen Exkurs unternommen. Man merkt ihm an, daß er von Eton Colleg beeinflusst ist; es nimmt sich darin sehr merkwürdig aus, daß „die alte Herrenklasse (die Aristokratie) – auch die versoffenen und verhurten russischen Bojaren – Schule, Tradition und Verantwortlichkeitsgefühl besessen habe“ und von der unwissenden, geldmachenden, lasterhaften, plebejischen Bourgeoisie gestürzt worden sei. Das ist eine solche Verdrehung der Tatsachen, daß man sich wundern muß, wie diese dumme Geschichtsfälschung in den Bericht kommen konnte. Sie ist ein versteckter Versuch, die englische Arbeiterklasse mit dem englischen Landadel auszusöhnen, damit im Falle einer englischen Arbeiterrevolution, ein anständigeres Kompromiß mit dem Eigentum der „gebildeten“ feudalen Schloßbesitzer gemacht wird, als das in dem barbarischen Rußland der Fall war.

Aehnliche Schwächen hat der Bericht auch noch an anderen Stellen. So wird zwar das Ergebnis der Untersuchungen festgestellt, daß Baldwins Sinowjew-Brief eine plumpe Fälschung ist. Ebenso soll aber eine andere Untersuchung in England ergeben haben, daß an der Ermordung der 26 Kommissare in Baku während der Besetzung dieses Gebietes durch die Engländer englische Offiziere keine Schuld tragen, obwohl nicht nur in Baku, sondern in ganz Rußland der Glaube an die englische Schuld verbreitet sei. Das sieht so aus, als ob das englische Militär keiner Fliege ein Haar krümmen könnte.

Diese Mängel des Berichtes sind aber Kleinigkeiten gegenüber seinen positiven Feststellungen. Darum können wir nur sagen: Je größer seine Verbreitung im Proletariat, desto größer wird auch seine Auswirkung bei der Zerstörung des Lügenfeldzuges der Bourgeoisie und der Reformisten gegen Rußland ein und desto größer auch die Aufklärung über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit des revolutionären Weges im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse sein. F. H.

[457]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, 15. August 1925 * Heft 8

Friedrich Engels.

Zu seinem 30. Todestag am 5. August 1925.

Von Hermann Duncker.

„Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen, und ich glaube auch meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine famose erste Violine zu haben wie Marx.“

Es gibt wenig Beispiele von solch ehrgeizloser Bescheidenheit zugunsten der geistigen Bewertung eines Freundes, wie sie aus den vorangestellten und vielen ähnlichen Worten von Friedrich Engels über sein Verhältnis zu Marx herausklingen.^{*)} Man könnte zurückgehen bis auf Plato, der in seinen in Gesprächsform abgefaßten Schriften seine eigene Lehre fast immer seinem verstorbenen Lehrer Sokrates in den Mund gelegt hat. Und doch ist Engels, der nur zwei Jahre jünger als Marx war, niemals eigentlich ein Schüler von Marx gewesen.

In einer sehr selbständig durchkämpften Sturm- und Drangperiode hatte der junge Engels sich von einer stark religiösen Einstellung, wie er sie in seinem „christlich-preußischen“ Elternhaus in Barmer überkommen hatte, zur philosophischen und politischen Freigeisterei durchgerungen. Ueber Schleiermacher und Strauß hatte er sich zu Hegel und schließlich zu Feuerbach gefunden. Für Engels persönliche Entwicklung traf in besonderer Weise das Marx-Wort zu: „Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“ (1844).

Aber Engels war auch bereits Revolutionär und Sozialist geworden, als er 24jährig in Paris den Freundschafts- und Geistesbund mit Marx schloß, der für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, für die Ausbildung des wissenschaftlichen Kommunismus, für den Befreiungskampf des Proletariats in der heutigen Epoche der Weltrevolution das bedeutendste Fundament geistigen Schaffens gelegt hat. Ohne Engels wäre Marx wahrscheinlich schon aus wirtschaftlichen Gründen auf halbem Wege zusammengebrochen. „Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war!“ schreibt Marx an Engels 1867 nach Fertigstellung des 1. Bandes des „Kapitals“. Ohne Marx aber [458] hätte Engels vielleicht nicht die geistige Konzentration festgehalten, die seinem universell beschwingten Geist die stete kommunistisch-revolutionäre Zielrichtung gegeben hat.

Durch die pietätvollen Untersuchungen von Gustav Mayer über den jungen Engels sind wir in die Lage versetzt, die frühreife Genialität von Engels zu bewundern. Es ist sehr bezeichnend, daß erst lange nach dem Tode von Engels ein glücklicher Zufall diese ganze Frühperiode literarischen Schaffens von Engels aufgedeckt hat. Engels selbst hatte nie den Schleier über seinem Pseudonym „Oswald“ gelüftet.

Gehen wir ein paar Jahre weiter: Welcher Schriftsteller hat als 24jähriger mit einem Buche wie „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ (1845) sein geistiges Reifezeugnis vor der Welt ablegen können? Und schon ein Jahr zuvor hatte Engels die „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ (1844) verfaßt, die deutlich zeigen, wie viel an eigener kommunistischer Kritik Engels in die Kampfgenossenschaft mit Marx einbrachte.

Diese Erstlingswerke stehen den ersten literarischen Leistungen von Marx keineswegs nach. Im Gegenteil, in der Oekonomie hatte Engels, der schon 2 Jahre (1842 bis 1844) kaufmännischer Tätigkeit in dem industriellen Musterlande England hinter sich hatte und dort auch der revolutionären Arbeiterbewegung des Chartismus nähergekommen war, damals Marx zweifellos etwas zu geben. Und wie Engels als Politiker dachte, zeigt hinlänglich bereits seine erste Korrespondenz aus London an die von Karl Marx redigierte „Rheinische Zeitung“ (vom 30. November 1842), die mit den Worten schließt:

„Die „gesetzliche Revolution“ hatte alles gelähmt ... Der Nutzen, der daraus für die Besitzlosen hervorgegangen ist, bleibt aber bestehen; es ist das Bewußtsein, daß eine Revolution auf friedlichem Wege eine Un-

^{*)} Vergl. noch besonders die Anmerkung von Engels zur Autorschaft des „Marxismus“ (in Engels' Feuerbach, S. 36 f.).

möglichkeit ist, und daß nur eine gewaltsame Umwälzung der bestehenden unnatürlichen Verhältnisse, ein radikaler Sturz der adligen und industriellen Aristokratie die materielle Lage der Proletarier verbessern kann ... erst aus den Interessen können sich die Prinzipien entwickeln, d. h. die Revolution wird keine politische, sondern eine soziale sein.“

Der Materialist, der proletarische Revolutionär, der Sozialist Engels wird hier schon deutlich sichtbar.

In der ökonomischen Theorie ist dann freilich Marx weit über Engels damaliges Wissen hinausgewachsen, und Engels fühlte sich hier späterhin bloß als Mitarbeiter und Berater, der freilich viel aus seiner ökonomischen Praxis beisteuern konnte. Nach Marxens Tod hat er durch die Herausgabe des 2. und 3. Bandes des „Kapital“ (1885 und 1894) das theoretische Lebenswerk Marxens, so weit es ein kongenialer Mitarbeiter konnte, gesichtet und der Nachwelt zugänglich gemacht.

Die Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung ist das philosophische Feld, auf dem sich die jungen Freunde zuerst (1845) fanden. Beide hatten einzeln ihren Weg zu Hegel und dann von Hegel zu Feuerbach gemacht. Beiden genügte aber die blutleere Menschheits- und Menschlichkeitsabstraktion Feuerbachs nicht mehr. So [459] stießen sie zum Quellgebiet des dialektischen Materialismus durch. Marx stand dabei wohl die stärkere Prägnanz des Ausdrucks zu Gebote. Er hat auch die Theorie in ihrer universellen Bedeutung zuerst klar formuliert. „Sie trägt daher auch mit Recht seinen Namen,“ sagt Engels (Feuerbach, S. 37).

Vierzig Jahre sind dann die beiden Freunde in rastlosem geistigen Schaffen eng verbunden gewesen. Das „tolle Jahr“ 1848, die Reaktionsperiode, die Kriege der 50er Jahre, Glück und Ende der I. Internationale, den deutsch-französischen Krieg, Bismarcks Revolution von oben, die ersten Gehversuche der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich usw., die opportunistischen Entgleisungen von Lassalle bis Gotha und darüber hinaus – alles haben Marx und Engels von ihrem englischen Leuchtturm aus sorgsam verfolgt und leidenschaftlich kritisiert.

Wie das „Kommunistische Manifest“ Marx und Engels zu Verfassern gehabt hat, ohne daß wir heute in der Lage sind, den geistigen Anteil jedes einzelnen von den beiden herauszulösen, so ist der wissenschaftliche Kommunismus überhaupt das gemeinsame Werk von Marx und Engels. Und wenn wir von „Marxismus“ sprechen, so doch nur unter der stillschweigenden Einbeziehung auch der gewaltigen Lebensarbeit von Friedrich Engels. Die Arbeitsteilung zwischen Marx und Engels brachte es mit sich, daß Marx vor allem der Ausarbeitung der ökonomischen Lehre oblag, während Engels die Gegenwartsfragen in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats untersuchte und den wissenschaftlichen Kommunismus polemisch vertrat. Dieses parteipolitische Kriegs- und Außenministerium verführte Engels nicht gerade zu politischer Sanftmut. Seine Streitschrift gegen Dühring zeigt am stärksten seine kampfesfrohe, aller gemäßigten Toleranz abholde Natur. Und wie wettete Engels gegen den parlamentarischen Kretinismus, gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterpartei in England, gegen die Illusion vom frisch-fromm-fröhlichen Hineinwachsen in den Sozialismus, wie sie sich in Deutschland breitmachte, und gegen tausend anderes mehr!

Und diesen Engels hat man immer wieder versucht, dem bösen Marx gegenüber als den Gemäßigten und Versöhnlichen hinzustellen! Bernstein und die deutschen Revisionisten schlachteten weidlich das Vorwort von Engels zu den „Klassenkämpfen“ aus, in dem die „Gesetzlichkeit um jeden Preis“ gepriesen schien – aber nur durch schmäbliche Auslassungen seitens der deutschen Herausgeber im Parteivorstand der SPD, über die sich Engels noch wenige Wochen vor seinem Tode bitter beklagt hat. Zur Zeit des Weltkrieges griffen die Sozialpatrioten begierig auf alte Kriegsartikel von Engels zurück, freilich auch wieder ohne darauf hinzuweisen, daß Engels s. Zt. nur für einen revolutionären Krieg gegen den Zarismus eingetreten war.*)

*) S. Sinowjew, „Der Krieg und die Krise des Sozialismus“ (S. 97): „Den zwanzigsten Todestag von Fr. Engels haben die Sozialchauvinisten ausgenutzt, um den deutschen Arbeitern zu versichern, daß kein anderer als dieser großer Lehrer der Arbeiterklasse und Mitarbeiter von K. Marx der Vorkämpfer der jetzigen Kriegspolitik gewesen sei.“ – Wie werden sie den 30. Todestag feiern?!

[460] Auch auf philosophischem Gebiet ist z. T. schon vor dem Weltkrieg^{*)}, z. T. neuerdings versucht worden, einen Gegensatz zwischen Marx und Engels zu konstruieren, diesen zum Vulgarus zu machen. Diese Versuche hat schon Lenin in seinem Buch über den Empiriokritizismus scharf und treffend zurückgewiesen.

Auch M. Beer, der verdienstvolle Historiker des Sozialismus, hat erst unlängst sein gutes Buch durch eine höchst ungerechte Charakteristik Engels' entstellt. (Allg. Gesch. d. Soz., S. 460 f.). Dabei ist es nebensächlich, ob man, wie Beer es tut, Engels „nur ein Talent“ nennt gegenüber dem Genie von Marx. Wenn Engels selbst das einmal so formuliert hatte, so gilt hier sicherlich – daß, wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist! Aber schlimm ist es, wenn Beer Engels direkt als Reformisten und Parlamentsgläubigen hinstellt, wenn er gerade Engels „im großen und ganzen eine mäßige Wirkung“ auf die SPD nachsagt.

Demgegenüber braucht man sich nur vor Augen zu halten, wie Lenin in seiner „Neuaufgabe“ und Fortführung des wissenschaftlichen Kommunismus wieder und wieder gerade auch an Engels anknüpft und sich auf Engels beruft, so in seiner Staatslehre, so in seiner Beurteilung der taktischen Notwendigkeit von Kompromissen, so in der Erfassung des Agrarproblems, so in der Stellung zur Religion usw. usw. Auch den Opportunismus in der Arbeiterbewegung hat Engels bereits als Folgeerscheinung der Nutznießung imperialistischer Monopolprofite nachgewiesen. Und nicht müde wurde Lenin, jenen Brief von Engels an Bebel (vom 11. Dez. 1884) zu zitieren:

„Die reine Demokratie kann im Moment der Revolution als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen und selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen ... So verstärkte die gesamte feudalbureaucratische Masse 1848 (März bis September) die Liberalen, um die revolutionäre Masse niederzuhalten ... Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion.“

Die 30 Jahre, die seit dem Tode von Engels verfließen sind, sind Jahre der gewaltigsten Entwicklungen und Umwälzungen geworden: aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz wurde der Monopolkapitalismus, aus der revolutionären deutschen Sozialdemokratie eine konterrevolutionäre kleinbürgerliche Partei. Aber dafür erstand der Kommunismus der 3. Internationale, die stolz darauf ist, das geistige Erbe von Marx und Engels zu bewahren und in die Tat umzusetzen. Marx, Engels und Lenin, das ist das leuchtende Dreigestirn, das dem Schiffer auf den Wellenbergen und in den Wellentälern der proletarischen Bewegung im Zeitalter der Weltkriege und der Weltrevolution den sicheren Kurs und das unverrückbare Ziel seiner Fahrt anzeigt. [461]

*

Der 10. Parteitag der KPD.

Von Lenz.

Die Beschlüsse des 10. Parteitags enthalten zum ersten Mal in der Geschichte der Partei einen Abschnitt, der unter dem Titel „Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Bolschewismus“ einen kurzen Rückblick über die Geschichte der Partei gibt. Darin kommt ebenso wie in dem Abschnitt über die Bolschewisierung der KPD zum Ausdruck, daß sich die Partei bewußt ist, eine bestimmte Etappe ihrer Entwicklung erreicht zu haben. Von nun an wird das geistige Ringen innerhalb der Partei nicht mehr um die Herausarbeitung der Grundsätze des Bolschewismus, des Leninismus, gehen, sondern um ihre Anwendung auf die konkrete Situation und ihre Verwirklichung in der Praxis. **Auf dem 10. Parteitag hat sich die KPD zum erstenmal bewußt und einheitlich, ohne jeden Vorbehalt, auf den Boden des Bolschewismus gestellt.**

Gewiß haben die Arbeiter, die sich im Spartakusbund zusammenschlossen, die auf dem Parteitag von Halle von der USPD zur Kommunistischen Internationale übergangen, die nach der Märzaktion

^{*)} So von Friedrich Adler auf dem Gebiet der Naturwissenschaft. Es ist direkt eine Verhöhnung des Materialismus und seines Vorkämpfers Engels und zugleich ein Beweis, wie die Sozialdemokratie heute die Traditionen fälscht unter dem Vorwand, sie zu pflegen wenn heute zum 30. Todestage eine Gedenkschrift zu „Ehren“ des Naturwissenschaftlers Engels erscheint, die Friedrich Adlers revisionistische Artikel enthält. Mit diesem Buch („Marxismus und Naturwissenschaft“, Verlag Laub) werden wir uns noch befassen. D. Red.

mit den Liquidatoren abrechneten, nie etwas anderes gewollt, als eine solche Partei zu schaffen, die in Deutschland die Aufgabe löst, die die Bolschewiki, in Rußland gelöst haben. Aber es war ein langer Weg voll schwerer, schmerzlicher, opferreicher Erfahrungen dazu notwendig, um die ganze Partei mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß nur die Grundsätze, die Kampfmethoden, die Organisationsformen des Bolschewismus den Sieg der Arbeiterklasse verbürgen.

Der Frankfurter Parteitag, der eine mit vollem Bewußtsein vollzogene Abkehr vom Opportunismus war, bedeutet noch keineswegs eine ebenso bewußte, klare und einheitliche Wendung zum Leninismus. Das kam in jeder grundlegenden Frage der Parteipolitik deutlich zum Ausdruck.

Der Frankfurter Parteitag sprach sein vernichtendes Urteil über die Brandlerführung aus, die in einer akut revolutionären Situation die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei nicht verstanden hat. Aber die Masse der Parteimitgliedschaft war sich noch nicht klar über die Aufgaben einer revolutionären Partei in der nicht unmittelbar revolutionären Periode, die für Deutschland gerade zur Zeit des Frankfurter Parteitags einsetzte. Der Frankfurter Parteitag verurteilte aufs schärfste die opportunistische Taktik der Einigung mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der Sozialdemokratie, die von der Brandlergruppe unter dem Namen der „Einheitsfronttaktik“ getrieben wurde. Er betonte demgegenüber mit aller Schärfe die selbständige führende Rolle der Kommunistischen Partei und den bürgerlichen Charakter der reformistischen Partei. Aber wenn die Frankfurter Parteitagsbeschlüsse auch keinerlei unleninistische Formulierungen enthielten, die notwendige und richtige bolschewistische Einheitsfrontmanöver ausschlossen, so war damals und in der Zeit nach dem Frankfurter Parteitag, in der es vor allem galt, die Grundsätze des Bolschewismus in der Partei zu verankern, das Bewußtsein von der Notwendigkeit des elastischen bolschewistischen Manövrierens bei strengster Wahrung der Grundsätze nicht lebendig. In dieser Frage mußte die Partei auf dem 10. Parteitag einen entschiedenen Schritt nach vorwärts machen, um sich bewußt und vollständig auf den Boden des Leninismus zu stellen. Die größte Verwirrung aber herrschte noch auf dem 9. Parteitag in der Gewerkschaftsfrage, wo es der Führung der Linken nur unter Aufbietung ihrer ganzen Autorität gelang, verderbliche Beschlüsse zu verhüten und wenigstens den prinzipiell richtigen Standpunkt im allgemeinen durchzusetzen. Ueber diese „Gewerkschaftsfrage“ gab es auf dem 10. Parteitag keine Diskussion mehr. Hin-[462]gegen nahm die Besprechung der praktischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit einen großen Raum ein. In der Organisationsfrage bestehen schon seit langem Beschlüsse, die die Umorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen fordern, ja zum Teil terminmäßig festlegen. Aber erst durch das auf dem 10. Parteitag angenommene Statut, das auf den bolschewistischen Organisationsprinzipien aufgebaut ist, wird die Partei auf die Umorganisation mit dem Nachdruck festgelegt, der der Wichtigkeit der Sache entspricht. Ebenso enthalten die Parteitagsbeschlüsse zum ersten Mal eine ausdrückliche Ablehnung derjenigen theoretischen Anschauungen Rosa Luxemburgs, die mit dem Leninismus im Widerspruch stehen. So ist es keine Uebertreibung, wenn wir aussprechen, daß erst der 10. Parteitag sich in allen grundsätzlichen Fragen voll und bewußt auf den Boden des Bolschewismus gestellt hat.

Die Opposition, die auf dem Parteitag in sehr geringer Zahl vertreten war (durch 3 Mitglieder der Zentrale und 6 von 168 Delegierten), trug einen zwiespältigen, unentschiedenen Charakter. Sie leugnete einerseits ab, eine ultralinke Fraktion oder Gruppierung darzustellen oder herausbilden zu wollen, versuchte aber andererseits ein einheitliches gemeinsames Auftreten. Sie erklärte einerseits, nur Bedenken gegen gewisse Manöver zu haben, solidarisierte sich aber andererseits mit allen ultralinken Gruppen innerhalb der Komintern und sprach sogar durch den Mund des Genossen Rosenberg offen von der Notwendigkeit angesichts der „Rechtsschwenkung“ der Komintern, eine linke Opposition im internationalen Maßstabe zu organisieren. Sie warf einerseits der Zentrale vor, daß sie den in Frankfurt beschrittenen Weg verlassen habe oder verlassen wolle, stimmte aber andererseits den politischen Resolutionen zu und beteiligte sich an der einstimmigen Wahl der Zentrale.

Die Genossen, die für sich in Anspruch nahmen, daß sie allein die Traditionen der früheren linken Opposition gegen den Brandlerismus fortsetzten, wußten der Partei positiv politisch nicht das Geringste vorzuschlagen, wenn man nicht so boshaft sein will, Rosenbergs Anregungen, die Ein-

schränkung der Kohlenproduktion im internationalen Maßstabe durch die internationale Verständigung der Bergarbeiter zu organisieren und für Deutschland „ein großzügiges positives Finanz- und Wirtschaftsprogramm im kommunistischen Stil“ als einen politischen Vorschlag der Ultralinken aufzufassen. Auch da zeigt sich, was in den auch von den oppositionellen Genossen angenommenen politischen Thesen ausgesprochen und im Referat der Genossin Ruth Fischer betont wurde, daß die ultralinke Gruppe keine bolschewistische, sondern eine linkssozialdemokratische Tendenz darstellt. Eine solche Opposition, die sich nicht die Aufgabe stellt, die Partei und durch sie die Arbeiterklasse in einer bestimmten Richtung zu führen, sondern sich mit leeren Protesten begnügt, das ist eben die typische Form des sozialdemokratischen „Radikalismus“, der zum schwersten Schaden der kommunistischen Bewegung in allen westeuropäischen Parteien der Komintern nachwirkt. Eine Opposition, die bewußt auf dem Boden des Bolschewismus steht, muß entweder, wenn sie prinzipiell mit der Führung der Partei einverstanden ist, praktische Vorschläge für die Parteipolitik machen, bei schärfster Vermeidung jeder Fraktions- und Gruppenbildung, die zu einem Machtkampf in der Partei führen muß, oder, falls sie sich in prinzipiellem Widerspruch zur Parteiführung fühlt, also überzeugt ist, daß die Partei noch keinen bolschewistischen Charakter hat (wie das die Ueberzeugung der Linken in der KPD in der Brandlerzeit war), den Kampf um die Führung der Partei im Bewußtsein aller Konsequenzen und mit einem klaren politischen Ziel aufnehmen. Die ultralinke Opposition auf dem Parteitag hat weder das eine noch das andere getan, sie war nur ein verworrener Ausdruck verworrener Stimmungen in der Partei, sie vertrat sowohl jene ehrlichen [463] Arbeiterelemente, die die Erfordernisse der bolschewistischen Taktik in der gegenwärtigen Situation noch nicht erfaßt haben und jedem taktischen Manöver voll Mißtrauen gegenüberstehen, als auch alle jene unbolschewistischen und antibolschewistischen Elemente in der Partei, die seit dem 5. Weltkongreß nicht mehr offen in der Partei aufgetreten sind, aber zweifellos weiter versuchen, ihre vom Leninismus abweichenden Auffassungen in der Partei zu verbreiten. Wenn dieser zwieschlächtige, unentschiedene Charakter der Opposition sie einerseits zu einer kläglichen Rolle, zur völligen Einflußlosigkeit verurteilt, so macht er sie andererseits gefährlicher und für die Partei schädlicher. Denn eine solche unklare Opposition wird zum Sammelbecken aller unzufriedenen, im Grunde parteifeindlichen, anarchistischen Elemente. Es ist ein Zeugnis für die Gesundheit und Festigkeit der Partei, daß trotz der objektiv schwierigen Situation, trotz der zeitweise durch die ziemlich rasch und unvorbereitet vorgenommene Schwenkung der Partei entstandene Verwirrung, die Ultralinken einen so geringen Anhang auf dem Parteitag hatten.

Die Rechte innerhalb der Partei, die trotz der seit dem Frankfurter Parteitag getriebenen systematischen Fraktionsmacherei, trotz der faktisch im Wesentlichen vollzogenen Verschmelzung der Reste der ehemaligen Mittelgruppe mit der Rechten keinen Einfluß in der Partei hat, war daher auch auf dem Parteitag nicht vertreten. Es war aber zur ideologischen Klärung der Partei durchaus nützlich, daß die Genossen Paul Frölich, Ernst Meyer und Karl Becker ihre Plattform dem Parteitag schriftlich vorlegten ...

So konnten sich die Parteigenossen wenigstens davon überzeugen, daß diese Genossen in der Zeit seit dem 9. Parteitag nichts gelernt und nichts vergessen haben. Besonders lehrreich ist ein Vergleich des historischen Abschnittes in dem Briefe dieser Genossen mit dem entsprechenden Abschnitt der Parteitagsresolutionen. Hier tritt die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit am krassen hervor. Jedes Wort dieser Darstellung der Genossen Frölich, Meyer und Becker zeigt, daß sie von der verhängnisvollen Rolle der liquidatorischen und opportunistischen Tendenzen innerhalb der KPD nichts begriffen haben.

Die Schwäche der rechten Gruppe innerhalb der Partei darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor die Gefahr des Opportunismus in der heutigen Situation und in der Entwicklung die Geschichte der KPD begründet ist, daß der Kampf gegen den Opportunismus in jeder Gestalt nach wie vor die wesentlichste Voraussetzung der Bolschewisierung ist.

In der politischen Diskussion nahm leider die Auseinandersetzung mit den Ultralinken einen so breiten Raum ein, daß darüber die Besprechung der Analyse der Lage und der im Aktionsprogramm zusammengefaßten Kampfforderungen der KPD zu kurz kam. Desto notwendiger wird es sein, daß

die Partei die politischen Beschlüsse des Parteitages gründlich durcharbeitet und sich ihren Sinn vollständig aneignet.

Das Aktionsprogramm geht von drei Grundgedanken aus:

1. Die Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften zu organisieren als den organisatorischen Kern einer Linksschwenkung der gesamten Arbeiterschaft.
2. Bei allen Forderungen sorgsam Rücksicht zu nehmen auf den strategischen Grundgedanken des Leninismus, die Herstellung des Bündnisses der Arbeiter mit allen werktätigen Schichten unter der Hegemonie des Proletariats.
3. Die instinktive Auflehnung der Arbeiterschaft gegen den Vormarsch der monarchistisch-imperialistischen Reaktion in die Bahn des Klassenkampfes zu lenken.

Unter diesem Gesichtspunkte sind die Mindestforderungen zu verstehen, die in klarer, unzweideutiger Verbindung mit unseren Endforderungen im [464] Aktionsprogramm zusammengestellt sind. Gerade in einer Zeit, wo die SPD durch die trivialste republikanisch-demokratische Demagogie ihren Einfluß erweitern konnte, ist es unerläßlich, die Arbeiter daran zu erinnern, daß in der deutschen Hindenburg-Republik noch nicht einmal die Forderungen verwirklicht sind, die das Erfurter Programm für die demokratische Republik stellte, und die noch weit davon entfernt sind, die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft und die Beseitigung des bürgerlichen Staates zu bedeuten. Die politischen Forderungen des Aktionsprogramms, wie „Miliz aus dem werttätigen Volke“ oder „Wählbarkeit und Absetzbarkeit von Beamten und Richtern“, entsprechen tatsächlich alten sozialdemokratischen Programmforderungen. Der Unterschied ist nur der, daß das sozialdemokratische Programm diese Forderungen als Programm des „freien Volksstaates“ aufstellte, während wir keinen Zweifel darüber lassen, daß unser Ziel die proletarische Diktatur, der Sowjetstaat bleibt, und daß wir diese demokratischen Forderungen nur als aktuelle Kampfforderungen, die der gegenwärtigen Situation entsprechen, aufstellen und die Arbeiterschaft von vornherein darauf aufmerksam machen, daß sie bei der Durchsetzung solcher Maßnahmen nicht stehen bleiben kann.

Es ist natürlich kein Zufall, daß gerade jetzt, wo diese demokratischen Forderungen aktuell sind, die SPD, gar nicht daran denkt, an ihnen festzuhalten oder sie wieder aufzustellen; ganz zu schweigen davon, daß sie einen Massenkampf für solche Forderungen organisieren oder unterstützen würde. Denn gerade hieran würde sich der Klassenkampf in der schärfsten Form entzünden.

Soweit wir heute von der Erfüllung derartiger Forderungen entfernt sind, ist es doch notwendig, jetzt schon darauf hinzuweisen, daß bei einer Aenderung der Situation, bei einem neuerlichen Ansteigen der proletarischen Revolution sehr wohl die Möglichkeit besteht, daß der linke Flügel der Bourgeoisie unter Führung der SPD gerade durch scheinbare Zugeständnisse in der Richtung solcher demokratischer Forderungen versucht, die Massenbewegung abzubremsen. Das ist aber selbstverständlich kein Argument gegen die Aufstellung solcher politischer Teilforderungen; denn auch Zugeständnisse in der Frage des Lohnes und der Arbeitszeit wird die Bourgeoisie immer dann machen, wenn sie in ihrer Existenz bedroht ist. Die revolutionäre Partei darf nicht davor zurückscheuen, die bescheidensten Forderungen aufzustellen, wenn sie durch die Situation gefordert werden. Der Opportunismus beginnt erst dann, wenn die Forderungen hinter dem Kampfwillen und der Kampfkraft der Massen zurückbleiben. Daß wir jetzt in einem Aktionsprogramm demokratische Forderungen ausstellen müssen, die noch vor zwei Jahren sinnlos erschienen wären, das zeigt nur an, wie weit das deutsche Proletariat in der Tat von der Bourgeoisie zurückgeworfen wurde.

Die Parteitagsbeschlüsse weisen aber zugleich in ihrer Analyse der Situation mit altem Nachdruck darauf hin, daß dieser Rückschlag der proletarischen Bewegung, der sich einerseits in der Stabilisierung der SPD, andererseits in der Stabilisierung des deutschen Kapitals und in dem Vormarsch des rechten Flügels der Bourgeoisie zeigt, so sehr er bei der Betrachtung der gegenwärtigen Situation und bei der Bestimmung der gegenwärtig notwendigen Taktik in Betracht gezogen werden muß, keineswegs als ein dauernder Faktor, als Kennzeichen einer ganzen Epoche angesehen werden kann. Die zeitweilige und teilweise Stabilisierung des deutschen Kapitals

erfolgt in einem internationalen Milieu, das ihre Grenzen und die Verschärfung der inneren Gegensätze der kapitalistischen Welt in der krassesten Weise zeigt. Die Stabilisierung des von Gnaden des internationalen Kapitals vegetierenden deutschen Kapitals kann nicht dauernder und fester sein als die Stabilisierung des Weltkapitals, und von dieser Stabilisierung kann man nur in [465] dem Sinne sprechen, daß eine unmittelbar akute, revolutionäre Situation, wie sie 1917, 1918 und auch 1923 bestand, gegenwärtig in keinem kapitalistischen Lande besteht. Aber zugleich bestehen in so zahllosen und entscheidenden Punkten des imperialistischen Weltsystems die schwersten Konflikte und offenen Kämpfe, so daß ein rascheres Fortschreiten der Weltrevolution nicht in Jahrzehnten, sondern in Jahren nicht nur: möglich, sondern wahrscheinlich ist.

Die Bedeutung der Organisationsbeschlüsse hängt nicht zuletzt auch mit der geänderten Gesamtsituation zusammen. Es ist eine Tatsache, daß die Verankerung der Partei in den Betrieben gegenwärtig viel schwächer ist, als vor zwei Jahren. Es sind auch die Ursachen dieser Tatsache zur Genüge bekannt. Die Oktoberniederlage wurde zu einer gründlichen Reinigung der Betriebe von den führenden kommunistischen Funktionären benutzt. Diese Tatsache hat sich auch im Organisationsleben der Partei ungünstig ausgewirkt. Die Partei hat einen in den Kämpfen der früheren Jahren bewährten Funktionskörper, dem aber zum großen Teil eines fehlt, was für eine Arbeiterpartei unerlässlich ist, die Verbindung mit der Arbeiterschaft im Betrieb, und zwar gerade mit den in den Großbetrieben der entscheidenden Industrien beschäftigten Arbeiter. Diesem Mangel abzuhelfen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Umorganisation, des vom Parteitag angenommenen neuen Parteistatutes. Es handelt sich nicht um eine Auswechslung, sondern um eine Erneuerung und Auffrischung des Funktionärkörpers. Die Funktionäre müssen sich aufs neue die Aufgabe stellen, das Vertrauen der Arbeiter im Betriebe und nicht nur der Parteigenossen zu erobern. Die Partei kann nicht Führerin der Massen sein, wenn sich der einzelne Kommunist, und vor allem der führende Parteifunktionär nicht als Führer der Massen fühlt und durchzusetzen weiß.

Wer die Parteiorganisation in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und Arbeitsweise kennt, weiß, daß sie tatsächlich nicht eine direkte Verbindung mit den Betrieben besitzt. Die Parteibeschlüsse werden meist erst an einen Funktionärkörper weitergegeben, der sie seinerseits den im Betrieb beschäftigten Genossen, die die eigentlichen durchführenden Organe sind, zu übermitteln hat. Das ist ein unmöglicher Zustand, der gewiß nicht mechanisch von heute auf morgen durch irgendwelche organisatorischen Maßnahmen beseitigt werden kann, dessen Beseitigung aber dringend notwendig und nur auf dem von dem Parteitag gewiesenen Weg möglich ist.

Außer der Verlegung des Schwergewichtes der Parteiorganisation in die Betriebszellen, enthält das neue Parteistatut eine Verschärfung des demokratisch-zentralistischen Parteaufbaus. Die leitenden Körperschaften sollen unmittelbar mit den Betrieben verbunden werden, müssen ober in den Grenzen ihrer Zuständigkeit wirklich entscheiden und führen. Das Nebeneinanderbestehen von Bezirksleitung und Bezirksausschuß, von Zentrale und Zentralausschuß, Körperschaften, von denen die eine die Beschlüsse der anderen aufheben kann, sind mit dem Prinzip des Zentralismus unverträglich. Die Körperschaft, die die Parteiarbeit verantwortlich leitet, muß auch allein das Recht der Entscheidung haben. Sobald sie sich mit dem Willen der Mitglieder in Widerspruch setzt, hat sie zu verschwinden. Aber ein Nebeneinanderbestehen von beschließenden und ausführenden Organen entspricht mehr den Grundsätzen des bürgerlichen Parlamentarismus, als den Prinzipien einer proletarischen Kampfpartei.

Die Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf dem 10. Parteitag, die Beschlüsse, die in dieser Frage gefaßt wurden, zeigen den ernsten Willen der Partei, wirklich gemäß den berechtigten Forderungen der Exekutive an den Parteitag die Gewerkschaftsfrage in den Vordergrund zu stellen. Die ganze Partei hat begriffen, daß es keinen anderen Weg zur Eroberung der Massen gibt, als die Eroberung des entscheidenden Einflusses innerhalb der Gewerkschaften. Darum wurde die Aufgabe der [466] Bildung eines linken Flügels innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mit vollem Bewußtsein als das nächste praktische Ziel, auf das die Arbeit zu konzentrieren ist, aufgestellt.

Die scharfen Auseinandersetzungen mit den Ultralinken konnten die Einheitlichkeit der Partei, die in der einheitlichen Wahl des Z. K. und der einmütigen Annahme der politischen Beschlüsse deut-

lich zum Ausdruck kam, nicht beeinträchtigen. Der 10. Parteitag zeigt, welche großen Schritte nach vorwärts die Partei seit dem Frankfurter Parteitag getan hat. Aber es sollen keine Illusionen darüber bestehen, daß wir erst am Anfang der Entwicklung einer bolschewistischen Partei stehen, daß noch große Arbeit zu leisten ist, um die Beschlüsse zu verwirklichen, die auf diesem Parteitag gefaßt wurden.

*

Der Marokkokrieg und das Problem der Hegemonie im Mittelmeer.*)

Von * * *

Die imperialistischen Cliques, welche die Außenpolitik der Großmächte bestimmen, sind der Ansicht, daß durch den Dawesplan die Bedingungen für die „Befriedigung“ Europas schon geschaffen sind, daß der revolutionäre Vulkan in Europa für eine lange Reihe von Jahren erloschen ist, daß die Bourgeoisie fest im Sattel sitzt, und daß sie deshalb, ohne neue Erschütterungen befürchten zu müssen, zur konzentrierten Offensive gegen die Kolonien übergehen kann. Daher der Angriff des vereinigten angloamerikanischen und japanischen Kapitals gegen China, daher auch der räuberische Feldzug des französischen Imperialismus, der gewissermaßen seine Hände am Rhein freibekommen hat, gegen die marokkanischen Kabylen, die neue Phase der Mittelmeertendenz der französischen Außenpolitik.

I.

Wir stehen erst am Anfang dieser Periode. Aber hinter ihren ersten blutigen Konturen kann man ihren eigentlichen Inhalt erblicken. Diese Periode wird erstens neue Verwicklungen, neue Konflikte auf den Seewegen, die den internationalen Imperialismus zu den Kolonien, zu den neuen Absatzmärkten führen, nach sich ziehen. Man kann jetzt schon mit Gewißheit voraussagen, daß die hauptsächlichsten Knotenpunkte, wo die Widersprüche des internationalen Imperialismus besonders scharf zusammenstoßen, der Stille Ozean und das Mittelmeer sein werden. Somit tritt zu dem durch Konflikte unterminierten europäischen Boden eine Reihe potentieller neuer Konflikte auf den Meeren und Ozeanen. Zweitens verschärft diese Periode der außereuropäischen Widersprüche bis aufs äußerste die Beziehungen zwischen den gestrigen Verbündeten, welche bei der Ausplünderung Deutschlands bisher relativ solidarisch auftraten, und stellt die Welt vor die Unabwendbarkeit eines neuen großen imperialistischen Krieges, der seinen Ausmaßen nach alles das, was die Welt bisher gesehen hat, übertreffen wird. Drittens wird sie eine Reihe Aufstände der Millionen von Kolonialsklaven gegen ihre Unterdrücker hervorrufen. Diese Aufstände, welche wir in den letzten Jahren in Mesopotamien, Aegypten, Indien gesehen haben, und die jetzt mit feurigen Zungen die Küste Nordafrikas und der östlichen Grenzen Asiens lecken, werden wachsen, sich ausdehnen und immer größere Massen ergreifen. Nicht zufällig verfolgt die ganze muselmanische Welt mit solch gespannter Aufmerksamkeit den heroischen Kampf des kleinen, 400.000 Mann starken marokkanischen Stammes der Kabylen gegen den mit den letzten Errungenschaften der Technik bis an die Zähne bewaffneten [467] französischen Imperialismus. Nicht zufällig schreit die internationale Bourgeoisie über die Erscheinung eines „muselmanischen Bolschewismus“.

II.

Um nicht unbegründet in meinen Folgerungen zu sein, will ich als lebendes Beispiel auf den marokkanischen Krieg etwas genauer eingehen. Den Marokkokrieg darf man nicht als einen lokalen Zwischenfall betrachten, dessen Bedeutung sich nicht über die Grenzen des unmittelbaren Kriegsschauplatzes erstreckt. Schon wenn man die letzten Telegramme liest, kann man beurteilen, daß der Aufstand der Kabylen wie ein Fettfleck sich in das Innere Marokkos ausdehnt, daß die Armee des Marschalls Liautey ein gänzlich ungesichertes Hinterland hat, daß sie von allen Seiten von feindlichen Stämmen umgeben ist, welche durch die Erfolge des Aufstandes von Abd al Karim in Bewegung geraten sind.

*) Wir bringen hier die literarische Bearbeitung eines Teils der Rede, die der Vertreter der Exekutive der Komintern auf dem X. Parteitag der KPD gehalten hat.

Andererseits tauchen immer häufiger und häufiger in der bürgerlichen englischen, französischen, spanischen, italienischen Presse besorgte Artikel auf über das Geschick des „internationalen“ Hafens Tanger an der nordafrikanischen Küste, welchen der siegreiche Aufstand der Kabylen unmittelbar bedroht. Der alte Streit darüber, wer der Besier des Hafens von Tanger sein wird, verschärft sich immer mehr und mehr. Die Frage Tanger aber, an welches fast unmittelbar das Territorium der Kabylen grenzt, ist aufs engste mit dem Problem der Hegemonie im Mittelmeer verbunden. Tanger ist gerade gegenüber dem berühmten Gibraltar gelegen, welches mit den Dardanellen, Suez und Panama einer der wichtigsten Durchgangspunkte auf den Seewegen des heutigen Imperialismus ist. Der, welcher faktisch Gibraltar beherrschte, hatte den Schlüssel zum Mittelmeer. Jetzt hat ihn nämlich England in Besitz, welches bis zur letzten Zeit auch die Hegemonie im Mittelmeer besaß. Inzwischen aber beginnt während der letzten Jahre auf dem nordafrikanischen Ufer die strategische Bedeutung Tangers zu wachsen. Hier sind die natürlichen Bedingungen für die Anlegung eines tiefen Hafens günstiger als in Gibraltar mit seinen Felsenuffern. Unterseeboote können, sich auf Tanger stützend, den Durchzug von englischen Schiffen durch Gibraltar hindern. Schwere Geschütze, in Tanger aufgestellt, können die enge Straße von Gibraltar unter Feuer halten, und die alte Festung Gibraltar wäre kaum imstande, den Angriffen einer französischen Luftflotte, die in Tanger ihre Basis hätte, standzuhalten.

Nicht geringer ist die Bedeutung Tangers in ökonomischer Hinsicht. Es ist der zentrale Knotenpunkt des gesamten ökonomischen Lebens der nordafrikanischen Küste. Fast 70 Prozent aller Handelsschiffe, die Nordafrika mit dem europäischen Kontinent verbinden, entfallen auf Tanger. Daraus ist zu verstehen, weshalb Frankreich so zähe um diesen Punkt kämpft. Ohne Tanger kann es nicht unbeschränkt die nordafrikanische Küste beherrschen. Indem Frankreich aber die nordafrikanische Küste beherrscht, schließt es von zwei Seiten das Mittelmeerbassin in seinen Grenzen ein, dasselbe somit zu einer Art französischen Binnenmeeres umwandelnd.

III.

Die ganze Geschichte des Kampfes um Marokko, zuerst mit England bis zur Verständigung im Jahre 1904, darauf mit Deutschland bis zur Zeit des europäischen Krieges 1914, stellte das Marokkoprobem in das System des Kampfes um die Hegemonie im Mittelmeergebiet ein. Und der jetzige Marokkokrieg verflucht sich eng mit diesem Kampf um Tanger, als um eine der lebenswichtigsten Arterien des Mittelmeers. Tanger ist sozusagen der Lauf eines Revolvers, der auf England gerichtet ist. Schon in der Nachkriegszeit wurde zwischen England und Frankreich ein verbissener Kampf um Tanger geführt. England, sich auf Spanien und Italien stützend, verfolgte als Ziel die Internationalisierung dieses Hafens, um auf diesem Wege Frankreich von Gibraltar abzudrängen. Der französische Imperialismus seinerseits erstrebte in Tanger einen internationalen Zustand, welcher es ihm erlauben sollte, tatsächlicher Herrscher in Tanger zu sein.

[468] Auf der Pariser englisch-französischen Konferenz, welche im Jahre 1923 in der Frage der Regulierung des Streites um Tanger tagte, gelang es Frankreich, von Großbritannien derartige Zugeständnisse zu erhalten, daß die Hegemonie der englischen Flotte im Mittelmeer in Frage gestellt war. So hat z. B. Frankreich die Frage über die „Neutralität“ Tangers während eines Krieges offengelassen. Es hat sich das Recht ausbedungen, durch den „internationalisierten“ Hafen Tangers Transporte von Militär und Kriegsmaterial zu leiten, es hat die Verpflichtung, in der Zone von Tanger keine militärischen Befestigungen auszuführen, abgelehnt usw.; das heißt mit anderen Worten, schon im Jahre 1923 hat der französische Imperialismus der großbritannischen Hegemonie im Mittelmeer einen empfindlichen Schlag versetzt.

Ein zweiter Schritt der Aktivität Frankreichs in der Mittelmeerpolitik war die Ausschaltung Spaniens als Prätendenten auf die Verteilung der Einflußsphären an der nordafrikanischen Küste und die Einbeziehung derselben in den Bereich der französischen Politik. Zur Verwirklichung dieses Zieles benützte Frankreich die Niederlage, die der 100.000 Mann starken japanischen Armee durch Abd al Karim beigebracht wurde, welche tatsächlich, ebenso wie die Niederlage der italienischen Armee im Jahre 1896 bei Adua, das Schicksal Spaniens in den nordafrikanischen Kolonien für immer be-

siegelt hat. Jetzt ist es wohl für niemanden mehr ein Geheimnis, daß tatsächlich in dieser ersten Phase des Marokkokrieges Frankreich Abd al Karim im Kampfe gegen Spanien mit Waffen unterstützt hat, Freiwillige durch Algier passieren ließ. Mehr noch: seine größten Banken, wie Banque de Paris et des Pays Bas, finanzierten die Aufstandsbewegung, d. h. schon in den Jahren 1923-1924 führte Frankreich hinter den Kulissen einen Krieg gegen Spanien als gegen einen Vasallen des großbritannischen Einflusses im Mittelmeergebiet. Als aber die spanische Armee durch den tapferen Widerstand der Kabylen auf die Knie gezwungen war, nahm die französische imperialistische Clique an, daß für sie die Stunde zum Handeln geschlagen habe, um an der nordafrikanischen Küste festen Fuß zu fassen.

IV.

Welches Ziel der französische Imperialismus in diesem Kriege verfolgt, auf diese Frage finden wir die Antwort in einer sehr authentischen Erklärung eines der Kriegsgenerale der dritten Republik, die die Richtung der französischen Außenpolitik zur Zeit tatsächlich bestimmen und welche jetzt in Marokko mit dem Blut französischer Arbeiter und Bauern ein neues Kapitel in der Geschichte des französischen Kolonialimperialismus schreiben. Ich meine nämlich den Marschall Liautey. In seinem eben erschienenen Buche „Leitfaden für die muselmanische Politik“ vermerkt unter dem bescheidenen Pseudonym eines „Afrikaners“ dieser hochgestellte Autor die Aufgaben Frankreichs in Marokko und im Mittelmeerbecken folgendermaßen:

„Die aufrichtige Verständigung, oder besser gesagt, ein Bündnis Frankreichs mit der Türkei und Italien, wird die doppelte große historische Tradition wieder aufrichten, nach der das Mittelmeer ein lateinisches und muselmanisches Meer ist; seine maritimen Stützpunkte (lies Tanger) müssen die von keiner Seite (lies England) anfechtbare Hegemonie auf dem gesamten Gebiet des riesigen Bassins sichern.“

Ein Programm, wie man sieht, keinesfalls bescheidenen Charakters, ein Programm, welches den ganzen Krieg Frankreichs gegen das kleine Volk der Bauern und Hirten beleuchtet. Dieses kleine Volk der Werktätigen muß weggefegt werden, denn es steht im Wege und hindert die Marschalls Liautey, „die Hegemonie auf dem gesamten Gebiete des riesigen Bassins“ zu erlangen.

Und charakteristisch ist, daß die großbritannischen imperialistischen Kreise in dieser zweiten, französischen Phase des marokkanischen Krieges gegen Frankreich intrigieren, wie in der ersten, spanischen Phase Frankreich gegen Spanien intrigierte. Daß gerade die Engländer und Italiener die Auf[469]ständischen des Rif mit Waffen versehen, um dem französischen Imperialismus in Marokko Schwierigkeiten zu bereiten – davon weiß nur Herr Chamberlain und sein „Foreign Office“ nichts.

Deshalb spiegelt dieser kleine Krieg wie ein Wassertropfen die ganze Welt der imperialistischen Gegensätze wider. Er ist schon das Vorspiel eines Krieges zwischen dem französischen und englischen Imperialismus um die Hegemonie im Mittelmeerbassin. Er verbreitet den Brandgeruch neuer Kriege im zerfleischten und verbluteten Europa.

V.

Wir Kommunisten wären blind, wenn wir in diesem äußerst ernstesten Moment, wo der internationale Imperialismus in den Kolonien die Generalprobe der Tragödie abhält, die mit einer unabwendbaren Folgerichtigkeit wie eine Windhose auf die Menschheit losstürmt, wenn wir in diesem Moment nicht Alarm schlagen, nicht die Millionen Proletarier auf die Beine bringen, der jungen, seit 1918 aufgewachsenen Generation nicht das Gefühl des Hasses gegen den kapitalistischen Krieg einflößen würden, den ihre einigemal mit Kugeln durchlöchernten Väter aus den Schützengräben mitgebracht haben. Die Hauptaufgabe, welche jetzt vor der Komintern in Zusammenhang mit dieser neuen Periode der Entwicklung des Nachkriegsimperialismus steht, ist, vor dem Bewußtsein der Werktätigen das blutige Gespenst des Krieges in seiner ganzen Größe aufzurichten, sie zu zwingen, es zu erfassen, mit Fingern zu betasten, bei ihnen den Willen zum Kampf dagegen zu wecken.

Dieser Krieg ist keine Zukunftsmusik, er ist die Wirklichkeit des heutigen Tages.

*

Bemerkungen zur Kampagne gegen den imperialistischen Krieg.

K. S. Es ist auf dem 10. Parteitag mit Recht gesagt worden, daß unsere Kampagne gegen den imperialistischen Krieg nichts Einmaliges sein darf, sondern ein ständiger und einer der wichtigsten Teile unserer Gesamtarbeit werden muß. Dazu ist es aber nötig, daß wir nicht nur die Verbindung unserer gesamten Arbeit mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg theoretisch und praktisch herstellen (und alle Gebiete unserer Arbeit hängen mit ihm zusammen), sondern auch die grundsätzlichen und taktischen Fragen dieses Kampfes selbst ganz ausführlich und möglichst konkret an Hand der Erfahrungen des letzten Krieges durchsprechen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, daß die Partei heute auch theoretisch ganz unzulänglich auf diese Dinge vorbereitet ist, daß teilweise die größte Unklarheit über Fragen herrscht, die (wie z. B. die Frage der Dienstverweigerung, der Desertion usw.) im Kriegsfall über Nacht akut werden und schon heute unbedingt eindeutig beantwortet werden können und müssen.

Die folgenden Bemerkungen sollen einige Seiten der hier gezeigten Aufgaben berühren und zwar vornehmlich die Verbindung unserer Antikriegsarbeit mit den heutigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Partei. Ueber die grundsätzlichen und taktischen Fragen des Kampfes gegen den Krieg selbst verweise ich auf die berühmten „Richtlinien für die Delegation im Haag“ von Lenin^{*)}, ferner den Artikel „Die Stellung der Kommunisten zum Krieg“, der kürzlich durch die Parteipresse ging und ein recht ausführliches Referentenmaterial, das das Zentralkomitee unserer Partei Ende Juli herausgegeben hat. Freilich ist zu sagen, daß alle diese Dokumente und Schriften bloß allgemeine Andeutungen geben, die zu konkretisieren und organisch durchzuarbeiten eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit ist. [470]

1. Vom außenpolitischen Gesichtspunkt.

Die Präsidentenwahlen und die anschließende taktische Auseinandersetzung in der Partei, die Erörterung des Problems Republik und Monarchie, haben auch für die außenpolitischen Fragen einen neuen Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt. Dieser Gesichtspunkt ist die neue imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie, deren Wurzel der Dawes-Pakt (Londoner Vertrag), deren politischer Ausdruck Heute der Garantiepaktvorschlag der deutschen Regierung ist.

Die gegenwärtige Lage Deutschlands im Hinblick auf die Kriegsgefahr ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß Deutschland jetzt endgültig eingegliedert werden soll in das imperialistische Bündnis gegen Rußland und Asien, nämlich den „Völkerbund“. Diese Politik entspricht den materiellen Interessen der Bourgeoisie, die ihren neuen Imperialismus nur im Schatten der großen imperialistischen Weltmächte treiben kann. Daher bahnt sich in Deutschland objektiv ein politischer Szenenwechsel an, der in allen Parteien Verwirrung schafft, für uns aber von großem Nutzen ist. Bisher, seit 1918, waren die „Rechtsparteien“ gegen eine westliche Orientierung. Die Vertreter dieser westlichen Orientierung waren vor allen Dingen die Sozialdemokraten, die schwarzrotgoldenen Parteien. Jetzt aber sind die Führer der Garantiepakt-Politik zweifellos die Volkspartei und die Deutschnationale Partei, wenn sie auch noch vor ihren kleinbürgerlichen Anhängern zeitweise ein nationales Theater aufführen. Tatsächlich hat die „nationale“ Politik der Bourgeoisie, d. h. der letzte Versuch, zwischen Osten und Westen einen selbständigen Imperialismus wieder aufzubauen, 1923 Schiffbruch gelitten. 1924 hat die Bourgeoisie dies noch nicht voll begriffen oder doch so getan, als ob. Heute ist sie ganz auf dem Laufenden und streckt sich nach der Decke.

Dies stellt auch der „Vorwärts“ fest, wenn er in seinem Leitartikel 19. Juli 1925 sagt, daß es jetzt nur mehr zwei Linien für die deutsche Außenpolitik gebe: die sozialdemokratische und die kommunistische, das Bündnis mit den imperialistischen Staaten des Westens oder mit Sowjetrußland. Heute kann es der „Vorwärts“ noch wagen, die westliche Orientierung als sozialdemokratisch zu bezeichnen im Gegensatz zur „nicht mehr vorhandenen“ bürgerlichen Linie. Die Westorientierung aber wird mehr und mehr zu einer offen bürgerlich-reaktionären Sache werden und uns die Aufgabe erleichtern, den Arbeitern klar zu machen, daß die Linie, die der „Vorwärts“ sozialdemokratisch nennt, in Wirklichkeit die bürgerliche Linie ist.

^{*)} Siehe auf Seite 508 dieses Heftes.

In Wirklichkeit gibt es aber keine sozialdemokratische Linie mehr, die von der Linie der Bourgeoisie verschieden ist. Sehr klar hat dies die Abstimmung der SPD zur Garantiepaktforderung im Reichstag bewiesen. Die SPD hat, obwohl ihr Redner erklärte, mit der auswärtigen Politik der Regierung einverstanden zu sein, gegen die Garantiepaktnote gestimmt. Diese Abstimmung ist ein bedeutsames Symptom des Fehlens einer eigenen Politik, der Schwäche der sozialdemokratischen Parteiführung und zugleich ein verheißungsvoller Ansatzpunkt für unsere Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen. Paul Lensch schreibt über diese Abstimmung:

„Im Grunde natürlich war es nur die Angst vor den Kommunisten und der Hasenheide, die eine Herstellung der großen Einheitsfront von Westarp bis Scheidemann diesmal noch verhindern konnte.“ („DAZ“ vom 26. Juli, Odysseus.)

Wenn wir diese Abstimmung als ein günstiges Symptom beurteilen, so keineswegs aus Freude darüber, daß die SPD-Bonzen mit uns gestimmt haben, sondern weil sie eben ein Beweis ist, daß der reaktionäre Charakter der Garantiepolitik der Regierung schon so in Erscheinung zu treten beginnt, daß die sozialdemokratischen Parlamentarier es nicht wagen, sie in ihrer konkreten Verwirklichung vor den Arbeitermassen [471] zu vertreten^{*)}, Es wird unsere Aufgabe sein, an diesem Punkt einzusetzen und die unklaren und pazifistischen Antikriegsstimmungen der sozialdemokratischen Arbeiter auf den richtigen Weg des wirklichen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zu führen.

Die grundlegende Tatsache ist dabei die, daß die Kriegsgefahr heute für Deutschland unmittelbar nicht im Westen vorliegt, wie es die Sozialdemokratie den Arbeitern vormacht. Im Gegenteil: die deutsche Bourgeoisie hat offenbar auf einen Revanchekrieg im Westen vorläufig verzichtet, sie hat sich eng mit dem französischen Kapital versfilzt (Eisenvertrag!). Die deutsche Bourgeoisie ist heute viel zu schwach, um ernsthaft an einen Krieg im Westen denken zu können und würde damit alle Vorteile, die ihr der Dawes-Pakt gebracht, verscherzen. Dagegen besteht im Osten doppelte Kriegsgefahr: 1. das Bestreben der deutschen Bourgeoisie, die Ostgrenzen durch einen Krieg mit Polen zu verändern^{**)} (Wirtschaftskrieg mit Polen!); 2. die wichtigste Tatsache der heutigen Welt-situation, das fortschreitende Bündnis der imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland, in das Deutschland durch den Garantiepakt endgültig eingegliedert wird.

Wenn die Sozialdemokratie also die Antikriegsstimmung der Arbeitermassen dazu benutzt, um den Garantiepakt als Friedenspolitik hinzustellen, so treibt sie den Teufel durch Beelzebub aus, lenkt die ehrliche Antikriegsstimmung der Massen in die falsche Richtung. Dies ist heute eine noch größere Gefahr, als Kautskys offene Kriegshetze gegen Rußland.

Wir müssen dagegen die wirkliche Gefahr des Krieges und wo diese Gefahr droht, den Arbeitern zeigen, müssen ihnen klar machen, daß wir heute neue Situationen vor uns haben und der Krieg eben von der Stelle kommen wird, wo sie ihn nicht erwarten, eben nicht nach derselben Schablone wie 1914.

2. Das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich.

Unsere Hauptaufgabe bei der Antikriegskampagne ist und bleibt es, die breiten Massen der sozialdemokratischen und überhaupt im schwarzrotgoldenen Lager stehenden Arbeiter aus ihrer falschen pazifistischen Stellung gegen den Krieg, die sie in Wirklichkeit in neue imperialistische Abenteuer treibt, in die richtige Front des Kampfes gegen den Krieg, d. h. an die Seite Sowjetrußlands zu führen. Zu diesem Zweck wird es unsere Aufgabe sein, die Einheitsfronttaktik geschickt und großzügig anzuwenden, mit dem Bewußtsein, daß die objektive Lage unsere Aufgabe unterstützt.

Es wird aber auch notwendig sein, unsere Agitationsformeln selbst richtig zu wählen. Es genügt heute nicht, ja es kann für diesen Zweck sogar falsch sein, von der Garantiepaktpolitik bloß als „Unterwerfungspolitik unter die Entente“ zu reden. Selbstverständlich ist sie eine Unterwerfungspo-

^{*)} Die Motivierung, die der Ablehnung gegeben wurde, die Regierung mache diese Politik zu wenig, nicht rückhaltlos genug, ist nicht viel mehr als eine Ausflucht. Muß aber vor den Massen entlarvt werden.

^{***)} Wir werden diesen Problemen jetzt viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen als bisher.

litik, aber sie ist zugleich eine imperialistische Politik und gerade dies müssen wir den schwarzrotgoldenen Arbeitern gegenüber sagen, die mißtrauisch sind, gegen die Phrasen von der Unterwerfungspolitik, die sie von den Völkischen seit Jahren hören.

Wir müssen übrigens allen Ernstes in Betracht ziehen, daß der Garantiepakt ein imperialistisches Manöver nicht nur der Entente als Ganzes gegen Rußland, sondern zugleich auch Englands gegen Frankreich darstellt und daß sich im letzten Jahre das Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland trotz der ungeheuren militärischen Uebermacht Frankreichs bemerkenswert verschoben hat. Deutschland hat in diesem Jahr jedenfalls ökonomisch eine teilweise Stabilisierung und Kräftigung der Macht seines reaktionären Finanzkapitals erfahren, während in Frankreich der Prozeß [472] der finanziellen Krise fortgeschritten ist und innenpolitisch die Kraft des Proletariats und die Opposition gegen die Regierung gewachsen ist. Die Linksregierung ist ein Ausdruck der Schwäche der französischen Bourgeoisie.

Man mag über Stresemann Witze reißen, aber die Politik, die er im Auftrage Englands durchführt, ist konsequent und erfolgreich (nämlich vor allem für England). Sein Wort von der „Friedensoffensive“ gegen Frankreich hat einen buchstäblichen, sehr imperialistischen Sinn, freilich auch vor allem für England. Man vergleiche die Rede Baldwins kurz darnach in Knowsley, wo er ausdrücklich als nächste Etappe eine Aktion zur Entwaffnung „mancher anderer Länder“, nämlich Frankreichs, ankündigt. (Siehe DAZ vom 26. Juli.)

„Wir entwerfen jetzt die Maßregeln für die Sicherheit, die auch bei der Einsetzung der Schiedsgerichtsbarkeit helfen werden. – Wenn wir diese beiden Etappen erfolgreich zurücklegen, werden wir schon viel getan haben, um die Inangriffnahme der größeren Frage, der Verminderung und Einschränkung der Rüstungen vorzubereiten, wozu die Mächte, die den Versailler Vertrag unterzeichneten, sämtlich verpflichtet sind (!). Wir selbst haben einen beträchtlichen Anfang mit der Verminderung unserer Rüstungen zur See auf der Washingtoner Konferenz gemacht. (Dies wird dreist gesagt, in demselben Moment, da das Marineamt mit seinen ungeheuren Rüstungsplänen im Kabinett bereits gesiegt hat! K. S.) Wir haben unsere Rüstungen zu Lande unter Vorkriegsmaß vermindert, und unsere Luftmacht ist nur gering in Vergleich mit der mancher anderen Länder.“

Es ist klar, daß die deutsche Imperialistenpresse diese Andeutungen verständnisinnig kommentiert (z. B. „Kreuzzeitung“ vom 30. Juli).

Nehmen wir hinzu die immensen Seerüstungen Englands, andererseits die Nachrichten, daß England einer Verstärkung der deutschen Armee nach Abschluß des Garantievertrages nicht unsympathisch gegenüberstehe, ferner den Besuch des Gouverneurs der Bank von England, Mister Norman, in Berlin, wo er sich mehr im Auswärtigen Amt als in der Reichsbank aufgehalten haben soll, sein Kreditversprechen in der Höhe von 40 Millionen Pfund. was ein ausgesprochener Schachzug gegen Frankreich war, um den englischen Zweck des Garantiepakts sicherzustellen, dann haben wir Anhaltspunkte genug,^{*)} um zu sagen?: Der Garantiepakt garantiert nicht einmal den Frieden im Westen, sondern er ist auch hier ein Mittel einer englischen Offensive gegen Frankreich, die aus einer „Friedensoffensive“ nach bekannten Vorbildern sehr leicht in eine kriegerische Offensive umschlagen kann.

Frankreich auf der anderen Seite bleibt auch nicht müßig. Wie die „Vossische Zeitung“ sich am 28. Juli aus London drahten läßt, bereitet Briand an einem geheimgehaltenen Orte in Frankreich eine Konferenz von Vertretern der kleinen Entente, den Randstaaten und Balkanländer vor, um ein gemeinsames Vorgehen auf der Septembertagung des Völkerbundes zu verabreden.

^{*)} Symptomatisch für die Tendenz des englischen Finanzkapitals ist auch die Erwerbung des Aktienpakets der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. aus dem Stinnesbesitz durch das Londoner Bankhaus Henry Schröder u. Co. und ein Artikel von Layton, dem Herausgeber des Economist in der „Wirtschaft der Westmark“ vom 18. Juli, in dem dieser für den Gedanken einer „Arbeitsteilung“ zwischen Deutschland und England eintritt, bei der Deutschland die Rolle des Fabrikanten, England die Rolle des Bankiers und Kommissionärs spielen soll. Interessant ist, daß die englischen Industriellen schon eine offene Revolte gegen diese Politik der Hochfinanz ankündigen.

Alle diese Tatsachen gilt es in unserer Kampagne gegen den Garantiepakt zu berücksichtigen. Erst dann wird es uns möglich werden, eine wirklich erfolgreiche Einheitsfronttaktik im Kampfe gegen ihn durchzuführen. Die Phrase von der Unterwerfungspolitik genügt also keineswegs. Wir müssen den Arbeitern an Hand der Tatsachen beweisen, daß jedes imperialistische Bündnis heute ein Kriegsbündnis ist und daß allen diesen Kriegsbündnissen als einziges Friedensbündnis entgegengesetzt werden muß das internationale Bündnis der Arbeiter untereinander, die internationale Gewerkschaftseinheit, und das Bündnis aller Arbeiter der Welt mit der einzigen Macht, die wirklich den Frieden will, mit Sowjetrußland. [473]

3. Zur Frage der Gewerkschaftseinheit und des Bündnisses mit Sowjetrußland.

Es ist verständlich, daß diese Fragen eine große positive Rolle in unserer Kampagne gegen den imperialistischen Krieg spielen müssen. Zur richtigen Auswertung in der Agitation und in der täglichen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft fehlt uns aber heute noch ziemlich viel. Vor allem müssen wir lernen, aus der gegenwärtigen, sich ständig verschärfenden Wirtschaftsdepression heraus, die Frage des Bündnisses mit Rußland, der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland zu entwickeln und zur Kampfparole innerhalb der Gewerkschaften zu machen. Das englische Beispiel hat gezeigt, daß es gerade die nüchterne wirtschaftliche Ueberlegung war, die der rußlandfreundlichen Gruppe in den englischen Gewerkschaften zum Sieg verholfen hat. In der nächsten Zeit dürfte Deutschland langsam in dieselbe Lage geraten, in der England sich seit Jahren befindet, mit chronischer Arbeitslosigkeit, Produktionseinschränkung usw. Dies wird den Boden abgeben für eine ähnliche Kampagne auch von der wirtschaftlichen Seite her.

Der Aufschwung, den die russische Wirtschaft und vor allem die russische Bauernwirtschaft im letzten halben Jahr genommen hat, gibt die realen Voraussetzungen für eine solche Kampagne. Wir können heute an Hand von Zahlen beweisen, daß Rußland in den nächsten Monaten eine starke Mehreinfuhr von Industriewaren notwendig braucht. (Die „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 174 vom 28.7. berichtet von einer notwendigen Einfuhr von 500 Millionen Rubel für das nächste Jahr!). Wir können zeigen, daß die rußlandfeindliche Politik der deutschen Regierung die Wirtschaftsbeziehungen verhindert. Wir müssen die deutschen Gewerkschaftsführer des ADGB vor der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auffordern, Schritte in der Richtung der Anbahnung und Verbreiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu unternehmen.

Dies ist nicht nur eine für unsere Antikriegskampagne nützliche Sache, sondern – nebenbei gesagt – eine der wichtigsten politischen Parolen, die wir aus der Tatsache der hereinbrechenden Wirtschaftskrise in Deutschland ziehen müssen. Gegen die Stilllegung der Betriebe und Entlassung der Arbeiter die Parole: Produktion für Rußland, Kreditgewährung an russische Genossenschaften und Unternehmen zum Ankauf deutscher Maschinen usw.

Diese Parole wird es uns ermöglichen, unsere Kampagne gegen den Garantiepakt und den Krieg zu verbinden mit den täglichen kleinen Fragen im Betrieb und Gewerkschaft, mit den ganz einfachen Lebenssorgen der Arbeiter.

4. Die „neue“ Taktik und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Es ist unbedingt notwendig, daß wir auch die „neue“ Taktik, die der letzte Zentralauschuß eingeleitet, die der Parteitag gründlicher ausgearbeitet und festgestellt hat, in ihrer Bedeutung für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg begreifen und auszunützen wissen.

Dabei wird man zuerst auf Unklarheiten in der Partei selbst stoßen. Es ist klar, daß die Manövertaktik durch die letzten Debatten noch nicht auf einmal Gemeingut der ganzen Partei geworden ist, daß sie jetzt, an Hand der praktischen Aufgaben, auch als Problem wieder gestellt und geklärt werden muß. Es wird uns vor allem eine Frage aufstoßen, die man kurz kennzeichnen kann durch die Formel „Hindenburg = Marx“. Wir haben schon verstanden, inwiefern sich „Hindenburg“ und „Marx“, obwohl sie beide Reaktionäre sind, doch unterscheiden bzw. wir ihren Unterschied taktisch

berücksichtigen müssen im Kampf gegen die monarchistische Gefahr. Die-[474]selbe Frage müssen wir uns jetzt im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ganz sorgfältig stellen.*)

Inwiefern ist „Marx“ gleich „Hindenburg“ (beide Namen nur als Kennworte gebraucht), inwiefern unterscheiden sie sich? Im historischen Sinne, im endlichen Resultat ist selbstverständlich Marx ebenso Imperialist und Kriegshetzer, wie Hindenburg. In bezug auf ihre Taktik, auf die Möglichkeiten, die ihnen zu Gebote stehen zur Veranstaltung und Führung imperialistischen Kriege, in bezug auf die Klassen und Schichten, die hinter ihnen stehen, ist zwischen beiden ein ganz realer Unterschied, den wir verstehen müssen, um überhaupt daran denken zu können, eine wirklich erfolgreiche Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu entfalten, um sie praktisch zu überzeugen, daß die Pazifisten und Demokraten ebensolche Ausbeuter und Kriegstreiber sind wie die offenen Imperialisten.

Worin besteht dieser Unterschied? In bezug auf die Klassen, die hinter beiden stehen: Hindenburg ist der Exponent der Hegemonie der reaktionärsten Klassen, der Schwerindustrie und des Junkertums, über die durch die verpfuschte Revolution enttäuschten Kleinbürgermassen. Er ist der Vertreter des Imperialismus, wie er im Buche steht, des offen reaktionären Imperialismus, der, wenn er einmal am Ruder ist, einen imperialistischen Krieg am raschesten, nachdrücklichsten und die ganze Nation am besten in seinen Taumel hineinreißenden Weise entfachen, am brutalsten durchführen kann. Marx hingegen ist der Vertreter der pazifistischen Bourgeois-Cliquen, des Handelskapitals und z. T. der Fertigungindustrie und ihres Bündnisses mit den verkleinbürgerlichten, von der Sozialdemokratie, den freien Gewerkschaften und dem linken Zentrum geführten Teilen der Arbeiterschaft. Er kann einen imperialistischen Krieg nicht offen inszenieren, sondern nur hinter einem pazifistischen Wandschirm oder, besser gesagt: er hält diesen „Wandschirm“ so lange vor die Kriegsvorbereitungen, bis der Krieg eine gegebene Tatsache ist und er selbst dem entschiedensten Vertreter des Imperialismus, Hindenburg, Platz machen kann.

Es ist klar, daß der Hauptfeind, der Punkt, auf den sich der Hauptstoß des Kampfes gegen den Imperialismus im allgemeinen richten muß, Hindenburg ist. Das bedeutet nicht, daß nicht in gewissen Momenten, nämlich, wenn der Pazifismus am Ruder ist und wir uns zur Machtergreifung anschicken, der Hauptstoß der revolutionären Arbeiterpartei gegen diesen gerichtet werden muß. Nichtsdestoweniger wird jeder Kampf gegen Marx erst erfolgreich sein auf der Basis des rücksichtslosesten Kampfes gegen Hindenburg und mit der Bereitschaft, jederzeit einen neuen Vorstoß des offenen Imperialismus zurückzuweisen im Bunde auch mit den noch an den Pazifismus glaubenden Massen.

Ist Hindenburg der Ausdruck der Stärke der imperialistischen Bourgeoisie und des hohen Grades ihrer Hegemonie über die Kleinbürger und die „bestochenen“ Arbeiterschichten, so ist Marx ein Ausdruck ihrer Schwäche, ein Versuch, hintenherum, ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen. Wir wollen die Bourgeoisie nicht bloß stürzen, sondern schon vorher mit allen Mitteln schwächen. Bei diesem Kampf ist „Marx“ für uns keineswegs das Ziel (wie bei der SPD) oder eine „Etappe“, wohl aber kann er ein „Nebenprodukt“ sein. In diesem Sinn, als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, als Zeichen, daß wir unsere Schützenlinie um ein [475] Stück weiter vorschieben können, ist uns „Marx“ lieber als Hindenburg. Das müssen wir ganz klar sagen.**)

*) Mit Recht ist auf dem Parteitag gesagt worden: „Die Wahl Hindenburgs bedeutet eine gewaltige Stärkung der deutschen Bourgeoisie. Natürlich ist Marx genau so reaktionär wie Hindenburg. Wir wissen, daß Marx und die SPD, der ganze famose Volksblock dieselbe feindselige Politik Sowjetrußland gegenüber betreiben, wie Hindenburg. Aber es ist ein Unterschied, ob eine sogenannte Volksblockregierung, eine Linksregierung, die eine Opposition von rechts hat, die Kriegspläne gegen Rußland spinnst, oder ob das vom Luther-Kabinett, das die Schwerindustrie geschlossen hinter sich hat, geschieht.“ (Genosse Lenz am 5. Verhandlungstag des Parteitages.) Wichtiger als diese „Opposition von rechts“, die im Kriegsfall de facto nicht vorhanden ist, dürfte übrigens die „Opposition von links“ sein, auf die eine Linksregierung mehr oder minder Rücksicht nehmen muß.

**) Womit wir natürlich noch nichts über die Taktik in einem bestimmten Moment aussagen, z. B. etwa daß wir im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl Marx wählen mußten! Unter den gegebenen Umständen wäre dies ein großer Fehler gewesen. Aber man muß fragen, ob wir bei besserer Taktik überhaupt in diese Alternative geraten wären. Wahrscheinlich nicht.

Wir werden jeder Zeit bereit sein, „Hindenburg“ zu stürzen, auch zugunsten von „Marx“. (Umgekehrt nicht!)

Daß nämlich meistens auf „Hindenburg“ „Marx“ folgen wird, ist eine ziemlich natürliche Folge des mangelnden Klassenbewußtseins der Arbeitermassen und darf uns nicht verleiten, das revolutionäre Kind mit dem pazifistischen Bade auszuschütten, in dem es leider noch zappelt.

Nehmen wir ein Beispiel: Vor einigen Wochen hat die „L'action française“, das Blatt der offenen Reaktionäre, Painlevé einen „blutigen Cretin“ genannt, weil er in Marokko nicht sofort den Gaskrieg anwende. Poincaré hätte ihn wahrscheinlich sofort angewandt. Ist darum Painlevé ein weniger reaktionärer Imperialist? Keineswegs! Er hat bloß gewisse Rücksichten zu nehmen auf die Klassenkonstellation, auf die er sich stützt, er muß seine Ziele schlauer, verschlagener, auf Umwegen erreichen. Von einem gewissen Standpunkt aus (und in bestimmten Momenten) ist er daher der gefährlichere Feind. Jedenfalls aber ist die Aufgabe, ihn zu schlagen, für die revolutionäre Arbeiterpartei schwieriger und komplizierter, als der direkte Kampf gegen einen Poincaré. Und er kann nur geführt werden, wenn man versteht, gleichzeitig einen Sieg Poincarés über den Pazifisten zu verhindern, diesem nicht erlaubt, die Lüge seines Pazifismus aufrechtzuerhalten, sondern ihn zwingt, dessen imperialistischen Charakter zu offenbaren. Dazu muß man ihn unter Umständen „festhalten“ helfen in seiner exponierten Stellung. Selbstverständlich muß die bestimmte Situation berücksichtigt und immer wieder das Angebot gemacht werden, den bürgerlichen Pazifisten zustürzen zugunsten eines Arbeitervertreters (auch eines reformistischen). Daß man dabei den rücksichtslosesten und erfolgreichsten Kampf gegen den Pazifismus führen kann und die Illusionen der Massen nicht stärkt, sondern zerstört, hat uns unsere französische Bruderpartei glänzend bewiesen. Ihr Vertreter, Genosse Léon, hat auf unserem Parteitag mit Recht, gesagt:

„Wenn wir die Taktik in den Gemeindewahlen nicht befolgt hätten, dann wäre es unmöglich gewesen, daß bei der Führung des Marokkokrieges die Massen des französischen Volkes, die breiten Schichten der Mittelklasse uns so schnell verstanden hätten und so schnell auf die Euch ja bekannte Stellung gegenüber dem Marokkokrieg übergegangen wären.“ (Parteitags-Bulletin Nr. 6, Seite 4.)

Welches war diese Taktik in den Gemeindewahlen? Es war die „neue“ und doch schon sehr alte bolschewistische Taktik des Manöverierens.*)

Die Betrachtung vom internationalen Standpunkt, d. h. unter dem Gesichtspunkt nicht nur der pazifistischen Arbeitermassen im eigenen Lande, sondern auch der pazifistischen und der revolutionären Arbeiter der anderen Länder, läßt die Bedeutung einer sorgfältigen und klugen Taktik im Kampf gegen den imperialistischen Krieg vollends in die Augen springen. Auf dem letzten Zentralausschuß ist vollkommen zutreffend gesagt worden, daß infolge unseres taktischen Fehlers die Wahl Hindenburgs einen Schlag für die ganze Kommunistische Internationale bedeutete. Daß sie so oder so die Gefahr des Krieges gegen Sowjetrußland gesteigert hat, ist eine Tatsache, die nur der gedankenloseste Schwätzer bestreiten kann.

5. Karl Liebknechts Antimilitarismus.

Diese wenigen Beispiele beweisen, daß unsere Antikriegskampagne nicht nur zeitlich nicht Einmaligeres sein wird, sondern auch unsere gesamte Parteiarbeit berührt und zusammenfaßt.

[476] Nichtsdestoweniger ist es natürlich notwendig, die speziellen Aufgaben dieser Kampagne herauszuarbeiten, vor allem die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zum Kriege, die kommunistische Art des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, heute und wenn er ausgebrochen ist.

Ueber diese Punkte hat man sich bisher mit mehr oder minder „großen“ Worten zufrieden gegeben. Das Problem eines imperialistischen Krieges war in den letzten Jahren scheinbar nicht aktuell. Es wird nun notwendig sein, die falschen Ansichten über den Kampf gegen den Krieg, die viele Genossen noch aus der Zeit des Weltkrieges besitzen, also die Ansichten über Zweckmäßigkeit der Militärdienstverweigerung, der Desertion usw. mit Stumpf und Stiel auszurotten. Dabei können und müssen wir anknüpfen an die große und gute Tradition des Liebknechtschen Antimilitarismus.

*) Ueber diese Taktik siehe den Artikel des Genossen Semard auf Seite 486 dieses Heftes. D. Red.

Das Buch Karl Liebknechts über „Militarismus und Antimilitarismus“ ist heute vergriffen. Es müßte wieder aufgelegt werden, mit einem guten Vorwort, das die neuen Lehren des Weltkrieges nachträgt und auch kritisiert, wo es nötig ist. Ferner unter Ausschaltung des heute ungenügenden und teilweise fehlerhaften Nachworts von M. E. Braun^{*)}.

Man muß heute Liebknechts Stellung zur Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg in mehr als einem Punkt kritisieren, muß zeigen, daß wir heute auf viele Fragen schärfer, entschiedener und anders antworten müssen. So z. B. auf die Frage der Militärdienstverweigerung, die Liebknecht bei den anarchistischen Antimilitaristen zwar als „phantastisch“ verwirft, aber noch unter verschiedenen Umständen als mögliches Mittel des Kampfes anerkennt^{**}).

Es ist interessant, daß Liebknecht damals (im Anfang des Jahres 1907) eine mögliche Intervention in einem revolutionären Rußland als einen dieser Fälle in Betracht zieht.

„Die Einleitung eines solchen Krieges wäre für die westeuropäischen Völker geradezu ein Signal zum Ausbruch es rücksichtslosesten Klassenkampfes, ein Zwang, ein Peitschenhieb zur Erhebung gegen die innere Reaktion, gegen die Knutenanbeter, gegen die schimpflichen Henker eines unglückseligen freiheitsdürstenden Volkes. In der Tat, die Parole Vaillants: *Plutôt l'insurrection que la guerre!*¹ würde dann im Proletariat aller zivilisierten Länder begeisterten Widerhall finden.“ (Seite 108.)

Man sieht: Liebknecht hat die segensreiche Institution des Völkerbundes noch nicht gekannt. Heute müssen wir feststellen, daß dieser Satz in dem allgemeinen Sinn, insofern er dem imperialistischen Krieg die Revolution gegenüberstellt, richtig ist (und fast prophetisch im [477] Hinblick auf die heutige historische Situation), aber unrichtig in dem (freilich bloß angedeuteten) konkreten, taktischen Sinn, insofern er die Möglichkeit in Aussicht stellt, diesen Krieg mit Militärboykott und Revolution zu „beantworten“. Man kann die vollkommen hohle Phrase „Lieber Revolution als Krieg“ auch nicht in einem Falle gelten lassen. Es ist umso notwendiger, dies festzustellen, als gerade dieser eine Fall, den Liebknecht damals als „fernliegend“ bloß streift, heute der nahe liegendste Fall, ja gerade der Fall ist, auf den wir uns vorbereiten müssen. Und darum muß gesagt werden: Auch im Falle eines Krieges mit Rußland wird für uns der Militärboykott nicht in Betracht kommen und seine Verhinderung durch die Revolution „im letzten Moment“ ist in diesem Fall nicht weniger illusionär, als im Falle eines anderen imperialistischen Krieges^{***}).

^{*)} Unter anderem führt dieses Nachwort nach einigen ganz richtigen Bemerkungen darüber, was Liebknecht heute anders sagen würde, an, daß Liebknecht 1906 schrieb:

„Bis der wirtschaftliche und soziale Beharrungszustand, den die Sozialdemokratische Partei erstrebt, die Aufhebung des Klassencharakters der Gesellschaft, international verwirklicht ist, gibt es Kriegsmöglichkeiten, denen sich auch die Sozialdemokratie oder gerade die Sozialdemokratie nicht verschließen kann.“

Braun meint dazu:

„Es ist schwer anzunehmen, daß Liebknecht bei diesen Worten an die Möglichkeiten eines revolutionären Krieges dachte, der die Verteidigung des proletarischen Gemeinwesens zum Ziele hat ... (Warum kaum anzunehmen? Es ist nach dem ‚international‘ und ‚gerade‘ sogar bestimmt anzunehmen, daß er auch an solche Kriege dachte. K. S.) Eher dachte Liebknecht an einen nationalen Befreiungskrieg, durch den ein unterdrücktes Volk sich seine politische Selbständigkeit erobert, wie ihn z. B. die Polen, Finnen oder Iren führen könnten. Die Erfahrung des imperialistischen Kriegs hat ihn jedoch belehrt, daß in der Epoche des Imperialismus auch der nationale Verteidigungskrieg eine imperialistische Tendenz in sich schließt, der nur zu leicht aus einem nationalen Befreiungskampf zu einem imperialistischen Angriffskrieg wird.“ Wie man sieht, wird hier versucht, Liebknecht die unrichtige These Rosa Luxemburgs über die Unmöglichkeit nationaler Kriege und ihre Gleichgültigkeit für die Sozialdemokratie im Zeitalter des Imperialismus zu unterschieben.

^{**}) „Phantastisch ist die Taktik der anarchistischen Antimilitaristen in bezug auf den Militärstreik, den sie gewissermaßen bei gutem Willen und großer Energie aus der blauen Luft glauben hervorzaubern zu können, während die Sozialdemokratie ihn ebenso, wie die etwaige Aktivierung der Truppen für die Revolution, nur als eine logisch und psychologisch notwendige Konsequenz der Zersetzung des ‚militaristischen Geistes‘ betrachtet, welche Zersetzung wiederum sich nur parallel und infolge der Klassenscheidung und Aufklärung vollziehen kann.“ (Seite 114.)

¹ Lieber Aufstand als Krieg! *KWF*

^{***}) Die Frage, ob in einem solchen Moment in Deutschland schon wieder gesetzlich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist oder nicht, ist nebensächlich. Wie das „Weißbuch“ der Liga für Menschenrechte (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel 1925) nachgewiesen hat, besitzt Deutschland heute in der Reichswehr die Cadres für ein Massenheer. In welcher Form ihre Auffüllung erfolgt, ob durch verfassungsmäßige Einführung der Dienstpflicht oder hintenherum durch Werbung, ist für unsere Taktik im Moment des Ausbruchs des Krieges, der zweifellos Millionen so oder so unter die Fahnen bringt – egal.

Und 1907? Wir müssen heute sagen, daß auch für die damalige Situation die Möglichkeit, die Liebknecht für die anarchistische Taktik freiließ, nicht gegeben war, daß damals auch für den Fall einer Intervention in Rußland der Satz galt, den er mit Recht gegen Herve geschrieben hat:

„Wenn das Proletariat erst so weit ist, solche Aktionen durchführen zu können, ist es weit genug, sich die politische Macht zu erobern. Denn ungünstigere Verhältnisse zur Entfaltung der proletarischen Macht, als sie beim Kriegsausbruch normalerweise vorliegen, gibt es nicht.“ (Seite 107.)

Man wird im übrigen heute den Hervéismus, d. h. die anarchistisch-pazifistischen Phrasen nicht mehr entschuldigen dürfen mit den Worten Liebknechts :

„... es erscheint nur allzu begreiflich und fast rühmlich, wenn hier oder da in der Bekämpfung des Krieges über das Ziel hinausgeschossen wird.“

Der Weltkrieg, der den „Antipatrioten“ Hervé im Lager der wildesten Chauvinisten fand, hat bewiesen, daß dieses „über das Ziel hinausschießen“ in der Tat das raffinierteste Mittel ist, um ehrlich revolutionäre Instinkte der Arbeiter vom wirklichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten, daß es daher ebenso scharf bekämpft werden muß, wie der offene Sozialpatriotismus.

Trotzdem also Liebknecht unserer Taktik im Kampfe gegen den Krieg noch nicht die klare und scharfe Formulierung geben konnte, die Lenin in seinen Richtlinien für die Haager Delegation verlangt und allgemein umreißt, trotzdem er einige Argumente braucht, die heute nicht mehr der Kritik standhalten, und vor allem die Idee der Bewaffnung des Proletariats nicht in den Vordergrund des Kampfes stellt – trotzdem ist das Buch auch heute noch von großer praktischer Bedeutung. Es bildet den Gipfel des antimilitaristischen Kampfes in der revolutionären Sozialdemokratie vor dem Kriege und enthält grundlegende Lehren, die heute einem großen Teil unserer Genossen, die die Schule der alten revolutionären Sozialdemokratie nicht mitgemacht haben, noch fehlen.

Nicht zuletzt auch über die Bedeutung der Milizforderung in diesem Kampf. (Ein weiterer Artikel folgt.) [478]

*

Die Industrialisierung der deutschen Landwirtschaft.
Einige Anmerkungen zur Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt
zu den Ergebnissen der Agar-Enquête und zum Zollkompromiß.
Von Edwin Hoernle.

I. Die Rentenbank-Kreditanstalt – ein Werkzeug der Amerikanisierung.

Am 16. Juli wurde im Reichstag ein Gesetz angenommen, über dessen Tragweite die allermeisten Genossen sich keine Rechenschaft geben, nämlich das Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Die kommunistische Presse nahm von der Tatsache kaum oder gar keine Notiz, ein Beweis, wie wenig unsere Redaktionen geübt sind, Ereignisse nicht bloß auf ihren äußeren agitatorisch wirksamen Effekt, sondern auf ihre tiefere ökonomisch-politische Auswirkung hin zu prüfen. Die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt aber, als öffentlich-rechtlicher „landwirtschaftlicher Zentralbank“ mit einem Kapital bis zu fünfhundert Millionen Goldmark und dem Rechte Schuldverschreibungen bis zur achtfachen Höhe dieses Kapitals herauszugeben, bedeutet nicht nur eine neue Machtposition des Agrarkapitals, sie bedeutet eine neue Etappe in dem Prozeß der Verschmelzung von Agrarkapital und Finanzkapital, sie leitet eine Periode beschleunigter Industrialisierung und Kapitalisierung der deutschen Landwirtschaft ein.

Mehr noch! Die deutsche Bourgeoisie hatte allen Grund, wenig Lärm bei der Gründung der neuen Bank zu schlagen, – die Rechtsparteien begnügten sich im Plenum des Reichstags mit einer gemeinsamen, die Tatsache begrüßenden Erklärung –, denn die neue Riesenbank bedeutet nicht bloß eine wirtschaftliche Stärkung der kapitalistisch wirtschaftenden Agrarunternehmer, die den Anspruch erheben, die Landwirtschaft zu sein; ihre wesentlichste Aufgabe ist, die langerhofften großen amerikanischen Kredite, die der deutschen Industrie aus Gründen der Konkurrenz verweigert werden, endlich den deutschen Kapitalisten zuzuführen. Dieser Zweck ist im Ausschuß vom Reichsbankpräsidenten Schacht dick unterstrichen worden, und die Aussicht auf amerikanische Kredite war es, die den anfänglichen Widerstand der alten landwirtschaftlichen Kreditorganisatio-

nen gegen die Neugründung beseitigt hat. Die Rentenbank-Kreditanstalt wird als Bank der Banken – „Filtrieranstalt“ nennt sie die „Deutsche Tageszeitung“ – die amerikanischen Kredite, über deren Gewährung laut Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“ schon seit Februar 1925 mit ausländischen Finanziers verhandelt wird – man spricht von zunächst 100 Millionen Dollars! – den inländischen Kreditinstituten zuführen. Die Kolonisierung Deutschlands erstreckt sich also jetzt auch auf den deutschen Ackerboden, auf die Produktion der Nahrungsmittel, was ein eigenartiges Licht auf jenes bekannte Schlagwort der Landbündler wirft, womit die Schutzzölle begründet werden: „Ernährung aus eigener Scholle“. Wallstreet wird diese „Ernährung“ fortan kontrollieren.

Die Zusammensetzung der Anstaltsversammlung und des Verwaltungsrats der Rentenbank-Kreditanstalt entspricht denn auch nicht allein den Wünschen der großen landwirtschaftlichen Organisationen, die in ihnen vertreten sind, sie ist in wesentlichen Punkten von den Vertretern des ausländischen Kapitals im Organisationskomitee der in Liquidierung befindlichen Rentenbank diktiert.

Geheimrat Dr. Kißler als Vertreter der Deutschen Rentenbank führte im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wörtlich aus:

„Zwar ließ sich der anfängliche Plan, daß die Deutsche Rentenbank die Liquidierung des Umlaufes an Rentenbankscheinen durchführen und gleichzeitig in einer besonderen Abteilung zu einer Kreditbank ausgebaut werden sollte, nicht verwirklichen. Das Organisationskomitee verlangte vielmehr, daß für die Kreditversorgung eine Tochter-[479]gesellschaft gegründet werden sollte. Das Organisationskomitee hat aber, und insbesondere das englische Mitglied, Sir Robert Kindersley, klar erkannt, daß infolge der Kapitalarmut. in Deutschland die Errichtung einer neuen Kreditanstalt mit den Mitteln der Deutschen Rentenbank notwendig sei. Es hat sich nach langen Verhandlungen deshalb damit einverstanden erklärt, daß das gegenwärtige Vermögen der Deutschen Rentenbank nicht zur Tilgung der Rentenbankscheine, sondern zur Gründung der neuen Kreditanstalt verwandt würde und daß ferner jährlich 25 Millionen der Grundschuldzinsen an diese neue Anstalt abzuführen wären. Sir Robert Kindersley hat auf den Einwand der Deutschen Rentenbank, daß die Errichtung dieser Anstalt gesetzgeberische Schwierigkeiten machen würde, ausdrücklich hervorgehoben, daß er die 25 Millionen nur für die im Einverständnis mit der Deutschen Rentenbank zu gründende Anstalt freigeben wolle, er fügte noch hinzu, daß die Rentenbank damit einen Druck ausüben könne, um die für die Kreditversorgung der Landwirtschaft notwendige Anstalt zustande zu bringen. Auf diese Weise ist der § 9 des Liquidierungsgesetzes vom 30. August 1924 in der vorliegenden Fassung zustande gekommen. Damit ist die Notwendigkeit der Errichtung der neuen Anstalt in dem Liquidierungsgesetz selbst anerkannt, und das ist die Grundlage, auf der sich der vorliegende Gesetzentwurf aufbaut.“

Auf Grund dieses Diktats der ausländischen Kapitalisten also wurde die Rentenbank-Kreditanstalt in der heutigen Form geschaffen und wurden alle Anträge der Kommunisten auf Befreiung der kleinen Landwirte von den Grundschuldzinsen, auf Kontrolle der Kreditgewährung durch Organe der Arbeiter und Bauern, auf Zusammensetzung der Anstaltsversammlung aus gewählten Vertretern des werktätigen Landvolkes usw. abgelehnt. Die Anstalt ist nach dem beschlossenen Gesetze durchweg in der Hand der vom Ausland kontrollierten Rentenbank, ferner des Landbundes und verwandter Organisationen, denn auch die im Reichsverband und im Raiffeisenverband organisierten landwirtschaftlichen Genossenschaften sind heute nichts anderes als großkapitalistische Unternehmungen, in denen der schaffende Landwirt nichts zu sagen hat. Um nach außen hin das Dekorament zu wahren, hat man in der Anstaltsversammlung einer Arbeitsgemeinschaft klein- und mittelbäuerlicher Verbände neben 110 Sitzen der Großagrarien 10 Sitze bewilligt. Im Verwaltungsrat sollen 2 Vertreter der Landarbeiterverbände neben 23 Vertretern der Großagrarien und der Regierungen sitzen dürfen, die zu allem Ueberfluß nicht von ihrer Gewerkschaft bestimmt, sondern von Reichsregierung und Reichsrat „auf Vorschlag“ der Verbände – auch der gelben! – „berufen“ werden.

Die Rentenbank-Kreditanstalt ist also, kurz gesagt, ein Instrument der deutschen Großagrarien zum Zweck von Kreditgeschäften mit dem amerikanischen Finanzkapital und zur Abdeckung der hochverzinslichen kurzfristigen Wechselschulden bei der Reichsbank durch langfristige Realkredite.

II. Die „Kreditnot“ der Großagrarien und der Untergang der Kleinbauern.

Begründet wird die Notwendigkeit dieser „landwirtschaftlichen Zentralbank“ mit der „Kreditnot der Landwirtschaft“. Der deutsche Landwirtschaftsrat, die Spitzenorganisation der Landwirtschafts-

kammer hat hierzu Tabellen veröffentlicht, die beweisen sollen, daß der Zinsendienst der Landwirte heute nicht kleiner, sondern größer ist als vor dem Kriege. Allein diese Tabellen des Deutschen Landwirtschaftsrats sind derartig anfechtbar, daß der Agrar-Enquête-Ausschuß des Reichstags sie als Grundlage für seine Untersuchungen ablehnte. Man war sich darüber einig, daß die Agrarier während der Kriegs- und Inflationszeit einen großen Teil ihrer alten Schulden getilgt haben, so daß heute nur ein Bruchteil für die 15prozentige Aufwertung in Betracht kommt. Die Hypotheken- und Rentenbelastung betrug vor dem Kriege rund 15 Milliarden Mark, sie beträgt heute mit Einschluß der neuen Wechselschulden rund 2 Milliarden. Auch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Wucherzinsen von durchschnittlich 10, 12 und 15 Prozent beläuft sich also der Zinsdienst der deutschen Landwirtschaft noch lange nicht auf die vor dem Kriege errechnete halbe Milliarde. Erschwerend wirkt freilich die Tatsache, daß etwa 900 Millionen Mark kurzfristige Wechselschulden der Rentenbank sind, von denen ein Teil schon diesen Herbst zurückbezahlt werden soll.

Daß tatsächlich die Kreditnot nicht größer, eher kleiner ist, als z. B. in „der Industrie, beweisen auch die Veröffentlichungen des Statistischen Reichs-[480]amts über die Zahl der Konkurse im Jahre 1924 und in den ersten Monaten 1925.

Wenn aber eingewandt wird, daß die Reinerträge der Landwirtschaft inzwischen stark gefallen seien und viele Betriebe sich durch Extensivierung, vor dem Konkurs retteten, so muß dem erwidert werden, daß das Sinken der Reinerträge zwar für die vorwiegend Vieh haltenden mittleren und kleineren Landwirte, insbesondere bei geringem Boden, bis zu einem gewissen Grade zutrifft, daß jedoch die Großagrarien es sehr gut verstanden haben, die hohen Getreide- und Futtermittelpreise im letzten Jahre auszunützen. Ferner haben sie durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ihrer Lohnarbeiter – das Lohnkonto beträgt in Großbetrieben etwa 25 Prozent des gesamten Ausgabenkontos – sich während der „Agrarkrise“ weitgehend schadlos gehalten.

Die wesentlichste Ursache der Agrarkrise, die berüchtigte „Preisschere“, ist übrigens – nach den einmütigen Feststellungen des Agrar-Enquête-Ausschusses – in hohem Maße geschlossen. Gerade die Düngemittel – etwa 15 bis 18 Prozent des Ausgabenkontos der Großbetriebe – stehen unter Friedenspreis! Nur für den kleineren Bauern, in dessen Budget die stark verteuerten persönlichen Bedarfsartikel und die Ausgaben für Instandsetzungen eine weit größere Rolle spielen, ist die Schere noch offen.

Daß die „Not“ der Großagrarien nicht so schlimm sein kann, beweist auch die Tatsache, daß gerade jetzt, wo Regierung und Landbund das Gespenst der notgedrungenen Extensivierung an die Wand malen, die großen Stickstoff- und Kalisyndikate über glänzenden Absatz berichten. Auch haben die Ausgaben der Junker für allerhand Luxus eher zu- als abgenommen. Nicht nur die Mechanisierung und „Motorisierung“ der Großbetriebe machen starke Fortschritte, es gibt Großgrundbesitzer genug, die Geld haben, um die Not ihrer kleinen Nachbarn ausnützend, ganze Bauernhöfe aufzukaufen.

Eine Anzahl Landwirtschaftskammern und Landbundorgane bemühen sich seit Monaten, durch Veröffentlichung von angeblichen Buchführungsergebnissen die völlige Unrentabilität größerer wie mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe nachzuweisen. So hat der „Schlesische Landbund“, Nr. 30, erst kürzlich wieder die Bilanzen dreier Großbetriebe über 100 Hektar veröffentlicht, die alle drei trotz oder gerade wegen ihrer intensiven Bewirtschaftung mit größeren Fehlbeträgen abschließen. Ein einziger Blick zeigt dem Kenner, daß diese Fehlbeträge künstlich errechnet sind durch bewußte Verringerung des Kontos für Eigenverbrauch und übertriebene Posten für Instandsetzungen usw. Man fragt sich mit Recht, wieso denn diese selben Großgrundbesitzer, die angeblich mit Unterbilanz arbeiten, von ihren Kleinpächtern nicht nur die alten Friedenspachten, sondern das drei- und vierfache der Friedenspacht verlangen? Sie setzen offenbar eine starke Rentabilität der technisch rückständigen Kleinbetriebe voraus. Es ist bezeichnend, daß auf eine diesbezügliche Anfrage im Enquête-Ausschuß weder der Oekonomierat Keiser vom Deutschen Landwirtschaftsrat noch Graf Keyserling von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft antworten konnten. In Wahrheit stehen die Dinge so, daß die Kleinpächter nur durch Unterernährung und endlose Arbeitszeit den Pacht-schilling aufbringen, während die „notleidenden“ Großbesitzer ihre Profite anderweitig anlegen.

Warum aber wehren sich die großagrarischen Kreise so heftig gegen jede Kontrolle der Kreditverwendung? Kommunistische Anträge, die die Kontrolle der Rentenbankkreditgewährung durch Organe des arbeitenden Volkes verlangten, sind abgelehnt worden. Die Aufwertungsgesetze werfen einiges Licht darauf. Wenn man z. B. weiß, daß der Fürst von Fürstenberg 22 Millionen Mark Schuldverschreibungen vor dem Kriege mit Hilfe der Deutschen Bank herausgab, die jetzt zu 15 Prozent aufgewertet sind, die er aber, wenn er flüssiges Geld hat, zu einem Preise in der Höhe von 9,5 Prozent des Nominalwertes zurückkaufen kann, dann versteht man, wozu dieser hochadlige Latifundienbesitzer Kredite braucht.

Warum zeigt übrigens das Zentralorgan des Reichslandbundes ein so [481] auffallendes Mißbehagen an den niedrigen Dividenden vieler Aktiengesellschaften? Doch nur, weil die großagrarischen Landbundführer schon längst keine reinen Agrarier mehr sind, sondern mit Börsen- und Industriepapieren spekulierende Kapitalisten, was auch das feudale Seitenstück zum Barmat-Skandal, die Millionenschiebungen der Herren von Zitzewitz bewiesen haben.

Die Kreditnot der Herren Großagrarier – und die Tatsache wurde auch im Enquête-Ausschuß des Reichstags von einem Sachverständigen betont – reduziert sich also, bei Licht besehen, auf einige unangenehme Schwierigkeiten, wie sie jeder kapitalistische Betrieb in Krisenzeiten durchmacht, und wobei auch mitunter einzelne schwächere und unsolidere Firmen pleite gehen.

Ernste, ja katastrophale Kapitals- und Kreditnot herrscht nur bei den kleinen und mittleren Landwirten. Ihre Ernte war auch dieses Jahr wieder zum großen Teil auf dem Halm verpfändet. Im Agrar-Enquête-Ausschuß hat Wachhorst de Wente unumwunden erklärt, daß die kleinen Landwirte nicht wie die großen nur 10 und 12 Prozent Zinsen, sondern 16 und 18 Prozent bezahlen müssen, weil sie ihren Kredit nicht bei den Genossenschaften und Sparkassen, sondern oft genug beim privaten Wucherer holen müssen. Die Versuche des Reichsernährungsministers und der Landbündler im Reichstag, gegenüber den kommunistischen Anträgen das Bestehen einer besonderen Kreditnot der Kleinbauern abzuleugnen, werden durch die Tatsachen im Dorfe Lügen gestraft. Die Behauptung, daß die große Masse der staatlichen Notstands-, Erntebergungs- und Saatkredite durch die Preußenkasse, also durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegangen sind, beweist nichts. Im Enquête-Ausschuß hat der Vertreter der Preußenkasse selbst zugegeben, daß dieses Institut seit dem Krieg auch die großen Landwirte mit Personalkredit versieht. Die Genossenschaften und Kreissparkassen selber aber sind schon längst – im Unterschied zu den ausschließlich den Großbesitz bedienenden „Landschaften“ – rein kapitalistisch wirtschaftende Unternehmen, die nur gegen Sicherheiten oder Bürgschaft Geld verleihen und außerdem zu dem üblichen, den Kleinbauern ruinierenden Zinsfuß. Auch die große Zahl der kleinen Kredite unter 1000 Mark, die von diesen Instituten ausgegeben wurden, beweist nichts. Handelt es sich doch um kurzfristige Wechsel, die ein Kleinbauer nicht ausstellen kann. Auch große Agrarier nehmen öfters auf kurze Fristen kleine Kredite. Dazu kommen beim Kleinbauern noch hohe Pachten und Steuern!

III. Der Prozeß der Mechanisierung.

Die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt bedeutet zugleich eine neue Etappe auf dem Wege der Industrialisierung und Kapitalisierung der deutschen Landwirtschaft. Sie muß im Zusammenhang gewertet werden mit einer Reihe bedeutender Fortschritte der Bodenbearbeitungs- und Düngungstechnik (Stickstoffdüngung, Gründüngung, Kohlensäuredüngung), der zunehmenden Elektrifizierung, mit den neuen Methoden der Saatbeizung, künstlicher Beregnung, Sortenwahl, mit der seit einigen Jahren sich stark ausbreitenden „Grünlandbewegung“ und der Verbilligung und ständigen Verbesserung der landwirtschaftlichen Maschinen. Der großzügige Plan, den einer der bedeutendsten Fachleute der landwirtschaftlichen Betriebslehre, Prof. Aereboe, im Reichswirtschaftsrat und nachher im Enquête-Ausschuß des Reichstags entwickelt hat, und der nichts weniger als eine radikale Umstellung der deutschen Landwirtschaft vom bisher üblichen Körnerbau auf intensive Viehzucht und Produktion von Veredelungsprodukten bedeutet, liegt in dieser Linie. Die Kreditpolitik des Reichsernährungsministers Graf Kanitz, der schon im Winter 1924/25 30 Millionen Mark Kredite bei der Reichsbank flüssig machte für die Erzeugung von verbilligten Motorpflügen und Zugma-

schinen, bedeutete eine planmäßige Förderung der Mechanisierungsbestrebungen. Nach neuesten Pressemitteilungen hat der Minister [482] auch „namhafte Summen“ zum Bau von Grünfütterkonservierungsbehältern (Grünfüttersilos) bewilligt, was eine vollkommene Umwälzung der bisherigen Raufütterkonservierung bedeutet. Nicht zu vergessen sind die Versuche, das Taylorsystem auch in der Landwirtschaft einzuführen, zu welchem Zweck eine neue wissenschaftliche Disziplin, die Landarbeitslehre, entwickelt wird. Wie stark die Mechanisierungstendenzen in der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig sind, ersieht man aus einem Artikel in dem amtlichen Publikationsorgan der Landwirtschaftskammer Hannover. Diese Zeitung schreibt am 1. Mai:

„Sowohl die Wanderausstellungen der D. L. G. (Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft) als auch die Ausstellungen, die von landwirtschaftlichen Korporationen für bestimmte Bezirke veranstaltet werden, ja sogar die rein örtlichen Tierschauen entwickeln sich immer mehr zu großen Maschinenmärkten. Die Maschine in ihren mannigfachen Anwendungen in der Landwirtschaft zwingt all diesen Veranstaltungen ein ganz bestimmtes Gepräge auf und zeigt, welchen Grad der Mechanisierung die landwirtschaftliche Produktion schon erreicht hat und noch erreichen kann.“

Ueber die Bedeutung der Maschine für die Landwirtschaft erklärt der Verfasser des Artikels, Generalsekretär Franz Busse:

„Die ausgedehnte Anwendung von Maschinen macht den Landwirt unabhängiger von Witterungs- und Arbeitsverhältnissen, freier in seinen geschäftlichen Dispositionen und befähigter zum industriellen Betrieb seiner Unternehmungen, da die erwähnten Arbeiten schneller und dabei besser und vollkommener ausgeführt werden können. Aus dieser Beschleunigung der Arbeit resultiert eine nicht unwesentliche Verbilligung der Arbeit. Der Produktionsaufwand wird verringert, während der Roh- und der Reinertrag steigen.“

Nicht als ob der Prozeß der Industrialisierung der Landwirtschaft erst jetzt in Deutschland einsetzte! Die starke Intensivierung der Getreide- und Viehproduktion vor dem Krieg war ohne Industrialisierung nicht denkbar. Aber zwischen dem Intensivierungsprozeß vor dem Kriege und dem gegenwärtigen Mechanisierungsprozeß sind wesentliche Unterschiede.

Vor dem Kriege war die deutsche Industrie in raschem Aufschwung und bot dem mobilen Kapital lukrative Anlagemöglichkeiten. Auch hat das imperialistische Vorkriegsdeutschland massenhaft Kapital exportiert. Die Landwirtschaft war das Stiefkind der Kapitalisten. Sie warf bei längeren Umschlagsperioden eine nur geringe Rente (4 Prozent) ab. Das ländliche Hypothekenwesen war kein Feld für das große Finanzkapital. Infolgedessen blieb das Tempo der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft weit hinter dem Entwicklungstempo in der Industrie zurück. Eine Zeitlang schien es sogar, als ob in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie der Kleinbetrieb sich gegenüber dem Großbetrieb konkurrenzfähig erhalten könne. Kleinbürgerliche Agrarökonomien, wie der Sozialdemokrat Dr. David, machten eilends eine Theorie daraus.

Die gegenwärtige Entwicklung führt diese Theorie der teilweisen Ueberlegenheit der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe ad absurdum. Die Weltagrarkrise hat in Amerika nicht nur Tausende, sondern Millionen kleiner Farmer von der Scholle vertrieben, und das wachsende Elend des deutschen Kleinbauern ist nicht nur die Folge von ungerechten Steuern und hohen Wucherzinsen, sondern letzten Endes das Resultat der zunehmenden Kapitalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft.

Die Herstellung künstlicher Stickstoffe in großen Massen während des Krieges gab den ersten Anstoß. Nach Schluß des Krieges war die Industrie gezwungen, ihren gewaltig ausgedehnten Produktionsapparat auf Friedenserzeugung einzustellen, und der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen trat an die Stelle des Baues von Kanonen (Krupp, Deutsche Werke!).

Während der Periode der Zwangswirtschaft konnte die Industrialisierung der Landwirtschaft natürlich nur geringe Fortschritte machen. Für die Industrie war der „Ausverkauf“ lohnender. Aber schon die Inflationsjahre 1922/23 zeigen ein plötzliches Emporschnellen des Düngemittelverbrauches. 1922 ist ein Rekordjahr. Die Weitsichtigeren unter den Agrarkapitalisten legen nun ihre Inflationsgewinne in Düngemitteln und Maschinen an. Die Einfuhr von Fordtraktoren hebt sich, die landwirt-

schaftlichen Ausstellungen zeigen – bei noch ganz ungenügendem Absatz – ein [483] starkes Interesse der Eisenindustrie an der Herstellung aller Arten von landwirtschaftlichen Maschinen auch für die mittleren und kleineren Betriebe. Die Stabilisierung der Mark bringt trotz der Kapital- und Kreditnot oder gerade wegen dieser Not eine weitere Zunahme der Mechanisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen bei den leistungsfähigen Großbetrieben. Trotz der vorhandenen „Preisschere“ werden immer neue Fortschritte in der künstlichen Düngung, der Elektrifizierung und der Anschaffung von Maschinen gemacht. Dafür wird das Lohnkonto nach Kräften gesenkt. Der Mechanisierungsprozeß verbindet sich mit einer brutalen Offensive der Agrarunternehmer auf den Lohn, mehr noch auf die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter. Die Arbeitszeit wird verlängert, die Arbeitsaufsicht verschärft, die Arbeitsorganisation verbessert. Zwangsarbeit der Frauen und Kinder, Hofgängerei kommen wieder in Schwung. Der Deutsche Landarbeiterverband hat sich jedoch bis heute noch sehr oberflächlich mit dem Mechanisierungsprozeß, der die Ersetzung vieler Handarbeiter und Gespannführer durch die Maschine bedeutet, beschäftigt.

Mit dem Steigen der Getreidepreise seit Juli 1924 wird die Tendenz zur Mechanisierung und Motorisierung*) der Landwirtschaft bei den Agrarkapitalisten allgemein. Aber auch das Industriekapital wendet immer mehr Interesse und Energie an diese Frage. Es ist kein Zufall, daß gerade die „Deutsche Bergwerkszeitung“ wiederholt sich mit dem Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft beschäftigt hat. Die Hoffnungen auf eine Wiedereroberung des Weltmarktes sind nämlich inzwischen recht bescheiden geworden. Die Widersprüche des Dawes-Planes zeigen sich immer deutlicher. So kommt man notgedrungen zu der neuen Losung: Entwicklung des Binnenmarktes.

Damit ist der Punkt gefunden, wo Agrarkapitalisten und Industriekapitalisten sich die Hände reichen. Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis des Zollkompromisses der Regierungsparteien.

IV. Das Zollkompromiß – ein Pakt der Agrarunternehmer, Bankiers und Großindustriellen.

Das Wesen des Zollkompromisses der Regierungsparteien besteht darin, daß das Industriekapital auf die bisherige zollfreie Einfuhr von Getreide, Fleisch, Mehl und Milchprodukten verzichtet, dem Agrarkapital sogar hohe Fleisch-, Milch-, Butter- und Käsezölle zugesteht. Das Agrarkapital verzichtet auf Mindestzölle für Getreide und nimmt mit niederen Zöllen auf stärkemehlhaltige Futtermittel vorlieb. Eiweißhaltige Futtermittel bleiben frei! Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch für die Ernährung der „minderbemittelten“ Schichten wird in einem gewissen Umfang gestattet. Das Industriekapital hat Interesse an niederen Lebensmittelpreisen, nicht zugunsten der verbesserten Lebenshaltung des Proletariats, sondern im Interesse der Niedrighaltung der Löhne. Die elementaren Lohnbewegungen der letzten Wochen, die eine Folge der mit der Ankündigung der Zollvorlage einsetzenden Verteuerung wichtiger Lebensmittel sind, haben bestimmten Industriekreisen die Notwendigkeit gewisser Zollermäßigungen eingebläut. Im großen ganzen entspricht das Zollkompromiß dem Plane, den Professor Aereboe im Agrar-Enquête-Ausschuß entwickelte, und der zunächst den heftigen Widerstand der ostelbischen Krautjunker herausforderte.

Das Zollkompromiß ist zweifellos unter dem Druck des Industriekapitals gegen den Widerspruch der ostelbischen Krautjunker erfolgt und [484] drängt die Entwicklung der Landwirtschaft auf jener Linie der Mechanisierung und Motorisierung weiter. Er bedeutet aber gleichzeitig eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion in der Richtung auf die „Veredlungsproduktion“, ganz wie Aereboe das vorschlägt. Die hohen Mindestzölle auf Vieh und Produkte der Viehwirtschaft, ferner der hohe Zoll auf Mais zugunsten des Anbaues von Futterkartoffeln – bedeuten planmäßige Entwicklung der für die Industrialisierung, d. h. für den fabrikmäßigen Betrieb und die Angliederung von Fabriken zur Verarbeitung der Agrarprodukte am meisten geeigneten Landwirtschaftszweige. Im Hackfruchtbau – Futterrüben, Zuckerrüben, Kartoffeln – finden alle Arten von Bodenbearbeitungsmaschinen, Trocknungsanlagen und Maschinen für die weitere Verarbeitung, breiteste Ver-

*) Man beachte: Mechanisierung der Landwirtschaft ist durchaus nicht gleichbedeutend mit Intensivierung. Die amerikanische Landwirtschaft ist z. B. in der rationellen Arbeitsorganisation und Anwendung von Maschinen (höherer Arbeitsertrag pro Arbeitskraft) der deutschen weit voraus, während umgekehrt der deutsche Agrarier viel intensiver wirtschaftet als der nordamerikanische Farmer (höherer Hektarertrag, größere Milchergiebigkeit, höheres Schlachtgewicht).

wendung. Im Hackfruchtbau werden außerdem am meisten Nährstoffe pro Flächeneinheit erzeugt. Die Züchtung von Mast- und Milchvieh soll mit Hilfe des gesteigerten Hackfruchtbaus fabrikmäßig betrieben und mit der fabrikmäßigen Weiterverarbeitung der Endprodukte verbunden werden. Die Einwand der kornbauenden Krautjunker hat Aereboe bereits im Enquête-Ausschuß zurückgewiesen mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Landwirtschaft zum Export der neugewonnenen Veredelungsprodukte übergehen werde, wobei der englische Absatzmarkt für eingesalzenes Schweinefleisch, Butter und Käse in Betracht kommt. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß für eine so industrialisierte Landwirtschaft bessere Exportmöglichkeiten beständen als für die deutsche Industrie. Für das Bankkapital kommt noch ein Gesichtspunkt hinzu, nämlich, daß die intensivierete Viehwirtschaft bedeutend kürzere Produktionsperioden hat wie der Körnerbau, das investierte Kapital sich also schneller umsetzt und eine höhere Rente abwirft. Auch beim Hackfruchtbau ist die Rente höher als beim Körnerbau, ferner bilden Hackfrüchte eine ausgezeichnete Vorfrucht für das Getreide im nächsten Jahr. Großen Nachdruck legte Aereboe ferner auf die Tatsache der vermehrten Stalldüngerproduktion, da sich die Schattenseiten der einseitigen Kunstdüngung immer deutlicher bemerkbar machen.

Die im Landbund führenden Großagrarier haben im Unterschied zu den kleineren Krautjunkern, die gerne ohne Risiko nach Väterart mit hohem Getreideschutzzoll weiter wirtschaften möchten, den Nutzen der Aereboeschen Vorschläge bald begriffen. Sie haben eingesehen, daß man nicht auf ewige Zeiten bei der alten Technik des vorwiegenden Getreidebaues stehen bleiben und – auf das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages pochend – immer neue Liebesgaben und Privilegien fordern kann. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags gilt nur, wie Prof. Lang-Kiel im Enquête-Ausschuß ausführte, bei gleichbleibender Technik, der moderne Agrarunternehmer aber müsse sich der veränderten Technik anpassen. Es ist auch kein Zufall, daß die energischsten Befürworter der neuen Tendenzen im hochindustrialisierten Westdeutschland zu finden sind, wo der „Bauer“, d. h. der Großbauer, sich längst zum Kaufmann und Agrarfabrikanten fortentwickelt hat.

V. Der neue Typ des Agrarunternehmers.

Professor Beckmann, Bonn, der sich im Agrar-Ausschuß im wesentlichen den Aereboeschen Vorschlägen anschloß, schildert den neuen Typ des kapitalistischen Agrarunternehmers in der Sonderbeilage der „Kölnischen Zeitung“ zur Rheinischen Grünen Messe treffend wie folgt:

„Alle jene Unternehmen, welche die Veredlungszweige, also Milchwirtschaft, Schweinemast, Edelmast, über das betriebsmäßige Optimum hinaus gepflegt haben, waren die Bahnbrecher dieser kaufmännischen Regung. Denn ihre Aufgabe lag schon immer nicht nur im technischen Teil der Erzeugung, sondern weit mehr im Erfolg auf dem Markt der Rohstoffe und Fabrikate. Allerdings mit einem Unterschied: ehemals war kaufmännischer Erfolg ein zusätzlicher Gewinn über den Normalgewinn bei der Erzeugung hinaus, heute ist er der Anfang des Ueberschusses.

Hier entstand ein neuer Typ des Landwirts. Schon rein äußerlich war er weniger im Betrieb, mehr draußen in der Welt; überläßt die Technik seinen Angestellten, widmet sich selbst mehr dem Einkauf und Verkauf, dem Verkehr mit Lieferanten und Abnehmern. [485] Manche werden zu reinen Händlern, bekommen jüdisches Format in dem Sinne, daß sie die Eigenschaften und Fähigkeiten ihrer Partner annehmen, leider die schlechten noch eher und gründlicher als die guten ...“

Diese „kaufmännisch gehaltene Veredlungswirtschaft“, dieser neue Typ des modernen Agrarunternehmers, der fast nichts mehr mit dem „Bauern“ und sogar „Krautjunker“ aus der Vorkriegszeit gemein hat, ist das Ziel, auf das auch das Zollkompromiß der Regierungsparteien hinsteuert.

Historisch betrachtet zweifellos ein gewaltiger Fortschritt. Aber wie immer in der kapitalistischen Ordnung ein Fortschritt auf Kosten der breiten Masse des arbeitenden Volkes.

Wie die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft sich gegen die Landarbeiter auswirkt, haben wir schon oben kurz nachgewiesen. Für die Massen des Industrieproletariats, der Angestellten und Beamten bedeutet die neue Tendenz zunächst eine zwangsweise Beschränkung auf die stärkemehlhaltigen Nahrungsmittel, Brot und Kartoffeln, während die hochwertigen eiweißhaltigen Nahrungsmittel, Fleisch, Milch, Butter und Käse, dem Export dienen. „Mit dem Konsumenten je-

doch entzweit er sich“, schreibt Prof. Beckmann in dem angezogenen Artikel, „denn er hat eine neue Kunst gelernt: den Preis künstlich zu regulieren. Im Milchring, Milchkrieg und oktroyierten Milchpreis tritt er gegen die Konsumenten auf ... Bei anderen Produkten ist der Weg weiter, aber überall stoßen wir auf bewußte Manipulationen des Marktes durch den Landwirt.“

Hier schließt sich der Ring der neuen Entwicklung. Das industrialisierte Agrarkapital schließt sich zusammen zum Agrarkonzern, Agrarsyndikat.

VI. Agrarkonzern und Finanzkapital.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind in ihren zentralen Körperschaften heute nichts anderes mehr als Syndikate des Agrarkapitals. Der Landbund hat seine eigenen Genossenschaften ganz bewußt als Machtmittel des Kampfes gegründet und das auch wiederholt in seinem Zentralorgan ausgesprochen. Er geht heute bewußt aus auf die „Regulierung“ der Lebensmittelpreise durch Monopolisierung des Lebensmittelmarktes in der Hand der großen, unter seiner Führung geeinten landwirtschaftlichen Genossenschaften, Verschmelzungsbestrebungen mit den Raiffeisenverbänden sind im Gang. Gegenseitige Vertretung in den Aufsichtsräten der betreffenden Banken werden durchgeführt. Vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt, vom Roggenhalm bis zum gebackenen Brot, von der Futterrübe bis zur Wurst soll alles zusammengefaßt und vom Agrarkapital kontrolliert werden. Die Angliederung von Großmühlen, Rohzuckerfabriken usw. bilden den Anfang.

Aber dieses letzte Ziel kann nur erreicht werden im engen Einvernehmen mit dem kreditgebenden allmächtigen Finanzkapital. Aus sich heraus kann die Landwirtschaft das notwendige Kapital nicht erzeugen. Die Genossenschafts- und Landbundbanken können nur leben als Filialen der Großbanken und im Schatten der Großindustrie. Die vor wenigen Monaten erfolgte Gründung der „Rheinischen Bank für Landwirtschaft“ offenbart dies ganz deutlich. Dem Aufsichtsrat gehören an: Der Bankier Daniel Rockkamp, der Kaufmann Wilhelm Böhm, Friedrich Krupp A.-G., Essen, Geh. Regierungsgrat von Krüger, Freiherr von Plettenburg, Vorsitzender des Niederrheinischen Landbundes. Aehnlich ist die große Düngemittel-Industrie auch in der Bank für Landwirtschaft, Berlin, vertreten. Dafür ist umgekehrt der Landbund auch im Aufsichtsrat des Kalisyndikats.

„Bauernschutz“ ist das Segel, unter dem das Zollschiff der Regierungsparteien aufs Tote Meer fährt. Dr. August Müller, der ehemalige Sozialdemokrat und Vorsitzende des Agrar-Enquête-Ausschusses hat das Wort in der „Berliner Börsenzeitung“ geprägt, Adam Röder in der „Germania“ nachgeplappert. Warum? Weil angeblich der mittlere und Klein-[486]bauer am meisten Viehwirtschaft treibe, ihm also der Zollschutz in erster Linie zugute komme. Aber dies ist eine glatte Irreführung. Für die Masse der kleinen Bauern ist die Kuh nicht Mast- und Milchvieh, sondern in erster Linie Zugtier. Dadurch, das sie teurer wird, hat er nichts gewonnen. Er verkauft Kälber und Jungvieh zwar um etwas besseren Preis, zahlt aber um so mehr für die neue Zugkuh. Und im übrigen? Sein Absatzmarkt in der nächsten Kreisstadt wird verengt. Im modernen Agrarunternehmer aber, im fabrikmäßigen Milch- und Schweinefleischproduzenten erwächst ihm der gefährliche Konkurrent, gegen den er mit den kleinen Mitteln seiner rückständigen Wirtschaft hilflos ist. Der Untergang des bäuerlichen Kleinbetriebes wird durch diesen „Bauernschutz“ nicht aufgehalten, sondern beschleunigt.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Ordnung ist eben verbunden mit der Verelendung der breitesten proletarischen Massen und dem rettungslosen Untergang des bäuerlichen Kleinbetriebes. Einen anderen Weg der Industrialisierung im Einklang mit den proletarischen Interessen und zum Nutzen der Kleinbauern zeigt die Agrarpolitik der Sowjetregierung in Rußland. Die Ueberführung der bäuerlichen Einzelwirtschaft in genossenschaftlich betriebenen Kollektivbetrieb mit Unterstützung des in den Komitees der gegenseitigen Hilfe organisierten fortgeschrittensten Teiles der Bauernschaft, die Schaffung von staatlich-proletarischen und Agrartrusts, mit der Aufgabe der Hebung der Produktion und Regulierung des Getreidehandels im Sinne der Allgemeininteressen, sind Momente von allergrößter Bedeutung. Sie eröffnen auch dem westeuropäischen Proletariat und dem untergehenden westeuropäischen Kleinbauern eine ganz neue Perspektive des Aufstiegs und der Rettung. Ihre Voraussetzung ist freilich die politische Macht des arbeitenden Volkes, die Diktatur des Proletariats.

Die Gemeindewahlen in Frankreich.

Von P. Semard.

Auf ihrem Reichskongreß in Clichy im letzten Januar beschloß die KPF ihre Wahltaktik, indem sie sich auf die Thesen und Resolutionen stützte, die vom Kongreß der KI angenommen waren.

Zu dieser Zeit erklärte die Partei einstimmig, daß sich die Gemeindewahlkampagne nicht auf ein reines Gemeindeprogramm beschränken dürfe, mit lokalen Forderungen, sondern daß man eine gewisse Anzahl allgemeiner Parolen aufstellen müsse, die der politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes entsprächen.

Unter diese Parolen sind die wichtigsten:

Kampf gegen den Faschismus und für die Gewerkschaftseinheit und die Arbeiter-Einheitsfront.

Kampf gegen den Dawes-Plan.

Für einen wahrhaften Frieden mit Rußland.

Für das Arbeiter- und Bauern-China gegen den französischen, amerikanischen, englischen und japanischen Imperialismus.

Für die Unabhängigkeit Marokkos, gegen die französisch-spanischen Imperialisten.

Für energische fiskalische Maßnahmen gegen die Bourgeoisie und für vollkommene Befreiung der Arbeiter und arbeitenden Bauern von allen fiskalischen Lasten.

Gegen die Anwendung des Dawes-Planes (sprich: Mellon-Hurley) auf Frankreich.

Für alle unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen.

[487] Es wurde beschlossen, daß dieses Programm unterstützt werden sollte von dem „Arbeiter- und Bauernblock“, der gebildet werden sollte aus kommunistischen Elementen und Parteilosen, die es annehmen würden und gerecht gewählt werden würden unter den Arbeitern und Bauern.

Bei der ersten Abstimmung sollte der „Arbeiter- und Bauernblock“ allein mit seinem Programm und mit entrollter kommunistischer Fahne auftreten.

Bei der zweiten Abstimmung und um nicht den Kontakt mit der Arbeiterklasse, die noch von demokratischen Illusionen getäuscht wird, zu verlieren, wurde die Möglichkeit gemeinsamer Listen des „Arbeiter- und Bauernblocks“ mit den sozialistischen Kandidaten offen gelassen. Man verstand des so, daß in dem Fall der Teilnahme der Sozialisten an einer gemeinsamen Liste man als Bedingung stellen würde, die formelle Verpflichtung auf sich zu nehmen, tatsächlich und im einzelnen die notwendigsten Forderungen der Arbeiter zu verteidigen und dazu die Verwirklichung der Einheitsfront in den „Komitees der Arbeitereinheit“ (comités d'usines en gestation) und in der Gewerkschaftseinheit durchzuführen. Und ebenso sollten sie sich verpflichten, in den Gemeinden einen wirksamen Kampf gegen den Faschismus zu führen zwecks Auflösung der faschistischen Verbände, und falls es notwendig ist, die Bewaffnung des Proletariats durch Einsetzung antifaschistischer Gemeindemilizen durchzuführen.

Das Ziel dieser Taktik war die Zerrüttung der Sozialdemokratischen Partei, indem man ihr die besten proletarischen Elemente nimmt, und die gleichzeitige Verwirrung des Linksblockes:

Wir bestätigen noch einmal, daß wir eine Partei des Klassenkampfes sind uns immer und unter allen Umständen die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter führen, und wir lehnen kategorisch von vornherein die Möglichkeit proportioneller Listen bei der zweiten Wahl mit den Parteien, die den Linksblock bilden, ab, und erklären, daß in keinem Fall gemeinsame Listen zwischen dem Kartell und den Kommunisten aufgestellt werden.

Man hat sich also entschlossen, daß unsere Partei manövrieren muß, um der Reaktion und dem nationalen Block eine Niederlage beizubringen und den Linksblock aufrecht zu erhalten und zur Not an die Macht zu bringen.

Mit dieser Taktik war die Komintern einverstanden.

Wie war die politische Situation am Vorabend der Wahlen?

Die Regierung Herriot war eben vom Senat gestürzt worden. Der Linksblock benutzte diese gute Gelegenheit, um diesen anzuklagen, immer ein Hindernis bei der Verwirklichung der Arbeiterforderungen, die sie in der Form sozialer Gesetze eingebracht hatte, gewesen zu sein. Ihr Chef Herriot, der von der Hochfinanz aus dem Amt gejagt wurde, wurde als ein gutes demokratisches Opfer der Reaktion dargestellt. Der Linksblock erschien in den Augen einer großen Anzahl getäuschter oder dummer Arbeiter und in den Augen der Mittelklassen als ein Opfer des Nationalen Blocks, der noch der Herr im Senat sei.

„Gegen den reaktionären Senat“ war die Hauptparole des Linksblocks.

Es ist durchaus sicher, daß trotz der hartnäckigen Tätigkeit unserer Partei zwecks Entlarvung der gegen die Arbeiter gerichteten und reaktionären Politik des Linksblockes die demokratischen Illusionen bei vielen parteilosen Arbeitern, reformistischen Gewerkschaftlern und Sozialisten nicht zerstreut wurden. Die politischen Ereignisse und die Zwischenfälle, die in den Wochen vor den Wahlen passierten, trugen dazu bei, diese Illusionen zu verstärken, die Ernennung Caillauxs zum Finanzminister wurde mit großer Sympathie von den Handelstreibenden und Handwerkern aufgenommen, die in ihm den Retter aus der drohenden finanziellen Katastrophe sahen.

[488] Es war zu sehen, daß der Linksblock gestärkt aus dieser Wahlprobe hervorgehen würde, indem er neue Stimmen der Reaktion abgewann, und sogar eine gewisse Zahl Stimmen der mittleren Klassen, der kleinen Handelstreibenden und der kleinen Handwerker, die bei den allgemeinen Wahlen im Mai 1924 für den Arbeiter- und Bauernblock gestimmt hatten, zu sich zurückziehen würde. Es war nicht weniger zu sehen, daß die Sozialisten alle größeren Stadtgemeinden gewinnen würden und sie mit einem Ruck nach links siegen würden, was ihnen eine noch größere Stimmenzahl geben würde als bei der vorigen Wahl.

Im Gegensatz zu dem, was die rechten Elemente unserer Partei behauptet haben, „daß die Leitung der Partei blind ein Wunder von dem 3. Mai erwarte“, hatte die Leitung vor der Wahl zugegeben, daß der Arbeiter- und Bauernblock in diesen Wahlen, die einen besonderen Charakter trugen – wahrscheinlich Stimmen in der Provinz verlieren und sie schwer in Paris und in dem Bezirk halten werden.

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges zeigten uns, daß, was den Pariser Bezirk und Paris anbetrifft, unsere Verluste bedeutender waren, als wir gedacht hatten (wir verloren zirka 50.000 Stimmen) und daß unsere Taktik beim zweiten Wahlgang, so wie sie auf dem Kongreß in Clichy beschlossen worden war, genau durchgeführt werden müsse, um vor allem der Reaktion, die sich noch mächtiger befestigte, eine Niederlage beizubringen.

Ohne sich in eine Unterhandlung mit den sozialistischen Führern einzulassen, machte die Partei durch ihre Presse genau ihre Haltung beim zweiten Wahlgang bekannt, indem sie einen Appell an die sozialistischen Arbeiter vorangehen ließ. In demselben wurde gesagt:

„Ihr seid noch die Beute der demokratischen Illusionen des Kartells. Ihr wollt den Versuch mit dem Kartell fortsetzen. Nun gut, tut das! Aber wir erklären Euch von vornherein, daß dies Illusionen sind. Das Kartell wird Eure Interessen auf dem Gemeindegebiet genau so verraten, wie es sie auf dem Regierungsgebiet verraten hat. Wenn ihr euch davon überzeugt haben werdet, kommt zur Kommunistischen Partei, die an der Spitze der unterdrückten und ausgebeuteten Massen steht, die über die Teilkämpfe hinaus, endgültig die kapitalistische Herrschaft vernichten und Eure proletarische Revolution siegreich durchführen wird. In diesem Geist billigt die Partei, obwohl sie sich weigert, in das Linkskartell einzutreten und gemeinsame Listen mit ihm zu machen, voll und ganz die Beschlüsse des Pariser Bezirks, was die Taktik beim zweiten Wahlgang anbetrifft, und beschließt, sie für ganz Frankreich zu verallgemeinern.

Diese Taktik bestand darin:

1. Wo der BOP (Arbeiter- und Bauernblock) an Stimmenzahl dem Linkskartell nachsteht, zieht er seine Listen zurück und führt die Wahlkampagne gegen die Nationalblock, indem er die Illusionen des Linksblocks bekämpft.
2. Wo das Kartell dem BOP nachsteht, hält der BOP seine Liste aufrecht.
3. In keinem Fall führt der BOP eine gemeinsame Liste mit dem Kartell.
4. Wo der BOP einer rein sozialistischen Liste gegenübersteht, gleichgültig ob die Sozialisten oder er mehr Stimmen haben, schlägt er eine gemeinsame Liste vor, proportionell nach den Resultaten des ersten Wahlganges. Wenn sich die Sozialisten weigern und der BOP befindet sich am der Spitze, hält er seine Liste aufrecht; wenn nicht, zieht er seine Liste zurück. Aber in beiden Fällen führt der BOP seine Kampagne fort, indem er die sozialdemokratischen Illusionen bekämpft.

[489] Das ist die Taktik, die die Rechten, die auf dem Kongreß in Clichy keinen Einwurf gemacht haben, als opportunistisch und als Fortsetzung der alten republikanischen Disziplin bezeichnet haben, in Uebereinstimmung mit gewissen ultralinken polnischen und deutschen Elementen, die uns einer rechten Abweichung beschuldigen wegen einer sogenannten Koalition mit dem Linksblock, für die sie übrigens keinen Beweis anführen! Die Demagogie der einen wie der anderen hat dasselbe Ziel: die Richtung der KPF und der Komintern anzugreifen.

Unsere Parole beim zweiten Wahlgang „Nieder mit dem nationalen Block“ ergab sich aus der Situation, die durch den ersten Wahlgang geschaffen worden war, sie war dazu bestimmt, sozialistische und mit den Sozialisten sympathisierende Arbeiter und Bauern dem BOP anzunähern.

Nichts gilt es in unserer Taktik, und nichts in unseren Parolen, im ersten wie im zweiten Wahlgang, das als eine rechte Abweichung oder als eine Koalition mit dem Linkskartell bezeichnet werden kann, sondern nur einen Willen, so zu handeln, daß man die größtmögliche Zahl der Werktätigen den demokratischen Illusionen entreißt und dem nationalen Block eine Niederlage beibringt.

Es ist gut, darauf hinzuweisen, daß trotz unserer Stimmenverluste der BOP Sitze und wichtige Gemeinden des Pariser Bezirks gewann (Ivry, Clichy, Saint Denis); aber diese „Erfolge“ rühren zum größten Teil nur von dem Manöver der Verzichtleistungen beim zweiten Wahlgang her, und unsere Partei sieht daran nur die wichtige Lehre, die sie daraus ziehen konnte vom Standpunkt der Agitation in den Arbeitermassen.

In der Folge analysierte die KPF die Gründe für ihre Verzichtleistungen, die den Glauben erwecken konnten an eine Verminderung ihres Einflusses auf die breiten Arbeitermassen und an eine Vermehrung des Vertrauens derselben für den Linksblock. Es wurde zugegeben, daß der Stimmenverlust des BOP von den Mittelklassen, den kleinen Handwerkern, den kleinen Kaufleuten und den Kleinbürgern herrührte, die nicht genügend von unserer Propaganda erfaßt worden waren und mit welchen wir den Kontakt verloren hatten durch unsere letzte Reorganisation auf Betriebszellenbasis.

Diese Ansicht wurde bestätigt durch Erklärungen der rechten und linken Presse, die zugaben, daß die Gewinne des Kartells herrührten von Kaufleuten und Handwerkern, die ehemals für den Nationalen Block unter dem Druck der „Union des intérêts économiques“ gestimmt hatten, und die sich jetzt sicher glaubten unter der neuen Regierung Painlevé, Briand, Caillaux; von Angehörigen der Mittelklassen, die bei den legislativen Wahlen für den BOP gestimmt hatten und die sich mit dem Kartell vereinigten als Reaktion gegen den nationalen Block, der von neuem drohte; und schließlich von rein reaktionären Stimmen, die für das Kartell stimmten, um dem Kommunismus eine Niederlage zu bereiten.

Man konnte daraus den Schluß ziehen, daß, auch wenn sich unsere Partei gut gehalten hätte und ihren Einfluß in der Arbeiterklasse organisatorisch verstärkt hätte, sie im Gegensatz dazu kaum noch einen Einfluß in den Reihen der sozialistischen Arbeiter und der reformistischen Gewerkschaftler hätte und den größten Teil der Stimmen in der Mittelklasse verloren hätte.

Aber in allen Wertschätzungen muß man immer dem besonderen Charakter der Gemeindewahlen Rechnung tragen, die in nichts den legislativen Wahlen ähneln, deswegen weil alle Arten lokaler

Fragen, wie die Frage des Kirchturms oder eines Distrikts in Rechnung gezogen werden und die Wähler beeinflussen.

Der abgehende Stadtrat hat während seines ganzen Mandats niemals ausgehört, der Vertreter des kleinen Handels beim Gemeinderat zu sein, und dies besonders in den großen Städten. Er verteilt auch durch sein [490] Wohltätigkeitsbüro Almosen und verschiedene Hilfen für die Bedürftigen; deshalb stimmt eine große Anzahl Arbeiter, die bei den legislativen Wahlen für die Kommunisten stimmten, bei den Gemeindewahlen für die abgehenden Stadträte, welches politische Schild sie immer aushängen mögen.

Schließlich setzte am Vorabend der Gemeindewahlen eine Anzahl Ereignisse, die geschickt von unseren Gegnern ausgenützt wurden, unsere Partei in eine durchaus ungünstige Lage hinsichtlich der öffentlichen Meinung:

Seit 6 Monaten war die Kampagne gegen den Kommunismus und Bolschewismus auf einen Grad gebracht worden, der in seiner Ausdehnung und in seinen niedrigen Verleumdungen noch nie erreicht worden war.

Diese Kampagne verdoppelte sich infolge der Ereignisse in Sofia und des blutigen Zusammenstoßes in der Damrémontstraße zwischen den Faschisten und den Arbeitern des 18. Kreises.

Schließlich nutzte die rechte wie die linke Presse die Aufrechterhaltung der Kandidatur Thälmann in Deutschland aus, um zu beweisen, daß die Kommunisten der Reaktion in die Hände spielten.

Das sind die Bedingungen, unter denen unsere Partei die Gemeindewahlen geführt hat und die Gründe, aus denen unsere Erfolge mittelmäßig waren. Aber unsere Taktik war richtig und wenn im einzelnen einige Fehler begangen worden sind, so hat das keinen Einfluß auf die Resultate gehabt.

Bei den letzten Kantonalwahlen hat unsere Partei übrigens einen ernsten Fortschritt gemacht, nicht nur weil sie 6 Sitze im allgemeinen Rat der Seine (Conseil général de la Seine) gewonnen hat, obwohl sie keinen gehabt hatte, sondern weil sie auf sich von allen Parteien die größte Zahl Stimmen vereinigt hat. Von 218.000 Wählern hat sie beinahe 60.000 Stimmen bekommen, die Sozialisten um ungefähr 10.000 Stimmen überholt.

Das kommt daher, weil die Marokkoereignisse seit den Gemeindewahlen vielen Arbeitern, die für die Sozialdemokraten oder Demokraten gestimmt hatten, die Augen geöffnet haben, die jetzt merken, daß die einzige Partei, die sich gegen die Politik der französischen Imperialisten wendet, die Kommunistische Partei ist.

Dort kann die Tätigkeit unserer Partei wirklich ernsthaft beurteilt werden und der Grad des Einflusses unter den Arbeiter- und Bauernmassen bestimmt werden. Die Gemeindewahlen sind ein Ereignis, welches im Leben unserer Partei schon abgeschlossen ist; gegenwärtig beschäftigt uns der Kampf gegen den Marokkokrieg und gegen die Weltimperialisten in ihrer Offensive gegen China und gegen Sowjetrußland.

Es ist diese revolutionäre Aufgabe, welche gegenwärtig die größte Bedeutung hat, die Agitation dafür und die Konzentrierung aller Organisationen um diese Aufgabe, nämlich die Sammlung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen den Marokkokrieg und gegen die imperialistischen Kriege.

*

Der neue Kurs auf die Bauernschaft.

Von G. Sinowjew.
(Schluß.)

V.

Mutige Durchführung der Taktik trotz der Schwierigkeiten!

Die Taktik, die wir vorgezeichnet haben, hat ihre Gefahren. Das darf man keineswegs vergessen. Jede Taktik – die parlamentarische, die gewerkschaftliche Taktik, ebenso wie die Taktik des bewaffneten Aufstandes und der Einheitsfront – hat ihre Gefahren. Unsere Taktik ist unvermeidlich,

wissenschaftlich begründet, die einzig richtige und die einzig proletarische, und dennoch ist sie von Gefahren begleitet.

[491] Worin bestehen diese Gefahren? Sie bestehen darin, daß wir bei dieser Umgebungsbewegung Gefahr laufen, selbst umgangen zu werden. Die Frage „wer den anderen besiegen wird“ ist noch nicht endgültig gelöst. Sie kann erst in einigen Jahren endgültig gelöst werden. Für uns ist es aber schon klar, daß jene Genossen, die vor zwei Jahren vom „Rande des Abgrundes“ sprachen, sehr stark danebengegriffen haben. Sie sagten: Das Land werde zugrunde gehen, weil es kein Brot, keine Kohle, keine genügende Menge der notwendigen Produkte geben werde. Das hat sich als unrichtig erwiesen. Die Ereignisse haben unseren Standpunkt bestätigt, Recht haben wir gehabt, wir, die man damals als übertriebene „Optimisten“ bezeichnet hat und die im Jahre 1922-23 gesagt haben: „Fühlt Ihr denn nicht, daß das Land immer gesünder wird? Ihr könnt einfach den Pulsschlag Rußlands nicht fühlen, wenn Ihr von einem Niedergang des Landes sprecht.“ Die revolutionären Optimisten haben Ret behalten.

Allerdings sind wir im Dorfe noch ziemlich rückständig. Auf wirtschaftlichem Gebiete fehlt uns der Traktor; auf dem Gebiete der Politik und der Parteiarbeit fehlt uns gleichfalls ein „Traktor“ besonderer Art. Unsere Zellen sind dort äußerst rückständig, und diese Frage muß unsere Partei am energischsten aufrollen.

In einer Reihe von Fällen sind in den Dörfern die Kommunisten nicht wiedergewählt worden. Nun entsteht die Frage, wie wir uns solchen Sowjets gegenüber verhalten sollen. Je nach den verschiedenen lokalen Verhältnissen kann man diesen oder jenen Standpunkt einnehmen, aber die generelle Linie unserer Partei muß derartig sein, daß die Kommunisten sich nicht gekränkt abseits stellen dürfen, sondern verstehen müssen, daß man durch harte praktische Arbeit den Einfluß unserer Partei in diesen Sowjets wiedergewinnen muß, wie wir es seinerzeit in den Gewerkschaften getan haben. Und zwar durch eine Arbeit in neuer Art.

Unlängst wurde der ursprüngliche Entwurf Lenins zur Broschüre „Ueber die Naturalsteuer“ veröffentlicht; Lenin fragt:

„Ist denn für den Sozialismus der ‚Individualismus‘ des Bauern, sein ‚Freihandel‘, gefährlich? Nein ...

Kommt innerhalb von zehn, zwanzig Jahren die Elektrifizierung, so ist uns der Individualismus des kleinen Landbesitzers und sein Freihandel im Lokalverkehr nicht im geringsten gefährlich. Kommt aber die Elektrifizierung nicht, so ist eine Rückkehr zum Kapitalismus ohnehin unvermeidlich.“

Zwischen diesen beiden Möglichkeiten haben wir zu wählen. Und es muß erwähnt werden, daß der Ausgang hier ein wenig auch von den subjektiven Bemühungen der Partei und der Sowjetmacht abhängt, die ein nicht geringes Gewicht in der Waagschale darstellen.

Die entscheidende Frage, „wer den anderen besiegen wird“, steht aber nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete vor uns. Wird der Kulak den Mittelbauern auf seine Seite hinüberziehen, wie ihm das in manchen Gegenden hie und da gelungen ist, oder werden wir den Mittelbauern zu unserem Verbündeten machen und den Kulak politisch schlagen? Das sind zwei mögliche Wege. Natürlich ist für uns die zweite Perspektive die einzig annehmbare. Wir können sie erreichen durch neue Mittel und durch eine Arbeit auf neue Art.

Der gleiche Entwurf Lenins enthält aber auch folgenden Gedanken:

„Entweder weißgardistischer Terror oder (immer mildere) Führung, Diktatur des Proletariats.“

Das ist eine sehr wichtige Stelle. Die Diktatur des Proletariats bleibt aufrecht. Die Folgen aber müssen wir ändern. Wenn die Landwirtschaft sich auf die Beine stellt, wenn die Bauernschaft beginnt, die Sowjets freier zu wählen, dann müssen wir natürlich auch die Formen der Führung ändern. Die Grundlage bleibt die alte, die Formen werden aber immer „milder“. Die Bauernschaft muß die absolut zuversichtliche und feste, aber [492] zugleich auch geschickte, elastische und „milde“ Hand des Proletariats fühlen. Das findet unter anderem seinen Ausdruck in der Parole der Belebung der Sowjets.

Wir haben einige Male versucht, die Sowjets zu beleben; früher ist uns aber dies nicht gelungen. Jetzt wird es aber gelingen, weil die wirtschaftliche Basis hierfür vorhanden ist, weil heute nicht mehr das Stückchen Brot der einzige Gedanke des Arbeiters ist und auch der Bauer beginnt, sich wirtschaftlich zu erholen, und er wird in den nächsten Jahren noch besser leben, besonders, wenn wir eine gute Ernte haben werden, was ernstlich zu hoffen ist. Andererseits ist die Partei erstarkt, ist die Arbeiterklasse, die Führerklasse erstarkt. Deshalb hoffen wir, daß wir diesmal diese Parole wirklichen werden.

Der wirtschaftliche Kampf wird also durch die Elektrifizierung, das heißt durch den allgemeinen Ausschwung der Industrie, entschieden. Für den politischen Kampf ist hingegen entscheidend: die Fähigkeit unserer Partei, die Diktatur der Arbeiterklasse fest aufrechtzuerhalten, wobei neue Arbeitsmethoden angewendet werden müssen: man muß die Diktatur so ausüben, daß der Muschik die feste Hand der Führerklasse fühlt, zugleich aber die Hand des Freundes, der über ihn nicht kommandieren will, der sich nicht zu ihm „herablassen“ will. Der Bauer kann es nicht dulden, daß man sich zu ihm „herabläßt“. Insbesondere, wenn man sich mit süßlichen Worten zu ihm „herabläßt“, so fühlt er sofort etwas Falsches. Er muß aber fühlen, daß die Arbeiterschaft die erfahrenere Klasse in der Sache des Aufbaues de Sozialismus ist, daß die Arbeiterklasse sein älterer Bruder, sein Führer ist.

Wir müssen die Schwierigkeiten sehen! Zugleich aber mutig, fest entschieden vorwärts zur Durchführung der neuen Arbeit unter den Massen der Bauernschaft.

V.

Zusammenfassung.

Es ist bei uns – nicht im Kerne unserer Partei, sondern unter den ideologisch nicht genug festen Schichten – eine Stimmung bemerkbar, die ungefähr folgendermaßen ausgedrückt werden kann: zehn, zwanzig Jahre noch bis zum völligen Siege des Sozialismus, jetzt aber wieder neue Zugeständnisse an den Kulak, kleine Rückzüge. Haben wir denn das erwartet? Hat denn heute das Leben Wert, wo es nicht so schnell vorwärtsstürmt? und so weiter ...

Solche Stimmungen sind hie und da vorhanden. Ich glaube, daß wir darauf am besten mit den Worten Lenins antworten können:

„Wem diese Arbeit ‚langweilig‘, ‚uninteressant‘, ‚unbegreiflich‘ ist, wer die Nase rümpft und in Panik gerät, oder vom Fehlen ‚des früheren Aufschwunges‘, von der ‚früheren Begeisterung‘ usw. deklamiert usw. ..., den soll man am besten von der Arbeit entheben und ins Archiv stecken, damit er uns keinen Schaden zufügen kann, da er über die Eigentümlichkeit der gegenwärtigen Stufe, der gegenwärtigen Kampfetappe nachzudenken nicht imstande ist oder es nicht wünscht.“

Wir haben 40 Prozent Bauern ohne Pferde, wir müssen arbeiten, um sie mit Pferden zu versorgen.

Wir haben eine Viertelmillion Arbeitslose – wir müssen ihnen Arbeit geben; unsere wachsende Industrie muß diese Viertelmillion Arbeitslose aufsaugen.

Wir müssen an der Elektrifizierung arbeiten, wie es uns Lenin lehrte.

Wir nähern uns dem Vorkriegsniveau; wir müssen es hinter uns zurücklassen. Es ist kein allzugroßer Optimismus, wenn wir hoffen, daß wir dieses Vorkriegsniveau bis zu unserem nächsten Sowjetkongreß hinter uns zurückgelassen haben werden.

Wir müssen den Parteizellen der Dorfgemeinden tüchtige Sekretäre, dem Dorfsowjet tüchtige Vorsitzende geben. Ist denn das nicht eine große Arbeit?

[493] Diese Parolen sind natürlich nicht so effektiv, keine großen Parolen, doch das sind jene Parolen, die uns helfen werden, das Bündnis mit der Bauernschaft zu befestigen und den Sozialismus in unserem Lande aufzubauen, die uns helfen werden, den endgültigen Sieg abzuwarten, bis uns die Arbeiter anderer Länder zu Hilfe eilen können.

Wenn wir nun in kurzen Worten zusammenfassen wollen, worin das Wesen der neuen Taktik unserer Partei besteht, müssen wir sagen:

Die wichtigsten Züge der gegenwärtigen Periode bestehen darin, daß eine Verzögerung der unvermeidlich vorwärtsschreitenden, sich entwickelnden proletarischen Revolution eingetreten ist; zugleich wachsen die Elemente der sozialistischen Wirtschaft an der entscheidenden Industriefront; es tritt eine Besserung an der Ostfront ein, die letzten Endes die Sache entscheidet, zugleich entstehen aber Schwierigkeiten. Wir müssen den Produktivkräften unseres Dorfes Tür und Tor öffnen. Wir sehen die Gefahren, die mit den Zugeständnissen an die Dorfreichen verbunden sind und wir nehmen unseren Kurs keinesfalls auf den Kulak, sondern auf das ganze Dorf, unser Kurs ist der Kurs der sozialistischen Industrie auf das breite Bauernfeld.

Wenn wir das den Bauern sagen und sie sich davon überzeugen werden, daß dies wahr ist, dann wird unsere Partei, die heute noch im Dorfe schwach ist, dort festen Fuß fassen. Dann werden wir den Mittelbauern erobern. Und wenn wir den Mittelbauern für uns gewonnen haben, dann werden wir bei der völligen Einmütigkeit der Arbeiterklasse und der stählernen Einheit der RKP unbesiegbar sein.

*

Die schulpolitische Lage Deutschlands und die Aufgaben der kommunistischen Lehrer

Von Fritz Ausländer.

Am 6./7. Juni d. J. haben die kommunistischen Lehrer Deutschlands ihre Reichskonferenz die vierte seit Bestehen der Partei, abgehalten und in gründlicher Aussprache über die wichtigsten Fragen ihres Arbeitsgebiets die Richtlinien für die weitere Arbeit festgelegt.

In dem einleitenden Referat über „Schulpolitik und Kommunistische Partei“ konnte der Referent von der Resolution des letzten Zentralausschusses ausgehen, in der nachdrücklich auf die wichtige Funktion hingewiesen ist, die für die Reaktion und ihre nationalistisch-monarchistischen Ziele die Schule ausübt. Daraus folgt, daß die Partei – mehr als bisher – ihr Augenmerk auf den Abwehrkampf gegen die Schulreaktion richten und Kräfte und Mittel dazu bereitstellen muß. Der Kampf um die Schule muß von der Partei organisiert und in die allgemeine bolschewistische Kampffront eingegliedert werden.

Es ist bedauerlich, daß unsere Redner und Publizisten sich bei der Kennzeichnung der Ebert-Hindenburg-Republik meist den Nachweis entgehen lassen, wie der Unfruchtbarkeit und Rückwärtsrevidierung eine genaue Parallele auf dem Gebiete der Kultur, insbesondere der Schule und Erziehung, entspricht. Die vor der Reichspräsidentenwahl im Viva-Verlag veröffentlichte Broschüre „Der Kampf um die Schule“ füllt hier eine merkbliche Lücke unserer Parteiliteratur aus. Es ist sonst das Merkmal von Revolutionen, daß sie bislang gebundene kulturelle Kräfte entbinden, und Rußland ist auch hier das große gegenwärtige Beispiel. Die völlige Stagnation der Schulreformbewegung und Schulgesetzgebung ist dagegen der deutliche Beweis für die innere Hohlheit und Schwäche des republikanischen Deutschland, dem eben die „Klassenseele“ des Proletariats und damit jede wahrhafte geistige Zeugungskraft fehlt. Man muß beispielsweise die Berliner Tagung der Gemeinschaftsschulen Deutschlands zu Ostern dieses Jahres erlebt haben, um einen Begriff [494] davon zu bekommen, daß diese „Bewegung“ sich nur noch im Kreise um sich selbst dreht: Was an ihr für die alte bürgerliche Volksschule verdaulich ist – ein bißchen Basteln, ein bißchen weniger Pauken, ein bißchen weniger Kaserne nach innen und außen – das assimiliert sich diese alte Schule, ohne damit in ihrem Wesen als Klassenorgan der kapitalistischen Gesellschaft verändert zu werden. Die „Entschiedensten Schulreformer“ um Paul Oestreich sind trotz krampfhafter revolutionärer Trompetentöne drauf und dran, den Kulturdünger für die famose Börlitz-Beckersche „Reform“ der Höheren Schulen abzugeben, die auf eine geschickte Konservierung des höheren Bildungswesens hinausläuft. Von dem Gros der sogenannten „weltlichen“ Schulen kann man nur feststellen, daß sie – von wegen Kirchenzugehörigkeit ihrer Lehrer bis zu 95 Prozent – nicht einmal „weltlich“ sind, daß sie bei ihrem offiziellen Bekenntnis zur „neutralen Erziehung“ die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins nicht gerade fördern und daß jedenfalls der echt sozialdemokratische Traum, von hier aus zur Weltlichkeit des Gesamtschulwesens zu gelangen, ausge-

träumt ist. (Was nicht hindert, daß die sozialdemokratischen Magier ihn vor den Massen hartnäckig weiter träumen.)

Es ist hier wie überall: alle für das Proletariat günstigen Bestimmungen und Verheißungen der Reichsverfassung sind bedrucktes Papier geblieben: Einheitlicher Schulaufbau, Lehrbildung auf höheren und Hochschulen, Unentgeltlichkeit der Lernmittel, Erziehungsbeihilfen für Minderbemittelte, Aufhebung der Privatschulen, Arbeitsunterricht, Freiwilligkeit des Religionsunterrichts, Erziehung im Geiste der „Völkerversöhnung“. Dagegen sind alle reaktionären Keime zur üppigsten Entfaltung gekommen: Der Einfluß der Kirche auf die Schule, gewährleistet namentlich durch die Artikel 146 und 149, ist noch immer im Wachsen, und so hübsche „harmlose“ Bestimmungen wie die über die staatsbürgerliche Erziehung, über Erziehung im Geiste des „deutschen Volkstums“ und über die Schonung der „Gesinnung Andersdenkender“ sind zu Brutstätten des Hindenburg-Geistes und zu Fußangeln und Zuchtruten für Kommunisten geworden, die in wachsender Zahl – in Thüringen allein gegen 40! – aus dem Schuldienst entfernt werden.

In jüngster Zeit ist nun das Stadium der Sabotage und inneren Unterminierung aller republikanischen Einrichtungen, Erlasse usw. durch den planmäßigen **Generalangriff auf die letzten Ueberreste des „Novemberverbrechens“** abgelöst worden. Die vierjährige Grundschule, tatsächlich durch das Zirkel- und Privatschulwesen der Bourgeoisie durchlöchert wie ein Sieb, ist durch das Gesetz über die Begabtenauslese nach drei Jahren in ihrem Kern verfälscht: sie ist jetzt durchlässig für die Kinder mit der guten Kinderstube, die dabei neben: der schnelleren Absonderung von den Proletenkindern ein Jahr Schulausbildung sparen. Zugleich ist damit die Konservierung der neunjährigen höheren Schule erreicht. So sprengt hier sehr eindrucksvoll das Bedürfnis der herrschenden Klasse die demokratische Verfassungsform, trotz aller Proteste der betrüben liberalen und sozialdemokratischen Lohgerber.

Zur gleichen Zeit wird die Schule der Republik ein Raub der wieder erstarkten Kirche. Das Bürgertum, in seiner Herrschaft vom Proletariat bedroht, kann es sich keineswegs mehr wie in der Maienblüte seiner revolutionären Jugend leisten, gegen den mittelalterlichen Herrgott und seine priesterlichen Stellvertreter zu revoltieren, sondern braucht die Hilfe dieser feudalen Mächte zur Verstärkung seiner Polizeigewalt. Andererseits treibt das vorläufige Mißlingen des revolutionären Ansturms die haltlosen Kleinbürger wieder in den sicheren Schoß des autoritären Glaubens und der autoritären Moral zurück. So erleben wir die Restauration des Kirchentums und des religiösen Denkens bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein. (Vergl. Deborin: „Des Revisionismus letzte Weisheit“ in Heft 1 des „Banner des Marxismus“.)

[495] Der entscheidende gesetzgeberische Akt ist bereits durch das Konkordat des bayerischen Staates mit dem päpstlichen Stuhle und die Verträge der evangelischen Landeskirchen Bayerns und der Pfalz erfolgt (Ratifikation im Januar d. J.). Dieses Konkordat erfüllt so gut wie restlos die Wünsche des katholischen Clerus gegenüber Staat und Schule, wie sie die deutsche Bischofskonferenz vom Jahre 1920 aufstellte. Ohne in die interessanten Einzelheiten zu gehen, sei hier festgestellt: Die Schule in all ihren Einrichtungen wird der Kontrolle der Kirche ausgeliefert. Der Staat muß zahlen und gegen „beanstandete“ Lehrkräfte den Büttel machen. Die Regelung der Lehrerbildung wird bereits dem Reichsschulgesetz, auf das man seit sechs Jahren wartet, vorweggenommen: sie erfolgt getrennt nach Konfessionen; Vertreter der Kirche sitzen in den Prüfungskommissionen. Vorweggenommen wird auch die Zulässigkeit von einklassigen konfessionellen Volksschulen. So sind bereits dem kommenden Reichsschulgesetz, dessen Zustandekommen bisher wegen des labilen Gleichgewichts der Kräfte von rechts und links sabotiert wurde, die Wege vorgeschrieben: Konfessionelle Lehrerbildung, Vorrang der konfessionellen Schulen, restlose Auslieferung der Schulen an die Kontrolle der Kirchen. Ob dann noch zum Troste sanfter sozialdemokratischer Kulturspießer ein paar „weltliche Schulen“ weiter vegetieren dürfen, ist belanglos. Selbstverständlich leistet die Kirche des „Reformators“ Luther nicht etwa Widerstand, sondern sie beteiligt sich, schon um nicht selbst zu kurz zu kommen, an dem Raube: die Einheitsfront der kirchlichen Reaktion gegen das freidenkerische klassenbewußte Proletariat ist nie stärker als in dem Mantelgesetz zum Ausdruck gekommen, daß die Verträge mit beiden Kirchengesellschaften in christlicher Liebe umschließt.

Die Ableger der Luther-Regierung in den anderen Einzelstaaten arbeiten in derselben Richtung. Wir erwähnen nur das reaktionäre Schulaufsichtsgesetz des Ministers Kaiser in Sachsen, wo doch noch immer Sozialdemokraten „regieren“, die Wiedereinführung der Prügelstrafe in Thüringen (dringend gefordert vom Thüringer Lehrerverein!). Das sind die kulturellen Früchte, gewachsen auf dem durch die Reichsexekutionen vom Herbst 1923 umgepflügten Boden.

Zu diesen schweren Schlägen wird die wirtschaftliche Not, wie sie durch Zoll- und Steuerge-
setzgebung die Massen treffen wird, das proletarische Kind besonders heimsuchen. Es ist über die-
ses Kapitel „Kinderelend“ seit der „Stabilisierung“ etwas still geworden. Wir brauchen um Stoff zur
Agitation leider für die Zukunft nicht bange zu sein und müssen nur Sorge tragen, daß überall die
Not des proletarischen Nachwuchses bekannt wird, die christlichen und nationalen und – eine be-
sondere Spezies – die pädagogischen Heuchler entlarvt werden und wir die Massen auch von dieser
Seite her packen und mobilisieren.

Nichts ist widerwärtiger als die aus Heuchelei und heuchlerischen Versuchen zur Scheinopposition
gemischte Haltung der Sozialdemokratie. Ihre Schuld liegt hier so klar zu Tage, daß die sozial-
demokratische Jugend, die Lehrer und Freidenker sich zum großen Teil in Opposition gegen die
Parteileitung und deren eingefleischte Einpauker in den Ortsgruppen befinden. Freilich eine Oppo-
sition wie überall sonst, die krampfhaft sich an der Erkenntnis vorbeidrückt, daß alle Versuche, die-
se Partei auf den Boden einer klaren und entschiedenen Klassenkampfaktik zurückzuführen, Ver-
suche am untauglichen Objekt sind. Die sozialdemokratischen Drahtzieher verstehen es übrigens
ausgezeichnet, diese Opponenten und Kritiker zwar ruhig ihre Meinung sagen und schreiben zu
lassen, sie aber zugleich innerhalb des Parteiapparates kalt zu stellen. Besonders gefährlich sind
jedoch die sogenannten „linken“ Intellektuellen wie Löwenstein in Berlin, Arzt in Dresden, die es in
Anlehnung an die Austromarxisten ausgezeichnet verstehen, „theoretisch“ sich der marxistischen
Terminologie („Klassenerziehung!“) zu bedienen, aber praktisch jedem ernsthaften Konflikt mit
ihrer Partei auszuweichen und die Probleme durch Mißbrauch der revolutionären Dialektik zu ent-
materialisieren.

[496] Konkret spitzt sich die Schuld der Sozialdemokratie auf zwei Punkte zu: Sie hat, als sie noch
die Macht in Händen hatte, nicht den Schulbeamten- und Lehrkörper gesäubert, und sie hat mit dem
Zentrum (und den Demokraten) das Weimarer Schulkompromiß hauptsächlich Artikel 146 bis 149
der Reichsverfassung geschlossen und hält auch heute noch an diesem Kompromiß fest. Die Folge
ist jenes sattsam bekannte Doppelspiel: Parlamentarischer Kuhhandel und Scheinopposition vor den
Massen. Es ist aber kaum eine gründlichere „Entlarvung“ denkbar, als wie sie durch die Marx-
Kandidatur und die Preußenpolitik bereits erfolgt ist. Während im bayerischen Landtag das Kon-
kordat verhandelt wurde und die Sozialdemokratie Opposition mimte, marschierten Zentrum und
Sozialdemokratie gemeinsam unterm Reichsbanner in die Wahlschlacht vom 6. Dezember. Die So-
zialdemokratie protestiert und interpelliert im Reichstag wegen Verfassungswidrigkeit des bayeri-
schen Konkordats, und kein anderer als der Reichspräsidentenskandidat der Linken, Herr Wil-
helm Marx, hat als Reichskanzler der bayerischen Regierung bestätigt, daß das Konkordat der Ver-
fassung nicht widerstreite.

Es ist doch etwas viel, was diese Partei ihren proletarischen Anhängern in der letzten Zeit zugemu-
tet hat: Da hält der „Arbeiterpräsident“ Ebert am 4. August vorigen Jahres Kriegsgedenkfeier ab,
von katholischen und evangelischen Pfaffen flankiert; er läßt sich – offenbar nie aus dem Schoße
der Mutter Kirche ausgeschieden – mit allem kirchlichen Zeremoniell bestatten. In Berlin beteilig-
ten sich die „Religiösen Sozialisten“ im Winter an den Kirchenwahlen. Herr Marx verkündete als
preußischer Ministerpräsident von der SPD Gnaden die „Schule müsse den Geist wahren Christen-
tums lebendig machen,“ und neben ihm thronte, ohne zu erröten, Herr Severing, der neuerdings
vor Gericht die religiöse Eidesformel schwört.

Und als die Freidenker und die weltlichen Lehrer eine Volksabstimmung für die „weltliche Schule“
ins Werk setzen wollen, da lehnt der sozialdemokratische Parteivorstand mit der Begründung ab,

das Görlitzer Programm – „Religion ist Privatsache“ – verpflichtete die Partei zu religiöser Neutralität, und sie müsse daher ablehnen, sich für eine bestimmte Schulgattung einzusetzen!

Ueber all dem ist dann ein Teil der Freidenker rebellisch geworden. Den Ausschlag gab die Zustimmung, für Pfaffen-Marx bei der Präsidentenwahl zu stimmen. Was der olle ehrliche Adolph Hoffmann fertig brachte, im Wortsinn zu Kreuze zu kriechen, ging alten Freidenkern, die noch nicht Bebels Wort, daß sich Sozialismus und Christentum wie Feuer und Wasser scheiden, vergessen hatten, wider die Natur. In Berlin wurde Adolph aus dem Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft Freigeistiger Verbände“ herausgedrängt, in Thüringen und in Württemberg tobt ein heftiger Richtungsstreit, in Sachsen vor allem, wo der Vorstand der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ resolut die Parole gegen Marx herausgab, gaben Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern bei der Wahl ihre Stimme nicht den Linksblock-Jesuiten, sondern stimmten für Thälmann oder blieben zu Hause. Jetzt ist, wie Vorgänge in Thüringen, Sachsen, Süddeutschland zeigen, die SPD daran, rücksichtslos, bevor es zu spät ist, in den Freidenkerorganisationen die Kommunisten aus den Funktionärstellungen zu werfen oder die Bewegung zu spalten.

*

Es muß rücksichtslos ausgesprochen werden, daß die Partei auf diese schulpolitische Situation erst spät und dann sehr unzulänglich reagiert hat. Das wird gesagt, nicht um die Schuldfrage aufzuwerfen, sondern um auch auf diesem Gebiet zur „Bolschewisierung“ der Partei zu gelangen.

Es sind drei Funktionärgruppen, die in erster Linie zur Führung des Schulkampfes berufen sind: Elternräte, Kindergruppenleiter und Lehrer. In ihnen und durch sie muß sich die Verbindung der Partei mit den Massen vollziehen. Da ist nun festzustellen, daß die 1919 [497] mit viel Lärm und Hoffnung ins Leben gerufenen Elternräte so gut wie tot sind. Durch den Hänisch'schen Erlaß vom November 1919 auf ganz unbedeutende Funktionäre noch nicht einmal von dem Ausmaß der Betriebsräte beschränkt, haben sie es selbstverständlich in der Periode der Revolution auch nicht fertiggebracht, ihre Befugnisse über das dürftige Recht der „Wünsche und Anregungen“ zu erweitern. Die Reaktion weiß die Schule bei Lehrer- und Schulaufsichtsbeamten wieder in zuverlässigen Händen, die Sozialdemokratie treibt mit ihren Elternräten ödeste spießhafteste Reformerei, die am besten in ihrer kleinbürgerlichen Beschränktheit und grundsätzlichem Verzicht auf revolutionäre Haltung durch die Stichworte „Harmonie zwischen Schule und Haus“ gekennzeichnet wird. Der tiefste Grund aber für das völlige Versacken der Elternratsbewegung liegt jedoch darin, daß der Gedanke der Oberhäupter der (kleinbürgerlichen) Familie am Schulregiment zu beteiligen, überhaupt nicht proletarisch-revolutionär ist. Eine kurze Zeitspanne durch die allgemeine Bewegung mitgerissen, enthüllten sie sofort, als die Reaktion einsetzte, alle Instinkte und Tendenzen, die auch sonst aus der Familiensphäre hemmend in die proletarische Bewegung eindringen. Die Elternräte müssen daher ganz besonders unter strikter Kontrolle der Partei gestellt werden. Man hat sich aber gerade um ihre Arbeit zu wenig bekümmert. Der leitende Gesichtspunkt ihrer Arbeit müßte aber überhaupt nicht die Ausübung der legalen Funktionen sein, sondern sie hätten sich in erster Linie als Kontrollorgane der Partei innerhalb der Schule zu betätigen, eine Tätigkeit, die übrigens auch von Genossen ausgeübt werden kann, die nicht Elternräte sind.

Vor allem müssen sie aufs engste mit den Kindergruppen und deren Leitern und den Lehrern zusammenarbeiten. Und gerade daran hat es bislang fast überall gefehlt. Der Jung-Spartakus-Bund ist durchaus auf der Plus-Seite der kommunistischen Bewegung zu buchen. Hier ist rücksichtslos mit der sozialdemokratischen Tendenz der Kinderpflege („Kinderfreunde“) gebrochen; der JSB hat praktisch Ernst gemacht mit der Erkenntnis, daß schon das proletarische Kind in seiner Art und seinem Lebenskreise Klassenwesen und Klassenkämpfer ist und daß sein Kampffeld in erster Linie die Schule von heute ist. Heute steht die ganze reaktionäre Meute einschließlich der Sozialdemokraten mit Wut und Erbitterung bereit, diesem jüngsten proletarischen Frontabschnitt schnell den Garaus zu machen. Und den Gegnern wird das gelingen, wenn nicht die innigste solidarische ebenso kluge wie tapfere Zusammenarbeit zwischen kommunistischen Elternräten, Lehrern und Kindergruppen

überall durchgeführt wird. Die organisatorische Zusammenfassung (unter einheitlichen grundsätzlichen und taktischen Richtlinien) dieser drei Gruppen muß in der Zukunft die Grundlage für unseren Schulkampf bilden. Weil heute erst die Ansätze dazu in einigen Gebieten vorhanden sind, war die Erwiderung auf die ersten Schläge der Luther-Regierung gegen die Schule so überaus schwach. Wenn der kommende Kampf um die Lehrerbildung, um das Reichsschulgesetz gegen Kinderelend mehr als ein parlamentarisches Gezänke werden soll, wenn er Widerhall in den Massen finden soll, so nur dadurch, daß unsere Eltern, Lehrer und JSB-Leiter in jeder Schule für Widerhall und Widerstand sorgen. Dazu ist notwendig eine vertiefte und umfassendere Einstellung unserer Parteipresse auf alle Schul- und Erziehungsfragen; Forderungen dieser Art erhob die Reichskonferenz der Lehrer nachdrücklichst.

Wie bisher diese drei Schulfunktionäre getrennt dahinlebten, ohne lebendige Verbindung untereinander und mit der Partei, so kümmert auch die Freidenkerbewegung die Partei zu wenig. Es ist keineswegs leicht, das Versäumte plötzlich nachzuholen. Und es kann namentlich auch nicht geleugnet werden, daß einzelne Kommunisten ganz lustig im Fahrwasser des SPD-Freisinns plätscherten und Adolf Hoffmann bis heute für einen Mordskerl hielten. Weit verbreitet ist auch in der Partei die Anschauung, daß die Freidenkerbewegung durchaus nicht wie die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Verhältnis zur Partei zu bewerten sei und daß [498] es daher z. B. nicht statthaft sei, die Jugendweihen der Partei für Jugendweihen der Freidenker auszugeben. Aber wenn hier auch noch in unseren Reihen Meinungsverschiedenheiten bestehen, so hat sich doch die Erkenntnis elementar durchgesetzt, daß bei den Freidenkern doch große Massen des Proletariats organisiert sind, die wir nicht einfach der Sozialdemokratie überlassen dürfen. Wir kommen hier an die Massen von einer Seite heran, die uns sonst schwer zugänglich ist. Und selbstverständlich müssen wir alle Spaltungsabsichten der SPD durchkreuzen. Gelingt es uns, die Freidenkerbewegung ins Fahrwasser des klaren atheistischen Bekenntnisses und des Klassenkampfes zu steuern, so werden wir für die Erziehung der Massen zum Klassenbewußtsein ein wertvolles Hilfsmittel gewonnen haben. Die Auswirkungen werden wir in den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse spüren.

Wenn wir so mit aller Schärfe die Organisation der Verbindung unserer Schulfunktionäre untereinander und mit den Massen als das nächste und dringendste Ziel voranstellen, so setzt das die klarste Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie voraus. Wir können feststellen, daß das sichere Gefühl dafür, was kommunistische und was sozialdemokratische Einstellung in Schul- und Erziehungsfragen ist, unter den Lehrern gewachsen ist. Das zeigte beispielsweise die Einmütigkeit der Reichskonferenz in der Stellung zur weltlichen Schule. Während in früheren Jahren in unsern eigenen Reihen sich Stimmen bemerkbar machten, die grundsätzlich die heutigen „weltlichen“ Schulen als begrüßenswerte proletarische Errungenschaften hinstellten, sind diese sozialdemokratischen Anschauungen heute verstummt; der Standpunkt der Zentrale hat sich durchgesetzt, daß einzelne „weltliche Schulen“ keinen Weg zur Weltlichkeit des Gesamtschulwesens darstellen, daß sie das Proletariat spalten und die besten Kräfte isolieren, ohne für die klassenmäßige proletarische Erziehung etwas Nennenswertes zu leisten. Es wird nach wie vor die Aufgabe der Partei sein, durch Stellung entsprechender Forderungen diese Schulen, die Schoßkinder der SPD und ihre Verteidiger zu „entlarven“ und die Illusionen der Arbeiter zu zerstören. Es bestand aber auch Einmütigkeit der Lehrer darüber, daß die bestehenden „weltlichen“ Schulen gegen einen direkten Angriff der Reaktion verteidigt werden müßten. Verteidigt freilich nicht durch Nachweis ihres nationalen und „neutralen“, d. h. der Bourgeoisie ungefährlichen Charakters, wie das die SPD tut, sondern umgekehrt durch Mobilmachung ihrer gebundenen und verhüllten proletarischen Kräfte. Hier wird es in nächster Zeit darauf ankommen, den Einfluß der „linken“ Jungsozialisten, zu denen auch viele sozialdemokratische Lehrer gehören und die auf Max Adler und den Göttinger Philosophen Nelson schwören, zu brechen.

Auch hier wie in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen müssen wir den liberalen und sozialdemokratischen Republikanern ganz bestimmte Kampfesforderungen zuschieben, bei deren sicherer Nichterfüllung sich das Wesen dieser Helden enthüllen muß. Der Aufruf, den die Reichskonferenz an die deutsche Lehrerschaft hat hinausgehen lassen, ist ein erster Schritt

auf diesem Wege. Wir werden diese Forderungen zum Kampf gegen die Schulreaktion, gegen die auch der Deutsche Lehrerverein große Worte macht, konkretisiert. Freilich, man darf sich nicht der Illusion hingeben, als sei da noch sehr viel zu „entlarven“. Die Lehrerschaft weiß recht gut, daß sie trotz ihrer stolzen Organisationen ohnmächtig ist. Sie weiß, daß der Deutsche Lehrerverein eben erst auf seiner Reichstagung in Hamburg durch die Vertagung der Erörterung der Religionsunterrichts- und Weltanschauungsfrage vor dem Angriff der Kirchen feige gekniffen hat. Augenblicklich sind von uns keine sichtbaren Erfolge zu erzielen. Aber wir können den Boden unterminieren, auf dem dieser Koloß steht.

Die Lehrerkonferenz war sich des ungeheuren Umfangs und der Größe der schier erdrückenden Aufgaben voll bewußt. Sie war sich aber auch darüber klar, daß die Partei die Arbeit der Lehrer heute mehr als je [499] braucht, weil sich ihre speziellen Aufgaben mit denen der Gesamtpartei an entscheidenden Punkten eng berühren. Reaktionäre Gefahr seitens der Nationalisten und Monarchisten, Mittelstands- und Intellektuellenpropaganda (ein Hauptproblem der Revolution in Westeuropa), endlich die soziale Lage des proletarischen Kindes, das sind die Schnittpunkte zwischen den Aufgaben der Gesamtpartei und der komm. Lehrer im besonderen. Unser Ehrgeiz ist es, in diesem Sinne der Arbeiterklasse und ihrer Partei nützliche und unentbehrliche Diener zu sein.

*

Die zweite Reichstagung des marxistisch-leninistischen Zirkels. (Schluß.)

Bürgerliche Demokratie und Proletariat.

Lz. Wir wollen hier die Gedankengänge des Referenten etwas eingehender darlegen, weil dies die am meisten umstrittene Frage war.

Die Sozialdemokratie vor dem Kriege stellte die Forderungen der bürgerlichen Demokratie in den Mittelpunkt ihres politischen Kampfes. Marx und Engels kritisierten das politische Programm der Sozialdemokratie einesteils deshalb, weil in ihm der entscheidende Punkt, in dem das Proletariat über die bürgerliche Demokratie hinausgeht, die Diktatur des Proletariats als der notwendige Uebergang zum Sozialismus, fehlte, andererseits aber auch deshalb, weil selbst die bürgerlich-demokratischen Forderungen sich nicht konsequent-revolutionär gegen den bestehenden reaktionären Staat richteten. Man hätte gerade gegenüber dem halbabsolutistischen preußisch-deutschen Staat die Forderung der demokratischen Republik aufstellen müssen. Es war in dieser Epoche also keineswegs falsch, für bürgerlich-demokratische Forderungen zu kämpfen, falsch war nur, daß diesem Kampf die klare, konsequente, revolutionäre Perspektive fehlte.

In seiner Kritik der Junius-Broschüre Rosa Luxemburgs lehnt Lenin das dort aufgestellte Programm der großdeutschen Republik ab, weil in der Zeit der schwersten Krise des internationalen Kapitalismus, die durch den Weltkrieg heraufbeschworen wurde, bereits die Losungen der proletarischen Diktatur und des Sozialismus auf der Tagesordnung standen. Selbstverständlich wäre es auch heute krasser Opportunismus, wenn wir es uns einfallen lassen wollten, an die Stelle der proletarischen Diktatur eine „wahre“ demokratische Republik als Kampfziel zu setzen. Wir müssen aber bedenken, daß heute, in der Zeit der vormarschierenden monarchistischen Reaktion, die proletarische Diktatur nur eine Propagandalosung ist, aber keine aktuelle Kampfparole, die die Massen in die Richtung der proletarischen Revolution in Bewegung bringt. Dies ist gerade durch unsere konsequent-demokratischen, antimonarchistischen Kampfforderungen zu erreichen, die infolge der gesamten Situation in proletarisch-revolutionäre Forderungen umschlagen. Jede ernsthafte Kampflosung gegen die Monarchisten (z. B. Auflösung der Reichswehr) ist zugleich eine Kampflosung gegen diese monarchistische Hindenburg-Republik. Die Propaganda und Agitation für solche Forderungen stärkt nicht den „republikanischen“ Schwindel der demokratischen Bourgeoisie und der SPD, sondern zerstört ihn und hilft uns, das Bündnis zwischen Proletariat und Kleinbürgertum unter der Führung des Proletariats zu organisieren.

Man darf die Frage des Verhältnisses der proletarischen Partei zu den Parteien und Klassen, die auf der Seite der bürgerlichen Demokratie stehen, nicht so schematisch behandeln wie manche oppositionelle Genossen, die erklären: Wo die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gehen wir mit ihr, in Europa unter den Bedingungen des Imperialismus tritt die Bourgeoisie [500] nicht mehr revolutionär auf, also können wir mit ihr nicht zusammengehen.

Dagegen ist daran zu erinnern, daß es „die Bourgeoisie“ in diesem Sinne nicht gibt, sondern die Großbourgeoisie, die dem Proletariat als Todfeind gegenübersteht, und die Kleinbourgeoisie (vor allem die Klein- und Mittelbauern), die zum Teil vom Proletariat gegen die Großbourgeoisie, gegen das Finanzkapital gewonnen werden können und müssen. Diese kleinbürgerlichen Schichten schwanken zwischen Revolution und Konterrevolution. Sie werden an die reaktionäre Bourgeoisie gerade dadurch gefesselt, daß deren „republikanisch-demokratischer“ Flügel einen Scheinkampf gegen den offen reaktionären Flügel führt. So schleppt gegenwärtig der linke Flügel der Bourgeoisie, Zentrum, Demokraten und SPD, die großen Massen der Arbeiter und zum Teil der Kleinbürger hinter sich her, ohne die wir die Bourgeoisie niemals schlagen werden. Dadurch ist unsere taktische Aufgabe bestimmt.

Die bürgerlichen „Republikaner“ und „Demokraten“ schlagen wir am besten, wenn wir von ihnen verlangen, daß sie Republikaner und Demokraten sein, also die Monarchisten und Reaktionäre bekämpfen sollen. Dazu bieten wir ihnen jede mögliche Hilfe an. Der Erfolg ist, daß sie offen zeigen müssen, wie sie nicht daran denken, auf die Freundschaft mit den Monarchisten zugunsten unserer „Unterstützung“ zu verzichten. Dies ist ein Mittel, um die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen, die heute noch voll bürgerlicher Illusionen sind, die aber durch ihre Klassenlage immer mehr zum Kampf gegen das Finanzkapital und seine politischen Agenten gezwungen werden, auf unsere Seite, unter unsere Führung zu bringen.

Die „radikalen“ Opponenten haben diese einfachen Gedankengänge so wenig begriffen, daß sie uns vor der Koalition mit den bürgerlichen Republikanern warnen zu müssen glauben, daß sie uns darüber belehren, daß diese Republikaner gar nicht an den ernsthaften Kampf gegen die Monarchisten denken. Genosse Schumann z. B. mutete dem Genossen Maslow allen Ernstes die Meinung zu, daß solche kleine Reformen, wie Entwaffnung der Reichswehr, im Parlament mit Hilfe des Zentrums, der Demokraten und der SPD beschlossen werden könnten.

Die Ultralinken fassen den Gegensatz von bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur ganz abstrakt, schematisch auf, die proletarische Diktatur als die reine Negation der bürgerlichen Demokratie. Sie verstehen nicht den Gedanken Lenins von „jener interessanten Grenze, wo die konsequente Demokratie auf der einen Seite sich in Sozialismus verwandelt und auf der anderen Seite den Sozialismus erfordert.“ Insbesondere muß man begreifen, daß die demokratischen Forderungen desto eher in revolutionär-demokratische umschlagen, je mehr die Bourgeoisie im Zeitalter des Niederganges, am Ende der imperialistischen Epoche, wo sie von den schwersten Krisen bedroht ist, gezwungen wird, die Demokratie auch für das Bürgertum auf ein Minimum einzuschränken. In einer solchen Situation (wie in Deutschland unter dem Dawesplan, angesichts der monarchistischen Reaktion) können revolutionär-demokratische Forderungen in Verbindung mit den sozialen Forderungen des Proletariats und der vom wirtschaftlichen Ruin bedrohten Mittelschichten zu einem Hebel der Volksbewegung gegen den Imperialismus werden.

Wenn die Kommunistische Partei die Führung dieser Bewegung gewinnen soll, muß sie sich nicht nur restlos vom Opportunismus befreien, der sie zum Anhängsel der Bourgeoisie machen würde, sondern auch von den leeren, abstrakten, ultralinken Scheinradikalismus, der sie von den Massen isoliert und in die Rolle eines passiven Kritikers und Propagandisten versetzt. Diese Erkenntnis wird zum Allgemeingut der Partei werden, wenn sie sich das Verständnis der in unserem marxistisch-leninistischen Zirkel durchgearbeiteten Probleme aneignet. [501]

*

Diskussion.

„München 1919“ und die Parteigeschichte

h. r. Gibt es eine Brücke zwischen der Vergangenheit, der Geschichte unserer Partei bis zur Oktoberniederlage 1923 und ihrer darauf folgenden Bolschewisierung, die einsetzte, in dem Momente, als die frühere Linke die Führung übernahm und die in den Beschlüssen des 5. Weltkongresses ihren theoretischen Ausdruck fand? Werden gewisse Genossen jemals die Bolschewisierung begreifen?

Zu dieser Frage veranlaßt der Nachruf des Genossen Ernst Meyer, den er in Heft 6 der Internationale dem Gedächtnis des Genossen Eugen Leviné widmete.

Wenn Genosse Ernst Meyer die Zukunft der Partei verkörpern würde, so würde man sich versucht fühlen, diese Frage glatt zu verneinen ... So aber kann es sich nur darum handeln, die unbolshewistische Tendenz festzunageln, die sich hinter seinen Ausführungen verbirgt.

Es ist das in diesem Falle eine schmerzliche Aufgabe, da sie einen unserer besten Toten – Eugen Leviné – in dem Mittelpunkt der Debatte stellt.

Wir gehen darum zwar einig mit Ernst Meyer, wenn es gilt, Eugen Leviné sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft der Partei als einen unserer Besten zu reklamieren. Aber nicht einverstanden dürfen wir sein, wenn dies zum Zweck einer Revision der Ergebnisse des 5. Weltkongresses geschieht.

Das aber ist der Sinn der Ausführungen des Genossen Ernst Meyer. Wir nehmen denn auch zu seinen Gunsten an, daß er selbst nicht weiß, wie sehr er durch diese Ausführungen die Partei tatsächlich hinter die endlich beschrittene Etappe ihrer Bolschewisierung wieder zurückzuschleudern versucht.

Die Ausführungen des Genossen Meyer atmen einen Geist, als ob sich seit den Tagen des weißen Terrors in München 1919 im Wesen der Partei grundsätzlich überhaupt nichts geändert hätte. Würde dies zutreffen, dann wäre es begreiflich, von einer „im Großen und Ganzen guten Haltung unserer Organisation“ im jener Zeit zu sprechen. Immerhin wäre ein solches Lob noch zu billigen, wenn man nur die furchtbaren Opfer im Auge hätte, die die Partei in jenen Tagen heldenhaft getragen hat, d. h. wenn man nur diese Opfer anlegen würde als Maßstab zur Beurteilung dessen, was wir unter den Begriffen Partei und Organisation verstehen.

Aber wir sind bekanntlich über das Heroenstadium der Parteientstehung hinaus. Wir besitzen seit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses einen ganz bestimmten und unzweideutigen Maßstab, bei Urteilen nicht nur über die Partei und Organisationen überhaupt, sondern auch über die Haltung der Partei in der Vergangenheit bis zum Oktober 1923 im Besonderen. Es ist demnach eine Sache, wenn man von Organisation spricht vor der Oktoberniederlage 1923 und es ist eine andere Sache, wenn man davon spricht nach der Oktoberniederlage und seit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses. Es ist eine Sache, wenn man über Aufbau der Partei spricht, vor der Oktoberniederlage 1923, und wenn man davon spricht, seit der Oktoberniederlage.

Von diesen ABC-Wahrheiten der Bolschewisierung der KPD nimmt aber Genosse Meyer nicht die leiseste Notiz. Für ihn ist Aufbau der Partei und Organisation vor 1923 ganz genau dasselbe, wie seit 1923. Er ist der Anschauung, daß auch der Spartakusbund „am Aufbau der Partei gearbeitet hat“ und daß der Aufbau der Partei „erst im Herbst 1919 durch die von Paul Levi beliebte Art der Spaltung von der KPD ins Wanken kam.“

Wir sind nun allerdings einer Meinung mit dem Genossen Meyer über die parteischädigende Tätigkeit des Renegaten Paul Levi, aber wir [502] hätten es doch begrüßt, wenn Genosse Meyer sich etwas näher darüber ausgelassen hätte, worin er den Unterschied sieht zwischen der von Levi „beliebten Art der Spaltung von der KAP“ und der Haltung der übrigen verantwortlichen Genossen des Spartakus-Bundes, zu denen in jener Zeit doch auch der Genosse Ernst Meyer gehörte. Denn durch die Darstellung Meyers wird der Eindruck erweckt, als hätten grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestanden zwischen dem damals im Spartakus-Bund führenden Paul Levi und den übrigen Genossen in dem Fragen des Parteaufbaues. Leider ist uns davon bis heute nicht das Geringste bekannt.

Bis jetzt wissen wir nur aus der geschichtlichen Vergangenheit und den Dokumenten des Spartakus-Bundes, daß in den Fragen des Parteaufbaues zwischen Paul Levi und den anderen führenden Genossen – u. a auch Ernst Meyer – keinerlei Differenzen bestanden haben. Diese Einheit erstreckt sich sogar auf alle führenden Genossen des Spartakus-Bundes, auch die Genossin Rosa Luxemburg nicht ausgenommen. Wir denken z. B. nur an eine bezeichnende Stelle aus der Schrift der Genossin Rosa „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“, in der sie über die Organisation ausführt, daß dieselbe keineswegs der Revolution vorausgeht, sondern daß „umgekehrt die lebendige dialektische Entwicklung die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen läßt.“ (S. 46.)

Ist Genosse Ernst Meyer etwa nun der Ansicht, daß diese Auffassung der Genossin Rosa auch nur (das Geringste zu tun hat mit der bolschewistischen Auffassung vom Aufbau der Partei und ihrer Organisation?

Wir stellen an den Genossen Meyer sogar die ganz bestimmte Frage: Rückt er von dieser Stellung der Frage der Organisation der Partei heute ab oder nicht? Wenn nicht, dann ist er sichtlich mit geschlossenen Augen und Ohren an den Lehren der Oktoberniederlage, wie sie in den Beschlüssen der Komintern und der KPD über die Organisation der Partei seither zum Ausdruck kommen, vorübergegangen. Rückt er aber ab, dann widerlegt er selbst die unrühmliche Klitterung der Parteigeschichte, wie er sie in seinen Ausführungen in Heft 6 der „Internationale“ gibt. Rückt er wirklich ab von jenen falschen Auffassungen der Genossin Rosa, dann rückt er zugleich ab von den Auffassungen des Spartakus-Bundes auf diesem Gebiete. Denn die ganze Tätigkeit des Spartakus-Bundes (und der KPD bis Oktober 1923) auf dem Gebiete des Aufbaus der Partei erschöpfte sich tatsächlich in der zitierten Auffassung der Genossin Rosa. Das beweisen schlagend und Stück für Stück sämtliche Dokumente aus der Geschichte des Spartakus-Bundes und der Partei bis zur Oktoberniederlage, und es wird eine der dringendsten Aufgaben der Partei sein, hier der geschichtlichen Wahrheit nunmehr schleunigst zum Durchbruch zu verhelfen und allen Versuchen einer offenen oder versteckten Geschichtsfälschung ein für allemal die Spitze abzubrechen.

Wir greifen zunächst wieder zu einem dokumentarischen Beweis: zu einem dokumentarischen Beweis, der die Auffassung des Spartakus-Bundes über Ausbau und Organisation der Partei in konzentrierter – und man darf heute sagen abschreckender – Form widerspiegelt. Es handelt sich um den bei Weitem nicht vereinzelt etwa dastehenden Aufruf der Zentrale des Spartakus-Bundes vom 5. März 1919, in dem ausgeführt wird:

„Das Proletariat muß das Werk dieser Revolution vollenden. Es kann nicht niedergeschlagen werden durch Säbel und Kolben ... Das Proletariat ist unüberwindlich ... Es braucht nichts anderes zu tun – als nichts zu tun ...

Der Generalstreik ist die Waffe, die den todwunden Kapitalismus endgültig zu Boden schlägt ...“

Dieser klassischen Spontaneitätstheorie entgegen halte man die heutige leninistische Auffassung von der Partei als der zielbewußten organisierten Vorhut der Klasse des Proletariats!

[503] Genosse Ernst Meyer nun „unternimmt“ es, die Rolle des Spartakusbundes in den Münchener Rätetagen 1919 auf ein und dieselbe Stufe zu stellen mit einer leninistisch-bolschewistischen Rolle der Partei. Aber er benutzt in Wirklichkeit nur den Heldentod eines unserer Besten als Sprosse zu einer Entstellung der Geschichte der Partei. Er verbaut der Partei, die längst den Weg zur bolschewistischen Erkenntnis in den Beschlüssen des 5. Weltkongresses gefunden hat, erneut diesen Weg.

Wenn man diese Verzerrung der Tatsachen gelten lassen wollte, dann müßte man ihre Gültigkeit selbstverständlich beliebig verlängern – sogar bis zur Aera Brandler. Ja, Genosse Meyer selbst muß zugeben, daß, wenn der Spartakusbund diese bolschewistischen Eigenschaften, die ihm Genosse Meyer andichtet, wirklich besessen hätte, er dieselben nicht ohne weiteres wieder hätte verlieren können. Er muß zugeben, daß diese Eigenschaften dann in der weiteren Geschichte der Partei irgendwie hätten zur Geltung kommen müssen. Und zwar auch unter Brandler. Oder will Genosse

Meyer etwa gar so beiläufig unterstellen, daß sich diese von ihm gesehenen bolschewistischen Eigenschaften des Spartakusbundes auch bis zu Brandler fortgepflanzt haben??!

Worin bestanden nun jene bolschewistischen Eigenschaften, die Genosse Meyer am Spartakusbund in den Münchner Rätetagen 1919 so klar gesehen hat, während er sie als verantwortliches Mitglied der Zentrale der KPD im späteren Werdegang der Partei wieder vergessen hat, und jedenfalls nichts getan hat, um ihnen Geltung zu verschaffen?

Genosse Meyer behauptet von den Münchner Kommunisten:

„Sie hämmerten den Münchner Arbeitern die drei wichtigsten Grundsätze ein:

1. Räterepublik ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ist Illusion (entsprechend Lenins Staatstheorie),
2. SPD und USPD verraten immer – jene bewußt, diese aus Schwäche, daher gehört jeder Arbeiter in die Kommunistische Partei (Erkenntnis der Rolle der Partei),
3. die Kommunisten sind keine blanquistische Sekte, sondern übernehmen die Gewalt, wenn sie von einer kommunistischen Mehrheit wirklicher politischer Räte dazu gerufen werden. (Organisation der Revolution durch die Kommunistische Partei in engster Verbindung mit den Massen; ohne politische Arbeiterräte keine Räterepublik).“^{*)}

Nehmen wir die erste Behauptung. Genosse Meyer unterstellt hier ohne weiteres und interessanterweise in Parenthese, als ob er sich der Kühnheit seiner Behauptung doch nicht ganz gewachsen fühle: „**entsprechend Lenins Staatstheorie**“.

In der Tat? Wirklich? Entsprechend ...? Aber hatte Lenin neben der bolschewistischen Staatstheorie nicht auch eine bolschewistische Theorie über die Partei aufgestellt, jene Partei, die diese Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates überhaupt erst zu organisieren und vorzunehmen hat? Und wo war diese bolschewistische Theorie über die Partei in den Münchener Rätetagen 1919? Von der Praxis schon gar nicht zu reden! Diese Praxis fehlte eben, weil die Theorie fehlte, und damit wurde auch das „Einhämmern der leninistischen Staatstheorie“ zu einer harmlosen Beschäftigung.

Weiter:

„SPD und USPD verraten immer – jene bewußt, diese aus Schwäche; daher gehört jeder Arbeiter in die Kommunistische Partei (Erkenntnis der Rolle der Partei).“

Darauf gibt es nur eine Antwort: Spottet seiner selbst und weiß nicht wie! Nein, gerade das zeigt, daß Genosse Ernst Meyer keine Ahnung hat [504] von der Rolle einer bolschewistischen Partei. Die Rolle der Partei nach Lenin besteht gerade darin, daß nicht jeder Arbeiter in die Kommunistische Partei gehört, sondern nur die erprobtesten, klarsten, auserlesensten und entschlossensten Arbeiter, die nur als so organisierte Vorhut, die Hegemonie ihrer Klasse zu verwirklichen vermögen und imstande sein werden, die Kämpfe zu führen und jeder opportunistischen Anfechtung gegenüber auf dem Standpunkt des Klassenkampfes zu verharren.

Gerade darum hat der Spartakusbund trotz aller heroischen Opfer so restlos versagt, weil er durchaus unleninistisch stets auf „jeden Arbeiter“ wartete und solange jede Aktion als „Putsch“ bezeichnete, bevor nicht aus diesen Massen „jeder Arbeiter“ eine Mehrheit zustande kam.

Der Spartakusbund hat in der Tat niemals einen wirklichen Schritt getan zur Organisierung einer kampffähigen Partei als Vorhut des Proletariats, in bolschewistischem Sinne. Er hat das Problem der bolschewistischen Partei gar nicht gesehen, von den ersten Anfängen seiner Existenz ab bis zu dem katastrophalen Zusammenbruch der Brandlerpartei.

Seine „leninistische Staatstheorie“ war deshalb auch keine leninistische Staatstheorie, ebenso wie ein Mensch ohne Kopf kein Mensch ist. Und nicht zuletzt darum sind die heroenhaften Kämpfe des Spartakusbundes in „Putschen“ verlaufen und mußten zu „Putschen“ werden. Die besinnungslose

^{*)} Sperrungen vom Verf. h. r.

Angst und fortwährende Warnung des Spartakusbundes vor „Putschen“ und „Provokationen“ war übrigens nichts anderes als der Ausdruck seiner Unfähigkeit zur planmäßigen Leitung der revolutionären Kämpfe, mangels der organisatorischen Voraussetzungen einer bolschewistischen Partei. Daß dieser Mangel theoretische Wurzeln hatte, versteht sich von selbst.

In diesem Sinne sind denn auch sowohl die Warnungen vor „Provokationen“ usw. in den Münchener Rätetagen 1919, als auch unter der Aera Brandler ein sehr zweifelhaftes Verdienst.

Damit erledigt sich auch die Gegenüberstellung von „blanquistischer Sekte“ und „kommunistischer Mehrheit“, die Genosse Meyer macht. Ganz einfach deshalb, weil es in Wirklichkeit keine „Organisation der Revolution“ seitens des Spartakusbundes gab, trotz der krampfhaften Bemühungen des Genossen Meyer, eine solche post festum und in Parenthese aufmarschieren zu lassen.

Die Geschichte der bayerischen Räterepublik ist noch nicht geschrieben.

Die bolschewistische Kritik wird sich damit zu befassen haben, wie eine leninistisch geführte Kommunistische Partei u. a. auch das Agrarproblem in Bayern zu stellen hatte. Der Spartakusbund hat dasselbe 1919 vollkommen falsch gesehen, auch wieder in Unkenntnis der Rolle der Partei, in Unkenntnis der Führerrolle des Proletariats als Hegemon, die sich über seine Klasse hinaus auch auf die werktätigen Bauern erstreckt.

In dieser theoretischen Hilflosigkeit ist letzten Endes auch die Ursache der militärischen Hilflosigkeit zu suchen, die der Spartakusbund in den Münchener Rätetagen und vorher, trotz alles gegenteiligen Anscheines entfaltet hat.

Von allem Anfang an war der Boden in Bayern der denkbar günstigste, um unter der Führung einer bolschewistischen Partei nicht nur zur Ausrufung der kommunistischen Rätediktatur zu gelangen, sondern auch um von Bayern aus militärisch vorzustoßen nach dem Reich zu einer Zeit, als diese militärische Hilfe für die Gestaltung der Dinge in Berlin und anderen Teilen des Reiches noch hätte entscheidend werden können. Wir wiederholen: Nirgends waren hierfür die Voraussetzungen günstiger, als gerade in Bayern. Aber auch hier hat sich der Spartakusbund, wie in allen politischen Fragen, auf das Gebiet der tödlichen Defensive begeben.

Es ist darum falsch und gefährlich, weil opportunistisch und liquidatorisch, den Mangel einer bolschewistischen Vergangenheit im Spartakusbund durch demagogische Schönrederei beseitigen zu wollen. Angesichts der bolschewistischen Reife der Partei übrigens auch ein fruchtloses Beginnen. [505]

*

Brief an den Parteitag der KPD.

Den folgenden Brief haben die Genossen Paul Frölich, Ernst Meyer und Karl Becker an den X. Parteitag gerichtet. Er ist auch in den Debatten des Parteitags zur Sprache gekommen.

Die umfangreichen Beilagen und die Kritik, die wir vom Standpunkt der Partei an dieser Plattform zu üben haben, folgen im Septemberheft. Die Red.

Werte Genossen!

Die Bedeutung, die der Parteitag für die Entwicklung der Partei hat, veranlaßt uns, zur Gesamtpolitik der Partei unsere Meinung zu sagen und bestimmte Vorschläge zu machen, die der Parteitag hoffentlich mit demselben Ernst prüft, mit dem wir uns zu diesem Schritte entschlossen haben.

Man erinnere sich, von welchen Hoffnungen die Partei nach dem Frankfurter Parteitage erfüllt war. Man versprach sich von der neuen Leitung nach den ungeheuren Enttäuschungen durch den Oktober einen festen Kurs, von dem neuen Kurs große politische Erfolge. Keine Parteileitung hat je in so allgemeinem Maße das Vertrauen der Mitgliedschaft hinter sich gehabt, wie die gegenwärtige. Keine war nach innen so stark und hat diese Stärke so rücksichtslos gebraucht, um ihren Kurs durchzusetzen. Wenn dieser Kurs nur einigermaßen das Richtige getroffen hätte, so mußten Erfolge kommen.

Was sehen wir heute? Die Einheitlichkeit der Parteimehrheit ist in die Brüche gegangen. Das Vertrauen zur Parteileitung ist gesunken. In der Mitgliedschaft herrschen Enttäuschung, Niedergeschlagenheit und Verwirrung. Fälle von Desertion werden immer häufiger. Organisatorisch sieht es in vielen Bezirken trostlos aus. Umsomehr ist es zu verurteilen, daß die ideologische Vorbereitung des Parteitag gänzlich gefehlt hat. Keines der taktischen Probleme ist mit genügender Schärfe gestellt. Die Antworten sind ausweichend. Nicht auf Klärung der Fragen, sondern auf Sicherung des Prestiges wird geachtet. (Alles Mittel, um die Verwirrung zu vergrößern, die Krise zu verlängern, statt sie zu lösen.)

In der Partei herrschen Direktionslosigkeit in der Parteipolitik, Zickzackkurs, Nachhinken hinter den Ereignissen und gefährliche Inaktivität, Verlust des Kontaktes mit den Massen, der sich im Rückgang unseres Einflusses in Betrieb und Gewerkschaften, im Rückgang der Stimmen bei Betriebs- und politischen Wahlen zeigt; völlige Unklarheit in der Mitgliedschaft über Aufgaben und Weg der Partei.

Die Ursachen liegen in der Verkennung der politischen Gesamtsituation und der taktischen Mittel, besonders im Ueberbordwerfen der taktischen Erfahrungen, die die Partei seit ihrem Bestehen gemacht hat.

Die Politik der Partei nach Frankfurt.

Ohne Zweifel war nach der schweren Niederlage im Oktober 1923 die alte Parteileitung, die die Verantwortung für sie trug, nicht mehr zu halten. Trotz aller Unzulänglichkeiten der ehemaligen „Opposition“ war für sie die Stunde gekommen. Damals begünstigte die Exekutive ein Bündnis zwischen der sogenannten Linken und der sogenannten Mittelgruppe. Die Exekutive erhoffte eine energischere Führung durch die Zuführung neuen Blutes und wollte zugleich die positiven taktischen Errungenschaften aus der Vergangenheit hinüberretten. Das kam ganz klar zum Ausdruck in ihren entschiedenen Warnungen vor „ultralinken“ Verirrungen, in dem Gewicht, das sie auf eine vernünftige Gewerkschaftstaktik und auf die Taktik der Einheitsfront legte.

Die Zentrale hat diese Linie nicht eingehalten. Sie stand vor der Wahl, diese Linie der Exekutive durchzuführen, oder die Gefangene der „Ultralinken“ zu werden. Sie gab sich den Ultralinken gefangen, ließ die Politik bestimmen von einer im Grunde opportunistischen Richtung.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß nach der ungeheuren Anspannung der Partei im September-Oktober und nach der Niederlage breite Massen der Parteimitgliedschaft die Gesamtpolitik der Partei verantwortlich machten und bereit waren, alle positiven Erfahrungen wegzuschütten. Es war die unbedingte Pflicht der Zentrale, sich diesen Stimmungen entschieden entgegenzustemmen, die Kritik der Vergangenheit so zu führen, daß kein wertvolles ideologisches Parteigut vergeudet wurde. Die Zentrale ist der Verführung erlegen, aus dieser, ihr bequemen Stimmung zu schwimmen. Daher die tiefe geistige Verwirrung und Verödung der Partei und schwere taktische Fehler.

Der V. Kongreß hat ausdrücklich die Einheitsfronttaktik als richtig und notwendig anerkannt. Er proklamierte für Deutschland die Anwendung dieser Taktik „von unten“. Wäre das als eine Festlegung für alle Zukunft angesehen worden, so würde das eine Kurzsichtigkeit gewesen sein. Für die Situation, in der der V. Kongreß tagte, war die Losung „allein von unten“ richtig. Die SPD war die Partei der Seeckt-Diktatur. Unter dem Noske-Regiment war irgendein Angebot an die SPD unmöglich. Einer Partei gegenüber, die auf die Arbeiterklasse schießt, kann man kein indirektes Entlarvungsmanöver treiben. Man muß sie niederschlagen, sie entlarvt sich von selber, tritt ohne Maske auf. Ihre damalige Rolle hinderte die SPD nicht, gelegentlich wieder als Opposition zu erscheinen und unsere Taktik mußte dem zur richtigen Zeit Rechnung tragen, um der SPD-Führerschaft das Konzept zu verderben.

Dieser Fall trat nach der Annahme des Dawes-Paktes ein. Die SPD wurde von der Großbourgeoisie, der sie in den Sattel verholfen hatte, geprellt und beiseite geschoben. Zugleich mußten sie unter der Parole der „gerechten Lastenverteilung“ eine Scheinopposition machen, um die Arbeiter zu beruhigen. Es war Aufgabe unserer Partei, dieses Manöver zu entlarven. Das ist nicht gelungen, weil die Partei unbeweglich war.

Praktisch wurde in der entscheidenden Zeit weder von oben noch von unten Einheitsfrontpolitik getrieben. Möglichkeiten dazu gab es genug. Durch unsere falsche Gewerkschaftspolitik und das zu späte Einschwenken (Kapitulation vor der Massenstimmung!) wurde unser Einfluß in den Gewerkschaften und zugleich der auf die Betriebsräte stark geschwächt, damit die Basis für die Einheitsfront von unten stark geschmälert. Bei den Betriebsrätewahlen haben wir eine schwankende Taktik verfolgt, in der längsten Zeit eine solche, die uns von den Massen [506] isolieren mußte (rein kommunistische Listen unter Ausschluß selbst solcher sozialdemokratischer Arbeiter, die unser Programm anerkannten; Provokation des Ausschlusses aus den Gewerkschaften u. a.). Wir schlossen uns von der Masse ab, statt sie zu durchdringen. Es gelang uns nicht, bei Streiks die Position einzunehmen, die wir früher hatten.

In einer Zeit, wo sich die politischen Fragen immer mehr auf die Formel: Monarchie oder Republik? zuspitzten, bekamen die Selbstschutzorganisationen eine hohe Bedeutung. Die Partei verstand die Situation insoweit auszunutzen, als sie die Bildung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ begünstigte. „Hilflos stand sie aber der Aufgabe gegenüber, die sie gegenüber dem „Reichsbanner“ zu erfüllen hatte. Wir haben nur verstanden, frontal gegen die Organisation anzurennen, nicht aber die zahlreichen proletarischen Elemente, die ihr Gros bilden, loszulösen. Dazu waren namentlich in lokalem Rahmen viele Möglichkeiten gegeben. Sie sind erst spontan durch eine gewisse Kampfgemeinschaft gegen die Schwarzweißbroten bei der Präsidentenwahl ausgenutzt worden und auch dann, ohne sie mit einer großzügigen Propaganda zu verbinden.

Sehr schlecht haben wir beim Abbau und der Neubesetzung von Verwaltungsstellen operiert. Die Partei darf niemals zu einer Rückversicherung für die korrupten und konterrevolutionären sozialdemokratischen Postenjäger werden. Wir haben indessen in diesen Fragen so plump, schablonenhaft und kurzsichtig operiert, daß es der SPD leicht wurde, uns als Schrittmacher der Reaktion hinzustellen.

Für unsere Haltung bei verschiedenen Regierungskrisen gilt dasselbe. Wir förderten damit zugleich in unserer Mitgliedschaft den undialektischen, taktischen gefährlichen Gedanken von der „einen reaktionären Masse“.

Schwere Fehler machten wir in den wirtschaftspolitischen Fragen.

So weit uns Gelegenheit gegeben war, haben wir in diesen Fragen Vorschläge gemacht. Alle Anregungen, die nicht aus dem Kreise der herrschenden Richtung hervorgingen, wurden ohne Prüfung schroff zurückgewiesen. Ihre Motive wurden verdächtigt und waren damit erledigt – bis sich nach verpaßter Gelegenheit ihre Nichtigkeit ergab. Die Kritik der Parteihaltung wurde unterdrückt, gegen die Mahner wurde mit schroffen Maßregeln vorgegangen.

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Das Leben in der Partei erstarrte. Das leere Schlagwort ist an die Stelle ernsthafter Prüfung der Probleme getreten. Die Parteipolitik ist unfruchtbar geworden. Wir haben an Einfluß und Anhang verloren.

Als sich diese Folgen sehr kraß zeigten, ging man nicht daran, sich Rechenschaft von dem Umfang unserer Mißerfolge und von ihren Ursachen zu geben. Die Tatsachen wurden im Gegenteil oft in grotesker Weise beschönigt. (Siehe Reichstagswahl.) Wie man ein Zerrbild von den Tatsachen entwarf, so schuf man Geschichtslegenden, um die Geburtsstunde der Partei sozusagen auf den Frankfurter Parteitag zu verlegen. Man schuf die Legende von der endlich geschaffenen leninistischen Partei, einem Ziel, von dem wir uns mehr entfernt haben, als daß wir ihm näher gekommen wären.

Es hat sich herausgestellt, daß der Kurs, wie er bis zum Schluß des Jahres unentwegt geführt worden war, nicht weitergeführt werden konnte. Auf dem ZA vom Januar 1925 wurde eine Schwenkung versucht. Sie wurde unentschieden versucht, war eine traurige Halbheit. Sie wurde „hinter dem Rücken der Partei“ vorgenommen. Die Folge war, daß keine Klarheit in der Mitgliedschaft geschaffen und keine wesentlich andere Politik geführt wurde. Es kam zu der falschen Taktik bei der Präsidentenwahl, zur Hilflosigkeit bei der Regierungskrise in Preußen.

Eine weitere Schwenkung ist nun der Partei durch die letzte Erweiterte Exekutive auferlegt worden. Wir vermissen den Ernst, mit dem diesem Verlangen nachgekommen werden muß. Es besteht zweifellos das Bestreben bei der Parteileitung, diese Schwenkung im Bewußtsein der Parteimitglieder und damit auch praktisch herabzumindern. Anzeichen dafür sind: die Verschleppung der Publikation der taktischen Thesen, der Versuch, die jetzt vorgeschriebene Linie als Weiterführung der Frankfurter Politik erscheinen zu lassen, die Beschlüsse von Bezirksorganisationen unter Assistenz von Zentralemitgliedern, die sich gegen die in Moskau beschlossene Nachprüfung der Ausschlüsse wenden (siehe: Bremen), neue Ausschlüsse, u. a. m. Dazu kommt besonders eine die notwendige Selbstkritik hemmende Beschönigung der Tatsachen. Wir verweisen auf den Artikel der Genossin Ruth Fischer: „Parteitag der Bolschewisierung“ (R. F. v. 28.6.1925), aus dem wir nur zitieren:

„Das Verständnis ... für die Notwendigkeit des Kampfes um die Teilforderungen ist von der Partei in viel breiterem Umfange als jemals vorher begriffen worden.“

Daß die Schwenkung nicht mit dem nötigen Verständnis und Wollen durchgeführt wird, zeigt vor allem die augenblickliche Politik der Partei in der Zoll- und Steuerfrage.

Als nach Abschluß des Dawespaktes die Steuerfrage auf die Tagesordnung kam, gab die Parteileitung die Parole aus: keine Besteuerung der Arbeiter. Wir Unterzeichneten und auch andere Genossen sagten damals, das genüge nicht. Die Steuerfrage werde für längere Zeit im Vordergrund stehen. Ein Steuerprogramm müsse aufgestellt werden, das zur Grundlage für eine Aktivierung der Massen dienen könne. Wir haben einige Forderungen skizziert, um die Richtung anzudeuten, in der vorzugehen sei: stark gestaffelte Einkommen-Vermögens- und Erbschaftssteuer bis zur Konfiskation, Beschlagnahme der fürstlichen Vermögen, Beseitigung aller Steuern, die die Arbeiterklasse und die besitzlosen Mittelschichten belasten. Unsere Anregung wurde ohne Gründe, aber grundsätzlich zurückgewiesen. Unsere Absichten wurden verdächtigt, wir suchten den Anschluß an die SPD, wir wollten nur parlamentarisches Manöver statt einer Massenaktion, der ganze Vorschlag sei „Brandlerei“.

Die Partei blieb ohne Programm und ohne Aktion. Die SPD führte die Wahlbewegung im Dezember mit ihren zweideutigen Forderungen und eroberte Millionen Anhänger zurück.

Endlich wurde doch ein Steuerprogramm für die Parlamentsfraktionen entworfen. Es wurde wieder zurückgezogen, nachdem einer der Unterzeichner auf die darin enthaltenen opportunistischen Einschränkungen der Forderungen (Sicherung der Kapitalsakkumulation) aufmerksam gemacht hatte. Auch nach endgültiger Formulierung des Programms wurde nichts zur Mobilisierung der Massen unternommen.

[507] So kam es, daß wir plötzlich unvorbereitet vor die Entscheidung in den Steuer- und Zollfragen gestellt find, ohne die Vorbedingungen einer Aktion geschaffen zu haben, daß die SPD die Führung hat für eine Propaganda, die nur ihren Prestigeinteressen dient, daß sie unsere Einheitsfront-Vorschläge ablehnen kann, ohne daß dies großen Eindruck auf die Massen macht, daß es wahrscheinlich der Bourgeoisie gelingen wird, ihren Raub ohne Aufrüttelung der Massen in die Scheuern zu bringen.

Die allgemeine politische Lage.

Zweifellos ist in Deutschland eine vorläufige wirtschaftliche und politische Stabilisierung eingetreten. Das ist die Folge des Sieges von Seeckt in Verbindung mit dem Dawes-Pakt, seiner Regelung der Reparationsfrage und seinen Krediten.

Die Stabilisierung hemmt die Entwicklung zu einer neuen akut revolutionären Situation. Es fragt sich, auf wie lange. Tatsache ist die wirtschaftliche Krise in Deutschland, die durch die Auslandskredite abgeschwächt, aber nicht beseitigt ist. Sie verschärft sich. Bisher profitierten die deutsche Wirtschaft und die Finanzen von dem Moratorium ihrer Reparationsverpflichtungen. Im Herbst läuft es ab. Das bringt einen starken Entzug von Kapital, also eine Verschärfung und auf die Dauer die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns des Dawes-Paktes mit neuer außenpolitischer Krise, neue Regelungsversuche in Verbindung mit tieferer Versklavung Deutschlands. Ein Versuch, sich die gegenwärtige Lage und ihre Perspektiven zu erleichtern, ist das Angebot Deutschlands als Werk-

zeug der imperialistischen Politik der Mächte (Garantiepakt). Hier liegen die Möglichkeiten tiefster politischer Erschütterungen.

Der Sieg Seeckts und die Hindenburgwahl waren politische Siege des Trustkapitals, das seine Macht in der Inflationszeit gewaltig entwickelt hatte. Die gegenwärtige Krise ändert nichts an dieser Tatsache, bringt nur das Bankkapital in seine alte Machtstellung und wird im Endergebnis das mittlere Kapital und die wirtschaftliche Macht der übrigen Schichten schwächen. Die jetzige Zoll- und Steuerpolitik ist der erste Anlauf des Trustkapitals zur Ausnutzung dieses Sieges. Diese Politik, die sicher konsequent weitergeführt wird, führt zu einer Verschärfung der Klassengegensätze und einer tieferen Zersetzung der Bourgeoisie. Es bestehen Möglichkeiten, in die kleinbürgerlichen Schichten einzudringen, zumal, da die herrschende Großbourgeoisie keine Möglichkeit hat, das Kleinbürgertum durch Befriedigung nationaler Interessen von seinen wirtschaftlichen Nöten abzulenken. Es eröffnet sich für uns auch die Möglichkeit, endlich intensiv auf die Bauernmasse einzuwirken, die jetzt die letzten Reste ihrer wirtschaftlichen Vorzugsstellung verliert und unter wachsendem Druck gestellt wird. International ist keine Stabilisierung erreicht. Der englische Goldwährungsversuch birgt große Schwierigkeiten und Gefahren. In Frankreich Währungskrise, in Italien Krise des Faschismus. Die Wirkungen des Weltkrieges auf die Kolonien reifen in Aufständen und revolutionären Bewegungen heran: China, Marokko. Die neueren Versuche einer französisch-deutschen Annäherung der Montanindustrie haben zu einem Druck Englands auf Frankreich geführt (Räumung des Ruhrgebiets). Der englisch-amerikanische Gegensatz verschärft sich. Die Grundursache der internationalen wirtschaftlichen und politischen Krisen ist die Vertrustung der Weltwirtschaft und die gewaltige Steigerung der Produktivität seit Anfang des Weltkrieges. Das erklärt die Verstärkung der imperialistischen Tendenzen der kapitalistischen Mächte mit immer neuen Krisen und immer drohender Kriegsgefahr. Die Bestrebungen eines Bündnisses gegen Sowjetrußland haben zum Ziel, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten zurückzudrängen, die Sowjetmacht zu stürzen und damit dem internationalen Proletariat die stärkste Stütze zu rauben und durch die Aufteilung Asiens (Rußland und China) die imperialistischen Gelüste zu befriedigen.

Die Gesamtlage charakterisiert sich also durch eine vorläufige Pazifizierung der europäischen Revolutionsherde, durch Ausbruch neuer Revolutionskrater, durch die Einleitung einer internationalen Katastrophopolitik mit dem Ausblick auf neuen Weltkrieg.

Das Tempo dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Der internationalen Bourgeoisie bleiben viele Möglichkeiten zur Lösung von Teilproblemen, um die Entwicklung zu hemmen, zumal dann, wenn das Proletariat nicht größere Aktivität zeigt.

Was die deutschen Verhältnisse anlangt, so bleiben sie derart kritisch, daß nicht die äußerste politische Krise: der Weltkrieg notwendig ist, um eine neue akut revolutionäre Situation zu schaffen. Wirtschaftskrise und außenpolitische Schwierigkeiten können dazu genügen, wenn es die Arbeitermassen stark zu aktivieren.

Die Perspektive zeigt die Riesenhaftigkeit unserer Aufgaben. Die ganze Partei muß alle Kräfte anspannen, um sich dafür zu rüsten.

Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats steht wiederum im Vordergrund unserer Ziele. In den Mittelschichten müssen wir uns verankern. Das ist nur zu erreichen durch eine bewußte, geschmeidige und kraftvolle Anwendung der Einheitsfronttaktik, die sich die Lehren früherer Fehler nutzbar macht. Wir müssen zu diesem Zwecke ein Aktionsprogramm schaffen, das den aktuellen Aufgaben entspricht: Kampf gegen das Trustkapital, den Monarchismus usw.

Die Partei muß zu diesen Aufgaben befähigt werden. Die Bolschewisierung muß aus einem Wort zur Tatsache werden. Das heißt heute ganz besonders Vertiefung der leninistischen Ideologie in der Partei, Sicherung der Selbstkritik in der Partei. Entschlossener Kampf gegen alle opportunistischen Abweichungen, insbesondere der „ultralinken“. Ernste Nachprüfung der in einer Periode falscher Politik vorgenommenen Ausschlüsse. Ausnutzung aller Kräfte der Partei bei straffer Führung. Bolschewismus ist demokratischer Zentralismus. Die Parteileitung muß sich darüber klar sein, daß sie

zur Stützung ihrer Position um so weniger mechanischer Mittel bedarf, eine je stärkere, fruchtbarere Politik sie treibt.

Parteigenossen! Das ist – trotz der Länge des Schreibens nur in groben Umrissen – dasjenige, was wir zur Klärung der Lage der Partei aussprechen müssen. Wir bitten den Parteitag darum, unsere Ausführungen ernsthaft zu prüfen. Es wird zum Nutzen der Partei sein.

Mit kommunistischem Gruß!

Paul Frölich, Ernst Meyer, Karl Becker.

Anhänge: Als Ergänzung zu diesem Briefe haben wir in den Anlagen (Einige Lehren der Geschichte der KPD, zur Politik und Taktik usw.) ausführliches Material über die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit und konkrete positive Vorschläge zur Politik und Taktik der Partei gebracht. [508]

*

Dokumente.

Richtlinien für die Aufgaben unserer Delegation im Haag

Von N. Lenin.

Die folgenden Richtlinien hat Lenin am 4. Dezember 1922 verfaßt. Sie sollten der Delegation der Komintern und der Roten Gewerkschafts-Internationale zum Haager Kongreß der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale als Instruktion dienen. Anlässlich der Anti-Kriegskampagne ist es notwendig, daß alle Genossen dieses wichtige Dokument eingehend studieren.

Bezüglich der Frage der Bekämpfung der Kriegsgefahr und damit im Zusammenhang mit der Konferenz im Haag halte ich für die zu überwindende größte Schwierigkeit das Vorurteil, daß diese Frage einfach, klar und relativ leicht zu lösen sei.

„Wir werden auf den Krieg mit dem Streik oder einer Revolution antworten“ – so pflegen alle angesehenen Führer der Reformisten der Arbeiterklasse zu sagen. Und sehr häufig genug befriedigt die scheinbar radikale Konsequenz dieser Antwort die Arbeiter und Bauern.

Vielleicht wäre es die richtigste Methode, mit der allerschärfsten Widerlegung einer derartigen Auffassung zu beginnen, indem man erklärt, daß jetzt, besonders nach dem letzten Kriege, doch nur die dümmsten oder ganz hoffnungslos verlogene Menschen behaupten können, daß eine derartige Antwort auf die Frage nach der Bekämpfung des Krieges irgend etwas taugt, indem man erklärt, daß es möglich ist, auf einen Krieg mit einem Streik zu „antworten“, ebenso wie es unmöglich ist, auf einen Krieg mit einer Revolution, am einfachsten und buchstäblichsten Sinne dieser Ausdrücke, zu „antworten“.

Man muß den Menschen die realen Faktoren hinter dem geheimnisvollen Dunkel enthüllen, in dem ein Krieg entsteht, und ihnen zeigen, wie hilflos die übliche, sich zwar revolutionär nennende Organisation der Arbeiter angesichts eines drohenden Krieges ist.

Man muß den Menschen immer wieder und durchaus konkret zeigen, wie die Situation während des letzten Krieges war und warum sie nicht anders sein konnte.

Man muß ihnen besonders die Bedeutung jenes Umstandes erklären, daß bei Ausbruch eines Krieges die „Verteidigung des Vaterlandes“ zur einer unvermeidlichen, akuten Frage wird, die von der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen stets und unvermeidlich zu Gunsten ihrer Bourgeoisie beantwortet werden wird.

Darum muß erstens die Klärung der Frage der „Vaterlandsverteidigung“, zweitens die Klärung der Frage des „Defaitismus“ und endlich die Klärung der Frage nach der einzig möglichen Art der Bekämpfung des Krieges, und zwar durch die Schaffung und Aufrechterhaltung einer illegalen Organisation für die dauernde Arbeit gegen den Krieg von seiten aller in ihn hineingezogenen Revolutionäre, in den Vordergrund gestellt werden.

Boykott des Krieges – ist eine dumme Phrase. Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.

Es wäre wünschenswert, an Beispielen, vielleicht aus der deutschen Literatur vor dem Kriege und im besonderen an dem Beispiel des Baseler Kongresse von 1912, durchaus konkret zu zeigen, daß das theoretische Bekenntnis, daß der Krieg verbrecherisch, daß er für einen Sozialisten unerträglich sei usw., sich aus dem Grunde als leeres Gerede erweist, weil einer derartigen Fragestellung jede konkrete Form fehlt. Wir geben den [509] Massen damit keinerlei lebendige Vorstellung davon, wie ein Krieg entstehen kann und entsteht. Im Gegenteil, die herrschende Presse verwischt jeden Tag mit ihren Millionen Zeitungen diese Frage und verbreitet über sie so unzählige Lügen, daß die schwache sozialistische Presse dagegen vollkommen machtlos ist, um so mehr, als sie selbst über diesen Punkt auch in Friedenszeiten durchaus unrichtige Auffassungen vertritt. Wenn es darauf ankommt, wird auch die kommunistische Presse der meisten Länder sich gewiß ebenfalls blamieren.

Ich bin der Meinung, daß unsere Delegierten für den Internationalen Kongreß der Genossenschaften und Gewerkschaften eine Teilung der Aufgaben unter sich vornehmen und alle jene Sophismen einzeln untersuchen müssen, mit denen man gegenwärtig einen Krieg zu rechtfertigen sucht, und zwar mit der denkbar größten Ausführlichkeit.

Vielleicht besteht das Hauptmittel der Hineinziehung der Massen in einen Krieg gerade aus jenen Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und der wichtigste Grund unserer Hilflosigkeit gegenüber dem Kriege liegt darin, daß wir entweder diese Sophismen nicht von vornherein untersuchen oder sie mit billigen, renommistischen und vollkommen leeren Phrasen in der Art des Baseler Manifestes von 1912 abtun: daß wir einen Krieg nicht zulassen werden, daß wir das verbrecherische Wesen eines Krieges vollkommen begreifen usw.

Wenn wir in der Haager Konferenz einige Menschen haben werden, die fähig sind, in der einen oder anderen Sprache eine Rede gegen den Krieg zu halten, so scheint mir das Wichtigste zu sein, vor allem die Auffassung zu widerlegen, als wenn die Anwesenden wirklich Gegner des Krieges seien; als wenn sie verstünden, wie der Krieg sie in dem unerwartetsten Augenblick überrumpeln kann und wird; als wenn sie sich auch nur einigermaßen bewußt seien, wie ein Kampf gegen den Krieg zu führen ist; als wenn sie auch nur im entferntesten fähig seien, einen vernünftigen, zum Ziele führenden Weg der Bekämpfung des Krieges einzuschlagen.

Im Hinblick auf die Erfahrungen des letzten Krieges müssen wir sie darüber aufklären, welche Unmenge theoretischer und praktischer Fragen am Tage nach der Kriegserklärung auftauchen und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung jede Möglichkeit nehmen würden, diese Fragen mit einigermaßen klarem Kopf und gewissenhafter Vorurteilslosigkeit zu behandeln.

Ich denke, daß diese Frage mit größter Ausführlichkeit beleuchtet werden muß, und zwar in zwei Richtungen:

Erstens, indem man berichtet und analysiert, wie es während des letzten Krieges zugeing, und allen Anwesenden erklärt, daß sie dies nicht wüßten oder sich nur als wissend stellen; man muß ihnen sagen, daß sie in Wirklichkeit ihre Augen jener Tatsache gegenüber verschließen, die der Hauptpunkt der Frage ist und ohne deren Kenntnis an irgendeinen Kampf gegen den Krieg nicht gedacht werden kann. Hierher gehört, scheint mir, die Untersuchung aller Schattierungen und aller Meinungen, die damals aus Anlaß des Krieges unter den russischen Sozialisten laut wurden. Man muß beweisen, daß diese Schattierungen nicht zufällig entstanden sind, sondern im Wesen der modernen Kriege überhaupt ihre Wurzeln haben. Man muß den Beweis liefern, daß ohne eine Analyse dieser Meinungen und ohne eine Aufklärung des Verlaufs ihres unvermeidlichen Entstehens und ihrer entscheidenden Bedeutung für die Frage der Kriegsbekämpfung von keiner Vorbereitung auf den Krieg und nicht einmal von einer bewußten Stellungnahme zu ihm die Rede sein kann.

Zweitens muß man Beispiele der gegenwärtigen Konflikte, auch der unbedeutendsten heranziehen und mit ihrer Hilfe klarmachen, wie der Krieg täglich durch den Streit Englands und Frankreichs

über irgendeine Detailfrage im Verträge mit der Türkei entstehen kann, oder zwischen Amerika [510] und Japan wegen einer belanglosen Meinungsverschiedenheit über eine beliebige Frage, die mit dem Stillen Ozean zusammenhängt, oder zwischen anderen Großmächten aus kolonialen Streitigkeiten oder wegen ihrer Differenzen über die Zoll- und überhaupt Handelspolitik usw. usw. Mir scheint, daß, wenn die Möglichkeit, eine Rede gegen den Krieg im Haag vollkommen unbehindert vorzubringen, auch nur im geringsten in Frage steht, eine List erdacht werden muß, die es erlaubt, wenigstens das Wichtigste zu sagen, – das übrige, was mündlich nicht vorgebracht werden kann, könnte dann als Broschüre veröffentlicht werden. Man muß darauf gefaßt sein, daß der Vorsitzende unsere Vertreter nicht zu Ende reden läßt.

Ich halte dafür, daß zu diesem Zweck in die Delegation außer den Rednern, die fähig und bestimmt sind, eine Rede gegen den Krieg im allgemeinen zu halten, die also alle wichtigen Argumente und alle Voraussetzungen der Bekämpfung des Krieges zu entwickeln haben werden – noch einige andere aufgenommen werden müßten, die alle drei Hauptsprachen beherrschen und ihre Zeit auf Gespräche mit den Delegierten zu verwenden hätten, um festzustellen, inwieweit diesen die grundlegenden Argumente begreiflich sind, und ob es notwendig ist, andere Argumente oder neue Beispiele heranzuziehen.

Vielleicht wird in einer Reihe von Fragen nur die Heranziehung von praktischen Beispielen aus dem letzten Kriege eine ernstliche Wirkung ausüben. In anderen Fragen wird vielleicht nur die Analyse der gegenwärtigen Konflikte zwischen den Staaten im Hinblick auf die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes von Nutzen sein.

Ich erinnere mich, daß in der Frage der Bekämpfung des Krieges eine ganze Reihe von Erklärungen unserer kommunistischen Deputierten zu verzeichnen sind, sowohl in Parlamenten als auch in Reden außerhalb der Parlamente, die ungeheuerlich unrichtige und leichtsinnige Dinge über die Bekämpfung des Krieges enthalten. Ich denke, daß man gegen derartige Erklärungen, zumal dann, wenn sie nach dem Kriege erfolgt sind, mit aller Entschiedenheit und Unerbittlichkeit auftreten muß, und zwar unter Nennung des Namens eines jeden Redners. Man kann sein Urteil über einen solchen Redner, wo es angebracht ist, so viel man will mildern; aber man darf keinen einzigen dieser Fälle mit Stillschweigen übergehen, denn ein leichtfertiges Verhalten in dieser Frage ist das schlimmste Uebel, demgegenüber man unmöglich nachsichtig sein darf.

Es gibt eine ganze Reihe von Beschlüssen von Arbeiterkonferenzen, die unverzeihlich dumm und leichtsinnig sind. Man muß sofort das gesamte Material zusammenstellen und alle einzelnen Teile und Teilchen des Themas und die ganze „Strategie“ auf der bevorstehenden Konferenz gründlich erwägen.

In einer solchen Frage ist nicht nur der geringste Fehler, sondern auch jede ins Gewicht fallende Unvollständigkeit unsererseits absolut unzulässig. [511]

*

Literatur.

Jakob Walcher: „Ford oder Marx“.

Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1925, 158 Seiten.*)

Als das Buch von Henry Ford in deutscher Ausgabe erschien, warfen die Deutschvölkischen und – die Sozialdemokraten begeistert auf die Schlagworte, die ihnen Henry Ford, anscheinend an Hand seiner Praxis, vorsetzte. Die Deutschvölkischen beriefen sich auf Henry Ford, wenn sie von einem Kampf gegen das „unproduktive Bankkapital“ und „Speulationskapital“ (= die Juden), von einer Harmonie zwischen der Arbeiterschaft und dem „produktiven Industriekapital“ faselten.

Die Sozialdemokraten (Ströbel) träumten bei der Lektüre des Ford-Buches von ihrem Ideal, wo die Kapitalisten hohe Profite erzielen, während die Arbeiterschaft bei halbwegs „anständigen“ Löhnen

*) Die Besprechung ist bereits vor einigen Monaten eingelaufen und bisher aus Raummangel zurückgestellt worden. D. Red.

in vollster Harmonie mit den Kapitalisten lebt. „Hohe Löhne bei sinkenden Preisen und verkürzte Arbeitszeit bei steigender Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität“ – das wollte Henry Ford als das Mittel zur Beseitigung der Krisen im Kapitalismus darstellen und durch die Entwicklung seines Ford-Trustes bewiesen haben.

So bestand schon, weil viele auf diese Schlagworte hereingefallen waren, die dringendste Notwendigkeit, klar und präzise die Richtigkeit der Marxschen Grundbegriffe an Hand des Ford-Buches darzulegen. Dies nicht nur darum, weil es nötig war, Illusionen unter der Arbeiterschaft zu widerlegen, sondern weil es auch für unsere eigene Klarheit nötig ist, bei jeder irgendwie neuartigen wirtschaftlichen Erscheinung die richtige marxistische Analyse und Schlußfolgerung zu geben. Wir können uns nicht den Luxus leisten, auf den Lorbeeren der Marx-Werke und der Lenin-Schriften auszuruhen. Aus diesem Grunde ist es durchaus zu begrüßen, daß Genosse Walcher in einem besonderen Buche diese Aufgaben zu lösen versuchte.

I.

Die „Ford-Illusionen“ bestanden im wesentlichen in zweierlei:

1. daß es eine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ gäbe (wie der Titel eines besonderen Kapitels im Walcher-Buch lautet).
2. daß durch die „Ford-Methoden“ die Krisen im Kapitalismus beseitigt werden könnten.

Daß es keine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ gibt, – dies widerlegt Genosse Walcher vor allem mit sehr gut zusammengestellten Zitaten von Marx und Engels. Es wird – dies soll hervorgehoben werden, gerade weil wir nachher wesentliche Punkte kritisieren müssen –, sehr anschaulich geschildert, daß sowohl Ford, wie auch jeder andere Kapitalist, nicht ein „Verwalter von Besitz zum Wohle der anderen“ ist, daß vielmehr maßgebend für die Produktion in der Ford-Gesellschaft, wie auch für jeden Kapitalisten, stets einzig und allein die Erzielung von Gewinn ist. Dieses kapitalistische Grundprinzip hat Henry Ford auf die Spitze getrieben und so bewiesen, daß er, vom kapitalistischen Standpunkt aus, der „beste“ Kapitalist ist. Sogar an den Kranken in den Krankenhäusern und den Schülern in den Ford-Schulen verdient Henry Ford noch. Auch diese sind in den Produktionsprozeß eingereicht und produzieren mehr, als sie an Unkosten beanspruchen.

Was ist das wesentlichste an den „Ford-Methoden“? Durch stärkste Arbeitszerlegung und Einführung vieler arbeitssparender Maschinen wurde die Produktivität der Arbeit ungeheuer gesteigert, – aber auch die direkte Verstärkung der Ausbeutung wurde durch die allseitige Durchführung des „Montagebahnsystems“ verstärkt. Keine Minute mehr während der Arbeitszeit gibt es für den Arbeiter, in der der Fordarbeiter sich einmal ausruhen, die Arbeit unterbrechen kann. Auf der Montagebahn kommt schon der nächste halbfertige Motor oder Wagen angefahren. Versagt ein Arbeiter an irgend einer Stelle, so können alle nächstfolgenden Arbeiter die Bearbeitung nicht fortsetzen und der ganze Produktionsprozeß wird gestört. (Deutsche Industrielle, welche ebenfalls die Montagebahn in ihren Betrieben eingeführt haben, haben allerdings erklärt, das genügend Reservearbeiter ständig zur Verfügung stehen, um für Arbeiter, welche austreten müssen, einzuspringen.)

Es wird vom Genossen Walcher sehr gut nachgewiesen, wie unter diesen Umständen die Mehrwertrate aufs stärkste gesteigert wird und die „hohen Löhne“ in Wirklichkeit äußerst niedrige Löhne sind.

Ford hatte die tiefsinnige These aufgestellt: „Das Geld, das die Räder treibt, stammt von den Konsumenten, die Löhne sind – im voraus gezahlter Gewinnanteil.“ Hieran anknüpfend, wird vom Gen. Walcher kurz das Marxsche Wertgesetz dargelegt. Von der Fordschen „Konsumtionstheorie“ bleibt nichts übrig als: Die Ford-Gesellschaft ist eine monopolistische Gesellschaft und erzielt einen Extraprofit. Wenn sie diesen nicht gänzlich ausnützt, sondern unter dem entsprechenden Marktpreis verkauft, so erhält eben der Käufer des Automobils einen Teil des Extraprofits. Dies ist zu einem großen Teil das Wesen der Fordschen Preispolitik. Dies alles ist einfach, klar und jedem Arbeiter verständlich dargestellt und macht das Buch sehr wertvoll.

II.

Genosse Walcher gibt eine kurze Skizze der Entwicklung und der wesentlichen Merkmale der Fordgesellschaft. Wir fassen sie kurz zusammen:

1. Die Ford-Gesellschaft zeichnet sich durch ihren Umfang aus. Sie beschäftigt etwa 120.000 Arbeiter, sie produziert etwa 44 Prozent der amerikanischen Automobilproduktion, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat. Sie hat faktisch das Monopol auf die Produktion der billigen Automobile. Hier produziert sie etwa 90 und mehr Prozent der gesamten Produktion.
2. Die Ford-Gesellschaft zahlt keine großen Beträge als Dividenden an Aktionäre aus, da Ford Besitzer sämtlicher Aktien ist.
3. Im Zusammenhang mit dem großen Umfang der Produktion arbeitet die Ford-Gesellschaft bei stärkster Arbeitszerlegung, mit rationelleren und billigeren Methoden als die übrigen Betriebe. Die hohe Produktions- und Absatzziffer macht erst die Einführung einer [512] Reihe von arbeitssparenden Maschinen und Methoden rentabel. Ebenso wird es durch die enge Verbindung vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat ermöglicht, die Produktionskosten stark herabzudrücken.

Wenn wir noch die bekannte Tatsache hinzufügen, daß die Ford-Gesellschaft ein kapitalistisches Unternehmen, d. h. lediglich nach den Grundsätzen geleitet wird, welche die höchste Rentabilität, die größten Gewinne versprechen, so dürften obige Punkte zur Charakterisierung der Ford-Gesellschaft genügen.

Die genannten wesentlichen Züge der Ford-Gesellschaft zeigen sämtliche monopolistischen Industriekonzerne und -trusts. Der einzige Punkt, in dem die Fordgesellschaft scheinbar etwas besonderes zeigt, ist die Tatsache, daß Ford alleiniger Besitzer sämtlicher Aktien ist. Aber auch dies ist nichts besonderes mehr. Derartige Industrietrusts gibt es auch in Deutschland (Krupp). Ferner ist die Verdrängung der zahlreichen Kleinaktionäre zugunsten des Alleinbesitzes der Großindustriellen, der Finanzkapitalisten, eine internationale Entwicklungserscheinung. Sie ist besonders in Deutschland zu verfolgen. Gerade hier besitzen heute die Schwerindustriellen einen viel größeren Anteil am Aktienkapital als vor dem Kriege, zum Teil dank der von ihnen selbst herbeigeführten Inflation.

Daß die Fordgesellschaft monopolartigen Charakter hat, ist offensichtlich. Dies wird nicht nur durch die Produktionsziffern bestätigt. Diese Monopolstellung zeigt sich vor allem darin, daß der Fordtrust dank besserer Technik als Folge der Massenfabrikation, größerer Erfahrung und der Verbindung der Produktion vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat und Verkauf, fast jeden ernsthaften Konkurrenten, jedenfalls auf dem Gebiete der billigen Wagenklassen, niederkonkurrieren kann. Es ist ja gerade ein wesentliches Merkmal für die moderne industrielle Entwicklung, daß die verarbeitenden Industriekonzerne und -trusts im allgemeinen eine monopolistische Stellung nur insoweit besitzen oder behaupten können, als es sich um die Produktion von Massenartikeln von gleichem oder ähnlichem Typ handelt. Auf dem Gebiete der Herstellung von speziell ausgearbeiteten Waren, welche naturgemäß teurer, aber auch nicht in so starkem Maße in Massenfabrikation hergestellt werden, sind dagegen noch zahlreiche kleinere selbständige Unternehmen tätig. Hier haben die Industriekonzerne und -trusts noch nicht ihre völlige Herrschaft aufschlagen können.

Die Fordgesellschaft gehört also zu den monopolistischen Industrieorganisationen. Lediglich in der Entstehungsgeschichte zeigt sie einige von der sonstigen Entstehung von Konzernen und Trusts abweichende Merkmale. Das sind 1. die besonders schnelle Entwicklung, 2. die anscheinend besondere Preispolitik. Sie bringt zum Ausdruck, daß ein Luxusgegenstand, durch Preisherabsetzungen und mehr als entsprechend gesunkene Produktionskosten, in eine allgemeine Gebrauchsware verwandelt wurde. Grundsätzlich unterscheidet sich aber die jetzt bestehende Fordgesellschaft nicht von monopolartigen Konzernen und Trusts. Auch für die Fordgesellschaft gilt: „Das auf diese Weise entstehende Monopol sichert Riesenprofite und führt zur Bildung von technischen Produktionseinheiten von ungeheurem Maße.“ (Lenin, „Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“.)

III.

Auf die monopolartige Stellung der Fordgesellschaft wird auch vom Gen. Walcher in seiner Schrift hingewiesen.

Sogleich darauf wird aber von ihm behauptet, daß diese monopolartige Stellung innerhalb des Kapitalismus nur vorübergehend wirksam sei, bald verschwinden müsse; deswegen sei die monopolartige Stellung grundsätzlich ohne Bedeutung. Diese Auffassung ist natürlich nicht ein Versehen, sondern dahinter steckt – wie wir noch zeigen werden – eine bestimmte theoretische Auffassung. Der Genosse Walcher schreibt, nachdem er kurz auf die Entwicklung der Fordgesellschaft eingegangen ist:

„Angenommen, sämtliche Automobilwerke der Vereinigten Staaten hätten ihre Produktion nach den gleichen Prinzipien, in demselben Tempo entwickelt wie die Ford-Automobilgesellschaft, dann kann sich jeder an den fünf Fingern abzählen, daß der Rückschlag längst eingetreten wäre und auch die Fordgesellschaft getroffen hätte. Nur dem Umstand, daß sich die Fordgesellschaft auf außergewöhnliche Weise viel erfolgreicher als die anderen Automobilwerke, ja als die gesamte Industrie überhaupt entwickelt hat, hat sie ihre Monopolstellung zu verdanken (vom Genossen Walcher gesperrt)¹ ..., weil sie billiger als die anderen produziert, hatte sie bisher einen gesicherten Markt, aber auf den Punkt, wo sich herausstellen wird, daß die Ausdehnung des Marktes nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Entwicklung der Produktion, muß Ford unbedingt stoßen. Die von der Fordgesellschaft entwickelte Produktion ist für jeden Automobilindustriellen, der nicht durch Einfuhrverbote oder Zölle geschützt ist, ein Zwangsgebot, seine Produktionsmethoden mehr und mehr zu vervollkommen, bei Strafe des Untergangs. Soweit die Ausnahmefähigkeit des Marktes in Frage kommt, sind die Konsequenzen der einen wie der anderen Alternative dieselben. Denn auch in dem Falle, daß die Fordgesellschaft die anderen Autofabriken niederkonkurrieren würde, ginge ihre Monopolstellung, wenigstens innerhalb dieses Industriezweiges, die sie bisher vor Absatzstockung bewahrte, verloren. Daß sie billig produziert, wird der Fordgesellschaft in dem Augenblick nichts mehr nützen, wo sie nicht mehr billiger als die anderen produzieren kann, sei es, weil diese nicht mehr existieren, oder weil sie dieselbe Produktivität erreicht haben.“ (S. 18 f.)

Daß die Fordgesellschaft eine Monopolstellung einnimmt, gibt Genosse Walcher zu. Aber er behauptet gleich darauf, daß diese Monopolstellung und als deren Folge die monopolistischen Sondergewinne nichts zu bedeuten haben, denn die Konkurrenzunternehmen werden bald denselben Grad an Produktivität erreicht haben. Dann sei es, dank der kapitalistischen Konkurrenz, mit der monopolistischen Stellung der Fordgesellschaft aus. „Alle Folgerungen Fords werden sich in dem Augenblick als eitel Dunst erweisen, wo es mit dieser Ausnahmestellung zu Ende ist.“ (Walcher.)

Obige Ausführungen müssen sehr genau gelesen werden, weil sie der Ausgangspunkt für eine grundsätzliche theoretische Stellungnahme zu den monopolistischen Organisationen sind.

Die Fordgesellschaft, als eine monopolistische Organisation, weist eine Reihe von Merkmalen, die sich bei den monopolistischen Unternehmen zeigen, in besonders charakteristischer, verstärkter Form auf. Dies hätte in einer „positiven Kritik“ aufgezeigt werden müssen. Genosse Walcher glaubt nun aber, daß die Fordgesellschaft in Kürze überhaupt nicht mehr eine Monopolstellung haben oder jedenfalls die monopolistischen Sondergewinne verlieren werde.

[513] Das ist eine sehr schwerwiegende und unrichtige Behauptung. Eine Betrachtung der Fordgesellschaft hat für uns vor allem Interesse, weil sie eine typische monopolistische Industrieorganisation ist. Wenn man den Sinn der Walcherschen Behauptung verstehen will, muß man sie allgemein auf sämtliche monopolistischen Verbände und Unternehmen beziehen. Dies tut auch Genosse Walcher selber bei seinen weiteren Ausführungen. Dann jagt Genosse Walcher: „Soweit es vielleicht kapitalistische monopolartige Organisationen gibt, verlieren diese in Kürze ihre Monopolstellung und ihre monopolistischen Sondergewinne.“

Die Bedeutung dieser Behauptung soll zunächst nur angedeutet werden: sie bedeutet, daß es auch kein „monopolistisches Stadium“ als Entwicklungsstufe des Kapitalismus gibt. Das, was Lenin darüber geschrieben hat, wäre dann unrichtig. Denn Lenin geht aus von der Herrschaft der Monopole,

¹ Es wird nicht angezeigt, welcher Text gesperrt ist. *KWF*

von der Beseitigung der freien kapitalistischen Konkurrenz, von dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus und den monopolistischen Extraprofiten.

Man muß infolgedessen gespannt sein, wie Genosse Walcher seine Behauptung am praktischen Beispiel der Fordgesellschaft zu beweisen sucht.

„Daß sie (die Fordgesellschaft) billig produziert, wird ihr in dem Augen nichts mehr nützen, wo sie nicht mehr billiger als die anderen (die Konkurrenzunternehmen) produzieren kann, sei es, weil diese nicht mehr existieren, oder weil sie dieselbe Produktivität erreicht haben.“ (S. 19.)

Es ist nötig, diese zunächst anscheinend nur auf eine monopolistische Gesellschaft bezogene Behauptung sofort in ihrer allgemeinen Bedeutung zu sehen. Die Verallgemeinerung wird vom Genossen Walcher selber in einem späteren Kapitel zum prinzipiellen Standpunkt gemacht:

„Aber diese günstige Lage (der Wirksamkeit der Monopole) pflegt gewöhnlich nicht lange anzuhalten. Der Stachel der Konkurrenz treibt die anderen Kapitalisten an, ihre Produktionsmethoden ebenfalls zu verbessern und sie auf dieselbe Höhe wie ihr Konkurrent und wenn irgend möglich noch höher zu bringen. Die wetteifernden Kapitalisten führen dieselbe Teilung der Arbeit, dieselben Maschinen ein, und diese Einführung wird so allgemein werden, bis der Preis der betreffenden Ware nicht nur unter ihre alten, sondern unter ihre neuen Produktionskosten herabgesetzt ist.“ (S. 81.)

Die Konkurrenzunternehmen würden also denselben Grad an Produktivität wie die ursprünglichen Monopolgesellschaften erreichen. Dann sei die freie kapitalistische Konkurrenz wiederhergestellt, die Monopolgewinne beseitigt. Daß dieses nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, ist offensichtlich während der letzten 20 Jahre zu beobachten gewesen. Abgesehen davon, zeigt sich die Unrichtigkeit am Beispiel der monopolistischen Fordgesellschaft besonders klar. Worauf beruht die monopolistische Stellung der Fordgesellschaft? Abgesehen von anderen Gründen darauf, daß sie in unglaublichem Massenumfang produziert, so daß für jede Teilarbeit noch Arbeit sparende Maschinen in Anwendung kommen können, jeder Arbeitsvorgang stark zerlegt werden kann. Nehmen wir nun das Walchersche Argument an, daß ein Konkurrenzunternehmen denselben Grad an Produktivität erreicht. Zunächst müßte dieses einen ähnlichen Umfang und ähnliche Produktionsziffern aufweisen können. Das gesamte Anlagekapital und Vermögen des Fordtrusts wird in Amerika auf eine Milliarde Dollar geschätzt. Welches Konkurrenzunternehmen kann derartige Gelder aufbringen? Wenn nun aber tatsächlich die Möglichkeit – dies wurde in Amerika mehrmals diskutiert – besteht, daß eine Reihe der mittelgroßen selbständigen Unternehmen sich zusammenschließen und mit Unterstützung anderer Kapitalsgruppen ein Konkurrent des monopolistischen Fordtrusts entstände, so würde auch dies grundsätzlich nichts besagen. Beide Riesenunternehmen müßten ihre Massenproduktion absetzen können. Zur Erreichung der Rentabilität müßten sie ihre Produktionskapazität möglichst stark ausnutzen. Beide Unternehmen würden in einen Preiskampf miteinander eintreten, um den anderen auf dem Markt aus dem Felde zu schlagen. Dabei besteht die Möglichkeit – es ist sogar wahrscheinlich –, daß die Preise unter die Selbstkosten sinken würden. Und als Folge davon würde sich ergeben: diejenige Trustorganisation, die den längeren Atem hat, die größten finanziellen Kräfte besitzt, wird die andere totschiessen, d. h. in sich aufnehmen, aufkaufen oder in einer anderen Form als Konkurrenten beseitigen, falls sie nicht vorher in Kartellform ein Monopol bilden. Das Endergebnis würde also sein: das Monopol ist wieder hergestellt und damit auch die Monopolpreise und die monopolistischen Sonderprofite. Ein derartiger Konkurrenzkampf wird in vielen Industrien, in denen das Monopol herrscht, schon aus Standortsgründen nicht möglich sein. Häufig besitzt eine monopolistische Vereinigung die besten Rohstoffquellen, ihre verarbeitenden Werke haben die günstigste verkehrspolitische Lage. Ein Konkurrenzunternehmen müßte von vornherein unter schlechteren Bedingungen produzieren; hier ist die Monopolstellung absolut gesichert.

Genosse Walcher könnte erwidern, daß unseren Ausführungen die Tatsache gegenübersteht, daß in der amerikanischen Automobilindustrie neben dem Fordtrust zahlreiche andere Automobilunternehmen bestehen. Nun, eine etwas nähere Betrachtung zeigt, daß auch dieser Einwand ohne Bedeutung ist. Denn die übrigen Automobilunternehmen sind nur in sehr geringem Maße Konkurrenzgesellschaften des monopolistischen Fordtrustes. Sie stellen meist die teureren, besser ausge-

statteten Wagen her, die speziell bearbeitet und ausgearbeitet werden. Diese können deswegen nicht in so großer Anzahl und auch nicht bei so großer Arbeitszerlegung produziert werden, wie es auf den billigen Massenartikel, den „Ford-Wagen“, zutrifft. Hier haben wir es ebenfalls mit einer Erscheinung zu tun, die nicht nur in der amerikanischen Automobilindustrie, sondern in den meisten entwickelten Industrien der kapitalistischen Staaten anzutreffen ist. Das Monopol beherrscht hier die Produktion der billigen Massenartikel, die nicht weiter speziell bearbeitet werden. Diese dagegen werden von den selbständigen, unabhängigen kleineren Unternehmungen erzeugt. Dies ist nicht mehr die gewöhnliche kapitalistische Konkurrenz, wie Genosse Walcher es darstellt. Hier herrscht trotzdem das Monopol.

Wie wenig der Standpunkt des Genossen Walcher mit der Wirklichkeit zu vereinbaren ist, zeigt ein vom Genossen Walcher nur in Klammern geschriebener Satz. „Wenn alle Unternehmer die Technik und Organisation, überhaupt sämtliche Methoden, die Ford zur Erklärung seiner Methoden geltend macht, anwenden würden (faktisch geht das deswegen nicht, weil vieles, [514] was Ford tut, mit seiner Ausnahmestellung zusammenhängt) ...“ Darauf kommt es aber gerade an! Die Ausnahmestellung – das ist die Aufhebung der freien kapitalistischen Konkurrenz. Es herrscht das Monopol.

Unsere Darstellung eines möglichen Konkurrenzkampfes in der amerikanischen Automobilindustrie wurde nur darum etwas ausführlicher gegeben, weil hier allgemein der Herrschaftskampf der Monopole zum Ausdruck kommt. Die monopolistischen Trusts und Kartellorganisationen in der deutschen Industrie zeigen diese Erscheinungen in besonders ausgeprägter Form.

III.

Die Feststellung des Genossen Walcher, daß die Ford-Gesellschaft „nur“ ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen, die Monopolstellung nicht wirksam sei, nimmt Genosse Walcher zum Anlaß, daraus einige allgemeine Schlüsse über die Entwicklung des Kapitalismus zu ziehen. Wenn die Ford-Gesellschaft zwar augenblicklich, aber nur für kurze Zeit wirksam eine Monopolstellung habe, so aus dem Grunde, weil die Konkurrenz bald denselben Grad an Produktivität erreicht haben werde, die Preise infolgedessen sinken müßten, gleichzeitig aber eine Absatzkrise infolge Ueberproduktion eintreten müsse. Dies ergäbe sich nicht etwa nur daraus, daß in die Automobilindustrie, als Folge besonders hoher Gewinnmöglichkeiten, zuviel Kapital hineinströme und erst durch Senkung der Preise und damit auch der Gewinne, ein Ausgleich der Kapitalsanlagen innerhalb der einzelnen Industrien stattfinde. Es handle sich darüber hinaus darum, daß der fortgesetzt erzielte Profit zur Realisierung stets neue Absatzmärkte außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft benötige. Augenblicklich habe die Ford-Gesellschaft zwar noch keine Absatzschwierigkeiten, sobald aber die Konkurrenz denselben Grad an Produktivität erreicht habe, würde die Frage des Absatzmarktes akut werden.

Das ist die Krisentheorie, welche völlig Rosa Luxemburg, und nicht Marx entlehnt ist. (Der Titel „Ford oder Marx?“ ist deswegen irreführend!)

Diese Rosa Luxemburgische Krisentheorie zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch.

Es würde über den Rahmen einer Buchbesprechung hinausgehen, wenn hier auf die Mängel der Rosa Luxemburgischen Krisentheorie von der notwendigen Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eingegangen würde.^{*)} Es sei lediglich aufgezeigt, zu welch falschen, unleninistischen Ergebnissen jeder, der auf der Akkumulationstheorie fußt, kommen muß. Genosse Walcher kann daher den Imperialismus nicht erklären. Es gibt zwar ein besonderes Kapitel, betitelt „Vom vergangenen und kommenden Krieg“. Hier heißt es auch: „Aber Kriege sind im Zeitalter des Imperialismus ... eine Alternative, auf die die kapitalistische Entwicklung von Zeit zu Zeit unvermeidlich lossteuert“. Sonst wird hier aber gegenüber den „pazifistischen Abirrungen“ eines Henry Ford nur allgemein angeführt, daß Kapitalismus und Kriege aufs engste zusammenhängen. Wenn man vorher das Wesen und die Bedeutung eines kapitalistischen Mono-

^{*)} Siehe Gen. Bucharins Artikel „Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals“. „Unter dem Banner des Marxismus“ Nr. 1.

pols behandelt hat, dann müßte man natürlich in einem derartigen Kapitel den Zusammenhang zwischen dem Kapitalexport, dem Kampf um die Rohstoffquellen, die rentabelsten Kapitalanlagen und als Folge davon auf die imperialistischen Kriege eingehen.

Genosse Walcher hat nun vorher schon an anderer Stelle festgestellt:

„... die Kapitalisten jagten über den ganzen Erdball, um neue Absatzgebiete zu suchen und sich rentablere Anlagemöglichkeiten für ihre überschüssigen Kapitalien zu suchen.“

„Die andere Wirkung des kapitalistischen Expansionsdranges sehen wir im modernen Imperialismus. Da alle kapitalistischen Staaten dem gleichen Zwange unterliegen, begegnen sich die nationalen Kapitalisten in allen Weltteilen als Konkurrenten.“ (S. 88.)

Aber unter „kapitalistischem Expansionsdrang“ versteht Genosse Walcher, seinen vorherigen Ausführungen entsprechend, den Drang nach fortlaufender „Realisierung des Mehrwertes in nicht kapitalistischen Gebieten“. Diesem „Zwange“ unterliegen angeblich alle kapitalistischen Staaten. Wenn man auf dem Rosa Luxemburgschen Akkumulationsstandpunkt steht und bestreitet, daß es ein monopolistisches Stadium des Kapitalismus gibt, dann allerdings kann man folgern, daß die imperialistischen Kriege nur der Ausdruck dieses Konkurrenzkampfes um die Absatzmärkte sind, um die Möglichkeit, den Mehrwert zu realisieren. Wenn man diesen Standpunkt des Gen. Walcher nicht kennt, könnte man den Satz kaum verstehen:

„Soll die aberwitzige Vergeudung, das himmelschreiende Elend, das sich aus dem kapitalistischen Außenhandel (!) ergibt, beseitigt werden ...“ (S. 119.)

Demgegenüber stellt Lenin klipp und klar fest, daß die imperialistischen Kriege nichts mit einer mystischen Notwendigkeit, den zu akkumulierenden Mehrwert nur außerhalb des nicht kapitalistischen Milieus zu realisieren, zu tun haben. Sie werden vielmehr, um die besten Ausbeutungsmöglichkeiten, um die rentabelsten Kapitalanlagen, und, was oben schon gesagt wurde, um die Rohstoffquellen geführt.

Auch vom Gen. Walcher wird der Kapitalexport mit dem Imperialismus in Zusammenhang gebracht, aber nur oberflächlich, ohne auf sein Wesen einzugehen, ihn vom Warenabsatz zu unterscheiden.

„Weil der innere Markt unzulänglich ist, jagten die Kapitalisten über den ganzen Erdball, um neue Absatzgebiete zu suchen und (!) sich rentablere Anlagemöglichkeiten für ihre überschüssigen Kapitalien zu suchen.“

Um den modernen Imperialismus zu verstehen, muß man verstehen, daß „neuer Absatzmarkt“ und „Kapitalexport“ nicht dasselbe sind. „Neuer Absatzmarkt“ ist nicht Kapitalexport, sondern nur einfacher Warenabsatz. Von einer Ausbeutung des nicht-kapitalistischen Landes braucht hier nicht die Rede zu sein. Kapitalexport wiederum ist nicht etwa „Realisierung des Mehrwerts“. Der Mehrwert muß vielmehr vorher bereits realisiert sein; es werden bei Kapitalexport Waren exportiert, nicht um in entsprechendem Maße andere Waren einführen zu können, vielmehr erhält der Kapitalist einen Anspruch auf Ausbeutung in Form von Gewinnanteilen, Zinsansprüchen usw. Deswegen betont auch Lenin den parasitären Charakter des Kapitalexports.

Warum aber wird Kapital exportiert ? Weil im Ausland bessere Ausbeutungsmöglichkeiten bestehen. Und darum werden die imperialistischen Kriege geführt. Das hat mit Realisierung des Mehrwerts nichts zu tun.

Lenin hat die Zusammenhänge zwischen [515] der Monopolentwicklung, dem Kapitalexport und den imperialistischen Kriegen aufgezeigt.^{*)} Dies hätte gerade am Beispiel der Fordgesellschaft besonders gut getan werden können. Weil die Fordgesellschaft ihre Ueberschüsse überwiegend wieder „in den Betrieb hineinsteckt“, wird bei ihr der Kapitalexport besondere Bedeutung gewinnen. Die starke Expansionspolitik des Fordtrusts in den Nachkriegsjahren beweist dies. Diese Kapitalexport-

^{*)} „Der Kapitalexport als besonders charakteristische Erscheinung steht im Unterschied zum Warenexport unter dem nichtmonopolistischen Kapitalismus im engen Zusammenhang mit der wirtschaftlich und politisch territorialen Aufteilung der Welt.“ („Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“. Lenin, Sammelband.)

tätigkeit muß aber notwendigerweise eine imperialistische Einstellung zur Folge haben, besonders wenn Ford versuchen wird, auch von den ausländischen Rohstoffquellen Besitz zu ergreifen. In diesem Zusammenhange hätte sich sehr gut der Sinn des amerikanischen „Pazifismus“ und speziell der Fords aufzeigen lassen. Er ist nämlich nur eine Ausdrucksform, und zwar nur eine zeitweilige, vorübergehende, für den amerikanischen Imperialismus.

IV.

Die monopolistischen Sonderprofite machen uns auch die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaftspolitik klar. Gen. Walcher schreibt darüber:

„Ihm (Ford) ist es gelungen, nicht nur bei seinen verantwortlichen Mitarbeitern, sondern auch bei einem großen Teil der von ihm ausgebeuteten Arbeiter die Ueberzeugung zu wecken, daß das ‚Wohl und Wehe‘ der Fordgesellschaft ihr eigene höchst persönliche Sache ist ... Gewiß, diese Gesinnung der Fordarbeiter bildet genau so eine Ausnahme im industriellen Leben wie Ford als Unternehmer.“ (S. 28.)

Die Einstellung der Fordarbeiter ist nicht einfach eine „Ausnahme im industriellen Leben“. Das ist zunächst einmal eine Tatsache, und diese Tatsache ist nicht einfach eine Folge zu geringer kommunistischer Propaganda. Sie beruht vielmehr darauf, daß dank der Monopolprofite die Arbeiter durch etwas höhere Löhne, verbunden mit einem System der Lohndifferenzierung usw. „bestochen“ werden, vom revolutionären Klassenkampf abzulassen.

Es wurde vom Gen. Walcher sehr verständlich und richtig ausgeführt, daß gerade unter diesen Umständen die ehrwertrate (gleich Ausbeutungsgrad) besonders hoch ist. Da der monopolistische Sonderprofit aber nicht eine Ausnahmerecheinung ist, haben wir eine Bestechung einzelner Arbeiterschichten in einzelnen Ländern in größtem Maßstabe. Wir müssen natürlich bei unserer Propaganda das Steigen der Mehrwertrate betonen. Wir sind uns aber darüber klar, daß die „Werksgemeinschaft“ oder Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ökonomisch durch die Sonderprofite und die etwas höheren Löhne überhaupt erst von Bedeutung werden kann.

Auch dies hätte gerade bei der Lohnpolitik des Ford-Trusts besonders handgreiflich dargestellt werden können.

V.

Es sei noch auf eine Unrichtigkeit des Gen. Walcher eingegangen:

„Die Abneigung Fords gegen das heutige Finanz-System ... ist der Ausdruck des Gegensatzes zwischen der selbständigen verarbeitenden Industrie und dem herrschenden Trustkapital.“ (S. 105.)

Ford nehme also die Interessen der verarbeitenden Industrie gegenüber dem „Trustkapital“ wahr. Das stimmt nicht mit den Tatsachen überein. Ford selbst ist nicht nur Verarbeiter, sondern in demselben Maße auch Rohstoffproduzent. Er ist ein vertikaler Trust. Als solcher steht er mit den übrigen amerikanischen Automobilunternehmungen zeitweise in äußerst heftigem Konkurrenzkampf. Diese werden vom amerikanischen Bankkapital unterstützt. Der Kampf Fords gegen das Bankkapital, gegen das „herrschende Trustkapital“ ist ein Kampf gegen Morgan, gegen die übrigen finanzkapitalistischen Gruppen, und nicht ein Kampf zwischen Rohstoff- und Fertigindustrie.

Dies ist darum von allgemeiner Bedeutung, weil der Gegensatz und Konkurrenzkampf zwischen Rohstoff- und verarbeitender Industrie mit wachsender Bedeutung der vertikalen Konzerne und Trusts nicht mehr dieselbe Bedeutung wie vor dem Kriege hat (besonders in Deutschland). Die Konzerne und Trusts in Deutschland, häufig unter Führung der Schwerindustriellen, umfassen meist verarbeitende und Rohstoffindustrie. Zwischen den einzelnen Konzernen und Trusts, zwischen den einzelnen Gruppen des Finanzkapitals besteht ein äußerst heftiger Konkurrenzkampf. Abgesehen davon gibt es einen Konkurrenzkampf zwischen den Industriekonzernen und Trusts und einen Kampf der Kartelle mit den „unabhängigen“ Unternehmungen.

VI.

Sind diejenigen Punkte, die hier kritisch behandelt wurden, überhaupt von aktuell-politischer Bedeutung? Derjenige, der das bestreiten wollte, würde völlig die Einheitlichkeit der leninistisch-

marxistischen Auffassung verkennen. Man lese Lenins Artikel über „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ und andere Ausführungen über das Wesen des Opportunismus. Hier wird nicht bloß allgemein die Sozialdemokratie eine reformistische, konterrevolutionäre Partei genannt. Es wird die Grundlage der imperialistischen Einstellung der Sozialdemokratie, die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, die Bestehung einzelner Arbeiterschichten und Arbeiterführer durch besondere Vergünstigungen aufgezeigt. Dieses ist ermöglicht durch das monopolistische Stadium des Kapitalismus, durch die Herrschaft der Monopole, durch die monopolistischen Sonderprofite. Bestreitet man dies, so kann man wohl im einzelnen gegen die Verräterrolle der Sozialdemokratie sein. Man hat aber nicht zu tiefst das Wesen und die Bedeutung der Sozialdemokratie erkannt.

VII.

Das Buch des Gen. Walcher ist für den Arbeiter geschrieben, der sich über die „Ford-Methoden“ noch Illusionen macht oder über die „Ford-Methoden“ näheres wissen will. Abgesehen von obiger Kritik, sei festgestellt: die Schrift ist in einem sehr verständlichen Stile geschrieben, der sicher von dem Arbeiter verstanden werden wird. Es wäre zu wünschen, daß die kommunistischen Schriften stets in diesem, auf den Arbeiter-Leser eingestellten Stile geschrieben wären. Auch sind einzelne Abschnitte, besonders im Kapitel III, sehr wohl geeignet, die Stellung der Arbeiter bei Ford dem deutschen Arbeiter klar zu machen, die Illusionen über das „glänzende“ Leben der „Ford-Arbeiter“ zu beseitigen. Dagegen gibt die Schrift nicht „in knappen Stücken das Wesen des kapitalistischen Produktionssystems und der damit unlöslich verbundenen Widersprüche“. G. Reimann. [516]

*

Zwei Broschüren zum Kampf um die Gewerkschaftseinheit.

Fritz Heckert: „Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit.“

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 1925. 46 Seiten.

A. Losowski: „Der Kampf für die Einheit der Welt-Gewerkschaftsbewegung.“

Führer-Verlag. 1925 31 Seiten.

Die Macht der Reformisten in den deutschen Gewerkschaften ist eine der Grundlagen der Hindenburg-Herrschaft und der Macht des Finanzkapitals. Die Beschlüsse der Zentralausschußtagungen vom Januar und Mai d. J. und der Parteitag haben uns in Anwendung der Beschlüsse des V. Weltkongresses auf die deutsche Lage den konkreten Weg gezeigt zum Kampf gegen diese Macht der Reformisten in den Gewerkschaften, haben der Partei gezeigt, daß dieser Kampf in den Gewerkschaften eine der wichtigsten Seiten unseres Kampfes gegen die Reaktion ist. Man kann sagen, daß ohne ihn auch der beste politische Kampf nicht den angemessenen Widerhall in den Arbeitermassen finden wird.

Wir sehen heute, daß einerseits die Macht der Reformisten in den Gewerkschaften wächst, andererseits aber die politischen wie die ökonomischen Verhältnisse im deutschen und im internationalen Maßstabe die günstigsten Aussichten für unseren Kampf eröffnen. Das heißt aber, daß unsere Arbeit noch weit zurück ist hinter dem, was wir hätten leisten können und müssen.

Dies gilt es nachzuholen. Wir müssen es daher begrüßen, daß in diesem Moment die beiden obigen Broschüren erschienen sind. Sie sind eine dringende Notwendigkeit gewesen und ergänzen sich gegenseitig auf sehr glückliche Weise. Während Losowski mehr für unsere Parteigenossen schreibt und noch einmal zusammengefaßt Material liefert gegen die bewußten und unbewußten Bedenken in der Gewerkschaftsfrage, ist die Broschüre Heckerts für die breitesten Massen der Gewerkschaftsmitglieder wie geschaffen. Beide sind in sehr einfacher klarer Sprache geschrieben, knapp und ohne viel Phrasen und illustrieren lebendig den Satz Losowskis:

„Die II. Internationale ist das politische Organisationszentrum für die gegen die Einheit gerichteten Aktionen. Warum? Der Grund liegt auf der Hand: Wer für die Einheitsfront mit der Bourgeoisie ist, muß gegen die Einheitsfront der Arbeiter sein.“

Hier sind unwiderlegliche Beweise für diese Tatsache zusammengestellt. Und so ermöglichen diese beiden Broschüren jedem deutschen Arbeiter: erstens das Begreifen der unmittelbar aktuellen und konkreten Bedeutung der internationalen Einheit; zweitens das Verständnis der Rolle der Reformisten in der gegenwärtigen Zeit; drittens die Erkenntnis der Ziele, die die Kommunisten beim Kampf um die Gewerkschaftseinheit verfolgen; viertens die Kenntnis der internationalen gewerkschaftlichen Ereignisse seit einem Jahre.

Jeder Parteigenosse im Betriebe müßte verpflichtet werden, mindestens die Heckertsche Broschüre im Laufe des nächsten Monats derart im Betrieb zu vertreiben, daß sie wenigstens von den 6-8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, aber auch von den unorganisierten Millionen über diesen Kreis hinaus gelesen wird im Hinblick auf den kommenden Gewerkschaftskongreß. Die Tatsachen sprechen derart für uns, daß damit unsere weitere Arbeit ungemein erleichtert wäre. Der verstockteste Opportunist und Reformist könnte vor Arbeitern, die diese Broschüren gelesen haben, nicht mehr bestreiten:

1. Purcells Worte: „Unsere Pflicht ist es, an der Vernichtung des Kapitalismus auf der Erde und an der Befreiung unserer Klasse teilzunehmen. Wir sind immer dessen eingedenk, daß ... wir alle Glieder der großen Weltfamilie der Arbeiterklasse sind.“

2. „Die neue Welle der äußersten internationalen Reaktion muß allein schon dazu genügen, daß sich jeder ehrliche Kämpfer der Arbeiterklasse sagt: in einer solchen Lage brauchen wir die Einheit der Gewerkschaften wie die Luft zum Atmen.“ (Sinowjew.)

3. Das Ziel der Kommunisten ist, wie Tomski formulierte: „Im Interesse einer wirklichen Klassenpolitik müssen wir begreifen, daß unser Kampf um diese Einheit kein Manöver, keine agitatorische Maßnahme, sondern das wichtigste Problem ist, das gegenwärtig in der Arbeiterbewegung existiert und das wir zu lösen haben.“

4. Aber die Kommunisten zeigen damit zugleich den einzigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, wie Losowski sagt: „Keine Kompromisse, keine Kombinationen, keine Schmarotzertheorien, sondern harter Kampf innerhalb einer (d. h. der einheitlichen gewerkschaftlichen H. K.) Organisation für unsere Ideologie, für unser Programm, für unsere Taktik. Ohne Kampf gegen den Reformismus ist der Kampf gegen den Kapitalismus nur ein leerer Phrasenschwall.“

Es ist notwendig, daß die Genossen diese Punkte aufgreifen und unsere allgemeine Agitation auf diese vier grundlegenden Sätze konzentrieren, die in den beiden Broschüren an der Hand schlagender historischer Beispiele lebendig gemacht werden. Dies wird unserem Kampf in der Gewerkschaft sehr zugute kommen.

Die beiden Broschüren sind scharfe Waffen in diesem Kampf.

*

Nun kurz zu einigen Mängeln der Broschüre des Genossen Heckert.

1. Er behandelt den Kampf um die Gewerkschaftseinheit losgelöst vom Kampfe um die Hegemonie des Proletariats, von der Organisierung des revolutionären Bündnisses mit den anderen ausgebeuteten Schichten, also vor allem Landbevölkerung (Bauern, Kleinbürger).

2. Er verwischt dadurch die Rolle der Kommunistischen Partei im Kampfe um die Gewerkschaftseinheit. Die konkrete Beziehung auf die Vorbereitung des Kampfes um die Staatsmacht fehlt. So ist die Broschüre trotz aller Vorzüge apolitisch und erschwert das Begreifen der Bedeutung und Notwendigkeit der Bolschewisierung unserer Partei.

3. Er vertieft diesen Hauptfehler dadurch, daß er den Kampf der Reformisten gegen die Einheit nicht mit der imperialistischen „Bestehung“ begründet und daß er [517]

4. nirgends das Wesen des Opportunismus in der Gewerkschaftsbewegung klar herauschält als die Vertretung der Interessen eines kleinen Teils der Arbeiterklasse auf Kosten ihrer großen Mehrheit.

Das sind Mängel, die um so unangenehmer sind, als wir gerade diese populäre Broschüre, die für die breiteste Massenagitation sehr gut geeignet ist, dazu verwenden sollten, den breiten Arbeitermassen die grundlegenden Gegensätze zwischen uns und den Reformisten klar zu machen, unsere revolutionäre Theorie sehr einfach aus der Praxis dieses Kampfes dem einfachen Arbeiter zu erläutern.

Dies ist aber nur möglich, wenn man auch das Problem des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den ausgebeuteten kleinbürgerlichen Massen, vor allem den Kleinbauern und ihren Organisationen konkret aufrollt. (Für Deutschland ist auch die Frage der wirtschaftlichen Beziehung zum russischen Bauern eminent wichtig.)

H. K.

*

„Die Kommunistische Internationale“ Heft 3, 4 und 5.

Verlag C. Hoym Nachfolger.

Die drei vorliegenden Hefte vom März, April und Mai zeigen, daß die Zeitschrift mehr und mehr zu einem wichtigen internationalen Informations- und Diskussionsorgan wird. Aus dem Inhalt der drei Hefte sei unter anderem hervorgehoben der Artikel des Genossen Kolarow aus dem März-Heft, der in sehr eingehender und gründlicher Weise die Frage der Bauernpartei behandelt und sie international in demselben Sinne beantwortet wie wir sie für Deutschland beantwortet haben. Aktuell im Hinblick auf die wachsenden Gegensätze zwischen England und Amerika ist der Artikel des Genossen John Pepper zur Frage der englisch-amerikanischen Kooperation im selben Heft, der eine eingehende, mit reichem Tatsachenmaterial belegte Polemik gegen die Auffassung des Genossen Radek darstellt. Der Verfasser kommt zu dem Schluß:

„Der amerikanische sowohl wie der englische Imperialismus führen in der Tat einen Kampf für die Stabilisierung des Kapitalismus, aber – und das ist der springende Punkt – jedes der beiden imperialistischen Reiche kämpft zur gleichen Zeit um seine eigene Hegemonie in der kapitalistischen Welt. Hier ist die Hauptwurzel der irrümlichen Auffassung des Genossen Radek. Genosse Radek trennt mechanisch diese zwei Tendenzen, und deshalb ist er nicht imstande, die Weltlage als einen Gesamtprozeß zu analysieren ... Es ist ein grundlegender Irrtum, zu glauben, daß England oder Amerika oder irgend ein anderes imperialistisches Land einen allgemeinen Kampf für die Stabilisierung der kapitalistischen Welt führen kann, ohne gleichzeitig und unlösbar von diesem Kampf auch den Kampf um seine eigene Hegemonie zu führen. Man kann die Weltlage nicht verstehen, wenn man den Kapitalismus nur abstrakt allgemein nimmt und nicht gleichzeitig die imperialistischen Mächte konkret als imperialistische Mächte.“

Die Zeitschrift beweist ihren wirklich internationalen Horizont, indem sie Amerika, sowohl seiner Kommunistischen Partei als auch der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten einen großen Raum gewährt. Im Märzheft finden wir einen Diskussionsartikel von W. Z. Foster und D. Cannon zur amerikanischen Frage, außerdem einen Beitrag des Genossen Ruthenberg. Einen der besten vorhandenen Beiträge zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Nordamerikas gibt Genosse M. Tanin in der Mainummer.

Ein sehr interessanter Artikel findet sich außerdem im Heft 4, nämlich eine Analyse der Klassen-schichtung in den Vereinigten Staaten von Lovestone. Derartige Analysen über die heutigen Klassenverhältnisse sind übrigens heute für uns, speziell in Deutschland, sehr wichtig, und auch wir werden uns an diese Arbeit machen müssen.

Wenn man in Europa von Amerika spricht, so liegt das Problem der Reparationsfrage nahe, die, wie erst kürzlich der Mitverfasser des Dawesplans, H. Robinson, gesagt hat, heute durch den Dawesplan eine wesentlich amerikanische bzw. amerikanisch-deutsche Frage geworden ist. Genosse Varga behandelt im Aprilheft den Dawesplan und die Stabilisierung des Kapitalismus und prüft die Frage, inwiefern die für den Kapitalismus günstigen Wirkungen des Dawesplans ihr Ende erreicht haben. Er kommt zu dem Schluß, daß es vollkommen unrichtig wäre, die gleichen Wirkungen seiner Durchführung auch für die Zukunft zu erwarten. Diese Feststellung ist unbedingt richtig, doch uns

scheint, daß man die Frage auch von dem Standpunkt aus betrachten muß, daß der Dawesplan, wie er heute besteht, ein Kompromißprodukt und durchaus noch nichts Endgültiges ist. Man wird diese Frage gerade mit Bezug auf die Reden auf der Brüsseler Tagung der Internationalen Handelskammer noch gründlich untersuchen müssen.

Eine ganze Reihe von Artikeln ist anlässlich der Erweiterten Exekutivesitzung der Lage der verschiedenen Parteien in der Komintern gewidmet. So schreibt Genosse Domski über die Lage der KP Polens, Lepetite über die französische Partei (Heft 3), Genosse Boschkowitsch über die jugoslawische Partei (Heft 4). Das Aprilheft enthält einen Auszug aus den Verhandlungen der tschechischen Kommission auf der Erweiterten Exekutive der Komintern, der einen lehrreichen Einblick in die tschechische Parteikrise gewährt. Schließlich sind bemerkenswert die zusammenfassenden Artikel über die Ergebnisse des Moskauer Tagung (Heft 4). Genosse Manuilski untersucht in einem sehr sorgfältigen Artikel das Problem der revolutionären Perspektive und kommt dabei zu folgendem Schluß:

„Die ganze Frage ist die, was schneller vor sich gehen wird: der Zerfall des britischen Reiches oder der Zerfall des Dawesplans. Wir nehmen an, daß der Dawesplan einen rascheren Zusammenbruch erleiden wird. Ferner werden die Schwierigkeiten in England und Frankreich die europäischen Verhältnisse revolutionieren, und das wiederum wird die Lage in Deutschland und das Schicksal des Dawesplans beeinflussen. Man darf nicht vergessen, daß das deutsche Proletariat zwar eine Niederlage erlitten hat, daß es aber nicht endgültig geschlagen ist. Das deutsche Proletariat, das die große Erfahrung seiner fünfjährigen Revolution 1918 bis 1924 besitzt, das unter das Joch einer doppelten Ausbeutung – der allgemeinen kapitalistischen einerseits und der [518] Ausbeutung kolonialen Charakters andererseits – gestellt ist, wird sich unvermeidlich beim ersten Riß im Dawesplan sehr viel rascher revolutionieren als die Arbeiter der übrigen Länder. Der Schlüssel zur Revolution in Europa wird unserer Ansicht nach trotzdem in Deutschland liegen.“

In demselben Heft referiert Genosse Piatnitzki über die Ergebnisse der Organisationskonferenz, die gleichzeitig mit der Erweiterten Exekutive in Moskau stattfand. Die Ergebnisse dieser Konferenz sind sehr wichtig, nicht nur, weil sie Nichtlinien gegeben hat zur Fortführung der Betriebszellenorganisation, sondern auch speziell für die KPD, weil sich die Konferenz eingehend mit der Institution der Funktionäre befaßt hat, wie sie in unserer Partei besteht. Zu diesen Fragen werden wir nächstens ausführlich Stellung nehmen.

Das neueste Heft enthält an aktuellen Artikeln außerdem eine Arbeit des Genossen Heinz Neumann über die Hindenburg-Aera, die einen wertvollen Beitrag zur Charakteristik unserer Aufgaben in der gegenwärtigen Etappe bildet. Grundlegend ist der große Artikel des Genossen Sinowjew über „Die partielle Stabilisierung des Kapitalismus und die Aufgaben der Komintern und der KPR“, der eine Erweiterung seines Berichts auf der 14. Parteikonferenz der Sowjetunion darstellt und die gegenwärtige Lage im internationalen Maßstabe erschöpfend behandelt.

Auf einzelne Artikel wird noch im Zusammenhang mit konkreten Fragen einzugehen sein. Doch dies kann auf keinen Fall das Studium der Zeitschrift selbst ersetzen, das wir allen Genossen, die sich einen wirklich internationalen Ueberblick verschaffen wollen, dringend raten. Leider ist der Preis hoch, nämlich 1,50 M. pro Heft. Der Verlag sollte ernstlich überlegen, ob nicht an der Aufmachung einige Abstriche vorgenommen werden könnten zugunsten des Preises, d. h. der Verbreitung. Erwähnt sei übrigens noch, daß dem Text neuerdings einige Illustrationen beigegeben werden. Freilich erscheint dies nicht unbedingt nötig und ihre Art nicht immer dem allgemeinen Charakter der Zeitschrift angemessen (z. B. Heft 5, S. 567). Bei dem Titel des Bildes auf Seite 499 „Die demokratisch-pazifistische Aera auf dem Marsch nach Marokko“ ist übrigens ein kleiner Schnitzer unterlaufen. Bekanntlich ist diese „Aera“ schon seit einem halben Jahre perdu.

*

„Die Kommunistische Internationale“, Heft 6.

Verlag C. Hoym Nachfolger.

Das mit einmonatiger Verspätung erschienene Juniheft der „Kommunistischen Internationale“ bringt an erster Stelle reiches Material über die Entwicklung der tschechischen Kommunistischen

Partei. Genosse Smeral berichtet über die Situation in der Partei, zwei Monate nachdem die Erweiterte Exekutive den Parteikonflikt entschieden hat. Er schreibt:

„Ohne jeden Vorbehalt geben wir ganz offen die Richtigkeit des uns von den russischen Genossen gemachten Vorwurfs zu, daß wir die Größe dieser Gefahr der rechten, zum Teil direkt liquidatorischen Abweichungen in der KPTsch nicht genügend eingeschätzt haben.“

Er gibt im weiteren einige charakteristische Dokumente der ausgeschlossenen Bubnik-Gruppe bekannt.

Genosse Sinowjew warnt in seinem Artikel zur Lage in der KP der Tschechoslowakei die Partei vor den Liquidatoren in der Partei selbst, die heute gefährlicher sind als die schon ausgeschlossenen, und vergleicht die jetzige Lage der KPTsch mit der in der russischen Partei in den Jahren 1909/11, wo ebenfalls ein Teil der Liquidatoren, Potressow, Lewitzki usw., offen mit der Partei brachen und gegen die Partei gerichtete Zeitungen herausgaben, ein anderer Teil aber, Martow, Dan und Co. in der Partei blieben, um sie von innen heraus zu sprengen. Genosse Sinowjew bezeichnet im übrigen die Kritik der slowakischen Genossen an den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive, die den dort gebildeten Block der Linken mit dem Zentrum unter Smeral „opportunistisch“ nannten, als einen politischen Fehler.

Den dritten Beitrag über die KPTsch liefert Genosse Manuilski, der aus dem tschechischen Beispiel Lehren für die gesamte Komintern zieht. Er betont hier noch einmal die schweren politischen Fehler, die die leitende Gruppe des alten Zentralkomitees vor dem 5. Weltkongreß begangen hat.

Es folgen zwei Beiträge über England. Wichtig sind die in dem ersten mitgeteilten ökonomischen Tatsachen über den Niedergang der Weltfirma England. Die englische Stahlproduktion ist nach diesen Angaben von 1815 Millionen Tons^{*)} im Jahre 1923 bis auf 8,2 Millionen Tons im Jahre 1924 gesunken, d. h. auf eine Ziffer, wie sie die englische Stahlproduktion vor ungefähr 50 Jahren aufwies. Aehnlich ist die Lage der Maschinen- und Schiffbauindustrie, der Textilindustrie und des Transportwesens. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit einem Jahre um ungefähr 150.000 gestiegen. Ueber die Löhne wird mitgeteilt, daß sie zwar im Vergleich zu 1914 um ungefähr 45 Prozent für Metall- und überhaupt für qualifizierte Arbeiter und um 70 bis 75 Prozent für andere Kategorien gestiegen sind, infolge der Teuerung in der Tat aber eine Senkung aufweisen, weil der Warenindex in dieser Zeit um 80 Prozent gestiegen ist. Im Gegensatz zu dieser Verelendung der Arbeiterschaft steht eine außerordentliche Zunahme der Profite der Kapitalisten. Das Nettoeinkommen der Kapitalisten, also nach Abzug der Einkommen-, Erbschafts- und außerordentlichen Steuern, ist in den letzten 8 Jahren um 120 Prozent gestiegen. Prof. Clay von der Universität in Manchester hat angegeben – was für die Verteilung dieser Profite interessant ist, – daß über zwei Drittel des Nationalvermögens von England sich in den Händen von weniger als 2 Prozent der Gesamtbevölkerung befinden.

Von größter Bedeutung ist die Höhe der englischen Nationalschuld, deren Zinsendienst jährlich 44 Prozent der gesamten Ausgaben des Staates, die auf 800 Millionen Pfund Sterling geschätzt werden, ausmacht. Davon sind bloß 30 Millionen auf Grund des Baldwin-Abkommens jährlich an Amerika zu zahlen. Der weitaus überwiegende Teil der Staatsschuld befindet sich in den Händen der englischen Bourgeoisie. Rechnet man die 370 Millionen Pfund „unsichtbaren Ein-[519]kommens“ (d. h. Zinsen aus auswärtigen Kapitalanlagen usw.) dazu, so erreicht das Einkommen, das die englische Kapitalistenklasse aus rein finanziellen Operationen zieht, die ungeheure Summe von 700 Millionen Pfund Sterling jährlich (d. i. über 14 Milliarden RM.).

Die englische Bourgeoisie steht der dauernden Depression und dem Niedergang hilflos gegenüber. Der englische Arbeitsminister hat auf die Frage eines Labour Party-Mannes im Parlament, welche neuen Projekte die Regierung ausgearbeitet habe, geantwortet, man habe keine ausgearbeitet, „weil es keine Pläne gibt, die man ausarbeiten kann“.

^{*)} 1 Ton = 1016 Kilogramm. Die Angabe des Artikels: 1 Ton = 62 Pud, 1 Pud = 20 Kilogramm würde 1240 Kilogramm ergeben, stimmt also nicht ganz.

Genosse Dutt schreibt über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Englands mit Bezug auf den linken Flügel der Labour Party. Er polemisiert gegen die Auffassung, die Aufgaben der KP bestünden bloß darin, diesen linken Flügel zu unterstützen. Dutt wendet sich speziell gegen den Genossen Murphy, der die Ansicht vertreten hat, die Labour Party werde „zahlenmäßig und an Kraft wachsen in dem Maße, wie die Arbeiterklasse in wachsender Zahl zu politischem Bewußtsein erwacht“. Genosse Dutt setzt dieser Auffassung von der Labour Party, die sie gleichsam in die revolutionäre Periode „hineinwachsen“ läßt, eine andere Auffassung entgegen. Er schreibt:

„Die gegenwärtige Einheit der Labour Party ist einfach die Einheit eines primitiven Stadiums (so wie die Einheit der II. Internationale, die die sozialen Imperialisten und die Bolschewiki einschloß) vor Beginn der Differenzierung. Sich einzubilden, daß diese Einheit bestehen bleiben wird auch in der revolutionären Epoche, ist ein idyllischer Traum, der in Widerspruch steht zu den gesamten internationalen Erfahrungen. Wir müssen darum mit der kommenden wahrscheinlichen Spaltung und Auflösung der Labour Party als mit einem objektiven Faktor rechnen. Sie (die Spaltung) aus unserer Berechnung herauszulassen ... hieße ein falsches Bild der Entwicklung geben, das zu einem völligen Verkennen unserer Aufgaben führen müßte und der Deckmantel werden könnte für eine opportunistische Identifizierung mit der Labour Party.“

Dutt vertritt die – unseres Erachtens vollkommen richtige Auffassung, daß die Labour Party auch durch die beste „Linke“ über die Schranken des Trade Unionismus nicht hinauskommen wird. Der linke Flügel ist bloß ein Beweis dafür, daß die Arbeiter an den alten Methoden irre geworden sind, nach Neuem suchen, es aber noch nicht gefunden haben. Die KPE hat über die Unterstützung der Linken hinaus die völlig neuen Aufgaben des revolutionären Kampfes den englischen Arbeitermassen zu stellen und sie zu propagieren, zugleich mit dem Aufbau der eigenen kommunistischen Massenpartei.

„Die linken Führer werden niemals unsere Arbeit leisten, wieviel sie auch sonst für uns arbeiten mögen.“

Das Heft enthält außerdem eine Arbeit des Genossen Martynow über die Haltung der Menschewiki zur neuen Dorfpolitik der KPR. Genosse Heinz Neumann bringt in einem ausführlichen Artikel wertvolles Quellenmaterial aus den Werken von Marx und Engels über die Rolle der Kommunisten in Amerika. Ueber den Marokkokrieg schreibt Genosse Semard. Den Beschluß des Heftes macht ein Artikel von Roy über die Klassendifferenzierung in der revolutionären Bewegung Indiens, der auch für das Verständnis der jetzigen chinesischen Ereignisse von Wert ist. Er zeigt das Zurückweichen der indischen Bourgeoisie vor der Aufgabe, die bürgerlich-nationale Revolution durchzuführen, und schließt mit der Feststellung, daß die Frage der Hegemonie des Proletariats in der Revolution eine Frage der praktischen Politik der nächsten Zeit der revolutionären Bewegung Indiens geworden ist.

Eine Bemerkung noch über den Druck dieses Heftes. Ein wenig mehr Sorgfalt beim Korrekturlesen würde es möglich machen, die vielen manchmal geradezu den Wert der Artikel herabsetzenden Druck- und Schreibfehler zu beseitigen. So sind z. B. die Namen der tschechischen Genossen fast durchweg entstellt, (auf Seite 624 steht Stürz statt Sturc, auf Seite 631 Gula statt Hula usw.). Dasselbe gilt für englische Namen: auf Seite 638 ist ständig von einem ehemaligen liberalen Minister Raincyman die Rede. Der Mann heißt aber Runcyman. Statt Stamp heißt es hier Stams usw. Ein Druckfehler befindet sich auf Seite 642, wo es in Zeile 13 von oben statt 550 Millionen Pfund Sterling offenbar 350 heißen muß, ferner auf Seite 623 Zeile 15 von oben, wo aus zwei Monaten zwei Jahre gemacht wurden.

*

Eingelaufene Bücher und Druckschriften.

(Die Redaktion behält sich die ausführliche Besprechung in den nächsten Heften vor.)

Geschäftsbericht 1923 und 1924 der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände E. V. Berlin 1925, 335 und XXIII Seiten.

N. Timaschew, „**Grundzüge des sowjetrussischen Staatsrechts**“. Quellen und Studien des Ost-europa-Instituts in Breslau, erste Abteilung, Band II.) Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig 1925. 186 Seiten.

Paul Göhre, „**Deutschlands weltpolitische Zukunft**“. Vohwinkel-Verlag, Berlin-Grunewald 1925. 175 Seiten.

Max Adler, „**Kant und der Marxismus**“. Gesammelte Aufsätze zur Erkenntniskritik und Theorie des Sozialen. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1925. 247 Seiten.

Karl Renner, „**Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung**“. J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1924. 391 Seiten.

Dr. Theodor Cassau, „**Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften**“.

Ernst Niekisch, „**Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat**“. [520]

Albert Baumeister, „**Der deutsche Arbeiter in der Internationale**“. (Schriftenreihe des „Firn“) Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel 1925.

„**Der Kampf**“, Sozialdemokratische Monatsschrift, Heft 1—6 des XXVIII. Jahrgangs. Wien, Verlag der Volksbuchhandlung.

Wollin, „**Ernstes (wissenschaftliches) Lesen als Weg zur Selbstbildung**“. Verlag „Die Einheitsfront“, Berlin 1925. 41 Seiten.

Heinrich Rau, „**Im Kampf um die Freiheit**“. Eine Kampfgeschichte der Bauern von Württemberg. Illustriert. Verlag Neues Dorf, Berlin 1925. 32 Seiten.

Friedrich Engels, „**Der deutsche Bauernkrieg**“, neu herausgegeben und eingeleitet von Hermann Duncker. Ver. Intern. Verlagsanstalten, Berlin 1925.

Peter Maslowski, „**Was ist die deutsche Zentrumspartei ?**“. Klerikalismus und Proletariat. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1925. 131 Seiten.

Rosa Leviné, „**Aus der Mündener Rätezeit**“. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1925. 77 Seiten.

„**Von Hindenburg zu Hindenburg**“. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1925. 22 Seiten.

H. Erde, „**Die kapitalistischen Räuber und die Zollvorlage**“. Vereinigung Internationale Verlagsanstalten, Berlin 1925. 23 Seiten.

Georgi, „**Was bringen die Zölle?**“ Zehn Hauptargumente der Großagrariere für die Schutzzölle – zehn Antworten des werktätigen Volkes. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. 16 Seiten.

Lenin „**Ueber das Genossenschaftswesen**“. Artikel und Reden. Zusammengestellt und eingeleitet von N. L. Meschtscherjakow. Allgemeiner Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen 1925. 104 Seiten.

„**1917**“ um den Oktober. Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen. Verlag Carl Hoym Nachf., Berlin 1925.

Protokoll des 5. Weltkongresses. 2 Bände. 1083 Seiten. Preis 12 Mark. Verlag Carl Hoym Nachf., Berlin 1925.

I. K. Sorge, „**Das Dawes-Abkommen und seine Auswirkungen**“. (Internationale Zeit- und Streitfragen, Band 4) Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 1925. 120 Seiten.

*

Druckfehlerberichtigung.*

Im Artikel des Polbüros in der Sondernummer zum Reichsparteitag ist ein Druckfehler unterlaufen. Der auf Seite 3, Zeile 11 von oben genannte Philosoph hieß nicht Lucullus, sondern Lullus. [521]

* Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 8 * Ausgegeben: Berlin, Ende September 1925 * Heft 9

Zwei Perspektiven.

Von G. Sinowjew.

Vorbemerkung der Redaktion: Die folgenden Zeilen sind der letzte Abschnitt des Briefes des Genossen Sinowjew an den Frankfurter Parteitag (veröffentlicht in Nr. 6 des 7. Jahrganges der Internationale“. Dieser Brief ist heute ein historisches Dokument. Er und der Offene Brief der Exekutive schließen die Parteigeschichte der letzten 1½ Jahre ein und müssen beide zusammen gelesen werden, um die Bedeutung der jetzigen Kursänderung der Partei zu verstehen. – Die Geschichte hat bewiesen, daß dieser Brief an den Frankfurter Parteitag in allen Punkten recht hatte. Nicht nur mit der scharfen Kritik der Ultralinken (Scholem, Rosenberg usw.), nicht nur in der Bezeichnung der Fehler der linken Führung in den Fragen der Einheitsfronttaktik, der Gewerkschaftsarbeit, der Teilforderungen usw., sondern auch in der Einschätzung der Bedeutung, der Zusammensetzung und der Zukunft des linken Flügels in der KPD. Sinowjew hat schon damals scharf unterschieden die führende Intellektuellengruppe von den linksorientierten Arbeitern. Er hat in dem Sieg der Linken mehr gesehen als den Sieg einer Fraktion und hat ausdrücklich gewarnt, diesen Sieg zu beurteilen „lediglich vom Standpunkt des Kampfes innerhalb der Partei, des Wett-eifers der Fraktionen.“ Heute muß festgestellt werden, daß die führende Gruppe der Linken diese Warnungen nicht verstanden hat und daß sie die Partei trotz aller Mahnungen der Komintern auf den“ Weg der zweiten der beiden Perspektiven geführt hat, die Genosse Sinowjew damals als möglich voraussagte. Wenn die Partei diesen Weg nicht bis zu seinem verderblichen Ende gegangen ist, so ist dies das historische Verdienst der Exekutive, die rechtzeitig eingegriffen und sich über die Köpfe der führenden Gruppe an die linken Arbeiter gewandt hat. Die Exekutive hat der Partei so den Weg gezeigt, auf dem trotz der bisherigen Fehler und gegen die bisher führende Gruppe, auch jetzt noch die erste der beiden Perspektiven verwirklicht werden kann. Der Satz, mit dem der im folgenden abgedruckte Teil des Frankfurter Briefes schließt, gilt daher heute doppelt und dreifach.

Infolge des Sieges der Linken in Deutschland sind zwei Perspektiven möglich.

Die erste Perspektive: Die KPD überwindet wirklich die opportunistischen Abweichungen und marschiert zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele. Die deutsche Linke wiederholt nicht die Fehler, die Brandlers Gruppe gemacht hat, und die diese Gruppe zum Bankrott geführt haben: d. h. die Linken werden nicht alle anders Denkenden ignorieren, mit Ausschluß aus der Partei bedrohen, sondern werden bestrebt sein, alle revolutionären Kräfte auf dem richtigen Platz auszunützen; unabhängig davon, zu welcher Gruppe diese Arbeitskraft früher gehörte. Der Fraktionskampf hört auf. Die Kinderkrankheiten werden geheilt. Der revolutionären Phrase, dem linken „Kreischen“, den „linken“ Kindereien wird der entschiedenste Kampf erklärt. Kein einziger Schritt, der die Partei aus einer Massenpartei in eine Sekte umwandeln könnte! Gemeinschaftliches, wirkliches Zusammenarbeiten mit der KPR und mit der ganzen Komintern. Die Periode der inneren Parteikämpfe hört auf, und im Leben der Partei [522] beginnt ein neues Kapitel. Die Partei mobilisiert unter der neuen Führung alle Kräfte für den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie. Innerhalb der Kommunistischen Internationale unterstützt die KPD die Grundlinie des Leninismus gegen die rechten Abweichungen und die linken Kindereien, wie dies uns Genosse Lenin gelehrt hat. Keine Fraktionsdiplomatie. Wirkliche ernste proletarische Disziplin gegenüber der Komintern.

Die zweite Perspektive: Die linken Führer fassen den Sieg der Linken nur vom Standpunkt der fraktionellen Strategie aus auf. Die Linken erklären den Krieg gegen die Genossen aus der Mittelgruppe. Der Sieg berauscht die Köpfe der linken Führer. Die Linken verfallen in den Fehler, vor dem uns Genosse Lenin immer gewarnt hat: Sich am Erfolg zu berauschen. Eine derartige fraktionelle Haltung der Linken führt unvermeidbar die Neubelebung der Rechten herbei. Der Fraktionskampf wird fortgesetzt. In der KPD erhalten unter der Führung der Linken ungereimte Erklärungen das Bürgerrecht, wie die oben zitierten Erklärungen der Genossen Scholem, Rosenberg, des „Roten Kuriers“ usw. Die Linken treten mit einer Plattform gegen die Einheitsfronttaktik überhaupt auf und bezeichnen als „Reformismus“ und „Liquidatorientum“, was in Wirklichkeit die Taktik des Genossen Lenin und der ganzen Kommunistischen Internationale ist. Mit dem Bade schütten sie

auch das Kind aus. Eine solche Fragestellung wird in Wirklichkeit nur den tatsächlich reformistischen Strömungen, die in Deutschland und noch in irgendwelchen Sektionen der Komintern in Erscheinung treten, Hilfe leisten. Als Ergebnis alles dessen kommt die unvermeidliche Diskreditierung der linken Mehrheit in Deutschland, der Zerfall der KPD, schwerer Konflikt zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale.

Das sind die zwei Perspektiven. Man muß diese beiden Perspektiven bis zur letzten Konsequenz durchdenken. Unsere linken Genossen müssen diese beiden Perspektiven klar sehen. Es erübrigt sich, zu sagen, daß wir aus vollem Herzen für die erste Perspektive sind.

Die deutsche Linke hat im Laufe von einigen Jahren des Kampfes mit schwerer hartnäckiger Arbeit die Mehrheit in ihrer Partei für sich erobert. Es ist klar, daß sie das volle Recht hat, diese Mehrheit auszunützen. Wir alle begreifen, daß dieser Sieg kein zufälliger ist, und daß er einen ernsten Umschwung in der Stimmung breiter Schichten der Arbeiterklasse Deutschlands bedeutet. Wir sind alle bereit, der neuen Mehrheit der KPD volle genossenschaftliche Unterstützung zu gewähren, mit ihr zusammen gegen die wirklichen opportunistischen Abweichungen zu kämpfen und ihr Hilfe zu leisten bei der Organisation der deutschen Arbeiter zu entscheidenden Kämpfen.

Wir sind fest überzeugt, daß alles, was wirklich proletarisch, wirklich revolutionär und bolschewistisch in der KPD ist, alles daransetzen wird, damit die erste der oben geschilderten Perspektiven verwirklicht wird. [523]

*

Der neue Kurs der KPD.

Von Heinz Neumann, Moskau.

1. Worum geht unsere Diskussion?

In einer bolschewistischen Partei sind tiefgehende Diskussionen Kerbschnitte in der Parteientwicklung. Wenn wir die jetzige Auseinandersetzung mit der Brandler-Debatte des Winters 1923/24 vergleichen, so tritt sofort ein klarer Unterschied hervor. Die Situation, in der die Oktoberdebatte stattfand, war durch eine der schwersten Niederlagen der deutschen Revolution und durch den Beginn der kapitalistischen Stabilisierung gekennzeichnet. Die Diskussion stand unter dem Zeichen der Kritik an der Vergangenheit, vor allem dieser Kritik und fast nur dieser Kritik. Die praktischen Aufgaben der Partei traten in jener Diskussion in den Hintergrund; die Gewerkschaftsfrage wurde falsch gestellt und falsch gelöst. Und weil das praktische Element der Diskussion vernachlässigt wurde, mußte logischerweise auch ihr kritisches Element, die wirkliche ideologische Ueberwindung des Brandlerismus, leiden.

Wir müssen alles daran setzen, um in der jetzigen Diskussion diese Fehler zu vermeiden. Bereits die bisherigen Ergebnisse der Auseinandersetzungen zeigen, daß uns dies – trotz mancher Schwierigkeiten – gelingen wird. Heute steht die Diskussion nicht unter dem Zeichen der Niederlage, sondern der beginnenden Neugruppierung großer revolutionärer Kräfte in Deutschland. Die Spitze dieser Diskussion ist nicht, wie vor Frankfurt, in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft der Partei gerichtet. Sie enthält zwar, wie jede bolschewistische Parteidiskussion, scharfe Kritik, rücksichtslose Kritik an den unbolschewistischen Strömungen in der Partei, aber im Mittelpunkt der Diskussion steht nicht die Kritik, sondern die Praxis, die positive Arbeit für die Revolution.

2. Die wichtigsten Merkmale der politischen Lage.

In den politischen Referaten des letzten Parteitages wurde es versäumt, eine genaue, d. h. konkrete, von den wichtigsten Tatsachen ausgehende Analyse der innerpolitischen und außenpolitischen Situation der Gegenwart zu geben. Es ist klar, daß beim Fehlen dieser Grundlage auch die taktischen Konsequenzen ungenau, unkonkret, d. h. – vom Standpunkte des Bolschewismus aus – unrichtig sein mußten.

Die gegenwärtige weltpolitische Situation ist durch folgende sieben grundlegende Erscheinungen gekennzeichnet:

Erstens: Die pazifistische Aera ist nicht nur beendet, sondern an ihre Stelle ist bereits eine neue Aera der imperialistischen Kriege und Konflikte getreten, deren erster Abschnitt einerseits in einer Reihe blutiger Kolonialkriege (China, Marokko, Syrien, Mossul usw.), andererseits in der Vorbereitung der kriegerischen Intervention gegen Sowjetrußland unter Führung des englischen Imperialismus besteht.

Zweitens: Der amerikanische Imperialismus denkt noch nicht an einen aktiven Eingriff gegen England. Die Akkumulation der Gegensätze zwischen den großen imperialistischen Mächtegruppen geht vorläufig „organisch“ weiter. Amerika wartet, bevor es eingreift, auf die weitere Verschlechterung der englischen Wirtschaftslage, auf das weitere Wachstum der Kolonialschwierigkeiten, auf den Konflikt Englands mit Sowjetrußland und auf die unvermeidliche Krise des deutschen Dawes-Planes. Inzwischen wird die Transfer-Frage, dieser unlösbare Widerspruch des Dawes-Plans, durch die Aufrollung des Problems der interalliierten Schulden internationalisiert.

Drittens: Solange sich Amerika zurückhält, bleibt die beherrschende und aktivste Macht des Weltimperialismus das britische Weltreich, „der vollendetste Völkerbund dieser Zeit“, wie es Chamberlain nannte. [524] England übernimmt die Initiative zur Niederwerfung der Kolonialerhebungen, zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, zur Schaffung des Balkanblocks und des baltischen Blocks, zur Wiedereingliederung Deutschlands in das System des Weltimperialismus mit Hilfe des Völkerbundes und des Garantiepaktes.

Viertens: Die Erhebung der Kolonialvölker gegen die imperialistische Ausbeutung nimmt immer riesenhaftere, ungeahnte Ausmaße an. Sie erringt in den letzten Monaten nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika wichtige Erfolge. Diese Erhebung ist nicht nur eine einmalige revolutionäre Zuckung, sondern der Beginn eines ungeheuren historischen Prozesses, der die Existenz des Weltimperialismus in seinen Grundfesten bedroht.

Fünftens: Die Sowjetunion hat sich im Verlaufe des letzten Jahres stärker und rascher konsolidiert, als man erwartet hatte. Die pessimistischen Voraussagen des Genossen Trotzki vor Beginn der Rubelstabilisierung sind durch die Tatsachen restlos widerlegt. Die günstige Getreideernte dieses Jahres ist ein großes Plus. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wächst unaufhaltsam. Die auf der letzten Parteikonferenz der RKP beschlossenen Maßnahmen zur noch stärkeren Verbindung der Partei mit den Massen, zur Hebung der ökonomischen Lage der Bauernschaft und zur Belebung des Sowjetapparates festigen die Grundlagen der Sowjetmacht. Ihre außenpolitische Stärkung zeigt sich in einer Reihe diplomatischer Erfolge (Anerkennung durch Japan, Besserung der Beziehungen zu Italien, Scheitern der baltischen Konferenz, Entspannung mit Polen, Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich usw.). Durch die Stärkung der Sowjetunion werden einerseits alle Konflikte im Lager der Imperialisten verschärft, andererseits wächst das Selbstbewußtsein und die Kraft der kolonialen Revolutionen in ganz Asien und Afrika. Es gibt heute keine Frage der Weltpolitik, sei es die chinesische Revolution oder der deutsche Garantiepakt, seien es die englischen Kriegsvorbereitungen oder die internationale Gewerkschaftseinheit, die nicht durch die Existenz der Sowjetunion entscheidend beeinflußt wird.

Sechstens: Der Umschwung in den englischen Gewerkschaften ist der Beginn einer Neuorientierung der internationalen Arbeiterbewegung. Unmittelbar nach dem Kongreß der 2. Internationale in Marseille tagte der englische Gewerkschaftskongreß in Scarborough. Seine Beschlüsse sind ungleich bedeutsamer als die von Marseille. Marseille entschied sich für den Völkerbund und für den Garantiepakt, für den Kampf gegen die Sowjetunion und für die Sache des englischen Imperialismus. Im Lande des englischen Imperialismus selbst aber entscheiden sich die Gewerkschaften gegen den Dawes-Plan und für das Bündnis mit der Sowjetunion. Mit der Entsendung von Arbeiterdelegationen aus verschiedenen Ländern nach der Sowjetunion beginnt die Internationalisierung der englischen Ereignisse.

Siebtens: Aus der weltpolitischen Lage, die noch vor einem Jahre völlig unklar und unübersichtlich war, bilden sich allmählich zwei grundlegende Tendenzen heraus: Einerseits der Zusammenschluß der imperialistischen Weltfront: England, der Völkerbund, die Teilnehmer des

Garantiepaktes, die Führer der 2. Internationale. Andererseits das Wachstum der roten Weltfront: Sowjetrußland, die Komintern, der linke Flügel der internationalen Arbeiterbewegung und die Kolonialvölker.

Die gegenwärtige Lage Deutschlands ist durch folgende sieben grundlegende Erscheinungen gekennzeichnet:

Erstens: Die deutsche Bourgeoisie steht unmittelbar vor dem Abschluß des Garantiepakts und vor dem Eintritt in den Völkerbund. Das erste Resultat der Hindenburg-Aera ist der endgültige Uebergang der deutschen Bourgeoisie zur „westlichen Orientierung“, zu den siegreichen Ententemächten, in erster Linie zum englischen Imperialismus. [525] Die Annahme des Garantiepakts mit Einschluß des Durchmarschparagraphen bedeutet die Feindschaft gegen die Sowjetunion. Als Dank hofft die deutsche Bourgeoisie einige Konzessionen durch den englischen Imperialismus zu erhalten (Räumung der Kölner Zone, Kolonialmandate, Hoffnung auf eine Regulierung der Ostgrenzen und den eventuellen Anschluß Oesterreichs). Dieser Kurswechsel vom Osten zum Westen hat für die deutsche Bourgeoisie keineswegs nur „außenpolitische“, sondern auch die stärkste innenpolitische Bedeutung: er soll die Garantie gegen eine zweite proletarische Revolution schaffen. Im Zusammenhang mit dieser Kursänderung verstärkt die deutsche Sozialdemokratie an der Spitze der gesamten 2. Internationale ihre Anti-Moskau-Hetze. Ihre Propaganda, wie z. B. die Broschüre Kautskys, soll die ideologischen Voraussetzungen für die Politik des englischen Imperialismus, für die Anwendung des Durchmarschparagraphen schaffen.

Zweitens: Mit dem ersten Dawes-Jahre ist der erste Abschnitt der kapitalistischen Stabilisierung Deutschlands beendet. Seine einzigen positiven Ergebnisse sind: das Eindringen ausländischen Anlagekapitals, vor allem in Form von Krediten, die vorläufige Einführung einer festen Währung, die vorläufige Räumung des Ruhrgebietes. Die negativen Ergebnisse des ersten Dawes-Jahres sind: schwere Krise der Kohlen- und Montanindustrie, schwerste Kreditkrise, eine passive Handelsbilanz von 4,5 Milliarden Goldmark binnen elf Monaten. Das zweite Jahr ist kein Stundungsjahr, kein Jahr der Anleihen mehr, sondern der Beginn der eigentlichen Dawes-Zahlungen. Bereits das erste Jahr bewies die Unlösbarkeit des grundlegenden Widerspruchs der Dawes-Regelung: Deutschland muß einerseits dem kapitalistischen Weltmarkt angeschlossen werden, um seine Tribute zu zahlen, andererseits muß es vom kapitalistischen Weltmarkt abgesperrt werden, damit den Gläubigern des Dawes-Regimes keine Konkurrenz entsteht. Der Kampf um die Handelsverträge und Schutzzölle ist ein internationaler Ausdruck dieses Widerspruchs. War das erste Jahr die Zeit der vorläufigen Stabilisierung, so beginnt das zweite Dawes-Jahr als die Zeit der beginnenden Labilisierung Deutschlands, der scharfen Wirtschaftskrise.

Drittens: Die Bourgeoisie wehrt sich in zwei Richtungen gegen die drohende Krise. Durch die Westorientierung, durch den Garantiepakt versucht sie neue Kredite von den imperialistischen Herrschern zu erlangen. Gleichzeitig unternimmt sie im Innern eine Reorganisation in Form einer großzügigen Konzentration der beherrschenden Industrien. Beide Bestrebungen stoßen auf unüberwindliche Widersprüche. Die Westorientierung stößt auf die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den imperialistischen Westmächten. Die neue Konzentrationsbewegung der Industrie steht im Konflikt zum ökonomischen Grundgesetz des Imperialismus, das den Kapitalexport zur Voraussetzung der finanzkapitalistischen Monopolbildung macht. Das ökonomische Merkmal des Dawes-Plans ist gerade die Verhinderung des Kapitalexports aus Deutschland, seine Ersetzung durch den ausländischen Kapitalimport nach Deutschland. Die neue Konzentrationsbewegung in der Industrie bedeutet vor allem die Machtergreifung durch das deutsche Finanzkapital, das in der „Inflationszeit durch kurzlebige Gruppierungen der Schwerindustrie (zum Beispiel Stinneskonzern) zurückgedrängt war. Die doppelte Funktion der Großbanken besteht einerseits in der Regulierung der Wechselbeziehungen zwischen der deutschen Industriekolonie und ihren imperialistischen Ausbeutern, andererseits in der ökonomischen Leitung dieser Industriekolonie.

Viertens: Sowohl die Westorientierung in der Außenpolitik, als auch die finanzkapitalistische Konzentration im Innern, die nur zwei Seiten ein und desselben Prozesses sind, verstärken die konterrevolutionäre Strukturänderung der bürgerlichen Republik. Beide dienen

dem gesteigerten Kampf gegen die proletarische Revolution. [526] Beide verfolgen das Ziel, die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie auszugleichen, alle Kräfte des Kapitalismus gegen die Revolution zusammenzuballen, die weiße Einheitsfront zu festigen. Der Klasseninhalt der Westorientierung und der finanzkapitalistischen Konzentration besteht in der noch stärkeren, noch rascheren, noch brutaleren Abwälzung aller Lasten des Dawes-Planes auf das Proletariat und die Mittelschichten. Der vierfache Kampf um die Steuern, die Zölle, die Löhne, die absolute und relative Arbeitszeit steht im Mittelpunkt des alltäglichen Klassenkampfes.

Fünftens: Der erste Abschnitt der Stabilisierung bedeutete eine Abschwächung des proletarischen Klassenkampfes infolge der Niederlagen von 1923 und der Illusionen von 1924. Der zweite Abschnitt, die beginnende Labilisierung, bedeutet zweifellos eine Stärkung und Ausbreitung des proletarischen Klassenkampfes. Das Proletariat beginnt die Folgen der Niederlagen zu überwinden und die Illusionen zu verlieren. Die Bourgeoisie erkennt diese Tatsachen besser und reagiert auf sie schneller als unsere Partei. Sie weiß, daß der Kampf zwischen Imperialismus und Revolution, zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der gegenwärtigen Periode durch die Arbeitermassen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften entschieden wird. Sie weiß, daß sie sich nur dann halten kann, wenn sie die stärkste konterrevolutionäre Ausnutzung der bürgerlichen Staatsgewalt (Hindenburg) und ihres Exekutivapparates (Severing) mit der Fesselung der sozialdemokratischen Arbeitermassen an die bürgerliche Politik (Heidelberg) und mit der Isolierung der Kommunisten von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern (Breslau) verbindet. Sie ist selbst in der monarchistischen Hindenburg-Aera außerstande, auf die Dauer ohne die sozialdemokratischen Führer zu regieren. Sie ist sich klar, daß der Bürgerblock nur ein Bruchstück der weißen Einheitsfront ist; die weiße Einheitsfront vollständig zu schließen, bedarf es der Volksgemeinschaft von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Der Uebergang zur Volksgemeinschaft ist ein elastisches System wechselnder Regierungsmehrheiten und einander ergänzender Kombinationen zwischen dem Reich und den Ländern (Koalition in Preußen, Sachsen usw.). Die Heranziehung der sozialdemokratischen Führer ist das Grundproblem der weißen Einheitsfront, so wie die Heranziehung der sozialdemokratischen Arbeiter das Grundproblem der roten Einheitsfront ist. Der Sinn der weißen Einheitsfront ist: Koalitionspolitik. Der Sinn der roten Einheitsfront ist heute: Kampf für die Tagesforderungen des Proletariats.

Sechstens: Unter dem Druck der Dawes-Lasten vollziehen sich tiefgehende Veränderungen in der deutschen Arbeiterbewegung. Wir stehen erst am Anfang des Anfangs dieser neuen Entwicklung. Ihre Grundtendenzen lassen sich aber bereits jetzt erkennen. Der heutige Führungskader der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wird immer enger in das System des Dawes-Plans und der imperialistischen Westorientierung verstrickt. Unter dem Einfluß dieses Führungskaders werden gewisse Schichten der Arbeiterklasse immer tiefer in die bürgerliche Politik hineingezogen. Dagegen beginnt ein anderer Teil der deutschen Arbeiterklasse – die künftige Mehrheit – den wachsenden Druck der Dawes-Lasten als unerträglich zu empfinden. Dieser Teil der Arbeiterklasse beginnt gleichzeitig, zum ersten Male nach langen Jahren, seine Aufmerksamkeit auf Sowjetrußland zu richten. Die großen, ununterbrochen steigenden Erfolge der Sowjetmacht wirken erst jetzt, nach der Liquidierung des Hungers und des Bürgerkriegs, auf das Denken und Fühlen, auf den Klasseninstinkt der westeuropäischen, speziell der deutschen Arbeiter, ein. Die Arbeiterdelegation und ihre Ergebnisse sind der Ausdruck dieses Prozesses. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Linksbewegung sowohl in der Sozialdemokratie, als auch in den Gewerkschaften. Es wäre falsch, den Umfang, die Tiefe und das Tempo dieser Entwicklung zu überschätzen. Es wäre [527] aber ein direkter Dienst für die Bourgeoisie, die Tatsache dieser Entwicklung zu ignorieren. Sie ist der Ausdruck eines historischen Prozesses von größter Bedeutung. Sie enthält die Klassenbasis für die zweite Revolution in Deutschland. Als Marxisten dürfen wir uns durch die Halbheiten und Verrätereien der heutigen Oppositionsführer (Levi, Rosenfeld, Lipinski in der SPD, Dißmann im ADGB) nicht über die treibenden Klassenkräfte, über die Bedeutung des Arbeiterkerns dieser Opposition hinwegtäuschen lassen. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, den proletarischen Klassenkern der Opposition mit allen Mitteln so zu fördern, daß er die zentristische Hülle (Levi, Dißmann) durchbricht. Auf diese Weise wird die Opposition der Arbeiter stärker, klarer, fester werden; sie wird über die

Scheinopposition der zentristischen Führer hinausgehen und unvermeidlich zur Bildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung führen, der nicht zentristischen, sondern revolutionären Charakter trägt.

Siebentens: Die Kommunistische Partei gehörte im Jahre 1923 zu den entscheidenden Faktoren im Verhältnis der Klassenkräfte Deutschland. Unter ihrem ideologischen Einfluß standen bis zu 40 Prozent der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Es bildeten sich Organe der proletarischen Einheitsfront. Die Partei hat diese Positionen verloren; sie spielt heute keine entscheidende Rolle im Klassenkampf; sie ist in den Gewerkschaften aufs äußerste zurückgedrängt; sie ist von der Mehrheit der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade isoliert; sie übt bis jetzt auf die Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie keinen Einfluß aus. Außer den objektiven Ursachen der ökonomischen und politischen Veränderung der allgemeinen Lage, ist dieser Rückgang durch eine Reihe von Fehlern unserer Politik zu erklären. Die beiden Hauptfehler sind die menschwistische Politik der Brandler-Gruppe, die zur Oktober-Niederlage führte, und die kleinbürgerlich-„radikale“ Politik der Maslow-Gruppe, die zur Zerstörung unserer Verbindungen mit den Arbeitermassen, besonders in den Gewerkschaften, führte.

Die Schwäche der Partei beruht nicht auf der angeblichen Passivität der Arbeitermassen und der angeblichen Aussichtslosigkeit der allgemeinen Lage, sondern das Zögern, die Halbheit, die Unentschlossenheit der linken Arbeitermassen erklärt sich zu einem großen Teil gerade aus der Schwäche und Isolierung der Kommunistischen Partei.

Die Fortdauer dieses Zustandes würde zu einer zweiten Oktoberniederlage führen. Die Partei wäre abermals von der Führung der Massen ausgeschaltet, die zentristischen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wären abermals imstande, die Opposition der Arbeitermassen abzulenken und damit jeden größeren Kampf zu verhindern. Auch in einer nicht unmittelbar revolutionären Situation sind „Oktoberniederlagen“ möglich!

Umgekehrt bedeutet die Durchbrechung dieses Zustandes das Heraustreten der Partei aus ihrer Isolierung und die Oeffnung neuer Wege zur Mehrheit der Arbeiterklasse. Je entschlossener und rücksichtsloser die Partei die Umstellung vollzieht, desto sicherer wird sie wieder zu einer entscheidenden Kraft im Klassenkampf, desto schwerer wird es den Levi und Dißmann werden, den Vormarsch der Arbeiteropposition aufzuhalten, desto stärker werden sich die Elemente des linken Flügels in Deutschland sammeln, desto rascher wird es zu größeren Kämpfen gegen den Dawes-Plan kommen.

Ohne eine eng mit den Massen verbundene, fest in das Arbeiterleben eingewurzelte, für jede proletarische Tagesforderung kämpfende kommunistische Partei gibt es keinen linken Flügel in der deutschen Arbeiterbewegung, sondern bestenfalls eine zweite USP. Ohne starke kommunistische Zellen in allen Betrieben kann die Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie nicht marschieren. Ohne starke kommunistische Fraktionen in [528] allen Gewerkschaften können die parteilosen Arbeiter nicht gewonnen werden. Ohne revolutionäre Mobilisierung der Massen gibt es keine Einheitsfrontpolitik, sondern nur Brandlerismus. Ohne restlos klare, keinen Augenblick schwankende Einheitsfrontpolitik gibt es keine revolutionäre Mobilisierung der Massen, sondern nur „linke“ Phrasen.

3. Das Verhältnis der Partei zur Komintern.

In der gegenwärtigen Parteidiskussion stellen wir die Frage unseres Verhältnisses zur Komintern nicht abstrakt, losgelöst von der gegenwärtigen Weltlage und der konkreten Situation in Deutschland. Es nützt gar nichts, allgemeine Resolutionen für die Weltpartei anzunehmen und die Notwendigkeit der internationalen Disziplin zu betonen. Die antimoskowitzischen Strömungen in unserer Partei sind nicht nur die Verneinung der Weltpartei und die Durchbrechung der Disziplin, sondern man muß sie im Lichte der gegenwärtigen politischen Konstellation analysieren. Nehmen wir z. B. Aeußerungen wie die des Genossen Korsch in Frankfurt. Genosse Korsch untersucht „theoretisch“ die „Beziehungen zwischen dem Sowjetstaat und der proletarischen Revolution unter der Perspektive künftiger Kriegsmöglichkeiten und im Hinblick auf die Bündnispolitik Sowjetrußlands“. Er will beweisen, daß im Falle eines Krieges durch ein Bündnis Sowjetrußlands mit einem kapitalistischen

Staat gegen andere kapitalistische Staaten die revolutionären Grundsätze der Komintern in Gefahr geraten könnten. Er spricht in diesem Zusammenhang von einem „möglichen 1914 der Komintern“. Es kommt dabei gar nicht darauf an, welche Formulierungen Genosse Korsch im einzelnen gebraucht hat. Entscheidend ist der Gedankengang, der genau die Auffassungen vieler Führer unserer Ultralinken wiedergibt. Diese Genossen konstruieren etwa folgendes Schema: Sowjetrußland mußte vom Kriegskommunismus zur Nep und zum Staatskapitalismus übergehen; es steht im diplomatischen Verkehr und in Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern; es macht der mittleren Bauernschaft und der Intelligenz gewisse Konzessionen: folglich gerät es (vorsichtigere Genossen sagen: „kann es geraten“ oder „könnte es theoretisch einmal geraten“) in Gegensatz zum revolutionären Interesse des westeuropäischen Proletariats. Die Politik der russischen Partei ist also nicht mehr unbedingt revolutionär, sondern teilweise opportunistisch. Die russische Außenpolitik orientiert sich zu stark auf die kapitalistischen Regierungen; sie wendet sich nach Asien. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß die Komintern, deren führende Partei, wie jeder weiß, die RKP ist, opportunistischen Schwankungen unterliegt. Daher „ein mögliches 1914 der Komintern“, daher „eine Rechtsschwenkung der Exekutive“, daher – als letztes Resultat – die Gefahr, daß „die europäischen Parteien nach rechts gestoßen werden“, daß sie sogar liquidiert werden und daß an ihre Stelle ein formloser „linker Flügel“ unter sozialdemokratischem Einfluß gesetzt wird. Grundgedanke: Gefährdung der proletarischen Revolution durch die russische Außenpolitik. Unvermeidliche Konsequenz (obwohl sie nur selten so offen ausgesprochen wird wie vom Genossen Korsch): Kampf gegen diese Gefahr; teils offener, teils versteckter Kampf gegen die Exekutive und ihre Maßnahmen, die (wenn auch ungewollt) nur „der Wiedereroberung der Partei durch die Brandlerianer“ dienen. Aus diesem Grunde Ablehnung des Offenen Briefes der Exekutive, aus diesem Grunde Alarmruf und Appell zur Sammlung aller alten Linken, die sich „gegen die rechte Gefahr“, die durch den Brief der Exekutive ausgelöst wird, zusammenschließen sollen.

Es ist überflüssig, zu beweisen, daß dieses Schema vollkommen falsch ist. Seine theoretische Grundlage ist die Unfähigkeit, sowohl die Politik Sowjetrußlands, als auch die Taktik der Komintern vom Klassenstandpunkt zu begreifen. Die Genossen Korsch usw. vergessen, daß die „Staatsinteressen“ Sowjetrußlands die Interessen eines Klassenstaates und zwar eines sind absolut die gleichen. Es sind die Interessen ein und derselben Klasse: [529] des Proletariats. Wer von einer „Rechtsschwenkung“ der RKP, von einer opportunistischen Entartung der Komintern spricht, verneint den Klassencharakter des Sowjetstaates und behauptet, daß die Politik Sowjetrußlands eine kapitalistische ist. Dieser Standpunkt aber ist kein kommunistischer mehr; er ist auch kein „trozkistischer“ oder „luxemburgistischer“, wie einige Genossen meinen, sondern er ist unbedingt und restlos ein sozialdemokratischer.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Situation bedeutet dieser Standpunkt eine direkte Unterstützung des englischen Imperialismus und seiner Agenten, der Führer der 2. Internationale. Er deckt sich vollständig mit dem, was ein offener Konterrevolutionär, wie z. B. Kautsky, in seiner letzten Broschüre „Die Internationale und Sowjetrußland“ schreibt.

Kautsky erinnert in seiner Broschüre an die Sätze, die Marx in der Inauguraladresse der I. Internationale gegen das zaristische Rußland schrieb. Darin wird die Arbeiterklasse aufgefordert, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufzulehnen gegen „die ungeheuerlichen und widerstandslos ertragenen Uebergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg ist und deren Hände in jedem Kabinett Europas sind.“ Also Kautsky betrachtet die „russische Außenpolitik“ unter demselben Gesichtspunkt wie Genosse Korsch; und wie die Gruppe des Genossen Scholem, deren offizielles Mitglied Genosse Korsch ist.

Sie vergessen, daß zwar der Sowjetstaat auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht, aber daß in diesem Bündnis das Proletariat die Hegemonie hat. Die Interessen des Sowjetstaates und die Interessen der proletarischen Revolution in allen Ländern „Die Bolschewiki bedienten sich der russischen Staatsgewalt zur Schädigung der von ihnen unabhängigen proletarischen Parteien außerhalb Sowjetrußlands.“

An anderer Stelle:

„So ist die Sowjetregierung seit Jahren hauptsächlich damit beschäftigt, das Proletariat in- und außerhalb Rußlands zu knechten, zu korrumpieren, zu entnerven, zu verdummen.“

Selbstverständlich besteht ein Unterschied zwischen Kautsky, der ein bewußter Konterrevolutionär ist und den ultralinken Genossen, die nur in einigen Fragen vom Kommunismus abweichen. Aber wenn wir den theoretischen Ausgangspunkt, die Analyse der Beziehungen zwischen dem Sowjetstaat und der proletarischen Revolution betrachten, so sehen wir, daß es sich um eine Abweichung in der Richtung zu Kautsky handelt. Es entsteht eine gefährliche Kette von den schwankenden Gruppen in unserer Partei bis zu Kautsky und bis zur Bourgeoisie. Genosse Maslow schreibt: „Lenin stieß die Partei auf dem 3. Weltkongreß nach rechts.“ Genosse Scholem schreibt: „Die Komintern gibt den Brandleristen durch den Offenen Brief die Plattform zur Wiedereroberung der Partei.“ Genosse Korsch geht einen Schritt weiter und erklärt: „Infolge der russischen Außenpolitik besteht die Gefahr eines neuen 1914 der Komintern.“ Dieser letzte Standpunkt steht bereits in unmittelbarer Nachbarschaft Kautskys, der von der anderen Seite der Barrikade ruft: „Die russische Staatsgewalt schädigt die proletarischen Parteien außerhalb Sowjetrußlands.“ Chamberlain schließlich schreibt und erklärt überhaupt nichts mehr, sondern schließt mit der deutschen Regierung den Garantiepakt ab, der den Krieg gegen Sowjetrußland im Namen „der westeuropäischen Zivilisation“ vorbereitet. Es zeigt sich objektiv – die geistige Kette von den antimoskowitzischen Äußerungen in unserer Partei bis zum Durchmarschparagrafen des Völkerbundsstatuts.

Das gefährliche ist, daß auch Kautsky sich hartnäckig den Anschein gibt, als greife er Sowjetrußland „von links“ an. Auch seine Vorstöße sind [530] immer wieder gegen „die opportunistische Außenpolitik der Russen“ gerichtet. So schreibt er zum Beispiel:

„Die Abenteurer im Kreml spielen sehr unbesonnen mit dem Feuer. Wir haben gesehen, daß sie gleichzeitig kapitalistische Anleihen (!) wollen und die Weltrevolution. Erstere suchen sie durch ihre geriebensten Diplomaten zu erreichen, ihre Rakowski und Krassin, letztere durch ihre Turkestaner ... Ihnen dankt der Kommunismus eine Niederlage nach der anderen.“

Die Führer der ultralinken Gruppe sind darüber entrüstet, daß man sie Antibolschewisten nennt. Sie erklären, daß sie „ihrem Wesen nach“ „unauflöslich mit der Komintern verbunden sind.“ Die Komintern ist aber kein philosophischer Begriff, sondern eine reale Weltpartei mit einer fest umrissenen Politik. Zu dieser Politik standen und stehen die ultralinken Gruppen im Gegensatz. Die Genossen Scholem und Rosenberg erklären: „Auseinandersetzungen mit der Exekutive über gewisse taktische Maßnahmen hat es bisweilen gegeben. In solchen Auseinandersetzungen einen anderen Standpunkt als die Exekutive einzunehmen, ist nicht antibolschewistisch, sondern es ist das Recht eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Weltpartei, im Rahmen der kommunistischen Disziplin seine Meinung frei auszudrücken.“ Das gleiche Argument gebraucht der Vertreter der Maslowgruppe, Genosse Lenz. Auch er appelliert an das Recht der „Meinungsfreiheit“ in der Komintern und warnt davor, „ein Dogma der Unfehlbarkeit der Exekutive zu schaffen“.

Daß man das Recht hat, „einen anderen Standpunkt als die Exekutive einzunehmen“, daß die Exekutive nicht „unfehlbar“ ist, sind platte Wahrheiten, die niemand bestreitet. Wenn man aber in einer Parteidiskussion, die um ganz bestimmte politische Fragen geht, diese allgemeinen Wahrheiten als besondere Losungen aufstellt, dann sind das Kampflösungen gegen die Komintern. Unsere Parteimitglieder haben genug Auseinandersetzungen in der eigenen Partei und in der Internationale erlebt, um die Sprache des Antibolschewismus herauszuhören, sogar und ganz besonders dann, wenn diese Sprache eine „diplomatische“ ist. Und es ist kein Zufall, daß alle Antibolschewisten von rechts und von links gerade im Moment ihrer Trennung von der Komintern diese Sprache gebrauchten: „Meinungsfreiheit gegenüber der Exekutive!“ „Nieder mit dem Dogma von der Unfehlbarkeit der Exekutive!“ Die Anwendung dieser Sprache hat ihre politischen Gründe. Wenn man nicht nur in Einzelheiten, sondern in Grundfragen der Revolution den entgegengesetzten Standpunkt vom Bolschewismus einnimmt, dann vertritt man einen antibolschewistischen Standpunkt. Die Beschlüsse des 3. Weltkongresses, die Einheitsfronttaktik, unsere Arbeit in den Gewerkschaften, unser

Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern, schließlich unser Verhältnis zur Komintern und zu Sowjetrußland sind zweifellos Grundfragen des Bolschewismus. In allen diesen Fragen nehmen die erwähnten Genossen einen „anderen“ Standpunkt ein.

Niemand hält die Genossen Maslow und Scholem für so naiv, daß sie vor die Partei treten werden und erklären: „Wir sind Antibolschewisten!“ Wir sind als Marxisten gewohnt, die Politik einer Gruppe nicht nach Worten, sondern nach den Resultaten zu beurteilen. Die Worte des Genossen Maslow sind andere als die des Genossen Korsch. Er spricht nicht vom „1914 der Komintern“, sondern „nur“ von der Rechtsschwenkung Lenins und von der schädlichen Wirkung des 3. Weltkongresses. Aber die Resultate sind genau die gleichen: Kampf gegen die Politik der Komintern, Verfälschung des Leninismus in einen besonderen, „linken“, westeuropäischen Kommunismus.

Die ultralinke Gruppe führt diesen Kampf ein wenig offener als die Maslow-Gruppe. Sie hat sich auf dem letzten Parteitag klar und unzweideutig mit Bordiga und Domski, mit den italienischen und polnischen Ultra-[531]linken solidarisiert. Sie tritt, wenigstens in den Fragen der internationalen Taktik, offen als Opposition auf.

Die Maslow-Gruppe stellt sich nicht offen auf den Standpunkt der „internationalen Linken“, d. h. der Opposition gegen die Exekutive. Sie sabotiert nur die Durchführung der Politik dieser Exekutive. Sie versucht ihren abweichenden Standpunkt „durchzuboxen“; wenn ihr das nicht gelingt, „schluckt“ sie die Moskauer Beschlüsse. Ein typisches Beispiel dafür ist die Haltung der Berliner Bezirksleitung, die den Offenen Brief der Exekutive geradezu mit Heldenmut „schluckte“, nachdem sie dreimal versuchte, gegen ihn zu „boxen“.

Man kann auf verschiedene Weise die Politik der Komintern bekämpfen. Man kann Steine auf sie werfen, indem man sich mit Bordiga und Domski solidarisiert. Oder man kann sich zur Komintern nach dem Muster jenes Sprichwortes verhalten, das die ukrainischen Bauern in der Zarenzeit gebrauchten: „Zum Gutsbesitzer sei freundlich, aber halte immer einen Stein in der Tasche bereit.“ Das letztere ist die Methode des Genossen Maslow und seiner Gruppe.

Die wichtigste Aufgabe unserer jetzigen Parteidiskussion besteht darin, mit dieser Methode restlos und für immer zu brechen. Es ist das Unglück unserer Partei, daß sie bis heute kein bolschewistisches Verhältnis zur Komintern gefunden hat. Auf dem 1. Weltkongreß wandten sich die Vertreter der KPD gegen die Gründung der Komintern. In dieser Frage standen sogar Rosa Luxemburg und Leo Jogiches unter dem Einfluß sozialdemokratischer Traditionen. Nach ihrem Tode führte der rechte Flügel des Spartakusbundes einen dauernden Kleinkrieg gegen die Komintern. Auch die Brandlergruppe stand „den Russen“ mit größter Skepsis gegenüber. Genosse Maslow, der sich sonst von allen sozialdemokratischen Traditionen freiwähnt, hat alles getan, um diese schlechtesten sozialdemokratischen Traditionen unserer Parteivergangenheit zu pflegen und bis zur höchsten Blüte zu entwickeln.

Unser jetziger Kampf gilt der Zerstörung dieser langjährigen Traditionen. Es handelt sich um nichts weniger als um die endgültige Eingliederung der KPD in die Kommunistische Weltpartei. Die KPD, die sich bei der Gründung der Komintern der Stimme enthielt, vollzieht erst in dieser Auseinandersetzung die letzte, endgültige, tatsächliche Abstimmung für die Komintern. Eine Abstimmung, nicht im buchstäblichen, sondern im tiefsten historischen Sinne.

4. Die Frage der Einheitsfront.

Die zweite große Frage unserer Auseinandersetzung ist die Taktik der proletarischen Einheitsfront. Der eigentliche Inhalt des 3. Weltkongresses ist die Losung „Heran an die Massen“, die Einheitsfronttaktik und nicht Fragen zweiten Ranges, wie die Beurteilung Levis u. a. Gegen diese Taktik richtet sich in Wirklichkeit der Kampf des Genossen Maslow gegen den 3. Weltkongreß. Auch hier handelt es sich nicht um Differenzen, die plötzlich aufgetaucht sind, sondern um das Resultat einer langjährigen Entwicklung. Die Opposition gegen den 3. Weltkongreß, die Bedenken und Vorbehalte gegen die Einheitsfronttaktik sind der schwerste Fehler in der Vergangenheit der alten Linken. Dieser Fehler ist die Verkörperung alles Unreifen und Unbolschewistischen in der alten Linken, die in vielen anderen Fragen dem Bolschewismus nahe stand.

Eine gemeinsame Linie zieht sich von Lenins „»Kinderkrankheiten“ über die Beschlüsse des 3. Weltkongresses, über die Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit bis zum Offenen Brief der Exekutive an die KPD. Diese Linie ist auf ein einziges Ziel gerichtet: Das Gros der Arbeiterklasse zu gewinnen und die Widerstände zu [532] brechen, die den jungen kommunistischen Parteien den Weg zu den Massen versperren.

Im Grunde handelt es sich für uns nicht darum, heute, im Jahre 1925, eine neue Taktik anzuwenden, sondern nur darum, die alte Taktik des Bolschewismus, die Taktik des 3. Weltkongresses durchzuführen. Daß wir diese Taktik eine „neue“ nennen, zeigt nur, wie fehlerhaft unsere bisherige Politik war.

Es gibt niemanden in unserer Partei, der die Einheitsfronttaktik „prinzipiell“ ablehnt. Man verkehrt sie nur durch tausend Bedenken und Einschränkungen in ihr Gegenteil. Man sagt: Einheitsfronttaktik, ja – aber keinesfalls mit Spitzenverhandlungen – nur von unten – nur zur Entlarvung usw. Alle diese Vorbehalte sind falsch. So wenig wir uns scheuen, mit den reaktionärsten Unternehmern zu verhandeln, wenn wir einen Streik führen, so wenig dürfen wir fürchten, mit den reformistischen Spitzen der SPD und der Gewerkschaften zu verhandeln, wenn es für die Mobilisierung der Massen nützlich ist. Opportunistisch ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik nur oder vorwiegend „von oben“, d. h. in Parlamenten, durch Verhandlungen mit den Führern usw. Darin bestand Brandlers Sachsenpolitik und Maslows „Manövrierpolitik“ gegenüber dem bürgerlichen Volksblock. Dagegen ist in bestimmten Situationen die Einheitsfrontpolitik „von oben“ unter gleichzeitiger Mobilisierung der Massen nicht nur zulässig, sondern unbedingt notwendig. Am gefährlichsten ist die Beschränkung der Einheitsfronttaktik auf die „Entlarvung“. Das ist der Standpunkt von Politikanten, von Opportunisten, die nicht wirkliche Massenbewegungen führen, sondern bloße Agitation treiben wollen. Nichts hat uns in der Praxis so geschadet, uns in den Augen der Arbeitermassen so diskreditiert, den sozialdemokratischen Führern das Spiel so leicht gemacht, wie das unaufhörliche Gerede vom „Manövrieren“ und von der „Entlarvung“. Daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Agenten manövrieren muß, ist selbstverständlich. Daß die Kommunisten alles tun müssen, um den sozialdemokratischen Führern die doppelte Buchführung unmöglich zu machen, um der Arbeiterklasse immer wieder zu zeigen, daß die Politik dieser Leute der Bourgeoisie dient, ist ebenso klar. Aber diese beiden Erkenntnisse sind noch keine Losungen, mit denen wir auch nur einen einzigen parteilosen Arbeiter, geschweige denn die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen können. Wer aus den Manövern und der Entlarvung die Grundlage der Einheitsfront macht, negiert in Wirklichkeit die Einheitsfronttaktik.

Der Zweck der Einheitsfronttaktik ist nicht das Manövrieren und die Entlarvung, sondern die wirkliche, absolut ehrliche und vorbehaltlose Bildung der gemeinsamen Kampffront mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern. Die Aufdeckung der Schliche und Verrätereien der sozialdemokratischen Führer ist nur eines der Mittel, um die wirkliche Herstellung der Einheitsfront zu beschleunigen.

Man sieht, daß es sehr wohl möglich ist, der Einheitsfronttaktik „prinzipiell“ zuzustimmen, aber sie praktisch abzulehnen. Eben an diesem „Manöver“ scheiterte die Maslow-Gruppe. Darum kommt es in der jetzigen Diskussion nicht so sehr auf die prinzipielle Billigung der Einheitsfronttaktik, als vielmehr auf ihre praktische Durchführung an.

Wir müssen eine Reihe positiver Aufgaben lösen.

Die wichtigsten Fragen unserer Einheitsfronttaktik sind gegenwärtig folgende:

1. Die Aenderung des Charakters unserer Agitation unter den nichtkommunistischen Arbeitern.
2. Unsere Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen.
3. Unser Verhältnis zu den linken und oppositionellen Strömungen im ADGB. [533]
4. Die erhöhte Bedeutung unserer Gewerkschaftsfraktionen und ihre Beziehungen zu den Sympathisierenden.

5. Unser Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern im allgemeinen.
6. Unsere Stellung zu den linken und oppositionellen Strömungen in der Sozialdemokratie.
7. Die Anpassung der Einheitsfrontpolitik an die konkreten örtlichen Verhältnisse der verschiedenen Bezirke und Orte, insbesondere auch in den Fragen der Gemeindepolitik.
8. Die taktische Bedeutung der Betriebszellenfrage.

Wir haben bisher nur die wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen Situation, sowie die beiden Hauptfragen der Parteidiskussion, unser Verhältnis zur Komintern und unser Verhältnis zu den Massen, behandelt. Auf die hier skizzierten praktischen Fragen der Einheitsfronttaktik und auf die Frage des innerparteilichen Kurses werden wir in der Fortsetzung dieses Artikels eingehen.

*

Die freien Gewerkschaften in Breslau und unsere Aufgaben.

Von Max Hammer.

I. Breslau und Scarborough.

Am 31. August 1925 hat in Breslau der Gewerkschaftskongreß des ADGB getagt. Selten hat eine Tagung der freien Gewerkschaften der Arbeiterschaft so klar und scharf gezeigt, wohin die reformistischen Führer die Gewerkschaften steuern, wie dieser Gewerkschaftskongreß. Der Breslauer Kongreß trat in einer Zeit zusammen, wo es galt, zu den brennenden, die Arbeiter unmittelbar berührenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das hat der XII. Gewerkschaftskongreß nicht getan. Er hat sich nicht mit der ungeheuerlichen Offensive der Industriellen gegen die Arbeiterschaft beschäftigt. es war die Aufgabe eines Kongresses der freien Gewerkschaften, der Klassenorganisationen des Proletariats, sich eingehend mit dem Raub des Achtstundentages, der dauernden Senkung der Reallöhne infolge der steigenden Teuerung, des Steuer- und Zollwuchers, der schroffsten Ablehnung der Lohnforderungen durch die Kapitalisten, den schändlichen Schiedssprüchen der staatlichen Schlichter, der wachsenden Arbeitslosigkeit, der Stilllegungsaktion, den Massenentlassungen usw. zu befassen. Weiter mußte den Fragen des Sicherheitspaktes, des Dawes-Planes, der drohenden Kriegsgefahr, der Gewerkschaftseinheit die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt und darüber Beschlüsse im Interesse des Gesamtproletariats gefaßt werden. Aber auf dem Breslauer Kongreß war von proletarischem Kampfgeist und von Beschlüssen, die wirksame Kampfmaßnahmen zur Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Klasse bedeuten, nichts zu spüren. Statt den schärfsten Klassenkampf dem auf der ganzen Linie brutal gegen die Arbeiter vorstoßenden Unternehmertum, der Steuer- und Zollräuberpolitik des Luther- und Hindenburg-Regimes anzusagen, diskutierte der Gewerkschaftskongreß über „Wirtschaftsdemokratie“ und stellte sich vollkommen auf den Boden des kapitalistischen Staates, den zu unterstützen den reformistischen Führern wichtiger ist als die Interessen der Arbeiterklasse.

Seit August 1914 haben die Führer der freien Gewerkschaften unumwunden ausgesprochen, daß ihnen das „Gesamtwohl der Gesellschaft und des Staates“ höher steht als die Interessen einer Klasse. Diese typisch reformistische Einstellung fand ihren sichtbaren Ausdruck in der Unter-[534]stützung der deutschen Bourgeoisie während des Weltkrieges, in der Arbeitsgemeinschaft, in der Rettung des Kapitalismus vor der sozialen Revolution, dem „Bolschewismus“, und vor Erschütterungen durch Massenstreiks (Eisenbahnerstreik), in der Anerkennung des kapitalistischen Sicherheitspaktes und Kriegsbündnisses gegen Sowjetrußland usw. Der Gewerkschaftskongreß hat diese arbeiterschädliche, kapitalstreu Politik durch die elenden Kompromißbeschlüsse in der Frage des Achtstundentages, der Zölle und Steuern, durch die Art der Behandlung der Gewerkschaftseinheit, durch das Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie und zum bürgerlichen Klassenstaat und besonders durch die unerhörte Zurückweisung der nach Rußland entsandten deutschen Arbeiterdelegation und gleichzeitige Entsendung einer ADGB-Delegation nach Amerika auf die Spitze getrieben und gekrönt.

Leipart hat sich in seinem Geschäftsbericht vor den Regierungsvertretern tief verbeugt und entschuldigt, als er feststellen mußte, daß die Luther-Regierung mit den Unternehmervertretern unter-

handelt, aber die Vertreter der Gewerkschaften nicht angehört habe. Man weiß nicht, geschah es aus Naivität oder aus Dummheit, als Leipart allen Ernstes aussprach, daß die Führer des Staates (er meint die kapitalistische Luther-Regierung) sich auf die Seite der Arbeiter stellen müßten, und zwar deshalb, weil „keine wirtschaftliche Interessenvertretung soviel Rücksicht auf den Staat genommen hat als der ADGB“.

Mit dem Rücksichtnehmen auf den kapitalistischen Staat hat die Führung des ADGB die Arbeiterklasse von Niederlage zu Niederlage geführt, den Verlust des Achtstundentages, der sozialen Errungenschaften und Positionen in den Betrieben, kurz, den Arbeitern die größten Nachteile gebracht und auf der anderen Seite die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie gefestigt. Sehr deutlich zeigte die Stellungnahme des Kongresses zur Wirtschaftsdemokratie, daß die reformistische Führung den freien Gewerkschaften die letzten Reste des Klassenkampfcharakters nehmen will.

Die Theoretiker des ADGB haben schon längst den freien Gewerkschaften den Boden geebnet für die vollkommene grundsätzliche Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes. Sie sind in den Fußstapfen des berüchtigten Dr. Striemer weiter gewandelt. Kamrowski schrieb in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 10. Januar 1925 folgendes:

„Theoretisch war unsere (des ADGB) Formel: Kapitalismus, Imperialismus, Weltkrieg, Sozialismus, glänzend einleuchtend, geeignet, die Arbeitermassen zu begeistern, praktisch führte sie zur Enttäuschung. Weniger Theorie, mehr Praxis, muß es heute heißen. Praktische Erweiterung unserer Wirtschaftsmacht sind die von den Gewerkschaften in nächster Zeit zu lösenden Probleme.“

Der Bauhüttenführer Dr. Wagner schrieb in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 6. Dezember 1924:

„Wollen wir den Kapitalismus überwinden, dann müssen wir andere und neue Wege beschreiten. Wir müssen ihn geistig beherrschen lernen, um das Mittel seines Erfolges zu unserem Werkzeug zu machen! ... Und das ist möglich, wenn die Arbeiterschaft selbst den Führerstand der großkapitalistischen ihren Köpfen besetzt.“

Aus dem Holzarbeiter-Verbandstag in Stuttgart hat Tarnow klipp und klar den Weg vorgezeichnet, den der ADGB auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie und der Unterstützung des kapitalistischen Staates zu gehen hat. In der Entwicklung des allmählichen Eindringens in den Staat, in der Steigerung der Arbeits- und Produktionsleistung, in der aktiven Wirtschaftspolitik innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und einer aktiven Staatspolitik erblickt Tarnow die Aufgaben der Gewerkschaften. In diesem Geiste der Mitwirkung am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft wurde die Wirtschaftsdemokratie in Breslau behandelt. Interessant ist nur, daß ausgerechnet der Wirtschaftspolitiker und Professor Hermberg mit seinen Ausführungen den reformistischen Gewerkschaftsgrößen die Suppe der Wirtschaftsdemokratie versalzte. Er wies nämlich [535] Unternehmungen mit darauf hin, daß es im Kapitalismus keine systematische Wirtschaftsführung gibt und infolgedessen es auch keine Beteiligung an einer nicht vorhandenen Führung, also keine Wirtschaftsdemokratie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsperiode geben kann. Damit hatte Hermberg den begeisterten Anhängern der Wirtschaftsdemokratie auf dem Kongreß das Konzept verdorben. Im Schlußwort hat er noch deutlicher festgestellt, daß die Agitation und das Streben nach Wirtschaftsdemokratie bei den Arbeitern große Enttäuschung hervorrufen müsse, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, erst den Kapitalismus zu stürzen, um dann Wirtschaftsdemokratie treiben zu können. Warum der ADGB die Arbeitermassen für die Wirtschaftsdemokratie begeistern soll, hat Tarnow ganz scharf formuliert. Er sagt: „Die Enttäuschung der Arbeitermassen über die verlorengegangene Revolution hat ihnen den Glauben an unsere Bewegung, ihre Ideale genommen. Man muß der Masse ein neues, praktisches Ideal voranstellen und das ist – die Wirtschaftsdemokratie“. Kann deutlicher ausgesprochen werden, daß die Führer des ADGB ihr Sinnen und Trachten nur darauf konzentrieren, mit allen möglichen betrügerischen Mitteln und Methoden die Proletariermassen vom Klassenkampf, dem Sturz des Kapitalismus und der proletarischen Revolution abzuhalten?

Hermann Müller gab in seinem Referat über Sozialgesetzgebung dieser wirtschaftsfriedlichen, kampfscheuen Politik des ADGB eine sehr prägnante Form, als er erklärte:

„Wir, der ADGB. die Gewerkschaften sind es, die sich stets der Verantwortung, dem Staat und der Gesellschaft gegenüber bewußt waren, während die Unternehmer in den kritischen Perioden unverantwortlich gehandelt haben.

Wir sind es, die den Damm aufgerichtet haben gegen die Bolschewistische Flut, wir sind es, die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet haben.“

Damit hat er einen ähnlichen Satz, der schon vor Jahren im „Korrespondenzblatt“ stand, aufs neue bestätigt und ausgesprochen: daß die Gewerkschaftsführer sich als den stärksten Aktivposten des Kapitalismus, des bürgerlichen Staates und der Konterrevolution gegenüber der sozialen Revolution und Sowjetrußland betrachten. Ist es nicht bezeichnend für die reformistische Versumpfung der Führer des ADGB, wenn sie sich rühmen, Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet, d. h. den Sieg des Proletariats über den Kapitalismus verhindert zu haben? Kein Wunder, daß sie die Berichte der sozialdemokratischen Arbeiter über den Aufbau in Sowjetrußland und das Leben der russischen Arbeiter, – die besser leben als die deutschen, – nicht hören wollten.

Der Breslauer Gewerkschaftskongreß stand nicht nur äußerlich im Zeichen von Schwarzrotgold, sondern auch seinem ganzen Inhalt nach – ausgenommen die eindrucksvollen programmatischen Reden der kommunistischen Hauptredner – bedeutet er eine vollständige ungeheuerliche Verleugnung der Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes. Deshalb spendet die Presse der Schwerindustrie diesem Gewerkschaftskongreß, wo keine „geschwängerte Lust“ herrschte, reichliches Lob. Die „Bergwerks-Zeitung“ nimmt in ihrer Nummer vom 12. September 1925 in einem Artikel „Die Gewerkschaften am Scheidewege“ zu den Ergebnissen des XII. Gewerkschaftskongresses Stellung und sagt, „daß man wohl von einer neuen Kursrichtung der Gewerkschaften sprechen kann“. Worin erblickt die „Bergwerks-Zeitung“ die neue Kursrichtung? Nun, weil „die freien Gewerkschaften es verstanden haben, sich von der Kommunistenverseuchung in ihren Reihen frei zu machen. Dafür war die Breslauer Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein erfreulicher Beweis.“ Und weil „der geschickte, jetzt wieder gewählte Führer des ADGB, Leipart, mehrfach darauf aufmerksam machte, daß die Gewerkschaften bestehende Gesetze zunächst zu befolgen und dann erst auf ihre Abänderung und auf ihre Beseitigung hinzuwirken hätten“. Weiter bemerkt die „Bergwerks-Zeitung“: „Diese beiden Aussprüche zeigen deutlich, daß eine Wandlung der nach-[536]revolutionären Gewerkschaftspolitik stattgefunden hat, wie sie nicht deutlicher gekennzeichnet werden kann“.

Besorgt um die neue Kursrichtung der Gewerkschaften, fährt die „Bergwerks-Zeitung“ fort:

„Aber gerade in diesem Augenblick drohen den Gewerkschaften neue Gefahren, die von den schwersten Folgen begleitet sein können. Sowohl die Reichskonferenz der kommunistischen Industriegruppe Bergbau-Union wie die gleiche Industriegruppe der Metall-Union haben beschlossen, in den sogenannten alten Bergarbeiter-Verband, bzw. in den Deutschen Metallarbeiter-Verband einzutreten, die beide der freigewerkschaftlichen Richtung angehören. Was man mit diesem Uebertritt bezweckt, spricht das kommunistische ‚Ruhr-Echo‘ offen aus: ‚Die Sammlung aller Kumpels im Bergarbeiterverband, um in dessen Reihen für die Erneuerung des Bergarbeiterverbandes im Sinne des Klassenkampfes zu agitieren und andere Kampfmethoden herbeizuführen.‘ ... Werden sie (die Gewerkschaften) es fertig bringen, den vernünftigen Kurs, wie er auf den letzten Tagungen gelehrt wurde, beizubehalten, oder werden sie sich den Eindringlingen beugen und nach deren Flöte tanzen müssen?“

Die Befriedigung der schwerkapitalistischen Presse mit dem Ergebnis des Kongresses charakterisiert am treffendsten, daß seine Beratungen und Entscheidungen nicht den Geist des Klassenkampfes atmen.

In scharfem Gegensatz zum deutschen Gewerkschaftskongreß hat der Kongreß der englischen Gewerkschaften in Scarborough gezeigt, wie die wichtigsten politischen Probleme im Interesse der Arbeiter von den Klassenorganisationen des Proletariats behandelt werden müssen. Deshalb spendet die englische Bourgeoispresse dem Gewerkschaftskongreß von Scarborough kein Lob, sondern richtet die wütendsten Angriffe gegen die englische Gewerkschaftsbewegung, „die sich nicht darauf beschränken wird, Gewerkschaftskämpfe zu führen“. In Scarborough wurden klare, unzweideutige Beschlüsse zur Frage der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit ge-

faßt und der rücksichtslose Kampf gegen den Dawes-Plan, den Imperialismus, den Sicherheitspakt und das kapitalistische Kriegsbündnis gegen Sowjetrußland zum Kampfprogramm erhoben. Alle Angriffe der Unternehmer sollen einheitlich und geschlossen, wie bei der letzten Bewegung der Bergarbeiter, zurückgewiesen und alle Versuche, die Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern, mit aller Energie bekämpft werden.

Am krassesten kommt der Unterschied zwischen dem Klassenkampfcharakter der englischen und dem Reformismus der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck in folgender Meldung über den Scarborougher Kongreß:

„Der Gewerkschaftskongreß hat mit starker Mehrheit eine EntschlieÙung angenommen, in welcher die Forderung des Miteigentums der Arbeiter an den Betrieben als ungenügend verworfen wird und die Arbeiter aufgefordert werden, starke Betriebsausschüsse zu bilden, die ‚eine Waffe bilden sollen, um die um die Kapitalisten zum vollständigen Verzicht auf die Beherrschung zu zwingen.‘ Die reformistische Opposition bezeichnete diese EntschlieÙung als den kaum verhüllten Versuch, den Kongreß auf kommunistische Grundsätze festzulegen.“

Der Breslauer Kongreß dagegen hat folgenden wirtschaftsdemokratischen Beschluß gefaßt:

„Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Erwerbswirtschaften aus der Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongreß die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihre Gewerkschaften für unerläßlich. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Nationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.“

II. Unsere Gewerkschaftsarbeit und der Brief der Exekutive.

Welche Lehren muß die Kommunistische Partei und die deutsche Arbeiterschaft aus den Ergebnissen der beiden Gewerkschaftskongresse in Breslau und in Scarborough ziehen? In Breslau war die Opposition durch drei kommunistische Delegierte sehr schwach vertreten. Ein Zeichen, wie stark unser Einfluß in den Gewerkschaften zurückgegangen ist. Trotz der raffinierten Wahlkreisgeometrie und der Methode der Ernennung der Delegierten durch die Gewerkschaftsbürokratie mußte unsere Vertretung in Breslau stärker sein. Rücksichtslos müssen wir diese unsere Schwäche einsehen.

[537] Das geschieht auch im Offenen Brief des Ekki an die KPD. Der Verlauf und das Ergebnis des XII. Gewerkschaftskongresses in Breslau zeigen uns, wie gebieterisch notwendig eine gründliche und systematische Gewerkschaftsarbeit im Sinne des Offenen Briefes ist.

Diese Arbeit kann von den Kommunisten nur dann wirklich erfolgreich geleistet werden, wenn jeder einzelne in seiner innersten Ueberzeugung von der Notwendigkeit der praktischen oppositionellen Tätigkeit in den freien Gewerkschaften und des Kampfes um die Einheit der Gewerkschaften durchdrungen ist. Wenn jemand diese Ueberzeugung nicht hat und ihm das Verständnis für die Gewerkschaftsarbeit fehlt und diese nur anerkennt, weil es die Beschlüsse der Komintern und der Partei verlangen, so muß er versagen. Im Offenen Brief heißt es ausdrücklich:

„Dieses Unverständnis für die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit hat praktisch monatelang eine mangelhafte Durchführung der Beschlüsse der Komintern durch die Gruppe Maslow-Ruth Fischer zur Folge ... Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Bestandteil der bolschewistischen Strategie gegenüber der Mehrheit der internationalen Arbeiterklasse. Wer sie nicht begriffen hat, konnte und kann die gesamte politische Konstellation der Gegenwart nicht richtig einschätzen und noch weniger die Taktik der Komintern im eigenen Lande durchführen.“

Soll unsere Gewerkschaftsarbeit positive Erfolge haben und unseren Einfluß in den Betrieben und Verbänden vergrößern, so kann nicht scharf und oft genug betont werden, daß neben der politischen Aufklärungsarbeit, der sachlichen überzeugenden Kritik an der ganzen reformistischen, arbeitsgemeinschaftlichen Politik und Kampftaktik der Gewerkschaftsbürokraten praktische Kleinarbeit, sei es als Werkstattkassierer, als Vertrauensmann oder in irgendeiner anderen Funktion der Gewerkschaften geleistet werden muß. Die Kommunisten müssen die eifrigsten Propagandisten für die Gewerkschaften sein. Daß nur auf diese Weise sich die Kommunisten in den

Betrieben und Gewerkschaften das Vertrauen ihrer Kollegen erringen können, gehört mit zu den elementarsten Voraussetzungen jeder kommunistischen und revolutionären Gewerkschaftstätigkeit. Lenin sagt in seinem Briefe an den Jenaer Parteitag, daß im Zeitraume zwischen zwei revolutionären Wellen eine proletarische Partei mit Geduld und Ausharren ihre Kräfte sammeln und vorbereiten muß, in die Massen einzudringen hat und die alltägliche kleinlichste Arbeit nicht verachten darf, um die Mehrheit der Arbeiter auf ihre Seite herüber zu ziehen.

Das geschlossene Vorgehen der Bergarbeiter, Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute in der englischen Bergarbeiterbewegung gegen die Regierung und das Grubenkapital sowie der englische Gewerkschaftskongreß muß auch den letzten Genossen und Arbeiter in Deutschland deutlich zeigen, wie notwendig bei uns die Sammlung aller jener ehrlichen proletarischen Elemente ist, die auf dem Boden der Gewerkschaftseinheit und der Verbrüderung mit den russischen Arbeitern und Bauern stehen. Die Situation ist für uns sehr günstig. Die Berichte der deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland üben auf Hunderttausende Arbeiter eine sowjetrußlandfreundliche Wirkung aus und zerstreuen den menschewistischen und antibolschewistischen Lügennebel. Diese Berichte haben eine große Wirkung unter den Arbeitermassen erzielt, die jetzt begreifen lernen, daß die Gewerkschaftseinheit, national und international, durch die Schaffung einer Gewerkschaftsinternationale, der auch die russischen Gewerkschaften angehören, das Gebot der Stunde ist. Nur so kann sich die Arbeiterklasse der Unternehmervorstöße auf dem Gebiete des Lohnabbaues, der Arbeitszeit und der imperialistischen Kriegsgefahr erwehren. Darum sagt der Offene Brief mit Nachdruck:

„Die Partei, ihre Gewerkschaftsfraktionen, müssen in allen Verbänden, Ortskartellen und Zahlstellen eine großzügige Agitation auf Grund der Reise der ersten Arbeiter-[538]delegation nach Sowjetrußland entfalten. Diese Reise muß einen gewaltigen Widerhall in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung erwecken.

Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung kristallisiert werden. Das ist der nächste Schritt vorwärts in der deutschen und internationalen Einheitsbewegung, den die deutsche Partei tun muß. Die große Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften wird breiteste Massen erfassen und neuen Zustrom für die freien Gewerkschaften bringen, wenn die Kommunistische Partei zur treibenden Kraft für die Gewerkschaftseinheit wird. Die Kommunisten müssen verstehen lernen, in den Gewerkschaften die beste, energischste, sachlichste Arbeit zu leisten, sie müssen den parteilosen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern durch Anschauungsunterricht beweisen, daß sie als Bolschewisten zugleich aktive Gewerkschaftler zu sein verstehen. Unseren Fraktionen in den Gewerkschaften erwachsen damit eine Reihe von Aufgaben: wirkliches Eindringen in das Gewerkschaftsleben, intensivstes Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge (Konzernwesen, Wirtschaftskonjunktur, Lage der Industriezweige, Besonderheiten der Wirtschaftsgebiete usw.), Herausarbeitung einer klaren und sachkundigen Tarif- und Sozialpolitik, Führung von Arbeitskämpfen, insbesondere Streikstrategie, Stellung zu allen Organisationsfragen der Gewerkschaften, Kampf für die Industrieverbände, besondere Berücksichtigung der Rolle und Aufgaben der Betriebsräte, Betonung der Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterinnen usw.

Der Ausbau einer starken Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD muß den ernststen Willen der Parteileitung zeigen, diese Arbeit zur Grundaufgabe der Partei zu machen.

Was bedeutet für die Kommunistische Partei die Erämpfung des Einflusses in den Gewerkschaften in einem solchen Lande wie Deutschland? Das bedeutet vor allen Dingen Einfluß unter den organisierten Arbeitern in den Fabriken, Betrieben, Bergwerken, Werkstätten, auf den Eisenbahnen, in allen Industrieunternehmungen, erkämpfen, und diesen Einfluß vertiefen. Irgendeinen nennenswerten ernststen Einfluß in den deutschen Gewerkschaften kann nur derjenige kommunistische Arbeiter haben, der Einfluß im Betriebe hat.“

Hier sind die nächsten konkreten Aufgaben der Kommunisten programmatisch scharf und klar umrissen. Jeder Verschleierung, Verfälschung, Verdrehung und Vertuschung dieser klaren Linie durch eine pessimistische Schwarzmalerei: über drohende „opportunistische, sozialdemokratische, liquidatorische Gefahren“ muß aufs schärfste entgegengetreten werden. Gerade der Offene Brief stellt fest, daß „dieser Pessimismus, der alles andere ist als Bolschewismus, der Mangel an Glauben an die politische Kraft und Aktivität der Massen, sowohl der eigenen Parteimitglieder als auch der gesamten Arbeiter-

klasse, einer der Gründe für das Versagen der führenden Genossen dieser Gruppe (Maslow-Ruth Fischer) in der Gewerkschaftsfrage ist“.

Alle Kräfte der Partei müssen jetzt auf die Steigerung unserer Gewerkschaftsarbeit konzentriert werden. Wie in England gilt es eine breite Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften zu formieren, um den Kampf um die Gewerkschaftseinheit auch in Deutschland vorwärts zu treiben. Einige praktische Schritte auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit sind in Deutschland erreicht. Die Industriegruppe Bergbau-Union und die Industriegruppe Metall-Union sowie der Freie Eisenbahner-Verband in Berlin haben ihre Vereinigung mit den freien Gewerkschaften bereits durchgeführt. Besonders die Ueberführung der Industriegruppe Bergbau in den Bergarbeiterverband hat im Ruhrgebiet eine politische Bedeutung. Die Erfahrung zeigt, daß dadurch viele unorganisierte Bergarbeiter angespornt werden, wieder in den Bergarbeiterverband einzutreten. Die Presse der Industriellen und des Großkapitals befürchtet durch die Verschmelzung der beiden Bergarbeiterverbände nicht nur eine Verstärkung des Bergarbeiterverbandes, sondern zugleich seine Radikalisierung und Linksorientierung. Deshalb hat auch die kapitalistische Presse eine ganz infame Hetze gegen den englischen Bergarbeiterführer Cook entfacht, dessen bedeutsame Rede in Essen bei den Ruhrarbeitern eine sehr eindrucksvolle und nachhaltige Wirkung hinterlassen hat.

Die Presse der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums ist ebenfalls wenig erbaut von dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen zwischen Union und Bergarbeiterverband. Die christlichen Arbeiter rebellieren gegen die Politik der Reaktion, des Zoll- und Steuerraubs, die das Zentrum treibt und deshalb werden die christlichen Arbeiter vor dem „kommunistischen Einheitsrummel“ gewarnt, damit es sie nicht gelüftet, sich auch in die Einheitsfront der Gewerkschaften einzugliedern.

Den ersten Schritten auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit müssen weitere folgen. In den Gewerkschaften muß der Kampf um die Gewerkschaftseinheit in Zusammenhang gebracht werden mit dem Kampf für die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter, für den Achtstundentag, höhere Löhne, gegen Teuerung, Stilllegungen und Arbeitslosigkeit, gegen den Preisindexschwindel und Preisabbaubetrug der Luther-Regierung, gegen den Sicherheitspakt und die kapitalistische Bedrohung Sowjetrußlands und die imperialistische Kriegsgefahr.

Wenn wir als Kommunisten verstehen, den wahren Charakter, des Reformismus der Gewerkschaftsführung, wie er in Breslau lebendig war, vor den Massen zu offenbaren, die große Bedeutung der Rußlanddelegation für die revolutionäre Entwicklung des Proletariats zu erkennen, wenn wir im Sinne des Offenen Briefes mit vollster Hingabe und Ueberzeugung, ohne Bedenken und Vorbehalte, praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, so werden wir bald weitere Etappen zur Gewerkschaftseinheit erreichen und unsern Einfluß in den Gewerkschaften nicht nur verzehnfachen, sondern verhundertfachen.

*

Von Erfurt über Görlitz nach Heidelberg. Zum neuen Programm der SPD.

Von Lenz.

Der Parteitag der SPD, der zu Ehren Eberts nach Heidelberg berufen wurde, hat ein Programm im Geiste Eberts beschlossen. War das Görlitzer Programm eine Begründung der Koalition mit der Stinnes-Partei, so ist der neue Programmentwurf elastisch genug, alle Koalitionen von der Weimarer bis zur „größten Volksgemeinschaft“ zu begründen. Da dieses Programm jedoch in einer Zeit vorgelegt wurde, wo die Stimmung innerhalb der SPD-Arbeiterschaft sich radikalisiert und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die SPD wieder auf längere Zeit zur Rolle der Opposition gezwungen wird, wurden als Zugeständnis an radikale Stimmungen im „grundsätzlichen“ Teil des Programms zum großen Teil die marxistischen Formeln des Erfurter Programms übernommen. Dadurch wird zugleich der Zweck verfolgt, die noch bei großen Teilen der SPD-Anhängerschaft lebendige Illusion, daß die Partei der Wels, Noske, Kautsky und Severing etwas mit der alten Sozi-

aldemokratie Liebnechts und Bebels gemein hat, zu stärken. In der Tat ist aber nichts besser geeignet, die vollkommene Entartung dieser ehemaligen Arbeiterpartei zu demonstrieren, als ein Vergleich der drei Programme von Erfurt, Görlitz und Heidelberg.

1. Der grundsätzliche Teil.

Das Görlitzer Programm beginnt mit einer allgemeinen Kennzeichnung des Charakters der Partei:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.“

Eduard Bernstein, der diesem Programm ebenso wie dem „neuen“ Parteiprogramm gestanden hat, bemerkt dazu, daß hier mit Absicht vom „arbeitenden Volk in Stadt und Land“ die Rede ist, im Gegensatz zum Erfurter Programm, das die sozialistische Bewegung als die Bewegung des Proletariats, der Lohnarbeiter auffaßt. Nach Bernstein bedeutet das keine Abschwächung des „Charakters der Bewegung“, sondern eine genauere Bestimmung dessen, was sie tatsächlich geworden ist, dadurch, daß sich ihr breite Schichten der Angestellten, Beamten, freien Berufe usw. angeschlossen haben. Unter dem klassenmäßig klingenden Namen „arbeitendes Volk“ verbirgt sich also die Feststellung, daß sich die Klassenbasis der SPD vom Proletariat zu den kleinbürgerlichen Mittelschichten verschoben hat. Gewiß hat eine marxistische Arbeiterpartei die Interessen „aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind“, zu vertreten, also die Interessen nicht nur der Lohnarbeiter im engeren Sinne, sondern auch der Angestellten, Beamten, Kleinbauern, Handwerker, des „Mittelstandes“ im weitesten Sinne. Es kennzeichnet die zünftlerische Rückständigkeit der alten Sozialdemokratie, daß in ihrem Programm dieser Gedanke, daß das Proletariat durch seine Partei die Interessen aller Werktätigen vertritt, nicht genügend betont wird; aber das Görlitzer Programm bedeutet nicht etwa einen Schritt vorwärts von dieser zünftlerischen Beschränktheit zur Erkenntnis der Hegemonie des Proletariats, sondern es bedeutet eine bewußte Verwischung des Klassencharakters der Partei. Das Heidelberger Programm soll noch einen Schritt weiter zurück tun. Diese einleitende Formel, die wenigstens den Anschein erweckt, als ob sich die Partei noch auf ihre proletarische Basis besinne, fällt ganz weg und dafür tritt an eine andere Stelle eine Formulierung, die die Verschiebung der Klassenbasis der SPD noch deutlicher zum Ausdruck bringt.

Der zweite Absatz des Görlitzer und der erste Absatz des Heidelberger Programms sind in enger Anlehnung an den einführenden Absatz des Erfurter Programms abgefaßt:

Erfurt: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

Görlitz: „Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht. Sie hat breite Masse der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt.“

Heidelberg: „Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.“

Dieser Abschnitt soll das Wesen und die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in ihren Grundlagen kennzeichnen. Das entscheidende Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft ist die Herausbildung zweier Klassen mit entgegengesetzten und unverträglichen Interessen, Kapitalisten und Lohnarbeiter, die als die beiden Pole der Gesellschaft ihre Entwicklung bestimmen, deren Klassenkampf dieser Gesellschaft den Stempel aufprägt. Vollkommen richtig wird als unmittelbare Entstehungsursache des Proletariats die Trennung der Masse der Produzenten von ihren Produktionsmitteln genannt. Der Ausdruck „Produzenten“ des neuen Entwurfes ist sogar besser als der Ausdruck „Arbeiter“ des Erfurter und des Görlitzer Programmes. Denn im modernen Sprachgebrauch versteht man unter „Arbeiter“ den Lohnarbeiter, während hier von dem Prozeß die Rede ist, in dem das Proletariat erst aus den Massen der ländlichen und städtischen Kleinbürger, der Bauern und Handwerker, durch die Entwicklung des Kapitals entsteht. Allerdings wird in demselben Satz, wo der Ausdruck [541] „Produzenten“ verwendet wird, auch wieder das Wort „Arbeiter“ für den gleichen Begriff gebraucht, so daß die kleine stilistische Verbesserung dadurch wieder aufgehoben wird.

Die Entstehung des Proletariats ist historisch nicht anders zu verstehen als durch den Untergang des Kleinbetriebs, „dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet“. Die Zerstörung dieser Art des Privateigentums ist die Voraussetzung für die Entstehung des besitzlosen Proletariats. Sowohl das Görlitzer als auch das Heidelberger Programm übersehen in ihrem revisionistischen Drang diesen einfachen logischen Zusammenhang. An dieser scheinbaren Kleinigkeit kommt gleich an der Spitze des Programms die völlige Kapitulation Kautskys vor Bernstein klar zum Ausdruck. Bekanntlich wurden mit den Revisionisten jahrelange Auseinandersetzungen gerade über diese von Kautsky wie gewöhnlich allzu starr, abstrakt, schematisch aufgefaßte These vom Untergang des Kleinbetriebs, insbesondere in der Landwirtschaft, geführt. Nun hat man sich auf die nichtssagende Kompromißformel von der „Zurückdrängung des Kleinbetriebes in Industrie, Handel und Verkehr“ und von der Verringerung seiner „sozialen Bedeutung“ begnügt. Mit Recht sieht der Führer der Revisionisten auf dem Gebiete der Agrartheorie, David, im Fehlen der Landwirtschaft bei dieser Aufzählung einen Triumph seiner Auffassung. „Die Verringerung der sozialen Bedeutung“ des Kleinbetriebes ist eine leere Phrase, die die Entstehung des Proletariats und sein Anschwellen durch die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln nicht erklären kann. Dafür gibt es nur eine Erklärung, den Untergang des Kleinbetriebes durch die Konkurrenz des kapitalistischen Großbetriebes.

Ein paar Statistiken über einige Länder Europas, die zeigen, daß die Zahl der Kleinbetriebe in den letzten Jahrzehnten nicht beträchtlich zurückgegangen ist, genügen, um diese „Marxisten“ dazu zu bringen, einen grundlegenden Satz des Marxismus preiszugeben. Was hat aber die Tatsache des verlangsamten Tempos des Untergangs des Kleinbetriebs in den hochkapitalistischen Ländern zu besagen im Vergleich zu der ungeheuren Tatsache, daß heute vor unseren Augen der handwerkliche und kleinbäuerliche Kleinbetrieb in solchen Riesengebieten wie Indien und China durch die Entwicklung einer modernen Großindustrie und durch die Einfuhr billiger industriell produzierter Waren in den Boden gestampft wird! Die Vernichtung des Kleinbetriebes ist allerdings ein Prozeß, der in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu Ende geführt wird, der erst in der kommunistischen Gesellschaft einen gewissen Abschluß erreicht. Aber in der gegenwärtigen Epoche der gewaltigen Wirtschaftskrise in Europa und des rasenden Vormarsches des Kapitalismus in den kolonialen und halbkolonialen Ländern den massenhaften Untergang des Kleinbetriebes nicht zu sehen, das bedeutet in provinzieller Beschränktheit vor den Tatsachen die Augen verschließen. Das Görlitzer Programm hat sich um diese Frage einfach herumgedrückt, das Heidelberger bekennt sich offen zum Revisionismus.

Beachtenswert ist noch die zweideutige Redensart von der „wirtschaftlichen Herrschaft“ über die Gesellschaft. Soll das heißen Herrschaft über die gesellschaftliche Wirtschaft oder Herrschaft über die Gesellschaft auf Grund der wirtschaftlichen Macht? Im ersten Falle würde die Tatsache geleugnet, daß der Besitz der Produktionsmittel nicht nur die Macht über die Wirtschaft, sondern die Macht über die gesamte Gesellschaft, auch die politische Macht gibt, im zweiten Fall müßten die Sozialdemokraten zugeben, daß auch in der bürgerlich-demokratischen Republik die Kapitalisten-

klasse herrscht, da sie die Produktionsmittel besitzt. Das ist ein sehr einfacher sozialistischer Grundsatz, er genügt aber, um die „Staatsbejahung“ der SPD als Unterwerfung unter den Kapitalismus bloßzustellen.

[542] Im neuen Programm folgt nun ein eigener Abschnitt über die Angestellten und Intellektuellen, der lautet:

„Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Ueberwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Ausstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.“

Im ursprünglichen Entwurf war als Ursache der Zunahme der Zahl und Bedeutung der Angestellten, Beamten und Intellektuellen noch die „Zunahme der Verwaltungs- und Erziehungstätigkeit im Staat und in der Gemeinde“ genannt. In der Zeit des massenweisen Beamtenabbaus und der ständigen Kürzung des Unterrichtsbudgets war dieser Passus offenbar selbst für „sozialistische“ Staatsbejaher zu starker Tobak. Während im Erfurter Programm ein solches besonderes Kompliment für die „Stehkragenproletarier“ fehlt, hätte das Görlitzer Programm diese Frage im Zusammenhang mit der Nachkriegskrise behandelt:

„Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen herab.“

Hier wird das Herabsinken der – sehr weitgefaßten – Mittelschichten nur als unmittelbare Folge des Krieges dargestellt, das Heidelberger Programm versucht diesen Prozeß aus der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus herzuleiten. Dieser Versuch ist allerdings alles andere als eine marxistische Analyse. Das Herabsinken des intellektuellen Proletariats zu den allgemeinen Lebensbedingungen des handarbeitenden Proletariats wird lediglich mit dem Anwachsen der Zahl begründet, und dieses mit dem Vordringen des Großbetriebs. Beide Glieder der Kette sind brüchig. Würde die Nachfrage nach intellektuell qualifizierten Arbeitskräften und ihre Bedeutung steigen, so wäre ihre vergrößerte Zahl kein Grund für den Verlust ihrer privilegierten Stellung. Andererseits ist auch nicht einzusehen, daß die wachsende Konzentration der Produktion die Zahl der in diesem Beruf Tätigen im Verhältnis zur gesamten Bevölkerungszahl, zum Proletariat im engeren Sinne, vermehrt. Bei dem, was vom Ausgleich der Interessen gesagt wird, fehlt schließlich jede Differenzierung. Gerade diese Differenzierung innerhalb der arbeitenden Klasse ist für das Verständnis der sozialdemokratischen Politik wesentlich. Denn diese besteht gerade darin, daß die dauernden und allgemeinen Interessen des Proletariats als Klasse den nächsten eng gefaßten Interessen dieser kleinen, dem Proletariat nahestehenden Schichten mit „privilegierte Stellung“ geopfert werden.

In einem Programm, das doch nicht für alle Zeiten und Völker gelten soll, sondern für das gegenwärtige Deutschland, müßte man besonders darauf hingewiesen, daß die deutsche Bourgeoisie, der Extraprofite aus Kolonialgebieten beraubt und zu Tributzahlungen an die Siegermächte gezwungen, weniger als jede andere in der Lage ist, größeren Teilen der Arbeiterklasse solche Privilegien zu gewähren, die diese dauernd mit dem kapitalistischen System aussöhnen könnten, wie das in aufstrebenden kapitalistischen Ländern, z. B. im Vorkriegs-Deutschland, der Fall war. Hier ist also nicht das Steigen der Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen wichtig, sondern die Abnahme der Zahl und Bedeutung der Angestellten, Intellektuellen und hochqualifizierten Arbeiter, die noch durch eine „privilegierte Stellung“ von ihren Klassengenossen getrennt und für die bürgerliche Politik interessiert werden können. Die Herren Hilferding, Kautsky, Bernstein und die anderen Verfasser dieses Entwurfes wissen sehr gut, warum sie hier jeder konkreten Analyse ausgewichen sind. Sie hätten mit einer solchen die Wurzeln des Opportunismus, die Wurzeln ihrer eigenen schädlichen Existenz und zugleich die Ursachen des notwendigen Bankrotts ihrer Politik aufgedeckt.

[543] Sehr lehrreich ist der Vergleich der folgenden Darstellungen des „ökonomischen Paradoxons“ – wachsendes Elend bei wachsendem Reichtum – in den drei Programmen:

Erfurt: „Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsen der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger und Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

Görlitz: „Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß (der Steigerung der wirtschaftlichen Ungleichheit) noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert.“

Heidelberg: „Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit, aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen, vorenthalten.“

Hier ist wirklich in mustergültiger Weise das gärende Drachengift des Marxismus in die Milch der frommen Denkungsart verwandelt. In Görlitz wurde wenigstens noch die Erweiterung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit anerkannt. Im Jahre 1925, in der Zeit der Lutherschen Zoll- und Steuergesetze, der Millionengeschenke aus öffentlichen Mitteln an die Großkapitalisten der fieberhaft gesteigerten Konzentration des Kapitals auf Kosten des Proletariats und der enteigneten Mittelschichten, wissen die Weisen von Heidelberg nur zu melden, daß Großkapital und Großgrundbesitz die Ergebnisse des gesellschaftlichen Produktionsprozesses für sich zu monopolisieren „suchen“. Der Erfolg dieses „Suchens“ soll nur sein, daß den Proletariern und den Mittelschichten „der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt“ vorenthalten wird. Aber einen anständigen Happen von diesem „Fortschritt“ bekommen sie doch, jeder Arbeiter hat sein Radio, in Amerika sogar sein Auto, Volkshochschulen gibt es auch schon, also stimmt es doch wohl nicht mit der „wachsenden Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends“ usw., von dem das Erfurter Programm sprach.

Das neue Programm drückt sich vorsichtig und weise so aus:

„Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern.“

Es ist also nicht so schlimm. Zwar sind Tendenzen „wirksam“, sogar sehr wirksam, besonders in Deutschland so wirksam, daß das Realeinkommen der deutschen Arbeiterschaft nicht weit über 50 Prozent des Vorkriegseinkommens liegen dürfte und daß Millionen Angehöriger der Mittelschichten bis zum letzten Pfennig enteignet wurden. Aber durch „steten Kampf“ ist es immerhin möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren. Die Millionen, denen das nicht gelungen ist, sind also selbst schuld daran. Sie haben nicht „stetig“ genug gekämpft trotz des prächtigen Vorbildes der SPD-Klassenkämpfer.

Im Erfurter Programm schloß sich logisch an die Darstellung der Verelendungstheorie die Aufzeigung des Klassenkampfes als grundlegendes Moment der kapitalistischen Gesellschaft:

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“

Selbst in dem Koalitionsprogramm von Görlitz war der Klassenkampf in diesem Zusammenhang als geschichtliche Notwendigkeit genannt:

„Sie (die kapitalistische Wirtschaft) hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkommen. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit gesteigert und zur sittlichen Forderung erhoben.“

[544] Die Programmkommission, die dem Heidelberger Parteitag den Entwurf vorlegte, versuchte zuerst das leidige Wort „Klassenkampf“ ebenso loszuwerden, wie die Praxis der SPD vom Klassenkampf losgekommen ist. Der Widerspruch einer ganzen Reihe von Organisationen, der offenbar auch in der Programmkommission auf dem Parteitag zum Ausdruck kam, hat die Politiker der Volksgemeinschaft doch veranlaßt, das Wort „Klassenkampf“ in einem anderen Zusammenhang wieder einzuschieben. Wir werden noch darauf zurückkommen und zeigen, wie es diese löbliche Kommission versucht, dem Klassenkampf die Giftzähne auszubrechen.

Im Erfurter Programm werden im Anschluß an die Kennzeichnung der modernen Gesellschaft durch den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat folgerichtig die Krisen als den Klassenkampf verschärfendes Moment erwähnt.

„Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“

Das Görlitzer Programm, in der Zeit der schwersten Krise der kapitalistischen Wirtschaft entworfen, hatte diese Kleinigkeit völlig vergessen. Das Heidelberger Programm, das die Tatsache der Verelendung durch eine „Tendenz“ ersetzt und die Verschärfung der Klassengegensätze ersetzt durch einen „steten Kampf“, in dem es den Ausgebeuteten möglich ist, „ihre Lage zu verbessern“, fügt an diesen Satz ohne logischen Uebergang an:

„Dazu gesellt sich die hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wirkt besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.“

Dazu also, daß sich die arbeitenden Schichten „durch steten Kampf“ vor Erniedrigung bewahren und ihre Lage verbessern können“, „gesellt sich“ die Arbeitslosigkeit, die in Zeiten der Krisen besonders qualvoll und erbitternd ist. Man sollte meinen, daß nun noch ein Rezept folgt, wie die Arbeiterschaft durch „steten Kampf“ auch die Krisen beseitigen kann. Aber auch die Heidelberger Weisen mußten wenigstens anerkennen, daß die Krisen in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind. Sonst aber fanden sie sich genötigt, die Darstellung des Erfurter Programms wesentlich abzuschwächen. Nichts wird mehr davon gesagt, daß die Krisen „immer umfangreicher und verheerender“ werden, nichts davon, daß sie „die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben“, nichts davon, daß sie den Beweis dafür liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, obwohl gerade die Entwicklung seit dem Kriege alle diese Formulierungen erneut bestätigt und aufs deutlichste gezeigt hat, daß die Richtung der Entwicklung auf Verschärfung der Krisen und Vergrößerung des Widerspruchs zwischen Produktionsverhältnissen und Wachstum der Produktivkräfte hinausläuft, will der Programmentwurf offenbar die Möglichkeit offen lassen, von der Bernstein in seinen „Voraussetzungen“ sprach und die Kautsky durch seine Theorie des „Ueberimperialismus“ andeutet, daß die „Organisierung der Wirtschaft“ durch Kartelle, Trusts usw. zur Ueberwindung oder Eindämmung der Anarchie der Produktion und damit der Krisen führen könnte. In der Tat folgt hier im Programm die Entwicklung des Kapitalismus zur monopolistischen Herrschaft des Finanzkapitals:

„Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereint Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.“

Hier ist den Programmverfassern eine peinliche Revision ihres Revisionismus passiert. Im ursprünglichen Entwurf war diesen „einzelnen [545] Kapitalistengruppen“ nur nachgesagt worden, daß sie die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen „suchen“. Aehnlich hieß es im Görlitzer Programm:

„In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. ... Korrumpierung des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.“

Dies ist einer jener Fälle, wo die nachträgliche Konzession an die marxistische Terminologie die Grundlage der gesamten Praxis der SPD, wie sie im Aktionsprogramm festgelegt ist, aufhebt. Wenn die ganze Gesellschaft in ökonomische Abhängigkeit von einzelnen Kapitalistengruppen gebracht wird, wie steht es dann mit der demokratischen Republik, in der das geschieht und für deren „Ausbau“ die SPD eintritt? Zumal selbst das Heidelberger Programm von dem zunehmenden Einfluß des Finanzkapitals auf die Staatsmacht und den katastrophalen Folgen dieses Einflusses sprechen muß:

„Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffmärkte und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahren.“

Gegenüber dem Görlitzer Programm ist charakteristisch, daß hier völlig die Kennzeichnung des im Gefolge des Weltkrieges entstandenen „Friedens“-Zustandes fehlt. Im Görlitzer Programm hieß es:

„Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch erweitert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer blutiger Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.“

Hier waren also die imperialistischen Verträge als Kriegsgefahr angeführt worden. Im Zeitalter des „Sicherheitspaktes“, wo jedes Wort von Revision der Friedensverträge die Linie der Erfüllungspolitik durchkreuzt, wo der Schwindel des Völkerbundes, der doch auf den imperialistischen Verträgen beruht und ihrer Sicherung dient, zum Kernstück des „Friedensprogrammes“ der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ wurde, mußte jede solche Kritik an den imperialistischen Verträgen wegfallen. Hingegen wurde wiederum ähnlich wie bei der Verelendungstheorie der SPD-„Marxismus“ um den Gedanken bereichert, daß auch diese notwendige Folge des kapitalistischen Systems, die imperialistische Kriegsgefahr, durch „steten Kampf“ im Rahmen des Kapitalismus überwunden werden könnte:

„Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erstet der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.“

Dieser Absatz ist gegenüber dem ursprünglichen Entwurf „radikalisiert“ durch die Einfügung des Satzes vom Klassenkampf. Man muß aber auch hier die Modifikation gegenüber dem Erfurter Programm beachten. Während dort in der oben zitierten Stelle vom Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat die Rede ist, werden hier die klaren und eindeutigen Klassenbezeichnungen ersetzt durch die allgemeineren und verschwommeneren Ausdrücke „Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten“. Die Absicht ist klar. Als „Beherrscher“ gelten nur die Parteien (bzw. die von [546] ihnen vertretenen Gruppen),

mit denen eine Koalition jeweils unmöglich ist. Bis zum Görlitzer Parteitag waren das Volkspartei und Deutschnationale, in der Zeit der großen Koalition sind nur noch die Deutschnationalen Gegner im „Klassenkampf“. Die SPD hat schon bei den Dezemberwahlen 1924 den schönen Namen „Besitzbürgerblock“ erfunden, um anzudeuten, daß ihre Koalitionsbrüder vom Zentrum und der Demokratie zwar Bürger, aber nicht kapitalistische Besitzer sind. Hilferdings Theorie des Finanzkapitals wird so dazu benutzt, um zur Rechtfertigung der Koalition mit den „linken“ bürgerlichen Parteien diese den Vertretern des konzernierten Kapitals entgegenzustellen, als wären sie Vertreter ausgebeuteter Kleinbürgermassen.

Gerade hierin kommt der alte Gegensatz zwischen Bolschewismus und Menschewismus in den Grundfragen der proletarischen Politik klar zum Vorschein. Wie in der russischen Revolution von 1905 bis 1917 die Bolschewiken für die Hegemonie des Proletariats auch in der bürgerlich-demokratischen Revolution, im Kampf gegen Großgrundbesitz und Kapital eintraten, während die Menschewiki das Proletariat der Führung der liberalen Bourgeoisie unterstellen wollten, so vertreten jetzt die Kommunisten den Gedanken der Hegemonie des Proletariats über die ausgebeuteten Massen im Kampf gegen das Finanzkapital und die von ihm abhängige Bourgeoisie, während die Sozialdemokraten das Bündnis mit der „demokratischen“ Bourgeoisie unter deren Führung gegen die „reaktionäre“ Bourgeoisie vertreten, wobei sich die Grenze zwischen Demokratie und Reaktion immer mehr nach rechts verschiebt. Die absichtliche Verwischung der Rolle des Proletariats als der einzig konsequent revolutionären Klasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft kommt darin zum Ausdruck, daß der Absatz des Erfurter Programms, der die Rolle des Proletariats gegenüber den anderen Klassen näher bestimmt, trotz des darauf lautenden Antrages einiger SPD-Organisationen weggeblieben ist. Dieser Absatz, der sich an die Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches anschließt, lautet:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.“

Dies ist in der Tat die marxistische Begründung dafür, daß die Partei des Proletariats jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnen muß. Es ist daher durchaus richtig, daß dieser Satz des Erfurter Programms aus dem Programm der SPD ausgemerzt wurde. (Fortsetzung folgt.)

*

Die Politik in Sachsen und die Taktik gegenüber der linken SPD.*)

Von Paul Böttcher.

I.

In den Wahlkämpfen der jüngsten Vergangenheit wurde die Partei durch unvorhergesehene Wahlergebnisse mehr als einmal überrascht. Gelang es doch der Partei, in wichtigen Industriezentren glänzende Massenkundgebungen zu veranstalten. Besonders im ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl erwarteten viele Genossen nach den äußerlich glänzend verlaufenen Thälmann-Kundgebungen einen entsprechenden Erfolg für die Partei. Der erwartete Erfolg blieb aus, und an seine Stelle rüstete sich [547] Enttäuschung ein. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß gerade in unseren Reihen aus durchaus verständlichen Ursachen sich viele Arbeiter befinden, die geneigt sind, nur rein gefühlsmäßig sich politisch zu orientieren. Es ist deshalb notwendig, die ökonomischen, sozialen und organisatorischen Grundelemente der Politik sorgfältiger und sichtbarer aufzuzeigen. Wir müssen mehr dafür sorgen, daß sich das politische Blickfeld des Arbeiters vergrößert, daß er nicht nur den engen Ausschnitt seines Betriebes, seiner Gewerkschaft, seiner Familie sieht, sondern daß er sich einen Ueberblick über das Ganze erarbeitet. Die Folgen einer solchen politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit können für die politische Elastizität und Manövrierfähigkeit, vor allem aber für die revolutionäre Unbestechlichkeit der Partei, nur die denkbar günstigsten sein.

*) Der Artikel ist vor dem Heidelberger Parteitag geschrieben. D. Red.

Es ist also durchaus notwendig und zweckmäßig, vor der Behandlung der Aufgaben der Partei in Sachsen vor allem anderen einige zahlenmäßige Angaben über die Bevölkerung, Fläche und Struktur der Arbeiterbewegung in Sachsen zu machen. Gerade auf Grund dieser statistischen Unterlagen wird es viel leichter möglich sein, die Methoden zu zeigen, die angewendet werden müssen, um die Mehrheit in den entscheidenden Schichten des Proletariats für den Kampf um den Kommunismus zu gewinnen. Dabei wird es auch möglich sein, sich vor falschen Einschätzungen über die Bedeutung eines Bezirkes zu bewahren, wie beispielsweise im Oktober 1923.

Der Freistaat Sachsen ist der Fläche nach der fünftgrößte Staat Deutschlands. Der Bevölkerung nach steht er jedoch an dritter Stelle. Sachsen umfaßt 3,1 Prozent der gesamten Gebietsfläche und 7,8 Prozent der Bevölkerung Deutschlands (4.830.500 Einwohner). Ein Zwölftel der deutschen Bevölkerung wohnt also auf einem Dreißigstel der Gebietsfläche Deutschlands. Sachsen ist der dichtest bevölkerte Freistaat. Die Bewohnerschaft wohnt 2½mal so dicht als in Preußen und dichter als selbst in Rheinland-Westfalen. Auf einen Quadratkilometer kommen in Sachsen 311 Einwohner, während der Reichsdurchschnitt pro Quadratkilometer 126,8 Einwohner beträgt. Es kommt noch hinzu, daß mehr als ein Drittel der Bevölkerung (36,6 Prozent) des Landes in den fünf Großstädten zusammengedrängt ist. Nur 11 Prozent aller Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Es entfallen auf

Leipzig	636.500 Einwohner
Dresden	587.800 Einwohner
Chemnitz	304.000 Einwohner
Plauen	105.000 Einwohner
Zwickau	75.300 Einwohner.

Die Voraussetzungen für die politische Propaganda sind also ebenso glänzend wie diejenigen für den organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse. Der Ausfall an industriellen Riesenbetrieben wie in Berlin und Rheinland-Westfalen wird wett gemacht durch die dichte Zusammenballung der kleinen, mittleren und großen Betriebe. Nach der letzten Zählung im Jahre 1921 waren in 35.578 Betrieben mit über 10 Beschäftigten 838.800 Industriearbeiter tätig. Nach der letzten Zählung (1907) sind außerdem 2.199.500 Erwerbstätige vorhanden. Davon 11 Prozent in der Landwirtschaft. Von den 3.256.000 Stimmberechtigten bei der Wahl am 26. Mai 1925 sind mithin über zwei Millionen als Lohn- und Gehaltsempfänger im Produktionsprozeß tätig. Diese zwei Millionen müßten ihrem ökonomischen Klasseninteresse nach von der Kommunistischen Partei zu gewinnen sein. Die Eroberung der arbeitenden Klassen in Sachsen für unsere Politik ist gegenüber dem Rheinland auch insofern leichter, als in Sachsen die Zentrumspartei als politischer Faktor völlig ausscheidet, denn 94 Prozent der sächsischen Bevölkerung sind nach den letzten Feststellungen aus dem Jahre 1910 evangelisch. [548] (Das starke Anwachsen der Freidenkerbewegung in Sachsen nach dem Kriege würde heute einen viel niedrigeren Prozentsatz für die Kirche ergeben.)

Die ökonomische Lage der sächsischen Arbeiterschaft, ihre dichte Zusammendrängung auf engem Raum und die dadurch ermöglichte starke Durchorganisation der Bevölkerung haben bereits vor dem Kriege die sächsische Arbeiterschaft an die Spitze der deutschen Arbeiterbewegung gestellt. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 erhielt die SPD insgesamt 55 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete zeigt sich der Fortschritt des Organisationsgedankens in der sächsischen Arbeiterschaft. Am 15. Dezember wurden von den ADGB-Verbänden in 76 Orten 600.000 Gewerkschaftsmitglieder angegeben, während die Zahl der im ADGB über ganz Deutschland Organisierten am 31. Dezember 1923 5½ Millionen betrug. Sachsen verfügt also über ein Zehntel aller ADGB-Mitglieder. In der Genossenschaftsbewegung sind ein Achtel aller Konsumgenossenschaftsmitglieder Deutschlands in Sachsen organisiert. Bei den Freidenkern sind es ein Drittel. Für die Stärke der sozialdemokratischen Organisation zeugt die Tatsache, daß in Sachsen ein Fünftel aller Mitglieder der SPD organisiert sind. (Vergl. mit Bevölkerungszahl, die ein Zwölftel beträgt.)

Die SPD ist gerade dank der weitverzweigten Organisation der Arbeiterschaft auf allen Gebieten innerhalb Sachsens noch so stark verwurzelt. Ist doch bei der Spaltung der USPD in Halle von den

sächsischen Organisationen der USPD nur ein verschwindender Teil zur KPD gekommen. Nach offiziellen Angaben hatte die SPD im ganzen Reich am 31.12.1923 1.259.304 Mitglieder. Für Sachsen gab die Levi-Korrespondenz am 15. Januar 1925 ca. 1000 Ortsgruppen mit 200.000 Mitgliedern an. (In Wirklichkeit werden es in den drei Bezirken ca. je 50.000 Mitglieder sein.) Immerhin zeigen diese Zahlen, daß ein Fünftel der Gesamtpartei der SPD in Sachsen organisiert ist. An Tageszeitungen verfügt die sächsische Sozialdemokratie über 12. Davon sind die Hälfte Kopfblätter. Die Auflage dürfte sich auf der Höhe der oben angegebenen Mitgliederzahl halten. Bei der Einschätzung der organisatorischen Stärke der SPD muß außerdem darauf hingewiesen werden, daß diese in Gewerkschaften, Genossenschaften und Beamtenorganisationen über nicht zu unterschätzende Hilfstruppen verfügt.

Die Stellung der SPD innerhalb der sächsischen Arbeiterschaft kommt auch bei den Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen zum Ausdruck. Bei den Eisenbahnbetriebsrätewahlen im Direktionsbezirk Dresden erhielten am 7.5.1925 der DEV (Reformisten) 11.086 (73 Prozent), der FEV (Kommunisten) 3159 (20,8 Prozent) und die Christlichen 900 (6 Prozent) aller Stimmen. In den Gewerkschaften hat die Sozialdemokratie in Sachsen noch das Monopol.

In den Parlamentswahlen spiegelt sich der Einfluß der KPD und SPD in Sachsen wie folgt in Tausenden:

Wahlergebnisse in Sachsen.

		SPD (u. USP)	%	KPD	%	KPD u. SPD in %	
Reichstag	12.2.12	513	55,0	–	–	55,0	
Nat.-Versammlung	19.1.19	1453	60,1	–	–	60,1	
Volkskammer	2.2.19	1241	57,8	–	–	57,8	
Reichstag	6.6.20	1191	49,5	105	4,4	53,9	
Landtag	14.11.20	874	42,2	177	8,5	50,7	
Landtag	5.11.22	1060	41,8	266	10,5	52,3	
Gemeindew.	13.1.24	677	27,0	378	16,5	43,5	
Reichstag	4.5.24	797	30,7	373	14,4	45,1	
Reichstag	7.12.24	937	36,0	293	10,2	46,2	
Reichspräs.-W.	29.3.25	933	39,0	204	8,5	47,5	
Reichspräs.-W.	26.4.25	–	–	286	11,0	–	[549]

II.

Leninistische Realpolitik darf keinen Augenblick zögern, aus dem obigen politisch außerordentlich interessanten Zahlenmaterial die notwendigen Lehren zu ziehen. Die Zahlen geben zunächst einen wertvollen Ueberblick über das Kräfteverhältnis der Klassen gegeneinander. Zweitens erhalten wir aus ihnen Aufschluß über das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse. (Selbstverständlich gelten hierbei alle Vorbehalte, die vom marxistischen Standpunkt gegenüber Zählungen des bürgerlichen Staates und Parlamentszahlen zu machen sind.) Die soziale Zusammensetzung der sächsischen Bevölkerung ergibt ohne weiteres ein erdrückendes Uebergewicht der Proletarier gegenüber den Kleinbürgern und der Bourgeoisie. Parlamentarisch kam dieses Uebergewicht bereits bei den Reichstagswahlen 1912 zum Ausdruck. Im Sächsischen Landtag besteht seit der Revolution eine sogenannte „Arbeitermehrheit“. Vergleicht man hierzu die terroristische Herrschaft des sächsischen Unternehmertums gegenüber dem Proletariat auf allen Gebieten, dann kann Sachsen als Musterbeispiel für den Klassencharakter des bürgerlichen Parlamentarismus dienen. Die Geschichte der sächsischen Arbeiterbewegung beweist, daß die herrschende Klasse weder mit den Mitteln der Demokratie, noch mit parlamentarischen Methoden besiegt werden kann. Sachsen ist das lebendige Beispiel dafür, daß die Machtmittel des Staates von der unterdrückten Klasse in außerparlamentarischen revolutionären Kämpfen zerschlagen werden müssen und daß sich die Arbeiterklasse zur Durchführung ihrer Herrschaft eigene Machtorgane schaffen muß. Nimmt man die politische Erfahrung und das geschichtliche Erleben der Arbeiterklasse als einen wichtigen Faktor für die Eroberung der Arbeiter für die kommunistische Taktik, dann sind gerade in Sachsen alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen die Sozialdemokratie gegeben. Eine Reihe wichtiger

geschichtlicher Vorgänge haben die gesamte sozialdemokratische, kleinbürgerliche Ideologie und die reformistische Taktik als dem Proletariat feindliche Faktoren gezeigt. Die Demokratie und der Parlamentarismus, die heiligen Postulate sozialdemokratischer Agitation, sind nicht nur durch die Reichswehr-Exekutive in den Staub getreten worden, sondern sie werden gegenwärtig noch durch das Bestehen des Sächsischen Landtages und durch die Politik der herrschenden Klasse täglich aufs neue verhöhnt. In Sachsen muß die Arbeiterklasse von der Quantität zur Qualität geführt werden, d. h., der industrielle Kern des sächsischen Proletariats muß sich von der reformistischen Führung freimachen und muß damit die wichtigsten Schritte zu seiner eigenen Befreiung von der kapitalistischen Herrschaft tun. Das Kräfteverhältnis der Klassen untereinander stellt der Kommunistischen Partei die Aufgabe, genau wie überall anderswo, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Die Wege zu diesem Ziel sind gegeben in den Beschlüssen der Komintern und der Partei. Die besonderen konkreten Bedingungen lassen sich leicht erkennen aus einem sorgfältigen Studium der politischen und organisatorischen Struktur der sächsischen Arbeiterschaft. Es kann wohl ohne Uebertreibung gesagt werden, wenn man das Zahlenmaterial heranzieht, daß die Mehrheit der sächsischen Arbeiterschaft nicht indifferent ist, sondern daß sie bereits mehr oder weniger zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangt ist. Es kommt also nicht in der Hauptsache darauf an, das Klassenbewußtsein zu wecken, sondern das Klassenbewußtsein aus den Fesseln des Reformismus freizumachen und für den revolutionären Kampf auszuwerten. Das bedeutet politisch die Konzentration der Hauptkräfte der Partei auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. (Dabei soll nicht übersehen werden, daß selbstverständlich von der Partei auch die Arbeit unter den Indifferenten, Kleinbürgern, Landarbeitern und Kleinbauern geleistet werden muß.) Sinowjew hat erst vor kurzem wieder die Sozialdemokratie als die Rekrutenschule für die KPD bezeichnet. [550] Nimmt man diese These an – und sie ist richtig –, dann eröffnen sich bei dem Vorhandensein von 600.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern für die Arbeit einer revolutionären Partei ausgezeichnete Perspektiven.

Die Wahlergebnisse zeigen, daß die Partei die günstigen Voraussetzungen nicht ausgenützt hat, sondern daß ihr Einfluß im vergangenen Jahr stetig zurückgegangen ist. Bei aller notwendigen Einschätzung der objektiven Schwierigkeiten der Lage (Scheinstabilisierung) bleiben doch erhebliche subjektive Fehler, die mit schuld sind an dem Zurückgehen des Einflusses der Kommunistischen Partei innerhalb des Proletariats. Betrachtet man sich z. B. die Wahltabelle über die sächsischen Wahlen seit der Nationalversammlung bis zur Reichspräsidentenwahl, so ergibt sich folgendes: Die KPD tritt bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erstmalig selbständig auf und vereint auf sich 105.000 (4,4 Prozent) Stimmen. Bis zu den Gemeinderatswahlen am 13.1.19 steigt der Einfluß der Partei ständig bis auf 378.000 (16,5 Prozent) Stimmen. Von den Gemeinderatswahlen an geht der Einfluß der Partei systematisch zurück, bis er den tiefsten Punkt bei dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 mit 204.000 (8,5 Prozent) Stimmen erreicht. Vergleicht man hierzu die sozialdemokratischen Zahlen, dann muß man feststellen, daß gerade in jenem Moment, wo der kommunistische Einfluß am stärksten war, die Sozialdemokratie die größten Verluste erlitten hat. Die Sozialdemokraten erhielten bei den Gemeinderatswahlen am 13. Januar 1924 nur 677.000 (27 Prozent) Stimmen, gegenüber 1.453.000 (**60,1 Prozent**) Stimmen zur National-Versammlung. Von den Gemeinderatswahlen ab bewegt sich der Einfluß der SPD wieder in gradliniger aufsteigender Weise. Es sind also zwei Tendenzen zu beobachten seit Anfang 1924:

Stetiger Rückgang der KPD auf der einen Seite und fortgesetzte Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf der anderen Seite. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Gemeinderatswahlen von der Kommunistischen Partei unter den allerungünstigsten Verhältnissen geführt werden mußten (Illegalität, Reichswehr-Exekutive, Verfolgungen, keine Presse usw.). Die Gemeinderatswahlen fanden unter dem militärischen Ausnahmezustand statt. In allen größeren Orten lagen Reichswehrtruppen. Die illegale Presse war gänzlich unzulänglich. Die Partei kam mit ihr nicht an alle Mitglieder, geschweige an die Sympathisierenden und Indifferenten heran. In sehr vielen Orten konnten von der Partei keine Wahlversammlungen abgehalten werden.

Trotzdem der große Wahlerfolg! Man vergleiche damit die Präsidentenwahlen.

Neben dem völligen Zusammenbruch aller Gewerkschaftsarbeit innerhalb der Partei hat der schwindende Einfluß der Kommunisten seine Ursache auch in der unleninistischen Auffassung führender Genossen über die Aufgaben und die Rolle der Partei. War bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik in Sachsen im Oktober 1923 die selbständige Rolle der Partei im revolutionären Aufstand preisgegeben, war durch falsche theoretische Voraussetzungen des Leipziger Parteitages (Arbeiterregierung auf dem Boden der Demokratie mit den Mitteln der Demokratie – SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterbewegung) die Partei in das Schlepptau der SPD geraten, so trat nach dem Oktober ein anderer Fehler ein, nämlich die völlig verkehrte Einschätzung der Partei als Minderheit im Proletariat, der Mangel an Erkenntnis der Notwendigkeit des Manövrierens und vorübergehender Vereinbarungen mit anderen Organisationen, deren Basis im Proletariat ruht. Es ist unleninistisch, zu sagen, daß die Partei erst bolschewisiert sein müsse, ehe sie an die Gewinnung der Massen herantreten könne. Es sind dies nicht zwei hintereinander laufende schematisch [551] abgegrenzte Prozesse, sondern es sind dies Aufgaben, die von der Partei miteinander verbunden und gleichzeitig gelöst werden müssen. Ein Beispiel für die Einstellung führender Genossen zur Rolle der Partei bietet in einer Prüfung des Wahlergebnisses der Reichstagswahlen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Nr. 53 des Jahrganges 1924. Dort heißt es:

„Daran ändert auch nichts das Wahlergebnis im Wahlkreis Leipzig, wo die KPD, gegenüber den Januarwahlen fast 10.000 Stimmen eingebüßt hat. Diese 10.000 Wähler sind kleinbürgerliche Elemente gewesen, die durch die Schärfe unserer Fragestellung ‚Diktatur oder demokratische Illusionen‘ sich abgestoßen fühlten und sich gerettet haben in den Hafen der sozialdemokratischen Ideologie ... Der Verlust dieser Stimmen schwächt uns nicht, weil wir nicht einen Wahlkampf geführt haben, um Stimmen zu erschachern, sondern um durch ihn revolutionär denkende und handelnde Arbeiter zu erziehen.“

In diesen wenigen Sätzen offenbart sich diejenige katastrophale Grundeinstellung, die in den Funktionärschichten der Partei in einer Reihe von Bezirken systematisch großgezogen wurde. Die Kommunistische Partei kann sich nicht gestatten, die Arbeiter, auch wenn sie noch kleinbürgerlich denken – abzustoßen und diesen Fehler dann gar noch als einen Erfolg zu preisen. Solange die Kommunistische Partei nicht der Anziehungspunkt für die Mehrheit der Arbeiterklasse ist, wird sie an ihrer Aufgabe scheitern. Daß die antileninistische Auffassung der „SAZ“ nicht nur eine vorübergehende Abweichung darstellt, sondern die führenden Funktionäre in Westsachsen absolut beherrscht, beweisen die Diskussionen auf dem Bezirksparteitag Westsachsen vom 14. Juni 1925. Dort erklärte der Vorsitzende des Bezirks wörtlich: „Der Wunsch, große Massen zu erfassen, ist das Grundübel, eine Politik, die mir nicht gefällt.“ Selbstverständlich anerkennen diese Genossen auch keine Notwendigkeit, in der Stellung gegenüber Monarchie und Republik zu differenzieren. Diese selbstzufriedenen Pseudoleninisten sehen seit Jahren nur sich und ihre nächste Umgebung im Sitzungszimmer der Parteifunktionäre. Die Masse ist bei ihnen nur eine verständnislose Horde, unwürdig, die Schwelle des kommunistischen Tempels zu überschreiten. Was ist natürlicher, als daß unter diesen Umständen die Basis der Partei mehr und mehr zusammenschrumpft. Diese Genossen isolieren bewußt die Partei von den Massen. Unsere Funktionäre hatten es überhaupt verlernt, mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu diskutieren. In Leipzig z. B. wurde der Volkshaus-Boykott beschlossen, der den Plänen der Gewerkschaftsbürokratie voll und ganz entgegenkam. Bei der Wahl des Schuldezernenten in Leipzig ermöglichte es die Partei durch ihre starre Taktik der SPD, die Schuld für die Wahl des bürgerlichen Kandidaten auf uns abzuwälzen.

In der Landespolitik hat sich diese Isolierungstaktik besonders stark ausgewirkt. (Es war seit Monaten bekannt, daß die Rechtsparteien, nachdem durch die Reichswehrexekutive in Sachsen „Ordnung“ geschaffen worden war, auf die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterschaft neue Attacken unternehmen wollten. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Selbst die geschriebenen verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterschaft sind nichts, wenn die herrschende Klasse über die besitzlose Klasse mit Hilfe ihrer ökonomischen und militärischen Machtmittel die tatsächlichen Verhältnisse dirigiert. Es war deshalb gerade aus diesem Grunde um so notwendiger, den Schein und Trug der parlamentarischen Verfassung des kapitalistischen Staates aufzuzeigen. Das nächste Ziel

des Verbandes sächsischer Industrieller in Sachsen war die Beseitigung der Gemeindeordnungs-Reform aus dem Jahre 1923. Trotz aller Schwächen und Halbheiten der Gemeindeverfassung war es dennoch in vielen Orten mit starker proletarischer Bevölkerung der staatlichen Büro- [552]kratie und den Unternehmern unbequem geworden, sich fortwährend mit den kommunistischen Gemeindevertretungen und ihren Beschlüssen herumschlagen zu müssen. Sie wollten endlich auf diesem Gebiet reinen Tisch machen; das sollte durch die reaktionäre Gemeindeverfassungs-Reform geschehen. Die Pläne waren bekannt. Ebenso war es bekannt, daß die Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung diesen Plänen restlos zustimmen würden. Im Zusammenhang mit der Reichspolitik, mit der Wahl Hindenburgs und den Bestrebungen auf Aenderung der Reichs- und Länderverfassung mußte dieser Vorstoß der Reaktionäre in alarmierender Weise zur Mobilisierung der Massen benutzt werden. Die Partei hat jedoch so gut wie alles versäumt. Keine Betriebs- und Gewerkschaftsdelegationen, keine Gemeindevertreter-Delegationen, nur eine Reihe Resolutionen aus Gemeindep arlamenten, dabei ein totales Versagen der Parteipresse, die nicht einmal unsere eigenen Genossen über die wichtigsten Vorgänge auf diesem Gebiet informierte. Die Folge dieser Dinge war eine rein parlamentarische Behandlung der Fragen, die der linken SPD gestattete, sich den Arbeitern gegenüber als die Hüter der Verfassung aufzuspielen.

Die Auswirkungen dieser Politik auf die Gewerkschaften und Betriebe zeigte sich in einer Kette von Niederlagen bei den Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen. Die Partei geriet mehr und mehr in die Gefahr, zu einem Zirkel kommunistischer Funktionäre, statt zu einer bolschewistischen Massenpartei zu werden. Trotz Reichswehrexekutive, Koalitionspolitik, Barnat-Skandal, Volksblock, Auer- und Ebert-Prozeß kehrten die Arbeiter wieder zur SPD zurück und uns den Rücken. Die „kommunistische Verlustliste“ wurde zur ständigen Rubrik in der sozialdemokratischen Presse. Die vielen Funktionäre, die von der Partei gingen, waren nicht alle einfach mit dem Wort „Renegaten“ abzutun. Natürlich waren auch solche dabei. Andererseits aber waren es doch fast nur Arbeiter aus den Betrieben, die die Orientierung verloren hatten und geistig bearbeitet, statt hinausgeworfen werden mußten.

Soll die Politik der Partei von dem lebendigen Willen und klaren Bewußtsein der Mitglieder getragen werden, dann ist es notwendig, taktische Differenzen nicht auf organisatorisch-disziplinarischem Wege zu lösen, sondern die gesamte Partei bis zum letzten Mitglied politisch zu bearbeiten. Der Organismus der Partei hat auf diese Fehler sehr fein und tief reagiert. Es ist eine der ersten Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit der Partei unter den sozialdemokratischen Massen, daß innerhalb der Partei das Mißtrauen und der Fraktionsgeist besiegt werden und daß ein leninistisches Vertrauensverhältnis geschaffen wird. Es muß eine solche Konzentration der Kräfte eintreten, die auch in personellen Fragen Entscheidungen nach politischen Qualitäten und nicht nach fraktioneller Gesinnungstüchtigkeit fällt.

Es ist für die gesunde und starke Weiterentwicklung der Partei unbedingt notwendig, daß die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive vom April 1925 im vollen Umfange durchgeführt werden. Diese Beschlüsse fordern von der KPD zur Durchführung der Bolschewisierung in erster Linie die Lösung folgender innerparteilicher Aufgaben:

Alle Maßnahmen zu ergreifen zur Sicherung einer gesunden innerparteilichen Entwicklung sowie zur Beseitigung aller Auswirkungen des vorausgegangenen Fraktionskampfes. Feste Sicherung der Parteieinheit gegen irgendwelche neuen Fraktionstreibereien.

Den weiteren Kampf gegen neue Abweichungen gilt es jetzt, da die politische Linie der Partei auch organisatorisch genügend gefestigt ist, zu führen vermittelt einer breiten ideologisch-politischen Aufklärungskampagne, der Schulung neuer Funktionäre, der systematischen Erweiterung der aktiven Parteikaders sowie der energischen Heranziehung und Assimilierung wie früher und mehr als bisher der besten Kräfte auch [553] aus den früheren oppositionellen Elementen in der Arbeit, soweit diese Genossen für eine loyale Mitarbeit im Geiste der Beschlüsse der Partei gewonnen werden können.

Die politische Linie der Partei unter Einhaltung der Methoden der innerparteilichen Demokratie durchzuführen und systematisch eine breite Aufklärungsarbeit zu betreiben, um vermittelt der Diskussion die breiten Kreise der Parteimitglieder von der Richtigkeit der von der Partei eingeschlagenen Linie zu überzeugen.

Diese Beschlüsse sind ohne Zweifel außerordentlich wertvoll auch für die sächsischen Bezirke. Es kommt nur darauf an, sie in die Tat umzusetzen.

III.

In Deutschland hat die Sozialdemokratie noch die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich. Die politische Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch die Kommunistische Partei kann also nur über den Weg der Zertrümmerung der Sozialdemokratischen Partei gehen. Keinesfalls kann die Mehrheit der Arbeiterklasse für die soziale Revolution gewonnen werden durch eine Koalition der KPD mit der SPD unter Preisgabe des selbständigen Auftretens der Kommunistischen Partei. Der revolutionäre Aufstand kann nur das Werk der unter der selbständigen Führung der Kommunistischen Partei stehenden Arbeiterklasse sein. Das Schicksal der Revolution ist also untrennbar verbunden mit der Kommunistischen Partei. In einer nicht akut revolutionären Situation wie in Deutschland muß der Kampf gegen die Sozialdemokratie deshalb besondere Schwierigkeiten zeigen. Handelt es sich doch für die Mehrheit der Arbeiterklasse und Kleinbürger keineswegs um die Frage der endgültigen Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, sondern um die Herabsetzung des Brot- und Mietpreises, um die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die Sozialdemokratie leistet für die Bourgeoisie die schwierigste Arbeit: die Beruhigung der arbeitenden Massen über den Versailles Vertrag, die Dawes-Erfüllungspolitik, die imperialistischen Kriegsgefahren. Als Lohn erhalten die sozialdemokratischen Führer eine auskömmliche Versorgung in der staatlichen Bürokratie. Die Sozialdemokratie kann die Bourgeoisie in deren Lebensfragen jedoch nur retten, wenn ihr von derselben gestattet wird, der Arbeiterklasse gegenüber den Schein einer Oppositionspartei gegen den Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Die SPD wird also als eine bürgerliche Partei im Lager der Arbeiterklasse immer eine doppelte Rolle spielen. Wenn die Interessen des Unternehmertums es verlangen und die Arbeiterschaft im allgemeinen noch nicht zum Kampf entschlossen ist, dann stellen sich die Sozialdemokraten offen und brutal gegen den Kampf der Arbeiter (Eisenbahnerstreik 1922). Unter anderen Umständen ist die SPD jedoch ebenso bereit, in gewissen Kämpfen die Führung an sich zu reißen (Bergarbeiterkampf Mai 1924, Lohn- und Arbeitszeitkämpfe 1925). Das Ziel ist in beiden Fällen das gleiche: Verhinderung des Umschlagens der Kämpfe in politische Machtkämpfe. Nur die Methoden sind verschieden.

Beide Flügel der Sozialdemokratie haben das gleiche Ziel: Verhinderung des Sozialismus – Wiederausbau des Kapitalismus. Sind die Rechten das Barometer für den Druck der Kapitalisten von oben nach unten, so registrieren die Linken gewissenhaft den Druck der Massen von unten nach oben. Genau so wie der Gegensatz der Fraktionen der Bourgeoisie beherrscht wird vom Gegensatz der gesamten Bourgeoisie zur Arbeiterklasse, so werden auch innerhalb der Sozialdemokratie die Fraktionskämpfe zwischen dem rechten und linken Flügel beherrscht von dem gemeinsamen Gegensatz der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei. Die Vernichtung der Kommunistischen Partei ist eine Lebensfrage für den Reformismus. Während der rechte Flügel der Sozialdemokraten die Vernichtung der kommunistischen Bewegung mit [554] den gleichen Mitteln durchführen will wie der bürgerliche Klassenstaat, d. h. mit den Machtmitteln des Staates: Polizei, Justiz, Militär, Verwaltung und mit dem ökonomischen Terror der Unternehmer, trägt der linke Flügel der Sozialdemokratie der Stimmung der Arbeiterschaft Rechnung, indem er versucht, durch eine Einheitsfront-Taktik gegenüber den Kommunisten die KPD als selbständige Bewegung aufzusaugen und zu einem Anhängsel der sozialdemokratischen Bewegung zu machen. Mit anderen Mitteln will also die linke Sozialdemokratie gleichfalls die Vernichtung der KPD erreichen. Es muß deshalb bei allen Manövern mit den linken sozialdemokratischen Führern und Arbeitern von vornherein diese Rolle der linken Sozialdemokraten ins Bewußtsein der Avantgarde des Proletariats gehämmert werden, damit die großen Gefahren, die sich zwangsläufig aus diesen Manövern ergeben, nicht zur Gefahr für den Kommunismus werden.

Die linken Sozialdemokraten in Deutschland sind diejenigen Teile der unabhängigen Sozialdemokratie, die nach der Verschmelzung mit den Mehrheitssozialisten von der SPD politisch nicht vollständig verdaut worden sind. In Sachsen, wo die unabhängige Bewegung besonders stark gewesen ist, geschah die Verschmelzung auf dem Landesparteitag in Plauen i. V. im Jahre 1922 nur

unter starkem Widerspruch einer großen Minderheit. Politisch und theoretisch orientierten sich die linken Gruppen der Sozialdemokratie nicht bei Bernstein, Scheidemann, Ebert und Noske, sondern bei Bauer, Friedrich Adler und Paul Levi. Aus dieser Orientierung ergeben sich die politischen Schwankungen zwischen Reformismus und Revolution. Immer wieder ängstlich nach der Stimmung der Arbeiterschaft zurückschauend, wagen es diese Führer nicht, den Weg des Reformismus so rücksichtslos und brutal zu gehen wie die alte reformistische Garde. Die Schwierigkeiten des proletarischen Ausstandes und die Rüstungen der Bourgeoisie zum Bürgerkrieg vor Augen, erbeben diese Führer vor Feigheit, wenn es sich darum handelt, die revolutionäre Erhebung des Proletariats vorzubereiten und durchzuführen. Das Ergebnis dieser Zwischenstellung zwischen den beiden Polen der Arbeiterklasse ist ein schwächliches, opportunistisches Schwanken in allen Lebensfragen des Proletariats. In der Literatur und in den politischen Aufsätzen der linken SPD-Führer sucht man vergeblich nach einer klaren politischen Plattform. In den Grundfragen (Versailler Vertrag, Sachverständigen-Gutachten, Dawes-Politik, Sicherheitspakt und Völkerbund) gehen die Linken mit der Bourgeoisie einig. Wenn die außenpolitischen Fragen zu innerpolitischen Konsequenzen führen, die die arbeitenden Massen aufwühlen, dann setzen: bei den linken Opportunisten regelmäßig die typischen Schwankungen ein. Die gegenwärtigen Rüstungen des Entente-Kapitals gegen Sowjetrußland und die brutale Rußlandhetze der rechten sozialdemokratischen Führer veranlaßten vor kurzem Paul Levi zu der Erklärung, daß die Linken weder für eine westliche, noch für eine östliche Orientierung eintreten. Mit einem kühnen Luftsprung entziehen sich diese politischen Scharlatane den Konsequenzen, die sich aus dem Bündnis mit der Bourgeoisie ergeben. Dabei arbeiten natürlich in der Praxis die Linken mit den erbärmlichsten Mitteln gegen die Kommunisten und gegen Sowjetrußland. Das hat sich gezeigt in der Frage der Rußland-Delegationen und des Moskauer OC-Prozesses. Innerpolitisch versuchen die Linken gegenüber dem Parteivorstand an Boden zu gewinnen, indem sie sich der Stimmung der Massen geschmeidig anpassen. In den großen Fragen der inneren Politik fehlt dabei auch den Linken jede selbständige politische Basis. Toni Sender formulierte z. B. auf dem Bezirksparteitag Ostsachsen der SPD vor wenigen Wochen noch die Stellung der Linken zur Koalitionspolitik, indem sie erklärte, daß sie ja nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik seien, aber nicht so weitgehende Zugeständnisse an die Bourgeoisie machen dürften. Es darf daran erinnert werden, daß die linken sozialdemokratischen Führer ihre politischen Grundsätze regelmäßig nach dem wechselnden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat umgestellt haben. Als noch in Deutschland eine akut revolutionäre Situation bestand, waren die linken Führer (damalige USPD) für eine sogenannte rein sozialistische Arbeiterregierung. Später, bei dem steten Anwachsen der Konterrevolution, erklärten sie sich zur Bildung der kleinen Koalition bereit (Weimarer). Die Görlitzer Beschlüsse über die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur großen Koalition lösten noch bei den linken sozialdemokratischen Führern helle Entrüstung aus; es dauerte jedoch gar nicht lange, dann waren auch sie für die große Koalition. Gegen die Pläne des Parteivorstandes zur Bildung der Volksgemeinschaft (Koalition mit den Deutschnationalen) ist in der linken sozialdemokratischen Presse kaum ein Widerspruch zu finden. Auch in dieser Frage zeigt sich die Tendenz, zunächst gegen die Politik der rechten Führer zu kläffen und zu protestieren und am Schlusse die Durchführung dieser Politik gegenüber der Arbeiterschaft restlos zu unterstützen. Auf gewerkschaftlichem Gebiet läßt sich dieselbe politische Entwicklung in der Frage der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden verfolgen.

In Sachsen haben die Linken unter der Führung von Zeigner starke politische Konzessionen an den politischen Willen der breiten Massen machen müssen. Gegenüber dem Widerstand der rechten Führer suchten sie für diese politischen Konzessionen nach einer theoretischen Plattform. Ohne selbst eine eigene Theorie zustandezubringen, übernahmen sie im wesentlichen die opportunistischen Gedankengänge des Austro-Marxismus und gruppierten ihre politische Stoßkraft gegenüber dem Parteivorstand um die Frage der Koalitionspolitik. In der vergrößerten Agitation unter den sozialdemokratischen Arbeitern wurde also die Koalitionspolitik zum Angelpunkt des Kampfes gegen den Parteivorstand. Nach dem Sturz der Buck-Lipinski-Regierung durch die Kommunisten und vor der Bildung der Zeigner-Regierung im Jahre 1923 mußten sich zwei Landesparteitage der

SPD ausschließlich mit der Frage beschäftigen: mit der Bourgeoisie oder mit den Kommunisten – Koalitionsregierung oder Arbeiterregierung. Politisch und organisatorisch führte dieser Zustand zu der Spaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Sachsen. Faktisch wurde in Sachsen durch die 23 rechten Sozialdemokraten die Politik des Parteivorstandes betrieben. Die Linken hüteten sich aber wohlweislich, ihre Opposition gegen die Koalitionspolitik in Sachsen auszudehnen gegen die Politik des Parteivorstandes, um ihrer Opposition eine breitere Basis im Reiche zu verschaffen. Heute stehen die Dinge so, daß die linken sozialdemokratischen Führer in Sachsen nach Neuwahl zum Sächsischen Landtag bereit sind, eine Koalitionsregierung einzugehen. Es ist aber kein Zweifel, daß sie die Bildung dieser Koalitionsregierung vorher maskieren werden durch ein Manöver gegenüber den Kommunisten in der Form des Verlangens der Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung. Die Partei muß dieses Manöver durch gute politische Vorbeiwertung der unvermeidlichen Neuwahlen zum Landtag parieren. Noch ehe die SPD Initiative entfalten kann, muß die Partei mit einer politischen Plattform zur Duldung einer sozialdemokratischen Regierung vor die Arbeiterschaft treten.

Politisch erstreben die Linken in Sachsen die Bildung einer „rein sozialistischen“ Regierung, die sich auf eine sozialdemokratische Landtagsmehrheit stützt. Das Ziel ist natürlich nicht zu erreichen; deshalb streben die linken Führer nach einer Koalition, die unter scheinradikaler Maske die Politik der Bourgeoisie besorgt. Es ist wieder charakteristisch, daß in den ganzen jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und linken Flügel der SPD die linken Fraktionsführer niemals Stellung genommen haben, wie sie sich nach der Landtagsauflösung konkret die Bildung einer Regierung vorstellen. Die Partei muß also ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, die parlamentarischen Manöver der linken Sozialdemokraten zurückzuschlagen unter gleichzeitiger Entlarvung dieser Führer als Agenten [556] der Bourgeoisie und Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Kommunistische Partei.

IV.

Die Hauptgefahr für die Partei besteht bei der sächsischen Politik, wie schon immer, darin, daß sie sich bei den Manövern zu stark auf parlamentarisches Gebiet abdrängen läßt. Die Linken haben auf dem Boden des Parlamentarismus unzählige Möglichkeiten, zu manövrieren, Scheinzugeständnisse und andererseits Betrugsmanöver gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, deren Entlarvung kostbare Zeit in Anspruch nimmt. Es ist deshalb die erste Aufgabe der Partei, die linken sozialdemokratischen Führer von dem Parkett des Parlaments herunterzuholen und auf dem Boden des außerparlamentarischen Klassenkampfes zu stellen. Für diese Taktik sind in Sachsen die Voraussetzungen sehr günstig. Die Hauptarbeit muß in die Gewerkschaften verlegt werden. Innerhalb der Gewerkschaften müssen die linken Führer Farbe bekennen, ob sie zu ihren Worten im Kampf gegen die Rechten stehen. Der gesamte Gewerkschaftsapparat des ADGB in Sachsen ist uneingeschränkt in den Händen der rechten sozialdemokratischen Führer. Von Sachsen aus kommen immer wieder Vorstöße zur Gründung einer selbständigen Gewerkschaftspartei. Die 23 Abgeordneten im sächsischen Landtag beherrschen entscheidende Gewerkschaftspositionen (Wirth-Dresden: Leiter des DEV, Franz-Chemnitz: Vorsitzender des Gewerkschaftskartells). Der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB befindet sich ausschließlich in den Händen der Rechten; ebenso die Ortsausschüsse in Leipzig, Chemnitz, Dresden und anderen wichtigen Städten.

In allen Gewerkschaftsversammlungen müssen die kommunistischen Arbeiter an die linken sozialdemokratischen Gewerkschaftler die Aufforderung richten, mit ihnen gemeinsam die Gewerkschaftsführung von den rechten Arbeitsgemeinschaftlern und Koalitionspolitikern zu befreien und durch die Gewerkschaftsopposition zu ersetzen. Als gemeinsamer Kampfboden der Gewerkschaftsopposition sind aufzustellen: die Durchführung des Achtsturentages, Kampf gegen die Teuerung, Zölle, Steuern und Mietpreissteigerungen, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Kampf für die nationale und internationale gewerkschaftliche Einheit, für die Amnestie und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit, gegen Arbeitsgemeinschaft und Koalitionsverrat.

Diese Forderungen sind populär. Sie sind bereits durch jahrelange Agitation in den Massen verankert. Die Schwierigkeit liegt nicht mehr darin, den Massen die Notwendigkeit dieser Forderungen begreiflich zu machen, sondern darin, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in Aktionen für diese Forderungen zu bringen.

Es war immer schon eine Schwäche der Partei, daß sie nicht genügend verstanden hat, den ideologischen Gewinn in den proletarischen Massen organisatorisch zu binden. Politische Begeisterung und Sympathie für die Kommunistische Partei läßt sich nicht einpökeln oder für späteren Gebrauch auf Eis legen. Was die Partei an Sympathie durch ihre politischen und ideologischen Kämpfe gewinnt, das muß sie organisieren, damit die gewonnenen Massen unter dem unmittelbaren Einfluß der Partei bleiben und nicht wieder auseinanderstieben wie Spreu. Die Partei muß also auch hier Einheitsfrontorgane schaffen. In der Gewerkschaftsarbeit besteht diese Notwendigkeit so gut wie in der politischen Arbeit. Der Kampf für die gewerkschaftliche Einheit ist der Kampf für die gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterschaft. Um die gemeinsame Aktion gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie durchzusetzen, ist notwendig, daß neben den politischen auch die organisatorischen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Organisatorische Möglichkeiten [557] zur Zusammenfassung kommunistischer, sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter haben wir zunächst in den Betriebsräten. Der tatsächlichen Erstarrung und Verkalkung vieler Betriebsräte muß entgegengewirkt werden in der Weise, daß diesen Organen aktuelle politische Aufgaben von uns gestellt werden. Die Betriebsräte müssen vor allen Dingen in ihrem Betrieb systematisch für die Stärkung der freien Gewerkschaften kämpfen. Gleichzeitig mit der Sammlung von Mitgliedern für die Gewerkschaften muß der Kampf für die Revolutionierung der Gewerkschaften durchgeführt werden. Eine weitere Aufgabe besteht in der Organisation der Berichterstattung über Sowjetrußland in den Großbetrieben oder in mehreren zusammengefaßten Klein- und Mittelbetrieben. Zu diesen besonderen Aufgaben gesellen sich natürlich die Kämpfe um Lohn und Brot, die Veranstaltung von Teuerungsdemonstrationen, Stellungnahme zu Betriebsstillegungen und zur Arbeitslosigkeit. Das sind Fragen, in denen sich die elementarsten sozialen Interessen der Arbeiterschaft spiegeln. Inwieweit es möglich sein wird, über den Rahmen lokaler und bezirkswieser Betriebsrätekonferenzen hinaus größere organisatorische Maßnahmen der Gewerkschaftsopposition durchzuführen, hängt natürlich ab von der Kraft, die die Partei aufbringt, im Kampf um die Organisation der Einheitsfrontorgane. Die Aussichten sind nicht ungünstig. Zeigen doch die Berichte der englischen und deutschen Arbeiterdelegationen, daß ein starker Umschwung in der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber Sowjetrußland sich vollzieht.

Es ist unbestritten, daß die politische Reife der Arbeiterklasse nur wachsen kann durch eigenes politisches Erleben und durch die selbständigen Erfahrungen im Klassenkampf. Trotz des mehrfachen Verrates der linken sozialdemokratischen Führer in entscheidenden Situationen (Graupe auf der Chemnitzer Konferenz, Zeigners Zustimmung für die Annahme des Ultimatums Stresemanns) haben diese Führer in Sachsen noch die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich. Es müssen also neue politische Tatsachen geschaffen werden, die den konterrevolutionären Charakter dieser Führerschaft enthüllen. Wenn es gelingt, die aktuellen politischen Fragen in einer intensiven Gewerkschaftskampagne zu erfassen, die linken sozialdemokratischen Führer dabei in die Enge zu treiben und sie vor die Alternative zu stellen, entweder zu kämpfen oder sich selber zu entlarven, dann ist dies eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

V.

Welches ist der Weg der deutschen Sozialdemokratie? Wird die Sozialdemokratie in Deutschland jemals wieder die Rolle erfüllen, die ihr von Marx und Engels ursprünglich zugewiesen worden war? Die Frage ist durch die Geschichte bereits beantwortet. Die Sozialdemokratie ist eine kleinbürgerliche Reformpartei, die die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber der Arbeiterklasse verteidigt und das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt. Wird innerhalb der Sozialdemokratie in der weiteren Entwicklung die linke Opposition imstande sein, die Partei auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen und zur

Führerin der sozialen Revolution in Deutschland zu machen? Wird die Entwicklung etwa so gehen, daß die Sozialdemokratie unter linker Führung auf dem Wege einer Vereinigung mit der KPD die Einheit der Arbeiterklasse herstellt? Die Opposition hat bereits auf dem Halleschen Parteitag durch die Ablehnung der 21 Bedingungen gezeigt, daß sie politisch und organisatorisch die Voraussetzungen einer revolutionären Partei nicht erfüllen kann und will. Es wird deshalb nicht zu einer Verschmelzung der Parteien kommen. Die KPD muß vielmehr die sozialdemokratischen Arbeiter von der rechten und linken Führung losreißen. Das bedeutet aber [558] nicht, daß nicht auch gruppenweise Uebertritte sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD erfolgen können.

In der Sozialdemokratie sind zwei Tendenzen zu beachten. Auf der einen Seite die Arbeiterschaft, die immer noch den Glauben hegt, daß die SPD zur Partei der deutschen Revolution umgewandelt werden könne, und auf der anderen Seite die linke Führergruppe, die sich den Stimmungen anpaßt mit dem Ziel, die revolutionären Konsequenzen der Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter abzufangen. Diese Tendenzen lassen sich gerade an der Hand der sächsischen Entwicklung sehr klar verfolgen. Die Taktik der Partei muß darauf gerichtet sein, die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter zu fördern unter gleichzeitiger unnachgiebiger Kritik der linken sozialdemokratischen Führer.

Der Wille der linken sozialdemokratischen Führer zur Abdrosselung der gesunden proletarischen Opposition innerhalb der SPD ist im Kampf um die Auflösung des Sächsischen Landtages in geradezu klassischer Form zum Ausdruck gekommen. Was verbirgt sich bei den Linken hinter dem Kampf um die Landtagsauflösung? Warum haben sich die Linken zur Liquidierung der Parteikrise dieses parlamentarische Manöver ausgesucht, warum liquidieren sie die Krise nicht durch außerparlamentarische Kämpfe gegen die Rechten? Warum reinigen sie nicht die Gewerkschaftsführung von den Rechten? Warum überlassen sie in den Gewerkschaften den Rechten die Herrschaft? Warum kämpfen sie in allen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter gegen die Kommunisten für die Beherrschung des Apparates durch die Rechten? Hier zeigt sich bereits der Wille, um keinen Preis die taktischen und personellen Kämpfe vor den breiten Massen der Arbeiter auszutragen. Diese Furcht vor der politischen Diskussion in den breiten Massen ist nichts anderes, als die Furcht vor scharfer politischer Fragestellung und der Verschüttung des Rückweges zum Parteivorstand. Hinter dem Kampf um die Landtagsauflösung verbirgt sich der Wille der Linken, sich durch ein parlamentarisches Manöver um die Konsequenzen der taktischen und persönlichen Kämpfe zu drücken und den Mitgliedern durch einen Personenwechsel einen Wechsel in der Politik vorzutäuschen. Da die Sozialdemokratie keine bolschewistische Partei ist mit einheitlicher, politischer, zentralistischer Führung, sondern eine menschowistische Partei mit starken föderalistischen Tendenzen, so versuchen im gegenwärtigen Augenblick aus Furcht vor organisatorischen Spaltungen der Parteivorstand und die linken Führer in Sachsen durch Lavieren in der Auflösungsfrage sich gegenseitig zu betrügen. es handelt sich hier um eine typische sozialdemokratische Gaunerei um die Führung im Betrug der Massen.

Zusammenfassend besteht die Aufgabe der Partei in der Aufzeigung der katastrophalen Wirkungen der Koalitionspolitik vor den breiten Massen der Arbeiterschaft, im Zusammenhang damit an Hand konkreten Materials, Brandmarkung der Verrätereien der Dreiundzwanzig, Verbindung dieser Kritik mit der Politik des Berliner Parteivorstandes und der Gesamtpartei. Gleichzeitig muß die Partei positive Kritik an den Linken üben. Diese müssen vor der Arbeiterschaft täglich aufs neue gestellt werden. Täglich müssen die Kommunisten in den Gewerkschaften, Betrieben und in allen Versammlungen die Frage aufwerfen: Wo ist eure politische Plattform? Im Hinblick auf eine künftige Koalition der sächsischen Linken mit der Bourgeoisie in Sachsen muß wieder die Frage vor den linken sozialdemokratischen Arbeitern gestellt werden: Habt ihr deshalb gegen die rechten Führer gekämpft, damit nunmehr eure linken Führer dieselbe Politik machen? Damit sie sich ebenso mit der Bourgeoisie verbünden wie die Held, Müller und Bethke? Wollt ihr mit den Kommunisten oder mit der Bourgeoisie gehen? Das ist die Grundfrage. Die Partei muß diese Fragen konkretisieren. Die Frage der Landtagsauflösung ist jetzt akut. Schon jetzt muß die Partei die Perspektive der Entwicklung in Sachsen vor den breiten [559] Massen und auch vor den eigenen Parteigenossen (taktisch)

aufzeigen. Die Partei muß mit bestimmten Forderungen für die Duldung einer sozialdemokratischen Regierung hervortreten und in den Massen den Kampf für diese Minimalforderungen beginnen. Es ist aber auch hierbei unbedingt notwendig, daß die Partei sich nicht auf die parlamentarischen Kombinationen konzentriert, sondern daß sie den Kampf um diese Forderungen in erster Linie als außerparlamentarischen Kampf in den Gewerkschaften führt.

Wird diese Politik geradlinig vor der gesamten Arbeiterschaft vertreten, dann wird es zweifellos möglich sein, die linke sozialdemokratische Führung in Sachsen schachmatt zu setzen und die Krise innerhalb der Sozialdemokratie zur Abspaltung der sozialdemokratischen Massen von der SPD zu treiben. Wenn die Partei im Zusammenhang mit der Kampagne in den Gewerkschaften und gegen die Koalitionsregierung dieses Ergebnis buchen kann, hat sie ein beträchtliches Stück auf dem Wege der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse in Sachsen zurückgelegt.

*

Neue kapitalistische Gruppierungen in Deutschland^{*)}.

Von F. Meister.

In den letzten Monaten hat sich das Rangverhältnis der führenden Kapitalgruppen Deutschlands grundlegend verschoben. Diese Entwicklung ist in der Hauptsache eine Folge davon, daß der Dawes-Pakt die Isolierung des deutschen Kapitalismus, in der er sich in der Inflationszeit in hohem Grade befand, beseitigte und eine neue, entscheidende Welle der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft vorbereitete.

Bei anderer Gelegenheit (vgl. Nr. 7) wurde an Hand des Falles Stinnes auf diese Entwicklung hingewiesen. Es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß das Bankkapital noch stärker, der Stinnes-Konzern aber noch viel schwächer gewesen ist, als ursprünglich angenommen wurde. Das Bankenkonsortium, geführt durch die Darmstädter und Nationalbank, insbesondere aber forciert von der Berliner Handelsgesellschaft, ist daran gegangen, den Stinnes-Konzern in Einzelkonzerne aufzulösen und diese Komplexe Gruppen einzuverleiben, die ihrem Interessenkreis angehören oder nahe stehen. Dabei hat es sich bestätigt, daß die neuen Zusammenhänge vom kapitalistischen Standpunkt aus fester, „organischer“ sind als vorher, und daß parallel hierzu der Einfluß des Auslandskapitals energisch im Wachsen ist.

I.

Wir werfen hierbei kurz einen Blick auf den Stinnes-Konzern und die Gründe seiner Liquidierung.

Im Gegensatz zu den ersten, auch vom Bankenkonsortium gutgeheißenen Erklärungen, der Stinnes-Konzern werde nur an der Peripherie abgebaut und im übrigen reorganisiert, ist nunmehr bekannt geworden, daß die gesamten Aktiva nicht ausreichen, um die Verbindlichkeiten (die heute auf 180 Millionen Mark angegeben werden) zu decken. Selbstverständlich wird keine Detaillierung dieser 180 Millionen bekannt gegeben, auch von der H. Stinnes GmbH nicht, die vollständig in die Hände des Bankenkonsortiums geraten ist. Bei solch einer Detaillierung würde sich nicht nur herausstellen, daß man Hypotheken, Obligationen und andere derartige Kreditorenposten zu den Wechseln und kurzfristigen Krediten hinzuaddiert hat, sondern daß die Gesamtsumme aller dieser Posten in einem lebhaften [560] Wachstum begriffen ist. Allein der 40-Millionen-Mark-Kredit, den die Firma Stinnes nach Zeitungsmeldungen zur Abwicklung der Schuldendeckung aufnehmen mußte und mit 11 Prozent zu verzinsen hat, würde bisher zu einer Sonderlast in Höhe einer runden Million geführt haben.

Hiervon abgesehen erscheint es lächerlich, daß der ganze riesenhafte Konzern nicht mehr als 180 Millionen Mark einbringen sollte. Wurde doch vor drei Jahren der alte Stinnes als viertreichster Mann der Welt genannt! Und seitdem gingen bis ins Frühjahr 1925 hinein die Neuerwerbungen in raschem Tempo fort. Nun ist freilich die Macht, die Hugo Stinnes über Deutschland besaß, nicht etwa identisch mit dem Geldwert, den die auseinandergerissenen Teile des Konzerns heute haben. Auch der Kursrückgang aller Stinnes-Werte, bei Deutsch-Luxemburg sogar um 35 Prozent, eine von den Banken beabsichtigte Erscheinung, erklärt den Wertverlust nicht.

^{*)} Der vorliegende Artikel ist Mitte August geschrieben. D. Red.

Die Macht des Stinnes-Konzerns in den vergangenen Jahren basierte auf der Tatsache, daß er in einer Zeit allgemeinen Hungers nach Roh- und Brennstoffen der größte Kohlen- und Eisenproduzent Deutschlands war und daß er in der Inflationszeit als größter deutscher Sachwertbesitzer eine monopolistische Stellung innehatte. Er konnte wahllos Kredite aufnehmen und Produktionsmittel erwerben und so ohne besondere Mühe seinen Machtumfang von Tag zu Tag erweitern. Diese Methode war vom kapitalistischen Standpunkt aus in der Inflationszeit die einzig richtige, in der Zeit der Stabilisierung aber führte sie zum Ruin. In der Inflationszeit wurden aufgenommene Kredite mit irgendeinem Quantum Papiergeld zurückgezahlt, die Kreditgeber von heute verlangten stabiles Geld und hohe Zinsen. Dabei ist das Entscheidende, daß der riesenhafte Sachwertbesitz seit der Stabilisierung seine Monopolposition verloren hat und daß die augenblickliche Krise sich in der Hauptsache gerade auf Kohle und Eisen, die eigentlichen Grundlagen des Stinnes-Konzerns, konzentriert.

Freilich wäre es falsch, im Stinnes-Konzern lediglich eine Addition bunt zusammengewürfelter Sachwerte zu sehen. Es lassen sich vielmehr im Ausbau des Stinnes-Konzerns ganz bestimmte Zusammenhänge verfolgen, die durchaus organisch sind, neben zahllosen anderen, die ohne jegliche sonstige Kalkulation erfolgt sind. Es zeigt sich ja auch, daß bei der Liquidierung des Konzerns die geschaffenen Bindungen größtenteils bestehen bleiben; wir zählen als deren wichtigste auf:

Die Verschmelzung von Deutsch-Lux., Gelsenkirchen und Bochumer Verein zur Rhein-Elbe-Union; die Erweiterung der Rhein-Elbe-Union durch Einbeziehung des Siemens-Schuckert-Konzerns zum Elektro-Montan-Trust;

die Vereinigung der Grubenholzgewinnung mit der Zellstofffabrikation, Verlagsanstalten und Zeitungen (Koholytgruppe);

die Erweiterung dieser Gruppe durch Schaffung eines Filmkonzerns (Westi);

die Schaffung eines Oelkonzerns, der an der Oelförderung in Hannover beteiligt ist, Oel aus Braunkohle herstellt, die Braunkohlen-Nebenprodukte zusammenfaßt und gleichzeitig eine weitverzweigte Import- und Absatzorganisation besitzt;

die Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, die Angliederung von etwa 1000 Gemeinden an sein Versorgungsnetz, die Erweiterung der Rodder-Grube.

Daneben zeigte sich in dem Konzern der Versuch, sich die Grundlagen einer Eigen-Finanzierung zu sichern, was durch die Erwerbung des Barmer Bankvereins und die Beherrschung des Nordstern-Versicherungs-Konzerns und der Nordstern-Bank geschah. Das Aktienpaket der Ber-[561]liner Handelsgesellschaft hat allerdings in dieser Hinsicht von Anfang an keinen Nutzen gebracht.

In der Inflationszeit gab es in der deutschen Industrie keine Rentabilitätsfrage in dem Sinn von heute. Frachttarife, Lohnausgaben, Versicherungsspesen, Bankzinsen usw. waren in der Kalkulation von damals untergeordnete Posten; aber sie rückten sofort an die erste Stelle, als die Mark stabilisiert wurde.

Um den Konzern auch in der Zeit des stabilen Geldes zu erhalten, wäre es richtig gewesen, nur die Glieder mit den günstigsten Standortverhältnissen zu behalten, andererseits einen Rückhalt bei den Banken zu suchen, um eine langfristige Kreditreserve zur Verfügung zu bekommen. Das wäre um so notwendiger gewesen, als seit der Stabilisierung keine Schleuderkonkurrenz mehr von dem Umfang wie in der Inflationszeit betrieben werden konnte und es erforderlich war, insbesondere bei Export auf längere Fristen auf Kredit zu liefern. Das hätte natürlich zur Abhängigkeit des ganzen Konzerns von irgendeiner finanzstarken Gruppe – die es in Deutschland nicht gab – geführt.

Die Leiter des Stinnes-Konzerns jedoch taten nichts, um aus der Summe der verschiedenen Einzelkonzerne einen Gesamtkonzern zu machen. Es kam vor, daß die eine Stinnes-Firma an die andere ein Schreiben richtete, das mit den Worten begann: „Wie wir aus dem Buch von Ufermann ersehen, gehört auch Ihre Firma zum Stinnes-Konzern“ (Ufermann ist ein Sozialdemokrat, der in einem

Buch die Betriebe des Stinnes-Konzerns zusammengestellt hat). Während für den Ausbau der Einzelkonzerne und die Weiterführung der umfangreichen Handelsabteilungen immer mehr kurzfristige Kredite aufgenommen wurden, bestanden zwischen jenen Einzelkonzernen kaum mehr Verbindungen, zumal die monopolistische Stellung des Hauses Stinnes, wie erwähnt, nicht mehr vorhanden war, auch die Verbindung zur Rhein-Elbe-Union sich immer mehr lockerte und die scharfe Krise in der Kohlen- und Eisenproduktion, der Ausgangsbasis des ganzen Konzerns, nicht nachließ.

II.

Das Bankenkonsortium, das die Firma Stinnes sanieren sollte, hat die Gelegenheit benutzt, um dem Konzern den Todesstoß zu geben^{*)}. Dieser Prozeß legt aber weniger Zeugnis für die Macht des Bankkapitals als vielmehr für die Schwäche des Industriekapitals ab. Zwar ist das Bankkapital in den letzten Monaten überaus rasch erstarrt, aber bei diesem Prozeß zeigt sich erstens, daß das Tempo sich immer mehr verlangsamt, zweitens, daß die Vorkriegsposition der deutschen Banken auch nicht annähernd erreicht worden ist.

Das kommt schon rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß im Durchschnitt die deutschen Banken ihr Aktienkapital im Verhältnis 1 : 0,45 zusammengelegt haben (Verhältnis des Vorkriegskapitals zum heutigen Goldkapital). Vor dem Kriege betragen die Depositen der sechs deutschen Großbanken rund 5 Milliarden Mark, der letzte Ausweis für Ende Juni 1925 zeigt dagegen nur 4,13 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den sechs deutschen Großbanken vor dem Kriege 55 Prozent, heute dagegen etwa 80 Prozent aller Bankeinlagen konzentriert sind. Unter Berücksichtigung der Geldentwertung (Warenpreiserhöhung um durchschnittlich 40 Prozent) kommen wir zu dem Ergebnis, daß die deutschen Banken nur noch 40 bis 45 Prozent der Geldsummen der Vorkriegszeit verwalten.

Eine Zusammenstellung der verschiedenen Einlagereserven gibt etwa folgendes Bild (in Millionen Mark): [562]

	1913	Ende 1923	Mitte 1925
Bankdepositen (sechs Großbanken)	5000	100	4127
Sparkasseneinlagen	20.000	50	2000
Privat-Versicherungs-Gesellschaften	8000	–	–
Städtische und landwirtschaftliche Genossenschaften	5000	–	–
Sozialversicherungen	3000	–	–

Dabei ist zu bemerken, daß auch aus den Einlagen der Versicherungsgesellschaften und Genossenschaften die Großbanken stark Gewinn zogen. Die Einlagen der Versicherungsgesellschaften und Genossenschaften sind für heute im Durchschnitt auf nicht viel höher als die entsprechenden Sparkasseneinlagen einzuschätzen – auf etwa 10 Prozent des Friedensstandes.

Die Verlangsamung des Tempos des Anwachsens der Bankkreditoren (Depositen) geht aus den Ausweisen der sechs Berliner Großbanken hervor, deren Kreditoren insgesamt in Millionen Mark wuchsen: Januar-Februar um 380, März-April um 370, Mai-Juni um 185 Millionen.

Aus diesen Gegenüberstellungen geht hervor, wie gering in Wirklichkeit die Reserven der deutschen Großbanken gegenwärtig sind, wenn sie auch durch unausgesetzte Aufsaugung kleinerer und mittlerer Institute und Vergrößerung ihres Filialnetzes die Geldzirkulation in stärkerem Maße kontrollieren als vor dem Kriege. Diese Uebersicht zeigt zugleich die enorme Uebermacht des einströmenden amerikanischen Kapitals und die Bedeutung, die die bisher seitens Amerikas (langfristig und kurzfristig) kreditierten 3 Milliarden Mark besitzen.

III.

Die Verkäufe von Teilen des Stinnes-Konzerns in Auslandshände werden noch interessanter, wenn wir prüfen, wer die Hauptnutznießler sind.

^{*)} In einem früheren Aufsatz wurde hierauf und auf die Mitwirkung des amerikanischen Finanzkapitals daran bereits eingegangen. („Internationale“ Nr. 7.)

Die Erwerbung der nom. 21 Millionen Mark Aktien der Deutsch-Lux. geschah durch das Bankhaus Schröder (London) und Dillon Read u. Co. (Neuyork), eine Bankengruppe, die im allgemeinen mit der Morgan-Gruppe zusammen arbeitet. Dillon Read u. Co. ist die Firma, die den 12-Millionen-Dollar-Kredit an den Siemens-Schuckert-Konzern und den 6-Millionen-Dollar-Kredit an die Rhein-Elbe-Union vermittelt hat. Dillon Read u. Co. und Schröder sind zugleich die Gläubiger der Deutschen Reichsbahn (Bereitstellung eines 15-Millionen-Dollar-Kredits). Dieselben Banken zusammen mit Lee Higginson u. Co. besitzen 40 Millionen Mark Aktien der Deutschen Bank. Das ganze Bild wird dadurch vervollständigt, daß zu den Käufern der früher in Stinnesschem Besitz gewesenen Aktien der Berliner Handelsgesellschaft die von Morgan kontrollierte Electric Co. gehört, daß diese Gesellschaft als eine befreundete Firma des Bankhauses bezeichnet wird und daß der erste Vorsitzende des Aufsichtsrats dieser Bank, Witthöft, Inhaber der Handelsfirma A. O. Meyer ist, die die Exportabteilung der A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel erworben hat.

Auch der Verkauf der Riebeck-Montan-Gruppe an die Badische Anilin-Gesellschaft fällt in die gleiche Linie. Seitens der Badischen Anilinfabrik soll diese Erwerbung benutzt werden, um die Verwandlung der Kohle in Oel nach dem Bergius-Verfahren in großem Maßstab zu fördern. Die Deutsche Bergin-Gesellschaft ist aber keineswegs eine rein deutsche Organisation, sondern ihre Aktien befinden sich in der Hand der Internationalen Bergin Cie. (Haag), an der die Royal Dutch Shell beteiligt ist.

Die Beteiligung gerade der Morgan-Gruppe erhält eine besondere Bedeutung noch dadurch, daß sich die United States Steel Corp., die von Morgan kontrolliert wird, an den vorbereiteten internationalen Schienen- und anderen Eisen- und Stahl-Syndikat nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten offiziell nicht beteiligen darf. Um hierauf maßgebenden Einfluß zu gewinnen, hat die Morgan-Gruppe außerdem Vertreter ihres Stahl-[563]trusts im Juni 1925 nach London speziell zu dem Zweck geschickt, Beteiligungsmöglichkeiten auch an der britischen Schwerindustrie vorzubereiten.

IV.

Man darf nun freilich, nachdem die „Stinnesierung“ ihren Sinn verloren hat, die weitere deutsche Kapitalzentralisation nicht einfach auf die Formel J. P. Morgan bringen, obwohl er allem Anschein nach den Hauptanteil der Stinnes-Liquidierung wirtschaftlich wie politisch an sich zu bringen gewußt hat.

Wichtig ist, daß die Liquidierung des Stinnes-Konzerns zur Bildung neuer umfassender Monopole führt: horizontale Organisationen unter internationalem Einfluß treten in den Vordergrund, während die Stinnessche Organisation in ihren entscheidenden Teilen vertikal, in der Hauptmasse deutsches Kapital repräsentierte. Es wäre aber trotz dieser Tendenzen falsch, die ganze Umgruppierung durch die Schlagworte auszudrücken: „vertikal“ wird wieder durch „horizontal“ verdrängt. Es ist oben ja gezeigt worden, daß vertikale Verbindungen, die der Stinnes-Konzern enthielt, an den wichtigsten Punkten erhalten bleiben.

An neuen, sich vor unseren Augen bildenden Monopolen zählen wir auf:

Ein stärkerer Zusammenschluß der deutschen Reedereien, die verschiedenen Meldungen zufolge die Absicht haben, die Stinnessche Reederei unter Harrimans Beteiligung gemeinsam aufzukaufen und weiter zu betreiben – ein entscheidender Schritt zur Zusammenballung der gesamten deutschen Handelsflotte in einer Hand.

Eine verstärkte Kontrolle der Ufa über die Filmproduktion Deutschlands, nachdem die Westi ihre Macht eingebüßt hat.

Ein engeres Zusammenarbeiten zwischen der AEG und der Siemens-Schuckert-Gruppe, worauf seitens der AEG-Leitung seit Jahren auf das intensivste hingearbeitet wird.

Die Unterwerfung des größten Teils des deutschen Oelmarkts unter den Einfluß Morgans und der Royal Dutch Shell, wozu bereits die enge Verbindung zwischen der Deutschen Petroleum A.-G. und den Rütgers-Werken mit der Deutschen Bank und ihren ausländischen Finanziers gehört.

Stärkere Vereinheitlichung der deutschen Elektrizitätsversorgung, nachdem der preußische Staat, der bereits die Stromerzeugung für das Gebiet Hessen-Hannover kontrolliert, die Stinnesschen Anteile am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk übernommen hat.

Wir haben hier nur einige der wichtigsten Monopoltendenzen aufgezählt, wobei charakteristisch ist, daß restlos in jedem einzelnen Fall ausländische Kapitalsinteressen mehr oder weniger entscheidend mitspielen.

Die politischen Folgen einer solchen Umgruppierung liegen auf der Hand. Daß die Initiative zum Garantiepakt von der amerikanischen Regierung ausgegangen ist (ebenso wie die zum Dawes-Pakt von Morgan), daß die deutschen Noten hierüber nicht zustande gekommen wären, wenn nicht M. Houghton, gegenwärtig amerikanischer Botschafter in London, und L. Strong, der Gouverneur der amerikanischen Bundesbank (Newyork), dabei Pate gestanden hätten, ist heute kein Geheimnis mehr. Für die deutsche Bourgeoisie ist die Eingliederung Deutschlands in den imperialistischen Einkreisungsblock gegen Sowjetrußland längst eine vollzogene Tatsache.

V.

Parallel mit der Schwächung der schwerindustriellen Gruppen geht, wie wir gesehen hat, eine Stärkung der industriellen Mittelgruppen (Fertigindustrie) und der Banken, als deren markanteste Vertreter wir die Badische Anilinfabrik, die AEG und die Berliner Handelsgesellschaft (die Hauptbank der AEG) nennen.

[564] Teilweise kommt hierin die Verschiebung der Energiewirtschaft von Kohle auf Elektrizität und Oel zum Ausdruck – man vergleiche die internationale Krise im Steinkohlenbergbau mit der internationalen Prosperität der Elektrizitätsindustrie.

Im neuen deutschen Zolltarif zeigt sich diese Verschiebung insofern, als die Fertigindustrie (insbesondere Elektroindustrie, Automobilbau, Chemie, Textilindustrie) mit relativ viel höheren Zollmauern umgeben wurde als die Schwerindustrie, deren Zollsätze (unter Berücksichtigung der Weltteuerung) etwas unter den Hochschutzzollsätzen der Vorkriegszeit liegen.

Gerade die Zollvorlage zeigt, daß die Stärkung dieser Kapitalgruppen für die Arbeiterklasse nicht um einen Grad besser ist als früher die Diktatur der Schwerindustrie. Diese Tatsache ist deswegen wichtig, weil zu erwarten ist, daß die Regierungsgrundlage sich um einige Zentimeter nach „links“ verschieben wird. Praktisch drückt sich diese Verschiebung bereits darin aus, daß die preußische Regierung trotz ihrer unsicheren parlamentarischen Basis seit Beginn des Jahres 1925 bestehen geblieben ist. Das Zentrum wird nach außen hin die preissteigernde Wirkung der neuen Zölle und die weiteren Folgen der scharfen Teilkrise zum Anlaß nehmen, um durch stärkeres Verschieben seines linken Flügels sein Renommee zu verbessern. Dahinter stehen aber vor allem bestimmte Bankgruppen (Levy-Köln usw.), ebenso hinter der Demokratischen Partei. Denn auf die Dauer – das ist das Entscheidende – wird das Kabinett Luther in seiner bisherigen Zusammensetzung, d. h. ohne ausgesprochene Vertrauensmänner der Banken, unhaltbar sein. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, die diesen Niederschlag der kapitalistischen Neugruppierung im obersten politischen Machtapparat kommen sieht, ruft daher nach einer „Diktatur der Wirtschaft“ – worunter natürlich nur die Schwerindustrie zu verstehen ist – und baut als erste Voraussetzung dazu ein straffes, lückenloses Syndikatssystem auf.

Gegenüber den sich verstärkenden monopolistischen Tendenzen und den wachsenden internationalen Bindungen ist es noch wichtiger als bisher, die jämmerliche lokale Kirchturmspolitik der Gewerkschaftsorganisationen zu überwinden und den kapitalistischen Gebilden entsprechende proletarische Organisationen von gleichem Ausmaß entgegenzusetzen. Die internationale Zentralisierung der bürgerlichen Hauptkräfte auf immer weniger Punkte bedeutet, daß jede Erschütterung eine internationale Erschütterung, jeder kriegerische Konflikt in irgendeinem Teil der Erde eine Weltkriegsgefahr ist. Die Stellung Moskaus als internationale proletarische Kraftbasis wird von den Arbeitermassen immer mehr erkannt werden.

*

Vor den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Von Viktor Stern.

Prag, den 23. August 1925.

Spätestens in der ersten Hälfte des nächsten Jahres müßten verfassungsgemäß die Neuwahlen in das Parlament der Tschechoslowakei ausgeschrieben werden. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sie schon im kommenden Herbst stattfinden. Das Wahlfieber hat die Gegensätze in der gegenwärtig herrschenden Koalition aller tschechischen kapitalistischen und sozialpatriotischen Parteien so verschärft, daß eine weitere Zusammenarbeit fast unmöglich ist. Dazu kommt, daß die Wirtschaftskrise, wenn man von der Kohlenkrise absieht, augenblicklich den mildesten Grad erreicht hat, mit dem man hier rechnen kann – etwa 100.000 Arbeitslose gegen 500.000 zur Zeit der schwersten Krise 1922/1923 –, und daß die Bourgeoisie fürchten muß, daß die KPTsch die letzten Auswirkungen der Parteikrise bald völlig überwinden und an innerer Festigkeit und an Einfluß rasch zunehmen wird.

[565] Die Tatsache der Wahlnähe stellt die tschechische Bourgeoisie und ihre reformistischen Bundesgenossen vor schwerwiegende Entscheidungen. In der Tschechoslowakei ist heute die Schaffung einer kapitalistisch-reformistischen Regierungsmehrheit viel schwerer als in national einheitlichen Staaten. Die angeblich existierende und herrschende „tschechoslowakische Nation“ umfaßt zwar nach amtlichen Angaben 65 Prozent der Bevölkerung, aber davon sind etwa 11 Prozent Slowaken, ein Teil nur in der Schwindelstatistik Tschechen, so daß die Nation, deren Bourgeoisie wirklich herrscht, die tschechische, knapp die Hälfte der Bevölkerung umfaßt. Die slowakische, unerhört unterdrückte und vergewaltigte Nation steht nahezu geschlossen in Opposition zur „tschechoslowakischen“ Regierung. Bei der letzten Wahl (1919) stand die ganze tschechische Arbeiterschaft noch im Lager der Sozialdemokratie, und die slowakischen Agenturen der Regierungsparteien konnten noch auf zahlreiche Illusionen in der slowakischen Bevölkerung rechnen. Jetzt hat sich das Bild völlig geändert. Die Slowaken haben erfahren, wie sie „mitherrschen“, und in der tschechischen Wählerschaft kann die Kommunistische Partei auf viele Hunderttausende von Stimmen rechnen. (Bei den letzten Gemeindewahlen erhielten wir in der ganzen Republik etwa 600.000 Stimmen.) Würden also jetzt Wahlen auf Grund des alten Wahlgesetzes stattfinden, so müßte die gegenwärtige Regierung trotz des national sehr ungleich verteilten Wahlrechtes unfehlbar eine vernichtende Niederlage erleiden.

In dieser Lage scheint es für die tschechische Bourgeoisie, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, nur zwei Auswege zu geben, die beide in Jugoslawien ausprobiert wurden: entweder Heranziehung der unterdrückten Nationen zur Regierungsbildung oder offene faschistische Vergewaltigung der Opposition. Beide Auswege sind aber sehr gefährlich. Es ist zwar sicher, daß die deutsche Bourgeoisie und Sozialdemokratie sofort in die Regierung gehen, wenn man sie braucht, auch wenn sie wissen, daß die nichttschechischen Nationen unterdrückt und vergewaltigt bleiben. Dasselbe gilt von einigen Führern der großen oppositionellen klerikalen slowakischen Volkspartei des Pater Hlinka. Aber der rechteste und trotz seiner kleinen Fraktion einflußreichste Flügel der tschechischen Bourgeoisie, vertreten durch die Kramarschpartei, widersetzt sich dieser Lösung, und sie würde bedeuten, daß man zu mindestens scheinbar mit Nichttschechen gegen die Partei der tschechischen Industrie- und Finanzbarone regieren müßte. Noch bedenklicher für die Bourgeoisie ist, daß diese Lösung in kurzer Zeit große Massen der deutschen Arbeiter und slowakischen Bauern den Kommunisten zutreiben müßte. Ein offener Faschismus wieder würde die großen Massen des Proletariats revolutionieren und die Bildung einer für die Bourgeoisie sehr gefährlichen Einheitsfront aller unterdrückten Nationen mit dem tschechischen Proletariat sehr stark fördern.

Die tschechische Bourgeoisie sucht offenbar einen Mittelweg. Das zeigt die geplante Wahlreform sehr deutlich. Diese sucht das demokratische Mäntelchen noch zu retten, ist aber ein entschiedener Schritt auf dem Wege zur faschistischen Vergewaltigung der Nationen und jeder Opposition. Sie verschärft das verschleierte Pluralwahlrecht zugunsten der Tschechen, und sie geht so weit, zu bestimmen, daß Stimmen, die gegen die Regierung abgegeben werden, zur Wahl von Kandidaten der Regierungsparteien führen. Bei den kleinen Nationen kann es sogar geschehen, daß alle ihre opposi-

tionellen Stimmen der Regierung zugute kommen. Dazu kommen noch zahlreiche andere Tücken, deren Auszählung und Erörterung einen eigenen Artikel erfordern würde. Zur Ergänzung diese „Wahlreform“ hat seit einiger Zeit eine brutale, systematische und vor nichts zurückschreckende Verfolgung der Kommunistischen Partei eingesetzt, nachdem das Manöver der Bourgeoisie, die Partei durch Bubnik und andere Liquidatoren zu zersetzen und zu zerschlagen, völlig mißlungen ist. Viele Hunderte unserer Führer, Organisatoren, Agitatoren, Redakteure und Vertrauensleute sind zu Haftstrafen verurteilt oder wenigstens angeklagt. Viele haben jahrelange [566] Kerkerstrafen abzubüßen, die meisten monatelange Gefängnisstrafen wegen bloßer Kritik der Regierung oder der Korruption. In der Slowakei und Karpathorußland nimmt diese Verfolgung den Charakter eines Vernichtungsfeldzuges gegen unsere Partei an. Besonders scharf hat es die Regierung auf das Organisationssekretariat (!) der Zentrale abgesehen. Nacheinander wurde drei Genossen die Arbeit dort unmöglich gemacht (Zapotocki, Jilek, Houser). Schließlich wurde als Vorwand für die Verhaftung von Jilek und später Houser und zugleich als Grundlage für eine wahre Pogromhetze gegen die Partei und um sie nötigenfalls vor den Wahlen auflösen zu können, zuerst das Märchen einer Spionage für Rußland und dann das noch dümmere eines von Moskau angeordneten Mordplanes gegen Masaryk ausgeheckt. Dieser Streich hat allerdings mit einer Riesenblamage der Regierung geendet, was sie nicht hindert, Jilek und Houser festzuhalten und die allgemeine Verfolgung (Anklagen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Pressebeschlagnahmen usw.) gesteigert fortzuführen.

Mit solchen Mitteln sucht sich die Koalition vor der Abrechnung der Wähler zu retten und eine, wenn auch noch so kleine Mehrheit der Mandate zu sichern. Haben sie die, dann können sie bei Verhandlungen mit nichttschechischen Parteien über eine Regierungserweiterung fester auftreten oder aber unter noch skrupelloserer Vergewaltigung der Minderheit weiter wursteln. Bekommen sie die Mehrheit dennoch nicht, dann wird man wieder wählen müssen, ob man die Hilfe der deutschen bürgerlich-sozialdemokratischen Scheinopposition in Anspruch, nimmt oder andere, „jugoslawische“ Methoden (Mandatsannullierung u. dgl.) versucht.

Die deutschen bürgerlich-sozialdemokratischen Oppositionsparteien betrachten das alles nur von dem Standpunkt aus, daß diese Wahlreform ihre „Mitarbeit“ nach den Wahlen überflüssig machen soll und ihre Hoffnungen auf Ministerposten verringert. Deshalb sind sie gegen die Wahlreform. Sie wagen aber keinen wirklichen Abwehrkampf, gerade deshalb nicht, weil ein gemeinsamer Kampf der Arbeiterschaft und der unterdrückten Nationen den Herrschenden sehr gefährlich werden könnte. Sie luden unsere Abgeordneten zu einer Besprechung des parlamentarischen Abwehrkampfes ein. Unsere Partei lehnte es ab, an diesen Schwindelberatungen mit Hakenkreuzler u. dgl. teilzunehmen, forderte vielmehr öffentlich einen gemeinsamen Kampf aller unterdrückten Nationen und aller Arbeitenden gegen die Beschreitung des Weges zum offenen Faschismus. Hingegen erklärte der Führer der deutschen Sozialdemokraten, Dr. Czech, im Parlament im Namen von Hakenkreuzlern, Großagrariern, Christlichsozialen, Bank- und Industriekapitalisten usw., daß „man nichts machen könne“ und daß diese Parteien deshalb an der Beratung der Wahlreform nicht teilnehmen würden. Das geschah zu einer Zeit, wo die Regierung die Absicht hatte, die Wahlreform in einem Tage durchzupeitschen, war also eine erwünschte Hilfe für die Regierung.

Die geplante rasche Erledigung der Wahlreform wurde durch die Affäre des römischen Nuntius Marmaggi vereitelt. Der Nuntius wurde wegen der Teilnahme Masaryks an der offiziellen Hus-Feier demonstrativ vom Papst aus Prag abberufen. Alle Regierungsparteien, mit Ausnahme der Klerikalen, glaubten einen wunderbaren Wahlschlager erreicht zu haben und erhoben ein großes Geschrei über Beleidigung Masaryks, des Staates und des Nationalhelden Hus. Besonders die tschechischen Nationalsozialisten, deren Spezialität der Antiklerikalismus ist (trotzdem schufen sie sich eine eigene christliche Kirche) trieben die Demagogie auf die Spitze. Sie fingen sich aber in der eigenen Schlinge. Rom gab nicht nach und die Regierung mußte den Rückzug antreten. Das nötigte die Nationalsozialisten zu einer Schwindeldemission eines ihrer Minister. Um sie zu beruhigen, mußte die Kapitulation vor Rom so verschleiert werden, daß wieder die Klerikalen Schwierigkeiten machten, welche erst durch „Aufklärungen“ des Ministerpräsidenten beseitigt wurden. Die Koalition ist also wieder geflickt, [567] aber Rom selbst ist nicht ganz zufriedengestellt. Die Regierung

wird sich noch weiter demütigen müssen und das kann sie vor den Wahlen schwer. Neben zahlreichen anderen Schwierigkeiten in der Koalition (Staatsangestelltenfrage, Steuerreform usw.) ist auch die nicht völlige Erledigung dieser Angelegenheit Ursache davon, daß die Regierungsparteien den Zusammentritt des Parlaments fürchten.

Die Angst der Regierungsparteien vor den Wahlen zeigt sich auch darin, daß sich bei ihnen die Stimmen gegen eine Ausschreibung der Wahlen im Herbst mehren. Augenblicklich treten nur die tschechischen Sozialdemokraten für Wahlen im Oktober ein, alle anderen sind für spätere Wahlen. Sie begründen das mit der Notwendigkeit, noch das restliche Koalitionsprogramm zu erledigen, unter anderem auch eine „Verbesserung“ der Bezüge der Staatsangestellten, die ihnen als Gegenleistung für die Massenentlassungen versprochen wurde. Es ist aber fraglich, ob man es wagen wird, mit dieser „Verbesserung“ noch vor den Wahlen zu kommen. Sie wird nämlich eine neuerliche Verschlechterung bringen, weil die bankrotten Finanzen zum „Sparen“ zwingen. Vorläufig ist das „Eintreten“ für die Staatsangestellten eine allgemein geübte Wahldemagogie. Die Forderung nach Verschiebung der Wahlen kann auch den Zweck verfolgen, eine Ueberrumpelung zu erleichtern. Der Wahltermin soll bis zur Erledigung der Wahlreform im Dunkel bleiben. Wenn dann die Wahlen rasch ausgeschrieben werden, bleiben nur noch 4 Wochen bis zur Wahl selbst.

In unserer Partei haben die Verfolgungen und die Pogromhetze der Bourgeoisie und der Reformisten das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt war. Jetzt begreifen die Massen unserer Partei ohne Ausnahme die Bubnikiade noch viel besser. Die Schläge gegen uns haben den Zusammenschluß der Linken und des Zentrums gegen die Liquidatoren, die noch in der Partei geblieben sind, gefestigt. Unverbesserliche Rechte, wie Friedrich und Hula, welche sich mit der „Kapitulation der Schmeral-Gruppe“, wie sie das Ergebnis der Erweiterten Exekutive, die Blockbildung, nennen, nicht abfinden können, finden einmütige Ablehnung. Auch die Führer der Schmeral-Gruppe, und sogar Kreibich, nehmen gegen sie Stellung. In ihr defaitistisches Geschrei, ihr menschewistisches Gejammer über den Niedergang der KPD, womit sie vor allem die Politik der Exekutive hier indirekt diskreditieren wollen, nimmt niemand ernst. Die entgegengesetzten Stimmungen von Genossen, welche zu voreilig in der Blockbildung selbst schon einen Opportunismus, eine zu große Konzession an den Schmeralismus vermuteten, sind überwunden, und den letzten Rest von ihnen haben die Erklärungen Stalins über die Notwendigkeit und den Wert dieses Blocks erledigt. Heute kann auch niemand mehr bestreiten, daß der Block im Kampfe gegen den äußersten rechten Flügel sehr wesentliche Erfolge erzielt hat. Gewiß ist die Blockpolitik, wie jede noch so richtige und notwendige Taktik mit Gefahren verbunden. Die Gefahr besteht vor allem darin, daß der Block als ein Kompromiß in bezug auf die politische Linie der Partei aufgefaßt werden könnte oder, daß unter seiner Flagge und unter Berufung auf die gewiß notwendige Heranziehung aller willigen und komintern-treuen Kräfte zur Mitarbeit, versucht werden könnte, den Einfluß der linken Elemente wieder unter das schon erreichte Maß herunterzudrücken. Eine weitere Gefahr wäre es, wenn der Block, statt der Bekämpfung der rechten Elemente zu dienen, ihre konsequente und entschlossene Erledigung hemmen würde. Zu solchen Befürchtungen bietet z. B. der Fall Formanek Anlaß (Gen. Formanek hat mit Bubnik noch nach dem Ausschluß Bubniks zusammengearbeitet und ist noch immer Kreissekretär (!) in Kladno). Aber heute begreifen in der Partei auch alle die Genossen, welche den Block für eine Rechtsschwenkung hielten, daß alle diese Gefahren nicht gegen die Blockpolitik selbst sprechen, sondern nur gegen jede falsche Anwendung und gegen jeden Mißbrauch dieser Politik. Bei einer richtigen Anwendung der Blockbildung muß auch beachtet werden, daß hier die Dinge etwas anders liegen als in einer Reihe [568] von Ländern (Italien, Polen, auch Deutschland), wo augenblicklich die ultralinke Gefahr größer ist. Auch bei uns müssen ultralinke Fehler vermieden werden, aber die Hauptgefahr ist noch immer der rechte Opportunismus, die Hemmung der Bolschewisierung.

So haben unsere Feinde selbst dazu beigetragen, der Partei die Wiedererlangung ihrer vollen Aktionsfähigkeit zu erleichtern. Wir haben den Kampf gegen alle Anschläge der Bourgeoisie aufgenommen, und unsere Kräfte erstarken, je mehr die Arbeiterschaft fühlt, daß die einzige Partei, die ehrlich für sie kämpft, gerade deshalb bedroht wird. Das ist um so wichtiger, als die Massenstim-

mung für Aktionen wieder günstiger wird. Auch bei uns wirken sich die verschiedenen Tendenzen der Weltlage aus, zum Teil niederdrückend und hemmend, zum Teil anfeuernd und belebend. Eine Reihe von Niederlagen unserer Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Zeit wirkte entmutigend. Die Lage der Arbeiter ist hier eine trostlose und verzweifelte. (Gen. Stalin irrte, wenn er erklärte, daß sie verhältnismäßig günstig ist.) Aber in der Arbeiterschaft gab es Stimmungen der Resignation. „Es hat doch keinen Sinn, wir werden ja doch verraten und es kommt zur Niederlage.“ Diese Stimmung weicht jetzt einer besseren. Der letzte Textilarbeiterkampf zeigt dies und eine Reihe großer wirkungsvoller Kundgebungen der Partei. Die Schlappe einer schlecht ausgefallenen Prager Demonstrationsversammlung nach der Verhaftung Jileks ist ausgeweht. Die Kassandrarufer einiger Genossen wegen dieser Schlappe waren nicht am Platze. Die Kundgebung war überstürzt und überdies zu einer ungünstigen Zeit angesetzt. Vor allem aber hatte man versäumt, die Betriebszellen zu mobilisieren, wie überhaupt unsere Partei in dieser Hinsicht, Belebung und Verwertung der Betriebszellen, noch viel zu lernen und nachzuholen hat.

Auch die Kritik der Reichenberger Kreisleitung, daß es ein Fehler war, den Marmaggi-Rummel nicht zum Ausgangspunkt einer großen Aktion zu machen, haut daneben. Es ist richtig, daß unsere Presse damals schwerfällig und untaktisch reagierte. Sie schlug fast nur auf die Kulturkampfschwindler los und zu wenig gegen die Römlinge. Aber wir durften auf das bürgerliche Ablenkungsmanöver des „Kulturkampfes“ bei der Richtungslegung unserer Aktion nicht hineinfallen, und es war richtig, daß wir Wahlreform, Perfektion, Bedrohung der proletarischen Wirtschaftsinteressen und der unterdrückten Nationen durch Faschismus, Kampf zum Schutze Rußlands und gegen imperialistische Kriegsgefahren bei unserer Aktion in den Vordergrund stellten und den Kampf gegen Rom sowie die Entlarvung der Kulturkampfschwindler damit verbanden. Zugleich mit dieser Aktion führt unsere Partei auch einige wichtige Kampagnen (Gewerkschaftseinheit, Unterstützung der Arbeiterdelegationen nach Rußland, für Bergarbeiter und Metallarbeiter, für China und Marokko usw.).

Der nahende Parteitag wird nach außen hin eindrucksvoll dokumentieren, daß alle Anschläge unserer Feinde zuschanden wurden. Er wird aber auch praktische Arbeit leisten müssen, um auf dem Wege der Bolschewisierung vorwärts zu kommen. Der Block hat nicht den Zweck, das Erreichte wohlgefällig zu bestaunen und sich damit zufrieden zu geben. Eine Fülle von Aufgaben sind zu leisten, vor allem auf idem Gebiete der Organisation und der leninistischen Erziehung und Schulung, auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit, der Arbeit unter den Bauern, der stärkeren Betätigung richtiger theoretischer Grundsätze in der Praxis (Selbstbestimmungsrecht, demokratischer Zentralismus, Aktivisierung, Teilforderungen und Endziel, Parlamentarismus und Revolution, Einheitsfront usw.). Unsere Partei ist auf dem richtigen Wege, aber sie hat auf diesem Wege erst die ersten zaghaften, durch liquidatorische Putsche gehemmten Schritte hinter sich.

Alle kapitalistischen und reformistischen Parteien stehen unter dem Eindruck der nahenden Wahlen, vor welchen die Regierungsparteien, vor [569] allem die Sozialdemokraten, mit Rücksicht auf ihre fünf Jahre lange verbrecherische und massenfeindliche Politik begreifliche Angst haben. Wir Kommunisten werden diesen Wahlkampf mit größter Entschiedenheit führen. Wir überschätzen Wahlen nicht, aber wir sind auch nicht blind für die große politische Bedeutung, welche gerade diese Wahlen haben, unter anderem auch deshalb, weil diesmal die KPTsch zum erstenmal an Parlamentswahlen teilnimmt. Wir werden sie ausnützen, um mit dem verbrecherischen Koalitionssystem abzurechnen, um es zu stürzen und die Bourgeoisie zu zwingen, ihre Reserven zu verbrauchen, um unseren Einfluß auf die Massen zu steigern und genauer kennenzulernen, um den Gedanken der Revolution und des gemeinsamen Kampfes der Ausgebeuteten gegen ihre Unterdrücker in die Gehirne von Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern zu tragen, um gegen die Klassenherrschaft, nationale Unterdrückung und für die Diktatur des Proletariats zu demonstrieren und um in das kapitalistische Klassenparlament möglichst viele unversöhnliche Feinde des Kapitalismus zu senden, die auch dort für die proletarische Revolution zu wirken haben.

*

Diskussion.

Bemerkungen zu den Organisationsfragen in der KPD.

Von W. Ulbricht.

I.

Der Frankfurter Parteitag stellte der Partei die Aufgabe der Organisation der Revolution. Dabei beschränkte sich der Parteitag jedoch auf die Besprechung der politischen Fragen und nahm nicht Stellung zur organisatorischen Durchführung der Beschlüsse. Diese Lücke der Frankfurter Parteiberatungen beeinflusste die Organisationsarbeit während des ganzen vorigen Jahres. Genosse Schneller schreibt zu dieser Frage in Nummer 7 der „Internationale“:

„Auf dem Frankfurter Parteitag war ein Referat über organisatorische Fragen von der Mehrheit abgelehnt worden; mit Recht, so muß ich jetzt sagen; denn es fehlten alle Voraussetzungen für die sachgemäße Behandlung des Problems; die organisatorischen Heldenstücke, die den politischen Ganzleistungen entsprachen, konnten keine Grundlage für eine planmäßige Ausgestaltung der Organisation bieten.“

Es ist unverständlich, warum auf dem Parteitag nur an den „politischen Ganzleistungen“ Kritik geübt wurde, und nicht auch an den organisatorischen. Es wäre z. B. sehr nützlich gewesen, nicht nur die Betriebszellenarbeit, sondern auch die bisherige Anwendung des demokratischen Zentralismus kritisch zu beleuchten, damit die begangenen Fehler nicht noch einmal wiederholt werden. Es wäre sehr notwendig gewesen, gegen die sozialdemokratischen Organisationstendenzen zu kämpfen und nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch eine klare Linie zu beschließen, denn die organisatorischen Fragen wurden lange genug diskutiert. Ich glaube, die Bescheidenheit des Genossen Schneller hat eine andere Wurzel. Es muß offen ausgesprochen werden, daß auf dem Frankfurter Parteitag die Organisationsfragen nicht behandelt wurden, weil eine Anzahl ultralinken Elemente in der Partei gegen die Reorganisation waren.

Eine Diskussion mit diesen Genossen wollte die Parteitagmehrheit vermeiden. Um diese Tatsache zu verschleiern, erklärt Genosse Schneller in seinem Aufsatz:

[570] „Der Frankfurter Parteitag stellte der Partei die Aufgabe: Organisation der Revolution. Der Berliner Parteitag soll einen weiteren Schritt in dieser Richtung tun. Politisch ist im allgemeinen der Weg der Partei abgesteckt. Nun hat der Organisator das Wort.“

Diese mechanische Trennung zwischen politischer und Organisationsarbeit, die Genosse Schneller noch jetzt vertritt, nachdem die Partei die schlechtesten Erfahrungen damit gemacht hat, und nachdem bekanntlich auf der letzten Erweiterten Exekutive-Sitzung in den Thesen des Gen. Sinowjew das direkte Gegenteil gesagt wird, ist eine Gefahr für die weitere organisatorische Arbeit. Mit denselben Argumenten, mit denen Genosse Schneller die Notwendigkeit der Vernachlässigung der Organisationsarbeit in und nach Frankfurt begründet, fordert Genosse Scholem, daß die Organisationsfrage auch auf dem Berliner Parteitage nicht behandelt wird, weil die Fragen noch nicht im Sinne der Auffassung der ultralinken Genossen geklärt sind.

Die Organisationsarbeit der Partei hatte im vorigen Jahre insofern unter besonderen Schwierigkeiten zu leiden, als in Verbindung mit einer gewissen Stabilisierung im wirtschaftlichen und politischen Leben eine gewisse Flaute innerhalb der Arbeiterschaft vorhanden war. Infolge des Unternehmerterrors wurde unsere politische Arbeit in den Betrieben erschwert, während auf der anderen Seite die Sozialdemokratie größeren Einfluß gewann. Die Arbeiter interessierten sich weniger für die großen politischen Fragen, als vielmehr für die Fragen der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Hauptaufgabe der Partei mußte in dieser Situation darin bestehen, den Kampf der Arbeiter in allen Tagesnöten zu führen, und diese Fragen mit den allgemeinen politischen Fragen lebendig zu verbinden. Es war eine Situation, wie sie Lenin nach 1905 in Rußland wie folgt schilderte:

„Wir müssen jetzt während der Stagnation, der Reaktion, systematisch und beharrlich, schrittweise vorgehen, um uns Zoll um Zoll zu erobern. Wer sich bei dieser Arbeit langweilt, wer die Notwendigkeit nicht versteht, die revolutionären Grundlagen der sozialdemokratischen Taktik auch auf diesem Wege, auf dieser Wegwende zu behalten und weiterzuentwickeln, der verdient den Namen eines Marxisten nicht.“

In dieser Situation, wo es auf die gründliche Arbeit der unteren Organisationen ankommt, wo die Aktivität der Betriebszellen die beste Garantie gegen sektiererische Strömungen in der Partei ist, zeigen sich notwendig am offensichtlichsten die Schwächen der Organisation. In Zeiten revolutionären Aufschwunges, wo die Partei es verhältnismäßig leicht hat, die spontanen Bewegungen der Arbeiter zu führen, ist es viel leichter, die Arbeiter politisch zu beeinflussen und organisatorisch zu erfassen, als in den Zeiten der Flaute, wo jeder geringe Erfolg eine zähe, unermüdliche, politisch-organisatorische Kleinarbeit erfordert. In dieser Zeit sind nicht nur politisch rechte Gefahren vorhanden, sondern auch organisatorische Abweichungen sind häufiger. Wenn z. B. während der verschiedenen Wahlbewegungen nach übereinstimmenden Berichten aus verschiedenen Bezirken die Organisationsarbeit, insbesondere die Betriebszellenarbeit vernachlässigt wurde, wenn die Hauptkräfte konzentriert wurden auf allgemeine Agitation, auf die Gewinnung von Stimmen, und nur wenig getan wurde zur Festigung der Organisation und zur organisatorischen Sicherung der agitatorischen Erfolge, so hat das mit Organisation der Revolution nichts zu tun. Die Wahlbewegungen sind für uns ein Mittel zur Mobilisierung der breiten Arbeitermassen, vor allem der Industriearbeiter, und müssen zugleich ausgenutzt werden zur inneren Festigung der Organisation. Wenn aber während der Wahlbewegungen das Schwergewicht der Parteiarbeit im Wohngebiete lag und nur wenig Wert gelegt wurde auf die Herausgabe der Betriebszeitungen, wenn fast keine Redner vermittelt [571] wurden für Betriebsversammlungen oder für Versammlungen vor den Betrieben, so zeigt das, daß der Eroberung der Großbetriebe, in denen wir noch immer nur schwach vertreten sind, nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Nicht erst nach dem Berliner Parteitag, wie Genosse Schneller sagt, ist es notwendig, die Organisationsarbeit lebendig mit der politischen Arbeit zu verbinden, sondern schon die Wahlbewegungen und sonstigen Kampagnen der Partei hätten mehr ausgenutzt werden müssen zum Aufbau der Organisation auf der Basis der Betriebszellen. Auf dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet sagte ein verantwortlicher Funktionär, daß sie infolge der ungeheuren Fülle der Arbeit fast keine Zeit hatten, den Organisationsaufbau durchzuführen. Ueberall zeigt sich dieselbe Tendenz, daß die Organisationsarbeit als eine Aufgabe betrachtet wurde, die außerhalb des Rahmens der politischen Parteiarbeit liegt. Wie falsch das ist, zeigte sich besonders bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Die besten Richtlinien über Durchführung der Einheitsfronttaktik bleiben lediglich Papier, wenn die Partei nicht versteht, ihre Arbeit in den Betrieben so zu verwurzeln, daß eventuelle Spitzenverhandlungen unter dem Massendruck der Arbeiter stattfinden. Alle Diskussionen über Einheitsfronttaktik ändern an dieser Tatsache, die wir schon seit 1921 in Deutschland erfahren haben, absolut nichts.

Die politische Arbeit der Partei muß innig mit der organisatorischen verbunden werden, damit eine wirkliche Durchführung der Parteibeschlüsse geschehen kann. Es ist deshalb nicht nur notwendig, eine richtige politische Linie zu beschließen, sondern es muß auch klar bestimmt werden, wie und mit welchen Mitteln diese Linie durchgeführt werden soll. In dieser Frage bestehen noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten.

In der Sondernummer der „Internationale“ zum Reichsparteitag stellt Genosse Scholem fest:

„Das Ziel der Betriebszellenreorganisation, welches der V. Weltkongreß gezeigt hat, ist unverrückbar.“

„Aber wir sind seit Oktober vorigen Jahres keinen Schritt mehr näher gekommen, im Gegenteil, wir haben Terrain verloren.“

„Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die alte Wohnorganisation in der KPD unangetastet noch immer das Fundament der Parteiorganisation ist, während die Betriebszellen ähnlich wie die Gewerkschaftsfraktionen ein mehr oder weniger gut funktionierendes Anhängsel der Wohnorganisation sind.“

Diese Feststellungen sind deshalb besonders wichtig, weil sie von einem Genossen gemacht worden sind, der lange Zeit die Organisationsarbeit der Partei leitete.

Zuerst muß festgestellt werden, daß trotz einer gewissen Vernachlässigung der Organisationsarbeit doch insofern Fortschritte zu verzeichnen sind, als die Parteipresse durch die vermehrte Aufnahme von Zellenberichten bereits ein wesentlich anderes Gesicht bekommen hat, daß außerdem in Deutschland sehr viele Betriebszellen Betriebszeitungen herausgeben, die im allgemeinen in bezug

auf Inhalt und Aufmachung als gut bezeichnet werden müssen, und drittens sind ein großer Teil Betriebszellen vorhanden, die wirklich verstehen, den Kampf der Arbeiter in allen Tagesnöten zu führen und politische Arbeit im Betrieb zu leisten. Trotz dieser Feststellung muß gesagt werden, daß die Bedeutung der Betriebszellenarbeit im allgemeinen noch immer unterschätzt wird, und die Reorganisation nicht in der Weise durchgeführt wurde, wie es trotz der objektiven Schwierigkeiten möglich war. Das ist zum großen Teil zurückzuführen auf die Schwankungen in der Führung der Reorganisation, auf die Tatsache, daß immer noch viele Genossen neben den Betriebszellen die alte Wohnorganisation bestehen lassen wollen. Genosse Scholem sagt, daß die Partei nicht imstande war, die Frage der Reorganisation zu lösen, weil Unklarheit bestand über den weiteren Weg.

[572] „Wir haben die Mitglieder doppelt registriert, wir haben Betriebszellengruppen aus Straßen- und Betriebszellen aufgebaut, und nun steht die Frage vor uns: Sollen wir jetzt die Wohnorganisation auflösen, sollen wir sozusagen mit einem kühnen Kopfsprung vom sicheren Stand der Organisation in etwas neues hineinspringen?“ (Gesperrt im Original.)

Der Genosse Scholem ist klug genug, uns nicht zu verraten, wo die Organisation so aufgebaut ist. Wenn z. B. nach dem offiziellen Parteitagebericht in Berlin in 4 Betriebszellen kassiert wird, so zeigt das, daß die Betriebszellen faktisch nur Anhängsel der Wohnorganisation sind. Nehmen wir aber an, in den Betriebszellengruppen wären Betriebs- und Straßenzellen geschaffen und die Betriebszellen beschäftigen sich mit allen Fragen der Parteiarbeit, so wissen wir nicht, zu was man die alte Wohnorganisation braucht, und worin der „sichere Stand“ dieser Organisation besteht. Nach unserer Meinung ist der Stand dieser Organisation sehr unsicher, denn sie ist mit den Arbeitern der Großbetriebe fast nicht verbunden, und folglich muß sie auch eine sehr unsichere Politik machen.

Um die Parteigenossen von der Reorganisation abzuschrecken, zitiert Genosse Scholem das international berühmte Beispiel der Berliner Jugendorganisation zum tausendsten Male. Was war der Fehler der Berliner Jugendgenossen? Sie haben die Reorganisation nicht nur innerhalb zu kurzer Frist durchführen wollen, sondern sie haben auch ohne Doppelregistratur die Genossen nach bestimmten Sammelstellen bestellt, um sie neu zu registrieren. Es ist selbstverständlich, daß dabei ein Teil der Genossen verlorengeliegt. In der Partei hat man aber eine ganz andere Methode angewandt, jedes Mitglied ist doppelt registriert. Die Genossen werden in Betriebszellen zusammengefaßt, bleiben aber im Wohngebiet registriert, so daß ein Verlust unmöglich war. Das ist auch der Grund, weshalb Genosse Scholem keine Parteiorganisation anführen kann, um die Unmöglichkeit der Reorganisation zu beweisen, sondern immer wieder nur dieses eine Beispiel der Jugendorganisation zitiert. Im Uebrigen haben die Jugendgenossen sehr bald den Mitgliederverlust eingeholt und es ist nicht unbekannt, daß es auch Parteiorganisationen gibt, die Mitglieder verloren haben, obwohl sie nicht die Reorganisation durchführten.

Zur Lösung der Frage der Reorganisation macht Genosse Scholem folgenden Vorschlag:

„Wir werden aus diesem Dilemma niemals herauskommen, wenn wir nicht endlich klar und deutlich erkennen, daß die ‚Auflösung der Wohnorganisation‘, d. h. der Aufbau einer Parteiorganisation, in welcher die Betriebszelle zum Parteitag wählt, kassiert, die internen Parteifragen debattiert, nur dann möglich wird, wenn die Wohnarbeitsgruppe neben der beschließenden Betriebszelle als ausführende Körperschaft bestehen bleibt. Solange unsere tätigen Funktionäre nicht die Sicherheit bekommen, daß alle Genossen, die im bisherigen Wohnbezirk organisiert waren, zum Zwecke der Arbeit auch weiterhin in einem gewissen Zusammenschluß bleiben, solange können wir die schönsten Resolutionen, Beschlüsse und Parteibefehle auf 1000 Konferenzen für die Notwendigkeit der Reorganisation fassen, ohne daß diese Beschlüsse irgendwelchen praktischen Wert haben.“

Da sich Genosse Scholem alle Mühe gibt, die Organisationsaufgaben noch komplizierter zu machen, als sie an sich schon sind, ist es notwendig, auf die einfach und klar formulierten Beschlüsse der Exekutive über die „Organisation der Betriebszellen“ vom Januar 1924 hinzuweisen. Dort lesen wir:

1. Die Grundlage der Parteiorganisation bilden die nach Betrieben aufgebauten Parteizellen. [573]
2. Die Kommunisten, die nicht in Fabriken, Betrieben, Werkstätten, Ladengeschäften usw. arbeiten (Hausfrauen, Dienstboten, Hausdiener, Portiers usw.) bilden Zellen, die nach Straßen aufgebaut sind (nach den Wohnorten).
3. In kleinen Industriezentren, Städten, Dörfern, wo die Arbeiter bei ihren Betrieben oder Gütern wohnen, werden homogene Zellen nach Möglichkeit um den Betrieb oder das Gut herum geschaffen.
4. Die Parteimitglieder, die Mitglieder von Betriebszellen sind, zahlen dort ihre Mitgliedsbeiträge; die Parteimitglieder, die in Straßenzellen organisiert sind, zahlen dortselbst.“

„Anmerkung: Alle Mitglieder der Betriebszellen, die in anderen Stadtbezirken wohnen, müssen sich in dem Distriktsbüro des Distriktes registrieren lassen, in dem sie wohnen. Das Distriktsbüro schickt sie zur Verwendung in die Straßenzellen. (Diese Registrierung wird nur in den schwachen Organisationen vom Distriktsbüro vorgenommen; wenn Zellengruppenleitungen vorhanden sind, erledigen diese die Doppelregistrierung. D. V.)“

Nach diesem Beschluß gibt es drei Arten der Organisation: 1. (Stadtorganisationen, in denen Betriebs- und Straßenzellen bestehen. Den Betriebszellen gehören die im Betrieb beschäftigten Genossen an und soweit wie möglich arbeitslose Genossen und in, der Regel auch einige Genossen und Genossinnen, die im Bereich der Zelle wohnen und der Zelle als vollberechtigte Mitglieder zugeteilt sind, zur Ausführung jener Aufgaben, die von den im Betrieb beschäftigten Genossen nicht durchgeführt werden können. (Verbreitung der Betriebs- und Parteizeitung vor dem Betrieb usw.). Die zugeteilten Genossen dürfen jedoch nur einen geringen Prozentsatz der im Betrieb beschäftigten Genossen ausmachen, damit die Zelle nicht erstickt wird. Alle anderen Genossen gehören den Straßenzellen an. Jene Betriebszellenmitglieder, die weit weg vom Arbeitsorte wohnen, werden von der Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes registriert und einer Straßen- oder Betriebszelle zugeteilt. Es muß dabei immer berücksichtigt werden, daß der Betriebszellenarbeit der Vorzug gehört.

2. In kleineren Industrieorten mit konzentrierter Industrie, wo die übergroße Mehrzahl der Genossen in einigen Betrieben des Ortes konzentriert sind, und die wenigen nicht im Betrieb beschäftigten Parteimitglieder ohne Schwierigkeiten den Betriebszellen angegliedert werden können, müssen die Betriebszellen auch die Arbeit im Wohngebiet leisten. Straßenzellen sind in diesem Falle überflüssig.

3. Ortsgruppen in Landorten, wo entweder bei geringer Mitgliederzahl sämtliche Parteimitglieder direkt zur Ortsgruppe zusammengefaßt werden, oder wo die Ortsgruppe aus Guts- und Straßenzellen besteht.

Für jeden, der den ernststen Willen zur Durchführung der Reorganisation hat, sind diese organisatorischen Anweisungen absolut klar. Demgegenüber will Genosse Scholem:

a) daß sämtliche Parteimitglieder den Betriebszellen angehören. Das bedeutet eine Erstickung der Betriebszellen durch jene Ueberzahl von Genossen, die nicht in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind;

b) dadurch, daß sämtliche Genossen nicht nur die Veranstaltung der Betriebszelle besuchen müssen, sondern ebenso noch die Veranstaltung im Wohnbezirk, werden die Genossen unnötig überlastet und arbeitsmüde. Sie werden natürlich zur Arbeit im Wohngebiet neigen, denn das ist bequemer und weniger gefährlich;

c) die Wohnarbeitsgruppe als ausführendes Organ, das keinerlei Beschlußrecht hat, wird sich keine 24 Stunden halten, weil die bequemeren Arbeits- und Beratungsmöglichkeiten im Wohngebiet die Genossen sehr bald dazu bringen, die Parteifragen in der Wohngebietsorganisation zu diskutieren und auch Beschlüsse zu fassen. Die Pariser Organisation hat [574] dieses Experiment versucht, indem sie Arbeitsgruppen zur Durchführung der Wahlarbeit gründete. Statt die Wahlarbeit durchzuführen, haben die rechten Elemente die Arbeitsgruppen benutzt, um Parteidiskussionen zu führen. Die Arbeitsgruppen waren Diskutierklubs, aber keine Arbeitskörper.

Das sind die Gründe, warum der Vorschlag der ultralinken Genossen mit aller Schärfe bekämpft werden muß. Die Doppelorganisation, wie sie vom Genossen Scholem verlangt wird, bedeutet die Beibehaltung des Schwergewichtes der Parteiarbeit im Wohngebiet. Die Richtigkeit der Beschlüsse der Komintern in der Org.-Frage wird im Uebrigen auch bestätigt in einem Aufsatz des Genossen Dengel im Sonderheft der „Internationale“ zum Reichsparteitag. Dengel sagt:

„Die organisatorische Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist in der Tat tausendmal mehr als eine organisatorische Maßnahme. Sie erfordert eine Umstellung der Köpfe. Deshalb hat sich auch die organisatorische Maßnahme, einzelne Betriebszellen zu bilden, um erst nachher eine Gesamtumstellung vorzunehmen, schlecht bewährt. Immer wieder wurden die Genossen aus ihrer Arbeit in der isolierten Betriebszelle in die Arbeit der fortbestehenden Wohnbezirksorganisation herübergezogen, nach dem Prinzip des geringsten Widerstandes. Wir glauben auf Grund dieser Erfahrung feststellen zu müssen, daß eine Umstellung der Partei ernsthaft niemals durchgeführt werden kann, wenn man nur von dieser Seite, nur von der Bildung einzelner Betriebszellen anfängt. Man muß – freilich vorsichtig – nach guter und vor allen Dingen ideologischer Vorbereitung – ganze Organisationsteile (Ortsgruppen oder Stadtbezirke) vollständig ‚umstellen‘. Selbst auf die Gefahr hin, zunächst in diesen Organisationen einen kleinen Rückschlag zu erleiden.“

Genosse Dengel hat absolut recht. Die verhältnismäßig geringeren Schwierigkeiten der Parteiarbeit im Wohngebiet bringen die Parteigenossen dahin, ihre Hauptarbeit im Wohngebiet zu leisten. Auf diesem Wege ist es aber unmöglich, daß die Partei zu einer Massenpartei wird. Die Massen der Industriearbeiter, die wir vor allem gewinnen müssen, stehen in den Groß- und Mittelbetrieben, aber unser Einfluß ist gegenwärtig dort nur sehr minimal. Es hängt also von der Arbeit der Betriebszellen ab, welchen Einfluß die Partei auf die Arbeitermassen hat.

Der Vorschlag des Genossen Scholem geschieht unter dem Gesichtswinkel der Wohngebietsarbeit, deshalb übt er nicht Kritik an der politischen Führung der Zellenarbeit, deshalb weist er nicht darauf hin, daß unsere Schwäche in den Gewerkschaften zum großen Teil auf die mangelhafte Betriebszellenarbeit zurückzuführen ist, deshalb kritisiert er nicht die mangelhafte Durchführung der Parteikampagnen in den Betrieben, deshalb sagt er nicht, wie es gemacht werden soll, daß alle Fragen der Parteiarbeit von den Betriebszellen behandelt werden. Er hat nur eine Sorge, das ist die eventuelle Vernachlässigung der Wohngebietsagitation.

Die Stellungnahme zu den Ausführungen des Genossen Scholem ist deshalb notwendig, weil in der Auffassung von Scholem die Anschauung jener Gruppe von Parteigenossen zum Ausdruck kommt, die Einzelbeschäftigte sind, und die befürchten, daß durch die Reorganisation ihr Einfluß vermindert wird. Außerdem wird Genosse Scholem selbstverständlich von jenen passiven Elementen unterstützt, die in Verbindung mit der Reorganisation mehr als bisher zur Parteiarbeit herangezogen werden sollen. Die Einstellung der Genossen zu den Organisationsfragen ist der organisatorische Ausdruck ihrer politischen ultralinken Auffassungen. Die Genossen wissen sehr gut, daß man im Wohngebiet sehr radikal reden kann, ohne gezwungen zu werden, im Sinne dieser Worte auch zu handeln. In den Betriebszellen, wo man nicht nur abstrakt diskutiert, sondern auch bestimmen muß, wie man konkret im Betrieb den Beschluß durchführt, muß man etwas gründlichere Arbeit leisten. Es wird Genossen geben, die in diesem Zusammenhang auf die rechten Gefahren hinweisen, die in den Betrieben in Erscheinung treten. Wir unterschätzen nicht diese Gefahren, aber bisher hat es noch niemand fertig gebracht, durch radikale Reden im Wohngebiet diese Gefahr zu beseitigen. Das war immer nur möglich durch eine systematische Führung der täglichen Parteiarbeit im Betrieb und eine scharfe Kontrolle über die Durchführung der Parteibeschlüsse.

Wenn Genosse Scholem in dem Aufsatz erklärt, daß die Partei in der Reorganisation nicht vorwärts gekommen sei, so trifft das zweifellos zu. Aber die Ursache dieser Tatsache war nicht das Versagen der unteren Parteifunktionäre und das Fehlen klarer Beschlüsse in der Frage der Reorganisation, sondern die Vernachlässigung der Führung der Organisationsarbeit und jene Schwankungen und Konzessionen gegenüber einigen ultralinken Genossen, die faktisch das Schwergewicht der Parteiarbeit im Wohngebiet belassen wollen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß alle Organisationsfragen gelöst sind. Selbstverständlich tauchen bei Durchführung der Beschlüsse infolge der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Orten Fragen auf, die diskutiert werden müssen. Statt diese

Diskussion zu führen, statt die Erfahrungen der Reorganisation auszutauschen, wurde das zu diesem Zweck geschaffene Organ, der „Parteiarbeiter“, liquidiert. Nachdem er 1½ Jahre Zeit hatte, entdeckte Genosse Scholem erst 5 Minuten vor dem Parteitag, daß man die Frage diskutieren muß, und schlug selbstverständlich ganz wie in Frankfurt vor, daß eine Beschlußfassung nicht stattfindet.

Der Parteitag in Berlin hat durch seine Beschlüsse zur Organisationsfrage und durch den Beschluß, daß der „Parteiarbeiter“ wieder erscheint, den Weg freigemacht zur Verbesserung der Organisationsarbeit und zur Durchführung der Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen. Indem der Parteitag ausdrücklich betonte, daß die Parteiorganisationen im Sinne der Organisationsbeschlüsse der Komintern energisch arbeiten sollen, wurden zugleich jene ultralinken Auffassungen in der Organisationsfrage abgelehnt, die auf eine Isolierung der Partei von den Arbeitermassen hinauslaufen und die bisher die Durchführung der Reorganisation wesentlich gehemmt haben.

*

Beilagen zum Brief der Genossen Frölich, Meyer und Becker an den Parteitag.

Zur Politik und Taktik der Partei.

I. Der Oktober 1923 und der Frankfurter Parteitag.

Anmerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen hier den Hauptteil der Beilagen zum Brief der Genossen Paul Frölich, Ernst Meyer und Karl Becker an den Berliner Parteitag (siehe Heft 8). Der letzte Teil, „Einige Lehren aus der Geschichte der KPD und der Entwurf eines Aktionsprogramms“, folgt im nächsten Heft.

Die Notwendigkeit einer Selbstverständigung der Partei.

„Die Losung der Bolschewisierung auf eine ganz allgemeine Formel gebracht, bedeutet die Schaffung einer proletarischen, revolutionären Massenbewegung unter dem Banner der Ideen Marx' und Lenins.“

„Diese Losung der Erweiterten Exekutive vom März-April 1925 muß der Maßstab sein für die Selbstverständigung der Partei seit Frankfurt.

Ebenso wie man rücksichtslos die Lehren des Oktober 1923 und der Voroktoberpolitik der Partei ziehen muß, muß man ohne jeden Rückhalt und kleinliche Bedenken die Lehren aus den schweren Fehlern des vergangenen Jahres ziehen.

Um so mehr, als die Partei diese Fehler unter der Parole „Bolschewisierung“ machte, wodurch die Gefahr besteht, daß breite Mitglie­dermassen das Wesentliche der Bolschewisierung in der Summe der begangenen Fehler, in einer falschen Taktik sehen. Diese Gefahr kommt einerseits in den offen ultralinken Strömungen, andererseits in der völligen Verwirrung breiter Parteikreise ja bereits zum Ausdruck.

Ohne diese rückhaltlose Selbstkritik wird die Partei aber auch nicht imstande sein, in der – teils durch die objektive Situation, teils durch die begangenen Fehler – schwierigen Lage zur Anwendung einer wirklich bolschewistischen Taktik zu gelangen.

[576] Mit einem Wort: die Partei wird auch weiterhin nicht in der Lage sein, eine revolutionäre Massenbewegung zu schaffen, die Massen zu bolschewisieren, sondern die Partei wird auch weiterhin die Massen menschewisieren, d. h. entweder, wie im vergangenen Jahr, in die Arme der SPD treiben, oder es zumindest nicht verstehen, die Massen von der SPD loszulösen.

Die Lage für die Partei ist zu ernst, als daß sie einer offenen kameradschaftlich geführten Diskussion zur Selbstverständigung aus dem Wege gehen dürfte. Denn das Ergebnis der Politik der letzten Jahre ist:

Wir haben es nicht nur nicht verstanden, neue Massen zu gewinnen, einen Schritt weiter zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft zu tun, sondern wir haben breite Massen wieder an die SPD verloren, uns aus den Gewerkschaften herausmanövrieren lassen und stehen durch unsere falsche Taktik (Hindenburgwahl) vor breiten Arbeitermassen kompromittiert da.

Es ist zweifellos, daß die objektive Situation eine schwierige war und ist. Die Partei kam, mit einer großen Niederlage belastet, aus der Zeit der revolutionären Zuspitzung in eine Zeit der „relativen Stabilisierung“. Es ist natürlich, daß die Umstellung der Partei und die Anpassung ihrer Taktik an die veränderte Situation nicht ohne größere Opfer vor sich gehen konnte, um so mehr, als die Partei rücksichtslos die Lehren des Oktobers ziehen mußte. Aber die Politik der Partei hat diese Kosten ungeheuer vergrößert, wir haben sehr teuer gezahlt, ohne eine wirkliche Umstellung der Partei auf die Aufgaben der jetzigen Situation erreicht zu haben.

Die Ursache liegt darin, daß die Politik seit Frankfurt faktisch auf der Kapitulation vor der Panikstimmung großer Teile der Parteimitglieder beruhte, die zum Ausdruck kam in den Parolen: „Nieder mit der Einheitsfronttaktik“ und „Heraus aus den Gewerkschaften“.

Diese beiden „Lehren“ entsprachen ohne Zweifel der Panikstimmung breiter Arbeitermassen nach der Oktoberniederlage. Die damalige Linke eroberte auf der Basis dieser Stimmungen, zu deren theoretischen und praktischen Wortführern sie sich machte, die Partei, statt ihnen entschieden entgegenzutreten. Die „Theorien“ und die Praxis der damaligen Linken waren nicht von leninistischen Grundsätzen, sondern von engen fraktionellen Machtinteressen geleitet. Die Uebernahme der Parteileitung durch die damalige Linke bedeutete für breite Parteimassen die Festlegung der Partei auf diese Politik der Panik. Die Phrase von der Entstehung der bolschewistischen Partei in Frankfurt bedeutete praktisch, für die Parteimassen die Gleichsetzung von Bolschewisierung mit Negierung einer Politik zur Eroberung der Massen. Die systematische Denunzierung der gesamten Vergangenheit der Partei als opportunistisch, die Verleugnung aller revolutionären Erfahrungen und Tradition der Partei, bedeutete im Zusammenhang mit einer Taktik gegen die Einheitsfront, die planmäßige Bestärkung der Partei in ihrer falschen, auf die Dauer geradezu verhängnisvollen Politik.

Man muß aus dem Oktober lernen.

Es ist ohne Zweifel richtig: Genossen, die heute noch nicht die schweren Fehler des Oktober einsehen, die Lehren aus ihnen gezogen haben, sind eine Gefahr für die Partei. Sie mögen imstande sein, in dieser oder jener Frage eine richtige Kritik an begangenen Fehlern des letzten Jahres zu üben, sie sind aber nicht imstande, in der Periode der relativen Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft eine Politik zu betreiben, die den bolschewistischen Charakter der Partei bewahrt, eine revolutionäre Massenbewegung organisiert und die imstande ist, bei einem Umschwung der Situation die gewonnenen Massen auch in den Kampf um die Eroberung der Macht zu führen. Genossen, die aus dem Oktober nichts gelernt haben, haben zuerst aus dem Oktober zu lernen.

Was sind die Fehler und die Lehren des Oktober 1923?

Aber die Lehren aus dem Oktober, und das muß heute unzweideutig vor der ganzen Partei ausgesprochen werden, wenn sie wirklich aus einer Politik der bloßen Agitation, die keine Wirkung ausübt, zu einer Politik der konkreten revolutionären, d. h. leninistischen Politik übergehen will – diese Lehren aus dem Oktober lauten nicht: „Nieder mit der Einheitsfronttaktik“, nieder mit dem „Heran die Massen“ des 3., 4. und 5. Weltkongresses.

Die Losung lautet heute mehr denn je: „Heran an die Massen“. Und die Politik der Partei muß eine systematische Politik der Einheitsfronttaktik unter Berücksichtigung des schweren Lehrgeldes sein, das die Partei in der Vergangenheit sowohl bei der Durchführung, als auch bei der Unterlassung dieser Taktik gezahlt hat.

Was waren die Fehler im Oktober? Es ist notwendig, sie noch einmal kurz festzustellen, damit die Partei unbelastet die Kritik an der Politik des letzten Jahres zur Herausarbeitung ihrer künftig anzuwendenden Politik vornehmen kann.

Die Partei hat nicht rechtzeitig den Charakter des Ruhrkrieges erkannt. Sie hat nicht rechtzeitig vorausgesehen, daß der Ruhrkampf und die Inflation in einer revolutionären Situation enden werden, in der entweder das Proletariat unter der Führung der Partei oder die Konterrevolution siegt.

Als die Partei endlich das Nahen der revolutionären Situation bemerkte, machte sie eine Reihe verhängnisvoller Fehler, sie bereitete sich für den Aufstand vor, sie unterließ es aber, die Massen vorzubereiten. Ihre Taktik war nicht darauf eingestellt, die Massen für den Aufstand zu gewinnen, sondern die Partei sah die Lage bereits so reif, daß sie gewissermaßen sich nur mehr die technische Aufgabe der Durchführung des Aufstandes, und nicht die politische: seine Vorbereitung durch die Mobilisierung der Massen stellte. So stoppte sie z. B. alle Teilkämpfe ab, um „die Kräfte für später zu sparen“.

Die Anlage des Kampfes – alles auf die sächsische Karte zu sehen – war ebenfalls ein verhängnisvoller Fehler. Die Partei trat in die Regierung ein, ohne vorher die Massen, die Betriebsräte mobilisiert zu haben. Die Kommunisten in der Regierung hatten keine außerparlamentarische Basis, auf die gestützt sie die Massen von den linken sozialdemokratischen Führern trennen konnten. Statt dessen ließ sich die Partei sogar von der Mobilisierung der Massen, durch die Rücksicht auf die linken Sozialdemokraten zurückhalten. Die Spekulation auf die linken sozialdemokratischen Führer, die Hoffnung, im Bunde mit ihnen die Massen [577] für die Revolution zu mobilisieren, bedeutete eine Verkennung der Rolle der linken SPD und zugleich der Rolle der KPD, die allein imstande ist, die Arbeiterschaft zur Revolution vorzubereiten, sie zur Revolution zu führen und die siegreiche Revolution durchzuführen. Statt die linken sozialdemokratischen Führer durch die Mobilisierung der Massen vorwärts zu treiben oder zu entlarven (taktische Möglichkeiten, die durchaus zulässig sind), vernachlässigte die Partei die Mobilisierung der Massen und ließ sich dadurch an die linke SPD binden.

Ebenso mußte die Partei noch andere Aufmarschpläne haben, sie mußte voraussehen, daß Sachsen sofort der Angriffspunkt der Konterrevolution werden würde. Aber alles das tat die Partei nicht. So kam es zu der banalen parlamentarischen Komödie.

Als die Lage sich infolge des Einmarsches der Reichswehr verschärfte, zog die Partei sich kampfflos zurück. Dieser schwere Fehler entstand daraus, daß die Partei die Kräfteverhältnisse nicht kannte. Aber statt die Massen zum Generalstreik aufzurufen, von der Tiefe und Breite des Streiks die weiteren Schritte abhängig zu machen, kapitulierte sie kampfflos.

Die folgenden Worte Lenins gelten auch treffend für die damalige Taktik der Partei :

„Wir, die Führer des sozialdemokratischen Proletariats, glichen im Dezember jenen Feldherren, die ihre Truppen so unrichtig postiert hatten, daß der größte Teil der Armee an der Schlacht nicht teilnahm. Die Arbeitermassen suchten nach Direktiven für aktive Massenaktionen und fanden sie nicht.“ (Lenin 1906 über „Die Lehren des Moskauer Aufstandes“.)

Es scheint heute ziemlich sicher, daß der Generalstreik gezeigt hätte, daß der Einfluß der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeitermassen noch zu stark war, als daß es der Partei gelungen wäre, den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand auszuweiten. Auch Genosse Sinowjew schreibt in seinem Thesenentwurf vom Dezember 1923:

„Im Oktober kamen sowohl die KPD wie die Exekutive der Komintern zu dem Ergebnis, daß die revolutionäre Krise in Deutschland derart herangereift sei, daß der bewaffnete Aufstand nur eine Frage von Wochen sei.

Die Vorgänge haben bewiesen, daß unsere Erwartungen übertrieben waren. Einige Genossen stellen die Frage so: die revolutionäre Krise in Deutschland war tatsächlich reif bis zum äußersten; die siegreiche bewaffnete Erhebung war, so sagen sie, im Oktober möglich, aber die KPD versäumte den richtigen Augenblick, und gerade darum gerieten wir in die Lage, in der wir uns augenblicklich befinden. Wir halten eine solche Diagnose für völlig unrichtig. Und auf jeden Fall war es bei der gegebenen Lage der Dinge ein unzweifelhafter Fehler, das ganze Problem auf ein „kalendermäßiges Programm“ einzustellen, Aufstände vorzubereiten oder zu erklären, daß vor der deutschen Kommunistischen Partei, außer technischen, bereits keinerlei Aufgaben mehr stehen.

Die KPD hat in diesen kritischen Wochen viele Schwächen erkennen lassen, eine Reihe ernster Fehler begangen, doch sind wir keineswegs der Ansicht, es sei ein Fehler, daß die Partei im Oktober das Proletariat nicht zum Entscheidungskampf aufgerufen hat.

Beim Rückzug konnte und mußte die Partei dennoch die Massen für einzelne große Aktionen – Demonstrationen, Streiks usw. – mobilisieren. Der Rückzug durfte kein solch passiver sein. Aber die Ablehnung der Generalschlacht selbst war bei der eingetretenen Lage unvermeidlich.“

Aber was auf jeden Fall notwendig war: die Partei mußte den Abwehrkampf gegen den bewaffneten Aufmarsch der Reichswehr organisieren. Nie und nimmer durfte sich die Partei panikartig vom Kampfplatz zurückziehen.

Die Fehler des Oktober waren also folgende:

1. Falsche Einschätzung der Situation.
2. Ungenügende Vorbereitung der Massen zum bewaffneten Aufstand.
3. Falsche Strategie des Aufstandes.
4. Verkennung der Rolle der linken SPD und damit faktisch eine Verkennung der Rolle der Partei.

Der Frankfurter Parteitag.

Aber es waren nicht diese Lehren, welche die Partei zog, was einen großen Schritt weiter in der Entwicklung zu einer wahrhaft bolschewistischen Partei bedeutet hätte. So sehr die Stimmungen der Niedergeschlagenheit, der Enttäuschung, der Panik breiter Parteimassen begreiflich waren, das Benutzen dieser Stimmungen, statt sie zu bekämpfen und damit das Bestärken der Partei in diesen Stimmungen durch die ehemalige Linke und die heutige Zentrale war die Geburtsstunde jener widerspruchsvollen Politik, die in Frankfurt begann und, wie zu hoffen ist, in Berlin endet. Denn die Aufgabe des Berliner Parteitages ist die Liquidierung des scheinradikalen allgemeinen Redens von Frankfurt, die Liquidierung aller offenen und verhüllten ultralinken Stimmungen, deren bisheriger Ausdruck die Politik der Zentrale war. So ist es jetzt die Aufgabe des Berliner Parteitages, da der Frankfurter Parteitag nicht einmal die Lehren des Oktober richtig gezogen hat, die Lehren des Oktober und der Politik des letzten Jahres zu ziehen, um damit die Partei wirklich einen Schritt weiter zu bringen zur Bolschewisierung.

III. Die Isolierung von den Massen als Folgen der „linken“ Politik.

a) Wie sich die Isolierung zeigte. Entwicklung des Einflusses auf die Massen.

Die 3,6 Millionen Wählerstimmen, welche die Partei bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 erhielt, waren das Ergebnis der jahrelangen Anwendung der Einheitsfronttaktik, die die Partei immer mehr in den Massen verankerte und sie immer mehr zur Führerin ihrer Kämpfe machte. Der Wahlerfolg brachte nicht nur zum Ausdruck, daß die KPD im ganzen Reiche Millionenmassen von Sympathisierenden gewonnen hatte, sondern auch, daß sie unter dem [578] Industrieproletariat in Oberschlesien und Rheinland-Westfalen die Sozialdemokratie vollständig geschlagen hatte und die Führung des Proletariats in jenen Gebieten erobert hatte.

Die Zeichen der Isolierung.

Nach dem Mai zeigten eine Reihe von Parlamentswahlen, Gewerkschaftswahlen, Betriebsrätewahlen und unsere wachsende Einflußlosigkeit bei den Wirtschaftskämpfen einen katastrophalen Rückgang des Einflusses der Partei auf die Massen, der schließlich als eine Isolierung von den Massen bezeichnet werden mußte.

Vom 4. Mai bis zum 17. Dezember 1924 verlor die Partei rund 1 Millionen Stimmen und bis zum 29. März 1925 weitere 800.000, also im ganzen 45 Prozent der Stimmenzahl vom 4. Mai. Gleichzeitig stiegen die Stimmenzahlen der Sozialdemokratie von 6 Millionen am 4. Mai auf 7.800.000 am 29. März 1925, also um 1.800.000. In diesem Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses auf Kosten unseres Einflusses kommt die Isolierung der Partei von den Massen stark zum Ausdruck. Betrachtet man den Anteil der kommunistischen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, dann ergibt sich folgende Zahlenreihe: am 4. Mai 12,9 Prozent, am 7. Dezember 8,9 Prozent am 29. März 6,9 Prozent und am 26. April 6,3 Prozent der Gesamtstimmenzahl.

Besonders schwerwiegend ist die Tatsache, daß der stärkste Rückgang in den Zentren der Schwerindustrie, in Rheinland-Westfalen und in Oberschlesien, zu verzeichnen war, wodurch die in diesen Gebieten eroberte Mehrheit im Proletariat wieder ganz (im Ruhrgebiet) oder teilweise (in Oberschlesien) verloren ging. Bei den Wahlen am 29. März und am 26. April zeigte sich auch ein starker Rückgang in Berlin, das sich bis dahin gehalten hatte. Die Zentrale hat diese Entwicklung, diese fortschreitende Isolierung der Partei von den Massen lange nicht erkannt. Noch nach den Wahlen am 7. Dezember wurde bestritten, daß diese Wahlen eine Niederlage für die Partei seien und daß sich die Partei von den Massen entferne. Jene, die warnend auf diese Symptome einer Isolierung, hervorgerufen durch eine solche Taktik, hinwiesen, wurden mit allen Mitteln bekämpft.

Einflußlosigkeit bei den Wirtschaftskämpfen.

Im Frühjahr des Jahres 1924 hatte die Partei noch großen Einfluß und zum Teil sogar die Führung in den großen Wirtschaftskämpfen. So z. B. in dem großen Metallarbeiterkampf in Rheinland-Westfalen, in dem großen Streik in Oberschlesien, in dem Ludwigshafener Kampf, beim Bergarbeiterkampf und dem Werftarbeiterkampf. Im Laufe des vorigen Jahres ging die Beeinflussung der Massen durch die Partei in den Wirtschaftskämpfen immer weiter zurück, und heute ist die Partei auf diesem Gebiete so gut wie vollständig einflußlos, noch einflußloser als in der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Was das in einer Zeit wie der heutigen bedeutet, wo die gewerkschaftlichen Bewegungen eine viel größere Rolle in der Arbeiterbewegung spielen als in der Inflationsperiode, liegt auf der Hand.

Die Ursachen der Isolierung der Partei.

Dieser fortgesetzte Rückgang des Einflusses der Partei läßt sich nicht allein und nicht in erster Linie aus den Schwierigkeiten erklären, die in der objektiven Situation (Stabilisierungshoffnungen, Dawes-Illusionen usw.) zwischen zwei Wellen der Revolution für eine Kommunistische Partei liegen. Es muß festgestellt werden, daß diese objektiven Schwierigkeiten natürlich zum Rückgang des Einflusses der Partei beigetragen haben. Auch weist der Parteitag jede Panikmacherei wegen des Rückganges des Einflusses der Partei energisch als unkommunistisch zurück. Hier dürfen die verhängnisvollen Fehler der Haltung der ehemaligen Linken nach dem Oktober 1923 nicht wiederholt werden. Aber es zeigte sich, daß trotz des seit mindestens Herbst vorigen Jahres zu verzeichnenden ständigen Anwachsens des Kampfwillens und der Kampfkraft der Arbeiterklasse der Rückgang des Einflusses der Partei in beschleunigtem Tempo weiterging. Das ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Hauptursache in der falschen – starren und scheinradikalen – Politik und Taktik der Partei lag, ganz abgesehen davon, daß wir bei einer Nachprüfung dieser Politik an Hand der Grundsätze des Marxismus und Leninismus zu demselben Resultat kommen.

b) Die Politik und Taktik nach Frankfurt.

Der Kampf gegen den Dawes-Pakt.

Der Dawes-Pakt und die mit ihm verbundenen Maßnahmen zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft stehen seit über einem Jahre im Mittelpunkt der deutschen Innen- und Außenpolitik, und diese Politik beeinflusste auch in entscheidendem Maße die soziale Lage der Arbeiterschaft. Die Frage, ob die Partei im Kampf gegen den Dawes-Pakt und seine Durchführung eine richtige revolutionäre Politik gemacht hat, die geeignet ist, die Massen zu Abwehrkämpfen zu sammeln, ist also entscheidend für die Beurteilung der allgemeinen Politik und Taktik der Partei.

Im Kampf gegen den Dawes-Pakt hat die Partei es unterlassen, die Massen von vornherein gegen seine Durchführung auf Kosten der Werktätigen zu mobilisieren, gleichzeitig mit der notwendigen schärfsten grundsätzlichen Ablehnung des Dawes-Paktes. (Der Dawes-Pakt ist nur ein weiteres Glied in der Reparationspolitik der internationalen und der deutschen Bourgeoisie.) Durch die Aufstellung der Losung: Sozialisierung! als „Kampfaufgabe des Tages“, ohne aktuelles Aktionsprogramm zum Kampf gegen die Folgen des Dawes-Paktes und der kapitalistischen Sanierung auf Kosten der Massen hat sich die Partei – so richtig die Losung Sozialisierung ist – selbst zu einer

sektiererischen, einflußlosen Propaganda verurteilt. Durch diese abstrakte Stellungnahme hat sie die Irreführung der Massen durch die Sozialdemokratie erleichtert. [579]

„Alle Lasten auf die Bourgeoisie!“

Die Sozialdemokratie und die gesamte Bourgeoisie beruhigten die Massen gegenüber allen Bedenken gegen den Dawes-Pakt mit dem Versprechen einer „gerechten Lastenverteilung“. Die Partei hätte demgegenüber an Hand der Tatsachen die geplante Abwälzung aller Lasten auf die werktätigen Massen feststellen müssen und zum Kampf dagegen ein Aktionsprogramm mit Lohn-, Arbeitszeit-, Steuer-, Mittelstandsforderungen usw. aufstellen müssen, unter der Sammellosung: Alle Lasten auf die Bourgeoisie! Das hätte die Sozialdemokratie vor den Massen in die schwierigste Lage gebracht. Die Zentrale lehnte das jedoch ausdrücklich ab. Sie begrüßte die Ablehnung mit der Erklärung, daß ein Kampf für die Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie in den Massen die Illusion erzeugen könne, als könnte abgewälzt werden ohne die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Die Partei vertröstete die Massen also auf die proletarische Diktatur, statt sie zu Abwehrkämpfen gegen die Abwälzung aller Lasten auf die Werktätigen zu sammeln, wodurch sie sich von den Tageskämpfen ausschaltete. Bei dieser Stellungnahme der Zentrale wurde auch das Argument gebraucht, daß sich ein Kampf für die Abwälzung der Lasten des Dawes-Paktes auf die Bourgeoisie nicht mit der grundsätzlichen Ablehnung des Dawes-Paktes vertrage. Diese Stellungnahme widerspricht jedoch den allereinfachsten Grundsätzen einer kommunistischen Politik. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Politik der Komintern und der deutschen Partei gegenüber dem Versailler Vertrag hingewiesen. Die Komintern hat sich durch die schärfste grundsätzliche Ablehnung des Versailler Vertrages nicht davon abhalten lassen, dauernd gegen die Belastung der Besitzlosen und für die Abwälzung aller Lasten des Versailler Vertrages auf die Besitzenden zu kämpfen, ja, durch diesen Kampf hat sie die breitesten Massen gegen den Versailler Vertrag mobilisiert. Eine andere Politik hätte dagegen die Kommunistische Partei in eine Linie mit den Deutschnationalen gebracht.

Bürgerblock – Block der Werktätigen.

Die deutsche Bourgeoisie arbeitete seit Anfang vorigen Jahres zähe an der Schaffung einer festen Machtgrundlage für die Durchführung des Dawes-Paktes und der Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der werktätigen Massen. Das Ziel dieser unter der Führung der Schwerindustrie durchgeführten Bestrebungen war die Koalition der Schwerindustrie mit den Großagrariern bei gleichzeitiger Gewinnung der an der Deutschnationalen Volkspartei hängenden kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen als Massenbasis für eine Regierung des Bürgerblocks. Mit der Bildung der Luther-Regierung und der Wahl Hindenburgs ist dieses Ziel erreicht worden. Die Zentrale lehnte es ausdrücklich ab, in der Periode der Vorbereitung und Schaffung des Bürgerblocks als Sammel- und Kampfpapole die Losung herauszugeben: Block der Werktätigen in Stadt und Land! Auch lehnte sie es ab, in den Zeiten der akuten Regierungskrise die Losung Arbeiter- und Bauernregierung! als Agitationsparole herauszugeben, trotz aller Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Es wurde erklärt, das alles sei Opportunismus, und nur die Parole proletarische Diktatur sei leninistisch. In der wochenlangen Regierungskrise wurde in offiziellen Erklärungen der Parteileitung, in Artikeln usw. die Theorie zu dieser Politik entwickelt. Es wurde erklärt, daß alles von der SPD bis zu den Völkischen als „eine reaktionäre Masse“ zu betrachten sei, daß die ganze Regierungskrise nur ein Streit der Reichstagsgrößen um die Ministersessel sei, daß das alles die Arbeiterklasse nicht viel angehe usw.

Diese Stellungnahme, die ebenfalls den einfachsten Grundsätzen kommunistischer Politik widerspricht, führte dazu, daß der Sozialdemokratie vollständig freie Hand gelassen wurde bei der Irreführung der Massen mit der Politik der „Weimarer Koalition“, die später unter der Firma „Völkerblock“ durchgeführt wurde.

Oekonomistische Tendenzen.

Unter Ablehnung aller dieser revolutionären Sammellosungen wurden als Teilforderungen im wesentlichen nur herausgegeben und zugelassen die Parolen: höhere Löhne, Kampf um den Achtstundentag, Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern. Dazu die Losung der proletarischen Diktatur. Dieser passive Scheinradikalismus ließ in Teilen der Partei den plattesten Oekonomismus

hochkommen, welcher folgendermaßen argumentierte: wir müssen um den Achtsturentag und höhere Löhne kämpfen, denn wenn die Arbeiterklasse diese Ziele erreicht, dann macht der Kapitalismus nicht mehr genug Profite, um zahlen zu können und der Dawes-Pakt ist damit zusammengebrochen. Alles andre dagegen, wie Steuerforderungen, Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie und Block der Werktätigen, sei plattester Opportunismus (siehe „Bolschewistischer „Kurs“ Nr. 1 und 2, Funktionärblatt des Bezirks Halle-Merseburg). Diese „Theorie“ ist natürlich der platteste Unsinn, der Ausfluß eines passiven Opportunismus. Aber dieser Theorie entsprach die Politik der Partei.

Im Schlepptau der SPD.

Abgesehen davon, daß die Partei durch ihre „Politik“ (die keine Politik war) der Sozialdemokratie in den großen politischen Fragen volle Bewegungsfreiheit zur Täuschung der Massen ließ, begab sie sich dadurch gleichzeitig auf dem Gebiete der Gewerkschaftspolitik in das Schlepptau der Sozialdemokratie. Da die Partei nur abstrakt vom Kampf gegen den Dawes-Pakt redete, da sie die Lohn- und Arbeitszeitfrage in einem Aktionsprogramm und auch sonst nicht lebendig unter der Losung „Alle Lasten auf die Bourgeoisie“ mit dem Gesamtkampf um die Sicherung der Existenz der werktätigen Massen verbunden hat, reduzierte sich die Politik der Partei in der Lohn- und Arbeitszeitfrage auf die Stellung quantitativ höherer Forderungen. Die Partei beschränkte sich im wesentlichen darauf, z. B. 40 Prozent Lohnerhöhung zu fordern, wenn die sozialdemokratischen Führer 10 Prozent forderten.

Abstrakte Stellung der Endlosung und opportunistische Stellung der Teilforderungen.

In den Thesen des 5. Weltkongresses heißt es, daß Teilforderungen aufgestellt werden müssen, daß wir dabei jedoch „vom Speziellen zum Allgemeinen, von Teilforderungen zum [580] Gesamtsystem jener Forderungen schreiten müssen, die, zusammengefaßt, die sozialistische Revolution bedeuten.“ Die Zentrale hat das nicht getan. Indem sie nur gewisse Teilforderungen aufstellte, andere, die in der Richtung der Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie liegen, ablehnte und weiter die Zusammenfassung aller Teilforderungen in der revolutionären Losung: Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie! – ablehnte, verband sie die Teilforderungen nicht mit der Frage des Machtkampfes, richtete sie nicht aus auf die sozialistische Revolution. Sie stellte vielmehr einerseits abstrakt die Losung Diktatur auf und andererseits, ohne lebendigen politischen Zusammenhang, eine Reihe von Teilforderungen, wie Achtsturentag usw. Praktisch bedeutete diese Politik den plattesten Automatismus, das Warten auf den Zusammenbruch, die Ausschaltung der Partei als treibenden Faktor.

Keine Anwendung der Einheitsfronttaktik.

Es liegt auf der Hand, daß die Partei bei einer Politik, die sich einerseits mit ihren Teilforderungen im Schlepptau der SPD befindet und andererseits abstrakt die Endparolen aufstellt, keine revolutionäre Einheitsfronttaktik durchführen konnte. Sie hat denn auch faktisch keine Einheitsfronttaktik angewandt, weder im Großen noch im Kleinen. In der Kampagne für die gewerkschaftliche Einheit wurde die Anregung zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aller Parteirichtungen ausdrücklich abgelehnt. Bei den Betriebsrätewahlen im Anfang dieses Jahres bedurfte es erst wiederholter Mahnungen der Exekutive der Komintern, ehe die Partei die Taktik der Einheitsfront wenigstens in dieser Wahl bei der Kandidatenaufstellung usw. anwandte.

Versagen in der Gewerkschaftsfrage.

Es ist bei einer solchen Politik auch gar nicht verwunderlich, daß die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit auch nach dem 5. Weltkongreß, der die theoretischen Unklarheiten beseitigte, nicht über die Anfänge eines allmählichen Wiederaufbaus hinauskam. Ohne eine Politik, die, anknüpfend an die aktuellen Fragen, auf die revolutionäre Mobilisierung und Sammlung der Massen eingestellt ist, kann keine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. Ganz abgesehen davon, daß noch viel Arbeit notwendig ist zur Ueberwindung der noch immer vorhandenen antigewerkschaftlichen Tendenzen, die sich heute besonders in der Passivität der Genossen äußert, deren Ueberwindung auch in stärkstem Maße eine Frage der Politik der Partei ist.

Parlamentstätigkeit – Kommunalpolitik.

Der allgemeinen Politik und Taktik entsprach auch die Parlamentstätigkeit. Die Parlamentstätigkeit hing in der Luft. Die Obstruktion wurde von den breiten Massen außerhalb der Partei nicht ernst genommen. Gegenüber den Regierungskrisen und lange Zeit auch gegenüber der Steuerfrage wurde auch im Parlament eine Politik der Negation durchgeführt.

In den Landesparlamenten und den Kommunen wirkte sich die Politik noch schlimmer aus. In Sachsen führte sie zu einer bewußten Nichtbeachtung der großen Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie unter der Begründung: die „Linken“ sind noch schlimmer als die Rechten. In Preußen geriet unsere Fraktion mit ihrer Politik so in das Schlepptau der Deutschnationalen, daß sie zeitweise jede Obstruktion des Bürgerblocks gegen die SPD mitmachte, ohne ihr eigenes Gesicht zu zeigen. Die Partei betrieb typische Schwanzpolitik mit den Deutschnationalen.

In der Kommunalpolitik erhob die Partei das Absägen von Sozialdemokraten von ihren Posten in der Gemeinde gemeinsam mit den Deutschnationalen usw. zu einer prinzipiellen Aufgabe. Diese Aufgabe wurde nicht selten der Mittelpunkt unserer Kommunalpolitik, und in den meisten Fällen wurde sie im Schlepptau der Deutschnationalen durchgeführt, d. h. ohne auch nur das eigene Gesicht zu zeigen. Es kamen dabei die unglaublichsten Dinge vor.

Stellung zur SPD.

Da die Gefahr der proletarischen Revolution in der jetzigen Periode nicht akut ist und die Bourgeoisie vorläufig nicht an eine neue Heranziehung der SPD zur Regierungsverantwortung denkt, kann sich die Sozialdemokratie erlauben, längere Zeit als Oppositionspartei aufzutreten und eine radikalere Demagogie anzuwenden. Dadurch wird ihre Entlarvung als Partei des Verrats der Arbeiterinteressen an die Bourgeoisie schwieriger. Desto schlimmer mußte es sich auswirken, daß die Partei eine Politik machte, die der Sozialdemokratie diese Demagogie noch erleichterte, weil sie ihr in den politischen und sozialen Tagesfragen freie Hand ließ, statt sie in die Zange zu nehmen und zu entlarven. Hinzu kommt noch, daß das prinzipielle Absägen der Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen und noch manches andere, wie z. B. die Preußenpolitik, direkt Wasser auf die Mühlen der SPD waren.

Diese Politik und Taktik hat der Partei von den Massen isoliert und aktionsunfähig gemacht. Sie hat auch den Fortschritt, der in der Parteientwicklung seit dem Oktober 1923 zu verzeichnen ist, die schärfere ideologische Herausarbeitung der Rolle der Kommunistischen Partei als einziger Arbeiterpartei gegenüber der Sozialdemokratie als Partei der Irreführung proletarischer Massen im Interesse des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, gehemmt und zum Teil illusorisch gemacht.

III. Die Schwenkung.

Die monarchistische Gefahr.

Als in der Präsidentenwahl die monarchistische Gefahr in der Kandidatur Hindenburg kraß für die Arbeiterklasse in Erscheinung trat, da trat auch die Unmöglichkeit einer „Politik“ ganz kraß in Erscheinung, die im wesentlichen nur in der Propaganda (und einer schlechten) der kommunistischen Ideen bestand. Nach langem Widerstand und vielen Schwie-[581]rigkeiten kam dann nach der Wahl Hindenburgs die sogenannte Schwenkung, die in dem Offenen Brief an den ADGB und die SPD zum Ausdruck kam.

Die Schwenkung bedeutet ein vernichtendes Urteil über die voraufgegangene Politik der Partei. Sie ist zu begrüßen als der erste praktische Schritt zur Rettung der Partei vor dem Herabsinken zur Sekte.

Außere Schwenkung, aber keine innere Umstellung.

Leider muß an Hand der Tatsachen festgestellt werden, daß die Schwenkung und die neue Politik mehr äußerlich, mechanisch durchgeführt wurde und ohne eine innere Umstellung. An solchen Tatsachen sind festzustellen:

1. Sie wurde als Purzelbaum durchgeführt, ohne ernste, ja ohne jede Vorbereitung der Partei.
2. Die Mehrheit der Zentrale hat im Ringen mit den sogenannten Ultralinken, den Hütern der „Frankfurter Tradition“, welche die konsequente Fortsetzung der früheren „linken“ Politik verlangen, oft geschwankt, besonders bei der Preußenpolitik.
3. Die innere Umstellung wird selbst abgestritten durch das Gerede, es sei alles beim alten geblieben, und die Schwenkung sei nur ein taktisches Manöver.
4. Es wurden bis heute nicht die Lehren aus der Politik seit Frankfurt gezogen und eine ernste Diskussion darüber, die die Partei innerlich umgestellt hätte, wurde nicht geführt.

Was ist die monarchistische Gefahr?

Das Entscheidende hierbei ist die Tatsache, daß die wichtigsten politischen Lehren aus den Erfahrungen des letzten Jahres nicht gezogen wurden. Als einzige politische Lehre wird angegeben, daß man die monarchistische Gefahr nicht richtig erkannt habe, ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse unterschätzt habe und deshalb zu spät die Notwendigkeit von Manövern zur Entlarvung der Sozialdemokratie einsah. Was aber ist die monarchistische Gefahr, worin besteht sie? Sie besteht darin, daß die Schwerindustrie und die Großagrarien den monarchistisch eingestellten kleinbürgerlichen Massen (Bauern, Gewerbetreibende, Beamten, Teile der Angestellten usw.) Schritte in der Richtung einer monarchistischen Restauration zeigen müssen, um diese Massen an sich zu fesseln im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Da die große Bourgeoisie diesen Schichten materiell nichts bieten kann, sondern sie zur Aufbringung der Dawes-Lasten usw. ebenfalls durch Steuern, Monopolpreise, Zollwucher usw. ausplündern muß, ist das Spiel mit der monarchistischen Restauration, aufgezogen als Kampf gegen die Arbeiterklasse, der einzige Weg für die Bourgeoisie, um diese Schichten zur Festigung der Herrschaft des Großkapitals und der Durchführung seiner Politik auszunutzen. Der Monarchismus dieser kleinbürgerlichen Schichten ist der Sozialismus der dummen Leute, die enttäuscht sind durch den „Sozialismus“ der zu Füßen der Entente liegenden Inflations-Republic.

In diesem Rahmen ist ohne Zweifel eine monarchistische Gefahr vorhanden (und zwar nicht erst seit der Präsidentenwahl), und es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, die Arbeitermassen dagegen zu mobilisieren und die kleinbürgerlichen Massen über den Mißbrauch aufzuklären, der mit ihnen betrieben wird, und sie für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterschaft gegen das Großkapital zu gewinnen.

Aber es ist falsch, wenn die Partei dabei übersieht, daß die entscheidende Frage in der deutschen Politik nach wie vor die Frage ist: Wer soll die Lasten des Dawes-Paktes und der kapitalistischen „Sanierung“ tragen und wie sollen diese Lasten aufgebracht werden? Es hieße mechanisch gegen die monarchistische Gefahr kämpfen, wenn der Kampf nicht geführt wird im Rahmen des Kampfes gegen die Abwälzung aller Lasten auf die werktätigen Massen mit einem Programm für die Abwälzung aller Lasten auf die große Bourgeoisie.

Es ist oben die falsche Einstellung dargestellt worden, die die Partei in der Frage des Kampfes gegen den Dawes-Pakt hat. An dieser falschen Einstellung hat sich bisher nichts geändert. Die Lösung: alle Lasten auf die Bourgeoisie! – wurde auch jetzt noch nicht herausgegeben. Es wurde noch kein konkretes Aktionsprogramm unter dieser Sammellosung aufgestellt. Aber ohne eine Umstellung in dieser entscheidenden Frage kann die Partei die Einheitsfronttaktik nicht richtig und erfolgreich durchführen, kann sie keine Politik zur Mobilisierung der Arbeitermassen und Gewinnung der Mittelschichten machen und auf weite Sicht den Kampf gegen den Dawes-Pakt organisieren.

Das mechanische Abgeben Offener Briefe.

Es ist denn auch so, daß die Schwenkung der Partei bisher im wesentlichen in dem mechanischen Abgeben „Offener Briefe“, in einer mechanischen Anwendung der Einheitsfronttaktik in den Parlamenten (Preußischer Landtag, Kommunalparlamente) besteht. Diese „Aktionen“ wurden lediglich durchgeführt als Entlarvungstricks gegenüber der Sozialdemokratie, aber nicht im Rahmen einer Politik zur Gewinnung und Mobilisierung der Arbeitermassen, einschließlich der sozialdemo-

kratischen Arbeiter, denn eine Politik, die dazu geeignet ist, wird auch jetzt noch nicht gemacht. Bei dem Fehlen einer solchen Politik ist es auch kein Wunder, sondern war es unvermeidlich, daß der Appell der Partei an die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, zu dem „Offenen Brief“ Stellung zu nehmen, ein sehr schwaches Echo fand. Zu der Frage, was das bedeutet, sagte die Genossin Fischer selber auf dem Zentralausschuß:

„Wenn wir nicht jetzt auf der Plattform des Offenen Briefes eine Massenaktion auslösen, dann ist die ganze Sache ein parlamentarischer Kretinismus gewesen.“ (Siehe „Die monarchistische Gefahr und die KPD“, Seite 63.)

Es muß heute festgestellt werden, daß es so ist. Noch schlimmer als das Resultat des Offenen Briefes der Zentrale sieht das der Offenen Briefe aus, die in einigen Bezirken herausgegeben wurden, so daß es dort vorkam, daß die „neue Linie“ nicht nur in der Tendenz, sondern auch faktisch, nur in dem Abgeben und Veröffentlichen eines Briefes bestand. [582]

Noch immer am Schwanze der Ereignisse.

Das Fehlen einer wirklichen inneren Umstellung in der Politik der Partei zeigt sich auch darin, daß sich in der letzten Zeit in der Tagespolitik der Partei gegenüber dem früheren Zustande nichts geändert hat. In der Zollfrage hat die Partei wieder der Sozialdemokratie und den Führern des ADGB gestattet, die größere Initiative zu entwickeln, ja sie sogar im Bewußtsein breiter Arbeitermassen an sich zu reißen. Erst nachdem diese wochenlang eine wirkungsvolle demagogische Kampagne geführt hatten – natürlich sozialdemokratisch – kam die Partei mit ihrer „Offenen Anfrage“ an. Und das, nachdem sie vorher nur in der Parteipresse schlecht zur Zollfrage Stellung genommen, sich aber nicht zur Führung einer Mobilisierungskampagne in den Betrieben und Gewerkschaften eingestellt hatte. Sie hinkte also hinter den Ereignissen her, und die „Offene Anfrage“ war wieder eine mechanische Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben.

In der jetzt sehr aktuellen Steuerfrage, die mit der weiteren Entwicklung der Dawes-Zahlungen immer mehr an Bedeutung gewinnt, tut die Partei seit einiger Zeit so gut wie nichts. Vollständig versagt hat die Partei in der politischen Ausnutzung der neuen Lebensmittel-Teuerungswelle, die eng mit der Zollfrage zusammenhängt und die die Arbeiterschaft stark beschäftigt. Katastrophal wirken sich die Fehler in der Politik der Partei auch jetzt in der fast vollständigen Einflußlosigkeit auf die Massen aus, die jetzt in großen Bewegungen gegen die scharfe Unternehmeroffensive stehen. In der Kampagne für die gewerkschaftliche Einheit hat die Partei trotz vieler Anregungen auch jetzt noch nicht die Initiative ergriffen zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, die aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aller Parteirichtungen bestehen müssen. Sie hat bisher noch keine Kampagne dafür gemacht, auch nicht in Verbindung mit den aktuellen Tagesfragen und dem wirkungsvollen Bericht der englischen Delegation.

Für eine wirkliche Schwenkung

Die Partei hat also nur eine halbe, eine äußerliche Schwenkung gemacht. Sie hat die „linken“ Fehler (jetzt heißen sie ultralinke) in der Politik der Partei noch nicht erkannt und überwunden. Die Gefahr eines weiteren Rückganges des Einflusses der Partei auf die Massen besteht also auch jetzt noch. Aufgabe des Parteitages ist es, die Fehler in der Politik der Partei aufzuzeigen und aus der äußerlichen Schwenkung eine wirkliche zu machen, wenn er erreichen will, daß die Partei ihre Aufgabe in der jetzigen Periode erfüllt, **als kommunistische Massenpartei** zu bestehen und ihren Anhang und Einfluß in den Massen dauernd zu vergrößern.

IV. Was notwendig ist?

Aus dem oben Gesagten und aus der Lage in der Partei ergibt sich folgendes:

Offene Diskussion.

1. Erkennen und offene Aussprache über die gemachten und vorhandenen Fehler in der Politik und Taktik der Partei, zur Selbstverständigung und wirklichen Umstellung der Partei. Nur auf dem We-

ge einer offenen und überzeugenden Diskussion können auch die ultralinken und opportunistischen Gefahren in der Partei überwunden und die Gefahr der Fraktionsbildungen beseitigt werden.

Wahl der Funktionäre durch die Mitglieder usw.

2. Es muß Schluß gemacht werden mit der Methode der Maßregelung von Funktionären, lediglich weil sie in den Diskussionen Kritik an der Politik der Partei üben. Die wegen ihrer kritischen Stellungnahme zur Politik des letzten Jahres ausgeschlossenen Genossen müssen wieder in die Partei aufgenommen werden, wenn sie auf dem Boden der Partei stehen und sich ihrer Disziplin unterwerfen. Das sind weitere Voraussetzungen zur inneren Umstellung der Partei und Verhinderung von Fraktionsbildungen.

Aktionsprogramm.

3. Es ist die Aufstellung eines Aktionsprogramms dringend notwendig. Dieses Aktionsprogramm muß eine Plattform für die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Abwälzung der Lasten auf die werktätigen Massen und die monarchistische Reaktion sein. Seine Sammellosungen müssen sein: Kampfblock der Werktätigen zum Kampf um die Abwälzung aller Lasten auf die Kapitalisten und für die Arbeiter- und Bauernregierung! In dem Aktionsprogramm muß der Kampf gegen den Dawes-Pakt revolutionär und nicht negativ abstrakt gestellt werden. Es muß die wichtigsten Forderungen für den Kampf gegen die kapitalistische Offensive erhalten. Seine Forderungen müssen Stellung nehmen zur Lohnfrage, Arbeitszeitfrage, Zollfrage, Steuerfrage, zur monarchistischen Gefahr, zur Frage der Arbeiter-Miliz (Arbeiterwehr), zum Kampf gegen die Konzerne und Kartelle, zur Lage der Mittelschichten usw.

Nicht mechanische, sondern revolutionäre Einheitsfronttaktik.

4. Schluß mit der mechanischen, opportunistischen Anwendung der Einheitsfronttaktik und Uebergang zu einer revolutionären Anwendung, die die Arbeiter allmählich von dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer befreit und sie zu Abwehrkämpfen gegen die kapitalistische Offensive sammelt.

Vergrößerung des Einflusses in den Betrieben und Gewerkschaften.

5. Konzentrierung der größten Kraft der Partei zur Vergrößerung ihres Einflusses in den Gewerkschaften und Betrieben, was als das wichtigste Ziel in der jetzigen Periode betrachtet werden muß. Voraussetzung für einen Erfolg ist die oben dargelegte Umstellung in der Politik [583] der Partei und eine systematische und unermüdliche Arbeit. Dabei ist das größte Augenmerk auf die Eroberung der gewerkschaftlichen Funktionärposten in den Betrieben zu richten, denn die gewerkschaftlichen Funktionäre in den Betrieben sind heute von entscheidender Bedeutung für den Einfluß auf die Massen sowohl in den Betrieben wie in den Gewerkschaften.

V. Die opportunistischen und die „linken“ Gefahren.

In einer Periode zwischen zwei Wellen der Revolution sind schon objektiv die opportunistischen Gefahren groß und es ist Aufgabe der Partei, durch gründliche Schulungsarbeit und ständige Nachprüfung der Tätigkeit der Genossen in den Parteileitungen, Parlamenten, Betriebsräten usw. die Gefahr opportunistischer Abweichungen zu beseitigen.

Die heute stattfindende mechanische Anwendung der Einheitsfronttaktik lediglich als Entlarvungs-trick gegenüber den sozialdemokratischen Führern, ohne die Massen zu mobilisieren, ist an sich eine gefährliche opportunistische Abweichung. Sie steigert die Gefahr opportunistischer Schweinereien bei der Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften und besonders auf den Gebieten der Kommunalpolitik und Parlamentspolitik, die sich zu offenem Liquidatorentum verdichten können. Der Uebergang zu einer revolutionären Einheitsfronttaktik, also zur Taktik der Eroberung der Massen unter vollster Wahrung des Charakters der Partei, ist neben der Durchführung einer klaren kommunistischen Tagespolitik eine absolute Voraussetzung zur Vermeidung opportunistischer Abweichungen bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront.

In der jetzigen Periode sind die „linken“ Abweichungen, welche es der Partei unmöglich machen, eine Massenpartei zu bleiben und als kommunistische Massenpartei ihre Aufgabe zu erfüllen, nicht weniger gefährlich als die opportunistischen. Die sogenannten Ultralinken wollen die Politik des letzten Jahres konsequent weiter führen. Die Partei hat gesehen, wohin diese Politik geführt hat und heute stehen die Dinge so, daß ihre Fortführung das vollständige Herabsinken zu einer Sekte, d. h. der vollständigen Ausschaltung der Kommunistischen Partei aus der Arbeiterbewegung, bedeuten würde. Deshalb müssen diese „linken“ Tendenzen mit derselben Energie bekämpft werden wie die Gefahr opportunistischer Abweichungen, welche bei einer solchen „linken“ Politik übrigens noch größer sind als im allgemeinen.

*

Literatur.

Raummangels wegen mußten die Artikel dieser Rubrik für das nächste Heft zurückgesetzt werden. Die Redaktion.

*

Eingelaufene Bücher und Druckschriften.

(Die Redaktion behält sich die Besprechung in den nächsten Heften vor.)

„**Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918**“. 4. Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses im Auftrage des 4. Untersuchungsausschusses herausgegeben von Dr. Albrecht Philipp, M. d. R., Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, 3 Bände.

„**Warum vergessen wir so schnell?**“ Ein Wort zur Sicherheitsfrage, von Oskar Müller, Ministerialdirektor z. D. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1925, 46 S.

„**Geschäftsbericht der deutschen Reichsbahn über die Rechnungsjahre 1923-1924**“, Berlin 1925, 88 Seiten.

Dr. Karl Kramarsch: „**Die russische Krisis**“, Geschichte und Kritik des Bolschewismus, Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von Alfred Schebek. Verlag von Dunker u. Humblot, München und Leipzig 1925, 689 Seiten.

Hugo Schüßler: „**Die praktische Lösung der sozialen Frage**“. Hugo Schüßler-Verlag, Berlin 1925, 155 Seiten.

„**Gegen das Steuerunrecht**“. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des ADGB, des Afa-Bundes und des ADB, Berlin 1925, Verlagsgesellschaft des ADGB. 124 Seiten.

Edo Fimmen: „**Weltlage und Proletariat**“, Referat über die internationale Lage in den Gewerkschaften, gehalten in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells zu Basel. Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 31 Seiten.

Ernst Thälmann: „**Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse**“, Referat auf dem 10. Parteitag der KPD. Vereinigung Intern. Verlagsanst. Berlin, 46 Seiten, Preis 30 Pfg.

„**Die Reorganisation der KPD.**“ Das neue Organisationsstatut der Partei. Verein. Intern. Verlagsanst. Berlin 1925, Preis 20 Pfg.

„**Der internationale Jugendtag**“, Rüstzeug Heft 15. Verlag der Jugend-Internationale, Wien 7, 87 Seiten, Preis 60 Pfg.

[584] „**Die Konferenz der Kommunistischen Jugendverbände Europas im Juli 1925 in Berlin**“, Resolutionen und Beschlüsse. Verlag der Jugendinternationale, Wien, 61 Seiten.

„**Schriftwechsel zwischen der Roten Sportinternationale und Luzerner Sportinternationale**“, herausgegeben im Auftrage der RSI, Berlin-Neukölln, 28 Seiten.

„**Vom Bürgerkrieg**“, 3. Jahrgang, Heft 8, Wien, September 1925.

„**Cahiers du Bolchevisme**“, Organe théorique du Parti Communiste française, Nr. 27. 15. Sept. 1925.

N. Bucharin: „**Ueber die Bauernfrage**“, Rede vor der Erw. Exekutive April 1925, Verlag Carl Hoym Nachf., 58 Seiten.

Wjaceslaw Polonski: „**Bakunin**“, 3. Band: Bakunin – der Romantiker, 2. Aufl., Staatsverlag, Moskau-Leningrad 1925 (russisch).

„**Material zur Biographie N. Bakunins**“, herausgegeben von W. Polonski, 1. Band, Staatsverlag, Moskau-Leningrad, 1925 (russisch).

„**Presse und Revolution**“, Zeitschrift für Literatur, Kunst, Kritik und Bibliographie, 4. Heft, Staatsverlag, Moskau-Leningrad (russisch).

„**Lehrer wacht auf!**“, herausgegeben und verlegt vom Vorstand des sozialistischen-dissidentischen Lehrerkampfbundes, Berlin.

*

Druckfehlerberichtigung.*

In der Besprechung des Buches „Ford oder Marx“ vom Gen. Walcher ist ein Druckfehler unterlaufen. Auf Seite 513 rechte Spalte, Zeile 4 von oben, soll es bei der Angabe des Anlagekapitals und Vermögens des Ford-Trusts statt 1 Milliarde Goldmark richtig heißen: 1 Milliarde Dollar.

Außerdem sei, obwohl es selbstverständlich ist, nachgetragen, daß es auf Seite 514, rechte Spalte, Zeile 41, von unten richtig heißen muß: „... mit einer mystischen Notwendigkeit, den zu akkumulierenden Mehrwert nur außerhalb des nicht kapitalistischen Milieus zu realisieren ...“

Ein weiterer Flüchtigkeitsfehler befindet sich auf Seite 614, linke Spalte, 21. Zeile von unten, wo es natürlich heißen muß: „... von der notwendigen Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts ...“

[585]

* Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 8 * Berlin, den 15. Oktober 1925 * Heft 10

Klarheit und Arbeit!

* Die Geschichte unserer Partei ist reich an Erschütterungen und aufrüttelnden Episoden. Aber niemals vorher ist die Partei so durchgerüttelt worden, wie durch den Ekki-Brief. Das liegt nicht an der Schärfe der Kritik, an der Rücksichtslosigkeit der Sprache, sondern daran, daß im rechten Augenblick, an einem Punkte der Entwicklung, wo die Partei unzweideutig einen Weg weg von der Komintern und weg von den Massen nahm, dieser Brief erschienen ist. Stritt man sich beim Erscheinen des Briefes noch darüber, ob die Linie der Partei, wie sie auf dem Frankfurter Parteitag festgelegt worden ist, beibehalten werden müsse, ob nur praktische Fehler zu korrigieren seien, so begreift heute jedes Parteimitglied, daß eine solche Fragestellung sinnlos geworden ist. Die Probleme, die durch den Brief aufgerissen worden sind, sind so bedeutend, daß jeder begreift, daß die notwendigen Korrekturen wirklich und tatsächlich eine Kursänderung der Partei ergeben müssen. Die ultralinken „Führer“ vom Schlage Scholems werden diesen Satz mit Begeisterung lesen. Denn für sie bedeutet jede Kursänderung, die von Frankfurt weg und über Frankfurt hinausführt, eine Kursänderung nach rechts, zum Opportunismus hin. Sie begreifen nicht oder wollen nicht begreifen, daß eine Partei mit junger, wenn auch reicher Erfahrung und mit der ungeheuren Belastung der sozialdemokratischen Vergangenheit eine Kursänderung nach links, d. h. zum Bolschewismus, nimmt, nehmen kann bei gleichzeitiger Ueberwindung einer nichts als leeren revolutionären Phraseologie. Und wenn einige rechte Genossen die Ueberwindung der schweren Fehler von Frankfurt und seit Frankfurt nur von der Rückwärtsorientierung erwarten, dann begehen sie, wenigstens in diesem Punkt, denselben Fehler wie die Ultralinken: nämlich die Zeit seit Frankfurt nicht als die Zeit einer Entwicklung der Partei, sondern nur des Abgleitens der Partei auf einen falschen Weg zu betrachten.

Die Fehler des Frankfurter Parteitages und vor allem die Fehler, die seit dem Frankfurter Parteitag in steigendem Maße gemacht worden sind, sind zweifellos ungeheuer groß. Und es ist richtig – wie schon gesagt – daß diese Fehler einen Grad erreichten, die den Bestand der Partei als einer kommunistischen Partei bedroht; aber gleichzeitig wuchsen in der Partei die Kräfte, um die Fehler zu überwinden, um möglichst alle Lehren, die sich aus diesen Fehlern ergeben, zu ziehen, um in enger Anlehnung an die Komintern die Partei für ihre Aufgaben stärker und fähiger zu machen.

Es sollten in diesem Zusammenhang nicht alle Fehler der Parteileitung seit Frankfurt aufgezeigt werden. Aber die nachfolgende Skizzierung der nächsten praktischen Aufgaben der Partei macht es notwendig, auf einen Fehlerkomplex näher einzugehen.

[586] Der Frankfurter Parteitag stellte sich prinzipiell, wenn auch in unzulänglicher Formulierung, auf den Boden der Einheitsfronttaktik. Heute muß man feststellen, daß das prinzipielle Anerkennen der Einheitsfronttaktik keiner wirklichen Erkenntnis vom Sinn und der Bedeutung dieser Taktik entsprach. Und es sei hier auch gleich hinzugefügt, daß auch die Rechten in der Partei, die die Politik der Partei seit Frankfurt kritisierten, in ihrer Kritik das Wesentliche nicht getroffen haben.

Die Nichtdurchführung der Einheitsfronttaktik beruht auf zwei Fehlerquellen: auf der mangelhaften Erkenntnis und auf den Hemmungen infolge der inneren Parteilage. Die Genossin Ruth Fischer entschuldigte alle Fehler, die unter ihrer Führung gemacht worden sind, mit Berufung auf diese inneren Parteihemmungen. Das ist ein Irrtum und zwar ein Irrtum, der beweist, daß die Genossin Ruth Fischer den Umfang des ganzen Problems noch nicht begriffen hat. Diese inneren Hemmungen in der Partei, denen gegenüber die Parteileitung nicht mit genügender Energie aufzutreten wagte, haben ganz gute Ansätze in den Anfängen stecken lassen. Wir erinnern nur an den Januar-Zentralausschuß, wo auf eine verhältnismäßig richtige Deklaration keine einzige praktische Tat folgte. Noch schlimmer war es, daß infolge solcher Hemmungen innerhalb der Partei gezaudert wurde, trotz richtiger Erkenntnis, die notwendigen Aufgaben richtig zu stellen. Dafür ist charakteristisch die Ablehnung der Parole: Abwälzung der Dawes-Lasten auf die Bourgeoisie! nach der Annahme des Dawes-Gutachtens. Hier verhinderte die Furcht, das Prestige der Rechten zu stärken, die frühzeitig diese Parole herausgegeben hatten, die Uebernahme dieser Parole.

Aber nicht in fehlerhaften Parolen oder in der nicht rechtzeitigen Aufstellung von Parolen ist die Hauptursache für die Nichtdurchführung der Einheitsfronttaktik zu suchen, sondern in dem Nichtbegreifen des Wesens der Einheitsfronttaktik selbst. Es wäre sicher besser gewesen, statt über die Einheitsfronttaktik von unten und von oben oder über den 3. Weltkongreß zu philosophieren, die Frage nach dem Wesen der Einheitsfronttaktik zu stellen.

Es handelt sich bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik nicht nur um unsere Arbeit in den proletarischen Organisationen, nicht nur um das Aufstellen von konkreten Parolen, deren Sinn jedem einfachen Arbeiter klar ist, sondern um das Gesamtverhältnis der Partei zu den proletarischen Massen. Und wenn wir uns zu den Massen wenden, dann müssen wir uns in erster Linie zu den ausschlaggebenden Massen wenden, d. h. zu den politisch interessierten und aktiven Massen. Deshalb ist es wichtig festzustellen, daß unsere Einheitsfronttaktik eine Taktik unseres Gesamtverhaltens gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern in erster Linie darstellt. Darüber hinaus freilich wenden wir uns an das Gesamtproletariat (und an die Bauern und an das Kleinbürgertum); aber nie und nimmer darf unsere Taktik sich bestimmen lassen von unserem Verhältnis zu den parteilosen Massen. Sondern wir müssen verstehen lernen, daß unser Ringen um die sozialdemokratischen Arbeiter einschließt auch die Aufrüttelung und Gewinnung der parteilosen Massen.

Von dieser Bedeutung der Einheitsfronttaktik hatten wir in Frankfurt und nach Frankfurt noch wenig begriffen. Alle Gruppierungen innerhalb der Partei blieben an der Oberfläche der Einheitsfronttaktik. Sie alle erkannten nicht, daß es sich nicht nur handelt um die richtige und rechtzeitige Wahl von Parolen, sondern um eine solche Methode unseres Handelns, die in jedem Augenblick uns als die wirklichen und entschiedenen Verfechter der Interessen der ausgebeuteten Schichten gerade in den Augen der aktivsten Arbeiter und zwar im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei, zeigt. Zu einem solchen Handeln gehört freilich zweierlei: [587]

1. die unbedingte klare Erkenntnis von der Rolle der Partei auf der einen und der Rolle der SPD auf der anderen Seite, ferner die unbedingte klare Erkenntnis von der Notwendigkeit des Bestandes einer Kommunistischen Partei als der Voraussetzung der Organisation und Durchführung der Revolution überhaupt.
2. gehört dazu ein festes Vertrauen in die Kraft der eigenen Partei und ein ebenso festes Vertrauen in die Entwicklungsmöglichkeiten, in die potenziellen Kräfte des Proletariats.

II.

Man hatte vor dem Berliner Parteitag die Frage aufgeworfen, ob die Partei nicht nach dem Muster des Erfurter Programms ein Minimalprogramm, aufstellen solle. Die Genossen, die für ein Minimalprogramm plädierten, verkannten nicht nur die Lage des Kapitalismus (Stabilisierung aber keine Stabilität), sondern sie verkannten gleichzeitig den Charakter der Einheitsfronttaktik, d. h. die Abhängigkeit unserer Forderungen nicht nur von der Lage des Kapitalismus und der äußeren Lage des Proletariats, sondern auch vom inneren Zustand des Proletariats und der Stärke der Partei. Lehnen wir auch ein Minimalprogramm ab, so brauchen wir doch zur Durchführung unserer Aufgaben ein System von Minimalforderungen, das aber nicht starr ist, sondern entsprechend den Veränderungen in der Situation und innerhalb des Proletariats geändert werden muß.

Das Schwergewicht unserer Arbeit muß dort hingelegt werden, wo augenblicklich die größte Schwäche des Proletariats und unsere eigene größte Schwäche vorhanden ist: in die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind in der gegebenen Situation die größte Schwäche für das deutsche Proletariat, 1. weil nur eine Minderheit der deutschen Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist und 2. weil die jetzige Führung der Gewerkschaften diese Arbeiterorganisation nicht nur nicht zu einem Instrument des Klassenkampfes macht, sondern zu einem Instrument für die herrschende Klasse, wenn auch in dem Sinn der Abschwächung des fundamentalen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Unsere Schwäche beruht in der relativen Einflußlosigkeit selbst innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Minderheit der deutschen Arbeiterschaft. Unsere zentrale Aufgabe, auf die wir wirklich das Schwergewicht unserer Arbeit legen müssen, besteht darin, durch unsere aktive Mithil-

fe an der Ueberwindung der fundamentalen Schwäche der deutschen Arbeiterschaft unsere eigene Schwäche in den Gewerkschaften zu überwinden. Unsere seitherige Arbeit in den Gewerkschaften war in der Hauptsache eine negative: Kampf gegen den Reformismus, Ueberwindung der reformistischen Bürokratie. Auch diese Aufgabe ist eine positive, wenn sie verbunden wird mit unserem unbedingten Willen, die gewerkschaftliche Organisation zu stärken. Sie war deshalb eine negative, weil wir diese Seite unserer Gewerkschaftsarbeit sehr schlecht oder gar nicht begriffen haben, weil wir nur kritisierten, weil wir oft zu Unrecht kritisieren, indem wir die Schwäche der Gewerkschaften, die aus der Tatsache, daß zwischen 65 und 75 Prozent der deutschen Arbeiter nicht organisiert sind, hervorgeht, unberücksichtigt ließen, stießen wir nicht nur die sozialdemokratischen Gewerkschafter zurück, sondern wir ermüdeten unsere eigenen Genossen in ihrer Gewerkschaftsarbeit. Es gibt schlechte Führer, die solche Erscheinungen auf die „Passivität der Arbeiter“, auf das „Zurückziehen der Proleten vom Alltag“, auf das „Soldatenspielen, um sich eine nahe Revolution vorzutäuschen“ berufen, um ihre eigenen Fehler zu entschuldigen. Das ist eine schlechte Methode. Wir müssen heute begreifen, daß es die Inhaltlosigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit war, die die Aktivität unserer Genossen lahmlegte, die dazu führte, daß – trotz aller [588] leeren Phraseologie – noch nicht einmal fünf Prozent der gesamten Parteiarbeit auf die Gewerkschaftsarbeit verwendet wurde.

Um dem Gesamtproletariat zu dienen, müssen wir alle unsere Kräfte einspannen für die Stärkung der Gewerkschaften. Dieser Dienst für das Proletariat ist Dienst für die Partei. Deshalb fordern wir von der Partei die sofortige Einleitung einer umfassenden und lang andauernden Kampagne der Werbung für die Gewerkschaften. Das Ziel dieser Kampagne muß sein: neun Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter! Das Ziel für jeden Betrieb: hundertprozentige gewerkschaftliche Organisation im Betrieb! Wenn die Partei es versteht, ihre Mitglieder für diese gewaltige Aufgabe zu mobilisieren und zu begeistern, dann wird es möglich sein, auch die sozialdemokratischen Arbeiter für diese Arbeiten mit einzuspannen. Gemeinsame Werbeausschüsse in den Betrieben mit den sozialdemokratischen Arbeitern müssen aus dieser gemeinsamen Arbeit folgen. Hier ist der Weg, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und neues Vertrauen zu erwerben. Selbstverständlich ist unsere Gewerkschaftsarbeit damit nicht erschöpft. Wir müssen bestrebt sein, in engste Fühlung zu kommen mit allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die gegen die Politik des ADGB revoltieren. Wir müssen versuchen, die gewerkschaftliche Opposition, die in Breslau sehr jämmerlich aufgetreten ist, zu sammeln, ihr Richtung und Entschlossenheit zu geben. Im Vordergrund der Lösungen für diese Sammlung steht der Zusammenschluß der Gewerkschaften in Industrieverbände entsprechend dem Zusammenschluß innerhalb der Kapitalisten. Das englische Beispiel, der „Rote Freitag“, ist eine glänzende Illustration, um diese Forderung wirklich populär zu machen. Eine zweite Hauptlösung ist: Einheit der Arbeiterklasse, keine Zerreißen in 15 bis 20 Lohnklassen. Ein Verband für die gleiche Industrie, die Einheitlichkeit innerhalb des Verbandes! Engstes Kampfbündnis der Industrieverbände miteinander! Ferner müssen wir fordern: die Sache der Erwerbslosen, das ist die Sache der Gewerkschaften. Die Erwerbslosen dürfen nicht der staatlichen oder privaten Mildtätigkeit anheim fallen, sondern die Gewerkschaften haben für das Recht eines jeden Arbeiters auf Arbeit der auf einen Lebensunterhalt, der dem der in Arbeit stehenden Arbeiter entspricht, zu kämpfen. Selbstverständlich bleiben unsere Forderungen auf den Achtstundentag, auf höhere Löhne, gegen das Akkord- und Prämiensystem usf. vollauf bestehen.

III.

Der Ekki-Brief hat mit Recht festgestellt, daß die Parteileitung nicht imstande war, die Veränderung innerhalb des deutschen Proletariats rechtzeitig zu erkennen. Zur selben Zeit, da in den Massen der deutschen Arbeiterschaft eine Loslösung von den Illusionen über die Auswirkung des Dawes-Gutachtens sich vollzog, klagten wir über die Passivität und Stumpfheit der Proleten. Die sozialdemokratischen Arbeiter sahen nicht nur, wie die Volksblockbrüder, Zentrum und Demokraten, mit wehenden Fahnen in das Lager der reaktionären Bourgeoisie abmarschierten, sie erlebten auch am eigenen Leibe die positiven Auswirkungen des Dawes-Gutachtens in der Form einer weiteren Senkung des Reallohnes, eines verstärkten Drucks in den Betrieben und einer allgemeinen politischen Entrechtung. Infolgedessen entstand eine breite Bewegung in der sozialdemokratischen Arbeiter-

schaft, die sich bei ihren aktivsten Teilen, den sozialdemokratischen Reichsbanner-Mitgliedern, am stärksten Luft machte. Wir haben diese Bewegung innerhalb des Reichsbanners nur ganz unsystematisch; auszunutzen verstanden. Schlimmer noch war es, daß wir nicht sahen, wie die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft, vor allem innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, gegenüber Sowjetrußland umschlug. Zur Zeit der Macdonald-Regierung in England, der Herriot-Regierung in Frankreich, hofften die sozialdemokratischen Arbeiter auf eine wirkliche Befreiung Europas, sie glaubten an die Möglichkeit eines systematischen Wiederaufbaus der Wirtschaft und damit an eine allgemeine Besserung ihrer Lage. Der rasche Zusammenbruch der „pazifistischen Aera“, die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland machten die Arbeiter empfänglicher für die Beobachtung der Entwicklung im Osten, in Sowjetrußland. Wir haben diese Aenderung der Einstellung der sozialdemokratischen Arbeiter auch dann noch nicht bemerkt, als sich die sozialdemokratische Führung veranlaßt sah, ihre Feindschaft gegen Sowjetrußland in weniger brutaler Form oder überhaupt ganz verschleiert zum Ausdruck zu bringen. Als dann auf Anregung der russischen Gewerkschaften der Gedanke der Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland in die Betriebe geworfen wurde, erlebten wir die Ueberraschung, daß alle Arbeiter, und voran die sozialdemokratischen Arbeiter, diese Anregung fast begeistert aufgriffen.

Wir müssen den Versuch machen, die Neuorientierung der sozialdemokratischen Arbeiter nach dem Osten viel intensiver und vor allen Dingen viel stetiger auszunutzen. Wir müssen es verstehen, den Arbeitern wirklich eine klare Gegenüberstellung der verschiedenen Entwicklung im kapitalistischen Deutschland und im Rußland der Arbeiter und Bauern zu übermitteln.

Wie ist die Lage in Deutschland?

1. Allgemeine Stagnation;
2. die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft bleibt;
3. das ausländische Kapital (vor allem das amerikanische Kapital) dringt rasch vor;
4. Deutschland gerät nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in die Abhängigkeit des anglo-amerikanischen Kapitals;
5. der Lohnstandard der Arbeiterschaft sinkt bei gleichzeitiger Verschärfung des Drucks in den Betrieben;
6. die Belastung der Arbeiterschaft durch den Staat wird gewaltig gesteigert (neue Steuern, Zölle);
7. keine Abhilfe der Wohnungsnot, Abbau der sozialen Fürsorge, grauenhaftes Erwerbslosenelend.

Dagegen in Sowjetrußland:

1. Stetige und beschleunigte Entwicklung; die Produktion erreicht im kommenden Wirtschaftsjahr fast das Vorkriegsniveau;
2. das Vordringen der planmäßigen sozialisierten Wirtschaft überwindet die Krisen;
3. stetige und beschleunigte Entwicklung ohne ausländische Kredite. Fernhalten jedes bestimmenden Einflusses des ausländischen Kapitals auf die entscheidenden Gebiete der Produktion;
4. Wachsen des Einflusses Sowjetrußlands auf die unterdrückten Völker Asiens, vollständige Unabhängigkeit von den imperialistischen Siegerstaaten;
5. langsames aber stetiges Steigen des Lohnniveaus;
6. umfassende Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. Rascher Ausbau der sozialen Fürsorge. (Bereits glänzende Kinderfürsorge, Fürsorge für Wöchnerinnen usw., Villen und Schlösser der Kapitalisten und des Adels als Arbeitererholungsheime.)

Die Berichterstattung der Arbeiterdelegierten war der erste Anfang, um der deutschen Arbeiterschaft diese verschiedenartige Entwicklung klar zu machen. Wir müssen auch diese Arbeit systematisieren und zu einer stetigen machen.

In diesem Zusammenhang müssen wir die Bedeutung der Konferenz von Locarno und des sogenannten Sicherheitspakts den Arbeitern erklären. [590] Wir müssen zeigen, daß die treibende Kraft für den Sicherheitspakt das englisch-amerikanische Kapital ist, das eine Weltkoalition der kapitalistischen Staaten, die Niederringung Sowjetrußlands zu erreichen versucht. Wir müssen zeigen, daß der Sicherheitspakt nicht nur jegliche Selbständigkeit Deutschlands vernichtet, sondern einer der wichtigsten Schritte zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges bedeutet.

Wir müssen den deutschen Arbeitern zeigen, daß sich gegen diese verbrecherische Absicht der Kapitalisten und ihrer Regierungen die Arbeiter der wichtigsten Länder wehren. An der Erstarkung des Klassenkampfes, an der wachsenden Hingebung der Arbeiter für Sowjetrußland in Frankreich und vor allen Dingen in England, müssen wir den Mut und die Entschlossenheit der deutschen Arbeiter entzünden. Unsere nächsten Parolen lauten:

Hände weg von Sowjetrußland!

Internationale gewerkschaftliche Einheit!

Gegen den Westpakt, der eine Vorbereitung zum Krieg und nicht, wie die sozialdemokratischen Führer es sagen, einen Schritt zur Befreiung der Welt darstellt!

Für ein engstes Bündnis mit Sowjetrußland!

IV.

Innenpolitisch müssen wir in vorderster Linie den Kampf gegen die Teuerung führen. Als Maßnahmen müssen wir proklamieren:

Sofortige Beseitigung der Lebensmittel- und Industriezölle,

Zwangmaßnahmen gegen die Verteuerung durch den Großhandel,

Beseitigung der Gewerbesteuer und der übrigen Belastung des Kleinhandels,

Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer und jeder anderen Belastung,

staatliche Unterstützung der Konsumvereine,

direkte Verbindung der Konsumvereine mit den Bauernverbänden,

direkte Verbindung der Konsumvereine mit den russischen Außenhandelsstellen zwecks direkter Belieferung mit Getreide, Vieh und anderen Lebensmitteln aus Sowjetrußland,

Zur Unterstützung der Klein- und Mittelbauern schlagen wir vor:

Staatliche Subventionen zur Verbilligung der Dünger, des Saatguts und landwirtschaftlicher Maschinen.

Langfristige billige Kredite.

Steuernachlaß.

Beseitigung des Pachtzinses und Befriedigung des Landhungers der klein- und mittelbäuerlichen Schichten.

Staatliche Unterstützung der klein- und mittelbäuerlichen Produktion und Konsumvereine.

Unter der Parole: Abwälzung der Dawes-Lasten auf die Bourgeoisie! müssen wir kämpfen:

gegen Agrar- und Industriezölle,

für die Beseitigung aller den Massenkonsum, belastenden Steuern, insbesondere

Abschaffung der Umsatzsteuer,

Aufhebung der Steuern auf Zucker, Salz, Bier und Tabak,

Beseitigung der Lohnsteuer,

Beseitigung der Hauszinssteuer,

[591] Einkommensteuerfreies Existenzminimum in Höhe von 3000 Mark, zuzüglich je 400 Mark für jede Person, zu deren Unterhaltung der Steuerpflichtige gesetzlich verpflichtet ist.

Für scharfe progressive Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen,

Einziehung aller Erbschaften und Nachlässe über 50.000 Mark,

Beschlagnahme der dynastischen Vermögen,

Wegsteuerung der Inflationsgewinne.

Endlich müssen wir den Kampf führen gegen die monarchistische Reaktion. Unsere Forderungen lauten:

Entlassung aller monarchistischen Beamten,

Auflösung der Reichswehr – Schaffung einer Miliz aus der werktätigen Bevölkerung,

Entmilitarisierung der Polizei – völlige Koalitionsfreiheit und freie Wahl der Vorgesetzten,

Auflösung der monarchistischen Kampfverbände.

Ferner müssen wir kämpfen gegen den Skandal der deutschen Klassenjustiz. Wir fordern:

Entlassung aller reaktionären Richter und Strafvollzugsbeamten,

Aenderung des Strafrechts und Ausbau entsprechend den Interessen der Werktätigen,

Reform, des Strafvollzuges,

Beseitigung des Republikschubgesetzes und des Staatsgerichtshofes,

Beseitigung der Paragraphen 218 und 219,

Vollamnestie und Niederschlagung der Verfahren bei allen politischen Vergehen,

bei allen aus wirtschaftlicher Not begangenen Vergehen,

bei allen Vergehen gegen Paragraph 218.

Gegenüber der Produktionssabotage und der Produktionsanarchie der kapitalistischen Wirtschaft muß der Kampf organisiert und geführt werden:

gegen die Schließung von Betrieben und Arbeiterentlassungen, für staatliche Kredite, für die Fortführung stillgelegter Betriebe, für Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und Arbeiterorganisationen,

für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte,

für Außenhandelsmonopol unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der Abschluß des Garantiepakts, der in Wirklichkeit ein Kriegspakt gegen das internationale Proletariat, gegen Sowjetrußland ist, muß durch eine breit angelegte Kampagne für die Ostorientierung der deutschen Wirtschaft beantwortet werden, Gleichzeitig müssen alle Kräfte für den Sturz der Luther-Stresemann-Regierung, die diesen Todespakt unterzeichnet hat, mobilisiert werden.

Die hier skizzierten Aufgaben kann die Partei nur lösen, wenn ihr Fundament fest in den breiten Massen der Arbeiterschaft verwurzelt ist. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen muß mit der größten Energie in Angriff genommen werden. Gleichzeitig muß eine große Werbekampagne zur Gewinnung neuer breiter Arbeitermassen für die Partei und Zehntausender neuer Leser für die kommunistische Presse durchgeführt werden.

Im Geiste Lenins an die Arbeit! Nur dann wird die Partei vorwärts marschieren.

[592]

Die Aussichten der Volkswirtschaft Sowjetrußlands für 1925/26.

Von N. L-r.

Die Frage, ob die Volkswirtschaft der ersten sozialistischen Republik sich vorwärts entwickelt und ob diese Entwicklung in der Richtung des Sozialismus verläuft, ist von größtem Interesse für jeden klassenbewußten Arbeiter Europas. Die beste Beantwortung dieser Fragen ist in Zahlen zu finden. Eine spezielle Kommission, gebildet aus überwiegend parteilosen russischen Wirtschaftsgelehrten, hat kürzlich im Auftrage des „Gosplan“ die Voranschlagsziffern der zentralen Wirtschaftsorgane überprüft und sie in einem von ihm gutgeheißenen Memorandum zusammengefaßt. (Der „Gosplan“ ist eine Institution, die die Tätigkeit der einzelnen zentralen Wirtschaftsorganisationen reguliert, die Erfahrungen der Vergangenheit sichtet und zusammenfaßt, sowie die Richtlinien für die Zukunft festlegt.)

In ihrer Arbeit hatte die Kommission außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden, denn noch niemals im Laufe der Geschichte hat ein Staat einen Plan für die gesamte Volkswirtschaft seines Landes entworfen – aus dem einfachen Grunde, weil überall der Kapitalismus herrscht, der im Grunde genommen, eine anarchistische Wirtschaftsordnung ist. Daher können die von der Kommission gezogenen Schlüsse keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben, aber sie bieten alles, was die Wissenschaft an Voraussicht der wirtschaftlichen Perspektiven der sozialistischen Republik leisten kann.

Was zeigen uns diese Zahlen?

I. Produktion.

Im Jahre 1925/26 beträgt der Wert der Rohproduktion der Landwirtschaft 11.436 Millionen Rubel, auf den Ackerbau entfallen hiervon 10.236 Millionen Rubel. Im Vergleich zum Jahre 1913 (das eine ausnehmend reiche Ernte hatte), ist dies ein Stand von 89 Prozent für die gesamte Landwirtschaft und 87 Prozent für den Ackerbau.

Im Vergleich zum Vorjahre (1924/25) wird die Produktion des Ackerbaus um 26 Prozent steigen, d. h. um mehr als ein Viertel. Berücksichtigt man nur die Hauptgetreidearten, so beträgt die Steigerung fast die Hälfte (49 Prozent) und erreicht 79 Prozent der Vorkriegszeit. Die Produktionsziffern der technischen Kulturen werden die vorkriegszeitlichen übersteigen.

Was die Industrie anbelangt, so liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Gegen Ende des Bürgerkrieges, vor der Einführung der NEP, ist die Großindustrie auf ein Sechstel der vorkriegszeitlichen Produktion gesunken. Der Aufschwung, der mit der NEP einsetzte, brachte die Industrie bereits im Jahre 1923/24 auf 46 Prozent der vorkriegszeitlichen Produktion, im Jahre 1924/25 auf 70 Prozent, im Jahre 1925/26 werden es 94 Prozent sein, d. h. das vorkriegszeitliche Niveau wird fast erreicht sein.

Die absoluten Zahlen^{*)} bieten folgendes Bild:

1913	5.620	Millionen	Rubel
1923/24	2.570	"	"
1924/25	3.950	"	"
1925/26	5.280	"	"

[593] Doch Zahlen, die sich auf die Entfaltung der Industrie als Ganzes beziehen, sind für die Charakteristik des Wiederherstellungsprozesses ungenügend. Wir müssen diesen Prozeß nach drei Richtungen hin betrachten: a) Großbetriebe allgemein staatlicher Bedeutung (sogenannte „Kommandohöhen“ der Industrie), b) minderbedeutende Großbetriebe, die den lokalen Volkswirtschaftsräten unterstehen, und c) staatliche, private und genossenschaftliche Kleinbetriebe. Für diese drei Gruppen ergeben sich folgende Zahlen:

^{*)} Wo nicht anders vermerkt, sind die Werte in Vorkriegsrubeln ausgedrückt.

Allgemeiner Produktionszuwachs	34	Prozent
Gruppe A	48	"
Gruppe B	26	"
Gruppe C	8	"

Somit entwickelt sich die Großindustrie rascher als die Industrie als Ganzes (48 Prozent gegen 34 Prozent).

Das Jahr 1925/26 wird im Zeichen eines gewaltigen Aufschwunges der Produktionsmittel produzierenden Industriezweige stehen. Die Grundlage des bisherigen Aufschwunges haben bekanntlich Industrien gebildet, die Gebrauchsgegenstände produzierten. Im nächsten Wirtschaftsjahr aber entfällt der größte Zuwachs auf: Manganerz (141 Prozent), elektrotechnische Industrie (73 Prozent), Glasindustrie (71 Prozent), Kautschukindustrie (67 Prozent), Metallindustrie (63 Prozent). Die letztere hat z. B. im Jahre 1924/25 die Hälfte der Vorkriegsnorm nur wenig überschritten (55 Prozent), im Jahre 1925/26 aber wird sie das Vorkriegsniveau fast erreichen (90 Prozent).

Besonders muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß die Produktion von Heizmaterialien und elektrischer Energie die Vorkriegsnorm übersteigen wird. Die Produktion des elektrischen Stromes wird sogar das Vierfache der Vorkriegszeit erreichen. Die ganze Bedeutung dieser Erscheinung wird uns klar, wenn wir an das berühmte Wort Lenins denken: „Der Sozialismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“.

Der Wert der Gesamtproduktion des Landes (Landwirtschaft und Industrie) wird im Jahre 1925/26 18,1 Milliarden Rubel erreichen. Dies bedeutet einen Zuwachs von 28 Prozent im Vergleich zu 1924/25 und 90 Prozent der Produktion von 1913. **Noch ein solches Wirtschaftsjahr – und die Volkswirtschaft der USSR wird die Vorkriegsnorm überholen.** Mit anderen Worten: **im 10. Jahr der proletarischen Diktatur wird unser Land nicht nur die Wunden des imperialistischen Bürgerkrieges geheilt haben, sondern das Rekordjahr der Vorkriegszeit überflügeln.**

Dies ist die beste Antwort, die den Verleumdern von der Art Kautsky zuteil werden kann.

2. Warenmenge und Preisbewegung.

In einem Land mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung befindet sich die Menge der umlaufenden Waren in engstem Zusammenhang mit dem Tempo des Prozesses, der die Erzeugnisse der Landwirtschaft auf den Markt bringt, zu Waren macht. Dieser Prozeß, in dem die Wiederherstellung der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt, vollzieht sich im Laufe der letzten Jahre in immer rascherem Tempo. Im Jahre 1925/26 wird die aus der Landwirtschaft stammende Warenmenge im Vergleich zum Vorjahre um 27 Prozent steigen (3.639 Millionen Rubel gegen 2.857 Millionen Rubel). Während die Warenmenge des Jahres 1924/25 64 Prozent der Vorkriegszeit betrug, wird sie im Jahre 1925/26 81 Prozent betragen. Die gesamte Warenmenge des Landes wird in diesem letzten Jahre 9.149 Millionen Rubel gegen 7.307 Millionen Rubel des Vorjahres betragen, d. i. eine Steigerung von 25 Prozent gegen das Vorjahr und 79 Prozent der vorkriegszeitlichen Warenmenge.

[594] Was die Preise anbetrifft, so bieten sich für das Jahr 1925/26 folgende Aussichten: der allgemeine Preisindex wird um 8,3 Prozent sinken, derjenige für Industrieerzeugnisse um 9 Prozent, der landwirtschaftliche um 8 Prozent. Der größte Preisrückgang wird in der Kautschukindustrie stattfinden (über 20 Prozent), ferner im Steinkohlen-Bergbau (über 10 Prozent) und in der Metallindustrie (ebenfalls über 10 Prozent).

3. Frachtverkehr und Transport.

Das Anwachsen der Warenmenge bedingt eine größere Inanspruchnahme des Transportes. Die Steigerung des Frachtverkehrs wird im Jahre 1925/26 sowohl absolut als auch relativ bedeutender sein als im Vorjahre. Sie betrug im Jahre 1924/25 460 Millionen Pud (etwa 11 Proz.), im Jahre 1925/26 aber wird eine Steigerung von 1.524 Millionen Pud eintreten, d. i., **absolut genommen, mehr als das Dreifache der Steigerung im Vorjahr.** Der Frachtverkehr des Jahres 1925/26 wird damit den des Vorjahres um 33 Prozent übersteigen. Im Verhältnis zum Jahre 1913 wird der Frachtverkehr des Jahres 1925/26 80 Prozent betragen.

Mit Rücksicht auf die Steigerung des Frachtverkehrs sind ausgedehnte Wiederherstellungsarbeiten, die Herstellung einer großen Anzahl von Betriebseinheiten usw. in Aussicht genommen. Die Kommission des „Gosplan“ hat den Aufwand für Eisenbahntransport mit 236 Millionen Rubel eingestellt, davon entfallen 100 Millionen auf Neubauten und Neuanschaffungen, die übrige Summe auf die Wiederherstellungsarbeiten. 186 Millionen Rubel werden aus eigenen Mitteln des Verkehrskommissariats gedeckt und 50 Millionen werden aus der bevorstehenden „300 Millionen-Anleihe zur wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes“ entnommen.

4. Ein- und Ausfuhr.

Entsprechend dem allgemeinen Anwachsen der Warenmenge schnell auch die Ein- und Ausfuhr sprunghaft in die Höhe. Die Ausfuhr wird sich fast verdreifachen. 750 Millionen Rubel gegen 270 Millionen Rubel. Diese Vergrößerung um 178 Prozent kommt hauptsächlich auf Rechnung der landwirtschaftlichen Ausfuhr, die von 204 Millionen Rubel auf 599 Millionen Rubel, d. i. 174 Prozent, steigen wird. Die industrielle Ausfuhr wird sich fast verdoppeln. (Steigerung 83 Prozent), nämlich 121 Millionen Rubel betragen, statt 66 Millionen Rubel. Was die Einfuhr anbetrifft, so haben wir hier folgende Zahlen: 1924/25 339 Millionen Rubel, 1925/26 518 Millionen Rubel, d. i. eine Steigerung von 53 Prozent. Das Aktivum der Zahlungsbilanz in der Höhe von 150 Millionen Rubel ist zur Akkumulation des Währungsfonds und zur Erhöhung der laufenden Mittel der Staatsbank in ausländischen Banken bestimmt.

Das gewaltige Anschwellen der Ein- und Ausfuhr ist ein bedeutsamer Schritt zur Kräftigung der ökonomischen Verbindungen zwischen Sowjetrußland und dem Auslande. Die Sowjetunion tritt als gewaltiger Importeur und Exporteur auf, dessen Ein- und Verkäufe für das Wirtschaftsleben einer Reihe von Staaten bestimmend sein wird.

9. Arbeitsproduktivität, Arbeitslohn und Wohnungsbau.

Immer und immer wieder verkünden die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber die fortlaufende Zersplitterung des Proletariats Sowjetrußlands, die unerhörte Ausbeutung der Arbeiter usw. Doch werden diese Erfindungen durch trockene Zahlen aufs glänzendste widerlegt. Im Jahre 1925/26 **wird das Heer der Arbeiter um mehr als ein Viertel Million wachsen, d. i. um über 20 Prozent.** Was die Arbeitsproduktivität anbetrifft, so ist eine Steigerung von 10 Prozent in Aussicht genommen. Da aber ein Preisrückgang von ebenfalls 10 Prozent vorgesehen ist, so wird **der Wert der Erzeugnisse pro Kopf des Arbeiters auf dem Niveau des Vorjahres [595] verharren. Der Arbeitslohn wird aber ein entgegengesetztes Bild ergeben.** Er wird eine bedeutende Steigerung aufweisen, insbesondere in der Schwerindustrie, so z. B. in der Metallindustrie 19 Prozent, im Bergbau 23 Prozent. Die Steigerung des realen Arbeitslohnes wird infolge des Preisrückganges für Gebrauchsprodukte noch bedeutsamer sein. (Für die Metallindustrie 32 Prozent, für Bergbau 25 Prozent.) Der nominelle Arbeitslohn wird in der Gesamtindustrie um 16 Prozent steigen (eine Folge davon wird auch ein Wachsen der Mieten im Jahre 1925/26 sein, was angesichts der bevorstehenden großen Reparaturarbeiten und Ausführung von Neubauten notwendig ist). Der reale Arbeitslohn wird fast um 20 Prozent steigen. Dies ist gleichbedeutend mit dem Erreichen des Vorkriegsniveaus (im Jahre 1924/25 betrug der Arbeitslohn nur 83 Prozent der Vorkriegszeit). Wenn wir aber den Rohproduktionswert mit dem Arbeitslohn vergleichen, so stellt sich heraus, daß **im Jahre 1925/26 der letztere 14,5 Prozent des Rohproduktionswertes beträgt, in der Vorkriegszeit aber war die entsprechende Verhältniszahl nur 13,5 Prozent.**

Zum Schluß dieser kurzen Uebersicht über die Lohnverhältnisse ist zu bemerken, daß das bevorstehende Jahr 1925/26 ganz besonders für Transportarbeiter, deren Arbeitslöhne bisher hinter denen anderer Kategorien zurückgeblieben sind, ein freudiges sein wird. Die Erhöhung ihrer Arbeitslöhne wird 45 Prozent betragen.

Die Zahlen dieses Abschnitts beweisen zweierlei: 1. daß die Sowjetmacht und die Kommunistische Partei recht hatten, als sie im vorigen Jahre eine energische Kampagne zur Hebung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung zur Hebung der materiellen Lage der Arbeiter entfalteten, und darauf

hinwiesen, daß diese eine unausbleibliche Folge jener sein werde. Die Prophezeiungen haben sich bewährt, das Versprechen wurde eingelöst. Der Arbeitslohn im Jahre 1925/26 steigt bedeutend, obwohl die Arbeitsnormen beinahe gleichbleiben, denn in diesem Jahre erntet das Proletariat der Sowjetunion die Früchte der Anstrengungen, die es im Jahre 1924/25 gemacht hat. Zweitens aber ist bemerkenswert, daß **der Arbeitslohn in Sowjetrußland zu einer Zeit steigt, wo die Kapitalisten Westeuropas eine erbitterte Attacke gegen das Proletariat reiten und den Arbeitslohn herabdrücken wollen**. Der russische Kohlen-Bergarbeiter erhält pro Rubel 35 reale Kopeken mehr, der Eisenbahnarbeiter über 50 Kopeken. Der englische Bergarbeiter, der deutsche Textilarbeiter und viele andere Schichten des Proletariats stehen vor der Gefahr, einen Teil ihres Arbeitslohnes zu verlieren. So sieht die „Stabilisierung“ des Kapitalismus aus.

Zum Schluß einige Zahlen über den Wohnungsbau. Die Wohnungsfrage in Sowjetrußland ist äußerst akut, denn 7 Jahre Krieg, die Bevölkerungszunahme in den Großstädten, die an manchen Orten das Vorkriegsniveau überschritten haben, haben zu einem scharfen Gegensatz zwischen den Bedürfnissen und der Möglichkeit ihrer Befriedigung geführt. Die Ausgaben für Wohnungsbau sind für das Jahr 1925/26 in der Höhe von 375 Millionen Rubel vorgesehen. 100 Millionen davon sind für die Wiederherstellung von Wohnhäusern bestimmt, weitere 100 Millionen für die Verhütung von Zerstörungen, 70 Millionen für den Bau neuer Häuser an Stelle der zerstörten, 105 Millionen für neue Wohnbauten für den Zuwachs der Bevölkerung.

6. Wiederherstellung des Grundkapitals der Industrie.

Das Jahr 1925/26 wird im Zeichen einer völligen Wiederherstellung und eines weiteren Wachstums des industriellen Grundkapitals („fixen Kapitals“), stehen (Maschinen, Werkbänke, Bauten usw.). Den größten Aufwand von Mitteln werden diejenigen Industriezweige erfordern, die sich am raschesten entwickeln, so Metallindustrie, elektrotechnische Industrie u. a. m. Die Gesamtsumme der Ausgaben beläuft sich auf fast [596] eine Milliarde Rubel (9709 Millionen). Zwei Drittel davon (646 Millionen) sind für die Wiederherstellungsarbeiten bestimmt. Das letzte Drittel (324 Millionen) für Neubauten und -anschaffungen. Die größten Summen werden von der Metallindustrie (182 Millionen), der Textilindustrie (245 Millionen), der Petroleumindustrie (116 Millionen) und der Elektrifizierung (80 Millionen) in Anspruch genommen. Die Quellen zur Deckung dieser Unkosten sind beinahe zur Hälfte (466 Millionen) Einnahmen der Industrie selbst, 233 Millionen aus dem Staatsbudget, 271 Millionen Rubel langfristige Kredite.

7. Finanzprobleme (Geldumlauf, Kredit, Budget).

Nach der Einführung der NEP begann ein rasches Anwachsen der umlaufenden Geldmasse, was in der Denaturalisierung der Wirtschaft seine Erklärung findet. Trotzdem erreicht die Geldmasse im Jahre 1925/26 die doppelte Höhe im Vergleich zum Vorjahr: 1.580 gegen 890 Millionen Rubel. Die laufenden Rechnungen werden sich ebenfalls verdoppeln. Im Jahre 1924/25 ergaben Depositen und laufende Rechnungen durchschnittlich 811 Millionen Rubel. Im kommenden Jahre werden es 1.733 Millionen Rubel sein. Auch steht eine Verdoppelung der Diskonto- und Anleiheoperationen in Aussicht (2.850 Millionen Rubel gegen 1.420 des Vorjahres).

Die Steigerung des Staatsbudgets wird im kommenden Jahre ebenfalls eine beträchtliche sein. In Warenrubeln gerechnet, wird es 2.242 statt 1.537 Millionen Rubel betragen, d. i. eine Steigerung von 45,9 Prozent. Im Verhältnis zu 1913 beträgt das Budget 70,6 Prozent. Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß das Budget im kommenden Jahre rascher steigen wird, als die Rohproduktion und ihr Warenteil.

8. Wachsen die sozialistischen Elemente in der Volkswirtschaft der USSR?

Die bisher vorgebrachten Zahlen geben eine bestimmte Antwort auf die Frage, ob sich die Volkswirtschaft Sowjetrußlands vorwärtsentwickelt. Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage, ob diese Entwicklung sich in der Richtung nach dem Sozialismus, oder zurück zum Kapitalismus vollzieht.

Wiederum sind es Zahlen, die unsere Frage objektiv beantworten werden. Zu Beginn des Jahres 1924/25 gehörten 11,7 Milliarden Rubel aus der Gesamtsumme der materiellen Werte des Landes

dem Staate, 7,9 Milliarden Rubel privaten Wirtschaften, hauptsächlich bäuerlichen Wirtschaften, 0,5 Milliarden Rubel den Genossenschaften. Somit waren 62 Prozent, d. h. über die Hälfte der gesamten materiellen Werte vergesellschaftet, sozialisiert. Auf dem flachen Lande war der Stand der Sozialisierung ein niedriger: nur 4 Prozent; in der Stadt zirka 96 Prozent. Die Sozialisierung der Produktionsmittel war gleich 99 Prozent. Was die Produktionswerte der Groß- und der Kleinindustrie anbetrifft, so ist der Entwicklungsgang folgender:

Jahr	Staatl. u. genossenschaftl.		Privat	
	Goldrubel	Proz.	Goldrubel	Proz.
1923/24	5562	76,3	1728	23,7
1924/25	7550	79,3	1970	20,7
1925/26	9186	79,7	2334	20,3

Somit sehen wir ein langsames, aber stetes, sowohl relatives, als auch absolutes Wachstum der sozialistischen Wirtschaftselemente. Charakteristisch ist auch die steigende Konzentration der Industrie im Vergleich zur Vorkriegszeit. In Betrieben mit über 500 beschäftigten Arbeitern waren im Jahre 1911 56 Prozent der Gesamtzahl der Berg-, der Fabrik- und Werkarbeiter beschäftigt, **am 1. Januar 1925 waren es bereits 68,8 Prozent**, d. h. [597] über zwei Drittel. Nicht ohne Interesse ist es, daß in Amerika durchschnittlich nur 151 Arbeiter auf den Betrieb entfallen, in der Sowjetunion aber 239. Dies ist die materielle Basis des Sozialismus.

Noch erfreulicher sind die bedeutenden Fortschritte des Kollektivismus auf dem Gebiet des Handels:

Jahr	staatl.	genossenschaftl.	zusammen	Privat	
				Goldrubel	Proz.
1923/24	2942	2653	5595	3944	46,6
1924/25	5475	4753	10.228	3650	26,6
1925/26	6342	5490	11.832	3728	24,0

Auf dem Gebiete des Handels sehen wir somit nicht nur ein absolutes Anwachsen (fast eine Verdoppelung im Laufe von 2 Jahren) des staatlichen und genossenschaftlichen Handels (neben einem Rückgang des privaten), sondern auch ein gewaltiges Wachstum seiner relativen Bedeutung. 1923/24 verfügte der staatliche und genossenschaftliche Handel nur über eine Hälfte des Marktes, im Jahre 1925/26 wird sein Einfluß zirka **76 Prozent** betragen. "

*

Die Kommission der parteilosen Wirtschaftsgelehrten beschließt ihr Memorandum mit folgenden Worten: „Wenn man überdies berücksichtigt, daß auf dem Gebiete des Dampftransportes und des Bankkredits sämtliche Verkehrs- und Kreditgeldmittel bereits zu 100 Prozent sozialisiert sind, so können die allgemeinen vor uns stehenden Aufgaben folgendermaßen formuliert werden: **Entschiedene Aufrechterhaltung des vorkriegszeitlichen Standes und jährliches, wenn auch nur schrittweises Vordringen zum Sozialismus überall, wo es die wirtschaftliche Konjunktur ermöglicht.**“

Dies sind die volkswirtschaftlichen Aussichten der Sowjetunion: **in langsamen, aber desto sicheren Schritten vorwärts, auf dem Wege zum Sozialismus** – jedoch nicht zu dem schönrednerischen, in den Ministerkabinetts Macdonald, Bauers u. a. quasisozialistischen Wahrsagern zusammengebrauten, sondern zu einem wirklichen, materiellen Sozialismus, den nur das herrschende Proletariat zu verwirklichen vermag.

*

Über die gegenwärtige Rolle der SPD.

Von Paul Frölich.

1. Die soziale Struktur der SPD.

Der Offene Brief der Exekutive hat in der Partei wiederum die Frage aufgeworfen, mit welcher Methode der Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen ist. Zur richtigen Lösung kann man auf verschiedene Weise kommen. Entweder durch Ausprobieren verschiedener Methoden. Das haben wir getan, und wir sind uns wohl einig darüber, dabei zu hohe Unkosten gezahlt zu haben. Oder auf die

vernünftiger Weise, durch die Anwendung der leninistischen Strategie auf die jeweilige Situation. Was aber ist diese leninistische Strategie? Doch keine Rezeptsammlung, die man fix und fertig anwenden kann, sondern die Generalisierung und Systematisierung reicher Kampferfahrungen aus der Geschichte der Klassenkämpfe und der eigenen Praxis der Bolschewiki. Es sind Erfahrungen, die unter ganz bestimmten Bedingungen gemacht wurden. Das Allgemeingültige dieser besonderen Erfahrungen wurde gesucht und zu einer Strategie verarbeitet. Bei der Anwendung der so gewonnenen Erkenntnis mußte jedesmal von neuem das Besondere der Bedingungen erkannt und berücksichtigt werden. Eine der wichtigsten Bedingungen ist der Gegner selbst.

[598] Wir bilden uns ein, unsere Gegner zu kennen. In Wirklichkeit haben wir nur eine sehr verschwommene Auffassung von ihnen. Dem Hauptfeind, der Bourgeoisie gegenüber ist das noch nicht einmal allzu gefährlich, weil hier die Gegensätze zwischen uns und ihm schroff sind, weil wir ihm gegenüber verhältnismäßig wenig zu differenzieren brauchen. Aber in jeder zugespitzten Situation haben wir bereits gefunden, wie sehr es uns hinderte, daß wir keine genauen Kenntnisse seiner Machtorganisation und seiner schwachen Punkte hatten.

Viel gefährlicher ist unsere Unkenntnis über den Feind, der uns bei der Niederkämpfung der Bourgeoisie in den Weg tritt, bei der Sozialdemokratie. Es sagt noch sehr wenig, wenn wir feststellen, daß die Rolle dieser Partei ist, die Arbeiterklasse durch Verwirrung, Lähmung, durch Demagogie und offenen Verrat vom Kampf gegen die Bourgeoisie zurückzuhalten und sie unter Umständen niederzuschlagen. Man muß ihre Mittel und ihre Möglichkeiten genau kennen, um die richtige Methode ihrer Bekämpfung zu finden. Man muß diese Partei ganz im Einzelnen selbst kennen.

Ich kann hier die Ergebnisse einer sorgfältigen Untersuchung über die soziale Struktur der SPD und die Organisation ihres Machtapparates benutzen, die manche oberflächliche Auffassung zerstören und bestimmte Aufgaben viel konkreter vor unsere Augen führen wird.

Die Sozialdemokratische Partei hatte 1914 einen Mitgliederbestand den 1.086.000. Im Jahre 1920 hatte die SPD 1.221.000, die USP 893.000 Mitglieder. Nach der Vereinigung der USP mit der SPD im Jahre 1922 betrug die Gesamtmitgliederzahl 1.380.000. Sie sank bis zum 1. April 1924 auf 940.000 und betrug am 31. März 1925 nach Angabe des Jahresberichts

844.000 Mitglieder.

Die Mitgliederzahl ist etwa auf das Niveau von 1911 herabgesunken (837.000 Mitglieder). Sie beträgt heute etwa 40 Prozent der Mitgliederzahl, die SPD und USP zusammen im Jahre 1920 erreicht hatten. In diesen Zahlen drückt sich in erster Linie die tiefe Enttäuschung der deutschen Arbeiterklasse über die Niederlage der Revolution und die klassenfeindliche Politik der SPD aus. Aber diese Partei ist doch noch immer die Partei in Deutschland mit dem weitaus höchsten Mitgliederbestand.

1913 verfügte die Partei über 62 Druckereien und 95 Tageszeitungen, die gesamte Parteipresse hatte eine Abonnentenzahl von 1.500.000. Im April 1925 hatte die SPD 137 Parteidruckereien und

142 Tageszeitungen mit 1.800.000 Lesern.

Die SPD-Zeitungen machen 4,5 Prozent aller deutschen Tageszeitungen aus. Der Anteil der KPD beträgt nur 0,7 Prozent. Auch die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungsleser ist gegenüber 1919/20 stark zurückgegangen.

Mitglieder und Zeitungsleser bilden den Parteikörper mit dem engsten Kreis der Sympathisierenden.

Der Parteikörper ist nun ein in sozialer Hinsicht sehr stark differenziertes Ganze, mit starken Unterschieden in Klassenherkunft und Klassenzugehörigkeit, Klassengefühl und Lebenshaltung. Versuchen wir, diese Unterschiede herauszuschälen. Wir beginnen mit der Schicht, die nicht in kapitalistischen Betrieben beschäftigt ist, und heben zunächst die politischen Angestellten der SPD in verantwortlicher Stellung hervor.

Nach den Berichten der SPD sind in besoldeter Stellung im Parteivorstand beschäftigt an Mitgliedern des Parteivorstandes, Sekretären, Redakteuren, Agitatoren, Bezirkssekretären usw. 145, in den

32 Parteibezirken 272 Angestellte. Davon sind die Hilfskräfte abzuziehen, so daß sich die Zahl von etwa 300 politischen Beamten ergibt. Dazu kommen etwa 650 Redakteure und etwa 250 Geschäftsführer in Druckereien, Verlagsanstalten usw. [599] Das sind zusammen

1200 politisch leitende Parteibeamte.

Zu ihnen kommen die Angestellten und Arbeiter in den Parteidruckereien, die Hilfsarbeiter in Büros usw., die schätzungsweise 4000 Mann ausmachen.

Dazu kommen weiter die leitenden Beamten, die Hilfsarbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften. Sie verteilen sich auf die drei großen Bünde: ADGB, Afa und Beamtenbund, die 60 Zentralverbände, 172 Arbeitersekretariate, 25 Gewerkschaftshäuser, die Gewerkschaftspresse, die Arbeiterbank. Mit 7000 ist die Gruppe sehr niedrig geschätzt. Weiter kommen in Betracht die Arbeiter und Angestellten der mehr als 1300 Genossenschaften mit ihren zahlreichen Filialen, ein Stab von mindestens 13.000 Mann, von denen namentlich die Lagerhalter im Funktionärkörper der Partei eine große Rolle spielen. Ferner die Tausende Sozialdemokraten in den Krankenkassen, die Angestellten der Volksfürsorge, die Angestellten und ein Teil der etwa 12.000 Arbeiter in den Bauhütten. Das ist die Kategorie der in Arbeiterorganisationen beschäftigten Sozialdemokraten.

Eine zweite Kategorie sind die politischen Beamten im Staatsapparat und die Parlamentarier. Die Sozialdemokratie hat

602 Parlamentarier im Reichstag und in den Landtagen.

Ferner 430 Mitglieder der Provinziallandtage, 3218 Mitglieder der Kreistage, 6503 Stadtverordnete, 30.947 Gemeindevertreter.

Wie steht es mit der Anstellung von Sozialdemokraten im Verwaltungsapparat? Sie hat heute noch zwei Minister in Preußen, vier in Sachsen, je einen in Baden, Hessen, Anhalt, Lippe, sieben Senatoren in Hamburg, sechs in Lübeck, zusammen

23 Regierungsmitglieder.

An höheren politischen Beamten zählt die SPD in Preußen:

4 Oberpräsidenten,

7 Regierungspräsidenten,

58 Landräte,

11 Polizeipräsidenten,

1 Landeshauptmann,

1 stellvertretenden Oberpräsidenten,

13 Ministerialdirektoren usw.

In Sachsen:

25 höhere Ministerialbeamte,

3 Kreishauptleute,

7 Amtshauptleute,

2 Polizeipräsidenten.

Dazu kommen etwa 45 höhere Beamte, als Gesandte, Staatssekretäre, staatliche Schlichter, Direktoren staatlicher oder gemischter Unternehmen, höhere Stellen im Reich, im Staatsgerichtshof. Weiter sind hierher zu rechnen zahlreiche Minister a. D. und andere ehemalige politische Beamte, die Wartegeld beziehen. Schließlich gehören hierzu

1500 Bürgermeister, Stadträte usw.,

2890 Gemeindevorstands-Mitglieder.

Die Liste dieser Beamten im Staatsapparat ist durchaus nicht vollständig. Sie bedarf der Ergänzung namentlich in bezug auf die Einzelländer. Es handelt sich hier nur um Beamte, die eine politisch leitende Funktion haben, die sie im Auftrage ihrer Partei ausüben. Nicht gerechnet sind die sozialdemokratischen mittleren und unteren Beamten im Staats- und Gemeindebetrieb.

Zählt man diese ganze Gruppe zusammen, die wir bis jetzt betrachtet haben, so muß man folgendes berücksichtigen: Vielfach werden mehrere [600] Funktionen von einem Manne ausgeführt, das trifft namentlich auf die Parlamentarier zu. Die Kommunalvertreter können nicht als Angestellte betrachtet werden. Es ergeben sich danach rund

50.000 Sozialdemokraten im Regierungs- und höheren Verwaltungsdienst und im Apparat der Arbeiterorganisationen.

Davon bilden 2000 eigentliche Parteiführer und über 1000 eigentliche Gewerkschaftsführer die hierarchische Spitze des Reformismus.

Wir werden die Rolle dieser sozialen Schicht noch näher untersuchen. Hier sei nur betont, daß diese Schicht der 50.000 zum weitaus größten Teile Leute sind, die aus dem Proletariat hervorgegangen sind. Sie befinden sich aber, zum Teil seit Jahrzehnten, in einer absolut gesicherten Lage. Ihre Lebenshaltung geht meist über das Niveau der Arbeiterklasse hinaus und ist in breiten Teilen kleinbürgerlich. Je höher hinauf, um so mehr paßt sich das Lebensniveau dem der Bourgeoisie an. Lebensauffassung und Klasseninteresse gestalten sich der Lebenshaltung entsprechend.

Ueber die soziale Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft vor dem Krieg liegen überhaupt keine Berechnungen vor. Die Bedeutung der Frage ist damals nicht erkannt worden, hatte auch so lange keine Bedeutung, als nur eine allgemeine Propaganda für die Partei getrieben wurde, die allein auf die Steigerung der Mitgliederzahlen ausging, aber nicht von strategischen Gesichtspunkten geleitet war. Nur über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft liegen Berechnungen bürgerlicher Politiker vor. So hat ein Dr. Blank auf Grund der Wählerlisten und Wahlergebnisse von 1903 das überraschende Resultat errechnet, daß ein übergroßer Teil der sozialdemokratischen Wähler nicht der Arbeiterklasse angehört. Er berechnete, daß in Berlin 40 Prozent, in Charlottenburg 56 Prozent, in Breslau 48 Prozent, in Hamburg 41 Prozent der sozialdemokratischen Wähler keine Arbeiter waren. Offenbar hat der Statistiker den Begriff Arbeiter absichtlich zu eng gefaßt. Dennoch dürfte seine Behauptung stimmen, daß 1903 750.000 sozialdemokratische Stimmen, also fast ein Viertel, nicht aus der Arbeiterklasse stammten.^{*)} Trotz dieses Wahlergebnisses steht fest, daß in der alten Sozialdemokratie das Gros der Mitglieder aus Arbeitern bestand. Die Differenzierung war charakterisiert dadurch, daß der größte Teil dieser Arbeiter über dem Durchschnitt der proletarischen Lebenshaltung stand, die Arbeiteraristokratie eine breite Schicht und das Rekrutierungsgebiet für den engeren Funktionärkörper darstellte und dieser Funktionärkörper schon stark kleinbürgerliche Züge trug.

Wie steht es heute mit der sozialen Gliederung des Gros der sozialdemokratischen Mitgliedschaft?

Der Krieg und die Revolutionsperiode haben die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland stark zersetzt. Sie haben breite Schichten der Bevölkerung zum politischen Leben erweckt und besonders auch große Teile des Kleinbürgertums in eine Oppositionsstellung zu den alten Mächten gebracht. Sowohl die reformatorische Geste wie die konterrevolutionäre Praxis der Sozialdemokratie übten eine starke Anziehungskraft auf das Kleinbürgertum aus. Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1919 bis 1921 war der Versuch, die Interessen des Kleinbürgertums siegreich durchzusetzen. Die Früchte dieser Politik hat das Großkapital geerntet. Die Wirkung dieser Politik war ein starker Zustrom kleinbürgerlicher Elemente in die SPD. Die Enttäuschung über die SPD-Politik ist in diesen Schichten ganz besonders tief gewesen. In Massen sind ihre Mitglieder aus der SPD geflüchtet.

Dennoch ist die Zahl kleinbürgerlicher Mitglieder der SPD heute noch sehr hoch. Freilich ist man hier allein auf Schätzungen angewiesen. Sie sind von den Bearbeitern unserer Untersuchung sehr

^{*)} Vergl. S i n o w j e w: Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Seite 490 ff.

sorgfältig vorgenommen worden. Alles irgendwie erreichbare Material wurde benutzt, vielfache Kontrollen sind angestellt worden, so daß die Zahlen ziemlich zutreffend sind.

Danach ergeben sich etwa

30.000 Intellektuelle,

d. h. Juristen, Aerzte, Gelehrte, Studenten, Schriftsteller, Künstler, Ingenieure usw. Auf diese Schicht hat die Regierungspartei mit ihrem pazifistischen Gebaren (nach der Niederlage des deutschen Imperialismus!) eine starke Anziehungskraft ausgeübt.

Dann folgt eine Schicht von vielleicht

100.000 Kleingewerbetreibenden und Hausfrauen.

Es handelt sich hier um eine Gruppe, die sehr zu schätzen ist. Bei den Hausfrauen ist nicht an Arbeiterfrauen gedacht, sondern an die sozialdemokratisch organisierten Frauen jener 50.000 der Angestellten der Arbeiterbewegung, der Parlamentarier, der politischen Beamten im Staatsdienst, an all die Frauen, die nicht zum Proletariat zu rechnen sind. Zu den Gewerbetreibenden ist die für das Parteileben der SPD so wichtige Gruppe der „Parteibudiker“ zu zählen, etwa 10.000.

Schließlich ergibt eine Schätzung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in den Beamten- und Angestellten-Verbänden etwa 70.000 Beamte (mittlere und untere Beamtenstellen, die nicht mit einem politischen Auftrag der Partei verbunden sind) und etwa 100.000 Angestellte in technischen und kaufmännischen Berufen, zusammen

170000 Beamte und Angestellte.

Diese Gruppe hat sozial tiefgehende Veränderungen durchgemacht. Vor dem Kriege rechnete sie sich nicht zur Arbeiterklasse. Ihre Merkmale waren: ziemlich niedrige Lebenshaltung, manchmal sogar unter dem proletarischen Durchschnitt, aber absolut (Beamte) oder doch verhältnismäßig (Angestellte) gesicherte Lebenshaltung, kleinbürgerliches Denken und staatsertreuende Gesinnung.

Der Einfluß der SPD auf diese Schicht war vor dem Kriege ganz gering. „Treu, deutsch und pensionsberechtigt“ war die Devise. Die Entbehrungen des Krieges haben diese Schicht aufgewühlt. Der Zusammenbruch des alten Staates hat die Enge ihrer Denkweise erweitert. In der Inflationszeit brachte nur ein Teil der Beamtenschaft seine soziale Stellung zum Opfer. Der Staat suchte seinen Apparat von Menschen durch alle möglichen Maßregeln zu erhalten (Vorauszahlung der Gehälter, Nachzahlungen usw.). Dagegen wurden die Angestellten stark proletarisiert, in tiefstes Elend gestürzt. Stark in der Richtung auf die Proletarisierung wirkt auch die Konzentration der Unternehmungen mit ihrer Arbeitsteilung und Mechanisierung der Arbeit auch in den Büros.

Diese Gruppe stellt einen Uebergang vom Kleinbürgertum zum Proletariat dar. Die Unternehmer bemühen sich jetzt, die nivellierenden Tendenzen, die die Revolution und die Inflation brachten, zu überwinden. Wie sie jetzt erfolgreich versuchen, in der Lohnhöhe zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern stark zu differenzieren, so suchen sie auch die Angestellten von der Arbeiterschaft wieder sozial zu trennen. Der kleinbürgerliche Charakter überwiegt wieder in dieser Schicht.

Die Summe aller dieser Schichten ergibt 350.000 Sozialdemokraten. Es bleiben rund 500.000 Arbeiter, die im kapitalistischen Produktionsprozeß stehen. Also

350.000 kleinbürgerliche Sozialdemokraten, 500.000 proletarische Sozialdemokraten.

In der Hauptsache sind das Industriearbeiter. Die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Landarbeiter ist verhältnismäßig gering. Man kann nicht generell sagen, daß diese 500.000 die Arbeiteraristokratie repräsentieren. Erst eine genauere Untersuchung könnte über deren Anteil an der Mitgliedschaft Aufschluß geben.

[602] Es ist sicher, daß das proletarische Element in der Zusammensetzung der SPD verhältnismäßig gewinnt; wahrscheinlich sogar absolut.

Aus unseren Zahlen ergibt sich eine Art Hierarchie der Arbeiterklasse, wobei wir einstweilen den Einfluß der anderen Parteien, vor allem der KPD und des Zentrums, unberücksichtigt lassen:

Der Stab der Partei- und Gewerkschaftsführer (konterrevolutionär)	3000
Aus der kapitalistischen Produktion herausgezogene SPD-Mitglieder (reformistische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre)	50.000
Andere kleinbürgerliche Elemente in der SPD	300.000
Proletarische Elemente in der SPD	500.000
Freigewerkschaftlich Organisierte	4.800.000
Gewerkschaftsmitglieder überhaupt (einschließlich Christliche, Hirsch-Dunckersche usw.)	6.300.000
Industriearbeiter	17.000.000
Industrie- und Landarbeiter	20.000.000

In einem weiteren Aufsatz wollen wir zeigen, was diese Zahlen für das Wesen der Sozialdemokratie und ihre Politik bedeuten und welche Lehren für unsere Politik zu ziehen sind.

*

Die erste Etappe der chinesischen Revolution.

Von Tang Shin She.

I. Der Blutsonnabend.

„Eben in diesem Erwachen der ungeheuren Volksmassen zum politischen Bewußtsein und zum revolutionären Kampf besteht die geschichtliche Bedeutung des 22. Januar 1905.“

(Lenin: Rede über die Revolution 1905.)

Am Sonnabend, den 30. Mai, begaben sich viele Rednertrupps von Studenten und Arbeitern in das internationale Viertel Schanghais und klärten hier das chinesische Volk auf über die Taten der imperialistischen Verbrecher. Sie trugen Fahnen und Tafeln bei sich mit Aufschriften wie: „Nieder mit den Imperialisten“, „Boycott gegen japanische Waren“, „Abbruch der chinesisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen“, „Gegen die Erhöhung der Ladeplatzgebühren“, „Gegen das Druckereigesetz“, „Gegen die Ausdehnung des englischen Straßenbaus über das internationale Viertel hinaus“, „Freilassung der verhafteten Studenten und Arbeiter“ usw. Nachmittags gegen zwei Uhr nahm die englische Polizei anfangs viele Verhaftungen unter den Rednern vor und schoß schließlich in die unbewaffneten Massen hinein. Auf dieses brutale Vorgehen hin brach eine allgemeine Empörung unter den Schanghaier Bürgern aus, die zum allgemeinen Generalstreik führte. Gegen die empörten Massen wandte sich jetzt nicht nur die englische Polizei, sondern auch die ausländischen Marinetruppen: Engländer, Amerikaner, Japaner, Franzosen, Italiener schossen auf das Volk. Außerdem wurde aus den ausländischen Kaufleuten Schanghais eine Freiwilligentruppe gebildet. Bemerkenswert war auch eine amerikanische bewaffnete Frauengruppe. Während der Schießereien wurden über 30 chinesische Arbeiter, Studenten und kleine Kaufleute getötet, viele verletzt und über hundert verhaftet.

Am 1. Juni gab der sogenannte internationale Munizipalrat Schanghais (von 11 Mitgliedern sind 9 Engländer), eine Erklärung heraus, daß die Chinesen einen Aufstand gegen die Fremden machen wollten, und daß das Vorgehen der englischen Polizei berechtigt gewesen war. Zum Beweismittel für die Richtigkeit ihrer Behauptung stempelten sie ein von den Studenten herausgegebenes Flugblatt, welches wie folgt lautet: [603]

„Kameraden, bemerkt Ihr, daß Euer Leben elend ist? Wißt Ihr warum dem so ist? Die Gründe sind die folgenden:

1. Die Engländer, Japaner usw., die Imperialisten, haben unser Seezollamt besetzt. Die Einfuhrzölle haben sie viel niedriger festgelegt als die für Ausfuhr. Deshalb kann sich unsere Industrie nicht weiter entwickeln! Deshalb können die Imperialisten viele Waren in unser Land einführen und die Gelder dafür in ihre Länder fließen lassen! Darum wird unser Leben von Tag zu Tag elender!
2. Die Engländer, Japaner usw., die Imperialisten, haben unseren Militärmachthabern viele Anleihen bewilligt und dafür Eisenbahnkonzessionen, Erzlager usw. bekommen. Die Militärmachthaber kaufen für das von den Imperialisten erhaltene Geld Waffen zum Bürgerkrieg. Dadurch gerät unser Leben in Gefahr!
3. Die Japaner haben unsere Arbeitsbrüder beschossen. Die englische Polizei hat unsere Arbeitsbrüder verhaftet. Die Studenten wollten Geld sammeln zur Unterstützung der Arbeiter und wurden auch von der engli-

schen Polizei verhaftet. Wir veranstalteten eine Trauerkundgebung für den erschossenen Arbeiter Gu Djin Hung und abermals wurden viele Chinesen von der englischen Polizei verhaftet. Unsere verhafteten Brüder müssen hungern und frieren. Wir wollten ihnen Speise und Kleidung schicken, was nicht erlaubt wurde! Gehört Schanghai den Schanghaiern?

4. Der Munizipalrat will wieder Straßen außerhalb seines Viertels bauen lassen. Das ist wieder eine Offensive der Imperialisten! Er will ein Gesetz für Verlage und Druckerei und ein Gesetz zur Erhöhung der Ladeplatzgebühren zur Durchführung bringen. Immer wollen uns die Imperialisten unterdrücken! Das Opium ist ein bekanntes Gift. Der verbotene Opiumhandel blüht besonders in den ausländischen Vierteln. Die Unterdrücker wollen uns ins Grab bringen! Kameraden! Wacht auf! Vereint Euch! Kämpft um Euer Leben gegen die Imperialisten.“

So schieben die Imperialisten den Chinesen die Schuld in die Schuhe. Aber nicht Rassenhaß, nicht Fremdenhaß ist es, den die Chinesen hegen, nein, das Flugblatt beweist klar und deutlich, daß man sich nur gegen die Imperialisten, gegen deren Raubzüge und gegen deren Unterdrückung wendet. Punkt eins und zwei sind die Grundmotive für den Ausbruch des Schanghaier Kampfes und somit der chinesischen nationalen Revolution. Schon seit einem Jahrhundert mischen sich die internationalen Imperialisten in die inneren Verhältnisse Chinas ein. Durch ihre Privilegien, durch ihre Exterritorialität, durch ihre Konsulargerichtsbarkeit usw. haben sie nicht nur fortwährend Krieg und dauernde Unruhen veranlaßt; sie waren auch diejenigen, die die Wirtschaft des Landes ganz zugrunde gerichtet haben. Es kann sich in China keine Industrie entwickeln und selbst die Landwirtschaft dieses großen Agrarlandes geht immer weiter zurück. – Die unter Punkt drei und vier angegebenen Ereignisse waren die Zündmittel für den Beginn des Schanghaier Kampfes. Sie erforderten die dringende Verteidigungsaktion der chinesischen Arbeiter und Shanghaier Bürger.

Nach siegreicher Beendigung des Schanghaier und Tsingtauer Textilarbeiterstreiks in japanischen Fabriken im Februar und April d. J. gab die japanische Regierung an ihre dortigen Konsulate Richtlinien heraus, wie man sich gegenüber der chinesischen Arbeiterbewegung verhalten soll. Chinesischen Zeitungen gemäß sind die Richtlinien die folgenden:

1. Die Unternehmer müssen fest zusammenhalten um ihren Mann zu stellen. Es dürfen nicht einzeln mit den Streikenden verhandeln, während dies andere nicht tun.
2. Handelt es sich um wirtschaftliche Forderungen, wie Lohnfragen usw., so kann man mit den Streikenden in Verhandlungen treten.
3. Streikführer und Propagandisten des Streiks müssen sofort aus dem Betrieb entlassen werden.
4. Man darf nicht mit den chinesischen Arbeiterorganisationen direkt verhandeln.
5. Die japanische Regierung wird von der chinesischen Regierung ein Streikverbot verlangen.
6. Sollte sich ein Streik von den japanischen Fabriken auf andere ausländische Fabriken ausdehnen, so muß man mit diesen Unternehmern in Verbindung treten und Hand in Hand arbeiten.

Auf Grund dieser Richtlinien hielten die japanischen Unternehmer nicht ihre Versprechen, die sie den chinesischen Arbeitern vor Beendigung des Streiks gegeben hatten. Streikführer und aufgeklärte Arbeiter wollten sie sogar noch nachträglich entlassen. Außerdem verlangten sie Auflösung des chinesischen Textilarbeiterverbandes, widrigenfalls alle Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Die Arbeiter lösten ihren Verband selbstverständlich nicht auf. Ein japanischer Unternehmer in Schanghai schloß bereits vor dem 15. Mai seinen Betrieb, worauf die ausgesperrten Arbeiter am 15. Mai vor [604] dem Fabrikgebäude demonstrierten und volle Auszahlung ihres in den Fabriksparkassen angelegten Geldes verlangten. Die Japaner (Aufseher) schossen auf die Arbeiter und viele Verwundete und ein Toter namens Gu Djin Hung blieben auf der Strecke. Alle Arbeiter der japanischen Textilfabriken Schanghais traten wegen dieses barbarischen Vorgehens der Japaner in den Streik. Die Studenten sympathisierten mit den Streikenden. Am 24. Mai fand eine großartige Trauerkundgebung für den getöteten Arbeiter Gu Sjin Hung statt, die gleichzeitig zur Protestaktion gegen die Japaner wurde. Der Munizipalrat des internationalen Viertels unternahm nichts gegen die japanischen Verbrecher, die Chinesen beschossen hatten, im Gegenteil, er verhaftete, wie aus dem Flugblatt ersichtlich, um so mehr chinesische Streikführer und Studenten, und stellte diese vor das gemischte Gericht.

Nicht nur die japanischen Unternehmer Schanghais, auch die Tsingtaus drohten ihre Betriebe schließen zu wollen, wenn nicht der Textilarbeiterverband aufgelöst wird. Nachdem sich die Arbeiter auf alle mögliche Weise vor Aussperrung geschützt hatten (indem bei Schichtwechsel die Arbeiter der einen Schicht stets so lange in der Fabrik blieben, bis die zweite die Arbeit aufgenommen hatte), drang am Morgen des 28. Mai gegen 3 Uhr plötzlich chinesische Polizei und chinesische Marinesoldaten in eine Textilfabrik und in das Verbandsgebäude ein, trieben die Arbeiter hinaus und richteten dabei ein großes Blutbad an: 8 Personen wurden getötet, über 10 verwundet und fast hundert verhaftet. Die chinesische Polizei und Soldaten haben direkt auf Befehl der japanischen Lakaian Tuan She Sui und Tschang Tso Lin gehandelt. – Die Arbeiter und Studenten Schanghais wurden durch die Tsingtauer Ereignisse noch mehr erregt.

So war der Blutsonnabend, der 30. Mai, herangekommen. Die Streikwelle breitete sich dann von Shanghai über das ganze Land aus, überall da, wo es japanische und englische Fabriken, Bergwerke oder Handelsgeschäfte gibt. Ueberall kam es zu blutigen Kämpfen, am 11. Juni in Hankow, am 23. in Kanton usw. – Nach den letzten Meldungen ebbt der Streik etwas ab, was wahrscheinlich mit der Erntezeit (Juli, August, September) zusammenhängt. Aber der „Oktoberstreik“ und die „November- und Dezemberkämpfe“ (1905) werden nicht auf sich warten lassen.

Bemerkenswert ist, daß die ungebildeten chinesischen Volksmassen durch die letzten Ereignisse zum politischen Bewußtsein erwacht sind und daß das unorganisierte chinesische werktätige Volk sich zum revolutionären Kampf organisiert hat. Allerdings hat der Blutsonnabend die breiten chinesischen Massen aus ihrer Lethargie geweckt.

II. Die Triebkräfte.

„Die Eigentümlichkeit der russischen Revolution besteht eben darin, daß sie nach ihrem sozialen Inhalte eine bürgerlich-demokratische, nach ihren Kampfmitteln aber eine proletarische war.“
(Lenin, Rede über Revolution 1905.)

Der heutige Freiheitskampf in China ist tatsächlich eine nationale Revolution. Es scheint so, als ob sich alle Schichten des Volkes daran beteiligen.

Die sogenannte Großbourgeoisie Chinas besteht in Wirklichkeit nur aus Compradoren (Agenten ausländischer Firmen und Banken). Auch sie schienen anfangs an den Kämpfen beteiligt zu sein. In Wirklichkeit gingen sie ja auch die Schanghaier Ereignisse etwas an. (Erhöhung der Ladeplatzgebühren, Zensurenindikt zur Kapital- und Produktenbörse.) Am 31. Mai haben sie unter Drohung der Arbeiter, Studenten und kleinen Kaufleute zur Unterstützung der Streikenden ihre Geschäfte geschlossen. Sie erstrebten aber von Stunde an ein sofortiges Ende des Streiks. Ganz öffentlich erklärten sie, daß wohl die Arbeiter, nicht aber die Kaufleute streiken könnten. Das bedeutet, sie wollten die Streikfront zersplittern. Durch die tüchtige Arbeit der kleinen Kaufleute hielt sich aber der Kaufleutestreik bis zum [605] 25. Juni. Bei der letzten Abstimmung über Fortsetzung des Ausstandes in einer Delegiertenversammlung der Klein- und Großkaufleute stimmten 15 dafür und 15 dagegen bei zwei Stimmenthaltungen. Der Vorsitzende (Mitglied der Handelskammer) entschied sich eigenmächtig gegen die Fortsetzung. Die kleinen Kaufleute sind also für, die großen gegen die Revolution.

Wie stehen die Militärmachthaber zu den Ereignissen? Jeder will die jetzige Gelegenheit benutzen, um die Volksstimme für sich zu gewinnen. Obwohl sie die Kämpfenden unterdrücken oder gar auf sie schießen, tun sie so, als ob sie ihnen sympathisch gesinnt wären. Tuan She Sui, der seine Stellung behalten möchte, geht nicht direkt gegen das Volk vor. Feng Yu Hsiang tritt als tüchtiger Revolutionär, als heftiger Gegner der Engländer auf – zur Abwehr gegen Tchang Tso Lin. Thang Tso Lin möchte gern sofort in Peking einmarschieren, um den Präsidentensitz zu besteigen; deshalb tut auch er so, als ob er sich für das Volk einsetze. In der Tat übt er überall Terror aus, wie in Schanghai, Tientsin, Schantung und Mandschurei. Die Anhänger Wu Pei Fus stehen ganz und gar auf englischer und amerikanischer Seite. Nicht nur in Fukien haben sie auf die revolutionären Elemente geschossen, in Hankow haben sie 8 angebliche bolschewistische Elemente standrechtlich erschießen lassen. Für das chinesische Volk ist die Haltung der Militärmachthaber keine Enttäuschung; sie entlarven sich dadurch nur noch mehr als Knechte der Imperialisten.

Das Bürgertum arbeitet ebenso wie die Militärmachthaber für die Imperialisten. Sie versuchen die Gärung des Volkes zu beschwichtigen, die revolutionäre Klasse zu bewegen, ihren Kampf einzustellen oder mindestens zu schwächen. Sie meinten, daß man nur gegen die englische Polizei und nur in Schanghai streiken dürfe. Abschaffung der ungleichen Verträge, Konsulargerichtsbarkeit und Rückgabe der Pachtgebiete, erklärten sie, liegen noch weit im Felde. Andere behaupten wieder, daß die Schanghaier Schießerei nur eine juristische Angelegenheit sei. Ein japanischer Anhänger, Liang Chi Chao, und ein Anhänger der Engländer und Amerikaner, Wellington Koo, haben sogar ein Schreiben herausgegeben, in dem die Meinung vertreten wird, daß eine chinesisch-ausländische Kommission gebildet werden müsse zur Untersuchung der Vorgänge in Schanghai. D. h.: sie haben ihren Herren einen Rat gegeben, um den chinesischen Freiheitskampf zu verhindern. Die gesamten chinesischen Zeitungen, mit Ausnahme der der Kuo Min Tang und der kommunistischen, lassen Kompromißstimmen hören oder richten sich gegen die Empörung und hetzen direkt oder indirekt gegen Sowjetrußland als Schuldigen. Als die Arbeiter und Studenten einen Krieg gegen die Imperialisten verlangten, waren die bürgerlichen Elemente alle dagegen und spielten sich als militärische Fachleute auf und meinten, daß die chinesischen Heereskräfte zu schwach seien. Einen Ausweg suchten sie für ihre Herren, indem sie vorschlugen, die ungleichen Verträge zu regulieren.

Die Kuo Min Tang hat die offene Führung in dem Freiheitskampf inne. Sie fordern das Volk stets auf zum Kampf gegen die Imperialisten. Die Kommunisten sind die Vorhut und die treibenden Kräfte in der Bewegung. In einem ihrer Aufrufe geben sie folgende vier wichtige Punkte bekannt:

1. Wir müssen stets mit unserer Volkskraft kämpfen und dürfen uns nicht auf die Verhandlungen der Regierung mit den Imperialisten verlassen. Die Tuang She Sui- und Tschang-Tso-Lin-Regierung ist ein Werkzeug der Imperialisten, insbesondere der Japaner.
2. Das chinesische Volk darf mit den barbarischen Imperialisten keine Kompromisse schließen. Die ausländischen Bankiers und Kaufleute sind Imperialisten und Herren des Schanghaier Munizipalrates. Sie sind die eigentlichen Urheber der Schießereien. Auf eine Versöhnung mit Ihnen einzugehen, ist unmöglich.
3. Die bürgerlichen Zeitungen bringen Kompromißstimmen und schreien nach Beendigung des Streiks. Dadurch schädigen sie sehr unser Volk.
4. Wir müssen uns sehr hüten vor der Zersplitterungstaktik der Imperialisten. Ihre beliebtesten Mittel sind:
 - a) Als Verursacher der Kämpfe stellen sie Sowjetrußland und die kommunistische Partei hin. [606]
 - b) Sie wollen die Einheitsfront der kleinen Kaufleute, Arbeiter und Studenten zerschlagen.

Die Kuo Min Tang-Leute und die Kommunisten treiben die Kämpfe immer weiter vorwärts. Die Unruhen haben sich bereits auf das Innere des Landes ausgedehnt; an zwei Millionen Arbeiter befinden sich im Streik. Die Bauernschaft des Südens ist stark an den Kämpfen beteiligt. Auch in Mittelchina scheint die Bewegung unter den Bauern zu beginnen. Wir müssen beachten, daß die Studenten meistens aus dem zerfallenden Bauerntum hervorgewachsen sind. Auch die Lohnarbeiter entstammen der Bauernschaft. Eine dichte Verbindung zwischen Bauern und revolutionären Elementen ist also vorhanden. „In dieser bürgerlichen Revolution ohne revolutionäres Bürgertum wird das Proletariat durch den inneren Gang der Dinge zur Führerschaft über die Bauernschaft und zu dem Kampfe um die Staatsgewalt getrieben“. Dies ist der Charakter der diesmaligen Revolution in China.

III. Die Chinakonferenz.

„Die Bürgerlichen, die Liberalen, die Opportunisten waren bereit, das ‚Geschenk‘ des erschrockenen Zaren mit beiden Händen zu ergreifen“. (Lenin: Rede über die Revolution 1905.)

Die Imperialisten verfolgen alle das gemeinsame Ziel, das China als Raubobjekt vorsieht. Bei jeder Gelegenheit möchten sie ein Stückchen von China bekommen. Die Verursacher der Schanghaier Schießerei waren die Japaner. Bei der Unterdrückung der ganzen Kämpfe in China wirkten aber alle Imperialisten, Engländer, Amerikaner, Japaner, Franzosen und Italiener zusammen. Von 30 Kreuzern, die sich jetzt in Schanghai befinden, gehören den Amerikanern über die Hälfte. Amerika tut aber so, als ob es nicht mehr mit Gewalt gegen China vorgehen wolle, sondern bläst heute wieder sein altes Lied von den 14 Punkten Wilsons. Sie wollen nun eine Chinakonferenz einberufen, um

auf dem „Friedenswege“ die ungleichen Verträge zu regulieren. Ihre Rivalen, die Japaner, haben ihre Sprache verstanden. Sie tun so, als ob sie neutral wären und versuchen mit aller Kraft, die Schuld an den Ereignissen den Engländern in die Schuhe zu schieben. Gleichzeitig veranlassen sie ihr Werkzeug, die Tuan-She-Sui- und Tschang-Tso-Lin-Regierung dazu, eine Note, betreffend Regulierung der ungleichen Verträge, am 24. Juni an das diplomatische Korps in Peking zu schicken. Tatsächlich treten sie aber, obwohl sie die Engländer belasten, als deren Retter auf, um nicht ihre gemeinsame Sache zu verraten. Die Engländer, die die Hauptrolle spielen, zeigen das stets gleiche ernste Gesicht. Sie zentralisieren nicht nur ihre ganze Flotte des fernen Ostens in China und ihre indischen Truppen, sondern rüsten auch russische Weißgardisten in Tientsin. Sie wollen sogar einen anti-sowjetrussischen Krieg auf chinesischem Boden entfesseln. Die Amerikaner halten einen solchen Krieg noch für verfrüht. Sie wollen den Antibolschewistenblock noch mehr festigen. Daher wollen sie im Augenblick China gegenüber einige Nachsicht zeigen. Dies ist der wahre Sinn der Chinakonferenz.

Die chinesischen Militärmachthaber und die Bourgeoisie betrachten die Einberufung der Chinakonferenz als großen Sieg und schreien deshalb nach Ruhe und Ordnung. Aber das erwachte, unterdrückte chinesische Volk will nicht mehr länger von der Gnade der Imperialisten leben. Es will selbstverständlich nicht für seine Feinde gegen seinen Freund kämpfen. Mit den von Amerika veranlaßten Chinakongressen hat das chinesische Volk schon genügend Erfahrungen. Tuan-She-Sui trat 1917 hauptsächlich auf Veranlassung der Amerikaner in den Weltkrieg ein. Man hatte China dafür Selbständigkeit versprochen. Aber was hat es bekommen? Auf der Versailler Konferenz hat China um Gnade, ebenfalls weil ihm Amerika dazu geraten hatte. Abermals eine Ablehnung.

[607] Auch auf der Washingtoner Konferenz hat Amerika zu Verhandlungen betreffend Regulierung der Verträge Anstoß gegeben. Papierne Versprechungen hat China erhalten, die bis heute noch nicht erfüllt sind. Alle drei Aktionen brachten China keinen Erfolg, sondern ungeheure Verluste. Die Imperialisten haben ihre Stellung in China dadurch noch gefestigt und gesichert, insbesondere die Amerikaner haben wirtschaftliche und politische Siege errungen. Es wurde sogar die alte Hay'sche Doktrin des Prinzips der „offenen Tür“ in China durchgeführt.

IV. Die revolutionäre Front.

„Man muß eine Politik der Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei die Formen dieses Bündnisses von der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat jedes Landes oder der revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern und unter den rückständigen Nationalitäten bestimmt werden.“ (Protokoll des 2. Weltkongresses der KI)

Die Avantgarde der Revolution, die Elite der Lohnarbeiterschaft, das sind 540.000 chinesische organisierte Arbeiter, trat auf dem 2. Arbeiterkongreß am 1. Mai der Roten Gewerkschaftsinternationale bei. Auch die breiten Massen der Bauernschaft, die 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung ausmachen, und die Halbproletarier traten auf dem 1. Bauernkongreß am 1. Mai der Roten Bauerninternationale bei. Das bedeutet: die chinesischen revolutionären Elemente haben sich mit der Moskauer Internationale in Verbindung gesetzt. Die ganze Arbeiterbewegung liegt in China in Händen der Kommunisten. Die KPCh hat auf ihrem 4. Parteitag folgende Richtlinien für die Gewerkschaftsbewegung herausgegeben:

- a) Die KPCh ist die einzige Führerin der chinesischen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft muß die Führerin der national-revolutionären Bewegung sein.
- b) Wenn es notwendig ist, die Kuo-Min-Tang zu revolutionieren, so müssen die Arbeiter auch dieser Partei beitreten.
- c) In Arbeiterorganisationen, die der Kuo-Min-Tang unterstehen, müssen wir versuchen, die Führung in die Hand zu bekommen, indem wir dort Zellen bilden.
- d) Zur Zeit der nationalen Revolution müssen wir darauf achten, daß die Gewerkschaften nicht in die Krankheit des Bürokratismus und des Opportunismus verfallen.

Wir sehen, die Richtlinien der KPCh sind so vorsichtig, daß die Arbeiterbewegung wohl nicht in reformistisches Fahrwasser geraten kann. Auch was die Frage der nationalen Revolution anbetrifft, so wurde beschlossen, stets mit der Kuo-Min-Tang zusammenzuarbeiten. Es soll danach getrachtet werden, die konterrevolutionären Elemente aus der Kuo-Min-Tang zu entfernen und die Partei in die revolutionäre Front zu treiben.

Welchen Charakter trägt die Kuo-Min-Tang? Sie ist eine bürgerlich-demokratisch-revolutionäre Partei, steht aber jetzt direkt mit der 3. Internationale in Verbindung.

Auf dem Reorganisationsparteitag Januar 1924 wurde folgendes außenpolitische Programm für die nationale Revolution festgelegt:

1. Alle ungleichen Verträge, betreffend Konsulargerichtsbarkeit, Pachtgebiete, Zollautonomie der Ausländer in China, besondere politische, die chinesische Oberhoheit verletzende Vorrechte der Ausländer, werden annulliert und neue Verträge auf gleicher Basis für beide Teile abgeschlossen.
2. Einem Land, das von selbst einen ungleichen Vertrag mit China löst und einen neuen, für beide Teile gleichen unterzeichnet, wird sofort Meistbegünstigung zuerkannt.
3. Alle anderen, nicht Punkt 1 betreffenden Verträge, die die Interessen des einen oder anderen vertragsschließenden Teils verletzen, werden neu reguliert.
4. Alle ausländischen Anleihen, durch die China auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete nicht geschädigt wird, werden garantiert und zurückgezahlt.
5. Anleihen einer chinesischen Regierung, die ihre Taten nicht vor dem Volk verantwortet, d. h. Anleihen, die nicht dem Volke, sondern der betreffenden Regierung nützen, werden nicht zurückgezahlt.
6. Es wird eine Konferenz aller chinesischen Wirtschaftsorganisationen und sozialistischer Organisationen einberufen, die über Rückzahlung der ausländischen Anleihe beraten wird.

[608] Was ihre Innenpolitik und Stellung zur Nationalfrage anbetrifft, so hat sie zwei wichtige Punkte dazu aufgestellt:

1. Die chinesische Nation muß sich befreien.
2. Die innerhalb der chinesischen Nation existierenden kleinen Nationen werden als gleichberechtigt anerkannt.

Ihre ökonomische Politik wird dahin festgelegt, daß der Boden verstaatlicht und das Kapital beschränkt werden soll.

Jetzt strebt die Kuo-Min-Tang danach, eine Nationalversammlung einzuberufen. Die Tuan-She-Sui- und Tschang-Tso-Lin-Regierung erklärt sie als Werkzeug der Imperialisten und will nichts mit ihr zu tun haben. Mit Feng-Yu-Hsiang arbeitet sie jetzt zusammen, eine Taktik, um die ganzen reaktionären Militärmachthaber zu stürzen.

Auf der 3. Sitzung des Zentralausschusses der Kuo-Min-Tang wurde eine offizielle Erklärung über die gegenwärtige politische Lage abgegeben, worin ausdrücklich gesagt wird, daß die Kuo-Min-Tang mit Sowjetrußland zusammenarbeiten muß. Dieser Punkt lautet wörtlich folgendermaßen:

„... Von allen Ländern der Welt betrachtet uns nur Sowjetrußland als wirklich gleichberechtigt. Es hat nicht nur seine ungleichen Verträge mit China zerschlagen und solche auf Basis der Gleichberechtigung unterzeichnet, sondern es unterstützt auch das chinesische Volk, um alle andern ungleichen Verträge abzuschaffen. Die Sowjetunion drückt mit ihren Kräften nicht nur die zaristischen Imperialisten nieder, sondern will sich mit allen unterdrückten Völkern vereinigen, um den Weltimperialismus zu stürzen. In seinem Testament und in seinem Abschiedsbrief an die Sowjetunion hat unser verstorbener Führer Sun-Yat-Sen klar und deutlich gesagt: ‚Nur Sowjetrußland ist unser Freund!‘ Unsere Kuo-Min-Tang geht natürlich mit der größten Freude mit der Sowjetunion Hand in Hand, um die nationale Revolution zu vollbringen und um gegen den Weltimperialismus zu kämpfen ...“

Aus dieser Erklärung ergibt sich klar die Stellung zu Sowjetrußland. Es ist bekannt, daß fast alle Mitglieder der KPCh auch Mitglieder der Kuo-Min-Tang sind. Gerade die Kommunisten haben sehr tüchtig innerhalb der Kuo-Min-Tang gearbeitet, und deshalb sind die reformistischen und kon-

terrevolutionären Kuo-Min-Tang-Leute in Konflikt mit ihnen geraten. Sie wollen sogar die Kommunisten aus der Partei hinauswerfen. Schon Sun-Yat-Sen hat viele konterrevolutionäre Elemente aus der Kuo-Min-Tang entfernt, die sich jetzt auf die Seite der Imperialisten gestellt haben. Auf der 4. Sitzung des Zentralausschusses der Kuo-Min-Tang wurde wieder ein wichtiger Beschluß gefaßt, dessen Hauptpunkte die folgenden sind:

a) China ist eine Halbkolonie. Alle Klassen müssen das gemeinsame Ziel haben: Befreiung vom Imperialismus und Selbständigmachung. Die Kuo-Min-Tang ist eine Partei für alle Klassen zwecks Durchführung der nationalen Revolution und des Samenismus (die Lehre Sun-Yat-Sens). Wer ein echter Revolutionär ist, kann in unsere Partei eintreten. Wir fragen nicht nach seiner Herkunft.

b) Ein Statut unseres Programms sagt: „Wenn jemand unser Programm anerkennt, in die Parteibeschlüsse einwilligt, sich verpflichtet, in seinem Bezirk tätig zu sein und pünktlich seine Beiträge zu entrichten, so kann er Mitglied der Kuo-Min-Tang werden.“ Wenn seine Tätigkeit gegen das Parteiprogramm und Statut verstößt, wenn er nicht tüchtig für den Samenismus arbeitet, wenn er nicht gegen den Militarismus und Imperialismus und nicht für die Arbeiter und Bauernbewegung tätig ist, so fragen wir nicht etwa, was für Gedanken er hat und welcher Richtung er angehört, sondern wir richten nach der Parteijustiz.

c) Die Chinesische Kommunistische Partei ist keine Phantasie eines Menschen, sie ist auch nicht aus dem Auslande eingeführt worden, sondern sie ist eine aus dem Industrieproletariat hervorgegangene Klassenkampforganisation. Sie ist natürlich ein Teil der politischen internationalen proletarischen Organisation. Man kann die heutige Chinesische Kommunistische Partei mit Menschenkraft auflösen, wodurch aber unmöglich das chinesische Proletariat verschwinden wird und es wird wieder eine neue Partei bilden. Darum können wir Kuo-Min-Tang-Anhänger, wenn Kommunisten unserer Partei beitreten wollen, nur fragen, ob sie für unser Programm arbeiten wollen und unsere Lehre befolgen können. Weil unsere Partei zu jeder Zeit und an jedem Ort die Mitglieder nur nach Parteiprogramm und Statut beherrschen kann, unterstehen die Kommunisten ebenso wie andere nur dieser Gewalt.

Unsere Mitglieder, die diesen Beschluß lesen, können ganz genau verstehen, daß die Kommunisten, die in unsere Partei eingetreten sind, unser Programm angenommen haben und für die nationale Revolution kämpfen werden.“

[609] Aus obigen Ausführungen können wir ersehen, daß die chinesische revolutionäre Front dicht zusammensteht. Es fehlt nur ein bewaffneter Entscheidungskampf zwischen den ausländischen Imperialisten und den Revolutionären.

*

Obiger Artikel wurde schon Ende Juli geschrieben. Inzwischen hat sich viel Neues zugetragen, von dem wir einiges jetzt (Ende September) nachtragen wollen.

Die gesamten imperialistischen Lakaien, von der Tuan-She-Sui-Clique bis zu den bürgerlichen Elementen, streben mit allen Kräften danach, den großen Freiheitskampf in China zu verzetteln. Die Blutbäder von Shanghai, Hankow, Kanton, Shunking usw. betrachten sie als lokale Fragen: Allein die Gouverneure der betreffenden Provinzen sollen sich mit den Ausländern wegen dieser Angelegenheit in Verbindung setzen, um sie aus der Welt zu schaffen. Die Bourgeoisie wendet sich nicht nur in der Praxis nicht gegen Japan (Japan ist der Hauptschuldige am Ausbruch der Freiheitskämpfe), sondern strebt im Gegenteil danach, die friedlichen Beziehungen zu Japan wieder herzustellen. Die japanischen und chinesischen Politiker und Journalisten bildeten in Tokio, Peking und Shanghai teils offiziell, teils inoffiziell „Gesellschaften zur Förderung der chinesisch-japanischen Freundschaftsbeziehungen“. Die Arbeiter nahmen am 30. Juni in einer Pekinger Versammlung eine Resolution an, die sich gegen dieses Vorgehen der Bourgeoisie richtet. Sie verlangen Kampf gegen die englischen und japanischen Imperialisten, und nicht nur gegen eine Partei. Die Bourgeoisie berief daraufhin am 18. Juli ihrerseits eine Versammlung in Peking ein, in der sie sich gegen die Vorschläge der Arbeiter wendete und den Boykott nur gegen die Engländer vorschlug. Es erfolgte auf dieser Versammlung ein Zusammenstoß, von dem bürgerliche Zeitungen berichten, daß diejenigen mit roten Fahnen die Unruhestifter waren. Die Kommunisten hatten am selben Tage die Parole herausgegeben „Kampf gegen das japanische Werkzeug und gegen den Volksverräter Tschang Tso Lin“ und hatten folgende Kampfforderungen aufgestellt:

1. Abschaffung der ungleichen Verträge,
2. Abrüstung der Militärmächthaber, die nicht gegen die Imperialisten kämpfen wollen,
3. Zusicherung der Rede-, Presse- und Koalitionsfreiheit,
4. Abschaffung der ungleichen Behandlung der Frauen auf juristischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete.
5. Abschaffung des Likiensystems und andere Steuern,
6. Festsetzung eines Maximums von Bodeneigentum, über dessen Höhe hinaus die Gutsbesitzer ihr Land an arme Bauern und Pächter abgeben müssen; Festsetzung eines Maximums von Pachtzins, Abschaffung der jetzt eingebürgerten Sitte der Grundsteuerzahlung für mehrere Jahre im Voraus.
7. Unbegrenzte Freiheit für das Gewerkschaftswesen; Streikrecht für die Arbeiter; Festsetzung eines Minimums der Arbeitslöhne gemäß den Lebensmittelpreisen; Schaffung eines Arbeiterschutzgesetzes.
8. Das Recht der Arbeiter- und Bauernbewaffnung zu ihrem Schutze.
9. Hinterlegung einer bestimmten Summe für das Schulwesen auf einer Bank.

Diese Forderungen sind ein neues Kampfprogramm des chinesischen Proletariats für die nationale Revolution. Tschang Tso Lin löste auf Grund desselben schon nach einigen Tagen Arbeiterverbände und Kampforganisationen in Tientsin, Shanghai und Mukden auf. In Tsingtau ließ sein Anhänger sogar einen Arbeiterführer und einen Redakteur als „Bolschewisten“ erschießen. Der Erfolg war aber nicht der gewünschte, sondern die Arbeiter streikten und protestierten weiter, worauf es am 30. Juli zum Blutbad in Nanking und am 12. August in Tientsin kam. In Tientsin hatten sich die Arbeiter nicht nur gegen die versteckten Japaner (alle Firmen tragen dort chinesische Namen, während die Inhaber in Wirklichkeit Ausländer sind), sondern selbst gegen die Amerikaner gewandt. Kurz genommen, die Maßnahmen der chinesischen Militärmächthaber und Bour-geoisie verbreiteten die Einheitsfront des gesamten chinesischen Volkes gegen die Imperialisten noch mehr.

In letzter Zeit organisieren die Arbeiter sogar schon Kämpfe gegen die einheimischen Kapitalisten. Die Arbeiter mehrerer chinesischer Bergwerke in Honan traten in Streik, weil ihnen die Unternehmer Lohnforderungen (die Mehrlöhne verlangten sie ausdrücklich zur Unterstützung für die Streikenden Shanghais) nicht bewilligen wollten. Aus demselben Grunde traten auch die Textilarbeiter Honans in den Ausstand. Weiter waren kürzlich die Arbeiter der großen chinesischen Druckerei in Shanghai „Commercial Press“ wegen Arbeitszeit- und Lohnfragen in den Streik getreten. Die Arbeiter im allgemeinen hegen jetzt einen großen Haß gegen die chinesischen Kapitalisten, denn sie meinen, jene sollten doch die Arbeiter, die sich nur gegen die ausländischen Kapitalisten wandten, in ihrem eigensten Interesse unterstützen. Die Shanghaier Arbeiter im besonderen sind sehr erbost über die einheimischen Kapitalisten, weil diese, als der internationale Munizipalrat Shanghais den elektrischen Strom abschneiden ließ, den unfreiwillig seiernenden Arbeitern keinerlei Unterstützung gewährten. Dies war eine gute Lehre für die chinesische Arbeiterschaft.

Das Zuckerbrot, das die Imperialisten im Augenblick der chinesischen Bourgeoisie vorhalten, ist die Zollkonferenz. Sie wollen durch sie nicht nur das Volk beruhigen, sondern noch einen großen Vorstoß unternehmen. Die Zollkonferenz vom 26. Oktober wird nicht allein die Zollfragen regeln, sondern wird sich in der Hauptsache mit der Dawesierung Chinas beschäftigen. Daher das große Interesse der Imperialisten an der Zollkonferenz. Die Japaner haben aber noch ein besonderes Interesse. Sie wollen mit der Zollkonferenz die Garantierung ihrer Nishihara-Anleihen (1917 bis 1920 an Tuan She Sui), die vom chinesischen Volke noch nicht anerkannt wurden, verbinden. Diese Zollkonferenz allein ist schon eine Verletzung der chinesischen Zollautonomie!

Neben dem Zuckerbrot die Peitsche.

Die Imperialisten benutzen weiter nicht nur die Militärmächthaber^{*)} um die streikenden Arbeiter zu unterdrücken, sondern sie spielen auch das Lumpenproletariat und die russischen Weißgardisten

^{*)} Aus Raumgründen mußten wir Ausführungen des Verfassers über die gegenwärtige Konstellation der Militärmächthaber streichen. D. Red.

gegen diese aus. In Kanton benutzten sie diese Elemente, um Mordpläne auszuführen und Unruhen gegen die Kuro-Min-Regierung hervorzurufen. Ihnen fiel ein berühmter Finanzmann Chinas und tüchtiger Organisator der Kuo Min Tang: Liau Tson Kai zum Opfer und außerdem ein Redakteur eines Kuo-Min-Tang-Organs. In Shanghai wurden diese Elemente als Streikbrecher und als Stürmer auf die Gewerkschaften herangezogen. Mitte August unternahmen sie einen Ueberfall auf das Gebäude einer großen Organisation, auf das Shanghaier Gewerkschaftsgebäude. Der Erfolg ist, daß sich die Arbeiter noch mehr um die Gewerkschaften zentralisieren.

Endlich noch ein paar Worte über die Lage in Kanton. Durch den Sieg über die Yünnantruppen Anfang Juni ist die Kanton-Regierung sehr gefestigt worden. Sie rüstet jetzt zum direkten Kampf mit den Imperialisten, um ihr Recht zu wahren. Besonders seit dem Blutbad vom 25. Juni in Kanton steht die Kanton-Regierung mit den Engländern im Kriegszustand. Die Engländer wollen Kanton von Hongkong aus blockieren. Aber die Kanton-Regierung ihrerseits läßt überhaupt keine ausländischen Schiffe von Hongkong aus herein. Das bedeutet, die Süd-Regierung will die Insel- und Hafenstadt Hongkong zum Tode verurteilen und Kanton zum ersten Hafen Südchinas machen. Daher verlangen die englischen Kaufleute in Hongkong von ihrer Regierung sofortige Kriegserklärung gegen Kanton. [611]

*

Diskussion.

Wie schaffen wir die bolschewistische Einheit der Partei?

K. S. Der Brief der Exekutive ist von der großen Mehrheit der Partei empfunden worden als ein frischer Windstoß in eine schlechte Atmosphäre. Die Stellungnahme der Mitgliedschaft hat das un- zweideutig ausgedrückt. Von dieser ersten Stellungnahme aber bis zum bewußten Erkennen und Ergreifen der notwendigen konkreten Maßnahmen, um die Partei aus ihrer heutigen schwierigen Lage im Innern und im Aeußern zu befreien und zu einem neuen Aufstieg zu führen – ist ein schwieriger Weg.

Der Ekki-Brief hat nun (abgesehen von einigen fraktionell „verdorbenen“ Führern) auch bei einem Teil von Parteiarbeitern, die bisher die Organisation getragen haben und ohne die eine Umgruppierung der Partei viel schwerer und verlustreicher sein wird, ein großes Maß von Verwirrung und Desorientierung hervorgerufen bzw. enthüllt. Es besteht die Gefahr, daß auch die großen, unzweifelhaft positiven Leistungen der alten Linken für die Partei verloren gehen. Daher ist es notwendig, die entscheidenden Fragen, um, die es sich hier handelt, mit aller Nüchternheit und Selbstkritik neu aufzurollen und zu beantworten.

Der grundlegende Gesichtspunkt, unter dem dies geschehen muß und den viele überhaupt nicht sehen, ist die Frage: Wie schaffen wir die bolschewistische Einheit der Partei? Dabei betone man das „wie“, das „bolschewistisch“ und „Partei“. Letzteres muß sogar ausdrücklich hervorgehoben werden, weil viele gute Genossen, die bisher Manager der Linken waren, es überhaupt verlernt haben, im Parteimaßstabe zu denken.

Die Fehler und die historische Stellung der deutschen Linken.

Lenin hat, soviel ich weiß, einmal gesagt, daß die Arbeiterbewegung in ihren Kinderschuhen sich spaltet in Anarchismus und Reformismus. Dieser Satz wird von der Entwicklung der Arbeiterbewegung im vergangenen Jahrhundert bestätigt. Er gilt aber, wenn auch in abgeschwächtem Maße, für die fortgeschrittene politische Entwicklung der Arbeiterklasse. Nehmen wir die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vor dem Kriege. Daß die Rechte wie das Zentrum dem Reformismus verfallen waren, ist heute von der Geschichte praktisch bewiesen. Andererseits hat die Kritik an der alten Linken in der SPD gezeigt, daß ihre Abweichungen vom Marxismus gewisse syndikalistisch-anarchistische Wurzeln hatten. Diese Kritik mindert die historische Berechtigung ihres Kampfes gegen die Revisionisten und das Zentrum um kein Haar. Wohl aber zeigt sie, daß die Herausbildung einer wirklich marxistischen. (leninistischen) Führung eine schwere, mühsame

Arbeit ist, die nicht nur im Kampfe gegen „rechts“ vollzieht, sondern auch gegen ein falsches Linkssein, das übrigens mit dem Reformismus verwandter ist, als es scheint. Rosa Luxemburg war auf dem Wege, die wirklich marxistische Führung in Deutschland zu schaffen. Sie hätte sie wahrscheinlich geschaffen. Ihr Tod hat dies unmöglich gemacht.

Der Satz vom Reformismus und Anarchismus gilt nun auch in hohem Maße noch für die Gegensätze innerhalb der KPD. Der reife Teil der Führung, der dem wirklichen Marxismus (Lenin) am nächsten stand, war in den ersten Kämpfen der Revolution vernichtet worden. Die folgenden Jahre stellen einen Rückfall der Partei dar, Jahre, in denen der Kampf zwischen [612] einer stark reformistischen Gruppe auf der einen Seite und einer stark anarchistischen-syndikalistischen auf der anderen Seite geführt wird. Nachdem die KAP-Leute hier, die Levileute dort ausgeschieden waren, reproduzierte sich der Kampf, wenn auch auf höherer Stufe, noch einmal zwischen Brandler und Maslow. Man muß nur frühere Dokumente der Parteigeschichte lesen, um diese Auffassung bestätigt zu finden. Die Geschichte der letzten Jahre beweist sie schlagend.

Nehmen wir nun die „deutsche Linke“ genauer vor. Sie hat ihren Kampf in der Partei gegen Brandler mit einer Plattform geführt, die z. T. richtig, aber auch z. T. falsch war. Dies ist der springende Punkt, das Wesentliche, das man heute begreifen muß, um die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zu verstehen. Ohne das Verständnis und das offene Aussprechen dieser Tatsache ist man unfähig, die Arbeit fortzuführen, die die alte Linke in hohem Maße vorbereitet, zu der sie der Partei die Bahn freigemacht hat, nämlich eine wirklich bolschewistische Einheit zu schaffen.

Richtig an der Plattform der Linken war: die Verurteilung der brandlerschen Stellung zur Frage des Staates,^{*)} richtig der Kampf gegen die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik, die Schwanzpolitik der linken SPD gegenüber; richtig die Betonung der Rolle der Partei (freilich war man bis in die letzte Zeit noch ziemlich weit von einem konkreten Verständnis dieser Rolle entfernt).

Falsch aber war die Ablehnung aller politischen Uebergangslosungen; falsch die starre Behandlung der SPD (die auf einem Unverständnis des Wesens des Opportunismus beruhte), das Unvermögen, zwischen Führern und Arbeitern in der SPD praktisch zu unterscheiden; falsch war die Wasserscheu vor der Einheitsfronttaktik, die sich in X Vorbehalten äußerte und sie praktisch aufhob; falsch war vor allem der historische Brennpunkt dieser Ideologie, der Kampf gegen die Wendung des 3. Kongresses, die Theorie von seiner schlechten Wirkung auf die KPD.

Es ist durchaus richtig, wenn der Brief der Exekutive die scheinbar historische Frage des 3. Kongresses in den Mittelpunkt seiner Kritik der Maslowgruppe stellt. In der Tat laufen hier die Wurzeln aller Fehler dieser Gruppe in den letzten Jahren zusammen. Vollkommen unrichtig aber ist es, wenn man aus dieser Stellung heute das Wesen und den Brennpunkt der gesamten linken Opposition in der Partei macht, wie es manche Verteidiger des Genossen Maslow versuchen. Die Arbeiter haben nicht den Linken Gefolgschaft geleistet, weil diese gegen den 3. Kongreß kämpften. Das ist ein grundlegender Irrtum. Sie haben ihnen Gefolgschaft geleistet, trotzdem sie gegen den 3. Kongreß kämpften. Man muß sich heute ganz ehrlich fragen, warum es der Linken nicht früher gelungen ist, Brandler in der Partei zu erledigen, warum es erst der „Elementarkatastrophe“ des Oktober bedurfte, warum so viele ehrliche revolutionäre Elemente in der Partei bis zuletzt Brandler unterstützt haben. Es ist eine ganz oberflächliche und unbolschewistische Vertuschung der eigenen Fehler, wenn man die Schuld auf die Arbeiter schiebt und ihnen ein „verstecktes Liquidatorentum“ andichtet. Schuld war die Führung der Linken in der Partei, die es nicht verstanden hat, dem revolu-

^{*)} Freilich war ihre eigene Stellung zum Staate keineswegs ganz einwandfrei. Das konnte bei den starken syndikalistischen Resten in ihrer Ideologie auch gar nicht anders sein, für die es reichlich Beispiele gibt. (Z. B. die Artikel, die Friesland und Gen. Ruth im Frühjahr 1921 anlässlich der Debatte über die Losung „Bündnis mit Rußland“ in der „R. F.“ schrieben. Diese Artikel vertreten einen naiven Nihilismus in der nationalen Frage. Die Berechtigung der damaligen Opposition gegen Levi und die Art, wie er mit dieser Parole operierte, ist freilich eine andere Sache. Was die engere Staatstheorie betrifft, so hat Gen. H. Neumann in seiner Broschüre mit Recht auf die Stelle in Maslows „Russischer Revolution“ hingewiesen, wo er den bürgerlichen Staatsapparat schon vor Eroberung der Macht durch das Proletariat „zerbrochen“ haben will. Ich habe Gen. Maslow im Januar d. Js., als ich die Korrekturen des Buches las, ausdrücklich auf diesen Fehler aufmerksam gemacht.

tionären Willen eine richtige theoretische Plattform zu geben, [613] die eigenen anarchistisch-syndikalistischen Fehler zu überwinden. Dies muß heute offen ausgesprochen werden.

Fragen wir uns doch einmal konkret, warum in Jena die Linke nicht die Zentrale bilden bzw. die Führung der neuen Zentrale übernehmen konnte. Nicht etwa, weil sie, wie in den Thesen des X. Parteitages steht (S. 32), „die Bedeutung der Führung nicht begriffen hatte“, sondern weil ihre Führung die Bedeutung des 3. Kongresses nicht begriffen hatte mit allen seinen praktischen Konsequenzen, auch innerparteilicher Natur, weil ihr daher ein guter Teil ihrer Anhänger nicht folgen konnte. Damit hat die Linke selbst Brandler den Weg geebnet.

Liest man heute bloß die damals abgefaßten Thesen und Artikel, in denen auch von links der 3. Kongreß „anerkannt“ wird, so mag man vielleicht an der Richtigkeit dieser Erklärung zweifeln. Aber man muß die damaligen innerparteilichen Fraktionsvorgänge in Betracht ziehen. In der Tat ist die wirkliche Wurzel der linken Opposition gegen den 3. Kongreß nicht zu suchen in irgendwelchen Formulierungen. Derlei Bedenken waren nur mehr oder minder unbewußte Vorwände. Die wirkliche Wurzel dieser Opposition scheint mir zu liegen in der Tatsache, daß der 3. Kongreß für einen fraktionell beschränkten Blick – aber auch nur für diesen – in der Tat der Linken, so wie sie war, zu schaden schien. Er schien sachlich Levis Kritik an der Märzaktion recht zu geben. Aber indem sie diesen Unsinn verbreitete, ermöglichte die Linke selbst es Levis Verteidigern, dies zu behaupten. Nur für einen bornierten Fraktionsgeist war dies die Wirkung des 3. Kongresses. Die linke Führung stak damals leider bis über die Ohren in diesem Geist. Sie betrachtete diesen historischen Wendepunkt aus der Froschperspektive des fraktionellen Treibens, des Apparates usw. Ihr fehlte der Ueberblick über die Gesamtentwicklung der Partei und ihre eigene historische Rolle, ihr fehlte jede Selbstkritik. Wenn man den vielzitierten Artikel des Genossen Maslow zum 3. Weltkongreß liest und bedenkt, daß dieselbe Führung damals es unternahm, gegen Lenin und die gesamte Internationale recht zu behalten, dann muß man über das Maß an Kritiklosigkeit sich selbst gegenüber staunen.*)

In diesen innerparteilichen Vorgängen beschränkt fraktioneller Art wurzelte auch die sonst unverständliche „eherne“ Ueberzeugung von der schlechten Wirkung des 3. Kongresses. Daß der 3. Kongreß aber durchaus geeignet war, die Linke in der Partei nicht nur nicht zu töten, sondern im [614] Gegenteil ihr zum Sieg gegen den Opportunismus zu verhelfen, das hat man damals, in kleinliche Fraktionsrechthaberei verbohrt, nicht begriffen. Man hat damit einen historischen Moment versäumt, da es der Linken möglich gewesen wäre, einen entscheidenden Schritt zur Schaffung der

*) Ich glaube das Recht zu dieser Kritik zu haben, weil ich sie schon damals geübt habe. (Siehe die Leitartikel des Reichenberger „Vorwärts“ und der Außiger „Internationale“ über den III. Kongreß, August 1921.)

Die Probleme in der tschechischen Partei lagen damals in vielen Dingen ähnlich wie in der KPD: Smeral und seine Gruppe, die bis zuletzt eine offen zentristische Stellung eingenommen hatten, gelang es, infolge der Wendung des III. Kongresses mit ihren Fehlern in der Partei und an der Führung zu bleiben. Dazu sagt ein Bericht, den ich damals an die Berliner „Internationale“ sandte, nach Verteidigung des „fundamentalen“ Ergebnisses des Kongresses gegen alle „linken“ Rechthaberkünste:

„... aber es gab auch negative Größen, die vernachlässigt werden mußten. Eine solche negative Größe war Smeral. Nach der prinzipiellen Schablone hat man sich die Sache so vorgestellt: man hält Smeral seine Rede vom Pfingstparteitag vor, fragt, ob er das wirklich gesagt hat, und wenn er ‚gesteht‘, wirft man ihn hinaus. Leider erfüllt die Wirklichkeit selten die holden Träume der Prinziplinge.“

Wenn ich dies alles zitiere, so aus dem Grunde, weil ich glaube, daß bis zu einem gewissen Grade diese Stellung der Frage auch für die KPD richtig war, und auch ihre Lösung:

„Gerade der wirtschaftliche Kampf, der Kampf in den Betrieben, um die Produktionskontrolle, der heute dem Opportunismus Unterschlupf zu gewähren scheint, wird ihn um so gründlicher entlarven, um so leichter auswerfen ... Die Kämpfe, die gestern im Klüngel der Partei prinzipiell geführt wurden, werden morgen vor den großen Massen in der derben Sprache der Arbeiter geführt werden. Warum heute unter furchtbaren Schäden erzwingen wollen, was morgen spielend geht?“

Dies galt den blödsinnigen Absichten einiger „Ultralinken“ in der Reichenberger Organisation, ein Livorno in der tschechischen Partei zu arrangieren. Aber es war zugleich eine Kritik der damaligen deutschen Linken, die gegen den Rat der Exekutive in Jena die KPD spalten wollte. Wie neuerliche Ausführungen zeigen, hat man den katastrophalen Fehler, der in diesem Versuch lag, noch nicht begriffen.

bolschewistischen Einheit der Partei zu tun. Man hat sich auf einer falschen Basis fraktionell abgeschlossen und ist, statt auf den Bolschewismus zu, von ihm weg marschiert. Wenn die Linke innerhalb der Partei später eine große Rolle spielen konnte, so geschah dies trotz Jena und trotz dieser schweren Fehler ihrer Führung.

Es ist auch nicht richtig, die Frage so zu stellen, wie es jetzt manchmal versucht wird, als ob es sich damals bloß darum gehandelt hätte, wer bzw. welche Fraktion den 3. Kongreß „durchführe“. Die „Durchführung“ des 3. Kongresses verlangte damals eine weitgehende Niederreißung und Umgruppierung der bestehenden Fraktionen. Dies hat die Linke damals nicht verstanden. Und daher mußte der 3. Kongreß gegen sie durchgeführt werden. Daß im Gefolge des 3. Kongresses oft mit seinen Thesen auf den Lippen opportunistische Fehler gemacht werden, ist nicht zu leugnen. Aber es ist falsch und ganz unmarxistisch (weil zu abstrakt) zu sagen: Seine Beschlüsse waren richtig, ihre Durchführung falsch. Man muß klipp und klar feststellen, daß der dritte Kongreß trotz aller Fehler Brandlers und gegen die **damalige** Opposition der linken Führung in seiner Durchführung positiv gewirkt hat auf die Parteien in Westeuropa, vor allem auf die KPD. Das ist die Kernfrage, die praktisch bedeutet: 1. eine Anerkennung des Positiven, was auch unter Brandler geleistet wurde, 2. das Eingeständnis der Fehler der Linken, die in ihrem halb KAPdistischen Charakter beruhten. Das hat man bisher immer vermieden. Abgesehen von der Verballhornung der Parteigeschichte bedeutete diese Unaufrichtigkeit eine schwere Hemmung in der praktischen Arbeit. Die Theorie, die dies deckte oder gar zur wertvollsten Tradition der Linken machte, war Genosse Maslows falsche Theorie von der schlechten Wirkung des 3. Kongresses, die bloß durch den Kampf der Linken gegen Lenin und die Exekutive schließlich aufgehoben worden sei.*)

Und wie man den 3. Kongreß, so hat man auch die Einheitsfronttaktik, die aus dieser Wendung des 3. Kongresses folgte, praktisch nicht verstanden. Das bloß skeptisch-relativistische Reden über Manöver und Entlarvung beweist dies, auch wenn es theoretisch diese Taktik anerkannte. Wie man über der Fraktion nicht die Partei, so hat man über der Partei nicht das gesamte Proletariat gesehen. Dies hat trotz aller berechtigten Kritik an der opportunistischen Politik Brandlers bewirkt, daß die Rechten [615] damals in vielen Fragen und besonders den unmittelbar praktischen, taktischen Fragen, richtige Argumente gegen die Linken ins Feld führen konnten. Auch dies muß heute festgestellt werden. Die Folge war, daß die Linie zwischen rechts und links innerhalb der Partei nicht an der richtigen Stelle gezogen war, daß es keineswegs die Linie war zwischen Bolschewisten und Menschewisten, wie sich manche Leute heute noch einbilden. Diese Linie lief in der „Brandler-Zeit“ zwischen einer Schicht älterer Arbeiter einerseits, die die Lehren des 3. Kongresses instinktiv begriffen hatten, vor allem „Massenmenschen“ waren, aber die Rolle der Partei praktisch noch nicht verstanden hatten und daher unter eine opportunistische Führung gerieten, und andererseits einer

*) Diese Theorie war keineswegs ein „Gemeingut aller Linken“. U. a. erinnere ich mich noch sehr gut der Mitgliederversammlung des 9. Berliner Verwaltungsbezirks vor dem IV. Weltkongreß, wo ich gerade in diesem Punkt gegen Gen. Ruth polemisierte und davor warnte, den richtigen Kampf gegen Brandler durch diese falsche Kritik des III. Kongresses zu belasten. Trotzdem: ein Fehler in dieser Frage war wohl vielen Linken gemein, über den ich hier ein paar Worte sagen will, weil ihn manche Genossen auch heute noch nicht einsehen.

Das ist nämlich die leichtsinnige Behandlung dieser Frage des III. Kongresses, besonders nach dem Oktober. Ein Beispiel dieser leichtsinnigen, wirklich leichtfertigen Behandlung findet sich in zwei Artikeln von mir zum V. Weltkongreß („Internationale“ Nr. 10/11 und 12, 1924). Zwar wird dort in der entscheidenden Frage durchaus richtig erklärt, daß die Wendung des III. Kongresses „notwendig“ und auch „praktisch (d. h. in ihrer Wirkung auf die Partei) richtig“ war (S. 351, 388), daneben aber finden sich Formulierungen, die für sich genommen das Gegenteil bedeuten und den Versuch darstellen, schon in der Arbeit des III. Kongresses (nämlich Gen. Vargas Tun dortselbst) die Keime des späteren Opportunismus aufzufinden. Das zu schreiben war leichtfertig, weil eine einfache Durchsicht der Beschlüsse (die ich damals gar nicht vorgenommen habe) mir bewiesen hätten, daß man die Wirtschaftsthesen des III. Kongresses nicht für die späteren Fehler haftbar machen kann. (Vielleicht ihre ursprünglichen Verfasser, aber dann doch nicht in dieser Eigenschaft.) Die obenerwähnten Artikel bliesen also nicht nur Nebensachen (wie die anerkannt unmarxistischen Theorien Vargas) unmäßig auf, sondern sie hängten dem III. Kongreß selbst Dinge an die Rockschoße, die erst später in Erscheinung traten und ganz zu Lasten seiner westeuropäischen Interpreten gebucht werden müssen (das waren vor allem die Genossen Radek-Brandler-Varga, aber auch die Führer der deutschen Linken, die ihn falsch interpretierten, daher die opportunistischen Fehler nicht erfolgreich bekämpfen konnten.) Die erwähnten Artikel enthielten übrigens auch sonst eine Anzahl Entgleisungen und Schiefheiten.

Schicht neu zum Klassenkampf erwachter Arbeiter, die die prinzipiellen Lehren des Bolschewismus sehr gut verstanden, noch nicht aber die Arbeit für sie unter den Massen. Standen einerseits auf der rechten Seite viele ehrliche revolutionäre Arbeiter, die mit Brandlers Fehlern nichts zu tun hatten, so gab es andererseits auf der Linken viele passive Schreier und halbanarchistische Phrasendrescher.

Niemand, der die Jahre 21, 22 und 23 in der Partei miterlebt hat, kann dies leugnen, es sei denn, daß er damals noch selbst ideologisch in den Windeln gelegen hat. Leider ist letzteres bei einem Teil von Genossen der Fall, die im letzten Jahr Politik gemacht haben, die daher der Geschichte der Partei ganz unkritisch gegenüberstanden. Und auch der reifste Teil der Linken hat den organischen Mangel seiner historischen Entwicklung mit sich geschleppt. Dies mußte am Januar-Zentralausschuß auffallen. Sowohl von den Ultralinken wie von denen, die nun „mit Macht“ tägliche Kämpfe führen wollten, hatte man das Gefühl: „Die Partei hat ihren 3. Kongreß noch nicht erlebt.“ Viele haben ihn damals begonnen zu erleben. Wirklich praktisch aber konnte dieses Erlebnis nicht werden, weil die „Tradition“ im Wege lag, jenes Zerrbild des 3. Kongresses, das man sich früher geschaffen.

Nicht zuletzt lag auch im Wege das Zerrbild des Brandlerismus, das, als Vogelscheuche ausstaffiert, jede ernsthafte Selbstkritik der Partei von scheinbar „rechts“ verhinderte. Darüber werden ausführliche Untersuchungen nötig sein. Hier nur so viel: die linke Führung hat bis in die allerletzte Zeit die Wurzel des Brandlerschen Opportunismus und das Wesen des Brandlerismus überhaupt nicht erkannt, sondern sein Wesen in taktischen Fragen gesucht, dort, wo man seinerzeit Brandler an einigen Punkten mit Recht bekämpft hatte. Diese falsche Kritik des Brandlerismus hatte einerseits zur Folge, daß man die Taktik, die unter Brandler nur falsch angewendet wurde, weil ihr keine revolutionäre Strategie zugrunde lag, in der Tat (trotz aller gegenteiligen Thesen) in Bausch und Bogen verwarf, andererseits aber keinen wirklichen praktischen Schritt über Brandler hinaus zur revolutionären Strategie zu tun vermochte. Spätere Untersuchungen der Parteigeschichte werden erweisen, wie „brandleristisch“ trotz aller linken Phraseologie die Politik der Partei im Jahre 1924 war, z. B. die Stellung zur Regierungskrise im Herbst 1924, die bornierte Beschränkung auf ökonomische Forderungen, die Ablehnung aller politischen Teilforderungen usw. Der Januar-Zentralausschuß ist, insofern er einen schüchternen Schritt in der Richtung der Einheitsfronttaktik bedeutete, in dieselben Fehler gefallen wie Brandler am dem 3. Kongreß: eine ökonomistische Beschränkung der Partei auf rein gewerkschaftliche Aufgaben, die trotz alles Redens unseren Vormarsch in den Gewerkschaften hemmte. (Man schrie damals – wie seinerzeit – bloß 12, wenn die SPD 6 sagte, usw. Ich habe darauf hingewiesen im „Funken“ Nr. 8/9 vom 6. Mai d. Js. und „Kom. Gewerkschaftler“ vom Dezember 1924.)

Die wirkliche Wurzel des Brandlerismus, insofern er ein Rest sozialdemokratischer Ideologie in unserer Partei war, bestand in einer tradeunionistischen, zünftlerischen Politik, in dem Versuch, die politischen Lo-[616]jungen aus den täglichen ökonomischen und gewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeiter heraus zu konstruieren, im Unverständnis für die Frage der Beziehungen der Arbeiterklasse zu den anderen ausgebeuteten Schichten, im Unvermögen, diese Fragen praktisch in den Massenorganisationen der Arbeiter zu stellen, und dem opportunistischen Versuch, diese Organisationen zu erobern unter Umgehung dieser Fragen. Die konkrete Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats ist das Wesen der bolschewistischen Politik, ohne sie bleibt das Reden von der Diktatur bloß ein abstraktes Geschwätz. Brandler hat den sozialdemokratischen Fehler gemacht, diese Fragen zu umgehen. Die linke Führung aber auf der anderen Seite ist bei dem abstrakten Geschwätz stehen geblieben und hat es ebenso wenig wie Brandler verstanden, diese Grundfrage des Bolschewismus in den Massenorganisationen des Proletariats praktisch zu stellen. Dies war auch später der Fall, als wir (zur Zeit des Mai-Zentralausschusses) gelernt hatten, die Formel von der Hegemonie des Proletariats usw. herzusagen. Es blieb beim Hersagen, weil wir mit den Fehlern des Brandlerismus auch die Arbeit unter den proletarischen Massen selbst in die Ecke gestellt haben, und daher nicht verstanden, diese Fragen praktisch zu stellen.

Mit dem Verständnis der wirklich bolschewistischen Einheitsfronttaktik hängt eng zusammen als eine Vorbedingung – die richtige Definition der Sozialdemokratischen Partei. Brandler hat diese Definition falsch gegeben und praktisch falsche Taktik gemacht. Aber auch die ehemalige Linke hat

sie nicht richtig definiert und auch sie konnte daher nicht eine wirklich bolschewistische Einheitsfronttaktik machen. Brandler hat die SPD definiert als „andere Arbeiterpartei“. Die Führung der Linken hat sie noch bis zum Sommer d. J. schlechthin als „bürgerliche Partei“ bezeichnet. Noch auf dem Mai-Zentralausschuß ist Gen. Ruth den falschen Argumenten der Ultralinken, man könne mit bürgerlichen Parteien nicht manövrieren, mit dem ebenfalls falschen Argument entgegengetreten: die Sozialdemokratie sei auch eine bürgerliche Partei wie das Zentrum, das Problem also dasselbe. Diese Gleichsetzung von Zentrum und Sozialdemokratie ist aber unrichtig. Die Sozialdemokratie ist weder eine Arbeiterpartei schlechthin, noch eine bürgerliche Partei schlechthin, sondern sie ist die bürgerliche Arbeiterpartei. Dieser Begriff ist der springende Punkt. In ihm steckt nicht nur die Theorie, sondern die Praxis einer wirklich bolschewistischen Taktik. Nach der falschen „linken“ Definition sind die SPD-Arbeiter eigentlich lauter Kleinbürger, die SPD zieht ihre Stärke aus ihrer offen bürgerlichen Politik, die SPD-Arbeiter sind für den Klassenkampf ziemlich verloren. In der Tat aber ist die Sache gerade umgekehrt. Die SPD hat Arbeiteranhang trotz ihrer bürgerlichen Politik, weil sie es versteht, diese Politik mit sozialistischen Phrasen zu verbrämen und als Klassenpolitik der Arbeiter auszugeben, als „vernünftige“ Klassenpolitik im Unterschied von der „unvernünftigen Radaupolitik“ der Kommunisten. Hier liegt auch der Unterschied vom Zentrum. Abgesehen davon, daß das Zentrum keineswegs so in den Arbeitermassen wurzelt wie die SPD, hat es weder in seiner gegenwärtigen Ideologie noch in seiner Tradition sich je auf den Klassenstandpunkt gestellt, wie es die SPD tut und tun kann, weil wir es nicht verstehen, durch eine nüchterne phrasenlose revolutionäre Politik ihr diesen Weg zu versperren.

Wir haben uns monatelang damit begnügt, zu sagen: die SPD ist eine bürgerliche Partei, wir sind die „einzige Arbeiterpartei“. Dabei konnte man sich das Richtige denken. Tatsache aber ist, daß der größte Teil der Partei sich das Falsche dabei gedacht hat, ja, daß er gerade dieses Falsche für das Wesen unserer Auffassung von der SPD hielt. Ein „Theoretiker“ mag über diese kleinen Unterschiede großzügig hinweggehen, aber für die Praxis unserer Arbeiter in den Betrieben, den Gewerkschaften, in den Versammlungen, hatte dies sehr viel zu bedeuten, und die Genossen haben heute recht, wenn sie, über diese falsche theoretische Auffassung erbittert, der bisherigen Führung Vorwürfe machen.

[617] Was half es, daß man später in die Resolutionen und Thesen das Wort „bürgerliche Arbeiterpartei“ hineinschrieb, ohne zu sagen, daß man bisher Unsinn geredet, ohne daß nur 10 Prozent der Mitglieder diese neue Bezeichnung verstanden?

Wir sind hier bei dem letzten Kapitel in der Entwicklung der Linken, das sich mit den Worten kennzeichnen läßt: „Die Bolschewisierung um den heißen Brei“. Fraglos hat die Führung und besonders Genosse Maslow^{*)} in letzter Zeit versucht, der Partei eine bolschewistische Grundlage zu

^{*)} Hier seien einige Worte zur Rolle und den Fehlern des Genossen Maslow erlaubt. Auf die Broschüre des Gen. Neumann will ich nicht näher eingehen. Zu seiner Kritik des Buches über die russische Revolution, an dessen Herausgabe ich gearbeitet habe, ist zu sagen, daß sie in ihren wesentlichen Punkten (die freilich schon im Ekki-Brief standen) durchaus richtig ist. Auch was einige scheinbar unwesentliche Dinge betrifft, die wesentlich sind als Symptome der Krankheit der Partei, wenn auch Genossen Maslow für sie im engeren Sinn keine Verantwortung trifft. Die „Reklame“ hat der Verlag gemacht. Gen. Maslow hat sich sofort sehr heftig gegen diese Marktschreierei gewandt. Die „Schlagzeilen“ habe ich fabriziert. Ich war mir dabei vollkommen bewußt, daß es eine recht schäbige Rosinante war, die ich da prächtig anschirren sollte. Ich habe dies zum Unterschied von anderen Genossen, die das Buch damals kritiklos anpriesen, auch ausgesprochen. (Freilich aus falschen „Fraktionsgründen“ nicht vor der Parteiöffentlichkeit.) Die ausführliche Kritik des Buches, die ich dem Gen. Maslow im Januar schrieb, war – ich glaube das behaupten zu dürfen – sachlich schärfer (was Inhalt wie Methode betrifft), als die heutige des Gen. Neumann. Freilich habe ich dabei berücksichtigt, daß das Buch unter erschwerenden Umständen im Gefängnis geschrieben wurde, und habe einige unzweifelhaft gute Seiten, vor allem die Absichten des Autors anerkannt.

Daß Gen. Maslow mich um die Besorgung der redaktionellen Arbeit anging, war naheliegend, weil ich damals ähnliche Arbeiten für einen unserer Verlage erledigte. Es ist selbstverständlich, daß ich ihm gern geholfen habe. Wenn Gen. Neumann mich deshalb „Maslows eifrigster Schüler“ titulierte, so ist das Unsinn. Ich war das nie. Seine skeptisch-relativistisch-journalistische Methode ist mir nicht erst heute als nicht marxistisch aufgefallen. Trotzdem: er war nicht umsonst Führer der Partei. Man konnte allerhand von ihm lernen. Ich sage das, weil ihn manche, die wirklich seine „eifrigsten Schüler“ waren (indem sie seine Fehler noch übertrieben), heute nur mehr als toten Hund behandeln.

geben. Trotzdem blieb diese Bolschewisierung am Papier, blieb in Worten stecken, weil auf ihrem Wege ein entscheidender Fehler lag, der ihr den Weg zur praktischen Durchführung versperrte. Dieser entscheidende Fehler war das Unverständnis der richtigen Einheitsfronttaktik, d. h. des richtigen Verhältnisses zu den sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen. Brandler hat diesen Massen die Rolle zugeordnet, die in Rußland die Bauernklasse spielte. Das war die falsche, zünftlerische Basis seiner Politik, der „Arbeiterpolitik im Rahmen der Demokratie“ usw. Er hat daher nicht die Rolle der Partei verstanden, die ohne die Berücksichtigung der andern Klassen und ihrer Beziehungen zum Proletariat schlechthin Phrase bleibt. Er hat es daher auch nicht vermocht, die Frage der Hegemonie konkret zu stellen, eine wirklich revolutionäre Politik zu führen und die Arbeitermassen aus dem Einfluß der Sozialdemokratie zu befreien. Er ist im Gegenteil folgerichtig selbst zur sozialdemokratischen Politik abgeglitten. In diesem brandlerischen Sinne, nämlich als westeuropäischen Ersatz der russischen Bauernschaft, stehen die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter nicht im Mittelpunkt unserer Taktik. Wohl aber sind sie der – wenn auch nur „halb“ klassenbewußte Haupttrupp der Arbeiterschaft, ohne den wir die Revolution nicht machen können. Die Bolschewisierung der letzten Zeit hat das Problem der Hegemonie des Proletariats, das Problem, der Diktatur nur theoretisch, in der blauen Luft gestellt, statt in den gewerk-[618]schaftlich organisierten Arbeitermassen.^{*)} Aber gerade dort muß es gestellt werden, sonst ist alles Reden von den „anderen Klassen“ Unsinn, Kleinbürgerei. In diesem Sinne steht die Masse der gewerkschaftlich-organisierten Arbeiter unbedingt im Mittelpunkt unserer praktischen Arbeit, bzw. müssen wir den Mittelpunkt unserer Arbeit aus der bloßen Theorie in diese Massen hineinverlegen.

Dies war bisher nicht möglich. Die Scheu, den einmal gemachten Fehler einzugestehen, die fraktionelle Angst davor, oder das Unverständnis für diesen Fehler, bewirkten, daß alle wohlgemeinten Versuche zur Bolschewisierung in bloßen Redereien über „Manövrieren“ stecken blieben und das entscheidende Problem umgingen. Die Folgen waren theoretisch eine Verzerrung der Parteigeschichte, ein abstraktes Theoretisieren, eine Karikatur auf die Bolschewisierung, praktisch Passivität. Daher auch die rechten Abweichungen, die Tatsache, daß man das Problem zu sehr im Parlament, zu wenig in den Massen zu stellen wußte.

Es ist eine Tatsache, daß Maslow in der Frage der Taktik bei den Präsidentenwahlen der ganzen Partei um mehr als eine Nasenlänge voraus war, trotz seiner Gefängnishaft, trotz aller theoretischen Mängel der damaligen Artikel. Er hat übrigens zweifellos auch theoretisch in seiner Haft sehr viel gelernt. Gleichviel: in den entscheidenden Fragen hat er noch nicht gelernt, seine Fehler müssen heute scharf und rücksichtslos (d. h. ohne fraktionelle Rücksicht, die bisher eine Kritik stets unterbunden hat) kritisiert werden. Dies ist die Vorbedingung dafür, daß seine falschen Theorien und die servile Widerkäuerei seiner Gedanken ausgemerzt, das wirklich Bolschewistische an der alten Linken freigesetzt wird. Maslows eigne Stellung zu dieser Kritik wird zeigen, inwieweit er als Element einer bolschewistischen Führung in Zukunft in Betracht kommt. Und sie erst wird zeigen, ob ihm der Vorwurf des Antibolschewismus wirklich gemacht [618] werden muß. Man hat hier übertrieben. Trotzdem, wie Lenin sagt, der Führer verantwortlich ist, auch für das, was die Geführten tun, und die Mentalität und Praxis der „doppelten Buchführung“ schließlich in der Partei unbedingt antibolschewistische Früchte zeitigen muß und schon gezeitigt hat (sie ist ja selbst ein unbewußter Ausdruck solcher Stimmungen in den nicht klassenbewußten Massen) – trotzdem also heißt es mit dem Vorwurf des „Antibolschewismus“ vorsichtiger umgehen, als es im Anfang der Debatte geschah. Lenin ist sogar bei der Verurteilung Levis, der lange Zeit die Exekutive von rechts bekämpft und an der Partei in einem entscheidenden Moment offenen Verrat geübt hatte, mit Recht sehr vorsichtig gewesen. Er hat in seinem Brief an den Jenaer Parteitag gesagt, daß die Heranbildung von erfahrenen und einflußreichen Parteiführern eine langwierige und schwere Arbeit ist, bei der es ohne schwere Fehler nicht abgeht. Freilich ist die Situation bei Maslow eine andere. (Man kann ihm nicht zugute halten, den „Kopf verloren“ zu haben.) Aber sie ist auch wirklich eine andere. Maslow ist mit Levi zu vergleichen wohl der objektiven Wurzel und Wirkung seiner Fehler nach, keineswegs aber dem subjektiven Inhalt nach. Das ist ein Unterschied, Genosse Heinz Neumann! Lenin hat damals Beweise gefordert für Levis Menschewismus. Er hat sie erhalten. Ein Beweis in diesem Sinne für Maslows Antibolschewismus aber ist nicht erbracht, den könnte erst seine Stellung zum Ekki-Brief erbringen. (Nebenbei: diese Einwendungen gegen gewisse Uebertreibungen rechtfertigen in keiner Hinsicht die Haltung der Berliner B.-L. Zum „Ton“ kann man seine Meinung offen sagen, wenn man das Wesentliche an der Kritik einsieht und die praktischen Konsequenzen zieht. Die B.-L. hat dies nicht getan, sie hat den „Ton“ bloß zum Vorwand genommen, um die Kritik abzulehnen.)

^{*)} Bezeichnend dafür ist, daß Genosse Maslow in seinem Buch die Hegemonie des Proletariats völlig mißversteht und als „Prinzip“ bezeichnet, nicht als Aufgabe, die verwirklicht werden muß.

Es mag heute als billige Weisheit erscheinen, wenn Genossen sagen, daß sie diese Unreife der Linken seit Jahren gesehen haben. Aber es sagen dies heute viele Genossen, die ganz bestimmt nicht das kleinliche Interesse haben, jetzt als die Klugen zu gelten. Warum haben sie es nicht früher gesagt? Natürlich: von einem ganz klaren und scharfen Bewußtsein wird nicht gesprochen werden können. Dennoch liegt hier ein Problem, das man beantworten muß, und das man nur beantworten kann aus den inneren Fraktionsverhältnissen der Partei. Hier war das Dilemma: rechts oder links. Und wenn einem nicht alles gefiel, da kam, als irgendwie irrationelle Lösung die „Fraktion“, Fraktionsdisziplin, Fraktionsdiplomatie usw., eine höhere Wahrheit. Selbstkritik durfte nicht sein, war Sünde gegen die Fraktion. Ich will damit nicht sagen, daß in allen Fällen ein direkter Zwang ausgeübt wurde. Im Gegenteil, meist war es ein ideologischer Zwang, der bei der mangelnden Erfahrung, der Jugend des größten Teils unserer verantwortlichen Parteiarbeiter, eine Klärung und Selbstkritik erfolgreich verhinderte. Man lese heute den Artikel des Genossen Scholem im letzten „Funken“ und man wird darüber lächeln, daß diese Methode ein Jahr lang die Linke terrorisieren konnte. Heute mag man es lächerlich finden. Tatsache ist aber, daß es zum Schaden der Partei möglich war.

Die linke Fraktion hat der Partei die größten Dienste geleistet. Sie hat die Partei durch Besiegung der opportunistischen, sozialdemokratischen [619] Reste in der Stellung zum Staat geeinigt^{*)} und an die Aufgabe der bewußten Bolschewisierung herangebracht. Aber sie hat diese Dienste geleistet, nicht infolge der borniert fraktionellen Einstellung, wie sie heute Scholem als letzter Mohikaner repräsentiert, sondern trotz dieser Borniertheit. Also trotzdem sie nicht verstand, daß sie als Fraktion zur rechten Zeit sterben müsse, um ihr Ziel, die bolschewistische Partei leben zu lassen. Man hat sich zu viel in falsche historische Kostüme aus der Geschichte der russischen Sozialdemokratie hineingedacht („Der Funke“!) und dabei historische Momente für die Schaffung einer wirklichen bolschewistischen Partei verpaßt.

War aber trotzdem die linke Fraktion historisch berechtigt bis Frankfurt, (ihre Kritiklosigkeit gegen sich selbst und ihre Fraktionsdiplomatie waren es nie), so hörte nach Frankfurt diese historische Berechtigung auf. Schon damals demonstrierte die Partei durch die Macht, mit der sie sich von unten zusammenschloß, daß sie praktisch reifer war, als die Fraktionen, die sich um ihre Führung rauften. Die Aufgabe der linken Führung nach Frankfurt wäre eine entschlossene Beseitigung der alten „falschen“ Fraktionsschranken; gewesen, d. h. zuerst eine ehrliche Auflösung der eigenen Fraktion, die Voraussetzung jeder wirklichen Selbstkritik.^{**)} Die Partei hat sich damals der Linken einmütig zugewandt, nicht weil sie deren Führer für lauter Heroen hielt, sondern weil die Linke den Weg zur bolschewistischen Einheit freigelegt hatte. Aber die linke Führung verkannte diese Reaktion der Partei. Einerseits stieg ihr der Sieg zu Kopf (was Sinowjew in seinem Brief an den Frankfurter Parteitag vorausgesehen hat), andererseits fürchtete sie sich vor der Partei. Daher hielt sie, obwohl sie von Einheit großsprach, ihre Fraktion unehrlicherweise aufrecht. Dadurch hat die linke Führung die bolschewistische Einheit, deren Voraussetzung sie selbst z. T. geschaffen, nach Frankfurt verhindert.

Die Folgen sind bekannt.

Will man das historische Fazit der Linken in der KPD ziehen, so muß man zuerst unterscheiden zwischen ihrer fraktionellen Führung und den Arbeitern, die sie unterstützten. Zweifellos hat diese Führung, die zum Teil aus Intellektuellen bestand, der Partei große Dienste geleistet, doch sie hat

^{*)} Es ist nicht richtig, dieses Verdienst als „problematisch“ herabzusetzen, wie es Genosse Lenz tut (siehe „Funken“ Nr. 17/18, S. 10). Die Einigung der Partei im Moment ihrer schwersten Krise war ein historisches Verdienst der Linken. Daß sie – kritiklos sich selbst gegenüber – nicht verstand, aus dieser Einheit gegen den Opportunismus eine wirklich bolschewistische Einheit zu machen unter Opferung der Fraktion – das ist eine zweite Sache. Man soll nicht diesen schweren Fehler verwischen durch Herabsetzung der wirklichen Verdienste.

^{**)} Es ist nicht richtig, wenn man den Fehler bloß in einer „zu späten“ Abgrenzung von den Ultralinken entdecken will, also einer mehr oder minder „taktischen“ Frage. Diese Auslegung vertuscht die Hauptfrage. Sie sieht voraus, daß ein reifer, bolschewistischer Kern in der Frankfurter Führung schon vorhanden war. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Die „Abgrenzung von den Ultralinken“ mußte mitten durch die Linken selbst durchgehen, ihre Ideologie, ihre Vergangenheit.

infolge ihrer Unerfahrenheit und mangelnden Selbstkritik in den entscheidenden historischen Situationen versagt, in denen es galt, die Reste aus der unreifen Frühzeit der Arbeiterbewegung, der Spaltung in „Anarchisten“ und „Reformisten“, zu überwinden. Jena ist ein Beispiel, Frankfurt das zweite. Damals war der „untere“ Teil der Linken noch nicht reif genug, diese Fehler der Führung gegen sie gut zu machen.

Heute aber ist er es.

Was nun?

Die heutige Lage der Partei ist schwer. Leider übersehen dies manche Fraktionsstrategen über ihren innerparteilichen Heldentaten. Es bedarf der größten Anstrengung aller Kräfte, um die Partei wieder aus der [620] Isolierung herauszubringen und zu einem neuen Aufstieg zu führen. Dennoch kann man die Frage nicht so anpacken, daß man einfach die „neuen“ Aufgaben aufzählt und sich vornimmt, sie gut durchzuführen. Der Schlüssel zur äußeren Lage der Partei liegt heute noch in ihrem Innern. Dies beweist schon der Widerspruch zwischen dem allgemeinen Aufstieg der Arbeiterbewegung in Deutschland und der Lage der KPD. Diese Tatsachen beweisen, daß die Ursache des Niedergangs zum größten Teil im Innern der Partei selbst zu suchen ist, und zwar in den fraktionellen Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Jahren herausgebildet haben. Ein ernster Versuch, die Partei aus der heutigen Lage herauszubringen, verlangt daher zuerst eine klare Konsequenz aus der Kritik dieser innerparteilichen Verhältnisse.

Wir wollen zuerst den Zustand in der Partei feststellen, bevor der Ekkibrief erschien. Die fraktionelle Spaltung war nicht beseitigt. Dennoch hatte sie sich wesentlich verändert: sie entsprach nicht mehr wie einst in demselben Maße der Unreife der Parteimassen selbst, der Teilung in „Anarchisten“ und „Reformisten“, sondern war in gewissem Maße künstlich. Dies zeigt schon die eine Tatsache, daß sie hauptsächlich von der Vergangenheit lebte, vom praktischen Leben der Partei und ihren politischen Aufgaben ziemlich entfernt war. Die Partei in ihrer Masse war reifer, die fraktionellen Kleider waren ihr zu eng geworden. Die Teilung mehr und mehr nach oben abgedrängt, die fraktionellen Abstempelungen falsche Schablonen. Der Inhalt hatte sich sehr geändert.*)

Die große Mehrheit der Partei hat ihre Krankheit in den letzten Monaten instinktiv gefühlt. Sie hat den Ausweg nicht gesehen, sie hatte die Wurzel auch noch nicht erkannt.

In diesem Moment kam der Brief der Exekutive. Er hat die wirkliche Lage der Partei rasch offengelegt. Die „alte Linke“ besteht nicht mehr. Die Masse der linken Arbeiter hat sich von dem Rest der linken Führung getrennt. Das haben die Abstimmungen in den Bezirken bewiesen. Sie haben den experimentellen Beweis für die Richtigkeit der obigen historischen Analyse gegeben.

Die Resultate dieser Abstimmungen sind nach dem Stand vom 15. Oktober folgende: für den Offenen Brief und für das Zentralkomitee sind einstimmig eingetreten: Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien, Oberschlesien, Ostsachsen, Erzgebirge, Magdeburg, Mecklenburg, Wasserkante, Nordwest, Saar, Baden, Württemberg, Nord- und Südbayern. Mit großer Mehrheit hat sich für den EK-KI-Brief entschieden: Thüringen, Halle, Niederrhein, Hessen-Frankfurt. Für die Ultralinken haben sich entschieden die Bezirke Pfalz und Hessen-Waldeck. In Westsachsen hatte die Ultralinke zirka

*) Nehmen wir die „Rechte“. Es wäre ganz falsch, zu leugnen, daß eine rechte Fraktion vorhanden war und ist. Aber ebenso falsch wäre es, sie einfach gleichzusetzen mit unverbesserlichen „Brandlerianern“ oder den Liquidatoren der Partei. Es waren darunter Genossen, die gelernt und ihre Fehler erkannt hatten, deren Kritik berechtigt war, und die man durch eine ideologische und organisatorische Hetze in eine falsche fraktionelle Stellung trieb. Diese Genossen werden ihre fraktionellen Bindungen restlos lösen und sich abgrenzen müssen gegen die wirklichen Rechten. Aber die Mehrheit der Partei muß ihnen den Weg dazu freimachen, indem sie die Berechtigung eines großen Teils ihrer Kritik anerkennt und die blödsinnige Hetze gegen ihren „Brandlerismus“ liquidiert. Es ist eine Tatsache, daß der Vorwurf des Brandlerismus gegen Vorschläge und Genossen, die sie machten, erhoben wurde, ohne wirklich zuzutreffen. So z. B. ist der Brief der Genossen Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker an den 10. Parteitag, der der Partei solange vorenthalten wurde, keine „rechte“ Plattform, sondern in den wesentlichen Punkten durchaus richtig. Selbstverständlich ist er nicht fehlerfrei, trägt die Merkmale der bisherigen Fraktionsteilung an sich. Aber er ist ein wertvoller Beitrag zur Schaffung eines Aktionsprogramms und muß auch so behandelt werden.

die Hälfte, in Halle, Thüringen und Niederrhein kleine Minderheiten für sich. Auch das Ruhrgebiet hat sich für den Brief der Exekutive ausgesprochen, wenn auch noch nicht scharf von der Gruppe Ruth Fischer abgegrenzt. In Berlin selbst stehen die Abstimmungen in der Wohnorganisation so, daß man ein Drittel für Ultralinks, ein Drittel für die [621] Berliner Bezirksleitung und ein Drittel für das Zentralkomitee rechnen kann. Daß aber der entscheidende Teil der Partei in den Großbetrieben für das ZK ist, hat die Abstimmung der Zellenobleute bewiesen, die 500 : 30 gegen die Bezirksleitung ausgefallen ist. Ultralinke gab es überhaupt keine.

Die Lage, die der EKKI-Brief in der Partei geschaffen hat, ist gut. Sie zeigt, daß der übelwiegende Teil der Mitglieder schon bereit ist zur Durchsetzung einer bolschewistischen Einheit gegen die linken und rechten Abweichungen. Es ist aber nötig, um diese Lage endgültig zu klären, rücksichtslos die Konsequenz aus der heutigen Selbstkritik zu ziehen. Es gibt nur eine, die vorwärts führt. Das beweist ein Blick auf die traurigen „Konsequenzen“, die jene beiden Restgruppen ziehen, die sich fälschlich als Erben der Linken fühlen.

Nehmen wir zuerst die Gruppe der Ultralinken. Ihre Losung ist: „Einheit der Linken“. Wir werden über diese „Konsequenz“ und ihre wirklichen Konsequenzen weiter unten noch ein paar Worte sagen. Schon heute zeigt es sich, daß sie zu einem, offenen Kampf gegen die Komintern führen muß. Freilich: Genosse Scholem u. Co. bestreiten dies. Sie schlagen dieser neugeeinigten Linken als Plattform vor: Kampf gegen die Rechten.

„Die Rechten sind da! Sie haben den Wall überstiegen und stehen mitten im Lager der von ihnen seit fünf Jahren glühend gehaßten Berliner Organisation, der Organisation, welche die Brandlerherrschaft innerhalb der Partei vernichtet hat.“^{*)}

Und dieser lächerliche Schlachtbericht im Stile des Lederstrumpf ist das, was Genosse Scholem zur heutigen Lage der Partei zu sagen hat. Besser als durch diese wenigen Worte konnte er nicht jenen Fraktionskretinismus kennzeichnen, der all seine Triumphe innerhalb der Partei erringt und darüber ganz vergißt, daß die Partei auch noch eine Umgebung hat. Mit dieser Auffassung lohnt es nicht sich ernstlich auseinanderzusetzen. Man muß zuerst fragen, was überhaupt rechts ist und man wird sehen, daß Genosse Scholem dies überhaupt nie gewußt hat. So wie er auch heute – das wollen wir ihm zubilligen – nicht weiß, daß sein Kampf gegen die Rechten, den er proklamiert, in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Komintern ist. Es ist zu hoffen, daß er es in einiger Zeit merkt. Die Genossen, die ihm heute noch folgen, werden es viel rascher einsehen.

Genossin Ruth Fischer hat einmal mit Recht gesagt, daß Scholem alle ihre eigenen Fehler in der Karikatur zeigt. Leider vergißt sie heute, diese Karikatur mit ihrem Original zu vergleichen. Denn auch sie (und mit ihr die Berliner B.-L.) hat sich diese Plattform der Einheit der Linken zum Kampf gegen die Rechten zu eigen gemacht, obwohl sie viel besser als Scholem versteht, was dies bedeutet. Es muß offen gesagt werden, daß die Parole des Kampfes gegen Rechts, heute eine Donquichotterie, eine Verschleierung der entscheidenden Fragen, ja mehr als dies: eine Hilfe für die wirklichen Opportunisten ist. Wir müssen die Lage sehen, wie sie wirklich ist. Lenin hat in seinem, Brief an den Jenaer Parteitag mit vollem Recht geschrieben:

„Den Kampf mit dem Zentrismus übertreiben, heißt, den Zentrismus retten, seine Position, seinen Einfluß auf die Arbeiterschaft stärken.“ (Protokoll, Seite 161.)

Wir haben diesen Fehler in den letzten Monaten überreichlich begangen. Wir haben es so herrlich weit gebracht, daß nicht nur die „Rechten“ (d. h. die Genossen, die früher rechts waren, jetzt aber zu unrecht als Rechte geächtet wurden), sondern auch wirkliche Opportunisten in der Partei, ja sogar in manchen Fällen die SPD uns mit richtigen Argumenten bekämpfen konnten. Das kann in den besten Familien vorkommen, richtig.

^{*)} Man lese z. B. aufmerksam die Antwort der Redaktion des „Funken“ auf den Artikel Scholems („Funke“ Nr. 17-18). Jeder Kundige erkennt, wer sie geschrieben; jeder Laie aber, daß hier eine ausgestreckte Hand hingehalten wird. Wenn auch unter dieser Hand ein paar Bedingungen gestellt werden, vor allem – „Bitte, bitte, nicht schimpfen!“ (Auf S. 621 ist nicht sichtbar, wohin dieser Fußnotentext gehört. Es ist möglich, daß es zu diesem Zitat gehört. *KWF*)

[622] Lenin hat gesagt, daß in gewissen Momenten der Geschichte sogar die Menschewiki recht gehabt haben gegen die Bolschewiki. Aber erstens muß man eine solche Lage sehen, zugeben und alles daran setzen, sie zu beseitigen. Zweitens ist das Verhältnis von rechts und links in unserer Partei keineswegs das von Menschewiki und Bolschewiki in der ehemaligen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Gerade diese Illusion war ein Hauptfehler der bisherigen linken Führung.

Wir werden gegen die Opportunisten kämpfen, auch heute. Aber der beste Kampf ist heute die Kritik der Linken an sich selbst, die Ausmistung in ihren eigenen Köpfen, die Beseitigung der fraktionellen Borniertheit um jeden Preis. Bringen wir diese zuwege, dann werden wir rascher als wir denken Gelegenheit haben, von einer richtigen Plattform, ohne Uebertreibung die wirklichen Rechten zu bekämpfen. Anders aber werden wir ihnen helfen, die Partei zu liquidieren. In diesem Moment das Banner des Kampfes gegen rechts erheben, heißt beweisen, daß man völlig vernagtelt ist, heißt das wirklich Bolschewistische in der Linken, in der Partei, ruinieren, nicht aber retten.

Damit aber ist auch die Losung der „Einheit der Linken“ erledigt. Wenn linke Arbeiter aus den Kämpfen der Vergangenheit heraus gefühlsmäßig dieser Losung zustimmen, so muß man sie vor diesen Gefühlen warnen. Wenn es führende Genossen von der Berliner B.-L. tun, dann muß man sie schärfstens bekämpfen, denn sie müssen sich klar sein über die Konsequenzen, die diese Losung in sich birgt. Die überwiegende Mehrheit der Linken hat sich hinter die Exekutive gestellt. Was noch als besondere „Linke“ übrig ist, das sind Ueberreste ohne eine klare Plattform, die man nicht anders einigen kann als gegen die Partei und gegen die Komintern. Die Losung: Einheit der Linken, ist heute bestenfalls die Losung der Tintenfische, die eine wirkliche Klärung verhindern wollen.

Wir wollen die Einheit der Partei, nicht aber irgend einer Gruppe in der Partei. Bisher hat man sich gerühmt, die Partei geeinigt zu haben. Warum will man sich jetzt wieder von ihr weg einigen? Nur weil sie der hohen Führung schwere Fehler nachgewiesen hat? Das wäre wahrlich eine schäbige Methode.

Nein. Dies kann kein ehrlicher Genosse mitmachen. Wir wollten eine bolschewistische Partei. Deswegen haben wir die linke Fraktion gemacht, nicht als Selbstzweck. Der EKKI-Brief hat uns gezeigt, daß die weitere Aufrechterhaltung dieser Fraktion die bolschewistische Einheit der Partei nicht fördert, sondern verhindert. Daher weg mit dieser Fraktion! Nicht Einheit, sondern Auflösung der linken Fraktion, organisatorisch und ideologisch, ist heute die richtige Parole, die einzige, die der guten Tradition der alten Linken entspricht.

Heißt das, daß die Linke bankrott ist? Keineswegs? Wer diese zwei Dinge verwechselt, der zeigt nur, daß er überhaupt nichts verstanden hat vom Briefe der Exekutive. Die Linke ist nicht bankrott. Aber sie muß dies eben dadurch **beweisen**, daß sie als Fraktion sich auflöst. Sie muß vorangehen bei der Beseitigung der falschen Fraktionsschranken, die die Herstellung der bolschewistischen Einheit hemmen. Ist dies so schwer zu verstehen?

Und in der Tat hat sie dies schon getan. Die wirkliche Linke ist längst seit dem EKKI-Brief offen der bolschewistische Kern der Partei. Was heute noch neben ihr als links und rechts übrig ist, das sind Reste, die die Partei vergiften und die liquidiert werden müssen. Die Linke hat ihre historische Rolle erfüllt, trotz aller Fehler ihrer Führung, und sie wird durch Schaffung einer neuen bolschewistischen Führung beweisen, daß ihre langjährige Arbeit nicht umsonst war.

[623] Auf diesem klaren Standpunkt in den innerparteilichen Fragen muß man stehen, um richtig die konkreten Aufgaben der Partei anpacken zu können. Ohne diese Voraussetzung dient alles Reden von den „konkreten Aufgaben“ nur der Verhinderung der Klärung (siehe Berliner B.-L.!) und schadet den Aufgaben, die es im Munde führt.

Diese konkreten Aufgaben müssen ihren Ausdruck finden in der Schaffung eines wirklichen Aktionsprogramms der Partei (an Stelle des liederlichen Leitartikels, den sich der X. Parteitag unter diesem Namen oktroyieren ließ).

Sie verlangen eine besondere, eingehende Erörterung.

*

Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten!

Von W. Scholem.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir drucken hier einen Artikel aus der letzten Nummer des Berliner „Funken“ ab und lassen ihm die Erwiderung der Redaktion des „Funken“ folgen. Beide Artikel scheinen uns in ihrer Art repräsentativ.

Die Entscheidung der Berliner Organisation in den gegenwärtigen Parteidebatten ist nicht nur deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, weil Berlin die größte und wichtigste Organisation der KPD ist, sondern in erster Linie deshalb, weil Berlin 5 Jahre lang das Bild einer festen und geschlossenen, auf dem Boden linker, bolschewistischer Grundsätze marschierenden Organisation bot. Außerdem ist auch jedem Eingeweihten klar, daß der Wert der „einstimmigen“ Entscheidungen vieler Parteiorganisationen im Reich nur sehr problematischer Natur ist, weil trotz aller Parteidemokratie in den meisten Mitgliederversammlungen im Reich die Ansichten der Linken gar nicht zu Worte kommen. In Berlin ist das anders, so daß die Entscheidungen der Berliner Mitgliedschaft auch ein wirkliches Abbild der tatsächlichen Lage im Reich bieten.

Die jetzige Lage in Berlin muß kurz skizziert werden, so wie sie von der Linken betrachtet wird:

Zum ersten Mal seit Bestehen der Partei ist die Berliner Organisation innerlich zerrissen. Breite Mitgliedermassen steuern kompaßlos auf dem Meere der Diskussion, und es ist kein Wunder, daß diese Arbeiter im Gewoge des Gruppenkampfes der gegenseitigen Beschuldigungen ihrer bisherigen Führer und insbesondere unter dem Eindruck der geradezu kläglichen Haltung der Berliner Bezirksleitung bedingungslos für den Offenen Brief der Exekutive stimmen.

Die Verantwortung für den Zusammenbruch der linken Berliner Organisation trägt, das kann ernsthaft nicht bestritten werden, die Genossin Ruth Fischer. Als im Mai d. J. Ruth Fischer mit denen, die jetzt die Führung der Partei haben, zusammen die Linie der linken Politik verließ und allen Ernstes die Unterstützung der Braun-Severing-Regierung in Preußen plante, beging sie einen ungeheuerlichen Betrug an der Berliner Mitgliedschaft. In unerhört verlogener Weise und vollkommen gegen die Tradition offener und ehrlicher Parteidiskussion, die wir in Berlin immer gewohnt waren, wurde eine Scheindebatte aufgezogen, in der Ruth Fischer und ihre Freunde, zu denen die jetzige Parteileitung gehörte, den Mitgliedern stundenlange Vorträge über „Manöver“, „Kompromisse“ usw. hielten, mit denen der wirkliche opportunistische Kern der neuen Politik Ruth Fischers verdeckt werden sollte. Die Genossen Rosenberg, Katz und mich, welche in der Zentrale und auf dem Zentralausschuß gegen Ruth [624] Fischers Verrat an der Linken auftraten, beschimpfte man als „Ultralinke“ und verhinderte uns, vor der Berliner Mitgliedschaft unsere Meinung auszusprechen.

Die Folgen dieses Vorgehens zeigen sich jetzt für die Berliner Organisation in furchtbarster Weise! Die Mitglieder, überrascht durch den Brief der Exekutive, fühlen sich mit Recht von Ruth Fischer genasführt; sie erkennen, daß die damalige „Debatte“ purer Schwindel war, und schon diese Erkenntnis genügt, um das in vielen Kämpfen mühselig erworbene Vertrauen der Mitgliedschaft zu ihrer bisherigen Berliner Führung, die mit dem Namen Ruth Fischer identisch war, zu erschüttern. Bei einem Teil der Mitglieder hat selbstverständlich auch das Gerede über „Manöver“ und „Kompromisse“ die alte linke Festigkeit in der Anschauung über die Einheitstaktik, die keine Methode von „Kompromissen“, sondern nur eine Methode der Agitation und der Mobilisation von Massen darstellt, zerstört und so den Boden für den Ansturm der Rechten vorbereitet, dem Berlin jetzt ausgesetzt ist.

Als Ruth Fischer, durch die Aufgabe der linken Grundsätze zu einem schwankenden Rohr geworden und durch ihre eigenen „mutigen“ Gefolgsmänner im Stich gelassen, in Moskau zusammen-

brach, rührte die Mitgliedschaft für sie keinen Finger. Dieselbe Mitgliedschaft, die nach dem Jenaer Parteitag Ruth Fischer gegen die Exekutive in Schutz nahm, dieselbe Mitgliedschaft, die mit Ruth Fischer gegen Brandler durch dick und dünn ging!

Statt nun entschlossen und klar die Geschichte der Linken zu verteidigen, die leider im Brief der Exekutive in Frage gestellt wird, statt sich entschlossen dem Ansturm der jubelnden Rechten entgegenzustemmen, begingen Ruth Fischer und ihre Gefolgsleute in der Berliner Leitung den schwersten Fehler, den man in einer solchen Situation begehen kann: Sie sagten nicht „Ja“ und nicht „Nein“ zum Brief der Exekutive, sondern begannen ein charakterloses Spiel des Hin- und Herschwankens, aus dem jedermann klar sah: Diese Genossen sind innerlich gegen den Brief der Exekutive, aus Konjunkturgründen nehmen sie den Brief an!

Unter solchen Umständen begann die Parteidebatte in Berlin. Bedarf es noch weiterer Beweise dafür, daß niemand anders als Ruth Fischer selbst die Tore der Berliner Organisation den Rechten öffnete?

Die Rechten aber sind da! Sie haben den Wall überstiegen und stehen mitten im Lager der von ihnen seit fünf Jahren glühend gehaßten Berliner Organisation, dieser Organisation, welche die Brandler-Herrschaft innerhalb der Partei vernichtet hat. Schon haben im 2., 4., 11., 14. und 20. Bezirk die Rechten offene Siege erfochten. In allen Bezirken tauchen die Leute wieder auf, die seit dem Frankfurter Parteitag sich in alle Mauselöcher verkrochen und geschworen hatten, sie ständen fest auf dem Boden der Frankfurter Beschlüsse. Mit Jubel sehen sie den Zerfall der Berliner Bezirksleitung und die Erschütterung der Mitgliedschaft, um jetzt unter Ausnutzung des Briefes der Exekutive Berlin für diejenige Richtung innerhalb der Partei zu erobern, die im Oktober 1923 die Revolution verriet.

Welches würden die Folgen eines Sieges dieser Gruppe sein? Oftmals in der Debatte wird uns die Frage vorgelegt, ob nicht die Worte „rechts“ und „links“ müßige Spielerei seien. Hierzu ist zu bemerken, daß alle Feinde der Frankfurter Parteitagsbeschlüsse, ob sie offene oder verkappte Brandlerianer sind, sich in einem Punkte von allen Linken unterscheiden: in der Art, wie sie die Einheitsfronttaktik durchführen! Die Wahl des früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hirsch zum Oberbürgermeister von Dortmund, das Stichwahlbündnis mit der SPD bei den Bürgermeisterwahlen in Hessen sind typische Beispiele einer neuen Zeigner-Politik und zeigen, welche Politik die Gruppe betreiben wird, die sich jetzt mit vollem Unrecht mit der Komintern identifiziert, um unter Ausnutzung der Vergeßlichkeit der Mitgliedschaft ihre alten Positionen [625] wieder einzunehmen. Der Sieg dieser Gruppe in Berlin ist auch der Sieg der Rechten in der gesamten KPD, da leider die Befürchtung besteht, daß die jetzt führende Gruppe im Zentralkomitee, die ohne Zweifel den guten Willen hat, rechte Schweinereien zu vermeiden, zu schwach sein wird, ohne die Rückendeckung der Berliner Organisation den Brandlerianern zu widerstehen.

Deshalb kann es heute für jeden, dem es ernst ist mit den Beschlüssen des Frankfurter Parteitags und des 5. Weltkongresses und der die Wiederkehr der Radek und Brandler in der Kommunistischen Internationale verhindern will, in der Berliner Organisation nur eines geben: **Kampf gegen die Rechten für ein klares und unzweideutiges linkes Programm, wie es in Lichtenberg und im 6. Bezirk bereits mit überwiegender Mehrheit angenommen worden ist.** In hetzerischer Weise versucht man bereits heute diejenigen, die für einen solchen Zusammenschluß aller Linken eintreten, wieder einmal als „Feinde der Komintern“ zu bezeichnen. Die Berliner Mitgliedschaft sollte sich dadurch nicht irre machen lassen. Entscheidend ist nicht auf die Dauer die Frage der Annahme oder der Ablehnung des Offenen Briefes, entscheidend ist, welche Politik auf Grund des Offenen Briefes getrieben werden wird. Die unbolschewistischen Elemente, welche die Sachsenpolitik gemacht haben, bieten keine Gewähr dafür, daß sie eine richtige kommunistische Politik betreiben werden, auch wenn sie sich jetzt mit lautestem Gebrüll als die einzigen und wahren Verfechter der Komintern in Deutschland hinstellen. Nicht um gegen die Komintern zu kämpfen, sondern um einen Wall gegen diese Leute aufzurichten, muß Berlin auf dem kommenden Bezirksparteitag eine einheitliche linke Bezirksleitung wählen und sich zu den Traditionen der vergangenen Jahre bekennen. Diese linke Einheitlichkeit kann natürlich nicht durchgeführt werden mit den politischen Methoden, die Ruth Fischer im Frühjahr dieses Jahres anwenden wollte. Sie kann nur, unter Aner-

kennung der politischen Aufgaben, die im Briefe des Ekki gestellt werden, durchgeführt werden auf dem Boden der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses.

*

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen – sonst wird der Brandlerismus siegen!

Einige Bemerkungen zum Artikel des Genossen Scholem von der „Redaktion des Funken“.

Genosse Scholem und seine Gesinnungsfreunde versuchen die durch den Brief der Exekutive geschaffene Lage in der Partei für sich auszunützen, indem sie sich der wüsten Hetze gegen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow nicht nur anschließen, sondern versuchen dabei den ersten Preis zu gewinnen. Gleichzeitig werden dabei Einigungsmelodien der Linken gesungen und alles verherrlicht, was die Ultralinken in Theorie und Praxis bis dato geleistet haben. Es ist notwendig, ganz klar und deutlich auszusprechen, daß auf diese Weise weder eine „Einheit der Linken“, noch eine Rettung der Partei vor der Wiederkehr der Rechten möglich ist.

Warum ist die Führergruppe „gescheitert“? Weil sie nicht rechtzeitig genug die ultralinken Kinderkrankheiten erkannte und bekämpfte! Gerade in einer Situation wie derjenigen, in der wir uns befinden, in der die Hauptaufgabe der Partei das Herantreten an die Massen ist, gerade in einer solchen Lage muß jede linke Richtung in der Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht vor jedem abstrakten „Radikalismus“ hütet. Eine Massenpartei muß eine Führung abstreifen, die sich durch ihr Unverständnis für die Hauptaufgaben der gegenwärtigen Periode von den Massen trennt.

[626] Ueber die Geschichte dieser ultralinken Kinderkrankheiten in den Reihen der deutschen Linken soll hier nicht ausführlich gesprochen werden. Jede Opposition hat Fehler und Mängel, die sich aus dem Wesen der Opposition selbst erklären, wie das auch jede führende Gruppe aus dem Wesen der Führung heraus unvermeidlich hat. Der entscheidendste und wichtigste Punkt in der Entwicklung der ultralinken Kinderkrankheiten war das Ausschlagen der Warnung, die der berühmte Brief Sinowjews an den Frankfurter Parteitag über die ultralinken Abweichungen gegeben hat. Das war ein ganz bedeutungsvoller Moment in der Geschichte der Linken, und solcher bedeutungsvoller Abschnitte gab es noch mehr. Besonders verhängnisvoll war die Nichtaustragung der Gegensätze, die sich in der Delegation des 5. Weltkongreß in der Frage der Taktik ergaben.

Die Notwendigkeit, gegen die Rechten geschlossen aufzutreten, verhinderte sowohl vor wie nach dem Oktober 1923 die rechtzeitige Diskussion dieser Fehler. Die verspätete Diskussion mit den Ultralinken mußte dann unvermeidlich rechte Fehler zeitigen, d. h. die Diskussion wurde zu sehr auf das parlamentarische Gebiet geschoben. Aber man soll doch heute nicht vergessen, daß der Angriff der Ultralinken auf die linke Zentrale mit dem Vorwurf der Koalitionspolitik unvermeidlich zum Zusammenbruch der Führung beitragen mußte. Die Aufgabe, die die Linke sich gestellt hatte, die Erziehung der ultralinken gestimmten Arbeiter zu einer wirklich bolschewistischen Politik, trotz all der unklaren, unausgegorenen politischen Ansichten, die im Lauf der Jahre unvermeidlich mitgeschleppt wurden, diese Aufgabe war, wie die Debatte mit den Ultralinken zeigte, gescheitert. Das ultralinke Geschrei von der Koalitionspolitik hat nicht wenig dazu beigetragen, die Partei zu verwirren und den Rechten den Weg zu öffnen.

Was muß nun geschehen? Daß rechte Vorstöße in der Partei sich in starkem Maße zeigen, wird kein Mensch bestreiten. Daß die akute Gefahr der Uebernahme der Partei durch die Rechten in bedenkliche Nähe gerückt ist, wird ebenfalls kein Mensch leugnen. Gelingt es den Rechten oder irgendeiner der Rechten nahestehenden Gruppe, Berlin zu erobern, so wird jeder Damm gegen die Wiederkehr des Brandlerismus und der Brandlerianer gebrochen sein. Aber kann man die Wiederkehr der Rechten vermeiden durch politische Konzessionen an die ultralinken Auffassungen? Nicht an das, was bei den Ultralinken gesund ist, ihr Kampf gegen die Rechte und die rechten Abweichungen, sondern an das, was bei ihnen ungesund ist, ihre Plattform gegen den Mai-Zentralausschuß, der vom Berliner Parteitag bestätigt worden ist? Keinesfalls! Im Gegenteil – politische Konzessionen an diese Auffassungen würden die Wiederkehr der Rechten beschleunigen, denn die ultralinken Arbeiter werden durch die Praxis, da sie mit ihren Auffassungen nicht weiterkommen, zu leicht ins andere Extrem hineintreiben.

Aus den Fehlern der Vergangenheit muß man lernen – von allen Seiten! Auch an Scholem, Rosenberg usw. wäre es Zeit zu lernen und ihre Fehler offen einzugestehen. Eine sinnlose Verherrlichung der Vergangenheit schadet nur den Traditionen der deutschen Linken und nur aus der offenen Anerkennung unserer Fehler, aus dem Willen, die unklaren, unreifen Abweichungen abzustreifen, nur daraus allein ist eine Gesundung der deutschen Linken, eine ideologische und organisatorische Wiedererstarkung, eine Zusammenfassung aller Mitglieder der Gesamtpartei auf diesem Boden möglich. Das Weitertreiben der personellen Hetze, das den Artikel des Genossen Scholem zu dreiviertel ausfüllt, wird nur den Rechten nützen. [627]

*

Die „Rechte“ in der Partei.

Von Paul Frölich

1. Wohin geht der Kurs?

„Die Ortsgruppe Münster der KPD sieht in der Absetzung der Genossen Fischer und Maslow lediglich den Beweis dafür, daß der Offene Brief, der sehr gut von Brandler entworfen sein könnte, nur die Geschäfte der Rechten besorgt.“

Resolution der Ortsgruppe Münster vom 25. September 1925.

„Die Exekutive und alle ehrlichen deutschen Linken müssen darüber wachen, daß die rechte Fraktion die verlangte Parteidemokratie nicht benützt, um eine Anarchie innerhalb der Partei zu entfesseln, um dann bei den gegen die Führer aufgehetzten Mitgliedern den Brandlerismus in einer neuen Form einzuschmuggeln – eine Linie, die sicher schon heute viele Elemente der Rechten und Mittelgruppe beziehen.“

Lilly Korpus im „Funken“ Nr. 17-18,

„Der Brief bietet objektiv der Rechten innerhalb der KPD die Plattform zur Wiedereroberung der Partei ... Wir rufen alle Mitglieder der Partei, die gewillt sind, an den linken bolschewistischen Grundsätzen festzuhalten, auf, sich zusammenzuschließen, um die Partei vor dem Ansturm der Brandler-Fraktion zu schützen und um die großen Aufgaben der KPD in wirklich revolutionärem Sinne zu lösen.“

Rosenberg und Scholem in der „Roten Fahne“ vom 22. September 1925.

Ein Gespenst geht um in Europa! Die „Rechte“ kehrt wieder! So schreien alle offenen und verkappeten Gegner des Offenen Briefes der Exekutive. In den angeführten Zitaten, die vielfach vermehrt werden könnten, sind alle Nuancen enthalten, in denen dieser Alarmruf ausgestoßen wird. Es heißt entweder, die „Rechten“ benutzen den Brief als Sprungbrett, um wieder in den Sattel zu kommen und die Partei in den Sumpf zu reiten, oder der Brief bietet die objektive Grundlage zu diesem Beginnen, oder schließlich wir offen herausgesagt, die Exekutive steckt selber schon im opportunistischen Sumpf – **die Exekutive will nach rechts!**

Nach rechts, d. h. hinein in den Opportunismus und Menschewismus. Nach rechts, d. h. Liquidation der Partei, Liquidation der Revolution. Das heißt nicht eine Taktik zur Gewinnung der Massen für die Revolution führen, sondern so operieren, daß die Summe aller Maßregeln die Beseitigung der revolutionären Politik und der revolutionären Partei bedeutet. Die braven Leute, die dies von der Exekutive behaupten, erklären kühn, sie seien der bolschewistische Kern der Partei. Sie haben sich anderthalb Jahre lang groß getan mit ihrem „Leninismus“. Sie haben von bolschewistischer Ausnutzung der gegebenen Situation, von der Verbindung des Tageskampfes mit dem strategischen Ziel, vom Manövrieren und manch anderen Dingen geredet. Aber sie haben durch ihre ganze Praxis bewiesen, daß ihnen der Leninismus verschlossen geblieben ist. Und sie beweisen heute wieder, daß sie ihn nicht begriffen haben. Denn sie verstehen unter rechts nicht das, was wir oben gezeigt haben, sondern alles das, was „rechts“ von ihrer ultralinken Auffassung steht. Und wenn sie auch die Kongreßbeschlüsse über unsere Taktik mit dem Munde anerkennen, so beweisen sie doch immer wieder, daß sie alles das als „rechts“ verdammen, was uns innig mit den Massen zum Kampf verbindet und die Revolution organisiert.

Ist es denn etwas Neues, was die Exekutive verlangt? Nein. Die Exekutive hat durch den Brief des Genossen Sinowjew an den Frankfurter Parteitag bereits den Finger auf die kranken Stellen ,am Parteikörper und insbesondere an der Linken gelegt. Sie hat Punkt für Punkt und mit großer Eindringlichkeit auf die Gefahren hingewiesen, die jetzt die Partei in die schwere Krise gebracht haben. Sie hat gewarnt und einen entschiedenen Kampf gegen die innere Krankheit in der Linken gefordert, damit nicht der ganze Parteikörper davon ergriffen werde. Sie hat im Wesen die Parteiführung bereits damals so eingeschätzt, wie sie jetzt die Ultralinken und die „Spitze der Spit-

ze“ charakterisiert. Sie versuchte, die Parteileitung, hinter der nach dem Frankfurter Parteitag die große Mehr-[628]heit der Partei stand, zu differenzieren und durch die Erfahrung festzustellen, wer sich ändern und die richtige Linie beziehen würde. Sie hat nur ein zu großes Vertrauen in den guten Willen und die Versprechungen dieser Parteiführer gehabt, solange bis sich herausstellte, daß alle diese Hoffnungen eitel waren und der Bruch notwendig geworden war, um die Partei zu retten.

Genosse Sinowjew sagte in dem Brief (siehe „Internationale“, 7. Jahrgang, Heft 6):

„Wir haben immer im linken Flügel der KPD zwei Strömungen unterschieden. Die eine ist vertreten durch ausgezeichnete revolutionär gesinnte und der Sache der Revolution tief ergebene Arbeiter, die unmittelbar aus den Massen hervorgegangen sind und die die besten Hoffnungen des deutschen Kommunismus bilden. Die andere Strömung ist durch eine Gruppe von Führern aus der Intelligenz vertreten, unter denen sich Genossen befinden, die im höchsten Maße befähigt sind, die sich schon von einigen Entgleisungen befreit haben und die der deutschen Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen können. Unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können.“

Wer zu lesen versteht, erkennt deutlich dieselbe Unterscheidung, die jetzt im Offenen Brief gemacht wird. Hier die Arbeiter mit ihrem revolutionären Willen und Ungestüm und ihrem gesunden Mißtrauen gegen den Opportunismus. Dort die Führer. Die einen, die sich auf dem Wege befinden, ihre „linken“ Fehler aufzugeben, die Führer der Partei werden können, wenn sie sich zu einer bolschewistischen Auffassung und Praxis durchringen. Man fühlt aus der sorgfältigen Formulierung gerade dieses Satzes, wie Genosse Sinowjew in der Beurteilung dieser Führer (Maslow-Ruth) zwischen Hoffnung und Mißtrauen schwankt. Und schließlich die andere Gruppe der unreifen, unmarxistischen Elemente, der revolutionären Phrasendrescher, von denen schwerer Schaden droht und die von der Exekutive schon damals als ziemlich hoffnungslose Gegner des Leninismus aufgegeben wurden.

Jetzt, nachdem sich herausgestellt hat, daß das Urteil über die Ultralinken richtig war, nachdem die Hoffnungen auf die Maslowisten vernichtet worden, das Mißtrauen sich über die Maßen als berechtigt erwiesen hat, nachdem sich die „Spitze der Spitze“ als geistig korrumpiert, in eine widerliche Zweideutigkeit verstrickt, gezeigt hat, nachdem die Exekutive aus alledem die harten Konsequenzen zieht, – jetzt schreit man: die Exekutive geht nach rechts, sie bahnt den „Rechten“ den Weg!

Wir gestehen, daß wir der Maslow-Gruppe mit viel tieferem Mißtrauen gegenüberstanden. Dennoch hofften wir, die praktischen Erfahrungen in der Parteiführung würden sie auf den richtigen Weg treiben. Aber wir sahen damals schon ganz konkret die Gefahr, daß die Maslow-Gruppe die „Gefangene“ der Ultralinken werden und die Partei ins Verhängnis treiben würde. Wir warnten davor. So schrieb Genosse Gerhard im „Klassenkampf“ kurz nach dem Frankfurter Parteitag einen Aufsatz unter der Ueberschrift: „Eine Drohung an die Exekutive“. Er deckte darin die antibolschewistische Politik der Scholem und Genossen auf und stellte an die Mehrheit des Parteitages die Frage: Wollt ihr mit den Ultralinken gehen, oder gemeinsam mit uns die Politik der Komintern durchführen? Wenn ihr mit Scholem geht, dann werden wir euch bekämpfen müssen, denn eine solche Politik wird eine Katastrophe für die Partei bedeuten. (Gerhard sollte wegen dieses Artikels vor ein Parteigericht gestellt werden!)

Und die Exekutive selber hat in der deutlichsten Weise gewarnt. Nachdem Genosse Sinowjew eine ganze Reihe „linker“ Fehler festgestellt, schrieb er in dem erwähnten Brief:

Was Deutschland selbst anbelangt, so verfallen auch hier unsere linken Genossen in einen ungeheuren Fehler, daß sie sich die Sache so vorstellen, als wäre die praktische Durchführung der Einheitsfronttaktik in Deutschland immer nur fehlerhaft gewesen. Das ist nicht wahr, das ist eine ganz maßlose Uebertreibung. Wenn gegenwärtig die KPD eine Massenpartei darstellt, wenn deshalb keine wie immer auch geartete Verdrängung [629] in die Illegalität die Partei vernichten konnte, wenn wir bei den kommenden Reichstagswahlen mit vollem Recht auf einige Millionen Stimmen rechnen können, so ist dies mindestens zum Teil ein Ergebnis der Anwendung der Einheitsfronttaktik in Deutschland – bis zu den sächsischen Fehlern. Obwohl der Leipziger Parteitag große Zugeständnisse an den Opportunismus gemacht hat, obwohl bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik eine Menge von Fehlern begangen worden sind. Wäre diese Anwendung ganz und gar unrich-

tig gewesen, so würden wir diese doch immerhin günstigen Ergebnisse nicht haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß nach dem Märzaufrüstung 1921 die deutschen Kommunisten eine ganz kleine Partei waren, daß die Einheitsfronttaktik die KPD gerettet hat – trotz allen groben opportunistischen Fehlern der Rechten.

Wenn die linken Genossen die Formulierung der „Einheitsfronttaktik von unter her“ nicht nur aus Diplomatie, sondern mit vollem Ernst annehmen, so müssen sie ein für allemal mit solchen Erklärungen aufhören, wie die obigen Erklärungen der Genossin Fischer und des Genossen Scholem. Sonst wird der Konflikt zwischen der deutschen Linken und der Kommunistischen Internationale absolut unvermeidbar.

Hier also wurde der Kampf schon angedroht, in dem Augenblick, als die „Linke“ die Macht in der Partei antrat. Und heute, wo der Kampf unvermeidlich geworden ist, schreit man: die Exekutive geht auch nach rechts!

Jetzt wissen wir, daß die Exekutive immer wieder auf Durchführung einer leninistischen Linie gedrängt hat, daß sie die Autorität der Zentrale stützte, weil sie hoffte, mit ihr und nicht gegen sie die Partei zur richtigen Politik zu führen.

Was beweist das? Entweder ist die ganze Vergangenheit der Kommunistischen Internationale, ist die Praxis der Bolschewiki, auf die sich die Komintern stützt, sind die Lehren unseres Meisters Lenin blanker Opportunismus gewesen – und das haben unsere ultralinken „Leninisten“ in Wahrheit immer behauptet – oder die Exekutive korrigiert eine verhängnisvolle Abirrung des deutschen Zentralkomitees, sie selber aber bleibt auf ihrer Linie, sie geht nicht nach rechts!

Die Exekutive will keinen Opportunismus. Sie bekämpft gerade den schlimmsten Opportunismus, der sich denken läßt, den Opportunismus gegenüber der eigenen Partei. Was bedeutet denn der Vorwurf der doppelten Buchführung, der ganz besonders Ruth Fischer gemacht wird? Es ist dieses Fehlen jeden Standpunktes, dieses Nachgeben auf jeden Druck mit der Bereitschaft, einem anderen Druck ebenso geschmeidig nachzugeben und dem Hintergedanken: Der Himmel ist hoch und Moskau ist weit! Gerade die Gruppe um Ruth Fischer hat der Partei einzureden gesucht, sie habe immer eine gerade Linie durchgehalten, von ihrem ersten Auftreten gegen die Brandlerische Führung an. Du lieber Gott! Wenn es notwendig werden sollte, wird vielleicht auch die Vergangenheit dieser Führergruppe einmal dargestellt werden. Da wird sich zeigen, daß sie ihre Gäule gewechselt hat, je nachdem der Sattel gerade bequem war. Wir begnügen uns, auf das Geständnis Maslows hinzuweisen, daß die Kritik dieser Gruppe in den meisten Fällen auf falschen Theorien beruhte.

Vor allem hat sich dieser Opportunismus von Ruth Fischer und ihren Getreuen in der Zeit gezeigt, als sie die Zügel der Partei führte. Er offenbarte sich in der fast vollkommenen Kapitulation vor den Stimmungen, die sie in ihrer demagogischen Opposition großgezogen, in dem Ausweichen vor jeder Schwierigkeit und als Konsequenz davon in der Erstickung des kritischen Gewissens der Partei. Nach der Oktoberniederlage war es verständlich, daß in der Mitgliedschaft die Bereitschaft vorhanden war, alle Erfahrungen der Partei über Bord zu werfen. Da war es Aufgabe einer verantwortungsbewußten Leitung, sich dem entgegenzustemmen. Sie mußte die Autorität, die sie in einem Maße besaß wie keine frühere Führung, benutzen, um der Partei das Voreilige und Verhängnisvolle dieses Beginnens klar zu machen. Das wagte sie nicht, aus Furcht, diese Autorität zu verlieren.

[630] Heute sehen das einzelne Anhänger dieser Gruppe ein. In der neuesten Nummer des „Funken“ spricht Genosse Lenz offen aus, daß es das „Erbübel der Linken“ gewesen ist, keine scharfe Abgrenzung gegen ultralinke Anschauungen vollzogen, nicht eine „kompromißlose, den Niederlage-Stimmungen in der Partei in keiner Weise Rechnung tragende Plattform“ aufgestellt zu haben. Folgerichtig kommt Lenz zu dem Schluß, daß das „Hauptverdienst“ der Linken, die Partei geeint zu haben, sehr problematischer Natur ist:

„Die Aufrichtung der Fraktionsherrschaft der von ultralinken Dummheiten nicht gesäuberten Linken konnte nur eine scheinbare, äußerliche, mechanische Einheit herbeiführen, die der ersten ernsteren Belastungsprobe nicht standhielt.“

Und Genossin Ruth selber hat gelegentlich Ahnungen gehabt, wohin es mit ihrem Opportunismus führen könnte. Im „Funken“ vom 22. März 1924 schrieb sie:

„Verlieren wir bei der Lösung der jetzigen schweren Tagesaufgaben nicht aus dem Auge, daß wir die Partei so erziehen müssen, daß sie begreift, daß der unmittelbarste tägliche Kampf visiert werden muß an den Fragen der Revolution und der Machteroberung, daß man ohne Tages- und Teilkämpfe nicht zur Revolution kommt, daß man über den Tages- und Teilkämpfen die Revolution nie vergessen darf, daß wir uns nicht aufs neue, wie irgend eine Gruppe, abwirtschaften dürfen, weil dann die ganze Komintern eine Krise durchrütteln würde, gegen die die jetzige (Brandler-Krise, P. F.) ein leises Präludium ist.“

Ruth Fischer hat also doch einmal geahnt, was notwendig war und was auf dem Spiele stand. Aber sie machte ultralinke Politik aus purem Opportunismus. Und so mußte sich erfüllen, was sie einst prophetisch kommen sah, als sie ihrer eigenen Gruppe warnend zurief:

„Sonst hat sie gekämpft wie ein Löwe und, am Ziele angekommen, sich als kastriertes Schwein erwiesen.“ („Funke“, 23. August 1924.) (Der Stil ist – die Frau! P. F.)

Der Opportunismus Ruth Fischers ist gescheitert in der Führung der Partei. Und jetzt, wo er sich wiederum in der Opposition versucht, in der Schaukelpolitik zwischen Anerkennung und gleichzeitigem offenen und versteckten Kampf gegen die Exekutive, muß er zum Scheitern gebracht werden.

Also: Die Exekutive hält ihre alte Linie ein. Sie geht nicht nach rechts. Die Krise war vorausgesagt, ihr Nahen ist von der Gruppe Maslow-Fischer erkannt worden. Der Opportunismus der Führung hat sie unvermeidlich gemacht. Gegen diesen Opportunismus geht der Kampf!

Im Mittelpunkt der Frage steht die Taktik der Einheitsfront, oder besser ausgedrückt: die Führung und Ausnutzung der Tageskämpfe zur Rüstung und Mobilisierung der Massen für die Eroberung der Macht. Es handelt sich um eine Taktik, die wie Stahl sein muß, fest, schneidig und elastisch zugleich. Es ist eine Taktik, bei der stets die Gefahr vorliegt, daß sie zu spröde oder zu weich angewandt wird. Nach beiden Seiten hat die KPD Erfahrungen gemacht. Hinter beiden Gefahren steht der Opportunismus, die rechte Gefahr. Unsere Erfahrungen müssen uns in Zukunft zu noch schärferer Aufmerksamkeit und gewissenhafter Selbstkritik veranlassen. Und wir müssen den Opportunismus in jeder Maske erkennen, hinter der er sich versteckt. Es hat sich erwiesen, daß keine Gruppierung in der Partei vor ihm gefeit ist. Ueberall muß er bekämpft werden, wo er sich zeigt.

2. Wer find die „Rechten“?

Damit ist eigentlich schon der Einwand erledigt, daß der Offene Brief „objektiv“ der rechten Gefahr die Tür öffne. Indem der Offene Brief den ultralinken Ideen die Tür weist, bekämpft er den Opportunismus im Gewande der radikalen Phrase. Indem der Offene Brief erneut auf die Führung der Tageskämpfe hinweist, muß er Warnungssignale gegen die damit verbundenen rechten Gefahren aufstellen. Und er tut das.

Aber die Rosenberg und Scholem, die Heinrich und Gerber, die Schwan und Winterich, die versteckten und offenen Gegner des Offenen Briefes, reden nicht von der rechten Gefahr, sondern von – den „Rechten“.

[631] Und liegen da nicht genug Beweise vor, daß die Exekutive mit diesen „Rechten“ paktieren will? Verlangte sie nicht, daß Georg Schumann und andere „Rechte“ in die Zentrale aufgenommen werden sollen? Fordert sie nicht die Normalisierung der Partei und die Konzentration aller der Kräfte in der Partei, die gewillt sind, mit ihr zu marschieren ?

Da liegt die Gefahr, die Rosenberg und Scholem zu dem Posaunenstoß veranlassen: Linke aller Länder, wahrt eure heiligsten Güter! Schließt euch fester zusammen gegen die „Rechten“ und die Exekutive! Lilly Korpus ruft der Partei im „Funken“ vom 29. September 1925 zu:

„Entweder wird die Partei eine starke Führung haben mit den Genossen, die ihre Fehler erkannt haben, sie abzustellen bemüht sind, aber die Partei niemals in die Hände der alten Rechten gibt. ... Oder das Hinübergleiten in die Hände der Rechten muß dann eintreten.“

Also nicht die rechte Gefahr gilt es zu vermeiden, sondern die „Rechten“ sind die Gefahr. Und der Genosse R. Lorenz beschreibt im „Kämpfer“ vom 1. Oktober diese Gefahr:

„In demselben Moment, da die Partei in ernsten Diskussionen ihre Fehler und Versäumnisse in der Einheitsfronttaktik ausmerzt und bereits die ersten Erfolge in den Gewerkschaften erzielt, da kommen diese Genos-

sen und versuchen, die Partei zu hemmen und zu verwirren. Diese Elemente, die nur im Sumpfe Erfolge fischen können, leisten damit den Feinden des Proletariats Helfersdienste.

Sie unterstützen mit ihrer erneuten Fraktionsmacherei die rechten, verräterischen Führer der SPD stellen sich damit auf die Seite der schwarzen Einheitsfront – ein Verbrechen an der Partei und an der Arbeiterklasse.“

Wenn es so steht, dann muß man sich diese Leute doch einmal genauer ansehen. Wer sind denn diese „Rechten“? Eine eigenartige Antwort darauf gibt wiederum der „Kämpfer“ am 2. Oktober. Da heißt es in einer Polemik:

„Genosse Birnbaum beschwert sich über ‚das Verhältnis zu den Rechten‘. Am meisten wurmt ihn, daß wir auch sozial die Rechten analysieren, wenn wir feststellen, unter den Rechten gäbe es meist abgehalfterte Funktionäre, Händler, Beamte, deklassierte Proleten usw. Birnbaum leistet sich dabei den demagogischen Satz, daß man Genossen so bezeichnet, ‚die gemäßregelt sind und ihren Mann dem Unternehmer gegenüber gestanden haben‘. Das ist die Methode der SPD-Bonzen, die sich auf ihre Vergangenheit berufen. Die Partei ist kein sentimentales Frauenzimmer. Die Partei darf nicht die Gefahren verkennen, die von Mitgliedern drohen, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen.“

Wenn man diese frivole „Analyse“ liest, möchte man ausrufen: Wir können doch nicht alle Talmudschüler sein! Nur ein solcher kann so gehässige Verdächtigungen in einer „Analyse“ mit Trugschlüssen verweben, daß er sich am Ende noch als objektiver, unsentimentaler Marxist empfiehlt. Wer sind denn diese „abgehalfterten Funktionäre“? Wir werden noch sehen. Und wer sind die „Händler“, die „deklassierten Proleten, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen“? Es sind Genossen, die wegen ihrer Leistungen für die Partei, ihrer Treue zur Partei aufs Pflaster geworfen worden sind. Die schmeißt man einfach auf den Misthaufen? Einst hat Paul Levi eine ähnliche Theorie von „lumpenproletarischen Elementen“ in der Partei entwickelt, gerade als er seinen Weg ins Renegatentum antrat. Ist unserm Freund Talmud diese Auffassung in der Erinnerung geblieben aus der Zeit seines wandlungsfähigen Lebens, da er noch mit Levi durch dick und dünn ging? Mit solchen Allüren muß gebrochen werden, wenn nicht die Debatte und damit die Partei vergiftet werden soll.

Genossin Korpus sagt, die Führung der Partei gehöre den Genossen, die ihre Fehler erkannt haben, die „Rechten“ aber müßten verfemt bleiben. Seit wann hat Lilly Korpus ein Monopol auf Führung und auf Selbsterkenntnis? Ganz abgesehen davon, daß sie in Wirklichkeit ihre Fehler nicht eingesteht und keine Konsequenzen zieht, sagt sie über uns bewußt die Unwahrheit. Die „Rechten“ sind keine solchen Idioten und keine verbohrten Fraktionisten, daß sie aus einer so schweren Niederlage wie dem Oktober nicht gelernt hätten. Sie haben sich mit Ernst und ohne Schonung selbst kritisiert. Sie haben es getan in Aufsätzen, die z. T. der Zensur der Zentrale zum Opfer fielen und so der Partei vorenthalten wurden. Sie haben es wiederum getan in den Anlagen zu der Plattform, die von Ernst [632] Meyer, Karl Becker und mir dem Parteitag vorgelegt wurde, und hinter der natürlich noch viele andere Genossen stehen. Bei diesem Bekenntnis handelt es sich nicht um ein Manöver. Wir manövrieren nicht in der Partei.

Das entscheidende Kriterium, nach dem die „Rechten“ beurteilt werden wollen, sind ihre Taten. Nur auf diesem Boden kann die Schlacht geschlagen werden. Alles andere ist Hetze und absichtliche Verwirrung der Partei.

Auf dem „Parteitag der Bolschewisierung“ hat Ruth Fischer erklärt, wir hätten nur aus Verärgerung Opposition um der Opposition willen getrieben und hätten niemals praktische Vorschläge gemacht. Damit folgt sie nur ihrer bewährten Methode, ihre eigenen Sünden andern anzuhängen. Die Behauptung Ruth Fischers ist eine bewußte Lüge.

Andere sagen, all unsere Vorschläge seien rechte, menschwistische Vorschläge gewesen. Unter dieser Behauptung wurden sie auch in den meisten Fällen abgelehnt. Bewiesen wurde die Behauptung nie. Jetzt soll man uns nachweisen, worin der menschwistische Charakter dieser Vorschläge lag. Wir stellen zu diesem Zwecke die wichtigsten Vorschläge seit Frankfurt zusammen, die wir entweder gemacht oder die von uns unterstützt worden sind.

1. Auf dem ersten Zentralausschuß nach Frankfurt wies Genosse Meyer darauf hin, daß der Dawes-Pakt sicherlich angenommen werden würde. Die Partei müsse sich rechtzeitig darauf rüsten, nach vollzogener Tatsache den Kampf gegen den Dawes-Pakt weiterzuführen. Nicht in der blauen Luft, nicht durch Deklamationen, sondern durch den Kampf gegen die unmittelbaren Folgen des Paktes. Er machte bestimmte Vorschläge u. a. Aufstellung eines konkreten Steuerprogramms. Das wurde abgelehnt. Maslow erklärte, das sei USP-Politik. Jetzt wird behauptet, Meyer habe das „Sachverständigen-Gutachten der Arbeiter“ durch Teilforderungen ersetzen wollen. Das ist unwahr. Das „Arbeitergutachten“ war die gegebene Plattform bis zur Austragung des Kampfes im Parlament. Es bleibt auch heute noch die Grundlage unseres Kampfes gegen den Dawes-Pakt. Aber gegen die Durchführung des Paktes muß der Kampf auf jedem einzelnen Punkte mit entsprechenden Losungen aufgenommen werden. Als Meyer vorausschauend diese Taktik der Partei festlegen wollte – war das rechts?

2. Nach Annahme des Dawes-Paktes akzeptierte die Partei das sogenannte Gothaer Programm als Plattform der Partei. Es enthielt folgende Forderungen:

Kampf gegen den Lohnabbau, für Lohnerhöhungen, Friedensreallohn.

Kampf für den Achtstundentag.

Kampf gegen den Arbeiter- und Beamtenabbau, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß usw.

Kampf gegen neue Steuerbelastung der Arbeiter, Beseitigung der bestehenden Steuerbelastung der Arbeiter.

Kampf gegen neuen Krieg, Hände weg von Sowjetrußland!

Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen, gegen den Justizterror usw.

Kampf für Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Herstellung der Gewerkschaftseinheit zum Kampf für diese Forderungen.

Dieses Programm wurde von der Partei angenommen. Aber es ist kein Produkt der sogenannten Linken. Der Genosse Schwarz wird sich erinnern, wer ihm diesen Floh ins Ohr gesetzt hat. Es war Hans Tittel. Der freilich war ein „Rechter“.

3. Am 3. Oktober wurde von den Remscheider Gewerkschaften das sogenannte Remscheider Programm aufgestellt. Außer den Forderungen des Gothaer Programms enthielt es noch folgende:

Maßnahmen zur Abwälzung der Reparationskosten und sonstigen Lasten auf die Kapitalisten:

1. Wirklich durchgreifende, die großen Vermögen und Einkommen scharf erfassende progressive Einkommens- und Vermögenssteuer. Dabei sind Einkommen bis zu 3000 Mark [633] und kleine Vermögen vollkommen steuerfrei zu lassen und von einer bestimmten Höhe an die großen Einkommen und Vermögen restlos wegzusteuern, also vom Staat zu beschlagnahmen.

2. In diesem Zusammenhang breiteste Agitation und Massenmobilisation für die **Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Nationalisierung der Banken**.

3. Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft selbst arbeitender Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

4. Beschlagnahme der dynastischen Vermögen. – Sofortige Einstellung der Pensionszahlungen an die Mitglieder der Fürstenhäuser und an die ehemaligen hohen Staatsbeamten und Würdenträger (Minister, Generale, Bürgermeister usw.).

5. Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.

Diese Forderungen sollten die Plattform für die „kämpfende Einheitsfront des werktätigen Volkes“ werden unter der Parole: „Gegen den Bürgerblock – den Kampfblock der Werktätigen in Stadt und Land.“

Die „Rote Fahne“ brachte dies Programm mit der Empfehlung: „Proletarier im ganzen Reich! Macht dieses Aktionsprogramm in allen Betrieben und Gewerkschaften zu dem eurigen.“ Aber sie

war in eine „menschewistische Falle“ gelaufen. Die Propaganda des Programms durch die Partei wurde verboten. Genosse Jannack wurde ausgeschlossen.

Und nun fragen wir: Was ist an diesem Programm rechts?

Freilich, Genossin Lilly wußte die Achillesferse dieses Programms zu finden. Am 6. Oktober 1924 schrieb sie im „Funken“:

„Würden wir in der jetzigen Zeit noch von einer Brandler-Zentrale geführt werden – dann hätten wir zweifellos als kommunistische ‚Kampfparole‘: Arbeiterblock gegen Bürgerblock ... Der Weg zum Bündnis mit der Sozialdemokratie würde durch Spitzenverhandlungen und Offene Briefe gepflastert. **Diese Gefahr ist endgültig überwunden.**“

4. Dann kam am 13. Oktober 1924 die Konferenz der Parlamentarier. Die Zentrale legte ein Aktionsprogramm, ähnlich dem Gothaer Programm, ergänzt durch Forderungen für die Kleinbauern, vor. Wir forderten Aufnahme konkreter Steuerforderungen, etwa in der Formulierung des Remscheider Programms. Gegen ungefähr 10 Stimmen wurde das abgelehnt.

Bei einer Gelegenheit habe ich einmal zusammengestellt, was alles für Einwände gegen diese Steuervorschläge erhoben worden sind. Um hier nicht Zitat an Zitat zu reihen, seien diese Einwände hier wiedergegeben, die alle einzeln belegt werden können (siehe „Rote Fahne“, „Funken“, „Klassenkampf“, „Bolschewistischer Kurs“ usw.). Danach behauptete die Linke:

Wer ein konkretes (Steuerprogramm aufstellen will –

„stellt sich auf den Boden des Sachverständigen-Gutachtens“,

„will nur die ‚Auswüchse‘ des Dawes-Planes bekämpfen“,

„stellt sich auf den Boden des bürgerlichen Staates“,

„macht den Versuch, den Kurs der Partei auf die menschewistische Linie Brandlers und Radeks umzuwerfen“,

„stimmt überein mit der Sozialdemokratie“,

„nimmt eine Verbesserung der Geschäfte des Kapitalismus vor“,

„wünscht, die Partei der SPD anzuhängen“,

„will keine Wirtschaftskämpfe führen, sondern sich dem pazifistisch-demokratischen Block anhängen“,

„verschleiern unser Gesicht durch Teilforderungen“,

„will unter die englischen Reformisten zurückgehen“,

„will den Schwerpunkt unserer Aktionen aus den Betrieben ins Parlament verlegen“.

In diese Argumente teilen sich Ruth Fischer, Rosenbaum und andere. Wohlgermerkt, es handelt sich nicht darum, daß etwa irgend ein „Rechter irgend eine dieser Meinungen und Wünsche vernehmlich geäußert habe. Nein, die Ruth und Rosenbaum sahen in unsere Gehirne hinein und er-[634]klärten: Jeder, der positive Steuerforderungen will, bezweckt damit all jene oben angeführten Verrätereien.

Die ganze Argumentation brach zusammen in ein großes Nichts mit dem Augenblick, als – das Zentralkomitee im März 1925 ein detailliertes Steuerprogramm aufstellte. Was ein halbes Jahr lang eine rechte Schweinerei gewesen war, wurde jetzt linkes Edelgewächs.

Der Humor von der Geschichte war, daß das nunmehrige „linke“ Programm einen so niedlichen Opportunismus enthielt wie:

„4b. Körperschaftsteuer: Den Erwerbsgesellschaften ist eine durch die gewählte Arbeiter- und Angestelltenvertretung nach Einheitsrichtlinien der gesamten deutschen Arbeiter- und Angestelltenvertretung festzusehende Rücklage für notwendige Abschreibungen und Erweiterungen zu gestatten und steuerfrei zu lassen. (Sicherung der volkswirtschaftlich notwendigen Akkumulation.)“

(Aus Referentenmaterial zur Steuerfrage vom 20. März 1925.)

Der Chefredakteur der „Roten Fahne“ wurde von einem „Rechten“ auf diese rührende Sorge für die kapitalistische Akkumulation aufmerksam gemacht. Zwei Tage darauf wurde das „Referentenmaterial“ zurückgezogen.

Später ist versucht worden, mit zwei Argumenten an unserer Haltung in dieser Frage des Steuerprogramms Kritik zu üben: 1. Ihr wollt ein rein parlamentarisches Manöver; 2. ihr wollt die Steuerfrage zum A und O unserer ganzen Aktion machen. Beide Vorwürfe sind vollkommen unbegründet.

Wir wollten ein Aktionsprogramm aus knappen Schlagworten, die das umreißen, wofür wir zum Kampf aufrufen. Darin sollte neben der Lohn- und Arbeitszeitfrage auch zur Steuerfrage Stellung genommen werden. (Wie es auch im Remscheider Programm der Fall ist.) Deshalb waren wir betroffen, als die Zentrale ein Steuerprogramm von fünf Druckseiten herausgab, das ein Vademekum für die Parlamentsfraktion war.

Schon in der Parlamentarierkonferenz zeigte sich, daß jener Vorwurf Nr. 1 nicht uns, sondern die Zentrale traf. Dort erklärte Genosse Katz, selbstverständlich werde die Fraktion im Steuerausschuß und Plenum Anträge stellen, aber ein steuerliches Aktionsprogramm sei abzulehnen. Darauf erwiderte ich, was dabei herauskommen könne, sei bloße Parlamentsarbeit, wir aber bezweckten die höchstmögliche Mobilisierung der Massen. Es liegt auf der Hand, daß dies richtig ist.

Tatsache ist, daß die SPD die Wahlkämpfe mit ihrer hinterhältigen Steuerparole durchführte und Erfolge errang. Tatsache, daß wir es nicht einmal zu einer energischen Versammlungskampagne, viel weniger zu einer Massenaktion brachten.

Auch der zweite Vorwurf ist falsch. Die Steuerfrage erhielt im Richtungsstreit eine solche Bedeutung, weil es ein halbes Jahr lang die wichtigste Frage war, um die gekämpft wurde. Dann aber und vor allem war es klar, daß nach Annahme des Dawes-Paktes die Steuerfrage im Vordergrund der inneren Politik stehen würde und daß sie eine der Fragen werden mußte, in der die breitesten Massen in Bewegung gebracht und gegen die Dawes-Politik und die kapitalistische Herrschaft mobilisiert werden konnten.

Und nun fragen wir: War **unser** Standpunkt rechts oder der andere?

5. Wir haben uns vielfach brieflich an die Exekutive und das Zentralkomitee gewandt. So forderte Ernst Meyer am 18. Dezember 1924 in einem Brief an die Exekutive, der der Zentrale in Abschrift zuging, nach der Feststellung der Passivität der Partei: a) Konkretisierung der Einheitsfronttaktik, b) Umgrenzung der notwendigen Teilforderungen, c) theoretische Klärung und praktische Handhabung der kommunistischen Steuerpolitik. War das rechts?

6. Am 3. Januar 1925 schrieb Meyer an den Vertreter der Exekutive, daß nach dem Abgang der Zentrale ins Ausland die Partei directionslos [635] sei, daß in der Regierungsfrage, der Steuerfrage, über die Betriebsrätewahlen größte Verwirrung herrsche, daß die Lohnbewegungen fast unbeachtet bleiben, gegen die Teuerung nichts geschehe. Die Nichtanwendung der Einheitsfront mache die Kampagne für die Gewerkschaftseinheit unmöglich. War das rechts?

7. Am 1. Februar 1925 schrieb ich vom Auslande her an die Zentrale der Partei, schilderte die Situation und forderte vor allem Freigabe der Selbstkritik als Mittel zur Gesundung der Partei. War das rechts?

8. Am 2. April, unmittelbar nach der ersten Präsidentenwahl, schrieb Rosi Wolfstein an das Zentralkomitee. Sie forderte, daß ein Aktionsprogramm in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt werde, daß den Dawes-Plan, das Steuerprogramm der Partei, den Kampf gegen die monarchistische, schwerindustrielle Gefahr enthalte, in der Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung gipfelnd. Das Kleinbürgertum, dessen Abschwenkung von Rosenberg in der „R. F.“ dankend quittiert werde („die Kleinbürgerstimmen gönnen wir der SPD“), müsse durch die Steuerfrage und die Losung: Bündnis mit Rußland, zurückgewonnen werden. Im Aktionsprogramm müsse die Stellung zur „Republik oder Monarchie“ geklärt, die Offensive gegen die Monarchisten aufgenommen werden. Die Haltung der Landtagsfraktion müsse geändert werden, ebenso die Haltung zum Reichsbanner. Die

Partei müsse zusammengerissen werden, indem man alle fähigen Genossen zur Arbeit heranziehe. War das rechts?

9. Am 29. April schrieb ich an die Zentrale. Ich forderte Selbstkritik der Partei zur raschen Ueberwindung der durch den Offenen Brief einsetzenden Krise; Erkenntnis und Korrektur der Fehler seit Frankfurt; Anerkennung und Ausnutzung der positiven Erfahrungen der Vergangenheit; sachliche Personalpolitik; Nachprüfung der Ausschlüsse; Ausbau einer geschmeidigen Taktik usw. War das rechts?

10. Zum Parteitag reichten Ernst Meyer, Karl Becker und ich eine Plattform ein (siehe „Internationale“ Nr. 8, 9 und 10). Man hat Redensarten dagegen gemacht. Noch keiner hat eine Kritik gewagt. Sie ist nicht rechts.

11. In ihrem Aufruf zur Rettung der linken Fraktion sagen Rosenberg und Scholem:

„Typisch ist die **Resolution der rechten pommerschen Bezirksleitung**, die im wesentlichen der Partei empfiehlt, auf den Boden der bestehenden Republik und der Dawes-Gesetze zu treten und nur, wie die Sozialdemokraten, durch einige radikal sein sollende Steueranträge ihr Gesicht zu wahren.“

Der entsprechende Teil dieser Resolution lautet:

„In der Diskussion müssen auch die Lehren gezogen werden aus der ultralinken, opportunistischen Politik des letzten Jahres, welche die Partei an den Abgrund des Hinabsinkens zu einer einflußlosen Sekte gebracht hat. Es muß Schluß gemacht werden mit der ultralinken Einstellung, die grundsätzlich ablehnte die Kampflosung: ‚Alle Lasten auf die Bourgeoisie!‘ zur Sammlung der Massen in den Tageskämpfen aufzustellen. Diese unkommunistische Haltung verstößt gegen die ganze Politik der Komintern gegenüber dem Versailler Vertrag und den Reparationslasten. Heißt es doch auch in dem Brief der Komintern an den Jenaer Parteitag (August 1921):

‚Die Partei muß eine Agitation entfalten, daß die Zahlung der Steuern und der durch die Entente auf Deutschland gewälzten Lasten auf die Schultern der deutschen Kapitalisten und nicht die der Arbeiter und der besitzlosen Schichten der Bevölkerung kommen.‘

Das gilt heute in der Zeit der Durchführung des Dawes-Paktes genau so, wie es damals richtig war. Um einen breiten Einfluß auf die Massen zu gewinnen, muß die Partei in allen Tagesfragen die Interessen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten führend vertreten.

Nur so wird die Basis zur Mobilisierung und Gewinnung breiter Massen in den Betrieben und Gewerkschaften, unter den Landarbeitern, Kleinbauern, den Mittelschichten, Beamten und Angestellten geschaffen werden. Notwendig ist, daß ein Kampfprogramm in unserem Kampfe gegen die Offensive des Kapitals aufgestellt wird.

Die Hauptaufgabe, die uns auch der Brief der Exekutive stellt, ist die Konzentrierung aller Parteikräfte auf die Gewerkschaftsarbeit. Besonders müssen wir bestrebt sein, die [636] gewerkschaftlichen Vertrauensmännernkörper in den Betrieben und Ortsgruppen zu erobern. Jeder Genosse ist verpflichtet, solche Funktionen zu übernehmen. Hiermit hängt eng zusammen der schnellste, wirkliche Umbau der Partei auf Betriebszellen, damit die Partei zu einem lebendigen, politischen Faktor in den Betrieben wird.

Verbinden wir eine verstärkte Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften mit der regsten Tätigkeit für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen, so werden wir aus der Parteidiskussion nicht geschwächt hervorgehen, sondern unseren Einfluß auf die Massen erweitern.“

Ist in dieser Resolution auch nur ein Atom von Beweis für die Behauptungen der Ultralinken? Ist diese Resolution rechts?

Aber genug der Aufzählung einzelner Fälle, die wir noch lange fortsetzen könnten. Wir verweisen hier nur summarisch auf unsere vielen Vorschläge in Gewerkschaftsfragen. Wie mußten Enderle und Frenzel kämpfen, daß nicht bei den Betriebsrätewahlen Anweisungen hinausgingen, die die falschen, verhängnisvollen Methoden der Kommunalpolitik auch auf dieses Gebiet übertragen sollten! Erst der Druck der Exekutive verhalf ihnen zum teilweisen Erfolg. Wir warnten, die taktische Wendung in Preußen nicht durch eine mechanische Briefschreiberei ohne Massenbewegung zu machen. Gegen die Vernichtung der Parteitraktion wandten wir uns. Denn sie war

nicht in erster Linie diktiert von dem Bestreben, die Fehler der Vergangenheit zu erkennen, sondern, den Arbeitern die heiligsten Erinnerungen aus dem Herzen zu reißen, den schmerzhaften Entwicklungsgang der KPD aus der linken Strömung der alten Sozialdemokratie heraus als eine grandiose Verirrung darzustellen, – um die herrschende Parteirichtung als den Beginn der kommunistischen Tradition und damit zugleich als über der Kritik stehend, darzustellen. Wir werden über diese Dinge noch ernst zu sprechen haben.

Bei ihren Vorschlägen ließen sich die „Rechten“ von dem Gedanken leiten, die leninistischen Kampfmethoden auf verschiedene Situationen anzuwenden. Sie waren gerichtet gegen die Isolierungspolitik, auf eine Heranziehung der Massen an die Partei.

Möglich, daß uns in Einzelheiten Fehler nachgewiesen werden. Ueber Meinungsverschiedenheiten können wir uns auseinandersetzen, und wir sind bereit, Lehren anzunehmen. Wir glauben nicht der Weisheit letzten Schluß zu besitzen. Wir lachen darüber, wenn sich Ruthianer und Scholemisten als bolschewistischen Kern der Partei aufspielen. Wir trugen nur unser Teil bei, um die Partei zu einer bolschewistischen zu machen. Hoffentlich bringt uns die jetzige Krise dem Ziel näher.

3. Schluß mit der Hetze!

Jedenfalls war unsere Haltung in dieser Periode eines Kurses, der zum Abgrund führen mußte, eindeutig und bestimmt. Man hatte Mißtrauen gegen uns. Kann das die Anklage abschwächen, die wir zu erheben haben? Man glaubte unsere Vorschläge seien opportunistischen Regungen entsprungen. Durfte man sie deshalb ungeprüft beiseite legen?

Die frühere Parteiführung hat nichts geprüft, hat nur gehetzt, hat nicht auf das Parteiinteresse, sondern nur auf ihr Fraktionsinteresse gesehen. Sie war sich ihrer Verantwortung nie bewußt. Sie hat in der Partei selbst keine Politik, sondern Hetze getrieben.

Nun fragen wir: Soll das so weiter gehen? Soll die Partei eine so schwere Krise durchmachen, damit es dann im alten Trott weitergeht? Will die Partei vor denen zurückweichen, die ein Lippenbekenntnis für den Offenen Brief ablegen, damit sie nur ihre Machtposition retten und die bankrotte Politik mit gefährlichen, zweideutigen Manövern weiterführen können? Das darf nicht sein.

Wir sagen deshalb: Schluß mit der Hetze! Könnt ihr uns nicht widerlegen, so schweigt. Geht die Hetze weiter, so beweist das nur, daß man [637] einen Kampf gegen Personen führt, die man gewaltsam ins Unrecht setzen muß, damit man die eigenen Spuren verwischen kann.

Mit Bucharin sage wir: „Es handelt sich nicht um die Frage von Personen, ob wir Sympathien oder Antipathien oder weiß Gott was für diese Personen haben. Es geht um das Schicksal der Partei!“ Es handelt sich um die allerersten Voraussetzungen für die künftige Parteiarbeit und Parteipolitik, nämlich um die volle Klarheit über das Wesen dieser Politik. Nur wenn die Parteigenossen klar erkennen, werden sie mit der notwendigen Entschlossenheit und inneren Sicherheit marschieren können. Fort mit der schillernden Zweideutigkeit auch hier!

Wir sind abgestempelt als „Rechte“. Wir sind keine Rechte. Solange man uns verfemt und verdächtigt, ist die so ernste und notwendige Warnung vor rechten Gefahren eine Lüge. Nein, von Scholem bis Heinrich und Schwan hält man die Politik der Exekutive für Opportunismus. Man ist bereit, wirkliche, klare, eindeutige, unverbrämte opportunistische Politik zu machen. Aber als Schild braucht man die Hetze gegen einen Popanz, gegen die sogenannten „Rechten“.

Was aber wird dann aus der Kommunistischen Partei?

Wir verlangen keine Schonung, sondern Achtung vor den Interessen der Partei. Wir sind bereit, mitzuarbeiten an der Konzentration der Partei zur Herausbildung eines bolschewistischen Verhältnisses zu den Massen und der Komintern. In dieser Zusammenarbeit wird sich zeigen, wer rechts steht und wer links. Und von der gemeinsamen Arbeit wird die Partei den Nutzen haben.

Wir wissen, daß die Aenderung des Kurses, die restlos durchgeführt werden muß, aus der ganzen politischen Situation heraus und zugleich als Reaktion auf die ultralinken Fehler die Gefahr rechter,

opportunistischer Abweichungen und selbst Strömungen mit sich bringt. Darüber muß man sich schon heute Rechenschaft ablegen. **Und keiner von uns „Rechten“ darf und wird diese Gefahr übersehen.** Sehr aufmerksam muß man auch die geringsten dieser opportunistischen Tendenzen feststellen, sie sofort kritisch bekämpfen und klären. Die Partei ändert ihren Kurs nicht, um aus Liquidation von links in eine Liquidation von rechts zu taumeln. Das wäre nicht weniger verhängnisvoll als der alte Kurs.^{*)}

Aber diese Gefahr wird nicht verhindert und, wenn sie eintritt, nicht überwunden, indem man sich à la Ruth, Scholem usw. in antileninistischem Geschrei über die „Rechten“ austobt, um eigene Fehler zu vertuschen und zu überschreien. Die Gefahr wird nur überwunden durch eine Konzentration der Partei auf dem Boden der Komintern, die linke und rechte Abweichungen bedeutungslos macht, die imstande ist, mit gesammelter Kraft und entschlossen den **richtigen Kurs**, den Kurs des „marxistischen Zentrums“, wie Bucharin sagte, zu steuern. [638]

*

Münchener Lehren.

Von Ernst Meyer.

In Heft 8 der „Internationale“ veröffentlicht ein Genosse h. r. einen Artikel über „München 1919 und die Parteigeschichte“, worin ich als ein hoffnungsloser Opportunist verdammt werde. Trotzdem läßt sich h. r. herab, noch einige Fragen an mich zu stellen.

Beides würde mich nicht veranlassen zu antworten, da ich h. r. für einen hoffnungslosen Konfusionsrat halte, wenn nicht die Gefahr bestände, daß nach der 1½ Jahre lang betriebenen Fälschung der Geschichte unserer Partei auch dieser alles bisherige Maß übersteigende Beitrag von h. r. gläubige Leser finden könnte, und daß bei dem Mangel an marxistischer Bildung in unserer Partei die kommunistischer Auffassung ins Gesicht schlagenden prinzipiellen Ausführungen von h. r. weitere Verwirrung in der Partei stiften könnten.

Auch geschichtliche Fragen haben natürlich ihre aktuelle politische Bedeutung. Es ist daher für die gegenwärtige und zukünftige Arbeit der Partei nicht gleichgültig, wie man die Vergangenheit der Partei bewertet. Die Voraussetzung der Beurteilung einer politischen Situation sollte allerdings ihre Kenntnis sein. Aber h. r. verrät wie so viele der jetzigen Kritiker des Spartakusbundes keinerlei Kenntnisse der Parteigeschichte. Er schwankt daher in seinem Aufsatz zwischen solchen Urteilen wie „Heroenstadium der Parteientstehung“ und „der Spartakusbund hat in der Tat niemals einen wirklichen Schritt getan zur Organisierung einer kampffähigen Partei“.

Bei der Frage, welche Arbeit der Spartakusbund für die Gründung der Kommunistischen Partei geleistet hat, muß man trennen zwischen der Zeit vor und nach der offiziellen Gründung der KPD.

Der Spartakusbund bildete sich in der Kriegszeit innerhalb der SPD und schloß sich korporativ der USP an. Er bildete in beiden Organisationen einen geschlossenen Körper, eine feste Fraktion, die vollständig selbständig auftrat, ihre eigene Literatur hatte, selbständig Aktionen veranstaltete usw. Genosse Lenin hat 1915/16 kritisiert, daß der Prozeß der Loslösung von der SPD zu langsam geschah. In seiner Besprechung der Junius-Broschüre wies er auf die organisatorischen Ursachen politischer Schwächen der Spartakus-Gruppe hin. Diese Kritik Lenins bestand vollkommen zu Recht; leider haben wir alle sie erst sehr viel später, nämlich im Jahre 1921 in der Sammlung „Gegen den Strom“ kennen gelernt. Aber Lenin ist es nie eingefallen zu behaupten, daß der Spartakusbund niemals einen wirklichen Schritt zur Organisierung einer kampffähigen Partei im bolschewistischen Sinne getan hätte. Vielmehr hat Lenin stets auf die Bedeutung der politischen Tätigkeit Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der Spartakusgruppe hingewiesen (vergl. Lenin, Ausgewählte Werke, S. 399).

^{*)} Auf dem Artikel Schönlinks im Halleschen „Klassenkampf“ vom 19. Oktober, der nach Fertigstellung dieser Arbeit erscheint, kann ich hier nicht mehr eingehen. Die von Sch. bekundeten rechts-liquidatorischen Auffassungen müssen aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Nach offizieller Gründung der KPD, die der bedeutendste Schritt zur Organisierung einer kampffähigen Partei war, hat die ehemalige Spartakusgruppe im Kampfe gegen die SPD ein riesiges Maß politischer Aufklärungsarbeit geleistet und wiederholt die Massen zum unmittelbaren Kampfe gegen die Bourgeoisie geführt. Die Spartakusgruppe leistete schon während der Kriegszeit in ihren Spartakus-Briefen und Flugschriften eine unerbittliche Kritik an der USP. Nach Gründung der KPD führte sie diesen Kampf mit so großem Erfolg weiter, daß sich 1920 große Teile der USP der Kommintern anschlossen. Die Kommunistische Partei war die einzige, die für Lenins Staatstheorie eintrat und auch immer wieder auf die Bedeutung und die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei hinwies. Sowohl gegenüber der USP wie gegenüber der KAP vertrat die junge kommunistische Partei die Linie des Bolschewismus. Bei dem Mangel an Erfahrungen zeigten sich in dieser Arbeit noch viele Schwächen. Bald wich die junge Partei nach rechts ab, bald nach links. h. r. ist vollkommen im Unrecht, wenn er behauptet, es hätte nur Rechts-Abweichungen gegeben. Der Beschluß auf Boykott der Nationalversammlung, die Gründung von Unionen und die März-Aktion sind ein Beweis dafür, wie stark die ultralinken Kinderkrankheiten in der KPD vorhanden waren. Und die heutige Parteidiskussion beweist, daß diese Krankheiten so wenig überwunden sind, daß sie 1½ Jahre lang die Partei in einem Fieber schüttelten.

So oberflächlich das Urteil von h. r. über den Spartakusbund im allgemeinen, so falsch ist auch seine Darstellung der Tätigkeit der Münchener Organisation im Frühjahr 1919. Auch hier gibt sich h. r. nicht die geringste Mühe, die damalige Situation genau darzustellen. Hätte er nur auch ein wenig die Lage analysiert, so wäre er nicht zu dem unerhörten Schluß gekommen, daß es damals möglich gewesen wäre, nicht nur in Bayern die kommunistische Räterediktatur zu errichten, sondern auch von Bayern aus militärisch nach dem Reich vorzustoßen. Die kommunistische Parteiorganisation war damals erst im Aufbau, der Münchener revolutionären Arbeiterschaft fehlte jede Klarheit – und in einer solchen Situation verlangt h. r. die Gründung einer Räte-Republic und die revolutionäre Eroberung ganz Deutschlands!

h. r. sagt ein paar anerkennende Phrasen über Eugen Leviné, aber er hat nicht das mindeste von Leviné Tätigkeit verstanden. Leviné ist nicht einer unserer Besten, weil er für den Kommunismus sterben mußte – das haben viele Arbeiter in Deutschland tun müssen –, sondern weil er einer der klarsten revolutionären Führer war. Leviné verstand die Rolle der kommunistischen Partei, deshalb betonte er gerade die Notwendigkeit des Ausbaus der kommunistischen Parteiorganisation und der Verbindung der Partei mit den Betrieben. Leviné durchschaute klar die Provokation, die in der Gründung der Münchener Räte-Republic mit Beteiligung der SPD lag und verwandte alle Kraft darauf, wirkliche politische Arbeiterräte zu schaffen. Leviné wußte schließlich, daß eine kommunistische Räte-Republic zu gründen und zu halten nur möglich ist, wenn die entscheidenden Teile des Proletariats mit den Kommunisten gehen. Deshalb warnte er vor allen Putschgelüsten und Provokationen. h. r. hat (bis heute von dieser ungeheuren Tätigkeit Levinés und der kleinen Münchener Parteiorganisation nicht das mindeste begriffen und deshalb faselt er etwas von der „tödlichen Defensiv“ des Spartakusbundes. Man sollte meinen, daß nach der Darstellung von h. r. der Spartakusbund nicht die Bildung einer wirklichen kommunistischen Partei begonnen und gefördert, sondern verhindert hat. Der Artikel von h. r. erklärt sich nur aus der Absicht, unter allen Umständen die seit Frankfurt herrschende Parteigruppe durch Schmähung der Vergangenheit der Partei herauszustreichen. Wenn h. r. von der jetzigen bolschewistischen Reife der Partei spricht, so spottet gerade er seiner selbst und weiß nicht wie!

Aus den unerhörten Auslassungen von h. r. sei nur noch ein Satz hervorgehoben:

„Die Rolle der Partei nach Lenin besteht gerade darin, daß nicht jeder (von h. r. selbst unterstrichen) Arbeiter in die Kommunistische Partei gehört, sondern nur die erprobtesten, klarsten, auserlesensten und entschlossensten Arbeiter!“ (Seite 504.)

Damit unterschiebt h. r. Lenin eine sektiererische Auffassung der Partei, wie sie von der KAP propagiert wird. Lenin hat in seinem Buche über die „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ auseinandergesetzt, daß im bürgerlichen Staat nur die reifsten, erfahrensten und am meisten klassenbe-

wußten Arbeiter sich der Kommunistischen Partei anschließen werden. [640] Lenin hat aber niemals behauptet, daß das unser eigener Wille wäre. Lenin betont deshalb, daß die kommunistische Partei, um nicht zu einer ultralinken Putschtaktik herabzusinken, sich bemühen müsse, die entscheidenden Schichten des Proletariats, ja die Mehrheit des Proletariats für sich zu gewinnen. h. r. stellt also Lenins Gedankengänge geradezu auf den Kopf.

Die ganze Beurteilung der Münchener Ereignisse durch h. r. zeigt, daß er die elementarsten Grundsätze des Kommunismus nicht begriffen hat. Sein Maß von Ueberhebung steht im umgekehrten Verhältnis zu seinen Kenntnissen und zu seinem Verständnis.

Es ist mir unbegreiflich, wie eine Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus ohne ein Wort der Kritik den Artikel von h. r. abdrucken konnte.

*

Bemerkung der Redaktion. Wie uns mitgeteilt wird, hat man verschiedentlich den Genossen Hermann Remmele für den Verfasser des Artikels über „München 1919 und die Parteigeschichte“ gehalten. Das ist unrichtig. Er ist vom Genossen H. Reger geschrieben. Zu der Kritik des Genossen Meyer an der Redaktion ist zu sagen, daß der Artikel in der Rubrik „Diskussion“ erschienen ist, was genügend kennzeichnet, daß er sich nicht mit der Meinung der Redaktion deckt. Es ist nicht Aufgabe der Redaktion, jeden Artikel einer laufenden Diskussion sofort selbst zu kritisieren. Dies geschieht üblicherweise am Schluß der Diskussion. Wir haben übrigens zu dieser Frage noch weitere Beiträge zu veröffentlichen.

*

Beilagen zum Brief der Genossen E. Meyer, Paul Frölich und K. Becker an den X. Parteitag.

Wir schließen hiermit die in Heft 8 begonnene und in Heft 9 fortgesetzte Veröffentlichung ab.

Die Redaktion.

Einige Lehren der Geschichte der KPD.

Die erste Periode der Revolution in Deutschland (November 1918 bis zum Versailler Frieden) findet die Partei noch im embryonalen Zustand. Sie propagiert die revolutionären Losungen, kann aber selber noch nicht die Führung übernehmen. Diese Periode zeigt aber schon bestimmte Unterschiede zur russischen Revolution und damit bestimmte Aufgaben, die hier viel stärker in den Vordergrund treten als dort. Das ist das Fehlen jener Frage, deren Lösung über die bürgerlich-demokratische Reform des Staates hinaustreibt und zugleich die Volksmassen – über das Proletariat hinaus – sammelt. In Rußland war das die Friedensfrage. In Deutschland förderte die Friedensfrage nicht die Revolution, sie setzte ihr eine vorläufige Schranke und förderte die Konterrevolution. Das gesamte Kleinbürgertum und große Teile des Proletariats sahen in der Steigerung der Revolution die Gefahr neuer Konflikte mit den Siegermächten, die Fortsetzung des Krieges. Die Friedensfrage war vor allem die Brotfrage. Von der Unterwerfung unter das Ententediktat wurde das Ende des Hungers erwartet. Die Bauernmasse war nicht aktiv revolutionär. Die Arbeiterklasse stand in einem so schroffen Gegensatz zur Bauernschaft, daß für eine Bindung der Bauern an die Revolution durch Landausteilung die psychologischen Voraussetzungen beim Proletariat fehlten. Nur der Vortrupp des Proletariats war entschlossen revolutionär. Die politische Krise am Kriegsende konnte deshalb nicht unmittelbar zum Siege des Proletariats führen. Es waren neue große politische Krisen nötig, in denen das Proletariat zusammengeschweißt, die Mittelschichten aufgewühlt wurden. Das ist der springende Punkt bei der Frage nach dem Scheitern der Revolution in ihrer ersten Phase.

Schon in dieser Periode wurden Erfahrungen gemacht, die die Erkenntnis der Rolle der Partei fördern. Sie und das Beispiel der Bolschewiki leiten zum mindesten den Prozeß zur Ueberwindung der Spontaneitätsideen ein. Es zeigt sich aber in dieser Periode auch die bedeutende Rolle, die in einer Arbeiterklasse mit starker politischer, reformistischer Tradition die Sozialdemokratische Partei spielt. Es scheint jetzt noch, als könne der Einfluß dieser Partei durch die Denunziation ihrer konterrevolutionären Rolle vernichtet werden. In dieser Zeit, unter dem Eindruck des Noske-Regimentes

ist dies auch das Hauptmittel, das angewandt werden kann. Hier mußten noch viele Erfahrungen gemacht werden, um die Methoden zu finden, die zur Zersetzung der Sozialdemokratie führen.

Die zweite Periode bis zum Kapp-Putsch ist charakteristisch durch den Kampf gegen die syndikalistischen Bestrebungen. Sinn dieses Kampfes war, die Partei vor dem Verknöchern zu einer putschistischen Propagandasekte zu bewahren, sie zu einer aktiven Kampfpartei zu machen, die auch in den Zeiten revolutionärer Flaute die Massen zu mobilisieren [641] versteht. Die Auseinandersetzungen mußten damals unvermeidlich zur Spaltung führen; wer anders behauptet, kennt die Dinge nicht. Aber eine wichtige Lehre, die auch heute nicht vergessen werden darf, brachte diese Spaltung. Die Spaltung wurde übereilt durchgeführt. Bis zum Heidelberger Parteitag wurde der Kampf nur in den führenden Funktionärkreisen geführt. Erst nach Heidelberg, als schon die Scheidung vollzogen war, wurden die Auseinandersetzungen in die Mitgliedschaft getragen. Die Folge davon war, daß viele revolutionäre Arbeiter für lange Zeit verloren gingen, daß die Partei gerade in wichtigen Gebieten von den Betrieben losgelöst und daß in einer bedeutungsvollen Periode die Partei von inneren Kämpfen erschüttert wurde. Die Fehler beim Kapp-Putsch wurden hauptsächlich dadurch verursacht.

Trotz alledem hat die Partei in der Periode der Illegalität und der inneren Kämpfe durch ihre Aktivität in den Kämpfen, ihre Losungen, einen großen Kreis von Sympathisierenden gesammelt, die USP zersetzt und die Spaltung in Halle ermöglicht.

Nach dem Vereinigungsparteitag wurde die Taktik der Einheitsfront aufgenommen. Dabei ist zu bemerken, daß der „Offene Brief“ durchaus kein erklügeltes Manöver war. Er war nur die Ausnutzung der günstigen Erfahrungen, die in verschiedenen Bezirken mit dieser Praxis bereits gemacht worden waren. Die Taktik des „Offenen Briefes“ beruhte auf der Voraussetzung einer großzügigen Propaganda der gemeinsamen Aktion, um die Massen in Aktion zu bringen. Das ist damals wohl erkannt worden. Aber die Partei konnte die Kraft dazu noch nicht aufbringen. Hauptsächlich wohl, weil sie die Liquidation der USP-Spaltung zu sehr als rein organisatorische Aufgabe auffaßte und sich dadurch binden und lähmen ließ. Indem man die Lösung der USP-Krise zu sehr als organisatorische Frage und nicht als eine Frage der politischen Aktion betrachtete, gelang es der Partei auch nicht, die ganze Ernte von Halle einzubringen. Zugleich war die Durchführung der Einheitsfront-Aktion sehr erschwert durch die Einstellung besonders der ehemaligen USP-Mitglieder, für die es eine außerordentliche Belastung bedeutete, in dem Augenblick mit den Crispian-Leuten, deren Führung sie eben abgeschüttelt, oder gar mit den Noskiden solche taktischen Manöver zu machen.

Ein großes Ergebnis hatte die Vereinigung mit der linken USP gebracht. Die Partei, die durch die harten Verfolgungen, die Illegalität, die beständige Zerstörung der Organisationen, das jahrelange fast völlige Fehlen legaler Propagandamöglichkeiten, ständige Zeitungsverbote, keine Parlamentsfraktionen usw., durch die übereilte Spaltung in Heidelberg zusammengeschrumpft war, wurde durch die Einigung zu einer Massenpartei. Dieser Erfolg brachte eine starke Ueberschätzung der eigenen Kräfte. Man gab sich der Illusion hin, daß die Erweiterung des Kreises der Sympathisierenden dem Wachstum der Organisation entspreche. Hatte der Spartakusbund Hunderttausende bei seinen Aktionen mobilisieren können, so glaubte man, dieser Einfluß werde sich nun in die Million erstrecken. In Wirklichkeit entsprach der Kreis der mit dem Spartakusbund Sympathisierenden ungefähr dem Kreis der neugewonnenen linken Unabhängigen. Das war die allgemeine, wenn auch nicht ausgesprochene Auffassung, welche die Grundlage bildete für die falsche Taktik in der Märzaktion. Worin bestanden die Fehler der Partei? Nicht darin, daß sie auf dem ZA im März sich auf große Kämpfe rüstete. Das entsprach der Situation. Die Hörsing-Severing-Provokation entsprang derselben Erkenntnis, daß solche Kämpfe unvermeidlich seien, und dem Willen, bewaffnete, also aufs höchste gesteigerte Kämpfe zu entfesseln, ehe die Situation ausgereift war. Die Parteileitung ließ sich zu einer überstürzten Aufnahme des bewaffneten Kampfes provozieren. Die weiteren Fehler lagen:

1. in der Täuschung über den Wirkungsradius der Parteiparolen,
2. in der Unfähigkeit, die geeigneten Methoden anzuwenden, um den Einfluß der Sozialverräter auf die Massen zu brechen, die Massen zu mobilisieren. Die Propaganda beschränkte sich fast ganz auf die bloße Erweckung der Sympathie mit den Kämpfenden. Es gelang nicht, jene allgemeinen Losungen zu finden, die den

augenblicklichen Gesamtinteressen des Proletariats entsprachen. Die Einheitsfronttaktik wurde nicht angewandt und damit kein Versuch unternommen, den Gegner zu zersetzen;

3. in der Unterschätzung der Vorbedingungen für den bewaffneten Aufstand,

4. in der Selbsttäuschung über den Charakter des Kampfes, der reine Defensive, keine Offensive war, und in einer Unterschätzung der Vorbedingungen für entscheidende Kämpfe, wie sie in der sogenannten Offensivtheorie in Erscheinung trat und deren Wesen in der Auffassung bestand, die Vorhut könne die ganze Last des Entscheidungskampfes allein auf sich nehmen.

Die Erfahrungen der Märzkämpfe von 1921 haben die Partei noch entschiedener als vorher auf die Hauptaufgabe in der Zeit der Vorbereitung hingewiesen: die Eroberung der Massen, der Mehrheit des Proletariats. Die Lehren, die Lenin damals gegeben hat, dürfen nicht vergessen oder verloren, noch gar in den Dreck getreten werden. Von jetzt an wurde die Einheitsfronttaktik praktisch angewandt, und die Erfahrungen, die die deutsche Partei mit ihr machte, wurden als mustergültig für die übrigen Parteien der Komintern anerkannt. Natürlich kann dieses „mustergültig“ nicht in dem Sinne verstanden werden, als sei die Anwendung dieser Taktik frei von Fehlern gewesen. Im Gegenteil, in jeder einzelnen Phase sind Fehler gemacht worden. Die Losungen wurden selten rechtzeitig und einwandfrei richtig gefunden. Die Gefahr, die bei der Einheitsfronttaktik immer vorliegt, reformistische Illusionen zu wecken und in den Opportunismus auszugleiten, wurde nicht immer vermieden. Es ist noch nie gelungen, die Partei so beweglich und zugleich so aktiv zu machen, wie es notwendig wäre. Vor allem zeigte es sich bei den Verhandlungen mit anderen Spitzenorganisationen, daß die Parteileitung – sowohl die Zentrale, wie die Bezirks- und Ortsleitungen – noch nicht fähig waren, die Führung unbestritten an sich zu reißen, die Selbständigkeit und der Führer nicht nur wegen irgendwelcher opportunistischen Neigungen, sondern deshalb, weil Arbeitermassen zu bleiben, um den einen Zweck dieser Taktik, die Demaskierung der Reformisten, vollkommen zu erreichen.

Statt daß wir erreichten, die Aktionen durch solche Verhandlungen zu steigern, gelang es den Reformisten noch zu oft, die Massen zu täuschen und zu beruhigen.

Solche Fehler sind gemacht worden von den sogenannten Linken wie den sogenannten Rechten. Sie sind bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich, nicht nur wegen der Fehler [642] der Führer, nicht nur wegen irgendwelcher opportunistischen Neigungen, sondern deshalb, weil es sich hier um eine sehr geschmeidige, d. h. schwierige Taktik handelt, und weil die Schwierigkeiten um so größer sind, je geringer die Kampfesentschlossenheit der Massen ist. In ausgereiften Situationen werden Fehler bei der Durchführung einer in den Grundlinien richtigen Taktik schnell durch neue Tatsachen überwunden. In unreifen Situationen führen schon leichte Fehler zu empfindlichen Rückschlägen.

Zweifellos können solche Fehler opportunistischen Auffassungen und Neigungen entspringen, wie sie auch zu einer im ganzen opportunistischen Politik führen können. Das ist nur zu vermeiden durch eine ständige, rücksichtslose Selbstkontrolle und Kritik der Anwendung der Taktik. Bei dieser Kritik müssen der Gesamtprozeß der Revolution, die Machteroberung und die Rolle der Partei leitende Gesichtspunkte sein. Notwendig ist zugleich, daß über die strategische Bedeutung dieser (Manövrier-) Taktik in der Partei volle Klarheit geschaffen wird.

Es wäre verhängnisvoll für die Partei und es hat sich als verhängnisvoll erwiesen, die Einheitsfronttaktik wegen ihrer Gefahren grundsätzlich oder auch nur in der Praxis zu verwerfen. Versteinerung und Fruchtlosigkeit der Parteiarbeit sind die Folgen davon. Denn die Einheitsfronttaktik ist in ihrem Wesen die Anwendung jenes Grundsatzes, daß es daraus ankommt, den praktischen Tageskampf mit dem Endziel zu verknüpfen.

Trotz vieler Fehler, trotz mancher Unzulänglichkeit der Personen und ihrer Handlungen hat die Praxis der Einheitsfront in den Steuerfragen 1921/22, im Kampf gegen die Offensive des Kapitals, in den großen Streikbewegungen usw. usw. große Erfolge gebracht. Sie hat die Partei zu einem lebendigen, aktiven Organismus gemacht. Sie hat unseren Einfluß in den Gewerkschaften erheblich gesteigert. Sie hat die Betriebsrätebewegung zu einem starken politischen Faktor gemacht, der in wichtigen Gebieten ein Werkzeug in unserer Hand war. Dank dieser Taktik gelang es uns, die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD unter einem ständigen Druck zu halten. Die Folge war zunächst

die vollkommene Lahmlegung, ja fast völlige Auflösung der USP, dann die immer höher gestiegene Zersetzung der SPD. Unsere Partei aber wuchs an Zahl ihrer Mitglieder und noch mehr an Einfluß in den Massen des Proletariats bis weit ins Kleinbürgertum.

Wie schon betont, ist die Zeit der Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands in den Jahren 1921 bis 1923 der Partei besonders günstig gewesen. Aber nun und nimmer hätten wir die Gunst dieser Zeit so erfolgreich ausnutzen können ohne die Einheitsfrontpraxis. Und es bleibt bestehen, was die Thesen der Erweiterten Exekutive vom Januar 1924 sagen:

„... allein die Tatsache, daß die junge Kommunistische Partei sich im Herbst 1923 ernstlich die Frage stellen konnte, ob sie nicht schon eine sichere Mehrheit zur Machtergreifung hatte, beweist, daß die Taktik der Einheitsfront imstande ist, die wichtigste Voraussetzung der Machteroberung, die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution, zu schaffen.“

Nur die Tatsache, daß wir den Massen täglich die nächsten Aufgaben und den Weg ihrer Verwirklichung zeigten, daß sich die Partei ihnen zeigte nicht als eine Gesellschaft von Utopisten, sondern als eine Partei mit einer revolutionären Praxis, hat im Sommer 1923 die Partei zum Träger der Hoffnungen breiter Massen gemacht, weckte wirklich das Vertrauen, daß sie berufen sei, die Macht zu übernehmen. Diese Taktik allein setzte sie auch in den Stand, wenigstens die Anfänge jener für den Machtkampf notwendigen Organe zu schaffen (Betriebsräte, Hundertschaften usw.).

Dieses Bewußtsein muß wieder in der Mitgliedschaft geweckt werden. Sonst werden wir niemals eine klare, bewußte Taktik führen, sondern uns immer von neuem taktisch überkugeln. Und volle Klarheit muß geschaffen werden. Es muß begriffen werden, daß z. B. die soviel angefeindete, als blanker Opportunismus bezeichnete Sachsenpolitik (vor dem Oktober!) in den Grundzügen richtig gewesen ist. An den Einzelheiten wird man vieles kritisieren können, und eine ehrliche Kritik wird manchen Fehler finden, der in Zukunft in unserer Praxis vermieden werden muß, die SPD ist zu wenig vor Entscheidungen gestellt, die Massen sind damals nicht genug als politischer Faktor in die Waagschale geworfen worden, aber der SPD mußte die Möglichkeit gegeben werden, die Probe auf ihre Versprechungen zu machen. Nach der letzten Praxis der Partei in der preußischen Regierungsfrage sollte es nicht mehr nötig sein, das zu betonen.

So sind namentlich auf dem Leipziger Parteitag in der Einheitsfront- und Regierungsfrage Beschlüsse gefaßt worden, die die Erkenntnis der Aufgaben der Partei trübten und bei den Fehlern im Oktober mitgewirkt haben. Zugleich muß aber erkannt werden, daß die „Linke“ die Aufgabe nicht erfüllt hat, eben jene Fehler praktisch zu korrigieren. Der Grund lag darin, daß sie eine Gruppierung verschiedenster Elemente war, zusammengehalten allein vom Willen, die Macht in der Partei zu erobern, ohne den Versuch zu unternehmen, die eigenen Differenzen zu klären. So wurde die „Linke“ charakterisiert durch ein Theoretisieren in die blaue Luft hinein, durch einen nur leicht verhüllten Defaitismus, durch langanhaltendes Sympathisieren mit der russischen Arbeiteropposition, durch die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, durch die Verkennung der Rolle der Partei. Es war kein Zufall, daß die Reste der ehemaligen KAG zur „Linken“ stießen, daß dort allein ausgesprochener „Luxemburgismus“ getrieben wurde. Diese Zusammenkoppelung der verschiedenen Oppositionsgruppen hat die geistige Entwicklung der Partei und auch ihre Aktivität stark gehemmt. Noch heute leidet die Partei darunter, und eine wirkliche Gesundung der Partei kann nur erreicht werden, wenn der Kampf gegen die opportunistischen „Ultras“ nicht verwaschen, nicht mit heimlichem Kompromiß, sondern offen und entschieden durchgeföhrt wird.

Die Oktoberniederlage.

Man kann feststellen, daß die Partei in der dem Oktober vorausgehenden Periode gelernt hatte, umfassende Propaganda-Kampagnen unter aktiver Teilnahme der ganzen Partei zu führen, daß sie sich fähig zeigte, in Teilkämpfen große Massen zu sammeln und diese [643] Kämpfe zu leiten. Es fehlte ihr die geistige und organisatorische Bereitschaft zur Führung von Kämpfen um die Macht. Sie war erst auf dem Wege, eine proletarische Partei zu werden. (Wie auch heute noch.) Das muß ohne Scheu ausgesprochen werden in der Erkenntnis, daß diese Vorbedingung nur durch Erfahrungen geschaffen werden kann. Nur das wäre zu beklagen, wenn auch die bittere Erfahrung

vom Oktober nichts daran ändern sollte, und bisher ist kein Anzeichen für eine Besserung zu sehen. Jener Vorwurf traf auch damals die ganze Partei.

Das geistige Nichtbereitsein, die ungenügende Durchdringung der Partei mit dem Leninismus, hat sich dann offenbart in den vielen Mängeln und Schwächen, die unsere ganze Oktoberpolitik zeigte. Schon der wichtigste Fehler erklärt sich mit daraus: das zu späte Erkennen der nahenden Katastrophe der deutschen Bourgeoisie.

Dieses zu späte Erkennen der Situation hatte zur Folge, daß die Aktionen der Arbeiterklasse nicht rechtzeitig und intensiv genug gesteigert wurden. Daß das Bewußtsein der Arbeiterklasse nicht rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie eingestellt wurde und daß die notwendigen organisatorischen Vorbereitungsmaßregeln zu spät ergriffen wurden. Dann mußten sie überhetzt werden. Die Partei sah in der organisatorischen Vorbereitung fast die einzige Aufgabe. Ein putschistischer Geist zeigte sich in der Vernachlässigung der politischen Aufgaben und in der Konzentration auf den einen großen Schlag. Darüber wurde vergessen, die aktuellen Kämpfe und die Möglichkeiten zu Teilkämpfen auszunutzen, um den Zerfall der bürgerlichen Ordnung zu fördern, die Aktivität der Massen zu steigern, durch die Teilkämpfe die Atmosphäre revolutionär zu laden und von diesen Teilkämpfen aus den Machtkampf aufzunehmen. Statt dessen drängte die Partei die Energien zurück, überspannte sie, bis sie erschlafften und gab so zugleich dem Gegner die Ruhe zur planmäßigen Vorbereitung seiner Gegenaktion. Es wird notwendig sein, diese Erkenntnisse auf diesen Fehlern des Oktobers durch intensives Studium der Revolutionsgeschichte zu vertiefen und zum Gemeingut der Partei zu machen.

Insoweit dürfte Einigkeit über die Lehren des Oktober in der Partei bestehen. Keine Klarheit herrscht in den Fragen der Stellung zur linken SPD und zum sächsischen Regierungsexperiment.

Gegenüber der SPD ist die Partei in einen starren Schematismus verfallen, es sei die SPD eine einmal gegebene einheitliche und unveränderliche politische Größe. Das ist falsch und führt zu einer falschen Taktik. Die SPD ist eine an die Existenz des bürgerlichen Staates gebundene Partei, ihre Aufgabe ist die Sicherung dieses Staates gegen die Angriffe der Arbeiterklasse. Innerhalb der SPD gibt es aber die verschiedensten Schattierungen, und sie müssen da sein, wenn die Partei ihre Aufgabe erfüllen will: vom bewußten Verbündeten und Werkzeug der Reaktion bis zum ehemaligen „Unabhängigen“. Die Mittel, mit denen die SPD ihre Aufgaben zu erfüllen sucht, wechseln mit der Situation: von dem Versuch, die Arbeiterklasse mit dem bürgerlichen Staat durch Reformen zu versöhnen, über scheinradikale Manöver zur Täuschung der Arbeiterklasse bis zum offenen bewaffneten Kampf gegen den Vortrupp des Proletariats oder dem „Sich-an-die-Spitze-Stellen“, um die Erfolge eines revolutionären Sieges der Arbeiterklasse zu vernichten. Je nach der Situation und der in ihr anzuwendenden Mittel kommt ganz von selber die eine oder die andere Strömung mehr in den Vordergrund.

Der Typus dieser SPD-Linken will die Revolution nicht, aber er wünscht sie, er wünscht die Revolution, aber er fürchtet sie, d. h. er schreckt vor den konkreten Aufgaben der Revolution zurück. Er möchte die Revolution gut gebacken auf dem Teller präsentiert haben. Er ist der reinste Opportunist, nämlich ohne Ziel und Willen, stets abhängig von der Massenstimmung. Wegen dieses Schwimmens auf der Massenstimmung ist die linke SPD ein wichtiges Mittel zur Zersetzung ihrer Partei. Die KPD muß dieses Mittel unbedingt benutzen. Wie benutzen? 1. Dadurch, daß sie mit allen Mitteln, der Situation angepaßt, die Gegensätze in der SPD zu verschärfen sucht. Wir dürfen nicht borniert sagen, das gehe uns nichts an. Das ist im Gegenteil eine wichtige Aufgabe. 2. Handeln aus der Erkenntnis heraus, daß diese Linke nur unter Druck zu irgendeinem Schritt zu bewegen ist. Dieser Druck hängt unmittelbar von unserer eigenen politischen Aktivität ab. Je stärker unser Einfluß auf die Massen, um so stärker der Druck der SPD-Arbeiter auf ihre linken Führer, um so „radikaler“ diese. In zugespitzten Situationen muß diese mittelbare Einwirkung auf die linken Führer durch die unmittelbare ergänzt werden. Das entspricht ganz der Praxis, die der Spartakusbund gegenüber der linken USP angewandt hat. Wo diese eine selbständige Politik gegenüber der Gesamtpartei trieb, arbeiteten wir mit ihr zusammen, so besonders in den Räteorganisationen, und suchten ihre Beschränktheiten durch unmittelbare Einwirkung zu korrigieren. Wo sie zum Deck-

mantel von opportunistischer USP-Politik wurden, schlugen wir auf sie ein und suchten die Massen zum Druck auf sie zu mobilisieren.

Zwei Zwecke sollen durch unsere Stellung zur linken SPD erreicht werden: Zersetzung der SPD und Erleichterung unserer Mobilisation der Arbeitermassen. Von der Situation hängt ab, ob wir peitschen oder drängen müssen. Die linken Führer der SPD sind nicht bündnisfähig im Sinne von uns Gleichberechtigten oder Gleichwertigen. Aber sie können und sollen in bestimmten Situationen von uns benutzt werden. Das gilt für die Zukunft, das galt besonders in den Oktobertagen. Hier sind schwerwiegende Fehler gemacht worden. Die Partei schloß mit den sächsischen Linken ein Bündnis auf Gleich und Gleich. Dabei führte sie nicht, sondern sie ließ sich führen – auf das Glatteis der Verhandlungen, den Linken wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, den Kampf zu verschleppen. Die Partei versäumte, den Massendruck hinter diese SPD-Führer zu setzen, das einzige Mittel, sie vorwärtszutreiben, oder ihnen den Rest des Vertrauens in den Massen zu nehmen. Unsere Parteileitung handelte hier trotz besserer Erkenntnis aus Schwäche. Eine im Grunde richtige Politik wurde verpfuscht und schlug gegen uns aus. [644]

Das Regierungsexperiment.

Opportunistisch war die Formulierung der Leipziger Thesen der Arbeiterregierung als eines Versuches, mit den Mitteln des bürgerlichen Staates im Interesse der Arbeiterklasse zu regieren. Dieser Gedanke hat beim sächsischen Experiment mitgewirkt. Dennoch ist es falsch, heute dieses Experiment grundsätzlich als Opportunismus zu verurteilen. Tatsache ist, daß bei der Entscheidung der Frage auch die Vertreter der „Linken“ in der Partei für das Experiment waren. In Zeiten zugespitzten Klassenkampfes, wenn die Machtfrage gestellt ist, die Bourgeoisie wie die SPD in Zersetzung sind, kann die Arbeiterregierung ein bedeutungsvolles Mittel zur Steigerung des Kampfes sein. Arbeiterregierung als eine länger dauernde Etappe mußte zur Versumpfung führen. Sie hat revolutionären Wert nur als Sprungbrett zur Diktatur.

So war sie im Oktober auch von der Exekutive und auch von der ganzen Partei gedacht worden. Man wußte auch, was ihre Vorbedingung war. Aber man machte sich nicht klar die absolute Unerläßlichkeit dieser Vorbedingung, nämlich: daß diese Regierung schon nicht mehr eine Fortführung der alten Regierungsmaschine durch) andere Parteien sein durfte, sondern daß sie das wirkliche Kriegsinstrument der revolutionären Klasse sein mußte. Das wichtigste der Mittel, dies zu erreichen, war der Rätekongreß. Er mußte da sein, ehe eine gemeinsame Regierung gebildet werden konnte. Nicht als Dekoration. Er mußte die Regierung legitimieren und damit schon der „reinen Demokratie“ den Krieg erklären. Er mußte die Regierung kontrollieren, den ganzen Druck der Massenstimmung unmittelbar auf die Regierung – d. h. praktisch auf die Parteileitungen – ausüben, das Forum bilden, von dem aus die Streitfragen in der Regierung vor der ganzen Arbeiterschaft verhandelt und von dem sie entschieden werden, das Medium sein, das alle Impulse von den Parteileitungen aus wiederum auf die Massen überträgt.

Man wußte das, aber es waren für den Rätekongreß noch Widerstände zu überwinden. Anstatt daran zu erkennen, daß in den Massen noch mit stärkerer Energie zu arbeiten war, um mit ihrer Hilfe die Widerstände zu überwinden, traute man sich zu, durch Diplomatie zu erreichen, was nur durch Macht zu erreichen war. Das ist zum Verhängnis geworden. Die Regierung wurde nicht zum Kriegsinstrument. Der Kopf der Partei ließ sich in das Dunkel der Verhandlungszimmer schleifen, anstatt nach außen zu wirken. Er fand jetzt weder die Möglichkeit, die Fragen der revolutionären Mobilisierung im Schoße der Regierung durch den Druck von außen zu lösen, noch die Möglichkeit, rechtzeitig zu brechen und in einer Form, die einen neuen Stoß vorwärts gegeben hätte.

Heute dürfte ziemliche Einstimmigkeit darüber herrschen, daß wir im September/Oktobre die Situation überschätzt haben. Aber sie war auf dem Wege zur Reife, die vielleicht zu erreichen war, ehe die Konterrevolution das Uebergewicht erhielt. Auf jeden Fall barg die Situation für eine kluge und starke Politik große Möglichkeiten. Unser Grundfehler war die Einstellung der Partei auf das „alles oder nichts“. Sie wurde zur entscheidenden Ursache für alle Halbheiten, sie verschlimmerte die Schwächen, die tatsächlich in der Führung vorhanden waren.

Mit diesen Andeutungen ist die Kritik des Oktober gewiß nicht erschöpft. Wir sind aber der Meinung, hier die Art der Kritik gezeigt zu haben, die wichtige Lehren vermittelt. Sie hat zum Grundsatz, alle Richtungsinteressen beiseite zu schieben, die bis heute die Basis der üblichen Behandlung des Oktober waren. Wir meinen, daß die Zeit für die Anwendung einer Methode, deren Ziel allein die richtige Erkenntnis ist, endlich gekommen sein sollte.

*

Die politische Lage und die politischen Aufgaben der Partei.

I.

Die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage charakterisieren vier Tatsachen:

1. Stabilisierung der wichtigsten kapitalistischen Staaten gegenüber der wirtschaftlichen Krise und den revolutionären Ereignissen der Nachkriegszeit.
2. Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten.
3. Oekonomische und politische Festigung Sowjetrußlands.
4. Ausdehnung der nationalen Befreiungsbestrebungen unterdrückter, ganz- und halbkolonialer Völker.

Die These, daß wir uns „zwischen zwei Wellen der Revolution“ befinden, ist richtig, aber nicht ausreichend. Es fehlt darin die Charakterisierung der Art dieser Zwischenpause, die Perspektive für die künftige Entwicklung.

Die Stabilisierung ist nicht die Wiederherstellung von Vorkriegs-Verhältnissen, wie die Menschewisten behaupten. Sie zeigt vielmehr auf Grund verstärkter Monopolbildung (Trusts) und auch gesteigerter Herrschaft des Finanzkapitals wesentliche Veränderungen.

Das hervorstechendste Merkmal dieser Veränderungen ist die Hegemonie der Vereinigten Staaten Nordamerikas, die der Gläubiger Europas geworden sind. Das Finanzkapital Amerikas hat bereits einen großen Teil Europas erobert. Für weitere Anlagen braucht es normale kapitalistische Verhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Daher sein Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung in Europa, daher seine Schiedsrichterrolle in den europäischen Streitigkeiten, daher auch der Dawes-Plan, nicht aus Freundschaft für Deutschland oder Frankreich, sondern aus Interesse an sicheren Anlagemöglichkeiten.

Die Erstarkung der wichtigsten kapitalistischen Staaten (Amerika, England, Frankreich) vermehrt aber gleichzeitig die imperialistischen Gegensätze zwischen ihnen, steigert ihren Kampf [645] um die Absatzmärkte und Rohstoffquellen, zwingt sie, zu gegeneinander gerichteten Rüstungen, vermehrt die Kriegsgefahr.

Diese Konflikte werden um so tiefer und wachsen um so rascher, je mehr die Kolonialgebiete und abhängigen Staaten in Asien, Afrika und Amerika sich industrialisieren und politisch unabhängig zu werden streben. Die Emanzipationsbestrebungen Chinas, Indiens, Aegyptens, Marokkos usw. unterhöhlen direkt und indirekt den Imperialismus.

An der Spitze all der Faktoren, die den Imperialismus untergraben, steht Sowjetrußland, der erste proletarische Staat, der die Arbeiter aller Länder mahnt, sich nicht länger zum Objekt kapitalistischer Ausbeutung zu machen, und der zugleich alle anti-imperialistischen national-revolutionäre Bestrebungen Rückhalt bietet.

II.

Die Lage in Deutschland wird charakterisiert durch eine wirtschaftliche Stabilisierung nicht aus eigenen kapitalistischen Kräften, sondern mit Hilfe ausländischen, besonders amerikanischen Kapitals. Die Festigung der Kapitalisten innerhalb Deutschlands ist daher verbunden mit ihrer Unterwerfung gegenüber der ausländischen Bourgeoisie. Sie geschieht im Zeichen der Kolonisierung Deutschlands.

Die Inflationszeit brachte das kapitalistische Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Bankrotts. Die Bourgeoisie rettete sich durch Ausplünderung der Mittelschichten, durch Unterwerfung der Arbeiterschaft und durch Auslieferung eines großen Teiles der Privat- und der Staatsbetriebe an das Ausland. Das Resultat war eine unerhörte Konzentration des Industrie- und Finanzkapitals.

Die Voraussetzung für die Stabilisierung war die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft. Mit Hilfe Seeckts siegte das Industrie- und Finanzkapital. Damit ging auch die politische Führung, an der bislang die Mittelschichten beteiligt waren, wieder an die Schwerindustrie und den Großgrundbesitz über. Das ist der historische Sinn der Luther-Regierung und der Hindenburg-Wahl.

Die Stabilisierung Deutschlands steht durch den Dawes-Pakt unter der Kontrolle des ausländischen Kapitals. Der Dawes-Plan, der die möglichst ungestörte Fortsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in allen Staaten bezweckt, anerkennt auch und hat zur Voraussetzung die kapitalistischen Besitzverhältnisse in Deutschland. Ein ernsthafter Kampf gegen die Lasten aus dem Dawes-Plan richtet sich daher auch stets gegen den Dawes-Plan selbst.

Die Bourgeoisie geht bei der Erfüllung des Dawes-Plans aus von der Abwälzung aller Lasten auf die werktätigen Massen. Das Unternehmertum würde aber auch ohne Dawes-Plan seine Offensive gegen die Arbeiterschaft fortsetzen. Das zeigt die Lage der Arbeiter in den Entente-Ländern, die keine Reparationen aufzubringen haben. Das deutsche Unternehmertum erstrebt, wie in allen kapitalistischen Ländern, niedrige Löhne, unbeschränkte Arbeitszeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sozialen Abbau. Es kennt eine Bezahlung der Reparationen nur durch Lohnsteuer, Verbrauchssteuern, Zölle usw.

Die deutsche Groß-Bourgeoisie sucht ihren Sieg über die Arbeiterschaft und die Mittelschichten zu festigen durch die Agitation für die Monarchie, die kleinbürgerliche Elemente von der Erkenntnis ihrer Lage und dem Kampfe dagegen ablenken soll. Die monarchistische Gefahr besteht sowohl in der monarchistischen Agitation, als auch in der wirtschaftlichen Knebelung der Arbeiterschaft.

Die Sozialdemokratie ist durch die Groß-Bourgeoisie – als entbehrlich in einer nicht akut-revolutionären Situation – beiseite geschoben, aus der Reichsregierung gedrängt worden. Die SPD reagiert darauf teils durch noch größere Konzessionen an das Bürgertum (Angebot, in Preußen mit deutschnationalen Ministern zu regieren), teils durch scheinradikale Opposition. Die „Linken“ in der SPD sind der schwache, feige Ausdruck einer bei den sozialdemokratischen Anhängern vielfach ehrlichen Oppositionsstimmung gegen die Offensive des Unternehmertums und die monarchistische Gefahr.

III.

Diese Situation stellt der KPD besondere Aufgaben: Die Propaganda für den Kommunismus (Räte-Diktatur) zu verbinden mit der Gewinnung und Mobilisierung der Massen zum Kampfe für ein Minimal-Programm.

Es ist ein in der Partei weit verbreiteter Irrtum, daß unsere Minimal- oder Teilforderungen nur den Zweck der Entlarvung der SPD oder bürgerlicher Parteien haben. Der Fünfte Weltkongreß hat unterstrichen, daß die Aufstellung von Teilforderungen der Sammlung, Mobilisierung und dem In-Den-Kampf-Führen der breiten Massen dient. Manöver und Klassenkrieg sind im revolutionären Sinne nicht voneinander zu trennen. Es gibt keine Manöver, die nicht unmittelbar der Vorbereitung und Einleitung von Klassenkämpfen dienen.

Diese Aufgabe der KPD ist um so wichtiger, als die SPD gegenüber der deutschnationalen Regierung eine Oppositionsstellung einnimmt, aber wirklichen Klassenkämpfen ausweicht. Die KPD ist heute die einzige Arbeiterpartei. Sie hat daher mehr denn je nicht nur die Aufgabe der Entlarvung der SPD, sondern auch die Führung der Klassenkämpfe. Wirkliche Entlarvung ist auch nur durch die Auslösung und Führung von Aktionen möglich.

Das Aktionsprogramm der KPD ist gegeben durch die Tatsachen:

1. der Reparationslösungen der Bourgeoisie (Dawespakt) mit allen ihren wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Folgen.
2. der Erstarkung der reaktionär-monarchistischen Parteien (Luther-Regierung, Hindenburg-Wahl, Preußenkrise).
3. der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und der gesteigerten Kriegsgefahr bei Fortsetzung der pazifistischen Hülle (Völkerbund, Sicherheitspakt).

[646] Die Partei darf keine der Tatsachen vernachlässigen. Ihr Aktionsprogramm muß sowohl wirtschaftliche wie politische Forderungen enthalten. Die Partei muß gerade die Verbindung aller Seiten (Politik ist konzentrierte Oekonomie) aufzeigen und betonen.

Da die Reparationsfrage (Dawes-Pakt) das beherrschende Problem der deutschen Politik ist, muß die Partei auch für ihr Minimal-Programm eine einheitliche Sammellosung aufstellen: **Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie**. Die Losung ist voll zu verwirklichen nur durch die Diktatur des Proletariats. Aber sie gibt die Möglichkeit, alle Einzelforderungen zur Abwehr aller Einzelwirkungen des Dawes-Planes miteinander zu verbinden. Die Partei fordert:

Den Achtstundentag, bezw. die Siebenstundenschicht,

höhere Löhne,

Ausbau der Sozialgesetzgebung,

Abschaffung der Lohnsteuer und aller Verbrauchssteuern,

Konfiskatorische Besitz- und Vermögenssteuern,

Konfiskation aller dynastischen und kirchlichen Vermögen,

Ablehnung der Zölle, Außenhandelsmonopol,

Kontrolle der Preise und der Produktion (gegen Wucher und Monopolausbeutung),

Staatliche Zwangssyndizierungen zur Kontrolle der Produktion und Nationalisierung (Sozialisierung).

Zur Beseitigung der monarchistischen und faschistischen Gefahr fordert die KPD:

Volle Amnestie für alle proletarischen Gefangenen,

Reinigung der Beamtschaft von den monarchistischen Elementen,

Auflösung von Schupo und Reichswehr,

Einführung der Arbeiter-Miliz (Arbeiter-Wehren),

Ueberwindung des deutschen Partikularismus durch den Einheitsstaat.

Die Sammellosung für die innerpolitischen Forderungen ist die Forderung der **Arbeiter- und Bauernregierung**.

In außenpolitischer Beziehung arbeitet die KPD. gegen Versailles, den Londoner Pakt, gegen alle Bündnisse mit kapitalistischen Staaten, gegen Sicherheitspakt und Völkerbund **für das Bündnis mit Sowjetrußland**.

Die Voraussetzung für die Gewinnung der Massen zum Kampfe um diese Forderungen ist die **konsequente Anwendung der Einheitsfronttaktik**.

Diese Einheitsfronttaktik wird nur dann konsequent durchgeführt und die Partei wird nur dann Erfolge erreichen und festigen können, wenn die Partei sich in Betrieb und Gewerkschaften fest verankert und zur Schaffung von Einheitsfront-Organen im Betrieb und in den Gewerkschaften schreitet.

Ohne Einheitsfront-Organen kann von Massenaktionen irgend welcher Art keine Rede sein.

*

Literatur.

„Lenin über das Genossenschaftswesen.“

Allgemeiner Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen, 1925, 104 S., 70 Pf.

Unter diesem Titel hat der Allgemeine Genossenschafts-Verlag in Berlin-Friedrichshagen vor kurzer Zeit die Uebersetzung einer russischen Broschüre herausgebracht.

Diese Broschüre umfaßt eine Sammlung von Artikeln und Reden, in denen sich Lenin zur Genossenschaftsfrage äußert und die zusammengestellt ist von dem Genossen Meschtjerjakow in Moskau. Genosse Meschtjerjakow hat ein ausführliches Vorwort zu dieser Zusammenstellung geschrieben, in welchem er die verschiedenen Phasen der Genossenschaftsentwicklung darstellt, zu denen Lenin sich geäußert hat.

Für denjenigen, der irgendeine Frage in ihrem engen Zusammenhang mit der sozialen Revolution studieren will, ist es immer wieder erneut eine Ueberraschung, in welcher tiefgründiger Weise sich Lenin dazu ausgesprochen hat. Es wird wohl kaum irgendein soziales oder ökonomisches Problem geben, zu dem sich nicht Lenin geäußert hat, und sei diese Frage im allgemeinen von der gesamten marxistischen Literatur sonst auf der Seite liegen gelassen worden. So auch hier in der Genossenschaftsfrage. Wer zum Teufel hat sich um diese gründlich gekümmert und wer weiß auch nur annähernd diese Unmenge von Tatsachen über ihre historische und organisatorische Entwicklung, wie dies bei Lenin der Fall ist? Wenn er diese 100 Seiten gelesen hat, wird selbst ein Genossenschaftsspezialist zugeben müssen daß er bei keinem anderen Autor derartige Genossenschaftskenntnisse wiederfinden wird, ganz zu schweigen von der eindeutig-klaren Bewertung der gesamten Genossenschaftsvorgänge im Rahmen des Gesamtgeschehens.

Genosse Meschtjerjakow hat hier Aeüßerungen gesammelt von 1897 bis 1923, also über einen Zeitraum von 26 Jahren. Wir können dabei die verschiedenen Epochen verfolgen, in denen Lenin an der praktischen Verwirklichung des Marxismus gearbeitet hat. Die Broschüre teilt sich in vier Teile, und zwar: 1. den unerbittlichen Kampf gegen die Narodniki, 2. der Kampf speziell gegen die Genossenschaftsreformisten, 3. die Genossenschaftsfrage während des Kriegskommunismus und schließlich 4. ihre eminente Rolle unter der neuen ökonomischen Politik.

In bezug auf den ersten Teil mag der deutsche Leser denken, daß das Probleme [647] sind, die heute keine aktuelle Bedeutung mehr haben. Ganz im Gegenteil. Erst in allerjüngster Zeit sahen wir, daß die Sozialdemokratie in Deutschland dasselbe tut, was die Sozialrevolutionäre nach 1900 getan haben, nämlich daß sie die Genossenschaftsfrage in ihr Programm, speziell in ihr Agrarprogramm, aufgenommen hat. Man lese also den sehr aktuellen Artikel aus der „Iskra“ vom September 1902 über revolutionäres Abenteuerertum, in dem Lenin dagegen Front macht, daß die Sozialrevolutionäre erklären, im Dorfe sei kein Platz für den Klassenkampf und man müsse dort durch „allerhand Kooperationen den Kollektivismus vorbereiten“.

Wesentlich wichtig für die deutschen Verhältnisse ist das zweite Kapitel, das sich mit dem Kampf gegen die Genossenschaftsreformisten beschäftigt. Es stammt aus dem Jahre 1910 und behandelt die Genossenschaftsdebatte auf dem Kongreß der 2. Internationale in Kopenhagen, auf welchem Lenin seine Partei in der Genossenschaftskommission vertrat. Es handelt sich dort um den Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus der deutschen Gewerkschafter v. Elm und Genossen, denen gegenüber Lenin ein Resolutionsprojekt im Namen der russischen Delegation vorgelegt hat. Wir sehen aus diesem Kapitel, daß die Bolschewiki sich außerordentlich ernst um die Genossenschaftsfrage kümmern und daß sie den Standpunkt vertreten, daß durch die proletarische Genossenschaftsorganisation eine Verbesserung der Lebenslage („nur unbedeutend“) zu erreichen sei, daß die Genossenschaften für den wirtschaftlichen und politischen Massenkampf des Proletariats jedoch große Bedeutung erlangen können durch Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, politischen Verfolgungen usw. und daß deshalb die Parole der Internationale sein müsse, alle Parteigenossen aufzufordern, in die Konsumvereine einzutreten, dort mitzuwirken, sozialistische Propaganda zu treiben, den Klassenkampf zu fördern und dafür zu sorgen, daß eine möglichst völlige Eini-

gung sämtlicher Formen der Arbeiterbewegung stattfindet. Selbstverständlich wurde die Resolution Lenins schon in der Kommission abgelehnt und auch seine Abänderungsanträge verworfen.

Lenin hat es nie vergessen, immer stets direkt hinter den Gewerkschaften als Massenorganisation die Genossenschaften zu nennen, die sich ja heute rühmen, nicht weniger als fünfzig Millionen Familien im internationalen Maßstabe organisiert zu haben. Diese hervorragende Rolle der Genossenschaften vergessen heute noch größtenteils die kommunistischen Parteien, obwohl Lenin klar darauf hingewiesen hat, daß die Genossenschaften zu den Organisationen gehören, in denen sich Millionen zum erstenmal von vollständiger Unorganisiertheit zur „elementaren, niederen, einfachsten, zugänglichen Organisationsform“ vereinen und daß man daher auch in den allerreaktionärsten unbedingt arbeiten muß. In seinen „Kinderkrankheiten“ hat Lenin die kommunistischen Parteien darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, die illegalen Kampfformen „mit allen legalen zu verbinden“ und daß es oft viel schwerer und viel wertvoller ist, ein Revolutionär zu sein, wenn noch nicht die Bedingungen für den direkten Massenkampf gegeben sind. „Die Interessen der Revolution propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch zu verfechten in nichtrevolutionärer, oft in direkt reaktionärer Umgebung, in nichtrevolutionären Institutionen, unter der Masse.“ Es kommt vor allem darauf an, den konkreten Weg zu finden, welcher die Masse zum wirklich entscheidenden Kampf „hineinführt“. Zweifellos sind damit außer den Gewerkschaften die Genossenschaftsorganisationen gemeint, in denen breite Schichten proletarischer Massen, insbesondere Hausfrauen, im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung stehen.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen werden, daß bei dem unmittelbaren Kampf, den Lenin gegen die „beschränkte, eitle, egoistische, verknöcherte, eigennützig, kleinbürgerliche, vom Imperialismus bestochene, demoralisierte Arbeiteraristokratie“ geführt hat, wobei er darauf hinwies, daß Marx sich „den ehrenvollen Haß dieses Gesindels dadurch erobert hat, daß er sie offen als Verräter brandmarkte“, gewiß außer an die Gewerkschaftsführer auch an die Genossenschaft-Geschäftsführer gedacht hat. Meschtjerjakow bringt in seiner Broschüre Seite 73 auch ein diesbezügliches Zitat, in dem Lenin schreibt, daß sie unter den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft „in den Genossenschaften notwendigerweise eine führende Oberschicht herausbildete, und diese Führerclique war durchwegs weißgardistisch“. Dabei weist er darauf hin, daß diese Elemente in Rußland mit Koltshak Verträge abgeschlossen haben, und in den kapitalistischen Staaten „ging die Spitze der kleinen Kapitalisten, die von Geschäftsgewinn zu leben gewohnt sind, durchwegs auf die Seite der Imperialisten. So war es in der ganzen Welt. Und das erklärt auch die Notwendigkeit der schweren Kämpfe, die das russische Proletariat mit den Menschewiki in den Genossenschaften führen mußte während der Zeit des Kriegskommunismus, bis die Genossenschaftsbewegung restlos den Interessen des proletarischen Staates untergeordnet war.“

Fabelhaft lebendig versetzt uns der dritte Teil der Broschüre, der mehrere Reden aus der Zeit des Kriegskommunismus enthält, in den unsagbar schweren und erfolgreichen Kampf, den die Bolschewiki unter der Führung Lenins in den Jahren 1917 bis 1920 geführt haben. Leider ist dem Genossen Meschtjerjakow eines der interessantesten Dokumente entgangen, das diesem Kapitel voranzusetzen wäre, nämlich die Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie sollen wir sie bekämpfen“, die Lenin im Moment vor der Oktoberrevolution im September 1917 geschrieben hat. In jenen Kapiteln „Der Hunger naht“, „Die Aushebung des Handelsgeheimnisses“, „Die Regelung des Konsums“ zeigt sich, was für eine ausschlaggebende Rolle im Programm Lenins die Genossenschaften spielen sollten, wodurch dann durch die konterrevolutionäre Haltung der Genossenschaften ein dicker Strich gemacht worden ist. Auch in dem um dieselbe Zeit entstandenen Artikel „Man schreckt mit dem Bürgerkrieg“, erschienen im „Rabotschy Putj“ (am 16. September 1917), spricht Lenin davon, daß bei dem Uebergang der Macht an die Sowjets der Widerstand der Bourgeoisie dazu führt, „daß jeder Kapitalist, jeder Beauftragte kontrolliert und registriert werden muß“ und daß „zu dieser Kontrolle der Kapitalismus selber Schöpfungen hervorgebracht hat, wie die Banken, Eisenbahnen, Post, die Konsumvereine und die Gewerkschaften“. Gerade auch durch die Genossenschaften sollte „die allmächtige, allgegenwärtige und unüberwindliche Kontrolle und Registrierung“ mit bewerkstelligt werden.

[648] Nun, dieser dritte Teil unserer Broschüre überzeugt uns schnell, daß die reaktionären Führer der Genossenschaften hier böse Streiche spielten. Wir verfolgen die sehr interessanten Kämpfe, die im April 1918 zur ersten Sitzung des Rates der Volkskommissare führten, auf der auch Nichtkommunisten anwesend waren, nämlich Genossenschaftsspezialisten, denen man Konzessionen machte, um sie als Spezialisten heranzuziehen für die Verpflegungsarbeit, um diese auf die Selbstbetätigung der breitesten unteren Schichten zu stellen. Meschtjerjakow bringt sehr ausführlich eine jener großartigen Reden, die Lenin gehalten hat im November und Dezember 1918, und zwar diejenige auf dem dritten Kongreß der Arbeitergenossenschaften. Wir verfolgen dann an Hand der Genossenschaftsfrage die verschiedenen Stationen des Kriegskommunismus und des Kampfes gegen die weißen Banden, die sich ihrerseits auch der Genossenschaften bedienten. Während zahlreiche Parteigenossen den Verrat innerhalb der Genossenschaften zu einer vollkommenen Zerstörung der Genossenschaften benutzen wollten, gab Lenin die Parole, „diesen Kampf müsse man geschickt führen, man muß die konterrevolutionären Genossenschaftsfunktionäre beseitigen, jedoch nicht den Apparat der Genossenschaften bekämpfen, sondern diesen unseren Zwecken, der proletarischen Macht, unterordnen.“

Im letzten Teil verfolgen wir die Vorgänge unter der Neuen ökonomischen Politik vom Frühling 1921 ab. Es ist abgedruckt eine Rede auf dem 10. Parteitag der RKP, der sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt. Es handelt sich bekanntlich um die Ersetzung der damaligen Zwangsumlage auf Getreide durch eine Naturalsteuer. Um diese Zeit bekommt für Lenin die Genossenschaftsfrage eine noch viel gewaltigere Bedeutung. In seinem bekannten Referat am 9. April 1921 in Moskau sagte er z. B., daß die Naturalsteuer der Beginn und ein Teilchen sei „jenes Systems, das allein richtig ist, nämlich des Austausches der Produkte der sozialisierten Großbetriebe gegen Produkte der Bauernschaft auf dem Wege des Austausches durch; die Verpflegungsorgane der Staatsgewalt, die der Arbeiterklasse gehört: durch das Genossenschaftswerk der Arbeiter und Bauern.“ Es ist dann nicht mehr weit bis zu der letzten Äußerung Lenins über die ungeheure Bedeutung der Genossenschaften in der Sowjetunion, die gleichzeitig überhaupt seine allerletzte Äußerung gewesen ist: der Artikel „Ueber das Genossenschaftswesen“, veröffentlicht in der „Prawda“ vom 26. und 30. Mai 1923. Diese beiden Artikel sind das höchste Lied, das über die Genossenschaften je gesungen worden ist. „Jetzt haben wir das Recht, zu sagen, daß das Wachsen des Genossenschaftswesens für uns – da die Staatsmacht bereits in den Händen der Arbeiterklasse ist, die politische Macht der Ausbeuter gestürzt ist und alle Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören – gleichbedeutend ist mit dem Wachsen des Sozialismus!“ Das ist fast wörtlich derselbe Satz, der 1910 auf dem Kopenhagener Kongreß der 2. Internationale abgelehnt wurde und der nun durch die Praxis glänzend bewiesen worden ist.

Unsere Besprechung hat wohl gezeigt, daß diese Broschüre auch von besonderem Interesse für solche Parteigenossen ist, die sich nicht speziell um die Genossenschaftsdinge kümmern wollen. Bei dem Mangel an Lenin-Literatur in deutscher Sprache bietet diese Broschüre zugleich eine der seltenen Möglichkeiten, durch diese Spezialfrage einen Blick zu tun in die ungeheuren weltgeschichtlichen Vorgänge des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt. Karl Bittel

*

Eingelaufene Bücher und Zeitschriften.

Angestelltenbewegung 1921 bis 1925. Bericht, dem 2. AfA-Kongreß in München erstattet. – Berlin 1925. J. H. W. Dietz Nachf. 527 Seiten.

Antonio Gradziadei: **Der Begriff der Mehrarbeit und die Werttheorie.** (Die Mehrarbeit als Klassenphänomen.) Aus dem Italienischen überseht von E. Salomon. – Bolzano 1925. Verlag der Buchhandlung Luigi Trevisini. 48 Seiten.

Ernst Drahn: **Lenin (Wladimir Iljitsch Uljanoff).** Eine Bio-Bibliographie. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. Berlin 1925. R. L. Prager. 80 Seiten.

Ernst Drahn: „Johann Most“, eine Bio-Bibliographie. Berlin 1925. R. L. Prager. 20 Seiten.

Michael Bakunin: „Die Bekämpfung des Zarismus.“ (Rede, gehalten auf dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga in Bern 1868.) Mit Einleitung von Ernst Drahn. Berlin 1925. R.L. Prager. 26 Seiten.

Maximilian Robespierre. **Reden.** (Mit historischer Einleitung.) Berlin 1925. Neuer Deutscher Verlag. 86 Seiten.

Antoine de Saint-Just. **Reden.** Berlin 1925. Neuer Deutscher Verlag. 61 Seiten.

Ferdinand Lassalle. **Reden.** Mit einem Vorwort von Jakob Altmeier. – Berlin 1925. Neuer Deutscher Verlag. 82 Seiten.

N. Bucharin: **Karl Kautsky und Sowjetrußland.** Eine Antwort. Verlag für Literatur und Politik. Wien 1925. 163 Seiten.

A. Losowsky: **Die englisch-russische Gewerkschaftskonferenz.** Führer-Verlag. Berlin 1925. 111 Seiten.

Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew. Brief des Ekki. Herausgegeben vom ZK der KPD. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. – Berlin 1925. 87 Seiten.

„**Sozialistischer Erzieher.**“ Zeitschrift für proletarische Kultur- und Schulpolitik. Verlag „Soz. Erzieher“. Berlin C 19. Oktober 1925.

„**Die Genossenschaft im Klassenkampf**“, Heft 15. Allgemeiner Genossenschaftsverlag. Berlin C 54.

„**Die Rote Gewerkschaftsinternationale**“, Organ des Vollzugsbüros der RGI. 5. Jahrgang, Heft 7-8. Führer-Verlag, Berlin NW 6.

„**Aus der Volkswirtschaft der Union der SSR.**“, Heft 8-9, August-September 1925. Herausgegeben von der Handelsvertretung der USSR., Berlin SW 68.

[649]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Berlin, den 1. November 1925 * Heft 11

„Der Kampf um die Partei“.
Zur Parteikonferenz am 1. November.

△ Bereits der bisherige Verlauf der Parteidiskussion hat gezeigt, daß mit dem Offenen Brief der Exekutive ein neues Kapitel in der Geschichte unserer Partei begonnen hat. Es geht um viel größeres als um die Beseitigung einer bankerotten Führergruppe. Wir stehen am Anfang einer innerparteilichen Umwälzung von größter Tragweite.

Als Ausgang dieses Kampfes sind nur zwei Möglichkeiten denkbar:

Entweder die Linie der Komintern unterliegt. Die ultralinken Gruppen konsolidieren sich, breite Schichten der Mitgliedschaft werden von den linken Phrasen verwirrt. Gleichzeitig unternehmen die bestehenden Ueberreste der rechten Fraktion weitere Vorstöße gegen die neue Parteiführung. Der Zerbröckelungsprozeß, von dem in den Moskauer Beratungen der Deutschen Kommission die Rede war, entwickelt sich. Die Partei verwandelt sich in einen Haufen verschiedenartigster Gruppen, Grüppchen und Untergrüppchen. An die Stelle der Einheitlichkeit tritt der Fraktionsgeist und die Fraktionsarbeit. Die Partei wird gezwungen, ihre besten Kräfte im inneren Richtungskampf zu verzetteln. Sie bringt nicht die Energie auf, die Abweichungen nach rechts und links auszumerzen und die bevorstehenden Aufgaben zu lösen. Das Ergebnis dieses Zustandes wäre die Entartung und Passivität der Partei, ihre Isolierung von den Arbeitermassen für eine längere Zeitperiode.

Oder die Linie der Komintern siegt. Die überwältigende Masse der Mitgliedschaft bekämpft unter Führung des ZK das rechte und linke Liquidatorentum, zerschlägt mit eiserner Kraft und ohne jedes Schwanken die unbolschewistischen Tendenzen und bildet eine breite, alle Organisationen, vom Polbüro des ZK bis zur untersten Betriebszelle umfassenden Front für den Leninismus. Der Fraktionsgeist und die Fraktionsarbeit werden schonungslos liquidiert. Die inneren Auseinandersetzungen der Partei werden auf ein Mindestmaß beschränkt. Wir schaffen eine Partei aus einem Guß und setzen alle Kräfte zur Eroberung der Massen, zur entschlossensten Arbeit in den Gewerkschaften, zur Organisierung eines großen Linksblocks in der deutschen Arbeiterbewegung ein. Die Partei schafft sich [650] eine starke, einheitliche Führung, die sich gegen alle Abweichungen durchsetzt, die heute noch abseits stehenden Teile der Mitgliedschaft von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugt und alle wertvollen, kominterntreuen Kräfte aus den bisherigen Oppositionsgruppen zur Arbeit heranzieht. Das unausbleibliche Resultat dieser Entwicklung wäre die rasche Ueberwindung der Parteikrise, die Zusammenschmiedung der Partei, die schrittweise Steigerung ihrer Werbekraft und ihrer Schlagkraft, die Erringung wichtiger Erfolge in der Massenarbeit.

Da sind die beiden möglichen Wege der Entwicklung. Welcher von ihnen beschritten wird, das hängt von der Partei selbst, von der Mitgliedschaft, von den aktivsten Parteigenossen, von dem kominterntreuen Kern der Führung ab. Die Parteikonferenz, die am 31. Oktober zusammentritt, wird die nächste Entscheidung über den Weg der Partei treffen.

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Partei unter allen Umständen den zweiten, den positiven Weg, den Weg des Vormarsches, einschlagen wird. Alle historischen Bedingungen, alle wesentlichen Merkmale der gegenwärtigen Lage sprechen dafür. Der Verlauf der Parteidiskussion in den verflossenen zwei Monaten hat mit überraschender Klarheit gezeigt, daß die Mitglieder den Sinn des Offenen Briefes der Exekutive, wenigstens in den Grundzügen, rasch und richtig verstehen. Der Standpunkt, von dem die Exekutive bei ihrem Eingreifen ausging, hat sich als richtig erwiesen. Nicht die Partei und nicht der linke Arbeiterkern ist bankerott, sondern nur einige intellektuelle Führer haben angesichts der Niederlage, angesichts der Schwierigkeit der revolutionären Arbeit in der gegenwärtigen Periode „den Kopf verloren“.

Wer die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung prüft, wird finden, daß diese Erscheinung nichts Neuartiges und nichts Erschreckendes an sich hat. Nach jeder großen Niederlage des Proletariats brachen einige Führergruppen der revolutionären Partei zusammen. Das geschah nach

dem Untergang der Pariser Kommune, nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905, das geschah mehrmals im Verlaufe unserer deutschen Revolution.

Die heutigen Abweichungen in unserer Partei sind der letzte Ausläufer der jahrelangen Enttäuschungen, Entmutigungen und Niederlagen einer verlorenen und verratenen Revolution (1918 bis 1923). Es wäre abgeschmackt, die Triebkräfte unseres innerparteilichen Kampfes in einzelnen Personen und Gruppierungen, im Lokolgeist einzelner Städte, wie Berlin zu suchen. Wir müssen den Inhalt der Parteiauseinandersetzungen vom Standpunkt der Perspektiven der Revolution erfassen.

Es gibt einen Abschnitt in der Entwicklung des russischen Bolschewismus, der – unter gewissen Vorbehalten – aufs Stärkste jener Periode gleicht, die wir jetzt in Deutschland durchschreiten.

Lenin behandelt im ersten Kapitel seiner „Kinderkrankheiten“ die Frage: „In welchem Sinne kann man von der internationalen Bedeutung der russischen Revolution sprechen?“ Er zieht die Schlußfolgerung, „daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben“. Und er spricht von der „geschichtlichen Unvermeidbarkeit der Wiederholung dessen – in internationalem Maßstabe – was bei uns war“.

[651] Nach den internationalen Erfahrungen, die wir hinter uns haben, läßt sich bereits mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß die proletarische Revolution in jedem Lande erst nach einer Reihe schwerer und schwerster Niederlagen den Sieg erringt. Jedem 1917 geht in der einen oder anderen Form ein 1905 voraus. In den Tagen der sächsischen Katastrophe und des Hamburger Aufstandes endete das deutsche 1905.

Welcher Zukunft gehen wir entgegen? Jede ernsthafte Analyse der heutigen Weltlage, der Entwicklung Sowjetrußlands, der ökonomischen Tendenzen des deutschen Dawesregimes und der vorhandenen Klassenkräfte in Deutschland muß in das Ergebnis ausmünden, daß die proletarische Revolution mit der Entwicklung vom November 1918 bis zum Oktober 1923 nicht beendet ist. Es ist vollkommen klar, daß wir einer zweiten Revolution in Deutschland entgegengehen, die eine proletarische sein wird, gestützt auf die fünfjährigen Erfahrungen der ersten Revolution, getragen von den Millionenmassen des Proletariats und der Werktätigen. Die Hegemonie in dieser zweiten Revolution muß und wird die Kommunistische Partei innehaben. Ihr Resultat muß und wird die Errichtung der Räterepublik, der Zusammenschluß mit der Sowjetunion, der Uebergang zum Sozialismus sein.

Ueber den Zeitpunkt dieser neuen Revolution läßt sich noch nichts bestimmtes sagen. Er hängt von einer Reihe internationaler und nationaler, allgemein-historischer und konkret-politischer Faktoren ab, die wir als Marxisten auf jeder Stufe der Entwicklung sorgfältig untersuchen müssen. Einer der wichtigsten Faktoren in der Revolution wird die Kraft, der Einfluß, die Richtigkeit der Politik unserer eigenen Partei sein. Entscheidend ist heute nur, daß wir diese Perspektive der zweiten Revolution bei jedem Schritt zur Eroberung der Massen, bei jeder taktischen Maßnahme unverrückbar im Auge behalten. Wer sie preisgibt, wer sie durch leichtfertige Reden über die Versumpfung ersetzt, befindet sich ideologisch bereits in den Reihen der Liquidatoren.

Noch befinden wir uns nicht in der Periode des direkten Sturms, noch haben wir keine unmittelbar revolutionäre Situation. Wir befinden uns in der Periode zwischen der ersten und der zweiten Revolution, zwischen dem deutschen 1905 und dem deutschen 1917. Das ist die Periode des Ueberganges, der Sammlung, Vorbereitung, Erziehung und Organisierung der revolutionären Kräfte.

In einer ganz ähnlichen historischen Lage nahm der russische Bolschewismus Form und Gestalt an. Es war die Zeit von der Niederschlagung der ersten Revolution bis etwa zum Beginne des Weltkrieges. Wir denken besonders an die Jahre von 1909 bis 1912. Hier finden wir die deutlichste Analogie zur gegenwärtigen Entwicklung unserer Partei. Die Bolschewiki nannten den Inhalt jener Jahre „den Kampf um die Partei“. Die Last der Niederlage lag zentnerschwer auf den Schultern der Arbeiterklasse. Panik und Pessimismus, Verzweiflung und Mutlosigkeit erhoben das Haupt. Die Partei drohte zu zerfallen, sie verwandelte sich in ein Gemisch der widerstrebendsten Gruppierungen.

gen. Ein schmerzhafter Prozeß der Zerbröckelung nach rechts und links spielte sich ab. Aus den Abweichungen wurden Abspaltungen. Das Liquidatorentum trat teils in rechter, teils in linker Form auf. Die „linkesten“ Otsowisten unterschieden sich von den rechtsten Menschewiki nur dadurch, daß diese die ganze Partei aufgeben [652] wollten, während jene „der Erfüllung der nächstliegenden Aufgaben entgegenarbeiteten“.

Das waren die Jahre, in denen der Bolschewismus unter Führung Lenins zu seiner ganzen Größe heranwuchs. Das waren die Jahre, in denen die Voraussetzungen für den Oktobersieg von 1917 geschmiedet wurden.

Was tat Lenin? Suchte er zwischen den rechten und linken Antibolschewisten faule Kompromisse zu schließen; stellte er eine Versöhnungsplattform auf, wie Trotzki; verlegte er sich auf das System der falschen Buchführung; schuf er eine „Mittelgruppe“, die von jedem etwas nimmt und ihre Politik auf jeden Fall so einrichtet, daß sie nachher erklären kann: „Wir haben immer Recht gehabt“? Nein! Lenin wählte genau den entgegengesetzten Weg. Er kämpfte auf zwei Fronten gegen die kleinbürgerlichen Abweichungen. Er machte in Grundfragen der Partei nicht die kleinste Konzession an die Gegner. Er kämpfte offen unter der Fahne des revolutionären Marxismus. Diesen Standpunkt verteidigte er rücksichtslos gegen jeden, selbst auf die Gefahr hin, eine Zeit lang in der Minderheit bleiben zu müssen. Vor allem konzentrierte die leninistische Gruppe ihre gesamten Kräfte auf die Eroberung der Arbeiter im Betrieb, auf die Gewinnung der Fabriken, auf die Heranziehung der proletarischen Massen. Mit dieser Methode siegten die Bolschewiki über alle Feinde innerhalb und außerhalb der Partei.

Das Gegenstück zur Haltung Lenins war die Stellung Bebels in den Parteikonflikten der alten deutschen Sozialdemokratie. Man vergleiche die Parteitagsprotokolle der deutschen Sozialdemokratie mit denen der Bolschewiki, und man findet Band auf Band den Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Führertypen, die zwei entgegengesetzte Welten verkörpern. Das Wesen des alten Bebel war der Ausgleich, das Versöhnertum, das Diplomatisieren im Parteistreit. Das Wesen Lenins war der Kampf um jeden Preis für die Durchsetzung der richtigen Linie.

Wir müssen Lenin, keinesfalls Bebel folgen.

Worin bestand der „Kampf um die Partei“? In der unversöhnlichen Niederringung aller parteifeindlichen Elemente. In der Verteidigung und Herausarbeitung der selbständigen Rolle der revolutionären Partei im proletarischen Klassenkampf. In der Besiegung des Liquidatorentums das die Partei zu Gunsten der Bourgeoisie aufgeben wollte. In der Zerschlagung des Otsowismus der die Partei von den Massen losriß und sie, unter revolutionären Phrasen an der „Erfüllung der nächstliegenden Aufgaben hinderte“. Im Aufbau einer eisernen Organisation. In der allseitigen Ausbildung der revolutionären Massentaktik. In der Entwicklung der leninistischen Theorie. In der Zusammenschließung jener Grundkaders von aktiven Parteiarbeitern, die noch heute an der Spitze der RKP stehen.

Das war der Inhalt des „Kampfes um die Partei“. In Wirklichkeit bedeutete dieser Kampf um die Partei zugleich den Kampf um die Führung der ganzen Arbeiterklasse, um die Führung der Revolution. Hierin besteht auch der letzte Sinn unseres gegenwärtigen Kampfes um die KPD.

Wir dürfen uns durch keinerlei Schwierigkeiten beirren lassen. Wir müssen den Weg, der mit dem Ekki-Brief eröffnet wurde, bis zu [653] Ende gehen und jeden Widerstand, von welcher Seite er auch komme, brechen. Es ist sicher, daß dieser Weg kein einfacher sein wird. Neue Hemmungen innerhalb und außerhalb der Partei werden auftauchen. Es ist nichts Ungewöhnliches, daß es Schwankungen in unseren Reihen gibt. Auch der Kampf der Bolschewiki war kein gradliniger, ununterbrochener Aufstieg zum Siege. Im Jahre 1907, vor den Wahlen zur dritten Duma, wurde Lenin überstimmt. Die ungeheure Mehrheit der Bolschewiki sprach sich für die ultralinke Politik, für den Boykott der Wahlen aus. Die Gegner der Arbeit in den Gewerkschaften bekamen die Oberhand. Ein Teil der ältesten und besten Organisationen der Partei, wie das Gebietskomitee Zentralrußlands, sprach sich für den Otsowismus aus. Gleichzeitig stießen die Menschewiki von innen und die Liquidatoren von außen vor. Nach und nach entwickelte sich ein kompliziertes, äußerst gefährliches System der Arbeitsteilung aller antileninistischen Fraktionen von rechts bis ultralinks im gemein-

samen Kampf gegen die Bolschewiki. In jener Zeit wurde die Zeitung „Proletarij“ gegründet, in der Lenin den unerbittlichen Kampf gegen alle Abweichungen führte. Er prägte den Ausdruck „Linksliquidatorientum“ für die scheinradikalen Gruppen. Er arbeitete die Stellung der Bolschewiki in den Hauptfragen heraus und forderte die unlösliche Verbindung der Partei mit den Massen. Er lehnte es ab, den Gegnern irgendwelche theoretische oder politische Zugeständnisse zu machen. Auf diese Weise siegte er. Bereits ein Jahr nach den Wahlen zur dritten Duma errangen die Bolschewiki in der Moskauer Organisation, dem ehemaligen Bollwerk der Otsowisten, mit 18 gegen 14 Stimmen die Mehrheit.

Der unglaublich harte Kampf gegen den Menschewismus und gegen das Linksliquidatorientum trug seine größten Früchte, als die Zeit der schlimmsten Stolypinschen Konterrevolution zu Ende ging. Die Ereignisse an der Lena leiteten einen neuen Aufstieg der Arbeiterbewegung ein. Damit begann der stürmische Vormarsch der Bolschewiki in der gesamten Arbeiterklasse.

Im Jahre 1912 fanden zwei wichtige Konferenzen statt. Zu Beginn des Jahres hielten die Bolschewiki ihre Konferenz in Prag ab, in der sich die Partei neu formierte. Die neue Generation der Arbeiter-Bolschewiki, die in der Aera der schlimmsten Reaktion herangewachsen war, schloß sich unter Führung Lenins zusammen. Bald darauf wurde die allrussische Tageszeitung „Prawda“ gegründet. Im gleichen Jahr eroberten die Bolschewiki bei den Wahlen zur vierten Duma die gesamte Arbeiterkurie, die Gesamtheit aller proletarischen Stimmen in den sechs größten Industriegouvernements. Sie rangen den Menschewiki in Leningrad eine Fabrik nach der anderen ab. Die „Prawda“ wurde zum organisierenden Zentrum der Bewegung. In allen Gewerkschaftsversammlungen, in den Wahlen zu den Versicherungskassen siegten die Bolschewiki. Die Menschewisten erlitten Niederlage auf Niederlage. Sie sprachen verzweifelt von der „prawdistischen Epidemie“, die immer neue Schichten des Proletariats ansteckte und sich trotz aller Repressalien des Zarismus unaufhaltsam ausbreitete.

Im Herbst des gleichen Jahres 1912 fand in Wien eine andere Tagung statt. Auf ihr versammelten sich die Liquidatoren, die Menschewiki der Martowschen Richtung, die Trotzki-Gruppe und – – die Otsowisten. Das war der berühmte Augustblock, der alle [654] antileninistischen Richtungen, von den Ultrarechten bis zu den Ultralinken, vereinigte. Der Kreislauf des Liquidatorientums war geschlossen; es war bei den Lakaien der Bourgeoisie angelangt.

Der Augustblock nahm ein klägliches Ende. Die Entwicklung war über alle reaktionären Strömungen in der Arbeiterschaft hinausgewachsen. Der Siegeszug der Bolschewiki konnte noch unterbrochen, aber nicht mehr verhindert werden.

Die Zeit von 1909 bis 1912 war der härteste, wechselvollste und zugleich ruhmreichste Abschnitt in der Geschichte des Bolschewismus. Sie enthält die tiefsten „Lehren des Oktobers“. Sie liefert die wichtigsten Lehren für unsere Partei. Sicherlich darf man keine schematischen Analogien ziehen. In den Einzelheiten des Ortes, der Zeit und der Umstände gibt es wenig Gemeinsames. Aber in allen Grundlinien sind unsere heutigen Probleme und Aussichten die gleichen wie die damaligen der Bolschewiki. Wir glauben in dieser Hinsicht fest an die Richtigkeit des Leninschen Satzes von der „geschichtlichen Unvermeidbarkeit der Wiederholung dessen – im internationalen Maßstabe – was bei uns war“.

Auch wir müssen in der Partei den rücksichtslosen Kampf auf zwei Fronten führen. Wir werden offene Liquidatoren wie Schönlink aus der Partei hinauswerfen. Wir müssen die wichtige, bei uns seit langem nicht verstandene Lehre beherzigen, daß die Rolle des Bolschewismus keineswegs darin besteht, die „am weitesten linke Richtung“ (im vulgären Sinne) darzustellen. Wenn wir nicht unsere Ultralinken und die mit ihnen kokettierende Maslow-Gruppe zerschlagen, haben wir nichts von Lenin gelernt. Die Parteikonferenz muß diese erste Bilanz aus der Diskussion unerbittlich ziehen.

Und dann mit allen Kräften an die praktische Arbeit! Unser Erfolg in den Berliner Wahlen hat gezeigt, daß wir die allgemeine Situation, die beginnende Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterschaft, richtig eingeschätzt haben. Die schlimmste Zeit der Rückschläge ist vorbei. Die Niederlagestimmungen sind im Schwinden. Das ist die stärkste Garantie für unseren Sieg über die rechten und ultralinken Exponenten dieser schlechten Vergangenheit. Wir müssen – historisch gesprochen –

unsere Prager Konferenz zusammenberufen, auf der die Partei sich neu formiert und die neuen Kräfte sammelt. Wir müssen – im übertragenen Sinne – unsere „Prawda“ gründen, die zum Signal und zur Parole für die neue Gruppierung und den neuen Aufmarsch des deutschen Proletariats wird. Wir müssen die „prawdistische Epidemie“ entfesseln. Unsere Partei muß den Gegnern Betrieb auf Betrieb abringen. Wir müssen in den Gewerkschaftsversammlungen Schritt auf Schritt die Mehrheit erobern. Wir müssen die sozialdemokratischen Führer in allen Wahlen, in allen Teilkämpfen, in der Arbeit des Alltagslebens schlagen. In Berlin, in Sachsen, in Hamburg, im Ruhrgebiet, in allen Industriebezirken muß ein Block der Kommunisten mit Hunderttausenden sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter entstehen.

Diese Arbeit wird nicht Monate, sondern Jahre dauern. Wir erwarten nicht rasche und blendende, sondern tiefe und nachhaltige Erfolge.

Der Kampf um die Partei muß zum Kampf um die Arbeiterklasse, zum Kampf um die zweite Revolution werden! [655]

*

Locarno und der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag.

Von E. Pawlowski.

Nach schweren Verhandlungen, die über ein Jahr andauerten, wurde in Moskau am 12. Oktober ein neuer Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen. Dieser Vertrag bedeutet, wie auf deutscher Seite betont wird, kein Erlöschen, sondern einen weiteren Ausbau des Rapallo-Vertrages. Dieser angebliche Ausbau geschieht aber in einem Zeitpunkt, in welchem sich die deutsche Bourgeoisie immer klarer von der auch bisher schwankenden Ostorientierung abwendet und sich im Locarno-Pakt der Einheitsfront der europäischen kapitalistischen Länder gegen Sowjetrußland anzuschließen im Begriffe steht. Man schreibt in der deutschen bürgerlichen Presse die lange Dauer der Verhandlungen mit der Union den großen Schwierigkeiten zu, die bei einem Vertragsabschluß zwischen einem bürgerlichen und einem proletarischen Staat natürlich entstehen. Sicherlich hat dies eine große Rolle gespielt. Eine noch größere Rolle spielte aber offenbar das Schwanken der deutschen Bourgeoisie in ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik überhaupt. Es ist doch eine allgemein bekannte Tatsache, daß Deutschland auch mit anderen Ländern: Frankreich, Italien, Spanien, Polen usw. seit Jahr und Tag in Handelsvertragsverhandlungen steht, ohne zu einem Abschluß zu gelangen! Nur die Handelsverträge mit England und den Vereinigten Staaten kamen rasch zustande, weil es oben reine Meistbegünstigungsverträge sind.

Die lange Dauer der deutschen Handelsvertragsverhandlungen ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig keine klare Wirtschaftspolitik hat. Die Wirtschafts- und Zollpolitik der deutschen herrschenden Klassen – Bourgeois und Großagrariere – bewegt sich seit der Stabilisierung der Mark auf der Linie zur Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen. Die Grundlinien dieser Wirtschaftspolitik, die auf einem Bündnis zwischen Schwerindustrie und Großgrundbesitzern plus Großbauern beruhte, waren: hohe Eisenzölle, hohe Zölle auf andere Industrieartikel, hohe Zölle auf Lebensmittel; auf diese Weise Reservierung des inneren Absatzmarkts für die heimischen Produzenten; restlose Ausbeutung desselben durch Kartellierung der Industrie, Einfuhrschein-System, Zucker-Ausfuhrprämien und Veterinär-Verordnungen für die Landwirtschaft. Der Ueber- schuß der industriellen Produktion wird zum Teil auf dem Wege des Dumping auf dem Weltmarkt abgesetzt. Insofern industrielle Rohstoffe, z. B. Eisen, an das Ausland zu billigeren als den Inlandspreisen abgesetzt werden, Rückerstattung der Differenz an die Fertigindustrie nach Maßgabe des in ihrem Export enthaltenen Eisens, zur Ausgleichung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Dieses System arbeitete in der Vorkriegszeit für die Interessen der deutschen Bourgeoisie mit großem Erfolg. Dies bedeutet aber nicht, daß dasselbe System heute dieselben Erfolge zeitigen könnte. Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem befand sich in dem Jahrzehnt vor dem Kriege in einem starken Aufstieg, und der Absatz der deutschen industriellen Produkte auf dem Weltmarkt stieß zwar auf die Konkurrenz der anderen Länder, wurde aber hierdurch an seiner Entwicklung nicht ernstlich gehindert. Ebenso wie andere imperialistische Staaten hatte Deutschland die Möglichkeit,

den Warenexport mit Kapitalexport zu verknüpfen, seine industrielle Ausfuhr durch Anleihen an die minderentwickelten Länder, durch Errichtung selbständiger Unternehmungen im Auslande oder durch Beteiligungen an solchen zu unterstützen.

Die Lage hat sich nach dem Kriege sehr stark geändert und zwar aus folgenden Gründen:

1. Durch die Industrialisierung der Ueberseeländer ist die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für Industriewaren verengt worden. [656]
2. Der Produktionsapparat der großen Industrie-Exportländer hat sich durch die Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensproduktion vergrößert.
3. In den Ländern, die eine Inflation durchmachten, ging ein starker Zentralisationsprozeß vor sich, als dessen Ergebnis das fixe Kapital stark vergrößert wurde.
4. Während vor dem Kriege hauptsächlich England und Deutschland um den Absatz der Industriewaren auf dem Weltmarkt kämpften, sind gegenwärtig Frankreich und Italien, andererseits die Vereinigten Staaten als starke Konkurrenten im Markte.
5. Deutschland hat gegenwärtig in diesem Konkurrenzkampfe weder die Vorteile, die die französische und die italienische Exportindustrie augenblicklich noch aus der Inflation ziehen, noch die Möglichkeit, die die Kapitalisten der Vereinigten Staaten haben, durch große Anleihen und Kredite ihrem Industrie-Export den Weg zu ebnen.

Trotz der niedrigen Arbeitslöhne befindet sich daher gegenwärtig die deutsche Wirtschaft, insbesondere die deutsche Industrie, in einer sehr schweren Lage, die jener Englands sehr ähnlich ist (geringe Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates, daher trotz niedriger Löhne hohe Produktionskosten, Arbeitslosigkeit), mit dem Unterschiede, daß Deutschland außerdem noch an einem würgenden Mangel an zirkulierendem Kapital leidet.

Die Hoffnung, daß die Rückkehr zu der Zoll- und Wirtschaftspolitik der Vorkriegszeit in dieser Lage zu einem Erfolg führen könnte, beginnt bereits jetzt in eine Enttäuschung umzuschlagen. Die Widersprüche in der Wirtschaftslage Deutschlands zeigen sich immer klarer. Einerseits müßte es, um die Reparationszahlungen und die Zinsen der Anleihen und anderer in Deutschland in profitbringender Weise angelegten Kapitalien bezahlen zu können, einen starken Exportüberschuß seiner Außenhandelsbilanz haben: und zwar der Natur der ganzen Wirtschaft Deutschlands entsprechend, einen Ueberschuß der Ausfuhr an Industriewaren. Um aber mehr Industriewaren exportieren zu können, müßte es in der Lage sein, Kapital exportieren zu können, wozu es im allgemeinen unfähig ist. Der Vorteil, den die deutsche Bourgeoisie in den niedrigen Löhnen der Arbeiterschaft vor ihren Konkurrenten besitzt, wird auf dem Weltmarkte ausgeglichen durch die im Verhältnis zur Produktionskapazität geringe tatsächliche Produktion und durch die Unmöglichkeit, den ausländischen Käufern Kredite bzw. Anleihen geben zu können. Um überhaupt die Wirtschaft in Deutschland weiterführen zu können, muß die deutsche Bourgeoisie im Gegenteil weitere Anleihen von den westlichen Mächten, vor allem natürlich aus Amerika, bekommen.

Der Zwiespalt zwischen der Notwendigkeit, einen vermehrten Export an Industriewaren zu schaffen und andererseits selbst Kredite im Auslande aufzunehmen, bringt die deutsche Bourgeoisie der Sowjetunion gegenüber in eine widerspruchsvolle Lage. Die Union bildet potentiell den gewaltigsten Absatzmarkt für die Produkte der deutschen Industrie. Da aber die laufende Akkumulation von Reichtum, der Ueberschuß der Produktion über die Konsumtion, in der Union nicht genügt, um die notwendigen großen Neueinrichtungen an industriellen Produktionsmitteln zu decken, braucht die Union große und langfristige Kredite. Diese kann ihr die deutsche Bourgeoisie, die selbst aufs dringendste auf Auslandskapital angewiesen ist, nicht gewähren.^{*)} Politisch drückt sich dies aus in dem lang andauernden Schwanken zwischen der Ost-Orientierung, die diktiert wird von der Notwendig-

^{*)} Wir möchten aber betonen, daß die deutsche Bourgeoisie selbst die vorhandenen geringen Möglichkeiten der Kapitalanlage in der Union nicht voll ausnutzt. Sie zieht es vor, Kapital am Balkan oder in Südamerika anzulegen, insofern sie Kapital im Auslande anlegen kann.

keit, die Ausfuhr von Industrieartikeln nach der Union und über die Union nach Asien zu erhöhen, und zwischen der West-Orientierung, [657] die diktiert wird von der Notwendigkeit, Anleihen aus dem Westen zu bekommen.

Während der ganzen Dauer der Wirtschaftsverhandlungen mit der Union machte sich dieses Schwanken bemerkbar. Und es ist sicher kein Zufall, daß der Abschluß des Vertrages mit dem Beginn der Paktverhandlungen zusammenfiel. Der Abschluß des neuen Vertrages war offenbar als ein Druckmittel auf die westlichen Mächte gedacht. Die Tatsache aber, daß die Stresemann-Regierung den Garantiepakt doch unterschrieben hat, beweist, daß die von der **Kapitalnot diktierte West-Orientierung der deutschen Bourgeoisie die Oberhand über die Ost-Orientierung gewonnen hat.**

Die deutsche Bourgeoisie hatte sich bei den Verhandlungen mit der Union ganz offenbar den Zweck gesetzt, das russische Außenhandelsmonopol zu durchbrechen. Und zwar tat sie dies, wie aus den verschiedensten deutschen, französischen und englischen Äußerungen hervorgeht, als Sturmbock der westeuropäischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie versteht ganz gut, daß das Außenhandelsmonopol einer der Pfeiler der proletarischen Wirtschaftspolitik ist. Wenn es gelingen würde, diesen niederzureißen, so würde damit der planmäßige Ausbau der sozialistischen Wirtschaft in der Union verhindert werden, nicht zu sprechen davon, daß die rege und freie Ein- und Ausreise der ausländischen Kaufleute und Handelsreisenden, der unmittelbare Verkehr mit den Käufern in der Union, die Niederlassung von ausländischen Kaufleuten in der Union, auch politisch geeignet wäre, die in der Union noch vorhandenen Reste der alten Bourgeoisie, wie auch die im Gefolge der neuen ökonomischen Politik sich langsam herausbildende neue Handelsbourgeoisie zusammenzufassen, zu stärken und unmittelbar in die Organisation der internationalen Bourgeoisie einzubeziehen. Es wurde natürlich deutscherseits nicht offen die Forderung der Abschaffung des Außenhandelsmonopols gestellt: dies geschah nur in einzelnen bürgerlichen Zeitungen. Aber die praktischen Vorschläge, die deutscherseits im Laufe der Verhandlungen gemacht wurden, liefen – wie aus der russischen Presse hervorgeht – auf eine tatsächliche Durchbrechung und Vernichtung des Außenhandelsmonopols hinaus. Diese Bestrebungen blieben erfolglos: der neue Handelsvertrag ist auf der Basis des Weiterbestehens des Außenhandelsmonopols aufgebaut. Die Ein- und Verkäufe der Union in Deutschland werden auch weiterhin im Wege der Handelsvertretung, also monopolistisch zusammengefaßt, getätigt werden.

Einen ebenso hartnäckigen Widerstand wie die Union gegen die Durchbrechung des Außenhandelsmonopols leistete Deutschland den Forderungen der Union auf zollfreie Einfuhr von Lebensmitteln. Hier machte sich der Einfluß der deutschnationalen Agrarier auf die Luther-Regierung in vollstem Maße geltend. Es gehört mit zu den Widersprüche der deutschen Politik, daß die Deutschnationalen, die außenpolitisch z. T. gegen die Westorientierung und für ein Zusammengehen mit der Union sind, als Vertreter des Großgrundbesitzes am schärfsten gegen die Lebensmitteleinfuhr aus der Union eingestellt sind, während die Sozialdemokraten, die stärksten Verfechter der Westorientierung, – wenigstens zum Schein für eine Erleichterung der Lebensmitteleinfuhr aus Rußland sind. Infolge des Widerstandes der Agrarier führten daher die Verhandlungen, insofern sie die Zollfrage betreffen, eigentlich zu keinem Ergebnis. Es wurde nur beschlossen, daß in kürzester Zeit nach der Ratifizierung des Handelsvertrages neue Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses einer Zollkonvention beginnen werden. Im Vertrage selbst wurden nur die Zollformalitäten und ähnliches geregelt und das Prinzip der allgemeinen gegenseitigen Meistbegünstigung – das aus dem Rapallo-Vertrag ohnehin hervorgeht, nochmals festgelegt.

Einen ebenso scharfen Widerstand leistete Deutschland in der Frage der Einfuhr von tierischen Produkten, Die deutschen bzw. preußischen, bayerischen usw. veterinären Bestimmungen bilden im Wesen ein System elastischer Bestimmungen, scheinbar zum Schutze des Tierbestandes vor [658] Seuchen, **in Wirklichkeit ein wirtschaftspolitisches Instrument, um die Einfuhr von Vieh und Fleisch jeweilig in den Interessen der Junker und Großbauern entsprechenden engen Grenzen zu halten!** Es ist kein offenes Außenhandelsmonopol, wie das russische, sondern ein Monopol in dem Sinne, daß unter dem Vorwand von veterinären Gefahren die Einfuhr von tierischen Produkten aus allen oder einzelnen Ländern je nach dem Bedürfnis der deutschen Agrarier zugelassen oder

verboten werden kann. An diesem Prinzip hat man deutscherseits auch diesmal streng festgehalten. Aehnlich wie in dem Verträge von 1904 bleibt die Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch jeder Art aus der Union auf die Vertragsdauer verboten, ebenso die Einfuhr von frischem Schweinefleisch, von Schafen und Schaffleisch usw. Nur ein geringes Wochenkontingent an lebenden Schweinen und die Einfuhr von zubereitetem Fleisch ist zugelassen. Doch sind für das erstere so starke veterinäre Einschränkungen und für das zweite so hohe Zölle im Zolltarif festgesetzt, daß absolut keine Möglichkeit besteht, den Reichtum der Union an Vieh und Fleisch für die Ernährung der deutschen Bevölkerung in großem Maßstabe auszunutzen und die ungeheuer hoch gestiegenen Fleischpreise dadurch zu ermäßigen. Andererseits wird auch die Einfuhr von Futtermitteln – ohne welche die deutsche Viehzucht sich nicht so weit entwickeln kann, daß sie den inneren Bedarf Deutschlands zu erträglichen Preisen decken könnte, durch hohe Zölle gehindert. Man will sowohl das Interesse der Getreide- und Futtermittel bauenden Agrarier, als der Vieh züchtenden Bauern im gleicher Weise schützen. Daher das Schlagwort: „Lückenloser agrarischer Zolltarif.“ Die industrielle Bourgeoisie hat in diesem Punkte ihr Interesse an einer Versorgung des Industrieproletariats mit billigen Lebensmitteln dem Interesse der Agrarier geopfert. Die deutsche Bourgeoisie ist auch hierin restlos und gedankenlos zu der Wirtschaftspolitik der Vorkriegszeit zurückgekehrt.

Außer dem eigentlichen Wirtschaftsabkommen, das den Hauptteil des ganzen Vertrages vom 12. Oktober, wie er amtlich genannt werden soll, ausmacht, sind noch eine ganze Reihe von Abkommen fertiggestellt worden, die fast alle im Wirtschaftsverkehr wichtige Fragen regeln, so z. B. Abkommen über die Niederlassung Deutscher in der Union und Bürger der Union in Deutschland, die Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Betätigung usw., ferner Abkommen über Seeschifffahrt, Eisenbahnverkehr, Patente, Rechtsschutz, Steuern usw.

Wesentlich bei der ganzen Sache ist folgendes:

Die Verschiedenheit des sozialen Systems beider Länder und die wachsende Westorientierung der deutschen Bourgeoisie hat den Abschluß eines Vertrages sehr erschwert. Das Bestehen eines Außenhandelsmonopols gibt natürlich der Regierung der Union die Möglichkeit, den Außenhandel nach ihrem Ermessen zu lenken. Daher hängt die Wirksamkeit irgend eines Handelsvertrages zum großen Teil von den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen beider Länder ab. Es wurde von seiten der Union im Laufe der Verhandlungen die Forderung aufgestellt, daß ein großer langfristiger Kredit für die Dauer des Vertrages gewährt werde, um den Einkauf von Industrieprodukten im Deutschland zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Deutscherseits wurde dieser Forderung nicht entsprochen, weil das Deutsche Reich als solches infolge der Verpflichtungen, die es im Londoner Abkommen übernommen hatte, nicht die Erlaubnis hat, Kredite an Rußland zu geben. Die deutsche Industrie sei aber gegenwärtig zu arm, um langfristige Kredite geben zu können. Selbstverständlich wird dies die Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs in der nächsten Zeit zum Nachteil der deutschen Industrie und damit der Beschäftigungsmöglichkeit der deutschen Arbeiterschaft beeinflussen.

Die Tatsache, daß Deutschland mit der Unterschrift des Garantiepaktes in die Reihe der Antisowjet-Staaten eintreten wird, ist selbstverständlich für die weitere Gestaltung des russisch-deutschen Verhältnisses von großer Wichtigkeit. Eben wegen der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme sind [659] in dem Vertrag verschiedene Punkte enthalten, die einfach auf die Notwendigkeit des gegenseitigen Wohlwollens in der Entwicklung des Handelsverkehrs hinweisen. Wie ist aber ein gegenseitiges „Wohlwollen“ denkbar, wenn sich Deutschland politisch und wirtschaftlich in die Antisowjetfront einreihet? Daher wird der Vertrag, wenn er ratifiziert wird, der Forderung des deutschen Proletariats, aus der Union mit zollfreien Lebensmitteln versorgt zu werden, nicht Genüge leisten; ebensowenig wird er, solange die Westorientierung der deutschen Bourgeoisie die Außenpolitik beherrscht, zu einem wirklichen Aufschwung der wirtschaftlichen Beziehungen führen.

*

Internationales Finanzkapital und europäische Vertrustung.

Einiges aus dem Hintergrund von Locarno.

Von F. Meister.

In Deutschland geht in sehr schnellem Tempo eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager vor sich. Ihre Merkmale sind: Abbau und Umbau der größten Vorkriegs- und Nachkriegskonzerne, Tendenz zur Schaffung von Trusts mit Monopolcharakter, verstärkte Stellung des Bankkapitals mit Unterstützung des amerikanischen und englischen Finanzkapitals.

I.

Wir wiesen in einem früheren Aufsatz (vgl. Heft 9) darauf hin, daß infolge dieser Umgruppierung das Reichskabinett Dr. Luther nicht mehr den „konzentrierten Ausdruck“ der kapitalistischen Konstellation in Deutschland darstellt. Inzwischen liegen die Ergebnisse von Locarno vor, die Deutschnationalen sind aus der Reichsregierung ausgetreten. Dieser Austritt ist nur eine Verschleierung der deutschnationalen Kapitulation vor den tatsächlich in Deutschland herrschenden Kapitalsgruppen.

Die Führung der deutschnationalen Partei liegt bei einem Teil der Schwerindustrie, in erster Linie jedoch beim Agrarkapital, d. h. bei der zentralen agrarkapitalistischen Organisation, dem Reichslandbund. Er hatte in den letzten Jahren großen Aufschwung genommen, ein Netz von Reichslandbundbanken, -genossenschaften, von verarbeitenden Betrieben und Handelsorganisationen umklammerte große Bauernmassen und brachte gleichzeitig erhebliche Gelder für die deutschnationale Agitation ein. Durch unausgesetztes Hochtreiben der Preise von Agrarprodukten schloß sich allmählich die „Schere“. Aber nur scheinbar. Die Hauptprofitierenden der Preissteigerungen für Getreide waren nicht die Junker, sondern die Händler. Der größte Teil der Verdienste wurde durch Steuern und unerschwingliche Zinszahlungen für lang- und kurzfristige Kredite aufgesaugt.

Zwei Instrumente sollten eine bessere Situation für das Agrarkapital herbeiführen: der Agrarschutz Zoll und die Rentenbankkreditanstalt. In beiden Fällen hat das Agrarkapital äußerlich sein Ziel erreicht, in Wirklichkeit aber seine Anhänger von stärkeren Gruppen nur noch vermehrt. Die Agrarzölle sind eine Abschlagszahlung auf die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Schutzzöllen des Industriekapitals, die eigentliche Initiative für den gesamten Zollausbau lag durchaus beim Industriekapital.

Auf der anderen Seite ist zwar die Umwandlung der ehemaligen Rentenbank nebst ihren Profiten in die Rentenbankkreditanstalt durchgesetzt worden, eine zentrale agrarische Kreditorganisation ist also geschaffen worden, wobei wichtig ist, daß sie mehrfach mit Spitzenorganisationen des Reichslandbundes eng verknüpft ist. Die Krise des Reichslandbundes und der Mißerfolg der Rentenbankvertreter in Newyork zeigen jedoch an, daß [660] das Agrarkapital sehr weit von seinen Machtzielen entfernt ist, daß seine Position als „bodenständige“, nach außen hin unabhängige Kapitalsgruppe mit „nationalen“ Interessen noch viel schwächer ist als zur Zeit der Londoner Konferenz und der Zustimmung zum Dawesplan.

Da der ländliche Kreditbedarf in Deutschland nicht gedeckt werden kann, so wurde seitens der Rentenbankkreditanstalt, die das Monopol für agrarische Auslandskredite hat, der Versuch gemacht, eine hypothekarisch gesicherte Anleihe von 100 Millionen Dollar als erste Rate aufzunehmen. Dieser Versuch ist mißlungen, die Amerikaner haben nur 25 Millionen Dollar gegeben. Eine Anzahl Genossenschaften und Banken des Reichslandbundes sind inzwischen in Liquidation getreten, und die Einführung der Agrarzölle und der Einfuhrscheine, der Wegfall der agrarischen Ausfuhrverbote und der tatsächlich in den letzten Wochen erfolgte umfangreiche Getreideexport aus Deutschland haben weder die Lage des Reichslandbundes noch überhaupt des Agrarkapitals zu bessern vermocht. Der Hauptgrund dazu liegt nicht in der relativ reichlichen Ernte, sondern in der Tatsache, daß gleichzeitig mit der Einbringung dieser Ernte die meisten kurzfristigen Kredite fällig geworden sind. Diese Zahlungstermine üben einen derartigen Druck aus, daß dem Getreidehandel mehr Getreide angeboten wurde als er haben wollte; die Folge davon ist, daß ein vorübergehendes Nachlassen der Getreidepreise zuungunsten des Agrarkapitals eingesetzt hat und daß später die wieder zu erwartende Preissteigerung weniger dem Agrarkapital, sondern in erster Linie dem Großhandel zugute kommen wird.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß die verschiedenen Kreditverhandlungen deutscher agrarkapitalistischer Vertreter mit der Regierung, den deutschen Banken und insbesondere den Amerikanern zur Beurteilung des Verhaltens der Deutschnationalen gegenüber den Locarno-Ergebnissen wichtiger gewesen sind als die Sitzungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Das deutsche Agrarkapital bedarf eben um jeden Preis der Mittel, über die die eigentlichen Arrangeure der Locarno-Konferenz verfügen: das englische und das amerikanische Finanzkapital.

II.

Eine ganz ähnliche Tendenz zeigen die Vorgänge in Frankreich: Demission des Kabinetts Painlevés. Sie erfolgte nicht nur infolge eines Drucks von links, sondern – das wird wichtig sein zur Beurteilung des neuen Kabinetts und der weiteren Haltung der französischen Sozialdemokratie – von seiten der Banque de Paris et des Pays-Bas. Im Hintergrunde der Pariser Kabinettskrise steht M. Horace Finaly, Generaldirektor der genannten Bank. Er galt bei allen bisherigen Regierungen als der erste Berater des jeweiligen französischen Finanzministers in allen wichtigen Fragen. Caillaux hatte den Versuch gemacht, seine Finanzpolitik ohne ihn, d. h. ohne die Banque de Paris et des Pays-Bas und ohne die National City Bank zu machen, ein Versuch, der mißlingen mußte.

Daher blieb seine Amerikareise ergebnislos, alle Kreditgesuche wurden abgewiesen. Vierzehn Tage vor der Demission des Kabinetts Painlevé (das in Wirklichkeit ein Kabinett Caillaux war) verbreitete „Universal Service“ die Meldung, die amerikanische Regierung habe, als Antwort auf Caillaux' Kreditgesuche, die amerikanischen Banken gebeten, Frankreich solange keinen weiteren Kredit zu gewähren, als die Kriegsschuld nicht endgültig fundiert sei. „Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Frankreich mit Krediten nicht geholfen sei. Was es brauche, sei eine radikale Reform seiner Finanzpolitik, besonders auf dem Gebiete des Steuerwesens.“

III.

Wir stellen also fest, daß in Deutschland ebenso wie in Frankreich das amerikanische Finanzkapital den Bankerott bestimmter Kapitalsgruppen zur Erweiterung seines Einflusses ausnutzt.

[661] Mit der Erweiterung der amerikanischen und auch der englischen Machtposition auf dem europäischen Kontinent steht der weitere Vertrustungsprozeß im engsten Zusammenhang. Wir geben für diesen Prozeß eine Tatsachenzusammenstellung, ohne dabei uns nur auf die letzten Monate zu beschränken und ohne auf Einzelheiten einzugehen. Um das Hauptergebnis dieser Zusammenstellung vorweg zu nehmen: es handelt sich einmal um den Ausbau der Schlüsselstellungen des kapitalistischen Organismus in Deutschland zu Monopolen, zweitens darum, daß diese vertrusteten Schlüsselstellungen fast ausnahmslos Glieder internationaler Bindungen sind.

Wir haben gesehen, daß der Stinneskonzern und ebenso zahlreiche andere Gruppierungen früherer Perioden sich als unfähig erwiesen haben, den Zentralisierungsprozeß in einem die ganze Nation erfassenden Ausmaß durchzuführen. Diese Konzerne, für deren Monopolstellungen die Voraussetzungen geschwunden sind, liquidieren entweder ganz oder zum Teil oder sie verlegen ihr Schwergewicht nach Möglichkeit in die Fertigfabrikation und unterstellen sich der Bankenkontrolle.*)

Die nationale und internationale Vertrustung der Gegenwart geht in durchaus anderer Richtung vor als die Kapitalzentralisierung in Inflationszeit. Diese Periode war ein grandioser Versuch des deutschen Kapitals, die verschwundenen Machtpositionen durch eine schrankenlose Aussaugung der Arbeiterklasse und Expropriierung der Mittelschichten zu ersetzen; der Versuch nahm ein Ende, als (Herbst 1923) bei den Mittelschichten nichts mehr zu expropriieren war und sie sich der Rebellion des Proletariats anzuschließen begannen. Dementsprechend waren damals die Kapitalsgruppierungen vorwiegend (nicht etwa ausschließlich) „national“, sie hatten ihren Schwerpunkt in Deutschland und suchten sich krampfhaft gegen jede „Ueberfremdung“ zu schützen.

*) Wir können hier auf die speziellen Anlässe (verminderte Konkurrenzfähigkeit, Fortfallen außenpolitischer Machtmittel, stärkere Macht der Arbeiterklasse) nicht eingehen.

Bei der folgenden kurzen Zusammenstellung der gegenwärtigen Vertrustungserscheinungen haben wir der Einfachheit halber eine Gruppierung nach wichtigen Kapitalsgruppen vorgenommen.

Bankkapital.

National: In Deutschland ist das Bankkapital weit stärker zentralisiert als vor dem Kriege; insbesondere kontrolliert die Reichsbank heute den gesamten deutschen Geld- und Kreditmarkt. Die Staatsbanken zeigen gegenüber den Privatbanken eine rapide Entwicklung, an erster Stelle stehen die Reichskredit-A.-G. und die Preußische Seehandlung. Soweit sich in den letzten vier Monaten die Kreditoren der Großbanken gehoben haben, handelt es sich nicht mehr um neue Spareinlagen, sondern um Gelder der öffentlichen Banken und der Reichsbetriebe. Im übrigen konzentrieren gegenwärtig die Großbanken 80 Prozent aller Bankeinlagen Deutschlands gegenüber 55 Prozent vor dem Kriege.

International: Abgesehen von der Konzentrierung des internationalen Finanzkapitals auf London und New York und von der Abhängigmachung der deutschen und der französischen Großbanken vom amerikanischen Finanzkapital (Verbindung National City Bank – Banque de Paris et de Pays-Bas – Discontogesellschaft; John P. Morgan – Crédit Lyonnais – Deutsche Bank), ist zu konstatieren, daß überall die zentralen Notenbanken miteinander Vereinbarungen getroffen haben, die im Endziel auf eine Monopolisierung des internationalen Kreditverkehrs hinauslaufen. Die Initiative zur engsten Zusammenarbeit der Notenbanken ist von der Bank von England ausgegangen (vgl. die Internationale Bankenkonferenz in Brüssel 1920). Beispielsweise mußte die Nationalbank von Griechenland, um Kreditgeschäfte mit England durchführen zu können, dies durch die Vermittlung der Bank von England tun und ihre Sterlingguthaben von anderen englischen Banken (von der Westminster Bank Ltd.) auf die englische Notenbank übertragen. Gleichfalls mußte etwas später die Polnische Bank ihr Konto bei der Westminster Bank Ltd. auflösen, um alle ihre Mittel in der Bank von England zu konzentrieren. Ähnliche Abmachungen bestehen mit der Ungarischen Nationalbank und den Zentralbanken der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten. Derartige Vereinbarungen geben den Zusammenkünften des Reichsbankpräsidenten mit den Gouverneuren der englischen und der amerikanischen Staatsbank einen besonderen Charakter.

Elektroindustrie.

National: Die Großkraftanlagen, die an Stelle einer Unzahl von Elektrizitätswerken die Stromerzeugung Deutschlands beherrschen, haben unter sich Deutschland zur Versorgung in einige große Provinzen aufgeteilt und arbeiten immer enger zusammen. Besonders wichtig ist die gemeinsame Expansion des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (Aktien im Besitz des Reichs) im braunschweigisch-hannoverschen Gebiet. Das Reich und die Länder haben die Strommonopole, die sie in der Hand haben, ebenso zur Auswucherung der Verbraucher ausgenutzt wie das Privatkapital.

Parallel dazu sehen wir eine Annäherung der beiden großen Konzerne der Elektroindustrie (AEG und Siemens-Schuckert) mit dem Endziel eines lückenlosen deutschen Elektrotrusts; insbesondere Felix Deutsch von der AEG hat seit Jahren hartnäckig auf die Notwendigkeit eines solchen horizontalen Zusammenschlusses hingewiesen. Im übrigen ist die Elektroindustrie mit den Großkraftanlagen und deren Versorgungsnetzen aufs engste verquickt; in Sachsen, Bayern und der Mark Brandenburg arbeiten Elektrizitätsgruppen, die zur AEG oder zu Siemens-Schuckert gehören, mit dem Bayernwerk, der A.-G. Sächsische Werke und den Elektrowerken A.-G. eng Hand in Hand.

International: Die französische wie die deutsche Elektroindustrie ist mit den Interessen der General Electric Comp. (USA.) eng liiert; die AEG steht in Interessengemeinschaft mit dieser Gesellschaft, Siemens mit der Westinghouse Electric Comp., die ihrerseits zum Interessenkreis der General Electric Co. gehört. Die europäische Bindung dieser amerikanischen Gesellschaft ist so stark, daß sie seit einem Jahr ihren Verwaltungssitz in Paris hat. Die Bildung der Phoebus-A.-G. (Genf) als Spitze der Internationalen Glühlampenkonvention (unter Führung der Osram-G. m. b. H. und der General Electric Co.), die Aufteilung der Welt, die die großen Radiogesellschaften seit fünf Jahren vorgenommen haben, der Londoner Weltkraftkongreß (Sommer 1924) sind die Anzeichen einer vor sich gehenden internationalen Vertrustung der Elektroindustrie.

Erdöl.

Nach dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns und seiner Erdölorganisation haben sich die Deutsche Petroleumgesellschaft und die Deutsche Erdöl-A.-G. zu einem einheitlichen Trust zusammengeschlossen, wobei die Führung bei der Deutschen Petroleum-A.-G., d. h. der Deutschen Bank liegt. Diese Verschmelzung bedeutet ein weiteres Vordringen der Shell-Gruppe auf dem europäischen Kontinent, nachdem sie früher nur in der Ossag (Hamburg) und der „Rhenania“ hatte Fuß fassen können.

Diese Fusion bedeutet neben andren Symptomen, insbesondere dem Rückzug der Standard Oil aus Frankreich, darauf hin, daß zwischen Shell und der Standard Oil eine Vereinbarung über den kontinental-europäischen Markt getroffen worden ist. [663]

Chemische Industrie.

Die größten chemischen Werke Deutschlands, schon bisher in Interessengemeinschaft verbunden, haben sich in der I. G. Farbenindustrie-A.-G. zu einer einheitlichen Firma mit einem Aktienkapital von 652 Millionen Mark zusammengeschlossen. Dieser neue Trust ist außerdem im Besitz der Aktien der Firmen Casella (Frankfurt a. Main) und Kalle (Biebrich), deren Kapital weitere 70 Millionen beträgt. Wie um das militärische Moment dieser Kapitalsgruppe zu unterstreichen, hat der Trust den Hauptteil der für die Munitionsindustrie unentbehrlichen Kunstseidenindustrie an sich gerissen und baut neue Fabrikationsmethoden dafür aus, so daß er etwa 75 Prozent dieser Industrie in Deutschland beherrscht; der übrige Teil der deutschen Kunstseideproduktion wird charakteristischer Weise von der sogenannten Pulver- und Sprengstoffgruppe kontrolliert.

Der Anilinkonzern hat weder nennenswerte Bankschulden noch ist er durch eine Anleihe von amerikanischem Kapital abhängig geworden: er steht aber nicht nur in enger Verbindung mit den französischen und italienischen, sondern insbesondere der japanischen Stickstoffindustrie.

Montanindustrie.

National: Parallel mit dem Ausbau zahlreicher Syndikate geht die Bildung großer Trusts, die die Vorteile horizontaler und vertikaler Organisierung zusammenfassen sollen: im Ruhrgebiet Bildung einer Dachgesellschaft durch Thyssen, Phönix, Rheinstahl und die Rhein-Elbe-Union, in Oberschlesien Verwachsen der wichtigsten Eisenkonzerne unter Führung der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe (Gründung der Eisen-A.-G., an der die wichtigsten ober-schlesischen Konzerne beteiligt sind).

International: Gleichzeitig damit werden die internationalen Verhandlungen über europäisch-amerikanische Syndikatsbildungen von neuem aufgenommen, die Amerikaner, die offiziell nicht Mitglieder solcher Organisationen sein dürfen, haben ihre Interessen durch Druck auf die Engländer und durch Erwerbung vieler deutscher Einflußpunkte (Anleihen, Aktien usw.) geschützt.

*

Wir haben bei dieser Auszählung zahlreiche andere Konzentrationserscheinungen nicht erwähnt: Bildung eines elektromedizinischen Trusts in Deutschland, Zusammenschluß der optischen Industrie, Tendenzen zum Zusammenschluß der beiden Kalikonzerne, Gründung eines mitteleuropäischen Holztrusts, internationale Ausdehnung des schwedischen Zündholztrusts, insbesondere aber die schnell vorschreitende Internationalisierung des gesamten Transportgewerbes.

Aus diesen Zusammenhängen geht die enge Verbindung zwischen der innerdeutschen Vertrustung und der Ueberfremdung des deutschen Kapitals hervor. Es ist nötig, die Richtungen der nationalen und internationalen Zentralisierungserscheinungen und ihre politischen Auswirkungen zu bestimmen, insbesondere die weiteren Möglichkeiten derartiger Organisierungen und unsere Ausgaben diesen Dingen gegenüber. [664]

*

Zur Tage in England.

A. Ewert.

„Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei. Es gibt hier nur Konservative und liberale Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“ (Friedrich Engels an Kautsky, 1882.)

Diese Zeit ist endgültig vorüber. Und Wahrheit ist geworden Engels' Voraussage von 1885, daß der Verlust der Monopolstellung Englands auch wieder Sozialismus in seiner Arbeiterbewegung bedeuten würde. Sozialismus im Zeitalter des Imperialismus, das heißt Leninismus. Ist dafür ein Boden im England von heute? Die Menschewisten aller Schattierungen, nicht nur in England, erklären, daß der Bolschewismus zwar einige Fortschritte in den Kolonien machen könne, aber im „Mutterlande der Demokratie“ auf Granit beißen würde.

Um darauf eine Antwort zu geben, ist es notwendig, ganz kurz die Lage der wichtigsten Industrien in England zu skizzieren. Von vornherein möchten wir betonen, daß die Schicht der am Imperialismus direkt und indirekt interessierten Kreise – Beamte, Händler, Intelligenz, kurz die gesamten Mittelschichten, wie auch Arbeiter – noch heute groß ist.

Aber das Entscheidende an der Entwicklung des britischen Imperialismus in den letzten zwei Jahrzehnten ist, daß infolge des Verlustes der Monopolstellung in immer steigendem Maße und Tempo die Tage der Arbeiter in den für den Bestand des Imperialismus wichtigsten Industrien – und auch für die Revolution entscheidenden Arbeiterschichten – verschlechtert wird.

Zunächst einige Zahlen über die Abhängigkeit des Mutterlandes von der Einfuhr von Nahrungsmitteln. Im Jahre 1924 wurden für 555.000.000 £ Nahrungsmittel eingeführt. Eine Steigerung von 62.000.000 gegenüber 1923 und 101.000.000 gegenüber 1922. Pro Kopf der Bevölkerung wurden z. B. eingeführt

1900 = 90 kg Weizen, 20,5 kg Fleisch

1924 = 148 kg Weizen, 36 kg Fleisch

Die bebaute Fläche ist von 11.668.000 acres in 1919 auf 10.929.000 in 1924 zurückgegangen.

Für die Entwicklung und Absatzmöglichkeiten der Industrie wollen wir nur folgende Beispiele geben:

Eisen: 1872 war Englands Anteil noch ca. 50 Prozent der gesamten Weltproduktion, nämlich 6.742.000 Tonnen.

Diese günstige Lage veränderte sich wie folgt:

	England:	USA	Deutschland:
1903:	ca. 8,8 Mill. Tonnen,	ca. 9 Mill. Tonnen,	ca. 9,8 Mill. Tonnen
1913:	ca. 10 Mill. Tonnen,	ca. 30 Mill. Tonnen,	ca. 17 Mill. Tonnen
1924:	ca. 7,5 Mill. Tonnen,	ca. 40 Mill. Tonnen,	ca. 78 Mill. Tonnen

Stahl: In den achtziger Jahren hatten England, USA und Deutschland ziemlich die gleiche Produktion. 1913 stand einer Stahlproduktion von über 7,5 Mill. Tonnen in England eine von 31 Mill. Tonnen in den USA und eine von über 18 Mill. Tonnen in Deutschland gegenüber. England hat 482 Hochöfen. In Betrieb waren 1924 = 202; Januar 1925 = 172; März 1925 = 164 Hochöfen. Die Ausfuhr 1924 betrug 77 Prozent der von 1913, in Maschinen gar nur 67 Prozent.

Kohle: Wir sehen eine sinkende Produktion von 287.430.000 Tonnen in 1913 auf 269.133.000 Tonnen in 1924 und ein Sinken des Exports von 94.423.811 auf 79.340.170 Tonnen in derselben Zeit. Im Juli 1925 waren 320.000 Arbeiter arbeitslos. Die Zahl der Beschäftigten betrug ca. 1.100.000. [665]

Schiffbau: 1913 baute England 58 Prozent der Handelsschiffe der Welt. Davon waren 20 Prozent Aufträge aus dem Ausland; 1923 nur noch 39 Prozent mit 3 Prozent Auslandsaufträgen in einer an

sich kleineren Welt-Bautätigkeit. Die Schiffswerften sind mit weniger wie 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, 35 Prozent der Arbeiter sind arbeitslos.

Textilindustrie: Hier ist ebenfalls Stagnation trotz leichter Besserung gegenüber 1923. Kurzarbeit herrscht in fast der gesamten Industrie vor. Hier ist es vor allem der schrumpfende Markt für Baumwollwaren im Fernen Osten und Indien, der eine dauernde Erholung ausschließt; betrug doch die Ausfuhr von Stückwaren nach diesen Gebieten 1913 das Zehnfache der nach dem gesamten europäischen Kontinent ausgeführten Waren.

Maschinenindustrie: Leichte Besserung gegenüber 1922, aber Rückgang der Ausfuhr von 689.389 Tonnen in 1913 auf 463.648 Tonnen in 1924.

Zusammenfassung: Der Wert der Gesamtausfuhr britischer Produkte betrug 1913: 525.254.000 £, 1924: 420.582.000 £ (Preisbasis von 1913). Dagegen steigerte sich der Wert der Einfuhr, besonders der von Fertigwaren von 768.735.000 £ in 1913 auf 825.726.000 £ in 1924. Gemessen an der Basis der Preise von 1913 ist die Einfuhr 4,1 v. H. gestiegen, die Ausfuhr 24,5 v. H. gesunken.

Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse der wichtigsten Industrien ist die eine Konsequenz, Schaffung einer riesigen Arbeitslosenarmee die andere. Am 10. August 1925 gab es 1.269.800 registrierte Arbeitslose, von denen fast 1,2 Millionen Unterstützung erhielten. Zu dieser Zahl muß man noch die auf Grund der Armengesetzgebung Unterstützten rechnen, so daß die Zahl der im März 1925 durch den Staat und die Gemeinden wegen Arbeitslosigkeit unterstützten Personen nach den Angaben der „Empire Development Union“ auf 2.757.190 belief.

*

„Gestern besuchte ich den Osten Londons und wohnte einer Versammlung der Arbeitslosen bei. Nach den wilden Reden, die nichts anderes als ein einziger Schrei nach Brot, Brot waren, ging ich nach Hause und dachte nach über das, was ich gehört hatte, und mehr denn je wurde ich überzeugt von der Bedeutung des Imperialismus. Meine einzige Idee ist die Lösung der sozialen Frage: wie können die 40.000.000 Einwohner des Vereinigten Königreiches vor einem mörderischen Bürgerkrieg bewahrt werden. Wir müssen mit den Mitteln unserer Kolonialpolitik die Herrschaft über neue Länder erringen, in denen wir unsere überflüssige Bevölkerung ansiedeln können; wir müssen neue Märkte erobern für die Waren, die wir in den Fabriken und Bergwerken unseres Weltreiches erzeugen. Ich habe immer gesagt, es ist eine Brot- und Butterfrage. Wenn Ihr den Bürgerkrieg vermeiden wollt, müßt Ihr Imperialisten werden.“
(Cecil Rhodes im Jahre 1897.)

Infolge des am Ende des letzten Jahrhunderts einsetzenden Verlusts der Monopolstellung begann die englische Arbeiterklasse, sich der Politik zuzuwenden. In diese Zeit (1893) fällt die Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.), die versuchte, die Gewerkschaften für den kleinbürgerlichen Sozialismus und dadurch Einfluß auf die Parlamentswahlen zu gewinnen. Unzweifelhaft trug die Propaganda der ILP erheblich dazu bei, die Gewerkschaften zur Bildung des „Labour Representation Comitee“, das 1900 zustande kam und aus dem 1906 die Labour Party wurde, zu bewegen. Damit war der erste Schritt zur Loslösung von den bürgerlichen Parteien im Parlament – wenn auch noch nicht, wie Lenin es ausdrückte, in den Wahlkämpfen, in der Politik, in der Propaganda und Agitation – geschehen.

Die folgende Tabelle zeigt die nie unterbrochenen und besonders nach dem Kriege großen Fortschritte der Labour Party bei den Parlamentswahlen: [666]

Wahlen	Kandidaten aufgest.	gewählt	Stimmen
1900	15	2	62.698
1906	50	29	323.195
1910 (Jan.)	78	40	505.690
1910 (Dez.)	56	42	370.802
1918	361	57	2.244.946
1922	414	142	4.236.733
1923	427	191	4.348.379
1924	514	151	5.487.620

Die Tabelle zeigt, daß die großen Massen des Proletariats erst seit einigen Jahren diesen ersten politischen Schritt unternommen haben. Jeder aufmerksame Beobachter wird zugeben, daß trotz der bürgerlichen Politik der Labour Party und trotz der großen Unzufriedenheit breiter Arbeiterschichten mit dieser Politik der Prozeß des wachsenden Einflusses der Labour Party auch in den nächsten Jahren – möglicherweise in noch rapiderem Tempo durch das Eindringen der Partei in die Agrardistrikte – vor sich gehen wird

Gleichzeitig geht aber ein tiefgehender Differenzierungsprozeß innerhalb der Massen vor sich, der seinen Ausdruck unter anderem in der Bildung starker linker Gruppierungen im reformistischen Lager findet.

Seit den Tagen der „inoffiziellen“ Shop Steward-Bewegung während des Krieges haben sich neben den objektiven Faktoren auch die subjektiven zu Gunsten der Revolutionierung verschoben. Es besteht eine Kommunistische Partei. Sie hat zwar nur 5000 Mitglieder, verfügt aber über einen großen Einfluß, da der größte Teil ihrer Mitglieder fest mit der Arbeiterbewegung verwurzelt ist und eine verhältnismäßig große Zahl wichtiger Funktionen in den Gewerkschaftskartellen und anderen lokalen Organisationen besetzt hat. In dieser Beziehung ist die kleine englische Partei vielen Parteien des Kontinents überlegen.

Es ist die Arbeit dieser Partei, die in dem gegenwärtig bestehenden chaotischen Uebergangsstadium Richtung, Aufgaben, Ziel in die Linksentwicklung hineinbringt und mit den Methoden der Einheitsfronttaktik den Weg für eine kommunistische Massenpartei bahnt.

Der Einfluß der Partei zeigt sich am besten durch den ständigen Fortschritt der Minderheitsbewegung, die der Bahnbrecher des neuen Geistes in der Gewerkschaftsbewegung ist. Der Minderheitsbewegung ist es gelungen, das den britischen Verhältnissen angepaßte revolutionäre Gewerkschaftsprogramm zum Programm aller aktiven, fortschrittlichen Arbeiter in den wichtigsten Industrien zu machen. Sie hat ein ausgedehntes Netz von Vertrauensleuten geschaffen und einen aktiven linken Block in allen großen Gewerkschaftskartellen und Organisationen gebildet, der nicht nur den kollektiven Beitritt zur Minderheitsbewegung in solch wichtigen Kartellen wie London und Glasgow durchgesetzt hat, sondern auch bei allen Bewegungen – sei es der Einheitsbewegung, sei es der Entfaltung einer Protestbewegung gegen die Intervention in China, sei es bei Lohnbewegungen – ein treibender und wegweisender Faktor ist.

Auf der ersten Konferenz der Minderheitsbewegung im Sommer 1924 waren 200.000 Arbeiter vertreten; auf der Konferenz für die internationale Gewerkschaftseinheit Januar 1925 vertraten 600 Delegierte 600.000 Arbeiter. Auf der zweiten Jahreskonferenz Ende August waren gegen 800.000 Arbeiter durch 600 Delegierte vertreten; es sind gewählte Delegierte, die von den lokalen gewerkschaftlichen Organisationen auf eigene Kosten zu dem Kongreß gesandt werden.

In Deutschland müssen wir lernen, den linken Flügel des Generalrats und linke Führer wichtiger Verbände von der Minderheitsbewegung zu unterscheiden. Purcell, Hicks, Cook, Gossip, Swales u. a. sind keine Führer der Minderheitsbewegung, obgleich eine Anzahl von ihnen, wir wollen nur [667] Cook, Hicks und Gossip nennen, Teile des Programms der revolutionären Minderheit vertreten und auch der Bewegung selbst sympathisch gegenüberstehen und zum Teil sich auf sie stützen.

Diese Gruppe hat trotz aller Schwächen das große historische Verdienst, den Kampf für eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale zur offiziellen Politik der britischen Gewerkschaften gemacht zu haben, kein geringes angesichts des versteckten und offenen Kampfes der Macdonald, Snowden, Thomas und Cramp dagegen. Sie hat weiter das große Verdienst, eine in der britischen Gewerkschaftsbewegung noch nicht dagewesene einheitliche Abwehrfront der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Bergarbeiter zustande gebracht zu haben.

Natürlich besteht die Gefahr, daß die Position dieser Linken vorübergehend geschwächt werden kann. Der Rechten ist es gelungen, auf dem letzten Gewerkschaftskongreß eine Anzahl ihrer Vertreter in den Generalrat zu bringen. Der Vertreter der Eisenbahnerorganisation ist erneut der berüchtigte Thomas geworden, der infolge seiner Ministertätigkeit aus dem Generalrat ausscheiden mußte.

Damit wird die leitende Körperschaft der britischen Gewerkschaften aus zwei scharf getrennten Flügeln bestehen. Auf der einen Seite ein offener, bewußter englischer Imperialist, auf der anderen Seite eine Gruppe linker Führer, die mit Sowjetrußland sympathisieren. Die große Mehrzahl der Mitglieder der Körperschaft ist schwankend, vertritt aber starke Verbände und kann sehr wohl das Material zur Bildung einer Zwischengruppe unter Führung Bevins, des Sekretärs der Transport- und allgemeinen Arbeiterunion, der ebenfalls dem jetzigen Generalrat angehört, abgeben. Wir dürfen die konservative Richtung in der Führerschaft nicht unterschätzen. Der Entwicklungsprozeß wird ein langwieriger, von Schwankungen unterbrochener sein.

Gerade diese englische Entwicklung aber beweist die Notwendigkeit, auch in Deutschland in den Gewerkschaften einen „linken Block“ aus allen ehrlichen kampfgewillten Arbeitern zur Erreichung der nächstliegenden Ziele zu bilden. Auch in Deutschland wird es möglich sein, durch zähe Arbeit unter den Massen den Differenzierungsprozeß bis in die Reihen der lokalen reformistischen Führer zu treiben.

*

Engels hatte – wie Lenin 1908 schrieb – der Sozialdemokratischen Föderation Englands ihre Fehler und ihr Sektierertum vorgeworfen, „sie sei unfähig, mit dem unbewußten, aber machtwillen Klasseninstinkt der englischen Gewerkschaften in Verbindung zu kommen“. Dieser Vorwurf kann der jungen KPE im Gegensatz zu der KPD nicht gemacht werden und gerade darum steht ihr eine große Zukunft bevor.

Die Linksentwicklung der Massen kommt in den Gewerkschaften viel stärker zum Ausdruck wie in der Labour Party. Zum Teil ist dies begründet in dem Aufgabenkreis der Gewerkschaften, der das unmittelbare Klasseninteresse der Arbeiter stärker berührt; zum Teil liegt es daran, daß trotzdem die Gewerkschaften die Labour Party gegründet haben und ihr zum größten Teil kollektiv angehören, gerade die primitive Form der kollektiven Mitgliedschaft zu einer politischen Partei nicht die Herausbildung ständig aktiv arbeitender Mitglieder fordert. Dadurch wird die Herrschaft der kleinbürgerlichen Elemente über die Labour Party (die durch individuelle Mitgliedschaft in die Partei Eingang finden) erleichtert. Die ILP vor allem arbeitet in dieser Richtung. Infolge ihrer dreißigjährigen „Pionierarbeit“ besitzt sie einen großen Einfluß (die Mehrheit der Minister der ersten Labour-Regierung waren, zwei Drittel der jetzigen Parlamentsfraktion sind Mitglieder der ILP). Erst in der letzten Zeit ist die ILP durch die Linksentwicklung in den Gewerkschaften und durch die KP schwer bedrängt.

Die Kommunisten sind bekanntlich als Partei nicht in die Labour Party ausgenommen worden. Auf dem Londoner Kongreß 1924 gelang es den Rechten, einen Beschluß durchzubringen, der auch die kommunistischen [668] Einzelmitglieder aus der Labour Party ausschließt. Der Beschluß blieb aber infolge des Widerstandes der meisten Ortsgruppen auf dem Papier. Auch die Beschlüsse des Liverpooler Kongresses werden keine wesentliche Aenderung bringen. Die KP setzt natürlich den Kampf für die Aufnahme fort. Die KP betrachtet die Labour Party als eine Massenorganisation der Arbeiter, in der sie um Einfluß und um die Hegemonie kämpfen muß. Neben den Gewerkschaften ist die Labour Party das nächstwichtigste Feld, auf dem sich der Richtungskampf abspielen wird. Die Fortsetzung der Politik Macdonalds und Thomas wird zur Verschärfung der Gegensätze zwischen einem großen Teil der angeschlossenen Gewerkschaften und der offiziellen Politik der Labour Party und schließlich zum Verfall der Partei in ihrer gegenwärtigen Form führen. Es ist immerhin von großer Bedeutung, daß bei den letzten großen Aktionen (Arbeitslosendemonstration, Bergarbeiterkrise) die Labour Party vollkommen abseits stand und eine hemmende Rolle spielte.

Innerhalb der Labour Party ist der linke Flügel unklarer als in den Gewerkschaften; er tritt schwächer auf; die Behandlung der großen politischen Fragen wird noch immer den ehemaligen Ministern überlassen. Es zeigt sich hier, daß der unbewußte aber machtvolle Klasseninstinkt der britischen Gewerkschaften für einen erfolgreichen Kampf gegen die Politikanten nicht ausreichend ist. Die Arbeiter empfinden die Notwendigkeit eines Bruches mit der bisherigen Politik außerordentlich stark, was allein schon die Tatsache beweist, daß auf dem letzten Kongreß hundert Lokalorganisati-

onen der Labour Party die Aufhebung der Ausschlußbestimmung gegen die KP forderten. Diese Arbeiter wollen, daß die Kommunisten führen oder daß sie zum mindesten ein Gegengewicht gegen die Politik der offiziellen Führer bilden sollen.

Es ist unmöglich, die Entwicklung der Labour Party im einzelnen vorauszusagen. Möglich ist, daß sie im Verlauf der großen Klassenkämpfe unter inneren Auseinandersetzungen zerfällt. Möglich ist aber auch, daß die arbeiterfeindliche Politik der Rechten eine „linke“ Zwischengruppe zur Herrschaft bringen kann, was ein großer Fortschritt sein würde. Bei der arbeiterfeindlichen Politik und der zunehmenden Orientierung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf einen Interventionskrieg gegen die USSR ergibt sich damit die Perspektive eines Bruches mit dieser „Internationale“. Die Umwandlung der Labour Party auf individuelle Mitgliedschaft ist die am wenigsten wahrscheinliche Möglichkeit der Entwicklung. Auf jeden Fall sind gerade in England auch vom revolutionären Standpunkt große Ueberraschungen möglich. Das Proletariat in den großen Industriedistrikten ist gesund, ist nicht korrumpiert durch den Imperialismus.

Weder die englische Bourgeoisie noch ihre Agenten im Lager der Arbeiter werden dem „mörderischen Bürgerkrieg“ entgehen, von dem Cecil Rhodes 1893 sprach. Sie wissen es auch; gerade die Schwierigkeiten der britischen Bourgeoisie machen sie sensitiver für die Gefahren, denen sie durch große Offensivstöße zu entgehen versuchen. Darum hängt nicht nur für das britische, sondern für das gesamte Weltproletariat und die Kolonialvölker außerordentlich viel davon ab, wie die Kämpfe sich in den nächsten Jahren in England gestalten und wie sie ausgehen.

Der Angriff der Bourgeoisie jetzt auf allen Gebieten ein: geplante Verlängerung der Arbeitszeit und Verringerung der Löhne; Vorbereitung von Angriffen auf das Koalitionsrecht; Angriff auf alte Trade Union-Rechte; administrative Maßnahmen zwecks Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung und Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen zu ihrer Herabsetzung; Vorstöße der Zentralregierung gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden; Vorbereitung von Angriffen auf die seit Jahrhunderten bestehende Armengesetzgebung.

Hand in Hand damit gehen: Organisierung einer Spezialpolizei und einer Technischen Nothilfe aus den Reihen der Bourgeoisie; Ausbau der [669] Territorialarmee; der Ruf nach der Bürgerwehr; Förderung des Flugzeugwesens in den Reihen der Bourgeoisie und besonders an den Universitäten. Die Faschisten senden ihre Organisatoren in die landwirtschaftlichen Distrikte und organisieren die Söhne der Farmer. Und als Drittes sehen wir das Zusammenspiel zwischen Bourgeoisie und rechten Arbeiterführern.

Der bekannte Schriftsteller J. M. Keynes beschuldigt in seiner Broschüre „The economic consequences of Mr. Churchill“ die Bank von England, daß die Rückkehr zum Goldstandard vor allem deshalb vorgenommen worden sei, um dadurch bewußt das Arbeitslosenheer zu vergrößern und so die Voraussetzungen für eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent zu schaffen. Er warnt vor dieser Politik, da sie die Gefahr einer sozialen Umwälzung näher rücke. Keynes und die anderen Inflationisten glauben, daß der indirekte Weg, die Arbeiter in entwertetem Papiergeld zu zahlen, weniger gefährlich sei. Für beide Anschauungen, das heißt für die gesamte Bourgeoisie, ist das Kardinalproblem die Herabsetzung der Löhne für das gesamte Proletariat, was auch von Baldwin in den Verhandlungen mit den Bergarbeitern offen erklärt wurde.

Und damit kommen wir zu jenem epochemachenden Entschluß des Generalrats, die Sache der Bergarbeiter zur Sache der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu machen. Auch hier kann die Kommunistische Partei und die Minderheitsbewegung für sich in Anspruch nehmen, ganz konkret bis ins Einzelne, der Arbeiterbewegung Englands den Weg gewiesen zu haben. Gegenüber den Schwankungen in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung führte die Organisation der Avantgarde eine ausrüttelnde Agitation in den Massen, bildete sie Aktionskomitees der in Lohnbewegungen stehenden Industriegruppen in den Industriezentren und weckte damit die Kräfte, die es den linken Führern ermöglichten, seine Politik gegen die sabotierenden Einflüsse der Rechten durchzusetzen. Noch am 4. Juli, in der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, versuchte vor allen Thomas das Möglichste, um die Bildung einer Allianz zu verhindern. Und mit Recht wurde damals der nichtssa-

gende Beschluß der Einsetzung einer Subkommission von der gesamten kapitalistischen Presse als ein Sieg der Rechten gefeiert.

Die Bergwerksbesitzer glaubten nun den Zeitpunkt gekommen, jetzt ihre Karten offen auf den Tisch zu legen. Aus den langwierigen Verhandlungen ergab sich klar, daß dem Kampf nicht ausgewichen werden konnte. Die Allianz der großen Verbände war noch nicht geschaffen, und so entschloß sich die Exekutive der Bergarbeiterföderation, dem Drängen der Massen und dem Verlangen des Generalsekretärs Cook nachzugeben, den Generalrat der Gewerkschaften zu ersuchen, die aktive Solidarität der gesamten Gewerkschaftsbewegung anzurufen. Der Generalrat sprach sich unter der Führung des linken Flügels dafür aus und traf sofort die notwendigen Vorbereitungen, setzte sich mit den größten Verbänden in Verbindung und erreichte auch hier eine Uebereinstimmung. Die Solidarität der Lokomotivführer war durch die Haltung Bramleys gesichert. Damit hatte Thomas die strategische Position in dem Kampf verloren, um so mehr, da innerhalb des Eisenbahnverbandes die Stimmung für eine Solidaritätsaktion ebenfalls außerordentlich groß war. Thomas und Cramp, zwei der übelsten imperialistischen Gewerkschaftsführer, sahen sich gezwungen, ihre Unterschriften unter die Aufforderung des Generalrats an die Arbeiter zu geben.

Die Abwehraktion war, wie bekannt, von Erfolg gekrönt. Die Regierung zog es vor, eine längere Zeit für ihre Vorbereitungen zu erkaufen. Sie hat die Hoffnung, im nächsten Frühjahr mit Hilfe der rechten Elemente eine Wiederholung der gemeinsamen Front zu verhindern. Gleichzeitig betreibt sie, wie wir das gezeigt haben, auf das intensivste die Rüstungen für alle Eventualitäten. Eines ist sicher: die britischen Arbeiter werden im nächsten Jahr einen zum Aeußersten entschlossenen Feind vor sich haben.

[670] Die Kommunistische Partei, in klarer Erkenntnis des Ernstes der Situation, hat an die Exekutive der Labour Party wie auch an den Generalrat der Gewerkschaften Schreiben gerichtet, in denen sie diese Organisationen auffordert, unter den Truppen und in der Marine eine Aufklärungskampagne zu beginnen. Die rechten Führer lehnten selbstverständlich ein solches Vorgehen ab. Sie taten es, bevor die leitenden Körperschaften zu diesen Vorschlägen Stellung genommen hatten. Konkrete Schritte von den leitenden Organen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung sind nicht zu erwarten. Auch die linken Führer, den riesigen Aufgaben der Vorbereitung zu Machtkämpfen gegenüberstehend, zeigen sich zurückhaltend und schwankend, obgleich sich einige von ihnen, vor allem Cook, in mutiger Weise für einen solchen Schritt eingesetzt haben. Die Massen aber beginnen auszuhorchen. Der Gedanke der Bildung von Verteidigungskorps durch die Arbeiter beginnt an Boden zu gewinnen. Und vielleicht zum erstenmal in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung wird die Frage anderer Kampfmethoden und auch des bewaffneten Kampfes ernsthaft von Arbeitern diskutiert

Wir sind erst am Anfang der revolutionären Entwicklung der Arbeiterbewegung Englands; wir befinden uns gegenwärtig in einer Gefahrenzone, da einem starken, ruchlosen und bewußten Gegner zwar ungeheure Proletarierrmassen gegenüberstehen, aber die Avantgarde des Proletariats, die Kommunistische Partei, zahlenmäßig noch zu schwach ist, um eine entscheidende Rolle zu spielen. Aber das eine kann heute schon gejagt werden, daß es den Kapitalisten Englands nicht gelingen wird, „die Gewerkschaften von oben bis unter zu zerschmettern“, wie Lord Londonderry sich brüstete. Dazu können wir nur sagen: Prahl nicht vor der Schlacht! Wir wissen, daß die mächtigste Bourgeoisie Europas nicht auf einen Hieb fallen wird. Aber das eine steht heute schon fest, daß die nächste Periode der Kämpfe die revolutionäre Bewegung in England zur Massenbewegung machen wird, daß die Kommunistische Partei in dieser Periode die reifsten und erfahrensten, mutigsten und entschlossensten Arbeiter sammeln wird, daß ein Teil der linken Führer sich im Verlauf dieser Kämpfe zum Bolschewismus entwickeln wird und daß die englische Arbeiterlasse eine noch unvergleichlich größere Rolle in der internationalen revolutionären Bewegung spielen wird als heute. Das aber bedeutet nicht bloß die Paralyisierung der aggressiven Politik der britischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion, sondern, historisch gesehen, einen entscheidenden Schritt zum endgültigen Sieg des Proletariats.

*

Von Erfurt über Görlitz nach Heidelberg.

Von Lenz.
(Schluß)

Der Satz vom Klassenkampf ist im Heidelberger Programm eine leere Phrase. Dies zeigt deutlich das im Anschluß an die Klassenkampfphrase gegebene Rezept gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Dieses ist ein Muster der Zweideutigkeiten, die zugleich die bürgerliche Politik begründen und durch marxistische Phrasen gegenüber den radikalen Arbeitern decken sollen. Der Marxismus folgert aus dem Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Finanzkapitals und der imperialistischen Politik, daß die Menschheit nicht anders vor kriegerischer Vernichtung geschützt werden kann als durch die Vernichtung des kapitalistischen Systems. Aber ist denn nicht hier im Programm der TPD. als erste Bedingung zur Verhütung der Kriegsgefahr die Ueberwindung des kapitalistischen Systems genannt? Ist nicht zuerst vom internationalen Zusammenschluß des Proletariats die Rede und erst dann vom „wahren Bund gleichberechtigter Völker“? [671] Ist damit nicht gesagt, daß der Sieg der proletarischen Revolution die Voraussetzung dieses „wahren Bundes der Völker“ ist?

So könnte man meinen, wenn man nicht wüßte, daß die praktische Politik der SPD auf dem Völkerbundsschwindel aufgebaut ist und wenn nicht am Schlusse des Aktionsprogramms die Forderung der „Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik“ stände. Dieses Nebeneinander von marxistisch klingenden und offen bürgerlich pazifistischen Redensarten zeigt am deutlichsten, daß die Sätze über das Finanzkapital und seine imperialistische Politik nur „graue Theorie“ sind, ohne Einfluß auf die Praxis der SPD. Das marxistische Programm des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg fängt mit dem internationalen Zusammenschluß des Proletariats an, als einer Aufgabe, die nicht einem magischen „immer mächtiger erstehenden Willen“ in der Zukunft bevorsteht, sondern die das Proletariat heute schon durch die Schaffung einer zentralisierten, einheitlichen, nur den Zielen des internationalen Klassenkampfes dienenden proletarischen Weltpartei und einer breiten, umfassenden, von den Grundsätzen des Klassenkampfes beherrschten internationalen Gewerkschaftsorganisation zu lösen hat. Diese internationalen Arbeiterorganisationen haben die „Ueberwindung des kapitalistischen Systems“ praktisch zu organisieren, indem sie das Proletariat jedes Landes zum unversöhnlichen Kampf zunächst gegen die eigene Bourgeoisie mobilisieren. Nur dort, wo das Proletariat bereits gesiegt hat, ist ein wahrer Bund gleichberechtigter Völker möglich, wie er im Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken verwirklicht ist. Die Gefahr kriegerischer Vernichtung aber ist erst beseitigt, wenn die Macht des Imperialismus gebrochen ist. Von einem „wahren Völkerbund“ faseln, solange dieses Bündnis von den Vertretern des Finanzkapitals geschlossen wird, ist offener Betrug. Die Phrase von der „Ueberwindung des Kapitalismus“ dient nur der Verdeckung dieses Betruges.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die durch und durch bürgerliche SPD, die noch nie den kleinsten Schritt in der Richtung zum Sozialismus versucht hat, dennoch, um Arbeiter an sich zu fesseln, formell an dem Programm des Sozialismus festhalten muß. Auf das bürgerlich-pazifistische Geschwätz folgt eine allgemeine Darstellung des sozialistischen „Endziels“, die sich ziemlich eng an das Erfurter Programm anschließt:

„Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.“

Hier fällt auf, daß zum Unterschied sowohl vom Erfurter Programm als auch von dem Entwurf, der ursprünglich vorlag, die Aufzählung der Arten des privatkapitalistischen Eigentums – „Grund- und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel“ – weggelassen wurde. Dafür scheinen zwei Gründe maßgebend gewesen zu sein: 1. die Rücksicht auf die revisionistischen Agrartheoretiker wie David, die den Sozialismus in der Landwirtschaft überhaupt für unmöglich halten, 2. die Furcht, daß bei jeder Konkretisierung der allgemeinen Formel der Sozia-

lismus der Widerspruch zur Praxis der SPD desto deutlicher in Erscheinung tritt. Bei jener Aufzählung könnte den SPD-Arbeitern einfallen, daß ihre Partei nie an die Nationalisierung des Bergbaus gedacht, daß sie bei der Entstaatlichung des wichtigsten Verkehrsmittels, der Eisenbahn, durch die Dawes-Gesetze die Haupttreiberin war, daß sie sich niemals zu Forderung der Enteignung des Großgrundbesitzes ausgeschwungen hat. „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches, das klingt so schön evolutionistisch, dabei soll niemand daran denken, daß das [672] nur auf dem Wege der Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer durch die proletarische Revolution möglich ist. Die Unbestimmtheit so allgemeiner Formeln ermöglicht es, radikal gestimmte, klassenbewußte Arbeiter mit reaktionären „Staatsmännern“ und Feinden des revolutionären Marxismus in einer Partei zusammenzuhalten.

Diese „Staatsmänner“ und „Theoretiker“ kränkt ein solches theoretisches Bekenntnis zum Sozialismus nicht, wenn im Programm nur das Bekenntnis zur bürgerlich-kapitalistischen Republik enthalten ist. Die Scheinkonzession an die Linke durch die Aufnahme des Satzes vom „Klassenkampf“ wird voll und ganz dadurch aufgehoben, daß das Bekenntnis zur bürgerlichen Republik in den grundsätzlichen Teil aufgenommen wurde:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. **In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.** Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Im ursprünglichen Entwurf war hier wörtlich die Formulierung des Erfurter Programms festgehalten:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Die zweimalige Hervorhebung des wirtschaftlichen Kampfes ist eine offenkundige Konzession an die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die die Hegemonie des politischen Kampfes nicht anerkennen will. Die Ersetzung des Ausdrucks „Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit“ durch „Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel“ soll für allerlei Spielarten des Gildensozialismus und des genossenschaftlichen Sozialismus Raum lassen. Aber dies sind belanglose Aenderungen gegenüber der entscheidenden Einschaltung, die ein uneingeschränktes Bekenntnis zur bürgerlich-demokratischen Republik bedeuten. Dem Sinne nach ist dieses Bekenntnis nicht verschieden von dem etwas schärfer formulierten des Görlitzer Programms:

„Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.“

In seinen Erläuterungen dazu bemerkt Bernstein ausdrücklich, daß sich das nicht nur gegen die Monarchisten, sondern auch gegen die „Gegner der Demokratie von links her“, d. h. gegen die Anhänger der proletarischen Diktatur richtet. Die Einschaltung dieses Satzes an dieser Stelle des Heidelberger Programms hat keinen anderen Sinn. Gerade bevor von der Eroberung der politischen Macht die Rede ist, mußten die Reformisten das Bekenntnis zur bürgerlich demokratischen Republik einfügen, um jede solche Deutung auszuschließen, daß der Weg zum Besitz der politischen Macht die Revolution ist, die über die Trümmer des bürgerlichen Staates führt. Die „linke“ Opposition, von der nur ein kleiner Teil auf dem Parteitag gegen die Annahme dieses Programmes stimmte, mag sich einbilden, durch die Einfügung des Satzes vom „Klassenkampf“ (und durch die Entfernung des offenen Bekenntnisses zum Sozialpatriotismus im folgenden Absatz) einen Sieg

davongetragen zu haben. In Wirklichkeit kann der vollkommene Untergang der ehemaligen USP-Opposition, die doch unmittelbar vor der Verschmelzung in Nürnberg versprach, die geeinte Partei mit dem „Geist der USP“ zu erfüllen, nicht deutlicher demon- [673]striert werden als durch die Ersetzung des Bekenntnisses des Leipziger Aktionsprogrammes der USPD zur Diktatur des Proletariats und zum Rätssystem durch das Görlitzer Bekenntnis zur bürgerlichen Republik als „unwiderruflich gegebene Staatsform“.

Dieses unverhüllte Bekenntnis zum Reformismus in einem Programm, das sich so stark an den Wortlaut des Erfurter Programms anlehnt, wurde allerdings dadurch erleichtert, daß über diese entscheidende Frage des Verhältnisses des Proletariats zum Staat im alten sozialdemokratischen Programm nichts zu finden war. Bekanntlich hat Lenin im Anschluß an Marx' Kritik des Gothaer Programms die Hohlheit des marxistischen Zentrums an dem Fehlen einer marxistischen Analyse dieses Problems nachgewiesen. An diesem entscheidenden Punkt hat sich die Einigung von Kautsky und Bernstein am leichtesten vollzogen. Nicht nur im Aktionsprogramm, sondern in ihrem grundsätzlichen Programm bekennt sich also die „geeinte“ SPD, die sich doch noch an Sonn- und Feiertagen als „revolutionäre“ Partei gebärdet, offen als staaterhaltende Partei. Dieser nachträglich erst auf dem Parteitag eingefügte Satz ist in der Tat der Kernpunkt dieses trotz aller marxistischen Phrasen bürgerlichen Programms. Die Forderungen, die im Aktionsprogramm zum „Ausbau“ der Republik gestellt werden, machen die Hohlheit des Geredes vom Sozialismus nur noch deutlicher.

Die kleine „linke“ Korrektur des folgenden Absatzes, der von der internationalen Solidarität des Proletariats handelt, kann daran nichts ändern. Das Görlitzer Programm hatte über den internationalen Charakter dieser Bewegung kein Wort verloren. (Abgesehen von der am Schluß des grundsätzlichen Teils beziehungslos angebrachten Phrase von der „nationalen wie internationalen Gemeinschaft“). Die Formulierungen des Erfurter und des Heidelberger Programms lauten:

Erfurt: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“

Heidelberg: „Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.“

Weggeblieben ist aus dem ursprünglichen Entwurf der Satz, der sich unmittelbar an das Bekenntnis zu den Pflichten der internationalen Solidarität anschließen sollte:

„Diese Pflichten sind aufs innigste verknüpft mit den Pflichten der Sozialdemokratie eines jeden Landes gegenüber dem eigenen Volke.“

Dieses schamlose Bekenntnis zum Sozialpatriotismus war selbst für diese Partei und diesen Parteitag eine zu starke Zumutung. Ebenso ist es ein Zugeständnis an die Kritik, die auch in den Reihen der linken Sozialdemokratie geltend gemacht wurde, daß der Ausdruck des Erfurter Programms „Arbeiter aller Kulturländer“ weggeblieben ist. In der Zeit der gewaltigen kolonialen Bewegungen ist die Einschränkung auf das, was der europäische Normalspießer „Kulturländer“ nennt, selbst für die Sozialdemokratie ein zu starkes Stück. Hingegen bedeutet die Weglassung der ersten zwei Sätze des Absatzes im Erfurter Programm eine wesentliche Abschwächung.

In diesen Sätzen wird die wachsende Interessengemeinschaft der Proletarier aller Länder begründet. Das Heidelberger Programm begnügt sich mit der Feststellung, daß die Arbeiter aller Länder an dem Befreiungskampf „beteiligt“ sind. Das Wort „gleichmäßig“ konnte, da es in Anbetracht der verschiedenen Bedeutung des Proletariats verschiedener Länder nach der Stärke und der Höhe der kapitalistischen Entwicklung wirklich [674] nicht exakt ist, fortbleiben, aber diese Formulierung

bleibt vollkommen unzulänglich, wenn von der Interessengleichheit der Proletarier aller Länder keine Rede ist. Ueberflüssig ist, zu betonen, daß die Weglassung der offeneren sozialpatriotischen Bekenntnisse und die Redensart von den Pflichten der proletarischen Solidarität bei der Partei der Kriegskreditbewilliger nicht die geringste Wahrscheinlichkeit dafür gibt, daß sie bei der nächsten Probe die Interessen des internationalen Proletariats über die Interessen der „eigenen“ Bourgeoisie stellen wird. Das Bekenntnis zur Erhaltung der Republik genügt vollauf, um einen neuen sozialpatriotischen Verrat am internationalen Proletariat, programmatisch zu begründen.

Der folgende Absatz über den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form ist scheinbar nur mit geringen Aenderungen dem Erfurter Programm entnommen. Er lautet:

„Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Aus dem Saß des Erfurter Programms: „Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie (die Sozialdemokratie) in der heutigen Gesellschaft ... jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung ...“, sind die entscheidenden Worte „in der heutigen Gesellschaft“ weggelassen. Warum wohl? Als Kautsky das Erfurter Programm entwarf, stand er dem Marxismus noch näher und dachte daran, daß eine revolutionäre Regierung des Proletariats, die proletarische Diktatur, die Konterrevolution, die Parteien und Klassen, die hinter ihr stehen, unterdrücken muß. Jetzt, nachdem diese für einen revolutionären Marxisten nach aller Erfahrung der Vergangenheit feststehende Erkenntnis durch die Entwicklung der siegreichen russischen und der niedergeschlagenen deutschen Revolution handgreiflich bestätigt wurde, schwingen sich die Heidelberger Menschheitsbeglückter zur Verurteilung jeder Unterdrückung auf, auch jeder Unterdrückung, die das siegreiche Proletariat anwendet, um die Macht der Ausbeuter endgültig zu brechen. Die scheinbar geringe Aenderung ist also eine raffinierte Begründung der antibolschewistischen Hetze der SPD.

Die Ueberleitung zum Aktionsprogramm beginnt mit den im wesentlichen dem Erfurter Programm entnommenen Worten:

„Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei“

und schließt mit der belanglosen Phrase:

„In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.“

Das Kommunistische Manifest sagt etwas anderes:

„Die Kommunisten erklären offen, daß ihr Ziel nicht anders erreicht werden kann als durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“

Aber dieses sozialdemokratische Programm ist eben nicht geboren aus dem Geist der Verfasser des Kommunistischen Manifests, der großen Denker und Revolutionäre Marx und Engels, sondern geboren aus dem Wirken und Streben jenes Mannes, der an der blutigen Niederwerfung der deutschen Revolution den größten Anteil hat und der nun unter einem großen Kruzifix auf dem Heidelberger Friedhof begraben ist: Fritz Ebert. Es ist nicht das Programm proletarischer Revolutionäre, das die Massen zum Sturz des Kapitalismus führen soll, sondern das Programm ausgedienter, dienstbeflissener und zu neuen Diensten bereiter Stützen des bürgerlichen Staates, die marxistische Floskeln nur gebrauchen, um ehrliche klassenbewußte Arbeiter an den Karren ihrer reaktionären Politik zu spannen.

Die Prüfung des Aktionsprogrammes wird das, womöglich noch deutlicher, zeigen. [675]

*

Nach dem IX. Verbandskongreß des KJVD.

B. Vom 15. bis 18. Oktober tagte in Halle a. d. Saale der IX. Verbandskongreß des Kommunistischen Jugend-Verbandes Deutschlands. Die Polizeiwillkür der Thüringer Regierung – die die geplante Abhaltung unseres Kongresses in Gera unmöglich machte – hatte veranlaßt, daß dieser Kongreß noch im letzten Moment von Gera nach Halle verlegt wurde. Daß der Kongreß darunter nicht gelitten hat, werden alle bezeugen, die an ihm teilgenommen haben. Es war einer der lebhaftesten und politisch hochstehendsten Kongresse unseres Jugendverbandes. Schon äußerlich bot er ein ganz anderes Bild als der Berliner Parteitag: Alle auf dem Kongreß vertretenen Gruppen hatten volle Meinungsfreiheit, sogar die mit nur zwei Stimmen vertretenen Ultralinken beteiligten sich an der Debatte durch ein dreiviertelstündiges Korreferat und einen Diskussionsredner. Von der Mitarbeit der Organisation zeugten 18 Druckseiten Anträge zu allen politischen und organisatorischen Arbeiten des Verbandes, wozu noch zu bemerken ist, daß nur die Anträge gedruckt wurden, die rechtzeitig eingelaufen waren. Außer den gedruckten war daher noch eine ganze Reihe anderer Anträge vorhanden.

Und was das wichtigste an diesem Verbandskongreß war: **er hat seine Aufgabe erfüllt**. Er sollte zweierlei sein: **Einmal eine Demonstration für die Komintern**, und zweitens ein Kongreß, der sich darüber klar ist, **daß unser Jugendverband noch keine Massenorganisation ist und daher seine Hauptaufgabe darin besteht, heranzukommen an die Massen des Jungproletariats und die eigenen Reihen zu verstärken**.

1. Heran an die Massen!

Das ist die wichtigste Frage, die vor unserem Jugendverband steht.

Der Brief der Exekutive der Komintern an die deutsche Partei stellt in den Mittelpunkt die Frage der Steigerung der Werbekraft der Partei. „Die wichtigste Frage – die Frage der deutschen Partei – war damals und ist auch jetzt – das Problem der Steigerung der **Werbekraft** unserer Partei, das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.“ Man kann mit vollem Recht sagen, daß diese Aufgabe auch – ja, in noch viel höherem Grade – für den Jugendverband im Vordergrund steht. Der KJVD hat 20.000 Mitglieder. Man könnte diese geringe Mitgliederzahl mit der geringen Zahl von Jungarbeitern, die nur 20 Prozent des Gesamtproletariats beträgt, erklären. Aber dies wäre völlig unrichtig. Denn erstens müßte – selbst wenn man dieses Argument gelten lassen würde – in diesem Falle die Zahl der Jugendverbandsmitglieder – gemessen an der zahlenmäßigen Stärke der Partei – ungefähr 50.000 betragen. Zweitens aber behaupten wir Kommunisten doch immer – und zwar mit vollem Recht –, daß gerade das Jungproletariat ein besonders aktiver Teil der Gesamtarbeiterklasse ist und darum in viel höherem Grade kommunistisch organisiert werden kann, als die erwachsene Arbeiterschaft. Darum stand vor dem Kongreß des KJVD als sozusagen einziges und allumfassendes Problem die Frage der Steigerung der Werbekraft des KJV, der Erhöhung seiner zahlenmäßigen Stärke und seines Einflusses.

2. Die letzten drei Kongresse des KJVD.

Wie ist es möglich, daß der KJV zahlenmäßig noch immer so schwach ist? Eine wesentliche Ursache ist zweifellos die mangelnde Unterstützung und das ungenügende – man kann fast sagen überhaupt nicht vorhandene – Verständnis für die Jugendverbandsarbeit innerhalb der Partei. Aber neben dieser einen Ursache gibt es eine zweite, die direkt mit der Arbeit und Geschichte des KJVD zusammenhängt und darum die eigentliche, die [676] tieflegendste Ursache der Schwäche des Verbandes ist. Diese Ursache ist, das im Jugendverband, besonders in den unteren Einheiten, noch stark vorhandene „Klubwesen“. Dieses Klubwesen äußert sich in einer vereinsmäßigen Einstellung zu den Massen, in einer Auffassung des KJV als Jugendverein, aber nicht als Massenbewegung. Es äußert sich ferner in einem oberflächlichen Journalismus, der seinen Ausdruck in „weltpolitischen Referaten“ und in der Unfähigkeit zur Veranstaltung einer Betriebsversammlung findet, ein Journalismus, der auf Ueberschätzung der eigenen Kraft und Mangel an Sachkenntnis beruht. Gewiß finden sich auch bei der Partei sehr ernste Mängel in der Leistung der Massenarbeit, z. B. in der Ge-

werkschaftsarbeit und der Reorganisation auf Betriebszellen. Aber das trägt mehr den Stempel einfacher Passivität. Anders im Jugendverband. Im KJV hat sich eine Einstellung zur Massenarbeit erhalten, die als ganz eigenartige, speziell auf die Jugendbewegung zutreffende, sozialdemokratische Tradition anzusehen ist. Der KJV ist aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung der Vorkriegszeit entstanden. Das charakteristische Kennzeichen dieser Bewegung war das Vereinsmäßige. Sie erfaßte die Mitglieder nicht durch Kampf, sondern durch Sport, Wandern und Unterhaltung. Ihre Basis war das Jugendheim. Jede Massenarbeit – in bolschewistischem Sinne – war ihr fremd. Aus dieser Bewegung spaltete sich die KJ während der Kriegszeit als linker Flügel ab. Doch obwohl sie damit organisatorisch den Bruch mit der sozialdemokratischen Bewegung vollzog, die sozialdemokratische Tradition nahm sie mit. Die Basis der Bewegung blieb der Jugendverein, das Jugendheim. Die neugegründeten Jugendorganisationen versteckten sich nicht als illegale Zellen in den Betrieben, sondern als Bildungs- und Wanderklubs. In dieser, der Massenarbeit fremden, Ideologie kam durch die Verhältnisse der Kriegszeit noch ein weiterer Faktor: die revolutionären Jugendorganisationen waren eine Zeit hindurch der Vortrupp der Gesamtarbeiterschaft. Es entstand dadurch die Ideologie (deren Vorhandensein später zu ernststen Differenzen in der KJ und KJI führen sollte), daß die Jugendorganisation immer – auf Grund ihrer Jugendlichkeit – der Vortrupp des Gesamtproletariats sei. Diese Ideologie wurde noch verstärkt durch die vielen parteitaktischen Kämpfe, z. B. in Deutschland gegen die UPDD, in denen die Jugendorganisationen als selbständige politische Organisationen auftraten und mithalfen, die KP zu gründen. So ehrenvoll an sich gerade dieser Geschichtsabschnitt der proletarischen Jugendbewegung ist, so sehr wie wir den Taten dieser jugendlichen Achtung zollen, die eine Zeit hindurch an der Spitze der Arbeiterschaft marschierten und gegen manchen „erprobten Arbeiterführer“ ihre Klagen führten, als es galt, eine KP zu schaffen, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß das in der proletarischen Jugendbewegung sozusagen als Erbteil vorhandene Unverständnis für die Massenarbeit, das Steckenbleiben in der theoretischen Diskussion, im bloßen Wortgefecht ohne praktische Tat unter den Massen, gerade durch diese Arbeit um ein bedeutendes Teil gestärkt worden ist. **Das charakteristische Merkmal dieser Organisationen war: viel Propaganda, aber keine Agitation, d. h. viel Arbeit in einem keinen Zirkel, aber keine Massenarbeit.** Die geschichtliche Rolle, die die jugendlichen Arbeiter in ihren Organisationen damals zu spielen hatten, ist zu einem großen Teil die Ursache der Ueberschätzung der formalen Bildung und der Unterschätzung der Erfahrung und Sachkenntnis, die auch heute noch ein starkes Kennzeichen der Arbeit des KJV sind.

Die ganzen Beschlüsse der letzten drei Kongresse des KJVD dienten der Abstellung dieses Mangels. Der 6. Verbandskongreß des KJVD am 10.-12. September 1921 in Halle a. d. Saale brach mit der aus der Kriegszeit herrührenden Vortruppideologie. Indem er die Rolle des Kommunistischen Jugendverbandes als Vortrupp der Gesamtarbeiterbewegung während der Kriegszeit mit den besonderen sozialen, ökonomischen und [677] psychologischen Bedingungen, unter denen das Jungproletariat zu leben gezwungen ist, erklärte, wies er zugleich auf die Notwendigkeit hin, dieses Verhältnis jetzt grundlegend zu ändern durch die Unterordnung des KJV unter die politische Leitung der Partei.*) An Stelle der kleinen, aber führenden Jugendorganisation sollte ein der Partei politisch untergeordneter, aber die Massen erfassender kommunistischer Jugendverband geschaffen werden. In diesem Sinne gab der Hallenser Verbandskongreß die Lösung „Heran an die Massen“ aus. Eine weitere Ergänzung dieser Losung lieferte der 7. Verbandskongreß in Chemnitz, März-April 1923. Der Kongreß fand in einer äußerst zugespitzten Situation – inmitten der Ruhrbesetzung – statt. Der Verband hatte bereits vorher eine gute Aufwärtsentwicklung – besonders durch seine Teilnahme an der Betriebsrätebewegung Ende 1922 – begonnen und so wurden die neuen Beschlüsse dieses Kongresses – im Mittelpunkt stand die Losung der Schaffung von Betriebszellen des KJV – mit großem Beifall aufgenommen**). Und wenn es auch nicht gelungen ist, den Verband völlig auf eine neue Grundlage, auf Betriebszellen, umzustellen, so ist es doch gelungen, den Verband bis zum Oktober 1923,

*) 4) Siehe die Broschüre: „Resolutionen und Richtlinien des 6. Reichskongresses der KJD“. Verlag Junge Garde, Berlin. 1921.

**) Ex) Siehe die Broschüre: „Wir sind die Schmiede“, „Der 7. Reichskongreß der KJD“, Verlag „Junge Garde“, Berlin. 1923.

hauptsächlich durch den Beginn einer guten Massenarbeit, auf eine Höhe von etwa 70.000 Mitgliedern zu heben, eine Zahl, die allerdings nach der Oktoberniederlage von einem sprunghaften Rückgang gefolgt wurde. Im Mai 1924 fand der 8. Verbandskongreß des KJVD illegal in Leipzig statt. Seine Bedeutung beruhte darin, daß er die Linie des Frankfurter Parteitages auch im Jugendverband durchsetzte und damit die opportunistischen Abweichungen der Brandler-Zentrale, die auch im Jugendverbände eine Unterstützung gefunden hatten, durch die Schaffung einer neuen Führung beseitigte. Sonstige neue Beschlüsse auf dem Gebiete der Massenarbeit des KJVD hat er nicht gefaßt.

3. Der IX. Verbandskongreß: eine Demonstration für die Komintern,

Der IX. Verbandskongreß hat also eine Reihe von Vorgängern gehabt, die die Frage des Herankommens an die Massen theoretisch und organisatorisch klargelegt haben. Der IX. Verbandskongreß mußte als nächsten Schritt auf diesem Gebiete noch einmal zur Parteitaktik Stellung nehmen. Er mußte seine Meinung zu der durch den Ekki-Brief ausgelösten Debatte sagen. Er tat dies, indem er mit 185 gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine Resolution zur Taktik der Partei annahm, in der er sich vorbehaltlos hinter den Brief des E-K der KI an die KPD stellt, und die bei der Berliner Stadtverordnetenwahl vorgeschlagene Listenverbindung als praktische Konsequenz des Ekki-Briefes billigt. In dieser Resolution befand sich ferner – auf Antrag der Exekutive der KJI – der folgende Absatz:

„Der Kampf um die Linie der Komintern bedeutet heute in Deutschland den Kampf für eine wirklich ideologische Klarheit in der Partei im Sinne des Bolschewismus und den allerschärfsten Kampf vor allem gegen die ultralinke Ideologie, die die Partei beherrscht hat und zu ihrer Isolierung von den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern führte. Der Verband muß mit der gleichen Schärfe die ultralinken und rechten Fraktionsmachereien in der Partei bekämpfen, und sich jedem Versuch, die alten rechten Abweichungen als die Linie der Komintern darzustellen, mit allen Kräften widersetzen.“

Diese Abstimmung ergibt jedoch noch kein genaues Bild über die Zusammensetzung des Kongresses. Dies erhält man erst, wenn man auch die Abstimmung der Zusatzanträge berücksichtigt. Die Gruppe von 185 Delegierten, die für die Taktik-Resolution stimmte, war nicht völlig einheitlich. Neben den Delegationen – z. B. Berlin, Thüringen, Halle-Merseburg, Württemberg usw. – die voll und ganz hinter dem Ekki-Brief standen, gab [678] es eine Gruppe, die etwa 30 Delegierte umfaßte – also $\frac{1}{6}$ des Verbandskongresses – und aus den Delegationen Erzgebirge-Vogtland und Wasserkante bestand, die zwischen der Mehrheit des Kongresses und den Ultralinken schwankte. Die Meinung dieser Genossen kam in zwei Abstimmungen zum Ausdruck: erstens in den Gegenstimmen gegen den obengenannten, vom E-K der KJI vorgeschlagenen Absatz für die politische Resolution, und zweitens in dem Fürstimmen für einen von den beiden Delegationen unterstützten Antrag, den folgenden Tag aus der politischen Resolution zu streichen:

„Der Verbandskongreß billigt vollkommen die politische Linie des ZK und weist die erhobenen Behauptungen, die den Jugendverband, resp. das Jugend-ZK der rechten Tendenzen beschuldigen, mit Entrüstung zurück.“

Was bedeuten diese Abänderungsanträge, besonders der letzte? Sie zeigen, daß die Genossen aus Hamburg und Chemnitz, die mit dem Worte vollinhaltlich den Ekki-Brief billigen, denselben hauptsächlich noch nicht ganz verstanden haben. Jedermann weiß, daß das Zentralkomitee des KJV die erste Körperschaft war, die sich für die Linie der Exekutive ausgesprochen hat. Jeder Versuch, gerade diese Körperschaft als rechts und brandleristisch hinzustellen, und zu gleicher Zeit die wirklichen Gefahren zu verkennen (wie es die Opposition auf dem Verbandskongreß tat, indem sie den Antrag des EK der KJI ablehnte), heißt, in der Praxis gegen die KI zu arbeiten. Das Z-K des KJVD hat jedoch das volle Vertrauen, daß die Bezirke Erzgebirge-Vogtland und Wasserkante ihren auf dem Kongreß eingenommenen Standpunkt revidieren werden. Die BL Erzgebirge Vogtland hat bereits in ihrer letzten Sitzung nach umfassender, kameradschaftlicher Aussprache mit dem Vertreter des E-K der KJI einen bedeutsamen Schritt getan: sie nahm eine Resolution an, in der sie die allgemeine politische Linie des Z-K für richtig hält und ihre Abstimmung auf dem Verbandskongreß gegen den Antrag der Exekutive als unrichtig erklärt. Das Z-K des KJVD wird auch zukünftig alles tun, um diese beiden wichtigen Bezirke – Wasserkante und Erzgebirge-Vogtland – völlig für die Komintern zu gewinnen.

Doch trotz dieser Abstimmungen war der Kongreß eine Demonstration für die KI. Fünf Sechstel des Kongresses standen ohne Schwanken vorbehaltlos hinter der KI.

4. Der IX. Verbandskongreß zeigte den Weg zu den Massen.

Diese ganze Diskussion über den Ekki-Brief, die den ersten und zweiten Verhandlungstag des Jugendverbandskongresses in Anspruch nahm, diente zur Klärung der Frage, die jetzt vor der gesamten kommunistischen Bewegung steht: Wie können wir unter den Bedingungen des verlangsamten Tempos der revolutionären Bewegung an die arbeitenden Massen herankommen? Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage stand die Diskussion des 3. und 4. Tages des Verbandskongresses: über die nächsten Aufgaben des KJVD. Es wurde nach ausführlicher Debatte eine Resolution angenommen, die die folgenden Aufgaben in den Mittelpunkt der Jugendverbandsarbeit stellt:

a) Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber den anderen Organisationen der Jungarbeiterschaft (SAJ, Arbeitersport- und Kultur-Organisationen, Gewerkschaften usw.). Für die Sendung und Auswertung der Jungarbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland, für den Kampf um Jugendschutz, gegen das Arbeitsdienstpflichtgesetz, gegen das neue Reichsschulgesetz usw.

b) Durchführung der Reorganisation des Verbandes auf der Grundlage der Betriebszellen innerhalb von 5 bis 6 Monaten als der für den Verband wichtigsten Voraussetzung für die Führung der Jungarbeiterschaft in ihren täglichen Kämpfen, zur Hineinziehung der besten Teile des Jungproletariats in unsere Organisation und zur Eroberung aller organisatorischen Stützpunkte in den Betrieben und Gewerkschaften.

Ohne Zellenarbeit gibt es keine Gewerkschaftsarbeit, keine Massenarbeit, keine Einheitsfronttaktik und daher auch keine dauernden Fortschritte. Ohne Zellenarbeit ist auch die Erreichung unseres gegenwärtigen strategischen Zieles – nämlich die Bildung eines linken Flügels in der Arbeiterbewegung – unmöglich. [679]

c) Beginn einer wirklichen Gewerkschaftsarbeit, was nur möglich ist durch entsprechende Verbesserung unserer Zellenarbeit. Schaffung von arbeitenden Fraktionen, Organisation von Betriebskampagnen, Aufstellung von wirtschaftlichen Forderungen, Eroberung der gewerkschaftlichen Positionen, hauptsächlich in den Betrieben, Beteiligung an den Kämpfen des Jungproletariats usw.

Der Jugendverband hat mit diesen Arbeiten bereits begonnen und teilweise gute Erfolge erzielt. Während des Verbandskongresses hatte gerade die Kampagne für die **Sendung einer Jungarbeiter-Delegation nach Sowjet-Rußland** ihren Höhepunkt erreicht. Anfang November wird diese Delegation nach Rußland fahren. Die Resultate dieser Kampagne werden – wie wir es aus dem Beispiel der Oesterreichischen Jungarbeiter-Delegation wissen – günstige sein. Mit dieser Arbeit muß der Jugendverband eine systematische Arbeit in den Freien Gewerkschaften und in den Betrieben verbinden. Unsere Lösung muß sein: Hinein mit den Jungarbeitern in die Gewerkschaften: Nicht 250.000 freigewerkschaftlich organisierte Jungarbeiter, sondern eine Million! Unsere Genossen müssen in den Betrieben und Gewerkschaften um Einfluß kämpfen, d. h. um die Eroberung der gewerkschaftlichen Jugendfunktionen im Betrieb und in den gewerkschaftlichen Jugendsektionen. Wie rückständig der Jugendverband auf diesem Gebiete ist, möge ein Beispiel zeigen: Im Bezirk Niederrhein ist die KP in 23 ADGB-Ortsausschüssen vertreten, sie hat 26 Gewerkschaftsangestellte und 213 Fraktionen im Bezirk und eine entsprechende Zahl von Betriebsräten, die in die Hunderte geht. – Der Kommunistische Jugendverband hat im Bezirk Niederrhein ganze 4 Betriebsvertrauensleute.

In Berlin gibt es Tausende von kommunistischen Betriebsräten, aber nur 25 kommunistische Gewerkschaftsjugendvertrauensleute. Diese Beispiele zeigen deutlich das große Mißverhältnis zwischen den Positionen des Jugendverbandes und denen der Partei. Unser Jugendverband kann und wird diese Parteipositionen ausnützen und zahlreiche eigene Positionen erobern, wenn er es versteht, für die gewerkschaftlichen Jugendforderungen nicht nur zu werben, sondern auch zu zeigen – was die Reformisten nicht tun, weil sie es nicht können – wie man solche Forderungen, zum Beispiel den Sechsstudentag für Jugendliche, durchführen kann, und wenn er es versteht, den breiten Massen des Jungproletariats alle Aeüßerungen der Reaktion, die sich direkt oder indirekt gegen das Jungproletariat richten, aufzuzeigen (Verordnungen gegen den KJVD und JSB in Bayern und Württemberg, Versuche zur Einführung einer sogenannten Arbeitsdienstpflicht usw.). Das sind die Hauptaufgaben unseres Jugendverbandes.

5. Eine weitere wichtige Aufgabe des KJVD: Schaffung einer kommunistischen Massenzeitung für die Jungarbeiterschaft

Der KJVD hat eine vierzehntägig erscheinende Zeitung: „Die Junge Garde“. Sie ist unzweifelhaft eine revolutionäre Zeitung und versteht es, zu allen Ereignissen, die den Jungarbeiter berühren, eine klare, klassenbewußte Stellung einzunehmen. Aber sie ist noch keine Massenzeitung. Sie kommt noch nicht genügend an die breiten Massen der Jungarbeiter heran, sie erhält auch noch nicht genügend Mitarbeit seitens der jungen Arbeiter in den Betrieben. Die „Junge Garde“ kann und muß unsere wichtigste Waffe im Klassenkampfe, unser bestes Agitations- und Propaganda-Instrument sein. Sie ist das Band, das unseren ganzen Verband zusammen hält und ihn mit den Massen verbindet. Auf diesem Gebiete heißt darum unsere nächste Losung: „Verdoppelung der Auflage unserer ‚Jungen Garde‘, ‚Heranziehung einer Armee von Arbeiterkorrespondenten“.

6. Das Verhältnis des KJVD zur KPD muß noch besser werden.

Das Verhältnis zwischen dem Jugendverband und der Partei hat sich in den letzten Monaten seit dem Berliner Parteitag wesentlich verbessert. Zeichen dafür sind die zahlreichen Fälle, daß dem Jugendverband seitens [680] der Partei-Bezirksleitungen, UB-Leitungen usw. Parteigenossen als Mitarbeiter abgegeben wurden, ferner die verhältnismäßig gute Teilnahme der KP am letzten Internationalen Jugendtag. Trotzdem muß die Verbindung noch enger gestaltet werden. Die Partei verfügt an allen Stellen über erfahrenere Kräfte als der Jugendverband (Referenten, Kursusleiter, Gewerkschafter usw.), die dem Jugendverband mehr als bisher zu Referaten, Kursen, zur Information über die politische Lage, die schwebenden wirtschaftlichen Kämpfe usw. zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Partei verfügt über einen großen Apparat mit Verbindungen zu den Betrieben (Betriebsräte, Vertrauensleute), den Gewerkschaften (kommunistische Ortskartelle, Fraktionen) und Sportorganisationen, der für den Jugendverband viel mehr als bisher auszunutzen ist, z. B. zur Veranstaltung von Betriebsversammlungen der Jugendlichen, gewerkschaftlichen Jugendversammlungen usw. Eine wichtige Frage ist auch die Verbindung unsere Arbeit in den Parlamenten mit der des Jugendverbandes. Unsere Parlamentsfraktionen müssen sich daran gewöhnen, so oft wie möglich und nötig, bestimmte, im Interesse der Jungarbeiterschaft liegende Anträge zu stellen (z. B. Verlegung der Fortbildungsschulzeit in die Arbeitszeit, Beschwerden gegen das Verbot des KJV und des JSB) und nachher in öffentlichen Versammlungen, auf Jungarbeiterkonferenzen usw. über diese Fragen zu sprechen. Vor allen Dingen aber muß das praktisch durchgeführt werden, was in der Schrift „Die Partei und der KJVD“^{*)} gesagt wurde:

„Bevor die Partei einen Arbeitsplan aufstellt, muß der Partei-Polleiter mit dem Polleiter des KJVD genau besprechen: welche Kampagne die Partei in der bevorstehenden Zeit hat, z. B. eine Gewerkschaftskampagne, wie der Jugendverband daran teilnehmen kann und muß, welche Kräfte ihm zur Verfügung gestellt werden sollen usw. Manchmal wird sich auch die Partei völlig auf eine KJV-Kampagne einzustellen haben, z. B. während des Internationalen Jugendtages, während einer Kampagne für eine Jungarbeiter-Rußlanddelegation. Dann muß die Partei alle ihre organisatorischen und politischen Verbindungen, ihre Referenten, ihre Betriebsräte und Gewerkschaftsleute ausnutzen und dem Jugendverband zur Verfügung stellen.“

Wenn das Verhältnis zwischen der Partei und dem KJV so eng wird, dann erst können wir von einem befriedigenden Verhältnis sprechen.

*

Der 9. Verbandskongreß war ein Fortschritt in der Entwicklung des KJVD. Aber er wird nur dann der Beginn eines wirklichen Fortschrittes sein, der sich auch in einer wachsenden Mitgliederzahl ausdrückt, wenn die praktische Arbeit des Jugendverbandes unter drei Lösungen geführt wird:

Der Jugendverband muß hinter der KI stehen.
Er muß ein engeres Verhältnis zur Partei haben.
Er muß eine intensive Massenarbeit leisten. [681]

*)) Vom Pol.-Büro der KPD herausgegeben als Material für den Partei- und KJ-Funktionär, enthaltend die Beschlüsse der Jugendkonferenz des Berliner Parteitages.

Tatar-Bunar und die politischen Parteien Rumäniens.

Von Al. Dobrodjanu Gerea.

Der Tatar-Bunarer Aufstand liefert grauenhafte Illustrationen für die Zustände in Bessarabien und ist die beste Antwort auf die zynische Behauptung der Machthabenden des Landes: die Bevölkerung begrüße die Okkupation und sei mit dem gegenwärtigen Regime einverstanden.

Trotz der unausweichbar, wenn auch nur vorübergehend eingetretenen Ebbe in der revolutionären Bewegung, trotz der schweren Schläge und des grausamen Terrors, der bis zum heutigen Tage anhält, ist doch die Tatsache, daß die rote Flagge – die Fahne des Kommunismus und der Sowjets – 5 Tage lang über 3 Bezirken Bessarabiens geweht hat, diese bereits historisch gewordene Tatsache, ein unvergeßliches Beispiel, das ununterbrochen zu neuen und neuen entschiedenen Kämpfen aufmuntern wird; zu Kämpfen, worin zweifellos jene Erfahrungen von Nutzen sein werden, die unseren Genossen so hoch zu stehen gekommen sind.

Von besonders großem Wert aber sind jene Schlußfolgerungen, zu denen wir verlangen, wenn wir die politische Situation Rumäniens betrachten im Zusammenhang mit den Vorgängen in Tatar-Bunar.

Der Tatar-Bunarer Aufstand hat ein grelles Licht auf die politischen Parteien Rumäniens geworfen und deren wahres Wesen bloßgestellt.

Beginnen wir mit der liberalen Partei, die ja eigentlich das heutige Bojaren-Regime verkörpert. Sie dringt gleichzeitig in die höchsten Sphären des Regierungsapparates, sowie in die leitenden Industrie- und Finanzkreise ein und mit Hilfe der berüchtigten Agrarreform hat sie sich in den Großgrundbesitzern eine Stütze auf dem Lande geschaffen.

Diese Partei ist es, welche die Hauptverantwortung zu tragen hat für jenes Regime, das sich mit dem Worte „Tatar-Bunar“ am besten charakterisieren läßt.

So, wie die liberale Partei, ist auch die „Volkspartei“ Averescus ein reaktionärer Faktor. Sie ist immer bereit, Repressalien gegen Arbeiter und Bauern anzuwenden. Sie ist nur eine Waffe zum Schutze der liberalen Partei und die im voraus bestimmte Vertreterin der liberalen Regierung für den Fall, daß die aufbrausende Woge des Volkshasses gegen die Regierung Bratianu zur ernststen Drohung werden sollte. Das Verhalten der Averescu-Partei zu den Vorgängen in Tatar-Bunar charakterisiert auf das Beste die verräterische Rolle dieser Partei, die sich eine Volkspartei nennt.

Die nationale Partei hat ohne ein Wort des Protestes die grausamen, blutigen, monatelangen Verfolgungen und Morde in Tatar-Bunar zugelassen. Während Wochen und Monate lang auf die aus den bombardierten Dörfern geflüchteten Bauern Hetzjagden wie auf wilde Tiere veranstaltet wurden, während man sie zu Hunderten niederschoß und zu Tode folterte, lebendig verscharrte oder der Willkür der Gendarmen und der besoffenen Soldaten überließ, schloß die Opposition, welche Ansprüche darauf erhebt, für „zivilisiert“ gehalten zu werden, Augen und Ohren, um weder zu sehen, noch zu hören, was vorging und setzte ihre akademischen Debatten über eine neue Konstitution ungestört fort. Von den liberalen Zeitungen als unzuverlässig für die bestehende „rechte Ordnung“ ausgeschrien, sucht die nationale Partei von neuem die Gunst der königlichen Clique zu gewinnen. Zu diesem Zwecke hat sie im ganzen Lande allen von den alten oligarchischen Parteien Zurückgeworfenen weit die Türen geöffnet und den unter ihnen „berühmten“ Reaktionär Arjetojanu aufgenommen, der schon jetzt als Kandidat für den Innenministerposten vorgesehen war.

Für die Bauernpartei war der Tatar-Bunarer Aufstand ein gänzlich unerwartete Ereignis. Die grauenhaften Bilder, womit die Parlamentarier der Bauernpartei die Leute im Parlament zu schrecken [682] suchten, waren nichts als schlaue, diplomatische Kniffe zur Erreichung von Versprechungen und im besten Falle zur Durchsetzung der „Reform“. Aber die Wähler, die bessarabischen Bauern, welche der Bauernpartei vertrauten, wollten nicht nur Worte, sondern auch Taten sehen. Die werttätigen **Massen entsagten dem Spiele parlamentarischer Interpellationen und, indem sie die Verteidigung ihrer Rechte selbst in die Hände nahmen, entfachten sie den revolutionären Aufstand.** Das alles ging vor sich zu der Zeit, als die Führer der Bauernpartei den mehrmaligen

Vorschlag der Kommunistischen Partei, mit ihnen zusammen eine Einheitsfront zu bilden, ablehnten und sich der rechts gesinnten nationalen Partei anzuschließen trachteten.

Über den Aufstand mit Schweigen zu umgehen war nicht gut möglich. Und so forderte denn das zentrale Organ der Bauernpartei „Aurora“ eine Untersuchung am Ort der Geschehnisse.

Im Süden Bessarabiens verdichteten sich die schrecklichen Gerüchte über die Hunderte auf der Flucht erschossener Bauern. Aber die Bauernpartei, ihre Führer und Presse unterließen es, sich über ihre Stellung zu den entsetzlichen Ereignissen auszusprechen. Sie entschuldigten sich mit dem Mangel an Material darüber und begnügten sich mit dem Ausdruck „herzlichen Bedauerns“. Und dadurch schenkte die „Aurora“ der Siguranza Gehör und akzeptierte das Gerücht von einer aus Sowjetrußland eingefangenen bewaffneten Bande, welche den Ausstand entfacht habe. Obwohl das sehr unwahrscheinlich war, allein schon deshalb, weil das Zentrum des Aufstandes abseits des Dnjestr liegt, das heißt mehr als 100 Kilometer von der Grenze der USSR entfernt, schenkte man diesen Lügengerüchten dennoch Glauben.

Das ist der Dank der Führer der Bauernpartei für die Unterstützung, die ihnen die bessarabische Bauernschaft bei den Wahlen erwiesen hat.

Die organisierte Arbeiterschaft erwies sich wieder, wie schon zur Zeit des Bauernaufstandes im Jahre 1908, als **der einzige Verbündete** der unter drückten Bauernschaft.

Die Kommunistische Partei hat schon zu Beginn des Aufstandes in einem Aufruf, der im ganzen Land verbreitet wurde, die wahren Ursachen des Tatar-Bunarer Aufstandes enthüllt und die Arbeitermassen zur Solidarität mit den Aufrührern aufgefordert.

Nach dem Aufstand bekam die Reaktion wieder die Oberhand im ganzen Lande und wütet bis jetzt fort. 800 Führer der Gewerkschaften sind verhaftet und den unmenschlichsten Foltern unterzogen worden. Die Kommunisten aber setzten noch im Gefängnis ihren Kampf fort. Das Ergebnis davon war, daß der Tatar-Bunarer Prozeß entgegen allen Anstrengungen der Regierung nicht hinter den Mauern des Gefängnisses von Kischinew in aller Heimlichkeit stattfindet, sondern zum Ausgangspunkt einer neuen revolutionären Welle geworden ist.

*

Zum Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Von Karl Walther.

Die Justiz im kapitalistischen Staat, ein unentbehrliches Mittel der herrschenden zur Niederhaltung der unterdrückten Klasse, will erscheinen als ausgleichende, schützende „Gerechtigkeit“. Sie kann diesen Heiligenschein, der auch heute noch Millionen von Arbeitern und Kleinbürgern die Augen blendet, nicht entbehren; wie überhaupt die Festigkeit des bürgerlichen Staates um so größer ist, je weniger sich die „Achtung vor dem Gesetz“ auf äußeren Zwang, je mehr sie sich auf die (mit allen Mitteln gezüchtete) Ideologie des bürgerlichen Rechtes in den Massen der unterdrückten Klasse stützen kann. Eine Aufgabe einer revolutionären Arbeiterpartei ist mithin [683] die Zerstörung dieser Ideologie mit allen möglichen Mitteln, bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Wer den bürgerlichen Klassenstaat bejaht, muß auch die Mittel zu seiner Erhaltung wollen. Dem entspricht das Verhalten der SPD zur bürgerlichen Justiz. Die Kommunisten sind Feinde des bürgerlichen Staates. Ist ihnen mit den normalen Mitteln der Justiz und Polizei nicht beizukommen, hat die SPD nichts dagegen, daß außergewöhnliche Mittel (willkürliche Außerkraftsetzung gesetzlicher Bestimmungen durch Staatsanwalt und Richter, Spitzel, Provokateure, Fälschungen usw.) angewandt werden, die durch den Zweck geheiligt sind. Die SPD hat nur dann Bedenken, wenn diese Mittel so plump angewendet werden, daß das Ansehen der „Gerechtigkeit“ ramponiert wird. Selbst wenn sie Gewaltkuren nach dem Muster der Noske, Ebert, Severing, Hörsing für notwendig hält, sucht sie ihnen den Charakter „leider“ notwendig gewordener „gesetzlicher“ Ausnahmemassregeln gegen eine wild gewordene Minderheit („Verbrecher“) zu wahren.

Mehr als die Draufgänger der rechten „Volksparteien“ verstehen es die sozialen und anderen Demokraten, daß die Ideologie der Gerechtigkeit sorgfältig gepflegt werden muß. Da zwischen den Fraktionen im bürgerlichen Lager Gegensätze bestehen und die hohe Bürokratie, vor allem auch die der Justiz, sich vornehmlich in den rechten Fraktionen befindet, haben die „linken“ Republikaner über „Mißbrauch“ (!) der Justiz zu jammern. Aber auch die tollsten Stücke sind im Sprachgebrauch der SPD bloß „Entgleisungen“ der Justiz, denen gegenüber „Abhilfe“, „Eingreifen“, „Revision“ und sonst was erwartet (?) und „energisch verlangt“ wird. Die offenbarsten Akte der Klassenjustiz werden zur Stärkung bürgerlicher Rechtsbegriffe benutzt. Wort und Begriff „Klassenjustiz“ verirrt sich nur selten in die Presse der SPD (deren Sprachgebrauch ihre politische Ver lumpung widerspiegelt) oder als radikaler Ton eines „Linken“, der sich durch gelegentliche billige Kraftworte ein Alibi für seine politischen Schweinereien verschaffen will. Im übrigen sucht die sozialdemokratische Presse alles totzuschweigen, was für demokratische Gemüter zu starker Toback ist. Selbst eine Ungeheuerlichkeit wie das Verfahren gegen die Schweidnitzer Reichsbannerleute wird in den Kreisen der SPD-Bonzen der Ungeschicklichkeit der eigenen Leute zugeschrieben; man macht nach außen einige Töne „im Interesse der Justiz selbst“ und sucht im übrigen von hinten herum die Sache aus der Welt zu schaffen.

Es bedarf nicht einmal der Untersuchung der „hohen“ Politik, um den Charakter der SPD in ihrem Verhältnis zur Justiz zu erkennen. Die Zeiten sind längst vorbei, wo sozialdemokratische Korrespondenten in den Gerichtssälen die Gemütsruhe der Paragrafenhandwerker störten. Schon lange vor dem Kriege spann sich vielerorts ein „besseres Verhältnis“ zwischen sozialdemokratischer Presse und Justiz an, wobei die „weise Mäßigung“ der Presse den Ausschlag gab. Deutlich gesagt: schon damals wusch vielfach eine Hand die andere, unterstützte die SPD den „normalen“ Gang der Justizmaschine. Heute liefert der sozialdemokratische Schmock allgemein eine der Klassenjustiz ebenso unschädliche Gerichtsberichterstattung wie sein Kollege offen bürgerlicher Observanz, wenn man nicht gar anstatt einer eigenen Berichterstattung ein Korrespondenz-Unternehmen für Gerichtsberichterstattung benutzt. Da werden gegen arme Teufel (von wegen der wieder herzustellenden „Ordnung“) Urteile gefällt, daß selbst bürgerliche Anwälte entsetzt sind. In Freund Schmock zuckt vielleicht noch etwas wie „Gerechtigkeit“ – aber das Berichterstatten ist ihm Geschäft, wie seinen Parteiführern die Politik. Also Schwamm drüber! Man soll sich nicht die Beziehungen verderben.

Und dies geht alle Tage so in der großen Justizwerkstatt. Die „Oeffentlichkeit“ (selbst das, was man in der „demokratischen Republik“ darunter versteht) weiß nichts davon, kennt durch Schmockarbeit nur die sensationellen Fälle, erfährt auch nichts von dem, was die Schmöcke auf Verabredung oder gute Worte kompromittierter Herrschaften unter-[684]schlagen oder frisieren. Die paar Neugierigen und Kriminalstudenten im Zuhörraum zählen nicht. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverfahren ist eine Fiktion (vom geheimen Vorverfahren und der neudeutschen Schnelljustiz ganz abgesehen), wenn ein Vertreter der Armen und Bedrückten, ein Vertreter der proletarischen Oeffentlichkeit fehlt, der die Justizpraxis klassenmäßig beurteilt und – auswertet.

Aus alledem ergeben sich Schlußfolgerungen:

1. Klassenjustiz ist mehr als Kommunistenprozesse. Es genügt nicht, nur diese in der Presse zu behandeln (was gut geschehen ist). Trifft die Klassenjustiz den Vortrupp der Arbeiterklasse am stärksten und müssen wir dafür sorgen, daß die breiten Massen den Sinn dieser Tatsache verstehen, so müssen wir doch (und deshalb) jede gebotene Gelegenheit benutzen, um an den Beispielen zu zeigen, daß die bürgerliche Justiz ein Klasseninstrument ist, daß sie alle Arbeiter trifft, insbesondere alle, die in irgendeiner Weise mit dem Staatsapparat, seinen Werkzeugen, seinen kapitalistischen Beherrschern, einzelnen Vertretern der herrschenden Klasse in Konflikt geraten. Richtet sich die Klassenjustiz gegen Nichtkommunisten, auch gegen sozialdemokratische Arbeiter (Reichsbanner, Streikende oder ähnlich), so müssen wir auf den scharfen Angriff gegen die bürgerliche Klassenjustiz nicht weniger Kraft verwenden, als auf die selbstverständlich nötige Hervorhebung des arbeiterfeindlichen Charakters der SPD (oder des Reichsbanners).

2. Die Klassenjustiz arbeitet aktiv mit schweren Verurteilungen gegen Arbeiter, vor allem Kommunisten und mit Freisprüchen, Bewährungsfrist und Gnade oder Geldstrafen gegen Angehörige und Werkzeuge der herrschenden Klasse. Von größter Bedeutung ist daneben die passive Rolle der bürgerlichen Klassenjustiz, die Nichtverfolgung ihrer Gesinnungsgenossen, das Verschleppen unangenehmer (nicht nur politischer) Verfahren, mangelhafte Untersuchung. (Muster: Consul-Prozeß; die mit dem Rathenau-Mord zusammenhängenden, noch nicht erledigten Verfahren, Freigeleit für den ins Ausland geflüchteten Mörder-Autolieferanten Küchenmeister; Verschleppung des Verfahrens wegen der sechs Sprengstoff-Attentate, Mordanschläge und Brandstiftungen in Hamburg – 1922). Dies System, über unangenehme Dinge Gras wachsen zu lassen, um sie nicht oder unter veränderten politischen Verhältnissen zu entscheiden, wird durch das Schweigen der Presse unterstützt und erst möglich gemacht. Unsere Presse darf nicht mitschweigen und unsere Parlamentsfraktionen (wo möglich auch Gemeindevertreter) müßten durch Anfragen die Verantwortlichen zum Reden zwingen und so weiteren Kreisen diese Justizschliche offenkundig machen.

3. Das heuchlerische Gejammer der sozialdemokratischen Presse über (zunehmenden!) „Mißbrauch“ der Justiz mit Peitschenhieben kommentieren. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter noch mehr als bisher mit der Klassenjustiz aneinander geraten, müssen sie wissen, daß sie es ihrer Partei zu danken haben, die alle Schandtaten gegen die revolutionären Arbeiter deckte und anführte.

4. Wichtige (gerade örtlich wichtige) Tatsachen der Klassenjustiz auch in den Betriebszeitungen erscheinen lassen, die an einen verhältnismäßig viel weiteren Leserkreis kommen als die Tagespresse.

5. Gerichtsberichterstattung für die kommunistische Presse, die auch insofern Volkspresse werden muß. Die Gerichtssäle sind eine Fundgrube für gegenständliche Kritik an bürgerlichem Staat und Gesellschaft (Prügelnde Polizeibeamte, dienstbotenmißhandelnde „Herrschaften“, Justizbrutalitäten gegen verhungerte Arbeiter, Typen bürgerlicher Staatsstützen usw. Es ist ein auf die Dauer unmöglicher Zustand, daß viele unserer Zeitungen selbst am Ort ihres Erscheinens keine ständige Fühlung mit dem Gerichtssaal haben. Wo aus materiellen Gründen redaktionelle [685] Kräfte mit dieser Arbeit nicht betreut werden können muß man mit Anwälten, Hilfskräften, kleinen Beamten (Zelle im Gerichtsgebäude) Fühlung nehmen, welche uns wichtige Verhandlungen rechtzeitig melden. Auch die gegnerische Presse hat solche Beziehungen, nach oben und unten. Ueberdies an allen Orten mit Gerichtssitz Schulung (in der Praxis) der Arbeiter-Korrespondenten für diese Aufgaben. In sehr vielen Fällen können arbeitslose Genossen und nicht erwerbstätige Genossinnen diese Arbeit übernehmen, umsomehr, da an kleineren Gerichtsorten nur an gewissen Tagen Verhandlungen stattfinden. Gerade in kleineren Orten (Amtsgerichtsbezirken), wo sich unsere Presse schwer durchsetzen kann und das Käseblatt alles „Häßliche“ mit dem Mantel der Liebe zudeckt, aber wegen Kleinigkeiten eingesperrte Arbeiter mit vollem Namen dem Klatsch preisgibt, gewinnt die Gerichtsberichterstattung eine besondere Bedeutung. Und: die Gerichtsberichterstattung ist eine Erhöhung des Etats für den zum Schaden der Verbreitung mißhandelten „lokalen Teil“ auch vom engeren (manchmal zu engen) Standpunkt des Geschäftsführers „wert“.

Zusammen: Verbreitung der Kampffront gegen die Klassenjustiz, die noch mehr ideologische Stützen in der Arbeiterklasse hat, als wir oft anzunehmen geneigt sind.

*

Diskussion.

Wo stehen wir?

Von Ernst Meyer.

Der Offene Brief der Komintern hat die Partei aufgewühlt, so daß sie jetzt aufnahmefähiger als früher für Anregungen sein wird. Die Diskussion kann natürlich nur den Boden lockern, aber nicht die wirkliche politische Arbeit der Partei ersetzen, so notwendig diese Diskussion als Vorbereitung auch ist. Die Diskussion selbst wird mehr und mehr den Weg konkreter Vorschläge einschlagen müssen. Wenn heute es noch vielfach an den genügenden konkreten Vorschlägen für die zukünftige Arbeit der Partei fehlt, so hat das seine Gründe. Die Partei war infolge des falschen Kurses der bei-

den Gruppen Ruth Fischer-Maslow und Scholem-Rosenberg ganz entwöhnt worden, die Mitgliedschaft durch Diskussion und kollektive Arbeit zur politischen Urteilsfähigkeit und Initiative zu erziehen. Die sehr rasche Umstellung vieler Genossen, die hier in dieser Zeitschrift oder in Broschüren und Artikeln noch vor vier Wochen genau das Gegenteil von dem gesagt haben, was sie heute reden und schreiben, ist zwar ein Zeichen der Disziplin gegenüber der Komintern, aber kein Beweis für ihre Fähigkeit, die aktuellen Aufgaben des Proletariats vom kommunistischen Standpunkt aus zu durchdenken.

Die größte und gefährlichste Lücke der bisherigen Diskussion über den Ekkibrief ist der Mangel an gründlicher Analyse der Situation, aus der heraus erst die politischen und taktischen Aufgaben der Partei abgeleitet werden müssen. Bis heute bewegt sich die Diskussion fast überall nur um Fragen der Disziplin, der Fehler einzelner Gruppen und Personen usw. Eine Fortsetzung dieser Art der Diskussion wird der Partei nur wenig nutzen.

Bei allen früheren Parteidiskussionen stand die Analyse der Situation und die Frage der revolutionären Perspektive im Mittelpunkt. Deshalb hat z. B. die Partei die Levi- und KAG-Krise so gut überstanden. Statt wie Levi und seine Anhänger wollten, über Enthüllungen zu diskutieren, beschäftigte sich die Partei mit den viel wichtigeren Fragen des Charakters der Situation und der sich daraus ergebenden Politik der Partei.

[686] Ich will daher versuchen, ganz kurz die politische Situation und die Aufgaben der Partei zu schildern, die meines Erachtens Voraussetzung bzw. Folgerungen des Offenen Briefes sind. Ich verweise im übrigen auf den von mir, Paul Frölich und Karl Becker an den Berliner Parteitag gerichteten Brief (Internationale, Heft 8, 9 und 10).

I.

Die Grundlage für die Herausarbeitung der Aufgaben der Partei muß die Feststellung der relativen wirtschaftlichen Stabilisierung des Kapitalismus sein. Gerade deshalb sind die Beschlüsse des 3. Weltkongresses, die von den beiden Gruppen Maslow-Ruth Fischer und Scholem-Rosenberg angegriffen werden, heute für die Partei von besonderer Wichtigkeit. Auch in Deutschland hat die wirtschaftliche Stabilisierung Fortschritte gemacht. Wie sich jetzt herausstellt, sind manche Krisenerscheinungen von den Kapitalisten selbst hervorgerufen oder übertrieben worden, um privatkapitalistische Manöver zu verschleiern. Die Krise im Ruhrgebiet z. B. ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß das Kohlensyndikat absichtlich eine Reihe von weniger rentablen Zechen stilllegte.

Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung ist aufs engste verbunden die politische „Stabilisierung“. Sie ist eine Folge der steigenden Vorherrschaft des Großkapitals, wie sie sich besonders in der Stärkung des Finanzkapitals und des Trustwesens ausspricht. Wirtschaftliche Konzentration bedeutet stets vermehrte politische Macht. Das Großkapital gewinnt daher zunehmenden Einfluß in der Regierung und Verwaltung. Die Beamten aller Ressorts nehmen mehr oder weniger bewußt Rücksicht auf die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Die Rechtsentwicklung wirkt sich bei allen bürgerlichen Parteien aus. Die Demokraten ähneln immer mehr den Freisinnigen vor dem Kriege. Das Zentrum rückt immer weiter nach rechts. Die jetzige Wirth-Krise ist kein Zeichen der Links-Entwicklung des Zentrums, sondern nur die Reaktion der linksgestimmten Arbeiterkreise des Zentrums gegen den offen reaktionären Kurs des Zentrums auf sozialpolitischem, steuerlichem und rein politischen Gebiet. Der Eintritt des Zentrums in die monarchistische Luther-Regierung und die Unterstützung dieses Kabinetts durch die Demokraten ist ein Symptom dieser reaktionären Entwicklung. Daher ist die Preußenkrise noch nicht endgültig erledigt, so sehr die Sozialdemokraten auch nachgeben, um ihre Scheinpositionen in Preußen behalten zu können.

Diese mit der relativen wirtschaftlichen Stabilisierung zusammenhängende politische Rechtsentwicklung hat die Sozialdemokratie in eine ganz eigentümliche Stellung gebracht. Die SPD befindet sich im Reiche in der Opposition gegenüber der Luther-Regierung, trotzdem diese Partei in Preußen, in Sachsen, in Baden und Hessen eine noch offenere bürgerliche Politik betreibt denn je zuvor.

In ihrem Heidelberger Programm hat die SPD den Gedanken des Klassenkampfes ganz fallen lassen. Die Lösung des Sachsenkonfliktes bedeutete ein neues Bekenntnis zur bürgerlichen Koalitionspolitik um jeden Preis. Und trotzdem erscheint die SPD in den Augen der breiten Massen als eine ehrliche Oppositionspartei, der von Wahl zu Wahl trotz Rückgang ihrer eigenen Mitgliederzahl neue Scharen von Anhängern zugeflossen sind. (Die Differenz zwischen Abnahme der Mitgliederzahl und gewaltiger Zunahme der Wählerzahl der SPD ist ein experimenteller Beweis dafür, daß mehr noch als der objektiven Situation die SPD die Verbreiterung ihres Einflusses der falschen Politik der KPD verdankt.) Die offizielle SPD-Politik wird bei zunehmender Reaktion mit Verschärfung der Klassengegensätze weiter versuchen, gerade immer den Kurs auf der Linie zu halten, die zwischen Scheinopposition zur Fesselung der Massen und Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierung liegt. Sozialdemokratische Redner haben das in Heidelberg so ausgedrückt: Die [687] SPD müsse auch außerhalb der Regierung so operieren, als ob sie selbst noch verantwortlich in der Regierung säße oder morgen die Verantwortung übernehmen müsse. Der zwiespältige Charakter der SPD als einer bürgerlichen Partei, die sich aber in der Hauptsache aus proletarischen Elementen zusammensetzt, drückt sich gerade heute deutlich in ihrer Politik aus. Die zunehmende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter zu übersehen, wäre ebenso falsch und gefährlich, wie den bürgerlichen Charakter der Politik der offiziellen SPD-Führer zu vergessen.

Die relative wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Kapitalismus drückt sich bei den bürgerlichen Parteien in einer einfachen Rechtsschwenkung aus, ruft in dem teilweise mit proletarischen Elementen durchsetzten Zentrum die Wirth-Krise hervor; in der SPD führt sie bei den Führern zu einer noch größeren Anpassung an eine rein bürgerliche Politik, bei den Arbeitern dagegen zu einer Linksorientierung. Gerade diese Linksorientierung muß von der Kommunistischen Partei besonders sorgfältig beachtet und beantwortet werden. Ebenso wie die Partei den Vorgängen bei den Zentrumsarbeitern erhöhte Aufmerksamkeit widmen muß.

Das Großkapital benutzt seine auf wirtschaftlicher Basis gewonnene größere politische Macht zur Erringung neuer wirtschaftlicher Vorteile. Die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik Deutschlands wird ganz in seinen Dienst gestellt. Die Steuervorlagen brachten nennenswerte Ermäßigungen der Besitzsteuern, eine kaum erwähnenswerte Milderung der Lohnsteuer und gewaltige indirekte Steuern (auf Tabak, Bier, Zucker, Zündhölzer usw.). Dagegen wurden alle Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Erhebung einer Inflationsgewinnsteuer sowie anderer Besitzsteuern abgelehnt. Ebenso regelte das Parlament die Aufwertungsfrage zugunsten der Sachwertbesitzer unter brutaler Vernachlässigung aller Interessen der kleinen Gläubiger, Kriegsanleihezeichner und Sozialrentner. Parlament und Regierung gewähren immer neue Vergünstigungen für die Zahlung der sogenannten Besitzsteuern. Staatliche Kredite kommen selbstverständlich nur den größten industriellen Unternehmungen und dem Großgrundbesitz zugute. Der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß wird durch die Wirtschaftspolitik und Kreditpolitik des Staates noch gefördert.

Bei den Traditionen des deutschen Bürgertums zeigt sich der Rechtskurs dieses Bürgertums auch in einer Stärkung des Föderalismus und des Kleinstaatenwesens, sowie in den monarchistischen Bestrebungen. Dabei muß wohl unterschieden werden zwischen dem Ausbau der Selbständigkeit der einzelnen Länder im Interesse bestimmter provinzieller Kapitalistengruppen, im Interesse der Stärkung politischer und kultureller Reaktion – also Maßnahmen von unmittelbar realem Wert für die Kapitalisten – und bloßem propagandistischen Geschwätz zum Zweck der Irreführung kleinbürgerlicher Kreise. Ähnliches trifft auch für die Bewertung der monarchistischen Strömungen zu, die man ebenso wenig ganz leugnen wie überschätzen darf. Es ist natürlich Unsinn, daß Deutschland oder irgend ein anderer besiegtter Staat nur als monarchistischer Staat imperialistische Politik betreiben kann, wie Maslow behauptet hat. Die Kräfte in der Richtung der Wiederherstellung der Monarchie liegen vielmehr auf innenpolitischem Gebiet. Einzelne kapitalistische Kreise spielen sicher mit dem Gedanken, daß zur restlosen Durchführung der wirtschaftspolitischen Reaktion die Einführung der Monarchie nur von Vorteil sein könnte. In der Hauptsache dient die monarchistische Agitation heute aber der Irreführung des Kleinbürgertums über die Gründe seiner eigenen Notlage. Ohne die monarchistische Gefahr zu überschätzen und in ihr, wie die Ruth Fischer-Zentrale es tat, den

Angelpunkt der deutschen Politik zu sehen (nachdem man Monate vorher, wo die Frage wirklich aktuell war, jede Antwort abgelehnt oder eine falsche Antwort gegeben hatte), muß die KPD auch in dieser Frage eine die Massen um uns sammelnde Antwort geben.

[688] Typisch für die politische Festigung des Bürgertums ist die Zurückdrängung der faschistisch-revolutionären Strömungen. Das Großkapital braucht nicht mehr das Kleinbürgertum zu fürchten und es daher durch Finanzierung des Faschismus zu zersetzen. Es schätzt seine eigene Kraft gegenüber der Arbeiterschaft und die Zuverlässigkeit des von ihm beherrschten legalen Staatsapparates so stark ein, daß es eine größere faschistische Bewegung für entbehrlich hält.

Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des deutschen Bürgertums zeigt sich auch in der Wiederaufnahme einer aktiveren Auslandspolitik. Trotz der Verflechtung des deutschen und des ausländischen Kapitals, ja einer teilweisen Ueberfremdung des deutschen Wirtschaftslebens, sucht das deutsche Bürgertum wirtschaftlich und politisch wieder größere Ellbogenfreiheit gegenüber dem Auslande zu gewinnen. Diese Politik ist eine imperialistische trotz der von der Entente übernommenen Verkleidung hinter pazifistische Phrasen. Das deutsche Bürgertum hätte zunächst versucht, den Vertrag von Versailles in seinen wirtschaftlichen Folgen zu sabotieren. Als ihm durch die Ruhrbesetzung und den Zusammenbruch des Ruhrkampfes diese Politik gründlich versalzen wurde, erklärte es sich zur Ausführung auch der wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Vertrages bereit, und es gelang ihm dabei, durch den Dawes-Pakt sogar ein gutes Stück der früher von der Entente verlangten Reparationslasten abzuhandeln. Der Sicherheitspakt bedeutet nur die diplomatische Krönung dieser wichtigen wirtschaftlichen und politischen Tatsache der Annahme des Dawes-Pakts. Verhüllt durch pazifistische Phrasen versucht Deutschland, unter Anlehnung an die Entente, wieder imperialistische Politik zu betreiben. Die Kolonial-Appetite wachsen zusehends. Deutschland wird sich ein Mandat über Teile von Togo oder Kamerun übertragen lassen, trotzdem es dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu anderen Staaten tritt und insbesondere sein bisheriges günstiges Verhältnis zu den nach Freiheit strebenden Kolonialvölkern aufgibt – ein Verhältnis, das allerdings bei Deutschland erzwungen und passiv war, während Rußlands Stellung zu den Kolonialvölkern freiwillig und positiv ist. Trotz der imperialistischen Absichten dieser ganzen Politik führt die Annahme des Sicherheitspaktes zu einer Krise der Deutschnationalen. Die Enttäuschung über den Umfall der Deutschnationalen ruft unter ihren völkisch kleinbürgerlich-proletarischen Anhängern eine Stimmung hervor, die es uns erleichtern muß, sie von der nationalistischen Phrase hinweg auf ihre soziale Lage hinzulenken.

Die aktivere Außenpolitik Deutschlands zeigt sich insbesondere in der zollpolitischen (neben der geheimen militärischen Aufrüstung und seinem zähen Auftreten bei den Handelsvertragsverhandlungen. Heute leistet sich Deutschland bereits einen Zollkrieg mit Polen, morgen wird es sich vielleicht stark genug fühlen, auf Grund der hohen Zölle die Einfuhr russischen Getreides zu sperren und übermorgen wird selbst die Entente gezwungen sein, den internationalen Markt wieder zum Teil der deutschen Konkurrenz zu überlassen.

II.

Wir haben bisher die relative Stabilisierung nur von der Seite des Kapitalisten aus verfolgt. Aber für die Arbeit der Kommunistischen Partei ist die Rückwirkung dieser relativen Stabilisierung auf die arbeitenden Schichten noch wichtiger. Mit der Maristabilisierung war eine Lohnstabilisierung verbunden. Den Arbeiter bedroht nicht mehr die Gefahr, daß sein Wocheneinkommen schon am nächsten Tage völlig entwertet wird, wenn auch die Löhne in ihrer Kaufkraft niedriger waren, als vor dem Jahre 1923. Im Laufe des letzten Jahres, besonders seit dem Frühjahr 1925, ist eine Lohnsteigerung in vielen Industrien eingetreten. Ebenso hat die Arbeitslosigkeit seit dem Winter 1923/24 abgenommen. Beides ändert sich in den letzten Wochen aber wieder zuungunsten der Arbeiter. Trotz Rückgangs der Mitgliederzahl der Gewerkschaften hat sich der Einfluß der [689] Gewerkschaften gestärkt. Während im Jahre 1923 die Gewerkschaften der revolutionären Stimmung der Arbeiterschaft bei den zahllosen Streiks einflußlos und ohnmächtig gegenüberstanden, und während im Winter 1923/24 die Mitglieder die Gewerkschaften in erheblicher Zahl flohen, nimmt seit eini-

gen Monaten die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wieder zu und, was noch wichtiger ist, die Gewerkschaften (oder die Gewerkschaftsbürokraten) führen heute wieder die wirtschaftlichen Kämpfe. Die Stabilisierung hat also zu einer relativen Stärkung der Gewerkschaften wie zu einer relativen Stärkung der SPD innerhalb der Arbeiterschaft geführt.

Die KPD hat diesen Prozeß zum Teil nicht erkannt und zum anderen Teil unter falscher Führung von Ruth Fischer und Scholem mit taktischen Maßnahmen beantwortet, die die KPD nur schwächten und mehr oder weniger der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie zu gute kamen.

Der Offene Brief der Exekutive hat vollkommen recht, wenn er auf einige in der allerletzten Zeit eingetretene Veränderungen im politischen Leben Deutschlands hinweist. Die führenden Gruppen hatten diese Veränderungen nicht erkannt, weil sie die Grundlage und Ursachen dieser Verschiebungen nicht sahen und zum Teil noch heute nicht anerkennen wollen. Der Hauptgrund der fehlerhaften Politik lag aber nicht in der falschen Analyse der Situation, sondern in einer falschen Taktik, insbesondere in der Weigerung, mit der Parole „Heran an die Massen“ ernst zu machen, die Einheitsfronttaktik konsequent anzuwenden und Teilforderungen zur Mobilisierung der Massen in allen Tagesfragen des Proletariats und der halbproletarischen Schichten aufzustellen. Nur ein paar Beispiele dieser Versäumnis seien hier genannt.

So hat die Partei nicht auf die ungeheuerlichen Steuervorlagen, die die breitesten Massen der Bevölkerung berühren, mit einer breiten Massenpropaganda für konfiskatorische Steuern auf die Besitzenden geantwortet. Sie erlaubte es in geradezu leichtfertiger Weise der SPD, mit dem Schwindel der gerechten Lastenverteilung zahlreiche Anhänger zu gewinnen, statt selbst mit der seit Erörterung der Reparationsfragen von der Komintern geforderten Lösung der Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie die breiteste Massenpropaganda zu betreiben. Die alte Zentrale verfolgte jeden Vorschlag im Sinne eines revolutionären Steuerprogramms mit den brutalsten organisatorischen Maßregeln.

Wer auch nur die Steuerbeschlüsse des Jenaer Parteitages als Ergänzungsanträge zu den Resolutionen der Zentrale stellte, wurde als angeblicher Feind des Leninismus geächtet. Dabei hat die Komintern die Steuerresolution des Jenaer Parteitages noch für unzureichend erklärt. (Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums des EK, Petrograd 1922, Verlag der KI, insbesondere Seite 228 bis 237.)

In der Resolution der Exekutive zur Reparationsfrage vom 23. Dezember 1921 heißt es:

„Dieser also entbrannte Kampf formulierte aber auch sofort die politischen Forderungen, um die dringende Notlage, in der sich das deutsche Proletariat befindet, zu beseitigen: Erfassung von Gold- und Sachwerten, Abwälzung der Staats- und Gemeindelasten auf die Schultern der Besitzenden; statt Stinnesierung der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe Kontrolle der syndizierten Industrie; statt uneingeschränkter Ausbeutung teilweise Enteignung des großen Besitzes“ (Seite 33)

Ohne schematisch alle Beschlüsse aus den Jahren 1921 und 1922 zu übernehmen, wird die Partei ganz ernsthaft an die Aufstellung eines konkreten, revolutionären Steuerprogramms und an eine gründliche Massenpropaganda für diese Forderungen herangehen müssen. Die Forderung progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern, der Konfiskation der dynastischen Vermögen, hoher Erbschaftssteuern usw. wird darin eben [690] sowenig fehlen dürfen, wie die Forderung der Steuerkontrolle durch die Arbeiterschaft und der Streichung aller arbeiterfeindlichen Ausgaben.

Bei dem Kampf gegen die Zölle befand sich die KPD eigentlich in einer Front mit der SPD. Die KPD hat keinen prinzipiellen, marxistischen Standpunkt zur Zollvorlage eingenommen. Der Marxismus hat es immer abgelehnt, sich in der Frage Schutzzoll oder Freihandel unter allen Umständen für den letzteren zu entscheiden. Die Partei hätte deshalb unbedingt die Forderung des Außenhandelsmonopols und einer staatlichen Planwirtschaft in Landwirtschaft und Industrie propagieren müssen. Aber die Partei verstand nicht, daß es auch auf diesen Gebieten Teilforderungen zur Gewinnung der Sympathien der proletarischen und halbproletarischen Massen gibt.

Die anlässlich der Annahme des Dawes-Plans in Form eines Gesetzentwurfs im Reichstag aufgestellte Sozialisierungsforderung war, abgesehen davon, daß dieser Antrag mit dem Datum vom 18.

August 1924, also 10 Tage vor Annahme des Dawes-Gesetzes, viel zu spät kam, durchaus nützlich. Aber spätestens, nachdem dieser Antrag, wie selbstverständlich vorauszusehen war, abgelehnt worden war, wäre es sehr zweckmäßig gewesen, wenn die Partei die Forderung der staatlichen Zwangssyndizierung, also „die teilweise Konfiskation durch Beteiligung des Staates an der Produktion“ (Formulierung des Genossen Sinowjew) aufgestellt hätte. Gerade in der Zeit, wo die Staatsbetriebe und sogar Kommunalbetriebe in Privatbesitz übergeführt wurden, hätte unsere Partei mit dieser Forderung der Verstaatlichung unter den staatlichen und städtischen Arbeitern propagandistisch erfolgreich wirken können und überhaupt eine wirksame Gegenagitation gegen die Entstaatlichung betreiben können.

Es gab viele Anlässe, um diese Forderung erneut zu konkretisieren. Die Zahlung der Ruhrentschädigungen an die Ruhrindustrie, der Zusammenbruch von Stinnes, die großen Bergwerks-Unglücksfälle, die Stilllegung vieler Ruhrzechen, – das alles waren Gelegenheiten, über die Anarchie und die Unfähigkeit des Privatkapitalismus zu sprechen und die Notwendigkeit der staatlichen Zwangssyndizierung unter Kontrolle der Arbeiterschaft nachzuweisen. Ueberhaupt ist in unserer Propaganda die Forderung der Kontrolle der Produktion ganz zurückgetreten. Diese Forderung enthält sowohl den Hinweis auf die Unumgänglichkeit der proletarischen Kontrolle wie der Notwendigkeit der Planmäßigkeit der Produktion.

Die Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Ausgestaltung der Sozialpolitik) sind so selbstverständlich, daß an dieser Stelle nicht näher darüber gesprochen zu werden braucht. Die Partei befand sich nur insofern in einem Irrtum, als sie glaubte, durch die Aufstellung allein dieser Forderungen das Vertrauen der Massen gewinnen zu können. Die Arbeiter sind aber viel zu geschult, als daß sie den Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Forderungen so übersehen und vernachlässigen könnten, wie das lange Zeit die Zentrale der KPD getan hat. Unterlassungssünden auf politischem Gebiet hindern auch die Erfolgsmöglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet.

So war es ein schwerer Fehler, daß die Partei keine Antwort auf die Regierungskrisen im Reiche und in Preußen gegeben hat. Trotz wiederholter Forderungen der Exekutive, daß die KPD die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen und für sie eine Massenpropaganda machen soll, hat die KPD das immer wieder abgelehnt. Das Hallesche Parteiblatt „Klassenkampf“ bekam es sogar fertig, in dem offiziellen Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eigenmächtig das Wort „Arbeiter- und Bauernregierung“ durch proletarische Diktatur zu ersetzen (Dezember vorigen Jahres). Als ich im Zentralausschuß die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, ausdrücklich im Sinne der Beschlüsse des 3. Weltkongresses, forderte, wurde das von einzelnen Rednern als ein [691] Zeichen besonders gefährlichen „Opportunismus“ zurückgewiesen. Soweit war die Verwirrung in der Partei selbst bei den leitenden Funktionären unter dem Druck des unkommunistischen Kurses der Führung gediehen! Je mehr die Partei jetzt durch einen linken Block in den Gewerkschaften und durch wirkliche Einheitsfrontpolitik die politischen Voraussetzungen für diese Losung schafft, um so rascher wird auch die Partei endlich eine zähe Massenpropaganda für diese politische Forderung enthalten müssen.

Keine dieser Forderungen ist natürlich in den Mittelpunkt zu stellen oder gar der Forderung der Diktatur gegenüberzustellen. Aber ihre Uebernahme ist ein Beweis dafür, ob die Partei wirklich eine neue Sprache zu den Arbeitermassen finden, an die Tagesbedürfnisse anzuknüpfen verstehen wird.

III.

Ich habe nur ein paar Gesichtspunkte und Vorschläge herausheben können und verweise im übrigen auf den von Becker, Frölich und mir an den Parteitag gesandten Brief nebst Anlagen (vergleiche Internationale Heft 8, 9 und 10). Gewiß werden einige Genossen schreien: Das ist die Rückkehr zur Brandlerei. In dem soeben erwähnten Brief an den Berliner Parteitag ist so ausführlich über den Oktober 1923 und seine Fehler gesprochen worden, daß es hier genügen muß, zu unterstreichen, daß ich von dieser Kritik nicht das mindeste hinwegzutun gedenke. Die Vor-Oktoberpolitik war nicht falsch, weil sie auf der Taktik der Einheitsfront basierte und die Aufstellung von Teilforde-

rungen zur Konsequenz hatte; darin beruhte vielmehr ihr Wert. Die Partei erlag aber den mit dieser Taktik verbundenen Gefahren. Im Oktober kam dazu ein verhängnisvoller Fehler der „Spitze der Spitze“, die in einer entscheidenden historischen und revolutionären Situation weder die Bedeutung dieser Stunde erkannte, noch die für eine kommunistische Führung und für eine kommunistische Partei notwendigen Schlüsse daraus zog.

Es ist in der Tat ein Verdienst der Linken, daß sie die Rolle der Partei stärker betont hat. Aber die Erkenntnis von der Rolle einer kommunistischen Partei darf sich nicht nur darin zeigen, daß man mehr über diese Rolle redet, so notwendig das in bestimmten Zeitabschnitten zur Verhinderung von Unklarheiten notwendig ist. Eine Parteiführung lehrt die Partei nur dann richtig die Rolle der eigenen Partei erkennen, wenn sie durch eine entsprechende Politik die Partei vor der Gefahr des Herab-sinkens zu einer Sekte wie vor der Gefahr opportunistischer Versumpfung behütet. Wenn ich jetzt eine ganze Anzahl politischer Vorschläge wiederhole, die nicht etwa nur von Brandler, sondern vor seiner Rückkehr nach Deutschland, aufgestellt worden sind, so bedeutet das nicht eine Rückführung der Partei auf den Stand der Vor-Oktoberzeit. Die Lehren des Oktobers 1923 sind an der Partei nicht spurlos vorübergegangen. Die Partei wird in Zukunft schärfer denn je darüber wachen, daß die Fehler des Oktober nicht wiederholt werden, daß insbesondere die Partei sich nicht an die SPD bindet und nicht die enge Verbindung zwischen Teilforderungen und unseren Endforderungen außer acht läßt.

Die Taktik der Partei kommt heute auch nicht der einer Opposition innerhalb der alten Sozialdemokratie gleich, wie sich manche wirklich rechts gestimmte Genossen einbilden. Die Erfahrungen der Kriegs- und Revolutionszeit sind an dem deutschen Proletariat nicht spurlos vorübergegangen. Die Kommunistische Partei muß gerade die revolutionären Erfahrungen und Traditionen pflegen und praktisch fortsetzen. Diese Aufgabe wird der KPD dadurch erleichtert, daß auch die Situation heute viel revolutionärer ist, als jemals vor dem Kriege. Thalheimer hatte unrecht, als er in den Debatten mit der KAG behauptete, daß die Existenzberechtigung für die Kommunistische Partei nur in dem revolutionären Charakter der Nachkriegszeit lag. Aber die Voraussetzungen für eine revolutionäre, für eine kommu-[692]nistische Partei sind tatsächlich trotz der relativen Stabilisierung des Kapitalismus unvergleichlich günstiger als in der Vorkriegszeit.

Der Kapitalismus hat sich von den Erschütterungen der Kriegs- und Revolutionszeit keineswegs erholt. In einem Lande, in Sowjetrußland, hat die proletarische Revolution gesiegt, und der Sowjetstaat ist nicht mehr zu erschüttern. In Deutschland haben die Arbeiter das Vorspiel revolutionärer Erhebungen erlebt und nicht vergessen. In einer ganzen Reihe europäischer Staaten, selbst in England, hat die Radikalisierung der breiten Massen große Fortschritte gemacht, so unklar und zwiespältig sich häufig auch dieses Erwachen des revolutionären Geistes äußert.

Es ist deshalb verhältnismäßig leicht – im Vergleich zur Vorkriegszeit –, größere Arbeiterschichten von der reformistischen Führung loszulösen. In England sehen wir, daß die Loslösung erfolgt, ohne daß eine zahlenmäßig nennenswerte Kommunistische Partei diesen Prozeß wesentlich beeinflusst. In Deutschland ist es keine so schwierige Aufgabe, einen linken Arbeiterblock in der Gewerkschaftsbewegung oder sonst auf überparteilichem Gebiet zu schaffen. Die starke gewerkschaftliche Oppositionsbewegung, die Kontroll- und Betriebsrätebewegung bis zum Jahre 1923 und die Rotfrontkämpferbewegung seit dem Jahre 1924 sind dafür Beweise. Wenn die führenden Gruppen der KPD es nicht abgelehnt hätten, Einheitsfrontorgane zu schaffen, dann wären auch in den Jahren 1924 und 1925 auf diesem Gebiet Erfolge zu erreichen gewesen. Aber da im vergangenen Jahre sogar schon das Wort „Arbeiter- und Bauernblock“ verpönt war, nimmt es kein Wunder, daß die Partei keine den Kampf gegen das Unternehmertum führende proletarische Klassenorgane bilden konnte, und daß die Partei mehr und mehr an Einfluß in den Gewerkschaften und überhaupt innerhalb der Arbeiterschaft verlor. Auch der Prozeß der Loslösung der Massen von der SPD wurde durch eigene Schuld der KPD vollkommen unterbunden. Von den 100.000 Mitgliedern, die im vergangenen Jahre die SPD verlassen haben, hat die KPD überhaupt nichts erhalten.

Ueber die Aenderung des Kurses gegenüber der SPD und den Gewerkschaften und die damit zusammenhängenden wichtigen politischen Fragen sind im Offenen Brief der Exekutive soviel treffliche Anweisungen enthalten, daß es überflüssig ist, hierüber noch ausführlicher zu sprechen.

Die im Verhältnis zur Vorkriegszeit günstigere Situation zeigt sich weiter in der Schwächung des Imperialismus durch die Freiheitsbestrebungen der unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völker. England ist in seinen Wurzeln durch Bewegungen in Aegypten, Indien und China bedroht. Frankreich kämpft schwer in Nordafrika und Syrien. Auch die übrigen imperialistischen Mächte haben ihre besonderen kolonialen Sorgen. Diese nationalen Erhebungen wirken wiederum stärkend auf die revolutionäre Bewegung in den imperialistischen Staaten zurück. Selbst in den Staaten ohne Kolonien wächst bei der Arbeiterschaft das Verständnis für den Freiheitskampf der Kolonialvölker und für die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den Bauernmassen. Auch das ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der Vorkriegszeit. Während damals die Agrar- und Kolonialfrage unter dem Einfluß einer im Grunde kleinbürgerlichen Ideologie ohne revolutionäre Grundsätze und Perspektiven beantwortet wurde, ist heute selbst in nichtkommunistischen Arbeiterkreisen das Verständnis für diese Fragen und der Wille zu einer revolutionären Zusammenarbeit ganz beträchtlich.

Wer angesichts dieser ganzen Sachlage nicht von einem fröhlichen Optimismus über die Aussichten der kommunistischen Arbeit erfüllt ist, wer über den Unverstand der Massen jammert, der verrät, daß er nichts von der Vergangenheit der Arbeiterbewegung kennt, daß ihm jede Vergleichsmöglichkeit mit früheren Zeiten fehlt, und daß ihm die Qualität für die Führung einer revolutionären Partei abgeht. Ist es vorstellbar, daß jemals [693] Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht selbst in der Vorkriegszeit sich so pessimistisch über die Kampffähigkeit und die Kampfbereitschaft des deutschen Proletariats geäußert hätten, wie es jetzt die beiden unkommunistischen Führergruppen Fischer-Maslow und Rosenberg-Scholem getan haben und noch tun? Die Aeußerungen von Ruth Fischer haben zwar sehr viel in dieser Beziehung mit denen sozialdemokratischer Bürokraten, aber nichts mit denen revolutionärer Führer gemein!

Die ganze Diskussion der Partei muß von dem Geiste des revolutionären Optimismus getragen werden. Die Diskussion ist notwendig, sie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der KPD in der Zukunft, ja, sie ist schon ein Teil dieser Arbeit selbst. Allerdings wird diese Diskussion mehr als bisher die politischen Fragen in den Mittelpunkt stellen und von einer gründlichen Analyse der Situation ausgehen müssen, die ich im Rahmen eines Artikels nur skizzenhaft andeuten konnte und für deren vollständige, alle Seiten umfassende Beantwortung eine in den letzten Jahren zerstörte kollektive Arbeit notwendig ist.

*

Einige Bemerkungen zur Parteidiskussion.

Von Arthur Rosenberg.

Glauben Sie, daß das Wichtigste in der Partei die Produktion von Thesen ist, die meistens nur von den Verfassern gelesen werden? (Sinowjew am 13. August 1923.)

I. Unsere Stellung in der Arbeiterschaft.

Es ist Mode geworden, in Sündenbekenntnissen aller Art unsere Partei in Grund und Boden zu verdammen. Demgegenüber soll zunächst gesagt werden, was wir trotz aller Fehler an unserer Partei haben. Die KPD hat das halbe Jahr der Illegalität 1923/24 als Massenpartei in einer Weise überstanden, die außerhalb Rußlands ohne Beispiel ist. Im Jahre 1924 saßen tatsächlich mehrere Tausend Genossen in Gefängnissen und Zuchthäusern. Die Partei hat sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Erst kürzlich wurde aus Württemberg berichtet, daß dort von den Hunderten inhaftierten Genossen kein einziger der Partei untreu geworden ist. Wie hat man in ganz Deutschland unsere Genossen gemaßregelt und brotlos gemacht: Die herrschende Klasse läßt von Zeit zu Zeit ganz bewußt zur Einschüchterung Kommunisten niederschießen. So war der beispiellose Hallesche Arbeitermord in diesem Frühjahr in der Thälmann-Versammlung von SPD-Führern inszeniert, um unsere Wahlkampagne zu lähmen. Trotz alledem steht die Partei ausrecht, hat fast 200.000 Mitglieder, und

sie erhielt bei den Präsidentenwahlen 2 Millionen Stimmen in einer Situation, wo jeder wußte, daß dies verlorene, für die endgültige Entscheidung gleichgültige Stimmen sind. In der Zeit der Stabilisierung und Flaute sahen wir, wie der Rote Frontkämpfer-Bund zu einer breiten Massenbewegung wurde. Ein glänzendes Zeichen revolutionärer Tatkraft im deutschen Proletariat. Trotz aller Fehler und Schwächen der Gesamtpartei und der einzelnen Genossen haben wir den besten und klarsten Teil des Proletariats hinter uns.

Aber ebenso klar ist, daß wir nur die Minderheit des Proletariats hinter uns haben und daß diese Minderheit auf die übrige Arbeiterschaft nur einen minimalen Einfluß ausübt. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse ist bei der SPD, den Christlichen und den Schwarzweißbroten. Von den Bauern haben wir erst einige Prozent gewonnen, um vom Mittelstand und den Intellektuellen ganz zu schweigen. Woher kommt das? [694] Warum ist heute allein die SPD im Proletariat zwei- bis dreimal so stark wie wir? Das kommt nicht daher, daß die SPD nicht genügend entlarvt ist. Der Glaube, daß man mit drei Offenen Briefen, sechs Aufrufen und neun Leitartikeln die Millionen SPD-Arbeiter zu uns herüberziehen kann, sollte endlich verschwinden. Auch Leitartikel, Aufrufe und Offene Briefe sind manchmal nötig, aber sie sind kein Rezept, um eine schlechte Situation in eine gute zu verwandeln. Die Arbeitermassen sind bei der SPD, erstens, weil sie an die Revolution nicht glauben; zweitens, weil sie der Meinung sind, daß in der nichtrevolutionären Situation die SPD die Arbeiterinteressen besser vertritt als wir; drittens, weil sie uns als Partei nicht ernst nehmen, sondern für einen konfusen Haufen von Thesenfabrikanten, Radaumachern und Putschisten halten.

Um unseren Einfluß in den Massen zu stärken, ist also dreierlei nötig. *Erstens*: Wir müssen den Massen zeigen, daß der Kapitalismus in Deutschland auf die Dauer nicht stabilisiert werden kann. *Zweitens*: Wir müssen den Massen zeigen, daß wir ihre Tagesinteressen besser vertreten als die SPD. *Drittens*: Wir müssen den Massen zeigen, daß wir ernsthafte Menschen sind, denen man die Führung des werktätigen Volles in Deutschland anvertrauen kann. Für alle drei Punkte ist aber die Voraussetzung, daß wir, *viertens*: selbständig als Partei bestehen bleiben und uns nicht aufgeben, d. h. entweder ein Anhängsel der SPD werden oder in Anarchismus und KAPismus versinken. Wir wollen kurz die vier Punkte betrachten.

2. Zur Perspektive.

Die Ueberzeugung, daß der Kapitalismus in Deutschland nicht stabil ist, sei hier nur in wenigen Sätzen begründet. Ein Industrieland wie Deutschland kann unter den modernen kapitalistischen Bedingungen nur leben, wenn es Kapital exportiert. Ein solcher imperialistischer Kapitalexpert ist der deutschen Bourgeoisie seit der Niederlage im Weltkrieg unmöglich. Ein neues Gleichgewicht im kapitalistischen Sinn kann die deutsche Wirtschaft nicht finden. Sowohl die Inflation als auch die sogenannte Stabilisierung auf den Krücken immer neuer ausländischer Milliarden-Kredite kann nur vorübergehende Lösungen schaffen. Also muß die deutsche Bourgeoisie, um Mehrwert zu produzieren, die Ausbeutung des Proletariats ständig verschärfen, also muß sie die Enteignung des Mittelstandes und der Bauernschaft stets weitertreiben, also muß, auf lange Sicht, in Deutschland die revolutionäre Situation wiederlehren. Ganz abgesehen davon, daß die deutsche Bourgeoisie sich aus der Gesamtkrise des europäischen Kapitalismus nicht befreien kann.

3. Unser falscher Arbeitsstil.

Unsere Partei hat bisher einen ernsthaften sächlichen Arbeitsstil nicht gefunden. Bei uns wurde im allgemeinen genau so liederlich die Revolution „organisiert“, wie verkaufte Literatur abgerechnet. Unter Ernst Meyer so gut wie unter Brandler schwankte die Partei zwischen opportunistischen Dummheiten und leeren radikalen Gesten einher. 1824, seit dem Frankfurter Parteitag, suchte die linke Führung aus diesem Zustand herauszukommen. Unser Kampf gegen den Dawes-Plan und für die Wiederaufnahme der Gewerkschaftsarbeit war wenigstens ein Versuch, ernste kommunistische Politik zu treiben. Seit Anfang 1925 ist die führende Ruth Fischer-Gruppe aber in die alten Fehler zurückgefallen und hat sie zum Teil noch vergrößert. Maslows Volksblock-Theorie war unter anderem auch die Flucht aus der zu langweiligen Tagesarbeit, die man nicht leisten konnte, zu einem verblüffenden Trick, der alles lösen sollte.

Gegen solche Methoden trat bald eine Oppositionsgruppe in der Zentrale auf. Für eine Konferenz führender Funktionäre aus dem Reich habe ich am 3. Mai d. J. zusammen mit den Genossen Schollem und Katz [695] eine Resolution entworfen. Daraus sei hier ein Stück wörtlich wiedergegeben:

„Die Partei zeigt noch große Fehler und Mängel. Diese ergeben sich aus der bekannten Geschichte der Partei und den Umständen, unter denen sie erwachsen ist. Es fehlt noch ein ausreichender, breiter, bolschewistisch klarer Funktionärstamm. Diese Lücke mußte durch Bürokratismus ersetzt werden. Die Partei im ganzen, wie ihre Mitglieder, ist vielfach nicht imstande, die realen politischen Fragen zu sehen. Deshalb ist unsere Arbeit in den Kommunen, Betrieben und Gewerkschaften noch so unzulänglich. Die Genossen finden vielfach nicht die nötige Zeit und die nötige Sammlung zu wirklich bolschewistischer Schulung und bolschewistischer Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften. Die ‚amerikanische Sachlichkeit‘, die neben dem revolutionären Schwung für eine Kommunistische Partei unerlässlich ist, fehlt der KPD noch so gut wie vollständig. Anstelle dessen haben wir noch viel zu viel bürokratische Schablonen.

Die KPD hat in der Zeit nach dem Frankfurter Parteitag große Fortschritte auf dem Wege ihrer inneren Kräftigung gemacht. Es ist auch manches zur Eindämmung des Bürokratismus, zur besseren theoretischen und praktischen Schulung der Funktionäre und zur Vertiefung der sachlichen Tagesarbeit geschehen. Aber das meiste ist in dieser Hinsicht noch nachzuholen.

Die Partei hat den Feldzug gegen den Dawes-Plan im wesentlichen richtig geführt. Das verhältnismäßig günstige Wahlergebnis am 7. Dezember war die Quittung dafür. Im letzten halben Jahr hat die Partei jedoch die aktuellen politischen Tagesaufgaben entweder nicht gesehen oder völlig unzulänglich beantwortet. Die Hauptfehler im einzelnen sind die folgenden:

1. Die Partei hat praktisch gegen die in Deutschland herrschende Bourgeoisie überhaupt nicht gekämpft, sondern sich auf mehr oder minder geschickte Zänkereien mit der SPD beschränkt. So kam es, daß die Partei von der seit dem Tode Eberts aktuell gewordenen monarchistischen Diktatur-Gefahr völlig überrascht wurde. Es spielte dabei die falsche Theorie mit, daß wir gar nicht imstande wären, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, weil zwischen uns und der Bourgeoisie die SPD stehe.
2. Die Partei hat die entscheidende Frage des deutschen Finanz- und Steuerwesens völlig unzulänglich behandelt. Die Zentrale hat es nicht verhindern können, daß ihre viel zu spät herausgekommenen Anweisungen und Richtlinien über die Steuerfrage von ungeeigneten Mitarbeitern völlig opportunistisch verdorben waren.
3. Die Partei hat die außenpolitischen Probleme weder vor den Massen ernsthaft gestellt, noch agitatorisch genügend ausgenützt.
4. Die Partei hat die Amnestiefrage nach einem kurzen erfolgreichen Anlauf vollkommen verfahren lassen.
5. Die Partei hat den Barmat-Skandal nicht genügend ausgenutzt. Es ist selbstverständlich reine Phantasie, daß die KPD mit Hilfe der Barmat-Affäre die SPD hätte sprengen können, oder wir hätten doch bessere Erfolge bei besserer Behandlung des Gegenstandes erzielen können.
6. Die an sich guten und verständigen Zentralaussschuß-Thesen vom Januar 1925 führten in der Praxis zu der kindischen Auffassung, man könne bei geschickter Taktik die Entwicklung von kleinen Streiks zu großen Streiks und von den großen Wirtschaftskämpfen zur Revolution führen. Diese unerhörte Torheit führte dazu, daß die Partei in ihrer Masse überhaupt zu politischen Problemen nicht Stellung nahm und sich auf eine äußerst mangelhafte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beschränkte. Dabei ist eine ernsthafte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit auch nur mit einem klaren politischen Programm möglich.
7. Die Partei hatte nicht den Mut, die Regierungsfrage offen und klar zu stellen, und sie hat lieber Koalitionsexperimente versucht, als daß sie die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ernsthaft aufnahm.
8. Die Partei hat eine völlig unsachliche, nichtige, uns vor den Arbeitern blamierende Politik in den einzelnen Ländern und Kommunen geführt. Insbesondere hat die Partei nichts getan, um die schwere Krise innerhalb der sächsischen Sozialdemokratischen Partei auszuwerten.
9. Die Partei hat zwar für die Bauernfrage viel Arbeitseifer gezeigt, aber ein wirkliches Verständnis für die realen Probleme der ländlichen Bevölkerung nicht gewonnen.
10. Die Partei hat ernsthaft nichts getan, um mit der nationalen Frage die rechtsstehenden Mittelschichten gegen die Großbourgeoisie auszuspielen.

Die einzige ernsthafte politische Tat der Partei in diesem Jahre bleibt trotz aller Unzulänglichkeiten bei der Einzeldurchführung die Präsidentschaftskandidatur Thälmann und ihre Durchkämpfung in beiden Wahlgängen.

Die gegenwärtige Situation für die KPD ist schwierig, da wir nicht wissen, wie lange die Stabilisierungsperiode noch anhält. Aber wir können die Schwierigkeit nur überwinden durch eine wirklich bolschewistische ernsthafte, sachliche und solide Arbeit, aber nicht durch einen Zickzackkurs, der die Partei verwirrt und zwischen wirklich ultralinken Abweichungen, z. B. in der Kommunalpolitik, und reinem Opportunismus, wie den gegenwärtig aktuellen Koalitionsmanövern, einherschwankt.“

[696] Die Kritik war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber wir sehen keinen Grund, auch jetzt noch den Text geheimzuhalten. Man sieht daraus, daß wir „Ultralinke“ schon 4 Monate vor dem Erscheinen des Ekki-Briefes die entscheidenden Mängel unserer Parteiarbeit gesehen haben. Im einzelnen sei nur bemerkt, daß der Angriff gegen den Bürokratismus nicht die solide sachliche Büroarbeit treffen soll, sondern nur ein den Massen fremdes Regieren vom grünen Tisch aus, mit Riesenproduktion von Rundschreiben und Thesen. Die Stilübungen, die unter der Herrschaft der Ruth Fischer-Gruppe die Partei über sich ergehen lassen mußte, die Verordnungen des „Politischen Sekretariats“, die Artikel von Lenz und die Betrachtungen Maslows in jenem Buch, das man nicht mit Unrecht „Ausrufungszeichen zu Lenins Werken“ nannte, zeigen eine absolute Fremdheit für alle Probleme des Marxismus und des Arbeiterlebens. Punkt 1 und Punkt 8 haben wir ohne Zweifel damals zu scharf und überspitzt formuliert. Punkt sechs zeigt den Hauptmangel unserer Gewerkschaftsarbeit. Wir haben zwar die Mitglieder mechanisch wieder in die Verbände hineingedrängt, wir haben ihnen aber nicht klar gesagt, was sie in den Gewerkschaften machen sollen. Unsere Genossen hatten vielfach das Gefühl, daß eigentlich jeder Streik, der nicht zur Revolution führt, verraten und abgewürgt ist. Der Sozialdemokrat steht im Betrieb und in der Gewerkschaft mit klaren eindeutigen Formeln zu jeder politischen und wirtschaftlichen Frage. Unsere Genossen dagegen hatten vielfach nur die Auffassung, daß sie zu einer „Aktion“ kommen müßten. So mußten unsere Genossen durch die unvermeidlichen Enttäuschungen mutlos und passiv werden, während die SPD-Leute, die festen Boden unter den Füßen hatten, die Oberhand gewannen. Wenn jetzt der Ekki-Brief dazu beiträgt, unseren Genossen in Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen einen ernsthaften Arbeitsstil zu schaffen, so kann er in dieser Beziehung großen Nutzen stiften.

Bisher hat freilich die neue Parteiführung nur den guten Willen zu einer Aenderung des Systems beteuert, aber sachlich nichts anderes gemacht. Wo bleibt die organisatorische Auswertung der Rußland-Delegationen? Wo ist das gemeinsame einfache Tagesprogramm, um in Sachsen und Thüringen, in Hessen-Nassau und anderen Bezirken der linken SPD, ja überhaupt in den Gewerkschaften die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zusammenzubringen? Wo sind einfache faßliche Teilforderungen auf kommunalem Gebiet (Ausnutzung der vorhandenen Ueberschüsse der Stadtverwaltungen für die Arbeitslosen und Sozialrentner, kommunale Organisation der Lebensmittel- und Kleiderversorgung des Proletariats, Brennstoffversorgung, Wohnungsbauprogramm, alles im einzelnen den Massen dargelegt und klargemacht)? Statt dessen sehen wir das Rezept der Listenverbindung mit der SPD als das Mittel, um an die SPD-Arbeiter heranzukommen. Das hätte Ruth Fischer auch gekonnt, dazu brauchte man sie nicht abzusetzen.

Die Massen werden uns ernst nehmen, wenn sie bei uns ein wirkliches Eintreten für ihre Nöte und Forderungen erblicken. Die kindische Art, in der vielfach die jetzige Parteidiskussion geführt wird, steigert selbstverständlich das Vertrauen zu uns auch nicht.

4. Wie die Partei sich selbst aufgeben kann.

Es gibt zwei Abweichungen, die zur Liquidierung der Partei führen müssen. Die eine ist die Abweichung Levi-Friesland-Brandler-Maslow, die andere die Abweichung Schumacher-Weyer. Die erste Abweichung besteht darin, daß man die marxistische Staatslehre und die Lehre Lenins von der Rolle der Partei aufgibt. Levis Mystik von der Massenpartei (nicht im Sinne des Dritten Weltkongresses, sondern im Sinne Kautskys), Frieslands Lehre vom Arbeiterblock, bestehend aus der KPD nebst Scheidemann, Brandlers Lehre von der parlamentarischen Arbeiterregierung, wo Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen auf dem Boden der [697] Demokratie den Kapitalismus schlagen, Maslows Theorie von der wahren Republik, wo man zusammen mit der SPD und dem

linken Bürgertum den Achtstundentag retten kann – das sind alles „Früchte vom gleichen Baum“. Alle vier Versuche führen, logisch zu Ende gedacht, ins Lager der SPD. Wenn heute Genossen auftauchen, die uns erzählen, wir müßten eine „Arbeiterfront“ zusammen mit der SPD, wie sie ist, gegen das Bürgertum bilden, oder die da meinen, die gesamte SPD könne sich nach links entwickeln, so haben sie aus den Fehlern von Brandler und Maslow nichts gelernt. Gegenüber dieser Abweichung müssen wir unbedingt an der Auffassung der Massenbewegung und der Einheitsfronttaktik festhalten, wie sie der 5. Weltkongreß festlegte.

Die andere Abweichung leugnet die Gewerkschaftsarbeit, sie leugnet die Betriebszellenarbeit, sie lehnt die Teilforderungen ab, sie übersieht in revolutionärer Romantik, daß eine Arbeiterpartei auch dann Aufgaben hat, wenn sie nicht auf der Barrikade steht. Diese Abweichung versteht ebenso wenig den Dritten Weltkongreß, wie die erstere den Fünften Weltkongreß versteht. Logisch durchdacht führt diese Abweichung entweder zur KAP oder zu Weyers Splitter-Union, oder auch ins Literatencafé. Diese Abweichung ist ihrem Wesen nach antibolschewistisch, weil sie die realistische aufbauende Arbeit unserer russischen Genossen seit Beendigung der Bürgerkriege nicht begreifen kann und darin Verrat an der Revolution erblickt.

Man nennt in unserer Partei, ob glücklich oder nicht, bleibe dahingestellt, die erste Abweichung rechts und die zweite ultralinks. Daraus ergibt sich für den kommunistischen Kern der Partei die Bezeichnung Linke, nicht als Fraktion oder Clique, sondern als breite ideologische Strömung zur Verteidigung der Partei gegen die Abirrungen in die SPD und in die KAP. Solange die rechte Gefahr in der Partei besteht, wird es also auch die Linke geben müssen, und sie wird ihre Aufgabe um so besser lösen, je einheitlicher sie auftritt.

Die deutsche Linke war in der Vergangenheit seit 1921 vielfach fehlerhaft und unvollkommen. Aber sie hat im wesentlichen den Sinn der beiden Abweichungen begriffen. Sie hat niemals behauptet, links von den russischen Bolschewisten zu stehen. Wer ihr das vorwirft, kennt offene Türen ein. Die Linke hat auch niemals die Linie des Dritten Weltkongresses bekämpft. Über die Linke hat sich dagegen gewehrt, daß Friesland und Thalheimer, Radek und Brandler die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses zum Vorwand für ihren Opportunismus nahmen. Davon hat die Linke nichts zurückzunehmen

5. Was nutzt und was schadet der Ekki-Brief?

Der Ekkibrief nutzt der Partei dadurch, daß er die richtige Perspektive gibt, die großen Aufgaben zeigt, die Mängel der täglichen Parteiarbeit bloßlegt, und nicht am wenigsten dadurch, daß er die Führer-Karikatur der Ruth Fischer-Gruppe beseitigte.

Der Ekkibrief schadet darin, daß er die Fehler der deutschen Gesamtlinken einseitig bis 1921 zurückverfolgt und daß er den Teil der Linken, der 1925 die Volksblock-Politik nicht mitmachen wollte, als antibolschewistisch und antikommunistisch hinstellt. Die linken Gegner der Ruth Fischer-Politik werden einfach der „ultralinken Gefahr“ gleichgesetzt. So gibt der Brief, ganz bestimmt, ohne daß das Ekki es wollte, den deutschen Rechten die Möglichkeit, die gesamte linke Auffassung seit 1921 als „ultralinks“ abzutun. Breite Schichten der Partei haben das Gefühl, als hätte der Brief des Ekki der rechten Abweichung recht gegeben. Demgemäß hat auch die neue führende Zentrale-Gruppe sich nicht genug von den Rechten abgegrenzt, die sich an sie herandrängen. Theorien wie die famose „Arbeiterfront SPD und KPD“ dürfen im Namen der neuen Parteileitung vertreten werden.

[698] An sich ist nichts dagegen zu sagen, daß man auch die Genossen, die in der Vergangenheit rechte Abweichungen hatten, zur verantwortlichen Parteiarbeit heranzieht. Aber man kann ihnen nicht die politische Führung übertragen, solange sie nicht gezeigt haben, daß sie ihre alten Fehler erkennen und aufgeben. Hoffentlich wird die Tagung der Erweiterten Exekutive die Unklarheiten beseitigen, die der Ekkibrief gelassen hat.

Lösung der praktischen Aufgaben, die der Ekkibrief uns stellt, in ernster sachlicher Tagesarbeit, ohne Literatenkunststücke, ohne Wortradikalismus, aber auch ohne die geringste Abweichung zur SPD hin, das ist der Weg, den die KPD zu gehen hat.

*

Rechts und Links im Kampfe gegen die Dawes-Lasten.

Von C. Ludwig.

Die Erarbeitung des Ekki-Briefes.

Bei der Kritik der Fehler, die die bisher führende Gruppe Ruth Fischer-Maslow seit dem Frankfurter Parteitag begangen hat, ist es unerlässlich, auch die Einstellung dieser Gruppe zum Kampfe gegen die Dawes-Lasten, ihre Einstellung zur Steuerfrage nachzuprüfen. Dies um so mehr, als die Genossen Scholem und Rosenberg in ihrem Aufruf zur Wiederherstellung der alten Linken, die nur ein neuer Name für die alten Ultralinken ist, schon in dieser Kritik das Auftreten rechter Gefahren erblicken.

Bei der durch die Gruppe Ruth Fischer-Maslow geförderten Versendung aller Parteidiskussionen, die notwendige Begleiterscheinung der im Briefe des Ekki mit Recht getadelten Passivität und Niederlagenstimmung dieser Führergruppe, wurde die Stellungnahme im Streit um die Dawes-Lasten fast zum einzigen Merkmal, die „Rechte“ von der „Linken“ in der Partei zu scheiden. Jene, die für die Lastenabwälzung eintraten, wurden als Rechte verfehmt: ein bequemes Mittel, jede Diskussion über die Forderungen zu unterdrücken.

Jetzt, nachdem der Brief der Exekutive den Raum für die Diskussion freigemacht hat, ist es nötig, das Problem noch einmal gründlich vor der Partei zu erörtern. Nur so kann an Hand der inzwischen gemachten Erfahrungen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf gegen die Steuern geprüft und den Parteigenossen zum Bewußtsein gebracht werden, ob die von jener Führergruppe und den Ultralinken im letzten Jahr eingenommene Haltung richtig gewesen ist; ob sie die Partei mit den Massen der Werktätigen, mit den sozialdemokratischen Arbeitern enger verbunden oder von ihnen entfernt und zu der im Briefe der Exekutive festgestellten Isolierung der Partei von den Massen beigetragen hat; wo also die rechten Abweichungen in Wahrheit sich gezeigt haben. Der Offene Brief schließt, neben der Anerkennung und dem Begreifen der Kritik der Exekutive an der Politik der Führergruppe Maslow-Ruth Fischer, nicht eigene parteigenössische Kritik aus, sondern fordert sie. Denn nur wenn eigene Kritik, Selbstverständigung der Partei über die gemachten Fehler zu der Kritik der Exekutive hinzutritt, kann sie Gemeingut der Partei werden und das erreichen, was das Ziel des Briefes der Exekutive und der Parteidiskussion ist: das Herausarbeiten einer wirklich bolschewistischen deutschen kommunistischen Partei.

„Rechts oder links im Kampfe gegen die Dawes-Lasten“: ein Schlagwort, das allzulange die Partei vor der Klärung über eine ihrer wichtigsten Aufgaben ferngehalten, das den Wortradikalismus an die Stelle wirklicher [699] Aktivität gesetzt und die oppositionelle Kritik von links an der angeblich linken Führergruppe Ruth Fischer-Maslow, an ihren rechten Abweichungen erstickt hat.

Dawes-Pakt und Steuerforderungen.

Einige in die Diskussion immer wieder hineingetragene Mißverständnisse müssen gleich zu Anfang ausgeräumt werden. Spricht man über die Lastenabwälzung, so hört man immer wieder den Einwand: „Die Rechten“ wollten damit den Kampf gegen den Dawes-Pakt abschwächen, ihn sozialdemokratisch führen: der Kampf gegen die Daweslasten bedeute die Anerkennung des Dawes-Paktes. Noch auf der Reichskonferenz der Redakteure und Sekretäre hat der Genosse Dengel seine Polemik gegen den Genossen Meyer auf diesen Einwand gegründet und auch die Genossen Scholem und Rosenberg in ihrer ultralinken Plattform stützen sich auf diesen billigen Einwand.*)

*) Daß ultralinken Scheinradikalismus und liquidatorischer Reformismus nahe beieinander wohnen, zeigt das in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ am 20. Oktober veröffentlichte ultralinke Aktionsprogramm, verfaßt von den Genossen Vogt und Weber. Es heißt da unter Nr. 4d:

„Radikaler Abbau aller das Proletariat belastenden direkten und indirekten Steuern ... Durch Außendruck der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften auf Parlament und Regierung.“

Aus Furcht vor der „rechten“ Parole der Lastenabwälzung, aus Furcht vor einem „positiven Steuerprogramm“ geraten die Verfasser des ultralinken Aktionsprogramms unversehens in die engste Gemeinschaft mit der „sozial gerechten Lastenverteilung“ der Sozialdemokraten. Abbau der Steuern, auch wenn er noch so radikal sich gebärdet, unterschei-

Demgegenüber ist festzustellen, daß niemand in der Partei – am wenigsten die, die schon vor dem Halleschen Parteitag in der KPD die Ablehnung des Versailler Friedens proklamiert haben – den Kampf gegen den Dawespakt abgelehnt hat oder ablehnt, Grundsatz ist und bleibt in der Partei die Ablehnung des Dawes-Paktes.

Den Kampf um die Abwälzung der Lasten aus dem Dawes-Pakt proklamieren heißt nicht, den Dawes-Pakt anerkennen. Im Gegenteil: die Losung der Abwälzung der Dawes-Steuern ist nur möglich auf der Grundlage der prinzipiellen Bekämpfung des Paktes selbst. Darin liegt eben der von der Gruppe Ruth Fischer-Maslow und den ultralinken Wortführern nicht begriffene tiefe Unterschied der kommunistischen Politik von der sozialdemokratischen. Diese nimmt den Dawes-Pakt an, hat seine Annahme und die Durchführung zu ihrem, dem sozialdemokratischen Programm gemacht und ist darum statt zur Abwälzung der Lasten zur Forderung der sozial gerechten Lastenverteilung gekommen. Das alles steht im schroffen Gegensatz zur kommunistischen Politik. Die Gruppen Ruth Fischer-Maslow und Scholem-Rosenberg haben diesen Unterschied bis heute noch nicht erkannt. Deshalb haben sie die Forderung des Kampfes um die Lasten als reformistisch abgelehnt, haben sie die günstige Gelegenheit zur Durchführung der Einheitsfrontpolitik im Kampf gegen den Dawes-Pakt versäumt, haben sie es nicht verstanden, Teilforderungen und Ziele für die Massen verständlich und sie ergreifend zu verbinden.

Die Partei hat im Kampfe gegen die Annahme des Dawes Paktes ein Arbeitergutachten mit dem Ziel der Sozialisierung entgegengestellt. Das ist richtig gewesen. Aber auch diese richtige Politik hat trotz aller Pressepropaganda nicht die Massen gepackt, weil im Augenblick der Annahme des Paktes sich eine Kluft zwischen der Verwirklichung dieses Arbeitergutachtens in der Zukunft und der Abwendung der Folgen des angenommenen Paktes in der Gegenwart auftat. Die führende Gruppe, indem sie nach der Annahme des Dawes-Paktes gegen die For-[700]derung der Abwälzung der Lasten durch Aufstellung eines sogenannten positiven Steuerprogramms sich wandte, ignorierte die kleine politische Tatsache, daß der Pakt Tatsache geworden war und damit seine Steuer- und Lastenvorschriften vor der Verwirklichung standen. Sie hielt an der Zukunft der Sozialisierung fest und steckte vor der Gegenwart der Dawes-Lasten den Kopf in den Sand. Jedes Aussprechen einer Gegenwartsforderung zum Kampf gegen die Lasten des angenommenen Dawes-Paktes wurde als Brandlerei denunziert. Der Erfolg war, daß das Arbeitergutachten längst von der eigenen Partei vergessen war, als es an lebendigsten hätte sein müssen: als nämlich unter dem Druck der Ereignisse, viel zu spät, die Gruppe Ruth Fischer-Maslow zu den Steuer- und Zollfragen schließlich doch positiv Stellung nehmen mußte. Da hat man über den Steuerforderungen im Parlament die Anknüpfung an die Zielsetzung des Arbeitergutachtens übersehen, wie man aus dem gleichen Grunde den Anschluß an die Massen versäumt hat.

Steuerforderungen und -programme.

Aber haben nicht jene Genossen, die seit der Annahme des Dawes-Paktes den Kampf zur Abwälzung der Dawes-Lasten gefordert haben, dieses sogenannte „positive Steuerprogramm“ zum Mittelpunkt des kommunistischen Programms machen wollen? Dieser andere Einwand, der immer noch auftaucht, scheint mir unsinnig zu sein. Mittelpunkt des Programms der Kommunisten ist die Verwirklichung der Ziele der Kommunisten: Diktatur des Proletariats und Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Zur Erreichung dieses Mittelpunktes bedarf es der Mittel. Eines, und nur eines dieser Mittel ist – als es um die Verwirklichung des Dawes-Paktes ging – die geforderte Lastenabwälzung gewesen, weil im Dawes-Pakt, neben vielen anderen, die Steuerregelung als Teil der Lastenaufbringung eine wichtige Rolle spielt. Daneben gibt es all die vielen Mittel und Losungen des politischen Kampfes, die sich nicht erschöpfen lassen, weil sie sich nach der politischen Lage bestimmen. Im Mittelpunkte der politischen Lage aber stand

det sich von der Verteilung der Steuern zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur dadurch, daß er einen um 10 oder 15 Prozent höheren Steueranteil auf die Bourgeoisie „abbauen“ will. Diese Losung verwischt im Gegensatz zur Lastenabwälzung den Unterschied zwischen grundsätzlich-kommunistischer und reformistisch-sozialdemokratischer Politik.

damals die Durchsetzung des Dawes-Paktes innerpolitisch, nachdem er international und als deutsches Gesetz perfekt geworden war. Die Verwirklichung des Dawes-Paktes wiederum als die Regelung der Reparationszahlungen erforderte nach seinem Wortlaut und Sinn Steuern über Steuern gegen die Werktätigen. Das alles hatten wir vor der Annahme des Dawes-Paktes gegen die Weimarer Koalition mit Marx an der Spitze gesagt. Wir wiederholten es gegen die Bürgerblockregierung mit Luther. Aber die Führergruppe Ruth Fischer-Maslow zog nicht die praktischen politischen Konsequenzen der Ausarbeitung von Steuergegenforderungen gegen die Dawes-Steuern, obwohl die Verhinderung der Dawes-Steuern die Verhinderung der Durchführung des Dawes-Paktes, also den Kampf gegen ihn nach der Annahme bedeutet hätte: sie hätte zusammen mit dem Kampf gegen die Dawes-Steuern die Massen für das Arbeitergutachten mobilisiert.

Die Exekutive hatte durchaus recht, als sie im letzten Jahr wiederholt für den Kampf um die Lastenabwälzung eingetreten ist. Wenn sie dabei erklärt hat, daß ein Steuerprogramm nicht im Mittelpunkt des kommunistischen Programms zu stehen hat, so hat sie nur damit eine schon von Karl Marx proklamierte, für jeden Kommunisten selbstverständliche These ausgesprochen. Die politische Stellungnahme der Exekutive zu den Steuerfragen schon vor dem Offenen Brief war nur eine ihrer vielen Mahnungen an die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, konkrete Einheitsfrontpolitik zu machen. Ruth Fischer-Maslow haben nur das Negative in der Erklärung der Exekutive gesehen und mit dem Kind das Bad ausgeschüttet. Sie haben, wie auf fast allen anderen Gebieten der kommunistischen Politik, auch in der Steuerfrage vor den Ultralinken Scholem-Rosenberg kapituliert. [701]

Einige programmatische Anmerkungen.

Es ist falsch, die Forderung der Lastenabwälzung als unkommunistisch hinzustellen, wie es jetzt wieder die Genossen Rosenberg und Scholem in ihrer Plattform tun. Im Gegenteil verstößt die Ablehnung dieser Losung gegen die Grundsätze der Komintern, deutsche Parteitagebeschlüsse, gegen die Praxis der Einheitsfront.

Es muß daran erinnert werden, daß Lenin ganz klar den Kampf um die Abwälzung der Steuern auf die Bourgeoisie als kommunistische Losung aufgestellt hat. Es muß daran erinnert werden, daß der Jenaer Parteitag, der unmittelbar nach dem in seiner Grundlage von Maslow angegriffenen 3. Weltkongreß stattgefunden hat, diese leninistischen Grundsätze für die deutsche Partei angenommen hat. Lenin ist es gewesen, der schon im Winter 1916/17 für die Schweizer Zimmerwälder Linke in einer von ihm ausgearbeiteten Plattform im Kampf gegen „die Teuerung und die unerträgliche wirtschaftliche Lage der Massen“ positive Steuerforderungen aufgestellt hat. Lenin (vgl. dazu „Internationale“ 1925, Heft 5a, S. 312/313) fordert darin eine einheitliche Vermögens- und Einkommensteuer mit hohen und steigenden Sätzen von 10 bis 60 Prozent.

In seinem Brief an den Jenaer Parteitag, in dem er schon damals die unkommunistische Grundeinstellung des Gen. Maslow gekennzeichnet hat, hat Lenin im Namen der Komintern von der deutschen Partei 1921 gefordert:

„Die Partei muß eine Agitation enthalten, daß die Zahlung der Steuern und der durch die Entente auf Deutschland gewälzten Lasten auf die Schultern der deutschen Kapitalisten und nicht die der Arbeiter und der besitzlosen Schichten der Bevölkerung kommen.“

Dementsprechend hat denn auch der Jenaer Parteitag, nachdem der ultralinke Widerstand gegen die Beschlüsse des 3. Weltkongresses und gegen „führende Maßnahmen“ folgende Steuerforderungen angenommen:

„1. Eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Einkommen um so schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer.

2. Die Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von damals 100.000 Papiermark übersteigen, mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft der selbst arbeitenden Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

3. Die Beschlagnahme der Vermögen aller früheren Fürstenthäuser und der am Völkermord beteiligten Heerführer und Staatsmänner.“ (Parteitageprotokoll S. 118.)

Heißt das, daß Lenin sich schon 1916/17, in der Zeit, als er fast als Einziger in der ganzen Internationale den Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg proklamiert hat, sich auf den Boden des bürgerlichen Staates gestellt hat?

Heißt das, daß Lenin, als er seinen Brief an den Jenaer Parteitag gerichtet hat, er der deutschen Kommunistischen Partei empfohlen hat:

„auf den Boden der bestehenden Republik und des Versailler Vertrages zu treten und nur wie die Sozialdemokraten durch einige radikal sein sollende Steueranträge ihre Macht zu wahren.“ (Plattform Scholem-Rosenberg.)

Heißt das, daß der Jenaer Parteitag, als er die Linie der Komintern und Lenins befolgte, damit an Stelle des Kampfes an den Versailler Vertrag seine Anerkennung gesetzt hat?

Die Antwort auf diese Frage ist klar. Die Proklamierung jener Steuerforderungen sowohl 1916/17 für die Schweizer Zimmerwalder Linke durch Lenin wie für die deutsche Partei nach dem 3. Weltkongreß auf dem Jenaer Parteitag heißt nichts anderes, als die Bekämpfung des Versailler Vertrages an dem Punkte fortzusetzen, der politisch auf der Tagesordnung stand: der Abwälzung der aus dem Vertrag entstehenden Lasten. Die deutsche Partei unter Führung der Gruppen Ruth Fischer-Maslow und Scholem-Rosenberg hat dagegen, als im Dawes-Pakt die Lastenregelung des Versailler Vertrages Wirklichkeit wurde, nicht nur die Lösung Lenins und damit zugleich die Losungen des Jenaer Parteitages vergessen. Sie hat, als [702] es darauf ankam, eben jene in Jena beschlossenen Maßnahmen in der Praxis der Einheitsfrontpolitik zu bewähren, sie hinter den Spiegel gesteckt. Sie hat sich mit radikalen Phrasen begnügt. Sie hat die Einheitsfrontpolitik, weil sie sie prinzipiell nie begriffen hat, auch praktisch nicht durchführen können.

Die Genossen Scholem und Rosenberg haben wenigstens die Konsequenz sich: sie lehnen mit dem 3. Weltkongreß, mit der Einheitsfronttaktik auch die auf dem Jenaer Parteitag proklamierte Steuerpolitik als brandleristisch ab.

Sie zeigen damit nur, daß sie und gleich ihnen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow in den letzten 1½ Jahren mit dem Schlagwort des Brandlerismus nicht nur die ernsten und schweren Fehler des Oktober bekämpfen wollten, sondern daß sie mit diesem Schlagwort des Brandlerismus leichtfertig und oberflächlich sich gegen jede praktische kommunistische Politik gewandt haben und noch wenden. Mit diesem Schlagwort-Unfug muß, wenn die Partei von der ultralinken und von der maslowitischen Krankheit genesen soll, endlich Schluß gemacht werden.

War das Liebknechts Geist?

Worauf kam es bei der Steuerpolitik an, die im Anschluß an die Verwirklichung des Dawes-Paktes gegen ihn zu treiben war? Das Problem für die Kommunistische Partei war, die Massenaktion mit der parlamentarischen Aktion zu verbinden, die Steuerfrage zu einem Angelpunkt der Einheitsfronttaktik der Massenmobilisierung gegen den Dawes-Pakt zu benutzen.

Darauf ging der Vorschlag derjenigen Genossen hinaus, die im Oktober 1925 auf der Parlamentarier-Konferenz ein Steuergegenprogramm forderten. Genosse Katz fand gegen den brandleristischen Ansturm der Genossen Frölich, Böttcher, Ernst Meyer die ultralinke Formel: daß man selbstverständlich im Parlament zu den Steuergesetzen Abänderungsanträge stellen werde; daß aber diese Abänderungsanträge als rein parlamentarische Manöver die Partei nichts angingen; daß ihre Aktionen außerhalb des Parlaments durch diese Parlamentsanträge nicht gestört oder berührt werden dürften. Kann man schärfer die Trennung der Parlamentsaktion der Kommunisten von der außerparlamentarischen Aktion formulieren, als es hier Genosse Katz getan hat? Kann man den parlamentarischen Kretinismus, den tatsächlich später eingetretenen Rechtsabweichungen im Parlament offener den Weg bereiten, als es hier durch den ultralinken Wortführer Katz geschehen ist? Noch im Frühjahr des Jahres, als bereits die Steuergesetze vorlagen, und daraufhin Genosse Ludwig in einer Redakteur-Konferenz von neuem ein Steuergegenprogramm forderte, hat Genosse Fink unter stillschweigender Duldung des vorsitzenden Zentralevertreters ganz im Sinne von Katz seine ultralinke Attacke gegen diese reformistische Abweichung reiten können.

Der Verlauf des Steuerkampfes, der bis kurz vor Toresschluß nach diesem famosen Katzschen Rezept durchgeführt worden ist, hat denn auch erwiesen, daß durch dieses Auseinanderreißen unseres parlamentarischen Auftretens vor dem Auftreten der Partei außerhalb des Parlaments sowohl dieses wie jenes geschwächt wurde.*)

[703] Die Genossin Ruth Fischer und ihr Funktionärstab hatten nicht nur vor einem Jahre in der Parlamentarier-Konferenz jene Formulierung des Genossen Katz gebilligt. Sie haben noch im Frühjahr, als der Steuerkampf schon eingesetzt hatte, erklärt, daß die Massen von den Schlieben-Steuern, von den Kanitz-Zöllen nicht erregt würden; daß sie erst hinterher, wenn die Steuern sich auswirken würden, in Bewegung zu bringen seien. Dieser Pessimismus der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, den ja der Offene Brief mit Recht rügt, hat, wenn auch nicht mit Willen, so doch tatsächlich jene Gruppe objektiv an die Seite der Gewerkschaftsbürokratie geführt, die bei aller Opposition gegen die Zölle und Steuern erklärte, daß sie erst hinterher, wenn Zölle und Steuern Gesetz geworden, für Lohn-erhöhungen sich einsetzen würde. Auch die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, weil sie an die Kampftraft des Proletariats nicht glaubte, als der Kampf um die Zölle und Steuern bevorstand, hat alles unterlassen, um die Einheitsfront-Losung im Steuerkampf, die Massen gegen die Steuern und damit auch gegen den Dawes-Pakt zu mobilisieren. Sie hat jene Formulierung des Genossen Katz von der Trennung der Parlamentsaktion und der Parteiaktion durch ihre Passivität verwirklicht.

Statt Einheitsfront-Praxis – Schwanzpolitik.

Diese schweren Fehler im Kampf gegen die Dawessteuern, die in der Ablehnung von Steuergegenforderungen als Einheitsfrontforderungen, als Forderungen zur Herausbildung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung ihren Ausgangspunkt haben, haben dahin geführt, daß trotz des hingebungsvollen Auftretens unserer Genossen im Reichstag in der 2. und 3. Lesung der Zoll- und Steuervorlage, trotz aller Opposition, trotz aller guten Parlamentsanträge, trotz eines tatsächlich entwickelten Steuergegenprogramms die Massen nicht ergriffen, nicht mobilisiert wurden, sich nicht um die Partei scharten. Ihr Interesse wurde vielleicht ein wenig geweckt, als Gräfe unsere Reichstagsabgeordneten aus dem Reichstag hinauswarf, aber über dieses Interesse hinaus ging die Anteilnahme der Massen nicht.

Aber gerade dieses Aufwachen des Interesses beweist, daß, wenn die Partei von Anfang an, seit einem Jahr, seit der Annahme des Dawes-Paktes, konsequent die bereits auf dem Jenaer Parteitag und von Lenin formulierte Steuerpolitik in die Wirklichkeit umgesetzt hätte, sie die Massen hätte gewinnen können. Die Partei, die unter der Führung von Katz-Scholem-Rosenberg und mit Duldung von Ruth Fischer-Maslow jede Steuergegenforderung als reformistisch verfemte, hat tatsäch-

*) Welche Selbstgenügsamkeit die Führung der Berliner Organisation im Steuer- und Zollkampf noch bis heute auszeichnet, zeigen einige Sätze aus dem Artikel der Genossin Korpus „Ist die Linke bankrott?“ (Berliner „Funke“ vom 29. September 1925):

„Ich kann jederzeit an Hand zahlreicher Dokumente beweisen, daß wir die Gewerkschaftsarbeit und die Stärkung unseres Einflusses als Partei seit Monaten als unsere vornehmste Aufgabe betrachten. Als ein Beispiel dafür möchte ich die Führung des Zollkampfes in Berlin herausgreifen. Wir waren wohl die erste Organisation im Reich, die bereits Anfang Juni eine Zusammenfassung sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Betriebsräte zur Abwehr des Zollwuchers vornahm, um dadurch dem Offenen Brief an den ADGB die notwendige Grundlage der proletarischen Einheitsfront im Betriebe zu geben. [703] Jetzt allerdings kann man feststellen – und mir scheint das sehr gegen die Tendenz des Briefes des EK zu sein – daß wir weder einen gute Abschluß der Zollkampagne gehabt haben, noch daß wir Führer des Kampfes gegen die wachsende Teuerung sind, obwohl die Arbeiterklasse mit Recht von der KP verlangt, daß sie ihr aus ihrer jetzigen Not einen Ausweg zeigt.“

In der Tat: Wenn man „bereits“ im Juni 1925 mit der Einheitsfronttaktik in den Zoll- und Steuerfragen beginnt, nachdem bereits einen Tag nach der Annahme des Dawes-Paktes im Reichstag die Agrarzölle auf der Tagesordnung des Reichstages gestanden haben, wenn man in der ganzen Zeit vom August 1924 bis zum Juni 1925 jedes Steuergegenprogramm als rechts ablehnt, wenn man also überhaupt nicht begreift, wie Steuer- und Zollforderungen zum Gegenstand von Massenaktionen gemacht, wie sie zum Mittel der Organisation der Einheitsfront benutzt werden können, dann muß man hinterher baß verwundert sein, daß die Zoll- und Steuerkampagne der Kommunisten im Reichstag die Masse nicht ergriffen hat. Die angeführten Sätze der Genossin Korpus zeigen, was es mit der Selbstkritik der Führung der Berliner Organisation, die stets zusammen mit der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, Scholem-Rosenberg gegangen ist, auf sich hat. Sie hat bolschewistische Massenpolitik ebenso wenig verstanden, wie bis heute den Offenen Brief des Ekki.

lich in der Praxis ihre glänzende Stellung, die sie gegen den Dawes-Pakt von Anfang an bezogen hatte, verscherzt. Die Genossen Fischer-Maslow-Rosenberg haben, als es galt, nach Annahme des Dawes-Paktes ihre Gegnerschaft gegen den Dawes-Pakt an den konkreten tagespolitischen Fragen der Steuern und Zölle zu erweisen, sich trotz allen Drängens auf die prinzipielle Ablehnung [704] beschränkt und damit es unterlassen, den arbeitenden Massen den Weg des Kampfes gegen den Pakt nach dessen Annahme zu weisen.

Nur so konnte es geschehen, daß die arbeitenden Massen auf die Scheinopposition der Gewerkschaftsführer und des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die Dawes-Steuern und die Brotzölle hineinfielen. Nur so konnte es geschehen, daß die Massen nicht von vornherein voll Erbitterung und Entrüstung die sozialdemokratische Betrugslösung der sozial-gerechten Lastenverteilung, der grundsätzlichen Zustimmung zur Lohn- und Umsatzsteuer ablehnten, daß sie die Ablehnung der Oktoberaktien durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion duldeten.

Diese Fehler haben es weiter bewirkt, daß, als die Gewerkschaften im Frühjahr mit Steuerforderungen hervorkamen, die Parteiführung nicht fähig war, über die negative Kritik an jenen Forderungen, die richtig war, hinauszugehen. Diese Fehler haben es bewirkt, daß, als die Partei schließlich mit ihrem Offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei und an den ADGB zum Kampfe gegen die Dawes-Steuern und die Zölle hervortrat, dieser Offene Brief und die in ihm enthaltenen richtigen Vorschläge als Schwanzpolitik erschienen. Weil die Genossen Maslow-Ruth Fischer-Katz-Scholem unterlassen hatten, in einer langen und zähen Kampagne dieses Jahres die Massen zum Kampfe gegen die Dawes-Steuern und Zölle zu interessieren, konnten sich damals die sozialdemokratische Parteileitung und der ADGB erlauben, über den Offenen Brief mit Stillschweigen hinwegzugehen. Statt daß durch die Politik der Partei in der Zoll- und Steuerfrage eine Opposition in den Gewerkschaften und ein linker Flügel der Arbeiterschaft herausgebildet wurde, der die Reformisten in die Zange nahm, wurde Einheitsfront-Politik jener Gruppen, weil sie zu spät einsetzte und als Maslowitische Manöverpolitik aufgezogen wurde, zu einem Nachlaufen.

Die Partei muß mit allem Ernst diese Fehler, die in dem Kampf gegen den Dawes-Pakt gemacht worden sind, erkennen. Die Abweichungen, deren die Gruppe Ruth Fischer-Maslow unter dem Einfluß der Ultralinken Scholem-Rosenberg sich schuldig gemacht haben, ihre Ablehnung des 3. Weltkongresses, der Einheitsfrontpolitik auch noch nach Frankfurt und dem 5. Weltkongreß, haben zur Isolierung der Partei geführt, haben die Herausbildung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung verhindert. Der Offene Brief des Ekki fordert die Durchführung der Einheitsfronttaktik ohne die Fehler des Oktober. Aber die Durchführung der Einheitsfronttaktik ist zugleich nur möglich unter Vermeidung der mindestens ebenso schweren Fehler der Ultralinken und der Gruppe Fischer-Maslow.

Die Partei führt diese Diskussion nicht um der Diskussion, um der Rechthaberei willen. Sie führt sie um der Festigung der Kommunistischen Partei willen. Indem die Kommunistische Partei in dieser Diskussion zur wirklich bolschewistischen Partei sich entwickelt, erlangt sie durch diese Auseinandersetzung auch die Kraft, breite Massen der Arbeiterschaft um sich zu scharen und im Kampfe um die Tagesforderungen die Massen auch für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen.

*

Den Kurs auf die Gewerkschaftsarbeit!

Von K. W.

Der Brief der Exekutive der Komintern im Vergleich zu unserer seitherigen Arbeit in den Gewerkschaften zeigt mit entschiedener Deutlichkeit die Mängel unserer Arbeit in den für die proletarische Revolution entscheidenden Massenorganisationen. Wenn in dem Briefe des Ekki mit Recht behauptet wird, daß die Arbeiter sich auf Grund unserer Politik und Taktik lediglich als Agitationsobjekte fühlen werden, so war dies am deutlichsten [705] in den Gewerkschaften ersichtlich, wo es galt, Auge in Auge mit dem stärkeren Gegner vor dem Forum der politisch indifferenten Arbeiter – die wir für die Revolution gewinnen sollen – die Wege und die Methoden des Kampfes der Partei auf-

zurollen und zu verantworten. Es gilt nunmehr, wo die Exekutive den Weg der rücksichtslosen Kritik erschlossen hat, dem Gegner zum Trotz (denn dies ist unsere Stärke, die ihnen zum Schaden gereichen wird), die gemachten Fehler aufzuzeigen und zu überwinden.

Die Taktik der Partei nach der Reichspräsidentenwahl ging darauf hinaus, die SPD zu entlarven und eine einheitliche Klassenfront gegen die monarchistische Reaktion zu schmieden. Welche Auswirkung hatte aber die Einheitsfronttaktik, so wie sie beispielsweise in der Presse zum Ausdruck kam? Sie war und konnte keineswegs geeignet sein, das Vertrauen der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter zu erwecken, da in erster Linie die Entlarvung der SPD betont wurde. Und eine solche Meinung hatten in der Tat die Arbeiter der SPD. Da nun aber die gesamte Presse sich in den Händen der SPD-Bürokratie befindet und diese uns fortgesetzt Heuchelei vorwirft und dies zu einem weiteren Anlaß nahm, die Masse weiter mit antibolschewistischen Hetzartikeln zu bombardieren, mußte unsere Arbeit seither in den Gewerkschaften erfolglos bleiben, was durch die Wahlen zum Breslauer Gewerkschaftskongreß schlagend bewiesen wurde, auch wenn man den Unterschied der allgemeinen Lage heute von der zur Zeit des Leipziger Gewerkschaftskongresses 1922 berücksichtigt. Und wir dürfen nicht vergessen, daß gerade die Erfolge unserer Arbeit in den Gewerkschaften das Kriterium der Taktik der Partei im allgemeinen sind.

Zu diesen Mängeln in der Einheitsfronttaktik kam noch, daß unsere Fraktionen in den Gewerkschaften lediglich auf die Verräterrolle der Gewerkschaftsbürokratie weiterten. Bei allem guten Glauben und Willen unserer Genossen konnte aber damit nicht viel erreicht werden, da andererseits das mehr oder weniger Positive – Führung von Lohnkämpfen, Streiks, organisatorische Arbeiten usw. – stets von den Reformisten und SPD-Arbeitern besorgt wurde und unsere Genossen stets nur als Kritiker und Kiebitze auftraten. Wer aber nicht versteht, in diesen „Kleinigkeiten“ in der vordersten Reihe zu stehen, der wird nicht so bald auf das Vertrauen und die Sympathie der Arbeiter in den politischen Fragen rechnen können. Taher ist es **die** Aufgabe unserer Fraktionen in den Verbänden, daß sie unten bei den Lohnfragen mit der praktischen Mithilfe beginnen müssen, um erst die Grundlage zu schaffen, auf der dann weitergebaut werden kann. Nur so wird es möglich sein, den antibolschewistischen und konterrevolutionären Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen.

Betrachten wir die Situation etwas näher! Anziehen der Preise, Anwachsen der Arbeitslosigkeit, neue Massenbelastungen, welche durch die Steuern und Zölle und diese wieder durch das Dawes-Gutachten hervorgerufen wurden, rücksichtsloser Kampf des Kapitals gegen jede Lohnerhöhung, wobei das Unternehmertum aufs eifrigste seitens der Luther-Regierung und deren Organe unterstützt wird. Was tut der ADGB und sein Kongreß in Breslau: Mit Petitionen und Resolutionen „kämpft“ er gegen die Offensive des Kapitals. Aber die Spitzen der Gewerkschaften und der ADGB werden weder willens noch fähig sein, einen erfolgreichen Kampf gegen die Unternehmeroffensive zu organisieren. Selbst die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte durch die Schaffung der Industrieverbände wird durch den ADGB hintertrieben bzw. der „friedlichen Entwicklung“ überlassen. Dazu kommt noch, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokraten bereits in einer Front gegen Sowjetrußland mit den Imperialisten aller Länder stehen ungeachtet der Tatsache, daß sich in der deutschen Arbeiterklasse anläßlich des Studiums der deutschen Arbeiterdelegation eine große Sympathie für Sowjetrußland bemerkbar macht. Die Gewerkschaftsführer orientieren sich auf die [706] Imperialisten, während sich die Arbeiterschaft dem einzigen Arbeiterstaate der Welt zuwendet. Damit ist aber auch die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung entschieden. Hier sieht die Frage einfach: entweder die Einheitsfront mit Rußland und der RGI gegen den Weltimperialismus, oder weitere Zersplitterung der Weltgewerkschaftsbewegung im Interesse der kapitalistischen Räuber. Der Weg der Amsterdamer führt durch Garantiepalt und Dawes-Gutachten zu letzterem.

Dadurch ist aber die Rolle der deutschen und Amsterdamer Gewerkschaften überhaupt beleuchtet: ihre absolute Passivität im Kampfe gegen die wirtschaftliche Reaktion und die Gefahren eines neuen Weltkrieges und ihre Aktivität im Lager der Imperialisten aller Länder gegen die Einheit der internationalen Arbeiterklasse.

Die Gunst der Ereignisse steht zu uns wie selten in einer Situation. Wollen wir diese Gelegenheit erneut unausgenutzt an uns vorübergehen lassen? Das wäre Verrat an der Sache der proletarischen Revolution!

Es gilt daher, die in der Partei noch vorhandenen letzten Reste antigewerkschaftlicher Stimmung zu überwinden. Nicht durch organisatorischen Druck – denn damit kann man niemanden belehren, und oft sind die Genossen noch zu wenig diszipliniert, daß sie sich daraus etwas machen würden – sondern durch sachliches Ringen, geduldige und genossenschaftliche Diskussionen. Dafür gibt es keinen Termin, denn nicht das ultimative Fordern, sondern sachliche Diskussionen unter Auswertung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse werden erst in den Genossen eine revolutionäre Pflicht erwecken und ihnen Verantwortungsgefühl geben. Oft haben selbst unsere Genossen falsche Vorstellungen über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften im Klassenkampf und bei der Machteroberung durch die Arbeiterklasse. Hier ist gerade bei unseren Genossen eine ernste Aufklärungsarbeit notwendig, da sie die Erkenntnis über die Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf ihren Klassengenossen in den Gewerkschaften einprägen sollen. Unsere Genossen müssen lernen, die kleinen Tagesfragen (Lohnbewegungen, Streiks usw.) mit den großen politischen, wirtschaftlichen und internationalen Fragen zu verbinden. Denn es ist nicht gesagt, daß, wenn ein Arbeiter in die Partei eintritt, er dies alles über Nacht erlernen kann.

Rücksichtslose Klarheit unserer Genossen über die Rolle der Gewerkschaften ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit, während diese wiederum die Voraussetzung für die Revolutionierung der Arbeiterbewegung ist.

*

Zur Arbeit unter den Mittelschichten.

Von Brechenmacher.

Die Partei hat der Arbeit unter den Mittelschichten bisher nur eine ganz geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Zwar wird in allen Thesen und in vielen Artikeln immer wieder betont, daß die Gewinnung dieser Schichten unter die Hegemonie des revolutionären Proletariats von großer und unter Umständen sogar ausschlaggebender Bedeutung für die Revolution ist. Aber die Arbeit um die Gewinnung dieser Schichten erfolgt teils gar nicht, teils werden Methoden angewandt und Theorien aufgestellt, die diese Schichten uns nicht näher bringen, sondern sogar noch weiter entfernen.

Ein Musterbeispiel dafür, wie es unter keinen Umständen gemacht werden darf, zeigen die Beschlüsse des Parteitages über unser Verhältnis zu den Beamten.

[707] Die Beamten zählen unzweifelhaft zu den wichtigsten und ausschlaggebendsten der sogenannten Mittelschichten. Es ist natürlich klar, daß, bei der großen Verschiedenheit der Einkommens- und Lebensverhältnisse der Beamten, sie, wenn man nur ihr Einkommen in Betracht zieht, eigentlich, von unten nach oben abgestuft, fast allen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft angehören. Aber trotz aller dieser Verschiedenheiten haben sie doch bis zu einem hohen Grade eine gemeinsame Ideologie, die im Durchschnitt der kleinbürgerlichen Lebensanschauung entspricht. Ihre gemeinsame Wurzel hat diese Ideologie in der dem freien Proletarier gegenüber verhältnismäßig gesicherten Existenz, die in der lebenslänglichen Anstellung, Recht auf Pension u. a. m. ihren Ausdruck findet.

Was hat nun der X. Parteitag zu der Arbeit unter dieser Schicht, der z. B. eine so wichtige Gruppe wie die Eisenbahnbeamten angehören, zu sagen gehabt? Es muß festgestellt werden, daß der Parteitag in dieser Frage nicht nur keinen Fortschritt, sondern geradezu einen Rückschritt gebracht hat. In dem vom Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm ist über die Beamten ein Passus mit folgendem Wortlaut enthalten:

„Die KPD fordert zur Durchführung auch nur der beschlossenen demokratischen Gesetze den politischen Massenkampf in geschlossener roter Front für die Absetzung der privilegierten reaktionären Beamten und Richter ohne Pension und für die Wählbarkeit und Absetzbarkeit von Beamten und Richtern, die kein größeres Gehalt beziehen sollen als ein qualifizierter Arbeiter, als Maßregel im Kampf gegen die Korruption.“

Die Verfasser dieses Passus sind sich wahrscheinlich garnicht darüber klar geworden, daß diese Forderung nicht nur nicht die Durchführung der beschlossenen demokratischen Gesetze (geschweige denn die Unterstützung der proletarischen Revolution, was uns schließlich doch die Hauptsache ist) verbürgt, sondern genau das Gegenteil herbeiführt. Diese alte sozialdemokratische Forderung ist unter den heutigen Verhältnissen wirklich gründlich veraltet. Sie berücksichtigt in keiner Weise die Erfahrungen, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet gemacht worden sind.

Die Formulierung ist hauptsächlich aus folgenden Gründen ungenügend und falsch:

1. Sie berücksichtigt nicht den Unterschied zwischen den oberen Beamten, die nach Abstammung, Bezahlung und Lebensweise zur Bourgeoisie gehören, und den unteren und mittleren Beamten, die zum Kleinbürgertum und zum Proletariat gehören.
2. Sie berücksichtigt nicht, daß in Deutschland zwei ganz verschiedene Arten von Beamten existieren, nämlich die politischen oder Hoheitsbeamten (Justiz, Polizei, Verwaltung), die die Träger und ausführenden Organe der bürgerlichen Staatsgewalt sind, und die Betriebsbeamten (Post, Eisenbahn usw.), die in keiner Beziehung zur vollziehenden Staatsgewalt stehen.
3. Sie berücksichtigt nicht, daß gerade unter den unteren und mittleren Beamten in der Zeit nach dem Kriege eine tiefgehende ideologische Umstellung in bezug auf den „Vater Staat“ stattgefunden hat. Der bürgerliche Staat erschien den Beamten vor dem Krieg als etwas Ewiges, Unabänderliches und Unantastbares.

Heute herrscht unter den Beamten ein tiefes Mißtrauen, ja eine Erbitterung gegen die „Ungerechtigkeit“ der staatlichen Gewalten. Auch die Beamten haben die bittere Erfahrung gemacht, daß der Staat nur eine Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klasse ist. Natürlich verbirgt sich die neue „respektlose“ Gesinnung bei vielen Beamten unter einer extrem reaktionären Einstellung, die aber in revolutionären Zeiten sehr leicht in ihr Gegenteil umschlagen kann und wird. (Wir müssen es uns im Rahmen dieses Artikels leider versagen, auf die verschiedenen Wandlungen und Strömungen unter den Beamten nach 1918 einzugehen, obgleich ihre Kenntnis für eine richtige Einstellung der Partei zu den Beamtenfragen unerlässlich ist.)

[708] Die einfache Formel „Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Beamten“ ist aber vor allem nach den Erfahrungen des sogenannten Beamtenabbaues durch die Ermächtigungsgesetze auf keinen Fall mehr anwendbar. Die Forderung nach Absetzbarkeit der Beamten wird sich nach allen Erfahrungen ausschließlich gegen die unteren und mittleren Beamten auswirken, also den Teil, der dem Proletariat am nächsten steht und von ihm gewonnen werden muß. Das ist bei der ganzen Struktur des Beamtenkörpers so gut wie unvermeidlich. Die Erfahrungen mit den sozialdemokratischen Ministern, Präsidenten usw., von denen einige unzweifelhaft das Bestreben gehabt haben, die Verwaltung zu „demokratisieren“ und (natürlich auch aus anderen Gründen) elend gescheitert sind, zeigen, daß dieser Weg gänzlich ungangbar ist. Geradezu katastrophale Wirkung muß aber die Forderung nach Absetzbarkeit bei den Betriebsbeamten haben. Die Dawesbahn hat diese Forderung zu einem guten Teil schon auf ihre Weise verwirklicht, und einen neuen Typ des „Kündigungsbeamten“ geschaffen, der in sozialer Beziehung in mancher Hinsicht noch unter dem einfachsten Tagelöhner steht.

Man muß sich vollständig darüber klar sein, daß die sogenannte „Demokratisierung“, die wir als Mindestforderung aufgestellt haben, nur durchgeführt werden kann erstens unter dem Druck des Proletariats „von außen“ und zweitens mit Hilfe der Beamten selbst uns zwar mit Hilfe derjenigen Beamten, die auf proletarischem oder mindestens kleinbürgerlichem Boden stehen. Durch die einfache Forderung nach Absetzbarkeit treibt man aber gerade diese Schichten in die Arme der Reaktionenäre.

In der bisherigen Praxis der Partei haben wir uns vom proletarischen Standpunkt aus mit Recht immer genau entgegengesetzt verhalten. Wir sind nicht nur für die Beibehaltung und Ausgestaltung der Beamtenrechte eingetreten, wir haben im Reichstag usw. sogar Anträge gestellt, die Beamtenrechte auf weitere Angestellten- und Arbeiterkategorien auszudehnen (z. B. Beamteneigenschaft für die Angestellten des Reichstags, Landtags usw.)

Eine einwandfreie Formulierung des betreffenden Abschnittes im Aktionsprogramm müßte folgendermaßen lauten:

„Die KPD fordert zur Durchführung auch nur der beschlossenen demokratischen Gesetze den politischen Massenkampf in geschlossener roter Front für die Absetzung der reaktionären Richter und oberen Beamten ohne Zahlung einer Pension, für die Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter und oberen Beamten durch das Volk. Für die Sicherung und den Ausbau der Rechte der mittleren und der unteren Beamten und ihre Sicherung gegen reaktionäre Uebergriffe und die Folgen der Dawesierung durch die Wahl von Beamtenräten, die in allen Angelegenheiten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht besitzen und mit Immunität ausgerüstet sind. Für die Gewährung des uneingeschränkten Koalitions- und Streikrechts an alle Beamte. Die Beamten sollen kein größeres Gehalt beziehen als ein qualifizierter Arbeiter, als Maßregel im Kampf gegen die Korruption.“

Also ausschließlich die oberen Beamten und die Richter sollen absetzbar sein. Die unteren und mittleren Beamten müssen bei einer richtigen Politik der Partei für die Sache des Proletariats gewonnen werden. Diese Schichten nähern sich überdies in mehr oder minder schneller Weise, aber unaufhaltsam dem proletarischen Lebensniveau, teilweise stehen sie schon darunter. Auch aus diesem Grunde ist es unklug, sie mit der Forderung nach Absetzbarkeit gegen uns zu erbittern und zu einer Stütze der Reaktion zu machen. Gerade die lebenslängliche Anstellung der unteren und mittleren Beamten ist ein gewisser Schutz gegen reaktionäre Uebergriffe und Willkür. Sie muß deshalb von uns verteidigt werden (und wir haben sie auch immer verteidigt und die Beamten haben uns das hoch angerechnet). Dort wo sie abgeschafft und in Gefahr geraten und, wie bei der Reichsbahngesellschaft, müssen wir die Beamten zum Kampf um die Verteidigung und Wiedereroberung der lebenslänglichen Anstellung, als der wichtigsten Beamteneigenschaft, auffordern. Dazu gehört auch das uneingeschränkte Koalitions- und Streitrecht, das außer von uns von keiner Partei, auch von der SPD nicht, gefordert und verteidigt wird.

[709] Ein wirksames Mittel zur „Demokratisierung der Verwaltung“ und „zur Durchführung der beschlossenen demokratischen Gesetze“ sind unabhängige und durch Immunität geschützte Beamtenräte. Diese Forderung muß deshalb von uns unbedingt aufgestellt werden.

Selbstverständlich haben wir noch eine ganze Reihe von Beamtenforderungen. Es ist aber nicht unbedingt notwendig, sie ins Aktionsprogramm der Partei aufzunehmen.

Nach den Ausführungen des Genossen Lenz in der August-Nummer der „Internationale“ soll das Aktionsprogramm unter anderem von dem unzweifelhaft richtigen Grundgedanken ausgehen:

2. Bei allen Forderungen sorgsam Rücksicht zu nehmen auf den strategischen Grundgedanken des Leninismus, die Herstellung des Bündnisses der Arbeiter mit allen werktätigen Schichten unter der Hegemonie des Proletariats.

Wir glauben bewiesen zu haben, daß das Aktionsprogramm in bezug auf die Beamten in dieser Hinsicht vollkommen versagt hat. Eine schleunigste Revidierung in dem angedeuteten Sinne ist deshalb unbedingt notwendig.

*

Literatur.

Antisowjetpolitik im Gewande antiwilhelminischer Kritik.

Die Frage des Garantiepaktes hat in Deutschland wiederum die Debatte über öffentliche oder westliche Orientierung in Fluß gebracht. Wenn sie diesmal auch nicht allzu heftig getrieben wird, so kann man doch damit rechnen, daß sie nicht verschwinden wird. Sie ist nicht heftig, weil der Garantiepakt eine Konsequenz des Dawesplanes ist und die Bourgeoisie, ja sogar breite Schichten der Arbeiterklasse mit den vorläufigen Wirkungen des Londoner Dawesabkommens sehr zufrieden sind. Die Frage wird aber nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil bereits die verhängnisvollen Wirkungen der Kolonisierung Deutschlands zu wirken beginnen (Krise, Steuern, Zollpolitik) und sie sich auf die Dauer verschärfen müssen. Mit dem Abschluß des Garantiepaktes und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wird selbst für die deutsche Bourgeoisie und das deutsche

Kleinbürgertum – von der Arbeiterklasse gar nicht zu reden – die Frage: Unterwerfung Deutschlands unter die kapitalistischen Mächte oder Bündnis mit Sowjetrußland? nicht erledigt und abgetan. Die KPD wird zu ihrem Teil dafür sorgen müssen, daß diese Frage nicht einschläft.

Unter solchen Umständen ist es wichtig, die Waffen zu kennen, mit denen der Gegner kämpft. Eine dieser Waffen ist das kürzlich erschienene Buch Dr. Eugen Fischers „Holsteins Großes Nein“^{*)}. Es handelt sich hier um einen jener häufigen Fälle, wo unter der Maske objektiver Geschichtsschreibung Propaganda für eine bestimmte Lösung aktueller politischer Fragen getrieben wird. Die Tendenz ist klar und eindeutig und auch ziemlich offen ausgesprochen: Anschluß Deutschlands an das Bündnis der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland.

Die Methode, mit der diese Tendenz verfochten wird, ist außerordentlich wirkungsvoll. Der aktuelle Fragenkomplex wird kaum behandelt. Damit scheidet für den Verfasser und den Leser alle Einwände gegen die vorgeschlagene Politik aus. Aber der Gedanke wird geschickt suggeriert. Alles, was der durch die Niederlage enttäuschte und gegen die wilhelminische Aera aufgebrachte Bürger sucht, findet er in dem Buch: den „Entscheidenden Fehler“ der deutschen Diplomatie, der zum Weltkrieg führte, der die Deutschland verhängnisvolle Mächtekonstellation und damit die Niederlage verursachte. Zugleich wird das wilhelminische Regierungssystem geschildert, Wilhelms II. Cäsarenwahn, die tollen Sprünge seiner Politik, ihr reaktionär-monarchistischer Charakter, ihre Erpressermethoden, ihre Unzuverlässigkeit, die widerliche Kriecherei und die politische Borniertheit der Bülow, Holstein und Konsorten und manches andere. Das ganze Beiwerk schmeichelt dem deutschen „Republikaner“, nimmt ihn natürlich für die Gesamtidee gefangen und führt ihn zu dem Schlusse: Dieser verhängnisvolle Fehler darf nicht zum zweiten Male gemacht werden. Also!

Bei alledem ist das Fischersche Buch ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der auswärtigen Politik Deutschlands, eine wesentliche Hilfe für das Studium der jetzt abgeschlossenen Altensammlung des Auswärtigen Amtes.^{**)}

In der Sache handelt es sich um Bündnisverhandlungen zwischen England und Deutschland, die im März 1898 vom britischen Kolonialminister Chamberlain eingeleitet wurden und sich in das Jahr 1901 hinzogen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß das englische Bündnisangebot ernst gemeint war. Für die englische Politik lagen erhebliche Gründe vor. Den Anbruch der imperialistischen Periode der Weltpolitik kann man ungefähr auf den Beginn jener Verhandlungen datieren. Mit dem Namen Chamberlain ist der spezifisch britische Imperialismus verbunden. Er bedeutete, alles in allem, eine aktivere, gefahrenreiche Politik Englands. Alle europäischen Mächte, wie auch die Vereinigten Staaten und Japan drängten nach neuen Kolonien, Flottenstützpunkten, Kohlenstationen. Wie Aasgeier fielen sie über Afrika und China her. Das Wettüben zur See hatte begonnen, und England wurde es schon schwer, seinen Zweimächtestandard aufrechtzuerhalten, seine Seeherrschaft kam in Gefahr. Die Beute Aegypten hatte es noch nicht hinuntergeschlungen, die entscheidende Schlacht bei Omdurman war noch nicht geschlagen. Kurz darauf kam der schwere Konflikt mit Frankreich wegen Faschoda, der eine gefährliche Spannung zwischen beiden Ländern hinterließ. Mit Rußland gab es sehr ernste Gegensätze in Persien, die Indien bedrohten und besonders in China (Rußland war Englands „Erbfeind“); der Burenkrieg stand bevor.

Die englische Regierung hatte also gute Gründe, von ihrer traditionellen Politik der „splendid isolation“ abzugehen. Ganz besonders mußte ihr daran gelegen sein, ihrem Hauptgegner, Rußland, den sie nicht bei den Hörnern packen konnte, eine starke Landmacht in die Flanken zu setzen. Das um so mehr, als Chamberlain noch zuletzt eine Verständigung mit Rußland gesucht hatte. Das war kurz vor dem Angebot an Deutschland und unmittelbar vor der Annexion Port Arthurs (27. März 1898),

^{*)} Holsteins Großes Nein. Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898-1901. Von Dr. Eugen Fischer, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages. 1925. Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte m. b. G. Berlin.

^{**)} Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte m. b. H. Berlin.

also einer neuen russischen Herausforderung Englands. Preis der Verständigung war Chamberlain zu hoch erschienen.

Auf Deutschlands Seiten durfte Chamberlain folgendes Interesse an dem Bündnis voraussetzen: Der Dreibund ruhte auf dem Wohlwollen Englands (russisch-österreichischer Gegensatz auf dem Balkan, Italiens Hilflosigkeit gegen eine feindliche Flotte, das Gegenbündnis Rußland-Frankreich.) Bei der eben vollzogenen Besetzung Kiautschaus hatte sich gezeigt, daß die deutsche Weltpolitik auf ernstem Widerstand Rußlands stoßen werde. Schließlich sagte Chamberlain der deutschen Regierung eine vorteilhafte Regelung aller Kolonialfragen zu.

Im Verlaufe der Verhandlungen nahm der Plan festere Gestalt an. Ein Defensivbündnis sollte geschaffen werden für den Fall, daß eine der beiden Mächte von zwei Großmächten angegriffen werde. Japan würde an dem Bündnis teilnehmen, voraussichtlich auch die Vereinigten Staaten. Der Dreibund sollte in dieses Bündnis eingehen.

So verlockend der Plan für Deutschland erscheinen konnte, so wurde er doch von der deutschen Regierung keinen Augenblick akzeptiert. Die Seele des Widerstands war der eigentliche Macher der deutschen Außenpolitik, der vortragende Rat Holstein. Er hatte den einen starren Gedanken, der die Grundlage seiner Politik bildete: Rußland und England sind natürliche Feinde; zwischen ihnen muß es auf alle Fälle unbedingt und unvermeidlich zum Kampfe kommen. Deutschland muß diesen Zeitpunkt abwarten, bis dahin „mit zusammengebissenen Zähnen“ lavieren, keine Bindung eingehen und erst im großen, entscheidenden Augenblick für eine der beiden Mächte Partei ergreifen (daher „Holsteins großes Nein“). Offenbar wurde bei ihm diese Auffassung von der fatalen Gegnerschaft Rußland-England nie von einem Zweifel berührt; sie stand für ihn unerschütterlich fest. Jeden Gedanken, es möchte am Ende den Engländern doch gelingen, gegen Zahlung eines entsprechenden Preises Rußland und damit Frankreich und dann gegen Deutschland zu gewinnen, wies er hohnlächelnd als der göttlichen Weltordnung widersprechend ab. Seine Richtschnur für die deutsche Politik war demnach diese: die beiden Gegner gegeneinander ausspielen und aus ihnen herauspressen, was irgend möglich. Aber selbst ernsthafte Verhandlungen über das Bündnis müßten vermieden werden, erstens, weil sich im kritischen Augenblick des russisch-englischen Krieges mehr heraus schlagen lasse als jetzt; zweitens, weil bei einem etwaigen Scheitern der Verhandlungen die Russen in Deutschland den Feind sehen würden, der zuerst niederzuschlagen sei, der Krieg also unvermeidlich sein werde.

Bülow, der als Außenminister und Reichskanzler ein Dutzend Jahre berufen war, deutsche Politik zu machen, scheint überhaupt nur den einen Gedanken gehabt zu haben, „seinem kaiserlichen Herrn“ zur Freude drauflos zu regieren. Und Wilhelm II. war angefüllt von Haß gegen England, seinen Hof, seine Staatsmänner, die ihn nicht als das große Tier anerkennen wollten. Er zitterte nach dem Augenblick, wo er gegen sie mit der ebenbürtigen Flotte auftrumpfen könnte. Vor allem ließ er sich seine Politik von seinen romantisch-monarchischen Ideen diktieren. Der russische Absolutismus war sein Ideal, der Herrscher aller Reußen, der kleine vermuckerte „Nicky“ sein Freund und natürlicher Verbündeter. Und wenn er auch manchmal unter den Streichen zusammenzuckte, die ihm die russische Diplomatie versetzte, so wedelte er sich hündisch doch immer wieder beim Zarenreiche an. So scheiterte auch an ihm das Bündnis.

Fischer geißelt in seinem Buche scharf die Borniertheit Holsteins und die reaktionäre Romantik Wilhelms. Aber, was seine Darstellung so bestechend macht, das ist die Schilderung des ganzen Drum und Dran der Verhandlungen zwischen London und Berlin. Hier kam in der Tat zu den üblichen Tricks und Tücken der diplomatischen Kunst ein Uebermaß von Dummheit und Aberwitz, von kaiserlichem Größenwahn und ministerieller Speichelleckerei, die sich bis zur Verantwortungslosigkeit steigert. Dies war es auch, was zu den imperialistischen Gegensätzen die Verachtung und das Mißtrauen für die deutsche Politik der Unberechenbarkeit und Plötzlichkeit hinzubachte.

Drei Jahre lang trieben die Wilhelm und Bülow mit Salisbury und Chamberlain ein Spiel, so verflucht gescheit, daß man versucht ist, es herzlich dumm zu nennen. Sie hielten jenen immer wieder die Bündnishoffnung unter die Augen und suchten damit eine Kolonialbeute nach der anderen zu erpres-

sen. Chamberlain war großzügig und zu erheblichen Konzessionen bereit. Er schaffte eine Anzahl kleiner Streitfragen aus der Welt und er warf Deutschland einen großen Happen hin, die Teilung der portugiesischen Kolonien. Portugal, im Vasallenverhältnis zu England stehend, hatte 1898 Geldschwierigkeiten. Eine Anleihe sollte von England und Deutschland gemeinsam aufgebracht werden. Am 30. August 1898 kam ein Vertrag zwischen beiden Mächten zustande, wonach sie sich einigten, als Pfand für diese Anleihe die Zolleinnahmen von Mozambique, Angola und Timor zu fordern und das Pfand zu teilen. Für den Fall, daß Portugal seine Kolonien in irgendeiner Weise aufgeben sollte, würden England und Deutschland sie untereinander teilen. Sie setzten sich also selber als Erben ein und verpflichteten sich gegenseitig, diese Beute gegen jeden an-[711]deren Anwärter zu verteidigen. Das war der Preis, den England zahlen wollte. Es forderte jetzt die Gegenleistung, das Bündnis. Aber Deutschland kniff, und – nun kam die Anleihe nicht zustande. Portugal brauchte, offenbar auf einen englischen Wink hin, kein Geld. Ein Jahr später garantierte die englische Regierung die Unverletzlichkeit der portugiesischen Kolonien in dem sogenannten Windsor-Vertrag.

Den letzten Anstoß zu ihrem „verräterischen Verhalten“ hat die englische Regierung wahrscheinlich durch ein Gespräch Wilhelms II. mit dem englischen Botschafter gegeben. In diesem Gespräch drohte Wilhelm mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn das Beutegeschäft nicht schleunigst ins Reine käme. Dabei war es schon perfekt bis zur Unterschrift. Dann erging er sich in Schimpfereien über englische Politik und Presse. Schließlich lehnte er das Bündnis glatt ab und gab dem Botschafter den wundervollen Rat, England solle sich doch mit Rußland verständigen! Ueber diese grandiose politische Leistung, die die ganze deutsche Ernte in England verhagelte, berichtete Wilhelm selber an Bülow. Und diese Knechtseele übersprudelte dafür Wilhelm mit dem Speichel seiner Schmeicheleien: „... meine Erwartungen sind durch die hochinteressanten Aufklärungen noch übertroffen worden“, „... die überaus geschickte Motivierung unserer Wünsche, ... die wahrhaft kaiserliche Art ...“, „was Euerer Majestät sagten, ist meines ehrfurchtsvollen Erachtens vortrefflich“ usw. Dann suggeriert er Wilhelm, der (schon vorher fertige) Vertrag über die portugiesischen Kolonien sei die unmittelbare Wirkung dieses Gesprächs: „Wir verdanken diese glückverheißende Wendung dem entschlossenen Eingreifen Eurer Majestät in jenem Augenblick, wo der *deus ex machina* hervortreten mußte“, „die Engländer endlich zu dieser Erkenntnis gebracht zu haben, ist nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten das Verdienst Eurer Majestät“ usw. Und dann kommt der Knalleffekt. Bülow feiert seinen Wilhelm als den „arbitrator mundi“, als den Schiedsrichter der Welt! Dafür bekam er keinen Fußtritt, im Gegenteil! Der Herr und der Knecht, beide betrogene Komödianten.

1899 kam eine neue Erpressung, die Aufteilung der Samoa-Inseln. Wieder ging sie vor sich unter allerhand komödienhaften Geschichten: Drohung mit Abbruch der Beziehungen, hahnebüchene Schreibereien an die Königin Viktoria, in denen sich Wilhelm blamierte, usw.

Im Anschluß daran waren Wilhelm und Bülow zu Besuch in England. Die englischen Minister legten ein Bündnisangebot vor mit folgenden Zugeständnissen an Deutschland: Verständigung über alle kolonialen Einzelfragen, freie Hand für Deutschland in Kleinasien, gemeinsames Vorgehen in Marokko. Wie weit der deutsche Besuch seinen englischen Gastgebern Versprechungen gemacht hat, ist nicht bekannt. Sie müssen deutlich gewesen sein, denn acht Tage später hielt Chamberlain eine große Rede, in der er für den neuen Dreibund England-Deutschland-Amerika Propaganda machte. Bülow antwortete im Reichstag mit einer neuen Flottenvorlage und einer Rede, in der er verkündete, Deutschland wolle im kommenden Jahrhundert nicht Amboß, sondern Hammer sein.

Das genügte, um die englischen Bündnishoffnungen für ein Jahr zum Schweigen zu bringen. Im Januar 1901 machte Chamberlain einen neuen Antrag. Inzwischen hatte sich die Situation verändert. Der Chinafeldzug der Großmächte war im Gange. Die deutsche Politik hatte sich mit ihrem Welt-Feldmarschall Waldersee kräftig blamiert, Wilhelm sich durch seine Hunnenreden einen anrühchigen Namen gemacht. Die Einigkeit der Großmächte ging aus dem Leim. Die Russen machten mit ihren Truppen ihre eigene Politik. Der Leidtragende war vor allem Deutschland, das sich in den Vorbergrund gedrängt hatte. Jetzt schien der Moment für eine Erleuchtung bei den Leitern der deutschen Politik gekommen. Die suchten zwar, wieder Geschäfte zu machen, gingen auch auf Verhandlungen ein, aber am Ende ließen sie die Sache scheuern. Das Kapitel endet wieder mit einer

Paradevorstellung Wilhelms. In einem Gespräch mit Lord Lansdowne entwickelt er weltpolitische Hirngespinnste, redet er von einem phantastischen Kontinentalbund gegen Amerika und Rußland und ähnlichen Kindereien. Und wieder wirft er sich in die Theaterpose und erklärt dem immer verblüffter dreinschauenden nüchternen Engländer: „Die Politik mache ich! ... Die balance of power in Europa bin ich!“ (Nach seinem eigenen Bericht an Bülow.)

Gerade da bekam die Balance den entscheidenden Stoß. Es war Schluß mit Bündnisverhandlungen. Von jetzt an war England und besonders Chamberlain der erklärte Feind Deutschlands. Zwei Jahre später kam die Entente cordiale zwischen Frankreich und England zustande. Und wieder ein paar Jahre später hatte das Zarenreich durch Japan und die Revolution solche Schläge bekommen, daß sein Preis nicht mehr zu hoch war. Die Holsteinsche Theorie war widerlegt, Deutschland isoliert. Noch 1901 hatte England der deutschen Regierung die schnelle Verständigung über Marokko angetragen. Nun verständigte es sich darüber mit Frankreich, und gerade die verschiedenen Marokko-Krisen zeigten den Leiern der deutschen Politik und der ganzen Welt, was die Uhr geschlagen hatte. Der Zeiger stand auf Weltkrieg gegen das an den Kadaver Oesterreich gefesselte Deutschland.

Gegen dieses klägliche Ende der Verhandlungen mit ihren katastrophalen Folgen setzt Fischer die Perspektive jener anderen Möglichkeit. „Mir stockt jedesmal der Puls, wenn ich an diese Stelle der Gedankenkette komme. Der Plan war ausführbar.“ Und welcher Plan! „Der hinreißende Plan eines englischen Kaufmanns, dessen nüchterne Phantasie den Globus umspannte.“ „Der Versuch, die Erde im ganzen zu organisieren.“ Die Garantie des Weltfriedens durch die Bildung einer „Vereinigung, die stärker ist als jede denkbare Gegengruppe.“

Die Argumentation Fischers hat freilich mehrere Löcher. Nicht die Holsteinsche Weltkonstruktion und nicht die wilhelminische Romantik allein führten zur Ablehnung. Es steckt mehr dahinter. Fischer selber sagt, daß die Voraussetzung für das Bündnis der Verzicht auf die deutsche Weltflotte war. Und das war entscheidend nicht nur als Verzicht auf ein Spielzeug Wilhelms II., sondern auf die Weltmachtstellung des deutschen Imperialismus. Wahrscheinlich hätte das Konsortium England-Amerika-Deutschland dem deutschen Imperialismus mehr eingebracht, als er sonst je erringen konnte. Aber er hätte das doch immer nur als Vasall des englischen Imperialismus erhalten können, und er war nicht geneigt, für den Spatzen in der Hand die Taube auf dem Dache, die Herrscherrolle in der Welt, hinzugeben. Wie für Holstein der Kampf zwischen Rußland und England, so war für die deutschen Imperialisten der Kampf zwischen Deutschland und England unvermeidlich, und sie haben ihn bekommen.

[712] Und die Fischersche Weltfriedensidee ist eitel. Natürlich rührt ihn, den verkappten Imperialisten, der Gedanke nicht, daß diese Sicherung des Weltfriedens durch den politischen Trust der drei germanischen Großmächte die Versklavung der Welt bedeutete. Aber es ist sicher, daß der Kampf dieser Mächte ausgebrochen wäre, wenn die Beute erlegt war. Das Schicksal der Entente ist Lehre genug: kein Bündnis sichert den Frieden. Aber der Pferdefuß dieser so pazifistisch und fortschrittlich-demokratisch scheinenden, mit so viel Nachdruck vorgetragenen Kritik an der wilhelminischen Politik zeigt sich in der Betonung ihrer praktischen Bedeutung für das heutige Deutschland. Im Vorwort kündigt Fischer an: „Die Welt wird sich der Patentlösung der Weltbefriedung, dem Plan des deutsch-englisch-amerikanischen Bündnisses gegenüber sehen und ihr Urteil dazu abgeben. Sie wird fühlen, daß die Formel Chamberlains auch heute noch ihre Bedeutung hat.“ Immer wieder ruft er diesen Gedanken wach, und das Buch endet: „Die Motive von 1898 beginnen wieder zu spielen.“

Fischer erwägt zwar kurz die „östliche Orientierung“, die durch den Rapallo-Vertrag Gestalt gefunden hat. Wie die meisten bürgerlichen Politiker in Deutschland, gibt er sich dabei keine Rechenschaft, daß Sowjetrußland ein anderes Land als das Zarenreich ist. Er erkennt die Vorteile einer solchen Verbindung an. Aber ihm graust vor einem Krieg mit Rußland gegen Polen, Frankreich und die kleine Entente und vielleicht gegen England und Amerika. Er will den Weltfrieden, garantiert durch die angelsächsische Uebermacht. (Uebermacht, weil der Verbündete Sowjetrußlands, das internationale Proletariat, nicht berücksichtigt wird.) „Die deutsch-englisch-italienisch-amerikanische Gruppe, der sich gegen Rußland wohl auch Japan anschliesse, ist die stärkere“.

Gegen Rußland! Hier wird das Wort gesprochen, das der Sinn des ganzen Buches ist und nur sein kann. Denn Fischer ist Politiker genug, um zu sehen, daß ein Bündnis, in dem England und Amerika die Diktator-Rolle spielen, nur und vor allen anderen Ländern gegen Sowjetrußland gerichtet sein kann. Er schreibt das Buch in diesem Jahre 1925! Und er malt das Gespenst einer Bewaffnung der hundert Millionen Chinesen durch Rußland an die Wand. Er ist trotz des Halbdunkels seiner Darstellung der aktuellen Situation ganz deutlich.

Dieses Buch, das sich pazifistisch und antiimperialistisch gibt, ist ein Ausdruck des wiedererwachenden deutschen Imperialismus, der sich bewußt ist, daß er seine Ziele unter die Ziele vor 1914 zurückschrauben muß, daß er nur im Kielwasser einer fremden imperialistischen Politik, nur als Vasall wieder groß werden kann. Dies Buch ist kriegerisch und reaktionär, ist eine Hetze gegen Sowjetrußland.

Paul Frölich

[713]

Die Internationale
Jahrgang 8 * Berlin. den 15. Dezember 1925 * Heft 12

□ Berlin, 10. Dezember.

Locarno, die Regierungskrise und unsere Partei.

Locarno ist unterzeichnet. Auf der deutschen politischen Bühne werden die Kulissen neu zurechtgeschoben.

Auch vor etwa einem Jahr war „Regierungskrise“. Damals trat die deutsche Bourgeoisie recht eigentlich das Erbe ihres durch die pazifistische Aera veredelten Sieges über die Arbeiter vom Oktober 1923 an. Damals nahm sie die Durchführung des einzigen realen, aber keineswegs menscheitsbeglückenden Ergebnisses jener Menschheitsbeglückungskomödie, der Macdonald-Herriot, des Dawes-Plans, brutal in die eigene Hand. Es galt nicht mehr bloß diesen Plan den Arbeitermassen mit pazifistischen Phrasen schmackhaft zu machen, sondern es galt die Bedingungen seiner Realisierung zu schaffen. Zu diesem Zweck verbündete sich die deutsche Bourgeoisie offen mit der äußersten junkerlichen Reaktion und brachte durch den geschickten Fischzug der Hindenburg-Kandidatur die große Masse des Kleinbürgertums hinter sich.

Dieser reaktionäre Block hat offen bestanden, solange er nötig war und er wird de facto weiter bestehen. Er hat gute Arbeit getan: Steuern, Finanzgesetze, Zölle sind unter Dach, die gesetzlichen Grundlagen für eine Durchführung des Dawes-Planes auf Kosten der breiten Volksmassen sind festgelegt. Der Gaunertrick, die Massen des deutschen sozialpazifistischen wie nationalistischen Spießertums zu mobilisieren gegen ihre eigenen Interessen – ist glänzend gelungen. Die Ernte ist eingefahren. Nun heißt es aber, sich vor dem aufziehenden Gewitter in Sicherheit zu bringen. Schon geraten sowohl die Massen der sozialdemokratischen und zentrümlichen Arbeiter als auch die kleinbürgerlichen Anhänger der Nationalisten in einer Richtung in Bewegung, die den Drahtziehern dieser Parteien sehr unangenehm ist. Es heißt also rasch, bevor es zu spät wird, die Massen auf dem neuen Weg, nach dem sie erst tappen, abzufangen. Nicht nur dem Zentrum ist das letzte Jahr des offenen Reaktionsblocks übel bekommen, sondern auch den Deutschnationalen. Die spezifischen Attraktionen dieser Parteien für ihre Anhängermassen haben gelitten. Es erscheint daher ratsam, wieder getrennt zu marschieren. Muß das Zentrum wieder sozial, christlich und etwas republikanisch tun, also in seiner Rückzugsrichtung die Massen auffangen, so müssen die Deutschnationalen, die nach dieser Richtung keinen Spielraum haben, ihr stark ramponiertes „nationales“ Ansehen ausflicken, um den Phrasen, mit denen sie bisher ihre kleinbürgerlichen Anhänger abgespeist haben, mehr Ueberzeugungskraft zu geben.

Und sie können dies. Denn nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch hat die deutsche Bourgeoisie im letzten Jahr ihr Schäfchen ins Trockene gebracht. Trotz der mehr oder minder großen Meinungsverschiedenheiten sind sich die entscheidenden Teile der deutschen Bourgeoisie [714] einig: Der Locarno-Pakt hat die Grundlagen des unter den heutigen Bedingungen überhaupt möglichen neuen imperialistischen Aufstiegs entworfen und gesichert. Da die SPD bereitwilligst in die Bresche sprang, konnte es die Deutschnationale Partei mit Erfolg versuchen, zugleich zwei Fliegen mit der Klappe des Kampfes gegen Locarno zu schlagen: einerseits ihre nationale Politik zu rehabilitieren, andererseits die Rückstoßenergie ihrer eigenen Regierungspolitik auszunützen und der Regierung zur Verwertung nach außen zur Verfügung zu stellen. Stresemann hat dies freilich nicht immer geschickt genug verstanden, worüber sich Graf Westarp im Reichstag bitter beschwerte.

Ein außergewöhnlich harter Winter hat begonnen. Die Wirtschaftskrise nimmt immer schärfere Formen an. Schon nähert sich die Arbeitslosenziffer der zweiten Million. Zu allen diesen Gründen, die für die Gesamtbourgeoisie eine Veränderung des politischen Kostüms für einige Zeit angezeigt erscheinen lassen, kommen Konflikte zwischen ihren einzelnen Fraktionen und Interessengruppen, die man austragen, kommen noch einige Ungeschicklichkeiten und Fehler des Rechtskurses, die man gerade biegen muß. Handelspolitik und Zollpolitik haben sowohl für Interessengegensätze, wie für Fehler genügend Anlaß geboten. Die Junker haben in manchen dieser Fragen der industriellen

Bourgeoisie mehr abgejagt, als sie auf die Dauer zu geben gewillt ist, sie auch zu allerhand Dummheiten verleitet, z. B. der Kündigung des spanischen Handelsvertrages. Es scheint nicht unmöglich, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie die Gelegenheit der Differenz über den Locarno-Pakt und den finanziellen Zusammenbruch des Reichslandbundes dazu ausnutzen wird, um, gestützt auf das internationale Finanzkapital, die Komödie eines Kampfes mit den ostelbischen Junkern aufzuführen. Dazu kommt, daß die bedeutende ökonomische Machtverschiebung zwischen Industriekapital und Baukapital, die im letzten Jahre unter der Decke der industriell-agrarischen Koalition vor sich gegangen ist, ihren politischen Ausdruck verlangt.

Kurz und gut: man braucht einen keinen Wechsel des Kostüms. Hindenburg ist schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Er hat den monarchistischen Staatsstreich in die Mottenkiste gepackt und dem Geist der Paulskirche gehuldigt. Er protegiert Locarno und die Große Koalition. Er ist der Mann des Burgfriedens wie 1914.

Und auch der Lakai für den Wechsel der bürgerlichen Toilette steht schon bereit: Es ist die SPD. Ob die Bourgeoisie seine Dienste annehmen wird, ist freilich eine zweite Frage.

*

Die SPD hat in den letzten Monaten ein raffiniertes, nicht ungefährliches Spiel getrieben, indem sie die reaktionäre Innenpolitik der Luther-Regierung im Bewußtsein der Arbeitermassen zu verwischen suchte durch ein marktschreierisches und lächerliches Lob ihrer pazifistischen Außenpolitik. Hat sie zuerst die Opposition gegen Locarno unter den linken sozialdemokratischen Arbeitern abgebremst, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Frage der Reichstagsauflösung lenkte, so hat sie dann umgekehrt ihren Verzicht auf eine energische Ausnützung der schwachen Stellung der Luther-Regierung nach dem Austritt der Deutschnationalen wieder verdeckt durch ein noch lauterer Geschrei über die Erhabenheit des Locarno-Paktes. Sie hat in diesem Ueberschreien ihrer eigenen Parolen so ziemlich alles geleistet, was man auf diesem Gebiete erwarten kann. So geht es nicht mehr weiter. Und daher zeigt sie in dem Moment, da sie sich anschickt, Locarno als Sprungbrett zur Großen Koalition zu benützen, genau wie am Tage nach dem 4. August 1914, den Arbeitermassen das besorgte und durchfurchte Antlitz des Volksfreundes, der die Not des kommenden Winters vom Ministersessel aus zu lindern im Begriffe ist.

Sie macht die Sache wie immer sehr geschickt, doch dürfte sie ihr diesmal schwer fallen. Schon erhebt sich aus dem langwährenden Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiter ein wachsender Widerstand, ein lauter Protest gegen diese bürgerliche Lakaienpolitik. Es ist unter diesen Arbeitern noch [715] nicht vergessen, wie Stresemann im Jahre 1924, als er den umgekehrten Toilettenwechsel vornahm, sich rühmte, daß er die Sozialdemokratie im Oktober 1923 mit der Großen Koalition weidlich ausgenutzt und an der Nase herumgeführt habe. Es ist noch nicht vergessen, daß die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Luther-Regierung von den kommenden Regierungskollegen der SPD-Führer aus dem Zentrum noch kürzlich auf dem Kasseler Parteitag begeistert verteidigt wurde.

Diese Opposition unter den sozialdemokratischen Arbeitern wird und muß wachsen. Fragen, die in den letzten fünf Jahren geheim erledigt oder verschleppt wurden, verlangen jetzt eine offene Lösung. Damit werden Jahre nachher wieder alle entscheidenden Fragen der Revolution von 1918 lebendig. Die Möglichkeiten der damaligen Situation, der damalige Verrat der Sozialdemokratischen Partei, treten ins grelle Licht des Alltags.

In diesem Moment bereitet sich eine neue Klassenfront in der deutschen Arbeiterschaft vor. Sie findet ihren täglichen Antrieb in den Kämpfen um Lohn, gegen Betriebsstilllegungen, für Arbeitslosenforderungen. Sie findet ihre ersten praktischen Lehren in den Kommunalparlamenten, wo die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Vertreter zwingen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Sie findet endlich ihr politisches Bewußtsein an den jetzt aus dem Grabe der Revolution von 1918 aufstehenden Fragen, wie dem Dolchstoßstreit, der Fürstenenteignung. Sie findet ihre vorwärtstreibenden Hebel an den großen Fragen der Zukunft, der Stellung zur Sowjetunion, zu den Freiheitskämpfen der Kolonialvölker.

Die deutsche Arbeiterbewegung steht vor einem der wichtigsten Abschnitte ihrer Geschichte. In diesem Moment wird die politische Aktion, der ideologische und organisatorische Zustand, die Schlagkraft der Kommunistischen Partei zu einem Faktor von entscheidender Bedeutung. Es ist nicht nur ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft, sondern selbst schon ein Moment der Neuordnung der Klassenfront der deutschen Arbeiter, das sich in diesem Moment die KPD nach der Novemberkonferenz der Partei in einem organisatorischen und ideologischen Umstellungs- und Gesundungsprozeß befindet, dessen erste gefährlichste Etappe erfolgreich abgeschlossen ist.

*

Die große Bedeutung der ersten Parteikonferenz liegt darin, daß auf ihr der erste Schritt zur Ueberwindung der linken Abweichungen von Bolschewismus erfolgreich gemacht wurde. Die Parteidiskussion und die Parteikonferenz waren in der Hauptsache eine Auseinandersetzung mit diesen linken Abweichungen, waren der Versuch, den Bruch mit der bisherigen sterilen Taktik der Partei offen vor den Massen zu vollziehen und die gesamte Partei auf die Lösung der großen Aufgaben der Gegenwart und die Gewinnung der entscheidenden Schichten des deutschen Proletariats für den Kommunismus zu stoßen. Die Erste Parteikonferenz hat diese Aufgabe der Lösung näher gebracht, indem sie einen scharfen Trennungsstrich zog sowohl den Anschauungen gegenüber, die von dem Genossen Scholem und seinen Freunden vertreten werden, als auch der schwankenden, unehrlichen, praktisch ultralinken Haltung gegenüber, die die Gruppe Maslow-Fischer einnahm.

Soweit rechte Tendenzen auf der Parteikonferenz in Erscheinung traten, fanden sie einmütige und scharfe Zurückweisung.

Die Parteikonferenz hat gut gearbeitet.

Die Partei wird sich aber nicht einen Moment täuschen, daß die Parteikonferenz zwar den Abschluß der Parteidiskussion brachte, aber nur die Einleitung des Gesundungsprozesses bringen konnte. Gerade jetzt besteht die Notwendigkeit, die begonnene Klärung in der Partei fortzusetzen und zu verstärken. Nur wenn alle Genossen, die fest auf dem Boden der Beschlüsse der Parteikonferenz stehen, mit äußerster Energie mit ihrer Arbeit die Partei durchdringen, nur wenn die noch schwankenden Genossen überzeugt werden, kann die begonnene Arbeit der Reichskonferenz vollendet, die Partei vor einer neuen schweren Krise bewahrt werden. Denn [716] täuschen wir uns nicht: die Partei hat zwar Beschlüsse gefaßt, aber Beschlüsse und ihre Durchführung sind zweierlei. Wir müssen Träger für die Durchführung der Beschlüsse haben!

Die Partei hat die Repräsentanten unbolschewistischer Anschauungen zurückgeworfen. Die Partei wird aber nicht verkennen, daß diese Repräsentanten ihren Einfluß aufbauten auf der Enttäuschung breiter Arbeitermassen über frühere schwere Fehler und daß sie auch heute noch neue Nahrung saugen können, nicht nur aus einzelnen Fehlern der Partei und ihrer Führung, sondern auch aus der Ungeduld und dem Kleinmut bestimmter Kreise der Parteimitglieder. Der Zerfall des Kapitalismus bringt zwar mit sich die Revolutionierung des Proletariats als Klasse, aber gleichzeitig auch die Deklassierung bestimmter Schichten innerhalb dieser Klasse. Nur wenn die gesamte Partei es versteht, ihre Werbekraft zu steigern, stets einen neuen Zustrom von Arbeitern zu erhalten, ihre Mitglieder- und Führerkaders stets zu ergänzen, zu erneuern und zu verstärken, kann sie der pessimistischen Niederlagenstimmung Herr werden und verhindern, daß die für die revolutionäre Entwicklung negativen und schädlichen Kräfte Einfluß auf die Bewegung gewinnen.

Dies war letzten Endes der Sinn der Parteiauseinandersetzungen. Wenn die Partei dies erkennt, wird sie auch Wege finden, die zur endgültigen Liquidierung der Krise und zur Anbahnung des bisher größten Aufstiegs der kommunistischen Bewegung führen werden.

Die objektiven Bedingungen für diesen Aufstieg sind gegeben. Es wird zugleich ein neuer Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung sein, der in vielen Punkten dort anknüpft, wo die Sozialdemokratie schon vor 1914 den Weg des Klassenkampfes verlassen hat, aber diesen Weg zu Ende führt viel höherer, durch die russische Revolution entwickelter Reife, Klarheit und organisatorischer Kraft.

*

Es ist darum nicht nur falsch, die letzte Krise der Partei bloß zu betrachten vom Horizont der Fraktionen, sondern auch bloß vom Horizont der Partei allein. Sie muß betrachtet werden vom Horizont der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der internationalen Arbeiterbewegung.

Nur dann wird man auch die neuen großen Aufgaben verstehen und verwirklichen können, die die gegenwärtige Entwicklung des Klassenkampfes Deutschland unserer Partei stellt.

Der Locarno-Sieg der SPD war ein Pyrrhussieg.

Nie war eine Situation so günstig wie die heutige, um an der Hand der Praxis in einer die ganze Klasse ergreifenden Agitation, in den Betrieben, den Gewerkschaften, in den Parlamenten, auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung, den Bankerott der klassenfriedlichen Politik der SPD bloßzulegen, um auf einer klaren, nüchternen Plattform des Klassenkampfes die Basis der neuen Revolution vorzubereiten.

Wir werden einen linken Block in der deutschen Arbeiterbewegung schaffen und Locarno wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Nicht komplizierte, ganz besonders ausgeklügelte Methoden schlagen wir als Basis dieses neuen linken Flügels vor, sondern einfach die alten Grundsätze des Klassenkampfes, die Jahrzehntlang in der deutschen Arbeiterbewegung gegolten, die sie in die Höhe gebracht haben und die von einer Bande politischer Geschäftemacher, verbürgerlichter Parlamentarier und Gewerkschaftsbonzen, die sich zu Unrecht als Erben von Liebknecht und Bebel aufspielen, täglich und stündlich mit Füßen getreten werden.

Wir stellen heute eine politische Plattform auf, auf der jeder ehrliche, seiner Klasse treue Arbeiter Platz hat.

So beziehen wir zu Locarno Stellung.

Wir entwickeln klar und scharf die große außenpolitische Perspektive der Sowjetunion, die heute die Außenpolitik des internationalen Proletariats ist. Glaubt uns aber der sozialdemokratische Arbeiter noch nicht, hofft er noch, diese heroische Perspektive umgehen zu können, dann schlagen wir ihm vor, wirklich ehrlich und rücksichtslos gegen den neuen imperialistischen Krieg zu kämpfen. Und wir beweisen ihm, daß der Locarno-Pakt erstens den Frieden im Westen nicht sichert, sondern bloß den Krieg „reglementiert“ unter englischem Kommando; zweitens die Kriegsgefahr ungeheuer steigert den Polen gegenüber; drittens durch den § 16 Deutschland zum mindesten (dies aber ganz sicher) zum Munitionslieferanten der antirussischen Koalition macht; viertens Deutschland einbezieht und durch Verleihung von Kolonialmandaten noch fester einbeziehen wird in den Kampf der imperialistischen Raubstaaten gegen die Kolonialvölker. Und wir fragen den sozialdemokratischen Arbeiter, ob er mit uns kämpfen will, vorläufig in folgenden Fragen: a) gegen jede Neuaufrollung der Frage von Elsaß-Lothringen und vor allem der Ostgrenzenfrage seitens der deutschen Bourgeoisie; b) gegen jede Art der Unterstützung der Feinde Sowjetrußlands und der Kolonialvölker in einem künftigen Kriege; c) gegen jeden Kolonialrummel oder gar Kolonialerwerb seitens der deutschen Bourgeoisie.

Dies sind nur einige Punkte, die man heute schon anschneiden muß. Wir werden den sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, daß nur im gemeinsamen Kampf der Arbeiter als Klasse die Garantie gegen künftige Kriege liegt, nie aber in den gegenseitigen „Garantien“ der Kapitalisten.

Die Klasse, das muß der Grundakkord unserer Anti-Locarno-Aktionen sein, nicht aber die „Nation“. Hier sind von der Partei Fehler gemacht worden.

*

Dieselben Gesichtspunkte leiten uns in der Stellung zur gegenwärtigen Regierungskrise. Wir zerfasern vor den SPD-Arbeitern die falsche Alternative ihrer Führer, die lautet: praktische Mitarbeit oder bloße unfruchtbare Agitation. Wir sagen: die Feindschaft gegen jede kapitalistische Regierung und die „bloße Agitation“ ist die beste Praxis der revolutionären Arbeiterpartei. Die SPD unterschätzt die Kräfte der Arbeiterklasse, wenn sie sie auf das Niveau parlamentarischer Kuhhan-

delei herabdrückt, sie hindert den schlummernden Riesen Proletariat am Erwachen. Noch sind Millionen Arbeiter im Schwanz der reaktionären Parteien, besonders des Zentrums. Die Loslösung dieser Arbeiter vom Zentrum, ihre Organisierung in den freien Gewerkschaften ist die nächste, die dringendste Aufgabe des Kampfes um den Sozialismus in Deutschland. Wir fordern die SPD-Arbeiter auf, mit dem lächerlichen Politikantentum ihrer Führer zu brechen und mit uns Kommunisten den Kampf für die Zerschlagung des Zentrums, um die Seelen ihrer Klassengenossen aufzunehmen. Das Zentrum ist die beste Säule der bürgerlichen Parteien. Nieder mit dem Zentrum! Haben die alten SPD-Arbeiter den Klassenkampfgeist von einstmals wirklich ganz verlernt?

Das ist praktische Arbeit. Nicht aber die Teilnahme an der bürgerlichen Regierung. Diese ist Arbeit gegen den Sozialismus. Auch die Republik ändert nichts an dieser Tatsache.

Wir müssen hier an die Worte erinnern, die Friedrich Engels im Jahre 1883 an Bernstein schrieb:

„Die bürgerliche Republik, vielleicht mit der Fortschrittspartei an der Spitze, dient uns zunächst zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus, das ist in einem oder zwei Jahren abgemacht, und zur gründlichen Abarbeitung und Selbstruinierung aller außer uns noch möglichen Mittelparteien. Erst dann können wir mit Erfolg drankommen.“

Engels hat freilich nicht erwartet, daß die Sozialdemokratie, statt die Republik auszunützen zur Gewinnung der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus, sie ausnützte zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiter und als Bollwerk gegen den Sozialismus; und nicht zur [718] Ruinierung der bürgerlichen Mittelparteien, sondern zu ihrer künstlichen Stützung durch die Koalitionspolitik.

Leider hat die jahrelange Koalitionspolitik der SPD viele früher klassenbewußte Arbeiter schon derartig verwirrt, daß sie den richtigen Weg gar nicht mehr erkennen. Diesen Arbeitern sagen wir Kommunisten:

Der Weg zum Sozialismus geht nur über die Eroberung der politischen Macht, d. h. der Alleinherrschaft des Proletariats. Lassen wir vorläufig den Streit darüber, ob mit oder ohne Gewalt. (Obwohl die SPD im Interesse der bürgerlichen Republik sehr wohl für Gewalt eintritt! Freilich gegen Arbeiter.) Legen wir den Ton auf das Wort Alleinherrschaft. Damit aber haben wir schon eine Plattform, auf der wir mit jedem linken SPD-Arbeiter, mit jedem wirklich ernstlich der Arbeiterbewegung ergebenen Gewerkschaftsmitglied in der Frage der Regierungsbildung zusammenarbeiten können. Kampf gegen die Koalitionspolitik muß die Losung sein. Kampf auch bis zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Sonst droht ein neues 1914, ein neues 1918, eine neue, jahrelange Schmach der Arbeiterbewegung. Wir müssen bei dieser Gelegenheit die Erinnerung der alten USPD-Mitglieder wecken: der Dolchstoßprozeß hat eine sehr gute (leider nicht benutzte) Gelegenheit dazu gegeben.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen den Eintritt der SPD in die Koalition, weil diese die Interessen der Arbeiterbewegung schädigt. Sie geht dabei nicht von einem bloß egoistischen Parteistandpunkt aus, sonst müßte sie ja gerade den Eintritt wünschen, weil er diese Partei vor den Arbeitern kompromittiert. Wir gehen aus von der elenden und machtlosen Lage der deutschen Arbeiterbewegung, die durch die Koalitionspolitik verschuldet ist. Wir wissen aber sehr gut und sagen es jetzt schon, daß die verbürgerlichten Führer der SPD bis zum Letzten mit der Bourgeoisie gehen werden, weil sie nichts anderes sind als ihre Agenten im Lager der Arbeiterklasse. Die Wiedererstarkung der deutschen Arbeiterbewegung muß notwendig ein Sieg unserer Partei über die SPD sein.

*

Und wie wird jene Alleinherrschaft der Arbeiterklasse kommen? Darauf antworten wir: sie wird nicht aus dem Parlament kommen und keine parlamentarische Regierung sein. Sie wird beruhen auf einem Bündnis der Arbeiter als der Führer des Kampfes um den Sozialismus mit den ausgebeuteten kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten der Stadt und des Landes (Kleinbauern) gegen die Bourgeoisie, auch die demokratische. Darum fassen wir die Aufgabe der Errichtung einer solchen Regierung in die Parole: Arbeiter- und Bauernregierung. Jeder revolutionäre Betriebsrat, jeder Sieg des linken Flügels in einem Gewerkschaftskartell ist ein Baustein für diese Re-

gierung. Die Kommunen werden als ihre Positionen schon heute eine wichtige proletarische Angelegenheit. Diese Regierung wird direkt aus den organisierten Massen der Arbeiter und Landproletarier hervorgehen, wird ausgehen von der Befriedigung der dringendsten ökonomischen Interessen der notleidenden Massen, von dem Versuch der Verwirklichung der politischen Losungen der entschiedenen revolutionären Demokratie, wie sie die Pariser Kommune in Angriff genommen und zum Teil verwirklicht hat: Beseitigung der reaktionären Beamtenschaft, Wahl der Beamten und Richter durch das Volk, Ersetzung der Polizei und des Heeres durch eine Miliz aus dem arbeitenden Volk, Bewaffnung der Arbeiter, Verwandlung der Parlamente in arbeitende, nicht bloß redende Körperschaften. Sie wird Schritte auf den Sozialismus zu tun: Nationalisierung und Zwangszusammenschluß der Industrie und der Banken unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, Enteignung und Austeilung des Großgrundbesitzes an landhungrige Kleinbauern und Halbproletarier bzw. genossenschaftlichen Betrieb der Güter durch die Landarbeiter usw.

[719] Ob diese notwendigen und von jedem sozialistischen Arbeiter seit jeher anerkannten Maßnahmen ohne Widerstand der bürgerlichen und junkerlichen Reaktion, also auch ohne Gewaltanwendung seitens des Proletariats geschaffen werden können, dies zu überlegen überlassen wir vorläufig noch den sozialdemokratischen Arbeitern selbst. Ob die nationale Zentralisation und Tätigkeit dieser Regierung, deren Reime in den Massen der Arbeiter- und Landbevölkerung selbst wachsen, möglich ist ohne Zentralisation der Gewalt, d. h. ohne Diktatur, diese Frage ist heute noch nicht unmittelbar praktisch. Praktisch und akut aber ist die Frage der Vorbereitung und Schaffung jener Reime in den Massen selbst.

Und wenn man uns ungläubig erwidert, daß die Bildung einer solchen Volksregierung aus den Organen der arbeitenden Massen selbst „utopisch“ sei, dann antworten wir: Es kommt auf die Probe an: Ihr habt nun jahrelang die demokratisch-parlamentarische „Methode“ ausprobiert; es ist nichts herausgekommen als weiteres Elend und Beseitigung der elementarsten Arbeiterrechte. Nun helft uns doch mal unsere Methode ausprobieren! Wir verlangen keineswegs Bomben und Barrikaden. Kämpft setzt erst geschlossen und energisch gegen die Koalitionspolitik, denn diese infame Politik erstickt jede politische Selbsttätigkeit, tötet das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Kämpft für Einheit der Gewerkschaften, für eine revolutionäre Betriebsrätebewegung: Auch um den Preis der Spaltung der SPD. Es kommt auf die Probe an: ein, zwei Jahre diese Politik – wie Engels sagte – und Ihr werdet die Aktivität, die Kraft und die Kühnheit der deutschen Arbeiterklasse verdoppeln und verdreifachen. Dann werdet ihr die Möglichkeiten ihrer Alleinherrschaft in Deutschland ganz anders einschätzen als heute. Probieren geht über studieren.

*

So soll unsere Antwort auf Locarno und die Große Koalition beschaffen sein. Die nächsten Wochen und Monate verlangen eine eiserne und opferfreudige Arbeit aller Parteigenossen: die Betriebszellen, die Gewerkschaftsfraktionen, die Kommunisten in allen Arbeiterorganisationen müssen durchglüht sein von dem Willen, die Seele des deutschen Proletariats zu erobern.

Besteht die Partei diese harte Probe, dann werden es nicht die Stresemänner und ihre SPD-Lakaien sein, die zuletzt lachen in der neuen Aera von Locarno.

*

Ueber die Stellung zur imperialistischen Außenpolitik und Diplomatie.

Von N. Lenin.

Der folgende Artikel Lenins ist in den Tagen des anlässlich der Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn (am 6. Oktober 1908) ausgebrochenen Streites zwischen den europäischen Großmächten geschrieben und unter dem Titel: „Die Ereignisse auf dem Balkan und in Persien“ im „Proletarij“ vom 29. Oktober 1908 erschienen. (Neuerdings abgedruckt in den Gesammelten Werken, russ., Band XI, 1 S. 188.) Wir veröffentlichen ihn mit unwesentlichen Kürzungen und einer Nachbemerkung, die seine Beziehung auf die Gegenwart herauschält. D. Red.

Der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution gaben dem Erwachen der asiatischen Völker zu politischem Leben einen besonderen Anstoß. Aber dieses Erwachen schritt so langsam

fort, daß in Persien die nahezu entscheidende Rolle nach wie vor der russischen Konterrevolution zukommt; die türkische Revolution aber sofort auf eine gegenrevolutionäre Mächtekoalition, mit Rußland an der Spitze, stieß. Freilich scheint auf den ersten Blick diese letztere Behauptung dem allgemeinen Ton der europäischen Presse und den Erklärungen der Diplomaten zu widersprechen. Hört man diese Erklärung und glaubt man den Artikeln der offiziellen [720] Blätter, so sind sie alle voll „Sympathien“ für die erneuerte Türkei. Alle wünschen nur die Befestigung und die Entwicklung des konstitutionellen Regimes in der Türkei und können die „Mäßigung“ der bürgerlichen Jungtürken nicht genug loben.

Doch alle diese Reden sind nur ein Musterbeispiel der niederträchtigen bürgerlichen Heuchelei der heutigen reaktionären Regierungen und der heutigen reaktionären Bourgeoisie Europas.

In Wirklichkeit hat kein einziges europäisches Land, das sich eine Demokratie nennt, keine einzige bürgerliche Partei Europas, die sich als demokratisch, progressiv, liberal, radikal usw. bezeichnet, – durch irgend etwas den ernstlichen Willen gezeigt, zum Sieg und zur Befestigung der türkischen Revolution beizutragen. Im Gegenteil, alle fürchten einen Erfolg der türkischen Revolution, da er unausbleiblich zweierlei bedeuten würde: nämlich einerseits die Enthaltung des Strebens nach Autonomie und nach Demokratie bei allen Balkanvölkern, andererseits einen Sieg der persischen Revolution, einen neuen Anstoß der Demokratie in Asien, eine Verschärfung des Unabhängigkeitskampfes in Indien, Herausbildung freiheitlicher Zustände längs eines ungeheuren Teils der russischen Grenze und folglich Schaffung neuer Bedingungen, die die Politik des stockreaktionären Zarismus erschweren und den Ausschlag der Revolution in Rußland erleichtern würden.

Der Sinn der jetzigen Geschehnisse auf dem Balkan, in der Türkei und in Persien läßt sich auf eine gegenrevolutionäre Koalition der europäischen Mächte gegen den anwachsenden Sozialismus in Asien zurückführen. Alle Bemühungen unserer Regierungen, alle Predigten der „großen“ europäischen Länder laufen darauf hinaus, diese Tatsache zu bemänteln, die öffentliche Meinung zu verwirren, durch heuchlerische Reden und diplomatischen Hokusfokus die gegenrevolutionäre Koalition der sogenannten zivilisierten Nationen Europas gegen die weniger zivilisierten – und am heftigsten der Demokratie zustrebenden – Völker Asiens zu verdecken.

Und der ganze Sinn der Politik des Proletariats im gegenwärtigen Augenblick besteht darin, die bürgerlichen Heuchler zu entlarven, vor den Augen der allerbreitesten Massen das reaktionäre Wesen der europäischen Regierungen bloßzustellen, die aus Furcht vor dem proletarischen Klassenkampf im eigenen Lande die Rolle der Gendarmen gegenüber der asiatischen Revolution spielen und spielen helfen.

Das Netz der Intrigen, mit denen Europa alle Ereignisse in der Türkei und den Balkanländern umspinnen hat, ist außerordentlich dicht und das spießbürgerliche Publikum geht den Diplomaten auf den Leim, die sich bemühen, die Aufmerksamkeit auf Kleinigkeiten, Nebensächlichkeiten und Einzelheiten zu lenken und dadurch den Sinn des Prozesses als Ganzes zu verdunkeln. Im Gegensatz dazu ist unsere Aufgabe – die Aufgabe der sozialen Demokratie^{*)} – die: dem Volke gerade den allgemeinen Zusammenhang der Ereignisse, die Grundrichtung und den Untergrund des ganzen Geschehens klarzumachen ...

In der Tat, es wäre geradezu kindisch, wollte jemand den Worten der Diplomaten glauben, ohne mit ihren Taten: mit dem kollektiven Auftreten der Mächte gegen die revolutionäre Türkei, zu rechnen.

Es genügt, die Tatsache der Zusammenkünfte und Besprechungen der Außenminister und Staatsoberhäupter einiger Länder den darauf folgenden Ereignissen gegenüberzustellen, um den naiven Glauben an die Erklärungen der Diplomaten wie Rauch verwehen zu lassen. (Im August und September, unmittelbar nach der jungtürkischen Revolution und kurz [721] vor den Deklarationen Oes-

^{*)} Die Bolschewiki führten damals bekanntlich noch den Namen Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Einerseits war dieser Name selbst durch den Verrat der Parteien der II. Internationale 1914 noch nicht befleckt, andererseits entsprach er noch den Aufgaben der bürgerlichen Revolution, die in Rußland auf der Tagesordnung stand. D. Red.

terreichs und Bulgariens, sehen wir folgende Zusammenkünfte: in Marienbad und Karlsbad trifft sich Herr Iswolskij mit König Eduard und dem Premierminister der französischen Republik Clemenceau, der österreichische Außenminister Graf Aehrenthal trifft sich mit dem italienischen Außenminister Tittoni in Salzburg, ferner treffen sich Iswolskij und Aehrenthal am 15. September in Buchlau, Ferdinand, Fürst von Bulgarien, mit Franz Joseph in Budapest, Iswolskij mit von Schoen, dem deutschen Außenminister und schließlich Iswolskij mit Tittoni und dem König von Italien.) Diese Tatsachen sprechen für sich selbst. Bereits vor dem Auftreten Oesterreichs und Bulgariens war alles Wesentliche aufs vertraulichste und unmittelbarste bei den persönlichen Zusammenkünften der Könige und Minister – darunter sechs Mächte (nämlich zwischen Rußland, Oesterreich, Deutschland, Italien, Frankreich und England) – besprochen worden.

Das darauf erst in den Zeitungen einsetzende gegenseitige Gezänk: ob Aehrenthal die Wahrheit gejagt hat, als er behauptete, daß Italien, Deutschland und Rußland ihre Einwilligung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich gegeben hätten, ist nichts als bloße Komödie, bloße Irreführung, auf die nur liberale Spießbürger hereinfallen.

Die Drahtzieher der Außenpolitik der europäischen Staaten, die Iswolskij, Aehrenthals und die ganze Bande der gekrönten Räuber mit ihren Ministern, – werfen mit Absicht der Presse die Knochen zu: „Da, beißt und zaust euch, Herrschaften, über die Frage, wer wen betrogen, und wer wen benachteiligt hat, wie sich jeder zu dem Plan einer Konferenz der Mächte stellt und dergleichen. Bitte sehr, beschäftigt die öffentliche Meinung mit diesen interessanten und wichtigen – oh außerordentlich wichtigen – Fragen! Gerade das ist's, was wir brauchen, um das Wichtige und Wesentliche zu verdecken: die schon im voraus getroffenen Abmachungen über die Kernfrage, d. h. über das Auftreten gegen die jungtürkische Revolution, über die weiteren Schritte zur Aufteilung der Türkei, über eine (mit dieser oder jener Sauce begossene) Revision der Dardanellenfrage und die Erlaubnis für den Schwarz-Hundert-Zaren, die persische Revolution zu erdrosseln. – Das ist der ganze Sinn, das brauchen wir, die Führer der reaktionären Bourgeoisie ganz Europas; das brauchen wir wirklich und das tun wir.“

„Mögen sich die liberalen Dummköpfe in der Presse und in den Parlamenten mit dem Geschwätz beschäftigen, womit es eigentlich begonnen und in welcher Besprechung der das und das gefaßt habe, unter welcher Sauce man die Politik des kolonialen Raubes und der Unterdrückung der demokratischen Bewegung endgültig formulieren, unterzeichnen und der ganzen Welt vorweisen könne ...“

Diese ganze Politik der liberalen Bourgeoisie im allgemeinen ... ist die ekelhafteste Heuchelei, der niederträchtigste Verrat der wahren Interessen des Fortschritts und der Freiheit. Denn erstens verdunkelt diese Politik das demokratische Bewußtsein der Volksmassen dadurch, daß sie die Verschwörung der reaktionären Regierungen verschweigt; zweitens drängt sie jedes Land auf die Rahn der sogenannten „aktiven Außenpolitik“, d. h. sie billigt das System des kolonialen Raubes und der Einmischung der Mächte in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel, eine Einmischung, die immer reaktionär ist; drittens leistet diese Politik der Reaktion geradezu Vorschub dadurch, daß sie die Völker sich dafür interessieren läßt, wieviel „wir“ bekommen werden, wieviel „uns“ bei der Teilung zufällt, wieviel „wir“ dabei einhandeln.

Das ist es, was die reaktionären Regierungen in diesem Augenblick am meisten brauchen, um sich bei ihren Annexionen, „Kompensationsforderungen“ usw. auf die „öffentliche Meinung“ berufen zu können.

Im folgenden ein Beispiel dafür, wohin die Sozialisten durch Nachgiebigkeit gegenüber dem Standpunkt der liberalen Bourgeoisie geführt [722] werden. In dem bekannten Opportunisten-Organ, den „Sozialistischen (???) Monatsheften“, schreibt Max Schippel anläßlich der Balkankrise: „Als einen Fehler würden es wohl fast alle denkenden Parteigenossen ansehen, wenn die neuerdings in unserem Berliner Zentralorgan (d. h. im „Vorwärts“) abermals geäußerte Auffassung die Oberhand gewänne: Deutschland habe bei den bereits eingetretenen, wie bei den noch möglichen Umwälzungen auf dem Balkan überhaupt gar nichts zu suchen. Wir haben selbstverständlich keinerlei territoriale

Erwerbungen dort zu erstreben ... Aber größere Machtverschiebungen in diesem wichtigen Bindeglied zwischen Europa ... und Gesamtasien und großen Teilen Afrikas ... berühren, selbstverständlich auch unsere internationale Stellung ganz unmittelbar. Jede irgendwie entscheidende Bedeutung des russischen Reaktionsalbs scheidet vorläufig glattweg aus ... wir haben Rußland ... gegenüber keine Ursache, den Feind um jeden Preis, wie die Demokratie der fünfziger Jahre, hervorzukehren.“ – (Seite 1319, zitiert nach dem deutschen Original.)

Dieser einfältige Liberale, der sich als Sozialist maskiert, hat – – Rußlands reaktionäre Intrige nicht gemerkt! Indem er (namens der deutschen Bourgeoisie) „wir“, „unsere“ Lage sagt, merkt er weder den Schlag, der der jungtürkischen Revolution versetzt wird, noch die Schritte Rußlands gegen die persische Revolution! ... Das russische Heer überschritt die Grenze (in Persien) an demselben Tage, wo Max Schippel, die Beteuerungen und das Geheul der (russischen) liberalen und Polizeipresse sklavisch wiederholend, den deutschen Arbeitern einredete, daß die Bedeutung Rußlands als Reaktionsalb der Vergangenheit angehöre, und daß es falsch sei, Rußland gegenüber den Feind um jeden Preis hervorzukehren!

Es steht eine neue Niedermetzelung der persischen Revolution durch Nikolaus den Blutigen bevor. Rußland wiederholt in Asien das, was es 1849 in Europa tat, als Nikolaus I. Truppen gegen die ungarische Revolution schickte. Damals gab es unter den Bürgerlichen Europas noch eine wirkliche Demokratie, fähig, für die Freiheit zu kämpfen und nicht nur heuchlerisch von ihr zu schwatzen, wie es alle bürgerlichen Demokraten unserer Tage tun. Jetzt aber helfen alle europäischen Staaten Rußland, die Rolle des asiatischen Gendarmen zu spielen, nicht ausgenommen die „demokratische“ Republik des „roten“ Clemenceau, da sie vor jeder, dem Proletariat zunutze kommenden Ausbreitung der Demokratie im eigenen Lande Todesangst haben.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in der reaktionären Septemberverschwörung Rußlands, Oesterreichs, Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands die Handlungsfreiheit Rußlands der persischen Revolution gegenüber inbegriffen war. Es ist ganz unwesentlich, ob das in einem Geheimdokument – das etwa nach vielen Jahren in einer historischen Materialsammlung abgedruckt werden wird – ausgezeichnet war oder ob Iswolskij das seinen liebenswürdigen Partnern nur gesagt hat, oder ob diese selbst nur Andeutungen gemacht haben: wir gehen von der Okkupation zur Annexion über ... all dies ist von geringer Bedeutung. Wesentlich ist vielmehr, daß, so wenig formell auch die konterrevolutionäre Septemberverschwörung der Großmächte abgefaßt sein mag, sie doch eine Tatsache ist, deren Bedeutung jeden Tag stärker hervortritt. Es ist dies eine Verschwörung gegen das Proletariat und die Demokratie. Eine Verschwörung zur Unterdrückung der Revolution in Asien und zu ihrer (indirekten) Schwächung. Eine Verschwörung zur Fortsetzung des kolonialen Raubes – heut' auf dem Balkan, morgen in Persien, übermorgen vielleicht in Kleinasien usw.

Diese vereinten Kräfte der gekrönten Räuber und des internationalen Kapitals zu vernichten, ist allein die Weltrevolution des Proletariats imstande.

[723] Die Tagesausgabe aller sozialistischen Parteien besteht in der Verstärkung der Massenagitati-on, in der Entlarvung des Spiels der Diplomaten aller Länder, um klar und deutlich alle Tatsachen aufzuzeigen, die Beweise für die niederträchtige Rolle, die alle verbündeten Mächte spielen, ganz gleich, ob sie die Funktion des Gendarmen unmittelbar erfüllen oder nur dessen Helfershelfer, Freunde und Finanziers sind.

*

Nachwort der Redaktion.

Die erste russische Revolution der Jahre 1905/06 hat nicht nur in den Organisationsformen und Taktiken der revolutionären Kämpfe selbst, sondern auch in ihren weltpolitischen Folgen, in nahezu jeder Hinsicht die Ereignisse der siegreichen Revolution von 1917 und der ihr folgenden Jahre bereits im Keim vorgebildet. Dies gilt sowohl für die revolutionierende Wirkung auf die unterdrückten Völker Asiens, als auch für die Reaktion der imperialistischen Großmächte auf diese Wirkung. Der russischen Revolution folgen 1906 die persische und 1908 die jungtürkische Revolution (später die

erste chinesische). Diese Erhebungen aber geben den Anstoß zum englisch-russischen Ausgleich in den asiatischen Fragen, zur Einbeziehung Rußlands in die Entente und zum Zusammenschluß der imperialistischen Großmächte gegen die Kolonialvölker im Zeichen des „Friedens“. (Stolypin hat damals die Entente ebenso einen Bund des Weltfriedens genannt, wie heute Chamberlain und die II. Internationale den Völkerbund.)

Wem fallen hier nicht alle jene Tendenzen auf, die heute (nachdem Deutschland, der Rivale Englands 1918 niedergeworfen wurde wie Rußland 1904/05) zu Locarno geführt haben? Der Lenin'sche Artikel, der einen Moment in dieser Entwicklung beleuchtet, sie analysiert und die Stellung des Proletariats festlegt, ist daher heute von einer oft überraschenden Aktualität. Manche Sätze lesen sich, als seien sie Locarno auf den Leib geschrieben. Man wird dies um so mehr bewundern, wenn man bedenkt, wie ungeheuer die Dimensionen der Ereignisse seit 1908 gewachsen sind. Die Rolle der jungtürkischen Revolution von 1908, die doch noch mehr oder weniger eine Palastrevolution am Lande Europas geblieben ist, spielt heute die große chinesische Volksrevolution, die Asien am anderen Ende in Brand steckt. Auch sie muß es sich gefallen lassen, daß die Erklärungen der Diplomaten und die Artikel der europäischen und amerikanischen Presse voll „Sympathien“ sind, während in Wirklichkeit keine Partei Europas und Amerikas, die sich demokratisch, progressiv, radikal, liberal oder – müssen wir hinzufügen – sozialdemokratisch nennt, durch irgend etwas den ernstlichen Willen zeigt, zum Sieg der chinesischen Revolution beizutragen. Aber entscheidende Rolle bei dieser Revolution spielt nicht mehr die europäische Reaktion, sondern die erste revolutionäre Weltmacht.

War damals die Tendenz der „gegenrevolutionären Koalition gegen den Sozialismus in Asien“ noch teilweise verdeckt (bzw. ließ sich besser verdecken) durch die Kämpfe in Europa selbst, der beiden imperialistischen Gruppen untereinander, den gleichzeitigen Zweck der Entente, den deutschen Rivalen einzukreisen, – so liegt heute bei Locarno diese gegenrevolutionäre Koalition offen da und wird durch den Kampf in Europa selbst, die Einkreisung Rußlands, nicht verdeckt, sondern nur unterstrichen. Heute wie damals ist das Gezänk nach der Einigung (Rückwirkungen, deutschnationale Opposition usw.) und die Völkerbundsarena nur bestimmt, die Massen zu täuschen, sie zu interessieren, wieviel wir bekommen (Kolonialmandate für Deutschland?) usw. Denn auch heute brauchen die imperialistischen Räuber nichts nötiger, als sich auf die öffentliche Meinung berufen zu können bei ihrem Vorgehen gegen Asien. Man ermißt den ganzen schamlosen Verrat der Sozialdemokratie am Sozialismus, wenn man beobachtet, [724] wie emsig diese bornierten pazifistischen und nationalistischen Spießbürger „ihre“ Regierungen dabei unterstützen. Lenin hat diesen Typus schon damals in Schippel festgenagelt.

Auch die übrigen Parallelen sind schlagend. Heute wie damals bedeutet schon das Verschweigen der imperialistischen Verschwörung der Regierungen einen Verrat an der Arbeiterklasse, heute wie damals bedeutet die Form, in der diese Verschwörung der Regierungen gefaßt wurde, ob schriftlich und aktenmäßig, oder bloß mündlich bei der amüsanten Motorbootfahrt auf dem Lago Maggiore, nichts gegenüber der Tatsache, daß sie besteht. Es unterliegt auch heute keinem Zweifel, daß in der reaktionären Oktoberverschwörung Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Locarno die Unterstützung Englands in seinem Kampf gegen China und die Türkei (Mosul!) einbegriffen ist. Heute aber wie damals ist die Tagesaufgabe der wirklichen Sozialisten, in den Arbeitermassen das Spiel der Diplomaten zu entlarven, ob diese nun „die Funktion des Gendarmen unmittelbar erfüllen, oder nur dessen Helfershelfer sind.“

Zu den in dem Artikel Lenins behandelten konkreten Fragen ist noch zu bemerken, daß die damals ausgesprochenen Vermutungen über den Charakter und Inhalt der Abmachungen zwischen den Großmächten in allen wesentlichen Punkten durch die Geschichtsforschung bestätigt worden sind. Dies gilt vor allem für die „Handlungsfreiheit“ Rußlands der persischen Revolution gegenüber, die in der Tat der Hauptgegenstand der Geheimabmachungen gewesen ist, die Eduard VII. von England mit dem Zaren im Juni 1908 in Reval traf. Iswolskij hat, wie aus den Berichten Aehrenthals an Kaiser Franz Josef hervorgeht, diese Frage in Buchlau mit dem österreichischen Minister besprochen. Ebenso verhält es sich mit der Verschwörung gegen die Türkei. Iswolskij hatte schon im Juli Oes-

terreich die Annexion Bosniens angeboten für Konstantinopel. Auf dem mährischen Schlosse Buchlau haben Iswolskij und Aehrenthal eine Verabredung zur Kooperation Oesterreichs und Rußlands, der beiden heftigsten Rivalen in der Balkanpolitik, gegen die revolutionäre Türkei getroffen. Bei diesem Geschäft sollte Oesterreich Bosnien endgültig annektieren (das es seit dem Berliner Kongreß 1875 bloß besetzt hielt), Rußland aber die freie Durchfahrt seiner Kriegsflotte durch die Dardanellen erhalten. Wenn (wie Friedjung darstellt) dieses Abkommen England und Frankreich nicht ebenso bekannt war, wie umgekehrt das englisch-russische Oesterreich, so ist dies nebensächlich für die Beurteilung der „Verschwörung“ selbst, hat aber England im Verlaufe des Zanks über die Annexion (später auch Rußland, als Iswolskij's Dardanellenplan ins Wasser gefallen war) den guten Vorwand geboten, sich scheinheilig als Schützer der Moral und Freund der neuen Türkei bzw. der Südslawen aufzuspielen und dem plump vorgehenden Oesterreich-Ungarn das alleinige Odium des Unterdrückers zuzuschieben. (Wer denkt da nicht an das heutige Verhältnis von Amerika und England in China!) Eben dies beweist aber, daß auch Lenins Einschätzung der gegebenen Phase des Annexionsstreites selbst richtig war: er sollte irreführen, der Presse einen „Knochen“ hinwerfen. Das geht schon daraus hervor, daß es sich dabei um keinerlei Veränderung der materiellen Machtverhältnisse, sondern bloß einen tatsächlich bedeutungslosen Rechtstitel der habsburgischen Monarchie auf Bosnien handelte. Lenin hat mit vollem Recht den Zank der Mächte als das entlarvt, was er war: Theater. Was keineswegs bedeutet, daß nicht ernste imperialistische Gegensätze dahinterstanden, oder gar, daß Lenin diese Gegensätze übersehen hätte. Der Streit um die im Kampfe gegen das erwachende Asien gemachte und zu machende koloniale Beute war zugleich eine wichtige Etappe zum Weltkrieg 1914, zum Kampf der Großmächte untereinander. Und auch heute in und um Locarno fehlt diese Linie nicht. Freilich sind hier der Schauplatz nicht mehr bloß Europa und Vorderasien, sondern die ganze Welt, die Hauptakteure nicht mehr England und Deutschland, sondern England und Amerika. [725]

*

Die gegenwärtige Rolle der SPD.

Von Paul Frölich.

2. Die Führerschicht als Träger der SPD-Politik.

Aus den im vorigen Aufsatz (Heft 10) wiedergegebenen Zahlen springt in die Augen die große Bedeutung der führenden Spitze in der SPD.^{*)} Sie wird gebildet aus Parteivorstand, Führern der Reichstagsfraktion, Führern der Gewerkschaften, ehemaligen und gegenwärtigen Ministern, den einflußreichen Journalisten usw. Um sie herum der große Stab von Führern zweiten Ranges, Angestellten der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Staats- und Gemeindebeamten.

Das ist eine Schicht, die ganz bestimmte Interessen hat und sich durch diese Interessen ihre Politik diktieren läßt. Schon vor dem Kriege war sie da, repräsentiert vor allem durch die Gewerkschaftsfunktionäre. Sie bestimmte die Kriegspolitik. Maßgebend war die Furcht, die Organisation auf das Spiel zu setzen, auf der ihre Existenz beruhte. Das Gruppeninteresse also, verdeckt durch eine mystische Idee von der Organisation als Selbstzweck. Vor dem Kriege war auch bereits, wiederum besonders unter den Gewerkschaftsführern, die Solidarität mit dem kapitalistischen Staat ausgebildet, dessen weltpolitische Stellung nicht nur die Profite des Kapitals bestimmte, sondern auch Reformen zugunsten der Industriearbeiter ermögliche. Es war die Lebensidee der Arbeiteraristokratie, die zu Anfang des Krieges fast das gesamte westeuropäische Proletariat gefangen nahm, die während des Krieges in allen Konsequenzen ausgeprägt wurde und die Grundlage der sozialdemokratischen Kriegspolitik bildete.

Schon der Krieg erweiterte die Schicht, die unmittelbar an die Existenz des kapitalistischen Staates gebunden war durch die Uebernahme wichtiger Funktionen der staatlichen Bürokratie, Organisation der Ernährung und der Produktion, Versorgungseinrichtungen, offiziellen Kriegspropaganda usw.

^{*)} Wir werden ermächtigt, mitzuteilen, daß die darin angeführten Zahlen von der Redaktion des „Jahrbuches für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung“ erarbeitet sind und im nächsten „Jahrbuch“ veröffentlicht werden.

Nach dem November-Umsturz erfuhr diese Schicht einen großen Pairsschub; der überwiegende Teil des alten Funktionärapparates trat in Staats- und Gemeindestellungen über.

Vom sozialdemokratischen Minister bis hinunter zum sozialdemokratischen Polizeibeamten ist die Existenz dieser nach vielen Tausenden zählenden Schicht mit dem Dasein der bürgerlichen Republik und zugleich der Größe und politischen Macht der SPD verknüpft. Hierin liegt die Politik der SPD verankert. Es ist übereilt, aus der Wandlungsfähigkeit der sozialdemokratischen Führerschaft und ihrem Opportunismus etwa den Schluß zu ziehen, daß sie sich leichten Herzens mit der Restauration der Monarchie versöhnen würden. Nur auf die kleine Gruppe derjenigen trifft dies zu, denen bereits der Sprung aus der Staatskarriere in das Getriebe des Privatkapitals gelungen ist, auf den engeren Kreis der Barmatsozialisten also. Sonst aber ist sich diese Schicht bewußt, daß ihre Position mit der Ausgabe der Republik geliefert ist. (Das schließt natürlich nicht aus, daß sie sich wie in Ungarn und Bulgarien gegebenenfalls auf den „Boden der Tatsachen“ stellen würde. Aber das wäre nur der Rettungsversuch. Ihre Lebensbasis ist die Republik.) Zugleich weiß sie, daß ihre Machtstellung um so bedeutender ist, je größeren Einfluß sie auf die Arbeiterklasse ausübt und je mehr die Kapitalistenklasse genötigt ist, sich ihrer zur Bändigung des Proletariats zu bedienen.

Diese Schicht also ist tatsächlich die zuverlässigste Stütze der bürgerlichen Republik. Sie hat damit ein politisches Prinzip, das die Partei zusammenhält. Damit erfüllt sie zugleich das Ideal breiter klein-[726]bürgerlicher Schichten, und sie wird auch breite Arbeiterschichten fesseln, solange der Republik die monarchistische Gefahr droht und – solange nicht die KPD sichtbar die Führung im Kampf gegen die Monarchisten übernimmt.

Sie schützt die bürgerliche Republik gegen rechts und links. Die Logik der Tatsachen setzt sich freilich auch hier durch. Der Boden der Republik ist der Kapitalismus, die bürgerliche Gesellschaftsordnung. In Zeiten höchster Zuspitzung steht nicht mehr die Republik, sondern die bürgerliche Gesellschaft in Frage, und darum wird die in der Sozialdemokratie führende Schicht stets zum Kompromiß mit dem Monarchismus, selbst zur Unterwerfung unter ihm bereit sein, wenn allein darin die Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft gegeben ist. Die Haltung während des Kapp-Putsches und die Politik 1923 gegenüber Sachsen und Bayern beweisen das. Die Aktion gegen den Monarchismus geht kaum über den passiven Widerstand hinaus. Die SPD befindet sich ihm gegenüber meist auf dem Rückzuge.

Der Kommunismus greift nicht nur die bürgerliche Republik, sondern ihre Grundlage, die bürgerliche Gesellschaft, an. Darum ist die Führerschaft der SPD gegen den Kommunismus mit allen bürgerlichen Parteien verbündet. Darum schreckt sie im Kampf gegen diesen vor keiner Konsequenz zurück. Sie ist bereit, gegen ihn alle Mächte der Reaktion aufzubieten, den Terror bis zum Äußersten zu steigern und sogar die Grundlagen der eigenen Machtstellung zu gefährden: die Republik und die eigene Partei. Beispiele: die Noskeperiode und die Militäraktion gegen Sachsen.

*

Diese Führerschaft ist ihrer sozialen Stellung und ihrer Ideologie nach eine kleinbürgerliche Gruppe. Man prüfe die sozialdemokratische Politik, und man wird finden, daß alle ernsthaften politischen Pläne und Programme jede Argumentation von kleinbürgerlichem Interesse diktiert waren. Darum der gewaltige Zustrom aus dem Kleinbürgertum zur SPD 1918 bis 1920. In so zuge-spitzten Zeiten wie seit 1918 kann die Bourgeoisie nur unter großen Schwierigkeiten offen ihre Interessen durchsetzen. Sie ist gezwungen, wenigstens Scheinkonzessionen an andere Klassen zu machen. Vom Standpunkt der Großbourgeoisie ist die Demokratie eine solche Scheinkonzession. Aber die Machtstellung des großen Kapitals ist so gewaltig, daß in der demokratischen Republik nur eine großkapitalistische Politik getrieben werden kann. Die weimarsche Koalition ist das Ideal des Kleinbürgertums und der führenden Gruppe der SPD. Das Wirth-Kabinet war die beste Verwirklichung dieses Ideals. Es proklamierte immer wieder kleinbürgerliche Grundsätze und es war ihm mit diesen Absichten sicherlich ernst. In der Praxis aber (Außenpolitik, Steuerpolitik, Justiz, Aktionen gegen streikende Arbeiter, Militärpolitik, Ausplünderung des Reiches durch das Kapital usw.) treibt dieses Wirth-Kabinet reine Stinnespolitik, durch außerparlamentarische Mittel der

Schwerindustrie und ihrer Verbündeten dazu gezwungen. Damit schafft dieses kleinbürgerliche Kabinett die Voraussetzungen für den eigenen Sturz. Einzelne Führer der SPD fassen bewußt die Konsequenz, eben die Politik des schwerindustriellen und Agrarkapitals, als Zweck ins Auge (Ebert). Andere (Hermann Müller) betreiben überhaupt eine grundsatzlose Gelegenheitspolitik aus Routine und Kaltschnäuzigkeit. Die Mehrheit läßt sich von Konsequenz zu Konsequenz den Abhang hinabtreiben und tröstet sich mit einem „marxistischen“ Mystizismus über ihr Unglück: Was kann man gegen die Ungunst der Machtverhältnisse! Eine Gruppe (Levi, Rosenfeld) deklamiert gegen die offizielle Parteipolitik die alten Sätze und – unterwirft sich

Die Bourgeoisie duldet dieses Heer von Sozialdemokraten im politischen Apparat als Fessel für die Arbeiterklasse. Es fällt ihr aber nicht ein, die [727] Eindringlinge als Gleichberechtigte zu betrachten. Einzelnen von ihnen steht die Karriere offen, die in Frankreich die Millerand und Briand gemacht haben. Nicht aber den Gevatter Schneider und Handschuhmacher, nicht dem ganzen Troß. Man verbraucht sie, solange man sie braucht. Ist es gelungen, die Arbeiterklasse so zu schwächen, daß die Bourgeoisie sie allein niederhalten kann, dann bugsiert man die Sozialdemokratie aus Regierung und Verwaltung hinaus. Verliert die Sozialdemokratie ihren Einfluß in der Arbeiterschaft, dann ist diese führende Schicht in Amt und Glorie nichts mehr nütze. Sie muß der Bourgeoisie deshalb immer nachweisen, daß sie notwendig ist. Das war der Hintergrund der Debatten auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag, über die zwei Arten der Taktik als Partei in der Regierung und außerhalb der Regierung.

Dieses Interesse nötigt die Führerschicht zur Opposition. Die Kraft dieser Opposition wird in erster Linie bestimmt durch den Grad, in welchem die bürgerliche Gesellschaft gesichert erscheint. In den Zeiten, wo die Existenz dieser Gesellschaft auf dem Spiele steht, ist die Politik der Sozialdemokratie auch gegen alle Reformen. Je fester die Macht des Kapitals gegründet erscheint, um so mehr wird auch die Sozialdemokratie als Oppositionspartei für Reformen eintreten. Sicherlich wird sie dabei nicht mehr auch nur die Kraft der alten Sozialdemokratie aus der Vorkriegszeit aufbringen. Aber sie kann doch eine bewußte Politik in der Art der Labour-Party vor dem Kriege treiben: Arbeiterpolitik auf dem Boden und im Rahmen des bürgerlichen Staates. Auch diese Führerschicht wird unter Umständen bereit sein, einen Druck auf die Bourgeoisie auszuüben, um die eigene Unentbehrlichkeit nachzuweisen.

Weiter gehört zu dieser Ausgabe die Sicherung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterklasse. Diesem Zwecke dient alle Demagogie im Kampfe gegen die Kommunistische Partei und gegen Sowjetrußland, das der Arbeiterklasse die Früchte der Revolution zeigt. Ihm dienen alle Anstrengungen, die Gewerkschaften in der Hand zu behalten. Ganz besonders aber dient diesem Zweck, die sozialdemokratische Partei als die Trägerin der alten Tradition erscheinen zu lassen. Das wird immer schwerer, denn diese Aufgabe steht im Widerspruch zu dem anderen Streben, der Bourgeoisie täglich die eigene Unentbehrlichkeit und Ungefährlichkeit zu beweisen. Wenn die Partei regierungsfähig bleiben, wenn die führende Schicht ihre Machtposition und Existenzbasis erhalten will, dann sind Ebertprozesse und Dolchstoßprozesse unvermeidlich. Dann muß man den eigenen Verrat an der Klasse, aus der die führende Schicht hervorgegangen, auf deren Schultern sie gestiegen ist und noch steht, in die Welt hinausschreien. Und dennoch muß diese Führerschaft vortäuschen, sie vertrete Arbeiterinteressen. Und trotzdem muß sie glauben machen, sie führe die Partei im Sinne von Marx und Engels, von Bebel und Liebknecht. Und diesem Betrug dient es auch, wenn wenigstens eine Gruppe dieser Führerschaft Rosa Luxemburg für sich reklamiert, die Rosa Luxemburg, die von Paul Levis Kumpanen ermordet worden ist.

Es gibt eine Gruppe sozialdemokratischer Ideologen, der diese Doppelzüngigkeit unerträglich ist. Sie will eindeutige, nicht maskierte bürgerliche Politik, und sie sieht Gefahren in der Politik mit dem Januskopf, der Politik des ständigen Betrug. So schreibt Ernst Niekisch in einer Schrift „Der Reg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat“:

„Das war die Politik der Sozialdemokratie: staatsertreu, national, in keiner Weise mehr klassenbetont. Sie stand im schreiendsten Gegensatz zu der überkommenen marxistischen Theorie; wenn sie das Bedürfnis nach der Bestätigung durch eine sozialistische Autorität empfunden hätte, dann konnte sie

nicht mehr auf Marx, sondern allein auf Lassalle zurückgreifen ... Jedoch war immer noch jede staatsbejahende Tat, jeder realpolitische Entschluß der Partei ein isolierter, jeweils dem Zwang des Tages gehorchender, für die Bedürfnisse des Tages geschehender Vorgang; das Tun wurde nicht aus einem ihm gemäßen Prinzip entwickelt; es erschien vielmehr als Ab-[728]weichung, ja zeitweise als Verrat an einem in ganz andere, in entgegengesetzte Richtung weisenden Prinzip ... Dieses Gefangensein im Halben, Ungeklärten, wirke verwirrend, lähmend und erschlaffend, es schuf die Atmosphäre, in der taktische Unredlichkeiten wie Scheidemanns Plakate, daß die Sozialisierung marschiere, gediehen und Peinlichkeiten, wie Heilmanns Barmat-Freundschaft aufwucherten.

... Um aus diesem Zwiespalt herauszukommen, stehen der Partei nur zwei Wege offen. Der eine Weg führt zurück in die unpolitische Haltung verflossener Jahrzehnte, in die demonstrative, lärmende, zur Bedeutungslosigkeit verurteilenden Staatsverneinung. Der andere Weg läuft vorwärts zur tapferen, unmißverständlichen Absage an die staatsverneinenden Prinzipien, zu der jeden Zweifel beseitigenden, nachdrücklich bekundeten Staatsbejahung, zum klaren Entschluß sich, auch wo es anfänglich unpopulär ist, zum vorbehaltlosen Sachwalter der nationalen Lebensinteressen, zum geschicktesten Organ der Staatsräson zu machen.“

Die ganze Schrift, die nur ein Beispiel für manch andere ist, verdammt den Marxismus als die Verlegenheitstheorie einer durch den Absolutismus von der praktischen Politik ausgeschalteten Klasse, sie verurteilt den Klassenkampf, sie faßt den Bourgeoisstaat als den Staat par excellence auf und sie beweist, daß dies die einzig passende Theorie zur Praxis der Sozialdemokratie ist. Das, so verlangt Niekisch, soll ausgesprochen werden.

Aber die Führer der Partei pfeifen auf Logik und Ehrlichkeit. Sie verbrennen die alten Konzepte nicht, sondern holen sie immer wieder hervor und deklamieren sie pathetisch vor den Arbeitern ab. Sie lassen sich nötigen, selbst ins Programm das häßlich kompromittierende Wort vom Klassenkampf aufzunehmen. Denn was sind diese Leute ohne die Arbeiterklasse? Und wie kann man mit Bourgeoispolitik die Arbeiterklasse halten, wenn man nicht jede politische Handlung in einen dicken pseudomarxistischen Phrasenschleim einwickelt? Ohne diesen Widerspruch zwischen Wort und Tat kann die Führerschicht der Sozialdemokratie nicht leben, aber sie wird an diesem Widerspruch auch zugrunde gehen.

Das freilich wird sie nur dann, wenn unsere Partei wirklich ihre Aufgabe erfüllt. Sie muß lernen von dieser klugen Einschätzung der Tradition. Selbstmörderisch war jene Geschichtstheorie, die mit falscher Blickrichtung die Vergangenheit der Partei als menschewistische Verirrung darstellte, während sie eine Aufwärtsentwicklung war. Wir müssen die alten revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie pflegen und lebendig erhalten. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, daß ihre heutige Partei die Vollendung jener revisionistischen Fäulnis ist, gegen die sie selber jahrzehntelang mit unseren Besten zusammen angekämpft haben; müssen das viel nachdrücklicher und systematischer als bisher tun. Wir sollen selber aus der Vergangenheit mehr lernen und beweisen – durch unser ganzes politisches Handeln beweisen, daß wir die Träger und Fortentwickler der revolutionären Tradition sind.

In der Frage der Tradition macht die Führerschaft der SPD den Niekisch und Comp. keine Konzession. Aber sie wendet ein anderes Mittel an, um aus dem gefährlichen Dilemma herauszukommen. Sie sucht planmäßig die Arbeiterschaft mit kleinbürgerlichem Geiste zu erfüllen. Sie setzt ihnen nicht nur den Kautskyschen Abhub als das wahre Wesen des Marxismus vor. Durch ihre Kriegs- und Novemberpolitik, durch ihren breitspurig zur Schau getragenen, innerlich verlogenen Pazifismus hat sie nicht nur breite Kleinbürgermassen gewonnen, sondern auch einen ganzen Trupp kleinbürgerlicher Intellektueller, die entweder kein Wort von Marx kennen, oder dem Marxismus feind sind. Die träufeln in der Presse und in Versammlungen ihr entnervendes Gift in die Massen. Man muß diesen hausbackenen Spießergeist fassen, der in den Feuilletons der sozialdemokratischen Zeitungen wuchert, diesen ständigen Appell an Dumpfheit und Rührseligkeit. Sozialdemokratisches Christentum wird gepredigt. (Es darf nur nicht zu laut poltern, sondern muß langsam eindringen, ohne den Protest herauszufordern. In „Volk und Zeit“, der illustrierten Beilage, wurde nur der Sockel von Eberts Grabdenkmal, nicht das Christuskreuz, abgebildet!) Für die „auf-

geklärten“ Arbeiter wird ein Kulturfimmel getrieben, der auf derselben Höhe steht wie jene Pfäfferei. [729] Moralisches Gesäusel, spießbürgerliche Scheingründe füllen den politischen Teil der Presse aus. Da diese Partei keinen Klassenkampf treiben will, greift sie jetzt zu allerhand Utopien, um die Arbeiter zu beruhigen und leichter zu verführen. Sehr charakteristisch dafür ist die gegenwärtige Debatte über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie.

Mit diesen Mitteln soll die Arbeiterschaft geistig korrumpiert werden. Alle diese Erscheinungen sind von uns viel zu wenig beachtet worden. Viel stärker müssen wir die sozialdemokratischen Arbeiter darauf aufmerksam machen, wie der Schwamm ihr altes Haus zerfrißt.

3. Die sozialdemokratischen Arbeiter.

Es ist leicht begreiflich, daß die starken kleinbürgerlichen Schichten in der SPD von dieser Politik ihrer Partei einigermaßen befriedigt sind. Daß sich große Massen des Kleinbürgertums von der Partei abgewandt haben, lag daran, daß keine Kleinbürgerpartei heute die Interessen dieser Klasse gegen die übermächtige Großbourgeoisie durchsetzen kann. Die Enttäuschung hat diese Massen zu den Deutschnationalen getrieben. Ein Rückfluß findet durch neue Enttäuschung statt und wird sich gewiß noch mehr geltend machen. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten stört diese Schichten nicht, denn das ist ihr eigenes Wesen.

Wie aber können trotz allem und allem noch immer Millionen Arbeiter die Sozialdemokratie wählen und 500.000 Arbeiter noch heute Mitglieder dieser Partei sein? Und wie kommt es, daß die Sozialdemokratie diese verräterische Politik treiben kann, obwohl die Mehrheit ihrer Anhänger aus Arbeitern besteht?

Die Tradition spielt eine sehr große Rolle. Es ist sehr charakteristisch, daß der verhältnismäßige Anteil der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen in den Kreisen über den Durchschnitt hinausgeht, die schon von alters her eine starke Arbeiterbewegung haben, wie Hamburg, Sachsen, Provinz Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, Franken, Niederschlesien. Das sind zugleich die Gebiete, in denen die Parteiorganisation sehr stark und seit Jahrzehnten gut eingelaufen ist. Alle Zweige der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften) waren hier immer gut entwickelt und haben einen großen Stamm alter Funktionäre. Es handelt sich hier zugleich um Gebiete, in denen die mittlere Industrie zu Hause ist. (In den Gebieten der Schwerindustrie haben wir unsere stärksten Positionen und zum Teil das Übergewicht über die SPD.) Das bestätigt die Erfahrung, daß zur SPD vor allem jene Arbeiter gehören, die noch immer eine unsichere Hoffnung auf die Wunder der Demokratie und auf die friedliche Lösung der „sozialen Frage“ haben, eine Hoffnung, die sich in revolutionär zugespitzten Situationen verflüchtigt, was dann zu den schweren inneren Krisen der SPD führt.

Gerade wenn man die in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter betrachtet, zeigt sich die Kraft der Tradition. Die Mehrheit dieser Arbeiter gehörte schon vor dem Kriege der Partei an. Das wird ausdrücklich von einem Delegierten auf dem letzten Parteitag bestätigt, der darauf hinwies, daß die Altersklasse von 20 bis 35 Jahren in der Partei fast fehlt. Dies beweist, daß trotz des starken Parteiapparates die Kraft der Partei sich noch nicht allzu fühlbar, aber mit wachsender Beschleunigung verzehrt. An der KPD und besonders an der Kommunistischen Jugend liegt es, dafür zu sorgen, daß die SPD keinen Zustrom jungen Blutes erhält.

Das alles erklärt noch nicht, warum die SPD ihre Bourgeoispolitik treiben kann, obwohl die Mehrheit ihrer Mitglieder noch immer aus Arbeitern besteht. Es kommt als sehr wesentlich hinzu die Art ihrer inneren Organisation. Die SPD rühmt sich ihrer Demokratie. Sie streicht sie heraus gegenüber dem straffen Zentralismus unserer Partei, der der Leitung eine große Machtfülle in die Hand gibt. Aber die Demokratie ist [730] in der SPD. trügender Schein, genau, wie im Staat. Der anerkannte, offen ausgesprochene Zentralismus ist natürlich nur möglich in einer kämpfenden Partei. Er ist aber zugleich ein beständiger Anreiz zur Kontrolle und braucht diese Kontrolle, um nicht zur Sekte zu erstarrten. Aus diesem Grunde die von der SPD so sehr verhöhnten Kämpfe um die richtige politische Linie. Was man in der SPD Demokratie nennt, das ist in Wirklichkeit das Fehlen jeder Kontrolle. Wer bestimmt in Wirklichkeit die politische Haltung der SPD? Die Parlamentsfraktion. Wer kontrolliert

sie? Niemand. Sie ist selbstherrlich, „ihren Wählern verantwortlich“, so wie Bismarck und Bülow dem Reichstag verantwortlich waren, der keine Mittel hatte, sie zur Verantwortung zu ziehen. Nicht der Parteivorstand ist für die Fraktion verantwortlich und zu Maßregeln gegen die Fraktion ermächtigt. Und wenn er es wäre – es ist nicht üblich, den Parteivorstand wegen politischer Verbrechen zum Teufel zu jagen. Wer drin sitzt, sitzt drin. Hinter Fraktion und Parteivorstand aber sieht der mächtige Apparat der Partei, der allesdurchzusetzen versteht. Diese Demokratie ist ein außerordentlich starker Zentralismus, aber kein demokratischer! Und wenn eine Parteiorganisation von der verbrieften Demokratie Gebrauch machen will, wenn sie die Instanzen zur Verantwortung zieht, wenn sie ihren Arbeiterwillen durchsetzen will, dann nimmt dieser Zentralismus die Maske ab und setzt sich durch gegen das Parteirecht. Die sächsischen Linken haben es erfahren.

Der Apparat, diese große Zahl von Beamten der Arbeiterbewegung, des Staats und der Gemeinden und die Presse, dann die Tradition und schließlich die moralische Schwäche der Arbeiterschaft – das ist die Stärke der SPD.

Wir werden uns später die sozialdemokratische Linke etwas näher ansehen und einige taktische Schlüsse ziehen.

*

Das Problem der Zentrumspartei. Insbesondere ihr Verhältnis zur KPD und SPD.

Von Peter Maslowski.

„Mit Recht hast Du im ‚Sozialdemokrat‘ hervorgehoben, daß wir die einzigen ernsthaften Gegner des Zentrums sind. Nur unser Vordringen in den Festungen des Zentrums, München, Mainz, Köln, Aachen, Düsseldorf, Essen usw. kann dies künstlich zusammengehaltene Sammelsurium von entgegengesetzten Richtungen sprengen und sie zwingen, jeder einzeln Farbe zu bekennen, Und dann wird sich finden, das die wirklich katholische Fraktion nur der katholische Flügel der Reaktion, wie in Belgien und Frankreich die ganze Reaktion ist. Und niemand würde diese Sprengung des Zentrums fataler sein als Herrn Bismarck, der so eine Allerweltpartei verdammt gut brauchen kann.“

Friedrich Engels an Bernstein, 11. November 1884.

Eine erfolgreiche revolutionäre Taktik und Strategie steht im innigsten Zusammenhang mit der Kenntnis des Parteiwesens, das, soweit das im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie überhaupt möglich ist, ein Barometer darstellt für die Kräfte zur sozialen Umwälzung. Ist schon das Studium der Kampfmethoden der offen kapitalistischen Parteien für jeden Kommunisten eine Notwendigkeit, so gilt dies noch in weit höherem Maße für jene Parteien, die ihrer sozialen Zusammensetzung nach starke proletarische Bevölkerungsgruppen umfassen und doch typisch kapitalistische Parteien sind. Zu dieser Kategorie zählt das Zentrum.

Die Kenntnis dieser Partei ist in der KPD noch unzulänglich.

So gut wir die Sozialdemokratie kennen, so gut wir von ihrem Ur-[731]sprung, ihrer Parteiideologie, ihrer starken Seite, ihren schwächsten Stellen wissen, so schlecht orientiert sind wir über das Zentrum. Warum dem so ist, liegt auf der Hand:

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter haben ursprünglich denselben ideologischen Mutterboden des Klassenkampfgedankens. Sie kommen klassenmäßig trotz getrennter Parteien doch in den freien Gewerkschaften und den proletarischen Kultur-, Sport- und Sozialorganisationen zusammen. Aber christliche und kommunistische Arbeiter haben einerseits keine ideologischen Verbindungslinien in obigem Sinne, andererseits fehlt ihnen bei der strengen Abgeschlossenheit der christlichen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen der gemeinsame Organisationsboden des wirtschaftlichen Kampfes, die gemeinsame Gewerkschaftsform. Auf der einen Seite also im reichsten Maße Agitations- und Propagandamöglichkeiten, auf der anderen Seite vom Klerikalismus geschickt errichtete Dämme, die die katholischen Proletarier von ihren Klassengenossen fast hermetisch abschließen. Nur zeitweise, bei Streikbewegungen beginnen diese Dämme abzubröckeln. Und nur in einem einzigen Ort besteht trotz aller

Hindernisse eine noch nicht genügend ausgenutzte Verbindungsmöglichkeit mit den katholischen Proletariern: im Betrieb. Darum ist auch gerade im Hinblick auf die Gewinnung der Zentrumsarbeiter die Reorganisation unserer Partei auf Betriebsgrundlage außerordentlich wichtig.

Die Zentrumspartei erfaßt heute große Proletariersmassen – dazu noch in den für die Revolution so entscheidenden Hauptindustriegebieten wie Rheinland-Westfalen und Oberschlesien. Dies werden im folgenden einige statistische Tatsachen näher beleuchten.

Das Zentrum ist jene Partei, die ohne Zweifel das Propagandawesen (jahrtausendelange Erfahrung der katholischen Kirche!) am besten ausgebildet hat. Im Vergleich zu ihrer parlamentarischen Stärke und im Vergleich zu den übrigen Parteien hat erstens das Zentrum eine weit verzweigte Presse, die sich besonders bis in die kleinsten Lokalblättchen verästelt. Es sei nur zum Vergleich folgende Statistik genannt: die KPD bei etwa 3½ Millionen Parlamentsstimmen nicht einmal 50 Zeitungen, die SPD bei 6-7 Millionen Wählern 142 Organe und das Zentrum bei etwa 4 Millionen Stimmen mit allen Käseblättchen, die man in der politischen Wirkung nicht unterschätzen darf, zusammen nicht weniger als 600 Presseerzeugnisse. Das heißt, was die Presse betrifft, ist das Zentrum fünfzehnmals so stark wie die parlamentarisch nicht viel schwächere KPD und über viermal so groß wie die parlamentarisch fast doppelt so starke SPD! Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß das Zentrum in den verschiedensten Abstufungen vom Weltlichen bis zum kirchlichen und vom Berufsmäßigen bis zum Kulturbedürfnis sich Etappenorganisationen der Partei geschaffen hat, die in der Gesamtheit bestimmt gut 3 Millionen Menschen organisatorisch fest erfaßt haben.*)

Man ist nun gern geneigt, das Zentrum als eine Partei sehr geschickter Diplomaten zu betrachten, die es mit parlamentarischem Geschick verstehen, immer wieder, ganz gleich, wie die Konjunktur ist, mit in der Regierung zu sein. Aber nicht das parlamentarische Geschick der Zentrums Politiker ist die Ursache davon, daß das Zentrum die einzige Partei in Deutschland ist, die seit der Revolution ununterbrochen mit in der Regierung sitzt, sondern diese eben genannten außerparlamentarischen Machtpositionen sind es, die dem Zentrum den gewältigen Rückhalt geben.

Wie ungeheuer groß aber unsere Aufgaben der Gewinnung der Zentrumsarbeiter für den Klassenkampf sind, ersieht man erst richtig, wenn man sich einmal etwas genauer in die Wahlstatistiken der einzelnen katholischen Gebietsteile, die größtenteils gleichzeitig starke Industrie aufweisen, vertieft. Nehmen wir nach der Reihe die einzelnen Wahlbezirke von Oberschlesien, dem Westen, und zum Teil dem Süden Deutschlands vor. Die nord- und mitteldeutschen Bezirke, die von den Katholiken die Diaspora genannt werden, brauchen dabei wegen ihrer verhältnismäßig nur geringen katholischen Bevölkerungsteile in diese Untersuchung nicht hineingezogen werden.

Wir beginnen mit Oberschlesien: Dieser Gebietsteil, ein bis aufs Höchste zentralisiertes Industriegebiet mit einem ziemlich großen agrarischen Hinterland, hat 56 Prozent Industriebevölkerung. Seine Bevölkerung ist zu 89 Prozent katholisch. Die Wahlstatistik seit 1912 sieht folgendermaßen aus:

Jahr	KPD	SPD	Zentrum
1912	–	42.492	111.903
1919	–	249.478	321.334
1920	37.118	75.416	204.096
4. Mai 1924	130.306	26.306	198.689
7. Dez. 1924	66.069	36.530	221.550

Legen wir die letzten Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 bei unserer Berechnung zu Grunde, dann ergibt sich also, daß das Zentrum mehr als doppelt so stark ist wie SPD und KPD

*) Die sehr vielen Organisationen und die diesbezüglich sehr umfangreichen Zahlen können an dieser Stelle nicht eingehend wiedergegeben werden. Man möge dazu das Kapitel „Klerikale Agitationsmethoden und Organisationsformen“ in meiner Broschüre „Was ist die deutsche Zentrumspartei? Klerikalismus und Proletariat“ (V. I. V. A. Berlin 1925) nachlesen.

zusammen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Mehrheit der Industriearbeiter in Oberschlesien weder der KPD noch der SPD, sondern dem Zentrum angehört.

Aehnlich sieht es im Wahlkreis Westfalen-Nord aus. Bei 60 Prozent industrieller und 74 Prozent katholischer Bevölkerung ergibt die Wahlstatistik folgendes Schema:

Jahr	KPD	SPD	Zentrum
1912	–	79.380	147.946
1919	–	324.906	418.075
1920	14.873	298.636	397.869
4. Mai 1924	102.775	198.495	380.484
7. Dez. 1924	68.888	237.572	412.208

Nach den letzten Reichstagswahlen besitzt das Zentrum in Westfalen-Nord über 100.000 Stimmen mehr als SPD und KPD zusammen.

Für die Beurteilung des Verhältnisses der drei Parteien zueinander bietet der Wahlkreis Westfalen-Süd ein besonders interessantes Bild. Wir nennen zunächst nicht, in welchem Prozentsatz sich die Religionsbekenntnisse in diesem Gebiet gegenüberstehen, sondern teilen nur mit, daß Westfalen-Süd einer der am meisten industriellen Bezirke – der Prozentsatz ist 79,7 – Deutschlands ist. Die Statistik sieht folgendermaßen aus:

Jahr	KPD	SPD	Zentrum
1912	–	155.896	113.663
1919	–	539.744	329.339
1920	17.294	469.961	397.869
4. Mai 1924	249.296	205.430	333.074
7. Dez. 1924	156.050	316.864	351.052

In diesem Gebiet hat also – wir legen immer, auch bei den folgenden Vergleichen, die Wahlen vom 7. Dezember 1924 zu Grunde – die SPD [733] und KPD zusammen 121.862 Stimmen mehr als das Zentrum, aber immerhin ist das Zentrum doch viel mehr als doppelt so stark als die KPD und auch um einiges stärker als die SPD. Und die Ursache? Dieses Gebiet Westfalen-Süd hat eine Bevölkerung, die zu 72 Prozent evangelisch ist. Man sieht, welche Rolle das Religionsbekenntnis in der Wahlstatistik spielt!

Der Wahlkreis Köln-Aachen ist zu 88 Prozent katholisch und zu 68,5 Prozent industriell. Dort erhielten am 7. Dezember 1924 die KPD 79.619, die SPD 140.048 und das Zentrum 464.462 Stimmen. Das heißt, das Zentrum ist hier so allmächtig, daß es nicht weniger als 254.768 Stimmen mehr als KPD und SPD zusammen aufbringt.

Genau dasselbe Bild ergibt der Wahlkreis Koblenz-Trier. Zu 75 Prozent katholisch, zu 45 Prozent industriell, sind die Stimmen der drei Parteien dieses Gebietes folgende: KPD 22.887, SPD 59.588, Zentrum 310.807 Stimmen. Wieder ein ganz horrender Vorsprung des Zentrums vor KPD und SPD. Das Zentrum besitzt 228.332 Stimmen mehr als SPD und KPD zusammen.

Nun ein für die Auswertung der Wahlstatistik sehr interessanter Wahlkreis, nämlich der von Düsseldorf-Ost, der mit 84,4 Prozent Industriebevölkerung unseres Wissens der Wahlkreis mit der größten industriellen Zusammenballung in Deutschland ist.

Jahr	KPD	SPD	Zentrum
1912	–	162.882	88.697
1919	–	421.204	262.252
1920	12.234	422.235	239.070
4. Mai 1924	241.254	110.031	246.900
7. Dez. 1924	210.361	155.012	246.900

Das ist auf den ersten Blick ein sehr günstiges Resultat. Diese Wahlstatistik zeigt, daß die KPD wirklich eine Partei der Industriearbeiterschaft ist, daß sie dort, wo wirklich proletarische Massen zusammengeballt sind, die SPD zu schlagen vermag. Trotzdem ist das Zentrum mit 36.000 Stimmen vor der KPD die stärkste Partei. Stellen wir dazu noch die Frage nach dem Religionsverhältnis

in Düsseldorf-Ost, so wird seine Stärke noch eindrucksvoller; dieses Gebiet ist zu 57 Prozent evangelisch. Da Düsseldorf-Ost zu 84,4 Prozent industriell ist, also ganz gewaltige Arbeitermassen aufweist, so heißt das ganz einfach: Das Zentrum vermag es in einer geradezu idealen Art und Weise, die katholischen Arbeiter fast vollzählig an sich zu ketten, ohne daß es weder der KPD noch der SPD gelingt, eine wirklich nennenswerte Bresche in diese Mehrheit zu schlagen.

Wahlkreis Düsseldorf-West ist zu 76 Prozent katholisch und zu 76 Prozent industriell. Sofort wieder zeigt es sich, daß das Zentrum etwa 120.000 Stimmen mehr hat als KPD und SPD zusammen. Die entsprechenden Zahlen lauten nämlich: KPD 95.877, SPD 107.198, Zentrum 332.178 Stimmen.

Wenden wir uns von den westlichen Bezirken ab und gehen nach dem Süden Deutschlands herunter, wann ergibt sich für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben bei 48,2 Prozent Industriebevölkerung und 91 Prozent Katholiken für die Bayrische Volkspartei, die wir in diesem Falle ohne weiteres als Zentrum bezeichnen können, das Bild, daß sie 180.000 Stimmen mehr als SPD und KPD zusammen aufzubringen vermag.

Der Wahlkreis Niederbayern mit allerdings nur 32,2 Prozent industrieller Bevölkerung und 96 Prozent [734] Katholiken hat annähernd 200.000 Stimmen mehr für das Zentrum, als SPD und KPD zusammen aufbringen.

Bei 50,4 Prozent Industrie bringt der Wahlkreis Franken für die KPD 46.053, für die SPD 327.218 und für das Zentrum 340.194 Stimmen auf. Hier überwiegen also SPD und KPD zusammen das Zentrum um 30.000 Stimmen. Fragen wir wieder nach der Ursache, dann stoßen wir auf dieselbe Erscheinung, die wir schon wiederholt wegen ihrer Wichtigkeit registriert haben: Dieser Wahlkreis Franken hat eine zu 53 Prozent evangelische Bevölkerung. Daß das Zentrum trotzdem die stärkste Partei ist, ist im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Bezirk Franken immerhin 50,4 Prozent Industrie aufweist, doch ein Zeichen dafür, daß zum mindesten große Massen von katholischen Arbeitern im Zentrum ihre Partei sehen.

Im Bezirk Württemberg ist das Zentrum bei 49,5 Prozent Industriebevölkerung neben den Deutschnationalen die stärkste Partei, obgleich Württemberg zu 63 Prozent evangelisch ist. Die Zahlen für Württemberg sind: KPD 96.196, SPD 240.819, Zentrum 278.360 Stimmen.

Der Reichstagswahlkreis Baden hat bei einer industriellen Zusammensetzung von 53,9 Prozent und bei einer katholischen Bevölkerungszahl von 64 Prozent folgendes Bild: KPD 64.952, SPD 198.583, Zentrum 343.698 Stimmen. Das Zentrum ist hier also wenig unter 100.000 Stimmen stärker als SPD und KPD zusammen.

Für die Pfalz, einem zu 66 Prozent industriellen Gebiet, ist das Stimmenverhältnis folgendes: KPD 34.951, SPD 115.547, Zentrum 117.184 Stimmen. Hier überflügeln also KPD und SPD zusammen das Zentrum, was wiederum begreiflich wird, wenn man berücksichtigt, daß die Pfalz zu 55 Prozent evangelisch ist, Es ist sicher ein Zeichen der Macht der Zentrumspartei, wenn sie trotzdem die stärkste Partei ist.

*

Wir haben mit Absicht eine etwas langwierige Rundreise durch die katholischen Bezirke Deutschlands gemacht, um aus der Statistik ganz bestimmte, allgemeingültige Regeln ziehen zu können. Folgende Tatsachen ergeben sich:

1. Das Zentrum ist von einer Stabilität, wie sie sonst keine Partei aufweist. Selbst bei den Maiwahlen von 1921/4, als die Gärung innerhalb der Industriearbeiterschaft Ausdruck fand in einem gewaltigen Anschwellen der kommunistischen Stimmen in den hauptsächlichsten Industriebezirken, und als die SPD in diesen Bezirken überall die SPD glänzend schlug, blieb das Zentrum in seinem Bestand an Stimmen so gut wie unversehrt.

2. Es gibt seinen einzigen industriellen Bezirk Deutschlands, in dem nicht, sofern nur die Bevölkerung zu über 30 Prozent katholisch ist, das Zentrum regelmäßig noch stärker wäre als SPD und KPD zusammen.

Das sind ungeheuer wichtige Tatsachen für eine Partei, die die Massen besonders des Industrieproletariats für sich erobern will.

Wir haben schon im Einzelnen verschiedene Gründe für die Stabilität der Zentrumspartei angeführt. Hier gilt es jetzt im besonderen das Verhältnis zwischen dem Zentrum und der SPD zu untersuchen. Denn nicht zuletzt in der Art dieses Verhältnisses liegt die **Machtstellung des Klerikalismus** in Deutschland begründet.

Wenn wir gemäß der Wahlstatistik von der Tatsache ausgehen, daß die Zentrumspartei auf der einen Seite bei zunehmender Radikalisierung der Massen (4. Mai 1924) nichts Bedeutendes verliert, auf der anderen Seite aber bei steigenden Illusionen pazifistischer, demokratischer und republikanischer Natur bedeutend gewinnt (7. Dezember 1924), dann kommen wir zu dem Punkt, wo sich der Kern des Verhältnisses zwischen [735] der SPD und dem Zentrum enthüllt. Die gesamte SPD-Politik, der Gedanke der Weimarer Koalition, die Volksblockpolitik, die ihren bezeichnenden Ausdruck fand in der sozialdemokratischen Reichspräsidentenwahlkandidatur des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Marx, überhaupt die Koalitionspolitik schlechthin, treiben die katholischen Arbeiter nicht etwa der SPD, sondern dem Zentrum zu.

Man versteht warum, wenn man bedenkt, daß der ideologische Inhalt des Zentrumsgedankens der ist, daß die Kirche alle Stände durch ein unsichtbares Band gleich liebevoll umspannt. Dieser Gedanke von der christlich-sozialen Volksgemeinschaft ist tatsächlich so tief verwurzelt in den Gehirnen katholischer Arbeiter, daß sie, wenn sie überhaupt gegen das Zentrum rebellieren, es mit der Begründung tun, das Zentrum sei praktisch nicht der Ausdruck einer christlich-sozialen Volksgemeinschaft. Als sich die ohne Zweifel besten Elemente der katholischen Arbeiter in Rheinland-Westfalen zur Zeit der Ermächtigungsgesetze 1823/24 vom Zentrum organisatorisch trennten, nannten sie sich christlich-soziale Volksgemeinschaft“. Und wenn jetzt der Pater Vitus Heller im Gegensatz zum Zentrum und zur Bayrischen Volkspartei eine christlich-soziale Partei gegründet hat mit einem eigenen Organ in Würzburg unter dem Namen „Das neue Volk“, so gaukelt auch er den radikalisierten Kleinbauernmassen den Gedanken einer christlich-sozialen Volksgemeinschaft vor.

Volksblock, Volksgemeinschaft und Koalitionspolitik sind gewiß unterschiedliche Dinge, aber sie liegen allesamt in der Linie der Ablenkung vom Klassenkampf. Unter diesem Gesichtswinkel hat die sozialdemokratische Koalitionspolitik zwei Seiten: einmal ist sie direkt eine Stütze der Kapitalistenherrschaft, zweitens aber erschwert sie ganz ungeheuerlich das Erwachen des Klassenbewußtseins bei den katholischen Arbeitern. Das heißt positiv, sie kettet gewältige Arbeitermassen umso fester an eine bürgerliche Partei.

Die Zentrumsführer sind sich sehr wohl bewußt, wie unentbehrlich der ganze Komplex der Volksgemeinschafts- und Volksblockideen ist, um den absolut kapitalistischen Charakter des Zentrums zu verschleiern. Und den Zentrumsführern ist es sehr wohl bekannt, daß sich die Geister nicht nach Links- oder Rechtskoalition oder ähnlichen an sich abstrakten Dingen trennen, sondern daß die reale Scheidung bei den im kapitalistischen System begründeten Klassengegensätzen zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse beginnt.

Kürzlich hat der politische Redakteur der „Germania“, Dr. Teipel, ein Buch geschrieben, betitelt: „Wir müssen aus dem Turm heraus, Gedanken zur Krise des deutschen Parteiwesens“, dem er ein Ergänzungsheft „Meine Kritiker“ beifügte. In diesem Buch, in dem festgestellt wird, daß in der Zentrumspartei „unter der Oberfläche eine verschwiegene Spaltung“ längst vorhanden ist, lesen wir folgenden bezeichnenden Satz:

„Die Verhältnisse haben sich nun einmal so entwickelt, daß die Kraft der Zentrumspartei nicht mehr ausreicht, um der sozialen Frage überlegend beizukommen.“

Und dann weiter:

„Die Zentrumsparthei kann heute höchstens eine Vertiefung der Klassengegensätze verhüten, aber niemals mehr die Klassen zusammenführen.“

Wir begreifen hier sofort, welch unschätzbare Hilfe die SPD dem Zentrum bringt, indem sie ihm hilft, die Vertiefung der Klassengegensätze zu verhüten.

Und noch deutlicher wird das Verbrechen dieses sozialdemokratisch-klerikalen Paktes zur Verkleisterung der Klassengegensätze, wenn wir jetzt feststellen, daß die sozialdemokratischen Theoretiker ebenfalls sehr gut wissen, welch ein grandioser Schwindel alle Volksblock- und Volksgemeinschafts-[736]theorien sind, jene Theorien, die allesamt zur Voraussetzung haben, daß die Zentrumsparthei eine Partei der Mitte ist.

In der von Rudolf Hilferding herausgegebenen theoretischen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ schreibt ein Herr Georg Decker in der Novemberausgabe eine Abhandlung über „Die Zentrumskrise“, in der ein richtiger Satz steht, nämlich: „Das Zentrum ist keine Partei der Mitte“. Decker schildert vollkommen richtig, daß das Zentrum allenfalls noch bis zu den neunziger Jahren und höchstens bis zum Jahre 1900 als eine kleinbürgerliche Partei angesehen werden konnte, daß aber das Zentrum seitdem „immer stärkere Fühlung mit der Industrie, und zwar besonders mit den führenden Kreisen der Schwerindustrie, gewann“. Nachdem Decker so dargestellt hat, daß die sogenannte Rechtsorientierung das Grundprinzip der Zentrumsparthei ist, fährt er, wiederum vollkommen richtig, fort:

„Je stärkere Fühlung mit der Industrie das Zentrum bekam, desto unentbehrlicher waren ihm die Arbeiterstimmen und desto komplizierter war die Aufgabe, diese Stimmen zu behalten. Es handelte sich allmählich im wachsenden Maße nicht darum, die Stimmen zu behalten, sondern auch alle Formen des Kampfes der Arbeiterschaft in einer Weise zu beeinflussen, die diesen Kampf für den Kapitalismus möglichst unschädlich macht.“

Und auch die Methoden, wie man dem Kampf der katholischen Arbeitermassen am besten die Spitze nahm, kennen die sozialdemokratischen Theoretiker sehr wohl. Decker schreibt:

„Notwendiger als je (für das Zentrum) war die ‚Linksorientierung‘. (Decker setzt bezeichnenderweise dieses Wort selbst in Anführungsstriche! P. M.) Die linken Zentrumsführer traten in den Vordergrund, die nach der eigenartigen Rollen- und Arbeitsteilung in der Partei eine Funktion erfüllten, die besonders wichtig für die führenden kapitalistischen und agrarischen Zentrumsэлеmente waren. Sie haben zusammengehalten.“

Hier hat also ein Sozialdemokrat in der allereindeutigsten Weise die Rolle der Volksblockpolitik, der Reichsbannerideologie und die Rolle des von der Sozialdemokratie so glorifizierten Dr. Wirth enthüllt!

Er hat damit gleichzeitig auch sowohl den Klassenverrat der SPD aufgezeigt, wie auch bewiesen, daß an der Stabilität der Zentrumsparthei die SPD mitschuldig ist.

*

Konzentrieren wir nunmehr das Problem der Zentrumsparthei auf die Kernpunkte, dann haben wir zwei entscheidende Fragen, die Schicksalsfragen der Zentrumsparthei:

1. Inwieweit wird das Zentrum in der Lage sein, durch seine katholische Ideologie und durch den Einfluß der katholischen Kirche seine Anhängerschaft im Proletariat zu halten trotz der vorhandenen Klassengegensätze?
2. Wie lange wird es der Gesamtheit demokratisch-republikanisch-pazifistischen Illusionen, die wir kurz in dem einen Wort „Volksblocktheorie“ zusammenfassen, noch gelingen, die katholische Arbeiterschaft an das großagrарisch schwerindustrielle Zentrum zu ketten?

Auf den ersten Blick scheinen das zwei grundverschiedene Fragen zu sein, und doch sind sie miteinander aufs innigste verknüpft. Auf beide Fragen gibt es nur ein- und dieselbe Antwort. In beiden Fällen, ob zum Zweck der Zerreißung der Theorie vom allumfassenden Liebesband der Kirche,

oder zum Zweck der Zertrümmerung der Volksblock-Illusionen ist das wirksamste Mittel die Erweckung des Klassenbewußtseins des katholischen Arbeiter durch die Praxis des vorwiegend aus dem Betrieb sich entwickelnden täglichen Kampfes, in dessen Verlauf der Beweis erbracht [737] werden muß, daß die Kommunisten die Interessen des gesamten Proletariats, also auch der katholischen Proletarier, vertreten.*)

Dringend muß nämlich davor gewarnt werden, sich der Illusion hinzugeben, als ob die kirchliche Macht nach Freidenkerart und Kulturkampfmethoden erschüttert werden könnte. Es ist gar kein Zufall, daß das Zentrum gerade zur Zeit des Kulturkampfes in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts am mächtigsten dastand. Und es ist wiederum kein Zufall, daß die klerikalen Führer (wie es zum Beispiel auf dem letzten Zentrumsparteitag in Kassel, wo man geschickt die Tatsachen des Zoll- und Steuerraubes, der sozialen Reaktion und des Aufwertungsschwindels vertuschte) immer dann von den konkreten Tatsachen ablenken und Kulturkampftöne zur Rettung der christlichen Schule und Familie erschallen lassen, wenn sie die Rebellion der Massen der Zentrumsarbeiter herannahen fühlen.

Wir wären übrigens nicht Marxisten, wenn wir nicht wüßten, daß Religion und Kirche zum Ueberbau eines bestimmten, nämlich des kapitalistischen Systems gehören, und daß es gilt, durch die politische Machteroberung erst die Basis umzuwälzen, um auch den Ueberbau zu verändern. Genau so, wie daraus logisch hervorgeht, daß die sozialdemokratische Theorie und Praxis des Religion ist Privatsache falsch ist, genau so ergibt sich daraus auch, daß der Freidenkerkampf gegen kirchliche Dogmen für sich allein nicht in der Lage ist, die Voraussetzungen zur Ueberwindung der kirchlichen Macht zu schaffen. Vielmehr muß hier mit aller Schärfe betont werden, daß jeder gelungene Versuch, katholische Arbeiter gegen ihre eigenen Glaubens- und Parteigenossen, die Thyssen und Klöckner, in einen unmittelbaren wirtschaftlichen Kampf um ihre proletarischen Rechte in Bewegung zu setzen, mehr die kirchliche Gebundenheit und die Volksblockillusionen zu zerstören vermag, als die abstrakte Methode des Streites um Dogmensätze der Kirche.

Eine wirkliche, allumfassende Einheitsfronttaktik ist unmöglich, wenn wir weiter die Millionen katholischer Industriearbeiter, die regelmäßig Zentrum wählen, unberücksichtigt lassen.

*

Das sozialdemokratische Stichwahlabkommen 1912 und die kommunistische Parlamentstaktik 1925.

Von Horst Fröhlich.

Wir Kommunisten werfen der Sozialdemokratie vor, daß sie mit ihrer Koalitionspolitik ihr einstiges revolutionäres Programm preisgegeben habe. Einen ähnlichen Vorwurf glaubten ultralinke Genossen auch der KPD machen zu müssen auf Grund ihrer Parlamentstaktik. So wie wir Kommunisten in der Aufstellung des Pfaffen Marx als sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten einen Verrat an der einstigen kirchen- und zentrumsfeindlichen Tradition der Sozialdemokratie sahen, so sehen einige ängstliche Parteigenossen in unserer Stellung zu den Präsidentschaftswahlen, zur Preußen- und Sachsenfrage und zur Frage der Berliner Stadtverordnetenwahlen einen Verrat am Bolschewismus, ein Bekennt-[738]nis zur Koalitionspolitik, einen Uebergang der KPD ins Lager der Sozialdemokratie. Diese Auffassung ist offenbar unrichtig und dies ist schon des öfteren bewiesen worden. Trotzdem scheint es notwendig, auf verschiedene oberflächliche Vergleiche näher einzugehen, mit denen man diese Auffassung zu rechtfertigen versucht. Einer dieser Vergleiche betrifft das Stichwahlabkommen von 1912.

Aber noch von einer zweiten Seite wurde dieses Blatt aus der Geschichte der Partei aufgeschlagen.

*) Weil ich in der Vernichtung der Volksblocktheorien in den Köpfen der katholischen Arbeiter durch eine praktische Tagespolitik geradezu den Beginn der Möglichkeit sah, die christlichen Arbeiter allmählich in eine Klassenfront herüberzuziehen, deswegen habe ich die Theorie des realen Bündnisses mit den republikanischen Parteien, die während des Präsidentschaftswahlkampfes in einer sehr gefährlichen Formulierung von der bekannten Seite in unserer Partei auftauchte, entschieden bekämpft.

Eine sozialdemokratische Zeitung verteidigte sich gegen unsere Angriffe anlässlich der Marx-Kandidatur mit dem Hinweis auf das Stichwahlabkommen der SPD mit der Fortschrittlichen Volkspartei im Jahre 1912. In dieser Verteidigung liegt in der Tat ein Kern Wahrheit. Wenn der Vergleich mit 1912 für die kommunistische Taktik heute ganz und gar nicht zutrifft – die SPD kann sich mit einem gewisse Recht darauf berufen, daß die Keime ihrer heutigen bürgerlichen Politik schon damals zu Tage traten. Es ist daher aus mehr als einem Grunde interessant, sich die damalige Situation zu vergegenwärtigen, die Taktik des Parteivorstandes wie die Einwände der linken Opposition zu prüfen und mit der heutigen Taktik einerseits der SPD, andererseits der KPD, zu vergleichen.

Das Stichwahlabkommen 1912.

Der deutsche Imperialismus war 1912 auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er herrschte nicht nur mittels eines ungeheuren Unterdrückungsapparates, sondern auch mittels seiner imperialistischen Ideologie, die bis in die Reihen der Sozialdemokratie eindrang. Auf dem Boden der imperialistischen Politik des Finanzkapitals standen der sogenannte schwarz-blaue Block und die Liberalen. Der **Schwarz-blaue Block** bestand aus den Deutsch-Konservativen (Großagrarien und Staatsbürokratie), dem Zentrum (das ungefähr dieselbe Zusammensetzung hatte wie heute) und kleineren Parteien (Reichspartei, Antisemiten, Bund der Landwirte, Polen usw.). Die **Liberalen** bestanden aus den Nationalliberalen (die einen kleineren agrarischen Flügel hatten) und der Fortschrittlichen Volkspartei (einer ausgesprochen städtischen Partei unter Führung des Bank- und Handelskapitals, die die sogenannte liberale Bourgeoisie umfaßte). In der Fortschrittlichen Volkspartei waren Unternehmer, Handwerker, Intellektuelle, untere Beamte und Angestellte, aber so gut wie gar keine Arbeiter vertreten. Obwohl die Liberalen formell nicht zum schwarz-blauen Block gehörten, gingen sie bei allen entscheidenden politischen Fragen mit ihm. Sie bewilligten mit ihm zusammen Zölle, Steuern, Kriegsrüstungen, Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft, nur daß sie, ab und zu, ein paar „fortschrittliche“ Phrasen droschen. Zahlenmäßig waren die Liberalen, besonders die Fortschrittler, ein kleines sterbendes Grüppchen, ein Anhängsel der Schwarz-blauen. Die Sozialdemokratie konnte von ihnen nichts erben als die imperialistische Ideologie.

Trotz der Stärke des deutschen Imperialismus wuchs die Sozialdemokratie unaufhörlich. Ihre Mitgliederzahl betrug 1912 920.000 (16 Prozent mehr als 1911). Ihre Wählerzahl stieg von 3,259 auf 4,250 Millionen. Die Gewerkschaften nahmen an Mitgliedern zu. Und trotzdem: **die Macht der SPD wurde immer kleiner**. Weder war sie imstande, gegenüber dem sich immer stärker kartellierenden Kapital in gewerkschaftlichen Kämpfen wesentliche Vorteile zu erringen, noch im Parlament grundlegende Gesetze durchzubringen. Ja, selbst bei den Wahlen zum Reichstag bekam sie (zum Teil durch das betrügerische Wahlsystem, das keine Verhältniswahl kannte, obwohl das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht bestand) weit weniger Mandate, als ihrer Stimmenzahl entsprach. Die bürgerlichen Parteien, insbesondere die des schwarz-blauen Blocks, stellten gemeinsame [739] Wahllisten auf, so daß die SPD, wollte sie ein Mandat erringen, meistens die absolute Mehrheit aller Stimmen haben mußte.

Um ihre Mandatszahl zu erhöhen, ging die Sozialdemokratie 1912 mit der Fortschrittlichen Volkspartei ein Stichwahlabkommen ein. Nach diesem Abkommen verpflichtete sich die Sozialdemokratie, in 16 Wahlkreisen keine eigenen Listen aufzustellen und die Kandidaten der Fortschrittler zu unterstützen. In dem vertraulichen (!) Rundschreiben des Parteivorstandes an die Bezirkssekretäre vom 17. Januar 1912 teilte der Parteivorstand als Ergebnis der Verhandlungen mit den Fortschrittlern mit, daß in diesen 16 Wahlkreisen der Kampf gegen die Fortschrittler zu „dämpfen“ sei. So dann heißt es wörtlich in diesem Schreiben:

„Wir haben uns verpflichtet, in den bisher bezeichneten Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlungen abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten. ... Wir bitten deshalb die in Frage kommenden Kreise ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entschiedene Durchführung unter allen Umständen einzutreten.“

In einem Aufruf des Parteivorstandes im „Vorwärts“ vom 18. Januar rief der Vorstand nicht nur zur Unterstützung der Fortschrittler auf, sondern bei der Stichwahl zwischen bürgerlichen Kandidaten zur Unterstützung desjenigen, der die Jenenser Bedingungen annehme. (Diese Bedingungen des Jenaer Parteitages vom Jahre 1911 entsprachen dem liberalen Parteiprogramm, sie waren rein negativ und forderten von dem gegnerischen Kandidaten einzig und allein, daß er die bestehenden arbeiterfeindlichen Gesetze nicht noch mehr verschärfe.)

Die Fortschrittliche Volkspartei antwortete auf die Anbietung der SPD mit einem Aufruf, in dem sie mit keinem Wort von einer Unterstützung der SPD sprach, sondern zur Wahl des nationalliberalen Kandidaten bei der Stichwahl aufforderte.

In den 16 abgetretenen Wahlkreisen waren die Aussichten der SPD für den Stichwahlkampf sehr günstig. Ohne jedes Stichwahlabkommen war ihr Sieg in den meisten dieser 16 Bezirke gesichert.

Und was erlebten wir? Mit fliegenden Fahnen gingen die Fortschrittler im ganzen Reich zum schwarz-blauen Block über und wählten den Kandidaten des schwarz-blauen Blocks. Der sozialdemokratische Parteivorstand gestand das auf dem Parteitag 1913 in Essen selber ein. In diesem Parteivorstand saßen nicht nur die altbekannten zähen Reformisten vom Schlage eines Scheidemann und Molkenbuhr, sondern auch August Bebel, der bereits seit Jahren praktisch vollständig die Reformisten unterstützte.

Die linke Opposition.

Weniger gegen das Stichwahlabkommen, als besonders gegen die „Dämpfungsparole“ erhob sich, als sie bekannt wurde, in der Partei ein ungeheurer Sturm. Die Genossen Mehring, Rosa Luxemburg, Pieck usw. griffen den Parteivorstand in der Presse und in den Versammlungen auf das schärfste an. Auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 kam es zu äußerst heftigen Zusammenstößen. Es lagen fünf Resolutionen (aus den revolutionären Bezirken Berlin, Thüringen, Ruhrgebiet, Frankfurt a. M.) gegen eine (aus Kassel, der Hochburg des Opportunismus) für das Stichwahlabkommen vor.

Mit welchen Argumenten verteidigten der Parteivorstand, vertreten durch Scheidemann, und die opportunistische Mehrheit des Parteitages das Abkommen?

1. Das Abkommen ist nichts Neues, es ist die alte Taktik der SPD.
2. Die Macht des Proletariats bzw. der Sozialdemokratie hängt ab von der Zahl ihrer Mandate.
3. Wir dürfen die Fortschrittler nicht in das Lager der Reaktion treiben. [740]
4. Wir müssen den schwarz-blauen Block niederzwingen.
5. Stimmhaltung bei der Stichwahl ist Antiparlamentarismus, und wir sind Parlamentarier.
6. Die Gegner des Abkommens sind die sogenannten Radikalen, die Befürworter des Massenstreiks und der Massendemonstrationen. Wir dürfen uns nicht auf deren Boden begeben.

Was entgegneten die Gegner des Stichwahlabkommens?

Zunächst: Die Gegner, die sogenannten „Linken“, waren durchaus nicht einheitlich, und gerade darin bestand ihre Schwäche. Alle betonten von vornherein, daß sie keine grundsätzlichen Gegner des Stichwahlabkommens seien, daß ihr Hauptkampf der Dämpfungsparole und der Politik der Geheimdiplomatie von seiten des Parteivorstandes gelte. Um das Gemengsel von Nichtigem und Falschem, von Erkenntnissen und Illusionen, von kleinbürgerlicher Schwäche und marxistischer Konsequenz zu zeigen, ist es lehrreich, die Reden der Opposition im Parteitagsprotokoll nachzulesen.

Nach dem Vorschlag des Vorstandes ging der Parteitag mit großer Mehrheit über alle Resolutionen zur Tagesordnung über.

Rosa Luxemburg war infolge Erkrankung auf dem Parteitag nicht anwesend. In der „Leipziger Volkszeitung“^{*)} hat sie am schärfsten und klarsten von der gesamten Linken das Stichwahlabkommen bekämpft. Nach einer Kritik der Geheimdiplomatie des Parteivorstandes, die den sozialdemokratischen Grundsätzen der Parteidemokratie widerspreche, schreibt sie:

^{*)} Siehe Rosa Luxemburg, gesammelte Werke III. Bd., „Gegen den Reformismus“, Ver. Int. Verlagsanstalten, 1925.

„Es finden sich sicher Genossen, die als das ausschlaggebende an der Sache die Frage betrachten, ob grundsätzlich ein Abkommen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zulässig oder verwerflich sei. Wir bekennen, daß wir an dergleichen harmlosen Meditationen (Betrachtungen) in der jetzigen Lage wenig Geschmack finden.“

Und sie spottet über den Streit um ein „abstraktes, in der blauen Luft der Möglichkeiten denkbare Abkommen“, anstatt das konkrete Abkommen zu untersuchen. Dieser Anlauf, nicht nur die Dämpfung und Geheimhaltung des Abkommens, sondern das Abkommen an und für sich zu verwerfen, wird leider nicht zu Ende geführt, im Gegenteil, indem sie sich grundsätzlich für die Losung des „geringeren Uebels“ erklärt und die Parole des Jenaer Parteitages der Stichwahlentscheidung zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten billigt, macht sie einen Schritt rückwärts. Im übrigen sind ihre Arbeiten eine glänzende marxistische Analyse und Kritik des Abkommens.

Die Lehren der Chemnitzer Debatte.

Die sozialdemokratische Stichwahltaktik hat eine lange Vorgeschichte. Schon 1876 wurde auf dem Parteitag in Gotha beschlossen, daß es nur ausnahmsweise zulässig sei, bei der Stichwahl für einen bürgerlichen Kandidaten einzutreten, wenn er die politischen Forderungen der Partei für den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht billige. Selbstverständlich sei die Parteileitung vorher zu befragen. Diese Taktik, die nur in Ausnahmefällen die Unterstützung des bürgerlichen Kandidaten in der Stichwahl zuläßt, wurde in der Praxis auf die Liberalen als Partei ausgedehnt. 1887 auf dem Parteitag in St. Gallen in der Schweiz führte die Durchbrechung des Gothaer Beschlusses zu einem erneuten Antrag, der mit Mehrheit angenommen wurde, wonach bei der Stichwahl zwischen bürgerlichen Kandidaten die Sozialdemokratie bedingungslos strikte Stimmeneenthaltung zu üben habe. Entgegen diesem ausdrücklichen Parteitagbeschuß, der eine Verschärfung des Gothaer Beschlusses war, proklamierten Bebel und der Parteivorstand [741] 1890 (also zur Zeit des Sozialistengesetzes) die bedingte Unterstützung bürgerlicher Kandidaten in der Stichwahl. So ging es von Stufe zu Stufe. Obwohl der Freisinn immer reaktionärer wurde, kam ihm die Sozialdemokratie immer mehr entgegen. 1907, auf dem Parteitag in Essen, gab es heftige Debatten, nicht etwa gegen die Dämpfung, die damals noch kein Parteimitglied auch nur zu propagieren wagte, sondern schon allein gegen die Unterstützung der Liberalen in der Stichwahl und gegen die zu bescheidenen Bedingungen, die an sie gestellt wurden. Der Revisionismus in der Sozialdemokratie war formell besiegt worden. In der Tat aber erstarkte er als Opportunismus (bei radikalen Worten revisionistische Praxis), bis er sich die gesamte Partei unterwarf.

Worin bestand der Verrat der Arbeiterinteressen durch den Opportunismus, worin bestanden seine Fehler vom Standpunkt des Marxismus? Und nicht zuletzt: worin bestanden die Fehler der Linken bei der Bekämpfung der Opportunisten?

1. Die Opportunisten sahen nur im Parlament den Weg zur Eroberung der politischen Macht. Am bezeichnendsten für den tief eingefressenen Parlamentskretinismus der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit sind die Heiterkeitsausbrüche, die die Parteitagsprotokolle verzeichnen, wenn ein Redner von der „Ohnmacht des Parlaments“ und der „Gleichgültigkeit der Zahl der Mandate“ (im Gegensatz zur Stimmenzahl und außerparlamentarischen Kraft) spricht.

2. Die Mehrzahl der Linken aber sah weder klar, noch wagte sie, es klar auszusprechen, daß das Abkommen des Parteivorstandes eins der Symptome des Revisionismus war. Lauffenberg wehrt sich ausdrücklich gegen eine solche Feststellung.

3. Kein einziger Linker wagt die notwendige Konsequenz aus der opportunistischen Verseuchung der Sozialdemokratie zu ziehen, nämlich die Organisierung einer straffen Fraktion mit dem bewußten Ziel der Spaltung.

4. Die Opportunisten verkannten die Aufgaben der Sozialdemokraten in der Stichwahl. Die Sozialdemokratie beherrschte damals fast das gesamte Proletariat. 36 Prozent der Wähler wählten SPD. In den Großstädten hatte sie die Mehrheit der Wähler. Das heißt, daß die Sozialdemokratie bereits damals die wirtschaftlichen und politischen Brückenköpfe der Bourgeoisie, die Belegschaften der Großindustrie beherrschte. **Die Sozialdemokratie bedurfte keines Bündnisses mit den**

Liberalen. Im Gegenteil, sie mußte die Liberalen als die gefährlichsten, heimtückischsten, nur demokratisch angestrichenen Feinde der Arbeiterschaft denunzieren. Der Revisionismus war der Geist des Liberalismus in der Arbeiterschaft, der Geist des Klassenfeindes im eigenen Lager. Gerade diesen Geist galt es, auszurotten, anstatt ihn durch ein Wahlabkommen zu stärken. Die Sozialdemokratie bedurfte nicht der Hilfe der Liberalen, im Gegenteil, diese „Hilfe“ war ein Gift für sie. Diese Ansicht wird zwar auf dem Parteitag in Chemnitz nicht programmatisch ausgesprochen, aber sie klingt durch alle Reden der Linken hindurch.

Natürlich galt es, der Bourgeoisie auch die Mittelschichten zu entreißen. In Wirklichkeit jedoch übernahm nicht die Arbeiterschaft die Führung des Kleinbürgertums, sondern das Kleinbürgertum die Führung der Arbeiterschaft. Gerade das Stichwahlabkommen verstärkte diese Entwicklung.

Die Dämpfungsparole und die Geheimdiplomatie des Parteivorstandes verschärften nur einen Fehler, der von vornherein feststand und im Revisionismus seine Wurzel hatte.

1912 und 1925.

Welcher Unterschied besteht nun zwischen dem sozialdemokratischen Stichwahlabkommen 1912 und der kommunistischen Parlamentstaktik 1925?

Um die Unterschiede in der Taktik zu begreifen, müssen wir zunächst die Unterschiede in der politischen Situation feststellen: [742]

1. Die Arbeiterbewegung ist national und international organisatorisch gespalten.
2. In kapitalistischen Ländern steht die Mehrheit der Arbeiterschaft und erst recht der werktätigen Bevölkerung hinter der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, die Minderheit hinter den Kommunisten.
3. Die Epoche des zusammenbrechenden Kapitalismus, der Bildung proletarischer Staaten hat begonnen.
4. Die Arbeiterschaft und Kleinbauernschaft haben in einem Lande, das den sechsten Teil der Erde umfaßt, die proletarische Diktatur errichtet.
5. Die Kolonialvölker haben den Kampf um ihre endgültige Befreiung begonnen.

Die parteigenössischen Gegner unserer kommunistischen Parlamentstaktik sagen, die heutige SPD entspreche vollständig den damaligen Liberalen. Das ist falsch. Die soziale Zusammensetzung der Liberalen war kleinbürgerlich, nicht proletarisch, die der SPD ist (entgegen der Statistik in Heft 10 der „Internationale“ von Genossen Paul Frölich) zu 90 Prozent proletarisch (wie auch Genosse Varga behauptet). Zweitens hat die SPD eine revolutionäre, und zwar nicht nur bürgerlich, sondern auch proletarisch revolutionäre Tradition, die Gelegenheit zum Anknüpfen bietet. Drittens gehören die Arbeiter der SPD an, im Glauben, einer Partei anzugehören, die Arbeiterziele vertritt und den Kapitalismus bekämpft. Dieser Unterschied zwischen den Liberalen 1912 und den Sozialdemokraten 1925 ist bestimmend [für] unser Verhalten zur SPD. Nicht nur unser Gegner ist ein anderer, auch unser Ziel ist ein anderes. Unsere Parlamentstaktik bezweckt nicht Parlamentserfolge und darf nicht von parlamentarischen Gesichtspunkten aus gewertet werden, sondern bezweckt:

1. Zertrümmerung der Mauer, die zwischen dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Arbeiter besteht, die Bildung eines linken Arbeiterblocks.
2. Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von der Koalitionspolitik und der reformistischen Ideologie.
3. Revolutionäre Zersetzung der SPD.
4. Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die KPD.

Untersuchen wir die Lage und die Taktik bei der Präsidentenwahl, so ergibt sich, daß ein Angebot unsererseits, unter gewissen Bedingungen für einen Sozialdemokraten als Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, allen diesen Punkten ein Plus bedeutet hätte, besonders, weil bei der engen Bindung der SPD an das Zentrum und den Gegenversprechungen des Zentrums für die Bildung der Preußenregierung die SPD von der Marxkandidatur nicht abgegangen wäre.

*

Außerlich gesehen liegen die Dinge in der Preußenfrage anders. Warum stürzen wir nicht die Preußenregierung, zumindest den SPD-Minister Severing?

Der Sturz (wenn wir ihn überhaupt fertig brächten!) wäre ein reines Parlamentsmanöver (und gerade das verlangen die „radikalen“ Antiparlamentarier). Denn wir würden heute (morgen werden die Kräfteverhältnisse vielleicht schon anders sein) nur auf Grund eines parlamentarischen Bündnisses mit den Rechtsparteien die Preußenregierung stürzen können, nicht auf den Druck der Betriebe hin. Also wäre es nicht nur ein Parlamentsmanöver, sondern auch ein „Bündnis mit der Reaktion“, gegen die an der Spitze der Arbeiterschaft zu kämpfen unsere Aufgabe ist.

Nun werden Genossen entgegen: Wir können ja selbständig ein Mißtrauensvotum mit eigener revolutionärer Begründung einbringen. Ob sich die Deutschnationalen anschließen oder nicht, ist uns gleichgültig.

[743] Das ist uns durchaus nicht gleichgültig, denn wir müssen vor den Arbeitern, die noch nicht hinter uns stehen, auch den bloßen Anschein vermeiden, als gingen wir zusammen mit der Reaktion. Im Gegenteil, wir müssen so energisch und erfolgreich die Rechtsparteien bekämpfen, insbesondere die Deutschnationalen, daß diese gezwungen sind, sich die SPD-Führer wieder zur Hilfe herbeizuholen, während die Arbeiter der SPD mit uns zusammen gegen die Reaktion kämpfen.

Es würde zu weit führen, wollten wir die Frage der Listenverbindung in Berlin und unsere sächsische Taktik untersuchen, obwohl sie einige besondere Züge aufweisen.

*

Fassen wir zusammen.

Wenn die Sozialdemokratie 1925 bei der Präsidentenwahl den Fehler des Stichwahlabkommens von 1912 gewissermaßen wiederholte, so wiederholte sie ihn nach einer vierjährigen Kriegs- und siebenjährigen Revolutionserfahrung und verzehnfachte damit den Verrat von 1912.

Gerade das entgegengesetzte Resultat aber ergibt der Vergleich der sozialdemokratischen Taktik von 1912 und der heutigen kommunistischen Parlamentstaktik. Die entscheidenden Tatsachen zur Beurteilung sind schon genannt worden. Hinzu aber kommt noch eins:

1912 stand an der Spitze der Arbeiterbewegung eine vom Opportunismus verseuchte Internationale. 1925 leitet und kontrolliert die kommunistische Internationale alle ihre Sektionen. Sie hat mit der Errichtung der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland den besten praktischen anschaulichen und überzeugenden Beweis für die Richtigkeit ihrer Methoden, auch ihrer Parlamentstaktik gegeben.

Wer nicht den Unterschied zwischen der revisionistischen Parlamentstaktik 1912 und der kommunistischen Parlamentstaktik 1925 begreift, dem fehlt der revolutionäre Optimismus, der große Glaube an die siegreiche, organisierende Kraft des Proletariats, dem steckt selbst der Parlamentskretinismus als unheilbare Krankheit in den Gliedern.

*

Illusion oder Betrug?

Zur Lohnpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer.^{*)}

Von **

I.

In großen Dingen schlau zu sein – das ist die Taktik, von der einst Lassalle mit Recht gesagt hat, sie führe dahin, sich den Hals zu brechen. Aber seine Warnung hat nichts genützt. Immer und immer

^{*)} Dieser Artikel eines uns nahestehenden Gewerkschafters, den wir vor einiger Zeit schon erhalten haben, ist auch heute noch aktuell, obwohl die wirtschaftliche Lage heute der Unternehmeroffensive eine derartige Stoßkraft verliehen hat, daß die Arbeiter meist schon froh sind, wenn sie nicht auf die Straße geworfen werden, und an offensive Lohnkämpfe nicht denken. Daß es aber soweit gekommen ist und die Arbeiterschaft ohne halbwegs genügendes Lohnniveau und ohne gewerkschaftliche Kampfkraft von der Krise betroffen wird, ist Schuld der Gewerkschaftsführung, die im letzten Jahre, statt Lohnkämpfe zu führen, arbeitsgemeinschaftliche Theorien propagiert hat, wie die im Folgenden kritisierte. D. Red.

wieder versuchen es die Opportunisten, ob sie nicht dem Gegner oder dem Schicksal den ersehnten Erfolg ablisten können, anstatt – um abermals Lassalles Worte zu gebrauchen – auszusprechen das, was ist. Gerade jetzt erleben wir das wieder in der wichtigsten Frage, die das deutsche Proletariat Tag für Tag bedrängt, in der Frage der Lohnerhöhung.

Daß die Arbeiter mit ihren Löhnen nicht auskommen können, liegt klar auf der Hand. Ebenso daß es jetzt mehr als je die Pflicht der Gewerkschaften ist, einen großzügigen geschlossenen Kampf zur Erhöhung der Löhne zu führen. Was tun nun die sozialdemokratischen und sonstigen bürgerlichen Gewerkschaftsführer? Sie lehnen wirkliche Kämpfe ab, wenden [744] sich an die Kapitalisten und suchen ihnen klar zu machen, daß es in ihrem eigenen kapitalistischen Interesse läge, höhere Löhne zu zahlen. Denn die Arbeiter würden das Geld nicht behalten, sondern dafür etwas laufen, dadurch würde eine allgemeine Nachfrage nach Waren aller Art entstehen, das Geschäftsleben würde in Gang kommen, Handel und Wandel würden blühen, und die Kapitalisten würden fette Profite machen.

So hat z. B. der bürgerliche „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ Anfang dieses Jahres ein Flugblatt herausgegeben, worin es heißt:

„Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Gesundung der innerdeutschen Verhältnisse ist eine Steigerung der Kaufkraft im Inland. Also ... Steigerung der Löhne und Gehälter und damit Hebung der Kaufkraft ... Die Nachfrage im Inland ist so groß, daß wir zunächst einmal eine Zeitlang nur für den Inlandsmarkt arbeiten könnten. ... Wir würden auch durch die Spartätigkeit in die Lage versetzt werden, eine Konzentration des Geldes im Lande vorzunehmen. Wir könnten wieder etwas erarbeiten, ersparen und dadurch unsere außenpolitische Belastung erleichtern helfen. Ferner wären wir auf Grund des guten Inlandsgeschäftes in der Lage, wieder das Exportgeschäft aufzunehmen.“

Denselben Gedankengang findet man auch in sämtlichen von Sozialdemokraten geleiteten Gewerkschaftsblättern und der gesamten SPD-Presse. Zitiert sei die „Betriebsräte-Zeitschrift“ des Metallarbeiter-Verbandes, die von den linken Sozialdemokraten Toni Sender und Robert Dißmann redigiert wird. Dort hat im Februar und März 1925 Eugen Prager (ehemals Redakteur der unabhängigen „Freiheit“) ausgeführt:

„Vor dem Kriege ist das Nationaleinkommen Deutschlands nur zu einem Teil durch Außenhandel und unsichtbarem Export gesteigert worden. Von viel größerer Bedeutung war die Entwicklung des Innenmarktes, die Vermehrung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, die Hebung ihrer Lebenshaltung. Die gesamte industrielle Produktion Deutschlands ist vor dem Kriege auf etwa 19 Milliarden im Jahre geschätzt worden, davon wurden nur für etwa 5 Milliarden Goldmark im Auslande abgesetzt. ...

Massenproduktion verlangt eine Abnehmermasse. Wir können nicht eine große Masse von Arbeitern haben, die kaufen wollen und für unsere Erzeugnisse zahlen können, wenn wir die Arbeiter nicht gut bezahlen. ... Die Hebung der Arbeitslöhne ist Vorbedingung für die Hebung der Konsumfähigkeit.“

Also, Kapitalisten Deutschlands, seid nicht verblendet, macht die Augen auf und seht euren eigenen Vorteil!*)

Die Sache ist so klar und einleuchtend, selbst ein Kind muß sie verstehen und anerkennen. Aber merkwürdig, noch nicht ein einziger Kapitalist hat sich überreden lassen! Im Gegenteil, sie schelten auf die Gewerkschaftsführer, weil diese für höhere Löhne agitieren, und setzen ihnen eine Beweisführungen entgegen, die ganz ebenso einleuchtend und verständlich klingt. Nämlich folgende:

Höhere Löhne verteuern die Waren. Denn erstens ist der Profit der Unternehmer heute schon so gering, daß er keine Verkleinerung mehr verträgt, viele arbeiten schon jetzt mit Defizit; der Unternehmer muß also jede Steigerung seiner Selbstkosten auf den Preis schlagen. Zweitens: würden in der Tat die Arbeiter allgemein mehr kaufen, so würden die Preise schon wegen dieser allgemein gesteigerten Nachfrage in die Höhe gehen. Sind die Waren teuer, so können wir im Auslande nicht

*) Ganz ähnliche Gedankengänge, nur etwas vorsichtiger, entwickelt Professor Lederer im „Vorwärts“ vom Freitag, den 4. Dezember 1923. D. Red.

konkurrieren. Das Ausfuhrgeschäft verringert sich oder hört ganz auf, während wir doch einen Ausfuhrüberschuß erzielen müssen, um die Dawes-Lasten zu bezahlen. Ferner, woher soll das Geld in so großen Mengen kommen, das eine allgemeine Lohnerhöhung erfordert? Es müßte wieder neues Papiergeld in Massen in Umlauf gesetzt werden, und damit würden wir in eine neue Inflation hineingeraten. Die Unternehmer behaupten ja, auch die erste Inflation sei durch die angeblichen fortgesetzten Lohnsteigerungen verursacht gewesen:

„Die deutsche Arbeiterschaft weist warnend auf die Erfahrungen der Inflationszeit hin, die unverkennbar und unbestritten gelehrt hat, daß das ständige Hinaufdrücken der Nominallöhne und infolgedessen der Preise inflationistisch wirken muß, wenn nicht eine entsprechende Steigerung der Gütererzeugung Hand in Hand geht. Reichen die vorhandenen Zahlungsmittel nicht aus, um selbst bei größerer Beschleunigung des Geldumlaufs [745] den durch Lohn- und Preishöhe gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken, so muß eines Tages dieser Druck jede durch gesunde Währungspolitik für den Papiergeldumlauf gezogene Schranke eindrücken. Wir erinnern daran, daß schon im Kriege und vor allem nach den ... Lohnerhöhungen der Revolution bei sinkender Gütererzeugung so eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Druck neuen Papiergeldes und für die Inflation geschaffen worden ist ... Für die Deckung des Zahlungsmittelbedarfs blieb lediglich die Notenpresse. Soll unsere Lohnpolitik auch heute wieder inflationistisch wirken?“^{*)}

Endlich drittens: wenn der Unternehmer sein Geld für Lohnerhöhungen vergeben muß, bleibt ihm nicht genug Betriebskapital:

„Ein Pfennig Stundenloohnerhöhung für alle deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nimmt monatlich etwa 30-40 Millionen Goldmark Betriebskapital der deutschen Wirtschaft in Anspruch.“

Das werde nicht, wie die Gewerkschaftsführer behaupten, durch die stärkeren Inflationsverkäufe alsbald wieder ausgeglichen. Denn die Zahlungen dauern in der Regel mindestens drei Monate, oft aber auch 7-9 Monate.

„In diesen Zeitspannen wird das für Lohnerhöhungen benötigte Kapital dem Betrieb entzogen und die ... als wichtigste Lebensfrage für Deutschland zu bezeichnende Betriebskapitalbildung unterbunden. Die Folgen müssen erhebliche Betriebseinschränkungen aus Kapitalnot sein.“

Dergleichen ist bereits vorgekommen:

„Die ... Lohnaufsetzung seit März d. J. (1924) hat auch die alten bestfundierten Unternehmungen unter den Druck der täglichen Sorge gestellt, wie die Lohnkosten aufzubringen seien. Ueberall im Deutschen Reich mußten Neubauten eingestellt, Bauarbeiter arbeitslos werden, weil den Bauherren die Mittel für die Bauarbeiterlöhne fehlten. Selbst Kommunalverwaltungen, die bislang auf ihre Wohnungs- und Siedlungspolitik stolz waren, mußten zu diesem Mittel greifen. Für die Arbeiter ist jeder Tariflohn wertlos, wenn der Betrieb ihn nicht tragen kann und deshalb eingeschränkt oder stillgelegt werden muß.“

Ein neckisches Spiel! Erst kommen die Gewerkschaftsführer und suchen den Kapitalisten klar zu machen, daß es ihr eigener Vorteil sei, die Löhne zu erhöhen; und alsbald erwidern die Kapitalisten, daß es im eigenen Vorteil der Arbeiter läge, die Löhne zu senken.

II.

Hier stehen sich also zwei Ansichten gegenüber, die beide gleich vernünftig, gleich begründet, gleich richtig zu sein vorgeben. Gibt es eine Erklärung, eine Lösung für diesen vollkommenen Widerspruch?

Die Erklärung ist sehr einfach: beide Teile haben eben nicht gemeinsame, sondern entgegengesetzte Interessen. Die Lösung aber ist nicht weniger einfach: sie liegt in der Tatsache der kapitalistischen Wirtschaft. Die Gewerkschaftsführer haben Recht mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Lohnes, aber sie haben Unrecht mit dem Beweis, dies liege im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft.

Vom Standpunkt der „vernünftigen“, d. h. sozialistischen Wirtschaft haben sie Recht: selbstverständlich bildet dann die Erhöhung des Anteils der Arbeitenden eine wichtige Grundlage des Aufstiegs

^{*)} Dieses und die folgenden Zitate aus der Broschüre „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“, von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, S. 25-27. 1924.

der Produktion. Aber leben wir in einer sozialistischen Wirtschaft? Besteht nicht gerade das Wesen, das Naturgesetz des Kapitalismus als einer ausbeuterischen Wirtschaftsordnung darin, daß nicht des Konsums der Massen, sondern des Profits willen produziert wird? Die Gewerkschaftsbewegung darf keineswegs dieses „Naturgesetz“ einfach hinnehmen. Richtig. Sie muß ohne zarte Rücksicht darauf die Lohninteressen vertreten. Aber sie kann dies mit wirklichem, endgültigem Erfolg **nur** (das folgt eben aus den obigen Tatsachen), wenn diese Naturgesetz als Tatsache berücksichtigt, und sich seine Beseitigung, die Beseitigung des Kapitalismus zum Ziel setzt. Die Gewerkschaften müssen notwendig in Lohnfragen versagen, wenn ihre Führer vor dieser Tatsache des Kapitalismus den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ob wir schon eine sozialistische Wirtschaft hätten. Damit vertuschen sie die entscheidende Frage und helfen den Unternehmern.

Wenn wir also gegen die Lohntheorie der Gewerkschaftsführer polemi-[746]sieren, so keineswegs deswegen, weil sie höhere Löhne verlangen, heute schon, nicht erst morgen – sondern weil sie die Forderung nicht als Kampfforderung stellen, sondern als Bitte an das Kapital und weil sie sie aus Feigheit mit einer Theorie begründen, die nicht vorhandene gemeinsame Interessen von Kapital und Arbeit vortäuscht und die Arbeiter verwirrt.

Gehen wir nun auf diese Theorie ein. Die Gewerkschaftsführer tun so, als ob es Absicht und Zweck der Kapitalisten sei, den Konsum zu versorgen und zu befriedigen. Dann allerdings müßten sie sich fragen, für wen sie eigentlich produzieren, wenn die eigenen Volksgenossen kein Geld haben, ihre Produkte zu kaufen. Aber das macht dem Kapitalisten wenig Kopfzerbrechen. Ihnen kommt es ja nicht auf die Versorgung der Volksgenossen an, sondern sie wollen Profit machen. Und deshalb erkennen sie sofort mit sicherem Instinkt die Lücke in der Argumentation der Gewerkschaftsführer. Es ist richtig, wenn die Arbeiter mehr Geld in die Hand bekommen, werden sie mehr kaufen. Aber wo kommt denn das Geld her? Das müssen ihnen doch die Kapitalisten geben. Die Sache läuft also darauf hinaus, daß die Kapitalisten zuerst das Geld hergeben müssen, das sie später beim Verkauf ihrer Waren wieder zurückbekommen. Für den Kapitalisten wäre das ein schlechtes Geschäft. Es würde ihren Profit schmälern auf Kosten der Arbeiter.

Man wird nun sagen: „Das ist ja auch der Zweck der Gewerkschaften. Der Anteil der Arbeiter am Produktionsertrag soll vergrößert werden.“

Aber dabei werden dann doch die Kapitalisten nicht reicher, sondern ärmer. Und es ist unerfindlich, wie die Gewerkschaftsführer auf die Idee verfallen können, daß eine auf solche Art zustande gekommene Belebung des Geschäfts den Kapitalisten Vorteil bringe könnte. Ganz offenbar wollen die Gewerkschaftsführer – und mit ihnen die linken Sozialdemokraten – hier wieder einmal in „großen Dingen schlau“ sein. Aber es ist lächerlich zu glauben, die Unternehmer überlisten zu können. Die verstehen sich besser auf ihren Vorteil und behalten das Geld lieber gleich in der Tasche, anstatt es als Lohnerhöhung fortzugeben und nachher im günstigsten Fall den gleichen Betrag wiederzukriegen.

Vielleicht wird man uns mit „Erfahrungen“ aus der Vorkriegszeit kommen, um zu beweisen, daß der Aufstieg der „Wirtschaft“ den Arbeitern und den Kapitalisten nütze. Darauf ist kurz zu sagen: selbstverständlich ist im Laufe der kapitalistischen Entwicklung und Hand in Hand mit ihr im vorigen Jahrhundert auch der Reallohn der Arbeiter gestiegen. Aber für die große Masse der Arbeiter ist diese Steigerung stets nicht nur zurückgeblieben im Vergleich zur Steigerung der Lebenshaltung der Kapitalisten, sondern diese letztere ist auf Kosten der Massen erfolgt. Mit Beginn des Imperialismus aber ist auch die relative in eine absolute Verelendung umgeschlagen. Seit etwa 1900 ist infolge der Teuerung der reelle Lebensstandard der großen Masse der deutschen Arbeiter ständig gesunken. Nur ein ganz kleiner Teil hat an dem „Aufstieg“ teilgenommen. Freilich befand sich gerade darunter mehr oder weniger der ganze „Stand“ der Gewerkschaftsführer, der dadurch unbewußt „bestochen“ wurde, das Elend der Massen übersah, den Glauben an den Sozialismus verlor, Vertrauen zum Kapital predigte und patriotisch wurde.

Und hier – wir drehen nun den Spieß um – liegt auch die objektive Wurzel der in diesem Artikel kritisierten Lohntheorie. Die Gewerkschaftsführer irren sich nicht bloß, sondern sie vertreten mit dieser Theorie die Interessen einer ganz schmalen Schicht von „Arbeiteraristokraten“ und aus Ar-

beiterkreisen hervorgegangenen Gewerkschaftsbeamten gegen die breiten Massen ihrer Klassengenossen. Illusion oder Betrug? fragten wir in der Ueberschrift. Objektiv zweifellos Betrug – lautet die Antwort. Subjektiv in vielen Fällen sicher bloß Illusion. Wir wollen uns daher nach Aufzeigen dieser objektiven Zusammenhänge so mit der Sache auseinandersetzen, als ob es sich bloß um Irrtümer, um Illusionen handelte. Denn es handelt sich für uns nicht darum, die Gewerkschaftsführer zu ge-[747]winnen, sondern die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Und bei diesen sind jene Illusionen noch vertreten.

III.

Fahren wir fort: es handelt sich in dieser Frage um keinen beiläufigen Irrtum in einer nebensächlichen Sache; es offenbart sich vielmehr hier wie bei fast jeder anderen Gelegenheit, daß die Gewerkschaftsführer vom Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, die sie doch bekämpfen sollen und angeblich auch bekämpfen wollen, keine Ahnung haben.

Wir haben soeben gesehen: würden die Kapitalisten den Rat der Gewerkschaftsführer befolgen, so würde das für sie darauf hinauslaufen, daß sie freiwillig auf einen Teil des Produktionsertrages, der ihnen bisher zufiel, verzichten. Also freiwillig eine Verringerung ihres Profits auf sich nähmen. Das aber ist eine Zumutung, auf die sie eben „im Interesse der Wirtschaft“ gar nicht eingehen können, selbst wenn man den (ganz unmöglichen) Fall setzt, daß sie es wollten. Denn das Streben nach stets wachsendem Profit hängt nicht von dem Willen der Kapitalisten ab. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, und weder der einzelne Kapitalist, noch die Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit kann sich dem entziehen. Höhere Löhne können also nie und nimmer erzielt werden durch Appell an das eigene Interesse, aber auch nicht an den guten Willen der Kapitalisten, sondern sie müssen durch die gewerkschaftliche Aktion der Arbeiterklasse erzwingen werden, auch gegen das „Interesse der Wirtschaft“.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge gehört zum ABC des Marxismus; es ist sehr traurig, daß die Gewerkschaftsführer so rein gar nichts davon wissen, sonst würden sie nicht solche utopische, geradezu kindische Hoffnungen hegen.^{*)} In dieser Unkenntnis liegt ein Hauptgrund für das praktische Versagen ihrer Gewerkschaftspolitik, für ihr Abgleiten in ein Bündnis mit den Unternehmern gegen die Arbeiter.

Im Rahmen eines Artikels ist es uns natürlich nicht möglich, diese Zusammenhänge bis in ihre letzten theoretischen Gründe klarzulegen. Wir müssen den Leser auf Marx' „Kapital“ verweisen. (Uebrigens steht das wesentlichste auch schon in Karl Kautskys 1892 erschienenem „Erfurter Programm“.) Wir wollen hier die Frage behandeln, wie sich im Lichte dieser Tatsachen die praktische Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ausnimmt, die ja eben in dem Streben nach einem Ausgleich, nach einer Verständigung mit den Kapitalisten besteht. (Siehe Tarnow.)

Der Kapitalprofit kann nicht auf der gleichen Höhe bleiben. Stillstand würde sofort in Rückgang umschlagen. So muß das Kapital um stete Vermehrung des Profits bemüht sein, und zu diesem Zweck muß es akkumulieren, d. h., von dem ihm zufließenden Mehrwert muß es einen Teil zum Kapital schlagen und damit die Produktion erweitern. So verliefen die Dinge in den (für das Kapital) normalen Zeiten vor dem Kriege. Die Steigerung des Profits geschah durch Erweiterung der Produktion, diese erfolgte vermitteltst Akkumulation. Die Akkumulation aber, das liegt völlig klar auf der Hand, erfordert eine entsprechende Niederhaltung des Konsums der Arbeiterklasse: der Lohn muß so niedrig sein, daß genug Mehrwert zum Akkumulieren übrig bleibt. Trotzdem mag der Lohn wachsen, wenn nur der überschießende Teil des Produkts, der Mehrwert, entsprechend schneller wächst, so daß von Jahr zu Jahr größere Beträge akkumuliert werden können.

[748] Indessen, die schönen Tage der Vorkriegszeit sind für die deutschen Kapitalisten nun vorüber. Die Zeiten einer normalen kapitalistischen Wirtschaft gehören der Vergangenheit an. Selbst nach den neuesten Ziffern, Januar bis Oktober 1925, hat die Weltproduktion noch nicht einmal die Höhe

^{*)} Man vgl. zum Beispiel die „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 34 und 35 vom August 1924, wo Fritz Tarnow hofft, über diese Dinge mit den Kapitalisten zu einem „Kompromiß“, zu einer Verständigung zu gelangen.

von 1913 wieder erreicht. Von normaler kapitalistischer Akkumulation, die aus einem von Jahr zu Jahr wachsenden Fortschritt der Produktion bestehen müßte, ist also keine Rede. Nach großen Krisen nun gar ist die Weltproduktion in allen früheren Fällen besonders schnell und stark gewachsen, wie die Geschichte der Krisen von 1818 bis 1907 sehr deutlich zeigt. Heute sehen wir das Gegenteil.

Hat die Produktion nicht zugenommen, so fehlt dem Kapital das Mittel, den Profit auf die frühere normale Art zu steigern. Was bleibt ihm übrig? Nichts anderes, als durch eine um so schärfere Niederhaltung des Konsums der Arbeitermassen sich schadlos zu halten und seine Existenz zu sichern. Das tut es auch. Man braucht nur die Nase in die Ziffern der Statistik zu stecken; so verlogen sie sind, können sie doch nicht ganz verschleiern, wie elend es nach dem Kriege, seit 1919, um den Konsum der Arbeiterklasse bestellt ist.

Das ist die Situation, in der wir gegenwärtig leben. Für das Kapital ist es eine Frage von Tod und Leben, ob es ihm gelingt, den Konsum der Arbeiterklasse immer noch weiter und immer noch weiter herunterzudrücken. Und da kommen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und bilden sich ein, durch gutes Zureden, durch Appell an die „Vernunft“ der Kapitalisten könnten sie es erreichen, daß diese die Löhne erhöhen! Man sieht, wie völlig weltfremd diese sogenannte „Realpolitik“ ist, wie sie von dem wirklichen Zusammenhang der Dinge, der noch für die praktische Politik den Ausschlag geben müßte, keine blasse Ahnung haben!

Natürlich werden sie vom Kapital abgewiesen. Die drei Gründe, welche die Kapitalisten anführen, sind ja fauler Zauber. Die Warenpreise steigen auch ohne Lohnerhöhung, denn die Verteuerung der Waren ist das wichtigste Mittel, womit die Niederhaltung des Arbeiterkonsums verwirklicht wird. Die Inflation hat mit den Löhnen überhaupt nichts zu tun, sondern ist die Folge allgemeiner Preissteigerung, sofern diese lange genug dauert. Die Entziehung von Betriebskapital endlich ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß die Löhne niedrig gehalten werden müssen, um kapitalistische Produktion überhaupt zu ermöglichen. Alle drei zusammen bilden die Antwort der Kapitalisten auf das Friedensangebot der Gewerkschaftsführer.

Die Sache ist eben die: die kapitalistische Wirtschaft erhalten und sichern und zugleich den Anteil der Arbeiter am Produkt erhöhen – das sind zwei Dinge, die sich nicht vertragen und die man nicht gleichzeitig betreiben kann. Entweder man will kapitalistischen Wiederaufbau – dann muß man auch die Verelendung der Arbeiter wollen (auch wenn ganz geringe Teile der Arbeiter dabei „profitieren“); – oder man will den Aufstieg der Arbeiterklasse – dann muß man den Kapitalismus bis aufs letzte bekämpfen. Das letztere bedeutet praktisch, daß die Gewerkschaften den Kampf um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit führen müssen lediglich und ausschließlich im Interesse des Proletariats und ohne Rücksicht auf die „Interessen der Wirtschaft“. Denn das „Interesse der Wirtschaft“, – ein Wort, das alle Reformisten immer im Munde führen, – ist im kapitalistischen Staat lediglich das Interesse des Kapitals. Die Krise der Wirtschaft ist die Krise des Kapitals und die Lösung dieser Krise ist nicht eine Frage der Vernunft oder Unvernunft, sondern eine Frage der Macht. Darum: konsequente Durchfechtung aller Lohnkämpfe bis zum Einsatz der vollen Macht der gesamten Gewerkschaften, so wie am „roten Freitag“ in England; das ist die einzige Lösung der Lohnfrage im Interesse des Proletariats. [749]

*

Der Kommunist im Kerker.

Von Richard Schaible, Festung Groden bei Cuxhaven.

Vorbemerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist vor mehreren Monaten geschrieben worden. Leider ist es uns infolge der Beanspruchung des Raumes der Zeitschrift durch die Parteidiskussion erst sehr spät möglich, ihn zu veröffentlichen. Er hat durch diese Verspätung seinen Wert in keinem Punkt eingebüßt, wenn auch der hier behandelte Streitfall zwischen den gefangenen Genossen auf der Festung Groden schon beigelegt ist. Zu diesem Fall ist zu bemerken: Gen. Schaible hatte, wie die Dinge einmal lagen, mit der allgemeinen Beurteilung und Verurteilung der Haltung des Teils der Genossen, der sich freiwillig zur Arbeit meldete, unbedingt recht, was diese selbst später zugegeben haben. Zum Vorgehen der Partei ihnen

gegenüber war es aber auch nötig, zu untersuchen, wie die Dinge sich soweit entwickeln konnten. Dabei stellte es sich heraus, daß die Parteiorganisation selbst zum Teil mitschuldig war, weil sie sich nicht rechtzeitig um die Angelegenheit gekümmert und den Versuchen der Festungsverwaltung, die Gefangenen zu spalten, nicht begegnet war durch energischen Kampf für das Recht der Selbstbeschäftigung (mit allen notwendigen Konsequenzen wie Materialbeschaffung, Werkstätten usw.). Auf dieser Basis ist der Konflikt – unter Zugeständnis der schweren Fehler seitens des erwähnten Teils der Gefangenen und Rückgängigmachung übereilter Ausschlüsse seitens der Parteiorganisation – beigelegt worden.

Das deutsche Proletariat hat so gut wie keine Tradition in der Frage des Verhaltens des gefangenen Revolutionärs gegenüber der Klassenjustiz und um Kerker. Die Zahl der politischen Gefangenen in Deutschland war bis zur neudeutschen Republik verschwindend gering im Vergleich zum zaristischen Rußland oder zum heutigen Deutschland. Die Zahlen darüber lassen staunen. Nach Ignaz Auer „Nach 10 Jahren“ ergaben in Deutschland zehn Jahre Sozialistengesetz, und zwar vom 28. Oktober 1878 bis zum 28. Oktober 1888 insgesamt 611 Jahre, sechs Monate, 23 Tage politische Strafhaft und 119 Jahre, fünf Monate, 13 Tage politische Untersuchungshaft, zusammen also 831 Jahre, sechs Tage politische Haft.

Laut Protokollbericht der sozialdemokratischen Parteitage wurden im wilhelminischen Deutschland folgende politischen Strafen verhängt:

1004: 43 Jahre, 2 Monate Gefängnis. – 1905: 65 Jahre, 7 Monate Gefängnis, 2 Jahre, 3 Monate Zuchthaus. – 1909: 27 Jahre, 10 Monate Gefängnis. – 1910: 36 Jahre, 10 Monate Gefängnis. – 1911: 26 Jahre, 1 Monat Gefängnis.

Demgegenüber wurden nach den Berichten der Juristischen Zentralstelle der KPD allein in der Zeit vom 1. Juli 1924 bis zum 14. November 1924, also während 4½ Monaten, 3232 Proletarier in 444 Prozessen zu insgesamt 400 Jahren, 8 Monaten Zuchthaus, 1074 Jahren, 11 Monaten Gefängnis, 568 Jahren, 1 Monat Festung verurteilt.

In diesen Zahlen sind die vielen, seit Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Revolutionäre nicht enthalten, so daß sich also ergibt, daß ein Monat deutsche Republik die gleiche Zahl Jahre politischer Haft für Proletarier bringt wie zehn Jahre Sozialistengesetz und das Mehrfache der politischen Strafen in der ganzen übrigen Zeit des Bestehens des wilhelminischen Reiches bis Kriegsbeginn.

Es ist klar, daß es darum für die deutsche Arbeiterbewegung kein allgemeines Problem des Verhaltens gefangener Revolutionäre geben konnte, zumal es sich bei den Opfern der politischen Klassenjustiz im Vorkriegsdeutschland in der Hauptsache um prominente Führer, besonders um Redakteure der sozialdemokratischen Parteipresse, handelte. Als die Frage an die Genossin Rosa Luxemburg in einer sehr verlockenden Form herantrat, entschied sie sich kurz und bündig: „Ich nehme keine Gnade des Klassengegners an“ – wobei sie sich allerdings dann gefallen lassen mußte, daß sie aus dem Kerker hinausgeworfen wurde.

Als Problem stand die Frage für das russische revolutionäre Proletariat, das Massenverhaftungen ähnlich denen Neudeutschlands erlebte. Die Russen entschieden sich ebenso wie Rosa Luxemburg. Sie [750] führten in der Haft einen verzweifelten Kampf um Dinge, die manchem als Kleinlichkeiten erscheinen mögen. So erfährt man aus der Literatur über die russischen politischen Gefangenen des Zarismus immer wieder, daß sie sich konstant weigerten, aufzustehen, wenn ein Beamter die Zelle betrat, und sich dafür totschlagen ließen, daß sie sich auf die Gefahr grausamer Mißhandlungen hin immer wieder die Anrede „Du“ durch Beamte verbat, daß sie sich weigerten, vor ihren Kerkermeistern die Mütze abzunehmen.

Und zahllose Beispiele aus der Geschichte der Leiden des russischen Proletariats lassen sich anführen, daß wertvolle Kämpfer der Revolution um diese „Kleinlichkeiten“ totgeschlagen worden sind. „Dumme Tollköpfe“ sagt der Spießier dazu.

Aber heute erfahren wir aus der russischen Presse, daß gerade jetzt Parteiverfahren gegen ehemalige politische Gefangene des Zarismus durchgeführt werden, in denen die Genossen zur Verantwortung gezogen werden, die sich durch Nachgiebigkeit gegenüber ihren Kerkermeistern in den russischen Zuchthäusern um die Leiden ihrer aufrechten Genossen drücken. Die Standhaftigkeit muß also doch wohl etwas anderes als dumme Tollköpfigkeit gewesen sein.

Und nun in Deutschland. Die Frage besteht erst, seitdem sie von der Klassenjustiz auf die Tagesordnung gestellt wurde. Sie stand in Niederschönenfeld, wo die politischen Gefangenen sich in eine erste und zweite Etage, in zwei Lager teilten, sie stand in Fuhlsbüttel, als im vorigen Jahre in der Festung die ersten 23 der gefangenen Hamburger Oktoberkämpfer sich freiwillig zur Arbeit für die Anstaltsleitung meldeten, um Vergünstigungen und Begnadigung vom Klassengegner zu erbetteln, sie steht jetzt in der Festung Groden, wo nun eine zweite Gruppe Festungsgefangener diesen Weg gegangen ist und die Festung in zwei Lager gespalten hat, sie steht in jedem Untersuchungsgefängnis, wo überall die politischen Gefangenen durch Schikanen getrieben werden sollen, für die Anstalt zu arbeiten, sie steht und wird stehen bleiben von jetzt ab, solange es proletarische politische Gefangene in Deutschland geben wird, d. h. bis zur Machteroberung. Die Partei muß sie klar und deutlich entscheiden und die Geschichte der Bolschewiki möge ihr dabei den Weg zeigen.

Ja, aber ist denn diese Frage überhaupt eine Frage der Parteipolitik?

Soll man es nicht vielmehr den inhaftierten Genossen selbst überlassen, sich die Qualen ihrer Leiden möglichst zu erleichtern: Hat die Partei überhaupt ein Recht, den eingekerkerten Genossen darüber Vorschriften zu machen? Bedeutet es denn nicht, dem Proletariat den Glauben an die KPD rauben, wenn die Partei dazu übergeht, gefangene Revolutionäre, etwa gar, wie in der Festung Groden die Frage steht, Hamburger Barrikadenkämpfer vom Oktober 1923 wegen ihres Verhaltens in der Haft aus der Partei auszuschließen?

Alle diese Fragen sind beantwortet, wenn man die Frage nach dem geschichtlichen Sinn der Haft stellt.

Das macht ja gerade den Wert der Haft und der Verfolgung für die revolutionäre Bewegung aus, daß in ihrem Feuer jenes Geschlecht geschmiedet wird, nach dem Lenin rief, als er in heiligem Zorn gegen den „Dilettantismus“, gegen die „Weichlichen und Schwankenden“, „kläglichen Gelegenheitsarbeiter der Revolution“ wettete, die das „Prestige der Revolutionäre in Rußland degradiert haben“, als er rief: „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären – und wir werden Rußland aus den Angeln heben.“ Diese Organisation von Revolutionären ist in den russischen Kerkern, in der Verbannung, in Sibirien geschaffen worden, aber nicht durch Toleranz gegen „menschliche Schwächen“, „seelische Zerrüttung der Inhaftierten“, wie man heute von deutschen Genossen jammern hört, sondern eben durch diese leninistische Unerbittlichkeit gegenüber Weichheit und Schlappeit. [751] Und eben darum konnte die bolschewistische Partei Rußland aus den Angeln heben.

In Deutschland wird jetzt seit November 1918 in den Straßenkämpfen und in den Kerkern dieses für Deutschland so dringend erforderliche Geschlecht von Revolutionären geschmiedet, und es wird um so härter sein, je mehr die Partei ihm für diese Hochschule des Bolschewismus den Rücken steift. Das ist der geschichtliche Sinn der weißen Justiz, und darum ist die Frage: Wie hat sich der Kommunist im Kerker zu verhalten? – keine nebensächliche Frage, keine Frage, die dem einzelnen selbst überlassen werden kann zu entscheiden, sondern eine der wichtigsten Fragen der Gesamtpartei, über die jeder Genosse sich völlig klar sein muß, weil jedem Genossen sie morgen in irgendeinem Kerker praktisch gestellt werden kann, ohne daß er sich noch lange Rat bei der Partei holen kann.

Darum muß noch auf einige Einzelheiten eingegangen werden. Verschiedentlich ist die Frage, selbst von höheren Parteiorganen, aufgeworfen worden: Soll der gefangene Kommunist nicht jedes Mittel anwenden, jeden Ausweg benutzen, um sich aus den Klauen der weißen Justiz zu befreien? Oh, sehr wohl soll er das. Aber heißt das, daß er „schlapp und weichlich das Prestige der Revolution degradieren darf“?

Gibt es einen anderen Ausweg aus der Haft als den der Besiegung der Kerkermeister durch das Proletariat?

Nein, es gibt ihn nicht. Prozeß und Haft sind die Fortsetzung des Kampfes von draußen im Kerker und vor der Klassenjustiz, d. h. vor den Augen des Proletariats. Im Falle der gefangenen Oktoberkämpfer in der Festung Groden ist er die Fortsetzung des Barrikadenkampfes in Hamburgs Straßen. Darum geht dieser Kampf: Auf der Seite der Justiz, gefangenen Revolutionäre zu „heilen“ von der Revolution, um sie als „gebessert“, d. h. als „brave“ (feige) „Staatsbürger“ entlassen zu können und sie zu korrumpieren, um vor den Massen das Prestige des Kampfes, für den sie hinter Gitter und Mauern gingen, degradieren zu können. Ist es der Bourgeoisie gelungen, etwa die Gesamtheit der gefangenen Hamburger Oktoberkämpfer zu korrumpieren, so ist damit der Hamburger Oktoberkampf degradiert und seiner gewaltigen historischen Bedeutung beraubt, in den Tagen des politischen Zusammenbruchs der KPD an der Sachsenpolitik, vor der Errichtung der Militärdiktatur die Ehre der KPD, die Ehre der deutschen Revolution, des deutschen Proletariats gerettet zu haben. Diese Bedeutung des Hamburger Oktobers hatte sogar ein Paul Levi erkannt.

Auf der Seite der gefangenen Revolutionäre geht der Kampf aber darum, sich nicht klein kriegen zu lassen, sondern sich selbst zum eisenharten Revolutionär in diesem Feuer schmieden zu lassen und damit weiter den Massen den Glauben an die KPD, und damit den Glauben an die Revolution zu retten. In diesem Kampf gibt es für den Revolutionär kein anderes Besiegtwerden als das des Kuschens vor den Schlägen des Gegners, denn physisch ist er geschlagen, und keinen anderen Sieg als den des Hartbleibens und Härterwerdens.

Aber selbst von diesen grundsätzlichen politischen Erwägungen abgesehen, die allein schon die Frage absolut eindeutig entscheiden, wie steht sie dann: Es ist gut, konkrete Fälle als Demonstrationsobjekt heranzuziehen. Der mir am nächsten liegende ist der der Festung Groden, in der eine Reihe gefangener Oktoberkämpfer freiwillig auf das Recht der Selbstbeschäftigung für Festungsgefangene verzichtet haben, indem sie sich bereit erklärten, für die Anstaltsleitung zu arbeiten unter der Bedingung, die gleiche Arbeitsleistung zu liefern wie freie Arbeiter, 52 Stunden die Woche zu arbeiten, ohne Beaufsichtigung durch Beamte unter einem selbstgewählten Arbeitsobmann, der für gute und intensive Arbeit und für das Arbeitsgeschirr verantwortlich ist und unter der verträglichen Bedingung jede übertragene Arbeit auszuführen, der sie durch [752] Verbreiterung eines Wassergrabens um die Festung Groden, durch Instandsetzung eines für Gefängniszwecke angekauften Gutes in Behreusch, wo das neue Hamburger Zentralgefängnis errichtet werden soll, und durch Gefängnisbau in der Gefangenenanstalt Hannöversand nachkommen.

Dafür erhalten sie an „Vergünstigungen“ 8, 10 und 12 Mart Wochenlohn, gestaffelt für Ledige, Verheiratete und Verheiratete mit Kindern.

Besseres Essen (höhere Fettration, Zubrot, das den übrigen Festungsgefangenen verweigert wird).

Alle 14 Tage von Sonnabend Mittag bis Montag mittag staatsanwaltschaftliche Strafunterbrechung, die der Gesamtstrafe immer wieder zugezählt wird, um nach Hamburg fahren zu können.

Aussicht auf Niederschlagung der Haftlosten und Aussicht auf Begnadigung.

Das sind alles Vergünstigungen, die allen Festungsgefangenen gewährt werden können (laut Strafvollzugsordnung), die aber den nicht für die Anstaltsleitung arbeitenden Festungsgefangenen konstant verweigert werden.

Warum erhalten die Arbeitswilligen Vergünstigungen? Sicher nicht aus „Humanität“, aus Wohlwollen der Justizbehörden gegenüber gefangenen Oktoberkämpfern. Der Grund liegt an anderer Stelle.

Die Festungshaft ist eine Strafart, die von der Bourgeoisie und der früher vorherrschenden Adelsclique nicht für das Proletariat, sondern für rebellierende Angehörige der eigenen Klasse, für Offiziere und Studenten, geschaffen wurde. Der in ihr enthaltene Nichtzwang zur Arbeit ist bei den proletarischen Festungsgefangenen der herrschenden Klasse längst ein Dorn im Auge. Die Hitler, Major Buchrucker, von Jagow usw. hat sicher kein Festungskommandant zum Arbeiten zu pressen

versucht. Um aber das Recht der Selbstbeschäftigung gesetzlich beseitigen zu können, muß die herrschende Klasse versuchen, es erst einmal tatsächlich illusorisch zu machen. Was macht es ihr aus, wenn sie dafür zunächst einmal Vergünstigungen gewährt, die stets, „Kann“-Bestimmungen des Strafvollzugs waren, die sie also jederzeit rückgängig machen kann und machen wird, wie die größeren Vergünstigungen bei den ersten Arbeitswilligen in der Hamburger Festung gegenüber den kleineren bei den letzten Arbeitswilligen beweisen. Aber selbst wenn die Vergünstigungen um das Vielfache größer, das preisgegebene Recht um das Vielfache kleiner wären, es wäre stets „zu teuer gekauft“, denn die größte Vergünstigung ist stets eine einmalige für den einen abtrünnig gewordenen gefangenen Revolutionär, und dafür hat er ein allgemeines Recht preisgegeben, für alle seine Leidensgenossen heute und in Zukunft untergraben, seinen Raub möglich gemacht.

Kein gefangener Revolutionär darf also, selbst unter den verlockendsten Bedingungen, das kleinste, unscheinbarste Recht preisgeben.

Über noch mehr. Es sind besondere Vorteile, keine allgemeinen, die derjenige erzielt, der irgendein Recht preisgibt. Der Klassengegner muß also ganz selbstverständlich die Gewährung dieses besonderen Vorteils wieder wettmachen durch schärferen Druck gegen die Standhaften, um auch sie zur Preisgabe des Rechts zu pressen, dessen Beseitigung er wünscht und um schließlich wieder ganz von der Gewährung dieser besonderen Vorteile freizukommen. Niemand kann so dumm sein, zu glauben, daß etwa die Hamburger Justizbehörden und der Hamburger Senat alle gefangenen Oktoberkämpfer freilassen wollen, wenn sie nur für die Anstaltsleitung arbeiten. Der Hamburger Senat müßte hirnverbrannt sein, wenn er das täte, was allerdings nicht hindert, daß Hamburger Sozialdemokraten damit krebse gehen, die Festungsgefangenen könnten alle begnadigt sein, wenn sie nur arbeiten würden.

Jeder besondere Vorteil für Preisgabe eines Rechts, und sei es der kleinste, wird also nur gewährt als Judaslohn dafür, daß einem Vorstoß zur allgemeinen Verschlechterung der Lage der Gefangenen der Weg [753] geebnet, daß durch die Sprengung der geschlossenen Front der Gefangenen und ihre Ersetzung durch die Konkurrenz untereinander, bei der jeder versuchen muß, sich so oder so neue Vorteile durch Preisgabe weiterer Rechte zu ergattern, die Möglichkeit zu Repressalien für die Standhaften gegeben ist. Der Arbeitswillige in der Festung oder in der Untersuchungshaft ist also dem Streikbrecher gleichzusetzen, wie es die Grodener Arbeitswilligen schon sind durch ihre freiwillige Uebernahme der 52-Stundenwoche, durch ihre Schmutzkonkurrenz gegenüber dem Lohnarbeiter (8 bis 12 Mark Wochenlohn).

Für Streikbrecher ist aber in der Kommunistischen Partei kein Platz, am wenigsten unter den politischen Gefangenen, deren Aufgabe es ist, durch Standhaftigkeit den Massen den Glauben an die Partei und an die Revolution zu erhalten.

Nun noch zu einem oft gehörten Einwand:

Gilt es nicht, der Revolution Gesundheit und Kraft wertvoller Parteiarbeiter auf jede Weise zu erhalten?

1. Die Erhaltung der Gesundheit und Kraft „wertvoller Parteiarbeiter“ durch Preisgabe allgemeiner Rechte geht auf Kosten anderer, der standhafteren, also sicher nicht der schlechteren Parteiarbeiter, die im Kerker schmachten.

2. Wer die Feuerprobe im Kerker nicht bestanden, wer in diesem Examen durchgefallen ist, ist für die Revolution verloren. Vielleicht mag er wieder zum revolutionären Kämpferheer stoßen, als beispielgebender Führer – und jeder Kommunist muß Führer sein, weil die KPD die Führerin der Arbeiterklasse – kommt er nie in Frage. Denn wer garantiert, daß er in vielleicht viel entscheidenderer Situation nicht abermals unter den Schicksalsschlägen des Klassenkampfes zusammenbricht und damit eine Schlacht in Frage stellt? Und das ist bei ihm als das wahrscheinlichste anzunehmen. Weiter aber, wer einmal für einen persönlichen Vorteil allgemeine Rechte seiner Genossen preisgegeben hat, wessen Schild also beschmutzt ist, wen jeder Arbeiter der Feigheit und des Verrats offen mit Recht zeihen kann, der kann niemals bei den Arbeitern Glauben an die Partei wecken, sondern

selbst bei größten Fähigkeiten stets nur Mißtrauen und Unglauben erzeugen. Wer die Fahne der Revolution im Kerker nicht hochgehalten hat, hat sie verlassen und damit die Revolution verlassen. Diese, Tatsache ist hart, aber sie ist Tatsache.

Und nun die Frage noch im Zusammenhang mit der aktuellen Politik gesehen. Es ist eine der Kampfforderungen der Arbeiterschaft, für alle politischen Gefangenen das Recht der Selbstbeschäftigung zu erkämpfen. Die Festungsgefangenen und in gewissem Sinne die Untersuchungsgefangenen, haben dieses Recht. Indem auch nur einer es preisgibt, durchbricht er eine Kampagne der Partei, hilft also dem Klassengegner. Ebenso steht die Frage in bezug auf jedes andere Recht als Gefangener, auf das keiner jemals, auch nicht für die größte Vergünstigung, verzichten darf.

Ich habe diese Frage absichtlich so breit ausgeführt, weil es eine Frage der Gesamtarbeiterschaft ist.

In der Hindenburg-Aera der deutschen Republik kann jeder klassenbewußte Arbeiter täglich in die Klauen der Justiz fallen, und da muß er sich vollkommen darüber klar sein, daß er nun nicht etwa als einzelner zu handeln hat, daß sein Tun und Lassen nicht ferne vom großen Kampf des Proletariats ist, sondern ein sehr wichtiger Teil dieses Gesamtkampfes, daß er gerade im Kerker den Massen Vorbild sein muß, arbeiten muß an sich und an seinen Mitgefangenen, deren Standhaftigkeit zu stärken hat, um aus den Kerkern der deutschen Justiz eine Schar unbeugsamer Kämpfer hervorgehen zu lassen. Das Beispiel der Bolschewiki im zaristischen Rußland möge ihm Vorbild sein. Die Partei möge ihm dazu den Rücken stärken, und die Hochschulen des Bolschewismus, die die deutschen Gefängnisse und Zuchthäuser in der Geschichte der deutschen Revolution sind [754] und sein werden, bewußt zum Prüfstein für Revolutionäre machen und den Trennungsstrich ziehen zwischen sich und denen, die hier gewogen und zu leicht befunden wurden. Wer durch die Geschichte selbst aus der Liste der Revolutionäre gestrichen ist, dem darf die Partei nicht Brücken bauen. So wie die KPR noch heute sich frei macht von denen, deren Schlappeheit im zaristischen Kerker heute bekannt wird, muß auch die KPD sich von solchen Elementen trennen.

*

Zur Frage des demokratischen Zentralismus.

Von W. Ulbricht.

„Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Ueberzentralismus, die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei, besonders auch für die Bezirksleitungen; die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.“ (Aus dem Brief des Ekki an die KPD)

Der demokratische Zentralismus ist das wichtigste Prinzip im Organisationsaufbau und in den Organisationsmethoden der Sektionen der KI. Die Form der konkreten Anwendung dieses Grundsatzes hängt ab von den jeweiligen Verhältnissen, unter denen die kommunistische Partei arbeitet. In legaler Zeit wird die Partei z. B. in vollem Ausmaß die Wahl der Parteileitungen durch die Gesamtmitgliedschaft bzw. durch Delegiertenkonferenzen und auf dem Parteitag durchführen, während unter halblegalen oder illegalen Verhältnissen oft die Leitungsmitglieder kooptiert und die regelmäßigen Rechenschaftsberichte der Parteileitungen an die Mitglieder eingeschränkt werden müssen. Die Kontrolle der Leitungen von unten, durch die Mitgliedschaft, erfährt in diesen Zeiten eine gewisse Einschränkung.

In Zeiten des akuten revolutionären Kampfes gebietet die einheitliche und zielsichere Kampfführung eine stärkere Betonung des Zentralismus. Die Entscheidungen müssen schnell getroffen und sofort durchgeführt werden. Die Umstellung der Kräfte, die Ergänzung von Leitungen usw. kann dabei oft nicht erst nach Beratungen mit der Mitgliedschaft geschehen.

Außer den Schwierigkeiten der allgemeinen objektiven Lage ist für die Anwendung des demokratischen Zentralismus auch die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft maßgebend. In Parteiorganisationen mit einem hohen Prozentsatz kleinbürgerlicher Elemente ist es z. B. notwendig, das Delegiertensystem so zu regeln, daß die proletarischen Elemente den entscheidenden Einfluß erhalten und auch in den Leitungen die wichtigsten Funktionen ausüben.

Verfolgt man die große Linie der Entwicklung der kommunistischen Parteien, so kann man feststellen, daß in den ersten Jahren der Entwicklung die föderalistischen Tendenzen vorherrschen. Im Kampfe gegen diesen Föderalismus wird oft das Prinzip des Zentralismus überspannt, ohne daß eine lebendige Verbindung mit der Mitgliedschaft besteht. Erst nach langjährigen Erfahrungen wird das Prinzip des demokratischen Zentralismus richtig in der Weise angewandt, daß die Wahl und Kontrolle der Leitungen durch die Mitglieder geschieht, bei gleichzeitiger Konzentrierung weitgehender Vollmachten in den Händen der Parteileitung und Kontrolle von oben durch die Parteileitungen.

Die Frage des demokratischen Zentralismus darf also nicht abstrakt gestellt werden. Die konkrete Anwendung wird bestimmt von den Geboten des Kampfes, von den Maßnahmen des Gegners und von der sozialen Zusammensetzung der Partei. Es gibt kein ein für allemal gültiges Schema für die Durchführung des demokratischen Zentralismus. Einzig und [755] allein die Gebote des revolutionären Kampfes können als Richtschnur für die Anwendung des demokratischen Zentralismus in den kommunistischen Parteien gelten.

II.

Parteitaktik und demokratischer Zentralismus.

In der gegenwärtigen Parteidiskussion wurde von den verschiedenen Richtungen im Zusammenhang mit den taktischen Streitfragen auch die Frage des demokratischen Zentralismus aufgerollt. Schon allein die Tatsache, daß mit einem Mal auch alle Genossen, die bisher in der Tat gegen den demokratischen Zentralismus waren, jetzt nicht nur dafür sind, sondern ihn sogar teilweise in sozialdemokratischem Geiste anwenden wollen, zeigt, daß man die Frage nur in innigem Zusammenhang mit den politischen Fragen beantworten kann. Deshalb muß vor allem kurz auf die hauptsächlichsten politischen Fehler der Parteileitung eingegangen werden. Die Partei führte eine zu abstrakte Agitation und Propaganda, sie wandte die Einheitsfronttaktik nicht richtig an und lehnte die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ ab. Sie verstand es nicht, zwischen den SPD-Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern zu differenzieren. Diese politischen Fehler mußten auch in der Behandlung der Orgfragen Ausdruck finden. Es ist natürlich, daß eine kommunistische Partei, die abstrakte Agitation und Propaganda treibt und sich von den Massen isoliert, zugleich aber verhältnismäßig viel Wert legt auf die Parlamentsarbeit, die Zellenarbeit und Reorganisation vernachlässigt. Das Wohngebiet ist für abstrakte Agitation und Propaganda besser geeignet als der Betrieb, allerdings sind auch die Erfolge entsprechend. Bei nicht richtiger Anwendung der Einheitsfronttaktik und bei einer falschen Taktik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern ist es auch dann nicht möglich, das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe zu verlegen, wenn formell Zellen gegründet werden. Die Zellen können kein politisches Leben bekommen, sie müssen absterben, nicht deshalb, weil die organisatorische Seite der Reorganisation zu schwierig ist, sondern weil die Politik der Partei eine erfolgreiche Arbeit unter den Massen der Betriebsarbeiter unmöglich macht.

Dasselbe Verhältnis, wie zwischen Politik und Reorganisation, ist zwischen der Politik der Partei und dem demokratischen Zentralismus vorhanden. Der mechanischen Taktik der Partei entsprach der innerparteiliche Kurs, die Nichtanwendung des demokratischen Zentralismus. Es ist kein Zufall, daß kurz nach dem Frankfurter Parteitag bei Besprechung der Richtlinien für die Organisationsarbeit Gen. Katz erklärte, daß der Begriff des demokratischen Zentralismus überholt sei, daß man nur noch von Zentralismus sprechen solle. Dementsprechend ist entgegen dem vorgelegten Entwurf in den Organisationsrichtlinien der Zentrale vom Mai 1924 mit keinem Wort auf den demokratischen Zentralismus hingewiesen. Auf die Folgen eines derartigen innerparteilichen Kurses, der die Anwendung des demokratischen Zentralismus und damit den entsprechenden Beschluß des III. Weltkongresses ablehnt, hat bereits Genosse Sinowjew in dem Brief an den Frankfurter Parteitag hingewiesen.^{*)}

^{*)} Siehe Internationale Heft 8, Zwei Perspektiven, wo wir den entscheidenden Abschnitt dieses Briefes zittert haben. D. Red.

III.

Parteileitungen und Parteimitglieder.

Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei ist eine freiwillige. Durch die Erwerbung der Mitgliedschaft verpflichtet sich jeder Genosse zur disziplinierten Parteiarbeit entsprechend dem Programm und der sonstigen Parteibeschlüsse, sowie selbstverständlich der Beschlüsse der Komintern. [756] Ebenso wie jedes Parteimitglied zur Parteiarbeit verpflichtet ist, hat jedes Mitglied die gleichen Rechte in der Partei. Die Basis für die Durchführung der wirklichen innerparteilichen Demokratie ist die Pflicht jedes Mitgliedes zur Parteiarbeit. Die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse durch jeden Genossen macht die direkte oder indirekte Beteiligung an der Beschlußfassung notwendig. Deshalb sollen die Parteileitungen in den allgemeinen Mitgliederversammlungen oder in den Delegiertenkonferenzen die politischen, organisatorischen und taktischen Fragen mit den Mitgliedern besprechen, Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit geben und die Beschlußfassung über die weiteren Aufgaben durchführen. In diesen Versammlungen geschieht auch die Wahl der Leitungen. Damit wirklich die breiten Massen der Parteimitgliedschaft an den Beratungen interessiert werden, ist die Tagesordnung der Konferenzen vorher in den Zellenversammlungen zu beraten, und die Beschlüsse der Konferenzen sind zwecks Besprechung der tontreten Durchführung wiederum in den Zellen zu behandeln. Das ist notwendig, um die gesamte Parteimitgliedschaft für die Durchführung der Beschlüsse mitverantwortlich zu machen, ebenso wie aus der Wahl der Leitungen von unten nach oben die Verpflichtung resultiert, die Direktiven der Leitungen in der Zeit bis zur nächsten Konferenz bedingungslos auszuführen. Diese innerparteiliche Demokratie ist aber nur dann von Nutzen für die Partei, wenn sie lebendig verbunden ist mit dem Zentralismus, mit der Führung von oben.

Nach der Beschlußfassung müssen alle Genossen, auch wenn sie als Minderheit einen abweichenden Standpunkt vertreten haben, diszipliniert den Beschluß durchführen. Der Parteimitgliedschaft muß die Möglichkeit gegeben sein, strittige Fragen bis zur Beschlußfassung zu diskutieren. Die offene sächliche kameradschaftliche Selbstkritik, die Meinungsäußerung breiter Kreise von Genossen vor der Beschlußfassung, diese Mitarbeit der Mitgliedschaft an der Herausarbeitung der richtigen Linie der Partei ist zugleich ein Mittel, die Genossen für die Durchführung der Beschlüsse zu interessieren. Genossen, die an der Vorbereitung der Beschlüsse teilgenommen haben, werden nicht nur aus Disziplin, sondern auch aus Ueberzeugung nach den Beschlüssen handeln. Weil aber alle Parteimitglieder Parteiarbeit leisten sollen, und weil wir nur mit Hilfe der Masse der Parteimitgliedschaft unseren Einfluß auf allen Gebieten ausüben können, darf nicht nur ein schmaler Kreis von Funktionären strittige Fragen besprechen, sondern in Zellen, in größeren Mitgliederversammlungen und auf den Delegiertenkonferenzen muß eine gründliche Aussprache stattfinden.

So angewandt, ist der demokratische Zentralismus in der Partei die Voraussetzung für die Einheit der Handlung der großen Masse der Parteimitglieder.

IV.

Reorganisation und demokratischer Zentralismus.

Weil die Teilnahme aller Genossen an der Beratung, Beschlußfassung und Durchführung das wichtigste Element des demokratischen Zentralismus ist und weil die Zellenorganisation die geeignetste Form zur Erreichung dieses Zustandes bildet, deshalb ist die Anwendung des demokratischen Zentralismus wesentlich abhängig von der Durchführung der Reorganisation. Der Umbau auf die Basis der Betriebszellen ist die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung und richtige Durchführung des Delegiertensystems.

[757] Ueber diese Frage schrieb Lenin einen ausführlichen Aufsatz, betitelt: „Die Petersburger Spaltung von 1907“, dessen Inhalt auch heute noch Gültigkeit hat:

„Die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei ist demokratisch organisiert, das bedeutet, daß alle Angelegenheiten der Partei direkt oder durch Vertreter von allen Parteimitgliedern mit gleichen Rechten und ohne jede Ausnahme geführt werden; wobei alle Funktionäre, alle leitenden Kollegien, alle Parteiinstitutionen gewählt, zur Rechnungslegung verpflichtet und absetzbar sind. ... Die höchste Instanz der Petersburger Organisation ist angesichts der Unmöglichkeit, alle Parteimitglieder (ungefähr 6000) auf einmal zu versammeln, die Vertreterkonferenz der Organisation. ... Es ist notwendig, daß alle Mitglieder der Organisation bei der Wahl ihrer Vertreter sich gleichzeitig selbständig und jeder für sich zur strittigen Frage äußern, die die ganze Organisation interessiert. Demokratisch organisierte Parteien und Verbände können prinzipiell auf eine solche Befragung aller Mitglieder nicht verzichten, zumindestens in den wichtigen Fällen, und insbesondere da, wo es sich um eine politische Aktion handelt, an der die Massen selbständig teilnehmen, wie z. B. ein Streik, Wahlen, der Boykott eines großen örtlichen Betriebes usw. ... Ein Streik kann nicht einmütig verlaufen, die Wahlen können nicht bewußt vorgenommen werden, wenn nicht jeder Arbeiter ganz bewußt und freiwillig die Frage für sich entschieden hat: Soll gestreikt werden oder nicht! ... Daher hat das Petersburger Komitee beschlossen, daß die Wahlen der Delegierten zur Konferenz unbedingt erst stattfinden dürfen, nachdem die Parteimitglieder die Fragen erörtert haben ... und nachdem alle Parteimitglieder über diese Frage abgestimmt haben.“

In einem anderen Artikel, der sich mit derselben Frage beschäftigt, schreibt Lenin:

„Die Petersburger Konferenz versammelt sich nicht seltener als zweimal monatlich und ist das oberste Organ der Organisation. Sie wird alle 6 Monate neu gewählt.“

Diese Erfahrungen, wie sie Lenin bereits im Jahre 1907 formulierte, sind noch nicht Gemeingut der Partei. Bisher gab es in der KPD zwei Kategorien von Mitgliedern, Funktionäre und einfache Mitglieder, ähnlich wie in der SPD. Die Beratungen und Beschlußfassung der Parteifragen geschah bis zur jetzigen Parteidiskussion vorwiegend in den Funktionärversammlungen. Dort waren anwesend die Mitglieder der Parteileitung, die Unterkassierer, Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute, Funktionäre der verschiedenen kommunistischen Fraktionen u. a. Diese Funktionärversammlungen gaben kein wahres Bild der Auffassung der Mitgliedschaft. Abgesehen davon, daß bei Ausstellung der Funktionärkarten Willkürlichkeiten vorkommen können, ist entscheidend, daß die Genossen nicht als Beauftragte einer unteren Parteiorganisation beraten und stimmen. Die Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute usw. sind doch nicht Vertreter einer unteren Organisation. Sie haben weder vorher mit den Mitgliedern der unteren Organisation beraten, noch sind sie zur Rechenschaftslegung verpflichtet. Es kommt hinzu, daß oft kleinbürgerliche Elemente, die mehr Zeit zur Verfügung haben als die Betriebsarbeiter, und die oft auch über ein gutes Mundwerk verfügen, nicht nur die Funktionen übernehmen, sondern auch im Namen der Parteimitglieder in den Funktionärversammlungen stimmen, obwohl sie gar nicht die Auffassung der Betriebsarbeiter vertreten. Diese Zustände werden durch die Delegation der Zellen verhindert. Die alten Funktionärversammlungen bilden einen Herd von Abweichungen von der Linie der Partei. Es war interessant, daß während der Parteikrise in der KPTsch die bisherige Funktionärversammlung sich auf den Standpunkt der Rechten stellte, während die Delegiertenversammlungen, in der den Zellen der entscheidende Einfluß gesichert war, im Sinne der Linie der Komintern beschloß. In Wien war ebenfalls die allgemeine Funktionärversammlung die Heimstätte des verranntesten Fraktionismus, während in der Delegiertenversammlung, die mehr die wirkliche Stimmung der Parteimitglieder zum Ausdruck brachte, viel leichter ein Weg zur Liquidierung des Fraktionskampfes gefunden werden konnte. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Berlin. Bereits vor eineinhalb Jahren wies die Orgabteilung des Ekki darauf hin, daß der sogenannte Funktionärkörper in Berlin eine [758] Gefahr für die Entwicklung der Partei sei. Der Vorschlag auf Schaffung einer Delegiertenversammlung sollte die Möglichkeit geben, vor allem die Parteimitglieder aus den Betrieben durch die Zellen mehr als bisher zur Beratung und Beschlußfassung heranzuziehen. Die Durchführung der Delegiertenversammlung wäre ein Teil der organisatorischen Seite der Normalisierung der Berliner Parteiorganisation gewesen. Die Genossen lehnten kategorisch den Vorschlag ab, sie betrachteten die Frage als fraktionelle Nachfrage. Damit gaben sie aber selbst der Tatsache Ausdruck, daß sie nur scheinbar eine absolut feste Position innehatten, denn eine Parteileitung, die wirklich in den Massen der Parteimitglieder ver-

wurzelt ist, würde das Delegiertensystem nicht ablehnen, sondern es als ein Mittel begrüßen zum Ausbau einer innigeren Verbindung zwischen den unteren Organisationen und der Bezirksleitung Berlin.

Aber die Durchführung der innerparteilichen Demokratie bedeutet noch lange nicht Verwirklichung eines formellen Demokratismus.

Wir sagen ganz offen, daß die Art der Durchführung der innerparteilichen Demokratie entsprechend der sozialen Zusammensetzung der Partei geschehen muß. Wenn nur ein Fünftel Betriebsarbeiter der Organisation angehören, so muß ihnen trotzdem der stärkste Einfluß gesichert werden, weil diese Arbeiter in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den Ausschlag geben, denn sie sind direkt mit der Masse der entscheidenden Schichten des Proletariats verbunden. Auch bei Festsetzung des Wahlmodus für die Delegiertenversammlung in industriellen Städten müssen wir jene Betriebszellen bevorzugen, die mit den größten Arbeitermassen in direkter Verbindung stehen.

V.

Ueberzentrismus und Fraktionsbildung.

In einem Antrag zum Berliner Parteitag wurde gefordert, daß die Wahl der Bezirksleitungen der Partei und damit auch der Sekretäre der Bestätigung durch die Zentrale bedarf. Dieser Beschluß ist eine überzentralistische Abweichung und verleitet zu mechanischen Maßnahmen. Selbstverständlich kommt es vor, daß Bezirksleitungsmitglieder – oder Sekretäre gewählt werden, die nach Auffassung der Zentrale nicht geeignet sind zur richtigen Durchführung der Linie der Partei und der Komintern. Eine formelle Nichtbestätigung würde jedoch keinerlei Nutzen bringen. Das ZK muß vielmehr versuchen, die Auffassung der Wähler zu beeinflussen, um diese zu veranlassen, geeigneteren Genossen für diese leitenden Funktionen zu wählen. Damit soll nicht gesagt sein, daß bei der Verteilung der Kräfte für die einzelnen Bezirke nur die Interessen des Bezirkes, nicht aber die der Gesamtpartei berücksichtigt werden sollen. Selbstverständlich muß die Zentrale ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß z. B. ein besonders fähiger Sekretär aus einem weniger wichtigen Bezirk nach einem wichtigen Bezirk versetzt wird, wenn es dort an einer entsprechenden Straft fehlt. Derartige Versetzungen sollen aber erst nach gründlicher Prüfung geschehen, damit den Sekretären nicht durch öftere Wanderungen die Möglichkeit der Verwurzelung genommen wird. Umgekehrt gibt es Sekretäre mit bedeutenden Fähigkeiten, die aber infolge der längeren Arbeit an einem Ort etwas eingerostet sind. Auch da ist die Versetzung oft nicht von Schaden. Auf diese Gesichtspunkte muß hingewiesen werden, weil Genossen, die sich bisher in Versetzung von Parteikräften besonders hervorgetan haben, jetzt mit einem Mal in das entgegengesetzte Extrem verfallen, weil sie befürchten, daß ultralinke Sekretäre ihrer Funktion enthoben werden.

[759] Der konzentrierte Ausdruck des Ueberzentrismus in der Partei war die Vorbereitung und Durchführung des Parteitages. Darüber ist schon wiederholt ausführlich gesprochen worden. Ist es nicht charakteristisch, daß dem Parteitag insgesamt nur 7 Anträge der Organisationen vorlagen, die obendrein weniger wichtige Fragen betrafen? Es ist unvermeidlich, daß nach einem derartigen Parteitag nicht eine wirklich einheitliche und geschlossene Durchführung der Parteibeschlüsse geschieht, sondern der Fraktionskampf einsetzt. Alle öffentlichen Deklarationen über die endliche Einheit der Partei und endliche Liquidierung der Fraktionen ändern an dieser Tatsache absolut nichts. Derartige Erklärungen zeigten nur, wie wenig verschiedene Genossen über die Vorgänge in der Partei orientiert sind. Der Ausbruch des Fraktionskampfes ist wohl die Folge der politischen Fehler der Parteiführung, er wurde aber ungeheuer verschärft durch den bisherigen Ueberzentrismus in der Partei.

*

Die bisherigen Erfahrungen bei der Führung des innerpolitischen Kurses durch die führende Gruppe des Zentralkomitees haben zweifellos dazu beigetragen, der Parteimitgliedschaft die Notwendigkeit der Anwendung des demokratischen Zentralismus in der kommunistischen Partei verständlich zu machen. Ebenso wie die politische Abweichung, so hat sich auch die organisato-

rische Abweichung von den Beschlüssen des III. Kongresses verhängnisvoll auf die Entwicklung der Partei ausgewirkt. Es gilt nunmehr, den demokratischen Zentralismus im Sinne jenes Beschlusses des III. Weltkongresses anzuwenden, der unter Mitwirkung des Genossen Lenin ausgearbeitet wurde.

*

Diskussion.

Zur Parteigeschichte.^{*)}

Von S. Erde.

Es ist eine für die Partei nützliche, äußerst notwendige Aufgabe, in den Spalten der „Internationale“ Lehren aus der Vergangenheit der Partei zu ziehen, um daraus Waffen für die Gegenwart und Zukunft zu schmieden. Letzteres ist aber nur möglich, wenn die Vergangenheit der Partei marxistisch analysiert wird.

Es ist für die Partei keineswegs nützlich, sondern schädlich, wenn wir uns als Traditionsfanatiker aufspielen und versuchen, die Vergangenheit der Partei zu idealisieren und dabei Irrungen, Fehler und Schwächen zu [760] vertuschen suchen. Als ein solcher schädlicher Idealisierungsversuch ist teils der Artikel des Gen. Meyer über „München 1919“ in Heft 6 der „Internationale“ zu werten.

Meyer stellt drei Punkte auf, die nach seiner Darlegung der Spartakusbund im Jahre 1919 den Arbeitermassen einhämmerte, drei Punkte, die also damals zum geistigen theoretischen Bestand des Spartakusbundes gehört haben müßten.

Es ist richtig, daß der Spartakusbund damals lehrte: „Räterepublik ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ist Illusion“. Diese Lehre zog schon Marx aus der Pariser Kommune, was mit lobenswertem Eifer vom Spartakusbund immer wieder den Arbeitermassen zugerufen wurde. Immerhin blieb das eine halbe Erkenntnis, solange es dem Spartakusbund an der bolschewistischen „Erkenntnis der Rolle der Partei“ fehlte, die nach Punkt zwei des Gen. Meyer vorhanden gewesen sein soll. Daß der Spartakusbund den Arbeitermassen sagte: „SPD und USPD verraten immer, daher gehört jeder Arbeiter in die Kommunistische Partei“, ist richtig, aber noch lange nicht die leninistische Erkenntnis der Rolle der Partei im Kampfe um die Rätewacht und innerhalb derselben. Der Spartakusbund hat damals erst – mit Hilfe der Bolschewiki unter Lenins Führung – begonnen, die Rolle der Partei zu erkennen, war aber noch allzu sehr auf die heute in der Partei größtenteils überwundene Spontanitätstheorie eingestellt. Damit fehlte auch die bolschewistische Erkenntnis der Organisation der Revolution durch die Kommunistische Partei in engster Verbindung mit den Massen. Nach Punkt 3 des Gen. Meyer war auch diese vorhanden. Er sieht sie in der Erkenntnis, daß die Kommunisten die Gewalt übernehmen, „wenn sie von einer kommunistischen Mehrheit wirklicher Räte dazu gerufen werden“.

Nebenbei bemerkt: was ist in diesem Sinne eine „kommunistische Mehrheit“, von der die Kommunisten zur Uebernahme der Macht „gerufen werden“? Eine Mehrheit kommunistischer Parteimitglieder oder eine unter Führung der Kommunistischen Partei stehende Mehrheit von kommunistischen Parteimitgliedern und Sympathisierenden? In beiden Fällen werden die Kommunisten zur

^{*)} Bemerkung der Redaktion. Wir veröffentlichen hier einen weiteren Beitrag zur Diskussion über die Münchener Kämpfe 1919 und die Parteigeschichte (siehe die Hefte Nr. 6, 8 und 10), der, wenn er auch die angeschnittenen Fragen sachlich noch nicht endgültig beantwortet, doch die nötigen Vorbedingungen für eine sächliche Beantwortung richtig kennzeichnet. Die Diskussion hat sich u. E. bisher noch auf beiden Seiten (mit mehr oder weniger Recht) beeinflussen lassen von dem Kampf der Fraktionen in der Partei. Was Genosse Erde darüber sagt, deckt sich im wesentlichen mit der Ansicht der Redaktion. Eine Fortsetzung der Debatte in dieser Form scheint uns nicht zu einer wirklichen Klärung zu führen. Die Redaktion hat daher auch eine Erwiderung des Genossen h. r. auf den zweiten Artikel des Genossen Meyer trotz mancher richtiger Ausführungen nicht aufgenommen, weil sie zum ausdrücklichen Zweck hatte, nicht die sächlichen Fragen zu klären, sondern die bisherige Art der Polemik fortzusetzen.

Wenn wir mit dem folgenden Artikel die Diskussion in dieser Form abschließen, so nur, um sie im kommenden Jahrgang in gründlicher, wirklich sachlicher Form zu eröffnen. Wir hoffen, daß breitere Kreise der Partei (und auch Genosse h. r.) sich an dieser für die Partei sehr notwendigen Arbeit an der Parteigeschichte beteiligen werden.

Machtübernahme durch sich selbst „gerufen“. Das „Gerufenwerden“ ist aber keineswegs die Organisation der Revolution, sondern soll zunächst deren Resultat sein. Wie das heute noch Gen. Meyer nicht auseinanderhalten kann, so war das damals eine Schwäche des Spartakusbundes, die eng mit der Spontanitätstheorie zusammenhing. Das Hoffen auf die spontane Erhebung, ohne die notwendige zielbewußte Organisation des Kampfes hatten wir noch nicht überwunden.

Sowohl in der Erkenntnis der Rolle der Partei wie damit zusammenhängend in der Erkenntnis der Organisation der Revolution steckte der Spartakusbund noch in den Kinderschuhen, was auch in der mangelhaften Zentralisierung der Partei sich widerspiegelt, die eben nicht – wie Gen. Meyer glauben machen will – allein infolge des Verlustes von Karl, Rosa und Leo Jogiches und durch Verhaftung anderer führender Genossen sich ergab, sondern vor allem den oben erwähnten ideologischen Schwächen entsprang. Die ungenügende Zentralisation kam im Handeln der Partei sehr scharf im Jahre 1920 im Kappputsch und anlässlich der Einführung des Steuerabzugs zum Ausdruck. Die Partei führte keine zentral geleitete, energische Kampagne gegen den Steuerabzug vom Arbeitslohn, dagegen mobilisierte der Bezirk Württemberg wochenlang die Arbeitermassen zur Verhinderung des Steuerabzugs, bis nach einem, unter verhältnismäßig guter Anwendung der Einheitsfronttaktik, geführten Generalstreik die isolierte württembergische Arbeiterschaft der militärischen Aktion der Regierung unterlag.

Es ist klar, daß die theoretischen Unklarheiten und Schwächen des Spartakusbundes eine Quelle für viele Fehler in der Praxis waren.

[761] Wir haben keinerlei Ursache, vor der Partei und den Arbeitermassen die Fehler und Schwächen unserer Vergangenheit zu verhüllen, der ruhmvollen Tradition des Spartakusbundes kann die offene Aussprache aller Fehler keinen Abbruch tun. Im Gegenteil! Die Schönfärberei verschließt dem Proletariat die Erkenntnis darüber, welche gewaltigen Berg von falschen Theorien der sozialistischen Bewegung es abzutragen galt, welchen großen Fortschritt wir bis heute zu verzeichnen haben, zu verzeichnen haben dank der Hilfe Lenins und der Kommunistischen Internationale bei der Korrigierung unserer Fehler und dem Erkennen der Lehren unserer Kämpfe.

Recht hat der Gen. Meyer, wenn er sagt: „Man lernt nicht nur aus den Fehlern der Parteigeschichte“. Hier anknüpfend müssen wir uns, wie gegen die Schönfärberei, ebenso energisch gegen das von vielen Genossen beliebte andere Extrem wenden, das sich im Raisonieren erschöpft. Diese Genossen bringen an Stelle einer marxistischen Untersuchung nur Kritikasterei. Der „Marxismus wird zum Raisonement degradiert“, wie Lenin sich einmal ausdrückte. Eine große Dosis davon findet sich in dem Artikel des Gen. h. r. über „München 1919 und die Parteigeschichte“. Er wettet dagegen, daß Gen. Meyer erklärt, daß die auf eigene Initiative in den einzelnen Bezirken gestellten „Organisationen sich in der schwierigen Situation im großen ganzen gut hielten“.

Stellt man abstrakt die theoretisch reifere, organisatorisch fortgeschrittenere, zahlenmäßig stärkere Partei von heute in die damalige Situation, dann allerdings verdiente die Partei dieses Lob für ihr damaliges Handeln nicht. Der Spartakusbund aber, mit seiner geringen Erfahrung und Schulung, seinen theoretischen Schwächen, seinen organisatorischen Mängeln, er hat sich angesichts dessen sehr gut gehalten. Es ist eben ein Unterschied, ob man im Knabenalter oder fast im Mannesalter steht.

Gen. h. r. muß sich eben auch zu der „Erkenntnis“ durchringen, daß man das Knabenalter durchlaufen muß, um Mann zu werden. Daß er das noch nicht begriffen hat, zeigt er an anderer Stelle, wo er dem Gen. Meyer schwarz ankreidet, daß er erklärt – man höre, welche fürchterliche Ketzerei –, der Spartakusbund habe „am Aufbau der Partei gearbeitet“. Vom Himmel gefallen im Frühjahr 1924, dank der Schöpferkraft des Gen. h. r., ist die Partei gewiß nicht. Ohne jene Arbeit des Spartakusbundes am Aufbau der Partei konnte die Partei auch nicht nach dem Oktober 1923 einen Schritt vorwärts zur Bolschewisierung der Partei machen. Wenn uns Gen. h. r. das Gegenteil sagt, dann kann man das nicht als eine ernste marxistische Darlegung betrachten, sondern als einen Ausfluß engstirnigen Fraktionsgeistes. Dies ist umso mehr zurückzuweisen, als h. r. seine Oberflächlichkeiten unter der Flagge „Leninismus“ segeln läßt.

Würdig reiht Gen, h. r. einen „dokumentarischen Beweis“ an, der angeblich die Aeußerung des Spartakusbundes über Aufbau und Organisation der Partei in konzentrierter und man darf sagen abschreckender Form widerspiegelt. Dieser „dokumentarische Beweis“ soll in folgenden Worten eines Aufrufs der Zentrale vom 5. März 1919 erbracht werden:

„Das Proletariat muß das Werk der Revolution vollenden. Es kann nicht niedergeschlagen werden durch Säbel und Kolben ... Das Proletariat ist unüberwindlich ... Es braucht nichts anderes zu tun – als nichts zu tun ... Der Generalstreik ist die Waffe, die den totwunden Kapitalismus endgültig zu Boden schlägt.“

Was dieser Aufruf mit „Aufbau und Organisation der Partei“ zu tun haben soll, ist wohl noch Geheimnis des Gen. h. r. Der Spartakusbund ruft zum Generalstreik, der Aufruf sagt, legt alle Räder still und h. r. sieht darin eine abschreckende Theorie über Aufbau der Partei. Also rufen wir in Zukunft nicht mehr zum Generalstreik. Das kann nur die logische Fol-[762]gerung aus alledem sein. Was soll man dazu sagen? Glücklicherweise bei der SPD gelandet – durch allzu großen Eifer in der Traditionstötere.

Man könnte ja zu obigem Aufruf erklären, daß er nicht der Situation entsprach – dann untersuche man die damalige Situation. Man kann der Ansicht sein, daß zum bewaffneten Aufstand hätte aufgerufen werden müssen, dann prüfe man die Vorarbeit der Partei und die ganze Situation. Ein anderes Vorgehen ist Dilettantismus und hat mit Leninismus nicht das Geringste zu tun, denn gerade Lenin wiederholte immer wieder, daß man geschichtliche Begebenheiten nicht losgerissen von der historischen Situation bewerten kann, was die Kritiker des Spartakusbundes beharrlich übersehen. Man kann aus obigem Aufruf noch nicht einmal entnehmen, daß die Partei damals die Ueberwindung des Kapitalismus allein mittels Generalstreik, ohne bewaffneten Kampf für möglich gehalten hätte. Dagegen spricht die ganze Propaganda des Spartakusbundes für den bewaffneten Aufstand, wie auch die von ihm geführten bewaffneten Demonstrationen und Kämpfe.

Nun bezeichnet h. r. obigen Aufruf obendrein noch als „klassische Spontanitätstheorie“. Es gehört viel Phantasie dazu, einen Generalstreikaufruf kurzerhand als Spontanitätstheorie zu bezeichnen. Es könnte Spontanitätstheorie möglicherweise, ja jedenfalls in der Vernachlässigung der vorherigen Organisation des Generalstreiks gefunden werden, aber dazu untersuche, untersuche man dort, wenn der Partei nützliche Lehren gegeben werden sollen. Macht aber endlich Schluß mit einer Kritik um der Kritik willen.

Es ist Sophisterei zu erklären, „unter Führung einer bolschewistischen Partei“ wäre es 1919 nicht nur möglich gewesen, in Bayern „zur Ausrufung der kommunistischen Rätediktatur zu gelangen“, sondern auch von Bayern aus „vorzustoßen nach dem Reich“. Vielleicht hätten wir bei Bestehen einer „bolschewistischen Partei“ diesen Vorstoß von Bayern aus gar nicht nötig gehabt, vielleicht hätten wir von Berlin nach Bayern gestoßen, vielleicht ...

Wichtiger dürfte sein, zu untersuchen, warum wir keine bolschewistische Partei hatten und sie damals erst zu schaffen beginnen mußten. Diese Frage führt uns in die Entwicklung der sozialistischen Bewegung hinein. Daraus lernen wir auch die Fehler des Spartakusbundes, die Fehler unserer Partei verstehen, wir werden sehen, daß Rosas Spontanitätstheorie größtenteils eine Reaktion auf die Theorie des opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie war, der die Generalstreiklösung, den revolutionären Kampf um die Macht vertagt haben wollte, bis die Mehrzahl des Proletariats von der sozialdemokratischen Organisation erfaßt sei. Nicht zur Entschuldigung der Fehler, aber zum Verständnis der Fehler und zur Selbstverständigung der Partei ist eine solche Untersuchung der Geschichte der Partei erforderlich. Umso leichter werden wir dadurch auch die jetzigen Fehler und Mängel der Partei überwinden und zur „bolschewistischen Reife der Partei“ gelangen, die wir trotz aller „Schönrederei“ noch nicht haben, der unsere Partei aber trotz aller Irrungen näher und näher kommt.

Je gründlicher wir die Parteigeschichte studieren, je offener wir die tatsächlich begangenen Fehler bloßlegen, desto eher können wir den zurückgelegten Weg überschauen, die geleistete Riesearbeit erkennen, um so mehr werden wir die Tradition unserer Partei schätzen und aus ihr Kraft für die Gegenwarts- und Zukunftsarbeit schöpfen. [763]

Dokumente.

Betriebszellen-Organisation im Spartakusbund.

Von Ernst Meyer.

Während des Krieges stützte sich der Spartakusbund bei seiner Agitation und Vorbereitung von Aktionen (Demonstrationen, Streiks, Bewaffnung) ebenso sehr wie auf die sozialdemokratischen Wahlvereine auch auf Vertrauensleute, die unmittelbar in den Betrieben tätig waren. Die Gründe für die Verlegung eines großen Teils der Arbeit in die Betriebe lagen einmal in der größeren Leichtigkeit der illegalen Arbeit, um vor Denunziationen durch Mehrheitssozialisten und durch Spitzel der Behörden geschützt zu sein, zum andern in der Absicht, sofort größere Massen der Arbeiterschaft zu erfassen. Die Zahl der organisierten Mitglieder der SPD war vom Jahre 1914 bis zum Herbst 1916 (nach dem Bericht Eberts in der Reichskonferenz vom 21. bis 23. September 1916) von rund 1,1 Millionen auf 395.000, also um 64 Prozent, zurückgegangen. Es kam hinzu, daß mit der längeren Dauer des Krieges, noch vor der Spaltung der SPD, das Organisationsleben immer schwächer wurde. Wollte man größere Arbeitermassen erfassen, so mußte man sich unmittelbar an die Arbeiterschaft wenden. Noch geringer war bekanntlich das Organisationsleben in den Gewerkschaften. Andererseits wurden durch die Erfahrungen des Krieges viele Arbeiter, die bisher der SPD fern gestanden hatten, politisiert und radikalisiert und damit für eine revolutionäre Agitation zugänglich.

Der Hauptgrund für die Tätigkeit des Spartakusbundes vornehmlich in den Betrieben war aber das Ziel des Spartakusbundes, durch Massenaktionen den Frieden zu erzwingen und im Sinne der Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse die durch den Krieg geschaffene Krise zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszunutzen. Das Gebilde der revolutionären Obleute, die nach dem Muster der russischen Arbeiterräte zusammentraten, war bereits die Fortsetzung der Betriebsvertrauensleute, die sich im Sommer 1916 zur Vorbereitung des Demonstrationstreiks gegen Liebknechts Verurteilung aus den Kreisen der Opposition (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und Spartakusbund) bildeten. Die revolutionären Obleute standen zwar hauptsächlich unter dem Einfluß der im Frühjahr 1917 gegründeten USP. Aber gerade das spornte den Spartakusbund an, das Hauptgewicht seiner Tätigkeit in die Betriebe zu verlegen.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) am 31. Dezember 1918 schlug Genosse Eberlein im Auftrag der damaligen Zentrale vor: „Kommunistische Gemeinschaften in den Betrieben zu begründen“. Er forderte weiter: „Die (kommunistischen) Obleute der Betriebe bilden die Funktionärkonferenzen des Ortes, die die Ortsleitungen bestimmen (wählen) ... Diese Art der Organisation hat den Vorteil, daß sie die Schlagfertigkeit erhöht.“ (Protokoll des Gründungsparteitags, Seite 44.)

Dieses nicht stenographische, erst später auf Grund von Zeitungsberichten zusammengestellte Protokoll beweist wenigstens soviel, daß die Zentrale des Spartakusbundes die Absicht hatte, die Organisation der KPD im Gegensatz zu der der SPD, auf Betriebszellen statt auf Wohn- oder Wahlbezirken aufzubauen.

Gemäß diesen Anregungen der Zentrale wurde die Organisation der KPD aufgebaut. Es wurde noch im Frühjahr 1919 ein Musterstatut zum Aufbau von Ortsgruppen versandt, das eine Kombination der Wohn-[764]bezirks- und Betriebszellenorganisation enthält. Die Bezeichnungen weichen von den heute gebräuchlichen zum Teil ab. So ist von der Betriebsorganisation statt von der Betriebszellenorganisation, von den Betriebsobleuten statt den Zellenobleuten die Rede, ferner von Bezirksbetriebsräten statt von Bezirkszellenobleuten. Ebenso ist in diesem Satzungsentwurf, der in vielen Orten tatsächliches Statut der Partei wurde, vorgesehen, daß die Zellenobleute, nur ergänzt durch den Ortsvorstand, die eigentliche Leitung der Ortsgruppe, den Aktionsausschuß, in die Hand nehmen. Aber auch der Ortsvorstand muß zur Hälfte von den örtlichen Betriebsobleuten gewählt werden. Die andere Hälfte des Ortsvorstandes wird zwar in der Mitgliederversammlung des Wohnbezirkes gewählt. Aber auch dem Ortsvorstand, der dem ganzen Aktionsausschuß verantwortlich ist, sind Betriebszellenobleute aus dem Orte beigegeben.

Wir lassen hier das Dokument aus dem Jahre 1919 folgen:

Entwurf zu einer Satzung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) für die Ortsgruppe ...

§ 1. Mitgliedschaft.

Die Parteimitgliedschaft kann jede Person vom 14. Lebensjahre erwerben, die Programm und Satzung der Partei anerkennt.

Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Ueber den Ausschluß entscheidet nach Prüfung durch den Aktionsausschuß die Mitgliederversammlung, über Berufungen gegen das Urteil zunächst der Bezirksparteitag, endgültig der Gesamtparteitag.

§ 2. Parteibeiträge.

Der wöchentliche Parteibeitrag für weibliche und jugendliche Mitglieder beträgt ... Pfg., für die übrigen Mitglieder ... Pfg.

§ 3. Aufbau der Organisation.

Die Partei baut sich auf der Wohnbezirks- und Betriebsorganisation auf.

1. Wohnbezirksorganisation.

Alle Parteimitglieder haben sich in ihren Wohnbezirken zu organisieren, für deren Umgrenzung verkehrstechnische oder wirtschaftliche Faktoren maßgebend sind.

Die Parteimitglieder wählen in einer Bezirks-Mitgliederversammlung einen Bezirksvorstand von mindestens 5 Personen (2 Vorsitzende, 2 Kassierer, 1 Schriftführer), die die Aufgabe haben, im Bezirk für Propaganda (Zeitungs-, Flugblätter- und Broschürenverbreitung, Abhaltung von öffentlichen Bezirksversammlungen, beherrschenden Mitgliederversammlungen, Gewinnung von Mitgliedern und Zeitungsabonnenten u. a. m.) für die Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen, Einkassierung der Beiträge, Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirks zu sorgen. Sie haben zu ihrer Unterstützung eine größtmögliche Zahl von Bezirks-Vertrauensleuten heranzuziehen, wie sie auch stets für geeignete Amtsnachfolger zu sorgen haben.

Zum Bezirksvorstand gehören ferner der Betriebsbetriebsrat und mindestens je ein Vertreter der Frauen und Jugendlichen.

2. Betriebsorganisation.

Die in den Groß- und Mittelbetrieben beschäftigten Parteimitglieder haben sich in ihren Betrieben zusammenzuschließen und bilden für jeden Betrieb eine Betriebsorganisation, es können sich auch mehrere zusammenliegende kleinere Betriebe zu einer Betriebsorganisation zusammenschließen.

Sie wählen in einer Betriebs-Mitgliederversammlung je nach der Größe des Betriebes einen oder mehrere Betriebsobleute, die die Aufgabe haben, im Betrieb für die Propaganda (Zeitungs-, Broschüren-, Flugblätterverbreitung, Abhaltung von Betriebsversammlungen, Gewinnung von Mitgliedern u. a.) und Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen zu sorgen, wofür sie geeignete Betriebs-Vertrauenspersonen heranzuziehen haben. Auch haben die Betriebsobleute für den Fall, daß sie an ihrer Tätigkeit im Betrieb gehindert werden sollten, für geeignete Nachfolger zu sorgen.

Die Betriebsobleute der in einem Wohnbezirk liegenden Betriebe bilden zusammen den Betriebsbetriebsrat. Die Betriebsobleute aller Betriebe am Orte bilden zusammen den örtlichen Betriebsrat. Beiden liegt besonders die Propaganda und die einheitliche Durchführung der beschlossenen Aktionen in den Betrieben ob.

3. Der Aktionsausschuß.

Die Betriebsobleute aller Betriebe bilden mit dem Ortsvorstand, den Vorsitzenden der Bezirksvorstände und der Vertreter der Frauen und Jugendlichen den Aktionsausschuß, dessen Aufgabe es ist, für die gesamte Propaganda und Aktionen am Orte zu sorgen. Er wählt sich aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß und setzt für die verschiedenen Zweige der Propaganda (Frauen-, Jugend- und Soldaten-Agitation, Zeitungs- und Flugblatt-Verbreitung, Versammlungswesen und Referentenvermittlung, Mitgliedergewinnung und Ausbau der Organisation), die Kontrolle der Geschäftsführung des Ortsvorstandes und der redaktionellen und geschäftlichen Leitung der Zeitung, ferner zu wissenschaftlichen Studienzwecken besondere Abteilungen ein. Jeder Abteilung muß ein Mitglied des Ortsvorstandes angehören, das die geschäft-

liche Leitung der Abteilung in Händen hat. Die Abteilungen haben ihre Arbeitspläne dem Aktionsausschuß zur Begutachtung und Beschlußfassung vorzulegen.

4. Der Ortsvorstand.

Der Ortsvorstand besteht aus 9 Personen (2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 2 Kassierern, 3 Beisitzern), von denen 5 in der Mitgliederversammlung und 4 von dem örtlichen Betriebsrat gewählt werden und für die Führung der Organisationsgeschäfte sowie für die Ausführung der gefaßten Parteibeschlüsse und die Einhaltung der Satzung zu sorgen haben. Der Ortsvorstand ist dem Aktionsausschuß und der Mitgliederversammlung für seine Tätigkeit verantwortlich, über die er vierteljährlich zu berichten hat.

5. Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung ist die höchste Körperschaft der örtlichen Parteiorganisation, sie findet je nach Beschluß des Aktionsausschusses, mindestens aber alle 3 Monate statt; die Mitgliederversammlung nimmt die Berichte des Aktionsausschusses und des Ortsvorstandes entgegen und nimmt die erforderlichen Wahlen zum Ortsvorstand vor. Die Beschlüsse werden mit einfacher Majorität gefaßt.

6. Angestellte.

Die für die Geschäfte des Ortsvorstandes und die für die redaktionelle und geschäftliche Leitung der Zeitung erforderlichen Angestellten werden durch die Mitgliederversammlung gewählt und haben sich alljährlich erneut zur Wahl zu stellen.

*

Diese Verbindung von Wohnbezirks- und Betriebszellenorganisation hat sich nicht lange gehalten. Man kann nicht eine Partei auf zwei verschiedenen Prinzipien aufbauen; entweder wird die eine oder die andere Art der Organisation absterben. Geblieben ist in der KPD nur die Wohnbezirksorganisation. Zu dem Zerfall der Betriebszellenorganisation trug im Jahre 1919 insbesondere die Spaltung der KPD von der KAP bei. Die KAPisten mißverstanden die Betriebszellenorganisation infolge ihrer antigewerkschaftlichen Einstellung. Sie schufen „revolutionäre Betriebsorganisationen“, die die Aufgaben gleichzeitig sowohl der Partei wie der Gewerkschaften erfüllen sollten. Die KAP war scheinbar nur antiparlamentarisch und antigewerkschaftlich; in Wirklichkeit leugnete sie die Rolle der Kommunistischen Partei. Damit nahm sie aber ihrer Betriebsorganisation jedes Rückgrat. Die KAP sank zu einer bedeutungslosen Sekte herab. Die KPD aber gruppierte sich wieder allein nach Wohnbezirken, was damit zusammenhing, daß zur Zeit der Spaltung von der KAP die revolutionär gestimmten Arbeiter in den Betrieben von einer fest organisierten und straff zentralisierten Kommunistischen Partei nichts wissen wollten. Die Art der Spaltung durch Paul Levi, der sehr unpädagogisch vorging, statt die Arbeiter zu überzeugen, brachte der KPD einen so starken Verlust an Mitgliedern, daß schon aus diesem Grunde der Aufbau auf Betriebszellen erschwert wurde.

Daß aber ein Bedürfnis nach einem Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter unmittelbar in den Betrieben vorlag, zeigt die Tatsache, daß das Gebilde der revolutionären Obleute sich noch lange gehalten hat. Erst der Zusammenschluß von USP und KPD im Winter 1920 beseitigte völlig den Einfluß der revolutionären Obleute, die bis dahin in enger Verbindung mit der USP gestanden hatten.

Erst heute beginnt die KPD ernsthaft wieder eine Betriebszellenorganisation aufzubauen. Sie wird sich dabei aber nicht auf das Kompromiß des unten abgedruckten Statutenentwurfs aus dem Jahre 1919 beschränken, sondern auf die Richtlinien der damaligen Zentrale des Spartakusbundes auf dem Gründungsparteitag Dezember 1918 zurückgreifen. [766]

*

Literatur.

Rosa Luxemburg! „Gegen den Reformismus“.

Gesammelte Werke, Band III. Eingeleitet und bearbeitet von Paul Frölich.
Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1925.

Die 3. Internationale kristallisierte sich ideologisch im Kampf gegen den Revisionismus. Das geschah vor allen Dingen im Sinne eines Rückgreifens auf den unverfälschten Marxismus. Ein Zwei-

tes war dann die theoretische Erschließung der neuen wirtschaftlichen, staats- und parteipolitischen Probleme, die die Periode des Imperialismus und der ersten proletarischen Revolution aufwarf. So wurde der Marxismus zum Leninismus erweitert.

Der Kampf gegen den Reformismus vollzog sich noch im Schoß der alten Sozialdemokratie selbst. Daß in ihm die späteren Kommunisten auch noch sozialdemokratische Weggenossen hatten, die dann wieder abfielen, wie Kautsky, Parvus u. a., schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß es sich hier eben doch um eine embryonale Entwicklungsperiode des heutigen Kommunismus handelte. Damals hoffte man eben noch, die alte sozialdemokratische Partei vor dem reformistischen Ansturm bewahren zu können. In der russischen Sozialdemokratie hat sich der bolschewistische Flügel organisatorisch bei weitem schärfer und rascher herausgebildet als in Deutschland. Das ist nur zu verständlich aus den besonderen Aufgaben und der illegalen Lage der Partei, bei der sich jeder opportunistische Irrtum viel verhängnisvoller auswirken mußte, und aus dem Weitblick des Führers Lenin, der aus einem einzelnen Knochen das ganze Riesenmammut des künftigen politisch ausgewachsenen Reformismus im voraus zu konstruieren vermochte.

Die Geschichte des Kommunismus zerfällt überall in drei Perioden. An die klassische Frühzeit, die programmatische Aufzeigung des Wesens der kommunistischen Theorie und Politik durch die Altmeister Marx und Engels selbst, schloß sich die erste – sozialdemokratische – Massenbewegung. Sie wollte marxistisch, wollte ehrlich revolutionär sein. Und war doch nur ein erster Schritt, ein noch völlig unausgereifter Wortmarxismus, ein Sozialismus vor allem des revolutionären Gefühls. Daher die Fülle der opportunistischen Entgleisungen, der rechten Abweichungen, die die ganze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis zum völligen Verrat am Marxismus begleiten. Der Bernsteinianismus, wie er um 1893 theoretisch greifbar vorlag, hatte weit hinter Vollmars Eldorado-Reden 1891 zurück bereits seine Vorläufer. Aber man empfand alle diese Versuche eben doch nur als „Versuche“, die Partei umzumodeln, den Marxismus zu „revidieren“. Und so wenig genügend auch die Abwehr gegen diese reformistischen Maulwürfe gewesen war – wie sich leider erst später und viel zu spät herausstellte! – so glaubte man doch immer wieder die Partei durch entsprechende Parteitage-resolutionen vor Schaden bewahrt zu haben. Die deutsche Sozialdemokratie trat in die Jahre der Bernstein-Debatten noch als eine revolutionäre marxistische Partei ein. Sie war 1899 nicht bereits dem Wesen nach eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“. Hier sehen wir den einzigen Fehler der im übrigen vorzüglichen historischen Einleitung des Genossen Frölich zum III. Band der Werke Rosa Luxemburgs, einem Sammelband, der alle politischen Artikel, Schriften und wichtigen Reden von Rosa gegen den Reformismus zusammenfaßt. 15 Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges konnte niemand den geistigen Zusammenbruch der SPD voraussehen. Und so kann man auch dem linken Flügel der SPD – Rosa, Clara Zetkin, Mehring u. a. – keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht damals bereits die Partei zu spalten versucht haben. Einen solchen Vorwurf erhebt Gen. Frölich auch nicht, aber er muß doch in jedem Leser aufsteigen, der Frölichs Behauptung, daß 1899 die SPD bereits eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“ gewesen sei, akzeptieren würde. In der alten SPD herrschten sehr unklare Vorstellungen über das Wesen des Klassenstaates, über die Aufgaben einer revolutionären Massenpartei, über das Ziel der proletarischen Diktatur. Aber man war doch 1890 aus dem Sozialistengesetz herausgetreten mit einem starken Distanzgefühl gegenüber dem bürgerlichen Staat, der durch das „Schandgesetz“ 12 Jahre lang das Proletariat geknebelt hatte. Dieses Distanzgefühl war nicht theoretisch verankert, es war ein primitiver Revolutionarismus, wie es ein primitiver Marxismus war, der die Partei beseelte. Aber das Gegensatzgefühl zur bürgerlichen Gesellschaft war doch echt, und ein unverhüllter Reformismus stieß auf erbitterten Widerstand. Die Vollmar, Schippel, Heine, Bernstein u. a. galten den Massen der Parteigenossen als Außenseiter, die der Partei schließlich nicht gefährlich werden würden. Man übersah dabei das feste Band, das sich diese Reformisten bereits in den „Sozialistischen Monatsheften“ gegeben hatten. Man übersah vor allem, wie die praktische Arbeit in der Arbeiterversicherung, vor dem Gewerbegericht und vor allem in der Genossenschafts- und Gewerkschaftsverwaltung einen Personenkörper für die reformistische Seele heranbildete. Die Steigerung der Quantität opportunistischer Entgleisungen und ausgesprochener Bernsteinerei mußte schließlich in die Qualität um-

schlagen. Und so war 1914 aus der völkerbefreienden revolutionären Sozialdemokratie freilich jene kleinbürgerlich-demokratische Reformpartei geworden, die Bernstein schon 1899 propagiert hatte.

In diesem Kampf gegen die reformistische Theorie und Praxis, der so zum Ausgangspunkt für die Herausarbeitung des Kommunismus wurde, ist Rosa Luxemburg in Deutschland unbestritten die Führerin gewesen. Aus ihrer Feder stammen die grundlegenden Artikel und die schärfste Schrift, die überhaupt gegen Bernstein geschrieben worden ist: „Sozialreform oder Revolution?“ Dieses Werk kann heute geradezu als erstes Dokument der Auferstehung des Kommunismus in Deutschland gelten, wie das Kommunistische Manifest 50 Jahre vorher den wissenschaftlichen Kommunismus aus der Taufe gehoben hatte.

Die Artikel Rosas sind eine Generalabrechnung mit jedem sozialen Reformismus. In klassischer Sprache, in unentrinnbarer Dialektik, in meisterhafter Beherrschung der Probleme [767] liest sich „Sozialreform oder Revolution?“ heute nach 27 Jahren, als wäre es eben geschrieben. Die Verfasserin legt das Wesen des Reformismus bloß und es ergibt sich, daß er auch heute noch mit keinem apologetischen Sprüchlein aufwarten kann, das nicht damals schon von Rosa seine Widerlegung erfahren hat. Jeder Leser, der heute diese Schrift – das Glanzstück des vorliegenden Bandes – vornimmt, und eine zum Wesentlichen historisch gewordene Streitschrift vor sich zu haben glaubt, wird mit wachsendem Erstaunen sehen, wie die Polemik so aktuell ist, daß sie uns für unsere Auseinandersetzungen mit den Reformisten im Betrieb und in der Volksversammlung geradezu das tägliche Brot gibt. Schon Rosa stellte damals das Problem so: kleinbürgerliche oder proletarischen Arbeiterbewegung (S. 37).*) Sie sah schon den Kapitalismus von damals gekennzeichnet und bestimmt durch die Weltpolitik. Und sie erkannte in diesem Imperialismus bereits die Niedergangsperiode des Kapitalismus selbst (den Kapitalismus „auf dem absteigenden Ast“). Sogar die Kinderkrankheiten des Linksradikalismus hat Rosa schon mit dem gleichen Ausdruck gekennzeichnet wie später Lenin, wenn sie von der Notwendigkeit spricht, daß die Sozialdemokratie ebenso die „anarchistischen Kindheitsmasern“, wie auch die „opportunistische Wassersucht“ überwinden müsse (S. 99). Und wie auf den jetzigen „Vorwärts“ und das Kautsky-Gefasel über die russische Revolution gemünzt, ist Rosas Polemik gegen das Gerede von der Gefahr einer „verfrühten Revolution“ (S. 91). Wie leninistisch mutet nicht folgende Darlegung an – ein Beispiel für viele:

„Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nähern sich der sozialistischen immer mehr, ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreform wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester, starrer gemacht. Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ (S. 61.)

Auch die literarischen Keulenhiebe, die Rosa gegen die übrigen reformistischen Theoretiker und Praktiker führte, treffen heute noch ihr Ziel. So wenn Rosa losschlägt gegen Wolfgang Heine, der bereits Volksrechte gegen Kanonen eintauschen wollte, gegen Schippel, der den Militarismus zu rechtfertigen suchte, gegen Calwer und Schippel, die für die Zölle eintraten, gegen die süddeutschen Budgetbewilliger und Hofgänger, und vor allem gegen die französischen Ministeriallisten, die Verteidiger einer Koalitionspolitik ganz nach dem Herzen der jetzigen SPD. Der letzte Abschnitt des inhaltsreichen Buches behandelt Rosas Kampf gegen jene famose Stichwahlpolitik 1912, in der er sozialdemokratische Parteivorstand gegenüber der Fortschrittspartei „den Wahlkampf dämpfte“. Die ersten noch zaghaften Schritte der späteren Burgfriedenspolitik, mit der dann die SPD ihren politischen Frontwechsel offen dokumentierte! Ebenfalls ist von dem Herausgeber noch aufgenommen worden die vielleicht schneidigste Polemik, die Rosa geführt hat, nämlich die aus dem Jahre 1900 mit Professor Sombart und einigen anderen Kathedersozialisten. Es war ja auch eine Polemik um die Prinzipien der reformistischen Politik.

*) Bei der so außerordentlichen Bedeutung gerade dieser Schrift hätten wir gewünscht, daß der Herausgeber ausgeführt hätte, daß dieses 1899 (nicht 1900) erschienene Werk nichts anderes als der Neudruck von Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung“ gewesen war, die Rosa dort vom 21. bis 28. September 1898 und vom 4. bis 8. April 1899 veröffentlicht hatte.

Alles in allem ein wahres Arsenal von kommunistischen Waffen gegen den Reformismus. Das längst sehnlich erwartete Buch bietet so in seinen 540 Seiten den deutschen Kommunisten geradezu unübertreffliches Material für die Propaganda der Losung: Heran an die Massen! Es wäre nur zu wünschen, daß eine Ausgabe in Lieferungen auch dem Proletarier die Beschaffung des Buches ermöglichte, denn es sollte jeder Genosse das Buch durcharbeiten. Vom sogenannten „Luxemburgismus“ wird er so gut wie nichts darin finden, wohl aber wird er in Rosa Luxemburg einen der bedeutendsten Nachfolger Marx und würdigen Kampfgenossen von Lenin erkennen.

Ihr Kampf gegen den Reformismus bildete neben der Begründung des Spartakusbundes den Höhepunkt ihres Schaffens.
Dr. Hermann Duncker.

*

Pierre Semard: „Marokko“.

Internationale Zeit- und Streitfragen, Bd. 6. Verlag Carl Hoym Nachf. Hamburg. 1925. 165 Seiten.

Die Zweite Internationale hat es nie für wichtig gehalten, die Blicke der Arbeiter über die vier Wände „ihres“ Vaterlandes hinaus zu lenken. Kam es gelegentlich vor, daß ein französischer Sozialist in Deutschland, oder ein deutscher in Frankreich zu den Arbeitern sprach, so war der Internationalität vollauf Genüge getan. Diese provinzielle Denkweise wurde von den Linksradikalen, den späteren Kommunisten, rechtzeitig als eine große Gefahr erkannt und bekämpft. In Deutschland waren es Rosa Luxemburg, Radek, Knief u. a., die der deutschen Arbeiterklasse die imperialistischen Gefahren signalisierten. Die Kommunistische Internationale ging mit ihrem Schlachtruf „Proletarier und Unterdrückte aller Länder, vereinigt Euch“ klar und eindeutig über die alte Parole hinaus.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, dem Proletariat zu zeigen, welche mächtigen Verbündete ihm in den revolutionären Kolonialvölkern erstehen. Die Verhältnisse der Kolonialländer sind ganz anders geartet als die unseren, wir müssen daher diese Verhältnisse kennen lernen, um mit ihnen rechnen zu können. Wir haben schon einige gute Arbeiten über die Kolonien, so Roys verdienstvolles Buch „Indien“. Dazu kommt nun Pierre Semards ausgezeichnete Broschüre „Marokko“, in der ein bekannter Führer der KPF Frankreichs Kampf um sein afrikanisches Kolonialreich schildert.

Die im guten Stil geschriebene, sehr inhaltreiche Arbeit Semards läßt vor unseren Augen die „friedliche“ Durchdringung Marokkos durch die Imperialisten erstehen. Semard zeigt uns die „zivilisatorische Leistung“ der Franzosen. Ueberall tritt an die Stelle der handwerklichen Arbeit die Industrie mit ihrer modernen Ausbeutung des Proletariats. Neben [768] den Bergwerken entstehen Fabriken zur Lederbearbeitung. Mühlen, Ziegeleien und vor allem eine moderne Textilindustrie. Das Handwerk wird zerschlagen, brutal werden die Eingeborenen ihrer Existenz beraubt, ohne daß sich ein Mensch um sie kümmert. Sie versinken im Elend. Es ist nicht selten, daß Eingeborene 12-15 Stunden arbeiten müssen bei oft weniger als 1 Mark Tageslohn!

Nicht genug mit der Ausraubung des bereits unterworfenen Landes, bereitete die französische Regierung in holder Gemeinschaft mit dem faschistischen Diktator Spaniens systematisch den Krieg gegen die Rifkabylen vor. Die Zechenherren verlangten weitere Minenrechte, die sie nur durch die Bajonette ihrer Regierungen erlangen konnten. Das französische und spanische Proletariat zahlt mit seinem Blut die Millionengewinne der Banken und Minengesellschaften.

Die schmachvolle Rolle der Sozialdemokraten Frankreichs und der reformistischen Gewerkschaften findet eine treffende Charakterisierung durch Semard. Er zeigt den Verrat dieser Herren Führer, die das Kriegsbudget (in dem die Kriegskredite enthalten sind) offen und schamlos bewilligen. Während sie ihr „Nie wieder Krieg“ ausposaunen, geben sie der imperialistischen Regierung die Mittel zum marokkanischen Krieg. Wir sehen im Verrat der französischen sozialdemokratischen Führer die Rolle der Sozialdemokratie aller Länder beim nächsten Weltkrieg vorweggenommen.

Schon heute erkennen viele französische sozialdemokratische Arbeiter die Verräterei ihrer Führer und schließen sich dem vorbildlichen Kampfe der Kommunisten gegen den Krieg an. Semard zeigt das

Bemühen der KPF, die proletarische Einheitsfront zu schaffen. Die Sozialdemokratische Partei wurde in einem Schreiben der KPF aufgefordert, sich zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten zusammenzuschließen. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei lehnten dies brüsk ab. Es bildete sich sodann aus KPF, KI und revolutionären Gewerkschaften das Aktionskomitee, das den Kampf organisierte, zu großen Demonstrationen aufrief und schließlich den Generalstreik vorbereitete.

Soweit die Broschüre. Es wäre wünschenswert, bald eine Neuauflage erscheinen zu lassen, die die Steigerung des von revolutionärem Geiste durchglühten Kampfes den brutalen Terror der „linken“ Regierung, die Demonstrationen im ganzen Reich schilderte. Dabei könnten die im Anhang abgedruckten wertvollen Dokumente um Aufrufe, Flugblätter usw. vermehrt werden.

Wir wollen hier noch kurz auf einige spezielle Kapitel eingehen. Interessant ist der Abschnitt „Der Kampf gegen den Islam“. Durch Verleumdungen will die französische Regierung den wahren Zweck des Kolonialkrieges, den Raub der Boden- und Naturschätze verdecken. Gleichzeitig versteckt sich hinter dem Kampf gegen den Islam der Kampf gegen den Kommunismus, dieser „Pest“, um in der Sprache der Pariser bürgerlichen Presse zu reden. Die Regierung und die gesamte bürgerliche Presse schreit:

„Es handelt sich um einen Kampf des zivilisierten Europa gegen den Vorstoß des Orients. ... Europa, das ist die Zivilisation ... ein schwarzes Leichentuch droht sich über sie zu legen.“ (Painlevé.)

Demgegenüber stellt Semard fest, wer „human“ ist und wer nicht. Nach dem muselmanischen Kriegsrecht ist es verboten, auf Frauen, Kinder, Greise, auf alle Personen im Feindesland, die keine Waffe tragen, bei der Feldbestellung oder dergleichen sind, zu schießen. Semard bringt französische Befehle aus Marokko, die ausdrücklich und wiederholt die Beschießung der unbewaffneten Feldarbeiter mit Maschinengewehr oder Geschütz anordnen!

Es wäre übrigens notwendig, einmal ausführlicher die Rolle des Islam vom kommunistischen Standpunkt aus zu behandeln.

Die ersten Kapitel des Semardschen Buches bringen eine knappe geographische und wirtschaftliche Darstellung Marokkos. Es wäre gut gewesen, wenn Semard diesen Angaben etwas mehr Raum geschenkt hätte. Nur nebenbei spricht er einmal von der doppelten Ausbeutung durch die Kaide und durch die kapitalistischen Gesellschaften. Es ist auch nicht unwesentlich, daß in Marokko eine patriarchalische Stammesorganisation durch die modernste Wirtschaftsordnung verdrängt wird. Die Formen des altmarokkanischen Eigentumsrechtes stimmen in keiner Weise mit dem kapitalistischen Privatrecht überein. Sehr verdienstvoll ist die Schilderung der industriellen Entwicklung während und seit dem Weltkriege. Man darf freilich nicht glauben, diese Industrialisierung gehe nur im Rif vor sich. Uebrigens ist nicht nur die Rifregion, sondern auch der hohe und der Anti-Atlas reich an Erzen aller Art. Noch etwas: Die „friedliche Kolonisierung“ Marokkos wendet sich nicht ausschließlich der Gewinnung von Metallen zu, sondern führt in den großen Talsenken und Niederungen am Atlantischen Ozean eine industriell betriebene Agrarkultur ein. Hier können die militärischen Machtmittel der „Zivilisation“ gegen die Eingeborenen besser in Wirkung treten – so wurden ganze Dörfer bis zum letzten Menschen durch Artilleriebeschießung vernichtet – als in den militärisch oft nahezu nicht erschließbaren erzeichen Gebirgen. Auf den Gütern werden die Eingeborenen in so schamloser Weise ausgebeutet, daß sogar durch und durch imperialistische Schriftsteller sich dazu gedrängt fühlen, ein paar Worte gegen die Ausbeutung zu murmeln. Semard führt u. a. die Tätigkeit des deutschen Multimillionärs Mannesmann an, der sich große Schürfsrechte, besonders auf Kupfer, angeeignet hatte. Aber Mannesmann war weit entfernt, sich damit zu begnügen. Er eignete sich riesige Gebiete (größer als manches deutsche Fürstentum) in den fruchtbaren Niederungen an, um sie landwirtschaftlich auszubeuten.

Es ist hier am Platze, ein Wort über die „Deutschfreundlichkeit“ Abd-el-Krims (d. h. natürlich Freundschaft zu den deutschen Imperialisten) zu sagen, von der die deutsche Presse voll ist. Für die „DAZ“ ist es klar, daß der Führer des marokkanischen Befreiungskampfes in – Heidelberg studiert habe! Natürlich, Abd-el-Krim hat an einer deutschen Universität studiert, wie könnte er sonst ein

großer Mann sein! Daher stamme seine Vorliebe für Deutschland. Dieses Märchen hat sich irgendein nationaler Schmock aus den Fingern gesogen. Die Marokkaner haben die Segnungen deutscher Kultur an Leuten wie Mannesmann zur genüge kennen gelernt, um die deutschen Imperialisten ebenso zu durchschauen, wie die französischen Räuber. Außerdem hatten die Rifkabylen das besondere Vergnügen, einen echten Hohenzollern, Prinz Adalbert von Preußen, kennen zu lernen, der mit einem Kriegsschiff an der Rifküste landete (1856), um Land zu „besetzen“, d. h. zu [769] rauben. Es erging ihm freilich schmähslich genug, so daß er schleunigst Fersengeld gab.

Es scheint uns, daß Semard die Bevölkerungszahl Marokkos zu niedrig angibt, indem er sich auf Schätzungen (Zählungen gibt es nicht) der französischen Regierung verläßt. Diese hat die Tendenz, den marokkanischen Besitz anderen imperialistischen Mächten als wenig schmackhaft darzustellen. Deshalb gibt sie geflissentlich die Zahl der Einwohner zu niedrig an. So schreibt Semard, daß Tanger 20.000 Einwohner zähle. Dies ist bestimmt unrichtig. Brockhaus' Handbuch schreibt von 74.000, Perthes' Handatlas 1924 von 46.300. Auch berücksichtigt S. unseres Erachtens die Vermischung von Berbern und Arabern, die zu einer Auflösung dieser beiden früher feindlichen Rassen führt, zu wenig.

Leider ist die Uebersetzung recht liederlich. Selbst, ohne das französische Original zu kennen, stoßen uns unglaublich viele Fehler auf. So wird Aktiengesellschaft mit anonyme Gesellschaft „übersetzt“ usw. Am schlimmsten sind die Städte- und Eigennamen behandelt. Auf Seite 12 sind von den sieben Ortsnamen der spanischen Zone vier falsch. Statt Ceuta Centa, statt Scheschauen (ein Ort, der auf jeder deutschen Karte angegeben ist) Chechaouè. Wo liegt Taterant ? Wir finden es auf keiner deutschen oder französischen Karte, vielleicht soll es Tasaran heißen? Die Hauptstadt der Rifrepublik Ajdir (sprich Aschdir), wird in der Broschüre zehn Mal falsch (Adjir) und ein einziges Mal richtig genannt. Der Stamm Abd-el-Krims, die Beni-Uriaghel heißen beim Uebersetzer Uriagnel, ein andermal auch Guriagnel usw. Das ist nur eine kleine Blütenlese.

Aber alles in allem: die Broschüre verdient unseren vollen Beifall und sollte von den deutschen Arbeitern viel gelesen werden. H. Lend.

*

Drei wichtige Gewerkschaftsberichte

Angestelltenbewegung 1921-1925. Bericht an den V. AfA-Gewerkschaftskongreß in München. Dietz 1925.

Jahrbuch 1924 des ADGB. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin. 1925.

A. Aluf: „Die Gewerkschaften und die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion 1921-1925.“ Führer-Verlag, Berlin. 1925.

Vor einigen Monaten ist der für den vergangenen Kongreß des AfA bestimmte Bericht im Druck erschienen. Kurz darauf hat auch der ADGB seinen Jahresbericht herausgebracht. Daß gleichzeitig ein Bericht über die Lage der russischen Gewerkschaften deutsch erschienen ist, gibt uns die Möglichkeit, durch eine gemeinsame Besprechung interessante Vergleiche über die Lage der Gewerkschaften in Deutschland und Rußland zu ziehen. Die drei Berichte zeigen mit aller Deutlichkeit die verschiedene Entwicklungsrichtung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Rußland: alle Blätter der deutschen Berichte klagen über Not und Elend der Arbeiter und Verluste der Gewerkschaften, während der russische Bericht von alledem gerade das Gegenteil enthält.

Der AfA-Bericht

ist nicht nur für die AfA-Mitglieder wichtig, sondern seiner ganzen Anlage nach für alle Gewerkschaftsfunktionäre. Er umfaßt mehr als 500 Seiten und berichtet über die Zeit von 1921 bis 1925. Freilich ist er weniger ein innerer und organisatorischer, als vielmehr ein allgemeiner Wirtschaftsbericht. Als solcher aber, das ist nötig auszusprechen, recht minderwertig.

Als der November 1918 die bis dahin schlummernden Schichten der Arbeiter in Bewegung setzte waren es nicht zuletzt die Angestellten, die in großen Massen der Organisation zuströmten. Schnel-

ler noch als bei den anderen Gewerkschaften war das Wachstum bei den der AfA angeschlossenen Organisationen. Vom Ende des Krieges bis 1923 hat sich die Mitgliederzahl dieser Verbände verzehnfacht. Der Bericht hebt mit vollem Recht hervor, daß dieser beispiellose Aufschwung nur durch die Vorarbeit der organisierten Arbeiter möglich war. Wenn aber dann erklärt wird, daß die gewerkschaftliche Erstarkung der Gegenrevolution und der wachsenden Reaktion Trotz geboten hätte, so ist das eine recht unzweckmäßige Prahlerei. Leider haben infolge der Arbeitsgemeinschaftspolitik die Arbeiter und Angestellten fast restlos die Kosten der Stabilisierung bezahlt und haben die Gewerkschaften entscheidende Errungenschaften der Revolution preisgegeben. Die reformistische Gewerkschaftsführung hat „die Feuerprobe“ nicht bestanden, was durch die heutige Stärke der Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet und die zahlenmäßige Schwäche der Gewerkschaften im Vergleich mit 1919 schlagend bewiesen wird.

Derartige Tatsachen verschweigen oder falsch darstellen, liegt nicht im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Scharf zurückgewiesen werden müssen aber Versuche, das Versagen der reformistischen Gewerkschaftsführung zu vertuschen durch Aufhetzung der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre kommunistischen Kollegen. Es muß daher die Behauptung des Berichts niedriger gehängt werden, daß die Sozialisierung nicht hätte erreicht werden können wegen der Zerreißen der Gewerkschaften durch die Kommunisten. Wir geben den Verfassern des Berichts den Rat, einmal nachzulesen, was Gustav Noske in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ über diesen Punkt ganz offenherzig bekennt und was kürzlich Karl Kautsky in der Hilferdingschen „Gesellschaft“ schrieb. Beide sagen mit dürren Worten, daß in den Novembertagen gar kein ernsthafter Widerstand der Bourgeoisie vorhanden gewesen sei. Und wo war in jenen Tagen die „kommunistische Zersetzungsarbeit“? Die historische Wahrheit, die ein ernsthafter Gewerkschaftsbericht heute verpflichtet wäre festzustellen, ist leider die, daß die damalige sozialdemokratische Regierung durch ein erst neuerdings im Dolchstoß-Prozeß dokumentarisch festgestelltes Bündnis mit der Gegenrevolution alle Errungenschaften der Arbeiterschaft in der Richtung auf die Sozialisierung verhindert hat. Dasselbe gilt für die spätere Wirksamkeit der Sozialdemokratie in der Regierung. Die sozialdemokratischen Führer haben damit den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten auf denkbar schändlichste Weise entgegengehandelt.

Dies festzustellen wäre verdienstlicher für die Gewerkschaften als Illusionen zu nähren über die Möglichkeiten, heute, in der Zeit der stärksten politischen und wirtschaftlichen Macht [770] des Kapitals „den Gewerkschaften allmählich die Warenerzeugung in die Hand zu geben“ mittels der sozialen Baubetriebe und Gewerkschaftsbanken. Dies bedeutet einen Rückfall in kleinbürgerliche Illusionen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung schon vor Jahrzehnten in ihrem Kampf gegen die Lassalleschen Rezepte überwunden hatte.

Nach der Einleitung folgt in mehreren Kapiteln eine Schilderung der Wirtschaft in Deutschland, die grell den Unterschied beleuchtet zwischen den sich immer mehr verschlechternden deutschen Zuständen und den greifbar sich verbessernden Verhältnissen in Sowjetrußland. Von 38.000 untersuchten deutschen Schulkindern waren nur 32 Prozent befriedigend ernährt, 45 Prozent aber mangelhaft und nicht weniger als 23 Prozent sehr schlecht. Das ist die richtige Illustration für die Prahlereien der Einleitung.

Interessant ist, was der Bericht über den Kampf um die Erfassung der Sachwerte zu sagen weiß. Man versucht es im Ernst so darzustellen, als ob es sich in dieser Frage der reformistischen Gewerkschaftsführung um einen wirklichen Kampf gehandelt hätte. Wir erinnern hier an die vielen Aeußerungen der Freunde und Gesinnungsgenossen der Aufhäuser u. Co. (z. B. Tarnow), im „Korrespondenzblatt“, der „Görlitzer Volkszeitung“ u. a. Organen, die alle zugeben, daß es ihnen niemals ernst gewesen ist in ihrem Kampf um die Erfassung der Sachwerte.

Wie tapfer übrigens „gekämpft“ wurde, ergibt sich aus dem Geständnis des Berichts, daß 1922 von der Einziehung der Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers noch nichts zu spüren gewesen sei. Die Arbeiter und Angestellten haben freilich die Lohnsteuer schon sehr deutlich gespürt. Bei dieser Gelegenheit ist es nötig, in Erinnerung zu rufen (was der Bericht leider verschweigt), daß wir auch

diese gewerkschaftsfeindliche Steuer der Sozialdemokratischen Partei bzw. den bürgerlichen Führern dieser Partei zu verdanken haben.

Was der Bericht über den Achtstundentag zu sagen weiß, bewegt sich leider auch auf der oben gekennzeichneten Höhe historischer Wahrheit. Die Kommunisten seien durch ihre Spaltungsarbeit schuld daran, daß er nicht aufrechterhalten werden konnte. Es dürfte heute schon nicht mehr nötig sein, diesen Unsinn zu widerlegen. Warum aber sagt der Bericht gar nichts darüber, was die Gewerkschaften praktisch für den Achtstundentag getan haben? Warum beschränkt er sich darauf, zu jammern, daß die Unternehmer sich an die schöne Vereinbarung vom 15. November 1918 nicht gehalten und alsbald den Kampf gegen den Achtstundentag aufgenommen hätten? Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaften für den Achtstundentag nicht viel mehr getan haben, als eben jene Vereinbarung zu schließen, die im damaligen Moment den Unternehmern willkommen war, um die Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaften von der Sozialisierung zurückzuhalten, und daß man sich seither höchstens mit papiernen Protesten und zahmen Vorstellungen begnügt hat. Die Kommunisten waren es, die tatsächlichen Kampf forderten. Man hat ihre praktischen Vorschläge sabotiert und weiter mit der SPD zusammengearbeitet, die eine aktive Politik gegen den Achtstundentag geführt hat. Ein objektiver Bericht mußte das schamlose Auftreten der Kautsky, Cohen usw. gegen den Achtstundentag erwähnen. Da die Verfasser des Berichtes dies versäumt haben, wollen wir sie noch auf die Nummer 21 des Reichsarbeitsblattes von 1921 aufmerksam machen!

Glücklicherweise gibt der Bericht, ohne es zu wollen und auch an anderer Stelle die eigentliche Lösung der Frage, wer schuld ist am Verlust des Achtstundentages und an den traurigen Niederlagen, dem Rückgang der Gewerkschaftsbewegung seit 1919. Dies geschieht dort, wo die Stellung der Gewerkschaften zur Republik behandelt wird. Hier heißt es:

„Gleichzeitig aber hat die Demokratisierung der deutschen Verfassung und damit unseres Staatswesens auch die Stellung der Gewerkschaften im Staate völlig verändert.“

Hier liegt die Wurzel der opportunistischen Politik der Gewerkschaften, ihres – wir sagen es im Bewußtsein der vollen Bedeutung des Wortes – Verrates an den Interessen der Lohnarbeiterschaft und der Angestellten, klar zu Tage. Die Aufgabe der Gewerkschaften war seit jeher die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmer. Es ist auch dem einfältigsten Beobachter klar, daß sich an dem Kapitalverhältnis, nämlich der Tatsache, daß eine kleine Minderheit des Volkes als Kapitalisten im Besitze der Produktionsmittel die große Mehrheit ausbeutet, durch die republikanische Neuordnung nicht das geringste geändert hat. Im Gegenteil. Wie aus den Zahlen hervorgeht, die der Bericht des AfA selbst anführt, ist die Wirtschaftsdiktatur weniger Großkapitalisten seit 1919 und der Grad der Ausbeutung seit 1919 sehr stark gewachsen. Daß der Staat, d. h. die Republik heute in wirtschaftlich entscheidenden Fragen nicht weniger rücksichtslos die Interessen der Unternehmer vertritt, ist ebenfalls eine Tatsache, die erst kürzlich durch die Meißingersche Aktennotiz erhärtet wurde. Die Aufgabe der Gewerkschaften wäre also auch heute, auszugehen von der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten und rücksichtslos jeden Widerstand, auch wenn er vom Staate ausgeht, zu bekämpfen. (Und man würde dabei bald bemerken, das die Republik in diesem Punkt nicht weniger energisch ist als die Monarchie.) Statt dessen aber sind die Gewerkschaften – wie der Afa-Bericht naiv gesteht – ausgegangen von der politischen Verwandlung des Staates und haben sich im Interesse der Republik, des sozialen Friedens usw. widersetzt den berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der großen Masse der Arbeiter und Angestellten. Beweise für diese Tatsache gibt es eine Unzahl, der schlagendste aber ist dieser Bericht des Afabundes selbst. Die Gewerkschaften haben es mit dieser Politik soweit gebracht, daß nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten preisgegeben wurden, die daher in Massen aus den Gewerkschaften herausliefen, sondern daß die bürgerliche Republik selbst, der zu Liebe die Gewerkschaftsführer die Arbeiterinteressen verraten hatten, in Gefahr geriet. Für jeden politisch Verständigen ist es klar, daß der beste Schutz der bürgerlichen Republik gegen die Reaktion (und wir erkennen den Vorteil der republikanischen Staatsform durchaus an) darin besteht, daß die Gewerkschaften die durch die Republik gegebene größere Bewegungsfreiheit ausnützen zum verschärften Kampf für die Interessen der Arbei-

ter und Angestellten auch gegen diese kapitalistische Republik, nämlich zum Kampf für die sozialistische Republik. In diesen Dingen gibt es kein Stehenbleiben: Wer nicht vorwärts geht, der fällt zurück. Indem die Gewerkschaftsführer die bürgerliche Republik aber in der [771] falschen Richtung, nämlich gegen die falsche Richtung, nämlich gegen die Massen des arbeitenden Volkes, gegen das Weiterschreiten zum Sozialismus verteidigten, trieben sie große Massen in die Arme der Reaktion, schwächten die Arbeiter- und Angestelltenbewegung und erwiesen sich als Schädlinge der freien Gewerkschaften. Den ziffernmäßigen Beleg für das verderbliche Wirken gibt der vorliegende Bericht. Er beziffert die Mitgliederzahlen der einzelnen Afa-Verbände und die Gesamtmitgliederzahl des Afa-Bundes im Juli 1924 auf 543.596 (1921 wurden ca. 755.000 genannt). Die jetzt angegebene Zahl ist zweifellos viel zu hoch. Speziell die antikommunistische Spaltungs- und Ausschlußpolitik im ZdA hat zur Folge, daß in diesem Verband heute längst nicht mehr 223.000 Mitglieder – wie angegeben – vorhanden sind.

Das Jahrbuch des ADGB für 1924

atmet den gleichen Geist wie der Afa-Bericht. Auch hier fast auf jeder Seite die Sucht, die Dinge im rosigen Lichte zu sehen. Trotz aller Schilderungen des Elends der deutschen Arbeiter wird behauptet eine „Tendenz, die immerhin nach oben zielt“. Die Zahlen zur Nachprüfung liefert das Jahrbuch selbst: Es muß zugeben, daß auch heute noch die Löhne oft 50 Prozent unter denen anderer Länder liegen. Aufstieg?

Aus dem reichen und interessanten Inhalt des Jahrbuches wollen wir nur Einzelheiten herausgreifen. Zur Beurteilung der schon oben anlässlich des Afaberichts gekennzeichneten Tätigkeit der Gewerkschaftsführer wird hier z. B. ein ganz interessanter Beitrag geliefert. Das Jahrbuch spricht über den Beamtenabbau, hütet sich aber, seinen Lesern mitzuteilen, daß überall in den Ministerien noch die eigenen Leute des ADGB sitzen, die wacker mithelfen, ihre Kollegen aus Lohn und Brot herauszuwerfen.

Ueber den Dawesplan sagt das Jahrbuch lakonisch, daß wir über seine Auswirkungen „noch keine ausreichende Erfahrung haben“. Heute stellt dies ein ziemlich starkes Stück dar und ist entweder ein Beweis der mangelhaften Kenntnis der Tatsachen oder einer die Gewerkschaftsarbeit schädigenden Vertuschung im Interesse kleiner am Dawes-Plan profitierender Kreise.

Auch hier wird ein geschichtlicher Abriß versucht und zwar mit derselben mangelnden Wahrheitsliebe wie im Afa-Bericht. Bei der Schilderung der Vorgänge im Oktober 1923 finden wir kein Wort davon, daß es Ebert und die sozialdemokratischen Minister waren, die die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einmarschieren ließen. Aber dafür spricht sich die Bundesleitung den Ruhm zu, daß sie fest geblieben sei „gegen die Putschgelüste der radikalen Klopffechter“. Wenn auch die Gewerkschaften der schwankenden Regierung noch einen Stoß versetzt hätten – sagt das Jahrbuch – dann wäre kein Halten mehr gewesen, dann wäre der Bürgerkrieg gekommen. Dazu muß man einige Tatsachen bedenken. Erstens: diese „schwankende“ Regierung war dieselbe bürgerliche Regierung, die sich auf die schwarze Reichswehr stützte und mehr oder minder schuldig war an den jetzt erst bekanntwerdenden Fememorden, dieselbe Regierung, die die elementarsten Arbeiterrechte mit Füßen getreten hat. Diese Regierung stützen, hieß die Reaktion unterstützen. Zweitens: der Bürgerkrieg ist trotz der „Standhaftigkeit“ der ADGB-Führer gekommen. Oder war der Reichswehreinmarsch in Sachsen und der Terror gegen die Arbeiterschaft im ganzen Reich unter der Seeckt-Diktatur kein Bürgerkrieg? Freilich, es war ein Bürgerkrieg, der einseitig und erfolgreich von der reaktionären Bourgeoisie geführt wurde, ein Bürgerkrieg, in dem dank des Verrats der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsspitzen nicht die Gefahr bestand, daß das Proletariat die Oberhand gewinnen konnte. Und dies ist es ja, was Leute wie Leipart und Graßmann am meisten auf der Welt fürchten.

Das Glanzkapitel des Buches ist das über die Lohnpolitik. Weil der ADGB auf diesem Gebiet nur über vollkommen ungenügende Ergebnisse berichten kann, versucht das Jahrbuch, den Leser vorher abzulenken durch den alten Schwindel von der kommunistischen Zersetzungsarbeit. Von seiner eigenen Tätigkeit kann er bloß berichten, daß vom Bundesvorstand eine Menge Denkschriften verfaßt wurden. Ueber den Wert dieser Denkschriften dürfte heute unter den Gewerkschaftsmitgliedern

nur eine Meinung bestehen. Die Feststellung, daß es dem Bundesvorstand gelungen sei, „verlorenen Boden wiederzugewinnen“, enthält das Eingeständnis der katastrophalen Mißerfolge seiner Arbeitsgemeinschaftspolitik, die das Jahrbuch an anderer Stelle zu leugnen versuchte. So muß das Jahrbuch bzw. der Bundesvorstand offen zugeben, daß in Fragen der Lohnpolitik alle Erfolge keinen Schluß zulassen „in der so wichtigen Frage, ob es gelang, den einstigen Lohnstandard ... zurückzugewinnen.“ Also Bilanz negativ. Dies beschleunigen sich die reformistischen Führer des ADGB selbst.

Vom Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit schreibt der Bericht euphemistisch, daß er „weniger erfolgreich“ gewesen sei. Damit die Sache nicht gar so hoffnungslos erscheint, werden die Resultate dieser Bewegung bei den Landarbeitern ganz weggelassen. Zwei Erhebungen über die Arbeitszeit hat der Bundesvorstand herausgebracht, die letzte in der Woche vom 3. bis 8. November 1924. Ebenso wie bei der ersten Aufnahme fällt dem Leser der große Anteil auf, den die Betriebe mit mehr als 54stündiger Arbeitszeit haben. Dankbar sollen wir den Herren Leipart usw. sein, daß sie in dem Bericht wenigstens etwas von dem wiedergeben, was unsere kommunistische Presse über den Schwindel mit dem Volksentscheid geschrieben hat.

Zum erstenmal seit 1922 gibt der Bericht wieder offizielle Zahlen über die Mitgliederstärke der ADGB-Verbände. Da erfahren wir, daß die Mitgliederziffer (Jahresdurchschnitt) von 7.895.065 im Jahre 1922 auf 4.564.163 im Jahre 1924 zurückgegangen ist. (Am 31. Dezember 1924 betrug sie 3.975.062, im März 1925 4.188.297.) Bei Schilderung des überaus großen Mitgliederschwundes – 36,9 Prozent gegen 1923, 44,1 Prozent gegen 1922 – wird behauptet: „Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Treibereien der Kommunisten den Mitgliederverlust ungemein verschärfen mußten.“ Daß es im wesentlichen der intensiven Arbeit der Kommunisten zu verdanken ist, wenn nicht noch weitere Tausende aus den Gewerkschaften herausgelaufen sind – ja, daß infolge der kommunistischen Arbeit ein großer Teil der Verärgerten und Enttäuschten sich bereits wieder eingliedert hat und daß es nicht zuletzt deswegen wieder aufwärts geht, **das darf der ADGB nicht zugeben.**

Dafür aber bildet er sich allen Ernstes ein, mit der Zerschlagung der Kartelle in Döbeln, Tilsit, Instenburg, Remscheid, Halle die kommunistische „Zerstörungsarbeit“ zurückgedrängt zu haben.

[772] Für einen solchen Bundesvorstand ist ein wirklicher Industrieverband „undurchführbar“. Wir glauben allerdings auch, daß nur die Arbeiter selbst ihn werden schaffen können.

Der russische Bericht.

Sehr verschieden von den beiden eben besprochenen Berichten ist der Bericht über „**Die Gewerkschaften und die Lage der Arbeiter in der Sowjet-Union 1921 bis 1923**“ von unserem Genossen A. Aluf. Hier ist nichts von Verschleierung zu bemerken. Auch Ungünstiges ist, wie es überhaupt in allen russischen Berichten der Fall ist, offen geschildert. Im Vorwort macht Losowsky auf den berüchtigten Schwarz aufmerksam, den sich der ADGB als „Fachmann“ zur Bekämpfung der russischen Arbeiter zugelegt hat.

Genosse Aluf widerlegt einwandfrei den Menschewistenschwindel, daß die russischen Gewerkschaften lediglich Organe des Sowjetstaates gewesen seien und die Interessen der Arbeiter zurückgestellt hätten.

Selbstverständlich hatten die Gewerkschaften in der Zeit des „kriegerischen Kommunismus“, der Verteidigung der Revolution, besondere Aufgaben zu erfüllen, die auch ihre Organisationsform und Arbeitsweise nicht unberührt ließen. Nach Einführung der neuen ökonomischen Politik jedoch nahmen auch sie die entsprechende Umstellung vor. Daß eine solche Umstellung nicht an allen Orten ganz ohne Reibung möglich war, daraus wird gar kein Hehl gemacht. Im ganzen aber ist die Umstellung auf freiwillige Mitgliedschaft und Beitragszahlung sogar überraschend schnell vor sich gegangen. Freilich brauchten die russischen Gewerkschaften dazu nicht, wie die Menschewiki behaupten, ihr Wesen zu ändern, sondern nur ihre Methoden und Organisationsformen.

Ganz erklärlich ist es, daß bei der Umstellung die Mitgliederzahl zunächst herunterging auf 4½ Millionen. Dieser Rückgang hat aber ganz andere, und zwar von den Ursachen des deutschen Rückganges grundverschiedene Ursachen.

Wenn wir dann aber sehen, wie schnell die Ziffer wieder anschwillt auf 6.430.000 zahlende Mitglieder – und das trotz Säuberung, die auch in den Gewerkschaften notwendig war – so haben wir hier ein Beispiel von wirklicher Stabilisierung vor uns. Schon am 1. Januar 1924 führten 76 Prozent aller Mitglieder regelmäßig ihre Beiträge ab (heute ist die Ziffer ca. 95 Prozent).

Alles in allem ein Bild von dem zwar noch langsamen, aber unaufhaltsamen Steigen der Lebenslage der russischen Arbeiter, eines Aufstiegs aus eigener Kraft!

Wir können das Studium dieses russischen Berichtes nicht dringend genug empfehlen. Er trägt in hervorragendem Maße dazu bei, der Wahrheit über die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion zum Durchbruch zu verhelfen.

H. Fg.

*

Karl Renner: „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung“.

Dargestellt nach dem System von Karl Marx. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin 1924.

Zum Unterschied vom ersten und einigen Teilen des dritten Bandes des „Kapital“ ist der zweite Band – „Der Zirkulationsprozeß des Kapitals“ – den meisten Marxisten bis zum heutigen Tage eine unentschleierte Sphinx geblieben. Man weiß, daß Mehring für seine Marxbiographie das Kapitel über diesen weiten (und den dritten) Band von Rosa Luxemburg schreiben ließ, man kann sich aber leicht überzeugen, daß die Darstellung Rosa Luxemburgs auch nur oberflächlich ist; und dasselbe ist zu sagen von allen den bekannten Arbeiten, die an den dritten Abschnitt des zweiten Bandes anknüpfend, die Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals zu ihrem Gegenstande gemacht haben, den Schriften von Tugan-Baranowski, Hilferding, Otto Bauer, Rosa Luxemburg.^{*)} Keines dieser Werke, die sich für oder wider die Marxschen Schemata der Reproduktion und Akkumulation einsetzen, zeigt auch ein wirkliches Verständnis für die Probleme, die sich Marx in diesem Teile seines Hauptwerkes gestellt hatte. Keiner dieser Autoren hat z. B. begriffen, daß die inzwischen berühmt gewordenen Schemata nicht das letzte, sondern erst das erste Wort in der Marxschen Analyse der Akkumulation des Gesamtkapitals darstellen, daß sie diesen Punkt nicht etwa erschöpfen, sondern erst einleiten sollten. Keiner ist darauf gestoßen, daß Marx bei der Darstellung der Zirkulation des Einzelkapitals im Keime alle die Probleme entwickelt hat, welche in ihrer vollen Entfaltung erst bei der Gesamtzirkulation hervortreten sollten. So deutet Marx bei der Darstellung der Umschlagsbewegung des individuellen Kapitals bereits an, wie in ihr das Gesetz der zyklischen Bewegung des Gesamtkapitals – Prosperität, Krise, Depression – enthalten, also aus ihr abzuleiten ist, so zeigt er bei den „Kreislauformen“, wie die Zirkulation des einzelnen industriellen Kapitals das Warenkapital und Geldkapital als besondere Zirkulationsformen abscheidet – die ihm dann in selbständiger Gestalt als Kaufmannskapital und Bankkapital gegenübertreten –, wie aber das industrielle Kapital immer die herrschende Form bleibt, „mit der die anderen Formen des Kapitals stehen und fallen“. Er entwickelt also hier schon den inneren Zusammenhang, aus dem allein das Verhältnis des Bankkapitals zum Industriekapital zu begreifen ist – und dieser Zusammenhang, im Maßstabe des gesellschaftlichen Kapitals entwickelt, die Veränderungen, denen er durch den Verlauf des industriellen Zyklus unterliegt, die Formverwandlungen, die er auf den verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitals durchläuft – dies alles bildet doch wohl eine sehr wesentliche Bestimmung für die Erkenntnis der „Zirkulation und Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals“, gehört also noch in den dritten Abschnitt des zweiten Bandes hinein. Marx hat diesen Abschnitt nicht mehr vollenden können – er mußte diese Vollendung also als [773] Aufgabe seinen Schülern überlassen. Aber die hier gestellte Aufgabe ist bisher nicht einmal gesehen worden. Man buchstabierte lediglich an den

^{*)} Anmerkung der Redaktion: Dem Verfasser scheint zur Zeit der Abfassung dieser Rezension die Bucharinsche Arbeit über die Akkumulationstheorie (s. „Banner des Marxismus“, Heft 1 und 2) noch nicht bekannt gewesen zu sein und offenbar auch nicht die (bisher bloß in russischer Sprache erschienenen) ökonomischen Hauptwerke Lenins.

„Schemata“ herum, ohne eine Ahnung von dem tieferen Zusammenhang, aus dem heraus die Schemata allein verstanden werden können – man nahm die Schemata als letztes Wort der Marx'schen Akkumulationstheorie und stritt sich darüber, ob sie mit den Grundlagen der Marx'schen Theorie vereinbar wären und entwickelte die absonderlichsten Theorien aus den Fragmenten des Marx'schen Werkes, statt erst einmal zu untersuchen, ob Marx nicht selbst schon Fingerzeige für die notwendige weitere Entwicklung dieses Bruchstückes gegeben hat. Unkenntnis der von Marx gegebenen Theorie der Zirkulation des Kapitals ist der Grundzug aller dieser Theorien, deren Gegenpole Tugan-Baranowski und Rosa Luxemburg bilden.*)

Es ist klar, daß alle Diskussion über das Akkumulationsproblem unfruchtbar bleiben muß, solange sie sich nicht stützt auf ein gründliches Studium des ganzen zweiten Bandes des „Kapitals“; die ungeheuerliche Vernachlässigung dieses wichtigen Teils des Marx'schen Gesamtwerkes bildet nicht gerade ein Ruhmesblatt in der Geschichte der bisherigen marxistischen Wissenschaft.

Nun hat neuerdings Karl Renner ein Buch veröffentlicht, in dem eine „populärwissenschaftliche Darstellung“ des Zirkulationsprozesses des Kapitals gegeben werden soll. Renner begnügt sich nach eigener Angabe mit rein referierender Darstellung und verzichtet auf jede Polemik und Kritik, um zunächst einmal seinen Lesern die Kenntnis der von Marx nachgewiesenen Zusammenhänge der kapitalistischen Gesamtzirkulation zu vermitteln.

Indessen ist diese subjektive Ueberzeugung Renners, eine treue Widerspiegelung der Marx'schen Theorie zu geben, zunächst ziemlich gleichgültig – entscheidend ist, wie weit Renner überhaupt imstande und wie weit er gewillt ist, ein Interpret der Marx'schen Theorie zu sein. Renner gehört zu jener gefährlichen Sorte von Reformisten, die ihre bürgerlichen antirevolutionären Theorien unter der Maske des „orthodoxen Marxismus“ vortragen – man wird also nicht erstaunt sein, wenn man in dieser scheinbar „objektiven“ Wiedergabe der Marx'schen Theorie vom Zirkulationsprozeß des Kapitals schließlich eine vollständige Umdrehung aller Grundlagen des Marx'schen Systems entdeckt.

Renner will den „Gesamtprozeß“ des Kapitals behandeln – faktisch spricht er aber fast ausschließlich vom Zirkulationsprozeß: er identifiziert die Gesamtbewegung des Kapitals geradezu mit dessen Zirkulation. Die Grundlage seiner ganzen Theorie – die er für die Marx'sche ausgibt – besteht in der schon von Hilferding vollzogenen Umkehrung des Verhältnisses von Zirkulationsprozeß und Produktionsprozeß. Hier liegt in Wirklichkeit die entscheidende Differenz zwischen der wirklichen Marx'schen Oekonomie und ihrem vulgarisierten Hilferding-Bauer-Rennerschen Zerrbild.

Für Marx, wie überhaupt für jeden wissenschaftlichen, d. h. nicht an den äußeren Erscheinungen hängenden Oekonomen, bildet die Produktion die Basis, das „übergreifende Moment“ gegenüber der Distribution des Gesamtprodukts, seiner Verteilung unter die verschiedenen Klassen nach Maßgabe ihrer Position im Produktionsprozeß und unter die verschiedenen Sphären der materiellen Produktion – und ebenso gegenüber der Zirkulation, dem Austausch der Produkte, welcher diese Verteilung unter die verschiedenen Elemente der produzierenden Gesellschaft vermittelt. (s. Marx' „Einleitung zur Kritik der politischen Oekonomie. S. 30). Was für die Zirkulation im allgemeinen, gilt natürlich auch für die besonderen Formen, welche der Zirkulationsprozeß des Kapitals herausbildet: für das Kaufmannskapital und Bankkapital in ihrem Verhältnis zum industriellen Kapital als der Grundlage der ganzen kapitalistischen Produktionsweise:

„Im Maß wie dieses sich der gesellschaftlichen Produktion bemächtigt, werden Technik und gesellschaftliche Organisation des Arbeitsprozesses umgewälzt und damit der ökonomisch geschichtliche Typus der Gesellschaft. Die anderen Arten von Kapital, die vor ihm inmitten vergangener oder untergehender gesellschaftlicher Produktionszustände erschienen, werden ihm nicht nur untergeordnet ..., sondern bewegen sich nur noch auf seiner Grundlage, leben und sterben, stehen und fallen daher mit dieser Grundlage. Geldkapital und Warenkapital ... sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“ („Kapital“, Bd. 2, Seite 29).

*) Wir müssen uns hier mit diesen bloßen Andeutungen des Sachverhalts begnügen.

Man kann in der Entwicklung des Kapitals im 19. und 20. Jahrhundert Schritt für Schritt verfolgen, wie jeder Umwälzung in der Form des produktiven Kapitals eine Formänderung des industriellen Kapitals entspricht – aber diese letztere ist Resultat, nicht Ursache der ersteren. Schon Hilferding in seinem „Finanzkapital“ kehrt dies Verhältnis um: er geht in seiner Darstellung aus von der Zirkulation (dem Gelde, das er zudem noch falsch entwickelt) statt von der Produktion, und endet bei der Herrschaft der Zirkulation – der angeblichen Herrschaft der Banken über das industrielle Kapital und der damit vollzogenen Aufhebung der Konkurrenz: dem „friedlichen“ Kapitalismus unter der Herrschaft des „Generalkartells“. Er muß damit enden, weil dieses Resultat schon von vornherein in dem fehlerhaften Ansatz und der oberflächlichen, an der Erscheinung haftenden Auffassung von der Zirkulation als der vorherrschenden Sphäre enthalten ist.

Es versteht sich von selbst, daß Renner dieser vulgären Auffassung auf Schritt und Tritt folgt. Bildet bei Marx die Zirkulation die Form, worin sich der Zusammenhang der produzierenden Kapitale, die Vermittlung zwischen Produktion und industrieller wie individueller Konsumtion vollzieht, ist hier also die Zirkulation ihrer Natur nach der Produktion untergeordnet – so wird bei Renner die Zirkulation zur eigentlichen Daseins- und Herrschaftssphäre des Kapitals. Wie wenig er die Marx'sche Methode begriffen hat, zeigt seine Behauptung, Marx gehe im Kapital „nicht von der Produktion aus (wie die Physiokraten) sondern von der Zirkulation“ (S. 54). Marx erklärt allerdings im Gegenteil, der Fortschritt der Physiokraten habe darin bestanden, daß sie nicht mehr wie das Merkantilssystem von der Zirkulation, sondern gerade von der Produktion ausgingen.

Im Kapital geht Marx aus von der Analyse der Warenform als der Grundform eines Pro[774]duktionsverhältnisses, wovon das Kapitalverhältnis nur eine weiter entwickelte Form ist – er entwickelt also in der Darstellung des Verhältnisses von Ware und Geld die elementaren Formen jeder warenproduzierenden Gesellschaft, sie möge nun auf dem selbständigen Handwerk, auf Sklaverei, auf dem Kapitalverhältnis oder auf dem Eigentum des Proletariats an den Produktionsmitteln (Staatskapitalismus) beruhen, und erst hieraus leitet er die Formen der spezifisch kapitalistischen Warenproduktion ab. Renner ist dies natürlich schleierhaft geblieben – er hat noch nicht einmal begriffen, daß die Warenform des Arbeitsprodukts ein Produktionsverhältnis, ein bestimmtes Verhältnis der Produzenten zueinander darstellt; unbeschwerten Gemüts trompetet er munter: „Marx ... geht aus von der Warenzirkulation und beginnt mit der Analyse der Ware, nicht mit jener des Produkts oder Gutes. Sie allein ist für die kapitalistische Produktionsweise das typische!“ Damit ist der entscheidende Schritt glücklich gemacht – die Zirkulation tritt an Stelle der Produktion als herrschende Macht, und nun ist der Weg für alle weiteren Umkehrungen der Marx'schen Theorie offen. Renner macht kurzen Prozeß – er setzt überall, wo es nur irgend angeht, den Zirkulationsprozeß dahin, wo Marx Zusammenhänge der Produktion und Gegensätze der Produktionsweisen nachweist.

Nach Marx ist es die Produktion, welche die Gliederung der Distribution bestimmt (was eben im dritten Abschnitt des zweiten Bandes des „Kapital“ nachgewiesen wird) – nach Renner „entscheidet die Warenzirkulation, die Zuweisung der Güter an die Menschen oder die gesellschaftliche Distribution.“ (Renner, Seite 54).

Nach Marx ist es die Macht des industriellen Kapitals, welches sich die älteren Formen der agrarischen Produktion unterwirft und adäquat macht („Kapital“ 3, 2. S. 153 ff.) – nach Renner „beherrscht die ökonomische Zirkulation den Grundbesitz und unterwirft ihn ihren Gesetzen“ (S. 157). Nach Marx ist es in allen Gesellschaftsformen stets eine bestimmte Produktion, die allen überlegen ist und deren Verhältnis daher auch allen übrigen Rang und Einfluß anweist“ (Einl. z. Kritik S. 43) – nach Renner ist „der Zirkulationsprozeß offenbar selbst der oberste Gesetzgeber und Richter der kapitalistischen Gesellschaft. ...“ (S. 338).

Nach Marx vollzieht sich die Aneignung des Mehrwerts im Produktionsprozeß des Kapitals und bestimmt sich seine weitere Verteilung in Form von Zins, Grundrente usw., durch das Verhältnis, welches die anderen Kategorien des Kapitals usw. zum industriellen Kapital einnehmen – nach Renner erfolgt die „Aneignung des Arbeitsprodukts ... durch die Allheit von privaten, individuellen Zirkulationsagenten“. (S. 339).

Die Zirkulation vollbringt bei Renner die erstaunlichsten Wunder – sie beherrscht nicht nur die Produktion, sie erhebt sich sogar über sie und löst sich los von ihrer eigenen Grundlage: „Die Zirkulation kauft sich, wenn auch teuer, los von der Eigentumsordnung! Sie verwirft sie, indem sie sie umgeht! Hierin liegt der springende Punkt der Entwicklung seit Marx’ „Kapital“ ... Sie bemüht sich, der widerstrebenden Vergangenheit die Zukunft geradezu abzulisten!“ (S. 351). – Der Jurist Dr. Renner kann sich die gesellschaftliche Entwicklung natürlich nicht anders vorstellen als in Gestalt von Advokatenkniffen – daher sich denn auch die Revolution für ihn reduziert auf das, was seinem Advokatenschädel allein begreiflich ist – auf ein „Rechtsgeschäft“. Das Wunder, welches hier geschieht – Loskauf der Zirkulation von der Eigentumsordnung – ist um so staunenswerter, als nach Renners Auffassung die Zirkulation selbst nur ein „Rechtsgeschäft“ ist (wobei ihm leider passiert, daß er das ökonomische Verhältnis der Produktionsagenten verwechselt mit seiner juristischen Form – worüber er sich an Hand des „Kapital“, 1. Band, S. 51 informieren mag) – und da sich ihm die Eigentumsordnung ebenfalls rein „juristisch“ darstellt, so geschieht das bemerkenswerte Schauspiel, daß das Recht durch das Recht sich selbst überlistet, sich von sich selbst loslöst, in sich selbst durch sich selbst um sich selbst einen Purzelbaum schlägt und nunmehr frei in der Luft schwebend von dem verblüfften Proletariat nur durch seinerseits angewandte juristische Akrobatik wieder eingefangen werden kann. Dieser letztere Prozeß – so kompliziert, daß er jedenfalls nur einem Juristen anvertraut werden kann – ist „die Sozialisierung“. Immerhin begreift man hiernach die Ekstase, in welche der Dr. Renner angesichts „der Geheimnisse dieser juristischen und ökonomischen Schöpferkraft der Zirkulation“ (S. 351) versetzt wird.

Wir müssen aus Raumgründen darauf verzichten, auf den beträchtlichen Unsinn einzugehen, den Renner im einzelnen bei der Darstellung der Marx’schen Zirkulations- und Reproduktionstheorie hervorbringt: so wenn er sich einbildet, die beiden Produktionsabteilungen des gesellschaftlichen Kapitals (Produktion von Produktionsmitteln und von Konsumtionsmitteln) entsprächen der „Industrie“ und der „Landwirtschaft“ und auf dieser Grundlage eine, wenn auch nicht durch Richtigkeit, so doch durch Neuheit ausgezeichnete Theorie der Agrarkrisen zum Besten gibt (S. 101-102), so wenn er auf Grund eines weiteren Mißverständnisses der Marx’schen Akkumulationsschemata eine sehr naive Erklärung für die Ursachen der Goldkonzentration in USA liefert, usf.

Wir begnügen uns, die Blüte seines Systems zu besichtigen – die Theorie von der „Sozialisierung“. Renner, entzückt und erschüttert zugleich von der „wundervollen Organisation der Zirkulation“, entdeckt in ihr zugleich „eine ernste Schwierigkeit für die Sozialisierung“:

„Die Durchleuchtung des ganzen Wirtschaftssystems hat – innerhalb seiner selbst – keinen Punkt ergeben, wo sich auch nur ein Ansatz zeigte, den Mehrwert aufzuheben, die Produktion auf ein anderes Ziel einzustellen. Würde die Sozialisierung sich die Aufgabe stellen, den Mehrwert abzuschaffen, wir bemerkten noch nirgends die Stelle, wo ein solches Sozialisierungsdekret ansetzen könnte (!), ohne mit einem Schlage Produktion und Zirkulation ihres heute einzigen Antriebs zu berauben, es sei denn, daß ein anderer ebenso allgemeiner Antrieb sofort (!) an seine Stelle träte. Woher er kommen sollte, ist nicht sichtbar geworden.“ (S. 336 f).

Das Problem ist also: wie sozialisiert man, ohne das Kapital zu beseitigen: „Hier liegt der springende Punkt der Entwicklung seit Marx’ ‚Kapital‘. Wäre etwa der Mehrwert ‚abzuschaffen‘ – die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln auszuheben?“ Welche Illusion: Die Arbeit braucht ja gar nicht mehr vergesellschaftet zu werden; erklärt doch Marx selbst: „In der Wertbestimmung handelt es sich um die gesellschaftliche Arbeitszeit das Quantum Arbeit, über welches die Gesellschaft zu verfügen hat. ...“

Und also erklärt Renner triumphierend: xxx

[775] „Wie wir gehört, ist ja die Produktion vergesellschaftet, der Arbeiter leistet nicht Privatarbeit als Individuum, sondern gesellschaftliche Arbeit in dem autoritären Mechanismus des Arbeitsprozesses. Nur (!) die Aneignung seines Arbeitsproduktes erfolgt privat ...“ usw. (S. 338 f.) Nach diesen vorbereitenden und in der Tat infamen Jongleurkunststücken geht Herr Renner dieser in das Problem. Kann überhaupt die Mehrarbeit beseitigt werden? Marx erklärt: „Mehrarbeit über-

haupt als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben“ (Kapitel III, 2. Bd. S. 354). Im kapitalistischen wie im Sklavensystem usw. hat sie nur eine antagonistische Form und wird ergänzt „durch reinen Müßiggang eines Teiles der Gesellschaft ...“ Es heißt dies nichts anderes, als daß die Arbeit der unmittelbaren Produzenten (der Arbeiter) für sich selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beschränkt bleibt auf das zu ihrer eigenen Existenz notwendige Maß, während alle darüber hinausgehende (Mehr-)Arbeit, alle der Erweiterung und Entwicklung der produktiven Kräfte des Gattungsmenschen dienende Arbeit nicht dem Produzenten selbst, sondern der Eigentümerklasse zufällt – in der kommunistischen Gesellschaft dagegen die der Erweiterung der produktiven Kräfte und überhaupt allen allgemein gesellschaftlichen Zwecken dienende Arbeit zwar nicht unmittelbar den individuellen Produzenten wieder zufließt, wohl aber mittelbar durch Steigerung des Reichtums und der Organisation – der ganzen Gesellschaft, d. h. der ganzen menschlichen Gattung. Was aufgehoben wird, ist also nicht die „Mehrarbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus – wohl aber die „antagonistische Form“, worin diese Mehrarbeit Privaten statt der Gesamtheit der Produzenten wieder zurückfließt. Marx widerlegte damit das von den Lassalleern vertretene Dogma vom Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ (s. Randglossen zum Gothaer Programm).

Was zieht Herr Renner für Konsequenzen aus diesen von ihm zitierten Sätzen? – Renner macht nicht viel Federlesens: er setzt „Mehrarbeit überhaupt als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse“ identisch mit ihrer spezifisch kapitalistischen Form – der Lohnarbeit und Aneignung des Mehrwerts durch das Kapital; ganz wie alle Apologeten des Privateigentums dies identifizieren mit Eigentum überhaupt (s. Einl. z. Kritik S. 19). Und damit hat er was er braucht; hieraus folgt nämlich für das Juristengehirn:

1. „Es kann gar nicht das Ziel irgendeiner Sozialisierung sein, Mehrarbeit schlechthin abzuschaffen und dadurch den Mehrwert zu beseitigen ...“ Da aber die Lohnarbeit ihrem Wesen nach Mehrarbeit ist, so folgt also 2. „in einem Ersatz der Lohnarbeit können sie (die „Keime“ der neuen Verhältnisse) nicht liegen. Wir müssen mir ihr bis auf weiteres rechnen“ (348). „Sozialisierung“ ohne Aufhebung der Lohnarbeit, also des Kapitalverhältnisses, ohne Aufhebung „des einzigen Antriebs der Produktion – des Profits“, „Sozialisierung“ ohne „Störung der Produktion“ („Die Wirtschaft in Funktion erhalten – das ist der kategorische Imperativ der Sozialisierung“ S. 379), m. a. W. Revolution unter absoluter Schonung aller Bourgeoisinteressen, das ist das Resultat, zu dem dieser „Marxist“ kommt. Die „Sozialisierung“ hat nicht in der Produktionssphäre vor sich zu gehen, sondern in der Zirkulationssphäre. Die „Expropriation der Expropriateure“ – das in „nicht als plumpe physische Abschaffung der Besitzer zu verstehen ... sondern nur als Titelexpropriation. Halten wir uns an Zins, Dividende, Rente. Erfassen wir sie nicht allgemein (d. h. im Produktionsverhältnis überhaupt – durch dessen Umwälzung W. B.), denn so wären sie schwer faßbar, sondern dort, wo sie reine Titelform angenommen haben. Die Uebertragung der Titel berührt ... den Produktionsprozeß überhaupt nicht mehr und stört ihn nicht. Erfassen wir sie mit den Methoden, welche die Zirkulation selbst hervorgebracht hat ... usw. (372).

Damit enthüllt sich also der innere Drang, der unseren trefflichen Juristen die „Geheimnisse“ und die „Schöpferkraft“ der Zirkulation der Mitwelt zu enthüllen veranlaßte. Einmal die Marxsche Lehre von den Produktionsverhältnissen als der alle Formen der Gesellschaft beherrschenden Macht durch die Vulgärtheorie von der Herrschaft der Zirkulation beseitigt, ist nichts leichter, als das Interesse des Proletariats vom Wesen der Sache – der revolutionären Umwälzung der Produktion – abzulenken auf die in der Zirkulation erscheinende Oberfläche des Kapitals, als die Schonung der Bourgeoisie als erstes Gesetz für das Proletariat zu dekretieren und den „Klassenkampf“ in die – „Gewerkschaften und Genossenschaften als seine Hauptinstrumente“ zu verweisen.

Es ist nicht die Konsequenz einer theoretischen, wissenschaftlichen Analyse, welche für Renner die „umwälzende Praxis“ bestimmt – es ist umgekehrt das praktische Interesse an der Schonung der Bourgeoisie, die Angst vor den wirklichen revolutionären Erschütterungen und gewissen daraus entspringenden Unannehmlichkeiten, welche ihn die theoretische Analyse fälschen läßt, um in ihr eine geeignete Basis für seine Advokatenkniffe zu erhalten, es ist die Feigheit gegenüber den revo-

lutionären Konsequenzen der wirklichen Marx'schen Lehre, die ihn die Marx'sche Theorie „umwälzen“ läßt, um ihrer notwendigen Konsequenz zu entgehen – der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die beste Kritik an einer derartigen Methode hat Marx selbst bereits gegeben:

„Einen Menschen, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst – wie irrtümlich sie immer sein mag – sondern einem von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkommodieren sucht, nenne ich gemein.“

Im Gegensatz zu Hilferdings „Finanzkapital“, das im einzelnen vorzügliche Untersuchungen enthält, ist das Rennersche Buch durch äußerste Flachheit und Langeweile ausgezeichnet; außerdem zeugt es in wichtigen Punkten von direkter ökonomischer Unwissenheit. Aber, daß ein solches Buch mit dem Anspruch auftreten kann, noch unbekannte Glieder des Marx'schen Systems zum ersten Male zu vermitteln – und daß es diesen Anspruch in der Tat mit einem gewissen Recht erheben kann: das beweist jedenfalls, auf welchem armseligen Niveau sich die Erkenntnis der Marx'schen Oekonomie heutzutage immer noch befindet. Was notabene nicht bloß für die Sozialdemokratie gilt, sondern auch für den größten Teil der Kommunisten. W. Biehahn. [776]

*

Arbeiterkalender 1926.

Wie alljährlich, so bringt der Hoym-Verlag auch diesmal seinen reichillustrierten revolutionären Wandkalender heraus. Der Umfang ist diesmal auf das dreifache erweitert, so daß jeder Tag sein eigenes Blatt erhält, das an der Vorderseite ein Bild und ein Verzeichnis der Gedenktage, auf der Rückseite Zitate aus den sozialistischen Klassikern und revolutionäre Gedichte enthält. Die Auswahl der Bilder ist sehr abwechslungsreich: wir finden viele zum Teil bisher ganz unbekannte Bilder der Vorkämpfer und Führer des Proletariats; so von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch Porträts der großen Führer der bürgerlichen Volksrevolutionen, der sozialistischen Utopisten von Anfang des vorigen Jahrhunderts. Ein zweiter Teil der Bilder ist Arbeiterdemonstrationen aus allen Ländern der Welt gewidmet; daneben sehen wir Bilder der Freiheitskämpfe der Kolonialvölker und ihrer Führer: China, Marokko, aber auch die Machtentfaltung und brutale Kriegführung der Imperialisten ist photographisch festgehalten. Daneben zahlreiche Karikaturen von Jefimow, Deni, Grosz, Schlichter, Minor, Daumier usw. Leider wird der Wert der Bilder teilweise sehr herabgesetzt durch den Umstand, daß nicht dabeisteht, was sie darstellen, Ort, Zeit usw., sondern nur eine Glosse.

Die Texte auf der Rückseite sind ein überreiches Kompendium von Kernsätzen aus den revolutionären Schriften, von Tatsachenmaterial aus den verschiedensten alten, neuen und neuesten Klassenkämpfen, die unschätzbar sind zur Propaganda, von kurzen Lebensabrissen bedeutender Wissenschaftler und Arbeiterführer. Wir vermissen hier nur eins: eine stärkere Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung und überhaupt des ganzen Komplexes von beruflichen und arbeitsrechtlichen Fragen, die in Form von Notizen, Hinweisen, praktischen Ratschlägen und Daten im nächsten Jahr hinzugefügt werden müßten, um dem Kalender aus den mehr literarisch-historischen Sphären dem täglichen Arbeiterleben näher zu bringen.

Alles in allem: Der Kalender stellt trotz einiger kleiner Schwächen das Vollkommenste dar, was auf diesem Gebiete in deutscher Sprache existiert. Jeder revolutionäre Arbeiter wird die Kalender kaufen und eifrig propagieren müssen.

*

Eingelaufene Bücher und Zeitschriften.

Arbeiterkalender für das Jahr 1926 (illustriert), Verlag Karl Hoym, Nachf., Preis 2 Mark.

Die Kommunistische Internationale, Heft 7, 8 und 9, Verlag Karl Hoym, Nachf., Preis je 1,50 M

Die deutsche Arbeiterdelegation in Sowjetrußland. Zwei Gespräche mit Sinowjew. Verlag Karl Hoym, Nachf., 74 S.

Pierre Semard: „**Marokko**“. Verlag Karl Hoym Nachf. 160 S.

G. Sinowjew: „**Ueber die Bolschewisierung der Parteien**“. Reden vor der Erweiterten Exekutive, März/April 1925. Verlag Karl Hoym, Nachf. 131 S.

J. Stalin: „**Fragen und Antworten**“. Verlag für Literatur und Politik, Wien 1925. 62 S.

Hermann Remmele: „**Die Steuerlawine**“. Tatsachen und Zahlen. Ver. Int. Verlags-Anstalten, Berlin 1925. 112 S.

Ernst: „**Zölle und Teuerung**“. Ver. Int. Verlags-Anstalten, Berlin 1925, 31 S.

A. Werner: „**Breslau und Scarborough**“. Ver. Int. Verlags-Anstalten, Berlin 1925, 32 S.

Der Metallarbeiterverband der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Seine Geschichte, Aufgaben und Tätigkeit. Verlag des Metallarbeiterverbandes der USSR, Moskau. (Auslieferung für Deutschland Führer-Verlag, Berlin. 61 S.)

„**Der Parteiarbeiter**“, Jahrgang 3, Heft 1 und 2. Ver. Int. Verl.-Anst., Berlin 1925. 32 S.

„**Die Note Gewerkschaftsinternationale**“. Organ des Vollzugsbüros der RGI, Nr. 9, Sept. 1925, Führer-Verlag, Berlin.

Das neue Rußland. Herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland, 2. Jahrgang, Doppelheft 7/8.

Dr. Arthur Brandt: „**Der Tscheka-Prozeß**“. Die Denkschrift der Verteidigung. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1925. 102 S.

„**The Workers Monthly**“. Chicago, November 1925.

„**Der Kampf**“. Sozialdemokratische Monatsschrift. Wien, November 1925.

Theodor Lessing: „**Hindenburg**“. Mit Vorwort von Maximilian Harden und Nachwort von Herbert Eulenberg. Hapke u. Schmidt Verlag, Berlin 1925. 38 S.

R. R. Coudenhove-Kalergi: „**Panuropa**“. Paneuropaverlag, Wien-Leipzig 1925. 168 Seiten.

*

Druckfehlerberichtigung.*

Aus Heft 10 sind folgende Druckfehler zu berichtigen: In dem Artikel „Wie schaffen wir die bolschewistische Einheit der Partei“ soll es in der Anmerkung auf Seite 615, Zeile 4 von unten statt Deutschland Rußland heißen, auf Seite 615, Zeile 4 von unten statt November Dezember. Ferner heißt der Name des Verfassers des Artikels „Die Aussichten der Volkswirtschaft der Sowjetunion“ nicht N. L-p., sondern N. L-r.

In einem Teil der Auflage des Novemberhefts (Nr. 11) ist ebenfalls ein Druckfehler stehen geblieben. Es soll im zweiten Absatz des Leitartikels „Der Kampf um die Partei“, Seite 649, Zeile 8 von oben statt „Linke der Komintern“ natürlich heißen „Linie der Komintern.

* Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Autoren-Register.

- A., W. 5
Adolf 5. 58
Anonyme 466, 743
Ausländer 493
B. 675
Bartels. V. 12
Biehahn, W. 772*
Bittel, Karl 646*
Brechenmacher 706
Bucharin, N. 19, 173
Buchmann 38
Dengel, Philipp 22
Dobrodjanu, A. 681
Duncker, Hermann 22, 457, 766
Enderle, A. 42
Engel, M. 70
Erde, H. 759
Erkner, 48, 100
Ewert, A. 664
Fg., H. 664
Fischer, Ruth 4, 53, 105, 233, 281
Frölich, Paul 252, 597, 627, 709, 725
Fröhlich, Forst 731
Gerber, N. 14, 61
H., E. 37
H., F. 45
Hammer, Max 533
Hansen, Arvid 237
Heckert, F. 139
Hohmann 72
Hoernle, Edwin 47, 183, 324, 350, 478,
K., H. 516*
Kaasch, N. 29
Korsch, K. 41
L-r., N. 592
Lend, H. 767*
Lenin 27, 84, 357, 508, 719
Lenz 56, 78, 133, 220, 313, 329, 461, 499,
539, 670
Ludwig, C. 233, 442, 698
Luxemburg, Rosa 217
Marx, Karl 247
Maslow, A. 1, 31, 111, 158, 188, 224, 267,
320, 395
Maslowski, Peter 730
Meister, F. 434, 449, 559, 659
Meyer, Ernst 251, 309, 369, S. 81, 638, 685,
763
Neumann, Heinz 523
Pawlowski, C. 655
R., A. 60, 143
r., h. 501
Reimann 511
Reinike 69
Remmele, H. 13, 88
Rosenberg, A. 9, 151, 305, 381, 693
S., E. 393
S., K. 272, 293, 326, 327, 343, 377, 469, 611,
713
S., W. 391
Schaible, Richard 197, 749
Schlecht, Paul 33
Schneller, E. 66, 118, 164, 281, 361, 205, 431
Scholem, W. 62, 623
Semard 486
Sinowjew, G. 415, 423, 480, 521
Sommer 33, 102, 146, 209, 210, 316
Stern, Viktor 564
Strötzel, M. 36
Tang Shin She 419, 602
Thälmann, E. 53
Trotzki 75
Ulbricht, M. 569, 754
Varga, E. 200
W. R. 704
Walther, Karl 682